ÖSTERREICH-UNGARNS AUSSENPOLITIK

VON DER BOSNISCHEN KRISE 1908 BIS ZUM KRIEGSAUSBRUCH 1914

DIPLOMATISCHE AKTENSTÜCKE
DES ÖSTERREICHISCH-UNGARISCHEN
MINISTERIUMS DES ÄUSSERN

FÜNFTER BAND

ÖSTERREICHISCHER BUNDESVERLAG
FÜR UNTERRICHT, WISSENSCHAFT UND KUNST
WIEN LEIPZIG

v. 5
JACKSON LIBRARY-UNCG
3 0510 1001425M

The Woman's College
University of North Carolina

The LIBRARY

DB
46
A5
1930
v.5

This book must
not be taken
from the building

VERÖFFENTLICHUNGEN
DER KOMMISSION FÜR NEUERE GESCHICHTE ÖSTERREICHS
23.

ÖSTERREICH-UNGARNS AUSSENPOLITIK

VON DER BOSNISCHEN KRISE 1908 BIS ZUM KRIEGSAUSBRUCH 1914

DIPLOMATISCHE AKTENSTÜCKE
DES ÖSTERREICHISCH-UNGARISCHEN MINISTERIUMS
DES ÄUSSERN

AUSGEWÄHLT VON
LUDWIG BITTNER, ALFRED FRANCIS PRIBRAM,
HEINRICH SRBIK UND HANS UEBERSBERGER

BEARBEITET VON
LUDWIG BITTNER UND HANS UEBERSBERGER

E Austro-Hungarian Monarchy. Ministerium
des K. und K. Hauses und des äussern

ÖSTERREICHISCHER BUNDESVERLAG
FÜR UNTERRICHT, WISSENSCHAFT UND KUNST
WIEN UND LEIPZIG
1930

COPYRIGHT 1930 BY
ÖSTERREICHISCHER BUNDESVERLAG
FÜR UNTERRICHT, WISSENSCHAFT UND KUNST
WIEN UND LEIPZIG

ALLE RECHTE VORBEHALTEN

DB
46
A5
1930
v.5

DRUCK DER ÖSTERREICHISCHEN STAATSDRUCKEREI IN WIEN

DIPLOMATISCHE AKTENSTÜCKE DES ÖSTERREICHISCH-UNGARISCHEN MINISTERIUMS DES ÄUSSERN

5. BAND

1. DEZEMBER 1912 BIS 31. MÄRZ 1913

Digitized by the Internet Archive
in 2025

https://archive.org/details/osterreichungarn0005ludw

Nr. 4731. Tel. aus Belgrad, 1. Dez. 1912 Nr. 281 (eing. 2. Dez. 9 U. 45 M. a. m.). Entziff.

Englischer Kollege hat auftragsgemäß neuerlich beruhigende Demarche bei serbischer Regierung vorgenommen. Herr Pašić erklärte ihm, daß Serbien trachten werde, jeden Konflikt zu vermeiden und nichts unternehmen wolle, was Monarchie irritieren könnte. Die schwebenden Differenzen sollten nach Beendigung des Krieges friedlich geregelt werden. Von einem eventuellen Verzicht auf einen Adriahafen hat der Herr Ministerpräsident kein Wort gesagt. Ugron.

Nr. 4732. Privatschreiben aus Belgrad an den Legationsrat Grafen Alexander Hoyos, 1. Dez. 1912.a) Ausfert.

Streng vertraulich. Ich möchte die so wertvolle Zeit des Herrn Ministers durch ein an ihn persönlich gerichtetes langes Schreiben nicht in Anspruch nehmen und wende mich an Ihre Gefälligkeit mit der Bitte, vom Inhalte meines Briefes Seiner Exzellenz gelegentlich und so weit Sie es für angezeigt halten, Mitteilung machen zu wollen. Ich erachte es nämlich für meine Pflicht, kein Hehl daraus zu machen, daß — nach meiner Überzeugung — eine ruhige und objektive Auseinandersetzung mit Serbien fast unmöglich sein wird, solange Herr von Hartwig sein Intriguenspiel hier betreibt. Auch nachher wird es nicht leicht sein — wenn überhaupt möglich — mit Herrn Pašić fertig zu werden, aber dies ist jedenfalls fast ausgeschlossen, solange er sich fast jeden Tag bei seinem intimen Freunde, dem jetzigen russischen Gesandten, Rat holt und in dessen Aneiferungen Rückendeckung und Ermutigung zur äußersten Unnachgiebigkeit findet. Herr Sazonow mag die Versicherung aufrichtiger Friedensliebe abgeben soviel er will, Serbien bringt derzeit nur Herrn von Hartwig Vertrauen entgegen und glaubt blind alles, was er sagt. Mein russischer Kollege ist aber geradezu ein Serbenfanatiker. Er betreibt seine Politik mit inniger Überzeugung und blinder Leidenschaft. Er scheint sich zum Lebensziele gemacht zu haben, aus Serbien durch Rußlands Hilfe ein großes, mächtiges Südslavenreich zu machen, auf welches das Petersburger Kabinett immer, unter allen Umständen wird zählen können. Als weiteres Ziel scheint er sogar die Vereinigung aller Serben unter dem Szepter der Karageorgjević ins Auge gefaßt zu haben, und wenn diesbezügliche Aspirationen nicht nur im serbischen Militär, sondern auch schon unter hiesigen Politikern laut werden, so ist dies, wenigstens teilweise, gewiß auf seine Suggestion zurückzuführen, sowie auch die Aufbauschung der ganzen Hafenfrage bestimmt seinem Gehirn entsprungen ist. Bei der leidenschaftlichen Verfolgung seiner Ideen zieht

277857

Herr von Hartwig gar nicht in Betracht, ob dieselben in Übereinstimmung mit den Tendenzen an der Sängerbrücke sind oder nicht. Er fühlt sich der kräftigen Unterstützung seitens der panslavistischen Kreise sicher und ist überzeugt, daß er schließlich mit seinen Ideen doch durchdringen wird. So lange also die Instruktionen Herrn Sazonows mit seiner eigenen Politik übereinstimmen, wird Herr von Hartwig gewiß der allereifrigste und gewissenhafteste Vollstrecker der aus Petersburg kommenden Aufträge sein. Wird aber von ihm Mäßigung und Zurückhaltung verlangt, oder soll er sogar beruhigend auf die Serben einwirken, so wird er offiziell gewiß diesen Befehlen nachkommen und wird sich sogar im Kreise der Kollegen den ihm gewordenen Aufträgen anpassen, aber nur umso leidenschaftlicher wird er in vertraulichem Privatgespräche mit den serbischen Politikern auf die große Mission hinweisen, die Rußland Serbien gegenüber zu erfüllen hat und gewiß auch erfüllen wird. Die einzelnen Regierungen können momentan von dieser großen Richtlinie abweichen, aber die große Politik Rußlands muß in ihren Grundzügen immer dieselbe bleiben. Was aber Herr von Hartwig sagt, wird — wie bereits erwähnt — hier blind geglaubt, so wird unser Entgegenkommen nur als Schwäche und unsere energische Sprache nur als Bluff aufgenommen. Unsere Hände seien durch Rußland gebunden und Serbien brauche sich vor Österreich-Ungarn nicht zu fürchten. Aus seiner Hetze gegen Österreich-Ungarn macht der russische Gesandte fast gar keinen Hehl mehr. Er sagte erst vorgestern zu meinem rumänischen Kollegen, daß er stolz darauf sei, daß man ihn in Wien hasse, dies sei das größte Lob für ihn, denn dies beweist, daß er seine Pflicht als russischer Gesandter in Serbien vollauf erfüllt habe. Symptomatisch für seine Beziehungen zur hiesigen Regierung ist das gestrige offizielle Kommuniqué, das allen ausländischen Zeitungen weitergegeben wurde, wonach seine Einflußnahme auf die serbische Politik amtlich dementiert wird. Dieses Dementi ist charakteristisch genug. Gegen das persönliche Gewicht dieses Fanatikers können wir hier leider nicht aufkommen. Würde aber an seiner Stelle hier ein ruhiger, besonnener Diplomat wirken, so hätten wir schon halbes Spiel gewonnen. Es frägt sich nur, wie dies zu erreichen wäre. Unsere Situation ist vielleicht Petersburg gegenüber zu delikat, um seine Abberufung direkt auch nur zur Sprache zu bringen. Könnte aber Berlin oder Rom nicht eine Anspielung machen, daß schon die Entfernung des jetzigen russischen Gesandten eine große Détente uns gegenüber herbeiführen würde? Ich weiß von meinem englischen Kollegen, daß man auch in London auf Herrn von Hartwig sehr schlecht zu sprechen ist. Wie aus dem Berichte des Grafen Szécsen vom 16. l. M. Nr. 53 A ersichtlich, ist man auch in Paris von seiner politischen Tätigkeit hier nicht entzückt. Es sind demnach alle Kabinette gegen ihn, wenn es also Herrn Sazonow ernstlich um die Erhaltung des Friedens zu tun ist, wird er gewiß diesen Beweis Europa nicht versagen können. Durch die Abberufung Herrn von Hartwigs ist allerdings unser Verhältnis zu Serbien noch nicht in normale Geleise geleitet, aber ein akuter Infektionserreger würde durch einen operativen Eingriff entfernt werden und man könnte eher hoffen, daß das sehr geschwächte Allgemeinbefinden unserer Beziehungen doch leichter einer Heilung entgegengeführt werden

wird. Diese Heilung ist aber außer der Stellungnahme Rußlands auch durch das etwas zweideutige Verhalten Italiens ein wenig gefährdet. Ich bin allerdings nicht in der Lage, mir von hier aus über die Bundestreue Italiens im Allgemeinen ein Urteil zu bilden, was übrigens auch über meine hiesige Kompetenz hinausreicht; ich muß aber konstatieren, daß hier das bundestreue Vorgehen Italiens der Monarchie gegenüber in der serbischen Frage vielfach angezweifelt wird. Vielleicht sind diese Gerüchte zum großen Teil auf russische und serbische Insinuationen zurückzuführen, jedenfalls hat Italien eigentlich nichts getan, um dieselben im Keime zu ersticken. Wie ich bereits in meinen Berichten[b)] erwähnt habe, hat der italienische Geschäftsträger — sei es aus Unerfahrenheit und Ungeschicklichkeit, sei es in höherem Auftrag — durch eine allzu innige Fühlungnahme mit der serbischen Regierung vielfach den Verdacht erregt, daß Italien in der albanesischen Frage eigene Zwecke verfolge, die den Interessen Serbiens nicht zuwider laufen dürften. Diese Ziele sind aber nie und nirgends bekannt gegeben worden. Der Umstand, daß Italien in so kritischen Zeiten seit dem Sommer nur einen Geschäftsträger hier läßt (der eventuell leichter desavuiert werden kann) ist doch bezeichnend. Auch auf den Umstand habe ich bereits hingewiesen, daß, obgleich Italien offiziell in der Hafenfrage einen ganz analogen Standpunkt einnimmt wie wir, dasselbe in den Zeitungspolemiken ganz beiseite gelassen und nie angegriffen worden ist. Das alles wird hier vielfach als ein Symptom des baldigen Zerfalles des Dreibundes gedeutet und man will wissen, daß Italien aus dem Grunde schon eine Annäherung zu Rußland und Serbien suche. Mir fehlen jegliche Anhaltspunkte, diese Gerüchte auf ihre Richtigkeit zu prüfen. Sollte aber nur ein Atom von Wahrheit in ihnen liegen, so würde ich unsere politische Stellung am Balkan sehr gefährdet halten. Von meinem Standpunkte als Gesandter in Belgrad muß ich mir die Frage aufwerfen, ob es nicht in unserem Interesse liegen würde, diesen italienischen Velleitäten rechtzeitig dadurch entgegen zu treten, daß man für die Zukunft eine ganz andere Mächtegruppierung zur Erhaltung des europäischen Gleichgewichtes anstreben sollte. Die leider so zahlreichen zentrifugalen Strömungen in der Monarchie könnten — nach meiner unmaßgeblichen Ansicht — nur dadurch erfolgreich unterbunden werden, wenn wir uns in ein sehr enges Verhältnis zu den Divergierungszentren stellen würden. Wie die großdeutschen Aspirationen in der Monarchie durch das feste Bündnis mit dem deutschen Reiche eigentlich gegenstandslos geworden sind, so könnten wir eventuell auch die Gefährlichkeit der ruthenischen oder rumänischen und serbo-kroatischen Fragen lahm legen, wenn wir mit der Möglichkeit eines Dreikaiserbündnisses, dem auch Rumänien und die Balkanstaaten sich anschließen müßten, rechnen könnten. Es erscheint vielleicht der jetzige Moment nicht besonders geeignet, die Frage eines engen Anschlusses an Rußland und Serbien in Erwägung zu ziehen. Ich möchte aber nur darauf hinweisen, daß Preußen die Idee eines Bündnisses mit Österreich-Ungarn in einem analog kritischen Momente ins Auge gefaßt hat. Es liegt mir ferne, große europäische Politik machen und weittragende Ideen anregen zu wollen, da ich hiezu bestimmt nicht berufen bin. Ich trete an diese Fragen nur als Gesandter in Belgrad heran und als solcher muß ich

leider konstatieren, daß — bei der jetzigen politischen Konstellation — unser Verhältnis zu Serbien fast unhaltbar ist. Das Benehmen der Serben uns gegenüber wird immer arroganter und herausfordernder. Seit dem Beginne des Krieges ist schon in dieser Beziehung eine große Verschlechterung zu konstatieren, was wird aber daraus nach dem Friedensschlusse werden? Ihre Aspirationen gehen immer weiter und dürften vor den Grenzen der Monarchie kaum mehr Halt machen (wenn auch dies heute noch mit größtem Nachdruck von den gemäßigten Elementen bona fide in Abrede gestellt wird). Wie soll das enden? Unser ganzer politischer Einfluß steht am Spiele und es handelt sich vielleicht um den ruhigen, ungestörten Besitz unserer südlichen Provinzen. Wir dürfen — glaube ich — mit unserer Nachgiebigkeit nicht weiter gehen, denn dies würde nur als Furcht und Schwäche gedeutet werden und wir würden dadurch doch nichts erreichen. Wenn sich die Serben momentan mit dem Adriahafen auch zufrieden geben würden, die Frage wäre hiedurch bestimmt noch nicht gelöst, die großserbischen Aspirationen würden in wenigen Jahren erst recht immer greiflichere Formen annehmen und die Abrechnung mit uns würde doch nicht ausbleiben. Aber auch wenn wir unseren Willen jetzt durchsetzen und ihnen den Zugang zum Meere vorenthalten, ist unsere Lage keine bessere; es würde eine so heftige und tiefgehende Strömung gegen uns Platz greifen, daß wir politisch und wirtschaftlich hier auf lange Jahre ganz lahm gelegt werden würden. Auch würde in unsere Beziehungen kaum eine Stabilität kommen können, da Serbien bei jeder Gelegenheit die Frage des Hafens wieder aufwerfen würde. Wie die Sachen heute stehen, ist an ein ruhiges freundnachbarliches Verhältnis mit Serbien kaum zu denken. Um die Frage einer definitiven Lösung entgegenzubringen, muß entweder der Kampf à outrance — jetzt oder in einigen Jahren — aufgenommen werden, oder wir müssen die Serben zu unseren Bundesgenossen machen, was aber wohl nur durch ein Bündnis mit Rußland zu erreichen sein wird. In wie weit dies in den Bereich der Möglichkeiten gehört und in wie weit dies den Ideen des Herrn Ministers entspricht, kann ich natürlich nicht beurteilen; ich möchte auch nicht den Anschein haben, solche Ideen anregen zu wollen; ich habe mir nur erlaubt, darauf hinzuweisen, wie ich die definitive Lösung der serbischen Frage, von meinem hiesigen Gesichtswinkel aus betrachtet, für einzig möglich halte. Ugron.

[a]) Vgl. n. 4767. — [b]) Vgl. n. 4463, 4464, 4475.

Tel. nach Berlin, 1. Dez. 1912 Nr. 179 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 4735.

Tel. nach Bukarest, 1. Dez. 1912 Nr. 69 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 4735.

Nr. 4733. Bericht aus Cetinje, 1. Dez. 1912 Nr. 101 A (eing. 5. Dez.). Ausfert.

Streng geheim. Am 29. v. M. ließ mich König Nikolaus telegrafisch nach Rijeka bitten und teilte mir vorerst mit, daß der Erbprinz nicht unbedenklich erkrankt sei und an Darmkoliken leide. Die Eindrücke, welche

objektive Beobachter im Hauptquartier gewonnen, gehen aber dahin, daß der Erbprinz die Krankheit nur vorschütze, um nicht mehr an die Front gehen zu müssen, und diese angebliche Unpäßlichkeit den notwendig gewordenen Kommandowechsel motivieren und cachieren solle. (Übernahme des Armee-Kommando durch den König, de facto durch den zum Chef des Generalstabes ernannten General Vukotić). Seine Majestät eröffnete mir ferner, daß er sich am 30. v. Mts. an die Front begeben werde, und unmittelbar darauf der entscheidende Angriff auf Skutari ansetzen solle. Zur weiteren besseren Einleitung des Gespräches frug mich der König über die Operationen der serbischen Truppen gegen Durazzo, den Stand der Affaire Prochaska, und erwähnte der von den Serben an den Arnauten begangenen Grausamkeiten, welche Meldungen er nach den ihm zugekommenen Nachrichten „leider" nur bestätigen könne. In allen diesen Fragen konnte ich ihm aber nur die durch die Presse und das Korrespondenzbureau bekannten Tatsachen mitteilen. Die Absicht des Königs war, mich durch dieses Gespräch zu montieren, um seine eigenen Gravamina gegen diesen Alliierten umso motivierter hervortreten zu lassen. Mein höchster Mitredner kam auch bald in medias res, schilderte die Gefahr, die ihm von Serbien in jeder, das ist in kommerzieller und politischer Beziehung drohe, und zwar ganz konform mit der Auffassung, die ich Euer Exzellenz am Vortage in meinem ergebensten Berichte Nr. 100 B vom 28. v. Mts., „geheim", einberichtet habe. König Nikolaus gibt unumwunden zu, daß das Mißvergnügen im Lande im Wachsen sei, daß die sich „Narodna stranka" nennende Partei eine rege Agitation für Serbien entfalte und Montenegro sich in einer sehr ungünstigen Position befinde. Die Gefahr für seine Dynastie im Kampfe gegen die Karagjorgjević sei eine eminente, er sei aber entschlossen, den Kampf aufzunehmen und bis zu einem Ende zu führen. Nach dem Kriege würde er vor allem sein Land unter dem Vorwande, daß die Waffen repariert werden müßten, entwaffnen und auch die Konstitution einschränken. Der König betonte emphatisch, daß er der Erste in der Serbenwelt bleiben, oder abdanken und sich nach Amerika zurückziehen wolle. In diesem Falle würde er aber noch früher seinen Sohn Peter „zum König aller Serben" in Prizren proklamieren, — man möge ihn nicht zur Verzweiflung treiben! Da die „serbische Gefahr" aber auch Österreich-Ungarn bedrohe, wie die Kundgebungen in Dalmatien, Kroatien und Bosnien beweisen, so seien unsere Interessen identisch und wir müßten uns zur gemeinsamen Abwehr der Gefahr verbünden. Er biete deshalb der Monarchie ein Abkommen zu dem Zwecke an, den Kampf gegen Serbien gemeinsam zu führen, und als Kompensation für uns das Versprechen seinerseits, an der dalmatinischen und herzegovinischen Grenze Ruhe zu halten! Als ich den Gospodar frug, was er unter der ihm zu leistenden Hilfe verstehe, gab mir der König die einseitige Aufklärung, daß wir ihm auf allen Gebieten helfen müßten, den Kampf gegen den stärkeren Rivalen erfolgreich durchzuführen. Er präzisierte diese Äußerung dahin, daß wir ihm Mittel zur Verfügung stellen sollen, um ihm die wirtschaftliche Konkurrenz zu ermöglichen, also Straßen und Eisenbahnen bauen, Häfen ausgestalten und unsere Unterstützung zur Einrichtung in den neuerworbenen Gebieten leihen. Aber auch gleich nach dem Friedensschlusse müßten wir

ostentativ auf seine Seite treten und zum Beispiel seine Ansprüche auf den Sandschak, soweit einzelne Punkte auch von Serben besetzt seien, gegen Letztere verteidigen. Nach dem Friedensschlusse würde er die gegenseitigen Verpflichtungen und Garantien Österreich-Ungarns und Montenegros als Entwurf zu Papier bringen lassen. Ich wollte wissen, wie weit der König in diesem kaum genügend überdachten, einseitigen Projekten und Ansprüchen gehen würde und frug, ob ich die Äußerungen des Königs Euer Exzellenz einberichten solle, worauf Seine Majestät entgegnete: „Nein, bringen Sie meine Vorschläge einmal mündlich vor, — ich werde nach dem Friedensschlusse den Erbprinzen gleich nach Wien senden, und können Sie dann dort mit ihm arbeiten." „Danilo ist gegenwärtig krank, sonst wäre er schon ins Ausland abgereist." Unmittelbar darauf kam der König auf die Kreierung eines autonomen Albanien zu sprechen, mit welchen Intentionen er „au fond" ganz einverstanden sei, nur müßten ihm „selbstverständlich" alle besetzten Gebiete, speziell auch Skutari und San Giovanni di Medua belassen werden. Einige Tage früher hatte König Nikolaus dem deutschen Gesandten gegenüber erwähnt, daß er Skutari durch Ausbaggerung der Bojana mit dem Meere verbinden und zu einem Seehafen machen werde. Ich erinnerte Seine Majestät daran, daß nach der bestimmten Willensäußerung Ö erreich-Ungarns und Italiens, Skutari einen integrierenden Bestandteil Albaniens bilde, — worauf König Nikolaus mit Lebhaftigkeit entgegnete: „Davon will ich nicht einmal sprechen hören, — in Skutari bleibe ich, und wenn man mich mit Gewalt hinauswerfen will, so werde ich mich, darauf gebe ich Ihnen mein geheiligtes Wort, bis auf den letzten Mann verteidigen." „Sie sollen wissen, daß ich deshalb meine Truppen schone, um dieselben vollzählig zum Kampfe gegen die Monarchie bereit zu haben." Ich bestätigte dem König, daß er mir schon das letztemal von der „dernière chèvre und dernière cartouche" gesprochen habe, daß diese Drohung aber an dem Faktum, über das Schicksal Albaniens werde ein anderes Forum entscheiden, nichts ändern könne, und ich im übrigen hoffe, daß diese, allmählich zur Berümtheit gelangende „letzte Ziege" noch lange leben werde. Es hätte gewiß dieser Drohung des Königs nicht bedurft, um seine wahren Tendenzen zu enthüllen und die Wertlosigkeit und Hinterhältigkeit seines Anerbietens zu erweisen. Der König ist Phantast, Chauvinist und dabei Egoist vom reinsten Wasser. Augenscheinlich hat er die ruhige und reife Überlegung bezüglich des wahrscheinlichen Ganges der Ereignisse gänzlich verloren, sieht nur durch die eigenen Brillen und glaubt sich einer der Brennpunkte der Weltpolitik zu sein. Der Unterstützung der Monarchie will sich der König für den Kampf gegen Serbien sichern für den Fall, als es nicht zum bewaffneten Konflikt mit diesem Lande kommt und Rußland nicht aktiv eingreift. Er rechnet eben auf alle Eventualitäten und will sich in jedem Falle auf eine mächtige Stütze verlassen können. Österreich-Ungarn soll aber nur dann dazu gut sein, ihm zu helfen, wenn er die russische Hilfe nicht erhalten kann, also in dem langwierigen Kampfe gegen Serbien. Auch darf unser Schutz nichts kosten, keine Gegenleistung, welche ihm die Gunst Rußlands entziehen könnte, darf geboten werden. Ich war von Anfang an davon überzeugt, daß der König sich dem russischen Gesandten gegenüber,

der gestern bei ihm in Rijeka war, in dem Sinne äußerte, daß ihn Österreich-Ungarn in ökonomische und politische Abhängigkeit zu bringen suche und daß sein Lebenswerk, der wachsame Vorposten Rußlands gegenüber Österreich-Ungarn am Balkan zu sein, nunmehr von zwei Seiten, von Serbien und der Monarchie, bedroht werde. Heute hatte ich eine Unterredung mit meinem russischen Kollegen, welcher mir in deutlicher Weise zu verstehen gab, daß der König gestern abermals Österreich-Ungarn gegen Rußland auszuspielen versuchte, — eine Taktik, welche aber in St. Petersburg nicht mehr verfangen dürfte. Würde unsere Streitfrage mit Serbien mit den Waffen ausgetragen werden und Rußland offen oder geheim auf der Seite unseres Gegners stehen, dann, — darüber scheinen Zweifel nicht zulässig, — wird auch hier schnell die letzte Maske fallen und Rußland sicher auf die tätige Mitwirkung des „einzigen Freundes" zählen können. Giesl.

Nr. 4734. Bericht aus Cetinje, 1. Dez. 1912 Nr. 101 B (eing. 5. Dez.). Ausfert.

Streng vertraulich. Der deutsche Gesandte beabsichtigte gestern, die mir durch das hohe Telegramm Nr. 125 vom 30. v. M. signalisierte Mitteilung in Rijeka dem Könige zu machen, doch war Höchstderselbe kurz vorher an die Front nach Gruda abgereist. Herr von Eckardt diktierte seine Mitteilung dem in Rijeka zurückgebliebenen Geheimsekretär, politischen Redakteur und Berater des Königs, Conte Lujo Voinovich, welcher dieselbe nach Gruda zu telegrafieren versprach. Die Kommunikation, welche mir mein deutscher Kollege am Vorabende im Originale vorwies, hat denselben Wortlaut wie meine Demarche vom 11. November über die definitive Besitzergreifung der albanischen Küste durch Montenegro oder Serbien. Kurz vor dem deutschen Gesandten war der russische Gesandte, Herr von Giers, über Berufung in Rijeka eingetroffen, und hatte den König, vor dessen Abgang in das Hauptquartier, gesprochen. Wie ich Hochdenselben schon telegrafisch[a]) gemeldet und wie mir Herr von Giers seither bestätigte, hatte derselbe den telegrafischen Auftrag erhalten, sich dahin zu äußern, daß die Mächte im Falle eines Friedensschlusses der Türkei mit den Balkanstaaten diesen Frieden zu revidieren haben werden, und es sich deshalb empfehle, Mäßigung in seinen Ansprüchen zu bewahren. Mein russischer Kollege teilte mir mit, daß er diese Äußerung nur in abgeschwächter und formloser Weise getan, indem er sie durch den ersten Beamten der Gesandtschaft dem hiesigen Regierungsvertreter bekanntgeben ließ; erst über Aufforderung des Königs sei er nach Rijeka und habe sie dem Gospodar wiederholt. Aber selbst abgesehen von der wenig wirkungsvollen Form, fehlt in dem allgemein gehaltenen Ratschlage das Wichtigste, das ist die Aufforderung, sich dem Willen der Großmächte zu beugen und die Eröffnung, daß im Gegenfalle Montenegro nicht auf die Unterstützung Rußlands zählen könne. Ich glaube deshalb auch nicht, und der russische Gesandte ist derselben Meinung, daß dessen Message auf den König einen besonderen Eindruck gemacht, es wäre denn, daß man eine geheime Mission des Herrn Miušković, welcher heute, — unbekannt wohin, — abreisen soll,

damit in Zusammenhang bringt. Der König hat sich zwar gestern zu Conte Voinovich so laut geäußert, daß alle Umstehenden es hören konnten: „Rußland hat uns im Stiche gelassen und verkauft", aber die Tendenz dieser Äußerung ist so durchsichtig, daß sie unmöglich ernst genommen werden kann. Ich entnahm dementgegen aus den vertraulichen Eröffnungen, die mir Herr von Giers machte, daß der König demselben gegenüber dasselbe Jammerlied von der Bedrohung Montenegros durch Serbien anstimmte und auch ihm versicherte, daß er um die Hegemonie über die serbische Nation zu kämpfen entschlossen sei, jedoch mit der bemerkenswerten, wenn auch selbstverständlichen Variante, daß ihm, wenn ihm gegen Serbien nicht Hilfe von Rußland käme, nichts anderes übrig bliebe, als sich mit gebundenen Händen an Österreich-Ungarn auszuliefern. Es sei natürlich das vornehmste Interesse und die Pflicht Rußlands, Montenegro gegen die Umklammerung und Vergewaltigung, sei es durch Serbien, sei es durch Österreich-Ungarn zu schützen. Herr von Giers setzte hinzu, daß dieser Sermon von heftigen Ausfällen gegen Österreich-Ungarn begleitet war, doch kenne man in Petersburg den Gospodar bereits genau und wisse seine Taktik nach Gebühr einzuschätzen. Der König hat auch meinem russischen Kollegen gegenüber betont, daß er Skutari und San Giovanni di Medua nicht räumen werde, und legte mir Herr von Giers den Vorschlag nahe, die beiden Orte zu neutralisieren und so den Serben den gewünschten Zugang zum Meere und den Hafen zu verschaffen. Ich erwiderte dem russischen Gesandten, daß nach den deutlichen und bestimmten Demarchen, welche wir, Italien und nun auch Deutschland gemacht hätten, von einer Belassung San Giovanni di Meduas oder Skutaris im definitiven Besitze Montenegros oder Serbiens nicht die Rede sein könne. Es scheine übrigens, daß durch die Macht der Verhältnisse, weil Montenegro bisher nicht im stande war, Skutari zu bezwingen, und sogar angenommen werden kann, daß der König ungeachtet aller marktschreierischen Vorbereitungen auf Grund des Versagens seiner Streitmittel es nicht mehr wage, den Platz energisch anzugreifen, — sich überdies der Waffenstillstand vorläufig dazwischen lege, — der König nicht in den Besitz von Skutari gelangen und die Frage dadurch gegenstandslos würde. Giesl.

a) Vgl. n. 4721.

Nr. 4735. Tel. nach London Nr. 84 (1), Berlin Nr. 179 (2), St. Petersburg Nr. 172 (3), Rom Nr. 226 (4), Paris Nr. 114 (5) und Bukarest Nr. 69 (6), 1. Dez. 1912 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.).a) Konz. (S. Nemes; V. u. G. Berchtold).

1. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 121 vom 29. v. M.
2. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 228 vom 29. v. M.
3. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 242 vom 28. v. M.

1.—6. Der englische Botschafter hat mir gestern auftragsgemäß von dem Gedanken Sir E. Greys gesprochen, zur Vereinfachung an Stelle des gegenwärtig zwischen den Mächten bezüglich der Balkanfragen gepflogenen Meinungsaustausches Besprechungen der in einer europäischen Haupt-

stadt akkreditierten Botschafter treten zu lassen. Diese Besprechungen sollten namentlich dem Zwecke dienen, jene Fragen festzusetzen und zu beraten, deren Austragung die Mächte den Kriegführenden allein nicht überlassen könnten. Es würde sich somit nicht um eine Konferenz, sondern um die Verlegung der bezüglichen diplomatischen Konversation in eine Centrale — etwa nach Paris — handeln. Ich habe die Mitteilung des Botschafters mit dem Bemerken entgegengenommen, daß ich von dem Gedanken seines Ministers bereits aus einer einschlägigen Meldung aus London Kenntnis erhalten habe, mir aber bisher kein definitives Urteil darüber hätte bilden können. Wie er wisse, seien mehrere Kabinette, darunter auch das Wiener, gegen die Einberufung einer Konferenz, da mehrere derzeit noch ungeregelte Fragen die Beratungen des internationalen Aeropags scheitern machen könnten. So wie ich die englische Anregung verstehe, scheine aber nicht die Vereinigung von Spezialbevollmächtigten in Aussicht genommen zu sein, sondern lediglich die Übertragung der derzeit bereits von den leitenden Staatsmännern geführten Vorberatungen an die in einer Kapitale befindlichen Botschafter. Eine solche unverbindliche Konversation wäre vielleicht geeignet, praktische Resultate zu liefern, ohne die mit einer Konferenz verbundenen Gefahren heraufzubeschwören, doch würden auch bei einem solchen modus procedendi gewisse Reserven von vorneherein gemacht werden müssen. Was die Wahl einer Hauptstadt anbelange, schiene mir Paris weniger wünschenswert, da die Haltung Frankreichs in der gegenwärtigen Krise nichts weniger als unparteiisch gewesen sei. Demgegenüber könne ich aber konstatieren, daß die englische öffentliche Meinung eine wohltuende Unabhängigkeit des Urteils an den Tag gelegt habe, weshalb mir auch die Londoner Atmosphäre für einen gedeihlichen Verlauf der Besprechungen geeigneter erscheine. Der Bemerkung Sir Fairfax Cartwrights, daß in Paris die Anwesenheit Herrn Iswolskys störend wirken könnte, setzte ich keinen Widerspruch entgegen. Schließlich stellte ich dem Botschafter eine seinerzeitige definitive Antwort in Aussicht, betonend, daß meiner heutigen Äußerung kein bindender Charakter beizumessen sei.

1. Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Information und Regelung Ihrer Sprache Sir E. Grey gegenüber, wobei ich bemerke, daß ich mit Euer Exzellenz im eingangs zitierten Telegramme gemeldeten Äußerungen zu dem Staatssekretär vollkommen einverstanden bin.

2. Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information und Mitteilung an den Herrn Staatssekretär.

3.—4. Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information und Mitteilung an

3. Herrn Sazonow,

4. Marquis di San Giuliano,

3.—4. wobei Hochdieselben sich, was die Wahl der Hauptstadt anbelangt, darauf beschränken wollen zu bemerken, daß ich mich dem englischen Botschafter gegenüber Paris betreffend ablehnend verhalten habe.

5. Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information und Regelung Ihrer Sprache Herrn Poincaré gegenüber, wobei Hochdieselben

sich, was die Wahl der Hauptstadt anbelangt, über meine Auffassung nicht informiert zeigen wollen.

6. Vorstehendes zu Euer Durchlaucht rein persönlicher Information und streng vertraulicher Mitteilung an Seine Majestät König Carol.

1.—6. Über meine definitive Stellungnahme werden Euer etc. seinerzeit eine Mitteilung erhalten. Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 75 Nr. 144. Vgl. n. 4742, 4745, 4746, 4756, 4760, 4771, 4784, 4785.

Tel. nach Paris, 1. Dez. 1912 Nr. 114 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 4735.

Nr. 4736. Tel. aus Paris, 1. Dez. 1912 Nr. 160 (eing. 6 U. p. m.).[a]) *Entziff.*

Über die von Sir E. Grey vorgeschlagene Botschafterkonferenz erfahre ich im Auswärtigen Amt: „Grey hat, ohne bisher formell Vorschlag zu machen, angeregt, daß in Paris eine Konferenz der hier akkreditierten Botschafter zusammentreten soll, die aber keine Beschlüsse zu fassen hätte und nur berufen wäre, den Gedankenaustausch zwischen den Kabinetten an einem Ort zu konzentrieren und damit zu vereinfachen. Die Kriegführenden wären bei dieser Konferenz nicht vertreten. Man müßte trachten, hinsichtlich gewisser Fragen mehr prinzipieller Natur ein Einvernehmen zu erzielen, um dann gemeinsam auf Balkanstaaten einwirken zu können. Erst später werde sich zeigen, ob bezüglich endgültiger Regelung aller Fragen eine wirkliche europäische Konferenz, auf welcher dann Beschlüsse zu fassen und eventuell Vertrag abzuschließen wäre, stattfinden soll. Ministerrat hat sich mit englischer Anregung beschäftigt und derselben zugestimmt. Kabinett von Petersburg ist einverstanden. Deutsche Regierung erhebt, falls alle Kabinette zustimmen, keine Einwendungen und hat angeblich übernommen, diesfalls in Wien zu sondieren. Englische Anregung beruft sich auf Konferenzvorschlag Herrn Poincarés vom 15. Oktober, doch will Letzterer keine neue Initiative ergreifen. Herr Paléologue meint sogar, daß Poincaré der Konferenz wahrscheinlich nicht selbst präsidieren werde, sondern Frankreich durch einen seiner Botschafter vertreten sein dürfte. Man verkennt hier keineswegs die Schwierigkeiten, die sich dem Projekte Sir E. Greys entgegenstellen; als eine der hauptsächlichsten wurde mir vertraulich die Person Herrn Iswolskys genannt; anderseits verkenne man nicht die praktischen Vorteile, die sich aus einem so vereinfachten Gedankenaustausch ergeben. Ich habe dem Konferenzprojekt gegenüber natürlich absolute Reserve beobachtet, wäre aber für Informationen dankbar, wie Euere Exzellenz über dasselbe denken. Meiner unmaßgeblichen Meinung nach müßten wir trachten, eine prinzipiell ablehnende Haltung zu vermeiden, da es sehr erwünscht erscheint, sich englisches Kabinett, dessen beruhigender und uns günstiger Einfluß hier deutlich zu konstatieren ist, nicht zu verstimmen. Szécsen.

[a]) Vgl. n. 4745, 4785.

Nr. 4737. Tel. nach Peking, 1. Dez. 1912 Nr. 53 (chiffr. 8 U. 20 M. p. m.).[a] Konz. (S. Musulin; V. u. G. Berchtold).

Erhalten Euer Hochwohlgeboren Telegramm von 23. d. M. Die serbischen Aspirationen auf einen territorialen Zugang zur Adria haben zwischen uns und dem Königreiche Gegensätze gezeitigt, die sich vielleicht auf friedlichem Wege nicht lösen lassen würden und in diesem Falle auch das Eingreifen Rußlands wahrscheinlich macht.[b] Ersuche Euer Hochwohlgeboren mir zu telegraphieren, ob die Aussicht auf ein Engagement Rußlands in Europa, die Machthaber in Peking zum Handeln bewegen würde und ob das Kräfteverhältnis ein derartiges wäre, daß ein Krieg Rußlands mit China unsererseits bei eventuellen Operationen als ein entlastendes Moment empfunden werden würde. Euer Hochwohlgeboren wollen mir nur Ihre persönliche Ansicht mittheilen und das Einholen von Informationen natürlich unterlassen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 4757. — [b] So!

Nr. 4738. Tel. nach Rom, 1. Dez. 1912 Nr. 224 (chiffr. 7 U. 15 M. p. m.). Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

Antwort auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 215 vom 30. v. M. Ich habe mich tatsächlich zu Herzog Avarna dahin geäußert, daß ich es im gegenwärtigen Momente nicht für nötig erachte, der Belgrader Regierung unseren nunmehr allseits bekannten Standpunkt in der Adria-Hafenfrage nochmals zu wiederholen. Ich glaube nämlich, daß eine solche Wiederholung eher einen abschwächenden Eindruck machen, als jenen besonderen Nachdruckes hervorrufen würde. Berchtold.

Tel. nach Rom, 1. Dez. 1912 Nr. 226 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 4735.

Tel. nach St. Petersburg, 1. Dez. 1912 Nr. 172 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 4735.

Nr. 4739. Tel. aus Sofia, 1. Dez. 1912 Nr. 419 (eing. 6 U. p. m.).[a] Entziff.

Ich bitte Euer Exzellenz um geheime Behandlung meines mit Kurier abgegangenen Berichtes Nr. 88 B vom 25. v. M., da rumänischen Kollegen nicht verstimmen möchte. Herrn Ghikas Haltung flösst mir letzter Zeit kein Vertrauen ein, er wird immer reservierter; ob infolge Instruktionen oder persönlicher Stimmung kann nicht beurteilen, da nicht weiss, ob Euer Exzellenz mit Haltung Rumäniens ganz zufrieden. Jedenfalls befürchte, Ghika könnte durch tendenziös gefärbte Berichte schaden oder hat schon geschadet. Hier wird allgemein erzählt, Rumänien wäre für uns abgekühlt; auch Freunde, wie deutscher und italienischer Kollege haben den Eindruck und fragen mich. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 4748, 4769.

Nr. 4740. Tel. an den Konsul Wenzel Lejhanec in Valona, 1. Dez. 1912 Nr. 12 (chiffr. 9 U. p. m.).[a] Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

Mit Bezug auf das unterm 28. v. M. anher gerichtete Telegramm Ismail Kemal Beys[b] sind Euer Wohlgeboren ermächtigt, den genannten Präsidenten der provisorischen Regierung Albaniens zu versichern, daß Österreich-Ungarn und Italien, welche dem albanesischen Volke seit jeher die weitgehendsten Sympathien entgegenbringen, auch das größte Interesse für die selbständige Entwicklung Albaniens hegen und derselben ihre moralische Unterstützung angedeihen lassen. Euer Wohlgeboren wollen sich bezüglich der Ausführung dieses Auftrages mit Ihrem italienischen Kollegen, der eine analoge Instruktion aus Rom erhält, ins Einvernehmen setzen. Ich ersuche um kurze telegrafische Bestätigung über den Empfang vorliegender Weisung. Berchtold.

[a] Oe. U. Balkan 75 Nr. 143. — [b] Vgl. n. 4697.

Tel. nach Belgrad, 2. Dez. 1912 Nr. 118 (chiffr. 8 U. 10 M. p. m.). Siehe n. 4750.

Nr. 4741. Tel. aus Belgrad, 2. Dez. 1912 Nr. 283 (eing. 6 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Ich habe heute Herrn Jovanović in einer administrativen Angelegenheit aufgesucht. Der Herr Generalsekretär kam sofort wieder auf die Hafenfrage zu sprechen und sagte mir, Serbien habe sich wohl mit der Frage der albanesischen Autonomie abfinden müssen, daß es aber auf einen eigenen Hafen an der Adria unmöglich verzichten könne. Seine Sprache klang mir jedoch keineswegs sehr zuversichtlich. Ugron.

[a] Oe. U. Balkan 76 Nr. 145.

Nr. 4742. Tel. aus Berlin, 2. Dez. 1912 Nr. 293 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 178[a] und 179 von heute. Staatssekretär faßt Anregung Sir E. Greys genau so auf wie Euer Exzellenz und wäre sehr dankbar für eine ehetunlichste Mitteilung Hochdero diesbezüglicher definitiver Stellungnahme. Herr von Kiderlen würde Wert darauf legen, daß die Wiener und Berliner Kabinette eine analoge Antwort auf die englische Anregung erteilen. Szögyény.

[a] Mit Tel. Nr. 178, 1. Dez. 1912 (chiffr. 8 U. 10 M. p. m.) wurde n. 4707 nach Berlin mitgeteilt.

Nr. 4743. Privatschreiben des Deutschen Botschafters in Wien, 2. Dez. 1912.[a] Eigh. Ausfert.

Nachdem man in Rom auf Aufnahme des Protokolls vom 28. Juni 1902[b] besteht, hält es meine Regierung für angezeigt, zur Vermeidung von Zeitverlust und unerwünschten Weiterungen, dem italienischen Wunsche zu entsprechen und das Protokoll von 1902 zu erneuern. Ob jetzt ein oder zwei Protokolle zu unterzeichnen sind, will meine Regierung dem Wiener Kabinett überlassen, ebenso wie ein etwa hierfür noch erforderliches directes Benehmen mit der italienischen Regierung. Tschirschky.

[a] Vgl. n. 4524, 4793. — [b] Pribram, I 92.

Nr. 4744. Tel. aus London, 2. Dez. 1912 Nr. 122 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Streng vertraulich. Im Nachhange zu meinem Telegramme Nr. 120 vom 29. v. Mts. Ich war über Sonntag zum Geburtstag der Königin Alexandra in Sandringham. König Georg sagte mir gestern abends, Foreign Office sei auf Höchstseine Anregung, Verhalten Herrn von Hartwigs in Petersburg vertraulich zur Sprache zu bringen, nicht eingegangen. „Sie fürchten, es könnte übel genommen werden." Seine Majestät hatte aus Telegramm Sir F. L. Cartwrights entnommen, daß Euer Exzellenz, ohne definitiv zu antworten, Idee Sir E. Greys einer Botschafterbesprechung sympathisch aufgenommen haben. Seine Majestät war darüber erfreut und sprach Hoffnung aus, ich würde recht bald Auftrag erhalten, Stellungnahme Euer Exzellenz zu dieser Anregung der hiesigen Regierung mitzuteilen. Seine Majestät schien über die Situation überhaupt etwas hoffnungsvoller; bezeichnete aber Forderung der Alliierten nach einer Kriegsentschädigung von der Türkei als Unsinn. Mensdorff.

Nr. 4745. Tel. nach Rom, 2. Dez. 1912 Nr. 227 (chiffr. 10 U. 20 M. p. m.).[a] Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 226 von gestern. In Beantwortung der durch Sir Fairfax Cartwright gemachten Demarche beabsichtige ich, Graf Mensdorff anzuweisen, sich Sir E. Grey gegenüber in nachfolgendem Sinne auszusprechen: Ich erblicke in seiner Anregung, den Gedankenaustausch zwischen den Kabinetten bezüglich definitiver Regelung gewisser Balkanfragen an einem Orte zu konzentrieren, ein geeignetes Mittel zur Vereinfachung des Geschäftsganges. Sobald eine Einigung über den Ort, wo die Besprechungen der Botschafter stattfinden sollen, erzielt sein wird, wäre ich bereit, den betreffenden k. u. k. Botschafter mit einer bezüglichen Instruktion zu versehen. Mit derselben würde der Botschafter angewiesen werden, an den unverbindlichen Beratungen teilzunehmen. Um jedem Mißverständnisse vorzubeugen, wolle ich die Aufmerksamkeit Sir E. Greys jedoch schon jetzt auf den Umstand lenken, daß — wie ihm übrigens bekannt sein dürfte — ein österreichisch-ungarisch-italienischer Akkord besteht, welcher die Autonomisierung Albaniens ins Auge faßt. Ausgehend von dem darin aufgestellten Grundsatze, hätten Österreich-Ungarn und Italien bereits in Belgrad und Cetinje erklärt, daß die beiden Regierungen eine dauernde Besitzergreifung seitens Serbiens oder Montenegros an der albanesischen Küste nicht zugeben würden.[1] Diesem von uns eingenommenen Standpunkte entsprechend, würde die Instruktion des k. u. k. Botschafters dahin lauten, daß er sich, was den Access Serbiens an die Adria anbelangt, nur an einem Gedankenaustausche darüber beteiligen wird können, wie für Serbien ein wirtschaftliches Debouché an die Adria sichergestellt werden könnte, während er unter keinen Umständen an einer Diskussion werde teilnehmen können, welche die territoriale Ausbreitung des Königreiches bis an die Adria, respektive den Erwerb eines Hafens an

derselben zum Gegenstande hat.[2]) Was die Wahl der Hauptstadt anbelangt, in welcher die Botschafterberatungen stattfinden sollen, so stehe meinen Informationen zufolge die einmütige Annahme von Paris nicht zu erwarten, während gegen die Wahl Londons kaum von irgend einer Seite ein Anstand erhoben werden dürfte. Wie ich einer Meldung aus Paris[b]) entnehme, neige man dort der Ansicht zu, daß die Kriegführenden an den Besprechungen nicht teilzunehmen hätten. Meiner Auffassung nach hätten die Besprechungen auf die Botschafter Österreich-Ungarns, Deutschlands, Englands, Frankreichs, Italiens und Rußlands beschränkt zu bleiben und sollte nur der Gesandte Rumäniens denselben zugezogen werden, da das Königreich durch seine Lage an den zu besprechenden Gegenständen zum Teil direkt interessiert sei und durch seine korrekte friedliche Haltung während des Krieges sich ein Anrecht erworben habe, seine Stimme im Rate der Großmächte vernehmen zu lassen. Euer Exzellenz wollen Vorstehendes zur Kenntnis Marquis di San Giulianos bringen und bemerken, ich würde großen Wert darauf legen, daß unsere und Italiens Antwort auf den Greyschen Vorschlag sich im gleichen Rahmen bewege und daß ich vor einer definitiven Stellungnahme seine bezügliche Antwort erwarte. Ich verständige unter einem[c]) das Berliner Kabinett von der meinerseits beabsichtigten Antwort nach London Berchtold.

[1]) Hat das so gelautet? — [2]) Ebenso könnte die Ausscheidung Valonas aus dem Gebiete Albaniens nicht in Diskussion gezogen werden.

[a]) Vgl. n. 4760, 4784, 4802, 4816. — [b]) Vgl. n. 4736. — [c]) Vgl. n. 4753 Anm. b.

Unterredung mit dem ital. Botschafter, 2. Dez. 1912. Siehe n. 4759.

Nr. 4746. Tel. aus St. Petersburg, 2. Dez. 1912 Nr. 248 (eing. 3. Dez. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 172 und Inhalt auftragsgemäß Herrn Sazonow mitgeteilt. Herr Sazonow bemerkte, er könne sich denken, warum Euer Exzellenz Paris für die Botschafterbesprechung nicht genehm ist. Er könne Hochdero aber versichern, daß die Person Herrn Iswolskys zu keinerlei Bedenken Anlaß zu geben brauche. Erstens habe dieser die alten Rancunen, die doch hauptsächlich dem Vorgänger Euer Exzellenz galten, längst vergessen, außerdem hätte er nur nach Instruktionen seines Ministers vorzugehen und die würden keinerlei Raum zur Betätigung persönlicher Gesichtspunkte lassen. Herr Iswolsky werde gegebenenfalls den striktesten Auftrag erhalten, gerade mit Rücksicht auf das Mißtrauen das seiner Person entgegengebracht werden könnte, doppelt vorsichtig jede persönliche Note zu vermeiden und er stehe für den Gehorsam seines Botschafters ein. An sich sei es Minister gleichgiltig, ob die Besprechungen in Paris oder in London stattfänden, doch glaubt er, daß Sir E. Grey letzteren Ort mit Rücksicht auf seine Unkenntnis des Französischen selbst nicht annehmen würde. Herr Sazonow bezeichnet den Beginn der mehrerwähnten

Besprechungen als im Interesse einer friedlichen Lösung für umso dringender, als schon die nächsten Tage den Waffenstillstand und bald darauf den Frieden der Balkanstaaten mit der Türkei bringen könnten, welcher Eventualität gegenüber es höchst notwendig wäre, daß die Großmächte vorher unter sich zu einem Einverständnisse gelangen. Als Herr Minister unter den zu besprechenden Gegenständen den „serbischen Hafen" erwähnte, warf ich ein, daß, wie ihm bekannt sei, die Monarchie einer territorialen Ausdehnung Serbiens nach der Adria unter keinen Umständen zustimmen könnte, worauf Minister bemerkte, es handle sich ja eben darum, den berechtigten serbischen Wunsch nach einem wirtschaftlichen Débouché auf eine auch für uns akzeptable Weise zu lösen und gerade deshalb seien in einem freundschaftlichen Geiste geführte, rein sachliche Besprechungen dringend nötig. Herr Sazonow tat auch der immer wiederkehrenden Nachrichten über russische Mobilisierungsmaßregeln Erwähnung und wiederholte mir die bündigste Versicherung, daß hier außer der Zurückhaltung der alten Mannschaft keine Vorkehrungen und keinerlei Truppenverschiebungen vorgenommen worden seien, was man von der Monarchie allerdings nicht sagen könne. Ich erwiderte, daß mir hierüber nichts bekannt sei, daß aber angesichts der aggressiven Sprache Serbiens und den von allen Seiten verbreiteten Nachrichten über russische Rüstungen es nicht zu wundern wäre, wenn unserseits gewisse Vorsichtsmaßregeln getroffen worden wären, die aber — ich wiederhole es — keinerlei aggressive Tendenz gegen Rußland hätten. Herr Minister sagte hierauf, wir könnten versichert sein, daß Rußland uns nicht angreifen werde; allerdings, wenn wir über Serbien herfallen sollten, würde die hiesige öffentliche Meinung es der Regierung kaum möglich machen, ihrerseits passiv zu bleiben. Er habe aber volles Vertrauen zu Euer Exzellenz, daß Hochdieselben an der bisher eingehaltenen Politik kluger Mäßigung festhalten und nichts Irreparables unternehmen werden, so daß es, wie er bestimmt hoffe, möglich sein werde, alle Fragen in einer allseits befriedigenden Weise zu regeln. Auf meine Bemerkung, daß Serbien derart den Kopf verloren zu haben scheine, daß jede vernünftige Verständigung mit ihm in Frage gestellt sei, meinte Minister, es schiene ihm viel besser, wenn wir uns mit Russland verständigen würden und jetzt gar nicht weiter mit den Serben uns einließen. Diese hätten übrigens schon jetzt viel Wasser in ihren Wein gegossen und hofft er, daß, wenn in der Zwischenzeit nichts geschehe, was zu einem direkten Bruch führen würde, Serbien auf dem Wege der Ernüchterung noch weiter fortschreiten werde. Herr Sazonow schloß mit einem warmen Appell an Euer Exzellenz, den von Sir E. Grey proponierten Botschafterkonferenzen, von denen er sich den allerbesten Erfolg erwarte, keine Schwierigkeiten zu machen und dieselben nicht durch Personalfragen, die, wie er mir garantieren könne, keinen Einfluß auf den Gang der Besprechungen haben würden, zum Scheitern zu bringen. Ganze Tonart seiner Ausführungen war zwar ernst aber durchaus freundschaftlich und konziliant. Mein deutscher Kollege, der den Minister nach mir sprach und dem letzterer ungefähr dasselbe sagte, hat von seiner Unterredung gleichen Eindruck, wie ich, davongetragen. Thurn.

a) Oe. U. Balkan 77 Nr. 146. Vgl. n. 4764, 4820.

Nr. 4747. Tel. aus Sofia, 2. Dez. 1912 Nr. 421 (eing. 3. Dez. 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Conseilspräsident sagt mir, Verhandlungen betreffend Waffenstillstand verzögern sich, da griechische Unterhändler sich nach Athen um Instruktionen bezüglich Blockadefrage gewendet, weswegen weder vorgestern noch gestern verhandelt worden wäre. Heute nachmittags würde Sitzung der Unterhändler wieder stattfinden. Nach Nachrichten zu urtheilen, die Conseilspräsident von Herrn Danew erhalten, stünden Aussichten Waffenstillstandes günstig. Bulgarien hätte bezüglich Tschataldja und Adrianopel nachgegeben und verlange nicht Übergabe. Auf Tschaltaldja lege Bulgarien überhaupt keinen Wert und Adrianopel müsse sich ohnehin bald ergeben, da Nahrungsmittel ausgiengen. Herr Geschoff kam auf Frage zurück, die er unlängst bezüglich unserer Absichten in Betreff Albaniens an mich gerichtet (gehorsames Telegramm Nr. 405 vom 28. v. Mts.), und wollte Bescheid wissen, da es für Bulgarien sehr wichtig wäre, vor Friedensverhandlungen, die vermutlich nächstens beginnen würden, zu erfahren, ob wir mit Belassung Albaniens unter türkischer Souveränität oder Suzeränität einverstanden. Ich antwortete, Standpunkt meiner Regierung sei mir bis jetzt unbekannt. Auf Verwunderung und Vorwurf, die ich im Sinne hohen Telegrammes Nr. 168 vom 1. d. Mts., ausgedrückt, antwortete Herr Geschoff mit Versicherung, daß er bezüglichen Artikel des „Mir" gar nicht gesehen und Sache erheben würde. Ich insistierte, daß „Mir" Organ Herrn Geschoffs und von einem Kabinettsminister redigiert. Auf von mir ausgesprochene Erwartung, daß mir Conseilspräsident auf meine Demarche (hohes Telegramm Nr. 160 vom 26. v. Mts.) bald Antwort geben würde, erwiderte Herr Geschoff mit Frage, ob mir an baldiger Antwort sehr gelegen, da doch serbische Forderungen mit allen anderen Fragen nicht vor Friedensschluß zur Diskussion kommen würden. Ich antwortete, daß mir Schritt, den ich im Auftrage Euer Exzellenz unternommen, unter allen Umständen eine Antwort zu erfordern schiene und es im Interesse guter Beziehungen sei, daß Herr Geschoff auf Demarche Antwort erteile. Meine Annahme, daß man hier jetzt absichtlich zur serbischen Angelegenheit Stellung zu nehmen vermeide, war richtig. Ob nur deswegen, da man, solange Krieg nicht beendigt, begreiflicherweise Serbien nicht verstimmen will und ob sonst ohne schlechte Absicht gegen uns, bleibt dahingestellt. Bei friedlicher Lösung unseres différend mit Serbien dürfte Bulgarien trachten, solche diplomatische Haltung zu beobachten, die weder Wien noch Belgrad verstimme. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß sich zwischen Verbündeten gleich nach Ende des Krieges Reibungen ergeben, aus welchen wir Nutzen ziehen könnten. Bauen kann man aber darauf nicht und sollte es zum Krieg zwischen uns und Rußland und Serbien kommen, so schiene mir — obwohl schwer anzunehmen, daß König Ferdinand sich gleich aktiv feindlich gegen uns wende und daß so stark erschöpftes Bulgarien sich sofort an neuem, hierzulande wahrscheinlich wenig populären Krieg beteilige — doch unvorsichtig, auf Neutralität Bulgariens unter allen Umständen — und ohne Rücksicht darauf, wie Haltung Rumäniens sein wird — zu rechnen. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 4777, 4778, 4929.

Nr. 4748. Tel. aus Sofia, 2. Dez. 1912 Nr. 422 (eing. 10 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Streng vertraulich. Im Verfolge des gehorsamen Telegrammes Nr. 419 vom 1. d. Mts. Je mehr ich rumänischen Gesandten beobachte und Stimmung rumänischer Gesandtschaft prüfen lasse, desto mehr mißtraue ich Haltung Herrn Ghikas. Er ist kein Freund von uns und würde sich empfehlen, daß Prinz Fürstenberg das weiß, Ghika könnte absichtlich in (Bukarest)[b] Eindruck hervorzurufen trachten, als ob hier Rußland für rumänische Kompensationen arbeiten würde. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 4769. — [b] Chiffre fehlt.

Nr. 4749. Tel. aus Sofia, 2. Dez. 1912 Nr. 424 (eing. 3. Dez. 9 U. a. m.). Entziff.

Russischer Kollege fing heute spontan unverbindliches Gespräch an und sagte im Wesentlichen: „J'ai vu dernièrement les choses tellement en noir, qu'il me semblait impossible et inutile de causer avec vous. Depuis deux ou trois jours je suis moins pessimiste. Ce qui empêche la détente, c'est qu'on ne parle pas entre Vienne et Petersbourg. Du côté russe on se tait car on craint qu'en se prononçant on fera augmente(r) les exigences, et aussi par prudence pour qu'il n'y ait pas deux points de vue peut-être très divergents. Ce qui nous rend hésitants, c'est que nous ne sommes pas renseignés sur l'étendue que vous voulez donner à l'Albanie. Nous avons commencé par soutenir les Serbes dans leurs aspirations visant la côte albanaise de Medua jusqu'à Durazzo; supposez que nous avons changé d'avis au sujet de Durazzo et même au sujet de Medua, vous admettrez qu'il nous faut tout de même savoir jusqu'où doit s'étendre le nouvel Etat albanais. Ce dont il s'agit s'est que les contrées où il y a une population orhodoxe non-albanaise et en particulier serbe ne soient pas englobées dans la nouvelle Albanie. C'est ça le point délicat où le Gouvernement russe ne pourrait pas ignorer l'opinion publique qui sera certainement très susceptible à ce sujet. Ce qui offre aussi des dangers, c'est que les Serbes sont entrés en Albanie et s'il faut des faire partir de force, cela aurait des repercussions en Russie." Herr Nekludow bemerkte zum Schlusse, es sei seiner Ansicht nach höchste Zeit, daß Meinungsaustausch beginne. Abgesehen von einigen Einwendungen, zu welchen ich mich im Verlaufe dieses ganz privaten Gespräches veranlaßt sah, verhielt ich mich receptiv. Tarnowski.

Nr. 4750. Tel. nach Üsküb Nr. 23 (1) und Belgrad Nr. 118 (2), 2. Dez. 1912 (chiffr. 8 U. 10 M. p. m.). Konz. (S. Rappaport; G. Macchio).

1. Antwort auf Euer Wohlgeboren Telegramm Nr. 111 vom 30. v. M. Für Konsul Edl. Da es für die weitere Behandlung der pendenten Affairen eventuell von großer Bedeutung sein könnte, daß selbst der Anschein vermieden werde, als ob Euer Wohlgeboren sich bloß auf die Einziehung einseitiger Information beschränkt hätten, ersuche ich Sie, sich nunmehr auch nach Prisren zu begeben. Daselbst wollen Sie sich darauf beschränken, das übrige Konsulatspersonale und die Geistlichkeit, sowie eventuell andere

Ihnen zugängliche Informanten über die relevanten Facten zu befragen, und sodann sofort direct nach Belgrad und von dort nach Erstattung einer mündlichen Meldung an Herrn von Ugron nach Wien zurückreisen. Konsul Prochaska hat Euer Wohlgeboren auf Ihrer Reise nicht zu begleiten, sondern bis zum Einlangen weiterer Instructionen in Üsküb zu bleiben. Berchtold.

2. Im Gegenstande des Telegrammes Nr. 1423 vom 30. v. M. aus Üsküb telegraphiere ich an Konsul Edl wie folgt: (Inseratur Telegramm sub 1 von „da es für die weitere Behandlung ...“ bis zum Schlusse.) Mit Rücksicht auf die mit dem serbischen Telegrafen gemachten Erfahrungen ersuche ich Euer Hochwohlgeboren, vorstehende Weisung der größeren Sicherheit halber auch Ihrerseits nach Üsküb weiterzugeben. Berchtold.

Nr. 4751. Tel. nach Athen, Nr. 78 (1) und Rom Nr. 230 (2), 3. Dez. 1912 (chiffr. 5 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Calice; V. Rappaport; G. Berchtold).

1. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 339 vom 28. l. M. Laut einer Meldung Herrn von Méreys schlägt Marquis San Giuliano vor, daß wir und Italien in bestimmter und offizieller Weise der königlich hellenischen Regierung erklären, daß die beiden Mächte, welche für eine Autonomisierung Albaniens eintreten, nicht in der Lage seien, einer Einverleibung Valonas oder der Insel Saseno zu Griechenland zuzustimmen. Ich teile Herrn von Mérey mit, daß ich mit diesem Vorschlage der Consulta einverstanden bin, und ersuche Euer Exzellenz, bei der dortigen Regierung obige Erklärung abzugeben, sobald Ihr italienischer Kollege im Besitze analoger Instruktionen sein wird.

2. Im Gegenstande Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 221[b] vom 2. d. M. telegraphiere ich, wie folgt, nach Athen: (Inseratur Telegramm sub 1 von „Laut einer Meldung Herrn von Méreys ...“ bis zum Schlusse.) Vorstehendes zur Mitteilung an Marquis di San Giuliano. Berchtold.

[a] Oe. U. Balkan 77 Nr. 147. Vgl. n. 4775, 4779. — [b] Mit Tel. Nr. 221, 2. Dez. 1912 (eing. 5 U. 30 M. p. m.) wurde aus Rom unter anderem gemeldet, Marquis San Giuliano „fände es für sehr angezeigt, daß wir und Italien offiziell und bestimmt Griechenland erklären, daß es weder Valona noch die Insel Saseno bekommen kann.“

Nr. 4752. Tel. aus Belgrad, 3. Dez. 1912 Nr. 284 (eing. 10 U. p. m.).[a] Entziff.

Herr von Hartwig scheint sehr scharfe Instruktionen aus Petersburg erhalten zu haben. Er sagte gestern meinem rumänischen Kollegen, daß wenn alle Großmächte einig wären, er glaube, serbische Regierung bestimmen zu können, daß sie sich mit der Benützung eines albanesischen Hafens und einer dahin führenden neutralisierten Eisenbahnlinie begnüge. Ich neige auch zur Ansicht, daß wir unsere Forderungen auf diplomatischem Wege werden durchsetzen können. Allerdings werden wir serbischerseits auf sehr heftige, anhaltende Strömung gegen die Monarchie rechnen müssen und die Hafenfrage dürfte kaum als gelöst, vielleicht nur auf einige Jahre hinausgeschoben betrachtet werden können. Ohne Unterschrift.

[a] Vgl. n. 4767.

Nr. 4753. Tel. aus Berlin, 3. Dez. 1912 Nr. 295 (eing. 10 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Inhalt Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 181[b] von gestern dem Staatssekretär mitgeteilt. Herr von Kiderlen ist mit der Antwort, welche Euer Exzellenz auf den Greyschen Vorschlag zu erteilen beabsichtigen, ganz einverstanden und wird sich, wie er mir soeben sagte, dem hiesigen englischen Botschafter gegenüber ganz im gleichen Sinne aussprechen.

Szögyény.

[a] Vgl. n. 4781, 4782, 4809. — [b] Unter Nr. 181 wurde n. 4745 nach Berlin mitgeteilt.

Nr. 4754. Bericht aus Konstantinopel, 3. Dez. 1912 Nr. 91 A (eing. 5. Dez.).[a] *Ausfert.*

Der Krieg zwischen der Türkei und den verbündeten Balkanstaaten, der nunmehr seinem Ende entgegen zu gehen scheint, hat manche Überraschung respective Enttäuschung gebracht. Vor diesem Kriege war die Ansicht fast allgemein, dass die türkische Armee einem gemeinsamen Angriff der Balkanstaaten gewachsen sein dürfte; bald nach Beginn des Feldzuges zeigte es sich jedoch, dass man sich in verschiedener Beziehung geirrt und den Wert des türkischen Heeres im Grossen und Ganzen überschätzt hatte. Namentlich stellte sich heraus, dass es den Türken an tüchtigen Offizieren mangelte und dass die Intendanz, der Verpflegs- und Nachschub-Dienst einer regelrechten Organisation entbehrte. Trotz dieser schwerwiegenden Mängel hätte indessen der Krieg eine andere Wendung nehmen können, wenn nicht innerpolitische Ereignisse auf die Armee desorganisierend gewirkt und die Verbündeten nicht gerade in diesem Momente losgeschlagen hätten. Nach dem Rücktritte der Jungtürken wurde nämlich ein grosser Teil der alten Mannschaft beurlaubt, welcher bei Ausbruch des Krieges durch Rekruten und Redifs ersetzt werden musste, was zur Folge hatte, dass die Armee in überaus geschwächtem Zustande in den Kampf trat. Hierin und nicht in so weithergeholten phrasenhaft klingenden Gründen, wie „Niedergang des Reiches“ und „natürlicher geschichtlicher Prozess“ etc. liegt meiner Ansicht nach die Ursache der türkischen Niederlagen. Die Folgerungen, welche man aus denselben gezogen hat, giengen — wie die Entwicklung der Dinge seither zeigt — zu weit. Man rechnete schon mit dem Zusammenbruche des osmanischen Reiches oder wenigstens der Vertreibung der Türken aus Europa, und nun zeigte sich, dass die Siege der Bulgaren keineswegs so vollständige waren, wie man dies glaubte, sondern dass in diesen Kämpfen eigentlich beide Teile geschlagen wurden, da nach denselben die türkische Armee sich zum Teile auflöste, die bulgarische aber nicht weiter aktionsfähig war. Hätten die Bulgaren glänzend gesiegt, so hätten sie eben in Tschataldja keinen Widerstand finden können und in kürzester Zeit in Constantinopel stehen müssen. Tatsächlich waren sie aber nicht imstande, ihre Erfolge auszunützen, während die Türken — entgegen der allgemeinen Annahme — trotz ihrer Verluste und der in ihren Reihen verheerend aufgetretenen Epidemie genügend Energie besassen, um sich zu sammeln und bei Tschataldja eine feste Position zu schaffen. Heute hat die Türkei nebst den circa 30.000 Mann in Adrianopel noch etwa

120.000 Mann vor Konstantinopel sowie gegen 40.000 Mann bei Gallipoli stehen und kann daher mit einem gewissen Selbstbewusstsein in die Friedensverhandlungen eintreten. Ich bin auch überzeugt, dass sich nun die Türken bei denselben keineswegs so nachgiebig zeigen werden, als dies noch vor kurzem angenommen wurde, und zwar auch schon deshalb nicht, weil sie in Asien noch über weiteres namhaftes Truppenmaterial verfügen. Nach Ansicht der militärischen Sachverständigen, welche die Tschataldja-Linie besichtigt haben, kann selbe mit den Kräften, die den Bulgaren zur Verfügung stehen, nicht genommen werden; andrerseits wäre es nicht unmöglich, dass die Türken den Bulgaren mit der Armee, die bei Gallipoli steht und verstärkt werden könnte, in den Rücken zu kommen vermöchten, wodurch deren Lage recht prekär würde. Hierin liegt der Grund, weshalb sich die Bulgaren nach dem misslungenen Versuch, die Tschataldja-Linie zu nehmen, so nachgiebig gezeigt und in den Verhandlungen über den Waffenstillstand auf Bedingungen einzugehen scheinen, welche Schlüsse auf die Friedensbedingungen zulassen. Die veränderte militärische Lage vor Konstantinopel ist naturgemäss auf die allgemeine Situation von grossem Einfluss, so dass man sagen kann, dass der Widerstand, welchen die Türken den Bulgaren entgegensetzen, in nicht zu unterschätzendem Masse auch auf die anderen Fragen, die albanesische und jene des serbischen Hafens, zurückwirkt, da dieselben, solange die bulgarisch-serbischen Streitkräfte in Thrazien durch die türkischen gebunden sind, nicht zur Entscheidung gebracht werden können. In Erkenntnis dieser Tatsache hat der hiesige russische Botschafter im Vereine mit seinem englischen und französischen Kollegen alles aufgeboten, um die Türkei, noch bevor dieselbe den von ihnen befürchteten Nachweis der vorhandenen Lebensfähigkeit und Spannkraft erbrachte, zur Nachgiebigkeit und zu der Bitte um Frieden zu bewegen, damit die Balkan-Staaten im Falle eines Konfliktes zwischen der Monarchie und Serbien beziehungsweise Russland freie Hand bekämen. Dieses Manöver ist insoferne nicht gelungen, als die Türkei nicht nachgab und ihre militärische Position soweit zu bessern vermochte, dass sie in der Lage war, mit den Gegnern einen viel günstigeren Waffenstillstand zu verabreden, als man dies noch kurz vorher hätte denken können. Es ist naheliegend, dass ich angesichts der Lage mit den türkischen Staatsmännern, namentlich mit Gabriel Effendi, im Verlaufe der letzten Wochen in fast täglichem Kontakte stand. Meine öfteren Besuche bei den führenden Politikern konnten nicht unbemerkt bleiben und nunmehr beschuldigen die hiesigen Botschafter der Entente-Mächte mich und meinen deutschen Kollegen, dass wir die Türkei in ihrem Widerstande gegen den Waffenstillstand bestärken. Diese Anschuldigung ist indessen vollkommen unbegründet; richtig ist dagegen, dass ich die militärischen Vorkehrungen der Türkei an der Tschataldja-Linie mit lebhaftem Interesse verfolgte, da ich von Haus aus überzeugt war, dass ein eventueller erfolgreicher Widerstand der Türken an diesem Punkte unserem Standpunkte Serbien gegenüber nur günstig sein kann. Eine Bestätigung der Richtigkeit dieser Auffassung glaube ich in der Euer Exzellenz telegraphisch einberichteten Äusserung Kiamil Paschas *b)* erblicken zu dürfen, wonach er Grund zur Annahme habe, dass Bulgarien auf Serbien

im Sinne der Nachgiebigkeit einwirken werde, damit die Früchte seines Sieges durch eine eventuelle europäische Konflagration nicht in Frage gestellt werden. Neben unserer energischen Haltung hat das zähe Ausharren der Türkei jedenfalls dazu beigetragen, die Situation für uns zu bessern. Meines Erachtens ist nicht damit zu rechnen, dass die Türkei in die bevorstehenden Friedensverhandlungen gewissermassen mit gebundenen Händen eintritt, denn hier scheint man im Gegenteile fest entschlossen, den Krieg fortzusetzen, falls sich die Friedensbedingungen als zu schwierig erweisen sollten.

[a]) Vgl. n. 4755. — [b]) Vgl. n. 4722. Pallavicini.

Nr. 4755. Privatschreiben aus Konstantinopel, 3. Dez. 1912 (eing. 5. Dez.).[a]) Eigh. Ausfert.

Seitdem die Türken den bulgarischen Angriff auf die Tschataldscha-Linie zurückgeschlagen haben und es so ziemlich feststeht, daß die Verbündeten nicht imstande sein dürften, diese Linie zu nehmen, hat sich die Situation gründlich geändert. Ich gestehe, daß ich in dem Augenblicke, wo man mit dem endgiltigen Zusammenbruche des türkischen Reiches in Europa rechnen mußte, mit Besorgnis in die Zukunft sah, da es in diesem Falle kaum möglich gewesen wäre, ohne großen Krieg die Bildung eines großserbischen Reiches zu verhindern. Letzteres wäre aber von unserem Standpunkte aus eine reelle Gefahr. Nun scheint es, daß diese Gefahr einerseits durch unsere energische Haltung in der Hafenfrage, andererseits durch den Widerstand, den die Türken noch heute in der Lage sind, den Verbündeten entgegenzustellen, beschworen sein dürfte. Die von Dir vom Anfange an befolgte Politik des Zuwartens wird sich also aller Wahrscheinlichkeit nach glänzend bewähren, da wir nun in die Lage kommen dürften, die Dinge in das uns passende Fahrwasser zu bringen. Die öffentliche Meinung in Europa hat sich, wie es nun den Anschein hat, durch die Siege der Verbündeten etwas zu sehr impressionieren lassen. Die Türkei ist noch keineswegs auf dem Punkte, ihren Besitzstand in Europa zu liquidiren. Sie wird sich, glaube ich, noch ziemlich hartnäckig erweisen und sich nicht so leicht in ihr Schicksal fügen, wie man dies noch vor vierzehn Tagen angenommen hatte. Die Alliirten haben das Fell des Bären verteilt, bevor noch derselbe erlegt war. Ich möchte auch in Bezug auf Albanien zur Vorsicht mahnen. Die Türken sind sich darüber klar, daß Albanien autonom werden muß, sie werden aber ihre Souveränitätsrechte nicht so leicht aufgeben. Es dürfte übrigens auch die Majorität des albanesischen Volkes kaum dafür zu haben sein, alle Bande zum osmanischen Reiche zu zerreißen. Die sogenannten albanesischen Patrioten à la Ismail Kemal Bey sind noch lange nicht das albanesische Volk. Meiner Ansicht nach ist es überhaupt bedauerlich, daß Ismail Kemal Bey, der als politischer Schwindler bekannt ist, in der Sache eine Rolle spielt und von unseren Zeitungen ernst genommen zu werden scheint. Ich möchte auch darauf hinweisen, daß unser Cultusprotectorat seine rechtliche Basis verliert, sobald Albanien nicht mehr als Theil des osmanischen Reiches zu betrachten wäre. In Constantinopel wird jetzt viel von einer zukünftigen Annäherung der Türkei an den Balkanbund, speziell an Bulgarien gesprochen. Mein deutscher College behauptet,

er hätte ganz verläßliche Informationen, daß man sowohl hier als in Sofia an ein Schutz- und Trutzbündniss denkt. Ich stehe diesen Nachrichten ziemlich skeptisch gegenüber. Es ist ja möglich, daß sie sich mit der Zeit als richtig erweisen werden, vorläufig scheint mir dies noch Zukunftsmusik. Meine Collegen von der Entente sind sichtlich enttäuscht. Sie sehen jetzt, daß die Dinge doch nicht so rasch gehen, wie sie dies glaubten. Noch vor 2 Wochen sprachen sie von dem Einzuge der Verbündeten in Constantinopel wie von einer ziemlich sicheren Sache. Nun schweigen sie hierüber und trachten, die Türken zu bewegen, so schnell als möglich Frieden zu schließen. Sie fürchten sich wahrscheinlich, daß die Dinge eine ganz andere Wendung nehmen könnten. Interessant und bezeichnend war auch ihr Verhalten in der Frage der Wiedereinschiffung der Matrosen-Contingente. Constantinopel ist jetzt ganz ruhig; man denkt an keine Gefahr.

Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 4754.

Nr. 4756. Tel. aus London, 3. Dez. 1912 Nr. 124 (eing. 4. Dez. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 84 vom 2. d. Mts. Ich habe mit Sir A. Nicolson im allgemeinen über die Unterredung Euer Exzellenz mit Sir F. L. Cartwright in Gemäßheit des erwähnten Telegrammes gesprochen, mich bei Sir E. Grey aber nicht anmelden lassen, da ich ihm noch keine Antwort Euer Exzellenz zu überbringen hatte. Sir A. Nicolson und Tyrell sind beunruhigt über den Effekt, den die gestrige Rede des deutschen Reichskanzlers[b]) auf die öffentliche Meinung Rußlands ausüben dürfte. Meiner Bemerkung, Herr von Bethmann-Hollweg habe nur eine Wahrheit ausgedrückt, die unserem allbekannten Allianzvertrage entspringe, entgegnete man im Auswärtigen Amte, wenn man dies unter vier Augen der russischen Regierung wiederholt hätte, wäre es nicht schädlich gewesen. So aber werde die russische Öffentlichkeit, die ohnehin überreizt sei und eine Wiederholung der „Humiliation" von 1909 befürchte, an die „schimmernde Wehr" erinnert und Herrn Sazonows Bemühungen, die gerade in den letzten Tagen wieder stärker eingesetzt hätten, könnten paralysiert werden. In Wien habe man kein Wort gesagt oder geschrieben, das in Petersburg verletzen sollte, diese Rede des Reichskanzlers — wahrscheinlich mit den besten Intentionen gehalten — zeige wieder den Mangel an Taktgefühl, wie man ihn so oft in Berlin zu beklagen habe. Der französische Botschafter, den ich im Auswärtigen Amte begegnete, sagte mir: „J'ai causé avec Sir Edward Grey du discours du chancelier que nous trouvons l'un et l'autre fâcheux." Die große Londoner Presse beurteilt soweit die Rede des Reichskanzlers recht günstig und enthält sich jeder abfälligen Kritik. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 4770, 4799. — [b]) Pol. Chron. d. ö.-u. Mon. 1912, 514.

Nr. 4757. Tel. aus Peking, 3. Dez. 1912 ohne Nr. (eing. 6 U. 15 M. p. m.).[a]) Entziff.

Nach meiner Meinung kann China keinesfalls Krieg führen, weil Truppen demoralisiert und unzuverlässig und Mobilisierung für die Re-

gierung gefährlich. Überdies würde chinesisches Aufgebot für eventuellen europäischen Konflikt nicht in Betracht kommen. Rosthorn.

[a]) Vgl. n. 4737.

Tel. nach Rom, 3. Dez. 1912 Nr. 230 (chiffr. 5 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 4751.

Nr. 4758. Tel. nach Rom, 3. Dez. 1912 Nr. 232 (chiffr. 10 U. 15 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

Der k. u. k. Gesandte in Cairo[b]) telegraphiert mir unterm 1. d. M., wie folgt: „Stellung und Ruf Prinzen Fuad hierzulande derart ungünstig, dass Nachricht seiner bewussten eventuellen Kandidatur hier allgemein als eine unmöglich ernst zu nehmende betrachtet wird. Er ist sehr ambitioniert, aber schwacher wankelmütiger Charakter und soll leicht beeinflußbar sein. ... *Persönliches* ... Auf seine administrative Fähigkeit werfen die beklagenswerten Zustände auf der hiesigen Universität, deren Präsident er ist, ein schlechtes Licht. Zeitungsangriffe gegen sein Gebahren dortselbst waren öfter schon an der Tagesordnung, wurden aber niemals belangt oder dementiert. Prinz Fuad wurde in Italien (Modena) und Kriegsschule Turin erzogen. Er war Kapitän italienischen Artillerieregiments und steht noch immer im regsten Verkehr mit Italien; ob und inwieweit direkt mit italienischer Regierung lässt sich schwer ...[c]) feststellen. Er selbst macht kein Hehl aus seinen Sympathien zu „seinem zweiten Vaterland"; während des italo-türkischen Krieges hat er ganz offen Wunsch ausgesprochen, Sieg möge Italien zufallen. Diese und ähnliche italophile Gesinnungsäusserungen sowie starker Verdacht, im vorigen Jahre dem hiesigen italienischen Geschäftsträger wertvolle Informationen und Winke erteilt zu haben über gewisse von einigen ägyptischen Prinzen unterstützte Hilfsaktionen in Egypten für die Türkei haben seine Stellung in hiesigen mohammedanischen Kreisen und auch bei Mitgliedern Khedivefamilie noch mehr untergraben. Die italienischen Sympathien des Mehrgenannten hat der Bruder des Khedive seinerzeit auch mir gegenüber kritisiert. Gegen die allfällige Designierung Fuads als Fürst Albaniens sollen seitens einiger hierländischer nicht offizieller mohammedanischer Persönlichkeiten unter der Hand bereits Schritte unternommen worden sein." Nachdem hiedurch die in Euer Exzellenz Telegramm Nr. 211[d]) vom 30. v. M. enthaltenen Informationen vollauf bestätigt erscheinen, ersuche ich Hochdieselben, Marquis di San Giuliano, falls er auf die Candidatur des Prinzen Fuad spontan zu sprechen kommen sollte, zu verstehen zu geben, dass die Leitung des künftigen albanesischen Gemeinwesens einen hohen Grad von Energie und Administrationstalent voraussetze, Eigenschaften, welche dem Genannten leider abzugehen scheinen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 4946. — [b]) Graf Ludwig Széchenyi. — [c]) Chiffre verstümmelt. — [d]) Mit Tel. Nr. 211, 30. Nov. 1912 (eing. 5 U. 30 M. p. m.) wurde aus Rom gemeldet, daß Achmed Fuad, welcher oft nach Italien komme, mit dem italienischen Hofe gute Beziehungen unterhalte und als ein spezieller Freund Italiens gelte.

Nr. 4759. Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters, 3. Dez. 1912. Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Der italienische Botschafter hat mich gestern aufgesucht und mir mitgeteilt, daß Marquis di San Giuliano mit mir darin übereinstimmt, daß der Besitz von Skutari für das zu schaffende Albanien eine Frage von vitalem Interesse wäre. Der italienische Minister des Äußern sei sich aber der großen Schwierigkeit bewußt, welche mit einem Bestehen auf diesem Standpunkte verbunden sei. Man müsse auf die Stellungnahme der Mächte und insbesondere Rußlands zu Gunsten der montenegrinischen Wünsche, in den Besitz dieser Stadt zu gelangen, rechnen. Marquis di San Giuliano wolle aber auch über diese Frage mit uns in kontinuirlichem Gedankenaustausche bleiben. Ich habe diese Message des italienischen Ministers zur Kenntnis genommen.

Nr. 4760. Tel. aus Rom, 3. Dez. 1912 Nr. 223 (eing. 10 U. p. m.).[a] Entziff.

Soeben hatte ich auf Grund Euer Exzellenz Telegramme Nr. 226 und 227 mit dem Minister des Äußern Unterredung über die englische Anregung, Gedankenaustausch über verschiedene Balkanfragen Botschaftern in einer Hauptstadt zu übertragen. Marquis di San Giuliano wäre gleichfalls für London ungleich mehr als für Paris eingenommen. Über Nützlichkeit der Idee Sir E. Greys im allgemeinen ist er etwas skeptisch. Wie Euer Exzellenz legt auch er großen Wert darauf, daß wir und Italien bei diesem Anlasse, wie überhaupt hinsichtlich der Adriafrage, einvernehmlich und parallel vorgehen. Betonend, daß dies nur sein erster Eindruck sei,bemerkt er zu dem Projekt der Antwort Euer Exzellenz an die englische Regierung: 1. Während darin der Ausschluß Serbiens und Montenegros von der albanesischen Küste kategorisch ausgesprochen sei, fehlt eine ähnliche Stellungnahme gegenüber den griechischen Prätensionen im Süden Albaniens. Dies würde, da unsere Antwort doch nicht geheim bliebe, zwei schädliche Folgen haben: jene, Griechenland implicite zu encouragieren und jene, den Mächten den Eindruck zu geben, daß uns an dem Ausschluß Serbiens und Montenegros von der albanesischen Küste mehr gelegen sei, als an jenem Griechenlands. In Wirklichkeit sei aber für uns beide, ganz besonders für uns, Valona wichtiger als San Giovanni di Medua und selbst Durazzo. Er proponierte also eine Ergänzung bezüglich Griechenlands. Auf meinen Einwurf, daß hiefür Formel nicht leicht zu finden sein werde, da wir über die künftige albanesisch-griechische Grenze noch nicht im klaren seien, meinte er, er werde darüber nachdenken. 2. Die Idee, unseren betreffenden Botschaftern zu untersagen, an einer Diskussion über serbische oder montenegrinische Besitzergreifung an der albanesischen Küste teilzunehmen, war dem Minister sichtlich sehr unbequem. Ich insistierte aber sehr auf diesen Punkt und betonte, daß eine diesbezügliche Flauheit Italiens bei uns schlechten Eindruck machen müßte. San Giuliano schien dies einzusehen und möchte nur in der Form diesen Teil der Antwort weniger scharf fassen. 3. Zulassung des rumänischen Gesandten erscheint

ihm schwierig, besonders da Balkanstaaten ausgeschlossen sein sollen. Rumänien sei schließlich keine Großmacht. Ich machte alle für die Beiziehung Rumäniens sprechenden Argumente geltend. Minister des Äußern wird sich noch mit Ministerpräsidenten besprechen und mir morgen definitive Antwort erteilen. Ad 2. Vielleicht könnte man (dies meine unmaßgebliche Anregung) Ausschluß der Teilnahme unserer Botschafter an der Diskussion auch auf griechische Prätensionen an der Adriaküste im allgemeinen ausdehnen, ohne irgend eine Grenze oder Valona speziell zu bezeichnen. Mérey.

[a]) Vgl. n. 4774, 4788. — [b]) Chiffre verstümmelt.

Nr. 4761. Bericht aus Rom, 3. Dez. 1912 Nr. 84 A (eing. 7. Dez.). Ausfert.

Streng vertraulich. Noch am 29. v. M. hatte ich Gelegenheit, die mir mit dem hohen Telegramm Nr. 211 vom selben Tage anbefohlenen Mitteilungen über Zweck und Inhalt der Mission des Generals der Infanterie Freiherrn Conrad von Hötzendorf nach Bucarest dem Minister des Äussern zu machen, wobei ich den streng vertraulichen Character meiner Darlegungen betonte. Marchese di San Giuliano nahm diese Mitteilungen mit sichtlichem Interesse auf und zeigte sich für dieselben sehr erkenntlich. Speciell schien er über den ihm bisher nicht bekannten Umstand überrascht, daß König Carol — ich vermute, durch Einwirkung auf den kürzlich in Bucarest gewesenen türkischen Botschafter in Berlin — Bulgarien in den Verhandlungen mit der Türkei unterstütze. Als allgemeinen Eindruck bemerkte der Minister des Äußern, es scheine ihm, dass wir uns für die Interessen Rumäniens anlässlich der in Rede stehenden Mission sehr stark engagierten. Es schien ihm dies umsomehr aufzufallen, als er bezüglich der seinerzeitigen Auseinandersetzungen zwischen Bulgarien und Rumänien nicht sehr zuversichtlich ist. Ich habe, als meine persönliche Meinung, erwidert, dass die Ansprüche Rumäniens ziemlich bescheiden sein und sich vermutlich nur auf die Hälfte des allgemein als Aspiration Rumäniens betrachteten Quadrilatère beschränken dürften. Rumänien in dieser Hinsicht zu unterstützen, sei aber von jeher ein durch unsere eigensten Interessen dictiertes Ziel unserer Politik gewesen. Mérey.

Nr. 4762. Bericht aus Rom, 3. Dez. 1912 Nr. 84 B (eing. 7. Dez.). Ausfert.

Streng vertraulich. Von der mir mit dem hohen Telegramme Nr. 208[a]) erteilten Ermächtigung Gebrauch machend, habe ich dem Minister des Äußern streng vertraulich von dem wesentlichen Inhalte der Meldungen des k. u. k. Botschafters in St. Petersburg über seine kürzliche Audienz bei dem Kaiser von Russland sowie über seine darauf folgende Unterredung mit Herrn Sazonoff Kenntnis gegeben. Marchese di San Giuliano ersuchte mich, Euer Exzellenz für diese interessanten Mitteilungen seinen besten Dank auszudrücken. Der einzige Punkt, welchen er aus den letzteren relevirte, war der ihm bemerkenswert erscheinende Umstand, daß Kaiser

Nikolaus selbst die Notwendigkeit betont habe, den seinerzeitigen Friedensvertrag zwischen den Balkanstaaten und der Türkei einer Revision durch die Mächte zu unterziehen. Bei diesem Anlasse sagte mir der Minister des Äußern, seine allerletzten Nachrichten aus Rußland seien wieder günstiger. Die panslawistische Strömung sei momentan weniger stark und der Czar habe, mehr als in der ländlichen Abgeschiedenheit, Gelegenheit, auch ruhige und gemäßigte Ratgeber zu hören. Marchese di San Giuliano erging sich dann in Reflexionen über die eigentümlichen Zustände in Rußland, welche er als eine autokratische Anarchie bezeichnete, und über die so häufige Unbotmäßigkeit der russichen diplomatischen Vertreter, wobei er auf Herrn Hartwig hinwies und auch das fortwährende inopportune Hervortreten Herrn Kroupenskys in der Presse kritisirte. Mérey.

[a]) Mit Tel. Nr. 208 vom 27. Nov. 1912 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.) wurde n. 4639 und n. 4641 nach Rom mitgeteilt.

Nr. 4763. Tel. nach St. Petersburg, 3. Dez. 1912 Nr. 175 (chiffr. 8 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport; V. Szápáry; G. Macchio).

Mit Bezug auf Euer Excellenz Telegramm Nr. 246 vom 30. v. Mts. Laut einer im k. k. Finanzministerium eingeholten Auskunft haben thatsächlich in der letzten Zeit Verhandlungen mit Bankinstituten stattgefunden, welche die Ausgabe von Schatzscheinen bezwecken. Diese Kreditoperation ist jedoch keineswegs zu Mobilisierungszwecken, sondern auf Grund der im österr. Budget pro 1912 enthaltenen jedoch bisher noch nicht ausgenützten Ermächtigung zur Beschaffung von 134 Millionen Kronen, sowie im Hinblicke auf eine analoge im Budget pro 1913 vorgesehene Bestimmung für 130 Millionen Kronen in Aussicht genommen. Es handelt sich demnach in Österreich im ganzen um 264 Millionen Kronen, welche sich das k. k. Finanzministerium im Hinblicke auf die heutzutage allgemeine starke Inanspruchnahme des Geldmarktes rechtzeitig zu sichern wünscht. Da das auf normalen budgetären Ursachen basierende Kreditbedürfnis Ungarns gleichfalls etwa 250 Millionen beträgt, in Österreich und Ungarn in Summa somit thatsächlich etwas über 500 Millionen benötigt werden, dürfte das Herrn Kokowzow zu Ohren gekommene Gerücht entstanden sein, welches übrigens schon durch die bloße Erwägung hinfällig erscheint, daß für die Auslagen einer Mobilisierung unserer Wehrmacht der Betrag von 500 Millionen Kronen keineswegs genügen würde. Vorstehendes zur Regelung Ihrer Sprache. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 4776.

Nr. 4764. Tel. nach St. Petersburg, 3. Dez. 1912 Nr. 176 (chiffr. 10 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; V. Nemes; G. Berchtold).

Zu Euer Exzellenz Telegramm Nr. 248 vom 2. l. M. In Angelegenheit des Greyschen Vorschlages stehe ich noch mit den Kabinetten von Berlin und Rom in Verbindung und werden Hochdieselben seinerzeit von meiner definitiven Entschließung Kenntnisnahme erhalten. Wenn Euer Exzellenz inzwischen Gelegenheit finden, Herrn Sasonow zu sprechen, so wollen Hoch-

dieselben dem Herrn Minister gegenüber bemerken, daß ich mit großer Genugtuung konstatiert habe, daß auch er hinsichtlich des accès Serbiens an das Meer den gleichen Standpunkt einnimmt wie wir, nämlich „den berechtigten serbischen Wunsch nach einem wirtschaftlichen débouché auf eine allgemein befriedigende Weise zu lösen". Sollte Herr Sasonow auf seine Bemerkung zurückkommen, es schiene ihm viel besser, wenn wir uns mit Rußland verständigen und jetzt gar nicht mit Serbien einlassen würden, so könnten Hochdieselben erwidern, daß uns eine Verständigung mit St. Petersburg jederzeit wünschenswert erscheine und daß wir gegenwärtig mit Serbien, dem wir unseren Standpunkt bereits bekanntgegeben haben, auch nicht in Verhandlungen stehen. Sollten Euer Exzellenz aber bei einer neuerlichen analogen Anspielung Herrn Sasonows den Eindruck gewinnen, daß er damit die Absicht verbinde, unseren Draht nach Belgrad über St. Petersburg zu leiten, so könnten Euer Exzellenz dem Herrn Minister zu verstehen geben, daß wir von den besten Intentionen für Serbien erfüllt seien, daß wir aber einer bedeutenden territorialen Vergrößerung dieses Nachbarstaates nur dann zustimmen könnten, wenn wir die Überzeugung hätten, daß das Königreich ernstlich gewillt sei, seine bisher wenig sympathische Haltung uns gegenüber zu modifizieren. Sollte eine derartige Absicht tatsächlich in Belgrad bestehen, so wäre aber der jetzige Moment der geeignete, dies dadurch zu dokumentieren, daß die serbische Regierung direkt an uns heranträte. Würde Herr Sasonow schließlich neuerlich auf die Wahl des Zusammenkunftsortes für die proponierte Botschafterkonferenz zurückkommen und hiebei seine Vermutung erneuern, daß wir gegen Paris wegen der Person Iswolskys Bedenken hätten, so wollen Euer Exzellenz entgegnen, daß Hochderselben keinerlei Informationen in dem Sinne zugekommen wären, daß zwischen der Persönlichkeit des genannten Botschafters und unserer Stellungnahme in dieser Frage ein Zusammenhang bestünde. Der Grund, warum wir die Wahl Londons vorzögen, läge vielmehr nach Euer Exzellenz Ansicht darin, daß die Londoner Atmosphäre — wie dies namentlich in der englischen Presse zutage getreten wäre — eine viel ruhigere, sachlichere und unparteiischere sei als jene der Seinestadt. Berchtold.

a) Vgl. n. 4820.

Nr. 4765. Tel. aus Sofia, 3. Dez. 1912 Nr. 426 (eing. 4. Dez. 8 U. a. m.). Entziff.

Bezug auf hohes Telegramm Nr. 168 vom 1. d. M. Chefredakteur Regierungsorganes „Mir", Minister Peeff, entschuldigte sich bei mir wegen von uns unliebsam bemerkten Artikels. Er hätte Artikel vor Drucklegung nicht gelesen und bedauere Versehen, da „Mir" sich stets von loyalen Intentionen für Monarchie leiten lassen wolle. Tarnowski.

Nr. 4766. Bericht aus Sofia, 3. Dez. 1912 Nr. 89 (eing. 7. Dez.). Entziff.

Neben der russischen Mobilisierung, die — wie wiederholt gemeldet a) — nicht ohne Einfluß auf Politik Bulgariens bleibt, glaubte man hier letzterer Zeit auch darauf spekulieren zu können, daß wir im Falle

Krieges mit Rußland nicht nur von Rumänien sondern auch von Deutschland im Stiche gelassen werden würden. Auf welche Weise man sich hier die angebliche Abkühlung Rumäniens zu eskomptiren versprach, war aus wiederholt in meinen Telegrammen wiedergegebener Sprache hiesiger offiziöser Presse zu ersehen. Noch gestern hat das Organ des russophilen Teiles der Regierung „Bulgaria" Besuch unseres Generalstabschefs in Berlin und Freiherrn von Conrads in Bukarest als einseitige Manifestationen, die in Deutschland und Rumänien kein Echo gefunden hätten, hinzustellen versucht. Wie es in den bulgarischen Köpfen zugehen mußte, wenn einmal von solchen Voraussetzungen ausgegangen wurde, kann man sich leicht vorstellen. Es wurden mir sogar von ernsten bulgarischen Politikern Äußerungen hinterbracht, aus welchen zu ersehen war, daß man hier mit allen und insbesondere mit den schlimmsten Möglichkeiten für die Monarchie rechnet. In Sprache, die offizielle Persönlichkeiten mir gegenüber führten, war selbstredend keine Spur derartiger Suppositionen zu merken, daß aber eventuell Einkreisung Österreich-Ungarns auch von Regierungskreisen nicht für unmöglich gehalten wurde, ging aus dem Tone der offiziösen Presse hervor. Die im Wege Telegraphenagentur hier seit heute bekannte Rede deutschen Reichskanzlers[b] wird nicht verfehlen, ihre wohltuende Wirkung zu üben und der Desorientiertheit der bulgarischen Staatsmänner ein Ende zu machen. Ich möchte hoffen, daß auch Herr Geschoff sich nunmehr in seiner Sprache weniger ausweichend zeigen wird.

Tarnowski.

[a] Vgl. n. 4693 Anm. b. — [b] Pol. Chron. d. ö.-u. Mon. 1912, 514.

Nr. 4767. Privatschreiben des Legationsrates Grafen Alexander Hoyos nach Belgrad, 4. Dez. 1912. Konz. (S. u. G. Hoyos).

Streng vertraulich. Ich habe nicht ermangelt, Ihr geschätztes Schreiben vom 1. d. Mts. zur Kenntnis Seiner Exzellenz des Herrn Ministers zu bringen, und beehre mich nunmehr, Ihnen für die darin enthaltenen interessanten Mitteilungen herzlichst zu danken. Die Abberufung Herrn von Hartwigs von Belgrad wird derzeit wohl kaum zu erreichen sein, er soll in Petersburg auch bei Hof persönlich sehr beliebt sein und man sagt mir, daß Sazonoff schon seine Transferierung von Teheran nach Belgrad nur mit großer Mühe durchsetzen konnte. Ich stimme mit Ihnen vollkommen darin überein, daß uns eine freundschaftliche Auseinandersetzung mit Serbien durch die Anwesenheit dieses Herren sehr erschwert wird. Solange der Glaube an das russische Protektorat in Belgrad fortlebt, wird die Haltung uns gegenüber sich kaum ändern. Ein besseres Verhältnis zu Rußland und eine etwas größere Elbogenfreiheit gegenüber Italien wäre für uns gewiß sehr wünschenswerth. Vor der endgültigen Lösung der serbischen Frage und der Beseitigung jeder Gefahr für unsere südslavischen Länder durch die serbische Irredenta kann ich mir aber ein gutes Verhältnis zu Rußland nicht vorstellen. Jetzt würde eine Annäherung an Rußland eine Capitulation vor der slavischen Hochfluth bedeuten und eine solche würde sicherlich in der Zukunft zu einer catastrophalen Gefahr für die Existenz der Monarchie führen. Solange

Rußland sich nicht auf die ihm durch ihre[b]) geographische Lage gezogene Interessensphäre beschränkt und fortfährt, slavische Gefühlspolitik zu treiben, kann das Verhältnis sich nicht bessern. Nach Ihrem heutigen Telegramme[a]) scheint es wahrscheinlich, daß Serbien unter dem Eindrucke der Einmüthigkeit der Großmächte seine Hafenpläne auf ein annehmbares Maß reduziren wird. Die Regelung dieser Frage erschöpft jedoch keineswegs das Maß der Gegensätze, die zwischen uns und dem Savekönigreich fortbestehen werden. Wir verhehlen uns nicht, daß diese früher oder später in radikaler Weise werden gelöst werden müssen.

[a]) Vgl. n. 4752. — [b]) So!

Nr. 4768. Bericht aus Belgrad, 4. Dez. 1912 Nr. 161 (eing. 6. Dez.).[a]) Ausfert.

Im Anschluß an das Telegramm des Pariser „Temps", worüber ich gestern sub Nr. 160 A,[b]) zu berichten die Ehre hatte, gibt die „Samouprava" die nicht wenig überraschende Erklärung ab, daß man in Serbien an einen Korridor durch albanisches Gebiet überhaupt nie gedacht hat. Diese Erklärung der serbischen Regierung — die allerdings nicht im Einklang mit ihrer bisherigen Stellungnahme in dieser Frage steht — hat hier besonders in diplomatischen Kreisen geradezu sensationell gewirkt. Das serbische Regierungsorgan verwahrt sich gegen den Vorwurf den europäischen Frieden absichtlich stören zu wollen und erklärt, daß Serbien bereit sei sich in der ganzen Streitfrage der Entscheidung der Haager Konferenz oder jener der Großmächte zu unterwerfen. Dies ist eine Sprache, die im schroffen Gegensatze steht mit den hochtönenden Forderungen, die noch vor wenigen Tagen gestellt worden sind und wenn die königlich serbische Regierung wirklich diesen Standpunkt einnehmen will, so würde die Streitfrage eventuell auch direkt ausgetragen werden können. Sind die Serben zur Einsicht gekommen, dass sie in der Sache selbst nachgeben müssen, werden sie bestimmt auch bezüglich der Form, wie die Frage gelöst werden soll, Nachgiebigkeit zeigen. Allerdings so ganz einfach und leicht wird es doch nicht sein, sich mit ihnen zu verständigen und es ist auch nicht ausgeschlossen, daß sie nachträglich allerlei unannehmbare Forderungen stellen werden. Aber der Wille zur friedlichen Regelung der Angelegenheit scheint vorhanden zu sein und das ist schon viel. Ugron.

[a]) Vgl. n. 4780. — [b]) Mit Bericht aus Belgrad vom 3. Dez. 1912, Nr. 160 A (eing. 5. Dez.) wurde aus der Abendausgabe der „Samouprava" vom 19. Nov./2. Dez. 1912 eine Übersetzung des Wiener Telegrammes vom 28. Nov. im „Temps" und der serbische Kommentar hiezu nach Wien mitgeteilt.

Nr. 4769. Tel. nach Bukarest, 4. Dez. 1912 Nr. 73 (chiffr. 11 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Hohenlohe; G. Berchtold).

Streng vertraulich. Aus der telegrafischen Berichterstattung[b]) des Grafen Tarnowski aus Sofia entnehme ich, daß der dortige rumänische Gesandte, Herr Ghika, in letzter Zeit seinem österreichisch-ungarischen Kollegen mit weniger Offenheit wie früher entgegenkommt. Graf Tarnowski

hegt sogar die Befürchtung, daß Herr Ghika absichtlich durch eine tendenziöse Berichterstattung nach Bukarest uns zu schaden und bei seiner Regierung den Eindruck hervorzurufen trachtet, daß Rußland es ist, welches sich in Sofia für die von Rumänien gewünschten territorialen Kompensationen Bulgarien gegenüber einsetzt. Die Haltung des Herrn rumänischen Gesandten und die Stimmung seiner Gesandtschaft deuteten darauf hin, daß er kein aufrichtiger Freund Österreich-Ungarns sei. In Sofia wird nach den Meldungen des Grafen Tarnowski bereits vielfach erzählt, daß Rumänien der Monarchie gegenüber abgekühlt sei, und teilten speziell der dortige deutsche und italienische Gesandte diese Impression. Es wäre für mich von Interesse, wenn Eure Durchlaucht bei Vermeidung jedweder Fragestellung mir über eine allfällige gegenständliche Wahrnehmung berichten könnten, wobei ich hinzufüge, daß Graf Tarnowski die Möglichkeit erwähnt hat, daß die veränderte Haltung Herrn Ghikas ausschließlich einer persönlichen Stimmung desselben zuzuschreiben ist.

[a]) Vgl. n. 4783. — [b]) Vgl. n. 4715, 4739, 4748.

Nr. 4770. Tel. aus London, 4. Dez. 1912 Nr. 125 (eing. 5. Dez. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Im Nachhange zu meinem Telegramm Nr. 124. Mein deutscher Kollege hatte heute Unterredung mit Sir E. Grey, der ihm seine Besorgnis über den möglichen Effekt der Rede des deutschen Reichskanzlers[b]) in Rußland nicht verhehlte. Staatssekretär ist der Überzeugung, daß Rußland eine Wiederholung Situation von 1909 unter keinen Umständen hinnehmen und daraus casus belli machen würde. Er befürchtet, Sprache des Herrn von Bethmann-Hollweg könne als eine Drohung in Rußland aufgefaßt werden und der öffentlichen Meinung eine Waffe bieten, Herrn Sazonow wegen dessen konzilianter Haltung anzugreifen. Auch könne sie gedeutet werden „wie ein blanker Wechsel, der Österreich-Ungarn gegeben werde", was immer wir tun mögen. Staatssekretär will mit deutscher Regierung im Interesse des Friedens arbeiten, England solle auf Petersburg, Deutschland auf Wien einwirken. Nur solle man es nicht zu einer Kraftprobe kommen lassen und nicht in getrennt einander gegenüber stehenden Gruppen auftreten. Man müsse vermeiden, daß Alles sich auf eine Frage zuspitze, wie zum Beispiel der serbische Hafen. Wenn alles zusammen verhandelt werde, „in einen Topf geworfen", so könnte leichter Kompromiß hergestellt und geltend gemacht werden, daß Österreich-Ungarn zum Beispiel auf Sandjak verzichtet hätte, wo hingegen Serbien Aspirationen nach dem Hafen aufgeben müsse etc. Sir E. Grey war sehr besorgt auch über Nachrichten unserer großen Rüstungen und meinte, im Falle eines Krieges sei es unabsehbar, wer alles mitgerissen werde. Fürst Lichnowsky verstand die Allusion — wie mir scheint richtig — in dem Sinne, daß wenn Frankreich in Aktion tritt, England aus Besorgnis Niederwerfung Frankreichs sich ebenfalls beteiligen müßte. Deutscher Botschafter berichtet nach Berlin, schien mir etwas impressioniert durch die Sprache Sir E. Greys. Er schien auch einige Zweifel über die Haltung Italiens zu haben, als ob

es uns nicht besonders warm unterstützen würde, obwohl er keine bestimmten Anhaltspunkte dafür hat. Auffallend scheint mir immerhin, daß mein sonst mitteilsamer italienischer Kollege seit einigen Tagen keine Gelegenheit sucht, die Situation mit mir zu besprechen. Londoner Presse beurteilt auch heute die Rede des Reichskanzlers günstig. Ob diese Stimmung nach den Pariser ungünstigen Kommentaren anhalten wird, muß abgewartet werden.

Mensdorff.

a) Vgl. n. 4799. — b) Pol. Chron. d. ö.-u. Mon. 1912, 514.

Nr. 4771. Tel. aus Paris, 4. Dez. 1912 Nr. 163 (eing. 5. Dez. 9 U. a. m.).a) Entziff.

Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm vom 2. d. M. Nr. 14.b) Herr Poincaré sagte mir heute, Herr Tittoni hätte ihm den Inhalt eines Telegrammes des Herzogs von Avarna mitgeteilt, laut welchem Euer Exzellenz dem Vorschlage Sir E. Greys, eine Botschafterréunion betreffend, unter der Bedingung zugestimmt hätten, daß dieselbe nicht in Paris stattfände. Mir hatte Herr Tittoni nur erzählt, daß Euer Exzellenz London proponiert hätten. Da ich deutlich merken konnte, daß diese Nachricht auf den Ministerpräsidenten ungünstigen Eindruck machte, unterbrach ich ihn mit der Bemerkung, daß seine Informationen auf Mißverständnis beruhen dürften. Soviel ich wisse, hätten in Wien nur ganz allgemeine unverbindliche Besprechungen über den Gegenstand stattgefunden und hätten Euer Exzellenz eine Antwort von näherer Präzisierung des Projektes abhängig gemacht. Da der Vorschlag von Sir E. Grey ausging, sei es naheliegend, daß Euer Exzellenz den Gedanken ins Auge faßten, daß die Réunion in London stattfinde. Herr Poincaré bemerkte, daß Sir E. Grey hier direkt Paris vorgeschlagen habe, welche Proposition nach einigem Zögern akzeptiert ward. Sollte jetzt anderer Ort gewählt werden, so würde dies als Zeichen des Mißtrauens gegen französische Regierung gedeutet werden und in der Öffentlichkeit sehr üblen Eindruck machen. Da Herr Poincaré die Sache etwas persönlich zu nehmen schien, sagte ich ihm, daß nach meiner Ansicht Euer Exzellenz vielleicht gewisse Bedenken wegen der hiesigen Presse hätten, die sich uns wenig freundlich gezeigt habe, stets mit sensationellen Nachrichten arbeite, von verschiedenen Seiten stark beeinflußt werde. Das Londoner Milieu wäre sicher sachlicher und ruhiger. Herr Poincaré meinte, gewisse Blätter würden geradeso hetzen, ob nun die Beratung hier oder in London stattfinden werde und brachte hierauf die Person Herrn Iswolskys zur Sprache. Er gebe zu, daß ein anderer russischer Botschafter in diesem Falle bequemer wäre, man könne aber die Bedenken, die gegen ihn sprechen, nicht öffentlich geltend machen und richte sich die Ablehnung von Paris schließlich doch gegen französische Regierung. Ich antwortete, daß Euer Exzellenz bisher keine Bedenken über die Teilnahme Herrn Iswolskys ausgesprochen hätten. Persönlich glaube ich allerdings, daß seine Leidenschaftlichkeit die Beratungen nicht gerade erleichtern würde. Ministerpräsident gab zu, daß Herr Iswolsky vor einigen Wochen eine Sprache geführt habe, die mit den Intentionen seiner Regierung nicht im Einklange

stand. Seither habe er sich sehr beruhigt, habe bindende Instruktionen und sei sehr friedlich und versöhnlich; er würde bei Beratungen sicher keine Schwierigkeiten machen. Ich schloß Konversation mit der Bemerkung, daß solange kein positiver Vorschlag vorliege und Botschafterréunion nicht prinzipiell akzeptiert sei, es verfrüht wäre, über Zusammenkunftsort zu reden. Herr Poincaré scheint sehr großes Gewicht auf Paris zu legen, obschon er Beratung nicht selbst präsidieren, sondern sich durch Herrn Paul Cambon vertreten lassen will. Sollte Beratung hier stattfinden, wird er sicher sein Möglichstes tun, um zu zeigen, daß unsere Besorgnisse wegen Presse und Herrn Iswolsky unbegründet sind. Sollten Euer Exzellenz sich nicht entschließen können, Paris zu akzeptieren, möchte ich irgendeine liebenswürdige Message an Herrn Poincaré vorschlagen, um ihn darüber zu beruhigen, daß Ablehnung von Paris sich nicht gegen französische Regierung richte. Herr Poincaré arbeitet in letzter Zeit wirklich in sehr versöhnlichem Sinne und wäre es schade, ihn zu verstimmen. Szécsen.

[a]) Vgl. n. 4785, 4814. — [b]) Irrtümlich statt 114.

Nr. 4772. Bericht aus Paris, 4. Dez. 1912 Nr. 57 A (eing. 6. Dez.). Ausfert.

Herr Iswolsky, dem ich gestern bei einem Diner begegnete, begann sofort ein politisches Gespräch und frug mich, ob ich irgendwelche Nachrichten hätte. Als ich dies verneinte und bemerkte, daß nach den Zeitungen die Waffenstillstands-Verhandlungen gewissen Schwierigkeiten zu begegnen scheinen, unterbrach er mich mit den Worten: „Il ne s'agit pas de l'armistice, tout cela s'arrangera, mais vous que faites vous, quand est-ce-que vous mettrez fin à cet état intolérable dont souffre l'Europe? Ich antwortete ihm, daß es nicht von uns allein abhänge, eine Beruhigung herbeizuführen. Wir hätten während den letzten Wochen genug Beweise unserer Friedensliebe und unserer Geduld gegeben. Unser Standpunkt und unsere sehr bescheidenen Wünsche seien bekannt. Das sinnlose Zeitungsgerede von unseren angeblichen Eroberungs-Absichten nehme heute wohl niemand mehr ernst. Sobald man bereit sei, unserem Standpunkt Rechnung zu tragen, gebe es keinen Grund zu einer Controverse. „Mais tout le monde a accepté votre point de vue" (sic) fiel Herr Iswolsky ein. „Dies würde mich sehr freuen", sagte ich, „leider müsse ich aber constatieren, daß Serbien fortfahre, Prätentionen zu formulieren, denen wir nicht zustimmen können", „Oh la Serbie ne compte pas", meinte mein russischer Kollege, der mich darauf frug, wie wir das unabhängige Albanien zu organisieren gedächten. „Ich bin" sagte er, „der einzige lebende Staatsmann, der weiß, was das heißt, ein Land neu zu schaffen. Ich habe noch mit Kállay gearbeitet", (Herr Iswolsky war als ganz junger Vizekonsul Secretär der ostrumelischen Commission.) „und ich kann Sie versichern, daß eine solche Organisation in Albanien undurchführbar ist." Ich erwiderte, daß wir uns, nach meiner Ansicht, sicher nicht die Aufgabe vindicieren werden, Albanien zu organisieren. Dies sei die Aufgabe der Albanesen, denen die Mächte im Anfang

gewisse Unterstützungen speziell finanzieller Natur bieten könnten. Wenn die Albanesen innerhalb ihrer Grenzen gegen Angriffe von außen gesichert sein werden, so dürften sie sich ihren Nachbarn gegenüber ruhig verhalten, dies sei die Hauptsache. Niemand erwarte, daß Albanien sofort ein civilisiertes Staatswesen nach modernen Begriffen werden wird. Herr Iswolsky frug mich hierauf, warum wir den Vorschlag Sir Edward Greys, eine Botschafter-Réunion betreffend, ablehnen? Worauf ich bemerkte, daß mir von einer solchen Ablehnung nichts bekannt sei. So viel ich wisse, sei bisher von englischer Seite kein positiver Vorschlag gemacht worden, man hätte nur ganz allgemein sondiert, bevor wir zu einer solchen Proposition überhaupt Stellung nehmen könnten, müßte dieselbe näher präzisiert werden. Zum Schlusse beklagte der russische Botschafter die Haltung unserer Zeitungen, die immer Allarmnachrichten brächten. Herr Hartwig zum Beispiel, der ihm übrigens gar nicht sympathisch sei, hätte nie Journalisten Interviews gewährt und sei dessen Haltung stets eine ganz korrekte gewesen, worauf ich nur bemerkte, daß die verschiedenen, übrigens nicht dementierten Interviews des russischen Gesandten in Belgrad in französischen Zeitungen erschienen seien. Herr Iswolsky regt sich bei politischen Gesprächen leicht auf, nach dem Diner vielleicht noch mehr als gewöhnlich. Man könnte beinahe sagen, daß sein ganzes Denken bei der Annexions-Krise stehn[a] geblieben ist. Auch bei unserer jüngsten Konversation nahm seine Widerlegung der gegen ihn während dieser Krise von unseren Zeitungen vorgebrachten Angriffe einen sehr breiten Raum ein, doch vermied ich es, auf dieses Thema einzugehen. Aus der ganzen Konversation hatte ich eher den Eindruck, daß das Mißtrauen und die Antipathie Herrn Iswolskys gegen die Monarchie unverändert fortbestehen, daß aber die Instruktionen, die ihm aus St. Petersburg zukommen, nicht derartiges sind, daß er bestimmt auf einen Conflict zwischen unseren beiden Cabineten rechnen könne.

Szécsen.

[a] So!

Nr. 4773. Bericht aus Paris, 4. Dez. 1912 Nr. 57 B (eing. 6. Dez.). Ausfert.

Vertraulich. Aus guter Quelle erfahre ich, daß der englische Botschafter kürzlich Herrn Poincaré, allerdings nicht im Auftrage seiner Regierung, sondern nur als seine persönliche Überzeugung gesagt hat, daß England wegen der serbischen Hafenfrage sich keinesfalls in einen europäischen Krieg hineinziehen lassen würde. Von anderer Seite höre ich ferner, daß ein bekannter Politiker und Finanzmann, Herr Doumer, der vor kurzer Zeit aus England zurückkehrte, gesagt haben soll: „il n'y a rien à faire, l'Angleterre ne marchera pas." Ohne die Richtigkeit dieser Informationen verbürgen zu können, muß ich doch bemerken, daß dieselben aus durchaus glaubenswürdiger Quelle stammen.

Szécsen.

Unterredung mit dem ital. Botschafter, 4. Dez. 1912. Siehe n. 4786 und n. 4787.

Nr. 4774. Tel. aus Rom, 4. Dez. 1912 Nr. 224 (eing. 9 U. 40 M. p. m.).[a] *Entziff.*

Heute erhaltenes Schreiben des Ministers des Äußern enthält dessen definitive Antwort bezüglich Botschafterbesprechungen. Hienach sollte unsere, wenn auch nicht wörtlich, so doch inhaltlich identisch zu fassende Antwort an englisches Kabinett bezüglich Griechenlands in denselben Ausdrücken sich bewegen, wie hinsichtlich Serbiens und Montenegros, da Valona für uns nicht minder wichtig sei wie Durazzo. Anderseits sollte man in Bezug auf minder wichtige Punkte eine weniger intransigente Sprache führen und hauptsächlich unsere Botschafter nicht anweisen, an der Diskussion sekundärer Punkte nicht teilzunehmen. Intransigent sollten wir uns also aussprechen bezüglich des territorialen Besitzes von Durazzo und Valona, sowie der dazwischen liegenden Küste, aber nicht die Brücke hinter uns abbrechen hinsichtlich der albanesischen Küste nördlich von Durazzo und südlich von Valona. Weder wir noch Italien bestritten Serbien kommerzielle und in ihrer Freiheit garantierte Débouchés ...[b] Montenegro und Albanien. Dies klar auseinanderzusetzen, sei sehr nützlich, um den Mächten zu beweisen, daß Serbien keinen territorialen Besitz eines albanesischen Hafens für seine wirtschaftliche Unabhängigkeit und seine kommerzielle Verbindung mit der Adria brauche. London wäre als Ort entsprechend. Teilnahme Rumäniens sei man bereit, zu unterstützen, aber ohne daraus eine conditio sine qua non zu machen oder dadurch die Besprechungen zu gefährden. Da Europa an letztere große, vielleicht übertriebene Hoffnungen knüpft, sollten wir und Italien selbst scheinbare Verantwortung, englische Anregung scheitern zu machen, scheuen. Der Brief des Marquis di San Giuliano folgt durch morgigen Kurier. Mérey.

[a] Vgl. n. 4760, 4788, 4794 Anm. b. — [b] Chiffre fehlt.

Nr. 4775. Tel. aus Rom, 4. Dez. 1912 Nr. 227 (eing. 9 U. 50 M. p. m.). Entziff.

Noch heute wird Minister des Äußern dem Gesandten in Athen identische Instruktion wie die laut des hohen Telegrammes Nr. 230 dem Baron Braun erteilte, hinsichtlich unserer Einsprache gegen die Einverleibung Valonas oder der Insel Sasseno in Griechenland zukommen lassen. Mérey.

Nr. 4776. Tel. aus St. Petersburg, 4. Dez. 1912 Nr. 251 (eing. 5. Dez. 8 U. a. m.). Entziff.

Ich hatte heute Gelegenheit, Ministerpräsidenten die mir mit Telegramm Nr. 175 vom 4. d. Mts. gegebenen Aufklärungen über die seitens der Finanzministerien in Wien und Budapest geplante Ausgabe von Schatzscheinen mitzuteilen. Herr Minister war über die Aufmerksamkeit Euer Exzellenz sichtlich erfreut und scheinen ihn meine Ausführungen vollständig beruhigt zu haben. Er brachte sodann das Gespräch auf die politische Lage und waren seine Ausführungen denkbarst friedlich und konziliant. Bezüglich der Rede des deutschen Reichskanzlers[a] meinte er, es wäre eigentlich nicht nötig gewesen, daß dieser von der Eventualität gesprochen habe, daß die Monarchie von einem Dritten, das heißt von Rußland, angegriffen werde, denn dieses denke gar nicht daran. Als ich bemerkte, die Hauptgefahr liege in dem

aggressiven Verhalten Serbiens, das hiebei die russische Unterstützung eskomptiere, entgegnete Ministerpräsident, Rußland habe diesen Wechsel niemals akzeptiert. Er fügte hinzu, er sei von jeher sehr optimistisch gewesen und halte auch heute an der Überzeugung fest, es werde gelingen, alle Fragen im gegenseitigen guten Einvernehmen zu lösen. „Puisqu'au fond nous sommes tous les deux d'accord qu'il ne s'agit que d'assurer à la Serbie un débouché économique avec des garanties suffisantes pour l'avenir, nous n'avons qu'à en trouver la forme et en cherchant bien on arrive toujours à trouver une formule." Ministerpräsident setzt ebenso wie Herr Sazonow große Hoffnung in die von Sir E. Grey vorgeschlagenen Präliminarbotschafterbesprechungen, scheint aber auf den Ort, wo dieselben stattfinden sollen, weniger Gewicht zu legen als ersterer. Im Laufe der Unterredung sprach er auch seine lebhafte Befriedigung über meine Audienz bei Kaiser Nikolaus aus und meinte, ich werde mich bei diesem Anlaß überzeugt haben, daß Höchstderselbe die Politik seiner Minister durchaus billige, so daß dieselbe auf einer soliden Basis ruhe. Der Gesamteindruck meiner Unterredung mit dem Ministerpräsidenten war ein durchaus günstiger und bestärkt den Eindruck, daß die maßgebenden Personen hier auf eine friedliche Lösung sehen, eine solche ihrerseits lebhaft herbeiwünschen und nach Kräften fördern werden. Thurn.

a) Pol. Chron. d. ö.-u. Mon. 1912, 514.

Nr. 4777. Tel. nach Sofia, 4. Dez. 1912 Nr. 171 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.).a) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Geheim. Inhalt Euer Hochgeboren Telegrammes vom 2. l. M., Nr. 421 bestärkt mich in der Vermutung, daß der für den Krieg gegen die Türkei zwischen Bulgarien und Serbien abgeschlossene Akkord b) eine Bestimmung enthält, welche eine gemeinsame Aktion auch gegen uns vorsieht. Unter diesen Umständen schiene es mir nicht wünschenswert, die bulgarische Regierung zur Abgabe einer Äußerung zu zwingen. Euer Hochgeboren wollen daher davon absehen eine Antwort auf die Frage zu urgieren, wie sich Bulgarien zu den serbischen Aspirationen punkto Adriahafen zu verhalten gedenkt und sich darauf beschränken, wenn die bulgarischen Staatsmänner von einer künftigen österreichisch-ungarisch-bulgarischen Freundschaft sprechen, zu bemerken, daß dieselbe mit einer Unterstützung serbischer gegen die Monarchie gerichteter Wünsche unvereinbar sei. Was die Frage Herrn Guéchows über unsere Absichten betreffs der künftigen staatsrechtlichen Stellung Albaniens anbelangt, könnten Euer Hochgeboren im Wiederholungsfalle als Ihre persönliche Ansicht erwidern, daß die Regelung dieser Frage wohl im Einverständnisse aller Großmächte erfolgen werde und Euer Hochgeboren keinen Grund zur Annahme hätten, daß wir durch Präzisierung unseres Standpunktes die Friedensverhandlungen zu Ungunsten Bulgariens beeinflussen wollten. Das Interesse der Monarchie erfordere nur die Schaffung eines lebensfähigen Albaniens und die Verhinderung einer Machtverschiebung an der Adria.

a) Vgl. n. 4790, 4804, 4907. — b) Vgl. n. 3540 Anm. d.

Nr. 4778. Tel. aus Sofia, 4. Dez. 1912 Nr. 430 (eing. 4 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Seit meiner vorgestrigen Unterredung mit Herrn Geschoff — gehorsames Telegramm Nr. 421 vom 2. d. Mts. — habe ich ihn nicht gesehen. Heute morgens sandte ich ihm einige Zeilen, um ihn zum Waffenstillstand zu beglückwünschen und glaube nun, ohne ihn wegen Antwort auf Demarche weiter zu pressen, warten zu sollen, bis er mir ein Zeichen gibt. Was Herrn Danew anbelangt, so habe ich ihn telegraphisch verständigt, daß ihn sprechen möchte, und Herr Geschoff hat mir wiederholt versichert, daß Kammerpräsident sich vor Reise nach Bukarest hier aufhalten und mich sehen würde. Laut durch Konfidenten eingezogenen Informationen ist Herr Danew bis jetzt nach Sofia nicht zurückgekehrt und hätte seine Familie bis jetzt keine Nachricht über seine Rückkehr. Sollte mir Danew vor Reise Bukarest ausweichen, würde ich das als tendenziös betrachten. Für den Fall, daß mich Herr Danew meidet, würde Auftrag hohen Telegrammes Nr. 12 aus Budapest vom 21. v. Mts. nicht ausführen können. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 4790.

Nr. 4779. Tel. aus Athen, 5. Dez. 1912 Nr. 360 (eing. 6 U. 10 M. p. m.).[a] Entziff.

Nachdem italienischer Gesandter heute identische Instruktionen erhielt, haben wir die in Euer Exzellenz Telegramm Nr. 78 von gestern angeordnete Demarche bezüglich Valonas und Sasenos beim Minister des Äussern gemacht. Derselbe nahm unsere Erklärung vorläufig zur Kenntnis, behielt sich offizielle Antwort vor und erwiderte nur, dass die Insel Saseno schon zu Griechenland gehöre, indem er auf die in meinem Telegramme Nr. 267 vom 14. vorigen Monats ausgeführte diesbezügliche Rechtslage hinwies. Braun.

[a] Oe. U. Balkan 78 Nr. 149.

Nr. 4780. Bericht aus Belgrad, 5. Dez. 1912 Nr. 163 (eing. 7. Dez.). Ausfert.

Im Nachhange zu meinem gestrigen Berichte Nr. 161 erlaube ich mir zu erwähnen, dass die Erklärung der Samouprava, dass Serbien einen Korridor durch albanisches Gebiet überhaupt nie verlangt hat, hier sehr verschieden ausgelegt wird. In diplomatischen Kreisen wird dies vielfach als ein vollständiges Einlenken der serbischen Regierung aufgefasst, während in serbischen Kreisen behauptet wird, dass dieser Passus — den ich in Original und deutscher Übersetzung[a] vorzulegen mir erlaube — nur so aufzufassen sei, dass Serbien nie einen Korridor verlangt habe, da seine Aspirationen stets viel weiter, auf Erwerb eines Teiles Albaniens gerichtet waren. Die Tribuna sagt ganz offen, dass das Verlangen eines Korridors hinter dem Minimum dessen wäre, was Serbien verlangen muss und aus diesem Grunde wurde auch von einem Korridor offiziell nie gesprochen. Ich sah heute

Herrn Jovanović und brachte das Gespräch auf diese Erklärung der Samouprava. Dieselbe schien dem Herrn Generalsekretär grosse Verlegenheit zu bereiten. Er antwortete, dass die serbische Regierung ihren Standpunkt nicht verändert habe. Wenn sich aber alle Mächte gegen die Wünsche Serbiens aussprechen, so wird die serbische Regierung wahrscheinlich überhaupt keinen engumschriebenen Wunsch äussern und würde sich eventuell dem Urteilsspruch der Grossmächte in dieser Frage unterwerfen müssen. Wie ich höre soll Herr Pašić selbst sehr wünschen, dass die Sache vor eine Konferenz gebracht werde. Er hat sich der Öffentlichkeit gegenüber in der Hafenfrage zu weit engagiert und könnte seinen laut verkündeten Standpunkt nicht aufgeben ohne seinem Prestige sehr zu schaden. Würde aber Serbien auf einer Konferenz zur Nachgiebigkeit gezwungen werden, so hätte er die Ausrede dem Wunsche ganz Europas nachgegeben zu haben und das Odium des Entgegenkommens der Monarchie gegenüber würde nicht auf ihm lasten. Es ist ihm also dabei nicht so sehr um Serbiens Interesse als vielmehr nur um seine eigene politische Stellung und Einfluss zu tun.

Ugron.

[a] Beilage.

Beilage zu n. 4780.

Übersetzung aus der „Samouprava".

5. Soviel uns bekannt, haben wir auch niemals irgendeinen Couloir oder Korridor durch albanisches Territorium verlangt.

Nr. 4781. Tel. nach Berlin, 5. Dez. 1912 Nr. 183 (chiffr. 10 U. p. m.).[a] Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Streng vertraulich. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 295 vom 3. l. M. Euer Exzellenz wollen Herrn von Kiderlen unter dem Ausdrucke meines Dankes für sein Entgegenkommen sagen, daß ich mit Rücksicht auf die italienischerseits ausgesprochenen Wünsche, meine Antwort an Sir E. Grey, die heute abgeht[a], etwas modifiziert habe. In dem mit den Worten „Um jedem Mißverständnisse" beginnenden 5. Alinea meines Telegrammes Nr. 181[b] vom 2. l. M. wird der zweite Satz folgendermaßen lauten: „Ausgehend von dem darin aufgestellten Grundsatze, hätten Österreich-Ungarn und Italien bereits in Athen, Belgrad und Cetinje einschlägige, die albanesische Küste betreffende Erklärungen abgegeben." Weiters wird dem Telegramme an Grafen Mensdorff[c] ein Schlußalinea angefügt, in welchem gesagt wird, daß die in den beiden vorhergehenden Alineas enthaltenen Bemerkungen bezüglich Wahl des Ortes der Besprechungen beziehungsweise Ausschluß der Kriegführenden und Zulassung Rumäniens lediglich meine Auffassung wiedergeben, aber keine conditio sine qua non für unsere Teilnahme an den Beratungen darstellen. Eine Mitteilung des einschlägigen Telegrammes an Grafen Mensdorff ergeht unter einem nach Rom, Paris und Petersburg.

Berchtold.

[a] Vgl. n. 4784, 4794. — [b] Vgl. n. 4753 Anm. b. — [c] n. 4784.

Nr. 4782. Tel. aus Berlin, 5. Dez. 1912 Nr. 297 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 181.[a]) Staatssekretär erzählte mir, dass Herr von Tschirschky über eine Unterredung, die er mit Euer Exzellenz in der Angelegenheit von Sir E. Grey vorgeschlagener Botschafterberatungen hatte, des Längeren hieher telegraphisch berichtet habe. Herr von Kiderlen sagte mir, er habe den Botschafter beauftragt, Euer Exzellenz mitzuteilen, dass er mit Hochderen Auffassung in dieser Frage vollkommen einverstanden sei. Demzufolge würde es sich keineswegs um eine formelle Konferenz, sondern um laufende unverbindliche Besprechungen unter den in London akkreditierten Botschaftern Deutschlands, Frankreichs, Italiens, Österreich-Ungarns und Russlands und dem rumänischen Gesandten handeln, wobei keine Protokolle geführt und zu deren Beratungen die Sekretäre der betreffenden Missionen nicht zugezogen werden sollen. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 4753 Anm. b.

Nr. 4783. Tel. aus Bukarest, 5. Dez. 1912 Nr. 87 (eing. 4 U. p. m.). Entziff.

Antwort auf Telegramm Nr. 73 von heute. Herr Majoresco brachte vor zirka vier bis fünf Tagen gesprächsweise vor, daß Herr Ghika sich darüber aufgehalten hätte, der österreichisch-ungarische Vertreter gebe sich den Anschein, die rumänische Politik in Bulgarien ins Schlepptau zu nehmen und ihn bevormunden zu wollen, was auch in bulgarischen Regierungskreisen unangenehm auffalle und der rumänischen Politik dort schaden könnte. Ich antwortete Minister des Äußern, daß eine derartige Absicht bestimmt bei Grafen Tarnowski nicht vorliege und unseren Intentionen nicht entspreche, vielmehr glaube, daß eine persönliche Animosität zwischen unseren Vertretern vielleicht entstanden sei, welche bei dem bekanntlich höchst empfindsamen Charakter Herrn Ghikas möglich wäre. Herr Majoresco teilte meine Ansicht und versprach mir, Ghika zu beruhigen und ihn einzuladen, im gemeinschaftlichen Interesse sich mit Grafen Tarnowski über eine Regelung ihrer Sprache in Sofia ins Einvernehmen zu setzen. Habe seinerzeit in einem Privatbriefe Grafen Tarnowski auf vorgebrachte Dolenzen aufmerksam gemacht. K. E. Fürstenberg.

Nr. 4784. Tel. nach London, 5. Dez. 1912 Nr. 86 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Streng vertraulich. Im Verfolg meines Telegrammes Nr. 84 vom 1. l. Mts. In Beantwortung der durch S. F. Cartwright gemachten Demarche wollen Euer Exzellenz sich in meinem Namen zu S. E. Grey in nachfolgendem Sinne aussprechen. . . . *wie n. 4745 von „Ich erblicke" bis inkl. „Oesterreich-Ungarn und Italien bereits in"* . . . Athen, Belgrad und Cetinje einschlägige die albanesische Küste betreffende Erklärungen abgegeben. . . . *wie n. 4745 von „Diesem von uns eingenommenen Standpunkte" bis inkl. „vernehmen zu lassen."* . . . Euer Exzellenz wollen hinzufügen, dass die in den beiden vorhergehenden Alineas[b]) enthaltenen Bemerkungen, bezüglich Wahl des

Ortes der Beratungen beziehungsweise Ausschluss der Kriegführenden und Zulassung Rumäniens lediglich meine Auffassung widergeben aber keine conditio sine qua non für unsere Teilnahme an den Beratungen darstellen. Ein einschlägiges Telegramm ergeht unter Einem nach Berlin, Rom, Paris und Petersburg.[c] Ich beabsichtige mich im gleichen Sinne S. F. Cartwright gegenüber auszusprechen und ersuche Euer Exzellenz um einen telegraphischen Bericht über den Vollzug dieser Weisung. Berchtold.

[a] Oe. U. Balkan 78 Nr. 150. Vgl. n. 4781, 4794, 4797, 4830. — [b] Vgl. n. 4745 von „Was die Wahl der Hauptstadt" bis „vernehmen zu lassen". — [c] Vgl. n. 4781, 4785, 4802 Anm. b, 4803.

Nr. 4785. Tel. nach Paris, 5. Dez. 1912 Nr. 115 (chiffr. 6. Dez. 12 U. 40 M. a. m.).[a] Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Streng vertraulich. Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 114 vom 1. l. M. Ich telegraphiere unter einem an Grafen Mensdorff wie folgt: *... wie n. 4784 von „In Beantwortung" bis inkl. „Beratungen darstellen"* ... Ein einschlägiges Telegramm ergeht unter einem nach Berlin, Rom und Petersburg.[b] Euer Exzellenz wollen Herrn Poincaré von Vorstehendem in Kenntnis setzen und mit Bezug auf seine in Hochdero Telegramm Nr. 164[c] vom 4. l. M. wiedergegebene Bemerkung über die Sprache Herrn Tittonis dem Minister in meinem Auftrage nachdrücklichst versichern, daß die Äußerungen Ihres italienischen Kollegen nur auf einem Mißverständnisse beruhen können. Wie schon aus meiner Instruktion an Grafen Mensdorff hervorgeht, habe ich unsere Teilnahme an einer Botschafterréunion durchaus nicht an die Bedingung geknüpft, daß dieselbe nicht in Paris stattfände. Daß die Wahl dieser Stadt auf Schwierigkeiten stoßen würde, wurde laut Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 160 vom 1. l. M. am Quai d'Orsay selbst vorausgesehen und war dies — mit Rücksicht auf die Einmütigkeit der Wahl — für mich ein Grund mehr, London als den geeignetsten Ort für die Botschafterberatungen zu bezeichnen. Ich möchte annehmen, daß man in Paris gegen die Wahl Londons, der Hauptstadt des engbefreundeten Englands, nichts einzuwenden haben werde, doch wäre ich, wenn von irgend einer Seite hiegegen Bedenken erhoben würden, auch bereit, die Wahl einer anderen Stadt in Betracht zu ziehen. Euer Exzellenz wollen Herrn Poincaré darüber aufklären, daß meine Stellungnahme gewiß keine Spitze gegen die französische Regierung habe, wozu auch kein Anlaß vorliegt, sondern nur auf den Wunsch zurückzuführen ist, daß die von Sir E. Grey vorgeschlagenen Besprechungen möglichst bald beginnen könnten und daß nicht etwa schon die Frage, wo dieselben stattfinden sollen, einen Anlaß zu Meinungsdivergenzen ergebe. Berchtold.

[a] Vgl. n. 4801, 4815, 4830. — [b] Vgl. n. 4784 Anm. c. — [c] Irrtümlich statt Nr. 163.

Nr. 4786. Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters, 5. Dez. 1912. Konz. (S. Nemes; V. u. G. Berchtold).

Herzog Avarna hat mich gestern aufgesucht, um mit mir auftragsgemäß die Beantwortung dreier Petite zu besprechen, welche Ismail Kemal

Bey durch unsere Konsuln in Valona an die beiderseitigen Regierungen gerichtet hat. Dieselben betreffen die Unterbrechung der telegrafischen Verbindung, die Entwaffnung der türkischen Truppen und die Entsendung einer albanesischen Kommission nach den europäischen Hauptstädten. Ich bin mit dem Botschafter übereingekommen, Ismail Kemal durch unsere Konsularvertreter in folgendem Sinne zu verabscheiden: 1. Was die telegrafische Verbindung anbelangt, könne er, Ismail Kemal, — falls dieselbe tatsächlich unterbrochen sei, die Vermittlung unserer Konsulate ansprechen, damit dieselben seine Messagen mit dem ihnen zur Verfügung stehenden Telegrafen weitergeben. 2. Eine Entwaffnung der türkischen Truppen liege derzeit nicht im Rahmen der Möglichkeit, da, solange der Krieg dauert, die Zurückziehung der Truppen seitens der Pforte nicht zu erreichen sein wird. 3. Bezüglich der Entsendung einer albanesischen Kommission ins Ausland wäre Ismail Kemal vor allem darauf aufmerksam zu machen, daß seine Gegenwart in Albanien im gegenwärtigen Momente unerläßlich erscheint, er somit der Kommission nicht angehören könne. Er solle eine aus drei Notablen bestehende Kommission zu diesem Zwecke delegiren, welche sich auf einem der regelmäßig verkehrenden Schiffe nach einem italienischen oder österreichisch-ungarischen Hafen einschiffen solle. Die Kabinette von Wien und Rom wären von den Namen der Kommissionsmitglieder, von dem Zeitpunkte ihrer Einschiffung und dem zur Ausschiffung gewählten Hafen rechtzeitig zu verständigen. Die beiden Konsuln sollten weiters die Kommission verständigen, daß sie je einen österreichisch-ungarischen und italienischen Dolmetsch („Sekretär") zugeteilt erhalten würden, welche sie auf der ganzen Reise zu begleiten und den Verkehr mit den Regierungen zu vermitteln hätten. (Der damit verbundene Zweck wäre der, eine Kontrolle über die Kommission auszuüben und hätten hiezu Beamte aus dem Konsulatsdienst bestellt zu werden.) Herzog Avarna wird das vorstehende Ergebnis unserer Besprechung mit dem Bemerken, daß ich zweifle, ob die Abreise der Kommission möglich sein werde, Marquis San Giuliano mitteilen und versprach mir eine Mitteilung, auf deren Grund die bezüglichen Instruktionen an die beiderseitigen Konsuln in Valona zu ergehen hätten.

Nr. 4787. Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters, 5. Dez. 1912. Konz. (S. Hohenlohe; G. Berchtold).

Der italienische Botschafter hat mich gestern aufgesucht und mir mitgeteilt, Herr Poincaré habe in Rom angeregt, man möge die Insel Saseno, als zu den jonischen Inseln gehörig, Griechenland überlassen. Laut einem von italienischen Rechtsgelehrten abgegebenen Gutachten übt jedoch die Türkei seit vielen Jahren das Souveränitätsrecht über diese Insel aus, ein griechischer Anspruch auf dieselbe erscheint daher nicht begründet. Übrigens beherrsche Saseno die Bucht von Valona, könnte daher mit Rücksicht auf die Unabhängigkeit Albaniens nicht einer fremden Macht überlassen werden. Unter diesen Umständen frägt sich Marquis di San Giuliano, ob den Griechen statt Saseno nicht Kreta überlassen werden könnte.

Nr. 4788. Bericht aus Rom, 5. Dez. 1912 Nr. 85 F (eing. 7. Dez.).[a]
Ausfert.

Aus meinen Telegrammen Nr. 223[b]) und 224[b]) haben Euere Excellenz die Auffassung des hiesigen Ministers des Äussern bezüglich der englischen Anregung ersehen, die Pourparlers über die Balkanfrage in einer Hauptstadt zu konzentrieren. In der Anlage beehre ich mich, das betreffende Schreiben[c]) des Marchese di San Giuliano vom 4. l. Mts. zu unterbreiten. Von den beiden Amendements, welche der Minister zu der von Euerer Excellenz skizzierten Antwort an das englische Kabinett vorschlägt, scheint mir jenes bezüglich Griechenlands der tatsächlichen Situation zu entsprechen und daher berücksichtigungswert zu sein. Hinsichtlich des andern Amendements: der Eventualität des Zutrittes Serbiens und Montenegros an die albanesische Küste, ist vielleicht die Redaktion des Schreibens keine sehr glückliche. Wie ich nämlich in einer Unterredung, welche ich noch nach dem Empfange desselben mit dem Minister des Äussern über diesen mich wenig befriedigenden Punkt hatte, konstatierte, beabsichtigt man keineswegs, von dem Ausschlusse eines territorialen Besitzes Serbiens oder Montenegros an der albanesischen Küste abzugehen. Was man will, ist einerseits, der öffentlichen Meinung in Italien und im übrigen Europa nicht durch die Weigerung unserer Botschafter, an einer Besprechung dieser Frage teilzunehmen, den Eindruck einer vom italienischen Standpunkte nicht hinreichend motivierten Intoleranz zu geben, und andererseits, durch eine solche Diskussion vor aller Welt darzutun, dass wir gegen einen rein kommerziellen und in seiner Freiheit garantierten Zutritt jener Länder an die albanesische Küste Nichts einzuwenden haben, dass also Serbien und Montenegro im Unrechte sind, wenn sie mehr als dies verlangen. Dies war, gegenüber meiner Insistenz und meinen Warnungen vor einem eventuellen Aufgeben des bisherigen Standpunktes, die Argumentation des Marchese di San Giuliano. Allerdings mag dabei im letzten Hintergrunde die Idee mitwirken, dass sich vielleicht doch noch irgend ein Ausweg, una combinazione, finden lassen könnte, welche Serbiens Wünsche irgendwie Rechnung trüge. Denn so, wie wir auf Italien in dieser Frage nicht mehr zählen dürften, sobald wir Serbien gegenüber das rein diplomatische Gebiet verlassen, — weil in diesem Falle die hiesige öffentliche Meinung stärker wäre, als die Regierung, — so lässt sich trotz aller meiner gegenteiligen Bemühungen in den Köpfen der italienischen Staatsmänner der Gedanke nicht völlig ausrotten, dass wir vielleicht in unserer Nachgiebigkeit doch noch einen weiteren Schritt machen und Serbien oder Montenegro, unter allerlei Kautelen, einen Besitz oder eine besitzähnliche Situation an der albanesischen Küste gewähren werden. Hinsichtlich des Ortes der Botschafter-Besprechungen war der Minister des Äussern von Hause aus gegen Paris und für London eingenommen. Gegen Ersteres spräche, so meinte er, die Persönlichkeit der Herren Iswolsky, Poincaré und Tittoni, für Letzteres die ruhige politische Atmosphäre der Themsestadt und die Konzilianz Sir E. Greys sowie der dortigen Botschafter. Bezüglich Roms, das von einigen hiesigen Blättern genannt war, sagte er, er hoffe dringend, dass dieser Kelch an ihm vorübergehe. Den Wunsch Rumäniens, den Besprechungen beigezogen zu werden, wird man hier

unterstützen, aber sich nicht dafür échauffieren. Einen ernsten sachlichen Erfolg scheint sich Marchese di San Giuliano von diesen vagen und schwierigen Verhandlungen eigentlich nicht zu erwarten. Mérey.

[a]) Vgl. n. 4816. — [b]) Vom 3. u. 4. Dez. — [c]) Beilage.

Beilage zu n. 4788. Privatschreiben des ital. Ministers des Äußern an Botschafter Mérey; Rom, 4. Dez. 1912. Ausfert.

Comme je vous l'ai promis hier, j'ai vu ce matin le Président du Conseil, et je m'empresse de vous envoyer avant midi notre réponse. Nous tenons beaucoup, et nous l'avons prouvé, à maintenir l'accord intime existant entre l'Italie et l'Autriche-Hongrie, et à donner, aussi dans cette occasion, une réponse identique dans le fond, quoique il ne soit pas nécessaire qu'elle soit littéralement identique dans la forme. Notre réponse, comme je vous l'ai dit hier, devrait être conçue pour la Grèce dans les mêmes termes que pour la Serbie et le Monténégro. La question de Valona, en effet, n'est pas moins importante pour l'Italie et l'Autriche-Hongrie que celle de Durazzo. Il faut d'autre part tenir sur les points moins importants un langage moins intransigeant que sur les points sur lesquels on ne peut pas transiger, et surtout il ne faut pas donner à nos deux ambassadeurs l'ordre de ne pas prendre part à la discussion de ces points secondaires. Il faut donc s'exprimer d'une manière intransigeante pour la possession territoriale de Durazzo, Valona et de la côte qui se trouve entre ces deux points extrêmes, mais il faut tenir un langage, qui ne coupe pas les ponts derrière nous, pour les parties de la côte albanaise qui se trouvent au nord de Durazzo et au sud de Valona. Ni l'Italie, ni l'Autriche-Hongrie ne contestent à la Serbie des débouchés commerciaux à travers le Monténégro et à travers l'Albanie, entourés de toutes les garanties de liberté permanente: il sera fort utile d'exposer ce point important avec toute la clarté nécessaire pour démontrer aux autres puissances que la Serbie n'a pas besoin de la possession territoriale d'un port albanais pour assurer son indépendance économique et ses communications commerciales avec l'Adriatique. Nous pensons, comme le Comte Berchtold, que c'est à Londres que ces conversations des Ambassadeurs devraient avoir lieu. Nous n'avons pas d'objection à appuyer le désir de la Roumanie d'y prendre part, mais sans en faire une condition sine qua non, si elle risquait d'être un obstacle insurmontable à la réunion de la conférence des Ambassadeurs. Bien des espérances, peut-être exagérées, existent en Europe sur les résultats probables de cette conférence, qui du reste ne mérite pas à la rigueur le nom de conférence, et l'Italie et l'Autriche-Hongrie ont tout intérêt à ne pas prendre, pas même en apparence, devant l'opinion publique européénne, la responsabilité de faire échouer la proposition que Sir Edward Grey a faite, avec sa loyauté habituelle, dans l'esprit le plus conciliant. A. de San Giuliano.

Nr. 4789. Tel. des Generalkonsuls August Kral aus Saloniki, 5. Dez. 1912 Nr. 335 (eing. 7. Dez. 8 U. p. m.). Entziff.

Nach allen hier einlaufenden, mir auch von griechischer offiziöser Seite bestätigten Nachrichten übersteigen die Massakrierungen und Greuel-

taten der Serben in Albanien alle Vorstellungen. Es ist auf tunlichste Ausrottung des albanesischen Elementes abgesehen. Wenn die Rettung Albaniens noch einen Bestandteil der europäischen Politik bildet, darf keinen Augenblick gezögert, sondern muss rasch gehandelt werden. Nach längerer Andauer der serbischen Okkupation wird Albanien nur eine menschenleere Wüste sein. In einem Kriege können die Albanesen auch nichts helfen. Kral.

Nr. 4790. Tel. aus Sofia, 5. Dez. 1912 Nr. 434 (eing. 10 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Hohes Telegramm Nr. 171 vom 5. d. M. erhalten. Aus meinem Telegramm Nr. 430 vom 4. d. M. haben Euer Exzellenz ersehen, daß ich selbst Empfinden hatte, auf Abgabe einer Äußerung nicht bestehen zu sollen. Was bulgarisch-serbische Abmachungen anbetrifft, so sind uns dieselben unbekannt. Vielleicht wird Bulgarien, wie dies so viele bulgarische Staatsmänner sagen und mir auch Herr Geschoff zu verstehen geben wollte, nach dem Kriege jeder weiteren Verpflichtung Serbien gegenüber entbunden, vielleicht aber nicht. Solange erstere Möglichkeit nicht erwiesen, rechne mit der Letzteren und außerdem rechne auch mit Rückwirkung, die ein Krieg zwischen uns und Rußland auf Haltung Bulgariens üben würde. Ich schließe nicht aus, daß Herr Geschoff auf Demarche im Sinne hohen Telegrammes Nr. 160 vom 25. v. M. Antwort geben wird. Sollte er, nachdem Waffenstillstand (geschlossen)[b] und nachdem König Ferdinand vermutlich nächstens Sofia zurückkehren wird, keine Antwort erteilen, wird dieses Schweigen einer ungünstig lautenden Äußerung gleichkommen. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 4929. — [b] Chiffre verstümmelt. Über den Waffenstillstand vgl. Pol. Chron. der ö.-u. Mon. 1912, 535.

Nr. 4791. Tel. an den Konsul Wenzel Lejhanec in Valona, 5. Dez. 1912 Nr. 16 (chiffr. 6 U. p. m.). Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

Die Kabinette von Wien und Rom haben vereinbart, Ismail Kemal Bey auf sein wiederholtes Ansuchen um Intervention behufs Aufhebung der griechischen Blockade durch Euer Wohlgeboren und Ihren italienischen Kollegen folgende Antwort zukommen zu lassen: „Die beiden verbündeten Mächte werden die erste günstige Gelegenheit benützen, um sich bei der hellenischen Regierung zu dem Zwecke zu verwenden, damit die Blockade der albanesischen Küste aufgehoben werde.“ Euer Wohlgeboren wollen sich im Einvernehmen mit Ihrem italienischen Kollegen vorstehenden Auftrages bei Ismail Kemal Bey entledigen. Berchtold.

Nr. 4792. Tel. aus Belgrad, 6. Dez. 1912 Nr. 290 (eing. 4 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Hiesige Handelskammer und kaufmännischer Verein haben König Adresse überreicht, worin erklärt wird, daß Durazzo ein Lebensinteresse für den serbischen Wohlstand bedeutet, und deshalb sei das Land zu dem Weitgehendsten bereit, um den Hafen zu erhalten. Zeitungen sind seit gestern wieder etwas gereizter. Es sollen wieder private Einflüsse aus Russland zur Geltung kommen. Ugron.

Nr. 4793. Tel. nach Berlin Nr. 185 (1) und Rom Nr. 237 (2), 6. Dez. 1912 (chiffr. 12 U. 10 M. p. m.).[a] Konz. (S. Biegeleben; G. Berchtold).

1 und 2 Geheim. Gestern ist vom deutschen und italienischen Botschafter und von mir der Dreibundvertrag unterzeichnet worden.[b]

1. Ich beehre mich Euer Exzellenz zu ersuchen, dem Herrn Reichskanzler und dem Herrn Staatssekretär meine besten Glückwünsche zur Vollendung dieses für die Interessen der drei verbündeten Mächte so wichtigen Werkes zu übermitteln.

2. Ich ersuche Euer Exzellenz, aus diesem Anlasse dem Marquis di San Giuliano gegenüber der lebhaften Befriedigung Ausdruck zu verleihen, welche wir über den gedeihlichen Abschluß der Verhandlungen empfinden.

Berchtold.

[a] Vgl. n. 4524, 4743, 4909. — [b] Der Text des Dreibundvertrages samt den beiden Protokollen gedruckt bei A. F. Pribram, I 101 ff; Martens N. R. G. 3. S. X 92 ff.

Nr. 4794. Tel. aus Berlin, 6. Dez. 1912 Nr. 300 (eing. 10 U. p. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. Antwort auf Telegramme Nr. 183 und 184[b] von heute. Staatssekretär ist etwas betroffen, dass Euer Exzellenz eine Antwort an Sir E. Grey schon heute erteilt haben[c], da er, Herr von Kiderlen, gewünscht hätte, dass die Antworten der Dreibundmächte im vereinbarten Sinne und gleichzeitig abgegeben werden. Nunmehr werde auch deutsche Regierung sofort antworten, aber in jener Fassung, wie sie durch Herrn von Tschirschky Euer Exzellenz mitgeteilt und von Hochdenselben, der Meldung des deutschen Botschafters zufolge, gutgeheissen worden war. In Betreff der Wahl des Ortes der Besprechungen wird das Berliner Kabinett sich mit London einverstanden erklären, was damit begründet sei, dass die Initiative von dort ausgehe. Bezüglich des Ausschlusses der Kriegführenden werde in der deutschen Antwort nichts erwähnt werden, da ja der Sir E. Greysche Vorschlag diesen Punkt gar nicht berührt und hier angenommen werde, dass diese Mächte selbstverständlicher Weise den Beratungen nicht zugezogen werden.

Szögyény.

[a] Vgl. n. 4809, 4810, 4830 Anm. d. — [b] Mit Nr. 184, 5. Dez. 1912 (chiffr. 10 U. p. m.) wurde n. 4774 in extenso nach Berlin mitgeteilt. — [c] n. 4784.

Nr. 4795. Tel. aus Bukarest, 6. Dez. 1912 Nr. 88 (eing. 5 U. p. m.). Entziff.

Wie mir Minister des Äußern mitteilt, werde in montägiger Thronrede, welche ursprünglich von ihm farblos entworfen war, auf Allerhöchsten Wunsch Passus über Balkaninteressen Rumäniens schärfer akzentuiert erscheinen. Großfürst trifft mit größerem Gefolge Dienstag ein, um auf Mittwoch fallender Plewna-Feier anzuwohnen. Herr Danew wird in den allernächsten Tagen erwartet. Wie Minister des Äußern sich äußerte, sei Seine Majestät der König über russischen Besuch im allgemeinen und besonders mit Hinblick auf jetzigen schwierigen Moment wenig erfreut.

K. E. Fürstenberg.

Nr. 4796. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 6. Dez. 1912 Nr. 679 (eing. 7. Dez. 9 U. a. m.). Entziff.

Vertraulich. Ich erfahre vertraulich von einem Beamten des Ministeriums des Äussern, dass die bulgarische Regierung in einem geheimen Abkommen mit der Türkei sich verpflichtet hat, ihre Zustimmung zu geben, dass Albanien eine autonome Regierung und Salonik Freihafen werde.

Pallavicini.

Nr. 4797. Tel. aus London, 6. Dez. 1912 Nr. 126 (eing. 7. Dez. 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 86 von heute und soeben mit Staatssekretär gesprochen. Sir E. Grey stimmt mit Euer Exzellenz Auffassung überein, dass Botschafterbesprechungen Charakter unverbindlicher Beratungen haben sollten. Eben deshalb schien er etwas enttäuscht darüber, dass wir Reserven machen. Er argumentierte wie folgt: „Es scheint ihm immerhin möglich, dass, wenn einige Mächte Bedingungen machen, während andere die Besprechungen ohne Reserven annehmen, dies vielleicht die Beratungen überhaupt vereiteln könnte, während bei Annahme ohne Reserven es noch immer jeder Macht freistünde, ihre Ziele zu erreichen, indem sie ihren Botschafter anweist, falls gewisse Fragen aufgeworfen würden, zu erklären, seine Regierung könne nicht nachgeben. Es schiene ihm leichter, ein Resultat zu erzielen, wenn es für die Öffentlichkeit aussehen würde, als sei es das Ergebnis von Diskussionen und gegenseitigen Konzessionen, als ein Arrangement, bei dem im Voraus gewisse Punkte der Diskussion entzogen sind. Die britische Regierung habe kein Interesse, die Frage des serbischen Hafens vorzubringen. Sein Bestreben sei, nur die Methode zu finden, die am geeignetsten wäre, eine Verständigung zwischen den zunächst interessierten Mächten herzustellen." Vorstehendes sagte Sir E. Grey mir zur Mitteilung an Euer Exzellenz. Meiner Einwendung, es wäre noch schädlicher, wenn sich unüberbrückbare Gegensätze bei den Besprechungen zeigen, so dass diese ohne Ergebnis enden würden, widersprach er nicht, meinte aber, unser Standpunkt überrasche ihn nicht nach Allem, was er von uns gehört hätte. Er habe aber gehofft, unser Wunsch würde sich bei den Beratungen realisieren lassen im Wege von Kompromissen, ohne Russland im Vorhinein zu nötigen, der Ausschaltung gewisser Punkte zuzustimmen. Russische Regierung habe ihm bisher nie gesagt, dass sie auf Erfüllung der serbischen Wünsche nach adriatischem Hafen bestehen würde, aber auch nie erklärt, dass sie es nicht tun würde. Besonders ungünstig schiene es ihm, wenn es öffentlich bekannt würde, dass wir Reserven machen, weil dies der russischen Regierung es erschweren müsste, uns entgegenzukommen. Ich erwiderte, dass unsere Mitteilung vertraulich sei und auch in Petersburg gemacht wird. Wenn Russland unsere Reserven annimmt, scheint dem Staatssekretär das Zustandekommen und der Erfolg der Konferenz gesichert. Wenn man London als Ort wählt, was er nicht vorgeschlagen hat, ist er natürlich bereit, seinerseits alles zur Unterstützung der Beratungen zu tun. Als Programm derselben schwebe ihm Folgendes vor: Die Mächte anerkennen im Prinzipe, dass die Kriegführenden berechtigt

sind, Friedensmodalitäten und Arrangements untereinander festzustellen mit folgenden Reserven: 1. über gewisse Punkte müssen die neutralen Signatarmächte des Berliner Vertrages ihre Reserven machen; 2. Ausführung dieser Punkte, die Vertreter machen ihren respektiven Regierungen ihre Vorschläge über jeden einzelnen dieser Punkte, worüber Einwilligung der sechs Mächte erzielt werden muss. Wenn alles gut geht, sollten die Beratungen vor Weihnachten Abschluss finden können. Wenn nötig könnten Finanzfragen und dergleichen, die in erster Linie Frankreich und Deutschland berühren, Sachverständigen überwiesen werden. Besprechungen sollten ohne Zuziehung der Kriegführenden gehalten werden. Bezüglich Rumäniens sprach er sich nicht aus, er meinte, er habe dies nicht in Erwägung gezogen, und er schien mir wenig dafür eingenommen. Sir E. Grey sprach Hoffnung aus, bald Meinungsäußerung Euer Exzellenz über seine Bemerkungen zu kennen. Ich glaube unvorgreiflich, dass es günstig wäre, wenn ich im Laufe weniger Tage etwas im Auftrage Euer Exzellenz sagen könnte.

Mensdorff.

[a] Vgl. n. 4798, 4813.

Nr. 4798. Tel. aus London, 6. Dez. 1912 Nr. 127 (eing. 7. Dez. 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Im Nachhange zu meinem heutigen Telegramme Nr. 126. Sir E. Grey schreibt mir soeben, um in Ergänzung unserer heutigen Konversation darauf aufmerksam zu machen, daß, nachdem Paris in erster Linie für die Botschafterbesprechungen suggeriert worden war, die Wahl einer anderen Hauptstadt immerhin für die französische Regierung nicht freundlich aussehen könnte. Es wäre bedauerlich, wenn die Besprechungen mit irgend einer Empfindlichkeit beginnen würden und Sir E. Grey hofft, Euer Exzellenz würden diesen Punkt in Erwägung ziehen, bevor ein endgiltiger Beschluß bezüglich des Versammlungsortes gefaßt wird. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 4813.

Nr. 4799. Bericht aus London, 6. Dez. 1912 Nr. 59 A (eing. 9. Dez.). Ausfert.

Streng vertraulich. In meiner telegraphischen Berichterstattung der letzten 8 Tage habe ich mich bestrebt, den Eindruck wiederzugeben, den ich aus meinen wiederholten Unterredungen mit Seiner Majestät dem König, mit Sir Edward Grey, Sir Arthur Nicolson und Mr. Tyrrell empfangen hatte. Man wünsche hier vor allem die Erhaltung des Friedens und Vermeidung einer Gegenüberstellung der Mächte in getrennten Gruppen. Alles, was ich von meinen Collegen, sowie von hiesigen politischen Persönlichkeiten, die ausserhalb der Regierung stehen, wie zum Beispiel Mr. Arthur Balfour, mit dem ich vor zwei Tagen eingehend sprach, höre, bestärkt meinen Eindruck. Auch der Ton der hiesigen Presse deutet auf das Bestreben hin, zu beruhigen und keine scharfen Gegensätze aufkommen zu lassen. Obwohl, wie Euer Excellenz aus meinen Telegrammen Nr. 124 und 125 vom 3. und 4. l. Mts. bekannt ist, an hiesigen massgebenden Stellen sehr

ernste Besorgnisse über den möglichen Effekt der Rede des deutschen Reichskanzlers *a)* in Petersburg bestehen, kommen diese Bedenken in den Blättern kaum zum Ausdruck und wurde vielmehr auf den friedlichen Charakter der Ausführungen des Herrn von Bethmann-Hollweg besonderes Gewicht gelegt. Dies geschah unzweifelhaft mit der Absicht, zu vermeiden, dass in Petersburg der Eindruck an Boden gewinne, man lege hier den Erklärungen des deutschen Reichskanzlers einen comminatorischen Charakter bei, wodurch die russische Empfindlichkeit noch mehr gereizt werden könnte. Der foreign editor der Times, Mr. Braham, der mich gestern abends wieder besuchte, gab mir vorstehende Motive zu und schreibt sich und der Londoner Presse — im Gegensatz zu der Pariser — mit Recht ein grosses Verdienst daran zu, in der gegenwärtigen kritischen Lage die Gegensätze nicht verschärft zu haben. Sehr günstig für die Beurteilung des österreichisch-ungarischen Standpunktes waren die unglaublichen Erklärungen Herrn Pašić in der Times vom 25. v. M., worin die weitgehendsten serbischen Wünsche ausgesprochen wurden. Sie haben das englische Publikum viel besser über die Aspirationen unserer südöstlichen Nachbarn aufgeklärt, als wir es hätten tun können, und wenn der serbische Ministerpräsident seine Erklärungen als „ballon d'essai" gemeint hatte, so kann er jetzt keinen Zweifel über den negativen Erfolg desselben haben. Seitdem Serbien eine mässigere Sprache führt, wird es in der hiesigen Öffentlichkeit mit mehr Sympathie behandelt und es kann immerhin erwartet werden, dass dieselbe auch noch etwas zunehmen wird. Weitgehende serbische Wünsche aber werden, soweit sich beurteilen lässt, hier keinen Anklang finden. In allen meinen Conversationen mit Seiner Majestät und den massgebenden Staatsmännern habe ich ausführlich dargelegt, dass wir in ökonomischer Beziehung geneigt sind, Serbien in jeder Weise zu unterstützen, dass jedoch ein territorialer Erwerb des serbischen Staates in Albanien und an der adriatischen Küste absolut ausgeschlossen ist. Diese Fragen interessieren ja an und für sich die hiesigen führenden Persönlichkeiten nur insoferne als sie auf die Beziehungen der Mächte rückwirken. Ich möchte versuchen, bei möglichster Schonung der kostbaren Zeit Euer Excellenz, in wenigen Worten zu resumieren, wie mir — unmassgeblich — der hiesige état d'âme im gegenwärtigen Augenblicke erscheint. Man wünscht — vor allem — und sehr aufrichtig die Erhaltung des Friedens und ist sich darüber klar, dass die grosse Mehrheit des Landes und namentlich der liberalen Partei es der Regierung nicht verzeihen würde, wenn England wegen eines serbischen oder überhaupt slavischen Interesses in einen Krieg verwickelt würde. Diese Stimmung kommt in der ganzen öffentlichen Meinung zum Ausdruck und ich bin überzeugt, dass aus dem Schosse der eigenen Partei sehr ernste Warnungen in diesem Sinne an das Kabinett Asquith gerichtet worden sind. Man freut sich über das Zusammenwirken mit Deutschland, und ich glaube, alle vernünftigen Menschen erblicken darin den willkommenen Beweis, dass bei einer wirklich ernsten Krise eine Interessengemeinschaft zwischen London und Berlin besteht, die stärker ist, als die Eifersucht, das Misstrauen und „bad temper", die in den letzten Jahren so viel Schaden zwischen den beiden Reichen angerichtet haben. Trotzdem ist es aber —

wie mir scheint — allen klar, dass im Falle einer allgemeinen Conflagration England nicht abseits bleiben könnte. (Ich nehme die radicalen Blätter aus, die dafür plaidieren, England solle unbeteiligt bleiben, was immer auch geschehe.) In allen Äusserungen, die ich von Seiner Majestät dem König und im foreign office hörte, klingt die Besorgnis durch „dass England in den Krieg verwickelt werden könnte" und Sir Edward Grey hat auch dem Fürsten Lichnowsky eine Allusion in diesem Sinne gemacht (Tel. 125). Es handelt sich hiebei nicht um Russland, sondern um Frankreich. Wenn Frankreich Krieg mit Deutschland führt, so „könne England nicht zugeben, dass Frankreich écrasiert werde". Darauf kommt man immer zurück; die Erhaltung eines starken, lebensfähigen Frankreichs ist und bleibt ein Fundamentartikel des politischen Glaubensbekenntnisses des heutigen Englands aller Parteien. Damit muss man unter allen Umständen rechnen. Die Verständigung oder Freundschaft mit Russland ist etwas anderes. Sir Edward Grey persönlich und das foreign office überhaupt halten darauf, namentlich weil sie besorgen, dass Russland sonst ganz unter den Einfluss Deutschlands zu stehen kommen und die Westmächte in Europa isoliert bleiben könnten. Die weiten Kreise der politischen Welt und schon gar des grossen Publikums Englands stehen aber der Annäherung an Russland gleichgiltig, einige — namentlich in der radikalen Partei — sogar feindselig gegenüber. Was die hiesige Beurteilung unserer auswärtigen Politik betrifft, so können wir uns bis jetzt nicht beklagen. (Euer Excellenz persönlich haben in London erfreulicherweise eine besonders gute Presse). Man anerkennt die ausserordentliche Mässigung des Standpunktes der k. u. k. Regierung in Bezug auf den Sandjak und überhaupt während des ganzen Krieges. Gewisse Symptome einer Sympathie für den Wunsch Serbiens an das Meer zu gelangen, werden wohl hie und da laut, und bei der Unkenntnis der wirklichen Tatsachen, die in England besteht, muss man immerhin damit rechnen, dass serbische Phrasen von étranglement économique par l'Autriche-Hongrie und dergleichen hier noch einen gewissen Anklang finden könnten.

Mensdorff.

[a]) Pol. Chron. d. ö.-u. Mon. 1912, 514.

Nr. 4800. Bericht des Militärattachés in London an den Chef des Generalstabes, 6. Dez. 1912 Nr. 145 (eing. als Einsichtsstück des Chefs des Generalstabes vom 9. Dez. 1912 Nr. 5343 am 14. Dez.). Abschrift.

Seit meinen letzten schriftlichen und telegraphischen Berichten hat sich die Beurteilung der politischen Lage seitens der öffentlichen Meinung in England wenig geändert. Die Abschließung des Waffenstillstandes am Balkan, die bevorstehenden Friedensunterhandlungen und die von Sir E. Grey vorgeschlagene Botschafterkonferenz, die Äußerungen des deutschen Reichskanzlers und Kiderlen-Wächters wirkten alle beruhigend auf die Presse und die Finanzwelt. Selbst die bekanntgewordenen militärischen Vorbereitungen unserer Monarchie haben auf das Publikum nur für den Moment einen alarmierenden Eindruck hervorgerufen, dem bald eine mehr optimistische Auffassung der Lage gefolgt ist, die am besten dadurch gekenn-

zeichnet werden kann, daß auf der hiesigen Börse Wetten 1 : 5 gegen den Krieg angeboten werden. Im Gegensatz steht dazu die Haltung der offiziellen Kreise. In den letzten Tagen hat sich ihrer eine gewisse Unruhe bemächtigt. Wenn sich auch dieser Eindruck auf keine nennenswerten Erscheinungen stützen kann, so läßt es sich doch nicht verkennen, daß man die Situation in Regierungskreisen nicht günstig beurteilt. Die Ursache liegt hauptsächlich im Verhalten Frankreichs nach der Rede des deutschen Reichskanzlers. Die ungünstige Aufnahme in Paris und die Unruhe, die sich der Gemüter in Frankreich bemächtigt hat, war anscheinend auch auf die englische Regierung nicht ohne Rückwirkung. Wiewohl England durchaus nicht geneigt ist, sich in einem aus der serbischen Frage erwachsenden Konflikt aktiv zu beteiligen, so wird es dennoch Frankreich in einem eventuellen Kampfe nicht allein lassen. Die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Erhaltung der gegenwärtigen Machtstellung Frankreichs hat alle Kreise Englands derart durchdrungen, daß ich glaube darüber nicht zweifeln zu dürfen, daß England unter allen Bedingungen mit Frankreich gehen wird. Daß militärischerseits irgendwelche Vorbereitungen getroffen werden, davon bin ich fest überzeugt. Die Herren im Kriegsministerium sind außergewöhnlich zurückhaltend, mehr denn je seit meinem Hiersein. Abgesehen davon, daß die seit einiger Zeit im Zuge gewesene Pferderegistrierung nunmehr im ganzen Lande mit ungewohntem Eifer betrieben wird, scheint auch im War Office eine rege Tätigkeit zu herrschen. Der Chef des Reichsgeneralstabes war vorgestern abends bei einem Privatdiner, während dessen er zweimal telephonisch vom Kriegsministerium angerufen wurde. Nach dem Diner verließ er sofort das Haus mit der Entschuldigung, daß seine dienstliche Inanspruchnahme ihn am Verbleiben absolut verhindere. So auffallend dies überall wäre, so außergewöhnlich ist eine nächtliche Amtstätigkeit in England. Es ist mir allerdings nicht gelungen, etwas positives bisher zu erfahren, es ist aber auch der Verkehr mit dem War Office ziemlich erschwert. Ich bin an einen Generalstabsoffizier gewiesen, mit dem ich allein verkehren darf, wenn ich ins Kriegsministerium gehe und es läßt sich schwer ein Vorwand zu öfteren Besuchen finden, zumal ich wiederholt ersucht wurde, eventuelle Anfragen schriftlich an ihn zu richten, weil dies „die dienstliche Behandlung der Frage erleichtere"! Zufälligerweise sind auch zwei Generalstabsoffiziere, mit denen ich auch im Privatleben auf sehr gutem Fuße stehe und von denen ich zuweilen etwas erfahre, derzeit als Berichterstatter am Balkan und so sind die Quellen meiner Informationen spärlich. Das einzige, was ich in letzter Zeit und zwar gestern erfuhr, ist die bevorstehende Aufhebung sämtlicher Urlaube an Offiziere, gewiß eine bemerkenswerte Erscheinung. Die auffallendste Tatsache der letzten Zeit ist das völlige Versiegen irgendwelcher Preßnachrichten aus Rußland. Und dies stimmt zeitlich mit dem Bekanntwerden unserer militärischen Maßnahmen überein. Während die Zeitungen täglich Nachrichten, allerdings zumeist vager Natur, über unsere „Mobilisierungstätigkeit" bringen, ist über russische Maßnahmen absolut nichts zu erfahren. Dies ist entweder der Beweis, daß die russische Zensur sehr gut arbeitet oder daß die englische Regierung dahin gewirkt hat, daß Nachrichten aus Rußland unterdrückt

werden. In Fragen der äußeren Politik ist die englische Presse von tadelloser Disziplin und die Haltung der Regierung findet die einmütige Unterstützung der Presse. Selbst die erbittersten Gegner der Regierung und sensationshaschende Abendblätter leisten den weitgehendsten Vorschub den Zielen des Foreign Office. Horváth.

*Nr. **4801**. Tel. aus Paris, 6. Dez. 1912 Nr. 165 (eing. 10 U. p. m.).[a] Entziff.*

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm von heute Nr. 115, dessen Inhalt ich zur Kenntnis Herrn Poincarés brachte. Derselbe läßt Euer Exzellenz für diese Mitteilung seinen wärmsten Dank aussprechen. Mit den Auffassungen Euer Exzellenz, betreffend unverbindlichen Charakter der Beratungen, stimmt er vollkommen überein. Hinsichtlich der Erklärung, daß wir eine Diskussion über territoriale Erwerbungen Serbiens an der Adria nicht akzeptieren können, machte er keinerlei Einwendungen und nahm sie einfach zur Kenntnis. Nichtzulassung der Kriegführenden zur Réunion bezeichnet er als englische Idee, der man hier zugestimmt habe. Über eventuelle Zulassung Rumäniens sprach sich Poincaré nicht aus. Was den Ort der Zusammenkunft betrifft, so scheint Herr Poincaré noch immer zu hoffen, daß die Wahl auf Paris fallen wird. Seine persönliche Eitelkeit ist dabei im Spiel. Er sagte mir zum Schlusse, daß Sir E. Grey jetzt nach dem Waffenstillstand seine Proposition vielleicht modifizieren werde. Möglicherweise werde Sir E. Grey auf das französische Projekt vom 15. Oktober, eine wirkliche Konferenz betreffend, zurückgreifen. Speziell die verschiedenen finanziellen und materiellen Fragen könnten schließlich doch nur im gemeinsamen Einvernehmen geregelt werden. Herr Poincaré gab übrigens im Laufe der Konversation zu, daß Herr Tittoni ihm nur gesagt habe, Euer Exzellenz würden London als Beratungsort vorziehen; er habe hieraus zu verstehen geglaubt, daß Euer Exzellenz Paris ablehnen und ist Hochdenselben für Aufklärung des Mißverständnisses sehr dankbar. Szécsen.

[a] Vgl. n. 4815, 4816, 4832 Anm. c, 4835 Anm. c, 4839 Anm. c, 4952 Anm. c.

Tel. nach Rom, 6. Dez. 1912 Nr. 237 (chiffr. 12 U. 10 M. p. m.). Siehe n. 4793.

*Nr. **4802**. Tel. aus Rom, 6. Dez. 1912 Nr. 230 (eing. 9 U. p. m.).[a] Entziff.*

Ich werde Inhalt hohen Telegrammes Nr. 236[b] noch heute dem Minister des Äußern mitteilen, sehe aber voraus, daß er — wie ich selbst — Frage aufwerfen wird, ob sonach Verbot an unseren Botschafter, über Diskussion an territorialer Besitzergreifung eines Balkanstaates an albanischer Küste teilzunehmen, aufrecht bleibe oder nicht. Obzitiertes Telegramm enthält nämlich nur Mitteilung einer Modifikation des zweiten Satzes des fünften Alineas[c] des Telegrammes Euer Exzellenz Nr. 227. Ob der dritte Satz dieses Alineas[c] beibehalten wird, oder nicht, darüber fehlt eine Angabe.

Sollte dieser Satz, was ich nicht annehme, bleiben, dann würde auch darin von Serbien, Montenegro und Griechenland und nicht von Serbien allein gesprochen werden müssen. Ich bitte Euer Exzellenz baldige diesbezügliche Aufklärung. Mérey.

a) Vgl. n. 4816. — b) Mit Tel. Nr. 236, 5. Dez. 1912 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.) erfolgte die Mitteilung der im Sinne San Giulianos in n. 4784 vorgenommenen Änderungen (vgl. die dort abgedruckten Stellen) nach Rom. — c) Zweiter Satz des fünften Alineas von n. 4745 reicht von „Ausgehend" bis „zugeben würden", dritter Satz von „Diesem von uns" bis „zum Gegenstande hat".

Nr. 4803. Tel. aus St. Petersburg, 6. Dez. 1912 Nr. 252 (eing. 7. Dez. 8 U. a. m.).a) Entziff.

Ich habe soeben Herrn Sazonow Antwort Euer Exzellenz auf den Greyschen Vorschlag b) mitgeteilt. Herr Minister äußerte seine lebhafte Befriedigung über die Annahme der Proposition durch die k. u. k. Regierung und sprach Überzeugung aus, daß jetzt, wo man sich einmal an den grünen Tisch zusammensetzt, alle Fragen viel leichter gelöst werden dürften, als man noch vor kurzem geglaubt hätte. Den Vorbehalt, daß sich unser Vertreter an Besprechungen über den Access Serbiens zur Adria nur unter der Bedingung beteiligen könne, daß es sich bloß um ein wirtschaftliches Débouché, nicht aber um territoriale Ausdehnung dahin handelt, nahm Sazonow ohne Widerspruch entgegen und bemerkte nur hinsichtlich des österreichisch-ungarisch-italienischen Akkordes c), daß Rußland die ihm nicht bekannten Bestimmungen einer zwischen zwei anderen Mächten getroffenen Vereinbarung nicht im vorhinein als für sich bindend ansehen könne und ließ durchblicken, daß, falls dieselbe irgend welche besondere Privilegien in Albanien für Österreich-Ungarn und Italien vorsehen sollte, an denen die anderen Mächte nicht teilnehmen, dies die Zustimmung Rußlands nicht finden könne. Bezüglich der Wahl des Ortes für die Botschafterbesprechungen erhebt Herr Sazonow gegen London keine Einwendung mehr und scheint selbst die Überzeugung erlangt zu haben, daß die Atmosphäre von Paris und die Schwierigkeit, dort irgend etwas geheim zu halten, den Verhandlungen nicht besonders günstig wäre. Auch meinte der Herr Minister, daß der Umstand, daß die Friedensverhandlungen zwischen den Kriegführenden ebenfalls dort stattfinden werden, vielleicht als günstiges Moment in Betracht käme. Wie er mir sagte, habe er Nachrichten, daß auch Herr Poincaré gegen London nichts mehr einzuwenden hätte. Was die Zuziehung Rumäniens anbelangt, findet der Herr Minister, daß es etwas verfrüht wäre, dieses schon jetzt zur Teilnahme aufzufordern, da ja zunächst Fragen zur Besprechung kommen dürften, in welchen Rumänien garnicht interessiert ist. Auch fürchte er, daß eine Einladung Rumäniens auf die kriegführenden Mächte, die auch seiner Meinung nach den Konversationen nicht beigezogen werden sollten, einen schlechten Eindruck machen würde. Übrigens wolle auch er aus dieser Frage keine conditio sine qua non machen. Thurn.

a) Oe.-U. Balkan 79 Nr. 151. Vgl. n. 4816, 4819, 4832 Anm. b, 4835 Anm. b, 4839 Anm. b, 4952 Anm. b. — b) Vgl. n. 4784. — c) Pribram I 83.

Nr. 4804. Tel. aus Sofia, o. D. [6. Dez. 1912] Nr. 439 (eing. 7. Dez. 1912 8 U. a. m.).[a] *Entziff.*

Anläßlich Unterredung, die ich heute mit Kriegsminister hatte, kamen wir auf bevorstehende Friedensverhandlungen zu sprechen, wobei General Nikiforow Hoffnung ausdrückte, daß alle Schwierigkeiten sich auf diplomatischem Wege regeln lassen würden. Ich erwiderte, daß gewisse Schwierigkeiten nicht bagatellisiert werden dürfen, da sie unsere vitalen Interessen berühren. Kriegsminister meinte, daß hier niemand begreifen könnte, wie Frage serbischen Hafens in der Adria für uns so wichtig sei; es sei eher ein illusorisches Interesse, welches einer Komplikation nicht wert. Ich finde sehr bedauerlich — antwortete ich — daß in Bulgarien kein richtiges Verständnis für eine Frage, in der wir unseren Standpunkt bekannt gegeben hätten und in der wir unbedingt darauf bestehen müßten, daß unseren Interessen Rechnung getragen. Es wäre ein Irrtum — fügte ich hinzu — sich in diesem Punkte mit Serbien in der Erwartung zu identifizieren, daß wir nachgeben würden. General Nikiforow antwortete, daß Sache Bulgarien eigentlich nichts angehe, sondern nur Serbien und Bulgarien bloß zur Beseitigung der Schwierigkeiten seines Bundesgenossen beitragen möchte. Ich sprach Hoffnung aus, daß dies gelingen möge, bemerkte aber, daß Diplomatenkunst eventuell an Eigensinn Serbiens scheitern könnte. Was dann? Mitredner wich Frage aus und wiederholte, daß Bulgarien Alles in Bewegung setzen würde, um Schwierigkeiten beizulegen; dann sprach Kriegsminister von Rolle, die Monarchie berufen, am Balkan zu spielen, betonte immer engere Freundschafts- und kulturelle und wirtschaftliche Bande, die sich zwischen Bulgarien und Österreich-Ungarn entwickeln würden und so weiter. Ich antwortete im Sinne dritten Alineas[b] hohen Telegrammes Nr. 171 vom 5. d. M. Die Konversation, da ich mit Kriegsminister sehr gute Beziehungen habe, nahm trotz meiner kategorischen Sprache freundschaftlichen Verlauf. Ich glaubte, sich bietende Gelegenheit zur Äußerung im vorstehenden Sinne nicht unbenützt lassen zu sollen, da Gespräch jedenfalls Herrn Geschoff und wahrscheinlich auch König, der morgen hier erwartet, erzählt wird. Verlauf Unterredung würde für richtige Vermutung sprechen, daß Bulgarien zur aktiven Unterstützung Serbiens gegen uns verpflichtet oder äußern sich Minister nach einem mot d'ordre. Wenn erwähnte Verpflichtung auf Bulgarien lastet, dürfte sie in Erwartung übernommen worden sein, daß es zu keinen ernsten Schwierigkeiten zwischen Monarchie und Serbien kommen würde. Man hoffte hier bis jetzt, daß wir nachgeben würden und dürfte Engagement nunmehr als Verlegenheit empfinden. Ich bin gespannt auf weitere Haltung König Ferdinands.

Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 4929. — [b]) Drittes Alinea von n. 4777 reicht von „Was die Frage" bis Schluß.

Nr. 4805. Tel. aus Sofia, 6. Dez. 1912 Nr. 442 (eing. 7. Dez. 10 U. a. m.). Entziff.

Gestern Früh sagte mir rumänischer Gesandter, er solle im Laufe des Tages Herrn Geschoff besuchen. Als ich Herrn Ghika abends begegnete,

schilderte er Unterredung mit Konseilspräsidenten als unwichtig. Im Wege des rumänischen Sekretärs erfahre ich, dass Herr Ghika gleich nach Besuch bei Herrn Geschoff Absendung Spezialkuriers nach Bukarest beschlossen habe, der bereits abgegangen. Gestern abends ist serbischer Gesandter plötzlich nach Belgrad abgereist. Tarnowski.

Nr. 4806. Tel. aus Athen, 7. Dez. 1912 [Nr. 366 (eing. 9 U. p. m.).[a]) Entziff.

Wichtiges aus einem heutigen Gespräche mit Herrn Venizelos: Erstens: Nachrichten, daß Griechenland das Waffenstillstandsprotokoll[b]) nachträglich bereits unterzeichnet habe, falsch. Da aber Klauseln desselben nicht identisch mit jenen sind, welche griechische Regierung ursprünglich verwarf, sondern günstiger, sei es nicht ausgeschlossen, daß obiges Protokoll nachträglich auch durch Griechenland unterzeichnet werde. Gedankenaustausch darüber zwischen den Alliierten sei im Gange. Auch aus den Aeußerungen Herrn Venizelos geht hervor, daß Herr Panas nicht rechtzeitig Instruktionen erhalten konnte und daß Serbien und Montenegro, welche beide mit Griechenland diesfalls einverstanden waren, mit der Vertretung durch Bulgarien nicht ganz zufrieden sind. Hauptgrund, warum Griechenland Waffenstillstandspropositionen der Türkei verwarf, lag in der Frage der verlangten Lebensmittelzufuhr für die belagerten Festungen sowie in jener der Lahmlegung der griechischen Flotte. Zweitens: Venizelos bestätigte, allerdings zögernd, Tatsache der türkischen vorteilhaften Spezialofferten an Griechenland, die im Interesse der Alliierten abgelehnt worden waren. Drittens: Dies beweise, daß Griechenland alles andere diesem Allianzverhältnisse untergeordnet habe und auch jetzt alles aufbiete, um es zu erhalten. Viertens: Herr Venizelos geht, falls Seine Majestät der König zustimmt, selbst als erster griechischer Unterhändler nach London, wahrscheinlich Abreise Montag über Brindisi. Mit ihm Herr Skouloudis, ehemaliger Minister des Äußern sowie Wiener Gesandter Herr Streit. Fünftens: Bombardement von Valona bedauerlich und auf eine „Dummheit" eines Schiffskommandanten zurückzuführen, der die albanesische Flagge nicht kannte. Sechstens: Venizelos betonte, daß ihm allerbeste Beziehungen zu Österreich-Ungarn und Italien derart am (Herzen)[c]) liegen, daß er nicht daran denke, bezüglich der Stadt Valona zu insistieren; ebensowenig werde er durchzusetzen bestrebt sein, daß die Insel Saseno, obwohl zu Griechenland gehörig, ein Stützpunkt für die griechische Kriegsmarine werde. Dagegen müsse er es sehr ernstlich anstreben, die ganze Halbinsel von Cap Glossa an sowie einen Teil der Bucht und einen Handelshafen dortselbst für Griechenland zu sichern. Siebentens: Griechenland strebt auch Linie nördlich von Premeti und Koritza nach Mazedonien an. Übrigens versicherte er mir, daß feste territoriale Abmachungen zwischen den Alliierten noch nicht bestünden. So sei zum Beispiel Zukunft Monastirs noch unsicher. Auf Salonik schien er allergrößten Wert zu legen und frug mich um unsere diesfällige Anschauungsweise, über die ich nicht orientiert zu sein erklärte. Achtens: Er anerkannte Recht auf Existenz selbständigen Albaniens aus

Hochhaltung nationalistischen Prinzipes. Nur dürften dessen Grenzen nicht in die griechische Interessensphäre und Sprachgrenze reichen, welch' letztere eigentlich schon etwas nördlich von Valona beginne. Eine andere Frage sei, wie die Alliierten über ein selbständiges Albanien denken und ob ein solches praktisch möglich. Bestünde nicht die bekannte einschlägige Stellungnahme Österreich-Ungarns und Italiens, so wäre es wohl am besten gewesen, reinen Tisch zu machen und Albanien aufzuteilen. Neuntens: Über die Unabhängigkeitserklärung Albaniens unter der Ägide Ismail Kemal Beys zeigte sich Herr Venizelos zurückhaltend. Zehntens: Ebenso bezüglich der bevorstehenden militärischen Operationen Griechenlands. Er bestätigte aber, daß türkische Flotte jetzt in Nagara liege, sie komme aber leider nicht heraus. Elftens: Die Gravamina Rumäniens bezüglich angeblicher Bedrückung der Kutzowalachen durch die Griechen wies Venizelos empört zurück. Zwölftens: Tod ökumenischen Patriarchen in diesem Momente sei vom Standpunkte Griechenlands sehr bedauerlich. Braun.

a) Vgl. n. 4831, 4861, 4863. — b) Vgl. n. 4790 Anm. b. — c) Chiffre fehlt.

Nr. 4807. Tel. aus Belgrad, 7. Dez. 1912 Nr. 293 (eing. 10 U. p. m.).a) Entziff.

In der Hafenfrage scheint wieder eine weniger konziliante Strömung zur Geltung kommen zu wollen. Man erklärt wieder, daß Serbien unmöglich nachgeben könne. Es heißt, daß infolge Rede des deutschen Reichskanzlers Russland neuerlich größeres Interesse für serbische Wünsche zeige. Laut Konfidentenmeldung sollen bei Istib 50 bulgarische Komitadschis durch serbische Truppen angeblich wegen Plünderung erschossen worden sein.

a) Vgl. n. 4808. Ugron.

Nr. 4808. Bericht aus Belgrad, 7. Dez. 1912 Nr. 165 A (eing. 9. Dez.). Ausfert.

Wie ich bereits Euer Exzellenz zu melden[a]) die Ehre hatte, ist neuerlich ein kleiner Umschwung in der serbischen öffentlichen Meinung zu verzeichnen. Die Sprache der Presse ist wieder etwas herausfordernder. Die Hafenfrage wird wieder intransigenter behandelt und man fängt neuerlich mit Emphase an zu betonen, daß an ein Nachgeben nicht gedacht werden könne. Auch die „Samouprava" hat ihre Sprache geändert. Während sie noch vor kurzem erklärt hat, sich der Beschlüße einer Konferenz willig fügen zu wollen[b]), führt sie in ihrer gestrigen Abendnummer bei der Erörterung der Frage der Friedensverhandlungen eine ganz andere Sprache. „Wir wollen die Türkei nicht vernichten, wir wollen sie nicht demütigen, wir wollen nichts anderes als alle von unserem Heere erstrittenen Gebiete erhalten und sind nicht gewillt auch nur einen Fußbreit aus irgendwelchem Grunde abzutreten." Diese selbstbewußte Sprache im Gegensatze zur bekundeten Einmütigkeit ganz Europas in der albanischen Frage zeigt, daß die Auseinandersetzung mit Serbien nicht sehr leicht werden wird. Nichtsdestoweniger habe ich die Hoffnung noch nicht aufgegeben, daß dennoch im letzten Augenblicke die kluge Einsicht sie zur Einkehr zwingen wird.

a) Vgl. n. 4807. — b) So! Ugron.

Nr. 4809. Tel. nach Berlin, 7. Dez. 1912 Nr. 187 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.).[a] Konz. (S. Nemes; V. Berchtold).

Streng vertraulich. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 300 vom 6. l. M. Euer Exzellenz wollen dem Herrn Staatssekretär sagen, daß ich nach Inhalt Ihres Telegrammes Nr. 295 vom 3. l. M. annehmen mußte, daß er keinerlei weiteren Mitteilung über wörtlichen Text unserer in allen Punkten vom Staatssekretär angenommenen Antwort entgegensehe, umsomehr, als er die Absicht aussprach, gegenständliche Antwort in gleichem Sinne englischem Botschafter geben zu wollen. Ich habe bloß die Antwort des römischen Kabinettes abgewartet, um Grafen Mensdorff mit der Beantwortung des Sir E. Greyschen Vorschlages zu betrauen. Mit Rücksicht auf die geringfügigen Veränderungen, die ich, den Wünschen Marquis di San Giulianos Rechnung tragend, vorgenommen habe und um nicht eine weitere Verzögerung eintreten zu lassen, habe ich von einem neuerlichen Gedankenaustausche abgesehen. Da sich die mir durch Herrn von Tschirschky mitgeteilte Fassung der deutschen Antwort mit der unsrigen inhaltlich deckt, scheint mir der auch vom Berliner Kabinett angestrebte Zweck eines einheitlichen, aber nicht identischen Auftretens der Dreibundmächte erreicht zu sein. Berchtold.

[a] Vgl. n. 4835.

Nr. 4810. Tel. aus Berlin, 7. Dez. 1912 Nr. 301 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Streng vertraulich. Mit Bezug auf mein Telegramm 300 von gestern. Deutscher Botschafter in London ist telegraphisch beauftragt worden, Antwort seiner Regierung Sir E. Grey zu erteilen. Wortlaut dieser Antwort war — wie Staatssekretär mir heute wiederholte — Euer Exzellenz durch Herrn von Tschirschky zur Kenntnis gebracht worden. Inzwischen ist eine aufklärende telegraphische Berichterstattung des deutschen Botschafters in Wien im Gegenstande hier eingetroffen, infolge deren — so versicherte mir Herr von Kiderlen-Waechter — nunmehr die ganze Angelegenheit zu seiner, des Staatssekretärs, vollen Beruhigung erledigt erscheint. Szögyény.

Nr. 4811. Erlaß nach Bukarest, 7. Dez. 1912 Nr. 5711. Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

Aus der Berichterstattung Euer Durchlaucht habe ich mit Befriedigung entnommen, daß sich auch in Rumänien ein lebhaftes Interesse für die Autonomisierung Albaniens kundgibt, welches von der sehr richtigen Erwägung ausgeht, daß das künftige Albanien für einen großen Teil der in den bisherigen türkischen Provinzen lebenden Angehörigen des rumänischen Volksstammes die ungestörte Entwicklung ihrer nationalen Kultur und Eigenart bieten kann. Ich stimme mit der in den maßgebenden Bukarester politischen Kreisen herrschenden Auffassung vollkommen darin überein, daß die Rumänen in Albanien vermöge ihrer vorgeschrittenen Kultur und ihrer wirtschaftlichen Bedeutung berufen sind, in dem neuen Staatsgebilde

eine ansehnliche Rolle zu spielen. Speziell der in Euer Durchlaucht Relation vom 25. v. M., Nr. 66 B, reproduzierte Gedanke, mazedo-rumänische Elemente zur seinerzeitigen Organisierung des Sicherheitsdienstes in Albanien heranzuziehen, begegnet bei mir einer durchaus sympathischen Aufnahme. Es könnte sogar meiner Ansicht nach eine gewisse Garantie für die ruhige Entwicklung der Dinge im künftigen autonomen Albanien bieten, wenn diese Organisierung direkt königlich rumänischen Gedarmerieoffizieren anvertraut würde. Es wäre natürlich verfrüht, schon jetzt auf eine nähere Erörterung dieser Fragen einzugehen, da dieselben ja den Gegenstand eingehender Verhandlungen zwischen den Kabinetten von Wien und Rom bilden werden, die bekanntlich gewillt sind, sich in gleicher Weise und im vollsten Einvernehmen untereinander für die Autonomie Albaniens einzusetzen. Auch werden in dieser Frage, wie überhaupt in allen, die künftige Organisation Albaniens betreffenden Fragen, die eigenen Entschlüsse des albanischen Volkes einen maßgebenden Faktor bilden, da weder die Monarchie noch Italien die Absicht haben, sich auf eine weitgehende Bevormundung des neuen Staatswesens einzulassen. Ich zweifle aber nicht, daß die Bedeutung des mazedo-rumänischen Elementes in Albanien und die Sympathien, denen die albanische Idee in Rumänien begegnet, dazu beitragen werden, in dem Zukunftsstaate eine günstige Atmosphäre für die oben erwähnten rumänischen Desiderata zu schaffen. Die Sorge um das künftige Schicksal der mazedo-rumänischen Bevölkerung in dem erstehenden Albanien bildet übrigens nicht das einzige Bindeglied zwischen unseren Wünschen und den rumänischen Aspirationen; ein weiteres, der Monarchie und dem Nachbarkönigreiche gemeinsames Interesse ergibt sich aus der Fürsorge für die Erhaltung der außerhalb der Grenzen des künftigen Albaniens verbleibenden nationalen Minoritäten, wie der Mazedo-Rumänien, Albanesen und so weiter. Vorstehendes ist zur Regelung Euer Durchlaucht Sprache gegenüber Herrn Jonescu und anderer rumänischer Politiker bestimmt, die sich für das albanische beziehungsweise kutzowallachische Problem interessieren.

Nr. 4812. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 7. Dez. 1912 Nr. 684 (eing. 8. Dez. 8 U. a. m.).a) Entziff.

Vertraulich. Heutiger Ministerrat beschäftigte sich mit der Ausarbeitung der Instruktionen, welche den türkischen Bevollmächtigten, die nächsten Dienstag nach London abreisen werden, gegeben werden sollen. Bisher ist nur soviel bekannt, daß Tewfik Pascha und Osman Nizami Pascha als Bevollmächtigte designiert sind. Gabriel Effendi, welchen ich während des Ministerrates sprach, teilte mir ferner mit, türkische Delegierte würden Propositionen der Verbündeten vorerst entgegennehmen und dann ihrerseits Standpunkt der türkischen Regierung bekanntgeben. Letzterer wäre folgender: Türkei behält grössten Teil Thraciens mit Adrianopel und Kirkklisse. Ein möglichst großes Mazedonien sowie ein möglichst großes Albanien würden autonome Provinzen werden. Was vom heutigen Mazedonien und Albanien abzutreten wäre, würde Gegenstand der Verhandlungen bilden. Falls eine Verständigung mit Serbien und Griechenland sich

schwierig gestalten sollte, werde die Pforte trachten, sich mit Bulgarien allein zu verständigen. Gabriel Effendi bemerkte gesprächsweise, Pforte werde keinesfalls etwas tun, was sie mit unserem Standpunkte in Widerspruch bringen könnte. Er fragte mich, ob ich ihm diesbezüglich Aufklärungen geben könnte, worauf ich antwortete, nur soviel zu wissen, daß wir unter keiner Bedingung einer Konzession serbischen Gebietes bis an einen adriatischen Hafen zustimmen würden. Auf seine Frage, ob wir denselben Standpunkt auch mit Bezug auf einen Hafen am Ägäischen Meer vertreten, erwiderte ich, ihm diesfalls keinen Aufschluß geben zu können.

Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 4880.

Nr. 4813. Tel. nach London, 7. Dez. 1912 Nr. 88 (chiffr. 10 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Streng vertraulich. Erhalten Euer Exzellenz Telegramme Nr. 126 und 127 vom 6. l. M. Die Aufnahme, welche die Mitteilung meiner durch Euer Exzellenz Sir E. Grey erteilten Antwort auf seinen Vorschlag bei den verschiedenen Kabinetten gefunden hat, worüber Hochdenselben gesonderte telegraphische Mitteilungen zugehen, wird Sir E. Greys Bedenken betreffs des von uns ihm zur Vermeidung eines Mißverständnisses mitgeteilten Standpunktes zu zerstreuen geeignet sein. Was Sir E. Greys Bemerkung bezüglich der Wahl Londons für die Botschafterbesprechungen anbelangt, wollen Euer Exzellenz, falls der Herr Staatssekretär auf diesen Gegenstand zurückkommen sollte, sich darauf berufen, daß ich in meiner ihm erteilten Antwort die Wahl Londons, resprektive Nichtwahl Paris, keineswegs als conditio sine qua non bezeichnet habe. Was das für die Botschafterbesprechungen von Sir E. Grey laut Euer Exzellenz Telegramm Nr. 126 ins Auge gefaßte Programm anbelangt, bin ich der Ansicht, daß über dasselbe nicht im Vorhinein, sondern erst gelegentlich der Beratungen seitens der Botschafter entschieden werden sollte.

Berchtold.

[a]) Vgl. n. 4839.

Nr. 4814. Bericht aus Paris, 7. Dez. 1912 Nr. 58 C (eing. 9. Dez.). Ausfert.

In Ergänzung meines gehorsamen Chiffre-Telegrammes vom 4. l. M. Nr. 168[a]) möchte ich erwähnen, dass Herr Tittoni, mit welchem ich meine Konversation mit Herrn Poincaré über den Ort der Botschafter-Reunion besprach, mich versicherte, er habe dem Ministerpräsidenten genau dasselbe gesagt wie mir, das ist dass Euer Exzellenz London als Zusammenkunftsort in Vorschlag gebracht hätten. Von einer Ausschliessung von Paris sei kein Wort gefallen. Herr Poincaré hat sich die Sache offenbar so zurechtgelegt, wozu verschiedene hauptsächlich in deutschen Blättern erschienene Artikel, die sich gegen Paris aussprachen und die eigentümliche Haltung Herrn Iswolskys erwähnten, beigetragen haben dürften. Ich habe, als Herr Poincaré ganz vertraulich die Person meines russischen Kollegen zur Sprache brachte, ihm ganz offen eingestanden, dass nach meiner Ansicht der leiden-

schaftliche Charakter und die offen zur Schau getragene Rancune Herrn Iswolskys gegen Österreich-Ungarn die Verhandlungen in einer Botschafter-Reunion sicher nicht erleichtern würden, was Herr Poincaré bereitwilligst zugab. Ich sagte aber gleichzeitig, dass derartige Personalfragen nicht ausschlaggebend sein könnten und dass ich, seitdem ich hier akkreditiert sei, nicht nur politisch ganz korrekte, sondern persönlich freundschaftliche Beziehungen zu Herrn Iswolsky unterhalten hätte und nicht zweifle, dass er die, wie ich voraussetzen möchte, versöhnlichen Instruktionen seiner Regierung gewissenhaft ausführen würde. Herr Poincaré versicherte mich, dass in den letzten Wochen eine starke Schwenkung in den Ansichten Herrn Iswolskys eingetreten sei und glaube er sich beinahe dafür verbürgen zu können, dass er nicht störend in den Verhandlungen wirken werde. In verschiedenen Zeitungen wird hier direkt gesagt, dass Herr Iswolsky die Ursache sei, dass wir von einer Botschafter-Reunion in Paris nichts wissen wollten. Herr Iswolsky selbst hat kürzlich zu einem meiner Bekannten gesagt: „Je suis comme le Cardinal Rampolla, une victime du véto de l'Autriche. En somme je me trouve en bonne compagnie." Szécsen.

a) Irrtümlich statt Nr. 163.

Nr. 4815. Bericht aus Paris, 7. Dez. 1912 Nr. 58 D (eing. 9. Dez.). Ausfert.

Vertraulich. Die Mittheilungen, die ich Herrn Poincaré infolge des hohen Telegrammes Euerer Excellenz vom 6. l. Mts. Nr. 115 machte, haben auf denselben, wie ich dies telegrafisch[a] meldete, sichtlich einen sehr guten Eindruck gemacht. Herr Poincaré ist persönlich sehr eitel und beurtheilt alle politischen Fragen in erster Reihe immer von dem Gesichtspunkte, welche Rückwirkung dieselben auf seine parlamentarische Stellung haben könnten. Seine Gegner haben seine verschiedenen Initiativen, die nicht immer erfolgreich waren, natürlich zu Angriffen gegen ihn benützt. (Gemeinsamer Vorschlag mit Herrn Sazonow, dass „die Mächte keine territorialen Änderungen am Balkan zugeben werden," was heute beinahe etwas komisch klingt; Conferenz-Vorschlag vom 15. October, der eigentlich allseitig stillschweigend ad acta gelegt ward; désintéressement-Vorschlag, der auch zu keinem Resultate führte. Es ist daher begreiflich, dass Herr Poincaré sich jetzt einen thunlichst ausgiebigen persönlichen Erfolg wünscht. Ich glaube, er hofft, dass die Botschafter-Reunion, wenn sie in Paris stattfindet, mit der Zeit sich zu einer wirklichen Conferenz oder gar Congress entwickeln könnte. Diesem selben Zweck soll wohl auch die von ihm proponirte formlose Besprechung der financiellen Fragen des Orients dienen. Als Herr Poincaré die Ansicht aussprach, dass Sir Edward Grey jetzt nach Abschluss des Waffenstillstands seinen jüngsten Vorschlag vielleicht modificiren werde, machte ich ihn darauf aufmerksam, dass wir über die Bedingungen, unter welchen der Frieden geschlossen werden wird, auch heute nicht mehr wüssten als bisher. Die von Sir Edward Grey angeregte Reunion der Botschafter habe aber eben den Zweck, ohne Rücksicht auf die Wünsche der Kriegführenden gewisse principielle Punkte festzustellen, hinsichtlich welcher

die Mächte einig sind. Ich könne daher keinen rechten Grund sehen, warum Sir Edward seinen Vorschlag abändern oder die Zusammenkunft der Botschafter bis nach Abschluss des Friedens hinausschieben sollte. Obschon Herr Poincaré sicher alles thun wird, damit die Reunion in Paris stattfinde, habe ich doch den Eindruck, dass falls Sir Edward Grey der Anregung Euerer Excellenz Folge gebend selbst London in Vorschlag bringen würde, Herr Poincaré sich darein ergeben dürfte. Szécsen.

[a] Vgl. n. 4801.

Nr. 4816. Tel. nach Rom, 7. Dez. 1912 Nr. 242 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.).[a] *Konz. (S. Berger; G. Berchtold).*

Zu Euer Exzellenz Telegramm Nr. 230 vom 6. l. Mts. und Euer Exzellenz Bericht Nr. 85 F vom 5. l. Mts. Durch Einbeziehung Athens in den zweiten Satz des fünften Alineas meines Telegrammes Nr. 227[b] habe ich geglaubt, dem von Marquis di San Giuliano ausgesprochenen Desideratum Rechnung zu tragen. Was den aus dem Briefe des Herrn Ministers des Äußern hervorgehenden Wunsch nach einer Abschwächung jenes Punktes der Instruktion nach London anbelangt, wonach der k. u. k. Botschafter an einer eventuellen Diskussion über den territorialen accés Serbiens an die Adria nicht theilnehmen solle, möchte ich bemerken, daß hier eine Änderung umso schwieriger erscheint, als sich das Berliner Kabinet bereits mit dieser Haltung einverstanden erklärt hat. Ich kann übrigens annehmen, daß wir eben damit, daß in diesem Satze blos von Serbien die Rede ist, einem weiteren Wunsche Marquis di San Giulianos Rechnung getragen haben, nämlich uns bezüglich Montenegros und Griechenlands nicht bereits jetzt allzusehr die Hände zu binden. Was insbesonders die Frage von Valona betrifft, so erschiene es uns nicht opportun, irgendeinen Punkt der albanischen Küste in unserer Instruktion nach London speziell zu nennen. Unserem und Italiens gemeinsamem Interesse an diesem Hafen haben wir übrigens ohnehin durch die Démarche in Athen und deren Erwähnung in unserer Antwort nach London prägnanten Ausdruck verliehen. Daß endlich unser Standpunkt hinsichtlich des territorialen Zuganges Serbiens an die Adria von den anderen Kabineten nicht als ein unberechtigter aufgefaßt wird, wollen Euer Exzellenz aus den Hochdemselben reproduziert zukommenden bezüglichen Telegrammen aus St. Petersburg[c] und Paris[d] entnehmen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 4832. — [b] Vgl. n. 4802 Anm. c. — [c] Vgl. n. 4803. — [d] Vgl. n. 4801.

Nr. 4817. Tel. aus Rom, 7. Dez. 1912 Nr. 231 (eing. 6 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Vertraulich. Russischer Kollege suchte mich gestern auf und äusserte sich auffällig versöhnlich. Er betonte zwar Gefahr eines Krieges, falls wir militärisch in Serbien einschreiten, er plädierte auch anfangs für einen serbischen, nicht zu befestigenden Adriahafen samt Couloir, gab mir aber schliesslich zu, dass, wenn die kommerzielle Benützung und der Zutritt zu einem Adriahafen Serbien irgendwie garantiert würde, dies eine

diskutable Lösung wäre. Abends sprach mir Minister des Äussern im Tone höchster Befriedigung von einer Demarche des englischen Botschafters, aus welcher Ausschluss einer Konfliktsmöglichkeit zwischen uns und Russland gefolgert werden könne. Sir Rennell Rodd habe ausgeführt, Botschafterreunion bezwecke nur einen Ideenaustausch. Jeder könne hiebei in merito insistieren, soviel er wolle. Daher hätte Ausschluss eines Themas keinen Zweck. Dies umsoweniger als zum Beispiel Russland die von uns vorgeschlagene Lösung (Serbien die kommerzielle Benützung eines Adriahafens und den Zutritt dazu — etwa durch eine neutralisierte Bahn — irgendwie zu garantieren) seinerseits niemals ausgeschlossen habe. Es wäre somit zu empfehlen, im Wege der Diskussion zu einem Einverständnis zu gelangen. Russland werde voraussichtlich der von uns gewünschten Lösung zustimmen, wenn es nur nicht den Anschein habe, dass dieselbe ihm „préalablement imposée" sei. Marquis San Giuliano sieht in dieser Demarche wohl mit Recht die Ankündigung der Annahme unseres Standpunktes seitens Russland. Er bemerkte hiebei zum ersten Male, er habe seit zwei Tagen beunruhigende Nachrichten über unsere militärischen Vorbereitungen, deren Zweck er unter diesen Umständen nicht einsehe. Nach seiner Meinung hätten wir vielleicht im Anfange der Krise unsere Forderungen zu rasch und zu weit restringiert. Dagegen schienen wir jetzt, speziell gegenüber Serbien, mit jedem Tage mehr zu verlangen. Ich erwiderte als persönliche Antwort, dass Starrköpfigkeit Serbiens in der Hafenfrage, dessen provozierende Haltung uns gegenüber und russische Rüstungen an unserer Grenze Erklärung für Vorbereitungen von unserer Seite seien. Euer Exzellenz gegenüber aber möchte ich meinen Eindruck dahin zusammenfassen, dass Russland — und daher voraussichtlich demnächst auch Serbien — den Rückzug in der Hafenfrage antritt, welche Überzeugung ich in meiner ganzen Berichterstattung und schon in meinem Telegramme Nr. 181[b]) ausgesprochen habe. Mérey.

[a]) Vgl. n. 4832, 4855, 4964. — [b]) Vom 14. Nov.

Nr. 4818. Tel. aus Rom, 7. Dez. 1912 Nr. 233 (eing. 9 U. 45 M. p. m.). Entziff.

Der nunmehr bekannt gewordene Umstand, daß die Anregung der Botschafterréunion Sir E. Grey von Herrn Poincaré souffliert worden ist, sowie die Tatsache, dass die Friedensverhandlungen gleichfalls in London stattfinden, läßt einen Parallelismus dieser beiden Beratungen vorhersehen, welcher einer Fusion nahe kommen dürfte. Meines unvorgreiflichen Dafürhaltens wird darauf zu achten sein, daß nicht etwa die Westmächte auf diesem Umweg ihr lange angestrebtes Ziel einer Konferenz ohne Vorbereitung und Reserve und mit Beiziehung der Balkanstaaten erreichen, wenn die Unterhandlungen auch nicht Konferenz hießen. Mérey.

Nr. 4819. Tel. nach St. Petersburg, 7. Dez. 1912 Nr. 179 (chiffr. 11 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 252 vom 6. l. M. Euer Exzellenz wollen Herrn Sazonow meine Befriedigung über die Aufnahme,

welche meine Antwort auf den Sir E. Greyschen Vorschlag bei ihm gefunden hat, ausdrücken und sich bezüglich seiner Bemerkung hinsichtlich des österreichisch-ungarisch-italienischen Akkords in nachstehendem Sinne vernehmen lassen. Unser Akkord mit Italien sieht die Autonomisierung Albaniens für den Fall einer Veränderung des status quo am Balkan vor, woraus sich unser beiderseitiges Interesse ergibt, daß demselben nicht durch weitgehende Abbröckelungen die Möglichkeit einer selbständigen Entwicklung entzogen werde. Von besonderen Privilegien, welche Österreich-Ungarn und Italien in Albanien eingeräumt werden sollten, ist in dem fraglichen Akkord nicht die Rede und lege ich im Gegenteile großes Gewicht darauf, daß bei Ausschluß jedweden Sonderprivilegiums alle Großmächte an der Schaffung und Wahrung der albanesischen Autonomie teilnehmen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 4844.

Nr. 4820. Bericht aus St. Petersburg, 24. Nov./7. Dez. 1912 Nr. 49 B (eing. 9. Dez.). Ausfert.

Streng vertraulich. Aus meinen verschiedenen Unterredungen mit den hiesigen Staatsmännern gewinne ich immer mehr den Eindruck, dass die russische Regierung eine friedliche Lösung des Balkanproblems aufrichtig wünscht und eine solche auch herbeizuführen bestrebt ist; andererseits aber fürchtet, dass der Eintritt gewisser Eventualitäten ihr ein Festhalten an ihrer friedlichen Richtungslinie unmöglich machen könnte. Ein solcher Fall, wo die Regierung dem Drucke der öffentlichen Meinung nicht widerstehen zu können glaubt, dürfte ein unsererseits erfolgender Angriff auf Serbien sein. Einen solchen zu vermeiden und überflüssig zu machen, ist daher meiner Meinung nach zweifellos das Bestreben Herrn Sazonows, dessen Ausspruch, er habe nach Belgrad sehr nachdrückliche Mahnungen zur Mässigung ergehen lassen, auch durch die Mitteilungen Herrn Paléologues an Graf Szécsen (vide dessen Bericht vom 16. v. M. Nr. 53 A) vollauf bestätigt wird. Dieselben scheinen doch allmählich ihre Wirkung auszuüben, wenn die Meldung des italienischen Geschäftsträgers in Belgrad richtig ist, von der mir Marquis Torretta Mitteilung machte, und wonach die Sprache Herrn Hartwigs in den letzten Tagen eine durchaus geänderte wäre. Im Meritum der zwischen uns und Serbien bestehenden Haupt-Differenz, nämlich der Hafenfrage, scheint die russische Regierung wie aus verschiedenen Äußerungen sowohl Herrn Sazonows als besonders auch Herrn Kokowzows hervorgeht, unserem Standpunkt, dass Serbien nur ein ökonomisches Débouché zur Adria ohne territorialen Besitz daselbst einzuräumen sei, keinen Widerstand mehr entgegensetzen zu wollen. Nur möchte man hier, dass dieser Standpunkt nicht durch ein gewaltsames Vorgehen unsererseits gegen Serbien zur Durchführung komme, sondern als ein Beschluss des europäischen Areopags Serbien aufoktroiert werde, wodurch die hiesige Regierung der öffentlichen Meinung gegenüber eine Deckung fände. Diese Sorge, dass unsererseits etwas unternommen werden könnte was die russische Regierung mit Rücksicht auf die hiesige öffentliche

Meinung zwingen könnte, aus ihrer bisherigen Reserve herauszutreten, hat sich wiederholt in verschiedenen Aussprüchen Herrn Sazonows mir gegenüber deutlich gezeigt: so zum Beispiel als er mir unlängst seine Hoffnung ausdrückte, dass all' die jetzigen schwierigen Fragen im gegenseitigen Einverständnis werden gelöst werden können, aber mit grossem Nachdruck hinzufügte, „mais surtout ne faites rien d'irréparable". (Mein Telegramm vom 2. Dezember Nr. 248). — Auch in den Äußerungen Seiner Majestät des Kaisers Nikolaus mir gegenüber anlässlich meiner Audienz[a]) konnte ich wiederholt erkennen, wie sehr man hier Wert darauf legt, dass wir Serbien gegenüber nicht vor dem Friedensschluss mit der Türkei und auch später nicht einseitig mit Gewalt vorgehen, sondern die Durchführung unseres Standpunktes bis zur Erreichung einer diesbezüglichen Übereinstimmung zwischen den Grossmächten aufschieben, worauf diese dann nach hiesiger Auffassung auch ohne irgend welche Gewaltanwendung möglich wäre. Der Grund für dieses Verhalten der massgebenden russischen Kreise liegt meiner Überzeugung nach, wie ich dies oben auszuführen mir erlaubte, eben darin, dass man hier einen Krieg, wenn irgend möglich, zu vermeiden wünscht, aber fürchtet dies nicht zu können, wenn Serbien durch uns angegriffen würde und dann, — wenn auch mit Unrecht,— gegen die „Brutalisierung" durch die Monarchie die Hilfe des „Brudervolkes" anriefe. In diesen Ordres d'idées dürfte auch die seinerzeitige Bemerkung Herrn Sazonows gehören, es schiene ihm zweckmäßiger, dass wir uns zunächst mit Russland verständigen, statt direkt mit Serbien zu verhandeln; ich glaube nicht, dass er damit andere Hintergedanken wie zum Beispiel den Draht nach Serbien über Petersburg zu leiten,[b]) verbunden hatte. Thurn.

[a]) Vgl. n. 4639. — [b]) Vgl. n. 4764.

Nr. 4821. Bericht aus St. Petersburg, 24. Nov./7. Dez. 1912 Nr. 49 D (eing. 9. Dez.). Ausfert.

Streng vertraulich. Der k. u. k. Militär-Attaché hat mir Einblick in einen Bericht gegeben, welchen er mit heutigem Kurier an den Chef des Generalstabes vorlegt und der über eine Unterredung mit dem Grossfürst Nikolaus Michailowitsch handelt. Da mir derselbe auch eines politischen Interesses nicht zu entbehren scheint, erlaube ich mir Euer Exzellenz eine mir vom Prinzen Hohenlohe überlassene Abschrift seines erwähnten Berichtes im Anbuge[a]) ergebenst zu unterbreiten. Wenn auch bei der Euer Exzellenz bekannten Persönlichkeit des Grossfürsten dessen Äusserungen kein übertriebenes Gewicht beigemessen werden darf, so scheint aus denselben doch hervorzugehen, dass Seine Kaiserliche Hoheit noch vor einigen Monaten selbst höchsten Ortes für eine Annäherung an die Monarchie eingetreten ist und dass damals die Dispositionen in dieser Beziehung keine ungünstigen gewesen sein dürften, wenn wirklich, — wie der Grossfürst sagte, — die Einladung Seiner k. u. k. Hoheit des durchlauchtigsten Herrn Erzherzogs Franz Ferdinand zu den Jagden in Spala ernstlich in Erwägung gezogen wurde. Es ist jedenfalls sehr bedauerlich,

dass damals die Umstände die Verwirklichung dieser Absicht vereitelt haben. Dafür, dass die einschlägige Behauptung des Grossfürsten nicht ganz aus der Luft gegriffen sein dürfte, schiene auch der Umstand zu sprechen, dass, wie Euer Exzellenz erinnerlich sein wird, im Frühherbste tatsächlich Gerüchte, als würde Seine k. u. k. Hoheit zu den Jagden nach Spala gehen, mit einer gewissen Insistenz in der Presse aufgetreten sind. Im Lichte dieser Haltung des Grossfürsten Nikolaus Michailowitsch, der sich bekanntlich nie ein Blatt vor den Mund nimmt und daher seine Ansichten auch Seiner Majestät dem Kaiser Nikolaus gegenüber ungeschminkt zum Ausdruck gebracht haben dürfte, gewinnt auch der Umstand, dass nicht, wie ursprünglich vermutet wurde, der Grossfürst Nikolaus Nikolajewitsch, sondern er zur Überreichung des Marschall-Stabes an Seine Majestät den König von Rumänien designiert wurde, eine gewisse Bedeutung. Es kann wenigstens angenommen werden, dass Grossfürst Nikolaus Michailowitsch nicht, wie dies sein erlauchter Vetter zweifellos getan hätte, seine Anwesenheit am rumänischen Hofe dazu benützen werde, um dort gegen uns zu hetzen. Seine Kaiserliche Hoheit hatte anfänglich gesprächsweise den Gedanken ventiliert, entweder auf dem Hin- oder Rückwege über Wien zu reisen, hat aber diesen Gedanken wieder fallen lassen. Ob dies über höheren Auftrag geschehen ist, vermag ich nicht zu sagen. Thurn.

a) Beilage.

Beilage zu n. 4821.a) Bericht des Militärattachés in St. Petersburg an den Chef des Generalstabes, 3. Dez. 1912 Res. Nr. 277. Abschrift.

Dieser Tage sagte mir Grossfürst Nikolaus Michajlowitsch, dass er an der Spitze einer Spezialmission zur Überreichung des Marschallstabes nach Bukarest fahre; erwähnte auch hiebei, dass ihm die Übertragung dieser Aufgabe ganz unerwartet gekommen sei. Wie ich bereits in meinem Telegramm Res. Nr. 275 vom 3. d. M. gemeldet habe, ist die Designierung dieses Grossfürsten, der in der kaiserlich russischen Armee keine aktive Stellung einnimmt und gegenüber der k. u. k. Monarchie insbesonders in letzter Zeit mit seinen Sympathien nie hinter dem Berg gehalten hat, bedeutungsvoll. Im weiteren Verlauf des Gespräches sagte der Grossfürst wörtlich: „Ces derniers temps j'ai beaucoup intrigué pour vous; et déjà à Moscou.“ Hiebei erinnerte sich der Grossfürst eines Gespräches, welches er im heurigen Sommer kurz vor seiner Abreise zu den Moskauer Feierlichkeiten mit mir gehabt hatte. Damals hatte mich der Grossfürst im kaiserlichen Yachtklub in einem Gespräch über die Möglichkeiten eines Balkankrieges diskutierend gefragt, was man tun werde, wenn nach einem günstigen Verlauf bulgarischer Operationen und einem eventuellen Falle von Adrianopel König Ferdinand von Bulgarien nach Konstantinopel einziehen würde, um sich dort krönen zu lassen. Ich hatte seiner kaiserlichen Hoheit geantwortet, dass ich nicht Diplomat sei, und daher auch nicht wisse, was die Diplomatie bei Besprechung solcher Eventualfälle zu tun pflege. Der Grossfürst insistierte jedoch und sagte, ich solle nicht als

Diplomat, sondern nur als Privatmann mich äussern. Ich antwortete damals seiner kaiserlichen Hoheit, dass meine ganz private Ansicht dahin gehe, dass Russland und k. und k. Monarchie ohne den Ereignissen auf dem Balkan in irgend einer Weise vorzugreifen, als die auf dem Balkan meist interessierten Mächte vorher schon sich bei gründlicher Erwägung aller Eventualitäten für den Ausgang eines Balkankrieges einigen sollten. Ich fügte noch hinzu, dass ich glauben sollte, dass solche Besprechungen, falls sie mit dem nötigen Freimut, Aufrichtigkeit und gutem Willen und zwar jetzt schon geführt würden, zu einem erfreulichen Ziele führen könnten, während sie später vielleicht durch die Schaffung von faits accomplis durch die Waffen der Balkanslaven und die notwendigerweise daraus entstehende Beunruhigung der Gemüter, wenn auch nicht unmöglich, so doch viel schwieriger sich gestalten könnten. Später hörte ich, dass sich Grossfürst Nikolaus Michajlowitsch bei einem Diner bei der Grossfürstin Maria Pawlowna über meine Ansichten geäussert habe, dass er sie für richtig halte und dass er in diesem Sinne mit den Ministern Sazonow und Kokowzow sprechen werde. Darauf kann sich die Bemerkung Seiner kaiserlichen Hoheit: ‚j'ai intrigué et déjà à Moscou beziehen. In seinem jetzigen Gespräche sagte Grossfürst Nikolaus Michajlowitsch, dass die Hauptschwierigkeiten für Russland nicht so sehr in der Adriahafenfrage, sondern in den zwischen Bulgaren und Griechen auftauchenden Differenzen liegen werden. Es sei überhaupt lächerlich und ein Widersinn für Russland, sich um die serbische Hafenfrage zu kümmern. Er sagte, er kümmere sich, wie man ja wisse, nicht um Politik, in letzter Zeit habe er es aber für nötig befunden Seiner Majestät dem Kaiser über die Fürsten des Balkanbundes zu sagen: „... je ne comprends pas comment on peut se fier au roi Ferdinand et au roi de Grèce (les deux autres, je ne veux pas même les mentioner parceque je le trouve sous ma dignité). Si vous voulez Vous fier, Sire, à quelqu'un et entièrement, je comprends que Vous le fassiez avec l'Empereur François Joseph et l'Archiduc François Ferdinand." Als ihm Kaiser Nikolaus hierauf mit einem Hinweis auf Nikolaus I. geantwortet habe, er verstehe nicht, wie der Grossfürst als Geschichtsschreiber geschichtlichen Fakten eine so geringe Bedeutung beimessen könne, habe er geantwortet: „Précisément par ce que je suis historien, Sire, je n'attache pas trop d'importance à un seul fait, mais je sais les grandes directions logiques que l'histoire nous démontre. Et il faut changer les mesures comme les temps ont changé." Der Grossfürst erwähnte ferner, dass er schon im Sommer bei Ihren Majestäten auch über die Notwendigkeit Seine kaiserliche und königliche Hoheit den Erzherzog Thronfolger im heurigen Jahre nach Spala einzuladen, gesprochen habe und sei dies beim leidenden Zustand der Kaiserin nicht leicht gewesen. So sei alles dafür eingeleitet gewesen; leider sei aber die Krankheit des Grossfürsten Thronfolgers und der Kriegsausbruch am Balkan dazwischen gekommen. Der Grossfürst lobte noch insbesondere die sehr ruhige und vernünftige Politik Herrn Sazonows, sagte aber, dass man von Anfang an auf die Presse hätte stärker einwirken sollen.

Franz Hohenlohe.

[a]) Vgl. n. 5020.

Nr. 4822. Bericht aus St. Petersburg, 24. Nov./7. Dez. 1912 Nr. 49 E (eing. 9. Dez.). Ausfert.

Vertraulich. Gelegentlich meiner letzten Unterredung mit dem Herrn Ministerpräsidenten sagte mir dieser, dass er die Absicht habe, wenn einmal die Duma sich konstituiert haben werde, vor derselben ein Exposé über die Politik der Regierung zu halten. Bei dieser Gelegenheit werde er auch die auswärtige Lage berühren und dieselbe in einem ruhigen und konzilianten Tone besprechen, ohne, wie er mit einem Hinweis auf die letzte Rede des deutschen Reichskanzlers bemerkte, hiebei mit dem Säbel zu rasseln. „Je crois que vous serez contents" sagte er, seine bezüglichen Äusserungen abschliessend. Ein besonderes Exposé über die auswärtige Politik ist derzeit nicht beabsichtigt, und sagte mir Herr Sazonow, dass er in der Duma keine Erklärungen abzugeben gedenke. Thurn.

Nr. 4823. Bericht aus St. Petersburg, 24. Nov./7. Dez. 1912 Nr. 49 F (eing. 9. Dez.). Ausfert.

Ich möchte mir gestatten im Nachfolgenden einer gesprächsweise durch den Grossfürst Nikolaus Michailowitsch einem Mitgliede dieser Botschaft gegenüber fallen gelassenen Bemerkung Erwähnung zu tun, weil sie mir die hiesige Mentalität richtig zu beleuchten scheint. Der Grossfürst sagte nämlich dem betreffenden Herrn unter Bezugnahme auf die Rede des Reichskanzlers im deutschen Reichstage: „si vous voulez comprendre notre état d'esprit, lisez l'article du „Temps" qui vient de paraître". Es ist dies der Leitartikel des „Temps" vom 4. d. M., in welchem auf die Analogie zwischen der Lage im Jahre 1909 und jetzt, namentlich mit Rücksicht auf die Stellungnahme Deutschlands hingewiesen wird. Nun ist zweifellos die Erinnerung an die diplomatische Niederlage des Annexionsjahres, welche man hier in erster Linie mit dem deutscherseits damals ausgeübten Drucke in Verbindung bringt, hier noch eine sehr brennende und ist daher die hiesige Psyche für alle jene Momente, die in der gegenwärtigen Lage irgend eine Analogie zu jener von 1909 aufweisen könnten, ganz besonders empfindlich. Es ist daher, will man es der russischen Regierung erleichtern oder auch nur ermöglichen, unserem Standpunkte in der jetzigen Krise Rechnung zu tragen, sehr wünschenswert, dass in der öffentlichen Besprechung der Ereignisse und namentlich in der Presse tunlichst alles vermieden werde, was an die Entwicklung der Dinge in der Annexionszeit erinnert und als eine Wiederholung des damals durch Russland erlittenen Echecs gedeutet werden könnte. Thurn.

Nr. 4824. Tel. aus Sofia, 7. Dez. 1912 Nr. 443 (eing. 10 U. p. m.).[a] Entziff.

Herr Danew heute nach Sofia zurückgekehrt und mich soeben besucht. Ich werde Verlauf der langen Konversation noch heute ausführlich melden, vorläufig möchte nur berichten, daß Danew morgen früh nach Bukarest reist und von dort auf dem Wege nach London Dienstag in Wien eintreffen wird und bei Euer Exzellenz vorsprechen möchte. Herr Danew wird einen

Tag in Wien bleiben und wird Euer Exzellenz seinen Besuch noch von Bukarest im Wege unserer Gesandtschaft oder direkt telegraphisch anzeigen.

Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 4825, 4833.

Nr. 4825. Tel. aus Sofia, 7. Dez.[a]) 1912 Nr. 444 (aufg. 8. Dez. 4 U. 30 m. a. m.; eing. 10 U. a. m.).[b]) Entziff.

Mit meinem Telegramme Nr. 443 von gestern[a]) habe ich Euer Exzellenz gemeldet, daß Herr Danew morgen mit der Absicht abreist, Euer Exzellenz in Wien zu besuchen. Der Kammerpräsident hat auch gefragt, ob er nicht hoffen dürfte, die Ehre zu haben, von Seiner k. u. k. Hoheit dem durchlauchtigsten Herrn Erzherzog Franz Ferdinand noch einmal empfangen zu werden; er sprach diesen Wunsch nur ganz schüchtern aus, da er sich nur einen einzigen Tag in Wien werde aufhalten können. Aus der eineinhalbstündigen Unterredung, die ich mit Danew hatte, werde ich mir erlauben, nur das Wichtigste zu erwähnen. Zuerst sprachen wir vom Waffenstillstand. Herr Danew erzählte mir Einzelheiten und entwickelte auch Gründe, die ihn veranlaßt hätten, Türkei nicht zu schwere Bedingungen zu stellen. Bulgarien werde sich mit Grenze Maritza-Mündung-Midia begnügen, um Türkei in Konstantinopel nicht unlebensfähig zu machen und ihr Rolle des Beschützers der Dardanellen zu ermöglichen. Wenn sich Türkei in Konstantinopel nicht halten könnte, wäre auch ihre Existenz in Kleinasien bald in Frage gestellt, was gegen Interesse Bulgariens sein würde. Aus Unterredungen mit türkischen Unterhändlern hätte Danew Eindruck gewonnen, daß sich Vorbedingungen für zukünftige nähere Beziehungen zwischen Bulgarien und Türkei finden dürften. Vorläufig bilde Adrianopel, auf welches Türkei nicht verzichten wolle, große Schwierigkeiten; da Bulgarien Adrianopel unbedingt besitzen müsse, werde diese Frage Friedensverhandlungen erschweren. Nachdem wir auf Rumänien und Serbien zu sprechen kamen, hat sich gezeigt, daß Kammerpräsident über Unterredungen, die ich diesfalls letzte Zeit mit Herrn Geschoff gehabt hatte, nicht genau informiert war oder gab er sich diesen Anschein. Ich habe Herrn Danew über alles, was während seiner Abwesenheit vorgefallen, genau unterrichtet. Er nahm mit Befriedigung und Dank Kenntnis von unserer Vermittlungsaktion zwischen Bulgarien und Rumänien und sagte, daß auch er von Notwendigkeit bulgarisch-rumänischer Freundschaft durchdrungen. Er fahre morgen nach Bukarest. Seine Mission sei keine leichte. Ob er zu territorialen Konzessionen ermächtigt, war von ihm nicht zu erfahren. Betreffend Serbien war Herr Danew noch immer der Meinung, daß wir bezüglich Korridors und Hafens unser letztes Wort noch nicht gesprochen. Ich informierte ihn über meine diesfälligen Gespräche mit Herrn Geschoff und teilte ihm entsprechenden Inhalt der hohen Telegramme Nr. 160 vom 25. v. Mts. und Nr. 166 vom 30. November mit. Mitredner war impressioniert. Er war besonders frappiert, als ich ihm meine Eröffnungen an Herrn Geschoff erzählte, worin von der Möglichkeit der Kollision der serbischen Forderungen mit unseren Interessen und von der Unvereinbarkeit einer näheren Freundschaft zwischen Monarchie und

Bulgarien, wenn letzteres sich mit über wirtschaftlichen Rahmen hinausgehenden serbischen Aspirationen identifizieren würde, die Rede war. Ich fügte hinzu, daß unser Standpunkt bezüglich Albaniens und Adria ein Dogma unserer Politik bilde und daß darüber kein Handeln und Transigieren zulässig. Zugleich unterließ ich nicht, auf das, was Herr Danew Euer Exzellenz in Pest über die nicht kollidierenden Interessen zwischen Monarchie und Bulgarien und über künftige nähere Freundschaft gesagt hatte, hinzuweisen, wobei ich bemerkte, daß wir diese Eröffnungen ernst aufgefaßt und, da wir auf bulgarische Freundschaft Wert legten, auch mit Befriedigung zur Kenntnis genommen hätten. Kammerpräsident antwortete, daß er keine Ahnung gehabt hätte, daß wir bereits so klar und endgiltig unseren Standpunkt in serbischer Frage präzisiert hätten. Er versuchte nicht mehr in merito zu diskutieren, sondern bemerkte, daß Frage für Bulgarien sehr schwierig, da serbische Truppen vor Adrianopel ständen, worauf ich gleich erwiderte, daß Fall Adrianopels Frage der Zeit und daß Bulgarien wüßte, wozu es dann Serbien verpflichtet. Herr Danew schien embarassiert, fragte, ob wir versucht hätten, mit Serbien zu sprechen und meinte, man müßte Mittel finden, um Schwierigkeiten beizulegen. Er hätte Absicht gehabt, sich auf dem Wege nach London, in Wien, Berlin und Paris aufzuhalten, da es Fragen gebe, die er vor Beginn der Friedensverhandlungen mit Euer Exzellenz, mit Herrn von Kiderlen besprechen möchte, und in Paris wollte er sich wegen finanzieller Angelegenheiten aufhalten. Was ich ihm sagte, bekräftigte ihn in dem Wunsche, Euer Exzellenz noch einmal zu begegnen, auch werde er wünschen, wie dies bereits eingangs erwähnt, Ehre einer Audienz bei durchlauchtigstem Herrn Erzherzog-Thronfolger teilhaftig zu werden. Ich versicherte Herrn Danew, daß mir Gedanke eines neuerlichen Meinungsaustausches mit Euer Exzellenz sehr glücklich schiene. Im Laufe des Gespräches habe in Befolgung des hohen Telegrammes Nr. 12 aus Pest vom 21. v. Mts. nicht verfehlt, Kammerpräsidenten in Betreff der beiden von ihm anläßlich der Audienz bei dem durchlauchtigsten Herrn Erzherzog-Thronfolger mißverstandenen Punkte aufzuklären. Herr Danew erinnerte sich, was ihm Chef der Militärkanzlei des Herrn Erzherzogs bezüglich Rumäniens gesagt hatte. Aufklärung im Sinne des ersten Alineas[c] des hohen Telegrammes Nr. 148 vom 17. November bezüglich Serbiens machte Eindruck. Möchte noch erwähnen, daß Herr Danew großes Interesse für Grenzen künftigen Albaniens und für Schicksal der ägäischen Inseln zeigte. Tarnowski.

[a] So! — [b] Oe. U. Balkan 80 Nr. 152. Vgl. n. 4833, 4929. — [c] Erstes Alinea von n. 4460 reicht bis „ausgesprochen habe".

Nr. 4826. Note des Chefs des Generalstabs, 7. Dez. 1912 Nr. 5295/I res. (eing. 8. Dez.). Ausfert.

Auf Grund Informierung durch eine gute Pariser Quelle beehre ich mich zur Kenntnis zu bringen, dass über Weisung Herren Poincarés im Geheimen an Bulgarien 50 Millionen Francs, an Serbien 20 Millionen Francs flüssig gemacht worden sein sollen, unter der Bedingung, dass sich diese beiden Staaten bei einer Konferenz an Frankreich zu halten hätten. Schemua.

Nr. 4827. Bericht aus Belgrad, 8. Dez. 1912 Nr. 166 A (eing. 9. Dez.).[a] Ausfert.

Der an Stelle des abberufenen Herrn Simić zum Wiener Gesandten ernannte frühere königlich serbische Minister des Äussern Herr Jovanović (der seit der Rekonstruktion des Kabinetts im September wieder die Agenden eines Generalsekretärs versehen hat) wird, über direkten Wunsch des Herrn Pašić, seinen Posten schon in zirka 8—10 Tagen antreten. An seiner Stelle wurde der frühere Leiter des Pressbureaus, Herr Stefanović — ein Neffe des Herrn Pašić — mit dem hier besonders wichtigen Amte eines Generalsekretärs betraut. Diese Wahl wird nicht als eine besonders glückliche bezeichnet, da Herr Stefanović seinem Amte kaum gewachsen sein dürfte. Er gilt aber für einen ruhigen konzilianten Menschen, dem jede Initiative fehlen wird und der sich wahrscheinlich nur als ein ausführendes Organ seines Chefs gerieren dürfte. Ich bedauere lebhaft den Abgang des Herrn Jovanović, der während der ganzen gegenwärtigen Krise das lebhafteste Bestreben gezeigt hat eine friedliche Lösung herbeizuführen. Was bei dem neuen Wiener Gesandten sehr in die Wagschale fällt, ist der Umstand, dass er kein eigentlicher Politiker und kein blinder Anhänger der Altradikalen Partei ist, obgleich er das volle Vertrauen des Herrn Pašić besitzen soll und tatsächlich in den letzten Monaten das Ministerium des Äussern eigentlich selbst geleitet hat. Bei der Beurteilung seiner Persönlichkeit will ich nochmals betonen (vide Bericht vom 29. September l. J. Nr. 93 C.)[b], dass Herr Jovanović kein absoluter Russophile und dass er über das hier zur Geltung kommende russische Protektorat keineswegs entzückt ist. Er anerkennt natürlich den Wert der guten, innigen Beziehungen zu Russland, gibt sich aber keinen zu weit gehenden Illusionen hin und ist wirklich bestrebt in der inneren Politik die Unabhängigkeit Serbiens zu wahren. Er stand auch — wie bereits einberichtet — in ziemlich schroffem Gegensatz zu Herrn von Hartwig, der aus seiner Misstimmung dem Generalsekretär gegenüber gar kein Hehl gemacht hat. Herr Jovanović ist jedenfalls der einzige höher stehende Beamte des gegenwärtigen Régimes, der sich durch den russischen Gesandten nicht hat blind beeinflussen lassen. Gerade deshalb scheint er eine ganz besonders geeignete Persönlichkeit für den Wiener Posten zu sein. Sehr geschmeidig und nachgiebig uns gegenüber wird er aber darum doch bestimmt nicht sein, er ist vor Allem ein „fanatischer serbischer Patriot" und da er kein Mensch von grosser Genialität ist, fehlt ihm auch der weite politische Horizont. Jedenfalls hat er aber das ehrliche Bestreben die Beziehungen zur Monarchie in ein gutes normales Geleise zu bringen und hievon hat er mir in letzter Zeit zahlreiche Beweise gegeben, allerdings ohne dass dieselben auf den Gang der serbischen Politik einen besonderen Einfluss gehabt hätten. Auch gestern suchte er mir seine Annäherungspolitik, allerdings nicht in scharfen und leicht verständlichen Linien — auseinander zu setzen. Er kam wieder auf seine Lieblingsidee — von der ich schon öfters Erwähnung getan habe — einer programmatischen Konversation von Kabinett zu Kabinett zurück. Er sagte, wir sollten punktweise unsere Forderungen aufstellen und auch angeben, welche Garantien wir zur Sicherstellung derselben verlangen, worauf auch Serbien punktweise seine Wünsche bekanntgeben würde. Er meinte, dass meine auftragsgemäss gemachten

Mitteilungen an Herrn Pašić zu vag gehalten waren, die serbische Regierung würde eine detaillierte Aussprache mit genauer Umschreibung der einzelnen Diskussionsobjekte vorziehen. Er wiederholte auch diesmal, dass der gegenwärtige Augenblick einen historischen Wendepunkt in den Beziehungen Serbiens zur Monarchie bilden müsse, und hofft, wenn ich hier und er in Wien in diesem Sinne wirken werden, ein erfreuliches Resultat erzielen zu können. Ich erwiderte darauf, dass ich an der Aufrichtigkeit seiner Äusserungen nicht zweifle, dass ich aber für diesen erfreulichen Umschwung in der serbischen öffentlichen Meinung während meiner bisherigen Tätigkeit in Serbien keine günstigen Symptome gesehen habe, und wies — allerdings in sehr freundschaftlicher Weise — auf die Momente, die eher für das Gegenteil sprechen würden (Besuch der Agramer Studenten, Verhalten der Regierung in Lieferungsfragen, Sprache sogar der offiziösen Presse, Strömungen im Heere und geradezu feindselige Stimmung der Strasse etc. etc.). Er erwiderte, dass er die Richtigkeit meiner Einwendung nicht ganz in Abrede stellen könne. Aber alles das wird sich leichter ändern können, als ich es glaube. Er gab andeutungsweise auch zu, dass die Altradikale Partei und insbesondere Herr Pašić vielleicht in ihrer Russenliebe zu weit gehen, gab mir aber zu verstehen, dass aus der gegenwärtigen Krise die Regierungspartei sehr geschwächt hervorgehen und sogar Herr Pašić viel von seinem Prestige und Einfluss verlieren könnte. Wenn je, so hat Österreich-Ungarn jetzt Chancen einen dominierenden Einfluss in Serbien einzunehmen. Allerdings fügte er gleich hinzu, dass das Land von uns, um unseren guten Willen zu dokumentieren, eine Nachgiebigkeit in der Hafenfrage erwarten würde. Ich erklärte ihm sofort, dass ich ihm diesbezüglich — wie schon so oft wiederholt — gar keine Illusionen lassen möchte. Die Monarchie werde gewiss allen anderen, berechtigten Wünschen Serbiens Rechnung tragen und die serbische Regierung in ihren Wünschen bezüglich der befriedigenden anderwärtigen Lösung der Frage eines Zuganges zum Meere bestimmt nachdrücklichst unterstützen. Die Monarchie hätte sich stets nur durch das grösste Entgegenkommen Serbien gegenüber leiten lassen; wie in der Vergangenheit, so wird sie auch bestimmt in der Zukunft es an Beweisen hiefür nicht fehlen lassen. Den Standpunkt in der Adriafrage hätte ich aber schon öfters gekennzeichnet und an demselben werde sich gewiss nichts ändern lassen. Obgleich mein Mitredner auch diesmal erklärte, dass auch Serbien nicht wird nachgeben können, so habe ich dennoch den Eindruck, dass angesichts des diesbezüglichen einheitlichen Standpunktes der Grossmächte dennoch eine nüchternere und konziliantere Beurteilung der Frage serbischerseits eventuell nicht ausgeschlossen ist. Herr Jovanović erklärte am Schlusse unserer Konversation, dass er seinen Wiener Posten mit einer gewissen Bangigkeit antrete und fürchte seinen Aufgaben nicht gewachsen zu sein. Ich suchte ihn diesbezüglich zu beruhigen und erlaubte mir ihm zu versichern, dass, wenn er eine gerade, offene, auf die Besserung der Beziehungen zur Monarchie gerichtete Politik befolgen werde, er auf warme Unterstützung und auf grosses Entgegenkommen seitens Euer Exzellenz wird wohl rechnen können. Ugron.

[a]) Vgl. n. 4910. — [b]) Vgl. n. 3873 Anm. c.

Tel. nach Bukarest, 8. Dez. 1912 Nr. 75 (chiffr. 12 U. 20 M. a. m.). Siehe n. 4830.

Nr. 4828. Tel. aus Bukarest, 8. Dez. 1912 Nr. 90 (eing. 9. Dez. 8 U. a. m.). Entziff.

Herr Danew kommt heute nachts oder morgen, Montag, früh an, reist am selben Tage, morgen nachmittags, ab. Die Kürze dieses Aufenthaltes ruft hier massgebenden Ortes nicht geringes Unbehagen hervor, da man darin eine Art Mißachtung Rumäniens erblickt und geringe Neigung bulgarischer Regierung, sich auf ernste Verhandlungen einzulassen. Sollten daher Besprechungen mit Danew ohne halbwegs befriedigendes Resultat verlaufen, so dürfte hier überall nicht unbedenkliche Verstimmung Platz greifen. Es liegt jedoch Vermutung nahe, daß Herr Danew vielleicht Zusammentreffen mit Dienstag vormittags eintreffender russischer Mission ausweichen will. K. E. Fürstenberg.

Tel. nach London, 8. Dez. 1912 Nr. 89 (chiffr. 12 U. 20 M. a. m.). Siehe n. 4830.

Nr. 4829. Tel. nach London, 8. Dez. 1912 Nr. 93 (chiffr. 9. Dez. 5 U. p. m.).[a] Konz. (S. Szápáry; G. Berchtold).

Da die Botschafterreunion laut den mir vorliegenden Nachrichten aller Wahrscheinlichkeit nach in London tagen dürfte und ich den grössten Werth darauf lege, vor deren Zusammentritt Euer Exzellenz noch rechtzeitig mündliche Instruktionen ertheilen zu können, ersuche ich Euer Exzellenz zu diesem Behufe ehetunlichst nach Wien abzureisen. Graf Trauttmansdorff trifft Mittwoch den 11. d. M. Früh in London ein. Es unterliegt jedoch keinem Anstand, dass Graf Khuen für einen Tag die Gerenz der k. u. k. Botschaft übernehme. Berchtold.

[a] Vgl. n. 4841.

Tel. nach Paris, 8. Dez. 1912 Nr. 117 (chiffr. 12 U. 20 M. a. m.). Siehe n. 4830.

Nr. 4830. Tel. nach Rom Nr. 243 (1), London Nr. 89 (2), Paris Nr. 117 (3), St. Petersburg Nr. 180 (4) und Bukarest Nr. 75 (5), 8. Dez. 1912 (chiffr. 12 U. 20 M. a. m.).[a] Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Mit Bezug auf mein Telegramm
1. Nr. 236 vom 5. l. M.[b]
2. Nr. 86 vom 5. l. M.
3. Nr. 115 vom 6. l. M.
4. Nr. 178 vom 5. l. M.[c]
5. Nr. 74 vom 5. l. M.[d]

1.—5. Graf Szögyény meldet mir unter dem 6. l. M., daß Herr von Kiderlen auf die Anfrage Sir E. Greys sofort antworten werde, und zwar in nachstehender Weise: „Wir begrüßten seine Anregung als Mittel zur Vereinfachung des Geschäftsganges und würden uns gern beteiligen, sofern

unverbindliche Konversation, nicht formelle Konferenz veranstaltet, als Ort London gewählt und Diskussion des serbischen Gebieterwerbs an Adria ausgeschaltet wird; da Rumänien nur im Vertrauen auf Mächte kriegerischem Eingreifen entsagt habe und lediglich deshalb jetzt bei Friedensverhandlungen trotz des Gewichts seiner Stellung und Interessen als einzige Balkanmacht nicht zu Wort komme, befürworteten wir eindringlich Zuziehung des rumänischen Gesandten."[e] Bezüglich des Ausschlusses der Kriegführenden wird in der deutschen Antwort nichts erwähnt, da ja der Sir E. Greysche Vorschlag diesen Punkt gar nicht berührt und in Berlin angenommen wird, daß diese Mächte selbstverständlicherweise den Beratungen nicht zugezogen werden. Vorstehendes zu Euer etc. streng vertraulicher Information und

1.—4. Regelung Ihrer Sprache
1. Marquis di San Giuliano,
2. Sir E. Grey,
3. Herrn Poincaré,
4. Herrn Sasonow gegenüber.
5. Mitteilung an Seine Majestät König Carol. Berchtold.

[a] Vgl. n. 4832, 4839, 4952. — [b] Vgl. n. 4802 Anm. b. — [c] Mit Tel. Nr. 178, 5. Dez. 1912 (chiffr. 6. Dez. 12 U. 20 M. a. m.) erfolgte die Mitteilung von n. 4784 nach St. Petersburg. — [d] Mit Tel. Nr. 74, 5. Dez. 1912 (chiffr. 6. Dez. 12 U. 20 M. a. m.) erfolgte die Mitteilung von n. 4784 nach Bukarest. — [e] Der Wortlaut wurde nicht n. 4794 entnommen, sondern einer undatierten Notiz der deutschen Botschaft in Wien. Vergl. den wesentlich verschiedenen Inhalt der deutschen Antwortnote an Grey, G. P. Bd. 34 Nr. 12516.

Nr. 4831. Tel. nach Rom, 8. Dez. 1912 Nr. 246 (chiffr. 6 U. p. m.).[a] *Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).*

In einer gestern stattgefundenen Unterredung mit Baron Braun bezeichnete der griechische Ministerpräsident ... *auszugsweise aus n. 4806 von: „Fünftens: Bombardement von „Valona" bis „Neuntens: Über die Unabhängigkeitserklärung Albaniens unter der Ägide Ismail Kemal Beys zeigte sich Herr Venizelos zurückhaltend."* ... Euer Exzellenz wollen Vorstehendes zur Kenntnis Marquis di San Giulianos bringen und beifügen, daß in den Äußerungen Herrn Venizelos über die territorialen Ansprüche Griechenlands das Bestreben unverkennbar erscheint, dem Standpunkte Österreich-Ungarns und Italiens Rechnung zu tragen, daß es jedoch meines Erachtens nötig sein wird, die Nordgrenze Griechenlands noch bedeutend weiter nach Süden zu verlegen, als die heutigen Ansprüche des griechischen Ministerpräsidenten reichen. Berchtold.

[a] Oe. U. Balkan 81 Nr. 154. Vgl. n. 4857, 4861.

Nr. 4832. Tel. aus Rom, 8. Dez. 1912 Nr. 238 (eing. 9. Dez. 8 U. a. m.).[a] *Entziff.*

Streng vertraulich. Erhalten Euer Exzellenz Telegramme Nr. 242, 243, 244[b] und 245.[c] Hiesiger Minister des Äussern, welcher noch nicht nach London geantwortet hat, ist insbesonders im Hinblicke auf die mit

meinem Telegramm Nr. 231 gemeldeten Umstände sehr dafür eingenommen, die nach seiner Überzeugung ohnedies zu einer Einigung führende Diskussion über serbischen Adriahafen nicht a priori auszuschließen, was Russland Einlenken erschweren würde. Er hat in diesem Sinne an Herzog von Avarna telegraphiert und proponiert, dass — falls man nicht etwa eine andere, alle Teile befriedigende Formel finde — wir, ohne Diskussion auszuschließen, schon in unserer Antwort bestimmt erklären sollten, wir könnten serbischen Adriahafen keinesfalls konzedieren. In langer und lebhafter Unterredung, welcher auch Herr Bollati beiwohnte, habe ich darauf insistiert, dass Italien sich unserer und der deutschen Antwort, die bereits abgegeben sei, anschließe. Ich hob üblen Eindruck dieser italienischen Bedenken hervor und verwertete den Umstand, dass Herr Sazonow und Herr Poincaré unsere Weigerung, an jener Diskussion teilzunehmen, ohne Einwendung zur Kenntnis genommen haben, worin man allerdings hier noch durchaus keine Zustimmung erblicken will. Schließlich sagte mir San Giuliano zu, Sache nochmals mit Giolitti (welcher leider immer stark mit hiesiger öffentlicher Meinung rechne) zu besprechen. Ich habe nunmehr leise Hoffnung, dass — falls Euer Exzellenz nicht nachgeben — Italien auch in diesem Punkte sich uns ganz anschließen wird. Mérey.

a) Vgl. n. 4856. — *b)* Mit Nr. 244, 7. Dez. 1912 (chiffr. 8. Dez. 12 U. 40 M. a. m.) erfolgte die Mitteilung von n. 4803 nach Rom. — *c)* Mit Nr. 245, 7. Dez. 1912 (chiffr. 8. Dez. 1 U. a. m.) erfolgte die Mitteilung von n. 4801 nach Rom.

Tel. nach St. Petersburg, 8. Dez. 1912 Nr. 180 (chiffr. 12 U. 20 M. a. m.). Siehe n. 4830.

Nr. 4833. Tel. aus Sofia, 8. Dez. 1912 Nr. 445 (eing. 10 U. p. m.).[a] Entziff.

Ad gehorsame Telegramme Nr. 443 von gestern und 444 von heute. Vor Abreise sagte mir noch Herr Danew, er könne frühestens Dienstag abends Wien eintreffen. Jedenfalls werde er Mittwoch den 11. d. M. den ganzen Tag über in Wien bleiben. Nachdem ich erfahre, dass Kammerpräsident, bevor er mich gestern gesprochen, einem Ministerrat beigewohnt hatte, glaube, dass er Unkenntnis meiner Eröffnungen an Herrn Geschoff und meiner Sprache Kriegsminister gegenüber nur simulierte, offenbar da er direkt von mir Bestätigung hören wollte. Nach Unterredung mit Danew ist kaum mehr Zweifel zulässig, dass Bulgarien zur aktiven Unterstützung Serbiens gegen uns verpflichtet. Ich habe bereits gemeldet, dass man hier diese Verpflichtung, seitdem man aufgehört hat zu hoffen, dass wir Serbien nachgeben, als Verlegenheit empfinden dürfte, und Gespräch mit Herrn Danew wie auch seine Reise nach Wien bekräftigen mich in dieser Annahme. Wenn Serbien allein stünde, würde es trotz des von Bulgarien übernommenen Engagements riskieren, im Stiche gelassen werden.*b)* Die Haltung Russlands erschwert aber jene Bulgariens. Das russophile Regierungsorgan „Bulgaria" griff uns gestern wegen unserer Albanienpolitik und Opposition gegen serbische Adriawünsche heftig an. Wir sollten Regelung Balkanfragen Balkanvölkern überlassen, keine europäischen Komplikationen

hervorrufen und uns nicht auch Bulgarien zum ewigen Feinde machen. Eile, mit der Bulgarien Frieden schließt und sich zugleich mit Türkei sofort gut zu stellen trachtet, könnte mit serbischer Frage im Zusammenhange stehen. Welche Mission Herr Danew für Bukarest von König Ferdinand erhalten hat und ob da kein Versuch mit Spitze gegen uns angestellt wird, weiss ich nicht. Rumänischer Kollege, der meine Aufrichtigkeit nie erwidert, war auch gestern reserviert. Danew hat sich nach Besuch bei mir zu Herrn Ghika begeben und, obwohl ich gleich darauf auf rumänischer Gesandtschaft dinierte, hat mein rumänischer Freund Namen Herrn Danews gar nicht erwähnt. Seitdem ich diese Reserve Herrn Ghikas schon seit einiger Zeit gemerkt, dränge mich mit Fragen nicht auf. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 4891, 4929. — [b]) So!

Nr. 4834. Bericht aus Belgrad, 9. Dez. 1912 Nr. 168 A (eing. 11. Dez.). Ausfert.

Schon in meinem Berichte vom 29. v. Mts. Nr. 155 A habe ich Gelegenheit gehabt Euer Exzellenz zu berichten, dass die unsererseits in Angriff genommenen militärischen Vorkehrungen hier keinesfalls das Gefühl der Bestürzung und Beunruhigung ausgelöst haben. Bis heute ist in dieser Beziehung in der öffentlichen Meinung kein Umschwung zu konstatieren, obgleich man sich offen erzählt, dass bei uns eifrig zum Krieg gerüstet wird, dass der ganze Bahnkörper bis Wien, alle Brücken etc. militärisch bewacht sind, und dass man den Eindruck haben muss, als ob es schon in wenigen Tagen zur Entscheidung kommen sollte. Und Serbien bleibt dennoch ganz ruhig und gibt sich den Anschein, — trotz der journalistischen Hetzereien — an die Möglichkeit eines bewaffneten Konfliktes nicht recht zu glauben und scheint fragen zu wollen, aus welchem Grunde eigentlich die Monarchie diese ungeheuren Auslagen weitgehender militärischer Rüstungen auf sich genommen habe. Man neigt hier immer mehr zur Ansicht, — was ich schon öfters einzuberichten die Ehre hatte — dass der Streit doch nicht zwischen Österreich-Ungarn und Serbien, sondern zwischen Wien und Petersburg zur Austragung gelangen werde und deshalb müsse man sich hier keine überflüssigen Sorgen machen. In politisierenden Kreisen spricht man von 3 Alternativen. Man hofft vor Allem, dass Russland Serbien im letzten Augenblick doch nicht im Stiche lassen wird, und dann werde sich die Monarchie hüten den Streit vom Zaun zu brechen und man wird ohne Kampf in den Besitz des sehnsuchtsvoll erstrebten Adriahafens gelangen, wodurch erst die Erfolge des siegreich ausgefochtenen Krieges ihre Krönung finden werden. Man glaubt auf die weitgehendste Unterstützung Russlands schon mit Hinweis auf die auch dort vorgenommenen umfassenden militärischen Vorkehrungen rechnen zu können; man erblickt darin mit grosser Beruhigung eine sichere Gewähr, dass Serbiens Hoffnungen und Erwartungen durch das mächtige Zarenreich diesmal keiner Enttäuschung entgegengeführt werden. Sollte aber Russland für die Wünsche Serbiens doch nicht energisch genug eintreten und müsste man hier — dem allgemeinen Drucke der Grossmächte nachgebend — auf den Besitz eines

Adriahafens derzeit doch verzichten, so würde dadurch eine tiefgehende und äusserst feindliche Stimmung gegen die Monarchie hervorgerufen werden, die für die weiteren Ziele und Zwecke Serbiens nur günstig und wünschenswert sein kann. Seit der Annexionskrise ist es mit Bezug auf das Verhältnis zur Monarchie der „Politika" zur Devise geworden, „je schlechter — desto besser" und diese Richtung würde — falls Serbien gezwungen werden würde, auf seinen Wunsch zu verzichten — immer mehr und heftiger zur Geltung kommen, was den serbischen Chauvinisten in die Rechnung passt. Es gibt aber noch einen dritten Fall — mit dem allerdings wenig gerechnet wird —, dass Serbien seine Forderungen allerdings friedlich nicht durchsetzen kann, aber auch nicht gezwungen sein wird, darauf ruhig zu verzichten, sondern unsererseits in die Enge getrieben den Kampf wird aufnehmen müssen. Aber auch in diesem Falle will man ruhig den kommenden Ereignissen entgegensehen. Sie hoffen selbst 200.000 Soldaten uns entgegenstellen zu können und behaupten, dass Bulgarien wenigstens 100.000 zu ihrer Hilfe senden würde. Auch legen sie grosse Bedeutung den ihrerseits erhofften Volksbewegungen in Bosnien und in Süd-Ungarn bei, so dass sie behaupten, selbst im Falle eines eventuellen Kampfes mit der Monarchie zu keiner besonderen Besorgnis Anlass zu haben. Man sieht infolge dessen gelassen und ruhig den kommenden Dingen entgegen. Die Chancen stünden für Serbien keineswegs schlecht, das Land könnte nur profitieren, welcher von den drei Alternativfällen immer in Betracht gezogen werden müsste. So urteilt die grosse Menge, so sprechen die weniger besonnenen Politiker und aus dieser Mentalität ist die Sorglosigkeit, welche hier noch immer herrscht, zu erklären. Ernste, verantwortliche Staatsmänner — doch ihre Zahl ist sehr gering — fassen die Situation weniger günstig auf und wissen, dass Serbien keinen Anlass hat so zuversichtlich in die Zukunft zu blicken. Mit banger Erwartung blicken sie nach Petersburg und hoffen noch immer, dass über ihr Schicksal dort das erlösende Wort gesprochen werden wird. Die Zuversicht in die eigene Kraft ist bei ihnen jedenfalls nicht so gross, wie in den unverantwortlichen breiten Schichten der Bevölkerung. Ugron.

Nr. 4835. Tel. aus Berlin, 9. Dez. 1912 Nr. 305 (eing. 5 U. p. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. Erhalten Euer Exzellenz Telegramme Nr. 187, 188[b] und 189.[c] Staatssekretär wiederholte mir heute, er habe sich dessen überzeugt, daß durch die von den Dreibundmächten Sir E. Grey erteilte Antwort das von ihm — Herrn von Kiderlen — erwünschte identische Auftreten der drei Mächte erreicht sei. Was den Vorbehalt betrifft, daß unser Vertreter sich an Besprechungen über den Akzess Serbiens zur Adria nur unter der Bedingung beteiligen könne, daß es sich bloß um ein wirtschaftliches Débouché, nicht aber um territoriale Ausdehnung Serbiens dahin handle (vide Euer Exzellenz Telegramm Nr. 188) findet Staatssekretär, daß diese Präzisierung unseres Standpunktes ganz richtig sei, indem, falls unser Vertreter a limine erklären würde, daß wir überhaupt an einer

Besprechung des diesbezüglichen Programmpunktes Sir E. Greys nicht teilnehmen würden, die Verhandlungen sehr erschwert würden. Staatssekretär wäre Euer Exzellenz sehr verbunden, wenn Hochdieselben ihm ehegütigst bekanntgeben würden, ob Euer Exzellenz die Instruktionen an Grafen Mensdorff in obigem Sinne erteilen werden. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 4836. — [b]) Mit Nr. 188, 7. Dez. 1912 (chiffr. 8. Dez. 12 U. 40 M. a. m.) erfolgte die Mitteilung von n. 4803 nach Berlin. — [c]) Mit Nr. 189, 7. Dez. 1912 (chiffr. 8. Dez. 1 U. a. m.) erfolgte die Mitteilung von n. 4801 nach Berlin.

Nr. 4836. Tel. aus Berlin, 9. Dez. 1912 Nr. 307 (eing. 9 U. p. m.). Entziff.

Vertraulich. Zu meinem Telegramm Nr. 305 von heute. Staatssekretär teilt mir mit, Fürst Lichnowsky telegraphiere, er entnehme aus Äußerungen Sir E. Greys, dass dieser befürchte, die in Aussicht genommene Botschafterreunion werde keinen Erfolg aufweisen können, wenn der österreichisch-ungarische Vertreter sich weigere, überhaupt an einer Besprechung der Frage des serbischen Accès an die Adria teilzunehmen. Herr von Kiderlen meint, es müsse sich hiebei um ein Missverständnis handeln und nimmt an, dass unser Vertreter sich an Besprechungen über diese Fragen in dem Falle beteiligen dürfe, wenn es sich blos um ein wirtschaftliches Débouché, nicht aber um eine entsprechende territoriale Ausdehnung Serbiens handle. Szögyény.

Nr. 4837. Bericht aus Berlin, 9. Dez. 1912 Nr. 50 A (eing. 12. Dez.).[a]) Ausfert.

Geheim. Mit meinem ergebensten Telegramm Nr. 298[b]) vom 5. d. M. hatte ich die Ehre Euer Exzellenz zu melden, dass die Unterredungen, welche der rumänische Kronprinz während seines letzten hiesigen kurzen Aufenthaltes mit Kaiser Wilhelm und den beiden hiesigen leitenden Staatsmännern gehabt hat, zur gegenseitigen Befriedigung ausgefallen, dass aber bei diesen Aussprachen die aktuellen politischen Fragen nur in grossen Zügen berührt worden seien. Nachträglich stellt mir Herr von Kiderlen ein diesbezügliches Memorandum streng vertraulich zur Verfügung, das der hiesige rumänische Gesandte verfasst und vor Unterbreitung an seinen Souverän dem Reichskanzler und dem Staatssekretär zur Begutachtung vorgelegt hat. Beide Staatsmänner sind, wie mir der Staatssekretär versichert, mit den Ausführungen Herrn Beldimans ganz einverstanden. Mit der Bitte um strenge Geheimhaltung erlaube ich mir eine Abschrift des besprochenen Memorandums[c]) in der Anlage Exzellenz ganz ergebenst zu überreichen. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 6862, 8279. — [b]) Der Inhalt von Tel. Nr. 298 aus Berlin, 5. Dez. 1912 (eing. 10 U. p. m.) wird im ersten Satze dieses Berichtes wiederholt. — [c]) Beilage.

Beilage zu n. 4837. Geheime Aufzeichnung des Berliner rumänischen Gesandten A. Beldiman, Berlin, 4. Dez. 1912, für einen Immediatbericht an König Karl von Rumänien. Abschrift.

Anlässlich des Besuches, den Seine königliche Hoheit der Kronprinz Seiner Majestät dem Kaiser am 3. Dezember im Neuen Palais bei Potsdam

abstattete, wurde die Stellung Rumäniens zu der auf der Balkanhalbinsel sich vollziehenden Umwälzung, unter Beteiligung Seiner Exzellenz des Herrn Staatssekretärs von Kiderlen-Wächter, sehr eingehend erörtert. Seine Majestät würdigten die Schwierigkeiten, die sich für Rumänien, nicht weniger wie für die ihm am nächsten stehenden Grossmächte, aus der Neugestaltung der Verhältnisse südlich der Donau ergeben, bekundeten aber zugleich das lebhafteste Interesse dafür, dass die Stellung und Bedeutung Rumäniens unvermindert aus dieser Krisis hervorgingen. In dieser Hinsicht ist es vielleicht nützlich, — nach Auffassung des Unterzeichneten — gegenüber gewissen Stimmungen in Rumänien, welche die natürliche Folge der gegenwärtigen Erschütterungen sind, festzustellen, dass die bisherige Haltung der deutschen Reichsregierung zu Rumänien in keiner Weise durch die jetzigen Ereignisse nachteilig beeinflußt werden könnte. Dies wurde durch nachträgliche Aeusserungen Seiner Majestät des Kaisers bestätigt, welcher gerade in Hinsicht auf die Neugestaltung der Dinge im Osten, für Rumänien neue, bedeutende Aufgaben erblickte. Der grosse Vorsprung, den unser Land auf kulturellem, wirtschaftlichem und militärischem Gebiete, und überhaupt durch seine konsolidierten Staatsverhältnisse vor seinen südlichen Nachbarn voraus hat, kann durch den, wenn auch erheblichen Gebietszuwachs Bulgariens, Serbiens und Griechenlands nicht beeinträchtigt werden. Diese Staaten bedürfen zur Neuordnung ihrer Verhältnisse nach so schweren Opfern geraumer Zeit und noch vieler innerer Arbeit, abgesehen von den mannigfachen Schwierigkeiten, die sich aus ihren gegenseitigen Beziehungen ergeben werden. Bulgarien ist unter ihnen dasjenige Königreich, welches durch die bewiesene Volkskraft und den Ernst seiner politischen und militärischen Führung am meisten verspricht, mit seinem neuen Gebiet ein festes und geordnetes Staatswesen zu werden und der von Russland beanspruchten Bevormundung zu entwachsen. Die bisherige Entwicklung des bulgarischen Nationalstaates weist darauf hin, dass derselbe, je mehr er nach innen und aussen erstarkt, umso mehr das Bedürfnis empfinden wird, sich von der russischen Vorherrschaft zu emanzipieren und seinen natürlichen Anschluss an Rumänien zu suchen. Hier würde letzterem durch eine geschickte und zielbewusste Politik die wichtige Aufgabe zufallen, ein Bindeglied zwischen dem Dreibunde, dem es angehört, und Neu-Bulgarien zu werden. Interessengegensätze nationaler oder wirtschaftlicher Art, die einen derartigen Anschluß verhindern oder erschweren könnten, gibt es zwischen Rumänien und Bulgarien nicht, während zwischen Bulgarien einerseits und Serbien oder Griechenland anderseits natürliche Reibungsflächen bestehen, die auch nach dem Friedensschluss manche Schwierigkeiten verursachen werden. Gelingt es aber, zwischen Rumänien und Bulgarien ein dauerndes Vertrauensverhältnis herzustellen, so würde unter Anschluss an den Dreibund und insbesondere an Deutschland und Oesterreich-Ungarn ein starkes Gegengewicht gegen das Slaventum im Südosten geschaffen werden. Dies entspräche den nationalen Interessen Rumäniens dem Slaventum gegenüber und wäre im Grunde nur eine Fortsetzung seiner bisherigen Politik, aber in einer den neuen Verhältnissen auf der Balkanhalbinsel angepassten Form. Ausserdem würde ein solcher

Anschluss Bulgariens an Rumänien einen stillschweigenden Verzicht auf gewisse chauvinistische Tendenzen bedeuten, die sich bisher bulgarischerseits öfters gegen die Dobrudscha richteten. Würde aber Bulgarien abgestossen und genötigt werden, sich dem Slaven- und insbesondere dem Serbentum anzuschliessen, so würde dies eine für Rumänien, wie für den Dreibund, höchst unerwünschte Lage im Osten schaffen. Ueber diese bedeutende Frage der nächsten Zunkunft, an der Rumänien hervorragend mitinteressiert ist, hat sich Seine Majestät der Kaiser mit grosser Klarheit und Bestimmtheit ausgesprochen, — wobei Seine Majestät auf vielerlei Einzelheiten der Balkanverhältnisse eingingen und den Unterzeichneten ermächtigten, die vorstehend kurz zusammengefasste Auffassung Seiner Majestät über die Stellung Rumäniens zu der künftigen Neuordnung auf der Balkanhalbinsel ausschliesslich nur Seiner Majestät dem König zu berichten.

A. Beldiman.

Nr. 4838. Tel. aus Bukarest, 9. Dez. 1912 Nr. 92 (eing. 9 U. p. m.).[a] Entziff.[1]

Seine Majestät der König ließ mich ersuchen, Euer Exzellenz seine freudigste Genugtuung darüber auszudrücken, dass Hochdieselben bei den Mächten Teilnahme Rumäniens an Londoner Botschafterkonferenz angeregt haben. Ich glaube dieser Demarche Euer Exzellenz, ob diese von Erfolg begleitet oder nicht, die grösste Bedeutung beimessen zu sollen, da sie geeignet erscheint, wenn sie in Öffentlichkeit gelangt, einen dauernden, ausnehmend günstigen Einfluss auf unsere Beziehungen zu Rumänien zu üben.

K. E. Fürstenberg.

[1]) Am Kopfe: Soll zur Bedingung gemacht werden unserer Beteiligung. Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 83 Nr. 157.

Nr. 4839. Tel. aus London, 9. Dez. 1912 Nr. 129 (eing. 10. Dez. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramme Nr. 88, 89, 90[b]) und 91[c]) vom 7. d. Mts. Ich habe eben Sir E. Grey gesprochen, seine Informationen über die Aufnahme unserer Antwort stimmen mit den mir von Euer Exzellenz mitgeteilten Telegrammen so ziemlich überein. Seine Bedenken waren, wie er mir sagt, namentlich dadurch hervorgerufen, daß er befürchtete, es würde öffentlich bekannt werden, daß wir nur unter gewissen Reserven uns an den Botschafterbesprechungen beteiligen sollten. Er ist jetzt ganz darüber beruhigt. Er stimmt ganz mit Euer Exzellenz sowie Berlin, Paris und Petersburg darin überein, daß die Besprechungen unverbindlich und so unformell als möglich sein sollen. Diese Botschafterkonversationen sollen vor allem nicht vermischt werden mit eventuellen späteren wirklichen Konferenzen. Sind die Besprechungen erfolgreich, so kann eine Kundmachung erfolgen, die geeignet ist, die Besorgnis eines Krieges zu beseitigen. Eine formelle Konferenz, falls notwendig, kann späterhin an einem passenden

Orte — entweder Paris oder Haag — stattfinden. Sir E. Grey meint wie Herr Sazonow, daß Rumänien nicht zu Beginn zugezogen werden sollte; wenn notwendig, könne es im Laufe der Besprechungen geschehen. Zu Anfang, wo vor allem die albanesische Frage diskutiert werden würde, hätte Rumänien nicht mitzureden und die Besprechungen sollten auf Botschafter der neutralen Signatarmächte beschränkt sein. Euer Exzellenz Bemerkung, Programm sollte erst gelegentlich der Beratung entschieden werden, stimmt er bei. Seine Anregung war nur eine Andeutung, um irgend etwas vor sich zu haben, bevor die Konversation beginnt. Was den Ort betrifft, so deute doch alles auf London. Sir E. Grey wollte noch mit Herrn Cambon sprechen. Er und Sir A. Nicolson sind aber so wie Herr Sazonow sich der Schwierigkeit bewußt, in Paris irgend etwas geheim zu halten. Sir E. Grey hob hervor, wie hier alle Botschafter untereinander befreundet seien etc., was beste Garantie des Gelingens der ganz unformellen Besprechungen biete. Mensdorff.

[a]) Oe. U. Balkan 82 Nr. 156. Vgl. n. 9516. — [b]) Mit Tel. Nr. 90, 7. Dez. 1912 (chiffr. 8. Dez. 12 U. 40 M. a. m.) erfolgte die Mitteilung von n. 4803 nach London. — [c]) Mit Tel. Nr. 91, 7. Dez. 1912 (chiffr. 8. Dez. 1 U. a. m.) erfolgte die Mitteilung von n. 4801 nach London.

Nr. 4840. Tel. aus London, 9. Dez. 1912 Nr. 130 (eing. 10 U. p. m.).[a]) Entziff.

Geheim. Sir E. Grey teilte mir heute vertraulich mit, serbischer Geschäftsträger sei bei ihm gewesen und habe ihm gesagt, man sei in Belgrad besorgt, Österreich-Ungarn würde im Laufe dieser Woche entschiedene Schritte mit militärischer Demonstration unternehmen, um von Serbien das Aufgeben seiner Ansprüche auf Débouché an der Adria zu erlangen. Er bat den Staatssekretär um seine Meinung und seinen Rat. Sir E. Grey antwortete, er habe keine derartige Information erhalten, glaube aber, Serbien sollte darauf bedacht sein, es klar zu machen, daß alles, was im Laufe der militärischen Operationen geschehen, einen provisorischen, nicht permanenten Charakter habe, bis definitive Friedensbedingungen diskutiert würden. Mensdorff.

[a]) Vgl. 4851, 4859.

Nr. 4841. Tel. aus London, 9. Dez. 1912 Nr. 131 (eing. 10. Dez. 9 U. 50 M. a. m.).[a]) Entziff.

Erhalten heutiges Telegramm Nr. 93. Da es heute nachmittags, als ich Sir E. Grey sprach, noch zweifelhaft war, ob Botschafterréunion hier stattfindet, war ich heute abends bei Sir A. Nicolson. Er sagt mir, Herr Cambon habe nach seiner Unterredung mit Sir E. Grey heute abends nach Paris telegraphiert und man werde erst morgen mit Bestimmtheit wissen können, ob die Besprechung in London oder in Paris stattfindet. Unter diesen Umständen glaube ich bis dahin warten zu sollen. Kann jedenfalls Donnerstag nachmittags in Wien sein. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 4850.

Nr. 4842. Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters, 9. Dez. 1912.[a]) Konz. (S. Berger; V. u. G. Berchtold).

Herzog Avarna hat mich heute aufgesucht, um mir auftragsgemäß mitzuteilen, daß der Konsulta ein Vorschlag Poincarés betreffend die Südgrenze des neuen Albaniens zugekommen wäre. Nach diesem Vorschlage hätte diese ihren Ausgangspunkt an der Küste beim See von Livari oder Butrinto zu nehmen. Marquis di San Giuliano meint hingegen, daß bei den Verhandlungen über die Abgrenzungsfrage zwischen Albanien und Griechenland Österreich-Ungarn und Italien von dem seinerzeit vom Wiener Cabinete aufgestellten Standpunkt ausgehen sollten, daß der Fluß Kalamas die Grenze zu bilden und Janina dem neuen albanischen Staatsgebilde zuzufallen hätte. Dies wäre als Basis für die Verhandlungen gedacht und könne man dann gegebenen Falles mit Griechenland weiter verhandeln, wobei jedoch Valona dem Königreiche keinesfalls auszuliefern wäre. San Giuliano erblickt in dem Verlangen nach einem Überlassen der Küstenlandschaft Chimara eine übertriebene Forderung der griechischen Regierung. Bezüglich Janinas ist der Herr königlich italienische Minister des Äußern, der diese Stadt vor Jahren selbst besucht und hiebei die Überzeugung gewonnen hat, daß die dortige Bevölkerung hauptsächlich aus Griechen bestehe und orthodox-hellenische Aspirationen hege, der Meinung, daß dieser Punkt schließlich den Griechen konzediert werden müßte. Ich habe dem Herrn Botschafter auf seine Eröffnungen erwidert, daß ich mit diesem Standpunkte seines Ministers im Prinzipe einverstanden bin.

[a]) Oe. U. Balkan 84 Nr. 161. Vgl. n. 4870 Anm. a.

Nr. 4843. Tel. nach St. Petersburg, 9. Dez. 1912 Nr. 185 (chiffr. 8 U. p. m.). Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Ich habe die mir durch Herrn von Szilassy bestellte Message Seiner Majestät Kaiser Nikolaus[a]) mit lebhafter Freude zur Kenntnis genommen und ersuche Euer Exzellenz, Herrn Sazonow zu bitten, meinen ergebensten Dank für die mir übermittelten gnädigsten Grüße Seiner Majestät sowie die von Höchstdemselben meiner Person gewidmeten Worte dem Caren zu unterbreiten. Was speziell die Herrn von Szilassy seitens Seiner Majestät gemachte und mir auftraggemäß gemeldete Bemerkung anbelangt, wonach Er — und wie der Kaiser meinte — ganz Rußland mit Ihm es nicht verstehen könne, warum die k. u. k. Regierung dem eventuellen Erscheinen Serbiens an der adriatischen Küste abhold sei, wogegen die Türkei sich dort seit etwa 600 Jahren befinde, wollen sich Euer Exzellenz in nachstehendem Sinne zu Herrn Sazonow aussprechen. Solange die türkische Herrschaft in Albanien währte, haben die Albanesen eine privilegierte Stellung eingenommen und sei es der Pforte nie gelungen, dieses freiheitsliebende Volk gänzlich zu unterwerfen. Eine Machtentwicklung der Türkei an der albanesischen Küste sei daher von uns auch nie zu befürchten gewesen. Dasselbe würde für ein territorial an die Adria grenzendes Serbien nicht gelten, dessen Erscheinen an der dortigen Küste über kurz oder spät eine Machtverschiebung in der Adria zur Folge hätte. Mag nun der Serbien mit der Küste verbindende

Landstreifen noch so schmal bemessen und die Zusicherungen, keinen Kriegshafen anlegen zu wollen und zu dürfen, noch so formelle sein, so dürfe man sich doch keinen Täuschungen darüber hingeben, daß Serbien in der Zukunft der größten Versuchung ausgesetzt sein würde, seinen Zugang zur See auf Kosten Albaniens zu verbreitern und schließlich sich das Recht zu erwerben, seinem Hafen die ihm beliebige Gestalt zu geben. Mit der Gewährung eines serbischen Korridors an die Adria würde ein neues Moment der Unruhe am Balkan geschaffen werden. Von dem Gesichtspunkte ausgehend, daß wir an unserer Südgrenze geordnete Zustände erstehen und eine Machtverschiebung an der Adria auch in weiterer Zukunft vermieden sehen wollen, ist es für die k. u. k. Regierung von vitalstem Interesse, daß Albanien sich zu einem lebensfähigen, autonomen und womöglich neutralisierten Gebilde entwickle. Dieses Ziel könnte aber gewiß nicht erreicht werden, wenn Serbien ein ausschließlich von Albanesen bewohntes Gebiet, über welches ein serbischer Korridor führen müßte, zugesprochen würde. Daß die k. u. k. Regierung sich hiebei keineswegs von einer Animosität gegen Serbien leiten lasse, haben wir des öfteren erklärt und durch unser Verhalten bewiesen; auch unser Wille, dem serbischen Wunsche nach einem gesicherten wirtschaftlichen débouché an die Adria volle Rechnung zu tragen, ist ein neuerlicher Beweis unserer wohlwollenden Gesinnung für das benachbarte Königreich. Was endlich die Schlußworte Seiner Majestät an Herrn von Szilassy anbelangt, wonach Höchstderselbe hoffe, daß die beiden Regierungen im Sinne einer friedlichen Lösung der Balkankrise auch weiterhin zusammenarbeiten werden, so wollen Euer Exzellenz Herrn Sazonow sagen, daß diese Auffassung von Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät sowie der k. u. k. Regierung vollständig geteilt wird. Berchtold.

[a] Ein schriftlicher Bericht über die Abschiedsaudienz des Legationsrates Julius von Szilassy bei Kaiser Nikolaus II. liegt nicht vor.

Nr. 4844. Tel. aus St. Petersburg, 9. Dez. 1912 Nr. 256 (eing. 10. Dez. 10 U. a. m.). Entziff.

Herr Sazonow relevierte Inhalt Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 179 von gestern (und)[a] läßt Hochdenselben für die ihm über den Inhalt unseres Akkords mit Italien bezüglich Albaniens erteilten Auskünfte danken. Umstand, daß dasselbe keine Sonderprivilegien vorsehe, hat den Minister sichtlich beruhigt und meinte er, sein Optimismus habe hiedurch eine neue wesentliche Stärkung erfahren. Hauptsache wäre nun, daß die Botschafterbesprechung sobald als möglich ihren Anfang nehme. Bezüglich des Ortes habe er bereits seine Zustimmung zur Wahl von London gegeben. Herr Sazonow kam dann auf die Frage der eventuellen Beiziehung des rumänischen Gesandten zurück, und sagte, er würde kein Bedenken dagegen erblicken, daß dieser, ohne an den eigentlichen Besprechungen teilzunehmen, in konkreten Fällen eingeladen werde, in der Botschafterréunion zu erscheinen, um die Wünsche seiner Regierung in den Rumänien interessierenden Fragen darzulegen; hiedurch hätte Rumänien Gelegenheit, zu Worte zu kommen, was ihm sonst, da es an den Friedensverhandlungen der Balkanstaaten nicht

teilnehme, benommen wäre. Herr Sazonow hofft übrigens, daß direktes Einvernehmen zwischen der rumänischen und der bulgarischen Regierung zustande kommen werde und seien die Bemühungen der russischen Diplomatie sowohl in Bukarest als in Sofia auf dieses Ziel gerichtet. Thurn.

[a]) Chiffre verstümmelt.

Nr. 4845. Tel. aus St. Petersburg, 9. Dez. 1912 Nr. 258 (eing. 10. Dez. 11 U. 20 M. a. m.).[a]) Entziff.[1])

Herr Sazonow sagte mir heute, er hätte vor zirka einer Woche durch Herrn von Giers recht beruhigende Nachrichten über den Stand unserer serbischen Konsulangelegenheit erhalten. In der allerletzten Zeit seien ihm aber von anderer Seite Informationen zugekommen, nach denen die Sache schlechter stünde und frug mich, ob ich über den Stand dieser Angelegenheit informiert sei, was ich verneinen mußte. Herr Minister sagte, er hoffe, daß wir auch in dieser Angelegenheit uns soweit als möglich konziliant zeigen werden, während er anderseits Grund zu der Überzeugung habe, daß sich auch die Serben, falls ihren Behörden wirklich Ungehörigkeiten nachgewiesen würden, sich einem billigen Satisfaktionsbegehren unserseits nicht widersetzen würden. Überhaupt, fuhr Herr Sazonow fort, beginne, seinen — wie er hervorhob — sehr guten Informationen gemäß, in Serbien eine vernünftigere und gemäßigtere Stimmung sich durchzuringen. Was Russland anbelangt, so habe es immer blos das Ziel im Auge gehabt, Serbien wirtschaftliche Unabhängigkeit zu sichern, so daß dieses immer und unter allen Umständen die Sicherheit habe, seine Produkte zu exportieren und seine Bedürfnisse aus dem Auslande zu beziehen, ohne, wie zum Beispiel bisher, beim Bezug von Waffen und Munition, vom guten Willen seiner Nachbarn abzuhängen. Da aber die Monarchie diesen Standpunkt selbst wiederholt als den ihren bezeichnet habe, glaubt Herr Minister, daß es gar nicht schwer sein werde, zu einem Einverständnis über die diesem Zweck dienlichen Mittel zu gelangen. Was Serbien selbst anbelangt, so hege er nicht den geringsten Zweifel, daß es sich dem Verdikte der Mächte fügen werde. Was seine bisherigen Besitzergreifungen an der adriatischen Küste anbelangt, so gelte bezüglich derselben der von allen Mächten eingenommene Standpunkt, daß selbst die im Friedensschluß zwischen den Kriegführenden getroffenen Abmachungen vor der Sanktion durch die Großmächte nicht als definitiv anzusehen seien. Thurn.

[1]) Am Kopfe: Beim Friedensschlusse werden jedoch Serben aufgefordert werden müssen, besetzte Gebiete in Albanien zu räumen.

[a]) Vgl. n. 4872.

Nr. 4846. Tel. aus Bukarest, 10. Dez. 1912 Nr. 94 (eing. 5 U. p. m.).[a]) Entziff.

Wie ich aus ganz verläßlicher Quelle erfahre, ist der Eindruck, den hiesige maßgebende Faktoren von Unterredung mit Herrn Danew erhielten, kein ungünstiger, wenn auch dieselbe nur informativen Zwecken diente. Es wurde konstatiert, daß bulgarische Regierung zu Gewährung gewisser

territorialer Zugeständnisse gesonnen sei. Die Absicht Herrn Danews, weitere Verhandlungen mit Rumänien auf den Zeitpunkt zu verschieben, wenn nach Friedensschluß Mächte Verteilung des Landerwerbes vornehmen, wurde hier entschieden abgelehnt und dringender Wunsch geäußert, mit bulgarischen Spezialdelegierten ohne Aufschub Verhandlungen weiter zu führen und zu beendigen. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 4878.

Nr. 4847. Tel. aus Bukarest, 10. Dez. 1912 Nr. 96 (eing. 11. Dez. 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Minister des Äußern hat mich eben aufgesucht, um mir mitzuteilen, daß Besprechung mit Herrn Danew nicht ungünstig verlief. Rumänische Wünsche betreffs kutzowalachischer Schulen, Kirchen und Episkopates in künftig bulgarischen Territorien fanden Zustimmung. Bei Behandlung von Grenzregulierungsfragen wurde kein prinzipieller Widerstand erhoben, doch würde hauptsächlich wegen Silistria, auf dessen Abtretung Minister berechtigter Weise wegen öffentlicher Meinung größten Wert legt, ein Druck auf Herrn Danew vonnöten sein. Verhandlungen sollen in London weitergeführt werden, wozu Herr Mişu aus Konstantinopel berufen wird. Londoner Vertreter erhält Urlaub. Herr Majoresco wäre Euer Exzellenz ungemein dankbar, wenn Hochdieselben rumänische Grenzregulierungswünsche neuerdings bei Danew unterstützten. K. E. Fürstenberg.

[a]) Oe. U. Balkan 83 Nr. 158. Vgl. n. 4878.

Nr. 4848. Tagesbericht über einen Besuch des türkischen Botschafters, 10. Dez. 1912.[a]) Konz. (S. Berger; G. Macchio).

Der kaiserlich ottomanische Botschafter hat heute hier vorgesprochen und bemerkt, daß infolge der Demission Tewfik Paschas der Beginn der Londoner Friedensverhandlungen, der für den 13. d. M. anberaumt war, hinausgeschoben würde, da sich die Abreise der türkischen Delegierten verzögern dürfte. Bezüglich der Friedensverhandlungen hob Hilmi Pascha hervor, die Stellung der Türkei, welche gegenwärtig 170.000 Mann Kerntruppen bei Tžataldja und 30.0000 bei Gallipoli stehen habe, sei eine so gute und gestärkte, daß sie zwar in diese Verhandlungen mit dem aufrichtigen Wunsche eines günstigen Resultates eintrete, daß sie aber keineswegs gezwungen sei, den angebotenen Frieden à tout prix zu akzeptieren und von dem von ihr festgesetzten Minimum von Forderungen abzulassen. Daran anschließend gab der Herr Botschafter zu verstehen, daß die den türkischen Delegierten mitzugebenden Instruktionen natürlich auch einigermaßen von den Nachrichten abhängen würden, die der Pforte von den einzelnen Kabinetten zukämen und daß die Pforte die Absicht hätte, erst nach Erhalt solcher Nachrichten ihre Unterhändler mit den definitiven Instruktionen zu versehen. In diesem Zusammenhange machte Hilmi Pascha die Anspielung, die Monarchie dürfte — wie die Pforte annehme — an der Regelung gewisser Fragen ein namhafteres Interesse haben und begann sofort

zu sondieren, wie man in Wien über das zukünftige Albanien denke. Als seine rein persönliche Auffassung in dieser Frage brachte der Herr Botschafter die Ansicht vor, die Türkei besitze kein wirkliches Interesse an der Aufrechterhaltung ihrer Souveränität über diesen Zukunftsstaat, da er doch geographisch ohne jeden Zusammenhang mit ihr sein würde. Im weiteren Verlaufe des Gespräches schien Hilmi Pascha unsere Intentionen hinsichtlich Albaniens ergründen zu wollen, insbesondere ob wir etwa auf die Erhaltung eines Bandes zwischen der Türkei und Albanien Wert legen würden. Als zweiten Punkt besprach der Botschafter sodann die Frage von Salonik, wobei aus seinen Ausführungen hervorging, daß die Pforte die Hoffnung noch nicht aufgegeben habe, diesen Hafen zu behalten. Aus der Art und Weise, wie Hilmi die Fragen von Albanien und Salonik zur Sprache brachte, konnte entnommen werden, daß die Pforte gegen die Zusicherung einer diplomatischen Unterstützung ihrer diesbezüglichen desiderata durch uns, bereit wäre, bei den Londoner Verhandlungen in diesen beiden Punkten eine uns genehme Stellung einzunehmen. Es wurde dem Herrn Botschafter zugesichert, daß seine Ausführungen zur Kenntnis des Herrn Ministers gebracht würden und ihm auch eine eventuelle Antwort in Aussicht gestellt. Bezüglich Albaniens und Saloniks wurde dem Herrn Botschafter noch bedeutet, daß, was erstere Frage betreffe, unser Hauptinteresse in der Erhaltung der albanischen Nationalität läge und daß wir hinsichtlich Saloniks den Wunsch hätten, die Freiheit des Verkehrsweges nach diesem Hafen und die unbehinderte Benützung dieses Handelsemporiums gesichert zu sehen.

[a]) Vgl. n. 4880, 4921.

Nr. 4849. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 10. Dez. 1912 Nr. 686 (eing. 11. Dez. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Vertraulich. Türkische Delegierte Salih Pascha, Marineminister, Reschid Pascha, Handelsminister, und der Botschafter Osman Nizami Pascha reisen heute nach London. Minister des Äussern sagte mir heute vertraulich, sie haben Instruktion, unter allen Umständen darauf zu bestehen, daß Adrianopel türkisch bleibe, im entgegengesetzten Falle würde Türkei Krieg fortsetzen. Gabriel Effendi fügte hinzu, man könnte auch andere Punkte als conditio sine qua non feststellen; er ließ hiebei durchblicken, daß die Türkei eine solche Bedingung auch in Bezug auf Albanien aufstellen könnte, und zwar in der Weise, daß jede territoriale Cession an Serbien respektive Montenegro, welche zur Adria führen würde, ausgeschlossen wäre. Der Minister ließ sich hiebei augenscheinlich von dem Gedanken leiten, daß auf diese Weise die Adria-Hafenfrage gelöst werden könnte, und daß wir unsererseits dann Türkei bei der Lösung anderer ihre Interessen näher berührender Fragen behilflich sein könnten. Großvezir hat sich in ähnlichem Sinne mir gegenüber geäußert, er bemerkte hiebei, daß dem türkischen Botschafter in Petersburg russischerseits kürzlich nahegelegt worden sei, man möge Proklamierung der Unabhängigkeit Albaniens durch Ismail Kemal Bey mit der Erklärung der Autonomie Albaniens unter

der Souveränität des Sultans beantworten. Gleichzeitig wurde Turkhan Pascha insinuiert, bei seiner Regierung dahin zu wirken, daß dieselbe sich bereit erkläre, in einem späteren Zeitpunkte von Albanien an Serbien ein Territorium abzutreten, um es letzterem zu ermöglichen, an die Adria zu gelangen. Kiamil Pascha sagte mir, er stehe in der Hafenfrage vollkommen auf dem österreichisch-ungarischen Standpunkte, er ließ aber deutlich Hoffnung durchblicken, Österreich-Ungarn werde die Türkei in anderen Fragen bei den bevorstehenden Friedensverhandlungen unterstützen.

Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 4880, 4917, 4932.

Nr. 4850. Tel. aus London, 10. Dez. 1912 Nr. 132 (eing. 6 U. p. m.).[a]) *Entziff.*

Im Nachhange zu Telegramm Nr. 131 von gestern. Werde Donnerstag nachmittags mit Ostende-Expreß in Wien eintreffen, außer ich erfahre im Laufe des heutigen Tages, daß Botschafterreunion in Paris stattfindet. Bis jetzt noch keine Antwort der französischen Regierung, jedoch wahrscheinlich für London. Bitte um Befehle am Minoritenplatz, wann mich Euer Exzellenz empfangen. Ich bitte dringend, mir jedenfalls auch eingehende schriftliche Instruktionen zu erteilen. Könnte Samstag wieder von Wien abreisen, falls Besprechungen schon anfangs nächster Woche beginnen.

Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 4852.

Nr. 4851. Tel. aus London, 10. Dez. 1912 Nr. 133 (eing. 10 U. p. m.).[a]) *Entziff.*

In Ergänzung meines gestrigen Telegrammes Nr. 130. Serbischer Gesandter hat in Paris dieselbe Démarche gemacht wie hier. Monsieur Poincaré a répondu qu'il conseillait à la Serbie — en cas de mise en demeure par l'Autriche-Hongrie de déclarer l'abandon de ses aspirations vers l'Adriatique — de dire qu'elle déférait cette question aux puissances.

Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 4859.

Nr. 4852. Tel. aus London, 10. Dez. 1912 Nr. 134 (eing. 10 U. 50 M. p. m.).[a]) *Entziff.*

Im Nachhange zu heutigem Telegramm Nr. 132. Französischer Botschafter heute nachmittags Antwort seiner Regierung erhalten und Sir E. Grey mitgeteilt, so daß Botschafterréunion jetzt sicher in London stattfindet. Habe Staatssekretär gesprochen, der hoffnungsvoll ist, daß wir rasch zu befriedigendem Abschlusse wichtigster Fragen kommen, so daß Beruhigung und Beseitigung der Kriegsangst eintreten könnte. Einzige Besorgnis von Sir E. Grey und Herrn Cambon, daß unvorhergesehene Zwischenfälle zwischen uns und Serbien stattfänden. Sie befürchten, wie

mir scheint, eine drohende Haltung unserseits zur Erzwingung serbischer Erklärung vor Beginn unserer Besprechungen. Sir E. Grey hält Atmosphäre jetzt günstig für unsere unverbindlichen und „informalen" Besprechungen; möchte sie, wenn möglich, nächsten Montag beginnen. Sollte ich nicht bis dahin zurück sein können, jedenfalls Dienstag. Ich müßte also spätestens Sonntag von Wien abreisen. Sir E. Grey spricht davon, unsere Besprechungen, was das Wesentliche betrifft, innerhalb einer Woche zu beendigen. Details könnten Spezialkommissionen, eventuell späterer, wirklicher Konferenz überlassen werden. Mensdorff.

a) Oe. U. Balkan 84 Nr. 160.

Nr. 4853. Tel. aus Paris, 10. Dez. 1912 Nr. 166 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Herr Tittoni suchte mich heute auf, um Aussichten der Botschafterreunion zu besprechen. Er behauptete, von Marquis San Giuliano Information erhalten zu haben, dass man sowohl in Belgrad wie in Petersburg bereit ist, auf territoriale Erwerbung Serbiens an der Adria zu verzichten. Herr Pašić hat sich aber in der Sache sehr vorgewagt und sucht um Vorwände, die sein Nachgeben der öffentlichen Meinung seines Landes gegenüber rechtfertigen würden. Einstimmigkeit der Großmächte auf Botschafterreunion zu Gunsten der Integrität Albaniens wäre hiezu geeignet. Herr Sazonow wäre mit Rücksicht auf Stimmung in Russland in ähnlicher Lage, er könne viel leichter der Meinung aller Mächte Rechnung tragen, als einem Wunsch, der von uns ausgeht. Sir E. Grey hat Marquis Imperiali gesagt, der Zweck seines Vorschlages sei, durch Botschafterreunion Russland und Serbien ehrenvollen Rückzug zu ermöglichen. England werde sicher nicht für territoriale Wünsche Serbiens eintreten. Herr Tittoni meinte, dass unter diesen Umständen Beharren auf Reserve, dass Diskussion des serbischen Gebietszuwachses an Adria ausgeschaltet werde, nicht nützlich wäre, da dadurch Russland im Vorhinein sich unserem Diktat unterwerfen müsste. Wenn Dreibundbotschafter gleichlautend Instruktionen hätten, serbischen Adriahafen abzulehnen, könnte dieser Standpunkt auf englische Unterstützung rechnen, Frankreich habe keine Lust, sich für serbischen Hafen zu engagieren und Russland würde sich gern der Mehrheit anschließen. Gewagt sei nichts, denn Reunion könne ja keine Beschlüsse fassen und verfügen wir jedenfalls über Hälfte der Stimmen. Ich wendete ein, dass betreffende Reserve schon ausgesprochen ward und Fallenlassen derselben Abgehen von unserem Standpunkt bedeuten würde. Herr Tittoni meinte, man sollte die Reserve wenigstens nicht publizieren und jetzt, wo unsere Auffassung den Kabinetten bekannt, auf spezieller Akzeptierung der Reserve nicht bestehen. Gelänge es, auf Reunion territoriale Integrität Albaniens festzusetzen, so sei serbischer Adriahafen ipso facto ausgeschlossen. Serbien könne sich viel leichter mit einem solchen Beschluss zufriedenstellen, als direkt auf seine Ansprüche verzichten. Ich weiss nicht, ob Herr Iswolsky von dieser Idee Herrn Tittonis Kenntnis hat, halte es aber für nicht ausgeschlossen. Szécsen.

Nr. 4854. Bericht aus Paris, 10. Dez. 1912 Nr. 59 A (eing. 14. Dez.). Ausfert.

Sir Francis Bertie, der vor wenigen Tagen aus London hierher zurückkam und wie er mir sagte sich morgen wieder dorthin begibt, besprach mit mir die Aussichten der von Sir E. Grey vorgeschlagenen Botschafter Réunion. Der englische Botschafter meinte, solange die Bedingungen des Friedens zwischen den Kriegführenden nicht festgesetzt seien, könne die Botschafter-Réunion eigentlich nichts machen. Die Delegierten der Balkanstaaten beginnen ihre Beratungen aber erst am 14. l. Mts. und dürften nicht sehr schnell fertig werden. Weihnachten steht vor der Türe und die englischen Politiker lassen sich um diese Zeit schwer in London zurückhalten. Ich frug meinen englischen Kollegen ob hinsichtlich des Ortes der Botschafter-Réunion schon eine Entscheidung getroffen sei? Dies sei ihm nicht bekannt, sagte er; London halte er für viel geeigneter, aber Herr Poincaré scheine grosses Gewicht darauf zu legen, dass die Réunion in Paris stattfinde. Dieser Ort hätte den grossen Nachteil, dass es sehr schwer sei, irgend etwas hier geheim zu halten. Wenn der Minister des Äussern, wie dies hier üblich ist, die Vertreter der Presse zweimal im Tage empfange, so könne er nicht umhin, ihnen zeitweise etwas zu erzählen. Dazu komme noch, dass die französische Presse seit Beginn der Balkanwirren von den Alliierten und Russland intensiv bearbeitet wurde und keineswegs als unbefangen betrachtet werden könne. Schliesslich müsse er zugeben, dass Herr Iswolsky bei einer solchen Réunion ein recht unbequemer und unberechenbarer Faktor wäre, obschon er in letzter Zeit in seiner Sprache viel gemässigter sei. Als ich hierauf bemerkte, dass Herr Iswolsky schliesslich doch sich an die Instruktionen seiner Regierung werde halten müssen, meinte Sir F. Bertie, dies sei nicht immer der Fall gewesen. Graf Benckendorff wäre sicher viel mässiger und viel verlässlicher. Was die hiesige Presse betrifft, so erinnerte ich meinen englischen Kollegen an die grossen Anlehen die Russland und die Balkanstaaten in den letzten Jahren hier abgeschlossen haben. Nach hierortiger, nicht eben löblicher Sitte, muss man bei ähnlichen Finanzgeschäften „pour frais de publicité" recht bedeutende Summen an die Zeitungen bezahlen. Die Tagesblätter haben unter diesem Titel jedenfalls zahlreiche Millionen bekommen und wollen sich hiefür natürlich erkenntlich zeigen, umsomehr als nach Abschluss des Friedens neue Anlehens-Operationen der betreffenden Staaten auf dem Pariser Markte zu erwarten sind und die Zeitungen daher auf neuerliche Subsidien rechnen. Die englische Presse sei, sagte ich, solchen finanziellen Einflüssen viel weniger unterworfen. Auf die Frage des Adria-Hafens für Serbien übergehend meinte der englische Botschafter, man könne unmöglich von Russland, das ja Serbien nach Tunlichkeit unterstützen möchte, erwarten, dass es im Voraus erkläre, um keinen Preis einen Krieg führen zu wollen. Er sei aber überzeugt, dass Russland es nicht zu einem kriegerischen Konflikt werde kommen lassen. Man müsse aber trachten Herrn Sazonow den Rückzug zu erleichtern, hiezu werde die Botschafter-Réunion vielleicht nützlich sein. Die Frage des künftigen Schicksals der türkischen Inseln schien den englischen Botschafter lebhaft zu interessieren. Er sagte, die Türkei sei kaum

in der Lage ihre Herrschaft über diese Inseln, die alle separatistische Tendenzen haben, aufrecht zu erhalten. Dass gewisse wichtige Punkte in die Hände einer Grossmacht fallen, könne England nicht zugeben. Der Anschluss sämtlicher Inseln an Griechenland sei aber auch sehr unerwünscht. Er sehe eigentlich keine zufriedenstellende Lösung dieser Frage. Szécsen.

Nr. 4855. Tel. nach Rom, 10. Dez. 1912 Nr. 252 (chiffr. 5 U. 45 M. p. m.).[a] *Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).*

Zu Euer Exzellenz Telegramm Nr. 231 vom 7. d. M. Zu der seitens Marquis di San Giulianos Euer Exzellenz gegenüber gemachten Äußerung, wir schienen jetzt, speziell Serbien gegenüber, mit jedem Tage mehr zu verlangen, bemerke ich zu Euer Exzellenz Orientierung, daß unser politisches Programm, wie Euer Exzellenz bereits aus meinem Erlasse Nr. 4932 vom 3. v. M. bekannt, außer dem negativen Postulate nach dem Ausschlusse Serbiens von einem territorialen Erwerbe an der Adriaküste auch noch die Forderung enthält, daß dieses Königreich als Bedingung unserer Zustimmung zur sonstigen Vergrößerung seines Territoriums keine der Nachbarmonarchie feindliche Politik verfolge. Daß diese Forderung angesichts der in Belgrad unter dem Vorwande der Hafenfrage inscenirten wilden Agitation gegen Österreich-Ungarn an Aktualität gewinnt und auch unsere öffentliche Meinung eine gewisse Gewähr gegen die Wiederkehr solcher von Serbien provocirter Krisen verlangt, ist sicherlich nicht an uns, sondern ausschließlich an Serbien gelegen; nichtsdestoweniger liegt es nach wie vor unserer Politik ferne, bei Realisierung dieser gerechten Forderung die politische Unabhängigkeit Serbiens anzutasten, oder, wie Euer Exzellenz bereits aus meinem Telegramme ddo. Budapest, 17. v. M., Nr. 16, bekannt, dessen wirtschaftliche Selbständigkeit irgendwie behindern zu wollen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 4869, 4947.

Nr. 4856. Tel. aus Rom, 10. Dez. 1912 Nr. 240 (eing. 3 U. 30 M. p. m.).[a] *Entziff.*

Streng vertraulich. Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 238. Entscheidung bezüglich hiesiger Antwort an englisches Kabinett ist noch nicht erfolgt. Herr Giolitti hält an dem Wunsche fest, daß darin Diskussion der serbischen Hafenfrage nicht ausdrücklich ausgeschlossen werde. Man denkt an den Ausweg, diesen Punkt in der hiesigen Antwort überhaupt gar nicht zu berühren. Von Berlin aus scheint unser Standpunkt hier nicht stark unterstützt zu werden. Ich habe mich neuerlich für denselben eingesetzt. Mérey.

[a] Vgl. n. 4868, 4964.

Nr. 4857. Tel. aus Rom, 10. Dez. 1912 Nr. 242 (eing. 4 U. 30 M. p. m.).[a] *Entziff.*

Hiesige Regierung teilt den am Schluß des hohen Telegrammes Nr. 246[b] ausgesprochenen Standpunkt Euer Exzellenz bezüglich der

albanesisch-griechischen Grenze und würde speziell die Belassung der Stadt Valona bei Albanien für einigermaßen entwertet betrachten, wenn Griechenland dort die Halbinsel, einen Teil der Bucht, einen Handelshafen und die Insel Saseno besäße, wie dies der Wunsch Herrn Venizelos zu sein scheint. Mérey.

[a]) Oe. U. Balkan 83 Nr. 159. Vgl. n. 4861. — [b]) Vom 8. Nov.

Nr. 4858. Tel. aus Rom, 10. Dez. 1912 Nr. 243 (eing. 4 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Die Erneuerung des Dreibundes wird von der italienischen Presse ohne jede Überschwänglichkeit, aber im Ganzen günstig und als ein natürlicher, allgemein vorhergesehener Schritt beurteilt. Vereinzelte Blätter wie der „Corriere della sera" beanständen die Antizipation der Erneuerung, welche sie erst nach Ablauf der Balkankrise vorgezogen hätten. Nur im „Messagero" und im „Secolo" kritisiert der republikanische und irredentistische Barzilai, beziehungsweise der Sozialist Bissolatti, sowohl die Tatsache, wie den Moment der Erneuerung und die Unterlassung entsprechender Modifikationen des Vertrages. Mérey.

Nr. 4859. Tel. aus St. Petersburg, 10. Dez. 1912 Nr. 260 (eing. 11. Dez. 10 U. a. m.).[a]) Entziff.

Herr Sazonow sagte mir, der hiesige serbische Gesandte habe ihm mit großer Bestürzung erzählt, er habe erfahren, daß die Monarchie beabsichtige, schon in den nächsten Tagen Serbien ein Ultimatum zu stellen. Obwohl ihm dieses Gerücht im Augenblick, wo die Londoner Botschafterbesprechungen beginnen sollen, höchst unwahrscheinlich scheine, habe er doch Herrn von Giers beauftragt, bei Euer Exzellenz diesbezüglich vertraulich Erkundigungen einzuziehen und Hochdenselben die Hoffnung auszusprechen, daß die k. u. k. Regierung, die bisher so viel Weisheit und Geduld an den Tag gelegt habe, nicht jetzt, wo alles auf dem besten Wege zu einer allseitig befriedigenden Lösung begriffen sei, vorzeitig mit rauher Hand eingreifen werde, wodurch der Erfolg der bevorstehenden Verhandlungen unmittelbar vor deren Beginn kompromittiert werden könnte.

Thurn.

[a]) Vgl. n. 4840, 4851, 4872.

Nr. 4860. Tel. des Konsuls Wenzel Lejhanec aus Valona, 10. Dez. 1912 Nr. 56 (eing. 11. Dez. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Ismail Bey erhielt gestern ungefähr folgende offene Depesche vom Großvezier Kiamil Pascha: „Ihre Handlungen erfüllen uns mit Staunen, denn Ihre Unabhängigkeitserklärung ist eine Rebellion gegen die Türkei. Wenn letztere diese Unabhängigkeit anerkennen würde, mit welchem Recht könnte sie jetzt oder später Serbien, Montenegro und Griechenland hindern, Albanien untereinander zu teilen? Gäbe es dann einen Unterschied zwischen dem Schicksal der Mohammedaner auf der Krim und jenem der Albanesen?

Türkische Regierung hat die Idee gefaßt, ganz Albanien die Autonomie zu gewähren und die Verwaltung einem kaiserlichen Prinzen zu übertragen. Wenn morgen bei den Friedensverhandlungen die Alliierten behaupten, daß Albanien revoltiert und daß sie die besetzten Gebiete nicht räumen werden, welche Antwort sollen wir ihnen geben? Sie vertrauen vielleicht auf die Unterstützung seitens Österreich-Ungarns und Italiens, aber wer wird ihre Intervention akzeptieren, wenn sie zu Beginn des Krieges ihre Neutralität erklärt haben? Seinerzeit ließ sich der Chan der Krim von den Russen hintergehen, proklamierte die Unabhängigkeit, bereute es aber später, als er sein Land verlor. Auch Sie werden einmal Ihren Fehler einsehen, aber dann wird es schon zu spät sein." Ismail Bey führt diese Depesche auf Intriguen der alliierten Balkanstaaten und ihrer Freunde, sowie auf die Absicht Kiamil Paschas zurück, in Albanien Spaltungen zu provozieren. Er wird wiederum ausweichend antworten, nämlich in dem Sinne, daß die Albanesen vor allem ihre nationale Freiheit und ihre territoriale Integrität verteidigen wollen und daß sie überzeugt sind, Türkei werde sie in diesem Bestreben tunlichst unterstützen. Die mohammedanischen albanesischen Bewohner der Landschaft Tschamuria befürchten Gewalttätigkeiten seitens der griechischen Banden und haben sich heute an Ismail Bey mit einer Bittschrift gewendet, in welcher sie ihn um die Erwirkung von Schutzmaßnahmen seitens der Großmächte ersuchen. Abschriftlich Konstantinopel, Janina. Lejhanec.

[a]) Vgl. n. 4967.

Nr. 4861. Tel. nach Athen, 11. Dez. 1912 Nr. 85 (chiffr. 7 U. 30 M. p. m.). Konz. (S. Berger; G. Macchio).

Zu Euer Exzellenz Telegramm Nr. 366 vom 7. l. Mts. In den Äußerungen Herrn Venizelos über die territorialen Ansprüche Griechenlands erscheint das Bestreben unverkennbar, dem Standpunkte Österreich-Ungarns und Italiens Rechnung zu tragen. Es wird jedoch meines Erachtens nöthig sein, die Nordgrenze Griechenlands noch bedeutend weiter nach Süden zu verlegen, als die heutigen Ansprüche des griechischen Ministerpräsidenten reichen. Die königlich italienische Regierung, der ich von der Sprache Herrn Venizelos Kenntnis gab,[a]) theilt diesen meinen Standpunkt[b]) und würde speziell die Belassung der Stadt Valona bei Albanien für einigermaßen entwertet betrachten, wenn Griechenland dort die Halbinsel, einen Theil der Bucht, einen Handelshafen und die Insel Saseno besäße, wie dies der Wunsch Herrn Venizelos zu sein scheint. Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulichen Information und eventuellen Regelung Ihrer Sprache. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 4831. — [b]) Vgl. n. 4857.

Nr. 4862. Tel. aus Athen, 11. Dez. 1912 Nr. 373 (eing. 12. Dez. 8 U. a. m.). Entziff.

Streng vertraulich. Minister des Äußern sagte mir heute spontan, es trete immer deutlicher zutage, um wie viel mehr Österreich-Ungarn

sich für Durazzo interessiere als für Valona, denn während zum Beispiel alle Enunziationen Euer Exzellenz bezüglich des ersteren stets den Charakter größten Nachdruckes trügen, behandelten Hochdieselben das letztere mit ungleich geringerer Insistenz im Gegensatze zu Marquis San Giuliano, welcher seinerseits wieder Valona bitter ernst nehme. Dieser Äußerung gegenüber beschränkte ich mich darauf, auf unsere unlängst mit Italien gemeinsam unternommene Demarche bezüglich Valona und Saseno, somit die Übereinstimmung Österreich-Ungarns und Italiens auch in dieser Frage, hinzuweisen. Braun.

Nr. 4863. Tel. aus Athen, 11. Dez. 1912 Nr. 374 (eing. 12. Dez. 9 U. a. m.). Entziff.

Bezüglich Saseno ergriff Minister des Äußern heute mir gegenüber Initiative, um darauf hinzuweisen, daß diese Insel wie alle übrigen, kraft mehrerer Verträge, so von 1800, 1815 und 1864, von denen er glaube, der eine sogar von uns unterschrieben, zu Griechenland gehöre. Minister fügte hinzu, daß die Rechtslage in eingehender Darstellung uns übermittelt werden wird. Die einschlägigen Äußerungen Herrn Venizelos (vergleiche Punkt 6 meines Telegrammes Nr. 366 vom 7. d. M.) gestatten Schluß, daß griechische Regierung auf Besitz Sasenos nicht insistieren wird, es aber als Kompensationsobjekt verwerten dürfte. Braun.

Nr. 4864. Tel. aus Belgrad, 11. Dez. 1912 Nr. 300 (eing. 5 U. 50 M. p. m.). Entziff.

Mein deutscher Kollege sagte mir, er habe bei seiner vorgestrigen Aussprache mit Herrn Pašić den Eindruck erhalten, dass Serbien in der Adriafrage einem einmütigen Drucke der Grossmächte nachgeben und sich mit einem Débouché am Meere (in welcher Form immer) zufriedenstellen werde. Der Herr Ministerpräsident hat sich in diesem Sinne noch viel deutlicher dem englischen Gesandten gegenüber geäußert, indem er direkt sagte, Serbien würde sich dem einigen Wunsche der Grossmächte schliesslich fügen müssen. Das Land wäre allerdings noch sehr gegen jede Nachgiebigkeit, werde sich aber langsam damit abfinden müssen. Das erfordere aber Zeit und er trachte die öffentliche Meinung beruhigend zu beeinflussen. In ganz ähnlichem Sinne äusserte man sich gestern im serbischen Kriegsministerium dem englischen Militärattaché gegenüber. Man sagte ihm, dass Serbien sich schliesslich der einmütigen Pression der Grossmächte wird fügen müssen. Ugron.

Nr. 4865. Tel. aus Berlin, 11. Dez. 1912 Nr. 310 (eing. 12. Dez. 10 U. p. m.) Entziff.

Vertraulich. Herr von Kiderlen erzählt mir, er entnehme aus einem Berichte Herrn von Tschirschkys, daß Euer Exzellenz gegen die Wahl Londons für die in Aussicht genommenen Botschafterbesprechungen manche Bedenken hätten und sich dahin geäussert hätten, daß diese Wahl infolge Intrigue der Tripelentente getroffen worden sei, welche die Friedens-

konferenz und die Botschafterbesprechungen am selben Orte haben wolle. Aus diesem Grunde hätten Hochdieselben vorgezogen, wenn für die letzteren eventuell Berlin gewählt worden wäre. Nunmehr hätten aber Euer Exzellenz sich mit London umsomehr einverstanden erklärt, als auch alle anderen Mächte, Frankreich nicht einbegriffen, dieser Wahl zugestimmt hätten. Dieser Entschluß gereiche ihm — dem Staatssekretär — zur großen Genugtuung. Ein Vorschlag Berlin betreffend wäre jetzt ohnehin verspätet; was Euer Exzellenz Vermutung betrifft, daß es sich bei der Wahl Londons um eine Abmachung der Westmächte handle, müsse er bemerken, daß dieser Vorschlag vom Berliner Kabinette unterstützt wurde, hauptsächlich aus dem Grunde, um Paris auszuschalten. Zum Schlusse sagte mir der Staatssekretär, aus Herrn von Tschirschkys Bericht ersehe er, daß Euer Exzellenz dem Grafen Mensdorff die bezüglichen Instruktionen in dem Sinne zu erteilen gesonnen seien, wie sich Graf Thurn Herrn Sazonow gegenüber ausgesprochen habe (vide hohes Telegramm No. 188).[a]

Szögyény.

[a] Vgl. n. 4835 Anm. b.

Nr. 4866. Tel. aus Berlin, 11. Dez. 1912 Nr. 311 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Vertraulich. Im Laufe einer Unterredung, die ich heute mit dem Staatssekretär hatte, erwähnte er die Sprache unserer Presse in der Balkankrise. Er sei gewiss der letzte, der den Ernst der Situation verkenne, doch könne er nicht umhin, darauf hinzuweisen, dass unsere Zeitungen, unter ihnen auch jene Blätter, die mit dem Ministerium des Äussern in Fühlung stehen, schon seit Wochen die Situation in allzu düsteren Farben schildern und ab und zu Alarmnachrichten bringen, welche den Tatsachen keineswegs entsprechen, zum Beispiel die Stellung eines Ultimatums an Serbien. Herr von Kiderlen hält es für selbstverständlich, dass wir an unserem nunmehr festgestellten Programme festhalten, meint aber, es sei sehr gefährlich, die Kriegsgefahren zu sehr zu pointieren. Szögyény.

Nr. 4867. Tel. aus Paris, 11. Dez. 1912 Nr. 167 (eing. 12. Dez. 9 U. a. m.). Entziff.

Herr Poincaré, der allerdings knapp vor mir russischen Botschafter empfangen hatte, sprach mir heute mit ernster Besorgnis von den bei uns getroffenen militärischen Maßnahmen, die in ganz Europa sehr beunruhigend wirken, hauptsächlich weil man sich den Zweck derselben nicht erklären könne. Die Wünsche der k. u. k. Regierung seien von allen Mächten freundlich aufgenommen worden, die wiederholten Erklärungen Herrn Sazonows müßten in Wien darüber beruhigt haben, daß Rußland nicht gesonnen ist, die serbischen Wünsche nach einem eigenen Adriahafen anders als höchstens durch gute Worte zu unterstützen, daß Serbien selbst in dieser Hinsicht einlenke, sei allgemein bekannt, und könne er mir dies nach einer Unterredung, die er mit Herrn Novaković hatte, neuerlich bestätigen. Serbien dürfte die Ratschläge der Mächte befolgen und auf den Hafen

verzichten. Unter diesen für die Erfüllung unserer Wünsche so günstigen Verhältnissen könne man sich die umfassenden militärischen Vorbereitungen der Monarchie nicht erklären und es sei ganz erklärlich, daß das Publikum besorgt sei und uns allerlei geheime Pläne zumute. Das auf diese Weise wachgerufene Mißtrauen sei jedenfalls der Sache des Friedens nicht förderlich und die wirtschaftlichen Verhältnisse ganz Europas leiden unter diesem Drucke. Ich antwortete dem Ministerpräsidenten, daß ich über die bei uns getroffenen militärischen Maßnahmen nicht näher unterrichtet sei, daß aber die Zeitungen stark übertreiben dürften; Herr Poincaré erwähnte, daß auch aus Frankreich viele unserer Reservisten einberufen wurden und daß der in einem so kritischen Augenblick erfolgte Wechsel in den höchsten militärischen Stellen gewiß keinen beruhigenden Eindruck machen könne. Ich sagte hierauf, daß die getroffenen Vorsichtsmaßregeln, soweit solche existieren, bei uns sicher schwerer empfunden werden als anderwärts, man werde froh sein, wenn Verhältnisse eintreten, die dieselben als nicht mehr notwendig erscheinen lassen. Herr Poincaré, der die Konversation in freundschaftlichster Weise führte und betonte, daß er sich nicht anmaßen wolle, die von uns als notwendig erachteten Maßnahmen zu kritisieren, sprach die Hoffnung aus, daß nichts geschehen werde, was die Beratungen der Botschafter in London, von welchen wir eine uns befriedigende Regelung gewisser Fragen erhoffen könnten, stören werde. Auf der hiesigen Börse war heute das Gerücht verbreitet, wir wollen ein Ultimatum an Serbien richten, dies erklärt vielleicht die Besorgnis Herrn Poincarés, doch muß ich konstatieren, daß schon seit einigen Tagen unsere militärischen Vorkehrungen hier große Besorgnis erregen. Szécsen.

Nr. 4868. Tel. aus Rom, 11. Dez. 1912 Nr. 244 (eing. 12. Dez. 10 U. a. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. Im Nachhange zu meinem Telegramme Nr. 240 kann ich Euer Exzellenz erfreulicherweise melden, daß hiesige Regierung sich entschlossen hat, in ihrer nunmehr an Botschafter in London abgegangenen Antwort in voller Übereinstimmung mit uns gleichfalls Diskussion der serbischen Hafenfrage in der dortigen Botschafterréunion auszuschließen. Mérey.

[a] Vgl. n. 4886.

Nr. 4869. Tel. aus Rom, 11. Dez. 1912 Nr. 245 (eing. 12. Dez. 10 U. a. m.).[a] Entziff.

Da Marquis di San Giuliano heute abermals auf unsere drohende Stellungnahme gegenüber Serbien zu sprechen kam, habe ich mich im Sinne hohen Telegrammes Nr. 252 geäußert. Der Minister erwiderte, er kenne diese unsere „vage" Formel seit fast zwei Monaten, frage sich aber vergeblich, welche Gewähr freundschaftlicher Haltung wir von Serbien, ohne dessen politische oder wirtschaftliche Freiheit anzutasten, erlangen könnten. Es sei im Gegenteile vorauszusehen, daß der serbische Haß gegen uns umso tiefer und andauernder sein und sich auch in künftigen

Agitationen wieder äußern werde, je stärker wir jetzt auf Serbien drücken. Da ich gleichfalls in Unkenntnis bin, worin die von Serbien für die Zukunft uns zu leistenden Garantien bestehen sollen, habe ich mich darauf beschränken müssen, Haltung Serbiens in der Hafen- und der Konsulfrage entsprechend zu beleuchten. Mérey.

a) Vgl. n. 4887, 4947.

Nr. 4870. Tel. aus Rom, 11. Dez. 1912 Nr. 246 (eing. 12. Dez. 8 U. a. m.). Entziff.

Mit Beziehung auf hohes Telegramm Nr. 253.a) Minister des Äußern teilte mir mit, griechischer Geschäftsträger habe ihm gestern gesagt, Griechenland verlange nur in der Bucht von Valona einen Handelshafen, was Marquis di San Giuliano schon als technisch nicht durchführbar bezeichnete. Zu der griechischen Behauptung, die Insel Saseno gehöre zu den jonischen Inseln und daher zu Griechenland, möchte ich darauf aufmerksam machen — was ich auch in der Consulta erwähnte — daß auf dieser Insel meines Wissens ein Leuchtturm ist. Sollte derselbe, wie ich vermute, in den letzten Dezennien von der Türkei verwaltet worden sein, so wäre dies ein weiteres Argument gegen die griechischen Ansprüche. Mérey.

a) Mit Tel. Nr. 253, 10. Dez. 1912 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.) wurde n. 4842 nach Rom mitgeteilt.

Nr. 4871. Tel. aus Rom, 11. Dez. 1912 Nr. 247 (eing. 12. Dez. 9 U. a. m.).a) Entziff.

Da die Vorgeschichte der seinerzeitigen Enthebung des Generalstabschefs Baron Conrad in Italien, und zwar nicht nur in eingeweihten Kreisen genau bekannt ist und dieser General daher als geschworener Feind Italiens gilt, erzeugt dessen abermalige Berufung an die Spitze des Generalstabes hier begreiflichen tiefen Eindruck. Gewisse Zeitungen erblicken darin einen Hohn auf die soeben erfolgte Erneuerung des Dreibundes und eine üble Vergeltung der für uns auf der ganzen Linie so freundlichen Haltung der hiesigen Regierung. Auch Consulta fand ich stark impressioniert, weil man annimmt, dass Wiederberufung Baron Conrads dermalen die Zunahme der Kriegsmöglichkeit gegen Serbien oder Russland, später aber nichts gutes für Italien bedeute. Es erschiene mir nötig, diese Bedenken entweder durch ein nachdrücklich abgefasstes Communiqué oder mindestens dadurch teilweise zu zerstreuen, dass man mir aufklärende und beruhigende Momente, welche ich hiesiger Regierung gegenüber verwerten könnte, an die Hand gibt. Mérey.

a) Vgl. n. 4904, 4965.

Nr. 4872. Tel. aus St. Petersburg, 11. Dez. 1912 Nr. 261 (eing. 12. Dez. 3 U. 10 M. a. m.).a) Entziff.

Herr Sazonow ließ mich heute zu sich bitten und sagte mir, daß zwei aus Wien eingelaufene Nachrichten hier große Besorgnis erregt hätten. Er teile letztere zwar persönlich nicht, doch wäre er Euer Exzellenz sehr

dankbar, wenn Hochdieselben ihn in die Lage versetzen wollten, im morgigen Ministerrate, in dem er jedenfalls mit bezüglichen Anfragen bestürmt werden würde, beruhigende Aufklärungen zu geben. Die erste Nachricht betreffe den Wechsel in unserem Kriegsministerium und insbesondere die Ernennung Baron Conrads zum Chef des Generalstabes. Dieser hervorragende General habe stets als ein Vertreter einer sehr kriegerischen Richtung gegolten und werde daher seine jetzige Ernennung von vielen Seiten als ein für den Frieden ungünstiges Symptom gedeutet. Zweite Nachricht betreffe Gerücht über ein unserseits angeblich für den 15. d. Mts. n. St. beabsichtigtes Ultimatum an Serbien, welches ihm aus Belgrad, wo man durch geheime Quelle hievon Kenntnis erhalten haben will und wo darüber größte Aufregung herrsche, zugekommen sei. Er könne zwar diesem Gerüchte keinen Glauben beimessen, weil er es angesichts unserer bisherigen gemäßigten und klugen Haltung nicht begreifen könnte, daß wir gerade im Momente, wo die Botschafterkonferenzen beginnen sollen, einen solchen Schritt unternehmen sollten, der das Resultat dieser Besprechungen im Voraus kompromittieren müßte. Er könne sich daher, wenn an dem Gerüchte überhaupt etwas Wahres wäre, nur denken, daß es sich um ein eventuelles Satisfaktionsbegehren in der Konsulnfrage handeln könne. Diese Angelegenheit sei allerdings eine solche, welche nur die Monarchie und Serbien allein angehe, und mit den anderen großen Fragen in keinem Zusammenhange stehe. Trotzdem ersuche er mich, aber ohne sich in eine ihn gar nichts angehende Frage einmengen zu wollen, Euer Exzellenz in seinem Namen inständigst zu bitten, auch in dieser Frage noch etwas Geduld üben zu wollen, um zu vermeiden, daß diese Kontroverse vor oder gleich zu Anfang der Botschafterbesprechungen akut werde und daher unwillkürlich in den Komplex der anderen Fragen hineingezogen werde, mit welchem sie gar nichts zu tun habe, weil hiedurch seine Stellung ungemein erschwert werde. Herr Sazonow erhofft von der persönlichen Freundschaft Euer Exzellenz, daß Hochdieselben diesen Schritt, der ihm nur „im Interesse der guten Sache" eingegeben sei, nicht unrichtig auslegen werden. Herr Minister wäre besonders dankbar, wenn er schon vor morgen nachmittags, zu welcher Zeit eingangs erwähnter Ministerrat stattfinden soll, eine gütige Antwort Euer Exzellenz haben könnte, was ich ihm allerdings mit Rücksicht auf Kürze der Zeit als kaum möglich bezeichnete. Thurn.

[a]) Vgl. n. 4845, 4859, 4888.

Nr. 4873. Tel. aus Sofia, 11. Dez. 1912 Nr. 451 (eing. 12. Dez. 10 U. a. m.). Entziff.

Momentan läßt sich hier gedrückte Stimmung konstatieren. Sowohl in Hof- als Regierungskreisen äußert man sich pessimistisch über Friedensaussichten. Man scheint Verschleppungstaktik seitens Türkei zu befürchten und mit Möglichkeit Fortführung Krieges ernst zu rechnen. In öffentlicher Meinung macht sich Unzufriedenheit wegen Schwäche, dei bei Abschluß Waffenstillstandes gezeigt wurde, bemerkbar; in maßgebenden Kreisen ist man sich bewußt, daß jede weitere Nachgiebigkeit in Friedensverhand-

lungen im Lande eine so große Enttäuschung hervorrufen würde, daß dies Stellung Königs und Regierung schaden könnte. Bezüglich Mission Herrn Danews in Bukarest fällt es auf, daß darüber kein offizielles Communiqué hier veröffentlicht wurde; in Regierungskreisen erhält man diesfalls ausweichende Antwort. Die rumänische Thronrede[a]) scheint unangenehm impressioniert zu haben. Die Beziehungen mit Griechen und Kontroverse Serbiens mit uns, wegen welcher Komplikationen befürchtet werden, bilden auch Verlegenheit. Die trotz Geheimtuerei allmählich bekannt werdenden Verluste — es wird von über 80.000 Toten, Verwundeten und Kranken gesprochen — wirken deprimierend. Deplorable sanitäre Zustände bei Čataldja und Gefahr, daß Krankheiten wegen ungünstiger Wetterverhältnisse und Mangels an Unterkunft für Truppen sich verbreiten, bilden Gegenstand der Sorge. Jemand, der König Ferdinand gesehen, sagt, Seine Majestät wäre nicht wohl und sehr präokkupiert. Tarnowski.

[a]) Pol. Chron. der ö.-u. Mon. 1912, 532.

Nr. 4874. Mitteilung des österr. Ministerpräsidenten Grafen Stürgkh, 11. Dez. 1912. Ausfert.

Der hiesige griechische Gesandte, Herr von Streit, welcher gestern mittags zu den Friedensverhandlungen nach London abreiste, sagte mir vor seiner Abreise, es sei selbstverständlich, dass er in London strenge nach den Instruktionen seiner Regierung vorgehen werde, die im grossen Ganzen dahin lauten, dass Griechenland auf der Konferenz nicht a priori einen separatistischen Standpunkt einnehme und nicht ohne Not eine Sprengung des Balkanbundes herbeiführe. Allein privatim und im Vertrauen könne er mir sagen, dass eine ständige Erhaltung dieses Balkanbundes keineswegs der Herzenswunsch Griechenlands sei. Griechenland habe den Bund mit den drei slavischen Balkanreichen nur deshalb geschlossen, weil sich in Europa Niemand der griechischen Forderungen annahm. Man machte aus der Not eben eine Tugend. Österreich hatte es in der Hand gehabt, die Bildung dieses Bundes zu verhindern, es hätte sich nur bei der Pforte für die endliche Erledigung der Kretafrage einzusetzen gebraucht, denn damals verlangte Griechenland nicht mehr. Heute könne es naturgemäß aber nicht zulassen, dass der Slavismus am Balkan auf seine Kosten zur Vorherrschaft gelange und abermals richten sich die Augen Griechenlands auf Österreich, welches das gleiche Interesse habe, die Vorherrschaft der Slavenreiche am Balkan nicht zuzulassen. Griechenland sei daher jederzeit bereit, dem Balkanbund den Rücken zu kehren, wenn Österreich den Griechen eine Anlehnung bieten würde. Allein, das müsse man in Wien doch begreifen, könne Griechenland nicht bleiben; irgendwo müsse es Anlehnung suchen und finden. Das natürlichste wäre, dass Österreich selbst an die Spitze eines Balkanbundes träte, der aus Österreich, Rumänien, Griechenland, Albanien und der Türkei bestünde. Damit wären die Anschläge des Slavismus zurückgewiesen und Österreich im Vereine mit den nichtslavischen Balkanstaaten die Herren am Balkan. Leider habe es den Anschein, dass man sich in Wien verleiten lassen wolle, die gross-

bulgarischen Pläne zu fördern. Da würde die gute österreichische Henne statt eines Küchleins eine Ente ausbrüten, man würde Verhältnisse schaffen, die sich schließlich gegen Österreich kehren müssten. Griechenland aber würde gezwungen sein, weiter im Bunde mit den slavischen Balkanstaaten zu bleiben und der heutige Balkanbund würde als ständige Einrichtung nichts anderes sein, als das Schlangehalsband (!), das Österreich vom Balkan absperrte. Das sollte man in Wien bedenken, bevor man auf der Londoner Botschafterkonferenz endgiltig Stellung nimmt.

Nr. 4875. Tel. aus Athen, 12. Dez. 1912 Nr. 382 (eing. 8 U. p. m.). Entziff.

Vertraulich. Ich habe bestimmte Anzeichen zu glauben, dass in dem immer unerquicklicher und intensiver sich gestaltenden bulgarisch-griechischen Streit bezüglich Saloniks Russland auf Seite Griechenlands steht, welches definitiven Besitz dieser Stadt zu einer Forderung allerersten Ranges erhebt, für deren Verwirklichung es anderweitige grössere Opfer zu bringen sich wohl entschliessen würde. Die Nichterfüllung der griechischen Aspirationen auf Salonik könnten nicht nur für Herrn Venizelos, sondern möglicherweise für die Dynastie, dadurch, dass König Georg und die königliche Familie sich dort ostentativ solange aufhalten und damit sowie auf andere Weise ihrer Stellungnahme bezüglich Saloniks offen Ausdruck geben, missliche Folgen haben. Braun.

Nr. 4876. Tel. nach Berlin, 12. Dez. 1912 Nr. 194 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; V. Rappaport und Pogatscher; G. Berchtold).

Aus Euer Exzellenz Telegramm Nr. 291 vom 30. v. M. habe ich entnommen, daß die kaiserlich deutsche Regierung beabsichtigt, falls die Botschafterbesprechung in London stattfinden sollte, ihrem dortigen Botschafter einen Urlaub zu erteilen und den Geschäftsträger mit der Teilnahme an den Beratungen zu betrauen. Im Hinblick auf das konforme und einmütige Vorgehen, welches die Dreibundmächte in allen die Botschafterréunion — deren Ort London jetzt sichergestellt erscheint — betreffenden Fragen beobachtet haben und die eventuellen Kommentare, zu denen eine solche Entschließung in der Öffentlichkeit Anlaß geben könnte, schiene es mir vorteilhafter, wenn es auch Deutschland möglich wäre, sich gleich wie Österreich-Ungarn und Italien durch den Londoner Botschafter bei den in Rede stehenden Verhandlungen vertreten zu lassen. Ich ersuche Euer Exzellenz, sich bei Herrn von Kiderlen in vorstehendem Sinne vernehmen zu lassen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 4897.

Nr. 4877. Notiz der deutschen Botschaft mit der Mitteilung eines Erlasses des Berliner Auswärtigen Amts an sie vom 11. Dez. 1912; 12. Dez. 1912.[a]) Ausfert.

Der Erlaß gleichlautend mit „Große Politik" Bd. 34/I Nr. 12529.

[a]) Vgl. n. 4911.

Nr. 4878. Bericht aus Bukarest, 12. Dez. 1912 Nr. 72 (eing. 14. Dez.). Ausfert.

In Ergänzung meiner gehorsamsten Chiffretelegramme Nr. 94 und 96 vom 10. Dezember l. J. die Gespräche betreffend, welche Herr Daneff mit Herrn Maioresco führte, beehre ich mich ganz ergebenst zu melden, daß der Eindruck, den der Herr bulgarische Kammerpräsident hier zurückließ, ein vorzüglicher war. Der Genannte zeigte sich allen Einwendungen zugänglich und schien offenbar von dem Bestreben geleitet, den rumänischen Wünschen nach Möglichkeit entgegenzukommen. Wie mir Herr Maioresco erzählte, begann Herr Daneff das Gespräch mit der Kutzo-Wallachischen Frage und erklärte, die bulgarische Regierung würde ihren künftigen Staatsangehörigen rumänischer Nationalität alle verfassungsmäßigen Rechte selbstverständlich gewähren. Als der Minister des Äussern einwarf, daß die rumänische Regierung mit Connivenz der Türkei jährlich 7—800.000 Lei für Kutzowallachische Schulen und Kirchen aufgewendet habe, bemerkte Herr Daneff, daß dies von Bulgarien als eine erwünschte Entlastung seines Schulbudgets begrüßt werden wird. Als Herr Maioresco eines eigenen Kutzowallachischen Bistums erwähnte, äusserte der Herr Kammerpräsident, daß auch dieses keinem Widerstande in Bulgarien begegnen würde. Auf die Frage der Grenzregulierung übergehend ließ Herr Daneff die Bemerkung fallen, daß er sich auf eine Discussion über Cedierung einer strategischen Linie und Compensationen nicht einlassen könne. Herr Maioresco erwiderte, daß er dies vollkommen verstehe und hätte Rumänien auch niemals an Compensationen gedacht; er müße jedoch bemerken, daß wenn von strategischer Linie gesprochen werde Silistria ein rein strategischer Punkt sei, den seinerzeit beim Berliner Kongreß Russland, aus Zorn gegen Rumänien, diesem wie einen Pfahl ins Fleisch getrieben hätte. Die heutige Grenze in der Dobrudscha sei eine von Russland Bulgarien und Rumänien aufoctroierte. Nachdem nun diese beiden Länder jeder Vormundschaft entwachsen seien, so wäre es an der Zeit, daß nunmehr zwischen ihnen eine Grenze vereinbart würde, welche keinen Grund zu Animositäten mehr abgeben dürfe. Herr Daneff zeigte sich diesen Argumenten zugänglich, hauptsächlich als Herr Maioresco noch ins Treffen führte, daß als Concession für eine beßere Grenze, Rumänien bei einem künftigen Donaubrücken-Baue die Interessen Bulgariens im Auge behalten werde. Nach Geltendmachung einiger Reserven, die hauptsächlich darin kulminierten, daß es ausserordentlich schwer fallen würde, die bulgarische Kammer für territoriale Concessionen zu gewinnen, stellte Herr Daneff in Aussicht, sich in Sofia über diese Angelegenheit Rates zu holen. Schließlich ersuchte Herr Daneff die Verhandlungen vorläufig zurückzustellen und auf dieselben erst zurückzukommen, wenn, nach Abschluß des Friedens, die Besprechungen unter den vier kriegführenden Staaten über die Verteilung des Ländergewinnes beginnen würden. Dem trat Herr Maioresco mit dem Hinweise entgegen, daß es ihm nicht angängig schiene, gerade diese beiden Verhandlungen auch nur in eine lose Verbindung zu bringen; es dünke ihm im Gegenteile vorteilhafter, baldmöglichst die Angelegenheit zu ordnen, ganz unter sich, ehe noch, vielleicht bei der in Aussicht stehenden Botschafter-Konferenz,

oder sonst wo, diese Privatangelegenheit zwischen Bulgarien und Rumänien von einem Dritten angeschnitten werden könnte. Da Herr Daneff diese Gründe als stichhältig anerkannte, beschloß die hiesige Regierung, um einen Wechsel in der Person des bulgarischen Unterhändlers zu vermeiden, wie bereits gemeldet, ihren Vertreter in Constantinopel mit der Führung der Verhandlungen in London zu betrauen, da der dortige Gesandte, zu jung und unerfahren, ihr für solche wichtige Mission nicht geeignet schien. Über die Besprechung des bulgarischen Kammerpräsidenten mit Seiner Majestät dem Könige[a]) und Herrn Take Jonescu ist mir noch nichts bekannt. Mit Letzterem dürften sich dieselben wohl vornehmlich auf handelspolitischem Gebiete bewegt haben. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 5040.

Nr. 4879. Tel. nach Cetinje, 12. Dez. 1912 Nr. 138 (chiffr. 5 U. 45 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Berchtold).

Im Hinblicke auf bevorstehende Londoner Botschafter-Réunion würde ich Wert darauf legen, mit Euer Hochwohlgeboren in den allernächsten Tagen Rücksprache zu pflegen und ersuche Hochdieselben, womöglich so zeitgerecht in Wien einzutreffen, dass Sie Sonntag früh hier zur Verfügung stehen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 4901.

Nr. 4880. Bericht aus Konstantinopel, 12. Dez. 1912 Nr. 92 A (eing. 14. Dez.).[a]) Ausfert.

Wie ich Eurer Exzellenz bereits telegraphisch[b]) zu melden die Ehre hatte, sind die türkischen Friedensunterhändler vorgestern nach London abgereist. Nachdem der dortige türkische Botschafter, Tewfik Pascha, dieses Mandat unter Hinweis auf seinen Gesundheitszustand abgelehnt hat, wurde an seiner Stelle der Marineminister General Salih Pascha zum Bevollmächtigten ernannt. Die anderen türkischen Delegierten sind — wie bekannt — der ehemalige Wiener Botschafter und gegenwärtige Handelsminister Reschid Pascha, sowie der türkische Botschafter in Berlin, Osman Nizami Pascha. Ob die ottomanischen Bevollmächtigten ihrer Aufgabe gewachsen sein werden, muss sich erst zeigen, jedenfalls dürften sie bei den Friedensverhandlungen keinen leich ten Stand haben, da die gegnerischen Vertreter, wie zum Beispiel Geschow, Danew und Venizelos, erprobte und hervorragende politische Persönlichkeiten sind. Über die Unterredungen, die ich in den letzten Tagen mit dem Minister des Äussern und dem Grossvezier bezüglich der Instruktionen hatte, welche die türkischen Delegierten nach London mitbekamen, habe ich Eurer Exzellenz bereits telegraphisch[c]) zu berichten Gelegenheit genommen. Weiteren gegenständlichen Andeutungen der gedachten türkischen Staatsmänner konnte ich entnehmen, dass es denselben hinsichtlich der Friedensbedingungen besonders auf zwei Punkte ankommt: zunächst, dass Adrianopel und Dedeagatsch sowie die den Dardanellen zunächstliegenden Inseln, wie Tenedos, Imbros, Lemnos und

Mytilene, in türkischem Besitze verbleiben; ferner, dass von einer türkischerseits zu zahlenden Kriegsentschädigung abgesehen werde, da die türkischen Staatsmänner sich um keinen Preis zur Entrichtung derselben verstehen wollen. Was die sonstigen Friedensbedingungen anbelangt, scheinen sie sich keinen besonderen Illusionen hinzugeben und denselben auch wenig Bedeutung beizumessen. Die türkischen Politiker sind sich nämlich darüber klar, dass Mazedonien und Albanien für das Reich verloren sind, möchten jedoch in diesen Provinzen immerhin so viel als möglich für die Souveränität des Sultans retten. Namentlich gilt dies von Albanien mit seiner vorwiegend islamitischen Bevölkerung; aber auch Salonik mit einem entsprechenden Hinterland wünscht man dem Reiche zu erhalten. Man geht dabei vom Gedanken aus, dass es vielleicht möglich wäre, zwischen dem verkleinerten Mazedonien und Albanien den territorialen Zusammenhang herzustellen, wodurch die Verbindung zwischen letzterer Provinz und dem Zentrum Konstantinopel eine leichtere würde. Dies kommt indessen, wie gesagt, für die türkischen Staatsmänner blos in zweiter Linie in Betracht; zunächst möchten sie uns, wie ich Eurer Exzellenz bereits telegrafisch[b]) zu melden die Ehre hatte, an der Erreichung ihres Hauptzieles in der Weise mitinteressieren, dass die Türkei hinsichtlich Albaniens eine Haltung einnehme, welche die Frage des Adria-Hafens sozusagen gegenstandslos machen würde. Die türkischen Staatsmänner sagen sich nämlich, dass, wenn die Türkei bei den Friedensverhandlungen die Ausschaltung der albanesischen Frage, das heisst jener der Abtretung eines Territoriums, welches Montenegro oder Serbien an die Adria führt, als conditio sine qua non stellen und falls Serbien oder Montenegro nicht darauf eingienge, die Verhandlungen abbrechen würde, sie verhindern könnte, dass die Frage des Adria-Hafens überhaupt akut werde. Die Idee, welche den türkischen Politikern hiebei vorschwebt, ist natürlich die, dass wir der Türkei für diesen Dienst bei den Friedensverhandlungen im allgemeinen unsere Unterstützung angedeihen lassen würden. Dieser türkische Gedankengang scheint mir insoferne berücksichtigungswert, als unser Standpunkt gewahrt bliebe, wenn es zwischen Serbien und der Türkei wegen Albaniens nicht zum Frieden käme, wogegen im entgegengesetzten Falle, wenn nämlich Serbien oder Montenegro ein territorialer Neu-Erwerb den Zutritt zur Adria gewähren würde, ein rechtliches fait accompli entstünde, gegen welches aufzutreten viel schwerer fiele. Was speziell Albanien anbelangt, so wird dessen Unabhängigkeitserklärung durch Ismail Kemal Bey, wie ich dies wiederholt bemerkt habe, hier nicht anerkannt und als non avenue betrachtet. In dieser Anschauung werden die hiesigen offiziellen Kreise auch durch die Haltung des russischen Kabinetts bestärkt, welches, natürlich mit dem Hintergedanken, dass die Türkei hiefür Serbien den gewünschten Hafen an der Adria abtrete, denselben Standpunkt einnimmt. In der letzten Zeit wurde viel davon gesprochen, dass zwischen der Türkei und Bulgarien ein besonderes geheimes Abkommen bestehe, oder doch im Zuge sei. Es wird auch behauptet, dass man daran arbeite, zwischen diesen beiden Ländern ein Schutz- und Trutz-Bündnis zustande zu bringen. Es ist ja möglich, dass sowohl hier wie in Sophia solche Tendenzen vorhanden sind, doch habe ich aus den vielen vertraulichen Unter-

redungen, die ich in der letzten Zeit mit Gabriel Effendi als auch mit dem Grossvezier hatte, nicht den Eindruck gewonnen, als ob diesfalls schon etwas Greifbares existiere. Jedenfalls kann, meiner Ansicht nach, kein Zweifel darüber bestehen, dass Bulgarien bereits militärisch ermüdet und umsoweniger imstande ist, den Feldzug nachdrücklichst weiterzuführen, als die Tschataldja-Linie für seine jetzigen Kräfte uneinnehmbar erscheint, und die Türkei aus Asien noch immer Truppen nachzuschieben vermag. Es wäre daher möglich, dass man in Sophia zur Erkenntnis gekommen sei, man dürfe die eigenen Kräfte nicht überschätzen und müsse sich mit dem Erreichten bescheiden. Andrerseits müssen sich allerdings auch die türkischen Staatsmänner sagen, dass wenn sich die Türkei in ihrer reduzierten Ausdehnung in Europa erhalten will, es in ihrem Interesse liege, sich mit ihrem mächtig gewordenen Nachbar zu verständigen. Die militärische Situation der beiden Gegner ist jedenfalls nicht darnach, dass die Türkei sich bei den Friedensverhandlungen allen Bedingungen fügen müsste. Es erscheint daher gar nicht unmöglich, dass sie in dem Falle, als gewisse von ihr als Conditio sine qua non aufgestellte Bedingungen nicht akzeptiert würden, die Verhandlungen abbricht und den Krieg fortsetzt. Die in der europäischen Presse vielfach verbreitete Ansicht, wonach es lediglich vom guten Willen der Verbündeten abhienge, die Türkei zur Annahme beliebiger Friedensbedingungen zu zwingen oder in Konstantinopel einzumarschieren, entspricht keineswegs den Tatsachen. Wenn die Bulgaren an der Tschataldja-Linie Halt gemacht haben, geschah dies nicht, weil sie nicht weiter vordringen wollten, sondern deshalb, weil sie eben nicht weiter konnten.

Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 4848, 4882, 4883. — [b]) Vgl. n. 4849. — [c]) Vgl. n. 4812.

Nr. 4881. Bericht aus Konstantinopel, 12. Dez. 1912 Nr. 92 C (eing. 14. Dez.). Ausfert.

Streng vertraulich. Der rumänische Gesandte teilte mir gesprächsweise mit, der russische Botschafter sei ihm gegenüber kürzlich auf die Kompensationen zu sprechen gekommen, die Rumänien seitens Bulgariens mit Rücksicht auf den, dem Letzteren aus dem gegenwärtigen Kriege erwachsenden Länderzuwachs zu gewähren wären. Herr von Giers betonte hiebei, Rumänien müsste trachten, sich diesbezüglich direkt mit Bulgarien zu verständigen, hingegen wäre es ein grosser Fehler, wenn die rumänische Regierung in dieser Frage etwa eine Unterstützung seitens der Triple-Alliance erwarten würde. Der russische Botschafter sagte Herrn Mischu ferner, Rumänien müsste es unter allen Umständen vermeiden, die Abtretung Silistrias zu verlangen, da eine solche Eventualität die freundschaftlichen Beziehungen der beiden Staaten in der Zukunft zu trüben geeignet wäre. Seiner Ansicht nach sollte die von Rumänien anzustrebende Grenzberichtigung die von Dobriz ans Meer führende Linie zum Ausgangspunkte haben, so dass Silistria Bulgarien verbleiben würde. Herr von Giers fügte hinzu, dass diese Grenze, wie er wisse, auch den Erwartungen mehrerer russischer Staatsmänner entsprechen würde. Pallavicini.

Nr. 4882. Privatschreiben aus Konstantinopel, 12. Dez. 1912 (eing. 14. Dez.).[a] Eigh. Ausfert.

Geheim. Der letzte Courrier hat mir die Correspondenzen über die zwischen Wien und Rom stattgefundenen Verhandlungen in der albanesischen Frage gebracht. Ich habe diese Schriftstücke mit großem Interesse und Aufmerksamkeit gelesen und glaube, denselben entnehmen zu können, daß wir auf dem Standpunkte der „Unabhängigkeit" Albaniens stehen, das Cabinet von Rom hingegen nicht ganz so weit gehen möchte und vorläufig nur von „Autonomie" spricht.[b] Aus meiner Berichterstattung wirst Du ersehen haben, daß die türkische Regierung mit der Autonomie einverstanden ist, hingegen ihr Souveränitätsrecht nicht aufgeben möchte. Dies stellt auch Kiamil Pascha in seinem Telegramme an Ismail Kemal Bey fest. In jungtürkischen Kreisen scheint sich nun eine Auffassung geltend zu machen, die mit dem Standpunkte der türkischen Regierung nicht ganz im Einklange steht. Man sagt sich in diesen Kreisen, die Türkei sollte trachten, so viel als möglich von Thracien zu retten, Macedonien und Albanien aber ganz aufgeben. Was speziell Albanien anbelangt, sagt man sich, daß ein autonomes Albanien der Türkei nur Schwierigkeiten und Auslagen verursachen, aber keinerlei Nutzen bringen könnte. Man fürchtet ferner, daß eine solche Autonomie ein gefährliches Präcedens für andere Volksstämme der Türkei bilden würde. Die Ansichten sind also in türkischen Kreisen in Bezug auf Albanien geteilt. Dasselbe dürfte in Albanien selbst der Fall sein. Bei den Friedensverhandlungen in London dürfte die Frage von Adrianopel die Hauptrolle spielen. In dieser Beziehung sind alle türkischen Staatsmänner einig. Alle sagen, ohne Adrianopel kann sich die Türkei in Europa nicht halten. Aus diesem Grunde glaube ich, daß man sich in Bezug auf die Friedensverhandlungen in London noch keinen zu optimistischen Erwartungen hingeben darf. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 4880, 4916. — [b] Vgl. n. 4503, 4504.

Nr. 4883. Tel. des türkischen Ministers des Äußern, Gabriel Noradounghian Effendi, an den türkischen Botschafter in Wien, Hilmi Pascha; Pangalti, 12. Dez. 1912 Nr. 460 (vom türk. Botschafter mitgeteilt).[a] Abschrift.

Très confidentiel. Votre Altesse sait que je suis en contact fréquent et suivi avec marquis Pallavicini. Je lui ai dit en dernier lieu que nous devons nous entendre sur la marche des événements, avoir une unité de vue et que l'Autriche et la Turquie devraient s'appuyer mutuellement pour le réglement de la question balkanique dans la paix à conclure. Ordre d'idées d'Autriche devrait peser d'une façon efficace sur le Roi Ferdinand et le Gouvernement bulgare à l'effet d'amener celui-ci à concorder avec nous dans les questions relatives à la Thrace et aux iles. De même elle devrait nous soutenir avec la plus grande fermeté auprès Grandes Puissances dans la réunion des Ambassadeurs et auprès des Cabinets au sujet des solutions que nous croirions devoir proposer en dernier ...[b] aux Puissances balkaniques. Par contre nous nous engagerions de faire une question sine quâ non de maintenir

et de faire valoir dans les pourparlers de paix le point de vue autrichien vis-à-vis de la Serbie et de l'affaire albanaise. Son Excellence a dû écrire à Vienne et appuyer nos conversations. Je prie Votre Altesse de s'énoncer dans le sens qui précède auprès du Comte Berchtold et de tenir autour d'Elle très confidentielle toute entente qui en résultera. Nous prendrons les mêmes précautions ici.[1])

[1]) „Geantwortet, daß ich von der Notiz Kenntnis nehme, daß Mensdorff auch mit türkischen Unterhändlern in Verbindung treten wird und daß gewiss Fragen vorkommen werden — zum Beispiel in Bezug auf die ägäischen Inseln — hinsichtlich welcher wir nach Maßgabe gemeinsamer Interessen pari passu werden vorgehen können. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 4880, 4976. — [b]) Fehlt ein Wort.

Nr. 4884. Tel. des Legationsrates Grafen Karl Trauttmansdorff aus London, 12. Dez. 1912 Nr. 135 (eing. 11 U. p. m.).[a]) Entziff.

Herr Cambon hat sich zwecks Einholung von Instruktionen nach Paris begeben, wird Sonntag oder Montag zurückerwartet. Sir E. Grey hatte ursprünglich die Absicht, die Botschafter für Montag zu einer ersten Zusammenkunft einzuladen und wartet nur auf eine Nachricht über die Rückkehr Grafen Mensdorffs. Staatssekretär wird den Konferenzen selbst vorsitzen und ist der Ansicht, daß keinerlei Protokoll geführt werden und an der Konversation ausschließlich er selbst und die fünf Botschafter teilnehmen sollen. Nach Abschluß Konversationen könnte ein zur Veröffentlichung bestimmtes Resumé ausgearbeitet werden. Trauttmansdorff.

[a]) Oe. U. Balkan 85 Nr. 162.

Nr. 4885. Bericht aus Paris, 12. Dez. 1912 Nr. 59 C (eing. 14. Dez.). Ausfert.

Auf der hiesigen deutschen Botschaft erfahre ich die aus angeblich wohl informierter Quelle kommende Nachricht, dass zu Beginn der verflossenen Woche seitens der russischen Regierung mit den massgebensten Vertretern der hiesigen Presse eine Art Konvention abgeschlossen worden wäre, mit dem Zwecke, eine für die nächste Zeit zu gewärtigende grössere Aktion Russlands einmütig mit aller Kraft zu unterstützen. Diese Konvention soll mit Wissen und mit der Genehmigung des Herrn Poincaré zu Stande gekommen sein; es handelt sich angeblich um einen Betrag von mehreren Millionen, der den Zeitungen zufliessen soll. So weit scheint die Information, welche mir auch von anderer Seite bestätigt wird, der Wahrheit zu entsprechen. Der Informator der deutschen Botschaft glaubt dass der obenerwähnte Coup Russlands wahrscheinlich gegen Mitte des kommenden Januars ausgeführt werden soll, also zur Zeit der Präsidentenwahl, wo die öffentliche Meinung des Landes durch die inneren Angelegenheiten zu sehr in Anspruch genommen sein wird, um selbst einem eventuell die Ruhe Europas gefährdenden Ereignis einen allzugrossen Widerstand entgegenzusetzen. Namentlich gelte dies für die radikale Partei, welche sonst grundsätzlich jeden Konflikt, welcher ein kriegerisches Einschreiten Frankreichs

zur Folge haben könnte, perhorresziert. In was die grosse Aktion bestehen soll, ist nicht gesagt. Vielleicht handelt es sich um die Dardanellen? Durch die Aktion soll die Wiederherstellung des russischen Prestige bezweckt werden, welcher — wie eben russischerseits angenommen wird — bei der Austragung des österreichisch-ungarisch-serbischen Konfliktes einen Echec davontragen dürfte. Ich gebe die Information wieder „pour ce qu'elle vaut"; sie stammt, wie mir auf der deutschen Botschaft gesagt wird, von einer Persönlichkeit aus dem mit der gegenwärtigen Regierung auf gegnerischem Fusse stehenden Lager des früheren Ministerpräsidenten Caillaux. Der besagte Informator soll bereits wiederholt mit seinen Kombinationen Recht behalten haben. Szécsen.

Nr. 4886. Tel. nach Rom, 12. Dez. 1912 Nr. 263 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 244 vom 11. l. M. erhalten. Ich ersuche Hochdieselben, Marquis di San Giuliano zu sagen, daß ich den Entschluß der königlich italienischen Regierung, in ihrer an den Botschafter in London ergangenen Antwort in voller Übereinstimmung mit uns Diskussion der serbischen Hafenfrage in der Londoner Botschafterréunion auszuschließen, mit dankbarer Genugtuung begrüße und daß ich dem geschlossenen Vorgehen der Dreibundmächte schon in den allerersten Stadien der Beratungen eine große Bedeutung für die weitere günstige Entwicklung derselben beimesse. Ich kann diesen Anlaß nicht vorübergehen lassen, ohne Euer Exzellenz meinen Dank für Hochderen erfolgreiche Bemühungen auszusprechen, denen das Zustandekommen dieses Einvernehmens zum großen Teile zuzuschreiben ist. Berchtold.

[a] Vgl. n. 4935.

Nr. 4887. Tel. nach Rom, 12. Dez. 1912 Nr. 264 (chiffr. 10 U. 50 M. p. m.).[a] Konz. (S. Pogatscher; G. Berchtold).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 245. Wir haben, wie schon aus unserer bisherigen Haltung unzweideutig hervorgeht, durchaus nicht die Absicht, Serbien zu bedrohen oder seine politische und wirtschaftliche Selbständigkeit anzutasten. Bei aller Zurückhaltung und Mäßigung können wir jedoch mit Recht verlangen, daß das Königreich in dem Momente, wo es sich um unsere vertragsmäßige Zustimmung zu bedeutenden Gebietserwerbungen desselben am Balkan handeln wird, nicht eine uns hostile Haltung an den Tag lege. Es könnte der serbischen Regierung gewiß nur ein Leichtes sein, auf irgend eine Weise zu manifestieren, daß sie mit uns freundnachbarliche Beziehungen pflegen wolle. Anlässe hiezu dürften sich zum Beispiel in der Konsulaffaire oder in den notwendigen Vereinbarungen betreffs der Bahnfragen und dergleichen bieten. Ich ersuche Euer Exzellenz, sich in diesem Sinne baldmöglichst gegenüber Marquis di San Giuliano auszusprechen.

[a] Vgl. n. 4947.

Nr. 4888. Tel. nach St. Petersburg, 12. Dez. 1912 Nr. 189 (chiffr. 6 U. p. m.). Konz. (S. Schreibmaschine; V. Macchio und Berchtold; G. Macchio.)

Bezugnehmend auf Telegramm Nr. 261 vom 11. d. M. Ich ersuche Euer Exzellenz, sich Herrn Sasonow gegenüber hinsichtlich der von demselben zum Ausdruck gebrachten Besorgnisse in nachstehendem Sinne zu äußern: Die Ernennung Baron Conrads zum Chef des Generalstabes hat für die Orientierung unserer Politik keine Bedeutung, nachdem letztere ausschließlich nur vom verantwortlichen Minister des Äußern im Namen Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät geführt wird. Was das Gerücht über ein angeblich unsererseits für den 15. d. M. beabsichtigtes Ultimatum anbelangt, so haben wir uns bisher mit einer solchen Eventualität gar nicht befaßt. In Betreff der Konsulnaffaire müssen wir allerdings den Vorbehalt machen, daß dies ein zwischen uns und Serbien ohne fremde Einmischung abzutuender Inzidenzfall ist, wie dies übrigens Herr Sasonow selbst ausdrücklich anerkannt hat. Hiebei könnte, anknüpfend an die freundschaftliche Message des russischen Ministers des Äußern, inoffiziell darauf verwiesen werden, daß angesichts der gesteigerten Ungeduld, mit welcher die öffentliche Meinung die Austragung dieser Angelegenheit begleitet, es nicht tunlich erscheine, dieselbe noch längere Zeit zu verschieben, daß aber andererseits kein greifbarer Grund zu der von Herrn Sasonow in diesem Belange ausgesprochenen Besorgnis gegeben sei.

Nr. 4889. Tel. aus St. Petersburg, 12. Dez. 1912 Nr. 262 (eing. 13. Dez. 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. Herr Sazonow teilte mir heute Inhalt eines Telegrammes des russischen Gesandten in Cetinje mit, welcher im Zusammenhange mit der in Montenegro durch den unbefriedigenden Gang der militärischen Operationen und die Haltung des Kronprinzen hervorgerufenen tiefgehenden Unzufriedenheit Ausbruch einer gefährlichen antidynastischen Bewegung befürchtet. Herr von Giers, der in seinem Telegramme erwähnt, daß diese Umstände auch seinem österreichisch-ungarischen Kollegen bekannt sind, fügt hinzu, daß in dem Falle, als es montenegrinischer Regierung nicht gelingen sollte, sich im Friedensschluß Skutari zu sichern, Lage der Dynastie angesichts des allgemeinen Unwillens eine ganz unhaltbare werden würde. Herr Sazonow sagte mir, daß er zwar (keine)[b] besonderen Sympathien für König Nikolaus habe und den Erbprinzen Danilo direkt für ein anrüchiges Subjekt halte, es jedoch im Interesse des monarchischen Prinzips ihm geboten erscheine, Dynastie Njegosch, wenn auch nicht geradezu zu unterstützen, so doch alles zu vermeiden, was zu ihrem Sturze beitragen müßte. Herr Minister meinte, daß die Monarchie gleiches Interesse haben dürfte und hofft daher, daß Euer Exzellenz bei der Regelung der Frage des künftigen Besitzes von Skutari, falls dieses türkischerseits in den Friedensverhandlungen an Montenegro abgetreten werden sollte, keine Einwendungen erheben würden, die bei der in Montenegro gegenwärtig herrschenden Stimmung leicht zu einer Katastrophe für die dortige Dynastie führen könnten. Ich erwiderte Minister, daß ich über Euer Exzellenz Absichten in dieser

Beziehung nicht informiert bin, daß ich aber Hochdenselben von seiner Besorgnis Meldung erstatten werde. Wenn sich auch König Nikolaus ebensowenig wie Kronprinz Danilo die Sympathien der Monarchie verdient hat, so will es doch auch mir scheinen, daß wir durchaus kein Interesse daran haben können, daß seine Dynastie verjagt werde, da wir weder ein republikanisches Montenegro und noch viel weniger eine in diesem Falle ebenfalls mögliche Vereinigung dieses Landes mit Serbien unter dem Szepter der Karageorgević wünschen können. Die Epitheta, mit denen Herr Sazonow sowohl den König, als den Kronprinzen belegte, klangen im Munde eines russischen Ministers auffallend scharf; namentlich den Letzteren kritisiert er in den schärfsten Ausdrücken. Er erwähnte unter anderem, daß der Kronprinz in ausländischen Banken ein Kapital von 12 Millionen deponiert habe, die er angesichts der geringen Ressourcen des Landes nicht anders als gestohlen haben könne! Thurn.

[a]) Vgl. n. 4928. — [b]) Chiffre fehlt.

Nr. 4890. Tel. aus St. Petersburg, 12. Dez. 1912 Nr. 263 (einz. 13. Dez. 8 U. 40 M. a. m.). Entziff.

Italienischer Kollege erzählt mir, er habe von Herrn Sazonow einige Andeutungen über den Inhalt seiner an Grafen Benckendorff gesandten Instruktionen für die Botschafterbesprechungen erhalten. Was den uns am meisten interessierenden Punkt des serbischen Débouché zur Adria anbelangt, so gipfeln dieselben darin, daß es zur Erreichung dieses Zieles nicht blos einen Weg, sondern deren mehrere gibt und es Aufgabe der fraglichen Besprechungen sein werde, jenen zu finden, der allen Mächten akzeptabel erscheine. Italienischer Geschäftsträger hat den Eindruck, daß Sazonow diese Besprechungen nicht so sehr zu dem Zwecke wünsche, um den russischen, beziehungsweise eigentlich serbischen Standpunkt zu vertreten, sondern um im Wege derselben auf gute Art und ohne daß es den Anschein habe, als weiche Russland vor einem Drucke, den Rückzug anzutreten und jene Lösung, welche unseren Wünschen entsprechend nur wirtschaftliches Débouché ohne eigenen Hafen und Korridor vorsieht, der hiesigen öffentlichen Meinung akzeptabel zu machen. Diese Auffassung des italienischen Geschäftsträgers scheint mir sehr viel Wahrscheinlichkeit für sich zu haben, zumal die Stellung der russischen Regierung der öffentlichen Meinung gegenüber eine sehr schwierige ist und es geschickter Lavierung ihrerseits bedürfen wird, um Letztere mit einer Lösung zu versöhnen, die von vielen als ein Verrat an der slavischen Sache bezeichnet werden wird. Ich sollte daher meinen, daß es in unserem Interesse gelegen sein dürfte, Herrn Sazonow in diesem Bestreben nach Tunlichkeit zu Hilfe zu kommen. Thurn.

Nr. 4891. Tagesbericht über einen Besuch des bulgarischen Kammerpräsidenten Danew, 12. Dez. 1912.[a]) Konz. (S. Berger; V. Pogatscher und Berchtold; G. Berchtold).

Der bulgarische Kammerpräsident, welcher auf seiner Reise zu den Londoner Friedensverhandlungen kurze Zeit in Wien weilte, hat hier zur

gegenwärtigen politischen Situation wie folgt sich geäußert: Bulgarien sei der Türkei gegenüber sehr versöhnlich disponiert, habe keinerlei Absichten auf Konstantinopel und strebe auch an, ein dauernd freundschaftliches Verhältnis zu diesem Reiche anzubahnen. Es sei sogar bereits das Wort coopération militaire gefallen. Bulgarien werde sich daher bei den Londoner Friedensverhandlungen sehr konziliant erweisen. Herr Danew erblicke jedoch eine sehr schwierige Frage, nämlich jene von Adrianopel. Daher sehe er auch eine längere Dauer der Verhandlungen voraus. Sollten dieselben wider Erwarten resultatlos verlaufen, so wäre Bulgarien trotz des vorhandenen besten Willens gezwungen, neuerlich den Kampf aufzunehmen. Von seinem Bukarester Aufenthalte habe Herr Danew einen guten Eindruck bekommen und sich überzeugt, daß die rumänischen Desiderata vornehmlich auf eine moralische Satisfaktion hinzielen. Die in Bukarest begonnenen Besprechungen würden in London mit dem rumänischerseits Delegierten Herrn Mišu fortgesetzt werden. In gereiztem Tone und wegwerfender Weise äußerte sich der Kammerpräsident über die Griechen. Bulgarien, sagte Herr Danew, müsse den größten Wert auf den Besitz von Salonik legen und würde nie freiwillig auf diesen Hafen verzichten. Er meinte: „Les Grecs le veulent aussi, mais entre nous et eux il y a la différence que lorsque nous voulons une chose nous l'obtenons." Er warb um unsere Unterstützung in diesem Punkte und erklärte, Bulgarien würde uns einen Freihafen, Depots und sogar Terrains zur Verfügung stellen. Hinsichtlich Serbiens habe er seinerzeit in Budapest den persönlichen Eindruck gewonnen gehabt, daß wir in der Hafenfrage noch nicht unser letztes Wort gesprochen hätten. Er sehe jetzt ein, daß seine damalige Auffassung eine irrige war. Er wiederholte, daß — solange serbische Truppen mit bulgarischen Divisionen vor Adrianopel stehen — Bulgarien Serbien nicht lachieren könne, deutete aber an, daß es der Sofioter Regierung im höchsten Grade willkommen wäre, wenn in der Hafenfrage ehestbaldig eine Entscheidung der Großmächte vorläge, auf die das Belgrader Kabinett verwiesen werden könnte. Nach erfolgtem Friedensschlusse wäre die Situation dann eine ganz andere. Gleich wie in Budapest vertrat Herr Danew auch diesmal in eindrucksvoller Weise seine Überzeugung, daß das zwischen der Monarchie und dem Königreiche Bulgarien bestehende gute Verhältnis bei der Gleichartigkeit der Interessen beider Staaten noch inniger ausgestaltet werden könnte.

[a]) Vgl. n. 4833, 4906, 4907, 4929 Anm. a, 4983.

Nr. 4892. Tel. des Konsuls Wenzel Lejhanec aus Valona, 12. Dez. 1912 Nr. 58 (eing. 11 U. 20 M. p. m.).[a]) Entziff.

Geheim. Ismail Bey behauptet, daß es unbedingt notwendig sei, vor der Abreise der Kommission nach Europa Frage der vollständigen Unschädlichmachung der türkischen Truppen in Berat zu lösen. Gewaltanwendung erscheint ihm mit Rücksicht auf Rückwirkung dieser Vorgangsweise auf die übrigen türkischen Truppen im Vilajet sowie auf alle sonstigen Faktoren nicht opportun. Dagegen wäre es möglich, die tauglichen, wo möglich rein albanesischen Elemente dieser Truppen — im ganzen ungefähr 1000 Mann

nebst vielen Offizieren — auf die eigene Seite zu ziehen und durch ihre Vermittlung auch sämtliche Waffen, wie Gewehre, Maschinengewehre und Gebirgskanonen zu erwerben. Diesbezügliche Verhandlungen seien im Zuge und versprechen vollen Erfolg. Zur Durchführung dieser Transaktion, zur Erhaltung eines nationalen Heeres von ungefähr 3.000 Mann und zur Ernährung der entwaffneten türkischen Truppen würde provisorische Regierung einen Betrag von 100.000 bis 200.000 Kronen benötigen. Ismail Bey zweifelt nicht, daß ausländische Banken diesen Betrag vorstrecken werden und wünscht nur zu wissen, ob er sich mit einem bezüglichen Ansuchen um Vermittlung an die beiden interessierten Regierungen oder blos an die k. u. k. Regierung wenden solle. Wegen der Dringlichkeit der Angelegenheit bittet er Euer Exzellenz um telegraphischen Bescheid. Meiner Ansicht nach würde es sich empfehlen, vorausgesetzt, daß Euer Exzellenz dieser Sache überhaupt näher zu treten geneigt wären, auch die italienische Regierung in das Projekt einzuweihen, um nicht ihr Mißtrauen zu provozieren.

Lejhanec.

[a]) Vgl. n. 4908, 4926.

Nr. 4893. Tagesbericht über einen Besuch des Abgeordneten Professor Masaryk, 12. Dez. 1912.[a]) Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

Der Abgeordnete Professor Masaryk hat mich heute aufgesucht, nachdem er aus Belgrad zurückgekehrt ist, wohin er sich über Wunsch einiger deutscher Abgeordnetenkollegen (Abgeordneter Redlich sei nicht unter denselben) begeben hatte, um sich über die dort herrschende Stimmung zu orientieren. Der genannte Professor führte beiläufig folgendes aus. Zu Beginn seines Belgrader Aufenthaltes habe er eine Konversation mit Pašić gehabt, den er vorher nur flüchtig kannte. Der königlich serbische Ministerpräsident hätte sich aber bei dieser ersten Zusammenkunft sehr zurückhaltend gezeigt, so daß dieselbe zu keinem greifbaren Resultate führte. Am Tage der Abreise kurz vor dem Abgange des Zuges sei er (Masaryk) aber nochmals zu Herrn Pašić berufen worden, wobei ihm der Herr Ministerpräsident sagte, er wolle Masaryk gerne als Privatmann Eröffnungen machen, die er auf offiziellem Wege nicht nach Wien gelangen lassen könnte. Die Ausführungen Herrn Pašić resümierte mir Professor Masaryk in nachstehender Weise: Serbien wünsche mit Österreich-Ungarn in Frieden und Freundschaft zu leben. Dafür müsse aber andererseits auch die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit des Königreiches aufrecht bestehen bleiben. Der serbische Staat habe ein Interesse daran, rege kommerzielle Beziehungen mit der Monarchie zu unterhalten und werde auch, soferne er bei dieser Entgegenkommen finde, auf deren Interessen tunlichst Bedacht nehmen. Serbien würde trachten, von 1917 an ein Regime mit uns herzustellen, welches uns eine Vorzugsstellung gegenüber dem deutschen Reiche sichern würde. Auch wäre es bereit, alle größeren Lieferungs- und Bestellungsverträge in der Monarchie abzuschließen. Bis 1917 sei die Einräumung einer Vorzugsstellung Österreich-Ungarns nicht möglich, da man bis dahin durch Verträge gebunden sei. Pašić wäre schließlich auch geneigt, uns in den Fragen, welche die bestehenden serbischen Bahnen und den Ausbau weiterer Bahnlinien

betreffen, entgegenzukommen. Hingegen brauche Serbien zur Wahrung seiner wirtschaftlichen Selbständigkeit einen eigenen Hafen an der Adria mit einer dahinführenden Bahn auf einem wenn auch noch so schmalen, doch unter serbischer Gebietshoheit stehenden Landstreifen. Dieser Hafen würde ein reiner Handelshafen bleiben und würde das Königreich sich verpflichten, denselben nie zu einem Kriegshafen auszugestalten oder ihn einer fremden Macht als Flottenbasis zur Verfügung zu stellen. Sollte Österreich-Ungarn diesem serbischen Wunsche seine Weigerung entgegensetzen, so wäre das Königreich darauf angewiesen, sich enger an die Balkanstaaten anzuschließen und eventuell mit Bulgarien in eine Zollunion einzugehen. Auf den Einwurf Professor Masaryks, das Prestige Österreich-Ungarns würde es kaum zulassen, sich wegen Herstellung eines solchen Ausgleiches an Serbien zu wenden, erwiderte Herr Pašić, er wäre bereit, selbst nach Wien zu kommen und die Angelegenheit in Form einer Bitte dem k. u. k. Minister des Äußern zu unterbreiten. Ich habe dem Professor Masaryk für seine Mitteilungen mit dem Bemerken gedankt, daß es mir, abgesehen von den Bedenken, welche die serbischen Aspirationen nach einem Adriahafen hier einzuflössen geeignet wären, unmöglich erschiene, gegenwärtig auf dieses Anerbieten Herrn Pašić einzugehen, nachdem wir uns bereits betreffs einiger der von ihm berührten Fragen mit den anderen Großmächten in Verbindung gesetzt hätten und auch die bevorstehende Botschafterreunion sich mit denselben zu befassen haben wird.

[a]) Vgl. n. 4941.

Nr. 4894. Tel. aus Athen, 13. Dez. 1912 Nr. 388 (eing. 14. Dez. 9 U. a. m.). Entziff.

Vertraulich zu Telegramm Nr. 271 vom 13.[a]) v. M. Kronprinzessin sagte deutschem Gesandten, daß bewußtes Telegramm Kaiser Wilhelms erfunden. Charakteristisch, daß es Herr Coromilas selbst war, welcher deutschem Kollegen einschlägige Nachricht gab und gemeldeten Kommentar dazu lieferte. Braun.

[a]) Amtsvermerk: recte 15.

Nr. 4895. Bericht aus Belgrad, 13. Dez. 1912 Nr. 173 A (eing. 14. Dez.).[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. Mein englischer Kollege hat sich seit Anfang der Krise stets aufrichtig bemüht gezeigt, beruhigend und mässigend auf die serbische Regierung einzuwirken und versucht eine friedliche Lösung des Konfliktes herbeizuführen. Er hat um so grösseres Verständnis für unsere Interessen und Wünsche an den Tag gelegt, da er den Serben sehr geringe Sympathien entgegenbringt und auch kaum ein Hehl daraus macht, dass er kein schwärmerischer Anhänger der Entente mit Russland sei. Sir Ralph hat mir stets Mitteilungen gemacht von den ihm zugekommenen Instruktionen, laut welcher er seine Stimme bei der serbischen Regierung immer nur zur Beruhigung und Vermeidung jedes Konfliktes erheben müsste, was er auch gewissenhaft tat. In den letzten Tagen hat er mit Herrn Pašić und Jovanović

wiederholt Konversationen gehabt, aus denen er den Eindruck erhielt, dass Serbien die friedliche Beilegung des Konfliktes aufrichtig wünsche, doch den Schein der Nachgiebigkeit vermeiden wolle. Er glaubt, dass eine Auseinandersetzung mit uns serbischerseits sehr gewünscht wird und dass man nur warte, dass wir mit unseren Forderungen hervortreten. Sir Ralph meint auch, dass die Hafenfrage für Serbien an Bedeutung viel verloren hätte, dafür aber sei man sehr besorgt über die Grenzen, welche die Grossmächte dem autonomen Albanien geben wollen. In ganz ähnlichem Sinne hat sich heute auch der bulgarische Gesandte geäussert. Auch er betonte, dass es Serbien nicht so sehr auf den eigenen Hafen als vielmehr darauf ankomme, dass man bei der Delimitierung der Grenzen Albaniens seine Wünsche anerkenne und wollte wissen, welchen Standpunkt die Monarchie in dieser Frage einnehmen werde, worauf ich ihm antwortete, diesbezüglich gar nicht orientiert zu sein. Ich habe den Eindruck gehabt, dass Herr Toscheff auch diesmal im Auftrage oder wenigstens mit Wissen der serbischen Regierung mich ausholen wollte. Er wiederholte, was er mir schon neulich sagte, dass der psychologische Moment gekommen sei die Konversationen mit Serbien aufzunehmen und er fügte hinzu, dass nach seiner Meinung es Herrn Pašić angenehm sein würde sich direkt mit uns über gewisse Fragen geeinigt zu haben, noch bevor dieselben in London zur Sprache kommen. Ich erwiderte, dass es ganz unmotiviert sei, dass die Serben stets von uns die Einleitung einer neueren Konversation erwarten, nachdem dies unsererseits bereits geschehen ist, ohne dass die serbische Regierung ihrerseits ihren Standpunkt uns bekannt gegeben hätte. Herr Toscheff sagte weiter, dass die Serben zu den grössten handelspolitischen Konzessionen uns gegenüber geneigt wären, wenn wir ihre Ansprüche bei der Delimitierung Albaniens unterstützen würden. Es war mir aufgefallen, dass er sich diesmal mit einer gewissen Wärme für die serbischen Interessen eingesetzt und dieselben nachdrücklichst verteidigt hat. Ich meinerseits habe den Eindruck, dass die Serben an dem Adriahafen eigentlich nur noch aus Eigensinn festhalten und — wie bereits öfters gemeldet — sie keine besonderen Schwierigkeiten machen werden diesbezüglich dem einmütigen Drucke der Grossmächte nachzugeben. Sie scheinen nunmehr zu begreifen, dass sowohl Medua wie auch Durazzo für grössere Hafenanlagen ungeeignet seien, ungezählte Millionen verschlingen würden und dabei der Gefahr ausgesetzt sind in wenigen Jahren ganz zu versanden. Auch der kostspielige Ausbau der dorthin führenden Eisenbahn dürfte sie etwas zur Besinnung gebracht haben. Wenn sie dennoch daran festhalten, ist dies hauptsächlich nur kindischer Eigensinn. Sie würden darauf aber jetzt schon leichter verzichten, wenn sie sich dadurch einen entsprechend grösseren Landerwerb zusichern könnten, und in dieser Beziehung hoffen sie auf unsere Unterstützung. Während ich nun stets dafür war, dass wir in der Hafenfrage ihnen absolut nicht nachgeben dürfen, so erblicke ich — nach meiner ganz unmassgeblichen Meinung — keine besondere Gefahr darin, wenn den Serben besonders nach Süden ein etwas grösserer Landstrich zufallen würde. Es würde sogar vielleicht in unserem Interesse liegen ihre wirtschaftlichen und politischen Bestrebungen — weg von unseren südslavischen Provinzen —

in die Richtung gegen Salonik zu lenken. Je mehr ihr Gebiet nach Süden sich erstrecken und so in die Nähe des ägäischen Meeres kommen würde, desto mehr würden ihre Blicke von Bosnien abgewendet werden. Herr Toscheff hat nachdrücklichst das Wort dafür geredet, dass wir die weitergehenden serbischen Aspirationen auf Territorialerwerb unterstützen, und sagte, wir würden hiefür im Vorhinein uns sehr bedeutende wirtschaftliche Konzessionen zusichern können. Allerdings hat der bulgarische Gesandte dabei eine grössere Ausdehnung des serbischen Gebietes nach Westen im Auge gehabt, während meiner Ansicht nach wir nur ein Interesse haben können, dass diese Vergrösserung des serbischen Gebietes nach dem Süden in der Richtung nach Salonik erfolge. Da es leicht möglich ist, dass Herr Pašić selbst auf die Frage der Delimitierung Albaniens zu sprechen kommen wird, würde ich Euer Exzellenz zu besonderem Danke verpflichtet sein, wenn Hochdieselben die Gnade hätten mich wissen zu lassen, welche Antwort ich dies bezüglich dem Herrn Ministerpräsidenten werde erteilen dürfen.

Ugron.

[a]) Vgl. n. 4940.

Nr. 4896. Bericht aus Belgrad, 13. Dez. 1912 Nr. 400 Res. (eing. 14. Dez.).[a]) *Ausfert.*

Konsul Edl dürfte Euer Exzellenz bereits mündlich über den wirklichen Stand der vielbesprochenen Konsulsfrage in Prisren und Mitrovitza Bericht erstattet haben. Die Angelegenheit ist jedenfalls sehr aufgebauscht worden und hat nur durch die geradezu unsinnige Verweigerung der serbischen Behörden die Frage rechtzeitig aufzuklären eine übermäßige Bedeutung erlangt. Aus den Ausführungen Herrn Edls habe ich die Überzeugung gewonnen, dass die serbischen Militärbehörden allerdings die einfachsten Grundsätze des internationalen Rechtes ausser Acht gelassen haben, unseren Konsuln gegenüber nicht ganz einwandfrei vorgegangen sind und die ihnen durch die Kapitulationen und sogar durch das einfache Völkerrecht zukommenden Praerogativen nicht beachtet haben. Doch muss in ihrem geringen Bildungsgrad, in der Überreizung der Nerven, sowie in ihrem leicht begreiflichen Siegestaumel bis zu einem gewissen Grad eine Entschuldigung gefunden werden. Dass mit ruhiger Kaltblütigkeit und taktvollem Auftreten seitens unserer Konsuln die Konflikte vielleicht hätten bis zu einem gewissen Grade vermieden werden können, zeigt das Beispiel unseres Üsküber Konsuls, der, unter jedenfalls nicht leichteren Verhältnissen, das Auskommen mit den ebenfalls präpotenten und arroganten Militärorganen dennoch gefunden hat. Wie die Sachen liegen, ist — nach meinem unmassgeblichen Dafürhalten — kein Anlass vorhanden aus der Frage weiter eine cause célebre zu machen, und ich glaube, dass dieselbe durch ein Ausdrücken des Bedauerns seitens der Militärbehörden oder seitens der königlich serbischen Regierung in entsprechender Form aus der Welt geschafft werden kann. Was nun die Rückkehr unserer Konsuln in Prisren und Mitrovitza anbelangt, so müsste vielleicht dieselbe in einer etwas feierlicheren Form inszeniert werden, da ihr Prestige unter den Albanesen unter allen Umständen gewahrt werden müsste. Ugron.

[a]) Vgl. n. 4493, 4730, 4968.

Nr. 4897. Tel. aus Berlin, 13. Dez. 1912 Nr. 312 (eing. 11 U. p. m.). Entziff.

Antwort auf Telegramm Nr. 194 von heute. Wie ich Euer Exzellenz mit meinem Telegramme Nr. 291 vom 30. v. Mts. meldete, beabsichtigte Herr von Kiderlen-Waechter, um zu markieren, daß die Botschafterréunion in keiner Weise den Charakter einer formellen Konferenz annehmen dürfe, dem deutschen Botschafter in London eventuell einen von ihm längst nachgesuchten Urlaub zu gewähren und den deutschen Geschäftsträger mit der Teilnahme an den Beratungen zu betrauen. Nunmehr ist, wie mir Staatssekretär soeben sagt, beschlossen worden, daß Fürst Lichnowsky keinen Urlaub erhält und an den Botschafterbesprechungen teilzunehmen hat. Szögyény.

Nr. 4898. Tel. aus Berlin, 13. Dez. 1912 Nr. 313 (eing. 14. Dez. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Vertraulich. Staatssekretär hatte gestern und heute Unterredungen mit Herrn Danew und Nizami Pascha, die sich auf der Durchreise nach London hier ganz kurz aufgehalten hatten; über diese Besprechungen hat Herr von Kiderlen Aufzeichnungen gemacht, die er Euer Exzellenz durch Herrn von Tschirschky zur Kenntnis bringen lassen wird. Über die Darlegungen Herrn Danews äußerte sich der Staatssekretär sehr befriedigt. Auch den Forderungen Rumäniens gegenüber habe sich der bulgarische Unterhändler sehr entgegenkommend gezeigt. Weniger zufrieden war Herr von Kiderlen mit der Haltung, die Nizami Pascha in der Friedenskonferenz einzunehmen gedenke und er befürchtet, daß die intransigente Stellungnahme der türkischen Unterhändler, wenn sie nicht stark herabgemindert wird, den Abschluß eines Friedens unmöglich machen würde. Staatssekretär telegraphiert in diesem Sinne an den deutschen Botschafter in Konstantinopel. Szögyény.

[a] Vgl. n. 4953 Anm. b.

Nr. 4899. Tel. aus Bukarest, 13. Dez. 1912 Nr. 97 (eing. 3 U. p. m.).[a] Entziff.

Nachdem in unserer Presse Nachricht sich verbreitet und hier übernommen wurde, daß Wiener Kabinett auf Verlangen rumänischer Regierung deren Teilnahme an Londoner Botschafterkonferenz vorschlug, halte ich es in unserem Interesse gelegen, diese Version in offizieller Weise richtig zu stellen. K. E. Fürstenberg.

[a] Vgl. n. 4969.

Nr. 4900. Bericht aus Bukarest, 13. Dez. 1912 Nr. 73 A (eing. 16. Dez.).[a] Ausfert.

Wie mir der Herr Minister des Äussern mitteilt, regte Seine kaiserliche Hoheit der Großfürst Nikolaus Mihailowitsch sowohl bei Seiner Majestät dem König als auch bei ihm gesprächsweise den Gedanken des Anschlußes Rumäniens an den Balkanbund an. König Karol antwortete ihm, daß vor

der Hand von einem Bunde noch nicht die Rede sein könne, nachdem die vier kriegführenden Staaten zwar mit einander militärisch kooperiert hätten, doch schon heute solche tiefgehende Divergenzen zwischen ihnen bestünden, daß ihre Einigkeit in die Brüche zu gehen drohe. Dann müßte auch noch die zwischen Rumänien und Bulgarien entstandene Angelegenheit zur Zufriedenheit geordnet werden. Überdies würde im Falle eines Anschlußes naturgemäß Rumänien respektive seinem König die führende Rolle in dem Bunde zufallen müßen, was wohl nicht nach dem Geschmacke der Verbündeten wäre. In gleichem Sinne habe auch er, Maioresco, sich geäussert. Seine kaiserliche Hoheit zeigte auch eine rege Neugierde in Betreff der Mission des Freiherrn Conrad von Hötzendorf. Seine diesbezüglichen Fragen wurden dahin beantwortet, daß mit dem österreichisch-ungarischen Generale wohl militärische Besprechungen gepflogen wurden, doch hätten dieselben nur defensive Massregeln betroffen, welche jeden offensiven Charakters, gegen wen immer gerichtet, entbehrten. In seinen sonstigen politischen Gesprächen äusserte sich der Großfürst in friedlichem Sinne und ließ unter Anderem Herrn Take Jonescu gegenüber die Bemerkung fallen, daß die serbischen territorialen Wünsche an der Adria ungerechtfertigt seien. Sollte es sich bewahrheiten, daß der österreichisch-ungarische Konsul Prohaska auf eine schändliche Art verstümmelt worden sei, wie ihm gerüchtweise zu Ohren gekommen wäre, so würde er vollkommen begreifen, dass Österreich-Ungarn bei nicht ausreichender Satisfaktion seitens Serbiens, Belgrad besetze. Grossfürst Nikolaus Mihailowitsch soll, wie ich höre, Träger eines Handschreibens Seiner Majestät des Königs an den Zaren sein, in welchem unter Anderem auch auf die furchtbare Tragweite einer europäischen Konflagration hauptsächlich mit Rücksicht auf den wachsenden Anarchismus hingewiesen wird. K. E. Fürstenberg.

P. S. Soeben wird der Text[b]) des Handschreibens Seiner Majestät des Zaren an König Karl publiziert und erlaube ich mir, denselben im Anbuge vorzulegen. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 4990, 5038. — [b]) Bukarester Tagblatt vom 13. Dez. 1912. Wurde mit Rücksicht auf den beschränkten Raum nicht aufgenommen; enthält übrigens nicht den gemeldeten Passus.

Nr. 4901. Tel. aus Cetinje, 13. Dez. 1912 Nr. 205 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 138 von gestern. Konnte wegen verspäteter Zustellung Telegrammes Eilschiff nicht mehr erreichen. Werde versuchen, dasselbe mit Torpedoboot einzuholen. Sonst Eintreffen erst Montag früh möglich. Giesl.

Nr. 4902. Tel. des Legationsrates Grafen Karl Trauttmansdorff aus London, 13. Dez. 1912 Nr. 136 (eing. 9 U. p. m.). Entziff.

Streng vertraulich. Ich hatte gestern eine lange, sehr vertrauliche Unterredung mit Mr. Tyrell. Er erwartet, dass sich bei den Botschafterkonferenzen leicht und schnell in der Hafen- und in der albanesischen Frage

eine volle Einmütigkeit ergeben werde und versichert, dass der Herr russische Botschafter in dieser Beziehung im Besitze eingehender, in konziliantem Sinne gehaltener Instruktionen sei. In Serbien selbst scheine sich die Erkenntnis durchzuringen, dass man in den Forderungen zu weit gegangen sei und die russischerseits erhoffte Unterstützung nicht überschätzt werden dürfe. Tyrell rechnet aber auch zuversichtlich damit, dass die offene Aussprache bei dieser Konferenz eine baldige Klärung der, seiner Ansicht nach, äußerst gespannten Situation bringen werde. Er ist selbst von der Notwendigkeit einer dauernden Klärung durchdrungen und meinte gesprächsweise, dass zum Beispiel eine von den Mächten garantierte Maximalgrenze des zukünftigen serbischen Reiches die serbischen Aspirationen zumindest auf längere Zeit verstummen machen müsste. Er stellt sich vor, dass die Botschafterkonferenz ein Anlass zu einer offenen Aussprache zwischen Österreich-Ungarn und Russland sein sollte, durch welche schließlich, wie er sich ausdrückte, die Haltung Russlands vor den Augen der Großmächte und der Balkanvölker angenagelt und dadurch den Stänkereien Herrn Iswolskys, Herrn von Hartwigs und Konsorten endgültig das Handwerk gelegt würde, auf deren fortwährende Intriguen Tyrell die ganze Schärfe der heutigen Situation zurückführt. Er verspricht sich von einer solchen Aussprache einen guten Erfolg, da Rußland dank der versöhnlichen Haltung des Kaisers und Herrn Sazonows mit den besten Dispositionen auf die Konferenz komme. Ich verhielt mich im Allgemeinen rezeptiv, machte aber Tyrell in einem Einwurf darauf aufmerksam, dass wir auf Garantien bestehen, welche die Möglichkeit eines dauernden freundnachbarlichen Verhältnisses zwischen der Monarchie und Serbien zu sichern geeignet wären. In der Presse und auch im Auswärtigen Amte war in den letzten Tagen ein Gefühl des Unbehagens deutlich zu merken, man besorgte unerwartetes Ereignis oder eine agressive Aktion Österreich-Ungarns gegen Serbien, welche die ohnehin gespannte Situation in ein akutes Stadium bringen könnte. Ich fragte Mr. Tyrell worauf diese Stimmung zurückzuführen, der mir antwortete, die City hätte Meldungen von der Wiener Börse, laut welchen in Wien Nachrichten über Konsul Prochaska angetane Angriffe eingetroffen seien, welche die k. und k. Regierung zwingen müssten, die energischesten Schritte in Belgrad zu unternehmen. Trauttmansdorff.

*Nr. **4903**. Tel. nach Paris, 13. Dez. 1912 Nr. 122 (chiffr. 11 U. 10 M. p. m.).[a] Konz. (S. Winternitz; V. u. G. Szápáry).*

Die französische Presse betreibt seit einigen Tagen wieder eine Hetze gegen Österreich-Ungarn mit der durchsichtigen Tendenz, uns als den Friedensstörer in Europa hinzustellen. Sind wir auch überzeugt davon, dass die französische Regierung dieser Campagne fernesteht, so können wird doch nicht übersehen, dass diese Treibereien die friedliche Entwicklung der Situation stark beeinträchtigen können, indem sie die serbische Regierung und öffentliche Meinung in ihrer feindseligen Haltung und in ihrer Hoffnung auf nachdrückliche Unterstützung ihrer Wünsche durch Frankreich und die Trippel-Entente bestärken müssen. Auch scheint die neuerliche Hetze der

französischen Presse eine den Intentionen aller Kabinette wenig entsprechende Einleitung zu der vor der Thür stehenden Botschafterreunion zu bilden. Die Langmut, die Österreich-Ungarn angesichts der serbischen Provokationen bisher gezeigt hat, ist von der französischen Regierung selbst zu wiederholten Malen anerkannt worden; ebenso ist es dem Pariser Cabinete bekannt, dass der Ton der serbischen Presse und die vor der Öffentlichkeit abgegebenen Erklärungen serbischer Politiker in der letzten Zeit an Heftigkeit und Gehässigkeit gegen die Monarchie trotz unserer Geduld nur zugenommen haben. Selbst der zu den gemässigten serbischen Parlamentariern zählende Novaković hat kürzlich im Temps eine Äusserung veröffentlicht, die auch von englischen Blättern als eine direkte Herausforderung Österreich-Ungarns bezeichnet wurde. Steht es uns auch ferne die französische Regierung für die so unliebsamen Erscheinungen in der Pariser Presse verantwortlich machen zu wollen, so können wir uns doch dem Eindruck nicht verschliessen, dass eine Fortdauer dieser Presskampagne in der öffentlichen Meinung Europas unbedingt falsche Vorstellungen über die französische Politik hervorrufen müsste. Euer Exzellenz wollen daher die Aufmerksamkeit des Herrn Poincaré auf die Treibereien der Pariser Presse lenken und ihn ersuchen, auf diese nach Tunlichkeit im Sinne einer den Tatsachen entsprechenden Schreibweise einwirken zu wollen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 4920, 4962.

*Nr. **4904**. Tel. nach Rom, 13. Dez. 1912 Nr. 265 (chiffr. 4 U. 5 M. p. m.).[a] Konz. (S. Biegeleben; V. u. G. Berchtold).*

Zu Telegramm Nr. 247 vom 11. d. M. Die abermalige Berufung des Generals der Infanterie Baron Conrad an die Spitze des Generalstabes kann in Italien berechtigterweise zu einer Beunruhigung keinen Anlaß bieten. Seit einem Jahre haben sich die Verhältnisse gründlich geändert. Unsere Beziehungen zu Italien sind in Folge der Gemeinsamkeit unserer Interessen gegenüber den Balkanfragen viel inniger und fester geworden und namentlich seit der Erneuerung des Dreibundes, welcher jede aggressive Tendenz gegen Italien von vorneherein ausschließt, sind die Gründe entfallen, welche allenfalls gegen die Betrauung Baron Conrads mit einem Posten geltend gemacht werden konnten, für welchen er in Folge seiner Stellung in der Armee und seiner persönlichen Fähigkeiten besonders geeignet ist. Ich ersuche Euer Exzellenz, sich bei nächster Gelegenheit gesprächsweise Marquis di San Giuliano gegenüber in diesem Sinne vernehmen zu lassen und füge zur Regelung Ihrer Sprache bei, daß die in Rede stehende Veränderung in der hiesigen Presse als jeder politischen Bedeutung entbehrend kommentiert wurde. Berchtold.

[a] Vgl. n. 4965.

Tel. nach Rom, 13. Dez. 1912 Nr. 266 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 4908.

Unterredung mit dem ital. Botschafter, 13. Dez. 1912. Siehe n. 4921.

Nr. 4905. Tel. aus St. Petersburg, 13. Dez. 1912 Nr. 265 (eing. 14. Dez. 11 U. a. m.).[a] Entziff.

Herr Sazonow ließ mich heute wieder zu sich bitten und las mir ein Telegramm Herrn von Giers' über seine letzte Unterredung mit Euer Exzellenz vor. Der Herr Minister ist sehr besorgt wegen Hochderen im Laufe dieser Konversation fallen gelassenen Bemerkung, die öffentliche Meinung in der Monarchie beginne Garantien zu verlangen, daß das aggressive Verhalten Serbiens in der Zukunft sich nicht wiederhole. Euer Exzellenz hätten sich zwar noch kein bestimmtes Bild hierüber gemacht, doch könnte sich das gelegentlich der Londoner Besprechungen klären. Gerade das Vage und Unbestimmte dieser Formulierung sei geeignet, lebhafte Besorgnis einzuflößen. Auch wäre zu befürchten, daß wenn ein derartiges Verlangen unserseits in London zur Sprache gebracht werde, dies den Gang der Botschafterbesprechungen, von welchen er sich im übrigen eine günstige Klärung der Lage verspreche, stören würde. Ein solches Verlangen, an eine fremde Regierung gestellt, käme übrigens auf eine beabsichtigte Demütigung derselben hinaus, was doch seitens Euer Exzellenz nicht beabsichtigt sein könne und würde daher die Lage, welche gerade jetzt zu guten Hoffnungen berechtige, in der fatalsten Weise komplizieren und kompromittieren. Herr Minister wies auch darauf hin, daß derartige Garantien, wenn sie auch der serbischen Regierung abgerungen werden sollten, doch keinerlei realen Wert hätten. Einzige wirkliche Garantie könne doch wohl nur in einer allmählichen Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen zu unserem Nachbarn gefunden werden, was aber gewisse Zeit (erfordere)[b] und umso sicherer erreichbar sei, je mehr Geduld und Wohlwollen wir Serbien gegenüber an den Tag legen. Er müsse übrigens konstatieren, daß die Haltung Serbiens uns gegenüber seit den letzten paar Wochen schon bedeutende Fortschritte in der Richtung der Mäßigung gemacht habe und daß schon jetzt von einer aggressiven Haltung wenigstens des offiziellen Serbiens Monarchie gegenüber wohl kaum mehr gesprochen werden könne. Er, Herr Sazonow, sei unentwegt bemüht, in Belgrad in mäßigendem und versöhnendem Sinne zu wirken; weiterer Erfolg seiner Bemühungen würde aber in Frage gestellt werden, wenn der öffentlichen Meinung in der Monarchie zuliebe unserseits neue, das Selbstgefühl Serbiens verletzende Forderungen an dasselbe gestellt würden. Auch er habe hier der öffentlichen Meinung und einflußreichen Kreisen gegenüber einen außerordentlich schweren Stand, lasse sich aber durch dieselben in seiner friedlichen Politik nicht irre machen; er wende sich daher vertrauensvoll an Euer Exzellenz, welche ja das gleiche friedliche Ziel verfolgen, mit der Bitte, ihn hierin zu unterstützen. Thurn.

[a] Vgl. n. 4938. — [b] Chiffre fehlt.

Nr. 4906. Tel. aus Sofia, 13. Dez. 1912 Nr. 455 (eing. 14. Dez. 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Rußischer Kollege knüpfte heute unverbindliches Gespräch damit an, daß er die Lage als verschlechtert bezeichnete. Was Herr Nekludow

aus Rußland unoffiziell höre, sei beunruhigend und Herr Danew hätte anher telegraphiert, daß er in Wien eine entschloßene und intransigente Stimmung betreffend Serbien gefunden. Mitredner betonte Friedfertigkeit russischer Regierung und Hofkreise, meinte aber „ganz privat unter uns", daß er Politik seiner Regierung bezüglich Serbien bedauert. Man sollte Serben klar sagen, bis zu welcher Grenze Rußland ihre Aspirationen unterstütze. Durch seine undezidierte Haltung riskiert Rußland ohne wirklichen Grund in Krieg, den es nicht wünsche, hineingezogen zu werden. Russische Regierung hoffe noch auf Vernunft der Bulgaren und daß sie auf Serben mäßigend einwirken würden. Er Nekludow könne in der Hinsicht nicht wirken, da ohne Instruktionen. Sollte es dazukommen, daß Österreich-Ungarn Serbien militärisch angriffe, wäre bei der nunmehrigen Erregung der russischen öffentlichen Meinung der Krieg zwischen uns und Rußland unvermeidlich. Tarnowski.

a) Vgl. n. 4891.

*Mr. **4907**. Tel. aus Sofia, 13. Dez. 1912 Nr. 456 (eing. 14. Dez. 11 U. a. m.).a) Entziff.*

Herr Geschoff lenkte heutiges Gespräch auf letzten Besuch Herrn Danews in Wien und erwähnte einige Fragen, die Letzterer bei Euer Exzellenz zur Sprache gebracht und Antwort, die er von Hochdenselben erhalten hätte. Ich sagte, daß über Besuch Danews bei Euer Exzellenz noch nicht informiert bin. Da Konseilspräsident wieder von Albanien sprach, äußerte mich laut hohen Telegrammes Nr. 171 vom 5. d. Mts. Bezüglich Friedensverhandlungen drückt Herr Geschoff Erwartung aus, daß Türken keine Schwierigkeiten machen würden, sonst würde es bald zum Abbruch kommen. Über Adrianopel meinte Mitredner, daß es dort noch für einen Monat Proviant geben dürfte. Geschoff sagte mir vertraulich, König Ferdinand würde dieser Tage nach Sofia kommen und Gerücht über geplante Reise Seiner Majestät nach Mazedonien wäre nicht wahr. Tarnowski.

a) Vgl. n. 4891.

*Nr. **4908**. Tel. nach Valona Nr. 22 (1) und Rom Nr. 266 (2), 13. Dez. 1912 (chiffr. 11 U. p. m.).a) Konz. (S. Rappaport; V. Nemes; G. Berchtold).*

1. Erhalten Euer Wohlgeboren Telegramm Nr. 58 vom 12. d. M. Ich theile dasselbe nach Rom mit und bemerke zu Euer Wohlgeboren Orientierung und Regelung Ihrer Sprache gegenüber Ismail Kemal Bey, daß alle Angelegenheiten, welche die Einrichtung des autonomen Regimes in Albanien betreffen, im steten Einvernehmen zwischen den Kabineten von Wien und Rom behandelt werden.

2. K. u. k. Konsulat Valona telegraphiert unterm 12. d. M. wie folgt: ... *wie n. 4892 bis „telegraphischen Bescheid"* ... Ich richte unter einem nachstehende Instruktion nach Valona: (Inseratur Text des Telegrammes sub 1 von: „Ich theile ... bis zum Schlusse.") Vorstehendes zur streng

vertraulichen Mittheilung an Marquis di San Giuliano. Sollte derselbe geneigt sein, auf die Bewilligung eines Betrages zu dem von Ismail Kemal Bey ins Auge gefaßten Zwecke einzugehen, so würden wir vorschlagen, daß zur Gewährung dieser und späterer Anleihen ein Bankkonsortium formirt werde, an dem sich österreichisch-ungarisches und italienisches Kapital zu gleichen Theilen zu betheiligen hätte. Vorläufig könnten die Zinsen und Amortisationsquoten von den beiden Regierungen zu je einer Hälfte getragen und die Verwendung der Summe der gemeinsamen Kontrolle der beiderseitigen Konsuln unterstellt werden. Selbstverständlich könnte ich einen Entschluß in dieser Hinsicht nicht fassen, bevor ich diesbezüglich mit der k. k. und der königlich ungarischen Regierung Rücksprache genommen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 4926.

*Nr. **4909.** Vortrag an den Kaiser, 13. Dez. 1912.[a] Konz. (S. Schreibmaschine u. Kinsky; G. Kinsky) und Ausfert.*

Der deutsche Botschafter hat am 12. Dezember 1912[b] bei mir im Auftrage seiner Regierung den Antrag vorgebracht, dass die Souveräne der Dreibund-Mächte durch Handschreiben dem Könige Carol die in unveränderter Form erfolgte Erneuerung des Dreibundes notifizieren und ihrer Befriedigung darüber Ausdruck verleihen, dass damit auch die alten Beziehungen des Dreibundes zu Rumänien unverändert erhalten bleiben. Nach Anschauung der deutschen Regierung sollten die Handschreiben der Souveräne von den betreffenden Vertretern in Bukarest im Wege einer gleichzeitig zu erbittenden Audienz ihrer höchsten Bestimmung zugeführt werden. Ich nehme mir die ehrerbietigste Freiheit, Euer Majestät von der durch Herrn von Tschirschky vorgebrachten Anregung alleruntertänigst Meldung zu erstatten und zugleich die Allerhöchste Ermächtigung zu erbitten, dem Vorschlage der deutschen Regierung zustimmen zu dürfen. Im Falle der allergnädigsten Genehmigung meines Antrages würde ich nicht ermangeln, Euer Majestät den Entwurf eines Allerhöchsten Handschreibens an den König von Rumänien alleruntertänigst zu unterbreiten.
Berchtold.

Auf der Ausfertigung: Vollkommen einverstanden. Franz Joseph *(eigh.)*.

[a] Vgl. n. 3569, 4793, 4971, 4989. — [b] Ein Tagesbericht über diesen Besuch liegt nicht vor.

*Nr. **4910.** Bericht aus Belgrad, 14. Dez. 1912 Nr. 175 A (eing. 16. Dez.).[a] Ausfert.*

Heute abend begibt sich Herr Jovanović als neuernannter Gesandter Serbiens in Wien auf seinen Posten. Der Herr Gesandte erklärte mir anlässlich seines gestrigen Abschiedsbesuches sich zur Aufgabe gemacht zu haben, die Monarchie für Serbien besser zu stimmen und die gegenseitigen Beziehungen in ein normales Geleise zu bringen. Er hofft in seinen diesbezüglichen Bemühungen auf Euer Exzellenz hohe Unterstützung rechnen zu dürfen. Er würde — was er mir so oft wiederholt hat — gerne in eine

detaillierte Besprechung der gegenseitigen Beziehungen, der beiderseitigen Wünsche und Forderungen eingehen und hofft, dass besonders auf wirtschaftlichem Gebiete eine grosse Annäherung wird bald erzielt werden können, worauf eine Besserung in den politischen Beziehungen automatisch folgen würde. Als er auf die Adriafrage zu sprechen kam, erklärte ich ihm sofort, dass es für ihn besser wäre, wenn er vor seinem Amtsantritt sich mit dem Gedanken abfinden würde, dass er sich diesbezüglich gar keine Illusionen machen könne. Er solle gar nicht den Versuch machen, Euer Exzellenz in dieser Beziehung umstimmen zu wollen, damit er nicht gleich zu Anfang seiner amtlichen Tätigkeit einen Echec erleide. Ich habe auch diesmal den Eindruck gehabt, dass die serbische Regierung nicht mehr dieselbe Bedeutung der Hafenfrage beilegt wie früher, obgleich sie amtlich ihren Standpunkt noch nicht geändert hat. Herr Jovanović betonte mir gegenüber auch, dass Serbien das grösste Gewicht darauf legen würde, dass die Monarchie ihren nach dem Süden gerichteten Bestrebungen nicht hindernd in den Weg trete und sagte, dass, wenn die serbische Regierung diesbezüglich sich Gewissheit verschaffen könnte, eigentlich kein grösseres Hindernis für eine freundschaftliche, ja sogar innige Annäherung im Wege stehen würde. Er betonte nochmals, dass Serbien anfange einzusehen, dass ihm die russische Protektion eigentlich nichts eingetragen habe und deshalb werde in ernsten Kreisen der Wunsch immer reger einen engeren Anschluss an die Monarchie zu suchen. Er wolle sich als der Vorkämpfer dieser Idee betrachten. Ugron.

[a]) Vgl. n. 4827, 4950.

Nr. 4911. Tel. nach Berlin, 14. Dez. 1912 Nr. 196 (chiffr. 10 U. 20 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Streng vertraulich. Herr von Tschirschky hat mir eine Notiz über die Instruktionen überreicht, welche die kaiserlich deutsche Regierung dem Fürsten Lichnowsky für die Botschafter-Konversation zu erteilen beabsichtigt. Unter dem Ausdrucke meines Dankes für diese Mitteilung wollen Euer Exzellenz Herrn von Kiderlen Nachstehendes zur Kenntnis bringen. Graf Mensdorff ist ermächtigt, an unverbindlichen Beratungen mit seinen Kollegen über die Lösung gewisser Balkanfragen teilzunehmen, wobei aber keinesfalls Beschlüsse zu fassen, sondern die Ergebnisse einfach ad referendum zu nehmen wären. Der Botschafter ist weiters angewiesen, bei Besprechung der einzelnen Fragen zunächst mit den Kollegen der Dreibundmächte Fühlung zu nehmen und zu trachten, ein tunlichst geschlossenes Vorgehen mit denselben zu ermöglichen. In den die Zukunft Albaniens betreffenden Fragen hätte derselbe stets ein vorheriges Einvernehmen speziell mit seinem italienischen Kollegen zu erzielen und bei auftauchenden Divergenzen die Äußerungen solange hinauszuschieben, bis die ad hoc einzuholenden Weisungen eine Übereinstimmung aufweisen. Graf Mensdorff wird für eine Geheimhaltung der Besprechungen eintreten und zwar namentlich der Presse gegenüber. Derselbe wird sich auch gegen die Aufnahme von Protokollen über den Verlauf der einzelnen Beratungen aussprechen. Albanien betreffend, wird unser Vertreter tunlichst dafür eintreten, daß von demselben

kein ausschließlich von Albanesen bewohntes Gebiet abgetrennt werde und daß dessen innere Organisation eine unabhängige Entwicklung garantiere. Bei Vertretung unseres Standpunktes bezüglich eines Accesses Serbiens an die Adria wird Graf Mensdorff es vermeiden, denselben als eine Abwehr der serbischen Aspirationen darzustellen und denselben als eine Förderung der Interessen Albaniens begründen. Insoferne es sich jedoch um die Sicherung eines wirtschaftlichen Débouchés Serbiens an die Adria handelt, wird der Botschafter nicht nur in eine Diskussion eingehen, sondern die Gelegenheit benützen, um durch Entgegenkommen der Mähr ein Ende zu bereiten, als wolle Österreich-Ungarn das Nachbarreich wirtschaftlich erdrosseln. In der Frage der ägäischen Inseln wird der Botschafter abwarten, welche Macht mit welchen Vorschlägen hervortritt und sich vor Augen halten, daß es uns nicht geraten scheint, daß Griechenland die den Dardanellen vorgelagerten Inseln durch eine Besetzung oder durch Befestigung faktisch in seine Macht bringt, wogegen die Gewährung gewisser autonomer Rechte an die einheimische Bevölkerung unbedenklich wäre. In der Dette- und Konzessionsfrage wird mit dem französischen Botschafter enge Fühlung zu halten sein, da eine von Herrn Poincaré eingesetzte Kommission in Paris bereits die Vorarbeiten hiefür geleistet hat. Berchtold.

a) Vgl. n. 4877, 4924, 4931, 4935 Anm. b.

Nr. 4912. Tel. aus Berlin, 14. Dez. 1912 Nr. 315 (eing. 9 U. 40 M. p. m.). Entziff.

Staatssekretär teilt mir mit, daß Herr von Tschirschky ihm den Inhalt der von Euer Exzellenz an unseren Botschafter in London zu erteilenden Instruktionen gemeldet habe. Herr von Kiderlen hat den deutschen Botschafter in Wien beauftragt, Euer Exzellenz mitzuteilen, daß er mit denselben vollkommen einverstanden sei. Nur in Betreff jener Fragen, die langwierige fachmännische Behandlung erfordern und nach Euer Exzellenz Ansicht von der Londoner Konversation losgelöst werden sollten, bemerkte Staatssekretär, daß gerade die Beratungen über technische Fragen sich harmlos gestalten und die Atmosphäre günstig beeinflussen würden. Nach seiner Meinung würde überhaupt eine Erweiterung des Londoner Programmes die Chancen für die Vermeidung einer förmlichen Konferenz vergrößern. Szögyény.

Nr. 4913. Tel. aus Berlin, 14. Dez. 1912 Nr. 316 (eing. 9. U. 40 M. p. m.). Entziff.

Wie mir Staatssekretär nachträglich vertraulich erzählt, hat Herr Danew in seiner Unterredung mit ihm ganz entschieden erklärt, daß Bulgarien auf der Erwerbung Adrianopels unter allen Umständen bestehen müsse. An die Einverleibung Konstantinopels an a) Bulgarien denke Letzteres gar nicht. Hingegen müsse es entschieden auf dena) Besitz Saloniks bestehen, wobei es alle Garantien für die freie Zufuhr nach diesem Hafen gewähren würde. Szögyény.

a) So!

*Nr. **4914.** Bericht aus Bukarest, 14. Dez. 1912 Nr. 74 B (eing. 17. Dez.).[a] Ausfert.*

Streng vertraulich. Durch Graf Tarnowski auf privatem Wege über sein Verhältniss zu seinem rumänischen Collegen und über dessen politisches Verhalten informiert, hielt ich es für angezeigt, beim Herrn Minister des Äussern, der dieses Thema bei mir seinerzeit angeschlagen hatte, gesprächsweise und ganz vertraulich auf diese Angelegenheit zurückzukommen. Ich bemerkte, dass sich Herr Ghika, der es vielleicht nicht verschmerzen könne, bei seinem Scheiden aus Wien nicht das Grosskreuz des Franz Josef Ordens erhalten zu haben, es bisher immer vermieden hätte, mit seinen österreich-ungarischen Collegen sich in ein politisches Gespräch einzulassen, so dass es nicht Wunder nehmen dürfe, dass Graf Tarnowski, als er beauftragt wurde, den rumänischen Standpunkt in Sofia zu unterstützen, bei seinem rumänischen Collegen anfrug, in welcher Weise dies zu geschehen habe. Darin eine Bevormundung zu erblicken, sei also jedenfalls stark aufgetragen. Das ganze Auftreten Herrn Ghikas lasse aber auch darauf schliessen, dass seine Sympathien sich nicht in der Richtungslinie bewegen, welche die langjährige Politik seines Landes ihm weist. Herr Majorescu stimmte meinen Ausführungen vollkommen bei und bemerkte, das von mir Gesagte sei ihm bekannt, es gebe mehrere jüngere Gesandte, die uneingeweiht in die wahre Politik Rumäniens, ihre eigenen Wege gingen, darunter sei auch Diamandi in Rom. Bisher habe man aber, lieber als sie aufzuklären, es vorgezogen, dieselben „im trüben Wasser schwimmen zu lassen." Vielleicht, schloss der Minister seine Ausführungen, sei der Augenblick nicht mehr ferne, an dem der König werde den Befehl geben können, jeden Zweifel ausschliessende Instruktionen zu erlassen. Diesen letzten Ausspruch des Herrn Minister des Äussern gestatte ich mir besonders hervorzuheben, da es zum ersten Male geschah, dass ein rumänischer Staatsmann sich mir gegenüber in einem derartigen Sinne äusserte. K. E. Fürstenberg.

[a] Vgl. n. 5037.

*Nr. **4915.** Tel. aus Konstantinopel-Pera, 14. Dez. 1912 Nr. 691 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.*

Antwort auf Euer Exzellenz Telegramm vom 13. d. M. No. 340.[a] Auf Insel Saseno befindet sich ein Leuchtturm, der von der Administration générale des phares de l'Empire ottoman verwaltet und unterhalten wird. Dieser Leuchtturm ist der einzige, welcher für die Einfahrt in die Bucht von Valona wichtig ist, da sonst nur im Innern der Bucht ein blos für die Ankerung der Schiffe in Betracht kommendes Leuchtfeuer existiert. Der Leuchtturm auf Saseno wurde 1871 erbaut. Wie ich vertraulich erfahre, hat die Türkei ihn auch deshalb errichtet, um den damals erhobenen Prätensionen Griechenlands, daß Saseno zu den jonischen Inseln und daher zu Griechenland gehöre, zu begegnen. Pallavicini.

[a] Mit Tel. Nr. 340, 12. Dez. 1912 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.) nach Konstantinopel wurde Pallavicini beauftragt, zu erheben, ob sich auf der Insel Saseno ein Leuchtturm befinde und wer ihn erhalte.

Nr. 4916. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 14. Dez. 1912 Nr. 692 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

In meinem heute abends in Wien eintreffenden Privatschreiben vom 12. d. M. erwähnte ich unter anderem, daß in jungtürkischen Kreisen Auffassung an Boden gewinnt, Türkei sollte Albanien vollständig aufgeben. Auch der Exgroßvezier Hakki Pascha und Mahmut Schefket Pascha sprachen sich kürzlich mir gegenüber in diesem Sinne aus. Beide sagten mir, für die Türkei sei es am besten, wenn Albanien unabhängig wird, hingegen müsse auf den Besitz Adrianopels und Dedeagatschs bestanden, eventuell Krieg weitergeführt werden. Pallavicini.

Nr. 4917. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 14. Dez. 1912 Nr. 693 (eing. 10 U. p. m.).[a] Entziff.

Vertraulich. Minister des Äussern kam heute mir gegenüber auf seine in meinem Telegramme Nr. 686 vom 10. d. M. Euer Exzellenz gemeldeten Äusserungen zu sprechen und fragte mich, ob ich diesbezüglich etwas von Wien erhalten habe. Gabriel Effendi betonte bei diesem Anlasse nochmals, daß die türkischen Delegierten Verhandlungen in London sofort abbrechen würden, wenn Bulgarien in der Frage von Adrianopel nicht nachgeben sollte. Minister ließ hingegen durchblicken, er hätte Grund zur Annahme, daß die Türkei mit Bulgarien ein Sonderabkommen in der Weise treffen könnte, daß sich Bulgarien im Westen schadlos halten und etwa Üsküb, Salonik einerseits für sich in Anspruch nehmen, anderseits aber im Osten den türkischen Wünschen entgegenkommen würde. Wenn die Türkei auf einer solchen Basis sich mit Bulgarien verständigen könnte, so wäre es, wie der Minister weiter ausführte, möglich, daß sich in der Zukunft zwischen der Türkei und Bulgarien ein engeres Verhältnis herausbilden könnte. Es würde Minister, wie er mir sagte, erwünscht sein, zu erfahren, ob eine solche Kombination die Zustimmung respektive Unterstützung Euer Exzellenz finden würde. In Bezug auf Albanien sagte mir heute Minister, er glaube, die Albanesen selbst wünschten, daß ein gewißes Band zwischen Albanien und dem türkischen Reich aufrechterhalten bliebe. Gabriel Effendi wies hiebei als Beispiel auf das seinerseitige Verhältnis zwischen Türkei und Ostrumelien hin. Er erwähnte auch gesprächsweise, daß viele Albanesen einen Prinzen aus dem kaiserlich osmanischen Haus als Fürsten wünschen würden. Ich verhielt mich den Ausführungen des Ministers in Bezug auf Albanien nur receptiv. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 4921, 4932.

Nr. 4918. Tel. an den Legationsrat Grafen Karl Trauttmansdorff in London, 14. Dez. 1912 Nr. 96 (chiffr. 5 U. 15 M. p. m.). Konz. (S. Hohenlohe; G. Nemes).

Ich ersuche Euer Hochgeboren Sir E. Grey mitzuteilen, dass Graf Mensdorff morgen Sonntag Mittags von hier abreist und Montag Abends in London eintrifft. Berchtold.

*Nr. **4919**. Tel. des Legationsrates Grafen Karl Trauttmansdorff aus London, 14. Dez. 1912 Nr. 137 (eing. 11 U. p. m.). Entziff.*

Streng vertraulich. Italienischer Botschafter sagte mir, Sir E. Grey beabsichtige bei den Botschafterkonferenzen die Frage der Stellung und der Grenzen Albaniens in den Vordergrund zu schieben und bei dieser Gelegenheit die Frage eines serbischen Débouchés an die Adria zu erledigen, ohne dass die Frage eines serbischen Hafens oder eines Korridors als separater Programmpunkt überhaupt aufs Tapet gebracht werde. Trauttmansdorff.

*Nr. **4920**. Tel. aus Paris, 14. Dez. 1912 Nr. 170 (eing. 9 U. p. m.).[a] Entziff.*

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm vom 13. d. M. Nr. 122. Ich verfolge natürlich aufmerksam Haltung französischer Presse und habe ganz kürzlich nachdrücklichst reklamiert. Herr Poincaré bedauert diese Hetzen und sagte mir, er tue sein Möglichstes, um auf die Zeitungen beruhigend einzuwirken. Was den Temps betrifft, so müsse er mit Bedauern zugeben, dass derselbe in Balkanfragen sich gar nicht beeinflussen lasse. Herr Poincaré sagte weiters, dass seine Beruhigungsbemühungen durch unsere militärischen Rüstungen, deren Zweck sich niemand erklären könne, sehr erschwert werden. Das Geheimnis dieser Vorbereitungen, der Mangel jeder amtlichen oder auch nur offiziösen Erklärung über deren Zweck rufe natürlich das stärkste Misstrauen der Zeitungen hervor. (Bei diesem Anlasse möchte ich auf eine Anfrage Herrn Poincarés in meinem Telegramm Nr. 156[b]) vom 26. v. M. hinweisen, deren zustimmende Beantwortung dem Minister die Möglichkeit geben würde, den Zeitungen gegenüber positiver aufzutreten.) Abgesehen von Besorgnis wegen unserer militärischen Massnahmen sind sonst Zeitungen zum Beispiel betreffs serbischen Hafens uns eher günstiger. Petit Parisien, der dem Arbeitsminister gehört, hat kürzlich spontan Redakteur zu mir geschickt. Ich mache auf Leitartikel dieser Zeitung vom 13. d. M. aufmerksam. Was Interview Herrn Novaković im Temps betrifft, so erzählt mir Herr Hedemann vom Matin, dass Herr Novaković ihm gegenüber ganz anders gesprochen habe. Interview ist Tardieusche Mache. Werde bei nächster Gelegenheit Haltung der Presse neuerlich bei Herrn Poincaré zur Sprache bringen. Szécsen.

[a]) Vgl. n. 4962. — [b]) Mit Tel. Nr. 156, 26. Nov. 1912 (eing. 27. Nov. 8 U. a. m.) wurde aus Paris gemeldet, Poincaré habe Szécsen gesagt, es würde seine Beruhigungsaktion in der französischen Presse erleichtern, wenn er die vertrauliche Mitteilung (vgl. n. 4266) den Vertretern der Presse gegenüber erwähnen könnte. Er glaube, daß es sehr guten Eindruck machen würde, wenn er im Gespräche mit Journalisten beiläufig sagen könnte: Le Gouvernement de la Republique a des renseignements officiels qui le rassurent complètement sur les intentions de l'Autriche-Hongrie.

*Nr. **4921**. Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters, 14. Dez. 1912.[a]) Konz. (S. Hohenlohe; V. u. G. Berchtold).*

Der italienische Botschafter sagte mir gestern, daß Hilmi Pascha ihn über seine Ansicht betreffend die Autonomie Albaniens beziehungsweise die Wahrung der suzeraineté ottomane befragt habe. Herzog Avarna habe

geantwortet, seiner Ansicht nach sei die Integrität und Neutralität Albaniens die Hauptsache; wie sich die italienische Regierung zu der vom türkischen Botschafter berührten Frage stelle, wisse er nicht anzugeben. Meinerseits bemerkte ich dem italienischen Botschafter, daß, wenn die türkische Oberherrschaft in Albanien eine effective bleiben würde, Österreich-Ungarn und Italien keinerlei Kontrolle in der Richtung hätten, daß unter dem Deckmantel der türkischen Souveränität seitens Albanien Geschäfte abgeschlossen würden, welche den Interessen dieser beiden Mächte zuwiderlaufen würden, zum Beispiel die Abtretung eines Hafens an Serbien.

[a]) Vgl. n. 4848, 4917.

Nr. 4922. Note an den Chef des Generalstabes, 14. Dez. 1912 Nr. 742/K. d. M. Konz. (S. Hoyos; V. u. G. Berchtold).

Bezugnehmend auf die geschätzte Note vom 13. d. M.[a]) beehre ich mich, Euer Exzellenz mitzuteilen, daß ich derzeit im Hinblick auf die außenpolitische Situation nicht in der Lage wäre, der Erlassung eines Ausfuhrverbotes für Lebensmittel nach Montenegro und Albanien zuzustimmen. Eine solche Maßregel würde einen Bruch der von uns seit Beginn des Balkankrieges den Belligerenten gegenüber beobachteten Neutralität darstellen und wäre geeignet, allenthalben die Supposition einer unmittelbar bevorstehenden Kriegserklärung an Serbien und Montenegro zu wecken, welches Vorgehen derzeit durch die tatsächlichen Verhältnisse keineswegs gerechtfertigt wäre. Es dürfte Euer Exzellenz bekannt sein, daß wir der serbischen und montenegrinischen wie auch der griechischen Regierung vor einiger Zeit erklärt haben, daß wir keine Absicht haben, sie in ihren militärischen Operationen zu behindern, jedoch eine dauernde Besitzergreifung albanesischen Gebietes nach Beendigung des Krieges nicht zugeben könnten. Aus der Tatsache der militärischen Besetzung albanesischer Gebietsteile durch die Streitkräfte dieser Staaten kann somit, insolange der Friede nicht geschlossen und Albanien nicht deliminiert ist, noch kein Gegensatz zu dem von der k. u. k. Regierung eingenommenen Standpunkte konstruiert werden. Die sofortige Konzentrierung der Kreuzerflottille in den Bocche di Cattaro und die Ueberwachung der albanesischen Küste durch unsere Kriegsfahrzeuge, wäre meiner Ansicht nach in hohem Maße geeignet, die im Auslande von unseren politischen Gegnern begierig aufgegriffenen und systematisch verbreiteten Gerüchte über aggressive Absichten der Monarchie zu bekräftigen. Wir würden dadurch Wasser auf die Mühlen jener treiben, die darauf ausgehen, unsere momentane gebesserte diplomatische Position wieder zu verschlechtern und uns zu isolieren. Mit Rücksicht auf die nahe bevorstehenden Botschafterbesprechungen in London möchte ich eine solche Wirkung unter allen Umständen vermeiden und muß mich daher vom Standpunkte meines Ressorts für eine Hinausschiebung dieser Maßregel bis zum Eintreten einer wirklichen Kriegsgefahr aussprechen. Dagegen bin ich mit Rücksicht auf die von Euer Exzellenz geltend gemachten Beweggründe gerne bereit, mit dem k. k. und königlich ungarischen Handelsministerium das Einvernehmen zu pflegen, damit den österreichischen und

ungarischen Schiffahrtsgesellschaften die eventuelle Uebernahme von serbischen Truppentransporten untersagt werde und richte unter einem ein diesbezügliches Ansuchen an die genannten Zentralstellen. Wenn die von mir bisher befolgte Politik zu einem befriedigenden Resultate gebracht werden soll, müssen wir auch in Hinkunft jede Provokation der kriegführenden Balkanstaaten vermeiden und uns bei entschlossener Wahrung der von uns geltend gemachten Reserven bis zur Beendigung des Konfliktes im nahen Oriente kluge Reserve auferlegen. Falls sich zu einem späteren Zeitpunkte die Notwendigkeit ergeben sollte, unseren Standpunkt mit Waffengewalt zu vertreten, würde ich nicht ermangeln, Euer Exzellenz rechtzeitig von der Wahrscheinlichkeit einer solchen Eventualität zu verständigen, um Hochdieselben in die Lage zu versetzen, die vom militärischen Standpunkt gebotene außerordentliche Verfügung in Antrag zu bringen.

a) In dieser Note (Res. Glstb. Nr. 5385) lenkt der Chef des Generalstabes die Aufmerksamkeit des Ministers des Äußern auf die Tatsache, daß die „bei Scutari befindlichen montenegrinischen Streitkräfte" und „die an der albanesischen Küste befindlichen Teile der serbischen Armee" größtenteils aus österreichischen und ungarischen Häfen mit Lebensmitteln und anderem Material versorgt werden. „Es tritt somit der Zustand ein, daß Streitkräfte, welche im eklatanten Gegensatze zu unserer offiziellen diplomatischen Einsprache verwendet werden und sich in Gebieten befinden, die ihnen verwehrt sein sollten, ihre materielle Versorgung, ja ihre Existenzmöglichkeit auf die Zufuhr aus unsern Häfen und durch österreichische und ungarische Schiffe basieren." Der Chef des Generalstabes ersucht, ein Ausfuhrverbot und ein Verbot der Übernahme von serbischen Truppentransporten durch österr. und ungar. Schiffahrtsgesellschaften zu erwirken und einer Überwachung der albanischen Küste durch österreichisch-ungarische Seestreitkräfte zuzustimmen.

Nr. 4923. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 15. Dez. 1912 Nr. 695 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Bulgarischer Exarch ließ mir durch einen Vertrauensmann darlegen, dass Bulgarien eine von Midia längs des Ergene und der Maritza laufende Grenzlinie aspiriert. Durch den Erwerb der großenteils von Bulgaren bevölkerten Gegend von Adrianopel und Kirkkilisse würde hiebei jeder Anlaß zu künftigen Konflikten mit der Türkei entfallen; denn den Besitz Konstantinopels und der Meerengen könne ein so junger Staat wie Bulgarien nicht ambitionieren. Vorerwähnte Saturierung Bulgariens liege aber auch in unserem Interesse, da sie es von Russland emanzipieren und eine gemeinsame Verfolgung unserer Interessen gegenüber Serbien ermöglichen würde. Es gebe viele Gebiete mit gemischter oder auch rein serbischer Bevölkerung, die für Bulgarien eine gute Acquisition wären. Diese Sprache scheint mir darauf hinzudeuten, dass man bulgarischerseits, im Zweifel an der militärischen Erzwingbarkeit, jedes Mittel versucht, die Abtretung Adrianopels zu erreichen.

Pallavicini.

Nr. 4924. Erlaß nach London, 15. Dez. 1912 Nr. 5896.a) Konz. (S. Schreibmaschine; V. Nemes, Pogatscher und Berchtold; G. Berchtold).

Geheim. Der Ausgang des Krieges zwischen der Türkei und den vier verbündeten Balkanstaaten wird einschneidende Veränderungen auf

dem Balkan zur natürlichen Folge haben. Die europäischen Großmächte und nicht zumindest Österreich-Ungarn legen den größten Wert darauf, daß die sich gegenwärtig entwickelnden Machtverschiebungen im nahen Oriente sich in einer Weise vollziehen, welche die möglichst größte Gewähr für die Schaffung dauernder friedlicher Verhältnisse in jenen Gegenden bietet und dabei auch den berechtigten Interessen der Großmächte Rechnung trägt. Die endgiltige Lösung der jetzigen Balkankrise bedarf der Sanktionierung durch die Großmächte. Um möglichst rasch zu einem Einverständnis über jene Punkte zu gelangen, an deren Lösung die eine oder die andere Großmacht vermöge ihrer Stellung in hervorragender Weise berechtigtes Interesse besitzt, hat Sir E. Grey einen Gedankenaustausch zwischen den Kabinetten im Wege der in London akkreditierten Botschafter angeregt. Euer Exzellenz sind nunmehr ermächtigt, über Aufforderung des Herrn Staatssekretärs an unverbindlichen Beratungen mit Ihren Kollegen über die Lösung gewisser Balkanfragen teilzunehmen, wobei aber keinesfalls Beschlüsse zu fassen, sondern die Ergebnisse einfach ad referendum zu nehmen wären. Hochdieselben hätten sich bei den demnächst beginnenden Botschafterréunionen jene Modalitäten strikte vor Augen zu halten, unter welchen ich Euer Exzellenz Teilnahme an denselben zugestimmt habe. Was die Feststellung des Arbeitsprogrammes der Botschafterréunion anbelangt, so habe ich, wie Euer Exzellenz bekannt, den Standpunkt vertreten, daß dasselbe nicht vorher von den Mächten bestimmt, sondern von den versammelten Herren Botschaftern selbst fixiert werden sollte. Zu der bezüglichen Anregung Sir E. Greys (vide Euer Exzellenz Telegramm Nr. 121 vom 29. v. M.) hätte ich zu bemerken, daß, meiner Ansicht nach, zunächst jene Punkte besprochen werden sollten, an deren Lösung sämtliche oder einzelne Mächte ein besonderes Interesse haben, daß aber hiebei an dem Grundsatze festgehalten werde, daß jeder Macht das Recht zustehe, sich ihre Zustimmung zu der Totalität der zu regelnden Gebietsveränderungen und sonstigen Fragen vorzubehalten. Diese Reserve läßt es aber kaum durchführbar erscheinen, daß von vorneherein — wie Sir E. Grey es vorzuschweben scheint — jene Fragen festgestellt werden, die man bei den Friedensverhandlungen den Kriegführenden überlassen könne. Bei Besprechung der einzelnen Fragen wollen Euer Exzellenz zunächst mit den Kollegen der Dreibundmächte Fühlung nehmen und trachten ein tunlichst geschlossenes Vorgehen mit denselben zu ermöglichen. In den die Zukunft Albaniens betreffenden Fragen wäre ein besonderes Gewicht darauf zu legen, stets ein vorheriges Einvernehmen speziell mit Ihrem italienischen Kollegen zu erzielen und bei auftauchenden Divergenzen die Äußerungen solange hinauszuschieben, bis die ad hoc einzuholenden Weisungen eine Übereinstimmung aufweisen. Ich würde auch Wert darauf legen, daß eine Geheimhaltung der Besprechungen ausgemacht werde und zwar namentlich der Presse gegenüber. Dem vertraulichen und unverbindlichen Charakter der Beratungen würde es meiner Ansicht nach auch entsprechen, daß keine Protokolle über den Verlauf der einzelnen Réunions aufgenommen werden. Zur allgemeinen Orientierung Euer Exzellenz über die Auffassung des Wiener Kabinettes bezüglich einiger, wahrscheinlich zur Beratung gelangender

Punkte sind die nachfolgenden Bemerkungen bestimmt, welche zur Regelung Hochdero Sprache dienen sollen, denen aber die Eigenschaft einer Instruktion schon aus dem Grunde nicht zukommt, weil die Abgabe bindender Erklärungen ebenso wie jede Beschlußfassung nicht im Rahmen der den Botschafterbesprechungen zufallenden Aufgabe gelegen ist. Welche Fragen den Gegenstand der Botschafterbesprechungen bilden werden, läßt sich heute kaum noch vorausbestimmen; immerhin hat Sir E. Grey bereits drei aufgezählt, welche zweifellos zur Diskussion gelangen werden. Es sind dies die Zukunft Albaniens, Serbiens Accès an die Adria und das Schicksal der Inseln im Ägäischen Meere. Was die Zukunft Albaniens anbelangt, so ist unser Hauptinteresse darin gelegen, daß eine Machtverschiebung an der Adria weder heute erfolge, noch für die Zukunft vorbereitet werde. Aus diesem Grunde legen wir Wert darauf, daß die Grenzen Albaniens in einem solchen Umfange bestimmt werden, welche demselben eine gedeihliche Entwicklung sicherstellen und daß dessen innere Organisation eine Ingerenz einzelner fremder Staaten ausschließe. Bei der Feststellung der Grenzen Albaniens wäre somit tunlichst dahin zu arbeiten, daß von demselben kein ausschließlich von Albanesen bewohntes Gebiet abgetrennt werde. Wenn ich mich darüber auch keiner Täuschung hingebe, daß dieses Prinzip nicht in vollem Umfange wird aufrechterhalten werden können, so lege ich doch den größten Wert darauf, daß dies für die Küste und namentlich für deren nördlichen Teil der Fall sei. Die Städte Ipek, Prisren und Ochrida werden für Albanien kaum zu retten sein — doch müßten wir alle Anträge, welche für deren Beibehaltung für Albanien von irgend einer Seite eventuell gemacht würden, unterstützen und deren Abtrennung als ein Kompensationsobjekt zu verwenden trachten. Euer Exzellenz erhalten separat eine Karte, in welcher jene Grenzen eingezeichnet sind, die unserer Auffassung nach Albanien erhalten müßte, um ein lebensfähiges Gebilde darzustellen. Die innere Organisation Albaniens betreffend wünschen wir, daß dieselbe eine unabhängige Entwicklung garantiere. Albanien darf keine türkische Provinz bleiben. Ob es die volle Unabhängigkeit erlangt oder ob die Suzeränität des Sultans aufrecht bleibt, scheint mir von nebensächlicher Bedeutung insoferne eine von allen Mächten garantierte Autonomie sofort in Kraft tritt und Albaniens Neutralisierung von allen Großmächten und auch von den Balkanstaaten ausgesprochen wird. Die Wahl eines Oberhauptes für Albanien ist eine Frage, deren Lösung mir insolange verfrüht erscheint, als nicht eine provisorische albanesische Regierung eine Klärung der dortigen Verhältnisse zuwege gebracht haben wird. Im engen Zusammenhange mit der albanesischen Frage steht jenes des Accesses Serbiens an die Adria. Wie Euer Exzellenz bekannt, haben Hochdieselben an keiner Beratung teilzunehmen, welche auf eine territoriale Ausbreitung Serbiens bis an die Adria oder die Erwerbung eines Hafens an derselben abzielt. Der Grund zu dieser Stellungnahme liegt einerseits darin, daß eine territoriale Ausdehnung Serbiens in dieser Richtung ohne Erwerb eines ausschließlich von Albanesen bewohnten Gebietes unmöglich ist und andererseits, daß wir ein vitales Interesse daran haben, daß keine Machtverschiebung in der Adria eintrete. Bei Vertretung dieses Standpunktes wollen Euer Exzellenz es jedoch vermeiden, denselben

als eine Abwehr der serbischen Aspirationen darzustellen und denselben vielmehr als eine Förderung der Interessen Albaniens begründen. Insoferne es sich um die Sicherung eines wirtschaftlichen Débouchés Serbiens an die Adria handelt, sind wir nicht nur bereit, in eine Diskussion über diesen Gegenstand einzugehen, sondern wollen diese Gelegenheit benützen, um durch großes Entgegenkommen ein für allemal der Mähr ein Ende zu bereiten, als wolle Österreich-Ungarn das Nachbarreich wirtschaftlich erdrosseln. Nach unserer Auffassung könnte Serbien durch Ausbau einer kurzen Bahnstrecke auf seinem Territorium die Verbindung durch Bosnien an das Meer erhalten, wobei wir ihm bezüglich der Durchfuhr die nötigen Garantien zu gewähren gewillt sind. Überdies ließe sich eine Bahnverbindung Serbiens über Montenegro an die Adria konstruieren oder es könnte der Ausbau der sogenannten Donau-Adriabahn zu diesem Zwecke ins Auge gefaßt werden. Bei letzter Eventualität ist das seinerzeitige Junktim zwischen dieser Bahn und der Sandjakbahn im Auge zu behalten. In der Frage der Ägäischen Inseln hätten Euer Exzellenz jedenfalls abzuwarten, welche Macht und mit welchen Vorschlägen dieselbe hervortritt und namentlich jedes Eingreifen in eine Konversation bezüglich der zur Zeit noch von Italien besetzten Inseln zu vermeiden. Der Euer Exzellenz vielleicht bekannte Umstand, daß die italienische Regierung uns seinerzeit die Zusage der Rückgabe derselben an die Türkei gegeben hat, wäre bis auf eine besondere einschlägige Instruktion von Hochdenselben nicht zu verwerten. Daß Griechenland oder eine andere Macht die den Dardanellen und Kleinasien unmittelbar vorgelagerten Inseln durch eine Besetzung oder durch Befestigung faktisch in seine Macht bringt, scheint uns nicht geraten, wogegen die Gewährung gewisser autonomer Rechte an die einheimische Bevölkerung unbedenklich wäre. Unter den Mazedonien betreffenden Fragen, welche bei der Botschafterréunion zur Sprache kommen könnten, steht für uns die Zukunft Saloniks an Bedeutung allen anderen weit voran. Es handelt sich hiebei in erster Linie um unsere kommerziellen Interessen, welche die vollständige Sicherung unserer Bahnverbindung mit jenem Hafen und der ungestörten Betätigung unseres Handels und unserer Schiffahrt erheischen. Es liegt uns ferne, auf der Internationalisierung oder Munizipalisierung des Saloniker Territoriums zu bestehen. Wir könnten uns vielmehr — falls unsere Interessen vollkommen gewahrt werden — auch mit einer Einverleibung Saloniks in einen Balkanstaat befreunden, wobei die zugunsten Bulgariens sprechenden politischen Interessen die Vorteile überwiegen, welche uns von Griechenland auf handelspolitischem Gebiete gewährt werden könnten. Hinsichtlich der künftigen Zugehörigkeit der Halbinsel Athos stehe ich auf dem Standpunkte, daß es für unsere Interessen gleichgiltig erscheint, ob jenes Territorium Griechenland oder Bulgarien zufällt oder autonomisiert wird. Bei der Neuregelung dieser Frage müßte unsererseits bloß darauf Wert gelegt werden, daß auch den griechisch-orientalischen Glaubensgenossenschaften der Monarchie die Möglichkeit gesichert werde, auf dem heiligen Berge von den dortigen grundbesitzenden Klöstern im Pachtwege das Recht zur Gründung eigener Mönchsansiedlungen zu erwerben. Dieser Gesichtspunkt wäre seitens Euer Exzellenz jedoch nur in

dem Falle zur Sprache zu bringen, als die künftige Zugehörigkeit des Athos von anderer Seite spontan berührt werden sollte. Es gilt dies insbesondere für den Fall, als Hochderen russischer Kollege sich für die Konstituierung einer autonomen Klosterrepublik einsetzen sollte. In diesem Falle hätten Euer Exzellenz außer unserem oberwähnten speziellen Interesse auch zu bemerken, daß die russischerseits in Auge gefaßte Klosterrepublik ein neutrales Territorium zu bilden hätte und Kriegsfahrzeuge weder selbst halten noch in ihre Küstengewässer zulassen könnte. Falls auf der Réunion die Einverleibung der ostmazedonischen Gebiete von Drama und Kavalla in Bulgarien besprochen werden sollte, wäre seitens Euer Exzellenz zu bemerken, daß die beiden Staaten der Monarchie ein sehr bedeutendes finanzielles Interesse an der dortigen Tabaksproduktion besitzen und wir daher Reserven formulieren müssen, welche sich auf die Erhaltung des status quo bezüglich der Bedingungen der Produktion, des Ankaufes und Exportes von Tabak beziehen. Das lebhafte Interesse, welches sich in weiten Kreisen der Monarchie und in dem befreundeten Rumänien für das künftige Schicksal der Albanesen und Mazedo-Walachen kundtut, nötigt uns ferner, bezüglich jener türkischen Gebietsteile, welche an die benachbarten Balkanstaaten fallen werden, den Wunsch auszusprechen, daß die Mächte eine tatkräftige Fürsorge für diese und andere religiöse und nationale Minoritäten, zu denen auch die aus wirtschaftlichen Gründen bedeutsamen Saloniker Spaniolen zu zählen sein werden, eintreten lassen. Euer Exzellenz hätten daher in allfälligen Pourparlers dafür einzutreten, daß diesen Minoritäten das Recht auf freie Weiterentwicklung auf dem Gebiete der Religion, der Sprache und der Schule in unzweideutiger Weise verbürgt werde und zweifle ich nicht, daß auch die Vertreter der anderen Großmächte diesem durch die Gebote der Menschlichkeit gerechtfertigten Standpunkte ihre Zustimmung nicht versagen werden. In der Dette- und Koncessionsfrage wäre mit Hochdero französischem Kollegen enge Fühlung zu halten, da eine von Herrn Poincaré eingesetzte Kommission in Paris bereits die Vorarbeiten hiefür geleistet hat. Zum Schlusse möchte ich noch der Frage der von uns in Aussicht gestellten Forderung nach gewissen Grenzberichtigungen Erwähnung tun, welche Hochdieselben jedoch bei der Botschafterréunion nicht anzuregen hätten. Sollte jedoch von irgend einer Seite diese Frage aufs Tapet gebracht werden, so können Hochdieselben sich dahin informiert zeigen, daß Österreich-Ungarn sowohl mit der Türkei (Sandjak) als auch mit Serbien und Montenegro pendente Grenzfragen hat, deren Erledigung in unserem Sinne erwartet wird. Für den Fall, als auch die Frage der Donauinsel Ada-Kaleh zur Sprache gebracht werden sollte, wollen Euer Exzellenz sich darauf beschränken zu bemerken, daß dieselbe im Einverständnisse mit der Türkei seit Dezennien von k. u. k. Truppen besetzt ist und daß wir eine Regelung dieser Frage im Sinne der Einverleibung derselben in die Monarchie anstreben. Was die in Anregung gebrachte Zuziehung des Vertreters Rumäniens zu den Beratungen betrifft, wird es Euer Exzellenz Aufgabe sein, die Besprechung einer der das Königreich interessierenden Fragen zu benützen, um eine diesbezügliche Anregung vorzubringen. Es schweben mir hiebei namentlich die rumänische Inter-

essen tangierenden Fragen des Donau-Adriabahnprojektes, der Autonomisierung Albaniens sowie der Fürsorge für die nationalen Minoritäten in Macedonien vor.

a) Oe. U. Balkan 87 Nr. 166. Vgl. n. 4911, 4969 Anm. c, 5015, 5052, 5171, 5384, 5459.

Nr. 4925. Erlaß nach London, 15. Dez. 1912 Nr. 5897.a) Konz. (S. Schreibmaschine; V. u. G. Berchtold).

Obwohl der in London bevorstehenden Botschafter-Réunion von der europäischen Diplomatie wie von der europäischen öffentlichen Meinung nur die Aufgabe zugedacht wird, gewisse, einzelne Großmächte besonders nahe angehende, mit der Neuordnung der Balkanverhältnisse im Zusammenhange stehende Angelegenheiten herauszugreifen und in unverbindlicher Weise zu diskutieren, erblickt die k. u. k. Regierung in dieser zwanglosen Besprechung eine ihr gebotene Gelegenheit, über den von den anderen Mächten ins Auge gefaßten Rahmen hinaus ihre Stellung zu dem Balkanproblem als Ganzen und zu dem benachbarten Serbien zu präzisieren, ihre Politik gegenüber jener der anderen Großmächte und der Balkanstaaten ins richtige Licht zu setzen und durch eine unformelle, aber eingehende Darlegung der einschlägigen Verhältnisse auf die europäische und die Balkanpolitik im Sinne unserer Interessen entsprechenden Einfluß zu üben. Es wird die Aufgabe Euer Exzellenz sein, im gegebenen Augenblicke — wohl nach Bereinigung der einzelnen in der Réunion zur Erörterung gelangenden konkreten Fragen — in freundschaftlicher Weise die Aufmerksamkeit der Réunion darauf zu lenken, daß für Österreich-Ungarn das Thema der Balkanangelegenheiten mit einer befriedigenden Regelung einzelner Fragen, wie zum Beispiel der Hafenfrage, der Autonomie und Abgrenzung Albaniens und dergleichen nicht erschöpft sei, daß die Monarchie auch an der zukünftigen Gestaltung der politischen Verhältnisse auf der Balkanhalbinsel sehr wesentlich interessiert sei und, da sich diese von der Politik der Großmächte nicht trennen lasse, Wert darauf lege, letztere über unsere Auffassung zu orientieren. Wie bekannt, habe das mehr als 30-jährige Orientprogramm der Monarchie, auf welches ihre konservative Friedenspolitik aufgebaut gewesen sei, zwei Punkte umfaßt, an welchen Österreich-Ungarn konsequent festgehalten habe: Die Unabhängigkeit der Balkanstaaten und die Erhaltung der Türkei. Diesem Programm getreu habe Österreich-Ungarn, als der Ausbruch der Feindseligkeiten bevorstand, einerseits den zum Kriege bereiten Balkanstaaten nichts in den Weg gelegt, andererseits aber im Verein mit Rußland als Mandatar Europas bei den Balkanregierungen erklärt, daß nach dem Kriege der Status quo erhalten bleiben müsse. Es sei irrig, diese Aktion als eine im eigenen Interesse unternommene auffassen zu wollen. Es handelte sich um die Hintanhaltung einer Störung des europäischen Gleichgewichtes, welche durch diese Demarche im Interesse ganz Europas erzielt werden sollte. Die glänzenden Erfolge der Balkanstaaten haben Österreich-Ungarn sowie das übrige Europa zur Erkenntnis gebracht, daß die Türkei, welche infolge ihrer Sonderstellung auf Grund europäischer Garantien als

Element des europäischen Gleichgewichtes eine neutrale Politik kat' exochen befolgt hatte, nunmehr von den siegreichen Verbündeten werde abgelöst werden. Diese Erkenntnis sei aber nicht gleichbedeutend gewesen mit dem Verzicht auf die von der Türkei ausgeübte Gleichgewichtsfunktion. Diese müsse nunmehr von den Balkanstaaten übernommen werden; zu diesem Behufe müßten dieselben jedoch bei Wahrung ihrer vollen Unabhängigkeit die gleiche jede Aggression ausschließende Politik verfolgen, welche die Türkei vermöge ihrer internationalen Stellung und geographischen Lage bis heute stets verfolgt hatte. Andernfalls müßte die geographische Agglomeration einer so großen Anzahl von Kleinstaaten, auch wenn sie sich nicht politisch zusammentäten, eine beständige Gefahr für den Weltfrieden bilden. Was speziell unser Verhältnis zu Serbien anbelangt, sei es nur zu bekannt, daß dieses seit geraumer Zeit mit sehr kurzen Unterbrechungen ein höchst unbefriedigendes gewesen sei. Es hätten sich in Serbien seit Jahren Tendenzen entwickelt, die in das heutige System der auf wirtschaftlicher Grundlage ruhenden europäischen Großstaatenbildung mit ihren Kolonial- und weltpolitischen Bestrebungen nicht hineinpassen. Schon Lord Salisbury habe einmal gesagt, es scheine der Gang der heutigen Welt zu sein, daß die Starken immer stärker und die Schwachen immer schwächer werden. Die politische und wirtschaftliche Struktur des heutigen Europa mache es unmöglich, daß ein Kleinstaat mit einem benachbarten Großstaat in dauerndem Unfrieden lebe. Dies sei ein Prinzip, welchem sich alle europäischen Kleinstaaten mit Einschluß der anderen Balkanstaaten jederzeit anbequemt hätten und es ergebe sich, daß Serbien der einzige Kleinstaat in Europa sei, welcher unter gänzlicher Außerachtlassung der realen Machtverhältnisse ein solches den guten Sitten der Völkerfamilie widersprechendes Verhalten an den Tag lege. Bulgarien habe in Kenntnis der russischen Auffassung von Anbeginn seinen Verzicht auf Konstantinopel als seinen eigenen Entschluß deklariert. Griechenland, welches bezüglich seiner Aspirationen auf albanesisches Territorium in derselben Lage sei wie Serbien, habe einen auf anderem Gebiete sich ergebenden Anlaß benützt, um durch einen Telegrammwechsel des Ministerpräsidenten Venizelos mit Marquis di San Giuliano den freundschaftlichen Gesinnungen Griechenlands zu Italien öffentlich Ausdruck zu geben und habe ebenso getrachtet, Österreich-Ungarn gegenüber in freundschaftlichem diplomatischen Verkehre zu bleiben. Nur Serbien habe — und dies nun schon zum zweitenmale seit $3^1/_2$ Jahren — seine Aspirationen den Wünschen der Monarchie nicht nur nicht anzupassen verstanden, sondern habe sogar nunmehr zum zweitenmale durch sein Verhalten die Monarchie genötigt, wegen seiner unter Aufwendung großer Kosten außerordentliche militärische Maßnahmen zu ergreifen und damit in kurzer Frist zum zweitenmale den Weltfrieden gefährdet und der Weltwirtschaft schwere Wunden geschlagen. Dies müsse ein für allemal ein Ende nehmen. Die Monarchie habe keine Expansionsbestrebungen, sie habe dies auch jetzt beim Zusammenbruche der Türkei — gegen die einmütige Annahme ganz Europas — bewiesen. Sie verfolge eine Friedenspolitik und wolle nur ihren wirtschaftlichen und kulturellen Aufgaben leben. In dieser Friedenspolitik weiß sie sich mit ihren Verbündeten

und allen Großmächten eines Sinnes und, wie sehr der Friede beiden großen Mächtegruppen am Herzen liege, beweise das einträchtige Bemühen sämtlicher Großmächte, zu einer einvernehmlichen Lösung der jetzt zur Diskussion stehenden ernsten Fragen zu gelangen. Dieser Friedensliebe ganz Europas stelle sich das expansionslustige und gewalttätige Milieu der serbischen politischen und militärischen Kreise entgegen und nehme sich heraus, die beiden großen Mächtegruppen ad libitum zu einander in Gegensatz zu bringen. Niemand in Österreich-Ungarn negiere Serbiens Lebensberechtigung, man wünsche ihm vielmehr aufs wärmste das beste wirtschaftliche Gedeihen, wozu wir, wie bekannt, um den Preis von wirtschaftlichen Opfern bereit seien beizutragen. Auch seiner Expansion in den Grenzen jener nationalen Voraussetzungen, welche durch das für seine Struktur maßgebende Prinzip des Nationalstaates gezogen sind, werde ihm unsererseits nichts in den Weg gelegt. Wenn aber Serbien glaube, auch weiterhin sich mit den derzeit erreichten Territorialgrenzen nicht zufrieden geben und die Rolle eines Friedensstörers spielen zu sollen, so sei dies eine Sache, welche ganz Europa interessiere. Denn unter solchen Umständen werde der europäische Friede von einem Damoklesschwert bedroht sein, welches fallen zu lassen vom Belieben Serbiens abhängen sollte! Wir wünschen ehrlich, daß es nicht dazu kommen würde, daß wir durch ganz unerwartete direkte serbische Provokationen gezwungen werden könnten, dieser Situation jetzt schon ein Ende zu bereiten. Die österreichisch-ungarische Monarchie müßte jedenfalls aus der Fortdauer solcher Zustände die Konsequenzen ableiten und zum mindesten auf ihrer Hut sein, sich bis an die Zähne rüsten und unter dem Drucke einer solchen Situation zur unfreiwilligen Ursache einer Steigerung jener Wettrüstungen in Europa werden, welche Sir E. Grey unlängst in einer Rede zur charakteristischen Äußerung veranlaßt haben „Bleeding to death in peace time is worse than war". Dies seien die Gesichtspunkte, unter welchen wir im Begriffe seien, den Versuch zu machen, unsere Beziehungen zu Serbien auf eine dauernde freundschaftliche Grundlage zu stellen, welche uns hoffentlich ermöglichen werde, die uns vertragsmäßig zustehende Zustimmung zu der von Serbien angestrebten ausgedehnten Gebietserweiterung, gegen welche wir im Prinzipe nichts einzuwenden hätten, im gegebenen Momente ohne Bedenken auch definitiv aussprechen zu können. Es bleibt Euer Exzellenz überlassen, sich zu gelegener Zeit auch im Gespräche mit Hochderen Kollegen im Sinne der vorstehenden Ausführungen vernehmen zu lassen.

[a]) Vgl. n. 4979.

*Nr. **4926**. Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters, 15. Dez. 1912.[a]) Konz. (S. Hohenlohe; V. u. G. Berchtold).*

Herzog Avarna hat mir heute auftragsgemäß gesagt, daß Italien bereit sei, zu der von der provisorischen albanesischen Regierung laut Ismail Kemal Beys Äußerung[b]) sofort benötigten Summe von 100.000 bis 200.000 Kronen 50.000 Kronen beizutragen und dieselben durch das italienische Konsulat in Valona anzuweisen; er frug mich, ob wir gewillt

seien, dasselbe zu tun. Der Herr Botschafter fügte hinzu, Marquis di San Giuliano sei der Meinung, daß das von Ismail Kemal Bey in Aussicht genommene Anlehen schon jetzt gemacht werden könnte, glaubt aber, daß die bezüglichen Modalitäten wegen Amortisation und sonstige Formalitäten besser in Wien vorzunehmen seien. Ich habe Herzog Avarna erwidert, daß es mir jetzt unmöglich sei, ihm eine Antwort zu geben, da ich den Gegenstand zuerst mit den Ressort-Ministern besprechen müsse. Ich würde aber später ihm gegenüber auf die Frage zurückkommen.

[a]) Vgl. n. 4908. — [b]) Vgl. n. 4892.

Nr. 4927. Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters, 15. Dez. 1912.[a]) Konz. (S. Berchtold).

Wie mir Herzog Avarna im Laufe unserer Unterredung vom 15. d. M. mitteilte, ist Herr Sasonow, nach Inhalt eines vom italienischen Geschäftsträger in St. Petersburg, Fürsten Torretta, nach Rom gelangten Telegrammes, stark präoccupirt, daß die Stellungnahme der russischen Regierung in Bezug auf die Beratungen der Londoner Botschafter-Réunion in der öffentlichen Meinung Rußlands eine tiefe Mißstimmung hervorrufen könnte. Herr Sasonow habe zwar die Absicht nicht aufgegeben, Serbien in dessen Verlangen nach einem Adriahafen und territorialen Zugang zu demselben zu unterstützen, scheine aber mit Rücksicht auf unsere unerschütterliche Opposition einen Ausweg zu suchen, der den serbischen Wünschen bis zu einem gewissen Grade Rechnung tragend, unsere Zustimmung finden könnte. Dies sei aber ein äußerst schwieriges Problem und könne dasselbe nur dann befriedigend gelöst werden, wenn der Anschein vermieden würde, als ob wir Rußland eine diplomatische Niederlage zugefügt hätten. Der Verzicht Rußlands auf Durchsetzung der serbischen Aspirationen sollte daher in einer Form erfolgen, daß derselbe als Ergebnis einer freundschaftlichen Auseinandersetzung in Erscheinung treten sollte. Eine vorgängige Erklärung unsererseits, jede diesfällige Diskussion abzulehnen, würde die russische Regierung in größte Verlegenheit und vielleicht in die Unmöglichkeit versetzen nachzugeben. Rußland würde sein Prestige aufs Spiel gesetzt sehen und lieber in den Krieg gehen, als eine Wiederholung des Rückzuges von 1908 zuzulassen. Die raschen Kriegsvorbereitungen Rußlands und die bereits von demselben aufgestellten Streitkräfte sprechen diesfalls eine deutliche Sprache. Nach Ansicht des Fürsten Torretta würde Rußland, welches sich vollkommen über unsere intransigente Haltung und die uns hiebei gesicherte Unterstützung unserer Dreibund-Partner klar sei, in der Botschafterréunion die Frage des serbischen Adriahafens nur aufwerfen, um im Wege einer Diskussion zu einer friedlichen Lösung zu gelangen. In einer Conversation, welche Fürst Torretta mit Herrn Sasonow gehabt hätte, sei letzterer auch auf diese Frage zu sprechen gekommen und hätte die Bemerkung getan, daß jedes Problem verschiedene Lösung zulasse und mit der Cooperation aller Mächte wohl eine Lösung gefunden werden müßte, die geeignet wäre, die politische und wirtschaftliche Selbstständigkeit Serbiens sicherzustellen. Auch der deutsche Botschafter in

St. Petersburg hätte die Ansicht geteilt, daß man der schwierigen Situation Herrn Sasonows Rechnung tragen und alles vermeiden sollte, was einem „Triumphe" der Tripelallianz über die Tripelentente gleichkommen würde. Dies möchte aber der Fall sein, wenn die formelle Weigerung ausgesprochen würde, an der fraglichen Diskussion teilzunehmen. Indem mir Herzog Avarna von vorstehender telegraphischer Meldung des italienischen Geschäftsträgers in St. Petersburg Mitteilung machte, suchte er mit allerhand Argumenten auf mich einzuwirken, daß unser Vertreter bei der Londoner Botschafterkonferenz an der Diskussion über die Erwerbung eines Adriahafens durch Serbien teilnehme. Ich entgegnete dem Botschafter, daß wir großes Entgegenkommen durch Teilnahme an der Londoner Botschafterréunion bewiesen hätten, daß sich aber Graf Mensdorff bereits im Besitze seiner Instruktionen befinde und es mir nicht tunlich erscheine, dieselben wieder umzuändern. Ich könne auch nicht einsehen, welchen wesentlichen Unterschied es für Rußland mache, wenn unser Vertreter von vorneherein oder während der Diskussion seine intransigente Stellungnahme zum Ausdrucke bringe, wogegen ich auf unserem Standpunkte nicht nur aus dem Grunde beharren müsse, um jeden Zweifel über unsere Auffassung auszuschließen, sondern auch, weil ich nicht zugeben könne, daß die Abweisung des serbischen Wunsches auf territoriale Ausdehnung zur Adria für uns eine positive Errungenschaft bilde. Das unsererseits vorgebrachte Veto bringe uns nichts Greifbares ein und habe nur den Zweck, den status quo der Machtverhältnisse in der Adria aufrechtzuerhalten. Man werde daher auch hiefür uns gegenüber keine Compensationsansprüche erheben können. Die Teilnahme an der Diskussion würde aber solche Prätensionen rechtfertigen. Der italienische Botschafter, welcher sich meinen Ausführungen im Ganzen wenig zugänglich zeigte, wollte nur das letzte Argument einigermaßen gelten lassen und seine Regierung diesbezüglich informieren.

[a]) Vgl. n. 4945 Anm. b, 4997 Anm. b.

Nr. 4928. Tel. nach St. Petersburg, 15. Dez. 1912 Nr. 193 (chiffr. 11 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Berchtold).

Bezugnehmend auf Telegramm Nr. 262 vom 12. l. M. Nachstehend die Gründe, welche die Einverleibung Skutaris nach Albanien für uns von allergrößter Bedeutung erscheinen lassen: 1. Skutari bildet den Vorort unseres katholischen Kultuspatronates in Nordalbanien und ist als solcher im Interesse des Letzteren unbedingt für Albanien zu erhalten; 2. Ein lebensfähiges Albanien läßt sich nach Ausspruch aller Kenner Albaniens ohne den Besitz Skutaris und Umgebung nicht denken; 3. Bei Wegfall von Skutari würden allmählich alle derzeit nach Skutari gravitierenden albanesischen Stämme gleichfalls für Albanien verloren gehen und damit der größte Teil der katholischen Bevölkerung durch den Zwang der Umstände gegen deren Willen vom ethnisch und religiös fremden Montenegro absorbirt werden. Hiezu kommt, daß Skutari vom König von Montenegro nicht erobert werden konnte, daher demselben kein Anspruch darauf zuerkannt werden kann. Wenn russischerseits die Möglichkeit eines Sturzes

der Dynastie Niegusch in den Vordergrund geschoben und mit der Vereinigung des Königreiches mit Serbien geschreckt wird, so muß demgegenüber geltend gemacht werden, daß wir keineswegs genötigt sind, uns einer solchen Eventualität willenlos zu fügen. Schließlich wäre zu bemerken, daß Montenegro durch Gebietserweiterung im Sandjak von Novibazar, durch Gusinje und Plawa, vielleicht auch durch Erwerbung von Ipek, schadlos gehalten werden könnte, welche Acquisitionen angesichts der geringen Waffenerfolge des Königreiches als sehr ansehnlich bezeichnet werden müssen. Vorstehendes zu Ihrer Information. Falls Herr Sasonow nochmals auf diese Frage zurückkommen sollte, wollen Euer Exzellenz sich darauf beschränken, den Herrn Minister auf die Wichtigkeit Skutaris für Albanien in obbezeichnetem Sinne sowie auf die Möglichkeit, Montenegro anderwärts schadlos zu halten, aufmerksam zu machen, ohne auf die in letzterer Beziehung angegebenen Eventualitäten einzugehen.

a) Vgl. n. 4936 u. Anm. b, 4998, 5024 Anm. d.

Nr. 4929. Bericht aus Sofia, 15. Dez. 1912 Nr. 91 (eing. 18. Dez.). Ausfert.

Dem hohen Telegramme Nr. 177[a] vom 14. l. Mts. entnehme ich, dass Herr Daneff anlässlich seines Besuches in Wien wenig neues und speciell auch nichts gesagt hat, was mich veranlassen würde an meiner in dem gehorsamsten Berichte von 29. November Nr. 88 A[b] und in meinen Telegrammen Nr. 421 vom 2. d. Mts., Nr. 434 vom 5. d· Mts., Nr. 439 vom 7. d. Mts. und Nr. 445 vom 8. d. Mts. ausgesprochenen Auffassung über die Politik Bulgariens etwas zu ändern. Über die Türkei, über die Friedensverhandlungen und das bulgarisch-türkische Verhältniss äusserte sich in Wien der Kammerpräsident im Wesentlichen so wie zu mir. (Vide gehorsames Telegramm Nr. 444 vom 8. d. Mts.) Das, was er über seine Mission in Bucarest gesagt hat, war sehr allgemein; ob es aufrichtig war, muss bis auf weiteres dahingestellt bleiben. Der seitens Daneffs bezüglich Saloniks in Wien eingenommene Standpunkt war mit dem von ihm seinerzeit in Pest vertretenen nicht ganz identisch. Damals hatte der Kammerpräsident von der Schaffung eines Freihafens in Salonik in der Weise gesprochen, als ob Bulgarien auf den Besitz dieser Stadt keinen Anspruch erheben wollte, jetzt deutete er aber an, dass Salonik „bulgarisch" sein müsste und dass Bulgarien uns dort gewisse Privilegien und Vorteile commercieller Natur einräumen würde. Jedenfalls dürfte es sich empfehlen von Bulgarien rechtzeitig eine formelle Zusage und Garantieen in diesem Punkte zu verlangen. Was Serbien anbelangt, so wurde die Frage, ob und in welchem Masse Bulgarien vertragsmässig verpflichtet ist, Serbien gegen uns aktiv zu unterstützen, durch die Äusserungen Daneffs noch immer nicht aufgeklärt: „Bulgarien könne Serbien nicht lachieren, solange die serbischen Truppen vor Adrianopel stünden, dem Sofioter Cabinet wäre aber eine baldige Entscheidung der Grossmächte in der Hafenfrage willkommen, auf welche Serbien verwiesen werden könnte." Damit hat Daneff nicht mehr gesagt, als dass Bulgarien — wovon ich stets überzeugt war — der Serben halber keinen zweiten Krieg und insbesondere keinen Krieg mit

uns wünscht und nach einem guten Pretext sucht, um sich bezüglich der Adria-Aspirationen Serbiens vom letzteren loszusagen. Wenn die Grossmächte in der Hafenfrage gegen die serbischen Forderungen einmütig Stellung nehmen, würde sich Bulgarien darauf berufen und, falls die Serben sich der Entscheidung Europas nicht fügen sollten, sie ihrem Schicksal überlassen. Wie sich Bulgarien in der zweiten der möglichen Alternativen, nämlich wenn Serbien nicht vor einen uns völlig befriedigenden einstimmigen Spruch der Grossmächte gestellt werden sollte, verhalten würde, geht aus der vorangeführten Äusserung Daneffs nicht hervor und seine ergänzende Bemerkung, laut deren „die Situation nach dem erfolgten Friedensschlusse eine ganz andere sein würde", gibt ebenso wenig darüber Aufschluss, ob zwischen Serbien und Bulgarien eine Abmachung über eine eventuelle Cooperation gegen uns besteht. Nach wie vor dem Besuche Daneffs in Wien bin ich von der Überzeugung durchdrungen, dass hier keine Neigung besteht für die Serben die Kastanien aus dem Feuer zu ziehen und dass Bulgarien mit allen Mitteln trachten wird, sich Serbiens halber in keinen Krieg gegen uns, der vom Standpunkt Bulgariens eine Absurdität wäre, verwickeln zu lassen; nach wie vor glaube ich aber auch — solange das Gegenteil nicht erwiesen — nicht aus dem Auge lassen zu sollen, dass Bulgarien von der in Frage stehenden Verpflichtung Serbien gegenüber vielleicht nicht frei ist. Die Perspective der künftigen nahen Freundschaft auf wirtschaftlicher Basis, die der Kammerpräsident — wie in Pest — auch diesmal in Wien vor unseren Augen entfaltet hat, überrascht mich durchaus nicht und da ein enges Verhältniss Bulgariens zu uns in cultureller und öconomischer Hinsicht in der Natur der Dinge gelegen und für Bulgarien gewissermassen unvermeidlich ist, fehlt mir auch nicht der Glaube an die Aufrichtigkeit der diesbezüglichen Äusserungen Daneffs. Ich habe bereits in meinem mehrerwähnten Bericht vom 29. November l. J. Nr. 88 A[b]) die Erwartung ausgesprochen, dass „wenn normale Verhältnisse wiederkehren, wir unseren wirtschaftlichen Verkehr mit Bulgarien wieder aufnehmen und in besten Beziehungen mit diesem Lande leben würden." Nur jetzt, solange politische Fragen im Vordergrund stehen und die Möglichkeit eines Krieges zwischen uns und Russland nicht ausgeschlossen, kann ich den Bulgaren nicht trauen und der Umstand, dass die russophile Partei Herrn Daneffs am Ruder ist, stimmt mich umso misstrauischer. Tarnowski.

[a]) Mit Tel. Nr. 177, 13. Dez. 1912 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.) wurde n. 4891 nach Sofia mitgeteilt. — [b]) Mit Bericht Nr. 88 A, 25. Nov. 1912 (eing. 2. Dez.) wurde aus Sofia berichtet, daß nach den Äußerungen Danews in Budapest, „Bulgarien müßte in politischer Beziehung mit Rußland rechnen", alle Versicherungen Geschows und Danews, daß die künftige Politik Bulgariens von dem russischen Einflusse frei sein werde, einen äußerst problematischen Wert haben. Solange die Möglichkeit einer Krise zwischen Österreich und Rußland im Vordergrund stehe, werde Österreich „in Bulgarien mit keinem Freunde zu tun haben".

Nr. 4930. Privatschreiben aus Belgrad an Legationsrat Grafen Alexander Hoyos, 16. Dez. 1912 (eing.? vor 20. Dez.).[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. Streng vertraulich und diesmal ganz privatim wende ich mich neuerlich an Ihre Gefälligkeit, um mir eine persönliche

Orientierung zu erbitten. Während ich täglich über die hier immer mehr zur Geltung kommende Detente berichten kann, während aus Petersburg, Berlin und London immer beruhigendere Nachrichten kommen und sogar Herr von Hartwig die Segeln streichen zu wollen scheint, scheinen wir — wenigstens so verlautet es hier — unsere Kriegsrüstungen mit immer größerem Eifer zu betreiben. Wir haben — ich darf es wenigstens annehmen — unsere Forderungen Serbien gegenüber durchgesetzt, die Autonomie Albaniens scheint allgemein anerkannt worden zu sein und auch in der Adriafrage werden die Serben bestimmt nachgeben. Wenn auch die Zeitungen noch immer hetzen und die breiten Schichten der Bevölkerung und namentlich die militärischen Kreise noch immer nach Herzenslust auf uns schimpfen; die serbische Regierung und alle ernsteren Politiker wissen es, daß sie nachgeben müssen und geben sich den Anschein, Anschluß an uns suchen zu wollen. (Was in ihren innersten Herzen vorgeht, will ich dahingestellt sein lassen.) Aus kindischem Eigensinn wollen sie die offizielle Konversation noch immer nicht selbst aufnehmen und warten, daß ich darauf zurückkomme, was ich aber nicht tun kann, da mir dies mit Telegramm vom 25. November Nr. 109 kategorisch untersagt wurde. Und doch glaube ich fast, daß der psychologische Moment da wäre, die Auseinandersetzung zu beginnen, unsere Wünsche zu formulieren und erklären, was wir — nachdem man die Adriafrage als geregelt betrachten kann — von ihnen ökonomisch wünschen und was wir ihnen zugestehen können. Jetzt dürfte die Regierung eventuell zugänglicher sein, wie später. Nachdem wir unseren Willen durchgesetzt haben — ich will es wenigstens annehmen — müßten wir eine largere Geste haben, gerade wie mit einem kläffenden Hunde, der zu viel und zu laut bellt; zuerst bekommt er einen Fußtritt, dann aber wirft man ihm einen Knochen hin, um ihn — wenigstens zeitweilig — zum Schweigen zu bringen. Wir sind aber noch beim Fußtritt geblieben und das erzeugt hier große Unruhe und Nervosität. Man begreift nicht unsere fortgesetzten militärischen Vorkehrungen. Zimony ist ein wahres Heerlager, es hat dort nur das Militär das Wort, die Post wird von Offizieren abgeholt und nach ihrem Inhalte durchsucht, der Verkehr hierher ist fast ganz unterbunden, hiesige Geschäftsleute werden, sobald sie unseren Boden betreten, vielfach arretiert und dem Militärkommando übergeben, das dann über Verhaftung oder Freilassung entscheidet. Unsere Reflektoren beunruhigen nachts die Bevölkerung, unsere Patrouillenboote zirkulieren ganz nahe dem serbischen Ufer. Man frägt sich hier — und noch mehr tun dies die fremden Diplomaten — was das eigentlich heißen soll: wollen wir einen Streit um jeden Preis provozieren? Ich für meine Person glaube vielmehr, daß das nur Maßregeln sind, die zur Beruhigung der Agitation im Innern bei uns dienen sollen, doch weiß ich selbst nicht, ob meine Annahme auch wirklich richtig ist. Als ich von Budapest zurückkam, hatte ich den Eindruck, daß wir den Krieg vermeiden wollen, wenn wir dies mit Wahrung unserer Interessen und unserer Würde nur tun können. Ich habe auch meine Sprache darnach geregelt. „Entgegenkommen aber unentwegtes Festhalten an unseren Forderungen.“ Nun scheinen wir in den letztern durchgedrungen zu sein, aber mit dem ersteren (dem Entgegenkommen) bin ich augenscheinlich

im Widerspruch mit den momentanen Intentionen der k. u. k. Regierung, doch ich halte daran fest, bis ich keine weiteren Instruktionen erhalte. Solche sind mir aber seit dem Telegramm vom 25. v. M. nicht mehr zugekommen. Wollen Sie, lieber Freund, so gut sein, mir streng vertraulich und ganz privatim — soweit Sie dies tun können — einige Direktiven über die Intentionen des Herrn Ministers und über die momentane Situation zu geben, ich wäre Ihnen sehr dankbar. Ugron.

[a]) Vgl. n. 4986.

Nr. 4931. Tel. aus Berlin, 16. Dez. 1912 Nr. 317 (eing. 17. Dez. 8 U. a. m.). Entziff.

Streng vertraulich. Antwort auf Telegramm Nr. 196 von gestern. Herr von Kiderlen läßt für die freundliche Mitteilung der an Grafen Mensdorff erteilten Instruktionen verbindlichst danken. Die an Fürsten Lichnowsky ergangenen Weisungen, deren Wortlaut Herr von Tschirschky Euer Exzellenz mitteilen wird, lauten in ihren Hauptpunkten: In allen Fragen mit den Dreibundkollegen Fühlung nehmen. Anträge seien je nach Ermessen durch Mensdorff als Doyen oder durch einen der anderen Botschafter der Dreibundmächte vorzubringen, jedoch soll der betreffende Botschafter nicht im Namen des Dreibundes, sondern im Namen seiner Regierung den Antrag stellen. In der Adriafrage soll Stellungnahme nicht als Abwehr serbischer Aspirationen, sondern als Förderung der Interessen Albaniens dargestellt werden. Wunsch des Dreibundes, daß das autonome Albanien sich lebensfähig gestalte. Erste Voraussetzung hiefür, daß der neue Staat unbestrittener Herr der ganzen Küste einschließlich Valonas und San Giovanni di Meduas werde. Der in dieser Beziehung vorzulegende konkrete österreichisch-ungarische Vorschlag sei unbedingt zu unterstützen. Daß die Abgrenzung wenigstens in großen Zügen in London geregelt werde, sei schon aus dem Grunde erwünscht, weil sonst Serbien sich in den okkupierten Gebieten allzu häuslich festsetzen könnte, wo es schon jetzt Steuern und Rekruten einzuheben beginne. Serbien vollkommene politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit gewährleisten. Hiezu kommerzielles Débouché nach der Adria mit kommerziellem Hafen und Eisenbahnverbindung nach Maßgabe näher festzustellender Bedingungen. Sollte englischerseits eine spätere förmliche Konferenz in Paris vorgeschlagen werden, müsse vorherige Bindung abgelehnt und solle in die Erörterung dieses Gedankens unter Hinweis auf Mangel an Instruktionen nicht eingegangen werden. Szögyény.

Nr. 4932. Tel. nach Konstantinopel Nr. 347 (1) und Sofia Nr. 183 (2), 16. Dez. 1912 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; V. u. G. Berchtold).

1. Zu Euer Exzellenz Telegrammen Nr. 686 und 693 vom 10. und 14. l. M. Was die von Euer Exzellenz gemeldeten Anspielungen Gabriel Effendis betrifft, die Türkei würde bei den Londoner Friedensverhandlungen in der albanischen Frage einen uns genehmen Standpunkt einnehmen,

wohingegen wir der Pforte bei der Lösung anderer ihre Interessen näher berührender Fragen behilflich sein könnten, glaube ich davon absehen zu sollen, der Pforte gegenüber Wünsche hinsichtlich Albaniens zu äußern, weil sie bei ihren bezüglichen Anerbieten offenbar von der Voraussetzung ausgeht, daß wir dann ihre Wünsche gegenüber Bulgarien vertreten sollten, ein Vorgehen, welches einzuhalten wir nicht in der Lage wären. Ich würde überhaupt großen Wert darauf legen, daß Euer Exzellenz puncto der jetzigen Friedensverhandlungen alles vermeiden, was den Eindruck aufkommen lassen könnte, als ob wir oder die anderen Dreibundmächte die Türkei zu einer intransigenten Haltung ermutigen, welche Nachricht — wie Euer Exzellenz jedenfalls bekannt — wiederholt und mit Insistenz von der Diplomatie der Triple-Entente lanciert wurde. Hinsichtlich der künftigen staatsrechtlichen Stellung Albaniens beehre ich mich noch, zu Euer Exzellenz streng vertraulichen Information zu bemerken: In der Frage, ob die türkische Souveränität über das neue Staatsgebilde aufrechtzuerhalten sein wird oder nicht, haben weder wir noch Italien definitiv Stellung genommen. Unter den Gründen, welche gegen die Belassung eines solchen Bandes sprechen, zählt auch der in Euer Exzellenz Depesche Nr. 686 hervorgehobene Umstand, daß die Türkei im Falle der Belassung Albaniens unter ihrer Gebietshoheit eventuell Teile dieses Landes zum Gegenstande einer Transaktion mit Serbien machen könnte, ferner die Besorgnis, daß in diesem Falle die Katholiken im Norden und die Orthodoxen im Süden von Albanien über kurz oder lang abfallen und sich den christlichen Nachbarstaaten angliedern würden. Es dürfte für Euer Exzellenz von Interesse sein zu hören, daß sich hier verschiedene mohammedanische albanische Notablen — darunter auch Sureya Bey Vlora — gegen das Fortbestehen eines Bandes mit Konstantinopel und für einen christlichen Fürsten ausgesprochen haben.

2. Ich telegraphiere an Markgrafen Pallavicini: (Inseratur aus vorstehendem Telegramm nach Konstantinopel von: „Was die ...“ bis inklusive „... lanciert wurde“.) Vorstehendes zu Euer Hochgeboren rein persönlicher Information. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 4991.

Nr. 4933. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 16. Dez. 1912 Nr. 699 (eing. 17. Dez. 9 U. 50 M. a. m.). Entziff.

Bezüglich der Friedensverhandlungen in London sagte mir Großvezir heute, daß die Türkei es ablehne, diese auch mit Griechenland zu führen, solange dieses Waffenstillstand nicht beitrete. Ohne solchen könne sich militärische Situation ja täglich ändern und ermangle jeder festen Basis. Im Übrigen bezeichnet er die Belassung von Adrianopel als conditio sine qua non. Minister des Äußern erwähnte mir als Hauptfragen: Adrianopel, Inseln, Albanien. Pallavicini.

Tel. nach London, 16. Dez. 1912 Nr. 98 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 4936.

Nr. 4934. Bericht aus Paris, 16. Dez. 1912 Nr. 60 (eing. 18. Dez.). Ausfert.

Ich habe getrachtet, in verschiedenen gelegentlichen Konversationen mit Herrn Poincaré und Herrn Paléologue mir ein wenigstens allgemeines Bild der französischen Absichten bei der Londoner Botschafter-Réunion zu schaffen und möchte meine Impressionen nachstehend kurz resümieren. Ich glaube, die französische Regierung dürfte dem Projecte der Schaffung eines selbständigen Albaniens zustimmen. Schwierigkeiten dürfte die Frage der Délimitation bilden, doch scheint man hier die Absicht zu haben, jedenfalls die ganze Küste Albanien zuzuerkennen. Man glaubt, daß auf diese Weise die serbischen Wünsche nach territorialen Acquisitionen an der Adria im Voraus ausgeschieden werden könnten. Diese Wünsche brauchten dann gar nicht mehr zur Sprache zu kommen und es bliebe Serbien und auch Rußland erspart, extra darauf Verzicht leisten zu müssen. Ein kommerzielles Débouché für Serbien an der Adria würde man diesem Lande gerne gönnen, doch giebt man sich Rechenschaft darüber, daß, welcher Ort hiezu auch gewählt werde, der Bahnbau und die Herstellung der Hafenanlagen lange Zeit brauchen und viel Geld kosten werden, und daß diese Anlagen wohl kaum sehr rentabel sein dürften. Man meint hier aber, daß dies Serbien angehe. Hinsichtlich einer eventuellen Abtretung Scutaris an Montenegro scheint man noch zu keinem Entschluß gekommen zu sein. Man dürfte keine Einwendung erheben, mais on n'y tient pas spécialement. Die Annexion Kretas an Griechenland betrachtet man als ein fait accompli. Was mit den übrigen Inseln geschehn soll, weiß man nicht recht. Jedenfalls würde man es sehr ungern sehn, wenn eine Großmacht wie Italien oder England auf eine der Inseln Anspruch erheben sollte. Man glaubt, daß die Mehrzahl der Inseln wohl Griechenland zufallen dürfte und daß dieser bedeutende Territorialzuwachs es ermöglichen wird, die Ansprüche Griechenlands am Continent etwas zu reduzieren. Die griechisch-bulgarische Rivalität hinsichtlich Saloniks ruft hier die Hoffnung wach, daß die Alliierten einer Neutralisierung oder Internationalisierung dieses Hafenplatzes vielleicht zustimmen dürften. Daß die Türkei beim Friedensschlusse große territoriale Opfer wird bringen müssen, betrachtet man als selbstverständlich, möchte sich aber so wenig als möglich hineinmischen. Man ist so ziemlich darüber beruhigt, daß die Meerengen in türkischen Händen bleiben werden und daß daher keine Notwendigkeit vorliegt, die bestehenden Regeln hinsichtlich der Durchfahrt durch die Dardanellen und den Bosphorus zu modifizieren, worüber man sich sehr freut, denn bei den divergierenden Interessen Englands und Rußlands in dieser Frage wäre es für Frankreich sehr schwer, sowohl den Freund wie den Alliierten zufrieden zu stellen. Szécsen.

Nr. 4935. Tel. aus Rom, 16. Dez. 1912 Nr. 252 (eing. 9 U. p. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. Ich habe gestern dem Minister des Äussern die in dem hohen Telegramme Nr. 267[b] wiedergegebenen Instruktionen an den k. u. k. Botschafter in London mitgeteilt. Hiebei konstatierte ich:

1. Dass die der Consulta schon am 13. d. M. bekanntgegebenen Instruktionen an Fürsten Lichnowsky mit den unseren fast wörtlich übereinstimmen; 2. dass der von mir nach langem Kampfe herbeigeführte und von Euer Exzellenz (hohes Telegramm Nr. 263)[c] dankbar anerkannte Beschluss der hiesigen Regierung, sich hinsichtlich Ausschlusses der Diskussion serbischer Hafenfrage uns anzuschließen, schon wieder gegenstandslos geworden ist, da — was ich erst von Marquis San Giuliano erfuhr — wir unsere Haltung auf Grund der Meldungen unseres und des deutschen Botschafters in Petersburg sowie einer Einwirkung des Berliner Kabinetts geändert haben und nunmehr auf eine Diskussion jener Frage doch eingehen. Erst diese Aufklärung machte mir den ersten Satz des sechsten Alineas des hohen Telegrammes Nr. 267[b] („bei Vertretung unseres Standpunktes etc.") verständlich, welcher eine Diskussion ausdrücklich vorsieht und hiebei sozusagen statt der negativen eine positive Form der Polemik vorschreibt; 3. dass hiesiger Minister des Äussern mit den Instruktionen einverstanden ist und italienischen Botschafter in London analog anweisen wird; 4. dass man auch hier enge Fühlung der Dreibundbotschafter in London wünscht, jedoch empfiehlt, dass dieselbe, um scharfe Scheidung der zwei Mächtegruppen zu vermeiden, ihre vorher vereinbarten Äußerungen individuell und nicht nomine des Dreibundes abgeben; 5. dass in der Frage der ägäischen Inseln Italien ohne jede egoistische Idee für Autonomie werde eintreten müssen. Dieser Punkt erregt hier einige Besorgnis, da man nach Gewährung der Autonomie Annexionserklärung der Inseln an Griechenland befürchtet und daher ein Dutzend Kretafragen vorhersieht; 6. dass man hier Ansicht Herrn von Kiderlens beipflichtet, wonach Staatsschuld- und Konzessionsfrage nicht allzusehr Frankreich überlassen, sondern allseits diskutiert werden soll, da die in dieser Frage bestehende Übereinstimmung ein gutes Element für die Einigkeit der Botschafter böte. Ich mache aufmerksam, dass Russland türkische Staatsschuldvertretung meines Wissens nie anerkannt hat und nicht in ihr vertreten ist; 7. dass man italienischerseits die Eliminierung Sir A. Nicolsons als Präsidenten auf höfliche Weise durch Übertragung des Vorsitzes an den französischen Doyen herbeiführen möchte. Mérey.

[a] Vgl. n. 4943, 4945. — [b] Mit Tel. Nr. 267, 14. Dez. 1912 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.) wurde n. 4911 nach Rom mitgeteilt. — [c] Vom 12. Dez.

Nr. 4936. Tel. nach St. Petersburg Nr. 195 (1) und London Nr. 98 (2), 16. Dez. 1912 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Nemes; V. u. G. Berchtold).

Herr von Giers hat mich aufgesucht und mir die Besorgnis Herrn Sazonows mitgeteilt, die Stellung der Dynastie Njegusch könnte infolge des Krieges eine ernste Gefährdung erleiden. Der russische Minister des Äußern wolle daher meine Aufmerksamkeit darauf lenken, ob es nicht auch mir wünschenswert erschiene, daß der Besitz Skutaris bei den Verhandlungen Montenegro zugesprochen werde. Ich habe mich hierauf dem Botschafter gegenüber im Sinne meines Telegrammes

1. Nr. 193,
2. Nr. 97[b])

1.—2. vom 15. l. M. ausgesprochen. Herr von Giers schien meine Argumentationen zu würdigen und machte keinen weiteren Versuch, den Standpunkt seines Ministers zu verteidigen. Er beschränkte sich bloß darauf, mich zu fragen, ob ich bestimmte Gebiete im Auge habe, welche meiner Ansicht nach Montenegro zugesprochen werden könnten. Ich habe dem Botschafter erwidert, daß der k. und k. Botschafter in London mit diesfälligen Instruktionen versehen sei und Gelegenheit haben werde, sich auch mit seinem russischen Kollegen ins Einvernehmen zu setzen.

1. Bei diesem Anlasse bemerkte ich zu Herrn von Giers, daß Euer Exzellenz bereits beauftragt seien, falls Herr Sazonow auf diesen Gegenstand zu sprechen kommen sollte, sich im gleichen Sinne vernehmen zu lassen, wie dies meinerseits ihm, Herrn von Giers, gegenüber der Fall war.

2. Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information. Da Herr von Giers meine Argumentationen unerwidert gelassen hat, ist anzunehmen, daß die russische Diplomatie in diesem Belange nicht intransigent bleiben werde und ersuche ich Euer Exzellenz auf alle Fälle sich im Belange Skutaris unnachgiebig zu zeigen. Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 90 Nr. 169. — [b]) Mit Tel. Nr. 97, 15. Dez. 1912 (chiffr. 11 U. p. m.) wurde n. 4928 nach London mitgeteilt.

Nr. 4937. Tagesbericht über einen Besuch des russischen Botschafters, 16. Dez. 1912. Konz. (S. und G. Berchtold).

Der russische Botschafter hat am 16. bei mir vorgesprochen und mich ersucht, Seiner Majestät unserem Allergnädigsten Herrn von seinem lebhaften Bedauern Meldung zu erstatten, daß ihm infolge Absage des für den 19. d. M. anberaumt gewesenen Hofdiners nicht Gelegenheit geboten sei, Seine Majestät sehen und Allerhöchstdemselben eine Message seines kaiserlichen Herrn verdolmetschen zu können. Kaiser Nikolaus habe Herrn von Giers beauftragt, Seiner Majestät die herzlichsten Grüße seines höchsten Herrn zum Ausdrucke zu bringen und gleichzeitig zu betonen, wie sehr Höchstderselbe die weise und maßvolle Politik unseres Allergnädigsten Herrn zu schätzen wisse und wie aufrichtig sein Streben dahin gehe, in gleicher Weise auf eine friedliche Lösung der gegenwärtigen Krise hinzuwirken. Der höchste Herr gebe sich der zuversichtlichen Hoffnung hin, daß es den vereinten Bemühungen der beiden Monarchen gelingen werde, das angestrebte Ziel zu erreichen. In warmen Worten sprach der Botschafter von der Aufmerksamkeit Seiner Majestät, am Namenstage des Zaren durch Seine kaiserliche Hoheit den Herrn Erzherzog Karl Franz Joseph in Allerhöchstseinem Namen auf der russischen Botschaft die kaiserlichen Glückwünsche zum Ausdrucke bringen lassen zu wollen. Vom Obersthofmeisteramte des Herrn Erzherzogs habe er bereits diesfalls Verständigung erhalten und werde nicht ermangeln, von diesem Beweise Allerhöchster Teilnahme seinem kaiserlichen Herrn

Meldung zu erstatten. Wie Herr von Giers bei dieser Gelegenheit erwähnte, ist der Umschwung der Stimmung in der russischen öffentlichen Meinung im Sinne eines Ablenkens von der noch vor kurzem wahrnehmbaren leidenschaftlichen Animosität gegen die Monarchie auf die persönliche Einwirkung Seiner Majestät des Kaisers nach dessen Rückkehr von Spała zurückzuführen.

Nr. 4938. Bericht aus St. Petersburg, 3./16. Dez. 1912 Nr. 50 B (eing. 18. Dez.). Ausfert.

Streng vertraulich. Mein deutscher Kollege, welcher gestern einen 14-tägigen Urlaub angetreten hat, hatte kurz vor seiner Abreise eine längere Unterredung mit Herrn Sazonow und teilt meine Ansicht, daß sich beim Herrn Minister des Äußern in allerjüngster Zeit eine gewisse Nervosität zeige, welche in erster Linie durch die Meldung Herrn von Giers provoziert wurde, wonach sich bei uns eine vorläufig in vaguen Konturen gezeichnete Tendenz bemerkbar mache, anläßlich der jetzigen Krise Garantien für ein künftiges korrektes Verhalten Serbiens der Monarchie gegenüber zu erlangen. Ebenso wie mir vis-à-vis (gehorsamstes Telegramm vom 13. Dezember Nr. 265) habe Herr Sazonow auch dem Grafen Pourtalès die Befürchtung ausgedrückt, daß eine solche Tendenz, falls sie auf der Londoner Botschafter-Reunion zum Ausdrucke käme, den Gang der dortigen Besprechungen, für die er bisher die besten Hoffnungen hegte, stören könnte. Herr Sazonow sagte meinem deutschen Kollegen, er habe den kaiserlichen Botschafter in London mit den konziliantesten Instruktionen versehen; er sei hiebei von dem Standpunkte ausgegangen, daß man bei der Besprechung strittiger Fragen, wolle man den Hauptzweck der Unterhandlungen, nämlich eine einverständliche Lösung erzielen, sich vor allem in den Standpunkt des Anderen hineindenken müsse (put oneself into the other mans shoes). Graf Pourtalès hatte gestern auch eine Besprechung mit dem Herrn Minister-Präsidenten und fand ihn in optimistischer Stimmung. Er erhoffe sich von der Londoner Botschafter-Reunion die besten Resultate, da ja eigentlich alle Mächte schon jetzt über die Hauptrichtlinien einig seien und da sich diese Einigkeit ja auch auf den heikelsten Punkt, nämlich die serbische Hafenfrage erstrecke. Mein deutscher Kollege wurde durch die Sprache Herrn Kokowzows in der Überzeugung bestärkt, daß sich die russische Unterstützung der serbischen Adria-Wünsche nunmehr lediglich noch auf ein wirtschaftliches Débouché nach jenem Meere beschränken werde, was somit einer Annahme unseres von Anfang an eingenommenen einschlägigen Standpunktes gleichkäme. Die sich nach mancherlei Schwankungen nunmehr immer deutlicher akzentuierende versöhnliche Haltung der russischen Regierung ist meiner Auffassung nach auf verschiedene Beweggründe zurückzuführen, die ich in meiner Berichterstattung bereits des öfteren hervorzuheben die Ehre hatte. Am ausschlaggebendsten ist wohl die Tatsache, daß man in Rußland trotz des durch die Siege der Balkanslaven mächtig angefachten allslavischen Chauvinismus (abgesehen von einer nicht weit verbreiteten Militärpartei unter der Ägide des Großfürsten Nikolaus

Nikolajewitsch und einigen professionellen Hetzorganen) einen Krieg ohne zwingende Notwendigkeit eigentlich nirgends wünscht; daß zweitens die Haltung Englands zweifellos ernüchternd wirkte und daß last but not least die dynastischen und Thronfolge-Sorgen den hiesigen Hof gerade jetzt ernstlich beschäftigen und ihn von politischen Abenteuern ablenken. Resumierend möchte ich mir daher gestatten, die in meiner ergebensten Berichterstattung mehrfach zum Ausdruck gebrachte Überzeugung zu wiederholen, daß sowohl Herr Kokowzow als Herr Sazonow ernstlich bestrebt sind, auf eine friedliche Lösung der Krise hinzuarbeiten und nach einem Wege suchen, ihre gemäßigte und friedliche Politik nicht nur an höchster Stelle durchzusetzen, sondern auch der öffentlichen Meinung gegenüber akzeptabel zu machen. In diesem Bestreben haben sie es vermieden, die bestehenden Differenzen bisher auf das persönliche Gebiet oder auf jenes der Prestige-Politik zu lenken. Aus demselben Grunde trachten sie auch, jeder Analogie zwischen der gegenwärtigen Situation und jener von 1908 09 aus dem Wege zu gehen und sind gegen gewisse Preßäußerungen, welche diese Analogie in oft ungeschickter und inopportuner Weise hervorheben, besonders empfindlich. Die obigen Erwägungen machen es auch erklärlich, warum Herr Sazonow so große Stücke auf die Botschafter-Konferenzen hält, welche es ihm möglich machen würden, unseren Standpunkt in der serbischen Hafenfrage, mit dem er sich, wie aus seinen und des Herrn Minister-Präsidenten verschiedenen Äußerungen der letzten Zeit hervorgeht, bereits abgefunden zu haben scheint, Rechnung zu tragen, ohne daß der russischen Regierung ein Zurückweichen vor einem auswärtigen Drucke, wie zur Zeit der Annexion, vorgeworfen werden kann, was hier gegenwärtig keine Regierung riskieren könnte. Es besteht daher meiner unmaßgeblichen Meinung nach die begründete Aussicht, daß die russische Regierung fortfahren wird, auf Serbien in mäßigendem Sinne einzuwirken und daß sie sich für die Unterstützung extremer serbischer Wünsche nicht einsetzen wird, vorausgesetzt, daß diese Wünsche auf dem Wege der internationalen Diskussion eliminiert werden; daß aber die Haltung Rußlands leicht völlig umschlagen könnte, wenn wir unabhängig von der internationalen Einigung, oder derselben vorgreifend, durch selbständiges Vorgehen gegenüber Serbien, Rußlands Rückzugsbrücke zerstörten.

Thurn.

Tel. nach Sofia, 16. Dez. 1912 Nr. 183 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 4932.

*Nr. **4939.** Tel. aus Sofia, 16. Dez. 1912 Nr. 463 (eing. 17. Dez. 9 U. a. m.). Entziff.*

Aus Äußerungen eines bulgarischen Ministers geht hervor, Serben hätten — worauf man übrigens gefaßt sein konnte — Absicht, für welche alle Verbündeten gewonnen sein dürften, sich in Friedensverhandlungen von Türken Hafen und Landstreifen zuerkennen zu lassen, um uns vor eine geschehene und vertragsmäßig geregelte Tatsache zu stellen.

Tarnowski.

*Nr. **4940.** Erlaß nach Belgrad, 17. Dez. 1912 Nr. 5927.[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).*

Streng vertraulich. Die Antwort, welche Euer Hochwohlgeboren Ihrem bulgarischen Kollegen, laut Bericht Nr. 173 A vom 13. l. M., erteilt haben, daß es ganz unmotiviert sei, daß die Serben stets von uns die Einleitung einer neueren Konversation erwarten, hat meine volle Billigung gefunden. Wenn die serbische Regierung ernstlich geneigt ist, mit uns ein freundschaftliches Verhältnis zu suchen und diesen ihren Willen in irgend einer Weise unzweideutig manifestirt, wozu auch die Eisenbahn- oder andere handelspolitische Fragen einen natürlichen Anlaß bieten könnten, so wird es auch auf ein Entgegenkommen unsererseits rechnen können. Selbstverständlich ist an ein Abgehen von unserem Standpunkte bezüglich der territorialen Ausbreitung des Königreiches bis an die Adria nicht zu denken, es gibt aber auch andere Gebiete, welche ihrer Bevölkerung nach mit Recht in das künftige Albanien einzuverleiben wären, bezüglich welcher wir aber den serbischen Ambitionen entgegenkommen könnten. Ich teile vollkommen Euer Hochwohlgeboren Auffassung, daß eine Ausbreitung Serbiens nach dem Süden für uns keine Gefahr bedeutet und würde unter Umständen darin einen Vorteil erblicken, insoferne sich die serbisch-bulgarischen Gegensätze dadurch zuspitzen könnten. Eben aus diesem Grunde lege ich aber Wert darauf, daß Euer Hochwohlgeboren speziell Ihrem bulgarischen Kollegen gegenüber sich bezüglich der territorialen Ausbreitung Serbiens nach Süden die größte Zurückhaltung auferlegen. Wenn Herr Pašić, von einer Änderung unseres Standpunktes in der Hafenfrage absehend, eine Verständigung mit uns wünscht, so wird sich die Gelegenheit dazu bei den Konversationen mit dem neuen serbischen Gesandten bieten, soferne derselbe die nötigen Instruktionen nach Wien mitgebracht hat. Im übrigen hätte Serbien, was jetzt noch möglich wäre, dem Beispiele Bulgariens folgend, einen Staatsmann nach Wien senden können, mit welchem wir das Eingehen in eine Konversation gewiß nicht refusieren würden. Freilich dürfte Serbien von uns nicht erwarten, daß wir ihm unsere Unterstützung oder unser Wohlwollen in territorialen Fragen angedeihen lassen, während es uns nur leere Versprechungen bietet und im übrigen fortfährt, an seiner austrophoben Politik festzuhalten.

[a]) Vgl. n. 4986.

*Nr. **4941.** Tel. aus Belgrad, 17. Dez. 1912 Nr. 311 (eing. 9 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.*

Herr Masaryk weilt seit vorgestern wieder in Belgrad. Es hat sich hier das absurde Gerücht verbreitet, daß er im Auftrage der k. u. k. Regierung gekommen sei, um als Vermittler unsere Forderungen bekannt zu geben und zwar: 1. Aufgeben der adriatischen Küste. 2. Räumung Albaniens und 3. besonderer Eisenbahntarif für die Monarchie. Ugron.

[a]) Vgl. n. 4893.

Tel. nach Berlin, 17. Dez. 1912 Nr. 198 (chiffr. 12 U. 45 M. a. m.). Siehe n. 4943.

Nr. 4942. Privatschreiben aus Berlin, 17. Dez. 1912 (eing. 19. Dez.). Ausfert.

Letzten Mittwoch habe ich die Ehre gehabt zu einem kleinen Déjeuner im hiesigen königlichen Schlosse von Seiner Majestät Kaiser Wilhelm eingeladen zu werden. Ich hatte den damals für einige Tage hier weilenden k. und k. Botschafter i. D. Grafen Lützow seinem Wunsche gemäss zu einer Audienz bei Seiner Majestät angemeldet, und aus diesem Anlasse erging an ihn und an mich die gnädige Einladung. Ausser dem Grafen Lützow und mir waren zu diesem kleinen Frühstücke nur noch Staatssekretär von Kiderlen und der Chef des Generalstabes der Armee General von Moltke, welche beide vorher Seiner Majestät Vorträge zu erstatten hatten, eingeladen. Seine Majestät war in der glänzendsten Laune; vor Allem sagte Er mir, wie ich Euer Excellenz schon telegrafisch zu melden die Ehre hatte,[a] dass die damals soeben bekannt gewordenen Änderungen in den leitenden Stellen unserer Armee Ihn sehr überrascht hätten, doch sei Er überzeugt, dass Seine Majestät Unser Allergnädigster Herr, auch diesmal — wie immer — das Richtige getroffen habe. Insbesondere hatte Er nur Worte der aufrichtigsten Anerkennung für den neuen Chef des Generalstabes, von welchem Er — wie Seine Majestät sagte — seit jeher die allerbeste Meinung habe. Trotz des allgemeinen kriegerischen Lärms, so versicherte mir Seine Majestät, hoffe Er ganz bestimmt, dass der Friede aufrechterhalten bleibe. Unsere Vorbereitungen finde Er vollkommen entsprechend; auch diesmal gelte: si vis pacem para bellum, obwohl gerade von jener Seite, von welcher wir am meisten ein kriegerisches Eingreifen befürchten, nach Seiner Überzeugung keine Gefahr drohe. Russland brauche mehr als alle andern europäischen Staaten die Aufrechthaltung des Friedens, und die Kriegspartei, die in Russland zweifellos bestehe, werde dem Willen des Zaren und seiner beiden Hauptratgeber Kokowzeff und Sazonow entsprechend klein beigeben müssen. In Deutschland seien für die Eventualität eines Krieges keine besonderen Vorkehrungen getroffen worden, doch sei dies auch gar nicht notwendig, da ja die deutsche Armee in sechs Tagen vollkommen kriegsbereit sein könne. Dies wird mir auch von militärischer Seite bestätigt. Und wenn auch formell von Kriegsvorbereitungen in der deutschen Armee keine Rede ist, so sind doch, wie ich erfahre, Detailvorbereitungen, wie Beschlagen der Pferde und so weiter besonders im östlichen Deutschland durchgeführt, und haben die Offiziere sich ziemlich allgemein mit den für einen Winterfeldzug nötigen Ausrüstungsartikeln versehen. Wenn diese Vorkehrungen zwar auch geheim gehalten werden so scheinen sie doch ins Publikum gesickert[b] und haben nicht zum Wenigsten dazu beigetragen die bestehende Beunruhigung der Börse zu erhöhen. Wie Euer Excellenz bekannt, hat sich in den letzten Wochen wiederholt auf der hiesigen Börse eine Deroute eingestellt, bei welcher sonst ganz sichere Anlagewerte — zwar nicht in dem Masse wie es leider in Wien und Budapest der Fall war — bedeutende Cursstürze

erlitten. In ganz Deutschland ist eine aussergewöhnliche Geldknappheit zu konstatiren — das gemünzte Geld wird auch von Privatleuten stark zurückgehalten — und als Curiosum möchte ich hiebei anführen, dass einer der hervorragenden schlesischen Magnaten unlängst erklärte, er habe sich eine grössere Summe Gold angeschafft und dieselbe für den Kriegsfall in einer Bank deponirt. Auf meine Unterredung mit Kaiser Wilhelm zurückkommend möchte ich noch erwähnen, dass Sich Seine Majestät dahin geäussert hat, die Situation Österreich-Ungarns sei unter den gegebenen Verhältnissen eine ganz günstige. Österreich-Ungarn werde insbesondere von Bulgarien, welches nunmehr ein massgebender Factor am Balkan sei, förmlich umschmeichelt; auch Griechenland und Montenegro, die früher in erster Linie stets nach Petersburg schielten, richten jetzt ihre Blicke vor Allem nach Wien, und Er müsste sich sehr irren, wenn Serbien nach der bisherigen provocatorischen Haltung im entscheidenden Augenblicke nicht einlenken würde. In Betreff der Türkei meinte Kaiser Wilhelm, dass die Politik Deutschlands und Österreich-Ungarns dahin gerichtet werden müsste, diesem unglücklichen Reiche zu ermöglichen, trotz des ihm, nach den unwiederbringlichen Verlusten in Europa, daselbst verbleibenden nur geringen Landbesitzes in den Fragen des nahen Orients noch eine gewichtige Stimme zu haben. Auf eine nähere Erörterung dieses ziemlich allgemein gehaltenen Gesichtspunktes, dessen Verwirklichung wohl manchen Schwierigkeiten begegnen würde, gieng Seine Majestät nicht ein. Szögyény.

Postscriptum. Berlin, den 18. Dezember 1912. Die meisten der hiesigen Blätter beschäftigen sich heute mit der Affäre Prohaska und werfen der k. u. k. Regierung und insbesonders der Pressleitung im k. u. k. Ministerium des Äussern vor, dass sie in der Behandlung dieser Angelegenheit sehr ungeschickt vorgegangen seien, indem sie das Publikum wochenlang glauben liessen, dass in Prizrend höchst bedenkliche Dinge vorgegangen seien. Das erlösende Wort, so führen diese Blätter aus, sei zu spät gesprochen worden und es sei nun nicht mehr möglich, die durch die allzulange unwidersprochen gebliebenen Nachrichten auch auf finanziellem Gebiet verursachten unleugbaren Schäden wieder gutzumachen. Ut in litteris.

Szögyény.[c]

[a] Tel. aus Berlin Nr. 309, 11. Dez. 1912 (eing. 9 U. p. m.), im wesentlichen desselben Inhalts. — [b] So! — [c] Bleistiftbemerkung des Kabinettschefs Grafen Alexander Hoyos auf einem Umschlage des Briefes: Ich bitte um Abschrift für den Kaisereinlauf ohne das Postscriptum. Hiezu Amtsvermerk (Gröschl): factum 20. Dezember 1912.

Nr. 4943. Tel. nach London Nr. 100 (1), Berlin Nr. 198 (2) und Rom Nr. 271 (3), 17. Dez. 1912 (chiffr. 12 U. 45 M. a. m.).[a] Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

1.—3. Streng vertraulich. Herr von Tschirschky hat mir heute auftraggemäß die Bemerkungen mitgeteilt, welche die italienische Regierung zu dem Vorschlage Herrn von Kiderlens bezüglich des Vorgehens bei der Londoner Botschafterréunion gemacht hat. Die italienischen Ein-

wendungen[a]) lassen sich folgendermaßen zusammenfassen. 1. Die Anträge des Dreibundes sollten nicht in dessen Namen, sondern von einem der drei Botschafter nach Einvernahme mit seinen beiden Kollegen vorgebracht werden, da andernfalls zu besorgen wäre, daß die Botschafter der Triple-Entente gleichfalls in deren Namen gegen diese Vorschläge opponieren könnten. 2. Betreffs des Vorsitzes schiene es schwer, Sir E. Grey vorzuschreiben, daß er Sir Nicolson ausschließe. Ein Ausweg ließe sich finden, indem der Vorsitz dem Doyen, M. Cambon, angeboten würde. Dies entspräche auch besser dem Charakter einer Botschafterréunion und hätte den Vorteil zu zeigen, daß die Ablehnung von Paris als Ort der Réunion keine Spitze gegen Frankreich gehabt hat. 3. Obwohl die Delimination[b]) Albaniens durch eine internationale Kommission von Italien vorgeschlagen worden war, wünsche das römische Kabinett, sich eine bezügliche Entscheidung noch vorzubehalten. 4. Betreffs der Inseln des Ägäischen Meeres sollten unbeschadet der Unterstützung allfälliger italienischer Vorschläge zunächst die desiderata Englands abgewartet werden. Herr von Tschirschky fügte dieser Mitteilung bei, daß seine Regierung keine Bedenken gegen diese italienischen Einwendungen erhoben habe.

2. 3. Zu Euer Exzellenz vertraulicher Information füge ich bei, daß ich Graf Mensdorff von Vorstehendem mit dem Bemerken verständigt habe, daß ich bezüglich der beiden ersten Punkte dem italienischen Standpunkte voll beipflichte. Bezüglich des dritten Punktes habe er die Einsetzung einer internationalen Kommission nicht anzuregen und falls dies italienischerseits erfolgen sollte, sich eine Entscheidung vorzubehalten. Was die Inseln im Ägäischen Meere anbelangt, ist der k. u. k. Botschafter in London beauftragt, mir über eventuelle englische oder italienische Wünsche vorerst telegraphisch Bericht zu erstatten.

1. Bezüglich der beiden ersten Punkte teile ich den italienischen Standpunkt. Zu Punkt 3 bemerke ich, daß Euer Exzellenz die Einsetzung einer internationalen Kommission nicht anzuregen und, falls dies seitens Ihres italienischen Kollegen erfolgen sollte, sich eine von mir telegraphisch zu erbittende Entscheidung vorzubehalten haben. Was die Inseln im Ägäischen Meere anbelangt, wollen Euer Exzellenz mir über eventuelle englische oder italienische Wünsche vorerst telegraphisch Bericht erstatten.

Berchtold.

[a]) Vgl. n. 4935. — [b]) So!

Nr. 4944. Tel. aus London, 17. Dez. 1912 Nr. 140 (eing. 18. Dez. 10 U. a. m.).[a]) Entziff.

Erste Botschafterreunion heute nachmittags unter Vorsitz Sir E. Greys stattgefunden. Nach einigen Einleitungen und Allgemeinheiten proponierte Grey gleich Diskussion über künftige Gestaltung Albaniens und frug mich zunächst, ob ich etwas zu sagen hätte. J'ai déclaré que nous désirons que l'Albanie soit un Etat autonome et constitué de façon à être viable et à se développer indépendamment etc. Ambassadeur de Russie propose autonomie garantie par les Puissances sous souveraineté ou suzeraineté du Sultan, sous un gouverneur nommé ou confirmé par le Sultan, mais de

fait relevant des Puissances. Possibilité même d'avoir un nombre très limité de troupes turques, espèce d'escorte; en outre une gendarmerie ou force quelconque sous officiers étrangers pour assurer l'ordre. Proposition Etats balkaniques vague critiquée de différents côtés. Nous nous arrêtons à l'accord suivant à soumettre à nos gouvernements: „Autonomie albanaise garantie et controlée exclusivement par les six Puissances sous la souveraineté ou suzeraineté du Sultan. Il est entendu que l'administration est exclusive de tout élément turc. Les deux gouvernements d'Autriche-Hongrie et d'Italie sont invités à indiquer leurs vues générales sur l'organisation future de cet Etat autonome." Letzter Vorschlag ließ sich nicht gut abweisen und bitte ich diesbezüglich um Weisung. Sir E. Grey persönlich war auch gegen russische Idee, selbst limitierter türkischer Truppen. Ich habe Eindruck, daß Rußland nicht darauf bestehen wird und sich mit nomineller Suzeränität des Sultans begnügen wird. Bestellung des Gouverneurs, Gendarmerie etc. käme unter die allgemeinen Gesichtspunkte, welche man von der k. u. k. und der italienischen Regierung zu hören hofft. Der nächste Punkt war der schwierigste, der die Grenzen des künftigen Albanien.*b)* Ich vertrat unseren Standpunkt, daß kein ausschließlich von Albanesen bewohntes Gebiet vom künftigen autonomen Staate abgetrennt werde. Russischer Botschafter erklärte das wichtige Prinzip, daß Albanien an Montenegro beziehungsweise an Griechenland grenzen soll, wodurch Frage einer serbischen territorialen Ausdehnung zur Adria endgiltig beseitigt ist. Mein Standpunkt, daß im Norden die jetzige Grenze mit Montenegro bestehen bleiben soll, weil gerade dort ausschließlich albanesische Bevölkerung, stieß auf Widerspruch meines russischen Kollegen. Nach langer Diskussion verfaßten wir folgende Formel: „Séance d'ouverture accorde que les frontières de l'Albanie autonome et du Monténégro au nord et de la Grèce au sud seront en tout cas limitrophes." Je précise encore une fois le point de vue de mon gouvernement qu'aucun territoire habité exclusivement par des Albanais soit détaché de l'Albanie autonome future. Ambassadeur de Russie déclare qu'il ne peut pas se rallier à ce point de vue attendu qu'il implique une ingérence dans les négociations en cours entre le Monténégro et la Turquie et qu'il devra porter ce point de vue à la connaissance de son gouvernement. Ambassadeur d'Italie n'a pas encore recu d'instructions à ce sujet. Le dernier point concernant accès commercial de la Serbie a causé beaucoup moins de difficultés. Sur la proposition russe et après discussion on a rédigé „qu'un accès commercial sera réservé à la Serbie par un port albanais libre et neutre desservi par un chemin de fer international sous le contrôle européen et mis sous la garde d'une force spéciale internationale avec liberté de transit pour toutes les marchandises y compris les munitions de guerre." Ich glaubte instruktionsgemäß zu handeln, in diesem Punkte größtes Entgegenkommen zu zeigen. (Als Eisenbahn ist Donau-Adriabahn gedacht mit Terminus an einem albanesischen Hafen, den Eisenbahnbaugesellschaft wählen würde. Spezielle Schutzwache, die eventuell mit albanesischer Gendarmerie in Verbindung gebracht werden kann, wurde für notwendig erachtet, da sonst keine Gesellschaft Bau oder Betrieb der Eisenbahn übernehmen würde).

Schwierigkeit wird Frage von Skutari bilden. Graf Benckendorff sagte mir nachher privat, es sei sehr schwer für Rußland, das uns zu Liebe schon so sehr auf Serbien gedrückt hat, jetzt auch auf Montenegro zu drücken; das könnte Explosion hervorrufen. Ich erwiderte, meine Regierung sei in diesem Punkte intransigent und ich glaube, man sei zwischen Euer Exzellenz und Herrn Sazonow direkt in Verbindung. Morgen soll über Grenzen des künftigen Albaniens gegen das Hinterland gesprochen werden.

Mensdorff.

[a]) Oe. U. Balkan 91 Nr. 170. Vgl. n. 4954, 4973, 4977, 4988 Anm. a, 5041, 5070, 7081, 7154, 7654, 9487. — [b]) So!

Tel. nach Rom, 17. Dez. 1912 Nr. 271 (chiffr. 12 U. 45 M. a. m.). Siehe n. 4943.

Nr. 4945. Tel. nach Rom, 17. Dez. 1912 Nr. 273 (chiffr. 11 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 252 vom 16. l. M. Aus meiner Unterredung mit Herzog Avarna — vide mein heutiges Telegramm Nr. 272[b]) — werden Euer Exzellenz entnommen haben, daß ich mich auch gegenüber dem unter italienischer Vermittlung unternommenen Versuche, meinen Standpunkt bezüglich Ausschlusses einer Diskussion der Frage des territorialen Aczesses Serbiens an die Adria zu modificieren, unnachgiebig gezeigt habe. Das in Hochdero obzitiertem Telegramme erwähnte Alinea meines Telegrammes Nr. 267[c]) (Bei Vertretung unseres Standpunktes etc.) ist, da eine gegenteilige Instruktion an Grafen Mensdorff nicht ergangen ist, dahin aufzufassen, daß dieser Standpunkt nach wie vor der ist, daß der Botschafter unter keinen Umständen an einer Diskussion werde teilnehmen können, welche die territoriale Ausbreitung des Königreiches bis an die Adria, respektive den Erwerb eines Hafens an derselben zum Gegenstande hat. Um dem von unseren Alliirten ausgesprochenen Wunsche, die russische Empfindsamkeit zu schonen, möglichst Rechnung zu tragen, ist Graf Mensdorff angewiesen worden, bei Vertretung unseres Standpunktes, nämlich der Nichtteilnahme an einer Diskussion im obigen Sinne, zu vermeiden, denselben als eine Abwehr der serbischen Aspirationen darzustellen, vielmehr denselben als eine Förderung der Interessen Albaniens zu begründen. Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information und Regelung Ihrer Sprache Marquis di San Giuliano gegenüber.

Berchtold.

[a]) Vgl. n. 4964, 4997. — [b]) Mit Tel. Nr. 272, 17. Dez. 1912 (chiffr. 10 U. p. m.) erfolgte die Mitteilung von n. 4927 nach Rom. — [c]) Vgl. n. 4935 Anm. b.

Unterredung mit dem ital. Botschafter, 17. Dez. 1912. Siehe n. 4963.

Nr. 4946. Bericht aus Rom, 17. Dez. 1912 Nr. 86 A (eing. 20. Dez.). Ausfert.

Dem hiesigen Usus entsprechend war ich nach der Rückkehr Seiner Majestät des Königs nach Rom um eine Privat-Audienz eingeschritten,

welche mir Höchstderselbe am 2. l. M. gewährte. Ich entrichtete dem König zunächst die Grüsse Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät, wofür der König seinen wärmsten Dank an Allerhöchster Stelle zu verdolmetschen mich beauftragte. Hieran schloss sich die Erkundigung um das Befinden, den Sommeraufenthalt und verschiedene Details der Lebensweise Seiner Majestät, unseres Allergnädigsten Herrn, sowie bewundernde Worte über Allerhöchstdessen körperliche und geistige Frische und unermüdliche Tätigkeit. Sodann gieng der König auf den Balkankrieg über. Bezüglich der Türken meinte er, sie seien nur stark in der Defensive, bei welcher es sich um Zähigkeit, Tapferkeit, fatalistische Ausdauer handle und wo Geschick der Führer und Schulung der Truppen keine Rolle spiele. Das zeige sich in der monatelangen Verteidigung von Adrianopel, Scutari und Janina. Dagegen müssten sie im offenen Kampfe gegen mehr oder minder moderne Armeen unterliegen, da ihre Generäle keine Begriffe von Strategie und Taktik hätten, und die Truppen mit den jetzigen complicierten Feuerwaffen nicht umzugehen verständen. Als weitere Mängel der türkischen Armee seien hiezu die Einreihung der Christen, die politische Zersetzung des Officierscorps und die gänzliche Unzulänglichkeit des Verpflegswesens gekommen. Schliesslich scheine man bulgarischerseits im letzten Momente den türkischen (vom Feldmarschall von der Goltz ausgearbeiteten) Feldzugsplan, welcher vor allem einen bulgarischen Angriff auf Adrianopel voraussetzte, erfahren und infolgedessen die eigene Taktik geändert und zunächst den Hauptangriff von Nordosten her auf Kirklisse unternommen zu haben. Durch diese Umarbeitung des bulgarischen Feldzugsplanes in letzter Stunde erkläre sich die in der bulgarischen Mobilisierung eingetretene auffällige Verzögerung. Der bulgarischen Armee zollte Seine Majestät grosse Anerkennung, constatierte aber, dass sie sich dermalen in ziemlich erschöpftem Zustande zu befinden scheine. Bezüglich Serbiens sagte der König, es freue ihn, dass es seinem Schwager, der im Grunde ein so trauriges Leben hinter sich habe und einer der anständigsten, loyalsten Menschen sei, die es gebe, vergönnt gewesen sei, die Siege seiner Armee zu erleben. Allerdings höre er, dass König Peters Gesundheitszustand ein sehr schwankender sei. Prinz Georg sei „un toqué"; dagegen besitze der Kronprinz eine nicht geringe Intelligenz, sei ernst und eifrig und habe sich auch im Kriege gut gehalten. Das definitive Besetzen rein albanesischer Gebiete seitens Serbiens würde der König für einen Fehler halten, da die Serben nicht die Macht besässen, mit dem albanischen Elemente fertig zu werden. Auf Montenegro übergehend bemerkte der König, er wisse nichts genaues über den Stand der dortigen Operationen, „car je n'écris pas à mes beaux-parents", wie er etwas geringschätzig hinzufügte. Für Montenegro, welches mit Mühe eine nicht zahlreiche Armee aufstellen konnte, würden die starken Verluste am meisten fühlbar sein. Von den griechischen Siegen hält der König nicht viel. Es seien den Griechen nie grössere feindliche Körper gegenübergestanden. Schliesslich sprach der König von Albanien, dessen Küste er als Kronprinz bereist hat. Er hob verschiedene Rassen-Eigentümlichkeiten der Albanesen hervor und erwähnte, dass es in Süd-Italien und Sicilien gegen 80 italo-albanesische

Gemeinden gebe. Auch Crispi, ferner ein hervorragender italienischer General und ein italienischer Dichter seien Albanesen gewesen. Der König frug mich sodann, ob schon ein Anwärter für den Thron Albaniens in Aussicht stehe, und ob der egyptische Prinz Achmed Fuad Bey Chancen habe. Ich erwiderte (es war dies noch vor Erhalt des hohen Telegrammes Nr. 232), ich wüsste, dass dieser Prinz in Wien seine Candidatur aufgestellt und auf Euere Excellenz einen guten Eindruck gemacht habe. Der König äusserte sich hierauf gleichfalls sehr günstig über Achmed Fuad Bey, mit dem Beifügen, dass die Stellung des künftigen Staatsoberhauptes Albaniens eine wenig beneidenswerte sein werde. Mit Ironie sprach der König sodann von der Candidatur Don Aladro Castriotas, indem er darlegte, dass derselbe überdies nur in weiblicher Linie von den Castriotas abstamme, während die beiden directen Nachkommen dieser Familie, der Marchese di Auletta und dessen Vetter, in Neapel lebten. Nachdem der König sich noch nach Euerer Excellenz und der Gräfin Berchtold erkundigt und mit Bedauern das bei der Entrevue in Pisa und Florenz herrschende schlechte Wetter erwähnt hatte, war die Audienz zu Ende. Wenn man sich erinnert, dass meine Vorgänger auf diesem Posten es unliebsam empfanden, dass der König im Gespräche mit ihnen nie von Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät Notiz genommen und grundsätzlich jedes politische Thema vermieden habe, so liefert auch diese Audienz wieder einen Beweis dafür, dass in dieser Beziehung eine erfreuliche Änderung in der Haltung des Königs eingetreten ist. Mérey.

Nr. 4947. Bericht aus Rom, 17. Dez. 1912 Nr. 86 F (eing. 20. Dez.). Ausfert.

So oft der hiesige Minister des Äußern auf unsere Stellungnahme zu dem Balkankriege zu sprechen kommt, unterläßt er nicht, anzuerkennen, wie mäßig, conciliant und versöhnlich dieselbe im allgemeinen sei. In letzterer Zeit fügt er aber in der Regel hinzu, es scheine ihm, daß wir nunmehr unsern,[a)] seiner Ansicht nach anfangs vielleicht allzu rasch und allzusehr restringierten Forderungen allmählich erweitern und speciell Serbien gegenüber mit jedem Tage mehr verlangen würden. Auch die diesbezüglich von Euerer Excellenz mit dem hohen Telegramme Nr. 252 mir an die Hand gegebenen Darlegungen waren, wie ich Euerer Excellenz mit meinem Telegramm Nr. 245 zu melden die Ehre hatte, nicht darnach angetan, diesen Eindruck des Marchese di San Giuliano zu zerstreuen. Von unserer bereits wiederholt erklärten Absicht, weder die politische noch die wirtschaftliche Selbständigkeit Serbiens antasten zu wollen, nahm der Minister befriedigt Act, mit dem Beifügen, daß dies allerdings selbstverständlich sei. Aus diesem Grunde habe er auch die von einigen Blättern gebrachte Nachricht nicht ernsthaft genommen, wornach wir eine Herabsetzung oder Limitierung der serbischen Wehrmacht verlangen würden. Was ihm aber nach wie vor nicht klar sei, wären die Garantien, welche Serbien uns bezüglich seiner künftigen politischen Haltung geben solle. In welcher Form könne überhaupt ein selbständiger Staat dem anderen

für die Zukunft eine Gewähr hinsichtlich seiner Haltung geben? Als ich erwiderte, Serbien könnte immerhin durch Erklärungen seinen guten Willen zeigen, mit uns pro futuro freundnachbarliche Beziehungen zu pflegen, meinte der Minister, hierin läge noch immer keine Gewähr und bei einem Cabinetswechsel in Serbien verlören solche Erklärungen ihre Bedeutung. Worauf der Minister aber besonders insistierte, war, daß man sozusagen niemanden zur Liebe zwingen könne und daß ihm unsere militärischen und sonstigen Drohungen gegen Serbien das schlechteste Mittel schienen, um ein freundliches Verhältnis mit diesem Lande zu erreichen. Der Haß gegen uns könne hiedurch doch nur erzeugt oder, wenn er schon bestehe, vermehrt werden. Eine teilweise Aufklärung unserer nach Ansicht des Marchese di San Giuliano, mit Ausnahme der Hafenfrage, so vagen Forderungen an Serbien konnte ich dem Minister auf Grund des hohen Telegrammes Nr. 264 geben, in welchem doch zwei concrete Anlässe einer concilianten Haltung Serbiens: die Consuls- und die Bahn-Frage, erwähnt sind. Da die Consulsfrage auf Grund des bisher bekannt gewordenen Ergebnisses der Untersuchung viel von ihrer vermeintlichen Bedeutung verloren zu haben scheint und die Bahnfrage sich wohl auch nicht zu einem Conflicte eignet, gewann der Minister des Äußern aus dieser Mitteilung einen sehr beruhigenden Eindruck. Er bemerkte, daß ja voraussichtlich auch die serbische Hafenfrage einer befriedigenden Lösung werde zugeführt werden können, daß die Autonomie Albaniens gleichfalls kaum einer principiellen Gegnerschaft begegnen werde, daß er somit keinen denkbaren ernsten Conflictsstoff erblicke, daher aber die in ganz Europa aufgeworfene Frage begreife, welchem Zweck unsere umfangreichen militärischen Vorbereitungen eigentlich dienen. Ich glaubte dem Minister auf dieses Terrain umsoweniger folgen zu sollen, als ich außer der laufenden Correspondenz über die einzelnen in Verhandlung stehenden Fragen keinerlei allgemeine autentische Orientierung über die Situation, noch speciell über Anlaß, Umfang und Zweck unserer militärischen Maßnahmen besitze. Mérey.

a) So!

Nr. 4948. Tel. aus Sofia, 17. Dez. 1912 Nr. 468 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Rumänischer Gesandter heute nach Bukarest abgereist. Obwohl ich ihn gestern abends gesehen, hat er seine Reiseabsicht nicht erwähnt. Tarnowski.

a) Vgl. n. 4970 Anm. b.

Nr. 4949. Tel. aus Sofia, 17. Dez. 1912 Nr. 470 (eing. 18. Dez. 9 U. a. m.). Entziff.

Konfident meldet: Ein Kabinettsminister sagte ihm, Krieg zwischen uns und Serbien würde unbedingt Krieg mit Rußland hervorrufen. Da Krieg zwischen Österreich-Ungarn und Rußland später oder früher unvermeidlich, sei erwünscht, daß baldigst dazukomme, wonach lange Friede gesichert und Bulgarien dann endlich wissen würde, wie seine Politik orientiert.

Ob Bulgarien Serbien gegen Österreich-Ungarn aktiv unterstützen werde, werde von weiterer Entwicklung der Dinge speziell auch von Haltung Rumäniens abhängen. Man glaubt hier aber, daß Rumänien sich auf Seite Rußlands stellen werde. Hiesiger Korrespondent der „Nowoje Wremja" hätte Konfidenten gesagt, in Rußland wünsche man Krieg mit Österreich-Ungarn. Rußland hätte zwei erbitterte Feinde, Österreich-Ungarn und China; da letzteres derzeit militärisch null, sei für Rußland erwünscht, mit ersterem gleich abzurechnen. Tarnowski.

Nr. 4950. Tagesbericht über einen Besuch des serbischen Gesandten, 18. Dez. 1912.[a]) Konz. (S. und G. Wickenburg).

Der neuernannte serbische Gesandte hat mich heute aufgesucht und hat eine Conversation zwischen uns stattgefunden, deren Inhalt sich in folgendem resumieren läßt. Herr Jovanović begann damit, daß er in einer sehr schwierigen Zeit seinen Posten antrete. Er halte es für seine Aufgabe, sich zu bemühen, Mißverständnisse, die in der Monarchie und in Serbien bezüglich des Verhältnisses zu einander bestehen, aufzuklären. Er betonte, wie wünschenswert das Schaffen eines guten freundnachbarlichen Verhältnisses zwischen der Monarchie und Serbien wäre; die Dispositionen zu einem solchen besonders auch auf wirtschaftlichem Gebiete, seien in Serbien vorhanden. Endlich klagte er über die Abgeschlossenheit Serbiens vom Meere. Ich erwiderte, daß, meiner Ansicht nach, es gerade auf dem Terrain, auf welchem ich mit ihm zu verkehren habe, möglich wäre, zu Übereinstimmungen zu gelangen, die geeignet wären, Mißstimmungen auf politischem Gebiete zu klären. Ich wäre auch bereit, falls mein Minister dem zustimmt, in diesbezügliche Konversationen mit ihm einzutreten, vorausgesetzt, daß er in der Lage wäre, politische Themata, wozu ich auch die Adriafrage, soferne sie territorialen Charakter hat, rechne, von den wirtschaftlichen zu trennen und auszuschalten. Hiezu möchte ich noch erwähnen, daß ein rein wirtschaftliches débouché an die Adria von unserer Seite nicht abgelehnt wurde und wir diesbezüglich auch in dem Rahmen der wirtschaftlichen Erörterungen sprechen könnten. Im Verlaufe dieser Conversationen würde er sich gewiß über gute Dispositionen von unserer Seite überzeugen. Ich hatte den Eindruck, daß Herr Jovanović über diese Sprache erfreut war und wir schieden damit, daß er trachten werde, je eher auf dieser Basis in Conversationen einzutreten.

[a]) Vgl. n. 4910, 4986.

Nr. 4951. Tel. aus Berlin, 18. Dez. 1912 Nr. 320 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Geheim. Staatssekretär bittet mich, Euer Exzellenz zu melden, er erfahre aus streng geheimer, aber absolut sicherer Quelle, daß Graf Benckendorff im Auftrage seiner Regierung der Botschafterréunion folgende Vorschläge machen werde: 1). Albanien autonome Provinz unter Souveränität der Pforte, die dort Truppen in beschränkter Zahl zu halten berechtigt wird. 2). Neutralisierung Albaniens und seiner Küste; keine Macht soll

einen überwiegenden Einfluß ausüben dürfen. Serbien erhält Recht freier und zollfreier Verbindung mit dem Meere durch albanesisches Territorium auf den Bahnen, die Serbien mit Albanien verbinden werden. 3). Grenze annähernd: Im Norden eine Linie vom adriatischen Meere den Lauf des Drins entlang bis zur Mündung des weißen Drins, im Osten von diesem Punkte den Drin entlang zum Ochridasee und weiter in gerader Richtung etwas östlich nach Konica, von wo die südliche Grenze in gerader Richtung bis Delvino zum Meere führen würde." Nach Meldung Fürsten Lichnowskys habe russischer Botschafter Punkt 1) und 2) vorgebracht. Herr von Kiderlen meint, daß Punkt 3) demnächst nachfolgen werde. Staatssekretär bittet Euer Exzellenz, Vorstehendes streng geheim behandeln und, falls Hochdieselben die Mitteilung Grafen Mensdorff zur Kenntnis bringen wollen, in keinem Falle zu erwähnen, daß dieselbe von deutscher Seite herrühre. Szögyény.

Tel. nach Bukarest, 18. Dez. 1912 Nr. 86 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 4966.

Nr. 4952. Tel. aus Bukarest, 18. Dez. 1912 Nr. 100 (eing. 10 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Wie mir Minister des Äußern eben mitteilt, befindet sich hiesige Regierung ohne authentische Nachrichten über endgiltiges Schicksal Vorschlages Wiener Kabinettes bezüglich der Partizipierung Rumäniens an Londoner Botschafterkonferenz und ersuchte mich um Auskunft. Da seit Depeschen Nr. 75, 76,[b] 77[c] vom 8. d. M. diesbezüglich keine Mitteilungen erhielt, konnte ich Minister nicht aufklären. Da man hier auch wegen der Herrn Mișu zu erteilenden Instruktionen dieser Angelegenheit das größte Interesse beimißt, ersuche ich Euer Exzellenz um geneigte ehetunlichste Weisung. K. E. Fürstenberg.

[a] Vgl. n. 4969. — [b] Mit Tel. Nr. 76, 7. Dez. 1912 (chiffr. 8. Dez. 12 U. 40 M. a. m.) erfolgte die Mitteilung von n. 4803 nach Bukarest. — [c] Mit Tel. Nr. 77, 7. Dez. 1912 (chiffr. 8. Dez. 1 U. a. m.) erfolgte die Mitteilung von n. 4801 nach Bukarest.

Nr. 4953. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 18. Dez. 1912 Nr. 706 (eing. 19. Dez. 11 U. 40 M. a. m.).[a] Entziff.

Von deutschem Kollegen erfahre ich, daß französischer Botschafter ihn gestern zu dem Zwecke aufgesucht, um ihm nahezulegen, der Pforte auch seinerseits ein Nachgeben in der Frage von Adrianopel zu empfehlen, wobei Bompard darauf hinwies, daß ein Scheitern der Friedensverhandlungen und die Fortführung des Krieges unter Umständen den Zerfall auch der asiatischen Türkei nach sich ziehen könnte. Baron Wangenheim sagte mir, daß er auf Grund der von seiner Regierung erhaltenen Instruktionen Gabriel Effendi schon einmal in Nachgiebigkeit anratender Weise gesprochen habe und dies nun zu wiederholten gedenke (diese Instruktionen waren wohl die in Euer Exzellenz Telegramm Nr. 346[b] von gestern erwähnten); sie beauftragen Baron Wangenheim, den türkischen Staatsmännern auch vor Augen zu führen, daß die Türkei bei Wiederaufnahme des Krieges noch von anderer

Seite (Rußland?) angegriffen werden könnte. Französischer und russischer Botschafter trachteten heute, mir darzulegen, daß es sehr vorteilhaft wäre, wenn sämtliche Botschafter der Pforte den Verzicht auf Adrianopel anraten würden, da ihr dieses Vorgehen Europas eine Deckung gegenüber den Jungtürken böte, die Angst vor welchen sie zur Unnachgiebigkeit treibe. Auch klammere sie sich derzeit an die Hoffnung, daß ein von Österreich-Ungarn unternommener Krieg die ganze Situation ändern könnte; es liege also ganz in unserer Hand, sie durch Teilnahme an dem unifizierten Ratschlag zum Nachgeben zu bestimmen. Herr von Giers und Herr Bompard wiesen auch darauf hin, daß es gar nicht im Interesse der Türkei wäre, Adrianopel zu behalten, da das rechte Maritzaufer und mit ihm die Bahnverbindung bulgarisch würden. Grenze Midia—Enos wäre viel natürlicher und verteidigungsfähiger. Gabriel Effendi war mir heute (er hatte eben eine Unterredung mit Herrn von Giers gehabt) betreffs der Erhaltung Adrianopels weniger zuversichtlich als bisher erschienen. Pallavicini.

a) Vgl. n. 4972. — *b)* Mit Tel. Nr. 346, 16. Dez. 1912 (chiffr. 11 U. p. m.) wurde n. 4898 nach Konstantinopel mitgeteilt.

Nr. 4954. Tel. aus London, 18. Dez. 1912 Nr. 141 (eing. 6 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

In Ergänzung meines gestrigen Telegrammes Nr. 140. On a proposé que „l'Albanie autonome sera neutralisée". Comte Benckendorff accepte ad referendum, comme il n'était autorisé accepter neutralisation que pour le littoral et les ports. J'ai remarqué chez l'ambassadeur de France certaine tendance de reparler de la probabilité d'une conférence ultérieure, comme par exemple, quand j'ai expliqué que les gouvernements se réserveraient sans doute de donner leur assentiment à la totalité des modifications territoriales et autres. Proposition russe que l'Albanie autonome soit sous „souveraineté ou suzeraineté du Sultan" a été appuyée le plus par mon collègue allemand. Fürst Lichnowsky war der Ansicht, wir müssten Russland Entgegenkommen zeigen, nachdem es in der Hafenfrage den serbischen Standpunkt hat fallen lassen. Sir E. Grey était de mon avis qu'il fallait éviter tout ce qui ressemblerait à ingérence turque dans l'Albanie future autonome. Ma remarque que sous aucun prétexte l'Albanie ne pouvait redevenir une province ottomane a été adoptée par tous et cette idée est exprimée dans la rédaction de la phrase „il est entendu que l'administration est exclusive de tout élément turc". Mensdorff.

a) Vgl. n. 4977, 4982 Anm. b, 4988 Anm. b.

Nr. 4955. Tel. aus London, 18. Dez. 1912 Nr. 142 (eing. 5 U. 50 M. p. m.).[a] Entziff.

Sir E. Grey hat die Absicht, unsere Botschafterbesprechungen von Freitag den 20. dieses Monats bis zum letzten laufenden Monats oder (anfangs)[b] Jänner zu vertagen und über Weihnachten fortzugehen. Mensdorff.

a) Oe.-U. Balkan 94 Nr. 176. — *b)* Chiffre fehlt.

Nr. 4956. Tel. aus London, 18. Dez. 1912 Nr. 143 (eing. 10 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Vertraulich. Herr Danew war eben bei mir, ganz kurzer Besuch. Er will in den Friedensverhandlungen in kürzester Zeit feststellen, ob weitere Verhandlungen mit der Türkei zum Abschlusse des Friedens möglich sind oder Abbruch stattfinden muß. In letzterem Falle ist er für sofortige Wiederaufnahme des Krieges. Bezüglich Albaniens ist seine formula, die er auch Sir E. Grey mitgeteilt hat, die folgende: „La Turquie cède ses territoires (à définir) aux alliés à l'exception de l'Albanie dont les frontières et le statu politique seront déterminés par les Grandes Puissances." Bezüglich Saloniks trug er mir die Euer Exzellenz bekannten Gründe vor, die in unserem Interesse dafür sprechen, daß es bulgarisch werde und meinte, er sei etwas enttäuscht gewesen, daß man ihm in Wien nicht bestimmt zugesagt habe, Salonik Bulgarien zu geben. Ich erwiderte, indem ich ihm im allgemeinen von den guten und wohlwollenden Gesinnungen sprach, die bei uns für Bulgarien bestehen. Bezüglich der Inseln sagt mir Herr Danew, die vor Ausfahrt der Dardanellen und unmittelbar an kleinasiatischer Küste könnten wohl schwer griechisch werden. Sir E. Grey habe sich ihm gegenüber aber dagegen ausgesprochen, sie der Türkei zu belassen und schien mehr geneigt, sie griechisch werden zu lassen mit Garantie, daß sie nicht befestigt und keine navale Basis werden können. Herr Danew wird zu eingehenderer Unterredung einen der nächsten Tage bei mir frühstücken. Mensdorff.

[a] Oe. U. Balkan 94 Nr. 177. Vgl. n. 4978, 4983.

Nr. 4957. Tel. aus London, 18. Dez. 1912 Nr. 144 (eing. 19. Dez. 8 U. a. m.).[a] *Entziff.*

Bei Beginn heutiger zweiter Botschafterréunion wurde ich aufgefordert, über die Ostgrenze des künftigen Albanien mich zu äußern. Ich wiederholte unseren Standpunkt, ausschließlich von Albanesen bewohnte Teile müßten Albanien gehören. Zeigte an der Hand einer mir von Baron Giesl gegebenen Nationalitätenkarte, wie weit landeinwärts Albanesen reichen; legte Hauptgewicht auf Nordgrenze und Beibehaltung der jetzigen Grenze mit Montenegro. Ansicht sämtlicher Kollegen, daß wir mit ethnographischen Konsiderationen nicht weiterkommen können. Sie baten mich alle, auf einer Karte die Linie zu bezeichnen, in welcher wir uns das künftige Albanien denken. Nachdem in der mir mitgegebenen Karte Dr. Vogels Prisren, Ipek und Ochrida außerhalb Albaniens gelassen sind, nach Euer Exzellenz Weisung diese aber schon als Kompensationsobjekte zu verwerten wären, glaubte ich, gedachte Karte nicht vorlegen zu dürfen. Darf ich mit Hilfe Baron Giesls und Sektionschef Ippens ähnliche Karte, jedoch zu Verhandlung technischer Zwecke mit Einschluß Ipeks, Prisrens und Ochridas, sowie mit Berücksichtigung neuester toskischer Wünsche an der Südgrenze herstellen lassen und diese bei unserer nächsten Réunion, welche übermorgen, Freitag, stattfindet, als Basis Verhandlungen vorlegen. Bitte um dringende Antwort. Italienischer Kollege sagte mir, betreffs Grenzen seien ihm von Marquis di San Giuliano neue Instruktionen in Aussicht gestellt, die noch nicht eingetroffen sind. Mensdorff.

[a] Oe. U. Balkan 92 Nr. 173. Vgl. n. 4960, 4974, 5012, 5017 Anm. b, 5024 Anm. a.

Nr. 4958. Tel. aus London, 18. Dez. 1912 Nr. 145 (eing. 19. Dez. 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Bei heutiger Botschafterreunion teilte uns Sir E. Grey mit, serbischer Geschäftsträger habe ihm heute gesagt, serbische Delegierte bei der Friedenskonferenz hätten Instruktionen erhalten, ihre Ansprüche auf direkten Accès an Adria aufzugeben, falls dies der Entschluß der Mächte sei. Der Geschäftsträger hoffte, der Wunsch der Großmächte würde in einer Weise ausgedrückt werden, die es der serbischen Öffentlichkeit nicht zu schwer machen würde, in diesem Punkte sich zu fügen. (Im selben Sinne ungefähr hatte Delegierter Novaković zu deutschem Botschafter gesprochen.) Sir E. Grey fragte uns, ob er als Erwiderung dieser serbischen Démarche ermächtigt sei, Serbien von unseren diesbezüglichen gestrigen Beschlüssen Kenntnis zu geben. Nach längerer Diskussion einigten wir uns, folgende Anfrage an unsere Regierungen zu richten: „Nous demandons à nos Gouvernements s'ils approuvent la décision à laquelle nous sommes arrivés hier et si nous pouvons prier Sir E. Grey de la communiquer aux Serbes, c'est à dire qu'on a décidé en principe l'autonomie de l'Albanie et l'accès commercial de la Serbie à l'Adriatique." Comme les Serbes feraient probablement paraître quelque chose dans les journaux et qu'il vaudrait peut-être mieux qu'une communication vienne de Sir E. Grey, nous nous entendons à adresser la demande suivante à nos Gouvernements: „Sir E. Grey peut-il donner un communiqué à la presse disant que nous avons recommandé unanimément à nos Gouvernements respectifs le principe de l'autonomie de l'Albanie et une proposition garantissant l'accès commercial de la Serbie à l'Adriatique? Les six Puissances sont tombées d'accord sur ces deux principes." Ich bitte um baldigste telegraphische Weisung, ob Vorstehendes Genehmigung Euer Exzellenz findet. Nächste Reunion soll übermorgen Freitag stattfinden, dann sollen wir uns vertagen, wahrscheinlich bis 30. d. M. Mensdorff.

[a] Oe. U. Balkan 93 Nr. 175. Vgl. n. 4973, 4994, 5041, 7154.

Nr. 4959. Tel. aus London, 18. Dez. 1912 Nr. 146 (eing. 19. Dez. 9 U. 30 Min. a. m.).[a] Entziff.

Geheim. Sir E. Grey sagte heute meinem deutschen Kollegen, er habe alles getan, um auf Rußland und Frankreich einzuwirken, damit Serbien bewogen werde, seine territorialen Ansprüche aufzugeben, was nunmehr gelungen ist. Sollte wegen Skutari es zu scharfem Gegensatz zwischen Wien und Petersburg kommen, so könne er, Sir E. Grey, nichts mehr tun und es sei an Deutschland, zwischen uns und Rußland zu vermitteln.

Mensdorff.

[a] Vgl. n. 5024 Anm. d.

Nr. 4960. Tel. aus London, 18. Dez. 1912 Nr. 147 (eing. 19. Dez. 9 U. 30 M. a. m.).[a] Entziff.

Ergänzung meines heutigen Telegrammes Nr. 144. Im Laufe der heutigen Réunion kamen die Inseln an die Reihe, wobei eigentlich niemand mit einem Vorschlag hervortrat. Concernant les îles de Tenedos, Imbros,

Lemnos et Samothrace Comte Benckendorff a exprimé l'opinion russe qu'aucune puissance sauf la Turquie ne devrait posséder en propre une de ces quatre îles, mais que des institutions autonomes sont indispensables pour la population. On a parlé en général du sort futur des îles, et après plusieures remarques de Sir E. Grey, on a exprimé „que nous sommes d'avis que, quel que soit le statu futur des îles de la Mer Egée, elles devraient être neutralisées sous la garantie des Puissances." Aucune autre matière à discussion ayant été soulevée, Monsieur Cambon a dit, qu'il n'avait qu' une déclaration à faire à propos de Constantinople: „Le Gouvernement français est fermement attaché en ce qui concerne Constantinople au maintien du statu quo. Cette ville devra donc demeurer dans la possession de l'Empire ottoman, la Turquie devra en outre conserver en Europe un territoire longeant le Mer de Marmara et les Dardanelles." Comte Benckendorff dit qu'il croit pouvoir dire personnellement que c'est là le point de vue de son Gouvernement aussi. Mensdorff.

a) Oe. U. Balkan 93 Nr. 174. Vgl. n. 5014, 5017 Anm. c, 5174.

Nr. 4961. Tel. aus Paris, 18. Dez. 1912 Nr. 173 (eing. 5 U. p. m.).a) Entziff.

Die Kritiken der Wiener Blätter über das Hinausziehen der Affäre Prochaska werden von hiesiger Presse natürlich sehr kommentiert und gegen uns mit Erfolg ausgebeutet. Auch am Quai d'Orsay scheint man den Eindruck zu haben, daß wir die Sache absichtlich aufgebauscht und hinausgezogen haben, um Besorgnis wachzuhalten. Serbische Regierung benützt natürlich diese Zeit, um ihre Version, daß eigentlich gar nichts vorgefallen sei, zu akkreditieren und ihre angeblich korrekte und konziliante Haltung zu beteuern. Da ich gar keine amtliche Information über wahren Sachverhalt habe, bin ich nicht in der Lage, aufklärend und beruhigend zu wirken und wäre daher für diesbezügliche telegraphische Weisung sehr dankbar. Szécsen.

a) Vgl. n. 4981.

Nr. 4962. Tel. aus Paris, 18. Dez. 1912 Nr. 174 (eing. 19. Dez. 9 U. a. m.).a) Entziff.

Ich benützte heutigen Diplomatenempfang, um im Sinne Telegrammes Euer Exzellenz vom 14. d. M. Nr. 122 die Haltung französischer Presse bei Herrn Poincaré zur Sprache zu bringen. Das Thema schien ihm wenig zu behagen. Er erklärte, er könne für keine Zeitung, am wenigsten für den „Temps", Verantwortung übernehmen. Er tue jedenfalls sein Möglichstes, um beruhigend einzuwirken, leider nicht immer mit genügendem Erfolg, denn es träten immer wieder Zwischenfälle ein, die die hiesige öffentliche Meinung sehr beunruhigen, wie gegenwärtig unsere andauernden Rüstungen, die man sich nicht erklären könne. Jedermann wisse, daß die Hafenfrage so gut wie geregelt sei und daß Rußland Serbiens Wünsche militärisch nicht unterstützen werde. Die friedlichen Absichten Rußlands seien allgemein bekannt. Auf meine Bemerkung, daß unsere friedlichen

Absichten mindestens ebensogut bekannt seien, gab Herr Poincaré dies zu, meinte aber, er könne sich den Journalisten gegenüber nicht auf unser ihm vertraulich mitgeteiltes Programm berufen; vor längerer Zeit hätte er die Ermächtigung Euer Exzellenz hiezu erbeten, er bedauere, daß diese nicht erteilt werden konnte. Eine solche Erklärung hätte sicher guten Eindruck gemacht. Da mir auf meine diesbezügliche telegraphische Frage Nr. 156[b] vom 26. November nie eine Antwort zukam, beschränkte ich mich darauf zu sagen, daß unsere seit Jahrzehnten befolgte friedliche Politik und unsere Haltung in den letzten Wochen genügende Gewähr für unsere friedlichen Intentionen sei. Herr Poincaré bemerkte hierauf, er werde vor den Weihnachtsferien in der Kammer Erklärungen über die auswärtige Politik abgeben müssen, wahrscheinlich Samstag, 21. d. M.; wenn Euer Exzellenz ihn autorisieren würden, sich in seiner Rede auf jene Mitteilungen zu berufen, die Euer Exzellenz ihm seinerzeit machten (auf Basis des Telegrammes Euer Exzellenz vom 4. November Nr. 98), so würde dies, glaube er, sehr beruhigend wirken. Er sei bereit, den Text seiner Erklärung mit uns vorher zu besprechen. Er möchte beiläufig sagen können, daß er seit längerer Zeit amtlich informiert sei, daß wir keine territorialen Erwerbungen anstreben und daß gewisse Wünsche, die wir formuliert haben, die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit der Balkanstaaten, und speziell Serbiens, nicht bedrohen. Vielleicht, meinte er, könnte er unsere Wünsche im Detail erwähnen. Da ich nicht weiß, wie Euer Exzellenz über die Sache denken, vermied ich es, Stellung zu nehmen. Ich melde aber diese neuerliche Anfrage Herrn Poincarés mit der dringenden Bitte, mir ehestens eine diesbezügliche Antwort zukommen zu lassen, um Herrn Poincaré noch vor der betreffenden Sitzung entsprechend informieren zu können. Nach meiner Ansicht wäre, falls wir Beruhigung wünschen, eine derartige Erklärung Herrn Poincarés in der Kammer nicht ungünstig. Eine detaillierte Anführung der einzelnen Punkte unseres (Programmes)[c] sollte aber unterbleiben. Szécsen.

[a] Vgl. n. 4920, 4980. — [b] Vgl. n. 4920 Anm. b. — [c] Chiffre fehlt.

Nr. 4963. Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters, 18. Dez. 1912. Konz. (S. Hohenlohe; G. Berchtold).

Der italienische Botschafter hat mich gestern aufgesucht und mir Nachstehendes mitgeteilt: Der italienische Botschafter in London, Marquis Imperiali, hat den Eindruck gewonnen, daß die Frage der ägäischen Inseln das schwierigste Problem der Botschafter-Reunion darstelle. Was Kreta anbelangt, so biete seine Zukunft weniger Schwierigkeit, da es wohl jedenfalls von Griechenland annektiert werden wird. Bezüglich der übrigen Inseln gebe es zwei Möglichkeiten: 1.) Ihre Neutralisirung und die Annexion seitens Griechenlands derjenigen von ihnen, welche nicht im Bereiche der Dardanellen liegen. 2. Politischer Zusammenschluß aller Inseln unter der Souveränität des Sultans. — Nach Ansicht Marquis Imperialis wäre die erste Lösung die bessere; die zweite wäre eine unvollständige und würde Griechenland nicht befriedigen. Im ersteren Falle müßte es Griechenland jedoch untersagt sein, die Inseln zu befestigen und dieselben zu einer Flotten-

basis zu machen. Der italienische Botschafter in London meint auch, daß die Inselfrage die letzte der in der Reunion zu behandelnden Fragen sein solle und könne die Lösung derselben dann Griechenland gegenüber als Kompensation für seine anderweitigen nicht erfüllbaren Wünsche benützt werden. Ich habe Herzog Avarna erwidert, daß ich in letzterer Hinsicht Marquis Imperialis Ansicht teile; im übrigen aber müsse ich mir vorbehalten, erst nach genommener Rücksprache mit den kompetenten Faktoren zu antworten.

Nr. 4964. Bericht aus Rom, 18. Dez. 1912 Nr. 87 B (eing. 20. Dez.).[a] Ausfert.

Eine der Aufgaben der letzten zwei Wochen bestand darin, das Einvernehmen zwischen den Dreibundmächten sowohl hinsichtlich der Antwort an die englische Regierung über deren Anregung einer Botschafter-Réunion als auch bezüglich der den respectiven Botschaftern in London zu erteilenden Instructionen zu pflegen. In beiden Punkten ist das Resultat ein durchaus günstiges, indem eine volle Übereinstimmung zwischen den drei Cabinetten erzielt wurde. Insoweit es sich um die Sir E. Grey zu erteilende Antwort handelte, war — wie Euer Excellenz aus meiner telegrafischen Berichterstattung[b]) erfahren — die hiesige Regierung nur in der Frage des Ausschlusses der Discussion über den territorialen Access Serbiens an die Adria schwer zum Anschlusse an unseren Standpunkt zu bewegen. Der anfängliche Widerstand gieng, wie ich constatieren konnte, weniger von dem Minister des Äußeren, als von dem Ministerpräsidenten aus, welcher bei all seinen Entscheidungen stets eine weitgehende Rücksicht auf die öffentliche Meinung nimmt und befürchtete, die letztere werde in einer solchen Stellungnahme Italiens eine inopportune Intoleranz gegenüber Serbien erblicken. Das mir gegenüber hiebei hauptsächlich geltend gemachte Argument stützte sich auf das bekannte italienische Sprichwort: al nemico che fugge, ponti d'oro. Rußland und Serbien seien zum Rückzuge bereit. Man möge ihnen also denselben durch die Zulassung der Discussion erleichtern. Da Euer Excellenz Wert darauf gelegt hatten, daß die italienische Antwort mit der unserigen tunlichst identisch sei, und der fragliche Punkt der für uns wichtigste ist, habe ich insistiert und nach wiederholten langen Unterredungen erreicht, daß die italienische Regierung nachgab und sich unserer Haltung anschloß. Vielleicht ist es ein Nachklang dieser dreitägigen Kämpfe, daß verschiedene italienische Blätter die Nachricht brachten, es bestehe zwischen uns und Italien in der Frage der Zulassung oder des Ausschlusses der Discussion der serbischen Hafenfrage in den Londoner Pourparlers eine Differenz, bei welcher schließlich der italienische Standpunkt gesiegt habe. Ich habe den Marchese di San Giuliano veranlaßt, diese Gerüchte nachdrücklich dementieren zu lassen, was in einem sehr zufriedenstellenden und unser Einvernehmen im besten Lichte erscheinen lassenden Artikel der „Tribuna" geschehen ist. Es war unter diesen Umständen für mich eine schwer verständliche Überraschung, als ich in den mir mit dem hohen Telegramme Nr. 267[c]) mitgeteilten Instructionen an den K. u. K. Botschafter in London einen Satz fand, welcher dennoch eine

Discussion der Frage des territorialen Accesses Serbiens an die Adria voraussieht und für diesen Fall dem Grafen Mensdorff vorschreibt, seine Polemik weniger als eine Abwehr der serbischen Aspirationen denn als eine Förderung der Interessen Albaniens erscheinen zu lassen. Daß in diesem Satze der territoriale und nicht etwa der wirtschaftliche Access Serbiens gemeint ist, geht sowohl daraus hervor, daß in letzterem Falle von einer Abwehr keine Rede sein könnte, wie auch aus dem Umstande, daß der nächste Satz, welcher durch das Wort „jedoch" die Unterscheidung von dem vorhergehenden Gedanken markiert, von diesem wirtschaftlichen Accesse handelt. Die Bestätigung dieses meines Eindruckes erhielt ich aus dem Munde des Marchese di San Giuliano, der mir auseinandersetzte, daß wir unseren bisherigen Standpunkt aufgegeben hätten und die fragliche Discussion nunmehr doch zuließen. Maßgebend hiefür seien Meldungen unseres und des deutschen Botschafters in St. Petersburg gewesen, wonach (was ich übrigens schon mit meinem Telegramme vom 7. l. Mts. Nr. 231 gemeldet hatte) Rußland, jedoch nur im Wege der Discussion, bereit sei, auch seinerzeit nicht an dem territorialen Access Serbiens an die Adria festzuhalten. In letzterer Hinsicht ist auch das im „Giornale d'Italia" vom 9. l. Mts. erschienene Interview des russischen Botschafters bemerkenswert, da darin auffallend conciliante Saiten aufgezogen werden. Euer Excellenz dürften anerkennen, daß es meiner Autorität der italienischen Regierung gegenüber abträglich sein muß, wenn ich bei einer derartigen erfolgreichen Kraftprobe nachträglich sozusagen désavouiert werde und dieses désaveu noch dazu aus dem Munde des hiesigen Ministers des Äußeren erfahre. Man muß dann hier den Eindruck gewinnen, daß ich ein Scharfmacher auf eigene Faust sei, den seine Regierung nicht einmal über ihre jeweiligen Entschlüsse informiere. Von diesem Intermezzo abgesehen, ist somit auch hinsichtlich der Instructionen an die respectiven Botschafter in London das Auftreten des Dreibundes ein vollkommen harmonisches. Wir dürften übrigens allem Anschein nach in London speciell hinsichtlich der serbischen Hafenfrage einen vierten Alliierten finden, und das ist England. Der hiesige dreibundfeindliche „Messaggero", welcher in letzterer Zeit die These verfochten hatte, die Triple-Entente stehe geschlossen hinter Serbien, ist — wie ich vertraulich erfuhr — von einem Vertrauensmann der englischen Botschaft ersucht worden, diese Behauptung hinsichtlich Englands zu unterlassen. Es gehört nicht in den Kreis meiner Berichterstattung, diesen Umstand näher auszuführen, aber ich kann den Gedanken nicht unterdrücken, daß in der ganzen krisenhaften Situation der letzten Monate, wenn man sich für einen Monat aus den Niederungen der Balkanfragen auf eine höhere europäische Warte erhebt, die weitaus interessanteste und wichtigste Erscheinung ein teilweises Abrücken Englands von Rußland und seine Annäherung an Deutschland ist. Hiebei erscheint mir der letztere Umstand als etwas dubioser als der erstere. War es in der Annexionskrise Frankreich, welches sich von den beiden anderen Entente-Mächten merklich ablöste und unserem Standpunkte näherte, so hat im jetzigen Falle England diese Rolle übernommen. Bei dem einen wie dem anderen Anlasse hat sich somit gezeigt, daß die Cohäsion der Triple-Entente gefährlichen Situationen gegen-

über nicht Stand hält. Und hierin liegt ohne Zweifel der wahre Grund des diplomatischen Rückzuges, welchen Rußland anzutreten im Begriffe zu sein scheint. Mérey.

P. S. Soeben erhalte ich die hohen Telegramme Nr. 272[d] und 273. Ich werde dem Minister des Äußeren mitteilen, daß wir — entgegen seiner Annahme — an unserer Weigerung, an einer Discussion des territorialen Accesses Serbiens an die Adria teilzunehmen, dennoch festhalten, muß aber nach seinen letzten, im vorstehenden Berichte wiedergegebenen Ausführungen annehmen, daß er hierin eine Überraschung oder ein Mißverständnis erblicken wird, welches jetzt im letzten Momente schwer gut zu machen sein dürfte. Auch kann ich den Minister, welcher heute in der Kammer — unter anderem auch durch die Interpellation Barzilai — zurückgehalten ist, voraussichtlich erst morgen sehen. Es liegt aber nunmehr ohne Zweifel in diesem wichtigen Punkte auf Grund der letzten Unterredungen Euer Excellenz mit dem Herzog von Avarna eine Differenz zwischen der Auffassung Hochderselben und jener der hiesigen Regierung vor, welche Differenz ja auch — wie in dem obigen Berichte erwähnt — in der hiesigen Presse vielfach zum Ausdruck gekommen ist. Bezüglich der Redaction des hohen Telegrammes Nr. 267[c] ist mir nach wie vor unverständlich, wie unser Botschafter in London unseren Standpunkt hinsichtlich des territorialen Accesses Serbiens an die Adria „vertreten", ihn mehr positiv zugunsten Albaniens als defensiv gegen Serbien darstellen soll, ohne ihn zu discutieren. In dieser Darstellung liegt ja doch eben ein Eingehen auf eine Discussion. Es wird sich übrigens sehr bald practisch in London erweisen, wie Graf Mensdorff und Marchese Imperiali ihre einschlägigen Instructionen aufgefaßt haben werden. Mérey.

[a]) Vgl. n. 4997. — [b]) Vgl. n. 4856. — [c]) Vgl. n. 4935 Anm. b. — [d]) Vgl. n. 4945 Anm. b.

Nr. 4965. Bericht aus Rom, 18. Dez. 1912 Nr. 87 D (eing. 20. Dez.).[a]) Ausfert.

Vertraulich. Die abermalige Berufung des Generals Baron Conrad an die Spitze des Generalstabes hat hier naturgemäss einen tiefen und äusserst ungünstigen Eindruck hervorgerufen, was umso begreiflicher ist, als seine vor einem Jahre erfolgte Enthebung von diesem Posten im Interesse unserer Beziehungen zu Italien erfolgt war, und seine damaligen einschlägigen Ansichten und Vorschläge nicht nur bei uns sondern auch in Italien ein secret de polichinelle bilden. Eine ganze Flut von Zeitungsartikeln ist aus diesem Anlasse in Italien erschienen, in welcher, je nach der Tonart des Blattes, dieses Ereignis bald als eine Rücksichtslosigkeit gegenüber Italien, bald als ein diesem Lande angetaner affront dargestellt, mitunter auch als ein bedenkliches Symptom der agressiven Absichten der Monarchie in der jetzigen Balkankrise bezeichnet wird. Von allen Seiten kommen mir Nachrichten zu, wie übel diese Verfügung in den italienischen politischen Kreisen beurteilt wird. Nicht vereinzelt wird die Ansicht laut, die einzig richtige Antwort von Seiten Italiens wäre die Reaktivirung des seinerzeit von der hiesigen Regierung wegen einer irredentistischen Äußerung sofort und

spontan in den Ruhestand versetzten Generals Asinari! Eine gewisse Beruhigung hatten vorübergehend die Meldungen unserer Blätter erzeugt, wonach General Baron Conrad sich vor Wiederantritt seines jetzigen Postens Euer Excellenz gegenüber verpflichtet hätte, sich nicht in Politik einzumischen. Selbstverständlich musste dieser Eindruck sich aber in sein Gegenteil verkehren, als der genannte General jene Nachricht in der „Neuen Freien Presse" kategorisch dementirte. Auch Marchese di San Giuliano und die höheren Funktionäre der Consulta fand ich anfangs stark impressionirt. Der Minister des Äussern meinte, er selbst und die Regierung seien ja im Grunde nicht beunruhigt, aber im Lande habe die Sache den denkbar schlechtesten Eindruck gemacht und den Gegnern der Monarchie ein unvergleichliches Agitationsmittel in die Hand gegeben. Ich hatte zweimal Gelegenheit, mit dem Marchese di San Giuliano über diese Angelegenheit — auch im Sinne des hohen Telegrammes Nr. 265*b)* — zu sprechen und bei ihm persönlich viel Verständnis für die kalmirenden Argumente gefunden. Der Refrain war aber immer: der Eindruck im Lande, in der Presse und selbst im Parlamente. Die unmittelbar vorangegangene Erneuerung des Dreibundes sei in den Augen der Öffentlichkeit nur ein erschwerender Umstand, denn der Dreibund habe auch im vorigen Jahre bestanden, und man könne doch schwer die sonderbare These vertreten, dass eine Allianz im ersten Jahre ihres Bestandes eine andere und stärkere Kraft besitze, als im vierten Jahre. Hierzulande werde die Sache also allgemein so ausgelegt, dass man bei uns zunächst Italiens wieder durch die Erneuerung des Dreibundes sicher sein wollte und, sobald dies erreicht war, ihm ohne Risico diese „offense" antun konnte. Auch argumentire man weiter, dass der neue Generalstabs-Chef in einem Alter stehe, wo man gewöhnlich seine Anschauungen nicht mehr von Grund aus zu wechseln pflege, sowie dass er ja nicht bloss ad hoc, für die Dauer der Balkankrise, ernannt sei und daher nach Ablauf derselben wieder Gelegenheit haben werde, auf unsere Beziehungen schädlich einzuwirken. Endlich seien ja auch vor einem Jahre unsere Beziehungen nicht getrübt, sondern sehr gute gewesen, man könne also nicht von einer veränderten Situation sprechen. Betrachte man das Ganze aber auch nicht vom italienischen Gesichtswinkel, so könne Jenen nicht unrecht gegeben werden, welche die Berufung des Generals Baron Conrad, des vor einem Jahre mit Eklat zur Seite gesetzten Strategen, als ein vom Standpunkte der Erhaltung des Friedens beunruhigendes Symptom betrachten. Schliesslich seien auch gewisse offiziöse Kommentare unserer Blätter wenig glücklich gewesen, so zum Beispiel die Behauptung, Feldmarschallleutnant Schemua habe eigentlich nur „provisorisch" den Posten des Generalstabs-Chefs bekleidet. Es steht mir nicht zu, ein persönliches Urteil darüber abzugeben, ob und inwieweit unsere Beziehungen zu Italien durch diese interne Personal Verfügung leiden werden oder nicht. Nur auf die, von dem Eindrucke auf die Öffentlichkeit und die voraussichtliche Agitation aus diesem Anlasse abgesehen, unvermeidliche Folge glaube ich aufmerksam machen zu sollen, dass fortan von hier aus jeder, auch der kleinste Vorgang an unserer Grenze unter die Loupe genommen werden wird. Schliesslich kann ich Euer Excellenz nicht verhehlen, wie aus diesem Anlasse

von verschiedenen, nicht bloss italienischen Seiten die Bemerkung laut wird, schon seit einiger Zeit sei das Eindringen der Politik in unsere höheren Armee-Kreise zu konstatieren. Ich brauche wohl nicht beizufügen, dass ich dieser Ansicht stets nachdrücklichst entgegentrete. Mérey.

[a]) Vgl. n. 4871. — [b]) Vom 13. Dez.

Nr. 4966. Tel. nach Sofia Nr. 186 (1) und Bukarest Nr. 86 (2), 18. Dez. 1912 (chiffr. 11 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

1., 2. Streng vertraulich. Laut einer streng vertraulichen Mitteilung Herzog Avarnas hat die italienische Regierung eine Meldung ihres Gesandten in Bukarest erhalten, wonach gelegentlich des Besuches Herrn Danews in der rumänischen Hauptstadt auch die Frage einer Gebietsabtretung besprochen worden wäre. Es sei hiebei ausgemacht worden, daß Bulgarien einen Silistria einbegreifenden bis an die Küste bei Kavarna reichenden Gebietsstreifen an Rumänien abtrete. Die Verhandlungen über die definitive Regelung der neuen Grenze sollten in einem späteren Zeitpunkte in Sofia zum Abschlusse gebracht werden. Vorstehendes zu Euer etc. ausschließlich persönlichen Information, wobei ich bemerke, daß diese Meldung mit den Äußerungen Herrn Danews in Wien nicht ganz übereinstimmt. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 4970.

Nr. 4967. Tel. des Konsuls Wenzel Lejhanec aus Valona, 18. Dez. 1912 Nr. 69 (eing. 19. Dez. 11 U. 30 M. a. m.).[a]) Entziff.

Ismail Bey richtete unter dem 15. eine längere Depesche in türkischer Sprache an den Großvezier, in welcher er nochmals die Beweggründe der Unabhängigkeitserklärung ausführlich darlegt. Er führt aus, daß die Albanesen nichts anderes anstreben, als ihre Heimat gegen Zerstückelung und ihre Nation gegen Unterjochung sicher zu stellen. Sie hoffen hiebei Unterstützung zu finden: 1.) Bei der Türkei, welche Interesse daran haben muß, am Balkan und im Rücken der siegreichen Balkanstaaten ein starkes befreundetes Albanien zu haben, 2.) bei allen Großmächten, welche die Herstellung eines dauernden Gleichgewichtes am Balkan wünschen, 3.) bei Österreich-Ungarn und Italien, welche besonderes Interesse an der Erhaltung des Gleichgewichtes am Adriatischen Meer haben, 4.) in dem Nationalitätsprinzip, welches sowohl von den Großmächten, als auch von den alliierten Balkanstaaten anerkannt wird. Es wäre somit ungerecht, die Albanesen zu zwingen, sich lediglich auf die Verteidigung ihrer Sache durch die ohnedies besiegten Türken zu verlassen und die oberwähnten ausgezeichneten Argumente nicht auszunützen. Sie bitten daher, daß man ihnen für den angestrebten Zweck volle Freiheit lasse und sind überzeugt, daß die Regelung definitiver Regierungsform in einer den Interessen und der Würde beider Länder entsprechenden Weise ohne Schwierigkeiten wird erfolgen können. Die besonderen Bande zwischen dem Kalifen und den mohammedanischen Albanesen bleiben naturgemäß auch in der Zukunft intakt. Abschriftlich Konstantinopel, Janina. Lejhanec.

[a]) Vgl. n. 4860.

Nr. 4968. Erlaß nach Belgrad, 19. Dez. 1912 Nr. 5987.a) Konz. (S. Otto; V. u. G. Berchtold).

In Antwort auf den Bericht Euer Hochwohlgeboren vom 13. d. M., Nr. 400 res., betreffend die Angelegenheit unserer Consuln in Prisrend und Mitrowitza, beehre ich mich, Denselben Nachstehendes mitzuteilen. Die Verantwortung für die unverhältnismäßigen Dimensionen, welche diese Frage — und insbesondere die Affaire Prohaska — angenommen hat, sowie für die Erregung, die sie bei uns hervorrief, trifft in erster Linie die serbische Regierung, die durch ihr bekanntes Verhalten gegenüber unserem legitimen Begehren nach Wiederherstellung normaler, amtlicher Verbindung mit den erwähnten Consularfunctionären die von uns im beiderseitigen Interesse dringend gewünschte rasche Aufklärung der beiden Fälle, die längste Zeit hindurch unmöglich gemacht hat. Wir verschließen uns keineswegs der schwierigen Situation, in welcher man sich in Belgrad in dieser Beziehung angesichts der Kriegslage und der damit in Zusammenhang stehenden, ursprünglichen Intransigenz des serbischen Hauptquartiers befunden haben mag. Diesem Umstande ist auch die ganz außerordentliche Langmut und Mäßigung zuzuschreiben, die wir uns bisher in dieser Pendenz auferlegt haben. Nunmehr, wo der Sachverhalt durch die uns vorliegenden amtlichen Äußerungen der Herren Prohaska und Tahy und durch den officiellen Bericht des k. u. k. Consuls Edl über das Ergebnis der von ihm an Ort und Stelle durchgeführten, ergänzenden Erhebungen, vollständig klargestellt erscheint, müssen wir auf obige, die serbische Regierung und ihre Organe treffende Verantwortlichkeit zurückkommen. In dieser Hinsicht sei zunächst constatiert, daß die seinerzeit (vgl. hierortiges Telegramm vom 8. November l. J., Nr. 87) vom vormaligen hiesigen serbischen Gesandten im Auftrage seiner Regierung gegen Consul Prohaska erhobene Beschuldigung, derselbe hätte „die Türken und Albanesen zum Kampfe gegen die Serben aufgerufen und ihnen zugeredet, sich nicht zu ergeben", sich als ebenso vollkommen aus der Luft gegriffen erwiesen hat, wie die gleichfalls von Herrn Simitch vorgebrachte, auf angeblich durchaus verläßlichen Informationen beruhende serbische Behauptung, wonach „vom Dachboden des k. u. k. Consulates in Prisrend auf die serbischen Truppen geschossen worden wäre", eine Behauptung, über die, bezeichnender Weise, in Prisren selbst niemand etwas zu sagen wußte. Wir waren von der Unstichhältigkeit dieser schweren Anklagen, die seither den Weg in die Presse genommen haben, von vornherein überzeugt und hoffen, daß inzwischen auch die serbische Regierung zu der gleichen Überzeugung gelangt ist. Ferner steht fest, daß die serbischen Militärbehörden in Prisrend und Mitrovitza sich unseren dortigen Consulaten, deren Leitern und Personale gegenüber, sowohl vom Standpunkte des Völkerrechtes im allgemeinen, als von jenem der Capitulationen und unseres katholischen Schutzrechtes im besonderen, mehrfach ins Unrecht gesetzt haben. Als Beispiel hiefür seien angeführt: Die am 24. Oktober l. J. erfolgte Anhaltung des von Prisrend nach Verisović abgegangenen Consulatspostcawassen durch eine serbische Patrouille, welche demselben einen an das k. u. k. Consulat in Üsküb adressierten, versiegelten Postsack abnahm; die angeblich in bester Absicht verfügte Umstellung der

k. u. k. Consularämter in Prisrend und Mitrovitza mit serbischem Militär, welche Maßregel — wenigstens anfangs — in einer Weise gehandhabt wurde, daß damit eine wesentliche Erschwerung, wenn nicht vollkommene Lahmlegung selbst der localen Amtsthätigkeit der beiden Leiter derselben verbunden war; die am 24. November d. J. stattgehabte Verhaftung und Festhaltung durch zwei Tage des Bekir Sami Effendi, Honorarbeamten des k. u. k. Consulates in Prisrend, wiewohl Consul Prohaska der serbischen Militärbehörde, über deren Verlangen, tags zuvor eine Liste des mit ihm abreisenden und des zurückbleibenden Consulatspersonales mitgetheilt hatte, in welcher Bekir ausdrücklich als Consularbeamter bezeichnet war; die trotz erhobener Vorstellungen fortgesetzte Außerachtlassung unseres Schutz- beziehungsweise Assistenz-Rechtes gelegentlich der von den serbischen Militärbehörden in Prisrend durchgeführten Durchsuchungen der dortigen unter unserem Protectorate stehenden katholischen Kirche und ihrer Dependenzen, Behinderung und Bedrohung der Geistlichen etc. etc.

Bei dieser Sachlage sehen wir uns genöthigt, an die königlich serbische Regierung die nachstehenden Forderungen zu richten, die im Hinblicke auf die besonderen Umstände das Mindestmaß der der Monarchie und ihren beiden Vertretern in Prisrend und Mitrovitza serbischerseits geschuldeten Genugthuung beinhalten:

1.) Ausdruck des Bedauerns der königlich serbischen Regierung über die in Prisren und Mitrovitza vorgekommenen militärischen Mißgriffe.

2.) Militärische Ehrenbezeugung durch ein von einem Offizier commandiertes entsprechendes Detachement anläßlich des Hissens unserer Flagge auf den Consulaten in Prisrend und Mitrovitza am Tage des dortigen Wiedereintreffens Prohaskas und Tahys, welche bei dieser Ceremonie in Uniform zu erscheinen hätten.

Euer Hochwohlgeboren wollen dem Herrn Ministerpräsidenten vom Inhalte dieses Erlasses — eventuell unter Hinterlassung einer Abschrift desselben — umgehend Kenntnis geben und hiebei meiner Überzeugung Ausdruck verleihen, daß die serbische Regierung, welche, wie wir gerne anerkennen, die Mission des k. u. k. Consuls Edl in jeder Weise gefördert und erleichtert hat, auf unsere Satisfactionsbegehren ohneweiters das ist schon auf diese Ihre mündliche Demarche hin, eingehen wird. Über den Vollzug vorstehender Weisung und die Aufnahme, welche Ihr bezüglicher Schritt bei Herrn Pašić finden wird, wollen Euer Hochwohlgeboren telegraphisch Bericht erstatten.

[a] Vgl. n. 4316, 5004, 5005, 5148.

Nr. 4969. Tel. nach Bukarest, 19. Dez. 1912 Nr. 92 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; V. Rappaport; G. Berchtold).[b]

Zu Euer Durchlaucht Telegramm Nr. 100 vom 18. l. M. Die telegraphische Meldung Euer Durchlaucht vom 13. l. M., Nr. 97, und eine mir aus journalistischen Kreisen zugekommene gleiche Nachricht hatten mich veranlaßt, von einer weiteren Informierung der Bukarester Regierung über unsere Aktion bezüglich der Partizipierung Rumäniens an der Londoner

Botschafter-Réunion vorläufig abzusehen. Nachdem ich aber aus Euer Durchlaucht letztem Telegramme ersehen habe, daß Herr Majorescu Wert darauf legt, über diese Angelegenheit orientiert zu werden, ersuche ich Euer Durchlaucht, dem Herrn Minister des Äußern mitzuteilen, daß die Aufnahme, welche unser in Rede stehender Vorschlag bei den anderen Kabinetten gefunden hat, zwar nicht erwarten läßt, daß Herr Mişu zu allen Besprechungen der Londoner Botschafter zugelassen wird, daß jedoch Grund zur Annahme besteht, die Zuziehung des königlich rumänischen Delegierten zur Besprechung der das Königreich interessierenden Fragen werde zu erreichen sein. Die bezügliche Instruktion an Grafen Mensdorff wird Euer Durchlaucht mit heutigem Erlaß Nr. 5961[c]) mitgeteilt und sind Dieselben ermächtigt, deren Inhalt — im gleichen Umfange wie König Carol — auch Herrn Majorescu streng vertraulich bekanntzugeben.

Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 94 Nr. 178. — [b]) Irrtümlicherweise hat Berchtold im Genehmigungsvermerk anstatt seines eigenen Namens „Mensdorff" geschrieben. — [c]) Mit Erlass Nr. 5961, 19. Dez. 1912 wurde n. 4924 nach Bukarest mitgeteilt.

*Nr. **4970.** Tel. aus Bukarest, 19. Dez. 1912 Nr. 101 (eing. 4 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.*

Erhalten Euer Exzellenz Telegramme Nr. 85[b]) und 86 von heute. Herr Ghika wurde, wie mir Minister des Äußern mitteilte, herberufen, um an der Ausarbeitung Instruktionen für Herrn Mişu, dessen Akkreditive von London bereits eingelangt, teilzunehmen. Wie mir von vollkommen zuverlässiger Seite neuerlich bestätigt wird, wurde hier, wie bereits berichtet, mit Herrn Danew Frage der territorialen Abtretungen eingehend besprochen, doch diesbezüglich keine irgendwie gearteten Abmachungen getroffen. Verlangt wurde seitens Rumäniens die Linie Furtukan[c])—Balčik und glaube ich, den mit Herren Majoresco, Take Jonesco und Bratiano geführten Gesprächen entnehmen zu können, daß hiesige politische Parteien mit Rücksicht auf bisherige auswärtige Politik und Stellung der Krone im Lande jetzt mit großer Energie auf Abtretung besagten Streifens bestehen werden, was früher nicht in dem Ausmaße beabsichtigt war. Abberufung Herrn Manos und Akkreditierung Herrn Mişus in London bezweckt ausschließlich, in Verhandlungen mit Herrn Danew Vertrauensmann dortselbst zu haben, der mit Herrn Danew befreundet. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 5002 Anm. b. — [b]) Mit Tel. Nr. 85, 18. Dez. 1912 (chiffr. 9 U. 50 M. p. m.) wurde n. 4948 nach Bukarest mitgeteilt. — [c]) Wohl Turtukai.

*Nr. **4971.** Tel. aus Bukarest, 19. Dez. 1912 Nr. 102 (eing. 6 U. 45 M. p. m.).[a]) Entziff.*

Geheim. Mein deutscher Kollege teilt mir eben mit, er habe laut Auftrages seiner Regierung sich mit mir und italienischem Kollegen zu benehmen wegen Überreichung Handschreibens, welches die Erneuerung des Dreibundes notifizierend, von den Vertretern des Dreibundes in „gleichzeitig zu erbittenden Audienzen" zu erfolgen habe. Italienischer Kollege

erhielt gleichlautende Instruktion. Ich ersuche Euer Exzellenz, in der für mich bestimmten Weisung aufnehmen zu lassen, ob nur Bitte um Audienz gleichzeitig erfolgen soll, oder ob Dreibundvertreter gleichzeitig in derselben Audienz vor Seiner Majestät zu erscheinen haben. Ich bin mit meinen beiden Kollegen übereingekommen, die Aufmerksamkeit unserer respektiven Regierungen darauf zu lenken, dass derartige Demarche hier nicht verborgen bleiben kann und in der Öffentlichkeit als Beweis der Zugehörigkeit Rumäniens zum Dreibunde gedeutet werden wird. Nachdem bisher Seine Majestät der König auf unbedingte Geheimhaltung bestehender Abmachungen grösstes Gewicht legte, schien es uns angezeigt, bei unseren Regierungen anzuregen, ehe offizielles Ersuchen um Audienz gestellt würde, Seine Majestät von der beabsichtigten Demarche zu verständigen und Höchstseine Ansicht darüber zu vernehmen, da sonst befürchtet werden müsste, dass König Karl, dem jede Demonstration in oberwähnter Richtung bisher peinlich war, ernstlich verstimmt werden könnte. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 4909, 5006, 5007, 5008.

Tel. nach Konstantinopel, 19. Dez. 1912 Nr. 352 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 4976.

Nr. 4972. Tel. nach Konstantinopel Nr. 353 (1), London Nr. 113 (2) und Sofia Nr. 189 (3), 19. Dez. 1912 (chiffr. 11 U. 45 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

1. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 706 vom 18. l. M. Euer Exzellenz sind ermächtigt, sich den türkischen Staatsmännern gegenüber dahin vernehmen zu lassen, daß bei Wiederaufnahme des Krieges die Türkei wohl von keiner Seite Hilfe zu erwarten haben werde und es für sie daher nicht ratsam wäre, durch ein Festhalten an dem Besitze Adrianopels den Abschluß des Friedens in Frage zu stellen. Ich überlasse es dem Ermessen Euer Exzellenz, von der diesbezüglich geführten Sprache Ihre Kollegen, speziell den deutschen, französischen und russischen, in geeignet erscheinender Weise in Kenntnis zusetzen, wobei Hochdieselben den Verdacht zu zerstreuen suchen wollen, als ob eine eventuelle türkische Unnachgiebigkeit auf unsere Einflüsterung zurückzuführen sein könnte. Im Gespräche mit den türkischen Staatsmännern könnten Euer Exzellenz auch bemerken, daß ein zukünftiges aufrichtig freundschaftliches Verhältnis mit Bulgarien im Interesse der Türkei gelegen erscheint und daß letztere in einem engen Anschlusse, zumal an ein starkes Bulgarien, große Vorteile finden könnte.

2. 3. Ich telegraphiere unter einem an Markgrafen Pallavicini wie folgt: „(Inseratur aus Telegramm sub 1 von „Euer Exzellenz sind ermächtigt ...“ bis inklusive „... zu stellen.) “Vorstehendes zu Euer etc. vertraulicher Information und

2. Verwertung Herrn Danew gegenüber.

3. Regelung Ihrer Sprache Herrn Guéchow gegenüber.

Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 95 Nr. 179. Vgl. n. 4991, 4992, 5001.

Nr. 4973. Tel. nach London, 19. Dez. 1912 Nr. 106 (chiffr. 9 U. 15 M. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

Antwort auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 145 vom 18. d. M. Euer Exzellenz wollen Sir E. Grey verständigen, daß seitens des Wiener Kabinettes keine Einwendung dagegen erhoben wird, daß er den Beschluß der Botschafterréunion vom 17. l. M.: „on a décidé en principe l'autonomie de l'Albanie et l'accès commercial de la Serbie à l'Adriatique", den Vertretern Serbiens mitteile. Auch wollen Euer Exzellenz den Herrn Staatssekretär von meiner Zustimmung zu dem von ihm in Aussicht genommenen Communiqué an die Presse mit dem Beifügen in Kenntnis setzen, daß seitens des Wiener Kabinettes auch kein Bedenken dagegen vorliegt, daß in die für die Publizistik bestimmte Mitteilung die laut Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 140 vom 17. l. M. aufgestellte Formel: „Séance d'ouverture accorde que les frontières de l'Albanie autonome et du Monténégro au nord et de la Grèce au sud seront en tout cas limitrophes" aufgenommen werde. Berchtold.

[a] Oe. U. Balkan 95 Nr. 180. Vgl. n. 5097, 7154.

Nr. 4974. Tel. nach London, 19. Dez. 1912 Nr. 107 (chiffr. 10 U. p. m.).[a] Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

Antwort auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 144 vom 18. d. M. Ich ermächtige Euer Exzellenz, die in Aussicht genommene Karte, auf welcher die Gebiete von Ipek, Prizren und Ohrida in die Grenzen Albaniens einbezogen und auch die neuesten toskischen Wünsche bezüglich der Südgrenze berücksichtigt erscheinen würden, als erste Basis bei den Verhandlungen zu benützen. Wieweit Euer Exzellenz von dieser verhandlungstechnischen Grundlage aus Konzessionen machen könnten, ist Hochdenselben aus Ihren Instruktionen bekannt, und stelle ich die hiebei zu beobachtende Vorgangsweise Hochderen Ermessen anheim. Ich würde jedoch im Interesse unserer Beziehungen zu Bulgarien Werth darauf legen, daß Euer Exzellenz sich von Anfang an betreffs Ohridas nicht intransigent zeigen und bei sich darbietender Gelegenheit unsere bezügliche Konzession Herrn Danew gegenüber verwerthen. Berchtold.

[a] Oe. U. Balkan 95 Nr. 181. Vgl. n. 5384.

Nr. 4975. Tel. nach London, 19. Dez. 1912 Nr. 108 (chiffr. 10 U. 15 M. p. m.). Konz. (S. Musulin; G. Berchtold).

Zeitungsmeldungen zufolge wäre es nicht ausgeschlossen, daß Frankreich während der Berathungen der Botschafterreunion auch gewisse Reserven im Interesse seines Cultusprotectorates formulire. Sollte dies thatsächlich geschehen, so sind Euer Excellenz ermächtigt, auch bezüglich unserer Protectoratsrechte analoge Reserven auszusprechen. Berchtold.

Nr. 4976. Tel. nach London Nr. 109 (1) und Konstantinopel Nr. 352 (2), 19. Dez. 1912 (chiffr. 11 U. p. m.). Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

1. Der hiesige türkische Botschafter hat mir von einer Depesche[a] seines Ministers Kenntnis gegeben, in welcher folgender Gedankengang

entwickelt wird: „Österreich-Ungarn und die Türkei sollen sich bei der Regelung der Balkanfragen anläßlich des Friedensschlusses gegenseitig unterstützen. Die Leistungen der Monarchie könnten darin bestehen, daß sie einen Druck auf Bulgarien ausübe, damit das Königreich sich mit der Pforte bezüglich der Thrazien und die ägäischen Inseln betreffenden Fragen verständige und daß sie die von der Pforte den Balkanstaaten vorgeschlagenen Lösungen bei der Botschafterréunion und bei den Kabinetten der Großmächte aufs wärmste unterstütze. Die kaiserlich ottomanische Regierung würde sich hinwiederum verpflichten, bei den Friedensverhandlungen den österreichisch-ungarischen Standpunkt gegenüber Serbien und in der albanischen Frage zu vertreten." Ich habe Hilmi Pascha geantwortet, daß ich von seiner Mitteilung Kenntnis nehme, daß Euer Exzellenz Gelegenheit nehmen werden, auch mit den türkischen Unterhändlern in Verbindung zu treten und daß sich gewiß Fragen ergeben werden — zum Beispiel in Bezug auf die ägäischen Inseln —, hinsichtlich welcher wir nach Maßgabe gemeinsamer Interessen pari passu werden vorgehen können. Vorstehendes zu Hochderen streng vertraulicher Information.

2. Ich telegraphiere an Grafen Mensdorff wie folgt: „(Inseratur Telegramm sub 1 in extenso.)" Vorstehendes zu Euer Exzellenz rein persönlichen Kenntnis. Berchtold.

a) Vgl. n. 4883.

Nr. 4977. Tel. nach London, 19. Dez. 1912 Nr. 111 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramme Nr. 140 vom 17. l. M. und Nr. 141 vom 18. l. M. Meine Auffassung über die Diskussion bezüglich der künftigen Gestaltung Albaniens werden Euer Exzellenz einem Hochdenselben separat mitgeteilten Telegramme an Herrn von Mérey[a] entnehmen. Die von Euer Exzellenz erbetene gegenständliche Weisung wird Hochdenselben erst nach erfolgter Verständigung mit der italienischen Regierung zugehen. Die Formel bezüglich der Grenzen des künftigen Albaniens, welche die Frage einer serbischen territorialen Ausdehnung zur Adria beseitigt, hat ebenso meine volle Billigung gefunden wie Euer Exzellenz darauffolgende Betonung unseres Standpunktes, daß kein ausschließlich von Albanesen bewohntes Gebiet von Albanien abgetrennt werden dürfe. Ich sehe mit Interesse einer weiteren Berichterstattung über die Stellungnahme Ihres russischen und italienischen Kollegen in diesem Belange entgegen und ersuche Euer Exzellenz, bis auf weitere Instruktion meinerseits auf dem eingenommenen prinzipiellen Standpunkt festzuhalten. Was den wirtschaftlichen Accès Serbiens an die Adria anbelangt, billige ich Euer Exzellenz entgegenkommende Haltung. Ich kann indessen nicht umhin zu bemerken, daß durch die bezügliche Formel die Rechte Albaniens stark beeinträchtigt erscheinen. Dieselbe leidet auch an Mangel an Klarheit, was zum Teil darauf zurückzuführen sein mag, daß bei deren Redaktion die Frage noch nicht gelöst war, ob Albanien, als Ganzes, neutralisiert werden solle. Was

die für Bau und Betrieb der Eisenbahn notwendige Schutzwache anbelangt, so wäre diese meiner Ansicht nach der unter der Kontrolle der 6 Großmächte gestellten Gendarmerie zu entnehmen. In dieser Frage muß ich es Euer Exzellenz anheimgeben, ob Hochdieselben nicht eine Gelegenheit finden könnten, um bezüglich Wahl der Instruktoren die Heranziehung Rumäniens (mit Ausschluß irgend eines Balkanstaates) zu befürworten.

Berchtold.

[a] Vgl. n. 4982.

Tel. nach London, 19. Dez. 1912 Nr. 113 (chiffr. 11 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 4972.

Nr. 4978. Tel. nach London, 19. Dez. 1912 Nr. 114 (chiffr. 20. Dez. 2 U. a. m.).[a] Konz. (S. Berger und Hohenlohe; G. Berchtold).

Wie Euer Exzellenz aus den hierortigen Informationspiècen bekannt sein dürfte, habe ich mich seit dem Beginne der Balkankrise für eine Verständigung Rumäniens und Bulgariens eingesetzt. Rumänischerseits waren bekanntlich gewisse Ansprüche auf territoriale Konzessionen an der Dobrudscha Grenze erhoben worden. Ich habe daher im Interesse der rumänischen Desiderata meine Stimme in Sofia in dem Sinne vernehmen lassen, daß ein freundschaftliches Verhältnis der beiden benachbarten Königreiche wohl die im Verhältnis zu dem bevorstehenden Gebietszuwachse Bulgariens minimalen territorialen Zugeständnisse wert wäre, die von der Bukarester Regierung angestrebt würden. Auch Herrn Danew gegenüber habe ich mich anläßlich seiner Anwesenheit in Budapest und Wien in diesem Sinne ausgesprochen. Andererseits habe ich mich auch in Bukarest mit Erfolg — im Interesse Bulgariens — dafür verwendet, daß seitens der rumänischen Regierung auf Grund eines Einverständnisses mit Sofia ein Druck in Konstantinopel im Sinne der Herbeiführung des Friedens ausgeübt werde. Eine Stabilisierung der Verhältnisse am Balkan scheint mir übrigens nicht denkbar ohne vorgängige Befriedigung der berechtigten rumänischen Grenzwünsche durch Bulgarien. Ich würde daher großen Wert darauf legen, daß Euer Exzellenz diese meine bisherigen Bemühungen für das Zustandekommen eines rumänisch-bulgarischen Einvernehmens fortsetzen, indem Hochdieselben in geeignet erscheinender Weise auf die Herrn Danew und Mişu einzuwirken trachten. Sollte Herr Danew nochmals, wie dies in Euer Exzellenz Telegramm 143 vom 18. d. M. erwähnt ist, um unsere Unterstützung in der Frage von Salonik ansuchen, so wollen Euer Exzellenz unter Hervorhebung unserer aufrichtigen und bereits bewiesenen Freundschaft für Bulgarien der Ansicht Audruck geben, daß diese Frage wohl den Gegenstand einer klaren Aussprache zwischen den Kabinetten von Wien und Sofia bilden müsse und es sich daher empfehlen würde, durch Herrn Geschoff eine solche zu provociren. Euer Exzellenz können hinzufügen, daß Sie Ihrerseits über das Ansuchen Danews hieher berichtet hätten.

[a] Oe. U. Balkan 96 Nr. 182. Vgl. n. 4983.

Nr. 4979. Tel. aus London, 19. Dez. 1912 Nr. 148 (eing. 20. Dez. 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Geheim. Sir E. Grey hatte mich auffordern lassen, heute zu ihm zu kommen. Ich sprach ihm gleich bei Beginn meines Besuches ausführlich und ziemlich lang über das Problem unseres künftigen Verhältnisses zu Serbien im Sinne der Ausführungen der geheimen Weisung Nr. 5897 vom 15. d. M. Ich berührte die Schwierigkeit oder Unmöglichkeit, Garantien für das künftige gute Verhältnis Serbiens zu erhalten; wir wollten weder die politische Existenz noch das wirtschaftliche Gedeihen Serbiens verhindern, nur in Frieden leben und nicht immerfort gezwungen sein, gegen Aggressionen eines feindseligen Nachbarn rüsten zu müssen etz. Staatssekretär erwiderte, daß er alle meine Ausführungen sympathisch aufnehme und stets bereit wäre, seinen Einfluß auf Serbien auszuüben, damit es sich als guter Nachbar benehme, ausgenommen wir würden ein Ultimatum stellen, in welchem wir Garantien verlangten, die mit der staatlichen Unabhängigkeit Serbiens unvereinbar wären, was ja nach meinen Äußerungen ausgeschlossen erscheine. Dann kam Sir E. Grey auf die Beruhigung zu sprechen, die hoffentlich eintreten würde, wenn unsere Regierungen das Kommuniqué autorisieren, aus welchem hervorgehen wird, daß Serbien seine Wünsche nach territorialer Ausdehnung zur Adria aufgegeben habe. Er hoffe, daß dann auch von unserer Seite zu erkennen gegeben würde, daß wir die Situation für gebessert ansehen. Es schwirren immerfort Gerüchte herum, wir wollten an Serbien ein demütigendes Ultimatum richten und diese Gerüchte lassen in ganz Europa keine Ruhe aufkommen. Er erhalte seit 14 Tagen von allen Seiten Telegramme mit Sensationsmeldungen über unsere Rüstungen und habe mir nie davon gesprochen, weil das wohl übertriebene Darstellungen der Vorsichtsmaßregeln waren, die wir zu nehmen für gut fanden. Ich erklärte Sir E. Grey, die Gerüchte über unsere militärischen Maßnahmen seien unzweifelhaft sehr übertrieben; wenn eine Sicherung vor serbischen Provokationen geschaffen werde, so denke ich, daß auch in unseren militärischen Vorsichtsmaßregeln ein Stillstand eintreten würde. Eine Gefahr scheine mir, daß gerade nach einer Detente Serbien Provokationen mit der Absicht versuchen könnte, um uns als Friedensstörer erscheinen zu lassen. Übrigens hielte ich es für viel besser, wenn ich nicht nach Wien berichte, daß er überhaupt von unseren militärischen Schutzvorbereitungen gesprochen hätte, da es leicht mißverstanden und in einer Weise gedeutet werden könnte, die gewiß nicht in seiner Absicht gelegen ist. Sir E. Grey ging darauf ein und formulierte seinen Gedanken, den er mich bat, Euer Exzellenz vorzulegen, folgendermaßen: Er hielte es für die allgemeine Beruhigung für sehr günstig „si le gouvernement austro-hongrois pouvait trouver un moyen pour indiquer qu'il considère la situation améliorée par suite de la . . .[b] qu'a établie la conversation des ambassadeurs concernant le principe de l'autonomie albanaise et de l'accès commercial de la Serbe à l'Adriatique" (abandonnement des prétentions serbes). In Sir E. Greys Idee wäre diese Indikation unsererseits wohl dadurch am besten gegeben, daß ein Stillstand oder Abschwächung unserer Rüstungen eintreten würde; ich ließ ihn aber diesen Gedanken nicht formulieren und

er diktierte mir vorstehenden französischen Satz zur Unterbreitung an Euer Exzellenz. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 5028. — [b]) Chiffre fehlt.

*Nr. **4980**. Tel. nach Paris, 19. Dez. 1912 Nr. 131 (chiffr. 11 U. p. m.). Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).*

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 174 vom 18. d. M. Es besteht unsererseits kein Bedenken dagegen, daß Herr Poincaré in seiner demnächst abzugebenden Erklärung in der Kammer sich dahin äußere, daß das Pariser Kabinet schon seit längerer Zeit darüber amtlich informirt sei, daß Österreich-Ungarn keine territorialen Erwerbungen anstrebe und daß gewisse Wünsche, die wir formuliert haben, die politische und wirtschaftliche Selbständigkeit der Balkanstaaten und speziell Serbiens nicht bedrohen. Ich ersuche Euer Exzellenz, Vorstehendes dem Herrn Ministerpräsidenten mitzutheilen und beizufügen, daß uns ein Eingehen in die Details unserer Wünsche mit Rücksicht auf die im Zuge befindlichen Berathungen der Londoner Botschafter, über deren Geheimhaltung alle Kabinete einig seien, schwer durchführbar erscheine, wir jedoch kein Bedenken trügen, wenn Herr Poincaré unseren Wunsch auf Autonomisierung Albaniens in allgemeiner Form erwähnen wollte. Falls es Euer Excellenz für nöthig halten sollten, auf die in Hochderen Telegramm Nr. 156[a]) vom 26. v. M. (Schlußalinea) wiedergegebene Anregung des französischen Ministerpräsidenten zurückzukommen, wollen Hochdieselben Herrn Poincaré als Ihre persönliche Vermuthung zu verstehen geben, daß in Wien bezüglich der Mittheilung vertraulicher amtlicher Informationen an Journalisten eine principielle Reserve beobachtet werde; dieses Bedenken komme jedoch natürlich in Wegfall, sobald es sich um ein zwischen den betreffenden Regierungen erzieltes Einvernehmen bezüglich einer im Parlamente abzugebenden Erklärung handle. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 4920 Anm. b.

*Nr. **4981**. Tel. nach Paris, 19. Dez. 1912 Nr. 137 (chiffr. 12 U. 15 M. a. m.). Konz. (S. Schreibmaschine; G. Berchtold).*

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 173, vom 18. l. M. Die Behauptung, die Affaire des Konsuls Prochaska sei von uns absichtlich aufgebauscht und hinausgezogen worden, entspricht nicht den Tatsachen. Da unsere Verbindung mit dem genannten, wie übrigens auch mit anderen k. und k. Vertretern am Kriegsschauplatze, durch Wochen tatsächlich unterbunden war, waren wir nicht in Lage, über den Tatbestand auch hinsichtlich der Anklagen der serbischen Regierung gegen den genannten Konsul irgend welche amtliche Erklärungen abzugeben und mußten wir uns die größte Reserve auferlegen, was auch in meinen, anläßlich der letzten Delegationssitzungen abgegebenen Erklärungen zum Ausdrucke kam, die bekanntlich keinerlei Spitze gegen Serbien enthielten. Sobald uns jedoch Ende vorigen Monats die erste direkte Mitteilung Konsul Prochaskas zugekommen war, wurde in den hiesigen Abendblättern veröffentlicht, daß er

sich wohlbehalten in Uesküb befinde. Während der dann im Zuge befindlichen Untersuchung eines an Ort und Stelle entsendeten k. und k. Funktionärs schien eine weitere Mitteilung betreffs des Verhaltens unseres Konsuls und der serbischen Behörden an die Öffentlichkeit unangebracht. Nach Einlangen des bezüglichen Berichtes wurde am 17. l. M. im „Fremdenblatt" die Angelegenheit in offiziöser Weise besprochen, wobei darauf hingewiesen wurde, daß Konsul Prochaska zwar glücklicherweise unverletzt ist, daß jedoch völkerrechtswidrige Verstöße seitens der serbischen Militärbehörden in Prisren vorgekommen sind, für welche wir entsprechend Genugtuung verlangen müßten und daß kein Grund zur Annahme besteht, daß die königlich serbische Regierung dieselbe nicht gewähren wird. Aus Vorstehendem ist zu ersehen, daß, trotzdem wir Grund zu triftigen Beschwerden haben, wir diese mit Rücksicht auf die von uns geteilten friedliebenden Tendenzen aller Großmächte nicht allzusehr in den Vordergrund stellen und uns auf das allernotwendigste Satisfaktionsbegehren beschränken wollen. Wir haben uns im ganzen Verlaufe der Angelegenheit nicht einen Augenblick von Animosität gegen Serbien leiten lassen, sondern uns auch hierin die größte Mäßigung auferlegt. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information und Regelung Ihrer Sprache. Berchtold.

Nr. 4982. Tel. nach Rom, 19. Dez. 1912 Nr. 282 (chiffr. 20. Dez. 12 U. a. m.).[a] Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Meinem Telegramm Nr. 277[b] werden Euer Exzellenz entnommen haben, daß die von den Botschaftern vereinbarte Formel — Albanien betreffend — eine Äußerung über die allgemeine Anschauungsweise der k. u. k. und der königlich italienischen Regierung hinsichtlich der inneren Gestaltung des künftigen Albanien vorsieht. Euer Exzellenz wollen Marquis di San Giuliano sagen, daß mir die erwähnte Formel im Großen Ganzen unbedenklich scheint, daß ich aber großen Wert darauf lege, daß der vom russischen Botschafter ad referendum genommene Vorschlag „l'Albanie autonome sera neutralisée" bei einer definitiven Entscheidung aufgenommen wird. Meiner Ansicht nach wäre im Interesse der Gleichstellung Albaniens mit den benachbarten Balkanstaaten eine volle Unabhängigkeit desselben vorzuziehen. Sollte dieselbe aber nicht zu erreichen sein, so wäre eine Neutralisierung Albaniens auch mit dem Fortbestande eines rein formellen Abhängigkeitsverhältnisses zur Türkei vereinbar. Was letzteres anbelangt, würde ich, da mir die Aufrechterhaltung des Souveränitätsrechtes des Sultans eine Quelle von künftigen Schwierigkeiten zu enthalten scheint und bei der Mehrzahl der Albanesen auf Widerstand stoßen dürfte, vorziehen, daß dem Sultan ein rein nominelles Suzerainitätsrecht gewahrt werde, wobei aber Albanien in keinerlei Hinsicht, wie etwa Kapitulationen, Zollfragen etc., gebunden bleiben dürfte. Die Belassung türkischer Truppen selbst in beschränkter Zahl ist meiner Ansicht nach nicht akzeptabel. Ebenso müßte ich mich gegen die Bestellung eines Gouverneurs durch den Sultan aussprechen. Betreffs der inneren Organisation wäre ich dafür, daß unsere beiden Botschafter erklären sollten, es müßte den Albanesen die Möglichkeit

geboten werden, im Rahmen der von den Großmächten getroffenen prinzipiellen Bestimmungen ihre eigenen Wünsche zum Ausdruck zu bringen. Wenn Marquis di San Giuliano mit meinen obigen Ausführungen übereinstimmt, würde ich es mit Freude begrüssen, wenn Hochdieselben mit ihm einen Text vereinbaren würden, der dem Wunsche der Londoner Botschafter entsprechend, von Marquis Imperiali und Grafen Mensdorff gemeinsam vorzuschlagen wäre. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 4977, 5017, 5018, 5029, 5082 Anm. a. — [b]) Mit Tel. vom 18. Dez. 1912 Nr. 277 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.) wurde n. 4954 nach Rom mitgeteilt.

Tel. nach Sofia, 19. Dez. 1912 Nr. 189 (chiffr. 11 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 4972.

*Nr. **4983**. Tel. nach Sofia, 19. Dez. 1912 Nr. 190 (chiffr. 20. Dez. 2 U. 40 M. a. m.).[a]) Konz. (S. Hohenlohe; V. Pogatscher; G. Berchtold).*

Wie Graf Mensdorff unterm 18. telegraphiert,[b]) hat Herr Danew ihm gegenüber die Sprache auf Salonik gebracht und ihm vorgestellt, daß dessen Übergang an Bulgarien auch in unserem Interesse liege; Danew habe sich etwas enttäuscht darüber gezeigt, „daß man ihm in Wien nicht bestimmt zugesagt habe, Salonik Bulgarien zu geben." Graf Mensdorff antwortete ausweichend unter Betonung unserer guten und wohlwollenden Gesinnungen für Bulgarien. Wie Euer Hochgeboren aus meinen Mitteilungen bekannt, hat Herr Danew auch während seines hiesigen Aufenthaltes um unsere Unterstützung betreffs Saloniks geworben und erklärt, Bulgarien würde uns einen Freihafen, Depôts und sogar Terrains zur Verfügung stellen.[c]) Es wäre mir erwünscht, daß Euer Hochgeboren dem Herrn Ministerpräsidenten gegenüber auf diese von Herrn Danew hier und in London geführte Sprache Bezug nehmen und sich in folgendem Sinne äußern: Es handle sich in der Frage unserer eventuellen Unterstützung der bulgarischen Aspirationen auf Salonik um eine eminent politische Frage, welche offenbar geeignet sei, in höchstem Grade auch unsere Beziehungen zu anderen Balkanstaaten und sogar zu den Großmächten zu beeinflussen. Herr Geschoff wisse und unsere bisherige Haltung habe es auch erwiesen, daß wir Bulgarien das größte Wohlwollen entgegenbringen. Wir wünschten ein großes und starkes Bulgarien und seien bereit, unsere Bemühungen auf dieses Ziel zu richten, selbstverständlich aber unter der Voraussetzung, daß zwischen uns und dem Königreiche ein aufrichtig und dauernd freundschaftliches Verhältnis hergestellt werde, wie es unseren beiderseitigen Interessen und auch der Herstellung stabiler Verhältnisse am Balkan entspreche. Es sei daher natürlich, daß wir uns auf die Übernahme einer Verbindlichkeit so lange nicht einlassen könnten, als wir nicht darüber Klarheit gewinnen, ob Bulgarien auch nach dem Friedensschlusse noch irgend welche Engagements mit anderen Balkanstaaten haben werde, welche uns tangieren könnten. Erst nach einer solchen Klarstellung der allgemeinen politischen Richtung, welche Bulgarien einzuschlagen gedenke, sei die Voraussetzung für eine eventuelle Unterstützung der bulgarischen territorialen Aspirationen unsererseits gegeben, wobei, was speziell Salonik betrifft, selbstredend unsere

dortigen bedeutenden wirtschaftlichen Interessen voll gewahrt werden müßten, wie dies Herr Danew in Aussicht stellte. Sollte eine solche befriedigende Klarstellung unseres gegenwärtigen politischen Verhältnisses erfolgen, so würden wir die bulgarischen Aspirationen auch in dem Falle unterstützen, wenn die Mächte, sei es Griechenland bevorzugen, sei es die Internationalisierung Saloniks ins Auge fassen sollten. Ich telegraphiere unter einem an Grafen Mensdorff im Gegenstande wie folgt: ... *wie n. 4978 von „Sollte Herr Danew" bis zum Schlusse.* ... Berchtold.

[a]) Vgl. n. 4713, 5001, 5117, — [b]) Vgl. n. 4956. — [c]) Vgl. n. 4891.

Nr. 4984. Note des Chefs des Generalstabes, 19. Dez. 1912 Nr. 5602. Ausfert.

Ich beehre mich Eurer Excellenz die Abschrift[a]) eines mir am 18. Dezember durch den königlich italienischen Militärattachee überreichten Schriftstückes zu senden, wobei ich mit Genugtuung konstatiere, dass ich mich in der Bewertung der italienischen Freundschaft nicht getäuscht habe, und nur bedauern muss, dass mit diesem unverlässlichen Nachbar nicht schon vor Jahren — wie ich es wiederholt als notwendig bezeichnete — abgerechnet wurde. An den Militärattachee habe ich mündlich verschiedene militärische Fragen gestellt und ihm auch mitgeteilt, dass es für uns von besonderem Interesse ist, zu wissen, in welcher Weise Italien im Falle der Dreibundpflicht seine im Inlande befindlichen Kräfte zugunsten des Dreibundes zu verwenden gedenke und dass ich es für notwendig halte, infolge des Eintretens geänderter Verhältnisse nunmehr zur Festlegung neuer militärischer Vereinbarungen zu schreiten.[1]) Conrad.

[1]) Ersuche um näheren Aufschluß über künftige Kriegsleistung Italiens.
[a]) Beilage.

Beilage zu n. 4984. Schreiben des ital. Militärattachés an den Chef des Generalstabes, 18. Dez. 1912. Abschrift.

Par ordre du chef de l'Etat Major Général de l'Armée Royale italienne le soussigné a l'honneur de faire la suivante participation: Par loyauté d'allié on fait connaître que, jusqu'à nouvelle décision, on est obligé de supprimer l'envoi de la 3ième armée italienne sur le Rhin, parce que l'Italie dans les conditions actuelles ne pourrait se priver de telle partie de ses forces. L'Etat Major Impérial et Royal pourrait cependant, le cas échéant, disposer de ses lignes de chemin de fer et du matériel qui seraient actuellement destinés aux transports italiens. A. Albricci.

Nr. 4985. Bericht des 15. Korpskommandos in Sarajewo an das Kriegsministerium, 19. Dez. 1912 Präs. Nr. 4522 (eing. als Einsichtsstück des Kriegsministeriums Z. 14407 von 1912 am 23. Feb. 1913). Abschrift.

Die Erfahrungen und Wahrnehmungen, die die nun schon 3 Monate dauernden Wirren auf der Balkanhalbinsel gewinnen ließen, veranlassen das Korpskommando über die Stimmung und die Verläßlichkeit der Bewohner Bosniens und der Herzegowina zu berichten. Von allem Anfang

an waren die Sympathien der — durchaus slavischen — Bevölkerung auf Seiten der verbündeten Balkanstaaten. Ausgenommen hievon blieben mit Rücksicht auf ihre Religion die Mohammedaner, die obgleich auch slavischen Ursprungs, die Sache des Kalifates höher stellten als alles andere. Infolge der geographischen Nähe zum Kriegsschauplatze und der Stammesverwandtschaft war es selbstverständlich, daß sich aller Schichten der Bevölkerung eine gewisse Erregung bemächtigte, die teilweise auch darin Ausdruck fand, daß Leute, insbesondere aus den Grenzbezirken, das Land verließen, um als freiwillige Kämpfer bei einem kriegführenden Teile einzutreten. Dies gilt sowohl für die Serbisch-Orthodoxen als auch für die Mohammedaner, obgleich für die letzteren in geringerem Maße. Solange die Monarchie in den Lauf der Begebenheiten nicht eingriff, bewegten sich die sonstigen Sympathiekundgebungen für die Kämpfenden — wenn auch mitunter laut — in normalen Grenzen und es kam mit wenigen Ausnahmen zu keinerlei exaltierten Ausbrüchen, abgesehen von der in der Mehrzahl der Fälle nicht korrekten Schreibweise gewisser nationalistischer Hetzblätter. Erst als in der Monarchie gewisse Forderungen in Bezug auf Albanien und den Zugang zur Adria seitens Serbiens zur Diskussion gelangten und bezügliche diplomatische Schritte in Aussicht gestellt wurden, schäumten die Wellen nationalistischer Richtung auf und fanden beredten Ausdruck nicht nur in den chauvinistischen Pressen, sondern auch in Demonstrationen. Die von den eigenen Stammes- und Glaubensgenossen in diesem Umfange gewiß nicht vorausgesehenen Erfolge der Balkanstaaten haben das Selbstbewußtsein der serbischen Bevölkerung derart gesteigert, daß es, was übrigens schon öfters konstatiert wurde, das Prestige der Monarchie in den Augen der Serben in Bosnien und der Herzegowina ins Schwanken brachte und damit auch die Loyalität besonders in der Intelligenz lockerte. Trotzdem die leitenden Persönlichkeiten dieser Parteien bei jeder Gelegenheit bemüht sind, ihrer Ergebenheit gegen den Monarchen und ihrer Anhänglichkeit an die Regierung ostentativen Ausdruck zu verleihen, bleiben dieselben ohne Einfluß auf die Stimmung ihrer Parteigenossen, umsomehr als die Presse, namentlich die Belgrader das ihrige beiträgt, um das Ansehen der Monarchie auch in den Augen der noch ruhigen einheimischen Bevölkerung zu untergraben. Auf welch schwachen Füßen diese Loyalität steht, und welche Anregung die Bewegung gegen die Hoheit der Monarchie auch von jenseits der Grenze erfährt, beweisen die folgenden Vorfälle: 1. Zunächst ist es die schon bekannte, gegen die Monarchie gerichtete Erklärung der serbischen Abgeordneten des bosnisch-herzegowinischen Landtages, welche dartut, daß es mit dem Verlaß auf die sogenannte Intelligenz serbischer Religion nicht weit her ist. Es wird zwar vielfach behauptet und scheint auch zum Teile den Tatsachen zu entsprechen, daß mehrere Abgeordnete zur Mitfertigung der seither berühmt gewordenen Erklärung mehr oder minder gezwungen wurden. Dies ändert jedoch an der Sache nichts, da sich derlei Elemente gegebenenfalls auch zu anderen analogen Dingen zwingen lassen werden. 2. In Banjaluka wurde ein Beamter der dortigen serbischen Bank, Theodor Popović, wegen erwiesener Spionage zugunsten Serbiens verhaftet. Popović wurde seitens der Militärbehörden schon seit

dem Jahre 1909 streng beobachtet, doch wurde trotz mehrfachen Einschreitens, seitens der Zivilgerichtsbehörden ein genügender Grund zum gerichtlichen Verfahren als nicht bestehend erklärt. Nun hat es sich herausgestellt, daß Popović tatsächlich Verbindungen mit Serbien hat, mit einer Agentur in Schabatz, die Spionage gegen Österreich-Ungarn betreibt, in reger Verbindung steht, und unter den Adressen „Milanković, Schabatz", „Milan Ović, Schabatz", „Gospogja Bože M. Milan Ović (Milanović)" und „Milanović, Schabatz" einen recht lebhaften Briefwechsel unterhält. 3. Weiters kann der Überzeugung Ausdruck gegeben werden, daß alle sogenannten kulturellen serbischen Vereine — wie Prosvjeta —, die Sokolvereine, — Pobratimsto, — Trezvenost etz. trotz ihrer gewiß nicht abzuleugnenden ethischen Zwecke vor allem das eine Ziel vor Augen haben, Haß gegen die Monarchie zu säen und den Anschluß von Bosnien und der Herzegowina an Serbien zu propagieren. Sie verfolgen dabei den doppelten Zweck, die serbisch-orthodoxe Jugend körperlich und geistig zu erziehen, sie gleichzeitig aber zu unversöhnlichen Gegnern der Monarchie zu bilden, um im Falle eines Krieges zwischen Serbien und Österreich-Ungarn sie als Stütze eines eventuellen — vielleicht auch nur passiven — Widerstandes gegen unsere bewaffnete Macht verwenden zu können. Die Hauptförderung dieser Bestrebungen geht entschieden von der serbisch-orthodoxen Geistlichkeit (einschließlich der Metropoliten — unter denen jedoch der Erzbischof Letica von Sarajevo eine rühmliche Ausnahme bildet) und der Lehrerschaft aus, die — besonders jene, die nicht staatlich angestellt sind, unter den verschiedensten Titeln, wie Analphabetenlehrer, landwirtschaftliche Lehrer, etc. — das Land durchziehen und überall Propaganda für den Anschluß an das Königreich Serbien machen. So intensiv auch diese Tätigkeit und der Einfluß gewisser radikaler Blätter ist, so hat die Propaganda in der breiten Masse des Volkes vorläufig noch keinen greifbaren Erfolg gezeitigt. Daß diese monarchiefeindliche Stimmung vorläufig nur die sogenannte Intelligenz beherrscht und nur allmählich in die niederen Bevölkerungsschichten sickert, ist in erster Linie der starken militärischen Macht zu verdanken, welche schon durch ihre Anwesenheit indirekt die destruktiven Elemente niederhält und staatsfeindliche Ausbrüche verhindert. Darüber besteht jedoch kein Zweifel, daß das Prestige der Monarchie auch in den Augen der jetzt noch gleichgiltigen Massen leiden und die staatliche durchgreifenden Autorität untergraben wird, wenn die Monarchie nicht in eklatanter Weise ihren Willen gegenüber dem Königreiche Serbien durchsetzt. 4. Als Illustration, welche Unterstützung diese Bewegung aus dem Königreich Serbien erfährt, seien zum Schluße einige Depeschen angeführt, die König Peter anläßlich seiner Patronatsfeier aus einigen Gegenden des Königreiches empfing: „Ljubovija" ... Gott gebe, daß unter Deiner Regierung die rauschende Drina nicht mehr die Grenze gegen Bosnien bilden möge." „Užice" ... Damit im nächsten Jahre die Freude der Serben noch größer werde und auch das schöne Sarajevo unter die Fittiche der weisen und segensreichen Regierung Euer Majestät falle." Diese und ähnliche Wünsche sind — wie aus verschiedenen Anzeichen zweifellos hervorgeht — bedauerlicher Weise auch die Wünsche eines großen Teiles der hierländischen,

zum Serbentum sich bekennenden Intelligenz. — Alle diese Erscheinungen lassen die Loyalität der serbisch-orthodoxen Bevölkerung Bosniens in einem sehr zweifelhaften Lichte erscheinen, was bei eventuellen Konflikten mit dem Königreiche Serbien in Rücksicht gezogen und mit einer serbischen Gegenströmung im Lande gerechnet werden muß. Appel.

Nr. 4986. Privatschreiben des Legationsrates Grafen Alexander Hoyos nach Belgrad, 20. Dez. 1912.[a]) Konz. (S. u. G. Hoyos).

Mit bestem Dank bestätige ich den Empfang Ihres geschätzten Schreibens vom 16. December d. J. und beeile mich, darauf zu antworten. Die allerdings etwas weitgehenden militärischen Vorkehrungen an unserer Südostgrenze haben rein defensiven Charakter, was schon daraus hervorgeht, daß keine Mobilisierung angeordnet wurde und die angesammelten Truppen keinen operativen Werth haben, weil ihnen der Train fehlt. Seit Abgang Ihres Schreibens dürfte Ihnen der Erlaß Nr. 5927 vom 17. d. Mts. bereits zugekommen sein, worin Sie eingehender über die Auffassung des Grafen Berchtold informiert werden. Wir wären von allem Anfang an bereit gewesen, mit Serbien eine freundschaftliche Conversation zu beginnen aber selbstverständlich nur unter der Voraussetzung, daß Serbien unsere Reserven in der Adriafrage acceptirt. Wenn dies jetzt geschieht und die Stimmung in Serbien im Allgemeinen sich bessert, so wird kein Anstand mehr obliegen, die Verhandlungen zu beginnen. Der Herr Minister hat gestern den neuen serbischen Gesandten empfangen,[a]) der sich in ziemlich inhaltloser und vaguer Weise über den Wunsch seiner Regierung, die Beziehungen zur Monarchie freundschaftlicher zu gestalten ausgesprochen hat. Aus seinen Äußerungen mußte man aber den Eindruck gewinnen, daß er noch keine conkreten Instructionen, mit uns über wirthschaftliche Fragen zu sprechen, erhalten hatte. Sie thaten ganz recht, die conciliante Pose, welche wir seit Beginn des Balkankrieges eingenommen haben und auch in Zukunft bei voller Wahrung unserer Interessen einnehmen wollen, trotz der etwas geräuschvollen Action unserer Militairs aufrecht zu erhalten. Serbien muß aber in der nächsten Zeit mit der größten Vorsicht handeln und auf die durch verschiedene Zwischenfälle sehr gereizte Stimmung im großen Theile unserer öffentlichen Meinung bedacht sein. Auch die kleinste Provokation könnte jetzt unabsehbare Folgen für das Königreich nach sich ziehen, wenn es auch in der Hafenfrage nachgegeben hat. Man möchte hier mit Serbien auf gutem Fuße leben, will aber an die Bereitwilligkeit Serbiens hiezu nicht mehr glauben und ist aus diesem Grunde für eine radikale Lösung der Frage. Vom nüchternen Standpunkt der internationalen Politik haben wir einen nicht zu unterschätzenden Erfolg erlangt, für die breiten Massen der Monarchie sind aber die Errungenschaften keine greifbaren, während man die wirthschaftliche Krise und ihre Folgen schwer empfindet. Es wäre gut, wenn man in Serbien diese Stimmungen beachten würde, man sollte sich in Belgrad darüber klar werden, daß in Zukunft ein anderes Verhältnis hergestellt werden muß, wenn man nicht die Vernichtung des Königreiches riskiren will. Die Botschafterbesprechungen in London werden in sehr

versöhnlichem Geiste fortgeführt und dürften ein befriedigendes Resultat ergeben.

[a]) Vgl. n. 4950, 5022.

Nr. 4987. Tel. nach Berlin Nr. 208 (1), London Nr. 116 (2), Paris Nr. 135 (3), Rom Nr. 285 (4), St. Petersburg Nr. 203 (5) u. Konstantinopel Nr. 356 (6), 20. Dez. 1912 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Otto; V. Pogatscher; G. Berchtold).

1.—6. In der bekannten Angelegenheit unserer Consuln in Prisren und Mitrovitza haben wir gestern im Wege unseres Gesandten in Belgrad von der dortigen Regierung nachstehende Genugthuungen begehrt: „Ausdruck des Bedauerns über die in Prisren und Mitrovitza vorgekommenen militärischen Mißgriffe." „Militärische Ehrenbezeugung durch ein von einem Offizier commandirtes Detachement anläßlich des Hissens unserer Flagge auf den Consulaten in jenen beiden Städten am Tage des dortigen Wiedereintreffens Prochaskas und Tahys." Zu diesen Satisfactionsbegehren sahen wir uns genötigt, weil die durch einen an Ort und Stelle entsendeten Delegirten des k. und k. Ministeriums des Äußern durchgeführte Enquête in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise ergeben hat: 1. Daß die seinerzeit vom vormaligen hiesigen serbischen Gesandten im Auftrage seiner Regierung gegen die genannten Consularfunctionäre erhobene Beschuldigung „sie hätten die Türken und Albanesen gegen die Serben aufgehetzt"[b]) ebenso vollkommen aus der Luft gegriffen war, wie die gleichfalls von Herrn Simitch vorgebrachte Behauptung „vom Dachboden des Consulates in Prisren sei auf die serbischen Truppen geschossen worden"; 2. daß sowohl in Prisren wie in Mitrovitza seitens der serbischen Militärbehörden unseren dortigen Consularämtern sowie deren Leitern und Personale gegenüber mehrfach in einer gegen das Völkerrecht, die Capitulationen und unser k. und k. Cultusprotectorat verstoßenden und durch die Kriegslage nicht entschuldbaren Weise vorgegangen worden ist. Die Verantwortung dafür, daß in dieser Frage erst jetzt Klarheit geschaffen wurde, trifft nicht uns, da unser Verkehr mit beiden Consulaten durch längere Zeit gänzlich unterbunden war. In den amtlichen Äußerungen, in welchen wir eine Spitze gegen Serbien immer vermieden haben, beobachteten wir solange die größte Reserve, als nicht die Ergebnisse unserer Untersuchung vorlagen. Auch jetzt haben wir uns darauf beschränkt, für die vorgekommenen Verstöße das Mindestmaß jener Satisfaction zu verlangen, welche mit Rücksicht auf das Ansehen und die Würde der Monarchie und ihrer Vertreter geboten schien und dies mit Rücksicht auf die bei allen Cabineten sowie bei uns vorherrschenden friedlichen und concilianten Tendenzen. Wir zweifeln daher nicht, daß die Cabinete die Mäßigung anerkennen werden, welche wir auch im Verlaufe dieser ganzen Angelegenheit an den Tag gelegt haben.

1.—5. Euer Exzellenz wollen sich im Sinne des Vorstehenden bei der dortigen Regierung vernehmen lassen.

6. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information.

[a]) Vgl. n. 5024. — [b]) Vgl. n. 4316.

Nr. 4988. Tel. aus Berlin, 20. Dez. 1912 Nr. 322 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramme Nr. 200[a]) und 201[b]) von gestern. Herr von Kiderlen sagt mir, er habe vom deutschen Botschafter in London nahezu ganz gleichlautenden telegraphischen Bericht erhalten. Vertraulich. Mit besonderer Befürwortung des russischen Vorschlages „que l'Albanie autonome soit sous souveraineté ou suzeraineté du Sultan" von seiten des Fürsten Lichnowsky ist Staatssekretär gar nicht einverstanden. Wie er mir versicherte, habe deutscher Botschafter entschiedenen Auftrag erhalten, sich in dieser Frage reserviert zu verhalten und sich ohne weitere Diskussion dem Standpunkt seines österreichisch-ungarischen und italienischen Kollegen anzuschließen. Szögyény.

[a]) Mit Tel. Nr. 200, 18. Dez. 1912 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.) wurde n. 4944 nach Berlin mitgeteilt. — [b]) Mit Tel. Nr. 201, 18. Dez. 1912 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.) wurde n. 4954 nach Berlin mitgeteilt.

Nr. 4989. Handschreiben Kaiser Franz Josefs I. an König Karl von Rumänien, 20. Dez. 1912.[a]) Konz. (S. Biegeleben; G. Berchtold).[b])

Es gereicht mir zur besonderen Befriedigung, Dich davon benachrichtigen zu können, dass der zwischen Österreich-Ungarn, Deutschland und Italien bestehende Bundesvertrag am 5. dieses Monats in unveränderter Form erneuert worden ist. Ich bin davon überzeugt, dass Du diese Mitteilung mit Genugtuung begrüssen wirst und darf Meiner zuversichtlichen Hoffnung Ausdruck verleihen, dass auch die alten und bewährten Beziehungen Rumäniens zu den Dreibundmächten ebenso unverändert erhalten bleiben werden.

[a]) Vgl. n. 4909, 5006, 5007, 5208, 5358, 5421. — [b]) Abschrift dieses Konzepts vom Kaiser paraphiert.

Nr. 4990. Bericht aus Bukarest, 20. Dez. 1912 Nr. 75 (eing. 22. Dez.).[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. Herr Maioresco teilte mir beim gestrigen Diplomatenempfang mit, daß seit dem Besuche des Großfürsten, der äusserlich sehr glanzvoll verlief, aber im Grunde genommen doch für die russische Regierung auf eine Enttäuschung hinausgelaufen sein muß, die russischen Anbiederungsversuche wider Erwarten nicht nur nicht aufgehört, sondern sogar noch eine concisere Form angenommen hätten. Vor Kurzem wäre Schebeko bei ihm erschienen und habe in längerer Ausführung hervorgehoben, wie weise die Politik der Neutralität gewesen wäre, die Rumänien in der jetzigen Krise befolgt habe und welche gefährliche Situationen eine gegenteilige Haltung hätte zeitigen können. Schließlich stellte mein russischer Kollege die Frage, ob der Minister nicht glaube, daß die Wahrung der Neutralität in allen Fällen für das Königreich das Vorteilhafteste sei? Herr Maioresco replizierte, daß die Haltung eines Landes von der Wahrung seiner Interessen abhänge und sich deshalb im Vorhinein nicht bestimmen lasse. Trotz dieser in die Augen springenden Ablehnung ging Herr Schebeko

auf dieses Thema noch weiter ein und bemerkte, daß Rumänien doch alle Eventualitäten im Auge behalten müße, auch die eines Konfliktes zwischen Russland und Österreich-Ungarn. Und was dann, fügte der Gesandte hinzu? Der Minister antwortete, daß ihm ein derartiger Zusammenstoß ganz unwahrscheinlich erscheine, nachdem die Donaumonarchie niemals der angreifende Teil sein würde, und der Friedenskaiser Nikolaus keine solche furchtbare Katastrofe, wie einen europäischen Krieg, werde provozieren wollen. Es sei daher müßig, über diese Sache zu sprechen. Herr Schebeko, der einsah, daß seinem Vorhaben, den Minister des Äussern zu einem Ausspruche über die Haltung Rumäniens in einem Konfliktsfalle Russlands mit der österreichisch-ungarischen Monarchie zu veranlassen, kein Erfolg beschieden sei, zog sich darauf zurück. Gleichfalls in den letzten Tagen erhielt der hiesige Kammerpräsident von den Parteihäuptern der Nationalen und der Zentrumsgruppe der Petersburger Dumaabgeordneten äusserst warm gehaltene Begrüßungsdepeschen, in welchen wiederum auf die so lange in Vergessenheit geratene Waffenbrüderschaft angespielt wird. Herr Maioresco ließ den betreffenden Herren durch den Petersburger rumänischen Gesandten den Dank des Kammerpräsidenten, gleichzeitig aber auch die Zuversicht aussprechen, daß unter der Regierung Kaiser Nikolaus', der dem Friedensgedanken einen solchen großen Impuls gegeben habe, es wohl zu keinem europäischen Kriege kommen werde.

K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 4900.

Tel. nach Konstantinopel, 20. Dez. 1912 Nr. 356 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 4987.

*Nr. **4991**. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 20. Dez. 1912 Nr. 712 (eing. 8 U. p. m.). Entziff.*

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 353 von heute. Im Sinne hohen Telegrammes vom 17. d. M. Nr. 347 hatte ich bereits in meinen letzten Unterredungen mit Gabriel Effendi von Intransigenz betreffend Adrianopel abgeraten und darauf hingewiesen, daß ein gutes Verhältnis zu Bulgarien im Interesse der Türkei gelegen wäre. Der Minister schien meinen Argumenten nicht unzugänglich. Auch meinen Kollegen hatte ich angedeutet, daß ich mich den türkischen Staatsmännern gegenüber in dieser Weise vernehmen ließ. Ich werde Gabriel Effendi heute noch im Sinne des erstzitierten Telegrammes zu sprechen trachten. Pallavicini.

*Nr. **4992**. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 20. Dez. 1912 Nr. 703 recte 713 (eing. 21. Dez. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.*

Mit Bezug auf Euer Exzellenz heutiges Telegramm Nr. 353. Ich hatte mit dem Großvezier und mit dem Minister des Äußern soeben eine längere Unterredung; im Verlaufe derselben sagte ich den türkischen Staatsmännern, dass, wenn Türkei in Bezug auf Adrianopel in ihrer Unnachgiebigkeit verharre, dieselbe auf die Unterstützung irgend einer Macht nicht rechnen könne. Nach einer längeren Diskussion erklärte mir Groß-

vezier, türkische Regierung würde, wenn die Botschafterreunion in London ihr einstimmigen Rat erteile, auf Adrianopel zu verzichten, diese Frage einem Kronrat unterbreiten, welcher dann entscheiden werde, ob die Türkei nachgeben oder den Krieg fortsetzen wird. Aus dieser Unterredung gewann ich den Eindruck, dass es sich bei der Frage Adrianopels hier hauptsächlich um eine innerpolitische handelt. Es unterliegt nämlich keinem Zweifel, dass die Jungtürken dieselbe als Pressionsmittel benützen. Unter diesen Umständen erscheint es mir fraglich, ob der Kronrat, an welchem natürlich auch viele Unionisten teilnehmen werden, nachgiebiger sein wird, als der Großvezier. Letzterer sowie der Minister des Äußern scheinen Ernst der Lage richtig einzuschätzen und nur unter dem Drucke ihrer politischen Gegner zu handeln. Kiamil Pascha sagte mir schließlich streng vertraulich, er erwarte heute einen geheimen Abgesandten der bulgarischen Regierung; er wisse vorläufig noch nichts über dessen Mission, werde mich aber morgen über dieselbe streng vertraulich informieren lassen. Pallavicini.

a) Oe. U. Balkan 97 Nr. 187. Vgl. n. 5009, 5010, 5063, 5069.

Tel. nach London, 20. Dez. 1912 Nr. 116 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 4987.

Nr. 4993. Tel. aus London, 20. Dez. 1912 Nr. 151 (eing. 21. Dez. 9 U. a. m.). Entziff.

Botschafterréunion wird, wenn nichts Unerwartetes eintritt, sich erst 2. Jänner wieder versammeln. Mensdorff.

Nr. 4994. Tel. aus London, 20. Dez. 1912 Nr. 152 (eing. 21. Dez. 11 U. 30 M. a. m.).a) Entziff.

Heute dritte Botschafterréunion. Sir E. Grey fragte, ob wir das Communiqué an die Presse autorisieren, wie in meinem Telegramme Nr. 145 vom 18. d. Mts. formuliert. Wir stimmten bei, wobei Herr Cambon aus Rücksicht für bevorstehende Erklärungen Herrn Poincarés in der Kammer einige Ergänzungen als wünschenswert bezeichnete, auch Graf Benckendorff für die öffentliche Meinung Rußlands. Ich erklärte entschieden, daß ich nur ermächtigt bin, dem von uns vorgestern vereinbarten und von mir Euer Exzellenz unterbreiteten Text des Communiqués zuzustimmen, und so bleibt es dabei. Sir E. Grey wird serbischem Geschäftsträger heute nachmittags ebenfalls die Mitteilung über unsere Beschlüsse betreffs Albaniens und kommerziellem Accès Serbiens an die Adria machen. Russischer Botschafter machte verschiedene Bemerkungen, wie dieser kommerzielle serbische Accès an die Adria zu verstehen sei, die schließlich über Sir E. Greys Vorschlag folgendermaßen zusammengefaßt wurden: Les remarques russes ne sont pas en contradiction avec nos décisions concernant l'accès commercial serbe, remarques suivantes: „Reconnaissance à la Serbie du choix de la direction (dans le sens du tracé) du chemin de fer et du port terminal. Toute garantie au gouvernement serbe pour la liberté des études nécessaires pour établir son choix et pour celles du tracé du chemin de fer contre des

difficultés qui pourraient éventuellement être créées par le futur gouvernement albanais. Droit pour la Serbie de participer au contrôle international de la ligne et du port." Meinen Einwendungen wurde von allen anderen Anwesenden entgegengestellt, daß, nachdem Serbien an der internationalen Eisenbahn-Baugesellschaft beteiligt sein wird, im Vorstehenden Serbien nicht mehr eingeräumt wird, als das betreffende Syndikat, respektive alle Teilnehmer desselben ohnehin haben werden. Nachdem ich mich nicht in der Lage erklärte, zuzustimmen, redigierte man folgende Bemerkung: „Sir E. Grey et les Ambassadeurs de France, d'Italie et d'Allemagne ne soulèvent pas d'objection et se réservent de soumettre à leurs gouvernements la proposition Benckendorff. L'Ambassadeur d'Autriche-Hongrie ne se prononce pas et soumettra la proposition à son gouvernement." Mensdorff.

a) Vgl. n. 5041, 5047, 5097.

Nr. 4995. Tel. aus London, 20. Dez. 1912 Nr. 153 (eing. 21. Dez. 11 U. a. m.).a) Entziff.

Bei heutiger Botschafterreunion zeigte ich Karte des künftigen Albaniens vor, wie sie mir von Baron Giesl und Herrn Ippen eingezeichnet war. Meine Kollegen wollen immer nur Ostgrenze diskutieren; während ich Standpunkt vertrete, daß Diskussion derselben nicht von jener über Nordgrenze zu trennen ist. Ich beharre auf meinem bisherigen Standpunkte: keine Abtrennung rein albanesischen Gebietes: Ambassadeur de Russie remarque qu'il croit qu'en prenant le principe ethnologique, tout justifié qu'il soit, pour base de l'état futur de l'Albanie on rend la question à peu près insoluble et que pour la résoudre, il faudrait prendre en considération des intérêts de toute sorte de nature — en un mot arriver à un compromis. Die Anderen schlagen vor, man möge neben meiner Karte eine die Gegenvorschläge Grafen Benckendorffs enthaltende Karte produzieren und vergleichen. Graf Benckendorff verspricht mir privat eine Darstellung der Grenzen, die ich Euer Exzellenz vorlegen werde. Es scheint mir, daß wir eine Einigung bei unserer Besprechung nicht erzielen können, bevor sich unsere Regierungen nicht über die Frage von Skutari verständigt haben. Graf Benckendorff sagte mir, er habe bereits an Herrn Sazonow als seine Ansicht telegraphiert: „que la question de Scutari dépassera de beaucoup la compétence des conversations d'ambassadeurs". Marquis Imperiali hat nur Instruktionen, mich bezüglich Ostgrenze zu unterstützen, und auch das nur, wenn wir Ipek und Prisren preisgeben. Von Südgrenze und besonders Skutari soll er nicht reden, „bevor Marquis San Giuliano sich nicht mit Euer Exzellenz geeinigt hat". Deutscher Kollege unterstützt mich auch nicht, dringt immer in mich, die k. und k. Regierung möge nur nicht über die Frage von Skutari den Erfolg der Botschafterbesprechungen in Frage stellen. Sowohl deutscher als italienischer Kollege wiederholen mir, Sir Edward Grey habe ihnen eindringlich gesagt, er habe in der Autonomie Albaniens und serbischem accès sehr intensiv für uns gearbeitet. Käme es über Skutari zu scharfem Konflikte, müßte er in dieser Frage mit Rußland gehen. Unter diesen wenig erfreulichen Umständen war es heute nicht angezeigt, weiter über Albaniens

Grenzen zu diskutieren. Bis wir wieder zusammentreten, wird vielleicht eine Klärung hergestellt sein. Ich glaube aber, die politische Frage von Skutari muß zwischen den Kabinetten von Wien, Petersburg und Rom geregelt sein, bevor man die übrigen Grenzen im Wege gegenseitiger Konzessionen feststellen kann. Mensdorff.

a) Oe. U. Balkan 97 Nr. 186. Vgl. n. 5012, 5048, 5186.

Nr. 4996. Bericht aus London, 20. Dez. 1912 Nr. 60 B (eing. 23. Dez.). Ausfert.

Gestern besuchte mich der türkische Delegierte bei der Friedenskonferenz Reshid Pascha, früherer Botschafter in Wien, in Begleitung meines Kollegen Tewfik Pascha. Nach längeren — übrigens belanglosen — Bemerkungen über den Beginn der Konferenz, die sich gestern abermals zur Einholung türkischer Instruktionen bis morgen vertagte, sagte mir Reshid Pascha, er möchte mir gerne ein Anliegen vorbringen. Ich stellte mich natürlich bereitwillig zu seiner Verfügung, und er begann eine Erzählung, wie bei Beginn der Waffenstillstandsverhandlungen er auf das „ravitaillement des deux côtés" bestanden hätte, dann jedoch diese Bedingung fallen ließ, im Interesse des raschen Abschlusses des Waffenstillstandes. Nun stelle sich die Situation so dar, daß, während die bulgarischen Truppen verproviantirt worden sind, in den belagerten festen Plätzen nicht nur die türkischen Besatzungen sondern auch die Civil-Bevölkerung dem Hunger ausgesetzt wurden. Es handle sich dabei natürlich um Adrianopel, in Janina — das übrigens nicht investirt sei — bestehe keine Gefahr von Hungersnot. Er betonte, daß er selbstverständlich nicht von Kriegsmaterial spreche, sondern nur von Lebensmitteln. „Cette situation n'est pas juste et contraire aux principes de l'humanité. En outre, elle constitue un danger en ce sens que si — comme il parait probable — les négociations à Londres se prolongent, on serait peut être forcé de reprendre les hostilités, comme il vaudrait mieux recourir au sort des armes, que de s'exposer à être réduit par la famine." Ich erwiderte, bei Versicherung persönlicher Sympathien, daß es mir schwer schiene, daß die Mächte in dieser Frage intervenieren, ohne aus der von ihnen eingenommenen strengen Neutralität herauszutreten. Reshid Pascha meinte, er denke nicht so sehr an eine Aktion der Mächte als vielmehr an einen in privater Weise gegebenen Wink der k. und k. Regierung an König Ferdinand, der gewiß Erfolg haben würde. Ohne meinen türkischen Besuchern viel Hoffnung auf Erfolg zu geben, sagte ich ihnen doch zu, ihr Anliegen zur Kenntnis meiner hohen Regierung zu bringen, und erbitte ich mir von Euer Exzellenz eine geneigte Weisung, ob und welche Antwort ich den genannten Herren erteilen soll. Mensdorff.

Tel. nach Paris, 20. Dez. 1912 Nr. 135 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 4987.

Tel. nach Rom, 20. Dez. 1912 Nr. 285 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 4987.

Unterredung mit dem ital. Botschafter, 20. Dez. 1912. Siehe n. 5016.

*Nr. **4997**. Tel. aus Rom, 20. Dez. 1912 Nr. 254 (eing. 5 U. p. m.). Entziff.*

Mit Bezug auf meinen Bericht Nr. 87 B. Auf Grund der Telegramme Euer Exzellenz Nr. 272[a] und 273 habe ich gestern dem Minister des Äußern den Widerspruch vorgehalten, welcher zwischen der Darstellung Euer Exzellenz und seinen letzten Mitteilungen an mich über unseren endgiltigen Standpunkt in der Frage des Ausschlusses der Diskussion einer serbischen Gebietserweiterung an der Adria in den Londoner Pourparlers besteht. Marquis San Giuliano wollte diesem Thema unter Hinweis auf den bisherigen günstigen Verlauf dieser Pourparlers ausweichen. In die Enge getrieben, sprach er von Schwankungen in unserer Haltung, Mißverständnissen etz. Obwohl er nicht klare Farbe bekannte, immerhin verstand ich seine Ausführungen dahin, daß zwar auch die italienische Antwort auf die englische Suggestion einer Botschafterreunion den Ausschluß der Diskussion jener Frage vorsah, dann aber unter dem Eindrucke von Berichten des Marquis di Toretta und der bezüglichen Unterredung Euer Exzellenz mit dem Herzog von Avarna (welche auch nach dem vorletzten Alinea[b] des hohen Telegrammes Nr. 272[a] zu keinem klaren Abschluß gelangt zu sein scheint) hier die Meinung entstand, in Praxis werde man die Diskussion vielleicht doch zulassen. Der italienische Botschafter in London erhielt daher schließlich in der Tat Weisung, an einer eventuellen Diskussion dieses Themas nur dann nicht teilzunehmen, wenn seine Kollegen von Österreich-Ungarn und Deutschland hieran unbedingt festhalten. Die ganze Frage scheint übrigens auch mir dermalen dadurch gegenstandslos geworden zu sein, daß — wenigstens bisher — das fragliche Thema in London von keiner Seite aufgeworfen wurde. Mérey.

[a] Vgl. n. 4945 Anm. b. — [b] Es handelt sich um n. 4927 von „Ich entgegnete dem Botschafter“ bis „solche Praetensionen rechtfertigen“.

Tel. nach St. Petersburg, 20. Dez. 1912 Nr. 203 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 4987.

*Nr. **4998**. Tel. aus St. Petersburg, 20. Dez. 1912 Nr. 267 (eing. 21. Dez. 9 U. a. m.).[a] Entziff.*

Herr Sazonow sagte mir heute, daß nach den ihm aus London zugekommenen Nachrichten die dortigen Botschafterkonferenzen zwar im allgemeinen befriedigend fortzuschreiten scheinen, dass ihm aber die Frage von Skutari Besorgnis einflösse. Er hätte nicht erwartet, unsererseits einen so starken Widerstand gegen die Zuerkennung Skutaris an Montenegro zu finden, da die k. u. k. Regierung, welche von allem Anfang an eine Zulassung Serbiens an die Adria als mit ihren Interessen unvereinbar bezeichnet hatte, bezüglich Skutaris bis ganz vor kurzem nie eine ähnliche Reserve gemacht habe. Herr Minister erwähnte, daß es für die russische Regierung, die unserem Standpunkt in der serbischen Hafenfrage so weit entgegengekommen sei, sehr schwer wäre, nun auch auf Montenegro zu drücken, um dies so ziemlich des einzigen wertvolleren Gewinnes des Krieges zu berauben. Es wäre dies umso bedenklicher, als in Montenegro tatsächlich eine sehr starke

antidynastische Bewegung bestehe, die in der Unzufriedenheit mit den erreichten Resultaten ihre Nahrung finde. Herr Sazonow sagte mir, er habe aus der Meldung Herrn von Giers über dessen bezügliche Unterredung mit Euer Exzellenz den Eindruck, als ob Hochdieselben seine vorerwähnten Besorgnisse nicht recht ernst nähmen und vielleicht den Verdacht hegten, er habe dieselben hauptsächlich aus taktischen Gründen zum Ausdrucke gebracht, um dadurch mehr Eindruck zu machen. Dies sei aber durchaus nicht der Fall, und er versicherte mir, dass die Sachen in Montenegro gar nicht gut stehen. Es sei deshalb im Interesse des monarchischen Prinzips, wenn dasselbe auch in der Dynastie Njeguš keine besonders würdigen Vertreter habe, doch dringend zu wünschen, dass man derselben durch die Möglichkeit der Erwerbung von Skutari eine Stärkung zukommen lasse. Die Argumente, mit welchen ich im Sinne Euer Exzellenz Telegrammes vom 16. d. M., Nr. 193, die Notwendigkeit verteidigte, Skutari bei Albanien zu belassen, scheinen auf den Herrn Minister ohne Eindruck geblieben zu sein. Der Bemerkung, dass ja vielleicht Montenegro nach einer anderen Richtung entschädigt werden könnte, begegnete Herr Sazonow mit dem Einwurf, dass dies nur auf Kosten Serbiens geschehen könnte, welches ohnehin durch den ihm auferlegten Verzicht auf einen eigenen Hafen empfindlich getroffen sei. Was die in Skutari lebenden Katholiken anbelangt, so meinte er, dass für ihr kulturelles Bedürfnis ja durch das Bistum Antivari hinreichend gesorgt wäre. Auf meine Bemerkung, Montenegro habe ja Skutari gar nicht einzunehmen vermocht, erwiderte Herr Minister, dass wenn es hiebei bleibe und auch im Friedensvertrag die Abtretung Skutaris nicht vorgesehen sein sollte, die bezügliche Situation allerdings eine veränderte wäre. Herr Sazonow bat mich zum Schlusse, die ernsten Beweggründe, welche ihn zu seiner Stellungnahme in der Angelegenheit veranlassten, Euer Exzellenz zu unterbreiten und Hochdieselben zu ersuchen, sie einer wohlwollenden Würdigung zu unterziehen. Thurn.

[a] Oe.U. Balkan 97 Nr. 185. Vgl. n. 5048.

Nr. 4999. Tel. aus Sofia, 20. Dez. 1912 Nr. 474 (eing. 3 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Herr Geschoff, der mich gestern abends besuchte, sagte mir, er sei mit Nachrichten aus London nicht zufrieden, da Türken punkto Adrianopel nicht nachgeben wollten. Es stünde zu befürchten, daß man ohne eine „sanfte Pression" der Großmächte in Konstantinopel mit Türkei nicht fertig werden könnte. Verzicht Bulgariens auf Adrianopel sei unmöglich und anderseits wäre doch Ende des Krieges für ganz Europa erwünscht; auch Herr von Kiderlen hätte bulgarischen Gesandten in Berlin verständigt, daß er sich bei Osman Nizami Pascha nachdrücklich für Friedensschluß und für Abtretung Adrianopels an Bulgarien verwendet habe. „A Vienne on désire donc aussi la paix," fügte Herr Geschoff fragend hinzu, worauf ich kategorisch bejahend antwortete und zur Beruhigung des Mitredners dann noch „vertraulich" bemerkte, dies ginge auch aus meinen Informationen über Euer Exzellenz Korrespondenz mit Markgrafen Pallavicini hervor.

„Je suis très heureux de l'apprendre et vous prie de me permettre de rapporter ce que vous me dites au Roi", erwiderte Herr Geschoff. Über Friedensverhandlungen sagte weiter Conseilspräsident, man hätte — wie ihm Herr Danew mitgeteilt — die Delimitierung Albaniens aus Pourparlers ausgeschieden und diese Frage Großmächten überlassen. Bezüglich rumänischer Forderungen meinte Conseilspräsident, Rumänen hätten anläßlich des Besuches Herrn Danews in Bukarest ihre Wünsche nicht genau präzisiert. In Berlin hätte Herr von Kiderlen und auch russischer Botschafter Herrn Danew gesagt, Rumänien würde bescheiden sein und auch Silistria nicht verlangen. Herr Geschoff fragte, ob ich nicht wüßte, was Rumänien eigentlich verlange. Ich bemerkte, daß mir rumänische Wünsche unbekannt, ich wüßte nur, was ich Herrn Geschoff so oft wiederholt hätte, daß Euer Exzellenz großen Wert auf Verständigung zwischen Bukarest und Sofia legten. Wenn Rumänien auf territorialen Forderungen bestehen sollte, wäre Lösung schwierig, meinte Herr Geschoff. Ich versuchte, freundschaftlich dafür zu plaidieren, worauf Herr Geschoff antwortete, er hätte Bedenken, wie sich König Ferdinand dazu stellen würde. Herr Geschoff sprach auch von in Mazedonien verübten Massakers und bedauert Rolle, die bulgarische Banden dabei gespielt. Hoffentlich werde Europa nicht Bulgarien nach Greueltaten und Ausschreitungen Mazedonier beurteilen. „Nous sommes décidés à sévir contre les coupables." Tarnowski.

a) Oe.U. Balkan 96 Nr. 183.

Nr. 5000. Tel. aus Sofia, 20. Dez. 1912 Nr. 475 (eing. 3 U. 30 M. p. m.).a) Entziff.

Man ist hier besorgt, daß einerseits Türkei auf Adrianopel nicht verzichtet und anderseits diese Festung sich noch immer nicht aushungern läßt. Es verlautet, bulgarischerseits sei kürzlich Versuch gemacht, Kommandanten von Adrianopel zu bestechen. Tarnowski.

a) Vgl. n. 5102.

Nr. 5001. Tel. aus Sofia, 20. Dez. 1912 Nr. 476 (eing. 21. Dez. 9 U. a. m.).a) Entziff.

Hohes Telegramm Nr. 190 vom 20. d. M. erhalten. Hatte eine einstündige Konversation mit Ministerpräsidenten. Während ich mich auftraggemäß zu Herrn Geschoff ausgesprochen habe, fand ich auch Gelegenheit, anknüpfend an gestrige Unterredung, von dem Inhalte des hohen Telegrammes Nr. 189 vom 20. d. M. Gebrauch zu machen. Für diese Mitteilung hat mir Konseilspräsident sehr gedankt und auch ersucht, Euer Exzellenz seinen Dank zu vermitteln. Was die klarzustellende Frage anbelangt, ob Bulgarien auch nach dem Friedensschluß irgendwelche Engagements mit anderen Balkanstaaten haben werde, die uns tangieren könnten, und welches die allgemeine politische Richtung sein werde, welche Bulgarien einzuschlagen gedenke, so habe ich zuerst, wie stets bis jetzt, nur ausweichende Antwort erhalten. Herr Geschoff sprach lange und viel, ging aber nur um

Kern der Frage herum, bis er endlich nach einigen Argumenten und Einwendungen meinerseits offen sagte, er könne vor dem Friedensschluße Frage nicht beantworten. Warum insistierten wir auf einer Erklärung, die überflüssig, da wir doch ohnehin wüßten, daß zwischen Bulgarien und uns keine Interessenkollision möglich. Ich sagte nun deutlich, daß derartige ausweichende Antworten uns nicht mehr befriedigen können, endlich sei Klarheit notwendig. Herr Geschoff kenne zur Genüge unsere Politik und Dispositionen Bulgarien gegenüber, wir müßten schließlich auch wissen, ob Bulgarien sich nicht, wenn auch ungern, wegen etwaiger Engagements mit anderen Balkanstaaten veranlaßt sehen wird, sich auf Seite unserer eventuellen Gegner zu stellen. Es sei im Interesse unserer Beziehungen und im Interesse Bulgariens, in dem Momente, wo über künftige Grenzen dieses Landes und Besitz Saloniks entschieden wird, durch eine Unklarheit, die beseitigt werden könnte, nicht alles aufs Spiel zu setzen. Daß Bulgarien, solange gegenwärtiger Krieg dauere, sein Verhältnis zu Verbündeten nicht kompromittieren wolle, sei begreiflich, fügte ich hinzu, daß Herr Geschoff aber nicht eine — eventuell geheime — Erklärung abgeben wolle, wie sich Bulgarien nach dem Friedensschlusse verhalten wird, sei mir unverständlich. Konseilspräsident erwiderte, daß für Bulgarien zwar sehr wertvoll, wenn wir auf Türkei im Sinne des Friedens und des Verzichtes auf Adrianopel einwirken, unsere Unterstützung puncto Salonik auch von größter Bedeutung, und Bulgarien würde unseren Appui in unzähligen anderen Schwierigkeiten, die sich vor Regelung der Balkanfrage gewiß noch ergeben würden, brauchen, bulgarische Regierung habe aber andererseits jetzt damit zu rechnen, daß es zum Friedensschlusse vielleicht nicht kommen und Bulgarien seine Alliierten weiter brauchen werde, und außerdem sei ja auch unbekannt, ob Verständigung mit Rumänien möglich sein werde. Herr Geschoff dachte eine Weile nach und sagte dann, er glaube, daß er eine Erklärung bezüglich Haltung Bulgariens nach Friedensschluß vielleicht abgeben könnte, wenn er wüßte, wie wir uns bezüglich Forderungen Rumäniens verhielten. Ich erwiderte, daß unser diesbezüglicher Standpunkt Geschoff von Anfang an bekannt: Wir wünschten, daß sich Bulgarien mit Rumänien verständige und hätten uns in diesem Sinne sowohl in Sofia als Bukarest verwendet, wobei wir — wie ich Konseilspräsident wiederholt mitteilte — in Rumänien mäßigend einzuwirken trachteten. Man wüßte noch immer nicht, meinte Herr Geschoff, was die Rumänen verlangen; Herr von Kiderlen habe gesagt, daß nur kleine unbewohnte Landflächen seitens Rumäniens verlangt werden würden (er nannte einen Berg unweit Silistria), anderseits hörte man aber, daß rumänische Staatsmänner viel größere und ganz unerfüllbare Prätensionen erheben sollen. Fortsetzung folgt. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 4713, 5002, 5100.

Nr. 5002. Tel. aus Sofia, 20. Dez. 1912 Nr. 477 (eing. 21. Dez. 12 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Fortsetzung meines heutigen Telegrammes Nr. 476. Ich war zwar bereits im Besitze hohen Telegrammes Nr. 188[b]) vom 20. d. Mts., sagte

aber, daß mir über Forderungen Rumäniens offiziell nichts bekannt. Da Herr Geschoff eine Andeutung machte, ob wir Bulgarien nicht seine jetzige Nordgrenze, respektive nicht garantieren könnten, daß Rumänien keine Forderungen, die nicht gewährt werden könnten, stellen werde, antwortete ich, daß wir uns nur darauf beschränkt hätten, die direkte Verständigung im allgemeinen zu vermitteln; wie es uns nicht zustehe, Bulgarien zu diktieren, was es Rumänien geben solle, könnten wir ebensowenig rumänischen Aspirationen Grenze ziehen, übrigens hätte uns rumänische Regierung in ihre Absichten nicht eingeweiht. Das Meritum dieses Handels entziehe sich unserer Einflußnahme. Vielleicht würde Rumänien — meinte ich weiter — mehr verlangen, um sich dann mit weniger zu begnügen. Mit beiderseitigem guten Willen und Entgegenkommen würde sich Einigung erzielen lassen. Was werde aber Rumänien verlangen? — antwortete Herr Geschoff. Von Abtretung Silistrias und Auslieferung an fremdes Land bulgarischer Söhne, die soeben für Vaterland gekämpft, könne keine Rede sein. Regierung würde nicht wagen, mit so einem Projekt vor Sobranje zu treten. Auf meine Frage, zu welcher Konzession denn eigentlich Bulgarien bereit, erhielt ich Antwort, daß nur unbewohnte Punkte abgetreten werden könnten, „Städte und Dörfer unter keiner Bedingung." Conseilspräsident bemerkte zugleich, daß ich schon aus dem Stande rumänischer Angelegenheit ersehen könnte, warum Herr Geschoff derzeit die von uns gewünschte Aufklärung nicht geben könne; es sei ja nicht unmöglich — fügte er hinzu — daß Rumänien gegen Bulgarien mobilisiere; Österreich-Ungarn wäre im Stande, dies zu verhindern, Geschoff wüßte aber nicht, ob wir dies tun würden. Im weiteren Verlaufe der Konversation habe schließlich Geschoff mein Bedauern beredt ausgedrückt, daß er mir keine klare Antwort auf meine Eröffnungen gebe, worauf Konseilspräsident erwiderte, daß er bis jetzt — auf meine Frage laut hohen Telegrammes Nr. 166 vom 30. v. M. — vom Ministerrat und König nur Ermächtigung hatte, zu antworten, daß, solange Serben vor Adrianopel, keine Erklärung möglich. Wenn er jetzt eine weitergehende Ermächtigung verlangen solle, müsse er auch von uns Klarheit in gewissen Punkten erbitten. „Mais alors, comment formulez-vous votre réponse à la communication que je vous ai faite aujourd'hui?" schloß ich. „Pour pouvoir vous donner l'éclaircissement demandé quant à notre attitude future à votre égard ou à l'égard de nos alliés, il faudrait qu'en dehors des assurances au sujet de Salonique et de nos aspirations territoriales en général et en particulier du côté de l'Albanie, j'aie certitude que dans la question roumaine vous vous placez sur notre point de vue et non sur celui de la Roumanie." Im Laufe der Unterredung habe ich Herrn Geschoff wiederholt direkt herausgefordert zu sagen, ob Bulgarien mit Serbien über Krieg hinaus engagiert. Konseilspräsident hat es weder offen zugegeben, noch verneint. Mein Eindruck nach heutiger Konversation ist, daß mich nicht geirrt habe, als ich (in meiner Berichterstattung des öfteren) Ansicht aussprach, daß Verhalten Bulgariens weniger von etwaigen Engagements mit Serbien als von weiterer Entwicklung rumänischer Frage und von Politik Rußlands abhängen werde. Tarnowski.

a) Vgl. n. 5100. — *b)* Mit Tel. Nr. 188, 19. Dez. 1912 (chiffr. 10 U. 15 M. p. m.) wurde n. 4970 nach Sofia mitgeteilt.

Nr. 5003. Bericht aus Athen, 21. Dez. 1912 Nr. 59 A (eing. 28. Dez.) Ausfert.

Vertraulich. Der seit der Besetzung Saloniks durch die Griechen, also nicht allzulange nach dem Abschlusse der Allianz, zum Ausdruck gekommene Antagonismus zwischen Griechenland und Bulgarien ist wohl der eklatanteste Beweis für die auf jahrelanger Erfahrung basierende These, dass dauernde intime Beziehungen zwischen diesen beiden Staaten kaum denkbar sind. Zwischen Serbien und Bulgarien hat sich eine ähnliche Verstimmung bisher noch nicht manifestiert; wenn man sich aber an den seit langer Zeit bestandenen Antagonismus zwischen diesen beiden Ländern erinnert, so gelangt man schliesslich zu der Konklusion, dass auch ihre Intimität keine dauernde sein dürfte. Besteht auch heute noch die Allianz zwischen den vier Balkanstaaten aufrecht, so sind doch die oben angedeuteten Keime einer eventuellen zukünftigen Spaltung unverkennbar. Es frägt sich nun, welche Rolle Griechenland in dem Falle spielen würde, als es zum Bruche zwischen den Alliierten von heute käme. Ich muss bei der Beantwortung dieser Frage auf Gebiete übergreifen, die eigentlich den Rahmen der hieramtlichen Berichterstattung überschreiten, die aber bei dem Ineinandergreifen der internationalen Beziehungen aller Staaten nicht übergangen werden können, wenn auch im vorliegenden Falle nur die zukünftige Stellung Griechenlands den Gegenstand der Betrachtung bildet. Die russisch-bulgarischen Beziehungen sind in letzter Zeit anscheinend eher schlechter als besser geworden; ein starkes Bulgarien wird eben von Russland stets mit scheelen Augen angesehen. Damit stimmt es auch völlig, dass Russland geneigt scheint, Griechenland in der Saloniker Frage gegen Bulgarien zu stützen. Die panslavistische Strömung nötigt allerdings die offiziellen Kreise, diese zwar othodoxenfreundliche, aber doch gegen slavische Brüder gerichtete Haltung noch, sozusagen mit einem Feigenblatt, zu verdecken. Andrerseits gewinnen die Gerüchte an Insistenz, dass eine Annäherung Bulgariens an den Dreibund, sei es direkt oder auf dem Umweg über Rumänien, dessen Freundschaft es sich zu versichern trachte, bevorstehend sei. Schliesslich wäre hier als Element der gegenwärtigen Situation noch des Umstandes zu gedenken, dass in den intimen Beziehungen Serbiens und Montenegros zu Russland in absehbarer Zeit kaum eine Änderung eintreten zu wollen scheint. Hält man all' dies mit den eingangs erwähnten Unstimmigkeiten zwischen den Balkanstaaten zusammen, so ergäbe sich eine Spaltung der heutigen Allianz in der Art, dass Bulgarien an den Dreibund, Serbien und Montenegro an die Tripleentente Anschluss suchen würden. Das Los Griechenlands wäre aber, entweder isoliert zu bleiben (was einer zukünftigen, wenigstens moralischen Unterjochung durch Bulgarien gleichkäme) oder, da eine ehrliche, dauernde Verbindung mit Bulgarien nicht möglich erscheint, den Anschluss an Serbien und Montenegro zu suchen. Es mag widersinnig erscheinen, dass Griechenland — ein nichtslavischer Staat — sich gerade mit diesen zwei Hauptexponenten des Panslavismus verbinden sollte. Aber wenn man in Betracht zieht, dass Griechenland, wie die Dinge heute liegen, früher oder später, in einen Konflikt mit Bulgarien geraten dürfte, und wenn man weiters von der Voraussetzung ausgeht, dass Bulgarien die Annäherung an Rumänien und vielleicht sogar an

die Türkei sucht (welch letztere allerdings heute die natürliche Bundesgenossin Griechenlands gegen die Slaven wäre, wenn Vernunftsgründe und nicht Sympathien oder Antipathien die Politik der betreffenden Länder in letzter Linie bestimmen würden), so gelangt man allmählich zu der Überzeugung, dass Griechenland Serbien direkt in die Arme getrieben wird. Zu alledem kommt noch der Umstand, dass die Reibungsflächen zwischen Griechenland und Serbien, wenn solche auch gewiss nicht fehlen, doch bedeutend geringer sind als die zwischen einem dieser beiden Länder und Bulgarien. Eine griechisch-serbische Allianz würde sich umso aussichtsvoller gestalten, je näher die beiden Staatsgebiete aneinander rücken. Ursprünglich hätten sich ja ihre Grenzen bei Monastir direkt berühren sollen. Nunmehr, da Monastir, wie es heisst, bulgarisch werden soll, ist es überhaupt fraglich, ob das serbische und das griechische Gebiet sich berühren werden. Möglich wäre dies ja immerhin noch auf einer kurzen Strecke in der Nähe der mazedonischen (Ochrida- und Presba-)Seen, was allerdings unter anderem auch von der zukünftigen Gestaltung Albaniens, für das diese Seen ja auch von manchen Seiten reklamiert werden, abhängen wird. Ich möchte diese Betrachtungen nicht schliessen, ohne zu betonen, dass alle diese Erwägungen nur der Zukunft — ob einer näheren oder ferneren, wage ich nicht zu sagen — gelten. Beruhen sie doch ausser auf den schon erwähnten Voraussetzungen auch auf jener der Aufteilung Macedoniens, die ja schliesslich auch noch nicht eine unumstössliche Tatsache ist. Ich möchte weiters noch hervorheben, dass ich in erster Linie die Stellung Griechenlands zu den Balkanstaaten beleuchten wollte und die Gruppierung der Grossmächte nur deshalb mit in die Besprechung zog, weil sie indirekt dafür von Einfluss sein könnte. Die Stellungnahme Griechenlands zu einer der grossen Mächtegruppen, Dreibund oder Tripleentente, selbst kommt wohl überhaupt erst in zweiter Linie in Betracht. Wäre nicht jetzt so viel die Rede von einer Annäherung Bulgariens an den Dreibund, so würden sich wohl auch griechischerseits Velleitäten in dieser Richtung geltend machen. Die Stimmungen, die seinerzeit, im Jahre 1909, unter dem Regime Theotokis herrschten, leben noch heute fort. Allerdings darf man nicht vergessen, dass Griechenland nur ungerne in eine England entgegengesetzte Mächtegruppierung eintreten würde. Denn, ganz abgesehen von der Gefahr, die sonst für seine Küsten und seinen Inselbesitz bestünde, ist auch England auf dem besten Wege, seine althergebrachte und wohl nur vorübergehend etwas herabgeminderte Popularität hierzulande wiederzugewinnen, nachdem es angeblich auf alle Velleitäten bezüglich Kretas Verzicht geleistet haben soll. Bewahrheitet sich dies, so könnte England das Mittel- und Bindeglied für einen Anschluss Griechenlands an die Tripleentente werden, zu der die Sympathien vieler Griechen ohnedies hinneigen. Diese Strömung würde umso eher die Überhand gewinnen, je näher man Bulgarien in Anlehnung an den Dreibund weiss. Denn — das ist das Alpha und das Omega jeder Betrachtung der Situation — mit diesem Staate kann Griechenland auf die Dauer nicht auskommen. Wäre ein Pufferstaat zwischen ihnen, dann wäre dies eher möglich. Aber dass sie aneinander grenzen und friedlich mit einander auskommen sollen, erscheint auf die Dauer wohl ausgeschlossen. Braun.

Nr. 5004. Tel. aus Belgrad, 21. Dez. 1912 Nr. 322 (eing. 22. Dez. 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Ad Erlaß Nr. 5987 vom 19. d. M. Bevor ich den mir heute morgens zugekommenen Auftrag hätte ausführen können, ist heute Herr Pašić bei mir erschienen, um spontan das Bedauern der serbischen Regierung wegen der in Prisren und Mitrovitza vorgekommenen militärischen Missgriffe auszudrücken und mich zu fragen, welche weitere Genugtuung wir noch verlangen. Als ich unser Begehren bezüglich der militärischen Ehrenbezeigung beim Hissen der Flagge mitteilte, sagte der Herr Ministerpräsident, dass er in jeder Hinsicht unseren Wünschen nachzukommen gewillt sei, dass er sich aber wegen der Modalitäten mit den militärischen Behörden ins Einvernehmen setzen müsse und mir die Antwort zukommen lassen werde. Herr Pašić bat mich, Euer Exzellenz zu versichern, daß die serbische Regierung ernstlich bemüht sei, freundschaftliche Beziehungen zur mächtigen Nachbarmonarchie anzuknüpfen. Gleichzeitig teilte er mir mit, daß sie auch in der Hafenfrage — wenn auch nur sehr schweren Herzens — nachgeben werden. „Wir bringen ein großes Opfer" fügte er hinzu, „und wir bitten nur, daß die Monarchie bei der Abgrenzung unseres Interessengebietes ihr Wohlwollen Serbien gegenüber bezeuge. Wir würden zu großem Danke verpflichtet sein und es nie vergessen". Herr Pašić bat mich ausdrücklich, die Mitteilung über das Abstehen vom Adriahafen streng vertraulich und einstweilen nicht als für die Öffentlichkeit bestimmt zu betrachten. Die serbische Regierung hofft, daß ihre Nachgiebigkeit hier weniger Entrüstung hervorrufen wird, wenn sie sich den Anschein gibt, sich nur dem Wunsche der Londoner Konferenz gefügt zu haben, und will darum vorerst die bekanntgewordenen Beschlüsse derselben abwarten. Auch diesmal betonte Herr Pašić, daß es im großen Interesse Serbiens liegen würde, wenn Salonik zu einem Freihafen gemacht werden könnte, wo allen Balkanstaaten gleiche Rechte eingeräumt werden würden. Ugron.

[a] Vgl. n. 5005, 5090, 5111 Anm. b, 5123 Anm. a, 5200.

Nr. 5005. Bericht aus Belgrad, 21. Dez. 1912 Nr. 186 A.[a] Konz. des Belgrader Gesandtschaftsarchivs. Ausfert. nicht vorhanden.

Wie ich bereits telegrafisch[b] Euer Exzellenz zu berichten die Ehre hatte, ist mir der hohe Erlass vom 19. l. M. Nr. 5987 heute Vormittags zugekommen. Unverzüglich habe ich mich telefonisch im Ministerium des Äussern erkundigen lassen, ob ich Herrn Pašić noch im Laufe des Vormittags sprechen könnte, worauf ich die Antwort erhielt, dass der Herr Ministerpräsident sich in einer Ministerrathssitzung befinde, mich demnach nicht empfangen könne, er werde mich aber im Laufe des Nachmittags selbst aufsuchen, da er eine Mittheilung mir machen wolle. Herr Pašić machte mir auch sodann einen mit einer grossen Feierlichkeit inscenierten Besuch, bei welchem er sofort aus eigener Initiative auf die Angelegenheit unserer Konsuln in Prisrend und Mitrowitza zu sprechen kam und das aufrichtigste

Bedauern über die seitens der Militärbehörden vorgekommenen Missgriffe ausgedrückt und mich gefragt hat, welche weitere Genugthuung die k. u. k. Regierung im Belange fordere. Ich erwiderte ihm, dass ich in derselben Angelegenheit ihn heute habe aufsuchen wollen und dass ich mich freue, dass er unseren Wünschen durch seinen Schritt zuvorgekommen sei. Ich theilte ihm den Inhalt des hohen Erlasses mit und sagte, dass wir auch ein Gewicht darauf legen, dass unsere Flagge in Prisrend-Mitrowitza mit einer gewissen Feierlichkeit wieder gehisst werde und dass dies unter militärischer Ehrenbezeigung durch ein von einem Offizier commandiertes Détachement in Gegenwart der in Uniform anwesenden Konsuln Prochaska und Tahy zu erfolgen hätte. Hierauf drückte Herr Pašić nochmals das Bedauern der k. serbischen Regierung über die „unliebsamen Vorfälle" aus und erklärte, er sei willig auch unserer weiteren Forderung nach zu kommen, werde sich diesbezüglich mit den Militärbehörden ins Einvernehmen setzen und mir die Antwort zukommen lassen. Herr Pašić führte diesmal eine ausserordentlich versöhnliche Sprache. Er bat mich Euer Exzellenz zu versichern, dass er nichts sehnlicher wünsche, als den Schlüssel zur Herstellung bleibender engfreundschaftlicher Beziehungen zur mächtigen Nachbarmonarchie zu finden, und er würde Euer Exzellenz dankbar sein, wenn er auf die Unterstützung der k. u. k. Regierung rechnen könnte. Die grösste Schwierigkeit sei beseitigt, meinte der Herr Ministerpräsident, nachdem — wie er mir ganz vertraulich mitgetheilt hat — die serbische Regierung in der heutigen Ministerrathssitzung beschlossen habe, auch in der Adriafrage nachzugeben. Er bat mich, diese Mittheilung einstweilen noch nicht als für die Öffentlichkeit bestimmt zu betrachten, da die serbische Regierung mit der öffentlichen Meinung rechnen müsse und diese werde sich mit dem Verzicht nicht leicht abfinden. Die Regierung wird jedenfalls sehr scharf angegriffen werden und Herr Pašić befürchtet es könnte ihn seine Stellung kosten, wenn er zu grosse Nachgiebigkeit uns gegenüber zeigen würde. Aus diesem Grunde ist die Entscheidung über diese Frage der Londoner Conferenz überlassen worden, da man sich hier auf diese Weise den Anschein geben will, dass man nur dem einmüthigen Wunsche ganz Europas nachgegeben hat. Nicht die Regierung, aber Europa wird dann — nach der Auffassung des Herrn Pašić — für das Nichtgelingen der serbischen Pläne in letzter Linie verantwortlich gemacht. Der Herr Ministerpräsident versicherte mich, dass es ihnen sehr schwer gefallen sei, sich mit dem Verzicht abzufinden. „Es ist ein grosses Opfer das wir bringen, nur damit wir uns die Freundschaft der Nachbarmonarchie sichern. Wir bitten aber unsererseits — fügte er hinzu —, dass die k. u. k. Regierung das Wohlwollen Serbien gegenüber dadurch bezeuge, dass sie unsere Wünsche bei der Abgrenzung unserer neuen Gebiete ihrerseits unterstützt. Wenn wir schon nicht zum Meere kommen können, so soll man unseren Antheil in anderer Richtung nicht zu sehr zustutzen. Wir werden es Grafen Berchtold nie vergessen und ihm sehr dankbar sein, wenn er sich uns gegenüber grossherzig zeigen wird." Er erwähnte nun, dass er die Idee gehabt habe selber nach Wien zu reisen und Euer Exzellenz, eventuell sogar Se. Majestät selbst direct zu bitten, „den Serben irgendwo an der Adria einen ganz kleinen Hafen zu

schenken“ und dass er Professor Mazaryk ersucht habe sich zu informieren, ob sein Besuch in Wien genehm wäre. Herr Mazaryk kam jedoch mit der Antwort zurück, dass das Vorbringen dieser Bitte unzeitgemäss wäre. „Und ich wäre so glücklich gewesen — meinte der schlaue serbische Staatsmann — vor meine Landsleute treten und ihnen sagen zu können: Ihr habt nun den Hafen, aber ihr verdankt ihn nur Österreich-Ungarn und kein anderer Staat hat sich unserer angenommen und das darf Serbien nie vergessen; wir sind der Nachbarmonarchie für ewige Zeiten zum Dank verpflichtet.“ Jetzt könne er einstweilen nicht nach Wien fahren, denn er müsse ohne Hafen zurückkehren und das würde hier seinem Prestige und der Stellung der Regierung sehr schaden. Er besprach sodann verschiedene wirthschaftliche Fragen und erklärte, dass Serbien einen engeren öconomischen Anschluss an Österreich-Ungarn lebhaft wünsche. Die Fragen der Bahnanschlüsse, die Tariffragen etc. etc. müssten in befriedigender Weise geregelt werden. Serbien habe in nächster Zeit grosse öconomische Fragen zu lösen. Die Frage des projectierten Handelshafen mache ihnen grosse Sorgen. Derselbe wird sie bestimmt wenigstens 30—40 Millionen kosten. Auch die Kosten der Bahn bis Medua werden mit ca. 60,000.000 berechnet. Es liege demnach im Interesse des Landes vorerst sich gewisse Rechte auf den Hafen von Saloniki zu sichern. Es wäre auch für sie am besten wenn dort ein Freihafen gebildet werden würde, wo allen Balkanstaaten gleiche Rechte eingeräumt werden müssten. Der sonst eher wortkarge Ministerpräsident war diesmal ausserordentlich gesprächig und sehr aufgeräumt und betonte verschiedene Male, dass er das grösste Gewicht auf die Herstellung inniger Beziehungen zur Monarchie lege. Er war augenscheinlich angenehm überrascht, dass die Prohaska-Affaire eine so befriedigende Lösung gefunden hat; man hat hier befürchtet, dass wir viel weitergehende Forderungen stellen werden. Nachdem mich Herr Pašić verlassen hat, begegnete er einen Bekannten, dem er mit unverholener Freude gleich die Mittheilung gemacht hat, dass die „Prochaska-Affaire“ glücklich geregelt würde. Dass der Herr Ministerpräsident aus eigener Initiative heute bei mir erschienen ist, ist wohl darauf zurückzuführen, dass ich vor 3 Tagen einem Vertrauensmann gegenüber mich dahin geäussert habe, dass es wohl im Interesse der serbischen Regierung liegen würde, spontan ihre Entschuldigung vorzubringen, da sie dadurch den Beweis des ernsten Willens zeigen würde alle Differenzen zu beseitigen, was auf uns nur einen guten Eindruck machen könnte. Herr Pašić scheint dies eingesehen zu haben. Auch für ihn dürfte es angenehmer gewesen sein, aus freien Stücken diesen Schritt gemacht zu haben als durch unsere Forderung dazu veranlasst gewesen [zu] sein, und wir können darin eine gewisse Garantie erblicken, dass die serbische Regierung momentan wirklich ernstlich bestrebt ist, in ein normales Verhältnis zu uns zu treten. Ein Anzeichen zur Besserung der Beziehungen ist da; man darf aber die Lage noch immer nicht zu optimistisch beurtheilen, da Überraschungen in Serbien stets an der Tagesordnung sind. Einstweilen muss ich aber auch in den nicht amtlichen Kreisen eine nennenswerthe Détente constatieren. Ugron.

[a]) Vgl. n. 5130. — [b]) Vgl. n. 5004.

Unterredung mit dem deutschen Geschäftsträger, 21. Dez. 1912. Siehe n. 5023.

Nr. 5006. Erlaß nach Berlin Nr. 6015 und Rom Nr. 6016, 21. Dez. 1912.[a] Konz. (S. Biegeleben; G. Macchio).

Geheim. Die kaiserlich deutsche Regierung hat hier und in Rom den Antrag vorgebracht, dass die Souveräne der Dreibundmächte durch Handschreiben dem Könige von Rumänien die in unveränderter Form erfolgte Erneuerung des Dreibundes notificiren und dabei ihrer zuversichtlichen Erwartung Ausdruck geben, dass auch die alten Beziehungen Rumäniens zum Dreibund unverändert erhalten bleiben. Ich bin bereitwilligst auf diesen Gedanken eingegangen, der auch die Allerhöchste Billigung gefunden hat. Ich habe demnach den Prinzen Fürstenberg beauftragt, sich wegen der zwar gleichzeitig, aber nicht kollektiv vorzunehmenden Ueberreichung eines in diesem Sinne verfassten Allerhöchsten Handschreibens an höchster Stelle mit seinem deutschen und italienischen Collegen ins Einvernehmen zu setzen. Noch vor Abgang dieses Erlasses hat Prinz Fürstenberg, der von dieser Absicht durch den deutschen Gesandten Mittheilung erhielt, gemeldet,[b] dass nach seiner und des deutschen und italienischen Collegen übereinstimmenden Auffassung eine derartige Demarche dort in der Oeffentlichkeit als ein Beweis der Zugehörigkeit Rumäniens zum Dreibund angesehen werden würde und geeignet sei, den König Carol, welcher die unbedingte Geheimhaltung der bestehenden Abmachungen dringend wünscht, ernstlich zu verstimmen. In Berücksichtigung dieses Umstandes habe ich den Prinzen Fürstenberg angewiesen, sich des fraglichen Auftrages erst dann zu entledigen, wenn zwischen ihm und seinen beiden Collegen eine Uebereinstimmung darüber erzielt sein wird, in welcher die Susceptibilitäten Seiner Majestät des Königs schonenden und gleichmässigen Weise der fragliche Schritt ausgeführt werden kann, ohne den Anschein einer demonstrativen Kundgebung des Dreibundes zu erwecken. Hievon beehre ich mich, Euer Exzellenz zur Regelung Ihrer Sprache für den Fall in Kenntnis zu setzen, als man Ihnen gegenüber auf diese Angelegenheit zu sprechen kommen sollte.

[a] Vgl. n. 4971, 4989, 5007, 5025. — [b] Vgl. n. 4971.

Nr. 5007. Erlaß nach Bukarest, 21. Dez. 1912 Nr. 6017.[a] Konz. (S. Biegeleben; G. Berchtold).

... Wie n. 5006 von „Geheim" bis „gefunden hat"... Ich beehre mich demnach, ein in diesem Sinne verfasstes Allerhöchstes Handschreiben[b] mit dem Ersuchen zu übermitteln, sich wegen persönlicher Überreichung desselben an höchster Stelle, die gleichzeitig, aber nicht collectiv erfolgen soll, mit ihren deutschen und italienischen Collegen ins Einvernehmen zu setzen und über den Vollzug dieser Weisung zu berichten.

Postscriptum. Dieser Erlass war bereits in der Expedition begriffen, als Euer Durchlaucht Telegramm Nr. 102 vom 19. d. M. eintraf, in welchem Euer Durchlaucht in Uebereinstimmung mit ihren oben erwähnten Collegen

meine Aufmerksamkeit darauf lenken, dass die anbefohlene Demarche in der dortigen Oeffentlichkeit als Beweis der Zugehörigkeit Rumäniens zum Dreibund angesehen werden würde und geeignet wäre, den König Carol, welcher die unbedingte Geheimhaltung der bestehenden Abmachungen wünsche, ernstlich zu verstimmen. Ich sehe mich veranlasst, Euer Durchlaucht unter diesen Umständen zu ersuchen, mit den Gesandten Deutschlands und Italiens darüber das Einvernehmen zu pflegen, in welcher Weise der fragliche Schritt bei äusserster Schonung etwaiger Susceptibilitäten Seiner Majestät des Königs unternommen werden könnte, ohne den Anschein einer demonstrativen Kundgebung des Dreibundes zu erwecken. Euer Durchlaucht wollen sich des vorliegenden Auftrages demnach erst dann entledigen, wenn eine Übereinstimmung zwischen Ihnen und Ihren Collegen über ein der vorgebrachten Einwendung Rechnung tragendes gleichmässiges Vorgehen erzielt sein wird.

[a]) Vgl. n. 5006, 5008. — [b]) Vgl. n. 4989.

Nr. 5008. Bericht aus Bukarest, 21. Dez. 1912 Nr. 76 (eing. 23. Dez.).[a]) *Ausfert.*

Geheim. In Ergänzung meines ergebensten Telegrammes Nr. 102, vom 19. d. M., erlaube ich mir Euer Excellenz ganz ergebenst zu berichten, dass mein deutscher College, Herr von Waldhausen, am 19. d. M. Vormittag bei mir erschien, um mir über den Auftrag seiner Regierung Mitteilung zu machen, laut dessen er sich mit seinen beiden Dreibund-Collegen ins Einvernehmen zu setzen habe, behufs Erwirkung von Audienzen zur Übergabe Allerhöchster Privatschreiben, in welchen König Karol die Erneuerung des Dreibundes notificiert wird. Herr von Waldhausen war sich über den Sinn des Passuses seiner Instruction nicht im klaren, welcher dahin lautet, dass die Übergabe der bewussten Handschreiben „in gleichzeitig zu erbittenden Audienzen" zu erfolgen habe. Nachdem ich über die Angelegenheit nicht informiert war, und daher keine Auskunft geben konnte, begab sich Herr von Waldhausen zu Baron Fasciotti, welcher tatsächlich von seiner Regierung eine ähnliche, aber in obiger Beziehung auch nicht klarer gehaltene Weisung erhalten hatte. Beide Herren suchten mich dann auf und gaben ihrem Bedenken gleichzeitig Ausdruck, Seine Majestät König Karl durch unser gemeinsames Audienz-Begehren sozusagen vor ein „fait accompli" zu setzen, da Seine Majestät ein solches doch keines Falls abzulehnen sich in der Lage befände. Es sei ihnen bekannt, dass Seine Majestät bisher das grösste Gewicht auf die strengste Geheimhaltung des bestehenden Vertrags-Verhältnisses gelegt habe; wenn nun die Vertreter des Dreibundes gleichzeitig Handschreiben ihrer Souveraine überreichten, so würde dies jedenfalls im Schosse des Ministeriums, dessen meisten Mitgliedern das Verhältnis Rumäniens zum Dreibunde unbekannt ist, und auch in der Öffentlichkeit, vor der eine derartige Démarche hierlands nicht verborgen bleiben könnte, Anlass zu den weitgehendsten Combinationen bieten, welche der König vielleicht gerne vermieden sehen möchte. Es liege also die Befürchtung vor, dass eine in solch' feierlicher Form erfolgende Notificierung der Er-

neuerung des Dreibundes, den König in eine peinliche Lage versetzen und Höchstdenselben verstimmen könnte. Ich konnte diesen Ausführungen meiner beiden Collegen umso weniger widersprechen, als ich selbst bei der seinerzeitigen Entsendung des Freiherrn Conrad von Hötzendorf die Wahrnehmung gemacht hatte, dass König Karl, so beglückt Er auch war, ein Allerhöchstes Handschreiben aus der Hand des so bedeutenden österreichisch-ungarischen Generals entgegenzunehmen, doch Sein Trachten vor Allem dahin gieng, zu vermeiden, dass erstens durch diesen Besuch ein Licht auf das bestehende Verhältnis geworfen werde, und dass zweitens die Mission als ein demonstrativer, militärischer Akt ausgelegt würde, was König Karl, mit Bezug auf Seine Politik zu Russland sehr ungern gesehen hätte. Wenn auch die Auswärtige Politik Rumäniens, sozusagen, in das ureigenste Gebiet Seiner Majestät gehört, und Sein Wille der unbedingt massgebende ist, so beliebt es Seiner Majestät, der parlamentarischen Regierungsform Rumäniens Rechnung tragend, über wichtige Begebnisse und Entscheidungen, die in die auswärtigen Verhältnisse eingeweihten Parteiführer zu informieren, weniger um ihre Meinung zu vernehmen, als vielmehr, um ihnen Directiven für ihre Haltung zu erteilen. Es ist dies ein Vorgehen, welches den Betreffenden schmeichelt und wodurch die Vorbereitung der öffentlichen Meinung auf die kommenden Geschehnisse erreicht wird. So weiß ich auf das Bestimmteste, dass Seine Majestät gleich nach Erhalt der ersten Mitteilung über die Mission Freiherrn Conrad von Hötzendorf's, Herrn Bratiano, den einzig eingeweihten Parteiführer, der der Regierung nicht angehört, zu Sich beschied und ihm nahelegte, dahin zu wirken, dass die oppositionelle Presse, bei Bekanntwerden oberwähnter Mission, sich zu keiner unrichtigen oder gehässigen Deutung dieses Ereignisses verleiten lasse, eine Massnahme, welche ausgezeichnete Früchte trug. Von diesen Erfahrungen ausgehend, musste ich meinen Collegen beipflichten, dass es angezeigt wäre, vor dem gemeinsamen Audienz-Begehren Seine Majestät über den Zweck derselben aufzuklären, um Höchstdenselben die Möglichkeit zu bieten, die Modalitäten, unter welchen die Überreichung der Handschreiben zu erfolgen habe, einer näheren Erwägung zu unterziehen und Höchstdenselben auch die nötige Zeit zu lassen, jene Massnahmen zu treffen, welche Ihm in Bezug auf seine auswärtige Politik und die öffentliche Meinung Seines Landes wünschenswert erschienen. Vor nicht langer Zeit äusserte sich König Karol dem deutschen Gesandten gegenüber, man möge in Berlin nicht vergessen, dass Er kein Alliirter zweiter Güte sei; Seine Armee sei sicherer und auch ausschlaggebender im Ernstfalle, als die italienische. Er habe daher auch Anspruch darauf, über die Politik Seiner Verbündeten am Laufenden gehalten zu werden, und auch darauf, dass von diesen auf Seine äussere und innere Politik Rücksicht genommen werde. Die in Frage stehende Démarche müßte daher in eine solche Form gefasst werden, dass bei König Karol, die Vermutung vollkommen ausgeschlossen wäre, dass die Dreibundmächte, quasi aus egoistischen Motiven, ohne Rücksicht auf Seine Wünsche und Auffassungen, etwas unternehmen, was Ihn etwa in eine unangenehme Lage bringen könnte. K. E. Fürstenberg.

a) Vgl. n. 5007, 5026.

Nr. 5009. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 21. Dez. 1912 Nr. 714 (eing. 6 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 713 von gestern. Nach meiner Unterredung auf der Pforte hatte ich Gelegenheit, meinen russischen Kollegen zu sprechen und machte ihm von dem Resultate meiner Besprechung mit Kiamil Pascha Mitteilung. Herr von Giers zeigte sich über dasselbe sehr erfreut und bezeichnete dieses Ergebnis als einen höchst erfreulichen „pas en avant"; er fügte hinzu, dass er seiner Regierung hierüber sogleich telegraphisch berichten werde. Pallavicini.

Nr. 5010. Bericht aus Konstantinopel, 21. Dez. 1912 Nr. 95 A (eing. 23. Dez.).[a] Ausfert.

Geheim. In Ergänzung meines ergebenen Telegrammes von gestern, Nr. 713, mittelst welchem ich über die Unterredung berichtete, die ich zufolge hohen telegrafischen Auftrages auf der Pforte hatte, beehre ich mich Euer Excellenz ganz ergebenst Nachstehendes zu melden. Ich habe den Herrn Minister des Äussern beim Grossvezir getroffen, so dass die Unterredung mit beiden Staatsmännern gleichzeitig stattfand. Die Conversation führte ich bei derselben mit Kiamil Pascha, während Gabriel Effendi sich mehrweniger mit gelegentlichen Bemerkungen begnügte. Der Grossvezir versuchte zunächst mir zu beweisen, dass der Besitz Adrianopels für das Fortbestehen der Türkei in Europa unumgänglich notwendig sei und dass diese Frage daher alle diejenigen interessieren müsse, die auf den Bestand des Reiches Wert legen. Ich erwiderte dem Grossvezir, dass nach Ansicht vieler Militärs, die ich diesfalls gesprochen, der Besitz Adrianopels für die Sicherheit Constantinopels nicht unbedingt erforderlich sei; dafür spräche auch der gegenwärtige Krieg, indem besagter Platz die Bulgaren nicht verhinderte, bis an die Tschataldjalinie vorzurücken. Meiner Ansicht nach, fügte ich hinzu, sei eine selbst diesseits Adrianopels gelegene günstige Grenzlinie im Vereine mit einer tüchtigen Armee die beste Gewähr für die Sicherheit Constantinopels. Kiamil Pascha hob sodann die Bedeutung Adrianopels als mohamedanische Stadt hervor und wollte von diesem Gesichtspunkte aus nachweisen, dass die Türkei bezüglich dieses festen Platzes nicht nachgeben könne. Aus all den vom Grossvezir geltend gemachten Argumenten konnte ich ersehen, dass für das Festhalten an Adrianopel ganz andere Gründe als die angeführten massgebend sind. Ich erhielt auch bald darauf die Bestätigung für die Richtigkeit meiner Auffassung. Nach meiner Unterredung mit den beiden türkischen Staatsmännern hatte ich nämlich Gelegenheit, Gabriel Effendi einen Augenblick allein zu sprechen, der mir gestand, dass es sich der Regierung darum handle, den Schwierigkeiten zu begegnen, welche ihr deren politische Gegner bereiten. Wie ich im eingangscitierten ergebensten Telegramme erwähnt habe, erklärte mir Kiamil Pascha am Ende unserer Unterredung streng vertraulich, dass er am selben Abend einen geheimen bulgarischen Abgesandten erwarte. Er wisse zwar nicht was derselbe bringen werde, nehme aber an, dass Bulgarien mit der Türkei eine Verständigung suche, um freie Hand zu bekommen

und Serbien gegen die Monarchie unterstützen zu können. Er glaube, dass es sich hiebei um ein Doppelspiel Russlands handle, das zwar einen Krieg mit Deutschland vermeiden, dagegen die Balkanstaaten gegen uns ansetzen möchte. Der Zweck den der Grossvezir mit diesen Auslassungen verfolgte, ist recht durchsichtig; er wollte beweisen, dass Bulgarien auf Adrianopel verzichten würde; doch sah er bald, dass dieselben auf mich keinen Eindruck machten. Ich erwiderte nämlich, ich könne nicht einsehen, was die Bulgaren, die doch Realpolitiker sind, durch einen Krieg mit uns gewinnen könnten, den sie nur dazu führen sollten, um Serbien einen Hafen an der Adria zu verschaffen. Hierauf gab mir Kiamil Pascha die bereits in meinem vorbezogenen Telegramme erwähnte ausdrückliche Erklärung ab, dass falls die Botschafterreunion in London sich einstimmig für das Aufgeben Adrianopels aussprechen würde, die türkische Regierung sich diesem Rate fügen und die Angelegenheit einem Kronrate unterbreiten würde. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 5134.

Nr. 5011. Tel. nach London, 21. Dez. 1912 Nr. 117 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.). Konz. (S. Berger; V. Nemes; G. Berchtold).

K. u. k. Konsulat Durazzo telegraphiert unterm 20. d. Mts. via Cattaro: Serbische Offiziere haben öffentlich erklärt, daß sie Durazzo nie räumen werden und selbst gegen den königlichen Befehl hier bleiben wollen. Vorstehendes zur Regelung Ihrer Sprache. Berchtold.

Nr. 5012. Bericht aus London, 21. Dez. 1912 Nr. 61 B (eing. 23. Dez.).[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. Die Frage, welche mir bei den Botschafterunterredungen bis jetzt die schwierigste erschien, war diejenige der Bestimmungen der künftigen Grenzen Albaniens. Schon bei meiner Vorbesprechung mit Marquis Imperiali und Fürst Lichnowsky vor unserer ersten Réunion gewann ich den Eindruck, dass ich auf eine sehr weitgehende Unterstützung dieser zwei Kollegen kaum würde rechnen können. Beide schienen es eher als eine unerwünschte Überraschung zu empfinden, dass wir auf der Einbeziehung Scutaris in das Gebiet des künftigen Albanien bestehen würden. Bei Beginn unserer zweiten Zusammenkunft (Telegramm Nr. 144 vom 18. l. Mts.) wurde ich aufgefordert, mich über die Ostgrenze des künftigen Albaniens zu äussern — die Grenze gegen das Hinterland — wie sie es alle nannten. Ich vertrat die Ansicht, dass es mir schwer schiene, darüber, bei Ausschaltung der Discussion über die Nordgrenze, zu reden und zeigte an der Hand der mir von Baron Giesl gegebenen Nationalitätenkarte, wie sehr gerade an der Nordgrenze die Bevölkerung rein albanesisch sei. Bei der sich dabei entwickelnden Conversation wurde vielfach eingewendet, dass man mit dem ethnologischen Principe nicht weiterkomme; albanesische Bevölkerung ziehe sich weit in andere Staatsgebiete hinein und so weiter, und schliesslich wurde ich aufgefordert, auf einer Karte mit Linien diejenige Grenze zu bezeichnen, innerhalb welcher nach unserer Ansicht das künftige

Albanien constituiert werden sollte. Ich habe daraufhin bei unserer gestrigen dritten Réunion, nachdem ich Euer Excellenz Ermächtigung hiezu telegraphisch erhalten hatte, eine Karte vorgezeigt, die von Baron Giesl und Sectionschef Ippen bezeichnet worden war. Man wollte wieder nur von der Ostgrenze sprechen, und Benckendorff, der mit mir die Karte eingehend durchsprach, erklärte, dass nach seiner Ansicht diese Frage nicht nur vom ethnologischen Gesichtspunkte aus gelöst werden kann, wie begründet derselbe auch sein möge. Man müsste allerhand Interessen dabei berücksichtigen, auch diejenigen der benachbarten Staaten, und er glaube, dass eine befriedigende Einigung nur durch ein Compromis erzielt werden kann, bei welchem die verschiedenartigen erwähnten Interessen in Erwägung gezogen werden. Die anderen, welche eine bemerkenswerte Indifferenz für die Grenzen als solche zeigen und sich nur dafür interessieren, ob eine Einigung zwischen unserem und dem russischen Standpunkt erzielt werden kann, schlugen vor, Benckendorff möge auch seinerseits eine Karte bezeichnen, und man könne dann bei unserer Zusammenkunft nach den Feiertagen erwägen, inwieweit ein Compromis zwischen unseren beiden Skizzen hergestellt werden könnte. (Benckendorff versprach mir privat seine Darstellung der Grenze, die ich an anderer Stelle vorlege.[a]) Unter diesen Umständen musste ich die weitere Discussion vorläufig fallen lassen und zwar aus folgenden Gründen: 1.) Mein italienischer College hatte nur die Instruction, mich bezüglich der Grenze gegen das Hinterland zu unterstützen und auch das unter der Voraussetzung, dass wir auf Ipek und Prisren nicht bestehen. Bezüglich der Südgrenze und namentlich Skutaris sollte er nicht sprechen, bevor San Giuliano ihm nicht nach erfolgter Einigung mit Euer Excellenz neue Weisungen erteilt hat. Nachdem ich in allen albanesischen Fragen im Einvernehmen mit Italien vorgehen soll, wäre eine weitere Discussion nicht am Platze und im Widerspruch zu meinen Instructionen gewesen. 2.) Eine Discussion der Ostgrenze allein mit Ausschluss der Süd- und namentlich der Nordgrenze, wie sie gewünscht wurde, schien und scheint mir inopportun. Wir könnten uns doch nicht auf diesen Gebieten Concessionen abringen lassen, bevor die Hauptfrage (Skutari) entschieden ist. 3.) Mein deutscher College, dem das Verständnis für die Wichtigkeit unseres Standpunktes bezüglich Skutaris bedauerlicherweise abzugehen scheint, zeigte mir seine Instruktion, nach welcher, falls zwischen mir und Marquis Imperiali kein volles Einvernehmen erzielt worden ist, er sich bemühen soll, die betreffende Frage hinauszuziehen. Endlich 4.) scheint es mir, dass eine Discussion der Grenzfrage bei unserer Botschafterréunion zu nichts führen kann, bevor die grössere Frage — die von Skutari — von unseren Regierungen principiell entschieden worden ist. Diese kann nicht von Benckendorff und mir, auch nicht von 6 Botschaftern geregelt werden; das ist eine Frage der Cabinete von Wien, Petersburg und Rom. Unsere Besprechungen über die Grenze würden den Charakter der Irrealität haben, solange nicht die Zukunft Skutaris — die eine Frage der allgemeinen Politik unserer zwei, möglicherweise drei Regierungen bildet, geregelt ist. Benckendorff sagte mir im Privatgespräche gestern, er habe bereits vor zwei Tagen an Sazonow telegraphiert „que d'après son opinion personnelle la question

de Skutari dépasse de beaucoup la compétence des conversations d'Ambassadeurs". Ich glaube unvorgreiflich, dass er leider Recht hat. Bis zu unserer nächsten Zusammenkunft — am zweiten Jänner — wird ein Zeitraum von mehr als zehn Tagen verstreichen; vielleicht werden bis dahin die direkten Pourparlers Euer Exzellenz mit Sazonow und San Giuliano zu einem Ergebnis geführt haben. — Aus dieser Darstellung werden Euer Exzellenz entnommen haben, dass die Unterstützung, die ich in der Grenzfrage von meinen vortrefflichen Kollegen der mit uns verbündeten Reiche gefunden habe, gleich null ist. Imperiali hat keine Instruktion; Lichnowsky hat immer die Idee, wir müssen entgegenkommend sein, weil Russland Serbien in der Hafenfrage hat fallen lassen. Beide wiederholen mir stets; — woran ich übrigens nicht zweifle — dass Sir Edward Grey sich wirklich ganz enorme Mühe gegeben hat, Russland dazuzubringen, auf Serbien so stark zu drücken, dass es seine Prätensionen aufgibt und sich „vor dem Willen Europas beugt". (Das bleibt übrigens ein Vorteil, dass Serbien in dieser Frage wieder Europa geeinigt gegen seine extravaganten Hoffnungen gefunden hat.) Sowohl Lichnowsky als Imperiali zeigen sich dadurch impressioniert, dass Sir Edward ihnen wiederholt gesagt, er habe uns in der serbischen Hafenfrage so energisch geholfen, dass er jetzt, wenn es über Skutari zu ernsten Differenzen zwischen Wien und Petersburg kommen sollte, nicht wieder auf Russland drücken könnte, vielmehr sich auf dessen Seite stellen müsste.

Mensdorff.

[a] Vgl. n. 4995, 5013.

Nr. 5013. Bericht aus London, 21. Dez. 1912 Nr. 61 C (eing. 23. Dez.).[a] Ausfert.

Streng vertraulich. Ich erlaube mir Euer Exzellenz im Anbuge eine Karte[b] zu unterbreiten, auf welcher, wie in meinem Berichte Lit. B. erwähnt, die im bisherigen Stadium der Botschafter-Reunionen einerseits von mir und andererseits von meinem russischen Kollegen vertretene Delimitierung des künftigen Albanien blau beziehungsweise rot eingezeichnet erscheint. Ich hatte Herrn Sektionschef Ippen beauftragt, seine zu diesen Einzeichnungen gemachten Äusserungen zu Papier zu bringen, und beehre mich diese Euer Exzellenz gleichfalls anliegend einzusenden.[c]

A. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 5628, 5815, 6046. — [b] Wurde nicht aufgenommen. — [c] Beilage.

Beilage zu n. 5013. Bemerkungen des Sektionschefs Ippen zur russischen Abgrenzung Albaniens. Ausfert.

Die von russischer Seite ins Auge gefasste Grenzlinie des künftigen Albanien ist im Auftrage des Herrn russischen Botschafters von einem der Botschaft ad hoc zugewiesenen Functionär (ehemaliger russischer Konsul in Monastir Petraew?) eingetragen worden. Abgesehen von dem Umfang, welchen diese Grenzlinie Albanien lässt, ist sie eine ganz schlechte aus folgenden Gründen: Im Norden folgt sie dem Saumwege von Skutari

zur Vezirbrücke, ein Weg soll und kann nie eine Grenze sein. Im Osten folgt sie dem Flusslauf des schwarzen Drin; ein Fluss kann nur dann eine gute Grenze sein, wenn er ein bedeutender Wasserlauf und damit ein Hindernis ist; der schwarze Drin dürfte aber an mehreren Stellen zu durchfurten sein. Bezüglich des von der Ostgrenze im Süden ausserhalb Albaniens gelassenen vlachischen Sprachgebietes meinte der Herr russische Botschafter, dass man für dasselbe Garantien eines freien Gebrauches ihrer Sprache in Kirche und Schule schaffen könnte. (Gespräch mit Graf Trauttmansdorff.) Die südliche Grenze wäre mit Ausnahme dessen, dass sie Santi Quaranta und den Butrinto See an Griechenland gibt und zu knapp an Delvino vorbeigeht, à la rigueur annehmbar — mit kleinen Modificationen — da sie so ziemlich die tatsächliche Sprachgrenze zwischen Albanesen und Griechen verfolgt. Im Übrigen erwähnte der Herr russische Botschafter, dass man sich auch darüber arrangieren kann. (Gespräch mit Graf Trauttmansdorff.) Im Ganzen haben die Russen sich mit Trassirung der Grenzlinie keine besondere Mühe genommen, sondern blos 4 ziemlich gerade Linien gezogen. Unannehmbar sind: Abtrennung von Korča und Dibra mit Gebiet, sowie Ljuma von Albanien; bezüglich Dibra gab der Herr russische Botschafter im privaten Gespräch mit Graf Mensdorff zu erkennen, dass dies nicht das letzte Wort sei. Abtrennung von Djakova sammt Gebiet und des Bezirkes Puka (7 Bajrak von Dukadžin) am südlichen Drin-Ufer. Der Herr russische Botschafter liess ferner durchblicken (Gespräch mit Graf Trauttmansdorff), dass unterhalb Skutaris die Bojana als Grenze zwischen Montenegro und Albanien acceptiert werden könnte. Die Schwierigkeit bezüglich Skutaris ist bekannt.

Nr. 5014. Bericht aus London, 21. Dez. 1912 Nr. 61 D (eing. 23. Dez.). Ausfert.

Streng vertraulich. Wie ich mit Telegramm Nr. 147 vom 18. gemeldet habe, wurden bei unserer zweiten Besprechung auch die Inseln im Ägeischen Meere berührt. Graf Benckendorff sprach im Namen seiner Regierung die Meinung aus, dass die Inseln, welche die Ausfahrt der Dardanellen beherrschen „Tenedos, Imbros, Lemnos et Samothraki" türkisch bleiben sollten; „qu'aucune puissance sauf la Turquie ne devrait posséder en propre une de ces îsles, mais que des institutions autonomes sont indispensables pour la population". Daran anknüpfend, bespricht man die Zukunft der Inseln überhaupt. Sir Edward Grey betont wieder entschieden, es müsse vor Allem verhütet werden, dass in anderen Inseln neue Fragen à la Crète entstehen. Nach einer allgemeinen, nicht sehr eingehenden Conversation, redigiert man die folgende Formel: „Nous sommes d'avis que quel que soit le statut futur des îsles de la Mer Egée, elles devraient être neutralisées sous la garantie des Puissances". Der Staatssecretär machte mir den Eindruck, wenig geneigt zu sein, dass irgend welche Inseln türkisch bleiben sollen, sprach sich aber nicht darüber aus. Als bei unserer gestrigen, dritten Réunion jemand wieder das Thema der Inseln berührte, schlug Sir Edward vor, diese Discussion bis auf Weiteres zu verschieben. Mensdorff.

Nr. 5015. Privatschreiben aus Paris, 21. Dez. 1912 (eing. 23. Dez.).[a] *Ausfert.*

Ich danke Euerer Excellenz für die gütige Mitteilung des geheimen Erlasses an Graf Mensdorff vom 15. l. M. Nr. 5896 sowie der telegraphischen Berichterstattung des Genannten über den bisherigen Verlauf der Londoner Botschafter-Reunion. Betreffs des von dieser Reunion acceptierten Punktes: „Un accès commercial sera réservé à la Serbie par un port albanais libre et neutre déservi par un chemin de fer international sous le contrôle européen et mis sous la garde d'une force spéciale internationale avec liberté de transit pour toutes les marchandises, y compris les munitions de guerre" möchte ich mir erlauben zu bemerken, dass eine ähnliche Lösung von Herrn Poincaré mir gegenüber des öfteren zur Sprache gebracht ward. Als ich darauf hinwies, dass im Falle eines hoffentlich unwahrscheinlichen Krieges der freie Bezug von Kriegsmaterial für Serbien durch einen neutralen Hafen mir etwas bedenklich erschiene, meinte Herr Poincaré, wie ich dies auch in meiner Berichterstattung erwähnte,[b] dass sich dieses Recht natürlich nur auf Friedenszeiten beziehen könne, denn Serbien würde sonst ein keinem anderen Staate zugestandenes Privileg besitzen, indem es einen Hafen hätte, durch welchen es Kriegsmaterial einführen könnte und der, weil in einem dritten neutralen Staate gelegen, durch die eventuellen zukünftigen Gegner Serbiens nicht einmal blokiert werden könnte. Ich weiss nicht, ob diese Seite der Frage, die nicht nur für uns sondern für alle Nachbarn Serbiens von Wichtigkeit ist, auf der Botschafter-Reunion ins Auge gefasst ward? Es ist zweifellos, dass ein neutraler Staat wie zum Beispiel Belgien, in Kriegszeiten seinen Nachbarn nicht gestatten kann Kriegsmaterial durch einen belgischen Hafen zu beziehen. Der Serbien für commerzielle Zwecke zur Verfügung zu stellende Hafen wird aber einen ganz speziellen Charakter haben und fragt es sich, ob Albanien unter solchen Umständen in der Lage wäre seine Pflichten als neutraler Staat zu erfüllen und die Durchfuhr von Kriegsmaterial für Serbien in Kriegszeiten zu verbieten?

Szécsen.

[a]) Vgl. n. 5087, 5139. — [b]) Vgl. n. 4613.

Nr. 5016. Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters, 21. Dez. 1912.[a] *Konz. (S. Hohenlohe; G. Berchtold).*

Der italienische Botschafter hat mich gestern aufgesucht und das Gespräch auf die Zukunft Skutaris bei der Delimitirung des autonomen Albanien gebracht. Er betonte hiebei, Rußland lege Wert darauf, daß diese Stadt Montenegro zufalle. Er, Herzog Avarna, sehe unsere ihm bereits früher mitgeteilten Gründe dagegen ein; er frage mich aber, wie ich heute (nach Auftauchen alarmierender Nachrichten die Dynastie Njegus betreffend) über diese Frage denke? Ich erwiderte, ich sehe nicht, daß hierin vitale Interessen Rußlands im Spiele seien, während die unseren offenkundig schwer in die Wagschale fallen. Der Herr Botschafter meinte hierauf, die Lösung dieser Frage müsse ja nicht sofort erfolgen, sondern könne bis zum Schlusse der Besprechungen von London aufgeschoben werden. Ich entgegnete, diese Angelegenheit dürfe nicht wochenlang in suspenso bleiben, sie müsse vielmehr jetzt geregelt werden, umsomehr, als bis zum Schlusse

der Botschafterréunion gewiß noch eine beträchtliche Anzahl nebensächlicher Fragen auftauchen würden, durch welche die Verhandlungen in die Länge gezogen würden. Mein Mitredner warf ein, daß er nicht den Schluß der Réunion meine, sondern den Schluß der Pourparlers die Delimitation Albaniens betreffend. Hierauf bemerkte ich, daß, soviel ich wisse, gegenwärtig ohnedies die zukünftige Ostgrenze dieses Landes in Verhandlung stehe und daß ich darauf halten müsse, daß die Frage von Skutari im Zusammenhang mit den anderen Grenzfragen behandelt werde.

[a]) Vgl. n. 5017.

Erlaß nach Rom, 21. Dez. 1912 Nr. 6016. Siehe n. 5006.

Nr. 5017. Tel. aus Rom, 21. Dez. 1912 Nr. 258 (eing. 6 U. 15 M.).[a]) *Entziff.*

Gestern abends habe ich Inhalt der hohen Telegramme Nr. 279,[b]) 280[c]) und 282 mit dem Minister des Äussern besprochen. I.) Grenzen Albaniens. Im Prinzipe ist Minister mit unseren Delimitierungsvorschlägen einverstanden. Auf einige Quadratkilometer mehr oder weniger käme es natürlich in praxi nicht an. Janina, das ganz griechisch und südlich von der Kalamasgrenze sei, werde schwer für Albanien zu vindizieren sein. Grosse Besorgnis äusserte der Minister hinsichtlich Skutaris. Man könne Russland nicht einen neuerlichen Rückzug auch in dieser Frage zumuten. Ausserdem erscheine Stellung der Dynastie Njeguš bedroht, falls Montenegro nicht Skutari bekäme. Theoretisch gehört diese Stadt gewiss zu Albanien, aber die gefahrvollen, ernsten Komplikationen sei die Sache nicht wert. Ich erwiderte, mir scheine Italien auch in diesem Punkte wieder russischer und montenegrinischer zu sein, als diese Staaten. Da Montenegro im Grunde ein Bauernstaat ohne öffentliche Meinung und Autorität des Königs fast unbegrenzt ist, könne ich persönlich an Gefahr für Dynastie nicht glauben. Minister konstatiert schliesslich, dass über Vorschlag deutschen Kabinettes Botschafter in London sich erst in circa zehn Tagen mit dieser Frage beschäftigen werden. Unvorgreiflich möchte ich empfehlen, an dermaliger Nordgrenze Albaniens unbedingt festzuhalten. Dies nicht nur wegen Wichtigkeit Skutaris, sondern weil ich mich nach wie vor des Euer Exzellenz seit Wochen wiederholt signalisierten Eindruckes nicht erwehren kann, dass an jener Nordgrenze, speziell bei San Giovanni di Medua, vielleicht im stillen Einvernehmen zwischen Russland und Italien, eine Lösung der serbischen Hafenfrage angestrebt wird, welche unklar, gekünstelt und schliesslich von unserem Standpunkte unvorteilhaft sein wird. Nach der jetzigen Londoner Formel, welche in dem ohnedies zur Gänze zu neutralisierenden Albanien den betreffenden Hafen und die Bahn noch speziell (?) neutralisieren und unter internationale Kontrolle stellen will, wäre unter anderem zu befürchten, dass auch wir zu den voraussichtlich sehr bedeutenden Kosten des Hafens, der Bahn und der Schutzwache beitragen müssten, obwohl dies alles nur serbischen und italienischen Interessen dienen würde. Meines Erachtens sollten wir also: a) An dermaliger Nordgrenze Albaniens inklusive Skutari und Medua festhalten; b) Albanien zur Gänze, also ein-

schliesslich fraglichen Hafens und Bahnstrecke neutralisieren; c) Serbien die Wahl des Hafens nördlich von Durazzo überlassen; d) Serbien und eventuell anderen interessierten Staaten Bau des Hafens und der Bahn anheimgeben; e) die etwa notwendige Schutzwache der künftigen albanischen Gendarmerie entnehmen; f) eine Stipulation der Grossmächte herbeiführen, welche auch nomine Albaniens Benützung der Bahn und des Hafens für alle Staaten, zu allen Zeiten, unter ganz gleichen Bedingungen gerantiere; g) Munitionsdurchfuhr, welche in ganz Europa an Bewilligung des Transitlandes gebunden ist, von der Zustimmung aller Grossmächte (als der Garantiemächte Albaniens) abhängig machen. Fortsetzung folgt. Mérey.

[a]) Vgl. n. 5016, 5018, 5032, 5516. — [b]) Mit Tel. Nr. 279, 19. Dez. 1912 (chiffr. 11 U. p. m.) wurde n. 4957 nach Rom mitgeteilt. — [c]) Mit Tel. Nr. 280, 19. Dez. 1912 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.) wurde n. 4960 nach Rom mitgeteilt.

Nr. 5018. Tel. aus Rom, 21. Dez. 1912 Nr. 259 (eing. 6 U. 15 M. p. m.).[a]) Entziff.

Fortsetzung.[b]) II. Inseln. Minister des Äussern ist für Zession Kretas an Griechenland und Belassung von Tenedos, Imbros, Lemnos und Samothrake bei Türkei. Hinsichtlich übriger Inseln unterscheidet er zwischen drei Eventualitäten. Bleibt asiatischer Besitz der Türkei intakt, so sollte letztere die Inseln behalten. Man könnte aber denselben Autonomie unter Garantie der Mächte nicht versagen, was allerdings leider eine Multiplikation „Kretas" zur Folge haben wird. Bräche jedoch in Kleinasien (zum Beispiel Smyrna) ernstlicher Aufstand aus, dann wäre Zession der Inseln an Griechenland unvermeidlich. Kommt es dagegen, zum Beispiel in Syrien (von wo bedenkliche Nachrichten hier eintreffen) zu einem Eingreifen Frankreichs, dann entstehe Frage, ob nicht alle Grossmächte sich auf den Sporaden Flottenstützpunkte werden schaffen müssen. III. Organisation Albaniens. Den im Telgramme Euer Exzellenz Nr. 282 enthaltenen Ausführungen stimmt Marquis di San Giuliano im allgemeinen zu. Er ersuchte mich, ihm in einigen Tagen einen Text der betreffenden Propositionen vorzulegen. Da Botschafter in London erst am 30. dieses Monats wieder zusammentreten, sei Sache nicht dringlich. Mérey.

[a]) Vgl. n. 5029. — [b]) Von Nr. 258.

Nr. 5019. Tel. aus St. Petersburg, 21. Dez. 1912 Nr. 269 (eing. 22. Dez. 9 U. a. m.). Entziff.

Im Laufe heutiger Unterredung sagte mir Herr Sazonow, daß leider die Aussichten für das Gelingen der Friedensverhandlungen nicht günstig stehen, da die Türkei, welche überdies in London durch sehr chauvinistische und intransigente Bevollmächtigte vertreten sei, sich trotz der erlittenen vernichtenden Niederlagen durchaus nicht entgegenkommend zeige. Dies gelte insbesondere von Adrianopel, aus dessen Zedierung die Bulgaren eine conditio sine qua non des Friedensschlusses machen. Herr Minister ist der Ansicht, daß die Großmächte einen Druck auf die Türkei

ausüben sollten, um dieselbe zum Nachgeben zu bewegen, da es im allgemeinen Interesse Europas sei, daß dieser Krieg nicht wieder beginnt. Er habe auch in diesem Sinne bereits an den russischen Botschafter telegraphiert. Wie er erfahre, haben auch der französische und der deutsche Botschafter analoge Instruktion erhalten. Minister fragte mich, ob nicht Euer Exzellenz geneigt wären, in ähnlichem Sinne auf die Pforte einzuwirken. Thurn.

Nr. 5020. Bericht aus St. Petersburg, 8./21. Dez. 1912 Nr. 51 B (eing. 23. Dez.).a) Ausfert.

Streng vertraulich. Ich hatte dieser Tage eine längere Unterredung mit dem Grossfürst Nikolaus Michailowitsch, welchem ich die für denselben bestimmten historischen Dokumenten-Abschriften übergab. Obwohl Seine Kaiserliche Hoheit, wie er selbst hervorhob, der aktiven Politik fernsteht, keinen direkten politischen Einfluss besitzt und wohl auch in den massgebenden Kreisen einigermassen als Sonderling gilt, daher seinen Äusserungen keine übertriebene Bedeutung beigemessen werden darf, möchte ich mir doch gestatten den Gang unserer Konversation in möglichster Kürze wiederzugeben, da der Grossfürst einerseits durch seine Mission nach Bukarest gegenwärtig etwas mehr in den Vordergrund getreten ist und andererseits seine Mitteilungen doch manches Interessante enthielten. Ich schicke voraus, dass — wie Euer Excellenz übrigens bekannt — Grossfürst Nikolaus Michailowitsch ein warmer Anhänger eines näheren Anschlusses zwischen Österreich-Ungarn und Russland ist, eine Ansicht, mit welcher er bei seinem aussergewöhnlichen Francparler gegenüber Niemandem hinter dem Berge hält. Seine Kaiserliche Hoheit beklagt von diesem Standpunkte aus sehr die in der gegenwärtigen Krise zwischen diesen beiden Nachbarstaaten zu Tage getretene Entfremdung, die gewissenlosen Hetzern, zu denen — wie er ziemlich unverblümt andeutete — in erster Linie der Grossfürst Nikolaus Nikolajewitsch sowie die beiden in der kaiserlichen Familie verheirateten montenegrinischen Prinzessinnen zu zählen sind, die Gelegenheit zu ihrem unverantwortlichen Treiben gebe. Der Grossfürst bedauert dies umso mehr, als noch im verflossenen Sommer die Chancen zu einer weiteren Annäherung recht günstig standen und nur die Erkrankung des Thronfolgers, deren erste Anzeichen schon in die Tage der Moskauer Festlichkeiten fielen, die Absicht Seiner Majestät des Kaisers Nikolaus vereitelt hätte, Seine K. und K. Hoheit den durchlauchtigsten Herrn Erzherzog Franz Ferdinand zu den Spalaer Jagden einzuladen. Von einer solchen persönlichen Berührung des Zaren mit dem durchlauchtigsten Erzherzog Thronfolger hätte sich aber der Grossfürst den besten Erfolg versprochen. Gegenwärtig sei freilich der Moment nicht danach angetan, diese Idee wieder aufleben zu lassen, doch wäre, wenn es gelingt die jetzige Krise in einer friedlichen Weise zu lösen, was nach den letzten Nachrichten doch mit einiger Wahrscheinlichkeit erhofft werden dürfe, die so wünschenswerte Annäherung nach Ansicht des Grossfürsten jedenfalls am besten durch einen persönlichen direkten Gedankenaustausch anzustreben. Wenn der Grossfürst bei dieser Gelegenheit hervorhob, eine Hauptsache hiebei

wäre, dass der Leitungsdraht hiezu nicht über Berlin gehe, so liess sich Hochderselbe wohl durch seine tiefeingewurzelte Abneigung gegen Deutschland leiten, wiewohl dies im konkreten Falle wohl auch unseren Interessen entsprechen würde. Seine Kaiserliche Hoheit brachte sodann seine Reise nach Bukarest zur Sprache und erwähnte, — wie er dies auch vor einigen Tagen dem k. u. k. Militär-Attaché gegenüber getan hatte, — dass dort die Ernennung Baron Conrads zum Chef des k. u. k. Generalstabes grosse Beunruhigung hervorgerufen habe.[1)] Insbesondere scheine Seine Majestät König Carol darüber verstimmt[2)] gewesen zu sein, dass diese Ernennung, welche wenige Tage nach der Rückkehr Baron Conrads nach Wien verlautbart wurde, und von der Seine Majestät daher annahm, dass sie schon zur Zeit der Anwesenheit dieses Generals in Bukarest beschlossen gewesen sei, Ihm gegenüber verheimlicht worden sei. Der Grossfürst bemerkte hiezu, er habe sich als Russe über die hiedurch in Rumänien erzeugte Stimmung, weil seinem Lande günstig, freuen müssen, habe aber hievon nicht zu Intriguen Gebrauch gemacht, zu denen, wie er andeutete, das Terrain hiedurch günstig vorbereitet gewesen wäre.[3)] Der Grossfürst erzählte mir ferner, er habe die Absicht gehabt, seinen Rückweg über Wien zu nehmen, bei welchem Anlasse er nicht verfehlt hätte, bei Seiner K. und K. Apostolischen Majestät um eine Audienz anzusuchen, doch sei ihm die Erlaubnis zu dieser Reiseroute höchsten Ortes nicht erteilt worden. Von Serbien sprach Seine Kaiserliche Hoheit in den wegwerfendsten Ausdrücken und erwähnte, dass selbst sein bulgarischer Bundesgenosse für dasselbe eine tiefe Missachtung hege; König Peter, so fuhr Seine Kaiserliche Hoheit fort, sei vollständig in den Händen der Königsmörder und Herr Pašić habe momentan jeden Einfluss verloren. Letzterer sei von seiner Reise nach Üsküb weinend zurückgekehrt. Auf meine Bemerkung, dass eine solche Gemütsstimmung in Serbien sehr bedauerlich wäre, weil dieselbe nicht auf eine konziliante Haltung dieses Letzteren hoffen liesse und andererseits, wenn wir zu einem Einschreiten gegen Serbien gezwungen sein sollten, auch unser Verhältnis zu Russland gefährdet erscheine, erwiderte der Grossfürst, er glaube nicht, dass Russland uns in diesem Falle in den Rücken fallen würde. Ob Seine Kaiserliche Hoheit für diese Ansicht, die wohl nur mit grösster Vorsicht und mit sehr bestimmten Restriktionen aufzunehmen sein dürfte, irgendwelche besondere Anhaltspunkte hat, oder ob sie blos seiner persönlichen Antipathie gegen dieses Land entspringt, vermag ich nicht zu beurteilen, möchte aber eher das letztere vermuten. Im Laufe der Konversation kam auch die Rede auf den König von Montenegro, und behauptete der Grossfürst, dass sich dieser vollständig mit seinem königlichen Schwiegersohn in Rom überworfen habe. Dass hiebei weder König Nikolaus, noch die an russische Grossfürsten verheirateten montenegrinischen Prinzessinnen in der Schilderung Seiner Kaiserlichen Hoheit gut weg kamen, ist bei der Antipathie des Grossfürsten Nikolaus Michailowitsch gegen seinen gleichnamigen Vetter Nikolajewitsch, den Gatten einer dieser Prinzessinnen, nicht weiter zu verwundern. Thurn.

[1)] ! — [2)] ? — [3)] !

[a)] Vgl. Beilage zu n. 4821.

Nr. 5021. Bericht aus St. Petersburg, 8. 21. Dez. 1912 Nr. 51 E (eing. 23. Dez.). Ausfert.

Herr Sazonow hat in verschiedenen Unterredungen der letzten Zeit ein auffallendes Interesse für die Zustände in Armenien bekundet, und darauf verwiesen, dass die armenische Bevölkerung der kleinasiatischen Vilayets gegenwärtig den ärgsten Verfolgungen ausgesetzt sei. Es hätte sich auch schon der Katolikos der Armenier an die russische Regierung mit der Bitte um Schutz für dieselben gewandt. Herr Sazonow äusserte insbesondere die Befürchtung, dass, falls es jetzt nicht zum Friedensschlusse zwischen der Türkei und den Balkanstaaten komme und namentlich, wenn der mohamedanische Fanatismus durch Erfolge etwa an der Tschataldscha-Linie aufgestachelt würde, die Gefahr ernster Armenier-Massacres bestünde, denen man doch nicht gleichgiltig gegenüber stehen könne. Hält man diesen Äusserungen des Herrn Ministers des Äussern seine mir gegenüber kürzlich fallen gelassene Bemerkung entgegen, es werde unter Umständen vielleicht nötig werden, auf die Pforte einen gewissen Druck auszuüben, um sie zum Friedensschlusse geneigter zu machen, und zieht man auch die mehr oder weniger kontrollierbaren Nachrichten in Betracht, welche über eine erhöhte militärische Tätigkeit in den südlichen Gouvernements, so in der Gegend von Odessa, Sewastopol und dem Kaukasus, zu berichten wissen, so gewinnt es fast den Anschein, als würde die russische Regierung für den Fall, als es jetzt nicht zum Friedensschlusse kommen sollte, irgend eine Aktion in Kleinasien meditieren, die vielleicht unter dem Vorwand, die Armenier zu schützen, einen Druck auf die Türkei ausüben sollte, um diese zum Frieden geneigter zu machen, eventuell auch um bei dieser Gelegenheit selbst etwas zu profitieren. Es sind dies freilich nur ganz vague Annahmen, für welche irgend welche konkrete Beweise wohl derzeit nicht gebracht werden können, die es aber doch zweckmässig erscheinen lassen dürften, auch nach der angedeuteten Richtung die Aufmerksamkeit zu lenken. Thurn.

Nr. 5022. Tel. aus Belgrad, 22. Dez. 1912 Nr. 323 (eing. 1 U. 5 M. p. m.).[a] Entziff.

Der in Wien Herrn Jovanović zu Teil gewordene freundliche Empfang hat hier sowohl in publizistischen wie in Regierungskreisen sehr guten Eindruck gemacht und zur Fortsetzung der Entspannung viel beigetragen.
Ugron.

[a] Vgl. n. 4986.

Nr. 5023. Tagesbericht über einen Besuch des deutschen Geschäftsträgers, 22. Dez. 1912.[a] Konz. (S. Hohenlohe; V. Berchtold).

Der deutsche Geschäftsträger hat mich am 21. d. M. aufgesucht und mir Nachstehendes mitgeteilt: Seiner Regierung wäre die Information zugekommen, daß Rußland und Frankreich sich bemühen, Saloniki den Griechen zu verschaffen; besonders Graf Benckendorff verwende sich hiefür. Herr von Kiderlen finde dies eigentümlich mit Hinblick auf den allseits aufgestellten Grundsatz, daß die Mächte sich in die Teilung der

von den Balkankönigreichen besetzten Gebiete in Macedonien und Thracien nicht einlassen sollen. Es sei daher auch für Deutschland kein Grund vorhanden, sich einer Einmengung zu enthalten und wolle der Herr Staatssekretär diplomatisch in der Richtung wirken, daß Bulgarien Salonik erhalte, wodurch man sich diesen Staat verpflichten und vielleicht erreichen könnte, daß Bulgarien den rumänischen Wünschen gegenüber sich gefügig zeige. Ich habe dem Herrn Geschäftsträger geantwortet, daß sowohl von griechischer wie von bulgarischer Seite bereits der Versuch gemacht worden sei, sich unserer Unterstützung, betreffend den Erwerb von Salonik, zu versichern. Hieraus ergeben sich für uns zweierlei Möglichkeiten, unsere Interessen zu wahren. Wir hätten jedoch noch keine definitive Stellung eingenommen, da wir über die künftige Orientierung der bulgarischen Politik gegenüber dem Balkanbunde noch keine sichere Kenntnis haben. Wir hätten jedoch bereits mit Sofia in dieser Hinsicht Fühlung genommen und es würde, wenn wir uns über die zukünftige Haltung Bulgariens beruhigende Gewißheit zu verschaffen in der Lage wären, die von der deutschen Regierung ins Auge gefaßte Politik der von uns beabsichtigten voll entsprechen.

[a]) Mit Tel. Nr. 217 am 23. Dez. 1912 (chiffr. 6 U. 30 M. p. m.) nach Berlin mitgeteilt. Vgl. n. 5101.

Nr. 5024. Tel. aus Berlin, 22. Dez. 1912 Nr. 323 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Ich habe Inhalt Euer Exzellenz Telegramme No. 202,[a]) 203[b]) und 207[c]) Herrn von Kiderlen-Wächter mitgeteilt und mich im Sinne der Telegramme Nr. 206[d]) und 208 ihm gegenüber ausgesprochen. In Betreff Skutaris würdigt der Staatssekretär die von Euer Exzellenz angegebenen Gründe, welche die Einverleibung dieser Stadt nach Albanien für Österreich-Ungarn von großer Wichtigkeit erscheinen lassen. Skutari befinde sich noch in türkischen Händen, demzufolge werde es noch an der Zeit sein, beim Wiederzusammentritt der Botschafterreunion darüber zu verhandeln. Allerdings scheine man russischerseits darauf zu drängen, daß bezüglich der Überlassung Skutaris an Montenegro bald eine Entscheidung getroffen werde. Der russische Botschafter habe erst heute versichert, daß, nach Mitteilungen, die er aus Petersburg und Cetinje habe, der Bestand der montenegrinischen Dynastie im Falle der Nichterwerbung Skutaris im großen Grade gefährdet wäre. Die von Euer Exzellenz von der serbischen Regierung verlangte Satisfaktion findet Herr von Kiderlen ganz entsprechend. Staatssekretär begibt sich heute auf einen etwa zehntägigen Urlaub nach Stuttgart.

Szögyény.

[a]) Mit Tel. Nr. 202, 19. Dez. 1912 (chiffr. 11 U. p. m.) wurde n. 4957 nach Berlin mitgeteilt. — [b]) Mit Tel. Nr. 203, 19. Dez. 1912 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.) wurde n. 4960 nach Berlin mitgeteilt. — [c]) Mit Tel. Nr. 207, 20. Dez. 1912 (chiffr. 8 U. 30 M. p. m.) wurde eine Konsularmeldung aus Rostow am Don vom 19. Dez. über Mobilisierung der Terek Kosaken nach Berlin mitgeteilt. — [d]) Mit Tel. Nr. 206, 19. Dez. 1912 (chiffr. 20. Dez. 2 U. a. m.) wurde n. 4959 und n. 4928 nach Berlin mitgeteilt.

Nr. 5025. Tel. aus Berlin, 22. Dez. 1912 Nr. 324 (eing. 10 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Geheim. Noch vor Erhalt Euer Exzellenz Erlasses vom 21. d. M. Nr. 6015 teilte mir Herr von Kiderlen mit, deutscher Gesandter in Bukarest berichte, dass die Überreichung des in Aussicht genommenen Handschreibens der drei Souveräne der Dreibundmächte an König Karl Höchstdenselben aus bekannten Gründen verstimmen würde. In Berücksichtigung dieses Umstandes sei deutscher Gesandter in Bukarest angewiesen worden, in Übereinstimmung mit seinem österreichisch-ungarischen und italienischen Kollegen sich darüber zu vergewissern, welche Ausführung des geplanten Schrittes dem König genehm wäre und darüber zu berichten. Szögyény.

[a] Vgl. n. 5026, 5078.

Nr. 5026. Tel. aus Bukarest, 22. Dez. 1912 Nr. 105 (eing. 1 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Bei gestern Abend stattgefundener Audienz befragte mich Seine Majestät, ob ich bereits Instruktionen betreffs eines die Erneuerung des Dreibundes notifizierenden Allerhöchsten Handschreibens erhalten hätte. Auf meine verneinende Antwort teilte mir König Karol mit, dass ihm das Bestehen einer derartigen Absicht bereits vor Tagen aus Berlin zugekommen wäre. Er habe aber jetzt erst erfahren, dass dies in einer feierlichen Form zu geschehen hätte. Nachdem ihm eine solche Vorgangsweise, welche ihn Aufklärungen zu geben zwingen würde, Schwierigkeiten bereiten müsste, äusserte er den Wunsch, dass diese Übergabe der Handschreiben in geheim zu haltenden Einzelaudienzen der respektiven Gesandten erfolge. Er werde verfügen, dass weder Audienzen noch der Inhalt der Schreiben in dem „Moniteur officiel" erscheinen. Seine Majestät fügte hinzu, dass Seine k. u. k. Apostolische Majestät seinen Standpunkt in diesem Belange kennen und demselben auch bei diesem Anlasse die Würdigung nicht versagen werde. K. E. Fürstenberg.

[a] Vgl. n. 5008, 5025, 5078.

Nr. 5027. Bericht des Militärattachés in Cetinje an den Chef des Generalstabes, 22. Dez. 1912 Nr. 292 (eing. mit Einsichtsstück des Chefs des Generalstabes vom 26. Dez. 1912 Nr. 5708 am 9. März 1913). Abschrift.

Die politische Situation in Montenegro ist nach wie vor eine gedrückte und unsichere. Des Königs größte Sorge ist derzeit auf die Vermeidung ernster dynastischer Schwierigkeiten gerichtet, deren Möglichkeit in gleichem Maße näher rückt, als die Hoffnung schwindet, in diesem Feldzuge noch Lorbeeren und Erfolge ernten zu können. Unter dem Drucke dieser Befürchtungen hat es König Nikolaus bereits ernstlich bedauert, daß er sich am 29. November durch den eigenen Unmut hat hinreißen lassen, zum k. u. k. Gesandten die Bemerkung zu machen: „Montenegro werde den letzten Mann und die letzte Ziege noch aufsparen, um die Österreicher vor Skutari zu erwarten, wenn man seine (des Königs) Truppen von dort ver-

drängen wolle." Weit entfernt, dieser Äußerung eine Bedeutung beizulegen, hatte es FML. Freiherr v. Giesl seit jenem Tage vermieden, unaufgefordert bei Hofe zu erscheinen, und auch anläßlich der telegraphischen Berufung nach Wien ergab sich keine Gelegenheit dem Könige hievon vor der Abreise Mitteilung zu machen. Letzterer zeigte sich übrigens ob der plötzlichen Berufung des k. und k. Gesandten nach Wien keineswegs beunruhigt, wohl aber, als er dessen Delegierung nach London erfuhr und als der italienische Gesandte die Bemerkung hinwarf: „Baron Giesl könnte jetzt in London manch gutes Wort für Montenegro einlegen, wenn ihm Euer Majestät nicht mit dem letzten Manne und der letzten Ziege gedroht hätten." Seither erschöpft sich König Nikolaus den Gesandten Deutschlands und Italiens gegenüber in Beteuerungen, daß er nichts unternehmen werde, was dem Dreibund nicht genehm wäre, nur möge man ihm Skutari zusprechen, damit er einen Erfolg aufweisen und sein Volk leben könne. Auch gelegentlich der Abschiedsaudienz der Ärzte des österreichischen Roten Kreuzes am 20. Dezember, nahm der König Veranlassung, den guten Beziehungen zur Monarchie warme Worte zu widmen und er forderte von mir mit prononcierter Eile einen Dekorierungsantrag für das Personale des Feldspitals samt Ambulanz. Nach dieser Audienz fand die in meinem gleichzeitigen Berichte Res. Nr. 293*a)* zum Ausdruck kommende Auseinandersetzung über die Truppenverschiebungen gegen die dalmatinische Grenze statt, die am Nachmittag desselben Tages ihre Fortsetzung nahm. Der König war hiebei sichtlich beunruhigt und bat in den eindringlichsten Worten, nicht nur den k. u. k. Chef des Generalstabes, sondern insbesondere auch den in London weilenden Gesandten darüber aufzuklären, daß ihm nichts ferner liege, als gegen Österreich-Ungarn militärische Maßnahmen treffen zu wollen. Ausdrücklich versicherte er ferner: „Je ne laisserai plus me pousser, ni par la Russie, ni par la Serbie" und fügte hinzu, daß Montenegro seine fernere Entwicklung ausschließlich im freundschaftlichen Anschlusse an die Nachbarmonarchie erhoffe. „Wissen Sie" — schloß König Nikolaus seine Darlegungen — „wenn Ihre Soldaten mir auf die Füße treten sollten, ja — dann werde ich kratzen und beißen, aber von mir und meinem Sohne dürfen Sie keine aggressive Politik erwarten und ich bin fest überzeugt, daß Ihr guter, alter Kaiser und ich es noch erleben werden, daß unsere Völker endlich zur Einsicht kommen werden, wie gut und friedlich sie nebeneinander auskommen können." Dem Wunsche des Königs entsprechend, habe ich dessen Versicherungen hinsichtlich der „Beurlaubung" einzelner Bataillone telegraphisch nach Wien und London berichtet; im übrigen beschränke ich mich auf die kommentarlose Wiedergabe seiner politischen Äußerungen. Hubka.

a) Liegt nicht bei den Akten.

Nr. 5028. Tel. aus London, 22. Dez. 1912 Nr. 154 (eing. 23. Dez. 9 U. a. m.). Entziff.

Geheim. König Georg berief mich heute zum Frühstück en famille und behielt mich nachher lange allein zurück. Seine Majestät sprach Be-

friedigung über bisherigen Gang der Botschafterréunion aus. Sir E. Grey sei sehr erfreut darüber und meldete Seiner Majestät, es sei besser gegangen, als er erwartet. König hofft nun auf Detente. Seine Majestät sprach mir eingehend von den Meldungen, die von allen Seiten, Konsuln etc. über unsere Rüstungen einlaufen. Sir F. L. Cartwright übertreibe ja vielleicht, er sei ein Invalide, dessen Abberufung sehr nahe bevorstehe; aber nach den Seiner Majestät zugekommenen Nachrichten wären unsere Rüstungen derartige, daß wir in kürzester Zeit über 700.000 Mann aufstellen, Serbien mit 400.000 Mann in wenigen Tagen niederwerfen können, sodaß unsere Südarmee an die russische Grenze gelangen könnte, noch bevor russische Mobilisierung beendigt ist. Seine Majestät wisse bestimmt, daß Rußland nicht mobilisiere, unsere Rüstungen sollen nach seiner Information wöchentlich gegen fünf Millionen Pfund Sterling kosten. Seine Majestät sprach die Besorgnis aus, daß die öffentliche Meinung Europas durch diese riesigen Rüstungen beunruhigt werde, was sehr bedauerlich wäre. Ein geringfügiger Zwischenfall könnte Weltbrand stiften. Ich erwiderte, daß unsere Rüstungen sehr übertrieben werden, die Gefahr einer Konflagration viel bedenklicher würde, wenn wir an unserer Südgrenze nicht vollständig vorbereitet. Ich erklärte Seiner Majestät unsere Schwierigkeit, von unseren serbischen Nachbarn Garantien zu erhalten, daß sie nicht unter allen Umständen eine feindselige Haltung einnehmen, wies auf alles das hin, was sie (Berliner Vertrag und Rettung in serbisch-bulgarischem Krieg) ...[a] Ich sprach von unserem Désinteressement, das wir seit Beginn des Balkankrieges beweisen (Sandschak etc.). Ich sprach die Erwartung aus, daß sobald die Sicherheit friedlicher Haltung Serbiens und Montenegros eintritt, unsere notwendigen militärischen Vorsichtsmaßregeln wahrscheinlich automatisch langsam abnehmen würden. Ich sprach ähnlich wie unlängst zu Sir E. Grey (geheimes Telgramm Nr. 148 vom 19. d. M.). Ich wies darauf hin, daß nichts schädlicher für die friedliche Stimmung bei uns wäre, als ein Eindruck, daß man im Auslande uns zu Friedensstörern stempeln oder uns Bemerkung über unsere militärischen Maßnahmen machen wolle. Seine Majestät verstand dies ganz gut, meinte, er spreche mit mir privat und offen; nicht, damit ich darüber an Euer Exzellenz berichte, sondern um vielleicht bei passender Gelegenheit Euer Exzellenz in privater Weise auf die Gefahr dieser Rüstungen aufmerksam zu machen. Über Friedenskonferenz schien er nicht optimistisch, über die Lage zwischen den Großmächten aber hoffnungsvoll. Er plädierte wieder, wir sollten Skutari den Montenegrinern lassen. Ich erwiderte, dies sei im Widerspruch zu allen englischen Traditionen, nachdem die rein albanesiche Bevölkerung von Skutari und Umgebung durchaus nicht montenegrinisch werden will. Unsere Unterredung war sehr lang und offen. Ich versicherte Seiner Majestät, daß ich stets für Offenheit, mit welcher er mich beehre, sehr dankbar sei und sehr wohl den Unterschied verstehe, der zwischen offiziellen Gesprächen und derartiger vertrauensvoller Aussprache zu machen sei. Streng geheim. Mit der Aufforderung, es nicht zu berichten, erzählte mir der König Folgendes: Als Prinz Heinrich von Preussen unlängst in England war und der König ihm sagte, er bedauere, daß Herr von Bethmann in seiner Reichstagsrede[b] direkt

vom Kriege gesprochen und nicht dieselbe Reserve beobachtet hat, wie Graf Berchtold, Herr Sazonow und Sir E. Grey, stellte ihm Prinz Heinrich die direkte Frage, ob im Falle eines Krieges zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland gegen Rußland und Frankreich, England an Seite der letzteren daran teilnehmen würde. König Georg erwiderte, „unter gewissen Voraussetzungen ganz sicher". Prinz Heinrich habe sich entsetzt und überrascht gebärdet und der König erklärte ihm: „Glaubst Du, dass wir weniger Ehrgefühl haben, als Ihr. Ihr habt Allianzen mit Unterschriften, wir Ententen ohne Unterschriften, wir können aber weder Frankreich noch Rußland niederwerfen lassen". König Georg sagte mir, Sir E. Grey, dem er dieses erzählte, habe die Sprache Seiner Majestät vollständig gebilligt, natürlich, erklärte mir der König, wünschten weder er selbst noch seine Regierung, daß derartige Eventualitäten eintreten. Bitte dringend Vorstehendes als absolut geheim anzusehen. Mensdorff.

[a]) Chiffres fehlen. — [b]) Pol. Chron. d. ö.-u. Mon. 1912, 514.

Nr. 5029. Tel. aus Rom, 22. Dez. 1912 Nr. 261 (eing. 23. Dez. 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 259 vom 21. d. M. Ich habe heute folgenden Text für unsere Propositionen hinsichtlich Organisation Albaniens dem Minister des Äussern vorgelegt: „L'Autriche-Hongrie et l'Italie proposent l'indépendance complète de l'Albanie. Si cette proposition rencontrait l'opposition absolue des autres Puissances, l'Autriche-Hongrie et l'Italie sont d'avis que l'Albanie devrait être autonome. Dans les deux alternatives l'Albanie devrait être neutralisée et cette neutralisation mise sous la garantie des Grandes Puissances. Dans le cas de l'autonomie la suzeraineté de Sa Majesté le Sultan devrait être purement nominale, de sorte qu'il n'y aurait aucun autre lien entre la Turquie et l'Albanie. Par conséquent les capitulations et tous les traités (politiques, économiques et autres) conclus par n'importe quelle Puissance avec la Turquie ne trouveraient aucune application en Albanie. Le gouverneur de l'Albanie ne serait pas nommé par Sa Majesté le Sultan. La Turquie n'aurait pas le droit d'entretenir des troupes, pas même en nombre restreint, en Albanie. Quant à l'organisation intérieure de l'Albanie, l'Autriche-Hongrie et l'Italie estiment qu'il faudrait laisser aux Albanais la faculté d'exprimer leurs propres désirs en tant que ces derniers sont compatibles avec les dispositions générales prises par les Grandes Puissances". Ich habe mich bei dieser Redaktion streng an das hohe Telegramm vom 20. d. M. Nr. 282 gehalten, obwohl meines Erachtens Aufhebung der Kapitulationen für Albanien unser darauf basiertes Kultusprotektorat vollends zunichte machen würde. Marquis di San Giuliano nahm diesen Text ohne Einwand an und ist bereit, ihn durch den Botschafter in London vertreten zu lassen. Nachträglich schrieb er mir, Herzog von Avarna telegraphierte ihm soeben, daß Euer Exzellenz mittlerweile Unabhängigkeit Albaniens aufgegeben und sich für Autonomie entschieden hätten. Mérey.

[a]) Vgl. n. 5045, 5074.

Nr. 5030. Tel. aus Rom, 22. Dez. 1912 Nr. 262 (eing. 23. Dez. 10 U. a. m.). Entziff.

Bisheriges Ergebnis der Botschafterréunion wird von hiesiger Regierung und Presse außerordentlich günstig beurteilt, wobei speziell letztere — offenbar auf ein mot d'ordre — darüber jubelt, daß bezüglich serbischer Hafenfrage und Albaniens italienischer Standpunkt durchdrang. Im Gegensatze zu mir, freut sich Marquis di San Giuliano — von seinem Standpunkt wohl mit Recht — darüber, daß die Kabinette nicht das Gesamtresultat der Pourparlers abgewartet und sich die Genehmigung auf Grund dieses Überblickes vorbehalten, sondern schon jetzt die bisherigen Teilergebnisse approbiert und der Presse sowie Serbien mitgeteilt haben.

Mérey.

Nr. 5031. Tel. aus Rom, 22. Dez. 1912 Nr. 263 (eing. 23. Dez. 8 U. a. m.). Entziff.

Der in dem hohen Telegramm vom 21. d. M. Nr. 290[a]) enthaltene Vorschlag, die Detailfragen über Albanien in Rom zu diskutieren, war dem Minister des Äußern sichtlich unbequem. Er wandte ein, er sei mehr Politiker als Diplomat von Beruf und sein hiesiger Apparat sei in der nächsten Zeit durch wichtige Personalveränderungen, zum Beispiel Abgang Herrn Bollatis etwas desorganisiert. Er möchte daher auf die Mitarbeit des auch technisch so tüchtigen Herzogs von Avarna nicht verzichten, lege in mancher Frage auch Wert darauf, dass durch eine direkte Konversation desselben mit Euer Exzellenz Klärung der beiderseitigen Ansichten erfolge. Ich insistierte umsomehr, da ich unter diesem Dualismus sehr leide, welcher mir meine ohnedies enorme Arbeit oft unnütz vermehrt, anderseits meine Informationen immer nur zu lückenhaften macht. Marquis San Giuliano schlug schließlich vor, dass Detailfragen ohne wesentliche Bedeutung, ausschließlich hier, wichtigere Fragen wie zum Beispiel jene von Skutari in Wien verhandelt werden sollen. Falls dies den Intentionen Euer Exzellenz entspricht, wäre ich dankbar, über Ergebnis der in Wien gepflogenen Verhandlungen jeweilig informiert zu werden.

Mérey.

[a]) Mit Tel. Nr. 290, 21. Dez. 1912 (chiffr. 10 U. 20 M. p. m.) wurde nach Rom mitgeteilt, daß zur Vermeidung von Unklarheiten in der Behandlung der albanischen Angelegenheiten durch die beiden verbündeten Mächte, Detailfragen ausschließlich in Wien oder Rom, am besten in Rom zwischen San Giuliano und Mérey geführt werden sollen.

Nr. 5032. Tel. aus Rom, 22. Dez. 1912 Nr. 264 (eing. 23. Dez. 10 U. a. m.).[a]) Entziff.

Neueste Idee Marquis San Giulianos hinsichtlich der Inseln wäre, Samothrake, Imbros, Lemnos, Tenedos, Mytilene und Chios vollständig der Türkei zu überlassen, dagegen die südlichen Sporaden sämtlich, ebensowie Kreta Griechenland abzutreten, wogegen letzteres sich anderwärts, speziell bezüglich Südgrenze Albaniens nachgiebig zeigen müßte. Hiedurch würden nach seiner Ansicht in Hinkunft Komplikationen, ähnlich wie bezüglich

Kretas, vermieden und länger andauernde Zustände geschaffen. Hinsichtlich Skutaris entwickelte mir der Minister des Äußern neuerlich die schon mit meinem Telegramme vom 21. d. Mts. Nr. 258 einberichteten Gesichtspunkte. Mérey.

a) Vgl. n. 5055.

Nr. 5033. Tel. aus Rom, 22. Dez. 1912 Nr. 266 (eing. 23. Dez. 9 U. 30 M. a. m.). Entziff.

Bezüglich der Südgrenze Albaniens (hohes Telegramm Nr. 288a) vom 21. d. Mts.) ist auch hiesiger Minister des Äußern bereit, die einschlägigen Wünsche der Tosken zu unterstützen, wobei er nur hinsichtlich Janinas stets die Reserve macht, diese virtuell griechische Stadt werde Albanien nicht erhalten werden können. Mérey.

a) Vgl. n. 5072 Anm. b.

Nr. 5034. Tel. aus Rom, 22. Dez. 1912 Nr. 267 (eing. 23. Dez. 10 U. a. m.).a) Entziff.

Minister des Äußern zeigte sich darüber erstaunt, daß — wie er aus Bericht des Marquis Imperiali entnehme — Graf Mensdorff sich bei den Pourparlers hinsichtlich der Grenzen Albaniens nicht der dem hohen Erlasse vom 14. d. Mts. Nr. 5877b) beigeschlossenen, sondern einer Karte bedient, welche diese Grenzen anders festsetzt. Mérey.

a) Vgl. n. 5044. — b) Mit Erlass Nr. 5877, 14. Dez. 1912 wurde eine Karte der Balkanhalbinsel, in welche jene Grenzen des künftigen autonomen Albanien eingezeichnet waren, welche auf Grund einer im Ministerium des Äußern stattgefundenen Besprechung Graf Mensdorff auf der Londoner Konferenz zu vertreten haben werde, nach Rom zur Mitteilung an Marquis San Giuliano übermittelt.

Nr. 5035. Bericht aus St. Petersburg, 9./22. Dez. 1912 Nr. 52 A (eing. 29. Dez.).a) Ausfert.

Vertraulich. Im Laufe einer freundschaftlichen, formlosen Konversation, welche ich gestern mit Herrn Sazonow hatte, erwähnte derselbe, dass sich eigentlich alle Kabinette der europäischen Grossmächte das Zeugnis ausstellen könnten, in der Behandlung der gegenwärtigen Orient-Krisen grosse Kaltblütigkeit, Besonnenheit und Konzilianz an den Tag gelegt zu haben. Dieser allseits beobachteten Haltung, für welche er sich, — insoferne Russland in Betracht kommt, — auch einen guten Teil des Verdienstes vindizieren dürfe, habe denn auch bisher das sehr befriedigende Ergebnis gezeitigt, dass der europäische Friede nicht nur bis dato erhalten wurde, sondern dass auch für die Zukunft von einer Gefährdung desselben wohl kaum mehr gesprochen werden könne. Diesen hoffnungsvollen Ausblick in die Zukunft begründete der Herr Minister damit, dass der einzige Punkt, der ernstliche Differenzen zwischen der Monarchie und Russland hätte zeitigen können, nämlich die Frage, inwieweit dem serbischen Wunsch nach einem Zugange zur Adria Rechnung getragen werden könnte, schon

durch das bisherige Ergebnis der Londoner Botschafter-Besprechungen so gut wie erledigt ist. Danach würde Serbien seinen berechtigten Wunsch nach einem wirtschaftlichen Débouché nach der Adria in einer den Interessen und Absichten der Monarchie konformen Weise erfüllt sehen. Von Serbien selbst seien in dieser Beziehung auch keine Schwierigkeiten mehr zu erwarten, da ja Herr Pašić offiziell erklärt habe, dass sich Serbien dem Beschlusse der Mächte fügen werde. Letztere seien aber diesbezüglich in London bereits zu einer allseits befriedigenden prinzipiellen Einigung auf Basis des österreichisch-ungarischen Standpunktes gelangt. Der Herr Minister kam sodann auf die — wie er bemerkte, — recht weitgehenden Massregeln der Monarchie zu sprechen, welche sich nicht nur auf die südlichen, sondern insbesondere auch auf die nördlichen Grenzen erstreckten. Herr Sazonow bemerkte, er sei im Gegensatz zu den hiesigen militärischen Kreisen über diese Vorkehrungen der Monarchie nie besonders besorgt gewesen, weil er der festen Überzeugung huldigte, dass es sich für uns hiebei durchaus nicht um aggressive Pläne gegen Russland handelte, sondern nur um Präventiv-Massregeln, um einem bei uns — allerdings mit Unrecht — befürchteten russischen Angriffe zu begegnen. Für die weitere Zukunft aber könnte angesichts des vorerwähnten Hinwegfallens eines jeden denkbaren Grundes, der eine russische Aggression befürchten lassen könnte, das vorstehende Argument, dessen er sich bisher mit Erfolg bedient hatte, um weitere russische Rüstungen zu verhindern, wohl nicht aufrecht erhalten werden. Auch gebe er sich deshalb der Hoffnung hin, dass die k. u. k. Regierung, die doch jetzt auch über die vollständig friedlichen russischen Absichten vollkommen beruhigt sein müsse, aus dieser Entspannung auch auf militärischem Gebiete die Konsequenzen ziehen werde. Der Herr Minister würde dies umso mehr begrüssen, als ihm hiedurch die Möglichkeit geboten würde, auch seinerseits darauf zu bestehen, dass die bis zum letzten Dezember a. St. zurückbehaltenen alten Mannschaften an diesem, den gesetzlichen Bestimmungen entsprechenden Termine auch wirklich in die Heimat entlassen werden. Es würde ihm aber kaum möglich sein, diesen Vorschlag durchzusetzen oder ihn auch nur vorzubringen, wenn man ihm entgegenhalten könnte, dass die Monarchie, obwohl sie an die Möglichkeit eines russischen Angriffes keinesfalls mehr glauben könne, trotzdem alle ihre in einem anderen Stadium der Lage getroffenen militärischen Vorbereitungen aufrecht erhalte, deren defensiver Charakter in Zukunft angesichts der veränderten internationalen Lage von mancher Seite in Zweifel gezogen werden könnte. Herr Sazonow würde ein längeres Fortbestehen der gegenseitigen Bereitschaftsstellung für umso bedauerlicher halten, als sie angesichts der gegenwärtigen vortrefflichen Beziehungen der beiderseitigen Regierungen keine ausreichende Begründung hätte, unnützer Weise viel Geld koste, und in letzter Linie doch ein gewisses nicht allzu gering zu achtendes Gefahrenmoment in sich berge. Ich verhielt mich zu den vorstehenden im durchaus freundschaftlichen Tone gehaltenen Ausführungen Herrn Sazonows, welche durchaus nicht den Charakter eines Ansuchens oder gar einer Démarche hatten, sondern im Laufe einer ganz formlosen vertraulichen, wiederholt durch beiderseitige scherzhafte

Bemerkungen untermischten Konversation vorgebracht wurden, im Grossen und Ganzen nur rezeptiv. Der Eindruck, welchen ich von dieser Unterredung davontrug, war im Allgemeinen der, dass Herr Sazonow gerne die Entlassung des zurückbehaltenen russischen Jahrganges zum reglementsmässigen Termin am letzten Dezember a. St. erreichen möchte, dies aber nicht durchsetzen zu können glaubt, wenn nicht auch unsererseits irgend eine, wenigstens als Beginn einer Demobilisation zu deutende Massregel ergriffen wird. Auch aus einer Bemerkung des Kriegsministers zum deutschen Militärbevollmächtigten Graf Dohna scheint hervorzugehen, dass man hier gerne den zurückbehaltenen Jahrgang nach Hause entlassen möchte, sich aber hiezu nicht recht entschliessen kann, wenn nicht auch auf unserer Seite etwas in der gleichen Richtung geschieht. Thurn.

[a]) Vgl. n. 5049.

Nr. 5036. Bericht aus St. Petersburg, 9./22. Dez. 1912 Nr. 52 B (eing. 29. Dez.). Ausfert.

Der deutsche Geschäftsträger, der gestern Herrn Sazonow seinen Antrittsbesuch machte, erzählte mir, der Herr Minister habe sich ihm gegenüber zwar im Allgemeinen über den Fortgang der Arbeiten der Botschafter-Réunion befriedigt geäussert, aber hinzugefügt, dass ihm die Frage von Skutari Sorge zu bereiten beginne. Es sei dies eine ganz neue Schwierigkeit, auf die er durchaus nicht gefasst gewesen sei. Er hoffe aber, dass, nachdem Russland in der serbischen Hafenfrage dem Standpunkte der Monarchie so weit entgegengekommen sei, das Wiener Kabinett seinerseits in der Frage von Skutari entgegenkommen werde. Der Herr Minister führte weiter aus, dass von den übrigen Gebieten, die für Montenegro in Betracht kämen, der weitgrösste Teil nichts als unwegsames und unfruchtbares Karstland sei, und es deshalb für Montenegro von der grössten Wichtigkeit wäre, auch etwas Land in der Niederung zu erlangen, an dem es ohnehin argen Mangel leide. Auch die mir gegenüber wiederholt vorgebrachte Konsideration der antidynastischen Bewegung führte der Herr Minister dem deutschen Geschäftsträger gegenüber ins Treffen. Er sprach demselben des Weiteren seine Dankbarkeit dafür aus, dass Herr von Kiderlen sich bereit gefunden habe, durch den deutschen Botschafter in Konstantinopel auf die Pforte in mässigendem Sinne einzuwirken, was angesichts der intransigenten Haltung der türkischen Unterhändler sehr nötig sei. Auch er habe an den russischen Botschafter am Goldenen Horn analoge Instruktionen erteilt. Hingegen zeigte sich Herr Sazonow peinlich überrascht darüber, dass Fürst Lichnowsky bei der Botschafter-Réunion von einer Autonomie Mazedoniens gesprochen habe; wenn auch diese Idee sofort wieder fallen gelassen worden sei, so könnte eine solche Sprache, wenn sie zur Kenntnis der türkischen Delegierten käme, sie nur in ihrer Intransigenz bestärken. Herrn von Lucius ist es nicht bekannt, ob Fürst Lichnowsky auf Grund einer besonderen Instruktion der mazedonischen Autonomie Frwähnung tat, und hatte von diesem Faktum überhaupt keine direkte Kenntnis. Thurn.

Nr. 5037. Tel. nach Sofia, 22. Dez. 1912 Nr. 194 (chiffr. 4 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Rappaport; G. Nemes).

Geheim. Zufolge einer privaten Mittheilung Euer Hochgeboren hat Prinz Fürstenberg gesprächsweise Herrn Majurescu gegenüber einige ganz vertrauliche Bemerkungen[b] über das Verhältniss Herrn Ghikas zu Euer Hochgeboren und dessen politische Haltung fallen lassen. Es dürfe nicht Wunder nehmen, dass Euer Hochgeboren, als Sie beauftragt wurden, den rumänischen Standpunkt in Sofia zu unterstützen, bei ihrem rumänischen Kollegen anfrugen, in welcher Weise dies zu geschehen habe. Darin eine Bevormundung zu erblicken, sei jedenfalls etwas stark aufgetragen. Überhaupt scheinen Ghikas Sympathien sich nicht in der Richtlinie der langjährigen Politik Rumäniens zu bewegen. Herr Majurescu stimmte Prinz Fürstenbergs Ausführungen vollkommen bei. Es gebe mehrere jüngere rumänische Gesandte, die, uneingeweiht in die wahre Politik Rumäniens, ihre eigenen Wege giengen. Bisher habe man aber lieber als sie aufzuklären, es vorgezogen, dieselben „im trüben Wasser schwimmen zu lassen." Vielleicht, schloss der Minister seine Ausführungen, sei der Augenblick nicht mehr ferne, an dem der Monarch werde den Befehl geben können, jeden Zweifel ausschliessende Instructionen zu erlassen. Vorstehendes zu Euer Hochgeboren rein persönlichen Kenntnisnahme und streng vertraulichen Orientierung. Berchtold.

[a] Vgl. n. 5147. — [b] Vgl. n. 4914.

Tel. nach Berlin, 23. Dez. 1912 Nr. 216 (chiffr. 4 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 5042.

Nr. 5038. Bericht aus Bukarest, 23. Dez. 1912 Nr. 77 A (eing. 25. Dez.).[a] Konz. des Bukarester Gesandtschaftsarchives. Ausfert. nicht vorhanden.

Streng vertraulich. Wie mir Seine Majestät bei meiner jüngsten Audienz zu erzählen geruhte, habe ihm Seine kaiserliche Hoheit Grossfürst Nikolai Mihailowitsch gleich während der Wagenfahrt vom Bahnhofe zum Palais die Mitteilung gemacht, dass Seine Majestät der Zar momentan seelisch ausnehmend deprimiert sei, einesteils durch die schwere Erkrankung des Zarewitsch, der an einer Blutkrankheit leide, andersteils aber auch durch das geheime Ehebündnis, welches Sein Bruder im verflossenen September in Wien vor einem serbischen Popen geschlossen habe. Seine Majestät der Kaiser denke an keine kriegerischen Komplikationen und würde einen Krieg nur unternehmen, wenn Ihm derselbe geradezu aufgezwungen würde. Am zweiten Tage seines Aufenthaltes, nachdem der Abschluss der offiziellen Feste Musse gewährte, habe Seine kaiserliche Hoheit Ihn um eine Unterredung ersucht, zu welcher Er mit Bleistift und Papier versehen erschien. Die erste Frage, welche der Grossfürst an Seine Majestät richtete, betraf den Zweck der Mission des Freiherrn Conrad von Hötzendorf in Bukarest. König Karol antwortete, dass Seine k. und k. Apostolische Majestät Ihm in diesen schweren Zeiten ein Zeichen Seiner nunmehr über 40 Jahre dauernden Freundschaft habe geben wollen und deshalb den Ihm, dem Könige, sympathischen und bekannten Generalen mit einem eigenhändigen

Schreiben entsendete. Irgendein bedrohlicher oder gar aggressiver Hintergedanke wäre dieser Mission nicht zu Grunde gelegen. Der Grossfürst ersuchte hierauf Seine Majestät Ihm Seine Ansicht über die jetzige politische Lage bekanntgeben zu wollen. Seine Majestät begann Seine Auseinandersetzung mit der Darlegung der Zustände in Serbien. Er bemerkte, dass von dem Momente an, dass die Dynastie Karageorgewitsch auf den Thron gelangt sei, nichts wie Unruhe und Gefahr für Europa von derselben heraufbeschworen worden wäre. „Elle est arrivée au pouvoir par le sang, elle ne peut se maintenir que par le sang." Das Verlangen Serbiens nach einem Stück Albanien und nach einem Besitze eines Hafens an der Adria „n'étaient rien que des bêtises", nur unheilvolle Agitationsmittel. Wolle Russland wahrhaft den Frieden, so müsse es unbedingt dafür Sorge tragen, dass die panserbische Agitation in den österreichischen und ungarischen Ländern ein für allemal ein Ende nehme und dass Serbien seine grosserbischen Träume aufgebe. Noch eine serbische Krise werde Österreich-Ungarn nicht mehr ertragen. Durch eine solche würde bestimmt ein Krieg provoziert werden, der wohl ganz Europa mitreissen würde. Serbien könne, wenn es wolle, mit der benachbarten Grossmacht ein ganz auskömmliches Leben finden, vorausgesetzt, dass es seine utopistischen Ideen aufgebe. Als Beispiel möge Rumänien dienen. Vor 40 Jahren habe es Momente gegeben, die für die guten Beziehungen der beiden Nachbarn sehr gefährlich erschienen, und doch bestehe jetzt ein ausserordentlich herzliches Verhältniss zwischen ihnen. Auf Albanien übergehend äusserte sich Seine Majestät dem Grossfürst gegenüber in dem Sinne meines heutigen ergebensten Berichtes Nr. 77 B jedoch noch besonders hervorhebend, dass auch für Russland ein autonomes konsolidiertes Albanien ein Interesse haben müsse, nachdem man nicht wissen könne, wie in Zukunft die Lage am Balkan sich gestalte und in welches Verhältniss einmal die dortigen Staaten zu Russland treten würden. Auf die Frage des Grossfürsten, ob der König nicht daran denke, Sich dem Balkanbunde zu nähern, antwortete der König, dass Er vorderhand an dem weiteren Bestande desselben starke Zweifel hege und überdies noch eine Frage zwischen Rumänien und Bulgarien stehe, welche nicht zur Zufriedenheit Seines Landes geregelt, ernste Situationen im Laufe der Zeit hervorbringen könne. Es würden sich auch gleich beim ersten Herantreten an einen solchen Plan kaum übersteigbare Hindernisse ergeben, da Er selbstverständlich für Sich die führende Rolle in dem Bunde beanspruchen müsste. Seine kaiserliche Hoheit der Grossfürst, der sich während der Ausführungen Seiner Majestät eifrig Notizen machte, versprach am Schlusse derselben dem Zaren über Seine Konversation und die darin zum Ausdrucke gebrachten Ansichten des Königs ausführlich Bericht zu erstatten. Im Laufe der Audienz erwähnte König Karol auch, dass die während der Anwesenheit des Grossfürsten bekanntgewordenen Veränderungen in den leitenden Stellen der österreichisch-ungarischen Armee auf Denselben einen stark beunruhigenden Eindruck gemacht hätten. Doch wäre es Seiner Majestät gelungen, Seine Besorgnisse zu zerstreuen. Schliesslich bemerkte der König, dass der Grossfürst ein höchst geistreicher, interessanter und angenehmer Gast gewesen sei, doch habe Er Beweise erhalten, dass Seine Verlässlichkeit etwas zu

wünschen übrig lasse. Der Grossfürst habe nach einem Frühstück beim russischen Gesandten wahrscheinlich in der Voraussetzung, dass die in der Opposition befindlichen Liberalen für gewisse Einflüsse zugänglich sein würden, Sich mit Herrn Bratiano in ein längeres Gespräch eingelassen und verschiedene verfängliche Anspielungen gemacht, welche Ihm der genannte ehemalige Ministerpräsident Tags darauf getreulich gemeldet habe.

K. E. Fürstenberg.

[a] Vgl. n. 4900, 5152.

Nr. 5039. Bericht aus Bukarest, 23. Dez. 1912 Nr. 77 B (eing. 25. Dez.).[a] Ausfert.

Vertraulich. Um Seiner Majestät König Karol die mir von Euerer Excellenz in letzter Zeit zugekommenen für Höchstdenselben bestimmten Mitteilungen zu unterbreiten, ersuchte ich um eine Audienz, welche mir für den 21. l. M. gnädigst gewährt wurde. Seine Majestät zeigte sich sichtlich erfreut über das reiche Material, welches ich Ihm vorzulegen in der Lage war und erweckten Sein besonderes Interesse die Depeschen über die Londoner Botschafter-Réunion. König Karol ersuchte mich, Euerer Excellenz nicht nur Seinen ganz besonders warmen Dank für die interessanten Mitteilungen auszudrücken, sondern auch Seine hohe Befriedigung zur Kenntnis zu bringen, daß der Standpunkt des Wiener Kabinetts in der albanesischen und in der serbischen Hafenfrage allgemeine Anerkennung gefunden habe. Die albanesische Frage erklärte Seine Majestät als eine für Rumänien primordiale. Nicht nur in Bezug auf die dort wohnenden connationalen Elemente, welche einen ansehnlichen Teil der albanesischen Bevölkerung bildeten, sondern auch aus politischen Gründen müßte Rumänien das größte Interesse an einer dauernden Konsolidierung eines autonomen Albaniens nehmen. Dieses werde, wenn es eine entsprechende Organisation erhalte, ob neutralisiert oder nicht, einen nicht zu unterschätzenden Machtfaktor darstellen, der ein gewisses Gegengewicht gegen die umwohnenden Slaven bilden wird, was für Rumänien eine außerordentliche große Bedeutung besitze. Die Kutzowallachische Bevölkerung Albaniens und der angrenzenden Gebiete sei unter allen anderen Nationalitäten die fortgeschrittenste und gebildetste und würde sich nicht nur für die Bildung einer Art Miliz oder Gendarmerie eignen, sondern wäre geradezu prädestiniert, in der künftigen Verwaltung eine bedeutende Rolle zu spielen. Er würde Seinem Gesandten in London die Instruktion erteilen, daß er bei einer eventuellen Diskussion eines albanesischen Organisations-Statutes den Antrag zu stellen habe, daß ein Teil der künftigen Verwaltungsstellen in die Hände der Kutzowallachischen Intelligenz zu legen sei. Über die Entsendung von königlich rumänischen Offizieren als Instruktoren für eine Gendarmerie äusserte Sich Seine Majestät dahin, daß Er keine Bedenken tragen würde, einem derartigen Ansuchen zu entsprechen. Wenn Er jedoch vor die Wahl gestellt würde, ob rumänische Militär-Instruktoren oder Kutzo-Wallachische Civilbeamte in Albanien einzuführen seien, so würde Er Sich für Letzteres entscheiden, da sich in Rumänien viele ausgezeichnete Männer kutzowallachischer Abstammung befänden, darunter Absolventen von rumänischen

Hochschulen, welche die volle Eignung für derartige Funktionen besässen. Seine Majestät sprach schließlich Sein Bedauern darüber aus, daß ein rumänischer Hochstapler, der sogenannte Prinz Ghika, der hier sehr achtbare Verwandte besitze, selbst aber ein minderwertiges Subjekt sei, sich nicht ohne Erfolg bemühe, eine Rolle in der albanesischen Angelegenheit zu spielen. Der Mann sei nur dazu angetan, die albanesische Sache zu kompromittieren. Er begreife gar nicht, daß der Herzog von Montpensier mit diesem Menschen im laufenden Jahre habe reisen können, nachdem derselbe in Frankreich ganz gewöhnliche Diebereien begangen habe.

K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 5038.

Nr. 5040. Bericht aus Bukarest, 23. Dez. 1912 Nr. 77 C (eing. 25. Dez.).[a]) Ausfert.

Seine Majestät teilte mir mit, daß Er mit Herrn Daneff ein sehr langes eingehendes Gespräch geführt habe, in welchem Er in sehr energischer Weise Seinen Standpunkt vertreten hätte. Er habe dem bulgarischen Kammerpräsidenten vor Augen geführt, daß die Forderung Rumäniens nicht als eine Kompensation für die Eroberungen Bulgariens aufgefaßt werden dürfe, sondern als eine natürliche Folge der Veränderungen des Status quo am Balkan. Wenn die territorialen Ansprüche Rumäniens, welche der geografischen Lage der Dobrudscha entsprängen, keine entsprechende Berücksichtigung seitens Bulgariens finden würden, so könne er sicher sein, daß sich ein unheilvoller Antagonismus zwischen den beiden Ländern entwickeln werde. Es läge nun in seiner Hand, aus Rumänien einen treuen Freund Bulgariens oder einen ewigen Feind zu schaffen. Trotz des günstigen Eindruckes, den Herr Daneff auf Ihn und die rumänischen Staatsmänner gemacht hat, verschließt Er Sich nicht der Befürchtung, daß es schwer fallen werde, die rumänischen Forderungen durchzusetzen. König Karol bemerkte, daß ein günstiger Erfolg der rumäno-bulgarischen Verhandlungen davon abhängen werde, ob Adrianopel bulgarisch würde oder nicht. Sollte Ersteres gelingen, so würde voraussichtlich Bulgarien leichter zu bestimmen sein, das gewünschte Gebiet an Rumänien abzutreten. Würde hingegen Adrianopel in türkischen Händen verbleiben, so dürften die Verhandlungen auf große Schwierigkeiten stoßen. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 4878.

Tel. nach London, 23. Dez. 1912 Nr. 123 (chiffr. 4 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 5042.

Tel. nach London, 23. Dez. 1912 Nr. 126 (chiffr. 10 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 5044.

Nr. 5041. Tel. aus London, 23. Dez. 1912 Nr. 156 (eing. 24. Dez. 9 U. 30 M. a. m.).[a]) Entziff.

Bezugnehmend auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 123 von heute. Ich fürchte, daß französischer Ministerpräsident sich auf ein Mißverständnis

ausreden wird. Bei unserer Réunion am 20. d. Mts. hatte Herr Cambon uns bei Beginn gesagt: „Monsieur Poincaré aura à faire demain un discours à la chambre; on lui posera des questions sur l'autonomie de l'Albanie et sur l'accès commercial de la Serbie." Daran anknüpfend las er noch einmal die Formeln vor, welche wir über diese Frage bei unserer ersten Réunion verfasst hatten (mein Telegramm 140 vom 17. d. Mts.). Ich verstand, er wolle nur noch einmal feststellen, was wir formuliert hatten, damit kein Zweifel darüber bestehe, nicht aber zur Benützung für eine öffentliche Rede des französischen Ministerpräsidenten. Ich hatte absolut nicht den Eindruck, daß wir um unsere Zustimmung zu einer derartigen Deklaration befragt wurden, die ja von unseren Regierungen, nicht von uns abhängen würde. Sollte dies die Absicht Herrn Cambons gewesen sein, an dessen bona fide ich auch nicht einen Augenblick zweifle, und der sich gegenwärtig in Paris befindet, so trifft mich immerhin vielleicht die Schuld, dies nicht präziser aufgeklärt zu haben. Allerdings hatte ich gleich zu Beginn der Réunion, wie mit Telegramm Nr. 152 vom 20. d. M. gemeldet, erklärt, daß ich nur autorisiert bin, der Veröffentlichung des Communiqués zuzustimmen, das ich Euer Exzellenz mit Telegramm Nr. 145 vom 18. d. Mts. unterbreitet hatte. Ich werde unverzüglich den Standpunkt Euer Exzellenz mit besonderer Betonung der Notwendigkeit der Geheimhaltung unserer Besprechungen im Foreign Office zur Sprache bringen. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 5054.

Nr. 5042. Tel. nach Paris Nr. 141 (1), London Nr. 123 (2) und Berlin Nr. 216 (3), 23. Dez. 1912 (chiffr. 4 U. 45 M. p. m.).[a]) Konz. (S. und G. Berchtold).

1. Zu meinem Befremden ersehe ich aus dem in den gestrigen Morgenblättern wiedergegebenen Compte-rendu über die Erklärungen Herrn Poincarés in der Kammer[b]), daß der französische Ministerpräsident, dessen Rede ich im Allgemeinen gerne Anerkennung zolle, Details über die Autonomie Albaniens und des wirtschaftlichen Débouché Serbiens an die Adria vor die Öffentlichkeit gebracht hat, denen wir unsere Zustimmung bis nun nicht gegeben haben. Graf Mensdorff hatte gemeldet, daß sich die Botschafter darüber geeinigt hätten, ihren Regierungen die Publizirung eines Communiqués vorzuschlagen, welches besagen sollte, daß das Princip der Autonomie für Albanien sowie eine den commerziellen Zugang Serbiens zur Adria garantirende Proposition seitens der Botschafter stimmeneinhellig in Antrag gebracht worden sei. Hiezu hatten wir durch Grafen Mensdorff unsere Zustimmung ertheilt, dagegen ist von einer Verlautbarung über die Art der Autonomie (Unabhängigkeit oder Beibehaltung der türkischen Oberhoheit) ebensowenig die Rede gewesen, wie von jener der Modalitäten des wirtschaftlichen Débouchés. Wenn nun Herr Poincaré es für gut befunden hat, diesbezüglich näher präcisirte Aufklärungen zu geben, so muß hinsichtlich Letzterer festgestellt werden, daß wir die betreffenden Vereinbarungen noch nicht acceptirt haben, dies vielmehr von gewissen Präcisirungen abhängig machen müssen, daher auch die Ver-

öffentlichung unseren Intentionen keineswegs entsprechen kann. Ich ersuche Euer Exzellenz, hievon dem Herrn Ministerpräsidenten mit dem Beifügen Mitteilung zu machen, daß wir nur unter der Voraussetzung der Geheimhaltung der Beratungen der Botschafter-Réunion unsere Theilnahme zugesagt hatten, von letzterer aber für die Zukunft absehen müßten, falls auf diese uns unerläßlich erscheinende Vorbedingung nicht gerechnet werden kann.

2. 3. Ich telegraphiere an Grafen Szécsen: (obiges Telegramm). Euer Exzellenz wollen im geeigneten Wege dem Herrn Staatssekretär von vorstehendem an Grafen Szécsen ergangenen Auftrage sowie unserem darin präcisirten Standpunkte Mitteilung zukommen lassen. Berchtold.

a) Vgl. n. 5041, 5054, 5064, 5083 Anm. b. — b) Pol. Chron. d. ö.-u. Mon. 1912, 523.

Nr. 5043. Bericht aus Paris, 23. Dez. 1912 Nr. 63 (eing. 26. Dez.). Ausfert.

Die Rede, die Herr Poincaré vorgestern über die auswärtige Lage hielt, ist Euer Exzellenz aus den Zeitungstelegrammen bekannt und glaube ich daher eine détaillierte Schilderung derselben unterlassen zu dürfen. Im Allgemeinen hat die Rede einen guten Eindruck gemacht, doch waren es vielleicht weniger die beruhigenden friedlichen Erklärungen des Ministerpräsidenten, die akklamiert wurden, als gewisse populäre Phrasen, die von der Bündnistreue Frankreichs, von der entscheidenden Rolle der französischen Diplomatie und von der Wahrung der Rechte und der Würde Frankreichs sprachen. Dass Herr Poincaré die von uns seit Wochen vorgeschlagene freie kommerzielle Verbindung Serbiens mit dem adriatischen Meer als eine Errungenschaft Frankreichs hinstellt, ist eine kleine Verdrehung der Tatsachen, die verdienen würde etwas tiefer gehängt zu werden. Wenn auch die Zeitungen im Allgemeinen fortfahren sich für die Balkanstaaten oder richtiger gesagt, für Serbien zu begeistern, so hat doch der bisherige Verlauf der Londoner Botschafter-Réunion einen sehr starken Eindruck gemacht. Die Sehnsucht nach dem Frieden — oder die Angst vor einem Kriege — ist hierzulande, wenn sie auch nicht eingestanden wird, doch eine sehr grosse und atmet man erleichtert auf, dass die albanesische Frage und die Angelegenheit des Konsuls Prochaska, der man hier, ich weiss nicht recht warum, einen besonders gefährlichen Charakter beimass, einer friedlichen Austragung entgegengehen. Um sich die russischen Subventionen weiter zu verdienen, fahren aber die Zeitungen fort gegen unsere „bedrohlichen und provokatorischen" militärischen Massnahmen zu hetzen. Szécsen.

Nr. 5044. Tel. nach Rom Nr. 298 (1) und London Nr. 126 (2), 23. Dez. 1912 (chiffr. 10 U. 15 M. p. m.).a) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

1. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 267 vom 22. l. M. Die von Graf Mensdorff in der dritten Botschafter-Réunion vorgewiesene Karte ist aus taktischen Gründen über den von uns eingenommenen prinzipiellen Standpunkt, daß alle ausschließlich von Albanesen bewohnte Gebiete bei

Albanien belassen werden sollten, etwas hinausgegangen und hat auch einige Territorien mit vorwiegend albanesischer Bevölkerung in die Grenzen Albaniens einbezogen. Die Euer Exzellenz mit Erlaß Nr. 5877[b]) vom 14. l. M. übermittelte Karte hingegen enthält jene Begrenzung Albaniens, auf welcher meiner Ansicht nach, ganz geringfügige Konzessionen abgesehen, zu bestehen sein wird, worüber Graf Mensdorff einen Gedankenaustausch mit seinem italienischen Kollegen zu suchen haben wird. Bei der nächsten Botschafter-Réunion wird Graf Benkendorff mit einer russischen Darstellung der Grenzen hervortreten und schiene es mir wünschenswert, wenn bis dahin zwischen uns und Rom eine volle Einigung über den von unseren Botschaftern in London einzunehmenden Standpunkt sowie über die in diesem Belange zu befolgende Taktik erzielt werden könnte. Diesbezüglich würde ich vorschlagen, daß bei der nächsten Réunion unsere beiden Vertreter zunächst die von Graf Mensdorff producirte Karte als Ausgangspunkt nehmen.

2. Herr von Mérey telegraphiert mir unter dem 22. d. M. wie folgt: ... *wie n. 5034 in extenso* ... Ich telegraphiere an Herrn von Mérey wie folgt: „(Inseratur Text des Telegrammes ad 1 in extenso.)" Berchtold.

[a]) Vgl. n. 5072. — [b]) Vgl. n. 5034 Anm. b.

Nr. 5045. Tel. nach Rom, 23. Dez. 1912 Nr. 300 (chiffr. 11 U. 45 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

Der in Euer Exzellenz Telegramm Nr. 261 vom 22. d. M. formulierte Text für unsere Propositionen hinsichtlich der Organisation Albaniens entspricht meiner gegenständlichen Auffassung und bin ich mit demselben vollkommen einverstanden. Doch möchte ich zur Vermeidung eines eventuellen Mißverständnisses bemerken, daß sowohl Kapitulationen wie auch anderweitige Verträge, die zwischen der Türkei und den Mächten geschlossen wurden, in Albanien solange in Geltung bleiben müßten, als keine neuen Verabredungen an deren Stelle getreten wären; dies entspricht nur den Grundsätzen des modernen Völkerrechtes, da beim einfachen Aufhören der bestehenden Uebereinkommen vor ihrer Ersetzung durch neue ein néant entstehen müßte. Daß mit der Aufhebung der Kapitulationen auch das Kultusprotektorat seine Existenz einbüßen würde (vorletztes Alinea[b]) Euer Exzellenz Telegrammes), sehe ich nicht als sicher an, da letzteres Recht auf bestimmten Verträgen zwischen uns (auch Frankreich) und der Türkei basiert, während die Kapitulationen ein kraft der Meistbegünstigung auch auf andere Mächte ausgedehntes allgemeines Régime des Fremdenschutzes in der Türkei darstellen. Hiezu kommt noch die Thatsache, daß das Kultusprotektorat sowohl Oesterreich-Ungarns wie auch Frankreichs in Aegypten nach Einführung der gemischten Tribunale und in Bulgarien nach der Unabhängigkeitserklärung und der Aufhebung der Kapitulationen heute noch fortbesteht. Bei der von Marquis di San Giuliano Euer Exzellenz gegenüber erwähnten telegrafischen Meldung Herzog Avarnas scheint ein leises Mißverständnis vorzuliegen, indem ich gegenüber dem Herrn Botschafter meinen Euer Exzellenz ja bekannten

Standpunkt vertrat, die unbeschränkte Unabhängigkeit Albaniens schiene mir zwar aus den verschiedensten Gründen erwünschter, doch könnte ich mich schließlich auch mit einer vollen Autonomie des neuen Staatsgebildes befreunden. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 5074. — [b]) Vorletztes Alinea von n. 5029 reicht von „Ich habe mich" bis „machen würde".

Unterredung mit dem ital. Botschafter, 23. Dez. 1912. Siehe n. 5056.

Nr. 5046. Tel. aus Rom, 23. Dez. 1912 Nr. 268 (eing. 5 U. p. m.). Entziff.

Gestern sprach mir Marquis San Giuliano von einer Unterredung Euer Exzellenz mit dem Herzog von Avarna über die Wahl eines Fürsten von Albanien. Minister meinte, er sei nach wie vor für einen Mohammedaner, da $^3/_4$ der Bevölkerung mohammedanisch, doch wisse er — allenfalls außer Fuad Bey, gegen welchen ich bei diesem Anlasse Einwendungen geltend machte — keinen geeigneten Kandidaten. Euer Exzellenz und einige andere Kabinette seien mehr für einen Christen. In diesem Falle wäre Minister noch am ehesten für ursprüngliche Idee Euer Exzellenz, einen Protestanten zu wählen, etwa einen schwedischen Prinzen. Jedenfalls müsse der Kandidat allen Mächten, vor Allem uns und Italien, genehm sein und Gewähr dafür bieten, dass er nicht Unfrieden zwischen uns heraufbeschwöre. Ein katholischer Fürst wäre ihm unerwünscht und wäre unter Anderem conditio sine qua non der hiesigen Regierung, dass derselbe sich vorher verpflichte, hier in Rom seinen Antrittsbesuch zu machen. Mérey.

Nr. 5047. Tel. nach St. Petersburg, 23. Dez. 1912 Nr. 208 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; V. Pogatscher u. Berchtold; G. Berchtold).

Der augenblickliche Stillstand der Londoner Botschafterbesprechungen sollte meiner Ansicht nach dazu benützt werden, um im Wege eines Gedankenaustausches zwischen den Kabinetten zu einer Übereinstimmung bezüglich einiger Fragen zu gelangen, hinsichtlich welcher sich unter den Botschaftern Meinungsdifferenzen ergeben haben oder welche in einer nicht genügend klaren Form vorgebracht wurden. In die erste Kategorie rechne ich die Frage der Delimitation Albaniens — namentlich bezüglich Skutaris —, worüber Euer Exzellenz eine separate Weisung zugehen wird. In die zweite Kategorie gehören die Euer Exzellenz aus den mitgeteilten Telegrammen Grafen Mensdorffs bekannten russischen Vorschläge[b]) bezüglich des accès commercial Serbiens an die Adria. Es ist selbstverständlich und wollen dies Euer Exzellenz Herrn Sasonow gegenüber nachdrücklichst betonen, daß wir Serbien, was seinen wirtschaftlichen accès zur Adria anbelangt, das größte Entgegenkommen zeigen wollen, es schiene mir aber andererseits im allseitigen Interesse von hoher Bedeutung, daß die damit zusammenhängenden Fragen in einer völlig klaren Weise gelöst werden. Ausgehend von dem Gedanken, daß Albanien der übereinstimmenden Auffassung aller Großmächte zufolge neutralisiert werden solle, schiene es mir überflüssig, daß für einen Hafen dieses Landes die Neutralität besonders hervorgehoben werde, da dadurch die dem ganzen Lande zuerkannte Neu-

tralitätseigenschaft zweifelhaft erscheinen könnte. Weiters schiene es mir wünschenswert, eine Aufklärung darüber zu erlangen, was russischerseits unter dem Begriffe „chemin de fer international" verstanden wird. Ich kann nicht annehmen, daß diese Bezeichnung die Übernahme des Baues und Betriebes der Bahn durch die sechs Großmächte vorsieht, sondern neige der Ansicht zu, daß damit gesagt sein solle, daß eine Stipulation der Großmächte die Benützung der von der albanesischen Regierung zu concessionirenden und von einer internationalen Bau- und Betriebsgesellschaft herzustellenden Bahn sowie des Hafens für alle Staaten, zu allen Zeiten, unter ganz gleichen Bedingungen garantiren solle. Nur unter dieser Voraussetzung könnte nach meiner Auffassung die Wendung „réservé à la Serbie", unbeanständet bleiben, welche in der in der ersten Botschafterréunion vorgebrachten russischen Proposition enthalten ist. Dem Gedanken, die fragliche Bahn sowie den Hafen unter die Kontrole der Großmächte (Signatarmächte) zu stellen, pflichte ich ebenso wie jenem bei, daß Erstere international bewacht und beschützt werde. In diesem Belange würde aber, meiner Ansicht nach, die unter die Controle der Großmächte gestellte albanesische Gendarmerie heranzuziehen sein. Dieselbe hätte auch dafür zu sorgen, daß die mit den Vorarbeiten des Bahnbaues betrauten Organe der Bau- und Betriebsgesellschaft ihre Aufgabe anstandslos durchführen können. Die Wahl der Eisenbahnlinie müßte, meiner Ansicht nach, derselben Gesellschaft überlassen bleiben, welche sich diesbezüglich ohnedies mit Serbien ins Einvernehmen wird setzen müssen. Insoweit Serbien an der Eisenbahn- und Hafen-Baugesellschaft finanziell mitbeteiligt sein wird, wird demselben auch der sich aus diesem Umstande ergebende Einfluß auf das Unternehmen eingeräumt sein. In diesem Sinne scheint der Satz im russischen Vorschlag der dritten Réunion „Droit pour la Serbie de participer au contrôle international de la ligne et du port" einer einschränkenden Präcisirung zu bedürfen. Was endlich die Freiheit der Durchfuhr auf der fraglichen Bahn anbelangt, so wäre in der Formel klarzustellen, daß dieselbe nicht ein speziell serbisches Vorrecht darstelle. Die bezüglichen Bestimmungen sollten meiner Ansicht nach den „freien wirtschaftlichen Verkehr" für Serbien sicherstellen, wozu aber die Durchfuhr von Kriegsmaterial wohl nur in Friedenszeiten gerechnet werden kann. Euer Exzellenz wollen sich im Sinne der vorstehenden Konsiderationen zu Herrn Sasonow aussprechen und ihm in meinem Namen sagen, daß ich es mit aufrichtiger Freude begrüßen würde, wenn vor der nächsten Botschafterréunion ein Einverständnis, insbesondere zwischen dem Wiener und Petersburger Kabinette über obige Fragen erzielt werden könnte. Ich sehe einer gegenständlichen telegraphischen Berichterstattung mit Interesse entgegen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 5048, 5058, 5066 Anm. b, 5071 Anm. c, 5099. — [b]) Vgl. n. 4994, 5051.

Nr. 5048. Tel. nach St. Petersburg, 23. Dez. 1912 Nr. 209 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; G. Berchtold).

Im Verfolge meines heutigen Telegrammes Nr. 208. Der Meldung Graf Mensdorffs[b]) über den Verlauf der dritten Botschafterréunion werden

Euer Exzellenz entnommen haben, daß derselbe eine Einigung über die Besprechungen der künftigen Grenzen Albaniens nicht für möglich hält, bevor sich das Wiener und Petersburger Kabinett nicht über die Frage von Skutari verständigt haben. Unter diesen Umständen würde ich Wert darauf legen, daß Euer Exzellenz die Frage des künftigen Schicksals dieser Stadt neuerlich bei Herrn Sazonow zur Sprache bringen und hiebei die Euer Exzellenz seinerzeit mitgeteilten Argumente, welche für die Belassung Skutaris bei Albanien sprechen, abermals nachdrücklichst vertreten. Die Einwendungen des russischen Ministers des Äußern gegen unser Verlangen sind nicht darnach angetan, uns zu veranlassen, von unserem nach reiflicher Überlegung eingenommenen Standpunkte abzugehen. Wie ich Euer Exzellenz telegraphischer Berichterstattung[c]) entnehme, hat der russische Minister des Äußern übrigens selbst zugegeben, die Situation wäre allerdings eine veränderte, wenn Montenegro Skutari nicht einzunehmen vermöchte und auch im Friedensvertrage die Abtretung Skutaris nicht vorgesehen sein sollte. In diesem Belange scheint es mir von Wichtigkeit, daß Euer Exzellenz Herrn Sazonow gegenüber betonen, daß für die Beurteilung des Schicksals Skutaris der Umstand besonders maßgebend sei, daß diese Stadt von den Montenegrinern nicht erobert wurde. Der hartnäckige Widerstand der Verteidigung Skutaris sei eben nicht so sehr ein Erfolg der türkischen Waffen, als ein Beweis von der Zähigkeit, mit welcher die Albanesen um den Besitz dieser ausschließlich von ihren Konnationalen bewohnten Stadt kämpfen. Daran könne aber selbst ein späteres Aufgeben dieser Stadt seitens der Pforte in dem künftigen Friedensvertrage nichts ändern. Wenn Herr Sazonow eine Inkonsequenz daraus zu konstruieren sucht, daß, wie er sagt, „die k. und k. Regierung von allem Anfange an eine Zulassung Serbiens an die Adria als mit ihren Interessen unvereinbar bezeichnet hatte, bezüglich Skutaris aber bis vor kurzem nie eine ähnliche Reserve gemacht hat", wäre zu bemerken, daß wir im Verlaufe des Krieges sowohl an die serbische wie an die montenegrinische Adresse mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit unsere Reserven bezüglich des albanesischen Territoriums zu erkennen gegeben haben. Wenn wir trotzdem die beiden kriegführenden Kleinstaaten in ihren Kriegsoperationen nicht behinderten, so geschah dies bloß unter der ausdrücklichen Einschränkung, die betreffenden Okkupationen nicht als dauernde betrachten zu können. Die von König Nikolaus unserem Vorbehalte gegenüber angewandte Prozedur war übrigens von solchem Mangel an Rücksichtnahme an den[d]) elementaren Regeln diplomatischer Courtoisie, daß uns ein Zurückkommen auf den Gegenstand untunlich erschien. Wenn Herr Sazonow bemerkt, daß Montenegro sich nach einer anderen Richtung nur auf Kosten Serbiens entschädigen könne, so wäre der Herr Minister daran zu erinnern, daß wir niemals unsere Zustimmung zur dauernden Besitzergreifung Serbiens im Sandschak gegeben haben und auch die übrigen von Serbien reklamierten Teile des türkischen Nachlasses deshalb noch nicht einspruchslos als serbischer Besitz anzuerkennen sind. Die Besetzung des Sandschaks ist mit verhältnismäßig geringen Opfern bewerkstelligt worden und ist die Tatsache, daß der größere Teil des Sandschaks von Serben besetzt sei, nur auf den Umstand zurückzuführen, daß Montenegro, wie es König

Nikolaus bei Beginn des Krieges spontan erklärt hat, sich von kriegerischen Operationen daselbst mit Rücksicht auf die Nähe der österreichisch-ungarischen Grenze enthalten hat. Diese Zurückhaltung, in welcher König Nikolaus auch seitens unbeteiligter Mächte unterstützt worden war, ist in unseren Augen ein Grund mehr, die montenegrinischen Ansprüche auf Landerwerb in jenen Gebieten mit Sympathie zu begleiten. Was die auch mir zugekommenen Nachrichten über eine Gefährdung der Stellung der Dynastie Njegus anbelangt, so bin ich der Ansicht, daß, wenn dieselbe so schwach wäre, daß sie sich nur durch Erwerbung Skutaris halten könnte, so würde die Akquisition dieser Stadt derselben auf die Dauer auch nicht helfen.*d)* Diese Befürchtung kann jedoch bei einem Lande, das im Grunde ein Bauernstaat ohne öffentliche Meinung mit beinahe unbegrenzter königlicher Autorität ist, kaum ernst genommen werden. Ein Zuwachs von Gebiet mit stammverwandter Bevölkerung würde zur Stärkung der Dynastie weit mehr beitragen, als der Erwerb eines ausschließlich von Albanesen bewohnten Gebietes, dessen Bewohner — zum Teile — an dem Kampfe gegen den türkischen Erbfeind teilgenommen haben, bei der Verteidigung ihrer Hauptstadt Skutari aber ihre Antipathie gegen den montenegrinischen Nachbar klar zum Ausdrucke gebracht haben. Im übrigen wollen Euer Exzellenz aber neuerlich betonen, daß wir keinesfalls gesonnen sind, uns der Eventualität eines Sturzes der Dynastie Njegus willenlos zu fügen. Endlich wollen Euer Exzellenz bemerken, daß ich nur in der Frage der Erhaltung der Dynastie Njegus — in welchem Belange Rußland aber auf unsere Kooperation rechnen kann — ein ernsteres Interesse des Zarenreiches an der Lösung der Skutarifrage zu erblicken vermag, während wir an der Schaffung eines lebensfähigen Albaniens vitale Interessen haben und in dem Verluste Skutaris eine schwere Schädigung des zu gründenden albanesischen Gebildes erblicken müßten. Letztere Konsideration hindert nicht, daß wir — und dies wollen Euer Exzellenz nachdrücklichst Herrn Sazonow zu verstehen geben — an dem uns benachbarten Montenegro und dessen Wohlfahrt ein ebenso intensives Interesse haben wie Rußland. Wir können also durchaus den Standpunkt nicht akzeptieren, als ob alles, was Montenegro gegeben und Albanien genommen wird oder umgekehrt eine Konzession, sei es für Österreich-Ungarn, sei es für Rußland, darstelle.

Berchtold.

a) Oe. U. Balkan 99 Nr. 192. Vgl. n. 5056, 5058, 5066 Anm. a, 5071 Anm. b. — *b)* Vgl. n. 4995. — *c)* Vgl. n. 4998. — *d)* So!

Nr. 5049. Tel. aus St. Petersburg, 23. Dez. 1912 Nr. 270 (eing. 24. Dez. 11 U. 50 M. a. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. Zu meinem mit sicherer Gelegenheit via Berlin expedierten Berichte vom 22. d. Mts. Nr. 52 A. Es scheinen gegenwärtig hier starke Einflüsse am Werke zu sein, welche wohl auf Großfürsten Nikolaus Nikolajewitsch zurückzuführen sein dürften und die mit dem Hinweis darauf, daß die Monarchie, trotzdem daß Russland in der serbischen Hafenfrage auf der Londoner Réunion den österreichisch-ungarischen Standpunkt

akzeptiert hat und auch an einem Nachgeben Serbiens nicht mehr gezweifelt werden kann, ihre Rüstungen aufrechterhält, darauf hinarbeitet, daß die zurückbehaltene alte Mannschaft zum Jahresschlusse nicht entlassen und sogar weitere militärische Vorsichtsmaßregeln ergriffen werden. Herr Sazonow, der offenbar auch durch die überaus heftigen Preßangriffe wegen der angeblichen ...[b] der russischen Diplomatie nervös ist, scheint die Befürchtung zu hegen, von dieser Bewegung debordiert zu werden und sich diesen Forderungen nicht mit Erfolg widersetzen zu können, wenn nicht auf unserer Seite auf militärischem Gebiete irgendeine, wenn auch verhältnismäßig geringfügige Maßregel ergriffen wird, welche es ihm ermöglichen würde, sein bisher, wie er mir versicherte, immer angewendetes Argument auch weiterhin bei Kaiser Nikolaus verwerten zu können, daß die Monarchie offenbar keine aggressiven Zwecke gegen Russland verfolge. Herr Minister hat sich, wie ich streng vertraulich erfahre, in dieser Richtung sowohl meinem englischen Kollegen, als dem deutschen Geschäftsträger gegenüber über die Gefahr eines weiteren Fortbestehens oder gar einer Vermehrung der ...[b] Rüstungen sehr besorgt ausgesprochen, zu denen ja bei der durchaus friedlichen Entwicklung, die die Situation in der letzten Zeit genommen habe, keinerlei stichhältiger Anlass vorliege. Herr Sazonow scheint, nach einer dem deutschen Geschäftsträger gegenüber hingeworfenen Bemerkung zu schließen, zwar in die volle Loyalität und Friedensliebe Euer Exzellenz volles Vertrauen zu setzen, aber zu besorgen, daß militärische Einflüsse, deren Überhandnehmen er seit dem Wechsel in unseren hohen Armeestellen zu befürchten scheint, in Wien die Oberhand gewinnen könnten. Mit Rücksicht auf die nervöse Stimmung Herrn Sazonows, dessen Stellung gegenwärtig in der Tat keine vorteilhafte ist, wäre ich Euer Exzellenz für eine geneigte Weisung darüber dankbar, ob ich ihm nicht irgendeine zu seiner Beruhigung dienende Message ausrichten könnte. Thurn.

[a]) Vgl. n. 5057, 5085. — [b]) Chiffre verstümmelt.

Besprechung der gemeinsamen Minister, 23. Dez. 1912. Siehe n. 5059.

Nr. 5050. Tel. des Legationsrates Franz Freiherrn von Haymerle aus Bukarest, 24. Dez. 1912 Nr. 107 (eing. 25. Dez. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Als ich heute Minister des Äußern gegenüber gesprächsweise von den hier in letzter Zeit kursierenden Gerüchten eines eventuellen ...[b]) Rumäniens Bulgarien gegenüber Erwähnung tat, erklärte Minister des Äußern, davon sei keine Rede, nichts sei verändert. Es schien mir aber, als kämen diese Gerüchte der rumänischen Regierung nicht ungelegen, da Majoresco streng vertraulich hinzufügte, Herr Mișu habe den Auftrag, gerade in diesem Momente, wo der Friedensschluß zwischen Bulgarien und der Türkei weniger gesichert erscheint, auf Herrn Danew in London energisch einzuwirken, damit Bulgarien die von Rumänien verlangten sogenannten Grenzregulierungen bewillige. Aus dem Gespräch mit Herrn Majoresco gewann ich Eindruck, daß Herr Danew bei seinem hiesigen Aufenthalt bereits fixe Zusicherungen diesbezüglich der rumänischen

Regierung gegeben hat. Minister des Äußern erklärte mir aber, daß er nicht wisse, ob Danews und Geschoffs Einfluß groß genug sei, um derartige von ihnen als notwendig erkannte Landkonzessionen in der Sobranje durchzusetzen. Haymerle.

a) Vgl. n. 5067. — b) Chiffre fehlt.

Nr. 5051. Tel. nach London Nr. 128 (1) und Rom Nr. 303 (2), 24. Dez. 1912 (chiffr. 6 U. p. m.).a) Konz. (S. Rappaport; V. Nemes; G. Berchtold).

1. Wie mir Herzog Avarna gestern mitteilte, ist Marquis di San Giuliano eine telegraphische Meldung Marquis Imperialis zugekommen, wonach Sir Edward Grey den serbischen Geschäftsträger davon verständigt habe, daß die Botschafter-Réunion über folgende Punkte einig geworden sei: „Autonomie albanaise, garantie et contrôlée par les six Puissances, sous la souveraineté ou suzeraineté du Sultan. Accès commercial à l'Adriatique sera réservé à la Serbie par un port libre et neutre (dieser Punkt sei aus Rücksicht auf Rußland aufgenommen worden) desservi par un chemin de fer international, avec liberté de transit et franchise de droits pour toutes les marchandises, y compris les munitions de guerre." Ich habe Herzog Avarna mein Erstaunen darüber ausgedrückt, daß dem serbischen Vertreter in London eine derartige Mitteilung gemacht worden sein sollte, und bemerkt, daß wir zu den einzelnen Punkten dieser Zusammenfassung Bemerkungen zu machen hätten und daß Euer Exzellenz obiger Formel nicht zugestimmt haben. Ich ersuche Euer Exzellenz, Vorstehendes bei Sir Edward Grey zur Sprache zu bringen und eine Aufklärung des Sachverhaltes anzustreben, wobei Hochdieselben den Herrn Staatssekretär darüber nicht im Zweifel lassen wollen, daß unsere weitere Teilnahme an den Botschafterberatungen davon abhängt, daß wir sicher seien, daß die Ergebnisse der Réunion nicht ohne unsere Zustimmung nicht vertretenen Mächten mitgeteilt werden oder in die Öffentlichkeit dringen.

2. Ich telegraphiere an Grafen Mensdorff wie folgt: „(Inseratur Telegramm sub 1 in extenso.)" Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Information. Berchtold.

a) Vgl. n. 5047, 5070, 5073, 5097.

Nr. 5052. Erlaß nach London, 24. Dez. 1912 Nr. 6065. Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

In dem Euer Exzellenz zu Hochderen Information mitgegebenen geheimen Erlasse vom 15. l. M., Nr. 5896, ist auch gewisser Grenzfragen Erwähnung getan, welche zwischen uns, der Türkei, Serbien und Montenegro pendent sind; in diesem Zusammenhange wird auch die Frage der Donauinsel von Ada Kaleh gestreift. Da die erwähnte Instruktion von diesem bei der dortigen Botschafterréunion eventuell zur Verhandlung kommenden Fragenkomplexe nur im allgemeinen spricht, beehre ich mich, Euer Exzellenz die Abschrift einer Note des k. u. k. Kriegsministeriums[a] zu übermitteln, in welcher unsere diesbezüglichen Desiderata des näheren präzisiert werden. Die Ausführungen dieser Note sind zu Euer Exzellenz

genaueren einschlägigen Orientierung bestimmt, wobei das in der eingangs zitierten Instruktion an Euer Exzellenz enthaltene Ersuchen, die Grenzberichtigungsfragen bei den Zusammenkünften mit Hochderen Kollegen nicht anzuregen, nach wie vor aufrecht bleibt. Sollten diese Fragen jedoch von irgend einer anderen Seite zur Sprache gebracht werden, so ist Euer Exzellenz durch die Übermittlung des bezüglichen Materiales Gelegenheit geboten, sich darüber eingehend informiert zu zeigen. Nur bei jenen Grenzfragen, die zwischen uns und Montenegro pendent sind, wollen Euer Exzellenz über eine ganz allgemeine Behandlung nicht hinausgehen und sich bei der eventuellen Besprechung derselben tunlichst vage halten; die einen Teil unserer diesbezüglichen Desiderata bildende Frage des Lovčen wollen Euer Exzellenz aber überhaupt nicht berühren, damit uns in diesem Belange für die Zukunft nicht die Hände gebunden sind.

[a]) Beilage.

Beilage zu n. 5052.

Note des Kriegsministeriums, 13. Dez. 1912 Nr. 6782 res. Abt. 5 (eing. 14. Dez.). Ausfert.

Die durch die Kriegsereignisse eingetretene Situation dürfte dem k. und k. Auswärtigen Amte in nächster Zeit die Gelegenheit bieten, bei der Abgrenzung der territorialen Besitzverhältnisse am Balkan diplomatisch mitzuwirken. Dieser Anlaß sollte nach Ansicht des Kriegsministeriums wenn möglich nicht außer Acht gelassen werden, um eine Verbesserung des Grenzzuges im Bereiche des Kriegshafens Cattaro zu versuchen, sowie um die seit langem in Schwebe befindlichen Grenzfragen zwischen der Monarchie und den Balkanstaaten einer endgiltigen Lösung zuzuführen. Ich erlaube mir, die Wünsche der Heeresverwaltung im erwähnten Belange mitzuteilen und ersuche Euer Exzellenz, auf die Geltendmachung derselben hinwirken zu wollen.

Die Verbesserung unserer Grenze im Abschnitte östlich Cattaro ist ein alter Wunsch der Kriegsverwaltung. Ohne auf Details einzugehen, erlaube ich mir zur persönlichen Information Euer Exzellenz mitzuteilen, daß von den montenegrinischen, Cattaro dominierenden Höhen die Verteidigungsanlagen des Kriegshafens unter wirksames Feuer genommen werden können, wodurch der Wert Cattaros als Stützpunkt der Küstenverteidigung und Süddalmatiens wesentliche Einbuße erleidet. Dieses Schwächemoment des Kriegshafens richtig erkennend, hat Montenegro mit schweren Geschützen armierte Batterien auf dem Lovčen errichtet, also bereits im Frieden Angriffsmaßnahmen gegen unseren Kriegshafen vorbereitet. Diese durch die ungünstige Grenzfiguration hervorgerufenen Nachteile der Grenze würden entfallen, wenn es uns gelänge, die dominierenden montenegrinischen Höhen zu erwerben. Speziell die fortifikatorische Ausgestaltung des Kriegshafens und daher auch dessen Behauptung würden dadurch wesentlich erleichtert werden. Den Schwierigkeiten, welche Montenegro voraussichtlich einer Grenzkorrektur in diesem Raume entgegenstellen dürfte, könnte mit dem Hinweise entgegengetreten werden, daß es sich

um keine Offensiv-, sondern um eine reine Defensivaktion zur Sicherung des eigenen Besitzstandes handelt, wobei montenegrinische Interessen in keiner Weise eine Schädigung erfahren würden. Schließlich könnte auch Montenegro als Kompensation für den Gebietsverlust eine angemessene Geldentschädigung angeboten werden.

Was die Ordnung der Balkangrenzfragen anbelangt, glaubt das Kriegsministerium den Zeitpunkt deshalb für besonders günstig, weil bei den bedeutenden territorialen Erwerbungen, die in Aussicht stehen, kleine Gebietsverluste an anderen Stellen nicht in Betracht kommen dürften. Es handelt sich um die Bereinigung folgender Grenzfragen: 1. Drina-Grenze; 2. Ada Kaleh; 3. Sandžak-Grenze; 4. Grenze im Norden der Krivošije.

Ad 1. Drina Grenze. Der Streit um die Grenze an der Drina begann nach der Okkupation Bosniens und dreht sich der Hauptsache nach um den Besitz der Bujuklić-Suvača- und Tijača-Adas. Während Österreich-Ungarn nach dem Berliner Vertrage den Talweg der unteren Drina (Gutachten des Professors Hofrat Dr. Lammasch),[a] wie er zur Zeit der 1. Aufnahme des Jahres 1883/84 bestand, als Grenzlinie fordert, begehrt Serbien die zur Zeit der Unterzeichnung des Berliner Vertrages de facto bestandene Grenze. Zur Ordnung dieser Grenzfrage wäre jetzt von Serbien die Zustimmung zur Regelung der Reichsgrenze auf Basis des Talweges der Drina im Jahre 1883/84 zu verlangen.

ad 2. Ada Kaleh. Die militärische Bedeutung dieser Donauinsel wurde dem k. und k. Ministerium mit Note Präs. Nr. 10709 ex 1908[a] zur Kenntnis gebracht. Da eine Abtretung dieser von k. und k. Truppen besetzten, aber türkisches Territorium bildenden Insel an Serbien vom Prestige-Standpunkt untunlich, vom militärischen Standpunkt von namhaften Nachteilen begleitet wäre, ersucht das Kriegsministerium, das k. und k. Ministerium möge veranlassen, daß aus Anlaß der territorialen Verschiebungen am Balkan, der Monarchie der endgiltige Besitz von Ada Kaleh zugesichert werde.

ad 3. Sandžak-Grenze. Die von uns nach der Okkupation erhobene, im Kataster ex 1883 eingetragene Grenzlinie wurde von der Türkei unter dem Vorwande, daß sie einseitig zustande gekommen sei, niemals anerkannt. Es wäre möglich, daß diese Grenze auch den Rechtsnachfolgern der Türkei im Sandžak Anlaß zu weiteren Grenzstreitigkeiten bieten könnte. Deshalb ist eine Regelung derselben unbedingt erforderlich. Bekanntlich entspricht die gegenwärtige Grenzlinie nicht den militärischen Bedürfnissen, weil sie, was die Sicherung der Ostbahn, die Versehung des Grenzdienstes und die Ausübung des Grenzverkehres anbelangt, vieles zu wünschen übrig läßt. Aber auch vom politischen und administrativen Standpunkt ist die Grenzlinie ex 1883 nicht vorteilhaft, denn eine bosnische Enklave befindet sich im Sandžak, eine türkische Enklave im bosnischen Gebiete und weist der Grenzzug zahlreiche Ausbuchtungen und Krümmungen auf, die dem Verkehre namhafte Schwierigkeiten entgegenstellen. Die in dieser Note dargelegten Grundsätze werden im allgemeinen auch jetzt bei einer Grenzregulierung im Auge zu behalten sein. Kleine Änderungen bezüglich der zu prätendierenden Grenzlinie ergeben sich allerdings dadurch, daß die

Hoheitsrechte der Türkei im ehemaligen Sandžakgebiet zu existieren aufgehört haben. Damit der tatsächliche Zustand gegenüber etwaigen seinerzeitigen Prätentionen in klarer Weise festgestellt werde und keinen Einwendungen begegnet, ersucht das Kriegsministerium unter einem das k. und k. gemeinsame Finanzministerium in Angelegenheiten Bosniens und der Herzegowina um Veranlassung, daß die im bosnischen Kataster ex 1883 eingetragene Grenzlinie sofort im Terrain, wenn vorläufig auch nur mit provisorischen Mitteln, vermarkt werde. Es soll hiedurch vorgesorgt werden für den Fall, als die vorher beantragte Grenzregulierung nicht zustande käme.

ad 4. Grenze nördlich der Krivošije. In dieser Grenzfrage, die sich von Vučiji Žub bis Trnovsko Ždrijelo erstreckt, wird seit über 10 Jahren mit Montenegro fruchtlos verhandelt. Nach österreichischer Auffassung wird die Grenze durch die im Kataster ex 1838 eingetragene Grenzlinie gebildet, die zur Zeit, als das Grahovo türkisch war, niemals angezweifelt wurde. Hingegen fordert Montenegro die im Jahre 1864 zur Regelung der Weide zwischen der Krivošije und dem Grahovo zustande gekommene Privatgrenzlinie als Staatengrenze. Das strittige Gebiet ist ganz unproduktiv und hat vom politischen, volkswirtschaftlichen und administrativen Standpunkt keinen Wert. Militärisch ist dagegen die Lösung dieser Frage im Sinne der österreichischen Prätension, wegen des bereits sehr fortgeschrittenen Fortbaues auf dem Dvršnik, einer nächst der strittigen Grenze auf österreichischem Territorium gelegenen Höhe, wichtig und dringend geboten. Die Anerkennung der österreichischen Prätension dürfte nunmehr von Montenegro nicht allzu schwer zu erreichen sein. Auffenberg.

a) Wurde nicht aufgenommen.

Nr. 5053. Tel. aus London, 24. Dez. 1912 Nr. 157 (eing. 25. Dez. 9 U. a.,m.). Entziff.

Osman Nizami Pascha frühstückte heute bei mir und sprach recht voreingenommen über die Friedenskonferenz. Forderungen der Alliierten seien „unverschämt und unannehmbar". Bulgarien verlange Grenzlinie Midia-Rodosto, wodurch es an das Marmarameer gelangen und Gallipoli, welches türkisch bliebe, vom Rest der Türkei abgeschnitten würde. Er bramarbasierte von der starken und täglich sich vergrößernden türkischen Armee, und daß es besser wäre, Krieg sofort wieder aufzunehmen, gab aber schließlich zu, daß auch er den Frieden wünsche. Er wünsche sehr aufrichtig Annäherung an Bulgarien, und daß beide sich Österreich-Ungarn und der Tripelallianz nähern. Hiefür sei unerläßlich, daß Adrianopel türkisch bleibe, sonst würde Bestreben hervortreten, es bei erster Gelegenheit zurückzuerobern. Wenn Bulgarien Einsicht hätte, würde es sich durch freundschaftliches Verhältnis zur Türkei den Rücken decken. Nach seiner Ansicht sollte neue Grenze ungefähr die des Vertrages von San Stefano sein, aber nicht ganz; zirka Linie Adrianopel-Dedeagatsch. Von Salonik sprechend, meinte er, man würde uns alle erdenklichen Vorteile bieten, wenn es türkisch bliebe oder Freihafen würde. Ich merkte jedoch, daß er Salonik eigentlich aufgegeben, es aber lieber bulgarisch als griechisch

sehen würde. Er möchte natürlich, daß Euer Exzellenz auf Bulgarien einwirken „im eigensten Interesse Bulgariens" und der künftigen Annäherung der Türkei und Bulgariens an die Monarchie. Er sprach von der großen Rolle, welche die türkische Armee gegebenenfalls zur Immobilisierung mehrerer russischer Armeekorps spielen könnte etz. Das Meiste dürfte er schon Euer Exzellenz selbst gesagt haben. Er bat mich aber wieder, Euer Exzellenz nahezulegen, Bulgarien zu beeinflussen, und möchte gerne durch mich etwas von Euer Exzellenz hören. Ich verhielt mich rezeptiv, riet zu Kompromiß mit Herrn Danew, um Frieden und dann Freundschaftsverhältnis zu Bulgarien zu erlangen, und könnte ihm nichts anderes zusagen, als seine Wünsche Euer Exzellenz zu unterbreiten. Ich weiß nicht, inwieweit Osman Nizami Pascha vertrauenswürdig ist. Im Foreign Office scheint man ihn eher als unverläßlich und stark mit den Jungtürken in Verbindung anzusehen. Von Inseln im Ägäischen Meer sagte er, Griechenland verlange sie alle, was Türkei nie zugeben könne. Kreta sei ein Depot der Großmächte, somit deren Sache. Mit Autonomie Albaniens könne man sich abfinden. Mensdorff.

Nr. 5054. Tel. aus London, 24. Dez. 1912 Nr. 158 (eing. 25. Dez. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Unter Bezugnahme auf Telegramm von gestern Nr. 123. In Abwesenheit Sir E. Greys habe ich seinen Privatsekretär ersucht, Staatssekretär Mitteilung zu machen von dem Standpunkte Euer Exzellenz bezüglich der Rede Herrn Poincarés. Mr. Tyrrell schien auch die gedachte Rede Poincarés als bedauerlich anzusehen. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 5041, 5083.

Tel. nach Rom, 24. Dez. 1912 Nr. 303 (chiffr. 6 U. p. m.). Siehe n. 5051.

Nr. 5055. Tel. nach Rom, 24. Dez. 1912 Nr. 304 (chiffr. 6 U. 30 M. p. m.). Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

Herzog Avarna hat mir gesprächsweise bezüglich des Schicksals der Inseln die gleichen Ideen entwickelt wie Marquis di San Giuliano Euer Exzellenz gegenüber (Euer Exzellenz Telegramm Nr. 264 vom 22. d.M.). Ich habe dem Herrn Botschafter erwidert, ich hielte dafür, daß man alle Inseln der Türkei belassen, von dieser aber zugleich eine Garantie für die Besserung der Lage der Bevölkerung der Inseln und für die Einführung autonomer Régimes auf denselben verlangen sollte. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Kenntnisnahme. Berchtold.

Nr. 5056. Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters, 24. Dez. 1912.[a] Konz. (S. Hohenlohe; V. u. G. Berchtold).

Der italienische Botschafter hat mich gestern aufgesucht und mir Nachstehendes mitgeteilt: Laut einer Meldung des italienischen Gesandten in Cetinje, Herrn Squitti, wäre die Frage von Skutari eine Lebensfrage

für Montenegro; es herrsche im Lande nur eine Stimmung, daß nämlich die Stadt, ob sie von der montenegrinischen Armee eingenommen werde oder nicht, dem Königreiche einverleibt werden müsse. Es handle sich diesbezüglich auch um die Existenz der Dynastie Njeguš, da im Falle, als Montenegro Skutari nicht erhalten sollte, die Gefahr eines Pronunciamento bestehe, welches auf die Vereinigung dieses Staates mit Serbien hinzielen würde. Herr Squitti sei sehr besorgt. Marquis di San Giuliano finde die Ausführungen des italienischen Gesandten in Cetinje beherzigenswert. Er habe auch Nachrichten aus London, daß Rußland sich in der Frage von Skutari mit Montenegro identifiziere, daß Frankreich diesfalls mit Rußland gehe und daß man in diesem Belange auch an Deutschland herangetreten sei; dem englischen Staatssekretär werde, wie er selbst gesagt, nichts übrig bleiben als bei der Botschafter-Réunion gleichfalls für die Vereinigung Skutaris mit Montenegro einzutreten. Marquis di San Giuliano lasse mich daher fragen, ob es nicht klüger sei, hierin nachzugeben, da wir ja in der Hafenfrage und in der albanesischen Frage Erfolg gehabt hätten. Er wünsche, darüber informiert zu sein, ob uns eine Lösung der Skutarifrage in dem Sinne nicht akzeptabel schiene, daß bei der Abtretung an Montenegro bestimmt würde, Skutari werde nie einem dritten Staate angehören können, sondern gegebenenfalls an Albanien zurückfallen müssen. Sollte Skutari und San Giovanni di Medua zu Montenegro kommen, so wäre letzterer Hafenort zu neutralisieren. Österreich-Ungarn habe einen glänzenden Erfolg errungen, dadurch daß dessen Standpunkt bezüglich Albaniens und der Hafenfrage durchgedrungen sei. Es habe ein großes Entgegenkommen der Mächte dazu gehört, um die dagegen obwaltenden Bedenken zu überwinden und Serbien im Stiche zu lassen. Nun sollte unserseits etwas versöhnlicher Geist an den Tag gelegt und in der Skutarifrage nicht gegen ganz Europa Front gemacht werden. Ich antwortete, daß ich nicht gesonnen sei, auf diese Kombination einzugehen. Die Angaben Herrn Squittis schienen mir zu pessimistisch, unser Gesandter berichte anders; die Autorität des Königs Nikolaus in seinem Lande sei unbegrenzt, auch könne die Dynastie Njeguš mit Geld mehr erreichen, als durch eine Expansionspolitik. Herzog Avarna insistierte nochmals und frug mich, wie ich mir die Situation vorstelle, wenn es bei den Verhandlungen über die Skutarifrage zu einer Rupture käme? Ich erwiderte, daß ich in der Angelegenheit mit Rußland verhandle und daß Herr Sazonow gesagt habe, die Sache würde in einem ganz anderen Lichte erscheinen, wenn die Montenegriner die Stadt nicht zu erobern vermöchten. Der italienische Botschafter bemerkte, er wolle nicht weiter insistieren, wenn ich mit Rußland direkt verhandle. Bei dieser Gelegenheit verhehlte ich auch nicht dem Botschafter mein Befremden, daß unser von demselben als „glänzend" bezeichneter Erfolg von der italienischen Presse als italienischer Erfolg signalisiert worden sei. Diese Auffassung sei anscheinend von Paris inspiriert worden, wo die Frage und deren Lösung in der Weise verdreht worden sei, daß wir Serbien den Zugang zur Adria über österreichisches Gebiet angeboten hätten, Italien aber Serbien den Zugang über albanesisches Territorium verschafft hätte, eine Lösung, die wir von allem Anfange an gleichfalls in

Vorschlag gebracht hatten. Wenn bedauerlicherweise Elemente an der Arbeit zu sein scheinen, das Problem auf das Gebiet politischer Erfolge zu verlegen, sei der Gedanke naheliegend, daß auch die Skutarifrage in dieser Weise behandelt werden solle, was uns zu doppelter Vorsicht mahnen müsse.

a) Vgl. n. 5048.

Nr. 5057. Tel. nach St. Petersburg, 24. Dez. 1912 Nr. 211 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.).a) Konz. (S. Berchtold u. Nemes; G. Macchio).

Der russische Botschafter hat heute bei mir vorgesprochen, um im Auftrage Herrn Sazonows der lebhaften Besorgnis Ausdruck zu geben, welche unsere „Mobilisirung" in Rußland ausgelöst habe, eine Besorgnis, die auch in der Duma zum Ausdruck gekommen und welcher gegenüber der Stand der Regierung ein äußerst schwieriger geworden sei. Der Standpunkt Österreich-Ungarns in der Balkankrise, der von allem Anfange an der gewesen sei, Serbien nicht territorial an die Adria zu lassen und ein autonomes Albanien zu schaffen, sei nunmehr von allen Mächten akzeptirt worden. Angesichts dieses glänzenden diplomatischen Erfolges wirke es umso beunruhigender auf die russische öffentliche Meinung, daß die in der Monarchie getroffenen außerordentlichen militärischen Maßnahmen auch jetzt noch aufrechterhalten bleiben. Sollte darin keine Änderung eintreten, wäre Rußland gezwungen, seinerseits weitere Maßnahmen zu ergreifen. Ich habe Herrn von Giers geantwortet, daß, was die von uns an der Nordgrenze verfügten militärischen Maßnahmen betrifft, dies keineswegs eine Mobilisirung, sondern nur eine uns unerläßlich scheinende Vorsichtsmaßregel war, gegenüber der Zurückhaltung der alten Mannschaften seitens Rußlands. Eine aggressive Absicht liege uns, wie wir schon wiederholt erklärt haben, völlig ferne. Ich könne der Ansicht Herrn Sasonows nur beipflichten, daß eine Entlassung der beiderseitigen Mannschaften zur allgemeinen Entspannung beitragen werde, doch hielte ich den Moment hiefür, wo ja seitens der Botschafterréunion erst einige prinzipielle Formulierungen vorliegen, schon aus dem Grunde nicht für gekommen, weil dadurch der falsche Schein erweckt würde, als ob wir uns von nun an desinteressiren würden. Dies müßte zur unausbleiblichen Folge haben, daß die Balkanstaaten und insbesondere Serbien in ihren Ambitionen wieder anspruchsvoller würden. Letzteres würde aber in weiterer Folge zu einer neuerlichen Verschärfung der Lage und vielleicht sogar zu einem Konflikte führen, den wir wie Rußland vermieden sehen wollen. Euer Exzellenz Telegramm Nr. 270 vom 23. l. M. eben erhalten. Berchtold.

a) Vgl. n. 5065, 5075, 5086, 5088, 5105 Anm. b, 5146.

Unterredung mit dem russischen Botschafter, 24. Dez. 1912. Siehe n. 5088.

Nr. 5058. Tel. aus St. Petersburg, 24. Dez. 1912 Nr. 271 (eing. 25. Dez. 9 U. a. m.).a) Entziff.

Habe mit Herrn Sazonow im Sinne Euer Exzellenz heutiger Telegramme Nr. 208 und 209 eingehende Rücksprache gehalten. Der Herr

Minister ersuchte mich unter Hinweis darauf, daß er sich nicht alle Punkte auswendig merken könne und daß diese doch eine Überlegung und präzise Erwiderung erheischen, ihm kurzes aide-mémoire darüber zu übergeben, was ich morgen tun werde. Habe den Eindruck, daß bezüglich der Einbeziehung Hafens in die allgemeine Neutralisierung Albaniens, Internationalisierung der Bahn und wirtschaftlicher Accès Serbiens voraussichtlich eine Einigung möglich sein dürfte. Doch bezeichnete es der Herr Minister als eine Forderung, auf der er unbedingt bestehen müßte, daß Serbien die theoretische Möglichkeit, Kriegsmaterial auch in Kriegszeiten über den bewußten Hafen einzuführen, unter allen Umständen gewahrt werden müsse. Die jetzt gewählte Form solle doch den Serben den Ersatz für einen eigenen Hafen bieten, auf den sie mit Rücksicht auf unseren Widerstand verzichtet hätten. Dazu aber gehöre auch das Recht der Einfuhr von Kriegsmaterial zu allen Zeiten. Herr Sazonow hob hervor, daß diese Konzessionen ohnehin nur theoretische Bedeutung hätten, da in dem, wie er meinte, durchaus unwahrscheinlichen Fall eines Krieges zwischen der Monarchie und Serbien es für erstere nichts leichteres geben könnte, als etwa für Serbien bestimmte Transporte einige Meilen vor dem Hafen aufzuhalten und zu beschlagnahmen. Bezüglich Skutaris kam Herr Sazonow immer wieder auf die Notwendigkeit zurück, etwas für Montenegro und dessen Dynastie zu tun, und hob hervor, daß es für Montenegro sich insbesondere um den Erwerb von etwas fruchtbarem Land in den Niederungen handeln würde, da es aus Mangel an solchem Lande buchstäblich am Hungertuche nage. Herr Sazonow versprach mir eine detaillierte Antwort, sobald er mein aide-mémoire studiert haben werde. Thurn.

a) Vgl. n. 5087 Anm. c, 5093 Anm. b, 5095 Anm. a, 5143 Anm. a, 5225.

Nr. 5059. Aufzeichnung über eine Besprechung der gemeinsamen Minister und des Chefs des Generalstabes über besondere militärische Vorkehrungen in Bosnien-Herzegowina und Dalmatien, 24. Dez. 1912 ohne Nr. Konz. (S. Schreibmaschine; V. Hoyos, Berchtold; G. Hoyos).

Geheim. Gestern Nachmittag hat im Ministerium des Äussern eine Besprechung der gemeinsamen Minister über die auswärtige Lage stattgefunden, an welcher auch der Chef des Generalstabes teilnahm.

Bei diesem Anlass wurde die von dem Landeschef für Bosnien und die Herzegowina General der Infanterie Potiorek beantragte Einberufung aller Reservisten, Landwehr- und Landsturmpflichtigen im 15. und 16. Korpsbereiche besprochen, wobei der k. u. k. Kriegsminister und der Chef des Generalstabes sich für die Durchführung dieser Massnahme aussprachen. Den Äusserungen der beiden Generale war zu entnehmen, dass sie für eine aggressive Politik Serbien gegenüber eingenommen sind, weil sie von einem erfolgreichen Kriege eine endgiltige Regelung der südslavischen Frage erhoffen, dagegen in einer friedlichen und versöhnlichen Politik ernste Gefahren für die Zukunft unserer südslavischen Provinzen erblicken.

Der gemeinsame Finanzminister vertrat die Ansicht, dass es nicht möglich wäre, die vom Chef der Landesregierung beantragten Massnahmen

abzulehnen. General Potiorek trage die Verantwortung für die Sicherheit und Ruhe der annektierten Länder und man würde eine schwere Verantwortung auf sich laden, wenn man seine Vorschläge nicht berücksichtige.

Der k. u. k. Minister des Äussern betont demgegenüber, dass in den letzten Tagen eine merkliche Entspannung der auswärtigen Lage eingetreten sei. Nach den ihm vorliegenden Meldungen halte er es für ausgeschlossen, dass Serbien eine kriegerische Aktion gegen die Monarchie plane. Man müsse im Gegenteil den Eindruck haben, dass die Stimmung in Belgrad umzuschlagen beginne und dass man dort zu einer freundschaftlichen Aussprache über die zukünftigen wirtschaftlichen und politischen Beziehungen geneigt sei. Es sei möglich, dass die internationale Lage sich wieder verschlechtere und dass wir noch genötigt sein werden, vor Beendigung des Balkankonfliktes unsere Interessen mit Waffengewalt zu vertreten. Vorderhand liegen hiefür aber keine Anzeichen vor. Nach den ihm zugekommenen Informationen habe General Potiorek bereits jetzt alle Truppenverstärkungen erhalten, die er zur Aufrechterhaltung der Ruhe in Bosnien benötige. Dies sei ihm auch von militärischer Seite wiederholt bestätigt worden. Die weitgehenden militärischen Massnahmen an unserer Südostgrenze würden im Auslande als Anzeichen unserer aggressiven Absichten missdeutet. Sie erschweren bis zu einem gewissen Grade unsere sonst sehr günstige diplomatische Position. Was die von dem Kriegsminister und dem Chef des Generalstabes befürwortete aggressive Politik gegenüber Serbien anbelange, so müsse er erklären, dass er vom Standpunkte seines Ressorts eine solche Politik nicht befolgen könne, ohne mit der von ihm bisher verfolgten, auf diplomatische Isolierung Serbiens eingestellten Politik in Widerspruch zu gerathen und nebstbei Gefahr zu laufen, bei den eigenen Bundesgenossen auf Widerstand zu stossen und die Monarchie so in ganz Europa zu isolieren. Es sei seiner Ansicht nach in diplomatischer Hinsicht ganz unmöglich, die seit drei Monaten befolgte massvolle und den Balkanstaaten gegenüber wohlwollende Politik von einem Tag zum andern umzustossen und Serbien ohne greifbaren, für die öffentliche Meinung in Europa verständlichen Grund zu überfallen. Aus diesem Grunde müsse er sich vorderhand dagegen aussprechen, dass die von General Potiorek beantragte Einberufung der Reservisten in Bosnien-Herzegowina-Dalmatien durchgeführt werde.

Nr. 5060. Bericht aus Belgrad, 25. Dez. 1912 Nr. 190 A (eing. 28. Dez.). Ausfert.

Die Haltung Rußlands bei der Botschafterreunion hat hier sehr deprimierend gewirkt. Man hat zwar hier schon seit einiger Zeit nicht mehr recht geglaubt, daß Rußland die offiziös oder unoffiziell Serbien gegenüber gemachten weitgehenden Versprechungen einlösen werde, man hat jedoch angenommen, daß der russische Botschafter in London wenigstens die Stimme im Interesse Serbiens nachdrücklich erheben und sich zumindest diplomatisch für den Erwerb eines Adriahafens exponieren wird. Auf die Annahme des Standpunktes der Tripelallianz ohne Sang und Klang, ohne

heftigen Protest und Einsprache seitens Rußland war man doch nicht gefaßt. Die Zeitungen verhalten sich zwar diesbezüglich noch sehr reserviert, doch einzelne, so der „Mali Žurnal", machen aus ihrem Unmut kein Geheimnis. „Wo sind alle jene schönen Versprechungen, wo die Freundschaft und wo bleibt die Kraft und die Macht der Tripelentente?" frägt die erwähnte Zeitung und fährt fort: „Wir danken Euch bestens für Euere Worte, von denen Serbien nur Nachteile haben kann. Wir wissen nur nicht, der wievielte Verrat der diesmalige ist und ob sich in Zukunft noch serbische Staatsmänner finden werden, welche unseren großen Freunden blind glauben wollen." In der heutigen Nummer (25. l. Mts.) wird noch eine deutlichere Sprache gesprochen: „Die Haltung Rußlands sei eine schreckliche und unter aller Kritik; man könne sagen, es sei dieselbe ein wahrer Verrat gegen Serbien. Die russische Diplomatie habe Serbien schon wiederholt verraten und in die Arme Österreichs getrieben und das sollen wir auch jetzt erleben!" Die Niederlage Serbiens in der Annexionskrise wird „Tschuschima" genannt, die jetzige dagegen mit „Mugden" verzeichnet. Daran sei aber nur der Umstand schuld, daß in Rußland an den höchsten und wichtigsten Stellen Deutsche stehen — so Graf Benkendorf auf dem Botschafterposten in London. Am Schluß des Artikels wird bitter geklagt, daß Serbien „wieder einmal Rußland blind geglaubt habe." Die Bulgaren hätten dies nicht getan — darum gehe es ihnen auch besser! Darüber sollten die maßgebenden Faktoren in Serbien nachdenken, denn es will scheinen, daß Rußland es nicht wünscht, „daß Serbien je den Kopf hoch halten könne." Eine solche Sprache in einer serbischen Zeitung gehört jedenfalls zu den mannigfachen politischen Unwahrscheinlichkeiten, auf die man sich in Serbien immer gefaßt machen muß. Ugron.

Nr. 5061. Tel. des Generalkonsuls Rudolf Weinzetl aus Cetinje, 25. Dez. 1912 Nr. 216 (eing. 3 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Vertraulich. Italienischer Gesandter sagte mir gestern abends, daß nach seinen Informationen die auf eine Annexion Montenegros durch Serbien abzielende Propaganda Fortschritte mache. In diesem Sinne seien höhere serbische Offiziere und auch Emissäre, denen für diesen Zweck namhafte Geldmittel zur Verfügung stünden, tätig. Weinzetl.

Nr. 5062. Tel. des Vizekonsuls Ludwig von Rudnay aus Durazzo, 25. Dez. 1912 Nr. 132 (aufg. Cattaro, 27. Dez. 12 U. 30 M. p. m.; eing. 27. Dez. 6 U. p. m.).[a] Entziff.

Die serbischen Offiziere, die die Mitteilung der Zeitungen vom 22. d. Mts. gelesen haben, erklären, daß sie in Durazzo verbleiben, die Entscheidung der Mächte und selbst einen eventuellen Rückmarschbefehl des Königs nicht anerkennen wollen. Einige sprechen sogar für den Fall, daß der Krieg wieder ausbrechen sollte, von einem Vormarsch nach Valona. Rudnay.

[a]) Vgl. n. 5099, 5109 Anm. b, 5111.

Nr. 5063. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 25. Dez. 1912 Nr. 718 (eing. 26. Dez. 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Minister des Äußern läßt mir sagen, daß der heutige Ministerrat die Antwort auf die letzten Propositionen der Alliierten beschließen werde. Der in meinem Telegramme Nr. 713 vom 20. d. M. erwähnte bulgarische Abgesandte ist gestern hier eingetroffen. Wie ich höre, ist es General Savow. Von vertraulicher Seite wird mir mitgeteilt, es wäre Aussicht vorhanden, daß zwischen Kiamil Pascha und dem General Savow ein Einverständnis zustandekommt. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 5068, 5089 Anm. b, n. 5134.

Nr. 5064. Tel. aus Berlin, 26. Dez. 1912 Nr. 327 (eing. 27. Dez. 8 U. a. m.). Entziff.

Inhalt Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 216 vom 23. d. M. Unterstaatssekretär, der den auf Urlaub befindlichen Staatssekretär vertritt, mitgeteilt. Herr Zimmermann zeigte sich über die Nachricht sehr befriedigt und meinte, auch während der Marokkokrise habe die deutsche Regierung wegen Indiskretionen französischer Staatsmänner ähnliche Unannehmlichkeiten gehabt; es sei sehr richtig gewesen, den französischen Ministerpräsidenten für seine inkorrekten Äußerungen verantwortlich zu machen und ihm zu drohen, daß der österreichisch-ungarische Botschafter gegebenenfalls die Ermächtigung, an der Botschafterreunion weiterhin teilzunehmen, nicht erhalten werde. Szögyény.

Nr. 5065. Tel. aus Berlin, 26. Dez. 1912 Nr. 328 (eing. 27. Dez. 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Unterstaatssekretär teilt mir mit, russischer Botschafter hätte vorgestern bei ihm vorgesprochen und im Auftrage Herrn Sazonows die Bitte gestellt, deutsche Regierung möge bei Euer Exzellenz freundschaftlich intervenieren, damit die, wie er sich ausdrückte, „im großen Umfange durchgeführte Mobilisierung" der österreichisch-ungarischen Armee, nachdem die Wünsche Österreich-Ungarns betreffs Serbiens nunmehr erfüllt seien, rückgängig gemacht werde. Er, Herr Zimmermann, habe ihm geantwortet, daß allen authentischen Mitteilungen zufolge, die er aus Wien erhalte, von einer Mobilisierung keine Rede sein könne; es sei nur die Komplettierung der Kaders des Friedensstandes erfolgt, die wegen der provozierenden Haltung Serbiens wohl ganz gerechtfertigt gewesen sei. Darüber, daß Serbien den Wünschen Österreich-Ungarns nachgegeben habe, sei hier, wenigstens amtlich, bisher noch gar nichts bekannt. Es schiene ihm übrigens unangebracht, Österreich-Ungarn in dieser Beziehung Vorstellungen zu machen, da ja Rußland an seiner österreichischen und deutschen Grenze ebenfalls militärische Vorkehrungen getroffen hätte. Auf die Bemerkung des Botschafters, daß diese russischen militärischen Vorkehrungen aus Gründen der inneren Politik erfolgten, habe er, Herr Zimmermann, entgegnet, daß insoferne es sich um militärische Maßnahmen an der russischen Grenze handle, Österreich-Ungarn wohl ebenfalls durch gleiche Rück-

sichten geleitet war. Herr von Swerbejew habe hierauf erwidert, daß er in die Diskussion dieser Frage nicht eingehen wolle, aber im Namen seiner Regierung erklären müsse, daß, wenn Österreich-Ungarn nicht ehestens „demobilisiere", Rußland zu Gegenmaßregeln greifen und auch seinerseits die Mobilisierung eines Teiles seiner Armee anordnen werde.

Szögyény.

[a]) Vgl. n. 5057.

Nr. 5066. Tel. aus Berlin, 26. Dez. 1912 Nr. 329 (eing. 27. Dez. 8 U. a. m.). Entziff.

Vertraulich. Inhalt Euer Exzellenz Telegramme Nr. 218[a]) und 219[b]) Unterstaatssekretär zur Kenntnis gebracht. Herr Zimmermann ersucht mich, Euer Exzellenz den verbindlichsten Dank der deutschen Regierung für die interessanten Mitteilungen zu übermitteln. Den von Euer Exzellenz eingenommenen Standpunkt in der Frage der Delimitation Albaniens, namentlich bezüglich Skutaris, teilt er zwar vollkommen, befürchtet aber, daß in dieser Beziehung Herr Sazonow intransigent bleiben und daß auch Marquis San Giuliano aus bekannten Rücksichten des königlichen Hauses sich für die Einverleibung Skutaris in Montenegro einsetzen wird. Auch in Betreff des Accès commercial Serbiens an die Adria stimmt Herr Zimmermann den betreffenden Ausführungen Euer Exzellenz zu; nach einigen Weiterungen, so meint er, wird auch Rußland hiefür zu gewinnen sein; nur wegen Beschränkung der Durchfuhr von Kriegsmaterial auf Friedenszeit werde es, seiner Ansicht nach, nicht nachgeben. Fürst Lichnowsky, der sich jetzt auf Urlaub befindet, wird vor seiner Rückkehr nach London im Auswärtigen Amte vorsprechen; bei diesem Anlasse soll ihm, wie mir Unterstaatssekretär versichert, neuerlich eingeschärft werden, in allen Fragen im engsten Einvernehmen mit seinem österreichisch-ungarischen Kollegen vorzugehen.

Szögyény.

[a]) Mit Tel. Nr. 218, 23. Dez. 1912 (chiffr. 11 U. p. m.) wurde n. 5048 nach Berlin mitgeteilt. — [b]) Mit Tel. Nr. 219, 23. Dez. 1912 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.) wurde n. 5047 nach Berlin mitgeteilt.

Nr. 5067. Bericht des Legationsrates Franz Freiherrn von Haymerle aus Bukarest, 26. Dez. 1912 Nr. 78 A (eing. 30. Dez.).[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. Wie Seine Exzellenz der Herr Chef des k. u. k. Generalstabes Freiherr Conrad von Hötzendorf Euer Exzellenz jedenfalls nach seinem hiesigen Aufenthalt mitgeteilt hat, hat Seine Majestät König Karl erklärt, daß Höchstderselbe es während der jetzigen Balkanconflagration als nicht richtig und seinen eigensten Gefühlen widersprechend ansehen würde, wenn Rumänien sich offiziell auf die Seite Bulgariens und gegen die Türkei stellen würde. Wie aus den dem hiesigen Herrn k. u. k. Militärattaché anläßlich einer demselben vorgestern gewährten Audienz gegenüber gemachten Äußerungen Seiner Majestät zu schließen ist, habe Höchstderselbe Seine Ansicht über die von Rumänien den Balkanstaaten gegenüber einzunehmende Stellungnahme mittlerweile geändert und unserem

Standpunkt mehr genähert. Seine Majestät erklärte nämlich, daß für den Fall, als die Verhandlungen mit Bulgarien in dem von Rumänien gewünschten Sinne jetzt in London zum Abschluß kämen (vide mein Telegramm vom 24.),[b] Er nicht abgeneigt wäre, bei einem neuerlichen Beginn der Feindseligkeiten zuerst einen diplomatischen und wenn dies erfolglos, einen militärischen Druck (durch Mobilisierung der rumänischen Armee) auf die Türkei auszuüben, damit sie den Frieden mit Bulgarien schließe. Denn Rumänien vertrage in finanzieller Hinsicht nicht mehr länger die kriegerischen Balkanwirren und Er glaube, daß Er durch derartige Maßnahmen den Frieden am Balkan erzwingen werde, wobei Er sich dann auch noch Bulgarien zum Danke verpflichtet hätte. An ein eigentliches offensives Vorgehen denke Er aber nicht, setzte Seine Majestät hinzu. Obgleich Seine Majestät weiß, daß Er sich durch eine solche Stellungnahme gegen die Türkei und mit Bulgarien im Gegensatze zu der derzeitigen ziemlich offen zum Ausdruck kommenden Volksstimmung, die gerade eine Aktion gegen die Bulgaren wünscht, setzen würde, so ist Höchstderselbe doch überzeugt, daß durch dieselbe der Frieden am schnellsten zu Stande kommen wird. Wie ich vorgestern mir telegraphisch[b] zu melden die Ehre nahm, soll nun der neue rumänische Gesandte in London mit Herrn Danew die von Rumänien gewünschten sogenannten Grenzregulierungen auf Grund dieses Planes definitiv abschließen, noch ehe durch eine eventuelle doch noch im friedlichen Sinne ausfallende Verständigung Bulgariens mit der Türkei der rumänischen Regierung dieses Atout aus der Hand genommen wird. Wie große Stücke die hiesige Regierung auf dieses Pressionsmittel hält, kann aus der beim gestrigen Diplomatenempfang vom Herrn Minister des Äußern einem hier accreditirten Missionschef gegenüber gemachten Bemerkung geschlossen werden: „Ich kann Ihnen nur das Eine sagen, unsere Chancen stehen momentan ausgezeichnet.“ Haymerle.

[a] Vgl. n. 5119. — [b] Nr. 107. Vgl. n. 5050.

Nr. 5068. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 26. Dez. 1912 Nr. 719 (eing. 10 U. p. m.).[a] Entziff.

Telegramm von gestern Nr. 718. Minister des Äußern sagte mir, daß der Ministerrat hinsichtlich der auf die Propositionen der Alliierten zu erteilenden Antwort noch nicht schlüssig geworden ist. Der hier eingetroffene bulgarische Abgesandte sei nicht General Savow, sondern ein gewisser Hadji Caltchef, dessen Ankunft auch eine Zeitung meldet. Letzterer habe keine Vollmacht der bulgarischen Regierung und habe mit ihm (dem Minister) nur ganz kurz, mit dem Großvezir aber des längeren konferiert. Ich hoffe, heute von letzterem Näheres zu erfahren. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 5069, 5096, 5134.

Nr. 5069. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 26. Dez. 1912 Nr. 720 (eing. 27. Dez. 12 U. 10 M. p. m.).[a] Entziff.

Zu meinem heutigen Telegramme Nr. 719. Von mir über seine Besprechung mit dem bulgarischen Abgesandten befragt, beschränkte sich

Großvezier auf ausweichende Antwort, derselbe habe keine eigentliche Mission gehabt und dergleichen. Er sagte mir, die Instruktionen für die Delegierten in London seien fertiggestellt und zwar im Sinne, Adrianopel nicht aufzugeben. Bei Weigerung der Alliierten könne die Türkei den Krieg in der Defensive beliebig lange fortsetzen; die Tschataldjastellung sei uneinnehmbar. Zwar wiederholte er auch den Gedanken (mein Telegramm Nr. 713 vom 20. d. Mts.), die Frage von Adrianopel der Botschafterréunion und ihren Ratschlag einem Kronrate zu unterbreiten; doch trugen seine Äußerungen ein eher intransigentes Gepräge. Vorstehendes scheint mir weder in positiver noch in negativer Beziehung einen Schluß auf die Richtigkeit folgender streng vertraulicher Meldung eines bisher verläßlichen Konfidenten zu gestatten: Zwischen Kiamil Pascha und dem bulgarischen Abgesandten seien die Abmachungen getroffen worden, daß Adrianopel unbefestigt der Türkei verbleibe, wogegen Letztere 18 Millionen Pfund Kriegsentschädigung zahle. Bulgarien werde bei den Friedensverhandlungen dahin wirken, daß die Inseln ein autonomer Körper unter türkischer Souveränität werden, ebenso Salonik, für welchen Hafen Bulgarien die gleichen Rechte erhalte, wie Serbien für ein wirtschaftliches Debouché an die Adria.

Pallavicini.

a) Vgl. n. 5096, 5120, 5134.

Nr. 5070. Tel. aus London, 26. Dez. 1912 Nr. 159 (eing. 10 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 128 vom 25. d. Mts. Heute und gestern niemand im Foreign Office. Ich habe mit italienischem Botschafter gesprochen. Mißverständnis liegt darin, daß Sir E. Grey und, wie es scheint, auch die Kollegen die Autorisation zur Mitteilung an den serbischen Geschäftsträger so verstanden hatten, daß die von uns bei der ersten Sitzung verabredeten Formeln (mein Telegramm Nr. 140 vom 17. d. Mts.) „Autonomie albanaise garantie et contrôlée exclusivement par les six Puissances sous la souveraineté ou suzeraineté du Sultan", sowie „accès commercial réservé à la Serbie par un port libre et neutre etc." dem serbischen Vertreter mitgeteilt werden sollten. Marquis Imperiali ist darüber so positiv — meint auch, sonst hätte Russland überhaupt nicht zugestimmt — und er selbst habe ausdrücklich den Wortlaut der Formeln in seinem Telegramme an Marquis San Giuliano wiederholt und von ihm die Ermächtigung erhalten, tel quel zuzustimmen, daß ich annehmen muß, mich treffe das Verschulden, die Sache Euer Exzellenz nicht richtig oder unvollständig dargestellt zu haben. Der Nachteil unserer Konferenzen ohne Protokoll ist der, daß solche Mißverständnisse möglich sind und werde ich in Zukunft alles irgendwie Wichtige zu Papier bringen und vorlesen. Ich habe mich autorisiert erklärt, dem Communiqué zuzustimmen „qu'on a décidé en principe l'autonomie de l'Albanie et l'accès commercial de la Serbie à l'Adriatique," sowie der Mitteilung an den serbischen Geschäftsträger, die ich als gleichlautend mit dem Communiqué ansah. Mein italienischer Kollege ist aber so sicher, daß es im Sinne der Mitteilung eingangserwähnter Formeln verstanden wurde, und meinte, Sir E. Grey, der bei der letzten Sitzung die

Formeln rekapitulierte, die wir bei der ersten verfaßten, habe es auch so aufgefaßt, daß ein unfreiwilliges und ...[b] unglückliches Verschulden meinerseits dadurch vorliege, daß ich diese Divergenz unserer Auffassungen nicht rechtzeitig erkannte und richtigstellte. Wenn Hochdieselben die Klarstellung dieses bedauerlichen Mißverständnisses für geboten erachten, so bitte ich, jedenfalls meine Person nicht zu schonen und mich anzuweisen, Sir E. Grey, der Sonntag zurückkehrt, eine entsprechende Erklärung zu machen, wobei ich natürlich die Schuld für das Mißverständnis auf meine Person nehmen würde. Ich sende Euer Exzellenz heute Privatbrief[c] durch Depeschenkasten. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 5079, 5098 Anm. a, 5105 Anm. c, 7154. — [b] Chiffre verstümmelt. — [c] Liegt nicht bei den Akten.

Nr. 5071. Tel. aus Rom, 26. Dez. 1912 Nr. 269 (eing. 10 U. p. m.).[a] Entziff.

Ich habe dem Minister des Äußern auftragsgemäß den Inhalt des in beiden hohen Telegrammen Nr. 297[b] vom 23. d. M. und Nr. 298[c] gleichen Datums reproduzierten Telegrammes an den k. und k. Botschafter in St. Petersburg mitgeteilt. Mit der Bemerkung Euer Exzellenz zu dem russischen Vorschlage bezüglich des Zutrittes Serbiens an die Adria erklärte sich Marquis San Giuliano einverstanden. Hinsichtlich Skutaris erwähnte er nur, er stehe im Prinzipe auf unserem Standpunkte und die Nachrichten der letzten Tage ließen ihn hoffen, daß sich in dieser Frage ein Ausweg in Form anderweitiger Entschädigung Montenegros finden lassen werde. Mérey.

[a] Vgl. n. 5095 Anm. a, 5105 Anm. b. — [b] Mit Tel. Nr. 297, 23. Dez. 1912 (chiffr. 11 U. p. m.) wurde n. 5048 nach Rom mitgeteilt. — c) Irrtümlich statt 301. Mit Tel. Nr. 301 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.) wurde n. 5047 nach Rom mitgeteilt.

Nr. 5072. Tel. aus Rom, 26. Dez. 1912 Nr. 270 (eing. 27. Dez. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Auf Grund der Telegramme Euer Exzellenz vom 21. d. M., Nr. 288[b] und vom 23. d. M. Nr. 298 und 302[b] sowie des Erlasses vom 21. v. M. Nr. 6030[b] habe ich mit dem Minister des Äußern vereinbart, daß unsere Botschafter in London hinsichtlich der Begrenzung Albaniens sich so zu sagen über ein Maximal- und ein Minimalprogramm zu verständigen und dasselbe dann zu vertreten hätten. Für ersteres wäre die bisher von Grafen Mensdorff benützte, für letzteres die dem Erlasse Nr. 5877[c] vom 14. d. M. beigeschlossene Karte maßgebend. Mérey.

[a] Vgl. n. 5084. — [b] Beziehen sich auf Details der Südgrenze Albaniens (Wünsche der Tosken) und wurden nicht aufgenommen. — [c] Vgl. n. 5034 Anm. b.

Nr. 5073. Tel. aus Rom, 26. Dez. 1912 Nr. 271 (eing. 27. Dez. 9 U. a. m.). Entziff.

In etwas gereiztem Tone und unter Vorweisung der betreffenden telegraphischen Korrespondenz sprach mir gestern Minister des Äußern

von einem bisher unaufgeklärten Mißverständnisse zwischen Wien und Rom bezüglich der Mitteilung Sir E. Greys an den serbischen Geschäftsträger über vorläufige Ergebnisse der Botschafterreunion. In einem Telegramme vom 21. d. M. meldete Herzog von Avarna, Euer Exzellenz hätten ihm mitgeteilt, Graf Mensdorff sei ermächtigt worden, der fraglichen Verständigung des serbischen Geschäftsträgers zuzustimmen. Dies wurde von hier aus Marquis Imperiali bekanntgegeben, da derselbe am 19. d. M. Auftrag erhalten hatte, seine Zustimmung von jener seines österreichisch-ungarischen und deutschen Kollegen abhängig zu machen. Am 24. d. M. telegraphierte italienischer Botschafter in Wien, Euer Exzellenz hätten Bedenken bezüglich der Mitteilung Sir E. Greys an den serbischen Geschäftsträger geäußert. Marquis San Giuliano bemerkte hiezu, nach dem Telegramme des Herzogs von Avarna vom 21. d. M. hätten Euer Exzellenz die Zustimmung erteilt, ohne welche übrigens Sir E. Grey die fragliche Mitteilung gewiß nicht gemacht hätte. Ich erwiderte, nach einem Telegramme aus Wien (hohes Telegramm Nr. 303 vom 24. d. M.) müßte ich annehmen, daß Graf Mensdorff die Autoritation zur Zustimmung nicht erhalten habe und daß somit die Meldung des Herzogs von Avarna vom 21. d. M. auf einem Irrtum beruhe. Mérey.

Nr. 5074. Tel. aus Rom, 26. Dez. 1912 Nr. 272 (eing. 27. Dez. 9 U. a. m.). Entziff.

Auf Grund des hohen Telegrammes Nr. 300 vom 23. d. M. habe ich mit dem Minister des Äußern vereinbart, daß in dem Text unserer Propositionen hinsichtlich der Organisation Albaniens (mein Telegramm Nr. 261 vom 22. d. M.) der zweite, von den Verfügungen und Kapitulationen handelnde Teil des dritten Alineas (von „par conséquent" bis „en Albanie") zu entfallen hätte. Marquis di San Giuliano las mir ein Telegramm des italienischen Botschafters in London vor, worin derselbe folgende Bemerkungen macht: Erstens die Unabhängigkeit Albaniens könne nicht mehr proponiert werden, da die Botschafter — und später die Regierungen — schon die Autonomie angenommen haben; zweitens worauf sich eigentlich die Kontrolle der Großmächte zu erstrecken habe; drittens daß die erwähnten Propositionen keine Andeutung über eine bewaffnete Macht enthielten. Ich bemerke ad 1, daß immerhin noch ein Versuch gemacht werden könnte, doch die Unabhängigkeit zu erreichen, ad 2, daß die Großmächte die Neutralität ganz Albaniens sowie die freie und für alle Mächte einschließlich Serbiens gleichmäßige Benützung der Transversalbahn und des betreffenden Hafens zu garantieren hätten, ad 3, daß man zunächst wohl nur eine aus ausländischen — eventuell rumänischen — Elementen gebildete Gendarmerie aufstellen werde. Mérey.

Nr. 5075. Tel. aus St. Petersburg, 26. Dez. 1912 Nr. 274 (eing. 27. Dez. 10 U. 15 M. a. m.).[a] Entziff.

Herr Sazonow ließ mich heute zu sich bitten und las mir das Telegramm Herrn von Giers vor, in welchem dieser über seine letzte Unterredung mit

Euer Exzellenz berichtet. Nachdem Sazonow sich gegen die Argumente gewendet hatte, die Euer Exzellenz als Grund unserer militärischen Maßregeln an der Nordgrenze angegeben hätten (Gerüchte über aggressive Intentionen Rußlands insbesondere gegen Galizien), sagte er, er könne die Beweggründe nicht verstehen, die uns jetzt zur Aufrechterhaltung dieser Rüstungen veranlassen. Der Hinweis auf die noch nicht völlig geklärte Haltung Serbiens in den weiteren Verhandlungen sei ihm unverständlich, da dieses ja sowohl in der Konsularaffaire als in der Hafenfrage bereits vollständig nachgegeben habe. Was aber die auf der Botschafterreunion verhandelten Fragen anbelange, so seien die Balkanstaaten aus denselben vollkommen ausgeschaltet, zumal sie erklärt hätten, sich diesbezüglich der Entscheidung der Großmächte zu fügen. Wenn wir daher unter dem Hinweis auf noch im Zuge befindliche Botschafterbesprechungen die Zurücknahme unserer außerordentlichen militärischen Vorsichtsmaßregeln für verfrüht erklärten, so müsse dies den Eindruck machen, als ob die Monarchie mit umgegürtetem Schwerte auf dieser Reunion erscheinen wolle, bereit, dasselbe in die Wagschale zu werfen, sobald irgend welcher ihrer Wünsche auf Schwierigkeiten stoßt. Eine solche Attitude sei aber einem gedeihlichen Fortschreiten der Londoner Verhandlungen, wo doch allseits die freundschaftlichste Konzilianz mitgebracht worden sei, gewiß nicht förderlich. Herr Sazonow gab mir die bestimmte Versicherung, daß, wenn unserseits auch nur der Beginn einer allmählichen Abrüstung an der russischen Grenze wahrnehmbar sei, der zurückbehaltene russische Jahrgang am gesetzlichen Termin (31. Dezember a. St.) entlassen werden würde; daß dies aber andernfalls unmöglich wäre und er im Gegenteile nicht dafür gutstehen könne, daß dann nicht noch weitere russische Vorsichtsmaßregeln getroffen werden würden, zumal unsere Rüstungen unmöglich mehr wie bisher im Lichte reiner Defensivmaßregeln betrachtet werden könnten. Minister kam dann auf unsere Haltung in der Frage der albanesischen Grenzen zu sprechen und sagte, daß die von Graf Mensdorff präsentierte Karte, nach der sogar Prisren zu Albanien fallen würde, für die russische Regierung absolut unannehmbar sei. Er, Herr Sazonow, sei von Anfang an bemüht gewesen, sich auch in unsere Lage hineinzudenken, und habe daher dort, wo er erkannt, daß wir wirklich wichtige Interessen haben, nämlich bezüglich der Küsten der Adria, das weitestgehende Entgegenkommen gezeigt, indem er trotz der Angriffe, die ihm dies eingetragen habe, für die blos wirtschaftliche Zulassung Serbiens und die Schaffung eines autonomen Albaniens eingetreten sei und auch durch konsequente Einwirkung auf Serbien wesentlich dazu beigetragen habe, daß dieses seinen intransigenten Standpunkt aufgegeben habe und sich jetzt mit der Monarchie zu vertragen versuche. In der Forderung nach einer zu weit in das Innere vorgeschobenen Abgrenzung Albaniens könne er aber ein Lebensinteresse der Monarchie nicht erblicken und hoffe daher, daß nun die Monarchie ihrerseits eine konziliante Haltung einnehmen werde, um die friedliche und einverständliche Lösung all dieser schwierigen Fragen zu ermöglichen. Herr Minister ließ durchblicken, daß seiner Meinung nach für die auch von ihm sehnlichst gewünschte weitere Ausgestaltung unserer zukünftigen Beziehungen es von der größten

Wichtigkeit wäre, aus der gegenwärtigen Krise ohne gegenseitige Bitterkeit herauszukommen, wozu bisher noch alle Voraussetzungen vorhanden seien.
Thurn.

[a]) Vgl. n. 5057, 5088, 5111, 5146, 5168, 5194 Anm. b.

Nr. 5076. Tel. aus Sofia, 26. Dez. 1912 Nr. 482 (eing. 27. Dez. 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Gesandter Herr Stanciow, der mit König aus Salonik zurückgekehrt, besuchte mich soeben. Er sagte, daß seit vorgestern Hoffnung vorhanden, daß Türkei, wohl dank der Ratschläge der Botschafter, auf Adrianopel verzichte und daß Krieg nicht mehr fortgesetzt werde. Wir sprachen von Rumänien und in Erwartung, daß, was ich sage, König referiert wird, bin ich auf Frage näher eingegangen, wobei ich auch hervorhob, daß Absicht Abtretung nur unbewohnter Landstücke wenig konziliant. Herr Stanciow bestätigt, daß Regierung weder Stadt noch Dorf abtreten wolle, ob dies letztes Wort, wisse er nicht. Ich erkundigte mich nach Auffassung Königs und erhielt Antwort, daß Seine Majestät sich in merito noch nicht geäußert, sondern auf Beginn der Konferenz Herrn Danews mit Herrn Mişu warte. König Ferdinand interessiert sich für Frage sehr, er selbst hätte Reise Danews nach Bukarest gewünscht und findet Entsendung Mişus, der mit Danew befreundet und Bulgarien gut kenne, glücklich. Über Salonik sagte Herr Stanciow meist Bekanntes; meinte, griechischerseits habe man König Ferdinand dort als Gast empfangen wollen, es sei unüberlegt, daß sich griechischer Hof in Salonik dauernd etabliere, Großmächte schienen sich für Frage zu desinteressieren. Bis Friede mit Türkei geschlossen, würde sich Bulgarien direkt mit Griechenland auseinandersetzen. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 5100.

Tel. nach Berlin, 27. Dez. 1912 Nr. 220 (chiffr. 6 U. p. m.). Siehe n. 5085.

Nr. 5077. Tel. nach Berlin, 27. Dez. 1912 Nr. 221 (chiffr. 8 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

Zu den in meinem Telegramm Nr. 206[b]) vom 19. d. M. aufgezählten Gründen, welche mich veranlassen, auf der Einverleibung Skutaris in Albanien zu bestehen, kommt noch folgende Erwägung: Der Besitz von Skutari hängt aus wirtschaftlichen und ethnographischen Gründen mit jenem des Küstenstriches von San Giovanni di Medua aufs engste zusammen. Käme dieses Gebiet an Montenegro, so bestünde kein Hindernis dagegen, daß die stets in Geldnöten befindliche Cetinjeer Regierung gegen eine materielle Entschädigung jenen Küstenpunkt samt einem Korridor an Serbien abtrete. Hiedurch hätte letzteres seine Forderung nach einem territorialen Ausgange zur Adria gegen den Willen Europas durchgesetzt und wäre es, falls sich diese Transaktion in einigen Jahren im vollsten Frieden vollzöge, weit schwieriger, ihr dann entgegenzutreten, als jetzt, ihr a priori vorzubeugen. Vorstehendes zur Regelung Ihrer Sprache gegenüber Herrn von Kiderlen.
Berchtold.

[a]) Vgl. n. 5105. — [b]) Vgl. n. 5024 Anm. d.

Tel. nach Berlin, 27. Dez. 1912 Nr. 226 (chiffr. 28. Dez. 12 U. 10 M. a. m.). Siehe n. 5087.

Tel. nach Berlin, 27. Dez. 1912 Nr. 227 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 5084.

Tel. nach Bukarest, 27. Dez. 1912 Nr. 104 (chiffr. 28. Dez. 12 U. 10 M. a. m.). Siehe n. 5087.

Nr. 5078. Tel. des Legationsrates Franz Freiherrn von Haymerle aus Bukarest, 27. Dez. 1912 Nr. 108 (eing. 5 U. p. m.).[a] Entziff.

Geheim. Deutscher Gesandter überreichte gestern abends Seiner Majestät König Carol Allerhöchstes Privatschreiben seines Souveräns, hinzufügend, dass der italienische Gesandte in fünf oder sechs Tagen dasjenige seines Königs[b] und darauf in ungefähr gleichem Zeitraume der k. u. k. Gesandte desgleichen vorgehen würde. Seine Majestät nahm Handschreiben sowie Mitteilung dankend entgegen, betonte aber dabei wiederum, dass Überreichung der Allerhöchsten Handschreiben absolut geheim bleiben müsse. Haymerle.

[a] Vgl. n. 5025, 5026. — [b] So!

Tel. nach London, 27. Dez. 1912 Nr. 129 (chiffr. 6 U. p. m.). Siehe n. 5085.

Tel. nach London, 27. Dez. 1912 Nr. 134 (chiffr. 28. Dez. 12 U. 10 M. a. m.). Siehe n. 5087.

Tel. nach London, 27. Dez. 1912 Nr. 135 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 5084.

Nr. 5079. Tel. nach London, 27. Dez. 1912 Nr. 136 (chiffr. 28. Dez. 12 U. 50 M. a. m.).[a] Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 159 vom 26. d. M. Ich ermächtige Euer Exzellenz, Sir Edward Grey gegenüber das unterlaufene Mißverständnis in der Hochdenselben geeignet erscheinenden Weise aufzuklären. Berchtold.

[a] Vgl. n. 5097, 5098 Anm. a, 5105 Anm. c.

Nr. 5080. Tel. aus London, 27. Dez. 1912 Nr. 162 (eing. 28. Dez. 10 U. a. m.).[a] Entziff.

Vertraulich. Herr Danew besuchte mich heute wieder. Er sprach von Hartnäckigkeit der Türken und sagte mir, daß, trotzdem Euer Exzellenz in Konstantinopel zur Verständigung mit Bulgarien raten, was ich bestätigte, die Türkei noch immer „auf Österreich-Ungarn rechne". Er schien zu besorgen, daß Hilmi Paschas Berichte vielleicht in diesem Sinne schädlich wirken. Herr Danew sagte mir, er habe wieder privat mit Osman Nizami Pascha konferiert und diesem klargelegt, wenn Bulgarien Adrianopel jetzt

nicht erhielte, würde in fünf Jahren die Macht, welche die Durchfahrt der Dardanellen haben will, Adrianopel als Preis für Allianz mit Bulgarien anbieten. Herr Danew wünscht Verständigung und folgendes gutes Einvernehmen mit der Türkei. Er scheint bereit, um die religiöse Empfindlichkeit der Türkei zu schonen, die Moschee in Adrianopel, eventuell sogar mit kleinerem Stadtgebiet herum, dem Sultan zu schenken als ein neutrales Gebiet. Herr Danew gab mir vertraulich zu, daß die bulgarische Forderung einer Grenzlinie, welche es an das Marmarameer brächte, nur zum Zwecke des Schacherns bei Verhandlungen aufgenommen wurde. Er glaubt, daß Türkei ohne bisherige europäische Besitzungen in Zukunft lebensfähig sein und sich reorganisieren kann. In Kleinasien gibt es keine Bulgaren, so daß kein Interessengegensatz zwischen beiden Staaten bestehen wird. Wenn baldige Verständigung erzielt wird, könne Bulgarien sich der Türkei in anderen Fragen, wie zum Beispiel der Inseln, nützlich erweisen. Er bittet Euer Exzellenz, Hochderen Einfluß in Konstantinopel auch weiter im Sinne rascher Verständigung mit Bulgarien auszuüben. „Wenn wir mit der Türkei Frieden geschlossen haben, können sich auch Gelegenheiten ergeben, wo wir uns Österreich-Ungarn gefällig erweisen können. Bis dahin sind wir mit unseren Alliierten ein Block." Auf meine Frage bezüglich der Verhandlungen mit Rumänien sagte mir Herr Danew, der neue rumänische Gesandte sei auf einen Tag hier gewesen, jedoch wieder abgereist. Sobald er zurückkehrt, würde er mit ihm, der sein persönlicher Freund ist, eingehende Besprechungen haben. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 5136.

Nr. 5081. Tel. aus London, 27. Dez. 1912 Nr. 163 (eing. 28. Dez. 10 U. a. m.). Entziff.

Herr Danew sagte mir heute die Formel betreffs Albanien in den Friedensverhandlungen werde lauten: „Dans les territoires cèdés se trouve l'Albanie dont le statut politique et les limites seront déterminés ultérieurement." Auf meine Frage, warum letzteres Wort statt dem früheren Ausdruck „par les Grandes Puissances" gewählt wurde, meinte er, die Alliierten hätten nicht mit den Großmächten zu verhandeln. Man habe noch ganz andere Stilisierungen vorgeschlagen, er habe aber auf vorstehender bestanden. Über Albanien überhaupt sprach er sich für ein lebensfähiges, nicht zu kleines aus, meinte, irgendein Suzeränitätsrecht des Sultans scheine ihm günstig, während er eine Garantie der Autonomie durch die Mächte nicht praktisch findet. Er sprach von dem lebhaften Wunsche Montenegros nach Skutari, die dortige Ebene sei das einzige fruchtbare Gebiet, das Montenegro überhaupt anstreben könne, um sich von seiner jetzigen Armut zu befreien. Meiner Gegenbemerkung, daß ich höre, dortige Bevölkerung wünsche durchaus nicht, in Montenegro inkorporiert zu werden, widersprach er nicht, plaidierte aber dafür, daß es wichtig für uns sei, Montenegro an uns zu ziehen. Verhältnis zwischen Montenegro und Serbien sei so schlecht als möglich. Herr Danew sagte mir, er habe Montenegrinern stets geraten, sich mit Monarchie besser zu stellen; auch daß sie im Wege eines Kom-

promisses uns die Höhe von Krstac abtreten und dafür etwas erwerben sollten, das von praktischem Werte für sie sei. Er habe sie aber bis jetzt in diesem Punkte hartnäckig gefunden. Mensdorff.

Nr. 5082. Tel. aus London, 27. Dez. 1912 Nr. 164 (eing. 28. Dez. 9 U. 30 M. a. m.). Entziff.

Unter Bezugnahme auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 112[a]) vom 20. d. Mts., womit Hochdieselben mir Instruktionen an Herrn von Mérey mitteilen. Mein italienischer Kollege war heute bei mir und sagte mir, er habe auf Anfrage von Marquis San Giuliano als seine Ansicht bezüglich der Gestaltung des künftigen Albaniens ungefähr folgendes präzisiert: „Suzeraineté purement nominale du Sultan. Aucun lien avec la Turquie. Neutralisation du pays sous garantie des Puissances." Marquis Imperiali a télégraphié à son chef qu'il a l'impression que dans notre discussion sur le contrôle européen Monsieur Cambon et le Comte Benckendorff avaient mentionné un contrôle dans le genre de la surveillance qui existait en Macédoine pour gendarmerie et finances. Diese Diskussion war ganz akademisch und ziemlich unklar, aber das Präzedens von Mazedonien ist allerdings zitiert worden. Bezüglich der russischen Anregung der Beibehaltung einer limitierten Anzahl türkischer Truppen habe ich meinem italienischen Kollegen dringend nahegelegt, daß wir darauf überhaupt nicht zurückkommen sollten und sie als erledigt ansehen, außer Graf Benckendorff brächte sie wieder vor. Marquis Imperiali stimmt darin mit mir überein. Wie ich Euer Exzellenz bereits gemeldet, war auch Sir E. Grey durchaus nicht für die Beibehaltung einer auch noch so limitierten Anzahl türkischer Truppen.

Mensdorff.

[a]) Mit Tel. Nr. 112, 19. Dez. 1912 (chiffr. 20. Dez. 1 U. 20 M. a. m.) wurde n. 4982 nach London mitgeteilt.

Tel. nach Paris, 27. Dez. 1912 Nr. 146 (chiffr. 6 U. p. m.). Siehe n. 5085.

Nr. 5083. Tel. nach Paris, 27. Dez. 1912 Nr. 147 (chiffr. 5 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport; V. und G. Berchtold).

Graf Mensdorff, welchem ich den Inhalt des an Euer Exzellenz gerichteten Telegrammes Nr. 141 vom 23. d. mit dem Auftrage mitgetheilt hatte, Sir Edward Grey von dieser Weisung und unserm darin präcisirten Standpunkte Kenntnis zu geben, telegrafirt unterm 24. d. wie folgt: ... *wie n. 5054 „in Abwesenheit" bis zum Schluß.* ... Mit Rücksicht hierauf und auf eine analoge Mittheilung nach Berlin kann ich den in Euer Exzellenz Telegramm Nr. 177[b]) vom 24. d. geäußerten Bedenken nur insoweit Rechnung tragen, als ich Hochdieselben ermächtige, die aufgetragene Démarche bei Herrn Poincaré in der Weise auszuführen, daß er nicht den Eindruck gewinne, als ob wir seine Rede zum Vorwande nähmen, um die Londoner Berathungen zu sprengen. Der Herr Ministerpräsident dürfte aber nicht im Zweifel darüber gelassen werden, daß es uns sehr ernstlich um die Geheimhaltung der Antragstellungen der Botschafter zu thun ist, und wir daher nicht weiter an der Reunion theilnehmen könnten, falls — was wir

nicht hoffen wollen — in der Zukunft diese Geheimhaltung neuerdings durch ohne unsere Zustimmung erfolgte Mittheilungen an die Öffentlichkeit oder außenstehende Mächte compromittirt werden sollte. Berchtold.

a) Vgl. n. 5098. — b) Mit Nr. 177, Paris, 24. Dez. 1912 (eing. 9 U. p. m.) antwortete Graf Szécsen auf n. 5042: „Bevor ich Herrn Poincaré Bemerkung Euer Exzellenz mitteile, möchte ich darauf aufmerksam machen, daß Drohung mit unserem eventuellen Rücktritt von Londoner Beratungen wahrscheinlich dahin interpretiert werden dürfte, daß wir einen Vorwand suchen, um Beratungen zu sprengen, was leider bestehendes Mißtrauen gegen unsere Politik verstärken und sicher gegen uns ausgebeutet werden würde. Ich bitte um telegraphische Antwort, ob ich trotzdem unseren eventuellen Austritt erwähnen soll."

Tel. nach Paris, 27. Dez. 1912 Nr. 152 (chiffr. 28. Dez. 12 U. 10 M. a. m.). Siehe n. 5087.

Tel. nach Rom, 27. Dez. 1912 Nr. 306 (chiffr. 6 U. p. m.). Siehe n. 5085.

Tel. nach Rom, 27. Dez. 1912 Nr. 312 (chiffr. 28. Dez. 12 U. 10 M. a. m.). Siehe n. 5087.

Nr. 5084. Tel. nach Rom Nr. 313 (1), London Nr. 135 (2) und Berlin Nr. 227 (3), 27. Dez. 1912 (chiffr. 11 U. p. m.).a) Konz. (S. Hohenlohe; G. Berchtold).

1. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 270 vom 26. d. M. Ich stimme der von Euer Exzellenz und Marquis di San Giuliano getroffenen Vereinbarung vollkommen zu.

2. Herr von Mérey telegrafiert unterm 26. d. M., er habe ... *wie n. 5072 von „mit dem Minister" bis Schluß* ... Ich habe Herrn von Mérey geantwortet, daß ich dieser Vereinbarung vollkommen zustimme.

3. Herr von Mérey telegrafiert unterm 26. d. M., er habe ... *wie n. 5072 von „mit dem Minister" bis „zu vertreten hätten"* ... Ich habe Herrn von Mérey geantwortet, daß ich dieser Vereinbarung vollkommen zustimme. Ich ersuche Eure Exzellenz, sich bei der kaiserlichen Regierung dahin verwenden zu wollen, daß Fürst Lichnowski in der Frage der Abgrenzung Albaniens die Bemühungen seines österr.-ungar. und italienischen Kollegen unterstütze. Berchtold.

a) Vgl. n. 5094.

Nr. 5085. Tel. nach St. Petersburg Nr. 212 (1), Berlin Nr. 220 (2), Rom Nr. 306 (3), London Nr. 129 (4) und Paris Nr. 146 (5), 27. Dez. 1912 (chiffr. 6 U. p. m.).a) Konz. (S. Nemes; V. u. G. Berchtold).

1. Mit Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 270 vom 23. l. M. Wenn man russischerseits von der Voraussetzung ausgeht, daß in der Hafenfrage an einem Nachgeben Serbiens nicht mehr gezweifelt werden kann, und daran die Folgerung knüpft, daß die Aufrechterhaltung der unsererseits getroffenen militärischen Maßnahmen nicht mehr motiviert sei, so muß dem entgegengehalten werden, daß eine wirkliche détente erst dann möglich sein wird, wenn die Londoner Beratungen zu einem Endergebnisse geführt

haben werden und seitens der Balkanstaaten die Consequenzen hieraus durch Zurückziehung der Truppen aus Albanien gezogen sein werden. Bedauerlicherweise scheint aber serbischerseits der gute Wille zu mangeln, die Enunciation Europas hinsichtlich Albaniens und der Hafenfrage zu respektiren, da — wie ich aus sicherer Quelle erfahre — gerade in den letzten Tagen in Durazzo, Krouja und Tirana die dortige Bevölkerung unter Androhung der Ausweisung zur Unterfertigung eines Schriftstückes in serbischer Sprache gezwungen wurde, welches das Ansuchen um die ständige serbische Okkupation enthält. Auch haben serbische Militärs in Durazzo offen erklärt, daß sie diesen Hafen nicht räumen und dort selbst gegen den königlichen Befehl bleiben werden. Es ist immerhin möglich, daß diese Fakten einem unüberlegten, vielleicht den Charakter einer Fronde gegen die Belgrader Regierung tragenden Vorgehen der serbischen Armeekreise zuzuschreiben sind, gleichwohl sind derartige Handlungen geeignet, die von uns und ganz Europa herbeigesehnte détente zu verzögern. Vorstehendes zur Regelung Ihrer Sprache Herrn Sazonow gegenüber.

2.—5. Ich telegraphiere unter einem an Grafen Thurn wie folgt: „(Inseratur aus Telegramm ad 1 von: „Wenn man russischerseits" bis zum Schlusse)". Vorstehendes zu Euer Excellenz vertraulicher Information und

2. Mitteilung an den Herrn Staatssekretär.

3. Mitteilung an Marquis die San Giuliano.

4.—5. Regelung ihrer Sprache. Berchtold.

a) Vgl. n. 5099, 5111, 5144.

Nr. 5086. Tel. nach St. Petersburg. 27. Dez. 1912 Nr. 215 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.).a) Konz. (S. Nemes; V. und G. Berchtold).

Im Nachhange zu meinem Telegramme Nr. 211 vom 24. l. M. Auf sein Gespräch mit mir zurückkommend hat Herr von Giers hier bemerkt, er hoffe, Herr Sazonow würde einer meiner Bemerkungen, die er ihm telegraphisch genauestens wiedergegeben habe, große Bedeutung zumessen, und schiene es ihm, dem Botschafter, wünschenswert, daß auch Euer Exzellenz über dieselbe informiert seien. Bezüglich der allseits erhofften baldigen allgemeinen Entspannung hatte ich zu Herrn von Giers bemerkt, daß ich das Gefühl habe, es könnte in acht oder vierzehn Tagen eine derartige Klärung der Verhältnisse eintreten, welche es erlauben würde, daß dann der Frage der Zurücknahme der getroffenen militärischen Maßnahmen näher getreten werde. Diese meine optimistische Auffassung ist auf die Voraussetzung basiert, daß die schwebenden Verhandlungen zu einem baldigen Abschlusse gelangen und die in Frage kommenden Balkanstaaten die Konsequenzen aus dem einmütigen Willensausdrucke der Mächte ziehen werden und daß der zwischen Wien und St. Petersburg eingeleitete Gedankenaustausch einen raschen Verlauf der Botschafterberatungen ermöglichen werde. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information und allfälliger Regelung Ihrer Sprache Herrn Sazonow gegenüber. Berchtold.

a) Vgl. n. 5105 Anm. b.

Nr. 5087. Tel. nach St. Petersburg Nr. 218 (1), Berlin Nr. 226 (2), Rom Nr. 312 (3), London Nr. 134 (4), Paris Nr. 152 (5) und Bukarest Nr. 104 (6), 27. Dez. 1912 (chiffr. 28. Dez. 12 U. 10. M. a. m.).[a] Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

1. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 271 vom 24. l. Mts. Wie ich Euer Exzellenz Meldung entnehme, ist Herr Sazonow der Ansicht, daß Serbien das Recht der Einfuhr von Kriegsmaterial auf der internationalen albanesischen Bahn zu allen Zeiten, somit auch im Kriegsfalle, eingeräumt werden solle. Daß mein in diesem Belange eingenommener Standpunkt, die Durchfuhrerlaubnis von Kriegsmaterial habe auf Friedenszeiten beschränkt zu bleiben, auch von anderer Seite geteilt wird, geht aus einer Äußerung Herrn Poincarés zu Grafen Szécsen hervor. Der französische Minister hat sich nämlich bezüglich des Serbien zuzusprechenden Rechtes dahin geäußert, „daß sich dieses natürlich nur auf Friedenszeiten beziehen könne, denn Serbien würde sonst ein keinem anderen Staate zugestandenes Privileg besitzen, indem es einen Hafen hätte, durch welchen es Kriegsmaterial einführen könnte und der, weil in einem dritten, neutralen Staate gelegen, durch die eventuellen zukünftigen Gegner Serbiens nicht einmal blokiert werden könnte."[b] Vorstehendes zu Euer Exzellenz Verwertung, falls Herr Sazonow auf seinem ursprünglichen Standpunkte bestehen sollte.

2.—6. mit Bezug auf mein heutiges Telegramm Nr.

2. 222,[c]
3. 307,[c]
4. 130,[c]
5. 148,[c]
6. 102,[c]

2.—6. Ich telegrafiere unter Einem an Grafen Thurn wie folgt: „describatur 1) in extenso". Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulichen Information.

2., 3. u. 6. und Mitteilung an
2. Herrn von Kiderlen
3. Marquis di San Giuliano
6. Seine Majestät König Karol. Berchtold.

[a] Vgl. n. 5095 Anm. a, 5105, 5143. — [b] Vgl. n. 5015. — [c] Mit diesen Telegrammen wurde n. 5058 mitgeteilt.

Nr. 5088. Tagesbericht über einen Besuch des russischen Botschafters, 27. Dez. 1912.[a] Konz. (S. Schreibmaschine; V. Berchtold).

Der russische Botschafter hat am 24. d. M. bei mir vorgesprochen, um im Auftrage Herrn Sasonows der lebhaften Besorgnis Ausdruck zu geben, welche unsere „Mobilisierung," in Rußland ausgelöst habe, eine Besorgnis, die auch in der Duma zum Ausdruck gekommen und welcher gegenüber der Stand der Regierung ein äußerst schwieriger geworden sei. Der Standpunkt Österreich-Ungarns in der Balkankrise, der von allem Anfange an der gewesen sei, Serbien nicht territorial an die Adria zu lassen

und ein autonomes Albanien zu schaffen, sei nunmehr von allen Mächten akzeptiert worden. Angesichts dieses „glänzenden" diplomatischen Erfolges wirke es umso beunruhigender auf die russische öffentliche Meinung, daß die in der Monarchie getroffenen außerordentlichen militärischen Maßnahmen auch jetzt noch aufrechterhalten bleiben. Sollte darin keine Änderung eintreten, wäre Rußland gezwungen, seinerseits weitere Maßnahmen zu ergreifen. Ich habe Herrn von Giers geantwortet, daß, was die von uns an der Nordgrenze verfügten militärischen Maßnahmen betrifft, dies keineswegs eine Mobilisierung, sondern nur eine uns unerläßlich scheinende Vorsichtsmaßregel war, gegenüber der Zurückhaltung der alten Mannschaften seitens Rußlands. Ich könne übrigens ohne Befragung der militärischen Autoritäten keine positive Auskunft auch nur über die Möglichkeit einer Reducirung der Stände geben, da durch die ergriffenen Maßnahmen nichts anderes geschehen sei, als das Mißverhältnis zwischen unseren Normalständen und den russischen (bezw. deutschen) einigermaßen auszugleichen. Es schiene mir durchaus nicht ausgeschlossen, daß dies in Zukunft ständig beibehalten werde. Eine aggressive Absicht liege uns jedenfalls, wie wir schon wiederholt erklärt haben, völlig ferne. Ich könne der Ansicht Herrn Sazonows nur beipflichten, daß eine Entlassung der beiderseitigen Mannschaften zur allgemeinen Entspannung beitragen werde, doch hielte ich den Moment hiefür, wo seitens der Botschafterréunion erst einige prinzipielle Formulierungen vorliegen, schon aus dem Grunde nicht für gekommen, weil dadurch der falsche Schein erweckt werden möchte, als ob wir uns an den weiter zur Diskussion gelangenden Fragen desinteressieren würden. Dies müßte zur unausbleiblichen Folge haben, daß die Balkanstaaten und insbesondere Serbien in ihren Ambitionen wieder anspruchsvoller würden. Letzteres würde aber in weiterer Folge zu einer neuerlichen Verschärfung der Lage und vielleicht sogar zu einem Konflikte führen, den wir wie Rußland vermieden sehen wollen. Auf die Bemerkung des Herrn von Giers, daß er bedauern würde, wenn meine Antwort als eine Absage auf die russische Anfrage interpretiert werden sollte, da dann Rußland zu Gegenmaßregeln gezwungen würde, erwiderte ich, daß es eine völlige Verkennung der Lage russischerseits bedeute, wenn unseren geringfügigen militärischen Verstärkungen ein feindseliger Charakter gegenüber Rußland zugeschrieben würde. Diese Maßnahmen seien in dem noch nicht völlig geklärten Verhältnisse zu Serbien begründet und würden zum größten Teile — insoferne sie nicht auch für Normalzeiten beizubehalten wären — mit der definitiven Regelung des letzteren, was in naher Zukunft erfolgen dürfte, automatisch ein Ende nehmen. Der russische Botschafter versicherte mich, sein Möglichstes tun zu wollen, um auf Grund meiner Ausführungen tunlichst beschwichtigend zu wirken.

[a]) Vgl. n. 5057, 5075.

Nr. 5089. Tel. aus Sofia, 27. Dez. 1912 Nr. 484 (eing. 10 U. p. m.).[a]) *Entziff.*

Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 195[b]) von heute. Agence télégraphique bulgare dementiert soeben offiziell und kategorisch Nachricht Eintreffens General Savoffs in Konstantinopel mit Bemerken, daß bul-

garische Regierung niemals separate und geheime Verhandlungen mit Türkei ins Auge gefaßt habe. Anderseits fiel mir auf, daß gestern Ihre Majestät die Königin, als sie über schlechte gesundheitliche Verhältnisse bei Adrianopel klagte, zugleich Bemerkung fallen ließ, dass in 36 Stunden „wichtige Entscheidungen zu erwarten". Näheres, was damit gemeint, wollte Ihre Majestät nicht sagen. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 5102. — [b]) Mit Tel. Nr. 195, 26. Dez. 1912 (chiffr. 11 U. p. m.) wurde n. 5063 nach Sofia mitgeteilt.

Nr. 5090. Tel. nach Belgrad, 28. Dez. 1912 Nr. 136 (chiffr. 10 U. 40 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Otto; V. u. G. Macchio).

Mit Telegramm vom 21. d. M., Nr. 322, haben Euer Hochwohlgeboren gemeldet, daß Herr Pašić, als Sie ihm unser Begehren nach militärischer Ehrenbezeugung beim Hissen unserer Flagge in Prisren und Mitrovitza mittheilten, erwiderte, daß er gewillt sei „in jeder Hinsicht unseren Wünschen nachzukommen, daß er sich aber wegen der Modalitäten mit den militärischen Behörden ins Einvernehmen setzen müsse und Euer Hochwohlgeboren die Antwort zukommen lassen werde." Nachdem seither eine volle Woche verstrichen ist, wollen Euer Hochwohlgeboren den Herrn Ministerpräsidenten unter Berufung auf eine Urgenz aus Wien an sein Versprechen erinnern und ihm erklären, daß wir uns eventuell genöthigt sehen würden, unser obiges, bisher bloß mündlich formuliertes Satisfactionsbegehren, nunmehr mit allem Nachdruck officiell zu stellen. Zu Euer Hochwohlgeboren Information bemerke ich noch, daß wir uns durch die amtlichen Publicationen in Belgrad über die serbischerseits bereits gewährte und noch zu leistende Genugtuung, welche Publicationen die militärische Ehrenbezeugung nicht erwähnten, zu einer Veröffentlichung unserer einschlägigen Forderungen und ihrer Beweggründe im Fremdenblatte vom 25. d. M. veranlaßt gefunden haben.

[a]) Vgl. n. 5118.

Nr. 5091. Erlaß nach Belgrad, 28. Dez. 1912 Nr. 6145.[a]) Konz. (S. Berger; V. Rappaport; G. Macchio).

Aus dem Euer Hochwohlgeboren mitgetheilten Tagesberichte vom 18. d. M.,[b]) welcher ein im Ministerium des Äußern stattgefundenes Gespräch des Herrn Sektionschefs Grafen Wickenburg mit dem neuernannten serbischen Gesandten in Wien, Herrn Jovanović, reproduziert, werden Euer Hochwohlgeboren entnommen haben, daß Letzterem zu verstehen gegeben wurde, es bestehe hierorts die Geneigtheit, sich mit ihm in wirtschaftliche Erörterungen einzulassen, bei welcher Gelegenheit Herr Jovanović sich über die auf unserer Seite herrschenden guten Dispositionen werde überzeugen können. Graf Wickenburg hatte den Eindruck, daß der königlich serbische Gesandte über diese Sprache erfreut war; Herr Jovanović versicherte beim Abschiede, er werde trachten, je eher auf der von seinem Mitredner gezeichneten Basis in Konversationen einzutreten. Ich würde daher Werth darauf legen, wenn Euer Hochwohlgeboren anläßlich einer ander-

weitigen Besprechung mit Herrn Pašić Gelegenheit nehmen würden, sich dem Herrn königlich serbischen Ministerpräsidenten gegenüber in analogem Sinne vernehmen zu lassen, wie dies Graf Wickenburg Herrn Jovanović gegenüber getan.

[a]) Vgl. n. 5205. — [b]) Wurde, weil lediglich handelspolitischen Inhaltes, nicht abgedruckt.

Nr. 5092. Tel. aus Belgrad, 28. Dez. 1912 Nr. 333 (eing. 29. Dez. 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Herr Pašić hat mich heute aufgesucht und gebeten, in seinem Namen und im Namen der serbischen Regierung Euer Exzellenz dringend zu bitten, bei der Delimitierung Albaniens auf Serbiens Wünsche Rücksicht nehmen zu wollen. Die diesbezüglich unserseits betätigte Unterstützung würde das Gefühl tiefer Dankbarkeit bei den Serben auslösen und sehr viel dazu beitragen, daß die guten Beziehungen sich vertiefen und einen dauernden Charakter annehmen. Nach ihrer Berechnung müßte die östliche Grenze entlang der Wasserscheide vom Ochridasee parallel zum Schwarzen Drin bis zum (Weißen)[b]) Drin gehen, demnach würden Prisren und Dibra in ihr Gebiet fallen. Dibra ist allerdings ganz albanesisch, aber die Bevölkerung der umliegenden Dörfer soll durchwegs serbisch sein. Die südliche Grenze Serbiens würde vom Ochrida über Prilep zum Vardar und von dort über Ovčepolje wahrscheinlich bis Egri Palanka führen. Monastir soll bulgarisch bleiben, Salonik wahrscheinlich Freihafen werden. Die Zugehörigkeit von Ipek und Djakova ist noch offene Frage zwischen Montenegro und Serbien. Ugron.

[a]) Oe. U. Balkan 102 Nr. 197. Vgl. n. 5103, 5205. — [b]) Chiffre fehlt.

Nr. 5093. Tel. nach Berlin, 28. Dez. 1912 Nr. 230 (chiffr. 5 U. 50 M. p. m.).[a]) Konz. (S. u. G. Nemes).

Meinem Telegramm Nr. 222[b]) von gestern werden Euer Exzellenz entnommen haben, daß Herr Sazonow für den Erwerb fruchtbaren Landes durch Montenegro plaidiert. Da Graf Mensdorff sich im Besitze einschlägiger Instruktionen befindet, welche die Abtretung fruchtbarer Landstriche an Montenegro in Aussicht nehmen, ohne daß Scutari geopfert werden müßte, will ich die Möglichkeit einer zufriedenstellenden Austragung dieser Frage nicht aufgeben und ersuche Euer Exzellenz, Herrn Zimmermann die große Bedeutung, welche wir der Erhaltung von Scutari für das autonome Albanien beimessen, im Lichte der vorstehenden Ausführungen neuerdings zu betonen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 5106. — [b]) Mit Tel. Nr. 222, 27. Dez. 1912 (chiffr. 28. Dez. 12 U. 20 M. a. m.) wurde n. 5058 nach Berlin mitgeteilt.

Nr. 5094. Tel. aus Berlin, 28. Dez. 1912 Nr. 332 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Antwort auf Telegramm Nr. 227. Unterstaatssekretär versicherte mir, Fürst Lichnowsky sei schon bisher beauftragt gewesen, in der Botschafterréunion alle Vorschläge seines österreichisch-ungarischen und italienischen Kollegen zu unterstützen. Der deutsche Botschafter werde vor

seiner Rückkehr auf seinen Posten nochmals angewiesen werden, auch in der Frage der Abgrenzung Albaniens mit diesen Kollegen gemeinsam vorzugehen. Szögyény.

Nr. 5095. Tel. des Legationsrates Franz Freiherrn von Haymerle aus Bukarest, 28. Dez. 1912 Nr. 109 (eing. 29. Dez. 8 U. a. m.). Entziff.

Minister des Äußern, dem ich Inhalt gestrigen[a]) Telegrammes Euer Exzellenz auftragsgemäß zur Übermittlung an Seine Majestät den König überbrachte, teilt mir mit, er habe soeben rumänischem Gesandten nach Sofia telegraphiert: „Fragen Sie Herrn Geschoff, ob er Auftrag an Herrn Danew nach London gegeben hat, mit Herrn Mişu offiziell wegen rumänischer Forderung zu verhandeln und abzuschließen. Rumänien könne nicht länger warten." Herr Majoresco meinte, dieser Ton sei allerdings etwas peremptorisch, doch scheine Bulgarien orientalische Verschleppungspolitik einschlagen zu wollen, und das passe Rumänien nicht. Man will eben hier Bulgarien zwingen, rumänische Forderungen zu akzeptieren, bevor es noch weiß, ob der Frieden mit der Türkei geschlossen wird, und dann auf Türkei Pression für Friedensschluß ausüben. Herr Take Jonesco, der orthodoxe Weihnachten immer im Ausland verbringt, wurde, wie mir Minister des Äußern sagte, von ihm beauftragt, dieselben diesmal in England zuzubringen, wo er viele politische Freunde, speziell Sir. A. Nicolson habe, um englische Regierung in diesem Sinne zu beeinflussen. Take Jonesco reist morgen London ab. Haymerle.

[a]) Kann Nr. 102 (Mitteilung von n. 5058), Nr. 103 (Mitteilung von n. 5071) oder n. 5087 sein. Alle drei aber erst am 28. Dez. chiffriert.

Nr. 5096. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 28. Dez. 1912 Nr. 721 (eing. 29. Dez. 10 U. a. m.).[a]) Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 720 vom 26. d. Mts. Streng vertraulich erfahre ich von meinem russischen Kollegen, daß Herr Hadji Caltchef, ein Kiamil Pascha persönlich bekannter Finanzier aus Sofia, hier tatsächlich nur auf eigene Faust zu unterhandeln versuchte. Herr von Giers selbst habe Noradunghian im Auftrage der bulgarischen Regierung und König Ferdinands erklärt (es war dies knapp vor meiner mit Telegramm Nr. 719 gemeldeten Unterredung), daß sie mit diesen Negoziationsversuchen nichts zu tun haben. Bei derselben Gelegenheit sagte mir Herr von Giers auch, daß er eine Wiederaufnahme des Krieges für sehr gefährlich ansehen würde, da die öffentliche Meinung in Rußland gegen die Türkei sehr irritiert sei, auch könnten gefährliche Komplikationen in den armenischen und syrischen Vilajeten eintreten. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 5134.

Nr. 5097. Tel. nach London, 28. Dez. 1912 Nr. 138 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Szápáry; G. Berchtold).

Bezug auf Euer Exzellenz Privatschreiben vom 26. d. M.[b]) und im Verfolge meines gestrigen Telegrammes Nr. 136. Mißverständnis betreffend

Publikation der Ergebnisse der Botschafterreunion nunmehr vollständig aufgeklärt und umsoweniger von Belang, als wir, wie Euer Exzellenz aus meinem Telegramme Nr. 106 vom 19. d. M. entnommen haben, gegen den Wortlaut der in der ersten Sitzung vom 17. d. M. vereinbarten auf den kommerziellen Accès Serbiens bezüglichen Formel keine prinzipielle Einwendung erheben und uns blos darauf beschränken, eine unserer Auffassung entsprechende Interpretirung derselben vorzunehmen, durch welche unsere Interessen ausreichend gewahrt werden können. Selbstverständlich bezieht sich diese Stellungnahme nicht auf die vom russischen Botschafter in der dritten Sitzung vorgebrachte Formulierung, zu welcher Euer Exzellenz es ausdrücklich abgelehnt haben sich zu äußern. (Euer Exzellenz Telegramm vom 20. d. M. Nr. 152). Euer Exzellenz wollen demnach von der Ausführung der in meinem Telegramme Nr. 128 vom 24. d. M. vorgeschriebenen Démarche bei Sir E. Grey absehen und Ihre bezüglichen Mr. Tyrell gemachten Mittheilungen unter Berufung auf ein Mißverständnis als gegenstandslos bezeichnen. Wie Euer Exzellenz aus Vorstehendem ersehen werden, entbehren somit die weiteren in Ihrem Privatschreiben ausgeführten Konsiderationen jeder Voraussetzung und sehe ich, sowie die bisherigen Verhandlungen in London sich zu meiner Zufriedenheit gestaltet haben, auch Ihrer weiteren Thätigkeit in der Botschafterreunion mit vollstem Vertrauen entgegen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 7154. — [b] Liegt nicht bei den Akten.

Nr. 5098. Tel. aus Paris, 28. Dez. 1912 Nr. 178 (eing. 29. Dez. 8 U. a. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 147 von gestern und habe ch mich im Sinne desselben Herrn Poincaré gegenüber ausgesprochen. Derselbe war von den Bedenken Euer Exzellenz offenbar schon via London informiert, denn er unterbrach mich gleich mit der Erklärung, er habe in seiner Rede gewisse Punkte erst berührt, nachdem er durch Herrn Cambon die Zustimmung Sir E. Greys und der Botschafterreunion eingeholt hatte. „Graf Mensdorff hatte, wie alle seine Kollegen von meinem Wunsche Kenntnis und hat keinerlei Einwendung erhoben, hierüber dürfte Graf Berchtold zur Stunde bereits informiert sein," sagte Poincaré. Ich erklärte ihm, daß dies mich nicht hindern könne, unsere Reserven zur Vermeidung jedes Mißverständnisses zu seiner Kenntnis zu bringen. Wir hätten die Resultate der Botschafterreunion noch nicht definitiv akzeptiert und müßten unsere Zustimmung von gewissen Präzisierungen und von der Regelung gewisser Fragen abhängig machen. Wir müßten daher auch weiterhin auf Geheimhaltung der Ergebnisse der Botschafterberatungen bestehen. Herr Poincaré erklärte, diese Auffasung vollkommen zu teilen. Die Beratungen hätten unverbindlichen Charakter und behalte sich auch Frankreich, solange nicht definitiver Akkord eingetreten, vollkommen freie Hand. Ministerpräsident sagte, er hätte vorgezogen, daß Resultat der Réunion ganz geheim bleibe. Das hinausgegebene Comnuniqué sei anderseits zu lakonisch gewesen und habe er befürchtet, daß dasselbe auf russische öffentliche Meinung sehr

schlechten Eindruck machen werde. Das Communiqué konstatiert eigentlich vollkommene Niederlage des russischen Standpunktes; er habe es für erwünscht gehalten, mit Zustimmung der Botschafterreunion die Serbien zuerkannten Vorteile mehr ans Licht zu rücken, um die Stellung des russischen Kabinettes zu festigen. Seine große Sorge sei immer, daß in St. Petersburg extreme Elemente die Oberhand gewinnen könnten. Die Nachrichten, die er über die Stimmung der öffentlichen Meinung in Rußland erhalte, seien keineswegs beruhigend. Schließlich versprach Herr Poincaré, dafür sorgen zu wollen, daß die Details der Botschafterbesprechungen in Hinkunft von den Zeitungen möglichst wenig besprochen werden. Euer Exzellenz Telegramm Nr. 155[a] von heute erst nach Entrevue mit Herrn Poincaré erhalten. Szécsen.

[a] Wahrscheinlich Nr. 153 (Nr. 155 wurde erst am 29. Dez. 12 U. 45 M. p. m. chiffriert), 27. Dez. 1912 (chiffr. 28. Dez. 12 U. 50 M. a. m.), mit dem n. 5070 und n. 5079 nach Paris mitgeteilt wurde.

Nr. 5099. Tel. aus St. Petersburg, 28. Dez. 1912 Nr. 275 (eing. 29. Dez. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Herr Sazonow stellt mir Antwort auf mein die Bemerkungen Euer Exzellenz zu den russischen Vorschlägen bezüglich des Zutrittes Serbiens zur Adria enthaltendes Memorandum für Montag in Aussicht. Verzögerung sei dadurch verursacht, dass er einzelne Punkte juridischen Charakters durch Rechtsgelehrte habe prüfen lassen müssen. Im Laufe des Gespräches ergab sich Gelegenheit für mich, auf die Haltung serbischer militärischer Kreise hinzuweisen, die es doch einigermaßen zweifelhaft erscheinen ließe, ob Serbien wirklich sich ohne Weiteres Beschlüssen der Großmächte unterwerfen würde, was auch zu einer bedauerlichen Verzögerung einer allgemeinen Detente beitrage. (Euer Exzellenz Telegramm vom 27. und 28. d. M. Nr. 212 und 216).[b] Herr Sazonow versicherte mir, dass diesen Nachrichten keinerlei Bedeutung beizumessen sei, da nach seinen bestimmten Informationen Herr Pašić vollkommen Herr der Lage und in den besten Dispositionen sei. Er, Sazonow, getraue sich dafür gutzustehen, dass die Serben im gegebenen Augenblicke albanesische Küstenplätze ohne Schwierigkeit räumen werden. Im Laufe des Gespräches kam Rede auch auf die Frage des Rechtes Serbiens zur Einfuhr von Kriegsmaterialien über den neutralen Hafen im Kriegsfall, wobei Minister Zuerkennung dieses Rechtes für unbedingt nötig bezeichnete. Mein Hinweis darauf, dass auch Herr Poincaré unseren diesfälligen Standpunkt zu teilen scheine, überraschte Herrn Minister sehr, da er nach dem mit der französischen Regierung gepflogenen Gedankenaustausch gegenteiligen Eindruck habe. Es müsse daher in dieser Beziehung wohl irgend ein Missverständnis vorliegen. Herr Sazonow wies auf das seitens russischer Regierung unter für dieselbe sehr schwierigen Umständen in allen wichtigen und die vitalen Interessen der Monarchie wirklich berührenden Fragen bewiesene weitgehende Entgegenkommen hin, das ihn wohl zu der Hoffnung berechtige, dass die k. und k. Regierung, deren konziliante Haltung in dieser ganzen Krise er übrigens voll anerkenne, nun in den noch offenen Fragen, die wohl kein vitales Interesse

Österreich-Ungarns gefährden, auch ihrerseits tunlichstes Entgegenkommen zeigen werde, damit die so notwendige allgemeine Detente so rasch wie möglich herbeigeführt werden könne. Als die Frage der Rüstungen berührt wurde, wies ich auf die uns von den verschiedensten Seiten zukommenden Nachrichten hin, die doch zu beweisen scheinen, dass russischerseits mindestens so weitgehende Vorbereitungen getroffen wurden, wie bei uns. Herr Sazonow erwiderte, er könne nur wiederholen, dass ausser der Zurückbehaltung des letzten Jahrganges und gewissen Material-Anschaffungen in Russland nichts geschehen sei, was einer Mobilisierung im Entferntesten ähnlich sehe. Insbesondere könne er mir, wenn ich es wünsche, sein Ehrenwort geben, dass kein einziger Mann aus einem Militärbezirk in einen anderen verschoben worden sei. Hiefür könne er absolut einstehen; es sei höchstens möglich, dass innerhalb einzelner Militärbezirke einzelne, aber keineswegs bedeutende Truppenverschiebungen vorgekommen seien. Als Herr Minister neuerdings erwähnte, wie sehr es im Interesse der allgemeinen Entspannung zu begrüßen wäre, wenn bei uns schon bald mit einer allmählichen Rückgängigmachung der militärischen Verfügungen begonnen werden würde, erwähnte ich, dass, wie mir scheine, damit doch schon jetzt in einem gewissen Maße der Anfang gemacht worden zu sein scheine. Wenigstens wisse ich, dass verschiedene Offiziere meiner Bekanntschaft, deren Weihnachtsurlaub ursprünglich abgeschlagen worden war, nun doch Urlaub erhalten und die Feiertage ruhig im Schoße ihrer Familie zugebracht hätten. Diese Nachricht übte auf den Herrn Minister einen sehr beruhigenden Eindruck und bedauert er nur, dass dies nicht allgemein bekannt sei. Thurn.

[a]) Vgl. n. 5047, 5143 Anm. b, 5164 Anm. a. — [b]) Mit Tel. Nr. 216 vom 27. Dez. 1912 (chiffr. 9 U. 50 M. p. m.) wurde n. 5062 nach St. Petersburg mitgeteilt.

Nr. 5100. Tel. nach Sofia, 28. Dez. 1912 Nr. 199 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; V. Pogatscher und Berchtold; G. Berchtold).

Aus den telegraphischen Meldungen Euer Hochgeboren vom 20. d. M. Nr. 476 und 477, und vom 26. l. M. Nr. 482 habe ich ersehen, daß auch Euer Hochgeboren letzte Konversationen mit Herrn Gueschoff nicht die von uns gewünschte Klarstellung der zukünftigen politischen Haltung Bulgariens herbeiführen konnten. Es ist selbstverständlich, daß wir uns bei der Beurteilung der Äußerungen des Herrn königlich bulgarischen Ministerpräsidenten vor Augen hielten, daß das Königreich — solange der Krieg andauert — auf seine Alliierten angewiesen und sohin in seiner politischen Bewegungsfreiheit gehemmt ist. Auf diesen Umstand müssen und wollen wir Rücksicht nehmen; doch können wir die von Bulgarien direkt erbetene Unterstützung nicht eintreten lassen, bis wir nicht über jenen politischen Kurs informiert sind, den das Königreich nach dem Friedensschlusse einzuschlagen gedenkt. Wir würden hiebei von bulgarischer Seite keineswegs das Eingehen in irgendwelche bindende Verpflichtungen — wie es zum Beispiel ein Allianzverhältnis oder der Beitritt zum Dreibunde mit sich brächte — verlangen, sondern nur auf eine gewisse Gewähr dafür dringen, daß Bulgarien im Falle eines Konfliktes sich nicht direkt im Lager

der Gegner befinde. Ein einigermaßen sicherer Rückschluß auf die Intentionen Bulgariens und den künftigen Weg, den seine Politik einschlägt, ließe sich nach meiner Auffassung aus dem Verhalten des Königreiches in der Frage des Verhältnisses zu Rumänien ziehen; diese Frage erscheint mir geradezu als ein Prüfstein für die wirklichen Absichten des Sofioter Kabinettes. Wie Euer Hochgeboren sattsam bekannt, habe ich in Sofia gleichwie in Bukarest seit dem Beginne der jetzigen Krise darauf hingewiesen, daß eine Verständigung zwischen den beiden Regierungen im ureigensten Interesse ihrer Länder gelegen ist. Auch in Zukunft müßte ich mich beschränken, für eine solche Verständigung an beiden Orten im allgemeinen einzutreten; ich müßte aber ablehnen, eine Ingerenz auf die Détails der bezüglichen Unterhandlungen zu nehmen; doch kann ich nicht umhin, zu bemerken, daß, wenn die bulgarische Regierung tatsächlich — wie Herr Gueschoff angedeutet hat — auf dem Standpunkt steht, an Rumänien weder Städte noch Dörfer, sondern nur unbewohntes Gebiet abtreten zu wollen, jede Hoffnung auf das Zustandekommen eines accords zwischen diesen Staaten aufgegeben werden müßte, denn es unterliegt für mich keinem Zweifel, daß eine solche Lösung den rumänischen Wünschen und Interessen in keiner Weise entsprechen könnte. Das uns vorschwebende Verhältnis dauernder Freundschaft zwischen diesen beiden Ländern könnte wohl nur dann eintreten, wenn Rumänien wirklich zufriedengestellt würde; anderenfalls wäre ein wachsender Antagonismus beider Staaten unvermeidlich, welcher die ruhige Entwicklung Bulgariens — wie sie der Sofioter Regierung vorschwebt — sehr in Frage stellen könnte. Bis nun bin ich den bulgarischen Wünschen bereits in bereitwilligster Weise entgegengekommen. Ich habe der Pforte dringendst angeraten, beim Friedensschlusse Nachgiebigkeit zu zeigen und auf Adrianopel zu verzichten; diese meine Stellungnahme zugunsten des Königreiches hat auch in Konstantinopel, wie ich erfahren habe, Eindruck gemacht, zumal die kaiserlich ottomanische Regierung vielleicht eine andere Haltung von uns erwartete. In der nächsten Zeit dürften wir wieder Gelegenheit bekommen, in dieser Richtung unser Gewicht zugunsten Bulgariens in die Wagschale legen zu können. Euer Hochgeboren wissen, daß ich auch bereit wäre, unter gewissen Voraussetzungen in der Frage von Salonik, in welcher speziell Bulgarien um unsere Unterstützung angesucht hat, die Desiderata der Sofioter Regierung zu befürworten. In diesem Belange liegen mir sichere Nachrichten vor, daß Rußland und Frankreich die griechischen Aspirationen begünstigen werden. Es ist sogar zwischen Rußland, Griechenland und — wie ich glaube — auch Serbien, davon die Rede, im Falle nicht auszugleichender Differenzen zwischen den verbündeten Balkanstaaten den Schiedsspruch der Staatsoberhäupter der Tripleentente anzurufen; nach dem früher gesagten ist es wohl kaum zweifelhaft, wie dieses Urtheil lauten wird. Vorstehend die Konsiderationen, welche Euer Hochgeboren Herrn Gueschoff gegenüber anschließend an die letzten einschlägigen Konversationen mit ihm verwerten wollen. Da ich aus Hochderen Gesprächen mit dem Herrn Konseilspräsidenten den Eindruck gewonnen habe, daß derselbe vielleicht unter dem Druck der noch ungeklärten Situation aus seiner Reserve wenig hervortritt, wäre es mir erwünscht, wenn Euer

Hochgeboren Gelegenheit fänden, sich im gleichen Sinne auch König Ferdinand gegenüber auszusprechen, falls eine Zusammenkunft mit Seiner Majestät ohne Aufsehen in nächster Zeit möglich sein sollte. Fortsetzung folgt.

Berchtold.

[a]) Vgl. n. 5101, 5117, 5128, 5585.

Nr. 5101. Tel. nach Sofia, 28. Dez. 1912 Nr. 200 (chiffr. 10 U. 45 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; V. u. G. Berchtold).

Fortsetzung zu meinem Telegramme Nr. 199 von heute. Der kaiserlich deutsche Geschäftsträger hat mir mitgeteilt, ... *mit geringen Abänderungen wie n. 5023 in extenso* ... Nachdem sich sohin unser Gedankengang bezüglich Bulgariens und der Unterstützung seiner Aspirationen mit jenem der kaiserlich deutschen Regierung in der gleichen Richtung bewegt, würde ich es begrüßen, wenn Euer Hochgeboren in diesen Fragen mit Ihrem deutschen Kollegen engere Fühlung nehmen wollten. Ich gebe es Euer Hochgeboren anheim, Herrn von Below von jener Sprache Mitteilung zu machen, die König Ferdinand und Herrn Gueschoff gegenüber zu halten Euer Hochgeboren durch mein eingangs zitiertes Telegramm ermächtigt wurden, um dadurch ein gleichmäßiges Vorgehen zu erzielen.

[a]) Vgl. n. 5117, 5128, 5203, 6061.

Nr. 5102. Tel. aus Sofia, 28. Dez. 1912 Nr. 485 (eing. 4 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Im Verfolge gehorsamsten Telegrammes Nr. 484 von gestern. Herr Geschoff leugnet mit gekünstelter Entrüstung Nachricht Korrespondenzbureaus, wonach General Savow unter Pseudonym eines Bankiers Kalcew nach Konstantinopel gekommen wäre. Solche Nachrichten — sagte Konseilspräsident — seien geeignet, die ohnehin mißtrauischen Griechen zu verstimmen. Kalcew sei, erklärte Geschoff, ein reicher Bulgare, der sich in Konstantinopel viel aufhielte, seinerzeit dortigen Gesandtenposten angestrebt hätte, und der mit Kiamil Pascha befreundet. Vielleicht habe Kalcew auf eigene Faust mit Großvezir verhandelt oder irgend eine Taktlosigkeit begangen. Davon, daß König General Savow nach Konstantinopel entsendet hätte, sei Herrn Geschoff nichts bekannt. Ich frage mich, ob Mission Kalcews nicht darin bestand, Korrumpierungen zu versuchen (vide mein Telegramm Nr. 475 vom 20. d. M.).

Tarnowski.

[b]) Vgl. n. 5135 Anm. a.

Nr. 5103. Tel. aus Belgrad, 29. Dez. 1912 Nr. 335 (eing. 4 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Im Nachhange zu gestrigem Telegramm Nr. 333. Herr Pašić hat einen ganz analogen Schritt wie bei mir auch bei meinem deutschen Kollegen unternommen und fügte noch hinzu, dass wenn die Wünsche Serbiens bei der Delimitierung Albaniens nicht berücksichtigt werden würden, die Regierung mit einer sehr heftigen gegen sich gerichteten Strömung in der Militärpartei rechnen müsste, wodurch leicht Unruhen entstehen und die Stellung der Regierung erschüttert werden könnte.

Ugron.

Tel. nach Berlin, 29. Dez. 1912 Nr. 231 (chiffr. 12 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 5112.

Nr. 5104. Tel. nach Berlin Nr. 232 (1), Rom Nr. 322 (2) und Konstantinopel Nr. 361 (3), 29. Dez. 1912 (chiffr. 11 U. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

1. 2. Der hiesige türkische Botschafter hat mich aufgesucht und darüber geklagt, daß die Londoner Friedenspourparlers nicht in Fluß kommen. Die weitere Entwicklung wäre nun, bemerkte Hilmi Pascha, auf dreierlei Weise denkbar: Erstens, direkte Verhandlungen der Pforte mit den Balkanstaaten. Dieselben wären jedoch schon von Haus aus aussichtslos, da die Türkei auf dem Besitze von Adrianopel bestehen müßte, was die Alliierten niemals konzedieren würden. Zweitens. Abbruch der Verhandlungen und Fortsetzung des Krieges — eine Eventualität, die gewiß allen in gleichem Maße unerwünscht wäre. Drittens. Die Anvertrauung der Entscheidung an die Großmächte. Der Herr Botschafter richtete sodann an mich die Frage, welche dieser drei Eventualitäten wir vorzögen und wie wir uns speziell im letzteren Falle zu verhalten gedächten. Ich erwiderte Hilmi Pascha, daß ich ihm auf seine Fragen ohne vorgängiges Einvernehmen mit unseren Bundesgenossen keine Antwort ertheilen könne. Vorstehendes zur Mittheilung an

1. den Herrn Staatssekretär,
2. Marquis di San Giuliano,

1. 2. wobei Euer Exzellenz sicherstellen wollen, ob eine ähnliche Démarche beim dortigen Kabinet erfolgt ist und in welchem Sinne dieselbe eventuell beantwortet wurde.

3. Ich telegraphiere an Graf Szögyény und Herrn von Mérey wie folgt: „inseratur Erledigung 1 in extenso." Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulichen Information. Berchtold.

[a] Vgl. n. 5120, 5131, 5133, 5142, 5151.

Nr. 5105. Tel. aus Berlin, 29. Dez. 1912 Nr. 333 (eing. 10 U. p. m.).[a] Entziff.

Vertraulich. Inhalt Euer Exzellenz Telegramme No. 220 bis 226[b] inklusive und 228[c] Unterstaatssekretär mitgeteilt. Was das russische Petit anlangt, Serbien die Befugnis zu gewähren, Kriegsmaterial auch in Kriegszeiten über den in Frage kommenden Adriahafen einzuführen, sagte mir Unterstaatssekretär, dass der italienische Botschafter ihm gestern mitgeteilt habe, seine Regierung stehe auf dem Standpunkte der russischen Forderung. Nach Meldungen, die hier eingetroffen, nehme er, Unterstaatssekretär, an, dass das Kabinett von London und auch das von Paris, letzteres im Widerspruche mit den von Grafen Szécsen einberichteten Äußerungen Herrn Poincarés (vide Telegramm Nr. 226), auf dem gleichen Standpunkte stehen. Im Verlaufe unserer Unterredung meinte Herr Zimmermann, er hätte aus der früheren Berichterstattung Herrn von Tschirschkys den Eindruck gewonnen, dass Euer Exzellenz dem russischen Vorschlag nicht ablehnend

gegenüber stünden. Er glaube bemerken zu dürfen, dass nach seiner Ansicht nach den Bestimmungen der Haager Konvention die Einfuhr von Kriegsmaterial in Kriegszeiten durch einen neutralen Hafen gestattet ist. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 5139 Anm. b und d. — [b]) Über Tel. Nr. 222 vgl. n. 5093 Anm. b; mit Tel. Nr. 223, 27. Dez. 1912 (chiffr. 11 U. p. m.) wurde n. 5057 nach Berlin mitgeteilt; mit Tel. Nr. 224, 27. Dez. 1912 (chiffr. 11 U. p. m.) wurde n. 5086 nach Berlin mitgeteilt; mit Tel. 225, 27. Dez. 1912 (chiffr. 28. Dez. 12 U. 45 M. a. m.) wurde n. 5071 nach Berlin mitgeteilt. — [c]) Mit Tel. Nr. 228, 27. Dez. 1912 (chiffr. 28. Dez. 12 U. 50 M. a. m.) wurde n. 5070 und n. 5079 nach Berlin mitgeteilt.

Nr. 5106. Tel. aus Berlin, 29. Dez. 1912 Nr. 335 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 230 von heute. Unterstaatssekretär gegenüber bin ich im Laufe der letzten Tage wiederholt auf die grosse Bedeutung zurückgekommen, welche Euer Exzellenz der Erhaltung von Skutari für das autonome Albanien beimessen. Ich werde noch Gelegenheit finden, vor Abreise Fürst Lichnowskys nach London, diese Angelegenheit im Auswärtigen Amte mit entsprechendem Nachdrucke zu betonen. Szögyény.

Tel. nach Bukarest, 29. Dez. 1912 Nr. 107 (chiffr. 12 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 5113.

Tel. nach Konstantinopel, 29. Dez. 1912 Nr. 361 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 5104.

Nr. 5107. Tel. nach Konstantinopel, 29. Dez. 1912 Nr. 362 (chiffr. 11 U. 15 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Die mir über den Gang der Londoner Friedensverhandlungen zukommenden Nachrichten sind geeignet, bei mir den Eindruck hervorzurufen, als sei sich die Pforte der Gefahren nicht bewußt, welche eine Fortsetzung des Krieges für die Türkei mit sich brächte. Die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten scheint mir aber unvermeidlich, wenn die Pforte auf ihren bisherigen Bedingungen, namentlich betreffs Adrianopels, beharrt. Der Verbleib dieser Stadt bei der Türkei würde übrigens meiner Ansicht nach ein dauernd freundschaftliches Verhältnis zwischen der Türkei und Bulgarien ausschließen und über kurz oder lang den Anlaß zu einem neuen Kriege bieten. Denn so wenig Bulgarien Grund hat, den Besitz von Konstantinopel zu ambitionieren, so sehr würde sein Bestreben stets auf die Einverleibung des von Konnationalen bewohnten Gebietes von Adrianopel gerichtet sein. Andererseits dürfte ein baldiger Friedensschluß im eigenen dringenden Interesse der Türkei gelegen sein, da ihr bei Fortdauer des Kriegszustandes in den von Truppen entblößten armenischen und syrischen Vilajeten Komplikationen drohen, welche auch die Integrität des asiatischen Besitzes, auf welchem die Zukunft der Türkei beruht, in Frage stellen könnten. Bei Verwertung obiger Konsiderationen wollen Euer Exzellenz sich auf der Pforte nachdrücklichst dahin vernehmen lassen, daß uns ein rascher Friedensschluß durch ihre Interessen dringend geboten scheint. Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 102 Nr. 199. Vgl. n. 5112, 5113, 5120, 5133.

Nr. 5108. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 29. Dez. 1912 Nr. 724 (eing. 30. Dez. 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Minister des Äussern teilt mir mit, dass die letzten Propositionen der Pforte seitens der Alliierten als indiskutierbar bezeichnet wurden; heutiger Ministerrat werde neue Instruktionen für türkische Delegierte in London beschliessen, dieselben würden dahin gehen, dass über Alles mit Ausnahme von Adrianopel Diskussion möglich. In letzterer Beziehung, sagte mir Gabriel Effendi, sei man fest entschlossen, nicht nachzugeben. Er fügte vertraulich hinzu, russischer Botschafter hätte ihm kürzlich erklärt, dass Russland, wenn Feindseligkeiten wieder aufgenommen werden würden, nicht neutral bleiben könnte. Kriegsminister begibt sich heute Nachmittag mit dem Generalstabe zur Armee bei Tschataldja. Pallavicini.

[a]) Oe. U. Balkan 102 Nr. 197. Vgl. n. 5129 Anm. a, 5133.

Tel. nach London, 29. Dez. 1912 Nr. 141 (chiffr. 12 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 5112.

Tel. nach Paris, 29. Dez. 1912 Nr. 155 (chiffr. 12 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 5112.

Nr. 5109. Tel. aus Paris, 29. Dez. 1912 Nr. 179 (eing. 6 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Bei gestriger Unterredung kam Herr Poincaré auf unsere militärischen Vorbereitungen zu sprechen. Jetzt, wo die Hafenfrage und die Konsulsangelegenheit unseren Wünschen gemäss geregelt erscheine, könne man vielleicht hoffen, dass unsere Rüstungen, die überall grosse Besorgnis erzeugen, vermindert werden würden. Ich erklärte dem Ministerpräsidenten in sehr positiver Form, dass ich jede amtliche Erörterung dieser Frage ablehnen müsse, was er als selbstverständlich bezeichnete, privatim und freundschaftlich wolle ich aber einige persönliche Bemerkungen vorbringen. Was die Hafenfrage betrifft, so hätten wir anlässlich der Prochaska-Affaire gesehen, wie die serbische Regierung den eigenen Militärbehörden gegenüber längere Zeit hindurch ziemlich machtlos war. Ähnliches könne auch jetzt eintreten. Ich erwähnte hiebei, ohne in Details einzugehen, die mir mit Telegramm vom 28. d. M. Nr. 150[b]) mitgeteilten Informationen aus Durazzo. Ich wies ferner darauf hin, dass jetzt selbst die französischen Zeitungen über russische Rüstungen berichten und zugeben, dass Russland seit September einen Jahrgang unter Waffen behalten hat, was gewisse, übrigens von der Presse stark übertriebene Vorsichtsmassregeln bei uns wohl erklärlich erscheinen lasse. Herr Poincaré meint, eben dieser Jahrgang müsste mit 1. Jänner a. St. heimgeschickt werden. Um ihn länger zurückzubehalten, wäre ein kaiserlicher Ukas nötig, dessen Veröffentlichung grosse Aufregung verursachen würde. Die russische Regierung könne aber die Mannschaften nicht entlassen, solange nicht deutliche Anzeichen dafür vorliegen, dass auch wir unsere Rüstungen einschränken wollen. Ich bemerkte, dass wir

uns leider in ähnlicher Lage befinden, nur hätten nicht wir mit den Rüstungen angefangen. Herr Poincaré meinte hierauf, ob nicht durch Vermittlung eines dritten, zum Beispiel des englischen Kabinettes Erklärungen ausgetauscht werden könnten, die eine gleichzeitige Herabminderung der Rüstungen bei uns und in Russland herbeiführen könnten. Er gab mir zu verstehen, dass man auch hier oder in Berlin zu einer solchen Vermittlung bereit wäre. Ich antwortete ihm, dass wir soviele Beweise unserer Friedensliebe gegeben hätten, dass selbe wohl nicht bezweifelt werden könnte. Da ich gleiche Intentionen in Petersburg voraussetze, sei ich überzeugt, dass beiderseits der gute Wille vorhanden sei, um die Rüstungen im geeigneten Momente einzuschränken. Ich hatte Impression, dass Termin vom 1./13. Jänner russischer Regierung Sorge macht. Herr Poincaré wiederholte mehrmals: „Il ne faudrait qu'un geste de l'Autriche-Hongrie pour permettre à la Russie de congédier la classe retenue sous les drapeaux." Szécsen.

[a]) Vgl. n. 5123, 5138 Anm. a, 5146. — [b]) Mit Tel. Nr. 150, 27. Dez. 1912 (chiffr. 9 U. 50 M. p. m.) wurde n. 5062 nach Paris mitgeteilt.

Nr. 5110. Tel. nach Rom, 29. Dez. 1912 Nr. 318 (chiffr. 10 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; V. und G. Berchtold).

Der königlich italienische Botschafter hat mir gelegentlich eines Besuches erzählt, Herr Miušković hätte sich dem Marquis Imperiali gegenüber in dem Sinne geäußert, wir würden Montenegro den Besitz von Skutari gegen entsprechende Tauschobjekte — nämlich Zollunion und Abtretung des Lovčen — konzedieren.[b]) Ich habe Herzog Avarna gesagt, daß ich unserem Gesandten in Cetinje keine derartige Instruktion ertheilt habe; doch sei mir bekannt, daß diese Gedanken hier in gewissen Kreisen kolportiert würden. Der Herr Botschafter bemerkte in diesem Zusammenhange, ich hätte ihm in Budapest gesagt, Österreich-Ungarn und Italien hätten hinsichtlich Albaniens die gleichen Rechte und Pflichten. Daher könne auch — meinte Herzog Avarna — eine Cession albanischen Gebietes unsererseits nicht einseitig sondern nur auf Grund vorgängigen Einvernehmens mit Italien erfolgen. Wenn unsererseits die Cession an eine Kompensation geknüpft werden sollte, müßte daher diesfalls Italien befragt und demselben ein gleiches Recht uns gegenüber eingeräumt werden. Ich habe den Ausführungen des Herrn Botschafters bis auf die Kompensationsfrage vollkommen beigepflichtet und erklärt, daß nach meinem Dafürhalten eine Abtretung albanischen Territoriums allerdings nur auf Grund eines vorher darüber erzielten Einvernehmens der Monarchie und Italiens erfolgen könne, daß wir uns aber freie Hand in der Richtung wahren müßten, eine Compensation hiefür von dritter Seite nach unserem Ermessen zu verlangen. Selbstverständlich bleibt es Italien unbenommen im gegebenen Falle in analoger Weise vorzugehen. Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulichen Information und eventuellen Regelung Ihrer Sprache gegenüber Marquis di San Giuliano. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 5124, 5156. — [b]) Vgl. n. 4597.

Tel. nach Rom, 29. Dez. 1912 Nr. 320 (chiffr. 12 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 5112.

Tel. nach Rom, 29. Dez. 1912 Nr. 322 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 5104.

Nr. 5111. Tel. nach St. Petersburg, 29. Dez. 1912 Nr. 221 (chiffr. 11 U. p. m.).[a] Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Laut Euer Exzellenz Telegramm Nr. 274 vom 26. l. Mts. hat Herr Sazonow zu Hochdenselben von einem vollständigen Nachgeben Serbiens in der Konsularaffaire wie in der Hafenfrage gesprochen. In ersterem Belange ist Euer Exzellenz aus meinem Telegramm Nr. 206[b] vom 22. l. Mts. die provisorische Antwort Herrn Pašić auf das Begehren Herrn von Ugrons bekannt. Seither ist wohl ein offizielles serbisches Kommuniqué erschienen, doch war dasselbe nicht voll entsprechend. Da Herr von Ugron bis nun die in Aussicht gestellte definitive Antwort nicht erhalten hat, kann unsererseits von einer befriedigenden Lösung der Konsularaffaire auch nicht die Rede sein. Was andererseits die Hafenfrage anbelangt, verweise ich auf mein Telegramm Nr. 212 vom 27. l. Mts. und namentlich auf die Haltung des serbischen Militärs in Durazzo.[c] In Euer Exzellenz eingangscitiertem Telegramme geschieht auch der Abgrenzung Albaniens Erwähnung. Über meinen Standpunkt betreffs Skutaris sind Euer Exzellenz vollkommen informiert. Im übrigen ist es selbstverständlich, daß wir im Interesse des künftigen Albaniens, welches wir lebensfähig gestaltet sehen möchten, nach Möglichkeit bestrebt sind, zu verhindern, daß von demselben Gebiete mit ausschließlich oder stark überwiegender albanesischer Bevölkerung losgetrennt werden. Ein tunlichstes Festhalten an diesem Principe scheint uns bei der Bedeutung der ethnografischen Frage im Völkerleben auch im Interesse der künftigen friedlichen Entwicklung der Dinge am Balkan gelegen zu sein. Ein starres Festhalten an diesem Principe ist schon wegen der Vermengung mehrerer Nationalitäten in denselben Gebieten unmöglich und werden wir, insoferne auch unseren motivierten Wünschen Entgegenkommen gezeigt wird, sicher keine inkonziliante Haltung gegenüber den als berechtigt anerkannten Ansprüchen der Balkanstaaten einnehmen. Einer Auffassung, welche gerne gegen uns ins Treffen geführt wird, vermag ich keineswegs beizupflichten, das ist jene, als ob die bisherigen Ergebnisse der Botschafterbesprechungen das Um und Auf unserer Forderungen erschöpft hätten und wir nunmehr die Regelung aller anderen Fragen den anderen Mächten überlassen müßten. Abgesehen davon, daß die albanesische und die damit zusammenhängende Frage des territorialen Zuganges Serbiens an die Adria ebenso sehr Italien wie Österreich-Ungarn berührt, begründet deren Lösung in unserer beider Sinne noch keineswegs ein Desinteressement in allen anderen Fragen. Wenn seitens der Großmächte und insbesondere Rußlands uns in dieser Hinsicht ein Entgegenkommen gezeigt wurde, so haben auch wir ein Gleiches bezüglich des kommerziellen Debouchés Serbiens an die Adria getan. In diesem Sinne sind wir auch bereit, bei der weiteren Besprechung der Botschafter die Erzielung allseits befriedigender Ergebnisse durch gegenseitiges Entgegenkommen zu erleichtern. Vorstehendes zur Regelung Euer

Exzellenz Sprache Herrn Sazonow gegenüber. Die Rückgängigmachung der militärischen Verfügungen betreffend erhalten Euer Exzellenz demnächst eine separate telegraphische Instruktion. Berchtold.

[a] Vgl. n. 5157. — [b] Mit Tel. Nr. 206, 22. Dez. 1912 (chiffr. 7 U. p. m.) wurde n. 5004 von „Bevor ich" bis „zukommen lassen werde" nach St. Petersburg mitgeteilt. — [c] Vgl. n. 5062.

Nr. 5112. Tel. nach St. Petersburg Nr. 222 (1), London Nr. 141 (2), Paris Nr. 155 (3), Berlin Nr. 231 (4) und Rom Nr. 320 (5), 29. Dez. 1912 (chiffr. 12 U. 45 M. p.m.).[a] Konz. (S. Rappaport; V. Nemes; G. Berchtold).

1.—5. Der königlich bulgarische Gesandte, welcher heute auftraggemäß meine Aufmerksamkeit auf die intransigente Haltung der Türkei bezüglich Adrianopels gelenkt hat, knüpfte hieran die Bitte, daß ich die Initiative zu einer Pression der Mächte auf die Pforte behufs baldigen Zustandekommens des Friedens ergreifen möge. Im Sinne des Ansuchens Herrn Sallabaschews richte ich heute nachstehendes Telegramm an Markgraf Pallavicini: „(Inseratur inliegendes Telegramm nach Konstantinopel, Nr. 362 vom 29. Dezember 1912 in extenso.)"[b] Vorstehendes zur Mitteilung an die dortige Regierung mit dem Bemerken, daß es mir im Interesse des Friedens gelegen schiene, wenn auch die anderen Botschafter in Konstantinopel sich in ähnlichem Sinne vernehmen lassen würden.

4. Euer Exzellenz wollen Herrn von Kiderlen bei diesem Anlasse bemerken, daß ich umsoweniger gezögert habe, dem bulgarischen Ansinnen Rechnung zu tragen, als mir dies auch ganz im Sinne der mir bekannten dortigen Auffassung zu liegen scheint. Berchtold.

[a] Vgl. n. 5113, 5121, 5136, 5140, 5141, 5316, 5433. — [b] Vgl. n. 5107.

Nr. 5113. Tel. nach Sofia Nr. 201 (1) und Bukarest Nr. 107 (2), 29. Dez. 1912 (chiffr. 12 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Rappaport; V. u. G. Berchtold).

1. ... *wie n. 5112 vom Anfang bis „ergreifen möge"* ... Wie Herr Sallabaschew bemerkte, legen sowol seine Regierung, als auch Herr Danew den grössten Werth darauf, dass die Initiative zu dieser Action von Wien ausgehe. Im Sinne der Euer Hochgeboren zugekommenen Weisungen habe ich den Herrn Gesandten darauf aufmerksam gemacht, dass wir noch immer nicht im Besitze von Aufklärungen über die von Bulgarien in der Zukunft einzuschlagende Politik — namentlich was die Befriedigung der Wünsche Rumäniens betrifft, seien, dass ich jedoch im vorliegenden Falle kein Bedenken trage, Markgraf Pallavicini mit der Weisung zu versehen, seine bisherigen Bemühungen, auf die Pforte im Sinne eines baldigen Friedensschlusses einzuwirken, auch weiterhin fortzusetzen. Ich richte unter Einem nachstehendes Telegramm nach Konstantinopel: „describatur heutiges Telegramm nach Konstantinopel in extenso."[b] Vorstehendes zu Euer Hochgeboren Information und Mitteilung an Herrn Geschoff, welchem gegenüber Euer Hochgeboren der Erwartung Ausdruck verleihen wollen, dass mein Entgegenkommen gegenüber diesem Wunsche der bulgarischen Regierung in Sofia entsprechend gewürdigt werden wird.

2. Describatur 1 vom Anfange bis incl. ... „Wien ausgehe". Ich habe diesen Anlass benützt um der bulgarischen Regierung durch Herrn Salabaschew neuerdings zu verstehen zu geben, welch' grosses Gewicht ich auf ein Entgegenkommen Bulgariens gegenüber den Wünschen Rumäniens lege, und sodann bemerkt, dass ich (describatur 1 von „kein Bedenken" ... bis incl. ... Vorstehendes zu Euer") Hochwohlgeboren streng vertraulichen Information und gelegentlichen directen Mittheilung an Seine Majestät König Karol. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 5128, 5132, 5136, 5153, 5520. — [b]) Vgl. n. 5107.

Nr. 5114. Tel. aus Sofia, 29. Dez. 1912 Nr. 486 (eing. 5 U. p. m.). Entziff.

Rumänischer Kollege sagte mir, man hätte Herrn Danew in Bukarest über rumänische Forderungen ganz genau informiert. Konversation Herrn Mişus mit Danew in London habe bereits angefangen, es schiene aber, dass sich letzterer in Allgemeinheiten bewege und sich nicht deutlich äussere, da Herr Ghika gestern Auftrag erhalten, mit Herrn Geschoff sofort zu sprechen und ihn zu fragen, ob Herr Danew mit genügender Vollmacht für meritorische Verhandlungen versehen. Rumänischer Gesandter sagte mir, mit Abtretung unbewohnter ...[a]) würde sich Rumänien nicht begnügen. Es seien dem rumänischen Generalstab kürzlich Informationen zugegangen, die auf Zukunftspläne Bulgariens bezüglich der rumänischen Dobrutscha ein sonderbares Licht werfen. Stimmung für Bulgarien hätte sich letzter Zeit in Bukarest wesentlich geändert und man würde eine ernste territoriale Kompensation verlangen. Tarnowski.

[a]) Chiffre fehlt.

Nr. 5115. Tel. aus Sofia, 29. Dez. 1912 Nr. 488 (eing. 5 U. p. m.). Entziff.

Bis jetzt schienen Bulgaren — ihren Äußerungen nach — Eventualität, dass Salonik griechisch bleibe, gänzlich auszuschließen. Gestern abends sprach zu mir Gesandter Stanciow und ein zweiter eingeweihter Bulgare über Salonik in der Weise, dass ich Eindruck hatte, man rechne hier nunmehr auch mit Möglichkeit, dass es Bulgarien nicht gelingen könnte, Salonik den Griechen zu entwinden. Salonik in Händen Griechenlands bezeichnet man als künftigen Zankapfel zwischen Bulgaren und Griechen. Was Pläne Bulgariens bezüglich Saloniks speziell zu stören scheint, ist dortiger Aufenthalt griechischer königlicher Familie. Tarnowski.

Nr. 5116. Tel. aus Sofia, 29. Dez. 1912 Nr. 489 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Dobrowicz sagte mir, türkische Gegenvorschläge seien unannehmbar und es sei ausgeschlossen, auf solcher Basis zu verhandeln. Bloße Ratschläge der Mächte genügen nicht, eine ernste Pression wäre in Konstantinopel notwendig. König Ferdinand wäre darauf gefasst, dass Verhandlungen

abgebrochen werden und binnen vier Tagen würden Feindseligkeiten wieder beginnen. Türken hätten sich gestärkt, bulgarische Armee sei aber auch erholt. Tarnowski.

Nr. 5117. Tel. aus Sofia, 29. Dez. 1912 Nr. 490 (eing. 30. Dez. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Hohe Telegramme Nr. 199 und 200 vom 29. dieses Monats erhalten. In Anbetracht der Unmöglichkeit, Herrn Geschoff zu einer klaren Sprache zu bewegen, habe ich bereits selbst daran gedacht, mich direkt an König Ferdinand zu wenden. Wenn ich Abstand davon genommen, mir nach meiner letzten Unterredung mit Herrn Geschoff Euer Exzellenz Ermächtigung dazu zu erbitten, so geschah dies, da König Ferdinand noch nicht in Sofia war und ich befürchtete, auch vom König keine befriedigende Antwort zu erhalten. Habe nunmehr Herrn Dobrović ersucht, König um unauffällige Audienz zu bitten; werde Herrn Geschoff heute sehen. Deutschen Kollegen bereits kurz gesprochen, er hat noch keine Instruktionen erhalten. Zu der gegenwärtigen Haltung Bulgariens möchte folgendes bemerken: Schon am 26. vorigen Monats (hohes Telegramm Nr. 160) habe ich Konseilspräsidenten unsere Unterstützung in territorialen Aspirationen Bulgariens angeboten, wenn sich letzteres mit Rumänien verständiget und Serbien von Adria-Forderungen abbringt, worauf ich nie Antwort erhalten. Seither habe ich Herrn Geschoff, Herrn Danew und anderen Bulgaren keinen Zweifel darüber gelassen, dass „nähere Freundschaft", wenn Bulgarien Serbien über Rahmen wirtschaftlicher Interessen unterstütze, unmöglich. Bezüglich Saloniks hat sich Herr Geschoff nie um unsere Unterstützung an mich gewendet, nur Herr Danew sprach dieses Ersuchen in Wien aus. Als ich Konseilspräsidenten im Sinne hohen Telegrammes Nr. 190 vom 20. dieses Monats verständigte, erhielt ich wieder evasive Antwort und schliesslich auf meine Argumente repliziert, dass unser Beistand punkto Salonik und sonst wertvoll: Herr Geschoff könne sich aber eventuell über künftige Politik Bulgariens nur unter Bedingung äussern, dass er über unsere Haltung in rumänischer Frage Aufklärung bekomme. Hätte ich diese letztere Antwort nicht erhalten, würde glauben können, dass Reserve Herrn Geschoffs nur Rücksicht auf Alliierte, die vor Friedensschluss gewissermassen begreiflich, entspringe. Nach letzter Antwort muss ich Reserve Herrn Geschoffs dahin verstehen, dass Frage, ob Bulgarien unsere Unterstützung bezüglich Saloniks und territorialer Aspirationen haben wird oder nicht, für Politik dieses Landes nicht ausschlaggebend ist. Man wünscht sich zwar unseren Beistand, ist aber offenbar auch bereit, auf denselben zu verzichten, wenn man ihn nicht in allen Fragen haben kann. Die territorialen Kompensationen an Rumänien (die nur durch grosse Nationalversammlung entschieden werden könnte) bilden enorme Verlegenheit für bulgarische Regierung. Die letztere hat bis vor kurzem gehofft, billig davonzukommen; letzter Zeit sind aber Prätensionen Rumäniens, laut hohen Telegrammes Nr. 188[b] vom 20. dieses Monats, gestiegen und Perspektive Abtretung Silistrias et cetera an Rumänien drückt schwer

Kabinett Geschoff. Wenn Rumänien sich nicht damit begnügt, was ihm Bulgarien gütlich, ohne Demütigung, geben kann, gibt es zwei andere Möglichkeiten: entweder wird sich Bulgarien allein gegen Forderungen Rumäniens, die es nicht erfüllen zu können glaubt, diplomatisch wehren und schliesslich, da es jetzt unfähig, Krieg gegen Rumänien zu führen, nachgeben, oder hat Russland, nachdem es vergebens gehofft, Rumänien zu umgarnen, seither Bulgarien für Fall Schwierigkeiten mit Rumänien befriedigende Zusicherungen gegeben. Erste Alternative ist unerwünscht, da jetzt gedemütigtes Bulgarien später oder früher unbedingt, wohl mit Unterstützung Russlands, Revanche suchen wird. Zweite Alternative könnte, wenn wir an friedlicher Politik festhalten, sofort unerwünschte Konsequenzen haben. Beide Alternativen würden zwar Rumänien an uns fesseln, zugleich aber Bulgarien mit Rumänien verfeinden und ersteres Russland näherbringen und gegen uns schlecht stimmen. So unbescheiden und unerfüllbar die Prätensionen Bulgariens sind, welches nach allem was wir ihm bieten, schliesslich auch Opferung unserer rumänischen Freundschaft verlangt, ist es andererseits zu bedauern, dass Forderungen Rumäniens gestiegen. In unserem Interesse würde nur die Euer Exzellenz von Anfang an vorschwebende Lösung liegen, dass sich beide Staaten wirklich freundschaftlich verständigen. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 5128, 5179, 5467. — [b]) Vgl. n. 5002 Anm. b.

Nr. 5118. Tel. aus Belgrad, 30. Dez. 1912 Nr. 337 (eing. 5 U. p. m.).[a]) *Entziff.*

Mit Bezug auf gestriges Telegramm Nr. 136. Generalsekretär Stefanović erklärte mir, dass serbische Regierung im Prinzipe die von uns verlangte militärische Ehrenbezeigung zu gewähren bereit sei und dies auch offiziell in den Mitteilungen des Pressbureaus bekanntgegeben habe. (Diese Erklärung war allerdings etwas unklar abgefasst.) Da die Formalitäten bei der Flaggenhissung ihnen unbekannt sind, habe sich Herr Pašić bei der Militärbehörde in Uesküb angefragt, dieselbe erklärte ihrerseits vorerst Erkundigungen über die üblichen Modalitäten einholen zu wollen. Da die Antwort bis heute der Regierung nicht zugekommen ist, habe Herr Pašić seinerseits die mir in Aussicht gestellte Mitteilung nicht machen können. Es liege ihnen selbst viel an der definitiven befriedigenden Austragung der Pendenz und es sei bereits die Antwort aus Uesküb telegraphisch urgiert worden. Ugron.

[a]) Vgl. n. 5148.

Nr. 5119. Tel. nach Bukarest Nr. 110 (1) und Sofia Nr. 205 (2), 30. Dez. 1912 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.).[a]) *Konz. (S. Berger; V. Pogatscher; G. Berchtold).*

1. Euer Hochwohlgeboren Bericht Nr. 78 A vom 26. d. M. erhalten. Die Euer Hochwohlgeboren mit Telegramm Nr. 107 vom 29. l. M. mitgeteilte Instruktion an Markgrafen Pallavicini wurde auch den anderen Kabinetten zur Kenntnis gebracht und nehme ich an, daß sich dieselben

bei der Pforte in gleichem auf Nachgiebigkeit einratendem Sinne wie wir vernehmen lassen werden. Es schiene mir dies ein günstiger Anlaß für die rumänische Regierung, um — wie sie dies ja bereits in Aussicht genommen hatte — in Konstantinopel eine diplomatische Pression zugunsten des rascheren Friedensschlusses eintreten zu lassen, wobei das eventuelle Durchblickenlassen einer militärischen Kooperation mit Bulgarien gewiß nicht verfehlen dürfte, den Eindruck dieser rumänischen Demarche auf die Pforte zu vertiefen. Damit würde sich die Bukarester Regierung auch Bulgarien zum Danke verpflichten und dem Sofioter Kabinette die Erfüllung der rumänischen Desiderata erleichtern. In dieser letzteren Beziehung haben wir den Anlaß benützt, welcher sich für uns bei der Mitteilung unseres in Konstantinopel unternommenen Schrittes ergab, um in Sofia auf die dringende Notwendigkeit einer baldigen Verständigung mit Rumänien — die ja im Interesse der künftigen ruhigen Entwicklung Bulgariens gelegen sei — hinzuweisen. Ohne auf nähere Details einzugehen, haben wir auch der königlich bulgarischen Regierung unsere Ansicht nicht verhehlt, daß, wenn sie an dem Standpunkte festhält, weder Städte noch Dörfer, sondern nur unbewohntes Gebiet abtreten zu wollen, die Hoffnung auf das Zustandekommen eines Akkords zwischen beiden Staaten aufgegeben werden müßte. Die königlich rumänische Regierung kann sich aus diesem Schritte neuerlich überzeugen, daß wir keinen Anlaß vorübergehen lassen, ohne auf das Kabinett von Sofia in dem von ihr gewünschten Sinne einzuwirken. Wie bereits wiederholt betont, erscheint uns das Zustandekommen einer Vereinbarung zwischen beiden Staaten als in deren ureigenstem Interesse gelegen, wobei dieser Akkord so beschaffen sein müßte, daß er einerseits die berechtigten rumänischen Wünsche befriedigt, andererseits aber auch in Sofia keinen Stachel zurückläßt, der auf die künftigen Beziehungen zwischen beiden Ländern schädigend wirken könnte. Vorstehend die Konsiderationen, welche Euer Hochwohlgeboren der königlich rumänischen Regierung und König Karol gegenüber in Ihren Konversationen verwerten wollen.

2. Ich telegraphiere an Baron Haymerle wie folgt: (Inseratur Telegramm sub 1 von „Die Euer Hochwohlgeboren mit Telegramm“ bis „wirken könnte.“) Vorstehendes zu Euer Hochgeboren ausschließlich persönlicher Information. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 5132, 5153, 5520.

Nr. 5120. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 30. Dez. 1912 Nr. 726 (eing. 10 U. p. m.).[a]) Entziff.

Habe heute den Minister des Äußern im Sinne Euer Exzellenz heutigen Telegrammes Nr. 362 gesprochen; er nahm hievon Akt und versprach, dem Großvezir sofort zu referieren. Er betonte aber hiebei, daß die Pforte in eine Abtretung Adrianopels nicht einwilligen könnte, einerseits wegen der in der Armee herrschenden Stimmung, namentlich aber auch deshalb, weil Seine Majestät der Sultan, der sich sonst um Details nicht kümmert, in diesem einen Punkte zu keiner Nachgiebigkeit zu bestimmen sei. Allenfalls würde sich die Türkei auf Schleifung der Fortifikationen oder ein ähnliches

Expediens einlassen können, nur müsse die Stadt Adrianopel türkisches Gebiet bleiben. In London werde die Türkei diese Forderung[b]) für das ganze Vilajet Adrianopel ablehnen, aber betreffs seiner sonstigen Teile ließe sich reden. Eher als die Stadt abzutreten, würde Türkei Krieg fortsetzen. Minister erwähnte mir auch (vergleiche Euer Exzellenz Telegramm Nr. 361 vom 30. d. Mts.), daß er Hilmi Pascha beauftragt hatte, bei Euer Exzellenz anzufragen, ob, falls die Pforte Entscheidung der Friedensbedingungen den Großmächten anvertrauen würde, ihr Standpunkt betreffs Adrianopel auf unsere Unterstützung rechnen könne; er habe bereits Grund zur Annahme, daß derselbe seitens der Kabinette von London, Berlin und Rom unterstützt werden würde. Demgegenüber wies ich darauf hin, daß, meines Wissens, alle Kabinette darin einig sind, daß die Türkei in der Frage von Adrianopel nachgeben solle. Wie schon in meinem Telegramme Nr. 718[c]) vom 26. d. Mts. erwähnt, scheint mir türkischer Staatsmann in letzter Zeit intransigenter geworden, was zeitlich mit der Reise Hadji Caltcheffs zusammenfällt. Pallavicini.

[a]) Oe. U. Balkan 104 Nr. 202. Vgl. n. 5133, 5136. — [b]) Amtsvermerk: sic! — [c]) Richtig Nr. 720; vgl. n. 5069.

Nr. 5121. Tel. aus London, 30. Dez. 1912 Nr. 165 (eing. 31. Dez. 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Telegramm Nr. 141 von heute und Inhalt desselben soeben Sir E. Grey mitgeteilt. Staatssekretär sagte mir, er habe vorige Woche zweimal an Sir G. A. Lowther ungefähr analoge Instruktionen telegraphiert, wie die Euer Exzellenz an Markgrafen Pallavicini. Er habe die Pforte ebenfalls auf die Gefahr für die asiatische Türkei aufmerksam gemacht, sowie auf den Umstand, daß ein bei Fortsetzung des Krieges wahrscheinlicher finanzieller Zusammenbruch der Türkei zu einer Intervention der Mächte führen könnte, welche für die Türkei nicht vorteilhaft wäre. Infolge Euer Exzellenz Anregung wird Sir E. Grey seinem Botschafter in Konstantinopel neuerdings telegraphieren, seine Warnungen zu wiederholen. Staatssekretär sagte mir, er sehe aus den Zeitungen, Pforte wolle in Frage der Friedensverhandlungen sich an unsere Botschafterreunion wenden. Bis jetzt ist ihm nichts zugekommen. Sollte es ernstlich geschehen, so würde Sir. E. Grey es uns sofort mitteilen, damit wir an unsere Regierungen berichten können. Staatssekretär meint, daß wenn ein derartiges Interventionsansuchen zu dem Zwecke erfolgen sollte, um der türkischen Regierung den Friedensschluß durch Hinweis auf den Wunsch der Mächte zu erleichtern, es vielleicht am besten wäre, die von allen Mächten in Konstantinopel einzeln bereits erteilten Warnungen kollektiv zu wiederholen. Mensdorff.

[a]) Vgl. Oe. U. Balkan 103 Nr. 200.

Nr. 5122. Tel. aus London, 30. Dez. 1912 Nr. 166 (eing. 31. Dez. 8 U. a. m.). Entziff.

Sir E. Grey ist durch den Tod Herrn von Kiderlen-Waechters sehr erschüttert und betrachtet dieses Ereignis im gegenwärtigen Augenblicke

als ein großes Unglück. Herr von Kiderlen-Waechter hatte, wie Sir E. Grey mir sagte, seit einigen Monaten alle Fäden in der Hand und habe in konziliantem und beruhigendem Sinne gearbeitet. Reichskanzler kenne die pendenten Fragen nicht so genau und könne sich auch denselben nicht vollständig widmen. Über wahrscheinlichen Nachfolger hat das hiesige Foreign Office nicht einmal eine Vermutung. Mensdorff.

Nr. 5123. Tel. nach Paris, 30. Dez. 1912 Nr. 160 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 179 vom 29. l. M. Die Sprache Euer Exzellenz zu Herrn Poincaré hat meine volle Billigung gefunden. Sollte der Ministerpräsident nochmals auf den Gegenstand zu sprechen kommen, können Hochdieselben darauf verweisen, daß seit der Euer Exzellenz aus meinem Telegramme Nr. 139[a]) vom 22. l. M. bekannten provisorischen Antwort Herrn Pašić auf das Begehren Herrn von Ugrons in der Konsular-Affaire nur ein offizielles serbisches Kommuniqué veröffentlicht wurde, welches aber nicht voll entsprechend war. Da Herr von Ugron aber bis nun die in Aussicht gestellte definitive Antwort nicht erhalten hat, könne unsererseits von einer befriedigenden Lösung der Konsular-Affaire nicht die Rede sein. Was unsere Rüstungen anbelangt, könnten Euer Exzellenz — immer bei Betonung des Umstandes, daß jede amtliche Erörterung dieser Fragen ausgeschlossen sei — bemerken, daß zwar infolge der russischen Rüstungen seinerzeit auch von uns die unumgänglich notwendigen militärischen Defensiv-Sicherheitsmaßnahmen ergriffen werden mußten, dieselben aber seit geraumer Zeit zum Stillstand gelangt seien. Dieselben wären nicht geeignet gewesen, in Rußland Beunruhigung hervorzurufen. Erst in allerjüngster Zeit habe sich die Presse dieser Frage bemächtigt und sei es auffallender Weise die französische gewesen, welche zeitlich wie hinsichtlich der maßlosen Übertreibungen an erster Stelle marschierte. Bezeichnend sei es auch, daß ein von hier ausgegangenes amtliches Dementi — welches zur allgemeinen Beruhigung hätte beitragen müssen — von den französischen Blättern mit einer einzigen Ausnahme unberücksichtigt geblieben sei.

Berchtold.

[a]) Mit Tel. Nr. 139, 22. Dez. 1912 (chiffr. 7 U. p. m.) wurde n. 5004 von „Bevor ich" bis „lassen werde" nach Paris mitgeteilt.

Nr. 5124. Tel. nach Rom, 30. Dez. 1912 Nr. 326 (chiffr. 6 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; G. Nemes).

Zu meinem Telegramme Nr. 318 von gestern. Herzog Avarna hat mir im Verfolge unseres Gespräches gestern den Text eines Telegrammes übermittelt, welches er an Marquis di San Giuliano abzusenden beabsichtigt. Derselbe lautet: Le Comte Berchtold m'a dit qu'il n'avait aucunement l'intention de céder Scutari au Monténégro. Mais s'il aurait effectué de la suite cette cession, il n'aurait pas manqué de se concerter préalablement avec nous. Le Comte Berchtold a ajouté qu'il ne pourrait pas nous donner une compensation pour cette cession éventuelle au cas oú le Gouvernement

Impérial et Royal aurait obtenu lui-même une compensation pour la cession susdite. Mais qu'il appartenait au Gouvernement Italien de se procurer la compensation qu'il aurait cru. Ich habe dem Herrn Botschafter lediglich erwidert, dass diese Angelegenheit nach meiner Auffassung nur einen rein akademischen und durchaus keinen praktischen Wert besitze, da bei uns niemand ernstlich an eine Cession Skutaris denke. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information. Berchtold.

a) Vgl. n. 5156.

Nr. 5125. Bericht aus Rom, 30. Dez. 1912 Nr. 89 B (eing. 3. Jan. 1913). Ausfert.

Die ruhige und optimistische Beurteilung der europäischen Situation seitens der öffentlichen Meinung in Italien hat in den letzten Wochen nicht mehr vorgehalten. Charakteristischer Weise zeigt sich auch hier, wie meines Wissens in der Presse des übrigen Auslandes, daß die Haltung Serbiens sehr nachsichtig beurteilt, seine Mäßigung sowohl in der Hafenfrage wie auch in seinem Auftreten uns gegenüber anerkannt, sowie dass der gleiche wohlwollende Maßstab an das Verhalten Rußlands und seine militärischen Rüstungen, welche lediglich als Defensiv-Maßregeln hingestellt werden, angelegt wird. Die natürliche Folge hievon ist, daß wir als die einzigen Störenfriede, unsere Haltung als eine unklare, rückhältige, drohende und unsere militärischen Vorbereitungen als eine Provokation nicht nur Serbiens und Rußlands, sondern eigentlich auch der anderen Mächte der Triple-Entente und als ein gefährliches Spiel mit dem Feuer kommentirt werden. Uns wird die Absicht imputirt, aus Unmut über den für uns ungünstigen Verlauf des Balkankrieges, aus dem désappointement unserer militärischen Kreise, aus Haß gegen das benachbarte Serbien und aus Furcht vor einer inneren Katastrophe der Monarchie einen äußeren Konflikt zu provocieren, in der Hoffnung, durch einen glücklichen Ausgang desselben die Situation wieder zu unseren Gunsten zu verändern. Dies ist die am häufigsten wiederkehrende Version, obwohl auch andere Erklärungen — zum Teile ganz unqualifizirbare — für unsere Rüstungen auftauchen, wie zum Beispiel jene, dieselben hätten lediglich den Zweck, der inneren Gefahr, welche der Monarchie, besonders von den Slaven, drohe, dadurch zu begegnen, daß man einen großen Teil der unruhigen Elemente unter die Waffen rufe und den Anderen wiederum durch die bewaffnete Macht imponiere. Der Grund, weshalb man hier, wie in Frankreich und anderwärts, zu solchen Ansichten gelangt, liegt in der in ganz Europa aufgeworfenen und bisher unbeantwortet gebliebenen Frage, was wir mit unseren Rüstungen erreichen wollen. Unser Programm in der Balkankrise ist ein so bescheidenes, daß aus diesem Anlasse ernste Konflikte nicht zu besorgen waren. Die Schaffung Albaniens hat von Hause aus nirgends einer grundsätzlichen Opposition begegnet. In der serbischen Hafenfrage war es seit geraumer Zeit klar — ich darf in dieser Beziehung auch auf meine Berichterstattung seit fast zwei Monaten verweisen — daß Serbien und Rußland die Sache nicht auf die Spitze treiben, sondern einlenken werden. Daß die Konsuls-

frage keinen ernsteren Hintergrund habe, war unserer Regierung gleichfalls schon seit Monaten bekannt. In der ganzen Balkankrise, so viel Schwierigkeiten sie uns auch noch bereiten wird, fehlt es also an einem ernsten Konfliktsstoff. Was die russischen Rüstungen anbelangt, so ist es — wie ich schon oben erwähnte — Rußland gelungen, in Europa die Ansicht zu befestigen, daß dieselben keinen aggressiven Charakter besitzen, sondern nur zum Schutze gegen unsere militärischen Maßregeln vorgenommen wurden. Die vom „Temps" unlängst gestellte Frage: „Que veut l'Autriche?", wird also auch hier von einem Chor von Stimmen wiederholt. Das Mißverhältnis zwischen diesen weitgehenden und jedesfalls äußerst kostspieligen Maßnahmen und den von uns — wenigstens officiell — angestrebten Zielen und Wünschen ist ein so manifestes, daß jene Frage nicht als unberechtigt erscheinen kann. Wir machen den Eindruck eines Mannes, welcher sich bis an die Zähne bewaffnet, um — auf die Hasenjagd zu gehen. Dazu kommt speziell hierzulande, daß Italien ja hinsichtlich Albaniens und des serbischen Zutrittes an die Adria mit uns Hand in Hand vorgeht, sich aber nicht nur nicht zu militärischen Rüstungen veranlaßt gesehen hat, sondern sogar eben jetzt im Begriffe steht, den Jahrgang 1890 zu beurlauben. Überhaupt trägt die italienische Regierung unentwegt den größten Optimismus und die Überzeugung zur Schau, daß es zu keinem militärischen Eingreifen einer Großmacht kommen wird. Mir — und vermutlich auch unseren anderen diplomatischen Vertretern — ist keinerlei Orientierung über den Grund und Zweck dieser teilweisen Mobilisirung erteilt worden; unsere offiziöse Presse schweigt sich über dieses Thema gleichfalls vollständig aus. Da darf es nicht Wunder nehmen, wenn im Auslande die merkwürdigsten Kommentare und Gerüchte in dieser Beziehung entstehen. Kommt es in der nächsten Zeit noch zu einem Konflikte, dann werden retrospektiv unsere Rüstungen gerechtfertigt oder, wenn wir die Angreifenden sind, wenigstens erklärlich scheinen. Wenn aber nicht, dann wird diese Episode nichts weniger als zur Hebung unseres Prestiges beigetragen haben. Dies umso weniger, als auch andere Nachrichten aus der Heimat in das Ausland gelangen, welche geeignet sind, die Situation in der Monarchie in sehr trübem Lichte erscheinen zu lassen. Schon der plötzliche Wechsel unserer militärischen Chefs inmitten der Mobilisirung wurde stark glossirt. Der Satz: „On ne change pas de cheval au milieu d'un gué" fand sich aus diesem Anlasse in einer ganzen Reihe von Zeitungen. Dazu kommen seit einigen Wochen allerlei teils erfundene, teils stark übertriebene Nachrichten über Fälle militärischer Insubordination, über Desertionen an der galizischen Grenze, kriegsrechtliche Behandlung der Mannschaft, anti-militäristische Demonstrationen in Pilsen und Königgrätz, Irregularitäten bei den Lieferungen für das Heer und dergleichen. Endlich wird unsere wirtschaftliche Lage in den düstersten Farben geschildert, der run auf die Sparkassen in mehreren Provinzen, die Erlassung eines Moratoriums, die Entwertung des Papiergeldes, das stete Sinken der Rentenkurse, das Darniederliegen von Industrie und Handel als böse Symptome registrirt und auch das letzte staatliche Anlehen wegen seines relativ mesquinen Betrages und seiner Beschaffung in Amerika kritisiert.

Ich komme gewiß selten in die Lage, italienische Maßregeln als empfehlenswert darzustellen. Immerhin hat aber Italien, welches in seinem lybischen Feldzuge vor tausend inneren und äußeren Schwierigkeiten gestanden ist, es verstanden, dieselben nach Außen hin zu verschleiern, durch eine geschickte, konsequente, auf die Wirkung auf das In- und Ausland berechnete Führung der Presse seine Lage in politischer, militärischer und wirtschaftlicher Hinsicht immer viel besser erscheinen zu lassen, als sie es wirklich war, und dadurch sein wiederholt gefährdetes Prestige scheinbar ungeschmälert zu erhalten, ja sogar zu erhöhen. Ich hielte unmaßgeblicher Weise dafür, daß wir — wenigstens bis zu einem gewissen Grade — dieses Beispiel nachahmen, durch unsere im Ganzen so gefügige Presse unsere Situation entsprechend günstig beleuchten lassen und besonders — selbst mitunter auf Kosten der vollen Wahrheit — den in der ausländischen Presse verbreiteten abträglichen Nachrichten entgegentreten sollten. Von diesem Gesichtspunkte aus habe ich die einzige mir bekannte derartige Darstellung, das Schreiben Dr. Siegharts an den „Temps", sogleich aufgegriffen und — mit Genehmigung Euer Exzellenz — in einem hiesigen Blatte reproduziren lassen. Die Monarchie, welche ärgere Stürme als den jetzigen glücklich überstanden hat, wird ja gewiß auch aus dieser Krise heil hervorgehen. Wenn wir aber gegen die aigreur, welche sich überall gegen uns geltend macht, und gegen die abträgliche Beurteilung unserer Zustände in keiner Weise reagieren, so wird immerhin eine Verminderung unseres Prestiges und eine für die Zukunft nicht ungefährliche allgemeine Mißstimmung gegen uns zurückbleiben. ... *Pressestimmen* ... Mérey.

Nr. 5126. Bericht aus Rom, 30. Dez. 1912 Nr. 89 F (eing. 3. Jan. 1913). Ausfert.

Im „Giornale d'Italia" sind in den letzten Wochen mehrere Artikel erschienen, welche das Verhältnis zwischen Österreich-Ungarn und Italien sowie die Situation der Italiener in Österreich zum Gegenstande haben. Den Beginn machte der kürzlich von einer Balkanreise zurückgekehrte Londoner Korrespondent des Blattes Gubello Memmoli mit einem Artikel, in welchem er für den engen Anschluß Italiens an die Monarchie eintrat, wobei die durch den Verlauf des Balkankrieges gesteigerte gemeinsame slavische Gefahr als einigendes Moment dienen würde. Diesem Gedanken trat in zwei anderen Artikeln der Wiener Korrespondent Caburri des „Giornale d'Italia" entgegen, welcher den anti-italienischen Charakter der österreichischen Politik an der Hand seiner Erfahrungen illustrirte und vor der Illusion warnte, als stände eine Änderung dieser Politik zu erwarten. Schliesslich erschien der anverwahrte[a]) Artikel, welcher den Nationalisten de Frenzi zum Verfasser hat und aus Triest datirt ist, woselbst der Genannte sich unlängst aufgehalten zu haben scheint. De Frenzi sucht gleichfalls darzulegen, dass man in Österreich weder gewillt noch selbst in der Lage wäre, eine Änderung in dem bisherigen Systeme eintreten zu lassen, welches die Slaven auf Kosten der Italiener begünstigt. Der zweite Teil des Artikels enthält eine scharfe Philippica gegen die Ver-

folgungen, welchen in Österreich nicht nur die Einheimischen italienischer Nationalität, sondern auch die italienischen Staatsbürger ausgesetzt seien. Der Autor veranschaulicht dies, ähnlich wie Barzilai in seiner letzten Rede, durch eine ganze Serie von Verfügungen der k. k. Regierung, unter welchen insbesondere der Hinweis auf die seit geraumer Zeit monatlich im Durchschnitt an das Hundert heranreichenden Ausweisungen von Italienern aus Österreich eines sensationellen Charakters nicht entbehrt. Auch der Wiener Korrespondent der „Tribuna" Dr. Dudan, hat das bevorstehende Erscheinen eines von ihm verfassten Buches angekündigt, welches den Titel „La politica anti-italiana in Austria-Ungheria" führen wird. Es ist wohl kein Zufall, wenn gerade in der letzten Zeit die Klagen über die Behandlung des italienischen Elementes in Österreich wieder besonders allgemein und lebhaft laut werden. Die wesentliche Besserung der politischen Beziehungen zwischen uns und Italien, unser gutes Einvernehmen in den durch den Balkankrieg aufgeworfenen Fragen, endlich die Erneuerung des Dreibundes lassen umso greller den Gegensatz hervortreten, welcher zwischen diesen Erscheinungen und der den Italienern in Österreich bereiteten Situation besteht. Und es gibt nicht einen politisch zurechnungsfähigen Italiener, — vom Irredentisten bis zu unserem überzeugtesten Freunde — der diesen letzteren Umstand nicht unwillig und schmerzlich empfinden würde. Mérey.

[a] Wurde nicht aufgenommen.

Nr. 5127. Bericht aus St. Petersburg, 17./30. Dez. 1912 Nr. 54 (eing. 2. Jan. 1913).[a] Ausfert.

In der Anlage beehre ich mich, Euer Exzellenz ein mir heute zugekommenes Aide-Mémoire[b] Herrn Sazonows ergebenst zu unterbreiten, in welchem derselbe auf die Bemerkungen Euer Exzellenz antwortet, zu welchem die russischen Vorschläge bezüglich des serbischen Zutrittes zur Adria, sowie verschiedene andere bei der Londoner Botschafter-Réunion zur Sprache gekommene Fragen Anlaß geboten. Da sich Herr Sazonow hierin auf das Memorandum bezieht, welches ich demselben diesbezüglich übergeben hatte, gestatte ich mir, Hochdenselben auch eine Abschrift[c] dieses letzteren zu unterbreiten. Thurn.

[a] Oe. U. Balkan 104 Nr. 203. Vgl. n. 5283, 5488, 7359 Anm. b. — [b] Zweite Beilage. — [c] Erste Beilage.

Erste Beilage zu n. 5127. Aide-Mémoire des Botschafters in St. Petersburg für den russ. Minister des Äußern, 12./25. Dez. 1912. Abschrift.

Désir du Comte Berchtold de profiter de l'interruption dans la réunion de Londres pour tâcher d'arriver à une entente des Puissances Neutres sur certains points qui n'ont pas été posés d'une manière assez précise et d'autres, où il y a encore divergence d'opinions. I[er] Concernant l'accès commercial de la Serbie. *a)* Neutralisation spéciale du port semble inutile

vu que, toute l'Albanie étant neutralisée, une telle spécialisation ne pourrait que faire paraître douteuse la valeur de la neutralité accordée au pays entier. *b)* „Chemin de fer international." Dans quel sens exacte le Gouvernement Impérial Russe comprend-il cette locution? Le Comte Berchtold suppose qu'il ne s'agirait pas d'une construction et l'exploitation de ce chemin de fer par les 6 Grandes Puissances mêmes, mais d'une stipulation des Grandes Puissances garantir l'usage du chemin de fer, concessionné par le Gouvernement Albanais et construit par une société de construction et d'exploitation internationale, ainsi que celui du port, d'une manière égale et sous les mêmes conditions pour tous les Etats, et en tout temps. Dans le cas où cette définition „du chemin de fer international" corresponderait aux vues du Gouvernement Russe, le Cabinet de Vienne ne ferait de son coté pas d'objection à la phrase „réservé à la Serbie", contenue dans la proposition russe faite à la première Réunion des Ambassadeurs. *c)* Comte Berchtold est d'accord que le chemin de fer en question ainsi que le port soient mis sous le contrôle des Grandes-Puissances (Puissances Signataires) et que le chemin de fer jouisse de la garde et de la protection internationale. Cette dernière tâche devrait cependant — selon l'avis du Gouvernement Impérial et Royal, être de préférence confiée à la gendarmerie albanaise, institution qui serait sous le contrôle européen, et qui pourrait aussi être employée à protéger les travaux préliminaires de tracement ainsi que ceux de la construction de la ligne en question. *d)* Le choix du tracé devrait être laissé à la société qui aurait à s'entendre à ce sujet avec la Serbie. *e)* En tant que la Serbie sera cointéressée à cette société („mitbeteiligt wäre") elle aurait naturellement aussi l'ingérence relevant de ce fait sur l'entreprise. C'est dans ce sens que le Gouvernement Impérial et Royal désirerait que la phrase, contenue dans la proposition russe de la troisième réunion: „le droit pour la Serbie de participer au contrôle international de la ligne et du port", fût précisée. *f)* En ce qui concerne la liberté de transit sur le chemin de fer en question il faudrait préciser que cette liberté ne sera pas une prérogative spéciale de la Serbie, mais que toutes les Puissances pourront en profiter d'une manière égale. *g)* Les stipulations en question devront assurer à la Serbie la „liberté des relations commerciales", le Comte Berchtold est d'avis qu'elles ne pourraient comprendre le transit des matériaux de guerre qu'en temps de paix. II° Scutari. Raisons pour lesquelles il paraît indispensable au Gouvernement Impérial et Royal que Scutari fasse partie de l'Etat Albanais futur: 1° Scutari est une ville avec une population presque exclusivement albanaise. 2° Scutari est le centre religieux des Albanais catholiques du nord. Intérêt de la Monarchie au point de vue de son protectorat du culte catholique. 3° Scutari étant le chef lieu de l'Albanie du nord vers lequel toutes les tribus septentrionales gravitent aussi au point de vue administratif une Albanie viable ne pourrait au dire de tous les connaisseurs de ce pays exister sans Scutari et ses environs. 4° En cas que Scutari serait perdu pour l'Albanie les tribus albanais dont Scutari est le centre seraient perdues pour l'Albanie libre et la majorité de la population catholique serait absorbé contre sa volonté par le Monténégro, qui leur est étranger au point de vue de la nationalité et de la religion. 5° Les

Monténegrins ne sont jusqu'ici pas parvenus à prendre Scutari, dont la défence héroique n'est pas tant un succès des armes turques, qu'une preuve de la ténacité avec laquelle les Albanais luttent pour la possession de cette ville qu'ils considèrent comme une partie essentielle de leur patrie. 6° La possession d'une ville habitée exclusivement par une population étrangère à tous points à celle du Monténégro ne serait pour ce dernier à la longue aucun agrandissement de pouvoir. 7° Si la position de la dynastie Njegus est réellement ébranlée, l'acquisition de Scutari — dont la population exclusivement albanaise démontre par sa lutte contre les assiégeants son désir de ne pas se séparer de l'Albanie — ne pourra pas l'affermir, tandisque l'acquisition d'un territoire habité par une population de la même race aurait plus probablement cet effet. 8° La Monarchie a un intérêt vital à la création d'une Albanie viable qui serait sérieusement compromise par la perte de Scutari tandis que les intérêts de la Russie de ce coté semblent bornés à la question du maintien de la dynastie Njegus, et sous ce rapport le Gouvernement Russe peut compter sur la pleine coopération du Gouvernement d'Autriche-Hongrie.

Zweite Beilage zu n. 5127. Aide-Mémoire des russ. Ministers des Äußern, St. Petersburg, 15./28. Dez. 1912. Ausfert.

En réponse à l'Aide-Mémoire en date du 12/25 Décembre a. c. le Ministère Impérial des Affaires étrangères a l'honneur de porter à la connaissance de l'Ambassade Impériale et Royale qu'il n'a pas manqué de soumettre à l'examen le plus serieux les considérations qui y sont exposées. Appréciant hautement le désir exprimé par le Comte Berchtold d'arriver à une entente entre les Puissances neutres sur les principales questions qui vont être posées à la réunion à Londres, le Gouvernement Impérial est prêt de son côté à les traiter dans un esprit de conciliation et de stricte équité qui répondrait le mieux au but susmentionné. Toutefois il nous semble nécessaire d'apporter une réserve préalable aux considérations qui vont suivre, notamment que le Gouvernement Impérial croit qu'il appartiendra à la réunion des Ambassadeurs à Londres d'établir l'accord sur tous les points en question qui ne sauraient trouver une solution finale que dans leur ensemble. Pour plus de clarté le Ministère Impérial suivra dans ses observations l'ordre dans lequel les différentes questions sont traitées dans l'Aide-Mémoire susmentionné. Le Ministère Impérial partage le point de vue général qui parait guider le Cabinet de Vienne dans ses propositions relatives à la question de l'accès commercial de la Serbie à l'Adriatique et pense comme lui qu'il est utile de préciser autant que possible le vrai sens des décisions de la réunion des Ambassadeurs. Toute équivoque sur cette matière importante présentant de graves inconvénients devrait être soigneusement évitée. Le Gouvernement austro-hongrois relève le terme de „neutralisation" employé en deux occasions: en premier lieu pour l'Albanie et en second pour le chemin de fer et les ports destinés à servir de débouché pour la Serbie. Le Cabinet de Vienne n'ignore pas que dans les traités internationaux et dans la doctrine le terme de neutrali-

sation embrasse des stipulations souvent variables. Or, dans la matière il s'agirait d'établir d'une part certaines garanties pour l'Albanie et de l'autre des garanties destinées à assurer l'inviolabilité du chemin de fer et des ports, ainsi que le libre transit stipulé par les Puissances. Il appartiendrait donc d'après nous, à la réunion des Ambassadeurs à Londres de prendre en considération les deux catégories d'intérêts qui demandent chacune à être sauvegardée. Il en est de même du terme — „chemin de fer international" employé par la réunion des Ambassadeurs à Londres. Nous nous rangeons à l'interprétation donnée à ce terme dans le point b de la première partie de l'exposé de l'Aide-Mémoire. Mais pour préciser davantage le vrai sens de cette interprétation il parait nécessaire de relever que la compagnie concessionnaire du chemin de fer albanais devrait avoir un caractère vraiment international, notamment que les Puissances européennes ainsi que la Serbie participeraient à la création de cette société par leurs capitaux et jouiraient, selon l'expression du Comte Berchtold, d'un droit d'ingérence relevant de ce fait sur l'entreprise. Le Comte Berchtold est d'accord que la voie d'accès à l'Adriatique soit mise sous le contrôle des Puissances et placée sous la garde et la protection internationale. Il ajoute que cette dernière tâche devrait cependant être de préférence confiée a une gendarmerie albanaise placée sous le contrôle Européen. Le Gouvernement Impérial en acceptant ce point de vue considère qu'il serait utile sur ce point comme sur les autres de tâcher d'arriver à une formule moins générale. Pour faire suite aux observations contenues dans l'Aide-Mémoire Austro-Hongrois l'on devrait prescrire que le contrôle international sera exercé au moyen d'une commission Européenne à créer dans l'esprit des dispositions qui règlent la navigation dans le Canal de Suez. Le Gouvernement Impérial ne ferait pas d'objection à la création d'une gendarmerie albanaise sous le contrôle des Puissances. Mais à son avis l'organisation d'un corps satisfaisant de gendarmes Albanais nécessiterait un délai plus ou moins grand. En attendant on devrait aviser à telle ou telle autre mesure internationale provisoire pour la protection des travaux sur la ligne, si toutefois il n'était pas jugé préférable de faire prolonger le séjour des troupes serbes dont le nombre pourrait être limité en conformité avec le mandat à délai fixe qui leur incomberait. Les observations du Comte Berchtold relatives à la liberté de transit sur le parcours Albanais du chemin de fer de l'Adriatique ne soulèvent aucune objection de notre part. Ce n'est que le dernier point du programme Austro-Hongrois relatif à la question de l'accès commercial qui ne saurait être admis par le Gouvernement Impérial. Le Cabinet de Vienne ne donne aucune indication sur le sens exact des mots „en temps de paix" et il est en conséquence difficile de se rendre compte de la portée exacte de sa proposition. D'autre part les décisions de Londres ne prévoyant aucune réserve quant au libre transport des matériaux de guerre il ne parait pas désirable de revenir sur la discussion de ce point. Les intérêts que le Gouvernement Austro-Hongrois peut avoir dans cette question semblent de plus être sauvegardés par les droits qui appartiennent à toute Puissance belligérante de confisquer les articles de contrebande de guerre en haute mer. La seconde partie de l'Aide-

Mémoire a trait à la question de Scutari. Le Gouvernement Impérial a eu déjà l'occasion de communiquer au Cabinet de Vienne sa manière d'envisager cette question. Sans revenir sur les considérations que M. Sazonow avait développées à Son Excellence l'Ambassadeur Impérial et Royal il parait utile d'ajouter certaines observations au sujet des arguments contenus dans la communication austro-hongroise qui n'ont pas fait l'objet d'un échange de vues entre les deux Cabinets. L'Aide-Mémoire invoque, en premier lieu, des considérations d'ordre éthnique et religieux qui militent contre la réunion de Scutari au Monténégro. Le Gouvernement Impérial pense qu'on pourrait puiser dans l'étude des événements récents des preuves solides de la mutuelle confiance qui préside aux relations entre les albanais catholiques et le Gouvernement Monténégrin. De plus, l'égalité et la liberté des cultes étant établies au Monténégro en vertu de l'article XXVII du traité de Berlin les intérêts des albanais catholiques y trouveront la protection nécessaire. Le Gouvernement Impérial partage le désir du Gouvernement Austro-Hongrois de voir créer par les Puissances un ordre de choses stable en Albanie. Mais dans les conditions toutes nouvelles et, l'on pourrait ajouter quelque peu artificielles, dans lesquelles le problème albanais se pose actuellement, il nous parait difficile d'admettre comme établi que la création d'une Albanie autonome deviendra impossible sans l'annexion de Scutari. Enfin, le Gouvernement Austro-Hongrois nous propose son concours diplomatique pour le maintien de la dynastie Monténégrine dont la position serait ébranlée en cas de la non-acquisition de Scutari. Le Gouvernement Impérial apprécie à leur juste valeur les sentiments amicaux qui ont dicté cette proposition. Mais, à son avis, en comdamnant la dynastie Monténégrine à chercher un appui permanent dans les efforts de la diplomatie étrangère, les deux Gouvernements lui rendront un mauvais service et ne pourront pas paralyser les effets déplorables qui sont prévus pour le cas où Scutari resterait albanais.

Tel. nach Sofia, 30. Dez. 1912 Nr. 205 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 5119.

Nr. 5128. Tel. aus Sofia, 30. Dez. 1912 Nr. 495 (eing. 31. Dez. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Bezug auf hohe Telegramme Nr. 199 und 200 vom 29. und Nr. 201 vom 30. dieses Monats. Habe mich anknüpfend an vorletzte Unterredung auftragsgemäß Konseilspräsidenten gegenüber ausgesprochen. Herr Geschoff nahm mit Befriedigung und Dank Mitteilung im Sinne des letztbezogenen Telegrammes zur Kenntnis und über Inhalt des ersteren sagte er, es kränke ihn sehr, daß wir Prätensionen Rumäniens unterstützen. Es entspann sich animierte Konversation, in der ich plaidierte und wenn notwendig Einwendungen machte und Ministerpräsident sich im wesentlichen, wie folgt, vernehmen ließ: Herr Geschoff habe kürzlich sämtliche Parteiführer zu einer Sitzung einberufen, in der auswärtige Angelegenheiten besprochen wurden. Alle Parteichefs, ohne Ausnahme, hätten sich in der heftigsten Weise gegen territoriale Kompensation an Rumänien ausgesprochen; man

hätte es Regierung überlassen, macedonische Fragen, so gut es gehe, zu regeln, man hätte aber Regierung gewarnt, kein Stück bulgarischen Bodens abzutreten. Aus Silistria und anderen Ortschaften bulgarischer Dobrutscha seien Deputationen beim Konseilspräsidenten erschienen, die über dort bereits herrschende Erregung berichteten. Bis auf ein kleines Dorf sei Bevölkerung in Grenzgegend der Dobrutscha bulgarisch. Es hätte sich nicht eine Stimme in ganz Bulgarien erhoben, die Gewährung auch nur kleinster territorialer Kompensation empfohlen hätte, und wenn keine Zensur wäre, hätte man hier bereits den größten Sturm in der Presse, der sich auch gegen Österreich-Ungarn richten würde, welches zwar nicht seitens Herrn Geschoffs, aber von öffentlicher Meinung für Haltung Rumäniens verantwortlich gemacht werde. Trotz dieser Stimmung im Lande sei bulgarische Regierung, da sie gute Beziehungen zu Rumänien wünsche, bereit, auf eine Grenzrektifikation durch Abtretung unbewohnten Gebietes einzugehen. Vor kurzer Zeit noch habe Hoffnung bestanden, daß sich Rumänien damit begnügen würde, und Herr von Kiderlen-Wächter, der russische Botschafter in Berlin und ein König Karol nahestehender Rumäne hätten solche Erwartung sicher ausgesprochen. Von verschiedenen anderen Seiten seien Konseilspräsidenten ebenfalls Indizien zugegangen, daß Rumänien — welches eigentlich gar keinen legitimen Anspruch habe — Verständigung erleichtern würde. Ganz in letzter Zeit scheine aber Rumänien höhere Forderungen zu stellen und wenn es wahr, daß es auch Silistria verlange, wisse Herr Geschoff nicht, wie Verständigung möglich. Es könne keine Regierung in Bulgarien geben, die so etwas vor Sobranje vertreten würde, und keine Sobranje würde es votieren. Nachdem ich erneuert Wert der Freundschaft Österreich-Ungarns und Rumäniens für Bulgarien hervorhob, erwiderte Herr Geschoff, er sei überzeugt, daß Bulgarien gute Beziehungen zu Zentralmächten brauche, weswegen er auch Verständigung mit Rumänien anstrebe, die letzteres leider erschwere. Auf meine Bemerkung, daß Konseilspräsident mir auf meine Eröffnung geforderte Antwort nicht gegeben, meinte Mitredner, er könne nur für Euer Exzellenz Einwirkung in Konstantinopel danken und sonst keine andere Erklärung machen, als daß rumänische Kompensationsfrage für Bulgarien wichtiger, als alle anderen und bulgarische Regierung viel opfern würde, um das von Rumänien verlangte Opfer nicht zu bringen. Konseilspräsident fügte hinzu, nicht Rumänien, welches mit uns Reibungsflächen hat, die in Zukunft Schwierigkeiten ergeben können, sondern Bulgarien wäre unser natürlicher Freund. Zu meiner Mitteilung, daß Rußland und Frankreich Salonik Griechenland sichern wollen, bemerkte Herr Geschoff, daß ihm ähnliche Informationen zugegangen. Ministerpräsident war sehr deprimiert und rumänische Frage scheint ihm schwere Sorge zu verursachen. Ich glaube, von den zwei in meinem Telegramme Nr. 490 von gestern erwähnten Möglichkeiten dürfte eher die zutreffen, daß Bulgarien in rumänischer Angelegenheit allein stehe und, wenigstens bis jetzt, Rußland nicht auf seiner Seite habe. Deutscher Gesandter hat bis heute nachts keine Instruktionen.

Tarnowski.

[a]) Oe. U. Balkan 103 Nr. 201.

Nr. 5129. Tel. aus Sofia, 30. Dez. 1912 Nr. 496 (eing. 31. Dez. 9 U. a. m.). Entziff.

Erhalten soeben hohes Telegramm Nr. 202 [a]) vom 30. dieses Monats, wonach Rußland im Falle der Wiederaufnahme des Krieges nicht neutral bleiben würde. Ähnliche Information brachte mir heute Gewährsmann auf Grund Unterredung mit einem bulgarischen Minister, der gesagt hätte, Bulgarien sehe weiterem Krieg ohne Sorge entgegen, da es russischen Beistands sicher. Ohne andere Folgen, die ein solcher Entschluß Rußlands haben mag, in Betracht zu ziehen, schwebt mir vor, daß wenn Rußland durch Drohung aktiven Eingreifens Friedensschluß herbeiführen oder durch aktive Unterstützung Sieg Verbündeter erleichtern sollte, es sich einerseits Balkanstaaten verpflichten müßte und anderseits um diesen Preis eventuell versuchen könnte, Bulgarien zu Konzessionen an Rumänien sanft zu bewegen, was ihm zugleich Dankbarkeit dieses letzteren sichern würde. Tarnowski.

[a]) Mit Tel. Nr. 202, 30. Dez. 1912 (chiffr. 4 U. 30 M. p. m.) wurde n. 5108 nach Sofia mitgeteilt.

Nr. 5130. Tel. aus Belgrad, 31. Dez. 1912 Nr. 341 (eing. 6 U. p. m.).[a]) Entziff.

Deutscher Gesandter hat vom Berliner Auswärtigen Amte Mitteilung erhalten, dass dort bekannt geworden sei, dass Herr Pašić zur persönlichen Aussprache sich nach Wien begeben wolle. Baron Griesinger wurde beauftragt, Herrn Pašić zuzureden, sein Vorhaben auszuführen. Mir gegenüber äußerte sich der Herr Ministerpräsident, dass er diese Absicht gehabt, dieselbe aber aufgegeben habe. (Vergleiche meinen Bericht Nr. 186 A).[b]) Ugron.

[a]) Vgl. n. 5149. — [b]) Vom 21. Dez.

Tel. nach Berlin, 31. Dez. 1912 Nr. 239 (chiffr. 9 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 5139.

Nr. 5131. Tel. aus Berlin, 31. Dez. 1912 Nr. 338 (eing. 11 U. 50 M. p. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 232 von gestern. Infolge des Ablebens Herrn von Kiderlen-Waechters konnte ich Unterstaatssekretär erst heute kurz sprechen. Herr Zimmermann sagte mir, türkischer Geschäftsträger habe sich bei ihm für heute nachmittags angesagt, bei welcher Gelegenheit derselbe die gleiche Démarche machen wird, wie sie Hilmi Pascha bei Euer Exzellenz unternommen. Unterstaatssekretär beabsichtigt, dem türkischen Geschäftsträger ebenso wie Euer Exzellenz dem türkischen Botschafter zu antworten und ihm zu sagen, daß er noch das Einvernehmen mit den Bundesgenossen pflegen wolle. Soeben sprach türkischer Geschäftsträger bei mir vor und sagte mir, er werde im Auftrage seiner Regierung hier mitteilen, daß die Pforte unter der Bedingung, daß das Vilajet Adrianopel in türkischem Besitze verbleibe, bereit sei, sich den Entschlüssen der Großmächte zu fügen. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 5151.

Tel. nach Bukarest, 31. Dez. 1912 Nr. 112 (chiffr. 9 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 5139.

Tel. nach Bukarest, 31. Dez. 1912 Nr. 113 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 5136.

Nr. 5132. Tel. des Legationsrates Franz Freiherrn von Haymerle aus Bukarest, 31. Dez. 1912 Nr. 110 (eing. 1. Jan. 1913, 3 U. p. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. Habe soeben Seiner Majestät König Karl die in Telegrammen Nr. 107 und 110 vom 30. und 31. d. Mts. gemachten Mitteilungen unterbreitet. Seine Majestät der König hat mich beauftragt, Euer Exzellenz für die darin erwähnten Schritte im Interesse Rumäniens seinen Dank auszusprechen. Was den mir im letztgenannten Telegramme gewordenen Auftrag betrifft, hat Seine Majestät der König erklärt: „Daß sich unsere Ansichten vollkommen decken und daß er bereits Auftrag erteilt habe und ihn wiederholen werde, der Türkei wissen zu lassen, daß er unbedingt den Frieden wünsche, da ihn Rumänien brauche und daß, wenn die Türkei sich weiter so intransigent zeige, er denselben erzwingen werde." Seine Majestät fügte hinzu, dies müsse aber absolut geheim bleiben, da er sonst keine Pressionsmittel Bulgarien gegenüber mehr habe. Herr Danew habe nunmehr den offiziellen Auftrag, mit Herrn Mişu zu verhandeln. Für die Ausübung dieses Druckes werde er aber dann die südlichste von Rumänien vorgeschlagene Grenzlinie Turtutschaia—Ekrene verlangen. Auf meine Bemerkung hin, dieser Druck müßte aber bald ausgeübt werden, da sie sonst, durch hiesige Presse und öffentliche Meinung, die jetzt immer gegen Bulgarien hetzen, über die eigentliche Absicht der rumänischen Regierung irre geleitet, glaube, Rumänien wolle Türkei gegen Bulgarien stützen, meinte König von Rumänien, dies sei richtig, er werde Türkei seine Auffassung sofort wissen lassen. Gleichzeitig fragte mich Seine Majestät, ob, da Rumänien jetzt keinen Vertreter in Konstantinopel habe, von der k. u. k. Botschaft in Erfahrung bringen könne, ob die Türkei auf Rumänien als Helfer rechne. Ich versicherte Seiner Majestät dem König, ich würde Höchstdesselben Wunsch sofort Euer Exzellenz melden. Beim Weggehen wiederholte König Karl: „Unsere Ansichten betreffs des Vorgehens gegen die Türkei decken sich vollkommen." Haymerle.

[a] Vgl. n. 5153, 5161, 5183.

Nr. 5133. Bericht aus Konstantinopel, 31. Dez. 1912 Nr. 98 A (eing. 2. Jan. 1913). Ausfert.

Mit gehorsamstem Telegramme von gestern, Nr. 726, habe ich Eurer Exzellenz zu melden die Ehre gehabt, daß ich den hohen telegraphischen Auftrag vom 30. d. M., Nr. 362, dem Herrn Minister des Äußern gegenüber am selben Tage ausgeführt habe. Schon vorgestern hatte ich mit Gabriel Effendi eine längere Unterredung, in deren Verlaufe ich mehr oder weniger die im bezogenen hohen Telegramme enthaltenen Argumente vorbrachte, so daß ich gestern eigentlich im selben Sinne sprach, allerdings mit dem

Unterschiede, daß ich mich bei dieser Gelegenheit auf einen bezüglichen Auftrag Eurer Exzellenz zu berufen vermochte, was auf den Herrn Minister des Äußern einen bedeutenden Eindruck machte; denn Gabriel Effendi erklärte mir sohin, er werde dem Großvezier hierüber unverzüglich Bericht erstatten. Nichtsdestoweniger beharrte der Herr Minister des Äußern auf seinem Standpunkte, wonach die türkische Regierung bezüglich Adrianopels nicht nachgeben könne. Sie sei bereit, meinte Gabriel Effendi, alle Fragen, welche Mazedonien, Albanien und selbst die Inseln beträfen, in die Hände der Mächte zu legen, am Besitze des Vilajets Adrianopel müsse sie jedoch festhalten; was dieses Vilajet selbst anbelangt, so ließe sich hierüber diskutieren, man könnte vielleicht eine Grenzlinie finden, welche Adrianopel der Türkei ließe, einen Teil des Vilajets hingegen Bulgarien überlassen würde. Allenfalls, fügte der Minister, wie ich dies telegraphisch zu melden Gelegenheit nahm, hinzu, wäre ja eine Verständigung über gewisse Modalitäten, wie zum Beispiele die Schleifung der Festungswerke von Adrianopel, möglich, in Betreff des Besitzes dieser Stadt könne jedoch die türkische Regierung schon deshalb nicht nachgeben, weil Seine Majestät der Sultan sich bestimmt dahin geäußert hat, keinen Friedensvertrag unterfertigen zu wollen, der den Verlust Adrianopels involvieren würde. Seine Majestät werde in dieser Auffassung durch die ganze Armee unterstützt und sei man daher bereit, den Krieg selbst in dem Falle weiterzuführen, als Rußland seine Drohung (ergebenstes Telegramm Nr. 724 von gestern) zur Ausführung bringen sollte. Wie ich schon im eingangs bezogenen ergebenen Telegramme angedeutet habe, besteht zwischen den mir im hohen Telegramme Nr. 361 vom 30. d. M. hochgeneigtest mitgeteilten Auslassungen Hilmi Paschas und den gegenständlichen Äußerungen Gabriel Effendis insoferne ein Unterschied, als letzterer behauptet, er hätte dem türkischen Botschafter in Wien die Instruktion zukommen lassen, bei Eurer Exzellenz anzufragen, ob das Wiener Kabinett gesonnen wäre, in der Frage von Adrianopel den türkischen Standpunkt bis zu einem gewissen Grade zu unterstützen, so wie dies — nach Behauptung des Herrn Ministers — England, Deutschland und Italien zu tun geneigt sein würden. Nur in diesem Falle würde die türkische Regierung auch die Frage von Adrianopel den Mächten zur Entscheidung unterbreiten. Ich bemerkte hierauf dem Herrn Minister, daß dies im Gegensatze zu den Erklärungen stehe, die ich ihm im Namen Eurer Exzellenz schon wiederholt abzugeben in dem Falle war; er wisse ja, daß ich ihm bereits früher gesagt habe, daß die Türkei in der Frage von Adrianopel auf die Unterstützung keines Kabinetts rechnen könne. Gabriel Effendi gab dies zu, ließ jedoch durchblicken, daß seither gewisse Momente eine Änderung erfahren hätten, was die türkische Regierung hoffen lasse, daß sich die Kabinette in der Adrianopler Frage anders entschließen würden. Er spielte hiebei darauf an, was er über die Kabinette von London, Berlin und Rom gesagt hatte und ließ überdies durchblicken, er habe jetzt Grund zur Annahme, daß man sich in Sofia nunmehr nachgiebig erweisen würde. Ich bemühte mich hierauf neuerlich, dem Herrn Minister die Lage im Sinne der erhaltenen Instruktionen klar zu machen und erklärte ihm, daß es eine ganz unrichtige Politik sei, welche die Türkei

verfolge, wenn sie krampfhaft daran festhalte, was verloren sei, und damit ihre Situation für die Zukunft verderbe. Trotz dieser eindringlichen Vorstellungen verblieb Gabriel Effendi auf seinem Standpunkte und betonte, daß er nichts gegen den Willen des Sultans und der Armee tun könne. Ob die türkischen Staatsmänner nicht blos den Willen des Sultans ins Treffen führen, in Wirklichkeit jedoch ihre politischen Gegner fürchten, möchte ich dahingestellt sein lassen; es erscheint mir jedoch gar nicht ausgeschlossen, daß sie sich nachgiebig erweisen, sobald sie sich überzeugt haben werden, daß ihr Widerstand doch fruchtlos bleibt. Pallavicini.

Nr. 5134. Bericht aus Konstantinopel, 31. Dez. 1912 Nr. 98 B (eing. 2. Jan. 1913).[a]) Ausfert.

Wie Euer Exzellenz meiner ergebensten telegrafischen Berichterstattung[b]) Hochgeneigtest entnommen haben, wurde letzter Tage in den hiesigen diplomatischen Kreisen viel von einer geheimen bulgarischen Mission gesprochen, die in Konstantinopel angekommen war und der — wie es hieß — auch General Sawow angehören sollte. Namentlich auf der deutschen Botschaft war man von der Anwesenheit dieses Generals in Konstantinopel überzeugt, da ein Vertrauensmann derselben den ihm angeblich persönlich bekannten bulgarischen General hier erkannt haben wollte. Mein deutscher Kollege ist daher heute noch geneigt, diese Information gleich wie jene, wonach zwischen der Pforte und der besagten Mission schriftliche Abmachungen erfolgt wären, für bare Münze zu nehmen. Inzwischen stellt es sich heraus und habe ich dies Euer Excellenz bereits telegrafisch zu melden die Ehre gehabt, (No. 721 vom 28. l. M.), daß der geheime bulgarische Unterhändler nicht General Sawow, sondern mit dem sofioter Finanzier Hadjikaltcheff identisch ist und daß seine Mission keine offizielle war. Immerhin scheint es aber nicht ausgeschlossen, daß Herr Hadjikaltcheff vielleicht doch eine Art geheimer Mission besaß, da derselbe — wie ich höre — mit Herrn Geschoff befreundet und verwandt ist. Jedenfalls steht fest, daß er durch Vermittlung General Sawows ein Sauf-conduit von der türkischen Regierung erhalten hat. Kiamil Pascha scheint nun, wie dies Euer Excellenz aus meiner ergebensten Berichterstattung bekannt, geglaubt zu haben, diese Mission vielleicht zu dem Zwecke verwerten zu können, um zwischen uns und Rußland Mißtrauen zu säen, indem er mir zu verstehen gab, daß Bulgarien bemüht sei, freie Hand zu bekommen, um Serbien gegen uns unterstützen zu können. Es war dies noch zu einer Zeit, bevor sich die Botschafterkonferenz in der Hafenfrage ausgesprochen hatte. Ich erwiderte damals dem Großvezir in der Euer Exzellenz bereits bekannten Weise (Bericht Nr. 95 A), daß es mir nicht erfindlich sei, wieso Bulgarien nur deshalb auf Adrianopel verzichten sollte, um Serbien behilflich sein zu können, an der Adria einen Hafen zu erlangen. Als nun Kiamil Pascha sah, daß auf diese Weise nichts zu erreichen war, machte er mir über seine Verhandlungen mit Herrn Hadjikaltcheff keine Mitteilung mehr. Sowohl diese Verhandlungen als auch die geheime bulgarische Mission selbst wurden in der hiesigen Öffentlichkeit überhaupt viel besprochen und gaben zu den

verschiedensten Gerüchten Anlaß. So wurde beispielsweise meinem russischen Kollegen zugetragen, ich hätte mit den bulgarischen Unterhändlern eine geheime Zusammenkunft gehabt. Diese Intrigue, welche die hiesige Öffentlichkeit deutlich charakterisiert, blieb indessen ohne Effekt. Ich stehe nämlich mit meinem russischen Kollegen von früher her glücklicherweise derart, daß wir — soweit die Verhältnisse gestatten — mit einander ziemlich offen reden und daß kleinliche Mittel zwischen uns Mißtrauen zu säen, wie es jüngst versucht wurde, erfolglos bleiben. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 5135. — [b]) Vgl. n. 5063, 5068, 5069.

Nr. 5135. Bericht aus Konstantinopel, 31. Dez. 1912 Nr. 98 C (eing. 2. Jan. 1913). Ausfert.

In Ergänzung meines ergebensten Berichtes von heute Lit. B die Friedensverhandlungen betreffend, beehre ich mich, Euer Excellenz noch Folgendes zu melden. Nach Fertigstellung meiner vorbezogenen Relation hatte ich Gelegenheit, den Herrn Minister des Äußern zu sehen. Im Verlaufe unseres Gespräches gab mir Gabriel Effendi zu, daß Herr Hadjikaltcheff tatsächlich in Mission hier geweilt habe und daß mit demselben die Frage von Adrianopel zur Besprechung gelangte. Der Herr Minister des Äußern ließ durchblicken, die türkischen Staatsmänner hätten aus den Äußerungen Herrn Hadjikaltcheffs den Eindruck gewonnen, daß die Frage von Adrianopel keine solche wäre, über die Bulgarien mit sich sprechen ließe. Pallavicini.

P. S. Soeben erhalte ich Euer Excellenz Telegramm Nr. 365[a]) von gestern. Wie ich demselben entnehme, hat Herr Geschow Grafen Tarnowski gegenüber allerdings die Anwesenheit Herrn Sawows unter dem Pseudonym eines Bankiers Kaltcheff in Konstantinopel dementiert, aber nicht direkt in Abrede gestellt, daß General Sawow hier gewesen wäre. Hiezu möchte ich bemerken, daß sich in Herrn Kaltcheffs Begleitung auch zwei bulgarische Offiziere befanden und es demnach nicht ausgeschlossen wäre, daß einer derselben General Sawow war. Pallavicini.

[a]) Mit Tel. Nr. 365, 30. Dez. 1912 (chiffr. 8 U. 40 M. p. m.) wurde n. 5102 nach Konstantinopel mitgeteilt.

Tel. nach London, 31. Dez. 1912 Nr. 152 (chiffr. 9 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 5139.

Nr. 5136. Tel. nach London Nr. 153 (1), Sofia Nr. 206 (2) und Bukarest Nr. 113 (3), 31. Dez. 1912 (chiffr. 11 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

1.—3. Über die Aufnahme, welche meine Euer etc. mit Telegramm
1. 141 vom 29. l. M.
2. 201 vom 29. l. M.
3. 107 vom 29. l. M.
1.—3. mitgeteilte Demarche bei der Pforte gefunden hat, telegraphiert Markgraf Pallavicini wie folgt: ... *wie n. 5120 von „Habe heute" bis „Krieg fortsetzen"* ...

2.—3. Ich telegraphiere an Grafen Mensdorff:

1.—3. Aus dieser Antwort des Herrn Botschafters ist zu entnehmen, daß bezüglich der Abtretung Adrianopels bei der Pforte allerdings große Schwierigkeiten bestehen; immerhin verdient konstatiert zu werden, daß Kiamil Pascha von einem Verzichte auf das ganze Vilajetsgebiet von Adrianopel sprach, wenn nur die Stadt selbst türkischer Besitz bliebe. Eine Belassung der ganzen Stadt unter ottomanischer Souveränität scheint mir in praxi wohl undurchführbar; doch könnte man nach meiner Auffassung eine Lösung dieser Frage finden, wenn man die in Euer Exzellenz Telegramm Nr. 162 vom 27. l. M. reproduzierte Idee Herrn Danews aufgreifen würde, wonach man „die Moschee in Adrianopel, eventuell sogar mit kleinerem Stadtgebiete herum dem Sultan als neutrales Gebiet zum Geschenke machen" könnte. Da Sultan Mehmed, wie wir wissen, das größte Gewicht auf den Besitz der alten Sultansgräber in Adrianopel zu legen scheint, sollte man auch diese Terrains mit den soeben erwähnten Komplexen vereinigen und aus dem Ganzen eine Art enceinte sacrée mit einem den türkischen Suszeptibilitäten Rechnung tragenden besonderen Regime schaffen. Ich hielte es für nützlich, wenn Euer Exzellenz über den Inhalt des Telegrammes des Markgrafen Pallavicini und über meine Auffassung betreffend eine mögliche Lösung der Frage von Adrianopel ehemöglichst mit Herrn Danew und Sir E. Grey streng vertraulich Konversation führen wollten.

2.—3. Vorstehendes zu Euer etc. streng vertraulicher Information.

Berchtold.

[a]) Vgl. n. 5520.

Nr. 5137. Tel. aus London, 31. Dez. 1912 Nr. 167 (eing. 1. Jan. 1913, 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Griechischer Gesandter in Wien bestätigte mir, dass Vorgänge bei gestriger Friedenskonferenz im allgemeinen so waren, wie in Zeitungen dargestellt. Türkische Delegierte, die ihre Instruktion nicht vollständig dechiffriert hatten, erklärten, sie würden vorschlagen, gewisse Fragen zwischen den Kriegführenden direkt zu regeln, wie zum Beispiel Feststellung der türkisch-bulgarischen Grenze, andere den Grossmächten zu unterbreiten, wie zum Beispiel Frage des Sandschaks (!). Herr Streit erblickt darin wieder das türkische Manöver, alles zu vermengen, Grossmächte hineinzuziehen, in der Hoffnung, unter denselben Zwistigkeiten hervorzurufen. Alliierte verlangen für morgen schriftliche und en bloc Antwort der Türkei. Vertraulich. Herr Streit sprach mir wieder viel von seiner Hoffnung, zwischen Griechenland und Österreich-Ungarn gute Beziehungen zu erhalten. Ganz abgesehen von Salonik gebe es manche Fragen, vielleicht auch über die Inseln, in welchen k. u. k. Regierung sich Griechenland gefällig zeigen könnte. Seitens der Tripleentente-Mächte werde bei zahlreichen Gelegenheiten den Griechen zu verstehen gegeben, dass man ihnen Vorteile zuzuwenden wünsche. Es seien darunter auch Fragen, in welchen k. u. k. Regierung die griechischen Wünsche zu begünstigen beabsichtige.

Nur werde dies nicht ausgedrückt, so dass der bedauerliche Eindruck entstehen könne, Griechenland erlange gewisse Vorteile trotz Österreich-Ungarns, statt durch uns. Er mache mich privat darauf aufmerksam, weil ihm persönlich so viel daran gelegen ist, dass Österreich-Ungarn auch ferner als Freund Griechenlands in seinem Vaterlande betrachtet werde. Mein französischer Kollege sagte mir heute, er persönlich sei der Ansicht, es wäre ein Fehler, Inseln, selbst diejenigen vor Ausfahrt der Dardanellen, in türkischen Händen zu belassen. Es würden dadurch nur neue Fragen wie diejenige Kretas entstehen. Besser wäre Vereinigung mit Griechenland bei Neutralisierung oder Schaffung sonstiger ausreichender Garantien gegen Benützung dieser Inseln als Befestigungen oder navale Basis. Als ich diesbezüglich auf den Wunsch Russlands hinwies, meinte Herr Cambon, er glaube, die russische Ansicht würde sich vielleicht auch modifizieren. Nachdem die von Cambon ausgesprochene Auffassung mit derjenigen Sir E. Greys übereinzustimmen scheint, so ist es immerhin möglich, dass es den Westmächten gelungen ist, eine Änderung des russischen Standpunktes herbeizuführen. Sollte diese Frage bei unserer nächsten Reunion zur Sprache kommen, so werde ich mich jedenfalls bis zum Eintreffen weiterer Instruktionen sehr reserviert zeigen. Mensdorff.

a) Vgl. n. 5158 und Anm. b, 5294.

Nr. 5138. Tel. aus London, 31. Dez. 1912 Nr. 168 (eing. 1. Jan. 1913, 9 U. a. m.). Entziff.

Streng vertraulich. Bezug auf Telegramm Nr. 147*a)* von heute. Der aus Paris zurückgekehrte französische Botschafter sprach auch von dem Datum des 1./14. Jänner als sehr wichtig für unsere Beziehungen zu Rußland. Graf Benckendorff, dem ich begegnete, sprach mir in ganz privater Weise seinen persönlichen sehnlichsten Wunsch aus, daß vor diesem Datum irgendein Anzeichen gegeben werde, daß unsere Rüstungen abnehmen. Ein russischer kaiserlicher Ukas zur Zurückhaltung des Jahrganges unter Waffen nach dem 1./14. Jänner würde ungeheure Aufregung verursachen und könnte schwerwiegende Folgen für unsere Beziehungen haben. Mensdorff.

a) Mit Tel. Nr. 147, 30. Dez. 1912 (chiffr. 11 U. p. m.) wurde n. 5109 nach London mitgeteilt.

Nr. 5139. Tel. nach Paris Nr. 162 (1), Berlin Nr. 239 (2), St. Petersburg Nr. 229 (3), London Nr. 152 (4), Rom Nr. 331 (5) und Bukarest Nr. 112 (6), 31. Dez. 1912 (chiffr. 9 U. 40 M. p. m.).[a] *Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).*

1. Fortsetzung zu meinem Telegramm Nr. 161*b)* von heute. Da Herr Poincaré von seinem zuletzt in Euer Exzellenz Privatschreiben vom 21. l. Mts.*c)* gemeldeten Standpunkte abgekommen zu sein scheint, würde ich Wert darauf legen, daß Hochdieselben Gelegenheit finden, neuerdings mit dem französischen Minister die Frage des Serbien einzuräumenden Durchfuhrrechtes von Kriegsmaterial zu besprechen. Euer Exzellenz wollen bei diesem Anlasse

auf die Äusserungen Herrn Poincarés (Telegramm Nr. 152 dto. Paris 25. November l. Js.) zurückkommen, wonach derselbe selbst bemerkt hat, Serbien müsse die Möglichkeit haben, über einen albanesischen Hafen in Friedenszeiten auch Kriegsmaterial einzuführen. So sehr diese Auffassung mit dem Principe der Sicherstellung des freien wirtschaftlichen Verkehres Serbiens in Einklang steht, kann wohl kaum geleugnet werden, daß die Ausdehnung dieses Durchfuhrrechtes aus einem nicht blokirbaren Hafen auf Kriegszeiten ein Privileg darstellt, dessen internationale Sicherstellung durchaus nicht motiviert erscheint.

3.—6. Fortsetzung zu meinem heutigen Telegramm No. ad 3) 228,[d] ad 4) 151,[d] ad 5) 330,[d] ad 6) 111[d].

2.—6. Ich telegrafiere unter Einem an Grafen Szécsen wie folgt: „describatur 1) von „Da Herr Poincaré" bis zum Schluß. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information und

2.—5. allfälliger Verwertung

6. gelegentlicher Mitteilung an Seine Majestät König Karol.

Berchtold.

[a] Vgl. n. 5163. — [b] Mit Tel. Nr. 161, 31. Dez. 1912 (chiffr. 9 U. p. m.) wurde n. 5105 nach Paris mitgeteilt. — [c] Vgl. n. 5015. — [d] Mit diesen Telegrammen wurde n. 5105 mitgeteilt.

Nr. 5140. Tel. aus Paris, 31. Dez. 1912 Nr. 180 (eing. 8 U. p. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm vom 30. d. M. Nr. 155 und Inhalt im Ministerium des Äußern mitgeteilt. Herr Poincaré läßt mich soeben wissen, daß er noch heute Herrn Bompard gleiche Instruktionen wie jene Euer Exzellenz an Markgrafen Pallavicini erteilen wird. Die Notwendigkeit eines baldigen Friedensschlusses und des Verzichtes auf Adrianopel sowie der Hinweis auf die Gefahren in Kleinasien sind speziell erwähnt. Herr Poincaré hat übrigens in den letzten Tagen zu wiederholten Malen sich in ähnlichem Sinne dem türkischen Botschafter gegenüber ausgesprochen.

Szécsen.

Tel. nach Rom, 31. Dez. 1912 Nr. 331 (chiffr. 9 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 5139.

Nr. 5141. Tel. aus Rom, 31. Dez. 1912 Nr. 274 (eing. 7 U. 10 M. p. m.). Entziff.

Anläßlich Mitteilung der von Euer Exzellenz dem Markgrafen Pallavicini im Sinne eines baldigen Friedensschlusses der Türkei erteilten Weisung (hohes Telegramm Nr. 320 vom 29. d. M.) bemerkte Minister des Äußern, seines Wissens seien derartige Démarchen in den letzten Tagen schon von den Botschaftern in Konstantinopel, auch dem unsrigen, unternommen worden. Er werde aber gerne den Marquis Garroni neuerlich beauftragen, sich auf der Pforte für einen raschen Friedensschluß auszusprechen.

Mérey.

Nr. 5142. Tel. aus Rom, 31. Dez. 1912 Nr. 275 (eing. 4 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Eine ähnliche türkische Demarche wie die mir mit dem hohen Telegramme Nr. 322 vom 29. d. Mts. mitgeteilte scheint nicht hier, wohl aber in Konstantinopel gegenüber dortigem italienischem Botschafter erfolgt zu sein. Marquis di San Giuliano führte aus, Italien wolle vor allem den Frieden und könne daher die Idee, daß die Türkei ihre Interessen den Mächten anvertraue, als die dem Frieden förderlichste Eventualität nur sympathisch begrüßen. Mérey.

Nr. 5143. Tel. aus Rom, 31. Dez. 1912 Nr. 276 (eing. 7 U. 10 M. p. m.). Entziff.

Bei auftragsgemäßer Mitteilung der telegrafischen Korrespondenz Euer Exzellenz mit dem k. u. k. Botschafter in Petersburg (hohe Telegramme vom 27. d. M., Nr. 307[a]) und 312 und vom 29. d. M., Nr. 323)[b]) an Marquis San Giuliano interessierte denselben hauptsächlich das von Herrn Poincaré entwickelte Argument gegen das Recht Serbiens zur Einfuhr von Kriegsmaterial über den neutralen Hafen im Kriegsfall. Ich konnte an der Hand dieses Argumentes neuerlich meine schon wiederholt hier vertretene Überzeugung demonstrieren, daß die voraussichtliche Lösung der Hafenfrage Serbien nicht nur die Rechte aller eine eigene Küste besitzenden Staaten, sondern sogar eine privilegierte Stellung einräumen werde. Mérey.

[a]) Mit Tel. Nr. 307, 27. Dez. 1912 (chiffr. 28. Dez. 12 U. 20 M. a. m.) wurde n. 5058 nach Rom mitgeteilt. — [b]) Mit Tel. Nr. 323, 29. Dez. 1912 (chiffr. 11 U. 15 M. p. m.) wurde n. 5099 nach Rom mitgeteilt.

Nr. 5144. Tel. aus Rom, 31. Dez. 1912 Nr. 280 (eing. 9 U. p. m.). Entziff.

Hinsichtlich des Auftretens der serbischen Okkupationstruppen in Albanien (hohes Telegramm vom 27. d. M., Nr. 306) ist hiesiger Minister des Äußern der Überzeugung, daß es sich lediglich um Übergriffe der betreffenden Militärs handle, Belgrader Regierung aber die von ihr akzeptierte Entscheidung der Mächte in der Hafenfrage respektieren werde. Mérey.

Nr. 5145. Tel. aus Rom, 31. Dez. 1912 Nr. 281 (eing. 11 U. 50 M. p. m.). Entziff.

Türkischer Botschafter suchte mich heute auf, um mir Telegramm seiner Regierung mitzuteilen, wonach türkische Delegierte in London beauftragt wurden, zu erklären, daß Türkei hinsichtlich Adrianopels (auch wenn dasselbe eingenommen würde) und der Inseln des Ägäischen Meeres nicht nachgeben könne, dagegen Frage Albaniens und Kretas der Entscheidung der Mächte anheim gebe. Sollte es zum Abbruche der Verhandlungen mit den Alliierten kommen, so würde Türkei, da Stellung bei Tschadaldscha jetzt uneinnehmbar, sich auf Defensive beschränken. Vorstehendes wird Naby Bey heute hiesiger Regierung mitteilen. Ich habe

Eindruck, daß Türkei nicht ungeschickt operiert, indem sie jene Fragen, die sie weniger interessieren und bezüglich welcher sie höchstens noch gewinnen kann, Mächten übergibt und im Übrigen mit der militärischen und finanziellen Erschöpfung der Verbündeten rechnend, sich rein negativ und defensiv verhält, somit gleichsam politisch und militärisch Obstruktion treibt. Im weiteren Gespräche erzählte mir türkischer Kollege, daß die Serben kürzlich bei Tarabosch eine von ihnen verheimlichte schwere Niederlage mit 2500 Toten und Verwundeten erlitten hätten. Hinsichtlich Albaniens sprach sich Naby Bey über den in der mohammedanischen Welt verachteten Fuad Bey abfällig aus und äusserte Überzeugung, daß nur türkischer Prinz (Medjid Effendi oder Burhameddin Effendi) genügende Autorität besäße, um einen ruhigen Zustand in jenem Lande herbeizuführen. Mérey.

Nr. 5146. Tel. nach St. Petersburg, 31. Dez. 1912 Nr. 225 (chiffr. 12 U. 10 M. a. m.).[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; V. Szápáry und Berchtold; G. Berchtold).

Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 274 vom 26. d. M. Herr von Giers ist im Auftrage Herrn Sazonows gestern abermals auf die Auflassung unserer militärischen Vorsichtsmaßregeln zurückgekommen und hat sich in ähnlicher Weise ausgesprochen, wie der Herr russische Minister laut obzitiertem Telegramme Euer Exzellenz gegenüber. Ich habe nochmals ausdrücklich betont, daß dieses Thema nur zum Gegenstande einer freundschaftlichen Konversation gemacht, keineswegs aber offiziell besprochen werden könne und, indem ich die in meinem Telegramme Nr. 211 vom 24. d. M. enthaltenen Ausführungen wiederholte, in Aussicht gestellt, daß ich Euer Exzellenz beauftragen werde, meine Auffassung neuerlich auch bei Herrn Sazonow zu vertreten. Ich ersuche Euer Exzellenz demnach, den Herrn russischen Minister des Äußern aufzusuchen und ihm in meinem Namen folgendes mitzuteilen: Ich sei von den friedlichen und freundschaftlichen Absichten Rußlands Österreich-Ungarn gegenüber vollkommen überzeugt und diese Überzeugung habe es mir ermöglicht, der russischen Regierung einen weitgehenden Beweis freundschaftlichen Entgegenkommens dadurch zu liefern, daß ich trotz aller entgegenstehenden Bedenken keinen Anstand genommen habe, in eine freundschaftliche Konversation über diesen heiklen Gegenstand einzutreten. Es sei mir jedoch nicht ganz klar, ob Herr Sazonow diese Angelegenheit aus militärischen oder politischen Gründen aufwerfe. Was die militärische Seite der Angelegenheit betreffe, müsse ich vor allem bezüglich der an unserer Nordostgrenze und an unserer Südgrenze getroffenen Vorsichtsmaßregeln einen Unterschied machen. Hinsichtlich unserer Nordostgrenze sei es allgemein bekannt, daß Rußland zu Beginn der Balkankrise umfassende Probemobilisierungen vorgenommen habe, welche im Zusammenhalte mit der damaligen europäischen Lage nicht verfehlen konnten, eine Beunruhigung in ganz Europa hervorzurufen; ebenso habe Rußland um jene Zeit auch die Zurückbehaltung seiner ausgedienten Mannschaften verfügt, eine Maßregel, welche nicht minder geeignet war, bei uns und anderwärts Beunruhigung, bei den Balkanstaaten

jedoch die Neigung zur Ignorierung unserer Interessen wachzurufen. Trotzdem hätten wir längere Zeit gezögert, auch an unserer Grenze Vorsichtsmaßregeln, wenn auch in bescheidenerem Umfange, einzuleiten, wobei insbesondere zu bemerken ist, daß nicht eine einzige Truppenverschiebung in jenen Gebieten stattgefunden hat. Im Laufe der Zeit hätten wir uns davon überzeugt, daß die von Rußland getroffenen Maßnahmen keinen feindlichen oder gar aggressiven Charakter besäßen, umsomehr, als die russische Politik uns gegenüber einen durchaus freundschaftlichen Charakter aufwies. Es würde uns demnach nicht im geringsten beunruhigen, wenn Rußland seine bisherigen militärischen Ausnahmsverfügungen auch weiterhin aufrechterhalten würde. Anderseits habe aber gerade die gegenwärtige Situation bis zur Evidenz erwiesen, daß gewisse, in den organisatorischen Verhältnissen unserer Armee begründete Momente, von welchen wir annehmen, daß sie in Rußland wohl bekannt seien und deren Behebung schon seit geraumer Zeit in Aussicht genommen war, eine dringende Abhilfe erheischen, um die bedauerlichen Interpretationen, welche die Anordnung auch der notdürftigsten Defensivmaßregeln in politisch bewegten Zeiten hervorrufe, hintanzuhalten. Es würde sich demnach als notwendig erweisen, wie ich schon vor mehreren Wochen Herrn von Giers gegenüber betonte, unsere derzeitigen besonderen Maßregeln ungefähr als Normalmaß in der Zukunft zu stabilisieren, da wir uns dem von allen unseren Nachbarstaaten festgehaltenen normalen Friedensstande anbequemen müßten. So wie wir von dem rein defensiven Charakter der militärischen Maßnahmen Rußlands voll überzeugt seien, müßten wir auch annehmen, daß sich die russischen militärischen Autoritäten nicht darüber im Zweifel befinden können, daß die unsererseits vorgenommenen Standeserhöhungen für offensive oder gar aggressive Zwecke überhaupt nicht in Betracht kommen und daß sie ungefähr dem von allen unseren Nachbarn jederzeit festgehaltenen normalen Friedensstande gleichkommen. Wir könnten daher keineswegs annehmen, daß Rußland sich durch uns bedroht fühle und es für nötig erachten sollte, gegenüber unseren, seit vielen Wochen unverändert gebliebenen, über die normalen Verhältnisse in anderen Armeen nicht hinausgehenden Maßnahmen aus uns unbekannten Gründen gerade im gegenwärtigen Zeitpunkte seine Rüstungen auszudehnen. Anders liegen die Verhältnisse an unserer Südgrenze. Wir müßten uns dortselbst die Erfahrungen des Jahres 1908/9 vor Augen halten, wo Serbien allein seine Armee gegen uns auf Kriegsfuß gestellt habe. Heute sei die serbische Armee mobilisiert und wenn der Balkankrieg auch derzeit noch nicht beendet sei, so werde das serbische Heer wohl in absehbarer Zeit wieder in der Heimat konzentriert sein. Es müßte ungereimt erscheinen, einen serbischen Angriff auf die Monarchie ins Kalkül zu ziehen, wenn nicht einerseits die Erfahrungen vom Jahre 1909, andererseits die Äußerungen der serbischen öffentlichen Meinung sowie serbischer autoritativer Stellen, in welchen wir geradezu mit dem Kriege bedroht wurden, uns gezwungen hätten, selbst diesen Wahnsinn in unsere Berechnungen einzustellen. Aus diesen Gründen hätten wir uns genötigt gesehen, an unserer Südgrenze etwas weitergehende Vorsichtsmaßregeln zu ergreifen, welche geeignet sind, durch sich selbst auf die erhitzten Leiden-

schaften zu wirken und den Frieden vor einem solchen selbstmörderischen Attentate zu schützen. Derzeit hätten sich zwar die serbischen Regierungskreise größere Mäßigung auferlegt, von einem wirklichen Nachgeben sei aber noch nirgends eine Spur zu bemerken. Welche Wirkung es auf Serbien haben werde, wenn die bereits gefaßten und noch zu fassenden Beschlüsse der Mächte nicht ganz nach seinem Geschmacke ausgefallen sein werden und ob in einem späteren Zeitpunkte, besonders nach Rückkehr der Armee ins Land, nicht andere Faktoren die Oberhand gewinnen könnten, dafür vermöge uns heute niemand zu bürgen und wir leisten dem europäischen Frieden geradezu einen Dienst, wenn unsere so schwer auf uns lastenden Schutzmaßregeln im Süden gefährlichen Velleitäten unserer Nachbarn im vorhinein einen Riegel vorschieben. Militärisch seien demnach unsere Vorkehrungen an unserer Südgrenze vollkommen begründet und könne deren Verminderung erst für den Augenblick ins Auge gefaßt werden, in welchem alle pendenten Fragen mit unseren Nachbarn endgiltig geregelt und deren Armeen ins Stadium der Demobilisierung getreten sind. Was die politischen Bedenken betreffe, welchen Herr Sazonow im Hinblicke auf unsere Rüstungen Ausdruck gegeben hat, glaube ich nach dem Vorstehenden darauf verweisen zu können, daß sich diese im Nordosten — wenigstens soweit die Zukunft in Betracht kommt — geradezu als normalen Zuständen entsprechende, im Süden aber als durch rein lokale Verhältnisse bedingte, darstellen, so daß den militärischen Maßnahmen der Monarchie derzeit jeder direkte Zusammenhang mit unseren Beziehungen zu den europäischen Großmächten fehlt. Es sei demnach keineswegs richtig, daß wir die Tendenz hätten, in der Botschafterréunion als einzige gerüstete Macht in den Kreis der übrigen zu treten. Es treffe uns vielmehr das Mißgeschick, als einzige dem Balkan benachbarte Großmacht, die sich an ihren Grenzen vorsehen mußte, Lasten tragen zu müssen, welche den weniger nahe interessierten Mächten erspart geblieben seien. Da sich dies innerhalb weniger Jahre nun schon zum zweiten Male ereigne, sei es wohl natürlich, daß sich bei uns ein nur zu begründetes Mißtrauen, aber auch ein begreiflicher Unwille geltend mache, deren Verschwinden von der Haltung unserer südlichen Nachbarn, denen wir so viele Beweise des Wohlwollens zu geben bereit sind, abhänge. Den Großmächten gegenüber seien wir von den freundschaftlichsten Dispositionen beseelt und hätten auch jede Gelegenheit ergriffen, um dies durch die weitestgehende Rücksichtnahme auf ihre Wünsche zu dokumentieren. Deshalb hätten wir auch den von ihnen vorgeschlagenen modus procedendi akzeptiert und wünschten aufrichtig, daß die im Gange befindlichen Beratungen zur allgemeinen Befriedigung beendet werden würden. Wenn sich die Bemerkung des Herrn russischen Ministers, „daß unsere Rüstungen nunmehr unmöglich wie bisher im Lichte reiner Defensivmaßregeln betrachtet werden könnten", im Hinblicke auf vorstehende Darlegung als irrig erweise, könne unsererseits umsoweniger eine Verfügung ins Auge gefaßt werden, welche — wie mir dies Herr von Giers anzudeuten schien — sozusagen nur pro forma den Beginn einer Demobilisierung markieren würde. Eine solche Maßnahme wäre militärisch bedeutungslos, politisch hingegen schon deshalb bedenklich, da neben den vom russischen Kabinette in freundschaftlicher Weise

ausgesprochenen Wünschen ein Chorus ausländischer — namentlich französischer und englischer — Blätter die sofortige „Demobilisierung" Österreich-Ungarns fordert. Es sei bedauerlich, daß sich die Wirkungen einer solchen Preßhetze, welche sich allmählich auch in der russischen öffentlichen Meinung fühlbar gemacht haben mag, bis auf russische Regierungskreise erstreckt habe. So habe mir gegenüber Herr von Giers der von der französischen Presse lancierten, geradezu kindischen Ziffer 950.000 Mann, die wir mobilisiert haben sollten, Erwähnung getan. Nach Abfassung des Vorstehenden kommt mir ein Telegramm Grafen Szécsens[b] über eine von ihm mit Herrn Poincaré gepflogene Unterredung zu, welche die von mir schon früher gehegte Vermutung zu bestätigen scheint, daß Herrn Sazonow das Herannahen des Termins für die Beurlaubung des zurückgehaltenen Reservejahrganges große Sorgen bereitet, da für die weitere Beibehaltung dieser Maßregel ein kaiserlicher Ukas nötig wäre, dessen Erscheinen Beunruhigung hervorrufen müßte. Euer Exzellenz wollen dem Herrn russischen Minister in freundschaftlichster Weise andeuten, daß wir diesen Umstand vor Augen haben und hinzufügen, daß wir sehr gerne bereit wären, dazu beizutragen, daß der russischen Regierung die Entlassung der Reserven erleichtert werde, daß wir aber zu unserem Bedauern aus den oben angeführten Gründen nicht in der Lage seien, diesen guten Willen im gegenwärtigen Momente auf militärischem Gebiete zu betätigen. Übrigens sei die Sachlage vom militärischen Standpunkte für die russische Regierung insoferne günstiger, als die Beurlaubung des russischen Reservejahrganges ohne besondere Verfügung durch den Ablauf der Präsenzdienstpflicht sozusagen automatisch und daher unauffällig erfolge, während bei uns jede Entlassung von Mannschaften einer besonderen Verfügung bedürfen würde. Sollte die russische Regierung es jedoch vorziehen, die zurückbehaltene Mannschaft auch weiterhin unter den Fahnen zu belassen, so würden wir uns — wie bereits erwähnt — hiedurch nicht im geringsten beunruhigt fühlen und würden es uns auch angelegen sein lassen, diese Maßregel in unserer Presse auf das beruhigendste zu kommentiren. Übrigens sei die Erwartung nicht unberechtigt, daß die Botschafterréunion, welche infolge der derzeitigen, nicht durch uns veranlaßten Pause in ihren Arbeiten etwas zurückgeblieben sei, die wenigen wirklich einschneidenden Fragen, welche noch der Erledigung harren, bis zum oben erwähnten Termin im Prinzipe erledigt und dies bei unseren südlichen Nachbarn den Eintritt solcher Verhältnisse mit sich gebracht haben könnte, welche uns ein allmähliches Rückgängigmachen der Vorkehrungen an unserer Südgrenze gestatten würden. Jedenfalls seien wir unsererseits gerne bereit, den rascheren Fortgang der Verhandlungen tunlichst zu fördern und glaubten, überzeugt sein zu dürfen, daß Rußland von den gleichen Intentionen geleitet sei.

[a] Vgl. n. 5157, 5168, 5178, 5194, 5199. — [b] Vgl. n. 5109.

Tel. nach St. Petersburg, 31. Dez. 1912 Nr. 229 (chiffr. 9 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 5139.

Tel. nach Sofia, 31. Dez. 1912 Nr. 206 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 5136.

Nr. 5147. Bericht aus Sofia, 31. Dez. 1912 Nr. 94 A (eing. 3. Jan. 1913). Ausfert.

Ich bitte Euer Excellenz, für die mit dem hohen Telegramme Nr. 194 vom 22. d. Mts. herabgelangte Information, die Unterredung des Prinzen Fürstenberg mit Herrn Majorescu über die mir gegenüber beobachtete Haltung des hiesigen rumänischen Gesandten betreffend, meinen ergebensten Dank zu genehmigen. Daß Prinzen Ghika unsere Vermittlungsaction nicht recht war, habe ich gesehen, und daß er dagegen in Bucarest Stimmung machte, habe ich geahnt und diese Warnung auch wiederholt in meiner Berichterstattung ausgesprochen. Ich bin nur nicht auf den unwahrscheinlichen Gedanken gekommen, daß sich der rumänische Gesandte hiebei des Argumentes bedienen könnte, wonach ich ihn zu bevormunden suchen würde oder wir Rumänien hier ins Schlepptau nehmen wollten. Es war ja offenbar die besondere Rücksicht, die ich auf meinen susceptiblen Collegen nahm, indem ich ihn au courant meiner Action hielt, die in ihm den Verdacht unserer, respektive meiner Bevormundungsabsicht wachgerufen hat. Ein derartiger Einfall konnte nur einer mala fides oder der absoluten Unkenntnis der politischen Richtung Rumäniens entspringen, welch' letzteren Grund ich unmöglich vermuten konnte. Das System, auf einem wichtigen Posten in einem äußerst wichtigen Momente einen gänzlich uninformirten und desorientirten Vertreter zu haben, erscheint auch im höchsten Grade originell und ich kann mich der Bemerkung nicht enthalten, daß es zumindest logischer gewesen wäre, Ghika zu belehren, daß er mir ohne Mißtrauen begegnen könne und daß er, während ich mich hier im Auftrage Euer Excellenz für die rumänische Sache verwendete, es eher unterließe, sich in derselben Angelegenheit an den russischen Gesandten zu wenden. Vielleicht hätte mein rumänischer College, auch ohne in die Intentionen seiner Regierung eingeweiht zu sein, instinctiv die Neigung empfunden, mehr zu mir zu gravitiren, wenn er wegen des ihm in Wien verliehenen und von ihm zurückgestellten, seiner Ansicht nach zu niederen Ordens nicht verschnupft wäre. Seit der kürzlichen Rückkehr des rumänischen Gesandten aus Bucarest läßt sich ein kleiner Unterschied in seiner Haltung gegen früher merken. Er ist zwar immer sehr intim mit dem Russen und dem Franzosen, tritt aber auch aus seiner Reserve mir gegenüber heraus und hat bereits zweimal politische Gespräche spontan mit mir angeknüpft. Tarnowski.

Nr. 5148. Tel. aus Belgrad, 1. Jan. 1913 Nr. 2 (eing. 8 U. p. m.). Entziff.

Im Nachhange zu Telegramm Nr. 337 vom 30. v. M. Generalsekretär erklärte heute, daß die von mir im Sinne des Erlasses vom 19. v. M. Nr. 5987 geforderte militärische Ehrenbezeigung bei Hissung des Konsularflagge serbischerseits zugestanden wird. Ugron.

Nr. 5149. Bericht aus Belgrad, 1. Jan. 1913 Nr. 1 A (eing. 2. Jan.). Ausfert.

Im Nachhange zu meinem gestrigen Telegramm Nr. 341 beehre ich mich Euer Excellenz ergebenst zu berichten, dass Baron Griesinger den ihm gewordenen Auftrag bezüglich des Wiener Besuches des Herrn Pasić

ausgeführt hat. Er machte dem Herrn Minister-Präsidenten Mittheilung von der ihm zugekommenen Depesche. Herr Pasić drückte seinen Dank für diese freundliche Anregung der kaiserlich deutschen Reichsregierung aus und fügte hinzu, dass er diese Frage reiflich prüfen werde. Er hätte selbst grosse Lust zu einer persönlichen Aussprache in Wien, er könne aber momentan von hier sehr schwer abkommen und er befürchte, dass sein Besuch in der hiesigen Presse falsch gedeutet werden und zu unliebsamen Commentaren Anlass geben könnte. Es mache sich aber jetzt eine starke Strömung gegen ihn bemerkbar, und er habe mit sehr heftigen gegen seine Person und sein Cabinet gerichteten Angriffen zu rechnen. Er werde sich die Sache jedenfalls reiflich überlegen, da auch seiner Ansicht nach eine persönliche Aussprache jedenfalls viel zur Bereinigung der Situation beitragen könnte. Ugron.

Nr. 5150. Tel. aus Berlin, 1. Jan. 1913 Nr. 4 (eing. 2. Jan. 9 U. a. m.).[a] *Entziff.*

Streng vertraulich. Unterstaatssekretär bittet mich Euer Exzellenz Folgendes zu melden. General Tatischeff, hiesiger russischer Militärbevollmächtigter und zugeteilt der Person Kaiser Wilhelms, hat heute dem Generalobersten von Plessen mitgeteilt, er habe infolge eines soeben von Petersburg erhaltenen Auftrages hier die Erklärung abzugeben, daß, wenn Österreich-Ungarn nicht mit der Demobilisierung anfange, Rußland gezwungen sein werde, auch seinerseits zu mobilisieren und demnächst mit der Mobilisierung des Kiewer Bezirkes beginnen würde. Plessen habe sofort von dieser Mitteilung den Chef des Generalstabes von Moltke benachrichtigt, welcher sogleich Tatischeff zu sich bitten ließ und ihn befragte, ob die von ihm an Plessen abgegebene Erklärung erfolgt sei. Der russische General bestätigte dies und wiederholte, daß er die in Rede stehende Erklärung tatsächlich infolge eines ihm aus Petersburg direkt zugekommenen Auftrages getan habe. Moltke habe hierauf erwidert, daß es sich nach seinen Informationen in Österreich-Ungarn um keine Mobilisierung handle, sondern bloss um Kompletierung auf den erhöhten Friedensstand, und daß demzufolge nach seiner Meinung die russischerseits angedrohte Mobilisierung dem Beginne einer kriegerischen Aktion gleichkäme. Sollte es aber, so habe der Chef des Generalstabes hinzugefügt, in der Folge zu einem Kriege kommen, so möge man in Rußland nicht vergessen, daß Deutschland mit seiner ganzen kriegerischen Macht an der Seite Österreich-Ungarns stehen werde. Szögyény.

[a] Vgl. n. 5167, 5178 Anm. b.

Nr. 5151. Tel. aus Berlin, 1. Jan. 1913 Nr. 9 (eing. 2. Jan. 8 U. a. m.). Entziff.

Zu meinem Telegramm Nr. 338 vom 31. v. M. Unterstaatssekretär teilt mir mit, dass türkischer Geschäftsträger bei ihm ganz die gleiche Demarche gemacht habe, wie Hilmi Pascha bei Euer Exzellenz (vide Telegramm Nr. 232 vom 30. v. M.). Herr Zimmermann habe ihm geantwortet, dass er

sich vor Allem mit der österreichisch-ungarischen und der italienischen Regierung über die aufgeworfenen Fragen ins Einvernehmen setzen werde. Rein persönlich könne er aber der türkischen Regierung nur dringend raten, mit den Balkanstaaten direkt zu verhandeln und in ihren Forderungen viel gemässigter zu sein, da, wie er bestimmt zu wissen glaube, die drei Ententemächte entschieden für die Ueberlassung Adrianopels an Bulgarien eintreten werden. Szögyény.

Nr. 5152. Privatschreiben des Thronfolgers Erzh. Franz Ferdinand an König Karl von Rumänien, .. Jan. 1913.[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; V. Hoyos) ohne Genehmigungs- und Abgangsvermerk.

Durch die Berichterstattung[b]) unseres Gesandten in Bukarest habe ich Kenntnis erhalten von der Unterredung, welche Euere Majestät mit Grossfürst Nikolaus Michailowitsch gelegentlich dessen Anwesenheit in Rumänien gepflogen haben. Ich konnte aus den Aeusserungen, die Du diesfalls Fürstenberg gegenüber zu tun die Gnade hattest, ersehen, wie treffend Du dem Grossfürsten den uneigennützigen Charakter unserer Politik und die Ungereimtheit der serbischen Prätensionen gekennzeichnet hast und möchte Dir hiefür von Herzen Dank sagen. Diese freimütige Darstellung der faktischen Sachlage von Deiner Seite wird gewiss nicht verfehlen, in Russland an massgebendster Stelle aufklärend zu wirken und etwa bestehende Vorurteile zu zerstreuen. Bei diesem Anlasse möchte ich Euerer Majestät auch meine Bewunderung aussprechen für die ruhige und würdevolle Haltung, die Rumänien unter Deiner weisen Leitung während der ganzen Krise, deren Schauplatz jetzt der nahe Orient gewesen ist, beobachtet hat. Es wird Deiner Aufmerksamkeit nicht entgangen sein, welch warme Sympathie diese Haltung bei uns ausgelöst hat. Unser Wunsch geht dahin, dass die Dienste, die Rumänien den Balkanstaaten und dem Weltfrieden hiedurch geleistet hat, entsprechende Würdigung finden werden. Zum Schlusse möchte ich Dir noch sagen, dass mir und meiner Frau die schönen Tage, die wir Deiner Gastfreundschaft zu danken hatten, unvergesslich geblieben sind und wir Deiner und Ihrer Majestät der Königin durch Berchtold vermittelten Aufforderung, noch einmal nach Rumänien zu kommen, nur zu gerne folgen würden, sobald einmal ruhige Verhältnisse wieder eingetreten sind.

[a]) Amtsvermerk des Politischen Archivs: ad acta, erhalten 10. Jan. 1913. — [b]) Vgl. n. 5038.

Nr. 5153. Bericht des Legationsrates Franz Freiherrn von Haymerle aus Bukarest, 1. Jan. 1913 Nr. 1 (eing. 4. Jan.). Ausfert.

Streng vertraulich. Wie ich bereits mit meinem Telegramm von gestern Nr. 110 Streng vertraulich zu melden die Ehre hatte, hat mich Seine Majestät König Carol beauftragt, Euer Excellenz Seinen Dank für die in den Telegrammen Nr. 107 und 110 vom 30. und 31. laufenden Monats mitgeteilten Bemühungen der kaiserlichen und königlichen Regierung, in der Angelegenheit der bulgarischen Territorialkonzessionen, auszudrücken. Besonders

aber hob Seine Majestät und zwar zu wiederholten Malen hervor: „daß sich unsere Ansichten (bezüglich Inhalt hohen Telegrammes Nr. 110 vom 31-ten laufenden Monats) vollkommen decken". Er habe bereits angeordnet, die Türkei wissen zu lassen, daß Rumänien durchaus den Frieden wünsche, da es aus kommerziellen und finanziellen Gründen den Kriegszustand nicht mehr länger vertragen könne. Wenn die Türkei auf einen vernünftigen Friedensschluß — die letzten Forderungen der Türkei seien ja exorbitant und diese Vorgangsweise sei direkt unglaublich — nicht eingehen wolle, so würde Er denselben eben erzwingen. Jetzt da Er einen solchen Schritt der Türkei gegenüber unternehme, verlange Er aber auch entsprechend mehr von Bulgarien. Rumänien werde nunmehr auf die südlichste der drei, Herrn Danew als diskutierbar bezeichneten Linien der bulgarischen Landkonzessionen bestehen. Natürlich falle Rustschuk nicht hinein, sondern sei diese Linie die von Turtukai-Ekrene. Herr Danew habe übrigens jetzt den Auftrag seiner Regierung erhalten, in London mit Herrn Mişu offiziell zu verhandeln und abzuschließen. Seine Majestät sprach den Wunsch aus, daß diese Verhandlungen bald zum Abschluß gebracht würden. Er hätte soeben ein in sehr warmen Worten gehaltenes Telegramm König Ferdinands erhalten, worin von innigen Freundschaftsbeziehungen die Rede sei; mit Phrasen könne Er sich aber nicht mehr begnügen, Er wolle Taten sehen. Wenn Er nur wüßte, so setzte Seine Majestät hinzu, ob König Ferdinand wirklich die Landkonzessionen seinem Lande gegenüber durchsetzen könne? Herr Danew schien entschieden dafür gewonnen zu sein, von Herrn Geschoff glaube Er aber bestimmt, daß er dagegen sei. Er habe auch Seinen Gesandten in Sofia beauftragt, sich darüber Klarheit zu verschaffen, und direkt anzufragen, ob die Meldung der Zeitungen, Herr Geschoff habe erklärt „Bulgarien werde keinen Stein bulgarischen Bodens an Rumänien abtreten" auf Wahrheit beruhe. Ich gestattete mir Seine Majestät darauf aufmerksam zu machen, daß es ja vielleicht als Pressionsmittel Bulgarien gegenüber ganz vorteilhaft sein könne, daß die hiesige öffentliche Meinung und Presse einen so scharfen Ton gegen Bulgarien anschlage, wie sie es in der letzten Zeit tue, daß dies aber in der Türkei doch sehr leicht den Eindruck erwecken könne, als wolle Rumänien die Türkei unterstützen. Der sich mit Beginn der Friedensverhandlungen, unbekannt warum noch immer, hier aufhaltende türkische General Torgut Schefket könne, da er nicht in die streng geheim gehaltenen Intentionen Seiner Majestät, die wie Höchstderselbe gesagt hatte, nur Ihm selbst, Herrn Maioresco und Herrn Take Jonescu bekannt seien, Einsicht habe, jedenfalls auch nicht anders nach Konstantinopel berichten und dies könne doch dem von Seiner Majestät selbst gewünschten Frieden nicht förderlich sein. Seine Majestät stimmte dieser Argumentation vollkommen bei und versicherte den vorerwähnten Druck auf die Türkei sofort ausüben zu lassen, damit die Türkei sich keiner Illusion mehr über die wirkliche Haltung Rumäniens hingeben könne. Höchstderselbe fügte den in meinem eingangs zitierten Telegramm bereits gemeldeten Wunsch hinzu, die kaiserliche und königliche Regierung möge doch, da Rumänien zur Zeit in Konstantinopel keinen Vertreter habe, durch Markgrafen Pallavicini feststellen lassen, ob die Türkei

auf die Hilfe Rumäniens rechne und Ihn darüber orientieren. Auf allgemeine politische Themen übergehend meinte Seine Majestät, daß zur nächsten Sitzung der Botschafterreunion in London Herr Mişu unbedingt zugezogen werden müße. Um dies durchzusetzen, hätte Herr Take Jonescu Herrn von Kiderlen-Wächter, dessen Tod Er persönlich sehr bedauere, jetzt in Stuttgart treffen sollen. Die endgiltige Regelung der Balkanfragen und der neuen Grenzen könne nur durch eine Allgemeine Konferenz, à la Berliner Kongreß, gegen die allerdings seinerzeit Herr von Kiderlen-Wächter gewesen wäre, geregelt werden. Dann frug mich Seine Majestät, ob wir absolut auf der Zugehörigkeit Skutaris zu Albanien und der Nichtgewährung des Rechtes der Waffendurchfuhr in Kriegszeiten von dem albanesischen Hafen nach Serbien bestehen würden, welche beide Fragen ich „als soviel mir bekannt" bejahte. Er, der König, interessiere Sich speziell für Südalbanien, wo soviele Kutzowalachen seien. Ochrida müße unbedingt zu Albanien gehören. Die Kutzowalachen könnten dann das administrative Beamtenmaterial und die Gendarmerie liefern. Bevor mich Seine Majestät zu entlassen geruhte, erwähnte Höchstderselbe, daß Er zu Seiner warmen Freude eine große Zahl von Neujahrs-Glückwunschtelegrammen aus der ganzen Monarchie erhalten habe. Wozu ich mir die Erwiderung erlaubte, daß dies bei der großen Verehrung und Bewunderung, die man bei uns allgemein für Seine königliche Majestät empfinde, nur allzu begreiflich sei.

Haymerle.

Tel. nach London, 1. Jan. 1913 Nr. 3 (chiffr. 5 U. p. m.). Siehe n. 5155.

Nr. 5154. Tel. aus London, 1. Jan. 1913 Nr. 1 (eing. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 139[b] vom 29. v. M. Marquis San Giuliano hatte italienischen Botschafter aufgefordert, gemeinsam mit mir ein Projekt für den künftigen Status Albaniens zu entwerfen. Mein italienischer Kollege brachte mir heute ein Elaborat, das ganz von ihm verfasst ist. Er benützte die zwischen Marquis San Giuliano und Herrn von Mérey niedergelegten Grundzüge. Neu wäre nur Artikel V betreffend Kontrolle der 6 Mächte, der hineingebracht werden müsste, nachdem von Kontrolle bereits gesprochen worden ist. Das ganze ist gemeint als eine Skizze, die noch ausgearbeitet werden kann, aber dazu dienen könnte, bei einer der nächsten Reunionen der Botschafter als ein österreichisch-ungarisch-italienisches Elaborat vorgelegt zu werden, falls unsere Regierungen demselben zustimmen. Ich erklärte meinem italienischen Kollegen, dass ich mich nicht kompetent fühle und ihm die Vaterschaft dieses Projektes überlasse, persönlich keine Bemerkungen daran zu machen habe und es meiner Regierung vorlege. Ich machte ihn aber aufmerksam auf die in Euer Excellenz Telegramm Nr. 139 erwähnten Bemerkungen betreffs Organisation der Gendarmerie (nicht in territorial abgegrenzten Sektoren) und Heranziehung albanesischer Offiziere. Er stimmte beiden zu, meinte aber, das wären Detailfragen, die später hinzugefügt werden könnten. Nachstehend Text

des Imperialischen Elaborates, über welches ich eine hohe Willensäusserung erbitte: I) L'Albanie sera autonome sous la suzeraineté du Sultan. II) La suzeraineté du Sultan devra être purement nominale. Tout autre lien entre la Turquie et l'Albanie doit être exclu d'une manière définitive. III) L'Albanie devra être neutralisée et mise sous la garantie des six puissances. IV) Une gendarmerie internationale organisée et commandée par des officiers étrangers sera chargée d'assurer la sûreté et l'ordre public. Les officiers seront choisis dans les armées des nations européennes: Belgique, Hollande, Suisse, Suède, Norvège, Espagne etc. etc. à l'exclusion des nations balkaniques ou ayant intérêt direct dans les questions balkaniques. V) Le contrôle des six grandes puissances sera exercé par l'entremise d'une commission internationale composée des représentants des six puissances. La commission, sous la présidence du gouverneur, sera chargée de surveiller l'organisation et le fonctionnement régulier de toutes les différentes branches de l'administration, ainsi que la justice, les finances et la gendarmerie. La commission internationale susdite restera en fonction pendant une période de temps à fixer, après laquelle les puissances décideront s'il y a lieu de lui renouveler ou non le mandat, d'après les conditions du pays. VI) En vue du changement radical du statut de l'Albanie, de sa séparation pratiquement complète de la Turquie et de l'institution de contrôle des Grandes Puissances, celles-ci se mettront d'accord pour consentir à l'abolition des capitulations et renoncer aux privilèges dont elles jouissaient jusqu'à présent en vertu des traités politiques, économiques ou autres, antérieurement conclus par elles avec la Turquie. VII) Le choix et la nomination du gouverneur appartiendra exclusivement aux six grandes puissances. VIII) L'Italie et l'Autriche-Hongrie proposent qu'il soit laissé aux Albanais la faculté d'exprimer leurs propres désirs en tant que ces derniers, bien entendu, soient compatibles avec les dispositions générales prises par les grandes puissances. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 5195, 5228. — [b]) Mit Tel. Nr. 139, 28. Dez. 1912 (chiffr. 11 U. 45 M. p. m.) wurde eine Weisung nach Rom (Nr. 316 vom selben Tage und unter gleichzeitiger Chiffrierung) mitgeteilt, dahingehend, daß bei einer internationalen Organisation der Gensdarmerie in Albanien nicht wie seinerzeit bei der Reformaktion in Mazedonien den einzelnen Mächten territorial abgegrenzte Sektoren zugewiesen werden sollten. Aus der türkischen Armee und namentlich aus der ehemaligen Reformgensdarmerie könnten eine Reihe geschulter albanesischer Offiziere zum Gensdarmeriedienste in Albanien herangezogen werden, wodurch das fremde Element auf ein Minimum reduziert würde.

Nr. 5155. Tel. nach Rom Nr. 2 (1) und London Nr. 3 (2), 1. Jan. 1913 (chiffr. 5 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport; V. u. G. Berchtold).

1. Herzog Avarna hat mich gestern auftragsgemäß ersucht, ihm meine Stellungnahme zu folgenden auf die Constituirung des autonomen Albaniens bezüglichen neun Punkten mitzuteilen: 1.) Suzeränität des Sultans über das autonome Albanien. 2.) Die türkische Suzeränität wird eine bloß nominelle sein, so daß sie jedes Band zwischen der Pforte und Albanien ausschließt. 3.) Albanien wird neutralisiert; die Neutralität wird durch die sechs Großmächte garantiert. Während Punkt 1 und 2 mir zu keiner Bemerkung Anlaß

geben, warf ich bezüglich des dritten Punktes ein, daß ich nicht wisse, ob Collektiv- oder Einzelgarantie gedacht sei oder eine Combination dieser beiden Eventualitäten; was mich betreffe, müsse ich mir die Stellungnahme vorbehalten. 4.) Internationale Gendarmerie unter Heranziehung von Instructionsofficieren solcher Mächte, welche keine directen Interessen am Balkan besitzen. Dieser Punkt hätte, wie ich bemerkte, noch diskutirt zu werden. 5.) Einsetzung eines internationalen Comités behufs Controle des Ganges aller Zweige der Verwaltung, Justiz und Gendarmerie. Dieses Comité würde auf eine beschränkte Functionsdauer ernannt, nach deren Ablauf die Mächte, je nach den Zuständen im Lande, zu entscheiden hätten, ob dessen Mandat zu verlängern sei. Diese Modalität habe ich als eine unmögliche bezeichnet. Ich habe diesem Projekte entgegengestellt, daß ich darin eine viel zu weitgehende Ingerenz der Großmächte erblicke, und zwar sowohl den meistinteressirten Mächten — Italien und Österreich-Ungarn — gegenüber, wie in Bezug auf das zu creirende albanesische Staatswesen, welches durch eine derartige Bevormundung hinter die übrigen Balkanstaaten zurückgestellt würde. 6.) Infolge der Einsetzung der internationalen Controle hätten die Mächte sich betreffs der Aufhebung der Capitulationen ins Einvernehmen zu setzen. Die Discussion dieser Frage scheint mir, wie ich Herzog Avarna sagte, verfrüht. 7.) Veränderungen bezüglich der Privilegien und Vertragsrechte wirtschaftlichen, politischen und jurisdiktionellen Inhaltes. Hiezu bemerkte ich, man müsse in dieser Richtung genau differenzieren. Es gebe Privilegien und Vertragsrechte der genannten Kategorien, bezüglich deren Veränderungen zulässig wären und andere, wo dies nicht der Fall wäre. Zu den Ersteren gehören die commerciellen Abmachungen, zu den Letzteren gewisse politische Stipulationen. 8.) Wahl des Fürsten durch die sechs Großmächte. Diesbezüglich sprach ich meine Ansicht dahin aus, daß Österreich-Ungarn und Italien die Wahl zu treffen hätten, welche den Mächten zur Anerkennung vorzulegen wäre. 9.) Wünsche der Albanesen bezüglich der Landesverwaltung. Ich sprach mich dahin aus, daß die Wünsche der eingeborenen Bevölkerung soweit zu berücksichtigen wären, als sie mit den von den Großmächten festgestellten Grundsätzen vereinbar erscheinen. — Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Information und Regelung Ihrer Sprache gegenüber Marchese di San Giuliano.

2. Ich telegrafire heute an Herrn von Mérey wie folgt: (Inseratur Telegramm sub 1 in extenso.) Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Orientirung. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 5195.

Nr. 5156. Bericht aus Rom, 1. Jan. 1913 Nr. 1 A (eing. 3. Jan.).[a]) *Ausfert.*

Geheim. Seit einiger Zeit ist in der italienischen Presse das Gerücht aufgetaucht, wir hätten die Absicht, Montenegro zur Abtretung des Berges Lovčen an uns zu bewegen. Hiebei wurde häufig ein Nexus zwischen dem Lovčen und Scutari in der Weise construiert, dass wir angeblich geneigt

wären, unseren Standpunkt hinsichtlich der Zugehörigkeit Scutaris zu Albanien aufzugeben, falls uns dagegen Montenegro den Lovčen abtreten wollte. Die italienische Presse hat gegen diese Eventualität mit seltener Einstimmigkeit und in beinahe erbittertem Tone Stellung genommen. Der Besitz des Lovčen in unseren Händen würde die Situation in der Adria vom Grunde aus verändern, eine stete Bedrohung Italiens sein, dessen Ostküste ohnedies so wenig verteidigungsfähig sei, und könne daher unsere eventuelle Prätension nicht unter den harmlosen Begriff einer „Grenzregulierung" fallen. In einer ganzen Reihe von Artikeln war die Absicht erkennbar, der Regierung für den Fall, als jene Gerüchte sich bewahrheiten sollten, das Rückgrat zu steifen. Vorgestern erwähnte auch der Minister des Aeusseren diese Nachrichten, wobei er allerdings betonte, er könne nicht einen Moment annehmen, dass dieselben der Wahrheit entsprächen. Marchese di San Giuliano führte aus, die eventuelle Cession des Lovčen an uns wäre vom montenegrinischen, balkanischen, italienischen und europäischen Gesichtspunkte undenkbar. Für Montenegro würde diese Eventualität Nichtsweniger als den Verlust seiner politischen Selbständigkeit bedeuten, da der Lovčen — und hiebei berief sich der Minister auf seine persönliche Kenntnis der Gegend — einen wichtigen Teil des Landes, ja sogar dessen Hauptstadt, dominiere. Aus eben diesem Grunde würde unser Besitz des Lovčen die ganze Situation auf dem Balkan verändern, uns in einem Teile desselben zu einer dominierenden Stellung verhelfen und somit das tatsächliche territoriale Désintéressement der Grossmächte über den Haufen werfen. Vom italienischen Standpunkte wäre die Sache schon deshalb ganz und gar inacceptabel, weil wir dadurch in die Lage kämen, Cattaro zu einer maritimen Basis ersten Ranges auszugestalten. Unser wechselseitiges gutes Verhältnis sei vor allem an die Voraussetzung geknüpft, dass die dermalige Situation in der Adria keinerlei Veränderung zu Gunsten des Einen oder des Anderen erleide.[1]) Die Besitznahme des Lovčen würde aber das Gleichgewicht in der Adria vom Grunde auf alterieren und die strategische Inferiorität Italiens zur Folge haben.[2]) Für Italien würde ein zweites Bizerta entstehen, nur in viel grösserer Nähe. Ein solcher Wunsch von unserer Seite wäre auch significativ, da Cattaro nur im Falle eines Krieges mit Italien Bedeutung gewänne. Ausserdem gehöre bekanntlich Montenegro zum Balkan, bei der Besitznahme irgend eines Teiles montenegrinischen Territoriums käme somit der Artikel VII des Dreibundvertrages in Anwendung, jener Artikel, welcher — wie Marchese di San Giuliano mit Bitterkeit bemerkte — von uns Italien gegenüber im lybischen Feldzuge in so extensiver Weise angerufen worden sei und Italien mindestens eine halbjährige Verlängerung des Krieges gekostet habe. Es entstünde also dann für Italien das Recht auf eine Compensation, welche aber dermalen auf dem Balkan selbst nicht mehr zu finden sei. Aus all' dem Gesagten ergebe sich aber auch der europäische Karakter dieser Frage, da dann auch den anderen Grossmächten nicht verwehrt werden könnte, entweder zu protestieren oder auch ihrerseits mit egoistischen territorialen Prätensionen hervorzutreten. Mit der Aufwerfung dieser Frage würde also eine ganze Reihe schwieriger, ja unlösbarer und gefährlicher Probleme heraufbeschworen. Da unsere Conversation

einen rein academischen Karakter hatte, habe ich unter Betonung, dass ich im Gegenstande keinerlei Information besässe und daher nur meine persönliche Meinung ausspräche, gegen die Ausführungen des Ministers zu polemisieren versucht. Es würde zu weit führen, meine Argumentation hier zu wiederholen, lediglich in knappster Form will ich erwähnen, dass ich auf die eventuelle Verpflichtung für uns, den Lovčen nicht zu befestigen, auf die Eventualität der Verlegung der montenegrinischen Hauptstadt nach Niksić, auf die von Italien in den letzten Jahren in Brindisi neu geschaffene maritime Basis, auf die Anomalie, Cattaro durch den dermalen montenegrinischen Berg Lovčen dominiert zu sehen und auf die Eventualität hinwies, dass Italien eine Insel des aegaeischen Meeres als Compensation behalte. Das alles war in einer Weise vorgebracht, dass der Minister nicht etwa den Eindruck gewinnen konnte, ich spräche Ideen meiner Regierung aus. Ich wollte nur für alle Fälle sozusagen ein Vorpostengefecht liefern, welches noch keine ernste Schlacht zur Folge haben muss. Auch sehe ich aus den hohen Telegrammen vom 29. v. Mts. Nr. 318 und vom 30. v. Mts. Nr. 326, dass Herzog von Avarna gleichfalls schon diese Frage Euer Excellenz gegenüber angeschnitten hat. Ich habe mir nicht verhehlt, dass meinen Argumenten keine besonders überzeugende Kraft beizumessen ist und in der Tat auch constatiert, dass Marchese di San Giuliano sich dadurch von seiner Auffassung nicht abbringen liess. Er schloss das Gespräch mit der neuerlichen Versicherung, dass er an die Existenz der ganzen Frage nicht glaube. Mérey.

1) ! — 2) ?
a) Vgl. n. 5110, 5216, 5227.

Nr. 5157. Tel. aus St. Petersburg, 1. Jan. 1913 Nr. 278 recte 1 (eing. 2. Jan. 9 U. a. m.).a) Entziff.

Ich habe heute Herrn Sazonow gegenüber die Ausführungen Euer Exzellenz Telegrammes vom 31. v. M. Nr. 225 verwertet. Der Herr Minister zeigte sich über die freundschaftliche Tonart Euer Exzellenz Message erfreut und schien insbesondere durch die darin enthaltene Anerkennung der friedlichen und freundschaftlichen Absichten Rußlands der Monarchie gegenüber sichtlich angenehm berührt. Die Mitteilung, daß unsere Standesvermehrungen an der Nordostgrenze für die Zukunft ungefähr als normaler Zustand gelten würden, nahm Herr Sazonow, dem ich den krassen Unterschied zwischen unseren bisherigen Friedensständen und jenen unserer Nachbarn vor Augen hielt, sehr ruhig auf. Daß keine Truppenverschiebungen an die Nordgrenze stattgefunden hätten, sei ihm eine angenehme Neuigkeit, von der er jedoch einige Mühe haben werde, die militärischen Kreise, welche diesbezüglich offenbar übertriebene Nachrichten erhalten hätten, zu überzeugen. Was die für unsere Maßnahmen an der Südgrenze angeführten Argumente anbelangt, so wollte Minister es nicht gelten lassen, daß es notwendig gewesen wäre, die Möglichkeit eines serbischen Angriffes unserseits ins Calcul zu ziehen. Auch die Besorgnis, daß in Serbien militärische chauvinistische Kreise die Überhand gewinnen könnten, bezeichnete er als

durchaus unbegründet; er könne dafür gutstehen, daß die serbische Regierung aus den Beschlüssen der Mächte die Konsequenzen ziehen, und ihre Truppen aus dem nach den Vereinbarungen der Botschafterreunion zu kreierenden Albanien sofort zurückberufen werde, wenn einerseits die betreffenden Beschlüsse definitiv vorliegen und andererseits der Frieden mit der Türkei geschlossen sein wird. Was die angeblich entgegengesetzten Äußerungen einiger Offiziere in Durazzo anbelangt, so seien diese durchaus nicht ernst zu nehmen. Trotzdem habe er aber Herrn Pašić darauf aufmerksam gemacht, daß derartige Enuntiationen durchaus inopportun seien. Im Ganzen genommen war Eindruck meiner gegenständlichen Unterredung mit Sazonow kein ungünstiger. Selbstverständlich habe ich, wie immer, wenn das Thema militärischer Rüstungen zwischen uns zur Sprache kam, so auch diesmal nachdrücklichst hervorgehoben, daß unser Gespräch nur den Charakter ganz unoffizieller, rein freundschaftlicher Konversation tragen könne. Allerdings sagte mir Sazonow zum Schluss, daß es für die russische Regierung angesichts der Sachlage wohl nicht möglich sein werde, ihre zurückbehaltenen Mannschaften zum 1. Jänner zu entlassen, daß die Maßregel aber, wie Euer Exzellenz ja selbst erwähnten, keinerlei aggressive Zwecke verfolge und angesichts der Auffassung, die sie bei Euer Exzellenz erfreulicher Weise begegne, auch kein Element der Beunruhigung bringen werde. Was den weiteren Gang der Botschafterbesprechungen anbelangt, so sprach Sazonow neuerdings die Hoffnung aus, daß Euer Exzellenz in den noch pendenten Fragen der Abgrenzung Albaniens und namentlich auch jener Skutaris doch noch ein weiteres Entgegenkommen beweisen werden. Er, Sazonow, habe versucht, sich bei Beurteilung all dieser Fragen in den Standpunkt der k. u. k. Regierung hineinzudenken und demgemäß dort, wo er erkannt, daß wirklich vitale Interessen Monarchie in Frage stehen, wie bezüglich des Littorale, Zulassung Serbiens und so weiter das weitgehendste Entgegenkommen bewiesen und hoffe daher, daß Euer Exzellenz bei den jetzt noch anhängigen Fragen, welche seiner Überzeugung nach vitale Interessen der Monarchie nicht mehr so direkt berühren, nun Ihrerseits entgegenkommen würden, um eine Lösung der Fragen ehebaldigst in allseitig befriedigender Weise zu ermöglichen. Ich habe nicht verfehlt, dem Herrn Minister gegenüber Bemerkungen des drittletzten Alineas[b] Hochderen Telegrammes Nr. 221 vom 30. v. M. entgegenzuhalten, scheine aber damit auf Herrn Sazonow keinen besonderen Eindruck gemacht zu haben. Was das ethnische Prinzip anbelangt, das nach der Auffassung der k. u. k. Regierung wenigstens in allgemeiner Linie als das für die Delimitation Albaniens maßgebende betrachtet werden sollte, so meinte Sazonow, daß dies am Balkan überhaupt nicht zur Durchführung gebracht werden könnte und wies zur Begründung dieser Auffassung darauf hin, daß zum Beispiel eine ganze Reihe von Gebieten mit rein griechischer Bevölkerung trotzdem an Bulgarien fallen würde. Einziges Prinzip, an das man sich halten könne, sei nach Ansicht des Ministers des Äußern jenes, einen praktischen Ausweg zu finden, mit dem schließlich alle zufrieden sein können. Thurn.

[a] Vgl. n. 5168 Anm. a, 5177 Anm. b, 5199. — [b] Das drittletzte Alinea von n. 5111 reicht von „Einer Auffassung, welche“ bis „an die Adria getan“.

Nr. 5158. Tel. nach Berlin Nr. 7 (1), Rom Nr. 7 (2) und London Nr. 7 (3), 2. Jan. 1913 (chiffr. 10 U. 50 M. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

1.—2. Fortsetzung zu meinem Telegramm von heute Nr. 6.[b] Die Londoner Botschafter-Réunion wird sich jedenfalls nochmals mit der Frage des zukünftigen Schicksals der ägäischen Inseln zu befassen haben. In diesem Belange geht meine Ansicht dahin, daß es durch die Situation geboten erscheint, für die Bevölkerung dieser Inseln eine Garantie für die Besserung ihrer Lage und für die Einführung autonomer Régimes zu verlangen. Sollten jedoch von anderer Seite weitergehende Vorschläge gemacht werden, so schiene mir die Idee Marquis di San Giulianos die günstigste Lösung der Frage zu bieten, nämlich die vier Inseln bei den Dardanellen, Samothrake, Imbros, Lemnos, Tenedos sowie Mytilene und Chios der Türkei zu belassen, dagegen alle anderen ägäischen Inseln und auch Kreta an Griechenland abzutreten, wobei es letzterem untersagt werden könnte, diese Inseln zu befestigen und dieselben zu einer Flottenbasis zu machen. Eine solche Zession der südlichen Sporaden an Griechenland, die ein weitgehendes Entgegenkommen gegenüber den Aspirationen des Königreiches bedeuten würde, sollte nach meinem Dafürhalten als Kompensationsobjekt für eine Nachgiebigkeit des Athener Kabinets in der Frage der Delimitierung Albaniens verwendet werden. Ich ersuche Euer Exzellenz vorstehende Konsiderationen im dortigen Auswärtigen Amte zur Sprache bringen und anfragen zu wollen, ob die

1. kaiserlich deutsche
2. königlich italienische

1.—2. Regierung bereit wäre, im Interesse eines identischen Vorgehens der Dreibundmächte auf der Botschafter-Réunion ihren Vertreter in London in oben skizziertem Sinne zu instruieren. Eine gleiche telegraphische Anfrage richte ich unter einem an

1. Herrn von Mérey
2. Grafen Szögyény.

3. Zu Euer Exzellenz Telegramm Nr. 167 vom 31. v. M. (letzte vier Alineas[c]). Ich telegraphiere an Grafen Szögyény und Herrn von Mérey wie folgt: (Inseratur vorstehendes Telegramm in extenso.) Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information. Berchtold.

[a] Vgl. n. 5166, 5174, 5209. — [b] Mit Tel. Nr. 6, 2. Jan. 1913 (chiffr. 10 U. 50 M. p. m.) wurde n. 5137 nach Berlin und Rom mitgeteilt. — [c] Beginnen mit „Mein französischer Kollege."

Nr. 5159. Tel. des Generalkonsuls Rudolf Weinzetl aus Cetinje, 2. Jan. 1913 Nr. 1 (eing. 9 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Unter dem Eindrucke von Preßmeldungen, daß Österreich-Ungarn die Abtretung Skutaris an Montenegro nicht wünscht, beschied mich König heute zu sich und fragte, ob mir diesbezüglich etwas offiziell zugekommen sei. Ich berief mich lediglich auf die Mitteilung, die Baron Giesl seinerzeit Seiner Majestät bezüglich Skutaris gemacht hätte, derzufolge die Stadt nicht im definitiven Besitz Montenegros bleiben könnte. Der König

versuchte, eine Mitteilung in bestimmter Form in Abrede zu stellen, verriet sich aber gleich darauf, indem er sagte, daß er dieselbe nachdrücklich zurückgewiesen hätte. Der König war diesmal eher kleinlaut und betonte mehrmals, daß er sich, wenn er einer Preisgabe Skutaris zustimme, nicht acht Tage auf dem Throne erhalten könne. Man möge sich dann mit dem montenegrinischen Volke auseinandersetzen. Bericht folgt. Weinzetl.

[a]) Vgl. n. 5169.

Nr. 5160. Tel. des Militärattachés in Cetinje an den Chef des Generalstabes, 2. Jan. 1913 (eing. als Einsichtsstück des Chefs des Generalstabes vom 3. Jan. 1913 Evb. Nr. 30).[a]) Abschrift.

König liess mich strengstens geheim 7 h abends rufen und versicherte neuerdings völlige Loyalität gegenüber Österreich-Ungarn. König bittet Chef des Generalstabes um die Einflussnahme bezüglich Skutari und fügt wörtlich hinzu: „Wenn Österreich-Ungarn Skutari an Montenegro verweigert, muss ich mit dem nächsten Schiffe nach Amerika flüchten und Montenegro kämpft aus Verzweiflung gegen Österreich-Ungarn." Gestrige Zeitungen richten stark agressive Artikel gegen Österreich-Ungarn. In Übereinstimmung mit Geschäftsträger. Bericht folgt. Hubka.

Nr. 5161. Tel. nach Konstantinopel, 2. Jan. 1913 Nr. 4 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

Geheim. Baron Haymerle telegraphiert unterm 31. v. M. wie folgt: *... mit Kürzungen wie n. 5132 von „Seine Majestät König Carol hat mich beauftragt" bis „als Helfer rechne"* ... Vorstehendes zu Euer Exzellenz rein persönlicher Information und streng vertraulicher Orientierung. Was letzteren Wunsch des Königs betrifft, ersuche ich Euer Exzellenz, mir Ihre gegenständlichen persönlichen Eindrücke — unter Vermeidung jeglicher Sondierung bei den Türken — telegraphieren zu wollen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 5170.

Tel. nach London, 2. Jan. 1913 Nr. 7 (chiffr. 10 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 5158.

Nr. 5162. Tel. aus London, 2. Jan. 1913 Nr. 5 (eing. 3. Jan. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Vor heutiger Botschafterréunion sagte mir Sir Edward Grey, er habe Grafen Benckendorffs und Marquis Imperialis Äusserungen entnommen, dass es nicht erwünscht wäre, heute über Albanien zu sprechen, nachdem Besprechungen darüber zwischen Wien und Petersburg und Wien und Rom im Zuge sind, welche teilweise wichtige Fragen, teilweise Details betreffen. Ich erwiderte, dass ich nichts dagegen habe, über Albanien zu sprechen, aber keinen Grund habe, die Frage heute aufzuwerfen, wenn meine Kollegen es nicht wünschen. Bei Beginn der Sitzung kam Sir Edward Grey auf die Inseln im Ägäischen Meere und forderte russichen Botschafter auf, sich zu äussern, worauf dieser neue Erklärungen abgab, die im Gegen-

satze zu dem früher von ihm ausgesprochenen Standpunkt seiner Regierung sind. Nachstehend, was wir gemeinsam über heutige Sitzung zu Papier brachten: La Russie ne s'oppose pas à la réunion de toutes les îles de la Mer Egée à la Grèce sous réserve, pour les îles voisines des Dardanelles, d'une neutralisation comportant les dispositions suivantes: I°) Engagement de la part de la Grèce de raser les fortifications existantes, tant militaires que navales. II°) Engagement de ne jamais ériger de nouvelles fortifications ou autres constructions de défense. III°) Engagement de ne pas utiliser les îles pour des opérations militaires ou dans des buts stratégiques, quelle que soit la puissance avec laquelle la Grèce serait en guerre. IV°) Engagement à ne céder à aucune autre puissance les droits de possession, d'exploitation ou d'autres droits qu'obtiendra la Grèce par le fait de la réunion des îles avec le royaume. L'ambassadeur d'Allemagne a fait observer que son gouvernement n'a qu'un intérêt secondaire dans la question des îles et qu'il adhérera — pense-t-il — à toute décision à leur sujet sur laquelle tomberaient d'accord les puissances, mais dans le cas où toutes les îles seraient attribuées à la Grèce, il lui paraît qu'elles devraient être neutralisées dans les mêmes conditions que les quatre qui sont voisines des Dardanelles. L'ambassadeur de Russie fait observer que les réserves de neutralisation qu'il a formulées aujourd'hui ne se réfèrent qu'aux quatre îles voisines des Dardanelles. Sir Edward Grey et l'ambassadeur de France déclarent que leurs gouvernements ne s'opposent pas à la réunion de toutes les îles de la Mer Egée à la Grèce sous des conditions à déterminer. Les ambassadeurs d'Autriche-Hongrie, d'Italie et d'Allemagne se réservent d'en référer à leurs gouvernements. L'ambassadeur de France demande si l'île de Thasos ne devrait pas être attribuée à la Bulgarie à cause de sa proximité de la côte qui deviendra bulgare à la conclusion de la paix. A cela Sir Edward Grey répond qu'il convient laisser les Grecs et les Bulgares chercher un arrangement sur ce point. L'ambassadeur de Russie déclare que son gouvernement ne fait pas d'objection à l'attribution de Thasos à la Bulgarie. L'ambassadeur de France fait une déclaration identique. Sir Edward Grey dit qu'il est disposé à proposer l'abandon de la Crète à la Grèce. Les ambassadeurs de France et de Russie disent que leurs gouvernements sont dans les mêmes dispositions. L'ambassadeur d'Italie dit que son gouvernement est aussi dans les mêmes dispositions, mais qu'il s'attend à ce que la Grèce modère ses prétentions au sud de l'Albanie. Les ambassadeurs d'Autriche-Hongrie et d'Allemagne réfèreront à leurs gouvernements. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 5166, 5173, 5174, 5182 Anm. a, 5197, 5198, 5208 Anm. c, 5231 Anm. a, 5246, 5251.

Nr. 5163. Tel. aus Paris, 2. Jan. 1913 Nr. 4 (eing. 3. Jan. 8 U. a. m.).[a]) *Entziff.*

Bezug auf Telegramm Nr. 162 vom 31. v. M. Herr Poincaré, mit dem ich heute serbisches Durchfuhrrecht für Kriegsmaterial durch albanesischen Hafen besprach, stellte seine von mir gemeldete Äußerung, daß sich dieses Recht nicht auf Kriegszeiten beziehen könne, nicht in Abrede. Er behauptet, sich in diesem Sinne auch russischer Regierung gegenüber

ausgesprochen zu haben. Die von Herrn Sazonow zu Gunsten seiner These angeführten Argumente hätten aber auch einen gewissen Wert, namentlich, wenn man die Möglichkeit eines Krieges Serbiens mit einem anderen Balkanstaate ins Auge faßt. Schließlich bekannte er mir offen, Frankreich müsse als Alliierter die Wünsche Rußlands unterstützen. Übrigens, sagte er, habe die Botschafterreunion ohne Protest unserseits die allgemeine Formel des Durchfuhrrechtes für Kriegsmaterial ohne Restriktion auf Friedenszeiten bereits akzeptiert. Ich wies darauf hin, daß Beschlüsse der Botschafter nicht definitiv bindend seien und schon der Begriff eines neutralisierten Hafens für Kriegszeiten gewisse Reserven voraussetze. Letzteres stellte Herr Poincaré in Abrede. Bezüglich der Behauptung Herrn Sazonows, daß wir gegebenenfalls Kriegsmaterial auf hoher See beschlagnahmen könnten, wies ich auf praktische Schwierigkeiten hin. Ein Schiff, das aus griechischen Territorialsgewässern längs albanesischer Küste zum bewußten Hafen fahre, könne die hohe See ganz vermeiden. Im weiteren Verlaufe der Konversation gab Herr Poincaré zu, daß unser Standpunkt manche Berechtigung habe, er könne keinerlei Zusagen machen, da er nur im Einvernehmen mit Rußland und England vorgehen könne, er würde sich aber freuen, wenn ein Kompromiß zustande komme und sei gerne bereit, ein solches zu unterstützen. Szécsen.

a) Vgl. n. 5193.

Nr. 5164. Bericht aus Paris, 2. Jan. 1913 Nr. 1 C (eing. 4. Jan.). Ausfert.

Euer Exzellenz Telegramm vom 30. v. M. Nr. 156a) habe ich zu erhalten die Ehre gehabt. In der Konversation mit Herrn Poincaré, über welche ich mit Telegramm vom 25. November l. J. Nr. 152 berichtete, erwähnte Derselbe damals die Möglichkeit einer freien Handelsverbindung Serbiens mit einem albanesischen Hafen, der zu neutralisieren wäre. Der Minister betonte, dass die freie Einfuhr von Kriegsmaterial für Serbien über diesen Hafen gesichert werden müsste. Ich warf die Frage ein: „Auch in Kriegszeiten?" Worauf der Minister antwortete: „Ah non, pas en temps de guerre." Hieran anknüpfend führte ich aus, dass eine solche auch in Kriegszeiten garantierte freie Einfuhr von Kriegsmaterial eine Begünstigung bedeuten würde, die kein Staat besitzt und für Serbien viel vorteilhafter wäre als ein eigener Hafen, denn einen serbischen Hafen könnte ein eventueller Gegner blockieren oder sogar besetzen, was bei einem neutralisierten Hafen nicht möglich wäre. Herr Poincaré schien dieser Ansicht zuzustimmen, wenigstens brachte er keinerlei Einwendung dagegen vor. Für obiges kann ich einstehen. Soweit ich mich erinnere, habe ich seither im Laufe einer Konversation am Quai d'Orsay, entweder mit Herrn Poincaré selbst oder mit Herrn Paléologue den gleichen Gedankengang entwickelt und bin keinem Widerspruch begegnet. Dies schliesst natürlich nicht aus, dass Herr Poincaré in der Zwischenzeit infolge russischen Einflusses seinen Standpunkt geändert haben mag. Szécsen.

a) Mit Tel. Nr. 156, 29. Dez. 1912 (chiffr. 11 U. 15 M. p. m.) wurde auszugsweise n. 5099 nach Paris mitgeteilt.

Tel. nach Rom, 2. Jan. 1913 Nr. 7 (chiffr. 10 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 5158.

Nr. 5165. Tel. aus Belgrad, 3. Jan. 1913 Nr. 6 (eing. 5 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Herr Pašić hat heute meinem deutschen Kollegen mitgeteilt, dass die serbischen Truppen aus Durazzo in kürzester Frist zurückgezogen werden. Ugron.

[a] Vgl. n. 5180, 5208 Anm. d.

Nr. 5166. Tel. nach Berlin Nr. 9 (1), Rom Nr. 11 (2) und London Nr. 9 (3), 3. Jan. 1913 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.).[a] Konz. (S. Hohenlohe, V. u. G. Berchtold).

1.—3. Im Nachhange zu meinem Telegramm Nr. 7 vom 2. d. M.:

1.—2. Aus dem Euer Exzellenz heute mitgeteiltem Telegramme des Grafen Mensdorff vom 2. d. M.[b] geht hervor, daß die Triple-Entente-Mächte jetzt für die Abtretung sämtlicher Inseln des ägäischen Meeres an Griechenland sind und nur bezüglich der vier im Bereiche der Dardanellen gelegenen Inseln gewisse Beschränkungen ausbedingen wollen, so das Schleifen der Befestigungen etc. So weitgehenden Konzessionen an Griechenland könnten wir nur unter der Bedingung zustimmen, daß für Griechenland der Erwerb der Inseln die Kompensation bilde für sein Eingehen auf unsere Wünsche in Bezug auf die Abgrenzung Albaniens. Auch würde selbstverständlich die Tatsache, daß keine Großmacht weder faktisch noch moralisch sich auf einer dieser Inseln festsetzt, die Voraussetzung unserer Zustimmung bilden. Es erschiene mir wünschenswert, daß der Dreibund auch in dieser Frage geschlossen auftrete. Euer Exzellenz wollen Vorstehendes

1. im Auswärtigen Amte zur Sprache bringen
2. mit Marquis di San Giuliano besprechen

1.—2. und mir über das Resultat Ihrer Besprechung telegraphisch berichten.

3. Ich telegraphiere unter einem an Grafen Szögyény und Herrn von Mérey: . . . *gleichlautend wie sub 1.—2. von „Aus dem Euer Exzellenz" bis „geschlossen auftrete."* . . . Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information.

Berchtold.

[a] Vgl. n. 5181, 5223, 5231. — [b] Nr. 5; vgl. n. 5162.

Nr. 5167. Tel. aus Berlin, 3. Jan. 1913 Nr. 10 (eing. 4. Jan. 10 U. a. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. Zu meinem Telegramme Nr. 4 vom 1. d. Mts. Unterstaatssekretär teilt mir mit, daß General Tatischeff nach seinen Unterredungen, welche er vorgestern mit den Generalen von Plessen und von Moltke hatte, um eine Audienz bei Kaiser Wilhelm nachgesucht. Seine Majestät sei nach den von dem General Tatischeff den beiden obgenannten Herren abgegebenen Erklärungen sehr mißmutig gewesen und wollte anfangs den russischen General gar nicht empfangen. Nachdem aber Tatischeff

sich eines Auftrages Kaiser Nikolaus zu entledigen hatte, bewilligte Kaiser Wilhelm demselben die nachgesuchte Audienz. General Tatischeff hat im Auftrage des Zaren dem Kaiser folgende Meldung erstattet: „Auf österreichischer Seite sind Truppenverstärkungen vorgenommen, welche den russischen Kaiser dazu genötigt haben, zum Zwecke der Verteidigung ebenfalls Verstärkungen vorzunehmen. Es ist den Österreichern vorgeschlagen, die an der russischen Grenze angeordnete Verstärkung zu entlassen. Sollte auf diesen Vorschlag oder Anfrage keine befriedigende Antwort erfolgen, so würde sich der Zar genötigt sehen, Kiew, aber nur den Bezirk Kiew, mit neuen Verstärkungen zu versehen." Seine Majestät Kaiser Wilhelm hat darauf dem russischen General folgende Antwort erteilt: „Ich danke Seiner Majestät dem Zaren für die Mitteilung, die er mir durch Sie machen läßt. Wie ich höre, finden gegenwärtig auf diplomatischem Wege freundschaftliche Besprechungen zwischen der russischen und der österreichischen Regierung über die beiderseitigen militärischen Maßnahmen statt. Ich hoffe aufrichtig, daß hiebei eine Verständigung erzielt und Komplikationen vorgebeugt wird, die nach meiner Überzeugung in den tatsächlichen Verhältnissen keinen Grund finden." Szögyény.

a) Vgl. n. 5349 Anm. b.

Nr. 5168. Tel. aus Berlin, 3. Jan. 1913 Nr. 11 (eing. 4. Jan. 10 U. a. m.). Entziff.

Streng vertraulich. Nach der Rückkehr des Reichskanzlers und des Unterstaatssekretärs aus Stuttgart habe ich Inhalt des Telegrammes Graf Thurns vom 26. v. Mts. Nr. 274 und der telegraphischen Weisung an denselben vom 31. v. M. Nr. 225, sowie Euer Exzellenz Telegramm Nr. 5[a] von heute zur Kenntnis der beiden Herren gebracht. Herr von Bethmann-Hollweg und Herr Zimmermann lassen für die interessante Mitteilung verbindlichst danken und würdigen vollkommen den von Euer Exzellenz eingenommenen Standpunkt. Trotz alledem scheint mir Reichskanzler infolge unserer fortdauernden militärischen Maßnahmen impressioniert zu sein; er sagte mir wörtlich: „Nicht als Reichskanzler dem Botschafter, sondern als persönlicher Freund erlaube ich mir Ihnen offen zu gestehen, daß Ihre Rüstungen einen möglichen Keim von Konflagrationen in sich bergen, denen in unser beider und in ganz Europas Interesse beizeiten vorgebeugt werden sollte!" Da der Reichskanzler aus meinen vorausgegangenen Mitteilungen Euer Exzellenz Standpunkt in dieser Angelegenheit genau kennt, habe ich mich diesmal auf eine weitere Diskussion nicht eingelassen.

Szögyény.

a) Mit Tel. Nr. 5, 2. Jan. 1913 (chiffr. 11 U. 15 M. p. m.) wurde aus n. 5157 von „Ich habe" bis „bringen werde" nach Berlin mitgeteilt.

Nr. 5169. Bericht des Generalkonsuls Rudolf Weinzetl aus Cetinje, 3. Jan. 1913 Nr. 1 A (eing. 6. Jan.).[a] Ausfert.

Streng vertraulich. Während König Nikolaus mit den Diplomaten der Balkanstaaten und besonders mit dem deutschen Vertreter, in regem

Verkehr und fast täglichem Gedankenaustausch steht, hatte es Höchstderselbe für gut befunden, getreu Seiner während der Annexionskrise beobachteten Vorgangsweise, seit mehreren Wochen die Beziehungen zur k. u. k. Gesandtschaft, beziehungsweise zu meiner Person, zu unterbrechen. Erst nach Eintreffen offenbar ungünstiger Nachrichten von Seite der montenegrinischen Unterhändler in London und infolge gewisser Enunziationen der Presse über das Schicksal von Skutari besann sich Seine Majestät eines anderen und liess mich — wie ich Euer Exzellenz bereits unter Nr. 1 vom 2. d. M. telegrafisch zu melden die Ehre gehabt, gestern zu Sich bescheiden. Im Gegensatz zu der Baron Giesl gegenüber in einer der letzten Audienzen geführten kriegerischen und auch hochfahrenden Sprache schlug „Seine Majestät, wohl auch unter dem Eindrucke unserer militärischen Vorbereitungen an der montenegrinischen Grenze, einen möglichst friedlichen und manchmal sogar kleinlauten Ton an. Nur einmal entschlüpfte ihm die Bemerkung: Alors on se chamaillera. Aber auch in dieser Konversation kam der Grundzug Seines Wesens — grenzenlose Eitelkeit — in den zahlreichen Anspielungen zum Ausdruck, als würde Seine, von Ihm für den „undenkbaren" Fall der Preisgabe von Skutari, als notgedrungen hingestellte Abdankung die Grundvesten der Weltpolitik erschüttern. Das hinderte den König nicht, dem deutschen Vertreter gegenüber zu versichern, dass Er entgegen allen die bedrohte Stellung Seiner Dynastie betreffenden Äusserungen einer feindlichen Presse, in die unbedingte Loyalität Seines Volkes vertrauen könne. Ein anderer hervorstechender Zug des versatilen Charakters König Nikolaus' offenbarte sich in der Bemerkung, dass die Ihm vom Herrn Gesandten gemachte Mitteilung bezüglich des definitiven Besitzes von Skutari unbestimmt gelautet hätte. Ich habe mir gestattet, Seine Majestät des Gegenteils zu überführen und glaube annehmen zu können, dass er in die Bestimmtheit der betreffenden Ausführungen Baron Giesls umsoweniger Zweifel setzt, als Er es unterliess, durch mich formellere Erklärungen provozieren zu lassen. Der Gospodar ist übrigens unter dem Einflusse seiner Ratgeber, besonders der weiblichen, welche jene ungemessene Eitelkeit fortwährend aufstacheln — ich meine hiemit in erster Linie die Prinzessin Xenia und die vor kurzem abgereiste Grossfürstin Militza, welche etwas voreilig erklärt hatte, Cetinje vor dem Falle von Skutari nicht verlassen zu wollen — von der Idee des Besitzes Skutaris förmlich hypnotisiert und scheint in dieser Frage ruhiger Überlegung momentan unfähig. Die am Hofe herrschende Stimmung spiegelt sich in dem von heftigen Invektiven gegen die Monarchie strotzenden Leitartikel des offiziösen „Cetinjski Vjesnik", getreulich wieder. Für den Mangel an ruhiger Überlegung ist übrigens auch die Antwort bezeichnend, die mir Seine Majestät gab, als ich auf diesen Artikel zu sprechen kam, der zweifellos inspiriert ist: „Sie sehen, wie sich auch die Stimme des Volkes gegen die Idee einer Preisgabe Skutaris auflehnt". Derselbe Wahn hat auch die führenden Kreise ergriffen, welche sich in der zu erobernden Stadt goldene Berge versprechen, so dass es nachgerade unmöglich geworden ist, mit denselben das Thema Skutari zu berühren, geschweige denn zu erörtern. Wenn nun der König auch, wie oben bemerkt, in der mir gewährten Audienz

einen vorwiegend friedlichen Ton anschlagen zu sollen glaubte, war sein unmittelbar vorher mit dem italienischen Gesandten geführtes Gespräch, wie mir dieser vertraulich mitteilte, umso kriegerischer gefärbt und gipfelte in der geäusserten Hoffnung, dass, für den Fall, als sich Montenegro entgegen dem Willen der Grossmächte, einer Preisgabe Skutaris widersetze und einen bewaffneten Konflikt hervorrufe, das europäische Konzert in Brüche gehen und ein europäischer Krieg entfacht werden würde. Weinzetl.

[a] Vgl. n. 5241.

Nr. 5170. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 3. Jan. 1913 Nr. 3 (eing. 10 U. p. m.).[a] Entziff.

Antwort auf Telegramm von heute Nr. 4. Ich habe nicht den Eindruck, dass die Pforte auf irgend eine positive Hilfe Rumäniens rechne; jedoch dürfte sie bisher in Kalkül gezogen haben, dass Bulgarien seinerseits in gewissem Maße mit Rumäniens Haltung rechnen müsse, daher nicht ganz freie Hand habe. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 5183.

Tel. nach London, 3. Jan. 1913 Nr. 9 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 5166.

Nr. 5171. Tel. nach London, 3. Jan. 1913 Nr. 10 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; V. u. G. Berchtold).

Die Instruktionen, welche ich Euer Exzellenz bezüglich der Abgrenzung Albaniens erteilt habe, erscheinen in zweifacher Richtung einer Ergänzung bedürftig und zwar: 1. Für den Fall, als in der Botschafterréunion neuerdings der Gedanke ausgesprochen werden sollte, daß die Festlegung der Grenzen Albaniens einer an Ort und Stelle zu entsendenden internationalen Delimitierungskommission vorzubehalten wäre, wollen Euer Exzellenz über einen solchen Antrag nicht mit Stillschweigen hinweggehen, weil dies als eine Zustimmung unsererseits zu einer derartigen äußerst langwierigen Prozedur aufgefaßt werden könnte. Hochdieselben wollen vielmehr erklären, daß wir die Tätigkeit einer solchen Delimitierungskommission hinsichtlich der detaillierten Bestimmung des Grenzzuges zwar als nützlich, ja sogar als notwendig anerkennen, daß wir jedoch unbedingt darauf bestehen müssen, daß schon vorher, das ist in der Botschafterréunion selbst, die Grenze in großen Zügen bestimmt werde, so daß die diesbezüglichen Beschlüsse der Londoner Botschafter als Basis für die Detailarbeit der an Ort und Stelle zu entsendenden Delimitierungskommission zu dienen hätten. Jedenfalls dürften die Delimitationsarbeiten nicht nach neu anzufertigenden Karten vorgenommen werden, da sich infolge der serbischen Atrocities die ethnographischen Verhältnisse in der letzten Zeit zu Ungunsten der Albanesen, welche teilweise massacrirt worden sind, teils sich ins Gebirge geflüchtet haben, verändert haben. 2. Bei Diskussion der Grenzen Albaniens gegen Serbien wollen Euer Exzellenz nicht ermangeln, jenen Ihrer Kollegen gegenüber, welche die Ansprüche dieses Königreiches auf die ganz oder

vorwiegend von Albanesen bewohnten Gegenden von Ipek, Djakova, Prizren und Dibra unterstützen, darauf hinzuweisen, daß die Gründe, weshalb wir besondere Bedenken tragen, die albanesische Bevölkerung jener Landstriche den Serben auszuliefern, auf einer zweifachen traurigen Erfahrung beruhen. Serbien habe einerseits bereits auf seinem heutigen Territorium gegenüber der katholischen Kirche und den nationalen Minoritäten (Albanesen, Rumänen, Bulgaren) eine rücksichtslose Unterdrückungspolitik verfolgt, anderseits in den von ihm gegenwärtig okkupierten türkischen Provinzen Gewalttätigkeiten begehen lassen, welche die Absicht zu erkennen geben, die nicht serbische Landesbevölkerung — möge sie nun albanischen, bulgarischen oder griechischen Stammes sein — zu entnationalisieren oder zu vernichten. Unser Bestreben, durch die Autonomisierung Albaniens dem Albanesenvolke seine nationale Existenz zu sichern, muß billigerweise sich auch auf die Peripherie dieses Sprachgebietes erstrecken und zu verhüten trachten, daß zusammenhängende Massen von Albanesen unter die Herrschaft eines dieser Nation so feindselig gesinnten Staates kommen, wie es den obenerwähnten Erfahrungen zufolge bedauerlicherweise bei Serbien der Fall ist. Bei diesem Anlasse wollen Euer Exzellenz auch nicht unerwähnt lassen, daß der in den letzten Diskussionen über das albanische Problem gegen uns erhobene Vorwurf der Intransigenz ein durchaus unberechtigter ist; denn während von slawischer Seite und von den diese Aspirationen unterstützenden Großmächten prätendiert wird, daß auch nicht das geringfügigste serbische Dorf zu Albanien komme, haben wir von allem Anfang an keine Einwendung dagegen erhoben, daß große albanische Enklaven, welche von hunderttausenden von Arnauten bewohnt werden (Gegenden von Mitrovitza, Vučitrn, Priština, Gillan, Üsküb, Kumanovo, Grešovo, Kalkandelen etc.) zu Serbien geschlagen werden. Dieses unser Entgegenkommen, welches sich infolge der serbischen Gewaltpolitik noch als ein größeres Opfer von unserem Standpunkte und jenem der albanischen Sache darstellt, entkräftet den uns gemachten Vorwurf der Intransigenz; dieses Entgegenkommen erheischt aber auch, daß seitens der Botschafterréunion insbesondere bezüglich der an Serbien fallenden Territorien weitgehende Garantien hinsichtlich des Schutzes der nationalen und religiösen Minoritäten geschaffen werden. In dieser Hinsicht möchte ich Euer Exzellenz das 19. Alinea meines Erlasses vom 15. v. M., Nr. 5896,[b]) in Erinnerung bringen.

Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 114 Nr. 207. Vgl. n. 5182 Anm. b, 5198 Anm. d, 5229 Anm. b, 5384, 5744. — [b]) Das 19. Alinea von n. 4924 reicht von „Das lebhafte Interesse" bis „eintreten lassen".

Nr. 5172. Tel. aus London, 3. Jan. 1913 Nr. 6 (eing. 9 U. 30 M. p. m.).[a]) *Entziff.*

Bei unserer gestrigen allgemeinen Konversation während gestriger Sitzung der Botschafterreunion erwähnte Sir E. Grey, daß er den Besuch des Herrn Mișu empfangen hätte. Ich griff diese Gelegenheit auf, um die Zuziehung des rumänischen Vertreters zu unseren Besprechungen zu berühren. Grey sagte, er habe darüber mit Herrn Mișu gesprochen, der sich

ganz damit zufrieden gebe, wenn er die Gelegenheit erhält, bei Fragen, welche Rumänien betreffen, eingeladen zu werden, in unserer Reunion einige Aufklärungen zu geben. Mensdorff.

a) Oe. U. Balkan 113 Nr. 206. Vgl. n. 5175.

Nr. 5173. Tel. aus London, 3. Jan. 1913 Nr. 7 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Zu meinem Telegramm Nr. 5 von gestern. Wäre es nicht angezeigt, falls Euer Exzellenz mich beauftragen, zur Inkorporierung Kretas in Griechenland Zustimmung zu geben, daran folgende Erklärung anzuschließen: „Les compagnies de navigation autrichiennes et hongroises ont toujours effectué une grande partie des transports maritimes entre la Crète et la Grèce et vice versa; la liberté du transport de marchandises et de voyageurs entre les différents ports de la Crète ainsi qu'entre ces ports et les autres ports de la Grèce et vice versa reste donc assurée au pavillon austro-hongrois aussi auprès la réunion de la Crète avec la Grèce." Mensdorff.

Nr. 5174. Bericht aus London, 3. Jan. 1913 Nr. 1 A (eing. 6. Jan.). Ausfert.

Mit gestrigem Telegramm Nr. 5 habe ich mir erlaubt, über die Botschafterréunion zu berichten, die gestern nachmittag stattfand. Sir Edward Grey sagte mir vorher, er glaube aus den Andeutungen Graf Benckendorffs und Marquis Imperialis zu entnehmen, dass eine Discussion Albaniens nicht erwünscht wäre, nachdem darüber Besprechungen zwischen unseren Regierungen, namentlich zwischen Wien und Petersburg im Zuge wären, welche teilweise wichtige Fragen, teilweise Détails betreffen. Ich antwortete, dass falls Albanien zur Sprache käme, ich bereit wäre, bei Wiederholung meines bisherigen Standpunktes darüber zu sprechen, dass ich aber gar keinen Grund hätte, die Frage aufzuwerfen, wenn die anderen es nicht wünschen. Bei Beginn unserer Sitzung widmete Sir Edward Grey dem verstorbenen Herrn von Kiderlen-Waechter einige warme Worte des Nachrufes, denen wir uns alle anschlossen und schlug dann eine Discussion der Frage der ägäischen Inseln vor, wobei er sich zunächst an Grafen Benckendorff wendete, der nun den neuen Standpunkt seiner Regierung vorlas, der in diametralen Gegensatze zu dem früheren steht. Bei unserer Sitzung vom 18. December (mein Telegramm Nr. 147 vom 18. December) hatte der russische Botschafter bezüglich der Inseln Tenedos, Imbros, Lemnos und Samothraki erklärt, dass nach Ansicht der russischen Regierung „aucune puissance autre que la Turquie ne devrait possèder en propre une de ces quatre îles". Gestern gab er nun alle Inseln des ägäischen Meeres den Griechen preis, mit der Einschränkung betreffs der gedachten vier Inseln, dass sie neutralisiert würden unter den von ihm angeführten Bedingungen. Ich glaube den Text dieser Bedingungen, sowie überhaupt der von uns in der Réunion gemachten Aufzeichnungen nicht noch einmal wiederholen zu sollen. Was es bewirkt hat, dass die russische Regierung in wenigen Tagen ihren Standpunkt so vollständig geändert hat und der Überlassung sämmtlicher Inseln an Griechenland zustimmt, ist mir unbekannt. Das hohe Telegramm Nr. 7 von heute war mir noch nicht zugekommen und ich

beschränkte mich darauf, zu sagen, dass ich meiner Regierung über die Anregung referieren werde, alle ägäischen Inseln Griechenland zu überlassen. Wie Euer Excellenz meinem gestrigen Telegramm Nr. 5 entnommen haben werden, hat Fürst Lichnowsky die Bemerkung gemacht, dass, falls alle Inseln an Griechenland fallen, es ihm scheine, dass dieselben in ungefähr derselben Weise neutralisiert werden sollten, wie die vier Inseln bei den Dardanellen. Mein deutscher College hat gleichzeitig als seine Meinung erklärt, die deutsche Regierung habe nur „un intérêt secondaire" in der Frage der Inseln und werde ohne Zweifel jeder Lösung zustimmen, über welche sich die Mächte einigen könnten. Marquis Imperiali sagte mir nachher, er finde, Fürst Lichnowsky sei zu rasch vorgegangen und habe es uns dadurch unmöglich gemacht, Vorschläge über die Inseln vorzubringen, wie sie zwischen Euer Excellenz und Marquis San Giuliano besprochen wurden. (Mir war von diesen Besprechungen, nachdem Euer Excellenz Telegramm Nr. 7 erst heute eintraf, gestern Nachmittags nichts bekannt.) Unsere gestrige Réunion war ziemlich lang und incoherent. Graf Benckendorff, der seine Erklärung gleich zu Anfang vorbrachte „que la Russie ne s'oppose pas à la réunion de toutes les îles de la Mer Egée à la Grèce sous réserve etc." kannte sich in seinen Notizen nicht aus und musste nach Hause fahren, um in seinen Telegrammen nachzusehen. Die Textierung der von uns zu Papier gebrachten Punkte unserer gestrigen Besprechungen, gab auch zu viel Conversation und Zeitverlust Anlass. Dazwischen wurde viel von den Friedensverhandlungen und den Mitteilungen gesprochen, welche die einzelnen Delegierten uns gemacht hatten, und schliesslich beschlossen wir, es wäre am besten, uns morgen Samstag vormittag auf ganz kurze Zeit zu versammeln, nachdem es immerhin möglich ist, dass nach der heutigen Friedensconferenz von türkischer Seite ein Appell an die Mächte erfolgte. In diesem Falle müssten wir ohne Verzug uns besprechen und an unsere Regierungen telegrafieren. Mensdorff.

Nr. 5175. Bericht aus London, 3. Jan. 1913 Nr. 1 B (eing. 6. Jan.). Ausfert.

Mit heutigem Telegramm Nr. 6 habe ich gemeldet, dass bei der gestrigen Botschafterreunion sich im Laufe einer allgemeinen nicht formellen Konversation — über welche wir keine Notizen machten — eine Gelegenheit ergab, von der Zuziehung des rumänischen Vertreters zu sprechen. Sir E. Grey, der Herrn Mişu empfangen hatte, sagte uns, derselbe habe sich ganz damit zufrieden gegeben, als er ihm in Aussicht stellte, dass er bei Fragen, welche Rumänien speziell interessieren, aufgefordert werden würde, bei unseren Réunions Aufklärungen zu geben. Ich bemerkte bei meinem französischen Kollegen einen gewissen Widerstand gegen die Zuziehung des rumänischen Vertreters. M. Cambon meinte: „Nous sommes ici comme les représentants des Puissance signataires du traité de Berlin. Si nous admettons les Roumains, tous les autres et surtout les Bulgares voudront être entendus." Ich entgegnete, dass die Bulgaren und die anderen Alliierten, ebenso wie die Türkei, bei den Friedenskonferenzen ihre Wünsche vorbringen könnten, Rumänien aber das einzige Land sei, welches, obwohl

seine Interessen in Frage kommen, keine Gelegenheit hätte sie zu vertreten, wenn wir es nicht zulassen. Ich zitierte als rumänische Interessen, zum Beispiel die Donau-Adria-Bahn und das Los der kutzowalachischen Minoritäten. M. Cambon brachte noch einige Entgegnungen vor, wie zum Beispiel: „Si on construit un chemin de fer n'importe où, il y a toujours des raccordements avec les systèmes de chemin de fer d'autres pays à discuter, sans que cela soit consideré comme un intérèt national de ces pays etc. ...“ Schliesslich war die allgemeine Stimmung in unserer Versammlung die, dass man den rumänischen Vertreter, natürlich nicht an unseren Deliberationen wie einen Vertreter einer Signatar-Macht teilnehmen lassen wird, dass er jedoch aufgefordert werden soll, uns Aufklärungen zu geben und die Wünsche Rumäniens vorzubringen „dans des questions concernant la Roumanie et par déférence pour le Roi de Roumanie.“ Herr Mişu ist angekommen, war aber noch nicht bei mir, so dass ich seine Wünsche nicht kenne. Ich wollte aber die gestrige Gelegenheit nicht vorübergehen lassen, ohne die Interessen Rumäniens zur Sprache zu bringen. Mensdorff.

Nr. 5176. Bericht aus London, 3. Jan. 1913 Nr. 1 C (eing. 6. Jan.).[a] *Ausfert.*

Als mich gestern Herr Daneff wieder besuchte, fragte ich ihn, wie es um seine Verhandlungen mit Rumänien stünde. Er erwiderte, er würde am Nachmittag mit dem eben angekommenen Herrn Mişu zusammentreffen. Ich sprach die zuversichtliche Hoffnung aus, dass sie zu einer Verständigung gelangen würden, die so sehr im Interesse der beiden Länder gelegen ist. Herr Daneff ging nicht in irgend welche Détails ein, erklärte mir er wisse, dass uns sehr daran gelegen sei, dass sich die zwei Länder verständigen, in der Zukunft würde vielleicht Bulgarien für uns noch wichtiger werden, als Rumänien und so weiter. Ich erwiderte, ich wolle nur von actuellen Fragen sprechen und heute betrachte ich Rumänien und Bulgarien als die Elemente der Ordnung und des Fortschrittes im europäischen Osten und es wäre ein grosses Unglück für beide Königreiche, wenn jetzt nicht ein gutes Einverständnis zwischen ihnen erzielt werden könnte. Von anderen Seiten höre ich, dass Herr Daneff sich sehr entschieden gegen die rumänischen Verlangen ausspricht. Namentlich die Abtretung Silistrias soll er als undiscutierbar bezeichnen. Was soll man dem Regiment von Silistria, das von dem siegreichen Feldzuge heimkehrt, sagen, wenn es findet, dass man inzwischen seine Vaterstadt einer Nachbarmacht abgetreten hat, die nicht einmal einen Schuss abgefeuert hat! Wie mir Militär-Attaché Major Horváth berichtet, hat der bulgarische Oberst Jostoff ihm gegenüber erklärt, Bulgarien könne nur durch Gewalt zu einer Gebietsabtretung bewogen werden. Auch werde Bulgarien aus allen Kreisen Russlands ermuntert, die rumänischen Forderungen abzuweisen. Russland würde darin einen neuen Triumph österreichisch-ungarischer Politik erblicken und sei daher zu weitgehendster Unterstützung Bulgariens bereit. Herr Mişu hat sich noch nicht bei mir gezeigt. Mensdorff.

[a] Oe. U. Balkan 114 Nr. 208.

Nr. 5177. Tel. nach Paris, 3. Jan. 1913 Nr. 6 (chiffr. 10 U 45 M. p. m.).[a] Konz. (S. Hohenlohe; V. u. G. Berchtold).

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 4[b] vom 2. d. M. Aus mir hinterbrachten Äußerungen Herrn Dumaines habe ich den Eindruck gewonnen, daß der hiesige französische Botschafter sich über meine die Abrüstungsfrage betreffenden Konversationen mit Herrn von Giers, welche, wie dies schon in der Natur dieses sehr heiklen Themas gelegen ist, nur einen inoffiziellen, dabei durchaus freundschaftlichen Charakter getragen haben, in einer diesen letzteren Tatsachen nicht Rechnung tragenden Weise ausgesprochen habe. Da es mir nicht ausgeschlossen erscheint, daß Herr Dumaine auch in seiner Berichterstattung diese falsche Auffassung wiedergeben könnte, wäre es mir erwünscht, wenn Euer Exzellenz, selbstverständlich ohne Vorstehendes zu erwähnen, den wahren Charakter meiner Unterredungen mit dem russischen Botschafter dem Herrn französischen Minister des Äußern gegenüber in das richtige Licht stellen würden. Berchtold.

[a] Vgl. n. 5297. — [b] Mit Tel. Nr. 4, 2. Jan. 1913 (chiffr. 11 U. 15 M. p. m.) wurde aus n. 5157 von „Ich habe" bis „bringen werde" nach Paris mitgeteilt.

Tel. nach Rom, 3. Jan. 1913 Nr. 11 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 5166.

Nr. 5178. Tel. aus St. Petersburg, 3. Jan. 1913 Nr. 2 bis (eing. 4. Jan. 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 5[b] von gestern. Mitteilung russischen Militärbevollmächtigten an den Chef deutschen Generalstabes, betreffend Absicht Russlands, im Falle die Monarchie nicht mit der Demobilisierung beginne, seinerseits zu mobilisieren, und zwar mit Mobilisierung Kiewer Militärbezirkes anzufangen, datiert aus einer früheren Phase, dürfte hauptsächlich auf Nebeneinflüsse, die der Regierung fremd sind, zurückzuführen sein und dürfte durch die Mitteilungen, die ich Herrn Sazonow vorgestern im Sinne Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 225 zu machen beauftragt war, gegenstandslos geworden sein. Ich hatte heute eine lange, sehr freundschaftliche Konversation mit dem Ministerpräsidenten, in der auch die Frage der Rüstungen in ganz privater Form zur Sprache kam. Ich wiederholte Ministerpräsidenten die ihm übrigens bereits durch Herrn Sazonow mitgeteilte oberwähnte Message, der dieselbe sehr freundlich aufnahm. Er habe nicht den geringsten Anlass, an der Richtigkeit der darin enthaltenen Angaben auch nur im mindesten zu zweifeln. Leider seien aber die militärischen Kreise durch allerlei ihnen zukommende, offenbar arg übertriebene Alarmnachrichten aufgeregt. Wenn aber tatsächlich unsere Stände an der Nordostgrenze nicht jene des russischen normalen übersteigen, so sehe er eigentlich keinen Grund, warum die russischen fernerhin durch die weitere Zurückbehaltung des letzten Jahrganges über dieses Maß hinaus stärker gehalten werden müssten. Es sei nur bedauerlich, dass ihm kein Mittel zu Gebote stehe, die militärischen Autoritäten in einer jeden Einwand ausschließenden Weise vom vorerwähnten Faktum zu überzeugen. Er glaube daher nicht, dass es ihm, so sehr er es wünschen würde, gelingen

werde, die Verabschiedung der alten Mannschaft mit letztem Dezember alten Stils durchzusetzen. Jedenfalls werde er aber dafür sorgen, dass der betreffende Ukas in einer Weise stilisiert werde, dass er keine neuerliche Beunruhigung hervorrufe. Es werde darin als Grund nur ganz allgemein die jetzige ungeklärte politische Lage angeführt werden. Auf meine Bemerkung, dass ich aus gewissen, allerdings einer früheren Zeit angehörenden Andeutungen Herrn Sazonows den Eindruck erhalten hatte, als ob die russische Regierung eventuell auch noch über die Zurückbehaltung des letzten Jahrganges hinausgehende militärische Maßregeln ins Auge fassen könnte, erwiderte mir Kokowzow in der allerbündigsten Weise, dass hievon absolut nicht die Rede sein könne. Ich entnahm seinen weiteren Äußerungen, dass Ministerpräsident erst heute morgens, nach meiner letzten Unterredung mit Minister des Äußern, eine Audienz beim Zaren gehabt habe und dass es ihm bei diesem Anlasse mit leichter Mühe gelungen sei, seinen kaiserlichen Herrn von der Überflüssigkeit, ja der Inopportunität einer solchen Maßregel zu überzeugen. Was die seinem, dem Finanzressort, direkt unterstehenden militärisch organisierten Grenzwachtruppen anbelangt, bei denen die alten Mannschaften bisher auch zurückbehalten wurden, so werden diese am 28. Dezember alten Stils in die Heimat entlassen werden. Thurn.

[a]) Vgl. n. 5200, 5201, 5213. — [b]) Mit Tel. Nr. 5, 2. Jan. 1913 (chiffr. 8 U. p. m.) wurde n. 5150 nach St. Petersburg mitgeteilt.

Nr. 5179. Tel. aus Sofia, 3. Jan. 1913 Nr. 6 (eing. 4. Jan. 10 U. a. m.).[a]) *Entziff.*

Anläßlich Begegnung knüpfte Dobrovich politisches Gespräch an und sagte unter anderem „König Ferdinand könne unsere antislavische Politik nicht begreifen; König sei Ansicht, die er, Dobrovich, beauftragt, mir gelegentlich bekannt zu geben, daß wir Serbien einen „kleinen Hafen doch geben sollten." Ich drückte Verwunderung über Zumutung slavenfeindlicher Politik aus; meinte, Hafenfrage schiene mir überwundener Standpunkt; wies auf unsere Adriainteressen; betonte unsere Absicht, Serbien freien Handelsweg zu geben; schloß mit Bemerken, daß slavisches Königreich Bulgarien am besten wüßte, wie wenig antislavisch wir gesinnt. Führte hierauf zahlreiche Beweise unserer freundlichen Dispositionen Bulgarien und Großbulgarien gegenüber an. Erwähnte, daß Zurückkommen Königs auf Hafenfrage mich befürchten ließe, König wäre über meine Unterredungen mit Konseilspräsidenten nicht genau informiert. Nachdem ich hier auf meine letzten Gespräche mit Herrn Geschoff anspielte, erwiderte Dobrovich, Ministerpräsident melde König alles und Seine Majestät wisse auch, daß Konseilspräsident sich nicht im Stande erachte, bewußte, von mir verlangte Erklärung jetzt abzugeben. Antwort auf mein Audienzansuchen gab mir Dobrovich bis jetzt keine. Ich habe meinen Wunsch und Gründe, empfangen zu werden, einmal genau Dobrovich mitgeteilt und will nicht weiter insistieren. Audienz, die mir König ungern, nur artigkeitshalber erteilen würde, hätte keinen Zweck. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 5117, 5215, 5467.

Nr. 5180. Tel. aus Belgrad, 4. Jan. 1913 Nr. 11 (eing. 4 U. 45 M. p. m.).[a] Entziff.

Ad Telegramm Nr. 6 vom 3. l. Mts. Herr Pašić präzisierte mir gegenüber seine gestern meinem deutschen Kollegen gemachte Mitteilung dahin, daß die Evakuierung der albanesischen Küste, beziehungsweise die Abberufung der provisorischen Behörden gleich nach Friedensschluß beginnen werde. Bezüglich Adrianopels sagte er mir, daß Festung, wem immer dieselbe zufallen wird, wahrscheinlich wird geschleift werden müssen. Seinen früheren Standpunkt, betreffend die Internationalisierung Saloniks, hat er heute dahin abgeändert, daß er die Stadt als Freihafen zu einem Condominium Serbiens, Bulgariens und Griechenlands machen möchte; natürlich müßte derselben ein entsprechender Gebietsumkreis überlassen werden. Griechenland würde wahrscheinlich dieses Projekt akzeptieren, Bulgarien aber dann, wenn es in den Besitz Adrianopels kommen würde.

Ugron.

[a] Oe. U. Balkan 115 Nr. 209.

Tel. nach Berlin, 4. Jan. 1913 Nr. 13 (chiffr. 11 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 5186.

Nr. 5181. Tel. aus Berlin, 4. Jan. 1913 Nr. 13 (eing. 5. Jan. 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 9 von gestern. Unterstaatssekretär teilt mir mit, er habe Herrn von Tschirschky beauftragt, Euer Exzellenz zur Kenntnis zu bringen, dass er, falls Hochdieselben zustimmen, deutschen Botschafter in London anzuweisen beabsichtige, er möge in der Botschafterréunion dafür eintreten, dass bezüglich der vor den Dardanellen liegenden vier Inseln sowie hinsichtlich Mytilenes und Chios die Souveränität der Türkei aufrechterhalten bleibe, und zwar unbeschadet des auf diesen Inseln eventuell einzuführenden autonomen Regimes. Herr Zimmermann wäre für eine umgehende Antwort sehr dankbar, damit Fürst Lichnowsky, wenn möglich noch morgen, entsprechenden Auftrag erhalten könne.

Szögyény.

[a] Vgl. n. 5207.

Nr. 5182. Tel. aus Berlin, 4. Jan. 1913 Nr. 14 (eing. 5. Jan. 8 U. a. m.). Entziff.

Inhalt Euer Exzellenz Telegramme Nr. 8[a] und 10[b] von gestern Unterstaatssekretär mitgeteilt, der versicherte, er werde deutschen Botschafter in London sofort anweisen, bezüglich der Abgrenzung Albaniens den von seinem österreichisch-ungarischen Kollegen zu vertretenden Standpunkt zu unterstützen. Mit der abgegebenen Erklärung des Fürsten Lichnowsky, dass deutsche Regierung an der Inselfrage nur ein sekundäres Interesse habe, ist Herr Zimmermann durchaus nicht einverstanden und wird dies dem Botschafter zu wissen geben.

Szögyény.

[a] Mit Tel. Nr. 8, 3. Jan. 1913 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.) wurde n. 5162 nach Berlin mitgeteilt. — [b] Mit Tel. Nr. 10, 3. Jan. 1913 (chiffr. 4. Jan. 12 U. 10 M. a. m.) wurde n. 5171 nach Berlin mitgeteilt.

Nr. 5183. Tel. nach Bukarest, 4. Jan. 1913 Nr. 5 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Hohenlohe; V. Pogatscher; G. Berchtold).

Markgraf Pallavicini telegraphiert unterm 3. d. M.: ... *wie n. 5170* ... Vorstehendes zur streng vertraulichen Mitteilung an König Carol mit Bezug auf den im vorletzten Alinea[b] des dortigen Telegrammes Nr. 110 vom 31. v. M. ausgedrückten Wunsch Seiner Majestät. Hiebei wollen Euer Durchlaucht bemerken, daß ich den Eindruck habe, die Mitwirkung Rumäniens bei einer allfälligen demnächstigen Kollektivdemarche der Mächte in Konstantinopel würde nicht denselben Effekt — namentlich hinsichtlich ihrer Würdigung in Sofia — hervorrufen, wie eine schon vorher erfolgende Einzel-Pression Rumäniens, wozu bei dem jetzigen Stande der Londoner Friedensverhandlungen der geeignete Moment gekommen sein dürfte. Berchtold.

[a] Vgl. n. 5208. — [b] Vorletztes Alinea von n. 5132 reicht von „Auf meine Bemerkung“ bis „als Helfer rechne.“

Nr. 5184. Bericht des Militärattachés in Cetinje an den Chef des Generalstabes, 4. Jan. 1913 Res. Nr. 1 (eing. als Einsichtsstück des Chefs des Generalstabes vom 7. Jan. 1913 Nr. 99 am 9. März 1913). Abschrift.

In Ergänzung meines Telegrammes vom 2. l. M.[a] König Nikolaus hatte den k. u. k. Geschäftsträger am 2. vormittags (zum 1. Male seit der vor 3 Wochen erfolgten Abreise des Gesandten) zu sich bitten lassen und eröffnete ihm, dass die Entrüstung und Erbitterung aller Montenegriner keine Grenze finden würde, falls die Besitznahme von Skutari endgiltig an der Einsprache Österreich-Ungarns scheitern müsste. Am Abend desselben Tages liess der König auch mich rufen. Er machte mir die gleichen Erklärungen mit dem Beifügen: Er könne es nicht glauben, dass Österreich-Ungarn seine (des Königs) stets loyale Haltung nunmehr durch Vorenthaltung der historisch, geographisch und moralisch begründeten Ansprüche Montenegros auf Skutari lohnen wolle; noch hoffe er auf die Gnade und Barmherzigkeit der grossen, mächtigen Monarchie gegenüber seinem kleinen Lande. „Wenn Österreich-Ungarn mir Skutari verweigert, dann muss ich mit dem nächsten Schiff nach Amerika flüchten und dann wird ganz Montenegro aus Verzweiflung Österreich-Ungarn bekämpfen“ schloss der König seine Ausführungen, deren Ton tiefe Niedergeschlagenheit verriet. Ich bat Seine Majestät, zur Kenntnis nehmen zu wollen, dass ich die militärischen Schwierigkeiten des montenegrinischen Heeres vor Skutari wohl würdigen könne, dass jedoch politische Kombinationen völlig ausserhalb meines Wirkungskreises liegen und ich mich somit nur darauf beschränken könne, über die Mitteilungen Seiner Majestät an meine militärischen vorgesetzten Behörden Bericht zu erstatten. „Tun Sie das“ — erwiderte König Nikolaus — „und ich bitte Ihren Chef des Generalstabes um seine Einflussnahme, denn sein Rat gilt viel beim Kaiser wie beim Thronfolger. Wenn Österreich-Ungarn mir diesmal hilft, wird es an Montenegro für alle Zeiten einen treuen und dankbaren Nachbar haben;

wenn aber nicht, dann müssen Sie und Ihre Regierung in der allernächsten Zeit mit einer anderen Dynastie und mit anderen Verhältnissen in Montenegro rechnen!" Ich hatte am selben Tage zufällig Gelegenheit gehabt, mit dem Prinzen Mirko und mit einigen Ministern zu sprechen. Alle trugen eine geradezu auffällige Ergebenheit für Österreich-Ungarn zur Schau, die ganz im Gegensatze zum aggressiven Ton des „Cetinjski Vjesnik" stand, dessen Leitartikel vom 1. Jänner jedenfalls aus Regierungskreisen inspiriert ist. In Übereinstimmung mit dem k. u. k. Geschäftsträger, möchte ich diese Erscheinungen dahin beurteilen, dass man in offiziellen Kreisen derzeit noch alles vermeiden möchte, was Österreich-Ungarn zu verstimmen geeignet wäre, anderseits aber die Öffentlichkeit doch schon darauf vorbereiten will, dass nur die Haltung der Nachbarmonarchie Heer und Volk und Dynastie in Montenegro um die Erfolge des Feldzuges bringe. Hubka.

[a]) Vgl. n. 5160.

Nr. 5185. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 4. Jan. 1913 Nr. 5 (eing. 9 U. p. m.).[a]) Entziff.

Minister des Äussern lässt mir sagen, dass die türkische Regierung Forderungen der Alliierten nach sofortiger Zession Adrianopels und der Inseln kategorisch zurückgewiesen habe und dass daher Wiederaufnahme der Feindseligkeiten unmittelbar bevorstehe. Gabriel Effendi fügte hinzu, er glaube nicht, dass eine eventuelle Intervention der Mächte den Entschluss der Pforte ändern könnte. Pallavicini.

[a]) Oe. U. Balkan 115 Nr. 211.

Tel. nach London, 4. Jan. 1913 Nr. 12 (chiffr. 10 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 5195.

Nr. 5186. Tel. nach London Nr. 14 (1), Berlin Nr. 13 (2), Rom Nr. 17 (3) und Paris Nr. 10 (4), 4. Jan. 1913 (chiffr. 11 U. 45 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

1.—4. Ich telegraphiere an Grafen Thurn wie folgt: ... *wie n. 5198* ...

1. Sobald Graf Benckendorff im Besitze von einschlägigen Instruktionen sein wird, wollen Euer Exzellenz in die Diskussion eintreten. Würde dann russischerseits die Zustimmung zur Einverleibung Skutaris in das neue Albanien — eventuell unter der Bedingung der Regulierung des Bojanaflusses — erteilt werden, so sind Euer Exzellenz ermächtigt, ohne weiter hier anzufragen, bei der Bestimmung der übrigen Grenzen Albaniens nicht mehr auf die von Euer Exzellenz in der Réunion bereits produzierte Karte (Euer Exzellenz Telegramm Nr. 153 vom 20. v. M.) zu reflektieren, sondern bei der Delimitierung an jenen Grenzlinien festzuhalten, die in der Euer Exzellenz seinerzeit von Wien mitgegebenen Karte eingezeichnet sind.

2.—3. Ich teile Vorstehendes Grafen Mensdorff mit und füge bei:

2. ... *wie 1 von „Sobald Graf Benckendorff" bis „Grenzen Albaniens"* ... die mit dem Kabinett in Rom vereinbarten Konzessionen zu machen."

3. ... *wie 1 von „Sobald Graf Benckendorff“ bis „eingezeichnet sind“* ...

2.—3. Vorstehendes zur Mitteilung an

2. das Auswärtige Amt.

3. Marquis di San Giuliano.

4. Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Information.

Berchtold.

a) Vgl. n. 5198, 5230, 5244.

Nr. 5187. Tel. aus London, 4. Jan. 1913 Nr. 8 (eing. 9 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Ich unterbreite Euer Exzellenz mit Telegramm 9 das identische Telegramm, das wir nach heutiger Botschafterréunion an unsere Regierungen richten. Situation wird so beurteilt, dass heute nachmittags entweder türkische Delegierte weitgehende Konzessionen machen oder es zu einem Abbruch der Verhandlungen kommt. Mensdorff.

a) Vgl. n. 5206.

Nr. 5188. Tel. aus London, 4. Jan. 1913 Nr. 9 (eing. 9 U. 30 M. p. m.).[a] *Entziff.*

Après la séance de la conférence de paix d'hier les ambassadeurs ont été amenés à envisager une rupture des négociations. Ils se sont demandé si pour éviter une reprise des hostilités les puissances ne devraient pas intervenir, soit qu'elles y soient invitées par les belligérants, soit qu'elles prennent l'initiative d'une médiation. Sir Edward Grey a émis l'avis qu'on pourrait se livrer à une démarche collective auprès de la Sublime Porte en formulant les six observations suivantes: 1° Les Turcs ne tiennent pas suffisamment compte des résultats de la guerre et des futures conséquences d'une reprise d'hostilités. 2° Dans le dernier cas les puissances seraient obligées d'envisager la situation future de Constantinople et le développement de la guerre en Asie Mineure. 3° Les puissances seront obligées d'intervenir en Turquie pour la protection de leurs intérêts financiers. 4° D'autre part, la paix étant conclue, la Turquie sera en état d'obtenir des financiers une assistance pour consolider sa situation à Constantinople et en Asie Mineure, seule partie de son empire qui jusqu'ici n'a pas été pour elle une cause de faiblesse. 5° Quant à la cession des îles les puissances useront de leur influence pour assurer que les îles qui seraient cédées aux alliés et qui auraient une importance stratégique soient pourvues d'une administration soumise à des conditions de neutralité telles qu'elles ne puissent constituer une menace pour la Turquie. 6° En ce qui concerne la ville d'Andrinople qui paraît devoir capituler, les puissances useront de leur influence pour que les termes de la cession définitive de la ville aux alliés soient conçus de façon à préserver les intérêts turcs relatifs aux mosquées, aux biens religieux et pour en assurer la sauvegarde. Les ambassadeurs pensent que les gouvernements pourront être amenés à envisager des mesures de pression pour faciliter l'adoption de leurs vues. Ces mesures pourraient

prendre à Constantinople la forme d'une démonstration navale pour la protection de nos nationaux et de nos intérêts. D'après les renseignements des ambassadeurs, si la rupture des négociations se produit aujourd'hui les hostilités devraient être reprises jeudi, 9 courant, aux termes de l'armistice. Mensdorff.

a) Vgl. n. 5187, 5206, 5210, 5214, 5220, 5221, 5223, 9516 Anm. f.

Nr. 5189. Tel. aus London, 4. Jan. 1913 Nr. 10 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Sir E. Grey erzählte uns, dass ein englischer Vertrauensmann der türkischen Delegierten ihm heute sagte, die Situation in Konstantinopel sei derart, dass die Regierung Adrianopel nicht aufgeben könnte, ohne Unruhe und Revolution zu riskieren. Staatssekretär fragte, ob das auch für den Fall gelten würde, als gewisse Arrangements bezüglich Moscheen und Sultangräber sowie bezüglich der Befestigungen von Adrianopel gemacht würden. Sein Gewährsmann antwortete, er sei nicht ganz sicher, wie es in diesem Falle stünde, und fragte den Staatssekretär um seinen Rat. Sir E. Grey erwiderte, dass solange die Türkei abgeneigt ist, in ein Kompromiss über Adrianopel einzugehen, sie nichts anderes erwarten kann, als einen Druck der Mächte, damit sie nachgebe. Sollte aber die Türkei die Diskussion der Friedensverhandlungen auf das Terrain des Kompromisses bezüglich Adrianopels bringen, so dürften die Mächte geneigt sein, auch auf Bulgarien einzuwirken, um die Schwierigkeiten zu überwinden (Moscheen etz.). Mensdorff.

Nr. 5190. Tel. aus London, 4. Jan. 1913 Nr. 12 (eing. 5. Jan. 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Griechischer Ministerpräsident hat gestern allen Botschaftern ein Elaborat über die von Griechenland angestrebte Nordgrenze gegen Albanien eingeschickt. Grenze geht von der Bucht von Gramala nördlich von Chimara in östlicher Richtung auf Klissura an der Vojussa, dann in nordöstlicher Richtung auf Berg Panariti am rechten Osumufer, dann in nördlicher Richtung zum Westufer des Ochridasees; die Sandschaks Argyrokastro und Kortscha werden zu Griechenland geschlagen. Bevölkerung des reklamierten Gebietes wird mit 154.000 Mohammedanern und 211.000 Griechen angegeben. Hiezu muss ich bemerken, dass griechische Aufstellung 16.000 Vlachen und 88.000 orthodoxe Albanesen den Griechen zurechnet. Heute war Herr Venizelos bei mir und plädierte für die Berücksichtigung seiner Wünsche. Er beruft sich darauf, dass die Bevölkerungsziffern, die er anführt, der türkischen Zählung aus dem Jahre 1908 entnommen sind, und sei bereit, diese Statistiken mit allen eventuell von uns vorgebrachten Daten zu vergleichen und zu diskutieren. Er sei etwas beunruhigt gewesen, weil er hörte, nach unserem Projekt wäre sogar Janina in das künftige Albanien einverleibt. Griechenland befriedigt und mit seinen natürlichen Grenzen, werde Element der Ordnung sein, großen wirtschaftlichen Aufschwung etz.

Ich machte ihn aufmerksam, dass seine Forderungen über frühere Konzessionen der Großmächte (Kalamasgrenze 1880) weit hinausgingen, worauf er erwiderte, das sei damals nur eine Anzahlung gewesen, während es sich jetzt um die endgiltige Liquidation des Ottomanischen Reiches in Europa handle. Mensdorff.

a) Vgl. n. 5294.

Nr. 5191. Tel. aus London, 4. Jan. 1913 Nr. 13 (eing. 5. Jan. 8 U. a. m.). Entziff.

Rumänischer Minister des Innern hat mich eben besucht. Er sagte mir, Herr Danew spreche hier ganz anders als seinerzeit in Bukarest und zeige sich viel ablehnender. Er schien auch weniger geneigt, mit ihm zu verhandeln, und wollte die Besprechungen nach Sofia und Bukarest verlegen. Herr Take Jonesco hat aber Danew doch dazu gebracht, neuerdings an seine Regierung zu telegraphieren, so dass voraussichtlich Diskussionen zwischen den zwei genannten Herren anfangs der Woche hier aufgenommen werden. Von Paris brachte Herr Jonesco Eindruck, dass Herr Poincaré sehr friedlich ist. Es herrsche aber überall der Eindruck, Skutari werde große Schwierigkeiten bilden, da man in Rußland eine question d'amour propre daraus macht und in Petersburg scharfe Kampagne gegen Herrn Sazonow wieder einsetze. Poincaré habe diese Frage recht ernst genommen. Mensdorff.

Nr. 5192. Tel. aus London, 4. Jan. 1913 Nr. 14 (eing. 5. Jan. 8 U. a. m.).a) Entziff.

Herr Danew war eben bei mir und sagte mir, nachdem die türkischen Delegierten gestern verlangt hatten, Konferenz heute abzuhalten, sie heute die Verschiebung auf Montag begehrten. Danew ist überzeugt, dass es Montag zum Abbruch der Verhandlungen komme, nachdem türkische Regierung in Bezug auf Adrianopel und Inseln nicht nachgeben wird. Somit müssten Feindseligkeiten Sonntag, den 12. d. M. wieder aufgenommen werden. Herr Danew glaubt, dass auch die Kapitulation Adrianopels keinen Unterschied in türkischer Haltung machen würde. Um nachzugeben, müsste auf türkische Regierung ein Druck der Mächte kollektiv und sichtbar ausgeübt werden, damit Türkei den Großmächten und nicht den Alliierten nachgibt. Er bat mich, Euer Exzellenz Vorstehendes zu melden, sagte mir aber gleichzeitig, dass er kein Ansuchen um Mediation der Mächte stellen wird. Die türkischen Delegierten haben Baron Giesl eben erklärt, dass sie von den drei Forderungen der Balkanstaaten (1. Zedierung von Adrianopel und des ganzen europäischen Besitzes westlich davon, 2. Kreta, 3. sämtliche Inseln) nur Kreta zedieren, unter der Bedingung, dass die übrigen Inseln türkisch bleiben; weiters bereit wären, über eine Grenze zu verhandeln, welche Kirkkilisse und Gebiet westlich der Maritza mit Ausschluss Adrianopels den Alliierten zusprechen würde. Türkische Delegierte betonten, dass Abbruch der Verhandlungen nicht von ihnen ausgehen wird, jedoch in gestriger Sitzung die Alliierten die nicht restlose

Annahme ihrer Forderungen als gleichbedeutend mit Abbruch der Verhandlungen erklärten. Türkische Delegierte sind der Ansicht, dass, wenn die Mächte Krieg vermieden sehen wollen, sie auch auf Alliierte Einfluss ausüben sollten. Mensdorff.

a) Oe. U. Balkan 115 Nr. 210.

Tel. nach Paris, 4. Jan. 1913 Nr. 10 (chiffr. 11 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 5186.

Nr. 5193. Bericht aus Paris, 4. Jan. 1913 Nr. 2 A (eing. 6. Jan.).a) Ausfert.

Mit meinem gehorsamen Telegramme vom 2. l. M. Nr. 4 habe ich bereits Euer Excellenz über meine Conversation mit Herrn Poincaré hinsichtlich des Serbien zu gewährenden Durchfuhrrechtes für Kriegsmaterial eingehend berichtet und habe ich den Ausführungen dieses Telegrammes wenig beizufügen. Herr Poincaré versuchte loyaler Weise garnicht, seine seinerzeitige Zustimmung zu meiner Ansicht, dass dieses Recht auf Friedenszeiten beschränkt werden müsste, abzuleugnen. Er sagte mir, seither habe Herr Sazonow einige gegentheilige Argumente vorgebracht, die auch eine gewisse Berechtigung hätten, bestimmend für seine Stellungnahme sei aber das Allianzverhältnis zu Russland. Der Minister-Präsident meinte, die Sache habe übrigens keine grosse Wichtigkeit, im Falle eines hoffentlich unwahrscheinlichen Krieges behalte doch der Stärkere Recht.1) Ich bemerkte hierauf, dass es nicht die Absicht noch die Gewohnheit meiner hohen Regierung sei, Vertragsverpflichtungen mit dem Hintergedanken einzugehen, dieselben gegebenen Falls nicht zu respectiren. Herr Poincaré sprach dann in ganz vaguer, unverbindlicher Weise von der Möglichkeit eines Compromisses. Er betonte, dass Serbien bei einem eventuellen Kriege mit einem anderen Balkanstaate wieder ganz von uns abhängig wäre, wenn es sein Kriegsmaterial nicht über einen albanesischen Hafen beziehen dürfte und meinte, man könnte vielleicht eine Combination finden, die den albanesischen Garantie-Mächten eine Art von Controlle oder Einschränkung der Einfuhr von serbischem Kriegs-Material in Kriegszeiten gestatten würde. Der Minister war aber nicht zu bewegen, diesen sehr unklar hingeworfenen Gedanken irgendwie practisch zu erklären und hatte ich die Impression, dass er — über seinen Frontwechsel etwas verlegen — nur bestrebt war, seinen guten Willen zu zeigen. Er wiederholte nochmals: „Peutêtre que l'on pourrait trouver une combinaison qui tiendrait compte dans la mesure du possible de Vos arguments dont je ne méconnais pas la valeur. J'y réfléchirai." Die These, dass ein Serbien zu bewilligendes, rein commerzielles débouché über einen albanesischen Hafen diesem Lande keine grösseren Vorteile bieten dürfe als ein eigener Hafen, hat prima vista etwas so einleuchtendes, dass ich eigentlich bedauere, dass sie auf der Londoner Botschafterreunion nicht zur Sprache gebracht wurde. Jetzt ist es, fürchte ich, vielleicht zu spät dazu. Da aber die Frage jedenfalls, bevor wir bindende Erklärungen abgeben, näher präcisirt werden muss, möchte ich mir erlauben, die hohe Aufmerksamkeit Euer Excellenz auf

Folgendes zu lenken. Es dürfte sich empfehlen, bei Besprechung der Neutralisirung des Hafens und der Bahn genau zu bestimmen, dass dieselbe weder in Kriegs-Zeiten, noch in Friedenszeiten zu Truppentransporten nach Serbien verwendet werden darf. Der Verkehr albanesischer Truppen braucht natürlich nicht eingeschränkt zu werden. Ausnahmen von dieser Regel könnten nur mit Zustimmung sämtlicher Garantie-Mächte bewilligt werden. Sonst könnten wir Gefahr laufen, dass zum Beispiel Russland bereits in Friedenszeiten sich das Recht vindiciren würde, einige russische Armee-Corps auf Gastrollen nach Serbien zu schicken. Falls Euer Excellenz hinsichtlich der von Herrn Poincaré erwähnten Compromiss-Idee irgend welche Vorschläge machen wollten, so könnten wir, glaube ich, bei der französischen Regierung auf ein gewisses Entgegenkommen rechnen. Szécsen.

[1]) !

[a]) Vgl. n. 5196.

Nr. 5194. Privatschreiben aus Paris, 4. Jan. 1913 (eing. 6. Jan.).[a]) *Ausfert.*

Streng vertraulich. Ich habe mit grossem Interesse die mir mit dem Erlass vom 31. v. M. Nr. 6208[b]) mitgeteilten Pièces (Chiffre Telegramm Thurns vom 27.[c]) Dez. Nr. 274 und Weisung an denselben vom 30.[d]) Dez. Nr. 225) gelesen. Letztere gibt ein sehr klares, nüchternes und dabei versöhnliches Bild unserer Beziehungen zu Russland. Bezüglich des von Giers angedeuteten Wunsches „wir möchten nur sozusagen pro forma den Beginn einer Demobilisierung markieren" stimme ich zwar vollkommen Deiner Ansicht zu, dass eine solche Massregel militärisch bedeutungslos, politisch aber — aus gewissen Gründen — bedenklich wäre." Diese politischen Bedenken würden aber meiner unmassgeblichen Meinung nach stark herabgemindert werden, wenn Russland am 31. Dezember a. St. die unter den Waffen zurückbehaltene Altersklasse entlassen würde. Ja ich glaube, dass eine solche Entschliessung Russlands auf die Balkanstaaten einen viel stärkeren Eindruck machen würde, als die integrale Aufrechterhaltung unserer Rüstungen, die schliesslich nur ein Andauern des status quo bedeutet. Die Entlassung der zurückbehaltenen Altersklasse in Russland würde, selbst wenn sie durch eine gleichzeitige partielle Demobilisierung unserseits motiviert wäre, am Balkan und speziell in Belgrad stark impressionieren. Man hätte dort das Gefühl, dass wir uns mit Russland verständigt haben. Das beste Atout im Spiele Serbiens ist die Möglichkeit eines Konflikts zwischen uns und Russland. Vielleicht liesse sich doch eine Möglichkeit finden den russischen Wünschen teilweise entgegenzukommen? Aber auch mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung Europas wäre jedes noch so schwache Anzeichen einer Einschränkung der militärischen Vorbereitungen, sowohl in Russland wie bei uns, sehr erwünscht. Wir dürfen uns keinen Illusionen hingeben, wir gelten — ob mit Recht oder Unrecht ist in dem Falle einerlei — jetzt als die Friedensstörer in Europa. Man glaubt, dass wenn wir keine Schwierigkeiten machen würden, die ganze orientalische Frage leicht geregelt werden könnte. Diese Ansicht mag irrig sein, sie besteht aber und müssen wir mit derselben rechnen. Ich sage nicht, dass wir deshalb unsere berechtigten Interessen vernachlässigen sollen, aber in allen Fragen wo wir

es können, sollen wir trachten zur Entspannung der Lage beizutragen. Europa will den Frieden, die Geschäftswelt ist der so lange andauernden Unsicherheit müde. Darum finden wir relativ so wenig Verständnis für unsere, auch berechtigten Wünsche. Ich weiss, wie schwer es ist, fern vom Centrum und ohne Kenntnis aller Informationen die Situation richtig zu beurteilen, ich glaubte aber doch Dir meine Ansicht über die Lage, wie sie sich vom hierortigen Gesichtspunkte aus darstellt, mitteilen zu sollen. Szécsen.

[a]) Vgl. n. 5296. — [b]) Mit dem Erlass Nr. 6208, 31. Dez. 1912, wurde n. 5075 und n. 5146 mit dem Bemerken nach Paris mitgeteilt, Szécsen sei ermächtigt, im Bedarfsfalle die in der Weisung nach St. Petersburg enthaltenen Argumente entsprechend zu verwerten. — [c]) n. 5075. — [d]) n. 5146.

Nr. 5195. Tel. nach Rom Nr. 15 (1) und London Nr. 12 (2), 4. Jan. 1913 (chiffr. 10 U. 45 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

1. Fortsetzung meines Telegrammes Nr. 8[b]) vom 2. d. M. Da ich, wie Euer Exzellenz aus meinem Telegramme Nr. 2 vom 1. d. bekannt, gegen einzelne Details des vom Marquis Imperiali ausgearbeiteten Projectes für den künftigen Status Albaniens Bedenken hege, habe ich dieses Elaborat einer Umarbeitung unterzogen, wonach dasselbe nunmehr folgenden Wortlaut hätte: I. L'Albanie sera autonome sous la suzeraineté de Sa Majesté Impériale le Sultan. II. La suzeraineté de Sa Majesté Impériale le Sultan devra être purement nominale. Tout autre lien entre la Turquie et l'Albanie doit être exclu d'une manière définitive. III. L'Albanie devra être neutralisée; sa neutralité est garantie par les six Puissances. IV. La sécurité et l'ordre public seront assurés par l'organisation internationale de la gendarmerie. Cette organisation sera confiée à des officiers étrangers qui auront le commandement supérieur de la gendarmerie. Ces officiers seront choisis dans les armées européennes, comme par exemple de la Belgique, Hollande, Suisse, Suède, Norvège, Espagne, à l'exclusion de celles des six Puissances, des Etats balkaniques et des gouvernements ayant intérêt direct dans les questions balkaniques. La mission des officiers instructeurs étrangers ne portera pas atteinte, ni à l'uniformité du service, ni à l'emploi d'officiers, sousofficiers et gendarmes indigènes. V. La justice ainsi que le statut personnel des sujets étrangers et des institutions étrangères sera réglementée pour une période de ... années, dans une manière analogue au régime introduit en Egypte depuis l'année 1876. Pour le même délai l'organisation et le contrôle des finances de l'Albanie sera confié à une commission dont le président sera nommé par le Prince et les membres par les Puissances dont les capitaux seront engagés dans le pays. VI. A l'expiration de ce délai les six Puissances décideront, d'après les conditions du pays, si le régime établi au point IV et V sera renouvelé ou s'il y aura lieu de le modifier. VII. Afin de prévenir les effets préjudiciables qu'une transition trop rapide du régime des capitulations à un régime de droit international doit nécessairement produire sur les intérêts du commerce étranger, les Puissances tombent d'accord de maintenir, pour le moment, le régime des capitulations en matière de commerce et des institutions commerciales, d'industrie, de navigation, des droits de douane et impôts ainsi que de leur perception, enfin de tous les privilèges dont

jouissent leurs ressortissants sous ces rapports. Les Puissances se réservent de renoncer, chacune pour son compte et en échange de nouveaux traités à conclure avec l'Albanie, à l'exercice desdits privilèges, dès que la consolidation politique et administrative de l'Albanie offrira des garanties suffisantes qui leur permettront d'abandonner leur position privilégiée sans porter préjudice à leurs intérêts commerciaux et aux conditions économiques de leurs ressortissants établis en Albanie. Il va sans dire que les concessions spéciales qui ont été données en Albanie par le Gouvernement Impérial Ottoman à des compagnies ou entrepreneurs étrangers ou bien à des entreprises dans lesquelles le capital étranger est engagé, seront reconnues valables par le Gouvernement albanais. VIII. Le Prince sera proposé par l'Autriche-Hongrie et l'Italie aux autres Grandes Puissances. IX. L'Italie et l'Autriche-Hongrie proposent qu'il soit laissé aux Albanais la faculté d'exprimer leurs propres désirs en tant que ces derniers, bien entendu, soient compatibles avec les dispositions générales prises par les Grandes Puissances. — Ich ersuche Euer Exzellenz diesen Text zur vertraulichen Kenntnis Marquis di San Giulianos zu bringen und ihn zu fragen, ob er geneigt sei, seine Zustimmung dazu zu ertheilen, daß diese Fassung durch die beiderseitigen Vertreter in London als gemeinsames Projekt Österreich-Ungarns und Italiens der Botschafter-Réunion vorgelegt werde.

2. Ich habe Euer Exzellenz Telegramm Nr. 1 vom 1. l. M. Herrn von Mérey mitgetheilt. Da ich, wie Hochdenselben aus meinem Telegramme Nr. 3 (inseratur aus Telegramm 1 von „vom 1. d. bekannt ...“ bis inklusive „Grandes Puissances.“) Ich ersuche unter Einem Herrn von Mérey ... *wie unter 1 „diesen Text“ bis zum Schluß* ... Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Orientirung. Ich behalte mir vor, Euer Exzellenz weitere Instructionen im Gegenstande zu ertheilen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 5228, 5465, 5515. — [b]) Mit Tel. Nr. 8, 2. Jan. 1913 (chiffr. 10 U. 45 M. p. m.) wurde n. 5154 nach Rom mitgeteilt.

Tel. nach Rom, 4. Jan. 1913 Nr. 17 (chiffr. 11 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 5186.

Nr. 5196. Tel. aus Rom, 4. Jan. 1913 Nr. 6 (eing. 6 U. p. m.).[a]) *Entziff.*

In Angelegenheit serbischen Durchfuhrrechts von Kriegsmaterial auch in Kriegszeiten über den Adriahafen behauptet hiesiger Minister des Äussern auf Grund von Meldungen des Herzogs von Avarna, dass Euer Exzellenz Opposition aufgegeben und auch auf das Poincaré'sche Argument, dass wegen Unmöglichkeit der Blockade eines neutralen Hafens hiedurch ein Privilegium für Serbien entstehe, verzichtet und sich mit dem jedem kriegführenden Staate zustehenden Rechte der Beschlagnahme von Konterbande auf offener See begnügt hätten. Gegenüber meinen einschlägigen Zweifeln bemerkte Marquis San Giuliano, diese Frage sei schon durch die von Sir E. Grey dem serbischen Geschäftsträger in London gemachte offizielle Mitteilung, welche sich auch auf die Durchfuhr von Kriegsmaterial erstrecke, präjudiziert. Mérey.

[a]) Vgl. n. 5193, 5225.

Nr. 5197. Tel. aus Rom, 4. Jan. 1913 Nr. 7 (eing. 9 U. 20 M. p. m.).[a] *Entziff.*

Streng vertraulich. Gestern las mir Minister des Äussern ein langes Telegramm des italienischen Botschafters in London über den Verlauf der Pourparlers in der Inselfrage vor. Inhalt darf ich als bekannt voraussetzen. Interessant ist, dass Triple-Entente geschlossen auftrat, also auch Russland für Zession aller Inseln an Griechenland ist, deutscher Vertreter aber Desinteressement markierte, was wohl ein Kompliment an russische und englische Adresse bedeutet. Da Graf Mensdorff Sache ad referendum nahm, hielt sich auch Marquis Imperiali reserviert. Marquis San Giuliano sagte mir, er habe von verschiedenen Seiten Nachrichten, wonach Westmächte und Russland mit baldiger Zerstückelung des asiatischen Besitzes der Türkei rechnen. Aus diesem Grunde wünscht die Triple-Entente die Zession aller Inseln an Griechenland, damit keine derselben im Falle der asiatischen Krise der Türkei an eine Dreibundmacht fallen könne. Angesichts dieser Erklärung der jetzigen Haltung der Triple-Entente ist hiesiger Minister des Äussern, in Abänderung seines bisherigen Standpunktes, der Ansicht, Dreibundmächte sollten dafür eintreten, dass die vier Inseln vor den Dardanellen und die in nächster Nähe der asiatischen Küste liegenden Inseln (Mytilene, Chios, Kos, Rhodus) im Besitze der Türkei, wenn auch unter Verbesserung der Situation der Bevölkerung, verbleiben. Die anderen Inseln könnten Griechenland abgetreten werden. Falls nämlich seinerzeit Krise der asiatischen Türkei eintrete und eventuell Mächte der Triple-Entente sich dort festsetzen, wäre es dann Aufgabe der Dreibundmächte, das hiedurch gestörte Gleichgewicht im östlichen Mittelmeer durch Besetzung von Inseln des Ägäischen Meeres wiederherzustellen. Mérey.

[a] Vgl. n. 5162, 5209, 5211, 5231, 5254.

Nr. 5198. Tel. nach St. Petersburg, 4. Jan. 1913 Nr. 10 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.).[a] *Konz. (S. Berger; V. u. G. Berchtold).*

Aus Meldungen Graf Mensdorffs[b] geht hervor, daß die Londoner Botschafter-Réunion die Frage der Begrenzung Albaniens in der Gegend von Skutari vorläufig mit der Begründung ausgeschaltet hat, daß diesbezüglich erst das Resultat von Pourparlers zwischen den Kabinetten von Wien und St. Petersburg abgewartet werden müsse. Nachdem dies weder meinen speziellen Intentionen entspricht, noch es auch in der Absicht der Mächte gelegen sein kann, den Fortgang der Londoner Beratungen durch die Ausschaltung dieser bedeutsamen Frage in die Länge zu ziehen, erteile ich Grafen Mensdorff unter einem einschlägige Instruktionen[c] und ersuche Euer Exzellenz, Herrn Sazonow nahezulegen, daß es sich empfehlen dürfte, dies auch seinerseits zu veranlassen, damit die Londoner Beratungen ihren ungestörten Fortgang nehmen können. Unser Standpunkt hinsichtlich Skutaris ist — wie Euer Exzellenz bekannt — vielmehr der, daß diese Frage nicht speziell sondern nur im Zusammenhange mit den anderen albanischen Delimitierungsfragen behandelt werden sollte. Ich glaube nicht zu irren, wenn ich in dieser Behandlungsweise den einzigen modus procedendi

erblicke, der eine gedeihliche Fortsetzung der Londoner Botschafterbesprechungen sichert. Welche Gesichtspunkte uns bei der Abgrenzung des neuen albanischen Staatsgebildes vorschweben und welch konziliante Haltung wir hiebei einnehmen, wissen Euer Exzellenz aus der früheren Korrespondenz (zuletzt gestriges Telegramm Nr. 8)[d]. Euer Exzellenz wollen Herrn Sazonow gegenüber auch bemerken, daß jene gewichtigen Gründe, welche wir für die Zugehörigkeit Skutaris zu Albanien ins Treffen geführt haben, nach unserer Auffassung nach wie vor bestehen. Sollte der Herr Minister neuerlich dagegen einwenden, daß die Katholiken Nordalbaniens durch ihr freiwilliges Zusammengehen mit Montenegro entschieden montenegrinophile Tendenzen gezeigt hätten, so wollen Hochdieselben erwidern, daß diese anfängliche Waffenbrüderschaft ausschließlich den Zweck der Befreiung von der türkischen Herrschaft verfolge, während in der letzten Zeit unleugbar der national albanische und katholische Zug in den Vordergrund getreten ist. Wir hoffen, daß Herr Sazonow die Berechtigung unseres Standpunktes umsomehr einsehen wird, als wir gerne bereit sind, auch unsererseits dazu beizutragen, daß dem zweifellos bestehenden Bedürfnisse Montenegros an einer Ausdehnung seiner Kulturarea Rechnung getragen werde, natürlich vorausgesetzt, daß dies nicht auf Kosten Albaniens geschehe. Die uns hiebei vorschwebende Lösung würde darin bestehen, daß außer den anderwärts für Montenegro in Betracht genommenen Gebietserweiterungen von russischer Seite auf der Réunion der Vorschlag gemacht würde, die Regulierung des Bojanaflusses festzulegen; dies würde ein Sinken des Niveaus des Skutariner Sees und damit eine ganz wesentliche Vermehrung des Ackerlandes an dem montenegrinischen Ufer zur Folge haben. Ich ersuche Euer Exzellenz, sich Herrn Sazonow gegenüber in vorstehend skizziertem Sinne vernehmen zu lassen. Berchtold.

[a] Oe. U. Balkan 116 Nr. 212. Vgl. n. 5186, 5212, 5349. — [b] Vgl. n. 5162. — [c] Vgl. n. 5186. — [d] Mit Tel. Nr. 8, 3. Jan. 1913 (chiffr. 4. Jan. 12 U. 10 M. a. m.) wurde n. 5171 nach St. Petersburg mitgeteilt.

Nr. 5199. Bericht aus St. Petersburg, 22. Dez. 1912/4. Jan. 1913 Nr. 1 A (eing. 6. Jan.). Ausfert.

Wirft man einen Rückblick auf den bisherigen historischen Entwicklungsgang der gegenwärtigen Orientkrise, so treten, was deren Rückwirkungen auf die Monarchie anbelangt, eine Reihe von Momenten unter die Augen, welche bei oberflächlicher Betrachtung eine lebhafte Analogie mit den Ereignissen der sogenannten Annexionskrise aufweisen. Dies gilt speziell hinsichtlich der Rolle, welche Serbien uns gegenüber spielt, sowie auch bezüglich der Unterstützung, die dieses bei Russland gefunden hat. Diese Analogie ist aber, speziell was Russland anbelangt, in vielen Punkten nur eine scheinbare und ist die Situation doch eine von jener Zeit grundverschiedene. Wenn auch Russland in der gegenwärtigen Krise ebenso wie im Jahre 1908, speziell am westlichen Teil der Balkanhalbinsel keine direkten eigenen Interessen zu vertreten hat und nur als Verfechter serbischer Aspirationen in einen Interessengegensatz zur Monarchie geraten ist, so ist doch die Art und Weise, in der diese Unterstützung gegenwärtig

geschieht, eine von der Annexionszeit sehr verschiedene. Während nämlich die unvernünftige und leidenschaftliche, von persönlichen Gehässigkeiten durchtränkte Politik Herrn Iswolskys das zu jener Zeit militärisch gänzlich unvorbereitete, durch frühere gegenständliche Abmachungen gehandicapte Russland zu einer schweren diplomatischen Niederlage führte, welche unsere Beziehungen auf lange tief kompromittierte, hat es die gegenwärtige russische Regierung sorgfältig vermieden, eine persönliche oder Prestige-Politik zu machen, wodurch ihr ermöglicht wurde, in manchen Punkten nachzugeben, ohne dass hiedurch der Eindruck eines erzwungenen Zurückweichens hervorgerufen wurde. So konnte Herr Sazonow in verschiedenen offiziösen Äusserungen, ebenso wie der Herr Ministerpräsident in seiner Duma-Rede, in Zurückweisung der gegen ihn gerichteten Angriffe aus nationalistischen Kreisen sich darauf berufen, dass die Haltung der Regierung seit Anbeginn der Krise eine konsequente und unveränderte geblieben sei. Hiedurch haben die leitenden russischen Staatsmänner der Sache des Weltfriedens zweifelsohne einen grossen Dienst erwiesen; denn, hätten sie aus ihrer anfänglich viel weiter gehenden Unterstützung der serbischen Desiderata eine Prestigefrage gemacht, so wäre ihnen ein Zurückweichen nicht mehr möglich gewesen. Die Niederlage des Jahres 1909 hat hier viel zu tiefe Spuren zurückgelassen, als dass irgend eine russische Regierung, und wäre sie noch so friedliebend, eine Wiederholung derselben hätte überdauern können. Dies ist umso gewisser, als sich Russland gegenwärtig in einer weit günstigeren Position befindet als im Jahre 1909. Damals litt Russland noch unmittelbar unter den Folgen eines verlustreichen Krieges und einer kaum überstandenen Revolution, während es seither, namentlich auf militärischem Gebiete, zweifellos grosse Fortschritte gemacht hat und demgemäss ganz anders gerüstet dasteht als zu jener Zeit. Herr Sazonow war während des ganzen Verlaufes der Krise, im Gegensatz zum Verhalten seines Amtsvorgängers vor 4 Jahren, sichtlich bemüht zu vermeiden, dass das Prestige Russlands irgendwie in Frage komme. Allerdings muss zugestanden werden, dass seine ruhige und leidenschaftslose Politik, welche darauf hinarbeitete, einem Krieg wenn irgend möglich auszuweichen, durchaus nicht die allgemeine Billigung, namentlich in nationalistischen und in Armeekreisen, fand und dass sie sowohl ihm wie dem Ministerpräsidenten die heftigsten Pressangriffe eingetragen hat. Es waren auch offenbar vielfach sehr mächtige Einflüsse am Werke, um die Regierung aus ihrer gemässigten Richtung herauszudrängen und es war an den verschiedenen Fluktuationen und Nuancen, auch in der Sprache und Haltung der leitenden Staatsmänner, deutlich zu spüren, wie diese Einflüsse zeitweise an Macht gewannen. Diese oft brüsken Wechsel, über welche ich Euer Exzellenz durch meine ergebene Berichterstattung auf dem Laufenden hielt, waren besonders zu der Zeit auffallend, als Seine Majestät Kaiser Nikolaus noch in Spala weilte und hiedurch dem direkten Einflusse Seiner verantwortlichen Minister entzogen, dafür aber der unmittelbaren Einwirkung anderer unverantwortlicher Faktoren zugänglicher war. Ich möchte mir gestatten in diesem Zusammenhange an eine seinerzeit einberichtete Bemerkung Herrn Kokowzows zu erinnern, der mir wenige Tage vor der Rückkehr des Zaren sagte, es sei

ein wahres Glück, dass Höchstderselbe nun endlich nach Zarskoe Selo zurückkomme, wo er, der Ministerpräsident, Ihn doch wieder sehen könne. Seit dieser Zeit haben auch tatsächlich jene Schwankungen nachgelassen und wurde die Frage des eigenen Hafens und Korridors für Serbien endgiltig begraben. Einen weiteren erfreulichen Unterschied gegen die Annexionskrise möchte ich darin erblicken, dass wenigstens bisher, trotz der entgegengesetzten Interessen, welche die Monarchie einerseits und Russland andererseits zu vertreten haben, unsere gegenseitigen Beziehungen sich nicht nur nicht verschlechtert haben, sondern solche geblieben sind, dass im Falle es gelingt, auch die weiteren pendenten Fragen im gegenseitigen Einvernehmen zu lösen, sogar noch eine weitere Verbesserung der gegenseitigen Beziehungen nicht ausser dem Bereiche der Möglichkeit liegt. Ich erinnere in dieser Beziehung an die erst vor einigen Tagen seitens Herrn Sazonows mir gegenüber getane Äusserung, es hänge jetzt für die künftige Ausgestaltung unserer Beziehungen ungeheuer viel davon ab, dass es gelinge auch noch über den Rest der pendenten Fragen ohne gegenseitige Verbitterung hinwegzukommen. Es wäre in der Tat höchst erfreulich, wenn dies möglich wäre, weil hiedurch der Beweis geliefert würde, dass selbst angesichts sich ergebender Interessengegensätze eine freundschaftliche Aussprache und gütliche Auseinandersetzung auch über recht heikle Themata möglich sei, was zu der Annahme berechtigen würde, dass die Bahn zu einem dauernden besseren und mit der Zeit vielleicht sogar intimeren Verhältnisse zu Russland, wie es Euer Exzellenz für die Zukunft vorschwebt, in einem gegebenen Zeitpunkte nicht absolut ungangbar wäre. In wie weit die Erreichung dieses Zieles wichtig genug ist, um vielleicht einzelne andere Konsiderationen diesem gegenüber hintanzuhalten, entzieht sich meiner Beurteilung, doch hielt ich vorstehende Erwägungen doch für zu wichtig, um dieselben nicht wenigstens in grossen Umrissen der hohen Appreciation Euer Exzellenz zu unterbreiten. Was nun den weiteren Verlauf der Orientkrise anbelangt, so lässt sich selbstverständlich hierüber nicht einmal eine Vermutung anstellen, da selbst über die Aussichten des Zustandekommens des Friedensschlusses noch völlige Unklarheit herrscht. Was aber die Botschafterberatungen anbelangt, so ist es leider bisher nicht gelungen die russische Regierung, speziell in der Frage von Skutari sowie jener der östlichen Abgrenzung Albaniens, zu einer Annäherung an unsere Auffassung zu bewegen. In Bezug auf die Ostgrenze zeigt sich Herr Sazonow, wie ich aus seinen wiederholten Äusserungen entnehmen konnte, insoferne vollkommen intransigent, als er von einer Zuweisung Prisrens, Diacowas etc. an Albanien absolut nichts wissen will und eine derartige Abgrenzung als absolut unannehmbar bezeichnet. Der Herr Minister wies in dieser Beziehung wiederholt darauf hin, dass er — getreu seinem Prinzipe „to put oneself into the other mans shoes“ — dort wo er ein Vorhandensein vitaler Interessen für die Monarchie anerkennen musste, wie zum Beispiel bezüglich des Littorales an der Adria, unseren Wünschen das weitgehendste Entgegenkommen bewiesen und auch auf Serbien mit allem Nachdrucke mässigend eingewirkt habe. Im Osten aber könne er solche vitale Interessen für uns nicht erblicken und glaube er daher dort auf ein entsprechendes Entgegenkommen

seitens der k. u. k. Regierung rechnen zu dürfen. Es sei ihm ein Nachgeben in dieser Beziehung um so weniger möglich, als er ohnehin wegen seines „im Stiche-Lassen Serbiens" den allerheftigsten Angriffen ausgesetzt sei. „Je vous assure," so sagte mir der Minister unlängst, „nous sommes à bout de nos concessions". Was Skutari anbelangt, so beharrt Herr Sazonow zwar auch jetzt noch auf der Zuweisung dieser Stadt an Montenegro, und lässt keines unserer Argumente für das Gegenteil gelten. Immerhin habe ich das Gefühl, dass er in dieser Beziehung vielleicht nicht ganz so intransigent sein wird, wie bezüglich der Ostgrenze. Sein Hauptargument ist immer, dass Montenegro, welches buchstäblich verhungere, notwendig etwas fruchtbares Land in der Niederung bekommen müsse, da der ihm ansonsten zufallende Gebietszuwachs im Sandschak etc. doch wieder nur arides Felsland enthalte. Wenn es daher etwa möglich wäre einen Kompromiss in der Weise zu suchen, dass vielleicht Montenegro zwar nicht die Stadt Skutari selbst erhalte, wohl aber einen Teil der südwestlich und nördlich derselben gelegenen Ebene, so wäre es möglicherweise nicht ausgeschlossen, dass Herr Sazonow sich mit einer solchen Lösung befreunden könnte. Eine Gewähr hiefür kann ich allerdings nicht übernehmen, da er diese Eventualität mir gegenüber nicht erwähnt hat. Wie sich unser weiteres Verhältnis zu Russland gestalten würde, wenn es auf der Botschafter-Réunion nicht gelingen sollte, zu einer Einigung über die uns noch trennenden Fragen zu gelangen, lässt sich schwer voraussagen. In diesem Falle würde allerdings das Fortdauern unserer gegenseitigen militärischen Bereitschaft ein nicht ungefährliches Moment darstellen. Wie ich Euer Exzellenz unterm 2.[a] d. M. telegraphisch zu melden die Ehre hatte, hat Herr Sazonow zwar meine im Sinne Euer Exzellenz hohen telegraphischen Weisung vom 31. v. M. Nr. 225 gehaltenen Äusserungen über die weitere Aufrechterhaltung unserer an der Nordostgrenze getroffenen militärischen Massregeln im Ganzen nicht ungünstig aufgenommen, aber doch hervorgehoben, dass es unter diesen Umständen für die russische Regierung nicht möglich sein dürfte, die bis jetzt zurückbehaltenen Mannschaften mit Jahresschluss (a. St.) zu entlassen. Da dies nur durch einen kaiserlichen Ukas geschehen kann, wird diese Massregel hier naturgemäss grosses Aufsehen erregen, — und wenn gleichzeitig bekannt werden sollte, dass eine Einigung auf der Botschafter-Réunion nicht gelungen ist, so könnte sich wohl die Situation in einer sehr bedenklichen Weise zuspitzen. Thurn.

[a] Nr. 278 recte 1, richtig 1. Jan., aufgegeben allerdings erst 2. Jan. 4 U. 10 M. a. m.; vgl. n. 5157.

Nr. 5200. Bericht aus St. Petersburg, 22. Dez. 1912/4. Jan. 1913 Nr. 1 B (eing. 6. Jan.). Ausfert.

In der letzten Zeit ist viel, vielleicht zuviel über die „Abrüstung" gesprochen worden, und ich kann mir denken, dass die Insistenz, mit der Herr Sazonow auf diese Frage immer wieder zurückgekommen ist, in manchen Kreisen in Wien, welche die hiesigen Verhältnisse und speziell Herrn Sazonow selbst nicht kennen, einen umso unangenehmeren Eindruck hervorgerufen hat, als fast gleichzeitig damit eine Reihe ausländischer Blätter

in einer recht unverschämten Weise unsere „Demobilisierung" geradezu kategorisch verlangten. Ich möchte mir nun erlauben, die Beweggründe, die Herrn Sazonow bei seinen Bemühungen, eine Einschränkung der Rüstungen herbeizuführen, [geleitet haben], so weit es mir möglich ist, zu analysieren und so den Beweis zu führen, dass er hiebei von durchaus loyalen Absichten geleitet war und ihm nichts ferner gelegen sein dürfte, als auf diese Weise einen diplomatischen Erfolg über uns zu suchen oder uns etwa durch eine erzwungene Demobilisierung zu erniedrigen. Vor Allem glaube ich, dass Herr Sazonow vollkommen aufrichtig ist, wenn er die Überzeugung ausspricht, dass irgend welche Zwangsmassregeln gegen Serbien nicht mehr in Betracht kommen können, da dieses sich dem Willen der Grossmächte zu fügen erklärt habe, und auch zur Leistung der in der Konsulatsfrage von uns geforderten Satisfaktion bereit sei. Wenngleich eine solche offizielle Erklärung uns gegenüber nicht vorlag und auch die Herrn von Ugron zuerst gegebene Antwort[a]) auf unser Satisfaktions-Begehren noch die Möglichkeit späterer Winkelzüge offen liess, so darf wohl angenommen werden, dass Herr Sazonow über die wirklichen Absichten der serbischen Regierung schon viel früher wie wir genau unterrichtet war und daher einzelne Widerspruchsvelleitäten militärischer serbischer Kreise en toute connaissance de causes als quantité négligeable bezeichnen konnte. War also Herr Sazonow vollständig de bonne foi, wenn er den Fortbestand unserer Rüstungen im Süden für überflüssig hielt, so war sein Wunsch, an unserer Nordostgrenze irgend welche — wenigstens den Schein einer militärischen Détente erweckenden — Massregeln Platz greifen zu sehen, von ganz anderen Beweggründen geleitet. Wie Euer Exzellenz wissen, ist im ganzen europäischen Russland der letzte Jahrgang, dessen dreijährige Dienstzeit am 31. Dezember a. St. abläuft, der aber seit einer Reihe von Jahren aus Ersparungsgründen schon mit Ende Oktober entlassen zu werden pflegte, bis zum faktischen Ablauf seiner gesetzlichen Dienstpflicht bei den Fahnen zurückbehalten worden. Diese Vorkehrung hatte somit eigentlich nicht den Charakter einer ausserordentlichen Massregel, und wird übrigens, wie mir der Herr Ministerpräsident versicherte, in Zukunft zur Regel werden, da die vorzügliche Finanzlage Russlands derartige Ersparnismassregeln gegenwärtig nicht mehr erheischt. Mit Ablauf dieses Termins aber gewinnt die weitere Zurückbehaltung der alten Mannschaften, die nicht mehr auf Grund des regelmässigen Wehrgesetzes, sondern nur durch einen ausserordentlichen Ukas erfolgen kann, einen ganz anderen Charakter. Herr Sazonow hätte daher, ebenso wie der Ministerpräsident, es sehr gewünscht, im Interesse der allgemeinen Beruhigung diese Mannschaften am 1. Jänner nach Hause entlassen zu können. Besonders deutlich kommt dieser Wunsch bei Herrn Kokowzow zum Ausdruck, der auch als Ministerpräsident vor Allem Finanzmann geblieben ist und einerseits die ihm überflüssig scheinende Ausgabe perhorresziert, anderseits von der weiteren Zurückbehaltung der Mannschaften eine allgemeine Erregung und steigende Beunruhigung befürchtet, welche auf die Börse sowie auf Handel und Wandel im Allgemeinen eine schädliche Wirkung haben könnte. Nun erkennen aber sowohl der Ministerpräsident als der Minister des Äussern, dass es ihnen nicht möglich wäre,

die seitens der Militär-Verwaltung gegen die Entlassung der Mannschaften ins Treffen geführten Bedenken zu entkräften, wenn sie nicht ihrerseits auf gewisse, den Beginn einer Abrüstung in Österreich-Ungarn kennzeichnende Momente hinweisen könnten, und dies umsoweniger, als in dieser Beziehung auch die öffentliche Meinung — ich spreche nicht von den Zeitungen, sondern von weiten und sehr einflussreichen Kreisen der Gesellschaft — auf Seiten der Militärs stünde. Herr Kokowzow, mit dem ich gestern ein langes, vertrauliches Privatgespräch[b] hatte, machte über vorstehende Erwägungen, die ihm eine Entlassung der zurückbehaltenen Mannschaften wünschenswert erscheinen liessen, gar kein Hehl. Ich glaube, dass aber für diesen Wunsch ausserdem auch noch andere Momente mit in Betracht kommen. Aus verschiedenen, allerdings unkontrollierbaren, mir zugekommenen Nachrichten scheint hervorzugehen, dass unter den zurückbehaltenen Mannschaften schon jetzt eine gewisse Unzufriedenheit sich geltend zu machen beginnt, so dass man vielleicht befürchtet, eine weitere Verlängerung ihrer Dienstzeit über das gesetzlich festgesetzte Mass könnte an einzelnen Orten zu Disziplinwidrigkeiten führen. Zu dem Auskunftsmittel aber, die bisher zurückbehaltenen Leute durch einzuberufende Reservisten zu ersetzen, dürfte man auch nicht gerne greifen wollen, weil man hier erfahrungsgemäss den Kontakt der aktiven Mannschaft mit den nur zu oft von sozialistischen und anarchistischen Ideen angekränkelten Reservisten fürchtet. Ich glaube daher, dass der Hauptzweck der von Herrn Sazonow in seinen vertraulichen Gesprächen mit mir angeregten Verminderung unserer Rüstungen tatsächlich der war, der russischen Regierung die Möglichkeit zu bieten, ihrerseits ihre Mannschaften zu entlassen. In diesem Lichte betrachtet, verliert aber die Démarche Herrn Sazonows jeden aggressiven oder unfreundlichen Charakter, den man ihr bei Unkenntnis seiner Motive sonst hätte vielleicht beilegen können. Was nun die zahlreichen, mit beschleunigten Terminen ausgeschriebenen militärischen Lieferungen anbelangt, welche in der letzten Zeit zu meiner Kenntnis gelangt sind und über welche der k. u. k. Militär-Attaché an seine vorgesetzte Behörde fortlaufend berichtete, sagte mir gestern der Herr Ministerpräsident, dass dieselben sich durchwegs im Rahmen der ursprünglich vom Kriegsministerium budgetmässig gestellten Forderungen bewegen, die aber er, der Finanz-Minister, seinerzeit abgestrichen habe. Jetzt seien die Militärs mit Berufung auf die kritische Lage auf diese Forderungen zurückgekommen, und es sei ihm, dem Finanzminister, unter diesen Umständen nicht mehr möglich gewesen, sich ihnen weiter zu widersetzen. Seiner Überzeugung nach gehen diese Anforderungen sogar über die faktische Leistungsfähigkeit hinaus, so dass militärischerseits auf eine möglichst rasche Effektuierung gedrängt wird, um sie nur überhaupt zur Ausführung bringen zu können. „Ces militaires ont toujours les yeux plus gros que l'estomac", sagte Herr Kokowzow. So seien zum Beispiel im vorigen Jahre der Kriegsverwaltung von der ihr für verschiedene Anschaffungen bewilligten Summe 110 Millionen Rubel übrig geblieben, weil einfach die Industrie nicht im Stande war, den Bestellungen nachzukommen. Thurn.

[a] Vgl. n. 5004. — [b] Vgl. n. 5178.

Nr. 5201. Bericht aus St. Petersburg, 22. Dez. 1912 4. Jan. 1913 Nr. 1 C (eing. 6. Jan.).[a]) Ausfert.

Im Laufe meiner gestrigen Unterredung mit Herrn Kokowzow kam die Sprache auch auf die Frage von Skutari. Ich benützte die Gelegenheit, um auch dem Herrn Ministerpräsidenten gegenüber die Argumente auseinanderzusetzen, welche es der k. u. k. Regierung als unerlässlich erscheinen lassen, dass Skutari bei Albanien verbliebe. Ich wies darauf hin, dass nur diese rein sachlichen Argumente die k. u. k. Regierung in ihrer Auffassung leiten, nicht aber irgend ein Gefühl der Missgunst gegen Montenegro. Der Herr Ministerpräsident erwiderte, er erkenne dies bereitwilligst an. Auch die Stellungnahme Russlands in dieser Frage sei nur durch rein sachliche Erwägungen diktiert, da es der russischen Regierung an und für sich höchst gleichgiltig sein könne, zu welchem Lande Skutari gehöre. Es sei aber ein bestimmtes Interesse Russlands, welches übrigens im gleichen Masse auch für die Monarchie vorhanden sei, dass die montenegrinische Dynastie nicht ernstlich erschüttert werde. Letzteres sei aber in hohem Masse zu befürchten, wenn dem montenegrinischen Volke der hauptsächlichste Preis des Krieges, auf den es ihm vor Allem von Anbeginn angekommen sei, vorenthalten werde. Auf meine Bemerkung, dass die aus Montenegro kommenden Nachrichten über angebliche antidynastische Umtriebe mir doch einigermassen übertrieben zu sein scheinen und möglicherweise zum Teile aus der Umgebung des Königs selbst lanciert sein könnten, um hiedurch auf die Mächte einen Eindruck zu machen, erwiderte mir der Herr Ministerpräsident, er wolle mir ganz offen die Nachrichten mitteilen, die der russischen Regierung diesbezüglich zugekommen seien. Die erste einschlägige Meldung stammte vom russischen Militär-Attaché, welcher sich mit dem Könige nicht besonders gut stehe und bei Höchstdemselben wegen seines dem Könige zu gering scheinenden Entgegenkommens Seinen verschiedenen Wünschen und Schmerzen gegenüber nicht eben in der Gnade sei. Diese Meldung des Militär-Attachés, welcher, wie erwähnt, zuerst auf bedenkliche antidynastische Umtriebe hinwies, könne sohin kaum vom König inspiriert sein. Der kaiserlich russische Gesandte von Giers, welcher im Gegensatze zum Militär-Attaché persona grata bei König Nikolaus sei, habe, zur Berichterstattung im Gegenstande aufgefordert, zunächst seine Meinung dahin geäussert, dass die fraglichen antidynastischen Umtriebe ihm zu keiner besonderen Besorgnis Anlass zu geben und einigermassen übertrieben zu sein scheinen. Etwa 10 Tage später sei Herr von Giers spontan auf den Gegenstand zurückgekommen und habe gemeldet, nach genaueren Nachforschungen sei er doch zur Überzeugung gekommen, dass die erste pessimistische Auffassung des Militär-Attachés die richtige gewesen sei. Was nun die Stimmung bei Hofe selbst anbelangt, so könne er auf dieselbe nur aus der Gemütsverfassung der Grossfürstin Anastasia, Gemahlin des Grossfürsten Nikolaus Nikolajewitsch und Tochter des Königs Nikolaus, schliessen. Diese Prinzessin sei ungemein besorgt und deprimiert und habe demHerrn Ministerpräsidenten erst gestern noch gesagt, ihre Schwester, Grossfürstin Militza, welche dieser Tage hier zurückerwartet wird, habe ihr über die Situation in Montenegro die allerschlechtesten Nachrichten gegeben und sei völlig

niedergeschlagen. Der Herr Ministerpräsident gab mir zu erwägen, ob es denn nicht auch im Interesse der Monarchie gelegen wäre, dem früher oder später zu gewärtigenden Eintritt neuerlicher Komplikationen in Montenegro, die wir doch auch nicht wünschen könnten, durch rechtzeitige Schonung seines amour propre's vorzubeugen. Auf meine Bemerkung, dass Russland im gegebenen Falle bei der Unterstützung der Dynastie Njegusch auf unsere Mitwirkung zählen könne und wir einer Umwälzung in Montenegro durchaus nicht willenlos zuzusehen genötigt wären, meinte der Herr Ministerpräsident, es scheine ihm doch besser, einer solchen Eventualität zu prävenieren, die vielleicht später sehr schwer oder gar nicht zu sanieren wäre. Thurn.

a) Vgl. n. 5178.

Nr. 5202. Bericht aus St. Petersburg, 22. Dez. 1912 4. Jan. 1913 Nr. 1 E (eing. 6. Jan.).[a] *Ausfert.*

Der hiesige rumänische Gesandte hatte dieser Tage eine Unterredung mit dem k. u. k. Legationsrat Grafen Czernin, in deren Verlaufe er ihm mitteilte, Herr Sazonow habe ihn vor zwei Tagen zu sich bitten lassen und sich beunruhigt gezeigt über die jüngst in der rumänischen Kammer votierten militärischen Kredite von 150 Millionen. Herr Sazonow habe den rumänischen Gesandten direkt interpelliert, durch welche Considerationen diese ausserordentlichen Massnahmen diktiert seien. Herr Nano will ausweichend geantwortet und darauf verwiesen haben, dass der Kredit zu grossem Teile zur Deckung bereits gemachter militärischer Auslagen bestimmt sei und dass er im Übrigen im Gegenstande keine offiziellen Nachrichten aus Bukarest habe. Der rumänische Gesandte scheint indes der Überzeugung zu sein, dass seine Regierung entschlossen sei, nunmehr ihre Ansprüche Bulgarien gegenüber energisch zu verfechten, und sich auf eine weitere dilatorische Behandlung derselben nicht einzulassen. Der rumänische Minister des Innern, Herr Take Jonesco, habe einen dreiwöchigen Urlaub angetreten, den er in London verbringe und in dessen Verlaufe die Situation definitiv geklärt werden solle. Es handle sich, wie Herr Nano ausführte, in erster Linie um die Grenzberichtigung. Nachdem rumänischerseits nicht auf der Abtretung Silistrias bestanden werde, so habe man sich bezüglich der Grenzverschiebung im westlichen Teile der Dobrudscha-Grenze so ziemlich geeinigt. Am wichtigsten sei für Rumänien die Verschiebung des östlichen Teiles der Grenze gegen das Schwarze Meer hin. Der kleine Hafen von Mangalia, der jetzt hart an der bulgarischen Grenze liege, sei infolge seiner Grenznähe als eventueller zukünftiger rumänischer Kriegshafen ganz ungeeignet. Da nun Constanza als einziger grosser rumänischer Handelshafen sich für Kriegszwecke nicht eigne, so liege ein vitales Interesse für Rumänien in der Grenzverschiebung gerade in jener östlichen Grenzstrecke, wogegen man sich bis jetzt bulgarischerseits ablehnend verhalte. Die Frage der Kutzowalachen in Mazedonien und Albanien schien Herr Nano als weniger wichtig anzusehen. Nicht unerwähnt möchte ich lassen, dass Herr Sazonow auch dem rumänischen Gesandten gegenüber die entschieden friedlichen Hoffnungen der russischen Regierung hervorgehoben

hat und dass er bemerkte: „Je dois avouer que l'Autriche-Hongrie s'est montrée très conciliante dans la crise actuelle." Thurn.

a) Vgl. n. 5376.

Nr. 5203. Tel. aus Sofia, 4. Jan. 1913 Nr. 7 (eing. 4 U. p. m.). Entziff.

Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 200 vom 29. v. Mts. Mein deutscher Kollege hat bezüglich eventueller Unterstützung bulgarischer Wünsche auf Salonik trotz telegraphischer Anfrage noch keine Instruktionen. Herr von Below teilt mir mit, Herr Geschoff hätte ihm gestern spontan für Intentionen Berliner Kabinettes punkto Salonik — von welchen er durch bulgarischen Gesandten in Berlin Kenntnis zu haben scheint — gedankt und beigefügt, Königin Olga von Griechenland hätte König Ferdinand bei dessen Anwesenheit in obgenannter Hafenstadt gesagt, Äusserstes, was Griechen in Betreff Saloniks Bulgaren konzedieren könnten, wäre ein Condominium. Tarnowski.

Nr. 5204. Vortrag an den Kaiser, 4. Jan. 1913 Nr. 20 C. d. M. Konz. (S. Schreibmaschine; V. Hoyos, Berchtold; G. Berchtold) und Ausfert.

Die Militärkanzlei Euer kaiserlichen und königlich Apostolischen Majestät hat mir heute im Allerhöchsten Auftrage ein Einsichtsstück des k. und k. Kriegsministeriums samt dem in Abschrift alleruntertänigst angeschlossenen Extraktbogen[a] betreffend die Verlegung von Feldartillerie und Festungsartillerie nach Semlin mit dem Beifügen übermittelt, Euer Majestät hätten geruht, diesem Antrage vom militärischen Standpunkte zuzustimmen, gleichzeitig aber anbefohlen, dass ich vom Standpunkte des mir unterstellten Ressorts Allerhöchstdemselben über die Opportunität dieser Massregel Vortrag erstatte. In Befolgung dieser Allerhöchsten Willensäusserung nehme ich mir die ehrerbietigste Freiheit, Euer Majestät zu melden, dass ich eine weitere Ausgestaltung unserer militärischen Bereitschaft gegenüber Serbien ohne ernste Bedenken für den ungestörten Verlauf unserer sich derzeit günstig gestaltenden diplomatischen Aktion nicht zu befürworten vermöchte. Die durch die Ereignisse nicht gerechtfertigte Besorgnis des k. und k. Kriegsministeriums hinsichtlich der Gefahr einer raschen Konzentrierung der serbischen Streitkräfte gegen die Monarchie hat uns zu weitgehenden militärischen Schutzmassregeln an unserer Südostgrenze veranlasst, welche insoferne schon jetzt auf den Verlauf unserer friedlichen Politik hemmend eingewirkt haben, als unsere Rüstungen im Auslande als Anzeichen aggressiver Absichten missdeutet wurden und den Ententemächten, insbesondere Russland, die Gelegenheit geboten haben, den Versuch zu machen, uns unter dem Drucke der auf die Erhaltung des Friedens bedachten öffentlichen Meinung Europas dazu zu veranlassen, vorzeitig zu demobilisieren. Es ist uns gelungen, dieses Ansinnen, welches in freundschaftlicher und unverbindlicher Weise von mehreren Kabinetten an uns gerichtet wurde und wohl in erster Linie dazu dienen sollte, der russischen Regierung und ihren Verbündeten für den Rückzug in der Adria-Frage eine Genugtuung zu verschaffen, in verbindlicher und einen weiteren Gedankenaustausch über

die obschwebenden Fragen nicht ausschliessender Weise abzulehnen. Seither sind aber Anzeichen dafür vorhanden, dass unsere im Auslande stark überschätzte militärische Bereitschaft auch bei den uns verbündeten Regierungen gewisse Zweifel an der Loyalität unserer Intentionen zu zeitigen beginnt. Es dürfte nicht schwer fallen, diese Bedenken zu zerstreuen, wenn ich darauf hinweisen kann, dass unsere rein defensiven Rüstungen bereits vor einigen Wochen in Angriff genommen wurden, als die Krise ihren Höhepunkt erreicht hatte, und seither keine Erweiterung erfahren haben. Dagegen würden neue gegen Serbien gerichtete militärische Massnahmen in einem Zeitpunkte, wo das völlige Abhandensein aggressiver Absichten seitens Serbiens nach der ganzen politischen Sachlage noch evidenter als früher hervortritt, es mir kaum möglich machen, den Glauben an unsere friedfertigen Absichten im Auslande zu erhalten und den gegen unsere Politik gerichteten Verdächtigungen entgegenzutreten. Ohne tatsächlich die Absicht zu haben, den Charakter unserer Politik zu verändern, würden wir durch eine solche Vorgangsweise die Schwierigkeiten auf diplomatischem Gebiete in sehr erheblicher Weise erhöhen und die Vorteile, welche sich aus der bisherigen festen, aber massvollen Haltung der Monarchie für ihre internationale Stellung in der Zukunft ergeben würden, verlieren. Mit Rücksicht hierauf muss ich meiner ehrerbietigsten Ansicht dahin Ausdruck verleihen, dass eine Verlegung einer Division des Feldkanonen-Regimentes Nr. 38 und zweier Kompagnien Festungsartillerie nach Semlin durch die internationale Lage und insbesondere durch unsere Beziehungen zu Serbien in keiner Weise gerechtfertigt erscheint. Berchtold.

Eigenhändige Bemerkung Kaiser Franz Josephs I.: Mit der hier entwickelten Ansicht einverstanden und habe dem Kriegsministerium in diesem Sinne die nöthigen Weisungen ertheilt. Franz Joseph.

[a]) Nicht abgedruckt.

Nr. 5205. Bericht aus Belgrad, 5. Jan. 1913 Nr. 6 A (eing. 6. Jan.). Ausfert.

In Befolgung des hohen Erlasses vom 28. Dezember 1912 Nr. 6145 habe ich die heute sich dargebotene Gelegenheit benützt, Herrn Pasić gesprächsweise mitzuteilen, dass unsererseits die Geneigtheit bestehe, sich mit der königlich serbischen Regierung in wirtschaftliche Erörterungen einzulassen, bei welchem Anlass sich derselbe über die auf unserer Seite herrschenden guten Dispositionen werde überzeugen können. Der Herr Ministerpräsident nahm meine Mitteilung mit sichtlicher Genugtuung entgegen und bat mich, Euer Exzellenz seinen verbindlichsten Dank auszusprechen; er versicherte mir auch diesmal, dass ihm ausserordentlich viel daran liege, mit der Monarchie innige Beziehungen anzuknüpfen, und zweifle nicht, dass dies auch erreicht werden wird. Er lässt Euer Exzellenz bitten, unsere wirtschaftlichen Wünsche und Forderungen Herrn Jovanović hochgeneigt mitteilen zu lassen, die sodann einzeln besprochen und der Regelung entgegengeführt werden können. Herr Pasić benützte auch diese Gelegenheit, um auf die albanesische Delimitierungsfrage zurückzukommen, und ersuchte

mich neuerlich, Euer Exzellenz zu bitten, Hochderen Wohlwollen für Serbien auch durch die Berücksichtigung seiner diesbezüglichen Bitte (vide mein Telegramm Nr. 333 vom 28. Dezember 1912) betätigen zu wollen. Ugron.

Nr. 5206. Tel. nach Berlin Nr. 17 (1), Rom Nr. 22 (2), St. Petersburg Nr. 13 (3), Paris Nr. 13 (4), Konstantinopel Nr. 8 (5), Bukarest Nr. 7 (6) und London Nr. 18 (7), 5. Jan. 1913 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.).[a] *Konz. (S. Rappaport; V. u. G. Berchtold).*

1.—6. Die Londoner Botschafter haben, wie ich einer Meldung Grafen Mensdorffs vom 4. d. M. entnehme, am gleichen Tage folgendes identische Telegramm an ihre Regierungen gerichtet: ... *wie n. 5188 in extenso* ...

1.—2. Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulichen Information und Besprechung mit

1. dem Leiter des Auswärtigen Amtes,
2. Marquis di San Giuliano,

1.—2. welchen Hochdieselben über seine Stellungnahme zur Greyschen Proposition befragen wollen. Euer Exzellenz wollen bei diesem Anlasse betonen, daß ich den größten Wert darauf legen würde, daß die Dreibundmächte auch in dieser Frage einvernehmlich vorgehen. Nach meiner Ansicht wären die englischerseits formulirten Bemerkungen in verschiedenen Punkten eines Amendements bedürftig, und zwar: Zum Punkt 2. Es müßte präcisirt werden, daß die Gefahren, welche der Türkei bezüglich der künftigen Stellung Konstantinopels und der Entwicklung des Krieges in Kleinasien drohen, ausschließlich von den kriegführenden Balkanverbündeten und nicht etwa von den Großmächten zu gewärtigen seien. Zum Punkt 5. Im Texte müßte außer Zweifel gesetzt sein, daß es sich um die Abtretung einiger, nicht aber aller Inseln handelt. Endlich bin ich der Ansicht, daß, welches immer die Entscheidung der Mächte bezüglich der Durchführung der von den Londoner Botschaftern ins Auge gefaßten Pression sein möge, speziell eine in Konstantinopel zu inszenierende Flottendemonstration dem Bedenken begegnen müsse, daß die fremden Kriegsschiffe, welche mit Erlaubnis der Pforte die Dardanellen passirt haben, billigerweise nicht zu einer direkt gegen die Türkei gerichteten Aktion in Verwendung kommen sollten.

3.—4. Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulichen Information. Zu Hochderen streng vertraulicher Orientierung füge ich bei, daß ich mich mit den Kabinetten von Berlin und Rom bezüglich unserer Stellungnahme zu der Greyschen Proposition ins Einvernehmen setze.

5.—6. Ich setze mich mit den Kabinetten von Berlin und Rom bezüglich unserer Stellungnahme zu der Greyschen Proposition ins Einvernehmen.

5. Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulichen Information.

6. Vorstehendes zur streng vertraulichen Mitteilung an Seine Majestät König Carol.

7. Erhalten Euer Exzellenz Telegramme Nr. 8 und 9 vom 4. d. M. (Inseratur aus Telegramm sub Nr. 5 von: „Ich setze mich“ bis inkl. „Information.“) Berchtold.

[a] Oe. U. Balkan 117 Nr. 213. Vgl. n. 5237, 5242, 5255, 5267, 7038, 7069, 9516.

Nr. 5207. Tel. nach Berlin, 5. Jan. 1913 Nr. 18 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 13 vom 4. l. M. Herr von Tschirschky hat mich heute aufgesucht und mir auftragsgemäß mitgeteilt, daß Herr von Jagow berichtet habe, Marquis San Giuliano hätte ihm von der Schwenkung der Tripelentente in der Frage der ägäischen Inseln in folgendem Sinne gesprochen. Er, der italienische Minister, habe den Eindruck, daß die Tripleententemächte, mit der künftigen Änderung des status quo in der asiatischen Türkei rechnend, alle ägäischen Inseln im Besitze Griechenlands sehen wollen, damit keine derselben später in die Hände einer Dreibundmacht fallen könne. Letztere Möglichkeit auszuschließen, liege im Interesse der Mächte der Tripleentente, die daran zu denken scheinen, sich untereinander über Einflußsphären in der asiatischen Türkei zu verständigen. Angesichts einer eventuellen völligen Verschiebung des Gleichgewichtes im Mittelmeere sei es von eminentem Interesse für die Dreibundmächte, daß gegenwärtig einige der Inseln noch türkisch bleiben. Herr von Tschirschky war weiters beauftragt, mir mitzuteilen, daß Unterstaatssekretär dieser Auffassung Marquis San Giulianos beistimmt und Fürst Lichnowsky beauftragt hat, sich bei der Botschafterréunion dahin auszusprechen, daß bezüglich der vier den Dardanellen vorgelagerten Inseln, ebenso wie hinsichtlich Chios und Mytilene die Souveränität der Türkei aufrechterhalten bleibe und zwar unbeschadet des auf diesen Inseln eventuell einzuführenden autonomen Regimes. Euer Exzellenz wollen dem Herrn Unterstaatssekretär in meinem Namen für diese Mitteilung danken und beifügen, daß mir eine analoge Meldung Herrn von Méreys vorliegt, laut welcher jedoch nach Ansicht Marquis di San Giulianos außer den oberwähnten Inseln auch Kos und Rhodus im türkischen Besitze bleiben sollten. Hochdieselben wollen Herrn Zimmermann weiters sagen, daß unter einem an Grafen Mensdorff bezüglich der ägäischen Inseln ein gleicher Auftrag wie der Fürst Lichnowsky zuteil gewordene ergeht und daß ich den Herrn Botschafter gleichzeitig ermächtige, falls dies auch seitens seines deutschen Kollegen geschieht, den italienischen Antrag bezüglich der Inseln Kos und Rhodus zu unterstützen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 5209, 5211, 5238, 5444.

Tel. nach Bukarest, 5. Jan. 1913 Nr. 7 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 5206.

Nr. 5208. Tel. aus Bukarest, 5. Jan. 1913 Nr. 2 (eing. 6. Jan. 10 U. a. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. König Karl Allerhöchstes Handschreiben heute abends übergeben, der mich ersuchte, Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät seinen wärmsten Dank dafür zu übermitteln. Brachte Seiner Majestät Inhalt der Telegramme Nr. 1,[b] 2,[c] 3[d] und 5 vom 1. d. M. beziehungsweise 4. und 5. d. M. zur Kenntnis. Mit Bezug auf Verhandlungen Herren Mişus und Take Jonescos mit Herrn Danew äußerte Seine Majestät, daß das Ergebnis derselben bisher nicht befriedigend sei. Bulgarischerseits

vorgeschlagene Grenzregulierung, gerade Linie von der Donau an das schwarze Meer mit Ausschluß Silistrias sei unannehmbar, da dieselbe unter das gewünschte Minimum gehe. Herr Danew habe von seiner Regierung neue Instruktionen verlangt behufs Fortführung von Verhandlungen. Vorsichtige Sondierung, ob Bulgarien eventuell für Beihilfe Rumäniens im türkischen Konflikt sich erkenntlich zeigen würde, ergab, daß Bulgarien sich sehr stark fühlt und glaubt, mit türkischem Widerstand bald allein fertig zu werden. Um sich keinem Refus auszusetzen, wurden daher diesfällige Schritte vorderhand fallen gelassen. Weiteres Verhalten Rumäniens wird davon abhängen, welche Instruktionen Herr Danew erhalten wird und ob Krieg neuerlich beginnt. Druck auf Pforte könne daher erst erfolgen, wenn man über Haltung Bulgariens im Klaren. König hob hervor, daß kriegerische Stimmung im Lande täglich wachse, mit Ausnahme des Ministerpräsidenten verlangen alle Minister energisches Vorgehen gegen Bulgarien; falls Abtretung Silistrias nicht durchzusetzen wäre, Besetzung der gewünschten Linie in der bulgarischen Dobrudscha. Russland unterstützt rumänische Forderungen in Sofia und habe Neutralität bei Zusammenstoß zwischen Rumänien und Bulgarien in Aussicht gestellt. Seine Majestät hofft noch immer auf bessere Einsicht der bulgarischen Regierung und auf Eindruck von bisher vermiedener energischer Sprache. Baldige Zuziehung Herrn Mişus zur Botschafterréunion scheint Seiner Majestät sehr erwünscht. Derselbe habe genaue Instruktionen über Albanien, Abgrenzung desselben, Eisenbahntrace etc., lauter Fragen, die vitale Interessen Rumäniens betreffen. Mein Eindruck geht dahin, daß, falls rumänische Ansprüche nicht halbwegs befriedigt, Krone aus politischen und dynastischen Rücksichten sich gezwungen sehen wird, öffentlicher Meinung und Armee nachzugeben und Bulgarien vor ein Ultimatum zu stellen. K. E. Fürstenberg.

[a] Vgl. n. 4989, 5232, 5240, 5316. — [b] Mit Tel. Nr. 1, 3. Jan. 1913 (chiffr. 6 U. p. m.) wurde eine Meldung aus London über ein Gespräch mit Danew bezüglich der Sonderstellung der Moscheen und Sultansgräber in Adrianopel sowie, daß Danew entschlossen sei, die Türkei energisch aufzufordern, in zwei bis drei Tagen Friedensbedingungen vorzulegen, nach Bukarest mitgeteilt. — [c] Mit Tel. Nr. 2, 3. Jan. 1913 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.) wurde n. 5162 nach Bukarest mitgeteilt. — [d] Mit Tel. Nr. 3, 4. Jan. 1913 (chiffr. 9 U. p. m.) wurde n. 5165 zur Mitteilung an König Karol nach Bukarest mitgeteilt.

Tel. nach Konstantinopel, 5. Jan. 1913 Nr. 8 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 5206.

Tel. nach London, 5. Jan. 1913 Nr. 18 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 5206.

Nr. 5209. Tel. nach London, 5. Jan. 1913 Nr. 19 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.).[a] Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 7 vom 2. l. Mts. ... *wie n. 5207 von „Herr von Tschirschky" bis „autonomen Regimes"* ... Wie ich einer Meldung Herrn von Méreys[b] entnehme hat sich Marquis di S. Giuliano ihm gegenüber dahin ausgesprochen, dass ausser den vier

Inseln vor den Dardanellen auch die in nächster Nähe der asiatischen Küste liegenden Inseln (Mytilene, Chios, Kos und Rhodus) im türkischen Besitze verbleiben sollten. Falls die Frage der ägäischen Inseln auf der Botschafter-réunion neuerlich zur Besprechung kommen sollte, wollen Euer Exzellenz sich gleich ihrem deutschen Kollegen im oberwähnten Sinne aussprechen. Sollte Fürst Lichnowsky sich der italienischen Auffassung auch bezüglich der Inseln Kos und Rhodus anschliessen, sind Euer Exzellenz ermächtigt ein Gleiches zu thun. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 5211. — [b]) Vgl. n. 5197.

Nr. 5210. Tel. aus London, 5. Jan. 1913 Nr. 15 (eing. 6. Jan. 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Im Nachhange zu meinem Telegramme Nr. 9 von gestern. Ich habe Grund anzunehmen, daß Sir E. Grey, falls es zu einer Kollektivdemarche der Mächte bei der Pforte kommt, nachher vorschlagen wird, daß die Mächte auch auf die Balkanalliierten einwirken sollten, damit diese sich konziliant zeigen. Im Foreign Office scheint der Eindruck an Boden zu gewinnen, daß Herr Danew sich etwas zu intransigent zeige und auf einen großen persönlichen Erfolg hinstrebe. Mensdorff.

[a]) Oe. U. Balkan 118 Nr. 215. Vgl. n. 5240 Anm. b.

Tel. nach Paris, 5. Jan. 1913 Nr. 13 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 5206.

Nr. 5211. Tel. nach Rom, 5. Jan. 1913 Nr. 20 (chiffr. 10 U. 40 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 7 vom 4. l. M. Wie mir Herr von Tschirschky auftragsgemäß mitteilte, hat sich Marquis di San Giuliano in analogem Sinne auch zu Herrn von Jagow ausgesprochen. Aus der mir gleichfalls mitgeteilten Instruktion an Fürst Lichnowsky entnehme ich jedoch, daß derselbe nur bezüglich der vier vor den Dardanellen liegenden Inseln, sowie bezüglich Chios und Mytilene beauftragt ist, unbeschadet des auf diesen Inseln eventuell einzuführenden autonomen Regimes für deren Verbleib bei der Türkei einzutreten, daß er jedoch hinsichtlich der Inseln Kos und Rhodus ohne Auftrag ist. Um ein eventuell in diesem Belange unterlaufenes Mißverständnis aufzuklären, telegraphiere ich unter einem an Grafen Szögyény.[b]) Gleichzeitig ergeht an Grafen Mensdorff der Auftrag,[c]) sich bezüglich der Frage der ägäischen Inseln gleich seinem deutschen Kollegen auszusprechen, und zwar falls letzterer gleichfalls hiezu ermächtigt, auch bezüglich der Inseln Kos und Rhodus. Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Information und Mitteilung an Marquis di San Giuliano, wobei Hochdieselben meine Befriedigung darüber zum Ausdruck bringen wollen, daß sein Vorschlag ein einheitliches Auftreten des Dreibundes in den Fragen des östlichen Mittelmeeres herbeizuführen im Auge hat. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 5254. — [b]) Vgl. n. 5207. — [c]) Vgl. n. 5209.

Tel. nach Rom, 5. Jan. 1913 Nr. 22 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 5206.

Unterredung mit dem ital. Botschafter, 5. Jan. 1913. Siehe n. 5227 und n. 5228.

Tel. nach St. Petersburg, 5. Jan. 1913 Nr. 13 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 5206.

Nr. 5212. Tel. aus St. Petersburg, 5. Jan. 1913 Nr. 3 (eing. 6. Jan. 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 10 von heute und mit Herrn Sazonow im aufgetragenen Sinne gesprochen. Herr Sazonow erhebt keinerlei Einwendung dagegen, dass die Frage der Abgrenzung Albaniens in der Gegend von Skutari schon jetzt auf der Botschafterréunion gleichzeitig und im Zusammenhange mit den anderen albanesischen Delimitationsfragen besprochen werde. Er möchte aber die Wahl der Reihenfolge der zu besprechenden Fragen Sir E. Grey, welcher ja der Réunionspräsident, überlassen. Graf Benckendorff sei mit den nötigen Instruktionen versehen, um jederzeit auch über die oberwähnten Fragen zu verhandeln. Der weitere Verlauf meines Gespräches, in dem ich Herrn Sazonow neuerdings die so oft wiederholten Argumente für unsere Auffassung auseinandersetzte, hat zu keinem greifbaren Resultat geführt, da auch Herr Sazonow immer wieder seinen Standpunkt mit den Euer Exzellenz schon genugsam bekannten Argumenten verteidigte. Als ich unter Anderem auch von der Möglichkeit sprach, arables Land für Montenegro durch ein Senken des Wasserspiegels des Skutarisees zu beschaffen, sagte Herr Sazonow, dies sei allerdings eine Frage, die auch erwogen werden könnte, wobei er allerdings dies nicht als einen Ersatz für anderwärtige Erwerbungen Montenegros, sondern gewissermaßen als eine Zubusse für dasselbe zu betrachten schien. Thurn.

[a]) Oe. U. Balkan 118 Nr. 214; vgl. n. 5272 Anm. b.

Nr. 5213. Tel. aus St. Petersburg, 5. Jan. 1913 Nr. 4 (eing. 6. Jan. 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Herr Sazonow sagte mir heute, Herr Kokowzow sei auf eine alte, vergessene und bisher noch nie angewendete Gesetzesbestimmung gestossen, welche dem Zaren das Recht zuerkennt, im Falle es die Verhältnisse erheischen, die Mannschaften für die Dauer von 6 Monaten über ihre regelmäßige Dienstzeit ohneweiters bei den Fahnen zu behalten. Bei Anwendung dieser Gesetzesbestimmung entfällt die Notwendigkeit eines eigenen Ukas, der demgemäß auch nicht erfolgen werde, worüber Herr Sazonow sehr befriedigt ist, da ein solcher Ukas, wenngleich die k. und k. Regierung erklärt habe, darin keinen Anlass zur Beunruhigung zu erblicken, doch in der Öffentlichkeit und der Presse ein unliebsames Aufsehen und Unruhe hätte hervorrufen können. Herr Sazonow bestätigte mir die mir vorgestern vom Ministerpräsidenten abgegebene Erklärung, dass die russische Regierung an weitergehende militärische Maßregeln, wie etwa die Mobilisierung einzelner Militärbezirke, nicht denke. Hiedurch ist die Demarche des russischen

Militärbevollmächtigten in Berlin, die offenbar auf Grund einer in einem früheren Stadium der Angelegenheit von Kaiser Nikolaus dem General gegenüber getanen Äußerung erfolgte, nicht mehr aktuell. Thurn.

a) Vgl. n. 5178, 5259 Anm. a.

Nr. 5214. Tel. aus St. Petersburg, 5. Jan. 1913 Nr. 5 (eing. 6. Jan. 8 U. a. m.). Entziff.

Herr Sazonow teilte mir das Zirkulartelegramm a) mit, welches die Londoner Botschafter an ihre respektiven Regierungen heute gerichtet haben, und in dem sie für den Fall des Abbruches der Friedensverhandlungen eine Kollektivdemarche in Konstantinopel vorschlagen, um dort einen Druck auszuüben. Der Herr Minister sagte mir, er sei mit dem vorgeschlagenen Schritte vollkommen einverstanden, da ein solcher Druck von außen es der Pforte ermöglichen wird, den Widerstand von innen zu überwinden. Er habe daher bereits an Graf Benckendorff telegraphiert, um sein Einverständnis kundzugeben, wobei er nur bezüglich der für die strategisch wichtigen Inseln gemachten Vorbehalte die Reserve machte, daß sich diese Vorbehalte nur auf die in der Nähe der Dardanellen gelegenen erstrecken sollten. Thurn.

a) Vgl. n. 5188.

Nr. 5215. Tel. aus Sofia, 5. Jan. 1913 Nr. 9 (eing. 6. Jan. 9 U. a. m.). a) *Entziff.*

Dobrovič teilte mir mit, er hätte dem König meinen Audienzwunsch mitgeteilt, Seine Majestät möchte aber von der Regel, dass er vor Friedensschluss keine Diplomaten empfange, keine Ausnahme machen. Deutscher Gesandter hätte auch dieser Tage um Audienz angesucht, die ihm (das weiss ich auch von Herrn von Below) nicht gewährt worden wäre. Über Friedensschluss sagte mir Herr Dobrovič, die Türken wären bereits entschlossen gewesen, Samstag abzubrechen, hätten sich aber doch besonnen und versprochen, dass sie noch zur morgigen Sitzung und zwar mit Konzessionen kommen würden. Morgen, Montag, werde Entscheidung fallen. Wenn Türken sich mit Privilegium bezüglich Moschee und Gräber begnügen und Adrianopel unter dieser Bedingung ausliefern würden, würde man ihnen eine solche Satisfaktion — mit der auch König Ferdinand einverstanden — geben. Da immer mehr Anzeichen dafür, dass in Adrianopel schon jetzt Hungersnot und dass Festung sehr bald kapitulieren müsse, sei — laut Dobrovič — kein Grund, sich wegen Möglichkeit des Scheiterns der Friedensverhandlungen Sorgen zu machen. Sollten auch Feindseligkeiten wieder aufgenommen werden, würde Krieg doch mit Fall Adrianopels aufhören. Bei Tschataldja käme es vermutlich zu keinen Kämpfen mehr; um Lösung zu beschleunigen, würde man äussersten Falls Adrianopel bombardieren. Die Frage, die eine „schlechte" Wendung nehme, sei — meint Dobrovič — die rumänische. Die Forderungen, durch welche Herr Mişu Herrn Danew überrascht habe, seien unerfüllbar. Um Verständigung zu erleichtern, sei man soweit gegangen, Rumänien breiteren Streifen Landes

mit einer Anzahl Dörfern anzubieten: Herr Mişu erklärte dies für ungenügend und verlangte Silistria, Balčik und Kavarna. In Abtretung dieser Städte könne bulgarische Regierung unmöglich einwilligen (das Regiment von Silistria habe sich im Kriege durch Tapferkeit ausgezeichnet, Balčik liege ganz in Nähe von Euxinograd); es stehe in ganzer Dobrutscha kein bulgarischer Soldat und es werde Rumänien nicht schwer sein, den Widerstand, den Frauen und Kinder der Occupation entgegenstellen werden, zu überwinden. Dass aber Bulgarien, was ihm jetzt entrissen wird, zurücknehmen werde, könne Rumänien versichert sein. König, Regierung und öffentliche Meinung wünschten gütlicheVerständigung und bleibende Freundschaft mit Rumänien. Es sei Rumäniens Sache, wenn es drei kleine Burgaden der Freundschaft Grossbulgariens vorziehe. Wenn sich Rumänien damit, was ihm Bulgarien geben wolle, nicht begnüge, werde künftiger Frieden in gegenseitigen Rüstungen Bulgariens und Rumäniens bestehen. Die einzige Macht, die in Bukarest Einfluss habe, sei Österreich-Ungarn und man sei hier überzeugt, dass Wiener Kabinett auf Rumänien mit Erfolg mässigend einwirken könnte. Ich erwiderte, dass wir auf freundschaftliche Verständigung Bulgariens mit Rumänien vom Anfang an im ureigensten Interesse beider Länder grossen Wert gelegt und wie hier Entgegenkommen, in Bukarest Mässigung geraten hätten; in die Details der Frage hätten wir uns nie hineingemischt und könnten auch jetzt in direkt geführte Pourparlers nicht eingreifen. Worin die rumänischen Forderungen bestünden, hätte ich erst jetzt von Herrn Dobrovič erfahren. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 5179, 5217, 5303.

Tel. nach Athen, 6. Jan. 1913 Nr. 3 (chiffr. 10 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 5226.

Nr. 5216. Tel. nach Berlin Nr. 20 (1), Rom Nr. 24 (2) und London Nr. 21 (3), 6. Jan. 1913 (chiffr. 10 U. 20 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Schreibmaschine u. Rappaport; G. Berchtold).

1.—3. Streng vertraulich. Der deutsche Botschafter hat am 4. l. M. auf Grund eines von Herrn von Jagow aus Rom eingelangten Telegrammes auftraggemäß die Frage der montenegrinischen territorialen Verschiebungen bei mir zur Sprache gebracht. Die Eventualität der Abtretung des Lovčen an Österreich-Ungarn habe auf der Consulta lebhafte Besorgnis wachgerufen und den Marchese di San Giuliano veranlaßt, Herrn von Jagow auf die bedenklichen Folgen aufmerksam zu machen, die eine solche Maßnahme für die Beziehungen Italiens zu Österreich-Ungarn nach sich ziehen müßte. Der Lovčen im Besitze Österreich-Ungarns käme nicht nur einer Infeodierung des durch diese Höhe völlig beherrschten Königreiches Montenegro gleich, sondern würde auch als eine direkte Bedrohung der wehrlosen italienischen Ostküste aufgefaßt werden, was in der öffentlichen Meinung von ganz Italien einen Sturm gegen den österreichisch-ungarischen Verbündeten entfesseln würde, dem keine Regierung standhalten könnte. Man rechne darauf, daß sich das Berliner Kabinett der hieraus für den Dreibund zu besorgenden Rückwirkungen bewußt sein und seinen Einfluß in Wien geltend machen werde, um einer derartigen Kalamität vorzubeugen. Unter-

staatssekretär Zimmermann hätte daraufhin geantwortet, daß ihm von den erwähnten Absichten Österreich-Ungarns nichts bekannt sei und er den in der fraglichen Richtung ausgestreuten Gerüchten schon deshalb keinen Glauben beimesse, nachdem das Wiener Kabinett von vorneherein erklärt habe, keine Gebietserweiterungen anzustreben und nicht angenommen werden könne, daß sich die maßgebenden Faktoren mit dieser Erklärung in Widerspruch setzen werden. Auf die hieran geknüpfte Frage Herrn von Tschirschkys, was er seiner Regierung „zur Beruhigung" mitteilen solle, erwiderte ich, daß die seit einigen Tagen kolportierte Nachricht von unserer Absicht, Montenegro keine Schwierigkeiten wegen der Erwerbung Skutaris zu machen gegen Abtretung des Lovčen an Österreich-Ungarn frei erfunden sei. Wenn wir aber an die Erwerbung des Lovčen nicht dächten, so müßten wir andererseits nach wie vor auf der Belassung von Skutari bei Albanien mit allem Nachdrucke bestehen. Im Auslande, namentlich in England, scheine man sich darüber nicht klar zu sein, welche Bedeutung Skutari für Albanien habe. Wenn dieses rein albanische Territorium, welches noch dazu das kulturelle und ecclesiastische Zentrum des ganz katholischen Nordalbaniens darstelle, losgelöst und der Herrschaft eines anderssprachigen und andersgläubigen Staates unterstellt würde, so müßten die Albanesen den Glauben an sich selbst und an Europa verlieren, welches die Integrität ihres Landes und Volkstumes einem Kleinstaate aufgeopfert habe, ohne daß dessen kulturelle und kriegerische Erfolge hiezu den geringsten Anlaß böten. Auch sei das Interesse keineswegs zu unterschätzen, welches die öffentliche Meinung in der Monarchie daran habe, daß die katholischen Albanesen nicht schlechter fahren als ihre mohammedanischen und orthodoxen Stammesbrüder.

1.—2. Ich teile Vorstehendes Grafen Mensdorff zu seiner streng vertraulichen Information mit und beauftrage ihn, außer den ihm bereits bekannten Argumenten, welche für die Belassung Skutaris bei Albanien sprechen, auch obiges Raisonnement, soweit es sich auf die künftige Zugehörigkeit Skutaris und der katholischen Albanesen bezieht, außerhalb der Botschafter-Réunion Sir Edward Grey vorzutragen und ihn darauf aufmerksam zu machen, welch schwerwiegende Bedeutung diese Frage besitzt und wie sehr es zur Entwirrung beitragen würde, wenn unserem Standpunkt in dieser Frage, von welchem abzugehen aus obigen Gründen nicht möglich erscheine, Rechnung getragen würde.

1. Vorstehendes zur streng vertraulichen Mitteilung an Herrn Zimmermann.

2. Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information. Ich würde Wert darauf legen, wenn Euer Exzellenz bei sich ergebender Gelegenheit in der Frage des Lovčen und Skutari Marquis di San Giuliano gegenüber dieselbe Sprache führen wollten, wie ich dies zu Herrn von Tschirschky getan.

3. Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information. Ich ersuche Euer Exzellenz, außer den Hochdenselben ... *wie sub 1.—2. von „bereits bekannten Argumenten" bis „getragen würde"*... Berchtold.

[a]) Vgl. n. 5156, 5227, 5258, 5272.

Tel. nach Berlin, 6. Jan. 1913 Nr. 24 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 5219.

Nr. 5217. Tel. nach Bukarest, 6. Jan. 1913 Nr. 9 (chiffr. 7. Jan. 1 U. a. m.).[a] Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

Graf Tarnowski meldet mir unterm 5. d. M. nachstehende Äußerungen des Kabinettssekretärs König Ferdinands, Herrn Dobrović': ... *auszugsweise wie n. 5215 von „Die Frage" bis „Rumäniens bestehen"* ... Vorstehendes zu Euer Durchlaucht streng vertraulicher Information und Mitteilung an König Carol. Euer Durchlaucht wollen bei diesem Anlasse Seiner Majestät gegenüber darauf hinweisen, daß man in Sofia dank des fortgesetzten Druckes, welchen wir im Sinne der rumänischen Wünsche daselbst ausgeübt haben, von dem bisherigen Standpunkte, bloß einen Streifen unbewohnten Landes an Rumänien abtreten zu wollen, abgekommen sei und ein gewisses Entgegenkommen der Bulgaren unverkennbar erscheine. Wir hätten jedoch den Eindruck, daß sich die bulgarische Regierung kaum entschließen dürfte, auch Silistria in das an Rumänien abzutretende Gebiet einzubeziehen und daß, selbst wenn es gelingen sollte, die Erfüllung der diesbezüglichen Forderung Rumäniens zu erzielen, hiezu ein so starker Zwang erforderlich wäre, daß dadurch die künftigen Beziehungen der beiden Königreiche dauernd zu leiden hätten. Berchtold.

[a] Vgl. n. 5239, 5308.

Nr. 5218. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 6. Jan. 1913 Nr. 9 (eing. 7. Jan. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Legationsrat Baron Rubido Zichy hat mir Euer Exzellenz Privatschreiben vom 3. dieses Monats[b] überbracht. Ich habe dementsprechend Minister des Äussern aufgesucht, um einen Versuch zu machen, ihn in der Frage Adrianopels umzustimmen. Meine Argumente schienen nicht ohne Wirkung auf Gabriel Effendi geblieben zu sein, da er sich, während ich sprach, wiederholt Notizen machte; trotzdem bleibt er dabei, dass die türkische Regierung in der Frage von Adrianopel nicht nachgeben könne. Er machte mir sogar Andeutung, dass er Grund zur Annahme hätte, Türkei werde trotz des Widerstandes der Alliierten und trotz der Ermahnungen, respektive Drohungen der Grossmächte Adrianopel behalten. Minister des Äussern liess durchblicken, dass sich diese seine Hoffnungen auf gewisse geheime Abmachungen stützen. Er sagte aber in dieser Hinsicht nichts Positives, deutete bloss an, dass die Frage Adrianopels mit der Frage im Zusammenhang stehe, ob Griechenland oder Bulgarien (Salonik)[c] bekommen soll. Letzteres wäre, fügte er hinzu, Wunsch der türkischen Regierung. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 5265. — [b] Liegt nicht bei den Akten. — [c] Chiffre fehlt.

Tel. nach London, 6. Jan. 1913 Nr. 21 (chiffr. 10 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 5216.

Nr. 5219. Tel. nach London Nr. 25 (1), Berlin Nr. 24 (2) und Rom Nr. 28 (3), 6. Jan. 1913 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.).[a] Konz. (S. Nemes; V. u. G. Berchtold).

1. Herr von Tschirschky hat mir heute auftraggemäß von einem Gespräche Herrn Take Jonescus mit dem Fürsten Lichnowsky Mitteilung gemacht. Der rumänische Minister habe bemerkt, es sei bedauerlich, daß Rumänien es versäumt habe, bei Beginn des Krieges Abmachungen mit Bulgarien betreffs einer Gebietsabtretung zu treffen. Herr Danew habe sich in Bukarest sehr entgegenkommend gezeigt, dagegen aber in London eine intransigente Haltung eingenommen. Eine baldige Entscheidung in der zwischen Rumänien und Bulgarien pendenten Frage erscheine umso dringender notwendig, als die Stellung König Carols in Seinem Lande am Spiele stehe. Rumänien würde sich im äußersten Falle mit der Abtretung Silistrias, dessen Forts und eines Gebietes begnügen, welches von einer über Dobrič südöstlich bis an das Meer führenden Linie begrenzt wäre. Die Stadt Dobrič selbst könnte außerhalb der Linie bleiben. Herr Poincaré habe sich Jonescu gegenüber dahin geäußert, daß eine Verständigung zwischen Rumänien und Bulgarien vielleicht auf diese Weise erzielt werden könnte, daß die Mächte unter Hinweis auf ihre im Interesse Bulgariens und seiner Verbündeten in Konstantinopel gleichzeitig erfolgende Intervention, in Sofia zu Gunsten der rumänischen Wünsche ihre Stimme in freundschaftlicher Weise vernehmen ließen. Herr von Tschirschky fügte hinzu, daß Herr Zimmermann diese französische Kombination einer ernsten Beachtung wert finde und diese unter allen Umständen aufzugreifen für wünschenswert hielte. Seiner Ansicht nach würde es sich darum handeln, in diesem Belange den Ententemächten zuvorzukommen und sollten die Vertreter der Dreibundmächte in London beauftragt werden, sich untereinander in Verbindung zu setzen, damit einer von ihnen eine gegenständliche Anregung sobald als möglich vorbringe und von den beiden Kollegen unterstützt werde. Euer Exzellenz wollen sich mit Fürst Lichnowsky und Marquis Imperiali im Gegenstande ins Einvernehmen setzen und sind Hochdieselben ermächtigt, wenn ein Einverständnis über den Modus procedendi erzielt ist, eine bezügliche Anregung eines Ihrer Collegen bei den Dreibundkollegen zu unterstützen. Ich teile Vorstehendes unter einem den Kabinetten von Rom und Berlin mit.

2. Ich telegraphiere unter einem an Grafen Mensdorff wie folgt: (Inseratur aus Telegramm sub 1 vom Anfang bis „zu unterstützen.") Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information und Mitteilung an Herrn Zimmermann.

3. Ich telegraphiere an Grafen Mensdorff wie folgt: (Inseratur aus Telegramm sub 1 vom Anfang bis „zu unterstützen.") Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information und Regelung Ihrer Sprache Marquis di San Giuliano gegenüber, falls dieser auf den Gegentand zu sprechen kommen sollte.

[a] Vgl. n. 5243, 5247, 5252, 5260, 5273, 5306.

Nr. 5220. Tel. aus London, 6. Jan. 1913 Nr. 17 (eing. 7. Jan. 11 U. a. m.).[a] *Entziff.*

Réunion des ambassadeurs d'aujourd'hui. Sir E. Grey nous demande réponse de nos gouvernements concernant sa suggestion d'une démarche collective en six points. (Télégramme Nr. 9 du 4 crt.) Je réponds que j'attends mes instructions. Allemagne accepte les six points de Sir E. Grey et la démarche en principe. Lichnowsky ajoute personnellement qu'il lui paraît prématuré d'envisager dès à présent pression ou démarche navale à Constantinople qui suivrait le cas échéant la démarche collective des Puissances. Gouvernement italien a donné instruction à son ambassadeur à Constantinople d'adhérer aux démarches que les 5 autres ambassadeurs feront à la suite d'instructions identiques de leurs gouvernements respectifs. Marquis Imperiali fait remarquer que point 5 doit être naturellement interprêté dans le sens que la communication relative aux îles n'implique de la part de l'Italie le consentement à la cession de toutes les îles à la Grèce et ne s'applique qu'a la seule cession de la Crète. Gouvernement russe accepte, mais propose que dans le point 6 on mette le mot musulman à la place de turc. Benckendorff ajoute observation verbale relative au point 5 que gouvernement russe verrait des inconvénients à appliquer aux autres îles qui pourraient être cédées à la Grèce, le régime destiné aux 4 îles près des Dardanelles. Gouvernement russe croit qu'il importerait seulement de maintenir pour ces îles l'obligation de ne pas les céder à d'autres Puissances. Gouvernement français adhère aux articles un, deux, trois des six propositions Grey. Il ne fait aucune objection à une démarche collective et n'est pas opposé à ce que démarche soit appuyée par des bâtiments de guerre. Il préfère sauf meilleur avis que l'action des Puissances se borne aux deux points suivants: I°) Cession d'Andrinople, II°) réglement de la question des îles par les Puissances. Quant à présent il ne lui semble pas utile de parler de la question financière ou de la situation future de Constantinople et du développement possible de la guerre future en Asie Mineure. (Monsieur Cambon observera à Monsieur Poincaré que plusieurs de ces points étaient dans la pensée de Grey destinés à rendre plus acceptable à la Porte la démarche collective.) Mensdorff.

[a] Vgl. n. 5242, 5248.

Nr. 5221. Tel. aus London, 6. Jan. 1913 Nr. 18 (eing. 7. Jan. 10 U. a. m.). Entziff.

Sir E. Grey schickt heute Instruktion an englischen Botschafter in Konstantinopel, er möge bereit sein, an einer Kollektivdemarche teilzunehmen, welche die sechs Punkte der Sir E. Grey'schen Proposition umfaßt (mein Telegramm Nr. 9 vom 4. d. Mts.), dabei aber notierend, daß Herr Poincaré bis jetzt nur den drei ersten zugestimmt hat und es vorziehen würde, die Demarche auf die Zession Adrianopels und die Regelung der Frage der Inseln durch die Mächte zu beschränken. Sir G. A. Lowther muß somit den Text mit seinen Kollegen vereinbaren. Die Demarche kann erst gemacht werden, wenn die anderen Botschafter in Konstantinopel

von ihren Regierungen Instruktionen erhalten haben werden. Britische Regierung wird voraussichtlich bereit sein, zwei Schiffe nach der Besika-Bai zu senden, wenn die Kollektivdemarche stattfindet. Obwohl ich noch keine Instruktion von Euer Exzellenz über den Sir E. Grey'schen Vorschlag von vorgestern hatte, habe ich von dieser Mitteilung des Staatssekretärs Kenntnis genommen zur Mitteilung an Euer Exzellenz, falls Hochdieselben Instruktion nach Konstantinopel erteilen wollen. Mensdorff.

Nr. 5222. Tel. aus London, 6. Jan. 1913 Nr. 19 (eing. 7. Jan. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Nachdem deutscher Botschafter eingehend mit Take Jonescu gesprochen hatte, kam ihm Gedanke, ob es nicht tunlich wäre, die geplante Demarche in Konstantinopel in Verbindung zu bringen mit einem Einwirken der Mächte auf Bulgarien zu Gunsten einer konzilianten Haltung gegenüber rumänischen Wünschen. Fürst Lichnowsky führte diese Idee — von ihm als seine persönliche bezeichnete — bei heutiger Sitzung des längeren aus. Marquis Imperiali und ich unterstützten sie. Sie fand bei den anderen wenig Anklang. Haupteinwendung, daß Take Jonescu ja bis jetzt erst eine Unterredung mit Herrn Danew hatte; daß man vielleicht mehr schaden als nützen könnte, sie verfrüht wäre etc. Nachstehend Formulierung der Lichnowskyschen Anregung und die Bemerkungen, welche wir bei Reunion übereinkamen, unseren Regierungen zu unterbreiten: „Reflexion Lichnowsky: Il me paraît indiqué de s'associer à l'idée émise par Monsieur Poincaré vis à vis de Monsieur Jonescu de faire suivre la démarche collective à Constantinople par une démarche analogue à Sofia en faveur d'une (attitude)[b] conciliante vis à vis des réclamations de la Roumanie. Après entretien sur l'observation de l'Ambassadeur d'Allemagne la Réunion s'est demandée si dans le cas où la Bulgarie obtiendrait grâce aux démarches des Puissances à Constantinople des conditions de paix conformes a ses désirs il n'y aurait pas lieu à l'engager se montrer conciliante avec la Roumanie." Über letztes Alinea[c] erbitte ich eine Weisung. Französischer Botschafter bemerkte, absolut nichts von der obzitierten Äußerung Herrn Poincarés zu wissen, die ihm von Herrn Take Jonescu in den Mund gelegt wird. Mensdorff.

[a] Oe. U. Balkan 119 Nr. 216. Vgl. n. 5243, 5247, 5249. — [b] Chiffre fehlt. — [c] Letztes Alinea beginnt mit „Après entretien".

Nr. 5223. Tel. aus London, 6. Jan. 1913 Nr. 20 (eing. 7. Jan. 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 9 von gestern.[b] Deutscher Botschafter hatte Instruktion erhalten, sonderbarerweise aber italienischer Botschafter keine Instruktion, über die Inseln zu sprechen, obwohl er bei jeder (Gelegenheit)[c] in der Reunion zu verstehen gibt, daß bezüglich der Zession aller Inseln an Griechenland einige Regierungen Reserven zu machen haben würden. Fürst Lichnowsky brachte in heutiger Reunion folgende Bemerkung vor: „Il me semble que des considérations d'équité et de neutralité

s'opposent à l'idée d'enlever à la Turquie et Adrianople et toutes les îles et que dans le cas où elle cède sur la question de cette ville il faudrait lui assurer la possession des quatre îles situées près des Dardanelles ainsi que de Mytilène et de Chios (selon la proposition du cabinet italien) ou au moins de faire entrevoir à la Sublime Porte la possibilité d'en retenir quelques unes. Die eingeklammerten sechs Worte wurden auf Wunsch meines italienischen Kollegen gestrichen, nachdem er von einer derartigen Proposition seiner Regierung keine Kenntnis hatte! Ich kann mich des Eindruckes nicht erwehren, daß italienische Regierung, während sie in Wien und Berlin bestrebt ist, die Bundesgenossen vorzuschieben, hier sehr reserviert und behutsam vorgehen will. Ich glaubte deshalb keine Veranlassung zu haben, mich meinerseits für die obige Bemerkung Lichnowskys einzusetzen, die wir alle einfach zur Kenntnis nahmen. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 5242, 5245, 5249, 5307 Anm. a, 5323 Anm. a. — [b]) n. 5188. — [c]) Chiffre fehlt.

Nr. 5224. Bericht aus London, 6. Jan. 1913 Nr. 2 A (eing. 9. Jan.). Ausfert.

Sir Edward Grey hat mir und meinen Collegen heute die Copie seines Erlasses vom 20. v. Mts.[a]) an den englischen Gesandten in Belgrad zukommen lassen, mit welchem er Sir Ralph Paget über die serbische Erklärung betreffend den von Serbien angestrebten Zugang zum adriatischen Meer vom gleichen Tage und die im Einvernehmen mit den auf der Botschafterréunion vertretenen Grossmächten von ihm abgegebenen Gegenerklärung informiert. Mensdorff.

[a]) Beilage.

Beilage zu n. 5224. Erlaß Sir E. Greys an Sir Ralph Paget, engl. Gesandten in Belgrad; London, 20. Dez. 1912 Nr. 43. Abschrift.

The Servian chargé d'affaires was instructed to make to me the communication of which he gave me today the following aide-mémoire: „La Serbie est entrée en guerre avec la Turquie pour délivrer ses connationaux et pour assurer une paix durable sur ses frontières, ainsi que son indépendance politique et économique. Après d'énormes sacrifices en vies et en argent, la Serbie, grâce à ses succès militaires, a délivré ses frères et a regagné les territoires sur la Mer Adriatique que la Turquie lui avait enlevés. Mais comme l'Autriche-Hongrie a déclaré qu'elle ne pourrait pas permettre que la Serbie conservât les territoires bordant sur la mer que son armée a occupés, le Gouvernement serbe, tenant sérieusement compte de cette déclaration et désirant vivre en paix et en amitié avec son puissant voisin, considère que le moment est arrivé — maintenant que les Ambassadeurs des Grandes Puissances se sont réunis à Londres pour un échange d'idées sur les questions litigieuses soulevées par la guerre — de remettre entre les mains des Grandes Puissances la question de l'accès de la Serbie à la mer, par territoire serbe, et de les prier en même temps de prendre en considération, lors de la solution de cette question, les sacrifices que la Serbie a supportés pour obtenir son

indépendance économique et politique. Légation Royale de Serbie, Londres le 7 (20) décembre, 1912." In return, I informed him that the Ambassadors had unanimously made a recommendation to their respective Governments, which all the six Governments had now approved. I was authorised on their behalf to give him confidentially, for the information of his Government, the following statement: „Autonomie albanaise garantie et contrôlée exclusivement par les six Puissances sous la souveraineté ou la suzeraineté du Sultan. Un accès commercial sera réservé à la Serbie par un port albanais, libre et neutre, desservi par un chemin de fer international sous le contrôle européen et sous la garde d'une force spéciale internationale, avec liberté de transit et franchise de droit pour toutes les marchandises, y compris les munitions de guerre." After reading it, he asked me whether it meant that Servian commerce would be free from customs duties. I replied that it was clearly intended that customs duties should not be levied et the Adriatic port on goods in transit for Servia. The chargé d'affaires then asked me confidentially for my personal opinion whether, in view of this decision, it would or would not be desirable for Servia to stipulate, in the terms of peace with Turkey, for any territory giving access for Servia to the Adriatic. I answered that my advice would be that, in the terms of peace, which I understood were to be presented en bloc by the allies to Turkey, Turkey should be asked to cede the territory to the west of a certain line, with the exception of Albanie: of which the future status, organisation, and limits would be settled by the Powers. If I had given this advice before the Great Powers had come to the decision of which I had just told him, he might fairly have asked me how Servia was to be sure of any commercial access to the Adriatic; but, as Servia was now in possession of the unanimous decision of the Great Powers, she would safely leave the question of Albania to them, as far as commercial access to the Adriatic is concerned. By making the conditions of peace as I had suggested, she would avoid any interference with the Great Powers in the actual terms of peace. Grey.

Nr. 5225. Tel. nach Rom, 6. Jan. 1913 Nr. 21 (chiffr. 11 U. p. m.).[a] Konz. (S. Nemes; V. u. G. Berchtold).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 6 vom 4. l. M. Die Meldung Herzog Avarnas, wonach ich meinen Standpunkt in Angelegenheit serbischen Durchfuhrrechtes von Kriegsmaterial über den Adriahafen auch in Kriegszeiten aufgegeben habe, beruht offenbar auf einem Mißverständnis. Was die Bemerkung Marquis San Giulianos anbelangt, diese Frage sei schon durch die von Sir E. Grey dem serbischen Geschäftsträger in London gemachte offizielle Mitteilung, welche sich auch auf die Durchfuhr von Kriegsmaterial erstrecke, präjudiziert, so vermag ich dieser Auffassung nicht beizupflichten. Die Zustimmung der Botschafter zu einer in der ersten Londoner Réunion vorgebrachten Formel, welche auch die Durchfuhr von Kriegsmaterial enthielt, hat nur die Bedeutung, daß eine Übereinstimmung der Ansichten in der Richtung konstatirt wurde, daß Serbien im Prinzipe das Durchfuhrrecht von Kriegsmaterial auf der in Aussicht

genommenen durch Albanien führenden Bahnstrecke zugesprochen werden soll. Die bezügliche Formel weist jedoch mehrere Unklarheiten auf, so daß eine genaue Präcisierung derselben erforderlich sein wird. Bei dieser Gelegenheit wird wohl auch die Frage erörtert werden, ob die Bestimmung hinsichtlich der freien Durchfuhr von Kriegsmaterial sich auch auf Kriegszeiten ausdehnen soll und welche Rechte den kriegführenden Staaten einzuräumen wären bezüglich der Beschlagnahme von Kontrebande, welche sich auf dem Seewege nach den neutralen albanesischen Häfen behufs Weiterbeförderung auf der fraglichen Bahnstrecke befindet. Gelegentlich einer Unterredung, die ich heute mit Herzog Avarna hatte, tat derselbe unter anderem Erwähnung, daß Marquis di San Giuliano die Frage des Rechtes der Beschlagnahme auf offener See von Kriegsmaterialslieferungen im obigen Sinne gegenwärtig im competenten Departement einem Studium unterziehen lasse. Bisher habe ich einer solchen Lösung nicht zugestimmt, sondern mich darauf beschränkt, seinerzeit dem Herzog Avarna zu bemerken, daß Herr Sazonow Grafen Thurn gegenüber die Interessenwahrung auf diesem Wege als möglich bezeichnet hatte.[b] Diesbezüglich möchte ich übrigens nicht unerwähnt lassen, daß diese Frage, welche völkerrechtlich verschiedene Beurteilungen zuläßt, gegenwärtig auch bei uns einem Studium unterzogen wird.

[a] Vgl. n. 5236. — [b] n. 5058.

Tel. nach Rom, 6. Jan. 1913 Nr. 24 (chiffr. 10 U. 20 M.p.m.). Siehe n. 5216.

Nr. 5226. Tel. nach Rom Nr. 25 (1) und Athen Nr. 3 (2), 6. Jan. 1913 (chiffr. 10 U. 40 M.p.m.).[a] Konz. (S. Rappaport u. Berger; G. Pogatscher).

1.—2. Laut einer Mitteilung Herzog Avarnas hat der königlich griechische Minister des Äußern dem königlich italienischen Gesandten in Athen gegenüber von der künftigen Grenze Griechenlands und Albaniens gesprochen. Die von Herrn Coromilas prätendirte Grenzlinie ginge vom Kap Glossa (Linguetta) aus, würde den südlichen Teil des Golfes von Valona von Albanien lostrennen und sodann in einem Halbkreise über Koritza nach dem Seengebiete verlaufen. Der Herr Botschafter bemerkte hiezu, daß nach Ansicht Marquis di San Giulianos diese Grenzbestimmung für Österreich-Ungarn und Italien nicht acceptabel erscheine und seine Regierung Wert darauf legen würde, wenn die beiderseitigen Gesandten in Athen beauftragt würden, im Gegenstande eine identische Sprache zu führen. Ich habe diesbezüglich Herzog Avarna heute folgenden Entwurf, der seitens

1. Baron Brauns,
2. Euer Exzellenz

1. u. 2. zu führenden Sprache mitgeteilt: La délimitation de l'Albanie forme l'objet des délibérations des Ambassadeurs à Londres. Ni le Cabinet de Vienne ni celui de Rome ne pourraient du reste donner leur consentement à la délimitation envisagée par le Gouvernement héllenique qui tend à séparer de l'Albanie des territoires que les deux Gouvernements considèrent essentiellement nécessaires pour la vitalité de l'Etat albanais.

1. Vorstehendes zur Regelung Ihrer Sprache.
2. Euer Exzellenz wollen sich im vorstehenden Sinne aussprechen, sobald griechischerseits Euer Exzellenz gegenüber obige Grenzlinie zur Sprache gebracht werden sollte. Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 119 Nr. 217. Vgl. n. 5233, 5274, 5275 Anm. a, 5294.

Tel. nach Rom, 6. Jan. 1913 Nr. 28 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 5219.

Nr. 5227. Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters, 6. Jan. 1913 Nr. 62.[a]) Konz. (S. Berchtold).

Der italienische Botschafter hat am 5. Jänner wieder die Frage des Lovčen zur Sprache gebracht, indem er auf die große Aufregung hinwies, welche die Möglichkeit eines Compensationsgeschäftes, das die Abtretung von Skutari an Montenegro gegen Überlassung des Lovčen an Österreich-Ungarn zum Gegenstande hätte, in Italien hervorgerufen habe. Er müsse mir diesfalls sagen, daß eine solche Transaktion nicht nur — wie ich unlängst erwähnt — vom Standpunkt des Berliner Vertrages zu beurteilen wäre, sondern auch von jenem des bestehenden Dreibundvertrages und im Speziellen im Hinblicke auf Artikel VII desselben. Nach Inhalt dieses Artikels sei Österreich-Ungarn verpflichtet, für jede vorübergehende oder dauernde Occupation von einem Gebiete am Balkan oder den ägäischen Inseln eine Compensation an Italien zu geben. Der Lovčen sei ein Berg, der ganz Montenegro beherrsche, das Königreich würde durch Abtretung desselben an die Monarchie ausgeliefert. Abgesehen hievon würde der Besitz des Lovčen Österreich-Ungarn in die Lage versetzen, aus Cattaro eine Basis für seine Kriegsflotte zu machen, so daß die Cession desselben eine direkte Bedrohung Italiens bedeuten würde. Ich entgegnete dem Botschafter, daß ich ihm schon unlängst versichert habe, die ausgestreuten Gerüchte über eine territoriale Veränderung, wodurch der Lovčen an Österreich-Ungarn käme, entbehrten jeder Grundlage und denke man bei uns nicht an diese Eventualität: ich sei der Ansicht, diese seinerzeitige Erklärung sollte genügen, um derartige Anfragen gegenstandslos zu machen. Im Übrigen müsse ich aber nachdrücklich betonen, daß sich meine Auffassung bezüglich der Tragweite des Artikels VII mit jener des Botschafters beziehungsweise dessen Regierung keineswegs decke. Der Artikel VII nehme zum Ausgangspunkt die Erhaltung des Status quo der europäischen Türkei und könne daher in seinen weiteren Vorsehungen nur auf die europäische Türkei bezogen werden. Sobald die Liquidation derselben eingetreten sei, höre er auf, in Geltung zu bleiben und werde sich daher in Zukunft nur noch auf jene Gebiete beziehen können, welche noch unter der Herrschaft des Sultans verbleiben werden. Der italienische Botschafter machte einen Versuch, diesen Standpunkt in Frage zu stellen, ließ aber hievon ab, als ich ihm bedeutete, daß seine Bemühungen schon deshalb zwecklos seien, da die von ihm anfänglich ausgesprochene Besorgnis sich als grundlos erwiesen habe.

[a]) Vgl. n. 5156, 5216, 5272.

Nr. 5228. Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters, 6. Jan. 1913 Nr. 63. Konz. (S. Berchtold).

Der italienische Botschafter ist am 5. Jänner abermals auf die Frage der Controle Albaniens durch die Mächte zu sprechen gekommen. Marquis Imperiali habe diesfalls Sir Edward Grey direkt interpellirt und zur Antwort erhalten, daß die Botschafter-Réunion bereits zu dieser Frage im Sinne der Mächtecontrole Stellung genommen habe. Dies entspreche auch dem im Projekte Imperialis über das zu schaffende statut organique aufgenommenen Artikels V.*a)* Der Botschafter knüpfte hieran die Bemerkung, es sei wohl kaum möglich, angesichts des Beschlusses der Botschafter gegen die fragliche Stipulirung zu opponiren, umsomehr als politische Gründe vom Standpunkte des Verhältnisses Italiens und Österreich-Ungarns gleichfalls für die Überweisung der Controle an sämtliche Signatarmächte sprechen. Es müsse nämlich nicht übersehen werden, daß der jetzige Zustand, wo die beiden Mächte streng paritätisch und einvernehmlich vorgehen, in der Zukunft etwa bei eintretenden Personalveränderungen Einbuße erleiden könnte, wo es von großem Vorteile wäre, wenn sich die beiden Staaten nicht allein gegenüberstehen würden. Durch Hinzutritt der übrigen Mächte würde die Gefahr von Differenzen zwischen den beiden Verbündeten wesentlich verringert, indem etwa auftauchende Meinungsverschiedenheiten durch die weniger beteiligten fremden Mächte leicht ausgeglichen werden könnten. Ich entgegnete dem Botschafter, daß ich vor allem nicht zugeben könne, die Londoner Botschafterbeschlüsse seien bindender Natur. Wir hätten jedenfalls bisher zu keiner Controle im Sinne des Imperialischen Elaborates zugestimmt. Die Anschauung Avarnas, daß durch die Einbeziehung der übrigen Mächte in die Controle den künftigen Conflikts-möglichkeiten vorgebeugt würde, könne ich nicht teilen. Sicher würde die Verwaltung des Landes dadurch wesentlich schwerfälliger und complicirter gestaltet, ohne daß meiner Ansicht nach Garantien für ein ungestörtes Nebeneinanderarbeiten der beiden meistinteressierten Mächte geschaffen werden möchten. Im Gegenteile scheine es mir viel leichter möglich, daß tiefergehende Differenzen Platz greifen könnten, wenn Gruppirungen unter den Mächten entstünden und die eine der beiden meistinteressirten Mächte gleichsam niedergestimmt würde. Ich könne nicht einsehen, wieso die anderen Mächte, die sicher nichts zu den Verwaltungskosten beitragen werden, die gleichen Rechte wie wir und Italien haben sollten, die wir gezwungen sein werden, eine albanische Anleihe zu garantiren. Indem ich auf Persien verwies, wo England und Rußland das bekannte Abkommen geschlossen haben, ohne den anderen Mächten eine Ingerenz zuzuerkennen, glaubte ich dem Botschafter den Vorwurf nicht ersparen zu sollen, daß es sich eigentümlich ausnehme, wie Italien in diesem Falle den Triple-Ententemächten das Aufsichtsrecht gleichsam auf dem Präsentirteller anbiete. Es hätte mir besser geschienen, wenn Marchese Imperiali, statt sich bei Sir Edward Grey Rat zu holen, sich darauf beschränkt hätte, die von der Botschafter-Réunion ausgegangene Anregung, daß Österreich-Ungarn und Italien ein Projekt für die Verwaltung auszuarbeiten hätten, nach Rom weiterzugeben und die Ausarbeitung des statut organique den beiden

Regierungen zu überlassen. Schließlich verwies ich den Herzog auf unser Contre-projet,[b]) in welchem bezüglich der Controle ein Analogon mit Ägypten vorgesehen erscheint und sich dasselbe bloß auf Justiz- und Finanzwesen zu erstrecken hätte, indes die Verwaltung davon unberührt bliebe.

[a]) Vgl. n. 5154. — [b]) Vgl. n. 5195.

Nr. 5229. Tel. aus Rom, 6. Jan. 1913 Nr. 10 (eing. 4 U. p. m.).[a]) Entziff.

Anläßlich der Mitteilung des Inhaltes des hohen Telegrammes vom 3. d. Mts., Nr. 13[b]) bezeichnete Minister des Äußern den ersten Punkt als ganz seiner eigenen Auffassung entsprechend. Zum zweiten Punkt bemerkte er: 1. Daß nach unserem vereinbarten Minimalprogramm für die Grenzen Albaniens, auf welches es doch schließlich hinauskommen werde, Ipek und Prisren Serbien verbleiben. 2. Daß er sich frage, wie man von einem selbständigen Staate Garantien hinsichtlich des Schutzes der nationalen und religiösen Minoritäten verlangen und erreichen könne. Mérey.

[a]) Vgl. n. 5253. — [b]) Mit Tel. Nr. 13, 3. Jan. 1913 (chiffr. 4. Jan. 12 U. 10 M. a. m.) wurde n. 5171 nach Rom mitgeteilt.

Nr. 5230. Tel. aus Rom, 6. Jan. 1913 Nr. 13 (eing. 4 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Habe mich Minister des Äußern gegenüber im Sinne des Telegrammes Euer Exzellenz Nr. 17 vom 4. d. Mts., Skutarifrage betreffend, ausgesprochen. Marquis San Giuliano zeigte viel Verständnis für unsere Argumente, bezeichnete Eventualität der Trockenlegung eines Teiles des Skutarisees als ingeniöse Idee, bemerkte aber, nach seinen Nachrichten hielten Russland und England vorläufig noch an ihrem Standpunkt fest. Aus diesem Grunde hätte er in der Modalität, Skutarifrage in London nach der Einigung über alle anderen Punkte zu diskutieren, eine immerhin gesteigerte Aussicht erblickt, auch diesbezüglich zu einem Einvernehmen zu gelangen. Mérey.

[a]) Vgl. n. 5253.

Nr. 5231. Tel. aus Rom, 6. Jan. 1913 Nr. 14 (eing. 4 U. 40 M. p. m.). Entziff.

Euer Exzellenz Telegramme Nr. 10[a]) und 11 vom 3. d. Mts. in der Inselfrage haben sich mit meinem Telegramme vom 4. d. Mts. Nr. 7 gekreuzt. Ich darf daher zunächst der Bekanntgabe der Ansicht Euer Exzellenz über die dermalige einschlägige Auffassung des hiesigen Ministers des Äußern entgegensehen. Die in dem hohen Telegramme vom 4. d. Mts. Nr. 19[b]) formulierte Forderung, wonach in dem Falle der Zession von Inseln an Griechenland letzteres allen Mächten die Gleichstellung der fremden Flaggen mit der eigenen in den neuerworbenen Territorialgewässern zugestehen müßte, erscheint auch dem Marquis di San Giuliano entsprechend. Mérey.

[a]) Mit Tel. Nr. 10, 3. Jan. 1913 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.) wurde n. 5162 nach Rom mitgeteilt. — [b]) Liegt nicht bei den Akten.

Nr. 5232. Tel. nach Sofia, 6. Jan. 1913 Nr. 7 (chiffr. 11 U. p. m.).[a] *Konz. (S. Berger; G. Berchtold).*

Prinz Fürstenberg meldet mir unterm 5. d. Mts. nachstehende Äusserungen Sr. Majestät König Carols: ... *auszugsweise wie n. 5208* ... Vorstehendes zu Euer Hochgeboren streng vertraulichen Information und rein persönlichen Kenntnisnahme. Herrn Gueschoff gegenüber wollen Hochdieselben sich auf den Hinweis beschränken, daß wir den Eindruck hätten, daß die Stimmung in Rumänien ein Nachgeben nicht erwarten liesse und daß die bisherigen Angebote Bulgariens daselbst nicht zu befriedigen scheinen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 5257.

Tel. nach Athen, 7. Jan. 1913 Nr. 4 (chiffr. 9 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 5235.

Nr. 5233. Tel. aus Athen, 7. Jan. 1913 Nr. 9 (eing. 10 U. 30 M. p. m.).[a] *Entziff.*

Da Herr Coromilas mir gegenüber heute spontan auf die Frage der Abgrenzung Albaniens zu sprechen kam, habe ich mich im Sinne Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 3 vom 7. d. Mts. geäussert. Er erwiderte, fest überzeugt zu sein, dass, wenn es zu einem Plebiszit der südlich der angegebenen Grenzlinie sesshaften Bevölkerung käme, letztere sich zweifellos für die Union mit Griechenland aussprechen würde. Er möchte es wirklich auf eine solche Volksabstimmung ankommen lassen. Aber auch anderwärtig, so zum Beispiel nördlich der besprochenen Linie unter anderem die ganze Masakija (nördlich von Valona) wäre Bevölkerung für den Anschluss an Griechenland. Übrigens könne er. mir mitteilen, dass der Exgrossvezier Ferid Pascha für die Angliederung des ganzen Vilajets Epirus an Griechenland plädiere. Italienischer Gesandter, mit welchem ich bezüglich vorliegender Angelegenheit Fühlung nahm, hat noch keinen analogen Auftrag erhalten. Er sagte mir aber, Herrn Coromilas bereits früher in demselben Sinne Andeutungen gemacht zu haben. Dieser habe gelegentlich einmal geäussert, die Abgrenzungsfrage Albaniens könne nicht lediglich vom ethnologischen Standpunkte gelöst werden, sondern es müssten da auch geographische und politische Gesichtspunkte mitsprechen. Braun.

[a]) Vgl. n. 5275.

Nr. 5234. Bericht des Militärattachés in Belgrad, 7. Jan. 1913 Res. Nr. 8 (eing. als Einsichtsstück des Chefs des Generalstabs vom 10. Jan. 1913 Nr. 173 am 18. Jan.). Abschrift.

War die Position des Königs und seiner Familie im Lande bisher schwankend und oft sehr kritisch, so hat sie durch den Verlauf des Krieges eine bedeutende Festigung erfahren. Der Serbe ist durchaus Demokrat, neigt zum Republikaner und es mangelt ihm dynastisches Gefühl. Die Geschichte der serbischen Fürsten war auch nicht geeignet, dieses Gefühl wachzurufen; jeder Monarch musste sich mit Rücksicht auf den Prätendenten auf eine starke Partei stützen, diese bevorzugen und machte sich dadurch die anderen Parteien zu erbitterten Feinden. König Peter war zu Beginn

seiner Regierung vollständig in den Händen der Verschwörergruppe und nur allmählich gelang es der mächtigen radikalen Partei ihn teilweise von der Beeinflussung dieser Clique zu befreien. Seither war der König zwar im Lande nicht unbeliebt, jedoch ohne Einfluss und Ansehen, denn niemand ist darüber im Zweifel, dass der Führer der Radikalen, Nikola Pašić, unumschränkter Herr im Lande ist. Dazu kamen die zahlreichen Verlegenheiten, die der damalige Kronprinz Georg bereitete, ständiger Geldmangel bei Hofe, und der Umstand, dass der grösste Teil der besseren Gesellschaft, die zur Zeit der Obrenović in Amt und Würden war und 1903 durch Parvenus ersetzt wurde, sich vom Hofe vollkommen fernhielt. Die Empfänge des Königs an den Höfen von St. Petersburg und Rom, durch den Präsidenten der französischen Republik und am Goldenen Horn hatten zwar sein Ansehen im Lande gehoben, doch fehlte es nicht an Kritik, was denn diese kostspieligen Reisen dem Lande für Nutzen gebracht hätten. Auch das Scheitern des Empfanges des Königs am Allerhöchsten Hofe wurde hier von der Opposition und von den „Zurückgewiesenen" zu Angriffen gegen die Dynastie ausgenützt. Der nicht gesetzmässig durchgeführte Verzicht des Prinzen Georg auf seine Thronfolgerechte 1909 und das planmässige Zurückdrängen des ehrgeizigen jungen Mannes, hatte im Vereine mit den erfolglosen Bestrebungen des Kronprinzen Alexander, sich in der Armee populär zu machen, eine überaus heikle Situation in der Thronfolge geschaffen; bei der schwankenden Gesundheit des Königs bildete die Lösung dieser Frage eine ständige Sorge. Auch diesbezüglich ist jetzt ein Wandel eingetreten. Der Krieg mit der Türkei war für die Dynastie ein gewagtes Unternehmen; ein Misserfolg hätte sie voraussichtlich um den Thron gebracht. Die überraschenden Erfolge haben ihre Stellung hingegen im Lande ausserordentlich gestärkt. Insbesonders ist ein völliger Umschwung in der öffentlichen Sympathie für die beiden Prinzen eingetreten. Noch im Sommer 1911 konnte ich bei einer Parade wahrnehmen, wie lebhaft Prinz Georg von der Bevölkerung akklamiert wurde, während man dem Kronprinzen volle Gleichgültigkeit entgegenbrachte. Die Haltung des Prinzen Georg in diesem Kriege hat über sein Schicksal entschieden. Zu Beginn des Krieges hiess es, er sei geistesgestört und komme direkte aus einer Heilanstalt in der Schweiz. Als die Operationen begannen, erwartete man, dass der Prinz zumindest das Kommando einer Unterabteilung übernehmen werde und durch persönliche Tapferkeit seine Popularität im Volke und in der Armee steigern würde; statt dessen pendelte er ohne irgendeine Funktion zwischen verschiedenen höheren Kommanden herum. Längere Zeit hörte man gar nichts von ihm; erst bei Monastir soll er am Kampfe teilgenommen haben; dann kehrte er krank nach Belgrad zurück und musste 3 Wochen das Bett hüten. Sein ganzes Verhalten ist in ein mysterieuses Dunkel gehüllt; mehrere Zeitungen sprachen zwar ganz allgemein über sein heldenmütiges Verhalten, in Offizierskreisen wird jedoch allgemein behauptet, dass er feige sei und vollkommen versagt habe. Im Gegensatze hiezu hat sich die Stellung des Kronprinzen durchschlagend gebessert. Seine Stellung als Kommandant der I. Armee hatte hier vor dem Kriege niemand ernst genommen; nun wurde jedoch bekannt, dass der Erfolg bei Kumanova, wo in den Mittagsstunden des

ersten Schlachttages sein Generalstabschef zum Rückzuge riet, seiner persönlichen Initiative zu verdanken sei. Er soll sich verschiedentlich im Gefechte stark exponiert haben, ohne seine Kaltblütigkeit und Ruhe einzubüssen. Von seiner Umgebung wird diesbezüglich für ihn sehr geschickt Reklame gemacht; alle Zeitungen preisen ihn als den Befreier Altserbiens und überall im Lande werden Ansichtskarten mit dem Porträt „Alexanders von Makedonien", des serbischen Napoleons, verkauft. Auch alle anderen Mitglieder der königlichen Familie hatten am Kriege in irgendeiner Form teilgenommen. Prinz Arsen, der jüngere Bruder des Königs wurde zum Kavallerie-Oberst und während des Feldzuges zum General ernannt; er kommandierte die Kavallerie-Division, hat mit dieser zwar nichts besonders geleistet, sich jedoch im Kreise seiner Offiziere sehr beliebt gemacht. Sein Sohn Prinz Paul wurde zum Leutnant ernannt und angeblich beim Oberkommando und im Kriegsministerium zu schriftlichen Arbeiten verwendet. Prinz Alexis, der Vetter des Königs aus der älteren Linie, dem bisher als Prätendenten die Rückkehr nach Serbien verboten war, hielt sich während des Feldzuges im Oberkommando auf, ohne irgendeine Funktion auszuüben. Er trug die Uniform eines einfachen Dragoners und wurde zum Schlusse des Feldzuges zum Korporal befördert. Prinzessin Helene Konstantinović[a], die Tochter des Königs, war gleich zu Beginn des Krieges aus Russland eingetroffen, hatte sich um das Zustandekommen der russischen Sanitäts-Hilfskolonne sehr angenommen und selbst im Krankenpfleger-Kostüm täglich die hiesigen Spitäler besucht. Es ist zweifellos, dass die Dynastie Karageorgević, insbesondere Kronprinz Alexander, durch den Verlauf des Feldzuges im Lande ungemein gewonnen haben, nur Prinz Georg vollkommen in den Hintergrund geschoben wurde. Gellinek.

[a] So!

Nr. 5235. Tel. nach Berlin Nr. 27 (1), Rom Nr. 32 (2), St. Petersburg Nr. 16 (3), London Nr. 28 (4), Paris Nr. 19 (5), Konstantinopel Nr. 12 (6), Bukarest Nr. 11 (7), Sofia Nr. 8 (8), Athen Nr. 4 (9) und Cetinje Nr. 5 (10), 7. Jan. 1913 (chiffr. 9 U. 45 M. p. m.). Konz. (S. Rappaport; V. und G. Berchtold).

An alle. Ich richte heute nachstehendes Zirkulartelegramm an die k. und k. Missionen bei den Signatarmächten des Berliner Vertrages und den Balkanstaaten. Nachdem bereits am 1. d. M. aus Kortscha ein für die Inkorporierung dieser Stadt in Griechenland plädierendes Petitionstelegramm den Londoner Botschaftern zugegangen war und ich heute eine nochmalige Kundgebung analogen Inhaltes erhalten habe, möchte ich Euer etc. Aufmerksamkeit darauf lenken, daß die genannte Stadt seit jeher ein bedeutsames Zentrum der albanischen Nationalbewegung darstellt. Die obenerwähnten Telegramme sind daher als jeder Bedeutung entbehrende Machinationen griechischer Propagandisten, beziehungsweise der numerisch belanglosen gräzisierenden Minorität der Stadtbevölkerung anzusehen. Ungefähr dasselbe gilt von zwei analogen Telegrammen, welche am 31. v. M. aus Prizren und Djakova an die Londoner Botschafter gerichtet wurden. Schon der Umstand, daß diese Telegramme in serbischer Sprache abgefaßt

wurden und daß unter den Unterzeichnern Personen figurieren, deren national-albanesische Gesinnung über jeden Zweifel erhaben ist, beweist, daß es sich um serbischerseits erzwungene Kundgebungen handelt. Charakteristisch für das Vorgehen der Serben in Albanien und ihre dortige Position ist übrigens folgende Meldung, die mir unterm 30. v. M. aus Durazzo erstattet wird: „Die serbischen Okkupationstruppen befinden sich in einer ziemlich unangenehmen Lage. Die Einkerkerung und Hinrichtung mehrerer Arnauten, welche laut Volksmeinung die ihnen zugeschriebenen Mord- und Raubtaten nicht verübt hätten, hat die Muselmanen sowie Katholiken erbittert. Die allgemeine Unzufriedenheit wird dadurch erhöht, daß von den Notabeln die Unterfertigung verschiedener Schreiben in serbischer Sprache, deren Inhalt ihnen unverständlich ist, verlangt wurde. Tatsache ist, daß das Vorgehen des Truppenkommandos die Katholiken und Muselmanen in ein Lager vereinigt hat. Einen besseren Dienst hätte dem zukünftigen Albanien niemand erweisen können als es die Serben hiedurch getan haben. Sie selbst sollten zur Erkenntnis gelangen, daß sie weder militärisch noch finanziell stark genug sind, um ein so großes, vom fremden, kriegerischen Volk bewohntes Gebiet zu behalten." Vorstehendes zu Euer etc. Information und gelegentlichen Regelung Ihrer Sprache. Berchtold.

Nr. 5236. Notiz für die deutsche Botschaft, 7. Jan. 1913 Nr. 80.[a]) Konz. (S. Berger; G. Macchio).

In der ersten Londoner Réunion wurde der accès commercial Serbiens par un port libre et neutre desservi par un chemin de fer international ausgesprochen und auch die Möglichkeit der Durchfuhr von Kriegsmaterial mit den Worten vorgesehen: avec liberté pour toutes les marchandises y compris les munitions de guerre. Die Zustimmung der Botschafter zu dieser vagen Formel hat nach unserer Auffassung nur die Bedeutung, dass eine Übereinstimmung der Ansichten der Grossmächte über den kommerziellen Zutritt Serbiens an die Adria konstatiert wurde, und — was speziell die Durchfuhr von Kriegsmaterial betrifft — die Übereinstimmung der Ansichten in der Richtung, dass Serbien dieses Durchfuhrsrecht im Prinzipe auf der in Aussicht genommenen durch Albanien führenden Bahnstrecke zugesprochen werden soll. Die erwähnte Formel weist jedoch als natürliche Folge dessen, dass sie keine erschöpfende definitive Lösung des Problemes sondern nur eine Fixierung des Prinzipes darstellt, mehrere Unklarheiten auf, die eine nähere und genauere Präzisierung des formulierten Textes erforderlich erscheinen lassen. So wird wohl auch die Frage erörtert werden müssen, ob die Bestimmung hinsichtlich der freien Durchfuhr von Kriegsmaterial sich auch auf Kriegszeiten ausdehnen soll und welche Rechte den kriegführenden Staaten einzuräumen wären hinsichtlich der Beschlagnahme von Konterbande, welche sich auf dem Seewege nach dem neutralen albanesischen Hafen behufs Weiterbeförderung auf den fraglichen Bahnstrecken befindet. Letztere Frage lässt übrigens völkerrechtlich verschiedene Beurtheilungen zu und bildet gegenwärtig den Gegenstand eingehenden Studiums im hierortigen kompetenten Departement.

[a]) Vgl. n. 5225.

Nr. 5237. Tel. aus Berlin, 7. Jan. 1913 Nr. 15 (eing. 4 U. 30 M. p. m.).[a] *Entziff.*

Antwort auf Telegramm Nr. 17 vom 5. d. M. Unterstaatssekretär teilt mir mit, er habe in der Sache bereits Instruktionen an Herrn von Tschirschky ergehen lassen, die dieser Euer Exzellenz gegenüber wohl schon ausgeführt haben dürfte. Herr Zimmermann ist damit ganz einverstanden, dass die Londoner Botschafter der Dreibundmächte gleichlautende Instruktionen erhalten. Er teilt vollkommen die von Euer Exzellenz relevierten Bedenken, möchte es aber Euer Exzellenz Erwägung anheimgeben, ob es sich nicht empfehlen würde, bezüglich Präzisierung des Punktes 2 nicht zu insistieren, da es sonst zu weiteren Erörterungen kommen könnte, und es sich seiner Ansicht nach jetzt vor allem darum handeln würde, eine Einigung rasch zu erzielen. In der Inselfrage (Punkt 5) nehme deutsche Regierung genau denselben Standpunkt ein wie Euer Exzellenz. Was eine eventuelle Flottendemonstration in Konstantinopel anbelange, so sei auch deutscherseits diesbezüglich vorläufig garnichts ins Auge gefasst. Szögyény.

[a] Vgl. n. 5242.

Nr. 5238. Tel. aus Berlin, 7. Jan. 1913 Nr. 17 (eing. 3 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Antwort auf Telegramm Nr. 18 vom 5. d. Mts. Unterstaatssekretär hat Fürst Lichnowsky telegraphisch beauftragt, den italienischen Antrag auch bezüglich der Inseln Kos und Rhodus zu unterstützen. Szögyény.

Tel. nach Bukarest, 7. Jan. 1913 Nr. 11 (chiffr. 9 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 5235.

Nr. 5239. Tel. aus Bukarest, 7. Jan. 1913 Nr. 3 (eing. 8 U. 30 M. p. m.).[a] *Entziff.*

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 9 vom 7. d. M. Meine gestrige Rücksprache mit Minister des Äußern ergab, daß rumänische Regierung unbedingt auf Abtretung Silistrias bestehe. In Silistria kulminierten die Wünsche Rumäniens; ohne dieses würde ein Abkommen mit Bulgarien als vollkommen unzureichend betrachtet und vom Lande nicht anerkannt werden. Minimum der Forderungen stelle Linie dar, welche fünf Kilometer stromaufwärts von Silistria beginnt und südlich bei Kavarna mündet mit Ausschluß der Stadt Dobrić. Unter dieses Minimum herabzugehen, könne keine rumänische Regierung verantworten. Herr Danew wurde hier über unbedingtes Festhalten an Abtretung Silistrias vollkommen informiert, erklärte diese für schwer durchführbar wegen Sobranje-Widerstand, jedoch für diskutierbar. Nachdem in Sofia jetzt erklärt wird, man sei über Forderungen erstaunt, so habe man hier Gefühl, hintergangen worden zu sein, was Stimmung sehr verschlechtert. Da ganze Regierungspartei ebenso wie liberale Opposition, wie ich gestern aus dem Munde Herrn Bratianos erfuhr, sich für die Abtretung Silistrias einsetzt, so steht zu befürchten, daß bei endgiltiger Ablehnung dieses Begehrens Regierung gezwungen sein wird, militärische ernste Maßnahmen zu treffen, eventuell Besetzung bewußten

Landstreifens. Verzichtleistung auf Silistria würde hier ständige Erregung gegen Bulgarien und tiefste Verstimmung gegen Dreibund-Politik und Krone hervorrufen. K. E. Fürstenberg.

a) Oe. U. Balkan 121 Nr. 221. Vgl. n. 5261.

Nr. 5240. Bericht aus Bukarest, 7. Jan. 1913 Nr. 2 (eing. 10. Jan.).a) Ausfert.

Meinem gehorsamsten Chiffre-Telegramm Nr. 2 vom 5ten laufenden Monats werden Euer Excellenz geneigtest entnommen haben, dass Seine Majestät der König die Situation Rumäniens als nicht befriedigend ansieht. Die Stimmung im Lande ist eine ausnehmend gereizte, die Spannung gross und die meisten Politiker aller drei Parteien verlangen von der Regierung eine erlösende Tat. Im Kabinette sind mit Ausnahme des vorsichtigen Ministerpräsidenten alle Minister für eine höchst entschiedene Sprache mit Bulgarien, vornehmlich diejenigen, welche der konservativen Partei entspringen, das ist Herr Filipescu, Marghiloman und Cantacuzène. Diese drei Letzteren verlangen, dass man Bulgarien nicht gestatte, eine Verschleppungs-Theorie in Anwendung zu bringen, bis der Friede geschlossen sei, qu'il faut mettre la Bulgarie au pied du mur, es müsse sich in allernächster Zeit erklären, ob es auf Silistria verzichte oder nicht. Silistria ist jetzt der springende Punkt, ohne dieses würde ein Abkommen mit Bulgarien von der öffentlichen Meinung als ungenügend betrachtet werden, dieser Pfahl im Fleische Rumäniens muss herausgerissen werden, alles andere ist Nebensache. In diesem unbedeutenden Grenzorte, der eine Festung kaum darstellt, welcher aber historisch mit Rumänien verbunden ist (der neugeborene Sohn des Kronprinzenpaares wird den Namen des Nationalheros Mircea tragen, der den Titel Fürst von Silistria führte) verkörpern sich die Wünsche des rumänischen Volkes. Die ganze Öffentlichkeit würde sich viel eher damit abfinden, auf den in militärischer und wirtschaftlicher Hinsicht viel wichtigeren Landstrich am Schwarzen Meere zu verzichten als gerade auf Silistria; dieser Name ist das Schlagwort für die Massen. So friedliebend Herr Maioresco ist und so sehr er sich darüber Rechenschaft gibt, dass Rumänien aus den triftigsten politischen Gründen ein wohlgesinntes Bulgarien braucht, so gibt er sich doch darüber keinem Zweifel hin, dass Rumänien, wenn es aus der heutigen Krise unbefriedigt hervorgehen würde, einem latenten Eifersuchtszustande gegen Bulgarien anheimfallen würde, der zu einer baldigen Katastrophe führen müsste. Bulgarien erringe, äusserte sich der Ministerpräsident, eine solche enorme Gebietserweiterung und werde, wenn es durch den Druck der Grossmächte auch Adrianopel erhalte, so befriedigt werden, dass die geringe Abtretung, durch welche es die dauernde Freundschaft Rumäniens sich erwerben könne, nicht in die Wagschale falle, und mit einigem guten Willen würde es der Sofioter Regierung nicht zu schwer fallen, dieselbe vor der Sobranje mit Erfolg zu vertreten. Wenn man nun in Sofia behauptet, dass Daneff hier nicht informiert worden sei, so sei dies eine plumpe Lüge, durch welche auch der König blossgestellt werde, da Seine Majestät auf den Einwurf Daneffs, dass er vor der Kammer

eine Abtretung Silistrias nur schwer werde vertreten können, geantwortet habe. Er selbst und viele andere Souveräne hätten oft gegen die Volksvertretungen ihren Willen durchsetzen müssen, wenn es höhere politische Rücksichten geboten haben. Der bulgarische Kammerpräsident habe ausdrücklich zugegeben, dass die Forderungen Rumäniens diskutabel seien; wenn er sich nun dessen nicht erinnere und jetzt als letzte Konzession eine Linie proponiere, welche mit Ausschluss Silistrias nur die Cedierung zweier nach Rumänien hinein ragender Winkel begreife, so sei dies eine gewollte Irreführung, welche überall, auch an höchster Stelle, eine bedenkliche Missstimmung auslöse. Wie mir Herr Maioresco weiters mitteilte, hätten die rumänischen Vertreter in London auch die Instruktion erhalten, gegebenen Falles Bulgarien die rumänische Beihilfe gegen entsprechende Entschädigung in Aussicht zu stellen. Soweit Herr Maioresco. Sollten nun, wie es den Anschein hat, die Grossmächte den Frieden in Konstantinopel erzwingen wollen, so würde dieses Atout den Händen der rumänischen Anwälte leider entfallen, wenn auch vor der Hand nicht viel Aussicht vorlag, dasselbe auszuspielen. Sollte es sich aber bewahrheiten, dass Sir Edward Grey (Euer Excellenz Telegramm Nr. 8[b]) vom 6-ten laufenden Monats) beabsichtigt, eine Pression ebenfalls auf die Balkan-Alliierten vorzuschlagen, könnte vielleicht im Interesse der Erhaltung des Friedens auch auf Bulgarien eingewirkt werden, sich konziliant gegenüber Rumänien zu erweisen. Lässt man diese beiden Gegner sich allein gegenüber, so muss der Befürchtung Raum gegeben werden, dass ein Ausgleich nicht zustande kommt, was unabsehbare Folgen nach sich ziehen wird. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 5278, 5280. — [b]) Mit Tel. Nr. 8, 6. Jan. 1913 (chiffr. 6 U. 40 M. p. m.) wurde n. 5210 nach Bukarest mitgeteilt.

Tel. nach Cetinje, 7. Jan. 1913 Nr. 5 (chiffr. 9 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 5235.

Nr. 5241. Bericht des Generalkonsuls Rudolf Weinzetl aus Cetinje, 7. Jan. 1913 Nr. 2 A (eing. 10. Jan.). Ausfert.

Am Schlusse meiner Audienz bei König Nikolaus (ergebenster Bericht Nr. 1 A, streng vertraulich, vom 3. d. M.) ersuchte mich Höchstderselbe, Ihm das Brouillon des über diese Audienz an Eure Exzellenz zu richtenden Telegrammes vor Absendung der Depesche zur Einsicht vorzulegen. Ich habe dieses Ansuchen des Gospodars unter Hinweis auf eine ohnehin sinngemässe Übermittlung Seiner Äusserungen ablehnen zu sollen geglaubt. Dennoch habe ich die überschwänglichen Lobeshymnen des Königs auf die Monarchie von der Art, wie sie Hochdenselben bereits aus Baron Giesls Berichterstattung bekannt sind, nicht erwähnt, nicht nur, weil ich, was ihre Unaufrichtigkeit im allgemeinen anbelangt, die Auffassung des Herrn Gesandten vollkommen teile, sondern auch weil sie diesmal, im Zusammenhalte mit dem vom Hofe zweifellos inspirierten Schmähartikel des offiziösen „Cetinjski Vjesnik" gegen Österreich-Ungarn, der am Vorabende erschienen war, geradezu lächerlich wirkten. Seine Majestät scheint sich aber dieses Zusammenhanges nicht recht bewusst zu sein; denn gestern Abend erschien, offenbar über höchste Aufforderung, der deutsche Gesandte, Herr von Eckardt,

bekanntlich einer der Intimen des Königs, bei mir und sagte mir gesprächsweise, dass der Gospodar „in brennender Ungeduld einer wohlwollenden Äusserung des Wiener Kabinettes mit Bezug auf das Schicksal von Skutari entgegensehe." Als ich bemerkte, dass meine Depesche an Eure Exzellenz wohl ohne Antwort bleiben würde, weil die Äusserungen des Königs eine direkte Anfrage nicht enthalten hätten, suggerierte mir der deutsche Vertreter sehr eindringlich, Hochdenselben im obigen Sinne zu telegrafieren. Ich habe auch dieses Ansinnen ablehnen zu sollen geglaubt, umsomehr, als am selben Tage ein neuer, sich womöglich in noch heftigeren Ausfällen gegen die Monarchie ergehender Leitartikel im „Cetinjski Vjesnik" erschienen war. Ich erlaube mir, dessen auszugsweise Übersetzung Eurer Exzellenz heute vorzulegen.*a)* Wo diese Artikel auch immer hinauswollen mögen, jedenfalls spiegeln sie die bei Hofe und in gewissen Kreisen der Regierung herrschende Stimmung getreu wieder. Über die Anschauungen im Volke wird wenig bekannt, da ja die öffentliche Meinung sich gegenwärtig im Lager vor Skutari befindet; nur so viel scheint gewiss zu sein, dass die serbisierten Albanesen Montenegros mit ihren Sympathien auf Seite eines möglichst grossen Albaniens mit Skutari als Hauptstadt stehen. Weinzetl.

a) Beilage.

Beilage zu n. 5241.

Auszugsweise Übersetzung aus dem Cetinjski Vjesnik Nr. 109, vom 23. Dezember 1912 (5. Jänner 1913).

Was für eine Erscheinung ist es, die sich im Augenblicke der beginnenden Versöhnung zwischen Kreuz und Halbmond vom Westen an die Gräber der edlen Opfer des Krieges heranschleicht? Ist es eine Hyäne etwa, die ihre vergifteten Zähne schärft, um sich an den Leichnamen zu sättigen? Womit hat sich dieses Ungetüm, dessen Magen überfüllt ist von verschlungenem Glück, Freiheit, Selbständigkeit Anderer, bewaffnet? Es hat alle bösen Geister berufen und sich mit ihnen verbündet, um gemeinsam die kaum Befreiten der Freiheit zu berauben. Wer könnte kaltes Blut bewahren gegen diese Hyänen und Marodeure? Kann denn die öffentliche Meinung der civilisierten Welt gleichgiltig bleiben gegenüber den Absichten, welche die Nachbarmonarchie gegen die freien Balkanstaaten und deren Errungenschaften offen im Schilde führt? Schon der blosse Gedanke, dass ein mächtiger Staat, der alles im Überflusse besitzt ausgenommen Menschlichkeit, sich anheischig macht, sich auf das kleine civilisierte Montenegro zu werfen, um ihm seine Rechte, seine Errungenschaften, seine Existenzbedingungen zu entreissen, muss jedermann mit Abscheu erfüllen. Wird denn Russland, der Beschützer des Slaventums, der Gerechtigkeit und der Freiheit, ruhiger Zuschauer bleiben, wo sich Österreich-Ungarn anschickt, den auch mit russischem Blute getränkten Balkan neuerdings in Ketten zu schlagen? Darf denn Russland, getreu seiner ihm vom Schicksal auferlegten Aufgabe, zulassen, dass die Nachbarmonarchie Montenegro, Serbien und die übrigen Balkanstaaten der Früchte des Krieges beraubt? Wir legen alle unsere Hoffnung auf Russlands mächtiges Wort, auf den Edelmut seines Volkes, dass dies nicht geschehe. Wenn auch ermüdet,

sind wir noch nicht erschöpft. Einig und erbittert harren wir des uns zugedachten Unglückes. Mit den asiatischen Löwen haben Montenegrinische Männer gekämpft, mit den Wiener Hyänen werden aber auch unsere Weiber um unseren und den Herd unserer Brüder, um die Gräber unserer Märtyrer und um unsere durch Blut erworbene Errungenschaften verzweifelt kämpfen.

Tel. nach Konstantinopel, 7. Jan. 1913 Nr. 12 (chiffr. 9 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 5235.

Nr. 5242. Tel. nach Konstantinopel Nr. 14 (1) und London Nr. 32 (2), 7. Jan. 1913 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.).[a] *Konz. (S. Berger; G. Berchtold).*

1. Die von Sir E. Grey formulierten sechs Punkte, welche den Gegenstand der Kollektivdemarche der Botschafter der Großmächte bei der Pforte im Interesse des Friedensschlusses bilden sollen, sind Euer Exzellenz aus meinem Telegramm Nr. 8 vom 5. d. M. bekannt. Die Greysche Proposition erscheint mir im Großen und Ganzen akzeptabel. Nur zum Punkt 5 möchte ich bemerken, daß im Texte außer Zweifel gesetzt sein müßte, daß es sich um die Abtretung einiger, nicht aber aller Inseln handelt. In dieser Hinsicht liegen mir übrigens Nachrichten vor, daß sich auch die Ansichten der Kabinette von Berlin und Rom in demselben Gedankengange bewegen. Ferner bin ich auch der Ansicht, daß — welches immer die Entscheidung der Mächte bezüglich der Durchführung der ins Auge gefaßten Pression sein möge — speziell eine in Konstantinopel zu inszenierende Flottendemonstration dem Bedenken begegnen müsse, daß die fremden Kriegsschiffe, welche mit Erlaubnis der Pforte die Dardanellen passiert haben, billigerweise nicht zu einer direkt gegen die Türkei gerichteten Aktion in Verwendung kommen sollten. Wie ich erfahren habe, wird auch deutscherseits eine Flottendemonstration in Konstantinopel vorläufig nicht ins Auge gefaßt. Die französische Regierung würde, wie mir Graf Mensdorff telegraphiert, vorziehen, wenn sich die Aktion der Großmächte auf zwei Punkte beschränken würde: 1. auf die Zession von Adrianopel, 2. auf die Regelung der Inselfrage durch die Mächte. Ich kann nicht leugnen, daß mir diese Idee Herrn Poincarés sehr sympathisch ist und daß ich das Durchdringen dieses Gedankens mit Befriedigung begrüßen würde. Dieses meine Konsiderationen, auf Grund deren sich Euer Exzellenz vorerst mit Ihrem deutschen und italienischen Kollegen ins Einvernehmen setzen wollen. Gleichzeitig ermächtige ich Hochdieselben, an der vorgesehenen Kollektivdemarche der dortigen Botschafter teilzunehmen, sei es, daß dieselbe alle sechs Punkte des Greyschen Vorschlages oder nur einige derselben umfaßt. Euer Exzellenz wollen dahin wirken, daß meiner oben skizzierten Auffassung tunlichst Rechnung getragen werde.

2. Zu Euer Exzellenz Telegrammen Nr. 17 und 20 vom 6. d. M. Ich telegraphiere an Markgrafen Pallavicini wie folgt: (Inseratur aus Telegramm sub 1 von „Die Greysche Proposition“ bis „getragen werde.“) Euer Exzellenz sind ermächtigt, sich in vorstehendem Sinne vernehmen zu lassen. Berchtold.

[a] Oe. U. Balkan 120 Nr. 219. Vgl. n. 5237, 5264, 5267, 5271, 5285, 9516.

Tel. nach London, 7. Jan. 1913 Nr. 28 (chiffr. 9 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 5235.

Nr. 5243. Tel. nach London, 7. Jan. 1913 Nr. 29 (chiffr. 11 U. p. m.).[a] Konz. (S. Berger und Hohenlohe; G. Berchtold).

Antwort auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 19 vom 6. d. M., welches sich mit meinem gestrigen Telegramme Nr. 25 gekreuzt hat. Ich wäre im Prinzipe vollkommen bereit, in einen Gedankenaustausch über die auf der Réunion von Fürst Lichnowsky vorgebrachte Anregung eines Einwirkens der Mächte auf Bulgarien zugunsten der rumänischen Wünsche einzugehen. Was den Zeitpunkt der in Sofia zu unternehmenden Aktion betrifft, so scheint mir derselbe, wie dies übrigens auch den Botschaftern in London bei ihrer Formulirung vorgeschwebt zu haben scheint, erst dann gekommen, wenn die Kollektivdemarche in Konstantinopel erfolgt sein und ein Bulgarien günstiges Resultat ergeben haben wird. Betreffend die Form des Einwirkens der Mächte in Sofia geht meine Ansicht dahin, daß nicht eine Kollektivdemarche gemacht werde, welche in Sofia verstimmen könnte und daher dem Zustandekommen der bulgarisch-rumänischen Verständigung kaum förderlich sein würde, sondern seitens der Vertreter der Mächte einzeln der bulgarischen Regierung freundschaftliche Ratschläge erteilt werden. Ich ersuche Euer Exzellenz, sich in diesem Sinne vorkommenden Falles vernehmen zu lassen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 5261, 5292, 5306 Anm. a, 5446.

Tel. nach London, 7. Jan. 1913 Nr. 32 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 5242.

Nr. 5244. Tel. aus London, 7. Jan. 1913 Nr. 22 (eing. 10 U. p. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. Ich habe heute vormittags Sir E. Grey aufgesucht, um mit ihm allein über die Frage von Skutari vertraulich zu sprechen und habe ihm eingehend unseren Standpunkt dargelegt; betonte, dass es sich da um kein slavisches oder orthodoxes Interesse handle; Bewohner seien rein albanesische Mohammedaner oder Katholiken, die nicht in einen benachbarten Kleinstaat inkorporiert werden können, mit dem sie national und kulturell nichts gemein haben. Ich betonte das Interesse unserer öffentlichen Meinung für katholische Albanesen und den Mangel jedes militärischen Erfolges Montenegros. Ich ließ durchblicken, dass, wenn Skutari zu unserer Zufriedenheit für Albanien gesichert sei, wir nicht abgeneigt wären, montenegrinische Wünsche auf Erwerbung fruchtbaren Landes zu erwägen und berührte auch Bojanaregulierung. Staatssekretär hörte mir aufmerksam zu. Er hat den lebhaftesten Wunsch, Frage so geregelt zu sehen, dass nirgends eine Bitterkeit zurückbleibt. Er hofft, dass, wenn Skutarifrage bereinigt ist, bezüglich der Ostgrenze Albaniens keine unüberwindlichen Hindernisse bestehen werden und jeder Grund zu Konflikten zwischen Grossmächten beseitigt sein wird. Schwierigkeit scheint ihm Stimmung in Rußland, die geneigt ist, Herrn Sazonow eine russische Niederlage zuzuschreiben, wenn nach dem Drucke auf Serbien

zum Nachgeben in Hafenfrage nun wieder ein Druck auf Montenegro ausgeübt werden muss. Er rechne auf Italien, um dem König von Montenegro Annahme einer ihm nicht ganz genehmen Lösung mundgerecht zu machen. Ich machte aufmerksam, dass Italien manchmal sehr montenegrinisch fühlen könnte; worauf er einwendete, italienische Regierung habe doch ein überwiegendes Interesse daran, dass nicht wegen einer montenegrinischen Frage scharfe Konflikte zwischen uns und Russland entstehen. Sir E. Grey hofft sehr, dass irgend ein Kompromiss zu stande komme und hielte es für günstig, die Diskussion erst zu beginnen, wenn man sicherer sei, dass eine solche möglich ist. Stünden wir und Russland auf unversöhnbar-entgegengesetzten Standpunkten, so könnte das das ganze Ergebnis der Réunion gefährden. Ich sagte ihm, ich würde eine Diskussion nicht eröffnen, ohne vorherige Verabredung mit ihm und betonte entschieden, dass ein Abweichen von unserem Standpunkt bezüglich Skutaris ausgeschlossen erscheint. Mensdorff.

a) Oe. U. Balkan 122 Nr. 223. Vgl. n. 5186, 5269, 5476.

Nr. 5245. Tel. aus London, 7. Jan. 1913 Nr. 23 (eing. 8. Jan. 10 U. a. m.).a) Entziff.

Bei heutiger Botschafterréunion zuerst lange Diskussion über Demarche in Konstantinopel. Herr Cambon meint, nach seinen Informationen erwarte man sie in Konstantinopel, um nachgeben zu können. Deutscher Botschafter, den italienischer Kollege und ich dabei unterstützen, plaidiert wieder dafür, daß bei Pression auf türkische Regierung ihr gleichzeitig gewisse Hoffnung auf Erhaltung einiger Inseln gegeben werde (mein Telegramm Nr. 20 von gestern). Von anderer Seite wird eingewendet, daß, nachdem die Mächte über Los der Inseln noch nicht einig sind und Diskussion darüber lang dauern könnte, es nicht möglich ist, Frage der Inseln mit einer Demarche in Konstantinopel zu verquicken, die wahrscheinlich sofort stattfinden muß. Auch über Opportunität einer eventuellen navalen Demonstration wird lange diskutiert. Nachdem im Falle der Demarche die schließliche Redaktion doch von den Botschaftern in Konstantinopel festgestellt werden müßte, einigten wir uns, folgendes Telegramm an unsere Regierungen abzusenden: „La réunion est d'avis que les Ambassadeurs à Constantinople devraient recevoir l'instruction de s'entendre sur la rédaction d'une note en s'inspirant des observations des divers Gouvernements et de procéder le plus tôt possible à la remise de cette note par une démarche collective. Vu la possibilité d'une reprise d'hostilités et des troubles qui pourraient en résulter à Constantinople, il est nécessaire que les Puissances se préparent à assurer la protection de leurs nationaux et de leurs intérêts en envoyant des bâtiments de guerre à la baie de Bezika afin d'être prêtes à tous évènements." — Dadurch ist keine Flottendemonstration direkt angedroht, aber doch die Möglichkeit gegeben, eventuell Pression auszuüben. Ich versprach Vorstehendes zu melden, obwohl ich noch keine Instruktion über Euer Exzellenz Aufnahme des Vorschlages einer Kollektivdemarche erhalten habe. Mensdorff.

a) Oe. U. Balkan 121 Nr. 220. Vgl. n. 5270, 5325 Anm. a, 5375.

Nr. 5246. Tel. aus London, 7. Jan. 1913 Nr. 24 (eing. 8. Jan. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Pour faire suite à mon télégramme 5 du 2 janvier. On a reparlé de l'île de Thasos dans notre réunion. Mes collègues de France, de Russie, d'Allemagne et d'Italie déclarent que leurs gouvernements n'ont pas d'objection à ce que Thasos devient bulgare. L'Angleterre consentira aussi mais fera probablement quelques réserves au sujet des propriétés privées du Khédive sur cette île. Prière me donner instructions au sujet de cette île.

Mensdorff.

[a] Vgl. n. 5268.

Nr. 5247. Tel. aus London, 7. Jan. 1913 Nr. 25 (eing. 8. Jan. 11 U. a. m.).[a] Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 25 und im Nachhange zu meinem Telegramme Nr. 19 von gestern. Deutscher Botschafter erklärte in heutiger Réunion, er habe Telegramm erhalten, worin ihm vollständige Billigung seiner Regierung bezüglich seines gestrigen Vorschlages mitgeteilt wird. (Einwirkung auf Bulgarien für konziliante Haltung gegenüber Rumänien.) Ich unterstütze über Auftrag meiner Regierung meinen deutschen Kollegen und weise nachdrücklich auf Wichtigkeit hin, Einverständnis zwischen Rumänien und Bulgarien zu erzielen. Russischer Botschafter erklärt, nicht zu wissen, wie seine Regierung die Lichnowskysche Anregung aufnimmt, dass aber russische Diplomatie in Sofia ihr Möglichstes tut, um auf Bulgarien einzuwirken, damit es zur Verständigung mit Rumänien gelange. Französischer Botschafter hat von Herrn Poincaré gehört, dass er Herrn Take Jonesco nichts von einer Verbindung der Demarche in Konstantinopel mit einem Drucke auf Bulgarien gesagt, wohl aber über die Notwendigkeit einer rumänisch-bulgarischen Verständigung gesprochen hätte, die er auch Herrn Danew gegenüber ausdrückte. Herr Cambon und auch Sir E. Grey scheinen der Ansicht, dass, wenn einmal Bulgarien sich Adrianopel gesichert hat, es in vernünftiger Weise in Verhandlungen mit Rumänien treten wird. Solange als Besitz Adrianopels nicht gesichert, könne kein bulgarischer Staatsmann mit Konzessionen vor die ...[b] zu treten wagen. Schliesslich findet unsere Réunion nichts an der Bemerkung zu ändern, die wir gestern (mein Telegramm Nr. 19) unseren Regierungen unterbreitet haben.

Mensdorff.

[a] Vgl. n. 5292 Anm. b. — [b] Chiffre fehlt.

Nr. 5248. Tel. aus London, 7. Jan. 1913 Nr. 26 (eing. 8. Jan. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Pour faire suite à mon télégramme 17 du 6 de ce mois. A la réunion d'aujourd'hui Monsieur Cambon rectifie de la façon suivante les remarques du Gouvernement français au sujet des six articles de la proposition Sir E. Grey: Monsieur Poincaré approuve les points 1, 5 et 6. Pour ce qui est des points 2, 3 et 4 il préférerait une rédaction disant au Gouvernement turc: Prenez garde si vous reprenez les hostilités, c'est la question de

Constantinople et peut-être celle de l'Asie Mineure qui se posera. Pour mettre en valeur cette partie de votre empire qui constituera désormais votre seule force, vous ne pouvez compter sur l'appui financier de l'Europe si par votre résistance au conseil des Grandes Puissances vous prolongez la guerre.

Mensdorff.

a) Vgl. n. 5323 Anm. b.

Nr. 5249. Tel. aus London, 7. Jan. 1913 Nr. 27 (eing. 8. Jan. 9 U. a. m.).a) Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 19 vom 6. d. M. und im Nachhang zu meinem Telegramme Nr. 20 von gestern. Inseln wurden bei heutiger Reunion wieder vorübergehend besprochen. Italienischer Botschafter erklärte, noch immer keine definitiven Instruktionen zu haben. Fürst Lichnowsky legte in seinen persönlichen Bemerkungen mehr Gewicht auf vier Inseln vor den Dardanellen als auf Chios und Mytilene, worüber Marquis Imperiali etwas verstimmt schien. Ich legte meinem italienischen Kollegen nahe, bei nächster Reunion Instruktionen zu haben, die Lichnowsky und ich zu unterstützen in der Lage wären. Sir E. Grey sagte, bei nächster Reunion müßten wir Inselfrage näher besprechen. Nach seiner persönlichen Meinung könnten Inseln nur durch Gewalt dauernd in türkischem Besitz gehalten werden. Es müßte also entweder 1.) türkisches Regime durch türkische Truppen mit daraus folgender Mißwirtschaft erhalten werden oder 2.) durch die Mächte. Er glaubt nicht, daß britische Regierung geneigt sein wird, ihrerseits einer dieser Alternativen sich anzuschließen. Mensdorff.

a) Vgl. n. 5307 Anm. b.

Nr. 5250. Tel. aus London, 7. Jan. 1913 Nr. 28 (eing. 8. Jan. 11 U. 50 M. a. m.).a) Entziff.

Osman Nizami Pascha besuchte mich und trug mir vor, einzige Weise, Frieden zustande zu bringen, sei, eine Formel zu finden, nach welcher um Adrianopel ein zollfreies Gebiet geschaffen würde, was im Interesse bulgarischer Fabrikation „Chayak" wäre. Kirkkilisse und Territorium westlich von Maritza könnten bulgarisch werden, Stadt Adrianopel müsste türkisch bleiben, eventuell mit Schleifung der Festungswerke. Nachdem er mir sagte, derartige Lösung sei von englischer finanzieller Seite angeregt worden, sprach ich mit Sir E. Grey darüber. Staatssekretär sagte mir, türkische Delegierte spielen seit acht Tagen mit dieser Idee, ohne Formel zu finden. Er habe ihnen raten lassen, etwas vorzuschlagen, wodurch auch „die Stadt Adrianopel innerhalb des Rahmens eines Kompromisses" gebracht würde, wozu sie sich aber bis jetzt nicht entschliessen konnten. Eindruck bei unserer Réunion war, dass Abbruch der Verhandlungen verhütet worden ist, weil auf beiden Seiten auf Intervention der Mächte gerechnet wird.

Mensdorff.

a) Vgl. n. 5320.

Nr. 5251. Bericht aus London, 7. Jan. 1913 Nr. 3 A (eing. 10. Jan.). Ausfert.

Bei der gestrigen Réunion hat der russische Botschafter einen redaktionell abgeänderten Text der russischen, in der Réunion vom 2. Januar gemachten und von mir an diesem Tage telegraphisch[a] gemeldeten, in 4 Punkte gefassten Reserven mit Bezug auf die ägäischen Inseln vorgelegt. Der Wortlaut ist nun wie folgt: Engagement de la Grèce: 1. De raser les fortifications existantes et de démolir tous les établissements et ouvrages militaires ou navals. 2. De ne jamais en ériger de nouveaux. 3. De ne jamais utiliser les îles dans un but de guerre ou pour des besoins stratégiques quelconques. 4. De ne pas céder la souveraineté ou l'occupation des îles à une autre Puissance. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 5162.

Tel. nach Paris, 7. Jan. 1913 Nr. 19 (chiffr. 9 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 5235.

Nr. 5252. Tel. nach Rom, 7. Jan. 1913 Nr. 31 (chiffr. 1 U. p. m.).[a] Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

Im Nachhange zu meinem Telegramme Nr. 28 von gestern. Ich ermächtige Euer Exzellenz, den Inhalt des obencitirten Telegrammes zum Gegenstande einer streng vertraulichen Mittheilung an Marquis di San Giuliano zu machen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 5273.

Tel. nach Rom, 7. Jan. 1913 Nr. 32 (chiffr. 9 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 5235.

Nr. 5253. Tel. nach Rom, 7. Jan. 1913 Nr. 35 (chiffr. 10 U. p. m.).[a] Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramme Nr. 10 und 13 vom 6. l. M. Wenn es auch ganz richtig ist, daß — wie Marquis di San Giuliano bemerkt — Ipek und Prisren nach unserem vereinbarten Minimalprogramm bei Serbien verbleiben sollen, so hindert dies nicht, daß unsere Vertreter in London gegenüber den Bestrebungen anderer Mächte, Albaniens Grenzen auch über unser Minimalprogramm hinaus einzuengen, vorerst noch die Ansprüche Albaniens auch auf solche Gebiete verfechten, welche wir im weiteren Verlaufe der Besprechungen aufzugeben schon jetzt entschlossen sind. Diese Taktik erscheint mir umso gebotener, als der Widerstand gegen den Verbleib Scutaris bei Albanien ein noch sehr reger ist und ich in diesem Punkte von unserem Minimalprogramm unter keinen Umständen abzugehen gewillt bin. Aus diesem Grunde bin ich auch der Ansicht, daß die Besprechung der Delimitierung Albaniens ohne Unterschied der Nord- und Ostgrenze einheitlich erfolgen müsse. Die Verschiebung der Einigung über die Scutarifrage bis zum Ende der Besprechungen würde eine solche nur erschweren, da wir dann für den Verbleib dieser Stadt bei Albanien kein

Kompensationsobjekt mehr anzubieten hätten. Was die Frage der Garantien hinsichtlich des Schutzes der nationalen und religiösen Minoritäten anbelangt, so könnten solche meiner Ansicht nach, ohne der Selbständigkeit der Balkanstaaten irgendwie nahezutreten, etwa dadurch erzielt werden, daß seitens der Botschafterréunion den Artikeln V, XXVII und XXXV des Berliner Vertrages eine präzisere und erweiterte Fassung gegeben würde.

a) Vgl. n. 5324, 5346. Berchtold.

Nr. 5254. Tel. aus Rom, 7. Jan. 1913 Nr. 15 (eing. 6 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Streng vertraulich. Herr v. Jagow teilt die in meinem Telegramme Nr. 7 vom 4. d. M. dargelegte Ansicht hiesiger Regierung über den Grund der Haltung der Tripleentente in der Inselfrage, vermutet, dass Fürst Lichnowsky aus persönlichem Entgegenkommen gegenüber England deutsches Désinteressement zu stark betont habe, und wird dem Auswärtigen Amte raten, sich ganz italienischer Auffassung anzuschliessen. Marquis San Giuliano, zu dem ich mich im Sinne des Telegrammes Euer Excellenz Nr. 20 vom 5. d. M. aussprach, freut sich über die Würdigung seiner Stellungnahme seitens Euer Excellenz und nimmt an, dass seither deutscher Botschafter in London modifizierte Instruktionen, wonach auch Kos und Rhodus der Türkei zu verbleiben hätten, erhalten haben dürfte. Mérey.

Nr. 5255. Tel. aus Rom, 7. Jan. 1913 Nr. 16 (eing. 6 U. 25 M. p. m.). Entziff.

Hiesiger Minister des Äussern ist mit den drei von Euer Exzellenz laut hohen Telegrammes vom 5. d. M. Nr. 22 proponierten Amendements vollkommen einverstanden. Herr von Jagow sagt mir, seine Regierung habe zum Punkte 5 eine analoge Reserve gemacht und ausserdem Idee einer Flottendemonstration in Konstantinopel als verfrüht bezeichnet. Allgemeine Auffassung des Marquis di San Giuliano geht dahin, dass es sich bei dem ganzen um eine abgekartete Komödie handle. Die Türkei werde Feindseligkeiten nicht wieder aufnehmen wollen, aber — schon aus inneren Gründen — lieber vor den Grossmächten als vor den Balkanstaaten zurückweichen. Zur Flottendemonstration werde es daher voraussichtlich kaum kommen. Mérey.

Tel. nach St. Petersburg, 7. Jan. 1913 Nr. 16 (chiffr. 9 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 5235.

Tel. nach Sofia, 7. Jan. 1913 Nr. 8 (chiffr. 9 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 5235.

Nr. 5256. Tel. aus Sofia, 7. Jan. 1913 Nr. 10 (eing. 8. Jan. 10 U. a. m.).a) Entziff.

Konseilspräsident sagte mir soeben, Vertreter der Verbündeten hätten sich über Anraten der Botschafter entschlossen, Verhandlungen nicht abzubrechen. Es wäre zu wünschen, dass Grossmächte jetzt in Konstantinopel

ernstliche Pression üben. Herr Geschoff fürchtet, es werde noch lang dauern, bevor Friede geschlossen; Nachrichten, die man durch Flüchtlinge über Lage in Adrianopel bekomme, seien unverlässlich. Ein noch von niemand gekanntes Ereignis — welches mir Konseilspräsident vertraulich mitteilte und an welches er einige Hoffnung knüpft — sei, dass General Savoff und Nazim Pascha sich heute nachmittags bei Čataldja begegnen sollen. Die Initiative zu dieser Begegnung, deren Zweck noch unbekannt, sei von Nazim Pascha ausgegangen; es dürfte sich um Adrianopel handeln.

Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 5263, 5301.

Nr. 5257. Tel. aus Sofia, 7. Jan. 1913 Nr. 11 (eing. 8. Jan. 9 U. a. m.).[a]) *Entziff.*

Anlässlich heutiger Unterredung mit Ministerpräsidenten kam er auf „bedauerliche" Wendung zu sprechen, die rumänische Frage genommen. Bulgarien strebe Verständigung an und sei bereit, Grenzregulierung, Garantien bezüglich Integrität der Dobrutscha, Schleifen der Befestigungen der Silistriabrücke über Donau nach Wunsch Rumäniens und Privilegien für Kutzowalachen zu gewähren. Zuletzt sei bulgarische Regierung sogar von ihrem Standpunkte, nur unbewohnte Gebiete zu geben, abgegangen, und wolle eine Anzahl Dörfer abtreten. Ich liess (im Sinne des hohen Telegrammes 7 vom 7. d. M.) Bemerkung fallen, dass dieses Angebot nicht befriedigend und Stimmung in Rumänien kein Nachgeben erwarten lasse. Was Rumänien verlange, sei aber unerhört, erwiderte Herr Geschoff: 3000 km² Land, 100 Dörfer und 3 Städte (Silistria, Balčik, Kavarna) sei keine Grenzregulierung mehr! und die aggressive Art, in der Herr Take Jonesco in seinen Interviews auf diesen Forderungen bestehe, wie auch herausfordernder Ton rumänischer Presse erschwere Verständigung. Konseilspräsident bemerkte in Form freundlichen Vorwurfes, dass unsere fortdauernde Mobilisierung Rumänien zu intransigenter Haltung ermutige. Ich erwiderte, dass keine Mobilisierung, dass ich blos von gewissen militärischen Massnahmen gehört, über die mir aber nichts Näheres bekannt. Da Mitredner insistierte, fügte ich hinzu, dass, wenn diese Massregeln nicht widerrufen werden, ist es deswegen,[b]) da offenbar Gründe, die sie veranlassen — die aber mit rumänisch-bulgarischer Frage nichts gemein hätten —, fortbestehen. Herr Geschoff meinte, dass Pourparlers zwischen Danew und Mişu fortgeführt werden würden, von Abtretung einer Stadt, sei es Silistria oder eine andere, könne aber keine Rede sein. Was immer Rumänien im Schilde führe und was immer aus diesen für Bulgarien so schweren Komplikationen entstehen mag, seien König und Regierung entschlossen, diesbezüglich nicht nachzugeben. Auf Eventualitäten, auf die Konseilspräsident anzuspielen schien, ging ich nicht ein, sondern gab Erwartung Ausdruck, dass dank weiteren Entgegenkommens Bulgariens glückliche Verständigung doch zustandekommen würde. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 5261, 5302, 8566. — [b]) So!

Nr. 5258. Tel. aus Berlin, 8. Jan. 1913 Nr. 19 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Telegramm Euer Exzellenz Nr. 20 vom 6. d. Mts. erhalten. Unterstaatssekretär ersucht mich, Euer Exzellenz seinen verbindlichsten Dank für die Mitteilung auszusprechen. Inzwischen habe Herr von Tschirschky eine entsprechende Meldung erstattet, worauf deutscher Botschafter in Rom telegraphisch beauftragt worden sei, Marquis di San Giuliano zu beruhigen und zu versichern, dass die von mehreren Seiten verbreitete Nachricht, Österreich-Ungarn strebe die Erwerbung des Lovčen an, frei erfunden sei. Mein italienischer Kollege hatte mich diesbezüglich schon wiederholt interpelliert; meine Antwort war, dass mir von ähnlichen Absichten der k. u. k. Regierung nichts bekannt sei. Betreffs der Belassung Skutaris bei Albanien habe ich Unterstaatssekretär gegenüber neuerdings unter Benützung der mir zur Verfügung gestellten Argumente darauf hingewiesen, dass wir von unserem diesbezüglichen Standpunkte nicht abgehen könnten. Szögyény.

Nr. 5259. Tel. aus Berlin, 8. Jan. 1913 Nr. 20 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Vertraulich. Inhalt des Telegrammes Nr. 22[a]) vom 6. d. Mts. Unterstaatssekretär mitgeteilt. Herr Zimmermann sagte mir, dass auch nach seiner Ansicht die Demarche General Tatischews auf einen Auftrag Kaiser Nikolaus zurückzuführen sei, welcher in einem früheren Stadium erfolgt ist. Hiesiger russischer Botschafter, der gestern bei ihm vorgesprochen, habe ihn darin auch bestärkt; allerdings habe aber Herr von Swerbejew hiebei seinen grossen Befürchtungen Ausdruck verliehen, dass die österreichisch-ungarische Politik infolge der Ereignisse der allerletzten Zeit „sich geändert habe und ihre Spitze kontinuierlich immer mehr und mehr gegen Russland richte." Unterstaassekretär habe ihm geantwortet, dass, insoferne es sich hiebei um militärische Massnahmen handle, konstatiert werden müsse, dass der erste Schritt von Russland durch das Zurückhalten der ausgedienten Mannschaften gemacht worden sei. Szögyény.

[a]) Mit Tel. Nr. 22, 6. Jan. 1913 (chiffr. 11 U. p. m.) wurde n. 5213 nach Berlin mitgeteilt.

Nr. 5260. Tel. aus Berlin, 8. Jan. 1913 Nr. 21 (eing. 9 U. 50 M. p. m.). Entziff.

Inhalt Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 24 vom 6. Unterstaatssekretär mitgeteilt. Herr Zimmermann wiederholte mir, dass nach seiner Ansicht die Dreibundmächte den Ententemächten jedenfalls zuvorkommen sollten. Aus diesem Grunde habe er Fürsten Lichnowsky beauftragt, sich mit Grafen Mensdorff und Marquis Imperiali ins Einvernehmen zu setzen und, sobald über den modus procedendi ein Einverständnis erzielt sei, eine betreffende Anregung eines der Dreibundkollegen zu unterstützen.
Szögyény.

Nr. 5261. Tel. nach Bukarest, 8. Jan. 1913 Nr. 12 (chiffr. 10 U. 40 M. p. m.).[a] Konz. (S. Schreibmaschine; V. Pogatscher; G. Berchtold).

Fürst Lichnowsky hat im Einvernehmen mit seinen Dreibundkollegen bei der Botschafter-Réunion in London angeregt, es möchten die Mächte, im Anschluß an eine Kollektivdemarche in Konstantinopel zwecks Herbeiführung des Friedens, auch in Sofia einwirken, um Bulgarien zu einer konzilianten Haltung gegenüber den rumänischen Wünschen zu bewegen. Ich habe den Grafen Mensdorff angewiesen,[b] den Vorschlag des deutschen Botschafters zu unterstützen, was er auch bereits getan hat. Es müßte nach meiner Auffassung für die gedachte Einwirkung ein geeigneter Zeitpunkt und eine geeignete Form gewählt werden. Der günstige Zeitpunkt wäre wohl dann gegeben, wenn die Kollektivdemarche in Konstantinopel ein Bulgarien befriedigendes Resultat ergeben hätte. Die zu wählende Form aber wäre die freundschaftlicher Ratschläge der einzelnen Vertreter der Mächte in Sofia. Vorstehendes zu Euer Durchlaucht Information und streng vertraulicher Mitteilung ausschließlich an König Karol. Euer Durchlaucht Telegramm Nr. 3 vom 7. d. M. habe ich erhalten. Graf Tarnowski telegraphiert unterm 7. d. M.: ... *wie n. 5257 vom Anfang bis („Silistria, Balčik, Kavarna)*“... Wir halten an der Hoffnung fest, daß Bulgarien in Zukunft sich noch weiter entgegenkommend zeigen werde, in welcher Hinsicht wir unsere Bemühungen in Sofia fortsetzen werden, und glauben, daß es aber auch im rumänischen Interesse wäre, wenn die Frage durch eine friedliche und ein gutes Verhältnis auch für später sichernde Vereinbarung gelöst werden könnte. Hiebei bemerke ich, daß ich den Eindruck gewonnen habe, als ob Rumänien das Hauptgewicht auf die Erwerbung eines Hafens am schwarzen Meere legt. Es würde mich interessieren zu wissen, ob dieser Eindruck ein richtiger ist, und ersuche ich Euer Durchlaucht, mir Ihre bezüglichen sehr vorsichtig einzuholenden Wahrnehmungen zu melden, um für meine weitere Haltung in dieser Angelegenheit eine Orientierung zu haben.

[a] Vgl. n. 5276, 5280, 5282, 5309. — [b] Vgl. n. 5243.

Unterredung mit dem rumänischen Gesandten, 8. Jan. 1913. Siehe n. 5277.

Nr. 5262. Tel. aus Bukarest, 8. Jan. 1913 Nr. 4 (eing. 9. Jan. 6 U. 40 M. a. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. Minister des Äussern bat meinen russischen Kollegen und mich um unseren Besuch und teilte uns mit, dass die Verhandlungen der rumänischen Vertreter in London mit Herrn Danew an einem toten Punkte angelangt seien. Danew habe erklärt, die Verhandlungen nicht mehr fortführen zu können und dieselben einem anderen Vertreter überlassen zu müssen, trotzdem die rumänischen Delegierten sogar zu verstehen gegeben hätten, dass die rumänische Regierung eventuell bereit wäre, Bulgarien auch mit mehr als diplomatischer Hilfe gegen die Türkei beizustehen. Nachdem die rumänische Regierung in diesem Vorgehen Bulgariens nicht nur eine augenscheinliche Verschleppungsabsicht sehen

muss, sondern darin auch einen höchst unfreundlichen Akt und einen Beweis der Missachtung seitens Bulgariens erblickt, findet sie sich gezwungen, energische Massnahmen zu treffen. Seine Majestät der König habe sich daher entschlossen, die Linie Furtukaia[b]-Balčik militärisch zu besetzen. Die gesamte Armee würde vorderhand nicht mobilisiert werden, sondern nur 40—50.000 Mann die Besetzung vornehmen. Es würde sich nur um die Indiehandnahme eines Faustpfandes handeln behufs Ausübung eines ausserordentlichen Druckes, um Bulgarien zu weiteren Verhandlungen zu zwingen. Minister des Äussern ersuchte uns, diesen Entschluss Seiner Majestät des Königs unseren Regierungen streng vertraulich mitzuteilen. Auf meine und Herrn Schebekos Vorstellungen, dass dieses Vorgehen den Krieg bedeute, antwortete Herr Majoresco, dass ein entscheidender Schritt notwendig sei, nachdem Rumäniens Würde es erheische, sich nicht mehr länger von Bulgarien hinhalten zu lassen. Meinen Versuch, weitere Argumente ins Treffen zu führen, um Rumänien zum Temporisieren zu bewegen, schnitt Minister mit dem Bemerken ab, dass die königliche Entscheidung gefallen sei. Auf meine Frage, wann Einmarsch erfolgen dürfte, antwortete Majoresco, falls Bulgarien nicht einlenke, in drei bis vier Tagen. Schebeko und ich haben Eindruck gewonnen, dass die Demarche des Herrn Ministers des Äussern bezweckt, unsere Regierungen über tiefen Ernst der Situation aufzuklären und dieselben zu veranlassen, einen Hochdruck auf Bulgarien auszuüben. Russischer Kollege, der sich über Tragweite obiger Erklärung äusserst besorgt zeigte, teilte mir mit, er habe heute Depeschen erhalten, laut deren Herr Danew sich durch Grafen Benckendorff und bulgarischen Gesandten in St. Petersburg an Herrn Sazonow mit dem Ersuchen um Intervention bei rumänischer Regierung gewendet habe. Bulgarien sei bereit, Silistria zu schleifen, Landstreifen mit 20 Dörfern abzutreten, Autonomie Kutzowalachen anzuerkennen und ausdrücklichen Verzicht auf rumänische Dobrutscha auszusprechen. Er habe auftraggemäß obige Konzessionen Bulgariens Herrn Majoresco mit dem Bemerken mitgeteilt, dass russische Regierung die Annahme derselben befürworte. Minister versprach, Seiner Majestät dem Könige dieselben vorzutragen, doch halte er sie für ungenügend, die an letzter Stelle stehende sogar als beleidigend. K. E. Fürstenberg.

[a] Oe. U. Balkan 123 Nr. 226. Vgl. n. 5276, 5278, 5279, 5280, 5288, 5289, 5303, 5310, 5330 Anm. a, 5349 Anm. c, 5370, 5373, 5400. — [b] Richtig: Turtukaj.

Nr. 5263. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 8. Jan. 1913 Nr. 11 (eing. 6 U. p. m.).[a] Entziff.

Vertraulich. Minister des Äussern war in Tschataldja, um mit General Savow in Verbindung zu treten. Nach einigen Andeutungen, die Gabriel Effendi soeben Legationsrat Pára gegenüber fallen liess, scheinen diese Besprechungen zu keinem Resultate geführt zu haben. Minister sagte folgendes dem genannten Botschaftsmitglied: „Les puissances sont contre nous, elles veulent démembrer la Turquie, il nous reste que de continuer la guerre au risque même de perdre Constantinople.“ Pallavicini.

[a] Vgl. n. 5256, 5265.

Nr. 5264. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 8. Jan. 1913 Nr. 13 (eing. 9. Jan. 10 U. a. m.).[a] Entziff.

Im Gegenstand Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 14 von heute ist meinem deutschen Kollegen bisher keine Instruktion zugekommen. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 5284, 5287.

Nr. 5265. Bericht aus Konstantinopel, 8. Jan. 1913 Nr. 1 A (eing. 11. Jan.). Ausfert.

Wie ich Eurer Exzellenz schon zu wiederholten Malen zu berichten die Ehre hatte, habe ich mich bemüht, die türkischen Staatsmänner zu überzeugen, dass es im Interesse der Türkei gelegen sei, je früher Frieden zu schliessen und auf den Besitz Adrianopels zu verzichten. Hiebei wies ich in erster Linie auf die Gefahren hin, welche dem osmanischen Reiche bei Hinausziehung des Krieges in Kleinasien drohen würden. Besonders eindringlich sprach ich mich in diesem Sinne anlässlich meines letzten Pfortenbesuches aus, über welchen mein ergebenes Telegramm vom 6. d. M. Nr. 9 gehandelt hat. Der Minister des Äussern gab mir auch die Stichhältigkeit meiner Argumentation ohne weiteres zu. Als ich auf die Gefahren in Kleinasien hinwies, sagte er mir, dass die Türkei sich über dieselben klar sei und man hier sogar Kenntnis davon habe, dass Russland tatsächlich in Sebastopol militärische Vorkehrungen treffe, welche nur gegen die Türkei gerichtet sein können. Trotzdem erhielt ich aber aus meiner Unterredung den Eindruck, als ob man türkischerseits jetzt fester denn je auf dem Standpunkte stehe, Adrianopel nicht aufzugeben. Der Minister schien mir zu verstehen geben zu wollen, dass die Türkei aus irgendwelchen Gründen, die mir jedoch noch nicht klar sind, von ihrem intransigenten Standpunkte nicht abgehen könne. Ich frug Gabriel Effendi, ob irgendwelche Abmachungen vorliegen, die mir unbekannt sind und welche die Sachlage natürlich vollständig ändern würden. Hierauf gab er mir keine bestimmte Antwort, liess aber doch durchblicken, dass irgendwelche geheime Besprechungen mit Bulgarien stattgefunden hätten. Ich konnte dies auch daraus ersehen, dass er die Frage von Adrianopel mit jener von Salonik in Zusammenhang brachte und dabei bemerkte, der Türkei wäre es lieber, wenn letzteres nicht in griechischen, sondern in bulgarischen Besitz kommen würde. Ich bin nicht in der Lage zu beurteilen, ob diese Anspielungen Gabriel Effendis eine faktische Unterlage haben, oder ob dieselben nicht vielleicht blos aus taktischen Gründen gemacht worden sind. Seit dieser meiner Besprechung mit Gabriel Effendi fand, wie ich Eurer Exzellenz unter Nr. 11 am heutigen Tage telegraphisch zu melden die Ehre hatte, eine Zusammenkunft des Ministers mit General Savoff statt, welche, wie wenigstens aus den Äusserungen Gabriel Effendis zu Legationsrat Para hervorgeht, zu keinem Resultat geführt zu haben scheint. Es ist aber immerhin möglich, dass auch diese letzteren Andeutungen des Ministers nur mit der Absicht gemacht worden sind, um den wirklichen Tatbestand vorläufig zu verschleiern und dass es sich doch vielleicht um eine türkisch-bulgarische Machination gegen Griechenland wegen Salonik handeln könnte. Es ist übrigens auch möglich,

dass der Grund für die intransigentere Haltung der Türkei in der allgemeinen Lage liegt, welche sich in der letzten Zeit unzweifelhaft günstiger für dieselbe gestaltet hat. Der Antagonismus zwischen den Feinden des osmanischen Reiches spitzt sich täglich mehr zu und es liegt daher nahe, dass die türkischen Staatsmänner mit demselben rechnen. Andererseits muss zugegeben werden, dass sich die militärische Lage der Türkei sehr gebessert hat. Montenegro ist nicht imstande, Skutari zu nehmen und scheint überhaupt so ziemlich erschöpft. Die Griechen sind bisher noch nicht einmal dazugekommen, Janina wirklich zu belagern und erleiden sogar von den Resten der türkischen Truppen wiederholt mehr oder weniger ernste Schlappen. Aber was die Hauptsache ist, scheint die Kampffähigkeit der Bulgaren an der Tschataldja-Linie eine sehr fragliche zu sein. Dem gegenüber haben sich die Türken während des Waffenstillstandes sehr gestärkt. Auf der Tschataldja-Linie stehen 160.000, bei Gallipoli 80.000 Mann. Es ist daher nicht zu verwundern, dass in die türkische Armee das Selbstbewusstsein wieder zurückgekehrt ist und dass man den Krieg nicht abschliessen will, ohne die Waffenehre wenigstens teilweise wieder hergestellt zu haben. Diese Tendenz ist in der ganzen Armee verbreitet und muss eine jede Regierung, sei es die Kiamil Paschas oder eine andere, mit derselben rechnen. Nur bestärkt kann diese Gedankenrichtung durch den Umstand werden, dass die Alliierten trotz wiederholter Drohungen, die Verhandlungen abbrechen zu wollen, dieselben doch immer wieder weiterführen, was hier die Überzeugung festigt, dass sie zur Fortsetzung des Krieges überhaupt nicht imstande sind. Eine Pression von Seiten der Mächte scheint mir unter diesen Umständen wenig Erfolg zu versprechen, wenn sie nicht wirklich effektiv ist; andrerseits aber ist es mir nicht recht klar, wie man eine solche Pression effektiv gestalten könnte: es sei denn, dass man die Türkei mit Krieg bedrohe, wie dies allerdings seitens Russlands bereits hier angedeutet wurde. Pallavicini.

Nr. 5266. Bericht aus Konstantinopel, 8. Jan. 1913 Nr. 1 B (eing. 11. Jan.).[a] Ausfert.

Mein deutscher und mein russischer College haben sich vor einigen Tagen zufällig bei mir getroffen. Bei dieser Gelegenheit entspann sich zwischen den beiden Herren eine Conversation über die Frage der Abtretung Adrianopels, welche stellenweise recht animierte Formen annahm. Baron Wangenheim erwähnte, dass er schon zu wiederholten Malen im Sinne der ihm von Berlin aus zugekommenen Instructionen der Pforte gegenüber zur Nachgiebigkeit gemahnt habe; dies sei jedoch natürlich immer in der Form freundschaftlicher Rathschläge geschehen. Hierauf meinte Herr von Giers, dass diese Methode bei der bekannten Mentalität der Türkei nicht zum Ziele führen könne und dass man, seiner Ansicht nach, mit viel stärkeren Pressionsmitteln arbeiten müsse. Als ein solches erwähnte er die Absperrung Konstantinopels von der Zufuhr an Lebensmitteln und Munition. Auf diese Ausführungen antwortete mein übrigens ziemlich impulsiver deutscher Kollege in recht erregtem Tone, dass ein derartiges Vorgehen jedem Gefühle menschlicher Gerechtigkeit und Moral Hohn

sprechen würde, da es doch nicht angehe, dass einer besiegten Nation von dritter Seite Bedingungen aufgedrängt werden, welche der Sieger selbst nicht imstande sei, aus eigener Kraft durchzusetzen. Übrigens halte er es für ausgeschlossen, dass man eine derartige Ungerechtigkeit dem deutschen Parlamente und der deutschen öffentlichen Meinung jemals würde mundgerecht machen können. Im weiteren Verlaufe des Gespräches beruhigte sich Baron Wangenheim wieder und meinte, man könne vielleicht auf die Weise eine allgemein annehmbare Lösung der Frage finden, dass die Türkei Adrianopel zwar an Bulgarien abtrete, letzteres aber die Verpflichtung übernehme, die jetzt dort bestehenden Festungen zu schleifen und auch in Zukunft keine zu erbauen. Hiedurch hätte jede der beiden Mächte einen Schritt der Annäherung an den Standpunkt der andern gemacht. Herr von Giers erwiderte hierauf, dass ihm persönlich dieser Modus diskutierbar erscheine, obwohl ihm nicht bekannt sei, wie sich seine Regierung dazu verhalten würde. Während dieser Auseinandersetzungen habe ich mich darauf beschränkt, zuzuhören ohne an derselben persönlich teilzunehmen. Vorstehendes beehre ich mich, Eurer Exzellenz hauptsächlich aus dem Grunde zur Kenntnis zu bringen, da mir bekannt ist, dass meine beiden genannten Kollegen über den Inhalt des Gespräches an ihre Regierungen Bericht erstattet haben. Pallavicini.

a) Vgl. n. 5692.

Nr. 5267. Bericht aus Konstantinopel, 8. Jan. 1913 Nr. 1 C (eing. 11. Jan.).a) Ausfert.

Vertraulich. Wie ich dem hohen Telegramme vom 6. l. M. Nr. 8, entnehme, wurde seitens der Londoner Botschafter eine Pression der Mächte durch eine vor Konstantinopel zum Schutze ihrer Angehörigen und Interessen vorzunehmende Flottendemonstration ins Auge gefasst. Ich frage mich, wie eine solche Demonstration, wenn sie sich überhaupt als wünschenswert erweisen sollte, in Praxis durchzuführen wäre. Was die ausser den Stationären derzeit hier liegenden fremden Kriegsschiffe anbelangt, so ist zunächst der Umstand zu bedenken, dass alle Mächte die ausdrückliche Erklärung abgegeben haben, dass ihre Anwesenheit nur dem Schutze ihrer Nationalen dienen solle; es wäre wol kaum im Geiste dieser Erklärung, diese Kriegsschiffe zu Demonstrationszwecken zu verwenden. Aber auch abgesehen davon kann ich mir nicht vorstellen, wie die seit vielen Wochen andauernde Anwesenheit dieser Kriegsschiffe über Nacht in eine „Demonstration" umgewandelt werden soll, es wäre denn, dass irgendwelche Gewaltmassnahmen oder die Drohung mit solchen hinzuträten; ein immerhin recht bedenklicher Vorgang. Übrigens sind von Grossmächten nur mehr Deutschland, Frankreich, Russland und England anders, als durch die Stationäre vertreten; Österreich-Ungarn und Italien könnten daher an solchen Gewaltmitteln nur mit ganz unzureichenden Kräften teilnehmen. Andere Kriegsschiffe als die jetzt anwesenden könnten nur mit der Erlaubnis der ottomanischen Regierung die Meerengen passieren, oder selbe forciren. Eine solche Erlaubnis kann zum gedachten Zwecke nicht eingeholt werden,

sie würde auch von der Pforte sicher verweigert; forciren lässt sich allenfalls der Bosporus, die Dardanellen aber nicht ohne grosse Opfer und Risken. Es bliebe somit nur noch die Möglichkeit einer Ansammlung von Schiffen ausserhalb der Meerengen, etwa in der Besika-Bay, welcher Gedanke — wie ich von meinem englischen Kollegen höre — Sir Edward Grey vorschwebt. Wenn hier keine fremden Kriegsschiffe lägen, so wäre von dieser Art Demonstration ein nennenswerter Eindruck zu erwarten; im Volke wenigstens würde man die Empfindung haben, „die fremden Kriegsschiffe sind schon so nahe, wer weiss ob sie nicht bis vor Konstantinopel kommen." So aber liegen hier selbst schon Feuerschlünde genug, um Respekt einzuflössen; der Gedanke, die fremde Flotte um einige Einheiten vermehrt zu sehen, wird nichts Erschreckendes haben. Eine kategorische Aufforderung an die Dardanellenforts, die Passage zu gestatten; im Weigerungsfall einige blinde Schüsse: dies würde viel'eicht einigen Eindruck machen. Wenn die Pression aber in dieser Form nicht schon den gewünschten Erfolg erzielt und eine ernste Forcierung nicht beabsichtigt ist, so wird die Sache zu einem kläglichen Fiasko. Blockirung der Meerengen, Abschneidung der Zufuhr von Lebensmitteln? Dieses von meinem russischen Kollegen ventilierte Mittel wäre drastisch genug, aber Europa würde dadurch in erster Linie seinen eigenen Handel schädigen, jedenfalls aber über den Rahmen einer blossen Demonstration sehr bedeutend hinausgreifen. Ich resumiere, dass ich meinerseits, soweit, wie des öftern betont, Konstantinopel in Betracht kommt, keinen praktischen Weg sehe, die Anregung der Londoner Botschafter zu verwirklichen. Eher könnte ich mir eine Flottendemonstration in Smyrna oder einem der syrischen Häfen vorstellen, wobei aber wieder eine Reihe anderer Erwägungen in den Vordergrund tritt, auf die ich an dieser Stelle nicht näher einzugehen Anlass habe. Mein deutscher Kollege steht der Idee einer Demonstration sehr ablehnend gegenüber und findet, dass es für Deutschland die richtige, von ihm auch seiner Regierung empfohlene Politik wäre, in der Frage des Friedensschlusses ähnlich, wie seinerzeit in der Kretensischen „die Flöte niederzulegen" und sich der Türkei gegenüber nur auf die Wahrung seiner wirtschaftlichen Interessen zu beschränken; dadurch werde Deutschland hier sein früheres Prestige zurückgewinnen.

Pallavicini.

P. S. Dem mir inzwischen zugekommenen hohen Telegramme vom 8. d. M. Nr. 14, entnehme ich, dass meine Auffassung, die ausnahmsweise hierher zugelassenen Kriegsschiffe könnten nicht zu Demonstrationszwecken verwendet werden, auch von Euer Excellenz geteilt wird. Pallavicini.

a) Vgl. n. 5339, 9516.

Nr. 5268. Tel. nach London, 8. Jan. 1913 Nr. 35 (chiffr. 9 U. 20 M. p. m.). Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

Antwort auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 24 vom 7. d. M. Euer Exzellenz sind ermächtigt, in der Botschafterréunion zu erklären, daß die k. u. k. Regierung keine Einwendung dagegen erhebt, daß die Insel Thasos seinerzeit dem Königreiche Bulgarien einverleibt werde. Berchtold.

Nr. 5269. Tel. nach London, 8. Jan. 1913 Nr. 36 (chiffr. 10 U. 20 M. p. m.).[a] Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 22 vom 7. l. M. Euer Exzellenz Sprache zu Sir Edward Grey in der Scutarifrage hat meine volle Billigung gefunden. Da der Staatssekretär eine Diskussion der Scutarifrage in der Botschafterréunion solange verschoben sehen will, bis eine Einigung mit mehr Sicherheit zu erwarten steht und geneigt zu sein scheint, in dieser Richtung zwischen Rußland und uns zu vermitteln, würde ich Wert darauf legen, daß Euer Exzellenz baldigst Gelegenheit zu einer neuerlichen Aussprache mit Sir Edward Grey finden. Anknüpfend an das von Hochdenselben einberichtete Gespräch hätten Euer Exzellenz zunächst darauf hinzuweisen, daß eine Aufschiebung der Behandlung der Scutarifrage, welche auch eine solche der Delimitation Albaniens überhaupt involviere, nicht im Interesse der allgemein ersehnten Entspannung gelegen sei. Von einer russischen Niederlage könne wohl nicht die Rede sein, da die Frage, ob Scutari albanesisch bleiben oder montenegrinisch werden solle, kein unmittelbares russisches Interesse berühre und von einem Druck auf Montenegro, wenigstens solange nicht gesprochen werden kann, als Scutari sich noch erfolgreich gegen die Montenegriner verteidige. Da Sir Edward Grey den Gedanken eines Kompromisses aufgeworfen hat, wäre es vielleicht an der Zeit, ihm, dem Staatssekretär, allein und zwar in streng vertraulicher Form durchblicken zu lassen, daß wir geneigt wären, wenn Rußland seinen Standpunkt bezüglich Scutaris aufgibt, gleichzeitig bezüglich der Ostgrenze Albaniens, wobei Prisren zu nennen wäre, Koncessionen zu machen und auch bezüglich der Vergrößerung Montenegros mit Ausschluß von Scutari die Wünsche Rußlands zu unterstützen. Eine gegenständliche Meldung Herrn von Méreys vom 8. l. M. teile ich Euer Exzellenz zu Hochdero Orientierung in einem gleichzeitigen Telegramme[b] mit. Berchtold.

[a] Vgl. n. 5344, 5449, 5459, 5577. — [b] Mit Tel. Nr. 34, 8. Jan. 1913 (chiffr. 10 U. p. m.) wurde n. 5272 nach London mitgeteilt.

Nr. 5270. Tel. nach London, 8. Jan. 1913 Nr. 37 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 23 vom 7. l. M. Im Sinne der Anregung der Botschafterréunion, die Missionschefs in Konstantinopel mit Instruktionen zu versehen, erteile ich unter einem die entsprechenden Aufträge an Markgraf Pallavicini. Was die Entsendung von Kriegsschiffen in die Bezika-Bay betrifft, erscheint mir dieser Gedanke im Prinzipe akzeptabel und weit glücklicher als die früher in Aussicht genommene Androhung einer Flottendemonstration in Konstantinopel. Euer Exzellenz wollen sich in vorstehendem Sinne gegenüber Sir E. Grey und Ihren Kollegen vernehmen lassen. Berchtold.

[a] Oe. U. Balkan 123 Nr. 224. Vgl. n. 5325 Anm. a.

Nr. 5271. Tel. aus London, 8. Jan. 1913 Nr. 30 (eing. 9. Jan. 9 U. a. m.). Entziff.

Erhalten Telegramm Nr. 32 und Sir E. Grey mitgeteilt, dass Euer Exzellenz Instruktionen nach Konstantinopel erlassen haben. Staatssekretär empfing heute die türkischen Delegierten, die ihm ihr Leid klagten. Er erwiderte, es handle sich um Tatsachen. Könnte die Türkei durch Wiederaufnahme des Krieges Besitz von Adrianopel retten, so liesse sich dieser Standpunkt vertreten. Nachdem dies nicht der Fall sei, könnte sie aber nur verlieren, wenn Feindseligkeiten von neuem beginnen. Sir E. Grey hat aber heute den Eindruck, dass trotz unserer Demarche Pforte vielleicht nicht nachgeben wird, weil Regierung zu schwach gegenüber der Militärpartei ist. Gemeinsame Demarche müsse aber nach seiner Meinung jedenfalls stattfinden, da sonst irrige Auffassung sich verbreiten könnte, dass Mächte uneinig sind, was jedenfalls verhütet werden sollte. Demarche werden wir bei morgiger Reunion besprechen. Mensdorff.

Unterredung mit dem ital. Botschafter, 8. Jan. 1913. Siehe n. 5298.

Nr. 5272. Tel. aus Rom, 8. Jan. 1913 Nr. 18 (eing. 4 U. 30 M. p. m.).[a] *Entziff.*

In der Skutarifrage glaube ich in wiederholten eindringlichen Unterredungen, hiesigen Minister des Äussern, welcher ursprünglich für montenegrinischen Standpunkt eingenommen und wegen einschlägiger Haltung Russlands besorgt war, nicht nur von Berechtigung und Unerschütterlichkeit unserer Stellungnahme überzeugt, sondern auch zu entsprechender Einwirkung auf russisches Kabinett bewogen zu haben. Als ich mich gestern im Sinne der hohen Telegramme vom 6. dieses Monats Nr. 24 und 29[b]) aussprach, meinte Marquis di San Giuliano, er nehme jetzt nach seinen Nachrichten an, dass Russland in dieser Frage nachgeben werde. Nur müsste man Montenegro billiger Weise ausser dem künftigen und doch problematischen Terrain, welches durch Senkung des Wasserspiegels des Skutarisees gewonnen werden könnte, noch einen Teil der Ebene nördlich von Skutari zuweisen. Hinsichtlich des Lovcen ist der Minister jetzt durch die letzten Meldungen des Herzogs von Avarna,[c]) ferner einer vertraulichen Mitteilung Herrn von Jagows,[d]) meine gestrigen auftraggemässen Äusserrungen und vor allem durch unser offiziöses Dementi, welches von den heutigen Zeitungen reproduziert wurde, beruhigt. Mérey.

[a]) Vgl. n. 5269 Anm. b. — [b]) Mit Tel. Nr. 29, 6. Jan. 1913 (chiffr. 7. Jan. 12 U. 30 M. a. m.) wurde n. 5212 nach Rom mitgeteilt. — [c]) Vgl. n. 5227, 5383. — [d]) Vgl. n. 5216.

Nr. 5273. Tel. aus Rom, 8. Jan. 1913 Nr. 19 (eing. 4 U. 30 M. p. m.). Entziff.

In Angelegenheit der bulgarischen Gebietsabtretung an Rumänien (hohe Telegramme vom 6. dieses Monats Nr. 28 und vom 7. dieses Monats Nr. 31) wird hiesiger Minister des Äussern dem Botschafter in London analoge Instruktion, wie die dem Grafen Mensdorff und dem Fürsten Lichnowsky erteilte, zukommen lassen. Mérey.

Nr. 5274. Tel. aus Rom, 8. Jan. 1913 Nr. 20 (eing. 4 U. 45 M. p. m.). Entziff.

Der von Euer Exzellenz mit hohem Telegramme Nr. 25 vom 6. dieses Monats vorgeschlagene Text der Instruktion an den k. u. k. Gesandten in Athen in Angelegenheit der Südgrenze Albaniens erscheint dem hiesigen Minister des Äussern ganz entsprechend und wird er italienischen Gesandten in Athen analog instruieren. Mérey.

Nr. 5275. Tel. aus Athen, 9. Jan. 1913 Nr. 12 (eing. 10. Jan. 9 U. a. m.). Entziff.

Verfolg Telegrammes Nr. 9 vom 7. d. M. Da Herr Coromilas heute abends auf die Abgrenzungsfrage Albaniens zu sprechen kam, äusserte ich mich erneuert im Sinne Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 3 vom 7. d. M. umsomehr als mir italienischer Gesandter mitgeteilt hatte, den in Euer Exzellenz Telegramm Nr. 7[a]) vom 9. d. M. erwähnten Auftrag inzwischen erhalten zu haben und sich im Sinne desselben heute bei Herrn Coromilas aussprechen zu wollen. Dessen Erwiderung mir gegenüber beschränkte sich auf die Euer Exzellenz bereits einberichteten Argumente, ohne dass hiebei neue Gesichtspunkte zu Tage traten. Aber auch bei diesem Anlass unterliess es Coromilas nicht, zu betonen, wie bedauerlich es wäre, dass bei uns so wenig Verständnis für den Geist des Hellenismus bestehe und speziell für die Rolle, die letzterer im Epirus spiele, von wo aus er befruchtend auf Griechenland hinüber wirke, das ihm viel, ja fast alles zu verdanken habe. Braun.

[a]) Mit Tel. Nr. 7, 8. Jan. 1913 (chiffr. 8 U. 10 M. p. m.) wurde Empfang von n. 5233 bestätigt und mitgeteilt, daß italienischer Gesandter analogen Auftrag wie n. 5226 erhält.

Tel. nach Bukarest, 9. Jan. 1913 Nr. 15 (chiffr. 10. Jan. 1 U. 20 M. a. m.). Siehe n. 5288.

Nr. 5276. Tel. nach Bukarest, 9. Jan. 1913 Nr. 16 (chiffr. 10. Jan. 12 U. 10 M. a. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Der Umstand, daß Herr Maioresco Euer Durchlaucht und Ihren russischen Kollegen — laut Telegramm Nr. 4 vom 8. l. M. — zu einem gemeinsamen Besuche geladen hat, um Ihnen den schwerwiegenden Entschluß König Carols behufs Mitteilung an die beiderseitigen Regierungen bekanntzugeben, läßt mich annehmen, daß Seine Majestät wünsche, Österreich-Ungarn und Rußland sollten einen Ausgleich zwischen Rumänien und Bulgarien gemeinsam in die Hand nehmen. Demzufolge beauftrage ich unter einem Grafen Thurn, sich mit Herrn Sazonow über das im Gegenstande zu Veranlassende ins Einvernehmen zu setzen. Euer Durchlaucht wollen dies dem Herrn Minister des Äußern mitteilen und ihm gleichzeitig sagen, daß wir (vide mein Telegramm Nr. 12 vom 8. l. M.) im Begriffe stehen, im Vereine mit Deutschland und Italien bei der Botschafterréunion in London dahin zu wirken, daß im Anschlusse an eine Kollektivdemarche in Konstantinopel auch in Sofia zwecks Herbeiführung einer konzilianteren

Haltung gegenüber den rumänischen Wünschen eingewirkt werde. Unter diesen Umständen wäre es rumänischerseits wohl zu erwägen, ob ein Resultat dieses zugunsten Rumäniens ins Auge gefaßten Schrittes nicht noch abzuwarten wäre, bevor eine militärische Aktion unternommen wird, welche für lange Zeit die Wiederherstellung guter Beziehungen zwischen Rumänien und Bulgarien in Frage stellen würde. Euer Durchlaucht wollen hinzufügen, daß ich bereit wäre, auch allein oder im Vereine mit Rußland — von einer Demarche aller Großmächte abgesehen — einen gesonderten Schritt in Sofia zu unternehmen, daß es mir jedoch zu diesem Behufe wünschenswert schiene, über das Mindestmaß dessen vertraulich informirt zu sein, womit sich Rumänien begnügen würde. Bei diesem Anlasse könnten Euer Durchlaucht vielleicht feststellen, ob mein im obcitirten Telegramme erwähnter Eindruck ein richtiger ist, daß nämlich Rumänien das Hauptgewicht auf die Erwerbung eines neuen Hafens am schwarzen Meere legt. Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 125 Nr. 230. Vgl. n. 5299, 5310.

Nr. 5277. Tagesbericht über eine Unterredung mit dem rumän. Gesandten, 9. Jan. 1913 Nr. 175. Konz. (S. Hohenlohe; G. Berchtold).

Der rumänische Gesandte hat mir gestern mitgeteilt, daß der albanische Notable Fazil Pascha Toptani bei seinem ersten Secretär Carp gewesen sei und ihm von der Kandidatur des Fürsten zu Wied für den Thron von Albanien gesprochen habe. Herr Mavrocordato fügte hinzu, die rumänische Regierung stehe in dieser Frage auf dem Standpunkte, daß vorerst die Konstituierung des albanischen Staates erfolgen müsse; erst nachher könne man sich mit der Wahl eines Fürsten für dieses Land beschäftigen.

Nr. 5278. Tel. aus Bukarest, 9. Jan. 1913 Nr. 5 (eing. 1 U. p. m.).[a]) *Entziff.*

Im Nachhange zum Telegramm Nr. 4. Erfahre durch meinen bulgarischen Kollegen, dass Herr Danew weniger durch sachliche Differenzen veranlasst wurde, Verhandlungen mit rumänischem Delegierten nicht fortzuführen, als durch persönliche Unstimmigkeiten mit Take Jonesco, der in Paris erklärt haben soll, Herr Danew habe sich betreffs Grenzregulierung in Bukarest gebunden. Sollte Herr Mişu, der der eigentliche und einzige Bevollmächtigte sei, entsprechende, obigen Ausspruch Takes rektifizierende Erklärung Herrn Danew abgeben, so dürfte dieser Verhandlungen mit Herrn Mişu fortsetzen. Werde dies rumänischem Minister des Äussern heute gesprächsweise mitteilen. Da das Vorgehen Danews hier das Meiste zu schwerwiegendem Entschlusse der Besetzung beigetragen zu haben scheint, stelle Erwägung Euer Exzellenz anheim, ob Graf Mensdorff nicht zu beauftragen wäre, zur Begleichung bestehender Differenzen zwischen rumänischem und bulgarischem Delegierten sein Möglichstes in rascher Weise beizutragen. Grosse Gefahr wird jedoch insolange bestehen, als sich beide Staaten allein gegenüberstehen und Grossmächte nicht Ausgleich in die Hand nehmen. Vide Bericht Nr. 2 vom 7. d. M. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 5280, 5281, 5288.

Nr. 5279. Tel. aus Bukarest, 9. Jan. 1913 Nr. 7 (eing. 4 U. 30 M. p. m.).[a] *Entziff.*

Minister des Äussern erschien eben bei mir und ersuchte mich, im Namen Seiner Majestät des Königs Euer Exzellenz zwei Fragen vorzuschlagen: 1.) Ob Euer Exzellenz nicht geneigt wären, Grafen Mensdorff, dessen gute Stellung bei König Ferdinand ihm bekannt sei, einzuladen, Herrn Danew darüber zu sondieren, warum Bulgarien auf hiesigen Anwurf, Bulgarien auch mit mehr als diplomatischer Hilfe in Konstantinopel beizustehen, kein Gehör schenken will. 2.) Wie Wiener Kabinett sich verhalten würde, falls Rumänien sich gezwungen sehen würde, militärische Massnahmen gegen Bulgarien zu treffen, und dann von Bulgarien und Serbien angegriffen würde. Minister sprach mir auch über ihm von London zugekommene Absicht (Telegramm Nr. 8[b]) vom 6. d. M.). Er gab mir zu verstehen, dass rumänischer Regierung das Indiehandnehmen des rumänisch-bulgarischen Streitfalles durch die Grossmächte nicht unerwünscht wäre. Dies bestätigt meine bereits geäusserte Meinung und glaube ich, dass man hier mit Ausnahme von Silistria Grenzwünsche auf ein Minimum reduzieren würde, falls dies unter dem Drucke der Grossmächte geschähe. Auch mit Hinblick auf direkte russische Demarche (meine Depesche Nr. 4 von heute), die hier zwar befremdet, doch beantwortet werden wird und die schliesslich dazu führen könnte, dass Bulgarien infolge Drängens Russlands Silistria abtritt, würde diesen Weg anempfehlen. Es wäre für unsere Situation besser, falls wir keinen energischen Schritt zu Gunsten Rumäniens in Sofia unternehmen wollen, dass Rumänien Silistria aus der Hand der Grossmächte als der Russlands erhält. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 5311, 5316. — [b]) Vgl. n. 5240 Anm. b.

Nr. 5280. Tel. aus Bukarest, 9. Jan. 1913 Nr. 8 (eing. 5 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 12 vom 9. d. Mts. Aus meinem Bericht Nr. 2 und Telegrammen Nr. 4, 5, 6[a]) von heute werden Euer Exzellenz über Situation informiert sein. Meiner Meinung nach wird hier auf Silistria der grösste Wert gelegt, in zweiter Linie auf Kavarna. Da man auf beides unbedingt nicht verzichten wird, so glaube ich, dass man eher Kavarna preisgibt als Silistria. Letzteres würde nur im grössten Notfalle aufgegeben werden, dann aber auch südlich von Kavarna gelegenes Balčik beansprucht werden. K. E. Fürstenberg.

[a]) Liegt nicht bei den Akten und ist auch nicht protokolliert.

Nr. 5281. Tel. aus Bukarest, 9. Jan. 1913 Nr. 9 (eing. 7 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Streng vertraulich. Herr Majoresco vertraute mir heute an, dass man hier auch an Höchster Stelle mit Tätigkeit Take Jonescos nicht zufrieden. Er spreche zu viel und habe unberechtigter Weise Herrn Mişu in Hintergrund gedrängt. Er habe nur Auftrag gehabt, englische Staatsmänner und

Presse zu beeinflussen. Sollte sich daher Herr Danew nur an Persönlichkeit Jonescos stossen und sonst guten Willens sein, so würden bald Unterhandlungen wieder ins Geleise kommen. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 5278, 5349 Anm. d.

Nr. 5282. Tel. aus Bukarest, 9. Jan. 1913 Nr. 10 (eing. 7 U.p.m.).[a]) Entziff.

Habe bisher Schlusspassus Euer Exzellenz Depesche Nr. 9[b]) vom 7. d. M. und Nr. 12 Alinea 3[c]) Seiner Majestät dem Könige nicht mitgeteilt, da mir scheint, dass hier ein gewisser Zweifel an unserer vollkommenen Loyalität gegenüber Rumänien in bulgarischem Streitfalle zu keimen beginnt. Bekanntgabe obiger Konsiderationen Euer Exzellenz hätte eventuellen Zweifeln in dieser Beziehung Nahrung gegeben, was unbedingt vermieden werden muss. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 5308. — [b]) Vgl. n. 5217 von „Euer Durchlaucht wollen bei diesem Anlasse" bis Schluß. — [c]) Alinea 3 von n. 5261 reicht von „Es müßte nach meiner Auffassung" bis „der Mächte in Sofia".

Nr. 5283. Bericht des Generalkonsuls Rudolf Weinzetl aus Cetinje, 9. Jan. 1913 Nr. 4 (eing. 13. Jan.). Ausfert.

Mit Beziehung auf das mir von Eurer Exzellenz unter dem 8. d. M. gütigst übermittelte Aide-Mémoire[a]) des kaiserlich russischen Ministeriums des Äussern vom 15./28. Dezember v. J. möchte ich mir ergebenst erlauben, auf zwei Punkte dieser Pièce zu reflektieren, welche das Verhältnis Skutaris zu Montenegro berühren. Die kaiserliche Regierung glaubt, dass die jüngsten Ereignisse vollgiltige Beweise des Vertrauens liefern könnten, welches die albanesischen Katholiken und die montenegrinische Regierung einander entgegenbringen. Diesfalls erlaube ich mir zu bemerken, dass die vorübergehende Waffenbrüderschaft zwischen Montenegrinern und Malissoren, was diese Letzteren anlangt, ein Akt der Verzweiflung war und dass das Zusammengehen der Katholiken mit dem montenegrinischen Erbfeinde nur den Zweck verfolgte, den anderen Erbfeind, dessen Joch in der letzten Zeit unerträglich geworden war, abzuschütteln. Kaum war das Schicksal der Türkenherrschaft über Albanien endgiltig besiegelt, als sich die Malissoren sofort zurückzogen und dem Gospodar jede Illusion über ihre Sympathien zu Montenegro, wenn Er sich je solche gemacht, benahmen. In diesem Zusammenhange möchte ich einer mir vorgestern zugekommenen Konfidentennachricht erwähnen, welche die Beunruhigung der montenegrinischen Belagerungsarmee vor Skutari durch albanesische Banden meldet. König Nikolaus gibt sich denn auch, wie schon aus mehreren Seiner Äusserungen Baron Giesl gegenüber hervorgeht, über die wahre Natur Seines Bündnisses mit den Malissoren jetzt vollständig Rechenschaft. Ich glaube auch zu wissen, dass Ihm seinerzeit gerade von Seiten der hiesigen russischen Gesandtschaft eindringliche Warnungen zugegangen sind, die Freundschaft der katholischen Bergstämme ernstlich in sein politisches Kalkül zu ziehen. Bezüglich der russischen Argumentation, es hiesse Montenegro einen schlechten Dienst erweisen, wenn man seine Dynastie dazu verurteilte,

ihren permanenten Stützpunkt in der Diplomatie des Auslandes zu suchen, erlaube ich mir die Bemerkung, dass dieser Einwurf die tatsächlichen Verhältnisse geradezu auf den Kopf stellt, indem uns ja offenbar eine einmalige oder vielleicht fallweise Unterstützung der Dynastie vorzuschweben scheint, während es gerade Russland ist, das durch die jährliche, an 2 Millionen Kronen betragende Subvention den Parasitismus dieses Landes recht eigentlich grossgezogen hat und — nicht zum geringsten Teile — Schuld daran trägt, dass die Dynastie Njegoš im Vertrauen auf die auswärtige finanzielle Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung Montenegros mit verschränkten Armen gegenüberstand und dadurch — trotz Podgorica und Dulcigno — seiner beispiellosen Verarmung Vorschub leistete. Weinzetl.

[a]) Vgl. zweite Beilage von n. 5127.

Tel. nach Konstantinopel, 9. Jan. 1913 Nr. 19 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 5287.

Nr. 5284. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 9. Jan. 1913 Nr. 15 (eing. 9 U. p. m.).[a]) Entziff.

Mit Bezugnahme auf mein gestriges Telegramm Nr. 13. Deutscher Botschafter hat Instruktionen betreffend Kollektiv-Demarche erhalten. Botschafterréunion findet heute nachmittags bei mir statt. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 5286.

Nr. 5285. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 9. Jan. 1913 Nr. 16 (eing. 10. Jan. 10 U. 50 M. a. m.).[a]) Entziff.

Bezug auf mein Telegramm Nr. 17. Im Einzelnen erlaube ich mir zu vereinbartem Text zu (bemerken),[b]) dass sich die wesentlich abgekürzten Umstilisierungen der Punkte 1 bis 4 der Greyschen Proposition als die Resultate der von französischer und anderer Seite diesbezüglich gehegten Bedenken darstellen. Die neue Form scheint mir im Ganzen eher besser. In der neuen Stilisierung des 5. Punktes (jetzt zweiter Absatz) konnte ich eine deutlichere Präzisierung im Sinne Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 14 nicht durchsetzen, da meine Kollegen alle fanden, die Abtretung nicht aller Inseln sei durch Conditionnel „qui seraient cédées" schon hinlänglich angedeutet. Im früheren 6. Punkt (jetzt 3. Absatz) ist auf hartnäckiges, vom französischen Botschafter unterstütztes Drängen des russischen Botschafters der Ausdruck „intérêts des Turcs" in „intérêts musulmans" umgewandelt worden, zumal sich Herr von Giers darauf berief, dass dieser Ausdruck auch von den Londoner Botschaftern in dieser Weise korrigiert worden sei. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 5286, 5312. — [b]) Chiffre fehlt.

Nr. 5286. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 9. Jan. 1913 Nr. 17 (eing. 10. Jan. 11 U. a. m.).[a]) Entziff.

In der in meinem Telegramme Nr. 15 von heute angekündigten Botschafterréunion, die einen ziemlich glatten Verlauf nahm und in welcher

irgendwelche Pressionsmittel gegen die Türkei von keiner Seite ventiliert wurden, ist nachstehender Text einer der Pforte kollektiv zu überreichenden Note vereinbart worden:

„Les Gouvernements d'Autriche-Hongrie, Angleterre, France, Russie, Allemagne et Italie ayant envisagé de concert les conditions dans lesquelles viennent d'être suspendus les pourparlers de paix engagés entre la Turquie d'une part et les quatre Etats coalisés de Bulgarie, Grèce, Monténégro et de Serbie d'autre part, ont été unanimement d'avis que la Sublime Porte n'avait pas suffisamment tenu compte dans ses propositions aux alliés des résultats de la guerre non plus que des conséquences que la reprise des hostilités pourraient avoir pour l'Empire ottoman et sur lesquelles ils appellent sa plus sérieuse attention.

Ils sont disposés user de leur influence pour que les îles qui seraient cédées aux alliés et qui auraient une importance stratégique soient pourvues d'une administration soumise à des conditions de neutralisation telles qu'elles ne puissent constituer une menace pour la Turquie.

En ce qui concerne la ville d'Adrianople, ils usent également de leur influence pour que les termes de cession définitive de cette place aux alliés soient conçus de façon à préserver les intérêts musulmans relatifs aux mosquées et aux biens religieux ainsi qu'à en assurer la sauvegarde."

Da der deutsche Botschafter Weisung hatte, den hier vereinbarten Text noch der Approbation seiner Regierung vorzulegen, einigten wir uns alle dahin, desgleichen zu tun und deren Direktiven abzuwarten. Dementsprechend bitte ich Euer Exzellenz um telegraphische Instruktionen. Fortsetzung folgt. Pallavicini.

[a]) Oe. U. Balkan 126 Nr. 231. Vgl. n. 5285, 5312, 5331, 5337.

Nr. 5287. Tel. nach London Nr. 41 (1) und Konstantinopel Nr. 19 (2), 9. Jan. 1913 (chiffr. 11 U. p. m.).[a]) *Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).*

1. Wie mir Herr von Tschirschky gestern auftragsgemäß vertraulich mitgeteilt hat, erhält Fürst Lichnowsky von seiner Regierung folgende Instruktion: „An unserem Standpunkt in der Inselfrage halten wir fest, da es unbillig wäre, der Pforte, die freiwillig bereits auf große Gebiete verzichtet, durch Druck der Mächte weitere Opfer ohne jedes Zugeständnis abzunötigen. Derartige Rigorosität könnte Revolution und völligen Zusammenbruch der Türkei provozieren, was zu verhüten das allgemeine europäische Interesse gebietet. Wir wollen aber durch die Diskussion hierüber die Demarche in Konstantinopel nicht aufhalten und ermächtigen Freiherrn von Wangenheim, bei Redaktion identischer Note mitzuwirken. Dagegen müssen wir darauf bestehen, daß gleichzeitig mit der Demarche bei der Pforte, nicht nachträglich, analoger Schritt der Mächte zugunsten Rumäniens in Sofia erfolgt. Solche freundschaftliche Intervention wird dort gerade in diesem Moment am ehesten verstanden werden, da sie ebenso wie das Vorgehen in Pera die Abwendung der Kriegsgefahr bezweckt und Bulgarien als Entgelt für erhebliche Vorteile, die ihm die Mächte bei der Pforte erwirken wollen, Zugeständnisse an Rumänien öffentlicher Meinung

gegenüber am leichtesten rechtfertigen kann. Ob es angezeigt ist, die Demarche in Sofia als conditio sine qua non von unserer Teilnahme an der Demarche in Pera hinzustellen, bitte ich im Einvernehmen mit Ihren Dreibundkollegen nach eigenem Ermessen zu entscheiden." Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Information und Regelung Ihrer Sprache gegenüber dem deutschen Kollegen. Was speziell die Frage betrifft, ob die Demarche in Sofia als conditio sine qua non unserer Teilnahme an der Demarche in Konstantinopel hinzustellen wäre, ersuche ich Euer Exzellenz, im Auge behalten zu wollen, daß sich Markgraf Pallavicini bereits im Besitze einschlägiger Instruktionen befindet und wir daher diesbezüglich nicht mehr freie Hand haben. Im übrigen lege ich auf ein geschlossenes Vorgehen Euer Exzellenz mit Ihren Kollegen von Deutschland und Italien den größten Wert und instruire in diesem letzteren Sinne auch Markgrafen Pallavicini.

2. Antwort auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 13 vom 8. d. M. Hiesiger deutscher Botschafter machte mir gestern auftragsgemäß folgende vertrauliche Mitteilung: „Freiherr von Wangenheim wird beauftragt, bei Redaktion der Note geschlossen mit seinen Dreibundkollegen vorzugehen, auf Berücksichtigung unserer in London vorgebrachten Wünsche zu dringen und den vereinbarten Text vor Überreichung zunächst nach Berlin zu drahten." Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Information mit dem Bemerken, daß ich auf ein geschlossenes Zusammengehen Euer Exzellenz mit den Botschaftern Deutschlands und Italiens den größten Wert lege. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 5305, 5321.

Nr. 5288. Tel. nach London Nr. 42 (1), St. Petersburg Nr. 22 (2), Sofia Nr. 12 (3) und Bukarest Nr. 15 (4), 9. Jan. 1913 (chiffr. 10. Jan. 1 U. 20 M. a. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

1.—3. Im Verfolge meines Telegrammes
1. Nr. 40[b])
2. Nr. 21[b])
3. Nr. 11[b])

1.—3. von heute. Prinz Fürstenberg telegraphiert unter dem 9. l. M. wie folgt: ... *wie n. 5278 von „Erfahre durch" bis „Weise beizutragen"* ...

1. Wenn Euer Exzellenz in der Lage sein sollten zu konstatiren, daß die kritische Wendung, welche die bulgarisch-rumänische Frage zu nehmen droht, auf persönliche Differenzen zurückzuführen ist, würde ich größtes Gewicht darauf legen, daß Hochdieselben letztere durch eine taktvolle Vermittlung zu beseitigen versuchen. Euer Exzellenz hätten hiebei jedoch von den beiden Meldungen Prinzen Fürstenbergs keinen Gebrauch zu machen und sich Herrn Danew gegenüber auf eine Bemerkung zu beschränken, Hochdieselben seien davon informiert, daß die Lage eine kritische sei, da rumänischerseits die Frage ernstlich erwogen werde, durch Besetzung eines Landstriches sich in den Besitz eines Faustpfandes zu setzen und Bulgarien zu einer

rascheren Behandlung der Verhandlungen zu bringen. Euer Exzellenz wollen hinzufügen, daß es im Interesse des Friedens und eines künftigen freundschaftlichen Verhältnisses zwischen den beiden Königreichen äußerst bedauerlich wäre, wenn Rumänien durch eine temporisirende Behandlung der Verhandlungen seitens Bulgariens zu einem Entschlusse gedrängt würde, dessen Rückwirkung auf die beiderseitigen Beziehungen in absehbarer Zeit kaum wieder gutgemacht werden könnte.

2.—3. Bei Mitteilung obiger Bukarester Meldung telegraphiere ich an Grafen Mensdorff wie folgt: (Inseratur ex Telegramm sub 1 von „Wenn Euer Exzellenz in der Lage sein sollten" bis zum Schlusse.)

4. Erhalten Euer Durchlaucht Telegramme Nr. 4 und 5 vom 8. beziehungsweise 9. l. M. Bei Mitteilung obiger Telegramme telegraphiere ich an Grafen Mensdorff wie folgt: (Inseratur ex Telegramm sub 1 von „Wenn Euer Exzellenz in der Lage sein sollten" bis zum Schlusse.) Vorstehendes zu Euer Durchlaucht streng vertraulicher Information. Ich muß es Ihrem Ermessen überlassen, inwieweit Euer Durchlaucht es für nützlich halten, sich über die Grafen Mensdorff erteilte Instruktion Herrn Maioresco gegenüber vernehmen zu lassen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 5310, 5322. — [b]) Mit Tel. Nr. 40 (1), 21 (2), 11 (3), 9. Jan. 1913 (chiffr. 11 U. p. m.) wurde n. 5262 nach London (1), St. Petersburg (2) und Sofia (3) mitgeteilt.

Nr. 5289. Tel. aus London, 9. Jan. 1913 Nr. 31 (eing. 6 U. 50 M. p. m.).[a]) Entziff.

Herr Take Jonescu war eben bei mir und erzählte mir, Situation sei gestern sehr ernst gewesen, er habe von Bukarest Telegramm erhalten, dass man Geduld verliere „et qu'on était décidé sans mobilisation ou déclaration de guerre d'occuper d'ordre de Sa Majesté les territoires que la Roumanie réclame." Er hätte sofort sehr entschieden warnend nach Bukarest telegrafiert und soeben Nachricht erhalten, Herr Geschoff habe rumänischer Regierung wissen lassen, er wünsche, dass Herr Danew wieder mit Take Jonescu in Verhandlung trete. Herr Danew erwarte neue Instruktionen und Antwort auf seinen bereits Samstag nach Sofia gerichteten Brief. Take Jonescu hofft morgen Konversation mit ihm aufzunehmen. Eventualität obengedachter rumänischer Aktion, die zu Krieg führen müsste, scheint soweit für den Augenblick behoben. Es bestehen verschiedene persönliche griefs. Herr Danew beklagt sich über angebliche Äusserungen Take Jonescus in Paris, die dieser in Abrede stellt, und worüber er heute an Herrn Poincaré schreibt. Take Jonescu wieder hört von Bukarest, Herr Danew habe in Wien erzählt, er habe nie verstanden, was Rumänien eigentlich wünsche, während es ihm von rumänischer Seite klar gesagt worden war. Take Jonescu war über gestrige Nachrichten sehr aufgeregt, wollte schon abreisen und glaubt in dem angedeuteten Schritte seiner Regierung ein Zeichen zu sehen, dass König von Rumänien Geduld verliere und Situation für sich und Dynastie ernst beurteile. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 5262.

Nr. 5290. Tel. aus London, 9. Jan. 1913 Nr. 32 (eing. 10. Jan. 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Sir E. Grey hat uns bei heutiger Réunion eine serbische Note mitgeteilt (die ich per Depeschenkasten vorlege), worin mit sehr schwungvollen und pathetischen Phrasen, welche Heiterkeit unserer Réunion erweckten, erklärt wird „que la Serbie se soumettra à la volonté de l'Europe et se retirera des rivages serbes de l'Adriatique."[1] Sir E. Grey war der Ansicht, man sollte von dieser Erklärung Akt nehmen. Ich bemerkte, man müßte erkenntlich machen, daß das Versprechen, sich zurückzuziehen, sich nicht nur auf die Küste, sondern auch auf das Gebiet des künftigen Albanien, wie es von den Mächten festgesetzt werden wird, bezieht. Dies wird angenommen[2] und Herr Cambon redigiert folgende Erklärung: „Les Puissances prennent acte de cette déclaration. Elles considèrent que la Serbie sera tenue d'évacuer le littoral et les territoires de l'Albanie après sa délimitation par les Puissances dès que les dites Puissances lui auront notifié leur décision."[3] Ich bitte um Weisung, ob gegen vorstehende Redaktion irgendeine Einwendung. Mensdorff.

[1] Bravo. — [2] ! — [3] Ja.
[a] Oe. U. Balkan 124 Nr. 227. Vgl. n. 5295, 5318, 5427, 6044.

Nr. 5291. Tel. aus London, 9. Jan. 1913 Nr. 33 (eing. 10. Jan. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Bezüglich Schiffe für Bezika Bay wäre es wichtig ehetunlichst für unsere Réunion zu wissen und erbitte ich mir telegraphische Weisung, „si nos Gouvernements envoient des bateaux à Bezika baie, quel sera leur nombre et à quelle date ils se proposent d'y arriver." Gouvernement anglais a donné instruction au commandant à Malte d'être préparé pour que deux bâtiments de guerre (classe avant-dreadnought) se mettent en route dès qu'ils recevront l'ordre. Gouvernement français a donné l'ordre de diriger deux bateaux vers Bezika baie. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 5317.

Nr. 5292. Tel. aus London, 9. Jan. 1913 Nr. 34 (eing. 10. Jan. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Unter Bezugnahme auf Euer Exzellenz Telegramme Nr. 29 und 33.[b] Fürst Lichnowsky zeigte mir bei heutiger Réunion Instruktionen seiner Regierung, die allergrößtes Gewicht darauf legen, Schritte in Sofia gleichzeitig mit Demarche in Konstantinopel zu machen. Unter diesen Umständen glaubte ich nicht in der Réunion eigens hervorheben zu sollen, daß Euer Exzellenz den Schritt erst nachher zu machen wünschen, bis unsere Aktion in Konstantinopel ein für Bulgarien günstiges Resultat erzielt haben wird. Ich unterstützte deutschen Kollegen im allgemeinen mit ausdrücklichem Vorbehalt, daß nicht von Kollektivdemarche in Sofia die Rede sein könne, sondern nur von freundschaftlichen Ratschlägen an die bulgarische

Regierung die von den Vertretern der Mächte einzeln gemacht würden. Italienischer Kollege schloß sich mir an. Es entstand lebhafte Diskussion zwischen Lichnowsky und Benckendorff. Letzterer glaubt, daß Danew und Take Jonescu, die sich beinahe brouilliert hatten, heute wieder miteinander verhandeln und möglicherweise einer Verständigung nahe sein könnten. Die zwei genannten Balkanstaatsmänner, die beide zu uns allen kommen und unter dem Siegel der Verschwiegenheit uns häufig widersprechende Mitteilung machen, wären, nach Graf Benckendorffs Meinung, erst jetzt zur Erkenntnis des Ernstes der Lage gekommen. Graf Benckendorff meint — ohne jede Instruktion — er könnte unmöglich seiner Regierung raten, Ratschlag in Sofia zu erteilen, wenn Rumänien so provokatorisch vorginge, wie es die militärische Besetzung bulgarischer Territorien ohne Kriegserklärung wäre, die gestern in Bukarest geplant wurde. Wenn sich die Situation ändere, könnte freundschaftliche Pression in Sofia geboten sein und er habe prinzipiell nichts dagegen. Nachfolgend die deutsche Erklärung und die daran geknüpfte Bemerkung unserer heutigen Réunion: Le Gouvernement Impérial est d'avis, qu'il est indispensable que la démarche des Puissances à Sophia en faveur des réclamations roumaines ne suive pas la démarche collective auprès de la Sublime Porte, mais qu'elle soit simultanée. Une intervention amicale à Sophia dans cet ordre d'idées qui viserait comme celle à Péra à écarter le danger de la guerre, aura à ce moment un accueil d'autant plus favorable que la Bulgarie sera en état de justifier vis à vis de son opinion publique les concessions faites à la Roumanie par les avantages sérieuses que les Puissances sont en train de lui procurer auprès de la Sublime Porte. Personne ne fait d'objections en principe, mais l'Ambassadeur de Russie ne le trouve pas opportun dans l'état actuel des négociations entre Take Jonescu et Danew et en vue de l'attitude menaçante de la Roumanie en ce moment. Jedenfalls ist die deutsche Erklärung gemacht und von mir unterstützt worden, um was es sich vielleicht in erster Linie für die deutsche Regierung mit Rücksicht auf Rumänien handelte. Nach Herrn Danew scheint es momentan vor allem wichtig, daß Rumänien keine zu drohende Haltung annehme, welche es den Bulgaren unmöglich machen würde, Entgegenkommen zu zeigen. Mensdorff.

[a]) Oe. U. Balkan 125 Nr. 229. Vgl. n. 5305, 5309, 5321. — [b]) Mit Tel. Nr. 33, 8. Jan. 1913 (chiffr. 8 U. p. m.) wurde Empfang von n. 5247 bestätigt und diesbezüglich neuerdings auf n. 5243 verwiesen.

Nr. 5293. Tel. aus London, 9. Jan. 1913 Nr. 35 (eing. 10. Jan. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Bei heutiger Reunion regte französischer Botschafter an, ob es nicht wirksamer wäre, wenn die Note an die Pforte nicht eine von den dortigen Botschaftern, sondern direkt von den Regierungen der sechs Mächte verfasste wäre, welche gleichzeitig mit der Übergabe in Konstantinopel auch den türkischen Botschaftern bei den sechs Mächten in den respektiven Hauptstädten übergeben werden würde. Nach langer Diskussion über Pro und Kontra dieser Vorgangsweise und nachdem der Gedanke ausgesprochen

wurde, es würde für unsere Regierungen vielleicht einfacher sein, wenn wir ihnen das Projekt einer derartigen Note unterbreiten, einigten wir uns, morgen wieder uns zu versammeln, und bitte ich unseren französischen Kollegen, bis dahin uns mit Berücksichtigung aller von den verschiedenen Regierungen gemachten Modifikationsanregungen den Text zu einer Note zu redigieren, den wir dann unseren Regierungen zur Genehmigung telegraphieren werden. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 5319.

Nr. 5294. Bericht aus London, 9. Jan. 1913 Nr. 4 A (eing. 11. Jan.).[a] Ausfert.

Nach Herrn Venizelos hat Herr Streit mich aufgesucht um die Ausführungen des griechischen Memorandums über die Grenzlinie, welche Griechenland gegen Albanien beansprucht, zu unterstützen und ihre Richtigkeit zu beweisen. Da Herr Streit im Detail der statistischen Ziffern und geographisch-ethnographischen Verhältnisse nachweisen wollte, wie begründet die griechischen Ansprüche seien, so liess ich durch den Gesandten Baron Giesl und Sektionschef Ippen diese fachliche, detaillierte Erörterung mit Herrn Streit durchsprechen. Ich beehre mich die Aufzeichnung über diese Besprechung in der Anlage vorzulegen.[b] Die albanesischen Delegierten haben heute auf der Botschaft vorgesprochen und mitgeteilt, dass sie den bulgarischen Gesandten Herrn Madjarof über seinen Wunsch aufgesucht haben. Herr Madjarof führte ihnen gegenüber weitläufig aus, dass Bulgarien mit dem neu zu schaffenden Albanien die besten Beziehungen zu erhalten wünsche, dass ja auch kein wesentlicher Interessen-Widerstreit zwischen Beiden bestehe und dass Bulgarien — was die Grenze zwischen Albanien und dem künftigen bulgarischen Landbesitz betrifft — nicht mehr als die Linie des Vertrages von S. Stefano verlange. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 5137, 5190, 5226. — [b] Beilage.

Beilage zu n. 5294.

In der Besprechung über das griechische Memorandum bezüglich der Abgrenzung zwischen Griechenland und Albanien weist Herr Streit darauf hin, dass die dem griechischen Memorandum zu Grunde gelegten Ziffern nicht von der griechischen Propaganda zusammengestellt sind, sondern statistische Ziffern aus türkischer Quelle sind. Es wurde entgegengehalten, dass die Aufstellung von „Grecs albanophones“ und „Grecs vlachophones“ ethnographisch nicht haltbar sei und dass die derart bezeichneten Bevölkerungselemente einfach als Albanier und als Vlachen anzusehen sind und als nicht-griechische Bevölkerung der Ziffer der Griechen entgegengestellt werden müssen. Herr Streit machte geltend, dass unter dieser allerdings nicht-griechischen Bevölkerung die überwiegende Majorität in ihrer politischen Gesinnung und Zugehörigkeitsgefühl als Griechen auftreten und behandelt werden wollen. Zwischen diesen von griechischer Seite gegebenen Ziffern und den von Legationssekretär Bilinski in seinem

mit Kanzleinote vom 17. Dezember 1912 an die Botschaft mitgeteilten Berichte[a]) gegebenen Ziffern wurde bis auf einige nicht sehr bedeutende Differenzen Übereinstimmung konstatiert. Herr Streit erhob auch gegen die von Bilinski angegebene Sprachgrenze zwischen Albaniern und Griechen keine Einwendungen. Hingegen äusserte er sich hiebei dahin, dass Griechenland sich mit der ihm im Jahre 1880 auf der Berliner Konferenz zugebilligten Kalamasgrenze heute nicht mehr zufrieden geben könne, da die gesamte politische Lage von damals und jetzt wesentliche Verschiedenheit aufweise. Griechenland wolle keine griechischen Volksgenossen im zu formierenden Albanien lassen und reklamiere alle gemischten Bezirke, auch jene mit geringen griechischen Minoritäten, gleichgiltig ob dadurch einige Tausend Albanier unter griechische Herrschaft kommen. Da ein Hauptargument des Herrn Streit darin bestand, Oesterreich-Ungarn möge nicht durch weitgehende Opposition gegen die griechischen Wünsche eine ihm gegnerische und abträgliche Stimmung in Griechenland hervorrufen, wurde dem Herrn Gesandten gegenüber hervorgehoben, dass bei der Delimitation die leitenden Grundsätze beachtet werden müssen, ein lebensfähiges Albanien zu schaffen und Gebiete, die durchaus oder in überwältigender Zahl von Albaniern besiedelt werden, nicht von demselben abzutrennen. Angesichts dieser von der Allgemeinheit anerkannten Interessen sei die Delimitation kein ausschliessliches Interesse Österreich-Ungarns, sondern Italien und auch wohl die anderen Mächte dürften den gleichen Standpunkt einnehmen. Herr Streit bemerkte, er habe mit Marquis Imperiali darüber gesprochen und derselbe habe durchblicken lassen, dass Italien an der Grenze zwischen Albanien und Griechenland desinteressiert und eigentlich bereit sei Alles zu akzeptieren; der Herr italienische Botschafter habe keine Beschränkungen der griechischen Wünsche vorgebracht. Da Herr Streit wieder und wieder vorstellte, wie wichtig für Österreich-Ungarn die Erhaltung einer ihm freundlichen Stimmung in Griechenland sei, wurde die Frage hingeworfen, was die praktische Seite und Folge solcher sympathischer Sentiments Griechenlands gegenüber Österreich-Ungarn denn wäre. Herr Streit antwortete, Österreich-Ungarn möge seine Wünsche formulieren; da Herr Venizelos in London sei, könnte dazu gleich von kompetenter Seite Stellung genommen werden. Herr Streit machte schliesslich noch die Angabe, dass die Bucht von Gramala, von welcher die Grenze ausgehen soll, nicht im Golf von Valona liege, sondern ausserhalb derselben nördlich von Chimara.

[a]) Wurde nicht aufgenommen.

Nr. 5295. Bericht aus London, 9. Jan. 1913 Nr. 4 B (eing. 11. Jan.).[a]) *Ausfert.*

Unter Bezugnahme auf mein heutiges Telegramm No. 32, beehre ich mich den Text der Note[b]) vorzulegen, welche die hiesige serbische Gesandtschaft in Angelegenheit der Zurückziehung der serbischen Truppen von der adriatischen Küste nach Friedensschluss an Sir E. Grey gerichtet hat.

Mensdorff.

[a]) Oe. U. Balkan 124 Nr. 228. — [b]) Beilage.

Beilage zu n. 5295. Note der Londoner serbischen Gesandtschaft an Sir E. Grey. London, 8. Jan. 1913. Abschrift.

La Serbie, désirant prouver combien elle respecte la volonté unanime de l'Europe et combien de sacrifices elle est prête à faire dans l'intérêt de la paix européenne, fait la déclaration suivante: En son temps, après la conclusion de la paix et après le règlement des questions qui s'y rattachent, la Serbie se soumettra à la volonté de l'Europe et retirera, des rivages serbes de l'Adriatique, ses troupes qui, au prix d'efforts surhumains et d'énormes sacrifices, ont reconquis ses anciens territoires bordant sur la mer Adriatique, territoires dont la possession lui aurait garanti des communications libres avec les autres Etats. Mais en supportant ces incalculables sacrifices, représentés par tant de sang versé, par la perte de ses meilleurs fils, la Serbie s'attend à ce que les Grandes Puissances estimeront à leur juste valeur l'importance de ces sacrifices — auxquels la Serbie ne se résigne que dans l'intérêt de la paix européenne — et qu'elles ne permettront pas que d'autres sacrifices lui soient demandés, car après tous ceux qu'elle a déjà supportés, elle n'aura ni la possibilité ni les moyens d'en faire de nouveaux, et lui en demander serait la forcer au désespoir et créer une situation dont les conséquences ne pourraient pas être prévues.

Nr. 5296. Privatschreiben nach Paris, 9. Jan. 1913 Nr. 176.a) Konz. (S. Schreibmaschine; G. Szápáry).

Mit bestem Danke bestätige ich den Erhalt Deines Schreibens vom 4. l. M. Ich teile vollkommen Deine Ansicht, daß wir in allen Fragen, wo wir es können, zur Entspannung der Lage beizutragen trachten sollen. Die Erfahrungen der letzten Tage scheinen jedoch darauf hinzudeuten, daß unser höflicher, aber kategorischer Refus, unser militärisches Selbstbestimmungsrecht, sei es durch eine internationale Preßkampagne, sei es durch die direkte Intervention anderer Mächte beeinträchtigen zu lassen, die Spannung in der europäischen Situation nicht gesteigert, sondern die bei den Ententemächten schon früher wahrnehmbare Tendenz noch weiter akzentuiert hat, aus dem am Beginne der jetzigen Krise begangenen Rechenfehler die Konsequenzen abzuleiten und den ohnehin bescheidenen Wünschen der Monarchie entgegenzukommen. Es macht beinahe den Eindruck, als ob der Demobilisierungsrummel der letzte Anlauf des gegnerischen Concerns gewesen wäre, denn seither schlägt die französische Presse einen viel vorsichtigeren und resignierteren Ton an, während Rußland in seiner bis jetzt hartnäckig festgehaltenen Stellungnahme betreffs Skutaris wankend zu werden beginnt. Wenn man französischerseits die Empfindung hat, daß die Orientfrage leicht geregelt werden könnte, wenn wir keine Schwierigkeiten machten, so ist dies — zum Teile wenigstens — richtig. Aber so wie man heute in England sich dessen vollauf bewußt ist, daß die Politik König Eduards im Jahre 1909 verfehlt war, wird man wohl auch in Frankreich — wenn auch langsam — zur Einsicht kommen, daß Poincaré an Scharfblick und selbständigem politischen Urteil hinter Clémenceau zurückblieb, indem er eine Politik unterstützte, welche gegen die Natur der Dinge

Österreich-Ungarns und Rumäniens Einfluß bei Lösung des Orientproblems auszuschalten suchte. Nun muß sich aber hintereinander Serbien, Montenegro, Bulgarien und bald vielleicht auch Griechenland überzeugen, daß der Versuch, auf russische Vorspiegelungen gestützt, Balkanpolitik mit Ausschluß Österreich-Ungarns und Rumäniens machen zu wollen, ein allzukühner war. Die Zentralmächte scheinen sich wieder als die stärkeren zu erweisen und die Aussichten des Planes, an die Stelle der gutmütigen Türkei einen aggressiven „Balkanbund" zu setzen und durch dessen Patronisierung das europäische Übergewicht auf die Seite der Tripelentente zu schieben, sind wesentlich gemindert. Insoferne glaube ich unserer Politik schon heute einigen Erfolg zuguteschreiben zu können, wenn auch noch schwierige Fragen zu lösen sind. Heute, wo der Friede noch nicht geschlossen, die Abgrenzung Albaniens nicht perfekt und die rumänisch-bulgarische Differenz gerade in ein akutes Stadium getreten ist, können wir wohl nicht daran denken, unsere Truppen auf den Friedensstand zu setzen; trotzdem möchte ich mich der Hoffnung nicht verschließen, daß die Verhältnisse uns in absehbarer Zeit gestatten werden, eine Abrüstung ins Auge zu fassen.

[a]) Vgl. n. 5194.

Nr. 5297. Tel. aus Paris, 9. Jan. 1913 Nr. 5 (eing. 7 U. 15 M. p. m.). Entziff.

Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 6 vom 4. dieses Monats. Ich habe gestern mit Herrn Poincaré die Konversationen Euer Exzellenz mit dem russischen Kabinette über Abrüstungsfrage vertraulich besprochen und deren unoffiziellen und dabei freundschaftlichen Charakter entsprechend beleuchtet. Ministerpräsident zeigte sich über dieselben richtig informiert und sagte, er sei aus Petersburg am Laufenden erhalten worden. Ich hatte nicht die Impression, dass er aus Wien unrichtig informiert worden wäre. Herr Poincaré bedauert zwar, dass diese Besprechungen nicht zum erwähnten praktischen Resultate geführt haben, zeigte sich aber über die bei diesem Anlasse zu Tage getretene beiderseitige friedliche und freundschaftliche Intention sehr befriedigt. Er zeigte auch mehr Verständnis für den wahren Charakter unserer militärischen Massregeln. Szécsen.

Nr. 5298. Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters, 9. Jan. 1913 Nr. 174.[a]) Konz. (S. Hohenlohe; G. Berchtold).

Der italienische Botschafter hat mich gestern aufgesucht und mir mitgeteilt, seiner Regierung wäre die streng vertrauliche Information zugekommen, daß von englischer Seite die Kandidatur des Herzogs von Urach für den Thron von Albanien ventilirt wird.

[a]) Vgl. n. 5347.

Tel. nach St. Petersburg, 9. Jan. 1913 Nr. 22 (chiffr. 10. Jan. 1 U. 20 M. a. m.). Siehe n. 5288.

Nr. 5299. Tel. nach St. Petersburg, 9. Jan. 1913 Nr. 23 (chiffr. 10. Jan. 12 U. 20 M. a. m.).[a] Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 21[b] von heute. Mit Rücksicht auf den Umstand, daß Herr Maioresco dem k. u. k. und dem russischen Gesandten gemeinsam von dem Entschlusse König Carols bulgarisches Gebiet militärisch besetzen zu wollen, Mitteilung gemacht hat, schiene mir ein Gedankenaustausch mit dem Petersburger Kabinette darüber wünschenswert, ob die beiden Regierungen nicht im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens eine gemeinsame Demarche in Sofia unternehmen sollten. Euer Exzellenz wollen dies Herrn Sazonow mit dem Bemerken mitteilen, daß ich unter einem Prinz Fürstenberg angewiesen habe,[c] sich Herrn Maioresco gegenüber im Sinne eines Aufschubes der geplanten rumänischen Aktion vernehmen zu lassen. Der k. u. k. Gesandte wird hiebei auf eine gegenwärtig geplante Kollektivdemarche in Konstantinopel zu Gunsten Bulgariens hinweisen, von deren glücklichem Ausgange auch eine nachgiebigere Haltung Bulgariens den rumänischen Wünschen gegenüber zu erhoffen steht. Bei dieser Gelegenheit habe ich Prinz Fürstenberg auch beauftragt, möglichst das Mindestmaß der rumänischen Forderungen in Erfahrung zu bringen, um auf diese Weise eventuell im Vereine mit der russischen Regierung eine Vermittlung zu einem guten Ende führen zu können. Meiner Ansicht nach könnten der k. u. k. und der russische Gesandte in Sofia auf die zu Gunsten Bulgariens von den Großmächten geplante Aktion in Konstantinopel hinweisen, bei welcher sogar eine Pression auf die Pforte in Aussicht genommen sei. Wenn Bulgarien dank dem einmütigen Vorgehen der Großmächte auf diese Weise ohne neue Opfer an Gut und Blut in den Besitz von Adrianopel gelangt, sei es nur billig, daß es, um den von den Großmächten gewünschten Frieden zu erhalten, sich seinerseits zu Koncessionen an Rumänien bereit erkläre, ohne dessen Neutralität auch die bisherigen Erfolge Bulgariens nicht möglich gewesen wären. Sollte es Bulgarien mit Rücksicht auf seine öffentliche Meinung schwer fallen, Rumänien die begehrten Konzessionen zuzugestehen, so wäre eine Gebietsabtretung aus Rücksicht auf die Wünsche der Großmächte immerhin leichter zu rechtfertigen. Ich würde Wert darauf legen, daß Euer Exzellenz bei Besprechung dieser Frage mit einer gewissen Vorsicht vorgehen und in Erfahrung zu bringen trachten, ob und in welcher Weise Herr Sazonow eine friedliche Lösung der Angelegenheit zu erreichen gesonnen ist. Falls die Sprache Herrn Sazonows Euer Exzellenz hiezu Gelegenheit gibt, könnten Hochdieselben als Ihre Auffassung bezeichnen, daß eine Bereinigung der bulgarisch-rumänischen Schwierigkeiten wesentlich erleichtert würde, wenn wir Bulgarien Gewißheit darüber verschaffen könnten, welcher Anteil ihm (abgesehen von Adrianopel) an dem ehemaligen europäischen Besitzstande der Türkei zufallen werde, denn es sei klar, daß ein für seine großen Opfer entsprechend entschädigtes und befriedigtes Bulgarien für Konzessionen an Rumänien leichter zu haben sein werde.

Berchtold.

[a] Vgl. n. 5300, 5349, 5377. — [b] Vgl. n. 5288 Anm. b. — [c] Vgl. n. 5276.

Tel. nach Sofia, 9. Jan. 1913 Nr. 12 (chiffr. 10. Jan. 1 U. 20 M. a. m.). Siehe n. 5288.

Nr. 5300. Tel. nach Sofia, 9. Jan. 1913 Nr. 13 (chiffr. 10. Jan. 1 U. a. m.).[a] Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 11[b] von heute. Anknüpfend an die Meldung Prinz Fürstenbergs telegraphiere ich unter einem an Grafen Thurn wie folgt: ... *wie n. 5299 in extenso* ... Vorstehendes zu Euer Hochgeboren streng vertraulicher Information. Euer Hochgeboren sind jedoch ermächtigt, mit Ihrem russischen Kollegen, insoferne sich dieser im Gegenstande informirt zeigt, in Fühlung zu treten. Sollte Herr Nekludow seitens seiner Regierung instruirt sein, eine Sprache zu führen, welche sich im Rahmen meiner bei Herrn Sazonow gemachten Anregung bewegt, so wollen Euer Hochgeboren im Einverständnisse mit ihm sich bei der bulgarischen Regierung im obigen Sinne vernehmen lassen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 5303, 5326, 5352, 5377. — [b] Vgl. n. 5288 Anm. b.

Nr. 5301. Tel. aus Sofia, 9. Jan. 1913 Nr. 14 (eing. 5 U. p. m.). Entziff.

Bezug auf gehorsames Telegramm Nr. 10 vom 7. d. M. Über vorgestrige, in Čataldja stattgefundene Zusammenkunft General Savows mit Nazim Pascha erzählte mir Konseilspräsident, dass Letzterer von Noradunghian Bey begleitet wurde. Die Türken hätten zuerst Ansinnen Verproviantierung Adrianopels gestellt und, nachdem General Savow diese Frage als undiskutierbar bezeichnete, sprach Gabriel Effendi — an Grossmut König Ferdinands und Weisheit bulgarischer Regierung appellierend — von Unmöglichkeit Abtretung Adrianopels und der Inseln. Herr Geschoff wollte Zweck der Begegnung, bei der blos Fragen, die Gegenstände Londoner Verhandlungen bildeten, aufgeworfen worden wären, nicht begreifen und wunderte sich über diesen Schritt der Türken. Die einzige beachtenswerte Bemerkung, die Noradunghian am Schlusse Zusammenkunft fallen gelassen, sei die gewesen, dass zum orthodoxen Neujahrstage Abschluss des Friedens zu erwarten stünde. Konseilspräsident fügte hinzu, dass nunmehr Führung Friedensverhandlungen von Botschafterkonferenz übernommen. Dafür, wie Lage in Adrianopel und ob Fall Festung bald zu erwarten, hätte bulgarische Regierung keine neuen Anzeichen. Tarnowski.

Nr. 5302. Tel. aus Sofia, 9. Jan. 1913 Nr. 16 (eing. 8 U. p. m.). Entziff.

Bezug auf mein Telegramm Nr. 11 vom 8. dieses Monats. Im Laufe heutiger Unterredung mit Ministerpräsidenten bemerkte er, er hätte von einem meiner Kollegen gehört, dass Londoner Botschafterkonferenz sich mit rumänischer Frage beschäftige. Herr Geschoff wollte wissen, ob mir darüber etwas bekannt, was ich verneinend beantwortete. Konseilspräsident richtete an mich Frage, ob ich sonst aus Wien oder aus London Nachrichten betreffend rumänische Angelegenheit hätte, worauf ich erwiderte, dass mir nichts Neues zugegangen und ich nur wüsste, dass laut unseres Eindruckes Stimmung in Rumänien kein Nachgeben erwarten liesse und bisheriges Angebot Bulgariens nicht befriedige. Ministerpräsident

spielte wieder auf „unsere Mobilisierung“ an und bemerkte, dass Serbien Räumung Durazzos nach Friedensschluss zugesagt hätte, wodurch ein Grund zur Aufrechterhaltung unserer militärischen Massnahmen entfallen dürfte, und wenn es Russland sei, wegen dem wir nicht demobilisieren, so werde russischerseits gesagt, dass dortige militärische Massnahmen von den unsrigen abhängen. Ich antwortete, dass ich über diese Frage nicht informiert und nach wie vor nur auf Presse und eigene Suppositionen angewiesen. Des Weiteren sagte Mitredner, dass zwischen rumänischem und bulgarischem Standpunkt ein zu grosser Zwiespalt als dass man Überbrückung hoffen könnte; Abtretung Silistrias undenkbar. Vor dem Krieg hätte Herr Geschoff rumänischer Regierung Verständigung vorgeschlagen; Rumänien hätte seine Bedingungen damals stellen sollen; nous surprendre à présent n'est pas un geste élégant. Ich wendete ein, dass Rumänien nur mit einem Krieg zur Erlangung von Reformen rechnete. Wie immer, verlief Konversation sehr freundschaftlich. Tarnowski.

Nr. 5303. Tel. aus Sofia, 9. Jan. 1913 Nr. 18 (eing. 10. Jan. 11 U. a. m.).[a] Entziff.

Russischer Kollege sagte mir gesprächsweise, Herr Majoresco hätte vorgestern den Prinzen Fürstenberg und Herrn Schebeko mitgeteilt, dass Rumänien entschlossen, das von ihm verlangte bulgarische Gebiet zu besetzen. Sowohl der österreichisch-ungarische Vertreter, als auch der russische Vertreter hätten davon selbstredend abgeraten. Der bulgarische Gesandte in Bukarest habe erwähnten Entschluss der rumänischen Regierung durch Schebeko und wahrscheinlich Prinzen Fürstenberg konfidenziell erfahren und darüber Sofia telegraphiert, was — wie Herrn Nekludow bekannt — auf König und Regierung konsternierend gewirkt hätte. Der peinliche Eindruck sei noch dadurch verstärkt, dass Herr Kalinkoff zugleich gemeldet, dass zwei rumänische Kabinetsminister in einer unbekannten Mission nach Konstantinopel entsendet worden wären. Diese Reise der rumänischen Minister beunruhige auch Herrn Nekludos. Dass dieselben Mission hätten, auf Türkei Pression im Sinne Friedens zu üben, sei unwahrscheinlich, da erstens Bulgarien diesbezügliches Anerbieten Rumäniens bis jetzt unbeantwortet gelassen und ausserdem es jetzt, wo Grossmächte Führung der Friedensverhandlungen übernommen, für eine rumänische Intervention keinen Raum gebe. Wenn sich Rumänien — so sprach weiter russischer Gesandter — beizeiten das sichern wolle, was ihm Bulgarien nach dem Friedensschlusse nie gewähren würde, könne man sich nicht wundern, wenn aber rumänische Minister Mission hätten, Türkei zum Widerstand zu ermutigen, sei wegen Friedenschancen sehr bedauerlich. Für die hier obwaltende Stimmung ist Äusserung bezeichnend, die heute von einem bulgarischen Staatsmann gehört: „Wir werden uns jetzt, da wir nicht anders können, fügen, werden aber, was uns Rumänien nehmen wird, und noch mehr zurücknehmen, sobald wir von dem jetzigen Kriege erholt.“ Analoge Bemerkung Herrn Dobrović' habe ich bereits mit Telegramm Nr. 9 vom 6. d. Mts. gemeldet. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 5262, 5300, 5313, 8566.

Nr. 5304. Tel. aus Belgrad, 10. Jan. 1913 Nr. 20 (eing. 9 U. p. m.). Entziff.

Gestriger Leitartikel der „Zeit" und Meldung, dass Herr Pašič zweimal vergebens eine Zusammenkunft mit Euer Exzellenz angestrebt hätte und dass ich mich nunmehr hiefür inWien verwende, haben hier sehr schlechten Eindruck gemacht. Ugron.

Nr. 5305. Tel. nach Berlin Nr. 36 (1) und Rom Nr. 49 (2), 10. Jan. 1913 (chiffr. 11. Jan. 12 U. 10 M. a. m.).[a] Konz. (S. Hohenlohe; G. Berchtold).

Graf Mensdorff telegraphiert unterm 9. d. M. ... *wie n. 5292 von „Fürst Lichnowsky zeigte" bis zum Schluß* ... Dieses Telegramm hat sich mit einer Weisung[b] gekreuzt, worin ich dem Grafen Mensdorff die mir bekannt gegebene Instruktion an Fürsten Lichnowsky mitteile und hinzufüge, dass, was speziell die Frage betrifft, ob die Demarche in Sofia eine conditio sine qua non unserer Teilnahme an der Démarche in Constantinopel sei, im Auge zu behalten sei, dass Markgraf Pallavicini bereits im Besitze einschlägiger Instruktionen sich befinde und wir daher diesbezüglich nicht mehr freie Hand hätten. Im Übrigen habe ich Grafen Mensdorff ein geschlossenes Vorgehen mit seinem deutschen und italienischen Kollegen aufgetragen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 5330. — [b] Vgl. n. 5287.

Tel. nach Berlin, 10. Jan. 1913 Nr. 37 (chiffr. 12 U. p. m.). Siehe n. 5317.

Tel. nach Berlin, 10. Jan. 1913 Nr. 38 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 5318.

Nr. 5306. Tel. aus Berlin, 10. Jan. 1913 Nr. 24 (eing. 9 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Vertraulich. Bezug auf Telegramme Nr. 24 vom 6. d. M. und Nr. 29[a] vom 7. d. M. Unterstaatssekretär versichert mir, dass nach Berichten aus Bukarest die Stimmung aller massgebenden Kreise in Rumänien ausserordentlich erregt sei; König Karl selbst benütze jede Gelegenheit, um mit dem Säbel zu rasseln. Unter diesen Umständen hält es Herr Zimmermann für sehr notwendig, dass auf Bulgarien zu Gunsten einer konzilianten Haltung gegenüber den rumänischen Wünschen eingewirkt werde. Was die Anregung des Fürsten Lichnowsky in der Botschafterreunion betreffe, so sei Herr Zimmermann mit derselben umsomehr einverstanden, als dieselbe nicht, wie der deutsche Botschafter behaupte, von ihm selbst ausgegangen sei, sondern einer erhaltenen Instruktion entspreche. Wie mir Unterstaatssekretär sagt, hatte er vorgestern eingehende Unterredungen in dieser Angelegenheit mit dem hiesigen bulgarischen Gesandten und auch mit russischem Botschafter, denen gegenüber er darauf hinwies, dass das Berliner Kabinett, das die rumänischen Wünsche für berechtigt halte, schon mit

Rücksicht auf die verwandtschaftlichen Beziehungen König Karls zum deutschen Kaiser mit besonderer Wärme für deren Erfüllung eintrete.
Szögyény.

[a]) Mit Tel. Nr. 29, 7. Jan. 1913 (chiffr. 11 U. 45 M. p. m.) wurde n. 5222 und n. 5243 nach Berlin mitgeteilt.

Nr. 5307. Tel. aus Berlin, 10. Jan. 1913 Nr. 26 (eing. 9 U. p. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramme No. 28[a]) und 30[b]) vom 7., beziehungsweise 8. d. Mts. Unterstaatssekretär ist ebenso wie Graf Mensdorff der Ansicht, dass italienische Regierung in der Inselfrage, während sie in Wien und Berlin darauf hinarbeitet, die Bundesgenossen vorzuschieben, in London sich sehr reserviert verhalte. Deutscher Botschafter in Rom sei beauftragt worden, bei Marquis di San Giuliano sich dahin zu verwenden, dass die in Aussicht gestellten Instruktionen Marquis Imperiali ehestens erteilt werden. Aus Nachrichten aus Paris und London hat Unterstaatssekretär den Eindruck, dass die Westmächte vermuten, dass zwischen Italien und der Türkei bei dem Friedensschluss in Lausanne gewisse geheime Abmachungen, die Inselfrage betreffend, gemacht worden seien, infolge deren Italien sich für die Zukunft mit dem Gedanken trage, die den Türken verbleibenden Inseln in Besitz zu bekommen. Szögyény.

[a]) Mit Tel. Nr. 28, 7. Jan. 1913 (chiffr. 11 U. p. m.) wurde n. 5223 nach Berlin mitgeteilt. — [b]) Mit Tel. Nr. 30, 8. Jan. 1913 (chiffr. 8 U. 50 M. p. m.) wurde n. 5249 nach Berlin mitgeteilt.

Nr. 5308. Tel. nach Bukarest, 10. Jan. 1913 Nr. 18 (chiffr. 9 U. 20 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; V. Pogatscher und Berchtold; G. Berchtold).

Erhalten Euer Durchlaucht Telegramm Nr. 10 vom 9. l. M., welchem ich entnehme, daß Sie den Schlußpassus meines Telegrammes Nr. 9 vom 7. l. M.[b]) Seiner Majestät gegenüber zu verwerthen unterlassen haben. Ich lege Wert darauf, daß Euer Durchlaucht den darin enthaltenen Grundgedanken, daß wir alles vermieden zu sehen Interesse haben, was die Herstellung künftiger guter Beziehungen zwischen Rumänien und Bulgarien unmöglich machen könnte, König Karol gegenüber zum Ausdrucke bringen. Es muß Euer Durchlaucht Ermessen überlassen bleiben, mit Berücksichtigung der momentanen Lage und Stimmungen hiezu die geeignete Form und den richtigen Zeitpunkt zu finden und wollen Sie jedenfalls bemüht sein, eventuell auftauchende Zweifel an unserer vollkommenen Loyalität gegenüber Rumänien, zu welchen übrigens gar kein Grund vorliegt, im Keime zu ersticken. Unser Bestreben war stets dahin gerichtet, eine Befriedigung der rumänischen Interessen durch eine freundschaftliche Verständigung zwischen den beiden Nachbarreichen zu erzielen und haben wir nur das eigene Interesse Rumäniens im Auge, wenn wir es vermieden sehen wollen, daß seine Beziehungen zu Bulgarien eine Form annehmen, welche ein friedliches Nebeneinanderleben auf lange in Frage stellen könnten.
Berchtold.

[a]) Vgl. n. 5336. — [b]) Vgl. n. 5282 Anm. b.

Nr. 5309. Tel. nach Bukarest, 10. Jan. 1913 Nr. 19 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 12 vom 8. l. M. Laut einer telegraphischen Meldung Graf Mensdorffs vom 9. l. M. ist Fürst Lichnowsky bei der Botschafterréunion darauf zurückgekommen, daß die Großmächte gleichzeitig mit der Demarche in Konstantinopel Schritte in Sofia im Interesse Rumäniens machen sollten. Graf Mensdorff ebenso wie Marquis Imperiali haben ihren deutschen Kollegen unterstützt. Graf Mensdorff telegraphiert über den Verlauf der Réunion wie folgt: *...wie n. 5292 von „Es entstand" bis „en ce moment"* ... Graf Mensdorff fügt seiner Meldung bei, es scheine nach Herrn Danew momentan vor allem wichtig, daß Rumänien keine zu drohende Haltung annehme, welche es den Bulgaren unmöglich machen würde, Entgegenkommen zu zeigen. Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Orientierung und Regelung Ihrer Sprache Seiner Majestät dem Könige und Herrn Maioresco gegenüber, wobei die wenig rumänenfreundliche Sprache des russischen Botschafters im Gegensatze zu den Vertretern des Dreibundes hervorzuheben wäre. Berchtold.

[a] Vgl. n. 5369.

Tel. nach Bukarest, 10. Jan. 1913 Nr. 20 (chiffr. 12 U. p. m.). Siehe n. 5317.

Nr. 5310. Tel. aus Bukarest, 10. Jan. 1913 Nr. 11 (eing. 6 U. p. m.).[a] Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramme Nr. 15 und 16 von heute. Zur Klärung der Situation glaube ich, nachstehende chronologische Darstellung der Ereignisse geben zu sollen: Um 8 Uhr früh langte im hiesigen Ministerium des Aeussern Nachricht ein, dass Herr Danew Verhandlungen nicht weiterführen wolle. Nach Vortrag darüber bei Seiner Majestät begab sich Majoresco zu mir und russischem Gesandten, um Entschluss des Königs eventueller militärischer Massnahmen bekannt zu geben; da wir beide abwesend waren, ersuchte er uns um unseren Besuch, ohne dafür dieselbe Stunde zu bestimmen. Mein russischer Kollege, der zuerst eintraf, entledigte sich sogleich eines im Laufe des Tages erhaltenen Auftrages seiner Regierung betreffs Intervention zu Gunsten Bulgariens. Währenddem war ich ebenfalls eingetroffen und Minister liess mich eintreten und machte bewusste Eröffnungen gemeinsam, wie ich jetzt glaube, ohne irgend eine andere Absicht, als Zeit zu ersparen. Da mein russischer Kollege, wie in späterer vertraulicher Konversation feststellen konnte, ebenfalls der Meinung war, dass Alles gemacht werden müsse, um Rumänien von militärischen Massnahmen abzuhalten und er auch die Inhandnahme des Streitfalles durch die Grossmächte für das beste hielt und in diesem Sinne auch Petersburg telegrafierte, so wird Aussprache des Grafen Thurn mit Herrn Sazonow nur nützen. Wie eben vernehme, beauftragt heute rumänische Regierung Vertreter in Sofia, bulgarischer Regierung mitzuteilen, dass Rumänien gesonnen sei, sich nunmehr an die Grossmächte zu wenden, nachdem Bulgarien nicht mehr direkt verhandeln wolle, was es dadurch bewiesen habe, dass es die Intervention Russlands angerufen habe. K. E. Fürstenberg.

[a] Vgl. n. 5262.

Nr. 5311. Bericht aus Bukarest, 10. Jan. 1913 Nr. 3 (eing. 13. Jan.). Ausfert.

Meiner einschlägigen gehorsamsten Berichterstattung der letzten Tage werden Euer Excellenz geneigtest entnommen haben, dass die Situation zwischen Rumänien und Bulgarien zwar eine sehr gespannte war, doch nichts darauf schliessen liess, dass der Kulminationspunkt der Krise so überraschend schnell eintreten werde. Ich konnte auch dem Herrn Minister des Aeussern gegenüber mein Erstaunen nicht verbergen und frug ihn, warum die Krone zu dieser so ernsten Entscheidung gelangt sei, nachdem doch noch lange alle Mittel nicht erschöpft wären, um auf friedlichem Verhandlungswege zu einem günstigen Resultate zu gelangen. Herr Maioresco antwortete mir darauf, dass er selbst überrascht war über den so weitgehenden Entschluss seines königlichen Herrn. Er habe den Eindruck gewonnen, dass bei Seiner Majestät König Carol eine persönliche tiefe Verstimmung gegen König Ferdinand platzgegriffen habe, der bei jeder Gelegenheit die schwülstigsten Freundschaftsdemonstrationen gemacht hätte, sich aber jetzt als vollkommen untraitable zeige. Ebenso fühle Sich sein höchster Herr durch Herrn Daneff hintergangen, welcher sowohl mit Ihm als auch mit den verantwortlichen Ministern die Frage der Gebietsabtretungen besprochen hätte, dieselbe als diskutable erklärt habe und nun urbi et orbi verkünde, man habe ihn in Bukarest über Alles im Unklaren gelassen. Schwer dürfte auch bei Seiner Majestät in die Wagschale gefallen sein, dass das sowohl in Sofia als auch in London gemachte Anerbieten, Bulgarien tatkräftig in Konstantinopel zu unterstützen, kein Gehör fand. Der Herr Minister fügte hinzu, es unterliege keinem Zweifel, dass die ganze rumänisch-bulgarische Angelegenheit seitens Bulgarien vom Beginne an in einer Art behandelt worden wäre, welche einem selbstbewussten Staate wie Rumänien nicht konvenieren könne. Von Anfang an habe man in Sofia den rumänischen so ernsten Wünschen nur eine geringe Bedeutung zugemessen, dieselben als eine sekundäre Frage betrachtet und die Verhandlung derselben mit allen möglichen unwürdigen Mittelchen hinausgeschoben. Noch in letzter Stunde habe Herr Daneff erklärt, er könne vor 8 bis 10 Tagen keine neuen Verhandlungen führen, nachdem er sich brieflich um Instruktionen nach Sofia gewendet habe und dieselben auch brieflich erwarte. Solche schlechte Witze könne Rumänien sich nicht bieten lassen!! Auf die russische Démarche übergehend, welche hier grosses Befremden auslöste, nachdem man nicht begriff, warum Bulgarien, mit dem man doch noch verhandle, sich plötzlich unter die Fittiche des grossen Nachbars begebe, fragte mich der Herr Minister, wie ich glaube, dass Rumänien sich derselben gegenüber zu verhalten habe? Ich wies in meiner Antwort darauf hin, was ich für eine Gefahr für Rumänien darin sehe, sich sozusagen einem Schiedsspruch Russlands zu unterordnen, oder dasselbe auch nur als Zwischenhändler anzuerkennen. Dies würde für die Zukunft einen bedauerlichen Präzedenz schaffen und entspreche doch auch nicht der Würde Rumäniens. Nach meinen Ausführungen, welche auf Herrn Maioresco nicht ohne Eindruck blieben, lenkte er meine Aufmerksamkeit auf die von Sir Edward Grey beabsichtigte Ausübung eines Druckes auf die Balkanalliierten. Ohne ein Petit zu stellen, liess er mich verstehen,

dass falls die Grossmächte auch den rumänisch-bulgarischen Konflikt in ihre Kompetenzsphäre einbeziehen würden, Rumänien militärische Massnahmen hinausschieben würde. (Hieramtliches Telegramm Nr. 7 vom 9-ten laufenden Monats.) Zum Schluss dieses Berichtes möchte ich nochmals, so wie ich es schon öfters mir zu tun erlaubte, mit dem grössten Nachdrucke darauf hinweisen, dass Rumänien, falls es aus der heutigen Krise nicht befriedigt hervorgeht, für uns ein verlorenes Land sein wird, in politischer und wirtschaftlicher Beziehung, und ausserdem das Ansehen der Krone einen unheilvollen Stoss davontragen dürfte. Es müsste also, sollte die rumänisch-bulgarische Frage vor das Forum der Signatarmächte gebracht werden, der Dreibund ohne irgendwelche Rücksichtnahme auf Bulgarien mit der grössten Energie auf die Befriedigung unseres Freundes hinwirken. Es ist dies umso mehr ein Gebot der Notwendigkeit, als ich aus gewissen flüchtigen Bemerkungen, welche an Höchster Stelle und auch aus dem Munde des ersten Ministers fielen, den Eindruck gewann, dass man hier mit Bitterkeit sieht, dass auch der Dreibund Bulgarien quasi als sein Schosskind betrachtet, die Erfüllung der rumänischen Postulate jedoch als cura posterior aufzufassen scheint. Dass auch Herr Mişu seine Akkreditive in London noch nicht überreichen konnte und der Botschafter-Reunion noch immer nicht beigezogen wurde, erregt hier eine peinliche Enttäuschung.

K. E. Fürstenberg.

Tel. nach Konstantinopel, 10. Jan. 1913 Nr. 22 (chiffr. 12 U. p. m.). Siehe n. 5317.

Tel. nach Konstantinopel, 10. Jan. 1913 Nr. 23 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 5318.

Nr. 5312. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 10. Jan. 1913 Nr. 18 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Im Nachhange zu meinen Telegrammen Nr. 16 und 17. Verlauf gestriger Botschafterréunion war folgender: Nach einigen einleitenden Worten schlug ich als Vorsitzender der Versammlung vor, die einzelnen Punkte der Greyschen Proposition auf Grund der uns mittlerweile seitens unserer Regierungen zugekommenen Instruktionen durchzuberaten. Punkt 1) wurde ohne Bemerkung von irgendeiner Seite akzeptiert, bei Punkt 2) verlangte deutscher Botschafter auf Grund seiner Instruktionen, dass eine solche Formulierung gewählt werde, aus welcher klar hervorginge, dass als die Konstantinopel und Kleinasien eventuell drohenden Gefahren nur solche gemeint seien, welche seitens der alliierten Balkanstaaten kommen könnten. Französischer und der russische Vertreter sprachen sich gegen diesen Antrag aus, worauf über Vorschlag französischen Botschafters beschlossen wurde, diesen Punkt ganz auszulassen. Bei Punkt 3) gab Baron Wangenheim Erklärung ab, seine Regierung lege Wert darauf, dass ausdrücklich das Recht der Mächte in Betreff eventueller Wahrung ihrer finanziellen Interessen betont werde. Auch gegen diesen Antrag sprachen Herr von Giers und Herr Bompard, indem sie bemerkten, dass dies ja selbstverständlich sei. Um der hieraus entstehenden Schwierigkeit zu begegnen,

wies ich darauf hin, dass wenn Punkt 2) ausbleibe, auch Punkt 3), welcher augenscheinlich mit dem vorhergehenden zusammenhänge, ausgeschaltet werde. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Bezüglich des Punktes 4) kam man überein, dass er gleichfalls auszulassen wäre. Bei Punkt 5) habe ich, wie bereits gemeldet, Versuch gemacht, dass an Stelle der Worte „que les îles" „que celles des îles" gesetzt werde. Gegen diesen Antrag sprachen sich wieder mein russischer und französischer Kollege aus. Ersterer betonte, dass diese Stilisierung der prinzipiellen Frage der Inseln vorgreifen würde und dass er daher, falls ich darauf bestünde, nicht in der Lage wäre, weiter zu verhandeln. Um einen Abbruch zu evitieren und, nachdem alle Teilnahmer an der Réunion der Ansicht waren, dass der von Sir E. Grey vorgeschlagene Text keineswegs der Frage präjudiziere, da es nicht heisse „les îles qui seront cédées", sondern „les îles qui seraient cédées" liess ich meinen Antrag fallen. Punkt 6) wurde vollinhaltlich akzeptiert mit Ausnahme der Worte „qui paraît devoir capituler", welche auf Antrag des französischen Botschafters ausgelassen wurden. Die Substituierung des Wortes „turcs" durch „musulmans" erfolgte, wie bereits gemeldet, über Antrag des russischen Botschafters. Nachdem die sechs Punkte durchberaten waren, übernahm Herr Bompard auf Grund der gefassten Beschlüsse die Redigierung der Note, welche einstimmig genehmigt wurde. Es wurde beschlossen, die Note, sobald Genehmigung der betreffenden Kabinette eingelangt sein wird, gemeinsam durch alle Botschafter Minister des Äussern zu übergeben. Ich habe vor der Réunion mit meinem deutschen und italienischen Kollegen eingehende Besprechungen gepflogen, bei welchen wir uns unsere Instruktionen gegenseitig formulierten und beschlossen, bei der Botschafterréunion soviel als möglich geschlossenes Zusammengehen zu beobachten. Die Baron Wangenheim zugekommenen Instruktionen liessen befürchten, dass es bei der Réunion zu einem Bruche kommen könnte, was jedenfalls geschehen wäre, wenn die Botschafter der Ententemächte Frage irgendwelcher Koerzitivmassregel aufgeworfen hätten. Glücklicherweise geschah dies nicht. Nichtsdestoweniger fehlte es nicht an Klippen und musste ich als Vorsitzender einige Male vermittelnd eingreifen, da ich mir vor Augen hielt, dass ein eventueller Misserfolg unserer Besprechung geeignet wäre, die ohnehin schon gefährliche Situation noch bedeutend kritischer zu gestalten. Pallavicini.

Nr. 5313. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 10. Jan. 1913 Nr. 19 (eing. 9 U. 40 M. p. m.).[a]) Entziff.

Seit einigen Tagen weilt rumänischer Finanzminister Filippesco hier; ich höre, daß er viel mit Türken verkehrt. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 5303, 5352, 5369 Anm. b.

Nr. 5314. Privatschreiben aus Konstantinopel, 10. Jan. 1913 (eing. 14. Jan.). Eigh. Ausfert.

Ich bin Dir sehr dankbar, daß Du trotz der schweren Sorgen, die Dich jetzt bedrücken müssen, die Güte hattest, mir durch Rubido-Zichy

einige Zeilen zu schicken.[a]) Solche Winke, wenn sie auch nur kurz sind, sind immer von großem Nutzen und höchst willkommen. Du kannst versichert sein, daß ich mir in der Frage von Adrianopel die größte Mühe gegeben habe. Leider sind die Türken in diesem Punkte nicht zu kapacitiren. Meiner Überzeugung nach kann man da mit bloßen Argumenten, wenn sie auch noch so stichhältig sind, nichts mehr ausrichten. Ich theile vollkommen Deine Ansicht, daß eine einseitige Intervention seitens Rußlands zu Gunsten Bulgariens respektive Rumäniens von unserem Standpunkte aus sehr bedenklich wäre. Vielleicht könnte man aber der Sache in der Weise die Spitze nehmen, daß wir zwischen der Frage von Adrianopel und jener der rumänischen Ansprüche ein Junctim aufstellen. Dasselbe wäre vielleicht, so weit ich die Sache von hier aus beurtheilen kann, auch auf die Frage der albanesischen Grenzen auszudehnen. Wenn wir mit den Entente-Mächten auf die Pforte drücken, damit Bulgarien Adrianopel bekomme, so sollten auch die Ententemächte mit uns auf die Alliirten eine Pression ausüben, damit auch jene Fragen gleichzeitig gelöst werden. Nur auf diese Art würde der Sache des Friedens wirklich gedient werden. Wenn auch zwischen der Türkei und den Alliirten der Friede hergestellt sein wird, so blieben doch noch immer jene höchst gefährlichen Fragen, die sogar schwerer zu lösen sein dürften, wenn einmal die Alliirten mit der Türkei ins Reine gekommen sein werden. In diesem Augenblicke ist es ungeheuer schwer irgend etwas vorauszusagen; ich habe aber noch immer den Eindruck, daß sich die Bulgaren schließlich mit den Türken unter der Hand verständigen werden. Die Bulgaren scheinen aber nicht mehr im Stande zu sein den Krieg noch weiter zu führen, der Türkei hingegen fehlt es vollkommen an Geld. Aus der Haltung und Sprache meiner Collegen von Rußland und Frankreich constatire ich, daß sie nichts so ungern sehen würden als ein Separat-Abkommen zwischen Bulgarien und der Türkei. Dann würde aber das Werk, an welchem sie solange und bisher so erfolgreich gearbeitet haben, nämlich der Balkanbund, in Brüche gehen. Von einer Collectivdémarche der Mächte in Constantinopel verspreche ich mir wenig. Es ist immer das alte Lied; die Türkei weiß genau, wie weit die Einigkeit der Mächte geht. Die Durchführung einer effectiven Pression auf die Türkei seitens aller Mächte kann auch ich mir schwer vorstellen. Mein deutscher College spricht sich schon jetzt mit großer Offenheit dahin aus, daß Deutschland da nicht mitthun könnte. Pallavicini.

[a]) Liegt nicht bei den Akten.

Nr. 5315. Erlaß des türkischen Ministers des Äußern an den türkischen Botschafter in Wien, ohne Datum (vom türkischen Botschafter überreicht 10. Jan. 1913). Abschrift.

Nous sommes informés que certaines Puissances proposent d'arrêter les bases d'une solution par laquelle Andrinople serait donnée aux Bulgares, tandis que les îles de la Mer Egée recevraient un régime de neutralité. Il nous revient également que, aussitôt l'accord intervenu, les Puissances feraient à la Sublime Porte une demande collective sous forme de pression

pour nous obliger à adopter leur point de vue. Je tiens à Vous informer et Vous prie de dire d'ores et déjà à Son Excellence le Ministre des Affaires Etrangères que, quelles que soient les démarches ou même la pression qu'on pourrait décider dans ce sens, nous sommes fermement résolus à décliner toute proposition qui ne nous permettrait pas de conserver Andrinople et les Iles. Nous estimons que l'Europe reconnaîtra en fin de compte l'importance des sacrifices que nous avons consentis en vue de la paix et trouvera injuste la prétention des alliés de nous dépouiller de ce qui nous est indispensable pour garantir notre domaine asiatique contre les attaques futures et des convoitises éventuelles. Nous pensons aussi que le bon sens triomphera pour reconnaître que le régime de neutralité que d'aucuns préconiseraient pour les îles est aussi inacceptable que peu pratique en lui même. Une telle neutralité est déjà contenue dans l'article 2 du Traité de Londres de 1864 pour les îles de Corfou, Paxo et leurs dépendances, ce qui n'a pas empêché, cependant, la Grèce d'en ékuder[a] toutes les conséquences et d'écarter son application.

[a] So!

Nr. 5316. Tel. nach London, 10. Jan. 1913 Nr. 44 (chiffr. 10 U. 40 M. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; V. Pogatscher; G. Berchtold).

Wie Euer Exzellenz aus meinem Telegramm Nr. 141 vom 29. v. M. bekannt, habe ich seinerzeit über Wunsch der bulgarischen Regierung Initiative zu einer Einwirkung der Großmächte auf die Pforte behufs baldigen Zustandekommens des Friedens ergriffen. Dieser Moment schien mir ein günstiger Anlaß für die rumänische Regierung, damit sie — wie sie dies bereits in Aussicht genommen hatte — auch ihrerseits in Konstantinopel eine diplomatische Pression zugunsten des rascheren Friedensschlusses eintreten lasse. Ich habe damals Baron Haymerle beauftragt, sich in diesem Sinne gegenüber der königlich rumänischen Regierung vernehmen zu lassen und beigefügt, daß das Durchblickenlassen einer militärischen Kooperation mit Bulgarien einerseits nicht verfehlen würde, den Eindruck der rumänischen Demarche bei der Pforte zu vertiefen, andererseits aber auch Bulgarien zum Danke verpflichten und dem Sofioter Kabinette die Erfüllung der rumänischen Desiderata erleichtern dürfte. Die königlich rumänische Regierung war auch zu dieser militärischen Unterstützung Bulgariens bereit und wurden die rumänischen Unterhändler in London beauftragt, in diesem Sinne bei Herrn Danew anzuklopfen. Die Aufnahme, welche die Sondierungen Herrn Mişus und Herrn Take Jonescus bei Herrn Danew fanden, war, wie ich aus Bukarest erfahre,[b] eine solche, daß die Erstgenannten — um sich keinem Refus auszusetzen — weitere Schritte fallen ließen. Nun telegraphiert mir Prinz Fürstenberg unter 9. l. M., der rumänische Minister des Äußern hätte ihn ersucht, mich im Namen König Carols zu fragen, *... wie n. 5279 von „ob ich nicht geneigt“ bis „schenken will“* ... Ich nehme keinen Anstand, Euer Exzellenz zu dieser Sondierung Danews zu ermächtigen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 5343. — [b] Vgl. n. 5208.

Nr. 5317. Tel. nach London Nr. 45 (1), Berlin Nr. 37 (2), Rom Nr. 45 (3), Paris Nr. 24 (4), St. Petersburg Nr. 25 (5), Konstantinopel Nr. 22 (6) und Bukarest Nr. 20 (7), 10. Jan. 1913 (chiffr. 12 U. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

1. Antwort auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 33 vom 9. d. M. Ich habe veranlaßt, daß sich zwei unserer Kriegsschiffe bereithalten, um — falls die projektierte Entsendung von Kriegsfahrzeugen nach der Bezika Bay sich als notwendig erweisen sollte — über von hier aus erhaltenen Auftrag sofort dorthin abgehen zu können.

2.—7. Graf Mensdorff telegraphiert unterm 9. d. M. wie folgt: ... *wie n. 5291 in extenso* ... Ich antworte Grafen Mensdorff: (Inseratur aus Telegramm sub 1 von „Ich habe" bis „können.")

2., 3. Vorstehendes zur Mitteilung an die dortige Regierung.

4.—7. Vorstehendes zu Euer etc. streng vertraulicher Information

7. und Mitteilung an König Carol. Berchtold.

[a] Oe. U. Balkan 127 Nr. 232. Vgl. n. 5332, 5339, 5348, 5351, 5369.

Nr. 5318. Tel. nach London Nr. 46 (1), Paris Nr. 25 (2), Berlin Nr. 38 (3), Rom Nr. 47 (4), St. Petersburg Nr. 26 (5) und Konstantinopel Nr. 23 (6), 10. Jan. 1913 (chiffr. 11 U. p. m.).[a] Konz. (S. Hohenlohe; G. Berchtold).

1. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 32 vom 9. d. M. Ich bin mit der von Hochdenselben geführten Sprache einverstanden und erhebe gegen die von Herrn Cambon redigierte Erklärung keinerlei Einwendung.

2.—5. Graf Mensdorff telegraphiert unterm 9. d. M.: ... *wie n. 5290 in extenso* ... Ich antworte unterm Heutigen: ... *wie 1. „Ich bin" bis „Einwendung"* ... Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Information.

Berchtold.

[a] Vgl. n. 5427.

Nr. 5319. Tel. aus London, 10. Jan. 1913 Nr. 37 (eing. 11. Jan. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Im Nachhange zu meinem gestrigen Telegramme Nr. 35 unterbreite ich den (Text),[b] den Herr Cambon uns heute für die Kollektivnote vorgelegt hat und bitte ...,[b] ob Euer Exzellenz sie genehmigen und an Markgrafen Pallavicini weiterzugeben finden. Sir Edward Grey billigt den (Text)[b] und zieht (ihn)[b] jenem der Botschafter in Konstantinopel vor und instruierte Sir G. A. Lowther, diese Note zu präsentieren. Keiner der Botschafter erhebt Einwendungen und wir beschliessen den folgenden Text unseren Regierungen zur Genehmigung zu unterbreiten: „Les soussignés ambassadeurs d'Autriche-Hongrie, d'Angleterre, de France, d'Allemagne et d'Italie ont été chargés par leurs gouvernements de faire à Son Excellence le ministre des affaires étrangères de Sa Majesté Impériale le Sultan la communication suivante: Désireuses de prévenir la reprise des hostilités, lesdites puissances croient devoir appeler l'attention du gouvernement Impérial ottoman sur la grave responsabilité qu'il assumerait si,

par sa résistance à leurs conseils, il empêchait le rétablissement de la paix. Il n'aurait à s'en prendre qu'à lui même si la prolongation de la guerre avait pour conséquence de mettre en question le sort de la capitale et peut-être d'étendre les hostilités aux provinces asiatiques de l'Empire. Dans ce cas, il ne pourrait pas compter sur leur bonne volonté pour le préserver contre les dangers auxquels elles l'ont déjà dissuadé et le détournent encore de s'exposer. En tout état de cause le gouvernement Impérial ottoman aura besoin après la conclusion de la paix de l'appui moral et matériel des grandes puissances européennes, pour réparer les maux de la guerre, consolider sa situation à Constantinople et mettre en valeur les vastes territoires asiatiques dont la prospérité constituera sa force la plus effective. Pour entreprendre et mener à bien cette œuvre nécessaire, le gouvernement de Sa Majesté Impériale le Sultan ne saurait encore compter sur le bienveillant appui des puissances qu'autant qu'il aura déféré à leurs avis qui s'inspirent des intérêts généraux de l'Europe et de ceux de la Turquie. Dans ces conditions les grandes puissances européennes croient devoir renouveler collectivement au gouvernement Impérial ottoman le conseil de consentir à la cession de la ville d'Andrinople aux alliés balkaniques et de s'en remettre à elles de statuer sur le sort des îles de la Mer Egée. En retour de ces concessions lesdites puissances s'emploieraient à assurer la sauvegarde des intérêts musulmans à Andrinople et le respect des mosquées, édifices ou biens religieux existants dans cette ville. Elles feraient également en sorte que la solution donnée par elles à la question des îles de l'Archipel exclût toute menace pour la sécurité de la Turquie." Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 5331, 5338. — [b]) Chiffre fehlt.

Nr. 5320. Tel. aus London, 10. Jan. 1913 Nr. 38 (eing. 11. Jan. 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Türkische Delegierte sind an Sir E. Grey als Ehrenpräsidenten der Friedenskonferenz herangetreten, ob er nicht bereit wäre, eine Sitzung einzuberufen. Auf seine Anfrage, welche Bedingungen sie konzedieren würden, antworteten sie, Adrianopel müsse türkisch bleiben, im übrigen bieten sie weitgehende Konzessionen an, zollfreies Gebiet von Adrianopel (mein Telegramm Nr. 28 vom 9.[b]) d. Mts.). Staatssekretär sprach hierauf mit Herrn Danew, der ihm kategorisch erklärte, die Alliierten würden keine Proposition annehmen, welche nicht die Stadt Adrianopel abtritt, sie wären aber bereit, die Bedingungen zu diskutieren, unter welchen die Stadt zediert wird. Sir E. Grey machte Herrn Danew aufmerksam, daß diese Antwort wahrscheinlich Abbruch der Verhandlungen und Abreise der türkischen Delegierten zur Folge haben könnte und fragte ihn, ob er keine anderen Komplikationen, zum Beispiel seitens Rumäniens, befürchte, worauf Herr Danew antwortete, nichts derartiges flöße ihm Besorgnis ein. Staatssekretär wird den türkischen Delegierten Antwort Herrn Danews übermitteln. Nachdem Osman Nizami Pascha uns allen gestern erklärte, er würde abreisen, wenn nicht eine Formel gefunden würde, welche der Türkei Friedensschluß mit Beibehaltung Adrianopels ermögliche, so ist es nicht ausgeschlossen,

daß es zum Abbruche kommt und mit Wiederaufnahme der Feindseligkeiten gerechnet werden muß. Mensdorff.

a) Vgl. n. 5345, 5361. — b) n. 5250.

Nr. 5321. Tel. aus London, 10. Jan. 1913 Nr. 39 (eing. 11. Jan. 8 U. a. m.). Entziff.

Unter Bezugnahme auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 41 von heute und im Nachhange zu meinem gestrigen Telegramm Nr. 34 betreffend eventuelle Demarche in Sofia. Fürst Lichnowsky hat bei seiner Regierung beantragt, vorläufig nicht weiter von Schritten in Sofia zu sprechen und zunächst in Bukarest darauf zu wirken, dass geplante militärische Besetzung nicht stattfinde. Nachher könnte man wieder Demarche bei bulgarischer Regierung diskutieren. Ich stimme der Ansicht des deutschen Kollegen bei und infolgedessen haben wir gedachte Frage heute nicht zur Sprache gebracht. Mensdorff.

Nr. 5322. Tel. aus London, 10. Jan. 1913 Nr. 40 (eing. 11. Jan. 8 U. a. m.).a) Entziff.

Unter Bezugnahme auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 42 von heute. Ich habe heute vor Erhalt gedachten Telegrammes Besuch Herrn Danews empfangen, den ich ganz im Sinne seither erhaltener Instruktion auf die große Wichtigkeit aufmerksam machte, die Verhandlungen mit Rumänien nicht ins Stocken kommen zu lassen, dabei betonend, wir hätten so viel für Bulgarien in Konstantinopel getan, wünschten aber aufrichtig und freundschaftlichst im Interesse Bulgariens und Rumäniens, dass eine Verständigung zwischen den benachbarten Königreichen zustande komme. Als er mir noch zu verstehen gab, persönliche Fragen zwischen ihm und Take Jonesco hätten Verhandlungen erschwert, sprach ich die bestimmte Hoffnung aus, dass angesichts der Wichtigkeit der Lage, persönliche Momente zwischen Staatsmännern, die jeder in seinem Lande eine so mächtige Stellung einnehmen, keine Rolle spielen würden. Herr Danew sagte mir, er habe gestern mit Herrn Mişu gesprochen und erwarte weitere Instruktionen, zur Diskussion der eigentlichen Punkte seien sie noch nicht gelangt. Er ist nicht ohne Hoffnung, nur, so betonte er immer wieder, müsse ja nichts geschehen, das wie ein Druck auf Bulgarien oder eine Intimidation angesehen werden könnte. Bei unserer heutigen Botschafterréunion kam die Frage rumänisch-bulgarischer Differenzen zur Sprache. Herr Danew hatte sämtlichen Kollegen einzeln gesagt, „surtout pas d'attitude comminatoire envers la Bulgarie". Fürst Lichnowsky hatte heute früh rumänischen Minister des Innern gesehen und diesen, der von Abreise sprach, bewogen, jedenfalls vorläufig hier zu bleiben. Die persönlichen Beziehungen zwischen Jonesco, Mişu und Danew wurden besprochen. Wir legten Sir E. Grey nahe, ob er nicht vielleicht auch auf genannte Herren einwirken könne, damit sie ihre persönlichen Differenzen überwinden. Deutscher Botschafter hat angeregt, daß eventuell Herr Mişu oder Herr Jonesco bei einer unserer nächsten Réunionen erscheinen, um Aufklärungen über die Situation zu geben. Mensdorff.

a) Vgl. n. 5369 Anm. b.

Tel. nach Paris, 10. Jan. 1913 Nr. 24 (chiffr. 12 U. p. m.). Siehe n. 5317.

Tel. nach Paris, 10. Jan. 1913 Nr. 25 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 5318.

Tel. nach Rom, 10. Jan. 1913 Nr. 45 (chiffr. 12 U. p. m.). Siehe n. 5317.

Tel. nach Rom, 10. Jan. 1913 Nr. 47 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 5318.

Tel. nach Rom, 10. Jan. 1913 Nr. 49 (chiffr. 11. Jan. 12 U. 10 M. a. m.). Siehe n. 5305.

Nr. 5323. Tel. aus Rom, 10. Jan. 1913 Nr. 22 (eing. 4 U. 15 M. p. m.). Entziff.

Streng vertraulich. Die aus den Telegrammen Euer Exzellenz vom 7. d. M. Nr. 34[a]) und vom 8. d. M. Nr. 38[b]) resultierende eigentümliche Situation in London bezüglich der Inselfrage, scheint sich nach streng vertraulichen Mitteilungen des hiesigen Ministers des Aeussern und Herrn von Jagows hauptsächlich dadurch zu erklären, dass sowohl Marquis Imperiali als Fürst Lichnowsky — teils aus Ueberzeugung, teils um sich englischer Regierung angenehm zu erweisen — ihre letzten einschlägigen Instruktionen auszuführen zögern. Marquis San Giuliano zeigte mir die betreffende telegraphische Korrespondenz. Aus derselben geht hervor, dass italienischer Botschafter in London schon seit zwei ...[c]) über den Wunsch seiner Regierung, ausser den Dardanelleninseln noch Mytilene, Chios, Kos und Rhodus der (Türkei)[c]) zu belassen, genau und wiederholt unterrichtet ist, sich aber in langgewundenen Telegrammen über Skrupeln Fürsten Lichnowskys ...[c]) und mit mangelnder Geneigtheit seiner Kollegen von Deutschland und Oesterreich-Ungarn, ihn in dieser Frage zu unterstützen, ausrede. Ich erwiderte Marquis San Giuliano, da es sich um eine italienische Anregung handle, sollte Marquis Imperiali einfach den verabredeten Antrag stellen, welchen dann deutscher Botschafter und Graf Mensdorff instruktionsgemäß unterstützen müssten. Mérey.

[a]) Mit Tel. Nr. 34, 7. Jan. 1913 (chiffr. 11 U. p. m.) wurde n. 5223 nach Rom mitgeteilt. — [b]) Mit Tel. Nr. 38, 8. Jan. 1913 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.) wurde n. 5248 nach Rom mitgeteilt. — [c]) Chiffre fehlt.

Nr. 5324. Tel. aus Rom, 10. Jan. 1913 Nr. 23 (eing. 10. Jan. 5 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Zum letzten Alinea[b]) des Telegrammes Euer Exzellenz Nr. 35 vom 7. d. M. erlaube ich mir zu bemerken: I. Daß der Artikel V des Berliner Vertrages keinen selbständigen Staat, sondern das damals unter der Suzeränität des Sultans stehende tributäre Fürstentum Bulgarien betrifft, II. daß die in den Artikeln XXVII, XXXV und XLIV jenes Vertrages enthaltenen religiösen Garantieen Bedingungen (vid. Art. 34 und 43) der Anerkennung der Selbständigkeit Montenegros, Serbiens und Rumäniens waren, III. daß ich mich frage, ob seither in diesen Ländern, abgesehen von den orthodoxen Taufen in der bulgarischen und rumänischen Dynastie, stipulierte Freiheit aller Kulte tatsächlich bestand und ob man daher heute nach 35 Jahren auf diese Vertragsartikel zurückkommen kann. Mérey.

[a]) Vgl. n. 5346. — [b]) Letztes Alinea von n. 5253 beginnt mit „Was die Frage der Garantie".

Nr. 5325. Tel. aus Rom, 10. Jan. 1913 Nr. 24 (eing. 6 U. p. m.). Entziff.

Mit Bezug auf Euer Exzellenz Telegramme vom 8. d. M. Nr. 39[a]) und 38.[b]) Italienischer Botschafter in Konstantinopel ist angewiesen, sich bezüglich der dort zu unternehmenden Demarche mit seinen Kollegen, vor allen jenen des Dreibundes, zu verständigen. Minister des Aeussern fragte mich, wie die Entsendung von Schiffen in die Bezika-Bay zu verstehen sei, da ihm scheine, dass die Westmächte, besonders Frankreich, dabei doch in letzter Linie an eine Flottendemonstration vor Konstantinopel denken. Ich erwiderte als persönliche Ansicht, Mehrzahl der Mächte dürfte Hoffnung hegen, dass das Erscheinen der Schiffe in der Bezika-Bucht genügen würde.

Mérey.

[a]) Mit Tel. Nr. 39, 8. Jan. 1913 (chiffr. 11 U. 45 M. p. m.) wurde n. 5245 auszugsweise und n. 5270 nach Rom mitgeteilt. — [b]) Vgl. n. 5323 Anm. b.

Tel. nach St. Petersburg, 10. Jan. 1913 Nr. 25 (chiffr. 12 U. p. m.). Siehe n. 5317.

Tel. nach St. Petersburg, 10. Jan. 1913 Nr. 26 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 5318.

Nr. 5326. Tel. aus Sofia, 10. Jan. 1913 Nr. 19 (eing. 11. Jan. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Deutscher Kollege erhielt heute Auftrag, sich bei bulgarischer Regierung für Verständigung mit Rumänien zu verwenden. Die Herrn von Below zugegangenen Instruktionen waren analog mit Sprache, die ich hier bereits geführt, respektive gemäss hohem Telegramme Nr. 13 vom 10. d. Mts. zu führen haben werde. Auch italienischer Kollege erhielt ähnlichen Auftrag, jedoch ohne genaue Weisung, welche Sprache führen. Befragt vom Grafen Bosdari, empfahl ich ihm, sich in solchem Sinne zu äussern wie deutscher Gesandter, welcher Rat angenommen wurde. Beide Kollegen haben bereits Demarche unternommen. Konseilspräsident zeigte sich unnachgiebig bezüglich weiterer Konzessionen und speziell Silistrias, er erklärte aber zugleich, dass Herrn Danew Auftrag erteilt wurde, „wegen Unstimmigkeiten mit Herrn Take Jonesco“ unterbrochene Verhandlungen wieder aufzunehmen. Russischer Gesandter schien heute Nachmittag noch keine Instruktionen (vide hohes Telegramm Nr. 13) zu haben; werde ihn morgen wieder sondieren.

Tarnowski.

[a]) Oe. U. Balkan 127 Nr. 232. Vgl. n. 5363.

Nr. 5327. Tel. aus Athen, 11. Jan. 1913 Nr. 23 (eing. 12. Jan. 8 U. a. m.). Entziff.

Ein aktiver griechischer Minister hat sich zu meinem absolut zuverlässigen Gewährsmanne gestern dahin geäussert, dass Ordnung der Inselfrage im griechischen Sinne so wichtig, dass im gegenteiligen Fall gegenwärtiges Kabinett vermutlich lieber demissionieren als Odium eines derartigen Friedensschlusses auf sich nehmen würde. Intervention der

Grossmächte in Konstantinopel auf der Basis der Abtretung Adrianopels kompensiert durch Konzessionen in der Inselfrage, schiene ihm für Alliierte im allgemeinen und für Griechenland im besonderen inakzeptabel. Auch würden in diesem Falle lauter Kretafragen entstehen. Von anderer Seite höre ich, dass speziell Akquisition Mytilenes und Chios hier sehr hoch bewertet wird, da diese reichen Inseln in wirtschaftlicher Beziehung für Griechenland vielleicht noch wichtiger sind, als Salonik. Braun.

Nr. 5328. Tel. aus Belgrad, 11. Jan. 1913 Nr. 22 (eing. 5 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Mein bulgarischer Kollege meint, es sei leicht möglich, dass Herr Danew die Weiterführung der Verhandlungen mit Rumänien ablehnt, damit er das Odium einer eventuellen Gebietsabtretung nicht auf sich nehme; er wird Verantwortung schon aus parteitaktischen Gründen anderen, weniger exponierten Persönlichkeiten überlassen wollen. Ugron.

Tel. nach Berlin, 11. Jan. 1913 Nr. 39 (chiffr. 1 U. a. m.). Siehe n. 5337.

Tel. nach Berlin, 11. Jan. 1913 Nr. 42 (chiffr. 1 U. p. m.). Siehe n. 5341.

Tel. nach Berlin, 11. Jan. 1913 Nr. 43 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 5338.

Nr. 5329. Tel. nach Berlin, 11. Jan. 1913 Nr. 44 (chiffr. 11 U. 15 M. p. m.).[a] Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Geheim. König Carol von Rumänien hat durch den k. u. k. Gesandten die Frage an mich gestellt, wie sich das Wiener Kabinett verhalten würde, falls Rumänien sich gezwungen sehen würde, militärische Massnahmen gegen Bulgarien zu treffen und dann von Bulgarien und Serbien angegriffen würde. Ich habe Prinz Fürstenberg beauftragt, ... *wie n. 5334 von „Höchstdemselben (Seiner Majestät) sagen, daß wir" bis zum Schluss ...* Euer Excellenz wollen Vorstehendes dem Herrn Reichskanzler beziehungsweise Unterstaatssecretär zur streng vertraulichen Kenntnis bringen und hinzufügen, es schiene mir von grösster Bedeutung für Österreich-Ungarn ebenso für Deutschland, dass es zu keinem Bruche zwischen Rumänien und Bulgarien komme und die bestehende Differenz möglichst in einer Weise zur Austragung gelange, welche ein dauernd freundschaftliches Verhältnis zwischen den beiden Nachbarstaaten in der Zukunft gestatte. Berchtold.

[a] Vgl. n. 5367.

Nr. 5330. Tel. aus Berlin, 11. Jan. 1913 Nr. 28 (eing. 12. Jan. 9 U. a. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 35[a] von gestern. Wie mir Herr Zimmermann mitteilt, hat deutscher Gesandter in Bukarest über eine Unterredung, die er mit dem dortigen Minister des Aeussern hatte, im gleichen Sinne berichtet, wie Prinz Fürstenberg. Nach der Meinung des

Unterstaatssekretärs wäre es notwendig, die rumänischen Wünsche tatkräftig zu unterstützen. Aus diesem Grunde hätten die Mächte, dem von Fürst Lichnowsky in der Botschafterréunion gestellten Antrag entsprechend, gleichzeitig mit der Ueberreichung der Kollektivnote an die Pforte einzeln zu machende Schritte in Sofia unternehmen wollen. Laut hier eingetroffener Nachrichten seien die Verhandlungen zwischen Herrn Danew und Take Jonescu noch nicht definitiv abgebrochen und er — Herr Zimmermann — gebe sich der Hoffnung hin, dass ein Kompromiss unter ihnen zustandekommen werde, wobei bekanntlich die Hauptschwierigkeit darin liege, dass rumänischerseits die Ueberlassung Silistrias gefordert und dies bisher von Bulgarien entschieden verweigert wird. Unterstaatssekretär betonte immerwährend, wie sehr es im Interesse des Dreibundes liege, die rumänischen Forderungen zu unterstützen. Es war ein besonderer Wunsch der deutschen Regierung, dass die Démarche in Sofia gleichzeitig mit jener in Konstantinopel erfolge, und wurde dem deutschen Botschafter in London anheimgegeben, daraus eine conditio sine qua non zu machen, wenn er hiezu die Zustimmung seines österreichisch-ungarischen und italienischen Kollegen erhalte (vide Euer Exzellenz Telegramm Nr. 36 von gestern). Nachdem dies nicht erfolgt ist, besteht das Berliner Kabinett nicht mehr auf dieser Vorbedingung.

Szögyény.

[a] Mit Tel. Nr. 35, 9. Jan. 1913 (chiffr. 11 U. p. m.) wurde n. 5262 nach Berlin mitgeteilt.

Nr. 5331. Tel. aus Berlin, 11. Jan. 1913 Nr. 29 (eing. 12. Jan. 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Unterstaatssekretär teilt mir mit, dass der deutsche Botschafter in Konstantinopel den Entwurf einer Kollektivnote,[b] die der Pforte überreicht werden soll, gestern telegraphisch vorgelegt hat, zugleich hat Fürst Lichnowsky auch einen in der Botschafterreunion festgesetzten Text[c] telegraphisch unterbreitet. Herr Zimmermann würde dem Konstantinopler Text den Vorzug geben, ist aber unter der Voraussetzung, dass Euer Exzellenz dasselbe tun, damit einverstanden, dass der Londoner Text angenommen werde. Nur möchte er in dem Euer Exzellenz wohl durch Graf Mensdorff mitgeteilten Wortlaut zwei geringfügige Änderungen vorgenommen wissen, und zwar: Im Schlussatz des zweiten Alineas[d] statt: „sur leur bonne volonté", die Worte „sur le succès de leurs efforts" und im dritten Alinea[e] „encore compter sur le bienveillant appui", die Worte „encore compter sur l'efficacité du bienveillant appui". Herr Zimmermann wäre sehr dankbar, wenn Euer Exzellenz diesen Änderungen zustimmen wollten, und bittet um ehetunlichste gütige Antwort. Herr von Tschirschky ist — wie mir Unterstaatssekretär sagt — beauftragt, Euer Exzellenz von Vorstehendem Mitteilung zu machen, und ersucht mich Herr Zimmermann, das kurze von ihm vorgeschlagene Amendement bei Euer Exzellenz wärmstens zu befürworten.

Szögyény.

[a] Vgl. n. 5375 Anm. c. — [b] Vgl. n. 5286. — [c] Vgl. n. 5319. — [d] Es betrifft den Satz „Dans ce cas" bis „encore de s'exposer" von n. 5319. — [e] Es betrifft ebenda (n. 5319) den Satz „Pour entreprendre" bis „ceux de la Turquie".

Nr. 5332. Tel. aus Berlin, 11. Jan. 1913 Nr. 30 (eing. 10 U. p. m.).[a] Entziff.

Inhalt Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 37 von gestern Unterstaatssekretär mitgeteilt, der mir sagte, dass die deutsche Regierung keinesfalls Kriegsschiffe nach der Bezika Bai zu entsenden gesonnen sei. Szögyény.

[a] Vgl. n. 5368.

Nr. 5333. Bericht des Marineattachés in Berlin an das Kriegsministerium-Marinesektion, 11. Jan. 1913 Res. Nr. 9 (eing. mit Note der Kriegsministeriums-Marinesektion vom 20. Jan. 1913 O. K./M. S. Nr. 327.).[a] Abschrift.

Streng geheim. Ich melde, daß ich gestern von Seiner Exzellenz dem Chef des Admiralstabes Vizeadmiral von Heeringen zu einer Besprechung gebeten wurde. Seine Exzellenz teilte mir mit, daß er von Seiner Majestät dem deutschen Kaiser beauftragt worden sei, mit mir über einige Fragen zu sprechen, über die ich Seiner Exzellenz dem Herrn Marinekommandanten Bericht erstatten möge. Der Admiralstabschef brachte vorerst einen Auszug eines Schreibens des italienischen Generalstabschefs an den Chef des Großen Generalstabes zur Verlesung, in dem mitgeteilt wird, daß der italienische Generalstab von seinem ursprünglichen Plane in einem Bundeskriege einen Teil der italienischen Armee über den Brenner nach Süddeutschland zu überführen und als linken Flügel der deutschen Armee gegen Frankreich zu verwenden abgegangen sei und nunmehr beabsichtige, die gesamte italienische Armee südlich der Alpen längs der Küste einzusetzen. Der Grund hiefür sei dem Admiralstabschef unbekannt. Ferner erachtet es der italienische Generalstabschef für opportun, daß die Marinekonvention des Dreibundes[b] einer Revision unterzogen werde und begründet dies damit, daß einerseits die k. u. k. Flotte seit Abfassung dieser Konvention bedeutend leistungsfähiger geworden sei, andererseits sich die Verhältnisse für Italien durch den Besitz von Tripolis einigermaßen geändert hätten. Vizeadmiral von Heeringen meinte hiezu, daß seiner Ansicht nach eine Revision dieser Konvention kaum nötig sei, da, wenn auch den einzelnen Flotten ihr Aktionsgebiet vorgezeichnet sei, die Konvention dennoch den Flotten jeden Spielraum für gemeinsam vorzunehmende Operationen nach Abmachung einräume. Der deutsche Admiralstab verhalte sich jedenfalls diesem Wunsche Italiens gegenüber vorderhand passiv, bis nicht von Seite des italienischen Admiralstabes mit konkreten die Konvention betreffenden Vorschlägen an ihn herangetreten werde. Diese Mitteilungen und Ansichten gab der Admiralstabschef mehr nebenbei als Einleitung, die eigentliche Angelegenheit, um die es sich handelt, ist nachstehende: Der deutsche Generalstab erachtet es als von der allergrößten Wichtigkeit, daß verhindert werde, daß Frankreich in einem europäischen Kriege seine in Afrika stehenden 3 Armeekorps — rund 100.000 Mann — nach dem Kriegsschauplatz überführe. Die kriegsmaritimen Maßnahmen Frankreichs in der letzten Zeit, Dislokation und Manöver der Flotte und so fort deuten darauf hin, daß die Deckung dieses Transportes als die Hauptaufgabe der französischen Flotte betrachtet

werde, und sei nach dem Mobilmachungsplane der Beginn des Abtransportes von den afrikanischen Häfen schon für den dritten Mobilisierungstag vorgesehen. Diesen Truppentransport könne nur eine gemeinsame Aktion der österreichisch-ungarischen und italienischen Flotten verhindern, da die deutsche durch die englische vollkommen gebunden sei. Es liege im selbstverständlichen Interesse aller Dreibundmächte, daß diese bedeutende Verstärkung des französischen Heeres nicht nach Europa gelange, und sei dies für Oesterreich schon aus dem Grunde wichtig, da dann grössere deutsche Kräfte im Osten verwendet werden könnten. Der Initiative des Kaisers folgend erlaubt sich demnach der deutsche Admiralstab die Wichtigkeit einer Kooperation der verbündeten Flotten im Mittelmeer zu betonen und möchte in Anbetracht der Situation auf die Notwendigkeit hinweisen, daß eine Einigung in den strategischen Plänen der österreichisch-ungarischen und italienischen Flotte erzielt werde, falls, was hier unbekannt ist, das k. u. k. und italienische Marinekommando noch keine Vereinbarung über ein gemeinsames Zusammengehen getroffen haben sollten. Vizeadmiral von Heeringen frug mich in Verfolg dieser Angelegenheit, ob es ihm gestattet sei, seine Ansichten über eine Kooperation der beiden Flotten auseinanderzusetzen, was ich selbstverständlicher Weise bejahte. Er wolle hiemit keineswegs irgendwelchen Entschlüssen vorgreifen oder Ratschläge erteilen, sondern nur die Situation darstellen, wie sie vom deutschen Admiralstab beurteilt werde. Seiner Ansicht nach seien die auf Spezia basierte italienische und die auf Pola basierte k. u. k. Flotte als zwei Abteilungen einer und derselben Flotte aufzufassen, und es stelle sich demnach bei Kriegsausbruch das strategische Problem dar, das in solchem Falle wohl das richtigste sein dürfte, nämlich eine Vereinigung dieser beiden Flottenabteilungen anzustreben und jedenfalls zu vermeiden, daß die getrennten Abteilungen von überlegenen Kräften angegriffen werden. Um diese Vereinigung mit Sicherheit zu erzielen, müßte die italienische Flotte vorerst eine Rückwärtsbewegung vornehmen und sich mit der k. u. k. Flotte irgendwo in den sizilianischen Gewässern, Messina oder Tarent vereinigen. Die so vereinigten Flotten könnten dann ins westliche Mittelmeer längs der afrikanischen Küste vorstoßen, was den Abtransport der Truppen unmöglich machen würde und die französische Flotte voraussichtlich zwingen würde, den Kampf ziemlich weit von ihrer eigenen Operationsbasis Toulon aufzunehmen. Er erachte das Stärkeverhältnis der vereinigten Flotten als ein durchaus günstiges, um die Seeherrschaft im Mittelmeer zu etablieren, und glaubt, daß eine Verstärkung der französischen Flotte durch englische Seestreitkräfte von Bedeutung ganz ausgeschlossen sei. Der Admiral meinte ferner, es gäbe schließlich auch andere Möglichkeiten zum Beispiel, daß die italienische Flotte trachten würde durch Verbleiben in Spezia das Gros der französischen Flotte zu binden, während die k. u. k. Flotte allein längs der afrikanischen Küste vorgehe, und man gleichzeitig versuchen würde, den Truppentransport durch Kreuzer zu unterbinden. Auf diese Weise könnte die k. u. k. Flotte aber doch in eine sehr gefährliche Lage geraten und seien gerade in einem Kreuzerkriege die Chancen für die vereinigten Flotten bei der Ueberzahl französischer Kreuzer gering und der Plan jedenfalls riskiert

und kaum zu empfehlen. Bei der Erwähnung des Kreuzerkrieges erlaubte ich mir die Bemerkung, daß ein deutscher „Goeben" mit größtem Aktionsradius und 28 Seemeilen Geschwindigkeit, dem die Franzosen nichts ähnliches entgegen zu stellen hätten, hier vorzügliche Arbeit leisten könnte, worauf der Admiralstabschef meinte, daß man diese Eventualität auch bereits erwogen hätte, daß es aber schwer sei bei der geringen Zahl Panzerkreuzer, über die sie verfügen, ein Schiff wie den „Goeben" in der Nordsee zu vermissen. Kurz gefaßt läßt sich die Angelegenheit demnach dahin formulieren, daß man es hier in Anbetracht des zu gewärtigenden französischen Truppentransportes für sehr wichtig erachten und sehr wünschen würde, wenn ein gemeinsamer Operationsplan für die k. u. k. und italienische Flotte zu Stande kommen würde, so daß gleich bei Ausbruch eines Krieges eine energische Offensive eingeleitet werden könnte. Im weiteren Verlauf der Unterredung frug mich auch Seine Exzellenz, ob man wohl eine offensive Verwendung der Flotte außerhalb der Adria ins Auge gefaßt habe, und ob die Absicht bestehe auch die älteren Einheiten (Monarch-Klasse) in die operative Flotte einzureihen, Fragen, die ich mangels von Instruktionen nicht beantworten konnte. Ich glaubte hier eine gewiße Besorgnis, wenn ich so sagen darf, herauszufühlen, daß sich die k. u. k. Flotte eventuell nur auf eine Verteidigung der Adria beschränken würde, denn der Admiral meinte auch, daß durch eine Verwendung außerhalb der Adria sich der Beweis für die große politische Wichtigkeit der k. u. k. Flotte am besten erbringen ließe, und wären solche Operationen für das gesamte europäische Kriegstheater von einer ausschlaggebenden Bedeutung. Die Informationen des deutschen Admiralstabes, die von Interesse sein könnten, so über fremde Flotten und Häfen, würden bereitwilligst abgegeben und stünden ganz zur Verfügung der k. u. k. Marine. Was die Leistungsfähigkeit der französischen Flotte anbelangt, so hätte diese im letzten Jahre speziell in militärischer Beziehung erhebliche Fortschritte gemacht, in technischer Beziehung seien jedoch noch manche Rückständigkeiten vorhanden und die Pulverfrage noch nicht in Ordnung gebracht. Von dem neuen zersetzungssicheren Pulver habe das erste Geschwader nur zirka die halbe Dotation, das zweite Geschwader ein Viertel der Dotation, das dritte Geschwader nichts an Bord. Die Munitionsbestände an altem Pulver seien vorhanden, aus Sicherheitsgründen jedoch am Lande deponiert, und würden nur im Mobilisierungsfalle zur Komplettierung der Vorräte eingeschifft werden. Die Lanzierdistanzen der Torpedos seien gering und die Leistungsfähigkeit und Geschwindigkeit der Torpedoboote lasse manches zu wünschen übrig. Die russische Flotte wird im Kalkül des Admiralstabes kaum berücksichtigt. Man ist der Ansicht, daß sich die baltische Flotte kaum mit den Verbündeten vereinigen und an der deutschen Flotte vorüber die Ostsee verlassen könne, und wird der militärische Wert der schwarzen Meerflotte wegen der schlechten disziplinären Verhältnisse und der meist veralteten Typen als sehr gering veranschlagt. Man glaubt, daß eine Verwendung dieser im Mittelmeer, selbst wenn es ihr möglich sein sollte, die Dardanellen zu verlassen, höchst unwahrscheinlich ist. H. Graf Colloredo-Mannsfeld.

[a]) Vgl. n. 5468, 5696, 6832. — [b]) Pribram I 214 Anm. 175.

Nr. 5334. Tel. nach Bukarest, 11. Jan. 1913 Nr. 21 (chiffr. 5 U. p. m.).[a] *Konz. (S. Nemes; V. u. G. Berchtold).*

Erhalten Euer Durchlaucht Telegramm Nr. 7 vom 9. l. Mts. Ich habe bereits einen Auftrag an Grafen Mensdorff im Sinne der ersten Anfrage König Karols ergehen lassen und werde Sie von der Antwort des Botschafters seinerzeit unterrichten. Was die zweite Frage anbelangt, so wollen Euer Durchlaucht Höchstdemselben sagen, daß wir mit grosser Befriedigung den uns seither zugekommenen Nachrichten entnommen hätten, dass mittlerweile die Verhandlungen zwischen den rumänischen und bulgarischen Staatsmännern in London wieder aufgenommen wurden, und scheine uns daher für Rumänien der konkrete Anlass zu entfallen, militärische Massnahmen gegen Bulgarien zu treffen. Sollte sich Rumänien zu solchen entschliessen, so hielten wir es nicht für wahrscheinlich, daß Bulgarien in diesem Falle Widerstand leisten werde, womit auch die Eventualität entfallen würde, daß Rumänien gegen Bulgarien und Serbien zugleich zu kämpfen haben würde. Es sei wohl für Bulgarien von offenbarem Vortheile, Rumänien vor aller Welt ins Unrecht zu setzen, indem es auf einen rumänischen Einmarsch nicht reagire und seine Revanche auf einen günstigeren Zeitpunkt verschiebe. Es würde dies eine Todfeindschaft der beiden Länder zur Folge haben, die im Interesse Rumäniens auf das tiefste zu bedauern wäre. Sollte aber eine rumänische Okkupation wider Erwarten dennoch einen Krieg mit Bulgarien zur Folge haben, an dem dann wohl auch Serbien teilnehmen würde, und sich Rumänien in diesem Kampfe in seiner Existenz bedroht fühlen, so würden wir trotz des ausschliesslich defensiven Charakters unserer Allianz für die Sicherheit des verbündeten Rumänien eintreten. In diesem Falle dürfte aber eine allgemeine Konflagration entstehen und wir müßten von der Weisheit König Karols umsomehr erwarten, daß Er die Gefahr einer solchen zu vermeiden wissen werde, als die friedlichen Mittel für eine ehrenvolle Lösung der bestehenden Schwierigkeiten keineswegs erschöpft und eine Befriedigung der berechtigten Wünsche Rumäniens auch auf anderem Wege erhofft werden könne. Wenn Seine Majestät Euer Durchlaucht zu verstehen gegeben hat, es wäre der rumänischen Regierung erwünscht, dass die Grossmächte die Beilegung der rumänisch-bulgarischen Differenzen in die Hände nehmen, so schiene es mir geboten, Höchstdenselben darauf aufmerksam zu machen, dass das Bestreben der Londoner Vertreter der Dreibundgrossmächte eben dieses Ziel im Auge habe, dass dessen Erreichung aber eine wesentliche Erschwerung erleiden würde, wenn Rumänien sich mittlerweile zu einem Schritte entschliesst, welcher den Bemühungen der Grossmächte vorgreifen würde. Berchtold.

[a] Vgl. n. 5329, 5369, 5826, 6513.

Nr. 5335. Tel. aus Bukarest, 11. Jan. 1913 Nr. 12 (eing. 4 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Minister des Äussern teilt mir eben mit, dass bulgarischer Gesandter bei ihm erschienen sei und auftraggemäss mitgeteilt habe, „que Monsieur Guéchoff avait l'ardent désir d'arriver à un arrangement avec la Roumanie

et qu'il envisage la possibilité d'une convention plus large", was Herr Majoresco dahin auffasst, dass man in Sofia eine irgendwie geartete Mithilfe Rumäniens ins Auge gefasst habe. Laut Telegramm Herrn Mişus aus London habe Herr Danew die Verhandlungen mit ihm gestern begonnen. Herr Take Jonesco scheint ausgeschaltet worden zu sein. Minister zeigte sich über diese Wendung zum Bessern ausnehmend erfreut und bemerkte, dass ihm dieselbe die Ablehnung russischer Einzelintervention sehr erleichtert hätte. Auf meine Frage nach genauer Angabe rumänischer Forderungen, antwortete Minister nachstehend: Maximum sei Linie Turtukaia-Balčik, welche nur aufrechterhalten würde, falls militärische Aktion mit oder gegen Bulgarien erfolge, da Geldentschädigung nicht verlangt würde. Minimum Silistria-Kavarna, beide Städte mitinbegriffen. Ersteres sei der politische Punkt, letzteres der praktische, auf keinen könne verzichtet werden. Ohne diese Orte würde vom Land Abmachung nicht als Erfolg betrachtet werden. Nach jüngst eingelaufenen Daten habe Regiment Silistria nur unbedeutende Verluste erlitten. K. F. Fürstenberg.

[a] Oe. U. Balkan 128 Nr. 235.

Nr. 5336. Tel. aus Bukarest, 11. Jan. 1913 Nr. 13 (eing. 4 U. p. m.).[a] Entziff.

Antwort auf Telegramm Nr. 18 von heute. Dass wir an dem zukünftigen freundschaftlichen Verhältnis zwischen Rumänien und Bulgarien das allergrösste Interesse hegen, habe ich stets auf das Nachdrücklichste betont, in jüngster Krise noch mit ganz besonderer Intensität und nicht ohne Erfolg. Der Verdacht, der mir hier an leitender Stelle aufzusteigen schien, war, dass Wiener Kabinett in diesem Bestreben mehr Rücksicht auf bulgarische Empfindlichkeit und Stimmung nimmt, als auf rumänische. Diesen Verdacht im Keime zu ersticken, ist mein Bestreben. K. E. Fürstenberg.

Nr. 5337. Tel. nach Konstantinopel Nr. 25 (1), Berlin Nr. 39 (2), Rom Nr. 48 (3), St. Petersburg Nr. 27 (4), Paris Nr. 26 (5) und London Nr. 47 (6), 11. Jan. 1913 (chiffr. 1 U. a. m.).[a] Konz. (S. Berger; V. u. G. Nemes).

1. Euer Exzellenz sind ermächtigt, auf Grund des laut Ihres Telegrammes Nr. 17 vom 9. d. M. von den dortigen Botschaftern der Großmächte vereinbarten Textes der Kollektivnote an die Pforte an der geplanten Demarche teilzunehmen, vorausgesetzt, daß Hochderen Kollegen von Deutschland und Italien die gleiche Ermächtigung erhalten. Sollte einer Ihrer Kollegen den Antrag stellen, in dem Adrianopel betreffenden Passus auch die Verpflichtung Bulgariens zur Schleifung der Festungswerke aufzunehmen, so sind Euer Exzellenz ermächtigt, einer solchen Proposition zuzustimmen, falls dadurch keine Verzögerung in der Überreichung der Kollektivnote eintritt.

2.—6. Markgraf Pallavicini telegraphiert unterm 9. d. M. wie folgt: ... *wie n. 5286* ... Ich antworte Markgrafen Pallavicini wie folgt: (Inseratur aus Telegramm sub 1 von „Euer Exzellenz" bis inklusive „Ermächtigung erhalten.")

2.—3. Vorstehendes zur Mitteilung an die dortige Regierung.
4.—6. Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Information und Regelung Ihrer Sprache. Berchtold.

a) Oe. U. Balkan 129 Nr. 236. Vgl. n. 5338, 5340, 5342, 5348, 5424.

Tel. nach Konstantinopel, 11. Jan. 1913 Nr. 28 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 5341.

Nr. 5338. Tel. nach Konstantinopel Nr. 29 (1), Berlin Nr. 43 (2), Rom Nr. 53 (3), St. Petersburg Nr. 32 (4) und Paris Nr. 31 (5), 11. Jan. 1913 (chiffr. 11 U. p. m.).a) Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

1. Die in der Londoner Réunion versammelten Botschafter haben ebenfalls einen Text für die von Euer Exzellenz und Ihren Kollegen der Pforte zu überreichenden Kollektivnote vereinbart und beschlossen, denselben ihren Regierungen zu unterbreiten. Der bezügliche Text lautet wie folgt: ... *wie n. 5319 von „Les soussignés" bis zum Ende* ... Was diese von der Londoner Réunion gewählte Fassung betrifft, so würden auch gegen ihre Akzeptierung meiner Ansicht nach keine Bedenken obwalten. Es wird zwar darin der Gefahr gedacht, welche eine Prolongation der Hostilitäten für Konstantinopel und den asiatischen Besitz der Türkei mit sich bringen könnte, doch geht in unzweifelhafter Weise hervor, daß damit nur eine eventuelle Aktion der Alliierten gemeint sein kann. Auch die Inselfrage wird redaktionell in einer unseren Wünschen entsprechenden Form behandelt. Ich kann es daher Euer Exzellenz anheimgeben, sich nach Maßgabe Ihrer eigenen Ansicht sowie der Haltung Ihrer Kollegen für den in Konstantinopel oder für den in London ausgearbeiteten Text auszusprechen, wobei ich nur darauf Wert legen möchte, daß Hochdieselben dabei im Einvernehmen mit Ihren Kollegen von Deutschland und Italien vorgehen. Auch erscheint es mir von Wichtigkeit, daß durch eventuelle bezügliche Beratungen der bei der Pforte zu unternehmende Schritt keine Verzögerung erleidet.

2.—5. Zu meinem Telegramme von gestern Nr. 39 (respektive 48, 27, 26.) Ich telegraphiere an Markgrafen Pallavicini wie folgt: (Inseratur Telegramm sub 1 in extenso.)

2.—3. Vorstehendes zur Mitteilung an die dortige Regierung.
4.—5. Vorstehendes zur Regelung Ihrer Sprache. Berchtold.

a) Oe. U. Balkan 129 Nr. 237. Vgl. n. 5372.

Nr. 5339. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 11. Jan. 1913 Nr. 22 (eing. 9 U. p. m.).a) Entziff.

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 22 von heute erhalten Meiner Überzeugung nach würde Entsendung von Kriegsschiffen nach der Bezika Bai (vergleiche meinen Bericht 1 C vom 8. d. M.) bei der türkischen Regierung keinen Effekt erzielen und könnte sie nur die Konsequenz haben, die gegenwärtig hier ganz ruhige muselmännische Bevölkerung gegen die Fremden aufzuregen. Pallavicini.

a) Vgl. n. 5368 Anm. b.

Nr. 5340. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 11. Jan. 1913 Nr. 23 (eing. 6 U. p. m.). Entziff.

Zu Euer Exzellenz heutigem Telegramme Nr. 25. Mein italienischer Kollege ist ermächtigt, an Kollektivschritt teilzunehmen. Meinem deutschen Kollegen hat seine Regierung mitgeteilt, dass sie mit dem hier vereinbarten Texte einverstanden wäre, jedoch annimmt, dass darüber noch in London verhandelt werden wird. Ermächtigung, an der Kollektivdemarche teilzunehmen, ist ihm nicht zugekommen. Pallavicini.

Tel. nach London, 11. Jan. 1913 Nr. 47 (chiffr. 1 U. a. m.). Siehe n. 5337.

Nr. 5341. Tel. nach London Nr. 49 (1), Paris Nr. 29 (2), Rom Nr. 52 (3), Berlin Nr. 42 (4), St. Petersburg Nr. 31 (5) und Konstantinopel Nr. 28 (6), 11. Jan. 1913 (chiffr. 11 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Hohenlohe; G. Berchtold).

1.—6. Herr von Tschirschky hat heute die Frage der Entsendung von Kriegsschiffen nach der Besikabai seitens der Großmächte zur Sprache gebracht und hiezu bemerkt, daß Deutschland an einer Aktion gegen Konstantinopel nicht teilnehmen werde. An Fürst Lichnowsky sei unter dem 10. d. M. die Instruktion ergangen, sich zu Sir E. Grey dahin auszusprechen, daß eine einfache Flottenkundgebung der Türkei nicht imponieren werde, daß die Kriegsschiffe — soferne ihnen nicht seitens der Pforte freie Passage gewährt würde — dem Feuer der Dardanellenforts ausgesetzt werden müßten, daß ferner die Kriegsschiffe vor Konstantinopel den Angriffen der türkischen Torpedos, die Botschafter und die fremden Kolonien aber der türkischen Soldateska ausgeliefert wären und daß, womit immerhin gerechnet werden müsse, eines der Kriegsschiffe in die Luft fliegen könne, worüber in Stambul helle Begeisterung aufflammen würde und somit das Gegenteil von dem erreicht würde, was von den Mächten angestrebt werde. Das Berliner Kabinett halte die geplante Flottendemonstration vor Konstantinopel für zwecklos, undurchführbar und neutralitätswidrig. Ich habe dem Herrn Botschafter entgegnet, ich hielte es für bedenklich, die Türkei durch eine Attitude, welche sie an dem Ernst unserer Intentionen zweifeln ließe, in ihrer Hartnäckigkeit zu unterstützen. Ich sei der erste gewesen, gegen eine Flottendemonstration vor Konstantinopel Stellung zu nehmen, hätte jedoch die Ansicht vertreten, daß die Mächte in Bezug auf die Eventualität einer an einem anderen Punkte — etwa Smyrna — vorzunehmenden Demonstration geschlossen vorgehen müßten, widrigenfalls die ganze Aktion von vorneherein zu einem Echec verurteilt würde. Herr von Tschirschky bemerkte, daß man in Berlin — seiner Auffassung nach — auch nur gegen eine Flottendemonstration vor Konstantinopel Stellung nehme, worin ihn der Umstand bestärke, daß alle in der obigen Instruktion an Fürst Lichnowsky vorgebrachten Bedenken nur auf eine solche Bezug haben könnten. Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Information. Berchtold.

a) Vgl. n. 5362.

Nr. 5342. Tagesbericht über einen Besuch des engl. Botschafters, 11. Jan. 1913 Nr. 204.[a]) Konz. (S. Berger; V. u. G. Berchtold).

Der königlich englische Botschafter war heute bei mir, um mir im Auftrage Sir E. Greys mitzuteilen, Herr Danew hätte dem Herrn Staatssekretär erklärt, die vier Balkanalliierten könnten nicht weiter mit der Pforte verhandeln, wenn dieselbe nicht ausdrücklich erkläre, im Prinzipe in die Abtretung Adrianopels einzuwilligen. Auch Reschid Pascha habe sich zu Sir E. Grey begeben und ihm mitgeteilt, daß die Türkei um keinen Preis auf Adrianopel verzichten könne. Der türkische Delegierte stellte bei dieser Gelegenheit das Ersuchen, die Mächte sollten durch einen Druck in Sofia die Bulgaren zur Nachgiebigkeit verhalten. Letzteres wurde von Sir E. Grey rundweg abgelehnt. Der Herr englische Botschafter bemerkte, Sir E. Grey habe die Absicht, die Frage, wie man sich diesen divergierenden Standpunkten gegenüber zu verhalten habe, am Montag bei der Botschafterréunion zur Sprache zu bringen, und ersuchte mich, Grafen Mensdorff mit bezüglichen Instruktionen zu versehen. Ich antwortete dem Herrn Botschafter, daß ich Markgrafen Pallavicini bereits ermächtigt habe, sich an der in Aussicht genommenen Kollektivdémarche zu beteiligen und daß mir auch bereits seitens des Herrn Botschafters in Konstantinopel eine Mitteilung in dem Sinne vorliegt, der Text der gegenüber der Pforte zu führenden Sprache sei einvernehmlich festgestellt worden. Der Herr englische Botschafter stellte sodann an mich die Frage, wie wir uns zu dem Projekte einer Flottendemonstration verhielten, die vielleicht notwendig sein würde, um dem Willen der Großmächte Geltung zu verschaffen. Ich erwiderte darauf dem Herrn Botschafter, daß wir uns gewiß nicht von den anderen Mächten trennen würden, daß wir aber gegen eine Flottenaktion vor Konstantinopel mit Rücksicht auf die eventuellen Gefahren für die zu einer solchen Demonstration verwendeten Kriegsfahrzeuge und für die Kolonien schwerwiegende Bedenken hätten. Sir Fairfax Cartwright bemerkte zum Schlusse, daß der Wunsch des englischen Staatssekretärs vor allem daraufhin gerichtet sei, daß die Großmächte vereint blieben, um in der Türkei nicht die Kriegspartei zu maßgebendem Einflusse gelangen zu lassen.

[a]) Vgl. n. 5337, 5361.

Nr. 5343. Tel. aus London, 11. Jan. 1913 Nr. 42 (eing. 12. Jan. 8 U. a. m.). Entziff.

Erhalten heutiges Telegramm Nr. 44. Ich habe eben Herrn Danew gesehen und ihm gesagt, daß ich ganz unoffiziell und persönlich ihn über etwas befragen möchte, da ich es auch schon aus Rücksicht auf meine persönlichen Beziehungen zu König Ferdinand (die Herrn Danew wohlbekannt sind) sehr beklagen würde, wenn eine tiefere Verstimmung zwischen Sofia und Bukarest eintreten sollte. Herr Danew sagte mir, bei seiner ersten Unterredung hier mit Herrn Mişu sei allerdings die Rede davon gewesen, der bulgarisch-rumänischen Abmachung die Form einer Kooperation gegen die Türkei zu geben, um sie dadurch der öffentlichen Meinung annehmbarer

zu machen. Doch könnte Herr Danew sich nicht verhehlen, daß diese rumänische Hilfe — diplomatische oder andere — eigentlich nicht mehr benötigt wurde, da er schon damals wußte, daß einerseits die Großmächte, anderseits die Alliierten den Anspruch Bulgariens auf Adrianopel unterstützen würden. Herr Take Jonesco habe ihm selbst gesagt, „ce ne sera pas intelligent de ma part, de Vous offrir une coopération dont Vous n'avez plus besoin" oder ungefähr derartiges. Herr Danew versicherte mir aber, daß kein froissement zurückbleiben würde und die persönlichen Fragen, die bestanden, überwunden worden sind. Er erwarte Depeschen aus Sofia, konnte mir also nichts über heutigen Stand der Verhandlungen sagen. Ich fürchte, rumänische Aktion ist etwas zu spät gekommen. Herr Jonesco und Herr Mişu haben heute Sir E. Grey gesagt, daß ihnen Herr Danew noch immer keine bulgarischen Propositionen mitgeteilt hat und daß sie die Punkte, welche von Petersburg nach Bukarest als Vorschlag Bulgariens telegraphiert wurden, noch nicht kennen. Mensdorff.

Nr. 5344. Tel. aus London, 11. Jan. 1913 Nr. 43 (eing. 9 U. 50 M. p. m.).[a] Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 36 vom 9. d. Mts. Ich habe gestern wieder über Skutarifrage mit Sir E. Grey gesprochen, der bei mir allein mit Baron Giesl und Sektionschef Ippen frühstückte, die ihm manche wertvolle Aufklärungen über Verhältnisse an montenegrinisch-albanesischer Grenze geben konnten. Ich habe die genannten zwei Herren auch bei einem anderen Frühstück mit kompetenten Referenten des Foreign Office zusammengebracht. Staatssekretär wird geneigt sein, Diskussion Albaniens bei Réunion zu beginnen, wenn die anderen Kollegen, namentlich italienischer, damit einverstanden sind. Jedenfalls scheint mir der Aufschub bis jetzt eher genützt als geschadet zu haben, nachdem Marquis San Giuliano nunmehr, wie Euer Exzellenz mir mitteilten, sich unserem Standpunkt genähert und weniger Besorgnis vor russischem Widerstand zu haben scheint. Ich habe heute eingehend mit Marquis Imperiali gesprochen und ihn gebeten, sich baldmöglichst Instruktionen seiner Regierung über Delimitation, namentlich im Süden Albaniens, zu erbitten, da ich glaube, Italien wünsche dort gewisse Konzessionen an Griechenland zu gewähren. Von englischer Seite scheint man zwischen der Euer Exzellenz bekannten russischen und unserer Grenzlinie im Süden und Südosten eine Kompromißlinie anzustreben. Dies würde wahrscheinlich Aufgeben folgender von uns für Albanien reservierter Landschaften bedingen: Janina und Umgebung, Quellental der Vojussa bis Lesnitza, von Kutzowalachen bewohnte Ostabhänge des Pindus und Grammos. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 5384, 5408.

Nr. 5345. Tel. aus London, 11. Jan. 1913 Nr. 44 (eing. 12. Jan. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Im Nachhange zu meinem gestrigen Telegramme Nr. 38. Sir E. Grey sendet mir zur Einsicht sein Telegramm an Sir A. G. Lowther, worin er

dem Botschafter mitteilt, die gestrige Antwort Herrn Danews sei dem türkischen Botschafter und Reschid Pascha bekanntgegeben worden, worauf beide erklärten, unter diesen Umständen sei längeres Verweilen ottomanischer Delegierter in London nutzlos. Pression der Mächte würde Nachgeben der Pforte in diesem Falle nicht bewirken. Mächte sollten vielmehr in Sofia einwirken, damit Bulgarien bezüglich Adrianopels mehr Mäßigung zeige. Es wurde den türkischen Delegierten im Foreign Office gesagt, es bestehe keine Hoffnung, daß Mächte in gewünschtem Sinne in Sofia sprechen, doch werde Sir E. Grey uns bei nächster Botschafterréunion am Montag von dem, was vorgefallen ist, informieren. Sir E. Grey habe schon früher den türkischen Delegierten gegenüber — aber nur in seinem eigenen Namen — die Argumente gebraucht, welche in der Kollektivdemarche geltend gemacht werden sollen. Persönlich glaube Sir E. Grey, daß nur die Kapitulation Adrianopels Lage beeinflussen könne, aber selbst dieses könne die Situation nicht erleichtern, wenn irgendwie der Eindruck von Uneinigkeit der Mächte aufkommen sollte, und es sei deshalb von höchster Wichtigkeit, daß sie in vollster Einmütigkeit bei ihren Ratschlägen an die Pforte vorgehen.

Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 5361, 5375.

Tel. nach Paris, 11. Jan. 1913 Nr. 26 (chiffr. 1 U. a. m.). Siehe n. 5337.

Tel. nach Paris, 11. Jan. 1913 Nr. 29 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 5341.

Tel. nach Paris, 11. Jan. 1913 Nr. 31 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 5338.

Tel. nach Rom, 11. Jan. 1913 Nr. 48 (chiffr. 1 U. a. m.). Siehe n. 5337.

Nr. 5346. Tel. nach Rom, 11. Jan. 1913 Nr. 51 (chiffr. 10 U. p. m.). Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

Antwort auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 23 vom 10. d. M. ad I. Da Artikel V im Gegensatze zu anderen im Jahre 1909 aufgehobenen Bestimmungen des Berliner Vertrages nicht in seiner Gänze abrogirt erscheint, bestehen jedenfalls dessen Stipulationen über Kultusfreiheit heute noch zu Recht. ad II. Rumänien (Artikel XLIV des Berliner Vertrages) ist in meinem Telegramme Nr. 35 vom 7. d. absichtlich ausser Betracht geblieben, weil es diesmal keinen Territorialerwerb auf türkische Kosten zu gewärtigen hat, wie die anderen Balkanstaaten, bei welchen die Zustimmung der Grossmächte zu diesem Erwerbe den Rechtstitel zu bilden hätte, unter welchem ein ausgiebiger Schutz der religiösen und nationalen Minoritäten durch Erweiterung der Bestimmungen der Artikel V, XXVII und XXXV des Berliner Vertrages zu fordern wäre. ad III. Bezüglich der bisher mangelhaften Durchführung dieser Stipulationen stimme ich mit den Ausführungen Euer Exzellenz überein, doch erblicke ich gerade hierin einen Grund auf dem Minoritäten-Schutze besonders zu bestehen und die Erweiterung der

diesbezüglichen Vertrags-Bestimmungen anzustreben. Die Stellung der Monarchie als katholische Grossmacht, unser Verhältnis zu den Albanesen, das Interesse der bosnischen Mohammedaner an ihren Glaubensgenossen, die Sympathien, welche das befreundete Königreich Rumänien und die hierländischen Rumänen den Kutzowalachen entgegenbringen, endlich die Bande, welche die hiesigen Handels- und Industriekreise mit den Saloniker Spaniolen verbinden, legen uns die moralische Pflicht auf, uns für die Erhaltung der betreffenden religiösen und nationalen Gemeinschaften einzusetzen. Diese unsere Tendenz dürfte sich übrigens mit ähnlichen Wünschen anderer Grossmächte begegnen, wobei speciell für Italien die Rücksichtnahme auf die Gefühle der Italo-Albanesen und der libischen Mohammedaner, sowie die wirtschaftlichen Bande mit Salonik nicht zu unterschätzen wären. Berchtold.

Tel. nach Rom, 11. Jan. 1913 Nr. 52 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 5341.

Tel. nach Rom, 11. Jan. 1913 Nr. 53 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 5338.

Nr. 5347. Tagesbericht über eine Unterredung mit dem ital. Botschafter, 11. Jan. 1913 Nr. 203.[a]) Konz. (S. Berger; V. u. G. Berchtold).

Der königlich italienische Botschafter hat mir heute mitgetheilt, seine Regierung hätte ihn verständigt, daß ihr eine Kandidatur des Herzogs von Urach für den albanischen Thron nicht genehm sei. Der Herzog sei Katholik und die italienische Regierung sei prinzipiell gegen Kandidaturen katholischer Fürsten, weil zu befürchten wäre, daß solche zu Unstimmigkeiten in Albanien führen könnten. Herzog Avarna meinte, ich müsse der selben Ansicht sein und bat mich, ihn zu ermächtigen, Marquis di San Giuliano zu melden, daß auch ich für den albanischen Thron Katholiken von vorneherein eliminiere. Ich antwortete dem Herrn Botschafter, daß ich aus seinen Äußerungen entnommen habe, die königlich italienische Regierung wolle keinen Katholiken als Fürsten von Albanien. Die Aufstellung eines Kandidaten für den Thron von Albanien könne zwar nur im beiderseitigen Einvernehmen erfolgen, doch müßte ich mich entschieden dagegen aussprechen, daß die Sache so dargestellt würde, als ob ich von vorneherein gegen einen katholischen Kandidaten Stellung nehmen wollte. Hiezu sei nach meiner Auffassung kein Grund vorhanden. Auch könne ich den Bedenken Herzog Avarnas nur bedingte Geltung zuerkennen, da es bei der religiösen Dreiteilung des Landes überhaupt nicht möglich sei, die bezüglichen Aspirationen aller drei Religionen zu befriedigen. Im übrigen sei nicht zu verkennen, daß auch in dem Falle, als ein protestantischer Kandidat auf den Thron kommen würde, der somit keiner der drei Landesreligionen angehört, hierin keine ganz befriedigende Lösung gelegen wäre, da derselbe, wie ich aus albanischer Quelle gehört habe, nicht auf die Sympathien der katholischen Bevölkerung Albaniens rechnen könnte.

[a]) Vgl. n. 5298, 5483.

Nr. 5348. Tel. aus Rom, 11. Jan. 1913 Nr. 26 (eing. 12. Jan. 9 U. a. m.). Entziff.

Bei auftraggemässer Mitteilung des Inhaltes gestriger Telegramme Euer Exzellenz Nr. 45 und 48 erfuhr ich vom Minister des Äussern, dass dieselben eine bereits gegenstandslos gewordene Phase betreffen. Seither hätten zuerst die Botschafter in London einen anderen Text der Note an die Pforte, welcher ihm speziell hinsichtlich der Inselfrage besser redigiert erscheine, ausgearbeitet. Italienischer Botschafter in Konstantinopel habe generelle Instruktion erhalten, jeden von seinen Dreibundkollegen akzeptierten Text ohne vorherige Anfrage anzunehmen. Ausserdem habe deutsches Kabinett sich gegen die Flottendemonstration ausgesprochen, welche zwecklos, undurchführbar und neutralitätswidrig sei. Marquis San Giuliano, welcher diese Ansicht völlig teilt, immer gegen die Flottendemonstration war und dermaliges feindseliges Auftreten der Westmächte, besonders Frankreichs, gegen die Türkei unklug findet, ist froh, dass diese Idee aufgegeben erscheint.

Mérey.

Tel. nach St. Petersburg, 11. Jan. 1913 Nr. 27 (chiffr. 1 U. a. m.). Siehe n. 5337.

Tel. nach St. Petersburg, 11. Jan. 1913 Nr. 31 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 5341.

Tel. nach St. Petersburg, 11. Jan. 1913 Nr. 32 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 5338.

Nr. 5349. Tel. aus St. Petersburg, 11. Jan. 1913 Nr. 6 (eing. 12. Jan. 11 U. a. m.).[a] Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramme Nr. 10 und 11,[b] Nr. 21[c] bis 24.[d] Ich habe zunächst mit Herrn Sazonow die durch die Erklärung Herrn Danews, die Verhandlungen nicht mehr weiter führen zu können, sowie durch die seitens Herrn Majorescos in Aussicht gestellten Gewaltmassregeln geschaffene Lage in akademischer Weise besprochen. Ich erhielt hiebei den Eindruck, dass Sazonow die erfolgte Unterbrechung in den Verhandlungen mehr persönlichen Unstimmigkeiten zwischen Danew und Jonesco zuschreibt und daher glaubt, dass sich die Sachen wieder einrenken werden, so dass es wohl nicht zu der Ausführung der rumänischerseits in Aussicht genommenen Massregeln kommen werde. Herr Sazonow sprach bei diesem Anlasse seine Befriedigung darüber aus, dass unsere beiderseitigen Gesandten in Bukarest bei dieser Gelegenheit parallel vorgehen konnten, um Rumänien vor unüberlegten Schritten abzuraten. Als ich dann in vorsichtiger Weise sondierte, ob es sich nicht nun empfehlen würde, auch in Sofia zum Entgegenkommen zu mahnen, konnte ich sofort erkennen, dass der Minister des Äussern auf eine derartige Anregung nicht einzugehen gesonnen sei. Ich glaubte daher, nicht weiter insistieren zu sollen, um mich nicht einer fin de non recevoir auszusetzen. Sazonow führte unter anderem aus, dass Bulgarien gegenwärtig derartig empfindlich sei, dass man mit Ratschlägen an dasselbe ausserordentlich vorsichtig sein und alles

vermeiden müsse, was nur im entferntesten einem Drucke oder gar einer Kollektivdemarche ähnlich sähe. Uebrigens glaube er, dass hiezu auch keine Notwendigkeit vorliege, da die beiden Mächte sich schon so verständigen würden. Auf die Mitteilung der vier Punkte, in denen Bulgarien den rumänischen Wünschen entsprechen wolle, habe rumänischer Minister des Aeussern geantwortet, er werde sie Seiner Majestät dem Könige vortragen und hätte hiebei bemerkt: „C'est la première fois qu'on nous parle sérieusement." Die vier Punkte sind: Abtretung der Forts östlich Silistria und der strategisch sehr wichtigen beiden Einbisse in die Dobrutscha-Grenze, wobei Bulgarien die Verpflichtung auf sich zu nehmen bereit sei, an dieser Grenze keinerlei Befestigungen zu errichten, während dies Rumänien auf seiner Seite freistehen solle; Autonomie der Kutzowalachen und Verzicht auf alle früheren Ansprüche auf die Dobrutscha, für welch' letzteren Punkt sich schon eine geeignete Formulierung finden lasse. Der Herr Minister fuhr fort, dass er aus einer Aeusserung des hiesigen rumänischen Gesandten entnommen habe, dass Rumänien zum Schutze Mangalias, falls es zu einem Kriegshafen ausgebaut werden würde, noch einen Küstenstreifen benötigen würde, da dieser Ort für den gedachten Zweck gegenwärtig zu nahe an der Grenze liege. Er hatte Gelegenheit, gestern mit dem bulgarischen Minister Todorow, der sich momentan hier befindet, diese letzte Eventualität zu besprechen und habe dabei konstatieren können, dass dagegen keine besonderen Schwierigkeiten bestehen, soferne sich Rumänien mit einem nicht allzugrossen Dreiecke begnüge, dessen Basis an der Küste wäre. Unter diesen Umständen hofft der Minister auf eine baldige Verständigung zwischen den beiden Ländern und hält es durchaus nicht für opportun, in Sofia irgendwelche besonderen Schritte zu unternehmen. Ob dies der einzige massgebende Grund für Sazonow ist, oder ob er speziell einem gemeinsamen Vorgehen mit der Monarchie in Sofia ausweichen wollte, vermochte ich nicht zu erkennen. Thurn.

[a]) Oe. U. Balkan 127 Nr. 234. Vgl. n. 5352, 5377 Anm. b, 5671. — [b]) Mit Tel. Nr. 11, 4. Jan. 1913 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.) wurde n. 5167 nach St. Petersburg mitgeteilt. — [c]) Mit Tel. Nr. 21, 9. Jan. 1913 (chiffr. 11 U. p. m.) wurde n. 5262 nach St. Petersburg mitgeteilt. — [d]) Mit Tel. Nr. 24, 10. Jan. 1913 (chiffr. 8 U. p. m.) wurde n. 5281 nach St. Petersburg mitgeteilt.

Nr. 5350. Tel. aus St. Petersburg, 11. Jan. 1913 Nr. 7 (eing. 12. Jan. 10 U. a. m.). Entziff.

Herr Sazonow sprach sich heute mir gegenüber ziemlich besorgt über die Schwierigkeiten aus, welche auf der Botschafterkonferenz durch die Haltung Deutschlands in der Inselfrage hervorgerufen werden. Er gehe auch in dieser Frage von dem Standpunkt aus, dass dauernde Zustände geschaffen werden müssten. Dies wäre aber nicht der Fall, wenn man diese Inseln der Türkei zurückgeben wollte. Einerseits habe Griechenland erklärt, diese von ihm besetzten Inseln unter keiner Bedingung wieder räumen zu wollen, und er sehe nicht, wer es dazu zwingen sollte. Ausserdem könne mit absoluter Gewissheit damit gerechnet werden, dass im Falle als eine Räumung der Inseln doch erzwungen werden würde, diese trotzdem sofort

ihre Vereinigung mit Griechenland proklamieren würden. Dann hätte man eine ganze Reihe von „Kretafragen" und das könne Russland, das Ruhe haben wolle, unter keinen Umständen zugeben. Eventuellen strategischen Bedenken könnte nach Ansicht Herrn Sazonows die Spitze dadurch abgebrochen werden, dass man die Asien zunächst liegenden Inseln ähnlich wie jene an der Dardanellen-Einfahrt neutralisieren würde. Thurn.

Nr. 5351. Tel. aus St. Petersburg, 11. Jan. 1913 Nr. 9 (eing. 12. Jan. 1 U. p. m.).[a] Entziff.

Herr Sazonow sagte mir heute, er habe mit Befriedigung vernommen, dass die k. und k. Regierung bereit sei, sich an der Entsendung von Kriegsschiffen in die Bezika Bai, falls dieselbe sich als notwendig herausstellen sollte, zu beteiligen. Was Russland anbelangt, so könne es, da es den Bosporus nicht passieren könne, mit seinen Schiffen nicht auch in die genannte Bai kommen; doch werde es, um seine Solidarität mit den übrigen Mächten zu bekunden, an demselben Tage, an dem die Geschwader der Mächte in die Bezika Bai einlaufen, seinerseits mit Schiffen seiner Schwarzen Meerflotte in irgend einem Hafen der Nordküste Kleinasiens erscheinen. Thurn.

[a] Vgl. n. 5317.

Nr. 5352. Tel. aus Sofia, 11. Jan. 1913 Nr. 21 (eing. 12. Jan. 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Bezug auf hohes Telegramm Nr. 13 vom 10. d. M. Sprach soeben mit russischem Kollegen, der sich im Wesentlichen wie folgt äusserte: Der Vorwurf, den Rumänien den Bulgaren macht und der Grund, warum man in Bukarest Geduld verloren, bestand darin, dass Bulgarien sich angeblich meritorischen Verhandlungen entziehe und seinen Standpunkt nicht präzisiere. Aus Telegrammen, die Herr Nekludow heute nachts aus Petersburg erhalten, ginge hervor, dass Herr Sazonow Beschwerde Rumäniens als ungerechtfertigt betrachtet, nachdem Bulgarien Konzessionen, zu welchen es bereit sei, klar formuliert und den Rumänen mitgeteilt hätte. Es seien dies die vier bekannten Punkte, nämlich Grenzregulierung mit zirka 20 Dörfern, autonomistische Privilegien an Kutzowalachen, Garantien bezüglich rumänischer Dobrutscha und Abtretung der Silistria dominierenden Festungen. Herr Sazonow sei Ansicht, dass diese Propositionen geeignet seien, eine ernste Verhandlungsbasis zu bilden, und dass Rumänien keinen Grund gehabt hätte, dieselben a limine abzuweisen. Ob die Rumänen — so sprach weiter Herr Nekludow — das bulgarische Angebot für befriedigend halten oder nicht, und ob Bulgarien noch weitere Konzessionen machen werde oder nicht, seien Fragen für sich, das Angebot sei aber seitens Bulgarien gemacht worden und sei derartig, dass es in Diskussion gezogen zu werden verdiene. Mit Rücksicht darauf und da auch Herrn Danew Auftrag erteilt worden, Pourparlers wieder aufzunehmen, sei nunmehr kein Anlass zu einer Demarche hier vorhanden. Alles, was den Bulgaren zu sagen gewesen wäre, hätte ihnen Herr Nekludow bereits gesagt. Seit Wochen habe er sich unaufhörlich für Verständigung verwendet; in Details hätte sich Russland nicht

hineingemischt und wolle sich auch weiter nicht hineinmischen. Sowohl in Rumänien wie auch hier lasse man sich in der ganzen Frage von Rücksichten innerer Politik leiten. Persönlich hätte russischer Kollege Herrn Geschoff geraten, Silistria abzutreten, König und Regierung könnten es aber nicht über sich bringen. Ueber Zwischenfall Danew-Take Jonesco meinte russischer Gesandter, dass schwer zu sagen, wer schuldig, jedenfalls habe Herr Danew Unrecht gehabt, Konversation abzubrechen. Herr Nekludow erwähnte wieder Reise rumänischer Staatsmänner nach Konstantinopel und sprach Befürchtung aus, dass Erscheinen derselben allein Türken zum Widerstand ermutigen würde. Um Friedensschluss zu ermöglichen, sollte Bulgarien punkto Adrianopel eine Konzession machen; Befestigungen könnten geschleift werden und es könnte aus Adrianopel eine Enklave gemacht werden.

Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 5313, 5349, 5671.

Nr. 5353. Tel. aus Sofia, 11. Jan. 1913 Nr. 22 (eing. 12. Jan. 9 U. a. m.). Entziff.

Konfident bringt unkontrollierbare Nachricht, dass Finanzminister (mein Telegramm Nr. 13[a]) vom 9. d. M.) mit einem autographischen Schreiben König Ferdinands an Kaiser Nikolaus nach Petersburg geschickt worden, worin von rumänisch-bulgarischer Kontroverse und auch von serbischem Streite mit uns Rede gewesen wäre. Tarnowski.

[a]) Mit Tel. Nr. 13, 9. Jan. 1913 (eing. 3 U. 30 M. p. m.), wurde aus Sofia gemeldet, daß bulgarischer Finanzminister zunächst nach Petersburg gefahren sein soll, um von dort aus eine Art Pression auf den Pariser Geldmarkt ausüben zu lassen. Von Petersburg soll Todorow nach Paris reisen. Vgl. n. 8566.

Nr. 5354. Tel. aus Sofia, 11. Jan. 1913 Nr. 23 (eing. 12. Jan. 9 U. a. m.). Entziff.

Entgegen dem, was Herr Danew behauptet und was Herr Geschoff mir wiederholt sagte, versicherte mir erneuert rumänischer Kollege, dass man erstgenannten bulgarischen Staatsmann anlässlich seines Besuches in Bukarest über territoriale Forderungen Rumäniens (speziell über Silistria) genau informiert hätte. Herr Ghika habe dies einer Äusserung entnommen, die ihm König Karol bei einer Audienz gemacht und ausserdem wisse rumänischer Gesandter, dass Danew gelegentlich seines Besuches in Wien Herrn von Giers über grosse Prätensionen Rumäniens geklagt und bemerkt hätte, dass er einsehe, Abtretung Silistrias sei — so schwer dies auch wäre — unvermeidlich, wohl müsste aber Bulgarien Adrianopel bekommen. Herr von Giers hätte über diese Aeusserung Herrn Danews sofort nach Petersburg berichtet. Vorwurf kurzen Gedächtnisses, den Take Jonesco Danew gemacht habe, wäre gerechtfertigt und Herr Ghika müsse bedauern, seiner Regierung Kammerpräsidenten als ganz aufrichtig geschildert zu haben. Rumänischer Kollege glaubt, dass, wenn Bulgarien sich zu Abtretung Silistrias entschlösse, rumänische Regierung übrigen Teil ihrer territorialen Forderungen reduzieren würde. Tarnowski.

Nr. 5355. Bericht des Militärattachés in Belgrad an den Chef des Generalstabes, 12. Jan. 1913 Res. Nr. 17 (eing. als Einsichtsstück des Chefs des Generalstabes vom 15. Jan. Nr. 259 am 25. Jan.). Abschrift.

Situationsbericht. Es kann als feststehend angenommen werden, dass die serbischen Truppen die adriatische Küste in der nächsten Zeit räumen werden. Die Hindernisse für das sofortige Verlassen der Küste scheinen weniger politischer, als vielmehr technischer Natur zu sein. Einerseits will man die Montenegriner gegenüber dem tätigen türkischen Kommandanten in Skutari nicht ihrem Schicksal überlassen, andererseits ist man noch nicht im klaren, ob man den in jeder Beziehung stark hergenommenen Truppen — es mangelt insbesonders an Pferden — den beschwerlichen Rückmarsch durch die verschneiten albanesischen Berge zumuten, oder sie mit griechischen Schiffen bis Salonik transportieren soll. Gefangene, Munition und Kriegsbeute werden bereits auf diesem Wege abgeschoben. Die bevorstehende Räumung der Küste wurde von der Öffentlichkeit verhältnismässig mit grosser Ruhe aufgenommen. Es hatte ja vorher nicht an Stimmen gefehlt, die zumindest eine Militärrevolte voraussagten. Vor wenigen Tagen, als ich im Auftrage des k. u. k. Kriegsministeriums den neuen Schematismus im hiesigen Kriegsministerium überreichte, konversierte der Kriegsminister längere Zeit mit mir über die politische Lage. In ruhiger und sachlicher Weise berührte er auch die notwendige Räumung Albaniens, da das kleine Serbien sich „dem vereinten Willen der Grossmächte" nicht widersetzen könne. Oberst Bojović widersprach auch nicht, als ich mir darauf hinzuweisen erlaubte, dass Serbien den Grossmächten vielleicht dankbar sein müsse, von der schweren und undankbaren Aufgabe befreit zu sein, Albanien zu pazifizieren und zu kultivieren. Das Interesse im Lande konzentriert sich jetzt auf den bevorstehenden Friedensschluss und auf die Abgrenzung Albaniens. Bezüglich einer eventuellen Fortsetzung des Krieges mit der Türkei sind die hiesigen Ansichten divergierend; den übereinstimmenden Wunsch, bei der endgültigen Regelung der Dinge in Mazedonien möglichst viel, vor allem jedoch Monastir zu gewinnen, hofft man auf verschiedene Weise verwirklichen zu können, — bei einer Fortsetzung des Krieges als Kompensation für die militärische Unterstützung Bulgariens, beim sofortigen Friedensschluss hingegen, wenn Bulgarien im Osten möglichst gut abschneidet, das heisst Adrianopel erhält. Dass Serbien trotz seiner ununterbrochenen militärischen Erfolge jetzt in Sorge um den ungestörten Besitz der besetzten Gebiete, insbesondere der Räume um Monastir und Djakova sein muss, wird der verfehlten Politik Herrn Pasić's zugeschrieben. Mehrere Tagesblätter, auch das eher seriöse Organ der Kaufmannschaft, richten diesbezüglich offene Drohungen an die Regierung. Die fehlerhafte Festsetzung der Interessensphäre vor dem Kriege könne keine Grundlage für die Verteilung des Länderbesitzes bilden, weil diese durch die tatsächlichen Kriegsresultate diktiert werde. Auch würde es das Gleichgewicht auf dem Balkan stören, wenn einer der Verbündeten in Zukunft $2^1/_2$mal so gross wäre wie seine Nachbarn. Man ist hier besorgt, ob es gelingen wird, sich mit Bulgarien zu einigen, und schimpft schon jetzt, für andere die Kastanien aus dem Feuer geholt zu haben. Eine Spannung zwischen Bulgarien

und Serbien ist unleugbar. Grosse Sorge bereitet hier die Festsetzung der Grenze gegen Albanien. Man ist darüber nicht im Zweifel, dass die Ansichten der Monarchie über die Grösse des autonomen Albaniens mit den serbischen Ansichten nicht übereinstimmen werden. Man ist darüber informiert, dass die Albanesen selbst im Vilajet Kossowo den weitaus grössten Teil der Bevölkerung bilden, negiert dies jedoch, und sucht sich gegenseitig und das Ausland zu belügen, dass Prisren, Ipek und Dibra rein serbische Städte sind. Noch gestern hörte ich in einer Predigt des Metropoliten, anlässlich der Trauerfeier für die gefallenen Soldaten, von dem Vormarsch der serbischen Helden bis an das „srpsko more" sprechen! Nach der hiesigen Auffassung muss die westliche Wasserscheide des schwarzen Drin und der vereinigte Drin die Grenze Albaniens gegen Serbien und Montenegro bilden; diese Ansicht wird auch dem hier seit mehreren Tagen anwesenden Präsidenten der Duma Miljukow[a] in den Mund gelegt. Trotz hochtrabender Worte der Publizistik hat es nicht den Anschein, als ob Serbien es wegen der Grenzfrage zu einem bewaffneten Konflikt kommen lassen würde. Man hat auf den weitaus wichtigeren territorialen Besitz an der Adria notgedrungen verzichtet, obwohl ganz Serbien behauptete, die Küste nie wieder aufzugeben, und in Offizierskreisen wiederholt die Ansicht geäussert wurde, eventuell gegen den Willen der Regierung an der Adria zu bleiben und nur der Waffengewalt zu weichen. Ebenso wird man es voraussichtlich auch wegen des weit weniger wertvollen Besitzes einiger albanischer Städte nicht riskieren, einen Angriff der Monarchie zu provozieren, insbesondere da diese — wie hier allgemein kommentiert wird — von ihrer drohenden Haltung noch nicht Abstand genommen hat. Auch die militärische Lage, über die ich gesondert berichte, weist darauf hin, dass sich Serbien diesmal ohne Widerstand den Forderungen der Grossmächte fügen dürfte. Gellinek.

[a] Miljukow war nur Mitglied, aber nicht Präsident der russischen Reichsduma.

Nr. 5356. Tel. nach Bukarest Nr. 31 (1) und St. Petersburg Nr. 38 (2), 12. Jan. 1913 (chiffr. 11 U. p. m.).[a] Konz. (S. Hohenlohe; G. Berchtold).

1. Antwort auf Euer Durchlaucht Telegramm Nr. 15 vom 12. d. M. Wir haben niemals die Ansicht ausgesprochen, dass Rumänien auf Silistria verzichten wird und haben wir hiefür auch gar keinen Anhaltspunkt. Das Telegramm Herrn Sazonows an Herrn Schebeko über eine derartige Äusserung Grafen Thurns kann nur auf einem Missverständnis beruhen. Euer Durchlaucht können sich im vorstehenden Sinne sowohl der dortigen Regierung als auch Ihrem russischen Kollegen gegenüber aussprechen. Ich informiere im Gegenstande unter einem Grafen Thurn.

2. Prinz Fürstenberg telegraphirt unterm 12. d. M.: ... *wie n. 5357 in extenso* ... Ich antworte hierauf unter einem Prinzen Fürstenberg: (scribatur ex obigem Tel. ad 1 von „Wir haben" bis zum Schluß).

Berchtold.

[a] Vgl. n. 5376.

Nr. 5357. Tel. aus Bukarest, 12. Jan. 1913 Nr. 15 (eing. 5 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Herr Schebeko suchte mich eben auf und teilte mir mit, dass laut Telegrammes Herrn Sazonows Graf Thurn erklärt hätte, nach Meinung Wiener Kabinetts würde Rumänien auf Silistria verzichten. Da er stets im gegenteiligen Sinne berichtete, fragte er mich, ob ich diese Meinung vertreten hätte, was ich mit größter Entschiedenheit in Abrede stellte. Ich muss Euer Exzellenz auf das Eindringlichste bitten, diesen Irrtum Grafen Thurns umgehend richtigstellen zu wollen, da russischer Kollege diese Auffassung Wiener Kabinetts hier ins Treffen führen wird und ich in eine äußerst peinliche Lage gerate, sowohl dem hiesigen Ministerium als auch dem russischen Kollegen gegenüber. K. E. Fürstenberg.

[a] Vgl. n. 5356, 5359.

Nr. 5358. Handschreiben König Karls von Rumänien an Kaiser Franz Josef I.; Bukarest, 12. Jan. 1913 (eing. mit Bericht aus Bukarest vom 17. Jan. 1913 Nr. 7).[a] *Eigenh. Ausfert.*

Prinz von Fürstenberg hat mir Dein freundliches Schreiben vom 20. December v. J. übergeben, in welchem Du die Güte hast, mich von der Erneuerung des zwischen Oesterreich-Ungarn, Deutschland und Italien bestehenden Bundesvertrages in Kenntniss zu setzen. Indem ich meinen aufrichtigen Dank für diese mich so ehrende Mittheilung ausspreche, gereicht es mir zur besonderen Genugthuung Dich zu benachrichtigen, dass ich meinen Ministerpräsidenten Majorescu angewiesen habe, sich mit dem Grafen von Berchtold ins Einvernehmen zu setzen um den Bundesvertrag Rumänien betreffend in unveränderter Form zu erneuern. Ich lege den grössten Werth darauf, dass die innigen Beziehungen zwischen unseren Staaten, die sich so sehr bewährt haben, noch weiter bestehen und wo möglich sich noch mehr befestigen mögen, zum Besten meines Landes, dem bisher eine friedliche Entwicklung gesichert war. Ich ergreife freudig diesen willkommenen Anlass um die Versicherung meiner treuen Anhänglichkeit, auf die Du immerdar zählen kannst, zu erneuern. Carl.

[a] Vgl. n. 4989, 5421, 5485, 5495.

Nr. 5359. Bericht aus Bukarest, 12. Jan. 1913 Nr. 4 (eing. 15. Jan.). Ausfert.

In Ergänzung meines gehorsamsten Chiffretelegrammes Nr. 15 beehre ich mich Euer Excellenz ganz ergebenst zu melden, dass nach Ausspruch des Herrn Ministers des Aeussern das Minimum der rumänischen Forderungen, über welchen Gegenstand er übrigens in den allernächsten Tagen eine Zirkulardepesche an die königlichen Vertreter richten wird, die Linie einbegreift, welche circa 6—10 Kilometer westlich von Silistria beginnend 6—10 Kilometer südwestlich von Kavarna an das Schwarze Meer stosst. Wie ich schon mehrfach einzuberichten mir erlaubte, verkörpert sich in Silistria ein Teil der rumänischen Geschichte, ausserdem wurde auf Betreiben Russlands im Jahre 1876, um Rumänien für seinen Widerstand

gegen die Abtretung Bessarabiens zu strafen, dieser Grenzort Bulgarien einverleibt, so dass durch den Wiedergewinn Silistrias nicht nur die historische Grenze Rumäniens teilweise hergestellt, sondern auch eine Schmach getilgt werden würde, an welcher das Königreich seit dem Berliner Vertrage leidet. Deshalb ist Silistria zum Schlagwort der Massen geworden, deshalb kann es keine Grenzregulierung ohne dieses geben. Von irgend einem praktischen Werte, darüber sind alle Kreise Rumäniens einig, ist Silistria heute keinesfalls mehr, weder militärisch noch wirtschaftlich. In dieser Hinsicht ist Kavarna von Bedeutung, welches als Hafen von geringerer Güte als Balčik, immerhin in der Zukunft neben Konstanza einen zweiten am offenen Meere gelegenen gesicherten Stützpunkt für die rumänische Kriegs- und Handelsflotte darstellen könnte. Diese oberwähnten Gründe veranlassen das rumänische Kabinett, auf den bewussten zwei Punkten unbedingt zu beharren, von der vollkommen richtigen Voraussetzung ausgehend, dass eine Grenzregulierung ohne diese beiden Städte von der gesamten öffentlichen Meinung als ungenügend und den gebrachten militärischen Geldopfern als nicht entsprechend betrachtet werden würde. Es kann nicht dem geringsten Zweifel unterliegen, dass die Krone, Ihre vieljährige Politik und die derselben ergebene konservative Partei für diese politische Niederlage verantwortlich gemacht werden würde, und dass die Angriffe, welche sich daraus gegen König, Regierung und Dreibund ergeben müssten, in erster Linie eine höchst bedauerliche intensive Rückwirkung auf die politische Stellung der Monarchie im Lande zur Folge haben werden. Es ist daher nicht nur eine Ehrenpflicht der Oesterreichisch-ungarischen Monarchie, dem so innig befreundeten Rumänien in der Erlangung der von ihm gewünschten, aber auch aus äusseren und inneren politischen Gründen unbedingt notwendigen Grenzregulierung tatkräftigste Hilfe zu leisten, sondern es liegt auch im ureigensten wohlverstandenen Interesse des Kaiserstaates, ein aus der heutigen Krise befriedigt hervorgehendes Rumänien zu sehen, wenn dies auch nur auf Kosten unserer Popularität in Bulgarien zu erreichen wäre. Rumänien wird, dessen kann man sicher sein, gerne eine Verstimmung Bulgariens in Kauf nehmen, falls es nur seine angehoffte Grenze erhält.

K. E. Fürstenberg.

Nr. 5360. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 12. Jan. 1913 Nr. 26 (eing. 13. Jan. 9 U. a. m.).a) Entziff.

Ich erfuhr gestern vertraulich, dass die Pforte ihre Delegierten in London instruiert hatte, 13. d. M. von dort abzureisen. Ich begab mich heute zum Minister des Aeussern, um ihm vorzustellen, wie bedenklich eine solche Demonstration gerade im gegenwärtigen Momente wäre, wo eine Kollektivdémarche der Mächte im Interesse des Friedens unmittelbar bevorstehe. Minister versprach, die Delegierten sofort zu instruieren, mit ihrer Abreise noch einige Tage zuzuwarten. Zugleich stellte ich dem Minister wieder eindringlich vor, dass sich Türkei, wenn sie nicht auf Adrianopel verzichte, zu den ihr von allen Mächten erteilten Ratschlägen in Gegensatz stelle. Um ihm gegen die jungtürkische Verfechtung der Unnachgiebigkeit eine Waffe zu geben, erwähnte ich hiebei, dass mir Mahmud Schefket Pascha

gelegentlich eines mir gestern abgestatteten Besuches zugegeben hätte, Adrianopel wäre vom militärischen Standpunkte für die Türkei nicht absolut notwendig. Ich stellte dem Minister vor, dass es viel klüger wäre, bezüglich Adrianopels nachzugeben und im Uebrigen das Möglichste zu retten, wobei ...[b] vor allem an die bei den Dardanellen und nächst der kleinasiatischen Küste gelegenen, besonders zur Verhinderung von Schmuggel wichtigen Inseln zu denken ...[b]. Gabriel Effendi brachte wieder die bekannten Gründe (Sultan, Armee etc.) vor, wegen welcher Aufgeben Adrianopels unmöglich sei, gab aber schliesslich dem Gedanken Ausdruck, dass drei Alternativen denkbar wären: 1). Festhalten an Adrianopel. 2). Die Entscheidung eines neutralen Forums einzuholen. 3). Den Mächten zu sagen: Wir sind bereit, auf Adrianopel zu verzichten, wenn Ihr uns dafür greifbare Vorteile sowohl hinsichtlich Inseln als unserer wirtschaftlichen Freiheit bietet. Wenn die Mächte, so fuhr er fort, der Türkei in Zoll- und Steuersachen bei sonstiger Aufrechterhaltung des Kapitulationsregimes freie Hand geben würden, so wäre dies ein Gewinn, der die Abtretung Adrianopels allenfalls verantworten liesse. Wohl trugen diese Aeusserungen nur den Charakter einer unverbindlichen Erörterung, doch scheinen sie mir auf einen eventuell möglichen Ausweg hinzuweisen. Bekanntlich haben wir und Italien der Türkei in den erwähnten wirtschaftlichen Fragen bereits freie Hand gegeben. Bei demselben Anlasse sagte mir Minister des Aeussern auch, dass die Haltung der Pforte durch den momentanen Konflikt Rumäniens mit Bulgarien nicht beeinflusst werde, da letzteres ihn gewiss durch Nachgeben aplanieren werde. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 5388 Anm. b, 5389 Anm. a, 5394, 5440, 5475, 5513. — [b] Chiffre verstümmelt.

Nr. 5361. Tel. nach London, 12. Jan. 1913 Nr. 54 (chiffr. 10 U. 45 M. p. m.). Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramme Nr. 38 und 44 vom 10. beziehungsweise 11. l. M. Englischer Botschafter hat mir gestern analoge Mitteilungen[a] gemacht und auftraggemäß ersucht, Euer Exzellenz mit Instruktionen zu versehen. Wie Euer Exzellenz bekannt, habe ich prinzipiell sowohl dem in der Londoner Botschafterréunion vereinbarten Wortlaute einer Kollektivdemarche bei der Pforte als auch jenem zugestimmt, der von den Botschaftern in Konstantinopel vorgeschlagen worden war. Meiner Ansicht nach wäre es vor allem wünschenswert, daß ein Einvernehmen in Konstantinopel darüber erzielt würde, welcher Text zur Anwendung kommen solle und daß die Kollektivdemarche möglichst bald erfolge. Ich stimme darin Sir E. Grey vollkommen bei, daß die Großmächte in vollster Einmütigkeit bei ihren Ratschlägen an die Pforte vorgehen müßten. Jede Verzögerung der Ausführung der Demarche wäre nur geeignet, bei der Pforte den Eindruck der Uneinigkeit hervorzurufen und sie in ihrem Widerstande zu bestärken. Eine Einwirkung in Sofia in dem Sinne, daß Bulgarien bezüglich Adrianopels mehr Mäßigung zeige, erscheint mir schon aus dem Grunde ausgeschlossen, weil wir eine Demarche dort nur in dem Sinne befürworten können, daß

Bulgarien sich den rumänischen Wünschen gegenüber nachgiebiger zeige, was eben mit dem Erwerb Adrianopels dank der Pression der Mächte in Konstantinopel zu begründen wäre. Sollte Sir E. Grey den Wunsch der türkischen Delegierten nach einem Einwirken in Sofia in türkischem Sinne in der Réunion zur Sprache bringen, hätten Euer Exzellenz sich somit ablehnend zu verhalten. Der Frage einer Flottendemonstration wäre wohl besser erst in einem späteren Stadium näherzutreten, wenn sich die Kollektivdemarche als erfolglos herausstellen sollte. Da sowohl das deutsche als das italienische Kabinett sich gegen eine Flottendemonstration ausgesprochen haben, so hätten Euer Exzellenz, falls diese Frage zur Besprechung kommen sollte, ungeachtet des Umstandes, daß bereits zwei Schiffe der k. u. k. Kriegsmarine zu diesem Zwecke bereitgehalten werden, sich sehr reservirt zu verhalten und jedenfalls den Eindruck zu vermeiden, als ob eine Meinungsverschiedenheit in diesem Belange zwischen den Dreibundmächten bestünde. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 5342.

Nr. 5362. Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters, 12. Jan. 1913 Nr. 214. Konz. (S. Hohenlohe; V. u. G. Macchio).

Der italienische Botschafter hat heute zu meiner Kenntnis gebracht, er habe von Marquis di San Giuliano ein Telegramm erhalten, laut welchem dem Herrn italienischen Minister des Äußern die Nachricht zugekommen sei, daß das Berliner Kabinett sich an einer Flottendemonstration der Mächte gegenüber der Türkei nicht beteiligen wolle; nachdem er aber mit Berlin und mit uns einen gleichen Vorgang einzuhalten wünsche, so beauftrage er den Botschafter, hier anzufragen, was wir im Gegenstande zu tun gedenken. In einem weiteren Telegramme teilt Marquis di San Giuliano dem Herzog Avarna mit, daß Herr von Jagow bei ihm die gleiche Demarche bezüglich der Flottendemonstration gemacht habe wie Herr von Tschirschky bei mir,[a]) wobei er ihm von den an Fürsten Lichnowsky ergangenen Instruktionen Kenntnis gegeben habe. Daraufhin habe er, San Giuliano, Marquis Imperiali analoge Weisungen gegeben. Dem Herrn italienischen Botschafter wurde geantwortet, daß es, was die Demarche Herrn von Tschirschkys anbelangt, nicht ganz klar war, ob sich die Ablehnung des Berliner Kabinettes nur auf eine Demonstration vor Konstantinopel oder überhaupt auf jede Flottendemonstration bezieht; es machte hier den Eindruck, daß es sich hiebei eher nur um eine Demonstration vor Konstantinopel handle, welchen Eindruck der deutsche Botschafter zu teilen schien. Angesichts dieser Unklarheit sei eine Änderung unserer Haltung vorerst noch nicht erwogen worden, das heißt, die zwei bereitgestellten Kriegsschiffe in Pola würden bis auf weiteres bereit gehalten bleiben und wollten wir zunächst eine Klärung der Frage abwarten.

[a]) Vgl. n. 5341.

Tel. nach St. Petersburg, 12. Jan. 1913 Nr. 38 (chiffr. 11 U. p. m.).
Siehe n. 5356.

Nr. 5363. Tel. aus Sofia, 12. Jan. 1913 Nr. 24 (eing. 4 U. 45 M. p. m.).[a] Entziff.

Bezug auf mein Telegramm Nr. 19 vom 10. d. M. Italienischer Kollege sagte mir, er habe ergänzende Instruktionen erhalten, in rumänisch-bulgarischer Frage im Einverständnis mit mir und deutschem Gesandten vorzugehen. Italienischer Gesandter ersuchte mich, ihn über Schritte, die ich diesbezüglich unternehme, zu informieren, damit er analog wirken kann. Ich antwortete, dass ich mich wiederholt und auch erst kürzlich für Verständigung Bulgariens mit Rumänien bei Herrn Geschoff verwendet hätte; vorderhand hätte ich keinen Auftrag zu einer neuen Demarche, würde aber Grafen Bosdari über etwaige Schritte, die [ich] zu machen hätte, unterrichten.

Tarnowski.

[a] Vgl. n. 5377.

Nr. 5364. Tel. aus Athen, 13. Jan. 1913 Nr. 25 (eing. 14. Jan. 8 U. a. m.). Entziff.

Vertraulich. Minister des Aeussern sprach sich heute zu mir sehr scharf über die Haltung Italiens in der Inselfrage aus und bemerkte, dass, falls die Grossmächte eine Lösung dieser Frage im Sinne der italienischen Wünsche akzeptieren sollten, die alliierten Balkanstaaten sich dem nicht fügen würden. Wer würde es übrigens unternehmen wollen, die griechischen Streitkräfte von den von ihnen besetzten Inseln zu vertreiben? Braun.

Nr. 5365. Tel. aus Belgrad, 13. Jan. 1913 Nr. 26 (eing. 4 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Seit zwei Tagen kursieren hier Krisengerüchte. Herr Pašić wird wegen angeblicher Nachgiebigkeit in der albanesischen Frage heftig angegriffen. Ein Ministerrat hat auch vorgestern beschlossen, ein Communiqué auszugeben, welches die bekannte Publikation des Reuterischen Bureaus[b] dahin richtig stellen soll, dass die serbische Regierung ihrem Versprechen, den Beschlüssen der Botschafterréunion Rechnung zu tragen, bestimmt nachkommen wird, die Evakuierung Albaniens werde aber erst nach Regelung aller mit dem Friedensschlusse zusammenhängenden Fragen erfolgen. Da ich von diesem Communiqué gestern abends konfidentielle Kenntnis erhalten habe, suchte ich heute früh Herrn Pašić sofort auf und gab meiner Befürchtung Ausdruck, dass diese neuerliche Enunziation der serbischen Regierung, die sich mit ihrer früher abgegebenen Erklärung nicht vollkommen deckt, in Europa schlechten Eindruck machen dürfte und Anlass zu erneuerter Nervosität werden könnte. Herr Pašić anerkannte meine Argumentation und versprach, Publikation des Communiqués, wenn noch möglich, zurückzuhalten. Sollte dies nicht mehr tunlich sein, so wird er in der „Samouprava" eine beruhigende Erklärung abgeben lassen. Nachmittag werde ich bestimmte Auskünfte erhalten. Ugron.

[a] Vgl. n. 5366. — [b] Pol. Chron. d. ö.-u. Mon. 1913, 40.

Nr. 5366. Tel. aus Belgrad, 13. Jan. 1913 Nr. 27 (eing. 9 U. p. m.). Entziff.

Im Nachhange zu heutigem Telegramme Nr. 26. Obgleich die heutigen Mittagsblätter bereits in fetten Lettern die unmittelbar bevorstehende Publikation des Communiqués annonciert haben und dasselbe bereits einigen ausländischen Berichterstattern zugekommen war, hat Herr Pašić beschlossen, dasselbe zurückzuziehen und von der Veröffentlichung abzusehen. Die Weitergabe an die europäische Presse wurde hintangehalten. Ugron.

Tel. nach Berlin, 13. Jan. 1913 Nr. 52 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 5377.

Nr. 5367. Tel. aus Berlin, 13. Jan. 1913 Nr. 31 (eing. 9 U. p. m.).[a] Entziff.

Geheim. Antwort auf geheimes Telegramm Nr. 44 vom 11. d. Mts. Reichskanzler und Unterstaatssekretär lassen für die Mitteilung verbindlichst danken und bitten mich, Euer Exzellenz zu melden, daß sie mit der Sprache, die Prinz Fürstenberg Hochderen Auftrag entsprechend König Karol gegenüber zu führen hat, vollkommen einverstanden seien. Eine ähnliche Anfrage, wie sie König von Rumänien Euer Exzellenz stellen ließ, ist hier weder durch den deutschen Gesandten in Bukarest noch durch hiesigen rumänischen Gesandten gestellt worden. Sollte sie nachträglich erfolgen, so werde deutscherseits die gleiche Antwort erteilt werden, wie sie Euer Exzellenz gegeben haben. Insbesondere werde versichert werden, so sagte mir Unterstaatssekretär, daß, falls Rumänien in einem eventuellen Krieg sich in seiner Existenz bedroht fühlen würde, Deutschland für die Sicherheit Rumäniens eintreten werde. Inzwischen bemühe man sich hier, der rumänischen Regierung Vorsicht und Mäßigung anzuraten. Während des Cercles bei dem gestrigen Ordensfeste im königlichen Schlosse hatte Kaiser Wilhelm eine längere Unterredung mit hiesigem rumänischen Gesandten und sprach sich hiebei sehr laut und eindringlich, wie dies von den anwesenden diplomatischen Kollegen allgemein bemerkt wurde, in diesem Sinne aus. Szögyény.

[a] Vgl. n. 5826.

Nr. 5368. Tel. aus Berlin, 13. Jan. 1913 Nr. 33 (eing. 10 U. p. m.).[a] Entziff.

Mit Bezug auf mein Telegramm Nr. 30 von vorgestern und Euer Exzellenz Telegramm Nr. 45[b] von gestern. Unterstaatssekretär wiederholte mir heute, dass auf ausdrücklichen Befehl Kaiser Wilhelms Deutschland sich an einer gegen die Türkei zu richtenden Flottendemonstration weder in Konstantinopel noch in der Bezika-Bai beteiligen werde. Reichskanzler und er, Herr Zimmermann, seien mit dieser Allerhöchsten Entschliessung ganz einverstanden, weil eine jede Flottendemonstration im gegenwärtigen Augenblick dem Prinzip der Neutralität widersprechen würde. Szögyény.

[a] Vgl. n. 5415, 5417. — [b] Mit Tel. Nr. 45, 12. Jan. 1913 (chiffr. 6 U. 20 M. p. m.), wurde n. 5339 nach Berlin mitgeteilt.

Nr. 5369. Tel. aus Bukarest, 13. Jan. 1913 Nr. 16 (eing. 3 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramme Nr. 19 bis 23[b] vom 11. und 12. d. M. Für Seine Majestät den König bestimmten Inhalt entsprechend mitgeteilt. In neuerlicher Konversation mit Ministerpräsidenten konnte ich feststellen, dass hier unter keiner Bedingung auf Silistria verzichtet werden würde. Nachdem Bulgarien durch russische Vermittlung bekanntgab, Silistria zu schleifen und diesen Ort dominierende Höhe von Arab Tabia abzutreten, so wird nicht begriffen, warum Silistria selbst nicht zediert werden soll, das für Rumänien gerade das Hauptobjekt bildet. Rumänien ist bereit, falls Bulgarien auf Einwohner nicht verzichten will, Stadt 10 Kilometer weiter neu aufzubauen. Habe Eindruck, dass über weiteren Verlauf der Grenzlinie Diskussion möglich, sowohl was Konkavität als auch Endpunkt derselben anbelangt. In Betreff Herrn Take Jonescos teilte mir Minister mit, dass er gesonnen sei, König Karl vorzuschlagen, Genannten wegen dringender innerer Fragen zurückzurufen, da in London seine Privatrolle, die er hätte nie verlassen sollen, ausgespielt sei. Ministerpräsident ist nicht ohne Schadenfreude über Schlappe des Führers der konservativen Demokraten. Domänenminister Filipesco ist auf Urlaubsreise in Konstantinopel, wie Minister des Äussern behauptet, ohne irgend eine Mission erhalten zu haben, und beschäftigt sich dort nicht mit Politik. Dagegen sei Torgut Schefket Pascha hier und versucht Anbiederung, doch ohne Erfolg. K. E. Fürstenberg.

[a] Vgl. n. 5370, 5373 Anm. b. — [b] Mit Tel. Nr. 22, 11. Jan. 1913 (chiffr. 7 U. 30 M. p. m.), wurde n. 5313 und mit Tel. Nr. 23, 11. Jan. 1913 (chiffr. 10 U. p. m.), n. 5322 nach Bukarest mitgeteilt.

Nr. 5370. Bericht aus Bukarest, 13. Jan. 1913 Nr. 5 (eing. 16. Jan.).[a] Ausfert.

In einem gestern mit Herrn Maioresco stattgefundenen Gespräche habe ich mit Bedauern festgestellt, dass man hier an leitender Stelle bisher über die Richtungslinie nicht im Reinen ist, welche man in dem Streitfalle mit Bulgarien einschlagen will. Als die Verhandlungen vor einigen Tagen ins Stocken gerieten und man hier mit militärischen Massnahmen drohte, waren wir, die Vertreter des Dreibundes und Herr Schebeko, nach unseren respektiven Conversationen[b] mit dem Herrn Ministerpräsidenten in der Auffassung einig, dass das Vorgehen der rumänischen Regierung den Zweck verfolgte, einerseits Bulgarien einzuschüchtern, andererseits den Grossmächten die Gefahr der Situation drastisch vor Augen zu führen, dieselben für die Sache mehr als bisher zu interessieren und schliesslich die Signatar-Mächte zu bewegen, die Schlichtung des Streitfalles eventuell selbst in die Hand zu nehmen. Als sich 24 Stunden später das Blatt zum Besseren gewendet und Bulgarien sich geneigt zeigte, weiter zu verhandeln, stieg bei Herrn Maioresco der Plan auf, ebenso wie Bulgarien sich Russland als Sekundanten genommen, Italien um diesen Liebesdienst zu bitten. Zu welchem Behufe, ist mir bis heute nicht recht klar. Jedenfalls scheint dieser Plan aber wieder

fallen gelassen worden zu sein, da Herr Fasciotti, dem dieser plötzliche Vertrauensbeweis begreiflicher Weise sehr ungelegen kam, seit zwei Tagen nichts davon vernahm. Aus den gestrigen Worten des Herrn Maioresco konnte ich aber heraushören, dass ihm jetzt sogar die von den Mächten ins Auge gefasste Démarche zu Gunsten Rumäniens nicht mehr in den Kram passe. Ich liess dem Herrn Ministerpräsidenten darauf hin verstehen, dass alle Grossmächte in dem Bestreben übereinstimmten, ernste Komplikationen zwischen Rumänien und Bulgarien zu vermeiden, daher es begreiflich erscheine, dass dieselben die Angelegenheit in die Hand nehmen, damit der Friede Europas nicht wieder das Risico laufe, durch persönliche Unstimmigkeiten zwischen einem rumänischen und bulgarischen Staatsmanne in Gefahr zu geraten. Es ist charakteristisch für den Geist des Landes und ein Beweis für die Heftigkeit des innerpolitischen Haders, dass selbst in dieser hochernsten Epoche, in welcher es sich vielleicht um die Existenz Rumäniens handelt, die innerpolitischen Feindseligkeiten störend in die Verhandlungen der äusseren Politik eingreifen. Selbst der Herr Ministerpräsident, der sonst von besonnener, ruhiger Natur ist, kann sich von dem Einfluss der Parteipolitik nicht befreien und sieht mit unverhohlener Befriedigung, wie Herr Take Jonescu, der im selben Ministerium sich befindet, aber das Haupt einer anderen Partei ist, sich in London einen Misserfolg holt. Der neuerliche Wunsch Herrn Maiorescos, ohne Mithilfe der Grossmächte allein mit Bulgarien zu verhandeln, dürfte darauf zurückzuführen sein, dass er versuchen möchte, jetzt, wo Herr Take Jonescu das Feld bald geräumt haben wird, sich selbst, seinem Ministerium und seiner Partei durch einen glücklichen Abschluss mit Bulgarien einen Erfolg zu sichern. Es darf aber selbstverständlich auch nicht aus dem Auge gelassen werden, dass Herr Take Jonescu, der als Privatmann nach London fuhr und nur die Aufgabe hatte, Presse und öffentliche Meinung für Rumänien umzustimmen, sich sozusagen widerrechtlich der Führung der Verhandlungen bemächtigte, weniger des guten Zweckes wegen, als um sich und dadurch seiner Partei zu einem Ruhmesblatte zu verhelfen und Herrn Maioresco mitsamt seinem Gesandtenwechsel ein Schnippchen zu schlagen.

K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 5369. — [b]) Vgl. n. 5262.

Nr. 5371. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 13. Jan. 1913 Nr. 28 (eing. 8 U. 50 M. p. m.). Entziff.

Minister des Äussern teilt mir mit, dass der gestrige Ministerrat beschloss, den Generalstab der Armee aufzufordern, darüber ein Gutachten abzugeben, ob die türkische Armee im Stande wäre, eventuell auch die Offensive zu ergreifen. Bezüglich der Einberufung eines grossen Kronrates wurde gestern kein definitiver Beschluss gefasst. Gabriel Effendi machte mir heute einen viel weniger konzilianten Eindruck als gestern. Es scheint mir, dass er aus Berlin Nachrichten hat, laut welchen Deutschland an einer eventuellen Flottendemonstration nicht teilnehmen würde.

Pallavicini.

Nr. 5372. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 13. Jan. 1913 Nr. 29 (eing. 8 U. 50 M. p. m.).[a] Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 29 von gestern. Wir haben uns dahin geeinigt, den durch Botschafter in London redigierten Text zu wählen und zwar schon aus dem Grunde, weil dem französischen Botschafter im Gegenteile zu den anderen Kollegen die Wahl nicht freisteht. Meiner Ansicht nach ist übrigens der Londoner Text dem hier entworfenen vorzuziehen. Übergabe der Note dürfte erst morgen stattfinden, da mein deutscher Kollege noch ohne Instruktionen ist. Er erklärte mir jedoch, daß er sich jedenfalls mir anschließen werde. Wir beschlossen, daß ich als Doyen in Gegenwart meiner Kollegen Minister des Äußern die Note überreichen werde. Pallavicini.

[a] Oe. U. Balkan 130 Nr. 238. Vgl. n. 5394, 5429 Anm. a.

Nr. 5373. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 13. Jan. 1913 Nr. 30 (eing. 9 U. p. m.). Entziff.

Streng vertraulich. Mein russischer Kollege war über die den Gegenstand Euer Exzellenz Telegrammes vom 10. d. Mts. Nr. 18[a] bildenden Entschliessungen Rumäniens sehr aufgeregt und äusserte sich, dass sie „den grossen Krieg" nach sich ziehen könnten. Dem in meinem Telegramme Nr. 21[b] vom 11. d. Mts. erwähnten Herrn Filipesco sagte er, Rumänien handle sehr unklug, denn Russland wäre bereit gewesen, ihm alles Gewünschte zu verschaffen. Herr Filipesco erwiderte, warum habe Russland das nicht früher gesagt? Letzteres wurde mir von Filipesco erzählt. Pallavicini.

[a] Mit Tel. Nr. 18, 9. Jan. 1913 (chiffr. 11 U. p. m.), wurde n. 5262 nach Konstantinopel mitgeteilt. — [b] Mit Tel. Nr. 21, 11. Jan. 1913 (eing. 10 U. p. m.), wurde aus Konstantinopel gemeldet, rumänischer Geschäftsträger habe mitgeteilt, Domänenminister Filipesco habe die Ferien zu einem Privatausflug nach Konstantinopel benützt. Vgl. n. 5369.

Nr. 5374. Tel. aus London, 13. Jan. 1913 Nr. 45 (eing. 9 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Ambassadeur de Russie nous a dit à la réunion d'aujourd'hui qu'il est autorisé de nous informer que, répondant au désir exprimé à Bucarest et à Sophia, le gouvernement russe s'est entremis entre les gouvernements roumain et bulgare. Graf Benckendorff konnte uns weiter nichts über die Natur dieser russischen Vermittlung sagen. Französischer Botschafter hatte die Herren Take Jonesco und Mişu gesehen, die ihm sagten, sie hätten noch immer keine Vorschläge von Herrn Danew gehört. Graf Benckendorff hatte heute Herrn Danew gesprochen, der endlich seine Instruktionen hat, aber noch um Ergänzungen derselben nach Sofia telegraphierte. Er stellte aber Beginn seiner neuen Konversation mit rumänischem Bevollmächtigten für heute, spätestens morgen in Aussicht. Der Eindruck meiner Kollegen nach ihren Unterredungen mit rumänischen und bulgarischen Herren war aber kein ganz ungünstiger. Auch der bulgarische (Gesandte)[b], der

mich eben besuchte, schien mir nicht pessimistisch, immer unter der Voraussetzung, daß von rumänischer Seite keine drohende Haltung eingenommen werde. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 5401 Anm. b, 5403 Anm. b, 5429. — [b]) Chiffre fehlt.

Nr. 5375. Tel. aus London, 13. Jan. 1913 Nr. 46 (eing. 14. Jan. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Bei heutiger Réunion wiederholte uns Sir E. Grey seine Instruktionen an Sir G. A. Lowther (mein Telegramm Nr. 44 vom 11. d. M.) und erzählte, Herr Danew habe ihm gesagt, nachdem Türkei über Adrianopel nicht nachzugeben scheint, würde Bulgarien voraussichtlich den Waffenstillstand kündigen und es so einrichten, dass Kündigung ungefähr gleichzeitig mit der Démarche der Mächte in Konstantinopel stattfinde. Dann würden noch vier Tage vor Wiederaufnahme der Feindseligkeiten vergehen, während welcher Türkei zu einem Beschluss kommen könnte. Wir stimmten alle darin überein, aber ohne eine Resolution aufzusetzen, dass es nicht zulässig wäre, dieses Zusammentreffen so zu deuten, als ob ein Zusammenhang zwischen der Démarche der Mächte und der bulgarischen Kündigung bestehe. Deutscher Kollege schlägt Modifikation seiner (Erklärung)[b]) zu Text unserer Note (Euer Exzellenz (Telegramm)[b]) Nr. 55[c]) von heute), welcher wir alle zustimmten. (Ich)[b]) erklärte im Sinne Euer Exzellenz Weisungen Zustimmung zu dem einen oder anderen Text und dass Euer Exzellenz Wert darauf legen, dass keine Zeit verloren und volle Einigkeit der Mächte gewahrt bleibe, worin Euer Exzellenz vollkommen eines Sinnes mit Sir E. Grey sind. Nachdem wieder von Möglichkeit der Entsendung von Schiffen nach Bezika gesprochen wird (ich teile mit, zwei unserer Schiffe hätten Befehl, sich bereit zu halten) und deutscher Botschafter erklärt, seine Regierung sei gegen Flottendemonstration, wird zunächst konstatiert, dass in unserer letzten bezüglichen Resolution nur von Entsendung nach Bezika-Bai, nicht von Flottendemonstration die Rede war und wir redigieren Folgendes: „Sur les observations de l'Ambassadeur d'Allemagne visant surtout certaines difficultés techniques, la possibilité d'une démonstration navale collective paraît devoir être écartée. La réunion prie les Gouvernements de faire connaître leurs vues sur l'avis qui leur a été soumis le 7 janvier (mein Telegramm Nr. 23 vom 7. d. M.) au sujet de l'envoi à Bezika-baie de bâtiments de guerre en vue d'une possibilité de reprise d'hostilités et de troubles qui pourraient menacer la vie et les biens de leurs nationaux et compromettre les intérêts européens à Constantinople." Ambassadeur de Russie fait remarquer qu'il croit que son Gouvernement regrettera que la démarche ne soit pas appuyée par une demonstration navale. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 5382 Anm. b, 5385. — [b]) Lücke im Entzifferungsexemplar. — [c]) Mit Tel. Nr. 55, 12. Jan. 1913 (chiffr. 11 U. p. m.), wurde n. 5331 nach London mitgeteilt.

Tel. nach Rom, 13. Jan. 1913 Nr. 65 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 5377.

Nr. 5376. Tel. aus St. Petersburg, 13. Jan. 1913 Nr. 11 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 38 von heute. Die Mitteilung Herrn Sazonows an den russischen Gesandten in Bukarest, ich hätte als Ansicht der k. u. k. Regierung geäußert, daß Rumänien nicht auf der Abtretung Silistrias bestehen würde, beruht offenbar auf einem Mißverständnisse, umso mehr als mir die diesbezügliche Ansicht Euer Exzellenz gar nicht bekannt war. Hingegen habe ich persönlich die Cedierung von Silistria allerdings nicht für eine jener Bedingungen gehalten, aus denen Rumänien eine conditio sine qua non machen würde, zumal der hiesige rumänische Gesandte sich selbst wiederholt in diesem Sinne geäußert hat (vide meinen Bericht vom 4. d. Mts. Nr. 1 E). Unter diesen Umständen bin ich auch nicht der Ansicht Herrn Sazonows entgegengetreten, als er gelegentlich akademischer Besprechung über die Möglichkeit eines bulgarisch-rumänischen Kompromisses von der Annahme ausging, daß Rumänien auf Cedierung der Stadt Silistria nicht unbedingt bestehen dürfte. Insofern konnte Herr Minister allerdings annehmen, daß ich persönlich diese Ansicht teile. Thurn.

Nr. 5377. Tel. nach Sofia Nr. 22 (1), Berlin Nr. 52 (2) und Rom Nr. 65 (3), 13. Jan. 1913 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

1. In Ergänzung meines Telegrammes Nr. 28[b] von gestern bemerke ich zu Euer Hochgeboren streng vertraulicher Information und rein persönlicher Orientirung, daß Graf Thurn aus seiner Konversation mit Herrn Sasonow den Eindruck gewonnen hat, daß die russischerseits bestehende Abneigung gegen eine Demarche in Sofia eventuell auch damit zusammenhängen könnte, daß man ein gemeinsames Vorgehen des russischen und des k. u. k. Vertreters in Sofia vermeiden möchte. Unter diesen Umständen werden Euer Hochgeboren selbstverständlich von einer gemeinsamen Demarche mit Ihrem russischen Kollegen im Gegenstande meines Telegrammes Nr. 13 vom 9. l. M. Abstand nehmen. Statt dessen wäre es mir durchaus erwünscht, wenn Euer Hochgeboren im Einvernehmen mit Ihren Kollegen von den Dreibundmächten etwa die Ihnen im 6. Alinea[c] des ebenzitierten Telegrammes aufgetragene Sprache führen wollten, wozu, wie ich Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 24 vom 12. l. M. entnehme, Graf Bosdari ermächtigt sein dürfte.

2. Wie ich einer telegraphischen Meldung Graf Tarnowskis vom 12. l. M.[d] entnehme, hat dessen italienischer Kollege Instruktionen erhalten, in der rumänisch-bulgarischen Frage im Einvernehmen mit den Gesandten Österreich-Ungarns und des Deutschen Reiches vorzugehen. Ich habe Graf Tarnowski dahin instruiert, daß mir ein einvernehmliches Vorgehen der Vertreter der Dreibundmächte in Sofia durchaus erwünscht wäre, und er daher im Einverständnisse mit seinem deutschen und italienischen Kollegen ... *wie n. 5299 von „auf die zugunsten Bulgariens“ bis*

„*leichter zu rechtfertigen*“ ... Vorstehendes zur vertraulichen Mitteilung an
2. Herrn Zimmermann.
3. Marquis di San Giuliano. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 5401, 5413. — [b]) Mit Tel. Nr. 19, nicht 28, 12. Jan. 1913 (chiffr. 10 U. 50 M. p. m.), wurde n. 5349 nach Sofia mitgeteilt. — [c]) Sechstes Alinea von n. 5300 entspricht in n. 5299 der Stelle: „Meiner Ansicht nach“ bis „leichter zu rechtfertigen.“ — [d]) n. 5363.

Nr. 5378. Tel. aus Sofia, 13. Jan. 1913 Nr. 25 (eing. 6 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Konseilspräsident sagte mir heute, Nachrichten aus London seien schlecht, Türken bestünden auf Adrianopel und da diesbezüglich kein Nachgeben möglich, würden sie wahrscheinlich abreisen. Es scheine, Besuch rumänischen Ministers Filipesco in Konstantinopel habe die Türkei ermutigt. Sobald türkische Delegierte London verlassen, würde Waffenstillstand gekündigt werden. Demarche der Grossmächte in Konstantinopel soll morgen erfolgen, da dieselbe aber bloss in Übergabe einer Note ohne faktische Pression bestehen würde, sei keine Wirkung davon zu erwarten. Vielleicht würden noch die Türken einlenken, wenn sie sich durch Kündigung des Waffenstillstandes überzeugt, dass Bulgarien zur Fortführung des Krieges entschlossen. Laut glaubwürdiger, Herrn Geschoff zugekommener Informationen hätte Adrianopel noch Proviant für einen Monat.

Tarnowski.

Nr. 5379. Tel. aus Sofia, 13. Jan. 1913 Nr. 26 (eing. 6 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Konseilspräsident hat heute bezüglich rumänischer Frage besseren Eindruck: Konversation in London sei wieder aufgenommen worden und es scheine, als ob Rumänien nicht abgeneigt wäre, seine Forderungen zu reduzieren. Wohl müsste diese Reduktion eine bedeutende sein und vor allem müsse verlangte Abtretung Silistrias fallen gelassen werden, da diesbezügliche Konzession ausgeschlossen. Herr Geschoff erwähnte wiederholt, Rumänien hätte, speziell in England, sehr schlechte Presse, was auf rumänische Regierung hoffentlich kalmierend wirken würde.

Tarnowski.

Nr. 5380. Tel. aus Sofia, 13. Jan. 1913 Nr. 27 (eing. 14. Jan. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Ich hatte heute Gelegenheit, Herrn Geschoff gegenüber in Befolgung hohen Telegrammes Nr. 21 vom 13. d. M.[b]) mit Nachdruck zu bemerken, dass wir gestrigem Leitartikel der „Neuen Freien Presse“ vollkommen ferne stünden, was mit Befriedigung zur Kenntnis genommen wurde. Da sich letzter Tage (vide mein heutiges Telegramm Nr. 28) Angriffe gegen uns in Verbindung mit rumänischer Frage in hiesiger Presse mehren, machte ich diesbezügliche gesprächsweise Bemerkung, worauf Konseilspräsident erwiderte, er hätte mir im voraus gesagt, dass uns hiesige öffentliche Meinung

dafür verantwortlich machen würde. Er, Geschoff, wisse von mir, dass wir blos im Allgemeinen Verständigung fördern, ohne Rumänien in übertriebenen Prätensionen zu bekräftigen. K. und k. Militärattaché in London hätte sogar dem dort anwesenden bulgarischen Oberst Jostoff erklärt, dass man in Wien in rumänischer Frage mit Bulgarien sympathisiere. Es habe Mitredner gefreut, dies zu hören, er habe aber mit Bedauern Meldung Herrn Salabascheffs erhalten, wonach Euer Exzellenz Ansicht ausgesprochen hätten, dass Bulgarien Silistria abtreten sollte. Ich erwiderte, dass, wenn solcher Rat erteilt wurde, er jedenfalls gut gemeint und in Absicht gegeben, für Bulgarien Frage der Komplikation raschestens zu lösen. Tarnowski.

a) Vgl. n. 5492. — *b)* Mit Tel. Nr. 21, 12. Jan. 1913 (chiffr. 10 U. 20 M. p. m.), wurde Tarnowski beauftragt, Geschoff mitzuteilen, daß der Ballplatz dem Leitartikel der „Neuen Freien Presse" vom 12. Jan. 1913 Nr. 17381 über die bulgarisch-rumänischen Differenzen vollkommen fernestehe.

Nr. 5381. Tel. aus Sofia, 13. Jan. 1913 Nr. 28 (eing. 14. Jan. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Seitdem rumänische Frage akuter, werden wir trotz Zensur von hiesiger Presse heftig angegriffen und beschuldigt, Rumänien auf Kosten Bulgariens von Siebenbürgen ablenken zu wollen. Regierungsorgane attackieren uns zwar jetzt nicht direkt, Insinuationen gibt es aber auch da. Ein nationalistisches Kabinettsmitglied sagte heute meinem Vertrauensmanne mit Bitte, mir zu wiederholen, dass Regierung Nachricht aus Berlin erhalten, wir unterstützten Rumänien am entschiedensten. Durch unsere Haltung in rumänischer Frage trieben wir Bulgarien in die Arme Russlands. Wir hätten uns von Bulgarien abgewendet, da uns bulgarische Regierung eine Erklärung, die sie bis jetzt nicht abgeben hätte können, verweigert habe. Das sei Wasser auf Mühle russophiler Partei. Russophile Minister hätten Entsendung Finanzministers nach Petersburg durchgesetzt, um dort Schutz gegen Rumänien zu suchen. Wenn Rettung von Russland kommen werde, würde dies Bulgarien in russisches Fahrwasser bringen und zugleich bestimmen, im engen Anschluss an Serbien zu bleiben. Stimmung gegen uns wäre hier so erregt, dass Sofiaer Handelskammer bereits im Begriffe gewesen, mit Boykott unserer Waren anzufangen, was russophile Minister begrüsst hätten und nur nationalistischer Teil Kabinetts verhindert habe. So bedauerlich es ist, dass hiesige Gesinnung für uns unter rumänisch-bulgarischer Kontroverse leidet, wobei nicht ausgeschlossen, dass Bulgarien, um sich russische Protektion zu sichern, sich eventuell mit Russland weiter einlassen könnte, muss man sich sagen, dass dies unter den obwaltenden Umständen ein Übel, mit dem wir zu rechnen hatten und dass hiesige stark russophile Regierung es mit uns ohnehin nie aufrichtig gemeint und niemals engere politische Freundschaft mit uns gesucht hat. In meinen Gesprächen mit Herrn Geschoff und anderen Staatsmännern und Politikern setze ich mich zwar für Verständigung mit Rumänien und Entgegenkommen ein, schlage aber zugleich stets für Bulgarien sympathischen Ton an. Tarnowski.

a) Vgl. n. 5414, 5485, 5700, 8566.

Nr. 5382. Tel. nach Berlin Nr. 55 (1), Rom Nr. 68 (2), Konstantinopel Nr. 36 (3), St. Petersburg Nr. 43 (4), Paris Nr. 39 (5) und Bukarest Nr. 36 (6), 14. Jan. 1913 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold.)

1.—6. Im Verfolge meines heutigen Telegrammes Nr.
1: 53.[b])
2: 66.[b])
3: 35.[b])
4: 41.[b])
5: 37.[b])
6: 32.[b])

1.—6. Ich telegraphiere unter einem an Grafen Mensdorff wie folgt:
... wie n. 5385 von „Sollte die Frage" bis inklusive „in Frage stellen" ...

1.—2. Euer Exzellenz wollen Vorstehendes
1. Herrn Zimmermann,
2. Marquis di San Giuliano

1.—2. mit dem Bemerken mitteilen, daß ich mich bei dieser meiner Stellungnahme von der Rücksichtnahme auf die Wünsche der dortigen Regierung habe leiten lassen. Bei dieser Gelegenheit wollen Euer Exzellenz die Sprache auf die Eventualität eines Mißerfolges der Kollektivdemarche in Konstantinopel bringen, in welchem Falle mit der Möglichkeit, wenn nicht Wahrscheinlichkeit, gerechnet werden muß, daß seitens einer oder aller Tripleententemächte eine Pression auf die Pforte im Wege einer Flottendemonstration ausgeübt werden könnte. Ich würde Wert darauf legen, die Absichten der dortigen Regierung im Falle des Eintretens einer solchen Eventualität kennen zu lernen.

3.—6. Vorstehendes zu Euer etc. streng vertraulicher Information.
6. und Mitteilung an König Carol. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 5409, 5417. — [b]) Mit diesen Telegrammen vom 14. Jan. 1913 (chiffr. 10 U. 45 M. p. m.) wurde n. 5375 mitgeteilt.

Tel. nach Bukarest, 14. Jan. 1913 Nr. 36 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 5382.

Nr. 5383. Bericht des Generalkonsuls Rudolf Weinzetl aus Cetinje, 14. Jan. 1913 Nr. 6 A (eing. 17. Jan.).[a]) Ausfert.

Geheim. Der hiesige italienische Gesandte, Baron Squitti, hat mir gegenüber wiederholt auf die in der letzten Zeit von den Zeitungen mehrfach ventilierte Frage einer Grenzregulierung am Lovćen angespielt und einmal auch direkt die Frage an mich gerichtet, ob dieses Thema den Gegenstand von Verhandlungen zwischen Wien und Cetinje gebildet hätte. Ich habe diese Frage kategorisch verneint, umsomehr als mir bekannt war, dass Baron Giesl die Absicht hatte, gegen Jedermann, der ihn diesbezüglich interpellieren würde — was jedoch bis zu seiner Abreise, soviel ich weiss, nicht der Fall war, — dasselbe zu tun, das heißt den bezüglichen Vorschlag, den er mit Bewilligung Eurer Exzellenz König Nikolaus gegenüber als einen rein persönlichen bezeichnete[b]) und dessen strengste Geheimhaltung ihm

von Seiner Majestät zugesichert worden war,[c] einfach in Abrede zu stellen. Obige Anfrage des italienischen Vertreters, sowie analoge und noch bestimmtere Anspielungen, die mir der deutsche Gesandte, Herr von Eckardt, machte und welchen ich in derselben Weise begegnete, scheinen darauf hinzuweisen, dass König Nikolaus die Proposition nicht geheim gehalten hat. Ich glaube indessen, dass mein Dementi Baron Squitti beruhigte; denn er meinte unmittelbar darauf: „Alors, ce sont des racontars". Ich kam mit dem italienischen Gesandten dieser Tage auch wieder auf die Skutarifrage selbst zu sprechen. Baron Squitti ist der Überzeugung, dass, wenn auch vielleicht dynastische Erwägungen für die Haltung seiner Regierung in dieser Angelegenheit mitbestimmend sein mochten, der Einfluss dieser Konsiderationen niemals ein solcher werden könne, dass sich Italien von seinem Prinzipe, die albanesische Frage in voller Übereinstimmung mit Österreich-Ungarn zu regeln, entferne. Baron Squitti, meiner Ansicht nach ein entschiedener Anhänger der Idee, dass Skutari bei Albanien verbleibe, hat in seiner Berichterstattung, wenn er auch mir gegenüber hin und wieder das Wort seines Souveräns zitiert: „qu'Il n'avait pas épousé le Monténégro", mit den obenerwähnten Suszeptibilitäten zu rechnen und legt bei seinen Rapporten, wie er mir sagte, das Hauptgewicht auf die Erwägung, dass die Erwerbung Skutaris für Montenegro ein Unglück wäre, nachdem es weder ethnisch, noch finanziell oder administrativ in der Lage sei, sich dasselbe zu assimilieren und dass die Inkorporierung dieser Stadt auf die Dauer die Stellung der Dynastie Njegoš nur zu schwächen vermöge. Übrigens sind, wie der italienische Gesandte weiter bemerkte, auch Anzeichen vorhanden, dass sich das montenegrinische Volk, von den serbischen Albanern des Königreiches ganz abgesehen, mit der Idee einer Aufgabe Skutaris vertraut zu machen beginne. Was die politische Haltung der hiesigen Gesandten der Triple-Entente in dieser Angelegenheit anbelangt, so ist der französische Gesandte, von dem nebenbei behauptet wird, dass er Vertreter der Agence Havas sei, auf die russische Politik eingeschworen. Der englische Gesandte, Graf Salis, dürfte hingegen in London den Standpunkt vertreten haben, dass den Albanesen als Nationalität eine Fremdherrschaft nicht gegen ihren Willen aufgedrungen werden dürfe. Es will mir überhaupt scheinen, als ob das Prinzip des Schutzes der Eigenart der Nationalitäten, welches das balcan committee Noël Buxtons in seiner Propaganda für die Autonomie der christlichen Balkanvölker immerdar leitete, was Albanien betrifft, in London allgemein zum siegreichen Durchbruch kommen sollte. Graf Salis meinte mir gegenüber gesprächsweise, dass man von diesem Prinzip nur im Falle eines Plebiszits zu Gunsten Montenegros abgehen sollte. Hiezu erlaube ich mir zu bemerken, dass man es, meiner unmassgeblichen Ansicht nach, bei der gegenwärtig herrschenden Stimmung unter den Bergstämmen, wohl ruhig auf ein solches Plebiszit ankommen lassen könnte. Weinzetl.

[a] Vgl. n. 5272 Anm. c, 5979. — [b] Vgl. n. 4482. — [c] Vgl. n. 4577.

Tel. nach Konstantinopel, 14. Jan. 1913 Nr. 36 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 5382.

Nr. 5384. Tel. nach London, 14. Jan. 1913 Nr. 60 (chiffr. 11 U. 15 M. p. m.).[a] Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

In Beantwortung Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 43 vom 11. d. M. möchte ich Hochdieselben vor allem ersuchen, nach wie vor die in der Beilage des Erlasses Nr. 5896 vom 15. v. M. eingezeichnete Grenze als Minimum dessen zu betrachten, was wir für Albanien verlangen. Erst wenn die Frage von Skutari in unserem Sinne geregelt, das ist die Zugehörigkeit dieser Stadt samt Gebiet zu Albanien von den anderen Mächten concedirt sein wird, könnten wir uns, wie ich vorläufig zu Euer Exzellenz rein persönlicher Information bemerke, in eine Discussion bezüglich Janinas und des Quellgebietes der Vojussa einlassen, doch auch dies nur unter der Voraussetzung, daß die Griechen unterdessen Janina erobern sollten und sich die Möglichkeit einer Grenzbestimmung ergeben sollte, bei welcher das Kutzowalachengebiet am Pindus und Grammos in einem organischen Zusammenhange mit Albanien verbleibt. Auf letzteres können wir schon mit Rücksicht auf Rumänien unter keinen Umständen verzichten. Bei diesem Anlasse möchte ich Euer Exzellenz Aufmerksamkeit noch auf den Umstand lenken, daß es für unseren Standpunkt hinsichtlich der Ostgrenze Albaniens keineswegs gleichgiltig erscheint, ob das zwischen Monastir und dem Presba- beziehungsweise Ochrida-See liegende Gebiet zu Bulgarien oder etwa zu Serbien geschlagen werden sollte. Erstere Alternative, welche uns auch vom ethnographischen und historischen Standpunkte als die natürliche Lösung erscheint, stellt die Voraussetzung dar, unter welcher ich die Orte Ochrida und Struga in unsere Minimalgrenze Albaniens nicht einbezogen und Euer Exzellenz mit Telegramm vom 19. v. M., Nr. 107 angewiesen habe, sich betreffs der Zugehörigkeit dieser Landschaft zu Albanien nicht intransigent zu zeigen. Sollten Hochdieselben hingegen den Eindruck gewinnen, daß Serbien in den dauernden Besitz der genannten Orte gelangen könnte, so wären dieselben seitens Euer Exzellenz auf alle Fälle für Albanien zu reclamiren und dies erforderlichen Falles mit der ungünstigen Behandlung der Mohammedaner und anderer religiösen und nationalen Minoritäten (mein Telegramm Nr. 10 vom 3. d. M.) durch die Serben zu begründen, ein Moment, welches auf eine Einverleibung Ochridas und Strugas in das bekanntlich weit tolerantere Bulgarien nicht zutreffen würde. Die Gründe für die uns vorschwebende differentielle Behandlung Serbiens und Bulgariens in dieser Frage könnten Euer Exzellenz bei sich ergebender Gelegenheit Herrn Danew gegenüber verwerten.

Berchtold.

[a] Vgl. n. 5408, 5431, 5432, 5459.

Nr. 5385. Tel. nach London, 14. Jan. 1913 Nr. 61 (chiffr. 10 U. 40 M. p. m.).[a] Konz. (S. u. G. Nemes).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 46 vom 13. l. M. Sollte die Frage der Entsendung von Kriegsschiffen nach der Bezika Bai, wie dies nach der Redaktion des Ergebnisses der Botschafterréunion vom 13. l. M. zu erwarten steht, abermals zur Sprache gebracht werden, wollen Euer Exzellenz den Standpunkt der k. u. k. Regierung in folgendem Sinne zum

Ausdruck bringen. Der Anregung der Botschafterréunion vom 7. l. M. Rechnung tragend, hat die k. u. k. Regierung Vorsorge getroffen, daß zwei größere Einheiten der k. u. k. Kriegsmarine in Bereitschaft gehalten werden, um für den Fall, als infolge der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten Unruhen in der Türkei ausbrechen sollten, zum Schutze der Staatsangehörigen und deren Interessen herangezogen werden zu können. Da wir einerseits den Erfolg der geplanten Kollektivdemarche in Konstantinopel abwarten wollen und andererseits nichts vorliegt, was auf eine Bedrohung unserer Staatsangehörigen oder eine Gefährdung ihrer Interessen seitens der Türkei schließen läßt, ist unserer Ansicht nach der Augenblick für eine Maßnahme noch nicht gekommen, welche an und für sich geeignet wäre, bei der mohammedanischen Bevölkerung Unruhe hervorzurufen. Das Erscheinen der fremden Kriegsschiffe in der Bezika Bai könnte im Augenblicke einer Kollektivdemarche in Konstantinopel als Vorläufer einer Flottendemonstration aufgefaßt werden, die das Gegenteil dessen bewirken könnte, was wir anstreben, nämlich die Sicherheit unserer Staatsangehörigen in der Türkei in Frage stellen. Ihrem deutschen beziehungsweise italienischen Kollegen gegenüber wollen Euer Exzellenz bemerken, daß ich bei dieser meiner Stellungnahme den Wünschen ihrer Regierungen Rechnung zu tragen bestrebt bin. Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 131 Nr. 239. Vgl. n. 5382.

Nr. 5386. Tel. aus London, 14. Jan. 1913 Nr. 47 (eing. 10 U. p. m.).[a]) Entziff.

Die Herren Take Jonesco und Mişu haben mich eben besucht. Ihre Verhandlungen mit Herrn Danew haben noch immer nicht begonnen. Herr Danew gebe zwar zu, Instruktionen aus Sofia zu haben, wolle aber immer noch um weitere Erklärungen telegraphieren. Herr Danew sage, er wolle seine Weisungen so vollständig haben, dass er dann in 24 Stunden mit Herrn Mişu abschließen könne. Rumänische Herren haben Eindruck, bulgarische Regierung könne sich nicht recht entschließen, ob sie Rumänien gegen Türkei oder vice versa ausnützen solle. Sie hoffe auf Fall Adrianopels, wodurch Situation für Bulgarien erleichtert würde. Take Jonesco will nächster Tage abreisen und sagte mir, er habe in Bukarest in dem Sinne gewirkt, keine drohende Haltung einzunehmen, durch seine Briefe im Daily Telegraf und Vossischen Zeitung sich bemüht, die Öffentlichkeit zu beruhigen und werde beantragen, falls eine Einigung mit Bulgarien nicht erzielt werden kann, den Fall den Großmächten zur Entscheidung zu unterbreiten. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 5398.

Nr. 5387. Tel. aus London, 14. Jan. 1913 Nr. 48 (eing. 15. Jan. 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Die Hauptdelegierten der 4 Balkanalliierten haben sich heute versammelt und beschlossen, dass, nachdem die Türkei seit 8 Tagen keine neuen Propositionen gemacht hat, sie den türkischen Delegierten mitteilen werden,

„que la conférence avait échoué." Ihre Regierungen würden den Truppenbefehlshabern telegraphieren, den Waffenstillstand zu kündigen. Die vier Delegierten sollen heute Nachmittag sich abermals versammeln, um Note über bisherigen Verlauf der Konferenz aufzusetzen. Vorstehendes wurde vom zweiten griechischen Delegierten im Foreign Office Sir A. Nicolson mitgeteilt, dürfte aber wahrscheinlich auch in der Presse erscheinen. Sir E. Grey ist der Ansicht, die Delegierten würden weiter hier bleiben, um Effekt der Demarche der Mächte sowie der Kündigung des Waffenstillstandes auf die Pforte abzuwarten. Nach seiner Meinung könnte nur der Fall Adrianopels Situation erleichtern. Informationen des Foreign Office lauten dahin, dass Sturz Kiamil Paschas wahrscheinlich und Nazim Pascha Kabinett bilden dürfte. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 5429.

Nr. 5388. Tel. aus London, 14. Jan. 1913 Nr. 49 (eing. 15. Jan. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 58[b]) von heute und Sir E. Grey vertraulich die von türkischem Minister des Äußern dem Markgrafen Pallavicini gemachten Bemerkungen mitgeteilt. Staatssekretär dankte für interessante Mitteilung, war aber der Ansicht, daß auf den ersten Blick die Anregung Gabriel Effendis nicht sehr praktisch scheine. Freie Hand in Zollsachen heißt wohl Erhöhung der Einfuhrzölle, so daß die einführenden Staaten die Indemnität für Adrianopel leisten sollten. Dies könnte er schwer vor englischer öffentlicher Meinung vertreten. Was die Inseln betrifft, so wolle Staatssekretär nicht griechischer als Griechenland sein und würde, falls ihre Bevölkerung türkisch wäre, gewiß nichts dagegen haben, wenn einige Inseln türkisch blieben. Nur wolle und könne er nicht der Türkei gegenüber die Garantie übernehmen, ihr Besitz von Inseln zu sichern, die ohne Zweifel ihre Union mit Griechenland erklären würden. Es wäre nur eine Wiederholung Kretas. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 5404 Anm. b. — [b]) Mit Tel. Nr. 58, 13. Jan. 1913 (chiffr. 9 U. p. m.), wurde n. 5360 nach London mitgeteilt.

Tel. nach Paris, 14. Jan. 1913 Nr. 39 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 5382.

Tel. nach Rom, 14. Jan. 1913 Nr. 68 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 5382.

Nr. 5389. Tel. aus Rom, 14. Jan. 1913 Nr. 33 (eing. 15. Jan. 9 U. a. m.). Entziff.

Zu der dritten, laut des hohen Telegrammes vom 13. d. M. Nr. 62[a]) vom türkischen Minister des Äußern dem Markgrafen Pallavicini gegenüber entwickelten Alternative bemerkte Marquis San Giuliano, er halte es nicht nur im Interesse der Türkei, sondern auch in jenem der Mächte gelegen, der Pforte bei Aufrechterhaltung der Kapitulationen eine gewisse wirtschaftliche Freiheit zu gewähren. Dies würde der Türkei die Mittel bieten, ihren

asiatischen Besitz zu schützen und hiedurch die Krise der asiatischen Türkei hinauszuschieben. Mérey.

[a]) Mit Tel. Nr. 62, 13. Jan. 1913 (chiffr. 9 U. p. m.), wurde n. 5360 nach Rom mitgeteilt.

Tel. nach St. Petersburg, 14. Jan. 1913 Nr. 43 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 5382.

Nr. 5390. Tel. aus St. Petersburg, 14. Jan. 1913 Nr. 12 (eing. 15. Jan. 9 U. a. m.). Entziff.

Beim heutigen Neujahrsempfange ersuchte mich Kaiser Nikolaus zunächst Seiner k. und k. Apostolischen Majestät seinen wärmsten Dank für die freundliche Glückwunschdepesche zu übermitteln, welche ihm als eine der ersten heute zugekommen sei. Höchstderselbe fügte hinzu, auch er wünsche unserem Allergnädigsten Herrn im neuen Jahre alles Gute, Glück und Segen. Sodann bemerkte Kaiser Nikolaus auf das politische Gebiet übergehend: „Cela semble de marcher." Hiemit dürfte Seine Majestät wohl die speziell das Verhältnis zwischen Russland und der Monarchie berührenden Fragen im Auge gehabt haben, da er weiter fortfahrend auf das Stocken in den Friedensverhandlungen hinwies, indem er der Hoffnung Ausdruck verlieh, dass die gemeinsame Demarche der Großmächte in Konstantinopel den gewünschten Effekt haben werde. Bleibe diese aber zunächst erfolglos, so könne, fuhr Seine Majestät der Kaiser fort, die Wahl zwischen dem Zulassen einer Wiederaufnahme der Feindseligkeiten und des Blutvergießens oder einer Flottendemonstration doch keinen Augenblick zweifelhaft sein. Ich bemerkte, dass eine solche Demonstration doch reiflich überlegt werden müsste, da sie an dem einzigen wirklich wirksamen Punkte, nämlich Konstantinopel, nicht durchführbar sei, an einem anderen Orte aber, wie zum Beispiel in der Besika-Bai, von der Türkei leicht ignoriert werden könnte, was dann die Situation nur noch verschlechtern würde. Zar erwiderte hierauf, glücklicherweise sei Russland in der Lage, seinerseits an irgendeinem Punkte des Schwarzen Meeres, sei es an der kleinasiatischen Küste, sei es in der Nähe des Bosporus in der Flanke der türkischen Armee zu demonstrieren, was aber natürlich, wie Seine Majestät ausdrücklich hervorhob, gleichzeitig mit dem Erscheinen der Schiffe der anderen Mächte in der Besika-Bai zu geschehen hätte. Da Kaiser Nikolaus hierauf gleich auf ein anderes Thema überging, hatte ich keinen Anlass, auf diese Bemerkungen etwas zu erwidern. Thurn.

Nr. 5391. Tel. aus St. Petersburg, 14. Jan. 1913 Nr. 13 (eing. 15. Jan. 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Herr Sazonow, den ich beim heutigen Neujahrsempfange nur einen Augenblick im Vorübergehen sprach, sagte mir mit Bezugnahme auf die rumänisch-bulgarischen Schwierigkeiten: „Nous avons tourné un cap, mais maintenant nous nous trouvons sur un banc de sable. Si les Roumains insistent vraiment sur Silistrie, je crains cela ira mal." Thurn.

[a]) Vgl. n. 5418 Anm. a.

Nr. 5392. Bericht aus Berlin, 15. Jan. 1913 Nr. 1 A (eing. 16. Jan.). Ausfert.

Die peinlich überraschende Nachricht vom plötzlichen Tode des Staatssekretärs von Kiderlen-Waechter hat hier allgemein aufrichtige Teilnahme erweckt. Die öffentliche Meinung ganz Deutschlands hat — mit verschwindend kleiner Ausnahme — den Tod dieses hervorragenden deutschen Staatsmannes als einen empfindlichen Verlust für das Vaterland bezeichnet. Und selbst bei jenen, die zu seinen Lebzeiten nicht zu seinen Freunden gehört haben, hat dieses traurige Ereignis das Gefühl ausgelöst, dass mit Herrn von Kiderlen eine bedeutende Persönlichkeit aus dem politischen Leben verschwunden ist, und für ihn an der leitenden Stelle, die er innehatte, kaum ein entsprechender Ersatz werde gefunden werden können. Kaiser Wilhelm, Höchstwelcher — wie Euer Excellenz bekannt — aus persönlichen Gründen sich nur schwer entschliessen konnte, ihn zum Staatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten zu ernennen, aber in der Folge eine gerechte Einschätzung für seine erspriesslichen Leistungen zeigte, drückte Seine hohe Anerkennung für die Verdienste des Verstorbenen in dem Telegramm an dessen Schwester aus, in dem Er sagte, Er beklage den Tod eines der bedeutendsten Männer, von dessen Diensten für das Reich so viel zu hoffen blieb!! Auch mir versicherte Seine Majestät gelegentlich der Neujahrscour, dass durch den Tod Herrn von Kiderlens Er selbst und ganz Deutschland einen schwer zu ersetzenden Verlust erlitten haben. Der Reichskanzler sprach sich mir gegenüber ebenfalls über den Verlust, der in erster Linie ihn selbst durch den Heimgang Kiderlens getroffen, im Tone aufrichtiger Ergriffenheit aus. Tatsächlich ist es Herr von Bethmann-Hollweg, der durch das Hinscheiden Kiderlens am Meisten betroffen sein muss. Trotz der recht häufigen Unstimmigkeiten, die pro foro interno zwischen diesen beiden leitenden Staatsmännern aufkamen, hat Herr von Bethmann-Hollweg richtig durchgefühlt, dass bei seiner, des Reichskanzlers, eher unentschiedenen, zu philosophischen Spekulationen neigenden Veranlagung gerade eine so energische Natur wie die Kiderlens den glücklichen Ausgleich bildete. Herr von Bethmann-Hollweg hielt zwar streng daran fest, dass eigentlich er selbst die auswärtige Politik Deutschlands leite, musste sich aber schliesslich den Verhältnissen entsprechend doch damit begnügen, dies nur bei äusserlichen Anlässen zum Ausdruck zu bringen, zum Beispiel bei den Reden über auswärtige Politik im Reichsrate, mit denen Kiderlen schon deshalb einverstanden war, da sie — wie alle Eingeweihten wussten — von ihm, Kiderlen, verfasst waren. Nicht einverstanden war der Staatssekretär, wenn der Kanzler einmal selbständig auftrat und ohne seine Kontrolle, wie zum Beispiel in Baltischport und Buchlau, ihm, wie er behauptete, „ins Handwerk pfuschte". Tatsächlich hat es Kiderlen auch dazu gebracht, dass die Botschafter dienstlich nur mehr mit ihm verkehrten und dass er es war, der die Entscheidungen in wichtigen und unwichtigen Fragen selbständig traf. Unter diesen Umständen kann man von einer Politik Kiderlen-Waechter sprechen, während, was seine unmittelbaren Vorgänger betrifft, von einer Politik Schoen, Tschirschky oder Richthofen nie die Rede war. Wir stehen den Ereignissen noch zu nahe, um ein abschliessendes Urteil über das abgeben zu können, was Kiderlen in der Politik gewollt und

was er erreicht hat. Die Bedeutung seiner Politik lag darin, dass er grossen Linien zielbewusst folgte. Hiezu gehörte das enge politische Zusammengehen Deutschlands mit Österreich-Ungarn. Dies konnte er zuerst zum Ausdruck bringen, als ihn Fürst Bülow während der Annexionskrise zur Dienstleistung ins Auswärtige Amt einberief, zu einer Zeit, da wichtige deutsche Diplomaten, wie Marschall und Monts, mit ihrer Meinung nicht zurückhielten, dass Deutschland in seiner Bundestreue Österreich-Ungarn gegenüber zu weit gehe. In der jetzigen Balkankrise wird dem verstorbenen Staatssekretär von mancher gewichtigen Seite vorgeworfen, dass er ganz plötzlich von der traditionellen Politik Deutschlands der Türkei gegenüber abgeschwenkt sei, und dies Russland und den Westmächten zuliebe. Dieser Vorwurf ist meiner Meinung nach nicht gerecht; denn Kiderlen bekämpfte seit jeher und nicht nur aus persönlichen Gründen Marschalls türkophile Politik. Und wenn er die Türken fallen liess, so geschah es nicht Russland, Frankreich oder England zuliebe, sondern weil er früher als Andere eingesehen hätte, dass bei diesem verlotterten Regime mit der Türkei politisch nichts zu machen sei. Auf die Herstellung eines guten Verhältnisses zu England legte Herr von Kiderlen von Anfang an grosses Gewicht. Und nachdem die Beilegung der Marokkokrise auch eine Überwindung der sehr zugespitzten heiklen Situation zwischen Deutschland und England gebracht hatte, ist es zwischen den beiden grossen Reichen tatsächlich zu einer Entspannung gekommen. Wiederholt versicherte mir der Verstorbene, dass er auf normale Beziehungen zu England schon aus dem Grunde grosses Gewicht lege, weil bei einer grossen europäischen Konflagration, die durch einen Krieg zwischen Österreich-Ungarn und Russland hervorgerufen würde, es Deutschland zwar nicht schwer fallen würde, vereint mit Österreich-Ungarn Russland und Frankreich gegenüber zu treten, dass aber durch das Hinzutreten eines dritten so mächtigen Gegners wie England die Chancen für einen Erfolg sehr in Frage gestellt würden. Andrerseits sah Kiderlen für Deutschland eine Notwendigkeit darin, sich mit Russland auf den möglichst besten Fuss zu stellen, wobei aber nach meiner festen Überzeugung von einer Art Rückversicherung wie zu Bismarcks Zeiten keine Rede sein kann. Meine persönlichen Beziehungen zu Herrn von Kiderlen waren seit jeher die allerbesten. Vor zwanzig Jahren, als ich den hiesigen Botschafterposten antrat, fand ich ihn als vortragenden Rat im Auswärtigen Amt und auch seither war ich mit ihm in fortwährender freundschaftlicher Verbindung. Zu seiner Beisetzung in Stuttgart konnte ich mich wegen einer starken Verkühlung nicht begeben und habe ich Legationsrat Baron Flotow beauftragt, mich dabei zu vertreten. Ich und mein italienischer Kollege, der persönlich der Leichenfeier beiwohnen konnte, legten Wert darauf, dass die Vertreter Österreich-Ungarns und Italiens dem deutschen Staatssekretär des Äussern die letzte Ehre erweisen. Szögyény.

Nr. 5393. Bericht aus Bukarest, 15. Jan. 1913 Nr. 6 (eing. 18. Jan.). Ausfert.

Streng vertraulich. Einem Berichte des Herrn Ghika aus Sofia, den der Herr Minister des Äußern mir vorzulesen die Güte hatte, entnehme ich folgende Äusserungen des genannten rumänischen Vertreters: Seit Seiner

Rückkehr ist König Ferdinand für alle Welt unsichtbar, weder die eigenen Minister noch die fremden Gesandten werden vorgelassen. Das Gerücht, daß der König mit der heutigen Regierung unzufrieden sei, gewinnt immer mehr an Boden und wird auch dadurch bestätigt, daß das gesamte Kabinet sich über alle politischen Fragen in ein erstaunliches Schweigen hüllt, was nur darin seine Erklärung finden kann, daß Seine Majestät der König es vollkommen im Unklaren über Seine Absichten hält. Die russophile Partei sei kleinlaut geworden und mache aus ihrer Besorgnis kein Hehl. Schließlich gibt Herr Ghika seiner Meinung dahin Ausdruck, daß Bulgarien, noch in den Krieg mit der Türkei verwickelt, vor einem Zerwürfnis mit seinen Alliierten stehend, in der rumänischen Frage vermutlich doch nachgeben und Silistria abtreten wird. Freilich wird Rumänien dann für die Zukunft mit einem vergrämten Nachbarn rechnen müßen, der aber für Jahre hinaus mit anderen Händeln vollauf beschäftigt sein wird. Mit Befriedigung registriert Herr Ghika, daß die energische Sprache seiner Regierung Herrn Geschoff aus seiner Lethargie aufgescheucht habe und ihn veranlasste, Herrn Daneff mit neuen Instruktionen zu versehen. Sans ce geste énérgique du Gouvernement Roumain, wären die Verhandlungen bulgarischerseits auf die lange Bank geschoben worden. K. E. Fürstenberg.

Nr. 5394. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 15. Jan. 1913 Nr. 34 (eing. 16. Jan. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Zu meinem Telegramme Nr. 29 vom 13. d. Mts. Mein deutscher Kollege hat noch keine Instruktionen erhalten. Er verhehlt mir nicht, daß seine Regierung sich der geplanten Kollektivdemarche nur zögernd anschließe. Der öffentlichen Meinung in Deutschland könne eine Pression auf die Türkei eher mundgerecht gemacht werden, wenn sie in weniger schroffer Weise erfolgt, zum Beispiel in der Weise, daß der Pforte für den Verzicht auf Adrianopel anderweitige Vorteile geboten werden, etwa die wirtschaftliche Emanzipation (vergleiche mein Telegramm Nr. 26 vom 12. d. Mts.). Ein im Berliner Tageblatt unter dem Titel „Adrianopel" kürzlich erschienener Artikel gebe in dieser Beziehung Ansicht maßgebender Berliner Kreise ziemlich richtig wieder. Immerhin glaubt Baron Wangenheim, die in Rede stehenden Instruktionen vielleicht heute zu erhalten, in welchem Falle es möglich sein könnte, Kollektivdemarche morgen vorzunehmen. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 5395, 5407, 5419 Anm. a, 5426 Anm. b.

Nr. 5395. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 15. Jan. 1913 Nr. 35 (eing. 16. Jan. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Zu meinem Telegramme Nr. 34 von heute. Durch die Publikation im „Matin" ist die geplante Kollektivnote im Wesentlichen hier schon bekannt. Ich hatte heute wieder eine Besprechung mit dem Minister des Äußern, in der ich erreicht zu haben glaube, daß die Pforte ihrer Antwort nicht die Form eines Refus geben wird. Nach längerer Diskussion ...[b] selbst wenn er die Eventualität eines Verzichtes auf Adrianopel überdenke,

so könne die Pforte diesen doch nicht aussprechen, solange sie nicht wisse, einerseits ob die Balkanstaaten nicht noch mit anderen Forderungen hervortreten werden, wie Kriegsentschädigung oder Einräumung Kapitulationsrechte an Bulgarien, anderseits welche konkrete Formen die der Türkei von den Mächten in Aussicht gestellte „wohlwollende Unterstützung" annehmen werde. Er erwähnte auch, daß er es vielleicht anregen würde, daß die hiesigen Botschafter ermächtigt werden, diese Fragen mit ihm zu verhandeln. Pallavicini.

a) Vgl. n. 5419 Anm. a, 5426 Anm. b. — b) Chiffres fehlen.

Nr. 5396. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 15. Jan. 1913 Nr. 36 (eing. 16. Jan. 8 U. a. m.). Entziff.

Seit vorgestern wird die Pforte militärisch bewacht und wurden auch für die Sicherheit in der Stadt weitgehende Maßnahmen getroffen. Die Polizei hat nämlich in Erfahrung gebracht, daß für Montag nachmittags eine größere Demonstration vor der Pforte geplant worden sein soll. Man sagt sogar, daß in den Kellerräumlichkeiten des Großvezirates eine Bombe gefunden worden wäre. Ob dies wahr ist, konnte ich bisher nicht konstatieren. Es scheint, daß die Veranstalter der geplanten Demonstration vorausgesetzt hatten, daß Montag nachmittags Übergabe Kollektivnote auf der Pforte stattfinden werde. Pallavicini.

Nr. 5397. Tel. aus London, 15. Jan. 1913 Nr. 51 (eing. 16. Jan. 8 U. a. m.).a) Entziff.

Albanien dürfte nächsten Mittwoch in der Réunion zur Sprache kommen. Graf Benckendorff erwartet noch Antwort auf Fragen, die er per Kurier in Petersburg vorgelegt hat. Nachdem wahrscheinlich mit Eisenbahnfragen begonnen wird, bitte ich über die im Telegramm Nr. 39b) vom 9. d. M. in Aussicht genommene prinzipielle Zustimmung Berlins und Roms mir Mitteilung zukommen lassen zu wollen. Sir E. Grey, mit dem ich gestern wieder sprach, sagte mir, Graf Benckendorff sei noch sehr hartnäckig bezüglich Skutaris. Staatssekretär meinte aber, dass, wenn kein Kompromiss ausserhalb der Réunion zustandekomme, es schließlich doch besser wäre, die Diskussion zu beginnen und wenn nichts anderes zu erzielen ist, festzusetzen, wie weit die Standpunkte divergieren. Wir einigten uns bei heutiger Réunion Besprechung über Albanien nächsten Mittwoch zu beginnen. Gerücht in einigen Zeitungen, dass von gewissen Seiten Diskussion Albaniens ausgeschaltet werde bis militärische Fragen zwischen Österreich-Ungarn und Russland bereinigt sind, entbehrt jeder Begründung. Ich sprach mit Sir E. Grey darüber, der mir sagte, dieses falsche Gerücht habe ihn geärgert. Ich glaube, der Urheber dieser Ente war Dr. Dillon. Mensdorff.

a) Vgl. n. 5430, 5449 Anm. b. — b) Mit Tel. nach London Nr. 39, 9. Jan. 1913 (chiffr. 6 U. p. m.), wurden detaillierte Vorschläge einer Regelung des serbischen Zutrittes zur Adria durch Abschluß eines Staatsvertrages zwischen den 6 Großmächten, Serbien und Albanien über den Bau und Betrieb einer Bahnverbindung nach London mitgeteilt.

Nr. 5398. Tel. aus London, 15. Jan. 1913 Nr. 52 (eing. 16. Jan. 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Im Nachhange zu meinem gestrigen Telegramme Nr. 47. Bei heutiger Réunion wurde wieder der Stand der rumänisch-bulgarischen Verhandlungen besprochen. Es wird immer schwieriger, sich in den widersprechenden und ungenauen Mitteilungen zurecht zu finden, welche von Herren Danew und Take Jonesco uns Botschaftern einzeln gemacht werden und es ist schwer, zu entscheiden, welche der beiden Seiten weniger Vertrauen einflößt. Das Letzte ist aber, daß Jonesco Herrn Danew geschrieben hat, er werde abreisen, weil seine Gegenwart in Bukarest aus innerpolitischen Gründen notwendig erscheint, und daß Danew ihm heute geantwortet hat, ihn bittend, hier zu bleiben, da er hoffe, mit ihm Besprechungen baldigst beginnen zu können. Herr Jonesco bleibt also vorläufig in London.

Mensdorff.

[a] Vgl. n. 5428.

Nr. 5399. Bericht aus Rom, 15. Jan. 1913 Nr. 2 F (eing. 18. Jan.). Ausfert.

Aus journalistischen Kreisen erfahre ich, dass die französischen Radicalen sich im Wege der Freimaurerei an ihre italienischen Gesinnungsgenossen gewendet haben, um zu erzielen, dass man sich in der italienischen Presse mit Schärfe gegen die Präsidentschaftscandidatur Herrn Poincarés wende. Hiebei soll die Sache so hingestellt werden, als bedeute die Eventualität dieser Wahl eine Verschlechterung der französisch-italienischen Beziehungen. Die französischen Radicalen dürften bei diesen Bestrebungen von parteipolitischen Gesichtspunkten geleitet sein, eventuell auch von der Besorgnis, Herr Poincaré könnte als Präsident der Republik die Tendenz, einen modus vivendi mit dem Vatikan herzustellen, weiter verfolgen. Auf italienischer Seite findet die erwähnte Anregung ein günstiges Terrain vor, da seit dem italienisch-türkischen Kriege Herr Poincaré hier nichts weniger als im Geruche eines besonderen Italien-Freundes steht. Tatsächlich erscheinen auch in der letzten Zeit in einzelnen italienischen Blättern Artikel gegen Frankreich, welche vielleicht mit jener Agitation im Zusammenhang stehen. Dagegen dürften die ernsthaften Politiker und speciell auch die hiesige Regierung die Wahl Herrn Poincarés zum Präsidenten der Republik eher herbeiwünschen, da dieser Staatsmann hiedurch der praktischen Tätigkeit einigermassen entzogen würde. Mérey.

Nr. 5400. Tagesbericht über einen Besuch des bulgar. Gesandten, 15. Jan. 1913 Nr. 303. Konz. (S. Berger; V. u. G. Berchtold).

Herr Salabacheff hat mir heute mitgeteilt, der bulgarische Gesandte in St. Petersburg hätte seiner Regierung unterm 29. Oktober a. St. telegraphisch berichtet, daß sich die königlich rumänische Regierung an Rußland mit der Bitte gewendet habe, in der Frage der Abtretung bulgarischer Gebietsteile zwischen ihr und dem Sofioter Kabinette zu vermitteln. Herr

Paprikoff meldete noch, Herr Sazonow hätte ihn gefragt, ob sich die königlich bulgarische Regierung gleichfalls der Mediation Rußlands bedienen wolle. Das Sofioter Kabinett sei aber damals der Ansicht gewesen, daß direkte Verhandlungen mit Bukarest den Interessen Bulgariens mehr entsprechen und sei daher auf das Anerbieten Rußlands nicht eingegangen. Daraus sei die Mission Danews nach Bukarest entstanden. Da jedoch die direkten pourparlers mit Rumänien nachmals ins Stocken geriethen, habe Herr Gueschoff die frühere russische Anregung aufgegriffen und sich nach St. Petersburg gewendet, um dort den bulgarischen Standpunkt gegenüber den rumänischen Forderungen klarzustellen. Vorgestern — am 31. Dezember a. St. habe Herr Ghika Herrn Gueschoff die Eröffnung gemacht, daß Rumänien nunmehr die Absicht habe, sich an die anderen Mächte zu wenden. Herr Salabascheff bemerkte, er nehme an, Rumänien sei in diesem Sinne auch an uns herangetreten und frug mich, wie sich das k. u. k. Kabinett hiezu zu verhalten gedenke. Ich habe dem Herrn Gesandten geantwortet, daß Herr Majoresco allerdings vor kurzem dem Gesandten Österreich-Ungarns gleichzeitig mit jenem Rußlands in Bukarest um ihren Besuch gebeten und ihnen bei dieser Gelegenheit die Situation, wie sich dieselbe infolge der Weigerung Herrn Danews weiter mit Herrn Take Jonescu zu verhandeln ergeben habe, auseinandergesetzt habe. Prinz Fürstenberg und Herr Schebeko hätten damals die gleiche Auffassung über die Notwendigkeit gehabt, Rumänien vor unüberlegten Schritten zurückzuhalten und ihren Regierungen von dem Schritte des königlich rumänischen Ministers des Äußern Meldung in diesem Sinne erstattet.[a] Ich fügte bei, ich hätte gehört, Bulgarien habe in neuester Zeit die Vermittlung Rußlands angerufen. Was die rumänischen Desiderata betrifft, so wäre ich im allgemeinen darüber orientiert, ein direkter Appell aus Bukarest an uns, zu vermitteln, liege aber nicht vor.

[a] Vgl. n. 5262.

Nr. 5401. Tel. aus Sofia, 15. Jan. 1913 Nr. 30 (eing. 16. Jan. 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Bezug auf hohes Telegramm Nr. 22 vom 14. d. M. Ich habe meinem deutschen und italienischen Kollegen gesagt, dass ich Instruktionen erhalten, mich in ähnlichem Sinne wie sie, in rumänischer Frage bei Herrn Geschoff vernehmen zu lassen. Graf Bosdari und Herr von Below antworteten, dass, nachdem sie bereits einmal mit dem Konseilspräsidenten gesprochen, sie nunmehr für ihren Teil umso weniger Grund sehen, Schritte zu erneuern, als Konversation zwischen Herrn Danew und Rumänien wieder in Fluss gekommen. Da Herr Geschoff mit König Ferdinand verreist, werde ihn kaum vor übermorgen sehen können. In Anbetracht des Inhaltes hohen Telegrammes Nr. 25[b] vom 15. d. M. erbitte Weisung, ob im eingangserwähnten hohen Telegramme enthaltener Auftrag noch aufrecht.

Tarnowski.

[a] Vgl. n. 5413. — [b] Mit Tel. Nr. 25, 14. Jan. 1913 (chiffr. 10 U.15 M. p. m.), wurde n. 5374 vom Anfange bis „Vermittlung sagen" nach Sofia mitgeteilt.

Nr. 5402. Tel. aus Athen, 16. Jan. 1913 Nr. 38 (eing. 17. Jan. 8 U. a. m.). Entziff.

Streng vertraulich. Aus meinen Besprechungen mit meinem italienischen Kollegen über die albanesische Abgrenzungsfrage habe ich zuletzt Eindruck gewonnen, daß seine Regierung geneigt wäre, Einbeziehung Janinas in Griechenland zuzustimmen. Möglicherweise zeigt Kabinett von Rom diesbezüglich Entgegenkommen, um seine hier jetzt so übel aufgenommene Haltung in der Inselfrage zu kompensieren. Italienischer Gesandter und ich sind übrigens davon überzeugt, daß Inkorporierung Janinas in Albanien hier vernichtend wirken und nicht akzeptiert würde. Braun.

Tel. nach Berlin, 16. Jan. 1913 Nr. 63 (chiffr. 10 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 5413.

Nr. 5403. Tel. aus Bukarest, 16. Jan. 1913 Nr. 17 (eing. 4 U. p. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. Mit Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 33[b] vom 15. d. M. Herr Majoresco hat meinem deutschen Kollegen und meinem italienischen Kollegen gegenüber, welche obige Mitteilung Graf Benckendorffs zur Sprache brachten, mit größter Entschiedenheit in Abrede gestellt, daß rumänische Regierung sich an Petersburger Kabinett um Intervention gewandt hat. Dieselbe wäre hier als inopportun empfunden worden und er habe sie mit Dank und Motivierung abgelehnt, daß dieselbe gegenstandslos, nachdem wieder direkt verhandelt werde. K. E. Fürstenberg.

[a] Vgl. n. 5443. — [b] Mit Tel. Nr. 33, 14. Jan. 1913 (chiffr. 10 U. 15 M. p. m.), wurde n. 5374 vom Anfang bis „Vermittlung sagen“ nach Bukarest mitgeteilt.

Nr. 5404. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 16. Jan. 1913 Nr. 38 (eing. 4 U. p. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. Zu Euer Exzellenz Telegramm Nr. 38[b] vom 15. d. M. Mein englischer Kollege, mit welchem ich die Anregung Gabriel Effendis besprach, äußerte sich dahin, daß es bei Gewährung zollpolitischer Freiheit an die Türkei wohl darauf hinauskäme, daß Europa den Preis für die Aufgabe Adrianopels zahlen würde. Engländer würden einer Erhöhung der Einfuhrzölle und freier Hand in Zollsachen nicht zustimmen können. Etwas ganz anderes wäre es aber, wenn die Türkei in der Kuweit-Frage auf die englischen Aspirationen eingehen würde; dann würde England sofort den Wünschen Gabriel Effendis entgegenkommen. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 5405. — [b] Mit Tel. Nr. 38, 15. Jan. 1913 (chiffr. 4 U. p. m.), wurde n. 5388 von „Staatssekretär dankte“ bis „Meinung vertreten“ nach Konstantinopel mitgeteilt.

Nr. 5405. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 16. Jan. 1913 Nr. 44 (eing. 9 U. p. m.). Entziff.

Streng vertraulich. Im Nachhange zu meinem Telegramme Nr. 38 von heute. Herr Bompard, mit dem ich die Anregung Gabriel Effendis

besprach, sagte mir, daß seiner Ansicht [nach] Frankreich keine prinzipiellen Bedenken gegen die Zollerhöhung und Gewährung von Freiheit in Zoll- und Steuerfragen geltend machen würde. Er glaube, man würde bei diesem Anlasse nur die Regelung pendenter Reklamationen verlangen. Mein russischer Kollege, dem ich die Äußerungen des Ministers des Äußern mitteilte, nahm eine dezidiert ablehnende Haltung ein, schützte aber Frankreich und England vor, von welchen er meinte, daß sie der Zollerhöhung und der Freiheit auf handelspolitischem Gebiete niemals zustimmen würden, es wäre denn, daß sie Kompensationen auf politischem Gebiete erhielten. Dabei wies Herr von Giers auf unsere Annexion Bosniens und der Herzegowina und die Erwerbung Tripolitaniens durch Italien hin. Pallavicini.

Nr. 5406. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 16. Jan. 1913 Nr. 45 (eing. 10 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Mein deutscher Kollege sagte mir streng vertraulich, er habe aus einigen Äußerungen des hiesigen rumänischen Geschäftsträgers entnommen, als ob man in Bukarest über unsere Haltung bezüglich der rumänisch-bulgarischen Grenzfrage beunruhigt wäre. Man hätte nämlich dort Eindruck, dass Österreich-Ungarn sich nicht mit genügender Entschiedenheit auf die Seite Rumäniens stelle. Ein Grund zur Beunruhigung sei auch darin gelegen, dass rumänischerseits konstatiert wurde, Bulgarien hätte auch in letzter Zeit viel Kriegsmaterial aus Österreich-Ungarn bezogen. Ich erfahre ferner, dass die russische Botschaft auf den rumänischen Geschäftsträger in einem uns feindlichen Sinne einzuwirken trachtet. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 5422.

Nr. 5407. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 16. Jan. 1913 Nr. 46 (eing. 17. Jan. 8 U. a. m.).[a] *Entziff.*

Zu meinem Telegramme Nr. 34 vom 15. d. Mts. Mein deutscher Kollege hat noch nicht Instruktionen erhalten. In hiesigen diplomatischen Kreisen glaubt man, daß für diese Zögerung Deutschlands besondere Gründe maßgebend sein müssen; deutscher Botschafter ist auch dieser Ansicht. Mein russischer Kollege ist über diese Zögerung sehr aufgeregt. Wie ich vertraulich erfahre, hat Pforte bereits Antwort auf gewärtigte Kollektivnote festgestellt. Sie legt darin Gründe dar, weswegen sie Adrianopel nicht aufgeben könne, gibt aber zu verstehen, daß sie unter gewissen Bedingungen Ratschlägen der Großmächte folgen würde. Antwort wird, wie ich höre, veröffentlicht werden, um Standpunkt der Pforte vor der öffentlichen Meinung zu rechtfertigen. Mein persönlicher Eindruck ist, daß die Pforte nicht so sehr wegen der Ratschläge der Mächte als wegen absoluten Geldmangels nachgeben werde. Allerdings könnte Türkei zum Äußersten getrieben, vielleicht Mittel finden, sich Geld zu beschaffen. Es wurde mir schon Andeutung gemacht, daß eventuell auf die Gelder der Dette publique gegriffen werden könnte, wovor ich natürlich nachdrücklichst warnte. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 5423.

Tel. nach Rom, 16. Jan. 1913 Nr. 73 (chiffr. 10 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 5413.

Unterredung mit dem ital. Botschafter, 16. Jan. 1913. Siehe n. 5434.

Nr. 5408. Erlaß nach Rom, 16. Jan. 1913 Nr. 256.a) Konz. (S. Rappaport; G. Macchio).

Vertraulich. In der Anlage beehre ich mich, Euer Exzellenz die Abschriften einer Meldung Grafen Mensdorffs vom 11. d.b) und meiner hierauf ergangenen Antwort nach London vom 14. d.c) zu Hochderen vertraulicher Information und Regelung Ihrer Sprache gegenüber Marquis di San Giuliano zu übersenden. Da, wie aus der erstcitirten Pièce hervorgeht, Marquis Imperiali sich noch immer nicht im Besitze solcher Instructionen seiner Regierung befindet, welche es ihm ermöglichen würden, an der Weitererörterung des albanesischen Problemes teilzunehmen, ersuche ich Euer Exzellenz, dem Herrn königlich italienischen Minister des Äußern gegenüber auf die Dringlichkeit der Fortsetzung und des baldigen Abschlusses dieses Teiles der Londoner Pourparlers hinweisen zu wollen.

a) Vgl. n. 5450. — b) Vgl. n. 5344. — c) Vgl. n. 5384.

Nr. 5409. Tel. aus Rom, 16. Jan. 1913 Nr. 36 (eing. 3 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Bei Mitteilung der im Telegramme Nr. 68 vom 14. d. M. reproduzierten Instruktionen nach London an hiesigen Minister des Äußern konstatierte derselbe, daß er den Marquis Imperiali analog instruiert und hiebei nur an das gleichfalls zutreffende Argument nicht gedacht habe, daß Erscheinen der Schiffe in der Bezika-Bai Sicherheit unserer Landsleute gefährden könnte. An eine isolierte Flottendemonstration einer oder aller Triple-Entente-Mächte glaubt Marquis San Giuliano nicht. England sei für die Sache überhaupt nicht eingenommen, Frankreich habe zu bedeutende Interessen in der Türkei, bliebe also nur Rußland, welches höchstens vom Schwarzen Meere her demonstrieren könnte. Über das quid faciendum in einem solchen unwahrscheinlichen Falle sei er sich noch nicht klar; eventuell wäre der oder den betreffenden Mächten Verantwortung für ihr Vorgehen zu überlassen. Der Minister zweifelt an dem Erfolg der Kollektivdémarche sowie an jenem einer Flottendemonstration, insolange Türkei auf Möglichkeit eines bulgarisch-rumänischen Konfliktes hoffen könne. Letztere Frage bilde somit gegenwärtig den Schlüssel der Situation. Mérey.

Nr. 5410. Tel. aus Rom, 16. Jan. 1913 Nr. 37 (eing. 6 U. p. m.).a) Entziff.

Vertraulich. Bulgarischer Gesandter suchte mich gestern auf und zeigte sich über Situation beunruhigt. Türkei würde weder auf die Démarche der Mächte, noch auf eine eventuelle Flottendemonstration hin nachgeben, da sie an Einigkeit Europas nicht glaube, speziell auf rumänisch-bulgarischen Konflikt spekuliere und mehr als bisher nicht verlieren könne, weil ihr Konstantinopel unter allen Umständen bliebe. Herr Rizoff

kritisierte scharf Moment und Art des jetzigen Auftretens Rumäniens. Bulgarien würde gegebenen Falles Silistria nicht verteidigen, aber mit dem so wünschenswerten guten Verhältnisse zu Rumänien wäre es aus. Keine bulgarische Regierung könne, so wie Dinge jetzt stehen, Silistria abtreten. Dies wäre nur dann, und zwar unter Befestigung der Freundschaft zwischen Sofia und Bukarest, möglich, wenn Bulgarien nicht nur Adrianopel bekäme, sondern auch den Besitz dieser Stadt Rumänien zu verdanken hätte. Dann würde Bulgarien einerseits seiner bereits sehr unzufriedenen öffentlichen Meinung eine Art von Austausch zwischen Silistria und Adrianopel vorhalten, andererseits seinen Alliierten und speziell Griechenland gegenüber unter Hinweis auf die Zession Silistrias den Besitz von Salonik verlangen können. Betonend, daß er ohne Auftrag spreche, meinte Herr Rizoff, wir sollten mit unserer Autorität in Bukarest dahin wirken, daß dortige Regierung in Konstantinopel energisch, ja selbst drohend, zu Gunsten des Friedensschlusses und Abtretung Adrianopels auftrete. Dann werde Türkei nachgeben und Bulgarien werde, was es für diesen Fall schon vorher Rumänien zuzusichern bereit sei, diesem Lande Silistria abtreten. Durch ein abermaliges Einwirken würden wir Frieden herbeiführen und uns überdies Bulgarien und Rumänien verpflichten. Mérey.

[a] Vgl. n. 5411, 5433, 5612, 5613.

Nr. 5411. Privatschreiben aus Rom, 16. Jan. 1913 (eing. 18. Jan.).[a] *Ausfert.*

Seit drei Monaten reicht eine tägliche Arbeitsleistung von 10 bis 12 Stunden kaum aus, um auf diesem, schon in normalen Zeiten sehr beschäftigten Posten das durch die jetzige Situation geschaffene Plus an Agenden zu bewältigen, welches sich aus der Appretur der zahlreichen einlaufenden Telegramme für die Verwendung in der Consulta, den fast täglichen Unterredungen mit dem Minister des Aeusseren, der telegrafischen Berichterstattung, der enormen Zeitungslecture, dem Contact mit den Collegen und so weiter zusammensetzt. Es fehlt mit unter diesen Umständen dermalen und, wenn diese Situation anhält, auch in Hinkunft an der materiellen Zeit, die verschiedenen in der telegrafischen Korrespondenz behandelten Fragen — wie ich dies früher getan habe — auch noch zum Gegenstande separater Berichte zu machen, welche übrigens zum grossen Teile nur eine ausführlichere Wiederholung meiner telegrafischen Meldungen wären. Eine der Hauptschwierigkeiten und Mängel in der Behandlung der jetzt auf dem Tapet befindlichen zahlreichen Fragen besteht darin, dass dieselben eigentlich ohne System und Programm, gleichzeitig de front alle miteinander und untereinander — und dies noch dazu ausschliesslich auf telegrafischem Wege — tractiert werden. Es fehlt hiedurch die Möglichkeit, die einzelnen Probleme gründlich zu erwägen und zu approfondieren, die Fragen werden alle angeschnitten, aber im Grunde keine einzige erledigt. Die Folgen dieser Metode werden sich meines Erachtens in dem Momente zeigen, wo es — sei es auf einer förmlichen Conferenz, sei es ohne eine solche — zur definitiven Festlegung der Vereinbarungen kommen wird.

Dann wird sich zeigen, dass man sich bisher, speciell in London, nur an der Oberfläche der Dinge bewegt hat und dass die schwierigste Arbeit erst zu leisten sein wird. Im Folgenden gestatte ich mir, nur einige Reflexionen über die einzelnen Fragen Euer Excellenz zu unterbreiten.

Friedensfrage. Der Erfolg der Collectiv-Demarche und selbst jener einer Flottendemonstration ist mehr als fraglich.[1]) Allerdings kann die Türkei durch eine Wiederaufnahme des Krieges, vollends, da sie ihn nicht offensiv führen könnte, kaum viel gewinnen.[2]) Sie kann aber auch nicht mehr viel verlieren, da die Bulgaren den Besitz von Constantinopel gar nicht wünschen, Europa sie dortselbst auch nicht sich festsetzen liesse und diese Stadt auch nicht einer anderen Macht zugesprochen werden könnte. Die Fortsetzung des Krieges kostet also der Türkei nur Geld und das spielt bei diesem überverschuldeten Lande keine Rolle mehr.[3]) Außerdem rechnen die Türken in schweren Zeiten stets mit dem imprévu, mit einem deus ex machina, welcher die Situation ändern könnte. Das sind im vorliegenden Falle zum Teile unsere Rüstungen, hauptsächlich aber die Eventualität eines bulgarisch-rumänischen Conflictes. Mit Rücksicht auf diese Eventualität gibt die Türkei nicht Adrianopel her und, solange Bulgarien nicht Adrianopel bekommt, cediert es seinerseits nicht Silistria.[4]) Also ein Circulus vitiosus, zu dessen Beseitigung allerdings der Euer Excellenz heute telegrafisch gemeldete Vorschlag[b]) des hiesigen bulgarischen Gesandten einen Ausweg böte. Derselbe würde auch meines Erachtens unser Prestige etwas heben, uns das Verdienst des Friedensschlusses verschaffen und für die Zukunft in Bulgarien und Rumänien gute Früchte tragen.[5])

Bulgarisch-rumänische Verhandlungen. Rumänien hat entschieden den psychologischen Moment verpaßt. Es hätte am Beginne des Krieges entweder activ auftreten oder doch seine Forderungen klarer und entschiedener anmelden müssen. Damals hätte Bulgarien, welches seiner grossen Erfolge noch nicht sicher war, mit sich reden lassen.[6]) Rumänien hat aber an den Sieg der Türkei geglaubt und heute ist seine Stellung eine viel schwächere. Die Bulgaren sind im Allgemeinen durs à la détente und vollends nach berauschenden Siegen. Sie wollen Silistria doppelt verkaufen: Rumänien gegen die Erwirkung der Abtretung Adrianopels seitens der Türkei und Griechenland durch den Hinweis auf den Verlust Silistrias Salonich entreissen. Kommt es zu keiner Einigung zwischen Sofia und Bukarest, so werden die Bulgaren, wenn Rumänien Silistria besetzt, keinen Widerstand leisten, aber der Bruch zwischen den beiden Nachbarn wird ein tiefer und nachhaltiger sein.[7]) In Italien ist nicht viel Sympatie für Rumänien vorhanden, besonders seit der Haltung dieses Landes im italienisch-türkischen Kriege. Auch die Regierung war anfänglich recht lau gegenüber den rumänischen Wünschen und hat sich erst nach und nach etwas dafür erwärmt.

Serbischer Hafen und Adria-Bahn. Hier werde ich zwei Eindrücke nicht los: den einen, dass wir — offenbar aus politischen Gründen[8]) — sogar Wert darauf legen, voraussichtlich grosse finanzielle Opfer für den Hafen- und Bahn-Bau zu bringen,[9]) welcher in der Hauptsache doch nur serbischen und italienischen Interessen dienen, Serbien von uns wirtschaftlich

emancipieren und Italien ein directes Einfallstor mitten in den Balkan hinein eröffnen wird, und den anderen, dass Serbien schliesslich alles und noch mehr erreichen wird, als ein Staat, welcher eine eigene Küste besitzt. Der letztere muss nämlich seine Häfen und Bahnen selbst bauen, und für Serbien werden dies zum grossen Teile die Mächte besorgen. Aber auch hinsichtlich des Transites von Kriegsmaterial sehe ich eine privilegierte Stellung für Serbien voraus. Jeder Staat, welcher einen Hafen besitzt, muss im Kriegsfalle zwei Risicos laufen: Die Blockade und die saisie der Contrebande auf offener See. Serbien wird voraussichtlich nur mit der zweiten Gefahr zu rechnen haben. Diesbezüglich hat mir der hiesige Minister des Aeusseren gestern das abschriftlich beiliegende Gutachten eines italienischen Fach-Juristen übergeben.*c)* Von der Blockade ist darinnen ebensowenig wie in dem letzten einschlägigen Telegramme Euer Exzellenz (Nr. 40*d)* vom 9. l. Mts.) die Rede. Aus dem Jahre 1908 stammen concrete finanzielle und technische Engagements hinsichtlich des Baues der Donau-Adria-Bahn.*10)* Vollständig aus der Welt zu schaffen sind dieselben nicht, da es sich auch um erworbene Rechte privater Interessen handelt. Da man aber nicht zwei Donau-Adria-Bahnen bauen wird, muss eine Verschmelzung des seinerzeitigen und des jetzigen Projektes angestrebt werden. Nach der Ansicht des Marchese di San Giuliano wird dies gelingen. Er wünscht dies umsomehr, als er nicht nur unser Capital durchaus nicht ausschliessen will, sondern auch für Italien eine stärkere Capitalsbeteiligung, als die bei dem seinerzeitigen Projekte vorgesehene, eintreten lassen will.

Delimitation Albaniens. 1. Bezüglich Skutaris nehme ich nach den Aeusserungen des Marchese di San Giuliano und meines russischen Collegen an, dass Russland nachgeben wird. Ich denke mir die voraussichtliche Lösung so, dass Montenegro einen Teil des Sandjaks von Novipazar, die Bezirke von Gusinje und Plava und einen Teil der fruchtbaren Ebene von Scutari erhalten wird.*11)* Man dürfte russischerseits allmählich eingesehen haben, dass nicht nur Scutari in etnografischer Beziehung zu Albanien gehört, sondern dass es auch eben deshalb für Montenegro ein schwer verdaulicher Brocken, ein gefährlicher und schwer zu haltender Besitz wäre. 2. Prisren und Ipek. Hier wäre es aus tactischen Gründen nützlich, wenn die Dreibundvertreter, wie dies ja im Prinzipe ausgemacht ist, anfänglich auf dem Anschluss dieser Orte an Albanien etwas insistieren würden, um dann durch das schliessliche Nachgeben Russland scheinbar einen Erfolg zu verschaffen und ihm sein Einlenken bezüglich Scutaris zu erleichtern.*12)* 3. Südgrenze. Die letzte Forderung Griechenlands verzichtet schon, wie mir Marchese di San Giuliano sagt, auf Valona und das Cap Glossa, begreift aber noch die Chimarra in sich. Janina wird schliesslich den Griechen überlassen werden müssen.*13)* Wo in letzter Linie die Grenzlinie — zwischen dem Kalamas-Flusse und einem Punkte nördlich der Chimarra — zu ziehen sein wird, dürfte auch von der Entscheidung in der Inselfrage abhängen.*14)*

Status Albaniens. In dieser Beziehung sehe ich mit Besorgnis bei uns die Tendenz, die übrigen Grossmächte möglichst beiseite zu schieben

und ein Tête-à-Tête mit Italien herzustellen. Man braucht nicht an Schleswig-Holstein zu erinnern, um in dieser Situation den Keim zu einem unvermeidlichen Conflicte zwischen uns und Italien zu erblicken. Vielleicht denken wir uns, dass wir dabei die geschickteren und stärkeren sein werden. Aber selbst dies angenommen, scheint mir die ganze Situation in Europa und der schon seit 1908 und jetzt neuerdings überall gegen uns angesammelte Hass nicht danach angetan zu sein, um uns diesem Conflicte mit Ruhe entgegengehen zu lassen. Auch in den Jahren 1859 und 1866 haben wir Italien besiegt und dabei Provinzen verloren.*15)* Die hiesige Regierung hat — was mir correcter und zweckmäßiger erscheint — umgekehrt die Tendenz, dieses Tête-à-Tête zu vermeiden und Europa möglichst hereinzuziehen. Wenn ich im Walde einen unsicheren Weggenossen treffe, werde ich es gerne sehen, wenn sich uns eine dritte Gesellschaft anschliesst.*16)*

Inselfrage. Diese scheint mir die schwierigste von allen zu sein. Denn wenn auch weitgehende politische Erwägungen für den jetzigen Standpunkt der Dreibundmächte sprechen, wonach die 4 Dardanellen-inseln, Mitilene, Chios, Cos und Rhodus der Türkei verbleiben sollen, so entstehen dadurch doch acht neue Cretafragen mit dem erschwerenden Umstande, dass man sich fragen muss, wer die Griechen von den bereits occupierten Inseln delogieren wird, falls sie sich weigern, dieselben zu evacuieren. Bei der hiesigen Regierung wirkt zweifellos auch der Gedanke mit, dass, wenn alle Inseln Griechenland zugesprochen würden, Italien des im durch den Frieden von Lausanne gewährten Pressionsmittels verlustig würde, die Türken zum Abzug aus Lybien zu bestimmen. Marchese di San Giuliano zweifelt aber selbst an der Durchführbarkeit seines Vorschlages, welcher der hiesigen Regierung schon heftige Angriffe seitens der öffentlichen Meinung Griechenlands zugezogen hat, und scheint eine Verschiebung der Entscheidung der ganzen Frage nicht ungerne zu sehen. Als wahrscheinliche Lösung vermute ich, dass der Türkei nur die 4 Dardanelleninseln und Cos und Rhodus bleiben werden. Da die Evacuierung der Cyrenaïca kaum rasch vor sich gehen dürfte, kann es, wenn die asiatische Krise der Türkei bald hereinbricht, geschehen, dass Italien dann vom Standpunkte des Gleichgewichtes im Mittelmeere die provisorische Occupation von Cos und Rhodus in eine definitive Annexion dieser Inseln umwandelt. Eine Hypotek hat es jedenfalls schon jetzt auf die Inseln genommen.

Wahl des Fürsten. Hier betont man nach allen Seiten, dass man der Wahl eines katholischen Fürsten opponieren müsste. Auf Umwegen kommt mir von nicht-italienischer Seite das Gerücht zu, bei uns beschäftige man sich mit der Idee, die Candidatur des Prinzen Elias von Parma zu lancieren. Derselbe ist ein Mitglied einer aus Italien verjagten Dynastie, schon in der zweiten Generation in Oesterreich ansässig, mit einer oesterreichischen Erzherzogin verheiratet und, wie seine ganze Familie, streng clerical. Jedes einzelne dieser Momente würde genügen, um diese Wahl für Italien inacceptabel zu machen. Falls daher an jenem Gerücht etwas wahr ist, könnte ich dieser Candidatur nur ein sehr ungünstiges Horoscop stellen.

Drei weitere Fragen, jene des Lovčen, der uns von Serbien zu gebenden Garantien und wirtschaftlichen Vorrechte, sind in letzterer Zeit verstummt. Die erstere hätte eine unabsehbare Complication mit sich gebracht, jene der Garantien wäre schwer zu concretisieren und noch schwerer zu erreichen gewesen und bezüglich jener der wirtschaftlichen Vorrechte hätten wir voraussichtlich ganz Europa, Deutschland an der Spitze, gegen uns gehabt. Nicht umhin kann ich, zum Schlusse zu betonen, dass die Haltung Italiens uns gegenüber in dieser Krise — auch nach dem allgemeinen Urteile — bisher eine musterhafte ist. In so manchen Fragen ist es aber für Italien nicht leicht gewesen, an unserer Seite zu bleiben. Für uns hat dies meiner Überzeugung nach einen immensen Vorteil dargestellt. Bei dem Desinteressement und der Lauheit Deutschlands in den meisten einschlägigen Fragen wären wir isoliert gewesen und hätten allein den Kampf aufnehmen müssen. Gegen uns allein oder selbst im Vereine mit Deutschland hätte die Triple-Entente nicht nur numerisch sondern auch moralisch bei allen Verhandlungen ein leichteres Spiel und wir würden stets als das Karnikel erscheinen. Erst der Anschluss Italiens an uns zwingt Deutschland zum Mitgehen, das es ihm zugleich erleichtert, und ermöglicht hiedurch das geschlossene Auftreten des Dreibundes in den meisten Fragen.

Mérey.

1) Müßig darüber zu reden. Voraussichtlich dilatorische Formel. — *2)* Fortsetzung des Krieges für Türkei im Gegentheil sehr gefährlich, denn kleinasiatischer Besitz dadurch bedroht. — *3)* Geld bekommen sie keines, solange sie nicht Frieden schließen. — *4)* Auch wenn es Adrianopel bekommt, wird es Silistria nicht cediren. — *5)* Was hätte uns da Rumänien zu danken? Es würde sich politisch und militärisch für Bulgarien exponiren und wir würden ihm nichts helfen! Außerdem will Bulgarien Silistria nicht cediren. — *6)* Bulgarien hat nicht angefragt. — *7)* Draht muß dann über Wien gehen. — *8)* Sehr richtig. — *9)* Wir dürfen keine finanziellen Opfer bringen und uns trotzdem den politischen Einfluß sichern. — *10)* Seit dieser Zeit hat Avarna von zwei weiteren Bahnprojekten (in ost-westlicher Richtung) gesprochen, welche Bulgarien in Aussicht genommen hat. — *11)* Die Abtretung dieser fruchtbaren Ebenen würde einem Preisgeben nahezu der ganzen Malissia gleichkommen und ist außerdem wegen der Besitzverhältnisse schwer zu trennen wie in der Stadt Skutari. — *12)* Entspricht unserer Tactik. — *13)* Warum? — *14)* Handelsvertrag. Ausbau der Bahnen. — *15)* Im Jahre 1859 sind wir geschlagen worden. — *16)* Vorausgesetzt, daß es eine anständige Gesellschaft ist!

a) Vgl. n. 5748. — *b)* Vgl. n. 5410. — *c)* Wurde nicht abgedruckt. — *d)* Liegt nicht bei den Akten.

Nr. 5412. Bericht aus Rom-Vatikan, 16. Jan. 1913 Nr. 1 B (eing. 18. Jan.). Ausfert.

Geheim. Ich habe mich im Sinne der hohen telegraphischen Weisung vom 26. Dezember 1912 Nr. 45*a)* mit dem k. u. k. Botschafter am königlich italienischen Hofe, Herrn von Mérey in Verbindung gesetzt, um die vom Cardinal Staatssekretär über die verschiedenen Albanesischen Prätendenten erbetenen Auskünfte in einer Weise geben zu können, welche mit der von Herrn von Mérey auf der Consulta geführten Sprache nicht im Widerspruche steht. Meine auf diese Art Seiner Eminenz erteilten Auskünfte erstreckten sich auf folgende Persönlichkeiten. 1. Don Aladro Castriota, 2. Ghika, der wohl noch weniger ernst zu nehmen ist als Nr. 1, da Don Aladro

zum Mindestens etwas Geld besitzen soll, 3. a) Marquese di Auleta Castriota Skanderbeg (der Vater), b) Don Francesco Castriota Skanderbeg dei Marquesi di Auleta (dessen Sohn), 4. Prinz Achmed Fuad Bey, und waren insgesammt auf den mir von der weissen Botschaft[b]) zur Verfügung gestellten Informationen basiert, sodass sie Euer Exzellenz vollauf bekannt sind und von mir also hier nicht wiederholt zu werden brauchen. Der Cardinal schien für diese Informationen sehr dankbar und ergänzte dieselben, als ich geendet hatte, noch durch die Charakteristik des Prinzen Louis Napoleon, welchen Seine Eminenz ebenfalls als Prätendenten auf den Albanesischen Thron bezeichnete. Derselbe ist bekanntlich mit dem Hause Savoyen durch seine Mutter nahe verwandt, und ausserdem noch durch seine Schwester Lätitia verschwägert. Italien würde ihn also, wie Seine Eminenz meint, schon aus verwandtschaftlichen Rücksichten unterstützen, während man in Frankreich sich gewiss freuen würde, sowohl einen Franzosen als auch einen Bonaparte auf dem Throne Albaniens zu sehen. Letzteres, wie der Cardinal meint, selbst auf streng republikanischer Seite. Russische Attachen besitze der Prinz, der dort angeblich jahrelang in der Armee und auch noch einige Zeit in der administrativen Staatscarrière diente, ebenfalls. Die Albanesen wären natürlich sehr geschmeichelt einen Bonaparte zum Herrscher zu haben. Reste à savoir, so schloss der Cardinal, was man dazu in Wien sagen würde. Im übrigen war aus den Bemerkungen des Cardinals mit ziemlicher Klarheit zu ersehen, dass die Candidatur des Prinzen Louis Napoleon auch dem Vatikan nicht unerwünscht käme. Der Cardinal wiederholte nämlich im Laufe des Gespräches häufig die Bemerkung, dass der Prinz ein guter Katholik und (schon gar im Vergleiche mit den zwischen dem Cardinal und mir vorher erörterten Candidaturen, vide oben) ein homme serieux sei. Im Laufe unseres Gespräches wurde auch die Frage der Religion des einstmaligen Candidaten, wer immer es auch sein möge, gestreift. Ich entnehme den Äusserungen des Cardinals, dass dem Vatikan, wie ich nicht erst zu sagen brauche, ein Katholik am allerwillkommensten wäre. Am unwillkommensten ein Protestant, dann wohl ein Orthodoxer. Dem Cardinal entschlüpfte schliesslich eine Bemerkung, die man fast folgendermassen deuten müsste: „Lieber noch ein Mohamedaner als ein Protestant".

Schönburg.

[a]) Mit Tel. Nr. 45, richtig 29. Dez. 1912 (chiffr. 12 U. 20 M. a. m.), wurde nach Rom-Vatikan mitgeteilt, daß mit der Botschaft beim Quirinal eine eingehende Korrespondenz über den Prinzen Achmed Fuad Pascha und seine albanesische Thronkandidatur geführt wurde, in die Einsicht zu nehmen sei, damit die dem Kardinalstaatssekretär zu erteilende Antwort in keinem Widerspruch stehe zu der von Herrn von Mérey geführten Sprache bei der Consulta. Kardinal Merry del Val wäre auch schonender Weise aufzuklären, daß Don Aladro Castriotas Kandidatur von keiner Seite ernst genommen werde. — [b]) K. u. k. Botschaft am Quirinal.

Nr. 5413. Tel. nach Sofia Nr. 29 (1), Berlin Nr. 63 (2) und Rom Nr. 73 (3), 16. Jan. 1913 (chiffr. 10 U. 20 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

1. Antwort auf Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 30 vom 15. d. M. Durch die bereits erfolgte Aussprache Ihres deutschen und italienischen

Kollegen mit dem Konseilspräsidenten liegt für eine Demarche im Sinne meines Telegrammes Nr. 22 vom 14. d. M. kein Grund mehr vor; doch stelle ich es Euer Hochgeboren anheim, die betreffenden Argumente gelegentlich Herrn Gueschoff gegenüber zu verwerten.

2. u. 3. Im Gegenstande meines Telegrammes vom 13. d. M., Nr. 52 (respektive 65) telegraphiert Graf Tarnowski wie folgt: ... *wie n. 5401* ... Ich antworte heute Grafen Tarnowski wie folgt: ... *wie oben 1. von „Durch die bereits" bis „zu verwerten"* ... Vorstehendes zur vertraulichen Mitteilung an das dortige Auswärtige Amt. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 5452.

Nr. 5414. Tel. aus Sofia, 16. Jan. 1913 Nr. 33 (eing. 17. Jan. 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Hiesige Blätter, auch die offiziösen, äußern sich mit Befriedigung über Besuch des Finanzministers Todorow in Petersburg. Ohne anzugeben, worin Mission und Erfolg derselben bestanden, bemerkt Regierungsorgan, dass Bulgarien Freunde habe, mit deren Hilfe es seine Ehre und Interessen wird wahren können. Zugleich melden Regierungsblätter, dass bei gestrigem Kronrate (vide gehorsamstes Telegramm Nr. 29[b]) vom 15. d. M.) ausgezeichneter Geist und Schlagfertigkeit bulgarischer Armee konstatiert wurden. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 5381. — [b]) Mit Tel. Nr. 29, 14. Jan. 1913 (eing. 15. Jan. 3 U. p. m.), wurde aus Sofia gemeldet, König habe sich mit sämtlichen Ministern nach Mustafa Pascha begeben, wo unter Zuziehung General Savows und der vier Armeekommandanten ein Kronrat stattfinden soll.

Nr. 5415. Tagesbericht über einen Besuch des deutschen Botschafters, 17. Jan. 1913 Nr. 315.[a]) Konz. (S. Berger; V. u. G. Berchtold).

Der kaiserlich deutsche Botschafter hat mir heute mitgeteilt, seine Regierung hätte die Idee einer Flottendemonstration ganz aufgegeben. Eine solche würde einerseits nach Ansicht des Berliner Kabinettes einen krassen Neutralitätsbruch darstellen, andererseits der in Berlin verfolgten conservativen Orientpolitik widersprechen. Wie Herr von Tschirschky bemerkte, könnten die zwei vor Konstantinopel liegenden deutschen Schiffe bloß für den Schutz der Konnationalen in Betracht kommen. Die kaiserlich deutsche Regierung empfehle, die geplante Démarche bei der Pforte eintreten zu lassen, noch ehe die Balkanstaaten der Türkei eine Mitteilung über die Kündigung des Waffenstillstandes zukommen ließen; sonst würde nach Ansicht Herrn Zimmermanns der an die Pforte ergehende Ratschlag der Großmächte den Charakter eines Ultimatums tragen. Sollte sich die Türkei wider Erwarten ganz ablehnend verhalten und auch der Balkanbund nicht einlenken, so müsse man den Dingen freien Lauf lassen und bei Wiederaufnahme der Feindseligkeiten eine strikt neutrale Haltung beobachten. Es sei dann anzunehmen, daß mit dem Fall Adrianopels sich die Sachlage wesentlich ändern und der Krieg nur von kurzer Dauer sein werde. Die kaiserlich deutsche Regierung erhoffe auch von dem Einhalten striktester

Neutralität, daß dadurch der Krieg lokalisiert bleibe und der Gefahr von Unruhen in Klein-Asien (Armenien) begegnet werde. Das Berliner Kabinett sei der Ansicht, daß ein solches Verhalten im Interesse des Bestandes der asiatischen Türkei gelegen sei, und glaube, daß die Einhelligkeit der Mächte und der Verzicht auf eine Sonder-Aktion sich als der beste Weg zu diesem Ziele erweisen werden. Indem ich von der Mitteilung des Botschafters Kenntnis nahm, bemerkte ich, daß ich, wie er wisse, bezüglich der Collektiv-Demarche und der Flotten-Demonstration dem deutschen Standpunkte vollkommen zustimme, daß es mir aber für unser zukünftiges Verhalten von Wichtigkeit schiene, über den Stand der bulgaro-rumänischen Differenzen und die Intentionen der Regierung in Bukarest orientiert zu werden; auch sei es in meiner Absicht gelegen, in dieser Richtung Informationen einzuziehen.

[a]) Vgl. n. 5368, 5417.

Nr. 5416. Tel. aus Berlin, 17. Jan. 1913 Nr. 34 (eing. 10 U. p. m.).[a]) Entziff.

Unterstaatssekretär teilt mir heute mit, er habe, wie er dies schon Grafen Szápáry gesagt, Fürst Lichnowsky den Auftrag erteilt, in der Botschafterréunion dahin zu wirken, daß die Inselfrage von deren Beratungen ausgeschaltet und die Entscheidung über die künftige Zugehörigkeit der Inseln vorerst den Kriegführenden überlassen werde. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 5442.

Nr. 5417. Tel. aus Berlin, 17. Jan. 1913 Nr. 36 (eing. 10 U. p. m.).[a]) Entziff.

Antwort auf Telegramm Nr. 55 vom 14. d. M. Unterstaatssekretär bittet mich, Euer Exzellenz zu melden, kaiserlich deutsche Regierung sei sehr dankbar, dass Euer Exzellenz in der Frage der Entsendung von Kriegsschiffen in die Bezika Bai von Rücksichten auf die Wünsche der deutschen Regierung sich habe leiten lassen. Er gebe sich der Hoffnung hin, dass auch in der weiteren Folge die k. und k. Regierung von der Teilnahme an einer etwaigen Flottendemonstration absehen werde. Italienischerseits sei eine diesbezügliche Zusicherung bereits gemacht worden. Herr Zimmermann ebenso wie Reichskanzler rechnen ganz sicher darauf, dass auch im Falle eines Misserfolges der Kollektivdemarche in Konstantinopel England in gar keinem Falle, höchstwahrscheinlich auch nicht Frankreich, eine Flottendemonstration mitmachen werden und Russland schließlich seinen diesbezüglichen bisherigen Plan aufgeben werde, im Wege einer solchen Demonstration eine Pression auf die Pforte auszuüben. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 5368, 5415.

Nr. 5418. Tel. aus Berlin, 17. Jan. 1913 Nr. 38 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Vertraulich. Inhalt Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 58[a]) vom 15. d. M. Unterstaatssekretär mitgeteilt, der mir sagte, hiesiger rumänischer

Gesandter habe gestern bei ihm vorgesprochen und ihm versichert, daß er nach seinen Informationen die bestimmteste Hoffnung hege, daß die rumänisch-bulgarischen Schwierigkeiten friedlich beigelegt werden. König Carol bemühe sich, den wohlwollenden Ratschlägen Deutschlands und Österreich-Ungarns entsprechend, beruhigend auf sein Land einzuwirken.

Szögyény.

a) Mit Tel. Nr. 58, 15. Jan. 1913 (chiffr. 8 U. 40 M. p. m.), wurde n. 5391 nach Berlin mitgeteilt.

Nr. 5419. Tel. aus Berlin, 17. Jan. 1913 Nr. 39 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 64a) von gestern. Aus verschiedenen Unterredungen, die ich mit dem Reichskanzler und Herrn Zimmermann hatte, konnte ich in vollkommener Übereinstimmung mit den Mitteilungen des deutschen Botschafters in Konstantinopel an Markgraf Pallavicini entnehmen, dass die deutsche Regierung nur nach längerem Sträuben sich entschlossen hat, sich der Kollektivdemarche in Konstantinopel anzuschließen. Beide Staatsmänner versicherten mir wiederholt, dass nach ihrer Überzeugung dieser Kollektivschritt kaum vereinbar scheine mit dem Prinzipe der Neutralität, das strikte zu wahren sich die Mächte vorgenommen hätten. Nur propter bonum pacis und um die Einigkeit der Mächte nicht in die Brüche gehen zu lassen, habe Deutschland sich entschlossen, daran teilzunehmen. Die Überreichung der Note habe sich infolge eines Missverständnisses seitens Fürsten Lichnowskys etwas verzögert, werde aber voraussichtlich heute oder morgen erfolgen. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, werde die Antwort der Pforte eine ablehnende sein, was nach Ansicht des Unterstaatssekretärs hier nicht ungern gesehen würde, da dadurch die Mächte wieder freie Hand in der Sache bekämen. Deutscher Botschafter in Konstantinopel habe ebenso wie Markgraf Pallavicini über Unterredungen Gabriel Effendis berichtet, laut welchen türkischer Minister in gleichem Sinne immer wieder auf der Türkei zu gewährende wirtschaftliche Freiheit zurückkam. Unterstaatssekretär meinte, dass die Mächte in dieser Angelegenheit gewisse näher zu bestimmende Konzessionen machen könnten, vorausgesetzt, dass die Kapitulationsrechte nicht tangiert würden.

Szögyény.

a) Mit Tel. Nr. 64, 16. Jan. 1913 (chiffr. 10 U. p. m.), wurde n. 5394 und n. 5395 mit Korrekturen nach Berlin mitgeteilt.

Nr. 5420. Tel. nach Bukarest, 17. Jan. 1913 Nr. 42 (chiffr. 10 U. 45 M. p. m.).a) Konz. (S. Nemes; V. u. G. Berchtold).

Laut einer Mitteilung des deutschen Botschafters ist gestern der telegrafische Auftrag an Fürsten Lichnowsky ergangen, bei der nächsten Botschafterreunion vorzubringen, daß nach Ansicht des Berliner Kabinettes seitens der Großmächte in Sofia auf eine tunlichst umgehende Austragung der Differenz Bulgariens mit Rumänien hingewirkt werden sollte. Es wäre hiebei darauf hinzuweisen, daß dies im eigenen Interesse Bulgariens gelegen

sei und dem Wunsche der Großmächte Rechnung tragen würde. Euer Durchlaucht wollen Obiges der dortigen Regierung streng vertraulich zur Kenntnis bringen und hinzufügen, daß ich Wert darauf lege, mich dessen zu versichern, ob ein Schritt in Sofia im Sinne der fraglichen Anregung bei dem gegenwärtigen, mir unbekannten Stande der bulgarisch-rumänischen Verhandlungen den Intentionen der Bukarester Regierung entsprechen würde. Erst nach Erhalt einer Antwort Euer Durchlaucht würde ich den k. und k. Botschafter in London mit entsprechender Weisung versehen.

a) Vgl. n. 5437, 5446 Anm. b.

Nr. 5421. Bericht aus Bukarest, 17. Jan. 1913 Nr. 7.a) Ausfert.

Der Herr Minister des Aeussern erschien heute bei mir und überbrachte mir das anruhende Handschreiben Seiner Majestät König Karols[b] mit der Bitte, dasselbe an seine Allerhöchste Bestimmung gelangen lassen zu wollen. Herr Maioresco bemerkte, dass dasselbe die Antwort auf das letzte am 5. Jänner l. J. überreichte Allerhöchste Handschreiben Seiner kais. und königl. Apostolischen Majestät[c] darstelle und spreche Seine Majestät König Carol darin den Wunsch aus, den Vertrag mit der Österreichisch-ungarischen Monarchie zu erneuern, und gleichzeitig auch das Ersuchen, dass die nötigen schriftlichen Formalitäten in Wien erfüllt und Ihm dann das Vertragsinstrument durch diese k. u. k. Gesandtschaft wie dies bisher stets geschehen sei, zur Unterschrift vorgelegt werde.

K. E. Fürstenberg.

a) Vgl. n. 5498. — b) Vgl. n. 5358. — c) Vgl. n. 4989.

Nr. 5422. Tel. nach Konstantinopel, 17. Jan. 1913 Nr. 44 (chiffr. 10 U. 40 M. p. m.). Konz. (S. Nemes; V. u. G. Berchtold).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 45 vom 16. l. Mts. Vom rumänischen Geschäftsträger vorgebrachte Äußerungen betreffs angeblicher Beunruhigung in Rumänien wegen unseres Verhaltens hinsichtlich bulgarisch-rumänischer Grenzfrage entbehren jeder concreten Grundlage, nachdem unsere Stimme vom Anfang der Krise an zu Gunsten der rumänischen Wünsche geltend gemacht worden ist und uns auch keinerlei Nachricht über Zweifel in unsere Loyalität von Bukarest zugekommen ist. Was bulgarische Kriegsmaterialsendungen anbelangt, waren dieselben zur Zeit, als Verschärfung in den rumänisch-bulgarischen Beziehungen eintrat, schon beinahe zur Gänze abgewickelt. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Orientierung und Regelung Ihrer Sprache. Berchtold.

Nr. 5423. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 17. Jan. 1913 Nr. 48 (eing. 10 U. p. m.).a) Entziff.

Die in meinem gestrigen Telegramm Nr. 46 gemeldeten Informationen über die von der Pforte auf die Kollektivnote zu gewärtigende Antwort scheinen nicht ganz richtig. Ich habe heute morgens, also vor der Kollektivdemarche, Minister des Äussern gesprochen, der mir sagte, Antwort könne

sehr rasch (erfolgen)[b], da er sie schon ausgedacht und auch Ministerrat schon beschlossen habe, bezüglich Adrianopels nicht nachzugeben. Ich warnte Minister davor, den Faden abzureissen, und riet ihm, die Sache lieber nicht zu übereilen. Er meinte darauf, dass er vielleicht vor Beantwortung der Kollektivnote durch den türkischen Botschafter in London bei der Botschafterréunion anfragen lassen werde, wie der „appui" der Mächte des Näheren gedacht wäre. Ich redete ihm von diesem Beschluss nicht ab und betonte ihm nur wieder, dass es jedenfalls gut wäre, sich bezüglich Adrianopels eine Tür zur Nachgiebigkeit offen zu lassen. Von der vor einigen Tagen ventilierten Idee der Einberufung eines großen Rates riet ich ihm ab (da ein solcher Körper sich viel eher für Unnachgiebigkeit aussprechen würde). Pallavicini.

[a] Vgl. n. 5440. — [b] Chiffre fehlt.

Nr. 5424. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 17. Jan. 1913 Nr. 49 (eing. 18. Jan. 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Ich habe soeben in Gegenwart meiner Kollegen Kollektivnote[b] der Mächte Minister des Äußern übergeben. Bei der Übergabe sagte ich nur einige Worte, ohne irgendwie in die Sache selbst einzugehen. Minister antwortete, er werde Note der Regierung unterbreiten und mir in kürzester Zeit Antwort zukommen lassen. Wir verließen darauf Hohe Pforte. Ich war einerseits mit meinen Kollegen, anderseits mit dem Minister des Äussern schon früher übereingekommen, dass nach Übergabe der Note von keiner Seite eine Diskussion über den Gegenstand provoziert werde. Pallavicini.

[a] Oe. U. Balkan 131 Nr. 240. Vgl. n. 5426, 5439, 5458. — [b] Vgl. n. 5337.

Nr. 5425. Tel. nach London, 17. Jan. 1913 Nr. 70 (chiffr. 6 U. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; V. u. G. Nemes).

Herzog Avarna hat mir im Auftrage Marquis di San Giulianos den Wunsch ausgesprochen, die Vertreter der Dreibundmächte in London sollten angewiesen werden, die Inselfrage in inoffizieller und privater Form bei Sir E. Grey zu Sprache zu bringen. Hiebei hätten sich die drei Botschafter analog dahin auszusprechen, daß alle Inseln des Ägäischen Meeres den Griechen zuzusprechen wären, mit Ausnahme der vier den Dardanellen vorgelagerten Eilande sowie Rhodus und Kos, welche der Türkei belassen werden sollten. Der Herr Botschafter teilte mir gleichzeitig mit, daß auch der italienische Botschafter in Berlin beauftragt worden sei, die Erteilung von solchen Instruktionen an Fürst Lichnowsky bei der deutschen Regierung anzuregen. Nachdem sich meine Auffassung in dieser Frage mit jener Marquis di San Giulianos deckt, ermächtige ich Euer Exzellenz, sich nach gepflogenem Einvernehmen mit Hochderen Kollegen von Deutschland und Italien den bezüglichen Schritten dieses Letzteren anzuschließen.
Berchtold.

[a] Vgl. n. 5456 Anm. b.

Nr. 5426. Tel. aus London, 17. Jan. 1913 Nr. 54 (eing. 10 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Heute kurze Botschafterréunion, bei der mit Bedauern konstatiert wurde, daß Kollektivnote in Konstantinopel noch immer wegen mangelnder Instruktionen des deutschen Botschafters nicht überreicht wurde. Fürst Lichnowsky teilt mit, seine Regierung habe ihm telegraphiert, daß sie baldige Übergabe der Note wünsche. Herr Cambon sagte uns, aus Telegrammen des französischen Botschafters in Konstantinopel gehe hervor, Pforte werde wahrscheinlich weder ja noch nein sagen und Anfrage bezüglich „wohlwollender Unterstützung der Mächte" stellen. (Ungefähr wie die mir mit Euer Exzellenz Telegramm Nr. 67[b]) mitgeteilte Meldung des Markgrafen Pallavicini). In unserer daran geknüpften Diskussion zeigten sich Graf Benckendorff und Cambon und in geringerem Maße Sir E. Grey wenig geneigt, schon jetzt zu diesen zu erwartenden türkischen Erwägungen Stellung zu nehmen, und wir beschlossen vorläufig, die türkische Antwort und die Aufnahme, die sie bei unseren Regierungen findet, abzuwarten.

Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 5424. — [b]) Mit Tel. Nr. 67, 16. Jan. 1913 (chiffr. 10 U. p. m.), wurden n. 5394 und n. 5395 nach London mitgeteilt.

Nr. 5427. Tel. aus London, 17. Jan. 1913 Nr. 55 (eing. 10 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Im Nachhange zu meinem Telegramme Nr. 32 vom 9. d. M. und mit Bezug auf Telegramm Nr. 46 vom 11. d. M. Nachdem alle Regierungen sich mit der von Herrn Cambon redigierten Erklärung, wodurch die Mächte Akt von dem serbischen Versprechen nehmen, die adriatische Küste zu evakuieren, einverstanden erklärt haben, fragt uns Sir E. Grey, ob er diese unsere Erklärung dem serbischen Vertreter mitteilen kann. Alle Kollegen antworten bejahend; ich bat um Zeit, bei Euer Exzellenz anzufragen, obwohl ich bereits die hohe Billigung der Redaktion Herrn Cambons erhalten hätte. Ich bitte um telegraphische Ermächtigung, Grey zur Mitteilung der Erklärung an serbischen Geschäftsträger zu autorisieren. Mensdorff.

[a]) Oe. U. Balkan 131 Nr. 241. Vgl. n. 5441.

Nr. 5428. Tel. aus London, 17. Jan. 1913 Nr. 56 (eing. 10 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Herr Take Jonesco heute nach Bukarest abgereist, nachdem er eine Konversation mit Herrn Danew hatte, die er als nicht befriedigend bezeichnete. Er hat aber nicht abgebrochen und will auch in Bukarest im Sinne einer Verständigung mit Bulgarien wirken. Danew sagt, er habe Maximum des Möglichen angetragen: I. Schleifung der Befestigungen, II. Desinteressement bezüglich der Dobrutscha, III. Zusicherung bezüglich der Kutzowalachen, IV. Abtretung Landstreifens zur Küste des Schwarzen Meeres. (Herr Danew sagte einem meiner Kollegen, Landstreifen in der Breite von 15 Kilometern, während Jonesco sagte, er habe ihm einen in der Breite von 5 Kilometern angetragen.) Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 5398, 5521 Anm. a.

Nr. 5429. Bericht aus London, 17. Jan. 1913 Nr. 6 A (eing. 20. Jan.). Ausfert.

Ich darf die kostbare Zeit Euer Exzellenz nur mit ganz kurzen Erwägungen meiner telegraphischen Berichterstattung in Anspruch nehmen, umso mehr als selbst das, was man telegraphisch meldet, so häufig binnen wenigen Stunden überholt ist und die Situation sich fortwährend verschiebt, so dass es immer schwieriger wird, dieselbe festzuhalten, geschweige denn zu schildern. Gestern abends schien die Verwirrung den Höhepunkt erreicht zu haben. Sir Edward Grey und meine Kollegen, die bei mir mit sämtlichen türkischen und Balkan-Delegierten dinierten, waren alle unter dem Eindrucke, dass eine Reihe von Missverständnissen vorliegen müssen, welche wir bei unserer Réunion heute Nachmittag besprechen werden, um zu versuchen, etwas klarer zu sehen. Da ist vor Allem die Verzögerung in der Übergabe der Note in Konstantinopel, welche nach der mir mit Telegramm Nr. 59[a]) vom 14. d. M. von Euer Exzellenz gütigst mitgeteilten Depesche des Markgrafen Pallavicini schon Dienstag erfolgen sollte. Sämtliche Regierungen hatten, nach dem, was wir hörten, ihre Botschafter angewiesen, zuzustimmen, und die kleinen redaktionellen Veränderungen, welche von der deutschen Regierung vorgeschlagen waren, wurden ohne jede Diskussion angenommen, und trotzdem hatte Sir Edward Grey gestern abends ein Telegramm Sir Gerard Lowthers, der nur die Verzögerung bedauert und davon spricht, der deutsche Botschafter hätte noch keine Instruktionen erhalten, aber nichts davon sagt, wann endlich die Note überreicht werden soll. Fürst Lichnowsky wieder erzählte uns, er habe einem Telegramm seiner Regierung entnommen, dass man in der Wilhelmstraße die Verzögerung in der Überreichung der Note in Konstantinopel sehr bedauerlich finde! (Das mir soeben zukommende heutige Telegramm Nr. 67[b]) über die Konversation des Markgrafen Pallavicini mit seinem deutschen Kollegen macht es allerdings klarer, dass Deutschland sich der Kollektiv-Note mit wenig Enthusiasmus anschliesst). Eine andere Frage, die ganz unverständlich erscheint, ist die uns von Graf Benckendorff gemachte Mitteilung (mein Telegramm Nr. 45 vom 13. d. M.) „que, répondant au désir exprimé à Bucarest et à Sofia, le Gouvernement Russe s'est entremis entre les Gouvernements roumain et bulgare." Sowohl Herr Danew als Herr Take Jonescu wussten absolut nichts davon. Letzterer telegraphierte diesbezüglich nach Bukarest und erhielt die Antwort, dass ein Ansuchen um eine russische entremise seitens seiner Regierung nicht erfolgt sei. Er zeigte dieses Telegramm meinem russischen Kollegen, dem auch Herr Danew gesagt hatte, er wisse nichts davon, und Graf Benckendorff hat nunmehr nach Petersburg telegraphiert, um zu versuchen, die Sache aufzuklären. Die bulgarisch-rumänischen Verhandlungen stehen momentan so, dass Herr Take Jonescu heute abreiste. Er ist nach Bukarest berufen worden, über Auftrag seines königlichen Herrn „pour des raisons de politique extérieure." (Vor einigen Tagen waren es, wie er mir sagte, „des raisons de politique intérieure"). Er hatte endlich eine eingehende Unterredung mit Herrn Danew, deren Ergebnis er als „très, très maigre" bezeichnete. Er hat aber nicht abgebrochen und beabsichtigt in Bukarest seinen Einfluss

im Sinne einer mässigenden und konzilianten Politik geltend zu machen. Herr Mişu kann die Verhandlungen mit dem bulgarischen Staatsmann weiterführen, der mir und meinem Kollegen — jedem einzeln — gestern Abend nach Tisch von seiner Konversation mit Herrn Take Jonescu sprach. Mir gegenüber erklärte Herr Danew, er sei mit seinen Besprechungen mit den zwei rumänischen Herren nicht unzufrieden. Herr Take Jonescu zeige ein gewisses Verständnis für die Stellung der bulgarischen Regierung. Nach Ansicht Herrn Danews habe er den Rumänen das Maximum dessen angeboten, was möglich wäre. Eine Grenzregulierung, welche tatsächlich eine Territorialabtretung sei, die man aber zur Schonung der bulgarischen öffentlichen Meinung rectification de frontière nennen müsse. Ferner Schleifung der Festungen, Gebiete am Schwarzen Meer, um es Rumänien zu ermöglichen, in Mangalia einen sicheren Kriegshafen zu errichten usw. Mehr sei unmöglich, denn man dürfe nicht vergessen, dass die grosse Sobranje, welche verfassungsmässig ihre Zustimmung zu jeder Gebietsabtretung geben müsse, heute aus Volksvertretern zusammengesetzt ist, die unter Waffen im Felde stehen und nach all' ihren Opfern und ihren Siegen nicht in der Stimmung seien, eine Preisgebung bulgarischen Territoriums gutzuheissen. Auf die Anwürfe Herrn Danews, wir könnten in dieser Frage durch Ratschläge in Bukarest Vieles erwirken, antwortete ich abermals, es sei der lebhafteste Wunsch der k. u. k. Regierung eine baldige Einigung zwischen Rumänien und Bulgarien hergestellt zu sehen, nachdem wir beiden Königreichen, in welchen wir für die Zukunft Elemente der Ordnung und friedlichen Entwicklung erblicken, das wärmste Wohlwollen entgegenbringen. Ich betonte auch, wir hätten uns in Constantinopel so sehr für Bulgarien eingesetzt, dass wir hoffen dürften, sie würden sich jetzt Rumänien gegenüber entgegenkommend zeigen. Herr Danew erklärte darauf wiederholt: „Je sais, je sais, et au fond, c'est à cause de vous que nous sommes entrés en pourparlers avec les Roumains, sachant qu'ils sont vos alliés. Les amis de nos amis sont nos amis! C'est pour cela que je suis allé à Budapest etc. ...!"*1)* Es ist leider schwer, den Versicherungen Herrn Danews viel Vertrauen entgegenzubringen und es wird immer schwieriger je mehr man ihn sieht. Dies ist nicht nur mein persönlicher Eindruck. Ich glaube, dass Herr Danew, der bei seiner Ankunft in London durch seine geistige Bedeutung Alle, die mit ihm sprachen, impressionierte, heute, wo man ihn näher zu kennen beginnt, schon etwas weniger hoch cotiert wird. Seine dilatorische Behandlung der Besprechungen mit Herrn Take Jonescu, seine attitude den türkischen Delegierten gegenüber, sein Plan, die Démarche der Mächte in Constantinopel durch eine Note der Alliierten zu ergänzen, endlich die Widersprüche und die Ungenauigkeiten in seinen Erklärungen haben hier, wo die orientalische Vorgangsweise absolut nicht in die Londoner Athmosphäre passt, den Glauben wenn nicht an seine Bedeutung, so doch jedenfalls an seine Vertrauenswürdigkeit erschüttert. Bezeichnend für die Vorgangsweise der Balkandelegierten war die Réunion, welche am 14. d. M. stattfand, und an welcher nur die vier Hauptdelegierten, Venizelos, Danew, Novakovitsch und Miuschkovitsch teilnahmen. (Mein Telegramm Nr. 48 vom 14. d. M.) Sie beschlossen bei Betonung absoluter

Geheimhaltung, den ottomanischen Delegierten mitzuteilen „que la conférence avait échoué". Die Herren hatten ihr Konferenzzimmer kaum verlassen, als diese Nachricht dem Reuter-Vertreter von zwei Seiten zukam! Dass diese ganze Aktion Dank den Ratschlägen unseres klugen Doyen, Herrn Cambon, zu nichts kam und am nächsten Tage Alles wieder umgestossen respektive abgeleugnet wurde, was die vier Balkan-Delegierten beschlossen hatten, ist Euer Exzellenz durch mein Telegramm Nr. 50 vom 15. d. M. bekannt. Mensdorff.

1) !

a) Mit Tel. Nr. 59, 14. Jan. 1913 (chiffr. 9 U. 40 M. p. m.), wurde n. 5372 nach London mitgeteilt. — b) Vgl. n. 5426 Anm. b.

Nr. 5430. Bericht aus London, 17. Jan. 1913 Nr. 6 B (eing. 20. Jan.). Ausfert.

Vertraulich. Wie ich Euer Excellenz bereits telegraphisch[a] gemeldet habe, hat Sir Edward Grey zugestimmt, dass wir die Discussion der albanischen Grenzfragen nächsten Mittwoch beginnen. Er hat eingehend und wiederholt mit meinem russischen Collegen gesprochen und hat den Eindruck, dass derselbe bezüglich Skutaris hartnäckig bleiben und nicht nachgeben wird. Wenn — was sehr bedenklich wäre — eine Einigung nicht erzielt werden kann, so müsse man wenigstens constatieren, wie weit unser Standpunkt von dem russischen divergiert. Was dann zu geschehen haben wird, lässt sich allerdings schwer vorhersagen. Im foreign office erkennt man, wie ich glaube, die Richtigkeit unserer Argumentation eigentlich meritorisch an, spricht aber stets von der Schwierigkeit der Lage Herrn Sazonows, dem in Russland vorgeworfen wird, er habe in allem und jedem nachgegeben. Nach der Frage des serbischen Hafens die Frage von Scutari! Auch für Graf Benckendorff ist die Situation nicht leicht. Man wirft ihm in der russischen Presse seinen Katholicismus und deutschen Namen vor. Er sei kein richtiger russischer Vertreter, bespreche alles mit Lichnowsky und mir en famille etc. Der unglückliche Artikel der Neuen Freien Presse von den drei Vettern in der Botschafterconferenz ist in Petersburg viel besprochen worden und hat die Stellung Benckendorffs noch erschwert. Marquis Imperiali, der als echter Italiener immer eine „combinazione" sucht, möchte so gerne eine Concession finden, welche es Russland möglich machen würde, Scutari aufzugeben, ohne den Schein eines Rückzuges auf sich zu nehmen. Unsere Argumente, dass es sich hiebei um kein slavisches oder orthodoxes Interesse handelt, habe ich ihm unzählige Male wiederholt. Er erwartet aber einen sehr hartnäckigen Widerstand Graf Benckendorffs, so dass man mit der Möglichkeit eines deadlocks rechnen müsse. Die Aussichten sind also nicht rosig, aber doch nicht so schlecht wie vor drei Wochen, als Sir Edward Grey meinen deutschen und italienischen Collegen mit der sehr ernsten Erklärung impressionierte, falls ein Conflict zwischen uns und Russland über Scutari entstünde, müsse er in dieser Frage sich auf Seite Russlands stellen. In den letzten Tagen scheint Sir Edward eine so ernste Sprache nicht geführt zu haben, sonst hätten es mir die zwei Collegen wohl wiederholt. Mir gegenüber hat der Staatssecretär

nicht verhehlt, dass die Frage der Grenzen Albaniens die schwierigste und ernsteste sei, die in unserer Réunion besprochen werden soll. Gelänge es uns, dieselbe glücklich zu überwinden, so wären nach seiner Ansicht diejenigen Punkte eliminiert, welche zu wirklich ernsten Meinungsverschiedenheiten zwischen den Mächten Anlass geben könnten. In der Frage der Inseln handle es sich — wie mir Sir Edward noch gestern abend sagte, — eigentlich nicht um principielle Gegensätze (ausser natürlich, wenn eine Grossmacht eine der Inseln für sich behalten wollte). Sein Standpunkt sei der, dass es unehrlich wäre, der Türkei den Besitz von Inseln zu garantieren, die ohne Zweifel in allerkürzester Zeit ihre Union mit Griechenland erklären würden. Der türkische Besitz derselben könnte dann nur entweder durch türkische Militärgewalt oder durch Besatzungen oder Schiffe der Mächte aufrechterhalten werden. Keiner dieser Alternativen könne er sich anschliessen oder sie vor der britischen öffentlichen Meinung verteidigen. Vor allem aber wolle er keine neuen und vermehrten Cretafragen haben.

Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 5397.

Nr. 5431. Bericht aus London, 17. Jan. 1913 Nr. 6 D (eing. 20. Jan.). Ausfert.

Vertraulich. Baron Giesl nahm vorgestern Gelegenheit, den rumänischen Gesandten Mişu über die Auffassung seiner Regierung bezüglich der im hohen Telegramm Nr. 60 vom 14. d. Mts. erwähnten Einbeziehung der kutzowallachischen Kolonie Samarina-Terivolj (nördlich Metzovo) in das zu schaffende Albanien zu sondieren. Herr Mişu bemerkte zu diesem Gegenstande, dass er allerdings die Instruktion gehabt habe, jeden diesbezüglichen Vorschlag Österreich-Ungarns zu unterstützen, und dass Rumänien es gewiss vorziehen würde, die kutzowallachischen Ansiedlungen bei Albanien, als unter griechischer Herrschaft zu sehen. Die Vorgänge der letzten Tage, das unaufrichtige und tendenziöse Hinausziehen der Verhandlungen seitens Danews, hätten aber eine Abschwächung der Wichtigkeit der auf die Abgrenzung Albaniens Bezug habenden Direktiven umsomehr zur Folge gehabt, als die rumänische Regierung die Empfindung hätte, in der Durchsetzung ihrer Politik nicht die erhoffte Unterstützung der Mächte gefunden zu haben, und dieselbe für den Moment nur damit beschäftigt sei, die Frage der neuen rumänisch-bulgarischen Grenze Silistria—Balčik einer raschen und für Rumänien günstigen Lösung zuzuführen. Alle anderen schwebenden Fragen, darunter auch jene der Einbeziehung der kutzowallachischen Kolonie in Albanien seien im Vergleiche damit nur von sekundärer Wichtigkeit und würde Rumänien derselben nur dann wieder ein grösseres Interesse widmen, wenn schon früher die Grenzfrage Silistria glücklich gelöst wäre. Baron Giesl hatte von der Unterredung, in welcher es Herr Mişu an Ausfällen gegen Bulgarien und dessen Unterhändler Danew nicht fehlen liess, den Eindruck, dass Rumänien in der erwähnten Frage eher indifferent ist, Herr Mişu aber die Gelegenheit wahrnehmen wollte, um auf die gereizte und ernste Stimmung in

Bukarest hinzuweisen — der Gesandte erwähnte diesbezüglich den Tenor des Armeebefehles des Königs vom 1./14. l. Mts. — und damit den Vorwurf über eine zu laue Unterstützung der rumänischen Forderungen durch die Dreibundmächte zu verbinden. Mensdorff.

Nr. 5432. Bericht aus London, 17. Jan. 1913 Nr. 6 E (eing. 20. Jan.). Ausfert.

Ich habe Baron Giesl beauftragt, anlässlich des gestern von mir den Delegierten der Friedenskonferenz und meinen Kollegen gegebenen Diners, die bulgarischen Bevollmächtigten Danew und Paprikow im Sinne des hohen Telegrammes Nr. 60 vom 14. l. M. zu sondieren, respektive eine Erklärung derselben darüber zu provozieren, ob Bulgarien entschlossen ist, für den Fall als Österreich-Ungarn einer Cedierung Ochridas und Strugas an den Block zustimmen würde, diese beiden Distrikte unbedingt für sich zu reklamieren und gegen eventuelle Ansprüche Serbiens jetzt und in Zukunft zu verteidigen. Die Antwort, welche Baron Giesl erhielt, war eine vollkommen befriedigende, indem beide Delegierte mit aller Bestimmtheit erklärten, dass Bulgarien entschlossen sei, seine Ansprüche auf Ochrida und Struga anzumelden, und mit allen Mitteln bis zu einer befriedigenden Lösung durchzusetzen. Von einem Aufgeben dieser Distrikte, auf welche Bulgarien infolge alter geheiligter Tradition ebenso gerechtfertigte Ansprüche erhebt, wie auf Grund der etnografischen Verhältnisse, zu Gunsten irgend eines dritten Staates, könne niemals die Rede sein und erklärte sich Danew bereit, diesen Standpunkt auch schriftlich zu erhärten. Beide Orte lägen übrigens nicht in der kontestierten Zone, über welche eine Diskussion mit Serbien möglich sei, — und wurden von allem Anfange von Bulgarien reklamiert und diesem zugesprochen. Bezüglich Dibra gab Herr Danew zu, dass dessen Zugehörigkeit zu Albanien ebenso wie jene Skutaris, Djakovas oder Koritzas kaum anzufechten sei, und er benützte auch die Gelegenheit um, — in gewohnter Illoyalität gegenüber den Alliierten — seiner Überzeugung dahin Ausdruck zu geben, dass die Ansprüche Griechenlands auf Janina und die südlichen albanesischen Distrikte ganz ungerechtfertigte seien. Mensdorff.

Nr. 5433. Tel. nach Rom, 17. Jan. 1913 Nr. 80 (chiffr. 10 U. 20 M. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

Zu Euer Exzellenz Telegramm Nr. 37 vom 16. d. Mts. Wie Euer Exzellenz aus meinem Telegramm 320 vom 29. v. Mts. bekannt, hatte ich seinerzeit über Wunsch der bulgarischen Regierung Initiative zu einer Einwirkung der Großmächte auf die Pforte behufs baldigen Zustandekommens des Friedens ergriffen. Dieser Moment schien mir ein günstiger Anlaß für die rumänische Regierung, damit sie — wie sie dies übrigens bereits in Aussicht genommen hatte — auch ihrerseits in Konstantinopel eine diplomatische Pression zugunsten des im Interesse Bulgariens gelegenen rascheren Friedensschlusses eintreten lasse. Ich habe damals Baron Haymerle beauftragt, sich in diesem Sinne gegenüber der königlich rumänischen Regierung

vernehmen zu lassen und beigefügt, daß das Durchblickenlassen einer militärischen Kooperation mit Bulgarien einerseits nicht verfehlen würde, den Eindruck der rumänischen Démarche bei der Pforte zu vertiefen, andererseits aber auch Bulgarien zum Danke verpflichten und dem Sofioter Kabinete die Erfüllung der rumänischen Desiderate erleichtern dürfte. Die königlich rumänische Regierung war auch zu dieser militärischen Unterstützung Bulgariens bereit und wurden die rumänischen Unterhändler in London beauftragt, in diesem Sinne bei Herrn Danew zu sondieren. Die Aufnahme, welche die bezüglichen Schritte der Herren Mişu und Take Jonescu bei Herrn Danew fanden, war aber — wie ich später erfuhr — eine solche, daß die Erstgenannten, um sich keinem Refus auszusetzen, weitere Schritte fallen ließen. Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulichen Information und der Hochderselben geeignet erscheinenden Verwerthung gegenüber Ihrem bulgarischen Kollegen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 5613.

Nr. 5434. Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters, 17. Jan. 1913 Nr. 301. Konz. (S. Hohenlohe; G. Berchtold).

Herzog Avarna war gestern bei mir und hat mir Nachstehendes mitgeteilt: Gabriel Effendi hat dem italienischen Botschafter in Konstantinopel gesagt, Italien möge bei den Mächten dafür eintreten, daß alle auf den Frieden bezügliche Fragen auf einmal gelöst werden, bei gleichzeitiger Befreiung der Türkei von allen Verpflichtungen auf wirtschaftlichem, kommerziellen und zollpolitischen Gebiete, und zwar dies als Kompensation dafür, daß sich die Pforte den Ratschlägen der Mächte beuge. Der Herr italienische Botschafter frug mich, wie wir uns zu dieser Anregung zu verhalten gedenken. Ich antwortete, daß der erste Teil von Gabriel Effendis Wunsch ganz meinen Intentionen entspreche; ich könnte es nur als sehr vorteilhaft betrachten, daß alle pendenten türkischen Fragen, sowohl die asiatischen als auch die europäischen, zusammen geregelt würden. Dieser Gedanke sei übrigens auch von Seiten der Balkan-Staaten, mir gegenüber speziell vom serbischen Gesandten, in der Form angeregt worden, daß es vielleicht am einfachsten wäre, wenn die Mächte die strittigen Balkanfragen gemeinsam regeln und ihre Beschlüsse sodann den Balkanstaaten aufoktroyiren würden. Was den zweiten vom türkischen Minister des Äußern ausgedrückten Gedanken anbelangt, könne ich nicht umhin zu bemerken, daß die Ausführung desselben auf große Schwierigkeiten stoßen dürfte.

Nr. 5435. Tel. aus St. Petersburg, 17. Jan. 1913 Nr. 15 (eing. 18. Jan. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

In einer Unterredung, welche heute Graf[b]) Czernin mit dem hiesigen bulgarischen Gesandten und dem hier weilenden Minister Todorow hatte, bezeichneten beide Herren die Situation als eine sehr kritische, weil Bulgaren unmöglich die Prätensionen Rumäniens, namentlich in Beziehung auf Silistria, erfüllen könnte. Vor einem Angriff seitens Rumäniens brauche

Bulgarien keine Angst zu haben. In einem solchen Falle würde es sofort und unter was immer für Bedingungen mit der Türkei Frieden schliessen und sich mit seiner ganzen Kraft gegen Rumänien werfen. Auch wären dann die Verbündeten Bulgariens: Serbien und Griechenland, vertragsmäßig zum Mitgehen gebunden. Beide bulgarische Herren sprachen wiederholt Hoffnung aus, dass die Monarchie, welche angeblich bis jetzt nur in Sofia Ratschläge zur Mässigung gegeben habe, nun auch noch in letzter Stunde in Bukarest zur Mässigung raten werde, um einen so beklagenswerten Konflikt zu verhüten. Thurn.

[a]) Vgl. n. 5451 Anm. b. — [b]) Otto.

Nr. 5436. Bericht aus Belgrad, 18. Jan. 1913 Nr. 19 A (eing. 20. Jan.). Ausfert.

Vertraulich. Wie ich in meiner einschlägigen Berichterstattung Euer Exzellenz zu melden die Ehre hatte, fängt langsam ein merklicher Umschwung an in der serbischen öffentlichen Meinung uns gegenüber Platz zu greifen. In erster Linie haben die Regierungsorgane ihren Standpunkt verändert; sie legen jetzt der Monarchie gegenüber vielen guten Willen an den Tag und bekennen es offen, dass sie bestrebt sind, in ein gutnachbarliches Verhältnis zu uns zu treten. Aber auch in den kaufmännischen Kreisen kommt die ruhigere, nüchternere Beurteilung der Beziehungen zu uns zur Geltung. Man fängt an einzusehen, dass Serbien in kommerzieller Beziehung doch in erster Linie auf die Monarchie angewiesen ist und dass ein ökonomisch engerer Anschluss beiden Teilen grosse Vorteile bringen würde. Auch in den breiteren Schichten der Bevölkerung ist eine kleine — allerdings weniger merkliche — Détente uns gegenüber zu verzeichnen. Die Kriegsmüdigkeit zeigt sich in allen Sphären und man will gegenwärtig gar nicht mehr an die Möglichkeit einer neuen kriegerischen Komplikation denken. Selbst in militärischen Kreisen machen sich Symptome einer Beruhigung bemerkbar. Wenn man auch nicht aufhört, vom künftigen Krieg „gegen die Schwaba" zu sprechen, so haben auch die militärischen Kreise einstweilen genug vom Krieg gehabt und sehnen sich nach dem Frieden. Wenn ich aber eine allgemeine Beruhigung und eine erfreuliche Détente konstatieren kann, so will ich damit gar nicht gesagt haben, dass bereits ein tieferer Wandel in den Gefühlen uns gegenüber eingetreten ist. Die Idee, dass einmal eine Endabrechnung mit Österreich-Ungarn erfolgen müsse, ist viel zu tief in die serbische Mentalität eingedrungen, als dass man eine Sinnesänderung in dieser Beziehung in kurzer Zeit auch nur erwarten könnte. Auf eine „Endabrechnung" mit uns hat man keinesfalls verzichtet, aber man hat einstweilen eingesehen, dass sie auf spätere Zeiten hinausgeschoben werden muss. Der Gedanke hantiert[a]) momentan die serbischen Gemüter nicht. Dazu mag vielfach der Umstand beigetragen haben, dass man doch anfängt, zur Einsicht zu kommen, dass die panslavistischen Versprechungen nicht immer als bare Münze aufzunehmen sind und dass man von Russland eigentlich auch diesmal im Stiche gelassen worden ist. Merkwürdigerweise hat aber diese Erkenntnis noch immer nicht das Gefühl des Grolles und des Unmuts

ausgelöst und Herr von Hartwig — der sich in letzter Zeit viel reservierter verhält — tröstet sie, dass, wenigstens in der albanischen Délimitierungsfrage, Serbien bestimmt auf eine erfolgreiche Unterstützung durch Russland rechnen kann. Aber auch die kriegerische Geste der Monarchie, wodurch der feste Wille unseren berechtigten Forderungen auch mit den Waffen Geltung zu verschaffen zum Ausdruck gekommen ist, hat hier entschieden ernüchternd gewirkt. Der Groll gegen die Monarchie ist nicht verschwunden, aber er erscheint gedämpft und zur Zeit zurückgedrängt. Man will ihn nicht mehr so ostentativ zur Schau tragen, wie früher. Nicht aus Liebe zu uns, nicht aus inniger Zuneigung, aber aus kalter Berechnung und aus politischen Erwägungen will man hier endlich doch eine ruhige Auseinandersetzung mit der Monarchie haben und man wünscht — wenigstens in Regierungskreisen — den Schlüssel zu einer gegenseitigen, dauernden Verständigung zu finden. Auch die Haltung der Zeitungen zeigt uns gegenüber eine merkliche Veränderung. Ihre Sprache ist weniger aggressiv, und wenn noch immer einzelne heftige Artikel gegen die Monarchie erscheinen, so geschieht dies zumeist in den Blättern, welche der Regierung und namentlich Herrn Pasić heftige Opposition machen und welche die Gelegenheit nicht unbenützt lassen wollen, um dem letzteren Unannehmlichkeiten zu machen. Aber ich möchte es noch einmal betonen, dass wir vorderhand mit einer tiefgehenden Sinnesänderung uns gegenüber noch immer nicht rechnen können. Die so schnell eingetretene Beruhigung ist nur eine oberflächliche, eine opportunistische, die den momentanen Absichten der Regierung entspricht. Man rechnet auf unser Entgegenkommen in der albanischen Abgrenzungsfrage und man will uns besser disponieren; die Idee eines engeren, dauernderen Anschlusses ist in die serbische Volkspsyche noch nicht tiefer eingedrungen; wir müssen noch immer mit der Eventualität rechnen, dass aus irgend einem nichtigen Anlass wieder ein Umschwung gegen uns eintreten kann und wir wieder so heftig angegriffen werden, wie vor einigen Wochen. Auf eine Konsequenz in der Bewertung politischer Beziehungen kann man seitens der Serben nicht rechnen. Nur einige wenige ernstere Politiker, darunter vielleicht in erster Linie Herr Pašić — trotz seiner blinden Russophilie — sowie Herr Jovanović, Herr Novaković etc. wünschen ernstlich die Anbahnung dauernd normaler Beziehungen zur Monarchie. Allerdings dürfte vielleicht der Moment hiezu jetzt besonders auf handelspolitischem Gebiet nicht ungeeignet sein, und wenn es uns gelingt, einen engeren wirtschaftlichen Anschluss zu erzielen, so würde derselbe gewiss viel zur Ausgleichung auch der politischen Gegensätze beitragen. Ein gewisses Entgegenkommen in der albanesischen Frage — in so weit dies mit unserem bis jetzt eingenommenen Standpunkt vereinbar ist — würde hier gewiss sehr guten Eindruck machen und das Terrain zur Regelung der wirtschaftlichen Fragen sehr günstig vorbereiten. Ugron.

[a]) So!

Tel. nach Berlin, 18. Jan. 1913 Nr. 77 (chiffr. 10 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 5441.

Tel. nach Berlin, 18. Jan. 1913 Nr. 78 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 5442.

Nr. 5437. Tel. aus Bukarest, 18. Jan. 1913 Nr. 18 (eing. 19. Jan. 12 U. 5 M. p. m.).[a] Entziff.

Antwort auf Telegramm Nr. 42 von heute. Herr Majoresco erklärte, rumänische Regierung würde dankbar anerkennen, wenn Wiener Kabinett deutsche Proposition in dem Falle unterstützen würde, falls alle Großmächte zustimmen, in Sofia zur Beschleunigung und Finalisierung der rumänischen Verhandlungen im Interesse des Friedens einzutreten. Ministerpräsident teilte mir mit, daß Verhandlungen mit Herrn Danew weitergeführt werden, dessen letzte Proposition dahin ginge, einen fünf Kilometer breiten Landstreifen südlich von Grenze bei Mangalia abzutreten. Minister stellt folgende Gesichtspunkte Bukarester Kabinetts auf: „1.) Fortführung direkter Verhandlungen mit Bulgarien, insolange es irgendwie möglich ist. 2.) Nach Tunlichkeit zu verhindern, daß wegen rumänisch-bulgarischen Konfliktes eine Meinungsverschiedenheit der Großmächte, hauptsächlich zwischen Monarchie und Russland entstehe. 3.) Falls direkte Verhandlungen zu keinem Resultat führen, würde rumänische Regierung an ein Schiedsgericht appellieren oder an Großmächte herantreten, eventuell sich auch nur an beide benachbarte Kaiserstaaten wenden. Deshalb wünsche Rumänien nicht, daß auf Initiative irgend einer anderen Macht einer dieser Wege betreten werde, damit es rumänischer Regierung freistehe, wenn ihr Zeitpunkt geeignet scheint, einen davon zu wählen. Minister des Äußern ist sich zweideutiger Sprache und Handlungsweise Russlands Rumänien gegenüber wohl bewußt, zieht jedoch dieselbe eventueller offener Gegnerschaft vor und geht auf das Spiel ein. K. E. Fürstenberg.

[a] Oe. U. Balkan 132 Nr. 242. Vgl. n. 5446.

Nr. 5438. Bericht aus Bukarest, 18. Jan. 1913 Nr. 8 A (eing. 20. Jan.). Ausfert.

Der schleppende und mühevolle Gang, den die rumäno-bulgarischen Verhandlungen in London nehmen, übt nicht nur auf die große Öffentlichkeit, sondern auch auf die Kreise, die der Regierung nahe stehen, einen beklemmenden Druck aus. Man gibt sich darüber Rechenschaft, daß das Säbelgerassel wohl über eine momentane Schwierigkeit hinübergeholfen hat, und der tote Punkt, zu dem man eines persönlichen Zwistes der beiderseitigen Delegierten wegen gelangt war, vor der Hand überwunden ist, daß jedoch in der Sache selbst dadurch kein Fortschritt erzielt wurde. Bis zu den einflußreichsten politischen Stellen hinauf ist man sich durch die Aufnahme, welche die entschloßene Gebärde Rumäniens in Europa hervorrief, klar geworden, daß eine Lösung der bulgarischen Frage mit dem Schwerte dem Königreiche die letzten Reste der Sympathien kosten würde, welche ihm heute noch, auch von Seite des Dreibundes, entgegengebracht werden. Es wird höchst bitter empfunden, daß fast ganz Europa darin wetteifert, Bulgarien das ersehnte Adrianopel zu verschaffen, daß jedoch die bescheidenen Ansprüche Rumäniens, welchem ein Hauptverdienst an der Erhaltung des allgemeinen Friedens zukommt, teils als anmaßend, teils als unberechtigt betrachtet werden. Wenn nun Rumänien, endlich müde von Bulgariens Gehänsel, an sein Schwert klopft und seine Wünsche entschieden zur Geltung

bringen will, so sind alle Großmächte ohne Unterschied darin einig, ihm Ruhe und Mäßigung mit größtem Nachdruck anzuraten. Das Gefühl, den richtigen Moment zum Losgehen verpasst zu haben, macht immer größere Fortschritte, immer einflußreichere und bedeutendere politische Kreise geben sich der Überzeugung hin, daß die abwartende Politik ein nicht mehr gut zu machender Fehler war; allgemein ist der Glaube verbreitet, daß Rumänien die Rolle des braven, aber dummen Kerls spielte, der jetzt den Schaden hat und für den Spott nicht zu sorgen braucht. Diese tiefe Unzufriedenheit, welche nachgerade alle Sphären des Landes zu durchdringen beginnt, äußert sich in erster Linie in einer Mißstimmung gegen die Krone, welche für die verfehlte äußere Politik verantwortlich gemacht wird. Mit Ausnahme der im Amte befindlichen Minister, und von diesen wohl auch nicht alle[a]), begegnet man kaum einen sich mit Politik beschäftigenden Menschen, und hier beschäftigt sich Alles mit Politik, der nicht eine herbe Kritik an der Führung der auswärtigen Angelegenheiten üben würde. Jeder Rumäne hat das Gefühl, daß sein Vaterland die erste Rolle, welche es bisher im Südosten Europas inne hatte, ausgespielt hat; alles neigt zu der Meinung hin, daß Rumänien trotz seiner starken Armee und der für dieselbe verausgabten Millionen, trotz seiner volkswirtschaftlichen und kulturellen Suprematie und trotz seinem treuen und unentwegten Festhalten an der Dreibundpolitik, vermindert aus der heutigen Krise hervorgehen werde. Dies nicht verhindert zu haben, wird, wie gesagt, in erster Linie der Krone vorgeworfen, in zweiter Linie aber der Monarchie. Österreich-Ungarn hat verhindert, daß Rumänien gleich zu Beginn des Balkankrieges seine Rechte mit Gewalt geltend machte, Österreich-Ungarn mußte daher, um dies zu erreichen, Versprechungen gemacht haben, welche es jetzt nicht einlösen will, oder was noch folgenschwerer, nicht einlösen kann. Das ist in kurzen Worten die allgemeine Überzeugung, und da diese Auffassung den Schein der Wahrscheinlichkeit in sich tragend mit Erfolg von unseren hiesigen politischen Widersachern verbreitet und vertieft wurde, hat dieselbe so kräftige Wurzeln geschlagen, daß sie nur mit größeren Mitteln auszurotten ist. Gleich zu Beginne der Krise habe ich mir darauf hinzuweisen erlaubt, daß ganz Rumänien seine Augen auf Österreich-Ungarn gerichtet hat und mit wachsender Spannung auf Österreich-Ungarn blickt, von dort das Heil erwartend, das heißt ein tatkräftiges Eingreifen zu Gunsten des befreundeten Rumäniens, das vertrauensvoll sein Schicksal in die Hand des mächtigen Nachbars gelegt hatte. Da Österreich-Ungarn bis zu dem Momente, in welchem es feststand, daß Europa seinen vornehmlichsten Petiten gerecht werden wird, selbst vor den Gefahren eines ernsten Krieges stand, so vertröstete man sich mit dem Gedanken, daß die Monarchie und mit ihr deren Verbündeten[a]) bestimmt die Sache Rumäniens in die Hand nehmen würden, wenn die Dinge aus dem akuten Stadium in das der Verhandlungen treten würden. Nun ist dieser Moment seit Wochen eingetreten, es wird verhandelt und gehandelt, die Balkanstaaten, hauptsächlich Bulgarien, werden von allen Seiten umworben und nur mit Sammthandschuhen angerührt, die Angelegenheit Rumäniens dagegen wird von seinen Freunden nur in höchst platonischer Weise unterstützt, und Rumänien wird es selbst

überlassen, mit dem siegestrunkenen, hochnasigen, Russlands schließlicher und wirkungsvoller Beihilfe sicheren Gegner allein fertig zu werden. Man sieht sich daher vor die Alternative gestellt, entweder zur Befriedigung der berechtigten Forderungen einen höchst onerosen Krieg zu führen und das Odium des Zündelns mit dem Weltbrande auf sich zu laden, oder seine Wünsche auf ein Minimum reduzieren zu müßen. Nicht mit Unrecht geben sich daher die hiesigen politischen Kreise der Meinung hin, daß zu diesem kläglichen Resultate auch eine andere als die Dreibund-Politik hätte führen können. Faßt man das Obgesagte zusammen, so kommt man zu dem Ergebnisse, daß die Mentalität des heutigen Rumäniens gekennzeichnet wird durch eine tiefe Unzufriedenheit mit der bisher ergebnislos gebliebenen Politik der Krone, aber auch durch eine noch tiefere Verstimmung gegen die Monarchie, in welcher sich der Dreibund für Rumänien personifiziert. Sollte es nun tatsächlich dazu kommen, wie es wohl den Anschein hat, daß Rumänien nicht annähernd dasjenige von Bulgarien erhält, was es anstrebt, so wird diese heute bereits überaus gereizte Stimmung sich explosiv äußern, was jedenfalls vor Allem andern zur Folge haben wird, daß die konservative Regierung den Platz wird einer andern räumen müßen, welche die Politik der Zentralmächte wohl nicht auf ihr Panier wird schreiben dürfen. Klar wird es vor Aller Augen stehen, daß der Dreibund, auf den Rumänien eingeschworen, diesmal nicht der stärkere war, jedenfalls was die Wahrung der Interessen Rumäniens anbetrifft, und Niemand wird sich in diesem Falle wundern können, wenn Rumänien, in seinen Hoffnungen schwer getäuscht, nach einer anderen Orientierung seiner äußeren Politik suchend, sich derjenigen Konstellation zuwendet, welche ihm in Zukunft einen kräftigeren und verheißungsvolleren Schutz zu bieten verspricht. Die jüngste Drohung mit dem Einmarsch wird wohl das letzte Aufflackern der kriegerischen Stimmung des Landes bilden, denn allenthalben macht sich eine dumpfe Resignation bemerkbar. Darüber herrscht nur eine Stimme, daß ein Winterfeldzug mit allen seinen Gräueln, Kosten und internationalen Gefahren in keinem Verhältnis steht zu dem Gewinne, den er bringen könnte. Man gibt die Partie schon für teilweise verloren, ist bereit, sich auch mit Wenigem zu begnügen, trägt aber einen furchtbaren Groll im Herzen gegen diejenigen, denen man die Schuld an dieser moralischen Niederlage zuschreibt. Sollte es also in letzter Stunde nicht doch noch glücken, für Rumänien wenigstens soviel von Bulgarien zu erreichen, daß hier das Prestige, die Fassade, gewahrt werden kann, so ist mit Bestimmtheit zu erwarten, daß das Ansehen der Dynastie einen starken Stoß erleiden, die Stellung der Monarchie erschüttert werden würde und die auswärtige Politik notgedrungen eine andere Richtungslinie einschlagen muß. K. E. Fürstenberg.

a) So!

Tel. nach Konstantinopel, 18. Jan. 1913 Nr. 48 (chiffr. 11 U. p. m.).
Siehe n. 5442.

Tel. nach Konstantinopel, 18. Jan. 1913 Nr. 52 (chiffr. 10 U. 20. M. p. m.).
Siehe n. 5441.

Nr. 5439. Bericht aus Konstantinopel, 18. Jan. 1913 Nr. 2 A (eing. 20. Jan.).[a] Ausfert.

Wie ich Euer Excellenz in meinem ergebensten Telegramme von gestern Nr. 49 zu melden die Ehre hatte, fand die im Interesse des Friedens bei der hiesigen Regierung zu unternehmende Collectivdémarche gestern statt. Die Verzögerung, welche die Übergabe der gegenständlichen Note erlitt und die die Presse allgemein lebhaft beschäftigte, musste den Eindruck erwecken, dass es mit der Einigkeit der Mächte schlecht bestellt sei, wodurch der Effekt der Collectivnote zweifellos gelitten hat. Auch die Schwierigkeiten bei der Redigirung des Notenentwurfes konnten hier nicht unbemerkt bleiben und waren geeignet, die Zweifel an der Einigkeit der Mächte zu nähren. Übrigens reflektierten dieselben auch auf die hiesigen Besprechungen und Abfassung der Collectivnote[b], indem einzelne meiner Collegen diesfalls Instructionen erhielten, welche es eigentlich unmöglich machten, an der Hand der 6 Punkte des Sir E. Greyschen Vorschlages ein einwandfreies Operat zu verfassen. Dies ist der Grund, weshalb der Notenentwurf, den die Londoner Botschafter ausgearbeitet haben, als gelungener bezeichnet werden muss wie der hier redigierte, der nicht einmal ausdrücklich besagt, was wir der Pforte eigentlich anraten. Nichtsdestoweniger würde es, rein praktisch genommen, vielleicht vorteilhafter gewesen sein, wenn dieses Operat zur Annahme gelangt wäre, da die Übergabe der Collectivnote früher hätte stattfinden können. Als Beispiel für die vorgedachten Instructionen möchte ich hier jene nennen, die Herrn von Wangenheim zugekommen war und von der mir mein deutscher College vor unserer Reunion Kenntnis gab. Dieselbe ging dahin, in der Note möge nicht ausdrücklich gesagt werden, dass die Mächte der Türkei die Überlassung Adrianopels an Bulgarien anraten. Bei dieser Sachlage eröffnete ich unsere Reunion mit der Befürchtung, dass es im Verlaufe derselben zu lebhaften Controversen zwischen meinem deutschen Collegen einerseits Herrn Bompard und Herrn von Giers andrerseits kommen werde. Tatsächlich fiel es auch nicht leicht, die zu Tage tretenden Differenzen zu mildern und über die sich ergebenden Klippen hinweg zu kommen. Glücklicher Weise waren indessen die Vertreter der Ententemächte, wohl um ihren Zweck — das Zustandekommen der Note — zu erreichen, eher conziliant, da ihnen augenscheinlich bekannt war, dass sich das Berliner Cabinet nur mit Widerstreben in die Sache eingelassen hatte. Immerhin trat im Verlaufe unserer Reunion der Gegensatz zwischen der Triple-Entente und der Triple-Alliance zu Tage und vermochte ich zu constatieren, dass namentlich mein russischer und französischer College darauf bedacht waren, dass alles vermieden werde, was den Zusammenhalt des Balkanbundes irgendwie zu gefährden vermöchte. Trotzdem, wie gesagt, die Umstände, welche die Verzögerung der Überreichung der Collectivnote verursachten, hier nicht unbeobachtet blieben, was die Wirkung dieses Schrittes keineswegs vorteilhaft beeinflussen kann, so glaube ich dennoch, dass das bei der erfolgten Collectivdemarche ins Auge gefasste Ziel erreicht werden dürfte, wenn auch nicht Dank dem Eindrucke der Collectivnote allein, sondern im Verein derselben mit den gegebenen Verhältnissen und speziell mit zwei Momenten: nämlich dem in der Türkei eintretenden

Geldmangel und der militärischen Lage Adrianopels. Der Abgang von Barmitteln und insbesondere auch die Unmöglichkeit, demselben ohne Massnahmen, welche einem Akt der Verzweiflung gleichkämen, da sie den Credit des Reiches für die Zukunft untergraben würden, abzuhelfen, lässt hier eben die Überzeugung platzgreifen, dass die Türkei den Krieg unmöglich fortsetzen könne. Nachdem dieser Geldmangel überdies auch dazu geführt hat, dass das türkische Ärar die letzten Gehalte der Beamten und Offiziere noch nicht zu liquidieren vermochte, macht sich die Finanzkalamität eben in weiteren Kreisen fühlbar und trägt auf diese Weise wesentlich dazu bei, die ursprüngliche Kriegsbegeisterung herabzustimmen. Der zweite Factor, der zur Nachgiebigkeit mahnt, ist die bezüglich Adrianopels eingelangte Nachricht, derzufolge diese Festung nur mehr über eine recht beschränkte Quantität von Lebensmitteln verfügt, die — wie ich von Gabriel Effendi selbst höre — im allerbesten Falle höchstens für etwa einen Monat ausreichen dürfte. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 4540. — [b]) So!

Nr. 5440. Privatschreiben aus Konstantinopel, 18. Jan. 1913 (eing. 20. Jan.).[a]) Ausfert.

In meiner Berichterstattung,[b]) welche ich Eurer Exzellenz mit heutiger Kuriergelegenheit vorlege, erwähne ich auch der Schwierigkeit, welche sich hier bei dem Zustandekommen der Kollektiv-Demarche ergab. Ich möchte nun nochmals auf diesen Punkt zurückgreifen, um neuerlich zu betonen, dass der Antagonismus zwischen der Triple-Alliance und der Triple-Entente bei dieser Gelegenheit und zwar sowohl was die Abfassung des Notentextes anbelangt, als auch bei der Besprechung der Form zutage trat, in welcher die Übergabe erfolgen sollte. Baron Wangenheim hat von Haus aus kein Hehl daraus gemacht, dass er für seine Person gegen die geplante Demarche sei. Er sah in derselben lediglich einen Vorstoss der Entente-Gruppe gegen die Triple-Allianz, der den Zweck verfolgt, den Balkanbund als einen Faktor, der seines Erachtens geeignet erscheint, die Stellung des Dreibundes in Zukunft zu schwächen, zusammenzuhalten und zu kräftigen. Überhaupt tritt Baron Wangenheim immer mehr in die Fussstapfen seines Vorgängers, indem er im Hinblicke auf die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands in der Türkei alles zu vermeiden trachtet, was die Türken unliebsam berührt, um auf diese Art wieder das Gefühl zu wecken, dass dieses Land auch in Zukunft eine mächtige Stütze an Deutschland finden werde. Es fehlt auch bereits nicht an Anzeichen dafür, dass diese seine Bemühungen den gewünschten Erfolg haben werden. Seine Tendenz gieng daher auch dahin, der Demarche wenigstens einen möglichst unauffälligen und die Gefühle der Türkei schonenden Charakter zu geben, während die Botschafter der Entente-Mächte das Gegenteil anstrebten. Baron Wangenheim sprach sich übrigens anfangs offen gegen eine Kollektivdemarche der Botschafter aus und wollte die Note durch den ersten Dragoman der Doyen-Botschaft übergeben wissen, wogegen Herr Bompard die Instruktion besass, dass eine Kollektivdemarche stattzufinden habe. Erfreu-

licherweise unterhalte ich mit meinem deutschen Kollegen derartige Beziehungen, dass es mir gelang, ihn umzustimmen. Unter solchen Umständen musste ich darauf bedacht sein, dass es gelegentlich der Übergabe der Kollektivnote zu keiner Besprechung des Gegenstandes komme. Als mich daher Gabriel Effendi frug, ob ich damit einverstanden sei, dass nach der erfolgten Demarche eine Diskussion stattfinde, musste ich dieses Ansinnen aus naheliegenden Gründen ablehnen. Um zu vermeiden, dass in einem solchen Momente ein Gegensatz zwischen den Botschaftern zutage trete, kam ich auch mit meinen Kollegen überein, dass nach der Übergabe der Note ich allein einige Worte dem Minister des Äussern sagen würde. Mit Gabriel Effendi hatte ich in den letzten Tagen mehrere Besprechungen, über welche ich Eurer Exzellenz telegraphisch[c]) zu berichten Gelegenheit nahm. Ich glaube, dass ich bei denselben, speziell aber bei jenen, welche ich mit dem Minister unmittelbar vor der Überreichung der Note hatte, meinen Zweck insoweit erreichte, als es mir gelang, wenigstens ihn von der Notwendigkeit zu überzeugen, dass die Antwort auf die Kollektivnote nicht ablehnend ausfalle und dass die Türkei diesen Moment im eigenen Interesse dazu benütze, um sich wirtschaftliche Vorteile zu erwirken. Gabriel Effendi zeigte für diesen Gedanken Verständnis und sagte mir, er werde meinen Standpunkt bei seinen Kollegen vertreten. Ob er nun dort durchdringt, bleibt wohl dahingestellt, im grossen und ganzen jedoch ist die Stimmung — wie ich dies an andrer Stelle meiner heutigen Berichterstattung[b]) ausführe — keine ungünstige. Ein störendes Moment könnte hiebei indessen das Eurer Exzellenz bekannte gelungene Unternehmen eines türkischen Kreuzers bilden, das geeignet sein könnte, die im Abflauen begriffene Kriegslust wieder anzufachen. Wie ich heute an andrer Stelle ebenfalls hervorhebe, wäre es für die Erreichung des Friedens günstig, wenn es gelänge, die Mächte dazu zu bewegen, der Türkei auf wirtschaftlichem Gebiete entgegen zu kommen, da dies der hiesigen Regierung eine Handhabe böte, beim Friedensschluss auf einen ernsten Erfolg hinzuweisen. Ich teile auch die Auffassung Marquis San Giulianos, dass die Mächte im eigenen Interesse handeln, wenn sie der Türkei Konzessionen ökonomischer Natur gewähren. Man muss sich nämlich darüber klar sein, ob man die Türkei als Staat erhalten oder aber auf das Niveau Persiens herabdrücken, beziehungsweise deren asiatischen Besitz aufteilen will. In letzterem Falle kommen Konzessionen naturgemäß nicht in Betracht; besitzen die Mächte aber noch ein Interesse an dem Fortbestande der Türkei, dann scheint es absolut erforderlich, derselben die Mittel zu bewilligen, deren sie bedarf, um wirtschaftlich überhaupt atmen zu können. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 5692. — [b]) Vgl. n. 5439. — [c]) Vgl. n. 5360, 5423.

Nr. 5441. Tel. nach London Nr. 80 (1), Paris Nr. 57 (2), Berlin Nr. 77 (3), Rom Nr. 89 (4), St. Petersburg Nr. 65 (5) und Konstantinopel Nr. 52 (6), 18. Jan. 1913 (chiffr. 10 U. 20 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

1. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 55 vom 17. l. M. Euer Exzellenz sind ermächtigt, einer Mitteilung an den serbischen Geschäfts-

träger, daß die Mächte von dem serbischen Versprechen, die adriatische Küste zu evakuieren, Akt nehmen, unter dem ausdrücklichen Vorbehalte zuzustimmen, daß die bezügliche Erklärung im vollen Wortlaute der Cambonschen Formel erfolge. Es hätte somit dem serbischen Geschäftsträger nicht einfach gesagt zu werden, daß die Mächte von dem serbischen Versprechen Akt nehmen, sondern hiezu bemerkt zu werden, daß nach der übereinstimmenden Willensäußerung der Mächte Serbien nicht allein die albanesische Küste, sondern auch das albanesische Gebiet zu räumen haben werde, sobald die Grenzen Albaniens von den Mächten bestimmt und diese der serbischen Regierung notifiziert sein werden.

2.—6. Im Verfolge meines heutigen Telegrammes Nr.
2. 56,*b)*
3. 76,*b)*
4. 88,*b)*
5. 64,*b)*
6. 51.*b)*

2.—6. Ich telegraphiere an Grafen Mensdorff wie folgt: (Inseratur aus Telegramm ad 1 von „Euer Exzellenz sind" bis zum Schlusse.) Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Information. Berchtold.

a) Oe. U. Balkan 132 Nr. 243. Vgl. n. 5531 Anm. b. — *b)* Mit diesen Telegrammen vom 18. Jan. 1913 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.) wurde n. 5427 mitgeteilt.

Nr. 5442. Tel. nach London Nr. 81 (1), Paris Nr. 58 (2), Rom Nr. 90 (3), St. Petersburg Nr. 66 (4), Konstantinopel Nr. 48 (5) und Berlin Nr. 78 (6), 18. Jan. 1913 (chiffr. 11 U. p. m.).[a] *Konz. (S. Nemes; V. Berchtold).*

1.—5. Graf Szögyény telegraphiert mir unter dem 12. l. M. wie folgt: ... *wie n. 5416* ...

1. Da sich obige Fürst Lichnowsky erteilte Instruktion im Widerspruche mit dem Euer Exzellenz über Anregung Marquis di San Giulianos zuergangenen Auftrage befindet, die Inselfrage in inoffizieller und privater Form bei Sir E. Grey im Sinne der italienischen Wünsche zur Sprache zu bringen, wollen Euer Exzellenz sich zunächst mit Ihren beiden Kollegen von Deutschland und Italien im Gegenstande ins Einvernehmen setzen. Das Einvernehmen mit Ihrem deutschen Kollegen, welches ich als Voraussetzung für die Ermächtigung Euer Exzellenz, sich einem bezüglichen Schritte Marquis Imperialis bei Sir E. Grey anzuschließen, hingestellt hatte, dürfte nach der jüngsten Instruktion an Fürst Lichnowsky einen negativen Erfolg gehabt haben. In diesem Falle hätten Euer Exzellenz somit auch davon abzusehen, die Inselfrage bei Sir E. Grey im italienischen Sinne vorzubringen. Bei Hochdero Besprechungen mit Ihren beiden Dreibundkollegen wollen Euer Exzellenz auf den Umstand hinweisen, daß der Antrag, die Entscheidung über die künftige Zugehörigkeit der Inseln vorerst den Kriegführenden zu überlassen, nicht ganz dem Geiste der jüngsten Kollektivdemarche in Konstantinopel entspricht, wobei die Mächte die Pforte aufforderten, de s'en remettre à Elles de statuer sur le sort des îles

de la Mer Egée. Sollten sich Ihre beiden Dreibundkollegen über ihr Verhalten in der Inselfrage einigen, so sind Euer Exzellenz ermächtigt, sich denselben, sei es im Sinne der oberwähnten italienischen, sei es in jenem der jüngsten deutschen Anregung, anzuschließen, wobei ich jedoch besonders bemerke, daß Euer Exzellenz in keinem der beiden Fälle die Initiative zu ergreifen hätten. Ich teile diese an Euer Exzellenz ergehende Instruktion unter einem nach Rom und Berlin mit.

6. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 34 vom 17. l. M.

2.—6. Ich telegraphiere unter einem an Grafen Mensdorff wie folgt: (Inseratur aus Telegramm ad 1 von „Da sich obige" bis „zu ergreifen hätten".)

2., 4., 5. Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information.

3., 6. Vorstehendes zur streng vertraulichen Mitteilung an die dortige Regierung. Berchtold.

a) Vgl. n. 5444, 5456, 5464, 5482.

Tel. nach Paris, 18. Jan. 1913 Nr. 57 (chiffr. 10 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 5441.

Tel. nach Paris, 18. Jan. 1913 Nr. 58 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 5442.

Tel. nach Rom, 18. Jan. 1913 Nr. 89 (chiffr. 10 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 5441.

Tel. nach Rom, 18. Jan. 1913 Nr. 90 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 5442.

Tel. nach St. Petersburg, 18. Jan. 1913 Nr. 65 (chiffr. 10 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 5441.

Tel. nach St. Petersburg, 18. Jan. 1913 Nr. 66 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 5442.

Nr. 5443. Tel. aus Sofia, 18. Jan. 1913 Nr. 36 (eing. 19. Jan. 8 U. a. m.).a) Entziff.

Rumänischer Kollege besuchte mich heute und erzählte, er habe schon vor 14 Tagen, als sich Bulgarien an Russland um Mediation in rumänischer Frage gewendet, Herrn Geschoff im Auftrage mitgeteilt, dass rumänische Regierung, nachdem direkte Konversationen angeknüpft wären, zum Anruf Vermittlung dritter Macht keinen Grund sehe. Konseilspräsident hätte Herrn Ghika erwidert, dass bulgarische Regierung Intervention Russlands angerufen, da sie Nachricht über Absicht Rumäniens, Silistria zu besetzen, erhalten und ausserdem im Besitze Meldung bulgarischen Gesandten in Petersburg gewesen wäre, wonach Rumänien sich ebenfalls schon früher an Russland mit Proposition Vermittlung gewendet hätte. Rumänischer Gesandter habe letzteres auf Grund eingeholter Instruktion Herrn Geschoff gegenüber formell in Abrede gestellt, zugleich aber erklärt, Rumänien wäre eventuell nicht abgeneigt, Dazwischenkunft „der Mächte" anzurufen. Entstehung der Fabel über die seitens Bukarester

Kabinettes angeblich in Petersburg angesuchte Mediation könne sich Herr Ghika nur durch Missverständnis, nämlich durch falsch verstandene Äußerung oder unvorsichtige Ausdrucksweise erklären. Rumänischer Kollege schien glauben zu wollen, dass vielleicht Herr Schebeko Bock geschossen. Von russischer Mediation sei — sagte Mitredner — keine Rede; da von Bulgarien ersucht, versucht Russland bloss, bulgarischen Standpunkt in Bukarest zu vertreten. Herr Ghika hofft, dass es schließlich gelingen dürfte, Verständigung herbeizuführen; dieselbe würde aber für Rumänien strategisch nicht befriedigend sein und in Bulgarien unter allen Umständen Ranküne zurücklassen. Dass letzteres der Fall sein wird, bin auch ich überzeugt.

Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 5403, 5452.

Nr. 5444. Tagesbericht über einen Besuch des deutschen Botschafters, 19. Jan. 1913 Nr. 351.[a]) Konz. (S. Nemes; V. u. G. Berchtold).

Herr von Tschirschky hat mich heute aufgesucht und mir auftragsgemäß mitgeteilt, seine Regierung sei der Ansicht, die Frage über das künftige Schicksal der Inseln des ägäischen Meeres sollte vorläufig von den Beratungen der Londoner Botschafter tunlichst ausgeschaltet bleiben. Der Botschafter begann seine Ausführungen damit, daß nach Ansicht des Berliner Kabinettes die Regierungen, wenn die Antwort der Pforte auf die jüngste Kollektivdemarche ablehnend lauten sollte, in der Inselfrage wieder freie Hand erlangen würden. Die Dreibundmächte sollten sodann wie schon vorher den Standpunkt vertreten, daß die dem asiatischen Festlande der Türkei vorgelagerten Inseln bei derselben zu verbleiben hätten; allerdings unter dem Vorbehalte der Schaffung von Garantien für die christliche Bevölkerung der Eilande. Da sich die Mächte der Tripleentente dieser Auffassung nicht anschließen werden, so hätten — nach Ansicht des Berliner Kabinettes — die Dreibundmächte zur Verhütung eines offenen désaccords zu empfehlen, daß die Inselfrage von der Weiterberatung auf der Botschafterréunion ausgeschaltet werde und es den Kriegführenden überlassen werden solle, sich über diese Frage wie über jene der Abgrenzung der festländischen Gebiete untereinander direct zu verständigen. Wenn dies geschehen, hätten die Großmächte nur mehr darauf zu sehen, daß die der kleinasiatischen Küste vorgelagerten Inseln neutralisirt und jenen Bedingungen unterworfen werden, welche Rußland für die vier Inseln vor dem Dardanelleneingang vorgeschlagen hat. Herr von Tschirschky fügte hinzu, daß in obigem Sinne Aufträge an Fürst Lichnowsky ergangen seien. Ich habe dem Botschafter erwidert, ich hätte den Eindruck, daß wir bei Befolgung der von seiner Regierung vorgeschlagenen Vorgangsweise Gefahr laufen, die Entscheidung über das künftige Schicksal der ägäischen Inseln ganz aus der Hand zu geben. Besonders bedenklich schiene mir aber ein Gleiches bezüglich der Abgrenzung der festländischen Gebiete, an welcher Frage ich mich — zumal was Albanien anbelangt — nicht in dem Maße desinteressiren könnte, daß ich die Beschlußfassung den Kriegführenden überlasse. Ich habe dem deutschen Botschafter nach diesen Einwendungen gesagt, daß ich mir die Erteilung einer definitiven Antwort auf die Anregung seiner

Regierung vorbehalte. Zum Schlusse der Konversation erwähnte Herr von Tschirschky noch einer Mitteilung aus Berlin, der zufolge ich in einer Unterredung mit seinem italienischen Kollegen von einem Projekte der Aufteilung der asiatischen Türkei gesprochen hätte. Ich habe dem Botschafter erwidert, daß diesbezüglich offenbar ein Mißverständnis vorliege. Erst gestern hätte ich mit Herzog Avarna über die konservative Politik gesprochen, die meiner Ansicht nach der Dreibund bezüglich der asiatischen Türkei zu befolgen hätte. Nur wenn eine asiatische — etwa die armenische — Frage von irgend einer Macht einseitig aufgerollt würde, so wäre ich der Ansicht, daß auch die Dreibundmächte darauf bestehen müßten, hiebei gehört zu werden.

a) Vgl. n. 5207, 5442, 5455, 5456, 5470, 5471.

Nr. 5445. Tel. aus Berlin, 19. Jan. 1913 Nr. 42 (eing. 10 U. 30 M. p. m.).a) Entziff.

Streng vertraulich. Während des gestrigen Schwarzen-Adlerordens-Diners im königlichen Schlosse zog mich Kaiser Wilhelm wiederholt ins Gespräch. Mit Erstaunen hörte er, so sagte mir Seine Majestät, dass man in Wien ihm und seiner Regierung eine erneuerte Turcophilie imputiere. Er sei sich darüber vollkommen im Klaren, dass man mit den auch ihm überraschend gekommenen Ergebnissen des Balkankrieges sich abfinden müsse und auf die Türkei als europäische Macht kaum mehr rechnen könne. Die Türkei müsse es nun verstehen, ihre Macht in Asien zu konzentrieren, wonach sie noch immer in der Lage sein werde, einen gewissen Einfluss auf europäische Verhältnisse auszuüben. Doch wäre es nach Seiner Majestät Ansicht ein grober Fehler, wenn man die künftige Gestaltung der Türkei in Asien auf der Botschafterreunion in London zur Sprache bringen würde, wie dies anscheinend von manchen Seiten gewünscht werde. Der Kollektivdemarche in Konstantinopel habe sich Deutschland propter bonum pacis angeschlossen, obwohl manche Bedenken obwaltet hätten, ob dieser Schritt mit dem Neutralitätsprinzipe vereinbar wäre. Vom türkischen Standpunkte sei wohl begreiflich, dass die Türken sich schwer dazu entschliessen können, Adrianopel, bevor es gefallen ist, den Bulgaren zu übergeben. Mit der Frage Skutaris soll sich die Botschafterreunion in London am nächsten Mittwoch beschäftigen; sehr wünschenswert wäre es, so meinte Kaiser Wilhelm, wenn bis dahin die bezüglichen Besprechungen zwischen Wien und Petersburg zu einem Ergebnisse geführt haben würden. Auch in betreff Festlegung der Grenzen Albaniens werde die Botschafterreunion bald Beratungen aufnehmen. Die Frage des künftigen Fürsten sei zwar eine cura posterior, doch würde es ihn interessieren, zu erfahren, ob Euer Exzellenz sich endgiltig darüber entschlossen haben, welcher Religion der Fürst angehören soll. Zum Schlusse erwähnte Seine Majestät die bekannte Demarche, die General Tatischeff im Auftrage des Kaisers Nikolaus bei ihm unternommen habe. Er habe ihm sehr kurz angebunden geantwortet, dass die Frage der militärischen Verstärkungen in vertraulicher Weise zwischen Wien und Petersburg verhandelt werde. Szögyény.

a) Vgl. n. 5483.

Tel. nach London, 19. Jan. 1913 Nr. 83 (chiffr. 6 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 5449.

Nr. 5446. Tel. nach London, 19. Jan. 1913 Nr. 85 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; V. u. G. Berchtold).

Fortsetzung zu meinem Telegramm Nr. 84[b] von heute. Prinz Fürstenberg antwortete unterm 18. l. M. wie folgt: ... *wie n. 5437 von Anfang bis „zu wählen“* ... Unter diesen Umständen wollen sich Euer Exzellenz mit Ihrem deutschen Kollegen ins Einvernehmen setzen, demselben von dem Inhalte des bezogenen Telegrammes des Prinzen Fürstenberg Kenntnis geben und in dem Falle, als Fürst Lichnowsky in der Réunion einen bezüglichen Antrag stellen sollte, einen solchen Ihrerseits unterstützen, wobei Euer Exzellenz trachten wollen, den im vorletzten Alinea meines Telegrammes Nr. 29[c] vom 7. l. M. enthaltenen Konsiderationen Geltung zu verschaffen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 5460. — [b] Mit Tel. Nr. 84, 19. Jan. 1913 (chiffr. 10 U. p. m.) wurde n. 5420 nach London mitgeteilt. — [c] Das vorletzte Alinea von n. 5243 reicht von „Betreffend die Form“ bis „Ratschläge erteilt werden“.

Nr. 5447. Tel. nach Paris, 19. Jan. 1913 Nr. 61 (chiffr. 6 U. p. m.). Konz. (S. Hohenlohe; G. Szápáry).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 13[a] vom 18. d. M. Ich beabsichtige nicht, die im citirten Telegramm erwähnten Nachrichten dementiren zu lassen, da dieselben, wenn auch tendenziös übertrieben, doch zum Teil den Tatsachen insoferne entsprechen, als an unserer Grenze gegen Serbien seit Beginn der Krise auch ein militärischer Überwachungsdienst eingerichtet worden ist. Seit längerer Zeit ist hierin jedoch nichts mehr geändert worden, es kann daher von einer Verschärfung dieser Massregeln gegenwärtig nicht gesprochen werden. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information. Berchtold.

[a] Mit Tel. Nr. 13, 18. Jan. 1913 (eing. 8 U. p. m.) wurde aus Paris gemeldet, daß der „Temps“ in den letzten Tagen wieder alarmierende Telegramme seines Belgrader Korrespondenten über Oesterreich-Ungarns Beziehungen zu Serbien bringe.

Nr. 5448. Bericht aus Paris, 19. Jan. 1913 Nr. 6 A (eing. 22. Jan.). Ausfert.

Durch die Wahl Herrn Poincarés zum Präsidenten der Republik tritt eine markante Persönlichkeit an die Stelle des wenig einflussreichen Herrn Fallières. Ungleich seinen Vorgängern, die sich eigentlich nur mit den Repräsentationspflichten des Präsidenten beschäftigten, wird Herr Poincaré bestrebt sein, auf die äussere und innere Politik dieses Landes einen entscheidenden persönlichen Einfluss auszuüben. Schon vor einigen Wochen, als ich vertraulich mit ihm die Möglichkeit seiner Wahl besprach und mein Bedauern ausdrückte, im Falle seiner Berufung auf den Präsidentenstuhl nicht mehr in direktem geschäftlichen Verkehr mit ihm verbleiben zu können, sagte er mir: „Seien Sie ganz unbesorgt, ich werde darauf sehen, dass an meine Stelle ein Mann komme, der meine Politik fortführen wird. Ce sera

comme si j'étais toujours encore au Quai d'Orsay." Herr Poincaré hat aus seiner Absicht, als Präsident eine activere Rolle zu spielen als es seine Vorgänger getan, nie ein Hehl gemacht, die ihm ergebenen Zeitungen beglückwünschen ihn zu diesem Plan. Ob es ihm aber gelingen wird, diese Absicht durchzuführen, kann erst die Zukunft lehren. Auch Herr Casimir Périer hatte als Präsident ähnliche Ideen, die ihn bald in Gegensatz mit dem Ministerium brachten. Als er sah, dass er seinen Willen nicht zur Geltung bringen könne, demissionierte er. Herr Poincaré wird, glaube ich, die Flinte nicht so leicht ins Korn werfen. Willensstark, geschickt und zähe, wie er ist, kann es ihm vielleicht gelingen, die dem Präsidenten der Republik gesetzlich zustehenden, aber längst ausser Gebrauch gekommenen Vorrechte wieder zur Geltung zu bringen. Es giebt aber viele Leute, die schon jetzt sagen, dass Herr Poincaré nicht lange im Elysée bleiben wird. Die politische Richtung des neuen Präsidenten ist bekannt. Was die äussere Politik betrifft, ist er entschieden friedlich gesinnt, dabei aber auf die Würde und den Einfluss Frankreichs in Europa bedacht. Der nationale Chauvinismus wird bei ihm, dem Lothringer, sicher eine gewisse Stütze finden, doch glaube ich nicht, dass er, wie dies in Deutschland manchmal befürchtet wird, auf einen Revanche-Krieg hinarbeitet. Herr Poincaré ist ein begeisterter Anhänger der Triple-Entente, man kann aber vielleicht hoffen, dass er jetzt, wo er sein Ziel erreicht hat — qu'il est arrivé —, Russland gegenüber weniger unterwürfig sein wird als bisher. In der inneren Politik wird Herr Poincaré keinen leichten Stand haben. Die Umstände seiner Wahl haben in der radikalen Regierungsmehrheit einen Riss erzeugt. Da seine bisherige politische Haltung und seine wiederholten Erklärungen, sich nur auf die rein republikanischen Parteien stützen zu wollen, eine Schwenkung nach Rechts kaum möglich erscheinen lassen, obschon er seine Wahl eigentlich der Rechten verdankt, wird er bestrebt sein müssen, die Herrn Clémenceau, Combes und C^ie zu versöhnen, was keine leichte Aufgabe sein wird. ... *Pressestimmen.* ...

Szécsen.

Nr. 5449. Tel. nach Rom Nr. 91 (1) und London Nr. 83 (2), 19. Jan. 1913 (chiffr. 6 U. 30 M. p. m.). Konz. (S. Hohenlohe; V. Nemes; G. Berchtold).

1. Marquis di San Giuliano hat durch den Herzog Avarna bei mir angeregt, die Botschafter der Dreibundmächte möchten bei ihrem Auftreten in der Londoner réunion womöglich in noch engerem Einvernehmen mit einander vorgehen als wie bisher. Es sollte tunlichst vermieden werden, dass von einer Seite eine Proposition gestellt werde ohne vorheriges Einverständnis mit den beiden anderen Kollegen, welche eine solche Proposition gegebenenfalls unterstützen sollten. Der Herr italienische Botschafter hat bei dieser Gelegenheit darauf angespielt, dass Graf Mensdorff ohne vorhergehende Fühlungnahme mit Marquis Imperiali eine beschleunigtere Behandlung der Skutari-Frage angeregt hätte, worauf diese für nächsten Mittwoch auf die Tagesordnung gesetzt worden sei. Dem gegenüber möchte ich bemerken, dass Graf Mensdorff in diesem Falle über einen direkten Auftrag[a]) gehandelt hat. Dass der Herr Botschafter auch bezüglich der Delimitationsfrage mit seinem italienischen Kollegen in Fühlung getreten

ist, ergeht schon aus dem Umstande, dass er konstatiren konnte, dass Marquis Imperiali auch in dieser Frage ohne Instruktionen zu sein angab. Euer Exzellenz wollen bei dortiger Regierung die rechtzeitige Absendung der von uns mit Tel. Nr. 75[b]) vom 16. l. Mts. erbetenen Instruktionen zu erwirken trachten und bei diesem Anlasse neuerlich darauf hinweisen, dass eben wir stets für eine enge Fühlungnahme der Dreibundbotschafter plaidiert haben.

2. Ich telegrafiere an Herrn von Mérey wie folgt: (inseratur 1 in extenso.)

[a]) Vgl. n. 5269. — [b]) Mit Tel. Nr. 75, 16. Jan. 1913 (chiffr. 11 U. p. m.) wurde n. 5397 nach Rom mitgeteilt und Mérey beauftragt, Marquis San Giuliano gegenüber darauf hinzuweisen, „daß es wünschenswert erscheine, daß sämtliche Botschafter der Dreibundmächte bei der auf Mittwoch den 22. d. Mts. angesetzten Besprechung über Albanien in der Lage seien, in die Diskussion einzutreten und die übereinstimmende Stellungnahme der verbündeten Regierungen zu dieser Frage zu bekunden".

Nr. 5450. Tel. aus Rom, 19. Jan. 1913 Nr. 38 (eing. 9 U. 50 M. p. m.).[a]) Entziff.

Mit Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm vom 16. d. Mts. Nr. 75[b]) und hohen Erlaß vom 15. d. Mts. Nr. 258.[c]) Unter Vorweisung betreffender Telegramme legte mir Minister des Äußern dar, daß er wiederholt, zuletzt unterm 16. d. Mts., Marquis Imperiali dahin instruiert hat, bezüglich Delimitation Albaniens sich stets in vorheriges völliges Einvernehmen mit seinem österreichisch-ungarischen und deutschen Kollegen zu setzen, niemals irgendeinen Unterschied in der Auffassung der Dreibundmächte aufkommen zu lassen und zunächst die bewußte Maximalabgrenzung als Ausgangspunkt zu nehmen. Marquis di San Giuliano vermutet, daß sich bisher auch in dieser Frage die Dreibundvertreter in London, den italienischen nicht ausgenommen, aus Rücksicht für englisches Kabinett lauer erwiesen, als ihre Instruktionen ihnen vorschrieben. Auf meinen Wunsch wird Marquis Imperiali noch ausdrücklich Instruktion erhalten, in Skutarifrage sich uns anzuschließen. Marquis di San Giuliano betonte aber neuerlich, er sei zwar für Einschluß der Stadt und des größten Teiles des Distriktes von Skutari in Albanien, einen Teil der fruchtbaren Ebene müsse man aber, um zu einer Einigung zu gelangen, Montenegro überlassen. Bezüglich Janinas hält er trotz der letzten Unterredung zwischen Euer Exzellenz und dem Herzog von Avarna daran fest, daß diese Stadt Griechenland zu überlassen wäre, außer anderen Argumenten auch deshalb, weil sonst dort eine für Albanien gefährliche hellenische Irredenta entstünde. Mérey.

[a]) Vgl. n. 5459. — [b]) Vgl. n. 5449 Anm. b. — [c]) Richtig Nr. 256 vom 16. Jan.

Nr. 5451. Tel. aus Sofia, 19. Jan. 1913 Nr. 37 (eing. 10 U. p. m.).[a]) Entziff.

Hohes Telegramm Nr. 31[b]) vom 19. d. Mts. erhalten. Unmöglich, zu entscheiden, ob Behauptung, daß Bulgarien, wenn von Rumänien ange-

griffen, sich mit seiner ganzen Kraft sofort gegen dasselbe wenden würde, Ernst oder Bluff. Jedenfalls steht diese Äußerung im Widerspruche damit, was ich hier bis jetzt allgemein von Bulgaren gehört habe, nämlich daß Bulgarien gegenwärtig nicht im Stande, Krieg mit Rumänien aufzunehmen und daher gegen eventuelle Okkupation Silistrias derzeit aktiven Widerstand nicht versuchen würde. K. u. k. Militärattaché meint, daß Aufstellung ganzer Armee gegen Rumänien ausgeschlossen, da ungefähr vier Divisionen in eroberten Gebieten bleiben müßten; zirka fünf Divisionen könnten eventuell gegen Rumänien verwendet werden, die aber kaum schneller als in 3 bis 4 Wochen, nachdem Frieden perfekt, Nordgrenze Bulgariens erreichen würden. Ob Bulgarien vertragsmäßig auf Kooperation Serbiens und Griechenlands rechnen kann, ist nicht feststellbar. Mein rumänischer Kollege sagte mir gestern, Bulgarien wäre mit solchem Ansinnen an Serbien herangetreten, hätte aber unter Hinweis, daß im Bündnis darüber nichts vorgesehen, ablehnende Antwort erhalten. Ich werde noch Herrn Ghika fragen, von wo er letzteres weiß. Tarnowski.

a) Vgl. n. 5466. — b) Mit Tel. Nr. 31, 18. Jan. 1913 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.) wurde n. 5435 nach Sofia mitgeteilt.

Nr. 5452. Tel. aus Sofia, 19. Jan. 1913 Nr. 38 (eing. 10 U. p. m.).a) Entziff.

Konseilspräsident sagte mir heute, in rumänischer Frage sei bis jetzt kein Fortschritt zu verzeichnen. Herr Danew hätte bulgarische Propositionen mitgeteilt, rumänische Antwort sei aber ausständig. Ich benützte Gelegenheit, um mich im Sinne hohen Telegrammes Nr. 29 vom 17. d. Mts. auszusprechen; Mitredner erwiderte, Bulgarien zeige größte Nachgiebigkeit, indem es außer bekannten vier Konzessionen auch ein Stück Küste angeboten; Abtretung Silistrias sei unmöglich. Russland, welches sich in Bukarest um Verständigung bemühe, finde, daß dieselbe auf Grund bulgarischen Angebotes, welches Herr Sazonow als genügend betrachte, zustande kommen solle. Russische Mediation sei unmöglich geworden, da dieselbe von Rumänien nicht angenommen. Petersburger Kabinett hätte bulgarischen Gesandten kurz nach Schlacht bei Lüle-Burgas ungefähr 11. November n. St. verständigt, daß Rumänien russische Vermittlung angesucht. Bulgarien habe damals Mediation Russlands dankend abgelehnt, da Absicht bestand, Herrn Danew nach Bukarest zu entsenden. Als bulgarische Regierung kürzlich darauf zurückkam und russische Mediation wünschte, sei Rumänien nicht mehr dafür zu haben gewesen. Ich bemerkte, daß es sich in dieser Frage offenbar um Mißverständnis handle; Mitredner hielt dies, insofern bulgarische Gesandtschaft in Petersburg in Betracht kommt, für ausgeschlossen und schien eher zu glauben, daß Rumänien Ansicht geändert; Herr Sazonow hätte bulgarischem Gesandten wiederholt Vorwurf gemacht, daß Bulgarien Mediation, die Rumänien angesucht, nicht annehme. Tarnowski.

a) Oe. U. Balkan 132 Nr. 244. Vgl. n. 5443, 5474 Anm. a.

Nr. 5453. Tel. aus Sofia, 19. Jan. 1913 Nr. 39 (eing. 20. Jan. 9 U. a. m.). Entziff.

Im Verlaufe der heutigen Unterredung mit Herrn Geschoff kamen wir auf Demarche der Mächte in Konstantinopel zu sprechen. Konseilspräsident betonte, Bulgarien werde ohne türkischen Verzicht auf Adrianopel Frieden nicht unterzeichnen. Er scheint Hoffnung, daß Türkei einlenken wird, nicht aufzugeben und erwartet, daß angeblicher Mißerfolg türkischer Flotte dazu beitragen würde. Tarnowski.

Nr. 5454. Tel. aus Berlin, 20. Jan. 1913 Nr. 43 (eing. 9 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Streng vertraulich. Reichskanzler und Unterstaatssekretär erzählten mir, Fürst Lichnowsky berichte über eine Unterredung, die er mit Graf Benckendorff hatte, in welcher russischer Botschafter sich über das Verhältnis Österreich-Ungarns zu Russland in ausserordentlich besorgter Weise aussprach. Österreich-Ungarn, so äusserte sich Benckendorff, habe ja mit der Zustimmung Russlands in der jetzigen Balkankrise alles erreicht, was es nur wünschen konnte. In der Adriahafen-Frage habe Serbien nachgeben müssen und auch Skutari betreffend werde wohl die Entscheidung im Sinne Österreich-Ungarns ausfallen, da ja Russland voraussichtlich sich einverstanden erklären werde, dass die Stadt Skutari im albanesischen Besitze verbleibe, wenn Montenegro der See von Skutari und die daran angrenzende Ebene zufalle. Sollte Österreich-Ungarn sich mit diesem Erfolge nicht begnügen und nicht zugeben, dass Ipek, Prisren und Diakova Serbien zugesprochen werden, so wäre ein scharfer Konflikt zwischen Österreich-Ungarn und Russland nicht zu vermeiden und nach seinen Informationen würde der bisher so ruhige und friedlich gesinnte Kaiser Nikolaus die Geduld verlieren und neue Rüstungen, ja sogar die Mobilisierung anordnen. Herr von Bethmann-Hollweg und Herr Zimmermann nehmen diese aufgeregte Sprache des russischen Botschafters nicht au pied de la lettre, nichtsdestoweniger beurteilen sie die Lage als ernst, geben sich aber der Hoffnung hin, dass eine Verständigung darüber zwischen Wien und Petersburg zustande gekommen ist, so dass diese Beratungen der Botschafterreunion am nächsten Mittwoch, wo die Frage der Abgrenzung Albaniens verhandelt werden soll, glatt verlaufen. Als rein persönliche Bemerkung sagte mir Reichskanzler, er sei überzeugt, dass Euer Exzellenz in Betreff obiger Frage keine Prestigepolitik treiben wollen und sich mit dem Erfolge in der Adria- und in der albanesischen Autonomiefrage zufrieden stellen werden. Da ich nicht genau darüber informiert bin, welchen Standpunkt Euer Exzellenz, wie die Dinge heute stehen, in der Abgrenzungsfrage Albaniens einnehmen, konnte ich nichts weiter antworten, als dass nach meiner Überzeugung Euer Exzellenz diese Frage nicht vom Gesichtspunkte der Prestigepolitik behandeln werden. Wie mir Unterstaatssekretär mitteilte, scheint Graf Benckendorff auch Sir E. Grey gegenüber in ebenso aufgeregter Weise sich geäußert und ihn impressioniert zu haben. Sir E. Goschen habe gestern bei ihm vorgesprochen und im Auftrage seiner

Regierung das Ansuchen gestellt, dass das Berliner Kabinett bei Euer Exzellenz in den Differenzen zwischen Wien und Petersburg freundschaftlich interveniere. Er, Unterstaatssekretär, habe dem englischen Botschafter geantwortet, dass es in erster Linie angezeigt erschiene, wenn die britische Regierung in Petersburg Schritte unternehmen würde, damit dort die Note[b]) nicht forciert würde. Herr Zimmermann sagte mir, dass er Herrn von Tschirschky beauftragen werde, sich im obigen Sinne Euer Exzellenz gegenüber auszusprechen. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 5462, 5469, 5476 Anm. b, 5480, 5487, 5583. — [b]) Amtsvermerk: sic!

Nr. 5455. Tel. aus Berlin, 20. Jan. 1913 Nr. 44 (eing. 10 U. p. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Unterstaatssekretär sagte mir, Herr von Tschirschky habe vorläufig Auftrag erhalten, Euer Exzellenz Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß das Hineinziehen der Frage des Besitzstandes der Türkei in Asien in die Kompetenz der Botschafterreunion nach Ansicht der deutschen Regierung durchaus unangebracht wäre. Das Berliner Kabinett sei der Ansicht und halte es sogar für notwendig, daß diese Frage zwischen den Kabinetten von Wien und Berlin und allenfalls auch von Rom eingehend besprochen werde, doch sei diese Frage heute noch cura posterior, da bisher keine ernsten Anzeichen vorhanden seien, daß die Entente-Mächte sich mit derselben beschäftigen; würde sie in der Botschafterreunion aufgeworfen werden, so könnte es leicht zur Folge haben, daß Russland, Frankreich und England schon jetzt mit konkreten Vorschlägen hervortreten, was gewiß weder im Interesse Österreich-Ungarns noch Deutschlands gelegen wäre. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 5444, 5470.

Nr. 5456. Tel. aus Berlin, 20. Jan. 1913 Nr. 45 (eing. 10 U. p. m.).[a]) Entziff.

Vertraulich. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 68[b]) und 78. Unterstaatssekretär ist sehr dankbar, daß Euer Exzellenz in der Inselfrage Graf Mensdorff die Instruktion erteilt haben, gegebenen Falles sich der Anregung der deutschen Regierung anzuschließen. Herr Zimmermann gibt zu, daß der deutsche Antrag die Entscheidung über die künftige Zugehörigkeit der Inseln vorerst den Kriegführenden zu überlassen, nicht ganz dem Geiste der Kollektivdemarche in Konstantinopel entspricht. Er habe allerdings im Auge gehabt, daß vorerst die Antwort der türkischen Regierung auf die Kollektivnote abgewartet werden müsse; sollte sie ablehnend lauten, so bekämen die Mächte freie Hand, in welchem Falle es wohl im Interesse Deutschlands und Österreich-Ungarns liegen würde, die Entscheidung über die Inseln den Kriegführenden zu überlassen. Hiebei bemerkt Unterstaatssekretär, daß er erst nachträglich aus Berichten der deutschen Botschaft in Rom feststellen konnte, daß die vom hiesigen italienischen Botschafter gemachte Anregung nicht in Einklang mit den Instruktionen steht, die er von Marquis di San Giuliano erhalten hatte. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 5444, 5471 Anm. a, 5490 Anm. a. — [b]) Mit Tel. Nr. 68, 17. Jan. 1913 (chiffr. 6 U. p. m.) wurde n. 5425 nach Berlin mitgeteilt.

Nr. 5457. Tagesbericht über einen Besuch des türk. Botschafters, 20. Jan. 1913 Nr. 382.[a]) Konz. (S. Rappaport; V. u. G. Berchtold).

Der hiesige türkische Botschafter ist heute bei mir erschienen, um auftraggemäß unter Berufung auf die Bestimmungen des Ententeprotokolles vom 26. Februar 1909 meine Unterstützung dafür zu erbitten, daß seitens der Mächte der Pforte die Befreiung von den ihr durch alte Vertragsbestimmungen auferlegten Einschränkungen zugestanden werde. Hussein Hilmi Pascha bemerkte hiezu, daß es sich nicht um die Aufhebung der Kapitulationen, sondern der ökonomischen Einschränkungen handle. Er fügte bei, die Pforte rechne auf das Entgegenkommen Englands und sei bereits im Besitze einschlägiger Zusicherungen anderer Mächte, nur russischerseits werden insoferne Schwierigkeiten gemacht, als man Begünstigungen für bestimmte Artikel (Mehl, Petroleum etc.) fordere, worauf die Pforte jedoch nicht eingehen werde. Ich habe dem türkischen Botschafter geantwortet, ich könne ihm vorläufig nur soviel sagen, daß wir, die Zustimmung aller anderen Mächte vorausgesetzt, jedenfalls die Engagements, welche wir im Artikel VIII des Entente-Protokolls der Türkei gegenüber eingegangen waren, loyal einhalten werden, ich mir jedoch meine definitive Antwort für später vorbehalten müsse.

[a]) Vgl. n. 5475, 5486.

Nr. 5458. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 20. Jan. 1913 Nr. 53 (eing. 10 U. p. m.).[a]) Entziff.

Kiamil Pascha sagte mir soeben, daß die Antwort auf Kollektivnote Donnerstag übergeben werden dürfte; dieselbe werde eine günstige sein. Öffentliche Meinung sei wohl für den Krieg, aber die Regierung sehe ein, daß es besser sei, Frieden zu schließen, vorausgesetzt, daß Alliierte nicht mit neuen Forderungen kommen. Mittwoch wird der Kronrat zusammentreten, und zwar blos zum Zwecke, damit die Regierung demselben Gründe ihres Vorgehens auseinandersetze. Aus einigen Andeutungen des Großveziers entnahm ich, daß die türkische Regierung trachten werde, in Bezug auf die Frage Adrianopels folgendes zu erreichen: Schleifung der Festungswerke, Neutralisierung des Stadtgebietes und Verwaltung desselben durch einen mohammedanischen, aber nicht türkischen Gouverneur. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 5424.

Nr. 5459. Tel. nach London, 20. Jan. 1913 Nr. 89 (chiffr. 10 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport; V. u. G. Berchtold).

Im Gegenstande meiner Telegramme Nr. 60 vom 14. und Nr. 68[b]) vom 16. d. M. telegraphiert Herr von Mérey unterm 19. d. wie folgt: ... *wie n. 5450 (gekürzt)*... Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Information und Regelung Ihrer Sprache gegenüber Hochderen italienischem Kollegen. Was die von Marquis di San Giuliano angeregte Angliederung eines Teiles der fruchtbaren Ebene von Skutari an Montenegro betrifft, so wird Sektionschef Ippen in der Lage sein, Euer Exzellenz näheren Aufschluß über die Bedenken zu geben, welche gegen eine solche Lösung sprechen, und zwar namentlich vom Standpunkte der wirtschaftlichen Existenzbedingungen einiger Malissorenstämme. Das Bedürfnis Monte-

negros nach fruchtbarem Ackerlande könnte, abgesehen von der Gewinnung von Kulturflächen durch die Bojana-Regulierung, auch durch Einverleibung des am linken Ufer des weißen Drin gelegenen Teiles der Ebene von Ipek (Metaja) befriedigt werden. Euer Exzellenz wollen es jedoch vermeiden, diesbezüglich selbst mit einer Initiative hervorzutreten. Sollte jedoch, was durchaus erwünscht wäre, ein solcher Antrag seitens Sir Edward Greys (mein Telegramm Nr. 36 vom 8. d.) oder eines Ihrer Kollegen gestellt werden, so könnten Euer Exzellenz antworten, daß Hochdieselben bereit seien, der k. u. k. Regierung vorzuschlagen, daß Montenegro für den ihm entgehenden Besitz der Skutari-Niederung eine andere Kompensation zum Beispiel in der Ebene von Ipek erhalte. Sollte es sich hingegen bei der übermorgigen Réunion herausstellen, daß Rußland unserem Standpunkte in der Skutarifrage volle Rechnung zu tragen gewillt ist, so sind Euer Exzellenz ermächtigt, als Gegenkonzession hiefür bezüglich Ipeks auf die in der Beilage des Erlasses Nr. 5896 vom 15. v. M. eingezeichnete Grenze zurückzugehen. Was Prisren anbelangt, ist es bekanntlich als Concession an Serbien gedacht, wobei Euer Exzellenz nochmals darauf aufmerksam gemacht werden, daß diese Concession nur äußersten Falles zu gewähren wäre. Hinsichtlich Janinas kann ich mich schon mit Rücksicht auf die dortige militärische Situation der Ansicht Marquis di San Giulianos, diese Stadt Griechenland zu überlassen, nicht anschließen, doch wollen Euer Exzellenz im Einvernehmen mit Marquis Imperiali tunlichst zu vermeiden trachten, daß diese Divergenz der Anschauungen zwischen Wien und Rom auf der Réunion zutage trete. Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 134 Nr. 246. Vgl. n. 5479. — [b]) Mit Tel. Nr. 68, 16. Jan. 1913 (chiffr. 11 U. p. m.) wurde die in n. 5449 Anm. b angeführte Weisung nach London mitgeteilt.

Nr. 5460. Tel. nach London, 20. Jan. 1913 Nr. 90 (chiffr. 10 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

Im Verfolge meines Telegrammes von gestern, Nr. 85. Da ich den Eindruck habe, daß die rumänische Regierung eine Spaltung der Großmächte in der rumänisch-bulgarischen Angelegenheit vermieden zu sehen wünscht und davon ein hartnäckigeres Festhalten des Sofioter Kabinettes an seinem Standpunkte befürchtet, würde ich Werth darauf legen, daß Euer Exzellenz in dieser Frage mit Ihrem deutschen Kollegen das Einvernehmen pflegen und demselben nahelegen, von der Ergreifung einer Initiative abzusehen, wenn deren günstige Aufnahme bei allen Kollegen nicht im vorhinein verbürgt erscheint. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 5478.

Nr. 5461. Tel. aus London, 20. Jan. 1913 Nr. 60 (eing. 21. Jan. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramme Nr. 84[b]) und 85 von heute. Fürst Lichnowsky sagte mir, er habe keine derartige Instruktion erhalten und selbst seiner Regierung telegraphiert, er hielte es jetzt nicht für opportun, auf die Frage eines Schrittes in Sofia bezüglich bulgarisch-rumänischer

Differenz zurückzukommen. Herr Danew habe ihm erst gestern gesagt, daß Verhandlungen zwischen ihm und Herrn Mişu weitergeführt werden. Bulgarien sei bereit, Rumänien eine Linie bis an das Meer, aber nicht südlich vom Kap oberhalb Kavarnas zu konzedieren. Silistria könne nicht aufgegeben werden. Mensdorff.

a) Vgl. n. 5478. — b) Vgl. n. 5446 Anm. b.

Nr. 5462. Tel. aus London, 20. Jan. 1913 Nr. 61 (eing. 21. Jan. 8 U. a. m.).a) Entziff.

Streng vertraulich. Fürst Lichnowsky hatte eine eingehende, sehr ernste Unterredung mit Grafen Benckendorff, der bezüglich unserer Besprechungen über Albanien sehr schwarz sieht. Öffentliche Meinung in Russland sei sehr erregt, betrachte die bisherige Politik Herrn Sazonows als eine zu nachgiebige gegenüber Österreich-Ungarn. Auch Graf Benckendorff selbst, der stets für Entgegenkommen plädiert hat, werde ebenso wie seine Regierung auf das schärfste angegriffen. Die antiösterreichische Stimmung in Petersburg sei sehr im Steigen begriffen, habe die höchsten Kreise erfasst, und Kaiser Nikolaus sei persönlich gekränkt, dass seine konziliante Politik in Wien angeblich gar keine Würdigung fände und der Druck, den Russland in der Hafenfrage auf Serbien ausgeübt habe, bei uns nicht anerkannt werde, so dass eine Detente zwischen Wien und Petersburg nicht eintrete. In Petersburg findet man, dass in Wien die ganze Frage so „von oben herab" behandelt werde. Was die albanesische Grenze betrifft, so betonte Graf Benckendorff, dass Russland nicht zugeben könne, dass die Kompensationen für Montenegro auf Kosten Serbiens gingen. Graf Benckendorff besteht vorläufig noch auf Skutari, doch hat deutscher Botschafter den Eindruck, dass vielleicht doch über die Stadt Skutari eine Einigung erzielt werden könne, wenn nebst Ipek und Prisren auch der ganze Skutarisee und Djakova aufgegeben würden; auf letzterem bestand Graf Benckendorff absolut auch mit Hinweis darauf, dass es von Montenegro okkupiert sei. Mein russischer Kollege sei sehr erregt gewesen und sprach direkt von Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit des Krieges, falls die k. und k. Regierung sich intransigent zeige, nachdem keine Regierung in Petersburg mehr in der Lage wäre, eine Nachgiebigkeit zu zeigen, die bei jetziger Stimmung der russischen Öffentlichkeit als ein neuer russischer Rückzug interpretiert würde. Abbruch der Verhandlungen in der Botschafterreunion würde Kriegsgefahr in unmittelbare Nähe rücken. Fürst Lichnowsky war sehr impressioniert und sprach mir wiederholt seine Überzeugung aus, wir müssten uns in unseren Reunionen auf ein Schachern und Handeln einlassen und nur ja nicht Faden abbrechen. Vorläufig kann ich nur Standpunkt der k. und k. Regierung vorbringen, unsere Argumente verwerten und abwarten, welche Gegenbemerkungen mein russischer Kollege machen wird, über welche ich telegraphisch zu melden nicht ermangeln werde. Marquis Imperiali hatte dieselben Eindrücke wie mein deutscher Kollege; sagte, er habe Instruktion, mich zu unterstützen, warnte aber eindringlich vor zu intransigenter Haltung. Mensdorff.

a) Vgl. n. 5454, 5487, 5516, 5583.

Nr. 5463. Tel. aus London, 20. Jan. 1913 Nr. 62 (eing. 21. Jan. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Die türkischen Delegierten erschienen heute im Foreign Office und stellten einige Fragen bezüglich der Kollektivnote: Wie der appui der Mächte zu verstehen; was mit den Inseln geschehen würde; ob die Alliierten nicht noch weitere Forderungen, zum Beispiel Kriegsentschädigung, stellen würden etc. Sir E. Grey konnte nur antworten, sie mögen diese Fragen in ihrer Antwortnote stellen, deren baldigen Empfang er entgegensehe. Im übrigen könne er nicht für die anderen Mächte sprechen. Er vermied es, irgendeine positive Antwort zu geben. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 5477, 5504.

Nr. 5464. Tel. aus London, 20. Jan. 1913 Nr. 63 (eing. 21. Jan. 9 U. a. m.). Entziff.

Unter Bezugnahme auf hohes Telegramm Nr. 81 von gestern. Ich habe mit deutschem und italienischem Kollegen gesprochen; letzterer hatte noch keine Nachricht über neue deutsche Anschauung in der Inselfrage. Nachdem diese Frage zunächst nicht wieder in unserer Reunion zur Sprache kommen dürfte, meint mein deutscher Kollege, es wäre am besten, vorläufig die weitere Entwicklung abzuwarten und nichts zu tun. Ich sagte beiden Kollegen, ich sei instruiert, mich ihnen anzuschliessen, wenn sie sich geeinigt hätten, sei es über italienische oder jüngste deutsche Anregung. Mensdorff.

Nr. 5465. Bericht aus Rom, 20. Jan. 1913 Nr. 5 (eing. 22. Jan.).[a] Ausfert.

Der Minister des Äußern sendet mir soeben das in Kopie beiliegende Schriftstück,[b] worin jene Änderungen angegeben sind, welche man italienischerseits an unseren Vorschlägen für den Status des künftigen neutralisierten Albaniens vorgenommen zu sehen wünscht. Bemerkenswert erscheinen mir nur die zu Artikel 5 proponierten Amendements. Ich lenke gleichzeitig die Aufmerksamkeit des Marchese di San Giuliano auf den Umstand, daß bei der Reproduktion unserer Vorschläge nicht der Modifikation Rechnung getragen wurde, welche ich auftragsgemäß am 14. l. M. ihm hinsichtlich des Schlusses des Artikels 5 mitgeteilt hatte.

Mérey.

[a] Vgl. n. 5195, 5481, 5515. — [b] Von dem Abdrucke wurde abgesehen, weil die vorgeschlagenen Änderungen mit Ausnahme des Artikels V und eines Zusatzes zu Artikel VII unwesentlich. Artikel V lautet in der italienischen Fassung: „Une commission de représentants des Grandes Puissances sera chargée de proposer un régime judiciaire pour une période de 10 Années adapté aux conditions de l'Albanie et s'inspirant aux principes adoptés pour la constitution du régime judiciaire introduit en Egypte. L'organisation et le contrôle de l'administration civile et des finances de l'Albanie seront confiés à un Comité de représentants des Grandes Puissances dont les attributions seront proposées par la Commission internationale susnommée." Der Zusatz zu Artikel VII hat folgenden Wortlaut: „L'Etat d'Albanie ne pourra accorder, à l'occasion de ces nouvelles stipulations commerciales ou d'autre nature des privilèges differentiels à aucune des Puissances, lesquelles jouiront du traitement de parfaite égalité réciproque.

Nr. 5466. Tel. aus Sofia, 20. Jan. 1913 Nr. 42 (eing. 21. Jan. 10 U. a. m.).[a] Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 37 von gestern, letztes Alinea.[b] Rumänischer Gesandter sagte mir, er habe keine positiven Beweise, aber sicheren Eindruck, daß Serbien zur Unterstützung Bulgariens gegen Rumänien vertragsmäßig nicht verpflichtet und daß es dazu, wenn auch Verpflichtung bestehe, jedenfalls nicht zu haben wäre. Herr Ghika habe sich für Frage interessiert, hier informiert und hätte auch Herrn Spalajković, mit dem er in guten Beziehungen, sondiert. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 5894. — [b] Letztes Alinea von n. 5451 beginnt mit „Ich werde noch".

Nr. 5467. Bericht aus Sofia, 20. Jan. 1913 Nr. 5 B (eing. 25. Jan.).[a] Ausfert.

Bezüglich der Frage, ob Bulgarien zur aktiven Unterstützung Serbiens im Falle eines Krieges mit uns vertragsmässig verpflichtet ist, gibt es noch immer keine Möglichkeit sicheres zu erfahren. Entgegen den vielfachen Behauptungen, dass sich die beiden Staaten ausschliesslich nur über ihre Cooperation gegen die Türkei geeinigt hatten, hat der Umstand, dass sich die bulgarische Regierung nicht entschliessen konnte uns über die Richtung ihrer künftigen Politik die von Euer Excellenz gewünschte Erklärung abzugeben, den Verdacht in uns aufkommen lassen, dass es zwischen Bulgarien und Serbien weitergehende, eventuell die Monarchie tangierende Engagements geben dürfte. Gegen die Stichhältigkeit dieses Verdachtes lässt sich einwenden, dass Bulgarien, solange der Krieg gegen die Türkei nicht beendet, unter keinen Umständen riskieren darf sein Verhältnis zu Serbien und zu Russland zu compromittieren, und dass daher die Verweigerung der von uns verlangten Erklärung seitens der bulgarischen Regierung nicht als Beweis dafür angesehen werden kann, dass auf Bulgarien die vertragsmässige Verpflichtung lastet Serbien aktiv gegen uns zu unterstützen. Mag auch diese letztere Erwägung manches für sich haben, glaube ich doch, solange wir keine Gewissheit erlangt haben, dass das Gegenteil wahr ist, bei dem erwähnten Verdachte bleiben zu sollen und zwar umso eher, als mich in demselben auch der Umstand bekräftigt, dass die Serben mit so viel Gewissenhaftigkeit und so viel Ausdauer die Bulgaren in Thracien unterstützen. Wenn man bedenkt, dass mehrere serbische Divisionen seit Monaten vor Adrianopel und, wie es scheint, seit geraumer Zeit auch bei Tchataldja an der Seite der bulgarischen Truppen ausharren, drängt sich die Vermutung auf, dass Serbien — wenn es auch selbst an der Besiegung der Türken in Thracien mitinteressirt ist — eine so schwere Verpflichtung (wenn es eine solche für Serbien im Bündnisvertrage überhaupt gibt) nicht so geduldig und aufopfernd erfüllen würde, wenn in den Abmachungen zwischen den beiden Staaten nicht stipuliert wäre, dass auch die Serben gegebenen Falles auf eine Gegenleistung ähnlichen Wertes seitens Bulgariens rechnen können. Mit Rücksicht darauf, dass mir diese letztere Annahme — wie gesagt — nicht ungerechtfertigt erscheint, glaube

ich eine mir dieser Tage zugegangene auf das bulgarisch-serbische Verhältniss bezughabende Meldung nicht für mich behalten, sondern, so wenig authentisch und so uncontrollierbar sie auch sein mag, dieselbe telle quelle zu Euer Excellenz Kenntnis bringen zu sollen. Ein Gewährsmann erzählt mir, dass ein ihm nahe befreundeter Bulgare, der als Armee-Lieferant in nahen Beziehungen zu dem hiesigen Kriegsministerium stehe, im Verlaufe eines mit dem ersteren nach einem Diner im Familienkreise angeknüpften politischen Gespräches, darüber geklagt hätte, dass Bulgarien so lästige Verpflichtungen Serbien gegenüber übernommen habe, und zwar hätte sich Bulgarien verpflichtet Serbien mit 200.000 Mann gegen uns zu unterstützen. Der unter dem Einflusse reichlichen Weingenusses mitteilsame Freund meines Gewährsmannes hätte dem letzteren versichert, dass er dessen, was er sage, sicher sei, da er es einer zwischen zwei höheren Militärs im Kriegsministerium geführten Unterredung abgelauscht hätte.

Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 5117, 5179, 5688.

Nr. 5468. Note des Kriegsministeriums-Marinesektion, 20. Jan. 1913 O. K./M. S. Nr. 327.[a]) Ausfert.

Beiliegend beehre ich mich Eurer Exzellenz einen abschriftlichen Bericht des k. u. k. Marineattachés in Berlin[b]) und den hierauf bezüglichen Allerhöchsten Befehl[c]) mit dem Beifügen zur vorläufigen geneigten Kenntnis zu bringen, daß im Gegenstande mit dem k. u. k. Chef des Generalstabes die Vorverhandlung eingeleitet wurde. Der Stellvertreter des Chefs des k. u. k. Kriegsministeriums, Marinesektion: Kunsti.

[a]) Vgl. n. 5696, 6609. — [b]) Vgl. n. 5333. — [c]) Beilage.

Beilage zu n. 5468. Note der Militärkanzlei Kaiser Franz Josefs I. an den Marinekommandanten und Chef des Kriegsministeriums-Marinesektion Rudolf Grafen Montecuccoli, 18. Jan. 1913 Nr. 161. Abschrift.

Geheim. In Beantwortung der sehr geschätzten Note, O. K. M. S. Nr. 219 vom 16. Jänner 1913,[a]) deren Beilage ich rückschließe, beehre ich mich Eurer Exzellenz bekanntzugeben, daß Seine k. u. k. Apostolische Majestaet Euer Exzellenz Allergnädigst die Genehmigung zu erteilen geruhten, sofort hinsichtlich der im Berichte des k. u. k. Marineattachés in Berlin aufgeworfenen Fragen mit den kompetenten k. u. k. Funktionären in Vorverhandlung einzutreten. Bolfras.

[a]) Liegt nicht vor.

Nr. 5469. Tel. nach Berlin, 21. Jan. 1913 Nr. 90 (chiffr. 11 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

Zu Euer Exzellenz Telegramm Nr. 43 vom 20. d. M. Herr von Tschirschky hat bei mir die darin behandelten Fragen in ähnlicher Weise wie Reichskanzler und Unterstaatssekretär Euer Exzellenz gegenüber, zur Sprache

gebracht. Zur Orientierung der deutschen Regierung über unsere bezügliche Auffassung habe ich Herrn von Tschirschky nachstehende Notiz übermittelt: ... *wie n. 5472* ... Ich teile den Inhalt dieses Depeschenwechsels Grafen Mensdorff zur streng vertraulichen Information und Mitteilung an Fürsten Lichnowsky mit. Vorstehendes ist ausschließlich zur streng vertraulichen Verwerthung beim dortigen Kabinette bestimmt. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 5476, 5510, 5578, 5603.

Nr. 5470. Tel. nach Berlin Nr. 91 (1), Rom Nr. 101 (2) und London Nr. 96 (3), 21. Jan. 1913 (chiffr. 11 U. 15 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

1. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 44 vom 20. l. M. Ich teile die Ansicht der deutschen Regierung, daß die Frage des Besitzstandes der Türkei in Asien nicht in die Kompetenz der Botschafterréunion einzubeziehen wäre. Ich habe Herrn von Tschirschky, der mir am 19. l. M.[b]) gleichfalls von der asiatischen Türkei gesprochen hat, gesagt, der Dreibund hätte meiner Ansicht nach in diesem Belange eine konservative Politik zu befolgen. Nur wenn eine asiatische — etwa die armenische — Frage von irgend einer Macht einseitig aufgerollt würde, so wäre ich der Meinung, daß auch die Dreibundmächte darauf bestehen müßten, hiebei gehört zu werden.

2. u. 3. Streng vertraulich. Graf Szögyény telegraphiert mir unter dem 20. l. M. wie folgt: ... *wie n. 5455 in extenso* ... Ich telegraphiere im Gegenstande an Grafen Szögyény wie folgt: (Inseratur Telegramm sub 1 in extenso.)

2. Vorstehendes zur streng vertraulichen Mitteilung an Marquis San Giuliano.

3. Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information.

Berchtold.

[a]) Vgl. n. 5490. — [b]) Vgl. n. 5444.

Nr. 5471. Tel. nach Berlin Nr. 92 (1), Rom Nr. 103 (2), St. Petersburg Nr. 76 (3), London Nr. 98 (4), Paris Nr. 70 (5) und Konstantinopel Nr. 59 (6), 21. Jan. 1913 (chiffr. 22. Jan. 12 U. 40 M. a. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; V. u. G. Berchtold).

1. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 45 vom 20. l. M. Herr von Tschirschky hat sich mir gegenüber in ähnlichem Sinne ausgesprochen.[b]) Da sich nach Ansicht der deutschen Regierung die beiden Mächtegruppen in ihren Auffassungen über das Schicksal der ägäischen Inseln nicht begegnen würden, so bemerkte der Botschafter auftragsgemäß, es würde sich zur Verhütung eines offenen désaccords empfehlen, die Inselfrage von der Weiterberatung auf der Botschafterréunion auszuschalten und es den Kriegführenden zu überlassen, sich über diese Frage wie über jene der Abgrenzung der festländischen Gebiete untereinander direkt zu verständigen. Wenn dies geschehen, hätten die Großmächte nur mehr darauf zu sehen, daß die der kleinasiatischen Küste vorgelagerten Inseln neutralisiert und jenen

Bedingungen unterworfen werden, welche Rußland für die vier Inseln vor dem Dardanelleneingang vorgeschlagen hat. Ich beabsichtige, Herrn von Tschirschky, welcher meine Auffassung kennen will, zu antworten, daß ich die ernstesten Befürchtungen hege, daß wir bei Befolgung der von seiner Regierung vorgeschlagenen Vorgangsweise die Entscheidung über das künftige Schicksal der ägäischen Inseln ganz aus der Hand geben. Andererseits wolle ich die Hoffnung aussprechen, daß es mir möglich sein werde, jeder bezüglichen Anregung meine Unterstützung zu verleihen, welche von den beiden uns verbündeten Regierungen in Übereinstimmung vorgeschlagen werden. Was den Gedanken anbelangt, die Frage der Abgrenzung der festländischen Gebiete den Kriegführenden zur direkten Verständigung zu überlassen, so wäre es mir nicht möglich, ein derartiges volles Desinteressement an territorialen Fragen in der nächsten Nachbarschaft der Monarchie zu bekunden. Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information und Regelung Ihrer Sprache dem Herrn Unterstaatssekretär gegenüber.

2.—6. Fortsetzung zu meinem heutigen Telegramme Nr.
2: 102.[c])
3: 75.[c])
4: 97.[c])
5: 69.[c])
6: 58.[c])

2.—6. Ich telegraphiere an Grafen Szögyény wie folgt: (Inseratur Telegramm sub 1 von „Herr von Tschirschky hat sich mir gegenüber“ bis inklusive „zu bekunden.“)

2. Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information und Regelung Ihrer Sprache Marquis di San Giuliano gegenüber.

3.—6. Vorstehendes zu Euer Exzellenz ausschließlich persönlicher Kenntnisnahme. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 5484, 5490, 5508. — [b]) Vgl. n. 5444. — [c]) Mit diesen Telegrammen vom 21. Jan. 1913 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.) wurde n. 5456 mitgeteilt.

Nr. 5472. Notiz für die deutsche Botschaft, 21. Jan. 1913 Nr. 374.[a]) Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

Streng vertraulich. Bezüglich der Abgrenzung Albaniens gegen Norden und Nordosten hat Graf Mensdorff in der Londoner Réunion auftragsgemäß jene Grenze vertreten, welche wir als die herkömmliche und natürliche ansehen. Um nun den montenegrinischen und serbischen Ansprüchen gegenüber das größtmögliche Maß von Entgegenkommen zu bekunden, wären wir im weiteren Verlaufe der Verhandlungen bereit, einige gemischtsprachige, wenn auch überwiegend von Albanesen bewohnte Gebiete, fallen zu lassen und uns auf das rein albanische Territorium zu beschränken. Letzteres, an dessen Integrität wir unter allen Umständen als einer unerläßlichen Lebensbedingung Albaniens festhalten müssen, umfaßt, soweit der Norden und Nordosten in Betracht kommt, die Stadt und Ebene von Skutari samt den zugehörigen Malissorenstämmen, Djakova samt der gleichnamigen

Malzia und Hassi, ferner die zu Prisren gehörige Landschaft Luma, endlich den ganzen Sandschak Dibra. Die slavisch-mohammedanischen Orte Gusinje und Plava, das serbisch-orthodoxe Berane, ferner Trgovischte, die Stadt und Ebene von Ipek (letztere als Kompensation für die bei Albanien verbleibende Ebene von Skutari) könnten hingegen zu Montenegro fallen, wobei wir als spezielle Konzession an Rußland zugeben würden, daß die Grenzlinie, welche im übrigen längs des Oberlaufes des Weißen Drin zu verlaufen hätte, zwischen Djakova und Ipek so gezogen werde, daß das orthodoxe Kloster Visoki Dečani, obwohl es in einer rein albanischen Gegend liegt, an Montenegro fiele. Serbien würde sich mit Montenegro in den Besitz des Sandschaks Novibazar teilen und die fruchtbare Ebene von Kossova erhalten. Äußersten Falles könnten wir auch zustimmen, daß es das Gouvernement Prisren — jedoch mit Ausnahme des obenerwähnten Gebietes von Luma — erhalte. Was die russischerseits unterstützten Prätensionen Montenegros auf den See und einen Teil der Ebene von Skutari betrifft, so müssen wir dieselben deshalb ablehnen, weil der Besitz der Seeniederung zu den Existenzbedingungen der Malissorenstämme gehört und diese Albanien erhalten bleiben müssen. Dem Wunsche Montenegros nach Gewinnung neuer Kulturflächen sind wir bereit, auf anderem Wege (durch die Bojana-Regulierung und durch die Überlassung der fruchtbaren Ebene von Ipek) Rechnung zu tragen. Djakova gehört ethnographisch zu Albanien und ist — nachdem wir geneigt sind, das obenerwähnte Kloster Visoki Dečani auszuscheiden — für Rußland kein plausibler Grund vorhanden, uns diesbezüglich zu opponieren. Sämtliche hier aufgezählte Konzessionen können selbstverständlich nur für den Fall gelten, als unser Standpunkt bezüglich der Minimalgrenze Albaniens allseits akzeptiert werden sollte.

[a]) Vgl. n. 5469, 5612 Anm. c.

Nr. 5473. Tel. aus Bukarest, 21. Jan. 1913 Nr. 20 (eing. 10 U. p. m.).[a]) Entziff.

Eben Besuch Herrn Take Jonescos erhalten, der mir alle einzelnen Londoner Verhandlungen mitteilte. Er ist über Herrn Danew, den er „un paquet de mensonges" nennt, ganz ernüchtert, findet, er will der Bismarck des Ostens werden, in welchem Bestreben er durch Haltung aller Großmächte Unterstützung finde. Jonesco ist zur Überzeugung gelangt, daß ein Wettkampf zwischen Österreich-Ungarn und Russland um die Gunst Bulgariens bestehe, den letzteres geschickt ausnütze, bei welchem aber Rumänien sehr zu kurz kommen wird. Er hat Eindruck, daß alle Großmächte um jeden Preis Frieden erhalten wollen, daher auch Interessen Rumäniens in letzter Instanz geopfert werden. In morgen stattfindendem Ministerrat[b]) wird die zukünftige Richtungslinie rumänischer Politik festgelegt werden. Von privater Seite erfahre ich, daß Minister des Innern sich dahin geäußert, er habe sich in Berlin und Wien nicht aufgehalten, weil er von Mahnungen zur Nachgiebigkeit und Ruhe übersättigt.

K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 5485. — [b]) Vgl. n. 5511.

Nr. 5474. Tel. aus Bukarest, 21. Jan. 1913 Nr. 21 (eing. 9 U. p. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 49[a] von heute. In Bezug auf von Herrn Sazonow verbreitete Meinung, Rumänien hätte Intervention Russlands angerufen, äußerte sich Minister des Äußern spontan mir gegenüber dahin, daß er Herrn Schebeko darüber zur Rede gestellt habe. Konversation führte zum Resultat, daß Herr Sazonow wahrscheinlich Ersuchen Rumäniens um Zulassung zu eventuellem Kongress unrichtig aufgefasst habe. Russischer Gesandter habe selbst zugeben müssen, daß Herr Majoresco niemals an ihn herangetreten wäre behufs russischer Intervention zur Regelung Streitfrage, wozu in erster Linie gehört hätte, daß Rumänien seine Wünsche offenbare, was es bis vor kurzem allen Vertretern gegenüber mit Absicht vermieden habe. Angebot Stückes Küste ist Dreieck mit Basis von 5 Kilometern südlich von Mangalia; Vorschlag wurde schon von Jonesco in London als undiskutierbar bezeichnet. K. E. Fürstenberg.

[a] Mit Tel. Nr. 49, 20. Jan. 1913 (chiffr. 9 U. p. m.), wurde n. 5452 vom Anfang bis „zu haben gewesen" nach Bukarest mitgeteilt.

Tel. nach Konstantinopel, 21. Jan. 1913 Nr. 59 (chiffr. 22. Jan. 12 U. 40 M. a. m.). Siehe n. 5471.

Nr. 5475. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 21. Jan. 1913 Nr. 55 (eing. 9 U. p. m.).[a] Entziff.

Ich hatte heute längere Unterredung mit Gabriel Effendi. Dieselbe ließ bei mir Eindruck zurück, dass er, Minister des Äussern, in Bezug auf Friedensfrage intransigenter sei als der Großvezier. Er scheint nämlich Hauptgewicht auf die Erlangung von Konzessionen in wirtschaftlicher Beziehung zu legen. Gabriel Effendi kam wieder auf die wirtschaftlichen Vorteile zu sprechen,[b] welche von den Mächten der Türkei gewährt werden könnten. Minister des Äussern meinte, es wäre für die Türkei von großem Werte, wenn die Mächte ihr freie Hand in allen Zoll- und Steuerfragen sowie überhaupt in handelspolitischer Beziehung geben würden. Ich wies Gabriel Effendi auf die Unmöglichkeit, gleich so weitgehende Zugeständnisse zu erlangen, hin, da damit mehr verlangt werden würde, als wir im Ententeprotokoll zugegeben hätten und wohl keine Macht auf so weitgehende Wünsche eingehen könnte. Damit würde man der Türkei vor Abschluss von Handelsverträgen die Möglichkeit zu jeder Zoll- oder Steuererhöhung respektive Neueinführung von Steuern geben. Ich stellte dem Minister vor, dass, wenn die Mächte sich dazu bereit erklären würden, der Türkei sofort die 4%ige Zollerhöhung zuzugestehen und sie sich verpflichten würden, in einer zu fixierenden kurzen Frist in Handelsvertragsverhandlungen mit Türkei auf Grund europäischen Völkerrechtes und auf moderner Basis (etwa auf Grund vorher vom Parlament zu votierenden autonomen Zolltarifes) einzutreten, schon damit für die Türkei enorme wirtschaftliche Vorteile erreicht wären. Gabriel Effendi schien sich meinen Argumenten nicht zu verschließen und einzusehen, dass die Türkei von den Mächten nur soviel zu erreichen trachten sollte, als wir im Ententeprotokoll und Italien im Friedensvertrage von Lausanne zugestanden haben. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 5457. — [b] Vgl. n. 5360.

Nr. 5476. Tel. nach London, 21. Jan. 1913 Nr. 94 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

Fortsetzung zu meinem Telegramm Nr. 95[b] von heute. Ich antworte Graf Szögyény wie folgt: ... *wie n. 5469* ... Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulichen Information und Mittheilung an Fürst Lichnowsky. Auch Sir E. Grey gegenüber sind Euer Exzellenz ermächtigt, den Inhalt obiger Notiz in streng vertraulicher Form und unter der Voraussetzung zu verwerthen, daß bei derselben noch immer die in Euer Exzellenz Telegramm vom 7. d. Mts. Nr. 22 konstatierte Geneigtheit bestehen sollte, ein Kompromiss zwischen dem österreich-ungarischen und dem russischen Standpunkte in der albanischen Delimitierungsfrage herbeizuführen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 5577, 5578, 5609. — [b] Mit Tel. Nr. 95, 21. Jan. 1913 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.) wurde n. 5454 nach London mitgeteilt.

Tel. nach London, 21. Jan. 1913 Nr. 96 (chiffr. 11 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 5470.

Tel. nach London, 21. Jan. 1913 Nr. 98 (chiffr. 22. Jan. 12 U. 40 M. a. m.). Siehe n. 5471.

Nr. 5477. Tel. aus London, 21. Jan. 1913 Nr. 64 (eing. 10 U. p. m.).[a] Entziff.

Im Nachhange zu gestrigem Telegramm Nr. 62. Sir E. Grey sagte mir, er konnte türkischen Delegierten, die zahlreiche Fragen mit manchen richtigen Argumenten stellten, nur sagen, sie mögen ihre Antwort auf demselben Wege den Mächten zustellen, wie die Kollektivnote an die Pforte gelangt sei. Wenn er ihre Bemerkungen auch vor die Botschafter brächte, könnten diese nur ihren Regierungen darüber referieren. Bezüglich der Inseln erwiderte er ihnen, dass, falls sie eine Chance hätten, dieselben von Griechenland zurückzuerobern, ihre Bemerkungen Gewicht hätten. So aber sei es immerhin von Wert für sie, wenn die Mächte gewisse Schutzmaßregeln für die Türkei in Aussicht stellten. Bezüglich Kriegsentschädigung sagte er ihnen, er könne nur seine persönliche Meinung dahin aussprechen, dass es ihm unbillig erscheine, wenn von den okkupierten Territorien keine an die Türkei zurückgegeben werden, auch noch eine Indemnität von ihr zu verlangen. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 5504.

Nr. 5478. Tel. aus London, 21. Jan. 1913 Nr. 65 (eing. 9 U. p. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 90, das sich mit meinem gestrigen Telegramme Nr. 60 gekreuzt hat. Aus letzterem haben Euer Exzellenz ersehen, daß Fürst Lichnowsky nicht beabsichtigt, Frage eines Schrittes in Sofia bezüglich bulgarisch-rumänischer Differenz neuerdings vorzubringen. Ich werde jedenfalls in Fühlung mit ihm bleiben. Sir E. Grey sagte mir heute, er habe keine neuen Nachrichten erhalten, aber aus den Telegrammen von Sofia und Bukarest empfange er den Eindruck, daß Aussichten für rumänisch-bulgarische Verhandlungen nicht ungünstig scheinen. Mensdorff.

Nr. 5479. Tel. aus London, 21. Jan. 1913 Nr. 66 (eing. 22. Jan. 9 U. 30 M. a. m.). Entziff.

Unter Bezugnahme auf Euer Exzellenz gestriges Telegramm Nr. 89. Marquis Imperiali hat mir gesagt, er habe Auftrag, mich in der albanesischen Grenzfrage zu unterstützen. Über Janina wird es jedenfalls vorläufig am besten sein, noch nicht zu sprechen. Mensdorff.

Tel. nach Paris, 21. Jan. 1913 Nr. 70 (chiffr. 22. Jan. 12 U. 40 M. a. m.). Siehe n. 5471.

Tel. nach Rom, 21. Jan. 1913 Nr. 101 (chiffr. 11 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 5470.

Tel. nach Rom, 21. Jan. 1913 Nr. 103 (chiffr. 22. Jan. 12 U. 40 M. a. m.). Siehe n. 5471.

Nr. 5480. Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters, 21. Jan. 1913 Nr. 415.a) Konz. (S. Berger; V. Rappaport, Nemes und Berchtold).

Der Herr italienische Botschafter hat mir heute mitgeteilt, seiner Regierung seien Nachrichten zugekommen, daß die Frage der Delimitierung Albaniens in Rußland zu ernsten Befürchtungen Anlaß gebe. Das Petersburger Kabinett sei der Ansicht, daß es bis nun in allen Fragen Nachgiebigkeit gezeigt hätte, wie in jener des serbischen Adriahafens und in der der Konstituierung eines autonomen Albaniens. Ohne im Lande das Gefühl einer Erniedrigung vor Österreich-Ungarn aufkommen zu lassen, sei aber ein weiteres Nachgeben nicht mehr möglich. Ein solches Vorgehen würde nicht nur von der ganzen Duma ohne Unterschied der Parteien mißbilligt werden, sondern auch die Gefahr innerer Unruhen nach sich ziehen. Der Zar fasse unsere Haltung als persönliche Kränkung auf und die Regierung befasse sich mit dem Gedanken, Rüstungen in größerem Umfange vorzusehen. Herzog Avarna bemerkte ferner, Graf Benckendorff habe den Auftrag erhalten, Skutari mit aller Energie für Montenegro zu reklamieren. Sollte dies nicht erreichbar sein, so dürfte er (Benckendorff) der Einverleibung dieser Stadt in das autonome Albanien nur unter drei Bedingungen zustimmen. Erstens müsse der See von Skutari und ein an das Meer reichender geradliniger Landstreif — in den aber San Giovanni di Medua nicht fallen würde — an Montenegro kommen. Zweitens müßten die Grenzen des albanischen Hinterlandes so gezogen werden, daß Ipek, Prisren, Djakova und Dibra den Balkansiegern verbleiben; nur über Dibra ließe sich höchstens diskutieren. Drittens endlich verlange Rußland die Unterstellung des neugeschaffenen autonomen Albaniens sous le contrôle effectif des six Puissances exercé par des représentants spéciaux avec mission de surveiller le fonctionnement du Gouvernement. Ich habe dem Herrn italienischen Botschafter für seine interessanten Mitteilungen gedankt und ihm folgendes erwidert. Vor allem hielte ich es für eine ganz falsche Auffassung, wenn man davon spräche, daß wir bisher nur Vorteile errungen hätten und Rußland immer hätte nachgeben müssen. Zwischen Wien und St. Petersburg sei bekanntlich seinerzeit das Prinzip des status quo festgelegt worden. Wir

hätten uns bereit gezeigt, unter gewissen Voraussetzungen dasselbe zugunsten der Balkanalliierten zu verlassen und der Gebietszuwachs, den diese Länder erführen und zu dem wir unsere Zustimmung geben würden, seien eben schon bedeutende Konzessionen unsererseits. Der Vorwurf, der uns speziell immer wieder bezüglich unseres serbischen Nachbarn gemacht werde, daß wir zu keinen Zugeständnissen bereit seien, wäre daher vollkommen unberechtigt. Hinsichtlich des Sees und der Ebene von Skutari wären wir auch noch zu einigen Konzessionen an Montenegro bereit, insoferne als solche praktisch durchführbar und mit den Lebensbedingungen der Malissorenstämme vereinbar sein sollten. Was die von meinem Mitredner erwähnte geradlinige bande de territoire von diesem See an das Meer betreffe, sähe ich keinen plausiblen Grund, warum man von der natürlichen Grenze, dem Laufe des Bojana-Flusses, abgehen müsse. Hinsichtlich jener albanischen Ortsgebiete, die Graf Benckendorff für die Alliierten zu reklamieren beauftragt sei, könne ich nicht umhin, nachstehendes zu bemerken. Djakova sei eine rein albanische Stadt, seine Abtrennung vom künftigen Albanien daher schon aus diesem Grunde gänzlich ungerechtfertigt. Abgesehen hievon müsse doch wenigstens ein Teil der fruchtbaren Ebene zu Albanien geschlagen werden, da sonst das Land nur aus ariden Gebirgszügen bestehen würde. Die Loslösung von Prisren wäre meiner Ansicht nach eventuell die noch mögliche äußerste Konzession. Auf Ipek endlich könnte das neue Albanien nur verzichten, wenn die Einverleibung von Skutari eine vollzogene Tatsache wäre. Herzog Avarna nahm meine Ausführungen zur Kenntnis und wies nochmals auf die Gefahren hin, welche aus einer eventuellen ernsten Verstimmung Rußlands erwachsen könnten. Der Herr Botschafter ließ sich besonders nachhaltig über das Mißverhältnis aus, welches zwischen einer an sich geringfügigen albanesischen Grenzfrage und den unabsehbaren Consequenzen einer europäischen Conflagration bestünde. Die Nachrichten, die aus Rußland in den letzten Tagen eingelaufen seien, müßten dringend zur Mäßigung rathen. Ich erwiderte darauf Herzog Avarna, daß ich gewiß nicht die Absicht habe, einen Krieg vom Zaune zu brechen, daß aber Rußland bedenken sollte, daß auch wir mit einer öffentlichen Meinung zu rechnen haben, die unserer Nachgiebigkeit gewisse Grenzen setze. Wir hätten unsere Beteiligung an den Londoner Berathungen seinerzeit aus Entgegenkommen für die Mächte zugesichert, fühlten uns aber nicht gebunden, wenn Rußland Bedingungen stellen sollte, die für uns ganz unannehmbar wären, weiter mitzumachen. Wir würden dadurch freie Hand bekommen gegenüber den Mächten, was vielleicht weniger zu beklagen wäre, als eine Fortsetzung unfruchtbarer Verhandlungen.

[a]) Vgl. n. 5454, 5487, 5516.

Nr. 5481. Tel. aus Rom, 21. Jan. 1913 Nr. 41 (eing. 5 U. 45 M. p. m.).[a]) Entziff.

Zu meinem Berichte vom 20. d. M. Nr. 5. Minister des Aeussern antwortete mir auf meine Bemerkung bezüglich Artikel 5: „La rédaction que nous proposons du second alinéa[b]) de l'article 5, a le même but qu'avait

en vue l'amendement rédigé par votre gouvernement qui peut être considéré comme compris dans notre formule plus étendue." Mérey.

[a]) Vgl. n. 5515. — [b]) Beginnt mit „L'organisation et le contrôle".

Nr. 5482. Tel. aus Rom, 21. Jan. 1913 Nr. 43 (eing. 22. Jan. 8 U. a. m.). Entziff.

Vertraulich. Inselfrage. Bei Mitteilung Inhaltes Euer Exzellenz Telegrammes vom 18. d. Mts. Nr. 90 an hiesigen Minister des Äußern bemerkte derselbe, der Wunsch Deutschlands, Inselfrage von der Botschafterréunion auszuschalten und Entscheidung über diese Frage vorerst den Kriegführenden zu überlassen, komme in Praxis darauf hinaus, daß sämtliche Inseln an Griechenland fallen. Deutschland könne diese Eventualität weniger interessieren, aber nach Ansicht Marquis di San Giulianos sei sie für uns und Italien bedenklich. Angesichts der Möglichkeit ernster Komplikationen in der asiatischen Türkei, wobei ganze Mittelmeerfrage aufgerollt werden dürfte, könnte es nämlich für uns und Italien nicht gleichgiltig sein, dass Griechenland, welches jetzt eine nicht unbedeutende Seemacht würde und in politischer Hinsicht ein Satrap Frankreichs (mehr noch als Russlands) sei, das östliche Mittelmeer durch den Besitz aller Inseln maritim vollständig beherrsche. Mérey.

Tel. nach St. Petersburg, 21. Jan. 1913 Nr. 76 (chiffr. 22. Jan. 12 U. 40 M. a. m.). Siehe n. 5471.

Tel. nach Berlin, 22. Jan. 1913 Nr. 94 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 5487.

Nr. 5483. Tel. nach Berlin, 22. Jan. 1913 Nr. 95 (chiffr. 10 U. 40 M. p. m.). Konz. (S. Nemes; V. u. G. Berchtold).

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 42 vom 19. l. M. habe ich entnommen, daß es Kaiser Wilhelm interessiren würde zu erfahren, ob ich mich endgiltig darüber entschlossen habe, welcher Religion das Oberhaupt des künftigen Albanien angehören solle. Diese Frage, welche derzeit noch nicht aktuell ist, bildet den Gegenstand von Besprechungen mit dem römischen Kabinette. Obzwar mit Rücksicht auf die Majorität der Bevölkerung ursprünglich die Wahl eines Mohammedaners zum Fürsten von Albanien in Erwägung stand, ist in der letzten Zeit hierin insoferne ein Wandel zu verzeichnen, als in Albanien, und zwar auch in mohammedanischen Kreisen Stimmen laut werden, wonach die künftige Entwicklung des Landes zum Kulturstaate erheischen würde, daß ein Prinz aus einem europäischen Fürstenhause auf den Thron gelange. Selbstverständlich bestärkt mich dies in der Anschauung, daß die Wahl auf einen christlichen Kandidaten fallen sollte, bezüglich der Konfession desselben ist nur festgestellt, daß das römische Kabinett gegen die Kandidatur eines Katholiken prinzipielle Bedenken[a]) hegt. Euer Exzellenz sind ermächtigt, Vorstehendes, das im übrigen zu Hochdero streng vertraulicher Orientirung bestimmt ist, im geeigneten Wege zur Kenntnis Seiner Majestät zu bringen.

[a]) Vgl. n. 5347. Berchtold.

Nr. 5484. Tel. aus Berlin, 22. Jan. 1913 Nr. 48 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm von gestern Nr. 92. Unterstaatssekretär teilt mir mit, Herr von Tschirschky habe schon berichtet, dass Euer Exzellenz bei Befolgung der von der deutschen Regierung vorgeschlagenen Vorgangsweise befürchten würden, die Entscheidung über das künftige Schicksal der ägäischen Inseln ganz aus der Hand zu geben. Herr Zimmermann bittet Euer Exzellenz zu bedenken, dass er bei festländischen Gebieten, deren Abgrenzung den Kriegführenden zu überlassen wäre, keineswegs an die Serbien und Montenegro zuzufallenden Gebiete, am allerwenigsten an Albanien gedacht habe, sondern nur an jene Gebiete, die von Bulgarien beansprucht werden. Szögyény.

Nr. 5485. Tel. nach Bukarest, 22. Jan. 1913 Nr. 53 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; V. u. G. Berchtold).

Zu Euer Durchlaucht Telegramm Nr. 20 vom 21. d. Mts., wonach Herr Take Jonesco bemerkte, dass ein Wettkampf zwischen Österreich-Ungarn und Russland um die Gunst Bulgariens bestehe. Wie wenig diese Auffassung des rumänischen Staatsmannes mit der in Sofia herrschenden Ansicht übereinstimmt, wollen Euer Durchlaucht aus der nachstehend reproduzierten telegraphischen Meldung Grafen Tarnowskis entnehmen. Der Herr Gesandte telegrafierte unterm 13. d. M. wie folgt: ... *wie n. 5381 vom Anfange bis „verhindert habe" mit Korrekturen* ... Vorstehendes zu Euer Durchlaucht Orientierung und eventuellen streng vertraulichen gesprächsweisen Verwerthung gegenüber König Carol und der dortigen Regierung. Überhaupt wollen Euer Durchlaucht der wie es scheint in manchen Kreisen vorwaltenden, völlig irrigen Auffassung über unsere Haltung gegenüber Rumänien entgegentreten. Daß diese Ansicht in den höchsten Kreisen nicht getheilt wird, beweist übrigens nicht nur der mit Handschreiben[b] Seiner Majestät des Königs Carol an unseren Monarchen ausgesprochene Wunsch des höchsten Herrn nach Erneuerung des Allianzverhältnisses, sondern auch ein in ungewöhnlich warmem und herzlichen Tone mir zugekommenes Telegramm des Königs, in welchem der höchste Herr die Befriedigung über die ausnehmend guten Beziehungen zwischen der Monarchie und Rumänien zum Ausdrucke bringt und gleichzeitig die Hoffnung ausspricht, daß dieses Verhältnis in Hinkunft noch inniger ausgestaltet werden möge.

[a] Vgl. n. 5497, 5737. — [b] Vgl. n. 5358.

Tel. nach Konstantinopel, 22. Jan. 1913 Nr. 60 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 5487.

Nr. 5486. Tel. nach London, 22. Jan. 1913 Nr. 99 (chiffr. 9 U. p. m.).[a] Konz. (S. Hohenlohe; G. Macchio).

... *wie n. 5457 in extenso mit Korrekturen* ... Hiebei bemerkte ich, daß es nötig wäre, daß auch die anderen Mächte dem in Vorstehendem

geäußerten Wunsche der Pforte zustimmen. Hilmi Pascha ist seither nochmals hier erschienen und hat weiters mitgeteilt, daß Sir E. Grey dieses Ansuchen der türkischen Regierung demnächst in der Botschafterréunion zur Sprache zu bringen gedenke. Der türkische Botschafter hat hiebei gebeten, Euer Exzellenz möchten beauftragt werden, sich bei der Gelegenheit in einer den türkischen Wünschen günstigen Weise auszusprechen. Mir ist aus den Meldungen Euer Exzellenz über eine derartige Absicht Sir E. Greys nichts bekannt. Sollte dieselbe jedoch bestehen und zur Ausführung gelangen, so wollen sich Euer Exzellenz im Rahmen meiner obzitirten Antwort an Hilmi Pascha aussprechen, keinesfalls aber in dieser Sache eine Initiative ergreifen.

[a]) Vgl. n. 5504.

Nr. 5487. Tel. nach London Nr. 100 (1), Berlin Nr. 94 (2), Rom Nr. 104 (3), St. Petersburg Nr. 77 (4), Paris Nr. 71 (5) und Konstantinopel Nr. 60 (6), 22. Jan. 1913 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; V. u. G. Berchtold).

1. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 61 vom 20. l. M. Über die Unterredung Grafen Benckendorffs und Fürsten Lichnowskys liegt mir eine ähnliche Meldung Grafen Szögyénys vor[b]) ... *wie n. 5480 von „Der Herr italienische Botschafter" bis zum Schluß.* ... Vorstehendes zur Regelung Ihrer Sprache, wobei Euer Exzellenz zwecks eines erfolgreichen Entgegentretens der Versuche Grafen Benckendorffs, für die russischen Forderungen Stimmung zu machen, sich noch folgender Argumente bedienen können. Ebenso wie in Rußland gibt es auch in Österreich-Ungarn eine öffentliche Meinung, mit der die Regierung rechnen muß und welche bei den territorialen Verschiebungen in unserer unmittelbaren Nähe die Schaffung eines lebensfähigen Albaniens als eine Garantie für die Aufrechterhaltung der Machtverhältnisse in der Adria betrachtet. Wenn ich im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens in dieser Hinsicht bedeutende Zugeständnisse mache, und zwar betreffs der Bahn durch Albanien und Loslösung von einigen vorwiegend albanesischen Gebieten, so bin ich eben an die äußerste Grenze dessen gelangt, was eine Regierung dem Lande verantworten könnte. Die Behauptung, Rußland habe uns in der Hafenfrage und bezüglich Albaniens Zugeständnisse gemacht, ist schon aus dem Grunde nicht richtig, weil die Schaffung eines autonomen lebensfähigen Albaniens Italien zumindest ebenso interessiert wie Österreich-Ungarn. Dem Anwurfe, daß wir die Kompensation für den Entgang Skutaris den Montenegrinern auf Kosten Serbiens geben wollen, wäre mit dem Hinweise entgegenzutreten, daß wir, von dem Principe des status quo absehend, ohnedies einer sehr bedeutenden Vergrößerung Serbiens zuzustimmen haben werden, wenn dies auch einen Teil jener Gebiete Montenegro überläßt, auf welche es seine Augen gerichtet hat.

2. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 43 vom 20. l. M. Ich telegraphiere an Grafen Mensdorff, der mir über die Unterredung Benckendorff-Lichnowsky ähnlich berichtet, wie folgt:

3.—6. Ich telegraphiere an Grafen Mensdorff wie folgt:

2.—6. (Inseratur Text des Telegrammes sub 1 von „Der Herr italienische Botschafter" bis zum Schluß). Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information und Regelung Ihrer Sprache. Berchtold.

a) Vgl. n. 5502, 5510, 5516, 5517, 5578. — b) Vgl. n. 5454.

Nr. 5488. Tel. aus London, 22. Jan. 1913 Nr. 67 (eing. 23. Jan. 10 U. a. m.).a) Entziff.

Als wir bei heutiger Réunion Besprechung der Frage Albaniens begannen, wollte Graf Benckendorff zuerst an der Hand des zwischen Grafen Thurn und Herrn Sazonow ausgetauschten Aide-mémoire[b]) vorgehen. Nachdem darin hauptsächlich von der Eisenbahnfrage die Rede ist und ich von Euer Exzellenz noch nicht die Antwort der deutschen und französischen Regierungen zu Hochderen Gesichtspunkten habe, bat ich meinen russischen Kollegen, davon abzusehen und gleich auf Skutari zu kommen, das er als zweiten Punkt vorbringen wollte. Die Diskussion betraf heute nur das Schicksal der Stadt Skutari bei der künftigen Grenzbestimmung. Graf Benckendorff legte Hauptgewicht auf Gefahr für montenegrinische Dynastie, wenn König Nikolaus Skutari nicht erlange, wodurch ernste Unruhen und Umwälzungen für den ganzen Balkan entstehen könnten. Ich brachte ausführlich unsere Argumente vor, absolute Notwendigkeit der Beibehaltung eines so ganz albanesischen Bezirkes bei künftigem Albanien, das sonst eine Mißgeburt und nicht lebensfähig wäre etc. Ich benützte diese Gelegenheit, um eine mir von Sektionschef Ippen verfaßte Zusammenstellung zu geben, nach welcher Albanien, wenn es nach dem Wunsche der Balkanalliierten delimitiert würde, nur 400.000 Einwohner hätte und trachtete, den Widersinn darzulegen „de créer une Albanie anémique, atrophiée et ayant dès sa naissance les germes de sa propre destruction, faisant jouer aux Puissances qui l'ont créée, un rôle ridicule." Herr Cambon stellt ein Resumee unserer Konversation zusammen, das ich Euer Exzellenz sobald ich die Abschrift erhalte, telegraphieren werde. Es wurde wiederholt von Graf Benckendorff und anderen Kollegen betont und Gewicht darauf gelegt, daß heute nur von der Stadt Skutari gesprochen wurde, obwohl meine Bemerkungen sich auch auf andere Gebiete erstreckten, was mich vermuten läßt, daß — falls Russland über diesen Punkt nachgeben sollte — es desto hartnäckiger auf Frage der Territorien außerhalb der Stadt bestehen wird. Es wird vielleicht angezeigt sein, falls dieser mein Eindruck richtig ist, wenn ich die erste Gelegenheit wahrnehme, um gegen mögliche Trennung der Stadt von den anliegenden Gebieten Stellung zu nehmen. Konversation war durchaus freundschaftlich, so daß die sehr reellen Gegensätze nicht allzu schroff einander gegenüber standen. Sir E. Grey hatte bei Beginn der Sitzung gesagt, es sei am besten, wenn wir jedenfalls nicht die Gegensätze konstatieren, sondern nur ein Resumee des Gesagten zur Vorlage an unsere respektiven Regierungen zusammenstellen. Mensdorff.

a) Oe.-U. Balkan 135 Nr. 247. Vgl. n. 5489, 5510 Anm. b. — b) Vgl. n. 5127.

Nr. 5489. Tel. aus London, 22. Jan. 1913 Nr. 70 (eing. 23. Jan. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Im Nachhange zu heutigem Telegramm Nr. 67. Nachstehend das von Herrn Cambon verfasste Resumé unserer Besprechungen in heutiger Réunion: „La réunion sans aborder encore la question de délimitation de l'Albanie s'occupe de la question de Scutari. L'ambassadeur de Russie dit que le Gouvernement Impérial a les plus graves objections à formuler contre l'abandon à l'Albanie de la ville de Scutari à cause de la question dynastique. Le peuple monténégrin réclame cette ville qui est le vrai débouché économique du pays et constitue au point de vue politique et stratégique une défense des plus sérieuses. D'après des informations sûres parvenues à Pétersbourg il paraît avéré que le Roi de Monténégro serait menacé de perdre son trône si après l'effort militaire de son peuple il était obligé de lui imposer une aussi grave déception. Malgré les appuis diplomatiques que ce souverain peut trouver auprès de certaines puissances, il ne pourrait lutter contre le ressentiment, et il est de l'intérêt général d'eviter une révolution dont les conséquences pourraient etre graves pour le maintien de la tranquillité dans les Balcans. L'ambassadeur d'Autriche-Hongrie répond que Scutari est une ville essentiellement albanaise, qu'au point de vue politique, économique et spirituel elle est considérée par les Albanais du Nord comme leur capitale, que toute la région est albanaise et catholique, que le protectorat exercé depuis un siècle et demi par l'Autriche-Hongrie sur les populations catholiques lui impose l'obligation d'insister pour que l'Albanie ne perde pas un point aussi important, que si l'on veut constituer une Albanie autonome viable, il ne faut pas la décapiter, que le Gouvernement austro-hongrois ne désire certainement pas la chute de la dynastie monténégrine, mais que les prétentions du Roi Nicolas sur Scutari ne paraissent justifiées, ni par des titres legaux, ni par des succès militaires, ni par les voeux des populations albanaises. L'ambassadeur de Russie réplique qu'en ce qui concerne le protectorat catholique, les catholiques établis au Monténégro n'ont jamais eu à se plaindre du Gouvernement, que le traité de Berlin a stipulé la liberté des cultes et qu'il a été scrupuleusement observé, que le Gouvernement de Cettigné est le seul de cette région qui ait conclu un concordat avec le Saint-Siège. L'ambassadeur d'Italie se rallie au point de vue autrichien en ajoutant qu'il y a lieu de tenir compte du sentiment de la population de Scutari qui ne comprendrait pas qu'au moment où autonomie albanaise est créée, la ville en fût distraite. L'ambassadeur d'Allemagne appuie également les vues du Gouvernement austro-hongrois. Sir Edward Grey et l'ambassadeur de France se rallient à celles du Gouvernement russe. La réunion décide d'ajourner la discussion pour consulter les Gouvernements.“

Mensdorff.

[a] Vgl. n. 5502, 5510 Anm. b, 5583.

Tel. nach Paris, 22. Jan. 1913 Nr. 71 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 5487.

Tel. nach Rom, 22. Jan. 1913 Nr. 104 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 5487.

Nr. 5490. Tel. aus Rom, 22. Jan. 1913 Nr. 45 (eing. 9 U. p. m.). Entziff.

Vertraulich. Inselfrage. Vor Déchiffrierung hoher Telegramme von gestern Nr. 101, 102[a]) und 103 sprach ich heute bei einer flüchtigen Begegnung Herrn von Jagow und Marquis di San Giuliano. Ersterer motiviert letzten Vorschlag seiner Regierung einerseits mit dem Wunsche, offenen Zwiespalt der Mächte in dieser Frage in der Botschafterréunion zu vermeiden, andererseits mit dem Zweifel an der Möglichkeit, die Griechen aus den von ihnen besetzten Inseln zu delogieren. Dagegen meinte Herr von Jagow, italienische Regierung sollte sich auf den Friedensvertrag von Lausanne steifen und die von Italien besetzten Inseln nicht herausgeben. Auf diese Art könnten wenigstens diese letzteren Inseln vorläufig für die Türkei gerettet werden. Minister des Äußern bestätigt mir, daß deutscher Botschafter ihn in diesem Sinne gesprochen habe. Er wendet aber ein, dieser deutsche Vorschlag sei von der Voraussetzung ausgegangen, daß Antwort der Pforte auf die Kollektivdemarche negativ ausfalle, während dermalen das Gegenteil wahrscheinlich sei. Marquis di San Giuliano wird Angelegenheit noch überlegen und sich mit Wien und Berlin beraten. Mérey.

[a]) Mit Tel. Nr. 102, 21. Jan. 1913 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.), wurde n. 5456 nach Rom mitgeteilt.

Tel. nach St. Petersburg, 22. Jan. 1913 Nr. 77 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 5487.

Nr. 5491. Tel. aus St. Petersburg, 22. Jan. 1913 Nr. 16 (eing. 23. Jan. 11 U. a. m.).[a]) Entziff.

Da ich seit einigen Tagen leicht erkrankt bin und das Bett hüte, sprach heute Graf Czernin Herrn Sazonow. Betreffend rumänisch-bulgarische Pourparlers sagte Minister des Äußern, er halte Herrn Danew für einen wenig geeigneten Unterhändler und er habe daher den Rat erteilt, man möge die Verhandlungen nach Bukarest oder Sofia verlegen. In Angelegenheit Zession Adrianopels scheint sich bei der Pforte die Tendenz zur Nachgiebigkeit zu zeigen. Wichtig scheint Sazonow die Frage der ägäischen Inseln, in welcher seinen Informationen zufolge seitens der Dreibundmächte Bedenken gegen die Abtretung der Inseln Mytilene und Chios an Griechenland geltend gemacht würden. Der Standpunkt Russlands in dieser Frage sei sehr präzis. Nach hiesiger Überzeugung sei die einzig mögliche Lösung der Inselfrage in der Abtretung auch dieser zwei Inseln an Griechenland zu suchen. Russland könne keinesfalls einen eventuellen Widerstand Griechenlands in dieser Frage überwinden helfen und werde sogar die Ansprüche dieses Königreiches unterstützen. Hingegen sei es bereit, an der Schaffung von Garantien mitzuwirken, welche eine Gefährdung des kleinasiatischen Besitzstandes der Türkei ausschließen würden, ebenso wie dies ja für die vier Inseln am Dardanelleneingange geplant sei. Bezüglich der Abgrenzung Albaniens schien Herr Sazonow die Befürchtung zu hegen, daß die Fixierung der

Ostgrenze zu weitgehenden Differenzen führen könnte, und erwähnte namentlich Prisren, welches unmöglich noch zu Albanien fallen könne. Hingegen schien er betreffs der Stadt Skutari weniger ernste Differenzen zu befürchten und das Hauptgewicht darauf zu legen, daß Montenegro bei der endgiltigen Gebietsbestimmung nicht so schlecht abschneide, daß daraus eine Gefährdung der dortigen Dynastie resultiere. Ein slavisches Interesse spiele in der Frage überhaupt nicht mit, die Erhaltung der montenegrinischen Dynastie sei für uns vielleicht wichtiger als für Russland. Betreffs Armeniens habe Herr Sazonow dem türkischen Botschafter den Rat erteilt, die Pforte wissen zu lassen, daß man hier die Einführung wirksamer Reformen für wichtig halte, damit das jüngste Ereignis sich nicht in Kleinasien wiederhole; er habe nicht verschwiegen, daß Russland dortigen Ereignissen, als an seiner Grenze, nicht passiv zuschauen könnte. Gewisse, bisher nicht zweifellos erwiesene, doch immer wieder auftauchende Nachrichten über militärische Vorkehrungen Russlands im Kaukasus lassen darauf schließen, daß man hier immerhin mit der Möglichkeit des Akutwerdens der armenischen Frage im nächsten Frühjahr rechnet. Thurn.

[a]) Oe. U. Balkan 135 Nr. 248. Vgl. n. 5542 Anm. b, 9487.

Nr. 5492. Tel. aus Sofia, 22. Jan. 1913 Nr. 46 (eing. 6 U. 45 M. p. m.).[a]) *Entziff.*

Bei heutiger kurzer Unterredung mit Ministerpräsidenten klagte er sehr über Schwierigkeiten, die oppositionelle Parteien wegen rumänischer Frage der Regierung bereiten. Dann sagte Herr Geschoff, alle Mächte, auch Deutschland, empfehlen Rumänien, sich mit bulgarischem Angebot zu begnügen, nur wir täten es nicht. Konseilspräsident fragte, ob ich zu Euer Exzellenz Kenntnis gebracht, was er (Geschoff) mir kürzlich gesagt, nämlich, daß ihm Sallabascheff gemeldet, Hochdieselben hätten Abtretung Silistrias geraten (Gehorsames Telegramm Nr. 27 vom 14. d. Mts.) Diese Haltung des Wiener Kabinetts enttäusche bulgarische Regierung und rufe hier Verstimmung hervor, was Herr Geschoff bedauere. Konseilspräsident wäre mir sehr dankbar, wenn ich Euer Exzellenz seine Bitte vermitteln würde, Rumänien doch auch Rat zu geben, bulgarisches Angebot anzunehmen. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 5497, 5520.

Nr. 5493. Bericht aus Belgrad, 23. Jan. 1913 Nr. 22 (eing. 24. Jan.). Ausfert.

Vertraulich. Wie ich von sicherer Seite vertraulich informiert wurde, ist die serbische Regierung endlich einig geworden, auf welche besetzte Gebiete sie definitiven Anspruch erheben soll. Im Sandjak wird der nördlichere Teil mit Nova-Varos, Sjenica und Novi-Bazar beansprucht. In Altserbien wird der Besitz von Mitrovica und Priština gar nicht in Frage gestellt, aber auch auf Diakova und Prizren soll die serbische Regierung beschlossen haben unter keiner Bedingung verzichten zu können. Selbst-

verständlich gelüstet es ihr auch nach Ipek, doch glaube ich, wird dem Besitz dieser Stadt nicht dieselbe große Bedeutung beigelegt, obgleich bei jeder Gelegenheit mit Nachdruck darauf hingewiesen wird, dass daselbst durch lange Zeit ein serbischer Patriarch residiert hat. Südwestlich von Prizren soll die Grenze entlang der am linken Ufer des schwarzen Drin parallel mit demselben bis zum Ochridasee sich hinziehenden Wasserscheide gehen. Struga sollte noch Serbien, Ochrida hingegen Bulgarien gehören. Etwas nördlich von dieser Stadt soll die neue serbische Grenze — mit Umgehung der angeblich von den Griechen beanspruchten Ortschaft Kruševo — nach Prilep gehen und von dort die Richtung nach Köprülü (Veles) und Istip nehmen, doch beide Städte sollen ausserhalb des serbischen Gebietes bleiben und Bulgarien zufallen. Von Istip soll die Grenze in ziemlich gerader Richtung, mit Einschluß von Egri-Palanka, bis zum jetzigen serbischen Gebiet reichen. Man rechnet also mit der Abtretung der mit großen Opfern eroberten Städte Monastir, Köprülü (Veles), Istip, die vertragsmäßig den Bulgaren zugesichert worden sind. Dieser Verzicht wird hier ausserordentlich schlechten Eindruck machen und das Kabinett Pašić macht sich auf die allerheftigsten Angriffe aus diesem Anlasse gefasst. Die Regierung hofft dagegen, sich den Besitz Dibras sichern zu können. Ugron.

Nr. 5494. Tel. nach Bukarest, 23. Jan. 1913 Nr. 54 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. u. G. Nemes).

Geheim. Erhalten Euer Durchlaucht Telegramm Nr. 22 vom 23. l. Mts. Euer Durchlaucht wollen Seiner Majestät zur höchsten Kenntnis bringen, dass ich betreffs Erneuerung des Vertrages in der in Aussicht genommenen Dauer das Nötige veranlassen werde, jedoch sei hiefür die Zustimmung Deutschlands und Italiens erforderlich. Ich werde aber bemüht sein, dass das Vertragsinstrument tunlichst innerhalb 8 bis 10 Tagen in Bukarest einlange. Berchtold.

[a] Vgl. n. 5495, 5498.

Nr. 5495. Tel. nach Bukarest, 23. Jan. 1913 Nr. 55 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. u. G. Berchtold).

Über Allerhöchsten Auftrag ersuche ich Euer Durchlaucht, Seiner Majestät dem König Carol zur höchsten Kenntnis zu bringen, dass unser Allergnädigster Herr das königliche Handschreiben[b] erhalten hat und Seiner Majestät für dasselbe besten Dank sagt, sich vorbehaltend, denselben noch im schriftlichen Wege zu wiederholen. Gleichzeitig hat mich der Allerhöchste Herr ermächtigt, im Wege Euer Durchlaucht dem König Carol wissen zu lassen, dass die nötigen Schritte wegen Erneuerung des Vertragsverhältnisses mit Rumänien bereits eingeleitet worden sind und in allernächster Zeit das diesfällige Vertragsinstrument nach Bukarest abgehen wird.

[a] Vgl. n. 5494, 5500. — [b] Vgl. n. 5358.

Nr. 5496. Tel. nach Bukarest, 23. Jan. 1913 Nr. 56 (chiffr. 10 U. 20 M. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; G. Nemes).

Erhalten Euer Durchlaucht Telegramm Nr. 23 vom 23. l. M. Ich ersuche Euer Durchlaucht, Seiner Majestät dem Könige zu melden, ich sei im höchsten Grade darüber befriedigt, aus den Euer Durchlaucht gegenüber gemachten Äußerungen Seiner Majestät entnehmen zu können, daß Aussicht auf eine Verständigung mit Bulgarien vorhanden sei, nachdem ich dies von Anfang an als im Interesse Rumäniens gelegen erachtet habe. Euer Durchlaucht wollen König Carol noch mitteilen, daß ich Graf Mensdorff beauftragt habe, in dem von Seiner Majestät gewünschten Sinne auf Herrn Danew einzuwirken und ebenso auch Graf Tarnowski angewiesen habe, mir seine eventuellen Wahrnehmungen über eine angebliche Strömung in Sofia einzuberichten, welche dahin ginge, die bereits gemachten Konzessionen wieder zurückzuziehen. Berchtold.

[a] Oe. U. Balkan 137 Nr. 252. Vgl. n. 5499, 5520.

Nr. 5497. Tel. nach Bukarest, 23. Jan. 1913 Nr. 57 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.). Konz. (S. Berger; V. u. G. Berchtold).

Im Verfolge meines Telegrammes von gestern Nr. 53. Graf Tarnowski telegraphiert unterm 22. l. M. wie folgt: ... *wie n. 5492 von Anfang bis „täten es nicht“ und von „Diese Haltung“ bis „bedaure“* ... Aus dieser neuerlichen Meldung des k. u. k. Gesandten in Sofia können Euer Durchlaucht ersehen, welche Bedeutung man dortselbst dem Umstande zuschreibt, daß wir in der bulgarisch-rumänischen Differenz einen ausgesprochen rumanophilen Standpunkt vertreten. Diese den Tatsachen entsprechende Haltung des Wiener Kabinettes ist Euer Durchlaucht übrigens hinlänglich bekannt und kann ich es nur bedauern, wenn selbst bei hervorragenden rumänischen Politikern die entgegengesetzte irrige Auffassung noch immer herrscht. Ich will aber annehmen, daß es den Bemühungen Euer Durchlaucht gelingen wird, den maßgebenden Politikern eine richtige Einschätzung unserer Politik beizubringen.

Nr. 5498. Tel. aus Bukarest, 23. Jan. 1913 Nr. 22 (eing. 4 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Geheim. Seine Majestät der König, den ich gestern abends zu sprechen Gelegenheit hatte, sagte mir, er lege Wert auf möglichst baldige Erneuerung des Vertrages in 8 bis 10 Tagen und bittet mich, in diesem Sinne bei Euer Exzellenz zu urgieren. Auf meinen Anwurf, ob Vertrag mit Rumänien nicht auf eine gleich lange Dauer wie Dreibundvertrag eventuellen Falles abgeschlossen werden könnte, äusserte sich Seine Majestät, dass er keine Einwendung dagegen erheben würde, falls ein solcher Antrag gestellt werde. Vermute, dass Seine Majestät bei unbefriedigendem Ausgange bulgarischer Verhandlungen Sturz des konservativen Ministeriums voraussieht und noch vorher Angelegenheit ordnen möchte. K. E. Fürstenberg.

[a] Vgl. n. 5421, 5494, 5499, 5500.

Nr. 5499. Tel. aus Bukarest, 23. Jan. 1913 Nr. 23 (eing. 4 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Nachhang zu hierortigem Telegramm Nr. 22 geheim. Seine Majestät äußerte sich dahin, daß er um jeden Preis Streitfrage mit Bulgarien auf friedlichem Wege schlichten wolle, nachdem Bulgarien das Prinzip territorialer Abtretungen anerkannt habe, nur dürfe letzteres Verhandlungen nicht wieder in die Länge ziehen, da dadurch sein Standpunkt gegenüber Kriegspartei ungemein erschwert werde. Er wäre daher Euer Exzellenz sehr verpflichtet, wenn Graf Mensdorff beauftragt werden könnte, Herrn Danew nahezulegen, daß längere Verzögerung Stand der Angelegenheit nur verschlechtern könnte. Ausführungen Seiner Majestät konnte ich entnehmen, daß auf Grund der Abtretung der Silistria umgebenden Höhen von Medschidi—Tabia und Landstreifens, der Kavarna mit einbegreifen würde, jedoch ohne Stadt Silistria, Uebereinkommen rasch abgeschlossen werden würde. Seine Majestät erklärte aber mit größter Entschiedenheit, daß er es unbedingt als Kriegsfall ansehen müßte, falls Bulgarien die bereits gemachten Konzessionen zurückziehen würde. Aus Bericht aus Sophia habe er entnommen, daß eine gewisse Strömung dafür dortselbst vorhanden sei, und wäre es ihm von größtem Interesse zu erfahren, ob Graf Tarnowski ähnliche Wahrnehmung gemacht hätte. Falls eine Einigung nicht erzielbar sei, würde Rumänien sich an Großmächte wenden und deren Schiedsspruch anrufen. Größtes Interesse bekunden Seine Majestät an Heranziehung Herrn Mişus zu Reunion, hervorhebend, daß Rumänien gehört werden müsse in albanesischer, Kutzowalachen-, Donau-Adria-Bahn- und Berg Athos-Frage. K. E. Fürstenberg.

[a] Oe. U. Balkan 136 Nr. 250. Vgl. n. 5496, 5503, 5520, 5590.

Nr. 5500. Bericht aus Bukarest, 23. Jan. 1913 Nr. 9.[a] Ausfert.

Geheim. Nach einem Diner bei Ihren Majestäten, zu welchem ausser Ihren königlichen Hoheiten dem Prinzen Karol und der Prinzessin Elisabeth nur meine Frau und ich zugezogen zu werden die hohe Ehre hatten, brachte Seine Majestät der König die Sprache auf die Erneuerung des Vertrages mit den Dreibund-Mächten (vide hieramtliches Telegramm Nr. 22 von heute). Seine Majestät äusserte Sich über Seine Antworten auf die Ihm zugekommenen Allerhöchsten Handschreiben dahin, dass Er in dieselben die gleiche Phrase aufgenommen hätte, welche in allen drei Schreiben enthalten war, welche besagte, dass der Vertrag unverändert fortbestehen werde, von der Vermutung ausgehend, dass auch das mit Rumänien bestehende Abkommen ohne jede Abänderung erneuert werden solle. Es sei dies selbstverständlich, da der Dreibundvertrag mit dem Inhalte des mit Rumänien getroffenen Abkommens identisch sei, daher, wenn ersterer tale quale aufrecht erhalten werde, auch letzteres ohne Änderung bleiben müsse. Ich erlaubte mir darauf zu replicieren, dass meines Erinnerns, dies nicht ganz der Fall sei, nachdem, so viel mir bekannt, sowohl für die Dauer der betreffenden Verträge als auch für den casus foederis abweichende Bestimmungen vorgesehen seien. Seine Majestät fiel mir mit dem

Bemerken ins Wort: „Sie haben ganz recht, ich erinnere mich jetzt, dass mir seinerzeit gesagt wurde, es bestünden Abweichungen in dem Paragraphe, welcher den Punkt des gleichzeitigen Angriffes von Seiten zweier angrenzenden Staaten behandelt. Auch ist der Dreibund jetzt auf 7 Jahre erneuert, wogegen unser Vertrag nur auf 3 Jahre läuft, mit einjähriger Kündigung." Ich benützte diesen Moment um an Seine Majestät die Frage zu stellen, ob es Höchstdemselben nicht vielleicht angezeigt schiene, beide Verträge pari passu laufen zu lassen. Ohne Zögern geruhte darauf Seine Majestät zu antworten, dass, falls unter den Verbündeten darüber eine Einigung erzielt würde, Er gegen diese Änderung keine Bedenken hätte. Nur lege Er grossen Werth darauf, dass die Erneuerung in kürzester Zeit erfolge, und erwarte Er ehestens Vorschläge Euer Excellenz, wie dies zu erfolgen habe, nachdem Alles zwischen Ihm respective Herrn Maioresco, dem Wiener Auswärtigen Amte und mir geschehen müsse. Sollten irgend welche redactionelle Veränderungen getroffen werden, so müsste ein neues Vertrags-Instrument oder ein Zusatz zum Bestehenden geschaffen werden und würde Er zu diesem Behufe durch mich das dazu benötigte bestehende Instrument oder das zu einem Zusatz oder einer Neuredaction notwendige Papier nach Wien senden, da die gesammte Ausfertigung dortselbst, wie bisher, geschehen müsse. Die Vollmacht für Herrn Maioresco würde vom Minister selbst ausgefertigt werden und könnte die Signirung bei mir in der k. u. k. Gesandtschaft vor sich gehen. Über den Grund, der Seine Majestät zu dieser raschen Erledigung zu drängen scheint, erlaubte ich mir bereits telegraphisch zu berichten. K. E. Fürstenberg.

[a] Vgl. n. 5495, 5507, 5524.

Nr. 5501. Tel. des Generalkonsuls Rudolf Weinzetl aus Cetinje, 23. Jan. 1913 Nr. 8 (eing. 10 U. 15 M. p. m.).[a] Entziff.

König ließ gestern italienischen Gesandten zu sich bitten und teilte ihm mit, er sei informiert, daß Italien sich dem Standpunkt Österreich-Ungarns in der Skutari-Frage angeschlossen hätte. Seine Majestät bat Gesandten nach Rom zu telegraphieren, daß er um den Besitz Skutaris bis zur völligen Vernichtung Montenegros kämpfen werde. Als italienischer Vertreter erwiderte, daß er Ähnliches schon öfter gemeldet, wiederholte König sein Verlangen. Unmittelbar vorher hatte Höchstderselbe russischen Gesandten empfangen und ihm, wie dieser seinem italienischen Kollegen erzählte, eine analoge Erklärung abgegeben. Mir gegenüber jedoch gab Herr von Giers nur zu, daß der König ihm von der Übereinstimmung Italiens und Österreich-Ungarns in obiger Frage Mitteilung gemacht. Weinzetl.

[a] Vgl. n. 5512.

Nr. 5502. Tel. nach London, 23. Jan. 1913 Nr. 102 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; V. Rappaport; G. Nemes).

Zu dem in Euer Exzellenz Telegramm Nr. 70 vom 22. d. M. wiedergegebenen Ausführungen Graf Benckendorffs wäre Folgendes zu bemerken. 1. Das Hauptgewicht unserer Argumentation bezüglich des künftigen

Schicksals der katholischen Bevölkerung von Skutari liegt nicht, wie Euer Exzellenz russischer Kollege irrtümlicherweise anzunehmen scheint, darin, daß wir diese Bevölkerung vor der Herrschaft Montenegros bewahren wollen. Es handelt sich uns vielmehr darum, daß nicht gerade die katholische Bevölkerung Skutaris, welche uns infolge des Kultusprotektorates nahesteht, bei der Bildung des autonomen Albaniens durch Ausschluß aus dieser nationalstaatlichen Organisation beziehungsweise durch Verlust ihres natürlichen Zentrums gegenüber ihren anderen Stammesgenossen zu kurz komme. 2. Die russischerseits aufgestellte Behauptung, die montenegrinische Dynastie Petrović-Njegus stehe auf so schwachen Füßen, daß sie fallen müßte, falls das Land nicht aus dem gegenwärtigen Kriege mit der Erwerbung Skutaris hervorgehen sollte, erweist sich bei näherer Prüfung als nicht stichhältig. Ganz abgesehen davon, daß diese auch uns zu Ohren gekommenen Gerüchte montenegrinischerseits in der kategorischesten Weise dementiert worden sind, können wir auf Grund unserer Informationen über die Stimmung im Lande absolut nicht annehmen, daß die historischen Verdienste, die sich der greise König Nikolaus um sein Volk und sein Land erworben hat, so sehr in Vergessenheit geraten sein könnten, daß sein Thron nur deshalb wanken sollte, weil Montenegro, welches im übrigen mit einem unerwartet großen Gebietszuwachse aus dem Kriege hervorgehe, gerade eine Stadt und deren Umgebung nicht erhalte, deren Einwohnerschaft in keinerlei religiösem oder nationalem Zusammenhange mit ihm steht. 3. Die Bezeichnung Skutaris als des wirklichen ökonomischen Débouchés Montenegros enthält einen sachlichen Irrtum, indem die Bojana das gemeinsame natürliche Débouché sowohl für Montenegro als auch für Skutari darstellt und beiden Zwecken gleichzeitig in von einander unabhängiger Weise gedient hat und in Zukunft in noch vollkommenerer Weise dienen wird, wenn die in dem gegenwärtigen Vertragsrechte stipulierte Freiheit der Bojana-Schiffahrt durch die Regulierung dieses Flusses ihre Ergänzung gefunden haben wird. Indem ich es Euer Exzellenz anheimstelle, vorstehende Bemerkungen bei der nächsten sich ergebenden Gelegenheit zu verwerten, bemerke ich, daß für Hochderen weitere Sprache bezüglich der Stadt und Ebene von Skutari die Ausführungen meines Telegrammes Nr. 100 von gestern mit zu berücksichtigen wären. Berchtold.

a) Oe. U. Balkan 136 Nr. 249.

Nr. 5503. Tel. nach London Nr. 104 (1) und Sofia Nr. 41 (2), 23. Jan. 1913 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.).a) Konz. (S. Hohenlohe; G. Berchtold).

1. Prinz Fürstenberg telegraphiert unterm 23. l. M.: ... *wie n. 5499 in extenso* ... Euer Exzellenz sind ermächtigt, im Sinne der Anregung König Karols auf Herrn Danew einzuwirken, damit jede Verzögerung in den Verhandlungen vermieden werde. Ich muß es hiebei Euer Exzellenz anheimgeben, die Äußerungen des Königs in einer geeignet erscheinenden Form zu verwerten, wobei ich bemerke, daß der Passus betreffend einen eventuellen Appell Rumäniens an ein Schiedsgericht nicht zu erwähnen wäre. Wie Euer Exzellenz aus meinen früheren Instruktionen bereits

bekannt, würde ich Wert darauf legen, daß Hochdieselben zum Zustandekommen einer Verständigung zwischen Herrn Danew und Herrn Mişu tunlichst beitragen, weil dies nur unseren Beziehungen zu den beiden Ländern zustatten käme.

2. Prinz Fürstenberg telegraphiert unterm 23. l. M.: ... *wie n. 5499 vom Anfang bis „Wahrnehmung gemacht hätte“* ... Vorstehendes zu Euer Hochgeboren ausschließlich persönlicher Kenntnisnahme. Euer Hochgeboren wollen Ihre Wahrnehmungen bezüglich der von König Karol aufgeworfenen Frage telegraphisch berichten. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 5521, 5557.

Nr. 5504. Tel. aus London, 23. Jan. 1913 Nr. 71 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 99 von heute. Sir E. Grey hat das von Hilmi Pascha angekündigte türkische Ansuchen nicht vor die Botschafterréunion gebracht. Bei gestriger Réunion hat Staatssekretär uns die Anfragen der türkischen Delegierten erzählt (ohne die Fragen offiziell vor uns zu bringen), über die ich mit Telegramm Nr. 62 vom 20. d. M. und 64 vom 21. d. M. gemeldet habe, und wiederholt, was er mir bereits gesagt hatte. Nach seiner persönlichen Ansicht sprach sich Sir E. Grey gegen eine Kriegsentschädigung aus (die allerdings von den Alliierten stark gefordert werden dürfte), die Türkei werde finanziell sehr geschwächt sein und unter allen Umständen sich große Sparsamkeit auferlegen müssen, namentlich in Ausgaben für Heer und Flotte. Mensdorff.

Tel. nach Sofia, 23. Jan. 1913 Nr. 41 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 5503.

Nr. 5505. Tel. aus Sofia, 23. Jan. 1913 Nr. 51 (eing. 24. Jan. 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Dobrovič sagte mir, Salonik sei eine schwierige Frage; Griechenland wolle darauf nicht verzichten und Condominium kaum praktisch durchführbar. Wenn Frieden mit Türkei perfekt, werde an Salonik-Frage herangetreten, deren Lösung hoffentlich Großmächte den Balkanstaaten überlassen würden. Wie er sich Lösung vorstellt, war von Dobrovič nicht zu erfahren.

[a]) Vgl. n. 5585. Tarnowski.

Nr. 5506. Tel. aus Sofia, 23. Jan. 1913 Nr. 53 (eing. 10 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Dobrovič sagte mir, rumänische Frage schiene günstigere Wendung genommen zu haben. Herr Danew habe Unrecht gehabt, daß er Geduld verlor und Pourparlers unterbrochen. Nunmehr sei Frage zwar noch nicht gelöst, es werde aber weiter verhandelt und Rumänien scheine eingesehen zu haben, daß es von seinen übertriebenen Forderungen nachlassen müsse. Bulgarien zeige Entgegenkommen, gebe sogar ein Stück Küste, nur Silistria könne nicht abgetreten werden. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 5520.

Nr. 5507. Tel. nach Berlin Nr. 102 (1) und Rom Nr. 115 (2), 24. Jan. 1913 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.).[a] *Konz. (S. Biegeleben; V. u. G. Berchtold).*

1. und 2. Streng geheim. Anlässlich der Mittheilung von der Erneuerung des Dreibundes an König Carol von Rumänien ist der Gedanke angeregt worden, den zwischen Oesterreich-Ungarn und Rumänien bestehenden geheimen Bundesvertrag jetzt schon, und zwar sobald als möglich, unverändert zu erneuern und bei dieser Gelegenheit die Bestimmungen hinsichtlich der Laufzeit und des Endtermines mit den analogen Anordnungen des Dreibundvertrages in zeitlichen Einklang zu bringen. Während also der meritorische Inhalt und Wortlaut des Vertrages unberührt bliebe, soll seine Laufzeit statt wie bisher von drei zu drei Jahren künftighin wie im Dreibundvertrag von sechs zu sechs Jahren festgelegt und überdies ausgesprochen werden, dass sein erster Endtermin mit jenem des Dreibundvertrages, das ist dem 8. Juli 1920 zusammenfällt. Ich ersuche Euer Exzellenz, hievon die

1. kaiserlich deutsche
2. königlich italienische

1. und 2. Regierung streng vertraulich in Kenntnis zu setzen und sich zu vergewissern, ob sie bereit ist, wie dies auch bei den früheren Erneuerungen der Fall war, ihren Beitritt zu dem tel quel erneuerten Vertrag in der bisher üblichen Form auszusprechen. Ich wende mich in dieser Angelegenheit gleichzeitig auch an die

1. königlich italienische
2. kaiserlich deutsche Regierung

1. und 2. und ersuche Euer Exzellenz, über das Ergebnis dieser Demarche umgehend zu telegrafiren. Berchtold.

[a] Vgl. n. 5500, 5523, 5541, 5549, 5611, 5620.

Nr. 5508. Tagesbericht über einen Besuch des deutschen Botschafters, 24. Jan. 1913 Nr. 440.[a] *Konz. (S. Hohenlohe; V. u. G. Berchtold).*

Der deutsche Botschafter hat mich heute aufgesucht und mir Nachstehendes mitgeteilt: Aus einem Telegramme des Fürsten Lichnowsky an seine Regierung geht hervor, daß Sir E. Grey bei Marquis Imperiali die Anregung gemacht hat, Italien möge von seinem Standpunkte bezüglich der Inseln des Ägäischen Meeres abgehen und deren Abtretung an Griechenland zustimmen. Der italienische Botschafter habe hierauf bemerkt, daß in diesem Falle die Garantierung des türkischen Besitzstandes in Kleinasien durch die Mächte gefordert werden müsse. Sir Edward habe seinerseits demgegenüber geltend gemacht, daß hiegegen schwerwiegende Bedenken bestünden, da ein derartiger Vorschlag die anderen Mächte verletzen könnte; so habe Rußland Schwierigkeiten an der persisch-türkischen Grenze, Deutschland könnte seine Interessen, die Bagdadbahn betreffend, gefährdet sehen, Frankreich sich in Syrien geschädigt fühlen. Fürst Lichnowsky habe hiezu bemerkt, daß eine derartige Garantirung des asiatischen Besitzes der Türkei deutscherseits nur gebilligt werden könnte, da Deutsch-

land dort ausschließlich wirtschaftliche Interessen verfolge, welche eine ungeschmälerte türkische Herrschaft in diesen Gebieten erheischen. Herr Zimmermann hat dem deutschen Botschafter in London geantwortet, daß er sich mit dessen Äußerungen einverstanden erkläre. Wenn wir uns bezüglich der Inseln binden, so könne dies im Hinblick auf das Festland unmöglich andere Mächte verletzen. Eine derartige Differenzirung wäre nur dann verständlich, wenn diese anderen Mächte die Absicht hätten, die Türkei anzugreifen. Die asiatische Türkei bilde für Deutschland ein noli me tangere insbesondere mit Rücksicht auf die Bagdadbahn. Nach einer anderen Herrn von Tschirschky seitens seiner Regierung zugegangenen Information, hätte Sir E. Grey die Autonomie der Inseln ohne die obgedachte Garantirung seitens der Mächte oder deren Verwaltung durch Griechenland unter türkischer Flagge angeregt. Aus dieser Darstellung glaube man in Berlin ersehen zu können, daß Sir Edward einzulenken beginne; dies wäre ein Grund, bis auf weiteres auf dem Standpunkte zu beharren, daß nicht alle Inseln an Griechenland überlassen werden dürfen.

[a]) Vgl. n. 5471.

Nr. 5509. Tel. aus Berlin, 24. Jan. 1913 Nr. 52 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Unterstaatssekretär sagte mir heute, er habe aus Anlass des jungtürkischen Staatsstreiches in Konstantinopel[a]) eine Zirkulardepesche an die deutschen Botschafter bei den Signatarmächten gerichtet, in der er ausführt, dass die deutsche Regierung entschlossen sei, angesichts der Umwälzung am Goldenen Horn eine neutrale Haltung einzunehmen. Mir gegenüber fügte Herr Zimmermann streng vertraulich hinzu, er befürchte, dass Russland sich zu einem Gewaltstreich gegen die Türkei verleiten lassen könnte. Diese Idee scheint den Unterstaatssekretär momentan am meisten zu präokkupieren. Das Wiederaufleben des jungtürkischen Regimes, so führte er des weiteren aus, sei zwar bedauerlich, doch wäre es seiner Ansicht nach ein Fehler von Seite der Mächte, wenn sie die weitere Entwicklung der Dinge nicht abwarten würden. Wenn auch die Übergabe Adrianopels nicht gleich erfolge, sei es doch nicht anders möglich, als dass die Festung in Bälde als reife Frucht den Bulgaren zufalle.

Szögyény.

[a]) Vgl. Pol. Chron. d. ö.-u. Mon. 1913, 43 und n. 5513, 5514.

Nr. 5510. Tel. aus Berlin, 24. Jan. 1913 Nr. 54 (eing. 10 U. p. m.).[a]) *Entziff.*

Bezug auf Telegramme Nr. 90, 94 und 96.[b]) Fürst Lichnowsky hat über den Verlauf der Besprechungen in der Botschafterréunion vom 22. d. M. ganz gleichlautend wie Graf Mensdorff Meldung erstattet. Herr Zimmermann glaubt nach Meldungen aus Petersburg annehmen zu können, dass die russische Regierung, welche die Prätensionen Monte-

negros auf den See und einen Teil der Ebene von Skutari zwar bisher eindringlich unterstützte, in der Folge den Wünschen Österreich-Ungarns, die auch von Seiten Deutschlands und Italiens unterstützt werden, dennoch nachgeben werde. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 5551 Anm. a. — [b]) Mit Tel. Nr. 96, 23. Jan. 1913 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.) wurde n. 5488 und n. 5489 nach Berlin mitgeteilt.

Nr. 5511. Tel. aus Bukarest, 24. Jan. 1913 Nr. 24 (eing. 5 U. p. m.).[a]) Entziff.

Wie ich vernehme, verlief vorgestriger Ministerrat sehr bewegt trotz demonstrativer Abstinenz Minister Filipescos. Führer Kriegspartei Finanzminister Marghiloman verlangt zur Aufklärung und auch Beruhigung erregter öffentlicher Meinung, daß Regierung offiziell Minimum der Forderungen gegen Bulgarien bekanntgebe und ob auf Silistria verzichte. Nachdem längeres Zuwarten nicht mehr möglich, soll diese Forderung Bulgarien mit dem Ersuchen mitgeteilt werden, einen Gegenvorschlag zu machen. Sollte Angebot vollkommen ungenügend sein oder Refus erfolgen, müßte Ultimatum gestellt werden. Dieser Vorschlag wurde von Ministerpräsidenten entschieden bekämpft, Marghiloman behielt sich jedoch vor, bei Samstag erfolgendem Kronrate Proposition zu wiederholen. Möglichkeit liegt vor, daß Alt-Konservative aus Regierungsmehrheit (austreten)[b]), um Kabinett Majoresco-Take Jonesco zu stürzen, das bisher in rumänisch-bulgarischer Frage nur Mißerfolge erlitt und Schwäche gezeigt. Vertreter dieser Richtung würden, falls Berufung energischerer Minister nicht durchzusetzen wäre, sich mit Übernahme Regierung durch Liberale, welche auch rasche und radikale Bereinigung Differenzen anstreben, einverstanden erklären. Seine Majestät dürfte nur mit großer Energie diese Strömungen überwinden können, falls nicht bald decidierter Fortschritt in Londoner Konferenz zu verzeichnen sein wird.

K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 5473. — [b]) Chiffre fehlt.

Nr. 5512. Bericht des Generalkonsuls Rudolf Weinzetl aus Cetinje, 24. Jan. 1913 Nr. 9 A (eing. 27. Jan.).[a]) Ausfert.

Geheim. König Nikolaus hat von dem Momente an, wo Er sich Rechenschaft darüber ablegte, dass Er Skutari durch Waffengewalt nicht werde nehmen können und daß die Möglichkeit vorlag, dass diese Stadt dem neuzugründenden Albanien einverleibt werde, die Taktik befolgt, die Lage der Dynastie Njeguš für den Eintritt dieser Eventualität nicht nur den in Cetinje akkreditierten Diplomaten, sondern wohl auch im brieflichen Verkehr mit den Ihm verschwägerten Herrscherhäusern in den düstersten Farben zu schildern. In diesem Bestreben wurde er durch Seine Familienmitglieder in der wirksamsten Weise unterstützt. Während dieser Periode lebte der Hof, obwohl in Cetinje anwesend, in äusserster Zurückgezogenheit, um auch hiedurch darzutun, dass auf seine sonst so herzlichen Beziehungen zur Bevölkerung ein Schatten gefallen sei. Seit einiger Zeit

jedoch scheint sich diesfalls eine Wandlung zu vollziehen. Seine Majestät der König und die Prinzen haben allmählich ihre gewohnten täglichen Ausfahrten wieder aufgenommen und werden von der Bevölkerung in der gewohnten ehrfürchtigen Weise begrüßt. Der Gospodar selbst, vom deutschen Gesandten kürzlich direkt mit Bezug auf die der Dynastie etwa von Seite der Montenegriner drohende Gefahr befragt, konnte in Seiner Erwiderung die Treue und Ergebenheit Seines Volkes nicht genug hervorheben und als Herr von Eckardt auf die durch die amerikanischen Rückwanderer im Heere zu befürchtenden revolutionären Einflüsse anspielen wollte, hatte der König hiefür nur eine verächtliche Handbewegung. Gleichviel dürfte die öffentliche Meinung von der Idee durchdrungen sein, daß ein an ein mächtiges Serbien angrenzendes Montenegro sich als völlig selbständiger Staat nicht lange werde halten können. Dabei schwebt Manchen, wie ich den Äusserungen eines Vertrauensmannes entnehmen konnte, ein ähnliches staatsrechtliches Verhältnis vor, wie es zwischen Preussen und den übrigen Bundesstaaten besteht. Freilich der Gedanke, sich für eine solche Eventualität mit der zweiten Rolle begnügen zu müssen, scheint König Nikolaus, welcher bis vor kurzem in der Serbenwelt als der Erste gegolten, unerträglich. Dieser Gedanke dürfte es auch hauptsächlich sein, welcher Ihn anspornt, Skutari um jeden Preis in Seinen Besitz zu bringen. Er hofft hiedurch, Sein etwas verblasstes Prestige zu heben und dies in der letzten Zeit umsomehr, als das Streben der Serben nach einem eigenen Adriahafen endgiltig gescheitert ist. So lebt in der Phantasie des königlichen Dichters — denn viele Entschlüsse des Gospodars sind nur zu sehr von Seiner lebhaften Einbildungskraft beeinflusst — Skutari, durch Baggerarbeiten in der Bojana vielleicht schon in Bälde grossen Seedampfern zugänglich, als Gegengewicht gegen das übermächtig gewordene Prestige der Dynastie Karagjorgjević. Vor diesem Phantom tritt auch der Wert der anderen wahrscheinlichen Neuerwerbungen, so insbesondere etwa im Sandschak, ganz in den Hintergrund und wird vielleicht noch geflissentlich herabgesetzt; wenigstens deutet die jüngst dem Grafen Thurn gegenüber von Herrn Sazonow geführte Sprache darauf hin, welcher meinte, dass Montenegro dort doch nur wieder Felswüsten zufallen würden. Dies ist jedoch keineswegs der Fall; denn abgesehen von der notorischen Fruchtbarkeit des Limbeckens muss schon der Umstand, dass der Sandschak nicht verkarstet ist, jeden dort zu erwerbenden Quadratkilometer für Montenegro wertvoll erscheinen lassen. Dies wird auch hier in massgebenden Kreisen anerkannt. So hat der montenegrinische Brigadier Božović, der jene Gegenden okkupierte, ganz kürzlich und spontan einem Mitgliede der k. und k. Gesandtschaft gegenüber von der Fruchtbarkeit des Sandschaks eine begeisterte Schilderung gemacht. In diesem Zusammenhang möchte ich auch an die mächtigen Kohlenlager erinnern, welche die Ingenieure des holländischen Unternehmers Baron Kruyff voriges Jahr in der Nähe von Berane entdeckten, — für Montenegro, wo keine Kohle vorkommt, jedenfalls von höchster Bedeutung. Ich habe in meiner ergebensten Berichterstattung bereits darauf hinzuweisen mir erlaubt, dass Seine Majestät der König in der Skutarifrage stark von seinen weiblichen Ratgebern, deren Wohlmeinung er bei allen wichtigen Anlässen einholt, beeinflusst wird.

In der Tat ist das hiesige Ministerium des Äussern in politicis ganz ausgeschaltet, beschäftigt sich nur mit couranten Angelegenheiten und ist, insbesondere was die Vorgänge in London betrifft, ohne jedwede Information. Wie mir ein Vertrauensmann unlängst erzählte, werden sämtliche Instruktionen nach London auf Grund von Beschlüssen hinausgegeben, die im Familienrat gefasst werden, welcher außer dem Könige aus der Königin, dem Kronprinzen und — als wichtigster Beraterin — der Prinzessin Xenia zusammengesetzt ist, welch' Letztere auch eigenhändig den Chiffrierdienst besorgt. Ich bin bei einer derartigen Leitung der montenegrinischen Angelegenheiten der unmassgeblichen Meinung, dass die mit Rücksicht auf den in Bälde zu gewärtigenden Friedensschluss in ein akutes Stadium tretende Skutarifrage mit doppelter Vorsicht behandelt werden müsse. Der italienische Gesandte, Baron Squitti, den ich kürzlich aufsuchte, ist trotz der ihm gegenüber gestern von Seiner Majestät geführten Sprache (mein ergebenstes Telegramm Nr. 8 vom 23. d. M.) allerdings eher geneigt zu glauben, dass der Gospodar, für den Fall, als die Mächte dem neuzugründenden Albanien Skutari zusprechen, es nicht wagen wird, sich dem Willen Europas zu widersetzen. Anderseits darf aber nicht verkannt werden, dass die Angelegenheit durch die wahrscheinlich in Gemäßheit des Friedensschlusses sich vollziehende Räumung Skutaris durch die türkischen Truppen und seine Besetzung durch die Montenegriner, die umso gewisser auf dem Fusse folgen dürfte, wenn bis dahin die Delimitierung Albaniens nicht beendet und unter Sanktion der Mächte gestellt sein sollte, schwer kompliziert werden würde. Vielleicht könnte, um dieser Eventualität vorzubeugen, beim Friedensschlusse vorgesehen werden, dass die Türkei, etwa unter dem Vorwande der Aufrechthaltung der Ordnung, ihre Truppen bis auf weiteres in Skutari belässt und dass gleichzeitig für die Verproviantierung der Stadt vorgesorgt wird. Weinzetl.

[a]) Vgl. n. 5797, 6199.

Nr. 5513. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 24. Jan. 1913 Nr. 66 (eing. 10 U. p. m.).[a]) Entziff.

Mein russischer Kollege behauptet, dass Mahmud Schefket Pascha sich dahin ausgesprochen hätte, das neue Ministerium bedeute keineswegs Fortsetzung des Krieges. Auch mein deutscher Kollege, welcher in letzter Zeit mit jungtürkischen Offizieren in Verbindung stand, spricht sich dahin aus, dass das neue Ministerium nicht unbedingt Krieg um jeden Preis machen wird. Wie in meinem Telegramm Nr. 26 vom 12. d. M. erwähnt, hat sich Mahmud Schefket Pascha auch damals mir gegenüber in Betreff Adrianopelfrage nicht auf einen intransigenten Standpunkt gestellt. Mein russischer Kollege, der sichtlich durch die gestrigen Ereignisse unangenehm berührt ist, sagte mir, seiner Ansicht nach müsste ruhig abgewartet werden, welche Haltung neue Regierung in Bezug auf Kollektivnote beobachten wird. Russischer Botschafter hofft, dass inzwischen Adrianopel fallen werde, was seiner Meinung nach Situation klären könnte. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 5509, 5514, 5519.

Nr. 5514. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 24. Jan. 1913 Nr. 67 (eing. 25. Jan. 10 U. a. m.). Entziff.

Mahmud Schefket Pascha, welchen ich, wie es hier Sitte ist, durch den ersten Dragoman zu seiner Ernennung beglückwünschen ließ, sagte demselben, ottomanische Regierung werde die Kollektivnote der Großmächte in drei bis vier Tagen beantworten; er müsse vorerst die Frage genau studieren. Großvezier fügte hinzu, seine Aufgabe sei eine schwere, er wisse nicht, welchen Eindruck das gestrige Ereignis in Europa hervorgerufen haben mag. Die Situation sei eine sehr ernste, leider komme er schon spät, unter allen Umständen wolle er jedoch seinem Vaterlande nach besten Kräften dienen. Pallavicini.

Nr. 5515. Tel. nach Rom, 24. Jan. 1913 Nr. 113 (chiffr. 10 U. 45 M. p. m.).[a] Konz. (S. Schreibmaschine; V. u. G. Berchtold).

Streng vertraulich. Ich habe Euer Exzellenz Bericht Nr. 5 vom 20. d. M. und Telegramm Nr. 41 vom 21. d. erhalten und ersehe aus ersterem die Modifikationen, welche Marquis di San Giuliano zu unserem Projekte des albanesischen Statutes vorschlägt. Obzwar dieselben in mancher Hinsicht eine etwas weiter gehende Einmischung der Mächte in die Angelegenheiten Albaniens involvieren als ursprünglich in meinen Intentionen gelegen war, so wäre ich doch bereit, denselben im allgemeinen zuzustimmen, muß hiebei jedoch dreifachen Vorbehalt formulieren, und zwar: 1.) Wir müßten auf der Teilnahme mindestens eines Vertreters Albaniens an der im ersten Alinea[b]) der italienischen Fassung des Punktes 5 genannten internationalen Kommission, sowie des im zweiten Absatze desselben erwähnten internationalen Komitees bestehen, weil es doch unbillig wäre, Albanien in diesem Belange ungünstiger zu behandeln als zum Beispiel die Türkei bei der seinerzeitigen mazedonischen Reform, wo neben den fremden Mitgliedern in der Finanzkommission und dem türkischen Präsidenten auch noch ein türkischer Finanzdelegierter fungierte. Während wir im übrigen der Zusammensetzung der Kommission aus Vertretern aller Großmächte zustimmen, müßten wir anderseits die Kompetenz des Kontrollkomitees auf die Finanzen beschränken und die Zivilverwaltung aus derselben ausscheiden, da diese (überdies recht komplizierte) Kontrolle letzterer mit dem Begriffe der Autonomie Albaniens im Widerspruche steht und diesem neuen Staatengebilde im Vergleiche zu den anderen Balkanstaaten eine allzu inferiore Stellung geben würde, andererseits dem internationalen Interesse an der öffentlichen Sicherheit im Lande durch die internationale Organisation der Gendarmen, genügend Rechnung getragen wird. Der Punkt 5 würde sonach lauten: „Une commission composée d'un représentant de chacune des Grandes Puissances et du Gouvernement Albanais sera chargée de proposer un régime judiciaire pour une période de 10 années adapté aux conditions de l'Albanie et s'inspirant aux principes adoptés pour la constitution du régime judiciaire introduit en Egypte. L'organisation et le contrôle des finances de l'Albanie seront confiés à un Comité composé d'un

représentant de chacune des Grandes Puissances et du Gouvernement Albanais, dont les attributions seront proposées par la Commission internationale susnommée. 2.) Wir sind — schon im Hinblicke auf die katholische Öffentlichkeit in der Monarchie — unter keinen Umständen in der Lage, auf unser Kultusprotektoratsrecht Verzicht zu leisten. Wir haben diesen Standpunkt — mit Rücksicht auf Marquis di San Giuliano und auf allfällige Erörterungen in der italienischen Öffentlichkeit — in unserer Fassung des Punktes 5 in der für den Außenstehenden weniger auffallenden Form zur Geltung gebracht, daß wir die Gerichtsorganisation und die Regelung der Kultusfragen nach dem Muster Ägyptens vorgeschlagen haben, wo bekanntlich die alten Protektoratsrechte Frankreichs und Österreich-Ungarns aufrecht geblieben sind. Die italienischen Modifikationen des betreffenden Passus haben nun nicht bloß die Worte „statut personnel des sujets étrangers et des institutions étrangères" eliminiert, sondern eine Umstilisierung vorgenommen, durch welche die albanesische Justizreform durch eine internationale Kommission auszuarbeiten wäre. Wir sind nun nicht in der Lage uns bezüglich des Bestandes und der Ausübung unseres Protektoratsrechtes den Beschlüssen einer solchen Kommission zu unterwerfen, sondern müßten, falls Marquis di San Giuliano auf seiner Fassung besteht, die Aufnahme eines unser Kultusprotektorat ausdrücklich sichernden Zusatzartikels verlangen. Um dies für Italien akzeptabler zu gestalten, könnten in diesen etwa zwischen Punkt 5 und 6 einzuschaltenden Zusatz auch die Stellung der fremden Konsuln und Postämter präzisiert werden, was in dem bisherigen Texte nicht der Fall ist und würde derselbe etwa lauten: „Le statu quo sera maintenu pour la position juridique des Consuls des Puissances et pour celle des églises, du clergé séculier et régulier et des institutions religieuses, scolaires et humanitaires, ainsi que des bureaux de poste qui en ressortissent." 3.) Der vorgeschlagene Zusatz ad Punkt 7 ist bedenklich, weil er Albanien und den Balkanstaaten die Möglichkeit offen läßt, untereinander Begünstigungen zu vereinbaren, deren Mitgenuß den Mächten, wenn sie auf die Kapitulationen verzichtet haben, möglicherweise entgehen könnte. Da wir es andererseits nicht für opportun erachten, ein förmliches Veto gegen ein solches Vorgehen einzulegen, wäre auf den beantragten Zusatz umso eher zu verzichten, als das Recht der Mächte auf Gleichberechtigung für die Dauer der Kapitulationen ohnehin nicht in Frage steht und es jeder Macht freisteht, den Verzicht auf diese Rechte an die Bedingung der unbedingten Meistbegünstigung zu knüpfen. Ich ersuche Euer Exzellenz, sich im vorstehenden Sinne zu dem Herrn italienischen Minister des Äußern in streng vertraulicher Weise aussprechen und mir dessen Rückäußerung melden zu wollen. Berchtold.

a) Vgl. n. 5195, 5612, 5918. — *b)* Das erste Alinea des Punktes V reicht bis einschließlich „en Égypte" (vgl. n. 5465).

Tel. nach Rom, 24. Jan. 1913 Nr. 115 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 5507.

Unterredung mit dem ital. Botschafter, 24. Jan. 1913. Siehe n. 5537.

Nr. 5516. Tel. aus Rom, 24. Jan. 1913 Nr. 47 (eing. 25. Jan. 9 U. a. m.).[a] *Entziff.*

Streng vertraulich. Als ich nach Erhalt des hohen Telegrammes vom 22. d. Mts., Nr. 104 Minister des Äußern gegenüber bemerkte, seine wiederholte Ankündigung, Russland werde in Skutarifrage nachgeben, stände in einem gewissen Widerspruch mit den letzten Darlegungen des Herzogs von Avarna, klärte Marquis di San Giuliano diesen Unterschied durch ein seither eingelangtes Telegramm des italienischen Botschafters in London auf. Hienach hat Fürst Lichnowsky seinen Kollegen von Österreich-Ungarn[b] und Italien in sehr ernster und besorgter Weise auf Grund einer Unterredung mit Grafen Benckendorff den intransigenten Standpunkt Russlands in dieser Frage mitgeteilt. Hiebei scheint deutscher Botschafter eigentlich die russische Auffassung unterstützt zu haben, indem er auf Eventualität eines Krieges, Hineinziehung Deutschlands in denselben, auf die von den deutschen Sozialisten drohenden Gefahren und auf Mißverhältnis zwischen Ursache und Folge hinwies. Bezüglich der drei russischerseits an die Einverleibung Skutaris in Albanien geknüpften Bedingungen bemerkte Minister des Äußern, ad 1) daß er Frage des Landstreifens bis an das Meer vorläufig nicht verstehe, ad 2) daß Djakova und Dibra wohl für Albanien werden reklamiert werden können, ad 3) daß dieser ganz der hiesigen Auffassung entspreche. Das vorläufig noch etwas unklare Petit hinsichtlich des erwähnten Landstreifens bestärkt mich in dem bereits in meiner Berichterstattung (vide mein Telegramm Nr. 258 vom 21. v. Mts.) erwähnten Eindruck, daß eventuell irgend ein italienisch-russisches Projekt bezüglich der Gegend um San Giovanni di Medua bestehen könnte. Mérey.

[a] Vgl. n. 5480, 5537. — [b] Vgl. n. 5462.

Nr. 5517. Tel. aus St. Petersburg, 24. Jan. 1913 Nr. 18 (eing. 25. Jan. 10 U. 30 M. a. m.).[a] *Entziff.*

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 77 vom 23. d. Mts. Da ich noch das Bett hüte, sprach Graf Czernin heute Herrn Sazonow, welcher spontan Frage der Abgrenzung Albaniens aufwarf und sehr entschieden erklärte, daß die russische Regierung bezüglich der Fixierung der Ostgrenze unserem Standpunkte keinesfalls weiter entgegenkommen werde. Die von Graf Czernin im Sinne obiger telegraphischer Weisung vorgebrachten Gegenargumente beantwortete Minister des Äußern damit, daß die Interessen Montenegros und Serbiens in dieser Frage wichtiger seien und daß die serbischerseits proponierte natürliche Grenzlinie seitens Russlands unter allen Umständen akzeptiert werden müsse. Er könne daher der Einbeziehung Djakovas, Prizrens und Ipeks zu Albanien nicht zustimmen. Herr Sazonow deutete an, daß, im Falle die Ostgrenze inklusive Djakova dem hiesigen Plane gemäß gezogen würde, sich die Einbeziehung der Stadt Skutari in das albanesische Territorium durchsetzen ließe. Über die bedenkliche Situation, in der sich die montenegrinische Dynastie befinde, seien hier in den letzten Tagen wieder beunruhigende Nachrichten eingelaufen. Aus vorstehenden Äußerungen Herrn Sazonows sowie aus verschiedenen anderweitigen Informationen scheint hervorzugehen, daß die

Euer Exzellenz durch Herzog von Avarna über die hiesige gegenwärtige Stimmung gemachten Angaben, obwohl nach deren italienischer Quelle eine gewisse Übertreibung nicht zu verwundern gewesen wäre, ziemlich den Tatsachen entsprechen. Namentlich was Kaiser Nikolaus anbelangt, so ist mir auch aus guter Quelle hinterbracht worden, daß er die Geduld zu verlieren beginne. Unter diesen Umständen muß die Situation, falls es nicht bald gelingt, zu einem Kompromiß bezüglich Skutaris einerseits und Ostgrenze Albaniens anderseits zu gelangen, als eine sehr ernste bezeichnet werden.

Thurn.

[a]) Oe. U. Balkan 138 Nr. 254. Vgl. n. 5777.

Nr. 5518. Tel. aus St. Petersburg, 24. Jan. 1913 Nr. 19 (eing. 25. Jan. 9 U. a. m.). Entziff.

Bei der heutigen Unterredung Herrn Sazonows mit Grafen Czernin sprach der Minister des Äußern den Wunsch aus, es möge Euer Exzellenz gemeldet werden, die antirussische Bewegung, welche sich seit einigen Monaten in Galizien bemerkbar mache und welche bereits zirka Monatsfrist den Gegenstand einer Mitteilung Herrn von Giers an Hochdieselben gebildet habe, hätte, seinen Informationen zufolge, in jüngster Zeit eine sehr beunruhigende Zunahme gezeigt und drohe sich auf Russisch-Polen auszudehnen. Es sei dies im jetzigen Momente eine nicht zu unterschätzende Gefahr und er hoffe, dass derselben im Interesse der wechselseitigen Beziehungen unserseits entgegengetreten würde. Herr Sazonow schien diese Frage sehr ernst aufzufassen. Er erwähnte hierauf wieder, dass es ihm unverständlich sei, warum unsere militärischen Vorkehrungen an der Südgrenze in ungeschmälertem Umfange aufrecht blieben, nachdem die serbischen Erklärungen auf Evakuierung der besetzten Hafenplätze nach Friedensschluß und die Finalisierung der Konsulfrage denselben den Boden entzogen hätten. Graf Czernin antwortete, dass er nicht autorisiert sei, über diesen Gegenstand zu sprechen, übrigens auch nicht über die einschlägigen Informationen verfüge, dass aber „seines Wissens" die Frage vor einigen Wochen in privater Weise zwischen mir und Herrn Sazonow besprochen wurde, und dass vielleicht seither die allgemeine politische Lage keine genügenden Fortschritte zur endgültigen Klärung gemacht habe.

Thurn.

Nr. 5519. Tel. aus St. Petersburg, 24. Jan. 1913 Nr. 20 (eing. 25. Jan. 10 U. 15 M. a. m.).[a]) Entziff.

Herr Sazonow ist über die Nachrichten aus Konstantinopel sehr beunruhigt. Der Sturz des Kabinetts Kiamil und seine Ersetzung durch Mahmud Schefket Pascha sei in revolutionärer Weise erfolgt, die Konsequenzen könnten von ernstester Natur sein. Er gehe sogar so weit, sich ernstlich zu fragen, ob man die neuen Machthaber als „Regierung" anerkennen könne. Diese Bemerkung ließe die Möglichkeit aufkommen, daß man hier gegebenenfalls aus der inneren türkischen Umsturzbewegung ein Recht auf freie Hand in der äußeren Politik, beziehungsweise eine nachdrücklichere Pressions-Politik ableiten könnte.

Thurn.

[a]) Vgl. n. 5514, 5522, 5546 Anm. b.

Nr. 5520. Tel. nach Sofia, 24. Jan. 1913 Nr. 42 (chiffr. 11 U. p. m.).[a] *Konz. (S. Berger; V. Pogatscher; G. Berchtold).*

Zu Euer Hochgeboren Telegrammen Nr. 46 und 53 vom 22. und 23. d. M. Von dem Gedankengange ausgehend, daß es ebensosehr im Interesse Rumäniens wie in jenem Bulgariens gelegen wäre, eine beiderseitig befriedigende Lösung der zwischen beiden Königreichen bestehenden Differenzen herbeizuführen, haben wir von allem Anfange an in Bukarest ebenso wie auch in Sofia einer direkten Verständigung das Wort gesprochen. Dieser unserer Richtlinie entsprach es auch, daß wir in Bukarest zur Mäßigung, in Sofia zur Nachgiebigkeit geraten haben, wobei wir es vermieden, auf die Beschlüsse eines der beiden Kabinette in irgendeiner Form einen Druck auszuüben. Unser Interesse an dem Zustandekommen einer Verständigung hat uns aber veranlaßt, der uns befreundeten rumänischen Regierung nahezulegen, sich Bulgarien durch eine weitgehende Unterstützung gegen die Türkei zu verpflichten (mein Telegramm vom 30. v. M. Nr. 205). Es sind uns die Gründe unbekannt, aus welchen diese Beihilfe Rumäniens — zu der das Bukarester Kabinett bereit war — bulgarischerseits nicht akzeptiert wurde. Wir selbst haben uns aber auch diplomatisch im Interesse Bulgariens verwendet, indem wir über Ansuchen des Sofioter Kabinettes die Initiative zu einer Pression in Konstantinopel ergriffen haben, um die Zession Adrianopels an Bulgarien zu erreichen (mein Telegramm Nr. 201 und 206 vom 29. und 31. v. M.). Diese Initiative hat in der Folge zu der bekannten Kollektivdemarche bei der Pforte geführt, für deren Erfolg der k. u. k. Botschafter sich ganz besonders bei der Pforte bemüht hat. Auch in der durch die jüngsten Vorgänge am goldenen Horn geschaffenen Situation werden wir diese unsere Bemühungen im Interesse des Friedens und der bulgarischen Desiderata fortsetzen. Nach dem Vorstehenden sollte man annehmen, daß unsere Haltung in allen pendenten Fragen der bulgarischen Regierung nicht nur keinen Anlaß zu Verstimmung geben könne, sondern von ihr vielmehr als Beweis unserer freundlichen Intentionen angesehen werde. Aus den neuesten Nachrichten Euer Hochgeboren sowie des Prinzen Fürstenberg[b] habe ich mit Genugtuung entnommen, daß die Aussichten auf das Zustandekommen einer freundschaftlichen Verständigung zwischen beiden Regierungen günstig stehen und ersuche ich Euer Hochgeboren daher, Herrn Gueschoff gegenüber meiner Befriedigung über diese Wendung Ausdruck zu geben. Ich habe auch den k. u. k. Gesandten in Bukarest beauftragt,[c] sich dort in gleichem Sinne vernehmen zu lassen. Das Wiener Kabinett, von dessen uneigennütziger Politik die Regierungen von Sofia und Bukarest sich in dieser Frage zu überzeugen Gelegenheit hatten, kann nur hoffen, daß gleich wie Rumänien sich Mäßigung auferlegte, auch Bulgarien bestrebt sein wird, jenes Entgegenkommen zu zeigen, welches geeignet ist, die erwünschte, allseits befriedigende Lösung herbeizuführen. Ich ersuche Euer Hochgeboren, sich im vorstehenden Sinne bei Herrn Gueschoff vernehmen zu lassen.

Berchtold.

[a] Oe. U. Balkan 138 Nr. 253. Vgl. n. 5552. — [b] Vgl. n. 5499. — [c] Vgl. n. 5496.

Nr. 5521. Tel. aus Sofia, 24. Jan. 1913 Nr. 54 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Zu der von Seiner Majestät dem König Carol laut hohen Telegrammes Nr. 41 vom 23. d. M. aufgeworfenen Frage, ob hier nicht Strömung vorhanden, das Rumänien bereits Gewährte zu widerrufen, möchte Folgendes bemerken: Dass die bulgarische Regierung von vorneherein in ganz schlechtem Glauben und mit versteckter Absicht verhandle, das mit Rumänien Verabredete und durch mit Vollmachten versehene Unterhändler Unterzeichnete nachträglich abzuleugnen, erscheint mir trotz allgemeiner Opposition der öffentlichen Meinung gegen Konzessionen und enormer parlamentarischer Schwierigkeiten, die Kabinett Herrn Geschoffs erwarten, ausgeschlossen, und sollte Geschoff über rumänische Frage fallen, wird es Sache König Ferdinands sein, nächste Regierung veranlassen, übernommenes Engagement honorieren. Anderseits solange Handel nicht abgeschlossen, zögern bulgarische Staatsmänner — da Bulgarien begreiflicherweise möglichst wenig hergeben will — ihre äußersten Konzessionen klar zu formulieren, was Widersprüche zur Folge hat wie jene, dass Herr Danew (vide hohes Telegramm Nr. 32[a]) vom 19. d. M.) einem Botschafter von 15 Kilometern Landstreifen und Herrn Take Jonesco nur von 5 Kilometern gesprochen hat, und dass Herr Geschoff mir gegenüber 7 Kilometer Küste erwähnte, wogegen ein Kabinettsminister mir nur von „höchstens" 4 bis 5 Kilometern Küste sprach. Ob diese Unklarheiten nur instinktivem Widerstreben entspringen, sich durch positive Äußerungen zu binden oder ob es sich um gewollte Tergiversierung handelt, möchte nicht kategorisch entscheiden, hielte aber für nicht ausgeschlossen, dass Bulgaren, solange Verhandlungen dauern, die Taktik des Tergiversierens, befolgen, und Umstand, dass Regierungspresse noch immer Absicht Abtretung auch nur eines einzigen Dorfes nicht zugibt, würde für diese Möglichkeit sprechen. Dass sich bulgarische Staatsmänner, meinem Eindrucke nach, speziell in Frage der Küste wenig klar aussprechen, rechtfertigt Annahme, dass in diesem Punkte eventuell mehr von Bulgaren erreicht werden kann; allerdings zur Abtretung Küste bis inklusive Kavarna oder auch nur Kaliakra dürften sie sich kaum entschließen. Tarnowski.

[a]) Mit Tel. Nr. 32, 18. Jan. 1913 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.) wurde n. 5428 nach Sofia mitgeteilt.

Nr. 5522. Tel. aus Belgrad, 25. Jan. 1913 Nr. 44 (eing. 6 U. p. m.).[a]) Entziff.

Serbische Regierung scheint Vorgänge in Konstantinopel als einen im Vorhinein inszenierten coup de théâtre betrachten zu wollen. Einstweilen wird ihrerseits abwartende Haltung eingenommen und wurden auch Delegierte in London in diesem Sinne instruiert. Aus den Ausführungen des Generalsekretärs Stefanović habe ich entnommen, dass man hier annimmt, Russland werde bestimmt in sehr energischer Weise einen Druck auf die Pforte ausüben, damit der Wiederausbruch der Feindseligkeiten verhindert werde. Man glaubt, dass eventuell sogar mit einer auf das armenische Gebiet der Türkei abzielenden Drohung gerechnet werden könnte. Ugron.

[a]) Vgl. n. 5519, 5526, 5567.

Tel. nach Berlin, 25. Jan. 1913 Nr. 110 (chiffr. 26. Jan. 12 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 5528.

Tel. nach Berlin, 25. Jan. 1913 Nr. 111 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 5529.

Nr. 5523. Privatschreiben des deutschen Botschafters in Wien, 25. Jan. 1913.[a]) Eigh. Ausfert.

Geheim. Ich beeile mich Ihnen mitzutheilen, daß meine Regierung mit Euer Exzellenz Vorschlägen, betreffend Erneuerung des Vertrags mit Rumänien und den Modus des Beitritts Deutschlands, — in gleicher Weise wie 1902 — einverstanden ist. Tschirschky.

[a]) Vgl. n. 5507, 5524, 5541.

Nr. 5524. Tel. nach Bukarest, 25. Jan. 1913 Nr. 62 (chiffr. 10 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Biegeleben; G. Berchtold).

Streng geheim. Bericht Nr. 9 vom 23. d. erhalten. Sobald mir die bereits nachgesuchten Beitrittserklärungen Deutschlands und Italiens zu dem zu erneuernden Bundesvertrag zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien vorliegen werden, lasse ich die unveränderten Vertragsinstrumente hier anfertigen, wobei nur die Laufzeit statt wie bisher von drei zu drei Jahren auf sechs zu sechs Jahre festgelegt und der erste Endtermin vom 17. April auf den 8. Juli 1920 verlegt wird, an welchem Tage die erste Periode des Dreibundvertrages zu Ende geht. Die beiden Vertragsinstrumente werden nach Bucarest gesendet und Euer Durchlaucht zur Unterfertigung Allerhöchst bevollmächtigt werden. Ich ersuche Euer Durchlaucht, vollen Titel und Orden Herrn Majorescus, der rumänischerseits unterzeichnen wird, telegrafisch mitzuteilen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 5523, 5541.

Nr. 5525. Tel. aus Bukarest, 25. Jan. 1913 Nr. 25 (eing. 5 U. p. m.). Entziff.

Minister des Äussern ersucht mich, Aufmerksamkeit Euer Exzellenz darauf zu lenken, dass Herr Geschoff und Herr Danew bestrebt sind, Vertreter der Großmächte und Öffentlichkeit sowohl über Ausmaß von Rumänien angestrebter Grenzregulierung, als auch über bulgarischerseits gemachte Konzessionen zu täuschen. Herr Geschoff habe deutschem Vertreter vor drei Tagen mitgeteilt, Bulgarien würde auch auf Kavarna verzichten, gestern stattgehabte Konversation zwischen Herrn Geschoff und Herrn Ghika habe jedoch ergeben, dass bulgarische Regierung mehr wie 5 Kilometer südlich von Mangalia Grenze nicht zediere. Ebenso sei von Herrn Danew in die Welt gesetzte Nachricht falsch, dass Rumänien auf Silistria nicht bestehe. Streng vertraulich. Ich habe Eindruck gewonnen, dass jüngste Ereignisse in Konstantinopel hiesige Regierung veranlassen, mit erhöhtem Nachdruck auf ursprünglicher Linie Silistria—Balčik zu bestehen. Seine Majestät der König, Ministerpräsident und Jonesco würden sich auch eventuell mit weniger begnügen. Ersterer auch auf Silistria

verzichten bei Behalt von Kavarna, die beiden letzteren bestehen jedoch auf Silistria, um vor Öffentlichkeit für Politik der Krone und die ihrige populären Erfolg davonzutragen. Sogenannte Kriegspartei, welche sich aus Teilen der Altkonservativen und aller Liberalen zusammensetzt, verlangt unbedingt Linie Silistria—Balčik. Bei heutigem Kronrat[a] dürfte Seine Majestät der König nicht geringen Schwierigkeiten bei Geltendmachung seiner klugen, mäßigen Politik begegnen. Ministerpräsident scheint immer noch zu hoffen, dass Bulgarien rumänisches Angebot von Unterstützung annimmt, besonders bei heutiger Lage. K. E. Fürstenberg.

[a] Vgl. n. 5543.

Nr. 5526. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 25. Jan. 1913 Nr. 68 (eing. 26. Jan. 10 U. 5 M. a. m.).[a] Entziff.

Mahmud Schefket Pascha, den ich soeben zu seiner Ernennung zum Großvezier begrüßt habe, sagte mir, er rechne auf meine Unterstützung und meinen Rat. Ich antwortete, er könne gewiß auf eine sympathische Haltung meinerseits rechnen, ich hoffe aber, daß er auch meinen eventuellen Ratschlägen ein williges Gehör schenken werde. Vor allem möchte ich ihm den Rat geben, alles zu tun, damit sich das neue Kabinett das Vertrauen der Mächte erwerbe. Zur Erreichung dieses Zieles legte ich ihm dringendst ans Herz, von jeder Verfolgung der Gegenpartei Abstand zu nehmen. Ferner glaubte ich ihm anraten zu sollen, die Note der Mächte je früher und in möglichst entgegenkommender Weise zu beantworten. Bezüglich des ersten Punktes versicherte Mahmud Schefket Pascha, daß die neue Regierung von einer Verfolgung ihrer politischen Gegner gewiß absehen werde. Was den zweiten Punkt anbelangt, so könne er noch nicht mit Bestimmtheit sagen, an welchem Tage die Antwort der Pforte erfolgen wird. Dieselbe werde unter allen Umständen so gehalten sein, daß für weitere Verhandlungen noch Raum bleibe. In der Frage von Adrianopel sei die neue Regierung wohl gebunden. Er suche aber nach einem Ausweg, um aus diesem Dilemma herauszukommen. Der Eindruck, welchen ich aus dem obigen Gespräch gewonnen habe, war der, daß auch die neue türkische Regierung Fortsetzung des Krieges nicht wünsche und gleichfalls an Kompensationen auf wirtschaftlichem Gebiete denke, um in der Frage von Adrianopel nachgiebiger sein zu können. Pallavicini.

[a] Oe. U. Balkan 139 Nr. 255. Vgl. n. 5522, 5527.

Nr. 5527. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 25. Jan. 1913 Nr. 70 (eing. 26. Jan. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Vertraulich. Mein deutscher Kollege hat heute von seiner Regierung Instruktion erhalten, aus welcher hervorgeht, dass das Berliner Kabinett alles vermeiden möchte, was auf die jungtürkische Regierung irgendwie Eindruck einer Pression machen könnte. Baron Wangenheim hat sich heute Grossvezier gegenüber im Geiste dieser Instruktion ausgesprochen.
Pallavicini.

[a] Vgl. n. 5526, 5528, 5539, 5576.

Nr. 5528. Tel. nach London Nr. 117 (1), Berlin Nr. 110 (2), Rom Nr. 120 (3), Paris Nr. 83 (4) und St. Petersburg Nr. 87 (5), 25. Jan. 1913 (chiffr. 26. Jan. 12 U. 30 M. a. m.).[a] Konz. (S. Berger; G. Nemes).

1. Um in der durch die jüngsten Ereignisse in Constantinopel geschaffenen Situation ein einheitliches Vorgehen der Großmächte zu erzielen, habe ich den Kabinetten von Berlin und Rom vorgeschlagen, daß die Vertreter der Dreibundmächte in London dem Herrn englischen Staatssecretär sowie den Botschaftern Frankreichs und Rußlands vertrauliche Mitteilungen gleichen Inhaltes machen. Die von mir vorgeschlagene Fassung lautet folgendermaßen: „En vue des évènements qui se sont produits récemment à Constantinople le Gouvernement Impérial et Royal croit qu'il serait opportun que les six Grandes Puissances 1° observent une attitude de stricte neutralité, 2° qu'avant de prendre une décision quelconque Elles attendent la réponse de la Sublime Porte à leur note collective, 3° qu'Elles maintiennent l'union, qui existe heureusement entre Elles, afin d'éviter une action séparée. Il va sans dire que dans ce dernier cas chaque Puissance aurait le droit de reprendre sa liberté d'action." — Sobald Euer Exzellenz deutscher und italienischer Kollege gleiche Instruktionen erhalten haben werden, wollen Hochdieselben im Sinne meines Vorschlages vorgehen, wobei ich bemerke, daß hiebei der Anschein einer Kollektivdemarche der Dreibundmächte zu vermeiden wäre, was die Herbeiführung eines Einverständnisses zwischen allen sechs Mächten zu erschweren geeignet sein könnte.

2. u. 3. ... *wie 1. vom Anfange bis „liberté d'action"* ... Es schiene mir ratsam, daß hiebei jedoch der Anschein einer Kollektivdemarche der Dreibundmächte vermieden werde, da dies die Herbeiführung eines Einverständnisses zwischen allen sechs Mächten zu erschweren geeignet wäre. Ich instruire unter einem Grafen Mensdorff in obigem Sinne vorzugehen, sobald sein deutscher und italienischer Kollege mit gleichen Instruktionen versehen sein werden. Euer Exzellenz wollen sich in vorstehendem Sinne bei der dortigen Regierung vernehmen lassen und die Erlassung entsprechender Instruktionen nach London beantragen. Ich telegraphiere gleichlautend an

2. Herrn von Mérey.

3. Grafen Szögyény.

4.—5. Ich telegraphiere an Grafen Mensdorff wie folgt: (Inseratur Telegramm sub 1 in extenso.) Vorstehendes vorläufig zu Euer Exzellenz rein persönlicher Kenntnisnahme. Berchtold.

[a] Vgl. n. 5529, 5550, 5553, 5554, 5560, 5563, 5594.

Nr. 5529. Tel. nach London Nr. 118 (1), Rom Nr. 121 (2) und Berlin Nr. 111 (3), 25. Jan. 1913 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.).[a] Konz. (S. Hohenlohe; V. Nemes; G. Berchtold).

1.—3. Der italienische Botschafter war am 25. d. M. bei mir und hat mir ein Telegramm seiner Regierung zur Vorlesung gebracht. Nach demselben hätte sich der russische Botschafter in Rom „à titre personnel" Marquis di San Giuliano gegenüber mit Bezug auf die jüngsten Ereignisse in

Konstantinopel in folgender Weise geäußert: Il n'est pas possible de faire une action rapide et concorde entre les Puissances. Il (Monsieur Kroupenski) est donc convaincu que la Russie agira tout de suite pour imposer la paix à la Turquie, et qu'elle forcera le passage du Bosphore. Le même jour le Chargé d'Affaires de France aurait dit au Marquis di San Giuliano, comme „son opinion personelle", qu'il croyait qu'une action de ce genre de la part de la Russie — soit d'accord avec l'Allemagne et les autres Puissances, soit précédée de déclarations rassurantes au sujet de ses intentions— ne pourrait pas donner lieu à des complications européennes. Il estimerait de même que l'on finira par ouvrir définitivement à toutes les Puissances les Dardanelles et le Bosphore en rasant les fortifications qui protègent actuellement ces détroits. Der deutsche Geschäftsträger habe Marquis di San Giuliano versichert, daß Deutschland seine (des Ministers) Ansicht teile, daß die Integrität der asiatischen Türkei aufrecht erhalten werden solle und daß die Erklärung des territorialen désintéressement, welche Sir E. Grey mit Bezug auf die Inseln des Ägäischen Meeres proponirt habe, auf ganz Kleinasien auszudehnen sei. Der italienische Minister des Äußern habe allen drei Vertretern geantwortet, que la situation était pleine d'incertitude et qu'il fallait que l'Europe s'abstienne de s'immiscer dans le conflit et qu'elle laisse le sort des armes décider entre la Turquie et les Etats balcaniques; ou bien, si l'Europe voulait agir pour rétablir la paix, qu'elle agisse rapidement d'une manière efficace et concorde.

1. u. 2. Vorstehendes zu Euer Exzellenz rein persönlicher Kenntnisnahme

2. und Regelung Ihrer Sprache Marquis di San Giuliano gegenüber.

3. Vorstehendes zur streng vertraulichen Mitteilung an Herrn Staatssecretär. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 5528, 5536, 5570.

Nr. 5530. Tel. aus London, 25. Jan. 1913 Nr. 73 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Bei heutiger Botschafterréunion sagte uns Sir E. Grey, dass er infolge der Telegramme Sir G. A. Lowthers es für nützlich ansieht, die Admiralität aufzufordern, zwei Schiffe nach Bezika-Bai zu entsenden als Sicherheitsmaßregel, betonend, dass es sich nicht um Flottendemonstration handelt. Italienischer Botschafter teilt mit, dass seine Regierung ebenfalls zwei Kreuzer nach Bezika-Bai entsendet. Französischer Botschafter sagt uns, er höre von Paris, französische Finanzgruppe habe sich dafür entschieden, unter gegenwärtigen Verhältnissen der Türkei keine finanzielle Unterstützung zu gewähren und setze sich diesbezüglich mit deutschen und englischen Gruppen in Verbindung. Deutscher Botschafter bemerkt in allgemeiner Weise, seine Regierung lege Wert auf Einhaltung strenger Neutralität und betont Wichtigkeit der Integrität der kleinasiatischen Türkei. Sir E. Grey sagte uns, er habe Besuch Herrn Danews erhalten, der der Ansicht scheint, nachdem türkische Antwort ungünstig sein dürfte, dass es gut wäre, wenn die Alliierten ihrerseits Druck auf die Pforte ausüben

würden. Sir E. Grey machte ihn darauf aufmerksam, es wäre zweckmäßiger, Empfang der türkischen Antwortnote an die Mächte abzuwarten. Herr Danew möchte am liebsten anfangs nächster Woche Waffenstillstand kündigen, sodass Feindseligkeiten Ende der Woche wieder aufgenommen würden, sagte aber, darüber müssten Verhandlungen zwischen den Balkanverbündeten stattfinden. Er glaubt, dass nach Fall von Adrianopel die jungtürkische Regierung ebenso friedlich werden dürfte wie Kiamil Pascha. Die Delegierten der anderen Balkanstaaten scheinen viel weniger begierig, Feindseligkeiten zu erneuern, als Herr Danew. Mir gegenüber sprach Herr Danew, den ich eben begegnete, auch von Kündigung Waffenstillstandes. Ich riet, als meine persönliche Meinung, zum Abwarten der Antwortnote.

Mensdorff.

Nr. 5531. Tel. aus London, 25. Jan. 1913 Nr. 74 (eing. 9 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 109[b] von heute. Sir E. Grey hat vorgestern dem serbischen Geschäftsträger, der auf zwei Tage von London abwesend war, schriftlich die Antwort zugestellt, wodurch die Botschafterréunion von der serbischen Evakuationserklärung Akt genommen hat, und dazugefügt, daß alle Regierungen diese Antwort genehmigt haben. Serbischer Vertreter muß gestern, oder falls er abwesend war, spätestens heute im Besitze der Antwort gewesen sein. Mensdorff.

[a] Oe. U. Balkan 139 Nr. 256. — [b] Mit Tel. Nr. 109, 24. Jan. 1913 (chiffr. 10 U. 15 M. p. m.) wurde Mensdorff gefragt, ob Sir E. Grey die Erklärung an den serbischen Geschäftsträger bereits abgegeben habe (vgl. n. 5441).

Nr. 5532. Tel. aus London, 25. Jan. 1913 Nr. 75 (eing. 26. Jan. 10 U. a. m.). Entziff.

Sir E. Grey ließ mich heute vor der Réunion zu sich bitten, um mich zu fragen, ob ich nicht in der Lage wäre, bei der Réunion irgendeine Konzession vorzubringen, welche es den Russen ermöglichen würde, falls sie auf die Einverleibung der Stadt Skutari in Montenegro verzichten, doch ein Äquivalent zu erhalten. Er dachte dabei vorzüglich an die Umgebung, die Ebene von Skutari. Ich erwiderte, es sei unmöglich, ich könnte ihm persönlich nur unsere Konzession bezüglich Ipek andeuten, aber nur für den Fall, daß im übrigen unsere Vorschläge bezüglich der albanesisch-montenegrinischen Grenze angenommen werden. Vorläufig könnte ich bei der Réunion nichts davon sagen. Sir E. Grey sprach wieder viel von der Schwierigkeit der russischen Regierung; ich antwortete mit Hinweis auf unsere öffentliche Meinung und sagte, das Einzige, was ich vorbringen könnte, wären die Vorteile, welche durch die Bojanaregulierung Montenegro erwachsen würden. Sir E. Grey bemüht sich aufrichtig, ein Kompromiß zu finden, um unsere und die russische Anschauung näher zu bringen; nachdem man aber immer als Äquivalent für die Stadt Skutari etwas in der Umgebung sucht, war ich nicht in der Lage, ihm irgendeinen Vorschlag zu machen. Mensdorff.

Nr. 5533. Tel. aus London, 25. Jan. 1913 Nr. 77 (eing. 26. Jan. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. König Georg sprach mir gestern abends in Windsor wieder eingehend von unserem Verhältnis zu Russland à propos von albanesischer Grenzdelimitation. Seine Majestät betonte, England habe in der Hafenfrage unseren Standpunkt unterstützt, bezüglich Skutaris und der Grenzbestimmung müsse seine Regierung aber die russischen Wünsche unterstützen. Seine Majestät sprach viel von der Erregung öffentlicher Meinung in Russland und namentlich in der Petersburger Gesellschaft, wo selbst Kaiser Nikolaus scharf angegriffen werde. Herrn Sazonows und Graf Benckendorffs Stellungen würden immer schwieriger und wären beide schon heute den maßlosesten Angriffen ausgesetzt. Kaiser Nikolaus, von Familiensorgen bedrückt, sei so friedlich wie möglich, und Seine Majestät glaube, die einzigen Eventualitäten, die seinen kaiserlichen Vetter zu kriegerischem Eingreifen bewegen könnten, wären der unwahrscheinliche Fall türkischen Erfolges und türkischen Vordringens in Bulgarien oder wenn Rumänien Bulgarien in den Rücken fiele. Aber man müsse mit der russischen öffentlichen Meinung, die noch immer 1908 als eine Demütigung empfinde, rechnen, ebenso wie mit der Einbusse der persönlichen Popularität Kaiser Nikolaus'. Ich legte dem Könige eindringlich dar, dass unsere Wünsche bezüglich Abgrenzung nur darauf gerichtet sind, ein lebensfähiges Albanien zu schaffen; dass bei sachlicher Betrachtung jeder Unbefangene unseren Standpunkt gutheissen müsse etc. Ich sprach auch von unserer öffentlichen Meinung; dass sich bei uns à tort ou à raison der Gedanke festgesetzt habe, Monarchie sei nicht immer nach ihrem Wert und ...[b] beurteilt worden, man habe im Auslande sich vorgestellt, dass wir in allem von Berlin beeinflußt würden, immer nachgeben müßten etc. Heute stehe man bei uns auf dem Standpunkt, dass dieser Eindruck für immer schwinden müsse und dass man ihn unter keinen Umständen wieder aufleben lassen könne. Der König meinte, es sei unbegreiflich, daß man in Österreich-Ungarn noch solche Vorstellungen haben könnte, da ja im Gegenteile die auswärtige Politik der Monarchie, namentlich seit der bosnisch-hercegovinischen Annexion, eine sehr energische und erfolgreiche gewesen sei. Ich betonte auch, dass es nicht annehmbar sei, dass jede noch so ungerechtfertigte und ...[b] serbische oder montenegrinische Prätension, nur weil sie von einem dieser beiden Staaten vorgebracht würde, ipso facto eine cause Russlands werde. Dieselbe Argumentation benützte ich heute Sir E. Grey gegenüber. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 5583, 5628, 5629. — [b] Chiffre fehlt.

Nr. 5534. Tel. aus London, 25. Jan. 1913 Nr. 79 (eing. 26. Jan. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Nach heutiger Réunion hatte deutscher Kollege eine Besprechung mit Sir E. Grey, aus welcher sich der Gedanke entwickelte, ob es nicht möglich wäre, dass die beiden Herren einen Kompromissvorschlag ausarbeiten, um unseren und russischen Standpunkt in der albanesischen

Grenzfrage einander näher zu bringen, da wir sonst an einem Punkt anlangen, wo sich unsere Gesichtspunkte unüberbrückbar gegenüberstehen. Grey war dafür eingenommen. Lichnowsky fragt sich telegraphisch in Berlin an. Mensdorff.

a) Oe. U. Balkan 139 Nr. 257. Vgl. n. 5561, 5577.

Nr. 5535. Tel. aus London, 25. Jan. 1913 Nr. 80 (eing. 26. Jan. 10 U. 30 M. a. m.).a) Entziff.

Nachstehend das von Herrn Cambon redigierte Resumé unserer heutigen Réunion, wobei ich nur aufmerksam mache, daß ich bezüglich Bojana-Regulierung von einer internationalen Durchführung der Arbeiten sowie Deckung eines Teiles der Kosten durch Taxen auf Bojana-Schiffahrt gesprochen habe. Sir Edward Grey dit que, sans aborder la question de la ville de Scutari, il serait possible d'envisager les avantages que pourrait retirer le Monténégro d'une amélioration du régime des eaux dans la région. L'ambassadeur d'Autriche-Hongrie fait observer qu'il est difficile de séparer la ville de Scutari des territoires qui l'environnent. Cependant, il est possible, d'après lui, d'envisager une régularisation du cours de la Boiana ce qui permettrait de dessécher et de livrer à l'agriculture, soit du côté albanais, soit du côté monténégrin, des territoires fertiles; ces travaux, qui d'ailleurs ont déjà été étudiés autrefois, pourraient s'opérer de compte à demi entre le Monténégro et l'Albanie. L'ambassadeur de France demande s'il ne serait pas possible de laisser au Monténégro les deux rives de la Boiana. L'ambassadeur d'Autriche-Hongrie répond que ce serait priver l'Albanie de territoires productifs qui lui sont indispensables car elle sera à peu près dénuée de ressources, que, d'ailleurs, la Boiana est le débouché naturel de Scutari sur la mer. L'ambassadeur de France réplique que le vrai débouché de Scutari est le Drin. L'ambassadeur de Russie fait remarquer que ses instructions lui prescrivent de réclamer comme frontière de la future Albanie le cours du Drin, en laissant la ville de Scutari au Monténégro, que ce n'est donc que d'une façon très hypothétique qu'il peut officieusement se prêter à d'autres solutions. L'ambassadeur d'Autriche-Hongrie fait observer à son tour que ses instructions l'obligent à n'admettre comme frontière de l'Albanie au nord, sauf dans la région de Plava, que la limite actuelle du Monténégro, mais qu'on peut trouver des satisfactions à donner à cet Etat du côté du sandjak de Novi-Bazar. L' ambassadeur de Russie dit que, de ce côté, c'est affaire à règler entre la Serbie et le Monténégro et que nous avons décidé de laisser les alliés s'entendre entre eux sur la délimitation des territoires conquis. L'ambassadeur d'Italie pense qu'on doit, cependant, tenir compte des accroissements de territoire dont le Monténégro profitera du côté du sandjak. L'ambassadeur d'Allemagne fait remarquer que l'Autriche-Hongrie, en abandonnant le sandjak sur lequel elle avait certains droits, a procuré à la Serbie et au Monténégro des avantages dont il convient de tenir compte. L'ambassadeur de Russie insiste sur la nécessité de ne pas donner au Monténégro des satisfactions aux dépens de la Serbie. Reprenant ses observations précédentes sur l'esprit dans lequel

doit être conduite la discussion relative à la limitation de l'Albanie, il dit que ce serait s'exposer à conclure d'une façon erronée que de se livrer à des considérations purement ethnographiques et qu'il importe de tenir compte du fait que les alliés ont été victorieux et qu'ils occupent des territoires où sont mêlés des éléments très divers, que d'ailleurs tous les Albanais ne sont probablement pas partisans de l'autonomie. Quelques observations à ce sujet s'échangent entre l'ambassadeur de Russie et celui d'Autriche-Hongrie. En résumé, la réunion se demande s'il n'est pas possible de trouver un terrain de conciliation, chacun se réservant de consulter son gouvernement sur les solutions qui peuvent être envisagées. Mensdorff.

a) Vgl. n. 5579, 5583.

Tel. nach Paris, 25. Jan. 1913 Nr. 83 (chiffr. 26. Jan. 12 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 5528.

Nr. 5536. Tel. aus Paris, 25. Jan. 1913 Nr. 19 (eing. 26. Jan. 9 U. a. m.). Entziff.

Der Putsch, der zum Kabinettswechsel in Konstantinopel führte, hat hier überraschend gewirkt. Herr Paléologue sagte mir, die französische Regierung werde sich durch denselben in ihrer bisherigen Politik nicht beirren lassen. Die Hauptsache sei, daß die Mächte einig bleiben und nicht die Geduld verlieren. Hiesige Regierung werde ihr Möglichstes tun, um Einigkeit zu erhalten und separate Initiative einzelner Mächte zu verhindern. Als ich hierauf auf Zeitungsgerücht über Möglichkeit russischer Aktion in Armenien anspielte, meinte Paléologue, er halte selbe für wenig wahrscheinlich, es handle sich dabei vielleicht nur um ein Pressionsmittel auf türkische Regierung, doch schien er mir diesfalls nicht völlig beruhigt. Paléologue erzählte ferner, daß laut Konstantinopeler Nachrichten neues türkisches Kabinett auf die Unterstützung Deutschlands hoffe und einen dringenden Appell nach Berlin gerichtet hätte. Deutsche Regierung sei aber nicht geneigt, aktiv einzugreifen. Man ist hier der Ansicht, daß Mächte vorerst Antwort der Pforte auf Note der Botschafter abwarten müßten. Sollte dieselbe weitere Verhandlungen unmöglich machen, was noch keineswegs sicher sei, und Feindseligkeiten wieder ausbrechen, so (sollten)[a] Mächte deren (Ausgang)[a] abwarten. Infolge der beiderseits bestehenden Erschöpfung würde es wohl bald wieder zu einem Waffenstillstand kommen. Als bedenklichste Gefahr bezeichnete Paléologue Möglichkeit von Massakers. Ein aktives Eingreifen der Mächte würde aber diese Gefahr nur vermehren.

Szécsen.

a) Chiffre fehlt.

Tel. nach Rom, 25. Jan. 1913 Nr. 120 (chiffr. 26. Jan. 12 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 5528.

Tel. nach Rom, 25. Jan. 1913 Nr. 121 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 5529.

Nr. 5537. Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters, 25. Jan. 1913 Nr. 439.[a]) Konz. (S. u. G. Berchtold).

Herzog Avarna brachte mir am 24. Jänner ein an seine Regierung gelangtes Telegramm Fürsten Lichnowskys streng vertraulich zur Kenntnis, worin der deutsche Botschafter in London über eine Unterredung referiert, die er am 21. d. M. mit Grafen Benckendorff in Betreff der Delimitirung Albaniens hatte. Dieser Meldung zufolge hätte Fürst Lichnowsky aus den in sehr ernstem Tone gehaltenen Äußerungen seines russischen Collegen den Eindruck gewonnen, daß Rußland fest entschloßen sei Krieg zu führen, wenn Österreich-Ungarn auch weiterhin in seiner intransigenten Haltung in Bezug auf die Abgrenzung Albaniens beharre. Fürst Lichnowsky hätte in einer confidentiellen Aussprache mit Marquis Imperiali seine Besorgnis über diese in Rußland herrschende Stimmung ausgesprochen und geltend gemacht, daß die öffentliche Meinung in Deutschland einen Feldzug misbilligen würde, der eine geringfügige albanesische Abgrenzungsdifferenz zum Ausgangspunkte hätte. Man könnte unter diesen Umständen einer Mobilisirung nicht mit Sicherheit entgegensehen und müßte auf heftigen Widerstand seitens der sozialistischen Agitation gefaßt sein. Auch sei es unverständlich, wieso Österreich-Ungarn sich zu gar keinem Entgegenkommen bereit finden wolle, wo doch Rußland eine so conciliante Haltung eingenommen und Österreich-Ungarn in Allem nachgegeben habe. So weit die telegraphische Meldung Fürsten Lichnowskys. Indem mir Herzog Avarna hievon Kenntnis gab, frug er mich, ob wir es wirklich auf einen Krieg mit Rußland ankommen lassen wollten. Ich hätte ihm unlängst von der Eventualität gesprochen, aus der Botschafter-Réunion auszuscheiden. Er halte es für seine Pflicht, mich auf die schweren Folgen aufmerksam zu machen, die ein solcher Schritt nach sich ziehen müßte und bat mich dringend, den Faden mit Rußland nicht abzureißen. Ich sagte dem Botschafter, daß es nicht in meiner Absicht gelegen sei, den Faden mit Rußland abzureißen, im Gegenteile sei es mein Wunsch, direkt mit der russischen Regierung Fühlung zu nehmen, um die dort herrschende irrige Auffassung, als ob wir in keiner Weise Entgegenkommen gezeigt hätten, thunlichst richtig zu stellen. Während Rußland jeden Zoll albanischen Territoriums, den die serbischen oder montenegrinischen Truppen räumen müssen, als eine Errungenschaft Österreich-Ungarns auf Kosten Rußlands betrachte und hinstelle, stehen wir auf dem, wie uns scheint, unanfechtbaren Standpunkte, daß jeder Zoll türkischen Gebietes, welches die Balkanstaaten zugesprochen erhalten werden, eine Concession Österreich-Ungarns ist, zumal Rußland selbst bei Ausbruch der Feindseligkeiten das Prinzip aufgestellt hatte, daß nach Beendigung des Kampfes keine territoriale Vergrößerung der Balkanstaaten statthaben sollte. Wenn dies Rußland nicht anerkennen wolle und nun mit Forderungen komme, die Albanien um jeden fruchtbaren Landstrich bringen würden, so sei es nicht zu verwundern, daß wir uns genötigt sehen, eine intransigente Haltung einzunehmen. Es schiene mir, daß die italienische Regierung — wenn ihr ein friedlicher Ausgleich am Herzen liegt — in St. Petersburg auf diesen Stand der Dinge aufmerksam machen und dort darauf hinwirken sollte, daß dort der Bogen nicht zu straff gespannt werde.

[a]) Vgl. n. 5516.

Tel. nach St. Petersburg, 25. Jan. 1913 Nr. 87 (chiffr. 26. Jan. 12 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 5528.

Nr. 5538. Tel. aus St. Petersburg, 25. Jan. 1913 Nr. 22 (eing. 26. Jan. 11 U. a. m.). Entziff.

Der italienische Geschäftsträger sprach heute Herrn Sazonow und teilte mir mit, der Herr Minister des Äußern, der die Situation in der Türkei sehr pessimistisch beurteile, habe geäußert, die russische Regierung werde vorläufig ihre Neutralität, allerdings unter größter Aufmerksamkeit auf die weitere Entwicklung der Dinge, „une neutralité pleine de soupçons", beibehalten. An einen Wiederbeginn der Feindseligkeiten glaubt Herr Sazonow vorerst nicht, da die Türkei kaum die Offensive ergreifen werde. Ich halte es für sehr wahrscheinlich, daß Russland, im Falle es doch zur Fortsetzung des Krieges kommen sollte, bei einem türkischen Erfolge aus seiner passiven Rolle heraustreten und durch eine Flottenbetätigung oder durch künstliche Aufrollung der armenischen Frage aktiv eingreifen dürfte.

Thurn.

Nr. 5539. Tel. nach Berlin, 26. Jan. 1913 Nr. 114 (chiffr. 8 U. 30 M. p. m.). Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Markgraf Pallavicini telegraphiert unter dem 25. l. M. wie folgt: ... *wie n. 5527* ... Wenn ich auch den Standpunkt des Berliner Kabinettes begreife, alles zu vermeiden, was den Anschein einer allzustarken Pression in Konstantinopel hervorrufen könnte, so habe ich doch die Impression, daß eine Aussprache Baron Wangenheims in diesem Geiste geeignet ist, die jungtürkische Regierung in ihrem Widerstande gegen den von allen Großmächten erteilten Rat zu bestärken und somit mit der von uns bisher verfolgten Politik nicht ganz im Einklange steht. Ich würde Wert darauf legen, daß Euer Exzellenz bei Besprechung der gegenwärtigen Situation in Konstantinopel diese meine Auffassung dem Herrn Staatssekretär gegenüber zum Ausdruck bringen, wobei Hochdieselben es aber vermeiden wollen, der Meldung Markgrafen Pallavicinis Erwähnung zu tun, da dieses das bisherige vertrauensvolle Verhältnis der beiderseitigen Vertreter in Konstantinopel beeinträchtigen könnte.

Berchtold.

Nr. 5540. Tel. aus Berlin, 26. Jan. 1913 Nr. 56 (eing. 6 U. 40 M. p. m.).[a] *Entziff.*

Streng vertraulich. Staatssekretär von Jagow brachte gestern auch die Frage von Skutari mir gegenüber zur Sprache. Er ist der Meinung, daß, was die Stadt selbst betreffe, Russland unseren Wünschen nachgeben werde; hingegen sollten aber wir, was den See und die angrenzende Ebene betrifft, Russland entgegenkommen. Angesichts des Mißverhältnisses zwischen Ursache und möglichen Folgen sollte man schon mit Rücksicht auf den deutschen Bundesgenossen sich bei uns in der Frage nicht versteifen.

Szögyény.

[a] Vgl. n. 5578.

Nr. 5541. Tel. aus Berlin, 26. Jan. 1913 Nr. 57 (eing. 6 U. 40 M. p. m.).[a] *Entziff.*

Streng geheim. Inhalt streng geheimen Telegrammes Nr. 102 Staatssekretär von Jagow mitgeteilt, der mich ersuchte, Euer Exzellenz zu melden, daß ... *im wesentlichen wie n. 5523.* ... Szögyény.

[a] Vgl. n. 5524, 5549.

Nr. 5542. Tel. aus Berlin, 26. Jan. 1913 Nr. 58 (eing. 10 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Streng vertraulich. Im Verlaufe des Antrittsbesuches, den Staatssekretär von Jagow mir machte, besprach ich mit ihm die Frage der Haltung Russlands in Kleinasien (vide Euer Exzellenz Telegramme Nr. 100[b] und 101[c]). Die Graf Czernin gegenüber gemachte Äusserung Herrn Sazonows, daß Russland den Ereignissen in Armenien auf die Dauer nicht passiv gegenüber stehen könne, hat den Staatssekretär augenscheinlich sehr impressioniert. Wie er mir sagte, erscheine auch hier eingetroffenen Nachrichten zufolge ein kriegerisches Eingreifen Russlands in Kleinasien tatsächlich nicht ausgeschlossen. Unter diesen Umständen sei ein einheitliches Auftreten des Dreibundes notwendiger denn je; daher beabsichtige er, Herrn von Tschirschky anzuweisen, Euer Exzellenz mitzuteilen, daß er deutschen Botschafter in London beauftragen wolle, Sir Edward Grey in vertraulicher Weise darauf aufmerksam zu machen, daß die deutsche Regierung gegen ein Eingreifen Russlands in der armenischen Frage entschieden Stellung nehmen würde. Herr Zimmermann, mit dem ich die Angelegenheit nachträglich ebenfalls besprach, sagte mir, er zweifle nicht daran, daß Euer Exzellenz diesem Schritte zustimmen werden, ich erwiderte, daß Wiener und auch das Römische Kabinett ihre respektiven Botschafter in London dahin instruieren würden, ohne eine Simultan-Démarche zu machen, sich im gleichen Sinne Sir Edward Grey gegenüber auszusprechen. Deutsche Regierung halte es für angezeigt, den Schritt nicht direkt in Petersburg zu machen, sondern durch das englische Kabinett, welches nach hier eingelangten Informationen in der Frage eines Sinnes mit den Dreibundmächten sei. Szögyény.

[a] Vgl. n. 5556. — [b] Mit Tel. Nr. 100, 24. Jan. 1913 (chiffr. 4 U. 30 M. p. m.) wurde n. 5491 nach Berlin mitgeteilt. — [c] Mit Tel. Nr. 101, 24. Jan. 1913 (chiffr. 7 U. 30 M. p. m.) wurde über eine Unterredung mit Herzog Avarna Mitteilung gemacht, in welcher dieser vor Plänen Rußlands in Armenien warnte und im Auftrag San Giulianos anregte, der Dreibund müsse fest zusammenstehen, um eine Politik, die den Status quo in Asien angreife, zu verhindern. Nach Ansicht der italienischen Regierung wäre es klug, durch eine konziliante Haltung gegenüber Rußland auf der Botschafterreunion weiteren Komplikationen in diesem Belange vorzubeugen. Graf Berchtold habe Herzog Avarna darauf erwidert, daß er in der Nachgiebigkeit gegenüber Rußland auf der Botschafterreunion noch keine Sicherheit erblicken könne, daß Rußland auf eine aggressive Politik in Kleinasien Verzicht leiste. Es könne dann leicht geschehen, daß man sich Rußland am Balkan gefällig erweise, die Annexion Armeniens aber nachmals doch von Rußland bewerkstelligt werde. (Vgl. n. 5547.)

Nr. 5543. Tel. aus Bukarest, 26. Jan. 1913 Nr. 26 (eing. 9 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Minister des Äußern, der meinen Besuch erbeten, teilt mir eben folgendes mit: Gestriger Kronrat unter Vorsitz Seiner Majestät des Königs und Beisein des Kronprinzen habe Beschluß gefaßt, weitere mit der Würde Rumäniens und seines Königs nicht zu vereinbarende Hinausschiebung einer klaren Antwort Bulgariens nicht weiter zu dulden. Regierung sei auch gezwungen mit Hinblick auf Erregung öffentlicher Meinung durch jüngste Ereignisse in Konstantinopel und morgigen Zusammentritt der Kammern, deren erdrückende Majorität auf eine rasche und energische Erledigung bulgarischer Verhandlungen drängen werde, einen entschiedenen Schritt zu tun. Herr Mişu wurde daher noch gestern abends telegraphisch angewiesen, von Herrn Danew, der nach Ausspruch Herrn Geschoffs Vollmacht besitzt, schriftliche Antwort auf rumänische Forderungen zu verlangen, deren Maximum Linie Turtukaia-Balčik mit Dobrić sei, Minimum Silistria-Balčik ohne Dobrić. Sollte seitens Bulgarien im Laufe dieser Woche keine präzise Antwort erfolgen, deren Inhalt eine weitere Diskussion erlaubt, so würde sich Rumänien zur Ergreifung militärischer Maßnahmen genötigt sehen. Minister fügte hinzu, daß er als letztes Auskunftsmittel, um Äußerstes zu vermeiden, eventuell an russische Regierung mit dem Ersuchen herantreten werde, auf Bulgarien im Sinne Rumäniens einzuwirken, sich auf die seinerzeit erfolgte russische Demarche beziehend. Er hofft dadurch bulgarischer Regierung gegebenen Falles Einlenken zu erleichtern und setzt voraus, daß dieser Schritt von den Regierungen der Dreibundmächte nicht falsch gedeutet werden wird. Minister ersuchte mich, Obiges zur Kenntnis Euer Exzellenz zu bringen, es Hochderselben Erwägung überlassend, ob Euer Exzellenz ein Schritt in Sofia nützlich schiene oder eventuell eine Aussprache in Petersburg, da ein gleichartiges Vorgehen dieser beiden Kabinette größten Eindruck in Sofia hervorbringe. Minister machte hiesigen Vertretern des Dreibundes und russischem Gesandten obige gleichlautende Eröffnungen. Streng vertraulich. Handlungsweise Rumäniens ist hauptsächlich vom Willen diktiert, der eine Mißachtung Rumäniens bezeugenden Art der Führung der Verhandlungen seitens Bulgariens ein Ende zu machen. Halte Entschluß Regierung für vollkommen berechtigt, weil Agitation gegen Krone und für friedliche Austragung Konfliktes ungeeignete Minister[b] beunruhigende Dimensionen annimmt, was Sturz des Kabinetts und Übernahme Regierung durch Liberale hervorbringen könnte, welche unbedingt für Austragung mit Waffen sind. Minister ließ durchblicken, daß Linie Silistria—Kavarna ohne Stadt Silistria hier allerletztes Minimum wäre oder Stadt Silistria mit geringem Landstreifen. Glaube letztere Lösung wäre auch von unserem Standpunkte vorteilhafter, da dieselbe populärer. K. E. Fürstenberg.

[a] Oe. U. Balkan 140 Nr. 258. Vgl. n. 5525, 5571. — [b] So!

Nr. 5544. Tel. aus Bukarest, 26. Jan. 1913 Nr. 27 (eing. 5 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Streng vertraulich. Minister des Äussern zeigte mir Depesche Herrn Mavrocordatos, wonach Euer Exzellenz sich ihm gegenüber beklagt hätten,

über Stand der Verhandlungen mit Bulgarien und Forderungen Rumäniens im Unklaren gelassen zu werden. Minister glaubt, Euer Exzellenz durch mich vollkommen am Laufenden erhalten zu haben, ist bereit, jede nähere Auskunft zu geben, würde aber vorziehen, den Weg über rumänische Gesandtschaft nicht zu nehmen, da Wiener Gesandter über unser Verhältnis nicht informiert und er daher nur über die allgemeine Lage Auskünfte erhält und nicht über spezielle Details. K. E. Fürstenberg.

Nr. 5545. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 26. Jan. 1913 Nr. 71 (eing. 9 U. p. m.). Entziff.

Vertraulich. Rumänischer Militärattaché hat sich seinem deutschen Kollegen gegenüber kürzlich dahin geäußert, daß sich öffentliche Meinung in Rumänien, seinen Informationen nach, in einer hochgradigen Erregung befinde. In gewissen Kreisen soll man auf die Unterstützung, welche Bulgarien seitens Russlands erfährt, im Vergleiche zu jener, die Österreich-Ungarn bisher Rumänien angedeihen ließ, hinweisen. Man glaube, daß sich das Königreich bald Alternative gegenüber gestellt sehen könnte, entweder Bulgarien anzugreifen, oder aber mit letzterem vereint ins russische Lager überzugehen. Pallavicini.

Nr. 5546. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 26. Jan. 1913 Nr. 73 (eing. 9 U. p. m.).[a] Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nro. 67[b] von heute. Sturz des Kabinettes Kiamil hat auch auf meinen russischen Kollegen einen sehr deprimierenden Eindruck gemacht. Er ließ gestern mir gegenüber ähnliche Bemerkung fallen, wie Herr Sazonow Grafen Thurn gegenüber, indem er auf den Tod des türkischen Kriegsministers anspielte, welcher gelegentlich der Vorfälle letzten Donnerstag erfolgte. Ich antwortete hierauf Herrn von Giers, dass die neue Regierung allerdings infolge einer revolutionären Bewegung ans Ruder gelangte, dies aber weder hier noch anderwärts der erste Fall sei, und daß die Mächte über dergleichen bisher hinweggegangen seien; ich erinnerte hiebei an den Königsmord in Belgrad, worauf er nichts zu erwidern wußte. Übrigens hat Herr von Giers dem Großvezir gestern gleich den anderen Botschaftern einen Antrittsbesuch gemacht und damit die neue Eigenschaft Mahmud Schefket Paschas anerkannt. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 5575. — [b] Mit Tel. Nr. 67, 25. Jan. 1913 (chiffr. 10 U. 12 M. p. m.) wurde n. 5519 nach Konstantinopel mitgeteilt.

Nr. 5547. Tel. aus Rom, 26. Jan. 1913 Nr. 51 (eing. 5 U. 15 M. p. m.).[a] Entziff.

Vertraulich. Die letzten Konstantinopler Ereignisse haben auf hiesige öffentliche Meinung und auch auf die Regierung sehr deprimierend gewirkt. In dem Falle einer negativen Antwort der Türkei bezüglich Adrianopel sowie in jenem der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten besorgt man besonders einseitige Aktion Russlands — sei es im Bosporus, sei es in Armenien — und in weiterer Folge eine europäische Komplikation. Hiebei

würde man russische Aktion im Bosporus, als deren Folge man — wohl mit Recht — Lösung der Dardanellen-Frage im russischen Sinne betrachtet, noch für weniger gefährlich halten, als eine russische Okkupation in Armenien. Marquis San Giuliano würde daher sehr wünschen, daß die Mächte einig blieben, sei es, um nichts zu tun und den Fall Adrianopels abzuwarten, sei es allenfalls, um zu einer raschen und wirksamen Aktion zu gelangen. Auf meine Frage, wie er sich eine solche vorstelle, meinte er, es könnte an eine Zerstörung der Meerengen-Befestigungen durch eine vereinte Flotte der Grossmächte gedacht werden. Auf meinen Einwand, dass dies erst recht die Erfüllung des russischen Wunsches nach Öffnung der Meerengen bedeuten würde, erwiderte er, dies scheine ihm nachgerade unvermeidlich und ein kleineres Übel als ein Konflikt zwischen den Mächten oder die sofortige Aufrollung des kleinasiatischen Problems. Mérey.

[a]) Vgl. n. 5542 Anm. c.

Nr. 5548. Tel. aus Rom, 26. Jan. 1913 Nr. 52 (eing. 5 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Streng vertraulich. In Übereinstimmung mit zweitem Teil der in dem hohen Telegramme vom 24. d. M. Nr. 110[a]) wiedergegebenen Meldung Markgraf Pallavicinis teilte mir Minister des Äussern mit, sowohl russischer Botschafter wie französischer Geschäftsträger hätten — beide angeblich nur von sich aus — Eventualität einer russischen Aktion erörtert, um Türkei zum Friedensschlusse unter Verzicht auf Adrianopel zu zwingen. Mérey.

[a]) Mit Tel. Nr. 110, 24. Jan. 1913 (chiffr. 4 U. 15 M. p. m.) wurde unter anderem eine Meldung Pallavicinis, er habe gehört, daß Herr von Giers angeblich Antrag gestellt, ein Geschwader in die Nähe des Bosporus zu entsenden, nach Rom mitgeteilt.

Nr. 5549. Tel. aus Rom, 26. Jan. 1913 Nr. 53 (eing. 9 U. p. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. In Angelegenheit der Erneuerung unseres geheimen Vertrags mit Rumänien (hohes Telegramm vom 24. d. M. Nr. 115) wird Minister des Äußern nach Rücksprache mit Ministerpräsidenten uns antworten. Marquis di San Giuliano bemerkte unter anderem, vorgeschlagene Änderung der Laufzeit des Vertrages sei politisch nicht irrelevant, da der letztere hiedurch in einen engeren Zusammenhang mit dem Dreibundvertrag gebracht wurde. Dies habe zur Folge, daß man die Freiheit der Entschließung hinsichtlich der Erneuerung oder Kündigung jenes Vertrages bis zu einem gewissen Grade verlöre. Mérey.

[a]) Vgl. n. 5541, 5562, 5611.

Nr. 5550. Tel. aus Rom, 26. Jan. 1913 Nr. 56 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Ich habe im Sinne des hohen Telegrammes vom 25. d. Mts. Nr. 120 dem Minister des Äußern den Vorschlag Euer Exzellenz bezüglich der angesichts momentaner Situation von den Dreibundvertretern in London der Tripelentente gegenüber zu führenden Sprache mitgeteilt und analoge Instruierung des Marquis Imperiali suggeriert. Marquis di San Giuliano

sagte mir, er habe selbst Absicht gehabt, einen beinahe identischen Vorschlag zu machen. Er wird italienischem Botschafter in London umgehend beantragte Instruktion erteilen. Mérey.

Nr. 5551. Tel. aus St. Petersburg, 26. Jan. 1913 Nr. 23 (eing. 9 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 85[a]) von gestern. Die Mitteilung Herrn von Zimmermanns an Grafen Szögyény „daß die russische Regierung, welche die Prätensionen auf den See und einen Teil der Ebene von Skutari zwar bisher eindringlich unterstützt, in der Folge den Wünschen Österreich-Ungarns, die auch von Seite Deutschlands und Italiens unterstützt werden, dennoch nachgeben werde," dürfte auf einem Irrtum beruhen. Mein deutscher Kollege bestätigt mir nachdrücklichst, daß nach seiner Überzeugung eine Nachgiebigkeit Herrn Sazonows in der Skutarifrage nur bezüglich der Stadt selbst, bei entsprechender Kompensation an der Ostgrenze, zu erhoffen sei. Er habe auch nur in diesem Sinne nach Berlin berichtet. Ich halte diese Auffassung des Grafen Pourtalès für umso richtiger, als ja Herr Sazonow stets mit besonderem Nachdruck die Notwendigkeit betont hat, dem verhungernden Montenegro fruchtbares Land zu verschaffen, — was von Anfang an die Richtung anzugeben schien, in welcher ein Kompromiß gefunden werden könnte. Thurn.

[a]) Mit Tel. Nr. 85, 25. Jan. 1913 (chiffr. 4 U. 30 M. p. m.) wurde n. 5510 nach St. Petersburg mitgeteilt.

Nr. 5552. Tel. aus Sofia, 26. Jan. 1913 Nr. 60 (eing. 9 U. p. m.).[a]) Entziff.

Hohes Telegramm Nr. 42 von gestern erhalten und mich im angeordneten Sinne ausgesprochen. Herr Geschoff reagierte hauptsächlich auf jene Teile meiner Ausführungen, aus welchen Grundlosigkeit der Mißstimmung der bulgarischen Regierung über unsere Politik hervorging. Ich wies auf letzte Konversationen mit Konseilspräsidenten hin, in welchen er von seinen Enttäuschungen sprach, und auf Symptome der Verstimmung der hiesigen öffentlichen Meinung gegen uns. Geschoff sagte, daß Bulgarien Euer Exzellenz für Unterstützung der Türkei gegenüber tief dankbar und auch sonst unsere wohlwollenden Intentionen hoch schätze, nur Umstand, daß Euer Exzellenz Herrn Salabascheff Abtretung Silistrias empfohlen, hätte hier enttäuscht, da man befürchtet habe, dass Hochdieselben Rumänien in dieser Forderung bestärkten. Ich erwiderte, dass wir uns — wie Herrn Geschoff bekannt — in Details der Verhandlungen nicht einmischen und ich Konseilspräsidenten wiederholt versichert hätte, daß wir wie in Sofia konziliant, in Bukarest mäßigend gewirkt hätten, und equivoque Politik machten Euer Exzellenz nicht. Konseilspräsident zeigte sich befriedigt und dankte für Eröffnungen mit erneuerten Versicherungen, dass bulgarische Regierung Wohlwollen Euer Exzellenz zu schätzen wisse. Daraus, was Herr Geschoff vaguement über Stand rumänischer Frage sagte, habe Eindruck, dass er rechne, Rumänien werde auf Silistria nicht bestehen. Auf

meine Bemerkung, bulgarische Regierung sollte nicht mesquin sein, antwortete er, dass Bulgarien trachte, möglichstes Entgegenkommen zu zeigen, hoffentlich würde — fügte er hinzu — unerwartete Wendung der Lage in Konstantinopel auf Dispositionen Rumäniens keine unerwünschte Wirkung haben. Passus meiner Mitteilung über nichtakzeptierte Beihilfe Rumäniens ließ Herr Geschoff ohne Antwort. Zum Schlusse kam er noch auf hiesige Stimmung für uns zu sprechen und meinte, unsere Zeitungen, speziell Neue Freie Presse, hätten letzter Zeit ungünstigen Eindruck gemacht, was Chauvinisten auf Boykottgedanken gebracht hätte. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 5704.

Nr. 5553. Tel. nach Berlin Nr. 120 (1), London Nr. 124 (2) und Rom Nr. 128 (3), 27. Jan. 1913 (chiffr. 28. Jan. 1 U. a. m.).[a]) *Konz. (S. u. G. Nemes).*

1. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 60 vom 27. l. M. Dem Wunsche der deutschen Regierung Rechnung tragend, beauftrage ich unter einem Grafen Mensdorff, bei der ihm aufgetragenen Mitteilung an Sir E. Grey und die Botschafter Frankreichs und Rußlands von dem Schlußsatze: Il va sans dire etc. abzusehen.

2.—3. Zu meinem Telegramme Nr.

2. 117

3. 120

2.—3. vom 25. l. M. Graf Szögyény telegraphiert mir im Gegenstande unter dem 27. l. M. wie folgt: ... *wie n. 5554* ...

2. Ich bin bereit, dem deutschen Wunsche Rechnung zu tragen und wollen Euer Exzellenz bei Ausführung der im obzitierten Telegramme aufgetragenen Mitteilungen von dem Schlußpassus: Il va sans dire etc. absehen. Daß die fragliche Mitteilung gleichlautend, aber nicht kollektiv gemacht werde, entspricht vollkommen meinen Wünschen.

3. Ich telegraphiere unter einem an Grafen Szögyény wie folgt: ... *gleichwie 1. von „Dem Wunsche" bis „abzusehen"* ... Vorstehendes zur Mitteilung an Marquis di San Giuliano. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 5528, 5563, 5568, 5569, 5598, 5612.

Tel. nach Berlin, 27. Jan. 1913 Nr. 121 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 5556.

Nr. 5554. Tel. aus Berlin, 27. Jan. 1913 Nr. 60 (eing. 4 U. 20 M. p. m.).[a]) *Entziff.*

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 110 von gestern. Staatssekretär, den ich erst heute beim Gratulationsempfange im königlichen Schlosse kurz sprechen konnte, sagte mir, er sei ganz einverstanden, dass die Vertreter der Dreibundmächte dem englischen Staatssekretär sowie den Vertretern Frankreichs und Russlands in London eine gleichlautende, nicht kollektive Mitteilung machen würden. Der von Euer Exzellenz vorgeschlagenen Fassung dieser Mitteilung stimmt Herr von Jagow zu. Nur gegen den Schlussatz: Il va sans dire und so weiter hat er sich entschieden

ausgesprochen, da es, wie er meint, zwar selbstverständlich sei, dass gegebenenfalls die Mächte freie Hand erlangen, er es aber für unangebracht halten würde, sie auf die Möglichkeit einer Separataktion aufmerksam zu machen. Er wird deutschen Botschafter in London in diesem Sinne instruieren. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 5553.

Nr. 5555. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 27. Jan. 1913 Nr. 74 (eing. 6 U. 50 M. p. m.).[a]) Entziff.

Mahmud Schefket Pascha, der mir soeben einen Besuch abstattete, sagte mir, er glaube, dass die Antwort auf die Note der Mächte bis spätestens Freitag übergeben werden dürfte. Die neue Regierung müsse die Angelegenheit noch ganz genau studieren. Ich habe den Eindruck, dass man irgend einen Ausweg sucht, da sich der Grossvezir über die Frage von Adrianopel in keiner Weise aussprach, er sagte mir hingegen, dass die Inseln eine ganz besondere Wichtigkeit für die Türkei hätten. In letzterer Beziehung warf er die Frage auf, ob es nicht möglich wäre, aber nicht in der Nähe des asiatischen Ufers, ein ähnliches Regime wie etwa in Samos oder auf dem Libanon einzuführen. Die unmittelbar vor den Dardanellen liegenden vier Inseln, meinte Mahmud Schefket Pascha, könnten unter direkter Verwaltung der Türkei (bleiben).[b]) Mahmud Schefket Pascha sagte mir noch, dass er vorläufig nicht Absicht habe, Delegierte aus London abzuberufen. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 5591, 5605. — [b]) Chiffre fehlt.

Nr. 5556. Tel. nach London Nr. 123 (1), Rom Nr. 130 (2) und Berlin Nr. 121 (3), 27. Jan. 1913 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; V. Nemes; G. Berchtold).

1.—2. Graf Szögyény telegraphiert unterm 26. d. M. wie folgt: ... *wie n. 5542 in extenso* ...

1. Euer Exzellenz sind — sobald Fürst Lichnowsky den von Herrn von Jagow in Aussicht gestellten Auftrag erhalten und ausgeführt haben wird — ermächtigt, sich bei Sir E. Grey in dem Sinne vernehmen zu lassen, daß auch die k. u. k. Regierung der Ansicht sei, daß ein Eingreifen Rußlands in der armenischen Frage die schwerwiegendsten Folgen nach sich ziehen könnte.

2. Ich teile Vorstehendes an Grafen Mensdorff mit und füge bei: ... *wie 1. von „Euer Exzellenz sind" bis „nach sich ziehen könnte"* ... Vorstehendes zur streng vertraulichen Mitteilung an Marquis di San Giuliano.

3. Herr von Tschirschky hat sich im Sinne Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 58 vom 26. d. M. ausgesprochen. Ich teile Inhalt desselben an Grafen Mensdorff mit und füge bei: ... *wie 1. von „Euer Exzellenz sind" bis „nach sich ziehen könnte"* ... Vorstehendes zur Mitteilung an den Herrn Staatssekretär. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 5595, 5629.

Tel. nach London, 27. Jan. 1913 Nr. 124 (chiffr. 28. Jan. 1 U. a. m.). Siehe n. 5553.

Nr. 5557. Tel. aus London, 27. Jan. 1913 Nr. 81 (eing. 9 U. p. m.).[a]) Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 104 vom 24. d. M. Herr Danew frühstückte eben bei mir. Ich legte ihm wieder dringend nahe, Verhandlungen mit Rumänien nicht hinauszuziehen und Verständigung zu erzielen. Er erklärt stets, dass er dies aufrichtig wünsche, sagte mir aber, dass neuerdings Herr Mişu wieder von der ganz undiskutierbaren Linie von Turtukaj-Balcik spreche. Aus den Äußerungen Danews, der aber immer erklärte, er spreche nur persönlich und ohne Auftrag, konnte ich entnehmen, dass er bereit wäre, eine Linie von Silistria bis an einen Punkt an der Küste nördlich vom Kap Kaliakra zu konzedieren. Kap selbst sei mit Rücksicht auf Stellung Varnas ausgeschlossen. Stadt Silistria ebenfalls ausgeschlossen. Bereit, alle Forts zu schleifen und den Rumänen zu konzedieren, alle Höhen auf ihrem Gebiet zu befestigen. Bezüglich Höhe von Medjidié-Tabia war er ebenfalls ablehnend mit der Begründung, dass sonst Silistria zu einer Enklave würde, nachdem diese Höhe südwestlich liege; doch hatte ich den Eindruck, dass er über diesen Punkt vielleicht nicht ganz intransigent wäre. Bezüglich der Kutzowalachen in Mazedonien ist man bulgarischerseits bereit, einen rumänischen Bischof zuzugestehen, sowie Fortbestand der rumänischen Schulen, deren Budget von der rumänischen Regierung — falls gewünscht — bestritten werden könnte. Mensdorff.

[a]) Oe. U. Balkan 140 Nr. 259. Vgl. n. 5558, 5565, 5590 Anm. a.

Nr. 5558. Tel. aus London, 27. Jan. 1913 Nr. 83 (eing. 28. Jan. 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Im Nachhange zu meinem heutigen Telegramm Nr. 81. Herr Mişu war eben bei mir. Er wird neue Konversation mit Herrn Danew haben und will dabei Protokoll aufsetzen, wobei jeder seinen Standpunkt präzisiert. In dem Projekt dazu nimmt Herr Mişu Akt von bulgarischer Zusage betreffs Kutzowalachen und stellt Forderungen auf für eine Linie von Turtukai. Er gab mir aber zu, dass man darauf nicht bestehen würde. Auf Stadt Silistria glaubt er vorläufig noch bestehen zu müssen. Hauptschwierigkeit dürfte Kavarna bilden. Mensdorff.

[a]) Oe. U. Balkan 140 Nr. 260. Vgl. n. 5565.

Nr. 5559. Tel. aus London, 27. Jan. 1913 Nr. 84 (eing. 28. Jan. 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

In Berlin scheint man über russische Pläne in Kleinasien beunruhigt. Fürst Lichnowsky hat heute mit Sir E. Grey darüber gesprochen, welcher keine Meldungen oder Anzeichen von russischem Eingreifen in Armenien besitzt. Staatssekretär glaubt vielmehr, daß bei russischen Maßnahmen es sich wieder um strittiges türkisch-russisches Grenzgebiet handelt, das von Türken besetzt worden ist. Deutscher Botschafter hat in seiner Konversation mit Sir E. Grey festgestellt, daß — jedenfalls bis jetzt — keine

Abmachungen Englands mit Frankreich und Russland über Interessensphären oder gar Aufteilung der Türkei in Kleinasien bestehen. Doch ist der Staatssekretär beschäftigt mit der Gefahr, daß anarchische Zustände in Kleinasien eintreten könnten, und fragte auch, ob Deutschland nicht eventuell wegen Gefährdung seiner Bagdadbahninteressen eingreifen würde, was Fürst Lichnowsky verneinte mit der Begründung, dass gerade für die deutschen ökonomischen Interessen die Integrität der kleinasiatischen Türkei unerläßlich ist. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 5580, 5595.

Nr. 5560. Tel. aus London, 27. Jan. 1913 Nr. 85 (eing. 28. Jan. 8 U. a. m.). Entziff.

Unter Bezugnahme auf gestriges Telegramm 117. Fürst Lichnowsky zeigte mir Telegramm aus Berlin, nach welchem seine Regierung kleine stilistische Änderung im Schlussatze bei Euer Exzellenz Vorschlag will. Im Allgemeinen hat deutscher Botschafter sich schon im Sinne des Punktes 1 geäußert. Der in Punkt 2 niedergelegte Gedanke ist bei letzter Botschafterréunion in unserer nicht formellen Konversation auch schon zum Ausdruck gekommen. Sobald deutscher und italienischer Kollege analoge Instruktionen erhalten, werde ich mich Euer Exzellenz Vorschlag entsprechend aussprechen. Mensdorff.

Nr. 5561. Tel. aus London, 27. Jan. 1913 Nr. 86 (eing. 28. Jan. 8 U. a. m.). Entziff.

Im Nachhange zu meinem Telegramm Nr. 79 vom 25. d. M. Fürst Lichnowsky sagte mir, Sir E. Grey habe ihm heute wieder von dem Gedanken eines deutsch-englischen Kompromissvorschlages gesprochen, den mein deutscher Kollege angeregt hatte, und der Staatssekretär sei jetzt sehr warm dafür eingenommen, wisse aber noch nicht, wie Graf Benckendorff ihn aufnehme. Russischer Botschafter soll von Idee der Entsendung einer Kommission gesprochen haben, zur Feststellung der ethnographischen Verhältnisse, Wünsche der Bevölkerung etz. Ich machte meinen deutschen Kollegen aufmerksam, dass abgesehen von Zeitverlust manche schwerwiegende Bedenken gegen diesen Plan bestünden. Fürst Lichnowsky meint aber, wenn kein Kompromiss zustande käme, würde die Idee der Kommissionsentsendung ohne Zweifel vorgebracht werden. Es handelt sich offenbar der russischen Regierung darum, irgendwie auf irgend einem Gebiete etwas zu erreichen, das wie ein Erfolg dargestellt werden und die Öffentlichkeit beruhigen könnte. Streng vertraulich. Graf Benckendorff sagte mir vorgestern, „wenn wir auch über Skutari nachgeben, so ist das wieder eine Schlappe für uns und wir werden starke Kompensationen verlangen müssen". Es scheint leider unmöglich, mit Vernunftgründen dem Eindruck entgegenzutreten, dass Russland in der albanesischen Hafenfrage vor uns einen Rückzug angetreten hat. Daher jetzt die Erregung. Mensdorff.

Tel. nach Rom, 27. Jan. 1913 Nr. 128 (chiffr. 28. Jan. 1 U. a. m.). Siehe n. 5553.

Tel. nach Rom, 27. Jan. 1913 Nr. 130 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 5556.

Nr. 5562. Tel. aus Rom, 27. Jan. 1913 Nr. 57 (eing. 3 U. 20 M. p. m.).[a] Entziff.

Streng geheim. Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 53 vom 26. d. Mts. melde ich, dass hiesige Regierung gegen Dauer und Laufzeit unseres Geheimvertrages mit Rumänien keine Einwendung erhebt. Mérey.

[a] Vgl. n. 5611.

Nr. 5563. Tel. aus Rom, 27. Jan. 1913 Nr. 59 (eing. 28. Jan. 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Deutscher Geschäftsträger hat heute auftragsgemäß in der Consulta mitgeteilt, seine Regierung beantrage Weglassung des letzten Satzes („il va sans dire") der im hohen Telegramme vom 25. d. M. Nr. 120 enthaltenen Formulierung, da derselbe überflüssig sei und irritierend wirken könnte. Ich begegnete mich mit Marquis di San Giuliano in der Ansicht, dass bewusster Satz beizubehalten wäre und dass seine Weglassung, besonders nachdem er einmal vorgeschlagen war, in inopportuner Weise interpretiert werden könnte. Minister des Äußern telegraphiert in diesem Sinne nach Wien und Berlin. Mérey.

[a] Vgl. n. 5553, 5568.

Nr. 5564. Tel. nach St. Petersburg, 27. Jan. 1913 Nr. 92 (chiffr. 10 U. 45 M. p. m.).[a] Konz. (S. u. G. Berchtold).

Geheim. Aus der Berichterstattung Euer Exzellenz wie aus jener des Grafen Mensdorff geht hervor, dass unsere Politik gegenüber der Balkankrise in russischen Regierungskreisen vielfach missverstanden wird und selbst Seine Majestät der Kaiser sich durch die Geltendmachung derselben persönlich verletzt fühlen soll. Da ein Fortbestehen einer solchen, auf irrigen Auffassungen beruhenden Misstimmung für die künftigen Beziehungen der beiden Nachbarmonarchien nicht unbedenklich erscheint und auch das bis nun intakt erhaltene Verhältniss der beiden Monarchen darunter leiden könnte, hat sich Seine Majestät bestimmt gefunden, ein Handschreiben an Seine Majestät den Kaiser Nikolaus zu richten, welches Oberstleutnant Prinz Gottfried Hohenlohe zu überbringen beauftragt ist, wobei derselbe sich auch einer mündlich vorzutragenden kaiserlichen Message zu entledigen haben wird. Ich ersuche Euer Exzellenz hievon ungesäumt maßgebenden Ortes Mitteilung zu machen und die höchsten Befehle einholen zu lassen, an welchem Tage Prinz Hohenlohe von Kaiser Nikolaus empfangen werden könnte. Wenn es mit den dortigen Dispositionen in Einklang zu bringen ist, könnte Prinz Hohenlohe am 3. Früh in St. Petersburg eintreffen. Am 8. müsste er wegen Familienangelegenheiten jedenfalls wieder in Wien zurück sein. Ich wäre Euer Exzellenz besonders verbunden, wenn Prinz Hohenlohe auf der Botschaft absteigen könnte. Berchtold.

[a] Vgl. n. 5584, 5599, 5619, 5633.

Nr. 5565. Tel. aus Sofia, 27. Jan. 1913 Nr. 64 (eing. 9 U. 30 M. p. m.).[a] *Entziff.*

Dobrovič sagt mir soeben, König hätte gestern von Herrn Danew Telegramm erhalten, dass ihm Herr Mişu Antwort auf bulgarische Propositionen gegeben, die dahin laute, dass Rumänien nicht nur Silistria, sondern auch Balčik verlange. Mitredner nannte rumänische Antwort Ultimatum. Diese unerwartete Prätension Rumäniens hätte hier verblüfft, da man bereits überzeugt gewesen, dass Silistria nicht mehr verlangt werden und dass sich Verständigung auf Grund der Abtretung eines Stückes der Küste erzielen lassen würde. Herr Take Jonesco hätte nämlich vor Abreise aus London Herrn Danew zu verstehen gegeben, dass, wenn Bulgarien Kavarna gibt, Rumänien auf Silistria verzichtet. Kavarna hätten wir nicht abtreten können, da wir dadurch im Besitze Varnas bedroht wären, über Abtretung Küste bis in die Gegend von Kaliakra hätte sich aber (sagt Dobrovič in gewundener Sprache) eventuell reden lassen. Gesteigerte Forderungen Rumäniens führt Dobrovič auf letzte Konstantinopeler Ereignisse zurück. Rumänischer Gesandter sagte mir, er habe heute nachts ein Telegramm aus Bukarest erhalten, das ganz so klinge, als ob man Bulgarien Ultimatum stellen wollte. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 5557, 5558, 5566.

Nr. 5566. Tel. aus Sofia, 27. Jan. 1913 Nr. 66 (eing. 28. Jan. 8 U. a. m.). Entziff.

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 64 von heute. Dobrovič sagte mir, auch für Bulgarien wäre es vorteilhafter, Adrianopel zu nehmen, als durch Vermittlung der Mächte mit Restriktionen zu bekommen. Über Feindseligkeiten meinte er, daß zuerst Adrianopel forciert und zugleich versucht wird, die bei Gallipoli stehende türkische Armee zu schlagen. Sollte Rumänien das beanspruchte Territorium besetzen, würde ihm gar kein Widerstand entgegengesetzt. Tarnowski.

Nr. 5567. Tel. aus Belgrad, 28. Jan. 1913 Nr. 46 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Im Nachhange zu Telegramm Nr. 44 vom 25. d. M. Herr Pašić teilte mir heute mit, dass die serbische Regierung weiter eine abwartende Stellung hatte beobachten und keinen Entschluss fassen wollen, bevor die neue türkische Regierung die Note der Grossmächte nicht beantwortet. Aber Bulgarien insistierte, Griechenland zeigte grosse Ungeduld und wollte eine rasche Entscheidung provozieren, darauf gab Serbien nach und ermächtigte seine Delegierten in London, das von Sofia und Athen verlangte Ultimatum an die türkischen Delegierten eventuell mitzuunterzeichnen, doch wäre ein Aufschieben desselben vorzuziehen. Herr Pašić will nicht recht an den Wiederausbruch Krieges glauben und hofft, dass im schlimmsten Falle man sich nach der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten auf die Defensive beschränken werde. Serbien greift nur gezwungen neuerlich zu den Waffen, wenn aber Bulgarien es verlangen sollte, würden serbische Truppen nach Adrianopel und selbst nach Tschataldja gesendet werden. Regierung hofft

sehr, dass die Großmächte eine dauernde Fortsetzung des Krieges nicht zulassen werden. Die seitens der Presse lancierte Nachricht, dass man diese neue Komplikation hier nicht ungern sehe, da daraus eventuell eine allgemeine europäische Konflagration entstehen könnte, wobei Serbien leichter seine angestrebten Ziele erreichen würde, dürfte nur künstliche Mache sein und kaum den wirklichen Dispositionen der Bevölkerung entsprechen.
Ugron.

Tel. nach Berlin, 28. Jan. 1913 Nr. 122 (chiffr. 2 U. p. m.). Siehe n. 5577.

Tel. nach Berlin, 28. Jan. 1913 Nr. 123 (chiffr. 7 U. p. m.). Siehe n. 5578.

Tel. nach Berlin, 28. Jan. 1913 Nr. 124 (chiffr. 10 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 5579.

Nr. 5568. Tel. nach Berlin Nr. 126 (1) und London Nr. 132 (2), 28. Jan. 1913 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.).[a] Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

1., 2. Mit Bezug auf mein Tel. Nr.

1. 120

2. 124

1. u. 2. von gestern. Nach Meldung Herrn von Méreys[b] ist Marquis di San Giuliano der Ansicht, daß der Satz „il va sans dire etc." beizubehalten wäre und daß er in diesem Sinne auch nach Berlin telegrafirt habe.

1. Ich ermächtige daher Graf Mensdorff, falls sein deutscher und italienischer Kollege für die Beibehaltung des bewußten Satzes eintreten, sich denselben anzuschließen.

2. Euer Exzellenz sind ermächtigt, falls Ihr deutscher und italienischer Kollege für die Beibehaltung des bewußten Satzes eintreten, sich denselben anzuschließen.
Berchtold.

[a] Vgl. n. 5569, 5594. — [b] Vgl. n. 5563.

Nr. 5569. Tel. aus Berlin, 28. Jan. 1913 Nr. 64 (eing. 10 U. p. m.).[a] Entziff.

Antwort auf Telegramm Nr. 120 von gestern. Staatssekretär ersuchte mich, Euer Exzellenz zu melden, daß er Hochdenselben für die Weglassung des in Rede stehenden Schlußsatzes sehr dankbar ist.
Szögyény.

[a] Vgl. n. 5568.

Nr. 5570. Tel. aus Berlin, 28. Jan. 1913 Nr. 66 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Inhalt Euer Exzellenz Telegramme Nr. 101[a] und 111 Staatssekretär mitgeteilt. Herr von Jagow, der den russischen Botschafter in Rom genau kennt, legt seinen Äußerungen kein großes Gewicht bei. Nach den Berichten des deutschen Botschafters in Petersburg und den Versicherungen des hiesigen russischen Botschafters werde Russland sich zu keiner Separataktion entschließen und vorderhand jedenfalls die Beantwortung der in

Konstantinopel überreichten Kollektivnote abwarten. In dieser Beziehung werde von englischer und auch von französischer Seite ein entsprechender Einfluss auf das Petersburger Kabinett ausgeübt. Den hiesigen türkischen Geschäftsträger habe er, Staatssekretär, dringend aufgefordert, nach Konstantinopel zu melden, dass die deutsche Regierung eine ehetunlichste entgegenkommende Beantwortung der Kollektivnote der Türkei in ihrem eigenen Interesse anrate. Szögyény.

a) Vgl. n. 5542 Anm. c.

Nr. 5571. Tel. nach Bukarest Nr. 65 (1) und Sofia Nr. 46 (2), 28. Jan. 1913 (chiffr. 11 U. p. m.).a) Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

1. Antwort auf Euer Durchlaucht Telegramm Nr. 26 vom 26. l. M. Ich ersuche Euer Durchlaucht, Herrn Majoresco mitzuteilen, er könne versichert sein, daß wir nicht aufgehört haben, in Sofia bei jeder sich ergebenden Gelegenheit durch Graf Tarnowski in eindringlichster Weise zu raten, die schwebenden Verhandlungen mit Rumänien möglichst rasch zu führen und den rumänischen Wünschen das größtmögliche Entgegenkommen zu zeigen. Wenn die bulgarische Regierung von ihrem ursprünglichen Standpunkte — keine bewohnten Territorien an Rumänien abzutreten — abgegangen ist und ihre jetzige Haltung schon als ein Fortschritt bezeichnet werden muß, dürfte dies nicht zum geringsten Teil der Einwirkung unseres Gesandten in Sofia zuzuschreiben sein, eine Einwirkung, die auch in Zukunft im Interesse Rumäniens auszuüben wir bereit sind. Wir können aber nicht umhin, an dem von uns von allem Anfang an vertretenen Gesichtspunkte festzuhalten, daß für beide Länder ein direktes freundschaftliches Einvernehmen die beste Lösung sei. Sollte jedoch die rumänische Regierung — wie Herr Majoresco Euer Durchlaucht gegenüber erwähnte — mit Rücksicht auf die seinerzeit erfolgte russische Démarche sich bewogen fühlen, an das Kabinett von St. Petersburg behufs Einwirkung auf die königlich bulgarische Regierung heranzutreten, so würden wir einen solchen Schritt gewiß nicht irrig auslegen. Zu Euer Durchlaucht rein persönlicher Information: Gegen die Anregung des Herrn Ministers des Äußern, eventuell im Vereine mit der kaiserlich russischen Regierung vorzugehen, habe ich gegründete Bedenken, weil eine diesbezügliche von uns vor einiger Zeit in St. Petersburg vorgenommene Sondierung kein greifbares Resultat ergeben hat und es mir auch nicht unwahrscheinlich erscheint, daß das St. Petersburger Kabinett bei der Durchführung dieser Aktion einen gemeinsamen Schritt in Bukarest suggerieren würde, dessen Natur vielleicht eine solche wäre, daß wir ihn mit Rücksicht auf unser Allianzverhältnis mit Rumänien nicht mitmachen könnten.

2. Prinz Fürstenberg telegraphiert unterm 26. l. M. wie folgt: ... *mit Abänderungen wie n. 5543 von Anfang bis „nützlich schiene“* ... Ich antworte dem Herrn Gesandten: (Inseratur aus Telegramm sub 1 von „Ich ersuche“ bis „nicht irrig auslegen“.) Vorstehendes zu Euer Hochgeboren rein persönlicher Information. Berchtold.

a) Vgl. n. 5621.

Nr. 5572. Tel. des Generalkonsuls Rudolf Weinzetl aus Cetinje, 28. Jan. 1913 Nr. 10 (eing. 5 U. p. m.). Entziff.

Wie mir italienischer Gesandter vertraulich mitteilt, erhielt König vor kurzem Telegramm des Königs von Italien, welches, wahrscheinlich als Antwort auf eine Depesche des Königs von Montenegro, besagt, daß Montenegro auf die Erwerbung Skutaris verzichten müsse. Weinzetl.

Nr. 5573. Bericht des Generalkonsuls Rudolf Weinzetl aus Cetinje, 28. Jan. 1913 Nr. 10 C (eing. 31. Jan.). Ausfert.

Der serbische Gesandte, Herr Gavrilović, mit dem ich vor kurzem seit langer Zeit wieder einmal ein politisches Gespräch zu führen in der Lage war, sagte mir unter Anderem, dass er sich im hiesigen Ministerium des Äussern vergeblich — wie übrigens auch alle übrigen fremden Vertreter — bemüht habe, eine Abschrift des von den montenegrinischen Delegierten in London der Botschafterréunion unterbreiteten, die Ansprüche Montenegros auf albanesische Gebietsteile ausführenden Memorandums zu erlangen. Er hätte hauptsächlich deshalb besonderen Wert darauf gelegt, um eine authentische Bestätigung der seinerzeit vom Telegrafenkorrespondenz-Bureau gebrachten Nachricht zu erlangen, derzufolge Prizren unter den von Montenegro reklamierten albanesischen Städten aufgenommen war. Seine Majestät der König, Höchstwelchen er gelegentlich einer Audienz diesbezüglich befragte, habe geantwortet, dass der Name Prizren offenbar nur infolge eines Irrtums in der erwähnten Denkschrift figuriere. Wie Herr Gavrilović mir des Weiteren erzählte, habe eine andere montenegrinische Stelle ihm gegenüber die Vermutung ausgesprochen, dass es sich bei der bezüglichen Publikation um eine von massgebender österreichisch-ungarischer Seite inspirierte Intrige des genannten Telegrafenbureaus handeln dürfte. Ich wies dem gegenüber Herrn Gavrilović auf den unter Anderem auch von den „Times" ziemlich vollständig gebrachten Text dieses Memorandums hin. Wenn auch bezüglich des von Seiner Majestät so gekennzeichneten „Irrtums", welcher die zweitgrösste Stadt Albaniens betrifft, eine gewisse Skepsis nicht unangebracht ist, misst der serbische Gesandte dem Gegenstande keine weitere Bedeutung bei, da, seiner Ansicht nach, eine Delimitation zwischen Montenegro und Serbien ausserhalb der von den Mächten festzusetzenden Grenzen Albaniens ohnehin Sache der beiden beteiligten Staaten sein würde. Ziemlich allgemein ist man in hiesigen diplomatischen Kreisen der Ansicht, dass der offizielle Text des in Frage stehenden Memorandums nur deshalb den hiesigen Vertretern der Mächte vorenthalten wurde, um einer Kritik dieses Schriftstückes, das an Überhebung und Phantasterei wohl seines Gleichen sucht, von Cetinje aus vorzubeugen. Weinzetl.

Tel. nach Konstantinopel, 28. Jan. 1913 Nr. 75 (chiffr. 10 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 5579.

Nr. 5574. Bericht aus Konstantinopel, 28. Jan. 1913 Nr. 5 A (eing. 30. Jan.).[a]) Ausfert.

Die Dispositionen der vorherigen türkischen Regierung hinsichtlich deren Antwort auf die Kollectivdémarche der Mächte liessen eine baldige Beendigung des Krieges zwischen der Türkei und den Balkanstaaten bestimmt erwarten. Infolge der jüngst eingetretenen Umwälzung haben sich indessen die Aussichten auf einen nahe bevorstehenden Friedensschluss insoweit weniger günstig gestaltet, als letzterer durch den gewaltsamen Sturz des Cabinets am 23. d. M. zweifellos eine verhältnismässig nicht unbedeutende Verzögerung erleidet. Die neue Regierung dürfte zwar, obwohl die Geneigtheit ihrer Vorgängerin, mit Verzicht auf Adrianopel Frieden zu schliessen, auch einen Anlass zur jüngsten Revolution bildete, die unbedingte Fortführung des Krieges nicht gar ernstlich in Aussicht nehmen, da sie sich den gewichtigen Gründen, welche das frühere Cabinet zur Nachgiebigkeit mahnten, nicht wird verschliessen können, wird aber auch unbedingt mit der Stimmung rechnen müssen, welche sie ans Ruder brachte. In der Tat verlautet bereits in einem Teile der hiesigen Presse, und hat sich auch der interimistische Leiter des türkischen Ministeriums des Äussern in einem Interview dahin ausgesprochen, dass das neue Cabinet essentiell kein solches des Krieges, sondern bereit sei, jeden mit der Würde des Reiches compatiblen Friedensvorschlag zu prüfen, und dass es sich in seinen Entschlüssen nur die Ehre des Landes vor Augen halten würde. Immerhin ist es jetzt noch zu früh, um irgend etwas Bestimmtes über die Haltung der neuen Regierung in Angelegenheit des Friedensschlusses sagen zu können, und muss — obwohl der Türkei heute noch ganz andere Machtfaktoren wie zu Beginn des Krieges gegenüberstehen — in Anbetracht der Energie, welche sie in diesem entwickelt hat, mit einer eventuellen Fortsetzung des Kampfes gerechnet werden, in dessen bisherigen Verlaufe das osmanische Reich einen neuen Beweis für seine Zähigkeit und Widerstandskraft geliefert hat. Als nach der Schlacht bei Lüle Burgas das türkische Heer nahezu unaufhaltsam und halb verhungert — wie es schien — gegen die Hauptstadt zurückflutete, in seinen Reihen eine fürchterliche Choleraepidemie auftrat und den Kriegsschauplatz mit tausenden von Opfern bedeckte, war jedermann überzeugt, dass die Verbündeten in kürzester Zeit in Constantinopel einrücken müssten. Später erst stellte es sich heraus, wie ich dies in meiner ergebensten Berichterstattung hervorzuheben die Ehre hatte, dass die Siege der Bulgaren bei Kirkilisse und Lüle Burgas eigentlich gar nicht so glänzende waren, wie es dazumal hiess, denn die Sieger waren überhaupt nicht im Stande, ihre schwer errungenen Erfolge auszunützen, und liessen dadurch der Türkei Zeit, ihren Widerstand frisch zu organisieren. Tatsächlich gelang es auch der Türkei, zum Erstaunen aller, an der Tschataldjalinie ein ganz neues, aus seinen besten Kräften zusammengesetztes Heer aufzustellen und die ursprünglich kaum befestigte Front trotz der herrschenden Epidemie zu einer nahezu uneinnehmbaren zu gestalten. Ich erinnere mich, dass mein französicher College gelegentlich der Concentration der türkischen Streitkräfte in dieser Position mir gegenüber meinte: „Vous verrez que les Turcs courront au premier coup de canon comme les

lièvres." Bereits die am 17. und 18. November stattgefundene Schlacht zeigte, wie gross dieser Irrtum war. Wenn General Mahmud Mukhtar Pascha Tags darauf, am 19. Nov., nicht verwundet worden wäre, hätte der von ihm befehligte rechte türkische Flügel gegen den geschwächten Sieger, wer weiss mit welchem Erfolge, die Offensive ergriffen. Die näheren Umstände und der Verlauf der Schlacht bei Tschataldja werden wohl erst von der Geschichte richtig beurteilt werden; jedenfalls war es den Bulgaren von diesem Momente an klar, dass sie trachten müssten, Frieden zu schliessen. Es ist daher auch bloss eine Fabel, wenn gesagt wird, die Bulgaren hätten sich nur aus Rücksicht für Russland davon abhalten lassen, auf die Reichshauptstadt loszumarschieren. Mein russischer College hat damals den Einzug der Verbündeten in Constantinopel mit Ungeduld erwartet,[1]) doch war es eben mit deren Offensivkraft zu Ende. Welcher Art nun auch die Entscheidung des neuen Cabinetes sein mag, und ob es zur Fortsetzung des Krieges oder zum Frieden kommt, so geht die Türkei aus dem Kampfe, den sie — je nachdem man die Sache ansieht — gegen den Balkanbund oder Europa geführt hatte, jedenfalls mit einer überaus schweren territorialen Einbusse hervor. Nichtsdestoweniger möchte ich diesem Verluste, vom Standpunkte der türkischen Macht, keine so weit gehende Bedeutung beimessen, als man hiezu im allgemeinen geneigt zu sein scheint; ja ich halte es sogar nicht für ausgeschlossen, dass sich die Türkei nach der Abtrennung der 6 europäischen Vilajete — unter gewissen Voraussetzungen — besser consolidiert, als sie dies bisher zu tun vermochte. Mazedonien und Albanien waren nämlich für die Türkei der unversiegbare Quell continuirlicher Schwierigkeiten und absorbirten dadurch nebst den besten Kräften des Reiches auch einen bedeutenden Teil seiner Einnahmen anderer Provenienz, wogegen nach dem Verlust dieser Gebiete die gedachten Kräfte und Mittel frei werden und der Türkei die Möglichkeit zu Gebot stehen dürfte, sich in jenen Teilen ihres restlichen Territoriums zu entwickeln, welche allgemein als das Reservoir ihrer militärischen Macht und wirtschaftlichen Ressourcen angesehen werden. Die territoriale Einbusse, welche die Türkei zufolge des Krieges erleidet, ist daher — meines Erachtens — keineswegs auch als eine Einbusse an Macht zu bezeichnen. Als Machtfaktor kann die Türkei zweifellos bleiben, was sie ist, und wird durch die Umgestaltung der Verhältnisse auch deren letzter europäischer Besitz, Constantinopel, nicht gefährdet. Letzterer ist nämlich, wie ich dies bei früheren Gelegenheiten auszuführen bereits im Falle war, nur für denjenigen von praktischem Werte, welcher beide Ufer der Meerengen beherrscht. Da nun Bulgarien wohl niemals nach Asien hinübergreifen dürfte, so steht es auch nicht anzunehmen, dass Constantinopel in bulgarische Hände gelange. Übrigens ist die Lage dieser Stadt eine derartige, dass deren Besitz bei Vorhandensein einer halbwegs brauchbaren wenngleich kleinen Flotte durch eine moderne Befestigung der Tschataldja-Linie und der Halbinsel Gallipoli für die Türkei absolut gesichert erscheint. Hievon ganz abgesehen ist es aber blos eine rein geographische Bezeichnung, wenn Konstantinopel Europa zugezählt wird; denn diese Stadt, welche sich zum Teil auf asiatisches Gebiet erstreckt, wurzelt ausschliesslich in diesem Kontinente und nicht in Europa, so

dass man keineswegs von einer Gefährdung derselben durch die Abtrennung der europäischen Provinzen von der Türkei sprechen kann. Auch von inneren Gefahren, welche der Türkei in deren asiatischem Besitze drohen, kann keine Rede sein; hier wie seinerzeit bezüglich Mazedoniens gilt es, dass jede Gefahr blos von auswärts hereingetragen wird. Letzteres kann aber nur dann der Fall sein, wenn die Entente-Mächte eine Aufteilung der asiatischen Türkei ins Auge fassen würden, mit welcher Gefahr wohl ernstlich zu rechnen ist. Hierauf scheint mir auch eine Bemerkung hinzuweisen, welche mein russischer Kollege kürzlich fallen liess, als wir von einem eventuellen Friedensschluss sprachen, und die dahingieng, dass nunmehr die asiatische Türkei an die Reihe komme. Will man sich über die Resultate des Balkankrieges Rechnung geben, so muss man eingestehen, dass durch denselben eine Verschiebung der Lage zu ungunsten des Dreibundes stattgefunden hat. Schon vor dem Kriege war zu konstatieren, dass die Entente-Mächte, vor allem aber Russland, hinter dem in Entwicklung begriffenen Balkanbund standen. Ich glaube hier an den Zwischenfall von Kotschana und die russische Probemobilisierung erinnern zu dürfen; schon damals nahm die Entente-Gruppe die Verbündeten unter ihren Schutz und tat auch seither alles, um die Erfolge des Bundes zu sichern. Derselbe bildet jedenfalls einen neuen Faktor in der europäischen Politik, welcher bereits durch seine Entstehung einen dem Dreibund, namentlich aber den beiden Zentralmächten feindlichen Charakter besitzt. Es ist ja bis zu einem gewissen Grade recht wahrscheinlich, dass sich die Angehörigen des Balkanbundes schon in kürzester Zeit feindlich gegenüberstehen werden, doch wäre es unrichtig, auf diese Eventualität ein politisches Kalkül aufzubauen. Man verfiele dadurch in denselben Fehler, der begangen wurde, als man voraussehen wollte, dass die vier Balkanstaaten sich niemals hinsichtlich eines gemeinsamen Verhaltens oder gar Vorgehens der Türkei gegenüber einigen würden, während wir nun Zeugen nicht nur der erfolgten Verständigung derselben, sondern auch der einheitlichen Aktion ihrer Armeen geworden sind.[2]) Zerfiele der Balkanbund jedoch, nachdem derselbe sein nächstes Ziel erreicht hat, so würde sich die Lage von unserem Standpunkte auch nicht günstiger gestalten, denn es gäbe dann eben — gerade als ob der gegenwärtige Zustand einen chronischen Charakter angenommen hätte — fortgesetzt neue Kämpfe auf dem Balkan, bis eine dieser Mächte die Oberhand gewinnt und ein grosser slavischer Staat entsteht, der uns ebenso feindlich gesinnt wäre, wie der heutige Balkanbund. Hoffentlich wird es gelingen, aus Albanien ein selbständiges Staatsgebilde zu schaffen, welches genügend kräftig wäre, um gegenüber den slavischen Elementen einerseits, dem griechischen andrerseits, ein natürliches Gegengewicht zu bilden. Es ist dies das Ziel, welches unsererseits in allererster Linie anzustreben ist, doch fürchte ich, dass dasselbe vielleicht nicht in seinem vollen Umfange zu erreichen sein wird, da der in sich selbst uneinige albanesische Volks-Stamm schon in sich selbst numerisch zu schwach ist, um ein wirklich kräftiges Staatswesen zu formieren. Man spricht zwar von einer grossen Widerstandskraft der Albanesen und führt es auf diese zurück, dass es denselben gelungen ist, ihre nationale Eigenart unter der Türkenherrschaft zu

erhalten, doch letzterer Umstand scheint mir kein genügender Beweis für die albanesische Resistenzfähigkeit. Die Erhaltung ihrer Eigenart unter türkischem Scepter ist nämlich auch schwächeren Völkersplittern, wie zum Beispiel den Kuzowalachen bis zu einem gewissen Grade gelungen. Der mohammedanische Eroberer hat eben die unterjochten Völker niemals, namentlich aber dann nicht ihrer nationalen Eigenschaften zu entkleiden beziehungsweise sich zu assimiliren getrachtet, wenn ein solches Volk zum Islam übertrat, wie dies bei den Albanesen zum Teile der Fall war. Ob nun dieser Volksstamm dem Vordringen des slavischen und besonders des culturell noch viel höher stehenden griechischen Elementes mit Erfolg wird Widerstand leisten können, scheint mir umso fraglicher, als die ethnographischen Verhältnisse für denselben keineswegs günstig liegen. Eine weitere sehr bedenkliche Folge des Balkankrieges erblickte ich auch darin, dass die Ententemächte sämmtliche türkischen Inseln Griechenland zuweisen wollen. Griechenland wird nämlich nach diesem erfolgreichen Kriege und bedeutenden Landerwerb bemüht sein, eine Flotte zu schaffen, die nicht als quantité négligeable anzusprechen sein dürfte, und im Besitze der grossen, reichen Eilande trachten, mit der Zeit sowohl im ägäischen, als auch im mittelländischen und jonischen Meere eine Rolle zu spielen, die vom Standpunkte unserer Interessen vielleicht geeignet wäre, Bedenken zu erregen. Dieser Tage hatte ich mit meinem deutschen Collegen einen längeren Gedankenaustausch über die eventuellen Folgen des gegenwärtigen Krieges gehabt. Baron Wangenheim betonte bei dieser Gelegenheit, dass seines Erachtens der Dreibund trachten müsse, die Einbusse, welche er durch die Verschiebung der politischen Lage erlitten hat, zu compensieren. Er sei der Meinung, dass eine solche Compensation vorläge, wenn es gelänge, aus der reduzierten Türkei einen kräftigen und widerstandsfähigen Staat zu bilden. Zu diesem Zwecke müsste der Dreibund offen dahin eintreten, dass die Ententemächte nicht an eine Teilung der asiatischen Türkei schreiten, und letzterer in jeder Beziehung behilflich sein, sich zu consolidieren — was namentlich auch in der Weise geschehen könnte, dass dem Reiche tüchtige Kräfte zur Verfügung gestellt würden, damit dasselbe alle Zweige seiner Administration zu entwickeln vermöge. Durch den Balkankrieg sind so ziemlich alle türkischen Kreise zur Einsicht gelangt, dass die Türkei ohne Mithilfe europäischer Fachleute nicht im Stande sei, sich zu reorganisieren. Der vormalige Minister des Äussern selbst bestätigte mir dies kurz vor seinem Rücktritt, wobei er noch bemerkte, dass man fest entschlossen sei, nicht Instruktoren aufzunehmen, sondern die zu berufenden Ausländer direkt an die Spitze der Armee und der Marine zu stellen, um diese zu säubern und aus dem politischen Getriebe herauszureissen. Allerdings muss es sich erst zeigen, ob die nun wieder ans Ruder gelangte jungtürkische Partei durch die Schäden, die das Land erlitten, gelernt hat und sich ebenfalls zu so gesunden Ideen bekennen wird. Baron Wangenheim ist nun der Meinung, dass sich an diesem Werke in erster Linie deutsche und österreichisch-ungarische Kräfte beteiligen sollten. Diesen Ideen stimme ich mit einer gewissen Einschränkung vollkommen bei; ich glaube nämlich, dass die Türkei sich bei Heranziehung der Kräfte, derer sie zu einer solchen Reorganisation

bedarf, nicht bloss an die Staaten des Dreibundes halten, sondern an alle Mächte wenden sollte. Auf diese Art könnte beispielsweise an die Spitze der Flotte ein Engländer, an die Spitze der Finanzverwaltung ein Franzose, wie etwa Herr Laurent, berufen werden. Was auf dem Gebiete der Reorganisation hier geleistet werden kann, beweist der Erfolg, welchen die Thätigkeit Sir Richard Crawfords um die Neugestaltung des türkischen Zollwesens aufzuweisen vermag. Dank der Bemühungen dieses Fachmannes verfügt die Türkei heute in diesem Ressort über ein recht tüchtiges Personal, das unter den gegebenen Verhältnissen seiner Aufgabe vollkommen gewachsen ist. Wenn das System der Heranziehung fremder Fachleute — wobei die ausländischen Kräfte nicht bloss als Instruktoren und Ratgeber engagiert, sondern, wie dies bei Sir Richard der Fall ist, direkt an die Spitze der einzelnen Ressorts gestellt werden müssten — in allen Zweigen der Verwaltung durchgeführt würde, könnte die Türkei etwa in einem Decennium eine vollständige Änderung durchgemacht haben, was auch vom Standpunkte der wirtschaftlichen Interessen der Mächte gewiss nur von Vorteil wäre. Die erste Bedingung für eine solche Änderung ist allerdings, dass die Ententegruppe es mit der Erhaltung der Türkei wirklich ernst nehme; wollen indessen die Ententemächte aus Letzterer eine Art Persien schaffen, dann bleibt selbstverständlich jedes auf die Consolidierung dieses Reiches gerichtete Bestreben aussichtslos. Pallavicini.

1) ? — 2) sehr richtig!
a) Vgl. n. 5811.

Nr 5575. Bericht aus Konstantinopel, 28. Jan. 1913 Nr. 5 D (eing. 30. Jan.). Ausfert.

Wie ich Eurer Exzellenz bereits telegraphisch[a] zu berichten in dem Falle war, hat die hier am letzten Donnerstag erfolgte politische Umwälzung auf die Botschafter der Entente-Mächte im allgemeinen, insbesondere aber auf meinen russischen Kollegen, ein höchst unangenehmen und deprimierenden Eindruck gemacht. Herr von Giers war nämlich seiner Sache vollkommen sicher; er glaubte namentlich, dass die Frage der Abtretung Adrianopels bereits bereinigt sei und äusserte sich daher mir gegenüber anläßlich des Besuches, den er mir am Tage vor den gedachten Ereignissen abstattete, über den Gang der Dinge höchst befriedigt. Auch gab mir der Herr Botschafter bei diesem Anlasse zu verstehen, dass er meine Mitarbeiterschaft in der Sache sehr appreciere. Es ist ihm nämlich bekannt, dass ich mich in der Adrianopler Frage namentlich bei Gabriel Effendi mit besonderem Eifer eingesetzt habe. Ich glaube tatsächlich sagen zu können, dass meine Bemühungen speziell beim Herrn Minister des Äussern nicht ohne Einfluss auf die Haltung und den Entschluss des Kabinetts Kiamil Pascha waren. Eurer Exzellenz dürfte erinnerlich sein, dass ich im Gegenstande besonders in letzter Zeit zahreiche Besprechungen mit Gabriel Effendi hatte. Am Ende einer derselben, in welcher es mir gelang, diesen Staatsmann von der Richtigkeit meiner Argumentation zu überzeugen, sagte er mir „oui, Vous avez raison, mais Vous verrez que ce sera le tombeau du

cabinet", worauf ich bemerkte, „soit, pourvu que le Pays fût sauvé". Kürzlich erinnerte mich Gabriel Effendi nun an diesen seinen Ausspruch und sagte mir, er hätte damals auch daran gedacht, dass die Nachgiebigkeit der Regierung dem einen oder anderen Mitgliede des Kabinetts das Leben kosten würde. In der Tat ist jetzt sein Ministerkollege Nazim Pascha tot und er selbst hätte bei dieser Gelegenheit leicht sein Leben lassen können. Die Tatsachen haben demnach bewiesen, dass die Befürchtungen, welche sowohl Kiamil Pascha wie der Herr Minister des Äussern geltend machten und die speziell Herr von Giers — welcher meinte, dass die türkischen Minister blos wünschten, dass ihnen seitens der Mächte die Hände gebunden würden — als Vorwände bezeichnete, nur zu gerechtfertigte waren. Noch bei seinem vorerwähnten Besuche am letzten Mittwoch sagte mir der Herr Botschafter, es sei ein Glück, dass die Sache so gekommen sei, da das russische Volk die Wiederaufnahme des Kampfes nicht zugegeben hätte, weil — wie er gestand — befürchtet wird, dass das Kriegsglück sich wenden und die slavischen Völker um die Frucht ihrer bisherigen Erfolge bringen könnte. Mein russischer Kollege giebt sich jetzt der Hoffnung hin, dass die neue türkische Regierung sich in der Frage von Adrianopel ebenfalls nachgiebig erweisen würde, und bemerkte vorgestern mir gegenüber, dass diese Frage für Russland die wichtigste sei. Alles andere — fügte er hinzu — so zum Beispiel die Frage der Inseln oder jene der Abgrenzung Albaniens seien Dinge, über die man sich verständigen könne, sobald Adrianopel für Bulgarien gesichert erscheint. Der Grund, weshalb Russland an der Zession Adrianopels festhält, liegt nahe und ist der, dass das Hauptziel des Petersburger Kabinettes die Erhaltung des Balkan-Bundes sein muss, wozu vor allem erforderlich ist, dass Bulgarien zufriedengestellt werde. Für das Nicht-Nachgeben Russlands in der Adrianopler Frage gibt es aber noch ein zweites Motiv, nämlich die Hoffnung, dass es gelingen könnte, sich auch den rumänischen Wünschen gefällig zu erweisen und auf diese Art das Königreich ebenfalls auf die Seite Russlands zu bringen. Herr von Giers, der längere Zeit in Bukarest war und mit den dortigen Kreisen noch heute Beziehungen unterhält, beschäftigt sich — wie ich glaube — lebhaft mit der Idee, Rumänien für Russland zu gewinnen, und es scheint mir, dass — wie die Dinge heute liegen — unsererseits mit derlei Bestrebungen ernstlich gerechnet werden muss. Selbst ein Mann wie Mişu, der ein absoluter Anhänger der Anlehnung Rumäniens an den Dreibund ist, sagte mir kurz vor seiner Abreise von Konstantinopel: „Wir werden jetzt in eine schwere Lage kommen; wenn der Balkanbund sich konsolidiert, so gelangen wir zwischen denselben und Russland und ich weiss nicht, ob wir dann mit der Zeit nicht genötigt sein werden, uns diesem Bunde anzuschliessen". Herr von Giers scheint mir, nachdem er den ersten unangenehmen Eindruck, den das Wiederauftreten des Komités „Union et Progrès" bei ihm hervorrief, überwunden hat, die Sache nunmehr ruhiger aufzufassen und will — wie es scheint — nicht gerade drohend auftreten. Gelegentlich unserer letzten Begegnung meinte er nämlich, es wäre besser, wenn die türkische Regierung ihre Antwort auf die Kollektivdemarche der Mächte nicht übereilen, sondern noch überlegen würde; vielleicht fiele dieselbe dann günstiger aus. Bei diesem Anlasse konnte ich überhaupt konstatieren,

dass Herr von Giers jetzt eine minder nachdrückliche Sprache führt, welcher Umstand vielleicht mit der Haltung im Zusammenhange stehen könnte, die das Berliner Kabinett der neuen jungtürkischen Regierung gegenüber einzunehmen scheint. Pallavicini.

a) Vgl. n. 5546.

Nr. 5576. Bericht aus Konstantinopel, 28. Jan. 1913 Nr. 5 E (eing. 30. Jan.).a) Ausfert.

Im Gegensatze zum russischen Botschafter hat mein deutscher College den Regierungswechsel, welcher hier am letzten Donnerstag eintrat, eher mit einer gewissen Genugtuung registriert. Herr von Wangenheim hat von Anfang an kein Hehl daraus gemacht, dass er persönlich mit der von den Mächten der Türkei gegenüber in der letzten Zeit befolgten Politik nicht übereinstimme. Seiner Ansicht nach wurde der Bogen zu straff gespannt und war es ungerecht von der Türkei zu verlangen, dass sie ihren Gegnern mehr opfere, als dieselben zu erobern vermochten. Der Herr Botschafter vertrat auch stets den Standpunkt, dass die Türkei in der Frage von Adrianopel nicht nachgeben werde und dass das Cabinet Kiamil Paschas über dieselbe fallen müsse, weil die Armee die Abtretung Adrianopels nicht zugebe. Die Tatsachen haben Baron Wangenheim in letzterer Beziehung recht gegeben. In hiesigen diplomatischen Kreisen wird aus diesem Anlasse vielfach behauptet, dass Baron Wangenheim mit den Jungtürken in Verbindung gestanden habe und von den bevorstehenden Ereignissen bis zu einem gewissen Grade Kenntnis besass. Es ist allerdings richtig, dass — wie ich dies auch in meiner Berichterstattung erwähnt hatte — jungtürkische Offiziere Baron Wangenheim in der letzten Zeit aufsuchten, doch habe ich keinen Grund zu der Annahme, dass seine gegenständlichen Äusserungen mir gegenüber, denenzufolge er von einem Gewaltakte abriet, unzutreffend gewesen seien. Nichtsdestoweniger scheint mein deutscher College, wie gesagt, mit der Wendung der Dinge und speziell mit dem Sturze Kiamil Paschas nicht unzufrieden zu sein. Dies zeigte sich auch letzten Samstag, als die hiesigen Botschafter dem neuen Grossvezir den ersten Besuch abstatteten. Baron Wangenheim und ich trafen uns bei diesem Anlasse im Wartesalon des Grossvezirates, wo auch der englische Botschafter anwesend war, und hier machte mir mein deutscher College von der Euer Excellenz bereits bekannten Circulardepesche seiner Regierung (hierortiges Telegramm Nr. 70 vom 25. l. M.) Mitteilung, wobei er besonders jenen Passus derselben betonte, in welchem gesagt wird, dass, wenn die asiatischen Besitzungen der Türkei irgendwie in Gefahr kommen sollten, dieser Umstand einen europäischen Krieg hervorrufen müsste. Selbstverständlich wurde diese Nachricht in kürzester Zeit allen Botschaftern bekannt und machte auf dieselben — wie ich dies schon jetzt constatieren kann — einen grossen Eindruck. Nun stehe ich mit allen meinen Collegen auf dem besten Fuss, andrerseits wissen sie, dass mich Baron Wangenheim, mit dem ich eng befreundet bin, täglich besucht, und kommen daher stets zu mir, um mir ihr Herz auszuschütten, wenn er ihnen Sorge macht. Letzteres gilt natürlich nicht von

unserem italienischen Collegen, der mit Baron Wangenheim die besten Beziehungen unterhält. Ich trachte selbstverständlich, etwaige Verstimmungen so gut als möglich zu aplanieren, immerhin steht es aber zu befürchten, dass sich unter diesen Umständen die Beziehungen zwischen dem Herrn deutschen Botschafter und dessen Collegen, namentlich dem russischen, immer ungünstiger gestalten werden. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 5692.

Nr. 5577. Tel. nach London Nr. 125 (1) und Berlin Nr. 122 (2), 28. Jan. 1913 (chiffr. 2 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; V. u. G. Berchtold).

1. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 79 vom 25. d. M. Wie Euer Exzellenz aus meinen Telegrammen Nr. 36 und 94 vom 8. und 21. d. M. bekannt, stehe ich dem Gedanken einer Vermittlung zwischen der Monarchie und Rußland in der Frage der Delimitierung Albaniens nicht ablehnend gegenüber und habe ich daher Hochdenselben mit meinem letztbezogenen Telegramme anheimgegeben, zu ebendiesem Zwecke Sir E. Grey den Inhalt einer Herrn von Tschirschky übergebenen gegenständlichen Notiz vertraulich mitzuteilen. Sollte Ihr deutscher Kollege und Sir E. Grey das Anerbieten zur Ausarbeitung eines Kompromißvorschlages stellen, sind Euer Exzellenz ermächtigt, dieses Anerbieten im Prinzipe sympathisch zu begrüßen. Nähere Instruktionen folgen mit einem zweiten Telegramme.

2. Graf Mensdorff telegraphierte unterm 25. d. M. ... *wie n. 5534 in extenso* ... Ich beantwortete dieses Telegramm wie folgt: (Inseratur Telegramm sub 1 von: „Wie Euer Exzellenz aus meinem“ bis „zu begrüßen.“) Vorstehendes zur Regelung Ihrer Sprache. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 5578.

Nr. 5578. Tel. nach London Nr. 126 (1) und Berlin Nr. 123 (2), 28. Jan. 1913 (chiffr. 7 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport u. Berger; V. u. G. Berchtold).

1. Im Verfolge meines heutigen Telegrammes Nr. 125.

2. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 56 vom 26. d. M.

1. u. 2. Der hiesige deutsche Botschafter hat heute mir gegenüber den Gedanken angeregt, daß Fürst Lichnowsky im Vereine mit Sir Edward Grey einen Kompromißvorschlag zwischen unserem und dem russischen Standpunkte in der Frage der albanischen Nordgrenze ausarbeiten. Wie mir Herr von Tschirschky andeutet, scheint Herrn von Jagow die Idee vorzuschweben, daß die Stadt Skutari und ein Teil des Sees unter gewissen Garantien für die Regulierung der Bojana und die Trockenlegung des Sees bei Albanien verbleiben sollen. Die Nordgrenze Albaniens würde nach den Ideen Herrn von Jagows von einem erst zu bestimmenden Punkte am Ostufer des Skutarisees in östlicher Richtung zum Drin verlaufen. Da dieser Vorschlag den Wunsch Deutschlands bekundet, im Vereine mit England ein Kompromiß ausfindig zu machen, so will ich demselben gerne

nachkommen, kann mich jedoch gewissen Bedenken nicht verschließen, welche sich aus den lokalen Verhältnissen gegen die Details dieses Kompromißvorschlages ergeben. Die von einem Punkte des Ostufers des Skutarisees in östlicher Richtung nach dem Drin verlaufende Nordgrenze Albaniens würde nämlich den überwiegenden Teil der Malissorenstämme Montenegro preisgeben, was mit der Minimalgrenze Albaniens im Widerspruche stünde, welche [in der] in meinem Telegramme Nr.

1. 94[b])

2. 90[b])

1. u. 2. wiedergegebenen Notiz genau definiert ist und an der wir unter allen Umständen festhalten müssen. — Nachdem russischerseits immer wieder die Notwendigkeit der Erwerbung fruchtbaren Ackerlandes durch Montenegro betont wird, möchte ich als geeignete Basis, um zu diesem Ziele, beziehungsweise zu einem Kompromisse zu gelangen, folgende Konzessionen hervorheben: 1. Die Gewinnung von Kulturflächen durch die Bojanaregulierung. 2. Die Abtretung der fruchtbaren Ebene bei Ipek an Montenegro in dem in der obenzitierten Notiz näher definierten Ausmaße. 3. Die Abtretung der am rechten Bojanaufer gelegenen, bisher türkischen Gebietsteile, jedoch mit Ausschluß des Taraboš. Diese Zession würde den in meinem Telegramm Nr.

1. 100[c])

2. 94[c])

1. u. 2. vom 22. d. M. aufgestellten Bedingungen der praktischen Durchführbarkeit und der Vereinbarkeit mit den Lebensbedürfnissen der Malissorenstämme entsprechen. An sonstigen Konzessionen an den balkanstaatlichen Standpunkt, welche bei einem Kompromisse berücksichtigungswert erscheinen, wären die in der mehrerwähnten Notiz angeführten Konzessionen in der Ihnen entsprechend erscheinenden Weise zu nennen. Ich bin überzeugt, daß die von uns in Aussicht genommenen Konzessionen unsererseits eine geeignete Basis für den von den Kabinetten von Berlin und London angestrebten Kompromißvorschlag darstellen. Für den Fall, daß man jedoch russischerseits sich nicht hiemit zufriedengeben und zugunsten Montenegros unsere Minimalgrenze im Norden zu überschreiten bestrebt sein sollte, wären wir genötigt, den Albanesen im Nordosten eine Kompensation zu verschaffen und daher auf der Zugehörigkeit des ohnehin überwiegend von Albanesen bewohnten Gesamtgebietes von Ipek und Prizren bei Albanien zu bestehen.

1. Im vorstehenden Sinne wollen sich Euer Exzellenz Sir E. Grey und Fürst Lichnowsky gegenüber streng vertraulich vernehmen lassen, falls dieselben an Hochdieselben mit dem Anerbieten zur Ausarbeitung eines Kompromißvorschlages herantreten.

2. Im vorstehenden Sinne wollen sich Euer Exzellenz Herrn von Jagow gegenüber vernehmen lassen und beifügen, daß Graf Mensdorff eine analoge Instruktion für den Fall erhält, daß Fürst Lichnowsky und Sir E. Grey an ihn mit dem Anerbieten zur Ausarbeitung eines Kompromißvorschlages herantreten sollten. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 5597, 5603, 5609, 5644. — [b]) Vom 21. Jan. — [c]) Vom 22. Jan.

Nr. 5579. Tel. nach London Nr. 128 (1), Paris Nr. 89 (2), Rom Nr. 133 (3), Berlin Nr. 124 (4), St. Petersburg Nr. 96 (5) und Konstantinopel Nr. 75 (6), 28. Jan. 1913 (chiffr. 10 U. 50 M. p. m.).[a] Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

1. Zu Euer Exzellenz Telegramm Nr. 80 vom 25. l. M. Das von Herrn Cambon redigierte Resumé gibt mir zu folgenden Bemerkungen Anlaß, welche Euer Exzellenz bei sich darbietender Gelegenheit verwerten wollen. Die Behauptung Euer Exzellenz französischen Kollegen, das wirkliche Débouché Scutaris sei der Drin, entspricht durchaus nicht den Tatsachen. Bekanntlich teilt sich der Drin östlich von Scutari in zwei Arme, deren linker sehr wasserarmer und nicht schiffbarer sich südlich von San Giovanni di Medua ins Meer ergießt, während der rechte knapp unterhalb Scutaris in die Bojana mündet. Letztgenannter schiffbarer Fluß ist die natürliche Wasserverbindung Scutaris mit dem Meere. Die Behauptung Euer Exzellenz russischen Kollegen „que nous avons décidé de laisser les alliés s'entendre entre eux sur la délimitation des territoires conquis" entspricht nicht der Tatsache, wenigstens ist mir nichts davon bekannt, daß sich Euer Exzellenz und Hochdero Kollegen in diesem Sinne übereinstimmend ausgesprochen hätten. Das von Grafen Benckendorff erwähnte Prinzip deckt sich auch keineswegs mit meiner Auffassung, da ich von Anfang an den Standpunkt vertreten habe, daß Österreich-Ungarn sich seine Zustimmung zu allen territorialen Veränderungen am Balkan vorbehält.

2.—6. Im Verfolge meines gestrigen Telegrammes Nr.

2. 86.[b]
3. 125.[b]
4. 116.[b]
5. 90.[b]
6. 70.[b]

2.—6. Ich telegraphiere im Gegenstande an Grafen Mensdorff wie folgt: (Inseratur aus Telegramm sub 1 von „Das von Herrn Cambon" bis „am Balkan vorbehält".)

2.—5. Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Information.

6. Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information.

Berchtold.

[a] Vgl. n. 5583, 5596. — [b] Mit diesen Telegrammen vom 27. Jan. 1913 (chiffr. 4 U. 30 M. p. m.) wurde n. 5535 mitgeteilt.

Tel. nach London, 28. Jan. 1913 Nr. 132 (chiffr. 11 U. 50 p. m.). Siehe n. 5568.

Nr. 5580. Tel. aus London, 28. Jan. 1913 Nr. 87 (eing. 29. Jan. 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Im Nachhange zu meinem gestrigen Telegramme 84. Unterstaatssekretär sagte mir heute, man sei in Berlin über russische Aktionspläne in Kleinasien besorgt. Es liege hiezu, nach Meinung Sir A. Nicolsons kein Grund vor. Herr Sazonow habe erklärt, daß er keine isolierte Aktion beabsichtige, auch nicht aus der Neutralität herauszutreten wünsche. Ich sprach

dann auch mit Tyrrell, der meinte, Russland habe durch die drohende Sprache, welche es vor 14 Tagen in Konstantinopel führte, Eindruck hervorgerufen, Pläne in Kleinasien zu haben. Nachdem Deutschlands sehr bedeutende wirtschaftliche Interessen in Kleinasien nicht ignoriert werden können, sei es begreiflich, daß man in Berlin besorgt wurde. England und Frankreich (welches letztere in deutschen Unternehmungen sehr stark finanziell beteiligt sei) würden eventuell russische Aktionsgelüste in Kleinasien gewiß nicht encouragieren. Tyrrell kritisierte stark russische auswärtige Politik, die stets mit Unüberlegtheit und ungereiften Anregungen hervortrete, die sie aufgeben muß, daher sich den Anschein eines Rückzuges gebe. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 5595.

Tel. nach Paris, 28. Jan. 1913 Nr. 89 (chiffr. 10 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 5579.

Tel. nach Rom, 28. Jan. 1913 Nr. 133 (chiffr. 10 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 5579.

Nr. 5581. Tel. nach Rom, 28. Jan. 1913 Nr. 134 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; V. u. G. Berchtold).

Der Herr königlich italienische Botschafter hat mich heute aufgesucht und mir mitgeteilt, Marquis Imperiali hätte den Auftrag erhalten, in der Inselfrage auf der Botschafterréunion folgende Dezision herbeizuführen. „Le sort des îles occupées par l'Italie ne doit pas être discuté attendu que celles-ci sont un gage pour l'exécution du traité de Lausanne, gage duquel on ne peut pas disposer jusqu'à ce que la raison de ce gage n'ait pas cessé." Marquis Imperiali hätte hiebei folgende Sprache zu führen: L'Italie déclare qu'en vue des obligations réciproques entre Elle et la Turquie découlant du traité de Lausanne, Elle ne peut pas actuellement entrer en discussion sur le sort des îles occupées par ses forces militaires et peut encore moins s'associer à la demande tendant à conseiller à la Turquie de les céder à la Grèce. Auf die Frage Herzog Avarnas, wie wir uns zu dieser Anregung Marquis di San Giulianos verhalten würden, habe ich erwidert, daß ich mir die definitive Antwort auf seine Anfrage vorbehielte, bereits jetzt aber folgende Bemerkungen machen müßte: Erstens fiele mir auf, daß über das Schicksal der von Italien nicht besetzten Inseln, speziell über jenes der vier den Dardanellen vorgelagerten Eilande nicht gesprochen werde; zweitens müßte ich ihm in Erinnerung bringen, daß Italien seinerzeit versprochen habe, die Inseln der Türkei wieder zurückzugeben; sollte aber an eine permanente Besetzung dieser Inseln durch Italien gedacht werden, so würde ich mich genötigt sehen, für die Monarchie das Recht auf anderweitige Kompensationen in Anspruch zu nehmen; drittens hätte ich den Eindruck, daß der Moment für die Evakuierung der durch Italien besetzten Inseln und für deren Rückstellung an die Türkei nahe bevorstehe, da nach den uns aus Benghasi und anderen libyschen Küstenpunkten zugekommenen Nachrichten die Mehrzahl der türkischen Truppen bereits verschifft sei. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information. Berchtold.

[a] Vgl. n. 5612.

Nr. 5582. Bericht aus Rom, 28. Jan. 1913 Nr. 6 D (eing. 1. Feb.). Ausfert.

Die Wahl Mr. Poincarés zum Präsidenten der französischen Republik ist in Italien im Ganzen wenig günstig aufgenommen worden. In erster Linie trug hiezu der Umstand bei, dass man hierzulande — nicht mit Unrecht — den bisherigen französischen Ministerpräsidenten für die seit dem vorigen Jahre eingetretene Verschlechterung der Beziehungen zwischen Italien und Frankreich verantwortlich macht. Aber auch vom Standpunkte der europäischen Situation flösst das remüante und ambitiose neue französische Staatsoberhaupt der Mehrzahl der hiesigen Politiker Besorgnisse ein, umsomehr als die nationalistische Strömung in Frankreich merklich an Stärke zunimmt. Schliesslich konnte auch die Tatsache, dass Mr. Poincaré seine Wahl zum Teile den Stimmen der Rechten verdankt, die geringen Sympathien, welche ihm in Italien entgegengebracht werden, nicht gerade vermehren. In letzterer Hinsicht zirkulierte sogar in hiesigen konservativen Parlamentskreisen die Version, der Vatikan habe auf Poincarés Initiative mit demselben durch Denys Cochin und Kardinal Amette Abmachungen getroffen, auf Grund welcher die Stimmen der Rechten dieser Kandidatur zufielen. Die italienische Regierung ist eher erfreut, die tatsächliche Leitung der französischen Politik statt in den Händen des durch sein beständiges Hervortreten unbequemen Mr. Poincarés in jenen Mr. Briands zu sehen. Die offiziösen Blätter haben denn auch nach dem Bekanntwerden des Ergebnisses der Präsidentenwahl bonne mine à mauvais jeu zu machen getrachtet. Wenn ich mir in dieser, sich eigentlich meiner Kompetenz entziehenden Frage ein Urteil erlauben darf, so schiene mir der Umstand, dass Mr. Poincaré zwar circa 100 Stimmen mehr als sein Rivale Pams, aber wenig mehr als die absolute Majorität hatte, somit beinahe die Hälfte der Parlamentarier von Haus aus zu Gegnern hat, ein für ihn recht bedenkliches Moment zu bilden. Angesichts dieser Situation sollte es mich wundern, wenn Mr. Poincaré, dessen Specialität nicht gerade das Sich-Effaciren ist, gegenüber diesen Gegnerschaften sein Septennat ungestört absolvieren würde. Mérey.

Tel. nach St. Petersburg, 28. Jan. 1913 Nr. 96 (chiffr. 10 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 5579.

Nr. 5583. Erlaß nach St. Petersburg, 28. Jan. 1913 Nr. 467.[a]) Konz. (S. V. u. G. Berchtold).

Geheim. Aus der Berichterstattung des Grafen Mensdorff entnehme ich, daß Graf Benckendorff sich seinem deutschen Collegen gegenüber in pessimistischer Weise über den weiteren Verlauf der Botschafterbesprechungen puncto Albaniens ausgesprochen habe. ... *wie n. 5462 von „Die öffentliche Meinung in Rußland" bis „giengen"* ... In ähnlichem Sinne hat sich auch König Georg dem Grafen Mensdorff gegenüber über unser Verhältnis zu Rußland ausgesprochen.[b]) Auch aus Berlin[c]) sind uns analoge Informationen zugekommen. Der Niederschlag dieser Stimmung der maßgebenden russischen Faktoren ist in der Sitzung vom 22. d. M.

zum Ausdruck gekommen, in welcher das Anschneiden der Skutari-Frage bereits eine Scission der Botschafter in jene der Triple-Entente, die den russischen Standpunkt der Abtretung Skutaris an Montenegro vertraten und jene des Dreibundes, welche die genannte Stadt für Albanien reklamirten, zur Folge hatte.[d]) Nach dem Gesagten muß angenommen werden, daß einerseits in Petersburg ganz irrige Auffassungen über unsere Haltung in Bezug auf die Balkankrise gangbar geworden sind, andererseits bei unbehindertem Fortbestande derselben nicht nur eine Einigung schwer zu erzielen sein wird, sondern auch die Beziehungen der beiden Nachbarmonarchien zu ernstem Schaden kommen können. Es sei hier vor Allem darauf verwiesen, daß Rußland durch den Mund seines hiesigen Botschafters, Herrn von Giers, zu Beginn der Feindseligkeiten zwischen dem Balkanbunde und der Türkei formell erklären ließ, daß, wie immer der Krieg ausfallen werde, nach Ausgang desselben keine territorialen Verschiebungen Platz greifen dürften. Wir haben dieses Prinzip damals akzeptiert und uns jeder Ingerenz während des Krieges enthalten, wobei wir jedoch wiederholt betonten, die Kriegsoperationen zwar nicht behindern zu wollen, deren Ergebnissen aber keine bindende Bedeutung beimessen zu können. Als unmittelbare Grenznachbarn der Balkanländer aufs Lebhafteste an den dortigen Machtverhältnissen interessiert, von einem aufstrebenden, der Monarchie hostilen Staatswesen in unserer ruhigen Entwicklung bedroht, hätte es an Anlaß nicht gefehlt, um mit dem ganzen Gewichte unserer Autorität in die Aufteilung der von den Verbündeten besetzten Gebiete einzugreifen und vor allem einer jeden Vergrößerung jenes feindselig gesinnten Nachbarstaates einen Riegel vorzuschieben. Wenn wir dem gegenüber uns bereit erklärt haben, den Ansprüchen der Balkanstaaten soweit als möglich Rechnung zu tragen, ohne für uns die geringste territoriale Erwerbung zu beanspruchen, so glauben wir hierin ein nicht geringes Maß von Entgegenkommen an die von Rußland verdolmetschten Prätensionen der Balkanstaaten an den Tag gelegt zu haben. Auch scheint es uns nicht recht motivirt, wenn, wie Euer Exzellenz erwähnen, Seine Majestät Kaiser Nikolaus darüber persönlich gekränkt ist, daß der Druck, der russischerseits ausgeübt wurde, um Serbien in der Hafenfrage gefügiger zu machen, bei uns nicht anerkannt werde. Es soll gewiß nicht verkannt werden, daß damit der friedlichen Entwicklung des Problemes ein Dienst geleistet wurde; derselbe dürfte aber wohl in erster Linie Serbien gegolten haben und demselben zugute gekommen sein, wobei das Königreich nebstbei in Bezug auf das angestrebte Débouché in keiner Weise verkürzt worden ist. Aus der Berichterstattung des Grafen Mensdorff geht hervor, daß Graf Benckendorff consequent betont, Rußland könne nicht zugeben, daß die Compensationen für Montenegro auf Kosten Serbiens giengen. Wir vermögen nicht, uns einer solchen Auffassungsweise anzupassen, da dieselbe offenbar den Gedanken zum Ausgangspunkte nimmt, daß Alles von den serbischen Truppen besetzte Gebiet ipso facto serbisch sei, was schon mit Rücksicht auf den von uns von Anfang an eingenommenen Standpunkt unzulässig erscheint. Ebenso können wir nicht die Motivirung gelten lassen, daß Djakova seitens Albaniens deshalb

aufgegeben werden müsse, weil dasselbe von Montenegro besetzt worden ist.*e)* Die eigenthümliche Ablehnung Grafen Benckendorffs, auf eine Diskussion über die Befriedigung Montenegros durch Gebietserwerbung im Sandjak von Novibazar einzugehen, kann ebenfalls nicht unwidersprochen bleiben. Wenn zur Begründung dieser Ablehnung geltend gemacht wird, daß Rußland entschieden habe, die Alliierten unter sich die Delimitirung der eroberten Gebiete feststellen zu lassen,*f)* so muß demgegenüber mit allem Nachdrucke betont werden, daß wir eine solche Disposition nie acceptirt haben*g)* und uns vorbehalten müssen, auch an der Abgrenzung der Balkanstaaten unter einander nach Maßgabe unserer Interessen ein Wort mitzureden. Und dies umsomehr, als wir nicht zugeben können, daß die an Montenegro abzugebenden Compensationen nicht auch auf dem Territorium gesucht werden dürfen, welches nach der von Serbien einseitig vorgenommenen Delimitirung zu Serbien zu fallen hätte. Wenn sich Rußland hierüber nicht mit uns aussprechen will, so könnte eine Situation entstehen, die uns unmöglich macht, die uns vertragsmäßig zustehende Zustimmung zu den territorialen Verschiebungen zu erteilen. Dem Grafen Szögyény gegenüber hat der deutsche Reichskanzler, welcher sich durch den auf der Botschafter-Réunion zutage getretenen Gegensatz impressionirt zeigte, die Überzeugung ausgesprochen, daß von uns keine Prestigepolitik in diesem Belange getrieben werde.*e)* Diese Annahme ist vollkommen begründet, bedauerlicherweise scheint aber nicht dasselbe von den Faktoren an der Sängerbrücke beziehungsweise von den Hintermännern derselben gesagt werden zu können, da deren Attitude in den vorliegenden, kein russisches Interesse berührenden Fragen nur vom Standpunkte der Prestigepolitik erklärt werden kann. Eine wiederholt wiederkehrende russische Phrase lautet dahin, daß Österreich-Ungarn Alles erreicht habe, was es nur wünschen konnte. Diese Darstellung ist grundfalsch. Das Einzige, was wir angesichts der vollkommenen Umgestaltung des Balkans verlangt hatten, war die Zusammenfassung des albanesischen Elementes in ein selbständiges Staatsgebilde. Dieses Postulat ist zwar im Prinzipe zugegeben worden, in der Praxis scheint man aber nicht von der Absicht geleitet zu sein, die elementarsten Bedingungen zu dessen Verwirklichung zuzugestehen. Wir sind bereit, auf weite Ländereien, die größtenteils von Albanesen bewohnt werden, für Albanien zu verzichten, nur um die Basis für eine Verständigung zu finden. Wir können aber absolut in diesen Concessionen nicht so weit gehen, alle halbwegs fruchtbaren Territorien abzugeben und aus unproduktivem Berglande ein Albanien zu schaffen, das nicht fähig wäre, sein Leben zu fristen. Daher könnte auf die Ebene von Skutari, die noch überdies infolge der Besitzverhältnisse von der Stadt und dem benachbarten Gebirge nicht getrennt werden kann, unmöglich Verzicht geleistet werden. Es ist nicht nur unser, sondern ein europäisches Interesse, daß am Balkan Ruhe und Friede herrsche. Albanien, welches neutralisirt und unter die Garantie der Mächte gestellt wird, soll am Balkan ein Element der Ordnung und der Stabilität bilden, welches keinem politischen Ränkespiele zugänglich sein und den Frieden nicht gefährden wird. Als nächste Nachbarn sind wir an der Creirung dieses Staates am meisten

interessirt und müssen der in Rußland tendenziös verbreiteten Darstellung, als wollten wir dort Sonderpolitik treiben, aufs Entschiedenste entgegentreten. Wenn endlich russischerseits von der Erregung der dortigen öffentlichen Meinung geredet wird, so muß in Erinnerung gebracht werden, daß auch bei uns mit einer stark in Erscheinung tretenden öffentlichen Meinung zu rechnen ist, welcher in diesem Falle das Recht nicht bestritten werden kann, von der Regierung die Wahrung unserer Interessen energisch zu fordern. Mit Vorstehendem habe ich die Einwendungen zusammengefaßt, welche die aus Anlaß des Liquidationsprozesses der europäischen Türkei uns gegenüber beobachtete Haltung der russischen Regierung hier losgelöst hat. Es wird dem bewährten Takte Euer Exzellenz anheimgegeben, von den angeführten Argumenten in geeigneter Weise an den berufenen Stellen Gebrauch zu machen, wobei das Bestreben, in freundschaftlicher Form den bewußt oder unbewußt irrigen Vorstellungen der russischen Regierung entgegenzutreten und dadurch ein vertrauensvolleres Verhältnis zwischen den beiden Nachbarmonarchien herzustellen, Ihren Aussprachen zur Richtschnur zu dienen haben wird.

a) Vgl. n. 5584, 5615, 5617, 5631. — *b)* Vgl. n. 5533. — *c)* Vgl. n. 5454. — *d)* Vgl. n. 5489. — *e)* Vgl. n. 5462. — *f)* Vgl. n. 5535. — *g)* Vgl. n. 5579.

Nr. 5584. Eigenhändiges Privatschreiben nach St. Petersburg, 28. Jan. 1913.[a] Konz. (S. Schreibmaschine; V. Berchtold).

Meinem gestern abgesendeten Telegramme[b] betreffs der Entsendung Gottfried Hohenlohes nach St. Petersburg will ich noch diese erläuternden Zeilen nachfolgen lassen. Die uns von verschiedenen Seiten signalisierte persönliche Gereiztheit Seiner Majestät des Kaisers Nikolaus über unsere angeblich intransigente Haltung zu allen Fragen, die der Aufteilungsprozeß am Balkan mit sich bringt, hat den Gedanken nahegelegt, durch sozusagen direkte Aussprache von Monarch zu Monarch dieser Stimmung die Schärfe zu nehmen und einer ernsten Trübung der höfischen Beziehungen vorzubeugen. Von dieser Intention geleitet, haben Seine Majestät zu bestimmen geruht, daß Hohenlohe, welchem Kaiser Nikolaus zur Zeit seiner Verwendung als Militärattaché in St. Petersburg wiederholt Zeichen persönlicher Sympathie gegeben hat, sich nach St. Petersburg begebe, um ein an den Zaren gerichtetes Handschreiben Seiner Majestät zu überbringen und in Form einer mündlichen Message die friedlichen Absichten und freundschaftlichen Gefühle unseres Allergnädigsten Herrn zu verdolmetschen. Es wird dadurch Gelegenheit gegeben, den in Russland gangbaren, bewußt oder unbewußt wahrheitswidrigen Darstellungen über unsere Politik während der Krise entgegenzutreten und weiteren Mißverständnissen nach Thunlichkeit zuvorzukommen. Hohenlohe ist zwar über den Gang der Londoner Verhandlungen orientiert, hat aber nicht den Auftrag, diesfalls Erörterungen vorzubringen, die den Anschein erwecken könnten, als sei mit seiner Entsendung die Absicht verbunden, einen Druck auf die russische Regierung auszuüben. Seine Aufgabe wird erfüllt sein, wenn er die maßgebenden Faktoren in der zweifachen Richtung orientiert haben

wird: 1. über die in Russland vollkommen verkannte Bedeutung, welche die durch die Umwälzung aufgeworfenen Probleme für die Monarchie besitzen, und 2. über das Abhandensein irgendwelcher feindseliger Tendenzen gegenüber der russischen Nachbarmonarchie. Wollen die leitenden Kreise in Russland diese Sprache verstehen, wird ihnen auf diese Weise die Möglichkeit hiezu gegeben. Wollen sie es nicht, so haben wir wenigstens unsere Schuldigkeit gethan und finden Trost im Gedanken: In magnis voluisse sat est. Was die Modalitäten der Durchführung seiner Mission anbelangt, glaube ich, daß es sich empfehlen würde, wenn er gleich nach seiner Ankunft das Allerhöchste Schreiben durch die berufene Hofstelle an die höchste Bestimmung gelangen läßt und sich dann bei der ihm gewährten Audienz der mündlichen Message entledigt. Ebenso wie es voraussichtlich im Handschreiben erwähnt sein wird, könntest Du auch Deinerseits den Umstand an maßgebender Stelle hervorheben, daß Seine Majestät absichtlich Hohenlohe, der mit dem Allerhöchsten Kaiserhause alliiert ist und Sein volles Vertrauen genießt, mit der in Rede stehenden Mission betraut hat, was gewiß dazu beitragen wird, die besondere Aufmerksamkeit, welche Seine Majestät bei diesem Entschlusse geleitet hat, in das richtige Licht zu rücken und Hohenlohe eine diesen Umständen entsprechende Aufnahme zu sichern. Unter Einem geht eine politische Depesche[c]) an Deine Adresse ab, welche Dir die hiesige Auffassung bezüglich der russischen Haltung zu dem in Verhandlung stehenden Balkanprobleme illustrieren soll. Das glückliche Resultat, welches Du durch Deine seinerzeitige Aussprache mit Sazonow in Betreff der Mobilisierung erzielt hast, bestärkt mich in dem Gedanken, daß eine offene und freundschaftliche Auseinandersetzung unserer manière de voir bei Sazonow Verständnis finden wird. Jedenfalls wird dadurch der Behauptung, daß wir eine Politik „von oben herab" machen, der Boden entzogen.

[a]) Vgl. n. 5614, 5634. — [b]) Vgl. n. 5564. — [c]) Vgl. n. 5583.

Nr. 5585. Tel. nach Sofia, 28. Jan. 1913 Nr. 44 (chiffr. 10 U. 40 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

Erhalten Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 51 vom 23. d. M. Ich würde Wert darauf legen, daß Euer Hochgeboren die Bemerkungen Herrn Dobrovič aufgreifen und sich diesem oder Herrn Guéschoff oder auch beiden gegenüber in nachstehendem Sinne streng vertraulich vernehmen lassen. Eine Lösung der Salonik-Frage ohne Mitwirkung der Großmächte scheint mir wenig wahrscheinlich. Wie Euer Hochgeboren aus meinem Telegramm Nr. 199 vom 28. v. M. bekannt, habe ich Grund zur Annahme, daß Rußland und Frankreich die griechischen Aspirationen auf den Besitz dieser Stadt begünstigen werden. Wir hingegen wären bereit, Bulgarien in diesem Belange unsere diplomatische Unterstützung zu leihen. Wenn wir aber geneigt sind, die so weitgehenden nationalen Aspirationen Bulgariens zu unterstützen und die Schaffung eines über die Grenzen des Vertrages von San Stefano noch hinausgehenden Großbulgariens zu fördern, so gehen wir hiebei von dem Gedanken aus, daß ein derart saturiertes und starkes

Bulgarien in seiner Politik nur seine eigenen Interessen verfolgen wird, welche mit den unsrigen in keinem Punkte kollidieren. Unsere Bemühungen, Bulgarien den Besitz von Salonik zu verschaffen, wären natürlich an die Bedingung geknüpft, daß Bulgarien sich verpflichtet, diese Stadt als Freihafen mit einer unseren sehr bedeutenden wirtschaftlichen Interessen vollauf Rechnung tragenden Organisation zu erklären. Angesichts der Wichtigkeit dieser Interessen würden wir aber den größten Werth darauf legen müssen, in der allernächsten Zeit eine Zusicherung Bulgariens in dem Sinne zu erhalten, daß dieses bereit sei — im Falle Salonik bulgarisch würde — unseren Wünschen vollauf Rechnung zu tragen; anderenfalls wären wir gezwungen, zur Sicherstellung unserer Interessen hinsichtlich Saloniks in anderer Weise Stellung zu nehmen. Über die Details unserer Desiderata bezüglich der erwähnten Hafenstadt geht Euer Hochgeboren ein abgesondertes Telegramm zu. Zu Euer Hochgeboren Information füge ich noch bei, daß wir uns der Hoffnung hingeben, daß unsere so weitgehende Unterstützung Bulgariens in seinen territorialen Aspirationen dazu beitragen wird, das Sofioter Kabinett in seinen Verhandlungen mit Rumänien konziliant zu stimmen. Wir vermeiden es jedoch absichtlich, einen Kausalnexus zwischen den bulgarisch-rumänischen Pourparlers und der Frage von Salonik herzustellen und muß ich es dem Ermessen Euer Hochgeboren anheimgeben, in Ihren Konversationen über Salonik auch jener uns so am Herzen liegenden Pourparlers Erwähnung zu tun. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 5586, 5637, 5659, 5670, 5735, 5895.

Nr. 5586. Tel. nach Sofia, 28. Jan. 1913 Nr. 45 (chiffr. 11 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; G. Berchtold).

Zu meinem Telegramme Nr. 44 von heute. Unsere Desiderata hinsichtlich der zukünftigen Gestaltung Saloniks wären näher präzisiert folgende. Bezüglich der Organisation des Freihafens verlangen wir Garantien für die vollkommene Freiheit des Transits von und nach demselben und eine der Bedeutung unserer Schiffahrt und unseres Handels entsprechende Einflußnahme auf die Tätigkeit der in Betracht kommenden Verkehrsanstalten und Hafeneinrichtungen. Diese Garantien wären bulgarischerseits dadurch zu geben, daß dem Privatbetriebe des auf bulgarisches Gebiet fallenden Teiles der gegen Üsküb und Monastir führenden Eisenbahnen durch die Orientbahngesellschaft beziehungsweise eine an deren Stelle tretende Privatgesellschaft sowie der Einrichtung des Hafens und Verwaltung der Hafenanlagen durch eine Privatgesellschaft, an der unsere Beteiligung gesichert wird, zugestimmt wird. Bezüglich obiger Bahnlinie wäre zu erwähnen, daß sie ohnedies voraussichtlich mehrere Staatsgebiete durchqueren wird, und wir den Anschluß an das bosnische Bahnnetz anstreben. Die bulgarische Regierung müßte ferner zusagen, daß bezüglich Anlegeplätze für Schiffe ferner Entrepots und Hangars im Freihafengebiete unseren Wünschen entsprochen wird. Die übrigen wirtschaftlichen Wünsche, bezüglich welcher wir auf Entgegenkommen Bulgariens rechnen, sind Euer Hochgeboren aus den Budapester Unterredungen mit Danew bekannt. Dieselben sind natürlich

von der Frage Saloniks ganz unabhängig, weshalb ich es Euer Hochgeboren anheimstelle, sie bei dieser Gelegenheit in Erinnerung zu bringen; dieselben betreffen in der Hauptsache die Ergänzung unseres Handelsvertrages, die Eisenbahn- und Schiffahrtsfragen, die Wahrung der Rechte unserer Tabakregien beim Ankauf von Tabak in den neubesetzten Gebieten und die Regelung des Marken- und Musterschutzes. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 5637, 5895, 5970.

Tel. nach Sofia, 28. Jan. 1913 Nr. 46 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 5571.

Nr. 5587. Tel. aus Sofia, 28. Jan. 1913 Nr. 69 (eing. 6 U. 20 M. p. m.). Entziff.

Rumänischer Kollege sagte mir, er habe sich beim Konseilspräsidenten im Auftrage dahin ausgesprochen, daß rumänische Regierung auf die Herrn Danew mitgeteilten Gegenpropositionen eine baldige Antwort wünsche und weitere Verschleppungen der Frage besonders mit Rücksicht auf durch Konstantinopler Ereignisse komplizierte allgemeine politische Lage vermieden sehen möchte. Herr Geschoff soll erwidert haben, daß diese Erklärung eine mise en demeure sei, zu der er keinen Grund sehe; wenn es Rumänien eilig gewesen sei, vor Friedensschluss Frage zu lösen, so gebe es jetzt, wo Krieg wieder anfangen solle, zur Eile keinen Grund. Herr Ghika will geantwortet haben, daß er Auftrag ausgeführt und sonst nichts zu sagen hätte; im eigenen Namen hätte er bemerkt, daß Herr Danew nicht aufrichtig verhandle und intriguiere. Ich möchte hinzufügen, daß im unverbindlichen Gespräche, das heute mit Dobrovič hatte, auch er selbst zugab, daß Herr Danew, da er — wie überhaupt ganzes Kabinett Geschoff — für seine Popularität fürchte, viel zu zögernd verhandle und Lösung erschwere. Tarnowski.

Nr. 5588. Tel. aus Sofia, 28. Jan. 1913 Nr. 71 (eing. 29. Jan. 9 U. a. m.). Entziff.

Dobrovič besuchte mich und meinte im Verlaufe längeren Gespräches, König Ferdinand hätte ihn beauftragt, mir gelegentlich zu sagen, dass, so wie Seine Majestät unsere Haltung Serbien gegenüber nicht verstehen konnte, könne er auch nicht begreifen, warum wir Montenegro Skutari nicht geben wollten. Alle anderen Mächte wären dafür, wenn wir nicht opponierten. Dadurch schwächten wir ohnehin schwere Stellung König Nikitas. Es sei dies persönliche Anschauung König Ferdinands, von der er wünsche, dass ich unoffiziell Kenntnis erhalte. Unter Hinweis, dass ich ebenfalls nur persönliche Ansicht ausspreche, antwortete ich Dobrovič damit, was [es] im Gegenstande zu sagen gibt. Wir berührten auch Beziehungen Bulgariens zur Monarchie und rumänische Frage, wobei ich einiges davon, was ich bei wiederholten Anlässen Herrn Geschoff im Auftrage mitzuteilen hatte, entsprechend verwertete. Mitredner bemerkte wiederholt, dass sich Bulgarien unserer wohlwollenden Haltung seit Beginn des Krieges nur beglückwünschen könne; wenn Dobrovič bei mir interveniere, so sei es nur zu Gunsten der Alliierten. Tarnowski.

Nr. 5589. Tel. aus Bukarest, 29. Jan. 1913 Nr. 29 (eing. 4 U. p. m.).[a] Entziff.

Nach Mitteilung Ministers des Äussern kamen Herr Mişu und Herr Danew überein, die Forderungen Rumäniens und respektiven Konzessionen Bulgariens in ein Protokoll niederzulegen. Jeder der Delegierten verfasste einen Text und Herr Majoresco hofft, dass dieselben über den endgiltigen Inhalt dieses Aktes gestern abends oder heute früh schlüssig geworden sind. Weiteres Verhalten Rumäniens wird davon abhängen, wie weit bulgarische Konzessionen gehen und ob auf Grund des Protokolls weitere Verhandlungen möglich. Minister äußerte, Regierung könne auf Anspruch von Silistria mit Hinblick auf hoch erregte öffentliche Meinung nicht verzichten. Ich glaube aber, dass, falls Bulgarien eine von den Lösungen, welche Seine Majestät der König im Auge hat, konzedieren würde, Höchstderselbe sich über öffentliche Meinung hinwegsetzen und auf Annahme bestehen würde. — Für die Stellung der Monarchie wäre aber ein solches Ende der Verhandlungen äußerst nachteilig. K. E. Fürstenberg.

[a] Vgl. n. 5592.

Nr. 5590. Tel. aus Bukarest, 29. Jan. 1913 Nr. 30 (eing. 6 U. 40 M. p. m.). Entziff.

Erhalten Euer Excellenz Telegramm Nr. 68.[a] In dem vom russischen Gesandten hier schriftlich überreichten Vorschlage der bulgarischen Konzessionen sind ausdrücklich Höhen von Medjidjé-Tabia erwähnt. Einberichteter Ausspruch Seiner Majestät des Königs, dass er Zurückziehung gemeldeter Konzessionen als Kriegsfall ansehen müsste,[b] bezieht sich jedenfalls auf genannte Höhen, da es bereits vor einigen Tagen hier verlautet, dass man in Sofia daran denke, russischerseits vorgebrachte Konzessionen zu beschränken. K. E. Fürstenberg.

[a] Mit Tel. Nr. 68, 28. Jan. 1913 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.) wurde n. 5557 nach Bukarest an König Carol weitergegeben. — [b] Vgl. n. 5499.

Nr. 5591. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 29. Jan. 1913 Nr. 79 (eing. 30. Jan. 10 U. a. m.).[a] Entziff.

Mahmud Schefket Pascha hat meinem deutschen Kollegen schon heute den Text der Antwortsnote vertraulich mitgeteilt. Bezüglich Adrianopels wird türkische Regierung vorschlagen, daß die am linken Tundscha-Ufer liegenden Stadtteile türkisch bleiben und das rechte Ufer bulgarisch werde. (Wie bereits seinerzeit Euer Exzellenz gemeldet, stammt diese Idee von Gabriel Effendi.) In der Inselfrage beantragt türkische Note die in meinem Telegramme Nr. 77[b] vom 27. d. Mts. projektierte Lösung. Herr von Giers, mit welchem Baron Wangenheim obige Proposition der Pforte besprach, sagte, er glaube kaum, daß Bulgarien die Adrianopel betreffende Modalität akzeptieren könne. Russischer Botschafter fügte hinzu, daß die slavische Welt nach den Konzessionen, welche sie in der Adriahafenfrage gemacht hat, auf einem vollen Erfolg in Bezug auf Adrianopel bestehen müsse. Geheim. Mahmud Schefket Pascha hat meinem deutschen Kollegen

streng vertraulich mitgeteilt, Herr Venizelos hätte dem Großvezir auf vertraulichem Wege eine direkte Fühlungnahme vorgeschlagen. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 5605, 5642 Anm. a. — [b]) Irrtümlich statt Nr. 74; vgl. n. 5555.

Nr. 5592. Tel. aus London, 29. Jan. 1913 Nr. 89 (eing. 30. Jan. 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Wie mir Herr Mişu eben mitteilt, haben er und Herr Danew ein Protokoll unterzeichnet, in welchem sie ihre gegenseitigen Standpunkte niedergelegt haben. Rumänien verlangt Linie von ungefähr Turtukai bis nach Balcik. Bulgarien gesteht nur Grenzregulierung zu durch Abschneiden der beiden nach Rumänien einspringenden Dreiecke und eine Linie vom östlichen Dreieck bis zu einem Endpunkte am Schwarzen Meere 5 bis 6 Kilometer südlich der gegenwärtigen Grenze, wodurch Mangalia gesichert erschiene. Im Übrigen die bekannten Konzessionen für Kutzowalachen. Herr Mişu sagte mir, er sehe dieses Protokoll als eine Basis an, die für weitere Verhandlungen dienen kann. Letztere dürften zwischen Kabinetten von Bukarest und Sofia geführt werden, nachdem Herr Danew beabsichtigt, Ende der Woche abzureisen. Mensdorff.

[a]) Oe. U. Balkan 141 Nr. 262. Vgl. n. 5589, 5601, 5660, 5671.

Nr. 5593. Tel. aus London, 29. Jan. 1913 Nr. 90 (eing. 30. Jan. 9 U. a. m.). Entziff.

Bei heutiger Réunion wurde die durch Abbruch der Friedensverhandlungen geschaffene Lage diskutiert. Russischer Botschafter griff eine Bemerkung Sir E. Greys auf, um vorzuschlagen, Botschafter der Mächte in Konstantinopel sollten wieder bei der Pforte urgieren, dass ihre Antwort günstig lauten solle. Deutscher Botschafter bekämpft Idee eines neuen, wie immer gearteten Schrittes in Konstantinopel. Wir übrigen hielten uns passiv und man ließ den Gedanken fallen, unseren Regierungen irgendwelche Vorstellungen bei der Pforte anzuempfehlen. Sir E. Grey sagte uns, er werde Tewfik Pascha gegenüber sich dahin aussprechen, Mächte könnten nichts tun, um Wiederaufnahme der Feindseligkeiten zu verhüten, wenn nicht eine günstige Antwort zu der Kollektivnote gegeben wird. Mensdorff.

Nr. 5594. Tel. aus London, 29. Jan. 1913 Nr. 92 (eing. 30. Jan. 9 U. a. m.). Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 117 vom 26. d. M. und Nr. 132 von heute. Italienischer Botschafter hat neuerliche Instruktionen Marquis di SanGiulianos, nach welchen Satz: „Il va sans dire“ ausgelassen werden soll, und wird sich morgen Sir E. Grey gegenüber im Sinne von [von] Euer Exzellenz angeregten 3 Punkten aussprechen. Ich habe es bereits Sir A. Nicolson gegenüber getan und werde es auch Sir E. Grey gegenüber tun. Ich hatte übrigens auch in der Réunion heute Gelegenheit, im Allgemeinen die in den 3 Punkten niedergelegten Gesichtspunkte als Ansicht meiner Regierung auszusprechen, dem alle Anwesenden als auch ihre Ansicht zustimmten. Mensdorff.

Nr. 5595. Tel. aus London, 29. Jan. 1913 Nr. 93 (eing. 30. Jan. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Im Nachhange zu meinen Telegrammen Nr. 84 und 87 und bezugnehmend auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 123 von gestern.[b] Fürst Lichnowsky sagte mir, dass er in Berlin angeregten Schritt bei Sir E. Grey, betreffs Eingreifens Russlands in der armenischen Frage, hier nicht zu machen beabsichtigt, nachdem Grey ihm eben wieder gesagt habe, er hätte diesbezüglich sehr beruhigende Nachrichten von Herrn Sazonow erhalten.

Mensdorff.

[a] Vgl. n. 5610, 5629. — [b] n. 5556.

Nr. 5596. Tel. aus London, 29. Jan. 1913 Nr. 95 (eing. 30. Jan. 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 128 von heute. In heutiger Réunion rektifizierte ich Bemerkung des französischen Botschafters betreffs Débouché Skutaris. Betreffs Behauptung meines russischen Kollegen erklärte ich, wir könnten das Prinzip nicht annehmen, daß wir den Alliierten zugestehen, die eroberten Gebiete ohneweiters zu delimitieren. Ich berief mich auf meine Erklärung in der ersten Sitzung und betonte, daß speziell bezüglich Albaniens es ja festgesetzt wurde, daß dessen Abgrenzung durch die Mächte erfolge. Da dies eine prinzipielle Frage betrifft, brachten wir meine Reserve in folgenden, von Herrn Cambon redigierten Worten zu Papier: „Le comte Mensdorff relève que dans la dernière séance comte Benckendorff a fait allusion à une décision ayant pour but de laisser les alliés régler entre eux la délimitation des territoires conquis. L'ambassadeur d'Autriche-Hongrie rappelle qu'il a déclaré que son gouvernement se réservait le droit de donner son adhésion à la totalité des changements territoriaux. L'ambassadeur d'Italie fait observer que l'assentiment du gouvernement italien à ces changements est également nécessaire."

Mensdorff.

[a] Vgl. n. 6941.

Nr. 5597. Tel. aus London, 29. Jan. 1913 Nr. 96 (eing. 30. Jan. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Bezugnehmend auf Euer Exzellenz Telegramm 126 von gestern. Ich habe heute vor Botschafterréunion mit Sir E. Grey und Fürsten Lichnowsky gesprochen und ihnen die Konzessionen angedeutet, zu welchen Euer Exzellenz in der albanesischen Grenzfrage bereit wären. Staatssekretär meinte, dass wir da noch sehr weit entfernt wären, einem Kompromiss näher zu kommen. Er will weiter mit deutschem Botschafter konferieren, der mir Mitteilung machen wird, während Sir E. Grey mit Graf Benckendorff sprechen wird. Unter diesen Umständen war es zwecklos, bei heutiger Réunion Delimitationsfrage wieder vorzubringen. Die beiden Herren schienen viel weitergehende Konzessionen unserseits zu erwarten. Fürst Lichnowsky zeigte mir vertraulich ein Telegramm seiner Regierung, nach

welchem sich Herr Sazonow wieder bitter über unsere angebliche Intransigenz beklagte. Ich erwarte weitere Anwürfe meines deutschen Kollegen, habe aber leider nicht viel Hoffnung, dass die Kompromissvorschläge mit dem von Euer Exzellenz niedergelegten Standpunkte vereinbar sein werden, wenn Hochdieselben nicht noch irgend einen Punkt finden, welcher Russland gegenüber als substantiell dargestellt werden kann. Mensdorff.

a) Vgl. n. 5609, 5640 Anm. b, 5664 Anm. b.

Nr. 5598. Tel. aus Rom, 29. Jan. 1913 Nr. 62 (eing. 3 U. 50 M. p. m.). Entziff.

Zufolge der ihm auf Grund des hohen Telegrammes Nr. 128 vom 27. d. M. gemachten Mitteilung wird hiesiger Minister des Äussern den Marquis Imperiali anweisen, dem von uns akzeptierten Wunsche deutscher Regierung Rechnung tragend, sich der Mitteilung seiner Dreibundkollegen an Sir E. Grey und die Botschafter Frankreichs und Russlands anzuschliessen.
Mérey.

Nr. 5599. Tel. aus St. Petersburg, 29. Jan. 1913 Nr. 24 (eing. 30. Jan. 9 U. 50 M. a. m.).a) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 92 vom 28. d. M. Da ich das Zimmer noch nicht verlassen kann, beauftragte ich Grafen Czernin, Herrn Sazonow von der im Allerhöchsten Auftrage zu erfolgenden Überbringung eines Allerhöchsten Handschreibens an Seine Majestät den Kaiser Nikolaus durch den Prinzen Gottfried Hohenlohe in Kenntnis zu setzen und den Minister des Äussern zu ersuchen, die diesfälligen höchsten Befehle des Zaren einzuholen. Sazonow stellte in Aussicht, seinem höchsten Herrn hievon sofort Meldung erstatten und mir die einschlägigen Entscheidungen des Kaisers Nikolaus in den nächsten Tagen zukommen lassen zu wollen. Die Mitteilung scheint auf Herrn Sazonow einen sehr günstigen Eindruck gemacht zu haben. Der Herr Minister des Äussern, welcher jede sich bietende Gelegenheit ergreift, um auf die Beunruhigung hinzuweisen, welche hier das Fortbestehen unserer militärischen Maßregeln an der serbischen Grenze erwecken, kam auch bei diesem heutigen Anlasse auf dieses sein Lieblingsthema zu sprechen und hatte es geradezu den Anschein, als wenn er hoffen würde, daß anläßlich der vom Prinzen Hohenlohe zu überbringenden Allerhöchsten Message eine Klärung dieser Frage erfolgen könnte. Ich glaube sohin unvorgreiflich darauf hinweisen zu sollen, daß es gewiß einen ausgezeichneten Eindruck bei Seiner Majestät dem Zaren und der russischen Regierung hinterlassen und den beabsichtigten Zweck einer Kalmierung sehr fördern würde, wenn Prinz Hohenlohe diesfalls irgend eine mündliche Message überbrächte, welche so gefaßt wäre, daß sie hier das Gespenst eines Angriffes unsererseits auf Serbien verscheuchen würde.
Thurn.

a) Vgl. n. 5614, 5615.

Nr. 5600. Tel. aus St. Petersburg, 29. Jan. 1913 Nr. 25 (eing. 30. Jan. 10 U. a. m.).[a] Entziff.

Bei seiner heutigen Unterredung mit Grafen Czernin war Herr Sazonow besonders beunruhigt über den unbefriedigenden Fortgang der rumänisch-bulgarischen Verhandlungen. Während er bisher stets die unparteiische Rolle Russlands betonte, schien er heute auf die rumänische Regierung schlecht zu sprechen und sah in deren angeblich undefinierten und schwankenden Wünschen den Grund zum schleppenden Fortgang der Verhandlungen. Die „strategische" Grenze sei Rumänien von Bulgarien ja schon zugestanden und während Herr Take Jonesco noch vor kurzer Zeit dem Fürsten Lichnowsky kategorisch erklärt habe, Silistria werde nicht beansprucht, liege jetzt das Hauptgewicht der rumänischen Forderungen in der Zession dieser Stadt. Die Zeiten, wo man Städte an fremde Nationen verschenkte, seien jedoch vorüber und daher die rumänischen Forderungen kaum haltbar. König Karl, der ursprünglich konziliant schien, beginne von der Stimmung des Landes ungünstig beeinflusst zu werden. Der hiesige deutsche Botschafter erhielt heute telegraphischen Auftrag, Herrn Sazonow mitzuteilen, dass die deutsche Regierung mit grösstem Nachdrucke in Sofia und Bukarest ernstlich vor unüberlegten Schritten warne. Das Berliner Kabinett hoffe jedoch, dass Russland nun noch, und zwar schnell, ehe es zu spät, auch in Sofia eine ernste Mahnung zum Entgegenkommen vernehmen lassen werde. Thurn.

[a]) Vgl. n. 5616.

Nr. 5601. Tel. aus Sofia, 29. Jan. 1913 Nr. 74 (eing. 30. Jan. 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Während ich heute morgens Herrn Geschoff bei zufälliger Begegnung kurz sprach, bemerkte er, dass, seitdem wir uns zuletzt gesehen, rumänische Frage sehr schlechte Wendung genommen. „On signe à Londres un procès verbal aujourd'hui. Monsieur Daneff partira demain et on reprendra les pourparlers à Bucarest. Nous comptons avoir recours à vous dans cette affaire car il n'y a que vous qui puissiez nous aider grâce à votre influence en Roumanie." Ich wendete ein, dass wir — wie ich so oft Herrn Geschoff gesagt — uns in Verhandlungen nicht einmischen und von unserer Vorgangsweise nicht abgehen könnten. Konseilspräsident insistierte und meinte, dass nach hier allgemein herrschender Ansicht Rumänien nur deswegen so hohe Forderungen stelle, da es auf unsere Unterstützung rechne. Dies sei Beziehungen Bulgariens zur Monarchie abträglich, es sei die einzige Frage, die uns trenne. Ich wiederholte meine obige Einwendung. Oberwähntes Ansinnen des Konseilspräsidenten hat mir unangenehmen Eindruck gemacht. Offenbar berufen sich andere Protektoren (Russland, Frankreich und England) darauf, dass sie für Bulgarien nichts machen können, da nur Österreich-Ungarn in Bukarest Einfluss habe. So wälzt man auf uns Odium und bulgarische Regierung könnte, was mich heutige Sprache Herrn Geschoffs befürchten lässt, auf Gedanken kommen, uns mit Hilfe hiesiger Presse ...[b]) eventuelle Boykottdrohungen chantage ...[b]) versuchen. So

hart ich Schwierigkeiten empfinde, die sich meinen Bemühungen um gute Beziehungen zu Bulgarien entgegenstellen, würde — wenn gefragt — unter obwaltenden Umständen nicht raten können, sich gute Stimmung Bulgariens etwa auf Kosten unserer Verhältnisses zu Rumänien zu erkaufen.

Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 5592, 5656. — [b]) Lücke in der Entzifferung.

Nr. 5602. Tel. nach Berlin Nr. 131 (1) und Rom Nr. 143 (2), 30. Jan. 1913 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; G. Nemes).

1., 2. Der italienische Botschafter erwähnte gestern mir gegenüber die seiner Regierung zugekommenen Nachrichten, wonach Rußland sich mit dem Gedanken trage, die Meerengenfrage in nächster Zeit einer Lösung zuzuführen. Das römische Kabinett sei diesbezüglich der Meinung, daß der Dreibund hiegegen nicht Stellung nehmen solle, soferne Rußland die Erklärung abgebe, von einer Aktion in Armenien absehen zu wollen und sich dem Bestreben der Dreibundmächte anzuschließen, die Integrität der asiatischen Türkei aufrechtzuerhalten. Herzog Avarna fügte noch bei, er meine, daß Rußland im Falle einer Lösung der Meerengenfrage sich unseren Wünschen, die Abgrenzung Albaniens betreffend, nachgiebiger zeigen werde. Ich habe dem Herzog erwidert, dass das Schicksal der Meerengen für die Machtverhältnisse im Mittelmeere von größter Bedeutung sei. Abgesehen von der nicht klargestellten Frage, in welcher Weise Rußland dieses Problem zu lösen beabsichtige, müsse unter allen Umständen die Eventualität, daß mit einer im Aufsteigen begriffenen Flotte der gegnerischen Gruppe zu rechnen sein werde, als äußerst bedenklich für Italien und uns bezeichnet werden. Die diesfalls gleichsam als Kompensation in Aussicht genommene Sicherstellung des status quo in Kleinasien könne für uns als Gegenwert nicht in Betracht kommen. Ich vermöchte mich natürlich nicht sofort über eine Frage von solch einschneidender Bedeutung zu äußern und müsse mir daher eine diesfällige Schlußfassung vorbehalten.

1. Euer Exzellenz wollen dem Herrn Staatssekretär Vorstehendes in streng vertraulicher Weise zur Kenntnis bringen.

2. Euer Exzellenz wollen Gelegenheit finden, um sich in analogem Sinne Marquis di San Giuliano gegenüber vernehmen zu lassen; im übrigen ist Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information bestimmt.

Berchtold.

[a]) Vgl. n. 5641, 5657, 5788.

Nr. 5603. Tel. aus Berlin, 30. Jan. 1913 Nr. 67 (eing. 4 U. 43 M. p. m.).[a]) Entziff.

Auftragsgemäß habe ich gestern Inhalt Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 123 vom 28. d. Mts. Staatssekretär mitgeteilt und ihm auf sein Verlangen eine Notiz übergeben. Da Herr von Jagow über die ganze Angelegenheit nicht genau informiert schien, habe ich ihm jene, auch von mir seinerzeit Herrn Zimmermann zur Kenntnis gebrachte Notiz vorgelesen, welche Euer Exzellenz bezüglich der Abgrenzung Albaniens gegen Norden und Nordosten Herrn von Tschirschky übergeben hätten (Euer Exzellenz Telegramm

vom 21. d. Mts. Nr. 90.) Staatssekretär sprach für diese Mitteilung seinen verbindlichsten Dank aus und versicherte mir, daß auch nach seiner Ansicht die von Euer Exzellenz in Aussicht genommenen Konzessionen eine geeignete Basis für den eventuellen Kompromißvorschlag bieten werden. Entsprechende Instruktionen werde er deutschem Botschafter in London erteilen. Szögyény.

a) Vgl. n. 5609.

Nr. 5604. Bericht aus Berlin, 30. Jan. 1913 Nr. 3 A (eing. 1. Feb.).[a] *Ausfert.*

Streng vertraulich. Heute, wie alljährlich am Todestage unseres unvergesslichen Kronprinzen, hat Kaiser Wilhelm die Gnade gehabt, mir einen längeren Besuch abzustatten. Mit pietätvollen Worten erinnerte sich Seine Majestät Seines teueren Freundes und drückte auch Seine innigste Teilnahme aus Anlass des Hinscheidens Seiner k. u. k. Hoheit des durchlauchtigsten Herrn Erzherzogs Rainer aus, den Er zwar nur wenig gekannt, aber stets ausserordentlich verehrt und hochgeschätzt habe. Im Laufe unserer weiteren Unterredung sprach Seine Majestät vor Allem Sein grosses Bedauern darüber aus, dass es nicht mehr zu vermeiden sein werde, die Fortsetzung des Krieges auf dem Balkan hintanzuhalten.[b] Möglicher Weise werde derselbe nun viel länger dauern, als man allgemein annehme. Die Türken schienen sich — so führte Kaiser Wilhelm aus — der Illusion hinzugeben, dass sie noch einige Erfolge würden aufweisen können, was aber nach Höchstseiner Meinung unwahrscheinlich wäre. Es könnte im Gegenteil dazu führen, dass die Bulgaren sich mit Adrianopel nicht begnügen und sogar in Konstantinopel einzumarschieren versuchen würden. Der hiesige bulgarische Gesandte habe sich unlängst Ihm gegenüber in diesem Sinne ausgesprochen, worauf Er ihm erwiderte, König Ferdinand und seine Ratgeber mögen sich immer vor Augen halten, dass nach allen bisherigen Anzeichen Russland eine Aktion Bulgariens gegen Konstantinopel selbst nicht dulden werde. Diese Bemerkung hätte aber augenscheinlich Herrn Geschow gar nicht impressioniert, denn er sei dabei geblieben, dass die gesammte öffentliche Meinung Bulgariens und aller Balkanstaaten — falls die Türkei sich nicht entschliessen würde, Adrianopel herzugeben — unwiderstehlich dahin drängen werde, Konstantinopel, wenn auch nur vorübergehend, zu besetzen und dort den Frieden zu diktieren. Das unausweichliche Endergebnis des Krieges werde der endgültige Verlust Adrianopels für die Türken sein; eine Teilung Adrianopels, wie sie die Türken vorschlagen, dass nämlich nur ein Teil der Stadt den Bulgaren zufalle, wäre nach Seiner Ansicht ein Ding der Unmöglichkeit. Die Lösung der anderen Fragen auf der Balkanhalbinsel werde noch manche Weiterungen mit sich bringen, doch glaube Er, dass in dieser Beziehung weder Deutschland noch Österreich-Ungarn sich allzu grosse Sorgen machen sollten. Österreich-Ungarn habe zweifellos in der Hauptfrage, in der es interessiert sei — Serbien den Zugang zum adriatischen Meere zu verwehren — einen entschiedenen Erfolg erreicht und damit sollte sich die Donaumonarchie bis auf Weiteres zufrieden geben und in der Delimitationsfrage Albaniens sich auf seine Forderungen nicht allzu sehr versteifen. Wenn Skutari Albanien zuerkannt werde, wäre es nach Seiner Majestät Ansicht ein Fehler, in Betreff des Skutari-Sees und

der angrenzenden fruchtbaren Ebene nicht nachzugeben. Es sei doch unerfindlich, dass das künftige Albanien sich nicht auch ohne diesen See und die anliegende Ebene als lebensfähig erweisen würde. Und wenn die Malissorenstämme vorgeben, dass sie ohne diesen fruchtbaren Landstrich zu Grunde gehen, so sei dies eine Behauptung, die noch eines Beweises bedürfe. Viel wichtiger sei, dass wegen der Abgrenzung des künftigen Albanien kein Riss zwischen Österreich-Ungarn und Russland entstehe. Russland habe sich bisher in dieser und hauptsächlich in der serbischen Frage den Wünschen Österreich-Ungarns gegenüber gewiss nicht ablehnend verhalten, und es wäre undenkbar, dass nunmehr wegen einer Frage, die allgemein nicht genug wichtig erscheine, ein europäischer Krieg ausbreche. Eine definitive Regelung der Balkanfrage sei jetzt ohnehin nicht zu erwarten und es sei ganz begreiflich, wenn Österreich-Ungarn vorderhand sich damit begnüge, dahin zu wirken, dass bei der gegenwärtigen Neuordnung seinen vitalen Interessen Rechnung getragen wird. Ganz offen gesagt, so meinte Seine Majestät, habe Österreich-Ungarn bei der Annexionskrise die günstige Gelegenheit versäumt, mit Waffengewalt Serbien zu züchtigen, wobei es, wie Er wiederholt uns wissen liess, Deutschland mit voller Kraft an seiner Seite gehabt hätte. Damals wäre ein Krieg auch in Deutschland ganz populär gewesen. Auch heute würde Deutschland seine Bundespflicht Österreich-Ungarn gegenüber selbstverständlich ganz erfüllen; es würde Ihm aber schwer fallen, Seinem Volke plausibel zu machen, dass man sich deshalb schlagen solle, weil die Ebene von Skutari oder der Skutari-See nicht albanesisch, sondern montenegrinisch werden soll. Ich habe mir erlaubt, Seiner Majestät zu antworten, dass es bei uns gewiss niemanden giebt, der wegen Skutari und der Abgrenzung von Albanien einen Krieg heraufbeschwören möchte, es handle sich aber nach meiner Ansicht darum, der von Russland beanspruchten Vormachtstellung in jenen Gegenden entgegenzutreten. Kaiser Wilhelm nahm diese Äusserung mit Genugtuung entgegen, bemerkte aber, Er sei zwar dessen vollkommen überzeugt, dass Euer Exzellenz in dieser Richtung eine friedliche Politik befolgen, doch sei es zweifellos, dass es wie überall so auch in Österreich-Ungarn eine Kriegs-Partei gebe, welche die günstige Gelegenheit benützen möchte, um vorerst Serbien zu vernichten, und sich nicht scheuen würde, daran anschliessend mit Russland abzurechnen. Ob diese Abrechnung in der Zukunft überhaupt zu vermeiden sein werde, liege in Gottes Hand; wie gesagt, habe aber Österreich-Ungarn den richtigen Moment versäumt, und nach Seiner Ansicht wäre der jetzige Augenblick für Österreich-Ungarn ebenso wie für Deutschland ein ungünstiger, um sich einem Weltkriege auszusetzen. Die Haltung Englands sei bisher für unsere Interessen ganz befriedigend, und auch Frankreich stehe nicht an, in Petersburg Ratschläge der Ruhe und Mässigung zu erteilen. Aus diesem Grunde könne man sich der Hoffnung hingeben, dass die jetzige Krise überwunden werde. Ob und welche Pläne Russland für die Zukunft, insbesondere die asiatische Türkei betreffend, schmiede, sei bisher eine cura posterior, womit Er aber durchaus nicht sagen wolle, dass man diesen oder ähnlichen Bestrebungen Russlands nicht ein scharfes Auge zuwenden solle. Es werde auch weiterhin die Aufgabe des Drei-

bundes sein, die bevorstehenden Ereignisse mit Aufmerksamkeit zu verfolgen und, wie dies schon geschehen ist, den massgebenden Kreisen in Petersburg klarzumachen, dass wir ein Eingreifen Russlands in die Besitzverhältnisse der Türkei in Asien nicht dulden würden. Kaiser Wilhelm streifte hiebei die grossen wirtschaftlichen Interessen Deutschlands in Kleinasien und — ohne sich darüber näher auszusprechen — auch die Machtverhältnisse im Mittelmeer, die mehr denn je ein enges Zusammengehen Österreich-Ungarns mit Italien erheischen. Über die rumänisch-bulgarischen Streitigkeiten behauptete Seine Majestät keine neueren Nachrichten zu haben. Zur Taufe des jüngstgeborenen Sohnes des rumänischen Kronprinzen, bei welchem Er Pathenstelle angenommen habe, schicke Er Seinen Sohn, Prinz Eitel Friedrich, nach Bukarest. Derselbe werde dort keine politischen Gespräche führen; doch glaube Er, durch die Entsendung Seines Sohnes König Karol einen neuen Beweis zu liefern, welch' hohen Wert Er und Seine Regierung auf das enge Freundschaftsverhältnis zu Rumänien legen. Über den neuen Staatssekretär des Auswärtigen Amtes sprach Sich Kaiser Wilhelm in sehr herzlicher Weise aus; Er kenne ihn noch aus Seiner Bonner Studentenzeit her und habe immer grosse Stücke auf ihn gehalten. Szögyény.

a) Vgl. n. 5664, 5680, 6172. — b) So!

Nr. 5605. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 30. Jan. 1913 Nr. 80 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Großvezier hat mich heute Vormittag aufgesucht und mir Konzept der Antwort auf Kollektivnote[a] vorgelesen; deren formelle Übergabe hat er für heute Nachmittag in Aussicht gestellt, und werde ich den Text dann sofort telegraphieren. Hinsichtlich Adrianopels enthält Note den in meinem gestrigen Telegramm Nr. 79 verzeichneten Vorschlag, erwähnt jedoch expressis verbis nicht die Tundja, sondern die Maritza als Grenze. Nach den mir vom Großvezier gegebenen Erläuterungen wäre die Pforte bereit, die am rechten Ufer beider Flüsse gelegenen Stadtteile und Forts Bulgarien zu überlassen; nur auf die eigentliche, am linken Ufer gelegene Stadt könne er schon angesichts der Genesis seines Kabinettes nicht verzichten. Streng vertraulich erwähnte Großvezier auch die — in der Antwort nicht besprochenen — äußersten Konzessionen, die er hinsichtlich des übrigen Laufes der Grenze machen könnte. Es wäre dies eine von Enos längs der Maritza laufende, unmittelbar nördlich Adrianopel nach Osten abbiegende, südlich Kirkkilisse passierende und nach Ajos Stefanos am Schwarzen Meere verlaufende Linie. Bezüglich der Inseln hält sich Antwortnote auf dem in meinem Telegramm Nr. 74 vom 27. d. M. angedeuteten Boden. Im Übrigen verzeichnet sie mit Dank den von den Mächten in Aussicht gestellten „appui" und suggeriert seine Betätigung in der Weise, dass alle Mächte der Türkei die von uns im Ententeprotokoll gemachten Zugeständnisse einräumen und in Aufhebung der fremden Postanstalten einwilligen könnten. Pallavicini.

a) Vgl. n. 5606.

Nr. 5606. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 30. Jan. 1913 Nr. 81 (eing. 10 U. 20 M. p. m.).[a] Entziff.

Soeben $2^1/_2$ Uhr nachmittags überbrachte mir Minister des Äussern Antwort auf Kollektivnote vom 17. d. M. Meinen Kollegen stelle ich Abschrift zu. Antwort lautet: Le soussigné ministre Impérial des affaires étrangères de Sa Majesté le Sultan a pris connaissance du contenu de la note collective que Leurs Excellences l'ambassadeur d'Autriche-Hongrie etc. ont bien voulu remettre à son prédécesseur en date du 17 courant. Gouvernement ottoman n'hésite pas à reconnaître que la conclusion de la paix répond aux voeux et aux intérêts de tous et il se rend compte qu'il convient de mettre le plus tôt possible un terme à une lutte qu'il n'a nullement provoquée. Dans leur communication les Grandes Puissances ont jugé utile de conseiller au gouvernement Impérial de consentir à la cession de la ville d'Andrinople aux alliés balkaniques et de s'en remettre à elles du soin de statuer sur le sort des îles de la Mer Egée. Gouvernement Impérial croit devoir relever qu'il a déjà donné preuve irrécusable de son esprit conciliatoire en consentant à d'immenses sacrifices. Andrinople étant une ville essentiellement musulmane et la seconde capitale de la Turquie et se trouvant conséquemment avoir des attaches indissolubles avec l'Empire, la rumeur de sa cession a provoqué sentiments de réprobation dans tout le pays et une effervescence telle qu'elle a amené démission précédent cabinet. Néanmoins pour donner un suprême témoignage de son esprit pacifique gouvernement Impérial est disposé s'en remettre aux Grandes Puissances en ce qui concerne la partie de la ville d'Andrinople qui est sise sur la rive droite de la Maritza en en conservant partie située sur rive gauche. Mosquée, mausolées et autres souvenirs historiques et religieux se trouvant dans la partie de la ville sise sur la rive gauche de la Maritza, la conservation de cette partie sous la souveraineté directe ottomane est pour le gouvernement Impérial une nécessité dont il ne peut ne pas tenir compte sans exposer le pays à une commotion qui pourrait entraîner les plus graves conséquences. Quant aux îles de la Mer Egée, gouvernement Impérial se permet de faire observer que, tandis que parties de ces îles sont à cause de leur voisinage aux détroits des Dardanelles indispensables à la défense de la capitale, les autres faisant partie intégrante des possessions asiatiques de l'Empire n'en sont pas moins indispensables à la sécurité de l'Asie mineure. Fortsetzung folgt. Pallavicini.

[a] Oe. U. Balkan 142 Nr. 264. Vgl. n. 5605, 5607, 5623, 5624, 5626, 5627, 5635, 5642 Anm. a, 5651, 5656, 5691.

Nr. 5607. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 30. Jan. 1913 Nr. 82 (eing. 31. Jan. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Fortsetzung meines Telegrammes Nr. 81. „Toute solution qui tendrait à amoindrir l'autorité du gouvernement Impérial dans ces îles aurait pour résultat de les transformer en autant de foyers d'agitation qui étendraient leur action sur le littoral avoisinant. La conséquence en serait la création d'un état de perturbation analogue à celui qui existait en Macédoine

et qui a menacé et menace encore la tranquillité de l'Europe. Indépendamment de l'effet déplorable qu'elle produirait sur l'opinion publique ottomane une pareille solution irait à l'encontre des vues des Grandes Puissances elles-mêmes qui ont à cœur l'établissement d'une paix durable et la consolidation ainsi que la prospérité de l'Empire. Par conséquent la Sublime Porte pourrait adhérer à ce que les six Grandes Puissances voudront bien statuer sur le sort des îles occupées par les alliés balkaniques en tenant compte des considérations qui précèdent et du soin qu'il faut apporter à l'intégrité de la position des Dardanelles, ce que la Sublime Porte estime être une question du plus haut intérêt européen. Le gouvernement Impérial est persuadé que les Grandes Puissances dans leur esprit de justice et d'équité voudront bien reconnaître l'étendue des sacrifices déjà consentis, et convenir que la Sublime Porte serait en droit de rejeter toutes nouvelles exigences ou prétentions qui éventuellement pourraient être soulevées par les alliés balkaniques. La Sublime Porte prend acte avec une réelle satisfaction des dispositions et promesses bienveillantes des Grandes Puissances en ce qui concerne leur appui moral et matériel pour réparer les maux de la guerre et mettre en valeur les ressources naturelles de l'Empire. A cet effet il est indispensable que les Puissances reconnaissent d'ores et déjà le droit à la Turquie de procéder en toute liberté à l'adoption d'un tarif autonome de douane, à la conclusion de traités de commerce sur la base de principes de droit moderne et à l'application à l'égard de leurs sujets des lois fiscales ottomanes auxquelles sont et seront soumis les sujets ottomans et qu'elles consentent en attendant à la majoration de 4% des droits de douane. La Sublime Porte croit qu'il est non moins indispensable d'arriver à l'abolition des bureaux de poste étrangers existant en Turquie à des conditions qu'il serait facile de déterminer en vue d'offrir au commerce toutes les garanties de célérité et de sécurité nécessaires au point de vue postal. Elle estime en outre qu'une déclaration des Puissances sur leur désir de mettre fin au régime des capitulations dans l'Empire ottoman et l'ouverture après la conclusion de la paix de négociations pour étudier en commun les moyens propres à réaliser ce but, formera avec les matières économiques ci-dessus énumérées un ensemble de mesures permettant la réalisation des promesses des Puissances exposées dans leur note susmentionnée. Said Halim."

Pallavicini.

a) Oe. U. Balkan 142 Nr. 264. Vgl. n. 5624, 5626, 5627, 5635, 5642, 5651, 5656, 5691, 5925.

Nr. 5608. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 30. Jan. 1913 Nr. 83 (eing. 31. Jan. 12 U. 30 M. p. m.).a) Entziff.

Nach Erhalt der Antwort hatte ich auf der Pforte Unterredung mit Großvezier. Derselbe hatte soeben ein den Waffenstillstand kündigendes Telegramm des Generals Savow erhalten. Sonach würden abends 3. Februar Feindseligkeiten wieder beginnen. Großvezier sagte, Verantwortlichkeit hiefür treffe unter diesen Umständen einzig die Balkanstaaten. Türkei werde sich verteidigen. Er ließ aber durchblicken, dass er sehr darauf hoffe, dass

sich die Mächte innerhalb dieser vier Tage ins Mittel legen und die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten verhindern werden. Auf die Antwortnote zurückkommend sagte er, die Pforte habe darin dem Wunsche der Mächte bezüglich der Inseln eigentlich ganz entsprochen, bezüglich Adrianopels wenigstens zur Hälfte. Er hoffe, dass dieses Entgegenkommen appreciiert werde; weiter habe er darin nicht gehen können. Was die am Schlusse der Antwort aufgestellten Desiderata anbelangt, deutete er an, dass es ihm nicht eigentlich um einen praktischen Erfolg, sondern mehr darum zu tun sei, irgend welche prinzipielle, wenn auch praktisch belanglose Zusicherungen zu erhalten, die auf die öffentliche Meinung kalmierend wirken könnten. Großvezier erwähnte mir auch, dass er noch vor Erhalt der Waffenstillstandskündigung den russischen Botschafter gesprochen habe, der ihm sagte, der Adrianopel betreffende Teil der Antwort werde in Petersburg schlechten Eindruck machen. Er habe darauf erwidert, dass es ihm unmöglich sei, in seinen Zugeständnissen noch weiter zu gehen, und dass er es eher auf die Fortsetzung des Krieges ankommen lassen müsse. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 5642.

Nr. 5609. Tel. nach London, 30. Jan. 1913 Nr. 136 (chiffr. 10 U. 45 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport; V. Nemes; G. Berchtold).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 96 vom 29. d. M. Bezüglich eines Punktes in den Kompromißvorschlägen, welcher Rußland als genügend substantiell dargestellt werden könnte, verweise ich auf jenen Passus meines Telegrammes Nr. 126 vom 28. d. M., worin von sonstigen Koncessionen an den balkanstaatlichen Standpunkt die Rede ist. Diese Zugeständnisse, welche Euer Exzellenz Sir E. Grey in seiner Eigenschaft als Unterhändler namhaft machen wollen, beziehen sich laut der in meinem Telegramm Nr. 94[b]) wiedergegebenen Notiz darauf, daß das orthodoxe Kloster Visoki Dečani an Montenegro, ja äußerstenfalls Prizren an Serbien käme, also auf zwei Punkte, für welche das Vorhandensein eines regen Interesses Rußlands außer Zweifel steht. Übrigens erhalte ich gleichzeitig ein von heute datiertes Telegramm Grafen Szögyénys, welcher in dem in meinem erstzitierten Telegramme erwähnten Sinne bei Herrn von Jagow vorstellig geworden ist und hierüber folgendes meldet: ... *wie n. 5603 von „Staatssekretär sprach" bis Schluß* ... Vorstehendes zur Regelung ihrer Sprache gegenüber Sir Edward Grey und Fürst Lichnowsky.

[a]) Vgl. n. 5628, 5640 Anm. b, 5664. — [b]) Vom 21. Jan.

Nr. 5610. Tel. aus London, 30. Jan. 1913 Nr. 98 (eing. 10 U. p. m.).[a]) Entziff.

Vertraulich. Im Nachhange zu gestrigem Telegramm Nr. 93. Fürst Lichnowsky sagte mir eben, er höre von Sir E. Grey, dass Herr Sazonow vollständig beruhigende Erklärungen über Kleinasien gegeben hat. Die Absicht einer Aufteilung in Einflußsphären liege nicht vor. Russland würde,

so habe Herr Sazonow erklärt, nur dann vom Friedensstandpunkte abweichen, wenn Bulgarien von der Türkei zurückgeworfen würde, also türkisches Vordringen auf bulgarisches Gebiet, oder wenn Türkei persisches Territorium bei Täbris besetzen sollte. Mensdorff.

a) Vgl. n. 5629.

Tel. nach Rom, 30. Jan. 1913 Nr. 143 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 5602.

Nr. 5611. Bericht aus Rom, 30. Jan. 1913 Nr. 7 A (eing. 1. Feb.).a) Ausfert.

Streng geheim. Als ich, dem mir mit dem hohen Telegramme vom 24. l. M. Nr. 115 erteilten Auftrage gemäss, dem Minister des Aeussern von unserer Absicht Kenntnis gab, den geheimen Bundesvertrag mit Rumänien ehestens zu erneuern und hiebei dessen Laufzeit und Endtermin mit jenen des Dreibundvertrages in Einklang zu bringen, sagte mir Marchese di San Giuliano, insoweit es sich um die Erneuerung des Vertrages handle, sei er hierauf durch einen Bericht des Gesandten in Bucarest vorbereitet gewesen, welchem König Carol hievon gesprochen habe. Dagegen sei die Aenderung der Laufzeit des Vertrages ein Novum, welches der politischen Bedeutung nicht entbehre. Bisher sei, so führte der Minister aus, die Tripel-Allianz sozusagen die legitime Ehe, der Vertrag mit Rumänien gleichsam eine liaison gewesen. Die letztere hätte man angesichts der kurzen Endtermine leichter und jedenfalls unabhängig vom Dreibundvertrag kündigen können. Falls in Hinkunft die Laufzeit und der Endtermin des Vertrages mit jenen der Tripel-Allianz zusammenfiele, wäre ein engerer Zusammenhang zwischen den beiden Bündnissen geschaffen. Die Folge davon sei, dass man dann die Freiheit der Entschliessung hinsichtlich der Erneuerung oder Kündigung des rumänischen Vertrages einigermassen verlöre, und zwar nicht nur zeitlich — durch die längere Vertragsdauer —, sondern auch formell und materiell, da auf diese Art, wenn auch nicht ausdrücklich, eine automatische Erneuerung des Vertrages im Falle der Erneuerung der Tripel-Allianz beinahe selbstverständlich sei. Marchese di San Giuliano erzählte mir streng vertraulich, vor der Erneuerung des Dreibundes habe ihm und dem Ministerpräsidenten ein italienischer Politiker, den er nicht nennen könne — da derselbe die geheimen Verträge kannte, dürfte es ein ehemaliger Ministerpräsident oder Minister des Aeussern gewesen sein — geraten, wol die Tripel-Allianz, nicht aber den Beitritt Italiens zu unserem Vertrage mit Rumänien zu erneuern. Motivirt habe dieser Politiker seinen Standpunkt in einer im Grunde zutreffenden Weise damit, dass der Vertrag mit Rumänien für Italien eigentlich nur Verpflichtungen, aber keinerlei Compensation repräsentiere. Da mir der Inhalt des Vertrages im Laufe der Jahre aus dem Gedächtnisse geschwunden ist und ich dermalen nur über das knappe Telegramm Euerer Excellenz verfüge, konnte ich mich hierüber in keine Discussion einlassen. Ich beschränkte mich also darauf, auf den natürlichen Anschluss Rumäniens an unsere Gruppe und auf die daraus

resultierende nahe Verwandtschaft zwischen dem Dreibundvertrage und dem Bundesvertrage mit Rumänien hinzuweisen und daraus die Uebereinstimmung der Laufzeiten der beiden Verträge als ein natürliches Postulat abzuleiten. Der Minister betonte schliesslich nur noch die Notwendigkeit, sich über die Frage mit dem Ministerpräsidenten zu beraten und versprach mir auf mein Drängen eine baldigste Antwort. In der Tat teilte er mir schon am folgenden Tage mit, wie ich dies Euerer Excellenz mit meinem Telegramme vom 27. l. M. Nr. 57 zu melden die Ehre hatte, dass die italienische Regierung in Bezug auf den Endtermin und die Laufzeit des Vertrages keine Einwendung erhebe. Es erscheint somit der Beitritt Italiens zu diesem zu erneuernden Vertrag, auch nach Durchführung der fraglichen Modificationen, gesichert. Mérey.

[a]) Vgl. n. 5549, 5562, 5620.

Nr. 5612. Bericht aus Rom, 30. Jan. 1913 Nr. 7 B (eing. 1. Feb.).[a]) *Ausfert.*

Zu den mit dem Balkankriege zusammenhängenden Fragen muss ich mich auch heute darauf beschränken, meine Eindrücke der letzten Wochen in kondensirter Form Euer Excellenz zu unterbreiten.

Friedensfrage. Trotz der kriegerischen Gesten der Autoren der letzten Umwälzung in Constantinopel und trotz der nun schon wochenlangen steten Ultimatumsdrohung der Alliirten scheint es mir noch keineswegs ausgemacht zu sein, dass der Krieg wieder aufgenommen werden wird. Die Jungtürken scheinen mir begieriger gewesen zu sein, wieder an die Krippe zu kommen, als neue Schlachten zu schlagen. Sie rechnen mit der weitgehenden Erschöpfung der Gegner, werden zunächst trachten, weiter zu temporisiren und hoffen vielleicht bestenfalls, bezüglich Adrianopels mehr als das frühere Kabinett zu retten. Dabei möchte ich weitere Scenerie-Wechsel in Constantinopel, wie eine Gegenrevolution oder einen Sultanwechsel, nicht ausschliessen. Die Alliirten scheinen im Grunde noch friedensbedürftiger zu sein. Der Elan ist verraucht, man wird sich der schweren Verluste an Gut und Blut bewusst und es tritt auch schon an die Bevölkerung immer dringender die Notwendigkeit heran, im Februar die Feldarbeit aufzunehmen. Jetzt wäre, wie ich an anderer Stelle ausführe, wieder der Moment gekommen, wo Rumänien auf die in meinem Telegramme vom 16. l. Mts. Nr. 37 angedeutete Weise[1]) den Friedensschluss beschleunigen und gleichzeitig die Fragen von Adrianopel und Silistria lösen könnte. Manche Anzeichen sprechen auch dafür, dass es sich mit diesem Gedanken beschäftigt. Kommt es dazu, so sollten wir unser einschlägiges Verdienst in das gebührende Licht zu stellen nicht unterlassen. Aber selbst wenn die Feindseligkeiten wieder aufgenommen würden, dürfte sich die Aktion auf eine Intensifikation der Belagerung von Adrianopel beschränken. An den Linien von Tschataldjia dürfte sich die Armee der Verbündeten kaum die Hörner abstossen. Die hier so befürchtete Separat-Aktion Russlands ist angesichts der Einigkeit der Mächte wol weniger wahrscheinlich geworden.

Bulgarisch-rumänische Verhandlungen. Hier gibt es zwei Möglichkeiten. Entweder Rumänien strebt die Lösung der Silistria-Frage durch einen Frontwechsel an, indem es sich — wenn auch nur pour la circonstance — den Alliirten gegen die Türkei anschliesst, oder aber es führt die Verhandlungen mit Bulgarien fort, welche dann vermutlich zu dem in meinem Telegramme vom 21. l. Mts. Nr. 42*b)* skizzirten Resultate führen dürften.

Adria-Bahn. Die principielle Zustimmung der hiesigen Regierung zu unseren Vorschlägen konnte ich Euer Excellenz auf Grund ausdrücklicher Ermächtigung seitens des Ministers des Äussern melden. Ich urgire unausgesetzt die detaillirte Antwort, welche sich dadurch verzögert, dass der vielbeschäftigte Direktor der Banca d'Italia, Stringher, welchem Marchese di San Giuliano das Studium der finanziellen Seite der Frage und vor Allem der Modalitäten der Verschmelzung des jetzigen Projektes mit den Engagements ex 1908 übertragen hat, sein betreffendes Operat noch immer nicht fertiggestellt hat. Das letzte diesbezügliche Versprechen des Ministers des Äussern lautete auf Anfang der nächsten Woche.

Serbischer Adria-Hafen. Mit allen Reserven eines flüchtigen Eindruckes und mangelnder technischer sowie geografischer Detail-Kenntnisse möchte ich mir gestatten, die Möglichkeit anzudeuten, dass sich hinter dem russischen Bestreben, Montenegro mindestens einen Teil der Ebene von Skutari zu verschaffen, und hinter dem im Zusammenhange hiemit zur Diskussion stehenden Projekte der Bojana-Regulierung eventuell die Idee verbergen könnte, dort die Lösung der Hafenfrage in der Weise zu finden, dass— toute proportion gardée — ähnlich wie die Elbe bei Hamburg, die Bojana bis nach Skutari schiffbar gemacht würde.

Delimitation Albaniens. Die in den hohen Telegrammen vom 28. l. Mts. Nr. 128 und 129*c)* enthaltenen Ausführungen, welche ich heute mit dem Minister des Äussern besprach, begegneten dessen voller Zustimmung. Marchese di San Giuliano betonte sogar wiederholt, dass Euer Excellenz hiebei nicht nur die realen ethnografischen Verhältnisse für sich hätten, sondern sich auch äusserst konziliant zeigten. Dagegen habe ich den Eindruck, dass man in Berlin in dieser Frage wieder mehr Rücksicht auf Russland als auf uns nimmt. Meiner Überzeugung nach ist nämlich der russische Standpunkt in der albanesischen Delimitationsfrage ein wol berechneter bluff, beziehungsweise eine Art von Chantage. Russland dürfte damit zwei Ziele verfolgen: einerseits den Balkanstaaten gegenüber le beau rôle des Gönners und Protektors einzunehmen, andererseits den Mächten gegenüber, denen es schliesslich nachgeben wird — und es wird nachgeben — sozusagen einen Rechtstitel auf eine anderweitige Satisfaktion zu gewinnen. Und diese letztere wird — die Eröffnung der Meerengen sein. Ein wirkliches, ernstes, greifbares Interesse hat Russland weder an den Details der serbischen Hafenfrage, noch an jenen der Abgrenzung Albaniens, noch selbst an dem Schicksale Adrianopels. Wenn es sich in allen diesen Belangen in die erste Reihe drängt, drohend seinen Standpunkt verkündet, immer den diabolus rotae spielt, um schliesslich immer nachzugeben, so treibt es dieses ganze Spiel, von einer gewissen günstigen Nebenwirkung auf die eigene öffentliche Meinung und auf jene der Balkanstaaten abgesehen, um am

Ende den Mächten seine wiederholte Nachgiebigkeit wie einen fälligen Wechsel vorhalten und dessen Honorirung in Gestalt der Erfüllung seines historischen Wunsches nach Öffnung der Meerengen verlangen zu können. Ist diese meine Ansicht richtig, dann wird diese drohende Perspektive auch durch ein grösseres Entgegenkommen von unserer Seite in der Delimitations-Frage kaum beseitigt. Ich würde daher unmassgeblicher Weise, besonders was die Nordgrenze Albaniens betrifft, nur für ganz unwesentliche Konzessionen an den russischen Standpunkt plaidiren, denn von dieser Nordgrenze wird — dies mein caeterum censeo — das Schicksal Albaniens in erster Linie abhängen.

Status Albaniens. Ich habe die Bemerkungen Euer Excellenz zu den italienischen Amendements unserer einschlägigen Vorschläge (hohes Telegramm vom 24. l. Mts. Nr. 113) am 27. l. Mts. dem Minister des Äussern in der Form einer schriftlichen Aufzeichnung mitgeteilt. Marchese di San Giuliano versprach, dieselben zu studiren und mir dann zu antworten. Bei einer flüchtigen Durchsicht der Aufzeichnung stutzte er nur bei dem auf unser Kultus-Protektorat bezüglichen Punkte, der ihn in Verlegenheit zu setzen schien. Er erwähnte, dass er diese Frage studiren lasse, sie ihm aber vorläufig sehr dubios und heikel erscheine. Auf welchem Vertrage beruhe unser Kultus-Protektorat? Worauf erstrecke es sich? Blos auf die Anstalten oder auch auf die einzelnen geistlichen Personen. Sei es je anerkannt worden? Diese und andere Fragen stellte der Minister an mich, wobei er erwähnte, dass seines Wissens weder unser noch auch das französische Kultus-Protektorat von anderen Mächten (Italien, Deutschland) anerkannt worden sei. Bisher habe man, um eine offene Differenz zu vermeiden, in jedem einzelnen Falle einen Ausweg gesucht. Nun hätten aber Euer Excellenz, was er eigentlich bedauere und lieber vermieden gesehen hätte,[2] die Frage in aller Form aufgeworfen, und er müsse sich nun ernstlich mit derselben befassen. Ich erwiderte, dass das italienische Amendement zur Aufwerfung der Frage geführt habe, und trachtete nur ganz im Allgemeinen dem Minister den Eindruck zu geben, dass nach meiner Kenntnis der ganzen Situation in diesem Punkte ein Nachgeben von unserer Seite einfach unmöglich sei. Auf die Details dieser komplizirten Frage einzugehen, hielt ich mich nicht für kompetent und rieth dem Minister, eventuelle Aufklärungen durch den Herzog von Avarna einzuholen.

Inselfrage. Dieselbe hat in den letzten zwei Wochen keinen eigentlichen Fortschritt gemacht. Deutscherseits scheint man geneigt zu sein, im Prinzipe dem Standpunkte der Triple Entente, alle Inseln, unter gewissen Garantien, Griechenland zu geben, Rechnung zu tragen. Die von Italien besetzten Inseln wären aber hievon ausgenommen und sollten auf diese Art für die Türkei gerettet werden. Italienischerseits ist die Berufung auf den Friedensvertrag von Lausanne hinsichtlich der Inseln durchaus kein blosser Vorwand. Wie Euer Excellenz aus meiner Berichterstattung sowie aus jener des k. u. k. Konsuls in Tripolis über die Situation in Lybien entnehmen konnten, ist die Lage in den beiden Provinzen eine ganz verschiedene. In Tripolitanien ist sie relativ günstig, und dürften von dort allmählich alle türkischen Truppen abgezogen sein. In der Cyrenaïca dagegen hat sich seit

dem Friedensschlusse Nichts geändert. Von einer Pazification ist keine Spur, die türkischen Offiziere und Soldaten, mit Ausnahme Enver Beys befinden sich noch dort, kämpfen in den Reihen der Beduinen und der türkische Major Aziz Bey organisirt den Widerstand. Mehr wie je braucht somit Italien dermalen die Inseln, da nach deren Evakuirung die Türkei schon gar keinen Grund mehr hätte, die Cyrenaïca zu räumen. Die Sache hat aber auch dort noch eine andere Seite. Auch der Türkei kann es nur erwünscht sein, die Besetzung der südlichen Sporaden seitens der Griechen durch die italienische Okkupation dieser Inseln vermieden zu sehen. Die Türkei hat ein eminentes Interesse daran, auf diesen Inseln lieber die provisorische, vorübergehende italienische Okkupation, als die Griechen zu sehen.[3]) Im ersteren Fall hat sie ein vertragsmässiges Recht, die Inseln zurückzuerhalten, im letzteren Falle beinahe die Sicherheit, sie zu verlieren. Eine loyale Auslegung des Friedensvertrages von Lausanne kann es daher den Italienern, selbst wenn ihr Interesse bezüglich der Cyrenaica nicht in Betracht käme, nicht gestatten, vor der Evakuirung der letzteren die Inseln zu evakuiren, weil dies in praxi so viel hiesse, als dieselben nicht der Türkei zurückzugeben, sondern deren Feinden, den Griechen auszuliefern, welche sie sofort besetzen würden. So paradox es klingt, wird ja sogar von mancher Seite die ganz plausible Ansicht vertreten, die Türkei evakuire jetzt die Cyrenaïca zu dem Zwecke nicht, um die Italiener an der Evakuirung der Inseln und somit die Griechen an der Besetzung derselben zu hindern. Ich erwähne dies Alles, weil sich Marchese di San Giuliano heute etwas — froissirt über eine ihm vom Herzog von Avarna einberichtete Unterredung mit Euer Excellenz zeigte (hohes Telegramm vom 28. l. Mts. Nr. 134), welche ein Misstrauen Euer Excellenz bezüglich der Haltung Italiens in der Inselfrage erkennen liess. Meine Ansicht ist nach wie vor die, dass Italien nach der Evakuirung der Cyrenaïca die Inseln räumen wird. In dem Momente aber, wo die asiatische Krise der Türkei hereinbrechen wird, dürfte Italien, bei den dann voraussichtlichen Veränderungen des Gleichgewichtes im Mittelmeere, Ansprüche auf einzelne dieser Inseln geltend machen. Und diese Perspektive ist ein Grund mehr, warum Italien diese Inseln der Türkei erhalten und nicht Griechenland ausgeliefert sehen will.

Meerengen-Frage. Es mehren sich meines Erachtens die Anzeichen dafür, dass Russland, nach dem letzten missglückten Versuche von 1908, die jetzige Krise dazu benützen wird, um die Meerengenfrage aufzuwerfen und den seit fast einem halben Jahrhundert vergeblich verfolgten sehnlichen Wunsch nach der Öffnung der Meerengen der Realisirung zuzuführen. Der früher hauptsächlichste Opponent: England, scheint seinen Widerstand aufgeben zu wollen. Was uns anlangt, so kann sich zwar Russland auf unsere konditionelle Zusage aus dem Jahre 1908 nicht berufen, denn dieselbe war an die Vorraussetzung geknüpft, dass es der Annexion keine Schwierigkeiten bereite. Tatsächlich hat sich auch Graf Aehrenthal, wie ich aus seinem eigenen Munde weiss, infolge der Haltung Russlands bei jenem Anlasse als der fraglichen bedingten Zusage vollständig entbunden betrachtet. Allein werden wir aber gegebenen Falls die Lösung der Meerengenfrage im russischen Sinne wol nicht verhindern können, so sehr dieselbe auch die Situation

im Mittelmeere neuerdings zu unseren Ungunsten zu verschieben geeignet wäre und daher ein weiteres Passivum in der Bilanz der jetzigen Orientkrise für uns bilden würde. Es wäre also höchstens die Frage zu erwägen, ob und an welche Kompensationen unsere Zustimmung geknüpft werden könnte.

Mérey.

[1]) Das haben wir ja gethan, nur müßte es auch verwertet werden. — [2]) Warum? — [3]) Italienische Inseln allein kann Türkei nicht halten.

[a]) Vgl. n. 5748, 5918. — [b]) Mit Tel. Nr. 42, 21. Jan. 1913 (eing. 5 U. 50 M. p.m.) wurde aus Rom der Vorschlag unterbreitet, auf Grundlage der Abtretung der Befestigungswerke von Silistria an Rumänien bei Erhaltung der Stadt für Bulgarien und eines bis an das Schwarze Meer reichenden Landstreifens von 7—10 km Breite eine Einigung zwischen Rumänien und Bulgarien herbeizuführen. — [c]) Mit Tel. Nr. 129, 28. Jan. 1913 (chiffr. 6 U. p. m.) wurde n. 5472 nach Rom mitgeteilt.

Nr. 5613. Bericht aus Rom, 30. Jan. 1913 Nr. 7 C (eing. 1. Feb.). Ausfert.

Meine Unterredung mit dem bulgarischen Gesandten, auf welche sich mein Telegramm vom 16. l. Mts. Nr. 37 sowie das hohe Telegramm vom 17. l. Mts. Nr. 80 bezogen, hatte einen längeren und nicht uninteressanten Verlauf. Nach einigen eher pessimistischen Betrachtungen über das voraussichtliche Ergebnis der Collectiv-Démarche der Mächte gieng Herr Rizoff auf das ihn am meisten präoccupierende Thema, die Haltung Rumäniens, ein. Wenn Rumänien den Friedensschluss abgewartet und dann angesichts der territorialen Vergrösserung seiner Nachbarn eine Grenzberichtigung verlangt hätte, so wäre nach Ansicht meines Mitredners dieses Petit bei Bulgarien auf keinen ernsten Widerstand gestossen. In Wirklichkeit habe aber Rumänien am Beginn des Krieges nur von einer „Grenzberichtigung" gesprochen, die Neutralität, auf welche es sich jetzt berufe, nur aus dem Grunde eingenommen, weil es vom Siege der Türkei überzeugt war, diese Neutralität überdies nicht einmal streng beobachtet, indem es die Zufuhr von Kriegsmaterial an die Türkei begünstigte, und nun habe es den kritischesten Moment, wo die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten nicht ausgeschlossen sei, gewählt, um in drohender Form Forderungen zu stellen, welche sich nicht als einfache Grenzberichtigung definieren liessen. Bulgarien, so führte Herr Rizoff aus, habe den ernstlichen Wunsch, mit Rumänien gute Nachbarschaft zu halten. „Vous vivrez mille ans que vous ne nous verrez pas attaquer la Roumanie." Wenn aber die rumänische Regierung auf ihren jetzigen Ansprüchen bestehe, dann werde es mit der Freundschaft zwischen den beiden Staaten aus sein. Die Stadt Silistria, in welcher 15—20000 Bulgaren wohnen, könne keine bulgarische Regierung abtreten, wenn diese Cession nicht als eine Compensation für einen adäquaten Gewinn erschiene. Dies wäre aber nur dann möglich, wenn Bulgarien den Besitz Adrianopels Rumänien zu verdanken hätte. Rumänien sollte also seine Haltung vollständig ändern, sich — wenn auch nur vorübergehend — den Alliierten anschließen und die Türkei unter der sehr wirksamen Drohung, dass es sonst gleichfalls an dem Kriege gegen dieselbe teilnehmen würde, zum Friedensschlusse und zur Abtretung Adrianopels bewegen. Dann könnte die bulgarische Regierung die

Cession Silistrias, welche als ein Austausch gegen Adrianopel erschiene, vor seiner öffentlichen Meinung vertreten. Sie könnte aber ferner — und hierin liegt ein sehr klug ersonnenes Raisonnement — Griechenland gegenüber auf die Cession Silistrias verweisen und dadurch für sich Salonik reclamieren. Nicht Russland sondern wir sollten in Bucarest in diesem Sinne wirken[1] und wir führen hiebei nicht schlecht, da wir uns hiedurch sowohl Bulgarien wie Rumänien verpflichten würden. Aus dem eingangs citierten hohen Telegramme habe ich ersehen, dass die vorstehende Combination tatsächlich schon vor mehreren Wochen in Frage stand, aber an dem Widerstande Herrn Daneffs scheiterte. Es dürfte sich dies dadurch erklären, dass bereits die Grossmächte einen Druck auf die Türkei auszuüben begonnen hatten und Herr Daneff der Meinung sein konnte, derselbe werde genügen, um die Pforte zur Nachgiebigkeit zu bestimmen. In diesem Falle bekäme Bulgarien Adrianopel sozusagen durch die Mächte und hätte daher keine Dankbarkeitspflicht gegenüber Rumänien. Sollte auf Grund des letzten Regierungswechsels in Constantinopel die Türkei ihren Widerstand gegen die Abtretung Adrianopels aufrechterhalten, so wäre allerdings der Moment für ein Auftreten Rumäniens in dem angedeuteten Sinne wieder gekommen. Einzelne Zeitungsnachrichten lassen darauf schliessen, dass auch tatsächlich in Bucarest dermalen eine solche geänderte Stellungnahme erwogen wird. Der bulgarische Gesandte äusserte sich ferner auch im Allgemeinen über die Resultate des Krieges, welche er als für Bulgarien ungünstig bezeichnete. Nach seinen Darlegungen hätte man von jeher und auch zu Beginn des Krieges bulgarischerseits vor allem ein Ziel im Auge gehabt: Dass Macedonien tunlichst ein Ganzes bleibe, selbst wenn es nicht gleich definitiv an Bulgarien fiele, sondern etwa blos eine Autonomie erhielte. Man habe damals in Sofia angenommen, dass Österreich-Ungarn nicht nur den Sandjak von Novipazar besetzen, sondern auch Macedonien occupieren werde. Mit dieser Eventualität habe man sich vollkommen abgefunden,[2] wobei Herr Rizoff andeutete, dass man in weiterer Folge entweder auf einen intimeren Anschluss Bulgariens an die Monarchie oder auf eine Evolution gerechnet habe, bei welcher — wenn auch in einer ferneren Zukunft — das gesammte Macedonien in eine nähere Verbindung mit Bulgarien gebracht worden wäre. Die Monarchie habe sich aber ganz passiv verhalten und Herr Pašić — und hier drang ein merklicher Groll meines Mitredners gegen Serbien durch — habe mit seiner unglückseligen Forderung der Aufteilung Macedoniens die Pläne Bulgariens durchkreuzt. Nun werde Bulgarien zwar ein bedeutendes Stück Macedoniens definitiv erhalten, andere Teile dieser Provinz werden aber ebenso definitiv an Serbien, Albanien, Montenegro und Griechenland fallen. Dies sei ein für Bulgarien höchst unerwünschtes und ungünstiges Resultat und Herr Rizoff behauptet, dass das dermalige Ministerium sich nach dem Friedensschlusse unter gar keinen Umständen werde halten können. Bezüglich Albaniens sprach sich der bulgarische Gesandte äusserst skeptisch aus. Es gebe dort kein nationales Bewusstsein, die Bevölkerung sei confessionell und nach clans zerklüftet und in ewiger innerer Fehde, für eine Autonomie völlig unreif, und wenn er selbst annehmen wolle, dass sich

in zehn oder zwanzig Jahren das Land zu einem halbwegs civilisierten Staatswesen entwickeln könnte, so wäre dies doch nur dann möglich, wenn in den ersten Jahren der Autonomie ein Gross-Staat dort ein förmliches und tatsächliches Protectorat ausübe. Ohne Occupation und Ausübung von factischer Gewalt könne das bisher vollkommen anarchische Land nicht verwaltet, die Bevölkerung nicht zur allerersten und dringendsten Pflicht, zur Steuerzahlung, gezwungen werden. Der betreffende Gross-Staat werde erhebliche Anstrengungen und vor allem enorme finanzielle Opfer aufbieten müssen, um diesem Wildling über die ersten Kinderjahre hinüberzuhelfen. Der Conflict zwischen uns und Italien über Albanien sei schon heute mit Händen zu greifen. Da Herr Rizoff seinerzeit in Cetinje accreditiert war und mit einer Montenegrinerin verheiratet ist, lenkte ich das Gespräch auf dieses Land und seine Ansprüche auf Skutari. Der bulgarische Gesandte sprach sich hierüber in einer für mich eher überraschenden Weise aus. Er erklärte es als seine Überzeugung, dass die dortige Dynastie an und für sich auf sehr schwachen Füssen stehe und dass dieselbe unter allen Umständen, auch wenn Montenegro Skutari bekäme, nach dem Tode des Königs Nikita verjagt werden würde. Erhielte aber Montenegro Skutari nicht, so werde sich dieser Process noch beschleunigen. Man möge nicht glauben, dass es keine öffentliche Meinung in Montenegro gebe. Eine ganze Anzahl von jungen Leuten habe im Auslande — speciell in Serbien — studiert und moderne Ideen eingesogen. Dazu komme die sehr beträchtliche Ausdehnung der Auswanderung nach den Vereinigten Staaten, wo sich circa 20.000 Montenegriner befänden, welche allmählich — von dem virus liberaler und democratischer Ideen angesteckt — wieder in die Heimat zurückkehrten. Auch jetzt anlässlich des Krieges seien 6000 Montenegriner aus Amerika nach Montenegro zurückgekehrt. Unter all diesen Gebildeten oder halbgebildeten Montenegrinern herrsche eine grosse Unzufriedenheit über die ungünstige ökonomische Lage des Landes, welche ja eben die Ursache der starken Auswanderung sei, über die trotz der Verfassung autocratischen Alluren des Königs, über seine keineswegs einwandfreie Gebahrung mit den Staatsgeldern und über die unzulänglichen Ergebnisse der Kriegführung. Als während des Krieges zum ersten Male serbische und montenegrinische Truppen zusammengetroffen waren, hätten die letzteren, um die Serben zu ehren, „Hoch König Peter“ gerufen. Hierauf hätten die serbischen Truppen unwillig geantwortet: „Was geht uns König Peter an, der in Belgrad sitzt? Wir sind es, die serbischen Officiere und Soldaten, welche den Krieg führen. Ruft also: Hoch die serbische Armee.“ Auf die Montenegriner hätten diese Eindrücke eine tiefe Wirkung ausgeübt und das antidynastische Gefühl derselben hätte hiedurch eine neuerliche Stärkung erfahren. Mit der Vorliebe für catastrofale Lösungen, welche Herrn Rizoff eigen ist, betrachtet derselbe somit die Stellung der Montenegrinischen Dynastie als eine auf die Dauer rettungslos verlorene. Er sieht die Absorption Montenegros durch Serbien, mit welchem es fortan limitroph sein werde, voraus, glaubt aber schliesslich, dass auch die serbische Dynastie sich nicht halten und dass das durch die jetzigen Eroberungen und in der Folge durch die Vereinigung mit Montenegro zu einem Gross-

Serbien ausgestaltete Königreich sich nach dem Muster der anderen Balkanstaaten einen Souverän aus einer europäischen Herrscherfamilie erwählen werde. Mérey.

[1]) Das haben wir gethan. — [2]) Warum hat man sich dann mit Serbien alliirt und uns nicht befragt! Hätten wir einen Grund gegen die Türkei Krieg zu führen? Blanker Unsinn.

Nr. 5614. Tel. nach St. Petersburg, 30. Jan. 1913 Nr. 102 (chiffr. 10 U. 45 M. p. m.).[a]) Konz. (S. u. G. Hoyos).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 24. Ich ersuche Euer Exzellenz Herrn Sazonow vertraulich darauf aufmerksam zu machen dass Prinz Hohenlohe wegen dringlichen Familienangelegenheiten unbedingt am 8. Februar wieder in Wien sein muss und es ihm daher sehr erwünscht wäre die Reise sobald als möglich antreten zu können.

[a]) Vgl. n. 5584, 5619, 5633.

Nr. 5615. Tel. aus St. Petersburg, 30. Jan. 1913 Nr. 26 (eing. 10 U. p. m.).[a]) Entziff.

Mein deutscher Kollege sprach gestern unmittelbar nach Graf Czernin Minister des Äussern, welcher ihm von der bevorstehenden Mission des Prinzen Hohenlohe Mitteilung machte. Als Graf Pourtalès eminent freundschaftliche Bedeutung hervorhob, welche dieser Allerhöchste Entschluss unseres Allergnädigsten Herrn involviere, habe Herr Sazonow dies zwar anerkannt, aber hervorgehoben, dass er in Unkenntnis des Inhaltes des Allerhöchsten Handschreibens vorläufig noch nicht mit Sicherheit annehmen könne, dass die Mission des Prinzen Hohenlohe einen sichtbaren Erfolg bringen werde. Herr Sazonow habe daher Hoffnung ausgesprochen, dass das Allerhöchste Schreiben oder die mündliche Message in einem der beiden Punkte, welche hier am meisten beunruhigen, das ist in der Abgrenzung Albaniens und unseren militärischen Vorkehrungen an der serbischen Grenze, irgend ein faktisches Entgegenkommen bringen würde. Die schmeichelhaften Versprechungen, welche von uns „le pistolet dans la poche" gegeben würden, könnten keine dauernde Wirkung haben. Graf Pourtalès will bemerkt haben, dass sich bei Herrn Sazonow seit einigen Wochen im Zusammenhange mit den Verhandlungen der Londoner Botschafter über die albanesische Abgrenzung eine zunehmende aigreur gegen die Monarchie geltend macht. Im Besitze Euer Exzellenz außerordentlicher Kuriersexpedition vom 28. d. M.[b]) glaube ich daher meinerseits nochmals darauf aufmerksam machen zu sollen, dass die gewünschte Wirkung der Mission des Prinzen Hohenlohe nur in dem Falle zu erhoffen sein wird, wenn sie wenigstens in einer der beiden erwähnten Fragen zum mindesten den Schein eines Entgegenkommens in sich birgt. Speziell in der Frage der Abgrenzung Albaniens bin ich überzeugt, dass ein wenigstens teilweises Abgehen von unseren aufgestellten Forderungen die Grundlage zu einem dauernden, vertrauensvolleren Verhältnis zu Russland bilden und unser Entgegenkommen jetzt noch die besten Früchte tragen könnte. Thurn.

[a]) Vgl. n. 5599. — [b]) Vgl. n. 5583.

Nr. 5616. Tel. aus St. Petersburg, 30. Jan. 1913 Nr. 27 (eing. 10 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Nachhang zu meinem Telegramm Nr. 25 von gestern. Graf Pourtalès teilt mir mit, dass seine gestrige Mitteilung, bezüglich der von der deutschen Regierung in Sofia und Bukarest simultan geltend gemachten Mahnung auf gegenseitiges Entgegenkommen, von Herrn Sazonow sehr beifällig aufgenommen wurde. Minister des Äußern habe geäußert, alle Wege, welche zur friedlichen Austragung dieses Konfliktes führen, seien ihm willkommen, er werde daher, um deutscher Regierung Zeichen hievon zu geben, nochmals in Sofia ernstlich auf Entgegenkommen anraten, obwohl er dies schon in einem früheren Stadium getan, und die bisher gesicherten bulgarischen Konzessionen vornehmlich seiner Einwirkung zu danken seien. Thurn.

[a] Vgl. n. 5632.

Nr. 5617. Tel. aus St. Petersburg, 30. Jan. 1913 Nr. 28 (eing. 31. Jan. 10 U. a. m.).[a] *Entziff.*

Erhalten Euer Exzellenz Erlaß Nr. 467 vom 28. d. M. Nachdem ich bereits des öfteren in der Lage war, die in obzitierter Weisung enthaltenen Gesichtspunkte in meinen mündlichen Konversationen mit Herrn Sazonow zu verwerten, bitte ich um telegraphische Weisung, ob ich die Hauptpunkte des Erlasses entsprechend in Form Mémoires Minister des Äußern zu überreichen ermächtigt bin. Thurn.

[a] Vgl. n. 5631.

Nr. 5618. Tel. nach Sofia, 30. Jan. 1913 Nr. 53 (chiffr. 10 U. 40 M. p. m.).[a] *Konz. (S. Nemes u. Berger; G. Berchtold).*

Gelegentlich des gestrigen Diplomatenempfanges habe ich mich zu Herrn Salabacheff im Sinne meines Telegrammes Nr. 44, vom 28. l. M., ausgesprochen. Im Laufe der Konversation habe ich darauf hingewiesen, es berühre mich eigentümlich, daß man in Sofia Österreich-Ungarn eine anti-bulgarische und anti-slawische Politik vorwerfe, wo wir doch eben das Gegenteil bewiesen hätten, da wir uns für den Erwerb Adrianopels für Bulgarien bemüht hätten. An diesen Bemühungen würden wir es auch in Zukunft nicht fehlen lassen, jedoch hegten wir die Hoffnung, daß Bulgarien seinerseits den rumänischen Wünschen entgegenkomme und so zu einer freundschaftlichen Verständigung mit dem Nachbarlande gelange, was ja im eigenen Interesse Bulgariens liege. Der Herr Gesandte anerkannte unsere wohlwollende Intention und Haltung; die Ansprüche Rumäniens betreffend meinte er aber, daß eine Gebietsabtretung für die bulgarische Regierung ungemein schwierig sei, besonders solange sie noch gar kein positives Resultat des siegreichen und verlustvollen Krieges aufzuweisen habe. Ich gab hierauf der Ansicht Ausdruck, daß ja ein geheimer Vertrag denkbar sei, wonach die Konzessionen an Rumänien erst zu dem Zeitpunkte ausgeführt würden, in welchem Bulgarien in den tatsächlichen Besitz

seiner neuen Erwerbungen gelangen würde. Hiebei kam ich auch auf die Frage von Salonik zu sprechen, erwähnte unsere Geneigtheit, Bulgarien unsere diplomatische Unterstützung zur Erwerbung dieser Stadt zu gewähren und bemerkte, daß ich Euer Hochgeboren mit diesbezüglichen Instruktionen versehen hätte, welche Eröffnungen meinen Mitredner offenbar angenehm zu berühren schienen. Vorstehendes zu Euer Hochgeboren vertraulicher Information. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 5727, 5733.

Nr. 5619. Tel. nach Berlin, 31. Jan. 1913 Nr. 136 (chiffr. 10 U. p. m.).[a]) *Konz. (S. Berger; V. u. G. Szápáry).*

Prinz Gottfried Hohenlohe-Schillingsfürst begibt sich dieser Tage nach St. Petersburg, um Kaiser Nikolaus ein Allerhöchstes Handschreiben unseres Allergnädigsten Herrn zu überbringen. Streng vertraulich. Mit Rücksicht auf die mehrfachen uns zugekommenen Nachrichten, laut welchen die in der gegenwärtigen Balkankrise und auf der Londoner Botschafterréunion zutagegetretenen Differenzen zwischen den Regierungen von Wien und St. Petersburg eine gewisse Rückwirkung auf die persönliche Stimmung Kaiser Nikolaus ausgeübt hätten, mußte es wünschenswert erscheinen, durch Herstellung eines persönlichen Kontaktes zwischen beiden Herrschern ein Übergreifen der vorhandenen politischen Unstimmigkeiten auf die Beziehungen der beiden Höfe tunlichst hintanzuhalten und bei dieser Gelegenheit auch im Sinne einer entsprechenden freundschaftlichen Aufklärung über die Absichten und Motive der oesterreichisch-ungarischen Politik zu wirken. Vorstehendes zur streng vertraulichen Mittheilung an den Reichskanzler beziehungsweise Staatssekretär. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 4477, 4509, 5564, 5614, 5638, 5653, 5679.

Nr. 5620. Tel. nach Bukarest, 31. Jan. 1913 Nr. 70 (chiffr. 2 U. p. m.).[a]) *Konz. (S. Biegeleben; G. Macchio).*

Geheim. Am nächsten Sonntag kommen die zwei Vertragsexemplare nebst der Allerhöchsten Vollmacht, womit Euer Durchlaucht zur Unterzeichnung ermächtigt werden, mit Orient Express in Bucarest an. Den Empfang dieser Documente und die erfolgte Unterzeichnung des Vertrages wollen Euer Durchlaucht telegrafisch anzeigen und melden, ob rumänischerseits gewünscht wird, dass auch das rumänische Ratificationsinstrument hier angefertigt werde. Deutsche und italienische Regierung haben ihren Beitritt in der bisher üblichen Form zugesagt. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 5507, 5611, 5622.

Nr. 5621. Tel. aus Bukarest, 31. Jan. 1913 Nr. 31 (eing. 9 U. p. m.).[a]) *Entziff.*

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 65. Ministerpräsident sagte mir, Protokoll sei in London unterzeichnet worden und eintreffe vermutlich morgen. Es enthalte bulgarische Konzessionen, welche Gegenstand russischer

Proposition bildeten, er vermutet daher auch die Höhen von Medjidié-Tabia plus die einigen Kilometer südlich Mangalia. Rumänische Regierung müsse aber aus bekannten Gründen, hauptsächlich mit Rücksicht auf öffentliche Meinung und Agitation gegen Seine Majestät den König, unbedingt auf Silistria bestehen. Streng vertraulich. Minister äußerte, allerletztes Minimum, unter das nicht gegangen werden dürfe, stelle Linie Silistria—Kap Kali Akra dar. Da Rumänien unbedingt Unterhandlungen friedlich beendigen wünsche, würde hier Teilung der Stadt in zwei Hälften akzeptiert werden, oder Verpflichtung, alle bulgarischen Häuser und öffentlichen Gebäude um hohe Preise aufzukaufen. Rumänien sei ausserdem bereit, sogleich billiges Anlehen von 100 Millionen zu geben und Brückenbau an gewünschten Stellen vorzunehmen. Allianz oder Ähnliches sei selbstverständlich ausgeschlossen. Anrufen russischer Vermittlung würde nur unter Voraussetzung geschehen, dass kein anderes Mittel mehr zu Gebote stehe und man Russland keinen Preis dafür geben müsste. Diskrete Verwendung obiger Punkte durch unsere Vertreter in London und in Sofia bei eventueller Diskussion mit bulgarischen Staatsmännern dürfte hier nicht unerwünscht sein. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 5643.

Nr. 5622. Tel. aus Bukarest, 31. Jan. 1913 Nr. 32 (eing. 1. Feb. 8 U. 30 M. a. m.).[a]) Entziff.

Geheim. Antwort auf Telegramm Nr. 70. Dem Wunsche der rumänischen Regierung entsprechend, dass alle Vertragsinstrumente in Wien angefertigt werden, ersuche ich, rumänisches Ratifikationsinstrument dortselbst ausfertigen zu lassen. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 5682.

Nr. 5623. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 31. Jan. 1913 Nr. 84 (eing. 9 U. p. m.). Entziff.

Zu meinem Telegramme Nr. 81 von gestern. Die Übergabe der Antwortsnote der Pforte erlitt eine Verzögerung von einigen Stunden, weil dieselbe im letzten Augenblick eine kleine Abänderung erfuhr, indem nach den Worten „les îles“ die Worte eingeschaltet wurden „occupées par les alliés“. Die türkische Regierung steht nämlich, wie mir Großvezir sagte, auf dem Standpunkte, daß die von Italien okkupierten Inseln nicht Gegenstand von Verhandlungen bilden können. Nichtsdestoweniger würden aber auch diese Inseln desselben Verwaltungsregimes teilhaftig werden wie die übrigen. Pallavicini.

Nr. 5624. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 31. Jan. 1913 Nr. 85 (eing. 10 U. p. m.).[a]) Entziff.

Mein russischer Kollege hat mich gestern abends aufgesucht. Herr von Giers kann nicht leugnen, dass die Kündigung des Waffenstillstandes durch die Alliierten, ohne die türkische Antwort abzuwarten, ein gegenüber

den Mächten inkorrektes Vorgehen darstellt. Anderseits musste russischer Botschafter zugeben, dass die Antwort der jungtürkischen Regierung auf die Kollektivnote der Mächte entgegenkommender ausgefallen ist, als man dies allgemein erwartet hatte. Trotzdem behauptet Herr von Giers, Note werde schlechten Eindruck machen und wies hiebei auf die Petita hin, welche die Pforte in Bezug auf Kapitulationen, fremde Postanstalten etc. formuliert. Ich erwiderte meinem Kollegen, dass es sich hier blos um mehr oder weniger prinzipielle Zugeständnisse handeln würde, die in Beziehung auf momentane Situation keine wesentliche Bedeutung haben könnten. Hingegen sei der vom neuen Kabinette eingenommene Standpunkt bezüglich Adrianopels so ziemlich derselbe wie der des Kabinettes Kiamil Pascha. Früherer Minister des Äussern Gabriel Effendi habe mir nämlich vorgestern mitgeteilt, dass seine Note in Bezug auf Adrianopel Schaffung eines neutralen Gebietes vorgeschlagen hätte, eine Proposition, welche bereits prinzipielle Zustimmung Sir E. Greys hatte. Für den Fall der Ablehnung dieses Vorschlages hätte man, wie jetzt die Jungtürken, Teilung Adrianopels vorgeschlagen. In der Hauptfrage sei also, führte ich weiter aus, Situation nicht wesentlich geändert, was Herr von Giers zugeben musste. Er konnte auch nicht in Abrede stellen, dass der türkische Vorschlag geeignet wäre, als Basis für weitere Verhandlungen zu dienen. Frist bis Montag abends ist allerdings zu kurz und müsste daher auf die Alliierten Druck ausgeübt werden, damit sie Feindseligkeiten nicht an jenem Tage wiederaufnehmen, sondern Waffenstillstand weiter verlängern, wofür Zustimmung der Pforte unschwer zu erlangen wäre. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 5606, 5607, 5691.

Nr. 5625. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 31. Jan. 1913 Nr. 86 (eing. 1. Feb. 9 U. 40 M. a. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Mein deutscher Kollege teilt mir streng vertraulich mit, er hätte sich neulich dem russischen Botschafter gegenüber mit voller Deutlichkeit dahin ausgesprochen, daß Deutschland eine eventuelle Intervention einer dritten Macht in Kleinasien nicht ruhig hinnehmen könnte. Anläßlich der deutschen Kaiserfeier hielt Baron Wangenheim im hiesigen Teutonia-Verein eine Rede, in welcher er gleichfalls Interesse Deutschlands an der Integrität der türkischen Besitzungen Asiens mit Nachdruck hervorhob. Herr von Giers sagte mir gestern, er habe von seiner Regierung Auftrag erhalten, über diese Rede zu berichten. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 5692.

Nr. 5626. Tel. nach London, 31. Jan. 1913 Nr. 140 (chiffr. 11 U. 10 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 100 von heute. Meine Auffassung über die türkische Antwortnote geht dahin, daß dieselbe allerdings im Tone entgegenkommender ist, als nach dem jüngsten Regierungswechsel in Konstantinopel zu erwarten war, anderseits muß ich aber konstatiren, daß die Note meritorisch nicht befriedigend ist, da die Pforte den Ratschlägen

der Großmächte, namentlich betreffs Adrianopels, nicht Folge gibt. Auf letzteren Umstand wäre meiner Ansicht nach in Konstantinopel hinzuweisen, wobei auch zu bemerken wäre, daß die Großmächte jedweden künftigen Beistand der Türkei davon abhängig machen müßten, daß ihren in der Kollektivnote enthaltenen Ratschlägen vollauf Rechnung getragen werde. Ich würde Wert darauf legen, daß Euer Exzellenz sich vor irgendwelcher bezüglichen Stellungnahme mit Hochdero Dreibundkollegen ins Einvernehmen setzen, welch letzteren gegenüber Euer Exzellenz darauf hinweisen wollen, daß es mir äußerst bedenklich schiene, den in der Kollektivnote eingenommenen Standpunkt zu verlassen, da auf diese Weise Rußland eine Gelegenheit geboten würde, sich von dem Konzerte der Großmächte zu trennen.

a) Vgl. n. 5606, 5607, 5627, 5642 Anm. a, 5645.

Nr. 5627. Tel. aus London, 31. Jan. 1913 Nr. 100 (eing. 5. U. p. m.).a) Entziff.

Sir E. Grey ersucht mich soeben telephonisch, Euer Exzellenz um Instruktion zu bitten betreffs Hochderen Auffassung der türkischen Antwortsnote, damit wir dieselbe bei einer Réunion besprechen können, die er ad hoc für morgen vormittags einberufen will. Dasselbe Ersuchen richtete er an meine Kollegen. Ich bitte um telegraphische Weisung. Mensdorff.

a) Vgl. n. 5606, 5607, 5626, 5642 Anm. a

Nr. 5628. Bericht aus London, 31. Jan. 1913 Nr. 11 A (eing. 3. Feb.).a) Ausfert.

Streng vertraulich. Es ist nicht leicht, die Eindrücke über die wichtigste Frage der gegenwärtigen Situation, diejenige der albanesischen Grenzbestimmungen, zusammenzufassen. Dank der mir gegebenen Instruktionen sowie der wertvollen Erläuterungen von zwei so maßgebenden Kennern der Verhältnisse, wie es Baron Giesl und Sektionschef Ippen sind, war ich in der Lage, unseren Standpunkt, der nur auf die Schaffung eines lebensfähigen Albaniens hinzielt, ziemlich klar darzulegen. Ich glaube auch, dass man im Foreign Office die Richtigkeit unserer Argumente erkennt, und ich sagte unlängst Sir E. Grey, ich sei überzeugt, dass, wenn er und sein Departement die Frage vom rein sachlichen Standpunkte aus betrachten würden, sie uns Recht geben müssten. Der Staatssekretär widersprach mir auch nicht, ist aber immer mit den Schwierigkeiten der Stellung der russischen Regierung und der gereizten Stimmung der russischen öffentlichen Meinung beschäftigt, mit welcher gerechnet werden müsse. Er bedauert, dass man in der Monarchie den grossen Erfolg, den Euer Exzellenz Politik dadurch erzielt hat, dass unser Standpunkt bezüglich des serbischen Hafens an der Adria angenommen wurde, nicht hinreichend zu würdigen scheint. Andererseits werde in Russland allgemein die Lage so dargestellt, als habe das Petersburger Kabinett abermals einen Rückzug angetreten und eine Demütigung erlitten. Dies ist die Hauptschwierigkeit

der heutigen Situation. Und Sir E. Grey bemüht sich redlich — ich kann es nicht genug wiederholen — einen Ausgang aus der gegenwärtigen impasse zu finden. Sehr bedauerlich ist die russische Stimmung, und sind die Angriffe, die in Petersburg gegen Graf Benckendorff gerichtet werden. Ich glaube, dass mit etwas Geschick man in Petersburg die Lage so hätte darstellen können, als sei der wirtschaftliche accès Serbiens an der Adria ein Erfolg, den die russische Diplomatie für Serbien erfochten habe. Statt dessen ist jetzt, durch die eigene Schuld Russlands, die Ansicht allgemein verbreitet und festgelegt, dass die russische Regierung eine Niederlage erlitten hat und vor uns zurückgewichen ist. Und wenn Russland über Skutari schließlich nachgibt, wird es den Anschein eines neuerlichen Zurückweichens vor Wien haben. Daher die allgemeine Nervosität und das Bestreben der Freunde und Alliierten, Russland irgend wie einen Erfolg oder eine Genugtuung zu verschaffen. Meine Argumente sind immer dieselben geblieben, weil, wie ich unlängst im Foreign Office sagte, dieselben gut und nicht entkräftet worden sind. Graf Benckendorff sträubt sich gegen das von uns vorgebrachte ethnographische Prinzip, „nous n'avançons pas avec cela, sortons donc des généralités. Il faut des compensations pour le Monténégro, qui, en somme a fait la guerre pour Skutari, mais il ne faut pas que ces compensations soient au détriment de la Serbie, mais qu'on les trouve en Albanie." Meine Erwiderung war immer „Compensations pour quoi? Le Monténégro a fait la guerre contre l'avis de toutes les Puissances. Il l'a même précipitée, pour des raisons qui sont peutêtre fort bonnes, mais que nous ne connaissons pas. On n'oppose à nos considérations ethnographiques que le désir d'agrandissement territorial du Roi Nicolas, désir qui ne parait justifié ni par des titres de droit, ni par des succès militaires ni surtout par le voeu des habitants des territoires qu'il s'agit d'englober dans le Monténégro. On nous parle de danger pour la dynastie! Nous avons certainement tout intérêt à maintenir et à soutenir le principe monarchique partout où il existe et la Russie nous trouvera toujours prêts à coopérer avec elle pour le maintien de la dynastie Negus. Mais j'ai toujours compris que tout le pouvoir au Monténégro était entre les mains du Roi. On l'a décrit comme un souverain paternel et patriarch rendant des arrêts de justice sous un chêne comme St. Louis, et maintenant on veut nous parler d'opinion publique dans le sens de pays constitutionels et occidentaux." Ich habe auch wiederholt darauf hingewiesen, dass ja Montenegro ohnehin einen bedeutenden territorialen Zuwachs erhalte, und dabei hervorgehoben, dass dies nur Dank dem Wohlwollen der Monarchie geschehen könne. Wenn wir zu Beginn des Krieges ein Veto bezüglich Vordringens montenegrinischer oder serbischer Truppen im Sandjak eingelegt hätten „personne n'aurait été surpris." Unser grosses Entgegenkommen in dieser Beziehung wurde nach mir von meinem deutschen und italienischen Kollegen stark betont. Graf Benckendorff plaidiert immer in dem Sinne, dass es gar nicht ausgemacht ist, dass alle Albanesen, die wir als solche ansehen, den Wunsch haben, Angehörige eines autonomen Albaniens zu sein. Viele seien gewillt, sich einem der bestehenden Nachbarstaaten anzuschließen etc. Ich widersprach natürlich diesen Ausführungen. Mein russischer Kollege

spricht gut und leicht und findet ohne Schwierigkeit ein Argument, wenn es auch nicht immer überzeugend ist. Er wird dabei durch unseren überlegenen und erfahrenen französischen Kollegen unterstützt, der sich im Allgemeinen sehr reserviert hält, aber häufig mit einem Wort oder einer kurzen Bemerkung dem Grafen Benckendorff Stoff zu neuen Ausführungen gibt. Ich wiederhole stets, dass, nachdem die Mächte sich dafür entschieden haben, ein autonomes Albanien zu schaffen, es nicht so zusammenschrumpfen darf, dass es keinen lebensfähigen Organismus bilden könnte. Sowohl Benckendorff als ich sind bestrebt, es nicht zu einem absoluten deadlock kommen zu lassen. „Nous sommes ici pour trouver un moyen de nous entendre" ist der Standpunkt, den wir gemeinschaftlich einnehmen. Nachdem die von unseren beiden Regierungen vorgeschlagenen Grenzlinien noch immer so weit von einander entfernt sind, dass eine Verständigung ausgeschlossen erscheint, hat Sir E. Grey eine weitere Discussion der albanesischen Grenzen von unserer vorgestrigen Réunion ausgeschaltet. Nun will er mit Fürst Lichnowsky Kompensationsvorschläge ausarbeiten, denen aber russischerseits die Ansicht zu Grunde liegt, wir müssten, falls Russland uns Skutari konzediert, in der Umgebung dieser Stadt weitgehende Konzessionen machen. Es liegt, wie mir scheint, der russischen Regierung weniger daran, etwas für Montenegro tatsächlich praktisches zu erreichen, als etwas, das man als eine Errungenschaft darstellen kann, um damit die angebliche „Schlappe" gutzumachen, welche durch Aufgeben Skutaris erlitten würde. Sie sprechen noch immer von Abtretung der Malissorenstämme an Montenegro und Gebietsabtretungen auch am linken Bojanaufer, so dass beide Ufer in montenegrinischen Besitz gelangen würden. Die Russen vertreten noch ihre ursprünglich vorgeschlagene Dringrenze (von mir mit Bericht No. 61 C vom 21. Dez. 1912 vorgelegte Karte, auf der der russische Delimitierungsvorschlag rot eingezeichnet ist)[b] und scheinen zu glauben, dass, wenn sie die Stadt Skutari abtreten, sie uns eine grosse Konzession machen. Ipek, Prisren und Djakowa sind nach diesem russischen Vorschlag von Albanien abgetrennt. Auf Djakowa scheint man russischerseits ganz besonders zu bestehen. Ich habe Sir Edward Grey und meinem deutschen Kollegen keinen Zweifel darüber gelassen, dass auf einer derartigen Grundlage es unmöglich sei, ein Kompromiss zu Stande zu bringen, und dem Fürsten Lichnowsky gesagt, dass ich es für zwecklos halten würde, Vorschläge in Wien zu unterbreiten, die in diametralem Gegensatze zu unserem Standpunkte stehen würden. Mein russischer Kollege, der durch die albanesische Frage ziemlich aufgeregt und nervös geworden ist und auch ganz unwohl aussieht, soll in letzter Zeit viel hartnäckiger geworden sein als zu Beginn. Ich fürchte, seine Umgebung und namentlich seine Gattin beeinflussen ihn in dieser Richtung, und er steht unter dem Eindrucke, dass er in Russland als Deutscher und Katholik verdächtigt werde, man ihm in der Petersburger Gesellschaft den Rücken kehren werde und so weiter. In diesem Sinne hat der König Georg die Schwierigkeiten seiner Stellung vorgetragen und, wie Seine Majestät mir erzählte (mein streng vertrauliches Telegramm Nr. 77 vom 25. lf. Monates) erklärt, er würde heute in jedem Petersburger Klub black-

bouliert werden, und viele seiner alten Freunde und Freundinnen würden ihn nicht sehen wollen, wenn er nach Hause zurückkehrte, kurz seine Lage sei eine unendlich peinliche. Diese persönlichen Erwägungen mögen vielleicht dazu beitragen, Graf Benckendorff die Lage in schwärzerem Lichte ansehen zu lassen. als es dieser so verständige und konziliante Mann sonst tun würde. Sir Edward Grey hatte häufige Besprechungen mit ihm und bemüht sich, wie ich von Mr. Tyrrell vertraulich höre, soviel er kann, Graf Benckendorff und durch ihn die russische Regierung zu einem weiteren Entgegenkommen in der Grenzfrage zu bewegen. Aber ich kann nicht verhehlen, dass, wenn es zu einem Kompromiss kommen soll, auch noch irgend ein weiteres Zugeständnis unsererseits erwartet respektive für unerlässlich angesehen wird. Es steht mir nicht zu, diesbezüglich eine Anregung zu machen, denn unser Standpunkt, ein lebensfähiges Albanien schaffen zu wollen, ist durchaus logisch und richtig. Es hängt also von Erwägungen allgemeiner politischer Opportunität, namentlich hinsichtlich der so wünschenswerten Entspannung zwischen Wien und Petersburg, ab, ob es angezeigt wäre, auch unsererseits im gegebenen Momente noch einen weiteren Schritt zu machen, um Russland zu zeigen, wie konziliant die k. u. k. Regierung zu sein wünscht. Unsere Konzessionen bezüglich Ipek und Prisren werden immer so aufgefasst, als hätte man in Petersburg von Anfang an darum gewusst oder doch darauf gerechnet. Es entzieht sich vollständig meiner Beurteilung, ob ein Aufgeben unseres Standpunktes bezüglich Djakowas vielleicht den Preis bilden könnte, für welchen Russland alle Ansprüche auf die Umgebung von Skutari, die Malissorenstämme etc. fallen lassen würde. Mein deutscher und italienischer Kollege dringen stets auf mich ein, wir müssten im Interesse des Friedens noch irgend ein Zugeständnis machen. Ich erwiderte ihnen, dass ich gewiss der Erste bin, jedem vernünftigen Kompromissvorschlag das Wort zu reden, dass wir uns aber andererseits nicht einschüchtern lassen sollen. Ich mache sie darauf aufmerksam, dass es ein bekanntes russisches Mittel ist, auf Freund und Gegner dadurch eine Pression zu versuchen, dass man die Gefahr einer grossen Konflagration als unmittelbar bevorstehend ausmalt. Auch sollte man sich nicht durch die persönliche Erregung Graf Benckendorffs zu sehr impressionieren lassen. Beide Kollegen haben aber Nachrichten ihrer Regierungen, nach welchen man in Berlin und in Rom doch die Stimmung in Russland ziemlich ernst nimmt. Ich kann mich über die Haltung meiner Kollegen der verbündeten Reiche, mit denen ich ja auch persönlich sehr befreundet bin, nicht beklagen, aber man muss doch immer in Betracht ziehen, dass Marquis Imperiali eifrig die Politik einer Regierung vertritt, die sehr bestrebt ist, die alte Freundschaft mit England aufrechtzuerhalten und es sich mit Russland nicht zu verderben, während Fürst Lichnowskys Hauptziel darin besteht, die anglo-deutschen Beziehungen zu pflegen und die merkliche Besserung, die darin eingetreten ist, nicht durch Komplikationen gefährden zu lassen, bei welchen die Mächte in Gruppen einander gegenüber stehen würden. Mensdorff.

P. S. Ich erhalte soeben Euer Exzellenz heutiges Telegramm Nr. 136 und erlaube mir zu melden, dass ich bereits vorgestern sowohl Sir E. Grey

als Fürst Lichnowsky auf die erweiterte Konzession aufmerksam gemacht habe, die darin liegt, dass das orthodoxe Kloster Visoki Detschani an Montenegro käme. Auch habe ich Fürst Lichnowsky nahegelegt, die Konzession, dass das rechte Ufer der Bojana, mit Ausnahme des Tarabosch, an Montenegro kommen könnte, möglichst aufzubauschen, so dass es als eine weitere Errungenschaft für Russland dargestellt werden könnte. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 5630. — [b]) Vgl. n. 5013 Anm. b.

Nr. 5629. Bericht aus London, 31. Jan. 1913 Nr. 11 B (eing. 3. Feb.). Ausfert.

Vertraulich. Wie ich mit Telegramm Nr. 93 vom 29. l. Mts. und gestrigem Telegramm Nr. 98 gemeldet habe, sagte mir mein deutscher College, er wolle davon absehen, bei Sir Edward Grey einen Schritt bezüglich eventuellen Eingreifens Russlands in Armenien zu unternehmen, nachdem Sir Edward Grey ihm bereits gesagt hätte, er habe diesbezüglich beruhigende Zusicherungen des russischen Cabinets erhalten. Fürst Lichnowsky war der Ansicht, ein weiteres Insistieren darüber wäre nur geeignet, hier Misstrauen zu erwecken. Unter diesen Umständen glaubte ich auch meinerseits nichts thun zu sollen, nachdem der mir mit hohem Telegramm Nr. 123 vom 28. l. Mts. gegebene Auftrag dahin lautete, mit Sir Edward Grey über diese Frage zu sprechen, nachdem Fürst Lichnowsky seinen diesbezüglichen Auftrag ausgeführt haben würde. Mit Sir A. Nicolson habe ich bei unseren allgemeinen Unterhaltungen auch die Gerüchte von einer eventuellen russischen Aktion in Armenien berührt und der Unterstaatssecretär sagte mir bei zwei Gelegenheiten, dass von einer isolierten Aktion Russlands keine Rede sei. Er bemerkte hiebei lächelnd, man scheine sich darüber in Berlin etwas aufzuregen. Die Mitteilung Sir Edward Greys an meinen deutschen Collegen, die ich bereits telegraphisch meldete, war die, dass von einer Aufteilung Kleinasiens oder Bestimmung der Interessensphären europäischer Mächte daselbst keine Rede sei. Herr Sazonow habe darüber bündige Zusicherungen gegeben und erklärt, die einzigen Fälle, in welchen Russland aus seiner Neutralität hervorzutreten genötigt wäre, seien 1. wenn Bulgarien von der Türkei niedergeworfen würde, also ein Vordringen türkischer Truppen auf bulgarischem Boden stattfände und 2. wenn die Türkei persisches Gebiet bei Täbris besetzen würde. Der erste dieser Punkte stimmt mit dem überein, was König Georg mir vorige Woche in Windsor[a]) sagte. Seine Majestät hatte aber als zweite Eventualität, in welcher Kaiser Nikolaus seine friedliche Haltung verlassen könnte, den Fall erwähnt, „wenn Rumänien Bulgarien in den Rücken falle". Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 5533.

Nr. 5630. [Privatschreiben] aus London, 31. Jan. 1913 (eing. 3. Feb.). Ausfert.

Streng vertraulich. Mit heutigem Berichte Nr. 11 A melde ich über den Stand unserer Besprechungen, betreffend die Grenzbestimmung Albaniens. Dieselben nehmen einen sehr langsamen Verlauf, weil bis jetzt eine Annäherung unseres Standpunktes zu dem russischen nicht möglich

erschien und Sir Edward Grey es mit Recht für nutzlos und zwecklos hielt, dass wir dieselben Argumente wiederholen, solange keine Aussicht auf eine Verständigung besteht. Ich will hoffen, dass die Compromissversuche Sir Edward Greys und des Fürsten Lichnowsky zu etwas führen werden, denn ich glaube unvorgreiflich, dass es sehr bedauerlich wäre, wenn der Friede zwischen der Türkei und den Alliierten abgeschlossen würde, bevor eine Einigung der Mächte über die künftigen Grenzen Albaniens erzielt worden ist. Dass unsere Argumente — vom sachlichen Standpunkte — eine gewisse Anerkennung im foreign office finden, kann nicht geleugnet werden. In dieser Beziehung möchte ich mir erlauben, zu melden, dass mir sowohl der Privatsecretär Sir Edwards, Mr. Tyrrel, wie zwei Damen, die Tischnachbarinnen des Staatssecretärs bei einem Diner waren, erzählt haben, Sir Edward Grey habe gesagt, meine Darlegung unseres Standpunktes bezüglich Albanien bei der ersten Réunion, sei das klarste und zusammenfassendste gewesen, was er bei den Botschafterversammlungen bis jetzt gehört habe (the clearest and most statesmanlike statement). Meine Antwort auf die daran geknüpften Complimente war von selbst gegeben, dass nämlich unsere Gesichtspunkte so richtig sind (our case is so good), dass sie keiner eloquenten Vertretung bedürfen. Ich melde Vorstehendes Euer Exzellenz auch nicht aus thörichter persönlicher Eitelkeit, aber weil ich darin einen Beweis erblicke, dass der Staatssecretär sich der Richtigkeit unserer Auffassung nicht verschliesst. Leider spielt aber die Rücksicht auf Russland eine nicht unbedeutende Rolle und es lässt sich denken, wie sehr von russischer und auch von französischer Seite auf ihn eingedrungen wird, nicht wieder auf Petersburg einen Druck auszuüben, wie er es in der serbischen Hafenfrage gethan hat. Inwieweit Euer Excellenz es für gut befinden können und wollen, in Hochdero Entgegenkommen gegen Russland weiterzugehen oder inwieweit die Lage eine vermehrte Spannung zwischen Wien und Petersburg verträgt, entzieht sich meiner Beurteilung. Dass überall — und nirgends mehr als hier und in Berlin — der Gedanke perhorresciert wird, dass wegen der albanesischen Grenzen eine kritische Lage oder gar ein Conflict zwischen den Mächten entstehen könnte, brauche ich nicht erst zu betonen. Man muss also hoffen, dass in Petersburg Vernunft angenommen werde und die russische Gesellschaft, die den Kaiser, Sazonow und Benckendorff zu beeinflussen scheint, sich etwas von der Hypnose befreit, dass die russische Politik nichts als Niederlagen erleidet und fortwährend vor uns zurückweicht. Bei unseren Botschafterreunionen kommt es meinem russischen Collegen sehr zu statten, dass er auf die Hilfe M. Cambons und bis zu einem gewissen Grade auf die Sir Edward Greys — der sich bemüht, unparteiisch zu erscheinen — zählen kann, so dass Graf Benckendorff von zwei der klügsten und hervorragendsten Staatsmännern unserer Zeit unterstützt wird. Mit solchen Capacitäten allerersten Ranges lassen sich mein gewiss nicht unbedeutender deutscher und italienischer College wohl kaum vergleichen. Marquis Imperiali, seinem neapolitanischen Temperamente folgend, spricht sehr viel, um wenig zu sagen und ich glaube, er dürfte im Laufe unserer bisherigen Réunionen mehr Worte vorgebracht haben, als alle Übrigen zusammen.

Ihm zunächst an Gesprächigkeit kommt mein alter Freund Lichnowsky. Er spricht gut, entschieden und bringt seine Gedanken eindringlich vor. Vielleicht ist er manchmal etwas dilettantenhaft in der Weise, in welcher er eigene, plötzlich auftauchende Gedanken mit Weisungen seiner Regierung durcheinanderwirbelt, so dass es stellenweise schwer wird, zu unterscheiden, was die Ansicht der Wilhelmstrasse und was inspiration du moment Lichnowskys ist. Bei Besprechung der Inselfrage zum Beispiel, wo er fortwährend Ansicht wechselte, brachte er Marquis Imperiali, der sehr behutsam sein wollte, zur Verzweiflung. In unseren Privatgesprächen sichert mir Fürst Lichnowsky stets zu, dass er mich natürlich unterstützen wird, er zeigt sich aber sehr besorgt über die, wie er meint, steigende Irritation in Petersburg: „Wenn man in Wien es zum Krieg kommen lassen will, so soll man es uns sagen. Wir werden natürlich unsere Bundespflicht erfüllen, aber in ganz Deutschland würde ein Sturm der Entrüstung losbrechen, wenn wir wegen einer albanesischen Grenzfrage in einen Krieg verwickelt würden" und dergleichen mehr. Solche und ähnliche Bemerkungen höre ich wiederholt von meinem deutschen Collegen, dessen Hauptbestreben begreiflicherweise darauf gerichtet ist, die Besserung der Beziehungen zwischen hier und Berlin zu pflegen und aus der gegenwärtigen europäischen Krise eine anglodeutsche détente hervorgehen zu sehen. Dies wäre für ihn ein Erfolg, der, wie ich glaube, auch der hiesigen Regierung sehr willkommen wäre. Mensdorff.

Nr. 5631. Tel. nach St. Petersburg, 31. Jan. 1913 Nr. 108 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.). Konz. (S. Berger; V. Rappaport und Berchtold; G. Berchtold).

Antwort auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 28 vom 30. d. Mts. Bei Abfassung des geheimen Erlasses Nr. 467 vom 28. d. Mts. war nicht in Aussicht genommen, daß Euer Exzellenz denselben zum Gegenstande einer schriftlichen Mittheilung an Herrn Sazonow machen sollten. Derselbe bezweckte vielmehr, in zusammenhängender Form einige Gesichtspunkte zur Darstellung zu bringen, welche auf unser Verhalten in der gegenwärtigen Krise bestimmend gewirkt haben, damit Euer Exzellenz an der Hand derselben an den berufenen Stellen den irrigen Vorstellungen der russischen Regierung entgegenzutreten, Anlaß nehmen können. Berchtold.

Nr. 5632. Tel. nach St. Petersburg, 31. Jan. 1913 Nr. 110 (chiffr. 10 U. 40 M. p. m.). Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

Zu Euer Exzellenz Telegramm Nr. 27 vom 30. l. Mts. Wie Euer Exzellenz bekannt, haben wir uns sowohl in Bukarest wie auch in Sofia von Anfang an zugunsten einer freundschaftlichen Lösung der rumänisch-bulgarischen Differenzen vernehmen lassen, indem wir der königlich rumänischen Regierung Mäßigung in ihren Wünschen, der königlich bulgarischen Regierung Entgegenkommen gegenüber den rumänischen Aspirationen zu wiederholten Malen nahelegten. Euer Exzellenz wollen diese unsere zur Konzillianz einrathende Haltung in der erwähnten Frage gesprächsweise verwerthen. Berchtold.

Nr. 5633. Tel. aus St. Petersburg, 31. Jan. 1913 Nr. 29 (eing. 6 U. p. m.).[a] Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 92 vom 28. und 102 vom 31. d. Mts.[b] Herr Sazonow teilt mir soeben mit, dass Seine Majestät Kaiser Nikolaus den Prinzen Hohenlohe Dienstag den 4. Februar neuen Stils 4 Uhr nachmittags in Zarskoëselo empfangen wird. Ich habe für Prinzen Hohenlohe Euer Exzellenz Wunsche gemäss Wohnung auf der Botschaft vorbereiten lassen. Thurn.

[a] Vgl. n. 5634. — [b] n. 5614.

Nr. 5634. Tel. aus St. Petersburg, 31. Jan. 1913 Nr. 30 (eing. 1. Feb. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Bezug auf Euer Exzellenz Privatschreiben vom 28. d. M. Herr Sazonow ist vollkommen einverstanden damit, dass Allerhöchstes Handschreiben sofort nach Eintreffen Prinzen Hohenlohe durch den Minister des Aeussern an seine höchste Bestimmung geleitet werde. Da Audienz für den 4. nachmittags angesetzt, wäre es sohin notwendig, dass Prinz Hohenlohe am 3. mittags hier eintrifft. Thurn.

[a] Vgl. n. 5633, 5652.

Nr. 5635. Tel. aus St. Petersburg, 31. Jan. 1913 Nr. 31 (eing. 1. Feb. 10 U. a. m.).[a] Entziff.

Text der Antwortnote der Pforte ist heute im hiesigen Auswärtigen Amt eingelangt. Herr Sazonow glaubt, daß der türkische Vorschlag auf Abtretung des einen Teiles von Adrianopel von den Verbündeten zweifellos nicht akzeptiert werden werde. Trotzdem beurteilt Minister des Äußern die daraus resultierenden Konsequenzen ruhig und durchaus nicht zu pessimistisch. Selbst im Falle der wiederbeginnenden Feindseligkeiten würden sich dieselben wohl blos auf Adrianopel konzentrieren und mit dem wahrscheinlich baldigen Falle dieser Festung werde sich die Sache von selbst lösen. Übrigens habe er erfahren, daß die deutsche Regierung einen Vermittlungsvorschlag plane, wonach die heiligen Stätten Adrianopels unter die Administration eines Delegierten des Kalifen gestellt werden sollten. Diese Idee scheint ihm recht glücklich und für beide Teile akzeptabel, er werde sie daher nachdrücklich unterstützen. Thurn.

[a] Vgl. n. 5606, 5607.

Nr. 5636. Tel. nach Sofia, 31. Jan. 1913 Nr. 59 (chiffr. 10 U. p. m.).[a] Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

Geheim. Laut einer mir zukommenden Konfidentenmeldung wäre die russische Regierung bestrebt, in Sofia als Entgelt für ihre fortgesetzte Unterstützung Bulgariens den Abschluß einer Militärconvention zwischen beiden Staaten zu betreiben. Der Grund dieses Vorgehens bestehe darin, daß man für den Fall eines Krieges zwischen Österreich-Ungarn und Rußland vermeiden möchte, daß Bulgarien neutral bleibe. Vorstehendes zu Euer Hochgeboren rein persönlicher Kenntnisnahme. Berchtold.

[a] Vgl. n. 5700.

Nr. 5637. Tel. aus Sofia, 31. Jan. 1913 Nr. 78 (eing. 5 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Hohes Telegramm Nr. 44 vom 29. d. Mts. erhalten. Es schien mir am Entsprechendsten, sowohl mit Herrn Geschoff als auch mit Herrn Dobrovič zu sprechen; mit dem Ersteren, da er eigentlich allein berufen, Mitteilung entgegenzunehmen, mit dem Letzteren, da durch ihn meine Eröffnung sicher und direkt König Ferdinand wiederholt wird. Weder Herr Geschoff noch Herr Dobrovič machten Einwendungen oder Bemerkungen zu meiner einleitenden Äusserung, wonach Lösung Salonikfrage ohne Mitwirkung (...)[b] wenig wahrscheinlich wäre. Zu Dobrovič sprach ich mich im Sinne obbezogenen Telegrammes (aus)[b], ohne auf unsere im hohen Telegramme Nr. 45 vom 29. d. Mts. enthaltenen Weisungen näher einzugehen. Ich bemerkte blos, dass ich dieselben dem Konseilspräsidenten genau bekanntgeben würde. Mitredner meinte, daß er über meine Mitteilung, die ihm sehr wichtig schien, sofort König Meldung erstatten werde. Ohne rumänische Angelegenheit in Zusammenhang mit der Salonik-Frage zu bringen, richtete ich in der der Eröffnung nachgefolgten Konversation Frage an Dobrovič, ob er nicht glaube, daß Besitz Saloniks bulgarischer Regierung Rolle in rumänischer Frage wesentlich erleichtern dürfte. Dobrovič gab dies zu, fing aber, sobald ich dieses Sujet berührte, sofort erregt von unerhörten Forderungen Rumäniens zu reden an, welche so exorbitant geworden, daß ernste Verhandlungen unmöglich; man hoffe hier — fügte er hinzu —, daß wir mäßigend in Bukarest einwirken würden, und Herr Geschoff werde mich jedenfalls darum ersuchen. Ich antwortete auf letztere Bemerkung im Sinne meiner Instruktionen und riet dringend möglichstes Entgegenkommen. Den Konseilspräsidenten schien Mitteilung sehr zu interessieren und mußte ich ihm speziell Passus betreffend unsere Annahme, daß „saturiertes Bulgarien nur seine eigenen Interessen verfolgen wird", und jene, daß wir eventuell „zur Wahrung unserer Interessen hinsichtlich Saloniks in anderer Weise Stellung zu nehmen gezwungen wären", zweimal genau wiederholen. Herr Geschoff konstatierte, daß ich ihm bereits einmal unsere Unterstützung bezüglich Saloniks in Aussicht gestellt hätte, jedoch unter Bedingung formeller Erklärung über politische Richtung Bulgariens, die er nicht habe abgeben können; jetzt stellten wir diese Bedingung nicht und verlangten blos Garantien ökonomischer Natur, was Konseilspräsidenten ermögliche, aufgeworfener Frage näher zu treten. Er werde sie auch gleich dem Ministerrate vorlegen, möchte aber mit Antwort Rückkehr Herrn Danews, der Montag Sofia eintreffen solle, abwarten. Über unsere Desiderata, die ich Herrn Geschoff im Sinne hohen Telegrammes Nr. 45 bekanntgab, erbat er sich eine kleine Aufzeichnung, die ich ihm, um Mißverständniss zu vermeiden, seither zur Verfügung gestellt. Ich zog vor, in diesem Promemoria zu erwähnen, worin unsere sonstigen, von der Frage Saloniks unabhängigen, mit Danew in Budapest besprochenen wirtschaftlichen Wünsche bestehen. Die rumänische Frage, von der ich erwartete, daß Konseilspräsident — wie mir das Dobrovič in Aussicht stellte — sprechen würde, berührte ich mit keinem Wort. Herr Geschoff hat entweder momentan vergessen, auf dieses Sujet zu kommen, oder wollte er es nicht spontan tun und

ich gab ihm keine Gelegenheit; oder will er auch damit auf Rückkehr Herrn Danews warten. Sowohl Herrn Geschoff als Dobrovič gegenüber betonte ich streng vertraulichen Charakter meiner Eröffnung. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 5700, 6077. — [b]) Chiffre fehlt.

Nr. 5638. Tel. aus Berlin, 1. Feb. 1913 Nr. 70 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Streng vertraulich. Noch vor Empfang Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 136 von gestern erzählte mir heute Unterstaatssekretär, dass Herr von Tschirschky die Mitteilungen, welche Euer Exzellenz ihm über die Mission des Prinzen Hohenlohe nach Petersburg gemacht haben, telegraphisch hieher berichtet hat. Herr von Zimmermann versicherte mir, dass er und der Staatssekretär es ebenso wie Euer Exzellenz für sehr wünschenswert halten, dass durch die Herstellung eines persönlichen Kontaktes zwischen beiden Herrschern die bestehenden politischen Differenzen zwischen Wien und Petersburg möglichst beigelegt werden. Szögyény.

Nr. 5639. Tel. aus Berlin, 1. Feb. 1913 Nr. 71 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Vertraulich. Im Auftrage des Staatssekretärs teilt mir Unterstaatssekretär mit, dass König Nikolaus von Montenegro schon vor einigen Tagen durch den deutschen Gesandten in Cetinje hier die Bitte vorbringen liess, Kaiser Wilhelm dringend zu ersuchen, in Betreff der Skutarifrage in Wien zu intervenieren, da nach seiner, König Nikolaus, voller Überzeugung, wenn den Wünschen des Landes in dieser Frage nicht entsprochen würde, seine und seiner Dynastie Existenz auf das Höchste gefährdet wäre. Herr von Eckardt habe dieses Ansuchen des Königs hauptsächlich aus dem Grunde warm befürwortet, da auch nach seiner Meinung, wenn in der Skutariangelegenheit keine entsprechenden Konzessionen gemacht würden, mit der Gefahr der Vertreibung der Dynastie ganz ernstlich gerechnet werden müsse. Dem Gesandten sei geantwortet worden, er möge König Nikolaus erwidern, dass Höchstdessen Bitte Kaiser Wilhelm gar nicht vorgelegt wurde, da es ganz selbstverständlich sei, dass Seine Majestät ihr gewiss nicht willfahren würde, nachdem Höchstderselbe auf seinen österreichisch-ungarischen Bundesgenossen, dessen Politik der Kaiser nach wie vor vollkommen unterstütze, in keiner Weise eine Pression auszuüben gesonnen sei. Gestern sei ein neuerliches Telegramm des deutschen Gesandten in Cetinje eingetroffen, in welchem er im Auftrage des Königs die Frage stellte, ob er, Eckardt, nach Wien fahren dürfe, um in dieser Angelegenheit mit dem kaiserlich deutschen Botschafter zu konferieren und auch allenfalls bei Euer Exzellenz vorzusprechen. Auch diese Anfrage sei verneinend beantwortet worden. Szögyény.

Nr. 5640. Tel. aus Berlin, 1. Feb. 1913 Nr. 72 (eing. 10 U. p. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 132[b]) von gestern. Unterstaatssekretär sagte mir, Fürst Lichnowsky melde, dass das Kompromiss

in der albanesischen Delimitationsfrage nach seiner Ansicht kaum zustandekommen könne, da die in Aussicht genommenen Kompromissvorschläge mit dem von Euer Exzellenz festgehaltenen Standpunkt schwer vereinbart werden könnten. Herr Zimmermann wirft die Frage auf, ob es vielleicht nicht doch noch möglich wäre, dass Euer Exzellenz einige Konzessionen dem russischen Standpunkt machen könnten. Ich habe Unterstaatssekretär darauf aufmerksam gemacht, dass Hochdieselben eventuell der Zuweisung des orthodoxen Klosters Visuki Dokani[c] an Montenegro und sogar im äussersten Falle Prisrens an Serbien zustimmen würden. Es seien dies zwei Punkte, für welche Russland stets ein reges Interesse kundgegeben habe.

Szögyény.

[a] Vgl. n. 5664. — [b] Mit Tel. Nr. 132, 30. Jan. 1913 (chiffr. 10 U. 45 M. p. m.) wurden n. 5597 und n. 5609 von „Bezüglich eines" bis „Zweifel steht" nach Berlin mitgeteilt. — [c] Visoki Dečani.

Nr. 5641. Tel. aus Berlin, 1. Feb. 1913 Nr. 73 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Antwort auf Telegramm Nr. 131 von gestern. Die der italienischen Regierung zugekommenen Nachrichten, wonach Russland sich mit dem Gedanken trage, die Meerengenfrage in nächster Zeit einer Lösung zuzuführen, sind bisher von Rom hieher nicht gemeldet worden und nur Herr von Tschirschky hat, wie mir Unterstaatssekretär erzählte, über die einschlägigen Unterredungen mit Euer Exzellenz Bericht erstattet. Herr Zimmermann teilt Euer Exzellenz Meinung, daß das Schicksal der Meerengen für die Machtverhältnisse im Mittelmeere von der allergrößten Bedeutung sei. Vorerst müsse jedenfalls klargestellt werden, in welcher Weise Russland das Meerengenproblem zu lösen beabsichtige, und die Schlußfassung müßte im engen Einvernehmen der Dreibundmächte erfolgen.

Szögyény.

Nr. 5642. Tel. aus Berlin, 1. Feb. 1913 Nr. 74 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Bezug auf Telegramme Nr. 130, 133, 134, 135 und 137.[a] Unterstaatssekretär sagte mir, dass er und der Staatssekretär der Meinung seien, dass die türkische Antwortnote im ganzen entgegenkommender sei als erwartet wurde. Sie hätten es daher nützlich gefunden, deutschen Gesandten in Sofia anzuweisen, der bulgarischen Regierung Ruhe und Mässigung anzuraten und ihr zu erklären, dass die deutsche Regierung glaube, dass auf Basis dieser Antwort noch weitere erfolgreiche Verhandlungen, insbesonders Adrianopel betreffend, mit der Türkei geführt werden könnten. Herr von Tschirschky sei beauftragt, hievon Euer Exzellenz zu verständigen.

Szögyény.

[a] Mit Tel. Nr. 130, 30. Jan. 1913 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.) wurden n. 5591, mit Tel. Nr. 133, 31. Jan. 1913 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.) n. 5606, mit Tel. Nr. 134, 31. Jan. 1913 (chiffr. 11 U. 55 M. p. m.) n. 5607, mit Tel. Nr. 135, 31. Jan. 1913 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.) n. 5608, mit Tel. Nr. 137, 31. Jan. 1913 (chiffr. 11 U. 10 M. p. m.), n. 5626 und n. 5627 nach Berlin mitgeteilt.

Nr. 5643. Bericht aus Bukarest, 1. Feb. 1913 Nr. 12 A (eing. 3. Feb.). Ausfert.

Vertraulich. Gestern abends suchte mich mein russischer Kollege auf und teilte mir mit, dass Herr Maioresco ihm neue Eröffnungen bezüglich der Regelung des bulgarischen Grenzstreites gemacht hätte. Es sind diess dieselben, welche den Gegenstand meines gehorsamsten Chiffretelegrammes Nr. 31 bildeten. Trotzdem er — Schebeko — von seiner Regierung den Auftrag erhalten hätte, einer eventuellen Diskussion mit Herrn Maioresco über die Abtretung von Silistria auszuweichen, nachdem man in St. Petersburg nicht geneigt sei, auf diesen Wunsch Rumäniens einzugehen, so habe er sich doch auf eine diesbezügliche Konversation eingelassen, da der Vorschlag einer Teilung der Stadt Silistria einen Ausweg darstelle, der noch nicht vorgebracht worden war. Wenn er auch nicht glaube, dass diese vom Herrn rumänischen Ministerpräsidenten ins Auge gefasste Lösung in Bulgarien gebilligt werden wird, und ihm dieselbe auch praktisch für undurchführbar erscheine, so liege in derselben doch der Beweis des hier herrschenden redlichen Willens, zu einer friedlichen Lösung zu gelangen. Es sei aber sehr bedauerlich, dass das Wort Silistria sowohl auf der rumänischen als auf der bulgarischen Seite zum Schlagworte wurde und die gesamte öffentliche Meinung diejenige Partei als die siegreiche betrachtet, deren Besitzstand in Zukunft diese an und für sich belanglose Stadt bilden wird. Schliesslich stellte Herr Schebeko an mich die Frage, ob ich glaube, dass die rumänische Regierung sich nicht mit der Linie Silistria — Kap Kali Kara[a]) mit Ausschluss der Stadt Silistria zufrieden geben würde, nachdem doch die dominierenden Höhen bereits zediert seien und der Verzicht auf die Hälfte der Stadt die vollkommene Aufgabe derselben zu präludieren scheine. Ich antwortete meinem russischen Kollegen, dass ich nicht dieser Ansicht sei, vielmehr der Meinung zuneige, dass bei Ausschluss Silistrias die Zessionsgrenze mindestens unterhalb Kavarna endigen müsste; ein derartig formulierter Vorschlag Bulgariens würde meiner unmassgeblichen Meinung nach — falls er in den allernächsten Tagen erfolgte — Aussicht haben, von den zum Frieden geneigten Faktoren, vor Allem von Seiner Majestät dem Könige, vielleicht in Erwägung gezogen zu werden und auch eine gewisse Chance besitzen, zur Annahme zu gelangen. Es liege aber in diesem Falle die ernste Gefahr vor, dass die Annahme eines derartigen Vorschlages eine solche tiefgehende Meinungsverschiedenheit im Schosse des Ministeriums und der Kammer hervorriefe, dass darüber die Regierung zu Fall käme, was die Übernahme der Regierung durch die Liberalen zur Folge haben müsste, die wie allgemein bekannt, vor einer kriegerischen Austragung der Angelegenheit nicht zurückschrecken. Man müsste sich auch fragen, ob Seine Majestät der König bei der heutigen gereizten Volksstimmung und bei der Ungeduld der Armee, aktiv einzugreifen, noch über die nötige Autorität verfüge, um Seinen Willen durchzusetzen, falls Er einen Ausgleich mit Bulgarien ohne Silistria zu schliessen bereit wäre. Schliesslich machte ich Herrn Schebeko darauf aufmerksam, dass jede Zurücknahme einer bereits gemachten Konzession seitens Bulgariens hier als ein ausnehmend provokatorisches Vorgehen betrachtet werden würde, darnach angetan,

die gefährlichsten Folgen nach sich zu ziehen, und dass jede weitere bulgarische Verschleppungstaktik die Situation zu einer unhaltbaren machen müsste. Wünsche seine Regierung eine friedliche Abwicklung der Angelegenheit, so sei es daher geboten, in Sofia zur möglichsten Beschleunigung der Verhandlungen nachdrücklichst einzuraten. Ich fügte meinen Ausführungen hinzu, dass ein halbwegs annehmbares Angebot Bulgariens heute noch die Möglichkeit böte, angenommen zu werden, falls es nur in den allernächsten Tagen eintreffe; je länger aber mit einem solchen gezögert werde, desto schwieriger würde es den hiesigen leitenden Stellen werden, dasselbe der Öffentlichkeit als akzeptable darzustellen. Herr Schebeko, der persönlich noch immer willens zu sein scheint, eine für Rumänien günstige Lösung der rumäno-bulgarischen Differenz zu finden, gab die Stichhältigkeit meiner Ausführungen zu und wollte in diesem Sinne nach St. Petersburg berichten. Ich glaube jedoch nicht fehlzugehen, wenn ich annehme, dass russischerseits das Bestreben, sich Rumänien nützlich zu erweisen und sich seinen Dank zu verdienen, in der letzten Zeit stark abgenommen hat. Man dürfte an der Sängerbrücke zu der vollkommen begründeten Erkenntnis gelangt sein, dass ein unbefriedigtes Rumänien, welches wegen der schwächlichen und erfolglosen, daher ungenügenden Unterstützung, die es bei den Zentralmächten gefunden zu haben glaubt, tief enttäuscht und missgestimmt ist, bedeutend leichter von seiner langjährigen und sich als unfruchtbar erwiesenen Dreibundpolitik abzuziehen sein wird, als wenn es auch dank dem Einflusse Russlands in seinen Revindikationen nahezu voll befriedigt worden wäre. Eine solche russische Unterstützung wäre hier als eine selbstverständliche Kompensation für den seinerzeitigen Verlust Bessarabiens betrachtet worden. Nun ist es jedenfalls für die russische Politik auch mit Hinblick auf Bulgarien viel praktischer, in Bukarest den Beweis zu erbringen, dass eine noch so intime Freundschaft mit den Zentralmächten, vornehmlich mit Österreich-Ungarn, zu keinem irgendwie gearteten Erfolg führen kann, wenn Russland denselben nicht wünscht. K. E. Fürstenberg.

[a] Richtig Kali Akra.

Nr. 5644. Tel. nach London, 1. Feb. 1913 Nr. 142 (chiffr. 10 U. 40 M. p. m.).[a] Konz. (S. Schreibmaschine; V. Nemes; G. Berchtold).

Von den im Schreiben Sektionschef Ippens an Generalkonsul Rappaport vom 29. v. M.[b] ausgeführten Möglichkeiten einer Modifikation der bisher ins Auge gefaßten Nordgrenze Albaniens habe ich mit Interesse Kenntnis genommen. Hinsichtlich der Abtretung eines Teiles des Gebietes am rechten Bojanaufer an Montenegro deckt sich Ippens Vorschlag im großen und ganzen mit dem in meinem Telegramme Nr. 126 vom 28. v. M. sub 3) angeführten Zugeständnisse. Bezüglich einer Zession der Stämme Gruda und Hoti ist es seinen sachkundigen Bemühungen, soweit überhaupt möglich, gelungen, eine abgerundete Delimitierung ausfindig zu machen, doch hege ich hiegegen (und noch mehr natürlich gegen die Überlassung der Kastrati an Montenegro) das Bedenken, daß es für die Zukunft des albanischen Nationalstaates gefährlich wäre, wenn schon bei seiner Entstehung die

Abbröckelung der Malissorenstämme fortgesetzt würde, welche leider auf dem Berliner Kongresse eingeleitet worden war. Ich möchte daher vorläufig auf der Zugehörigkeit von Hoti und Gruda zu Albanien bestehen und einer Überlassung dieser beiden Stämme (jedoch ohne Kastrati) erst dann zustimmen, wenn man sich russischerseits mit den bisher in Aussicht genommenen Konzessionen nicht zufrieden geben sollte. Was Djakova betrifft, so erblicke ich in dieser Stadt das politische und wirtschaftliche Zentrum der mohammedanischen Malissoren, auf deren Erhaltung ich ein umso größeres Gewicht lege, als diese Stämme berufen erscheinen, das natürliche Bollwerk Albaniens gegen das Serbentum darzustellen. Überdies ist Djakova jener Punkt Nordostalbaniens, wo der nationale Gedanken die größte Verbreitung gefunden hat. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 5664. — [b]) Das Schreiben enthält Vorschläge Ippens bezüglich weiterer Konzessionen an Montenegro bei Skutari, sowie eventuelle Abtretung der Kaza Djakova.

Nr. 5645. Tel. aus London, 1. Feb. 1913 Nr. 101 (eing. 10 U. p. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 140 von heute. Ich habe bei Réunion deutschen und italienischen Kollegen gesprochen. Instruktionen des Ersteren waren allerdings ziemlich divergierend von den meinen; wir brachten aber die Standpunkte unserer Regierungen bei der Réunion so vor, dass der Gegensatz nicht ersichtlich war. Ich betonte, dass nach Ansicht Euer Exzellenz türkische Note günstiger wäre, als man erwarten konnte, dass unseren Ratschlägen darin eben nicht in vollem Umfange Folge gegeben werde und dass die Großmächte der Türkei jeden künftigen Beistand davon abhängig machen müssten, dass die in der Kollektivnote enthaltenen Ratschläge befolgt werden. Italienischer Kollege schloss sich mir im Allgemeinen an und betonte Wunsch seiner Regierung zur Wahrung der Neutralität und des Zusammengehens der Mächte, dem ich mich wieder anschloss. Russischer und französischer Kollege waren noch ohne Instruktionen ihrer Regierungen. Fürst Lichnowsky sprach Ansicht seiner Regierung dahin aus, dass die Türkei durch Zession des rechten Ufers der Maritza eine merkliche Konzession mache und den stets in den Vordergrund gestellten bulgarischen Wünschen bezüglich strategischer Stellung Rechnung trage. Deutsche Regierung habe infolgedessen in freundschaftlicher Weise in Sofia geraten, die türkische Antwort in wohlwollendem und konziliantem Sinne aufzunehmen. Französischer Botschafter machte aufmerksam, dass nach türkischer Note die ganze Stadt Adrianopel türkisch bliebe und eigentlich nur die Eisenbahnstation zediert würde. Aus der folgenden allgemeinen Konversation ging hervor, dass nach den uns gemachten Äußerungen der Delegierten, namentlich Herrn Venizelos', auf ihren Wunsch zur Wiederaufnahme der Feindseligkeiten geschlossen werden muss. Dies hindere aber nicht, dass auf Grundlage der türkischen Note weiter verhandelt werden könne und diese Verhandlungen auch nach Wiederbeginn der Feindseligkeiten fortgesetzt würden. Sir E. Grey sagte uns, er erwarte den Abschiedsbesuch Herrn Danews und werde demselben als seine persönliche Ansicht

Folgendes sagen: „Il a toujours été entendu que la Bulgarie tout en réclamant la cession de la ville d'Andrinople était disposée à accorder à la Turquie des conditions spécialement de nature à sauvegarder le prestige de la Turquie et à donner satisfaction à ses susceptibilités relativement aux tombeaux et aux mosquées. La réponse de la Porte aux Puissances est un pas en avant qui semble fournir à la Bulgarie une occasion de déclarer à la Porte les conditions qu'elles serait prête à concéder à la Turquie pour le réglement de la question d'Andrinople." Sir E. Grey télégraphiera au ministre d'Angleterre à Sophia de se prononcer dans le même sens, si ses collègues reçoivent des instructions analogues. Mensdorff.

[a]) Oe. U. Balkan 144 Nr. 266. Vgl. n. 5647, 5665 Anm. a, 5668 Anm. b.

Nr. 5646. Tel. aus London, 1. Feb. 1913 Nr. 102 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Herr Danew überreichte mir soeben ein bulgarisches Memorandum bezüglich der künftigen Grenzen Albaniens, das ich heute per Depeschenkasten vorlege. Herr Danew sagte mir vertraulich, wenn sich dieses Schriftstück auch ostensibel hauptsächlich gegen das Memorandum der Albanesen richte, es doch zwischen den Zeilen entnommen werden könne, dass damit den serbischen Prätensionen entgegengetreten wird. Nachdem darin auch Dibra für Bulgarien verlangt wird, machte ich Herrn Danew aufmerksam, dass nach unserer Ansicht Dibra unbedingt zu Albanien gehören müsse. Er meinte, es handle sich um den Ort Dibra, den anliegenden Bezirk würde er nicht verlangen. Es könne ja nur günstig sein, wenn die Grenze zwischen Bulgarien und Albanien eine ausgedehnte würde; weitere Aspirationen auf Albanien werde ja Bulgarien nie haben etz. Er wird diese Argumente ohne Zweifel bei Euer Exzellenz vorbringen. Auf Ochrida und Struga besteht Bulgarien in dem Memorandum unbedingt, und Herr Danew hatte uns schon vorige Woche erklärt, dass diese Orte jedenfalls bulgarisch werden müssten. Mensdorff.

Nr. 5647. Tel. aus London, 1. Feb. 1913 Nr. 103 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Herr Danew sagte mir, er habe vom bulgarischen Gesandten in Wien sehr erfreuliche Nachrichten über dessen Gespräch mit Euer Exzellenz erhalten. Er schien frappiert von Hochdero Andeutung, Bulgarien möge Konzessionen an Rumänien machen, die eventuell erst in Kraft treten würden, wenn Besitz Adrianopels und Saloniks für Bulgarien gesichert wäre. Die Sprache Sir E. Greys — mein Telegramm Nr. 101 von heute — schien Herr Danew recht gut aufzunehmen. Er gab mir zu, dass türkische Antwortnote doch günstiger sei als man erwarten konnte, wenn auch nicht für Bulgarien annehmbar. Ich machte ihn aufmerksam, dass er selbst ja immer von Konzessionen bezüglich Moscheen und mohammedanischen Kultusstätten gesprochen habe, was er nicht verneinte. Ich hatte den Eindruck, er würde weitere Verhandlungen mit Türkei nicht ablehnen, wenn auch inzwischen Feindseligkeiten erneuert werden. Mensdorff.

Nr. 5648. Tel. aus London, 1. Feb. 1913 Nr. 104 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Fürst Lichnowsky sagte mir, dass er aus der letzten Unterredung mit Sir E. Grey über die albanesische Grenzdelimitation zu entnehmen glaube, dass Russland seine Forderung auf Djakova werde fallen lassen. Bezüglich linken Bojanaufers zeigte sich deutscher Botschafter dem Staatssekretär gegenüber ganz intransigent und er glaubt hoffen zu können, dass Forderung auf Cedierung der dortigen Ebene auch zurückgezogen werden kann, allerdings wenn wir Einverleibung eines Teils der Malissorenstämme an Montenegro concedieren würden. Ich sagte meinem deutschen Kollegen, dass ich dies nicht für möglich halte. Überrascht war mein deutscher Kollege dadurch, dass Staatssekretär für Überlassung Dibras an Bulgarien eintrat. Graf Benckendorff sagte mir heute, er hoffe aufrichtig, wir würden bezüglich Albaniens „noch etwas hergeben" und meinte, Herr Sazonow habe ihm wiederholt telegraphiert, er habe die Äusserungen des Grafen Thurn in dem Sinne aufgefasst, dass, falls Russland Skutari concediere, wir „irgend etwas in der Nachbarschaft" concedieren würden. Ich erwiderte, dass ich nie von einer derartigen Absicht in Wien etwas gehört habe und vermute, dass es sich höchstens um die Ebene von Ipek hätte handeln können.

Mensdorff.

Nr. 5649. Bericht aus Paris, 1. Feb. 1913 Nr. 11 A (eing. 3. Feb.). Ausfert.

Herr Jonnart ist in seinem Amte noch so neu, dass er begreiflicherweise über die politische Lage noch sehr wenig orientiert ist. Unter diesen Umständen ist er in seinen Äusserungen natürlich sehr vorsichtig. Beim ersten Diplomatenempfang, den der neue Minister abhielt, vermied er es ängstlich in Details einzugehen. Seine Erklärungen allgemeiner Natur kann man aber als befriedigend bezeichnen. Er betonte die Friedensliebe Frankreichs und den Wunsch der hiesigen Regierung das volle Einvernehmen der Grossmächte aufrechtzuerhalten. Er sprach auch die Hoffnung aus, dass die vertrauensvollen und auf gegenseitiger Achtung beruhenden guten Beziehungen zwischen unseren beiden Regierungen fortbestehen und sich weiter entwickeln werden. An gutem Willen seinerseits werde es sicher nicht fehlen. Ich erwiderte diese Erklärungen mit ähnlichen freundlichen Phrasen, lenkte aber gleichzeitig die Aufmerksamkeit Herrn Jonarts darauf, dass die Haltung der hiesigen öffentlichen Meinung und speziell der französischen Presse die Aufrechthaltung dieser guten Beziehungen nicht eben erleichtern. Der Minister stimmte mir hierin zu und sagte er habe gleich bei seinem Amtsantritt den Vertretern der Presse gesagt, dass die gegen die Monarchie gerichtete systematische und ungerechtfertigte Hetze ihm nicht am Platz zu sein scheine. Speziell Herrn Tardieu habe er eine grössere Mässigung angeraten. „Tardieu hat sich in einem gewissen Sinne verrannt und sollte trachten, langsam eine Schwenkung vorzubereiten." Beim Temps sei übrigens, meinte der Minister auch betreffs der inneren Politik eine gewisse Disciplinlosigkeit eingerissen. Verschiedene ältere Redacteure seien ausgetreten und die jüngeren Elemente haben die Oberhand bekommen.

Herr Hebrard habe seine Leute nicht mehr ganz in der Hand. Ich machte den Minister darauf aufmerksam, dass er umso grösseres Interesse habe die intempéries de langage Herrn Tardieus einzuschränken als diese Zeitung speziell im Auslande noch immer für das Sprachrohr des Quai d'Orsay gelte. Szécsen.

Nr. 5650. Bericht aus Paris, 1. Feb. 1913 Nr. 11 D (eing. 3. Feb.). Ausfert.

Vertraulich. Sir F. Bertie, mit welchem ich kürzlich die Lage besprach, missbilligt natürlich entschieden den in Constantinopel eingetretenen Regierungswechsel, ist aber auch auf die Alliirten nicht gut zu sprechen. „Herr Danew, sagte er mir, und auch Herr Theodoroff haben sehr viel Unsinn gesprochen. Wenn Herr Danew wegen der Übernahme eines entsprechenden Teiles der türkischen Staatsschuld Schwierigkeiten macht, so riskiert er, sich das Wohlwollen der Grossmächte ganz zu verscherzen. England, Frankreich, Deutschland und auch Österreich-Ungarn sind in dieser Frage stark interessirt und werden jedenfalls die Interessen der türkischen Staatsgläubiger zu wahren wissen". Ich frug Sir Francis, was er von den Gerüchten über eine mögliche Intervention in Armenien halte? Er meinte, es werde wohl nicht dazu kommen. Die französische Regierung thue ihr Möglichstes, um Russland von einem solchen Schritte zurückzuhalten. „Für uns, sagte der Botschafter, wäre eine russische Action in Klein-Asien eine sehr ernste Sache, denn wir sind durch den Cypern-Vertrag gebunden und müssten eigentlich der Türkei militärische Hilfe leihen. Man dürfte dies in St. Petersburg nicht vergessen haben. Sazonow möchte gerne ein europäisches Mandat bekommen, um in der Türkei Ordnung zu machen, respective den Frieden zu dictiren, doch glaube ich nicht, dass man geneigt wäre, ihm ein solches Mandat zu geben". Betreffs der französischen Prätensionen in Syrien sagte mein englischer College: „Wir haben hier erklärt, dass wir in jenen Gegenden keine territorialen Aspirationen haben und die Erhaltung des status quo wünschen, es ist uns aber nie eingefallen, dort spezielle Vorrechte oder Ansprüche Frankreichs anzuerkennen. Sollte es je dort zu Territorial-Änderungen kommen, so hätten wir ein gewichtiges Wort mitzureden. Mit Hinblick auf unsere Stellung in Egypten könnte uns eine Etablirung Frankreichs in Syrien absolut nicht conveniren". Hinsichtlich der Insel-Frage wiederholte mir der englische Botschafter, dass es für England ziemlich gleichgiltig sei, ob die Inseln türkisch oder griechisch seien. England könne aber nicht dulden, dass eine andere Grossmacht dort Fuss fasse. „Wenn Jemand anderer sich eine Insel nimmt, müssten wir auch unsere Ansprüche anmelden." Zum Schlusse der Conversation frug ich Sir F. Bertie, wie es mit den Verhandlungen betreffs der Internationalisirung Tangers stehe. Der Botschafter meinte, dieselben gingen sehr langsam vorwärts. Es sei eine Specialität der französischen Regierung, Concessionen zu machen und dieselben dann wieder zurückzuziehen. England werde aber das französische Protectorat in Marokko insolange nicht anerkennen, bis Tanger nicht wirklich internationalisirt sei. In dieser Frage kämpfe übrigens England für das Interesse aller Signatarmächte von Algesiras.

Sir Francis Bertie hat eine scharfe Zunge und spricht seine Meinung meist recht unumwunden aus, ich hatte aber, selbst wenn man das Temperament meines englischen Collegen in Rechnung stellt, doch die Impression, dass in den Beziehungen Englands zu den zwei anderen Entente-Mächten gewisse Reibungen zu bestehen scheinen, denen man zwar keine übertriebene Bedeutung beimessen darf, die aber immerhin symptomatisch sind. Szécsen.

Nr. 5651. Tel. aus Rom, 1. Feb. 1913 Nr. 67 (eing. 2. Feb. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Türkische Antwortnote erscheint dem Minister des Äussern günstiger, als er eigentlich erwartet hätte. Er vermutet, dass die Türkei bezüglich Adrianopels noch nachgeben werde, falls sie die Inseln behalte und ihr die Mächte hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Desiderata eine — wenn auch mehr akademisch als materiell befriedigende Zusage machen. In diesem Sinne und mit dem Auftrag, sich mit den Dreibundkollegen zu verständigen, wurde Marquis Imperiali instruiert. Mérey.

[a] Vgl. n. 5606, 5607.

Nr. 5652. Tel. nach St. Petersburg, 1. Feb. 1913 Nr. 112 (chiffr. 6 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. u. G. Hoyos).

Erhalten Euer Excellenz Telegramm Nr. 30 von gestern. Prinz Hohenlohe kann erst Dienstag den 4. d. Mts. 9 Uhr vormittags mit dem Nordexpress in Petersburg eintreffen. Ich ersuche Euer Excellenz einen Herrn der Botschaft an die Bahn zu entsenden, der das Allerhöchste Handschreiben[a] gleich nach Ankunft des Prinzen übernehmen und Herrn Sazonow, welcher bis 2 Uhr nachmittags in Zarsko Zelo sein wird, behufs Unterbreitung an Höchster Stelle dorthin überbringen müsste. Euer Excellenz wollen russischen Minister des Aeussern mitteilen, dass Prinz Hohenlohe seiner Einladung zum Diner am Mittwoch den 5. d. Mts. gerne Folge leisten wird.

[a] Vgl. n. 5653, 5675, 5679.

Nr. 5653. Handschreiben Kaiser Franz Josef I. an Kaiser Nikolaus II. von Rußland, 1. Feb. 1913.[a] Konz. (S. Berchtold; G. Hoyos).[b]

Il me tient à coeur dans la crise que nous traversons de m'adresser directement à Toi afin d'obvier à des malentendus qui paraissent se former en Russie au sujet de notre politique et de prévenir partant des conceptions qui pourraient devenir préjudiciables aux bonnes relations heureusement établies entre nos pays. C'est dans cette intention que j'ai chargé le Prince Godefroi de Hohenlohe-Schillingsfürst, allié à ma maison qui T'est personellement connu du temps de son séjour en Russie, de se rendre à St. Pétersbourg pour Te remettre cette lettre et se faire l'interprête auprès de Toi de mes sentiments d'immuable amitié pour Ta personne. Il m'a été pénible d'apprendre que la politique de mon Gouvernement qui a été dès le début inspiré par le désir de ne pas ajouter de nouveaux troubles aux boulever-

sements dont les Balkans sont devenus le théâtre, a donné lieu à des interprétations erronnées en Russie. Si nous nous sommes abstenus de toute immixtion dans le conflit, si nous avons répondu à l'appel des Puissances à traiter en commun des problèmes où nous étions les plus intéressés, si, enfin, au cours de ces délibérations nous nous sommes laissés guider par un esprit de conciliation — cela a été dû en première ligne à notre souci d'éviter toute cause de mésintelligence entre les deux Empires. Tu n'es pas sans savoir quelle lourde responsabilité pèse sur nous quand il s'agit de sauvegarder les intérêts de nos peuples en face de crises politiques qui se déroulent à proximité de nos frontières. Ce serait manquer à notre sacrée mission que de ne pas tenir compte des répercussions que de pareilles évolutions peuvent produire sur nos pays. Si dans la crise présente, je me suis appliqué de concilier cet impérieux devoir avec le souci du maintien des rapports amicaux avec la Russie j'aime espérer que Tu sauras gré de mes efforts de cultiver avec la bonne harmonie entre nos peuples les grands intérêts de la paix européenne.

[a] Vgl. n. 5619, 5652, 5679, 5726 Anm. a, 5749 Anm. a, 5809. — [b] Amtsvermerk: Von Seiner Majestät genehmigt.

Nr. 5654. Bericht aus St. Petersburg, 19. Jan. 1. Feb. 1913 Nr. 4 B (eing. 3. Feb. 1913). Ausfert.

Wenn ich die momentane an der Sängerbrücke uns gegenüber herrschende Stimmung mit zwei Worten charakterisieren will, so möchte ich sagen, dass sie in Erwartung der bevorstehenden Mission des Prinzen Gottfried Hohenlohe eine zuwartend hoffnungsvollere ist. Zweifellos haben die Nachrichten, die aus der Londoner Botschafter-Réunion hieher gelangten, den politischen Barometer um einige Striche sinken lassen. Die allerdings unbegründete Hoffnung Herrn Sazonows, dass die eventuelle Einverleibung der Stadt Skutari zu Albanien, gegen die er anfangs ja auch opponierte, die letzte „russische Konzession" sein werde, hat sich als unzutreffend erwiesen und der Kampf Herrn Sazonows, der mit zwei Fronten: nämlich der massgebenden Stimmung in Russland und dem Standpunkte des Dreibunds zu rechnen hat, ist ein schwieriger geworden. Aus der Haltung des Herrn Ministers des Äussern war deutlich zu entnehmen, dass er im Falle eines diplomatischen Erfolges bei der Ostgrenzen-Bestimmung erhoffen konnte, den endgiltigen Ausgang dieser Frage wenigstens als teilweisen Erfolg seiner Politik hinstellen zu können. Der seitherige Verlauf der Botschafter-Réunion hat Herrn Sazonow gezeigt, dass er hierin zu optimistisch war und er fragt sich vielleicht nicht ohne Grund, wie er schliesslich dastehen wird, wenn die russischen Prätensionen in allen Hauptpunkten eine nach der anderen durchfallen. Es ist selbstverständlich, dass uns diese psychische Verfassung des russischen Ministers des Äussern nur insoferne interessieren kann, als dadurch entweder seine Stellung erschüttert oder ein Umschwung zur starren Intransigenz in der russischen Politik verursacht werden kann. Beide Möglichkeiten scheinen mir wichtig genug, um erwähnt zu werden. Die erstere deshalb, weil es zu optimistisch wäre

anzunehmen, dass der Erbe Herrn Sazonows die Politik fortsetzen würde, die ihn gestürzt hat, und die zweite aus dem Wesen ihrer Natur selbst. Es ist unmöglich, mathematisch auszurechnen, wann der Moment eintreten könnte, in welchem die Kriegsstimmung hier die Oberhand gewinnen würde. Unmöglich wegen der komplizierten politischen Struktur dieses Reiches, dessen Herrscher ständig wechselnden Einflüssen ausgesetzt ist, dessen parlamentarische Stimme im jungen Konstitutionalismus noch kein berechenbares Gewicht hat und wo die wichtigsten Entschlüsse so zu sagen anonym erfolgen können. Es fehlt zwar nicht an Pessimisten, die die Unmöglichkeit eines russischen Krieges, nach welcher Front immer, hervorheben, indem sie als erste Folge den Ausbruch einer Sozialrevolution an die Wand malen. Diese Stimmung beherrscht naturgemäss in erster Linie die meistinteressierten Kapitalisten und Industriellen und von dieser Seite droht dem Frieden die geringste Gefahr. Es ist aber nicht zu übersehen, dass gerade diese Klasse, die beispielsweise in Frankreich die Politik beherrscht, hier am allerwenigsten mitspricht, da sie mit den Regierenden in keiner engen Verbindung steht. Ein anderes Bild erschliesst sich Einem, wenn man die Stimmung der militärischen und eines Teiles der Hofkreise kennen lernt. Hier werden die Folgen des Krieges weniger abgewogen und spielt die Prestige-Frage eine grössere Rolle. Sie sind es auch, die, panslavistischen Einflüssen zugänglich, sich am meisten in der Rolle der Beschützer der slavischen Kleinstaaten gefallen und es ist bei ihnen nicht ausschliesslich Gefühlspolitik, wenn sie die serbischen und montenegrinischen Begehren mit den russischen Interessen verquicken, denn sie wünschen einen mächtigen Umklammerungswall an unserer Südgrenze. In dieser letzteren Konsideration liegt wohl auch die ernsteste Gefahr für eine zukünftige, vertrauensvolle Annäherung zwischen der Monarchie und Russland. Bedenkt man jedoch die Folgen, welche der Balkankrieg über kurz oder lang auch für die russische auswärtige Politik zeitigen muss, so kann man sich der Hoffnung nicht verschliessen, dass durch dieselben auch die russisch-österreichisch-ungarischen Beziehungen in günstigem Sinne beeinflusst werden dürfen. Der Machtzuwachs, den ein jeder der Balkanstaaten erfahren hat, muss mit der Zeit den überwiegenden russischen Einfluss eindämmen. Die serbischen Erwartungen auf die russische Unterstützung sind vielfach enttäuscht, Bulgarien ist vor den Toren Konstantinopels und Griechenland wird zu einer kleinen Grossmacht. Die dauernde Einigkeit der Balkanstaaten ist kaum mehr ernstlich in Betracht zu ziehen und die daraus notwendig resultierenden Gruppen mächtiger gewordener Balkanstaaten werden einer russischen Einkreisungspolitik nicht dienlich sein. Es ist daher anzunehmen, dass der Schwerpunkt der russischen Politik mehr und mehr vom Balkan auf andere Gebiete abgeleitet werden dürfte und dass der Kulminationspunkt der russischen Balkanpolitik überschritten ist. Schon jetzt beginnen sich die Blicke mehr und mehr nach Klein-Asien, Persien und dem Fernen Osten zu richten und je mehr dies geschieht, umso geringer werden unsere Reibungsflächen werden und umso eher wird sich die Gelegenheit bieten, mit Russland auf den Standpunkt der do ut des-Politik zu gelangen.

Thurn.

Nr. 5655. Bericht aus St. Petersburg, 19. Jan. 1. Feb. 1913 Nr. 4 C (eing. 3. Feb.). Ausfert.

Unsere Presse beschäftigt sich, wie ich sehe, in den letzten Tagen ganz besonders mit der Frage einer eventuellen „Sonderaktion Russlands", indem sie mit richtigem Instinkt die grossen Folgen wittert, welche ein solcher Entschluss zeitigen müsste. So weit man die Pläne an der Sängerbrücke durchschauen kann, liegt meiner Überzeugung nach keine akute Gefahr in dieser Richtung vor. Herr Sazonow hat die künftige Haltung Russlands gegenüber dem Kabinett Mahmut Schefket Paschas als neutralité pleine de soupçons bezeichnet und in diesen Worten liegt genügend Hinweis auf die nächste russische Orientierung. Im Falle des Wiederausbruches der Feindseligkeiten wird Russland gewiss nicht sofort aus seiner Neutralität heraustreten, sondern es wird ruhig abwarten, welchen Verlauf die Dinge nehmen. Trifft die Vermutung Herrn Sazonows zu, dass sich die Alliierten auf einen Angriff gegen Adrianopel beschränken dürften, und dass mit dem baldigen Falle dieser Stadt der Krieg automatisch sein Ende findet, so liegt für das Zarenreich kein Grund für eine aktive Politik vor. In dem Falle hingegen, dass die Türken einen entscheidenden Erfolg erzielen sollten, würde sich die Situation ändern und Russland sich gezwungen fühlen, seine Reserve zu verlassen. Es scheint fast, als ob in diesem allerdings nicht wahrscheinlichen Falle die armenische Frage, die in der letzten Zeit bereits mit Geschick für diesen Zweck präpariert wurde, dazu herhalten müsste, um eine russische Einmischung zu motivieren. Gewisse Andeutungen Herrn Sazonows, Russland könne eventuellen Unruhen in Armenien gegenüber nicht passiv bleiben, die Entsendung einer Schaar von Zeitungs-Korrespondenten in den Kaukasus und an die türkische Grenze und schliesslich auch die kürzliche Anwesenheit des Gouverneurs des Kaukasus in Petersburg lassen darauf schliessen, dass hier Alles bereit ist, um im Bedarfsfalle eine armenische Frage erstehen zu lassen. Dass dieser Bedarfsfall nicht eintreten dürfte, dafür sprechen die geringen türkischen Kriegschancen und die geringe Geneigtheit der Alliierten Russlands, in unabsehbare Konflikte hineingezogen zu werden. Thurn.

Nr. 5656. Tel. aus Sofia, 1. Feb. 1913 Nr. 82 (eing. 2. Feb. 10 U. 30 M. a. m.).[a] Entziff.

Deutscher Kollege sollte Konseilspräsidenten heute sehen und ich ersuchte ihn, Herrn Geschoff über Lage auszufragen. Ministerpräsident sagte, daß Antwort der Pforte zwar konzilianter als man erwarten konnte, Bulgarien wolle aber bezüglich Adrianopels nicht transigieren: Ganz Adrianopel müsse bulgarisch sein und einzig zuläßige Konzession wäre Einräumung des Rechtes, einen Mufti zur Bewachung türkischer Heiligtümer zu halten. Über Stand rumänischer Frage hat deutscher Gesandter ausweichende Antwort erhalten: Herr Danew und Herr Mişu hätten Protokoll über bisherige Verhandlungen unterzeichnet. Vor der Rückkehr Herrn Danews nach Sofia könnte aber Herr Geschoff über Chancen Verständigung nichts mehr sagen, als daß Absicht bestehe, die Verhandlungen in Bukarest

wieder aufzunehmen, zu welchem Zwecke bulgarische Regierung Jemanden — vermutlich nicht mehr Herrn Danew — delegieren würde. Es verlautet, daß gewesener bulgarischer Gesandter in Konstantinopel, Herr Sarafow, nach Bukarest entsendet werden soll. Ich werde Konseilspräsidenten morgen sehen. Tarnowski.

a) Oe. U. Balkan 144 Nr. 265. Vgl. n. 5601, 5606, 5607, 5658, 5669, 5690.

Nr. 5657. Tel. nach Rom, 2. Feb. 1913 Nr. 157 (chiffr. 8 U. p. m.).a) Konz. (S. Nemes auf Grund eines Vorentwurfes Berchtolds; V. Macchio; G. Nemes und Macchio).

Streng vertraulich. Mit Bezug auf mein Telegramm Nr. 143 vom 30. v. M. Geheim. Es ist mir auf geheimen Wege zur Kenntnis gekommen, daß der italienische Geschäftsträger in St. Petersburg ermächtigt worden ist, bei Herrn Sazonow den Gedanken anzuregen, daß die Dreibundmächte, falls Rußland die Dardanellenfrage aufwerfen sollte, ihre Zustimmung von der Versicherung Rußlands abhängig machen könnten, mit den Dreibundmächten für die Integrität der asiatischen Türkei einzutreten, so daß das gegenwärtige Gleichgewicht im Mittelmeere nicht zugunsten oder Ungunsten einer Großmacht verschoben werde und daß Rußland weiters die Bemühungen des Dreibundes für eine versöhnliche Lösung der Balkankrise unterstützte. Streng vertraulich. In meiner gestrigen Unterredung mit Herzog Avarna hat mir derselbe die Rückäußerung des Marquis di San Giuliano auf meine im eingangs citierten Telegramme wiedergegebene Antwort mitgeteilt bezüglich des Standpunktes der italienischen Regierung zur Frage des eventuellen Hervortretens Rußlands mit der Forderung der Freigabe der Dardanellen. Demzufolge teilt der italienische Minister des Äußern vollkommen meine Anschauung, daß es vor allem darauf ankomme, in welcher Weise Rußland gegebenen Falles die Lösung der Meerengenfrage zur Diskussion stellen werde, ob einseitig zu Gunsten Rußlands oder im Sinne der Durchfahrtsfreiheit für alle Mächte. Auch verkennt er keineswegs die Benachteiligung, die sich aus dem Erscheinen der russischen Flotte im Mittelmeere für uns und Italien ergeben würde. Nach Ansicht Marquis di San Giulianos würde dies für uns, Österreich-Ungarn und Italien, ein noch engeres Aneinanderschließen zur Folge haben. Ich habe dem Botschafter unter Hinweis auf die im Zuge befindlichen Besprechungen über eine Coopération navale erwidert, daß letzteres ohnedies erfreulicherweise der Fall sei, daß ich aber darin keine Kompensation erblicken könne gegenüber dem aus einer Neuregelung der Meerengenfrage Rußland erwachsenden Vorteil und dem sich eben daraus für uns ergebenden Nachteile. Ich habe hierauf dem Botschafter bemerkt, ich könne ihm mein Erstaunen nicht verbergen, daß die Meerengenfrage mir gegenüber von keiner anderen Seite, auch nicht russischerseits zur Sprache gebracht worden sei, und dies nur durch ihn geschehe, wo doch aus einer Neuregelung derselben für Italien nur große Nachteile erwachsen könnten. Einen ausreichenden Schutz gegen dieselben könnte ich nur in einer Neutralitätserklärung Rußlands, was seine Flotte im Mittelmeere anbelangt, erblicken; ich müsse aber diesbezüglich

mich seiner, Avarnas, Ansicht anschließen, daß eine solche Erklärung Rußlands nicht zu erreichen sein werde und im bejahenden Falle doch nur von akademischem Werte wäre, da sie im Kriegsfalle von Rußland doch nicht eingehalten werden würde. Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information und mit Ausschluß des geheim bezeichneten Alineas zur Regelung Ihrer Sprache Marquis di San Giuliano gegenüber, wobei ich zu der Hochdero geeignet erscheinenden Verwertung beifüge, daß mir die Sicherstellung des status quo in Kleinasien seitens Rußlands, welche für Deutschland weit wertvoller als für uns ist, als Kompensation für die Freigabe der Meerengendurchfahrt nicht genügend erscheint und daß ich mich mit dem Gedanken trage, meine Zustimmung zu derselben eventuell davon abhängig zu machen, daß Rußland uns am Balkan freie Hand gebe, sei es bezüglich einer Ingerenz in der Aufteilung der von den Balkanstaaten eroberten türkischen Gebiete, sei es durch Zusicherung der Neutralität in einem Konflikte mit einem oder mehreren dieser Staaten. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 5674, 5750, 5788.

Nr. 5658. Tel. aus Sofia, 2. Feb. 1913 Nr. 84 (eing. 3. Feb. 11 U. a. m.).[a]) *Entziff.*

Ich ließ Konseilspräsidenten wissen, daß ihn sehen möchte, worauf er mich soeben besuchte. Über Antwort der Pforte äußerte sich Herr Geschoff ungefähr wie (mein Telegramm Nr. 82 von gestern) zu meinem deutschen Kollegen. Ministerpräsident betrachtet Wiederaufnahme der Feindseligkeiten morgen als unvermeidlich; er erwähnte, daß russischer Gesandter bei ihm interveniert und Versöhnlichkeit geraten hätte. Großmächte scheinen nach einem Modus der Verständigung bezüglich Adrianopels zu suchen — meinte Geschoff — die einzige Konzession, die Bulgarien machen könnte, wäre — fügte er hinzu — daß ein türkischer Kommissär Heiligtümer bewachen und Garantien gegeben werden, daß Moscheen nicht in Kirchen umgewandelt. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 5667.

Nr. 5659. Tel. aus Sofia, 2. Feb. 1913 Nr. 86 (eing. 3. Feb. 9 U. a. m.).[a]) *Entziff.*

Anläßlich heutiger Unterredung mit Konseilspräsidenten fragte ich ihn, ob er meine Mitteilung bezüglich Saloniks (hohes Telegramm Nr. 44 vom 29. v. M.) dem Ministerrate bekanntgegeben und wie Eindruck gewesen. Mitredner antwortete, er glaube, dass bulgarische Regierung mit uns darüber verhandeln werde, nur möchte man vorerst mit Griechenland bezüglich jener von Bulgaren bewohnten Gebiete ins Klare kommen, die von Griechen besetzt seien und auf deren Besitz Bulgarien größten Wert lege. Auf meine Frage, ob dies so zu verstehen, dass Bulgarien, wenn es die fraglichen Gebiete bekomme, eventuell auf Salonik verzichte, antwortete Mitredner verneinend; er fügte hinzu, dass über pendente Fragen zwischen Bulgarien und Griechenland Herr Danew mit Herrn Venizelos in London verhandelt hätte, und er (Herr Geschoff) noch ohne Information und Rückkehr Danews,

der heute London verlässt, abwarten müsste. Ich bemerkte, dass wir auf unsere Eröffnung baldige Antwort wünschten; Geschoff versprach, mich nicht warten zu lassen; wenn keine definitive, wird er mir gleich nach Ankunft Herrn Danews zumindest eine prealable Antwort geben. Mein Eindruck ist, dass man hier unsere Unterstützung als äußerstes Mittel in Betracht ziehe, zuerst aber direkte Einigung mit Griechenland versuchen will.

Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 5735.

Tel. nach Berlin, 3. Feb. 1913 Nr. 142 (chiffr. 11 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 5664.

Nr. 5660. Tel. aus Bukarest, 3. Feb. 1913 Nr. 35 (eing. 5 U. 45 M. p. m.).[a]) Entziff.

Minister des Äußern suchte mich eben auf und teilte mir mit, daß, sobald Londoner Protokoll[b]) eingetroffen sein wird, er Herrn Ghika in Sofia beauftragen werde, bei Herrn Geschoff anzufragen, wo und durch wen weitere Verhandlungen geführt werden sollen, welche mit Beschleunigung beendet werden müssen. Minister betonte abermals sehr nachdrücklich, daß rumänische Regierung unbedingt auf Silistria bestehen müsste und selbst vor neuerlicher drohender Sprache nicht zurückschrecken werde. Er hatte jüngster Zeit Eindruck gewonnen, daß russische Regierung sich jetzt mit weniger Nachdruck für Rumänien einsetze als bisher. Minister hob hervor, wie günstig und im gewissen Sinne beruhigend auf hiesige öffentliche Meinung Zuziehung Herrn Mişus zu einer Botschafterréunion wirken würde, da darin wenigstens kleine Satisfaktion und Erfolg für Rumänien läge. Graf Mensdorff verfüge bestimmt über nötige Autorität und Ansehen, um diesem Wunsche Rumäniens gerecht werden zu können. Ich erlaube mir, obigen Wunsch Majorescos auf das dringendste der Berücksichtigung Euer Exzellenz zu empfehlen.

K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 5685. — [b]) Vgl. n. 5592.

Tel. nach Konstantinopel, 3. Feb. 1913 Nr. 88 (chiffr. 11 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 5664.

Nr. 5661. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 3. Feb. 1913 Nr. 92 (eing. 5 U. 45 M. p. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Wie ich von einem meiner Kollegen erfahre, hat Baron Wangenheim noch dem Kabinett Kiamil Pascha für die Unterzeichnung des Vertrages über die Metropolitain-Konzession einen Vorschuß von circa einer halben Million Pfund in Aussicht gestellt. Neue Regierung hat, wie ich Euer Exzellenz bereits gemeldet, sofort nach ihrer Konstitution Vertrag unterzeichnet, da sie auf die versprochene finanzielle Hilfe der Deutschen Bank rechnete. Nun habe die Deutsche Bank, wie ich ebenfalls meldete, über Weisung von Berlin jeden Vorschuß vor Friedensschluß verweigert. Türkische Regierung ist dadurch der letzten Hoffnung aus ihrer finanziellen Notlage herauszukommen beraubt und scheint jetzt

selbst einzusehen, daß sie nicht in der Lage sein werde, Krieg fortzusetzen. Unter diesen Umständen schiene mir die Euer Exzellenz gewiß bekannte Anregung des Berliner Kabinettes, Adrianopler Frage in der Weise zu lösen, wie es in Tripolis geschehen ist, nämlich daß in dem an Bulgarien abzutretenden Adrianopel ein Naib es Sultan (Stellvertreter des Kalifen) installiert werde, eine praktische Lösung zu sein, die vielleicht nicht ganz ohne Aussicht sein könnte, seitens der türkischen Regierung angenommen zu werden. Wie mir Herr von Giers streng vertraulich mitteilt, hat Herr Sazonow dem Grafen Benckendorff telegraphiert, daß er gegen eine solche Lösung der Frage nichts einzuwenden hätte. Pallavicini.

a) Vgl. n. 5662, 5681 Anm. a, 5692, 5728.

Nr. 5662. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 3. Feb. 1913 Nr. 94 (eing. 4. Feb. 9 U. a. m.).a) Entziff.

Zu meinem Telegramme Nr. 92 von heute. Ich erfahre von meinem deutschen Kollegen, dass er bereits mit Mahmud Schefket Pascha über die Idee eines Naib es Sultan gesprochen hat, dieser habe jedoch eine derartige Lösung als ganz undurchführbar bezeichnet. Baron Wangenheim gewann hiebei Eindruck, dass die Pforte eher für eine Lösung im Sinne der Neutralisierung der Stadt Adrianopel zu haben sein könnte, ein Gedanke, der schon Noradunghian vorgeschwebt hatte. Pallavicini.

a) Vgl. n. 5663.

Nr. 5663. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 3. Feb. 1913 Nr. 95 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Großvezir, den ich heute aufsuchte, erwähnte mir, er habe türkischen Truppen an der Tschataldja-Linie, in Gallipoli und Adrianopel Befehl erteilt, nicht früher zu schießen, als dies bulgarischerseits geschehen sei. Er sagte, daß Adrianopel sich noch über einen Monat halten könne und daß er glaube, Krieg werde bis ins Frühjahr dauern. Bei diesem Anlasse wiederholte er, keine weitergehenden Konzessionen machen zu können, als die in der Antwortnote niedergelegten; sonst könnte er (nicht)a) am Ruder bleiben und würde Regierung viel intransigenteren Elementen, wie Enver und Talaat, zufallen. Einige Äußerungen lassen mich jedoch darauf schließen, daß er in einer Neutralisierung Adrianopels (vergl. mein heutiges Telegramm Nr. 94) einen vielleicht gangbaren Ausweg erblickt.

Pallavicini.

a) Chiffre fehlt.

Nr. 5664. Tel. nach London Nr. 146 (1), Berlin Nr. 142 (2), Rom Nr. 160 (3), St. Petersburg Nr. 118 (4), Paris Nr. 103 (5) und Konstantinopel Nr. 88 (6), 3. Feb. 1913 (chiffr. 11 U. 45 M. p. m.).a) Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

1.—6. Im Verfolge meines Telegrammes vom 30. v. M.,
1. Nr. 136.

2. Nr. 132.*b*)
3. Nr. 144.*b*)
4. Nr. 103.*b*)
5. Nr. 93.*b*)
6. Nr. 81.*b*)

2. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 72 vom 1. d. M.

1.—6. Der hiesige kaiserlich deutsche Botschafter hat mich vorgestern aufgesucht und mir auftragsgemäß davon Mitteilung gemacht, daß Fürst Lichnowsky und Sir Edward Grey die unsererseits in der Frage der albanischen Nord- und Ostgrenze gemachten Konzessionen nicht für geeignet erachten, um zu einem Kompromisse zu gelangen. Herr von Jagow sei der Ansicht, es sei unter diesen Umständen schade weiterzuverhandeln, falls wir uns nicht zu einem weiteren Zugeständnisse verstehen wollten. Herr von Tschirschky brachte auftragsgemäß die Anregung vor, daß der nördlich vom Bache Benuši gelegene Teil der Seeniederung Montenegro zu überlassen wäre und daß von diesem Wasserlaufe aus die weitere Grenze in östlicher oder nordöstlicher Richtung zu verlaufen hätte. Auch bemerkte der Herr Botschafter, daß Rußland absolut auf der Zession von Djakova bestehe und sich zur Begründung auf seine dortigen kirchlichen Interessen berufe. In meiner Antwort habe ich nochmals auf die Wichtigkeit der Ebene von Skutari für die wirtschaftlichen Interessen der katholischen Malissorenstämme hingewiesen und die Bedeutung der Konzessionen betont, die wir bezüglich Ipeks und Prisrens zu machen bereit seien. Was Djakova anbelangt, verwies ich darauf, daß wir in der kürzlich Herrn von Tschirschky übergebenen streng vertraulichen Notiz eine Grenze zugestanden haben, welche auf das einzige in jener Gegend vorhandene kirchliche Interesse Rußlands dadurch Rücksicht nimmt, daß das Kloster Visoki Dečani an Montenegro fällt. Mit Rücksicht auf diesen Schritt des Berliner Kabinettes,

2. dessen Inhalt mit den in Euer Exzellenz Bericht vom 30. v. M., Nr. 3 A, wiedergegebenen Äußerungen Seiner Majestät Kaiser Wilhelms zu Hochdenselben übereinstimmt,

1.—6. habe ich mich bestimmt gefunden, in der Delimitierungsfrage noch ein weiteres, äußerstes Zugeständnis zu machen, indem ich

1. Euer Exzellenz

2.—6. Grafen Mensdorff unter einem

1.—6. ermächtige, Sir Edward Grey und Fürsten Lichnowsky mitzuteilen, daß wir — selbstverständlich unter der Voraussetzung, daß im übrigen unsere Minimalgrenze akzeptiert werde — bereit wären, der Zession an Montenegro des Gebietes der Stämme Hoti und Gruda

1. (im Sinne des in meinem vorgestrigen Telegramme Nr. 142 als äußerste Konzession ins Auge gefaßten Vorschlages Sektionschef Ippens)

1.—6. nicht aber jenes der Kastrati, Klementi, Schkreli und so weiter zuzustimmen. Hingegen liege bezüglich Djakovas aus den obenerwähnten Gründen für uns kein Anlaß vor, über die ohnehin ins Auge gefaßte Abtretung des Klosters Visoki Dečani hinauszugehen.

2. u. 3. Ich ersuche Euer Exzellenz, Vorstehendes zur vertraulichen Kenntnis

2. Herrn von Jagows zu bringen und besonders hervorzuheben, daß wir uns zu diesem für das Zusammengehörigkeitsgefühl und die wirthschaftliche Existenz der katholischen Bergstämme bedeutsamen Opfer einzig und allein aus besonderer Rücksichtnahme auf den Wunsch Deutschlands entschlossen haben, jedoch bei bestem Willen nicht in der Lage wären, weiter zu gehen.

3. Marquis di San Giuliano zu bringen.

4. Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information und eventueller Regelung Ihrer Sprache.

5. u. 6. Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information. Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 145 Nr. 268. Vgl. n. 5680, 5684, 5711, 5745. — [b]) Mit diesen Telegrammen vom 30. Jan. 1913 (chiffr. 10 U. 45 M. p. m.) wurde n. 5597 und n. 5609 mitgeteilt.

Nr. 5665. Tel. aus London, 3. Feb. 1913 Nr. 106 (eing. 4. Feb. 9 U. a. m.). Entziff.

Unter Bezugnahme auf gestriges Telegramm 143.[a]) Habe Sir E. Grey mitgeteilt, dass Euer Exzellenz den Grafen Tarnowski angewiesen haben, sich in dem vom Staatssekretär angeregten Sinne auszusprechen. Italienischer Botschafter erklärt, seine Regierung habe dieselbe Instruktion (erteilt),[b]) Graf Benckendorff, dass russische Regierung ungefähr analoge (Weisungen)[b]) nach Sofia ergehen ließ. Französischer Botschafter war ohne Nachricht, sprach aber Überzeugung aus, dass seine Regierung ebenso handeln wird. Während Réunion akademische Besprechung über die Lage ohne irgend welche Vorschläge. Es schien die Ansicht zu prävalieren, dass, falls Bulgaren mit irgend welchen Vorschlägen an die Türkei herantreten wollten, sie es am besten direkt täten. Türkische Delegierte sind noch in London. Fürst Lichnowsky sprach von rumänisch-bulgarischer Frage und wachsender Erregung in Bukarest, während Graf Benckendorff Telegramm erhalten hatte, nach welchem man sich in Rumänien wieder etwas beruhigt hätte. Réunion heute ganze kurz. Mensdorff.

[a]) Mit Tel. Nr. 143, 2. Feb. 1913 (chiffr. 6. U. p. m.) wurde nach London mitgeteilt, daß Graf Tarnowski angewiesen wurde, sich — falls die Vertreter der anderen Signatarmächte eine analoge Instruktion erhalten — bei der Sofioter Regierung in dem von Sir E. Grey angeregten Sinne (vgl. n. 5645) vernehmen zu lassen. (Vgl. n. 5668). — [b]) Chiffre fehlt.

Nr. 5666. Tel. aus London, 3. Feb. 1913 Nr. 107 (eing. 9 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Sir E. Grey wollte heute bei Réunion albanesische Grenzfrage nicht vorbringen, nachdem wir „noch nicht so weit" seien. Er hofft, dass es Donnerstag möglich sein wird. Vorher wird er noch Besprechungen mit meinem deutschen Kollegen haben. Fürst Lichnowsky sprach mir wieder von Greys Bestehen auf Dibre. Auch glaubt er, dass wir unbedingt Konzessionen bezüglich Malissorenstämme machen müssten, wenn ein Kompromiss zustandekommen soll. Ich gab meinem deutschen Kollegen alle unsere Argumente an die Hand, um beide Punkte Sir E. Grey gegenüber bekämpfen zu können. Mensdorff.

Tel. nach Paris, 3. Feb. 1913 Nr. 103 (chiffr. 11 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 5664.

Tel. nach Rom, 3. Feb. 1913 Nr. 160 (chiffr. 11 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 5664.

Tel. nach St. Petersburg, 3. Feb. 1913 Nr. 118 (chiffr. 11 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 5664.

Nr. 5667. Tel. aus Sofia, 3. Feb. 1913 Nr. 94 (eing. 10 U. p. m.).[a] Entziff.

Soeben sagte mir Konseilspräsident, dass russischer Gesandter gestern abends offiziell Frage an ihn gerichtet, ob Bulgarien bereit, Türkei gewisse Garantien bezüglich türkischer Heiligtümer in Adrianopel zu geben, insbesondere Recht einräumen, einen Kommissär dort zu haben, der türkische religiöse Interessen wahren würde. Herr Geschoff hätte diese Frage bejahend beantwortet. Aus heutiger Unterredung mit Dobrovič hatte Eindruck, dass man hier hofft und wünscht, Krieg werde nicht mehr ernst geführt werden. Er sagte, Feindseligkeiten würden nicht heute, sondern vermutlich morgen beginnen, und zwar mit Bombardement Adrianopels ohne Sturmangriff. Datum Abreise Königs ins Hauptquartier wäre noch nicht bestimmt. Tarnowski.

[a]) Oe. U. Balkan 145 Nr. 267. Vgl. n. 5658, 5668.

Nr. 5668. Tel. aus Sofia, 3. Feb. 1913 Nr. 98 (eing. 4. Feb. 10 U. a. m.).[a] Entziff.

Im Verfolge meines heutigen Telegrammes Nr. 94. Erfahre vertraulich, daß Antwort Herrn Geschoffs auf Anfrage russischen Gesandten nicht, wie mir Konseilspräsident unaufrichtig sagte, einfach bejahend sondern konditionell war, und zwar hätte bulgarische Regierung fragliche religiöse Konzessionen an verschiedene Bedingungen geknüpft, unter anderem auch sofortigen Abschluß des Friedens, die von Bulgarien verlangte Grenze und Kriegsentschädigung. Russischer Gesandter soll Herrn Geschoff gesagt haben, daß sich über bulgarische Bedingungen sprechen ließe, jedoch über Kriegsentschädigung nicht. Englischer Gesandter, der gleich mir, dem deutschen und italienischen Kollegen die im hohen Telegramme Nr. 62[b]) vom 2. d. Mts. besprochenen Instruktionen erhalten hat, ist über Démarche Herrn Nekludows höchst ungehalten, daß „Russland von Sir E. Grey angestrebtes solidarisches Vorgehen der Mächte unmöglich mache und Eindruck der Uneinigkeit Europas gebe". Es ist zwischen den beiden Diplomaten zu einer Alterkation gekommen. Englischer Kollege hat Äußerung Sir E. Greys an Herrn Danew dem Konseilspräsidenten mitgeteilt; deutscher Kollege und ebenfalls italienischer Kollege werden morgen selben Schritt machen. Herr von Below hat außerdem im Sinne seiner sonstigen Instruktionen Versöhnlichkeit und Gewährung Türkei Rechtes religiösen Kommissärs in Adrianopel zu haben, empfohlen. Habe meinen Auftrag, da si omnes lautete und da französischer und russischer Gesandter ohne

analoge Instruktionen, noch nicht ausgeführt. Es ist kaum anzunehmen, daß Herr Panafieu und Herr Nekludow diese Instruktionen noch erhalten und erbitte Weisung, ob ich mich im von Sir E. Grey angeregten Sinne aussprechen soll. Tarnowski.

[a]) Oe. U. Balkan 145 Nr. 267. Vgl. n. 5677, 5678, 5687 Anm. a. — [b]) Mit Tel. Nr. 62, 2. Feb. 1913 (chiffr. 6 U. p. m.) wurde n. 5645 nach Sofia mitgeteilt und Tarnowski angewiesen, wenn die Vertreter der anderen Signatarmächte eine analoge Instruktion erhalten, bei der bulgarischen Regierung sich in dem von Sir E. Grey angeregten Sinne vernehmen zu lassen. (Vgl. n. 5665 Anm. a.)

Nr. 5669. Tel. aus Sofia, 3. Feb. 1913 Nr. 99 (eing. 4. Feb. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Anläßlich heutiger Unterredung mit Herrn Dobrović sagte er, dass nach Unterzeichnung Protokolles momentan rumänische Frage ruhe, öffentliche Meinung in Rumänien sei aber fortgesetzt gegen Bulgarien sehr feindlich. Ich erwiderte, dass schleppende Verhandlungen dazu beitragen und baldige Lösung erwünscht, wozu Mitredner bemerkte, dass bulgarische Regierung, die in diesem Punkte uneinig, und Herr Danew, der zögernd gewesen, Fehler begangen hätten; man hätte rasche und billige Einigung erzielen können, so lange Take Jonesco in London gewesen. Nach Rückkehr Herrn Danews würden Verhandlungen in Sofia oder Bukarest wieder aufgenommen. König Ferdinand sei von Notwendigkeit gütlicher Regelung und Erhaltung Freundschaft beider Staaten überzeugt. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 5656.

Nr. 5670. Tel. aus Sofia, 3. Feb. 1913 Nr. 100 (eing. 4. Feb. 9 U. 15 M. a. m.). Entziff.

Im Verlaufe des heutigen Gespräches mit Dobrović habe ihn gefragt, ob er meine Mitteilung über Salonik (hohes Telegramm Nr. 44 vom 29. v. Mts.) König gemeldet. Mitredner antwortete bejahend und sagte, König Ferdinand habe sich für Frage und alle Details sehr interessiert, Seine Majestät meinte aber, daß gegenwärtiger Moment noch nicht geeignet, um dieser Angelegenheit näher zu treten und vor Allem müßte auch Rückkehr Herrn Danews abgewartet werden. Ich betonte, daß wir auf baldige Antwort Wert legen. Tarnowski.

Unterredung mit dem griechischen Ministerpräsidenten Venizelos, 4. Feb. 1913. Siehe n. 5754.

Nr. 5671. Tel. aus Bukarest, 4. Feb. 1913 Nr. 36 (eing. 5. Feb. 11 U. 30 M. a. m.).[a]) Entziff.

Bei heutigem Diplomatenempfang las mir Minister des Äußern Londoner Protokoll vor, hervorhebend, daß Forderung Rumäniens, Linie Turtukaja—Balcik, deshalb aufgestellt, um Möglichkeit zu haben, bis Silistria nachgeben zu können. Bulgarische Konzessionen umfassen bekannte vier Punkte russischen Vermittlungsvorschlages,[b]) jedoch ohne ausdrückliche

Erwähnung Höhe von Medjidie Tabja, vermehrt durch Dreieck, dessen Basis Küstenstrich von 6 Kilometern unterhalb Mangalias. Herr Ghika wurde beauftragt, in Sofia auf baldigste Fortsetzung der Verhandlungen zu dringen; Ort nach Wahl Bulgariens. Sollte Einigung nicht erzielbar, so erwägt Minister, Bulgarien ein Schiedsgericht zweier Mächte anzubieten. Rumänien würde Italien wählen. Minister des Äußern wäre für Beeinflußung bulgarischer Regierung, keine Verzögerung der Verhandlungen zu provozieren, dankbar. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 5592, 5704. — [b]) Vgl. n. 5349, 5352.

Nr. 5672. Tel. des Generalkonsuls Rudolf Weinzetl aus Cetinje, 4. Feb. 1913 Nr. 13 (eing. 5. Feb. 10 U. a. m.).[a]) Entziff.

Gerücht verlautet, dass Kommandant von Skutari ermordet und Besatzung wegen Übergabe verhandle. Für alle Fälle bitte ich um Instruction, ob Weisungen der Telegramme des Vorjahres Nr. 101[b]) vom 27. Oktober, 102[c]) vom 28. Oktober, letztes Alinea und 128[d]) vom 5. Dezember, Schlussabsatz aufrecht bestehen. Militärattaché fragt sich an, wie er sich einer eventuellen Einladung des Königs gegenüber, nach Skutari zu kommen, zu verhalten hätte. Meiner Ansicht nach wäre abzulehnen. Weinzetl.

[a]) Vgl. n. 5684. — [b]) Tel. Nr. 101, 27. Okt. 1912 (chiffr. 9 U. p. m.) nach Cetinje billigt eine von Giesl vorgeschlagene Reise nach Skutari nach dessen Einnahme durch die Montenegriner unter der Voraussetzung, daß sein Erscheinen nicht als Anerkennung der montenegrinischen Annexion ausgelegt werde. — [c]) Mit. Tel Nr. 102, 28. Okt. 1912 (chiffr. 1 U. 30 M. p. m.) nach Cetinje wurde in Anschluß an Tel. Nr. 101 (siehe Anm. b) die Weisung erteilt, Generalkonsul Zambaur nach Einnahme Skutaris zu fragen, ob er die telegrafische Instruktion vom 26. Okt. 1913 Nr. 95 (chiffr. 5 U. p. m.; Vermeidung aller Handlungen, welche als Anerkennung der Souveränität Montenegros ausgelegt werden könnten, und Wahrung aller der Monarchie zustehenden vertrags- und gewohnheitsmäßigen Rechte) erhalten habe, und diese, wenn dies nicht der Fall sei, ihm mitzuteilen. — [d]) Tel. Nr. 128, 5. Dez. 1912 (chiffr. 9 U. p. m.) nach Cetinje behandelt die weitere Subventionierung des Miriditenkapitäns Prenk Bib Doda durch Italien und Österreich, wenn er sich jeder Separataktion enthalte und bei der Festigung der albanischen Autonomie im Einvernehmen mit den übrigen Albanesenchefs mitwirke. „Diese Weisung ist nach Skutari bei nächster sicherer Gelegenheit an Generalkonsul von Zambaur weiterzuleiten" (Schlußsatz).

Nr. 5673. Bericht aus Paris, 4. Feb. 1913 Nr. 12 A (eing. 6. Feb.). Ausfert.

... *Schritte gegen Angriffe der französischen Presse* ... Eine erfolgreiche Beeinflussung der französischen Presse ist nur im Einvernehmen mit der hiesigen Regierung und durch dieselbe möglich. Warum war während der Annexionskrise die hiesige Presse uns nicht ungünstig gestimmt? Weil die damalige Regierung uns gegenüber eine relativ entgegenkommende Haltung beobachtete. In den letzten Wochen habe ich durch konstante Fühlungnahme mit den ernsteren Zeitungen und durch fortwährenden Druck auf Herrn Poincaré auf die Haltung der Presse, wie Euer Exzellenz bemerkt haben dürften, nicht ganz erfolglos eingewirkt, was um so schwerer war, als, wie

ich schon dargelegt habe,[a] Herr Poincaré vor seiner Wahl zum Präsidenten es nicht wagen durfte, Herrn Iswolsky irgendwie zu verstimmen. Seit dem Congresse von Versailles kann man deutlich merken, dass die hiesige Regierung, auf welche Herr Poincaré einen entscheidenden Einfluss ausübt, wieder etwas unabhängiger geworden ist. Aus verschiedenen Konversationen, die ich mit Herrn Jonnart hatte, konnte ich den Eindruck schöpfen, dass er die tendenziöse Hetze der französischen Presse der Monarchie gegenüber nicht billigt und auf dieselbe beschwichtigend einwirken möchte; leicht und rasch wird dies nicht gehn, aber wir haben, glaube ich, alle Ursache, diesem guten Willen Entgegenkommen zu zeigen und seinen Ansichten Rechnung zu tragen. Szécsen.

[a] Vgl. n. 5448.

Nr. 5674. Tagesbericht über eine Unterredung mit dem ital. Botschafter, 4. Feb. 1913 Nr. 592.[a] Konz. (S. Berchtold).

Als Antwort auf meine kürzlichen Äußerungen in Betreff der italienischerseits aufgeworfenen Frage, wie sich die Dreibundmächte zu stellen hätten gegenüber einer etwaigen russischen Initiative in Bezug auf das Meerengen-Problem, ließ mir Marchese di San Giuliano durch Herzog Avarna — welcher am 4. Februar 1913 bei mir vorsprach — mitteilen, daß bis nun diese Angelegenheit zwischen Italien und der russischen Regierung nicht erörtert worden sei. Es ließe sich aber mit ziemlicher Bestimmtheit annehmen, daß Rußland, wenn es hinsichtlich Albaniens — wie es den Anschein habe — mit einem kompletten Mißerfolge abschließen werde, entweder in der Meerengenfrage oder bezüglich Armeniens einen Vorstoß versuchen werde, um sein gefährdetes Prestige zu wahren. Sowohl Sir Edward Grey wie der italienische Geschäftsträger in St. Petersburg, Marchese Torretta, seien dieser Ansicht. Der italienische Minister des Äußern wolle mich darauf aufmerksam machen und seine Anschauung dahin formulieren, daß es vielleicht nützlich wäre, in Albanien Rußland etwas Entgegenkommen zu bezeigen, wodurch es von weiteren Plänen abgehalten werden könnte. Sollte dies aber nicht gelingen und doch die Dardanellenfrage auf die Tagesordnung kommen, würde es für Italien im Hinblicke auf die freundschaftliche Haltung, welche Rußland während des italotürkischen Krieges Italien gegenüber eingenommen hatte, wohl nicht möglich sein, Rußland ein Veto entgegenzustellen. Auch Deutschland habe sich durch Jagow dahin vernehmen lassen, daß man gegen eine Lösung der Meerengenfrage im Sinne der Freigabe der Durchfahrt an alle Mächte keine Einwendung zu erheben hätte. Für diesen Fall würde nach Ansicht des Marchese di San Giuliano ein engerer Anschluß Österreich-Ungarns und Italiens, namentlich auch in Bezug auf navale Cooperation,[b] von großer Bedeutung sein. Auf die Frage des italienischen Botschafters, was ich hiezu zu sagen hätte, erwiderte ich — von der Überzeugung ausgehend, daß sich Italien in dieser Frage die Rolle des Zwischenhändlers à notre détriment zurechtlegen wolle, — daß ich von den vielen Bedenken, die die angeregte Frage bei mir wachrufe, nur die nächstliegenden vorbringen wolle. Vor

allem könne ich die russische Auffassung, daß unsere sogenannten „Erfolge" bei der Delimitation Albaniens ebensoviele Schlappen für Rußland bedeuten, nicht gelten lassen. Wenn russischerseits jedes minimale Einlenken auf dem Gebiete der Delimitierung Albaniens als Mißerfolg der russischen Diplomatie hingestellt werde, so liege der Verdacht nahe, daß dies systematisch betrieben werde, um dann zum Schlusse mit einer Gegenforderung auf anderem Gebiete aufzutreten, welch letztere einen positiven Gewinn für Rußland bedeuten würde. Ein Nachgeben unsererseits würde uns in diesem Falle keine Sicherheit gewähren und könnten wir dann in die Lage kommen, nicht nur bezüglich Albaniens aus Rücksicht für Rußland Concessionen gemacht zu haben, sondern auch noch obendrein die Lösung der Dardanellenfrage im russischen Sinne acceptieren zu müssen. Was die von Italien geschuldete Rücksichtnahme auf die freundschaftliche Haltung Rußlands während des libyschen Feldzuges anbelangt, wolle ich diese Argumentation gewiß nicht bestreiten, könne aber in der Haltung Rußlands während unserer Annexionskrise kein für uns maßgebendes Analogon finden. Die von Marchese di San Giuliano neuerlich betonte Notwendigkeit engen Zusammenschlusses Österreich-Ungarns und Italiens auf dem Gebiete der Mittelmeerpolitik[b]) entspreche vollkommen unseren Intentionen, ließe sich jedoch in keinen Causalnexus mit der in Rede stehenden Eventualität bringen, nachdem 1. diese Cooperation auch ohne Auftreten der russischen Flotte im Mittelmeere platzzugreifen hätte und 2. hierin kein Gegenwert gelegen sei für den uns aus der eventuellen Machtverschiebung im Mittelmeere erwachsenden Nachteil. Herzog Avarna bestritt nicht die Berechtigung dieser Argumente, welche er zur Kenntnis seiner Regierung bringen zu wollen erklärte.

[a]) Vgl. n. 5657, 5750 Anm. a, 5788. — [b]) Vgl. n. 5696.

Nr. 5675. Tel. aus St. Petersburg, 4. Feb. 1913 Nr. 33 (eing. 5. Feb. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Prinz Hohenlohe ersucht mich Euer Exzellenz Nachstehendes zu telegraphieren: „Seine Majestät behielt mich über eine Stunde. Ich trug dem Kaiser zuerst Alles in der Weise vor, wie ich es mit Euer Exzellenz besprochen hatte. Seine Majestät hörte sehr aufmerksam zu und sagte, nun werde er trachten, mir in derselben Weise den russischen Standpunkt zu erläutern, womit er aber durchaus nicht sagen wolle, man könne sich nicht einigen, car discuter les choses ne veut nullement dire qu'on doit se chamailler. Er sehe nach meinen Ausführungen vollkommen ein, daß wir als unmittelbare Nachbarn des unruhigen Serbiens intensivere Interessen als jeder andere im Spiele hätten, er habe aber auch nach Tunlichkeit beruhigend auf Serbien einzuwirken getrachtet, das de facto, Dank dieses Druckes, die Adria aufgegeben habe. Hier erlaubte ich mir zu bemerken, es habe dies vorläufig allerdings nur versprochen, worauf der Kaiser sagte, für das Halten dieses Versprechens hafte er. Er müsse jedoch damit rechnen, daß man hier sehr empfindlich sei und befürchte, qu'on voulait priver les vainqueurs des fruits de leur victoire, und daß die öffent-

liche Meinung finde, Russland habe Österreich-Ungarn genügend Konzessionen gemacht. Da der Kaiser merkte, daß ich nicht dieser Ansicht sei, fragte er mich, ob ich denn nicht fände, daß Russland durch Abhaltung Serbiens von der Adria und durch seine Zustimmung zur Schaffung Albaniens sehr viel in unserem Sinne getan habe? Ich bemerkte, daß erstere Einwirkung von Seiner Majestät auch dankbarst anerkannt worden sei, daß ich aber die Schaffung Albaniens eher als ein Entgegenkommen unsererseits den russischen Wünschen gegenüber betrachte, da darin doch die Garantie liege, wie wenig begründet die vielverbreitete Ansicht sei, wir wollten neue Gebiete okkupieren, wenn wir nun selbst einen Staat schaffen helfen, der unter der Kontrolle von sechs Großmächten stehe, statt nach eigenem Gutdünken dort vorzugehen. Der Kaiser lachte und meinte, c'est peut-être vrai. Im Allgemeinen, sagte der Kaiser, pflichte er vollkommen dem Standpunkte Seiner Majestät bei, den ich ihm vorgelegt habe, daß es unverantwortlich wäre, wenn sich zwei Großmächte wie Österreich-Ungarn und Russland wegen Detailfragen wie die Abgrenzung Albaniens nicht einigen könnten und ihre Beziehungen hiedurch ungünstig beeinflußen ließen. Seine Majestät möge überzeugt sein, daß ihm nichts so sehr am Herzen liege que de créer d'accord avec l'Autriche quelque chose de durable pour avoir enfin du repos et pouvoir s'occuper de choses bien plus importantes que le sont des villages albanais. Ich glaube, dieser Wunsch kam dem Kaiser wirklich vom Herzen. Fortsetzung folgt". Thurn.

[a]) Vgl. n. 5652, 5676, 5711.

Nr. 5676. Tel. aus St. Petersburg, 4. Feb. 1913 Nr. 34 (eing. 5. Feb. 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Fortsetzung Telegrammes Nr. 33. „Ich[b]) bemerkte weiter, daß auch vom monarchischen Standpunkte es doch sehr wichtig sei, daß die Großmächte, speziell die monarchischen Großmächte, zusammenhielten und die Kleinstaaten, besonders jene am Balkan, zwängen, sich nach ihrem Willen zu richten, da im umgekehrten Falle nur zu leicht revolutionäre Elemente sich hineinmengen und davon profitieren könnten — eine Gefahr, gegen die die alten Kaiserreiche doch in erster Linie gemeinsam Front machen müßten. Auf den Kaiser schien dieses Argument Eindruck zu machen, jedenfails stimmte er mir rückhaltslos und mit großer Herzlichkeit zu. Der Kaiser sagte weiter, er müsse mir noch etwas mitteilen, was ich aber nur bei Seiner Majestät vorbringen möge. Er hätte nämlich bestimmte Nachrichten, daß es um die Dynastie in Montenegro sehr schlecht stehe, und er möchte es nicht unterlassen, Seine Majestät den Kaiser und König aufmerksam zu machen, wie groß die Gefahr sei, daß sich Serbien und Montenegro vereinigen, was Österreich-Ungarn wohl nie werde zugeben können und woraus die ernstesten Folgen entstehen müßten. Auch die Rüstungen brachte der Kaiser zur Sprache und ich erwähnte, daß die, wie es hieß, von Russland durchgeführten Rüstungen Seine Majestät sehr verstimmt und unsere Standeserhöhungen in Galizien zur Folge gehabt hätten. Kaiser Nikolaus versicherte mir, es sei in Russland nichts weiter geschehen

als die Zurückbehaltung des letzten Jahrganges. Dagegen könne er auch formell versichern, daß keinerlei Truppenverschiebungen vorgekommen wären. Auf meine Bemerkung, dann seien wohl unsere Informationen irrig gewesen, meinte der Kaiser von Russland: Probablement les états-majors ont exagéré des deux côtés comme cela arrive quelquefois. Kaiser Nikolaus sagte mir schließlich, wie außerordentlich dankbar er Seiner Majestät sei, daß er sich mit ihm direkt ausgesprochen habe, da dies das beste Mittel gewesen sei, um den Gerüchten über gegenseitige Verstimmungen jeden Boden zu entziehen. Er bitte mich, Samstag nochmals zu ihm zu kommen, er wolle noch einmal mit mir reden und mir persönlich ein Antwortschreiben an Seine k. u. k. Apostolische Majestät mitgeben. Ich werde am selben Abend abreisen und Montag früh in Wien eintreffen. Hohenlohe."

Thurn.

[a]) Vgl. n. 5679, 5697, 5711, 5721. — [b]) Prinz Hohenlohe. Vgl. n. 5675.

Nr. 5677. Tel. nach Sofia, 4. Feb. 1913 Nr. 66 (chiffr. 10 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

Antwort auf Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 98 vom 3. l. M. Euer Hochgeboren wollen sich bei dortiger Regierung auch dann im Sinne meines Telegrammes Nr. 62[b]) vom 2. l. M. vernehmen lassen, wenn Ihr russischer und französischer Kollege ohne derartige Instruktion wäre.

Berchtold.

[a]) Vgl. n. 5689. — [b]) Vgl. n. 5668 Anm. b.

Nr. 5678. Tel. aus Sofia, 4. Feb. 1913 Nr. 101 (eing. 5. Feb. 11 U. a. m.). Entziff.

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 98 vom 3. d. M. Französischer Kollege hat über Anfrage in Paris Ermächtigung erhalten, sich, wenn er es für opportun hält, im Sinne der Anregung Sir E. Greys Herrn Geschoff gegenüber auszusprechen. Russischer Gesandter sagte mir, er habe keine Instruktionen. Als ich auf seine Demarche anspielte, versuchte er zu leugnen. Englischer Kollege meint, daß Nekludoff in seinem beständigen Bestreben, Russland hier eine besondere Rolle zu geben, eine gaffe gemacht hat.

Tarnowski.

Tel. nach Berlin, 5. Feb. 1913 Nr. 149 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 5684.

Nr. 5679. Privatschreiben an den deutschen Reichskanzler von Bethmann-Hollweg, 5. Feb. 1913.[a]) Konz. (S. Berchtold).

Geheim. Es wird vielleicht für Euer Exzellenz von Interesse sein, über Ursache und Gegenstand der in der Presse vielfach commentirten Entsendung des Prinzen Hohenlohe mit einem Handschreiben Seiner Majestät, unseres Allergnädigsten Herrn, nach St. Petersburg einige nähere Daten zu erhalten. Ich erlaube mir daher im Nachstehenden auf diese Mission zu reflektiren mit der Bitte, meine Mitteilung — wenn es Ihnen

entsprechend erscheint — Seiner Majestät dem Kaiser Wilhelm zur höchsten Kenntnis zu bringen, im Uebrigen aber keinerlei Gebrauch von derselben machen zu wollen. Die uns von verschiedenen Seiten signalisirte persönliche Gereiztheit Seiner Majestät des Kaisers Nikolaus über unsere angeblich intransigente Haltung zu allen Fragen, die der Aufteilungsprocess am Balkan mit sich bringt, hat den Gedanken nahegelegt, durch sozusagen direkte Aussprache von Monarch zu Monarch dieser Stimmung die Schärfe zu nehmen und einer ernsten Trübung der höfischen Beziehungen vorzubeugen. Von dieser Intention geleitet, haben Seine Majestät zu bestimmen geruht, daß Prinz Hohenlohe, welchem Kaiser Nikolaus zur Zeit seiner Verwendung als Militär-Attaché in St. Petersburg wiederholt Zeichen persönlicher Sympathie gegeben hat, sich nach St. Petersburg begebe, um ein an den Zaren gerichtetes Handschreiben Seiner Majestät zu überbringen und in Form einer mündlichen Message die friedlichen Absichten und freundschaftlichen Gefühle unseres Allergnädigsten Herrn zu verdolmetschen. Der Inhalt des Schreibens ist im Wesentlichen folgender: ... *deutscher Auszug von n. 5653* ... In ähnlichem Sinne hat sich Hohenlohe auch mündlich zu äußern. Es wird auf diesem Wege Gelegenheit geboten, den in Rußland gangbaren, bewußt oder unbewußt wahrheitswidrigen Darstellungen über unsere Politik während der Krise entgegenzutreten und weiteren Mißverständnissen thunlichst zuvorzukommen. Hohenlohe ist zwar über den Gang der Londoner Verhandlungen orientirt, hat aber nicht den Auftrag, diesfalls Erörterungen vorzubringen, die den Anschein erwecken könnten, als sei mit der Entsendung die Absicht verbunden, einen Druck auf die russische Regierung auszuüben. Seine Aufgabe wird erfüllt sein, wenn er die maßgebendsten Faktoren in der zweifachen Richtung orientirt haben wird: 1.) über die in Rußland vollkommen verkannte Bedeutung, welche die durch die Umwälzung aufgeworfenen Probleme für die Monarchie besitzen, und 2.) über das Abhandensein irgendwelcher feindseliger Tendenzen gegenüber der russischen Nachbarmonarchie. Wollen die leitenden Kreise in Rußland diese Sprache verstehen, wird ihnen auf diese Weise die Möglichkeit hiezu gegeben; wollen sie es nicht, so haben wir wenigstens unsere Schuldigkeit gethan und finden Trost im Gedanken: „In magnis voluisse sat est!“ Die eben eingelaufenen Telegramme geben ein günstiges Bild von dem Verlaufe der ersten Audienz Hohenlohes, so daß ich die Hoffnung nicht aufgeben will, daß es gelingen werde, über den todten Punkt hinwegzukommen, auf welchem die Londoner Botschafter-Réunion gegenwärtig angelangt ist.

[a] Vgl. n. 5619, 5652, 5676, 5711. Das Antwortschreiben Bethmann-Hollwegs vom 10. Feb. 1913 (G. P. XXXIV/1 Nr. 12 818) liegt nicht vor.

Nr. 5680. Tel. aus Berlin, 5. Feb. 1913 Nr. 75 (eing. 5 U. p. m.)[a]. Entziff.

Streng vertraulich. Bezug auf Telegramm Nr. 142 von vorgestern. Ich habe mich gestern Euer Exzellenz Auftrages bei Herrn von Jagow entledigt und hiebei hervorgehoben, dass Euer Exzellenz sich zu den

weiteren, äussersten Zugeständnissen einzig und allein aus besonderer Rücksichtnahme auf den Wunsch Deutschlands entschlossen haben. Staatssekretär, der durch Herrn von Tschirschky im Gegenstande schon informiert war, ersuchte mich, Euer Exzellenz für die Mitteilung verbindlichst zu danken und zu melden, dass er Fürst Lichnowsky sofort beauftragen werde, unsere Vorschläge zu unterstützen. Er befürchte aber, dass auf dieser Basis eine Verständigung mit Russland nicht erwartet werden könne; er versäume keine Gelegenheit, in Petersburg eine entsprechende Pression auszuüben, bisher aber erfolglos. Die Haltung Russlands flösse ihm überhaupt Sorge ein; nicht nur in der albanesischen Delimationsfrage, sondern auch im bulgarisch-rumänischen Konflikte scheine russische Regierung nicht beruhigend, sondern im Gegenteile geradezu hetzerisch zu wirken. Staatssekretär versicherte, er sei vollkommen überzeugt, dass Euer Exzellenz bei der Aufstellung Hochderen letzter Konzessionen wohl erwogen hätten, wie weit Hochdieselben darin gehen könnten, und dabei immer die Aufrechterhaltung des Friedens vor Augen hätten. Streng vertraulich fügte er aber hinzu, dass laut Nachrichten, die ihm von vielen Seiten zukommen, die sogenannte Kriegspartei in Österreich-Ungarn zum Kriege dränge und dass insbesonders der k. und k. Kriegsminister bei verschiedenen Anlässen ganz offen erklärt hätte, die jetzige Situation müsse ausgenützt werden, um Serbien mit Krieg zu überziehen, und dass man auch vor der eventuellen Folge eines Krieges mit Russland nicht zurückzuschrecken brauche. Herr von Jagow schnitt mir jede Einwendung mit der Bemerkung ab, dass diese Mitteilung absolut authentisch sei, und dass er daher mit schwerer Sorge der Zukunft entgegensehe. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 5604.

Nr. 5681. Tel. aus Berlin, 5. Feb. 1913 Nr. 77 (eing. 7 U. p. m.). Entziff.

Mit Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm vom 3. d. M. Nr. 140.[a]) Unterstaatssekretär sagt mir, die Deutsche Bank habe tatsächlich für die Unterzeichnung des Vertrages über die Metropolitain-Konzession[b]) einen Vorschuss von einer halben Million Pfund der Pforte in Aussicht gestellt, jedoch unter der Voraussetzung, dass der Vorschuss erst nach dem Friedensschluss ausgezahlt werde. Szögyény.

[a]) Mit Tel. Nr. 140, 3. Feb. 1913 (chiffr. 10 U. p. m.), wurde n. 5661 nach Berlin mitgeteilt. — [b]) Vgl. n. 5692 Anm. b.

Tel. nach Bukarest, 5. Feb. 1913 Nr. 86 (chiffr. 9 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 5685.

Nr. 5682. Tel. aus Bukarest, 5. Feb. 1913 Nr. 38 (eing. 10 U. p. m.).[a]) Entziff.

Geheim. Vertragsinstrument heute bei mir 5 Uhr nachmittags nach Austausch der Vollmachten unterfertigt.[b]) Unterschriften lauten: T. Majoresco. Prince Charles Emile de Fürstenberg. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 5622, 5756, 5738. — [b]) Abgedruckt: A. F. Pribram, a. a. O. I 108; Martens N. R. G. 3. S. X 97.

Nr. 5683. Tel. aus Bukarest, 5. Feb. 1913 Nr. 39 (eing. 6. Feb. 10 U. a. m.).[a] Entziff.

Bei meiner heutigen Zusammenkunft mit Minister des Äußern brachte er die Sprache auf rumänische Revindikationen gegen Bulgarien und ersuchte mich, in aller Form bei Euer Exzellenz seine Bitte vorzubringen, Wiener Kabinett möchte rumänische territoriale Ansprüche gegenüber Bulgarien mit Nachdruck in Sofia unterstützen. Bisher habe er nur bei verschiedenen Gelegenheiten um die Unterstützung Euer Exzellenz angesucht, um bulgarische Regierung zu rascherer Verhandlung zu bringen, jetzt müsse er aber auch um die Beihilfe in merito der Angelegenheit bitten. Minimum dessen, auf was Rumänien unbedingt beharren müsse, sei Linie Silistria—Cap Kali Akra, Stadt Silistria mitinbegriffen. Eine zweite Lösung wäre Linie Silistria—Kavarna ohne Stadt Silistria jedoch mit Kavarna, eine Lösung, welche aber hier als eine Niederlage empfunden würde. Eine solche müßte im Interesse der Krone, welche verkündete, daß Rumänien befriedigt werde und seine Stimme gehört werden würde, als auch im Interesse bisheriger auswärtiger Politik Rumäniens zu vermeiden getrachtet werden. Öffentliche Meinung sei sehr erregt und rumänische Regierung würde, wenn das gewünschte Silistria nicht erlangt würde, schwersten Stand haben. Rumänische Regierung sei bereit, auch materiell Opfer zu bringen und bulgarische Häuser und öffentliche Gebäude aufzukaufen oder Stadt 10 Kilometer weiter für bulgarische Einwohner wieder aufzubauen. Falls Euer Exzellenz irgendeine Art der Begleichung der bestehenden Differenzen anraten könnten, wodurch Silistria rumänisch würde, wäre Annahme hierseits gesichert. Streng vertraulich. Habe Eindruck erhalten, daß hier ein bei Wiederbeginn der Verhandlungen seitens Bulgariens spontan gemachter Antrag auf Zession der Linie Silistria—Cap Kali Akra ohne Stadt Silistria akzeptiert werden würde. Sturz der Regierung und Sturm gegen Dreibund dann zu erwarten.

K. E. Fürstenberg.

[a] Vgl. n. 5704, 5705.

Nr. 5684. Tel. nach Cetinje Nr. 9 (1), London Nr. 154 (2), Berlin Nr. 149 (3), Rom Nr. 168 (4), St. Petersburg Nr. 125 (5), Paris Nr. 112 (6) und Konstantinopel Nr. 94 (7), 5. Feb. 1913 (chiffr. 11 U. p. m.).[a] Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

1. Antwort auf Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 13 vom 4. d. M.: Ich billige Ihre Ansicht vollkommen, wonach der k. und k. Militärattaché eine eventuelle Einladung des Königs nach Skutari abzulehnen hätte und ersuche Euer Hochwohlgeboren, auch Ihrerseits gegebenenfalls dasselbe Verhalten zu beobachten. Mein Telegramm Nr. 101[b] vom 27. Oktober v. J. ist sohin gegenstandslos geworden. An Stelle des hierortigen Telegrammes Nr. 128[c] vom 5. Dezember v. J. wollen Euer Hochwohlgeboren Herrn von Zambaur das Ihnen per Kurier zugekommene Telegramm an Herrn von Mérey Nr. 124[d] vom 26. v. M. zu seiner streng vertraulichen Orientierung und eventuellen Regelung seiner Sprache gegenüber Prenk Pascha mitteilen. Mein Telegramm Nr. 102[e] vom 28. Oktober v. J. bleibt aufrecht.

2. Generalkonsul Weinzetl telegraphiert unterm 4. d. M. wie folgt: ... *wie n. 5672 vom Anfang bis „verhandle."* ... Euer Exzellenz wollen unter gesprächsweiser Verwertung vorstehender, bisher unbestätigter Meldung aus Cetinje sich zu Sir Edward Grey dahin vernehmen lassen, daß auch eine allfällige Eroberung Skutaris durch die Montenegriner unsere Stellungnahme in der Abgrenzungsfrage nicht modifizieren könne, indem wir auf keinen Fall über die in meiner telegraphischen Weisung vom 3. l. M., Nr. 146, dargelegten weitgehenden Zugeständnisse hinausgehen können.

3.—4. Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 142/160 vom 3. d. Generalkonsul Weinzetl telegraphiert unterm 4. d. M. wie folgt: ... *wie n. 5672 vom Anfang bis „verhandle" und „Militärattaché fragt" bis zum Schluß* ... Ich antworte Herrn Weinzetl wie folgt: ... *wie sub 1 „Ich billige" bis „beobachten"* ... Gleichzeitig ergeht nachstehendes Telegramm an Grafen Mensdorff: ... *wie sub 2 von „Euer Exzellenz wollen" bis „hinausgehen können"* ... Vorstehendes zur vertraulichen Mitteilung an

3. Herrn von Jagow.

4. Marquis di San Giuliano.

5.—7. Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 118/103/88 vom 3. d. M. Ich telegraphiere heute an Grafen Mensdorff wie folgt: (Inseratur 2 in extenso.) Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information.

Berchtold.

[a] Oe. U. Balkan 147 Nr. 271. — [b] Vgl. n. 5672 Anm. b. — [c] Vgl. n. 5672 Anm. d. — [d] Mit Tel. Nr. 124, 26. Jan. 1913 (chiffr. 8 U. p. m.) wurde nach Rom eine analoge Weisung wie nach Cetinje (vgl. n. 5672 Anm. d) erteilt. Wenn Wien neuerdings Anhaltspunkte dafür gewinne, daß Prenk Bib Doda oder seine Vertrauensmänner sich in Machenschaften mit den Gegnern der albanesischen Einheit einlassen, müßte seine Subvention unwiderruflich eingestellt werden. Mérey soll nach seinem Gutdünken San Giuliano mitteilen, daß Prenk Bib Doda bisher im Genusse einer ständigen Subvention Österreich-Ungarns stand. — [e] Vgl. n. 5672 Anm. c.

Tel. nach Konstantinopel, 5. Feb. 1913 Nr. 94 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 5684.

Nr. 5685. Tel. nach London Nr. 153 (1) und Bukarest Nr. 86 (2), 5. Feb. 1913 (chiffr. 9 U. 40 M. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

1. Prinz Fürstenberg telegraphiert unterm 3. d. M. wie folgt: „Herr Majoresco erwähnte mir gegenüber, ... *wie n. 5660 von „wie günstig" bis „zu können."* ... Ich würde es daher mit Genugtuung begrüßen, wenn Euer Exzellenz eine sich darbietende Gelegenheit benützen würden, um eine diesbezügliche Anregung vorzubringen.

2. Erhalten Euer Durchlaucht Telegramm Nr. 35 vom 3. d. M. Ich teile den Euer Durchlaucht gegenüber geäußerten Wunsch Herrn Majorescos, betreffend Zuziehung Herrn Mişus zu einer Botschafterréunion, Graf Mensdorff mit und weise ihn an, die nächste Gelegenheit zu benützen, um eine diesbezügliche Anregung neuerlich vorzubringen. Vorstehendes zur gesprächsweisen Verwertung gegenüber dem Herrn Minister des Aeußern.

Berchtold.

[a] Vgl. n. 5695.

Tel. nach London, 5. Feb. 1913 Nr. 154 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 5684.

Nr. 5686. Tel. aus London, 5. Feb. 1913 Nr. 108 (eing. 10 U. p. m.).[a] Entziff.

Die türkischen Delegierten, mit Ausnahme des ersten, Reschid Pascha, verlassen London und haben sich eben bei Sir E. Grey verabschiedet. Sie haben dem Staatssekretär wieder von der Notwendigkeit einer Médiation oder eines Druckes der Mächte in Sofia gesprochen. Grey erwiderte, indem er auf die Einhaltung der Neutralität seitens der Mächte verwies und hob hervor, die Pforte habe den Ratschlägen der Mächte betreffs Adrianopels nicht Folge geleistet. Reschid Pascha bleibt vorläufig hier. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 5707.

Nr. 5687. Tel. aus London, 5. Feb. 1913 Nr. 109 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 149[a] von gestern. Im Foreign Office sagte man mir, sämtliche Vertreter der Signatarmächte hätten sich in Sofia gleichlautend vernehmen lassen. Der russische Gesandte habe aus eigener Initiative schon früher im selben Sinne gesprochen. Von einer Divergenz zwischen seiner Sprache und derjenigen seiner Kollegen sagte man mir nichts und ich hatte den Eindruck, dass man davon nichts wusste. (Ich enthielt mich natürlich, darüber Frage zu stellen). Man sagte mir ferner, bulgarische Regierung habe sich bereit erklärt, der Belassung eines Repräsentanten des Sultans in Adrianopel nach der Einnahme oder Abtretung der Stadt zuzustimmen. Mensdorff.

[a] Mit Tel. Nr. 149, 4. Feb. 1913 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.) wurde n. 5668 nach London mitgeteilt.

Tel. nach Paris, 5. Feb. 1913 Nr. 112 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 5684.

Tel. nach Rom, 5. Feb. 1913 Nr. 168 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 5684.

Tel. nach St. Petersburg, 5. Feb. 1913 Nr. 125 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 5684.

Nr. 5688. Erlaß nach Sofia, 5. Feb. 1913 Nr. 596.[a] Konz. (S. Hohenlohe; G. Berchtold).

Vertraulich. Den Bericht Euer Hochgeboren vom 20. v. M., Nr. 5 B, betreffend die Frage der vertragsmäßigen Verpflichtungen Bulgariens Serbien gegenüber, habe ich mit Interesse gelesen. Ich hatte über den gleichen Gegenstand mit dem hiesigen bulgarischen Gesandten, Herrn Sallabascheff, vor einiger Zeit eine Unterredung. Der Herr Gesandte betonte hiebei, daß er ohne Auftrag spreche und bat um diskreteste Behandlung seiner

Mitteilungen, die ich Euer Hochgeboren zu Ihrer rein persönlichen Kenntnisnahme im Nachstehenden wiedergebe. Im Mai des verflossenen Jahres hätte Bulgarien mit Serbien ein Defensivbündnis geschlossen, welches dann, kurz vor Ausbruch des Krieges gegen die Türkei, zu einem Offensivbündnis erweitert worden sei. Er könne mir jedoch die Versicherung geben, daß diese Abmachung mit Ende des gegenwärtigen Krieges zu bestehen aufhören würde. Aus den mit größter Vorsicht gemachten Eröffnungen Herrn Sallabascheffs war nicht ganz klar zu entnehmen, ob sich seine Bemerkung, betreffend das Aufhören der bulgarisch-serbischen Vereinbarung nach Beendigung des türkischen Krieges, nur auf das Offensiv- oder auch auf das Defensivbündnis beziehe; doch hatte ich den Eindruck, daß er mich darüber beruhigen wollte, daß Bulgarien nach dem Kriege in dieser Richtung Serbien gegenüber wieder freie Hand haben würde.

[a] Vgl. n. 5893.

Nr. 5689. Tel. aus Sofia, 5. Feb. 1913 Nr. 103 (eing. 6 U. 45 M. p. m.).[a] *Entziff.*

Habe soeben Konseilspräsidenten besucht und mich gemäß Telegrammes Euer Exzellenz Nr. 66 vom 4. d. M. im Sinne der Anregung Sir E. Greys ausgesprochen. Im Verlaufe der nachgefolgten Unterredung sagte Herr Geschoff auf meine Fragen antwortend, dass Bombardement Adrianopels tatsächlich vorgestern abends begonnen und fortgesetzt werde. Eröffnung der Feindseligkeiten sei kein Hindernis, dass weiter verhandelt werde; die Verbündeten hätten nicht alle Unterhändler von London abberufen und Türkei lasse dort sogar ihren ersten Delegierten Reschid Pascha zurück. Adrianopel bilde die Hauptfrage, es handle sich aber auch um die Grenze und um Kriegsentschädigung. Die Vertreter der Alliierten hätten von Anfang an in London erklärt, dass Kriegsentschädigung verlangt werden würde; es sei dagegen speziell von Frankreich Einwendung erhoben worden, Bulgarien könne aber, nachdem es einen Teil der türkischen Staatsschuld zu übernehmen habe, auf Kriegsentschädigung nicht verzichten. Alliierte hätten sich vielleicht diesbezüglich, wenn Friede zustandegekommen wäre, nachgiebiger zeigen können, nunmehr nach Wiederaufnahme der Feindseligkeiten wäre dies ausgeschlossen. Finanzminister hätte in Paris über Kriegsentschädigung gesprochen und bei Minister Klotz für bulgarischen Standpunkt Verständnis gefunden. Es werde dieser Tage gegenständliches Memorandum seitens bulgarischen Finanzministeriums der französischen Regierung übersendet. Meiner Bemerkung, dass Kriegsentschädigungsfrage Verständigung noch erschweren müsste, was Krieg verlängern würde, stimmte Herr Geschoff zu, meinte aber, dass Bulgarien, so sehr es Frieden wünsche und in dieser Jahreszeit wegen Beginn der Feldarbeiten brauche, in dem fraglichen Punkte nicht nachgeben könne. Eine Äußerung des Konseilspräsidenten macht mich glauben, dass man hier Schwierigkeiten türkischer Regierung kenne und weitere Nachgiebigkeit der Türkei erwarte.

Tarnowski.

[a] Oe. U. Balkan 146 Nr. 270. Vgl. n. 5734.

Nr. 5690. Tel. aus Sofia, 5. Feb. 1913 Nr. 104 (eing. 10 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Anläßlich heutiger Unterredung mit Konseilspräsidenten sagte er, er hätte mir das ihm von London zugegangene, von Herrn Danew und Herrn Mişu unterzeichnete Protokoll, das er leider nicht bei der Hand habe, gerne gezeigt. Herr Geschoff werde mir dieses Dokument ein anderes Mal vorweisen, aus dem ich mich überzeugen würde, daß laut desselben Herr Take Jonesco auf Silistria und Balčik, die Rumänien trotzdem jetzt verlangt, verzichtet hätte. Auf meine Bemerkung, daß dies eine Angabe Herrn Danews sei und daß die Unterschrift Herrn Mişus unter dem Protokoll nur für dieses Letzteren eigene Angaben gelte, erwiderte Herr Geschoff, daß Herr Mişu bei Konversation Danews mit Take Jonesco anwesend gewesen und Protokoll unterzeichnet habe, ohne fragliche Erklärung Take Jonescos zu dementieren oder dagegen auch nur Reserven zu machen. Konseilspräsident wollte offenbar sagen, daß Inhalt Protokolls Standpunkt Rumäniens schwäche. Herr Geschoff fügte hinzu, Herr Danew kehre morgen zurück und Verhandlungen würden gleich fortgesetzt, möglicherweise in Sofia. Rumänischer Gesandter besuchte mich soeben und sagte, er gehe zum Ministerpräsidenten, um ihm über Auftrag zu erklären, daß im Protokoll enthaltene Konzessionen nicht befriedigend und rumänische Regierung weitergehende Propositionen erwarte. Rumänischer Gesandter hat auch Instruktion, Herrn Geschoff zu verständigen, daß rumänische Regierung sofortige Wiederaufnahme der durch Herreise Herrn Danews von London unterbrochenen Verhandlungen wünsche und Mitteilung erwarte, ob bulgarische Regierung in Bukarest oder in Sofia verhandeln wolle und eventuell, wer dazu bulgarischerseits delegiert wird. Ich habe Herrn Ghika über meine oben geschilderte Unterredung mit Ministerpräsidenten vertraulich informiert. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 5656, 5713, 5717 Anm. a, 5802.

Nr. 5691. Bericht aus Konstantinopel, 6. Feb. 1913 Nr. 7 A (eing. 8. Feb.).[a] *Ausfert.*

Seit meiner letzten Couriersexpedition vom 28. v. M. sind hier drei Ereignisse von Bedeutung zu verzeichnen, nämlich die Übergabe der türkischen Antwortnote auf die Collectivdemarche der Mächte, die Kündigung des Waffenstillstandes und die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten. Die Antwortnote der Pforte hat in den hiesigen diplomatischen Kreisen einen sehr guten Eindruck gemacht. Allerdings war man — wie ich dies seinerzeit zu melden die Ehre hatte — darauf vorbereitet, dass die Pforte in der Adrianopler Frage keinen intransigenten Standpunkt einnehmen würde, war aber nichtsdestoweniger von dem Entgegenkommen, das die türkische Regierung an den Tag legte, überrascht. Selbst mein russischer College konnte nicht leugnen, dass er in der Adrianopler Frage weniger erwartet hätte (Tel. Nr. 85 v. 31. v. M.). Baron Wangenheim war sogar geneigt, die Antwort der Pforte als einen grossen Erfolg der Mächte hinzustellen, und suggerierte in Berlin, speziell die Nachgiebigkeit des Grossvezirs als einen succès der russischen Politik darzustellen. Einen solchen Erfolg

repräsentiert nun die türkische Antwortnote allerdings nicht, denn in merito nimmt dieselbe die Ratschläge der Mächte nicht an. Dagegen weist sie, wie ich dies sowohl dem Grossvezir als auch dem Minister des Äussern gegenüber hervorhob, einen gewissen Mangel an Logik auf, indem sie einerseits die Ratschläge nicht vollinhaltlich acceptiert, andrerseits aber dennoch dasjenige verlangt, was ihr für den Fall der Annahme derselben in Aussicht gestellt wurde, ja sogar noch darüber hinausgeht. Es ist zwar richtig, dass den Petiten der Pforte keine aktuelle Bedeutung zukommt, und dass es sich bei denselben blos darum handelt, die ganze Sache der hiesigen öffentlichen Meinung mundgerechter zu machen, nichtsdestoweniger wird in den hiesigen diplomatischen Kreisen speziell das Begehren nach Aufhebung der fremden Postanstalten und der Kapitulationen einstimmig als ein ganz verfehltes bezeichnet. Zur selben Stunde als mir der türkische Minister des Äussern die Antwort seiner Regierung auf die Collectivdemarche der Mächte überbrachte, traf auf der Pforte das Telegramm ein, mittelst dessen der bulgarische Oberstkommandierende den Waffenstillstand kündigte. Obwohl diese Nachricht nicht unerwartet kam, machte dieselbe auf der Pforte dennoch grossen Eindruck, weil man dort bis zum letzten Moment hoffte, dass die Verbündeten blos gedroht hätten und die Übergabe der türkischen Antwortnote abwarten würden. Dass letzteres nicht geschah, ist ein neuerlicher Beweis dafür, dass die Alliierten — wie sich dies im Verlaufe des Krieges wiederholt gezeigt hatte — ihre eigenen Wege gehen und sich von den Grossmächten nicht beeinflussen lassen wollen. In einem der jüngsten Leitartikel des Pester Lloyd las ich nun bezüglich der Ereignisse im Orient kürzlich die Worte, dass die endgiltige Entscheidung nach wie vor in den Händen der Mächte liege. Wenn man sich den Verlauf der Dinge seit Ende September v. J. vergegenwärtigt, muss man — meines Erachtens — obigen Ausspruch als einen allzu optimistischen bezeichnen, da er mit den bisherigen Erfahrungen im Widerspruche steht. In der Tat geschah eigentlich seit Anbeginn des gegenwärtigen Krieges im Grossen und Ganzen bisher stets das Gegenteil dessen was die Grossmächte anstrebten. Zuerst beabsichtigte man eine Intervention in Constantinopel, bevor es aber diesfalls zu etwas gekommen wäre, erfolgte die Kriegserklärung seitens Montenegro. Sodann stellte man sich auf den Standpunkt, dass durch den Krieg keine territorialen Änderungen hervorgerufen werden sollten, doch wurde derselbe nach den Siegen der Verbündeten aufgegeben und drückte Europa über das Treiben der Letzteren beide Augen zu. Nun folgten — gewissermassen unter der Ägide der Grossmächte — die Friedensverhandlungen, doch wurden dieselben abgebrochen und bevor noch der mittlerweile eingetretene Notenaustausch zu einem Resultate hätte führen können, kündigten die Verbündeten den Waffenstillstand. Es steht demnach zu befürchten, dass sich die Ereignisse auch im weiteren Verlaufe des Krieges ohne wesentlicher Einflussnahme der Grossmächte abspielen und die Verbündeten nach dessen für sie günstigen Beendigung die Beute ohne weitere Intervention der Mächte teilen werden. Letztere müssen jedenfalls mit dem Resultate des gegenwärtigen Krieges rechnen, welches darin besteht, dass an Stelle der Türkei Staaten getreten sind, deren jeder ein militärischer Faktor ist und

die vereint ein Heer von nahezu einer Million ins Feld zu stellen vermögen. Im Verlaufe der Balkankrise ist der Wille der Grossmächte allerdings in zwei Fragen durchgedrungen; doch auch diese erscheinen blos im Prinzipe gelöst. Es sind dies die Frage des Adriahafens und jene Albaniens. Der erzielte Erfolg beschränkt sich in der ersteren darauf, dass das Projekt des serbischen Couloirs, das sich von Anfang an unpraktisch erwies, fallen gelassen wurde; ansonsten steht definitiv die Lösung dieser Frage ebenso wie jene Albaniens in ziemlicher Ferne. Was letztere anbelangt, so handelt es sich bei derselben einerseits darum, wie gross das zukünftige Albanien sein wird, und andrerseits, welche Organisation dieser Zukunftsstaat erhält. Wird nämlich Albanien neutralisiert und unter die Controlle der 6 Grossmächte gestellt, so ist dessen politische und militärische Bedeutung vom internationalen Gesichtspunkte eine blos relative: nämlich die, dass sich dann an der albanesischen Adriaküste keine andere Macht festsetzen könnte. Als ein eventuelles Gegengewicht für den südslavischen Einfluss auf der Balkanhalbinsel käme dagegen ein solches Albanien kaum mehr in Betracht. Ganz verschieden läge dagegen die Sache, wenn unsererseits angenommen werden könnte, dass Albanien früher oder später ausschliesslich unter unsere Oberhoheit käme und wir uns eine geografische Verbindung mit demselben durch den Sandjak sichern würden. In diesem Falle wäre naturgemäss jede territorielle Zunahme Albaniens für uns von grösster Bedeutung; im entgegengesetzten Falle jedoch vermag ich in der Frage, ob Albanien einige Städte mehr oder weniger zugegliedert werden, kein wesentliches und besonders kein solches Moment zu erblicken, welches die vitalen Interessen der Monarchie empfindlich tangieren könnte.[1]) Was die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten anbelangt, so wurde am 3. abends Adrianopel bombardiert. Türkischerseits heisst es, dass dieser Platz sich noch längere Zeit hindurch werde halten können, es wäre denn, dass die Verbündeten die Festungswerke stürmen, was ihnen — nach Ansicht Mahmud Schevket Paschas — 15 bis 20000 Menschen kosten könnte. Fiele die Festung, so stünden wir einer neuen Situation gegenüber und würde sich die Frage ergeben, ob man dann noch in der Lage wäre, die Tschataldscha-Linie auch weiterhin gegen die Bulgaren zu halten. Diesbezüglich sind sich die leitenden türkischen Staatsmänner, gegenständlichen Bemerkungen des Herrn Ministers des Äussern nach zu urteilen, noch nicht klar, übrigens verlautet, dass an der Tschataldjalinie alle Vorbereitungen getroffen sein sollen, um einem bulgarischen Angriffe auf dieser Stellung zu begegnen. Wie ich höre, soll türkischerseits auch eine Truppenlandung im Gebiete Rodosto-Eregli ins Auge gefasst werden, um dort gegen die bulgarische Rückzugslinie zu operieren. Nach Ansicht der Fachleute erscheint indess das Gelingen eines solchen Unternehmens recht fraglich, da es den türkischen Streitkräften an dem zu dergleichen Operationen erforderlichen Hilfsmaterial mangeln dürfte und im fraglichen Raume überdies etwa drei bulgarische Divisionen stehen. Nach Ansicht derselben Personen dürfte auch eine türkische Offensive aus der Tschataldjaposition ausgeschlossen sein, weil auch die bulgarischen Positionen dort sehr starke sind. Pallavicini.

[1]) Es handelt sich nur darum es lebensfähig zu gestalten.
[a]) Vgl. n. 5606, 5607.

Nr. 5692. Privatschreiben aus Konstantinopel, 6. Feb. 1913 (eing. 8. Feb.). Ausfert.

Streng vertraulich. In meiner Berichterstattung war ich bereits des öftern in dem Falle, die türkenfreundliche Haltung meines deutschen Kollegen hervorzuheben.[a] Dieselbe erklärt sich hauptsächlich durch zwei Momente. Zunächst ist Freiherr von Wangenheim ein eher impressionabler Charakter und lässt sich in der Beurteilung politischer Fragen vielfach durch Gefühlsmomente leiten. Er ist eigentlich auch mehr Soldat wie Diplomat und als solchem widerstrebt ihm der Gedanke, dass der Besiegte, der sich gegen seinen Besieger noch wehrt, von dritter Seite den Gnadenstoss erhält, wie dies jetzt bei der Türkei der Fall ist. Seinen Kollegen gegenüber macht der Herr deutsche Botschafter hieraus auch kein Hehl und drückt sich diesbezüglich mitunter recht sanguinisch aus. Neben Gefühls-Momenten kommt für dieses Verhalten weiters auch der Umstand in Betracht, dass Baron Wangenheim — ebenso wie sein Vorgänger — bestrebt ist, seine Stellung hier möglichst günstig zu gestalten, indem er von dem Standpunkte ausgeht, dass Deutschland seine wirtschaftlichen Interessen in der Türkei am besten durch die Erhaltung dieses Reiches wahrt. Auf diese Weise hat sich in hiesigen Diplomaten-Kreisen die Überzeugung festgesetzt, dass der deutsche Kollege eine Politik verfolgt, welche mit der seiner Regierung, oder doch mit jener, welche für die offizielle Politik des Berliner Kabinetts gilt, nicht in vollkommenem Einklange steht. Naheliegender Weise sind es seine Kollegen von Russland und Frankreich, welche Baron Wangenheim diesen Ruf geben wollen. Man ist hier sogar soweit gegangen, Baron Wangenheim die Schuld am Sturze der früheren Regierung in die Schuhe zu schieben und zu behaupten, dass er die Jungtürken wieder ans Ruder gebracht hat. Es ist wohl richtig, dass die deutsche Botschaft mit einzelnen, namentlich militärischen Angehörigen des Komites „Union et Progrès" in Verbindung steht, die durch den Militärattaché Herrn von Strempel gepflegt wird, dass jedoch die deutsche Botschaft in die jüngste Krise eingegriffen hätte, ist meiner Überzeugung nach vollkommen falsch. Wie ich Euer Excellenz bereits telegraphisch[b] zu berichten die Ehre hatte, wurde auch behauptet, dass Baron Wangenheim der türkischen Regierung noch unter Kiamil Pascha eine finanzielle Unterstützung in Aussicht gestellt haben soll, und zwar in Verbindung mit der Konzession der hauptstädtischen Untergrundbahn. Mein deutscher Kollege teilte mir indessen selbst mit, dass diese Behauptung der Wahrheit nicht entspreche; er habe den türkischen Staatsmännern blos angedeutet, dass Deutschland sich hier insolange an keinem Finanz-Geschäfte beteiligen werde, als die Frage der Untergrundbahn nicht ins Reine gebracht würde. Nun konnte die türkische Regierung diese Worte auch als ein Versprechen ansehen, was auch scheinbar der Fall war, weil das neue Kabinett diese Konzession bereits am Tage nach seiner Ernennung erteilte. Wie ich konstatierte, war die Sache Baron Wangenheim in der Folge doch recht unangenehm. Er gab mir auch in einem vertraulichen Gespräche zu, dass er sich sehr bemüht habe, der Türkei Geld zu verschaffen, und behauptete, dass dies nicht vom Berliner Kabinett verhindert wurde, sondern dass zwischen den dortigen und den französischen Banken wegen

einer der Türkei nach Beendigung des Krieges zu gewährenden Anleihe eine Verständigung erfolgte, wodurch erstere gebunden sind und der Türkei bis zum Friedensschlusse nicht beispringen können. Auch der Trinkspruch, den Baron Wangenheim anlässlich des Geburtsfestes des deutschen Kaisers in der Teutonia gehalten hat,[c]) verursachte hier viel Aufsehen. Über diese Rede kursierten verschiedene Versionen, soviel steht jedoch fest und sagte mir Baron Wangenheim selbst, dass er die Wendung gebraucht habe „Kleinasien ist für uns ein noli me tangere". Wie mir mein deutscher Kollege überdies bemerkte, kämen diese Worte auch in einem Telegramme vor, das er von seiner Regierung erhalten habe. Dass sich der deutsche Botschafter über den Gang der Dinge in solchem Masse ereifert, erklärt sich zum Teile auch daraus, dass seines Erachtens die Folgen des Krieges auf Kosten des Dreibundes gehen und dass Russland sozusagen auf der ganzen Linie siegreich hervorgehen wird. Baron Wangenheim sieht nämlich — und ich gestehe, dass ich seine Ansicht teile, — in der Entwicklung der südslavischen Staaten eine grosse Gefahr für die Monarchie, den Verbündeten des Deutschen Reiches. Auch ist er der Meinung, dass wenn es sich um einen Krieg mit Russland handeln würde, unsere militärische Macht infolge der Ereignisse eine bedeutende Schwächung dadurch erführe, dass wir im Süden mit dem Balkanbunde rechnen müssten, der ein Heer von nahezu einer Million besitzt. Hiezu komme noch — und auch darin teile ich seine Auffassung — dass wir unter den neuen Verhältnissen Gefahr laufen, Rumänien zu verlieren. Überdies sagte mir Baron Wangenheim ganz offen, Deutschland werde genötigt sein, sich darüber Rechnung zu legen, wie es seine künftige Politik einzurichten habe und auf welche Weise die Einbusse an Macht, die der Dreibund durch die letzten Ereignisse erlitten hat, am besten kompensiert werden könnte. Von dieser Erwägung ausgehend, müsse Deutschland vor allem trachten, seine Beziehungen zu England nach Möglichkeit zu bessern. In der letzten Phase des jetzigen Krieges, als es sich nämlich um die Antwort der Pforte auf die Kollektivdemarche handelte, sprach sich Baron Wangenheim mir gegenüber dahin aus, dass er zwischen den Ansichten in Berlin und Wien eine gewisse Divergenz konstatieren könne und wies hiebei speziell auf den Artikel des Fremdenblattes hin, der hier im Wege der Agence de Constantinople auszugsweise bekannt wurde. Mein deutscher Kollege fügte allerdings hinzu, er sei ferne davon, zu behaupten, dass zwischen den beiden Kabinetten eine Meinungsverschiedenheit bestehe, doch scheine es ihm, als wenn das volle Einvernehmen in letzter Zeit einigermassen gelitten hätte. Dieser Eindruck wurde bei ihm lediglich durch den Umstand hervorgerufen, dass die Instruktionen, die er letzter Zeit aus Berlin erhalten hat, ihn anweisen, sich in erster Linie mit seinem englischen Kollegen ins Einvernehmen zu setzen. Nachdem ich Baron Wangenheim kenne und weiss, dass viel auf Rechnung seines lebhaften Temperamentes zu setzen ist, möchte ich seine obigen Auslassungen nicht als allzu ernst nehmen, immerhin glaubte ich aber Euerer Exzellenz von denselben Mitteilung machen zu sollen. Mein russischer Kollege, mit dem ich gleichfalls in regem Kontakte stehe, ist seit dem Sturze des Kabinetts Kiamil ziemlich nervös. Er glaubt nämlich überall die Hand Deutschlands zu sehen und überdies schwebt

ihm stets die Möglichkeit vor, dass die Dinge eine andere Wendung nehmen könnten. Herr von Giers fürchtet auch, dass der Krieg sich in die Länge ziehen und den Bulgaren dadurch die Kraft ausgehen würde. Er war daher von der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten recht unangenehm berührt und sagte mir ganz offen, dass die Bulgaren einen grossen Fehler begehen, indem sie angreifen und sich ins Unrecht setzen. Schliesslich möchte ich noch bemerken, dass mein französischer Kollege, was das Interesse an den Südslaven anbelangt, Herrn von Giers noch übertrifft. Er scheint den vollen Sieg der Alliierten, namentlich aber der Bulgaren, mit noch mehr Ungeduld zu erwarten, als sein russischer Kollege. Herr Bompard spricht sich auch stets dahin aus, dass Salonik früher oder später den Bulgaren zufallen müsse. Im Gegensatze zu diesen beiden Kollegen scheint sich der Herr englische Botschafter jetzt bedeutend weniger für die Südslaven zu interessieren, als dies noch vor kurzem der Fall war. Pallavicini.

a) Vgl. n. 5266, 5440, 5576. — *b)* Vgl. n. 5661, 5681. — *c)* Vgl. n. 5625.

Nr. 5693. Tel. aus London, 6. Feb. 1913 Nr. 111 (eing. 7. Feb. 8 U. a. m.).a) Entziff.

Nach heutiger Reunion wurde Nachstehendes redigiert: Sir Edward Grey informe la Réunion d'une proposition qui lui a été communiquée par le Prince Lichnowsky pour la délimitation de l'Albanie au nord et à l'est. La frontière à partir de l'Adriatique suivrait le cours de la Boyana jusqu' à un point situé entre Ruskuli et Samric, puis elle se dirigerait vers le lac de Scutari en laissant Tarabosch à l'Albanie, elle traverserait le lac jusqu'à la baie Liceni (Hotti) et laisserait au Monténégro les Hotti et les Gruda et à l'Albanie les Kastrati, Klementi et les Skreli. Plava Gusinje, Ipek et le monastère Visoki Detchani resteraient en dehors de l'Albanie ainsi que Prisrend à l'exclusion du territoire de Luma. Djakova, Dibra seraient à l'Albanie, la frontière passerait ensuite sur la rive gauche du Drin sur une certaine longueur jusqu'au lac d'Ohrida. Ambassadeur d'Allemagne dit qu'il est à la connaissance de son gouvernement qu'à Vienne comme à Pétersbourg les dispositions sont des plus conciliantes et qu'avec l'ambassadeur d'Autriche-Hongrie il a étudié ce tracé à titre de compromis. Le Comte Mensdorff dit que c'est en s'inspirant du désir d'arriver à une solution transactionnelle qu'il s'est, non sans peine, rallié à ce projet. Le Comte Mensdorff fait observer que le Monténégro pourra gagner des terrains fertiles grâce aux travaux de desséchement et d'irrigation dont il a déjà été question dans une réunion précédente. Ces travaux pourraient être opérés par une société internationale. Les ambassadeurs de Russie et de France se reservent de consulter leurs gouvernements. L'ambassadeur d'Italie appuie la solution proposée qui répond aux vues de son gouvernement. Sir Edward Grey dit qu'en présence des difficultés provenant dans certains districts de leurs diverse ethnographie, géographie et des usages des tribus qui les habitent, on peut douter de la possibilité d'arriver à une décision sur les points en litige sans une enquête locale confiée à une commission internationale. Cette suggestion lui semble devoir être prise en considération

dans le cas où l'on reconnaîtrait l'impossibilité d'arriver à une entente par d'autres moyens. Mensdorff.

a) Oe.-U. Balkan 147 Nr. 273. Vgl. n. 5694, 5706, 5712, 5715 Anm. b, 5744, 5830 Anm. a.

Nr. 5694. Tel. aus London, 6. Feb. 1913 Nr. 112 (eing. 7. Feb. 11 U. 30 M. a. m.).[a] Entziff.

In Ergänzung meines heutigen Telegrammes Nr. 111. Vor heutiger Réunion sagte mir Sir E. Grey, er möchte, dass ich unsere äussersten Konzessionen vorbringe und er habe von Grafen Benckendorff wenigstens erreicht, dass er sie nicht ablehne, sondern nach Petersburg vorlege. Ich erwiderte, dass meine Mitteilungen über Konzessionen für ihn und deutschen Botschafter zur Verwertung bestimmt waren, um ein Kompromiss zustande zu bringen, nicht damit ich sie in der Réunion vorbringe. Bei der Versammlung kam er wieder darauf; ich sagte, ich habe keine Ermächtigung, unsere absolut äussersten Konzessionen vor die Réunion zu bringen; gab aber in unserer längeren Diskussion über Befragen zu, dass ich nichts dagegen einwenden könne, wenn Sir E. Grey und Lichnowsky sie zur Sprache brächten. Bei Feststellung der Redaktion (mein Telegramm Nr. 111) bat Graf Benckendorff dringendst, den Ausdruck „notre dernière limite de concession" auszulassen, nachdem dies in Petersburg nur entgegengesetzten Effekt haben könnte, als den wir alle wünschen. Infolgedessen wurde das Resumé anders formuliert. Ich drang wiederholt in Graf Benckendorff, auch irgend etwas Entgegenkommendes im Namen seiner Regierung zu sagen. Er antwortete, er könne es nicht, nachdem man in Petersburg noch auf dem Standpunkt stehe, dass, wenn man Skutari aufgebe, dies eine so enorme politische Konzession darstelle, dass man dafür die grössten Gegenkonzessionen erhalten müsse. Ich bat alle meine Kollegen, davon Akt zu nehmen, dass wenn ich auch aus Rücksicht auf Benckendorff zugestimmt hätte, den Ausdruck äusserste Konzessionen aus dem geschriebenen Resumé der Sitzung zu eliminieren, ich doch wiederholt erklärt hätte, dass wir darüber nicht hinausgehen könnten. Die am Schlusse unseres Resumés erwähnte Anregung Sir E. Greys wegen Entsendung einer Kommission wurde von ihm ausdrücklich als „tentative" bezeichnet, das heisst als letztes Auskunftsmittel, wenn sonst ein Abbruch drohen würde. Er bestätigte mir noch allein beim Weggehen, dass es so gemeint sei. Ich bekämpfte diese Idee in der Reunion und sprach von der Gefahr von Massakers, die dadurch hervorgerufen würden. Marquis Imperiali unterstützte mich auf das Wärmste und erinnerte an die verhängisvollen Folgen eines Punktes des Mürzsteger Programmes, der zu Massakers in Mazedonien Anlass gegeben hatte. Ich regte als meine ganz persönliche Meinung an, ob es da nicht besser wäre, einige Experten aus unseren respektiven Ländern hier zu versammeln, um gewisse Details ethnographischer und anderer Natur als eine Fachkommission zu beraten. Graf Benckendorff bleibt noch immer dabei, dass die öffentliche Meinung in Russland sich über ein Aufgeben Skutaris sehr aufregen würde. Meinem deutschen Kollegen sagte er vertraulich, er (Benckendorff) glaube, seine

Regierung werde sich über Djakova und Dibra intransigent zeigen. Fürst Lichnowsky trat heute sehr warm für unseren Standpunkt ein und es wäre ungerecht, seine Bemühungen in den Kompromissversuchen nicht anzuerkennen. Wir sind nicht viel weiter gekommen, aber wenigstens hat kein Abbruch stattgefunden. Alles hängt jetzt von der Petersburger Regierung ab. Nächste Reunion Dienstag. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 5706, 5712, 5744.

Nr. 5695. Tel. aus London, 6. Feb. Nr. 113 (eing. 7. Feb. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Unter Bezugnahme auf Euer Exzellenz heutiges Telegramm Nr. 153. Ich habe bei heutiger Réunion mich wieder bemüht, Zuziehung Herrn Mişus zu einer unserer nächsten Versammlungen zu erreichen; fand aber wenig Anklang. Sir E. Grey und namentlich Graf Benckendorff meinten, dass jetzt, wo Rumänien direkt mit Sofia verhandle, eine Zuziehung Herrn Mişus sogleich größte Aufregung in Sofia hervorrufen und Bulgarien verlangen würde, dass wir seinen Vertreter oder womöglich Herrn Danew zulassen. Ich versuchte die Anregung, ob wir Herrn Mişu nicht über das Schicksal der Kutzowalachen in Albanien hören sollten, worauf Sir E. Grey meinte, wir wären leider noch nicht so weit. Wenn die Delimitationsbesprechungen einmal so weit gediehen wären, könnte man Herrn Mişu auffordern, sich vernehmen zu lassen. Alles was ich erreichen konnte, war, dass Staatssekretär mir zusagte, Herrn Mişu morgen zu sich zu berufen und ihm zu sagen, im Prinzipe habe man sich geeinigt, ihn der Réunion zuzuziehen, wenn eine Frage besprochen wird, welche Rumänien interessiere. Bis jetzt sei aber eine solche nicht aufgeworfen worden. Vielleicht wäre es gut, rumänische Regierung vertraulich von Vorstehendem zu informieren, bevor Meldung Herrn Mişus über seine morgige Unterredung mit Sir E. Grey in Bukarest eintrifft, damit rumänische Regierung sehe, dass ich nicht inaktiv bleibe.[1]) Mensdorff.

[1]) Ist das geschehen?
[a]) Oe. U. Balkan 148 Nr. 274. Vgl. n. 5784, 5800.

Nr. 5696. Bericht des Marineattachés in Rom an das Kriegsministerium-Marinesektion, 6. Feb. 1913 Nr. 12 (eing. mit Einsichtsstück des Kriegsministeriums-Marinesektion Nr. 685).[a]) Abschrift.

Anläßlich meines heutigen Besuches im Marineministerium machte der Kabinettschef einige Aeußerungen, welche auf den, wie es scheint in hiesigen leitenden Marinekreisen bestehenden Wunsch nach einem Marineübereinkommen zwischen der königlich italienischen und der k. u. k. Kriegsmarine Bezug haben und welche ich in diesem Berichte sinngetreu wiedergebe: „Der Moment zu einer Annäherung zwischen unseren Marinen erscheint gekommen, auch mein Minister, wie ich Ihnen vorläufig ganz unverbindlich sagen kann, ist der Meinung, daß eine Aussprache behufs Kooperation im Kriegsfalle sehr erwünscht wäre. Es wäre gut, wenn Sie von dieser bei uns herrschenden Gesinnung an maßgebender Stelle Mitteilung machen

würden! Unser Minister des Aeussern ist ja von etwas langsamen Entschluße, man müßte ihm den nötigen Impuls geben (bisogno spingerlo). Im Kriegsfalle werden wir ja nicht nur der ganzen französischen Flotte, sondern auch einer verstärkten englischen Mittelmeereskadre gegenüber stehen. Zwischen den Armee-Generalstäben sind, so viel mir bekannt ist, neue Abmachungen getroffen worden, es wäre also hoch an der Zeit, daß auch von Seiten der Flottenkommandos etwas in dieser Richtung geschehen würde. Ich stelle mir die Sache so vor, daß zum Beispiele, ein Linienschiffskapitän delegiert würde mit entsprechenden Instruktionen ausgestattet. Uns wäre sehr daran gelegen, wenn die Marinen direkt miteinander das Erforderliche abmachen würden." So die Aeußerungen Conte Tostis, von welchen ich S. E. den k. u. k. Botschafter in Kenntnis setze.

Johann Prinz von und zu Liechtenstein.

[a]) Vgl. n. 5333, 5468, 5674 Anm. b, 5940.

Nr. 5697. Tel. aus St. Petersburg, 6. Feb. 1913 Nr. 35 (eing. 9 U. p. m.).[a]) *Entziff.*

Prinz Hohenlohe ersucht mich, Euer Exzellenz Nachstehendes zu telegraphieren: „Herr Sazonow hatte mich gestern abends zu sich gebeten, um noch einmal mit mir zu sprechen. Der Herr Minister war viel besserer Stimmung als bei einer Besprechung, die Graf Thurn und ich am Abend vorher nach einem Diner auf unserer Botschaft mit ihm hatten. Während er damals nichts wie Schwierigkeiten sah und über unser geringes Entgegenkommen in allen Tonarten klagte, war er gestern in viel zuversichtlicherer Stimmung — was wahrscheinlich auf eine seitherige Rücksprache mit Seiner Majestät dem Kaiser zurückzuführen sein mag. Herr Sazonow meinte diesmal, er habe immer noch die Hoffnung, dass sich ein Weg finden lasse, um baldmöglichst über die Abgrenzung Albaniens ins Reine zu kommen, und sagte, er hielte es réflexion faite für das Beste, irgend ein Prinzip für diese Abgrenzung festzuhalten. Hätte man sich über dieses geeinigt, könnte das Uebrige dementsprechend durch eine Grenzkommission an Ort und Stelle geregelt werden, so dass der leidige Streit über jeden Marktflecken, bei dem es immer einen nachgebenden und einen Recht behaltenden Teil gebe, ein für allemal aufhöre. Graf Mensdorff habe in London bereits Vorschläge für derartige Prinzipien gemacht, an welche sich in Zukunft vielleicht anknüpfen ließe. Hierauf kam der Minister wieder auf Skutari zu sprechen und wiederholte mir dasselbe, was mir Kaiser Nikolaus bezüglich der Dynastie gesagt hatte, beifügend, wir möchten doch bedenken, welche Sorgen uns durch eine Verjagung der Dynastie entstehen könnten. Die montenegrinischen Großfürstinnen scheinen ihm in diesen Tagen kräftig zuzusetzen. Wenn wir auf die Stadt Skutari — besonders da sie ja noch nicht gefallen sei — für Albanien nicht verzichten sollten, so bitte er doch im Hinblicke auf die sehr prekäre Lage der Dynastie die Montenegriner wenigstens mit einem genügend großen Teile der Ebene zu befriedigen. Weiters teilte mir Minister mit, er habe verlässliche Nachrichten aus Serbien, wonach die Stellung Herrn Pašić sehr erschüttert sei und meinte, sein Sturz

könne große Unannehmlichkeiten in Gefolge haben, da dann eine militärische Regierung ans Ruder käme, die sich jeder Einflußnahme entzöge. Ich erwiderte, dass dies nur einmal mehr beweise, wie schwer die von ihm wieder an uns gerichtete Zumutung sei, de causer amicalement avec les Serbes, wenn man von einem Tage zum andern nicht wissen könne, avec qui on devait mener cette conversation. Da dies nicht abzuleugnen war, ging Herr Sazonow auf Bulgarien über und sagte, für Russland bestände diese von mir erwähnte Schwierigkeit in noch viel höherem Maße bezüglich Bulgariens, wo es heute nicht wisse, à qui s'adresser. Der bulgarische Gesandte habe sich auf Befehl seiner Regierung bei ihm bezüglich Wiederaufnahme des Krieges Rat geholt, den er dahin gegeben habe, den Krieg vorläufig noch nicht wieder zu beginnen, einen Rat, den der König und die Regierung zu befolgen sich bereit erklärt hätten. General Savow habe jedoch nach Sofia wissen lassen, dies sei unmöglich, worauf beschlossen wurde, den Krieg fortzusetzen. „Alors, fuhr Herr Sazonow fort, je me suis emporté, j'ai fait venir le ministre de Bulgarie pour lui dire qu'il était bien inutile de venir me demander des conseils si on n'avait pas l'intention de les suivre". Fortsetzung folgt." Thurn.

[a]) Vgl. n. 5676, 5698, 5699, 5711, 5723.

Nr. 5698. Tel. aus St. Petersburg, 6. Feb. 1913 Nr. 36 (eing. 9 U. p. m.).[a]) Entziff.

Fortsetzung des Telegrammes Nr. 35 von heute. „Hierauf kam Herr Sazonow wieder auf unsere Rüstungen zu sprechen und frug mich, „pourquoi nous amassions cinq corps d'armée à la frontière de la Serbie, si nous n'avions pas l'intention de l'écraser." Ich erwiderte, an einer Konzentrierung von fünf Korps an der serbischen Grenze sei kein wahres Wort, abgesehen davon, dass man doch vernünftigerweise nicht annehmen könne, wir würden eine während des ganzen Winters eingeschlagene, eminent friedliche Politik mit einem Einfalle in Serbien abschließen! In Bosnien-Herzegovina und Dalmatien seien die dort dislozierten Korps auf dem Kriegsstande, sonst handle es sich nur um Standeserhöhungen die bei den dem Kriegstheater naheliegenden Armeeteilen mehr als begreiflich wären. Da der Herr Minister fortfuhr mir darzulegen, wie gerade diese Kriegsbereitschaft in Bosnien Kaiser Nikolaus beunruhigte, und ob wir denn dort nicht abrüsten könnten, erklärte ich ihm sehr bestimmt, dies sei, solange der Krieg dauere, meiner Ansicht nach, undurchführbar — vielmehr hätten wir die Pflicht, Vorkehrungen zu treffen, die jeder für sein eigenes Haus anordnen müsse, wenn es ringsherum brenne, um ein Uebergreifen hintanzuhalten. In unserem Falle beständen diese Vorkehrungen in erhöhter Kriegsbereitschaft. Dies gelte umsomehr, da man gar nicht wissen könne, wohin Unvernunft und Fanatismus die Serben treiben könne, zumal er mir selbst gesagt habe, es könne nach Pašić' Fall eine ganz kopflose Militärpartei die Regierung an sich reissen. „Mais vous ne croyez pourtant pas", unterbrach mich der Minister, „que la folie serbe ira si loin d'attaquer l'Autriche-Hongrie", worauf ich sagte, „qu'une folie pareille ne me paraissait nullement hors

question". Auf das hin erklärte mir Herr Sazonow sehr dezidiert, dass wenn Serbien sich je etwas erlauben sollte, „la Russie aurait fini avec les Serbes et cesserait complétement de s'occuper de leurs intérêts." Er würde ihnen in diesem Falle mit allem Nachdrucke erklären, „que s'ils voulaient se briser leurs crânes contre un mur c'était leur affaire et qu'alors l'Autriche-Hongrie aurait complétement raison d'agir comme bon lui semblerait". Der Minister gab schließlich die Stichhältigkeit meiner Gründe für unsere erhöhte Kriegsbereitschaft im Süden der Monarchie gewissermaßen zu, zumal die neuerliche Erklärung, wir bereiteten hiemit keinen Einfall in Serbien vor, ihn sehr beruhigt habe — er bitte mich nur nochmals, auch in diesem Sinne mit Kaiser Nikolaus zu sprechen. Wenn wir aber schon auf der vorläufigen Beibehaltung dieses Truppenaufgebotes beständen, so wäre es doch vielleicht möglich, „de faire semblant par un petit rien que vous ne voyez plus une nécessité tellement impérieuse de garder toutes les forces. Ce petit rien auquel je pourrai m'accrocher me serait tellement nécessaire pour agir sur l'opinion publique d'ici". Der Herr Minister wiederholte mir zum Schlusse nochmals, wie groß und wie günstig der Eindruck der Uebersendung eines Allerhöchsten Handschreibens auf Kaiser Nikolaus gewesen wäre, der dasselbe in einer ebenso herzlichen und warmen Weise zu beantworten gesonnen sei. Hohenlohe." Thurn.

[a]) Vgl. n. 5699, 5711, 5723.

Nr. 5699. Tel. aus St. Petersburg, 6. Feb. 1913 Nr. 37 (eing. 7. Feb. 11 U. a. m.).[a]) Entziff.

Prinz Hohenlohe ersucht mich, Euer Exzellenz nachstehendes zu telegraphieren: „Ich hatte heute Unterredung mit Herrn Kokowzow und General Suchomlinow. Beide Unterredungen decken sich so ziemlich mit meiner gestrigen Aussprache mit Herrn Sazonow, über die ich Euer Exzellenz bereits telegraphisch[b]) berichtet habe. Herr Kokowzow legte mir abermals die Sorge um die montenegrinische Dynastie nahe, nicht, wie er sagte, aus Achtung für dieselbe, sondern in der Besorgnis, es könnten uns aus der Vereinigung Serbiens mit Montenegro große Unannehmlichkeiten erwachsen. Dies dürfte wohl insoferne der Wahrheit entsprechen, als Russland bei Aufrollung dieser Frage, die für uns jedenfalls eine neue Situation schaffen würde, neue Komplikationen auftauchen sieht, die die Herstellung normaler Beziehungen zwischen den beiden Kaiserreichen wieder hinausschieben. Bezüglich der Rüstungen sagte ich dem Herrn Ministerpräsidenten dasselbe, wie gestern Herrn Sazonow, indem ich betonte, daß an denselben im Süden aus den gestern angeführten Gründen, meiner Ansicht nach, vor Beendigung des Krieges nichts geändert werden könne. Herr Kokowzow versicherte mich der allerfriedlichsten Intentionen Russlands, klagte über die Ausgaben, die ihm durch die Rückbehaltung des Jahrganges 1912 erwachsen und fragte mich, ob es denn nicht möglich sei, im gegenseitigen Vertrauen auf einander wenigstens im Norden an eine Abrüstung zu schreiten. In demselben Sinne sprach mir General Suchomlinow, der mir eindringlichst versicherte, wie schwer es ihm sei, die immer heftiger

werdende Erbitterung gegen Oesterreich-Ungarn einzudämmen. Man sei überzeugt, wir hätten Offensivpläne sowohl gegen Serbien als auch gegen Russland und sehr unlautere Elemente benützen diese Konstellation, um im Trüben Börsenspekulationen zu machen. Der leidende Teil hiebei wären nur die beiden Länder, die das ihnen doch gewiß wo anders notwendige Geld für wirklich unbegründete Rüstungen hinauswürfen. Wenn die beiden obersten Kriegsherren sich klar und einig in der Idee wären, den Frieden erhalten zu wollen, so wäre, seinem Ermessen nach, kein Grund, die Rüstungen gegeneinander aufrechtzuerhalten. Auf meine Frage, wie sich denn diese Friedensversicherungen mit der mir zu Ohren gekommenen Tatsache vertragen, daß im Militärbezirk Kiew Artilleriedislokationen gegen unsere Grenze durchgeführt würden, meinte der Minister, er habe dies selbst in deutschen Zeitungen gelesen und sich sofort diesbezüglich erkundigt. General Iwanow habe aus Kiew geantwortet, der Garnisonsort einer Batterie sei abgebrannt und eine Batterie sei demzufolge in einen Ort verlegt worden, wo sich bereits zwei andere befunden hätten, was sofort Anlaß zu den Gerüchten von Artilleriemaßnahmen an unserer Grenze gegeben hätte. Wie weit sich die Antwort des Ministers mit den Tatsachen deckt, entzieht sich meinem Urteil, ich muß aber zugeben, daß sowohl der Ministerpräsident, als auch der Kriegsminister ebenso wie gestern Herr Sazonow während aller unserer Besprechungen den Eindruck auf mich machten, den allerbesten Willen zu haben, Komplikationen mit Oesterreich-Ungarn zu vermeiden. Andererseits verhehlte mir keiner der genannten Herren, ebenso auch Großfürst Sergius Michailowitsch, mit dem ich heute auch des längeren sprach, daß, wenn der jetzige Zustand und die damit mehr und mehr anwachsende Erregung noch eine Weile anhielte, ohne daß etwas geschähe, was die friedlichen Absichten der beiden Reiche deutlich vor aller Welt erwiese, man immer mehr mit der Wahrscheinlichkeit kriegerischer Komplikationen werde rechnen müssen. Hohenlohe." Thurn.

[a]) Vgl. n. 5711, 5719. — [b]) Vgl. n. 5697, 5698.

Nr. 5700. Tel. aus Sofia, 6. Feb. 1913 Nr. 110 (eing. 7. Feb. 9 U. a. m.).[a]) *Entziff.*

Geheim. Hohes Telegramm Nr. 59 vom 1. d. M. erhalten. Seitdem der Krieg zu keinen Reibungen zwischen Russland und Bulgarien geführt hat, die sich ergeben konnten, wenn bulgarische Armee Tschataldja überschritten hätte, präokkupiert mich beständig Möglichkeit, dass Bulgarien— wie ich das oft in meiner Berichterstattung betonte — durch Ereignisse und Umstände Russland nähergerückt wird. Ich glaube, dass dies auch tatsächlich infolge zahlreicher kleinerer und grösserer Dienste, die Russland Bulgarien erwies, geschehen ist. Als sich rumänische Frage zugespitzt und bulgarische Regierung Mediation und Schutz Russlands angerufen, schien mir Gefahr, dass Gelegenheit in Petersburg ausgenützt wird und dass Bulgarien unter dem Drucke der Lage und mit Hilfe radikal-russophiler Elemente im Kabinette sich weiter einlassen, das heisst formell binden könnte, sehr gross. Greifbare Beweise dafür, ob dazu gekommen oder nicht, habe ich selbst-

redend keine und blosse Symptome und Indizien gestatten kein Urteil. Weigerung Bulgariens, über seine Politik Erklärung abzugeben, habe zwar stets nicht nur auf Serbien, sondern auch auf Russland zurückgeführt und gab mir in dieser Hinsicht speziell die in meinem Telegramme Nr. 78 vom 31. v. M. wiedergegebene Äusserung Herrn Geschoffs sehr zu denken; ein direkter Schluss jedoch auf Vorhandensein oder Absicht einer Militärkonvention lässt sich aber daraus ebenso wenig ableiten, wie es unmöglich ist, zu dieser Konklusion auf Grund von Mitteilung zu gelangen, die mir rumänischer Gesandter dieser Tage vertraulich gemacht, nämlich, dass er ganz letzter Zeit gewisse Reserve beim russischen Gesandten merkte. Wenn ich auch nur über solche und ähnliche wenig konklusive Indizien verfüge, welche Existenz einer geheimen Abmachung zwischen Petersburg und Sofia nicht beweisen können, würde ich doch nicht wagen zu behaupten, dass Bestreben Russlands, Bulgarien zu einer Militärkonvention zu bewegen, resultatlos geblieben oder bleiben wird. Es schiene mir nicht ausgeschlossen, dass sich Bulgarien verpflichtet haben mag, im Falle eines Krieges zwischen Russland und Österreich-Ungarn eine Armee gegen Rumänien aufzustellen, Verpflichtung, die in Anbetracht bulgarisch-rumänischer Kontroverse hierzulande vielleicht sogar nicht unpopulär wäre. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 5381, 5752, 5780.

Nr. 5701. Privatschreiben an den Chef des Generalstabes, 6. Feb. 1913 Nr. 127 K. d. M.[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; V. Hoyos, Berchtold; G. Berchtold).

Laut einer mir auf vertraulichem Wege zugekommenen Nachricht hat die k. u. k. Kriegsverwaltung schon jetzt vorbereitende Schritte zu einer Action eingeleitet, um eine grössere Menge von Gewehren und Munition nach Albanien zu senden und die dortigen Bergstämme zu bewaffnen. Bedauerlicherweise sind diese Vorbereitungen auch bei den derzeit in der Monarchie befindlichen Albanesen bekannt geworden und hätte man auch auf der hiesigen türkischen Botschaft über die geplante Aktion ziemlich genaue Informationen erhalten. Um Gewissheit darüber zu erlangen, inwieferne die mir in diesem Belange zugekommenen Nachrichten den Tatsachen entsprechen, habe ich vorgestern den k. u. k. Sektionschef Grafen Szápáry beauftragt, diesbezüglich bei dem Herrn Kriegsminister Erkundigungen einzuziehen. General Krobatin teilte dem Grafen Szápáry auf seine gegenständliche Anfrage mit, dass er allerdings vor einiger Zeit einen grösseren Posten Mausergewehre in Deutschland angekauft habe, und zwar mit der Verpflichtung, dass dieselben nur innerhalb der Monarchie verwendet werden würden. So viel er wisse, hätten Euer Exzellenz die Absicht, einen gleichgrossen Posten anderer Gewehre nach Albanien zu entsenden, diese Aktion liege aber ausschliesslich im Wirkungskreise des k. u. k. Generalstabes und er habe keinerlei Ingerenz auf dieselbe. Mit Rücksicht hierauf gestatte ich mir, Euer Exzellenz um eine gefällige Mitteilung darüber zu ersuchen, ob die vom k. u. k. Kriegsminister erwähnte Aktion zur Bewaffnung der albanesischen Bergstämme tatsächlich geplant werde. Gleich-

zeitig glaube ich, Euer Exzellenz davon in Kenntnis setzen zu sollen, dass ich vom Standpunkte meines Ressorts gegen die Ausführung dieses Planes im gegenwärtigen Zeitpunkte die schwersten Bedenken geltend machen müsste. Obzwar es möglicherweise für den Gang der Ereignisse nicht unvorteilhaft gewesen wäre, wenn die albanesischen Bergstämme am Beginne des Balkankonfliktes in der Lage gewesen wären, sich gegenüber der serbischen Invasion entsprechend zur Wehr zu setzen, so hat seither die Lage am Balkan eine solche Änderung erfahren, dass eine nachträgliche Bewaffnung der Einwohner Albaniens meiner Ansicht nach sowohl vom Standpunkte der ungestörten Fortführung unserer auswärtigen Politik als auch von jenem der Rücksichtnahme auf die albanesischen Sonderinteressen nicht erwünscht erscheinen kann. Die serbische Regierung wird sich in der albanesischen Frage den von den Grossmächten gefassten Beschlüssen unterwerfen und ihre Truppen aus Albanien zurückziehen müssen. Unter diesen Umständen hätte die Bewaffnung der Albanesen im gegenwärtigen Momente keine greifbare Begründung; es würde aber die Massnahme von den Mächten als ungerechtfertigter Neutralitätsbruch unsererseits interpretirt werden, unser Verhältnis zu dem verbündeten Italien würde dadurch compromittirt werden und Letzterem Anlass gegeben sein, seinerseits selbständig vorzugehen. Wie dringend notwendig es ist unsere ohnehin schwierige Position nicht auch noch durch einen Conflikt mit Italien zu compliciren, braucht wohl keiner näheren Beleuchtung. Auf der anderen Seite würden durch die Bewaffnung der nordalbanesischen Bergstämme die schon bemerkbaren partikularistischen Tendenzen der katholischen Bezirke gefördert und nach der Abberufung der serbischen Besatzungen der Ausbruch eines Bürgerkrieges im neuen Staatswesen möglich gemacht werden. Es kann nicht in unserem Interesse liegen, diese Eventualität heraufzubeschwören, welche der provisorischen Regierung die Einführung geordneter Verhältnisse in Albanien ungemein erschweren, wenn nicht unmöglich machen und den beiden benachbarten serbischen Balkanstaaten die erwünschte Gelegenheit bieten würde, die albanesische Frage als unlösbare hinzustellen und ihre Ansprüche auf die Aufteilung des Landes neuerlich vorzubringen. Aus diesen Gründen muss ich begreiflicherweise den grössten Wert darauf legen, über die Absichten des k. u. k. Generalstabes in Albanien genau orientiert zu werden, um mir die Möglichkeit zu wahren, gegen jene Massregeln, welche mir vom Standpunkte der auswärtigen Politik nicht opportun oder gar bedenklich erscheinen, rechtzeitig Einspruch erheben zu können.

[a] Vgl. n. 5725.

Nr. 5702. Bericht aus Belgrad, 7. Feb. 1913 Nr. 31 (eing. 8. Feb.). Ausfert.

Vertraulich. Der aus London zurückgekehrte erste serbische Friedensdelegierte Herr Stojan Novaković machte mir einige sehr interessante Mitteilungen, die ein grelles Licht auf die serbo-bulgarischen Beziehungen werfen und nicht im Einklang stehen mit den officiell hochtönig abgegebenen Erklärungen, dass das Verhältnis unter den Alliierten ein ungetrübt herzliches und sehr gutes sei. Herr Novaković sagte mir, dass es von vornherein

anzunehmen war, dass die Friedensverhandlungen zu keinem Resultate führen werden, weil bei dem Abschlusse des Waffenstillstandes keine Basis vereinbart wurde, welche als Grundlage zu weiteren Verhandlungen und für die Stipulationen der einzelnen Friedensbedingungen hätte dienen können. Die Verantwortlichkeit hiefür falle in erster Linie auf die Bulgaren, die kopfüber und um jeden Preis seinerzeit die Feindseligkeiten einstellen wollten und daher die Verbündeten eigentlich gar nicht zu Rate gezogen haben. Überhaupt ist Herr Novaković auf die Bulgaren, und insbesondere auf Herrn Danew ausserordentlich schlecht zu sprechen. Dieser letztere sei viel zu schroff und viel zu intransigent; man könne eigentlich mit ihm nicht recht verhandeln; er habe den anderen Balkan-Delegirten gegenüber eine unverkennbare Geringschätzung an den Tag gelegt. Herr Danew habe sich auf den Standpunkt gestellt, dass er bei den Verhandlungen eigentlich allein im Namen der Verbündeten das entscheidende Wort zu sprechen habe, wie überhaupt die Ansicht vertreten, dass in allen Fragen die bulgarischen Interessen das entscheidende Moment bilden müssen. Er scheint zu glauben — fügte mein Mitredner hinzu —, dass der ganze Balkankrieg seitens der Verbündeten nur aus dem Grunde unternommen wurde, damit die Bulgaren allein ihre Ziele erreichen; die Aspirationen der anderen Alliierten seien nur Nebensache und kämen nur nebenbei in Betracht, in soferne dieselben den bulgarischen Interessen nicht unbequem sind. Dagegen sollen die Serben bei Herrn Venizelos und überhaupt bei den Griechen viel verständnisvolles Entgegenkommen gefunden haben. „Nous nous entendrons toujours beaucoup mieux avec les Grecs, comme avec les Bulgares" — meinte Herr Novaković. Serben und Griechen werden künftighin das friedliche, conservative Element auf dem Balkan bilden und werden, vielleicht mit den Rumänen vereint, den allzu grossen Expansionsgelüsten der Bulgaren energisch entgegentreten müssen. Es sei auch deshalb das Interesse Serbiens sich mit Griechenland und auch mit Rumänien gut zu stellen. Mit dem ersteren sind bereits die allerherzlichsten Beziehungen angebahnt, mit Rumänien wird dies auch nicht schwer sein, da das Verhältnis zwischen Belgrad und Bukarest immer ein sehr gutes und inniges gewesen ist. (Ich habe allerdings von einer besonderen Sympathie bis jetzt nicht viel gemerkt.) Die Zeitungsnachrichten, dass Serbien mit Griechenland bereits besondere Abmachungen getroffen habe, entsprechen — nach den Ausführungen meines Mitredners — nicht der Wahrheit; der Zeitpunkt sei jetzt noch dazu nicht geeignet. Bis zum Friedensschlusse müssen alle Verbündeten Hand in Hand vorgehen und den übernommenen Verpflichtungen gemeinsam nachkommen. Ist aber einmal der Friede geschlossen und wird die Frage der Gebietsverteilung aktuell, dann müssen Serbien und Griechenland auf der Hut sein und sich die Hand reichen, damit sie von den Bulgaren nicht übervortheilt werden. Ihr beiderseitiges Streben muss darauf gerichtet sein, dass Bulgarien keinen Gebietszuwachs auf dem rechten Vardarufer erhalte; dieses Gebiet müsse ganz Griechenland und Serbien zufallen. Auch Salonik will Herr Novaković keineswegs den Bulgaren gönnen, dasselbe soll eher griechisch bleiben oder es soll zu einem Condominium der Balkanstaaten, eventuell zu einem internationalen Freihafen erklärt werden.

Herr Novaković gibt zu, dass vor dem Kriege zwischen Serbien und Bulgarien bezüglich Monastirs und anderer Gebiete gewisse bindende Abmachungen getroffen worden seien, doch er ist der Ansicht, dass dieselben nicht mehr ihre Giltigkeit haben können. Bis Monastir müsse am rechten Vardarufer alles serbisch und südlich davon alles griechisch werden, dies verlange das Prinzip des Gleichgewichtes am Balkan. Mit grosser Bitterkeit wies mich Mitredner auf die übertriebenen Forderungen Bulgariens, das nicht nur das ganze Vilajet Adrianopel, aber auch den grössten Teil Mazedoniens mit Prilep, Monastir, Struga, die ganzen Ochrida- und Prespaseen, ja sogar die Eisenbahnlinie Monastir—Salonik und ganz Chalkidice beansprucht. Die Serben hätten demnach ihr Blut nur vergossen, damit ein viel grösseres Bulgarien entstehe, wie jenes von San Stefano gewesen wäre. Das Machtverhältnis würde am Balkan in einer Weise verschoben werden, die weder Serbien noch auch Rumänien acceptiren könnte. Über die rumänischen Forderungen äusserte sich Herr Novaković mit vieler Sympatie und erblickt in Rumänien sowie in Griechenland die zukünftigen Bundesgenossen Bulgarien gegenüber. Bezüglich Montenegros behauptete er, dass es momentan keine Reibungen und keine grösseren Interessengegensätze mit Serbien gäbe. Nur bezüglich des zukünftigen Besitzes von Plevlje und Djakova bestünden noch gewisse Differenzen, doch werde darüber einstweilen nicht verhandelt, bis das Loos Djakovas seitens der Grossmächte nicht entschieden wird, ob es zu Albanien gehören werde, oder nicht. Herr Novaković — der im politischen Gegensatz zu Herrn Pašić steht — unterzog auch das allzu bulgarenfreundliche Verhalten des altradicalen Cabinettes einer scharfen Kritik. Die Abmachungen vor dem Kriege könnten vor der überwältigenden Willensäusserung des serbischen Volkes nicht Stand halten. Was Serben mit Schwert von den Türken erobert haben, müsse — in so weit es den Alliierten zufällt — den Serben gehören. Die Abmachungen vor dem Kriege haben nicht alle Eventualitäten vorsehen können; das serbische Volk würde angesichts der grossen Erfolge der serbischen Waffen dieselben nie ratificiren, und wenn Herr Pašić und sein Cabinet an denselben festhalten, werden sie einsehen müssen, dass das Serbenvolk mehr an die mit Blut erworbenen Gebiete hält, als an der altradicalen Regierung und — fügte Herr Novaković hinzu — ce ne serait peutêtre pas un malheur pour le pays. In diesem Augenblicke wurde der Besuch des Herrn von Hartwig gemeldet, wodurch sofort das interessante Thema abgebrochen wurde. Wir sprachen zu dritt nunmehr nur in banaler Weise über die angenehmen und unangenehmen Seiten des Londoner Aufenthaltes der Friedensdelegirten. Die Politik wurde mit keinem Wort mehr berührt. Ugron.

Tel. nach Berlin, 7. Feb. 1913 Nr. 154 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 5712.

Nr. 5703. Tagesbericht über einen Besuch des deutschen Botschafters, 7. Feb. 1913 Nr. 630.a) Konz. (S. Rappaport; G. Macchio).

Der hiesige deutsche Botschafter ist heute hier erschienen, um auftraggemäß mitzutheilen, daß laut Meldung des kaiserlich deutschen Geschäfts-

trägers in Rom Marquis di San Giuliano den königlich italienischen Botschafter in London angewiesen habe, in der Frage der Abgrenzung Albaniens im Norden und Nordosten im vollen Einvernehmen mit Graf Mensdorff vorzugehen. Was die finanzielle Unterstützung Montenegros durch die Mächte betrifft, so habe Marquis di San Giuliano das Berliner Kabinett ersuchen lassen, in Wien dahin zu wirken, daß die k. u. k. Regierung eine tunlichst entgegenkommende Haltung zu dieser Frage einnehme. Vorstehende Mitteilung Herrn von Tschirschkys wurde mit dem Bemerken zur Kenntnis genommen, daß sie unverzüglich zur Kenntnis Seiner Exzellenz des Herrn Ministers gebracht werden wird.

[a]) Vgl. n. 5764.

Nr. 5704. Tel. nach Bukarest, 7. Feb. 1913 Nr. 93 (chiffr. 8. Feb. 12 U. 50 M. a. m.).[a]) Konz. (S. Berger; V. u. G. Berchtold).

Erhalten Euer Durchlaucht Telegramm Nr. 39 vom 5. l. M. Wie Hochderselben sattsam bekannt, war mein Bestreben in Sofia von allem Anfange darauf gerichtet, einer freundschaftlichen Verständigung mit dem benachbarten Rumänien das Wort zu sprechen, wobei ich von der Auffassung ausging, daß der Akkord über die materielle Seite der Frage am besten im Wege einer direkten Verständigung beider Kabinette herbeigeführt werden könnte. Trotzdem habe ich mich nicht darauf beschränkt, das Bukarester Kabinett in Sofia nur formell zu unterstützen, sondern habe auch — was seine Wünsche in concreto betrifft — der bulgarischen Regierung wiederholt das weiteste Maß von Entgegenkommen an Rumänien in überzeugender Weise nahezulegen versucht. Erst vor kurzem habe ich eine Unterredung mit Herrn Sallabascheff benützt, um demselben dringendst zu rathen, seiner Regierung nahezulegen, Silistria an Rumänien abzutreten. Diese meine Sprache fand auch den Weg nach Sofia, denn Herr Geschoff hat meine Äußerung Graf Tarnowski gegenüber releviert,[b]) doch in einer so stark ablehnenden Weise, daß mir ein weiteres Zurückkommen auf dieses Petit ganz aussichtslos erschien. Umsoweniger wäre dies im gegenwärtigen Augenblicke erfolgversprechend, wo Bulgarien sich neuerlich entgegen den Ratschlägen der Mächte mit großer Zuversicht dem Waffenglücke anvertraut, fremde Mithilfe verschmäht und bereits ansehnliche Erfolge erzielt hat. Ich ersuche Euer Durchlaucht, vorstehende Konsiderationen in der Ihnen geeignet erscheinenden Weise Herrn Majoresco zur Kenntnis bringen zu wollen, wobei ich es dem Ermessen Euer Durchlaucht anheimgebe, eventuell den im dortamtlichen Telegramm vom 4. l. M., Nr. 36, erwähnten Gedanken Herrn Majorescos der Anrufung eines Schiedsgerichtes mit dem Bemerken zur Sprache zu bringen, daß es uns nur sympathisch berühren würde, wenn gegebenen Falles das Bukarester Cabinet mit diesem schiedsrichterlichen Amte das mit uns im Bundesverhältnisse stehende Italien betrauen würde. Bei diesem Anlasse wollen Euer Durchlaucht auch dem Herrn Minister gegenüber erwähnen, daß ich die von ihm und Herrn Take Jonesco in einer der letzten Kammerdebatten in so eloquenter Weise vertretene Auffassung der Notwendigkeit eines guten

Einvernehmens mit Bulgarien — in welchem Gedankengange sich die Herren Minister mit der von mir stets vertretenen Auffassung begegnen — mit großer Befriedigung begrüßt und auch den von Herrn Take Jonesco in diesem Zusammenhange skizzierten Gedanken einer zukünftigen rumänisch-bulgarisch-türkischen Interessengemeinschaft mit lebhaftestem Interesse zur Kenntnis genommen habe. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 5727. — [b]) Vgl. n. 5552.

Nr. 5705. Bericht aus Bukarest, 7. Feb. 1913 Nr. 15 C (eing. 8. Feb.). Ausfert.

In Ergänzung meines ergebensten Telegrammes Nr. 39 möchte ich mir erlauben Euer Excellenz noch zu melden, dass Herr Maioresco, nachdem der Zweck seines Besuches, der den Gegenstand meines heutigen Berichtes Nr. 14[a]) Geheim bildete, erfüllt war, das Wort ergriff und abermals mit dem grössten Nachdrucke darauf hinwies, wie notwendig der Besitz Silistrias für Rumänien sei. Wenn er auch zugeben müsse, dass diese Stadt, sobald die umgebenden Höhen in rumänischen Händen seien, keinen strategischen Wert besitze, so sei ihr moralischer Wert für das Königreich ein uneinschätzbarer, da wie schon so oft erwähnt, dieser befestigte Ort während der Berliner Verhandlungen des Jahres 1877 von Russland dem rumänischen Lande als ein ewig schmerzhafter Keil in den Leib hineingetrieben wurde. Die allgemeine öffentliche Meinung verlange, dass dieses sichtbare Zeichen der von Rumänien im Jahre 1877 trotz der Siege am Schlachtfelde erlittenen diplomatischen Niederlage verschwinde und eine Grenze geschaffen werde, welche nicht von einem seinerzeitigen Gegner Rumänien aufoktroyiert wurde. Deshalb sei es auch für Bulgarien nichts Herabsetzendes, eine Grenze zu ändern, an deren Festlegung es gar nicht mitgewirkt. Da die bulgarische Regierung das Prinzip einer Grenzrektifikation dermalen anerkannt hätte, so müsse Rumänien auch trachten, das Gewünschte jetzt zu erreichen, da eine zweite solche Gelegenheit sich wohl nie mehr bieten werde. Damit es später zu keinen gefahrdrohenden Stimmungen komme, sei es ein Gebot der Notwendigkeit, dass jetzt die schon seit Jahrzehnten bestehenden rumänischen Revindikationen eine Befriedigung erhielten. Die ganze Öffentlichkeit sei ungemein erregt und manifestiere sich diese hochgradige Nervosität in Interpellationen in der Kammer und in einer Agitation unter den Abgeordneten aller Parteien, welche sich in kriegerischem Patriotismus übertrumpfen wollen. Er trachte möglichst kalmierend zu wirken und die Meinung aufrecht zu halten, dass Rumänien im Verhandlungswege in normaler Weise seinen berechtigten Ansprüchen Geltung verschaffen werde. Die Aufgabe werde ihm aber durch die Haltung Bulgariens sehr erschwert. Die Hetze der unverantwortlichen politischen Faktoren, mit denen leider auch einige Minister seines Kabinettes sympathisierten, richte sich aber nicht allein gegen ihn und Herrn Take Jonescu, der ebenfalls friedliebend sei, sondern auch, was höchst bedauerlich, gegen die Krone und gegen deren vieljährige Politik. Ihm als Ministerpräsidenten falle daher die Pflicht zu, unbedingt dafür zu sorgen, dass durch eine unbefriedigende Regelung der

rumänisch-bulgarischen Streitfrage den Wühlern und Hetzern nicht eine gefährliche Waffe gegen die Autorität der Krone und gegen die Stetigkeit der auswärtigen Politik Rumäniens in die Hand gedrückt werde. Dies seien die Gründe, aus welchen er sich veranlasst sehe, Euer Excellenz nicht nur allein zu bitten, in Sofia auf eine baldige, sondern auch auf eine günstige Lösung der Kontroverse hinzuwirken. Das von ihm ins Auge gefasste Schiedsgericht sei die ultima ratio und sei es wohl auch fraglich, ob Bulgarien einen derartigen Vorschlag annehmen werde. Der Zweck desselben liege hauptsächlich in der Erwägung, dass wenn kein anderer Ausweg sich darbiete und eine der beiden Parteien eine moralische Niederlage erleiden müsse, die respektiven öffentlichen Meinungen eine solche leichter annehmen und überwinden würden, wenn sie sozusagen von einer höheren Instanz diktiert werde. Aus diesen Ausführungen des Herrn Ministers, welcher bei dieser Gelegenheit zum erstenmale mir gegenüber auf den Ernst der Lage hinwies und auf die Möglichkeit von nachteiligen Folgen für die Krone und deren Politik hindeutete, die die heutige Krise zeitigen könnte, werden Euer Excellenz geneigtest entnehmen, dass das Bild, welches ich mir in meiner Berichterstattung bisher von der Lage zu entwerfen erlaubte, den tatsächlichen Verhältnissen entspricht. Es muss jedoch zugegeben werden, dass nicht nur die auswärtigen Komplikationen allein daran Schuld sind, wenn eine heftige Animosität gegen den König und den Dreibund, speziell gegen die Monarchie zutage getreten ist, ein nicht geringer Teil der Schuld muss auch der leidigen Parteipolitik zugemessen werden, welche sich der äusseren Verwicklungen bediente, um innere Widersacher zu bekämpfen und womöglich zu diskreditieren. Daraus ergeben sich äusserst komplizierte Verhältnisse, welche nicht nur dem Fernstehenden den Einblick sehr erschweren, sondern auch die Krone vor eine Aufgabe stellen, zu deren glücklicher Erfüllung die Macht und das Ansehen gehören, über die König Carol dank Seiner Weisheit heute noch in Seinem Lande verfügt. Diese unangetastet zu erhalten stellt jedenfalls ein vitales Interesse der Monarchie dar.

K. E. Fürstenberg.

a) Mit Bericht Nr. 14, 6. Feb. 1913 (ohne Eingangsdatum) wurde aus Bukarest gemeldet, Maioresco sei am 5. Feb. 5 U. p. m. auf der Gesandtschaft erschienen und habe unter Vorweisung der königlichen Vollmacht den Geheimvertrag gemeinsam mit Fürstenberg unterzeichnet und gesiegelt.

Tel. nach London, 7. Feb. 1913 Nr. 158 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 5712.

Nr. 5706. Tel. aus London, 7. Feb. 1913 Nr. 115 (eing. 4 U. 20 M. p. m.).a) Entziff.

In Ergänzung meiner gestrigen Telegramme Nr. 111 und 112. Ich habe bei der Réunion keinen Zweifel darüber gelassen, dass unsere Konzessionen selbstverständlich nur unter der Bedingung bestehen, dass die als Kompromiss vorgeschlagene Grenzlinie angenommen wird.

Mensdorff.

a) Vgl. n. 5712.

Nr. 5707. Tel. aus London, 7. Feb. 1913 Nr. 116 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

In Ergänzung meines Telegrammes Nr. 108 vom 5. d. M. Osman Nisami Pascha hat bei seinem Abschiedsbesuch bei mir und deutschem und französischem Kollegen gestern wieder vorgebracht, Mächte sollten intervenieren. Er gab als seine private Ansicht zu verstehen, dass Mächte von der Türkei noch ein Weiteres in Betreff Adrianopels verlangen könnten, dafür aber die Garantie übernehmen sollten, dass sogleich Friedenspräliminarien abgeschlossen und bezüglich der Grenzlinie, der Kriegsentschädigung und der Übernahme der Anteile der türkischen Staatsschuld durch die Alliierten der Türkei Sicherheit geboten würde. Frage der Inseln könnte ausgeschaltet werden. Er scheint besonders zu befürchten, dass wegen jedes der obgenannten Punkte die Alliierten wieder ein Ultimatum stellen, wieder Feindseligkeiten erneuern und die Mächte nichts anderes tun würden, als der Pforte zu raten, abermals nachzugeben. Nach gestriger Réunion besprachen wir Ausführungen Osman Nisami Paschas. Sir E. Grey sagte uns, die türkischen Delegierten hätten ihm ungefähr ebenso gesprochen. Er habe erwidert, die Antwort der Türkei an die Mächte bezüglich Adrianopels sei nicht befriedigend gewesen und die Mächte könnten bezüglich Adrianopels nicht intervenieren. Damit sei aber nicht gesagt, dass bezüglich anderer Fragen die Mächte unter keinen Umständen mitreden würden. Als seine persönliche Ansicht sprach Sir E. Grey sich uns gegenüber wieder gegen die Forderung einer Kriegsentschädigung von der Türkei aus.

Mensdorff.

Nr. 5708. Bericht aus London, 7. Feb. 1913 Nr. 14 A (eing. 10. Feb.).[a] Ausfert.

Bei der gestrigen Botschafterréunion hatte ich mit meinem russischen Kollegen über dessen Aufforderung ausgemacht, dass Sektionschef Ippen sich auf die russische Botschaft begebe, um dem Grafen Benckendorff auf der Karte des Näheren die von uns ins Auge gefassten Grenzlinien Albaniens zu erklären und dieselben mit Herrn Petrajeff, der als sachverständiger Ratgeber dem Grafen Benckendorff beigegeben wurde, zu besprechen. Herr Petrajeff war circa 1900—1903 Vizekonsul in Prizren, dann Adjoint des russischen Zivilagenten Demerik in Mazedonien und ist jetzt Konsul in Monastir. Anliegend erlaube ich mir die Aufzeichnungen des Herrn Sektionschef Ippen über die Unterredung zu unterbreiten.[b] Euer Excellenz werden denselben entnehmen, dass nicht viel Aussicht vorhanden scheint, meinen russischen Kollegen von dem von ihm eingenommenen Standpunkt abzubringen, falls er nicht von Petersburg direkte Weisungen erhält, sich entgegenkommend zu zeigen.

Mensdorff.

[a] Vgl. n. 5709. — [b] Beilage.

Beilage zu n. 5708. Aufzeichnung des Sektionschefs Ippen über seine Unterredung mit dem russischen Konsul Petrajeff am 6. Feb. 1913. Ausfert.

Ich habe mit Herrn Petrajeff die Delimitation Albaniens, wie sie Sir Edward Grey und Fürst Lichnowsky in der Botschafterréunion vom 6. d. M. vorgebracht hatten, einer Besprechung unterzogen. Zu der Grenzlinie zwischen Montenegro und Albanien — soweit dieselbe die Provinz

Skutari betrifft — machte Herr Petrajeff keine Bemerkung. Als ich die weitere Grenze südlich des Klosters Dečani derart zog, dass der Bezirk Djakova bei Albanien zu verbleiben hätte, wandte Petrajeff ein, dieser Bezirk müsse mit Dečani vereint bleiben und aus Albanien ausgeschieden werden. Als Begründung führte er an, dass in der Stiftungsbulle des Klosters demselben gegen 30 Dörfer in der Umgebung geschenkt seien; auf meinen Einwand, dass man doch nicht die Zustände nach dem Wortlaute von Stiftungsbullen aus dem 14. Jahrhundert rekonstruieren könne, sagte er, das Kloster habe auch viele türkische Katasterdokumente (Tapu), laut welchen es Eigentümer von Grundstücken in den Dörfern und auch von Immobilien in der Stadt Djakova sei; diese seien vielfach von Albanern usurpiert und dem Kloster entzogen worden und das Kloster müsse dieselben jetzt zurückfordern. Das Kloster, welches vom Erzbischof von Prizren einer russischen Skiti (Filialkloster) des serbischen Klosters Hilandar auf Athos für 100 Jahre zediert worden sei, habe von der russischen Regierung bereits an 600.000 francs in Subventionen erhalten, es müsse daher in der Recuperierung seiner alten Dotationen unterstützt werden. Eine solche wäre unmöglich, wenn die betreffenden Immobilien unter der Jurisdiktion Albaniens wären, daher müsse der Bezirk Djakova unter eine christliche Herrschaft kommen. Ich wandte ein, dass ich mir ganz gut denken könne, dass etwa im Wege einer internationalen Kommission die Ansprüche des Klosters — soweit für dieselben ein voller Beweis erbracht wird — gewährleistet werden können; um Vermögensrecht in einem Territorium zu sichern, sei es doch nicht notwendig, das Territorium zu beherrschen. Petrajeff sagte weiter, es gebe im Bezirke von Djakova auch alte, serbische Kirchen, er habe in einer katholischen Pfarre eine solche mit Heiligenfresken gesehen. Ich entgegnete, nicht jede Kirche, welche mit Heiligen ausgemalt sei, sei deshalb eine orthodoxe; San Marco in Venedig, die Kirchen in Ravenna und in Palermo zeigen Heilige in Mosaik sogar mit griechischen Umschriften und waren doch immer katholische Kirchen. In Nordalbanien war im frühen Mittelalter der Bau und die Ausschmückung von Kirchen in Händen von Künstlern, welche der byzantinischen Kunstschule angehörten. Petrajeff sagte endlich, in der Stadt Djakova, deren Einwohnerzahl er auf 6000 schätze, seien 1000 orthodoxe Serben (ich beanständete die Zahl als zu hoch), die Landbevölkerung sei zwar jetzt albanisch, viele Familien seien aber vor 60 Jahren zum Islam bekehrte und albanische Serben. Ich entgegnete, meines Wissens bestehe die Landbevölkerung Djakovas aus Auswanderern aus dem albanischen Gebirge, sie gehört den Stämmen Schala, Berisch, Gaschi, Krassnitsch an. Djakova sei für ein ausgedehntes Gebirgsland, in welchem ausser jenen Stämmen noch Nikaj, Merturi, Hassi wohnen, das ökonomische Zentrum, dessen sie nicht beraubt werden können. Als wir weitergingen, machte Petrajeff gegen die Belassung von Ljuma bei Albanien keinen Einwand. Als wir zu Dibra kamen, behauptete Petrajeff, die Bezirke Unter-Dibra, Reka, die Stadt Dibra mit ihrem Bezirke, soweit sie auf dem rechten Ufer des Drin liegen, können nicht bei Albanien gelassen werden, da daselbst eine starke slavische Bevölkerung sei. Ich sagte, ich schätze die Einwohner-

zahl von Dibra auf 20.000, worunter 5000 Orthodoxe, im Bezirke Reka seien 9000 Orthodoxe, in Unter-Dibra hätten nach einer Propagandakarte die Bulgaren nur in zwei Dörfern „Hrbel und Ismibet" nominell Schulen, es könne daher dort nicht viele Slaven geben; die Gesamtzahl in dem bei Albanien verbleibenden Teile von Dibra wäre nur 15.000. Ich zwang Petrajeff seinerseits eine Zahl anzugeben und er kam zu der Zahl 20.000. Aber — sagte er — in Dibra sind zwei orthodoxe Bischöfe, Schabu, in der Nachbarschaft ist das orthodoxe Kloster Sv. Jovan Bigor und das grosse Dorf Galičnik mit gewiss 3000 Einwohnern, alle Slaven. Ich sagte ihm, die zwei Bischöfe in Dibra sind auf den Zank zwischen Exarchat und Patriarchat zurückzuführen, in der Zukunft werde nur einer sein. Der Hauptteil dieser orthodoxen Diöcese sei aber nicht in Albanien eingeschlossen, denn der Bezirk Kićevo und die Dörfer südlich von Dibra auf dem Wege nach Struga, wo das Gros der Diöcesanen sich befinde, bleiben ausserhalb Albaniens. (Ich vergass hier Petrajeff zu erwähnen, dass nur der bulgarische Bischof in Dibra residiere, indem der patriarchistische Bischof oder bischöfliche Vicar, wie ich glaube, in Köprülü residiere, da die Diöcese Veles-Dibra heisst). Ich fragte ihn ferner, ob er behaupten könne, dass Sv. Jovan Bigor eine slavische Gründung sei; er gab zu, dass es wahrscheinlich eine byzantinische sei. Ich sagte ihm schliesslich, es gebe Meinungen, dass die Orthodoxen im Bezirke Reka nicht Slaven, sondern Albanier seien; ich wisse von einem Gewährsmanne, dass speziell der Pope und der Schullehrer von Galičnik vollkommen albanisch sprechen und so sei es mit allen dortigen Einwohnern. Er gab zu, dass alle gleich mazedonisch-slavisch und albanisch reden. Die Kirchen- und Schulrechte der Slaven — sagte ich ferner — können bei Zuteilung Dibras und Rekas zu Albanien vollkommen gewährleistet werden. Dibra sei ähnlich wie Djakova für eine zahlreiche albanische Bevölkerung das politische und wirtschaftliche Zentrum, man könne das östliche Albanien — dem bereits Ipek und Prizren amputiert werden — nicht auch der Städte Djakova und Dibra berauben. Es wäre ein Unrecht aus übertriebener Fürsorge für 15.000 slavische Christen, die Interessen der albanischen Bevölkerung der Provinz Dibra, die sich auf 120.000 veranschlage, hintanzusetzen. Ich brach schliesslich unsere Konversation, nachdem sie $1^1/_4$ Stunden gedauert hatte, ab, mit dem Bewusstsein, dass alle meine Gegenargumente Herrn Petrajeff in seiner einmal gefassten Meinung über Djakova und Dibra nicht erschüttert hatten. Ich habe den Eindruck, dass diese Anschauungen Petrajeffs für die Haltung des Grafen Benckendorff jedenfalls und vielleicht auch für jene Petersburgs ausschlaggebend sind. Andererseits habe ich auch den Eindruck, dass kein Raisonnement und keine Daten oder sachlichen Argumente Herrn Petrajeff werden dahin beeinflussen können, dass er seine Ansichten revidiere; er hält sie einmal für richtig und hält daher starr an ihnen fest. Ich könnte auch nicht proponieren, als Kompromiss etwa im Bezirke Reka, das westliche Ufer des Radika-Baches mit Galičnik aus Albanien auszuscheiden ohne Rücksicht darauf, dass dadurch eine schlechte Grenzlinie entstünde; denn ich bin sicher, der angrenzende Bezirk Kićovo wird Serbien zufallen und dadurch fiele Galičnik auch diesem Anrainer und nicht den Bulgaren zu.

Nr. 5709. Bericht aus London, 7. Feb. 1913 Nr. 14 B (eing. 10. Feb.). Ausfert.

Vertraulich. Mit heutigem Berichte Nr. 14A lege ich die Aufzeichnungen des Sectionschefs Ippen über seine Unterredung mit Herrn Petrajeff vor. Letzterer scheint bei der Beurteilung der albanesischen Grenzfrage von den Gesichtspunkten eines russischen Balkankonsuls beherrscht zu sein. Graf Benckendorff, der begreiflicherweise diese Frage nicht aus eigener Anschauung und Erfahrung kennt, dürfte unter dem Einflusse Herrn Petrajeffs stehen, möglicherweise auch besorgen, dass dieser nach echt russischem Muster, nachher in Petersburg verbreite, Graf Benckendorff habe sich bei der Botschafterréunion in London nicht energisch genug für die slavischen Interessen eingesetzt. Dies mag die Haltung meines russischen Collegen einigermassen erklären. Jedenfalls bestärkt es mich bedauerlicherweise in der Ansicht, dass eine Modifikation der Sprache meines russischen Collegen nur zu erwarten ist, wenn eine directe Weisung in diesem Sinne von Petersburg an ihn ergeht. Ich werde dem Fürsten Lichnowsky Kenntnis von den Anschauungen Herrn Petrajeffs geben und ihn bitten, dieselben Sir Edward Grey gegenüber zu verwerten.

Mensdorff.

Tel. nach Paris, 7. Feb. 1913 Nr. 117 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 5712.

Nr. 5710. Bericht aus Paris, 7. Feb. 1913 Nr. 15 A (eing. 9. Feb.). Ausfert.

Vertraulich. Auf der hiesigen deutschen Botschaft erfahre ich vertraulich, dass man in Berlin durch die Haltung Herrn Jonnarts recht günstig impressioniert sein soll. Herr Jules Cambon habe seit dem Cabinets-Wechsel zu wiederholten Malen die Bereitwilligkeit der französischen Regierung zu erkennen gegeben mit dem Berliner Cabinet in einen vertraulichen Gedankenaustausch über die pendenten Fragen im Orient einzutreten. Diese Anwürfe wurden durch Herrn von Jagow bereitwillig aufgenommen, der dabei die Hoffnung ausgesprochen haben soll, dass es diesmal mit einem solchen Versuche eines Einverständnisses ernst gemeint sei, nachdem bisher ähnliche Initiativen der französischen Regierung binnen kürzester Zeit im Sand verliefen. Auf der deutschen Botschaft scheint man geneigt zu sein, Herrn Jonnart konziliantere Absichten zuzuschreiben, als sie Herr Poincaré hatte. Ich glaube, man ist in diesem Falle vielleicht etwas zu streng für Herrn Poincaré. Auch letzterer hatte mehrmals einen Anlauf genommen, um vertraulichere Beziehungen zu Berlin einzuleiten. Ein Wink aus St. Petersburg oder aus London hat aber jedesmal genügt um derartige Velleitäten Herrn Poincarés zu unterdrücken. Dabei mögen allerdings Rücksichten auf die bevorstehende Präsidentenwahl entscheidend mitgewirkt haben. Jetzt hat Herr Poincaré den Erfolg in der Tasche, Herr Jonnart ist nur Minister des Äusseren und nicht auch gleichzeitig Ministerpräsident und dadurch parlamentarischen Einflüssen vielleicht etwas weniger unterworfen als sein Vorgänger, was ihm möglicherweise gestatten wird Russland gegenüber etwas unabhängiger zu sein, als Herr Poincaré es sein konnte.

Szécsen.

Tel. nach Rom, 7. Feb. 1913 Nr. 175 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 5712.

Nr. 5711. Tel. nach St. Petersburg, 7. Feb. 1913 Nr. 130 (chiffr. 10 U. 45 M. p. m.).a) Konz. (S. Berger; V. u. G. Berchtold).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramme Nr. 33—37. Für Prinz Hohenlohe. Aus Euer Durchlaucht Mittheilungen über Hochderen Audienz bei Seiner Majestät Kaiser Nicolaus und Hochderselben Unterredungen mit den Herren Sazonow, Kokowzew und Suchomlinow, wobei von russischer Seite immer wieder unsere militärischen Maßregeln, speziell an der Südgrenze der Monarchie zur Sprache gebracht wurden, habe ich entnommen, dass man in St. Petersburg trotz unserer wiederholten gegentheiligen Versicherungen aus diesen Vorkehrungen doch noch auf aggressive Absichten der Monarchie gegen Serbien schließt. So hat speziell Herr Sazonow Euer Durchlaucht gegenüber auch die Frage aufgeworfen, ob wir nicht durch eine wenn auch noch so unbedeutende Entlassung von Mannschaften einen Beweis für unsere konzilianten Absichten geben und so der kaiserlich russischen Regierung die Möglichkeit bieten könnten, dies gegenüber der erregten öffentlichen Meinung Russlands geltend zu machen. Euer Durchlaucht haben bereits in Ihren Konversationen auf die Gründe verwiesen, welche die Ursache unserer in Rede stehenden Vorkehrungen waren und welche uns auch gegenwärtig noch zur Aufrechterhaltung derselben nöthigen. So gerne wir bereit wären, den diesbezüglichen russischerseits ausgesprochenen Wünschen entgegenzukommen und damit einen neuerlichen Beweis unserer durchaus friedfertigen Intentionen zu geben, so erscheint uns dennoch eine partielle Reduzierung der Stände derzeit noch unthunlich. Zu den von Euer Durchlaucht geltend gemachten Gründen kommt auch der Umstand, daß eine solche Maßnahme für unsere öffentliche Meinung unverständlich wäre, insolange die Verhandlungen über die Grenzen Albaniens zu keinem gedeihlichen Abschluss gelangt sind. Bei uns werden jene Pourparlers mit der größten Spannung verfolgt und eine wenn auch noch so minimale Entlassung von Mannschaften würde nicht verfehlen, den Eindruck hervorzurufen, als ob wir uns an der Lösung des albanischen Delimitierungsproblems desinteressieren wollten, ein Eindruck, den die k. u. k. Regierung unter keinen Umständen aufkommen lassen darf. Wir hegten jedoch die Hoffnung, dass dank der letzten, Graf Mensdorff ertheilten Instruktionen, in welchen wir bis zur äußersten Grenze des Entgegenkommens gegenüber Serbien und Montenegro gegangen seien, die Frage der Begrenzung Albaniens zu einer einverständlichen Lösung führen werde. Sobald dieselbe gefunden, wären wir gerne bereit, durch eine Restringierung der Mannschaftsstände unsere stets friedlichen Intentionen neuerdings zu bekunden. Bezüglich der erwähnten äußersten Konzessionen verweise ich Euer Durchlaucht auf das an Graf Thurn ergangene Telegramm vom 3. d. M., Nr. 118, bei dessen allfälliger Verwerthung Euer Durchlaucht bemerken könnten, dass die Abtretung der Gebiete der Stämme Hoti und Gruda an Montenegro auch die Überlassung der dazu gehörigen fruchtbaren Flächen am Ufer des Skutarisees und der Ebene von Tusi involvieren würde. Der übrige Theil der Ebene von Skutari sei aber eine Frage der Lebensexistenz

der Bewohner der Stadt und der anderen Bergstämme und könnten wir daher auf eine Zugehörigkeit dieses Gebietes zu Albanien unmöglich Verzicht leisten. Kaiser Nicolaus und Herr Sazonow haben in ihren Gesprächen auch mit besonderem Nachdruck auf den Gefahren insistiert, welche der Dynastie Njegus-Petrović drohten, falls Skutari nicht zu Montenegro geschlagen würde. Euer Durchlaucht wollen bemerken, dass die uns vorliegenden Nachrichten eine so pessimistische Auffassung nicht erklären lassen und dass wir auch glauben, dass im montenegrinischen Volke die Liebe und Dankbarkeit zu seinem Herrscherhause viel tiefere Wurzeln geschlagen hat. Aus diesem Grunde schiene uns auch die von Seiner Majestät ins Auge gefasste Gefahr, dass wir einschreiten müssten, wenn sich eine von der Monarchie nicht zu akzeptierende Vereinigung Serbiens und Montenegros vollzöge, nicht aktuell. Es erübrigt mir nur noch zu sagen, dass es mit den hierortigen Intentionen vollkommen übereinstimmt, wenn Euer Durchlaucht jede aggressive Absicht gegenüber Serbien in Abrede gestellt haben. Euer Durchlaucht wollen Gelegenheit nehmen, dies neuerlich zu betonen. An die Hochderselben gemachte Bemerkung Herrn Sazonows — man wisse nicht, wohin Unvernunft und Fanatismus die Serben treiben, und nach Pasić Fall könnte eine ganz kopflose Militärpartei die Regierung an sich reißen — anknüpfend, könnten sich Euer Durchlaucht noch dahin äußern, dass gerade mit Rücksicht auf diese Umstände uns das Recht auf eine gewisse Bereitschaft an unserer Südgrenze zugebilligt werden müsse. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 5679, 5751.

Nr. 5712. Tel. nach St. Petersburg Nr. 132 (1), Paris Nr. 117 (2), Berlin Nr. 154 (3), Rom Nr. 175 (4) und London Nr. 158 (5), 7. Feb. 1913 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

1.—3. Fortsetzung zu meinem Telegramme
1, Nr. 131,[b])
2, Nr. 116,[b])
3, Nr. 153.[b])

1.—3. Euer Exzellenz werden diesem Telegramme entnommen haben, daß die von mir für ein durch Vermittlung Sir E. Greys und Fürst Lichnowskys anzustrebendes Kompromiß in der albanesischen Delimitationsfrage als äußerste mögliche Konzession ins Auge gefaßte Nord- und Ostgrenze von dem deutschen Botschafter vor die Réunion gebracht worden ist. Der russische sowie der französische Botschafter haben sich vorbehalten, ihre respektiven Regierungen im Gegenstande zu befragen. Diese Haltung der beiden Botschafter läßt trotz der in der Réunion vorgebrachten, in der französischen Redaktion aber nicht aufgenommenen Bemerkungen Grafen Mensdorffs die Annahme zu, als ob man russischer- und französischerseits vielleicht versuchen wollte, den deutschen Vorschlag nicht als ein Kompromiß, sondern nur als eine Koncession unsererseits aufzufassen, der noch weitere folgen würden, wenn auch Rußland seinen Standpunkt dem unsrigen näherbringen würde.

1. u. 2. Ich lege, um jedem Mißverständnis vorzubeugen, Wert darauf, daß Euer Exzellenz bei der dortigen Regierung sich ungesäumt dahin vernehmen lassen, daß die von Fürst Lichnowsky vorgebrachte Nord- und Ostgrenze Albaniens das äußerste dessen darstelle, was wir zu koncedieren vermögen und daß wir hoffen, daß auch die übrigen Mächte dem von Sir E. Grey und Fürst Lichnowsky ausgearbeiteten Vermittlungsvorschlage zustimmen werden, da wir, falls letzterer nicht in vollem Umfange angenommen würde, gezwungen wären, auf die von uns ursprünglich ins Auge genommene Grenze zurückzugreifen.

1. Euer Exzellenz wollen bei dieser Gelegenheit bemerken, daß mich das reservierte Verhalten Graf Benckendorffs umso unangenehmer überrascht hat, als unsererseits das möglichste geschehen ist, um den montenegrinischen Wünschen entgegenzukommen.

3. Da es Fürst Lichnowsky bekannt war, daß wir weitere Koncessionen nicht mehr zu bieten in der Lage sind, hat es mich überrascht, daß derselbe unsere — für ein Kompromiß bestimmten — Zugeständnisse vor die Botschafterréunion gebracht hat, ohne sich vorher vergewissert zu haben, daß sein Vorschlag auch die Zustimmung seines russischen Kollegen finden werde. Da wir — falls letzterer nicht von allen Mächten in vollem Umfange angenommen würde — genötigt wären, auf die von uns ursprünglich ins Auge genommene Grenze zurückzukehren, schiene es mir von Wichtigkeit, daß die deutsche Regierung noch vor der nächsten Botschafterréunion bei dem Pariser und Petersburger Kabinette auf die unveränderte Annahme des deutschen Vermittlungsvorschlages hinarbeite.

4. Fortsetzung zu meinem Telegramm Nr. 174[b]) von heute. Ich telegraphiere an Grafen Thurn und Grafen Szécsen wie folgt: (Inseratur aus Telegramm sub 1 von „Euer Exzellenz werden meinem Telegramme“ bis „zurückzugreifen“.)

5. Erhalten Euer Exzellenz Telegramme Nr. 111, 112 und 115 vom 6. beziehungsweise 7. l. M. Unter Mitteilung Euer Exzellenz Telegramm Nr. 111 telegraphiere ich an Grafen Thurn und Grafen Szécsen wie folgt: (Inseratur aus Telegramm sub 1 von „Euer Exzellenz werden meinem Telegramme“ bis „zurückzugreifen.“) Weiters telegraphiere ich im Gegenstande an Grafen Szögyény wie folgt: (Inseratur aus Telegramm sub 3 von „Da es Fürst“ bis „hinarbeite“.) Berchtold.

[a]) Vgl. n. 5715, 5720, 5729, 5732, 5763, 5830. — [b]) Mit diesen Telegrammen vom 7. Feb. 1913 (chiffr. 11 U. 45 M. p. m.) wurde n. 5693 mitgeteilt.

Nr. 5713. Tel. aus Sofia, 7. Feb. 1913 Nr. 112 (eing. 5 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Bezug auf mein Telegramm Nr. 104 vom 5. d. Mts. Rumänischer Kollege sagt mir, in Beantwortung seiner Demarche teilte ihm Konseilspräsident gestern abends mit, daß Pourparlers auch weiterhin von Herrn Danew geführt werden, dem Gesandter Sarafow als zweiter Unterhändler beigegeben wird. Verhandlungen würden in Sofia geführt und bulgarische Regierung sei jederzeit bereit, dieselben aufzunehmen.“ Tarnowski.

[a]) Oe. U. Balkan 148 Nr. 275.

Nr. 5714. Bericht aus Sofia, 7. Feb. 1913 Nr. 8 (eing. 10. Feb.). Ausfert.

Gerüchte über Unstimmigkeiten zwischen Bulgarien und Serbien wollen nicht verstummen und beständig wissen meine Gewährsmänner von Anzeichen gegenseitiger Verstimmung zu erzählen. Dass die Eintracht nicht vollkommen ist und dass die Bulgaren den Serben und vice versa Verschiedenes vorzuwerfen haben, geht auch aus dem Ton der beiderseitigen Presse unzweifelhaft hervor. Über vereinzelte Symptome der mangelnden Harmonie zwischen diesen Staaten habe ich wiederholt Meldung erstattet. Insistieren auf dieses Thema und immerwährend darauf zurückkommen will ich nicht, da ich vermeiden möchte dadurch den Eindruck zu geben, als ob ich an die Differenzen, die die Verbündeten zu trennen scheinen, grössere Hoffnungen knüpfen und gewissermassen darauf rechnen würde, dass sich dies zu unserem Vorteile escomptieren lassen wird. Ich habe in meiner Berichterstattung wiederholt betont, dass es nicht vorsichtig wäre, darauf zu zählen, und möchte bei dieser Auffassung bis auf weiteres bleiben. So bedeutend und reell die Ursachen des Zwistes zwischen Serbien und Bulgarien und Griechenland und Bulgarien auch sein mögen und so schwer es den Verbündeten gewiss sein wird sich zu verständigen, darf doch andererseits nicht übersehen werden, dass ihr primordiales Interesse in der Erhaltung des Bündnisses besteht. Nichts spricht bis jetzt dafür, dass die Cabinette von Sofia, Athen und Belgrad dieses Interesse verkannt hätten. Es ist vielleicht nur eine Flickarbeit, deren Resultate von keiner Dauer sein werden, welche die Alliierten verrichten, immerhin scheinen sie aber doch sich alle Mühe zu geben, es auf keinen Bruch zwischen ihnen ankommen zu lassen. Die Erwägung, dass die Verbündeten nichts so sehnlich erwarten können als das Ende des Krieges und den Moment ihre Armeen, deren Erhaltung auf dem Kriegsfusse sie wirtschaftlich zu Grunde richtet, zu entlassen, lässt auch nicht die Eventualität als wahrscheinlich erscheinen, dass, sobald man mit den Türken fertig sein wird, die Bulgaren, Griechen und Serben sich unter einander in die Haare fallen werden. Was immer die Zukunft bezüglich der gegenseitigen Verhältnisse der Alliierten bringen wird, will ich meine diesfällige Anschauung von meinen Wünschen unbeeinflusst lassen und mich vor einem übertrieben optimistischen Urteil hüten. Ist mein Urteil falsch, so droht uns nur eine angenehme Überraschung.

Tarnowski.

Nr. 5715. Tel. aus Berlin, 8. Feb. 1913 Nr. 79 (eing. 9 U. 30 M. p. m.).[a] *Entziff.*

Bezug auf Telegramme Nr. 153[b] und 154 von gestern. Deutsche Botschafter in Paris und in Petersburg werden, wie mir Staatssekretär versicherte, sofort Auftrag erhalten, bei den betreffenden Regierungen sich für die unveränderte Annahme in Rede stehenden Vermittlungsvorschlages einzusetzen.

Szögyény.

[a] Vgl. n. 5716. — [b] Mit Tel. Nr. 153, 7. Feb. 1913 (chiffr. 11 U. 45 M. p. m.) wurde n. 5693 nach Berlin mitgeteilt.

Nr. 5716. Tel. aus Berlin, 8. Feb. 1913 Nr. 80 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Vertraulich. Zu meinem Telegramme Nr. 79 von heute. Unterstaatssekretär sagte mir, daß es auch nach seiner Ansicht von Seite Fürsten Lichnowskys ein Fehler war, sich nicht vorher zu vergewissern, daß sein Vorschlag, betreffend Delimitation Albaniens, auch die Zustimmung seines russischen Kollegen finden werde. Deutscher Botschafter in London telegraphiert, daß er in der Botschafterréunion für den von Euer Exzellenz vertretenen Standpunkt ganz energisch eingetreten sei und ausgeführt habe, daß unter anderem die Preisgebung von Ipek an Serbien als ein weitgehendes Entgegenkommen Österreich-Ungarns angesehen werden müsse; Graf Benckendorff behauptet aber, daß ohne weitere Zugeständnisse seitens Österreich-Ungarns, insbesonders betreffend Djakova, eine Einigung nicht gefunden werden könnte; es sei dies „für die Galerie", so meinte der russische Botschafter, unumgänglich notwendig. Die Einsetzung einer internationalen Kommission erachte Graf Benckendorff für bedenklich.

Szögyény.

Nr. 5717. Tel. aus Bukarest, 8. Feb. 1913 Nr. 40 (eing. 4 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Bezugnehmend auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 87[a]) vom 6. d. M. Wie mir Herr Majoresco schon vor einigen Tagen mitteilte, protestierte Herr Mişu in London mit größter Entschiedenheit gegen Aufnahme ins Protokoll von angeblicher Äußerung Take Jonescos, betreffend Aufgabe Silistria—Balčik. Herr Danew wollte jedoch unter keiner Bedingung davon abgehen und machte Unterfertigung davon abhängig. Herr Mişu stimmte schließlich zu, betonend, dass Jonescos Aussprüche, falls er diese getan, unverbindlich, da er in London als Privatmann sprach. Minister des Innern verwahrte sich in der Presse und auch mir gegenüber entschiedenst, derartigen Ausspruch in London getan zu haben. Als Herr Danew sich so ganz absprechend gezeigt, habe er gesagt: „Je m'attendais à avoir une lutte avec vous pour Silistrie, mais jamais à une résistance aussi opiniâtre en ce qui concerne la cession de Balcic ou Kavarna." Aus diesem Ausspruch zog Danew seine unberechtigte Folgerung.

K. E. Fürstenberg.

[a]) Mit Tel. Nr. 87, 6. Feb. 1913 (chiffr. 6 U. p. m.), wurde n. 5690 nach Bukarest mitgeteilt.

Nr. 5718. Tel. aus Bukarest, 8. Feb. 1913 Nr. 41 (eing. 6 U. p. m.).[a]) Entziff.

Minister des Äussern teilt mir eben im Auftrage Seiner Majestät des Königs mit, dass Höchstderselbe Situation als gefahrdrohend betrachte und dass er der kriegerischen Strömung des Landes werde nicht länger widerstehen können, falls Verhandlungen in Sofia nicht in den nächsten Tagen befriedigendes Resultat ergeben. Ein Regierungswechsel würde Lage noch verschlimmern, da Herr Bratiano im Namen der liberalen Partei, welche berufen werden müsste, ihm erklärt habe, unbedingt, auch mit

Waffen, auf befriedigender Erledigung rumänischer Postulate zu bestehen, ebenso aber auch auf einer neuen Orientierung der auswärtigen Politik, nachdem bisherige Verbindung mit den Dreibundmächten Rumänien keinen Nutzen gebracht. Minister erklärte mir dann, dass Ministerrat unter dem Drucke der Lage folgenden Beschluss gefasst habe: Herr Ghika wird angewiesen, Verhandlungen mit bulgarischen Vertretern, Herrn Danew und Herrn Sarafow, in Sofia zu führen. Sollte in zwei — drei Sitzungen kein günstiges Resultat erzielt werden, so habe er dieselben abzubrechen. Angesichts dessen und unter Berufung auf das bestehende Verhältnis und die Rede Euer Exzellenz vor den Delegationen[b]) wende sich Minister des Äussern im Namen der rumänischen Regierung mit der Bitte an Euer Excellenz, österreichisch-ungarische Regierung möchte rumänischerseits aufgestellte Forderungen nicht allein unterstützen, sondern sich zu eigen machen und mit allem Nachdruck in Sofia auf Zedierung der Linie Silistria—Kavarna, eventuell Silistria—Cap Kali Akra bestehen. Minister sieht darin einziges Mittel, um Krieg zu vermeiden. Minister wird gleiche Erklärungen meinem deutschen und italienischen Kollegen machen. Meinen Einwurf, dass Rumänien europäischen Krieg entfachen könnte, begegnete Minister mit Bemerken, er sei sich Gefahr bewusst, zumal Herr Sazonow rumänischem Gesandten erklärte, bei Angriff Rumäniens auf Bulgarien würde russische Regierung öffentlicher Meinung nicht standhalten können. Rumänische Langmut ist aber erschöpft und würde tief verletzt. Es sei Sache der Grossmächte, Krieg zu vermeiden. Vertraulich. Kriegerische und antidynastische Agitation im Lande täglich wachsend. Glaube aber noch immer, dass König genügende Autorität hätte, eventuelle bulgarische Proposition Zedierung Linie Silistria—Kavarna ohne Stadt Silistria hier zur Annahme zu bringen. Dieselbe müsste jedoch raschestens erfolgen. K. E. Fürstenberg.

[a]) Oe. U. Balkan 149 Nr. 276. Vgl. n. 5727, 5733 Anm. b, 5737, 5739, 5755, 5765 Anm. a, 7243. — [b]) Wohl Parlamentarische Chronik der ö.-u. Mon. 1912, 875.

Nr. 5719. Tel. aus St. Petersburg, 8. Feb. 1913 Nr. 41 (eing. 4 U. 15 M. p. m.).[a]) Entziff.

Prinz Hohenlohe, welcher Montag den 10. d. M. 6 Uhr Früh in Wien eintrifft, bittet mich, Euer Exzellenz zu ersuchen, ihm behufs Übernahme des Handschreibens Seiner Majestät Kaiser Nikolaus' an Seine k. und k. Apostolische Majestät,[a]) sowie einer an Euer Exzellenz gerichteten Expedition einen Beamten des k. und k. Ministeriums des Äussern auf den Nordbahnhof entgegensenden zu wollen. Thurn.

[a]) Vgl. n. 5699, 5722, 5723, 5726.

Nr. 5720. Tel. aus St. Petersburg, 8. Feb. 1913 Nr. 43 (eing. 9. Feb. 8 U. 30 M. a. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramme Nr. 131[b]) und 132 von heute. Ich werde dem mir erteilten Auftrag entsprechend, sobald es mit Rücksicht auf den morgigen Sonntag möglich ist, Herrn Sazonow zur Kenntnis bringen, dass der von Fürst Lichnowsky auf der Botschafterréunion vorgebrachte

Kompromiss das Äusserste darstelle, was die k. u. k. Regierung bezüglich der Nord- und Ostgrenze Albaniens zu konzedieren vermöge. Was jedoch die mir ferner aufgetragene Bemerkung anbelangt, wir würden — im Falle als dieser Vermittlungsvorschlag nicht in vollem Umfange angenommen werden sollte — auf die von uns ursprünglich ins Auge gefassten Grenzen zurückgreifen, so erlaube ich mir es Euer Exzellenz geneigter Erwägung anheim zu geben, ob nicht die Gefahr bestehe, dass man dies hier als eine Drohung auffassen könnte, welche eine von der beabsichtigten entgegengesetzte Wirkung haben und eine sonst etwa bestehende Geneigtheit zur Annahme des Kompromisses zerstören könnte. Jedenfalls bitte ich Euer Exzellenz, die erwähnte Bemerkung zurückhalten zu dürfen, bis Prinz Hohenlohe, der soeben nach Wien abreist, Hochdenselben seinen mündlichen Bericht erstattet haben wird. Ich fürchte auch, dass man hier diese Bemerkung als eine Art Ultimatum betrachten würde, das gerade in dem Moment, wo ein eigenhändiges Schreiben des Zaren an Seine k. u. k. Apostolische Majestät unterwegs ist, hier besonders befremdend und verstimmend wirken würde und den Effekt der Mission des Prinzen Hohenlohe kompromittieren könnte, ehe dieser von seiner Reise noch zurückgekehrt ist. Thurn.

[a]) Vgl. n. 5731. — [b]) Vgl. n. 5712 Anm. b.

Nr. 5721. Tel. aus St. Petersburg, 8. Feb. 1913 Nr. 44 (eing. 9. Feb. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Prinz Hohenlohe ersucht mich, Euer Exzellenz Nachstehendes zu telegraphieren: „Seine Majestät der Kaiser behielt mich heute wieder beinahe eine Stunde bei sich. Ich erläuterte Seiner Majestät dem Kaiser nochmals auf das Eindringlichste unseren Standpunkt und betonte nochmals, dass eine aggressive Politik gegen Serbien durchaus nicht in der Absicht der k. und k. Regierung läge, dass wir aber selbstverständlich an unserer Südgrenze jede uns nötig scheinende Maßregel treffen würden, um Ruhe und Ordnung bei uns aufrecht zu erhalten. Dies sei eine rein interne Angelegenheit und wir würden demzufolge auch dann erst an eine Verwendung[b]) unserer militärischen Kräfte dortselbst denken können, wenn die allgemeine Lage uns hiezu passend erscheinen würde. Kaiser Nikolaus stimmte dieser, unsere südlichen Rüstungen betreffenden Auseinandersetzung rückhaltlos bei, wie es ja auch die Minister, wie ich Euer Exzellenz bereits berichtet habe,[c]) wenn auch nicht mit demselben guten Willen, getan haben. Nun kam der Kaiser auf die Abgrenzung Albaniens zu sprechen und fragte, warum, wie Graf Benckendorff telegraphierte, Graf Mensdorff denn gar so intransigent sei. Es sei doch nicht der Mühe wert, sich über einige Quadratkilometer Albaniens mehr oder weniger zu verfeinden. Ich erlaubte mir, Seiner Majestät dem Kaiser zu erwidern, dass man es bei uns gewiss auch vorzöge, sich bezüglich Albaniens mit Russland zu verständigen, nur beklagte sich umgekehrt in Wien Graf Mensdorff über die Intransigenz des Grafen Benckendorff, über welche Divergenz der Standpunkte der Kaiser lachte. Ich bemerkte weiter, wir müssten gerade durch die Abgrenzung

Albaniens uns Garantien schaffen, dass Serbien nicht über das Maß anwachse, das wir für angemessen halten, umsomehr als es Seiner Majestät doch bekannt sein müsse, dass die Gefühle Serbiens uns gegenüber an Feindseligkeit nichts zu wünschen übrig ließen, wodurch bis zu einem gewissen Grade trotz aller Friedensliebe der Monarchie immer die Gefahr bestehe, wir könnten einmal zu energischerem Einschreiten gezwungen werden. Der Kaiser versicherte mir, es geschehe und werde von hier aus alles geschehen, um Serbien zu einer korrekten Haltung gegenüber der Monarchie anzuhalten, und er sei überzeugt, dies werde schließlich nicht ohne bleibenden Eindruck sein, sodass Serbien uns binnen kurzem keinen Grund mehr zur Klage geben werde. Der Kaiser erwähnte weiter, er fände, da die Botschafterréunion in London gar nicht vom Flecke käme, den Vorschlag Sir E. Greys nicht unzweckmäßig, eine Kommission zur Regelung der strittigen Fragen an Ort und Stelle zu entsenden, wodurch wenigstens die unerfreulichen Reibungen zwischen den Botschaftern vermieden werden könnten. Bezüglich der schwierigen Lage der Dynastie Montenegros erwähnte ich, dass die diesbezüglichen Gerüchte doch vielleicht übertrieben seien, nachdem die Liebe zur Dynastie Njeguš doch tiefere Wurzeln im Lande geschlagen haben dürfte. Der Kaiser antwortete, das wolle ihm der König selbst immer glauben machen: nachdem er aber gelernt habe, wie es nötig sei, selbst königliche Worte aus Cetinje auf ihre Richtigkeit zu kontrollieren, so habe er seinerzeit Informationen hierüber einholen lassen, die dahin gingen, dass die Lage der Dynastie besonders durch die negativen Feldherrntalente des Kronprinzen wirklich sehr prekär geworden sei. Vom Kriegsschauplatz hat der Kaiser keine bemerkenswerten neuen Nachrichten, jedoch ging aus den Reden Seiner Majestät hervor, dass ihn ein bulgarischer Einmarsch in Konstantinopel nichts weniger als angenehm berühren würde, obwohl König Ferdinand ihm in einem Schreiben versichert habe, er werde mit seiner Armee nicht länger als zwei Tage dortselbst bleiben, um nicht erst von den Großmächten zum Verlassen Konstantinopels aufgefordert zu werden. Ich erlaubte mir den Einwurf, dass es schließlich noch fraglich sei, ob der König dies ohne Widerspruch werde verfügen können, worauf Kaiser Nikolaus meinte, er hoffe es, aber der Oberkommandant der bulgarischen Armee fange neuerdings an sehr eigenwillig vorzugehen. Beim Abschied trug mir Kaiser Nikolaus noch auf, Seine Majestät seiner allerwärmsten herzlichsten Gefühle zu versichern, er sehe zu Seiner Majestät wie zu seinem Vater empor und schon deswegen liege es ihm so am Herzen, dass auch die Beziehungen der beiden Reiche die allerbesten würden und blieben. Er habe zweimal in aller Offenheit und Aufrichtigkeit mit mir gesprochen — avait dit peut-être quelquefois même un mot de trop, aber alles nur in der Absicht, damit ich Seiner Majestät berichten könne, wie sehr er eine Verständigung herbeisehne, die er sich vollkommen möglich vorstelle, indem man sich beiderseits entgegenkomme, wobei aber seiner Überzeugung nach keine der beiden Regierungen so weit nachzugeben brauche, dass sie hiedurch die eigenen Interessen schädigen würde." Thurn.

[a]) Vgl. n. 5676. — [b]) Wahrscheinlich Entzifferungsfehler statt „Verminderung". — [c]) Vgl. n. 5697, 5698, 5699.

Nr. 5722. Handschreiben Kaiser Nikolaus II. von Rußland an Kaiser Franz Josef I.; Tsarskoe Selo, 26. Jan. (8. Feb.) 1913.a) Ausfert.

Le Prince Godefroi de Hohenlohe Schillingsfürst que j'ai eu du plaisir à revoir ici où il a laissé d'excellents souvenirs, s'est acquitté de la mission que Tu lui as confiée et m'a remis Ta lettre dont je m'empresse de Te remercier. Les sentiments qui T'inspirent n'ont pas manqué de trouver en moi un écho sympathique, car nul n'est plus désireux que moi d'obvier à tout malentendu qui pourrait se former au préjudice des bonnes relations entre nos deux Empires. Très sensible à la marque de confiance personnelle que Tu me donnes en T'adressant directement à moi pour dissiper l'impression produite en Russie par la politique de Ton Gouvernement au cours de la crise actuelle, je saisis cette occasion pour y répondre avec une égale franchise et dans un même sentiment de sincère amitié. Les traditions séculaires de la Russie lui imposent des devoirs qu'elle ne saurait méconnaître; toutefois, sur mes indications, mon gouvernement s'est appliqué à concilier, autant que possible, ces devoirs avec le souci du maintien de bons rapports avec la Monarchie voisine. Ainsi la Russie, tenant largement compte des intérêts de l'Autriche-Hongrie, a donné son assentiment à la création d'une nouvelle province ottomane sous la dénomination d'Albanie, et s'est même employée pour conseiller dans ce but aux vainqueurs de renoncer à une part légitime de leur conquête. Cette concession me permettait d'espérer que l'Autriche-Hongrie, à son tour, voudrait prendre en juste considération les intérêts vitaux des peuples balcaniques que la Russie ne pouvait se récuser d'appuyer, étant convaincue qu'il est impossible d'établir autrement dans la péninsule un ordre de choses stable qui garantisse l'Europe contre de nouveaux troubles. Mon esprit de conciliation ne parait pas avoir été suffisamment apprécié, car au sein de la conférence réunie à Londres mon ambassadeur n'a point rencontré auprès de son collègue austro-hongrois le concours attendu pour un réglement à l'amiable de la question de délimitation. D'autre part, l'opinion publique Russe, vivement émue des sacrifices imposés à nos corréligionnaires balcaniques, s'est montrée particulièrement impressionnée par les armements poussés avec vigueur en Autriche et que les évènements ne semblent guère justifier, surtout en présence du désir manifeste de la Russie de solutionner amicalement les difficultés actuelles. Toujours animé d'intentions pacifiques et continuant à faire preuve d'un absolu désintéressement, mon gouvernement poursuivra la tâche qui lui incombe en cherchant à sauvegarder l'accord avec le cabinet de Vienne dans le ferme espoir que celui-ci, de son côté, voudra reconnaître les obligations que crée à la Russie son passé historique. Confiant en Tes dispositions personnelles si amicales dont Ta lettre m'est un nouveau témoignage, j'aime à espérer que Tu ne refuseras pas de prêter le poids de Ta grande autorité, universellement reconnue, pour diriger en ce sens la politique de Ton gouvernement. A ce point de vue, je tiens à Te dire combien me parait heureuse l'initiative que Tu as prise d'un contact direct entre nous, car je ne veux pas douter qu'à l'aide de nos efforts réunis et au prix de concessions mutuelles, nous n'arrivions à nous entendre de sorte que la crise actuelle, loin de semer la mésintelligence, serve finalement à

affermir les relations amicales qu'il me tient à cœur de voir solidement établies entre nos deux pays pour le bonheur de nos peuples et le maintien de la paix en Europe. Nicolas.

a) Vgl. n. 5719, 5809.

Nr. 5723. Bericht aus St. Petersburg, 26. Jan./8. Feb. 1913 Nr. 5 B (eing. 10. Feb.).a) Ausfert.

Streng vertraulich. Da Prinz Hohenlohe Euer Exzellenz ohnehin mündlich über die Ergebnisse seiner Mission Meldung erstatten wird, glaube ich meine Berichterstattung über diesen Gegenstand umsomehr beschränken zu sollen, als ich zufolge meines noch immer leidenden Zustandes doch nur das wiederholen könnte, was ich auf Umwegen höre. Darüber kann kein Zweifel bestehen, dass die Entsendung des Prinzen Gottfried Hohenlohe mit einem Allerhöchsten Handschreiben bis jetzt eine vorzügliche Wirkung gehabt hat, indem die darin zum Ausdruck kommende besondere Aufmerksamkeit unseres Allergnädigsten Herrn sowie das in diesem aussergewöhnlichen Schritte offenbar liegende Bestreben, die gegenseitigen Beziehungen trotz der bestehenden Schwierigkeiten ungetrübt zu erhalten, auf den so impressionablen Kaiser Nikolaus einen starken Eindruck gemacht zu haben scheint. Was Herrn Sazonow anbelangt, so verhielt er sich anfangs sehr skeptisch. Auch nachdem er bereits von dem Inhalte des Allerhöchsten Handschreibens Kenntnis erlangt hatte, zeigte er sich sehr zurückhaltend und recht pessimistisch. Ich hatte am Abend nach der Audienz des Prinzen Hohenlohe den Herrn Minister des Äussern zu einem kleinen Diner auf der Botschaft gebeten, dem ich trotz Abratens des Arztes beiwohnte. Zu jener Zeit hatte Herr Sazonow bereits Kenntnis von dem Inhalte des Allerhöchsten Handschreibens, hatte aber offenbar Seine Majestät den Zaren seit der Audienz des Prinzen Hohenlohe, in der dieser dem Kaiser Nikolaus die ergänzende mündliche Message unseres Allergnädigsten Herrn überbracht hatte, nicht mehr gesehen. Gelegentlich einer Unterredung,a) die ich nach Tisch mit Herrn Sazonow hatte und zu der sich auch Prinz Hohenlohe gesellte, nahm letzterer die Gelegenheit wahr, um auch dem Minister gegenüber sich in analoger Weise zu äussern, wie er es im Allerhöchsten Auftrage Seiner Majestät dem Kaiser Nikolaus gegenüber getan hatte. Herr Sazonow war gegen die vorgebrachten Argumente weit weniger empfänglich, als dies Kaiser Nikolaus Selbst gewesen war, und antwortete stets mit denselben Gegenbemerkungen, die ich schon unzählige Male von ihm gehört hatte und mit deren erneuter Wiedergabe ich Euer Exzellenz nicht ermüden will. Als nun Prinz Hohenlohe Tags darauf Herrn Sazonow seinen Besuch abstattete, war er angenehm überrascht, beim Herrn Minister einen sehr merklichen Stimmungsumschwung zu finden, über den er Euer Exzellenz bereits telegraphischb) berichtet hat. Es liegt nahe anzunehmen, dass dieser Stimmungswechsel beim Herrn Minister auf persönliche Einflussnahme Seiner Majestät des Zaren zurückzuführen ist, auf Höchstwelchen speziell die dem Prinzen Hohenlohe Allerhöchst aufgetragene mündliche Message unseres Allergnädigsten Herrn einen besonderen Eindruck gemacht zu

haben scheint. Gerade in der leichten Impressionabilität des Zaren, welcher der momentane hervorragend günstige Erfolg der Allerhöchsten Message zum guten Teile zu danken ist, liegt aber die Gefahr, dass der gegenwärtig erzielte Eindruck bei Seiner Majestät dem Kaiser Nikolaus, Höchstwelcher auch anderen, entgegengesetzten Eindrücken leichter zugänglich ist, nicht lange vorhalten wird, ja sogar ins volle Gegenteil umschlagen könnte, wenn Er Sich in den jetzt in Ihm wach gerufenen vielleicht übertriebenen Hoffnungen und Erwartungen enttäuscht sehen sollte. Wenn daher der gegenwärtige Schritt eine dauernde Wirkung haben und ein sehr peinlicher Rückschlag vermieden werden soll, so wäre es meiner unmassgeblichen Meinung nach von der grössten Wichtigkeit, dass der durch den direkten Briefwechsel unseres Allergnädigsten Herrn mit Kaiser Nikolaus angeknüpfte Faden nun auch seitens der beiden Regierungen fortgesponnen werde, und dass namentlich unsererseits in irgend einer, unsere vitalen Interessen nicht schädigenden Weise ein greifbares Zeichen des Entgegenkommens gegeben werde, welches auch Herrn Sazonow, der gegenwärtig den besten Willen zu haben scheint, die von ihm gewünschte Handhabe bieten würde, um bezüglich der wichtigsten pendenten Fragen, zu denen in erster Linie jene der albanesischen Abgrenzung gehört, zu einem Einverständnisse mit uns zu gelangen, welches dann automatisch eine allgemeine Beruhigung und damit die Möglichkeit der Rückgängigmachung der Rüstungen an unserer Südgrenze mit sich bringen würde. Kommen wir aber jetzt trotz des Allerhöchsten Handschreibens in diesen Fragen um keinen Schritt weiter, so kann ich Euer Exzellenz meine ernste Befürchtung nicht verhehlen, dass dann die Situation eine noch weit schlechtere und gespanntere werden dürfte als vorher. Thurn.

[a]) Vgl. n. 5719, 5751, 5789. — [b]) n. 5697, 5698.

Nr. 5724. Bericht aus St. Petersburg, 26. Jan. 8. Feb. 1913 Nr. 5 C (eing. 10. Feb.). Ausfert.

Vertraulich. Der Herr k. u. k. Militär-Attaché hat dieser Tage gesprächsweise durch seinen rumänischen Kollegen in Erfahrung gebracht, dass der amtliche Verkehr zwischen der hiesigen rumänischen Vertretung und der Regierung in Bukarest in Ermangelung jeglichen Kurierdienstes auf den Postweg angewiesen ist, und dass es nicht selten vorkommt, dass amtliche Expeditionen von hier nach Bukarest und vice versa erst nach Wochen an ihre Bestimmung gelangen. Mit Rücksicht auf unser intimes Verhältnis zu Rumänien und den Austausch vertraulicher Informationen liegt es auf der Hand, dass ein derartiger Zustand, namentlich in den jetzigen Zeiten, als sehr bedenklich bezeichnet werden muss, und ich habe daher den hiesigen rumänischen Gesandten wissen lassen, dass ihm unsere Kuriersgelegenheiten für vertrauliche Sendungen nach Bukarest stets zur Verfügung stehen. Ich erlaube es mir gleichzeitig dem hohen Ermessen Euer Exzellenz anheimzugeben, ob es sich nicht empfehlen würde, auch in Bukarest ein analoges Anerbieten für die Expeditionen der dortigen Regierung nach St. Petersburg zu stellen, da es nach meiner Ansicht durchaus nicht aus-

geschlossen ist, dass der gegenwärtige Zustand, namentlich für die Geheimhaltung gewisser militärischer Massregeln, sehr kompromittierend wirken könnte. Zur Illustration des vorstehenden Gedankens erlaube ich mir ergebenst anzuführen, dass der hiesige rumänische Militärattaché eine, wie er dem Prinzen Hohenlohe sagte, streng geheime militärische Tabelle erhalten hat, in welcher die dem rumänischen Generalstab bekannten Daten über fremde Armeen, darunter auch über die unsere, enthalten waren. Diese Sendung war 3 Wochen unterwegs, woraus man wohl schliessen kann, dass die kompetenten russischen Stellen von dem Inhalte derselben in aller Musse Kenntnis genommen haben dürften. Ich halte es für meine Pflicht, Euer Exzellenz auf die ernsten Gefahren aufmerksam zu machen, welche durch dieses leichtfertige rumänische Vorgehen für die Wahrung solcher militärischer Geheimnisse oder anderer Mitteilungen vertraulichen Charakters bestehen, welche unsererseits zur Kenntnis der rumänischen Regierung gebracht werden mögen. Thurn.

Nr. 5725. Privatschreiben des Chefs des Generalstabes, 8. Feb. 1913.[a] Ausfert.

Streng vertraulich. Auf Euer Exzellenz hochgeschätztes Schreiben vom 6. d. M. beehre ich mich folgendes mitzuteilen. Ich rechne noch immer mit dem kriegerischen Einschreiten der Monarchie gegen Serbien, weil ich in dem Grosswerden dieses Staates eine entscheidende Gefahr für die Monarchie erblicke, welche Gefahr je später desto schwerer zu beseitigen ist. Ich glaube, dass schon die Frage der Abgrenzung Albaniens — will die Monarchie nicht zurückweichen — zu einem Konflikt führen wird. Kommt es nun zu diesem, so ist es von höchster Wichtigkeit, dass serbische Kräfte durch eine albanesische Insurrektion gebunden werden. Es besteht daher die Absicht, den Albanesen Waffen zu liefern. Als solche sind etwa 12.000 Gewehre bestimmt. Selbstverständlich dürfen dieselben nicht zu früh nach Albanien geschickt werden, da eine vorzeitige Insurrektion nur den Erfolg und Nutzen der letzteren in Frage stellen würde. Um aber den Weg zu erproben, auf welchem eine solche Sendung überhaupt möglich wäre, und um bei den Albanern nicht durch blosse Worte, sondern durch eine Tat den Glauben an die Unterstützung seitens der Monarchie wach zu erhalten, soll die Sendung einer kleinen Parthie dieser Waffen jetzt erfolgen; doch sind auch diese dermalen noch innerhalb der Monarchie deponiert. Was den Neutralitätsbruch anbelangt, liegen hier zahlreiche Nachrichten vor, welche beweisen, wie wenig Skrupel sich in dieser Hinsicht andere Staaten, vor allem Russland und Frankreich auferlegen, aber auch Italien soll schon seit längerem Waffen, speziell Gewehre und Munition und zwar das neueste Ordonnanzmodell in Albanien einschmuggeln. Speziell liegen ganz neue Nachrichten vor, dass Russland von Odessa schweres Artillerie-Material nach Antivari dirigiert, welche Massnahme den für die Monarchie so unerwünschten Fall von Skutari herbeizuführen geeignet erscheint. Überdies wird eine diesbezügliche Zusammenstellung Euer Exzellenz unter Evb. Nr. 399[b] übersendet. Es liegt mir gewiss ferne, den

von Euer Exzellenz vertretenen Standpunkt der äusseren Politik zu verkennen, aber ich bitte Euer Exzellenz auch die schwere Verantwortung in Rechnung zu ziehen, welche auf mir lastet, wenn die Ereignisse zum bewaffneten Konflikt führen, sowie auch die mir obliegende Pflicht, die hiebei in Frage kommenden Vorbereitungen nicht zu vernachlässigen; dies umsomehr, als es ja durchaus nicht feststeht, dass die Monarchie nicht etwa auch in eine grosse kriegerische Aktion verwickelt zu werden vermag.

Conrad.

[a]) Randbem. des Sektionschefs Graf Friedrich Szápáry: In mündlicher Besprechung erledigt. — [b]) Liegt nicht bei den Akten.

Nr. 5726. Bericht aus Belgrad, 9. Feb. 1913 Nr. 33 A (eing. 11. Feb.). Ausfert.

Vertraulich. Wie ich von konfidentieller Seite erfahre, ist auch Herr Pašić wegen der Mission des Prinzen Hohenlohe nach Petersburg sehr besorgt und befürchtet, dass daraus für Serbien Nachteile entstehen könnten. Er hat Herrn von Hartwig gegenüber diesen seinen Befürchtungen Ausdruck gegeben, worauf der russische Gesandte ihn beruhigte und versicherte, dass Russland sich nicht zu Vereinbarungen hergeben würde, welche gegen die Interessen Serbiens gerichtet sind. Er glaube, dass das Allerhöchste Handschreiben[a]) lediglich den Zweck verfolge ein Einvernehmen in der albanesischen Abgrenzungsfrage zwischen der Monarchie und Russland zu erzielen.

Ugron.

[a]) n. 5653.

Nr. 5727. Tel. nach Bukarest, 9. Feb. 1913 Nr. 96 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; V. Rappaport u. Berchtold; G. Berchtold).

Bezug auf Euer Durchlaucht Telegramm Nr. 41 vom 8. d. M. und im Verfolge meines Telegrammes Nr. 93 vom 7. d. M. Ich ersuche Euer Durchlaucht, Seiner Majestät König Carol und Herrn Majoresco in meinem Namen zu sagen, daß auch ich die Lage allerdings als gefahrdrohend ansehen müßte, wenn Rumänien seine Forderungen Bulgarien gegenüber gerade in dem Momente forcieren würde, in welchem die Alliierten neuerdings mit der Türkei im Kampfe stehen und Rumänien hiedurch indirekt als Bundesgenosse der bereits geschlagenen Türkei auftreten möchte. Die befriedigende Lösung der schwierigen und heiklen Frage, welcher Rumänien gegenüberstehe, könne wohl nur durch eine besonnene und konsequente Haltung sowie eine geschickte Anpassung an die jeweilige Situation erhofft werden. Wenn Rumänien das Prinzip als richtig und im Interesse des Landes gelegen erkannt habe, daß die gegenwärtigen Differenzen mit Bulgarien in einer Weise gelöst werden sollen, welche die Möglichkeit, gute Beziehungen zwischen den beiden Staaten zu erhalten, nicht beeinträchtige, so dürfe Rumänien den einmal als richtig erkannten Weg ohne zwingende Gründe nicht verlassen und sollte an demselben bis zur Erschöpfung aller diplomatischen Mittel festhalten. Wenn rumänischerseits die Besorgnis bestehe, daß Bulgarien nach neuerlicher Einstellung der Feindseligkeiten eine noch intransigentere Haltung einnehmen werde, so müsse dem

entgegengehalten werden, daß dieses selbst nach erfolgtem Friedensschlusse wohl nicht sobald in der Lage sein werde, Rumänien bewaffneten Widerstand leisten zu können. Überdies wird Bulgarien dann wohl keineswegs am Ende seiner Schwierigkeiten stehen, da die Aufteilung der eroberten Gebiete voraussichtlich ernste Differenzen zwischen den Alliierten heraufbeschwören dürfte. Wir hätten jedoch gerade in den letzteren Schwierigkeiten, deren man sich in Bulgarien wohl bewußt sei, das Mittel erblickt, um einen für beide Staaten vorteilhaften Ausgleich herbeizuführen. Deshalb hätten wir vor kurzem Bulgarien nahegelegt, daß wir für die Zuteilung gewisser Gebiete in Mazedonien an dasselbe einzutreten geneigt wären und daß sich Bulgarien etwa in einem geheimen Abkommen verpflichten könnte, Rumänien zu befriedigen, sobald ihm die bezüglichen Kompensationen in Mazedonien tatsächlich zugefallen wären.*b)* Der neuerliche Ausbruch der Feindseligkeiten habe einstweilen die weitere Verfolgung dieses Gedankens unterbrochen, da es schwer sei, mit Bulgarien über die Zugehörigkeit von zwischen den Alliierten strittigen Gebieten zu diskutieren, während es mit diesen neuerlich im Felde stehe. Wir wollen jedoch in Berücksichtigung der von Rumänien neuerdings vorgebrachten Wünsche in Sofia weitere Schritte in diesem Sinne unternehmen, obwohl wir uns nicht verhehlen, daß der gegenwärtige Augenblick hiefür der denkbar ungünstigste sei. Von einem peremptorischen Eintreten für die rumänische Forderung nach der Linie Silistria—Kavarna beziehungsweise Silistria—Kali Akra in Sofia könnten wir uns hingegen keinerlei Erfolg versprechen, da Bulgarien im gegenwärtigen Momente eine nicht einverständliche Lösung wohl nur der Waffengewalt weichend akzeptieren würde. Wir hielten es zwar für ziemlich wahrscheinlich, daß Bulgarien einer Okkupierung durch Rumänien keinen bewaffneten Widerstand entgegensetzen würde; ein solches Vorgehen würde aber, abgesehen von dem Odium, welches Rumänien auf sich nähme, zur Folge haben, daß Rumänien sich nicht nur zu Bulgarien, sondern zu dem gesamten Balkanbunde in Gegensatz stellen, hiemit zu dessen künstlicher Konsolidierung beitragen und das zu seinen Ungunsten veränderte Balkangleichgewicht der neuen territorialen Erwerbung zum Trotz noch weiter zu seinem Nachteile verschieben würde. Eine solche Gestaltung könne nicht im Interesse Rumäniens liegen, welches sich vielmehr zum Ziele setzen müßte, nach Aufhören des ad hoc gebildeten Bundesverhältnisses zwischen den Balkanstaaten die zwischen diesen zu gewärtigenden Interessengegensätze für seine Politik zu verwerten. Wir müßten es lebhaft bedauern, wenn Rumänien sich diesen in seinem wohlverstandenen Interesse liegenden Erwägungen verschließen wollte, welche es ratsam erscheinen ließen, die bevorstehenden Verhandlungen in Sofia nicht zum Abbruch kommen zu lassen, um die in der voraussichtlichen Entwicklung der Dinge liegenden Möglichkeiten ausnützen zu können, bevor man an die ultima ratio denkt, deren Anwendung Rumänien große Gefahren, aber auch im günstigsten Falle wohl keinerlei dauernden Vorteil bringen könne. Eine entsprechende Instruktion*c)* ergeht gleichzeitig an Grafen Tarnowski. Berchtold.

a) Vgl. n. 5733 Anm. c, 5757, 5765 Anm b, 5874. — *b)* Vgl. n. 5618. — *c)* Vgl. n. 5733.

Nr. 5728. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 9. Feb. 1913 Nr. 105 (eing. 9 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Mahmud Schefket Pascha hat mich soeben aufgesucht; er las mir ein vorgestern hier eingetroffenes Telegramm Tewfik Paschas vor. In demselben meldete der türkische Botschafter, er habe Sir E. Grey als eine rein persönliche Idee seinerseits Frage vorgelegt, ob es nicht zweckmässig wäre, wenn die Türkei Mächte ersuchen würde, in ihrem Namen mit den Alliierten Friedensverhandlungen fortzusetzen und zwar auf Basis der türkischen Antwort auf Kollektivnote. Staatssekretär hätte, meldete Tewfik Pascha weiter, diese Idee anscheinend sympathisch aufgenommen und geantwortet, dass sich die Pforte seiner Ansicht nach, wenn sie diesen Gedanken akzeptiere, an die Mächte in offizieller Form zu wenden hätte. Mahmud Schefket Pascha frug mich um meine Ansicht, ich antwortete, dass mir der Gedanke Tewfik Paschas praktisch erscheine, vorausgesetzt, dass die türkische Regierung in der Adrianopler Frage mit sich sprechen liesse. Grossvezir gab mir hierauf keine dezidierte Antwort und sagte bloss, es wäre vielleicht möglich, dass die Mächte Lösung finden könnten, die beiderseits akzeptabel wäre. Idee der Einsetzung eines Naib es Sultan[b] bezeichnet er auch bei diesem Anlasse als unannehmbar. Hierauf sprach sich der Grossvezir dahin aus, er werde Frage heute dem Ministerrat unterbreiten und mir bezüglichen Beschluss noch heute mitteilen. Über den Stand der Kriegsoperationen wollte sich Mahmud Schefket Pascha nicht näher aussprechen, er sagte bloss, er sei allerdings wenn möglich für den Frieden ...[c] anderseits aber alles, um den Krieg, wenn nötig mit Nachdruck fortzusetzen. Bulgarische Armee zieht sich, wie er mir schliesslich sagte, gegen Tscherkeskiöi zurück, auch Derkos soll bereits geräumt sein. Adrianopel könne sich seiner Ansicht nach noch länger als zwei Wochen halten.

Pallavicini.

[a] Vgl. n. 5741, 5742, 5746. — [b] Vgl. n. 5661. — [c] Chiffre fehlt.

Nr. 5729. Tel. aus Paris, 9. Feb. 1913 Nr. 26 (eing. 5 U. 45 M. p. m.).[a] Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm vom 8. d. M. Nr. 117. Ich habe Herrn Jonnart nachdrücklichst erklärt, dass das von Sir E. Grey und Fürst Lichnowsky vorgeschlagene Kompromiss in albanesischer Delimitierungsfrage das Äusserste ist, was wir akzeptieren könnten und weitere Konzessionen ganz ausgeschlossen sind. Minister nahm dies ohne Einwendung zur Kenntnis und sagte, er müsse Kompromissvorschlag, den er nur oberflächlich gelesen, eingehender Prüfung unterziehen. Offenbar wartet er Instruktionen[b] aus Petersburg ab.

Szécsen.

[a] Vgl. n. 5763, 5830. — [b] Amtsvermerk: sic!

Nr. 5730. Tel. nach Rom, 9. Feb. 1913 Nr. 180 (chiffr. 10 U. 40 M. p. m.).[a] Konz. (S. u. G. Berchtold).

Im Laufe heutiger Unterredung mit Herzog Avarna machte ich den Botschafter auf die neuestens eingeleitete serbisch-montenegrinische Aktion zur Erstürmung Skutaris aufmerksam und betonte Notwendigkeit, sowohl

bei uns wie in Italien, sei es durch diplomatische Schritte in Cetigné und Belgrad, sei es im Wege der Presse die Kriegführenden von der Aussichtslosigkeit eines solchen Kampfes, welcher die Entscheidungen der Botschafterréunion doch nicht präjudiciren oder modificiren könnte, zu warnen. Da Herzog Avarna Richtigkeit solcher Maßnahme auch vom Standpunkte Verhinderung unnötigen Blutvergießens zugab, beabsichtige ich in der Dienstagnummer des „Fremdenblattes“[b] diesfälligen Artikel zu publizieren. Ersuche Euer Exzellenz, Marchese di San Giuliano hievon Kenntnis geben und beifügen zu wollen, dass es mir wünschenswert schiene, wenn auch italienischerseits analog vorgegangen werden könnte.

[a] Vgl. n. 5776, 6010. — [b] Vgl. Fremdenblatt Nr. 41 vom 11. Feb. 1913, Leitartikel.

Nr. 5731. Tel. nach St. Petersburg, 9. Feb. 1913 Nr. 134 (chiffr. 11 U. 10 M. p. m.). Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 43 vom 8. l. M. Ich bin damit einverstanden, daß Euer Exzellenz davon Abstand nehmen, die Bemerkung, wir würden — im Falle der Kompromißvorschlag nicht in seinem vollen Umfange angenommen werden sollte — auf die von uns ursprünglich ins Auge gefaßten Grenzen zurückgreifen, bei Herrn Sazonow vorzubringen. Zu Hochderselben persönlichen Orientierung möchte ich aber noch beifügen, daß diese Bemerkung nicht dahin zu verstehen war, daß wir die Absicht hätten, in einem solchen Falle die Verhandlungen abzubrechen, sondern nur, daß wir bei der neuerlichen Aufnahme der Pourparlers über die Delimitierung Albaniens wieder auf den vor dieser Vermittlungsaktion von uns eingenommenen Standpunkt zurückgreifen müßten.

Berchtold.

Nr. 5732. Tel. aus St. Petersburg, 9. Feb. 1913 Nr. 45 (eing. 10. Feb. 10 U. a. m.).[a] Entziff.

Nachdem ich noch immer nicht hergestellt bin, entsendete ich heute Graf Czernin zum Minister des Äussern, der ihm im Sinne der telegraphischen Weisung vom 8. d. M., Nr. 132, auseinandersetzte, dass der vom Fürsten Lichnowsky der Botschafterkonferenz vorgelegte Kompromissvorschlag, betreffend die Nord- und Ostgrenze Albaniens, das Äußerste unserer Konzessionen darstelle und dass Euer Exzellenz hoffen, dass auch die übrigen Mächte dem von Sir E. Grey und dem Fürsten Lichnowsky ausgearbeiteten Kompromissvorschlag zustimmen werden. Es entspann sich darauf eine längere Diskussion folgenden Inhalts: Herr Sazonow fiel seinem Mitredner gleich mit der Bemerkung ins Wort, der fragliche Kompromissvorschlag scheine ihm leider in dieser Form nicht akzeptabel und es sei bereits ein russischer Gegenvorschlag nach London abgegangen. Mit Nachdruck betonte Herr Sazonow, der Vermittlungsvorschlag sei nicht das Produkt einer gemeinsamen Ausarbeitung Sir E. Greys und des Fürsten Lichnowsky, sondern blos des letzteren. Die englische Regierung habe sich von dem russischen Standpunkte nicht getrennt. Die wiederholte Bemerkung Grafen Czernins, der Kompromissvorschlag bilde die letzte Konzession, auf die sich

unsere Regierung einlassen könne, schien auf Herrn Sazonow nicht ohne ernsten Eindruck zu bleiben und er hob hervor, dass er zuversichtlich hoffe, dass doch in Bälde ein alle Mächte befriedigender Ausweg gefunden werden dürfte. Da sich sein Mitredner dem gegenüber etwas skeptisch verhielt, wollte Herr Sazonow geltend machen, dass sich unsere Konzessionen ja im Verhältnis zu den russischen als relativ sehr gering darstellen. Daraufhin wurde an der Hand einer Karte die ganze Grenzfrage Punkt für Punkt durchgesprochen, und Graf Czernin wies auf die großen Konzessionen hin, die unserseits in der ganzen Grenzlinie und namentlich um den Skutarisee sowie in der zugestandenen Ausscheidung aus Albanien von Ipek, Prisren (außer Luma) und dem Kloster Dečani gemacht worden seien, nach welchen die Existenzbedingungen eines lebensfähigen Albaniens (eines allgemeineuropäischen Interesses) gerade noch zur Not gesichert seien. Bezüglich des Landzuwachses Montenegros, das, wie sich der Minister des Äußern stets ausdrückte, verhungere, wies dieser darauf hin, dass es nach dem Kompromissvorschlag noch immer nicht genügende, halbwegs fruchtbare Gründe erhalten würde und daher nach wie vor auf die materielle Unterstützung Russlands angewiesen bleiben würde, was auf die Dauer unhaltbar sei. Der Minister ließ die Bemerkung fallen: „Donnez leur au moins tout le lac de Scutari qu'ils pourraient alors dessécher." Hier flocht der Minister die Bemerkung ein, der jetzt im Bereiche der Möglichkeit liegende Fall Skutaris würde übrigens diese Frage weiter komplizieren und ging hierauf neuerlich auf die Gefahren über, die für uns aus der prekären Stellung der Dynastie Njeguš resultieren würden. Bezüglich unserer Konzessionen in Ipek und Prisren sagte Minister, er habe seit Langem die Überzeugung, dass wir diesfalls hauptsächlich aus dem Grunde insistiert hätten, um ein Kompensationsobjekt in der Hand zu haben; er könne also darin keine besondere Nachgiebigkeit erblicken. (Es scheint fast, als ob diese Auffassung der russischen Regierung durch eine Indiskretion einer dritten Macht irrtümlich hervorgerufen worden wäre.) Graf Czernin erwiderte demgegenüber sehr dezidiert, dass dies eine völlig irrige Auffassung sei, dass ihm aus den klaren Äußerungen seiner Regierung wohlbekannt sei, dass man im Gegenteile das größte Gewicht auf die Einverleibung dieser Gebiete in Albanien gelegt und sich nur schwer zur Änderung dieses Standpunktes entschlossen habe. Wenn übrigens unsere Konzessionen aus obigen Gründen hier nicht richtig eingeschätzt würden, so könne man unserseits mit ebensoviel Berechtigung behaupten, die russischerseits als Konzessionen gebuchten und unterstrichenen Zugeständnisse, wie zum Beispiel bezüglich der Stadt Skutari, seien nicht vollwertig. Am heftigsten opponierte Herr Sazonow gegen die Einbeziehung Dibras zu Albanien. Dies sei eine slavische Stadt, Sitz eines patriarchistischen und eines exarchistischen Bischofs und letzterer Umstand beweise am sichersten den slavischen Charakter des Ortes, da es ja keine exarchistischen Albanesen gebe. Auf die Gegenbemerkung, Dibre dürfte eben ethnographisch gemischt sein, insistierte Herr Sazonow darauf, dass es sich um eine slavische Stadt handle und schien überhaupt in diesem Punkte sowie in der Sicherung des ganzen Skutarisees für Montenegro die Hauptschwierigkeit zu sehen. Die Schlussbemerkung Graf Czernins ging

dahin, dass es ihm nach dem soeben Gehörten nicht ganz klar sei, wie die vom Minister des Äussern erhoffte baldige Verständigung erfolgen solle, da wir ja, wie gesagt, keine Konzessionen mehr zu vergeben hätten. Herr Sazonow quittierte diese Bemerkung damit, dass er ja, ebenso wie wir, geradezu darauf brenne, die leidige Abgrenzungsfrage aus der Welt zu schaffen und sicher hoffe, dass dies „in einigen Tagen" bereits glücken werde, da er ja nach wie vor zu möglichster Konzilianz neige, „mais il faut absolument continuer à causer". Auf die Details des Gegenvorschlages konnte Minister nicht näher eingehen, da er sie nicht genügend genau vor Augen habe.

Thurn.

[a]) Vgl. n. 5820.

Nr. 5733. Tel. nach Sofia, 9. Feb. 1913 Nr. 76 (chiffr. 10 Feb. 12 U. 5 M. a. m.).[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; G. Berchtold).

Im Verfolge meiner heutigen Telegramme Nr. 74[b]) und 75.[c]) Ich ersuche Euer Hochgeboren, Herrn Geschoff aufzusuchen und ihm in meinem Namen zu sagen, daß wir den zwischen den Herren Danew, Sarafow und Ghika bevorstehenden Verhandlungen in Sofia mit dem größten Interesse entgegensehen und uns der Hoffnung hingeben, daß es gelingen werde, dieselben zu einem gedeihlichen Abschlusse zu bringen. Obwohl wir uns nicht verhehlen, daß es Bulgarien schwer fallen müsse, im Augenblicke, wo es die Kriegsoperationen gegen die Türkei wieder aufgenommen habe, in der bulgarisch-rumänischen Kontroverse seine Entschlüsse zu fassen, könne ich ihm nicht verschweigen, daß mir die Lage angesichts der zunehmenden Erregung der öffentlichen Meinung in Rumänien über die bisherige Erfolglosigkeit der Verhandlungen gefahrdrohend scheine. Die mir aus Rumänien zukommenden Nachrichten ließen befürchten, daß ein neuerlicher Mißerfolg der Pourparlers einen unheilbaren Riß in die Beziehungen beider Länder zur Folge haben könnte. Dies wäre nicht nur an sich äußerst beklagenswert, sondern scheine mir im wohlverstandenen Interesse Bulgariens auch deshalb höchst bedenklich, weil eine Verfeindung mit Rumänien letzteres veranlassen könnte, die sich vielfach regenden, gegen die nationale Expansion Bulgariens gerichteten Tendenzen zu unterstützen. Nach den mir vorliegenden Nachrichten mehrten sich in Serbien und Griechenland die Stimmen, daß alles Land westlich vom Vardar serbisch beziehungsweise griechisch werden müsse, und es lasse sich nicht von der Hand weisen, daß ein bulgarenfeindliches Rumänien im weiteren Verlaufe der Ereignisse in eine Interessengemeinschaft eintreten könnte, welche eine Repression der bulgarischen nationalen Aspirationen zum Ziele hätte, eine Eventualität, welche geeignet wäre, die wohlwollenden Bestrebungen Oesterreich-Ungarns nach tunlichster Begünstigung Bulgariens zu paralysieren. Andererseits hätte ich den Eindruck, daß heute vielleicht noch eine Einigung unter wesentlich günstigeren Bedingungen zustande kommen könnte, wenn eine solche raschestens erfolge und hielte es demnach für meine Pflicht, dem bulgarischen Kabinette die tunlichste Beschleunigung der Verhandlungen anzuempfehlen, bevor die steigende Erregung in Rumänien die Aufstellung immer weiter-

gehender Forderungen nach sich ziehe. Auch sähe ich mich veranlaßt, bei dieser Gelegenheit auf die Anregung zurückzukommen, welcher ich Herrn Sallabascheff gegenüber Erwähnung getan und welche mir geeignet erschiene, die Stellung Bulgariens in den Verhandlungen wesentlich zu erleichtern, nämlich (mein Telegramm Nr. 53 vom 30. v. M.) den eventuellen Abschluß eines geheimen Abkommens zwischen Bulgarien und Rumänien, in welchem sich ersteres zu einer largeren Berücksichtigung der rumänischen Desiderata für den Fall verpflichten würde, als ihm gewisse Gebiete in Mazedonien zugesprochen werden sollten. Ich ginge hiebei von der Erwägung aus, daß Bulgarien bei Erwerbung gewisser Städte und Gebiete in Mazedonien eine weitergehende Zession an Rumänien leichter vor der öffentlichen Meinung vertreten könnte. Da es der bulgarischen Regierung bekannt sei, daß wir unter gewissen Voraussetzungen Bulgarien unsere volle diplomatische Unterstützung behufs Erwerbung Saloniks, Monastirs und Ochridas zu leihen bereit sind, würde sich uns auf diesem Wege Gelegenheit bieten, zu der so wünschenswerten Einigung Bulgariens und Rumäniens und einem für beide Teile vorteilhaften Ausgleich beizutragen. Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 150 Nr. 278. Vgl. n. 5727, 5766, 5851, 5895. — [b]) Mit Tel. Nr. 74, 9. Feb. 1913 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.) wurde n. 5718 vom Anfange bis „Kollegen machen" nach Sofia mitgeteilt. — [c]) Mit Tel. Nr. 75, 9. Feb. 1913 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.) wurde n. 5727 nach Sofia mitgeteilt.

Nr. 5734. Tel. aus Sofia, 9. Feb. 1913 Nr. 117 (eing. 10 U. p. m.).[a]) Entziff.

Hatte soeben Unterredung mit Konseilspräsidenten. Er sagte, Wiederaufnahme der Feindseligkeiten sei in Anbetracht unbefriedigender Antwort der Pforte unvermeidlich gewesen. Bulgarische Regierung wäre bereit gewesen, Türkei Garantien und Rechte religiöser Natur für Adrianopel zu gewähren, habe aber daran — da seitens der Türkei Tergiversationen und weitere Verschleppungen zu befürchten — Bedingungen knüpfen müssen. Es seien dieselben Bedingungen gewesen, die bereits in London gestellt. Nunmehr sei Einnahme Adrianopels Hauptaufgabe; wenn diese Festung gefallen, würden Türken hoffentlich vernünftig reden, bis dahin Verhandlungen undenkbar. Bombardement werde heftig fortgesetzt, mit welchem Erfolge sei schwer zu beurteilen, laut Informationen dürften aber in Adrianopel Nahrungsmittel eben jetzt zu Ende gehen. Bei Gallipoli und Tschataldja fänden bis heute keine grösseren Operationen statt. Versuchte türkische Offensive bei Tschataldja misslungen. Befestigungslinie von Bulair sei von Bulgaren noch nicht eingenommen. Gegen vergeblich beabsichtigte Landung türkischer Truppen auf Marmaraküste seien bulgarischerseits Vorsichtsmassnahmen getroffen. Sollte Krieg nicht sehr bald Ende nehmen, würden Friedensbedingungen nicht dieselben bleiben. Bedingungen würden von weiteren Opfern abhängig. Bis jetzt habe Bulgarien Grenze Rodosto-Midia verlangt, hätte sich aber — Konseilspräsident gab dies zu — mit Midia — linkes Ufer der Maritza begnügt. Auf Kriegsentschädigung werde Bulgarien — trotz Herrn Geschoff bekannter Opposition Frankreichs, Englands und Deutschlands — absolut bestehen. Tarnowski.

[a]) Oe. U. Balkan 149 Nr. 277. Vgl. n. 5689.

Nr. 5735. Tel. aus Sofia, 9. Feb. 1913 Nr. 118 (eing. 10. Feb. 9 U. a. m.).[a] *Entziff.*

Bezug auf mein Telegramm Nr. 86 vom 2. d. Mts. Im Verlaufe der heutigen Unterredung sagte mir Konseilspräsident, er bedauere sein Versprechen „mir nach Rückkehr Herrn Danews bezüglich Saloniks Antwort zu geben", nicht einlösen zu können. Die Frage sei keine einfache; die von uns geforderten wirtschaftlichen Privilegien (speziell Hafen und Bahnen) verlangten gründliche Prüfung und außerdem sei auch damit zu rechnen, daß andere Mächte, die Bulgarien etwa unterstützen würden, dies ebenfalls nicht umsonst tun würden. Ich erwiderte, daß ich erwartet hatte, Herr Geschoff würde mir nach Rücksprache mit Herrn Venizelos gewünschte Antwort erteilen. Mitredner antwortete, daß kurze Begegnung mit griechischem Premier zur Regelung vieler pendenter Fragen unmöglich habe genügen können; übrigens die meisten davon, darunter die von Salonik, hätten auch politische Seite und könnten vor Ende des Krieges nicht gelöst werden. Ich ließ Bemerkung fallen, daß es unrichtig wäre, wenn Konseilspräsident Eindruck hätte, daß wir bezüglich Saloniks unbedingt auf bulgarische Regierung angewiesen. Im Sinne unserer freundschaftlichen Politik für Bulgarien gönnen wir ihm auch Salonik, — meinte ich — wenn aber Bulgarien unsere Unterstützung nicht brauche und unsere Bedingungen nicht annehme, würden wir uns anderweitig umsehen, wie ich bereits einmal auftraggemäß gesagt (hohes Telegramm Nr. 44 vom 29. v. Mts.). Herr Geschoff protestierte, daß unser Beistand sehr wertvoll, Bulgarien müßte aber vorerst versuchen, sich direkt mit Alliierten zu verständigen. Ich würde sohin Graf Berchtold melden, daß bulgarische Regierung zur Prüfung Frage längere Zeit bedürfe, daß sie bis Kriegsbeendigung zuerst mit Verbündeten über Salonik verhandeln werde und nur, wenn diese Verhandlungen kein befriedigendes Resultat für Bulgarien ergeben, würde bulgarische Regierung entweder auf anderem Wege eventuell mit unserer Unterstützung in Besitz Saloniks zu gelangen trachten oder auf diese Stadt verzichten. Gegen die letzte, von mir absichtlich gemachte Bemerkung wendete Herr Geschoff sofort ein, daß von Verzicht Bulgariens auf Salonik keine Rede sein könnte; sonst bitte er mich, Euer Exzellenz in der von mir geäußerten Weise Meldung zu erstatten und für wohlwollende Absichten und Propositionen zu danken. Mais je vous prie de dire que nous ne renonçons pas à Salonique, wiederholte Konseilspräsident. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 5736.

Nr. 5736. Tel. aus Sofia, 9. Feb. 1913 Nr. 121 (eing. 10. Feb. 9 U. a. m.). Entziff.

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 118 vom 9. d. Mts. Eindruck, daß hiesiger Besuch Herrn Venizelos zur Regelung griechisch-bulgarischer Differenzen, speziell auch der Saloniker Frage, nichts beigetragen, ist hier allgemein und haben ihn auch italienischer, deutscher und englischer Kollege. Aus Sprache des griechischen Gesandten geht dies auch hervor. Herr Panas sagt à qui veut l'entendre, daß Salonik griechisch bleiben muß. Tarnowski.

Nr. 5737. Tel. nach Bukarest, 10. Feb. 1913 Nr. 97 (chiffr. 10 U. 20 M. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

In dem Telegramme Nr. 41 vom 8. d. M. haben Euer Durchlaucht auch eine Äußerung Herrn Majorescos reproduziert, welche dahin lautet, es bestehe im Falle eines Überganges der Regierungsgewalt an die liberale Partei die Gefahr, dass Rumänien seiner Politik eine neue Orientierung gebe, nachdem die bisherige Verbindung mit den Dreibundmächten dem Königreiche keinen Nutzen gebracht hätte. Eine solche Eventualität erscheint mir aber abgesehen von der Unstichhältigkeit des erhobenen Vorwurfes aus folgenden Gründen nicht wahrscheinlich. Vor allem hat Rumänien eben jetzt erst seinen geheimen Vertrag mit uns erneuert, diesmal sogar mit längerer Giltigkeitsdauer als die vorhergehenden Male. Ferner würde sich das Königreich, wenn es sich vom Dreibund abwendet, gezwungenermaßen in die Gefolgschaft Russlands begeben müssen und hiedurch ungefähr dieselbe Rolle spielen wie die slavischen Balkanstaaten. Dies könnte aber Rumänien sowohl wegen der Mehrheit seiner nichtslavischen Bevölkerung als auch aus dem Grunde nicht passen, weil seine ganze Ambition und seine ganze Entwicklung in den verflossenen Dezennien von der Tendenz geleitet war, ein Glied der mitteleuropäischen Staatenfamilie zu werden. Eine solche Schwenkung der rumänischen Regierung könnte übrigens nur den Zweck haben, eine Katastrophenpolitik zu verfolgen, was wiederum weder mit den bekannten Absichten Seiner Majestät König Carols noch auch jenen der für den Augenblick vielleicht übererregten politischen Kreise des Landes im Einklange steht, während das bisherige Allianzverhältnis dem Königreiche eine ruhige und günstige Entwicklung gesichert und nicht zum geringsten Theil dazu beigetragen hat, dass Rumänien heute nicht als Balkanstaat angesehen wird, sondern als Träger mitteleuropäischer Kultur nach dem Osten eine hervorragende Rolle in der Völkergemeinschaft Europas spielt. Euer Durchlaucht wollen — selbstverständlich ohne sich auf einen diesbezüglichen Auftrag zu berufen — vorstehende Konsiderationen in Ihren Gesprächen mit den rumänischen Politikern verwerthen, falls bei solchen Gelegenheiten von Euer Durchlaucht Mitrednern Anspielungen auf die Möglichkeit einer Schwenkung in der Politik des Bukarester Kabinetes gemacht werden sollten. Berchtold.

[a] Vgl. n. 5485.

Nr. 5738. Erlaß nach Bukarest, 10. Feb. 1913 Nr. 683.[a] Konz. (S. u. G. Biegeleben).

Geheim. Mit Beziehung auf den geheimen Bericht vom 6. d. M. Nr. 14[b] beehre ich mich, Euer Durchlaucht beiliegend das Allerhöchst gefertigte Ratificationsinstrument zum österr.-ungar.-rumänischen geheimen Vertrag und die analoge rumänische Urkunde[c] mit dem Ersuchen zu übermitteln, letztere nach vollzogener Fertigung und erfolgtem Austausch durch sichere Gelegenheit wieder anher vorlegen zu wollen. Ueber den erfolgten Austausch wird ein Protokoll in zweifacher Ausfertigung und mit Beobachtung des Alternates nach dem beiliegenden Muster auszufertigen

und das für uns bestimmte Exemplar dem rumänischen Ratificationsinstrument zusammen mit der für Euer Durchlaucht ausgestellten Vollmacht beizuschliessen sein. Die rumänische Vollmacht folgt hier wieder zurück.

a) Vgl. n. 5682, 5756. — *b)* Vgl. n. 5705 Anm. a. — *c)* Vgl. Pribram, a. a. O. I 107 Nr. 26a; Martens N. R. G. 3. S. X 97.

Nr. 5739. Bericht aus Bukarest, 10. Feb. 1913 Nr. 15 A recte 16 A (eing. 12. Feb.).a) Ausfert.

Vertraulich. In meinem ergebensten Telegramm Nr. 41 hatte ich einberichtet, dass Herr Sasonow dem rumänischen Gesandten in St. Petersburg Herrn Nano die Mitteilung machte, die russische Regierung werde dem Drucke der öffentlichen Meinung nicht widerstehen können, wenn Rumänien eine Besetzung bulgarischen Gebietes vornehmen würde. Dieser Ausspruch des Herrn russischen Ministers des Äussern, welchen Herr Nano vor circa acht Tagen seiner Regierung gemeldet hatte, steht in einem gewissen Gegensatze zu einer Affuassung Seiner Majestät des Königs, die Höchstderselbe mir im Laufe des Monates Dezember gegenüber zum Ausdrucke brachte und die seinerzeit in einem meiner Berichte *b)* Eingang fand, wonach im Falle eines rumänisch-bulgarischen Krieges Russland neutral bleiben würde. Auf meine Frage, wie diese Ungereimtheit zu erklären wäre, wurde mir die Antwort zuteil, dass Herr Schebeko, als die Verhandlungen mit Bulgarien einen äusserst schleppenden und unbefriedigenden Charakter annahmen, hier die Bemerkung fallen liess, der russische Gesandte in Sofia hätte den Auftrag erhalten, sich dahin vernehmen zu lassen, die russische Regierung würde nicht hindernd eingreifen, wenn Bulgarien auf einem ablehnenden Standpunkt beharren würde, und dadurch Rumänien zwänge, zu den Waffen zu greifen. Diese offenbare Änderung in der von Herrn Sasonow Rumänien gegenüber angenommenen Haltung dürfte als neuerlicher Beweis betrachtet werden, dass die russische Regierung jetzt viel weniger Wert auf eine Befriedigung der rumänischen Ansprüche legt als bisher und von dem Gedanken sich leiten lässt, dass eine tiefgehende durch den Mangel an erfolgreicher Unterstützung ausgelöste Misstimmung gegen Österreich-Ungarn und den Dreibund überhaupt, seinen Plänen hier nur förderlich sein kann. Die russische Regierung möchte erweisen, dass am Balkan mit ihr Vieles, gegen sie Wenig zu erreichen ist, und es dürfte ihr dies vermutlich gelingen. K. E. Fürstenberg.

a) Vgl. n. 7243. — *b)* Wohl n. 5038.

Nr. 5740. Bericht aus Bukarest, 10. Feb. 1913 Nr. 15 B recte 16 B (eing. 12. Feb.).a) Ausfert.

Die rumänische Presse und gesamte Öffentlichkeit, welche wie ich schon immer mir zu betonen erlaubte, mit gespanntester Erwartung nun schon seit Monaten auf Österreich-Ungarn blickt und von dort eine eklatante Handlung erwartet, die geeignet wäre, die Wagschale in dem Streite mit Bulgarien auf die rumänische Seite zu drücken, nahm mit nicht geringer Bitterkeit das Interview Herrn Danews zur Kenntnis, welches in der Neuen

Freien Presse vom 5-ten laufenden Monats Aufnahme gefunden hatte. In dem Österreich-Ungarn betreffenden Passus zollt der bulgarische Staatsmann der Monarchie Dank und Anerkennung für die so freundschaftliche Haltung, welche das Wiener-Kabinett in dem bulgarisch-rumänischen Zwiste der Sofioter Regierung entgegenbrachte. Grund genug, um uns hier des Doppelspieles zu zeihen und unsere Hinterhältigkeit zu brandmarken. Überhaupt beginnt die seit einigen Monaten stark eingedämmte Presskampagne gegen Österreich-Ungarn trotz entsprechender Bemühungen wiederum stark einzusetzen und dürften auch weitere Anstrengungen, dieser entgegenzutreten, in der nächsten Zeit insolange von keiner oder nur geringer Wirkung sein, als sich nicht die hiesige Mentalität durch einen Erfolg auf äusserem politischen Gebiete beruhigt haben wird. Vor der Hand ist das Bestreben hauptsächlich darauf gerichtet, in Wien darüber ja keinen Zweifel aufkommen zu lassen, dass man in der Lage ist, auch eine andere als Dreibund Politik zu machen, und dass diese Änderung der Direktion bestimmt eintreten dürfte, wenn Rumänien nicht in seinen Revindikationen gegenüber Bulgarien befriedigt wird. Dieses Bestreben erfüllt nicht nur die Presse allein, sondern geht auch bis zu sehr hohen politischen Kreisen des Landes hinauf. Ausserdem wird auch, wie schon mehrfach früher erwähnt, die auswärtige Politik zu inneren Parteizwecken ausgenützt, indem diejenigen als Schwächlinge und Unfähige bezeichnet werden, welche sich Österreich-Ungarn respektive dem Dreibunde verschrieben haben, die Rumänien jetzt schnöde im Stiche lassen. Dieser ganzen Bewegung, welche durch eine planmässige Agitation sich immer mehr erweitert und vertieft, muss ein ernster Augenmerk zugewendet werden, wenn auch ihre Folgen nicht allzu übermässig eingeschätzt werden dürfen. Dieselbe gewinnt aber auch dadurch an Bedeutung, dass sie vom rein politischen auf das dynastische Gebiet hinübergriff. Seit jeher wurde von allen politischen Parteien des Landes der grosse Fehler begangen, die Krone als die Lenkerin der äusseren Schicksale Rumäniens hinzustellen, was zur Folge hat, dass nun jede Verurteilung der auswärtigen Politik implicite einen Angriff auf den König darstellt. Die erhabene Stellung des Herrschers im Lande fusst vor Allem auf der ausserordentlichen Verehrung ja Bewunderung, welche das gesamte Volk Seinen eminenten Herrschertugenden entgegenbringt. Die allumfassende Autorität, welche dem Könige zukommt, findet ihre vornehmste Begründung in dem Bewusstsein des Volkes, unter dem Scepter eines Regenten zu leben, dessen hehre Weisheit bisher nicht nur alle Schwierigkeiten der innern und äusseren Politik dem Anschein nach spielend überwand, sondern der es auch zu danken war, dass Rumänien im Rat der Mächte eine viel bedeutendere Rolle spielte, als seiner Macht und Stellung eigentlich gebührte. Bei all dieser Anerkennung, welche auch das Wirken der Krone findet, wird aber mit Vorbedacht eines nicht berücksichtigt, dass nämlich dem Könige ebenfalls ein Grossteil des Verdienstes zukommt, Rumänien auf das heutige hohe intellektuelle und wirtschaftliche Niveau gebracht zu haben. Dies will der Rumäne nicht zugeben, indem er Errungenschaften auf diesem Gebiete seiner eigenen in der Rasse liegenden geistigen Veranlagung

zuschreibt. Selbstüberschätzung vermengt mit einer grossen geistigen Leichtfertigkeit und dem Mangel eines jeden tieferen Gefühlslebens lassen hauptsächlich bei der rumänischen Intelligenz etwas vermissen, was eigentlich selbstverständlich wäre, und das ist die Liebe und Anhänglichkeit zu ihrem Herrscher. Deshalb ist in diesem Lande, das seinen Herrscher zwar bewundert und sich vor ihm beugt, mit dem es jedoch keine Gefühlsbande verbinden, jede Krise gefährlich, durch welche der Anschein geweckt werden könnte, dass die Krone Fehler begangen, die von Ihr geleitete Politik in ein falsches Geleise geraten sei und dass das Ansehen im Auslande, auf das man gepocht, doch nicht ein solches Gewicht besitzt, als man allgemein geglaubt. Durch seine glorreiche fast 47jährige Regierung hat sich Seine Majestät der König eine solche überragende Stellung geschaffen, dass dieselbe auch durch eine bittere Enttäuschung, die Sein Volk erführe, keine tiefe Erschütterung erleiden könnte; die weitere Regierungszeit würde sich jedoch zu einem mit inneren Kämpfen angefüllten Leidensweg gestalten, es würden solche Schwierigkeiten geschaffen werden, dass nicht König Carol, wohl aber sein Nachfolger kaum die Kraft haben würde, dieselben wegzuräumen. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 7505.

Nr. 5741. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 10. Feb. 1913 Nr. 107 (eing. 6 U. 15 M. p. m.). Entziff.

Im Nachhange zu meinem Telegramme Nr. 105 von gestern. Mahmud Schefket Pascha teilte mir mit, dass der gestrige Ministerrat den Vorschlag Tewfik Paschas angenommen hat. Pallavicini.

Nr. 5742. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 10. Feb. 1913 Nr. 112 (eing. 11. Feb. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Großvezir teilt mir mit, daß sich Hakki Pascha morgen in offiziöser Mission nach London begeben wird. Mahmud Schefket Pascha fügte hinzu, dass für den Fall, als die letzte Proposition der Pforte, nämlich dass die Friedensverhandlungen mit den Alliierten seitens der Mächte gewissermaßen im Namen der Türkei fortgesetzt würden, akzeptiert werden sollte, es gut sei, jemanden in London zu haben, der die Interessen der türkischen Regierung kenne. Bei diesem Anlasse wiederholte Großvezier, türkische Regierung betrachte den in ihrer Antwortnote enthaltenen Vorschlag blos als Ausgangspunkt für Verhandlungen und hoffe, dass die Mächte, wenn sie den bisherigen Standpunkt der Pforte nicht akzeptieren sollten, doch eine für die Türkei annehmbare Proposition machen würden. Hiebei spielte er neuerlich auf die Idee der Neutralisation Adrianopels unter der Souveränität des Sultans an. Militärische Situation anlangend sagte mir Großvezier, dass dieselbe jetzt für die Türkei nicht ungünstig sei. Es wären in der Marmara 40 Transportschiffe mit zirka 60.000 Mann zur Ausschiffung bereit und könnten überdies noch weitere Truppen aus Asien herangezogen werden; auch über die finanziellen Schwierigkeiten dürfte man hinwegkommen. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 5728, 5759.

Nr. 5743. Tel. nach London, 10. Feb. 1913 Nr. 162 (chiffr. 9 U. p. m.).[a] *Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).*

Streng vertraulich. Die Ausführungen Sektions-Chef Ippens über die Südgrenze Albaniens, welche in dessen Privatschreiben[b] an Generalkonsul Rappaport vom 4. d. M. niedergelegt wurden, habe ich mit Interesse zur Kenntnis genommen. Eine entscheidende Stellungnahme zu dieser Frage ist indes vorläufig nicht in meinen Absichten gelegen, da ich — wie ich schon jetzt zu Hochderen streng vertraulichen Orientirung bemerke — nicht den Wunsch hege, bezüglich der Südgrenze Albaniens, welche unserer Sphäre etwas mehr entrückt ist, dieselbe undankbare Rolle zu spielen, wie sie uns bezüglich der Nord- und Nordostgrenze durch die Rücksicht auf unser Kultusprotectorat und unsere sonstigen speziellen Interessen aufgedrängt wird. Ich würde es vielmehr vorziehen, bezüglich der Delimitirung Albaniens im Süden Italien die Führung zu überlassen und dasselbe hiedurch zu einer (für das römische Kabinet gewiß nicht leichten) Stellungnahme zwischen den rivalisirenden Interessen der Albanesen und der Griechen zu veranlassen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 5816. — [b] Wurde nicht aufgenommen.

Nr. 5744. Tel. nach London Nr. 163 (1) und St. Petersburg Nr. 136 (2), 10. Feb. 1913 (chiffr. 10 U. 50 M. p. m.). Konz. (S. Berger; V. Rappaport; G. Nemes).

1. Aus Euer Exzellenz Telegrammen Nr. 111 und 112 vom 6. d. M. habe ich entnommen, daß Sir E. Grey bei der Botschafterréunion neuerdings die Idee der Entsendung einer internationalen Delimitierungskommission nach Albanien aufgegriffen hat. Mein Standpunkt zu dieser Frage ist Euer Exzellenz aus meinem Telegramme Nr. 10 vom 3. v. M. (Punkt 1) hinlänglich bekannt und möchte ich zu Hochderen Orientierung nur bemerken, daß in meiner diesbezüglichen Auffassung nicht nur keine Änderung eingetreten ist, sondern mir eine Beschleunigung der bezüglichen Arbeiten der Botschafterréunion schon deshalb erwünscht erscheint, um nutzloses Blutvergießen zu vermeiden. Ich instruire in diesem Sinne unter einem auch Grafen Thurn behufs gesprächsweiser Verwerthung Herrn Sazonow gegenüber.

2. Wie Euer Exzellenz aus meinem Telegramme Nr. 131[a] vom 7. d. M. bekannt, hat ... *wie unter 1 von „Sir E. Grey" bis „aufgegriffen"* ... Wir erkennen ... *wie n. 5171 von „die Thätigkeit einer Delimitierungskommission" bis „verändert haben"* ... Graf Mensdorff ist bereits beauftragt, sich in diesem Sinne bei der Botschafterréunion vernehmen zu lassen. Vorstehendes zur gesprächsweisen Verwerthung gegenüber Herrn Sazonow. Berchtold.

[a] Vgl. n. 5712 Anm. b.

Nr. 5745. Tel. nach London, 10. Feb. 1913 Nr. 164 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.). Konz. (S. Berger; G. Nemes).

Mit meinem Telegramm Nr. 146 vom 3. d. M. hatte ich Euer Exzellenz ermächtigt, Sir E. Grey und Fürst Lichnowsky mitzutheilen, daß

wir als äußerste Konzession in der Frage der Delimitierung Albaniens im Nordosten bereit wären, der Zession an Montenegro der Stämme von Hoti und Gruda zuzustimmen. Um den wahren Werth dieser Konzessionen für Montenegro, welches — wie russischerseits immer wieder behauptet wird — infolge Mangels an Ackerland verhungert, in das richtige Licht zu setzen, möchte ich noch bemerken, daß die Abtretung der Gebiete der erwähnten zwei albanischen Stämme an das Königreich selbstverständlich auch die Überlassung der dazugehörigen fruchtbaren Flächen am Ufer des Skutarisees und der Ebene von Tusi involvieren würde. Euer Exzellenz wollen Sir E. Grey und Fürst Lichnowsky in dieser Beziehung ehethunlich aufklären. Berchtold.

Nr. 5746. Tel. aus London, 10. Feb. 1913 Nr. 117 (eing. 10 U. p. m.).[a] Entziff.

Tewfik Pascha ist heute im Foreign Office erschienen mit dem Ansuchen seiner Regierung, „de prier les Puissances de fixer les conditions de paix sur la base de la note responsive de la Porte à la note collective des Puissances". Sir E. Grey antwortete, er könne nur dieses Ansuchen bei der morgigen Réunion der Botschafter mitteilen, machte ihn aber aufmerksam, dass die türkische Antwortnote kaum als Basis einer Mediation dienen könnte, was Tewfik Pascha auch persönlich als richtig anzusehen schien. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 5728, 5761.

Nr. 5747. Tel. aus London, 10. Feb. 1913 Nr. 118 (eing. 9 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Herr Mişu zeigte meinem italienischen Kollegen heute ein Telegramm seiner Regierung, demzufolge Rumänien auf Zession der Linie Silistria-Balcik, inklusive diese beiden Städte, bestehe, widrigenfalls Situation ernst werden würde. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 5760.

Nr. 5748. Privatschreiben nach Rom, 10. Feb. 1913 Nr. 688.[a] Konz. (S. Berchtold; V. Musulin).

Euer Exzellenz haben in Ihrem Privatbriefe vom 16. Jänner und in dem politischen Berichte Nr. 7 B vom 30. Jänner l. J. die verschiedenen durch die Umwälzung am Balkan auf der Bildfläche des internationalen Lebens erschienenen Probleme in prägnanten Worten charakterisirt und unsere Stellungnahme zu denselben kritisch beleuchtet. Wenn ich Ihre Darlegungen zusammenfasse, so gewinne ich den Eindruck, dass Sie in der Neugestaltung am Balkan im Ganzen ein Passivum für unsere Orientpolitik erblicken, eine Auffassung, der ich mit dem doppelten Vorbehalte nicht entgegentrete, daß 1. bei einer impetuoseren Führung der äusseren Politik das Passivum vermutlich ein größeres geworden wäre und daß 2. bei einer klugen Wirtschaftspolitik zu erhoffen ist, daß wir in der Zukunft

nationalökonomisch besser stehen werden, als es bis nun mit der Nachbarschaft der türkischen Misswirtschaft der Fall gewesen ist. Im Folgenden will ich auf die einzelnen Punkte kurz reflektiren.

Friedensfrage. Der Kampf ist inzwischen von Neuem aufgenommen worden und sind dadurch alle auf den Ueberdruß der Streittheile basirten Calculs über den Haufen geworfen. Die Türken dürften ihre ohnehin schlechte Situation dank der selbstmörderischen Politik der Jungtürken und der schwer zu begreifenden Taktik ihrer deutschen Protektoren noch ungünstiger gestalten und gehen anscheinend ihrem Untergange entgegen. Quos perdere vult Jupiter prius dementat. Von einem größeren „Friedensbedürfnisse bei den Alliirten", wie Euer Exzellenz schreiben, vermag ich vorläufig nichts wahrzunehmen. Die Bulgaren haben gegen den ausdrücklichen Willen Rußlands den Kampf fortgesetzt, scheinen daher nichts weniger als friedensbedürftig zu sein. Auch kann ich den gegenwärtigen Moment bedauerlicherweise nicht für einen Versuch günstig halten, dem bulgarisch-rumänischen Conflikt im Sinne der vom bulgarischen Gesandten in Rom gemachten Anregung näherzutreten. Wir haben bereits vor einigen Wochen in diesem Sinne in Bukarest eingewirkt und daselbst auch ein gewisses Verständnis gefunden. Die darauf gefolgte Sondirung Take Jonescus bei Daneff in Bezug auf die Honorirung einer eventuellen Cooperation durch Cession Silistrias begegnete jedoch tauben Ohren. Bulgarien will Adrianopel einstecken und deshalb Silistria doch nicht herausgeben. Abgesehen hievon will es seine Geschäfte selbst besorgen und ungebetene Vermittler nicht zulassen. Es zeigt sich hier, ebenso wie im ganzen, unseren Ausgleichsversuchen gegenüber beobachteten equivoquen Verhalten Bulgariens, daß in Sofia alles perhorreszirt werde, was die ohnehin schon lästige Rechnungslegung noch erschweren könnte! Herr Rizoff scheint überhaupt eine Politik auf eigene Faust zu machen, welche mit jener seiner Regierung nicht übereinstimmt. Wenn er behauptet, man hätte in Sofia erwartet, daß Österreich-Ungarn Macedonien occupiren werde, so hätte sich Bulgarien logischer Weise damals an uns wenden und nicht den Bund mit Serbien schließen sollen, der natürlich eine Auftheilung Makedoniens zur Folge haben mußte.

Bulgarisch-rumänische Verhandlungen. Ob Bulgarien zu Beginn des Krieges traitabler gewesen wäre, möchte ich bezweifeln. Damals ließ es urbi et orbi verkünden, daß es keine territorialen Erwerbungen anstrebe, sondern nur Reformen für die Connationalen in der Türkei. Hätte es hiefür ein Gebiet an Rumänien cedirt? In Bukarest wird übrigens behauptet, daß sich Bulgarien zu Beginn des Krieges gar nicht an Rumänien gewendet hätte. Die Lösung, daß schließlich eine Grenzrektifikation vereinbart werde, welche für Rumänien strategische Vortheile bedeuten würde (Forts von Silistria und Küstenstrich als Deckung für Mangalia), scheint mir auch die wahrscheinlichste, wird aber von der öffentlichen Meinung in Rumänien sehr ungnädig aufgenommen werden und eine Campagne gegen König Carol und den Dreibund entfesseln. Für uns ist dies natürlich nicht erfreulich, ein anderes Resultat ließe sich aber wohl mit friedlichen Mitteln nicht erzielen.

Serbischer Hafen und Adriabahn. Die Considerationen, die Euer Exzellenz im Zusammenhange mit diesen beiden Problemen ins Treffen führen, geben mir einen Beweis von dem gründlichen Studium und der scharfsinnigen Beurtheilung derselben seitens Euer Exzellenz. Ich stimme den geltend gemachten Besorgnissen vollinhaltlich zu und habe mir dieselben auch bei den bis nun mit Herzog Avarna geführten Gesprächen vor Augen gehalten. Leider ist die italienische Regierung in ihrem Bestreben, durch Combinationen Ausgleiche herbeizuführen, bei denen sie selbst nicht zu Schaden kommen soll, nicht disponirt, unsere Aufgabe zu erleichtern und so wird allerdings schließlich immer ein Feld für Kritik übrig bleiben. Was speciell die Bahn anbelangt, können wir uns, wie Euer Exzellenz richtig bemerken, aus politischen Gründen nicht ausschließen und dürfen selbst vor größeren finanziellen Opfern nicht zurückschrecken. Daß aber die Bahn nur serbisch-italienischen Interessen dienen würde, möchte ich nicht gelten lassen. Unsere Industrie ist darüber anderer Ansicht und glaubt, die Concurrenz mit der italienischen auf den beinahe gleichlangen Seestrecken Venedig—Albanien und Triest—Albanien aufnehmen zu können. Auch würde Albanien durch die Bahn für uns erschlossen werden und dürfte diese Verbindung selbst im Falle des seinerzeitigen Ausbaues einer dalmatinisch-montenegrinisch-albanesischen Küstenbahn immer die billigere bleiben. Euer Exzellenz Mißtrauen gegenüber der vom gegnerischen Lager kommenden Proposition bezüglich der Skutarifrage finde ich vollkommen berechtigt. Wir kämpfen in diesem Belange in mühevoller Kleinarbeit einen dornenvollen Kampf gegen mehrere Fronten und rechne ich auf die Unterstützung Euer Exzellenz dem Marchese di San Giuliano gegenüber, da nur von Österreich-Ungarn und Italien gemeinsam festgesetzte Projekte Aussicht haben, von den Mächten angenommen zu werden.

Delimitation Albaniens. Die Gegensätze, die bezüglich der Abgrenzungsfrage latent vorhanden waren, sind in der letzten Botschafter-Réunion zum Ausdrucke gelangt. Um über den Deadlock von Skutari hinwegzukommen, haben wir das Minimum des von uns als zulässig erkannten Territorialgebietes Albaniens (Skutari—Djakova—Dibra mit Ausschluß von Ipek—Prisren—Ochrida) als Compromiss formulirt. Dadurch, daß es Lichnowsky vorbrachte und dabei nicht von Grey sekundirt wurde, hat es leider nach Außen hin nicht den Charakter eines Compromisses und steht zu befürchten, daß die Triple Entente-Mächte daran herumnörgeln und es auch als Basis für einen Ausgleich behandeln werden, worauf wir natürlich nicht eingehen können. Sollte — wie Euer Exzellenz in Rechnung ziehen — Rußland auch in diesem Punkte schließlich nachgeben und dafür in Gestalt der Dardanellenfrage nachher Rechnung legen, würde dieses Conto, meiner Ansicht nach, die verkaufte albanesische Ware zu hoch im Preise ansetzen. Es würde mich interessiren, Euer Exzellenz Meinung darüber zu erfahren, wie wir uns zu einer solchen Aufrollung des Meerengenproblems zu stellen hätten. Die italienische Idee der Garantierung der kleinasiatischen Integrität scheint mir ganz ungenügend.

Status Albaniens. Wenn Euer Exzellenz bemerken, daß die italienische Tendenz, ein tête-à-tête zu vermeiden und Europa möglichst hereinzuziehen,

uns zum Muster dienen sollte und daran den Vergleich eines Spazierganges im Walde mit einem unsicheren Weggenossen knüpfen, wo der Anschluß einer dritten Gesellschaft gerne gesehen wird, möchte ich dies nur bedingt gelten lassen, nämlich nur für den Fall, als die dritte Gesellschaft eine anständige Gesellschaft ist. Ich muß dies im concreten Falle bezweifeln, wo die unberufene Schutzmacht Serbiens (Rußland) und deren Helfershelfer sich darunter befinden! Ich bin übrigens in diesem Belange dem Wunsche Italiens bereits wesentlich nähergekommen und könnte füglich annehmen, daß es auch nicht in den Intentionen der italienischen Regierung gelegen ist, das selbstgeschaffene Albanien dauernd auf ein so tiefes Niveau zu stellen und so vielen praktischen Schwierigkeiten auszusetzen, wie es die Bevormundung des Verwaltungsapparates durch sechs unter sich uneinige, verschiedenen Groupements angehörigen Mächten der Fall wäre! Was die von Marchese di San Giuliano aufgeworfenen Fragen bezüglich unseres Cultusprotektorates anbelangt, so möchte ich diesbezüglich bemerken: Bleibt irgend ein Band zwischen dem autonomen Albanien und der Pforte bestehen — eventuell unter bloss nomineller Suzeränität der Letzteren — so kann der weitere Bestand unseres Cultusprotektorates keinerlei Zweifel begegnen, da dasselbe auf zahlreichen Friedensverträgen und Traktaten zwischen unseren Kaisern und den Sultanen beruht. Aber auch wenn jegliches Band zwischen der Pforte und dem künftigen Albanien fehlen würde, könnte dies den Bestand unseres Cultusprotektorates nicht erschüttern, denn ein religiöses Protektorat hat bekanntlich in christlichen, unabhängig gewordenen Staaten auch nach ihrer völligen Trennung von der Türkei fortbestanden und wurde von den betreffenden Staaten natürlich in einer den Verhältnissen entsprechenden Modificirung auch weiterhin ausgeübt. Ich brauche hier nur auf das französische Cultusprotektorat in Bulgarien hinzuweisen und darauf, daß auch wir in Bulgarien Protektoratsrechte ausüben, die seitens der bulgarischen Regierung 1911 explicite anerkannt wurden. Weiters wäre zu erwähnen, daß auch die englische Regierung unser Cultusprotektorat in Egypten anerkannt hat, obwohl es als eine christliche Macht gewissermaßen in Egypten die Oberhoheit ausübt. Auf die Bemerkung San Giulianos, daß unser Cultusprotektorat seines Wissens von den anderen Mächten nicht anerkannt worden sei, kann erwidert werden, daß dies wohl nur insoweit richtig ist, als keine specielle formelle Anerkennung dieses Rechtes erfolgt ist. Hingegen wird wohl niemand leugnen können, daß in zahllosen Handlungen der fremden Vertreter im Oriente eine stillschweigende Anerkennung dieses Protektorates enthalten war. Was das Objekt unseres Cultusprotektorates anbelangt, so beschränkt sich dasselbe weder auf einzelne Anstalten, noch einzelne geistliche Personen, sondern hat die unbehinderte Ausübung des katholischen Kultes und der herkömmlichen Rechte der Kirche zum Ziele. Schließlich möchte ich noch bemerken, daß wir unser Protektorat in der Türkei und speciell in Albanien niemals vom Standpunkte der Ausübung von Rechten, als vielmehr von jenem der Erfüllung übernommener Pflichten aufgefaßt haben und daß es unsere Öffentlichkeit nicht verstehen würde, wenn wir diese Obsorge gerade in dem Momente aufgeben würden, wo ein autonomes Albanien geschaffen

wird, in welchem die Katholiken immerhin nur eine schutzbedürftige Minorität darstellen werden.

Inselfrage. Trotzdem Euer Exzellenz der Überzeugung Ausdruck geben, die Berufung der italienischen Regierung auf den Friedensvertrag von Lausanne sei kein bloßer Vorwand, möchte ich doch bezweifeln, ob es der italienischen Regierung mit der seinerzeitigen Rückgabe der occupirten Inseln ernst sei. In der Cyrenaika sollen derzeit nicht mehr als 500 Mann türkischer Truppen zurückgeblieben sein und ist es doch kaum zu glauben, daß Italien, welches über 100.000 Mann in Lybien dislocirt hat, wegen dieser 500 Türken in Verlegenheit gerathen könnte! Die Sicherstellung in dieser Richtung kann unmöglich die Kosten der längeren Besetzung der Inseln, Etablirung von Post- und Telegraphenämtern, Instandsetzung von Communikationsmitteln und so weiter rechtfertigen, welche, nach unseren Informationen, dort durchgeführt werden! Italien wird durch die Hypothek, die es gegenwärtig auf diesen Inseln hat, sich über den Moment der Auftheilung hinweghelfen und dann im geeigneten Zeitpunkte seine Abrechnung mit der Türkei, vielleicht auf Grund eines Kauftractates, bewerkstelligen. Wir sind an der Inselfrage direkt weniger interessirt, müßten jedoch für den Fall, als sich Italien dauernd im ägäischen Meere festsetzen sollte, die Compensationsfrage aufrollen, da eine solche Machtverschiebung im östlichen Mittelmeerbecken zu unseren Ungunsten einer Ausgleichung bedürfen würde.

Wahl des Fürsten. Die von Euer Exzellenz ausgesprochene Vermuthung, man denke hier an die Kandidirung des Prinzen Elias von Parma, entspricht nicht den Tatsachen. Von den vielen Candidaten, die sich bisher theils direkt, theils indirekt, gemeldet haben, und zwar Prinz Ahmed Fuad von Egypten, Herzog von Teck, Prinz Franz Josef von Battenberg, Herzog von Montpensier, Prinz Louis Bonaparte, Herzog von Urach, Prinz von Wied, würden uns nur die zwei letzteren passen, doch könnte ihre Candidatur nur von dritter Seite erfolgen, da sonst in Italien gleich der Verdacht rege würde, es handle sich um eine specifisch österreichisch-ungarische Candidatur!

Haltung Italiens. Ich will gerne zugeben, daß die Haltung Italiens in Bezug auf das albanesische Problem im ganzen genommen vom Bestreben erfüllt war, unseren Standpunkt zu unterstützen und daß dadurch Deutschland gezwungen war, zur Stange zu halten. Andererseits ist aber im Laufe der Verhandlungen stets zu beobachten gewesen, daß es Italien weniger darum zu thun war, unserem Programme tel quel Geltung zu verschaffen, als sich gleichzeitig auch bei der Gegenseite ein Blatt einzulegen, wobei es sogar manchmal offenkundig wurde, — was auch Euer Exzellenz gelegentlich relevirten — daß man in Rom auch russischer sein kann als in Rußland! Jedenfalls ist es Euer Exzellenz nicht genug anzuerkennendes Verdienst, in der — wie ich aus eigener Erfahrung weiß — mühevollen und aufreibenden Arbeit der kontinuirlichen Einwirkung auf den unverläßlichen Bundesgenossen namhafte Erfolge erzielt zu haben.

[a]) Vgl. n. 6153.

Nr. 5749. Bericht aus Rom, 10. Feb. 1913 Nr. 10 A (eing. 15. Feb.). Ausfert.

... *Zeitungsnachrichten über die Mission Hohenlohe* ... Weniger optimistisch als die italienische öffentliche Meinung schien mir bei diesem Anlasse die hiesige Regierung zu sein. Der Minister des Aeussern beschränkte sich seinerzeit mir gegenüber auf die Bemerkung, dass das Allerhöchste Handschreiben *a)* „eigentlich keinen konkreten Inhalt habe." Ob und woher er diese Information besass, ist mir nicht bekannt.... *Zeitungsnachrichten*... Der Minister des Aeussern sagte mir, der italienische Geschäftsträger in St. Petersburg habe gemeldet, dass das Allerhöchste Handschreiben dort zwar einen günstigen Eindruck erzeugt, an der Situation zwischen der Monarchie und Russland aber nichts geändert habe. Analoge Mitteilungen sind auch mehreren meiner Kollegen aus St. Petersburg zugekommen. Mérey.

a) n. 5653.

Nr. 5750. Bericht aus Rom, 10. Feb. 1913 Nr. 10 D (eing. 15. Feb.). Ausfert.

Streng vertraulich. Auch in der letzten Zeit ist in meinen häufigen Unterredungen mit dem Minister des Äussern das Thema der Meerengenfrage mehrmals aufs Tapet gekommen, wobei ich meine Sprache möglichst den Ausführungen des hohen Telegrammes vom 2. l. M. Nr. 157 und des hohen Erlasses vom 5. l. M. Nr. 602*a)* angepasst habe. Marchese di San Giuliano bediente sich oft des Argumentes, die Aufwerfung der Meerengenfrage sei im Vergleiche zu jener der Frage der Aufteilung der asiatischen Türkei das kleinere Übel. Auf meinen Einwurf, dass ich die Notwendigkeit dieser Wahl nicht einsehe, sondern mich beiden Problemen gegenüber gleich ablehnend verhalten möchte, erwiderte er, die Lösung der Meerengen-Frage — natürlich im Sinne der Öffnung derselben für alle Staaten — scheine ihm leider unvermeidlich zu sein, da die Mehrzahl der Mächte, vermuthlich auch England, hiegegen keinen Widerstand leisten werde. Ich wies meinerseits darauf hin, dass, wenn durch Decennien die Opposition einer Macht — Englands — genügt habe, die Öffnung der Meerengen hintanzuhalten, nicht einzusehen sei, warum jetzt der Widerspruch einer oder mehrerer Mächte hiezu nicht genügen sollte. Auch gegen die Verbindung dieser Frage mit jener der Delimitation Albaniens sprach ich mich nachdrücklich aus. Ich hob hervor, wie wir auf diese Art bei jedem einzelnen Détail dieser Delimitation neuerlich seitens Russlands unter allerlei Pressionen (Krieg, Meerengenöffnung, asiatische Complication) gestellt würden. Allerdings schiene mir persönlich die Methode, welche in London eingeschlagen werde, dieses Spiel Russlands zu erleichtern. Es wäre meines Erachtens vielleicht practischer gewesen, sozusagen une première lecture der ganzen Abgrenzungsfrage vorzunehmen. Am Ende derselben hätte man gesehen, über welche Punkte man sich nicht einigen konnte, und wäre es dann möglich gewesen, dieselben global, vielleicht im Wege von Compromissen und Compensationen, zu erledigen. Jedesfalls hätte auf diese Art eine Pression Russlands oder anderer Mächte nur einmal und nicht bei jedem zur Beratung gelangenden Punkte erneuert einsetzen können. Fürs erste scheinen mir übrigens beide

Fragen — sowohl jene der Meerengen, wie jene der asiatischen Türkei — wieder etwas in den Hintergrund getreten zu sein. Auch die Drohungen Russlands mit einer isolierten Action sind neuestens, trotz der Wiederaufnahme des Balkankrieges, verstummt. Nach einer stark verbreiteten, mir zutreffend erscheinenden Auffassung, hat hiezu ein deutlicher Wink Deutschlands, dass es bei einer Krise der asiatischen Türkei seine Interessen als engagiert betrachten müsste, das meiste beigetragen. Mérey.

[a]) Mit Erlaß Nr. 602 vom 5. Feb. 1913 wurde n. 5674 nach Rom mitgeteilt.

Tel. nach St. Petersburg, 10. Feb. 1913 Nr. 136 (chiffr. 10 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 5744.

Nr. 5751. Tagesbericht über eine Unterredung zwischen dem Prinzen Gottfried Hohenlohe und dem Legationsrat Grafen Alexander Hoyos, 10. Feb. 1913 Nr. 687.[a]) Konz. (S. Hoyos; G. Macchio).

Prinz Gottfried Hohenlohe, welcher infolge einer starken Erkältung das Zimmer hüten muss, hat seine in Petersburg gewonnenen Eindrücke dem Grafen Hoyos gegenüber wie folgt kurz resumirt: Prinz Hohenlohe war vor Allem durch die in allen massgebenden Kreisen St. Petersburgs vorhandene überaus gereizte Stimmung gegen die Monarchie und gegen Deutschland sehr impressionirt. Aus den zahlreichen Unterredungen, welche er mit den leitenden russischen Staatsmännern hatte, gelangte er zur Ueberzeugung, dass man sich zum Kriege gegen uns trotz der mangelnden Kriegsbereitschaft entschliessen wird, wenn nichts geschieht, um die vorhandene Spannung zu verringern. Es ist ihm gelungen, die russischen Staatsmänner davon zu überzeugen, dass wir unter allen Umständen entschlossen sind, unsere vitalen Interessen den Balkanstaaten gegenüber zu wahren und unsere militärische Kriegsbereitschaft an der Südostgrenze nicht aufgeben werden, solange die uns interessirenden Fragen nicht gelöst sind. Er glaubt auch, dass Russland in letzter Instanz unseren jüngsten Compromissvorschlag hinsichtlich der Abgrenzung Albaniens annehmen und dass eine Einigung hinsichtlich dieser Frage zustande kommen wird. Allerdings werde es sehr schwer fallen, die Russen dazu zu bewegen, uns freie Hand zu lassen, wenn Skutari von den montenegrinischen Streitkräften erobert würde und wir sie wieder hinaustreiben wollten. Man habe aber seine Ausführungen hinsichtlich der Unvermeidlichkeit unserer intransigenten Haltung in der albanesischen Frage mit Aufmerksamkeit und Verständnis angehört und hätte ihm auch zugegeben, daß unsere militärischen Rüstungen in Bosnien gerechtfertigt seien. Dagegen scheint man die andauernde Kriegsbereitschaft der galizischen Corps als eine Provokation aufzufassen und die Empfindung zu haben, wir hätten die Absicht, die russische Regierung durch unsere Truppenaufstellungen in Galizien einzuschüchtern. Er glaubt, dass seine Mission für die weitere Entwicklung unserer Beziehungen zu Russland vorteilhaft sein kann, wenn jetzt etwas geschieht, um nach Festlegung der Grenzen Albaniens unsererseits ein gewisses Entgegenkommen und Verständnis für die russischen Susceptibilitäten an den Tag zu legen. Hiebei denkt er in erster Linie an eine geringe

Verminderung der Stände in den galizischen Corps, welche Russland die Möglichkeit bieten würde, auch seinerseits mit den Entlassungen der zurückbehaltenen und einberufenen Mannschaften vorzugehen. Der russische Kriegsminister versicherte ihn, dass er, sowie er erfahre, dass wir auch nur eine geringe Verminderung unserer Stände vornehmen, sofort den telegrafischen Befehl herausgeben werde, alle Einberufenen zu entlassen. Prinz Hohenlohe befürchtet jedoch, dass, wenn jetzt trotz seiner Mission und der freundlichen Aufnahme, welche er in Petersburg gefunden hat, nach Bereinigung der albanesischen Grenzfrage nichts geschieht, um eine Verbesserung unseres Verhältnisses zu Russland zu markiren, der Krieg in sechs bis acht Wochen unvermeidlich ausbrechen wird, und zwar nicht wegen Albaniens oder der Balkanfrage, sondern als natürliche Entladung der ganz ungewöhnlichen Spannung, die er in Russland vorfand. Wir müssen uns darüber klar werden, so meinte er, was wir wollen; wollen wir den Frieden und ein besseres Verhältniss zu Russland in der Zukunft,[b] so müssen wir etwas thun, um die erregten Gemüther zu beruhigen. Prinz Hohenlohe betonte, dass er sowohl bei S. M. Kaiser Nicolaus als auch bei den Herren Sazonoff, Kokowzeff und Suchomlinoff versöhnliche Dispositionen vorgefunden hat. Schliesslich erzählte Prinz Hohenlohe noch, dass Herr Sazonoff, als er ihn zum ersten Mal beim Diner auf der k. u. k. Botschaft sah, die politische Conversation nach Tisch in so herablassender und arroganter Weise einleitete, dass Prinz Hohenlohe ihm bedeutete, er ziehe es vor, überhaupt nicht über die pendenten Fragen zu reden, wenn es in diesem Tone geschehe, aufstand und wegging.[c] Diese entschiedene Abweisung habe jedenfalls die Wirkung gehabt, dass Sazonoff, als er den Prinzen Hohenlohe am nächsten Tage zu sich bitten liess, sich einer sehr versöhnlichen Sprache befleissigte. Bei der Abschiedsaudienz betonte Kaiser Nicolaus, dass er sich über die Wahl des Prinzen Hohenlohe sehr gefreut habe. Höchstderselbe richtete die Bitte an den Prinzen, unserem Allergnädigsten Herrn auch den russischen Standpunkt in ebenso überzeugender und klarer Weise vorzutragen, wie er den unseren in Petersburg vertreten habe und Allerhöchstdenselben darüber zu unterrichten, mit welchen Schwierigkeiten er, Kaiser Nicolaus, zu kämpfen habe.

[a] Vgl. n. 5711, 5723, 5848, 5910. — [b] Randbem. des Sektionschefs Grafen Friedrich Szápáry: Das ist zweierlei. — [c] Desgl.: So muß man es machen.

Nr. 5752. Tel. aus Sofia, 10. Feb. 1913 Nr. 124 (eing. 11. Feb. 10 U. a. m.). Entziff.

Geheim. Bezug auf mein Telegramm Nr. 110 vom 7. d. Mts. Rumänischer Kollege fragte mich, ob ich keinen Anhaltspunkt dafür habe, dass Bulgarien mit Russland Militärkonvention oder irgendeine Abmachung ähnlicher Art geschlossen. Er sei misstrauisch; Ruhe, die Bulgarien jetzt in Kontroverse mit Rumänien bewahre, gebe ihm zu denken und er vermute, dass Bulgarien von Russland Zusicherungen für den Fall einer militärischen Aktion Rumäniens erhalten haben dürfte. Ich antwortete, dass weder dafür noch dagegen Anhaltspunkte habe und dass ebenfalls misstrauisch bin.

Tarnowski.

Nr. 5753. Tel. aus Sofia, 10. Feb. 1913 Nr. 125 (eing. 11. Feb. 10 U. a. m.). Entziff.

Hohes Telegramm Nr. 74[a]) vom 10. d. Mts. erhalten. Rumänischer Gesandter erwartet vollständige Instruktionen morgen; nach den bisher erhaltenen soll er „baldige Antwort verlangen, sei aber nicht beauftragt abzubrechen, wenn in drei Sitzungen kein günstiges Resultat". Herr Ghika hofft, wenn bulgarischerseits keine Schwierigkeit, Verhandlungen übermorgen, Mittwoch, zu beginnen; er glaubt nicht, daß dieselben lange dauern können. Bezüglich Silistrias fürchtet rumänischer Kollege Unnachgiebigkeit.

[a]) Vgl. n. 5733 Anm. b. Tarnowski.

Nr. 5754. Tagesbericht über einen am 4. Feb. erfolgten Besuch des griechischen Ministerpräsidenten Eleutheros Venizelos, 11. Feb. 1913 Nr. 698. Konz. (S. Schreibmaschine; V. Rappaport; G. Berchtold).

Herr Venizelos hat mich am 4. d. M. aufgesucht. Er benützte vor allem diese Gelegenheit, um mir zu versichern, daß die mir zugekommenen Informationen über austrophobe Äußerungen Herrn Coromilas' nicht der Wahrheit entsprechen und offenbar auf einem Mißverständnis beruhen. Es sei nicht in den Traditionen der Regierungen König Georgs gelegen, sich Österreich-Ungarn gegenüber auf einen anderen als freundschaftlichen Fuß zu stellen. Zu der Behauptung, Herr Coromilas hätte erklärt, ein Konflikt zwischen Österreich-Ungarn und Serbien werde für Griechenland den casus belli gegen die Monarchie bedeuten, versicherte mich Herr Venizelos, daß ein griechischer Minister des Äußern nie eine derartige Sprache hätte führen können. Bezüglich der Abgrenzung Albaniens sagte mir der Herr Ministerpräsident, daß die Interessensphäre Griechenlands sich nur bis Valona erstrecke, alle Gebiete nordwärts hievon berühren das Königreich nicht, können daher auch keinen Konfliktsfall bilden. Über die näheren Details der Abgrenzung sprach er sich nicht aus. Auf die Inselfrage übergehend kritisierte Herr Venizelos in unfreundlicher Weise die italienische Politik, wobei er namentlich hervorhob, daß Italien keinen Grund habe, die während des italienisch-türkischen Krieges okkupierten Inseln weiter besetzt zu halten. Wenn italienischerseits behauptet werde, daß diese Inseln — im Sinne des Lausanner Vertrages — zur Sicherstellung des Abzuges der türkischen Truppen aus Libyen als Pfand benötigt werden, so sei dies nicht ernst zu nehmen; in Tripolis befänden sich überhaupt keine türkischen Soldaten mehr und in der Cyrenaika wären solche nur mehr in der Stärke von 500 Mann. Da hingegen Italien in Libyen an die 100.000 Mann stehen habe, sei es kaum glaubhaft, daß wegen 500 türkischer Soldaten Rhodus und ein ganzer Archipel kleiner Inseln von Italien besetzt gehalten werden müsse. Ich antwortete Herrn Venizelos zunächst in allgemeinen Phrasen. Ich stünde der griechischen Politik sympathisch gegenüber. Die Äußerungen Herrn Coromilas' wären mir derart undiplomatisch vorgekommen, daß ich dieselben als einem momentanen Affekt entsprungen betrachtet habe, ohne ihnen eine besondere Bedeutung beizumessen. Ich könne zwischen uns keinerlei Differenzen erblicken, beklage jedoch die Haltung der griechischen

Presse, die grundlos gegen die Monarchie agitiere. In der Inselfrage sei Österreich-Ungarn nicht direkt interessiert; bedenklich schiene mir nur die Besetzung der der kleinasiatischen Küste unmittelbar vorgelagerten Inseln durch Griechenland, da die Bevölkerung dieses Festlandes dadurch beunruhigt werden könnte, wo hingegen wir bleibende Zustände geschaffen sehen wollten. Mein Mitredner wies dem gegenüber auf Korfu hin, das noch viel näher am Kontinente liege und von wo aus doch niemals eine panhellenische Bewegung übergegriffen habe. Bezüglich Kleinasiens machte Herr Venizelos übrigens den Versuch, dortselbst jedwede panhellenische Bestrebungen abzuleugnen.

Tel. nach Berlin, 11. Feb. 1913 Nr. 167 (chiffr. 10 U. p. m.). Siehe n. 5764.

Nr. 5755. Tagesbericht über einen Besuch des deutschen Botschafters, 11. Feb. 1913 Nr. 695.[a]) Konz. (S. Berger; G. Macchio).

Der Herr kaiserlich deutsche Botschafter hat heute hier vorgesprochen, um von dem Inhalte eines Telegrammes des deutschen Gesandten in Bukarest Kenntnis zu geben. Aus dieser Depesche geht hervor, daß Herr Majoresco sich Herrn von Waldthausen gegenüber in gleicher, eine meritorische Unterstützung Rumäniens durch den Dreibund fordernden Weise aussprach wie gegenüber Prinz Fürstenberg (Telegramm aus Bukarest Nr. 41 vom 8. l. M.). Es decken sich nämlich die Meldungen der beiden Gesandten — wenigstens insoweit Herr von Tschirschky von dem Inhalte des Bukarester Telegrammes hier Mitteilung machte — bis auf die von Prinz Fürstenberg einberichtete Äußerung Herrn Majorescos, ein Regierungswechsel würde die Lage noch verschlimmern, da Herr Bratiano im Namen der liberalen Partei auf eine neue Orientierung der rumänischen Politik drängen würde. Der deutsche Gesandte in Bukarest verzeichnet keine solche Äußerung des rumänischen Ministers des Äußern in seinem Telegramme. Dieser Unterschied ist Herrn von Tschirschky gegenüber releviert worden. Der Herr Botschafter teilte weiters mit, das Berliner Kabinett hätte Herrn von Below angewiesen, sich bei der Sofioter Regierung im gleichen Sinne vernehmen zu lassen, wie zu sprechen Graf Tarnowski eventuell von Wien beauftragt würde. Herrn von Tschirschky wurde für seine Mitteilungen gedankt und bemerkt, daß dieselben zur Kenntnis des Herrn Ministers gebracht werden würden.

[a]) Vgl. n. 5718.

Nr. 5756. Tel. aus Bukarest, 11. Feb. 1913 Nr. 44 (eing. 4 U. p. m.).[a]) Entziff.

Geheim. Minister des Aeußern erschien gestern abends bei mir und machte folgende Eröffnung: Seine Majestät der König habe ihn beauftragt, mich zu ersuchen, in Wien dahin zu wirken, daß die Ratifikation des geheimen Abkommens durch Seine k. u. k. Apostolische Majestät einen Aufschub erfahre, nachdem eine Ministerkrise in baldiger Aussicht sei und der König nicht wünsche, daß verschiedene Minister die Verträge mit den anderen Bundesstaaten fertigen. Auf des Ministers Bemerkung, daß die Liberalen mit Herrn Bratiano berufen werden würden, entgegnete ich, daß mir Seine Majestät durch ihn habe vor drei Tagen sagen lassen, die

Liberalen würden eine andere Orientierung der auswärtigen Politik anstreben. Ich müsse daher in dem verlangten Aufschub den ersten Schritt zu einer Rückgängigmachung der Erneuerung des Vertrages erblicken, dieser Eindruck müßte auch in Wien erweckt werden und würde die nachteiligsten Folgen für das Verhältnis zwischen Monarchie und Rumänien zeitigen. Ich könnte daher eine solche Message nur dann nach Wien melden, wenn ich dieselbe aus dem Munde Seiner Majestät des Königs selbst vernehmen würde. Werde heute um $5^1/_2$ Uhr von Seiner Majestät in Audienz empfangen.

K. E. Fürstenberg.

a) Vgl. n. 5682, 5738, 5757, 5827.

Nr. 5757. Tel. aus Bukarest, 11. Feb. 1913 Nr. 45 (eing. 6 U. 45 M. p. m.).a) Entziff.

Fortsetzung Telegrammes Nr. 44 geheim. Auf mein Befragen, warum Ministerkrise, äußerte Mitredner, daß letzte Telegramme aus Sofia wiederum beweisen, bulgarische Regierung suche Angelegenheit dilatorisch zu behandeln. Kriegspartei gewinne daher an Einfluß und, da er für friedliche Lösung, müsse er demissionieren. Minister beklagte sich wieder über zwar wertvolle, aber erfolglose Unterstützung durch Wiener Kabinett. Befragte Minister des Aeußern, was eigentlich rumänische Regierung von uns verlange, da er doch aus Euer Exzellenz Telegramm Nr. 96 ersehe, daß wir in Sofia bereits Aeußerstes getan und doch keinen Krieg mit Bulgarien wegen Silistria beginnen könnten. Majoresco antwortete, daß Situation für konservatives Ministerium gerettet und Kriegspartei zum Schweigen gebracht würde, wenn Wiener Kabinett sich Rumänien gegenüber verpflichte, keine definitive Regelung Balkanfrage zu akzeptieren, ohne daß Rumänien Linie Silistria-Kavarna oder Kali Akra mit Stadt Silistria erhalte. Minister erwähnte, Silistria hätte für Rumänien selbe Bedeutung, wie Frage serbischen Hafens an der Adria für Monarchie, worauf ich replizierte, ersteres sei mehr Prestige- und Parteifrage, wogegen letzteres unsere vitalsten Interessen berühre. Minister hob hervor, daß Bulgarien alles dadurch erreiche, daß es nie auf Stimme der Großmächte gehört, Rumänien nichts, weil es im Fahrwasser derselben geblieben. Tiefste Verstimmung scheint an höchster Stelle und bei Regierung zu herrschen, durch bisherige Nichtzulassung Rumäniens zu Botschafterréunion hervorgebracht, da darin eine große Mißachtung für Rumänien erblickt wird, die vermieden hätte werden können, wenn derartiger Antrag gar nicht gestellt worden wäre. Ausspruch Königs in Kammereröffnungsrede, daß Rumäniens Stimme gehört werden wird, dürfte auf Zuversicht basiert gewesen sein, Réunion zugelassen zu werden.

K. E. Fürstenberg.

a) Vgl. n. 5758, 5784, 5827.

Nr. 5758. Tel. aus Bukarest, 11. Feb. 1913 Nr. 46 (eing. 12. Feb. 9 U. a. m.).a) Entziff.

Geheim. Bei heutiger Audienz leitete Seine Majestät Gespräch mit dem Bemerken ein, dass er sich in einer ausserordentlich schwierigen Lage befinde, nachdem einige Minister Demission in Aussicht gestellt haben,

wenn Silistria nicht von Bulgarien zediert wird. Regierung würde gesprengt werden und er genötigt sein, Liberale zu berufen. Herr Bratiano habe kategorisch erklärt, nicht in der Lage zu sein, Verantwortung für die Erneuerung des Vertrages zu übernehmen, wenn nicht Österreich-Ungarn sich verpflichte, für vollkommene Befriedigung Rumäniens einzustehen. Silistria sei das Symbol dafür geworden und wenn vor einigen Tagen noch Möglichkeit vorlag, Ausgleich hier ohne Stadt Silistria durchzusetzen, sei dies heute vollkommen ausgeschlossen. Agitation wäre gegen seinen Willen getrieben worden, er hätte die Hetze in der Ministerratssitzung als Verbrechen bezeichnet, doch wäre Situation soweit gediehen, dass es seiner Ansicht nach zu ernstester innerer oder äußerer Krise kommen müsse, wenn Silistria nicht rumänisch würde. Er könne daher unter diesen ganz ungeklärten Umständen Ratifikation nicht vornehmen. Ich erlaubte mir, Seine Majestät auf tiefe Verstimmung hinzuweisen, welche in den Kabinetten der Dreibundmächte durch Hinausschiebung der Ratifikation entstehen müsste, und Gefahr für Rumänien, sich ihr Wohlwollen im jetzigen Momente zu verscherzen. Seine Majestät erwiderte, dass, wenn auch Vertrag geschlossen, bei den jetzt schon auf 30% herabgeminderten Sympathien für Österreich-Ungarn, wenn dasselbe jetzt nicht sich Rumäniens Sache zu eigen mache, dieser nur Buchstabe bleiben und im Ernstfalle wertlos würde. Am Schlusse längerer Diskussion erklärte Seine Majestät der König wie folgt: Falls Wiener Kabinett sich zur Abgabe Erklärung entschliesse, welche ich mit Herrn Majoresco besprochen (vide hieramtliches Telegramm Nr. 45 von heute) und die streng geheim bleiben müsste, so würde ihm dadurch Möglichkeit geboten, Gegenströmung Trotz zu bieten und er neuen Vertrag ratifizieren können. Im gegenteiligen Falle würde er alten Vertrag im laufenden Jahre nicht kündigen, wodurch derselbe automatisch auf drei weitere Jahre verlängert würde. Es würde aber jedenfalls ein tiefer Hass gegen die Monarchie herrschen, der schwere Situation hervorbringen könnte. Falls die Monarchie respektive Dreibund Sache Rumäniens nicht in die Hand nehme, sieht seine Majestät folgenden Verlauf der Dinge voraus: Teilweise Mobilisierung jedenfalls nicht vor türkisch-bulgarischen Friedensschluss, behufs Ausübung Druckes auf Bulgarien; falls ohne Erfolg, dann noch energischeres Mittel. Streng geheim. Seine Majestät der König scheint durch fortgesetzte Beeinflussung und wahrscheinlich versteckte Drohungen seitens der Fraktionen Filippesco, Senatspräsident Cantacuzène etc., dann durch Herrn Bratiano in starke seelische Depression versetzt, da ich Höchstdenselben in äußerst deprimierter Stimmung fand.

K. E. Fürstenberg.

a) Vgl. n. 5771, 5827 Anm. b, 6513.

Tel. nach Cetinje, 11. Feb. 1913 Nr. 11 (chiffr. 10 U. p. m.). Siehe n. 5764.

Nr. 5759. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 11. Feb. 1913 Nr. 116 (eing. 10 U. p. m.).a) Entziff.

Mit Bezug auf mein Telegramm Nr. 112 von gestern. Hakki Pascha reist heute direkt nach London. Er hat mich vor seiner Abreise aufgesucht

und mir gesagt, daß vorläufig seine Mission keinen offiziellen Charakter trägt, er glaubt aber, daß ein Kontakt seinerseits mit den Botschaftern der Mächte in London vielleicht von Nutzen sein könnte. Er sprach hiebei Hoffnung aus, daß er bei Graf Mensdorff freundliche Aufnahme finden werde, und fügte hinzu, er werde sich dem k. u. k. Botschafter ganz zur Verfügung stellen. Hakki Pascha hat, wie Euer Exzellenz bekannt, das volle Vertrauen der jetzt am Ruder stehenden Partei und kann daher mit größerer Selbständigkeit handeln, als dies bei den bisherigen türkischen Delegierten der Fall war. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 5773.

Nr. 5760. Tel. aus London, 11. Feb. 1913 Nr. 119 (eing. 7 U. 40 M. p. m.). Entziff.

Im Nachhange zu meinem gestrigen Telegramme Nr. 118. Herr Mişu war eben bei mir und bestätigte mir Meldung, die er aus Bukarest erhalten hatte. Auf Silistria werde unbedingt bestanden. Er teilte dies Sir E. Grey gestern mit. Mişu scheint persönlich dafür eingenommen, rumänisch-bulgarische Grenzfrage dem Beschluß der Mächte zu übergeben. Mensdorff.

Nr. 5761. Tel. aus London, 11. Feb. 1913 Nr. 120 (eing. 12. Feb. 11 U. a. m.).[a] Entziff.

Sir E. Grey nous à donné connaissance à la réunion d'aujourd'hui de la communication suivante que Tevfik Pacha lui a faite hier: „Le conseil des ministres approuve la suggestion de Votre Altesse. Nous La prions en conséquence de vouloir bien voir Sir E. Grey et lui dire que le gouvernement Impérial, désireux de prouver encore une fois à l'Europe ses dispositions pacifiques ainsi que son esprit conciliant et animé du réel désir de prévenir une nouvelle effusion de sang et dissiper toute crainte de complications, a décidé de confier aux Grandes Puissances le mandat de fixer les conditions de la paix sur la base expresse des propositions contenues dans notre note responsive." Après discussion dans laquelle tout le monde est d'avis que les derniers mots de la communication turque rendent impossible de la prendre pour base d'une médiation ou négociation, Sir E. Grey nous propose une réponse que Monsieur Cambon rédige en français de la façon suivante: „Les puissances ne peuvent rien faire que sur la base de leur note collective. Si la Porte accepte les avis contenus dans cette note, les puissances se mettront en communication avec les alliés dans le but d'arriver à la paix." Les ambassadeurs pensent que cette réponse peut être adoptée et que, si tous les gouvernements y donnent leur assentiment,[b] il conviendrait de s'en remettre à Sir E. Grey du soin de la faire connaître à Tevfik Pacha. Mensdorff.[b]

[a] Oe. U. Balkan 151 Nr. 280. Vgl. n. 5746, 5798. — [b] Unter Nr. 168, 12. Feb. 1913 (chiffr. 10 U. 40 M. p. m.) erhält Mensdorff die telegrafische Weisung, er sei „ermächtigt, die Zustimmung der k. u. k. Regierung zu der von Sir E. Grey Tewfik Pascha zu erteilenden — von Herrn Cambon redigierten — Antwort zu erklären, vorausgesetzt, daß deutscher und italienischer Kollege die gleiche Ermächtigung erhalten".

Nr. 5762. Tel. aus London, 11. Feb. 1913 Nr. 121 (eing. 12. Feb. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. Vor heutiger Réunion sagte mir Sir E. Grey, Graf Benckendorff habe erst heute Instruktionen aus Petersburg erhalten, sei somit nicht in der Lage, albanesische Grenzfrage zu diskutieren, infolgedessen könne sie nicht heute auf das Tapet gebracht werden. Ich habe nachher mit meinem russischen Kollegen gesprochen, der über unsere Deklaration in Petersburg und Paris sehr erregt war. Er fürchtet, dieselbe könnte die konziliante Stimmung Herrn Sazonows modifizieren. Eine derartige Erklärung, dass man unter gar keinen Umständen einen Schritt weiter gehen könne, klinge fast wie ein Ultimatum; auch in Paris sei sie als sehr scharf aufgefasst worden. Ich antwortete, dass ich nicht einsehe, warum er dieser Erklärung einen komminatorischen Charakter beilege und fuhr wörtlich fort: „Übrigens ist es Deine Schuld. Ich habe aus Rücksicht auf Dich zugestimmt, dass im Resumé unserer letzten Sitzung nicht ausgesprochen werde, dass dies unsere äußerste Konzession sei, daraufhin fand meine Regierung es notwendig, um jedem Missverständnis vorzubeugen, eine Erklärung in Petersburg und Paris abzugeben. Was neulich vorgebracht wurde, war ein Kompromissvorschlag im Namen Lichnowskys, dem ich zugestimmt hatte, nicht aber Konzessionen, die ich bei der Réunion zur Diskussion vorgebracht hätte." Graf Benckendorff, in seiner etwas verworrenen Art, gab zu, dass er es vielleicht nicht ganz richtig aufgefasst hatte. Auf meine Bemerkung, dass er seinerseits noch nie irgend welche Vorschläge oder Konzessionen vorgebracht hätte, schien er den Gedanken zu fassen, dass es besser wäre, wenn auch er Sir E. Grey seinerseits Material für ein Kompromiss liefern würde. Ich sagte ihm, ich sei zu nichts weiterem autorisiert, als was er bereits kenne. Er meinte, „wir sind eigentlich nicht gar so weit entfernt von einander, aber wir müssen noch etwas schachern; Ihr müsstet uns noch irgend etwas konzedieren. Nur nicht den Standpunkt einnehmen, dass man nichts mehr diskutieren will, sonst wird die Lage ernst". Ich habe vorläufig nichts zu tun, als abzuwarten, mit welchen Anwürfen russischer Botschafter hervortritt. Gestern abends, bei einem Empfange, sagte mir Privatsekretär Sir E. Greys, man sei an Grey herangetreten, die heutige Réunion abzusagen, weil man erwartete, ich würde eine peremptorische Erklärung abgeben, die jede weitere Besprechung über Albaniens Grenzen unmöglich mache. Sir E. Grey habe abgelehnt, da nichts in meiner Sprache ihn zu dieser Erwartung berechtige. Ersuchte Mr. Tyrel, seinem Chef zu sagen, ich würde ihn niemals ohne vorherige Warnung überrumpeln, wie ich darauf rechne, dass er mich nicht in der Réunion mit Unerwartetem überrasche. Jedenfalls scheint unsere Erklärung in Petersburg und Paris als sehr scharf aufgefasst worden zu sein. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 5774.

Nr. 5763. Tel. aus Paris, 11. Feb. 1913 Nr. 29 (eing. 9 U. p. m.).[a] Entziff.

Baron Schoen teilte mir heute mit, dass er über erhaltenen Auftrag bei hiesiger Regierung Vermittlungsvorschlag Fürsten Lichnowsky wärmstens

befürwortete. Herr Paléologue, mit welchem er Angelegenheit besprach, soll sehr reserviert gewesen sein. Er meinte, der Schritt, den ich über Auftrag Euer Exzellenz hier gemacht habe (Telegramm Euer Exzellenz Nr. 117 vom 8. d. M.) und der weitere Verhandlungen, das heisst Konzessionen unsererseits ausschließe, erschwere die Haltung französischer Regierung, denn russisches Kabinett dürfte sich auf gleichen intransigenten Standpunkt stellen. Deutscher Botschafter gab sich alle Mühe darzulegen, dass es sich nicht um einen von uns ausgehenden Vorschlag, sondern um ein von Sir E. Grey und Fürst Lichnowsky ausgearbeitetes Kompromiss handle, dem Euer Exzellenz nur schwer zugestimmt hätten, und dass Konzessionen unsererseits ausgeschlossen sind. Herr Paléologue sagte schließlich, er könne keine Meinung äußern, die Frage müsste noch studiert werden. Nach Ansicht Baron Schoens wartet man hier Entscheidung in Petersburg ab.

Szécsen.

[a]) Vgl. n. 5729, 5830.

Nr. 5764. Tel. nach Rom Nr. 189 (1), Cetinje Nr. 11 (2), und Berlin Nr. 167 (3), 11. Feb. 1913 (chiffr. 10 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; G. Berchtold).

1.—3. Herzog Avarna hat mich kürzlich aufgesucht und ist auf die Frage der an Montenegro als Ersatz für entgehenden territorialen Zuwachs zu gewährenden finanziellen Unterstützung zurückgekommen. Er wollte hiebei wissen, wie wir uns dazu stellen würden. Nachdem ich bei einer früheren Besprechung dieser Frage mich ohne auf dieselbe näher einzugehen einfach ablehnend verhalten hatte, habe ich diesmal dem italienischen Botschafter meine gegenständlichen Bedenken in nachstehender Weise präzisiert: Erfahrungsgemäß verwende Montenegro das ihm zur Verfügung gestellte Geld stets nur zur Anschaffung von Waffen und hiedurch werde der Größenwahn des Königreiches nur noch vermehrt, der fortschreitenden Verarmung der Bevölkerung aber nicht abgeholfen. Wenn wir Montenegro eine finanzielle Unterstützung gewähren wollten, so müßte sichergestellt werden, daß das Geld nur zu kulturellen Zwecken verwendet werde, so zum Baue von Eisenbahnen, zur Trockenlegung des Skutarisees und so weiter. Herzog Avarna hat meine Ausführungen billigend zur Kenntnis genommen und mich gefragt, ob er dieselben seiner Regierung mitteilen könne, womit ich mich zwar im Prinzipe einverstanden erklärte, jedoch hinzufügte, daß ich im konkreten Falle vorher mit den beiden Finanzministern Rücksprache nehmen müsse. Vorstehendes zu Euer etc.

1. streng vertraulicher Information und Regelung Ihrer Sprache Marquis di San Giuliano gegenüber.

2. rein persönlicher Kenntnisnahme.

3. streng vertraulicher Information.

[a]) Vgl. n. 5703, 5804, 5805.

Nr. 5765. Tel. aus Rom, 11. Feb. 1913 Nr. 72 (eing. 6 U. p. m.). Entziff.

Streng vertraulich. Der in den letzten Tagen ohnedies über die Situation präokkupierte Minister des Äußern zeigte sich, als ich ihm gestern den

Inhalt der hohen Telegramme vom 9. d. Mts. Nr. 178[a]) und 179[b]) mitteilte, über die dermalige Haltung Rumäniens sehr besorgt. Die von Euer Exzellenz nach Bukarest erteilten Ratschläge zur Mäßigung fanden seine lebhafte Billigung. Er wird den Gesandten in Sofia gleichfalls anweisen, sich für Herbeiführung eines Einvernehmens mit Rumänien zu verwenden. Abends erhielt ich den Besuch des rumänischen Gesandten, welcher mir in zweistündiger Unterredung mit großem Nachdruck Ernst der Situation schilderte. Rumänien könne aus strategischen Gründen auf die Stadt Silistria absolut nicht verzichten. Alle gegenteiligen Gerüchte und Kompromißvorschläge seien einseitig von Bulgarien ausgegangen. Nach dreimonatlichen vergeblichen Verhandlungen müsse Rumänien endlich auf unumwundener Entscheidung bestehen. Verschiebung derselben bis nach Friedensschluß (oder wie ich meinte, bis zum Falle Adrianopels) böte keine bessere Aussicht, keinesfalls aber eine Garantie, daß Bulgarien nachgibt. Auch würde eine eventuelle militärische Aktion im März die Feldarbeiten behindern und daher noch großen ökonomischen Schaden involvieren. Persönlich verspreche er sich auch von einer Pression aller oder einzelner Mächte in Sofia keinen Erfolg. Aus diesem Grunde befürchte er aber bei der öffentlichen Meinung seines Landes den Rückschlag des Mißerfolges der dreibundfreundlichen Politik. Verhandlungen in Sofia würden nunmehr in dezidierterer Form und nur noch ganz kurz — etwa eine Woche — fortgeführt werden. Dann werde akute Phase der Differenz beginnen. Als persönliche Ansicht meinte Herr Diamandy, Konflikt würde sich eventuell noch vermeiden lassen, wenn die Mächte raschestens Zuweisung Saloniks an Bulgarien beschließen, was letzterem Zession Silistrias an Rumänien erleichtern würde. Ich habe den Eindruck, daß nach dem Fehlschlagen der langen Verhandlungen und angesichts der schwindenden Hoffnungen auf eine energische Pression der befreundeten Großmächte in Sofia die öffentliche Meinung und die Armee dem König Karl die Hand forcieren. Mérey.

[a]) Mit Tel. Nr. 178, 9. Feb. 1913 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.) wurde n. 5718 vom Anfange bis „Kollegen machen" nach Rom mitgeteilt. — [b]) Mit Tel. Nr. 179, 9. Feb. 1913 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.) wurde n. 5727 nach Rom mitgeteilt.

Nr. 5766. Tel. aus Sofia, 11. Feb. 1913 Nr. 126 (eing. 6 U. 20 M. p. m.).[a]) Entziff.

Habe Inhalt hohen Telegrammes Nr. 76 vom 10. d. M. Herrn Geschoff soeben mitgeteilt. Er hörte aufmerksam zu und bemerkte, nachdem ich Ausführungen beendet, daß er mir bereits wiederholt gesagt, daß unsere Haltung in rumänischer Frage für die Beziehungen Bulgariens zur Monarchie entscheidend; „nous sommes au tournant de nos relations avec vous". Ich erwiderte, daß wir in rumänischer Frage von Anfang an unparteiisch gewesen, daß wir gleichmäßig in Bukarest für Moderation und hier für Entgegenkommen eingetreten und daß rumänische Forderungen und Stimmung in Rumänien Tatsachen sind, an denen wir doch nichts ändern könnten. Wenn mich Euer Exzellenz jetzt beauftragen, die Aufmerksamkeit des Konseilspräsidenten auf die Gefahr, die mit diesen Umständen ver-

bunden, zu lenken und mit aller Rücksicht auf schwierige Lage der bulgarischen Regierung die baldige Verständigung, da im Interesse Bulgariens gelegen, als erwünscht zu bezeichnen, sollte Konseilspräsident darin einen neuen Beweis unserer besten Intentionen erblicken. Wenn Rumänien auf Monarchie nicht rechnen würde — antwortete Herr Geschoff — würde es auch nicht so unbescheidene Forderungen stellen. Die Presse aller Staaten hätte Haltung Rumäniens kritisiert, nur die österreichisch-ungarische habe für Rumänien Partei genommen, was die Kampagne der rumänischen Blätter gegen Bulgarien entfesselt und in weiterer Folge zur Erregung öffentlicher Meinung in Rumänien beigetragen. Unter allen leitenden Staatsmännern hätten Euer Exzellenz allein Bulgarien Abtretung Silistrias geraten. Fortsetzung folgt. Tarnowski.

a) Oe. U. Balkan 150 Nr. 279. Vgl. n. 5767, 5768, 5790, 5802, 5883, 5895.

Nr. 5767. Tel. aus Sofia, 11. Feb. 1913 Nr. 127 (eing. 7 U. 30 M. p. m.).a) Entziff.

Fortsetzung des Telegrammes Nr. 126. Ich machte wieder entsprechende Einwendungen, die aber Mitredner nicht zu überzeugen schienen. Er sprach weiter in seinem Sinne und meinte, daß keine schöne Rolle, „Bulgarien Messer an die Kehle setzen in dem Momente, wo letzteres in schwerem Kampfe mit Türkei. Das müßte tiefe Spuren in der hiesigen Stimmung für Rumänien und eventuell für Monarchie zurücklassen; „je voudrais sauver nos bonnes relations qui peuvent aussi vous être plus utiles à vous [que] celles avec la Roumanie avec laquelle vous aurez tôt ou tard des difficultés. Je vous supplie de ne pas être contre nous mais de nous aider, ce qui vous assurera notre reconnaissance. Ce que la Roumanie nous demande est impossible; je vous prie ne pas le dire à Monsieur Ghika car cela pourrait décider la Roumanie de rompre d'emblée les pourparlers, mais je veux que vous sachiez que nous ne céderons aucune ville; c'est absolu". Suggestion Euer Exzellenz, daß Bulgarien ein geheimes Abkommen mit Rumänien schließe, interessierte Herrn Geschoff, er ließ sich Gedanken genau erklären und meinte, daß Ministerrat unterbreiten werde. Auf den Teil meiner Eröffnungen, der „nationale Aspirationen Bulgariens" betraf, reagierte Konseilspräsident nicht, bis ich ihn gefragt, was er davon meine. Unter Betonung, daß Bulgarien auf Besetzung Saloniks, Monastirs und Ochridas Anspruch erheben werde, antwortete Konseilspräsident, daß diese Fragen nicht aktuell und daß unmöglich von denselben vor Ende Krieges zu sprechen. Sollte bulgarische Regierung diesbezüglich Schwierigkeiten haben, würde sie um unsere Unterstützung bitten, die sehr wertvoll. Tarnowski.

a) Oe. U. Balkan 150 Nr. 279. Vgl. n. 5768, 5790.

Nr. 5768. Tel. aus Sofia, 11. Feb. 1913 Nr. 129 (eing. 12. Feb. 11 U. a. m.).a) Entziff.

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 126 und 127 vom 11. d. Mts. Deutscher Kollege erhielt Auftrag, sich ähnlich wie ich auszusprechen.

Ich teilte ihm einige Gedanken aus meinen Instruktionen betreffend Erregung in Rumänien und Opportunität rascher Verständigung mit. Italienischer Kollege erhielt ausführliche Mitteilung, wie die im hohen Telegramme Nr. 74[b]) vom 10. d. Mts. enthaltene. Auftrag zur Démarche bekam Graf Bosdari keinen, glaubt aber, auf Grund seiner allgemeinen Instruktionen analog intervenieren zu können. Beide Kollegen halten Démarche für aussichtslos. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 5790. — [b]) Vgl. n. 5733 Anm. b.

Nr. 5769. Tel. aus Sofia, 11. Feb. 1913 Nr. 130 (eing. 12. Feb. 11 U. a. m.).[a]) Entziff.

Russischer Gesandter sagte mir, er habe alarmierende Nachrichten von Herrn Schebeko und fragt, was ich von Situation meinte, worauf ich antwortete, daß meine Informationen auch nicht beruhigend. Herr Nekludoff bemerkte, daß ihm bulgarische Regierung durch den Gleichmut und Entschlossenheit nicht nachzugeben, Sorge verursache. Er könne sich diese Haltung umsoweniger erklären, als wir doch alle, und auch er, beständig Herrn Geschoff auf Ernst der Lage aufmerksam machen. Russischer Kollege fragte, wie ich mir diese Attitude bulgarischer Regierung erkläre, worauf ich sagte, daß sie meiner Auffassung nach zum Teile dem Umstande entspringen dürfte, daß Regierung, um sich nicht zu diskreditieren, Territorium nicht freiwillig abtrete, sondern sich dasselbe eher durch Rumänien nehmen lassen wolle, und zum Teile erklärte ich mir Haltung Bulgariens dadurch, daß man hier im äußersten Falle auf russische Unterstützung hoffen dürfte. „D'après mes informations nous ne soutiendrons pas la Bulgarie plus que vous" antwortete Herr Nekludoff; „je n'ai jamais eu le moindre indice qui pourrait me faire croire que la Russie bougeât dans le cas d'une occupation roumaine et je répète continuellement aux Bulgares de ne pas compter sur notre appui actif. J'ai demandé à Monsieur Guéchoff s'il a reçu peut-être des assurances de Pétersbourg par la légation bulgare, mais il m'a dit non, et malgré cela on est décidé ici à ne pas céder Silistrie". Ich bin überzeugt, daß vorstehende Sprache russischen Kollegen aufrichtig war; allerdings kann er über Absichten seiner Regierung nicht vollständig informiert sein und außerdem ist damit zu rechnen, daß hiesiger russischer Militärattaché vielleicht nicht ohne Ermächtigung auf eigene Faust Politik machen mag, worin er bei unzähligen hier weilenden Russen, darunter vielen Militärs, welche die Bulgaren ermutigen, Unterstützung finden kann. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 5780.

Nr. 5770. Tel. aus Belgrad, 12. Feb. 1913 Nr. 73 (eing. 7 U. p. m.). Entziff.

Herr Pašić ersuchte mich, Euer Exzellenz die dringende Bitte der serbischen Regierung betreffend die Nichtausschliessung Djakowas aus dem Serbien zuzuweisenden Gebiete zu übermitteln. Geographisch gehöre

die Stadt zum altserbischen Territorium, da sie von der Adria durch schwer passierbare Höhenzüge getrennt sei. Dieselbe stand immer mit Prisren in regem Verkehr und bilde ein Hinterland desselben. Die Einbeziehung Djakowas in das neue Albanien würde wirtschaftliche Interessen der Städte des Kossowogebietes sehr schädigen und Serbien hofft, dass die Monarchie ihm in diesem Falle Wohlwollen und Entgegenkommen zeigen wird. Herr Pašić erwähnte bei diesem Anlasse, dass König Nikolaus neuerlich und sehr dringend um Hilfe gebeten habe. Serbien habe nur 12 Geschütze und Truppen in geringer Zahl aus dem Küstenlande gesendet. Die allgemein verbreiteten Gerüchte, dass auch von Altserbien neuerlich Truppen nach Skutari geschickt wurden, entsprechen nicht der Wahrheit. Er sagte, dass Serbien lebhaft den Frieden wünsche, da eine Fortdauer des Krieges dem Lande keine weiteren Vorteile bringen dürfte. Ugron.

Nr. 5771. Tel. aus Bukarest, 12. Feb. 1913 Nr. 48 (eing. 9 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Geheim. Ich habe heute Früh Herrn Majoresco vom Eintreffen Instrumente verständigt und um Ratifikation ersucht. Darauf folgte ernste Auseinandersetzung. Ich erklärte, dass ich mit größtem Bedauern konstatieren musste, dass Seine Majestät der König, von gewissenlosen Katastrophenpolitikern beeinflusst, ein Junktim zwischen Verlängerung des Vertrages und Unterstützung rumänischer Revindikationen seitens Monarchie hergestellt habe. Es sei dies ein Vorgehen, welches das Wiener Kabinett nicht akzeptieren könne, da es von keiner Seite eine Erpressung dulde. Die von Herrn Filipesco etz. und Herrn Bratiano verfolgte Absicht, Oesterreich-Ungarn in eine gefährliche Position hineinzuhetzen, würde nur den Erfolg haben, dass in Wien rumänische Sympathie bedeutend sinken würde und Rumänien zwischen zwei Stühle zu sitzen käme. Wiener Kabinett könne auch andere Politik als rumänophile treiben, die seinen Interessen besser dienen würde. Wolle Herr Bratiano Anlehnung an Russland suchen, so werde Russland die Wahl zwischen Rumänien und Bulgarien nicht schwer werden. Was Silistria anbelangt, so würde kein europäisches Kabinett begreifen, dass Besitz der Häuser von Silistria plötzlich Lebensfrage für Rumänien darstelle, nachdem bis vor Kurzem Seine Majestät der König, Generalstabschef und sämtliche rumänische Gesandte erklärten, Stadt wäre wertlos, wenn Höhe zediert. Es sei allen Kabinetten bekannt, dass Silistria innere Parteifrage geworden, künstlich aufgebauscht, von Konservativen, um Erfolg zu erreichen, Liberalen, um Regierung darüber zum Sturze zu bringen. Keine Macht werde wegen rumänischen Parteihaders Konflagration provozieren lassen. Minister teilte im Großen und Ganzen meine Ansicht, hervorhebend, König sei stark impressionabel, durch Bemühung der Kriegspartei in Schrecken versetzt worden und in letzter Zeit nicht mehr so energisch wie früher. Er werde sogleich Audienz verlangen und dem Könige meine Ausführungen mitteilen, hoffend, Seiner Majestät gegen Kriegshetzer Rücken zu stärken. K. E. Fürstenberg.

[a] Vgl. n. 5758, 5772, 5783, 5827 Anm. c.

Nr. 5772. Tel. aus Bukarest, 12. Feb. 1913 Nr. 49 (eing. 13. Feb. 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Geheim. Ratification heute, 12. d. M., vollzogen. Minister des Aeussern teilte mir mit, dass Seine Majestät der König auf Grund seines Vortrages Entschluss gefasst, von Kriegspartei geforderten Maßnahmen nicht zu entsprechen. Es wird getrachtet werden, in Verhandlungen in Sofia zu einem möglichst günstigen Resultat zu gelangen, falls Zedierung Silistrias oder Abkauf nicht angenommen würde, wird sich Rumänien an Großmächte um Entscheidung wenden. Entweder an Botschafterréunion oder Antrag Bulgarien stellen, Schiedsgericht anzurufen. Diesen Plan wird Ministerpräsident vor Ministerrat und dann Kammer bringen und hofft damit durchzudringen. Falls Minister Filipesco und Margiloman dafür nicht zu gewinnen, dürften ernste Schwierigkeiten Kammer entstehen. Sollte Ministerium stürzen, würde Maioresco seinem Nachfolger, Herrn Bratiano, empfehlen, alle Schuld auf ihn zu schieben, um ihm friedliche Politik gegenüber Bulgarien zu ermöglichen. Um Standpunkt Königs von Rumänien und Ministers des Aeussern möglichste Festigung angedeihen zu lassen, müsste Sofia nachdrücklichst eingetreten werden, dass zum mindesten auf Seite Schwarzen Meeres weiteste Konzessionen gemacht werden. In Interesse baldigster Perfektionierung Vertrages mit Deutschland und Italien bitte Berlin auf grösste Beschleunigung zu drängen. K. E. Fürstenberg.

[a] Vgl. n. 5771, 5783.

Nr. 5773. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 12. Feb. 1913 Nr. 118 (eing. 7 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Vertraulich. Bezug auf hieramtliches Telegramm Nr. 116. Ich erfahre von Sir G. A. Lowther, dass die Reise Hakki Paschas nach London in erster Linie der Regelung der Koweit-Frage gelten soll. Pallavicini.

Nr. 5774. Tel. nach London, 12. Feb. 1913 Nr. 167 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 121 vom 11. l. M. Euer Exzellenz Sprache zu Grafen Benckendorff und Mr. Tyrrell hat meine volle Billigung gefunden. Hochdero Absicht, vorläufig nichts zu tun, als abzuwarten, mit welchen Anwürfen russischer Botschafter hervortritt, entspricht gleichfalls meiner Auffassung. Wenn, wie zu erwarten steht, Ihr russischer Kollege einen neuen Vorschlag der Réunion unterbreitet, oder derselbe in Form eines Kompromißvorschlages von Sir E. Grey oder Herrn Cambon vorgelegt wird, wollen Euer Exzellenz es vermeiden, den Standpunkt einzunehmen, nicht weiter diskutiren zu wollen. Hochdieselben hätten zu bemerken, daß, nachdem der von Fürst Lichnowsky vorgebrachte Kompromißvorschlag nicht die allgemeine Zustimmung gefunden habe, derselbe als hinfällig angesehen werden müsse. Wir stünden daher auf dem von uns vor dem besagten deutschen Kompromißvorschlage eingenommenen Standpunkte. Den eventuellen neuen Vorschlag der anderen Seite wollen

Euer Exzellenz unter Hinweis auf die Differenz, welche zwischen demselben und unserem Standpunkte besteht, ad referendum nehmen. Berchtold.

a) Vgl. n. 5787.

Nr. 5775. Tel. aus London, 12. Feb. 1913 Nr. 126 (eing. 13. Feb. 8 U. a. m.).a) Entziff.

Streng vertraulich. Fürst Lichnowsky sagte mir vertraulich, er habe heute bei Sir E. Grey angeregt, ob es nicht zweckmäßig wäre, wenn die deutsche und englische Regierung versuchen würden, in der rumänisch-bulgarischen Streitfrage ein Kompromiss auszuarbeiten. Staatssekretär erwiderte zunächst, Österreich-Ungarn und Russland schienen ihm mehr dazu berufen, worauf mein deutscher Kollege bemerkte, diese beiden Reiche wären zu direkt an den Ereignissen interessiert, es sei vielleicht leichter für Fernerstehende wie England und Deutschland. Sir E. Grey ging schließlich auf die Idee des deutschen Botschafters ein und wollte zunächst morgen mit rumänischem sowie bulgarischem Gesandten sprechen. Mensdorff.

a) Vgl. n. 5786.

Nr. 5776. Bericht aus Rom, 12. Feb. 1913 Nr. 11 B (eing. 15. Feb.). Ausfert.

Ich habe nicht ermangelt, im Sinne des hohen Telegrammes vom 9. l. M. Nr. 180 dem Minister des Äussern darzulegen, dass auch die eventuelle Einnahme Scutaris seitens der montenegrinischen und serbischen Truppen an dem Entschluße, diese Stadt dem albanesischen Staat zu erhalten, nichts ändern würde und daß es sich daher empfähle, auch italienischerseits, analog wie dies bei uns durch einen officiösen Artikel des „Fremdenblatt" geschieht, von der Fortsetzung dieses aussichtslosen Kampfes zu warnen. Diese Anregung war entschieden nicht nach dem Geschmacke des Marchese di San Giuliano. Er setzte eine sehr besorgte Miene auf, wies darauf hin, dass in der Londoner Botschafter-Réunion die Opposition Rußlands und Frankreichs gegen die Einverleibung Scutaris in Albanien noch nichts weniger als behoben sei, und meinte, dass die eventuelle Einnahme dieser Stadt durch die Alliierten unseren Standpunkt immerhin wesentlich zu erschweren geeignet sei. Ich erwiderte, daß in diesem Kriege das rein militärische Ergebnis ja in mehrfacher Hinsicht nicht ausschlaggebend für die endgiltige Zuweisung der betreffenden Gebiete sein werde. Der Minister des Äussern gab dies zu, betonte aber, es sei doch eher möglich, Montenegro Scutari, wegen welches es eigentlich den Krieg geführt habe, abzuerkennen, wenn es dasselbe nicht erobert habe, als im gegenteiligen Falle. Marchese di San Giuliano sagte schließlich, er müsse sich die Sache noch überlegen und mit dem Ministerpräsidenten besprechen. Ich vermute, daß sowohl Rußland und Frankreich, wie bis zu einem gewissen Grade vielleicht auch Italien, in der Scutari-Frage absichtlich temporisieren und den Fall Scutaris gerne sähen, weil damit doch ein neues Moment in die Situation käme und dann Montenegro, wenn schon nicht den Besitz der eroberten Stadt, so doch

umso größere Ansprüche auf anderweitige Compensationen gewänne. Nach der Ansicht meines türkischen Collegen wäre übrigens zum Unterschiede von dem schon mehr oder minder in extremis befindlichen Adrianopel, der Fall Scutaris nicht wahrscheinlich, selbst wenn diese türkische Stadt dermalen — eines der vielen Paradoxe dieses Krieges — mit aus türkischem Besitz stammenden Krupp-Geschützen bombardiert wird. Gestern habe ich dem Minister des Äußern neuerlich die Veranlassung einer Veröffentlichung in dem von Euer Excellenz gewünschten Sinne nahegelegt. Marchese di San Giuliano stellte mir schließlich eine solche in Aussicht. In der Tat ist in der heutigen „Tribuna" im Zusammenhange mit den letzten Nachrichten über die Belagerung von Scutari ein Artikel erschienen, welcher sogar in recht decidierter Weise den von uns diesbezüglich der Consulta suggerierten Gedankengang zum Ausdruck bringt. Mérey.

Nr. 5777. Tel. aus St. Petersburg, 12. Feb. 1913 Nr. 48 (eing. 6 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Mein deutscher Kollege hat, wie er mir vertraulich mitteilte, gestern im Auftrage seiner Regierung auf Herrn Sazonow einzuwirken versucht, damit Russland den von Fürst Lichnowsky auf der Botschafterkonferenz vorgebrachten Kompromissvorschlag betreffend die Abgrenzung Albaniens unverändert akzeptiere, indem er darauf hinwies, dass derselbe die äußersten Konzessionen enthalte, zu denen sich die k. und k. Regierung in dieser Frage herbeilassen zu können erklärt habe. Herr Sazonow antwortete, dass die Annahme des Kompromisses tel quel für die russische Regierung ein Ding der Unmöglichkeit sei, doch sei immerhin schon eine gewisse Annäherung zwischen den beiderseitigen Standpunkten zu konstatieren. Minister sprach die Hoffnung aus, dass die k. und k. Regierung jetzt, wo die Differenzen wirklich nicht mehr so große zu sein scheinen, um einen Abbruch der Verhandlungen mit allen sich daraus ergebenden schwerwiegenden Folgen zu rechtfertigen, doch die Gegenpropositionen, die er sich zu machen anschicke, einer wohlwollenden Erwägung unterziehen werde, um zu einem wenigstens von ihm, Herrn Sazonow, sehnlichst gewünschten Einverständnisse zu gelangen. Dieser Gegenvorschlag, der, wie Graf Pourtalès verstanden zu haben glaubt, auch die Festlegung gewisser allgemeiner, für die Delimitation aufzustellender Prinzipien umfasse und eine Kombination ethnographischer, wirtschaftlicher und kultureller Momente vorschlagen dürfte, sei bereits in Ausarbeitung, doch habe er ihn bis jetzt noch nicht nach London telegraphiert. (Diese Bemerkung steht im Widerspruche zu der dem Grafen Czernin gegenüber getanen Äußerung Sazonows,[b] er habe seinen Gegenvorschlag bereits erstattet. Es scheint somit, dass er im letzten Augenblick noch eine Änderung daran vorgenommen hat, welche die Absendung verzögerte.) Übereinstimmend mit dem Eindruck, den Graf Czernin empfangen hatte, glaubt auch Graf Pourtalès, dass die Punkte des Kompromissvorschlages, die Herrn Sazonow am unannehmbarsten scheinen, die Teilung des Skutarisees und die Abtrennung Dibras von Albanien sind. Sollten wir in diesen beiden Punkten dem russischen

Standpunkt noch Rechnung tragen können, so meint Graf Pourtalès, dass eine Einigung in der kürzesten Zeit erzielt werden könnte. Allerdings hatte Graf Pourtalès die Impression, dass wenn in der Zwischenzeit Skutari fallen sollte, die russische Regierung die Konzession, zu der sie sich ohnehin sehr schwer entschlossen hatte, auf Skutari für Montenegro zu verzichten, kaum mehr aufrechterhalten würde, weshalb mein deutscher Kollege einen tunlichst raschen definitiven Abschluss der bezüglichen Pourparlers für sehr wünschenswert hielte. Thurn.

[a]) Vgl. n. 5789, 5820. — [b]) Vgl. n. 5517.

Nr. 5778. Tel. aus St. Petersburg, 12. Feb. 1913 Nr. 49 (eing. 6 U. p. m.). Entziff.

Vertraulich. Rumänischer Gesandter war, wie er mir erzählt, gestern beauftragt, Herrn Sazonow in Richtigstellung anders lautender Gerüchte mitzuteilen, dass Rumänien unter keinen Umständen auf die Zession Silistrias verzichten könnte, und dass auch im Übrigen die Minimalgrenze, mit der es sich zufriedenstellen könnte, eine gerade Linie darstelle, die von der genannten Stadt über Balčik, das ebenfalls rumänisch werden müsste, an das Meer gezogen würde. Herr Sazonow sei über diese Sprache sehr impressioniert gewesen und machte den rumänischen Gesandten in nachdrücklichster Weise auf die Gefahren aufmerksam, die eine solche intransigente Haltung für das Verhältnis mit Bulgarien nach sich ziehen müsste. „Songez bien à ce que vous faites, et ne prenez pas de décision à la légère; car de reclamer même Balcik, c'est sans aucun doute la guerre avec la Bulgarie." Trotz dieser Warnung fand der rumänische Gesandte die Sprache des Ministers eigentlich weniger scharf, als er erwartet hatte, und hob er mir gegenüber besonders hervor, dass in den Worten Herrn Sazonows keinerlei Andeutung auf eine im gegebenen Falle etwa russischerseits beabsichtigte gewaltsame Pression auf Rumänien enthalten gewesen sei. Ob die Schlüsse, die Herr Nano aus dieser Unterlassung ziehen zu dürfen glaubte, nicht etwas voreilig und zu optimistisch sind, möchte ich dahingestellt sein lassen. Thurn.

Nr. 5779. Tel. aus Sofia, 12. Feb. 1913 Nr. 134 (eing. 13. Feb. 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Rumänisch-bulgarische Pourparlers haben heute begonnen. Da Herr Danew für einige Tage verreist, hat rumänischer Gesandter nur mit Herrn Sarafow gesprochen und ihm im Sinne erhaltener Instruktionen mitgeteilt, dass Linie Silistria-Balčik verlangt wird. Sarafow machte Notizen und sagte, ohne Danew keine Antwort geben zu können. Er soll Herrn Ghika vorgeschlagen haben, sich nach Rückkehr Herrn Danews in einigen Tagen wieder zu begegnen. Rumänischer Gesandter bestand darauf, dass Danew ersucht werden möge zurückzukehren und dass nächste Sitzung Freitag stattfinde. Konversation wurde in freundschaftlichem Tone geführt.
Tarnowski.

[a]) Oe. U. Balkan 151 Nr. 281. Vgl. n. 5791.

Nr. 5780. Bericht aus Sofia, 12. Feb. 1913 Nr. 9 A (eing. 16. Feb.). Entziff.

Bezug auf meine Telegramme Nr. 110 vom 7. d. M.[a] und 130 vom 12. d. M. Es schiene mir nicht unmöglich, dass Russland — wie mir russischer Kollege gestern versicherte — im Falle, dass die Rumänen in Bulgarien einmarschieren sollten, neutral bliebe und sie an Okkupation des von ihnen beanspruchten bulgarischen Territoriums nicht hindern würde. Vom russischen Standpunkte wäre dies begreiflich und eine geschickte Politik: sich Rumänien zu verpflichten und sich nicht auf Seite Bulgariens zu stellen, welches trotz Allem nie ausgesprochener Feind Russlands wird. Es frägt sich, ob eine solche Politik Russlands die Möglichkeit einer Militärkonvention zwischen Russland und Bulgarien nicht ausschließe? Russland hätte alles Interesse, einerseits auf bulgarische Kooperation im Falle Krieges mit uns und Rumänien rechnen zu können, und anderseits Bulgarien im Falle, wenn Rumänien jetzt zur Okkupation schreiten sollte, militärisch nicht unterstützen zu müssen. Weniger wahrscheinlich erscheint, dass Bulgarien auf solche Kombination eingegangen wäre, und mit Rücksicht darauf müsste man unter Voraussetzung, dass das, was mir russischer Gesandter gestern gesagt, wahr ist, an Existenz Militärkonvention zweifeln, es wäre denn, dass eine solche für den Fall eines Krieges zwischen Österreich-Ungarn und Russland, an dem sich Rumänien aktiv an unserer Seite beteiligen würde, schon von früher her bestanden hätte. Zu dieser letzteren Annahme muss ich aber bemerken, dass bei genauer Prüfung der Politik und des gegenseitigen Verhältnisses Russlands und Bulgariens man eher glauben muss, dass zu Beginn des Krieges der Balkanstaaten mit der Türkei zwischen Russland und Bulgarien keine Militärkonvention bestanden haben dürfte. Tarnowski.

[a] n. 5700.

Nr. 5781. Bericht aus Sofia, 12. Feb. 1913 Nr. 9 B (eing. 16. Feb.). Entziff.

Ohne die Frage zu erörtern, ob von unserem Standpunkte die rumänisch-bulgarische Freundschaft der Feindschaft, die zwischen diesen Staaten entstehen dürfte, vorzuziehen wäre, möchte ich heute blos die Rückwirkung ins Auge fassen, welche die Zuspitzung der rumänisch-bulgarischen Kontroverse auf unsere wirtschaftlichen Interessen haben könnte. Ich glaube schädliche Folgen in dieser Beziehung umso eher befürchten zu sollen, als wir auf dem ökonomischen Gebiete viel mehr zu verlieren haben, als die Bulgaren und uns daher ein der rumänischen Frage halber gegen uns verstimmtes Bulgarien in wirtschaftlicher Hinsicht leicht unangenehm werden könnte. Ich möchte mich sehr irren, wenn die der erwähnten Disproportion zwischen beiderseitigen ökonomischen Interessen entspringende Schwäche unserer Stellung nicht den wichtigsten Grund bilden würde, aus welchem Bulgarien so wenig Empressement zeigt, unsere Unterstützung punkto Salonik, Monastir und so weiter anzunehmen. Die Bulgaren sagen sich, dass sie uns ökonomisch unentbehrlich sind und dass sie uns jederzeit bereit finden werden, etwaige wirtschaftliche Vorteile politisch zu bezahlen. Tarnowski.

Nr. 5782. Bericht aus Sofia, 12. Feb. 1913 Nr. 9 C (eing. 16. Feb.). Entziff.

Der Konseilspräsident hat anlässlich meiner letzten Unterredungen mit ihm die Mission des Prinzen Hohenlohe zweimal spontan berührt. Er sprach davon als von einem „erfreulichen Ereignisse" und bekundete viel Neugierde für den Inhalt des Allerhöchsten Schreibens. Ich glaube nicht, dass Herr Geschoff das „Ereignis" von seinem Standpunkte wirklich als „erfreulich" betrachtet. Die Perspektive einer Besserung unserer Beziehungen zu Russland ruft zwar in Sofia nicht dieselben Eindrücke wie in Belgrad hervor, willkommen sind aber solche Anzeichen auch hier nicht. Die in dem jeu de bascule gegründeten und an diesem Spiel gewohnten[a] Lenker der hiesigen Politik fühlen sich nur in einer Atmosphäre des Misstrauens zwischen Wien und Petersburg wohl. Eine wirkliche Besserung in unserem Verhältnisse zu Russland würde auf die Bulgaren desorientierend wirken und einen Strich über ihre Rechnung darstellen. Ohne die Prämisse der Rivalität zwischen Österreich-Ungarn und Russland würde hier kein Kalkül stimmen und es müsste in Sofia mit dem bisherigen System gebrochen werden. Da dieses System uns nie zugute kommen kann und daher zu befürchten ist, dass wir in Bulgarien gegen Russlands Politik immer den Kürzeren ziehen werden, stünde es sehr zu wünschen, dass die „politique de bascule" den Bulgaren unmöglich gemacht wird. Eine Annäherung der Monarchie an Russland wäre für unsere Politik in Bulgarien eine Wohltat. Tarnowski.

[a] So!

Nr. 5783. Tel. nach Bukarest, 13. Feb. 1913 Nr. 111 (chiffr. 10 U. 45 M. p. m.).[a] Konz. (S. Biegeleben; G. Berchtold).

Geheim. Telegramme Nr. 48 und 49 erhalten. Ihre Herrn Majoresco gegenüber geführte ernste Sprache entspricht ganz meinen Intentionen und findet meine vollste Billigung. Der hiedurch erreichte durchschlagende Erfolg erfüllt mich um so mehr mit Befriedigung, als auf diese Weise raschestens ein Misston beseitigt wurde, der unsere bisher so freundschaftlichen Beziehungen zu Rumänien zu stören geeignet war. Bezüglich des Beitrittes Deutschlands und Italiens werde ich nun sofort an beide Regierungen herantreten. Berchtold.

[a] Vgl. n. 5793.

Nr. 5784. Tel. aus Bukarest, 13. Feb. 1913 Nr. 50 (eing. 4 U. p. m.).[a] Entziff.

Bei letzter Audienz überzeugte ich mich neuerdings, daß Seine Majestät größten Wert auf Zuziehung Herrn Mişus zur Botschafterréunion legt, nachdem durch ein Erscheinen desselben an dieser Stelle das königliche Wort eingelöst würde, daß die Stimme Rumäniens gehört werden würde. Da bei Abgrenzung Albaniens Interesen Rumäniens im Spiele sind, so liegt unbedingt Grund vor, rumänischen Vertreter zu hören. Nachdem Stärkung Stellung Königs und Ministerpräsidenten jetzt eine unbedingte

Notwendigkeit darstellt, erbitte nochmalige Insistierung in London. König äußerte, daß vor 10 Tagen Kaiser Wilhelm ihm Zuziehung in kürzester Zeit in Aussicht gestellt, jedoch Versprechen auch nicht erfüllt hätte.

K. E. Fürstenberg.

a) Vgl. n. 5695, 5757, 5800 Anm. b.

Nr. 5785. Tagesbericht über eine Unterredung mit dem Herzog von Montpensier, 13. Feb. 1913 Nr. 725. Konz. (S. Hohenlohe; G. Berchtold).

Am 11. d. M. hat mich Prinz Philipp von Sachsen-Coburg und Gotha in Begleitung des Herzogs von Montpensier aufgesucht, um mir letzteren als Kandidaten für den albanischen Thron vorzustellen und zu empfehlen. Der Prinz sagte mir, daß der Herzog eben aus Alcsúth komme und ihm von seiner Nichte, der Herzogin von Orléans, (der Schwägerin des Herzogs) wärmstens anempfohlen sei mit der ausdrücklichen Bemerkung, daß er die trefflichsten Eigenschaften besitze und in keiner Weise ihrem Gatten, dem Herzog von Orléans, seinem älteren Bruder, gleiche; er scheine ihr vielmehr ausgezeichnet geeignet für die von ihm ambitionierte Stellung. Der Herzog von Montpensier bat mich hierauf, ihm die Unterstützung des Wiener Kabinettes angedeihen zu lassen und drückte die Hoffnung aus, von Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät empfangen zu werden. Ich antwortete Seiner königlichen Hoheit, daß ich von seiner Kandidatur Notiz nehmen wolle. Es sei aber bereits eine stattliche Anzahl von Bewerbern um den albanischen Thron bei mir gewesen und sei diesbezüglich noch keine Entscheidung getroffen worden und in nächster Zeit auch nicht zu erwarten. Auch müsse ich ihn darauf aufmerksam machen, daß wir in allen Albanien betreffenden Fragen im Einvernehmen mit Italien vorgehen; so viel ich wisse, habe nun die italienische Regierung die Absicht, gegen die Kandidatur eines Katholiken für den albanischen Thron Stellung zu nehmen mit der Begründung, daß nicht einmal $^1/_3$ der Bevölkerung des zukünftigen albanischen Staates der katholischen Religion angehöre, daß daher die Kandidatur eines Katholiken der nationalen Einigung der Albanesen schädlich sein könnte. Der Herzog erwiderte, daß er die Zustimmung des Heiligen Stuhles zu seinem Vorhaben erhalten habe und außerdem sicher sei, daß Marquis di San Giuliano ihn als Fürsten von Albanien akzeptiren würde. Auf die Frage des Herzogs von Montpensier bis wann er von mir eine bestimmte Antwort erwarten könne, entgegnete ich ausweichend mit dem Hinweis darauf, daß ich die anderen Bewerber nicht einfach ignoriren könne. Auch versprach ich ihm, seine Bitte, empfangen zu werden, unserem Allergnädigsten Herrn zu unterbreiten, fügte jedoch hinzu, daß ich glaube, Seine Majestät sei jetzt einigermaßen schonungsbedürftig und werde daher vorerst keine Audienzen erteilen können.

Nr. 5786. Tel. aus London, 13. Feb. 1913 Nr. 128 (eing. 14. Feb. 8 U. a. m.).a) Entziff.

Im Nachhange zu meinem gestrigen Telegramme Nr. 126. Sir E. Grey hat heute Herrn Mişu empfangen, der ihm bestätigte, daß Rumänien jetzt

auf der Linie Silistria-Balcik inklusive der zwei Städte und allen Fortifikationen bei Silistria bestehe. Staatssekretär sagte dem rumänischen Gesandten, er glaube kaum, daß Bulgarien derart weitgehende Abtretungen konzedieren würde. Er wünsche und hoffe, daß man sich durch direkte Verhandlungen zwischen Sofia und Bukarest einigen werde, was jedenfalls das beste wäre. Sollte es aber absolut nicht gelingen, so würde es sich vielleicht empfehlen, an die Mediation der Mächte — aller oder einiger — zu appellieren. Staatssekretär, der mir Vorstehendes sagte und beunruhigende Nachrichten über Stimmung in Rumänien erhalten hatte, wollte auch bulgarischen Gesandten sprechen, um dessen Darstellung der Situation zu hören. Mensdorff.

a) Oe. U. Balkan 152 Nr. 284. Vgl. n. 5799.

Nr. 5787. Tel. aus London, 13. Feb. 1913 Nr. 129 (eing. 14. Feb. 8 U. a. m.). Entziff.

Unter Bezugnahme auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 167 von gestern. Ich habe heute mit Sir E. Grey gesprochen, ihm wieder erklärt, dass unsere letzten Konzessionen als Kompromiss gemeint waren und ihm gesagt, ich könne jetzt nur abwarten, was Graf Benckendorff uns morgen bringen würde. Staatssekretär sollte noch heute nachmittags eine Besprechung mit meinem russischen und französischen Kollegen haben. Er sagte mir aber, ich könne jedenfalls nicht erwarten, dass Russland die Linie des Kompromissvorschlages annehme. Russlands Standpunkt sei, dass, nachdem es über Hafenfrage nachgegeben habe, es nicht jetzt über alle drei Punkte, Skutari, Djakova und Dibra, nachgeben könne. Ich argumentierte wieder, wie falsch es sei, dies als ein Nachgeben aufzufassen, statt unsere weitgehenden Konzessionen als Errungenschaften für Russland darzustellen und damit die Stimmung in Russland zu beruhigen. Nach dem, was ich von meinem deutschen und italienischen Kollegen höre, erwarte ich, dass Graf Benckendorff morgen, falls er Skutari aufgibt, auf Djakova und Dibra bestehen wird. Meine Kollegen glauben, dass vielleicht späterhin eine dieser Städte von Rußland noch konzediert werden könnte, dass aber auch im günstigsten Falle nicht darauf gerechnet werden kann, dass russischerseits nebst Skutari auch Dibra und Djakova aufgegeben würden. Sir E. Grey sprach wieder von seiner Idee einer Entsendung einer internationalen Kommission. Ich stellte diesem Plan die mir von Euer Exzellenz gegebenen Argumente entgegen; und fügte als meine persönliche Empfindung hinzu, dass ich es perhorreszieren würde, meinen Namen mit einem derartigen Beschluss in Verbindung zu bringen, der nach meiner Ansicht sehr ernste Gefahr von Massakers zur Folge haben könnte. Sir E. Grey wollte diese Gefahr nicht gelten lassen, meinte aber, er würde seine Idee nur vorbringen, wenn sonst eine Einigung nicht erzielt werden könnte, da er eine derartige Kommission trotz ihrer Nachteile für ein geringeres Übel hielte, als einen Abbruch unserer Verhandlungen in der Botschafterréunion. Wenn wir also nicht schliesslich zu einer Verständigung gelangen, werde er uns auffordern, den Plan einer Kommissionsentsendung vor unsere Regierungen

zu bringen. Dies wird morgen nicht geschehen, da wir ja morgen noch zu keinem definitiven Schluss gelangen werden. Mensdorff.

Nr. 5788. Bericht aus St. Petersburg, 31. Jan./13. Feb. 1913 Nr. 6 (eing. 17. Feb.). Ausfert.

Streng vertraulich. Ich gestatte mir Euer Exzellenz für die hochgeneigte Übersendung der streng vertraulichen Telegramme an die k. u. k. Botschafter in Berlin und London,[a] sowie der Aufzeichnung vom 4. d. M. Nr. 592[b] meinen verbindlichsten Dank auszusprechen, welche sich auf die durch die italienische Regierung anscheinend erwartete Aufrollung der Meerengenfrage durch Russland beziehen. Es kann gewiss kein Zweifel darüber bestehen, dass dies für Russland eine Frage von der grössten Bedeutung ist, die früher oder später einmal auf die Tagesordnung gestellt werden wird. Es ist auch sicher, dass diese Frage gerade jetzt, wo am Balkan Alles in Fluss gekommen zu sein scheint und selbst über die Zukunft Konstantinopels im Falle weiterer bulgarischer Siege keine Sicherheit mehr besteht, mehr als sonst das allgemeine Interesse in Anspruch nimmt und in der Öffentlichkeit sowohl als in massgebenden Kreisen eifrig erörtert wird. Viele von verschiedenen Seiten stammende Nachrichten lassen auch darauf schliessen, dass wenigstens militärischerseits mit der Möglichkeit der Aufrollung dieser Frage gerechnet wird, und dass alle Vorbereitungen getroffen wurden, um gegebenen Falls eine militärische Aktion, sei es gegen Konstantinopel, sei es gegen Armenien zu unternehmen. Dass es aber, wie Marquis Torretta zu glauben scheint, derzeit in den Absichten der Regierung gelegen wäre, die Dardanellenfrage jetzt zur Sprache zu bringen, möchte ich mir zu bezweifeln erlauben. Einerseits wäre dies im vollen Widerspruch zu wiederholten bündigen Erklärungen Herrn Sazonows, der auch mir des öfteren ausdrücklich hervorgehoben hat, er denke nicht an die Aufrollung der Meerengenfrage; auch würde dies die russische Regierung ganz von ihrem bisherigen locus standi abdrängen, der darin bestand, dass sie unter Hinweis auf die eigene Uneigennützigkeit den Standpunkt verteidigte, dass auch keine andere Grossmacht aus der Liquidation der europäischen Türkei einen Sondervorteil ziehen dürfe; ein Axiom, welches mit besonderer Vorliebe der Monarchie gegenüber ins Treffen geführt wird, selbst da, wo es sich durchaus nicht um Erreichung von Sondervorteilen, sondern nur um Wahrung unserer Interessen vor Schädigung durch die Balkanereignisse handelt. Ein weiteres Moment, das meiner unmassgeblichen Meinung nach geeignet erscheint, die russische Regierung von der Aufrollung der Meerengenfrage im gegenwärtigen Zeitpunkte abzuhalten, dürfte in der Haltung des englischen Freundes liegen, von dem wohl nicht zu erwarten steht, dass er einer Regelung dieser Frage im russischen Sinne zustimmen würde. Es liegt nämlich auf der Hand und habe ich die Bestätigung davon auch in gelegentlichen seinerzeitigen Bemerkungen Herrn Sazonows gefunden, dass Russland eine Regelung der Meerengenfrage nur dann als für sich vorteilhaft bezeichnen würde, wenn die freie Durchfahrt nur für die Uferstaaten des Schwarzen Meeres, das heisst — wenn man

von den kaum nennenswerten rumänischen und bulgarischen Flotten absieht — für Russland allein gewährleistet wird. Eine Regelung in dem Sinne aber, dass die Meerengen für die Kriegsschiffe aller Länder offen stehen würden, wäre den russischen Interessen direkt zuwiderlaufend; denn jetzt sind die Russen trotz der Mangelhaftigkeit ihrer Flotte die Herren des Schwarzen Meeres, was sie von dem Momente nicht mehr wären, wo dasselbe auch den Geschwadern anderer europäischer Mächte offen stünde. Dieser Nachteil würde aber den Vorteil, dass Russland mit seiner Flotte ebenfalls die Meerengen passieren und im Mittelmeer erscheinen könnte, weitaus überwiegen; zumal die russische Schwarze-Meer-Flotte noch auf Jahre hinaus sowohl an Qualität der Einheiten, als namentlich was den Geist der Mannschaften anbelangt, sehr Vieles zu wünschen übrig lassen wird. Aus dem Vorerwähnten darf, glaube ich, der Schluss gezogen werden, dass die russische Regierung derzeit nicht die Absicht hat, die Frage der freien Dardanellendurchfahrt aufs Tapet zu bringen, und dass sie dies auch nicht tun wird, wenn sie nicht durch ganz besondere, heute noch nicht vorauszusehende Ereignisse dazu veranlasst wird. Zu welchen Entschlüssen allerdings sich die russische Regierung zum Beispiel in dem Falle gedrängt sehen würde, als etwa Bulgarien Konstantinopel einnehmen, oder im Gegenteil etwa eine so vollständige Niederlage erleiden sollte, dass sich Russland zu seinem Schutze zum Eingreifen gezwungen sehen sollte, lässt sich wohl heute nicht voraussehen. Freilich sind die beiden erwähnten Möglichkeiten vorläufig gleich unwahrscheinlich! Hat nun Herr Sazonow, wie ich glaube, nicht die Absicht, die Meerengenfrage jetzt aufs Tapet zu bringen, so schiene es mir auch für uns verfrüht, dieser Eventualität gegenüber schon gegenwärtig aus unserer Reserve hervorzutreten. Schon jetzt durchblicken zu lassen, dass wir unter Umständen unsere Zustimmung zu einer Regelung der Meerengenfrage im russischen Sinne geben könnten, würde, insolange man diese Angelegenheit hier nicht für akut hält, keinen besonderen Eindruck machen, zumal leicht der Verdacht aufkommen könnte, dass wir nur deshalb unsere Zustimmung in Aussicht stellen, weil wir sehr gut wissen, dass es wegen des englischen Widerstandes doch nicht dazu kommen wird. Über das englische Veto würde man sich aber derzeit hier unter keinen Umständen hinwegsetzen, weil man die englische Freundschaft mit Rücksicht auf die allgemeine Weltlage gegenwärtig für viel zu wichtig hält, um dieselbe durch einen Streit wegen der Meerengen zu kompromittieren. Aus diesem Grunde glaube ich auch nicht, dass momentan russischerseits für unsere Zustimmung eine genügende Gegenleistung einzuhandeln wäre, ganz abgesehen davon, dass momentan die hiesige Stimmung zu derartigen intimeren Verhandlungen kaum besonders einladend ist. Dies schliesst aber durchaus nicht aus, dass in absehbarer Zeit, und zwar vielleicht schon früher als jetzt vorauszusehen ist, der Moment eintreten wird, wo diese Frage doch akut wird. Dann wird allerdings auch der Augenblick gekommen sein, wo unsere Zustimmung für Russland einen bedeutenden Wert haben wird, den wir dann auch entsprechend escomptieren könnten, indem wir, wie es Euer Exzellenz in Hochdero Telegramm an Herrn von Mérey vom 2. d. M., Nr. 157 andeuten, als Gegenleistung von Russland etwa freie Hand

am westlichen Balkan verlangen könnten. Wenn die eigenen unmittelbarsten Interessen Russlands im Spiele sein werden, wird sich wohl zeigen, ob diese der russischen Regierung nicht doch näher stehen werden, als die jetzt so verhätschelten „serbischen Brüder". Thurn.

[a]) Wohl irrtümlich statt „Berlin und Rom", vgl. n. 5602, 5657. — [b]) n. 5674.

Nr. 5789. Privatschreiben aus St. Petersburg, 31. Jan./13. Feb. 1913 (eing. 17. Feb.). Ausfert.

... *Persönliches* ... Recht fatal ist auch die Erkrankung Gotfried Hohenlohes, der sich gleich nach seiner Ankunft in Wien gelegt zu haben scheint. Es ist mir sehr unangenehm, dass er hiedurch verhindert war, Seiner Majestät und Dir über seine hiesigen Eindrücke zu berichten. Ich bedauere dies um so mehr, als Gotfried die Ansichten, mit denen er hergekommen war, unter dem Eindrucke des persönlichen Augenscheins nicht unwesentlich modificirt hat. Ich hatte sehr gehofft, dass es Gotfried gelingen werde, bei unserem allergnädigsten Herrn irgend ein weiteres Entgegenkommen, etwa bezüglich der Rüstungen an der Nordgrenze, durchzusetzen, die als eine Wirkung des Austausches der Allerhöchsten Handschreiben aufgefasst werden könnten, und so die Möglichkeit bieten würden, die dadurch für einen Augenblick geschaffene bessere Stimmung fortzuspinnen. Es wäre dies wirklich schon recht notwendig, denn die allgemeine Stimmung gegen uns fängt an schon recht unbehaglich zu werden. Es kommt dies seit einiger Zeit auch im socialen Verkehr sehr stark zum Ausdruck und ist es schon sehr deutlich zu merken, wie sich die Leute von uns ferne halten, und wie sie es auch vermeiden die Mitglieder der Botschaft, die doch sonst überall gerne gesehen wurden, zu sich einzuladen. Bei Kaiser Nikolaus hat die Entsendung Hohenlohes einen ausgezeichneten Eindruck hervorgerufen und ist mir von verschiedenen Seiten bestätigt worden, dass ihn diese Attention unseres allergnädigsten Herrn ganz besonders gefreut und gerührt hat. Wie ich aber schon in meinem letzten Bericht[a]) zu erwähnen mir gestattete, ist der Tsar aber auch anderen Einflüssen sehr zugänglich und es hält daher ein Eindruck umsoweniger lang an, wenn demselben von anderer Seite systematisch entgegengearbeitet wird, wie dies im vorliegenden Falle in der Umgebung des Tsaren zweifellos von mancher Seite geschieht. Eine Illustration bietet vielleicht das letzte slawische Banquet. Dieses hätte zuerst am Tage nach der Ankunft Hohenlohes stattfinden sollen, wurde aber damals verboten, was natürlich in den Kreisen der Nationalisten das grösste Geschrei auslöste. Vor einigen Tagen wurde es aber doch gestattet, und der Tsar liess Sich sogar herbei ein Huldigungstelegramm der Teilnehmer, in dem in sehr deutlicher Weise auf die panslawistischen Ziele angespielt worden war, zu beantworten und hiebei ebenfalls die Sympathien mit den Brüdern am Balkan ausdrücklich hervorzuheben. Dass dieses Telegramm von der Presse sofort weidlich ausgenützt wurde, um in einem uns feindlichen Sinne zu hetzen, ist selbstverständlich. Sehr grosse Schwierigkeiten wird, fürchte ich, die Abgrenzung Albaniens noch verursachen, wenn der Lichnowskysche Compromissvorschlag wirklich unser letztes Wort bedeutet.

Jetzt aber, wo die beiderseitigen Standpuncte doch schon so nahe gerückt sind, dass es sich im Grunde nur mehr um die Zugehörigkeit Dibras und die Frage handelt, ob Montenegro nicht die ganze Fläche des Sees bekommen könnte um ihn ungehindert austrocknen zu können, scheint es doch fast unglaublich, dass die Einigung an diesen verhältnismässig unbedeutenden Details scheitern und deshalb die ärgsten Complicationen, vielleicht sogar ein Weltkrieg heraufbeschworen werden sollte! Weiters complicirt würde die Frage noch durch den Fall von Skutari werden; denn dann würde es für die russische Regierung sehr schwer sein die Concession aufrecht zu erhalten, die es in dieser Beziehung jetzt zu machen offenbar bereit wäre. Ich kann daher der gestern einberichteten Ansicht Pourtalès[b] nur beipflichten, dass es höchst erfreulich wäre, wenn es gelänge, recht rasch zu einem definitiven Einvernehmen in der Abgrenzungsfrage zu gelangen, das Russland dann endgiltig betreffend Skutaris festlegen würde. Thurn.

[a] Vgl. n. 5723. — [b] Vgl. n. 5777.

Nr. 5790. Tel. nach Sofia, 13. Feb. 1913 Nr. 84 (chiffr. 6 U. p. m.).[a] *Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).*

Erhalten Euer Hochgeboren Telegramme Nr. 126, 127 und 129 vom 11. l. M. Mit Bezug auf die mir einberichteten Äußerungen Herrn Geschoffs wollen Euer Hochgeboren dem Minister sagen, daß ich seiner Auffassung insoweit beipflichte, als auch ich der Ansicht bin, daß der Augenblick nahegerückt ist, wo Bulgariens Haltung in der rumänischen Frage für die weiteren Beziehungen der Monarchie zu Bulgarien entscheidend sein wird. Die mir aus Bukarest zukommenden Nachrichten lassen es mir nämlich wahrscheinlich erscheinen, daß die rumänische Regierung dem Drucke der öffentlichen Meinung nicht mehr lange werde standhalten können und auf eine Entscheidung werde dringen müssen. Unser Bestreben war dahin gerichtet, eine einverständliche direkte Lösung der zwischen Bukarest und Sofia schwebenden Frage zu ermöglichen und war ich bemüht, der bulgarischen Regierung ein Nachgeben dadurch zu erleichtern, daß ich ihr die diplomatische Unterstützung des Wiener Kabinettes nicht nur in der Friedensfrage ausgiebig gewährte, sondern auch in solchen Fragen in Aussicht stellte, die nach Herrn Geschoffs Meinung zwar nicht aktuell sind, die aber, wie der Minister Euer Hochgeboren sagte, Schwierigkeiten ergeben könnten, zu deren Überwindung die Unterstützung des Wiener Kabinettes der bulgarischen Regierung wertvoll wäre. Ich muß es dahingestellt sein lassen, ob diese „nicht aktuellen" Fragen es nicht in kürzester Zeit werden könnten, und ob die bulgarische Regierung nicht gut daran täte, schon jetzt die Vorbedingungen zu schaffen, um sich jene Unterstützung der k. u. k. Regierung zu sichern, welche sie in einem späteren Zeitpunkte vielleicht vergeblich ansprechen könnte. Es wäre meiner Ansicht nach an der Zeit, daß man in Sofia unsere bulgarenfreundliche Haltung, welche uns bereits bittere Vorwürfe seitens Rumäniens, dessen Politik der Monarchie gegenüber seit Jahrzehnten einwandfrei ist, eingetragen hat, jetzt — où nous sommes au tournant — dadurch eskomptire, daß es den Ausgleich mit Rumänien

bewerkstellige, der eine unerläßliche Vorbedingung für eine weitere ausgesprochen bulgarophile Politik der Monarchie darstellt. Ob die von Bulgarien verfolgte Politik der dilatorischen Behandlung der rumänischen Frage für die Lösung derselben die richtige sei, will ich nicht beurteilen, daß dieselbe aber die Orientirung unserer Politik in einer für Bulgarien wenig günstigen Weise beeinflußt, darüber wollen Euer Hochgeboren Herrn Geschoff und die bulgarischen Staatsmänner nicht im Unklaren lassen. Berchtold.

a) Vgl. n. 5802, 5895.

Nr. 5791. Tel. aus Sofia, 13. Feb. 1913 Nr. 137 (eing. 14. Feb. 11 U. a. m.). Entziff.

Im Anschlusse an mein Telegramm Nr. 134 vom 12. d. M. Bulgarische Telegraphenagentur veröffentlicht heute Nachricht, daß Herr Danew nach Thrazien abgereist. Auf diese Nachricht hin richtete rumänischer Kollege Brief an ...a) um ihm mitzuteilen, daß er, Herr Ghika, Herrn Sarafow morgen zu begegnen wünsche und erwarte, daß Letzterer Vollmacht haben wird, morgen auf rumänische Forderungen positive Antwort zu erteilen. Russischer Kollege sagte mir soeben, Informationen, die er von Schebeko heute erhalten, seien schlecht und hier habe Nekludow Eindruck, daß Kabinett Geschoff eher demissionieren, als rumänische Forderungen erfüllen würde. Nach Ansicht russischen Kollegen gebe es gar keine Aussicht auf Verständigung; Rumänien werde wahrscheinlich zur Okkupation schreiten — meinte Nekludow — und da Bulgarien dieselbe nicht anerkennen werde, werde Rumänien weitere Gebiete als Pfand besetzen müssen. Russischer Kollege findet Situation sehr kritisch. Es mehren sich leider hier Anzeichen für ungünstige Rückwirkung rumänischer Frage auf Stimmung für uns. Tarnowski.

a) Chiffre fehlt.

Nr. 5792. Tagesbericht über einen Besuch des Botschaftsrates der deutschen Botschaft, 14. Feb. 1913 Nr. 741. Konz. (S. Berger und Macchio; G. Macchio).

Der Botschaftsrath der hiesigen kaiserlich deutschen Botschaft hat heute hier vorgesprochen und auftraggemäß die Frage gestellt, ob es mit Rücksicht auf die Gefahr einer Einnahme von Skutari und der durch eine solche Eventualität geschaffenen noch schwierigeren Situation nicht doch vielleicht möglich wäre, in einem solchen Falle durch Konzessionen — wenn dieselben auch noch so geringfügig wären — die Stellung des Petersburger Kabinettes zu erleichtern. Wie Prinz Stolberg bemerkte, ginge die kaiserlich deutsche Regierung bei dieser rein freundschaftlichen Anregung nur von dem Gedanken aus, dem Standpunkte der Monarchie in der Frage von Skutari unter allen Umständen zum Siege zu verhelfen. Das Berliner Kabinett müsse andererseits aber auch in Konsideration ziehen, daß das Eintreten eines Bruches wegen einer dieser im Verhältnis zu den Wirkungen einer allgemeinen Konflagration unbedeutenden Grenzfragen wenn nur irgend möglich vermieden werden sollte. Es wurde dem Herrn Botschafts-

rath erwidert, daß auch das Wiener Kabinett sich der Schwierigkeit einer solchen Situation vollbewußt sei und die Frage studire, ob, falls die bei der heutigen Londoner Botschafterréunion zu gewärtigenden russischen Gegenvorschläge sich als diskutabel erweisen würden, auch unserseits noch ein Territorium gefunden werden könnte, welches zu einer letzten Koncession geeignet wäre, falls sonst unser Standpunkt anerkannt würde. Es wurde jedoch betont, daß diese Mitteilung nur als eine streng vertrauliche zu betrachten sei, da ja hierüber competenten Ortes noch keinerlei Beschluß gefaßt sei und für die k. u. k. Regierung jedenfalls der Grad des Entgegenkommens Rußlands maßgebend sein müßte, das sich aus dessen Vorschlägen ergäbe.

Nr. 5793. Tel. nach Bukarest, 14. Feb. 1913 Nr. 115 (chiffr. 9 U. 45 M. p. m.).[a] Konz. (S. Biegeleben; G. Berchtold).

Geheim. Von Seite der deutschen und der italienischen Regierung ist mir die pricipielle Geneigtheit bekanntgegeben worden, dem am 5. Februar abgeschlossenen Vertrag beizutreten. Bevor ich indessen weitere Verhandlungen hierüber mit beiden Regierungen einleite, wäre es mir wünschenswert zu erfahren, ob Seine Majestät König Carol damit einverstanden ist, dass diese Accesse jetzt gleichzeitig erfolgen, oder ob er es zur Vermeidung eines grössern die Geheimhaltung gefährdenden Aufsehens vorziehen würde, dass die Beitritte successive und in einem kurzen Zwischenraum erfolgen, wobei dem deutschen Accès der Vortritt gelassen würde. Ich ersuche Euer Durchlaucht, hierüber die höchsten Befehle einzuholen und mir telegrafisch zu melden. Berchtold.

[a] Vgl. n. 5783, 5808.

Nr. 5794. Tel. aus Bukarest, 14. Feb. 1913 Nr. 51 (eing. 5 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Wie ich vernehme, beabsichtigt Regierung, um Kriegspartei in gewisser Hinsicht Satisfaktion zu geben und um Pression auf Bulgarien auszuüben, heutigen Friedensstand der Truppen zu erhöhen, jedoch keine Mobilisierung. Vertreter energischer Aktion scheinen zu glauben, daß Ergreifen militärischer Maßnahmen genügen würde, um Bulgarien zur Nachgiebigkeit zu bringen. Ich hatte gestern auf Wunsch des Herrn Majoresco zweistündige Unterredung mit Herrn Bratiano. Habe Überzeugung gewonnen, daß auf Seine Majestät den König und Ministerpräsidenten ausgeübter moralischer Druck, um das Wiener Kabinett in Zwangslage zu bringen, von diesem ausging, welcher ad hoc in Extrem-Konservativen Unterstützung fand. Herr Bratiano beharrt auf dem Standpunkt, daß, wenn Wiener Kabinett nicht Garantie gibt, daß Stadt Silistria rumänisch wird, Dreibundpolitik im Lande nicht mehr weiter durchsetzbar und Ansehen Königs gefährlich kompromittiert sein wird. Dreibund habe durch Aufgabe der Türkei, Österreich-Ungarn durch Entsagung auf den Sandjak und durch das Im-Stiche-lassen Rumäniens Ansehen im Lande vollkommen verloren. Ich

bemühte mich umsonst, zu beweisen, daß Monarchie Rumänien nie verlassen habe und werde, nur dürfe man an Grossmacht nicht Chantage ausüben und müsse derselben Mittel und Zeit der Intervention überlassen.
K. E. Fürstenberg.

a) Vgl. n. 5806, 5827, 6513.

Nr. 5795. Tel. aus Bukarest, 14. Feb. 1913 Nr. 52 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Streng vertraulich. Halte es für meine Pflicht, hervorzuheben, daß ich mich mit russischem Kollegen in der Auffassung begegne, daß alles vermieden werden muß, um Friedenspartei zu ...a), und er keine Tätigkeit entwickelt, welche darauf schließen ließe, daß russischer Gesandter in irgendeiner Richtung agitatorisch wirke. Er versicherte mir, daß seine Regierung friedliche Austragung rumänisch-bulgarischen Streites wünsche und sie es begrüßen würde, wenn durch wen immer Bulgarien zur Abtretung Silistrias bewogen würde. Antwortete, daß ich glaube, meine Regierung stehe auf demselben Standpunkte. Ich unterrichtete ihn auch mit gebotener Reserve über letzte Phase. K. E. Fürstenberg.

a) Chiffre verstümmelt.

Nr. 5796. Tel. des Konsulats Canea, 14. Feb. 1913 Nr. 2 (eing. 15. Feb. 11 U. 20 M. a. m.).a) Entziff.

Der englische Stationär verließ heute nachmittags infolge telegraphischer Ordre nach Einziehung der fünf Flaggen der Schutzmächte und der Türkei auf der Sudainsel mit unbekannter Bestimmung Sudabay. Der hiesige Hafenkapitän fuhr hierauf nach der Sudainsel und hißte die griechische Flagge, welche seither dort weht. Gleichlautend unter gleicher Nummer Konstantinopel, Athen.b)

a) Vgl. n. 5844. — b) Amtsvermerk: Ohne Unterschrift.

Nr. 5797. Bericht des Generalkonsuls Rudolf Weinzetl aus Cetinje, 14. Feb. 1913 Nr. 15 A (eing. 17. Feb.). Ausfert.

Geheim. Ich habe in meiner ergebensten Berichterstattung bereits einige Male darauf hinzuweisen mir erlaubt, dass Seiner Majestät dem König, was die Skutarifrage anbelangt, jede ruhige Überlegung abhanden gekommen zu sein scheint und dass die Idee, in den Besitz der Stadt zu gelangen, Höchstdenselben förmlich hypnotisiert. Die Art und Weise, wie Seine Majestät den durch das Telegraphen-Korrespondenzbureau anher übermittelten Artikel des „Fremdenblatt", welcher vor weiteren nutzlosen Menschenopfern warnt, aufgenommen hat, bestätigt obige Annahme. Wie nämlich der griechische Gesandte, Herr Eugeniades, der unlängst ins Hauptquartier berufen wurde, erzählte, habe König Nikolaus die Warnungen des genannten Blattes mit einer verächtlichen Geste abgetan und bemerkt, dass er dessen Ausführungen umsoweniger ernst nehmen könne, als dieselben Grossmächte, die ihm am 8. Oktober v. J. durch ihre Gesandten feierlich erklären

liessen, dass sie nach Beendigung eines eventuellen Konfliktes zwischen der Türkei und den Balkanstaaten keinerlei Änderung des Status quo zulassen würden, nun, durch die Macht der Tatsachen gezwungen, diesen Standpunkt gänzlich hätten aufgeben müssen. Tags darauf brachte das genannte Korrespondenzbureau einen Artikel der römischen offiziellen „Tribuna", welcher in demselben Sinne wie jener des „Fremdenblatt", nur etwas ausführlicher gehalten ist. Zu diesen beiden Blätterstimmen gesellt sich das vor einiger Zeit in der „Birževia Vjedomosti" erschienene Interview mit Herrn Sazonow, welches, obzwar hier durch ein Dementi abgeschwächt, an Deutlichkeit nichts zu wünschen liess. Der Artikel des „Fremdenblatt" ist am 11. d. M., also zu einer Zeit hier bekannt geworden, wo die Katastrophe der montenegrinischen Armee vor Skutari bereits geschehen war. Er hätte aber auch, wenn zeitgerecht erschienen, bei der oben geschilderten Verfassung des Gospodars kaum irgend welche Wirkung gehabt. Während von einer Seite behauptet wurde, dass der König nach unglücklichem Angriff wie niedergeschmettert war und sich von der Aussenwelt abschloss, verlautete andererseits, dass Seine Majestät auf die Katastrophe hin ein Heldengedicht verfasst hätte. Auch Herr Eugeniades will den König in gehobener Stimmung ob des von den Montenegrinern bewiesenen Heldenmutes angetroffen haben. Trotz der enormen Verluste und des unverhältnismässig geringen erreichten Resultates (es heisst, dass nicht einmal sämtliche Positionen von Bardanjolt und auch nicht, wie gemeldet, der äusserste Drahtgürtel des Taraboš, sondern nur die äusserste Umfassungsmauer genommen sind) scheint der Gospodar entschlossen, den Mut nicht sinken zu lassen und will den Angriff demnächst, allerdings durch ein wirksameres Artilleriefeuer vorbereitet, wieder aufnehmen. Wie ich aus sicherer Quelle in Erfahrung gebracht habe, sollen von Odessa acht 15 cm-Haubitzen, 4000 Granaten und 12 Millionen Gewehrpatronen nach Antivari unterwegs sein, wo sie in 3—4 Tagen eintreffen dürften. Leider erfuhr ich diese Nachricht zu spät, um die k. u. k. Botschaft in Konstantinopel zu avisieren, welche bei Passierung der Sendung durch die Dardanellen die Aufmerksamkeit der türkischen Behörden vertraulich auf diese Kriegskontrebande hätte lenken können. Wenn es dergestalt schon von Seite des offiziellen Russland an Ermunterung und Unterstützung nicht fehlt, so ist hier, seitdem neuerdings das Blut von vielen Tausenden auf dem Schlachtfelde von Skutari geflossen, das Vertrauen, die russische öffentliche Meinung werde Montenegro mit seinen Bestrebungen, sich in den endgiltigen Besitz von Skutari zu setzen, um keinen Preis fallen lassen, übermächtig geworden und lässt die friedliche Lösung dieser Frage, die sich im wahren Sinne des Wortes zu einem gordischen Knoten zu verstricken scheint, immer schwieriger erscheinen. König Nikolaus sieht in der Angliederung Skutaris an Montenegro aus den Gründen, die ich im ergebensten Berichte Nr. 9 A, geheim, vom 24. v. M. zu erörtern mir gestattete, das einzige Mittel, sein Prestige und vielleicht seinen Thron in dem zwischen den beiden serbischen Dynastien zu erwartenden Kampfe um die Vorherrschaft zu behaupten. Die serbischen Politiker sind über die Rolle, die eventuell Skutari in diesem Konflikte zufallen soll, diametral entgegen-

gesetzter Ansicht und überzeugt, dass Montenegro trotz Skutari unter dem gegenwärtigen Régime nicht lebensfähig sei und sozusagen automatisch in Serbien aufgehen werde. Daher die grossen Opfer, die sie im Interesse einer Bezwingung der Stadt gebracht haben und weiter zu bringen bereit sind. Es verlautet unter anderem, dass griechische Schiffe mit Belagerungsgeschützen und serbischer Artillerie an Bord, von Salonik kommend, dieser Tage in Antivari erwartet werden. Aus reiner Bundestreue, wie die Serben es darzustellen belieben, leisten sie ihre Hilfe gewiss nicht. Auch auf serbischer Seite hat man das feste Vertrauen, dass Russland seine ganze Kraft in die Wagschale werfen werde, um zu verhindern, dass Skutari, einmal von Serben und Montenegrinern besetzt, Albanien anheimfalle. Es ist wohl auch die Annahme berechtigt, dass Russland jene Dynastie, welche das Hindernis für eine Verschmelzung der beiden serbischen Königreiche bilden sollte, ohne weiters preisgeben wird. Welche dies sein würde, kann nach der gegenwärtigen Lage der Dinge kaum einem Zweifel unterliegen. Es sind auch konkrete Anzeichen dafür vorhanden, dass man in Petersburg nach den Resultaten dieses Krieges einzusehen beginnt, dass alle Mühe und Geldopfer, welche man aufwandte, um in Montenegro ein kriegstüchtiges Heer zu schaffen, vergeblich waren und dass die Schuld daran nur zum geringsten Teile an dem starkrassigen und gewiss hochbegabten montenegrinischen Volke liege. Dass diese Meinung auch in den massgebenden russischen Kreisen festen Fuss zu fassen beginnt, schliesse ich aus Äusserungen des eben hieher aus St. Petersburg zurückgekehrten russischen Militärbevollmächtigten General Potapoff, mit dem ich gestern zusammentraf. Der sonst sehr zurückhaltende General erging sich in einer heftigen Kritik des Hofes und tadelte in schärfster Weise die sträfliche Überhebung, mit welcher der letzte Angriff auf Skutari in Szene gesetzt worden sei. Er hätte bereits im November die massgebenden Kreise nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht, dass ein Sturm auf die Werke von Skutari ohne Erfolg bleiben und Tausende von Opfern fordern würde. Wäre schon damals ein Angriff unverantwortlicher Leichtsinn gewesen, so sei er im gegenwärtigen Momente, wo die meisten ausländischen Hilfskolonnen vom Roten Kreuze sich zurückgezogen hätten und es in militärsanitärer Hinsicht an Allem und Jedem mangle, geradezu verbrecherisch.

Weinzetl.

Nr. 5798. Tel. aus London, 14. Feb. 1913 Nr. 131 (eing. 15. Feb. 10 U. 40 M. a. m.).[a] Entziff.

Bei Beginn heutiger Réunion wurde Antwort an Tewfik Pascha diskutiert. Wir erklärten alle die Zustimmung unserer Regierungen zu der von Sir E. Grey proponierten, von Herrn Cambon redigierten Antwort (mein Telegramm Nr. 120 vom 11. d. Mts.) Auch Fürst Lichnowsky war dazu ermächtigt, hatte aber eben ein zweites Telegramm erhalten, wonach man in Berlin wünsche, sich zu vergewissern, daß auch die Alliierten die Mediation auf Basis der Kollektivnote annehmen würden. Er schien sich selbst nicht recht klar, was eigentlich damit gemeint war. Nach längerer Diskussion wurde nachstehendes Resumé redigiert: „D'après les instructions

de son Gouvernement l'Ambassadeur d'Allemagne fait observer qu'avant de remettre à Tevfik Pacha la réponse conforme au projet de Sir Edward Grey il conviendrait de s'assurer que les alliés ne se refuseront à la médiation des Puissances sur les bases de la note collective. La réunion se demande quelles objections pourraient formuler les alliés. Ce ne peut être que sur la question de la sauvegarde des intérêts réligieux musulmans à Andrinople. Or, on sait par les déclarations de Monsieur Danew lui-même durant son séjour à Londres que le Gouvernement bulgare est prêt à donner aux intérêts musulmans toutes les garanties désirables si la ville d'Andrinople lui est cédée. Il paraît certain que des deux côtés il y a en ce moment le désir de voir les hostilités prendre fin, il est donc utile de se hâter. Dans ces conditions la réunion considère la remise immédiate à Tevfik Pacha de la réponse proposée par Sir Edward Grey et approuvée précédemment comme des plus désirables. Cette remise pourrait avoir lieu dès que ambassadeur d'Allemagne aura reçu une réponse de son Gouvernement."

Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 5813.

Nr. 5799. Tel. aus London, 14. Feb. 1913 Nr. 132 (eing. 1 U. 15 M. p. m.).[a]) Entziff.

Im Nachhange zu meinem gestrigen Telegramme Nr. 128. Bei heutiger Réunion brachten mein deutscher und italienischer Kollege Diskussion auf bulgarisch-rumänischen Konflikt und die sehr ernste Situation, die in Rumänien sich entwickle. Sie schienen beide zu glauben, daß Rumänien trotz gegenteiliger Erklärung sich schließlich doch mit Linie Silistria-Kali Akra zufrieden geben würde, falls Bulgarien sich zu dieser Abtretung verstehen könnte. Man diskutierte, was man tun könnte, um Gefahr eines Krieges zwischen Bulgarien und Rumänien abzuwenden, und setzte nachstehendes Resumé auf: „L'ambassadeur d'Italie a reçu de son gouvernement l'instruction de chercher avec ses collègues un moyen de régler le différend roumano-bulgare. Sir E. Grey dit qu'il a reçu hier les visites successives de Monsieur Mişu et de Monsieur Madjarow. Il leur a conseillé à l'un et à l'autre de faire leur possible pour éviter un conflit et leur a indiqué la possibilité d'un recours à la médiation des Puissances. Il a télégraphié dans ce sens aux agents britanniques à Bucarest et à Sofia. La réunion considère que vu la gravité de la situation il serait urgent que tous les gouvernements fissent parvenir à leurs représentants auprès des cabinets roumain et bulgare des instructions dans le même sens". Sir E. Grey teilte uns seine Telegramme nach Sofia und Bukarest mit, in welchen er seine Konversation mit den zwei Gesandten resumierte. Herrn Mişu gegenüber machte Staatssekretär die Bemerkung, ein Krieg könne möglicherweise auch Großmächte in Mitleidenschaft ziehen und in diesem Falle müßten, wer immer Sieger sei, die kleinen Staaten die Verlierenden sein. Bulgarischer Gesandter schien Idee einer Mediation irgendeiner Macht nicht günstig aufzunehmen; Silistria könne nicht abgetreten werden, Herrn Danews Londoner Vorschläge sollten Rumänien befriedigen. Staats-

sekretär erwiderte, Mediation sei nicht Intervention. Er vermute, Herrn Danews Vorschläge könnten (ohne)[b] Preisgebung Silistrias erweitert werden, und er hoffe, bulgarische Regierung werde im Interesse des Friedens das bestmögliche Angebot machen. Bulgarischer Gesandter schien eine weitere Konzession an der Küste nicht für ausgeschlossen anzusehen, vorausgesetzt, daß nicht Verteidigung Varnas erschwert. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 5803. — [b] Chiffre fehlt.

Nr. 5800. Tel. aus London, 14. Feb. 1913 Nr. 133 (eing. 15. Feb. 9 U. 30 M. a. m.).[a] Entziff.

Unter Bezugnahme auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 172[b] von heute. Ich habe heute Sir E. Grey wieder dringend nahegelegt, wie wünschenswert es wäre, Herrn Mişu bald zu einer Réunion zuzuziehen. Deutscher und italienischer Botschafter unterstützten mich auf das eindringlichste und meinten, selbst wenn man nachher den bulgarischen Gesandten zu einer anderen Réunion zulassen müßte, um auch bulgarische Seite zu hören, sei es besser, als rumänischen Gesandten gar nicht zu berufen. Über Albanien kann man leider Mişu nicht hören, da wir bedauerlicher Weise in der Delimitationsfrage noch nicht so weit sind. Unsere Argumente schienen endlich heute einen gewissen Eindruck auf Sir E. Grey zu machen. Mensdorff.

[a] Oe. U. Balkan 153 Nr. 285. Vgl. n. 5695. — [b] Mit Tel. Nr. 172, 13. Feb. 1913 (chiffr. 10 U. p. m.) wurde n. 5784 mit Ausschluß des Schlußsatzes nach London mitgeteilt.

Nr. 5801. Tel. aus London, 14. Feb. 1913 Nr. 134 (eing. 15. Feb. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Sir E. Grey sagte mir heute, er wolle nicht in der Réunion, sondern nachher mir den russischen Vorschlag einer albanesischen Nord- und Nordostgrenze geben und bat mich, mit Lichnowsky und Marquis Imperiali auf sein Zimmer zu kommen. Der Vorschlag geht wie folgt: Die Grenze Albaniens geht von der Küste des Adriatischen Meeres im Süden der Bojana aus. Die Stadt Skutari bleibt bei Albanien. Montenegro erhält jedoch als Kompensation den ganzen See. Das Seeufer vom Ausfluß der Bojana bis zur Bucht des Litscheni Hotit wird Albanien zugesprochen, jedoch unter entsprechenden Garantien, damit Montenegro bei der Durchführung der Seeregulierung freie Hand habe. Die von Deutschland für die Grenze vom Litscheni Hotit bis Djakova proponierte Linie könnte durch eine Kommission geprüft werden, doch bleibe jedenfalls Djakova außerhalb Albaniens. Von Djakova aus folge die Grenze dem Laufe des weißen Drin bis zu seinem Zusammenflusse mit dem schwarzen Drin, dann dem Laufe des letzteren bis zu jenem Punkte, wo die Grenzlinie der bekanntgegebenen Proposition auf das linke Drinufer übergeht und läuft dann weiter bis zum Nordende des Ochridasees. Ich sagte Sir E. Grey, dass ich sehr enttäuscht sei. Wenn ich auch nicht auf die Annahme unserer

Kompromissvorschläge durch Russland rechnen konnte, so hätte ich doch nicht eine Linie erwartet, welche durch Einbeziehung des Tarabosch in Montenegro den Besitz Skutaris illusorisch machen und nebst Djakova und Dibra auch Luma von Albanien ausscheidet. Ein derartiger Plan sei überhaupt nicht ernst zu nehmen. Marquis Imperiali unterstützte mich, namentlich was den Tarabosch betrifft, auf das Beredteste und berief sich auf Marquis di San Giulianos diesbezügliche Auffassung, die auf persönlicher Anschauung beruhe. Auch Lichnowsky stand mir energisch bei. Auf unser dringendes Befragen gab Sir E. Grey endlich zu, dies sei zwar Alles, was er erreichen konnte, er sage aber nicht, dass es das letzte Wort sei. Überhaupt wolle er nicht das ...[b] sein, durch welches ein letztes Wort von der einen oder anderen Seite ausgesprochen werde. Wenn dieser, hoffentlich vermeidbare Fall eintreten sollte, müssten die zwei Kabinette es sich direkt sagen. Er würde dann mit seinem Vorschlag einer internationalen Kommission hervortreten. Er schien uns einzuladen, diesem russischen Vorschlag Gegenproposition entgegenzusetzen. Die Argumente des russischen Standpunktes, die er vorbrachte, waren, dass nach Konzedierung unseres Wunsches bezüglich der Hafenfrage hauptsächlich drei Punkte in den Vordergrund getreten waren: Skutari, Djakova und Dibra. Über alle drei könne Russland unmöglich nachgeben. Ich argumentierte lange und eindringlich gegen diesen Standpunkt, betonte, dass seit Regelung Hafenfrage Russland bis heute nie ein Wort gesagt habe, während wir uns in konziliantester Weise bemühten, die Diskussion in Fluss zu bringen. Auf meine Bemerkung, dass man es vielleicht auch in Wien sonderbar finden könnte, dass unser Kompromissvorschlag in der Réunion besprochen wurde und der russische nicht, meinte er, wenn ich es verlange, könne er jederzeit vor die Réunion gebracht werden; er habe es nicht getan, um zu vermeiden, dass Graf Benckendorff dies als absolutes Minimum oder ich es als absolut unannehmbar erkläre. Ich schloss damit, dass ich den Vorschlag meiner Regierung unterbreiten werde, ohne viel Hoffnung zu haben, auf einer derartigen Basis weiterzukommen. Mein italienischer und deutscher Kollege haben Eindruck, dass es sich hauptsächlich um die Städte von Dibra und Djakova handle, die übrigen russischen Prätensionen aber fallen gelassen werden dürften. Sie meinen, auch im allergünstigsten Falle müssten wir eine dieser Städte aufgeben. Vielleicht könnte eine direkte Verständigung Euer Exzellenz mit Petersburg mehr Erfolg haben, umsomehr als Graf Benckendorff in einem solchen Zustand von nervöser Aufregung sich befindet, daß von ihm nichts zu erwarten ist. Ich sende eingezeichnete Karte mit morgigem Kurier. Mensdorff.

[a] Oe. U. Balkan 153 Nr. 286. Vgl. n. 5812, 5814, 5815, 5855, 5898 Anm. b, 5917 Anm. b. — [b] Chiffre fehlt.

Nr. 5802. Tel. aus Sofia, 14. Feb. 1913 Nr. 138 (eing. 15. Feb. 11 U. a. m.).[a] Entziff.

Erhalten hohes Telegramm Nr. 84 vom 13. d. M. Habe Konseilspräsidenten besucht, ihn daran erinnert, was er mir bei letzter Unterredung

(mein Telegramm Nr. 126 vom 11. d. Mts.) gesagt hatte, und ihm dann Inhalt eingangs bezogener telegraphischer Weisung genauestens bekannt gegeben. Herr Geschoff unterbrach mich durch keine Bemerkung und, bis ich beendigte, ersuchte er um Wiederholung des letzten Alineas,[b] worauf er lebhaft protestierte, daß bulgarische Regierung Vorwurf dilatorischer Behandlung rumänischer Frage nicht verdiene. Am 15. Jänner neuen Stiles — meinte er — sei Kronrat abgehalten, in dem bulgarisches Angebot beschlossen und schon tags darauf habe Herr Danew diese Propositionen Herrn Mişu mitgeteilt. Wenn rumänische Regierung darauf erst am 25. und 27. Jänner geantwortet, sei nicht Schuld bulgarischer Regierung, wie dieselbe auch nichts dafür könnte, daß Herr Ghika erst zwei Wochen nach Unterzeichnung des Protokolles in London Instruktionen zur Wiederaufnahme Verhandlungen in Sofia erhalten. Gegenüber tendenziösen Argumentationen Herrn Geschoffs machte ich entsprechende Einwendungen. Er strengte sich an, mich weiter zu überzeugen, daß bulgarische Regierung nicht dilatorisch vorgegangen und ließ Text des Protokolles kommen und las mir denselben vor als Beweis, daß Verständigung längst wahrscheinlich schon in London zustande gekommen wäre, wenn Rumänien im Widerspruche mit Erklärung Herrn Take Jonescos und nur infolge jungtürkischen Staatsstreiches nicht mit höheren Forderungen hervorgetreten. „Le 23 janvier a eu lieu le coup d'Etat à Constantinople et le 25 la Roumanie nous demande Silistrie et Balcik auxquelles Monsieur Take Jonesco avait renoncé." Das Protokoll sei da, es enthält die Erklärung Herrn Take Jonescos und trage Unterschrift Herrn Mişus, wie könnte bulgarische Regierung die seither erhobenen Forderungen befriedigen, ohne sich dem verdienten Vorwurf des Landes auszusetzen, daß sie dessen Interessen schlecht vertreten. Ich wendete ein, daß bezüglich Erklärung Herrn Take Jonescos ich verschiedene Versionen gehört, daß ich mich aber in keine Diskussion über diese mir nicht ganz genau bekannten Umstände einlassen, sondern nur Konseilspräsident empfehlen möchte, meine Eröffnungen zu beherzigen. Bulgarische Regierung — erwiderte Mitredner — wünsche rasche Verständigung und hätte Herrn Danew nach Sofia berufen, so daß Sitzung mit Herrn Ghika morgen, Samstag, stattfinden würde. Ein Akkord könnte aber nicht gelingen, wenn Rumänien Forderungen nicht reduziere und Herr Geschoff würde sehr bitten, daß wir in Bukarest mäßigend einwirken. Obwohl ich keine Eile zeigte, Geschoff zu verlassen und er alle Zeit gehabt hatte, auf meine Eröffnungen näher zu reagieren, hat er dieselben und speziell das, was sich auf Verhältnis Bulgariens zur Monarchie bezog, mit keinem Worte berührt. Wenn auch gewiß sehr bezeichnend, daß dieser so ernste Teil meiner Ausführungen ohne Antwort gelassen wurde, welche schon Anstand allein erfordert hätte, glaube ich gegenständliches Schweigen Herrn Geschoffs auch dem Umstand zuschreiben zu sollen, daß ihn rumänische Frage und Schicksal Kabinetts derart absorbiert, daß er unfähig, in anderer Richtung zu denken.

Tarnowski.

[a] Vgl. n. 5690. — [b] Letztes Alinea von n. 5790 beginnt mit „Ob die von Bulgarien ...".

Nr. 5803. Tel. nach Berlin Nr. 174 (1), Rom Nr. 198 (2), Konstantinopel Nr. 112 (3), St. Petersburg Nr. 147 (4), Paris Nr. 132 (5), Sofia Nr. 90 (6), Bukarest Nr. 120 (7) und London Nr. 176 (8), 15. Feb. 1913 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.).[a] Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

1.—7. Graf Mensdorff telegraphiert unter dem 14. l. M. wie folgt: *... wie n. 5799 vom Anfange bis inklusive „même sens“* ... Es entspricht vollkommen meinem Standpunkte, daß die Mächte der Bukarester ebenso wie der Sofioter Regierung den Rat erteilen, ihr möglichstes zu tun, um einen Konflikt zu vermeiden und ihnen — falls dies durch direkte Aussprache nicht zu erreichen — nahelegen, die Mediation einiger oder aller an der Londoner Botschafterréunion beteiligten Großmächte anzusprechen.

1.—5. Ich erteile unter einem Instruktionen an die k. u. k. Gesandten in Bukarest und Sofia, sich im Sinne der Londoner Anregung bei den dortigen Regierungen vernehmen zu lassen, sobald auch ihre Kollegen im Besitze analoger Weisungen sein werden. Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Information

1. u. 2. und Mitteilung an

1. Herrn von Jagow.

2. Marquis di San Giuliano.

6. u. 7. Euer etc. wollen sich bei der dortigen Regierung im Sinne der Londoner Anregung vernehmen lassen, sobald ihre Kollegen von den Großmächten analoge Instruktionen erhalten haben werden.

8. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 132 vom 14. l. M. (Inseratur Telegramm sub 1 von „Es entspricht vollkommen“ bis inklusive „sein werden“.)“ Berchtold.

[a] Vgl. n. 5821, 5833, 5835, 5840, 5842, 5854, 5861.

Nr. 5804. Erlaß nach Berlin, 15. Feb. 1913 Nr. 753.[a] Konz. (S. Nemes; V. Pogatscher u. Berchtold; G. Berchtold).

Herr von Tschirschky hat mir am 13. l. M. eine Abschrift einer ihm zugekommenen Weisung[b] übermittelt, in welcher die Frage einer Montenegro für den Entgang des Besitzes von Skutari zu gewährenden finanziellen Entschädigung angeregt wird. Ich behalte mir vor, mich dem deutschen Botschafter gegenüber im Sinne der Euer Exzellenz aus einem einschlägigen Telegramme[c] bekannten Antwort auszusprechen, welche ich unlängst Herzog Avarna auf eine ähnliche Anregung erteilt habe. Wie Euer Exzellenz derselben entnommen haben werden, stehe ich dem Gedanken der Gewährung einer finanziellen Entschädigung an Montenegro im Prinzipe nicht ablehnend gegenüber, muß aber eine definitive Stellungnahme, abgesehen von dem Einverständnisse mit den Ressortministern, von verschiedenen Vorbedingungen abhängig machen. Zu letzteren gehört auch eine Sicherstellung über die Verwendung der Montenegro zu bietenden finanziellen Hilfe für friedliche und kulturelle Zwecke, um durch eine Hebung des Wohlstandes der Bevölkerung die Stellung der Dynastie im Lande effektiv zu festigen. In dieser Beziehung kann ich die Übereinstimmung meiner Auffassung mit jener Herrn von Jagows nur mit Befriedigung

konstatiren. Ich möchte auch der Ansicht Marquis di San Giulianos beipflichten, daß durch die Befriedigung der montenegrinischen Ansprüche im Wege der Gewährung einer finanziellen Unterstützung die Erregung der dortigen Bevölkerung beschwichtigt und die Stellung der Dynastie Petrović-Njegus gekräftigt werden könnte. Wenn eine solche Stärkung der Dynastie aber zu einer zwingenden Notwendigkeit geworden sein sollte, in welchem Belange meinen Informationen zufolge von Seite des montenegrinischen Herrscherhauses absichtlich übertriebene Schilderungen verbreitet werden, so darf wohl nicht außer Acht gelassen werden, daß eine in den schwarzen Bergen herrschende Unzufriedenheit ihre Begründung in einer langjährigen Mißwirtschaft finden dürfte, zu deren Steigerung der Verlauf des gegen den eindringlichen Rat der Großmächte eben von Montenegro begonnenen Krieges und die unverhältnismäßig schweren Verluste an Menschenleben beitragen, welche der Angriff gegen eine Stadt kostet, die — wie es König Nikolaus hinlänglich bekannt — nach unserem und Italiens Wunsche bei Albanien zu verbleiben hätte. Wenn ich auch bereit bin, mich über diese Erwägungen hinwegsetzend, dem Gedanken einer finanziellen Entschädigung näherzutreten, so muß ich doch jetzt schon klarstellen, daß die Gewährung einer solchen an die Voraussetzung geknüpft ist, daß unserem Standpunkte bezüglich der Abgrenzung Albaniens seitens der Großmächte Rechnung getragen sein wird. Die mir im Wege Herrn von Tschirschkys zugekommene Mitteilung der kaiserlich deutschen Regierung ist zwar in diesem Punkte nicht ganz klar, es scheint mir aber, da der von Fürst Lichnowsky in der Botschafter-Réunion vorgebrachte, unsere letzten Konzessionen enthaltende Kompromißvorschlag nicht zur Annahme gelangt ist, ausgeschlossen zu sein, daß man der Monarchie von irgend einer Seite zumuten wolle, nebst allen anderen Konzessionen, zu denen sie sich im Interesse des Einvernehmens unter den Mächten bereit erklärte, nur für die Belassung der Stadt Skutari bei Albanien der Übernahme einer materiellen Verpflichtung zuzustimmen. Letzteres könnte wohl nur dann ernstlich in Erwägung gezogen werden, wenn Albanien im Besitze eines Teiles des Skutari-Sees und der angrenzenden Ebene belassen würde, auf welche Montenegro ohne irgendwelche ethnische oder konfessionelle Begründung seine habgierigen Augen geworfen hat. Die Zustimmung der Monarchie zur Gewährung einer finanziellen Entschädigung an Montenegro wäre somit nur ein weiteres Entgegenkommen derselben, welches an Stelle der von Rußland etwa gewünschten, aber unsererseits als inakzeptabel erklärten weiteren territorialen Vergrößerung Montenegros auf Kosten Albaniens als Kompensation zu treten hätte. Es wäre für mich von Interesse, darüber informiert zu sein, ob nach Ansicht Herrn von Jagows alle Großmächte, beziehungsweise welche von ihnen und in welchem Maaße an der finanziellen Entschädigung Montenegros zu participiren hätten. Schließlich möchte ich noch bemerken, daß meiner Ansicht nach im Falle der Gewährung einer solchen Entschädigung dieselbe nicht nur im Hinblicke auf einen noch zu bestimmenden Zweck vinkuliert, sondern auch ganz besonders davon abhängig gemacht werden müßte, daß die Räumung der von der Botschafter-Réunion Albanien zugesprochenen Gebiete seitens der

verbündeten Mächte bereits erfolgt sei. Euer Exzellenz wollen Vorstehendes Herrn von Jagow zur Kenntnis bringen und sind ermächtigt, demselben über dessen Wunsch eine Abschrift dieser Weisung zu überlassen.

[a]) Vgl. n. 5838, 6466, 6586. — [b]) Abgedruckt in G. P. XXXIV/1 Nr. 12816 S. 343 ff. — [c]) Vgl. n. 5764.

Nr. 5805. Tel. aus Berlin, 15. Feb. 1913 Nr. 87 (eing. 4 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Mit Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm vom 11. d. M., Nr. 167. Im Laufe einer Unterredung, die ich vor Kurzem mit dem Staatssekretär hatte, erwähnte dieser, dass Marquis di San Giuliano bei verschiedenen Anlässen, so erst kürzlich ihm gegenüber, für eine an Montenegro als Ersatz für entgehenden territorialen Zuwachs von Österreich-Ungarn zu gewährende finanzielle Unterstützung eingetreten ist. Herr von Jagow versicherte mir, dass er selbstverständlich die Beurteilung dieser Frage Euer Exzellenz überlasse, seinerseits sei er aber der Meinung, daß eine derartige Zubusse an den immer geldbedürftigen König Nikolaus sich auszahlen dürfte, wenn uns genügende Garantien geboten würden, dass das zur Verfügung gestellte Geld nur zu kulturellen Zwecken, so zum Beispiel Trockenlegung des Skutarisees und so weiter, verwendet würde. Szögyény.

Nr. 5806. Tel. nach Bukarest, 15. Feb. 1913 Nr. 119 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; V. u. G. Berchtold).

Erhalten Euer Durchlaucht Telegramm vom 14. d. M., Nr. 51. Da aus Euer Durchlaucht Berichterstattung hervorgeht, daß die mit Bulgarien schwebende Frage in Bukarest zu Parteizwecken ausgenützt wird, so erscheint es nicht ganz unbedenklich, daß der Herr Ministerpräsident Euer Durchlaucht direkt aufforderte, mit Herrn Bratiano — also dem Führer der Opposition — über jene Frage Rücksprache zu pflegen. Es ist mir natürlich erwünscht, daß Euer Durchlaucht Gelegenheit haben, auch in privaten Gesprächen mit Politikern, die nicht der Regierung angehören, unsere Auffassung zu vertreten, jedoch wollen Hochdieselben darauf bedacht sein, nicht in den auch über die äußeren Fragen entstandenen Parteihader hineingezogen zu werden. Herr Bratiano wirft der Monarchie das Aufgeben der Türkei, den Verzicht auf den Sandschak und das Imstichelassen Rumäniens vor. Unsere Politik war darauf gerichtet, die Türkei vor der ihr seitens anderer Mächte wiederholt drohenden Intervention zu bewahren und ihr so die notwendige Frist zu lassen, um die unhaltbaren Zustände in ihren europäischen Gebieten zu verbessern. Das jungtürkische Regime hat jedoch die Hoffnungen, die man von mancher Seite auf dasselbe setzte, nicht erfüllt; im Gegenteile hat dasselbe durch rücksichtsloses Vorgehen den Zusammenschluß aller christlichen Nationalitäten der Türkei und schließlich auch jenen der Balkanstaaten gegen sich hervorgerufen. Es wäre für uns höchst unklug gewesen, uns auf Seite der Türkei zu stellen, da dies einerseits den Zusammenschluß der Balkanvölker auch gegen uns herbeigeführt und in

zweiter Linie aller Wahrscheinlichkeit nach zur Folge gehabt hätte, daß Rußland den Balkanstaaten zu Hilfe gekommen wäre. Ich glaube, daß letztere Eventualität, speziell für Rumänien als eine Wiederholung der Ereignisse des Jahres 1878 durchaus unerwünscht gewesen wäre. Auf die Besitzergreifung des Sandschaks hat die Monarchie deshalb verzichtet, weil sie dadurch den gegen sie systematisch von vielen Seiten geschürten Verdacht weitgehender Eroberungspläne am Balkan gestärkt und so sowohl ihre Beziehungen zu den Balkanstaaten, als auch ihre internationale Situation in Europa verschlechtert hätte, ohne daß der territoriale Zuwachs ein auch nur annäherndes Äquivalent für diese Nachteile geboten hätte. Was schließlich den Vorwurf betrifft, daß wir Rumänien im Stiche ließen, so ist Euer Durchlaucht bekannt, daß wir nicht nur in Sofia uns fortwährend in eindringlicher Weise für ein Entgegenkommen gegenüber den rumänischen Wünschen eingesetzt, sondern auch der rumänischen Regierung eine über unsere Bundespflicht hinausgehende Zusicherung erteilt haben, welche für Rumänien eine werthvolle Rückendeckung darstellt. Eine förmliche Garantie, die verschiedenen übrigens schwankenden rumänischen Desiderata gegenüber Bulgarien unter allen Umständen durchzusetzen, könnten wir allerdings nicht übernehmen, sowenig wir von unseren Alliierten beanspruchen, daß dieselben eine Garantie übernehmen, alle unsere Wünsche, zum Beispiel in der schwebenden Delimitierungsfrage Albaniens, durchzusetzen. Nach wie vor sind wir übrigens der Meinung, daß es im Interesse Rumäniens gelegen sei, zu einem Einvernehmen mit Bulgarien — sei es im Wege einer direkten Verständigung, sei es, wenn diese fehlschlüge, im Wege einer Mediation der Mächte — zu gelangen und einen sofortigen oder baldigen Konflikt mit Bulgarien zu vermeiden, der letzteres zweifelsohne veranlassen würde, gegen Rumänien bei Rußland Anlehnung und Hilfe zu suchen. Ich gebe es Euer Durchlaucht anheim, vorstehende Konsiderationen bei sich ergebenden passenden Gelegenheiten gesprächsweise zu verwerthen.

Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6513.

Tel. nach Bukarest, 15. Feb. 1913 Nr. 120 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 5803.

Nr. 5807. Tel. aus Bukarest, 15. Feb. 1913 Nr. 53 (eing. 1 U. 10 M. p. m.).[a]) Entziff.

Russischer Kollege teilt mir mit, daß, seinen Nachrichten zufolge, heute oder morgen zu überreichende bulgarische Antwort für Rumänien ganz unbefriedigend ausfallen dürfte. Er befürchtet ernsteste Rückwirkung auf hiesige Situation, worin vollkommen übereinstimme. Seine Regierung habe auf Grund seiner dringendsten Vorstellungen in Sofia auf Zession Silistrias mit Nachdruck hingewirkt, da dadurch Angelegenheit mit einem Schlage bereinigt. Wenn auch bulgarische Regierung heftigst dagegen sträube, so sei es doch nicht ganz ausgeschlossen, daß Nachgeben zu erlangen, wenn Österreich-Ungarn und Deutschland einmütig mit Russland in dieser Richtung vorgehen, damit in Sofia Möglichkeit benommen, Mächte

gegen einander in dieser Beziehung auszuspielen. Wenn Silistria nicht zu erzwingen, so meint Herr Schebeko, muß zur Wahrung des Friedens Abtretung des Küstenstriches bis nahe Kavarna erreicht werden. Russischer Kollege wurde vorgestern von Seiner Majestät dem Könige empfangen und empfing Eindruck, daß Höchstderselbe Situation ruhiger und resignierter auffasse. Denselben Eindruck hatte k. u. k. Militärattaché in gestriger Audienz. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 5821, 5950.

Nr. 5808. Tel. aus Bukarest, 15. Feb. 1913 Nr. 54 (eing. 7 U. p. m.).[a]) Entziff.

Geheim. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 115 von heute. Werde auftragsgemäss Höchste Willensäusserung einholen, kann jedoch jetzt schon melden, dass nach Ausspruch des Ministerpräsidenten Höchsten Orts grösste Beschleunigung bei Durchführung Adhäsion Deutschlands und Italiens gewünscht wird, ohne Rücksicht auf Nebenumstände. Deutscher Kollege erwartet Vertragsinstrumente täglich, italienischer Kollege ist bereits im Besitze derselben. Da Kabinettswechsel in greifbare Nähe gerückt, muss, unbekümmert um Details, Perfektionierung des Vertrages raschestens erfolgen. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 5825, 5831, 5870.

Tel. nach Konstantinopel, 15. Feb. 1913 Nr. 112 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 5803.

Nr. 5809. Bericht aus Konstantinopel, 15. Feb. 1913 Nr. 9 B (eing. 17. Feb.).[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. Herr Sassonoff hat meinem russischen Kollegen einen Auszug aus den Briefen zukommen lassen, welche jüngst zwischen Seiner Majestät unserem Allergnädigsten Herrn und Seiner Majestät dem Kaiser von Russland gewechselt wurden. Herr von Giers, mit dem ich — wie Eurer Exzellenz bekannt — auf freundschaftlichstem Fusse stehe, hat mir von dem bezüglichen Telegramme seines Chefs streng vertraulich Kenntnis gegeben. In der meinem russischen Kollegen zugekommenen Mitteilung erscheint der Brief unseres Allerhöchsten Herrn[b]) blos kurz skizziert, dagegen das Schreiben des Czaren[c]) ziemlich vollinhaltlich wiedergegeben. Im letzteren fiel mir hauptsächlich der Passus auf, wonach Russland schon so bedeutende Konzessionen gemacht habe, dass es sich mit Rücksicht auf die heimische öffentliche Meinung zu keinen weiteren Zugeständnissen verstehen könne. Im Lichte der Tatsachen betrachtet, wirkt diese Wendung einigermassen befremdend. Die letzten Ereignisse auf der Balkanhalbinsel stellen nämlich einen der grössten Erfolge dar, welche Russland und die Slaven in der neueren Geschichte davongetragen haben. Der Erbfeind wurde von der Balkanhalbinsel nahezu vollständig verdrängt und an dessen Stelle sind die Günstlinge Russlands getreten, ohne daß das Czarenreich das Schwert gezogen hätte. Es ist daher fast lächerlich

von Konzessionen zu sprechen, die Russland uns gegenüber gemacht hat, indem es in den zwei bekannten Punkten, die vorläufig eine rein prinzipielle Bedeutung besitzen, nachgegeben hat. Die Schaffung eines autonomen albanesischen Staatsgebildes — wenn ein solches auch zustande kommt — ist im Verhältnisse zu den andern Veränderungen am Balkan von sekundärer Bedeutung. Dieses Albanien wird auf das dortige Kräfteverhältnis überhaupt von keinem positiven Einflusse sein, da es ja neutralisiert und unter der Kontrolle der 6 Großmächte stehen wird. Im übrigen ist die Phrase, dass Russland keine weiteren Konzessionen machen könne, ein Beweis dafür, dass das Czarenreich mit aller Macht darauf hinarbeiten will, den Triumph des unter seiner Aegide entstandenen Balkanbundes noch vollständiger zu gestalten. Zu diesem Zwecke soll Adrianopel bulgarisch, Skutari montenegrinisch und Janina griechisch werden, obzwar diese Städte heute noch erfolgreichen Widerstand leisten. Zeitweise hatte es zwar den Anschein, als ob die Interessen der Schützlinge, namentlich Bulgariens, mit jenen des grossen Gönners in Gegensatz kommen könnten; wie sich jedoch die Sachen entwickelt haben, ist kaum damit zu rechnen und wäre es meiner Ansicht nach mindestens gewagt, ein solches Moment in das politische Kalkül aufzunehmen. Im Gegenteil, alles spricht dafür, dass Bulgarien in Zukunft der politische Vasall Russlands bleibt. Trotz der territorialen Zunahme wird nämlich das Königreich auch in Zukunft auf den Schutz des mächtigen Protektors angewiesen sein, an den es nationale und religiöse Bande knüpfen. Als Gegen-Gewicht für diese Verhältnisse im nahen Orient scheinen mir blos zwei Faktoren ernstlich in Betracht zu kommen: Rumänien und eine in Asien konsolidierte Türkei. Vor allem müsste Rumänien mit allen Mitteln dem Dreibunde erhalten werden. Zu diesem Zwecke, scheint mir, müsste der Antagonismus zwischen Bukarest und Sofia aufrechterhalten bleiben, indem die rumänischen Interessen auf Kosten Bulgariens befriedigt werden und zwar so, dass das Königreich dies vor allem unserer Unterstützung verdanke. Im gegenteiligen Falle müssten wir mit der Eventualität rechnen, dass sich Rumänien schliesslich dem Balkanbunde, das heißt Russland, zuwendet. Ich möchte hier einer Bemerkung Erwähnung tun, die mein deutscher Kollege kürzlich mir gegenüber fallen liess. Diese geht dahin, in Deutschland sei man sich darüber klar, dass die Entwicklung der Dinge im nahen Oriente eine Machteinbuße der Monarchie zur Folge habe und dass dies ein Haupt-Argument der Regierung bei Vertretung der Militär-Vorlagen bilde. Als mir Herr von Giers seine Mitteilung über den eingangs erwähnten Briefwechsel machte, bemerkte er, dass derselbe nur dann von Nutzen sein könne, wenn er zum Ausgangspunkte weiterer Verhandlungen zwischen den beiden Kabinetten werden sollte. Er denkt, dass Fragen, die zwischen den sechs Mächten nicht ausgetragen werden können, zwischen Wien und Petersburg leichter zu erledigen wären. Ich glaube, dass mein russischer Kollege diesbezüglich vollkommen Recht hat. Meiner Ansicht nach haben sich die Verhältnisse von Anbeginn der Krise in einer, unseren Interessen nicht zuträglichen Weise entwickelt, weil die Großmächte in dem Bemühen, das europäische Konzert nicht zu stören, sich selbst die Hände banden.

Dies hatte zur Folge, dass seit vier Monaten eigentlich der Balkanbund Europa, und nicht Europa den Balkanbund führt und sich daher alles mehr oder weniger zugunsten Russlands entwickelt hat, das der Inspirator und Führer des Balkanbundes ist. Pallavicini.

a) Vgl. n. 5903, 5961. — b) n. 5653. — c) n. 5722.

Nr. 5810. Bericht aus Konstantinopel, 15. Feb. 1913 Nr. 9 D (eing. 17. Feb.). Ausfert.

In meinem ergebensten Telegramm Nr. 120a) von vorgestern hatte ich die Ehre Euer Excellenz zu melden, dass Mahmud Schevket Pascha sich mir gegenüber mit grosser Entschiedenheit dahin ausgesprochen habe, dass er unter keiner Bedingung einen Frieden schliessen könne, welcher einem vollständigen Nachgeben in der Adrianopler Frage gleichkäme. Angesichts der Umstände, unter denen das gegenwärtige Cabinet an das Ruder gelangte, sei es notwendig, dass wenigstens der Schein gewahrt werde und ein Teil Adrianopels in irgendeiner Weise dem Islam erhalten bleibe. Eine solche Concession, fügte der Grossvezir hinzu, brauche er, da ohne dieselbe das Cabinet weder Frieden machen noch die Regierung behalten könne. Der Grund, weshalb die jetzigen türkischen Minister mit solcher Insistenz auf ein Zugeständnis bezüglich Adrianopels beharren, ist der, dass es sich denselben nicht blos um deren Rücktritt, sondern vielleicht sogar um die Sicherheit ihres Lebens handelt. Parteigänger der früheren Regierung lassen ziemlich offen verlauten, dass die Jungtürken es büssen würden, wenn es ihnen nicht gelänge, Adrianopel und die Inseln für das Reich zu retten. Unter diesen Umständen gestaltet sich die Lage des Cabinets Mahmud Schevket Pascha äusserst schwierig, wenn es den Mächten nicht gelingt, in der Adrianopler Frage einen Ausweg zu finden. Ist dies nicht der Fall, so muss jedenfalls damit gerechnet werden, dass sich der Krieg bedeutend in die Länge zieht. Fällt Adrianopel in Bälde, so kann sich die Situation bis zu einem gewissen Grade ändern, vorausgesetzt, dass die Bulgaren ihre Forderungen nicht — wie es jetzt schon verlautet — in die Höhe schrauben. Pallavicini.

a) Tel. Nr. 120, 13. Feb. 1913 (eing. 14. Feb. 9 U. a. m.), enthält nur eine kurze Meldung über den hier ausführlich behandelten Gegenstand.

Nr. 5811. Bericht aus Konstantinopel, 15. Feb. 1913 Nr. 9 E (eing. 17. Feb.). Ausfert.

In meinem ergebensten Berichte vom 28. v. M., Nr. 5 A, habe ich unter anderem auch zu erwähnen die Ehre gehabt, dass Baron Wangenheim mir von einem Plane sprach, nach welchem die Regeneration der territoriell reduzierten Türkei ins Werk gesetzt werden könnte. Die Gedanken, welche mir mein deutscher College diesbezüglich entwickelte, sind auf ein Projekt zurückzuführen, das der ehemalige türkische Botschafter in Paris, Munir Pascha, im Einvernehmen mit dem Großvezier Hakki Pascha ausgearbeitet hat. Vorgestern suchte mich nun Munir Pascha auf und legte mir seinen Plan eingehend auseinander. Das Grundprinzip des-

selben ist, dass die Türkei an die Spitze aller Verwaltungszweige Fremde stellen müsse und zwar nicht blos als Berater, sondern als effektive unabhängige Ressorts-Chefs. Die Minister würden eigentlich unter ihnen stehen und blos als die dem Parlamente gegenüber verantwortlichen Faktoren figurieren. Das Hauptgewicht wäre bei diesem Unternehmen nach Ansicht Munir Paschas auf die innere Verwaltung zu legen, da der Regenerationsprozess eigentlich von diesem Zweige aus geleitet werden müsste. An der Spitze dieses Ressorts als des wichtigsten, möchte er einen Österreicher oder Ungarn wissen. Diese Persönlichkeit hätte ausländische Organe ihrer Wahl den Valis in den Provinzen mit einer Machtbefugnis beizugesellen, welche der eigenen analog wäre. Munir Pascha sieht ein, dass die Stellung eines solchen Leiters der inneren Verwaltung eine überaus verantwortungsvolle ist, und gibt sich darüber keiner Täuschung hin, dass es höchst schwierig sei, für diesen Posten eine geeignete Persönlichkeit zu finden. Im Verlaufe unseres Gespräches stellte er die Frage, ob nicht etwa Baron Burian hiefür in Betracht käme. Ich antwortete meinem Mitredner, dass Baron Burian jedenfalls der Mann für eine solche Aufgabe wäre, dass es mir jedoch recht fraglich erscheine, ob er dieselbe übernehmen würde. In weiterer Ausführung seines Planes sagte sodann Munir Pascha, dass die Leitung der Armee einem deutschen Offizier und jene der Marine einem Engländer anzuvertrauen wäre, wogegen das Finanzwesen ein Franzose und das Zollressort ebenfalls ein Engländer übernehmen könnte. Um in der Türkei etwas durchzusetzen und populär zu machen, meinte sodann Munir Pascha, müsse man die Geistlichkeit dafür gewinnen. Beim früheren Scheik-ül-Islam und mehreren Ulemas sei ihm dies gelungen und hoffe er, auf diese Weise und mit Hilfe der Presse in der Öffentlichkeit für seine Ideen vorarbeiten zu können. Dieser Plan sei seines Erachtens das einzige Mittel, um die Türkei zu retten, und müsste gleich nach Friedensschluss in Angriff genommen werden. Mein Mitredner rechnet damit, dass Hakki Pascha dann das Großvezierat übernehmen und er selbst bei der Realisierung seines Projektes aktiv mitwirken werde. Munir Pascha teilte mir sodann mit, dass er nächste Woche nach Paris und London reise, und beabsichtige, sich unterwegs ein bis zwei Tage in Wien aufzuhalten. Bei dieser Gelegenheit würde er den Versuch machen, sich Eurer Excellenz vorzustellen.

Pallavicini.

Tel. nach London, 15. Feb. 1913 Nr. 176 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 5803.

Nr. 5812. Tel. aus London, 15. Feb. 1913 Nr. 135 (eing. 6 U. p. m.).a) Entziff.

In Ergänzung meines gestrigen Telegrammes Nr. 134. Bevor Sir E. Grey mir die neue russische Grenzlinie Albaniens mitgeteilt hatte, sprach ich mit Graf Benckendorff, der mir in gewohnter unklarer und unverständlicher Weise auseinandersetzte, es bestünde eine zweifache ernste Gefahr, wenn wir uns zu intransigent zeigen. 1. Herr Sazonow und die russische Regierung würden, wenn sie uns nachgeben, von einem Sturm der öffent-

lichen Meinung weggefegt und die Situation sei nachher schlimmer. 2. Serbien wolle nicht mehr auf russische Ratschläge und ....[b]) hören: „wir können die Serben nicht mehr halten; wenn wir ihnen in Allem zum Nachgeben raten, hören sie nicht mehr auf uns. Schon jetzt werden ich und meine Regierung von serbischer Seite auf das heftigste angegriffen" etz. Ich kann nicht beurteilen, wie weit dies richtig ist, mein russischer Kollege macht mir aber den Eindruck, durch die gegen ihn gerichteten Angriffe ganz aus seinem Gleichgewicht gebracht worden zu sein, und es kann möglich sein, dass in Petersburg die Staatsmänner ruhigere Auffassung bewahren als mein russischer Kollege. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 5814. — [b]) Chiffre verstümmelt.

Nr. 5813. Tel. aus London, 15. Feb. 1913 Nr. 138 (eing. 9 U. p. m.).[a]) Entziff.

Im Nachhange zu meinem gestrigen Telegramme Nr. 131. Unterstaatssekretär ließ mich eben zu sich bitten und sagte mir Folgendes: Mahmud Schefket Pascha habe allen Botschaftern gesagt, er könne Mediation auf Grund der Kollektivnote nicht annehmen. Nachdem aber hiesige Regierung Grund hat anzunehmen, daß sowohl die Türkei als die Alliierten auf das Lebhafteste einen baldigen Friedensschluß wünschen, würde es sich vielleicht empfehlen, die Antwort an Tewfik Pascha so zu stilisieren, daß Berufung auf Kollektivnote ausbleibe, das Wesentliche aber derselben bliebe. Sir E. Grey würde vorschlagen, falls alle Mächte zustimmen, dem türkischen Botschafter nachstehende Antwort zu erteilen: „Les puissances ne peuvent rien faire sur la base de la note responsive de la Porte. Si elle se montre disposée à accepter leurs avis les puissances se mettront en communication avec les alliés dans le but d'arriver à la paix". Ich bitte um telegraphische Weisung, ob Euer Exzellenz Zustimmung zu diesem modifizierten Antrag ...[b]) werden kann. Mensdorff.

[a]) Oe. U. Balkan 154 Nr. 288. Vgl. n. 5828, 5839 Anm. a, 5843. — [b]) Chiffre fehlt.

Nr. 5814. Bericht aus London, 15. Feb. 1913 Nr. 16 A (eing. 18. Feb.).[a]) Ausfert.

Mit gestrigem Telegramm Nr. 134 habe ich eingehend über den russischen Grenzvorschlag und meine diesbezügliche Conversation mit Sir Edward Grey gemeldet, mit heutigem Telegramm Nr. 135 noch die Äusserungen Graf Benckendorffs einberichtet. Die Karten lege ich an anderer Stelle vor. Ich habe Sir Edward Grey keinen Zweifel darüber gelassen, dass ich sehr enttäuscht bin und diese russischen soi-disant Concessionen tief unter meinen bescheidensten Erwartungen bleiben. Imperiali und Lichnowsky sekundierten mir auf das eindringlichste; ersterer wurde namentlich über Tarabosch eloquent und verwies darauf, dass Marquis San Giuliano stets erklärt habe, der Besitz Skutaris ohne den Tarabosch sei ganz wertlos, nachdem man von dieser Höhe aus, selbst wenn sie ganz unbefestigt bliebe, Skutari vollständig beherrsche. Um Euer Exzellenz

nicht mit Wiederholungen zu ermüden, möchte ich nur kurz resumieren, dass meine Collegen von Deutschland und Italien den Eindruck haben, der auch durch ihre Conversationen mit M. Cambon bestärkt werde, dass es sich bei dem russischen Vorschlag um Djakova und Dibra handle und dass Alles Übrige matière à marchandage sei. Auch in den Äusserungen Sir Edward Greys klingt immer der refrain durch, man könne nicht erwarten, dass Russland nebst Skutari auch die Städte von Dibra und Djakova aufgebe. Doch gab er zu, dass die jetzige russische Proposition nicht das letzte Wort sei. „Überhaupt" — erklärte der Staatssekretär — „will ich nicht das medium sein, durch welches ein letztes Wort gesprochen wird. Das müssen entweder Sie und Benckendorff in der réunion tun, oder die zwei Cabinete von Wien und Petersburg direct. Dann würde ich mit meinem Vorschlag der Entsendung einer Spezialkommission hervortreten." Ich erwiderte bezüglich dieser Kommission, gegen welche ich die bekannten sehr ernsten Erwägungen erhob, dass dieselbe nur dann irgend ein Ergebnis haben könnte, wenn die betreffenden Territorien von den sie besetzenden Truppen — sei es serbisch oder montenegrinisch — evacuiert wären. Ich machte auch Sir Edward Grey darauf aufmerksam, dass es gerade Russland war, das sich gegen ethnographische Begründungen bei der Delimitation ausgesprochen habe. Bei allen meinen Erklärungen in der réunion habe Graf Benckendorff immer eingewendet „qu'on ne pouvait pas baser la délimitation de l'Albanie sur des considérations purement ethnographiques". Ich habe gestern Sir Edward Grey gegenüber und heute Sir A. Nicolson und Sir William Tyrrell gegenüber wiederholt erklärt, dass ich zum erstenmale seit Beginn unserer Verhandlungen wirklich deprimiert sei „disappointed, depressed". Ich hätte mich eingesetzt, von meiner Regierung Entgegenkommen und immer weitere Concessionen zu erreichen, weil ich darauf rechnete, dass man von der anderen Seite dasselbe tun würde, und nun käme ein Vorschlag, der kaum ernst genommen werden könne. Entweder „on se moquait de moi" und wolle zu keinem Resultate kommen oder sei der Vorschlag so gemeint, wie der Preis eines Teppichs in einem Constantinopler Bazar. Aus den Äusserungen Nicolsons und Tyrrells entnehme ich, dass die letztere Annahme die richtige sein dürfte. Es handelt sich nun darum, zu wissen, inwieweit Russland von dieser Linie abgehen wird. Der Kampf wird sich ohne Zweifel auf die beiden Städte Dibra und Djakova concentrieren. Fürst Lichnowsky und Marquis Imperiali glauben, dass wir im günstigsten Falle auf eine der beiden Städte verzichten müssten, wenn wir zu einem Resultate gelangen wollen. Ich vermag nicht zu beurteilen, in wie weit dies möglich ist. Bezüglich Dibras fragte ich Sir Edward, ob dieses nach russischer Idee bulgarisch oder serbisch werden sollte, worauf er erwiderte, er glaube, die Entscheidung würde den Alliierten überlassen werden. Es entzieht sich meinem Ermessen, ob es nicht günstig wäre, wenn im gegenwärtigen Momente Euer Exzellenz durch Graf Thurn oder Herrn von Giers wieder in Gedankenaustausch mit Herrn Sazonow treten würden. Graf Benckendorff ist leider so nervös, aufgeregt und geschreckt, dass es wirklich schwer ist, mit ihm zu reden. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 5855.

Nr. 5815. Bericht aus London, 15. Feb. 1913 Nr. 16 B (eing. 18. Feb.).[a] *Ausfert.*

Im Verfolge meines gestrigen Telegrammes Nr. 134 beehre ich mich, ein genaues Facsimile der von den Russen producierten Karte[b] vorzulegen. Ich habe versucht, diese schülerhaft und ungenau gezogenen Linien auf eine genauere geographische Karte[b] übertragen zu lassen und lege auch dieselbe vor. Ich möchte hier darauf aufmerksam machen, dass bei dieser russischen Karte eine Unterschiebung vorgekommen ist. Was die Karte oder deren wahrscheinlicher Zeichner, Herr Petrajeff, das „projet russo-serbe" nennt, ist die rein serbische Linie, denn die russische Linie, wie sie mir seinerzeit von der russischen Botschaft gegeben wurde, ist eine viel weitere als die jetzt vorgeführte russo-serbe; sie geht zum Beispiel den Lauf des schwarzen Drins entlang und nicht auf dem linksufrigen Höhenzuge. Ich habe Sir Edward Grey eine note explicative[c] zu dem russischen Grenzprojekt zugehen lassen, in welcher einige Argumente gegen diese Linie angeführt sind. Mensdorff.

P. S. Ich bin soeben bei Sir W. Tyrrell gewesen und habe ihn gebeten, Sir Edward Grey, der schon abgereist war, auf die Unterschiebung aufmerksam zu machen, die darin besteht, die ursprünglich von Serbien proponierte Grenzlinie als „projet russo-serbe" darzustellen, während die russische Linie, wie sie uns seinerzeit von der russischen Botschaft übergeben wurde (vide mein Bericht vom 21. Dezember v. Js. Nr. 61 C) mit Stillschweigen übergangen wird. Ich führte aus, dass das Gegenstück zu dieser serbischen Linie nicht unsere ursprüngliche Linie, sondern die von den Albanesen vorgeschlagene, sehr weitgehende sei. Ich erklärte, dass ich nicht für einen Moment annehme, dass Graf Benckendorff sich von dieser Unterschiebung Rechenschaft gebe oder davon Kenntnis habe und dass ich mir vorbehalte, meinen russischen Collegen persönlich auf diesen bedauerlichen Vorfall aufmerksam zu machen. Ich legte aber Tyrrell ans Herz, Sir Edward Grey zu erklären, dass ich gegen derartige procédés, die er gewiss eben so sehr wie ich verurteilen wird, die energischeste Verwahrung einlegen muss und dass ich weder als Botschafter noch als Privatmann zugeben kann, dass derartige unwürdige Tricks bei Verhandlungen, an denen ich teilnehme, vorgebracht werden. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 5855. — [b] Wurde nicht aufgenommen. — [c] Die „note explicative" enthält eine ausführliche Widerlegung des russischen Grenzprojektes aus ethnographischen, wirtschaftlichen und völkerrechtlichen Gründen.

Nr. 5816. Bericht aus London, 15. Feb. 1913 Nr. 16 C (eing. 18. Feb.).[a] *Ausfert.*

Streng vertraulich. Mit streng vertraulichem Telegramme Nr. 162 vom 10. d. M. hatten Euer Excellenz die Geneigtheit, mir Hochdero Anschauungen betreffs Delimitirung Süd-Albaniens mitzuteilen. Ich würde es meinerseits auf das wärmste begrüssen, wenn es möglich wäre, darin Italien die Führung zu überlassen, umsomehr als schon bei den griechischen Staatsmännern der Eindruck zu entstehen schien, es sei speciell die Monarchie,

welche nicht nur bezüglich der Inseln im Aegäischen Meere, sondern auch an der Südgrenze Albaniens den griechischen Wünschen den schärfsten Widerstand entgegensetze. (Dazu käme noch Salonik, wo wir Bulgarien begünstigen werden.) Euer Excellenz werden ohne Zweifel aus Hochdero Gesprächen mit Herrn Venizelos und Herrn Streit darüber informirt sein und ich habe deshalb auf meine Besprechungen mit den genannten Herrn nicht zurückzukommen. Sie legten beide grosses Gewicht auf ein gutes Verhältnis Griechenlands zur Monarchie und glauben auch, dass das künftige Albanien an Griechenland die beste Stütze finden wird, vorausgesetzt dass keine griechischen Bevölkerungscentren in dem neu zu gründenden Lande verbleiben, welche notwendigerweise die Union mit Griechenland mit allen Mitteln anstreben würden. Herr Streit hat Euer Excellenz gewiss seine Theorien von künftigen Annäherungen zwischen Griechenland, Rumänien und Albanien als Gegengewicht zur slavischen Vorherrschaft am Balkan entwickelt. In meinen Conversationen mit Marquis Imperiali habe ich ihm wiederholt nahegelegt, mir eine Linie für die Südgrenze anzugeben, die seiner Regierung genehm wäre. Seine Antwort war stets, dass Marquis di San Giuliano der Ansicht sei, Janina müsse an Griechenland kommen; Herr von Mérey vertrete aber noch immer energisch den Standpunkt, dass Janina bei Albanien belassen werden müsse, was nach italienischer Ansicht zu fortwährenden Frictionen zwischen Griechenland und Albanien Anlass geben müsste. Unter diesen Umständen, — solange ein so wesentlicher Widerspruch zwischen unserem und dem italienischen Standpunkte besteht, — wird es wohl schwierig sein, Italien dazuzubringen, sich zu exponiren. Vorläufig hätte es noch die dankbare Rolle, Griechenland bezüglich Janina Hoffnungen zu geben, welche unserer Einwendungen wegen nicht erfüllt werden könnten. Mensdorff.

a) Vgl. n. 5855.

Nr. 5817. Bericht aus London, 15. Feb. 1913 Nr. 16 E (eing. 18. Feb.). Ausfert.

Die Äusserung des Staatssekretärs des deutschen Reichsmarineamtes, dass er mit dem von der englischen Admiralität im vorigen Jahre für die nächste Zukunft proponierten Standard einer 60% Überlegenheit der englischen gegenüber der deutschen Flotte seinerseits im Prinzipe einverstanden sei, ist in der englischen öffentlichen Meinung ruhig aber mit nicht zu verkennender Befriedigung aufgenommen worden. Die liberale Presse hofft, dass diese deutsche Äusserung vielleicht die Basis zu einem Flottenübereinkommen bilden könnte, jedenfalls dürfe man aber erwarten, dass die beiderseitige Anerkennung des 60% Standard das übermässige Wetteifern in den Flottenrüstungen eindämmen werde. Der erste Lord der Admiralität hat auf eine im Unterhause gestellte Anfrage, welche Bedeutung er der Erklärung des Grossadmirals von Tirpitz beimesse, durch seinen parlamentarischen Unterstaatssecretär antworten lassen, dass seiner Ansicht nach die ganze Frage besser gelegentlich der Besprechung des Marine-Budgets behandelt werden sollte; er stehe jedoch nicht an, schon heute

der allgemeinen Befriedigung Ausdruck zu geben, welche der in den jüngsten deutschen Reden zu Tage getretene freundschaftliche Ton hier erweckt habe. Ich bin immer der Ansicht gewesen, dass eine lebhafte Erörterung der Flottenrüstungen in der Öffentlichkeit vermieden werden müsse, wenn die glücklich eingeleitete Entspannung zwischen England und Deutschland weitere Fortschritte machen soll. Fürst Lichnowsky ist derselben Anschauung und ist befriedigt, dass vorläufig andere Ereignisse eine derartige Discussion in den Hintergrund gedrängt haben. Ich habe in den allerletzten Tagen Gelegenheit gehabt, mit Mr. Asquith und Lord Haldane bei verschiedenen Diners zu sprechen. Beide zeigten sich über die Fortschritte in den deutsch-englischen Beziehungen sehr erfreut und sprachen die Ansicht aus, dass schon jetzt ein dauernder Vorteil gewonnen sei (some lasting good will remain). Lord Haldane betonte mit Befriedigung, dass zur Zeit seines vorjährigen Besuches in Berlin, der vielfach als resultatlos beschrieben wurde, die Grundlage zu der Detente gelegt wurde, welche nun, während der kritischen Monate, die Europa durchlebt, so schöne Früchte getragen hätte. Von einem Aufgeben oder einer Verschiebung von Allianzen oder Ententen sei natürlich nicht die Rede, aber die besseren Beziehungen zwischen einzelnen Mitgliedern verschiedener Gruppen können auch der Gruppe in ihrer Gesamtheit zu Gute kommen. Der Lordkanzler berührte mit einem gewissen Bedauern die Überempfindlichkeit der Franzosen, die so leicht misstrauisch werden, wenn Einer ihrer Freunde mit dem deutschen Reiche gut steht. Alles zusammengenommen würde ich meinen, dass die guten Beziehungen zwischen London und Berlin, welche sich während der jetzigen Krise befestigt und bewährt haben, allgemein und namentlich in der herrschenden liberalen Partei mit grösster Genugtuung aufgenommen und gewürdigt werden. Mensdorff.

Nr. 5818. Privatschreiben aus London, 15. Feb. 1913 (eing. 18. Feb.).[a] Eigh. Ausfert.

Meinen zahlreichen langen Telegrammen und meinen spärlichen Berichten wirst Du die Lage, wie sie sich nach der letzten russischen Proposition gestaltet, entnommen haben. Sie ist nicht rosig, aber wohl auch nicht verzweifelt. Man will gewiss auf Basis dieses Vorschlages noch verhandeln und namentlich „handeln". Dieses Schachern ist mir persönlich odios, aber die Russen sind eben auch Orientalen. Der Unterschied zwischen der Linie unseres Compromiss Vorschlages und der letzten russischen proposition, sind, geographisch gesprochen, von meinen Botschaftsherren auf circa 3000 Quadrat Kilometer geschätzt und davon würde jedenfalls noch ein ansehnlicher Theil uns concedirt werden. Als Ausdehnung ist es also nicht le bout du monde. Aber etwas müssten wir, ich fürchte, noch hergeben, Djakova oder Dibra und zwar eine der Städte als solche, denn es liegt den Russen an einem Namen, der einen gewissen Klang hat. Wenn es möglich wäre, durch Giers oder D. Thurn wieder etwas mit Sazonow zu reden, wäre es, ich glaube, günstig. Unser vortrefflicher, loyaler und vornehmer Benckendorff ist durch verschiedene Einflüsse, darunter seine Gattin, so verschreckt

worden, dass er sich gar nicht mehr auskennt. Dabei sieht er elend aus. Im Foreign office sagt man, er sei furchtbar „agitated" und confuser als je. In der hiesigen Gesellschaft, wo er so beliebt ist, hört man immer: „Poor old Benkie is more absent minded than ever and getting quite gaga." Ich habe mich gestern und heute im Foreign office als sehr enttäuscht und deprimirt über die gestrige Mittheilung gezeigt, auch persönlich etwas gekränkt, nach allen Bemühungen, die wir in conciliantem Sinne gemacht haben und die nun diese so verspätete und wenig erfreuliche russische Gegen-Manifestation zum Resultate hat. Ich glaube, das war Grey gegenüber das Richtigste, denn er ist ein Grund-anständiger, vornehmer und unparteiischer Mann, der in seinem Innersten wohl finden dürfte, wir haben in Manchem Recht, und der mir auch unumwunden zugegeben hat, dass uns nicht die Schuld treffe, wenn sich Alles so sehr in die Länge zieht. Trotzdem muss er jetzt Russland unterstützen, wird aber gewiss auch in letzter Stunde sich noch für das Zustandekommen eines Compromisses einsetzen. Lichnowsky ist etwas verletzt über die kleine Nase, die er auf Deine Veranlassung von Berlin erhalten hat, bezüglich der Vorbringung des Compromisses in der réunion. Ich muss auch in fairness zugeben, dass er sich jetzt warm für uns eingesetzt hat und sich sehr bemüht. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 5855.

Tel. nach Paris, 15. Feb. 1913 Nr. 132 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 5803.

Tel. nach Rom, 15. Feb. 1913 Nr. 198 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 5803.

Tel. nach St. Petersburg, 15. Feb. 1913 Nr. 147 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 5803.

Nr. 5819. Tel. des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 15. Feb. 1913 Nr. 55 (eing. 16. Feb. 10 U. a. m.).[a]) Entziff.

Ministerpräsident sagte mir heute, der Fremdenblattartikel vom 11. d. Mts. habe hier den günstigsten Eindruck erweckt. Kaiser Nikolaus habe Kokowzow am Tage, wo Artikel hier bekannt wurde, empfangen, sich über denselben höchst befriedigt gezeigt und Ministerpräsidenten aufgetragen, durch einen ebenso freundschaftlich gehaltenen offiziösen Artikel zu beweisen, daß hier die entgegenkommende Sprache des „Fremdenblatt" richtig appreciirt werde. Kokowzow habe Seiner Majestät melden können, daß dies bereits in einem Aufsatze der „Rossija" geschehen sei. Bericht über letzteren mit heutigem Kurier abgegangen. Otto Czernin.

[a]) Vgl. n. 5873.

Nr. 5820. Bericht des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 2./15. Feb. 1913 Nr. 7 B (eing. 17. Feb.). Ausfert.

In seinen letzten Telegrammen (Nr. 45 vom 9. Februar und 48 vom 12. d. M.) hatte sich Seine Exzellenz Graf Thurn bereits die Freiheit genommen, die Tendenz Herrn Sazonows zu signalisieren, dem eventuellen

Falle Skutaris eine über den militärischen Erfolg hinausreichende Bedeutung zuzumessen. Der Herr Minister des Äussern ist über den Standpunkt Euer Exzellenz, wonach die Einnahme dieser Stadt für das endgiltige Schicksal derselben nicht ausschlaggebend sein kann, wohl informiert. Dementsprechend waren seine Bemerkungen über diesen Gegenstand uns gegenüber auch stets sehr vorsichtig gehalten und beschränkten sich auf die Befürchtung, dass die albanesische Abgrenzungsfrage hiedurch durch ein weiteres Moment erschwert werden dürfte. Der kaiserlich deutsche Botschafter gewann diesen Eindruck bei seiner letzten Besprechung mit Herrn Sazonow noch in erhöhtem Masse und charakterisierte ihn sogar dahin, dass die russische Regierung im Falle der Einnahme Skutaris ihre bisher gezeigte Bereitwilligkeit auf Einbeziehung dieser Stadt zu Albanien wohl kaum aufrecht erhalten werde. Sicher scheint, dass im Falle diese Eventualität zur Tatsache wird, die Wieder-Herausgabe Skutaris an Albanien hier in allen Kreisen der Öffentlichkeit einem ungeahnten Widerstande begegnen würde. Dies dürfte Herrn Sazonow bei seinen einschlägigen Bemerkungen schon jetzt deutlich vor Augen stehen. Otto Czernin.

Tel. nach Sofia, 15. Feb. 1913 Nr. 90 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 5803.

Nr. 5821. Tel. nach Sofia, 15. Feb. 1913 Nr. 91 (chiffr. 11 U. p. m.).[a] *Konz. (S. Nemes; V. Pogatscher; G. Berchtold).*

Im Vertolge meines heutigen Telegrammes Nr. 90. Prinz Fürstenberg telegraphiert unter dem 15. l. M. wie folgt: ... *wie n. 5807 vom Anfang bis inklusive „erreicht werden“* ...Unbeschadet des im eingangszitierten Telegramme enthaltenen Auftrages wollen Euer Hochgeboren durch vorsichtige Sondierung Ihres russischen Kollegen, jedenfalls ohne die Quelle zu nennen, festzustellen trachten, ob er tatsächlich beauftragt worden ist, auf Zession Silistrias bei der dortigen Regierung nachdrücklichst hinzuwirken, und ob er dies auch bereits getan hat. Da ich mich des Verdachtes der Unaufrichtigkeit Herrn Schebekos nicht ganz erwehren kann, würde ich Wert darauf legen, daß Euer Hochgeboren sich vorerst volle Gewißheit darüber verschaffen, ob ein russischer Schritt, wie dies der russische Gesandte in Bukarest behauptete, bei der bulgarischen Regierung erfolgt ist. Im bejahenden Falle wollen Euer Hochgeboren sich mit Ihrem deutschen Kollegen im Gegenstande ins Einvernehmen setzen und gegebenen Falles gleich diesem eine der russischen analoge Demarche unternehmen.

Berchtold.

[a] Vgl. n. 5834.

Nr. 5822. Tel. aus Sofia, 15. Feb. 1913 Nr. 143 (eing. 16. Feb. 8 U. 30 M. a. m.).[a] *Entziff.*

Rumänischer Kollege besuchte mich soeben und sagte über Begegnung mit Herrn Danew und Herrn Sarafow folgendes: Als Antwort auf rumänische Forderungen erhielt Herr Ghika eine Notiz mit bulgarischen Konzessionen und zwar I.) Medjidia-Tabia, II.) die zwei ins rumänische Territorium sich

einschneidenden Zwickel und III.) ein Stück Land von der Küste in Form eines Dreiecks, dessen südliche Grenze au cours des négociations ultérieures bestimmt würde. Nachdem Herr Danew vorstehende Notiz vorgelesen, konstatierte Herr Ghika, daß bulgarische Konzessionen hinter rumänischen Forderungen zurückbleiben, und sagte, daß er im Sinne seiner Instruktionen nur Antwort auf rumänische Forderungen verlangen sollte und da er dieselbe erhalten habe, er Verhandlung als beendet betrachten müsse. Fortsetzung folgt. Tarnowski.

[a]) Oe. U. Balkan 153 Nr. 287. Vgl. n. 5823, 5849.

Nr. 5823. Tel. aus Sofia, 15. Feb. 1913 Nr. 144 (eing. 16. Feb. 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Fortsetzung des Telegrammes Nr. 143 von heute. In seinem eigenen Namen und unoffiziell machte Herr Ghika bulgarische Unterhändler aufmerksam, dass unter den ihm heute mitgeteilten Konzessionen eigentlich keine einzige neue und dass er sehr schlechten Eindruck in Bukarest befürchte; rumänischer Kollege bemerkte auch, dass er Absicht bulgarischer Regierung die Fixierung südlicher Grenze des Dreiecks an der Küste künftigen Negoziationen zu überlassen, nicht begreifen könnte, da Rumänien deutlich zu verstehen gegeben hätte, dass es Verhandlungen jetzt und zwar raschestens beenden wolle. Es entspann sich unverbindliche Diskussion, aus der Herr Ghika Eindruck gewann, dass Herr Danew an rumänische Okkupation noch immer nicht glaube, sondern hoffe, dass weiterer Handel möglich werde, indem Bulgarien für Zession Küste bis Sabla oder vielleicht einige Kilometer südlich sich ökonomische und andere Vorteile von Rumänien herrausschlagen würde. Zum Schlusse der Konversation, in der Herr Ghika alle Argumente, um Bulgaren zum grösseren Entgegenkommen zu bewegen, erschöpft zu haben glaubte, fragte er, ob Herr Danew und Herr Sarafow dem Inhalte der Notiz etwas hinzuzufügen hätten, erhielt aber negative Antwort. Formell verlief Unterredung freundschaftlich. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 5824, 5849.

Nr. 5824. Tel. aus Sofia, 15. Feb. 1913 Nr. 145 (eing. 16. Feb. 11 U. a. m.).[a]) Entziff.

Ergänzung meines Telegrammes Nr. 144 von heute. Rumänischer Kollege sprach nach Begegnung mit bulgarischen Unterhändlern zuerst bei mir vor und besuchte nur vorher Herrn Dobrovič, den er ersucht habe, König Ferdinand zu versichern, daß er, Herr Ghika, von größter Versöhnlichkeit beseelt gewesen und in diesem Sinne sich seiner Instruktionen entledigt hätte. Rumänischer Gesandter hätte auch, „da er eventuell Sofia plötzlich verlassen werde müssen", Dobrovič ersucht, König Ferdinand seinen Dank für erfahrene Gnade zu unterbreiten. Auf meine Frage, ob Herr Ghika bulgarische Antwort als ganz schlecht betrachte, antwortete er bejahend, meinte aber zugleich, daß alles von momentanen Stimmungen und Strömungen in Bukarest abhänge, die er nicht genau kenne; Stimmung

soll sehr gereizt sein, „mais nous sommes un petit Etat qui est accessible aux influences des Grandes Puissances. Dans quel sens s'exercent-elles, ces influences?" „Celle de l'Autriche-Hongrie certainement dans le sens pacifique," bemerkte ich. „Pour ma part, je désirerais qu'elle prévale", erwiderte Mitredner, „mais est-ce possible encore? Ce serait aller à Canossa. Certains attachés militaires (l'allemand) me disent que l'armée bulgare est meilleure que la nôtre et que c'est notre seule occasion. Peut-être nous tient-on le même langage à Bucarest." Sowohl mein rumänischer Kollege als auch ich erfahren, daß im heutigen Ministerrat Kabinett — obwohl punkto Städte intransigent — in territorialen Konzessionen an Küste ein wenig weiter gegangen wäre und nur Herr Danew eine persönliche Frage daraus gemacht und verweigert haben soll, solche Instruktionen anzunehmen.

Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 5849, 5850, 5864.

Nr. 5825. Tel. nach Berlin, 16. Feb. 1913 Nr. 175 (chiffr. 8 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Biegeleben; G. Berchtold).

Geheim. Am 5. d. M. ist in Bucarest der österr.-ungar.-rumänische geheime Vertrag unterzeichnet und am 12. d. M. ratificirt worden. Rumänische Regierung wünscht möglichst baldigen Access Deutschlands und Italiens, deren prinzipielle Geneigtheit uns bekannt gegeben wurde. Ich ersuche Euer Exzellenz, sich umgehend beim Herrn Staatssecretär zu erkundigen und telegrafisch zu melden, ob der in Bucarest von unserem und dem deutschen Gesandten zu unterzeichnende Vertrag über den Beitritt Deutschlands sich im Wortlaute genau an den im Jahre 1902 abgeschlossenen analogen Vertrag halten kann. Nach Eintreffen Ihrer Antwort wird das Vertragsinstrument hier ausgefertigt und Prinz Fürstenberg zur Unterzeichnung bevollmächtigt werden. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 5808, 5831, 5837.

Tel. nach Berlin, 16. Feb. 1913 Nr. 178 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 5828.

Nr. 5826. Tagesbericht über einen Besuch des deutschen Botschafters, 16. Feb. 1913.[a]) Konz. (S. Berger; V. und G. Berchtold).

Geheim. Der kaiserlich deutsche Botschafter hat mich heute aufgesucht und mir mitgetheilt, er hätte ein geheimes Telegramm seiner Regierung erhalten, des Inhaltes, dass die Verhandlungen in Sofia zu keinem Resultate geführt hätten und abgebrochen worden seien. Die Volksstimmung in Bukarest sei in hohem Grade aufgeregt und König Carol befinde sich in einer verzweifelten Lage. Das Berliner Kabinet habe Graf Pourtalès bei Bekanntgabe oben skizzierter Situation beauftragt, sich Herrn Sazonow gegenüber in nachstehendem Sinne auszusprechen: „Die deutsche Regierung wisse, dass das Petersburger Kabinet in Bukarest vertraulich mittheilen liess, Russland wäre im Falle eines rumänisch-bulgarischen Krieges genötigt Bulgarien zu unterstützen. Aus alter politischer Freundschaft

und im Hinblick auf die zwischen Berlin und Bukarest bestehenden dynastischen Beziehungen könne Deutschland in einem solchen Falle Rumänien nicht imstiche lassen. Die Politik des deutschen Reiches sei aber absolut auf die Erhaltung des Friedens in Europa gerichtet und würde dem Berliner Kabinete ein europäischer Krieg wegen der rumänisch-bulgarischen Händel unverantwortlich erscheinen. Graf Pourtalès möge daher Herrn Sazonow unter Verwerthung vorstehender Konsiderationen vertraulich und freundschaftlich den Vorschlag machen, dass sich die Grossmächte — falls ein bulgarisch-rumänischer Krieg in letzter Stunde nicht doch noch vermieden werden könnte — zu strengster Neutralität verpflichten. Bei Friedensschluss würde es Deutschland wie Russland noch immer möglich sein, im Interesse der beiderseitigen Freunde vermittelnd zu wirken. Unterdessen setze Deutschland seine auf eine friedliche Beilegung des Konfliktes gerichteten Bemühungen in Bukarest und Sofia fort." Herr von Tschirschky sprach sodann die Hoffnung seiner Regierung aus, dass ich mich diesem Schritte in St. Petersburg anschliessen werde. Ich erwiderte dem Herrn Botschafter, ich müsse mir die Antwort vorbehalten, könne aber jetzt schon bemerken, dass ich mich Rumänien gegenüber bis zu einem gewissen Grade gebunden fühle und dies erstens infolge der vorhandenen vertragsmässigen Verpflichtung, zweitens wegen gewisser Zusicherungen, die wir über Anfrage König Carols am 11. Jänner d. J. in Bukarest abgegeben haben und die sich auf den Fall einer serbischen Aktion in einem eventuellen Kriége seines Königreiches mit Bulgarien bezogen.[b] Diese Zusicherungen seien übrigens seitens der kaiserlich deutschen Regierung mit dem Bemerken gutgeheissen worden, dass sich das Berliner Kabinet — falls König Carol an dasselbe herantreten würde — in gleichem Sinne zu äussern beabsichtige.[c]

[a] Vgl. n. 5833. — [b] Vgl. n. 5334. — [c]. Vgl. n. 5367.

Tel. nach Bukarest, 16. Feb. 1913 Nr. 123 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 5828.

Nr. 5827. Bericht aus Bukarest, 16. Feb. 1913 Nr. 16 (eing. 20. Feb.).[a] Ausfert.

Geheim. Meinen telegraphischen Relationen über die bewegten und widerspruchsvollen Ereignisse der letzten Tage möchte ich noch zur Klärung und zur Begründung meines vielleicht etwas zu heftigen Auftretens Nachstehendes hinzufügen. Während meiner in den hieramtlichen Telegrammen Nr. 44 und 45 wiedergegebenen Conversation mit Herrn Maïoresco hatte derselbe durchblicken lassen, dass, falls das Wiener Cabinet nicht bis Samstag den 15. l. Mts. die gewünschte Garantie gibt, das ist, dass die Oesterreichisch-Ungarische Monarchie keine definitive Regelung der Balkanwirren ohne die Cedierung des Weichbildes der Stadt Silistria an Rumänien anerkennt, so würde Rumänien sich genötigt sehen, zu mobilisieren. Also eine Art Ultimatum! Wenn auch Herr Maïoresco sich mir gegenüber nicht direct in diesem Sinne aussprach, so tat er dies doch Tags darauf beim Diplomatenempfang einigen meiner Collegen gegenüber. Dies gab

mir selbstverständlich noch mehr Handhabe, um den Vorwurf einer Chantage ins Treffen zu führen, ohne auch noch auf die gleichlaufende Verquickung der obigen Erklärung mit der Ratificierung des Vertrages greifen zu müssen. Als sich nach meiner Audienz[b)] bei Seiner Majestät der Verdacht bei mir bestärkte, dass die ganze Sache einen Versuch darstellte, die Monarchie einzuschüchtern, hielt ich es für gefährlich, auch nur 24 Stunden lang die hiesigen Kriegshetzer unter dem Eindrucke zu lassen, dass sie einen Erfolg erringen könnten, und entschloss mich zu der etwas robusten Sprache[c)] dem Herrn Ministerpräsidenten gegenüber. Durch die Art und Weise, in welcher der Genannte meine Ausführungen aufnahm, konnte ich mich von der Begründung meines Verdachtes überzeugen. Zweifellos war Herr Maïoresco nur einem Befehl seines königlichen Herrn nachgekommen, welchen Höchstderselbe Seinem Ministerpräsidenten nur unter dem Drucke einer unerhörten und ungehörigen Sprache einiger Cabinetsmitglieder und Herrn Bratianos gegeben hatte. Wie ungerne Sich Seine Majestät entschlossen haben dürfte, im einberichteten Sinne Sich zu äussern, beweist die ungewohnte Erregung und sichtliche seelische und physische Depression, in welcher Sich der Höchste Herr befand. Ein weiterer Beweis ist auch darin zu erblicken, dass Herr Maïoresco kaum seine Befriedigung verhehlen konnte, Seiner Majestät melden zu können, welche ungünstige Wirkung, meiner Auffassung nach, in Wien die jüngste Wendung der Dinge haben müsste und welche schwere Folgen dieselbe hervorbringen könnte. Als sehr bedauerlich muss es angesehen werden, dass der Kreis der um den Geheimvertrag Wissenden sich in letzter Zeit bedeutend vermehrt hat. Wie mir Seine Majestät sagte, wäre Herr Filipesco vermutlich durch seine Schwägerin, Frau Mavrocordato (Gemahlin des Wiener Gesandten), von dem Bestehen desselben informirt worden, ebenso sei auch Herr Marghiloman eingeweiht, dieser wahrscheinlich durch Filipesco. Meiner Ansicht nach dürfte dies aber das Werk des Herrn Carp sein, der in seinem Hass gegen die Krone wegen der vorjährigen Amtsentlassung nicht davor zurückschreckt, dieser überall die allergrössten Schwierigkeiten zu bereiten, und der vermutlich hinter der agressiven und intransigenten Haltung seiner früheren Parteigenossen, Filipesco und Marghiloman, steckt. Wie letzterer meinem deutschen Collegen zu verstehen gab, stützt sich nämlich die Kriegspartei auf diesen Vertrag, darauf rechnend, dass falls Russland Rumänien während eines von diesem provocierten Krieges gegen Bulgarien angreifen würde, Oesterreich-Ungarn zu Hilfe eilen müsste. Die Conclusionen dieser Leute gehen also dahin, dass Rumänien im Falle eines Krieges mit Bulgarien es entweder allein mit dem in seinen Augen geschwächten Nachbar zu tun haben wird, oder, im gegenteiligen Falle, dass Oesterreich-Ungarn, respective der Dreibund in die Arena treten müssten, um sich für Rumänien zu schlagen. Vor der Hand ist jedenfalls die Regierung wieder auf dem Pfade des Friedens und man darf die Hoffnung nicht verlieren, dass es ihr glücken wird, denselben beizubehalten, falls ihr selbstverständlich die Möglichkeit geboten wird, mit Erfolg gegen ihre Gegner aufzutreten. Der Umstand, dass die Instrumente am Abend meiner Audienz selbst eingetroffen waren und ich im Beginne meiner Discussion mit dem Herrn Ministerpräsidenten darauf

hinweisen konnte, dass Seine k. u. k. Apostolische Majestät die Ratificirung bereits vorgenommen habe, dürfte wohl das gewichtigste Argument gewesen sein, welches Seine Majestät den König zur schleunigen Ratification bewog. Ich kann aber diesen Bericht nicht schliessen, ohne neuerlich einer Pflicht nachzukommen, nämlich der, darauf hinzuweisen, dass man sich darüber nicht der geringsten Illusion hingeben darf, mag diese oder jene Partei in Rumänien die Oberhand gewinnen, Österreich-Ungarn wird hier Alles an Terrain verloren haben, wenn das Königreich nicht befriedigt aus der heutigen Crise hervorgeht. In diesem Belange dürfte Herr Bratiano, dessen letzte Äusserungen ich telegraphisch[d]) einberichtete, leider vollkommen das Richtige voraussehen. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 5831, 5837. — [b]) Vgl. n. 5758. — [c]) Vgl. n. 5771. — [d]) Vgl. n. 5794.

Tel. nach Konstantinopel, 16. Feb. 1913 Nr. 114 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 5828.

Nr. 5828. Tel. nach London Nr. 179 (1), Berlin Nr. 178 (2), Rom Nr. 202 (3), Konstantinopel Nr. 114 (4), St. Petersburg Nr. 151 (5), Paris Nr. 134 (6), Sofia Nr. 93 (7) und Bukarest Nr. 123 (8), 16. Feb. 1913 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

1. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 138 vom 15. d. M. Hochdieselben sind ermächtigt, die Zustimmung der k. u. k. Regierung zu der von Sir E. Grey modifizierten und von ihm Tewfik Pascha zu erteilenden Antwort zu erklären, vorausgesetzt, daß Ihr deutscher und italienischer Kollege die gleiche Ermächtigung erhalten. Euer Exzellenz wollen auch dem Herrn Staatssekretär gegenüber bemerken, daß wir gleichwie das Londoner Kabinett den Eindruck haben, daß sowohl die Türkei wie auch die Alliierten einen baldigen Friedensschluß herbeiwünschen. Ein solcher schiene uns aber auch im Interesse Europas und des europäischen Friedens überhaupt dringendst erwünscht. In diesem Belange glauben wir die Aufmerksamkeit Sir E. Greys, abgesehen von dem rumänisch-bulgarischen Streite, dessen friedlichen Ausgang wir trotz der äußerst schwierigen Situation noch immer erhoffen, auf die Frage von Skutari lenken zu müssen. Im Falle einer weiteren längeren Dauer des Krieges müßte nämlich immerhin mit dem Falle dieser Stadt gerechnet werden. Da es nun den Anschein hat, als würde ein solches Ereignis von gewissen Seiten eskomptiert werden, wir aber und Italien — wie dem Herrn Staatssekretär bekannt — auch in einem solchen Falle von unserem Standpunkte nicht abgehen könnten, befürchteten wir, daß sich dann die allgemeine politische Lage in einer Weise komplizieren würde, welche für den Frieden in Europa eine nicht zu unterschätzende Gefahr mit sich bringen könnte. Wir wüßten die friedlichen Gesinnungen Sir E. Greys und seine Bemühungen in diesem Sinne zu schätzen und wollten aus diesem Grunde speziell seine Aufmerksamkeit darauf lenken, wie dringend eine baldige Herstellung des Friedens am Balkan und eine tunlichste Beschleunigung der Arbeiten der Botschafterréunion wären.

2.—8. Fortsetzung zu meinem Telegramme von heute Nr. 176[b]) (beziehungsweise Nr. 200,[b]) 113,[b]) 150,[b]) 133,[b]) 92,[b]) 121)[b]). Ich antworte Grafen Mensdorff wie folgt: (Inseratur Telegramm sub 1 von „Hochdieselben sind ermächtigt" bis „der Arbeiten der Botschafterréunion wären.")

2. u. 3. Vorstehendes zur Regelung Ihrer Sprache gegenüber

2. Herrn von Jagow.

3. Marquis di San Giuliano.

4.—8. Vorstehendes zu Euer etc. streng vertraulicher Information

8. und ausschließlicher Mitteilung an König Carol. Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 156 Nr. 291. Vgl. n. 5839, 5845, 5858. — [b]) Mit diesen Telegrammen vom 16. Feb. 1913 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.) wurde n. 5813 mitgeteilt.

Tel. nach Paris, 16. Feb. 1913 Nr. 134 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 5828.

Nr. 5829. Bericht aus Paris, 16. Feb. 1913 Nr. 18 B (eing. 18. Feb.). Ausfert.

Die in Deutschland angekündigten neuen Rüstungen und Standesvermehrungen haben hier starken Eindruck gemacht. Man hat hier im Laufe des letzten Jahres der öffentlichen Meinung immer wiederholt, dass die französische Armee, dank der Aeroplane und wegen ihrer vortrefflichen Organisation der deutschen Armee zum mindesten ebenbürtig sei. Angesichts der in sehr überzeugenden Zahlen zum Ausdruck kommenden demnächstigen Standes-Vermehrungen in Deutschland kann diese Fiction aber nicht aufrechterhalten werden. Dass eine Erhöhung des französischen Recruten-Contingents ausgeschlossen ist, darüber ist sich Jedermann klar. Die Zeitungen beginnen bereits, von der Möglichkeit zu sprechen, wieder die dreijährige Dienstzeit einzuführen, um auf diese Weise die Stände zu erhöhen. Es ist aber wenig wahrscheinlich, dass eine solche Massregel ernstlich in Betracht gezogen werden kann. Aber auch bezüglich des Stolzes der Franzosen, der Luftfahrzeuge, ist eine gewisse Ernüchterung eingetreten. Man ist darauf gekommen, dass Deutschland in dieser Beziehung grosse Fortschritte gemacht hat, und, was die Lenkballons anbelangt, Frankreich sogar überlegen ist. Auch hinsichtlich der Organisation der Militär-Aviatik werden jetzt vielfach Klagen laut; dies führte sogar zur Entsendung einer parlamentarischen Commission, die jetzt die verschiedenen Dépôts besichtigt. Von den sehr zahlreichen Militär-Aeroplanen sollen viele eigentlich nicht gebrauchsfähig sein, was kaum überraschen kann, nachdem sowohl die Apparate selbst, wie die Motoren sehr leicht Beschädigungen ausgesetzt sind. Viele der angeschafften Apparate sollen für militärische Zwecke nicht recht verwendbar sein. Die Aeroplan-Fabriken sollen in Folge der starken Concurrenz jetzt keine guten Geschäfte machen, es ist demnach nicht ausgeschlossen, dass die Kritiken der Zeitungen von den Fabrikanten inspirirt sind, die die Militärverwaltung zu neuen Anschaffungen drängen wollen. Auf die öffentliche Meinung, die bisher in der Illusion lebte, man werde im Falle eines Krieges sofort Berlin mit der Luftflotte erobern, wirken diese Kritiken etwas deprimirend. Szécsen.

Nr. 5830. Bericht aus Paris, 16. Feb. 1913 Nr. 18 D (eing. 18. Feb.). Ausfert.

Wie ich mit meinem gehorsamsten Telegramme vom 9. l. M., Nr. 26 zu melden die Ehre hatte, habe ich in Befolgung des telegrafischen Auftrages Euerer Excellenz vom 8. d. M., Nr. 117 Herrn Jonnart erklärt, dass das von Fürst Lichnowsky vorgeschlagene Compromiss über die Nord- und Ostgrenze Albaniens das Äusserste dessen darstellt, was wir zu concedieren vermögen und dass weitere Zugeständnisse unserseits, was diese Grenzfrage betrifft, ausgeschlossen sind. Ich lenkte die Aufmerksamkeit des Ministers darauf, dass die vorgeschlagene Grenze einige so zu sagen rein albanische Gebiete von Albanien abtrenne, was eigentlich den Intentionen der Mächte, die ein selbständiges Albanien schaffen wollen, nicht entspreche. Wenn wir trotz unserer Bedenken dem Compromiss-Vorschlag zustimmten, so geschah dies, um gewissen Aspirationen Montenegros Rechnung zu tragen und um einen Beweis unseres Entgegenkommens zu geben. Eine weitere Einschränkung Albaniens würde aber direct die Lebensfähigkeit dieses Landes in Frage stellen. Herr Jonnart vermied es, irgendwie in Details einzugehen und beschränkte sich darauf zu sagen, er müsse die Frage noch studieren. Freiherr von Schoen hat kurz darauf, wie ich dies mit Telegramm vom 11. l. M., Nr. 29 meldete, den bewussten Vermittlungsvorschlag am Quai d'Orsay wärmstens befürwortet, doch fand er wenig Entgegenkommen. Herr Paléologue zuerst und dann Herr Jonnart, mit welchen er die Frage am 12. l. M. besprach, sagten ihm, eine Verständigung erscheine angesichts der von der k. u. k. Regierung eingenommenen „intransigenten" Haltung, wie sie in dem von mir unternommenen Schritte zum Ausdruck kam, sehr schwierig. Russland würde seinerseits auf seinem Standpunkte beharren und die Frage käme auf einen todten Punkt. Die Bemühungen Baron Schoens, darzulegen, dass es sich um einen Compromissvorschlag handle, der den widerstreitenden Interessen nach Thunlichkeit Rechnung trage, schienen auf Herrn Jonnart wenig Eindruck zu machen. Ich habe mich in meiner Mitteilung an Herrn Jonnart streng an die Instructionen Euerer Excellenz gehalten und die Angelegenheit in freundschaftlicher und vertraulicher Weise besprochen. Selbstverständlich enthielt ich mich jeder Erörterung der möglichen Folgen einer Ablehnung des erwähnten Vorschlages, wobei ich nur die Reserve machte, dass, falls der Vorschlag des Fürsten Lichnowsky, der ein Ganzes darstelle, nicht acceptiert werden sollte, wir uns an die darin enthaltenen Concessionen nicht gebunden erachten könnten. Herr Jonnart ist in diplomatischen Verhandlungen noch sehr unerfahren, Herr Iswolsky, den er sicherlich sofort zu Rathe gezogen hat, dürfte ihm gesagt haben, dass Russland nicht in der Lage sei von seinen Forderungen abzulassen, dass es sich vor einem „Ultimatum" Österreich-Ungarns nicht beugen könne und dass Frankreich als Alliierter den russischen Standpunkt unbedingt teilen müsse. So mag Herr Jonnart zu dem Eindruck gelangt sein, dass dieser Vorschlag zu einem acuten Conflicte zwischen uns und Russland führen dürfte. Aus einigen Wahrnehmungen, die ich seither machen konnte, schöpfe ich den Eindruck, dass sich Herr Jonnart inzwischen etwas beruhigt hat. Ich habe es vermieden beim letzten Diplomatenempfang die Frage neuerlich zu berühren, da ich nicht zu sehr drängen wollte und überdies

überzeugt bin, dass Herr Jonnart in der Sache kaum zu einem selbständigen Urteile gelangen dürfte. Mein deutscher College sagt mir, er habe aus einzelnen Bemerkungen des Ministers, der sich aber nicht positiv äusserte, den Eindruck gewonnen, dass man hier die vorgeschlagene Grenzlinie in dem Falle als acceptable betrachten würde, wenn auch noch Diakova von Albanien abgetrennt und an Serbien fallen würde. Freiherr von Schoen behauptet dies als ganz unmöglich bezeichnet zu haben. Bemerkenswert sind die Ausführungen des beigeschlossenen Artikels des Figaro vom 14. l. M. (die drei letzten Alineas)[b] Wenn die darin aufgestellte These: „Cette ville doit être albanaise parce qu'elle est habitée en majorité par des Albanais" allgemein acceptiert werden würde, könnten wir uns mit derselben wohl auch befreunden. Die praktische Constatierung der einschlägigen ethnographischen Verhältnisse an Ort und Stelle dürfte allerdings manche Schwierigkeiten bieten und zu Meinungsverschiedenheiten Anlass geben. Der Figaro hat viele Beziehungen zum Quai d'Orsay, sein Vorschlag, die neue Grenze auf Basis der tatsächlichen Bevölkerungsverhältnisse festzustellen, hat vielleicht den Zweck die öffentliche Meinung, die sich bisher blind für alle Forderungen der Balkan-Staaten begeisterte, langsam darauf vorzubereiten, dass nicht alle diese Forderungen berechtigt und durchführbar sind. Für Frankreich sowie für Russland wäre es entschieden leichter gewisse Distrikte aus ethnographischen Gründen bei Albanien zu belassen als wenn dies nur einfach über unseren Wunsch geschehen würde. Der Hinweis auf das Nationalitätsprincip könnte als Vorwand für mögliche unserer Auffassung zu machende Concessionen dienen. Bei diesem Anlasse sei es mir gestattet auf ein Detail in dem Compromissvorschlag des Fürsten Lichnowsky hinzuweisen, das vielleicht genauer präcisiert werden könnte. In dem mir mitgeteilten Texte (siehe Telegramm Euerer Excellenz vom 8. l. M., Nr. 116)[a] heisst es: „La frontière passerait ensuite sur la rive gauche du Drin sur une certaine longueur jusqu'au lac Ochrida." Beim letzten deutsch-französischen Congo-Abkommen hat man gleichfalls versäumt genau zu bestimmen, dass dort, wo ein Fluss als Grenze dient, der Thalweg des Flusses die Grenze zu bilden habe, jetzt berufen sich die Franzosen darauf, dass die deutsche Grenze dem Ufer entlang laufe, was zu vielfachen Schwierigkeiten Anlass gab. Ich weiss nicht, ob specielle Gründe dafür vorhanden sind, dass die albanische Grenze nicht wie dies sonst üblich ist, dem Thalwege des Drins folge sondern auf das linke Ufer beschränkt sei, so dass die albanischen Uferbewohner nicht einmal ihr Vieh dort tränken könnten ohne eine Grenzverletzung zu begehen. Jedenfalls glaubte ich mir erlauben zu dürfen, die hohe Aufmerksamkeit Euerer Excellenz auf diesen Punkt zu lenken. Szécsen.

[a] Mit Tel. Nr. 116, 7. Feb. 1913 (chiffr. 11 U. 45 M. p. m.) wurde n. 5693 nach Paris mitgeteilt. — [b] Nicht aufgenommen.

Nr. 5831. Tel. nach Rom, 16. Feb. 1913 Nr. 199 (chiffr. 8 U. 50 M. p. m.).[a] Konz. (S. Biegeleben; G. Berchtold).

... wie n. 5825 von „Geheim" bis „Italiens" ... Nach einer Meldung aus Bucarest[b] soll sich italienischer Gesandter bereits im Besitz

betreffenden Vertragsinstruments befinden, was darauf schließen liesse, daß die rumänische Regierung der italienischen den Vertragstext mitgeteilt hat. ... *mit kleinen Abänderungen wie n. 5825 von „Ich ersuche Euer Exzellenz" bis Schluß.* Berchtold.

[a]) Vgl. n. 5827, 5846. — [b]) Vgl. n. 5808.

Tel. nach Rom, 16. Feb. 1913 Nr. 202 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 5828.

Nr. 5832. Tel. aus Rom, 16. Feb. 1913 Nr. 78 (eing. 4 U. p. m.).[a]) *Entziff.*

Zur Beilegung der rumänisch-bulgarischen Differenz soll russische Regierung, wie mir Minister des Äußern mitteilte, proponiert haben, daß beide Staaten sich einem Schiedsgerichte unterwerfen, welches von je einer Macht des Dreibundes und der Tripelentente (Italien und Russland) sowie einer von denselben gewählten dritten Macht als Oberschiedsrichter ausgeübt würde. Marquis di San Giuliano wünscht zwar diese undankbare Rolle für sein Land nicht, sieht aber in dem Vorschlage die Möglichkeit, den beiden in eine Sackgasse geratenen Staaten einen Ausweg zu bieten und friedliche Lösung der Frage zu ermöglichen. Mérey.

[a]) Vgl. n. 5854.

Tel. nach St. Petersburg, 16. Feb. 1913 Nr. 151 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 5828.

Nr. 5833. Tel. nach St. Petersburg, 16. Feb. 1913 Nr. 152 (chiffr. 17. Feb. 12 U. 30 M. a. m.).[a]) *Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).*

Streng vertraulich. ... *wie n. 5826 vom Anfang bis inklusive „und Sofia fort"* ... Euer Exzellenz wollen sich ehetunlichst bei Graf Pourtalès vergewissern, ob er obstehenden Auftrag bei Herrn Sazonow bereits ausgeführt hat und bejahendenfalls den russischen Minister des Äußern aufsuchen und sich in nachstehendem Sinne vernehmen lassen. Die der deutschen Regierung über den Stand der bulgarisch-rumänischen Verhandlungen und die Stimmung in Bukarest zugekommenen Nachrichten stimmen mit den unsrigen überein. Es könnte uns dies unter den der Démarche Graf Pourtalès zu Grunde liegenden Voraussetzungen in die gleiche Zwangslage wie Deutschland versetzen. Das Petersburger Kabinett kenne unsere friedlichen Absichten genügend um zu wissen, daß wir den Ausbruch eines europäischen Krieges wegen einer rumänisch-bulgarischen Differenz nicht wünschen können. Unser aufrichtiges Trachten gehe dahin, einen Krieg zwischen Bulgarien und Rumänien vermieden zu sehen. Es sei Herrn Sazonow bekannt, daß Sir E. Grey eine Initiative ergriffen habe, indem er dem bulgarischen und rumänischen Gesandten geraten hat, einen Konflikt zu vermeiden und ihnen nahegelegt hat, die Mediation der Mächte anzurufen, in welchem Sinne er britische Vertreter in Bukarest und Sofia bereits instruirt hat. Da die Botschafter in London infolgedessen angeregt hatten, daß alle Mächte in Bukarest und Sofia im Sinne der Grey'schen Initiative instruirt würden, hatten wir — wie Euer Exzellenz aus meinem gestrigen Telegramme Nr. 147 bekannt — uns beeilt, sowohl Prinz Fürsten-

berg als Graf Tarnowski anzuweisen, sich im Sinne der Londoner Anregung vernehmen zu lassen, sobald ihre Kollegen im Besitze analoger Weisungen sein würden. Ich hätte die Hoffnung, daß beide Teile ein von allen Mächten ausgehendes Anbot einer Mediation annehmen würden und der Konflikt vermieden bliebe. Sollte aber trotz aller Bemühungen der Krieg zwischen Rumänien und Bulgarien unabwendbar sein, so wäre es meiner Ansicht nach die Aufgabe der befreundeten Großmächte, einem solchen Kriege möglichst rasch durch freundschaftliche friedliche Mittel ein Ende zu machen und ein Übergreifen des Konfliktes auf andere Staaten zu verhindern. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend schiene es mir wünschenswert, daß die Großmächte bei eventuellem Ausbruche eines rumänisch-bulgarischen Krieges sofort in einen Gedankenaustausch eintreten, in welcher Weise sie vermittelnd eingreifen könnten. Bei Ausführung dieses Auftrages wollen Euer Exzellenz es sorgfältig vermeiden, den Eindruck einer Drohung zu erwecken, vielmehr die Demarche in dem Lichte erscheinen lassen, daß sie lediglich durch die schweren Besorgnisse hervorgerufen ist, zu welchen uns die eventuellen ernsten Folgen eines rumänisch-bulgarischen Konfliktes Anlaß geben. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 5847, 5860, 5869 Anm. b.

Tel. nach Sofia, 16. Feb. 1913 Nr. 93 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 5828.

Nr. 5834. Tel. aus Sofia, 16. Feb. 1913 Nr. 146 (eing. 10 U. p. m.).[a]) Entziff.

Hohes Telegramm Nr. 91 vom 16. d. M. erhalten. Hatte unverbindliche Unterredung mit russischem Kollegen über gegenwärtige Phase rumänischer Frage und darüber, ob und was noch zu machen wäre. Auf meine im Laufe des Gespräches fallen gelassene Bemerkung, ob Nekludow statt unserer allgemeinen Ratschläge, die wenig genützt hätten, nicht für zweckmäßiger hielte, wenn Mächte an gewissen speziellen Punkten, auf die Rumänien Wert lege und in denen Bulgarien nicht nachgeben wolle, Hebel ansetzen würden, antwortete russischer Gesandter, er hätte dies bereits getan und freundschaftlich Abtretung Silistrias empfohlen. Auf meine Frage, wie Herr Geschoff diesen Rat aufgenommen, erwiderte Mitredner, es sei kein direkter Ratschlag gewesen; Nekludow hätte vorgestern Konseilspräsidenten blos mitgeteilt, dass Petersburger Kabinett wegen Erregung in Rumänien Lage als sehr kritisch betrachte und zu wissen glaube, dass Abtretung der Stadt Silistria Verständigung mit einem Male ermöglichen würde. Herr Geschoff hätte Zession von Städten als ausgeschlossen bezeichnet. Dass mir russischer Kollege Wahrheit sagte, bin ich überzeugt. Ich werde mich mit deutschem Kollegen ins Einvernehmen setzen. Meiner Ansicht nach kann es nicht schaden, wenn ich Silistrias in ähnlicher, womöglich noch milderer Form Herrn Geschoff gegenüber Erwähnung tun werde, wie dies seitens des Russen geschehen. Mir ist sogar willkommen, Konseilspräsidenten darauf anspielen (zu)[b]) können, dass ihm andere von Silistria gesprochen. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 5836, 5862. — [b]) Chiffre fehlt.

Nr. 5835. Tel. aus Sofia, 16. Feb. 1913 Nr. 147 (eing. 17. Feb. 9 U. a. m.).[a] *Entziff.*

Hohes Telegramm Nr. 90 vom 16. d. M. erhalten. Englischer Kollege hat bereits vorgestern im Sinne Londoner Anregung Konseilspräsidenten geraten, Konflikt vermeiden, direkte Verständigung anzustreben und eventuell Mediation der Mächte anzurufen. Gedanke Mediation werde hier — wie mir englischer Gesandter sagte — gut aufgenommen. Französischer Gesandter, der noch keine analoge Instruktion erhalten, hat gestern Konseilspräsidenten gesehen, der von Mediation als von guter Lösung gesprochen. Herr Panafieu hätte Herrn Geschoff in diesem Gedanken bekräftigt und darüber nach Paris berichtet, sonach er kaum noch Auftrag zur Demarche erhalten dürfte. Dasselbe bestätigte mir russischer Kollege und bemerkte sogar, er glaube, dass bulgarische Regierung ihre Vertreter im Auslande bereits beauftragt habe, Kabinetten bekanntzugeben, dass Bulgarien Mediation der Mächte konvenieren würde. Eine der meinigen analoge Instruktion hat Herr Nekludow noch nicht. Deutscher Kollege und italienischer Geschäftsträger haben gleiche Instruktionen wie ich erhalten und werden Demarche, um nicht ganz post festum zu kommen, morgen ausführen. Sie ersuchen mich, mich ihnen anzuschließen; erbitte Weisung, ob ich darf oder warten soll, bis alle Vertreter der Großmächte formell instruiert.

Tarnowski.

[a] Vgl. n. 5863, 5866.

Nr. 5836. Tel. aus Sofia, 16. Feb. 1913 Nr. 149 (eing. 11 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Im Verfolge meines heutigen Telegrammes Nr. 146. Habe mit deutschem Kollegen Fühlung genommen. Er sagte, daß er Herrn Geschoff, wenn auch nicht im Auftrage seiner Regierung, wiederholt von Silistria gesprochen. Herr von Below werde Berlin anfragen, ob er auch offiziell sich Konseilspräsidenten gegenüber so äußern darf, wie russischer Gesandter. Werde auf deutschen Gesandten warten. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 5862, 5865.

Nr. 5837. Tel. aus Berlin, 17. Feb. 1913 Nr. 90 (eing. 10 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Antwort auf Telegramm Nr. 175 von gestern. Staatssekretär lässt Euer Exzellenz ersuchen, den vollen Wortlaut am 5. d. M. unterzeichneten österreichisch-ungarisch-rumänischen geheimen Vertrages hieher ehestens mitteilen zu wollen. So wie im Jahre 1902 würde dann die Beitrittserklärung Deutschlands hier in drei Exemplaren ausgefertigt und dem deutschen Gesandten nach Bukarest zugleich mit der Vollmacht zur Unterzeichnung zugeschickt werden. Die ganze Vorgangsweise wäre also genau dieselbe wie im Jahre 1902. Szögyény.

[a] Vgl. n. 5827, 5846, 5853.

Nr. 5838. Tel. aus Berlin, 17. Feb. 1913 Nr. 91 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Inhalt Euer Exzellenz Erlasses Nr. 753 vom 15. d. M. Staatssekretär mitgeteilt und ihm Abschrift übergeben. Nach dessen Meinung werde es schwer zu erreichen sein, dass an einer eventuellen finanziellen Entschädigung Montenegros außer Österreich-Ungarn und Italien auch noch andere Macht partizipiert. Staatssekretär versprach bei nächster Gelegenheit mir gegenüber auf diesen Gegenstand wieder zurückzukommen. Szögyény.

Nr. 5839. Tel. aus Berlin, 17. Feb. 1913 Nr. 92 (eing. 18. Feb. 8 U. a. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramme Nr. 176[a]) und 178 von gestern. Wie mir Staatssekretär heute mitteilt, ist Fürst Lichnowsky ermächtigt worden, im Einvernehmen mit seinem österreichisch-ungarischen und italienischen Kollegen der von Sir E. Grey modifizierten und von diesem Tewfik Pascha zu erteilenden Antwort zuzustimmen. Bei diesem Anlasse habe ich Herrn von Jagow den in Euer Exzellenz Telegramm Nr. 178 neuerdings dargelegten Standpunkt zur Kenntnis gebracht. Szögyény.

[a]) Mit Tel. Nr. 176, 16. Feb. 1913 (chiffr. 10 U. 50 M. p. m.) wurde n. 5813 nach Berlin mitgeteilt.

Nr. 5840. Tel. aus Berlin, 17. Feb. 1913 Nr. 93 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm vom 15. d. M. Nr. 174. Staatssekretär teilt Euer Exzellenz Ansicht, dass, falls in der rumänisch-bulgarischen Differenz durch direkte Aussprache eine Verständigung nicht zu erreichen wäre, von Seiten der rumänischen und bulgarischen Regierung an eine Mediation einiger oder aller an der Londoner Botschafterréunion beteiligten Großmächte appelliert werden sollte. Zufolge der aus Bukarest eingetroffenen Nachrichten sei aber die rumänische Regierung wenig geneigt, sich diesbezüglich an die Mächte zu wenden. Szögyény.

Nr. 5841. Tel. aus Berlin, 17. Feb. 1913 Nr. 95 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Vertraulich. Mein englischer Kollege erzählt mir, er habe unlängst im hiesigen Auswärtigen Amt mitgeteilt, dass nach den aus London zugekommenen Nachrichten die russische Regierung Skutari betreffend nachgeben, hingegen aber auf Diakova, Dibra, Tarabosch und die Lumaer Ebene bestehen werde. Sir E. Goschen ist der Meinung, dass — wenn auch nicht leicht — Herr Sazonow bestimmt werden könnte, auf Tarabosch und die Lumaer Ebene zu verzichten, keinesfalls aber auf Diakova und Dibra. Szögyény.

Nr. 5842. Tel. aus Bukarest, 17. Feb. 1913 Nr. 56 (eing. 18. Feb. 10 U. a. m.).[a] Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 120 von gestern. Beinhaltete Démarche wurde bei hiesiger Regierung von meinem englischen, deutschen und italienischen Kollegen bereits ausgeführt. Werde daher ebenfalls heute bei Herrn Majoresco mich im angewiesenen Sinne vernehmen lassen, trotzdem daß russischer und französischer Kollege keine analogen Instruktionen erhalten haben. Herr Schebeko teilt mir vertraulich mit, daß seiner Ansicht nach ihm keine Weisung zukommen dürfte, weil vermutlich Sondierung in Sofia ergeben, daß man dort nicht gesonnen sei, „de recourir à médiation des puissances". K. E. Fürstenberg.

[a] Vgl. n. 5871.

Nr. 5843. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 17. Feb. 1913 Nr. 125 (eing. 18. Feb. 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Großvezir sagte mir, Tewfik Pascha melde aus London, dass Sir E. Grey ihm baldige Antwort auf türkische Anregung in Aussicht gestellt und hinzugefügt hätte, dass dieselbe weitere Verhandlungen ermöglichen werde. Diese Meldung scheint Mahmud Schefket Pascha sehr zu befriedigen. Derselbe sagte mir nämlich, dass die türkische Demarche den Zweck verfolgt habe, in der Adrianopel-Frage den Faden der Verhandlungen weiter zu spinnen. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 5813.

Nr. 5844. Tel. nach London, 17. Feb. 1913 Nr. 180 (chiffr. 5 U. 30 M. p. m.). Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

K. u. k. Konsulat in Canea telegraphiert unterm 14. d. M. wie folgt: *... wie n. 5796 ...* Ich ersuche Euer Exzellenz, über vorstehende Konsularmeldung im Foreign Office Erkundigungen einziehen und den derselben zugrunde liegenden Sachverhalt feststellen zu wollen. Es würde mich insbesondere interessiren, ob dem Vorgehen des englischen Schiffskommandanten ein Beschluß der Regierungen der vier Kretamächte zugrundeliegt und insbesondere ob die Entfernung der türkischen Flagge auf der Sudainsel als ein Akt intendirt war, welcher über die durch den Krieg geschaffene Situation hinausgehen und die staatsrechtliche Stellung der Insel noch vor Abschluß des Friedens zwischen der Türkei und den Balkanstaaten modificiren soll. Sollte sich letzteres herausstellen, so wollen Euer Exzellenz bemerken, daß das Désinteressement der k. u. k. Regierung an der Kretafrage, wie aus wiederholten Erklärungen meiner Vorgänger an die Regierungen der Schutzmächte hervorgeht, an die Voraussetzung geknüpft war, daß keine Veränderung in der staatsrechtlichen Situation Kretas vorgenommen werde und daß wir uns für letzteren Fall unsere Zustimmung vorbehalten haben. Berchtold.

Nr. 5845. Tel. aus London, 17. Feb. 1913 Nr. 141 (eing. 18. Feb. 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 179 von heute. Ich habe instruktionsgemäß unsere Zustimmung zu der an Tewfik Pascha zu gebenden Antwort erteilt. Sir E. Grey bis Donnerstag auf dem Lande; Unterstaatssekretär empfing mich und auch er hat bestimmten Eindruck, daß sowohl Türkei als die Alliierten baldigen Friedensschluß ersehnen. Ich bat Sir A. Nicolson vertraulich, Sir E. Grey die Bemerkungen bezüglich Skutaris mitzuteilen, mit Betonung Euer Exzellenz Würdigung der Bemühungen speziell Sir E. Greys um den Frieden. Sir A. Nicolson versprach, es Sir E. Grey zu berichten. Persönlich scheint er nicht an einen baldigen Fall Skutaris zu glauben. Wir besprachen die gegenwärtige Phase der Delimitationsfrage. Auf meine Bemerkung bezüglich des mir mitgeteilten letzten russischen Vorschlages, es erwecke beinahe den Eindruck, dass eine Einigung überhaupt nicht gewünscht werde, versichert mir Unterstaatssekretär, er wisse bestimmt, dass sowohl Kaiser Nikolaus als Kokowzow und Sazonow lebhaft wünschen, zu einer Verständigung zu gelangen. Sir A. Nicolson meint, man müsse russische Preßstimmen nicht zu ernst nehmen, sagte aber doch, dass die heutigen Meldungen der Londoner Zeitungen über Wiener und Petersburger Pressartikel hier im Publikum den Eindruck erwecken, „que cela se gâte entre l'Autriche-Hongrie et la Russie". Mensdorff.

[a] Vgl. n. 5858.

Nr. 5846. Tel. aus Rom, 17. Feb. 1913 Nr. 80 (eing. 18. Nov. 8 U. 30 M. a. m.).[a] Entziff.

Geheim. Antwort auf Euer Exzellenz Telegramm vom 16. d. M. Nr. 199. Italienischer Gesandter in Bukarest ist dahin instruiert, den zwischen uns und Italien abzuschließenden Vertrag über den Accès Italiens zu unserem geheimen Vertrage mit Rumänien wortgetreu nach dem Text von 1902 (mit Ausnahme der zu ändernden Daten) zu unterzeichnen. Mérey.

[a] Vgl. n. 5837, 5853, 5987, 5991.

Nr. 5847. Tel. des Legationsrates Grafen Otto Czernin aus St. Petersburg, 17. Feb. 1913 Nr. 57 (eing. 18. Feb. 10 U. 50 M. a. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 152 von heute. Ich sprach soeben den kaiserlich deutschen Botschafter, welcher mir mitteilte, er habe sich gestern seinen Instruktionen gemäß in Angelegenheit des rumänisch-bulgarischen Konfliktes Herrn Sazonow gegenüber ausgesprochen. Minister des Äussern habe ihm geantwortet, Russland werde im Falle des Ausbruches der Feindseligkeiten zwischen den beiden Ländern so lange neutral bleiben, als es „humainement possible" sei. Obwohl auch die hier eingelangten Nachrichten nichts weniger als hoffnungsvoll klängen, hoffe Sazonow noch immer, daß es einer einmütigen stärkeren Pression der Mächte in Sofia und Bukarest gelingen könnte, eine friedliche Lösung herbeizuführen. Die russischen Vertreter in beiden Städten seien mit einschlägigen Instruktionen versehen worden. Frage des Grafen Pourtalès, ob für Russland eine

Verpflichtung vorliegen würde, Bulgarien militärisch zu unterstützen, habe der Minister entschieden verneinend beantwortet und sogleich die Gegenfrage gestellt, wie die einschlägige Situation Deutschlands Rumänien gegenüber sei. Darauf habe deutscher Botschafter ausweichend geantwortet und lediglich auf die Verwandtschaftsbande zwischen den Monarchen und die intimen Beziehungen zwischen Deutschland und Rumänien hingewiesen. Herr Sazonow habe trotz seiner Zusage, solange als es ihm menschlich möglich sei, neutral zu bleiben, dies doch nicht als absolut sicher in Aussicht gestellt und sich bis zu einem gewissen Grade hinter die hiesige öffentliche Meinung verschanzt, die sich in dieser Frage noch bedeutend heftiger geltend machen würde, als in der albanesischen und in allen anderen pendenten Fragen. Rumänien verlangt zu viel und eine Vergewaltigung seitens Rumäniens werde man hier kaum ruhig mitansehen können. Die weitestgehende Konzession, die man noch für billig halte, sei eine Grenzberichtigung, bei welcher Silistria Bulgarien verbliebe. Mehr könne von Bulgarien nicht erwartet werden. Übrigens sei zu betonen, daß ebenso wie Österreich-Ungarn als Nachbar in Albanien stärker interessiert sei, Russland bei allen Delimitierungsfragen am Schwarzen Meere speziell tangiert sei. Den Mediationsvorschlag des englischen Kabinettes begrüsse Herr Sazonow rückhaltlos und er werde alles aufbieten, damit dies zum Ziele führe. Die Frage, mit welchen Mitteln eine energische Pression der Mächte bei den beiden Regierungen wirksam gemacht werden könnte, scheint sich Sazonow noch nicht klar beantwortet zu haben. Englischer Botschafter, welcher Minister nach seinem deutschen Kollegen sprach, fand ihn „très impressioné par la démarche allemande." Der Herr k. u. k. Botschafter kehrt heute abends aus Finnland zurück und dürfte sohin in den allernächsten Tagen Gelegenheit haben, die aufgetragene Demarche auch seinerseits beim Minister des Äußern auszuführen. Otto Czernin.

Nr. 5848. Privatschreiben des Prinzen Gottfried Hohenlohe, 17. Feb. 1913.[a]) Eigh. Ausfert.

In Beantwortung Deiner gütigen Zeilen[b]) erlaube ich mir Dir mitzutheilen, dass Kaiser Nicolaus mich allerdings gefragt hat — ob es denn wahr sei — „dass es der sehnlichste Wunsch des Erzherzogs Franz Ferdinand wäre — an der Spitze der Armee in Russland einzumarschieren"? Ich habe diese Fabel aus der Welt geschafft und glaube nicht — dass Kaiser Nicolaus noch an dieses Märchen glaubt. Meiner unmassgeblichen Meinung nach würde ich aber ein Zurückkommen auf diese Episode Kaiser Nicolaus gegenüber nicht für opportun halten — da hiedurch diesem „Tratsche" eine vielleicht grössere Bedeutung beigemessen werden könnte — als er es verdient. Sieht Seine kaiserliche Hoheit den Kaiser in späteren Zeiten einmal — so könnte er ja immer mündlich auf diese Fabel zurückkommen. Was die Standesreductionen anbelangt — so schliesse ich mich vollkommen der von Dir ausgesprochenen Ansicht an und zwar würde ich — falls Allerhöchsten Ortes eine entsprechende Standes-Reduction in Galizien genehmigt wird — dies der russischen Regierung bekannt geben lassen mit der Anfrage —

ob wir bei Veröffentlichung dieser unserer Absicht gleichzeitig auch verlautbaren können — dass Russland seinerseits den Jahrgang 1909 12 zu entlassen beabsichtigt — wie mir dies von Kaiser Nicolaus und dem Kriegsminister für den Fall zugesagt wurde, als wir in Galizien die Stände reducieren würden. Sollte Russland diesbezüglich doch Schwierigkeiten erheben — dann könnte man eben nur erwidern — dass es gelogen hat und dass unter diesen Umständen jedes Verhandeln nichts als einen Zeitverlust bedeutet. Ich bin weiters ganz Deiner Ansicht — dass eine einseitige Abrüstung unsererseits eine Blamage wäre — der wir uns nicht aussetzen können, und wir jedenfalls vor Verlautbarung unserer Abrüstungs-Absicht Russlands officielle Zustimmung haben müssen — auch ihre Abrüstungs-Absicht publicieren zu können. Könnten nicht diesbezügliche Communiqués gleichzeitig hier und dort erscheinen? G. Hohenlohe.

[a]) Vgl. n. 5751, 5910, 5943 Anm. a. — [b]) Liegen nicht vor.

Nr. 5849. Tel. aus Sofia, 17. Feb. 1913 Nr. 151 (eing. 18. Feb. 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Konseilspräsident besprach mit mir soeben rumänische Frage. Wir tauschten Gedanken über letzte Sitzung Herrn Ghikas mit Herrn Danew und Herrn Sarafow aus und Herr Geschoff meinte, dass er, nachdem Bulgarien rumänische Proposition mit Gegenvorschlägen beantwortet hätte, den Besuch des rumänischen Gesandten bei Dobrović nicht begreife, da doch die Negoziationen nicht abgebrochen worden wären. Konseilspräsident wundert sich, dass Herr Ghika seit Begegnung mit Herrn Danew kein Lebenszeichen mehr gegeben, und erkundigte sich mit sichtbarer Unruhe, was ich darüber wüsste und davon meinte. Ich erwiderte, dass mir Instruktionen des rumänischen Kollegen nicht bekannt und ich nicht beurteilen könnte, inwieferne letzterer dieselben richtig interpretiert habe. Daraus, was mir Ghika gesagt, müsste ich schließen, dass er strikten Auftrag hatte, bloss Forderungen zu übermitteln und Antwort darauf zu verlangen. Wenn es so sei, fände ich selbstverständlich, dass rumänischer Gesandter sich jedes weiteren Schrittes enthalte und, da bulgarische Antwort unbefriedigend, auf Alles gefasst sei. Konseilspräsident bemerkte, dass es sehr bedauerlich wäre, wenn rumänischer Gesandter Bulgarien verlassen und rumänische Regierung sich zu Schritten hinreissen lassen möchte, die friedliche Lösung unmöglich machen würden. Österreich-Ungarn, das gütliche Beilegung wünsche, werde doch — meinte Konseilspräsident — in Bukarest zur Vernunft mahnen. Herr Geschoff besprach dann Demarche, die englischer Gesandter bei ihm bezüglich eventueller Mediation der Mächte unternommen und die auch deutscher und italienischer Vertreter heute gemacht hätten. Bulgarische Regierung sei — wie sie dies durch ihre Vertreter den Kabinetten hätte mitteilen lassen — dem Gedanken einer Mediation im Prinzipe nicht abgeneigt. Direkte Verständigung sollte aber noch versucht werden. Frage Mediation erfordere gründliche Prüfung und müsste auch festgestellt werden, ob Rumänien darauf eingehen würde. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 5822, 5823, 5824.

Nr. 5850. Tel. aus Sofia, 17. Feb. 1913 Nr. 152 (eing. 18. Feb. 11 U. a. m.).[a] Entziff.

Rumänischer Gesandter erhielt Telegramm Herrn Majorescos, worin ihm Zufriedenheit mit Art, wie er verhandelt hat, ausgesprochen, mitgeteilt, daß Rumänien an seinem Standpunkt festhält, und Auftrag erteilt wird, de rester sur la réserve jusqu'à solution définitive. Herr Ghika findet Schlußwendung, aus der nicht hervorgehe, wie „solution définitive" herbeigeführt wird, enigmatisch; direkte Verhandlungen glaubt er als beendigt betrachten zu sollen. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 5824.

Nr. 5851. Tel. aus Sofia, 17. Feb. 1913 Nr. 153 (eing. 18. Feb. 11 U. a. m.).[a] Entziff.

Am Schlusse heutiger Unterredung ersuchte mich spontan Konseilspräsident, ihm Anregung Euer Exzellenz näher zu erklären, laut welcher Bulgarien und Rumänien ein Geheimabkommen schließen könnten, in welchem sich ersteres zu einer weiteren Berücksichtigung der rumänischen Forderungen für den Fall verpflichten würde, als ihm gewisse Gebiete oder Städte in Mazedonien zufallen sollten. Ich kommentierte Gedanken im Sinne hohen Telegrammes Nr. 76 vom 10. d. Mts. Herr Geschoff fände Idee sehr gut und hätte bereits versucht, Ministerrat dafür zu interessieren; einige Minister glaubten, daß Sache praktisch undurchführbar, da einerseits für Gebiete oder Städte, die Bulgarien Aussicht habe zu besitzen, es keinen Grund hätte, Rumänien besondere Konzessionen zu machen und anderseits Rumänien sich mit Zession, die von einer ganz problematischen Gebietserwerbung Bulgariens abhängig gemacht würde, nicht begnügen möchte. Konseilspräsident wüsste nicht, ob Ministerrat schließlich auf Anregung eingehen werde, möchte aber letzterem Frage zur Prüfung noch einmal unterbreiten und zu diesem Ende möchte er wissen, ob Euer Exzellenz sich vergewissert hätten, daß Rumänien auf fragliches Geheimabkommen eingehen würde. Ich antwortete, daß mir letzteres unbekannt. Herr Geschoff meinte, er wäre mir dankbar, wenn ich ihm darüber Aufschluß geben könnte. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 5874.

Nr. 5852. Bericht des Militärattachés in Belgrad, 18. Feb. 1913 Res. Nr. 74 (eing. als Einsichtsstück des Chefs des Generalstabes vom 20. Feb. Nr. 943 am 3. März). Ausfert.

Seit dem Ausbruche des Balkankrieges tritt eines der charakteristischen Merkmale serbischer Politik — volles Aufgehen in russischem Einflusse — noch in verstärktem Masse hervor. Je schärfer sich der Gegensatz zur Monarchie gestaltet, desto schrankenloser überlässt man sich der russischen Bevormundung. Derzeit erscheint die Position Russlands in Serbien gefestigter denn je. Dies ist wohl nicht nur der grossen Richtlinie serbischer Politik, ihre Aspirationen auf Gebietsteile der Monarchie mit russischer Hilfe zu realisieren, zuzuschreiben, sondern auch der zielbewussten Tätig-

keit der hiesigen russischen Vertretung. Wie wiederholt berichtet wurde, hat es Herr Hartwig meisterhaft verstanden, das geringste Anwachsen unseres Einflusses, unseres Prestiges in Serbien sofort zu untergraben. Gleichzeitig hat er Serbien dem Zarenreiche zu grossem Danke verpflichtet, hat er doch die Tochter des König Peter an einen Prinzen aus dem Hause Romanow verheiratet (wie man hier annimmt), den zweimaligen Besuch König Peters am Zarenhofe und seine Betrauung mit der Inhaberschaft eines russischen Regimentes vermittelt und auch die Übernahme der Inhaberschaft eines serbischen Regimentes durch den Zaren zustande gebracht und dadurch die Armee der Königsmörder rehabilitiert. Auch eine Viermillionenanleihe zur Tilgung der Schulden der Offiziere konnte er in Russland placieren. Der Krieg mit der Türkei brachte neue Gelegenheit, das russische Wohlwollen zu beweisen. Russland hat nicht weniger wie 7 grosse Spitäler in Serbien eingerichtet und wenn es auch den Verwundeten dort nicht am allerbesten gehen soll, so machen die russischen Uniformen der Aerzte und Krankenpfleger in allen Strassen für die russische Sache geschickt Reklame. Auch bedeutende finanzielle Hilfe ist dem serbischen Roten Kreuz von Russland zugekommen; es wurde ihm unter anderem auch ein komplettes Spital zu 300 Betten mit modernster Einrichtung geschenkt. 100.000 aus Russland gekommene Militärmäntel, an denen nicht einmal die Uniformknöpfe geändert wurden, angeblich ein Geschenk der russischen Heeresverwaltung, wird gewiss dazu beitragen, dass auf die den russischen Brüdern schuldige Dankbarkeit auch in der Armee nicht vergessen werde. Wie zielbewusst man von russischer Seite vorgeht, um seinen Einfluss möglichst zu basieren, beweist ein vom russischen Kriegsministerium im Wege der hiesigen Gesandtschaft dem serbischen Kriegsministerium zugekommenes und im serbischen Amtsblatt verlautbartes „Reglement über die Aufnahme von Untertanen der südslavischen Staaten in allgemeine und spezielle russische Militärschulen und Offiziersschulen, welche unter der Verwaltung des Kriegs- und des Marineministeriums stehen." Dieses Reglement (wird in einem abgesonderten Bericht[a]) behandelt) macht nicht den Eindruck, dass die bereits seit Jahrzehnten gehandhabte Ausbildung serbischer Untertanen in russischen Militärschulen in Hinkunft in bedeutend grösserem Umfange stattfinden wird; aber seine Verlautbarung im gegenwärtigen Zeitpunkte entbehrt gewiss nicht der Tendenz, auf die stete Unterstützung Russlands hinzuweisen. Kennzeichnend für die Stellung des russischen Gesandten in Serbien war sein Empfang in Kalkandelen, als er Mitte Januar in Begleitung zweier höherer russischer Offiziere (angeblich Delegierte des russischen Roten Kreuzes) einen Ausflug von Üsküb dahin unternahm. Man hätte den Souverain eines befreundeten Staates nicht festlicher empfangen können. Nach detaillierten Zeitungsschilderungen dieses „Festtages für Kalkandelen" war den Russen eine Eskadron entgegen geritten, am Ortseingang bildeten Truppen Spalier, eine Ehrenkompagnie war ausgerückt, der Divisionär Oberst Nedić erwartete den Gesandten mit seinem Stabe am Ortseingang und erstattete ihm Meldung und die aufgefahrenen Batterien lösten Salutschüsse. Naturgemäss hatte auch der hiesige russische Militärattaché eine bevorzugte Stellung. Oberst

Artamanoff, ein Panslave extremer Richtung, über den im diplomatischen Korps wegen seiner übertriebenen „Bewunderung" der Serben eher gelächelt wird, hat im serbischen Kriegsministerium und im Offizierkorps nicht unbedeutenden Einfluss. Wie mir vertraulich erzählt wird, ist er bemüht, die Wehrfähigkeit der Monarchie und den Zustand der k. u. k. Armee in Zweifel zu ziehen, äusserte sich speziell über unsere Artillerie-Ausrüstung und über die nationalen Schwierigkeiten in der Armee in abfälliger Weise. Während unserer Anwesenheit auf dem Kriegsschauplatze wurde er allabendlich der königlichen Tafel beigezogen, während König Peter die anderen Militärattachés überhaupt nicht empfing (die gleiche Bevorzugung genoss auch der russische Militärattaché in Sofia am königlich bulgarischen Hofe). Gellinek.

a) Liegt nicht vor.

Tel. nach Berlin, 18. Feb. 1913 Nr. 180 (chiffr. 8 U. p. m.). Siehe n. 5861.

Nr. 5853. Erlaß nach Berlin, 18. Feb. 1913 Nr. 793.a) Konz. (S. u. G. Biegeleben).

Geheim. Mit Beziehung auf das Telegramm vom 17. d. M. Nr. 90 beehre ich mich, Euer Exzellenz beiliegend behufs Uebermittlung an den Herrn Staatssekretär den Wortlaut des am 5. d. M. unterzeichneten österr.-ungar.-rumänischen Vertrages zu senden. Gleichzeitig wollen Euer Exzellenz Herrn von Jagow um Ueberlassung einer Abschrift der in drei Exemplaren nach Bucarest zu sendenden deutschen Beitrittserklärung ersuchen, welche hier zur Herstellung des Ratificationsinstrumentes benötigt wird, und dieselbe mit sicherer Gelegenheit anher vorlegen.

a) Vgl. n. 5846, 5870, 5900.

Tel. nach Bukarest, 18. Feb. 1913 Nr. 124 (chiffr. 8 U. p. m.). Siehe n. 5861.

Nr. 5854. Tel. aus Bukarest, 18. Feb. 1913 Nr. 57 (eing. 5 U. 30 M. p. m.).a) Entziff.

In Erledigung des Telegrammes Euer Exzellenz Nr. 120 habe gestern abends Demarche bei rumänischer Regierung unternommen. Herr Majoresco begrüßte dieselbe dankbar hervorhebend, daß sie seinen schon seit lange gehegten Absichten entgegenkomme, welche er wegen Überhandnehmens Kriegspartei zurückstellen mußte. Ministerpräsident beabsichtigt nicht, an Botschafterréunion heranzutreten, nachdem Londoner Atmosphäre für Rumänien ungünstig, Bulgarien dort viel mehr Kredit genießt und die Angelegenheit, wie die übrigen in Réunion verhandelten, zu keinem Abschluß gelangen würde. Auch Schiedsgericht zweier Mächte hält Minister für Rumänien nicht entsprechend, hauptsächlich da Italien, das angerufen werden müßte, lau und zurückhaltend sich bisher benahm. Er wird daher Ministerrat vorschlagen, Intervention Russlands allein anzurufen, welches in Bulgarien größten Einfluß besitzt und laut jüngst erfolgter offizieller

Mitteilung sich in Sofia für Abtretung Silistrias eingesetzt habe. Schiedsspruch Russlands würde man in Bulgarien annehmen und könnte dortiger Regierung Situation erleichtern. Ich hütete mich, gegen diesen Plan Majorescos Stellung zu nehmen, da wir es nur begrüßen können, wenn Rumänien Silistria erhält, mag es durch wessen immer Einfluß geschehen, Russland dadurch in schwierige Situation gerät und Odium auf dieses fällt, wenn Rumänien unbefriedigt. K. E. Fürstenberg.

a) Oe. U. Balkan 156 Nr. 292. Vgl. n. 5832, 5871.

Tel. nach Konstantinopel, 18. Feb. 1913 Nr. 118 (chiffr. 8 U. p. m.). Siehe n. 5861.

Tel. nach London, 18. Feb. 1913 Nr. 181 (chiffr. 8 U. p. m.). Siehe n. 5861.

Nr. 5855. Tel. nach London, 18. Feb. 1913 Nr. 182 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.).a) Konz. (S. Berger; V. Nemes; G. Berchtold).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 134 vom 14. d. M. und Kuriersexpedition vom 15. d. M.b) Euer Exzellenz wollen womöglich noch vor der Botschafterréunion Sir E. Grey aufsuchen und sich im nachstehenden Sinne aussprechen: Die Argumente, welche in der note explicativec) enthalten sind, und Hochderen sonstige Ausführungen (welche ebenfalls meine volle Billigung finden) dürften es dem Herrn Staatssekretär klargemacht haben, daß ein weiteres Nachgeben unsererseits in jedem Belange und zwar sowohl in ethnographischer als auch in ökonomischer und völkerrechtlicher Hinsicht mit den Notwendigkeiten im Widerspruche stünde, von denen unserer Ansicht nach die Schaffung eines lebensfähigen Albaniens abhängt. Euer Exzellenz wollen hiebei insbesondere die Bemerkung einflechten, daß die letzte russische Proposition aus Albanien gerade Städte ausscheiden möchte, woran dieses Land ohnehin Mangel leidet und die jene Landschaften ihrer Zentren beraubt, die in jeder Beziehung zu Albanien gerechnet werden müssen. Unter diesen Umständen erscheint die zwischen den beiden letzten Delimitierungsprojekten bestehende Differenz, mag sie auch im Vergleiche zu früher eine gewisse Abnahme aufweisen, doch noch so groß, daß der tote Punkt kaum überwunden werden könnte. Andererseits bedeute jede Verzögerung in der Regelung der albanischen Abgrenzungsfrage eine Gefahr für die friedliche Lösung der Balkankrise. Es sei uns bekannt, wie sehr Sir E. Grey um die Erhaltung des Friedens sich bemühe und alles zu diesem Zwecke aufbieten wolle. Eben deshalb würden wir es lebhaft bedauern, wenn die Arbeiten der Réunion resultatlos verlaufen sollten, und seien wir daher aus Rücksicht, für den Herrn Staatssekretär geneigt, doch noch einen Versuch zu machen, um über den toten Punkt hinwegzukommen, indem wir vor allem kein Bedenken dagegen hegen, den letzten russischen Vorschlag punktweise zu diskutieren, was in der Absicht geschehe, unseren guten Willen zu dokumentieren. Für den leider wahrscheinlichen Fall der Erfolglosigkeit dieser Diskussion könnten wir uns mit der mehrfach aufgetauchten und

auch von dem Herrn Staatssekretär ventilierten Idee einer kommissionsweisen Regelung der Abgrenzungsfrage, und zwar von allen anderen, von Euer Exzellenz bereits vorgebrachten und jetzt zu wiederholenden Konsiderationen abgesehen, schon deshalb nicht befreunden, weil die Tätigkeit einer solchen internationalen Kommission eine äußerst langwierige wäre. Insbesondere wäre auf die Gefahr von Massakers zurückzukommen und hiefür auf das Präcedens zu verweisen, daß seinerzeit in Mazedonien im Hinblick auf die Eventualität statistischer Erhebungen seitens der Organe der internationalen Reformaktion Massenmorde zwischen den verschiedenen Nationalitäten stattgefunden haben. Da jeder Zeitverlust die Situation nur verschlechtern könnte, würden wir uns noch eher dazu entschließen, ein allerletztes Opfer zu bringen, indem wir selbstredend unter der Bedingung der sonstigen integralen Annahme unserer Grenzlinie bereit wären, das Rekathal samt der Stadt Dibra zu konzedieren. (Der Rest des gleichnamigen Sandschaks müßte natürlich bei Albanien verbleiben.) Diese Konzession, welche wir nur dann zu machen bereit wären, wenn Sir E. Grey sie uns als eine sichere Basis für einen einhelligen Beschluß der Botschafterréunion empfehlen würde, trüge auch dem vielleicht nicht ganz richtigen, aber russischerseits wiederholt aufgestellten Prinzipe des Gleichgewichtes in der Zahl der beiderseitigen Zugeständnisse Rechnung, indem wir Prisren, Ipek und Dibra, Rußland nur Skutari und Djakova konzediert hätte. Für den Fall als Sir E. Grey sich dazu verstehen sollte, diesen letzten Versuch zu machen, um auf der Botschafterréunion zu einer Einigung über die albanische Grenzfrage zu gelangen, müßte es selbstverständlich seinem Ermessen überlassen bleiben, ob er das Einverständnis Rußlands zu seinem auf dieser Basis zu erstattenden Vorschlage durch eine Sondierung in Petersburg oder durch eine Besprechung mit Graf Benckendorff einhole. Mit Rücksicht auf die Stimmung Hochderen russischen Kollegen würde vielleicht erstere Alternative den Vorzug verdienen. Auf alle Fälle wollen Euer Exzellenz dem Herrn Staatssekretär weder den Ernst der Situation noch die Gefahren einer weiteren Verschleppung der Abgrenzungsangelegenheit verhehlen. Sir E. Grey möge in vorstehenden Ausführungen mein redliches Bestreben sehen, in letzter Stunde ein Fehlschlagen der Réunion mit allen ihren Folgen zu verhüten. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 5879, 5880, 5898 Anm. c, 5917 Anm. c. — [b]) Vgl. n. 5814, 5815, 5816, 5818. — [c]) Vgl. n. 5815 Anm. c.

Nr. 5856. Tel. aus London, 18. Feb. 1913 Nr. 142 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Hakki Pascha, der vorgestern angekommen ist, hat mich heute besucht. In Abwesenheit Sir E. Greys hat er vorläufig Sir A. Nicolson gesehen. Er sagte mir, dass er nicht als Delegierter für eventuelle neue Friedensverhandlungen komme, dass aber seine Gegenwart in London vielleicht nützlich sein könnte, wenn er mit den Botschaftern in Fühlung bleibe. Was er mir über die Lage sagte, dürfte Euer Exzellenz von Konstantinopel aus bereits bekannt sein. Militärische Lage schildert er als günstig, finanzielle ungünstig, doch sei Bulgarien diesbezüglich beinahe ebenso schlecht

daran. Wenn man Türkei zwinge, Adrianopel aufzugeben, sei es ebenso gut, Kampf weiter zu führen, bis Adrianopel fällt; Türkei habe da nichts weiter zu verlieren und es würde Bulgarien furchtbar schwächen. Ich machte ihn darauf aufmerksam, dass die Forderungen der Alliierten noch weitgehendere sein dürften, wenn der Krieg länger fortgesetzt werde und erfolglos für die Türkei bleibe. Er sprach darauf von der Ungeheuerlichkeit, die darin bestehe, Kriegsentschädigung zu verlangen. Mazedonien — so meinte er — werde in Zukunft ebenso von Banden und Komitatschis verwüstet werden wie bisher. Bulgarien annektiere hauptsächlich Griechen und Osmanen, Serbien Albanesen und Bulgaren etz. Ich hatte doch den Eindruck, dass auch er baldigen Friedensschluss durch Mediation der Mächte wünsche. Bezüglich anderer Verhandlungen mit England sagte er mir, Besprechungen mit England und Deutschland über Bagdadbahn wären im Zuge. Nachdem die Bahn im Laufe des Jahres Bagdad erreicht haben wird, wäre es von Interesse, jetzt den terminus am Meer bald festzusetzen. Er bezeichnete Basra als die wahrscheinlichste und passendste Endstation. Mensdorff.

Nr. 5857. Tel. aus London, 18. Feb. 1913 Nr. 143 (eing. 19. Feb. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Unterstaatssekretär sagte mir eben, russische Anregung bezüglich gemeinschaftlicher Démarche in Bukarest und Sofia, damit Rumänien und Bulgarien sich an die Intervention der Mächte wenden, sei gestern hier gemacht worden. Sir A. Nicolson hat sofort an die britischen Gesandten in Bukarest und in Sofia Instruktionen telegraphiert, sich der Démarche anzuschließen, wenn ihre Kollegen dazu ermächtigt sind. Unterstaatssekretär glaubt, daß sowohl rumänische als bulgarische Regierung Schlichtung ihrer Differenzen durch Dazwischenkunft der Mächte wünschen. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 5861.

Nr. 5858. Tel. aus London, 18. Feb. 1913 Nr. 144 (eing. 19. Feb. 9 U. a. m.). Entziff.

Bezug auf gestriges Telegramm Nr. 179 und im Nachhange zu meinem gestrigen Telegramme Nr. 141. Unterstaatssekretär wird heute Antwort an Tewfik Pascha erteilen, nachdem alle Botschafter ihm Zustimmung ihrer Regierungen zur Modifikation des Textes derselben überreicht haben.
Mensdorff.

Tel. nach Paris, 18. Feb. 1913 Nr. 136 (chiffr. 8 U. p. m.). Siehe n. 5861.

Tel. nach Rom, 18. Feb. 1913 Nr. 203 (chiffr. 8 U. p. m.). Siehe n. 5861.

Nr. 5859. Tel. nach Rom, 18. Feb. 1913 Nr. 204 (chiffr. 10 U. 45 M. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; V. Nemes; G. Berchtold).

Der königlich italienische Botschafter hat mich heute aufgesucht und mir mitgeteilt, er hätte bezüglich der Frage von Skutari ein Telegramm seiner

Regierung erhalten. In dieser Depesche spreche Marquis di San Giuliano die Ansicht aus, wir würden — wenn es den Montenegrinern gelänge, sich Skutaris zu bemächtigen — vor zwei Alternativen gestellt werden: die eine wäre die Anerkennung der durch die kriegerischen Ereignisse geschaffenen Situation und demgemäß die Belassung Skutaris bei Montenegro, die andere wäre das Inaussichtstellen neuer bisher nicht gewährter Konzessionen an König Nikita, damit dieser die Stadt wieder herausgebe. Eine militärische Expedition Österreich-Ungarns zu dem Zwecke, Skutari — wenn einmal von den Montenegrinern besetzt — denselben wieder zu entreißen, hielte Marquis di San Giuliano — wie Herzog Avarna bemerkte — für äußerst bedenklich. Italien wäre jedenfalls nicht in der Lage daran theilzunehmen, da Rücksichten auf die zwischen den beiden Königshäusern bestehenden Bande und die öffentliche Meinung des eigenen Landes, welche einen solchen Schritt mißbilligen würde, die Consulta hindern würden, auf diese Weise gegen Montenegro vorzugehen. Wenn aber die Monarchie allein eine solche Initiative ergreife, so würde wiederum Italien in Bezug auf seine paritätische Stellung in der albanischen Frage geschädigt werden. Denn die Monarchie würde in diesem Falle in Albanien unleugbar an Prestige gewinnen, während man dort der italienischen Regierung Mangel an Interesse für die nationale Sache Albaniens vorwerfen dürfte. Italien könnte allerdings seinerseits auch Expeditionen nach anderen Teilen Albaniens unternehmen, die Opportunität solcher Unternehmungen bliebe jedoch dahingestellt. Marquis di San Giuliano bitte mich, dies zu berücksichtigen. Er glaube, es wäre am besten, wenn schon jetzt zwischen der Monarchie und Italien ein Akkord geschaffen würde, der zu besagen hätte, wie wir uns im Falle einer Eroberung Skutaris durch die Montenegriner verhalten würden. Ich erwiderte dem Herrn Botschafter, daß wir gegenwärtig in der Ausarbeitung einer Antwort auf den letzten russischen Vorschlag begriffen seien, welcher bekanntlich die Belassung Skutaris bei Albanien voraussehe. Wiewohl der Lichnowskysche Kompromißvorschlag bereits unsere äußersten Konzessionen enthalte, wären wir doch im Interesse einer raschen Lösung der ganzen Frage bereit, eventuell ein weiteres Entgegenkommen ins Auge zu fassen. Wir müßten aber jedenfalls ein Hauptgewicht darauf legen, daß von der Gegenseite das Engagement genommen werde, der von der Botschafterréunion eventuell akzeptierten Abgrenzung Albaniens werde tatsächlich Geltung zu verschaffen sein. Sollte daher in London eine Einigung in der Delimitationsfrage zustandekommen, so müßte eine diesbezügliche Deklaration in Belgrad und Cetinje abgegeben werden. Herzog Avarna nahm meine Antwort zur Kenntnis und bemerkte, daß seine bezügliche persönliche Auffassung mit der meinigen im wesentlichen übereinstimme. Er werde Marquis di San Giuliano von meinen Äußerungen verständigen. Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Information und Regelung der Sprache Marquis di San Giuliano gegenüber. Berchtold.

[a] Vgl. n. 5909, 5917.

Tel. nach St. Petersburg, 18. Feb. 1913 Nr. 153 (chiffr. 8 U. p. m.).
Siehe n. 5861.

Nr. 5860. Tel. aus St. Petersburg, 18. Feb. 1913 Nr. 59 (eing. 19. Feb. 10 U. a. m.).[a] Entziff.

Ich habe heute Herrn Sazonow aufgesucht und mich ihm gegenüber im Sinne Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 152 von gestern ausgesprochen, wobei ich es mir angelegen sein ließ, die freundschaftlichste Form zu wahren und die Demarche in dem Lichte erscheinen zu lassen, dass sie in erster Linie dem Wunsche der k. und k. Regierung entspringe, den Frieden aufrecht zu erhalten und den ernsten Folgen vorzubeugen, die ein rumänisch-bulgarischer Konflikt namentlich dann hervorrufen könnte, wenn es richtig wäre, dass Russland die Absicht hätte, in einem solchen Falle nicht neutral zu bleiben. Ich führte insbesonders aus, dass es in allererster Linie das Bestreben der die Aufrechterhaltung des europäischen Friedens wünschenden Mächte sein müsste, wenn irgend möglich zu verhindern, dass es zum Ausbruche eines rumänisch-bulgarischen Krieges komme und wies darauf hin, dass Euer Exzellenz bereits im Sinne der Anregung der Londoner Botschafterréunion den k. und k. Vertretern in Bukarest und Sofia entsprechende Weisungen erteilt haben. Der Herr Minister erwiderte mir, er habe hievon bereits durch eine Depesche Herrn von Giers zu seiner großen Befriedigung Kenntnis erhalten. Er hoffe, dass, (falls)[b] alle Mächte gemeinsam in nachdrücklicher Weise an beiden Stellen den Rat erteilen, die Mediation der Mächte anzurufen, diese Mahnung auch von Erfolg sein werde. Dass Bulgarien diesen Vorschlag annehmen würde, wisse er bereits und hoffe, dass auch Rumänien sich hiezu verstehen werde, wenn sich insbesonders auch die Dreibundmächte dafür einsetzen. Er habe übrigens gestern auch aus Bukarest insoferne günstige Nachrichten erhalten, als Herr Schebeko telegraphiere, Herr Majoresco habe ihm erklärt, Rumänien werde auch im Falle es jetzt nicht zu einer Verständigung gelange, solange als irgend möglich es vermeiden, einen irreparablen Schritt zu unternehmen. Er hoffe daher, dass es schließlich gelingen werde, den drohenden Konflikt noch rechtzeitig abzuwenden. Ich bemerkte, dass dies von Niemandem mit größerer Befriedigung begrüßt werden würde, wie seitens der k. und k. Regierung, dass aber immerhin die Möglichkeit nicht ganz auszuschließen sei, dass die Vermittlungsaktion der Großmächte zu keinem Ergebnis führe. Euer Exzellenz seien daher der Ansicht, die befreundeten Großmächte sollten in diesem Falle dem Kriege durch freundschaftliche und friedliche Mittel so rasch als möglich ein Ende zu machen und dessen Übergreifen auf andere Staaten zu verhindern trachten. Sazonow versicherte mir, dass er sich in dieser Beziehung vollkommen mit Euer Exzellenz begegne; er bemerkte jedoch, dass ebenso wie Österreich-Ungarn am westlichen Teile des Balkans wichtige Interessen habe, welche es mit Nachdruck vertrete und an denen seine im Übrigen unbestreitbare Friedensliebe ihre Grenzen finden würde, so auch Russland am Schwarzen Meer in einer Weise interessiert sei, die es ihm unmöglich machen würde, ruhig zuzusehen, wenn dort Kräfteverschiebungen vorkommen sollten, durch die sich Russland benachteiligt fühlen würde. Hier könnte eben unter Umständen für Russland der Fall eintreten, wo es sich selbst mit dem Gedanken einer allgemeinen Konflagration, die es gewiss sehnlichst zu vermeiden wünsche, vertraut machen müsste. Er hoffe aber,

wie mehrmals erwähnt, zuversichtlich, dass es nicht dazu kommen werde. Ich machte den Herrn Minister darauf aufmerksam, dass wenn er schon eine Parallele mit unserer Lage im Westen der Balkanhalbinsel ziehen wolle, er sich auch unsere Haltung zum Muster vorhalten möge. Denn, obwohl wir Interessen allererster Ordnung zu wahren haben, sind wir beim Ausbruch und während der ganzen Dauer des Balkankrieges nicht aus unserer Neutralität herausgetreten und sind jetzt nachträglich durch freundschaftliche Verhandlungen bemüht, unsere vitalen Interessen zu wahren. Der Herr Minister wusste auf diese Argumente nicht zu (erwidern)[b] und wiederholte nur, dass es für Russland wirklich unmöglich sei, de rester indifférente vis-à-vis d'un conflit roumano-bulgare. Es ist dies auch eine wesentliche Nuance gegenüber dem „nicht neutral bleiben können." Auch habe ich den allerdings auf keine bestimmten Fakten gegründeten Eindruck, dass Herr Sazonow, selbst im Falle es zu einem bulgarisch-rumänischen Kriege kommen sollte, sein Möglichstes tun werde, um nicht in denselben direkt hineingezogen zu werden und daher selbst in diesem Falle die Möglichkeit eines Gedankenaustausches in dem von Euer Exzellenz gedachten Sinne nicht a priori ausgeschlossen sein wird. Allerdings ist es fraglich, ob der in diesem Falle besonders starke Druck der öffentlichen Meinung nicht am Ende die Oberhand erhalten würde. Thurn.

[a] Vgl. n. 5869. — [b] Chiffre fehlt.

Nr. 5861. Tel. nach Sofia Nr. 95 (1), Bukarest Nr. 124 (2), Berlin Nr. 180 (3), Rom Nr. 203 (4), London Nr. 181 (5), Konstantinopel Nr. 118 (6), St. Petersburg Nr. 153 (7) und Paris Nr. 136 (8), 18. Feb. 1913 (chiffr. 8 U. p. m.).[a] Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

1.—8. Herr von Giers hat mich im Auftrage seiner Regierung ersucht, unsere Vertreter in Bukarest und Sofia anzuweisen, den dortigen Kabinetten nahezulegen, de s'adresser aux Grandes Puissances pour la solution du différend. Um diesem Ansuchen zu entsprechen,

1. u. 2. wiederhole ich den in meinem Telegramme vom 15. d. M.
1. Nr. 90
2. Nr. 120

1. u. 2. enthaltenen Auftrag, sich bei der dortigen Regierung im Sinne der Londoner Anregung vernehmen zu lassen.

3.—8. erneuere ich an Prinzen Fürstenberg und Grafen Tarnowski den in meinem Telegramme vom 15. d. M. Nr.

3. 174
4. 198
5. 176
6. 112
7. 147
8. 132

3.—8. reproduzierten Auftrag. Berchtold.

[a] Vgl. n. 5857, 5876, 5882, 5902, 5905.

Nr. 5862. Tel. nach Sofia, 18. Feb. 1913 Nr. 96 (chiffr. 11 U. p. m.).[a] *Konz. (S. Berger; V. Nemes, Pogatscher, Macchio; G. Berchtold).*

Herr Sallabascheff hat heute hier mitgetheilt, Herr Ghika hätte als seine persönliche Meinung ohne einen bezüglichen Auftrag seiner Regierung geäußert, er glaube, Rumänien würde sich mit einer der beiden nachstehenden Alternativen begnügen: entweder ein Küstengebiet bis Kaliakra — zirka 50 *km* von der jetzigen Grenze — ohne die Stadt Silistria oder diese Stadt mit einer zirka 5—6 *km* langen Küste. Der Herr bulgarische Gesandte bemerkte ferner, es sei seiner Regierung aus Petersburg bekannt geworden, man bemühe sich an der Sängerbrücke, England und Frankreich für einen Druck in Sofia zu gewinnen, um Bulgarien zur Abtretung einer Küste von zirka 25 *km* bis Schabla und von Silistria zu bewegen. Bei dieser Sachlage frage sich die bulgarische Regierung, ob es nicht vortheilhafter sei, sich direkt mit Bukarest zu verständigen, indem man die eine oder die andere der rumänischen Alternativen akzeptiere und so die noch drückendere russische Proposition evitiere. Herr Sallabascheff sei beauftragt, anzufragen, ob Österreich-Ungarn — falls es zu einer Mediation der Großmächte kommen sollte — gesonnen sei, die Interessen Bulgariens gegenüber der Tripleentente und deren weitgehenden Forderungen zu vertheidigen oder ob das Wiener Kabinett zu einer raschen direkten Verständigung mit Rumänien rate. Die Antwort an Herrn Sallabascheff lautete, daß ich ebenso wie bisher mich nur neuerdings im Sinne einer direkten und raschen Verständigung mit Bukarest auszusprechen vermöchte. Vorstehendes zu Euer Hochgeboren vertraulicher Information und Regelung Ihrer Sprache. Was den Herrn Gueschoff durch den russischen Vertreter in Sofia ertheilten Ratschlag einer Abtretung Silistrias anbelangt — Euer Hochgeboren Telegramme vom 16. d. M., Nr. 146 und 149 — habe ich aus Euer Hochgeboren Meldungen ersehen, daß Herr Nekludow hiebei nicht, wie ich ursprünglich aus Herrn Schebekos Reden entnehmen zu sollen glaubte, auftragsgemäß handelte. Unter diesen Umständen und im Hinblick auf die Euer Hochgeboren mitgetheilten Äußerungen Sallabascheffs würde ich Werth darauf legen, daß Euer Hochgeboren einen auf die Herbeiführung einer direkten Verständigung gerichteten Ratschlag bei Herrn Gueschoff vorbringen. Hiebei könnten Hochdieselben als Ihre persönliche Meinung auf die Möglichkeit hinweisen, daß die Mediation der Mächte vielleicht nicht nur die Überlassung Silistrias an Rumänien, sondern auch die Abtretung eines längeren Küstenstreifens Bulgarien auferlegen könnte, was gewiß nicht im Interesse des Königreiches gelegen wäre. Berchtold.

[a] Vgl. n. 5876.

Nr. 5863. Tel. nach Sofia, 18. Feb. 1913 Nr. 97 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.).[a] *Konz. (S. Berger; G. Berchtold).*

Erhalten Euer Hochgeboren Telegramm vom 16. d. M., Nr. 147. Euer Hochgeboren sind ermächtigt — ohne das Eintreffen bezüglicher Instruktionen an alle Kollegen von den Großmächten abzuwarten — sich

dem Schritte Ihres deutschen und italienischen Kollegen anzuschließen, welchen dieselben bei Herrn Gueschoff im Sinne der Londoner Anregung auszuführen gedenken. Berchtold.

a) Vgl. n. 5876, 5913.

Nr. 5864. Tel. aus Sofia, 18. Feb. 1913 Nr. 155 (eing. 6 U. 45 M. p. m.).a) Entziff.

Konseilspräsident besuchte mich soeben. Er eröffnete unverbindliche Unterhaltung mit Frage, ob ich nichts Neues bezüglich eventueller Mediation der Mächte erhalten. Ich antwortete verneinend und fügte hinzu, daß mir dies begreiflich erschiene, da Kabinette vermutlich Frage noch diskutieren. Herr Geschoff meinte, er habe denselben Eindruck; bulgarischer Gesandter in Berlin hätte ihm telegraphiert über eine Unterredung mit Herrn von Jagow, welch' Letzterer auch von Arbitrage und davon, daß Russland und Italien als Arbiter bestellt wären, gesprochen hätte. Arbitrage wäre — bemerkte Konseilspräsident — schwieriger anzunehmen als Mediation. Konseilspräsident schien heute viel ruhiger; er sagte mir vertraulich, daß Herr Majoresco bulgarischem Gesandten gegenüber seine Überraschung über Besuch Herrn Ghikas bei Dobrovich ausgedrückt hätte. Herr Geschoff schließt daraus, daß rumänischer Kollege nicht abberufen wird.

Tarnowski.

a) Vgl. n. 5824, 5867.

Nr. 5865. Tel. aus Sofia, 18. Feb. 1913 Nr. 156 (eing. 19. Feb. 10 U. a. m.). Entziff.

Bezug auf mein Telegramm Nr. 149 vom 16. d. Mts. Deutscher Kollege ermächtigt, in analoger Weise wie russischer Gesandter Abtretung Silistrias zu empfehlen; wenn dies aussichtslos, soll er größere Gebietsabtretung an Küste befürworten, ohne jedoch Eindruck hervorzurufen, dass diese Konzession Silistria ersetzen würde. Habe mich mit Herrn von Below verabredet, daß wir Abtretung Silistrias Herrn Geschoff gegenüber unter Hinweis darauf, daß ihm dasselbe bereits von anderer Seite gesagt wurde, als bestes Mittel zur raschen Verständigung bezeichnen werden.

Tarnowski.

Nr. 5866. Tel. aus Sofia, 18. Feb. 1913 Nr. 157 (eing. 19. Feb. 9 U. a. m.). Entziff.

Bezug auf mein Telegramm Nr. 147 vom 16. d. M. Französischer Kollege sagte mir, er habe Auftrag, sich für Annahme der Mediation zu verwenden. Er wundere sich über diese Instruktion, nachdem er gemeldet, daß ihn Herr Geschoff selbst ersucht hätte, französischer Regierung anzuzeigen, daß Bulgarien Mediation wünsche, werde aber Démarche ausführen. Russischer Kollege bis heute abends ohne Instruktionen. Warte auf ihn.

Tarnowski.

Nr. 5867. Tel. aus Sofia, 18. Feb. 1913 Nr. 159 (eing. 19. Feb. 11 U. a. m.).[a] Entziff.

Es herrscht hier allgemein Eindruck, daß rumänische Frage in weniger akutes Stadium getreten und daß Mächte, sei es im Mediations- oder anderen Wege friedliche Lösung herbeiführen werden. In Verbindung damit verbreite sich Auffassung, daß Rumänien gewissermaßen einlenke, und auch Rumänien freundlich Gesinnte, wie deutscher Gesandter und Militärattaché verschließen sich nicht dieser Impression und bedauern für Rumänien, daß es noch vor wenigen Tagen gar so intransigent gewesen. Bulgaren und hiesige Presse sprechen von Detente, da rumänischer Gesandter nicht abberufen. Besuch Herrn Ghikas bei Dobrović, den zuerst alle Gesandten als geschickten Schritt betrachteten, wird nunmehr als mißlungener Bluff belächelt. Herr Dobrović besuchte mich heute und sprach vom Abschiedsbesuch des rumänischen Gesandten in jokosem Tone; Abschiedsvisite amüsiere auch den König. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 5864.

Unterredung mit dem serb. Gesandten, 19. Feb. 1913. Siehe n. 5878.

Nr. 5868. Bericht aus Belgrad, 19. Feb. 1913 Nr. 42 A (eing. 21. Feb.).[a] Ausfert.

Streng vertraulich. Die nicht sehr bundesfreundliche Gesinnung der Bulgaren Serbien und Montenegro gegenüber habe ich neuerlich aus einer langen Unterredung, die ich gestern mit meinem bulgarischen Kollegen gehabt habe, ersehen können. Herr Toscheff erklärte ganz offen, dass sich seine Regierung eigentlich für das Loos Skutaris und auch für jenes Djakovas, Ipeks etc. nur sehr wenig interessiere. Auch die angebliche Gefährdung des Schicksals der montenegrinischen Dynastie liesse sie ganz kalt, wobei er ganz offen zu verstehen gab, dass man in Sofia diesen Gerüchten keinen rechten Glauben schenke und dieselben eher nur für einen Bluff König Nikolaus halte. Aber auch auf die Karageorgević war er nicht besser zu reden. Namentlich unterzog er das Verhalten des Kronprinzen Alexander im Krieg einer sehr scharfen Kritik. Er wirft ihm gänzliche Unfähigkeit, militärische Unwissenheit und hochgrädige Feigheit vor. Er machte auch Anspielungen, dass die serbische Dynastie im Lande gar keinen festen Halt habe und Europa in der Zukunft eventuell neuerlich mit Überraschungen zu rechnen haben könnte. Ich will den Ausführungen meines bulgarischen Kollegen keine allzugrosse Bedeutung beimessen und weiss wohl, dass seine Worte nicht immer ernst und aufrichtig gemeint sind; sie sind aber ein Beweis, wie er über Serbien momentan denkt und dürften überhaupt ein Zeichen der bulgarischen Mentalität sein. In seinen weiteren Ausführungen beklagte sich Herr Toscheff bitter über Rumänien. Bulgarien werde Silistria nie, unter keiner Bedingung aufgeben können, denn es handle sich dabei um die Stellung König Ferdinands im Lande. Als ich darauf erwiderte, das Volk habe auch zu bedenken, dass der König das Gebiet des Landes fast verdoppeln wird, er habe demnach wohl das Recht aus Staatsraison auch

auf einen minimalen Teil desselben zu verzichten, widersprach mir mein Mitredner ganz erregt und sagte, man würde immer nur betonen: Macedonien und Thrazien habe das heldenmütige bulgarische Heer dem Lande erworben; Silistria sei aber durch den König selbst geopfert worden. „Et vous savez on n'aime pas chez nous le roi, au moins il n'est nullement populaire, vous pouvez donc en tirer les conséquences" fügte er hinzu. Er hofft aber, dass Rumänien schliesslich doch einlenken und das weitgehende Entgegenkommen Bulgariens anerkennen werde. „Wir geben ihnen alles was sie verlangen, nur Silistria nicht; wir zediren die wichtigsten Forts, die die Stadt heherrschen, wir werden alle Befestigungswerke an der Grenze der Dobrudza schleifen und sie können so viele errichten wie sie wollen. Wir geben ihnen die Küste eventuell sogar bis Kaliakra, sie können einen prächtigen Kriegshafen sich anlegen, wir geben ihnen 30 Dörfer, wir bieten ihnen alle möglichen Garantien für die Schulen und Kirchen der Kuzovalachen etc. etc., — denn wir wollen uns für die Zukunft die Freundschaft Rumäniens sichern; nur das Unmögliche sollen sie nicht verlangen." Er besprach sodann die weitere Politik, die Bulgarien nach dem Krieg zu verfolgen haben wird. Bulgarien muss mit Rumänien engen Anschluss an Österreich-Ungarn suchen, um Russland gegenüber gesichert zu sein. Mein Mitredner behauptet, dass Russland gegenüber in den massgebenden bulgarischen Kreisen bereits ein grosser Umschwung eingetreten ist. Die Herrn Geschow und Danew sind von ihrer prononcirten Russenfreundlichkeit sehr abgekommen und die Monarchie findet im Lande die allerbesten Dispositionen vor. Übrigens sei es nur eine kurze Zeitfrage, wann Herr Radoslavow wieder ans Ruder kommt und seine Politik findet heute im ganzen Lande den grössten Anklang. Gerade mit Rücksicht auf die weitere Zukunft müsste sich Rumänien mässiger zeigen und es nicht auf das Äusserste ankommen lassen. Übrigens sei Bulgarien entschlossen den rumänischen Truppen einstweilen keinen Widerstand entgegenzustellen. „Ils n'ont qu'à venir, ils ne trouveront que des femmes et des enfants; leur victoire sera facile mais n'augmentera aucunement leur gloire militaire" setzte mein Mitredner ironisch hinzu. Allerdings würde die grosse Abrechnung nach dem Kriege kommen. Als ich frug, wie sich wohl die Serben in diesem Falle verhalten werden, erklärte Herr Toscheff mit grosser Bestimmtheit: „Ils doivent nous envoyer tant de troupes que nous en demanderons. Notre traité est catégorique et il ne peut y avoir des doutes là-dessus." Ich erwiderte darauf, dass sich aber die Serben ihre Hilfeleistung bestimmt sehr teuer bezahlen lassen werden, worauf mein bulgarischer Kollege höhnisch auflachte. „Nichts werden sie bekommen, ebensowenig wie wenn sie jetzt uns neue Truppen nach Tschataldja schicken würden. Wir verlangen momentan keine, weil wir sie nicht brauchen; aber sie sind im Sinne des bestehenden Vertrages verpflichtet gegen welchen Feind immer uns Hilfe zu leisten und können dafür keine Entschädigungsansprüche erheben. In Bulgarien lacht man nur, wenn man in den serbischen Zeitungen liest, wir müssen Monastir, Veles, Istip, Ochrida etc. etc. den Serben überlassen. Sie werden nur das bekommen, was verabredet wurde und nicht einen Zollbreit mehr. Herr Pašić weiss dies sehr gut und er rechnet damit und die andern lassen wir reden." Als ich aber darauf hinwies, dass auch

die Stellung des Herrn Pašić sehr gefährdet erscheint, wenn die auf Monastir gerichteten serbischen Aspirationen unbefriedigt bleiben, zuckte Herr Toscheff mit den Achseln und sagte einfach: „Oh lui; il se tirera déjà de l'affaire." Herr Toscheff ist ganz entschieden der bestinformierte Diplomat in Belgrad und ein gründlicher Kenner des Balkans, dass er aber als Bundesgenosse und Freund nicht besonders hoch einzuschätzen ist, dafür hat er auch diesmal den Beweis geliefert. Er steht aber in sehr engen Beziehungen zu Herrn Geschoff, mit dem er in den kritischen Tagen täglich sogar öfters telefonischen Gedankenaustausch pflegte. Er hat bei den Abmachungen der verbündeten Staaten eine sehr hervorragende Rolle gespielt und ist gewiss der intime Vertrauensmann der bulgarischen Regierung. Seine Ausführungen dürften also nicht ausschliesslich seine eigenen Ideen wiederspiegeln, sie dürften — teilweise wenigstens — der Wiederhall der in Sofia herrschenden Auffassung sein. Ugron.

a) Vgl. n. 6138.

Nr. 5869. Tel. aus Berlin, 19. Feb. 1913 Nr. 98 (eing. 7 U. p. m.).a) Entziff.

Vertraulich. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm vom 17. d. M. Nr. 179.*b)* Staatssekretär sagte mir, es sei zwar nicht richtig, dass die Verhandlungen in Sofia abgebrochen seien, dass aber tatsächlich die Situation in Bukarest gefahrdrohend sei und insbesonders König Karl sich in einer desperaten Lage befinde. Der anläßlich der Prinzentaufe einige Tage hier anwesende Prinz Karl von Rumänien habe tagtäglich verzweifelte Telegramme von seiner Mutter bekommen. Unter diesen Umständen habe er — Herr von Jagow —, dem direkten Wunsche Kaiser Wilhelms entsprechend, Graf Pourtalès beauftragt, die im bezogenen Telegramme erwähnte Demarche bei Herrn Sazonow zu machen. Deutscher Botschafter in Petersburg telegraphierte nun, Herr Sazonow habe ihm versichert, dass Russland keineswegs verpflichtet sei, im Falle eines rumänisch-bulgarischen Krieges Bulgarien zu unterstützen, doch leugne er nicht, daß Russland, durch die öffentliche Meinung gedrängt, im gegebenen Falle sich mit den Waffen in der Hand an die Seite Bulgariens stellen werde müssen. Schon die serbische Frage habe die öffentliche Meinung Russlands sehr echauffiert, noch mehr sei dies der Fall jetzt in der Frage des rumänisch-bulgarischen Konfliktes. Der Minister gebe sich der Hoffnung hin, dass es zum Kriege nicht kommen werde. Sollte er aber dennoch nicht vermieden werden können, so sei Russland damit ganz einverstanden, dass die Grossmächte sich — wie dies Deutschland wünsche — zur strengsten Neutralität verpflichten. Nach den neuesten aus Russland hier eingetroffenen Nachrichten sei übrigens, wie mir Staatssekretär mitteilt, die dortige Stimmung etwas ernüchterter und im Gegenteile zu den vorgestrigen Informationen scheine es, dass man dort nunmehr geneigt sei, an die Mächte behufs Vermittlung zu appellieren. Szögyény.

a) Vgl. n. 5860. — *b)* Mit Tel. Nr. 179, 17. Feb. 1913 (chiffr. 7 U. p. m.), wurde n. 5833 nach Berlin mitgeteilt.

Nr. 5870. Tel. nach Bukarest, 19. Feb. 1913 Nr. 126 (chiffr. 8 U. p. m.).[a] *Konz. (S. u. G. Biegeleben).*

Geheim. Mit Tel. Nr. 54 vom 15. d. M. melden Euer Durchlaucht, dass der italienische Gesandte sich bereits im Besitze der Vertragsinstrumente befinde. Ich ersuche Euer Durchlaucht, festzustellen und telegrafisch zu berichten, ob sich hierunter auch das für uns bestimmte Exemplar des italienischen Accesses befindet oder ob letzteres nach dem Muster der italienischen Beitrittserklärung vom Jahre 1902 hier angefertigt und Ihnen übermittelt werden soll. Die drei Vertragsexemplare des deutschen Beitritts werden dem deutschen Gesandten im Wege seiner Regierung demnächst zukommen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 5853, 5886.

Nr. 5871. Tel. aus Bukarest, 19. Feb. 1913 Nr. 58 (eing. 5 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Bezugnahme auf hieramtliches Telegramm Nr. 56 vom 17. d. M. Demarche wurde gestern von französischem und russischem Kollegen ausgeführt. Es herrscht darüber Unsicherheit, ob bei dem Schritte der Mächte eine Mediation oder eine Arbitrage ins Auge gefasst war. Englischer Kollege hatte zwei Depeschen, die erste enthielt das Wort Mediation, die zweite Arbitrage. Situation für Herrn Majoresco schwierig, da geringe bulgarische Konzessionen auf Schwarzer Meer-Seite wenig Möglichkeit bieten, gegen seine kriegerischen Kollegen mit Erfolg aufzutreten. Andernteils würde man alle bereits gemachten oder noch zu erreichenden Abtretungen für Besitz Stadt Silistria preisgeben und sich mit dieser und den Höhen begnügen. Man ist auch bereit, in dieser Hinsicht große finanzielle Opfer zu bringen, in Form von Abkauf oder Anleihe. Wie mir russischer und französischer Kollege vertraulich mitteilen, wurden sie vom Minister des Äussern sondiert, ob ihre respektiven Regierungen rumänische Ansprüche auf Silistria für durchaus berechtigt und durchsetzbar halten. Erteilte Antworten schienen nicht befriedigend. Nach allem Gehörten glaube ich annehmen zu können, dass man hier doch auf Anrufung Italiens zurückkommen wird, vorausgesetzt, dass es gelingt, Ministerrat für die Annahme der Arbitrage zu bewegen. Man ist sich hier bewusst, dass Rechtstitel auf Silistria unbedeutend; fürchtet daher Schiedsgericht, dessen ungünstige Entscheidung Sturz des Kabinettes nach sich ziehen würde. K. E. Fürstenberg.

[a] Vgl. n. 5854.

Nr. 5872. Tel. aus London, 19. Feb. 1913 Nr. 146 (eing. 20. Feb. 8 U. a. m.). Entziff.

Im Foreign Office hat man den Eindruck, daß Serbien von Bulgarien als Preis dafür, daß es seine schweren Belagerungsgeschütze nach Adrianopel schickte, die Überlassung von Monastir an Serbien verlange. Für die serbischen Truppen zur Belagerung von Adrianopel scheint keine Gegenleistung verlangt worden zu sein; die schweren Geschütze würden aber nur gegen Zusicherung obgenannter Konzession zur Disposition Bulgariens gestellt werden. Mensdorff.

Nr. 5873. Bericht aus St. Petersburg, 6./19. Feb. 1913 Nr. 9 B (eing. 22. Feb.). Ausfert.

Bei der letzten Unterredung, die Graf Czernin während meines Aufenthaltes in Finnland mit dem Herrn Ministerpräsidenten hatte, (vide Telegramm Nr. 55 vom 16.a) d. M.) kam Herr Kokowzow auch auf die künftige Gestaltung Albaniens zu sprechen, und ergieng sich ziemlich eingänglich über dieses Thema. Der Herr Ministerpräsident sagte gleich anfangs, bezüglich der Abgrenzungsfrage gebe es ja zwischen dem russischen und dem österreichisch-ungarischen Standpunkte ziemlich bedeutende Meinungs-Divergenzen und es liege ihm ferne zu versuchen, uns von der Richtigkeit des hiesigen Standpunktes zu überzeugen, er wolle nur ganz akademisch folgende Gesichtspunkte ausführen: Vor Allem sei uns ja wohl bekannt, dass man hier an die Lebensfähigkeit des albanesischen Staatswesens nicht recht glauben könne. Im Allgemeinen sei er aber überzeugt, dass der grosse Machtzuwachs, den die slavischen Balkanstaaten zu erlangen im Begriffe seien, der Monarchie zu weit bedeutenderen Vorteilen gereichen werde, als Russland. Heutzutage drehe sich Alles um die wirtschaftlichen Fragen und gerade von diesem Gesichtspunkte aus gesehen werde die Monarchie aus der geänderten Landkarte viel mehr Vorteile zu ziehen in der Lage sein, als Russland oder irgend eine andere Macht. Die slavischen Balkanstaaten (Serbien mitinbegriffen) würden sich auf die Dauer freiwillig oder unfreiwillig dem ökonomischen Einflusse der grossen Nachbarmonarchie unmöglich entziehen können, und bei uns werde man sich daher sehr bald darüber freuen können, an Stelle der Türkei entwicklungsfähige, aufstrebende Völker in der Nähe zu haben. Die russische Konkurrenz werde uns (leider) nicht gefährlich werden, da der russische Kaufmann erstens nicht die Gabe besitze, sich den Bedürfnissen fremder Märkte anzupassen, und zweitens mit Rücksicht auf das ja erst im Entwicklungsstadium befindliche enorme inner-russische Absatzgebiet an einen ernstlichen Aufschwung des russischen Exportes noch lange nicht zu denken sei. Thurn.

a) Richtig 15., nur aufgegeben 16. Feb. 4 U. a. m. Vgl. n. 5819.

Nr. 5874. Tel. nach Sofia, 19. Feb. 1913 Nr. 98 (chiffr. 10 U. p. m.).a) Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

Antwort auf Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 153 vom 17. d. M. Von dem Gedanken einer direkten Verständigung zwischen Bulgarien und Rumänien ausgehend, hatte ich Herrn Geschoff seinerzeit die Idee eines rumänisch-bulgarischen Geheim-Abkommens suggerirt. Von der Erwägung geleitet, daß Bulgarien diese Anregung eventuell aufgreifen würde, habe ich den k. u. k. Vertreter in Bukarest auch entsprechende Instructionen b) ertheilt, damit er die rumänische Regierung auf eine solche allfällige Proposition Bulgariens vorbereiten könne. Eine Antwort ist mir hierauf aus Bukarest nicht zugekommen und war eine solche auch der Natur der Sache nach nicht zu erwarten. Da wir gegenwärtig mit den anderen Mächten betreffs einer gemeinsamen Vermittlungsaktion in Verbindung stehen, wäre es für uns damit schwer vereinbar, weitere, abgesonderte Schritte in obiger

Richtung vorzunehmen. Euer Hochgeboren wollen sich im vorstehenden Sinne bei Herrn Geschoff vernehmen lassen und dem Herrn Minister-Präsidenten versichern, daß uns die Beilegung der rumänisch-bulgarischen Differenzen nach wie vor ebenso naheliegt, als der Wunsch, daß Bulgarien aus dem Kriege mit der Türkei unter weitgehender Erfüllung seiner territorialen Aspirationen hervorgehe. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 5883, 5895. — [b]) Vgl. n. 5727.

Nr. 5875. Tel. aus Sofia, 19. Feb. 1913 Nr. 160 (eing. 7 U. p. m.).[a]) Entziff.

Anläßlich heutiger Unterredung sagte mir Konseilspräsident, Herr Kalinkow telegraphiert, Herr Majoresco hätte ihm gesagt, dass er auf ausführlichen Bericht Herrn Ghikas über Verhandlung mit Herrn Danew warte und bis dahin nichts sagen könnte. Majoresco hätte hinzugefügt, dass er Herrn Ghika zum mündlichen Rapport wahrscheinlich nach Bukarest berufen werde, dies solle aber von Bulgarien nicht als Abbruch der diplomatischen Beziehungen angesehen werden; wie auch Einberufung von Reserven, die Rumänien anordnen werde, nicht als Mobilisierung angesehen werden dürfe. Herr Geschoff war über diese Äußerungen Majorescos, an deren Richtigkeit er nicht zweifeln könne, sehr aufgebracht; meinte, dass dies keine ernste Politik et que ni une entente directe ni une médiation ne serait possible si la Roumanie compte exercer une pression par convocation de réserves. Je ne sais pas ce que nous ferons dans ce cas, fügte Ministerpräsident hinzu. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 5876.

Nr. 5876. Tel. aus Sofia, 19. Feb. 1913 Nr. 161 (eing. 20. Feb. 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramme Nr. 95, 96 und 97 von heute. Konseilspräsident wußte bereits von meinem deutschen und italienischen Kollegen und ich habe es ihm anläßlich letzter Unterredung nicht geleugnet, daß ich Instruktionen zur Demarche im Sinne Londoner Anregung hatte. Bei meinem heutigen Besuche bei Herrn Geschoff erwähnte ich in Befolgung hohen Telegrammes Nr. 97, daß ich mich nunmehr dem Schritte meiner Kollegen formell anschließe; gleich darauf spielte ich auf die Euer Exzellenz durch Herrn Sallabascheff gemachten Eröffnungen an und bezeichnete im Sinne hohen Telegrammes Nr. 96 eine direkte Verständigung als ratsam, welchen Rat ich mit mir aufgetragenen Kommentaren im eigenen Namen ergänzte. Herr Geschoff erwiderte, daß ihm tatsächlich von Paris Information zugegangen, daß Russland für Abtretung Küste bis Schabla und Silistrias sei und Konseilspräsident hätte diese Information Herrn Sallabascheff mitgeteilt. Seither habe aber Herr Geschoff vom Gesandten in Petersburg Telegramm erhalten, daß diese Information unrichtig und daß Herr Sazonow an Abtretung Silistrias nie gedacht, sondern nur Zession von Küste bis Schabla und von Medjidie-Tabia empfehle. Es wäre auch unverständlich — meinte weiter Herr Geschoff — daß Russland größere Konzessionen befürworte, als die, mit welchen sich Rumänien, laut dessen,

was rumänischer Gesandter Herrn Danew gesagt, begnügen würde: Abtretung Silistrias und Küste bis Schabla wäre ein größeres Opfer als Zession Silistrias mit sechs Kilometer Küste oder Küste bis Kali Akra allein, wovon Herr Ghika gesprochen. Konseilspräsident erwähnte, daß ihm direkte Verständigung mit Rumänien auch von anderen Kabinetten als in erster Reihe ratsam empfohlen werde. Des Weiteren teilte er mir das mit, was ich im Telegramme Nr. 160 von heute gemeldet. Aus dem Vorstehenden und sonstigen Äußerungen Herrn Geschoffs geht hervor, daß in der rumänischen Frage derzeit größte Konfusion herrscht, welche Widersprüche dem equivoquen Spiele gewisser Kabinette und den Lügen, mit welchen man hier zu tun hat, entspringen. So leugnet mein rumänischer Kollege, Herrn Danew gesagt zu haben, daß sich Rumänien mit vorerwähnten Konzessionen begnügen würde; er hätte nur angedeutet, daß, wenn ihm eine solche Proposition gemacht worden wäre, dies weitere Verhandlungen ermöglicht hätte. Bulgarischer Gesandter hätte — wie mir Herr Geschoff gesagt — gemeldet, daß Herr Sazonow von Silistria nie gesprochen; Herr Nekludow hat mir selbst gestanden, daß er Herrn Geschoff gegenüber Abtretung dieser Stadt als opportun bezeichnet; Konseilspräsident, als ich darauf heute angespielt, leugnete dies. Deutscher und englischer Kollege sagen mir soeben, sie hätten heute Instruktionen erhalten, wonach Vertreter der Großmächte erneuerte Demarche zu unternehmen hätten, um Bulgarien Appell an Mediation der Mächte zu raten. Tarnowski.

[a]) Oe. U. Balkan 157 Nr. 293.

Nr. 5877. Tel. aus Sofia, 19. Feb. 1913 Nr. 165 (eing. 20. Feb. 11 U. a. m.).[a]) *Entziff.*

Hatte heute längeren Besuch Herrn Danews, der unverändert denselben für uns freundlichen Ton anschlägt, und mir gesagt, er unterschreibe auch heute Alles, was er in Budapest gesagt. Wenn Türkei auf Adrianopel verzichte, sei Bulgarien jederzeit bereit, in Friedensverhandlungen einzutreten und würde sich von Marmara-Meer zurückziehen und mit Ergene-Grenze begnügen. Sollte Türkei Krieg führen, bis Adrianopel gefallen, würde Bulgarien besetztes Gebiet südlich von Ergene nicht ohne weiteres herausgeben. Herr Danew hätte rumänische Frage in der Weise lösen wollen, dass Verständigung auf keiner Seite Wünsche zurücklasse und Annäherung Rumäniens an Balkanbund sichere. Er könnte nicht genug bedauern, wenn wahr sein sollte, dass Rumänien Reserven einberufe — ce serait la brouille; si les Roumains pensent à une occupation, leur gendarmerie leur suffira, car nous ne ferons pas d'opposition. Er ersuchte, wir möchten Rumänien zur Vernunft mahnen. Lage Bulgariens bezeichnet er als nicht beneidenswert: Land durch Krieg erschöpft, bevorstehende ökonomische Schwierigkeiten und unvermeidliche Komplikationen mit Verbündeten. Wir streiften auch Verhältnis Bulgariens zu uns, Salonik und wirtschaftliche Fragen. Ich verabredete mich mit Herrn Danew, ihn nächstens zu besuchen, um auf gewisse Gegenstände näher einzugehen. Tarnowski.

[a]) Oe. U. Balkan 157 Nr. 294. Vgl. n. 5893, 5895.

Nr. 5878. Tagesbericht über einen Besuch des serb. Gesandten, 20. Feb. 1913 Nr. 829.[a]) Konz. (S. Hohenlohe; G. Macchio).

Der königlich serbische Gesandte ist gestern hier erschienen und hat erklärt, er sei von seiner Regierung beauftragt, unoffiziell darauf aufmerksam zu machen, daß das Gerücht nach Belgrad gedrungen sei, wir würden darauf bestehen, daß Djakova und Dibra an Albanien fallen. Für die serbische Regierung sei es unendlich schwierig, auf diese beiden Städte zu verzichten, da nach ihrer Auffassung dieselben Teile Altserbiens bilden und sowohl in geographischer wie in historischer Beziehung zum Königreiche gehören. Im Verlaufe der Konversation wurden dem Herrn Jovanović die Gründe entgegengehalten, welche die k. u. k. Regierung bei ihrer Auffassung, daß die in Rede stehenden Städte bei Albanien verbleiben sollen, leiten. Der Herr Gesandte machte dem gegenüber die Bemerkung, daß bei der in serbischen militärischen Kreisen herrschenden Stimmung bis jetzt Herr Pašić allein in der Lage war, beruhigend zu wirken; aber selbst ihm würde es nicht möglich sein, den Verzicht Serbiens auf diese beiden Orte vor der öffentlichen Meinung seines Landes zu vertreten. Es wurde dem Herrn serbischen Gesandten in Aussicht gestellt, daß seine Mitteilung zur Kenntnis des Herrn Ministers gebracht werden würde.

[a]) Vgl. n. 5896.

Nr. 5879. Tel. aus London, 20. Feb. 1913 Nr. 148 (eing. 10 U. p. m.).[a]) Entziff.

Unter Bezugnahme auf gestriges Telegramm Nr. 182. Ich habe Sir E. Grey heute Vormittag gesehen und mich im Sinne der erhaltenen Instruktionen ausführlich ausgesprochen. Staatssekretär wird umgehend nach Petersburg telegraphieren und auch mit Graf Benckendorff sprechen. Sir E. Grey kann mir nicht versprechen, dass er Zustimmung der russischen Regierung erlangen wird, versprach aber, unseren Standpunkt möglichst zu vertreten. Auf die Karte blickend meinte er, unsere Grenzlinie bei Djakova sei dieser Stadt so nahe; wenn wir Djakova und Dibra konzediert hätten, glaube er, dass er mit Unterstützung Frankreichs die russische Regierung zur Annahme und raschen Finalisierung hätte bringen können, obwohl Russland auch wegen der beiden Ufer der Bojana Schwierigkeiten machte. Wegen Djakova werde sich aber Russland voraussichtlich sehr hartnäckig zeigen, er sage nicht, dass der russische Standpunkt der richtige sei, teile ihn mir aber mit, wie er ihm gegenüber erklärt wurde. Ich wies auf die Notwendigkeit hin, Djakova als Markt und ökonomisches Zentrum für die albanesischen Bergbewohner zu behalten, auf unsere Konzessionen, die drei Städte umfassen, während die russischen nur und so weiter. Staatssekretär kommt immer wieder auf das ursprüngliche Nachgeben Russlands in der Hafenfrage zurück; damals habe er stark auf Russland eingewirkt und es war mehr oder weniger ausgemacht, dass er in der Delimitationsfrage Russland unterstützen werde. Dessenungeachtet wird er ungesäumt in Petersburg sondieren, ob eine Verständigung auf der von mir mitgeteilten Basis möglich ist und unsere Gesichtspunkte dortselbst möglichst zur Geltung bringen.

Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 5880, 5889, 5904, 5969.

Nr. 5880. Tel. aus London, 20. Feb. 1913 Nr. 149 (eing. 10 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Bezug auf Telegramm Nr. 182 und im Nachhange zu meinem heutigen Telegramme Nr. 148. In meiner heutigen Unterredung mit Sir E. Grey machte ich den Staatssekretär auf den Ernst der Situation und die Gefahren einer weiteren Verschleppung der Delimitationsfrage Albaniens aufmerksam. Staatssekretär anerkennt dies vollkommen und erklärte mir, ebenso ungeduldig wie ich zu sein, eine Einigung zu erzielen, umsomehr als am 10. März die Parlamentseröffnung stattfinde. In der Thronrede müsse die auswärtige Lage berührt werden und er müsse im Unterhaus Erklärungen abgeben. Dabei müsse man etwas über Albanien sagen können. Nach seiner Ansicht wäre es zwecklos, weitere Botschafterréunionen abzuhalten, solange die albanesische Grenzfrage nicht zum Abschlusse gebracht werden kann. Die heutige Réunion hat er auf morgen verschoben und möchte die nächste abhalten, wenn und sobald eine Einigung über Albanien erzielt werden kann. Er will zwar nächste Woche auf dem Lande sein, versprach mir aber, dass durch seine Abwesenheit keine Verzögerung verursacht würde; entweder würde er zurückkommen oder sich durch Sir A. Nicolson vertreten lassen. Im Laufe unseres Gespräches berührten wir auch Skutari. Ich wiederholte, der Fall dieser Stadt würde unseren Standpunkt, wie er wisse, nicht ändern, die Lage aber noch schwieriger gestalten. Ich deutete an, dass ein längeres Hinausschieben der Regelung albanesischer Grenzfrage in der öffentlichen Meinung so gedeutet werden könnte, als wolle man absichtlich Hinausschiebung, in der Hoffnung, dass inzwischen Skutari eingenommen werde; hiedurch würde nur Misstrauen und schlechte Meinung erzeugt werden. Staatssekretär schien dies vollkommen zu verstehen. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 5889.

Nr. 5881. Tel. aus Paris, 20. Feb. 1913 Nr. 37 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Minister des Äussern sagte mir gestern betreffs albanesischer Grenzfrage, er habe Eindruck, Hauptschwierigkeit bestehe hinsichtlich Djakovas. Was die anderen Punkte anbelangt, scheine Einvernehmen beinahe schon erreicht. Die Djakova-Frage sei aber von relativ so geringer Wichtigkeit, dass er hoffe, es werde sich diesbezüglich auch Verständigung erzielen lassen. Ich konnte nicht feststellen, ob es sich da nur um Impression des Ministers handelt oder ob er konkrete Informationen in der Sache besitzt. Szécsen.

Nr. 5882. Tel. aus Sofia, 20. Feb. 1913 Nr. 168 (eing. 21. Feb. 11 U. 45 M. a. m.).[a] *Entziff.*

Kollegen erhielten gestern und heute Instruktionen, die uns veranlassten, uns heute alle sechs zu versammeln; wir konstatierten, dass russischer Kollege heute Instruktionen erhalten, sich Kollektivdemarche sämtlicher Vertreter der Grossmächte anzuschliessen, die in Rat an bulgarische Regierung zu bestehen hat, rumänische Frage der Entscheidung (décision) der Grossmächte zu überlassen; dass englischer, französischer und italienischer

Kollege gestern Auftrag erhielten, obige Demarche mitzumachen; dass deutscher Kollege Auftrag hat, Demarche des englischen Gesandten zu unterstützen und dass in diesem Auftrage von Mediation, nicht von „décision" die Rede. Ich sagte meinen Kollegen, dass in meinen Instruktionen, deren ich mich bereits entledigt hätte, nur Mediation genannt. Ausserdem wurde festgestellt, dass Herr Geschoff einigen von uns (mir wiederholt auch heute) gesagt, dass bulgarische Regierung Mediation vielleicht annehmen, auf Arbitrage oder décision aber kaum eingehen würde. Darüber, was unter „décision" zu verstehen, waren Ansichten geteilt; die einen meinten, es sei Arbitrage, die anderen es sei ungenaue Ausdruckweise und solle Mediation bedeuten. Kollegen, die mit gleichlautenden Instruktionen versehen, erklärten, mit Demarche auf deutschen Kollegen und mich warten zu müssen. Herr von Below versprach, klare Instruktion von Berlin zu erbitten. Ich glaubte (mit Rücksicht auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 95) sagen zu sollen, dass eine Demarche bereits gemacht und mich einer zweiten und zwar Kollektivdemarche betreffend „décision des puissances" ohne Ermächtigung nicht anschliessen würde. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 5892, 5913.

Nr. 5883. Tel. aus Sofia, 20. Feb. 1913 Nr. 169 (eing. 21. Feb. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Ich teilte Konseilspräsidenten Inhalt Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 98 vom 20. d. M. mit. Er drückte Befriedigung über Schlusspassus aus und dankte. In nachgefolgter Unterredung kamen wir auf unsere vorangegangenen Konversationen zu sprechen und ich verhehlte ungünstigen Eindruck nicht, den mir einige derselben zurückgelassen. Herr Geschoff entschuldigte sich durch grosse Schwierigkeit, in der sich Regierung befinde und weiter von mir gedrängt, gestand er, entgegen dem, was er gestern behauptet, dass ihm Abtretung Silistrias von Herrn Sazonow empfohlen wurde und erklärte, seine Vorwürfe (vide mein Telegramm Nr. 126 vom 11. d. M. Schlussalinea)[b] zurückzuziehen. Konseilspräsident sagte unter anderem: „Songez à notre position, nous devons en tout compter avec nos alliés et si la question roumaine prend une mauvaise tournure, les Serbes nous soutiendrons militairement et cela devra necessairement resserrer nos liens." Mitredner sagte auch: „J'ai des preuves des bonnes intentions du Comte Berchtold envers nous et j'ai confiance en elles. Je vous prie de ne pas tirer de conséquences des situations actuelles et je vous répète ce que je vous ai dit déjà que, une fois la guerre finie, vous trouverez une amie en la Bulgarie." Tarnowski.

[a] Vgl. n. 5894, 5895. — [b] Schlußalinea von n. 5766 beginnt mit „Wenn Rumänien auf Monarchie".

Nr. 5884. Tel. des Konsuls Maryan von Heimroth aus Üsküb, 20. Feb. 1913 Nr. 29 (eing. 21. Feb. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Flüchtlinge aus dem Karadag erzählen, dass in den Dörfern Topeza, Libuste, Giulekar und Cabashi vor zirka 10 Tagen die ganze albanesische

Bevölkerung von Soldaten (andere Version Komitatschis) niedergemetzelt worden sei. In Karadag wurden 60, in Giulekar 100 Familien niedergemacht, wobei auch alle Frauen und Kinder ermordet wurden, ebenso in Topeza, wo die Anzahl der Familien nicht angegeben wird. In Giulekar soll einer Frau der Bauch aufgeschlitzt und ihr die Leibesfrucht herausgerissen worden sein. Im Dorfe Liubiste ermordete man 60 Familien, doch wurden Frauen und Kinder verschont. Im Dorfe Binca ermordete man 3 Türken, in Vitina 3 Albanesen. Gleichlautend Belgrad 39. Heimroth.

[a]) Vgl. n. 5887.

Nr. 5885. Tel. aus Bukarest, 21. Feb. 1913 Nr. 60 (eing. 4 U. 15 M. p. m.).[a]) Entziff.

Bei heute abends stattfindendem Ministerrat beabsichtigt Ministerpräsident, Vorschlag vorzubringen, wonach Rumänien sich bedingungslos an Mediation Russlands wenden soll, entsprechend Anregung Sir E. Greys, welcher ausdrücklich erwähnt, dass Vermittlung einer oder mehrerer Mächte angerufen werden soll. Bis jetzt erklärten drei konservative Minister Margiloman, Philippesco und Cantacuzène diesen Vorschlag nicht zu akzeptieren und zu demissionieren, falls rumänische Regierung nicht für Mediation Bedingung stellt, dass Silistria rumänisch wird. Demission genannter Minister dürfte auch Rücktritt des Ministerpräsidenten zur Folge haben. Vermutlicher Nachfolger Herr Bratiano erklärt ebenfalls, bedingungslose Mediation nicht annehmen zu können und wünscht Mobilisierung. Kriegsstimmung im Lande steigert sich täglich. Wie vernehme, tritt Krone mit ganzem Einfluss für Ministerpräsidenten ein. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 5902.

Nr. 5886. Tel. aus Bukarest, 21. Feb. 1913 Nr. 61 (eing. 6 U. p. m.).[a]) Entziff.

Geheim. Antwort auf Telegramm Nr. 126. Für uns bestimmtes Exemplar italienischen Akzesses ist nicht im Besitze italienischer Kollegen, sondern nur die beiden für Italien, beziehungsweise Rumänien bestimmten Vertragsinstrumente; es wäre daher nach Muster des Jahres 1902 Beitrittserklärung in Wien anzufertigen und herzusenden. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 5901.

Nr 5887. Tel. nach London, 21. Feb. 1913 Nr. 192 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Herrn von Heimroth telegrafiert mir aus Üsküb unterm 20. d. M. wie folgt: ... *wie n. 5884* ... Euer Exzellenz wollen den Inhalt dieser Meldung bei Sir Edward Grey verwerten und sondieren, ob auch ihm ähnliche Nachrichten zugekommen sind. Bei diesem Anlasse wollen Euer Exzellenz auf die Notwendigkeit hinweisen, für einen ausreichenden Schutz der religiösen und nationalen Minoritäten Sorge zu tragen, die bei der endgiltigen Aufteilung an die Balkanstaaten fallen würden, eine Notwendigkeit, die wir, wie Euer Exzellenz bekannt, schon seiner Zeit ins Auge gefasst haben.

Andrerseits bilden die aus Üsküb gemeldeten Vorfälle, die nach den mir vorliegenden Nachrichten übrigens keineswegs vereinzelt zu sein scheinen, eine lebhafte Illustration der Gefahren, welche eine länger fortdauernde serbische Okkupation für die Bevölkerung des künftigen Albanien bedeutet. Es wäre mir erwünscht, die einschlägigen Ansichten des Herrn Staatssekretärs kennen zu lernen. Berchtold.

Nr. 5888. Tel. aus London, 21. Feb. 1913 Nr. 151 (eing. 22. Feb. 9 U. 30 M. a. m.).[a] Entziff.

Vertraulich. Sir E. Grey sagte uns heute bei der Réunion, er sei der Ansicht, dass es zwecklos wäre, Sitzungen abzuhalten, solange die albanesische Grenzfrage nicht geregelt werden könne. Nach seinem Dafürhalten wäre es beinahe trivial, sich mit anderen Angelegenheiten zu befassen, wenn diejenigen, welche geeignet sein könnten, ernste Zerwürfnisse zwischen Grossmächten herbeizuführen, nicht geregelt werden können. Die Differenzen seien zwar geringer geworden, bestünden aber leider noch fort. Staatssekretär war der Meinung, eine Réunion erst wieder einzuberufen, wenn eine Regelung albanesischer Grenzfrage erzielt werden könnte. Wir machten alle, niemand eindringlicher als Graf Benckendorff, Staatssekretär darauf aufmerksam, dass es grösste Beunruhigung hervorrufen müsste, wenn bekannt würde, dass vorläufig keine Sitzungen abgehalten werden. Es könnte zu den abenteuerlichsten Gerüchten Anlass geben. Wir bestimmten infolgedessen für alle Fälle nächste Sitzung für nächsten Donnerstag. Sir E. Grey will nächste Woche abwesend sein und wird sich durch Sir A. Nicolson vertreten lassen. Sollte etwas Wichtiges eintreten, vor allem Möglichkeit einer so wünschenswerten raschen Verständigung zwischen uns und Petersburg über Albanien, würde eine Sitzung auch früher einberufen werden und Grey eventuell zurückkehren. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 5906.

Nr. 5889. Tel. aus London, 21. Feb. 1913 Nr. 152 (eing. 22. Feb. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Im Nachhange zu meinen Telegrammen von gestern Nr. 148 und 149. Sowohl Sir E. Grey als Graf Benckendorff sagten mir, dass sie gestern abends, also bevor Inhalt meiner gestrigen Mitteilung in St. Petersburg bekannt war, Nachrichten erhalten hatten, dass russische Regierung auf Forderungen bezüglich Luma und Tarabosch verzichten würde, falls Dibra und Djakova konzediert würden. Mein russischer Kollege, welcher nach kurzem Landaufenthalte wohler und ruhiger zu sein scheint, sprach mir viel von russischer Stimmung, die es Herrn Sazonow schwer mache, nachgiebig zu sein. Er wisse nicht, ob seine Regierung schliesslich über Djakova nachgeben würde, glaube es eigentlich nicht. Aber selbst wenn es geschehen sollte, so würde ein Stachel zurückbleiben, welcher unsere Beziehungen auf Jahre hinaus vergiften würde, während wenn Russland beide Städte für die Alliierten erlange, alles sofort geordnet wäre, Verhältnis Österreich-Ungarns zu Russland sei wichtiger als eine Stadt von 6000 Einwohnern. Er

sei ganz krank über diese Angelegenheit gewesen, eine dauernde Entzweiung zwischen unseren zwei Reichen gehe ihm auch sehr nahe und so weiter. Ich erwiderte, dass seine Argumentation ebenso in Petersburg wie in Wien angewendet werden könnte, wies auf unsere grossen bereits gemachten Konzessionen hin, auf die steigende Ungeduld und Unzufriedenheit in unserer öffentlichen Meinung etc., dabei immer betonend, dass die guten Beziehungen mir ebenso am Herzen liegen, wie ihm. Sir E. Grey sagte meinem italienischen Kollegen, er höre von Petersburg, Herr Sazonow sei in sehr gedrückter Stimmung, namentlich wegen der Angriffe, die jetzt auch gegen die Person des Kaisers Nikolaus gerichtet werden. Mensdorff.

a) Vgl. n. 5969.

Nr. 5890. Tel. aus London, 21. Feb. 1913 Nr. 153 (eing. 22. Feb. 12 U. 15 M. p. m.). Entziff.

Deutscher Botschafter hat in heutiger Réunion Antrag gebracht, daß, um Türkei Verzicht auf Adrianopel zu erleichtern, außer den bereits gegebenen Garantien, betreffend mohammedanische Interessen und heilige Stätten in Adrianopel, die in nachstehenden fünf Punkten niedergelegten Zusicherungen von den Mächten präzisiert werden sollten: 1. Les Puissances donnent la garantie à la Sublime Porte qu'elle n'aura pas à payer d'indemnité de guerre. 2. Elles se portent garantes de ce que les questions concernant la Dette publique, les concessions et les chemins de fer soient réglées d'une manière équitable pour la Turquie. 3. Elles prennent la garantie de ce que la nouvelle frontière entre la Turquie et la Bulgarie passera près d'Andrinople, et entreprennent de fixer cette frontière en grandes lignes. 4. Les Puissances précisent la nature de l'appui promis à la Sublime Porte et déclarent qu'elles consentent à l'augmentation de 4% des droits de la douane. 5. Elles prendront soin que les Etats balkaniques ne réclameront, dans les territoires que la Turquie garde, en se fondant sur les capitulations, d'autre droits que ceux qui leur appartiennent dèjà. — Ferner sollten sich die Mächte, bevor auf vorstehender Grundlage der Türkei zu machende Propositionen Pforte mitgeteilt würden, der prinzipiellen Zustimmung der Alliierten versichern. Die Réunion legte ihre Ansicht in folgendem Resumé nieder: La réunion estime qu'il n'y a pas lieu de formuler dès à présent les conditions de la paix ou les garanties à donner à la Sublime Porte. Ce serait s'exposer à une discussion qui risquerait de rendre la médiation impossible. Elle est donc d'avis qu'il y a lieu d'attendre la réponse de la Sublime Porte à la dernière communication de Sir E. Grey, c'est à dire de savoir si le gouvernement ottoman s'en remet aux Puissances du soin d'établir les conditions de la paix et s'engage à accepter leur décision. Cette déclaration une fois obtenue, les Puissances pourront s'adresser aux alliés et leur demander s'ils acceptent leur médiation dans les mêmes conditions. La réunion considère dès à présent les propositions du Prince Lichnowsky comme devant être acceptées le moment venu, en supprimant l'article 4 qui vise l'augmentation des 4% de droits de douane laquelle ne concerne pas les alliés et ne peut être mentionnée dans le futur traité de paix. Mensdorff.

Nr. 5891. Bericht aus Paris, 21. Feb. 1913 Nr. 20 C (eing. 24. Feb.). Ausfert.

Die Ernennung Herrn Delcassés zum Botschafter in St. Petersburg ist die Sensation des Tages. Die meisten Zeitungen sind mit der getroffenen Wahl sehr zufrieden und behaupten, sie hätte allgemein den besten Eindruck gemacht; es ist aber immerhin bemerkenswert, dass auf der hiesigen Börse das Bekanntwerden dieser Ernennung eine Baisse hervorrief, die französische Rente fiel um circa 10 centimes und auch russische Werte waren niedriger gehalten. Euer Excellenz werden sich erinnern, dass die Stellung Herrn Louis' schon seit einigen Monaten erschüttert war, er selbst, so heisst es, wünschte lebhaft von Petersburg wegzukommen. In politischen und diplomatischen Kreisen wurden verschiedene Persönlichkeiten genannt, die eventuell als Nachfolger Herrn Louis' in Betracht kommen konnten; so wurde General de La Guiche, der derzeitige französische Militärbevollmächtigte in St. Petersburg als möglicher Botschafter genannt, ebenso auch Graf Jean de Castellane, der mit seiner Gattin (verwitweten Fürstin Fürstenberg) eben jetzt als Gast der Grossfürstin Maria Pawlowna in St. Petersburg weilte. Herr Delcassé hatte, als nach der Wahl Herrn Poincarés zum Präsidenten der Republik das Kabinett Briand gebildet ward, aus „Gesundheits- und Familienrücksichten" es abgelehnt, sein Portefeuille im neuen Kabinett beizubehalten, was damals einiges Aufsehen erregte. Offenbar war schon zu jener Zeit seine Ernennung nach St. Petersburg in Aussicht genommen. Da Herr Louis jedenfalls ersetzt werden musste und im französischen diplomatischen Corps kaum ein geeigneter Kandidat für den St. Petersburger Posten aufzutreiben war, ist es eigentlich nicht besonders überraschend, dass die Wahl Herrn Poincarés auf Herrn Delcassé fiel, der an der Befestigung der russofranzösischen Allianz sehr erfolgreich mitgewirkt hat und als ehemaliger Minister des Äusseren für einen Botschafterposten jedenfalls qualifiziert war. Eine solche Wahl hatte überdies den Vorteil, jenen Politiker gleichzeitig zufrieden zu stellen und von hier zu entfernen, der vielfach als ein gefährlicher Rivale Herrn Briands und als dessen voraussichtlicher Nachfolger angesehen ward. Trotz dieser ganz plausiblen Erklärungen halte ich die Ernennung Herrn Delcassés doch für eine beabsichtigte Demonstration, die den Zweck verfolgt, die Intimität der politischen Beziehungen zwischen den zwei Alliierten zu beweisen und gleichzeitig zeigen will, dass in Russland wie in Frankreich die Anhänger einer activen um nicht zu sagen aggressiven Politik ihre Rolle keineswegs ausgespielt haben. Herr Iswolsky in Paris, Herr Delcassé in St. Petersburg, beide sind markante Persönlichkeiten, beide waren Minister des Äussern und haben die Hoffnung nicht aufgegeben, es wieder zu werden. Diese zwei Botschafter dürften sich gegenseitig freundlichst unterstützen. Als vor einigen Monaten vom Abgange Herrn Louis' die Rede war, hiess es allgemein, dass in diesem Falle auch Herr Iswolsky nicht lange in Paris bleiben dürfte. Diese Gerüchte sind jetzt ganz verstummt. Herr Delcassé behält übrigens sein Deputierten-Mandat bei und erhält von der Kammer einen sechsmonatlichen Urlaub der ad infinitum verlängert werden kann. Auf der deutschen Botschaft zeigt man sich über die Ernennung Herrn Delcassés wenig erfreut, nimmt die Sache aber keineswegs tragisch. Freiherr von Schoen sagte mir, man habe in Petersburg die Abberufung

Herrn Louis hauptsächlich aus gesellschaftlichen Gründen gewünscht. „Nun bekommen die Russen einen Botschafter, der ein noch viel ärgeres Rauhbein ist.“ In St. Petersburg besteht offenbar die Absicht, die genügend bekannten russischen Sympathien des neuen Präsidenten tunlichst zu kräftigen und festzunageln. Dies beweist die grosse Eile, mit welcher Herrn Poincaré der Andreas-Orden verliehen ward. Um dieser Auszeichnung einen noch mehr demonstrativen Charakter zu geben, soll, wie die Zeitungen melden, Baron Schilling beauftragt sein, den Orden quasi in Spezialmission Herrn Poincaré zu überbringen. Szécsen.

Nr. 5892. Tel. nach Sofia, 21. Feb. 1913 Nr. 100 (chiffr. 10 U. p. m.).[a] Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

Erhalten Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 168 vom 20. d. M. Es ist bisher von keiner Seite an uns mit der Anregung herangetreten worden, uns einer Kollektivdemarche bei der bulgarischen Regierung anzuschließen, welche in dem Rate bestünde, die Differenz mit Rumänien der Entscheidung (décision) der Großmächte zu überlassen. Ich hatte daher vorläufig noch keine Veranlassung, Euer Hochgeboren diesbezüglich eine Instruction zu erteilen. Da indes diese Anregung möglicherweise in der heutigen Botschafterréunion in London erfolgt und ich vermeiden möchte, daß bloß unseretwillen die Demarche der anderen Mächte einen Aufschub erleide, ermächtige ich Euer Hochgeboren, den eingangsbezeichneten Kollektivschritt mitzumachen, falls auch Ihr deutscher Kollege hiezu autorisirt sein sollte.

[a] Vgl. n. 5913. Berchtold.

Nr. 5893. Tel. aus Sofia, 21. Feb. 1913 Nr. 170 (eing. 22. Feb. 12 U. 15 M. p. m.).[a] Entziff.

Geheim. Bezug auf hohen Erlass vom 5. d. Mts. Nr. 596 vertraulich. Ich erwiderte heute den in meinem Telegramme Nr. 165 vom 20. d. Mts. gemeldeten Besuch Herrn Danews und hatte mit ihm längere Unterredung. Werde darüber separat berichten und möchte jetzt blos anzeigen, dass Kammerpräsident mir formell versicherte, die Verpflichtungen Bulgariens Serbien gegenüber würden mit Schluss des Krieges endigen. Danew meinte, er hätte Euer Exzellenz dies anläßlich seines Besuches in Wien gesagt. Ich bemerkte, dass Kammerpräsident sich damals nicht ganz deutlich geäussert haben dürfte und fragte, worin Engagements Bulgariens beständen? „A combattre ensemble la Turquie et à défendre ensemble les fruits de nos victoires, si quelqu'un voulait nous en priver,“ lautete die Antwort. „Vous seriez obligés de soutenir activement la Serbie, si elle avait une guerre avec nous?“ fragte ich. „Oui, mais seulement tant que la guerre actuelle dure.“ „Et la Serbie devrait coopérer avec vous, si vous avez conflit armé avec la Roumanie?“ fügte ich hinzu. „Oui; nous sommes alliés et nous devons nous soutenir réciproquement sur toute la ligne tant que la paix avec la Turquie n'est pas faite.“ „Et la guerre finie, vous ne serez plus liés par une alliance défensive à la Serbie?“ war meine letzte Frage. „Non, nous serons libres de tout engagement,“ antwortete Herr Danew. Tarnowski.

[a] Vgl. n 5895.

Nr. 5894. Tel. aus Sofia, 21. Feb. 1913 Nr. 171 (eing. 22. Feb. 11 U. a. m.). Entziff.

Vertraulich. Ich verständigte vertraulich rumänischen Gesandten, dass mir gestern an massgebender bulgarischer Stelle gesagt wurde, Bulgarien rechne auf serbische Unterstützung im Falle Konfliktes mit Rumänien. (Mein Telegramm Nr. 169 von heute). Herr Ghika, der bereits einmal von obiger Äusserung abweichende Erklärung von Herrn Spalajković erhalten hatte (mein Telegramm Nr. 42 vom 20. v. Mts.) interpellierte heute letzteren, der ihm versicherte, dass bulgarische Regierung sich bis jetzt mit einem diesfälligen Ersuchen an Serbien nicht gewendet habe. Ohne direkt zu leugnen, dass Bulgarien nach Buchstaben Vertrages gewissermassen berechtigt, fragliche Unterstützung zu fordern, sagte Herr Spalajković, dass man in Serbien des Krieges derart müde, dass man jedenfalls sich dieser Verpflichtung mit allen Mitteln zu entziehen trachten würde, was umso leichter wäre, als Serbien vor Adrianopel viel mehr für Bulgarien tue, als das, wozu vertragsmässig verpflichtet. Herr Spalajković fügte hinzu, Serbien hätte auch den Vorwand, dass es im Falle rumänisch-bulgarischen Konfliktes alle seine Truppen zum eigenen Schutze brauchen würde. Herr Ghika glaubt obiger Versicherung Herrn Spalajković und mir scheint sie auch glaubwürdig, da Serbien gar kein Interesse hat, gegen Rumänien zu kooperieren. Tarnowski.

Nr. 5895. Bericht aus Sofia, 21. Feb. 1913 Nr. 12 A (eing. 26. Feb.).[a] Ausfert.

Ich habe bereits telegrafisch zu melden die Ehre gehabt, dass ich dieser Tage zwei Unterredungen mit Herrn Daneff[b] und auch ein Gespräch mit dem Conseilspräsidenten[c] gehabt habe, in welchen auch das Verhältniss Bulgariens zu uns besprochen wurde. Ich möchte mir gestatten auf den Verlauf dieser Unterredungen, insoferne dieselben dieses Thema betreffen, des näheren zurückzukommen. Nachdem Herr Daneff anlässlich seines vorgestrigen Besuches bei mir das Thema des Krieges und der rumänischen Frage erschöpft hatte, lenkte ich das Gespräch auf die Unterredungen, die ich letzter Zeit im Auftrage Euer Exzellenz mit Herrn Geschoff gepflogen habe, und bemerkte, dass mir dieselben keine angenehmen Eindrücke zurückgelassen haben. Ich spielte auf die Erklärungen, die uns Herr Daneff in Pest abgegeben hatte, an und meinte, dass ich zwischen seinen Worten und dem, was ich hier während seiner Abwesenheit gehört habe — als ob sich in den Richtlinien der bulgarischen Politik etwas verschoben hätte — keinen Einklang finde. Herr Daneff wunderte sich, beteuerte, dass er alles in Pest Gesagte auch jetzt zu unterschreiben bereit sei und fügte hinzu, dass er sehr bedauere, seinen Wunsch sich auf der Rückreise von London in Berlin und in Wien aufzuhalten und Euer Excellenz zu besuchen nicht habe ausführen können und zwar deswegen, da man ihn hier gebraucht und zur sofortigen Rückkehr dringend aufgefordert hätte. Herr Daneff erkundigte sich des näheren, wodurch meine ungünstigen Impressionen hervorgerufen worden wären und nachdem ich

ihn flüchtig eingeweiht und hiebei speciell auf die Tendenz uns für die rumänischen Forderungen verantwortlich zu machen und unsere diesfällige Haltung mit Misstrauen zu betrachten hingewiesen hatte, erwiderte Herr Daneff, dass nach seiner Auffassung unsere Politik Bulgarien gegenüber eine durchaus loyale sei, dass Euer Excellenz Bulgarien in den Friedensverhandlungen direkt unterstützt, in der Frage Adrianopels auf Ersuchen Daneffs die Initiative zu Gunsten Bulgariens ergriffen hätten und in der rumänischen Angelegenheit sich stets — das müsse Daneff anerkennen — von Unparteilichkeit haben leiten lassen. Der Kammerpräsident bedaure lebhaft, wenn wir in der jüngsten Vergangenheit von der hiesigen Haltung keinen befriedigenden Eindruck gehabt hätten und meinte, dass es seitens der bulgarischen Regierung eine grosse Ungeschicklichkeit wäre nicht zu trachten sich unser Wohlwollen zu erhalten. „Il faut penser à l'avenir", sagte er und ersuchte mich, dass ich mich durch meinen Verkehr mit Geschoff und durch die Antworten, die mir derselbe schuldig bleibe, nicht entmutigen lasse. Der Conseilspräsident sei schon alt, unter dem Drucke seiner Verantwortung erschöpft und von Natur aus übertrieben vorsichtig und zurückhaltend. Herr Daneff würde anders mit mir verkehren, wenn er Minister wäre. Leicht sei es aber für Herrn Geschoff nicht, warf der Kammerpräsident ein; man möge nur die Lage Bulgariens bedenken: „la guerre avec la Turquie dont il est impossible de prévoir la durée, l'épuisement du pays, les difficultés économiques qui nous attendent après la guerre, les complications et les tiraillements avec nos alliés et par dessus le marché des Roumains sur notre dos. Nous aurions mieux mérité après tous nos sacrifices," klagte Herr Daneff und fügte hinzu, „que c'est la Bulgarie qui a vaincu la Turquie et les Grecs et les Serbes n'ont pour ainsi dire rien fait." Zum Schlusse berührten wir die Frage von Salonik und insbesondere jene der von uns verlangten wirtschaftlichen Garantien, wobei ich den Kammerpräsidenten aufmerksam machte, dass Bulgarien indem es die Angelegenheit in suspenso und unser Angebot ohne Antwort lasse unsere Unterstützung zu verlieren riskiere. Der Kammerpräsident wollte den Gegenstand näher besprechen, und da ich dies nicht ohne Einsicht in die bezüglichen Pièces thun und dem Kammerpräsidenten auch sonst den Inhalt einiger politischer Korrespondenzen bekanntgeben wollte, die ich nicht bei der Hand hatte, verabredeten wir uns, dass ich Herrn Daneff nächstens besuchen und die in Betracht kommenden Akten mitbringen würde. Ich erwiderte den vorgestrigen Besuch des Kammerpräsidenten heute, und gestern sah ich Herrn Geschoff, den ich wie Euer Exzellenz aus meiner telegrafischen Meldung[c)] bereits bekannt, ebenfalls zu einem Meinungsaustausch über unsere Beziehungen bewog. Es gelang mir den stets zugeknöpften Conseilspräsidenten auf die Weise zu einigen Äusserungen in diesem Belange zu veranlassen, dass ich ihm über den Besuch Daneffs erzählt und gesagt habe, dass ich mit dem letzteren die unangenehmen Impressionen besprochen hätte, die mir die kürzlichen Unterredungen mit Herrn Geschoff und speziell dessen gegen uns gerichteten Insinuationen bezüglich der rumänischen Frage zurückgelassen hätten. Mein Mitredner antwortete mit der Einwendung, dass ich ihn schlecht verstanden haben

müsste, und dass er nie von seiner eigenen Auffassung sondern nur von der, die in der hiesigen öffentlichen Meinung über unsere Haltung in der rumänischen Frage verbreitet sei, mit mir gesprochen hätte. Ich habe diese Behauptung wiederlegt, erinnerte Herrn Geschoff an die Äusserungen, mit welchen er meine für Bulgarien so wohlgemeinten Eröffnungen beantwortet hatte; des Weiteren machte ich ihn auf den wahren Charakter unserer Haltung in der bulgarisch-rumänischen Kontroverse aufmerksam und wies auf die Mitteilung hin, die ich dem Konseilspräsidenten soeben in Befolgung des hohen telegrafischen Auftrages Nr. 98 vom 20. l. Mts. gemacht hatte und die ein erneuertes Zeugnis für unsere bis jetzt noch unerschütterte Bulgarophilie abgebe. Herr Geschoff suchte nach keinen Ausflüchten mehr, sondern als Antwort auf meinen Vorwurf der Undankbarkeit entschuldigte er seine Haltung durch die übergrossen Schwierigkeiten, die sich vor ihm aufthürmten und durch die Notwendigkeit, in der sich Bulgarien befände, in Allem und Jedem mit seinen Alliirten zu rechnen. Hiebei unterliess der alte schlaue Mann nicht mich durch die Bemerkung zu impressionieren zu versuchen, dass, wenn wir die Rumänen von der Okkupation nicht abhielten, Serbien Bulgarien unterstützen und dies zur Folge haben würde, dass die serbisch-bulgarischen Bande sich noch enger schliessen müssten. Herr Geschoff zögerte schliesslich nicht zuzugeben, dass unsere Haltung in der rumänischen Frage — was aber die hiesige öffentliche Meinung speziell wegen des Tones unserer Presse nicht einsehe — unparteiisch und für Bulgarien schonend sei, und dass er nach den vielen Beweisen unseres Wohlwollens an unseren aufrichtigen Intentionen für dieses Land nicht zweifeln könne. Der Konseilspräsident ersuchte mich aus den Eindrücken, die ich jetzt empfänge, keine Schlüsse zu ziehen; er könne nur das mir bereits oft Gesagte wiederholen, nämlich dass Bulgarien — durch keine divergierenden Interessen von der Monarchie getrennt — ihr natürlicher Freund sei, wovon wir uns nach dem Friedensschlusse überzeugen, wie wir ebenfalls auch zu der Einsicht kommen würden, dass gewisse andere Staaten, die uns heute sehr nahe stehen, keine verlässlichen Freunde Österreich-Ungarns seien. Meine heutige Unterredung mit Herrn Daneff begann damit, dass ich ihm den auf wirtschaftliche Fragen sich beziehenden Teil der mir mit dem hohen Erlasse vom 14. November v. J., Nr. 5243*d)* zugegangenen Aufzeichnungen über seine Konversationen in Pest vorgelesen habe. Ich wollte feststellen, ob der Kammerpräsident daran irgendetwas zu bemängeln haben wird, und konnte konstatieren, dass er sich an alles sehr gut erinnerte und alles richtig fand. Dann giengen wir auf die Salonikfrage über und ich las Herrn Daneff einige Abschnitte aus dem hohen Telegramme Nr. 44 vom 29. v. Mts. vor. Zu dem Passus unsere Voraussetzung betreffend, dass Bulgarien nur eine rein bulgarischen Interessen dienende Politik machen würde, bemerkte Herr Daneff, dass Bulgarien nach dem Friedensschlusse durch keine Engagements an seine Verbündeten gebunden sein werde. De fil en aiguille sagte er mir über die Verpflichtungen Bulgariens Serbien gegenüber das, was ich Euer Exzellenz sofort mit meinem geheimen Telegramme Nr. 170 vom 21. d. Mts. berichtete. Unser Verlangen einer baldigen Antwort auf unser Angebot

bezüglich Saloniks und die in dem obbezogenen hohen Telegramme enthaltene Bemerkung, dass wir für den Fall, dass Bulgarien unsere Bedingungen nicht annehmen sollte, zum Schutze unserer Interessen in einer anderen Weise zu der Frage Stellung nehmen würden, gab dem Kammerpräsidenten, nachdem ich ihn zugleich daran unterrichtet hatte, was mir Herr Geschoff darauf geantwortet, Anlass zu den nachstehenden Aeusserungen: Herr Daneff begriffe nicht recht, warum Herr Geschoff der Ansicht sei, dass die bulgarische Regierung über die Salonikfrage vor Friedensschluss mit uns nicht verhandeln könne. Wenn es Skrupeln dem Verbündeten Griechenland gegenüber sind, so seien dieselben unbegründet, da es sich doch nicht darum handle, sich mit Österreich-Ungarn im Geheimen zu verständigen, Salonik Griechenland zu nehmen, sondern darum, zu etablieren auf welche Bedingungen in ökonomischer Hinsicht die Monarchie zu rechnen hätte, wenn diese Stadt bulgarisch werden würde. Herrn Daneff sei bekannt, dass Griechenland sich seinerseits den Beistand der Grossmächte zu sichern sucht, und dieses dürfte gewiss auch mit Propositionen an das Wiener Kabinet herangetreten sein. Graf Mensdorff hätte dem Kammerpräsidenten einmal erwähnt, die Monarchie hätte glänzende Vorschläge bezüglich Saloniks . . . *e)*; dieselben dürften wohl aus Athen kommen, sagte mein Mitredner. Österreich-Ungarn werde zwar nicht in der Lage sein — meinte Herr Daneff —, die Stadt Salonik den Bulgaren auf einem Presentirteller zu überreichen, es würde aber, und damit sei zu rechnen, Mittel und Wege finden, sich mit Erfolg einer Lösung dieser Frage zu widersetzen, die den Interessen der Monarchie nicht entsprechen würde. „Salonik bilde das einzige natürliche Debouché Mazedoniens, auf welches Bulgarien unter keiner Bedingung verzichten könnte". Herr Daneff hätte dies in London Herrn Venizelos gesagt, der nicht geleugnet hätte, dass für Griechenland Salonik nur einen Kolonialbesitz darstelle und dass diese Hafenstadt in den Händen Griechenlands, da ohne Hinterland, absterben müsste. Herr Venizelos hätte auch zugegeben, dass der Wunsch Griechenlands nach dem Besitz Saloniks weniger einem reellen Bedürfnis, als den Rücksichten auf die griechische öffentliche Meinung und dem prix d'affection, welches König Georg und die königliche Familie dieser Stadt beimessen, entspringe. Der griechische Premier hätte Herrn Daneff auch gesagt, dass, falls sich keine Verständigung erzielen liesse, Griechenland nicht abgeneigt wäre, die Entscheidung einem Schiedsspruche der Mächte zu überlassen. Bulgarien hätte in diesem Falle — glaubt Herr Daneff — Aussicht auf Österreich-Ungarn und Deutschland zu rechnen; l'Italie est comme toujours flottante; Englands sei Herr Daneff nicht ganz sicher; Frankreich würde sich zu Gunsten der Griechen entscheiden und auf Russland, obwohl gewisse Strömungen dort Bulgarien günstig wären, könnte man wegen der Beziehungen zwischen den Höfen von Petersburg und Athen nicht zählen. Bezüglich unserer Desiderata, über die ich Herrn Daneff im Sinne des hohen Telegrammes Nr. 45 vom 29. v. Mts. informiert habe, bemerkte er, dass die Belassung der Bahnen im Besitze einer Privatgesellschaft den Absichten Bulgariens — wie er dies bereits in Wien dem Grafen Wickenburg gegenüber hervorgehoben hätte — nicht entsprechen würde. Auf meine Einwendung, dass die Verstaatlichung

von unserem Standpunkte mit Rücksicht darauf, dass die Strecke auch nicht bulgarisches Territorium passieren würde, nicht annehmbar wäre, erwiderte der Kammerpräsident, dass er diese Konsideration einsehe und dass man eventuell nach einem anderen Modus der Lösung suchen müsste. Schwierig erschiene auch Herrn Daneff die Hafenfrage, da es seines Wissens in Salonik eine französische Gesellschaft gebe, die die Konzession für die Exploitation des Hafens bereits besitze. Alle diese recht komplizierten Probleme erforderten eine gründliche Prüfung; je schwieriger sie aber seien — meinte der Mitredner — desto notwendiger wäre es ihnen bald näher zu treten. Die bulgarische Regierung hätte zwar jetzt andere viel grössere Sorgen, Herr Daneff würde aber dennoch versuchen die Minister aufzurütteln, und sie zu der Einsicht zu bringen trachten, dass die Salonikfrage auch zu wichtig sei, als dass man sie ganz auf den zweiten Plan schieben könnte. Wie Euer Exzellenz, meint auch der Kammerpräsident, dass die Salonik-Angelegenheit jeden Moment aktuell werden könne, da doch damit zu rechnen sei, dass die Türkei Propositionen den Grossmächten unterbreiten könnte, die Bulgarien das Eingehen auf Friedensverhandlungen möglich machen würden. Ich bekräftigte den Kammerpräsidenten in der Ansicht, dass es unvorsichtig wäre, die Salonik-Frage auf die lange Bank zu schieben und bemerkte sogar, dass ich keine Gewähr dafür übernehmen könnte, ob Bulgarien nicht jetzt schon den richtigen Moment, um mit uns darüber zu verhandeln, verpasst hat. Mit Rücksicht auf den grossen Einfluss, den Herr Daneff auf die Regierung hat, da er derselben — wenn auch nicht formell — so gut wie angehört, hielt ich es für opportun ihn über unsere Attitude Bulgarien gegenüber in der letzten Zeit genau zu unterrichten und ich habe ihm einige Telegramme Euer Exzellenz, mit welchen mir Hochdieselben Instruktionen für meinen Verkehr mit Herrn Geschoff erteilt hatten, vorgelesen. Speziell das hohe Telegramm Nr. 76 vom 10. d. Mts. schien dem Kammerpräsidenten einen starken und guten Eindruck gemacht zu haben und er sagte, dass diese Depeche durch aufrichtige Freundschaft für Bulgarien diktiert sei. Der Passus, in dem von den Ansprüchen Griechenlands und Serbiens auf die westlich vom Vardar gelegenen Gebiete die Rede ist, entriss ihm die Bemerkung: „Que cela n'irait pas tout seul avec nos alliés et surtout pas avec les Grecs avec lesquels nous n'avons pas d'arrangements clairs." Er fügte hinzu, dass er die bulgarisch-albanische Grenze mit dem Sektionschef Ippen in London diskutiert, wobei sich gezeigt hätte, dass zwischen unserem und dem bulgarischen Standpunkte ein gewisser Unterschied bestünde. Die in meinem Telegramme Nr. 126 vom 11. d. Mts. wiedergegebene Sprache Herrn Geschoffs bezeichnete Herr Daneff als ganz ungerechtfertigt und betonte mit Nachdruck, dass er unsere — mit Rücksicht auf die „Alliance" der Monarchie mit Rumänien für uns so schwierige — Haltung in der rumänischen Frage von Anfang an und auch jetzt als absolut loyal Bulgarien gegenüber betrachte und que nous aurions toujours tâché d'épargner la Bulgarie dans cette affaire. Einige Abschnitte, die ich aus Euer Exzellenz Telegramm Nr. 84 vom 13. d. Mts. vorgelesen habe, stimmten Herrn Daneff nachdenklich; er meinte, dass man die Verstimmung, die aus diesen Zeilen

spreche, nicht hätte hervorrufen sollen, und gleich darauf richtete er an mich die Frage, ob ich seither keine Mitteilung von Euer Exzellenz erhalten und ob daraus nicht zu ersehen, welche die dermaligen Dispositionen in Wien für Bulgarien wären. Ich zitierte das Schlussalinea *f)* des hohen Telegrammes Nr. 98 vom 20. d. Mts. und bemerkte, dass mir daraus zur Genüge klar hervorzugehen scheine, que l'amitié pour la Bulgarie est un des points fixes de la politique de Votre Excellence. Der Kammerpräsident nahm diese letzte Mitteilung mit sichtlicher Befriedigung zur Kenntnis und neben einigen anderen Bemerkungen über die Notwendigkeit der guten Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Bulgarien, machte er auch die: qu'il suffit de regarder une carte pour ne pas pouvoir douter que nous sommes faits pour vivre en amitié. Tarnowski.

a) Vgl. n. 5945. — *b)* Vgl. n. 5877, 5893. — *c)* Vgl. n. 5883. — *d)* Liegt nicht bei den Akten. Laut Protokoll wurde mit diesem Erlass eine hier nicht aufgenommene Aufzeichnung über die Unterredung des Sektionschefs Grafen Wickenburg mit Danew über die handelspolitischen Wünsche Österreich-Ungarns nach Sofia mitgeteilt. — *e)* So in der Ausfert. — *f)* Schlußalinea von n. 5874 beginnt mit „Euer Hochgeboren wollen sich . . .".

Nr. 5896. Tel. aus Belgrad, 22. Feb. 1913 Nr. 91 (eing. 6 U. p. m.).a) Entziff.

Es heisst, dass hier neuerlich erhöhte russische Einflüsse zur Geltung kommen, unter deren Eindruck in den Forderungen betreffend Grenzen Albaniens ein intransigenterer Standpunkt eingenommen wird. Man will formell Anspruch auf Djakowa und Dibra erheben und betrachtet die Konjunktur momentan für Serbien günstig. Die Dispositionen für die Monarchie haben sich äusserlich gebessert, natürlich aber nur in der Voraussetzung, dass in albanesischer Frage unserseits Nachgiebigkeit gezeigt wird. Ugron.

a) Vgl. n. 5878.

Nr. 5897. Tel. aus Belgrad, 22. Feb. 1913 Nr. 92 (eing. 23. Feb. 9 U. 30 M. a. m.).a) Entziff.

Es scheint, dass Herr Pašić der Frage eines Besuches in Wien nähertreten will, und soll sich bereits diesbezüglich um Informationen an Herrn Jovanović gewendet haben. Mir gegenüber wurde vom beabsichtigten Besuch keine Erwähnung getan. Ugron.

a) Vgl. n. 5922.

Tel. nach Berlin, 22. Feb. 1913 Nr. 188 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 5911.

Nr. 5898. Tel. aus Berlin, 22. Feb. 1913 Nr. 100 (eing. 4 U. p. m.).a) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramme Nr. 181*b)* und 182*c)* vom 19. d. M. Inhalt Euer Exzellenz Instruktionen an Grafen Mensdorff habe ich Staatssekretär mitgeteilt. Herr von Jagow hält die Konzessionen, welche Euer Exzellenz noch machen wollen, für ganz zweckentsprechend, sieht aber vollkommen ein, dass dies das allerletzte Opfer sei, das Hochdieselben im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens zu bringen in der Lage

seien. Staatssekretär meinte, dass Sir E. Grey keine Schwierigkeiten machen werde zu versuchen, das Einverständnis Russlands zu dem in Rede stehenden Vorschlage direkt von Herrn Sazonow zu erlangen. Was den von Sir E. Grey befürworteten Vorschlag einer kommissionsweisen Regelung der Abgrenzungsfrage betrifft, stimmt Herr von Jagow Euer Exzellenz vollkommen bei, dass derselbe zu langwierigen Diskussionen und anderen unangenehmen Inzidenzfällen führen könnte. Trotzdem glaubt Staatssekretär, dass Euer Exzellenz aus taktischen Gründen diese Idee im Falle weiterer erfolgloser Diskussionen nicht a limine zurückweisen sollten, da nach den neuesten hier eingetroffenen Nachrichten aus Belgrad, Paris und auch aus Petersburg die dortigen Regierungen sich ganz entschieden gegen eine kommissionsweise Regelung der Abgrenzungsfrage ausgesprochen. Herr von Jagow ist der Meinung, dass es aus naheliegenden Gründen angezeigt wäre, wenn diese Mächte — und nicht Österreich-Ungarn — diese Idee zu Falle bringen würden. Szögyény.

a) Vgl. n. 5899, 5917 Anm. d, 5924, 5934, 5975. — *b)* Mit Tel. Nr. 181, 19. Feb. 1913 (chiffr. 10 U. p. m.) wurde n. 5801 nach Berlin mitgeteilt. — *c)* Mit Tel. Nr. 182, 19. Feb. 1913 (chiffr. 20. Feb. 12 U. 10 M. a. m.) wurde n. 5855 nach Berlin mitgeteilt.

Nr. 5899. Tel. aus Berlin, 22. Feb. 1913 Nr. 101 (eing. 10 U. p. m.).a) Entziff.

Vertraulich. Bezug auf Euer Exzellenz Telegramme Nr. 181*b)* und 182*c)* vom 19. d. M. und auf mein heutiges Telegramm Nr. 100. Ebenso wie der Staatssekretär gestern, versicherte mir heute Unterstaatssekretär, dass die letzten Konzessionen, welche Euer Exzellenz in der albanesischen Frage zu machen entschlossen seien, hier mit aufrichtiger Genugtuung aufgenommen worden sind und dass dieselben nunmehr ein entsprechendes Einvernehmen mit Russland erhoffen liessen. Bei dieser Gelegenheit sagte mir Herr Zimmermann, dass er sowie der Staatssekretär mit der Haltung, die Fürst Lichnowsky bei verschiedenen Anlässen in der Botschafterréunion eingenommen habe, keineswegs zufrieden seien. Derselbe befolge nicht genau die erhaltenen Instruktionen und gestatte sich manchmal recht bedenkliche Seitensprünge. Schon wiederholt sei ihm von hier aus in entschiedener Weise dies vorgeworfen worden. Szögyény.

a) Vgl. n. 5924. — *b)* Vgl. n. 5898 Anm. b. — *c)* Vgl. n. 5898 Anm. c.

Nr. 5900. Bericht aus Berlin, 22. Feb. 1913 Nr. 5 (eing. 24. Feb.).a) Ausfert.

Geheim. Mit Bezugnahme auf den hohen Erlass vom 18. d. M. Nr. 793, Geheim, beehre ich mich Euer Exzellenz ergebenst zu berichten, dass ich den Wortlaut des am 5. Februar l. J. unterzeichneten österreichisch-ungarisch-rumänischen Vertrages sofort dem Herrn Staatssekretär übermittelt habe. In der Anlage beehre ich mich nunmehr Euer Exzellenz auftragsgemäss die Abschrift der für uns bestimmten deutschen Beitrittserklärung, welche in drei Exemplaren bereits nach Bukarest entsendet worden ist, gehorsamst vorzulegen. Szögyény.

a) Vgl. n. 5901.

Tel. nach Bukarest, 22. Feb. 1913 Nr. 128 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 5911.

Nr. 5901. Erlaß nach Bukarest, 22. Feb. 1913 Nr. 846.[a]) Konz. (S. u. G. Biegeleben).

Geheim. In der Anlage beehre ich mich Euer Durchlaucht die Allerhöchsten Vollmachten zur Unterzeichnung des deutschen und des italienischen Accesses zum österreichisch-ungar.-rumänischen geheimen Vertrag vom 5. Febr. 1913 zu übermitteln. Gleichzeitig lasse ich hier die für uns bestimmten Exemplare der deutschen und italienischen Beitrittserklärung anschliessen, in welchen die Daten auszufüllen sein werden, mit dem Bemerken, dass im Text des italienischen Accesses die Stelle beginnend mit den Worten „le traité ayant reçu" bis „l'invitation à y accéder" den Verhältnissen, unter welchen derselbe jetzt stattfindet, wohl nicht entspricht, dass aber auf ausdrücklichen Wunsch der italienischen Regierung auch an dieser Stelle, mit Ausnahme der Weglassung des Datums, keine Aenderung vorgenommen wurde. Indem ich Euer Durchlaucht ersuche, den Tag der Unterzeichnung telegrafisch bekanntzugeben und die für uns bestimmten Accessionsexemplare durch sichere Gelegenheit anher gelangen zu lassen, erneuere ich etc.

[a]) Vgl. n. 5886, 5900, 5948, 6028.

Nr. 5902. Tel. aus Bukarest, 22. Feb. 1913 Nr. 62 (eing. 23. Feb. 11 U. 50 M. a. m.).[a]) Entziff.

Ministerpräsident erschien heute um 6 Uhr nachmittags bei mir und überreichte nachstehende Notiz als Antwort auf Demarche der Großmächte: „Samedi, le 22 février. Le Gouvernement roumain accepte la médiation offerte par la démarche du ministre d'Angleterre à Bucarest, Sir Barclay, au nom du gouvernement anglais, communiquée à Monsieur Majoresco vendredi le 14 février et dans laquelle l'Angleterre conseille d'avoir recours à la médiation des Puissances ou à la médiation d'une des Puissances. A cette démarche anglaise s'est associé Monsieur de Waldhausen dimanche le 16 février en lisant à Monsieur Majoresco une communication du gouvernement allemand „d'appuyer la proposition anglaise". De lundi à mercredi le 17—19 février Messieurs les ministres plénipotentiaires des autres quatre Grandes Puissances ont fait la même démarche. La Roumanie accepte d'autant plus la médiation offerte ainsi par les Grandes Puissances de l'Europe qu'elle a été heureuse de pouvoir s'associer lors de la conférence tenue à la Haye au mois d'Octobre 1907 à toutes les généreuses propositions des Puissances en faveur de la paix et que notamment elle a signé avec elles le 18 Octobre 1907 la première convention pour le règlement pacifique des conflits internationaux[b]) qui, dans les articles 3—7, prevoient et précisent un pareille médiation. Dans le choix qui lui est laissé par la proposition anglaise, la Roumanie s'est décidée à accepter la médiation de toutes les six Grandes Puissances et l'accepte sans autre condition, en ajoutant seulement un désir justifié par les circonstances et du reste pouvant s'appuyer sur l'article 8 de la dite convention qui — bien que prévoyant

une autre hypothèse — contient l'idée d'un terme nécessaire à prévoir pour les médiations; ce désir est que les Grandes Puissances médiatrices veuillent bien limiter elles-mêmes la durée de leur action et communiquer à la Roumanie le terme jusqu'auquel elles croient que leurs démarches seront arrivées à un résultat." Minister fügte hinzu, daß sowohl russischer als französischer Kollege nach Entgegennahme der Notiz, wahrscheinlich in ungenauer Erkenntnis von in Haager Konferenz festgestelltem Unterschied zwischen Mediation und Arbitrage, Ansicht ausgesprochen hätten, Rumänien müsse Entscheidung Mächte annehmen. Er habe auf Haager Protokoll verweisend, irrige Auffassung aufgeklärt, worauf beide auf Ansicht nicht weiter beharrten. Majoresco setzte mir jedoch auseinander, daß ein Engagement rumänischer Regierung insoweit vorliege, als das Ministerium, welches dadurch letztes friedliches Mittel erschöpft, unbedingt zurücktreten müßte, wenn Resultat unbefriedigend. Rumänische Regierung schlage Petersburg als Verhandlungsort vor, nachdem Londoner Réunion mit Arbeit überhäuft und Atmosphäre ungünstig. Petersburg sei auch praktischer, da dort alle seinerzeitigen Dokumente über Dobrudschaverhandlungen liegen und weiters für Bulgarien in Petersburg gefällte Entscheidung annehmbarer. Gedanke an eventuelle Einberufung von Reserven und Beurlaubung Herrn Ghikas wurde vollkommen fallen gelassen. Minister äußerte, er habe ursprünglichen Plan, sich an russische Regierung allein zu wenden,[c] was vielleicht am diplomatischesten, aus politischen Gründen fallen gelassen. K. E. Fürstenberg.

[a] Oe. U. Balkan 157 Nr. 295. Vgl. n. 5861, 5915, 5939 Anm. b, 5949, 5967. — [b] Martens N. R. G. 3. S. III 360. — [c] Vgl. n. 5885.

Nr. 5903. Erlaß nach Konstantinopel, 22. Feb. 1913 Nr. 841.[a] Konz. (S. Schreibmaschine; V. u. G. Berchtold).

Streng vertraulich. Die in Euer Exzellenz Bericht vom 15. l. M., Nr. 9 B, enthaltenen Konsiderationen geben mir willkommenen Anlaß, meine Auffassung in einzelnen von Hochdenselben berührten Punkten in Kürze darzulegen. An das seinerzeitige Avènement der Jungtürken wurde — wie bekannt — von vielen Seiten die Hoffnung geknüpft, daß der von ihnen unternommene Versuch einer Regenerierung des türkischen Reiches auf der Basis eines modernen europäischen Staatswesens gelingen werde und daß auf diese Weise der seit so vielen Dezennien unaufhaltsame historische Prozeß des Verfalles und allgemeinen Zurückweichens der Türkei in Europa aufgehalten oder wenigstens verzögert würde. Diese Hoffnungen begegneten bei uns zwar einer etwas skeptischen Beurteilung; immerhin war die Politik der Monarchie konsequent darauf gerichtet, die der Türkei von mehreren anderen Mächten wiederholt drohende Gefahr einer Intervention abzuwenden und so dem jungtürkischen Regime eine entsprechende Frist für seinen Versuch zu verschaffen. Der Versuch mißlang, mit ihm scheiterten die Hoffnungen, die man in Europa auf die Jungtürken gesetzt hatte; die Zeit ihrer Herrschaft hatte gerade solange gedauert, um zu zeigen, daß auch sie nicht imstande waren, die unhaltbaren Zustände im türkischen Reiche zu verbessern. Im Gegenteile, durch ihr rücksichtsloses und unüber-

legtes Vorgehen hatten sie den Zusammenschluß aller christlichen Nationalitäten der Türkei und schließlich auch jenen der Balkanstaaten gegen sich hervorgerufen. Die Monarchie hatte durch den Vollzug der Annexion die Voraussetzungen geschaffen, unter welchen sie in die drohenden Ereignisse am Balkan nicht direkt impliziert wurde und daher auch vorerst eine zuwartende Haltung einnehmen konnte. Es wäre auch eine kaum empfehlenswerte Politik gewesen, wenn sich die Monarchie zu Beginn des gegenwärtigen Krieges oder gar in dessen weiterem Verlaufe, als die Türkei bereits geschlagen war, auf Seite der letzteren gestellt hätte. Denn, abgesehen von schwerwiegenden innerpolitischen Gründen, welche von einer ausgesprochenen antislavischen Politik abraten mußten, durften wir uns nicht verhehlen, daß es verfehlt wäre, dem Balkanbund, welcher zum Zwecke einer gemeinsamen Aktion gegen die Türkei ins Leben gerufen worden war, durch eine Intervention unsererseits zugunsten des Osmanenreiches auch eine Richtung gegen uns zu geben und uns so in Zukunft gewissermaßen an die Stelle der Türkei zu setzen. Wir hätten auch in einem solchen Falle Rußland eine vielleicht willkommene Gelegenheit gegeben, den alliierten Balkanstaaten zu Hilfe zu eilen und so seine traditionellen Ansprüche auf ein Protektorat am Balkan neuerlich zu bekräftigen. Die Position Rußlands am Balkan beruhte zum Großteile darauf, daß das Zarenreich, solange christliche Nationalitäten noch unter der Herrschaft des Halbmondes standen, als Anwalt der nationalen Aspirationen und Befreiungstendenzen dieser Völker aufgetreten ist. Wenn dieses Moment infolge des Ergebnisses der gegenwärtigen Krise hinwegfällt, dürfte die russische Vorzugsstellung am Balkan vielleicht einer ihrer stärksten Stützen beraubt sein. Es ist übrigens nicht zu übersehen, daß schon die jüngsten Ereignisse am Balkan sich ziemlich unabhängig von Rußland vollzogen, indem der Offensivvertrag der vier Alliierten gegen die Türkei selbständig also ohne Mitwirkung des St. Petersburger Kabinettes zustande kam. Dies schloß natürlich nicht aus, daß die russische Politik den Entwicklungen, welche die Ereignisse nahmen, sich tunlichst anzuschmiegen und aus ihnen herauszuschlagen suchte, was eben herauszuschlagen ging. Nach dem oben Gesagten kann es vielleicht nicht als eine allzu optimistische Auffassung angesehen werden, anzunehmen, daß die Balkanstaaten, wenn sie aus dem gegenwärtigen Kriege stärker hervorgehen, noch weniger geneigt sein werden, den Diktaten aus St. Petersburg ein stets williges Ohr zu leihen. Ganz besonders gilt dies wohl von Bulgarien, welches bereits bei früheren Anlässen — ich denke an die Jahre 1886 und 1908 — eine von russischen Wünschen unabhängige, bis zu einem gewissen Grade denselben sogar entgegengesetzte Haltung eingenommen hat und von dem daher eine in Zukunft nur noch selbstständigere Politik zu erwarten steht. Zwischen uns und diesem Königreiche bestehen nirgends direkte Interessengegensätze und dasselbe könnte uns als Gegengewicht gegen den mehr oder minder feindselig gesinnten serbischen Nachbar von Wert sein. Es dürfte für unsere Interessen jedenfalls besser gewesen sein, daß die Balkanstaaten das einmal unabwendbare Verdrängen der Türkei von der Halbinsel aus eigener Kraft durchgeführt haben, als wenn sich die Situation wiederholt hätte, daß Rußland diese Befreiung der Christen in

seine Hände genommen und so sein Prestige am Balkan neu gestärkt hätte. Unsere künftige Politik am Balkan muß nach meiner Ansicht jede Aktion als eine inopportune vermeiden, welche einen Zusammenschluß des ganzen Balkanbundes gegen uns zur Konsequenz haben könnte und alle Möglichkeiten im Auge behalten, die sich in Zukunft durch den ja für den Augenblick nur zurückgestellten Antagonismus zwischen den einzelnen Gliedern dieser Allianz mit aller Wahrscheinlichkeit noch ergeben werden. In der gegenwärtig zwischen Rumänien und Bulgarien schwebenden Frage haben wir uns in Sofia consequent in eindringlicher Weise für ein Entgegenkommen gegenüber den rumänischen Wünschen eingesetzt und sind der Meinung, daß es im Interesse Rumäniens gelegen wäre, sei es direkt, sei es im Wege einer Mediation zu einem Einvernehmen mit Bulgarien zu gelangen und einen Konflikt zu vermeiden, der letzteres wohl ohne Zweifel veranlassen würde, gegen Rumänien bei Rußland Anlehnung und Hilfe zu suchen. Dies ergebe eine Situation, welche in Rußland und am Balkan die panslavistischen Tendenzen in einem Grade fördern würde, der nicht nur für Rumänien, sondern auch für uns selbst höchst unerwünscht wäre. Trotz der gegenwärtig in Rumänien herrschenden Verstimmung kann wohl nicht angenommen werden, daß das Königreich seine bisherige Politik, welcher es eine lange Periode friedlicher kultureller Entwicklung und eine geachtete Stellung in der europäischen Völkerfamilie verdankt, plötzlich ändern würde, um sich in die Gefolgschaft Rußlands zu begeben. Ein enger Anschluß Rumäniens an den Balkanbund, vorausgesetzt, daß letzterer weiter bestehe, ist schon deshalb nicht wahrscheinlich, weil Rumänien wohl die Führung beanspruchen, hierin aber an Bulgarien einen Rivalen haben würde. Wir können also hoffen, daß es uns gelingen werde, unser bisheriges enges freundschaftliches Verhältnis zu Rumänien weiter aufrecht zu erhalten. Gemeinsam mit Italien versuchen wir, aus Albanien ein lebensfähiges Staatsgebilde zu schaffen, um eine Veränderung des Gleichgewichtes an der Adria zu verhindern und einem Vordrängen des Serbentumes an das Meer vorzubeugen. Als Resultat der kriegerischen Ereignisse ergibt sich ein Zurückdrängen der Türkei nach dem äußersten Osten Europas auf ein Territorium, welches nicht weit über das Weichbild Konstantinopels hinausreicht. Das türkische Kaiserreich kann daher kaum mehr als Balkanstaat angesehen werden, mag selbst ein nominelles Band zwischen der Pforte und dem neuen albanischen Staatsgebilde vielleicht bestehen bleiben. Wir müssen daher schon heute mit einer durchaus veränderten Sachlage rechnen, an die Stelle der Türkei treten nun noch mehr als früher die Balkanstaaten als unsere Nachbarn. Dies schließt natürlich nicht aus, daß auch das alte Osmanenreich ein Faktor in unserem politischen Kalkul bleiben wird. Wir können nur wünschen, daß sich dasselbe in seinem restlichen Besitze konsolidiere, dies schon aus dem Grunde, weil die Türkei noch als Hüterin der Meerengen erscheint. Anderseits muß sich unser Augenmerk aber den asiatischen Besitzungen — dem nunmehrigen Kerne des Türkenreiches — zuwenden, für deren unveränderten Bestand und innerer Festigung wir das lebhafteste Interesse empfinden.

a) Vgl. n. 5961.

Tel. nach London, 22. Feb. 1913 Nr. 193 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 5911.

Nr. 5904. Tagesbericht über einen Besuch des engl. Botschafters, 22. Feb. 1913 Nr. 847.[a]) Konz. (S. Berger; G. Macchio).

Der königlich großbritannische Botschafter war heute hier um mitzutheilen, daß Sir E. Grey dem Ansuchen Graf Mensdorffs entsprechend in St. Petersburg zur Kenntnis gebracht hätte, die Monarchie sei entschlossen, in der Delimitierungsfrage Albaniens ein allerletztes Opfer zu bringen, indem sie selbstredend unter der Bedingung der sonstigen integralen Annahme ihrer Grenzlinie bereit wäre, das Rekathal samt der Stadt Dibra zu konzedieren. Der Herr Staatssekretär hätte diesen Schritt unternommen, obwohl er die Erzielung eines Einverständnisses für aussichtslos halte, wenn wir nicht auch bezüglich Djakovas nachgeben würden. Sollten wir jedoch auf die Einverleibung Dibras und Djakovas in das neue Albanien verzichten, glaube Sir E. Grey sicher annehmen zu können, daß sich dann das St. Petersburger Kabinett hinsichtlich aller übrigen Punkte nachgiebig erweisen würde. Es wurde dem Herrn Botschafter für seine Mitteilungen gedankt und ihm gesagt, daß dieselben zur Kenntnis des Herrn Ministers gebracht würden.

[a]) Vgl. n. 5879.

Nr. 5905. Tel. aus London, 22. Feb. 1913 Nr. 154 (eing. 6 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Fürst Lichnowsky brachte in gestriger Botschafterréunion Vorschlag eines Kollektivschrittes in Sofia und Bukarest vor, der nach längerer Einleitung in folgender Proposition gipfelte: „Les grandes puissances sont d'avis que les différends entre la Roumanie et la Bulgarie ne sont pas assez importants pour justifier un recours aux armes. Elles sont convaincues qu'un arrangement des difficultés par la voie de négociation directe et conciliante servirait le mieux les intérêts des deux pays. En cas qu'une solution ne pourrait pas être obtenue par cette voie, les puissances conseillent de remettre entre les mains d'une cour d'arbitrage les points contentieux dont la solution n'a pas pu être trouvée." Nach längerer Diskussion, wobei gegen „cour d'arbitrage" vielfache Einwendungen erhoben und auch die Erwägung ausgesprochen wurde, dieser Vorschlag sei vielleicht schon überholt durch die inzwischen voraussichtlich in Bukarest und Sofia bereits gemachte Demarche der Mächte, wurde folgendes Résumé aufgesetzt: „La réunion trouve la proposition allemande entièrement d'accord avec les instructions déjà adressées aux représentants des grandes puissances à Bucarest et à Sofia lesquelles leur prescrivent d'obtenir que les gouvernements roumain et bulgare remettent la solution de leur différend à la décision des puissances. Elle considère comme très désirable que la déclaration collective soit faite d'urgence si elle n'a pas déjà été faite". Italienischer Botschafter plädierte sehr dafür, dass die Entscheidung allen Mächten überlassen werde, nicht wie von irgend einer — ich glaube rumänischer — Seite angeregt, nur Russland und Italien. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 5861, 5911, 5952.

Nr. 5906. Tel. aus London, 22. Feb. 1913 Nr. 155 (eing. 6 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Vertraulich. Im Nachhange zu meinem gestrigen vertraulichen Telegramm Nr. 151. Gestrige Observation Sir E. Greys bezüglich Zwecklosigkeit weiterer Réunionen, solange albanesische Grenzfrage nicht geregelt werden kann, hat uns alle etwas überrascht. Es liegt die Befürchtung nahe, dass die in ausländischen, speziell Wiener Blättern enthaltenen Angriffe auf Botschafterkonferenz den Staatssekretär etwas verstimmt haben. Ich glaube, es wäre sehr erwünscht, wenn weitere solche Angriffe verhindert werden könnten. Ohne die schwachen Ergebnisse unserer bisherigen Réunionen zu überschätzen, glaube ich doch unvorgreiflich, dass ohne Botschafterkonferenz die Situation akuter geworden wäre. Jedenfalls bildet sie einen Puffer, und ein Auseinandergehen der Réunion würde allgemeine Situation wesentlich erschweren. Abgesehen von der albanesischen Grenzfrage sind die Mediationsfragen zwischen den Kriegsführenden sowie zwischen Rumänien und Bulgarien in der Schwebe, und wenn diese einmal geregelt sind, kommen noch die immerhin heiklen Fragen des Status von Albanien und der Inseln an die Reihe, bei welchen unsere Réunion gewisse Dienste leisten könnte. Mensdorff.

Nr. 5907. Tel. aus London, 22. Feb. 1913 Nr. 157 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Im Foreign office sagte man mir vertraulich, dass, obwohl noch keine definitive Antwort aus Petersburg vorliege, der erste Eindruck Sir George Buchanans nach seiner Unterredung mit Herrn Sazonow der sei, dass russische Regierung auf ihrem Standpunkt beharrt, das heisst unsere Grenzlinie nur in dem Falle annimmt, wenn Dibra und Djakova ausserhalb Albaniens bleiben. Mensdorff.

Tel. nach Paris, 22. Feb. 1913 Nr. 140 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 5911.

Nr. 5908. Tel. aus Paris, 22. Feb. 1913 Nr. 38 (eing. 10 U. p. m.).[a] Entziff.

Präsident der Republik, der mich gestern besuchte, sprach sich in sehr friedlichem Sinne aus. Betreffs albanesischer Grenzfrage meinte er, dass Einvernehmen gesichert sei, nur hinsichtlich Djakovas bestehe noch Meinungsverschiedenheit, doch hoffe er, dass wir in diesem Punkte nachgeben werden. Ich bezeichnete dies als aus praktischen Gründen unmöglich und wies auf unakzeptable russische Forderungen an anderen Punkten, speziell bei Skutari hin. Die Belassung dieser Stadt bei Albanien würde durch vorgeschlagene Grenzlinie Tarabosch-linkes Bojana-Ufer-Montenegro und so weiter ganz illusorisch gemacht. Wenn man ein praktisches Resultat erzielen wolle, seien solche Propositionen unmöglich. Frankreich, das in der Sache desinteressiert sei, könnte da mässigend auf seinen Alliierten einwirken. Herr Poincaré behauptet, bereits viel in dieser Hinsicht getan zu

haben und versprach, auch weiterhin in versöhnlichem Sinne in Petersburg wirken zu wollen. Die Streitpunkte seien relativ so wenig wichtig, dass es als ausgeschlossen betrachtet werden muss, dass ihretwegen eine Verstimmung zwischen den Mächten eintrete. Szécsen.

[a]) Vgl. n. 5989.

Tel. nach Rom, 22. Feb. 1913 Nr. 213 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 5911.

Nr. 5909. Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters, 22. Feb. 1913. Konz. (S. Berger; G. Macchio).

Der königlich italienische Botschafter war am 22. d. Mts. hier und hat anknüpfend an die ihm gegenüber gemachten Äusserungen Graf Berchtolds betreffend unser Verhältnis im Falle einer Einnahme Skutaris durch die Montenegriner (hierortiges Telegramm Nr. 204 vom 18. d. Mts.) mitgetheilt, dass Marquis di San Giuliano, welchem er von diesen Äusserungen Kenntnis gegeben hatte — unseren Standpunkt für berechtigt ansehe und die daraus zu ziehenden Konsequenzen gegebenenfalls auch würdigen würde. Sollte jedoch dieser Fall eintreten, dass wir uns nämlich zu einem bewaffneten Einschreiten gegen Montenegro gezwungen sehen, so müsste Marquis di San Giuliano sich vorbehalten, auch seinerseits anderswo freie Hand für ein analoges Vorgehen zu behalten, wobei der Herr Minister darauf Rücksicht nehmen würde, dass ein eventuelles Einschreiten Italiens nicht im Widerspruche mit seinen Bundespflichten und seinen mit uns bezüglich Albaniens getroffenen Abmachungen stünde. Es wurde Herzog Avarna für seine Mittheilungen gedankt und ihm gesagt, dass dieselben zur Kenntnis des Herrn Ministers gebracht würden.

Nr. 5910. Tel. nach St. Petersburg, 22. Feb. 1913 Nr. 157 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; V. u. G. Szápáry).

Der vom Prinzen Hohenlohe vermittelte Briefwechsel zwischen den beiden Souveränen sowie die bei dieser Gelegenheit ausgetauschten mündlichen Messagen haben das erfreuliche Ergebnis gezeitigt, daß die zwischen den beiden Höfen und den beiden Regierungen bestehenden freundschaftlichen Beziehungen durch die Umwälzung am Balkan keine Veränderung erlitten haben und beiderseits der Wunsch besteht, bezüglich der weiteren Entwicklung der Dinge im nahen Oriente im gegenseitigen vertrauensvollen Einvernehmen vorzugehen. Wenn bei uns infolge der im vergangenen Jahre verfügten russischen Probemobilisierungen und der Zurückbehaltung eines Reservejahrganges die Notwendigkeit empfunden wurde, Truppenverstärkungen zu veranlassen, so lag dieser Maßnahme niemals ein feindseliger Charakter gegen Rußland zugrunde, dieselbe beschränkte sich vielmehr auf dasjenige Mindestmaß, welches geboten erschien, um die damalige fühlbare Inferiorität unserer Normalstände einigermaßen auszugleichen. Die Konversationen, welche Prinz Hohenlohe in St. Petersburg mit den

maßgebenden Faktoren führte, haben ergeben, daß man, ganz irriger Weise, in diesen von uns getroffenen Vorkehrungen eine Spitze gegen Rußland erkennen will, wodurch man sich in die unerwünschte Notwendigkeit versetzt sehe, nur gegen diese Maßnahme die eigenen Verstärkungen aufrechtzuhalten, daß aber ein Fortbestehen dieses Verhältnisses den Beziehungen der beiden Nachbarmonarchien auf die Dauer wesentlich Eintrag tun müßte. Prinz Hohenlohe war infolge einer Erkältung, welche er sich auf der Heimreise von St. Petersburg zugezogen hatte, erst gestern in der Lage, Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät über seine Unterredungen mit Kaiser Nikolaus und den russischen Staatsmännern Bericht zu erstatten. Auf Grund dieser Meldung wurde in der Absicht, unsere friedlichen und freundschaftlichen Intentionen gegenüber Rußland außer jeden Zweifel zu setzen, an Allerhöchster Stelle die Bereitwilligkeit ausgesprochen, eine Reduktion der Stände in Galizien zu verfügen, und zwar unter das Normalmaß der russischen und der deutschen Stände in den Grenzgebieten, vorausgesetzt, daß russischerseits die Zusicherung gegeben werde, die an unserer Nordgrenze getroffenen außerordentlichen militärischen Maßregeln rückgängig zu machen. Euer Exzellenz werden ersucht, im Sinne vorstehender Ausführungen in nicht offizieller Weise Herrn Sazonow zu sprechen und denselben darauf aufmerksam zu machen, daß es uns wünschenswert schiene, wenn die fragliche Maßnahme als Folge des direkten Gedankenaustausches zwischen den beiden Monarchen hingestellt werden könnte, was mit Rücksicht auf die eminente Bedeutung dieser Vorkehrung für den europäischen Frieden für die monarchische Idee in den Augen der Öffentlichkeit von großem Werte sein könnte. Es schwebt uns der Gedanke vor, daß ein im beiderseitigen Einverständnisse zu redigierendes kurzes Communiqué, welches die fraglichen Maßnahmen im Sinne des vorhergehenden Alineas[b]) kommentieren würde, veröffentlicht werde. Da wir, wie ich zur persönlichen Information Euer Exzellenz bemerke, auf diese Modalität als Garantie für die tatsächliche Durchführung der Maßnahme Wert legen, so wollen Euer Exzellenz bestrebt sein, Herrn Sazonow für diesen Gedanken zu gewinnen und in diesem Falle den Wortlaut der Enunziation mit ihm vereinbaren. Andernfalls aber wollen Euer Exzellenz wenigstens soviel zu erreichen trachten, daß die Besprechung in der offiziösen Presse sich in dem angedeuteten Gedankengange bewege. Zu Euer Exzellenz rein persönlicher Orientierung: Unter den oben angeführten außerordentlichen militärischen Maßnahmen Rußlands verstehen wir die Zurückbehaltung eines Reservejahrganges. Wir haben es absichtlich vermieden, eine präzisere Fassung zu wählen, da uns naturgemäß nur die Situation in den unserer Grenze benachbarten Gebieten interessiert und sich die von uns in Aussicht genommene Reduzierung auf Galizien beschränkt. Sollte Herr Sazonow, was wohl nach dem Verlaufe der von Prinz Hohenlohe mit Seiner Majestät und den maßgebenden Faktoren gepflogenen Unterredungen nicht zu erwarten steht, dennoch unsere erhöhte Bereitschaft im Süden der Monarchie in diese Besprechung einzubeziehen versuchen, so wollen Euer Exzellenz darauf verweisen, daß in den früher erwähnten Gesprächen des Prinzen Hohenlohe von russischer Seite die Verschiedenheit der Gesichtspunkte, unter

welchen unsere Maßregeln im Norden und diejenigen im Süden zu beurteilen sind, sowie die Berechtigung der letzteren unter den heute noch obwaltenden Verhältnissen vollkommen anerkannt wurde.

[a]) Vgl. n. 5751, 5848, 5919, 5923 Anm. b, 5942, 5985, 5994. — [b]) Vorhergehendes Alinea reicht von „Euer Exzellenz werden ersucht" bis „sein könnte".

Nr. 5911. Tel. nach St. Petersburg Nr. 158 (1), Berlin Nr. 188 (2), Paris Nr. 140 (3), Rom Nr. 213 (4), Bukarest Nr. 128 (5), Sofia Nr. 101 (6) und London Nr. 193 (7), 22. Feb. 1913 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; G. Szápáry).

1.—6. Graf Mensdorff telegraphiert mir unterm 22. l. M. wie folgt: ... *wie n. 5905 in extenso* ...

1.—4. Ich teile unter einem den k. u. k. Gesandten in Bukarest und in Sofia den Inhalt der vorstehenden Meldung mit dem Auftrage mit, einen gemeinsamen Schritt bei der rumänischen beziehungsweise bulgarischen Regierung im Sinne des Beschlusses der Botschafterréunion mitzumachen, falls alle anderen Vertreter der Großmächte auf Grund analoger Instruktionen eine solche Demarche unternehmen. Vorstehendes wollen Euer Exzellenz im dortigen auswärtigen Amte mitteilen.

5.—6. Euer etc. sind ermächtigt, einen gemeinsamen Schritt im Sinne des vorstehenden Beschlusses der Botschafterréunion mitzumachen, falls alle anderen Vertreter der Großmächte auf Grund analoger Instruktionen eine solche Demarche bei der dortigen Regierung unternehmen.

7. Euer Exzellenz Telegramm Nr. 154 vom 22. l. M. erhalten. Ich teile den Inhalt Ihrer Meldung den k. u. k. Gesandten in Bukarest und in Sofia (Inseratur aus Telegramm 1—4 von „mit dem Auftrage mit," bis „auswärtigen Amte mitteilen.") Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 158 Nr. 296. Vgl. n. 5915, 5916, 5921.

Nr. 5912. Tel. aus St. Petersburg, 22. Feb. 1913 Nr. 62 (eing. 23. Feb. 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Herr Sazonow sagte mir gestern, er habe sich, um sein Entgegenkommen neuerlich zu beweisen, entschlossen, in der albanesischen Delimitationsfrage unserem Standpunkte noch eine weitere Konzession zu machen, indem er die Zuweisung des Ljumagebietes mit der Stadt Radomir an Albanien akzeptieren wolle. Er hoffe, dass nun Euer Exzellenz den übrigen Punkten seines Gegenvorschlages, namentlich der Einbeziehung des Wasserspiegels des Skutarisees in Montenegro und der Stadt Diakowa in Serbien zustimmen werden, womit die ganze Frage ihre im Interesse der allgemeinen Beruhigung schon dringend nötige Regelung finden würde. Ich erwiderte, dass ich nicht glaube, dass die k. und k. Regierung, welche ohnehin schon bis zum äußersten Grade des Entgegenkommens gegangen sei, noch weitere Konzessionen machen könne. Insbesondere versuchte ich den Herrn Minister zu überreden, dass er sich bezüglich Diakowas konziliant zeigen möge, da es doch nicht angehe, dem neu zu gründenden Albanien alle halbwegs wichtigeren Städte fortzunehmen. Er selbst wolle ja auch etwas Stabiles

schaffen helfen und da dürfe man doch nicht die Existenzmöglichkeit des neuen Landes von vorneherein untergraben. Der Herr Minister gab dies zwar zu, sprach aber die Meinung aus, dass der Umstand, ob gerade Diakowa noch zu Albanien gehören werde oder nicht, in Bezug auf die Existenzfähigkeit desselben keinen ausschlaggebenden Einfluss ausüben könne. Es spielen aber bei dieser Stadt wichtige kulturelle beziehungsweise religiöse Interessen mit, indem sich dort eine Filiale des serbisch-orthodoxen Klosters Dečani befinde; es sei aber ganz unmöglich, diese christlichen Interessen — es handle sich nicht um christliche Albanesen, sondern um Serben — der Willkür der gerade in dieser Gegend besonders unkultivierten albanesischen Mohammedaner preiszugeben. Herr Sazonow lenkte sodann meine Aufmerksamkeit auch auf den Umstand (der, wie mir scheint, bei ihm noch stärker ins Gewicht fallen dürfte, als das Interesse für die Klosterfiliale), dass nämlich in Serbien sich bereits eine sehr starke Bewegung geltend zu machen beginne, welche mit den vielen Zugeständnissen unzufrieden sei, zu denen sich Herr Pašić über russisches Zureden bisher schon habe bereit finden lassen; werde aber dieser gestürzt, so sei ganz unberechenbar, welche Elemente in Serbien die Oberhand gewinnen würden und es sei der Fall wohl sehr möglich, dass Serbien dann nicht mehr auf die russischen Ratschläge zur Vernunft hören wolle. „Je vous assure, Monsieur Pašić est un homme à ménager; s'il tombe, nous ne savons plus à qui nous adresser et nos conseils ne seront plus entendus". Auf Montenegro übergehend sagte mir Herr Sazonow, die letzten Nachrichten über die Dynastie seien die denkbar schlechtesten: „Roi Nicolas ne tient plus qu'à un fil". Man nehme ihm den schlecht organisierten letzten kopf- und sinnlosen Sturm auf Skutari im Lande sehr übel, bei dem zirka 5000 Mann (von einer Armee von 30.000 (!)) gefallen seien. Er habe, um sich und dem Kronprinzen einen Glorienkranz zu schaffen, den günstigen Moment, wo General Martinović die Festung vielleicht hätte einnehmen können, versäumt, um auf das Eintreffen des Kronprinzen zu warten, der dann gar nichts ausgerichtet habe. Nicht besser sei es geworden, als der König den Oberbefehl übernommen habe; der letzte Misserfolg endlich mit seinen unverhältnismäßig großen Opfern habe das Übrige getan, um die ohnehin schon wenig populäre Dynastie vollends in aller Augen zu diskreditieren. Herr Minister wiederholte bei dieser Gelegenheit, wie schon so oft, die Monarchie könne doch kein Interesse an dem Sturze einer Dynastie überhaupt und schon gar nicht an jener Montenegros haben, welcher unabsehbare Komplikationen im Gefolge haben könne. Ich verhielt mich den Äußerungen des Ministers gegenüber im allgemeinen rezeptiv. Thurn.

[a]) Vgl. n. 5920, 5941, 5983 Anm. a.

Tel. nach Sofia, 22. Feb. 1913 Nr. 101 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 5911.

Nr. 5913. Tel. aus Sofia, 22. Feb. 1913 Nr. 172 (eing. 5 U. p. m.).[a]) Entziff.

Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 100 und mein Telegramm Nr. 168 vom 21. d. M. Deutscher Kollege erhielt über Anfrage in Berlin

Antwort, dass er bulgarischer Regierung Appell an Mächte erneuert raten soll und da in dieser Instruktion von keinem Kollektivschritt die Rede, hat sich Herr von Below heute individuell bei Herrn Geschoff in obigem Sinne ausgesprochen. Italienischer Kollege hat Auftrag, sich einer Kollektivdemarche anzuschliessen und wartet. Französischer und englischer Kollege sagen mir, sie hätten Herrn Geschoff von ihren Instruktionen betreffend Appell an décision des puissances verständigt; Herr Panafieu, „der nur officieusement mit Herrn Geschoff gesprochen", sei bereit, Kollektivdemarche mitzumachen; Engländer tut nichts mehr ohne Instruktionen. Russischer Gesandter habe über Konfusion in Instruktionen berichtet und erwarte Antwort. Er habe auch Herrn Geschoff privat Inhalt seines Auftrages mitgeteilt. Da ich Demarche in Befolgung hohen Telegrammes Nr. 97 vom 19. d. M. gemacht, werde mich im Sinne eingangs bezogenen telegraphischen Auftrages nunmehr nur einem Kollektivschritte anschliessen.

Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 5914.

Nr. 5914. Tel. aus Sofia, 22. Feb. 1913 Nr. 173 (eing. 23. Feb. 10 U. 40 M. a. m.).[a]) Entziff.

Da auf individuelle Demarche man hier keine einheitliche Antwort von Herrn Geschoff erhalten, sind Vertreter der Grossmächte zur Einsicht gekommen, dass Kollektivschritt erwünscht und wir haben uns alle heute abends geeinigt, einen solchen morgen vorzunehmen. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 5913.

Nr. 5915. Tel. aus Bukarest, 23. Feb. 1913 Nr. 64 (eing. 24. Feb. 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 128 von heute. Nach Beratung mit meinem deutschen und italienischen Kollegen sind wir übereingekommen, Nachstehendes unseren respektiven Regierungen zu unterbreiten: Da Démarche, welche Antrag einer Mediation enthielt, einzeln vorgenommen wurde und von allen Mächten ausgeführt ist und auch bereits von rumänischer Regierung beantwortet wurde (hieramtliches Telegramm Nr. 62 von gestern), die neu angeregte Démarche aber kollektiv erfolgen soll und Aufforderung an Rumänien enthält, „de remettre la resolution de la différence à la décision des Puissances," so stellen wir die Bitte um Instruktion, ob wir uns diesem neuen Schritte trotzdem anschließen sollen. Gleichzeitig erlauben wir uns darauf hinzuweisen, daß rumänische Regierung ausdrücklich erklärte, sich nicht zu verpflichten, Entscheidung der Mächte anzunehmen und eine solche Verpflichtung auch nicht annehmen kann, ohne Gefahr zu laufen, zum Rücktritt gezwungen zu werden. Neue Démarche im obigen Sinne würde Stellung friedliebender Faktoren ungemein erschweren, da bereits Annahme der Mediation größte Schwierigkeiten im Ministerrate verursachte. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 5933, 5939 Anm. b.

Nr. 5916. Tel. aus Rom, 23. Feb. 1913 Nr. 86 (eing. 24. Feb. 8 U. a. m.). Entziff.

Hiesige Regierung hat den Gesandten in Bukarest und Sofia analoge Weisungen zukommen lassen, wie die laut des hohen Telegrammes vom 22. d. M., Nr. 213, von Euer Exzellenz dem Prinzen Fürstenberg und dem Grafen Tarnowski erteilten. Es handelt sich um eine Mediation aller Mächte aber mit der Nuance, dass dieselben die Entscheidung über Grenzlinie zu treffen hätten. Rumänien habe bereits zustimmend geantwortet und nur den Vorbehalt gemacht, dass Aktion der Mächte ehestens zu einem Ergebnis führen müsste. Die Antwort Bulgariens steht noch aus. Mérey.

Nr. 5917. Tel. aus Rom, 23. Feb. 1913 Nr. 88 (eing. 24. Feb. 10 U. 40 M. a. m.).[a] Entziff.

Zu Euer Exzellenz Telegrammen Nr. 204 vom 18. d. Mts., 205[b] und 206[c] vom 19. d. Mts. und 212[d] vom 22. d. Mts. Minister des Äussern sagte mir, nach seinen Nachrichten wollte Russland zwar hinsichtlich der Stadt Skutari einschliesslich des Tarabosch und bezüglich Lumas nachgeben, verharre aber bisher in Betreff Djakovas auf seinem Widerstand. Dass im Falle einer Einigung der Botschafterréunion über die Delimitation Albaniens die Mächte sich als gebunden zu erachten und das Ergebnis den betreffenden Balkanstaaten bekannt zu geben hätten, ist auch Marquis di San Giulianos Ansicht. Natürlich müsste zuvor auch die Ost- und Südgrenze festgestellt werden. Mérey.

[a] Vgl. n. 5930. — [b] Mit Tel. Nr. 205, 19. Feb. 1913 (chiffr. 10 U. p. m.) wurde n. 5801 nach Rom mitgeteilt. — [c] Mit Tel. Nr. 206, 19. Feb. 1913 (chiffr. 20. Feb. 12 U. 10 M. a. m.) wurde n. 5855 nach Rom mitgeteilt. — [d] Mit Tel. Nr. 212, 22. Feb. 1913 (chiffr. 8 U. 30 M. p. m.) wurde n. 5898 von „Inhalt" bis „zu erlangen" nach Rom mitgeteilt.

Nr. 5918. Bericht aus Rom, 23. Feb. 1913 Nr. 15 (eing. 25. Feb.).[a] Ausfert.

In meinem Berichte vom 30. v. Mts. Nr. 7 B hatte ich die Ehre, Euer Excellenz unter anderem zu melden, dass ich am 27. v. Mts. dem Minister des Äussern eine schriftliche Aufzeichnung übergeben habe, welche — auf Grund des hohen Telegrammes vom 24. v. Mts. Nr. 113 — eine genaue Wiedergabe unserer Bemerkungen zu den italienischen Amendements unserer Vorschläge für den Status Albaniens enthielt. Gestern ist mir seitens des Marchese di San Giuliano im Geleite der Note vom 21. l. Mts. Nr. 15 die in Kopie anverwahrte Verbalnote[b] sowie das beigeschlossene Promemoria[c] zugekommen. Die Verbalnote betrifft die noch zwischen uns und Italien controversen Punkte hinsichtlich des Status Albaniens, trägt hiebei bezüglich des Punktes 7 unserer Auffassung Rechnung, hält aber in Betreff der Controlle der albanesischen Verwaltung durch alle Grossmächte sowie in Bezug auf unser Cultusprotectorat an dem bisherigen hiesigen Standpunkte fest. Das Promemoria stellt sich als das Ergebnis der von der Consulta in der Frage unseres Cultusprotectorates in Albanien

angestellten historischen und juridischen Studien dar und concludiert in einer Negierung des von uns angesprochenen Rechtes. Die einschlägige Argumentation sucht nachzuweisen, dass die Monarchie auf Grund der betreffenden Verträge mit der Türkei kein ausschliessliches Recht auf den Schutz des katholischen Cultus besass, dass ausserdem Verträge zwischen der Türkei und einer Macht nicht Rechte dritter Staaten (ihre Untertanen selbst zu schützen) tangieren können, dass ferner unser Protectoratsrecht niemals anerkannt, ja im Gegenteile durch den Artikel 62 des Berliner Vertrages ausgeschlossen worden sei, und dass dasselbe schliesslich, selbst wenn es bestanden hätte, durch die Loslösung Albaniens von der Türkei von selbst aufhören müsste. Mérey.

[a] Vgl. n. 6164, 6554. — [b] Beilage. — [c] Das „Pro-Memoria sul preteso diritto di Protezione Religiosa dell'Austria in Albania" konnte wie auch andere zahlreiche Akten zur Frage des öst.-ung. Kultusprotektorates Raummangels wegen nicht abgedruckt werden. Der wesentliche Inhalt des Promemoria ist im vorliegenden Berichte wiedergegeben.

Beilage zu n. 5918. Verbalnote des ital. Ministeriums des Äußern.[a] Abschrift.

Le Ministère Royal des affaires étrangères a l'honneur d'accuser réception de la note en date du 27 janvier dernier par laquelle l'Ambassade Impériale et Royale d'Autriche-Hongrie a bien voulu lui faire connaître les réserves avec lesquelles le Gouvernement Impérial et Royal est disposé à consentir, en principe, aux amendements proposés au projet de statut de l'Albanie. 1° Le Gouvernement Royal accepte que l'Albanie soit représentée par un délégué dans la commission internationale mentionnée au premier alinéa du § 5 ainsi que dans le comité international mentionné au deuxième alinéa de ce paragraphe. Quant au contrôle de l'administration civile par les Puissances, le Gouvernement Royal fait remarquer que ce contrôle découle naturellement du principe fondamental, accepté par l'Autriche-Hongrie, de l'Albanie „autonome garantie et controlée exlusivement par toutes les Grandes Puissances". Le principe de l'autonomie qui n'est pas violé par effet du contrôle international sur l'administration de la justice et des finances, ne saurait non plus être violé par un contrôle international sur l'administration civile. En outre, les Puissances qui seraient exclues de ce contrôle, pourraient prétendre d'exercer une ingérence dans les affaires civiles albanaises (par exemple à la suite de réclamations des populations locales) par le moyen de leurs consuls respectifs, ce qui amenerait des complications sans fin, tandis que l'action légale et régulière, par l'entremise des délégués ad hoc, ne présente pas de pareils dangers. Le Gouvernement Royal est d'avis que l'administration albanaise, dans son ensemble, devrait être soumise au contrôle des Grandes Puissances, dans l'intérêt de la prospérité et du progrès du Pays et dans le but aussi de simplifier le fonctionnement du Gouvernement en adaptant les différentes branches de l'administration à un principe unique de constitution. Si le Gouvernement Royal se croit en devoir de proposer de renoncer à la situation privilégiée qui lui reviendrait d'un contrôle à deux, à l'Italie et à l'Autriche-

Hongrie, sur l'administration civile, c'est uniquement parce qu'il croit s'inspirer aux véritables intérêts de l'Albanie. Le Gouvernement Royal pense aussi que tout contrôle à deux, souvent par excès de zèle des fonctionnaires locaux, peut donner occasion à des dissentiments entre l'Italie et l'Autriche-Hongrie, tandis que le contrôle européen sera une raison de plus pour resserrer les liens d'amitié et de confiance réciproque qui existent heureusement aujourd'hui entre les deux Puissances alliées. Par conséquent le Gouvernement Royal pense qu'il faudra maintenir le texte par lui proposé du § 5 avec l'addition susdite de la représentation de l'Albanie dans la commission et dans le Comité International. 2° Le Gouvernement Royal se trouve, à son regret, dans l'impossibilité d'accepter l'alinéa proposé à insérer entre les paragraphes 5 et 6, concernant, entre autres, la protection religieuse. Le Gouvernement Royal n'a jamais eu et n'a pas en vue de soulever actuellement une discussion sur ce point, mais il ne pourrait laisser que par suite de l'établissement d'une constitution albanaise, des droits, qui lui reviennent par le fait de sa qualité d'Etat Souverain, soient compromis. Le Memorandum ci-annexé expose les motifs pour lesquels l'Italie ne peut accepter le protectorat que le Gouvernement austro-hongrois réclame sur les religieux, les institutions religieuses et les catholiques de l'Albanie. Mais comme il serait désirable que cette différence de points de vue ne soit pas portée, autant que possible, à la Conférence de Londres, il serait nécessaire qu'un échange de vues ait lieu entre les deux Gouvernements pour établir d'accord un modus procedendi propre à atteindre ce but. Le Duc Avarna a reçu des instructions d'entretenir à ce sujet le Comte Berchtold. 3° Il semble que les objections formulées par le Gouvernement Impérial et Royal à l'amendement proposé au paragraphe 7 pourraient être éliminées par la modification suivante: „L'Etat d'Albanie ne pourra accorder, ni avant la stipulation de nouvelles conventions commerciales ou d'autre nature, ni à l'occasion de ces nouvelles stipulations à aucune Puissance, y compris les Etats balcaniques, des privilèges différentiels etc." Et conformément à la remarque faite par le Gouvernement Impérial et Royal, il serait en outre utile d'ajouter à l'alinéa susdit la clause suivante: „Tant que les capitulations restent en vigueur toutes les Puissances auront droit à un traitement uniforme, et chaque Puissance aura la faculté de ne renoncer aux capitulations qu'à la condition d'obtenir en échange le traitement inconditionnel de la nation la plus favorisée."

[a]) Vgl. Erste Beilage zu n. 6554.

Nr. 5919. Tel. aus St. Petersburg, 23. Feb. 1913 Nr. 63 (eing. 24. Feb. 10 U. 10 M. a. m.).[a]) Entziff.

Ich war schon heute in der Lage, Herrn Sazonow die mir mit Euer Exzellenz Telegramm von heute Nr. 157 aufgetragene Eröffnung bezüglich der von Seiner k. u. k. Apostolischen Majestät bedingungsweise genehmigten Standesreduzierungen an unserer Nordgrenze zu machen. Herr Minister war durch dieselbe auf das Freudigste berührt und sagte mir, die russische

Regierung werde gewiss nur zu froh sein, auch ihrerseits die zurückbehaltenen Mannschaften zu entlassen. Übrigens habe er am Dienstag vormittags Vortrag bei Seiner Majestät dem Kaiser, bei welcher Gelegenheit er Höchstdessen Entscheidung im Gegenstande erbitten werde. Den Gedanken, die beiderseitigen Abrüstungsmassregeln als eine direkte Folge des unmittelbaren Gedankenaustausches der beiden Monarchen hinzustellen und dies in einem im beiderseitigen Einverständnis redigierten Communiqué der Öffentlichkeit bekannt zu geben, nahm Herr Sazonow bereitwilligst auf und ersuchte mich, ihn übermorgen gleich nach seiner Rückkehr aus Zarskoeselo aufzusuchen, um im Falle, als Kaiser Nikolaus, wie übrigens nicht zu bezweifeln sei, höchstseine Zustimmung zur Entlassung des bisher zurückbehaltenen Reservejahrganges erteilt, das Euer Exzellenz vorschwebende Communiqué zusammen zu redigieren. Nur ganz im Vorübergehen warf Minister die Frage hin, was denn mit unseren militärischen Vorkehrungen an der Südgrenze sei. Ich erwiderte mit dem Hinweis darauf, dass ja Prinz Hohenlohe Seiner Majestät dem Zaren die Gründe auseinandergesetzt habe, welche eine Rückgängigmachung der dort getroffenen Massregeln vorläufig unmöglich machen, welche Argumente Kaiser Nikolaus als begründet anerkennen musste. Ich wiederholte dieselben dem Minister nochmals, worauf er mir zugab, dass unserer bezüglichen Auffassung die Berechtigung nicht abgesprochen werden könne.

Thurn.

[a]) Vgl. n. 5942, 5994.

Nr. 5920. Tel. aus St. Petersburg, 23. Feb. 1913 Nr. 64 (eing. 24. Feb. 11 U. 5 M. a. m.).[a]) Entziff.

In heutiger Unterredung erwähnte Herr Sazonow, er habe bezüglich der albanesischen Delimitation sich zu einem weiteren Zugeständnisse entschlossen, indem er nunmehr gewillt sei, Albanien auch noch den die Stadt Skutari dominierenden Tarabosch zu konzedieren. Er hoffe nun, daß Euer Exzellenz bezüglich des Sees und Djakovas dem russischen Standpunkte Rechnung tragen werden. Ich erwiderte, daß mir dies kaum möglich erscheine; insbesondere Djakova, das trotz der dortigen Klosterfiliale eine rein albanesische Stadt sei, könne doch nicht wohl von Albanien abgetrennt werden. Herr Sazonow entgegnete, er sei bei dem Verlangen, Djakova Serbien zukommen zu lassen, nur von sachlichen Erwägungen geleitet: abgesehen von der mehrerwähnten Klosterfiliale sei zu bedenken, daß diese Stadt wirtschaftlich ganz gegen die nun serbisch werdende Seite gravitiere und von dem künftigen Albanien durch unwegsame Gebirge getrennt werde. Also auch vom ökonomischen Standpunkt sei die russische Auffassung gerechtfertigt. Die wichtigste Konsideration sei aber jene, die Stellung Herrn Pašić' nicht zu kompromittieren, der allein die Gewähr biete, daß die Serben sich auch tatsächlich den Entscheidungen der Mächte fügen werden.

Thurn.

[a]) Vgl. n. 5912, 5931, 5941, 5969, 5983 Anm. a.

Nr. 5921. Tel. aus Sofia, 23. Feb. 1913 Nr. 174 (eing. 6 U. 30. M. p. m.).[a] Entziff.

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 101 von heute erhalten. Collectivdemarche gemacht, Conseilspräsident versprach ehetunlichste schriftliche Antwort nach Beschluss Ministerrates. Tarnowski.

[a] Oe. U. Balkan 159 Nr. 297. Vgl. n. 5932.

Nr. 5922. Tel. aus Belgrad, 24. Feb. 1913 Nr. 97 (eing. 25. Feb. 8 U. a. m.). Entziff.

Im Nachhange zum Telegramme Nr. 92 vom 22 d. M. Herr Pašić hat dem italienischen Geschäftsträger gegenüber die Absicht einer Wiener Reise in Abrede gestellt. Dem bulgarischen Gesandten sagte er dagegen, dass er schon seit längerer Zeit sich mit dem Gedanken befasse, eine direkte Aussprache mit Euer Exzellenz anzustreben, von der er sich die besten Erfolge verspreche. Er werde aber durch die Erwägung zurückgehalten, dass, wenn dieser Besuch zu keinem positiven Resultat führen sollte (er meinte darunter wahrscheinlich die Überlassung von Djakova und Dibra), dies seine Stellung im Lande politisch unmöglich machen würde. Die Reise nach Wien — mit Aussicht auf einen Erfolg — würde hier den allerbesten Eindruck machen und würde viel zur Ausgleichung der Gegensätze beitragen. Ich bin der Ansicht, dass Herr Pašić diese Mitteilungen Herrn Toscheff gegenüber nur gemacht hat, damit er sie mir weiterleite und ich dieselben Euer Exzellenz einberichte. Ugron.

Nr. 5923. Tel. aus Berlin, 24. Feb. 1913 Nr. 103 (eing. 10 U. p. m.).[a] Entziff.

Geheim. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 189[b] von gestern. Reichskanzler und Staatssekretär lassen für die erfreuliche Mitteilung bestens danken. Sie sind überzeugt, dass die in Aussicht genommene Reduktion unserer Stände in Galizien unter der Bedingung, dass russischerseits Zusicherung gegeben werde, seine an der Nordgrenze Österreich-Ungarns getroffenen ausserordentlichen militärischen Massregeln rückgängig zu machen, nicht nur in Russland, sondern auch bei allen anderen Grossmächten den besten Eindruck hervorrufen werde. Auch Kaiser Wilhelm wird über diese Allerhöchste Entschliessung, wie ich nicht zweifle, sehr befriedigt sein, da Höchstderselbe mir, als ich ihn vor einigen Tagen zu sprechen Gelegenheit hatte, versicherte, er erwarte mit Ungeduld eine Nachricht über unsere „Demobilisierung", die das einzige geeignete Mittel wäre, eine Entspannung der internationalen Lage herbeizuführen. Szögyény.

[a] Vgl. n. 5947, 5958. — [b] Mit Tel. Nr. 189, 23. Feb. 1913 (chiffr. 10 U. 15 M. p. m.) wurde n. 5910 nach Berlin mitgeteilt.

Nr. 5924. Tel. aus Berlin, 24. Feb. 1913 Nr. 104 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Zu meinen Telegrammen Nr. 100 und 101 vom 22. d. M. Staatssekretär sagte mir, der englische Botschafter habe ihm im Auftrage Sir

E. Greys mitgeteilt, dass russische Regierung Djakova betreffend nicht nachgeben wolle. Herr von Jagow habe diese Mitteilung zur Kenntnis genommen und Sir E. Goschen erwidert, er könne nicht annehmen, dass dies das letzte Wort Russlands sei. Szögyény.

Nr. 5925. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 24. Feb. 1913 Nr. 133 (eing. 25. Feb. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Vertraulich. Ich hatte soeben längere Unterredung mit Großvezier. Seinen Äußerungen konnte ich entnehmen, dass er in der Adrianopelfrage eventuell geneigt wäre, seinen bisherigen Standpunkt zu ändern, er sagte nämlich, die Mächte hätten bisher der Pforte blos Rat gegeben, Adrianopel aufzugeben, ohne ihr gleichzeitig Andeutung darüber zu machen, welche Bedingungen im Übrigen der Friedensvertrag enthalten würde. Auf mein Drängen sprach sich dann Mahmud Schefket Pascha deutlicher aus und bezeichnete folgende Punkte als eventuelle Kompensation für das Aufgeben Adrianopels: 1.) Fixierung einer Grenzlinie, die etwa von Enos bis San Stefano am Schwarzen Meere gehen, aber Adrianopel nördlich lassen würde; 2.) Zusicherung, dass die Pforte keine Kriegsentschädigung zahlen werde; 3.) gewisse Garantien für die Mohammedaner, welche in den abzutretenden Gebieten leben; 4.) Zusage, dass im Falle der Übergabe Adrianopels dortige türkische Garnison mit Waffen abziehen könne; 5.) Zusicherung der in der Antwortnote der Pforte angeführten wirtschaftlichen Vorteile seitens der Mächte.[b] Großvezier meinte, dass wenn die Mächte der Pforte diese Punkte, wenn auch vorläufig blos in vager und nichtoffizieller Form in Aussicht stellen würden, so könnte er Frage der Zession Adrianopels mit seinen Ministerkollegen neuerdings in Erwägung ziehen und sich mit ihnen darüber beraten, ob die Regierung unter solchen Umständen die Aufgabe Adrianopels dem Volke gegenüber rechtfertigen könne. Meine Frage, ob er wünsche, dass ich von obigem Gespräche Euer Exzellenz Mitteilung mache, beantwortete er bejahend. Pallavicini.

[a] Vgl. n. 5956 Anm. a, 5959, 5960, 5988. — [b] Vgl. n. 5607.

Nr. 5926. Tagesbericht über einen Besuch des englischen Botschafters, 24. Feb. 1913 Nr. 884.[a] Konz. (S. auf Grund eigenhändiger Notizen Berchtolds auf dem Aide-Mémoire[b] des englischen Botschafters: Matscheko; G. Berchtold).

Sir F. L. Cartwright hat mich heute aufgesucht und mir auftragsgemäß davon Mitteilung gemacht, daß unsere letzten Vorschläge in der albanesischen Abgrenzungsfrage von seiner Regierung befürwortend und unter Anführung der von uns dargelegten Argumente dem Petersburger Kabinet mitgeteilt worden seien. Herr Sazonow habe jedoch erwidert, er könne der Angliederung von Dibra und Djakova an das zu schaffende mohammedanische Albanien nicht zustimmen, da sich in beiden Städten orthodoxe kirchliche Institutionen befänden. Auch würde Serbien sich auf gütlichem Wege nicht dazu bestimmen lassen, seine Truppen aus diesen Städten zurückzuziehen und einer gewaltsamen Vertreibung der Serben

könnte Rußland nicht gleichgiltig gegenüberstehen. Der englische Botschafter wies nun im Namen Sir Edward Greys darauf hin, wie außerordentlich bedauerlich es wäre, wenn die Kontroverse über die Zugehörigkeit von Djakova, die einzige Frage von Bedeutung, die noch zu regeln sei, die Verständigung der Mächte über Albanien zum Scheitern brächte. Da Rußland, sowohl was den serbischen Adriahafen als auch was Skutari anbelangt, nachgegeben habe, könne das Londoner Kabinet in St. Petersburg nicht zu weiteren Konzessionen drängen. Um einen Abbruch der Verhandlungen über die albanesische Frage zu vermeiden, schlage Sir Edward Grey nun als letztes Auskunftsmittel vor, daß eine internationale Kommission mit einer Enquête über die lokalen Verhältnisse betraut werden möge. Indem Sir Fairfax schließlich darauf verwies, wie sehr der englische Staatssekretär es bedauern würde, wenn er anläßlich der für den 10. März bevorstehenden Debatte im Unterhause eingestehen müßte, daß die Verhandlungen auf einem toten Punkt angelangt seien, übergab er mir das zuliegende Aide-Mémoire,[b)] in welchem seine Bemerkungen resümiert sind. Ich erwiderte dem Botschafter, daß wir, wie immer man auch die Sache betrachten möge, nicht die Möglichkeit hätten, in den Konzessionen bezüglich der Ostgrenze Albaniens noch weiter zu gehen. Wir hätten bereits der Abtrennung aller jener Orte von Albanien zugestimmt, wo eine serbische Minorität der albanesischen Majorität gegenübersteht. Es sei aber doch zu viel verlangt, daß wir auch die Angliederung von rein albanesischen Gemeinden, wie Djakova, an Serbien zugeben sollen. Der Umstand, daß sich dort zufällig eine orthodoxe Klosterfiliale befinde, könne doch keinen ernsten Grund dafür bilden, aus Djakova eine serbische Stadt zu machen. Wir seien dem russischen Standpunkt übrigens bereits dadurch entgegengekommen, daß wir in die Ausscheidung des Klosters Visoki Dečani aus dem Gebiet von Djakova eingewilligt haben. Wenn ferner von russischer Seite immer wieder betont werde, Rußland habe bei der Delimitation Albaniens mehr Zugeständnisse gemacht als wir, so stimme dies mit den Tatsachen nicht überein. Denn wir hätten Ipek, Prizren samt der ganzen fruchtbaren Metoja und Dibra konzediert, während Rußland nur hinsichtlich Skutaris und Umgebung nachgegeben habe. Auch die Argumentation Herrn Sazonows, Djakova dürfe nicht an Albanien fallen, weil sonst Herr Pašić stürzen könnte, sei ich absolut nicht in der Lage zu akzeptieren. Herr Pašić sei nie unser Freund gewesen und ich könne nicht einsehen, weshalb ich aus Rücksicht für seine Person ein rein albanesisches Gebiet preisgeben sollte. Wenn das Ministerium Pašić zurücktreten müßte, so wäre dies vielleicht für Serbien ein Nachteil, für uns liege hierin jedoch keine Gefahr. Sir F. L. Cartwright, der über meine Eröffnungen etwas betroffen zu sein schien, meinte nun, es gäbe wohl nur zwei Möglichkeiten, um betreffs Djakova zu einem Einverständnis zu gelangen: entweder die von Sir Edward Grey angeregte Entsendung einer internationalen Kommission oder etwa die Konstituierung von Djakova und Umgebung als autonome Enklave, die unter der Kontrolle der Großmächte zu verwalten wäre. Diese Vorschläge lehnte ich mit der Begründung ab, daß die Ausführung der Greyschen Anregung eine gewaltsame Serbisierung von Djakova zur Folge hätte, die gewiß noch vor dem

Einlangen der europäischen Kommission durchgeführt werden würde, und daß andererseits eine so komplizierte administrative Ausnahmsstellung wie die zweite Alternative, wie Sir F. L. Cartwright sie für Djakova in Aussicht nehme, weder motiviert noch praktisch durchführbar erscheine. Der Herr Botschafter nahm von meinen Ausführungen mit dem Bemerken Akt, er fürchte, daß die Abgrenzung Albaniens nunmehr ins Stocken geraten dürfte; er werde aber nicht verfehlen, Sir Edward Grey von meinem Standpunkt in Kenntnis zu setzen. Ich behielt mir meinerseits vor, dem englischen Kabinett durch Grafen Mensdorff eine Antwort auf das Aide-Mémoire zukommen zu lassen.

[a] Vgl. n. 5934. — [b] Das Aide-Mémoire zusammengefaßt in n. 5927.

Nr. 5927. Tel. aus London, 24. Feb. 1913 Nr. 160 (eing. 10 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Sir E. Grey hat mir durch seinen Sekretär Inhalt eines Telegrammes mitgeteilt, das er Samstag abends an die britischen Botschafter in Wien, Berlin und Rom gerichtet hat. Staatssekretär erklärt darin, er habe meine Mitteilung bezüglich Dibras bei Herrn Sazonow in das möglichst vorteilhafte Licht gestellt und auch die ernsten Erwägungen nicht verschwiegen, die ich vorbrachte. Herr Sazonow antwortete, russische Regierung könne Diakowa und Dibra, welche slavisch-religiöse Institutionen enthalten, nicht einem mohammedanischen Albanien ausliefern. Serbien würde seine Truppen von diesen Städten nicht zurückziehen und Russland könne nicht gleichgiltig bleiben gegenüber einem Versuche, die serbischen Truppen gewaltsam zu entfernen. Sir E. Grey führte aus, es handle sich nicht um ein größeres Territorium, sondern nur um die Stadt Diakowa mit einer Bevölkerung von 6000. Dies sei der einzige Differenzpunkt, über welchen die Einigung erzielt oder Schiffbruch leiden kann. Es scheine kaum denkbar, dass dies Grund einer ernsten Differenz zwischen Großmächten würde, wenn man nicht eine Prestigefrage daraus mache. Sir E. Grey rekapitulierte in seinem Telegramm, dass die Frage des adriatischen Hafens in unserem Sinne gelöst wurde, Skutari, das viel größer und wichtiger als Diakowa und Dibra zusammen sei, ebenfalls konzediert wurde; er könne also nicht annehmen, dass, wenn Regelung der albanesischen Frage in ihrer Gesamtheit betrachtet werde, irgend eine Einbuße des österreichisch-ungarischen Prestiges gefunden werden könnte. Anderseits wird die russische Regierung bereits bezüglich der Hafenfrage angegriffen; die Verweigerung russischer Hilfe für Montenegro bezüglich Skutari wird Anlaß zu Angriffen auf russisches Kabinett und sogar Kaiser Nikolaus geben. Sollte hiezu Russland noch dem zustimmen, dass serbische Truppen gewaltsam aus Diakowa entfernt werden, so würde Stellung der Petersburger Regierung unmöglich. Aus diesen Gründen sei Sir E. Grey, nachdem der Hafen und Skutari konzediert wurden, nicht in der Lage, bezüglich Diakowas auf Russland eine weitere Pression auszuüben. Unter diesen Umständen könnte er nur anregen, dass die divergierenden Punkte einer internationalen Kommission übertragen werden, die über die lokalen Umstände berichten würde; doch sei er unter

dem Eindruck, dass diese Anregung der k. und k. Regierung nicht genehm sei. Es widerstrebe dem Staatssekretär, einen Appell an Graf Berchtold zu richten, den er „ressentieren" könnte, nachdem Graf Berchtold, obwohl sehr fest in seiner Mitteilung über Diakowa, dieselbe doch in einem für Sir E. Grey persönlich so freundschaftlichen Ton gemacht hat. Das Telegramm fährt fort: „Meine eigenen Bemühungen sind nahezu erschöpft und es ist nötig, die Lage dem Minister des Äussern, bei dem Sie akkreditiert sind, auseinanderzusetzen. Man ist einem Arrangement so nahe und doch scheint dieses ohne Konzedierung Diakowas an Serbien unmöglich zu sein. Soweit ich beurteilen kann, würde die Frage erst akut, wenn ein Versuch zur gewaltsamen Entfernung der Serben aus Diakowa gemacht würde. Allein die Parlamentssession beginne am 10. März, ich kann schwer eine Erklärung in der Adressdebatte vermeiden und ein sehr schlechter Eindruck wird hervorgerufen werden, wenn ich eingestehen muss, dass wir an einen diplomatisch toten Punkt gelangt sind. Sollte hingegen eine Einigung über die albanesische Grenze bei der Botschafterréunion registriert werden können, würde eine große Beruhigung eintreten. Würde die ganze Frage vor die Botschafterréunion gebracht, solange Österreich-Ungarn und Russland über Diakowa unversöhnlich sind, so würden der tote Punkt und die Uneinigkeit allgemein und übertrieben ersichtlich und der Eindruck würde verbreitet, dass die Mächte in Gruppen einander gegenüber stehen, je nach der Unterstützung, die sie Österreich-Ungarn und Russland geben. Bis jetzt war die Botschafterréunion in vorteilhafter Weise frei von derartigen Gegensätzen." Mensdorff.

a) Vgl. n. 5926 Anm. b, 5934, 5969, 5983.

Nr. 5928. Tel. aus London, 24. Feb. 1913 Nr. 161 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Zeitungen brachten Meldung betreffs einer montenegrinischen Erklärung bezüglich Skutaris. Ich fragte Sir A. Nicolson, was daran sei, und er sagte mir, Herr Popović sei vor einigen Tagen bei ihm erschienen und habe ihm erklärt, falls Montenegriner Skutari einnehmen, würden sie unter allen Umständen darin bleiben. Auf die Bemerkung des Unterstaatssekretärs, dass Skutari sich noch halte, antwortete Herr Popović, es würde aber bestimmt von Montenegro erobert werden, worauf Sir A. Nicolson sich in keine weitere Diskussion einliess. Mensdorff.

Nr. 5929. Tel. aus Paris, 24. Feb. 1913 Nr. 39 (eing. 25. Feb. 9 U. a. m.). Entziff.

In einem Briefe an den „Temps" erklärt König Nikolaus, dass er Skutari nie räumen werde. Laut Zeitungen hat Herr Vesnić in London erklärt, dass Serbien darauf bestehe, dass Skutari montenegrinisch werde. Herr Paléologue erzählte mir, dass laut Nachrichten aus Belgrad serbische Regierung für Adrianopel bestimmte Belagerungsgeschütze und Truppen jetzt nach Skutari schicken wolle. Ich bemerkte, dass Serbien sich betreffs der Schaffung Albaniens und mithin auch der Delimitierung den Grossmächten anvertraut habe. Letztere seien so ziemlich einig, dass Skutari bei

Albanien zu verbleiben hat. Eine Eroberung dieser Stadt durch die Verbündeten würde die Situation jedenfalls sehr komplizieren und die vermittelnde Aktion der Mächte erschweren. Auch für Montenegro wäre es nicht[a]) leichter, auf Unerreichbares zu verzichten, als gezwungen zu werden, die Stadt nach Besetzung zu räumen. Wir könnten diesbezüglich in Belgrad schwer vorstellig werden, da jeder solche Schritt als Drohung ausgelegt werden könnte. Eine nicht direkt interessierte und dabei mit Serbien so befreundete Macht wie Frankreich könnte dem Frieden grosse Dienste leisten, wenn sie in Belgrad in dieser Frage, die doch schon gewissermassen in den Händen der Mächte sei, zur Vorsicht mahnen würde. Meine Darlegung schien auf Herrn Paléologue einen gewissen Eindruck zu machen und sagte er, auch er hielte es für erwünscht, dass Serbien sich jeder Aktion vor Skutari enthalte, doch fürchte er, dass man in Belgrad vernünftigen Ratschlägen nicht sehr zugänglich sei. Szécsen.

[a]) Amtsvermerk: sic!

Nr. 5930. Tel. nach Rom, 24. Feb. 1913 Nr. 217 (chiffr. 11 U. p. m.).[a]) *Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).*

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 88 vom 23. l. M. Das Vorgehen der Serben und Montenegriner in den von ihnen besetzten Gebieten des künftigen Albanien läßt es mir als dringend wünschenswert erscheinen, daß die Räumung seitens der Okkupationstruppen ehestens erfolge und die Feindseligkeiten eingestellt werden. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, beabsichtige ich durch Grafen Mensdorff der Botschafterréunion den Vorschlag zu unterbreiten, daß, sobald eine Einigung über die Nord- und Nordostgrenze Albaniens in London erzielt sein wird, den Regierungen von Belgrad und Cetinje namens der Mächte der bezügliche Beschluß mit dem Bemerken notificiert werde, daß die Mächte auf dessen Durchführung bestehen werden. An diese Mitteilung wäre auch die Aufforderung zu knüpfen, die Albanien zugesprochenen Gebiete zu räumen. Diese Demarche kann meiner Ansicht nach in Belgrad und Cetinje erfolgen, bevor noch die Süd- und Südostgrenze bestimmt ist, deren Delimitierung für Montenegro und Serbien nicht mehr in Betracht kommt und daher keinen genügenden Grund für das Verbleiben deren Truppen jenseits der albanesischen Grenzen darstellt. Ein identischer Schritt in Athen hätte in dem Zeitpunkte zu erfolgen, wo die Grenzen Albaniens im Süden und Südosten festgelegt sein werden. Euer Exzellenz wollen sich in diesem Sinne zu Marquis di San Giuliano aussprechen und hinzufügen, daß ich eine Unterstützung des oberwähnten Vorschlages seitens Italiens in der Réunion erwarte. Bei dieser Gelegenheit wollen Euer Exzellenz bemerken, daß ich für die Abgrenzung Albaniens im Süden ein rascheres Tempo erhoffe und darauf rechne, daß bei den bezüglichen Verhandlungen Italiens Vertreter in den Vordergrund trete und dem k. u. k. Botschafter die Rolle zufalle, seinen italienischen Kollegen in der Wahrung der albanesischen Interessen zu unterstützen. Ein solcher Wechsel in den beiderseitigen Rollen scheine mir auch dem von Marquis di San Giuliano wiederholt hervorgehobenen Paritätsprinzipe zu entsprechen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 5938, 5946.

Nr. 5931. Tel. aus St. Petersburg, 24. Feb. 1913 Nr. 65 (eing. 25. Feb. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Herr Sazonow kam mir gegenüber heute abermals auf die uns bezüglich der albanesischen Abgrenzung noch trennenden Punkte Diakowa und Skutarisee zu sprechen und gab neuerdings der Hoffnung Ausdruck, dass Euer Exzellenz in diesen beiden Belangen den russischen Standpunkt, der nur auf sachlichen Erwägungen ruhe, akzeptieren werden. Ich entwickelte Herrn Minister unsere bekannten mannigfachen Argumente, wobei ich mich auf die mir mit Erlass vom 19. d. M. zugekommene „note explicative"[b] stützte. Zu Punkt 2 dieser Note, dass man nicht eine Grenze so ziehen könne, dass das Ufer einem Staate, das dasselbe bespülende Wasser aber einem anderen zugesprochen werde, meinte Herr Sazonow, dieses Bedenken könne nur insolange eine gewisse Berechtigung haben, als der See als solcher bestehe. Nun sei aber gerade die Überlassung desselben an Montenegro aus der Erwägung ins Auge gefasst, dass er behufs Gewinnung von Ackerland ausgetrocknet werde. Sei dies aber einmal durchgeführt, so würden unsere Bedenken entfallen. Um aber den bis dahin gewiss bestehenden Schwierigkeiten einer Fixierung der Grenzlinie am Ufer selbst zu begegnen, meinte Herr Minister, es könnte vielleicht ein Ausweg darin gesucht werden, dass den Uferbewohnern gewisse Servitutsrechte auf eine Zone des Sees zugesprochen werden, vielleicht auch in der Weise, dass die neue Grenze nicht unmittelbar am Ufer, sondern etwa einen Kilometer von demselben gezogen würde, so dass die Uferbewohner in der Fischerei und Schiffahrt nicht behindert wären. Bezüglich Diakowas ließ Herr Minister die Argumentation, dass diese Stadt das ökonomische Zentrum der westlich davon wohnenden albanesischen Bergstämme bilde, nicht gelten und wies darauf hin, dass die Stadt vielmehr wirtschaftlich unbedingt gegen die Niederungen im Osten und Nordosten gravitiere; es wäre seiner Meinung nach ganz verkehrt, die Stadt zu Albanien zu schlagen, von dem es durch unwegsames Gebirge getrennt sei, während das Terrain gegen das serbische Gebiet ein ganz offenes sei. Ich habe den Eindruck, dass Herr Sazonow in der Frage von Diakowa nicht leicht zu einem Nachgeben umgestimmt wird werden können. Es spielen hiebei auch Rücksichten auf seine eigene Stellung mit, da er schon wegen der Aufgabe von Skutari auf das heftigste angefeindet werden wird und befürchten dürfte, dass er diese der öffentlichen Meinung — welche, je länger die Krise dauert, umso aufgeregter und nervöser wird — nur dann werde mundgerecht machen können, wenn er auf der anderen Seite auf entsprechende Kompensationen hinweisen kann. Thurn.

[a] Vgl. n. 5920, 5941, 5969, 5983 Anm. a. — [b] Mit Erlass Nr. 804; vgl. n. 5815 Anm. c.

Nr. 5932. Tel. aus Sofia, 24. Feb. 1913 Nr. 177 (eing. 10 U. p. m.).[a] Entziff.

Bezug auf mein Telegramm Nr. 174 von gestern. Erhalte soeben gleich übrigen Vertretern der Großmächte schriftliche Antwort bulgarischer Regierung auf gestrige Kollektivdemarche die folgendermaßen lautet: „Le

président du conseil, ministre des affaires étrangères de Bulgarie, a l'honneur d'informer Son Excellence Monsieur le ministre d'Autriche-Hongrie que le gouvernement Royal, confiant dans l'esprit de haute justice des Grandes Puissances accepte la proposition de s'en remettre pour la solution du différend bulgaro-roumain à la décision des six Puissances, si la Roumanie l'accepte aussi." Tarnowski.

[a] Oe. U. Balkan 159 Nr. 298. Vgl. n. 5944.

Tel. nach Berlin, 25. Feb. 1913 Nr. 194 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 5934.

Nr. 5933. Tel. aus Bukarest, 25. Feb. 1913 Nr. 66 (eing. 26. Feb. 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Bei heutigem Diplomatenempfang äusserte sich Minister des Äussern dahin, dass, wenn auch bulgarische Formel für Annahme der Vermittlung weiter als rumänische gehe, es keine Arbitrage nach Begriff der Haager Konferenz sei. Trotzdem würde es nicht gelingen, in hiesigem Ministerrat Formel zur Annahme zu bringen, und würde Versuch dazu das grosse Gewicht, welches ein einstimmiger Beschluss der Grossmächte in Rumänien haben müsste, in Frage stellen. Meine heutige Rücksprache mit Ententekollegen ergab, dass dieselben meine und meiner Dreibundkollegen im hieramtlichen Telegramme Nr. 64 niedergelegte Ansicht über Nichtopportunität neuer Demarche teilen. K. E. Fürstenberg.

[a] Vgl. n. 5935, 5952.

Tel. nach Konstantinopel, 25. Feb. 1913 Nr. 128 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 5934.

Nr. 5934. Tel. nach London Nr. 200 (1), Paris Nr. 145 (2), Rom Nr. 223 (3), Berlin Nr. 194 (4), St. Petersburg Nr. 163 (5) und Konstantinopel Nr. 128 (6), 25. Feb. 1913 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.).[a] Konz. (S. Nemes; ohne Genehmigung).

1. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 160 vom 24. l. M.

2.—6. Im Verfolge meines heutigen Telegrammes Nr. 144[b] (beziehungsweise Nr. 222,[b] 193,[b] 162,[b] 127[b]).

1. Sir F. Cartwright hat mich gestern aufgesucht und sich des im eingangs zitierten Telegramme wiedergegebenen Auftrages entledigt.[c] Ich habe dem Botschafter erwidert, daß es mir nicht möglich sei, in den Konzessionen bezüglich der Ostgrenze Albaniens weiter zu gehen, und ihm die Gründe hiezu auseinandergesetzt. Eine eingehendere Antwort auf die in einem Aidemémoire zusammengefaßten Argumente Sir E. Greys und die mündlichen Ausführungen des Botschafters habe ich im Wege Euer Exzellenz an den Staatssekretär gelangen zu lassen in Aussicht gestellt. Euer Exzellenz wollen sich demnach bei Sir. E. Grey im nachstehenden Sinne vernehmen lassen. Wir hätten bereits der Abtrennung aller jener Orte im Norden und Osten Albaniens zugestimmt, wo eine serbische Minorität

der albanesischen Majorität gegenübersteht. Es sei aber doch zu viel verlangt, daß wir auch die Angliederung von rein albanesischen Gegenden an Serbien zugeben sollen. So gehöre der ganze Bezirk von Djakova, welcher politisch und wirtschaftlich eine selbständige Einheit bilde, geographisch und ethnographisch unzweifelhaft zu Albanien. Nur um Rußland Entgegenkommen zu zeigen, hätten wir spontan die Konzession gemacht, daß das isoliert inmitten dieser rein albanesischen Landschaft liegende orthodoxe Kloster Visoki Dečani aus Albanien ausgeschieden werde. Es gehe aber nicht an, daß diese weitgehende Konzession nun dazu benützt werde, um auch die Stadt Djakova für Serbien zu reklamieren. Der unbedeutenden orthodoxen Klosterfiliale daselbst stehen zahlreiche Moscheen und Derwischklöster entgegen. Auch befinde sich in Djakova eine katholische Weltpfarre, eine dem Franziskanerorden gehörige Kapelle und eine katholische Schule, welche unter unserem Schutze stehen und nicht mindere Rücksicht verdienen als die orthodoxe Klosterfiliale. Was die Bedenken gegen eine Belassung Djakovas bei dem „muselmannischen Albanien" anbelangt, wäre zu bemerken, daß die christlichen Kultus-Interessen in dem unter der Garantie der Großmächte stehenden Albanien wohl mindestens dieselbe Sicherheit genießen werden, als sie der Islam und der Katholizismus nach den bisherigen ungünstigen Erfahrungen in Serbien zu erwarten haben. Wenn ferner immer wieder betont werde, Rußland habe mehr Zugeständnisse gemacht als wir, so wäre demgegenüber festzustellen, daß wir Ipek, Prisren samt der ganzen fruchtbaren Metoja und Dibra koncediren wollen, während Rußland nur hinsichtlich Skutaris und des Tarabosch nachgegeben habe, jedoch bezüglich der nächsten Umgebung der Stadt noch Schwierigkeiten mache. Sir Fairfax habe bezüglich Djakovas von zwei Alternativen gesprochen, nämlich die von Sir E. Grey angeregte Entsendung einer internationalen Kommission oder die Konstituirung von Djakova und Umgebung als autonome Enklave unter der Kontrolle der Großmächte. Ersterer Eventualität stünde meiner Ansicht nach die Erwägung entgegen, daß diesfalls eine gewaltsame Serbisierung von Djakova gewiß noch vor dem Eintreffen der internationalen Kommission zu gewärtigen wäre. Bei der zweiten Lösung würde es sich um eine so komplizirte Ausnahmsstellung handeln, daß dieselbe weder motiviert, noch praktisch durchführbar erscheint. Zu der von Sir F. Cartwright ausgesprochenen Besorgnis, die Belassung Djakovas bei Albanien könnte zu dem Sturze des Kabinettes Pašić führen, wäre zu bemerken, daß die staatsmännische Bedeutung des Genannten hier zwar nicht verkannt werde, es aber sicherlich doch zu weit gehe, die Delimitierung eines neuen Staatsgebildes, welche etwas dauerndes darstellt, nur deshalb zu modifiziren, weil im Nachbarlande der eine oder der andere Staatsmann gegenwärtig am Ruder ist, was bei den serbischen Verhältnissen doch immer nur als eine ephemere Erscheinung gelten kann.

2.—6. Ich telegraphiere unter einem an Grafen Mensdorff wie folgt: (Inseratur Telegramm sub 1 von „Sir Fairfax Cartwright hat mich gestern aufgesucht" bis zum Schlusse.)

2. Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Information und eventueller Regelung Ihrer Sprache.

3. Vorstehendes zur streng vertraulichen Mitteilung an Marquis di San Giuliano.

4. Euer Exzellenz wollen Vorstehendes zur streng vertraulichen Kenntnis Herrn von Jagows bringen und beifügen, daß ich den in Euer Exzellenz Telegramm Nr. 100 vom 22. l. M., Schlußalinea[d]) wiedergegebenen Argumenten des Herrn Staatssekretärs gerne Rechnung getragen hätte, jedoch davon aus dem Grunde abkommen mußte, weil die Wiederholung des Greyschen Gedankens einer internationalen Lokalkommission nach erfolgter Sondirung in Petersburg auf ein diesbezügliches Einverständnis mit Rußland schließen läßt und daher keineswegs zu erwarten steht, daß das Kabinet von Petersburg sowie das von Paris jenen Gedanken ablehnen würde; die Delimitirung durch eine internationale Lokalkommission ist aber, wie dem Herrn Staatssekretär bekannt, für uns schon deshalb nicht annehmbar, weil sie eine Verschleppung der Angelegenheit à perte de vue bedeuten würde.

5. Fortsetzung folgt.

6. Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information.

Berchtold.

[a]) Vgl. n. 5941, 5953, 5954, 5983, 5995, 6012, 6017, 6018. — [b]) Mit diesen Telegrammen vom 25. Feb. 1913 (chiffr. 11 U. p. m.) wurde n. 5927 mitgeteilt. — [c]) Vgl. n. 5926. — [d]) Schlußalinea von n. 5898 beginnt mit „Was den von Sir E. Grey...".

Nr. 5935. Tel. aus London, 25. Feb. 1913 Nr. 163 (eing. 26. Feb. 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Sir A. Nicolson hat die Botschafter heute zu einer improvisierten Réunion berufen, nachdem sich bezüglich der Demarche in Bukarest ein Missverständnis ergeben hatte, die dortigen Vertreter der Mächte die Kollektivdemarche nicht machten, indessen dieselbe in Sofia gemacht worden ist. Nachstehend das Résumé: „Il semble qu'il s'est produit un malentendu dans l'esprit des représentants des puissances à Bucarest. Ils avaient comme ceux accrédités à Sophia l'instruction de faire une démarche collective pour obtenir que les gouvernements roumain et bulgare remissent la solution de leur différend à la décision des puissances. Cette démarche a été faite à Sophia et le gouvernement bulgare a adhéré à la proposition des puissances. A Bucarest, nos représentants, ayant déjà parlé individuellement et ayant reçu la réponse que le gouvernement roumain l'accepterait, mais sans engagement de se soumettre à la décision des puissances, hésitent à faire la démarche collective qui leur a été prescrite. Il est cependant indispensable de faire à Bucarest une démarche identique à celle qui a été faite à Sophia et d'insister collectivement sur la nécessité d'une adhésion préalable à la décision des puissances. La réunion est d'avis que des instructions dans ce sens devraient être adressées d'urgence aux représentants des puissances à Bucarest." Ich bitte um telegraphische Weisung. Mensdorff.

[a]) Oe. U. Balkan 159 Nr. 299. Vgl. n. 5933, 5952, 5955, 5971 Anm. a, 5975 Anm. b, 5984 Anm. b.

Nr. 5936. Tel. aus London, 25. Feb. 1913 Nr. 164 (eing. 26. Feb. 10 U. 30 M. a. m.).[a] Entziff.

Bei heutiger Réunion machte russischer Botschafter folgende Mitteilung, über welche ich mir geneigte Weisung wenn möglich vor Donnerstag-Réunion erbitte. Ambassadeur de Russie fait la communication suivante: „D'après nos renseignements, en partie consulaires directs, les habitants de Scutari et très probablement d'Andrinople et de Janina en sont réduits à la famine et aux dernières extremités: les magasins destinés aux besoins des habitants se sont épuisés plus rapidement que ceux destinés aux garnisons. Dans l'opinion du Gouvernement Impérial le souci des consuls et des étrangers justifie pleinement, en ces conditions, les Puissances à exiger des belligérants que les habitants civiles reçoivent l'autorisation de sortir des places assiégées. Les Etats balkaniques, qui ont déclaré la guerre pour secourir réciproquement leurs sujets opprimés, ne sauraient se soustraire à adhérer à pareille résolution. La Turquie, à part qu'il y aurait là pour elle un avantage au point de vue militaire, ne peut rester indifférent au sort des populations musulmanes non militairement renfermées dans les places assiégées en question. Je suis chargé par Monsieur Sazonoff de proposer à la réunion des ambassadeurs une résolution qui formulerait une proposition à faire aux deux belligérants à l'effet que toute la population civile puisse évacuer les places assiégées." La réunion, s'inspirant des vues humanitaires du gouvernement russe, recommande cette proposition à l'attention bienveillante des gouvernements. Mensdorff.

[a] Oe. U. Balkan 161 Nr. 302. Vgl. n. 5951, 6002 Anm. a.

Tel. nach Paris, 25. Feb. 1913 Nr. 145 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 5934.

Tel. nach Rom, 25. Feb. 1913 Nr. 223 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 5934.

Nr. 5937. Tel. aus Rom, 25. Feb. 1913 Nr. 90 (eing. 26. Feb. 8 U. a. m.). Entziff.

Von dem Inhalte hohen Telegrammes vom 24. d. M. Nr. 218[a] nahm der Minister des Äussern zustimmend Kenntnis mit dem Beifügen, das Projekt der Entsendung einer gemischten Abgrenzungskommission sei eine Lieblingsidee Sir E. Greys, welcher sich deren unpraktische Seite zwar nicht verhehle, aber in dieser Eventualität ein Mittel erblicke, gegebenen Falls das Nichtzustandekommen einer Einigung in London nicht manifest zu machen und Zeit zur weiteren Anstrebung eines Akkordes zu gewinnen. Ich erwiderte, bei uns wolle man aber eben keine Zeit mehr verlieren.

Mérey.

[a] Mit Tel. Nr. 218, 24. Feb. 1913 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.) wurde ein tel. Auftrag an den Konsul Lejhanec nach Valona mitgeteilt, er möge Ismail Kemal Bey, den Chef der provisorischen albanischen Regierung, verständigen, daß die k. u. k. Regierung gegen eine kommissionelle Regelung der Abgrenzungsfrage sei, weil dieser Modus eine Verschleppung der Lösung der so dringlichen Angelegenheit herbeiführen würde.

Nr. 5938. Tel. aus Rom, 25. Feb. 1913 Nr. 91 (eing. 26. Feb. 11 U. a. m.).[a] Entziff.

Meine Aussprache mit dem Minister des Äußern im Sinne des hohen Telegrammes vom 24. d. Mts. Nr. 217 hat das Ergebnis gehabt, daß derselbe zusagte, in der Botschafterréunion in London den Vorschlag bezüglich der nach Feststellung der Nord- und Nordostgrenze Albaniens an die serbische und montenegrinische Regierung zu richtenden Erklärungen der Mächte zu unterstützen. Marquis di San Giuliano fügte bei, daß nach seinen Nachrichten aus Petersburg auch Russland sich einem solchen Schritt anschließen würde. Die von Euer Exzellenz hinsichtlich der Diskussion der Südgrenze Albaniens dem italienischen Botschafter zugedachte Aufgabe schien dem Minister wenig zu behagen, da manche Postulate, zum Beispiel Janina, schwer zu vertreten seien. Ich insistierte, die Billigkeit unseres Vorschlages betonend, und erhielt schließlich die etwas vage Zusage, diese taktische Frage werde sich am besten von Fall zu Fall entscheiden lassen.

Mérey.

[a] Vgl. n. 5946, 6046.

Nr. 5939. Tel. aus Rom, 25. Feb. 1913 Nr. 92 (eing. 26. Feb. 8 U. a. m.[a]) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm vom 24. d. M. Nr. 219,[b] aus welchem indes nicht zu ersehen ist, welche Antwort Euer Exzellenz dem Prinzen Fürstenberg auf seine letzte Anfrage erteilt haben. Minister des Äussern besorgt Resultatlosigkeit der Verhandlungen, da nur Bulgarien und nicht auch Rumänien sich der Entscheidung der Mächte unterworfen hat und eine Mediation, somit blosse Ratschläge, nicht hinreichen dürfte, um die beiden Regierungen zum Nachgeben zu bewegen. Unter diesen Umständen wirft Marquis di San Giuliano die sehr bemerkenswerte Idee auf, ob Rumänien nicht zur Annahme Entscheidung der Mächte gebracht werden könnte, wenn ihm die Dreibundstaaten von sich aus im Voraus für den Fall einer solchen Entscheidung den Besitz von Silistria zusagen würden. Da Entscheidung der Mächte nur einstimmig gefasst werden könnte, wäre Rumänien durch eine solche vorgängige Zusage sicher, durch den Beschluss der Mächte mindestens sein hauptsächlichstes Objektiv nämlich Silistria zu erhalten.

Mérey.

[a] Vgl. n. 5966. — [b] Mit Tel. Nr. 219, 24. Feb. 1913 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.) wurde n. 5902 vom Anfang bis „nicht weiter beharrten" und n. 5915 vom Anfang bis „gezwungen zu werden" nach Rom mitgeteilt.

Nr. 5940. Bericht des Marineattachés in Rom an das Kriegsministerium-Marinesektion, 25. Feb. 1913 Nr. 19 (eing. mit Einsichtstück des Kriegsministeriums-Marinesektion vom 2. März 1913 Nr. 999 am 19. März.).[a] Abschrift.

In Bezug auf meinen Bericht Nr. 12 ex 1913,[a] enthaltend Aeußerungen des Kabinettschefs des Marine-Ministeriums, wird gemeldet, daß ich es bis zum Erhalt entsprechender Weisungen vermieden habe, auf diese Angelegenheit in meinen Gesprächen mit diesem Funktionär zurückzukommen.

Ich habe jedoch von anderer, befreundeter Seite, streng vertraulich erfahren, daß Generalstabschef General Pollio, sich besonders mit dieser Angelegenheit beschäftigt und das hiesige Marine-Kommando zur baldigsten Anknüpfung der nötigen Verhandlungen drängt, es scheint sogar der im Zuge befindliche Wechsel in der Leitung des Marine-Generalstabes damit im Zusammenhang zu stehen. Jedenfalls wird noch die Beendigung der Sitzungen des Admiralkomitees abzuwarten sein. Aus Gesprächen mit Marineoffizieren aller Grade konnte ich die Ueberzeugung gewinnen, daß eine freundschaftliche Annäherung der beiden Marinen im hiesigen See-Offizierskorps populär wäre. Prinz Johann von und zu Liechtenstein.

[a]) Vgl. n. 5696, 6711.

Tel. nach St. Petersburg, 25. Feb. 1913 Nr. 163 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.).
Siehe n. 5934.

Nr. 5941. Tel. nach St. Petersburg, 25. Feb. 1913 Nr. 164 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.).[a]) *Konz. (S. Schreibmaschine; V. Nemes; ohne Genehmigung).*

Fortsetzung meines heutigen Telegrammes Nr. 163. — Zu den in Euer Exzellenz Telegrammen Nr. 62, 64 und 65 vom 22., 23. und 24. d. M. wiedergegebenen Argumenten Herrn Sazonows wäre außer dem Inhalte obigen Telegrammes nach London noch folgendes zu bemerken: Die Zugehörigkeit der Landschaft Luma zu Albanien ist eine Selbstverständlichkeit. Dieselbe ist ausschließlich von mohammedanischen Albanesen bewohnt. Kein einziger Christ, geschweige denn Serbe, wohnt daselbst. Eine Stadt existiert in Luma überhaupt nicht. Radomir ist ein unbedeutendes Dorf. In diesem Punkte kann daher von einer ernsteren Konzession an unseren Standpunkt keine Rede sein. Letzteres gilt auch von Skutari, solange russischerseits auf der Zession des Wasserspiegels des Skutarisees und des linken Bojanaufers an Montenegro bestanden wird. Es liegt in der diplomatischen und Rechtsgeschichte kein Präzedenzfall dafür vor, daß das Ufer eines Sees einem Staate und dessen Wasserspiegel einem anderen gehöre, beziehungsweise daß eine Handelsstadt ihres natürlichen Debouchés (im Falle Skutari der Bojana) beraubt und sohin kommerziell zugrunde gerichtet werde. Auch würde sich nach Trockenlegung des Sees eine ganz unnatürliche Grenze ergeben, wenn zwischen den notwendigerweise zurückbleibenden Rest des Wasserspiegels und der Albanien zugesprochenen Uferstrecke ein Stück montenegrinischen Territoriums zu liegen käme. Ich nehme schließlich mit Befriedigung davon Kenntnis, daß Herr Sazonow selbst die Zugehörigkeit des Tarabosch zu Albanien konzediert und den kürzlichen montenegrinischen Sturm auf Skutari als ein kopf- und sinnloses Unternehmen bezeichnet; auch kann ich nicht umhin, darauf zu verweisen, daß eine eventuelle Gefährdung der Stellung der Dynastie Petrović-Njegus einzig und allein auf die gänzlich zwecklose Fortsetzung der Belagerung von Skutari zurückzuführen wäre. Euer Exzellenz wollen vorstehende Argumente gelegentlich bei Herrn Sazonow verwerten.

[a]) Vgl. n. 5983 Anm. a.

Nr. 5942. Tel. aus St. Petersburg, 25. Feb. 1913 Nr. 66 (eing. 26. Feb. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Herr Sazonow teilt mir mit, daß er anläßlich seines heutigen Vortrages bei Kaiser Nikolaus Höchstdemselben Meldung von meiner im Sinne Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 157 vom 23. d. Mts. gemachten Mitteilung, betreffend unsere Absicht, die Mannschaftsstände an der Nordgrenze nunmehr zu reduzieren, erstattete. Der Zar habe sich über diese Nachricht, welche zur Herbeiführung der von Höchstihm so erwünschten Detente in hohem Maße dienen würde, außerordentlich angenehm berührt gezeigt und ihn beauftragt, bezüglich der russischerseits zu treffenden analogen Maßnahmen sich mit dem Ministerpräsidenten und dem Kriegsminister ins Einvernehmen zu setzen. Herr Sazonow fügte bei, dies sei aus verschiedenen Gründen erst am Donnerstag möglich und werde er daher erst am Freitag in der Lage sein, mit mir den Text des Communiqués zu vereinbaren, in welchem auch nach seiner Ansicht die Ausschlag gebende Wirkung des direkten Eingreifens der beiden Monarchen besonders hervorgehoben werden müßte. Zum Schluß betonte Herr Sazonow noch ausdrücklich, er könne mir schon jetzt, ohne im übrigen dem Beschluß der vorerwähnten Beratungen vorgreifen zu wollen, versichern, daß die russische Regierung auf unsere Initiative in einer durchaus realen und aufrichtigen Weise reagieren werde. Thurn.

[a] Vgl. n. 5919, 5973 Anm. a, 5985, 5994.

Nr. 5943. Tel. aus St. Petersburg, 25. Feb. 1913 Nr. 67 (eing. 26. Feb. 8 U. a. m.). Entziff.

Den mir mittelst letzter Kuriersexpedition zugekommenen Brief Seiner k. und k. Hoheit des durchlauchtigsten Herrn Erzherzogs Franz Ferdinand an Seine Majestät den Kaiser Nikolaus[a] habe ich heute Minister des Aeussern übergeben, welcher denselben ungesäumt an seine höchste Bestimmung leiten wird. Thurn.

[a] Amtsvermerk (Pirquet) auf Konvolut „Korrespondenz mit Erzherzog Franz Ferdinand anläßlich Balkankrise 1912/13“: „NB. Im Feb. 1913 ist für Seine kaiserliche Hoheit auch der Entwurf eines Briefes an den Kaiser von Rußland von Sektionschef Graf Szápáry ausgearbeitet worden — jedoch ist dieser Entwurf dem Archiv nie zugekommen. 11. Nov. 1913“. Vgl. n. 5848.

Nr. 5944. Tel. aus Sofia, 25. Feb. 1913 Nr. 179 (eing. 10 U. p. m.).[a] Entziff.

Hatte soeben kurzen Besuch Herrn Geschoffs. Über Vermittlung der Mächte in rumänischer Frage sagte Konseilspräsident, Bulgarien vertraue in Gerechtigkeit der Grossmächte und werde sich Entscheidung derselben unterwerfen, wenn sich auch Rumänien unterwerfe. Speziell rechne bulgarische Regierung auf Wohlwollen Österreich-Ungarns. Was immer Mächte entscheiden werden, sei es Bulgarien allein, welches Opfer werde bringen müssen, ohne von Rumänien dafür etwas zu bekommen; übrigens wäre ein Verkauf bulgarischen Territoriums ausgeschlossen. Das Wichtigste

sei für Bulgarien, keine Stadt und besonders die Stadt Silistria nicht zu verlieren; dieses Opfer wäre es der Regierung nahezu unmöglich, vor dem Lande zu vertreten. Herr Geschoff betonte wiederholt, er rechne auf uns und bat um schonende Behandlung. Tarnowski.

a) Vgl. n. 5932.

Nr. 5945. Tel. aus Sofia, 25. Feb. 1913 Nr. 180 (eing. 10 U. p. m.).a) Entziff.

Im Verlaufe heutiger Unterredung erwähnte Konseilspräsident, er wisse von Herrn Danew, dass letzterer mit mir über Saloniker Frage gesprochen (mein Bericht vom 21. d. M., Nr. 12 A). Es wäre ein Irrtum, meinte Herr Geschoff, wenn ich seine, Geschoffs, Antwort bezüglich Saloniks dahin verstanden hatte, dass bulgarische Regierung keine Absicht habe, diesbezüglich mit uns zu verhandeln. Er habe mich blos ersucht, auf die Saloniker Angelegenheit erst später zurückkommen zu dürfen, da ihm eben damals die rumänische Angelegenheit große Sorge verursachte und Regierung ausschließlich von derselben präokkupiert gewesen. Herr Geschoff möchte unsere Propositionen näher prüfen und mit mir diskutieren, nur möchte er wissen, ob sich die k. und k. Regierung mangels einer meritorischen Antwort seitens Bulgariens nicht vielleicht schon anderweitig in diesem Belange engagiert und ob wir unsere Propositionen noch aufrecht erhalten. Ich antwortete, dass ich glaube, dies sei der Fall, könnte aber dafür keine Gewähr übernehmen, da Euer Exzellenz baldige Antwort gewünscht hätten, die bis jetzt nicht erteilt. Konseilspräsident ersuchte mich, mich unoffiziell darüber zu informieren und ... b) wissen zu lassen. Tarnowski.

a) Vgl. n. 5970. — b) Chiffres fehlen.

Nr. 5946. Tel. nach Berlin Nr. 196 (1) und London Nr. 204 (2), 26. Feb. 1913 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.).a) Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

1. Ich habe am 24. d. M. nachstehende telegraphische Weisung an Herrn von Mérey gerichtet: ... *wie n. 5930 bis „in der Réunion erwarte“* ... Hierauf ist mir folgende Antwort Herrn von Méreys vom 25. d. zugekommen: ... *wie n. 5938 bis „anschließen würde“* ... Vorstehendes wollen Euer Exzellenz zur streng vertraulichen Kenntnis Herrn von Jagows bringen und ihn ersuchen, daß auch Fürst Lichnowsky angewiesen werde, den betreffenden Vorschlag Grafen Mensdorffs zu unterstützen.

2. Heute ergeht nachstehendes Telegramm an Grafen Szögyény: (Inseratur Telegramm sub 1 in extenso.) Vorstehendes ist vorläufig nur zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information und eventueller Regelung Ihrer Sprache den Dreibundcollegen gegenüber bestimmt. Über den Zeitpunkt, zu welchem Hochdieselben den in Rede stehenden Vorschlag vor die Réunion zu bringen hätten, behalte ich mir eine weitere Instruction vor. Berchtold.

a) Oe. U. Balkan 165 Nr. 307. Vgl. n. 5974, 5983, 6012.

Tel. nach Berlin, 26. Feb. 1913 Nr. 198 (chiffr. 11 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 5952.

Nr. 5947. Privatschreiben aus Berlin, 26. Feb. 1913 (eing. 27. Feb.).[a] Ausfert.

Der dreitägige Aufenthalt des dänischen Königspaares in Berlin und die damit verbundenen Festlichkeiten nehmen die Zeit des Reichskanzlers, des Staatssekretärs und des Unterstaatssekretärs derart in Anspruch, dass ich sie im Laufe der letzten Tage nur ganz flüchtig sprechen konnte. Die dänischen Majestäten beabsichtigen Berlin morgen zu verlassen und sodann hoffe ich meine gewöhnlichen Besuche in der Wilhelmsstrasse wieder aufnehmen und meine heutige mangelhafte Berichterstattung vervollständigen zu können. Wie ich Euer Exzellenz vorgestern zu telegrafiren[a] die Ehre hatte, hat die vertrauliche Mitteilung, die ich auftragsgemäss über die eventuell bevorstehende Reduction unserer Stände in Galizien machte, hier einen grossen erfreulichen Eindruck hervorgerufen. Staatssekretär liess mir sagen, dass seither auch ein telegrafischer Bericht Herrn von Tschirschkys über eine diesbezügliche Unterredung mit Euer Exzellenz eingetroffen sei. Heute abends bei einem zu Ehren der dänischen Gäste gegebenen Hofconcert im königlichen Schlosse werde ich wol Gelegenheit haben, Kaiser Wilhelm und die massgebenden Persönlichkeiten des Auswärtigen Amtes zu sprechen. Herr von Jagow ist der Meinung, dass trotz der fortgesetzten Schwierigkeiten, welche Russland in der albanesischen Frage macht, ein Einvernehmen zwischen Wien und Petersburg demnächst erfolgen werde. Auch im rumänisch-bulgarischen Conflicte rechnet der Staatssekretär sicher darauf, dass diese peinliche Differenz nunmehr — wo die Beilegung derselben in die Hände der Grossmächte gelegt sei — bald aus der Welt geschafft werde. Überhaupt ist die Stimmung im Auswärtigen Amte recht optimistisch und man zweifelt nicht daran, dass — wenn nicht ganz unerwartete Ereignisse dazwischen kommen — die allernächste Zeit den Frieden bringen und Europa von der drohenden Kriegsgefahr befreien werde. Die vorgestrige Erklärung des k. k. Ministerpräsidenten den deutsch-böhmischen Parlamentariern gegenüber,[b] laut welcher nach seiner Ansicht in nicht ferner Zeit eine allgemeine Entspannung in der internationalen Lage eintreten werde, ist hier mit grosser Genugtuung aufgenommen worden; ebenso der letzte Artikel des Neuen Wiener Tagblattes, in welchem die correcte bundesfreundliche Haltung Deutschlands hervorgehoben wird. Das Handschreiben des Czaren an den neuen Präsidenten der französischen Republik[c] wird hier mit süss-sauerer Miene commentiert. Die Versicherung, dass auch in der Folge ein beständiges Zusammenarbeiten und eine stete Fühlungnahme zwischen den Cabinetten von Paris und Petersburg unerlässlich sei, kam zwar hier nicht unerwartet, doch fand man — wie mir der Unterstaatssekretär sagte — dass diese breitspurige demonstrative Enunziation Kaiser Nicolaus' mindestens überflüssig gewesen sei und in der deutschen öffentlichen Meinung als ein unfreundlicher Akt aufgefasst werden könnte. Kurz vor der Veröffentlichung dieses Handschreibens habe Herr Poincaré dem deutschen Botschafter in Paris einen Besuch abgestattet und sich in der entgegenkommendsten Weise

über das Bestreben Frankreichs, die freundnachbarlichsten Beziehungen zu Deutschland aufrechtzuerhalten, ausgesprochen. Bei diesem Anlasse brachte der Präsident der französischen Republik auch die Ernennung Herrn Delcassés zum Botschafter in St. Petersburg zur Sprache und gab seiner Erwartung Ausdruck, dass diese Ernennung in Berlin nicht zu Missverständnissen führen werde, da ja Herr Delcassé nunmehr ein ganz ruhiger Mann geworden sei und sich von Intriguen gegen Deutschland nicht nur auftragsgemäss, sondern auch aus eigener Überzeugung fernhalten werde! Die letzte Rede San Giulianos über die auswärtige Politik Italiens[d] hat hier eine beifällige Aufnahme gefunden. Insbesondere war man über die Art und Weise erfreut, wie der italienische Minister des Äussern des Verhältnisses Italiens zu Österreich-Ungarn und der Mitwirkung der beiden Bundesgenossen bei der Herstellung des Gleichgewichtes in der Adria gedachte. In einem hochoffiziösen Communiqué der Kölnischen Zeitung heisst es „die Herzlichkeit, womit das Bekenntnis des Festhaltens Italiens an den Zielen des Dreibundes versichert wird, findet in ganz Deutschland gleich herzlichen Wiederhall." Szögyény.

[a] Vgl. n. 5923, 5958. — [b] Pol. Chron. d. ö.-u. Mon. 1913, 52. — [c] Ebenda 71. — [d] Ebenda 73.

Tel. nach Bukarest, 26. Feb. 1913 Nr. 136 (chiffr. 11 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 5952.

Nr. 5948. Tel. aus Bukarest, 26. Feb. 1913 Nr. 67 (eing. 27. Feb. 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Geheim. Bezug auf Erlaß 846 geheim vom 22. d. M. Deutscher Accès zu geheimem Vertrag heute am 26. d. M. unterfertigt.[b] K. E. Fürstenberg.

[a] Vgl. n. 5977. — [b] Vgl. A. F. Pribram a. a. O. I 110 Nr. 26 b; Martens N. R. G. 3 S. X 99.

Nr. 5949. Tel. aus Bukarest, 26. Feb. 1913 Nr. 68 (eing. 27. Feb. 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Minister des Äussern teilt mir eben mit, dass laut Telegrammes Herrn Nanos aus Petersburg Herr Sazonow ohne Rückhalt rumänische Antwort betreffs Annahme der Mediation entgegengenommen habe und seine Zustimmung zu Petersburg als Verhandlungsort erteilt, Ersuchen hinzufügend, rumänische Regierung möge in Sofia dahin wirken, dass dort ebenfalls Petersburg als Verhandlungsort gewählt werde. Majoresco sprach mit Herrn Kalinkoff darüber. K. E. Fürstenberg.

[a] Vgl. n. 5902.

Nr. 5950. Bericht aus Bukarest, 26. Feb. 1913 Nr. 17 (eing. 1. März). Ausfert.

In einem Kommuniqué legt die liberale Partei ihren Standpunkt in der Mediations-Frage nieder. Die Interpretation, welche Herr Bratianu der Mediation gibt, ist augenscheinlich ganz einseitig, zumal er von dem

Gedanken ausgeht, dass die Mächte ohne Rücksicht auf Bulgarien sich nur nach den Wünschen Rumäniens zu richten haben. Eines ist aber darin mit der grössten Klarheit ausgesprochen, dass die Liberalen keine Lösung des Konfliktes anerkennen werden, mittelst welcher nicht die Stadt Silistria Rumänien zugesprochen wird. Nachdem nun aber auch die Stellung des Kabinettes Maioresco eine vollkommen unhaltbare würde, wenn der obige Fall nicht eintritt, und nur die Liberalen als Nachfolger in Betracht kommen, diese sich aber dermassen festgerannt haben, dass für sie, falls Silistria nicht cediert wird, eigentlich kein anderer Ausweg übrig bleibt, als zu den Waffen zu greifen, so dürfte nach einem Ausgange der Mediation ohne Silistria hier noch eine viel gefahrdrohendere Lage entstehen als früher. Es wäre auch ein Irrtum zu glauben, dass durch ein Hinausschieben der Lösung etwas gewonnen werden würde, nachdem die Zeit die erhitzten Gemüter nicht abkühlen, sondern im Gegenteile die Erregung noch eine Steigerung erfahren wird. Höchst fatal für das Ansehen der k. und k. Monarchie ist der Umstand, dass trotz meines entschiedensten Widerspruches sich hier überall mit grösster Hartnäckigkeit die Meinung durchsetzt, dass der k. und k. Vertreter in Sofia sich wohl pro forma für die rumänischen Wünsche einsetzt, jedoch bei seiner Aktion die durch die Umstände bedingte Energie[1]) vermissen lässt. Diese Ansicht wird nicht nur von meinen Ententekollegen eifrig verbreitet, sondern dürfte auch, nach gewissen von mir gemachten Wahrnehmungen, von Herrn Ghika hierher einberichtet worden sein. Mein russischer Kollege sagte mir ganz offen, es gehe aus den Berichten und Depeschen Herrn Nekludoffs hervor, dass die bulgarische Regierung vor einigen Tagen, als der Genannte im Auftrage seiner Regierung mit allem Nachdrucke auf der Zession Silistrias bestand[2]) (hieramtliches Telegramm Nr. 53) nachgegeben hätte. Dieser Schritt hätte seitens seines österreichisch-ungarischen Kollegen aber eine nur sehr lendenlahme Unterstützung gefunden und sei deshalb gescheitert. Da Herr Ghika mit seinen Ententekollegen auf einem sehr vertraulichen Fusse steht, so wird er wohl in demselben Sinne anher berichtet haben. Übrigens sprach sich mir gegenüber Herr Fasciotti in ähnlichem Sinne aus, bemerkend, dass gleich unserem auch der italienische Vertreter in Sofia den Auftrag erhalten hätte, in Bulgarien ja nicht verstimmend zu wirken. Dies kann selbstverständlich hier kein Geheimnis bleiben. Unter diesen Umständen wird es ungemein schwer, bei den hiesigen massgebenden Kreisen den Glauben aufrechtzuerhalten, dass der Dreibund und insbesondere die Monarchie die rumänischen Interessen mit Nachdruck in Sofia vertritt, und es darf daher nicht Wunder nehmen, dass sich die Stimmung gegen uns täglich verschlechtert. Ein Kampf dagegen ist vollkommen aussichtslos, insolange nicht ein eklatanter Erfolg vorliegt, welcher als ein Beweis des Gegenteils ausgenützt werden kann.

K. E. Fürstenberg.

[1]) Das Wort „Energie" unterstrichen; am Rande ein Fragezeichen. — [2]) Von „im Auftrage" bis „bestand" unterstrichen mit Randvermerk „Richtigstellen!"

Tel. nach London, 26. Feb. 1913 Nr. 204 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.).
Siehe n. 5946.

Nr. 5951. Tel. nach London, 26. Feb. 1913 Nr. 205 (chiffr. 10 U. p. m.).[a] *Konz. (S. Hohenlohe; G. Berchtold).*

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 164 vom 25. d. M. Euer Exzellenz sind ermächtigt Ihre Zustimmung dazu zu erteilen, dass seitens der Grossmächte der Versuch gemacht werde zu erreichen, dass die Kriegführenden die Evacuirung der belagerten Städte Adrianopel, Janina und Skutari durch die Civilbevölkerung gestatten. Euer Exzellenz wollen jedoch hiebei die russische Anregung dahin ergänzen, Montenegro möge aufgefordert werden Hilfsaktionen der Mächte zu Gunsten der die Stadt Skutari verlassenden Einwohner keine Hindernisse in den Weg zu legen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 5965.

Nr. 5952. Tel. nach London Nr. 206 (1), Berlin Nr. 198 (2), Rom Nr. 226 (3), St. Petersburg Nr. 167 (4), Paris Nr. 147 (5), Bukarest Nr. 136 (6) und Sofia Nr. 106 (7), 26. Feb. 1913 (chiffr. 11 U. 15 M. p. m.).[a] *Konz. (S. Berger; V. Nemes; G. Berchtold).*

1. Antwort auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 163 vom 25. d. M. Bei Besprechung dieser Angelegenheit in der Réunion wollen Euer Exzellenz darauf hinweisen, daß nach einer Meldung Prinzen Fürstenbergs vom 25. d. M.[b] seine Kollegen mit Rücksicht auf die rumänischerseits bestehende Abneigung gegen die Übernahme einer Verpflichtung, die Entscheidung der Großmächte anzunehmen, übereinstimmend die Ansicht ausgesprochen haben, daß eine neuerliche Kollektivdemarche in diesem Sinne nicht opportun wäre, welcher Ansicht sich auch der Herr k. u. k. Gesandte anschließt. Euer Exzellenz könnten daher die Frage aufwerfen, ob es unter diesen Umständen nicht vorteilhafter wäre, von der etwas künstlichen Konstruktion einer Mediation mit der Verpflichtung zur Annahme der Entscheidung der Großmächte abzusehen und in erster Linie den Versuch zu machen, auf Grund einer Mediation im Sinne des Haager Schlußprotokolles zu einem Erfolge in der rumänisch-bulgarischen Frage zu gelangen. Im Falle der Annahme dieser Proposition wäre selbstverständlich von der Antwort der bulgarischen Regierung auf die in Sofia erfolgte Demarche offiziell Akt zu nehmen und zu bemerken, daß mit Rücksicht auf die bezügliche Haltung der rumänischen Regierung eine Haltung, welche die Großmächte nunmehr zur Wahl der bloßen mediation bewogen habe, dem Sofioter Kabinet keine weitergehende Verpflichtung obliege als dem Bukarester und daß ersteres daher an sein Anerbieten, die Entscheidung der Großmächte zu akzeptieren, nicht mehr gebunden sei. Der vorstehend skizzierte Vorschlag könnte damit begründet werden, daß man in Rumänien — wie wir von autoritativer Seite gehört haben — einem auf Grund eines einstimmigen Beschlusses der Großmächte zustandegekommenen Vermittlungsvorschlage eine so hohe Bedeutung beimessen würde, daß dessen Annahme beinahe mit Sicherheit zu erwarten steht. Daß wir aber von bulgarischer Seite dasselbe erhoffen dürfen, scheint schon aus der Bereitwilligkeit der Sofioter Regierung hervorzugehen, sich sogar eventuell der Entscheidung der Großmächte im vorhinein zu fügen, wenn dies auch rumänischerseits geschehe. Sollten aber alle

Ihre Kollegen ermächtigt sein, dem Vorschlage zuzustimmen, daß eine Kollektivdemarche in Bukarest im Sinne des Beschlusses der Botschafterréunion vom 21. l. M.[c]) erfolge, wollen auch Euer Exzellenz dem zustimmen.

2.—7. Zu meinem Telegramme von heute, Nr. 197[d]) (beziehungsweise Nr. 225,[d]) 165,[d]) 146,[d]) 135,[d]) 104).[d]) Ich telegraphiere an Grafen Mensdorff wie folgt: (Inseratur Telegramm sub 1 von „Bei Besprechung dieser Angelegenheit" bis „dem zustimmen.")

2.—3. Vorstehendes zur Mitteilung an

2. Herrn von Jagow.

3. Marquis di San Giuliano.

4.—7. Vorstehendes zu Euer etc. streng vertraulicher Information.

6. und Mitteilung an König Carol. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 5962, 5966, 5972, 5978, 5984. — [b]) Nr. 66; vgl. n. 5933. — [c]) Vgl. n. 5905. — [d]) Mit diesen Telegrammen erfolgte die Mitteilung von n. 5935.

Nr. 5953. Tel. aus London, 26. Feb. 1913 Nr. 167 (eing. 10 U. p. m.).[a]) *Entziff.*

In dem hohen Telegramme Nr. 200 ist eine Alternativanregung Sir F. L. Cartwrights erwähnt, nämlich Erhebungen in Djakova durch internationale Kommission oder Ausscheidung Djakovas. Nach Rücksprache mit Ippen glaube ich, dass die Grundidee dieser Anregung bei gründlicher Modifizierung derselben vielleicht beibehalten werden könnte, um ein Kompromiss zu finden, und erlaube ich mir, folgendes der Erwägung Euer Exzellenz vorzulegen. Die russische und unsere Linie umschließt ein kleines Gebiet rings um Djakova; dieses bestimmt umschriebene Gebiet wäre in suspenso zu belassen und übrige Delimitierung zu beendigen und allerseits anzunehmen; die Gründe, welche russische Regierung veranlassen, auf Ausschluss Djakovas aus Albanien zu bestehen, sind Rücksichten auf materielle Interessen und auf Sicherung Klosters Detschani gegen albanesische Attentate. Internationale Kommission hätte die materiellen Interessen des Klosters in Stadt Djakova und in Dörfern zu prüfen (eventuelle Ablösung derselben durch Geldzahlung) und ebenso, inwieweit Kloster bedroht sei und gesichert werden kann (eventuelle Autorisation für montenegrinische Behörden von Ipek zu Repressivmassregeln gegen Attentäter Detschanis auf albanesischem Territorium um Djakova). Nach Feststellung dieser Tatsachen wird Entscheidung über Zugehörigkeit Djakovas getroffen. Ethnographische Verhältnisse Djakovas bilden keinen Gegenstand kommissioneller Erhebungen. Herr Petrajeff hat gestern im Gespräch mit Ippen angegeben, laut Mitteilung Konsul Emeljanows in Prisren habe Djakova 86 serbische, 60 katholische, 30 Zigeuner-Häuser, Rest mohammedanisch; ausserdem hat er wiederholt anerkannt, dass Bevölkerung in den Dörfern albanesisch. Ich erlaube mir vorstehende Anregung zu unterbreiten, falls Euer Exzellenz auf dieser Grundlage glauben, eine raschere Finalisierung erzielen zu können. Ich werde von diesem Gedanken hier natürlich nicht sprechen, ausser ich erhalte eine Weisung. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 5983.

Nr. 5954. Tel. aus London, 26. Feb. 1913 Nr. 168 (eing. 10 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 200 von heute. Ich habe in Abwesenheit des Staatssekretärs die Mitteilung Sir A. Nicolson gemacht und ihm ein aide-mémoire zur Weitersendung an Sir E. Grey übergeben.

Mensdorff.

[a] Vgl. n. 5964.

Nr. 5955. Tel. aus London, 26. Feb. 1913 Nr. 170 (eing. 10 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Im Nachhange zu meinem gestrigen Telegramm Nr. 163. Sir A. Nicolson sagte mir, dass auch englischer Gesandter in Bukarest Bedenken zu tragen scheint, bei dortiger Regierung Kollektivdemarche zu machen, damit Rumänien sowie Bulgarien „remettent la solution de leur différend à la décision des puissances". Unterstaatssekretär meint, wenn die Mächte der Ansicht sein sollten, dass diese Demarche nicht gemacht werden soll, so müsste in Sofia eine Korrektur der dort erfolgten und angenommenen Demarche stattfinden, denn es sei nicht billig, dass der eine Teil sich dem Beschlusse der sechs Mächte im Voraus unterworfen habe, indessen der andere sich seine Freiheit vorbehalte. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 5976 Anm. b, 5984 Anm. c, 5986 Anm. a.

Tel. nach Paris, 26. Feb. 1913 Nr. 147 (chiffr. 11 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 5952.

Tel. nach Rom, 26. Feb. 1913 Nr. 226 (chiffr. 11 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 5952.

Tel. nach St. Petersburg, 26. Feb. 1913 Nr. 167 (chiffr. 11 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 5952.

Tel. nach Sofia, 26. Feb. 1913 Nr. 106 (chiffr. 11 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 5952.

Nr. 5956. Tel. aus Sofia, 26. Feb. 1913 Nr. 182 (eing. 7 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Euer Excellenz Telegramm Nr. 103[a] vom 26. d. M. erhalten. Wenn uns baldiger Friede zwischen Türken und Verbündeten aus sonstigen gewichtigen Gründen nicht erwünscht wäre, möchte ich mit Rücksicht auf Bulgarien unbedingt wünschen, dass sich Krieg möglichst lange hinausziehe. Die Euer Excellenz aus meiner Berichterstattung bekannte, sich hier bemerkbar machende Niedergeschlagenheit seit dem Wiederausbruche des Krieges ist sehr bezeichnend. K. u. k. und deutscher Militärattaché, wie auch andere berufene Beurteiler, sind Ansicht, dass Bulgaren nicht in der Lage sind, militärische Ereignisse zu beschleunigen und dass Türkei, abgesehen von etwaigen finanziellen Schwierigkeiten, rein militärisch genommen, beste Aussicht hat, Krieg noch mehrere Wochen hinauszuziehen. Wenn dies Türkei gelingt, würden dadurch bedenkliche Folgen des raschen und

erfolgreich beendigten ersten Krieges praktisch beseitigt, bulgarischer Übermut gedämpft und dieses Land, abgesehen davon, dass sich sein Verhältnis zu Verbündeten durch längere Kriegsdauer kompliziert, gründlich geschwächt werden; es würde zu der für uns so erwünschten wirklichen Erschöpfung Bulgariens kommen. Tarnowski.

[a]) Mit Tel. Nr. 103, 25. Feb. 1913 (chiffr. 11 U. 45 M. p. m.) wurde n. 5925 nach Sofia mitgeteilt.

Nr. 5957. Tel. aus Belgrad, 27. Feb. 1913 Nr. 100 (eing. 6 U. p. m.). Entziff.

Serbischer Geschäftsträger in Berlin hat gestern telegraphisch seiner Regierung berichtet, dass Staatssekretär von Jagow ihm mitgeteilt hätte, Russland habe auf seine Forderungen betreffend Skutari verzichtet. In hiesigen Regierungskreisen scheint man dieser Meldung noch Zweifel entgegen zu bringen, ist aber durch dieselbe nicht beunruhigt, da man dadurch für die serbischen Ansprüche auf Diakowa und Dibra bessere Chancen erhofft. Es zirkuliert hier das Gerücht, dass Herr Poincaré bei den Bulgaren vermitteln wolle, damit das rechte Vardar-Ufer den Serben verbleibe. Im allgemeinen ist man hier optimistisch gestimmt. Ugron.

Tel. nach Berlin, 27. Feb. 1913 Nr. 200 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 5966.

Nr. 5958. Tel. aus Berlin, 27. Feb. 1913 Nr. 108 (eing. 10 U. p. m.).[a]) Entziff.

Vertraulich. Bei dem gestrigen Hofkonzert zog mich Kaiser Wilhelm in eine kurze Unterredung und sagte mir, dass die willkommene Nachricht über die in Aussicht stehende Reduzierung unserer Mannschaftsstände an der Nordgrenze Höchstihn ganz ausserordentlich erfreut habe. Er zweifle nicht daran, dass nunmehr auch die bezüglich Abgrenzung Albaniens bestehende Differenz zwischen Österreich-Ungarn und Russland befriedigend beigelegt werden würde. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 5923, 5947.

Nr. 5959. Bericht aus Konstantinopel, 27. Feb. 1913 Nr. 12 B (eing. 1. März). Ausfert.

Mit meinem ergebensten Telegramme vom 24. d. M. Nr. 133 habe ich Eurer Exzellenz über ein Gespräch Bericht erstattet, das ich letzten Montag mit dem Grossvezier hatte. Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass Mahmud Chevket Pascha den Frieden wünscht und dass er sogar seinen Standpunkt in der Adrianopler Frage aufgeben würde, wenn ihm dafür Kompensationen auf anderem Gebiete zugesichert würden. Ohne letztere gienge es — wie er mir sagte — allerdings nicht, weil der Grossvezier sonst nicht in der Lage wäre, seine Haltung der hiesigen öffentlichen Meinung gegenüber zu rechtfertigen. Ob er jedoch in seiner Nachgiebigkeit noch weiter gehen und speziell in Bezug auf die aufgestellten

Forderungen Konzessionen machen würde, ist vorläufig schwer zu beantworten. Mahmud Chevket Pascha sagte mir bei dieser Gelegenheit, dass die militärische Lage der Türkei eine zufriedenstellende sei. Es scheint, dass man hier die Taktik verfolgen will, sich in der Defensive zu halten, da zu dieser Jahreszeit eine Offensive in grösserem Style schon wegen des Nachschubes sehr schwer ist. Andrerseits sind scheinbar auch die Verbündeten, und zwar sowohl hinsichtlich der Tschaltadja- als auch der Bulair-Linie, zur selben Einsicht gelangt. Der türkische Versuch, bei Bulair die Offensive zu ergreifen, und bei Scharkiöj Truppen zu landen, ist, wie Eurer Exzellenz bekannt, misslungen. Gewisse in der europäischen Presse hierüber erschienene Nachrichten entbehren indessen jeder Begründung. Aus denselben könnte man den Eindruck erhalten, dass die Bulgaren gegen Gallipoli offensiv vorgegangen sind. Dies ist jedoch ebenso unrichtig, wie die Meldung, über die Besetzung zweier türkischer Forts der Bulair-Linie durch die Bulgaren und jene über die Verwundung Enver Beys beziehungsweise einen Zwiespalt in der Armee. Die Lage ist heute die, dass sich die zwei Heere gegenüber stehen, ohne etwas unternehmen zu können. Wie mir der Grossvezier sagte, hatte sich seinen Informationen zufolge das Gros der Bulgaren auf die Linie Tschorlu-Serai zurückgezogen und wären die täglichen Kämpfe blos Nachhut-Geplänkel ohne Bedeutung. Die Zugsverbindung mit Tschataldja ist nun tatsächlich wiederhergestellt. Wie ich von einem bei den Orientbahnen angestellten Österreicher erfahre, ist die Linie selbst 5—6 Km über Tschataldja hinaus in türkischen Händen, doch sind auf derselben einige Reparaturen durchzuführen, bevor sie dem Betriebe übergeben werden kann. Die militärische Lage der Türkei ist demnach keine solche, dass die türkischen Staatsmänner unter deren Drucke à tout prix Frieden schliessen müssen. Wenn sie das Ende des Krieges dennoch herbeisehnen, so geschieht dies darum, weil sie einerseits den Fall Adrianopels befürchten, andrerseits sich der Erwägung nicht verschliessen, dass sie nach einer kurzen Ruhepause wieder Finanznöten gegenüberstehen können. Namentlich Mahmud Chevket Pascha ist überdies noch zur Einsicht gekommen, dass durch die Fortsetzung des Krieges nicht viel zu gewinnen ist, und möchte daher gerne Frieden schliessen. Diese ruhigere Auffassung scheint nach und nach in weiteren Kreisen Fuss zu fassen, da sich der Wunsch nach Ruhe auch in der breiten Öffentlichkeit immer mehr und deutlicher geltend macht. Pallavicini.

Nr. 5960. Bericht aus Konstantinopel, 27. Feb. 1913 Nr. 12 C (eing. 1. März). Ausfert.

Der Grossvezier hat auch meinem russischen Kollegen die Eröffnungen gemacht, über welche ich Eurer Exzellenz mittelst meines ergebenen Telegrammes vom 24. d. M. Nr. 133 zu berichten die Ehre hatte. Herr von Giers sagte mir diesfalls, dass Mahmud Chevket Pascha ihm bei dieser Gelegenheit den Verlauf einer möglichen türkisch-bulgarischen Grenze folgendermassen bezeichnete. Gegen Westen, von Enos bis auf die Höhe von Demotika, das linke Ufer der Maritza; von dort würde die Grenzlinie

gegen Nord-Ost auf Aya Stefanos abbiegen, und dass dieser Ort sowie Baba Eski türkisch bliebe, dagegen Adrianopel mit einem bedeutendem Hinterlande und Kirkilisse bulgarisch würden. Nach Ansicht meines russischen Kollegen könnte Bulgarien eine solche Grenze annehmen. Eine besondere Wichtigkeit soll Mahmud Chevket Pascha in seinem Gespräche mit Herrn von Giers der Frage der Kriegsentschädigung beigemessen haben. Der Herr russische Botschafter gab diesbezüglich seiner Ansicht mir gegenüber dahin Ausdruck, dass in der Frage der Kriegsentschädigung ein Entgegenkommen seitens der Verbündeten möglich wäre, wenn es sich auch notwendig erweisen würde, den Alliierten in dieser Hinsicht wenigstens etwas zuzugestehen. Herr von Giers äusserte sich bei dieser Gelegenheit sehr optimistisch. Er meinte nämlich, dass man seines Erachtens jetzt am besten Wege wäre, den Frieden zwischen der Türkei und den Verbündeten herzustellen, nachdem die Adrianopler Frage überwunden sei und hinsichtlich der andern eine Lösung leicht zu finden sein werde. Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch erwähnen, dass Mahmud Chevket Pascha mir gegenüber unter den türkischen Friedensbedingungen auch der Schleifung der Adrianopler Festungswerke erwähnte. Pallavicini.

Nr. 5961. Privatschreiben aus Konstantinopel, 27. Feb. 1913 (eing. 1. März 1913). Eigh. Ausfert.

Die Lage hat sich hier in den letzten Tagen insoferne gebessert, als der Wunsch nach Frieden sich sichtlich immer mehr geltend macht. Es kann nun keinem Zweifel mehr unterliegen, daß die türkische Regierung unter gewissen Bedingungen in der Frage von Adrianopel ihren Standpunkt aufzugeben bereit wäre. Somit ist der tote Punkt als überwunden zu betrachten und die Vermittlung der Mächte könnte jetzt mit mehr Aussicht auf Erfolg als bisher einsetzen. Wie ich aus dem streng vertraulichen Erlasse vom 22. d. M. Nr. 841 entnehme, sind die in meinem Berichte Nr. 9 B niedergelegten Considerationen als viel zu pessimistisch zu bezeichnen. Von der höheren Warte, auf welcher Du stehst, angesehen, sieht manches anders aus, als für denjenigen, der von einem Platze mit weit beschränkterem Gesichtskreise die Dinge beurtheilen muß. So zum Beispiel beruht mein Urtheil über den Einfluß, den Rußland auf die jetzige Balkancrise genommen hat, mehr oder weniger auf Wahrnehmungen, die ich in Bezug auf die Haltung meines russischen Collegen während der letzten Monate zu machen in der Lage war. Dieses Urtheil kann also vielleicht ein durchaus falsches sein. Herr von Giers gehört zu den ausgesprochen slavophilen russischen Diplomaten und stimmen daher seine Ansichten sehr oft mit jenen der leitenden Kreise in St. Petersburg nicht völlig überein. Was unsere Beziehungen zu Bulgarien anbelangt, war ich immer der Überzeugung, daß wir dieselben so weit als nur möglich zu pflegen hätten; ich glaube aber, daß wir auch die Eventualität des Mißlingens dieser Bestrebungen sehr ernstlich in Rechnung ziehen müssen. Viel höher als gute Beziehungen zu Bulgarien würde ich aber die Erhaltung unseres Verhältnisses zu Rumänien einschätzen. Ein uns feindliches Rumänien wäre

vom Standpunkte unserer inneren Verhältnisse und eben deshalb, weil wir dann mit dem rumänischen Irredentismus sehr ernst zu rechnen hätten, eine große Gefahr. Ich glaube in meiner Berichterstattung schon einmal einer Aeußerung des früheren hiesigen rumänischen Gesandten Erwähnung gethan zu haben, die einen gewissen Eindruck auf mich gemacht hatte. Herr Mişu, der bekanntlich ein überzeugter Anhänger des Dreibundes ist, sagte mir nämlich: „Die Lage Rumäniens zwischen dem Balkanbunde und Rußland wird eine äußerst schwierige werden, ich weiß nicht, ob es uns unter solchen Umständen möglich sein wird, unsere bisherige Politik fortzusetzen.“ Aus den mir gütigst in den letzten Tagen mitgetheilten Telegrammen sehe ich, daß die albanesische Grenzfrage in ein sehr kritisches Stadium getreten ist. Ich kann mir aber trotzdem nicht vorstellen, daß wir wegen dieser Frage in einen ernsten Conflict mit Rußland kommen könnten, es sei denn, daß entweder Rußland aus anderen Gründen mit uns brechen wollte, oder aber, daß wir den Moment für gekommen erachten sollten, mit Rußland abzurechnen und der Balkanfrage überhaupt eine andere Lösung zu geben. Im letzteren Falle scheint mir nur es in unserem Interesse gelegen, daß der Krieg zwischen der Türkei und den Balkanstaaten weiter geführt werde. Hiedurch würden einerseits Kräfte gebunden werden, die sich eventuell gegen uns richten könnten, andererseits wäre aber dann auch die Möglichkeit geboten, in Albanien mit Hülfe der dortigen ottomanischen Truppen einen ernstlichen Aufstand zu organisieren. Pallavicini.

Nr. 5962. Tel. aus London, 27. Feb. 1913 Nr. 171 (eing. 28. Feb. 9 U. 30 M. a. m.).[a] Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 206 vom 26. d. Mts. Bei heutiger Réunion brachte ich Erwägungen im Sinne hohen Telegrammes vor, die auch zu Anfang von Herrn Cambon und Sir A. Nicolson (der heute Sir E. Grey vertrat) unterstützt wurden. Nach langer, eingehender Diskussion, in welcher von verschiedenen Seiten die Ansicht vertreten wurde, daß es doch größere Nachteile hätte, wenn in Bukarest nicht dieselbe Démarche gemacht würde, wie in Sofia, wurde der in meinem Telegramme Nr. 172 gemeldete Beschluß gefasst. Man bemühte sich dabei, ihn in die Form zu kleiden, daß man der rumänischen Regierung die bereits erfolgte bulgarische Antwort zur Kenntnis bringt und hoffte damit alles zu vermeiden, was die rumänische Empfindlichkeit berühren könnte. Meine Kollegen befürchteten, daß bei einer anderen Prozedur Bulgarien veranlaßt würde, auch sehr entschieden seine Bedingungen zu stellen, wodurch Situation noch erschwert würde. Ich machte wiederholt darauf aufmerksam, daß ein immerhin wahrscheinlicher Refus der rumänischen Regierung die Sache schwieriger machen würde, fügte mich aber schließlich der Meinung der übrigen Mitglieder der Réunion. Englische Regierung schickt Instruktion an britischen Gesandten in Bukarest, Démarche zu machen, wenn seine Kollegen analoge Instruktionen erhalten. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 5963, 5999 Anm. c, 6008.

Nr. 5963. Tel. aus London, 27. Feb. 1913 Nr. 172 (eing. 28. Feb. 9 U. a. m.).[a] Entziff.

In Ergänzung meines heutigen Telegrammes Nr. 171. La réunion est d'avis qu'il convient de faire connaître au gouvernement roumain la réponse du gouvernement bulgare à l'offre des Puissances. Elles ont prescrit à leurs représentants à Sophia et à Bucarest d'obtenir que la Bulgarie et la Roumanie remissent la solution de leur différend à la décision des six Puissances. En réponse à une démarche collective des représentants des Puissances le gouvernement bulgare a déclaré s'en remettre à leur décision, si la Roumanie l'acceptait aussi. La réunion maintient son avis du 25 février relatif à la nécessité d'une démarche identique à Bucarest. Cette démarche serait d'autant plus justifiée que lors des conversations individuelles des ministres accredités à Bucarest avec le ministre roumain des affaires étrangères on ignorait la réponse du gouvernement bulgare. Cette réponse peut être portée à la connaissance du gouvernement roumain avec prière de faire savoir s'il accepte de s'en remettre aux Puissances dans les mêmes conditions que la Bulgarie. La réunion pense d'ailleurs que dans le cas oú le gouvernement roumain maintiendrait sa première réponse, le gouvernement bulgare devrait en être avisé afin d'être mis à même de modifier la sienne s'il le juge à propos. Mensdorff.

[a] Oe. U. Balkan 160 Nr. 301. Vgl. n. 5999 Anm. b.

Nr. 5964. Tel. aus London, 27. Feb. 1913 Nr. 173 (eing. 28. Feb. 10 U. a. m.).[a] Entziff.

Im Nachhange zu meinem gestrigen Telegramme Nr. 168. Graf Benckendorff sagte mir, dass er bezüglich der albanesischen Grenzfrage seit einigen Tagen gar keine Nachrichten aus Petersburg erhalten hat.
Mensdorff.

[a] Vgl. n. 5983, 5995.

Nr. 5965. Tel. aus London, 27. Feb. 1913 Nr. 174 (eing. 28. Feb. 10 U. a. m.).[a] Entziff.

Unter Bezugnahme auf heutiges Telegramm Nr. 205. Ich habe bei heutiger Réunion unsere Zustimmung zu russischem Vorschlag betreffs Evakuierung von Adrianopel, Janina und Skutari durch die Zivilbevölkerung ausgesprochen, mit dem Zusatze der Aufforderung an Montenegro, daß es Hilfsaktionen nicht hindere. Graf Benckendorff proponiert daraufhin, daß dieser auf die übrigen ausgedehnt werde und wir nehmen folgenden Zusatz zur ursprünglichen russischen Proposition an: „Que les alliés soient invités à ne pas placer d'obstacles aux mesures de secours organisées en faveur des habitants qui quitteront les villes assiégées. La réunion pense qu'il y a lieu de faire des démarches d'urgence dans ce sens auprès des gouvernements des belligérants. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 6002 Anm. a.

Nr. 5966. Tel. nach Rom Nr. 228 (1) und Berlin Nr. 200 (2), 27. Feb. 1913 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.).[a] *Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).*

1. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 92 vom 25. l. M. Ich kann der Besorgnis Marquis di San Giulianos, daß eine Mediation, somit bloße Ratschläge, nicht hinreichen dürfte, um die beiden Regierungen von Bukarest und Sofia zum Nachgeben zu bewegen, nicht jede Berechtigung absprechen. Ich habe daher auch Grafen Mensdorff beauftragt,[b] wenn alle seine Kollegen sich in der Botschafterréunion für eine Kollektivdemarche in Bukarest im Sinne der Unterwerfung unter die Entscheidung der Großmächte aussprechen, auch seinerseits zuzustimmen, obwohl ich mir über die Aufnahme einer solchen Demarche in Bukarest keine Illusionen mache. Um zu einer gütlichen Lösung der Streitfrage zu gelangen, schiene es mir wünschenswert, daß die Mediation der Mächte zu einem für Rumänien akzeptablen Ratschlag führe, und glaube ich, daß in diesem Sinne die Dreibundmächte nachdrücklichst für die Abtretung der Stadt Silistria an Rumänen eintreten sollten. Da von Seite der Tripleentente möglicherweise dagegen Stellung genommen werden wird, frage ich mich, ob wir nicht mit dem Vorschlage hervortreten sollten, gleichzeitig mit der Frage des rumänisch-bulgarischen Konfliktes auch jene des Schicksales der Stadt Salonik in Besprechung zu ziehen, umsomehr als letztere nach dem seinerzeitigen Vorschlage Sir E. Greys in die Reihe jener gehört, welche den Mächten zur Entscheidung vorgelegt werden sollten. Wenn es den Großmächten möglich wäre, bei der Unterbreitung ihres Ratschlages, Rumänien Silistria zuzusprechen und andererseits Bulgarien zuzusichern, daß sie geeint für die Ansprüche Bulgariens auf Salonik einzutreten gewillt seien, so schiene es mir wahrscheinlich, daß eine solche Proposition in Bukarest wie in Sofia akzeptirt werden könnte. Selbst für den Fall, als eine Verquickung der Silistria- und Salonikfrage auf den Widerstand der Tripleentente stoßen sollte, schiene mir eine bezügliche, von den Dreibundmächten ausgegangene Initiative geeignet, der Stellung des Dreibundes in Bukarest und Sofia zugute zu kommen. Euer Exzellenz wollen sich im vorstehenden Sinne zu Marquis di San Giuliano aussprechen und mir über die Aufnahme telegraphisch berichten.

2. Herr von Mérey telegraphiert unter dem 25. l. M. wie folgt: ... *wie n. 5939 mit Kürzungen bis „Silistria zu erhalten“* ... (Inseratur Telegramm sub 1 von: „Ich kann“ bis inklusive „zugute zu kommen.“) Euer Exzellenz wollen sich im vorstehenden Sinne zu Herrn von Jagow aussprechen und mir über die Aufnahme telegraphisch berichten. Berchtold.

[a] Vgl. n. 5976, 5984, 6019. — [b] Vgl. n. 5952.

Nr. 5967. Tel. aus St. Petersburg, 27. Feb. 1913 Nr. 69 (eing. 28. Feb. 9 U. 30 M. a. m.).[a] *Entziff.*

Herr Sazonow sagte meinem deutschen Kollegen, es sei rumänischerseits der Wunsch ausgesprochen worden, dass die auf die bulgarisch-rumänische Mediation der Mächte bezüglichen Beratungen hier stattfinden. Es wäre dies dem Minister zwar nicht besonders gelegen, doch habe er keinen

Grund, diesem Wunsche entgegenzutreten. Auf die Frage des Grafen Pourtalès, wie er sich denn eigentlich diese Beratungen vorstelle, erwiderte Herr Sazonow, er würde sich einen ähnlichen Vorgang denken wie bei den Londoner Botschafter-Konferenzen. Zunächst meinte Herr Minister, müsste aber die Anomalie beseitigt werden, dass, während Bulgarien die Vermittlung der Mächte bedingungslos angenommen hat, Rumänien nicht nur im Voraus erklärt, dass es sich durch die Entscheidung der Mächte nicht für gebunden erachtet, sondern sogar die Annahme der Vermittlung von der Bedingung abhängig macht, dass Silistria unter allen Umständen an Rumänien kommen müsse. Insbesondere letztere Restriktion, die der Entscheidung der Mächte im Voraus präjudiziere, würde nach Ansicht Herrn Sazonows die Vermittlungsaktion unmöglich machen. Was die Reserve bezüglich Silistrias anbelangt, habe ich inzwischen durch eine Unterredung mit dem rumänischen Gesandten feststellen können, dass hier ein Missverständnis vorliegt, indem derselbe nicht von seiner Regierung beauftragt war, eine solche Bedingung vorzubringen. Die Mitteilung, die er zu machen hatte, deckt sich vielmehr vollkommen mit der den Vertretern der Mächte in Bukarest durch Herrn Majoresco übergebenen Note,[b] deren Text Euer Exzellenz mir mitzuteilen die Güte hatten. Herr Nano will nur im Laufe des der offiziellen Mitteilung folgenden Gespräches mit Herrn Sazonow als seine eigene persönliche Ansicht hervorgehoben haben, dass Rumänien niemals auf die Zession Silistrias verzichten könnte. Als ich den Herrn Gesandten darauf aufmerksam machte, dass Herr Sazonow seine Äusserung so verstanden zu haben scheine, als ob es sich um eine formell im Auftrage seiner Regierung gestellte Bedingung handle, sagte er mir, er wolle den Herrn Minister sofort aufsuchen, um dieses Missverständnis aufzuklären. Thurn.

[a] Oe. U. Balkan 160 Nr. 300. Vgl. n. 5902, 6278. — [b] n. 5902.

Nr. 5968. Bericht aus St. Petersburg, 14./27. Feb. 1913 Nr. 10 A (eing. 1. März). Ausfert.

Als Herr Sazonow mir gegenüber unlängst die Bemerkung fallen liess, es wäre so notwendig zu einem Einverständnis über Albanien zu gelangen, ehe Skutari falle, machte ich, da ich dieses Thema nicht neuerlich zu besprechen wünschte, den Einwurf „ja, und auch bevor Herr Delcassé hier eintreffe", und fügte, da mich Herr Sazonow erstaunt anblickte, halb im Ernst, halb scherzend hinzu, dass der neue französische Botschafter, wenn er seinem Rufe treu bleibe, hier jedenfalls für die Revanche-Idee Propaganda machen und die Stimmung für eine Verständigung hier wohl ganz verderben werde. Herr Sazonow, der selbstverständlich erkannte, dass es mir mit dieser Befürchtung, wenigstens in dieser utrierten Form, nicht völliger Ernst sein konnte, gieng gleichwohl auf das Thema ein und sagte mir, die Bedeutung der Ernennung Herrn Delcassés sei in der Tat durch die Presse in einer Weise übertrieben worden, die zu einer vielfach ganz unrichtigen Einschätzung derselben geführt habe. Vor Allem sei hervorzuheben, dass der Anlass zu diesem Botschafterwechsel hauptsächlich der gewesen sei, dass man in Paris für Herrn Delcassé, der momentan in keine ministerielle

Kombination sich einlassen wollte, eine passende Beschäftigung gesucht habe. Nun habe schon seit längerer Zeit die Absicht bestanden, einen Wechsel auf dem hiesigen Botschafterposten vorzunehmen, und so sei man auf den Gedanken verfallen, diesen Herrn Delcassé anzutragen. Herrn Louis, der zweifelsohne ein sehr kluger und gebildeter Mann sei, habe es doch sehr an der nötigen Geschäftsroutine gemangelt und er, Sazonow, habe sehr oft die Erfahrung machen müssen, dass der französische Botschafter den Sinn seiner — des Ministers — Mitteilungen ungenau und unrichtig weiter gegeben habe. Aus diesem Anlasse könne er den Abgang Herrn Louis, der auch in seinem Auftreten die Prestance eines Botschafters einigermassen vermissen liess, nicht besonders bedauern. Allerdings habe ihn trotzdem die beispielslose Rücksichtslosigkeit, mit der seitens der französischen Regierung Herrn Louis gegenüber vorgegangen worden sei, nicht wenig befremdet. Herr Louis war bis zu seiner telegraphisch erfolgten Abberufung in vollkommener Unkenntnis, dass diese bevorstehe. Er habe erst vor wenigen Tagen seine Gattin und kränklichen Kinder, die das ganze vorige Jahr abwesend gewesen waren, nachkommen lassen. Am Tage vor ihrer Abreise sei Mme. Louis noch von Mme. Poincaré empfangen worden, die ganz gewiss über die Absichten des Präsidenten auf das Genaueste unterrichtet war, und letztere habe Mme. Louis nicht die leiseste Andeutung über die in wenigen Tagen bevorstehende Abberufung ihres Gatten gemacht und sie ruhig mit ihren Kindern die lange und mit Rücksicht auf deren zarte Gesundheit in dieser Jahreszeit nicht ungefährliche Reise antreten lassen! Was aber nun Herrn Delcassé anbelangt, so sei man in Frankreich über die hiesigen Verhältnisse und Absichten viel zu genau informiert, als dass der neue Botschafter nicht ganz genau wisse, dass die russische Regierung vollkommen friedliche Ziele verfolge und dass dieselbe durchaus nicht dazu zu haben wäre, etwa bestehenden französischen Revanche-Gelüsten Vorschub zu leisten. Für derartige Intriguen sei in den hiesigen massgebenden Kreisen gar kein Boden, und wenn Delcassé — was jedoch ausgeschlossen sei — dennoch in dieser Richtung intriguieren wollte, so würde er sich einer bitteren Enttäuschung und einem unvermeidlichen Echec aussetzen. Der Umstand, dass Herr Sazonow über meine absichtlich in scherzhaftem Tone hingeworfene Bemerkung nicht — wie er dies leicht hätte tun können — in ähnlichem Tone hinwegglitt, sondern die Gelegenheit wahrnahm, um spontan den durch die Ernennung Herrn Delcassés vielfach laut gewordenen Bedenken möglichst entgegenzutreten und mich neuerdings der friedlichen Absichten der russischen Regierung zu versichern, verdient jedenfalls hervorgehoben zu werden. Thurn.

Nr. 5969. Privatschreiben aus St. Petersburg, 14./27. Feb. 1913 (eing. 1. März).[a] *Ausfert.*

Streng vertraulich. Es ist gewiss eine an sich erfreuliche Tatsache, dass es gelungen ist, in der albanesischen Abgrenzungsfrage eine wesentliche Annäherung zwischen den anfangs so diametral entgegengesetzt scheinenden Standpunkten Österreich-Ungarns und Russlands allmählich herbeizuführen.

Diese wird aber ebensowenig von dauernder Wirkung sein, wie die infolge der in Aussicht stehenden gegenseitigen partiellen Abrüstung zweifellos zu gewärtigende momentane Entspannung, wenn es nicht bald gelingt, in der albanischen Delimitation zu einem völligen Einvernehmen zu gelangen. Zu einem solchen bestehen aber meiner Überzeugung nach heute nicht mehr Aussichten als zur Zeit der grössten Spannung, wenn es wirklich eine nicht abzuändernde Tatsache bleibt, dass wir auf der Zugehörigkeit Djacovas zu Albanien bestehen müssen. Ich habe selbstverständlich kein Urteil darüber, in wieweit wirklich die Existenzfähigkeit des künftigen Albaniens von dem Besitze Djacovas abhängig ist und inwieferne somit die Regelung dieser Frage in der einen oder anderen Richtung für uns ein sogenanntes vitales Interesse repräsentiert. Ich will mir auch nicht anmassen, in dieser Richtung Deine Entscheidung durch unerbetene Ratschläge beeinflussen zu wollen. Meine Pflicht ist es aber, darauf zu verweisen, dass die auch aus den mir gütigst mitgeteilten Telegrammen Mensdorffs[b)] sprechende Auffassung, dass nämlich Sazonow bezüglich Djacovas zu einem weiteren Nachgeben nicht zu bringen sein dürfte, auch nach meiner Überzeugung vollkommen den Tatsachen entspricht. Angesichts dieser meiner Auffassung kann ich es nicht unterdrücken, mir, dans mon for intérieur die Frage zu stellen, ob es denn wirklich möglich ist, dass die Einverleibung Djacovas in Albanien für uns die ungeheuren Nachteile aufwiegen könnte, die mit einem Scheitern einer Verständigung mit Russland ohne allen Zweifel verbunden sind. Es sträubt sich der gesunde Menschenverstand dagegen, anzunehmen, dass wegen einer verhältnismässig so geringfügigen Detailfrage unser ganzes zukünftiges Verhältnis zu Russland, ja der europäische Friede, aufs Spiel gesetzt werden könnte. Und doch ist es so. Ich versichere Dich, die Stimmung hier hat einen derartig bedenklichen Grad der Erregung und Animosität angenommen, dass es den leitenden russischen Staatsmännern schon jetzt nur mit grosser Mühe und Schwierigkeit gelingt, dieselbe im Zaume zu halten und man daher, will man es nicht zum Äussersten kommen lassen, damit rechnen muss, dass die persönlich gewiss jedem vernünftigen Argument zugänglichen leitenden Staatsmänner aus Rücksicht auf die vorerwähnten Momente sich selbst zu solchen weiteren Zugeständnissen nicht mehr entschliessen können, die sie sonst vielleicht als berechtigt anerkannt hätten. Unter diesen Umständen ist mit Argumenten, — und wären sie noch so überzeugend, — hier nichts mehr auszurichten, da die Regierung, auch wenn sie die Richtigkeit unseres Standpunktes innerlich anerkennen würde, sich nicht die Kraft zutraute, mit noch weiteren Zugeständnissen vor die Öffentlichkeit zu treten. Dies gilt ganz speziell von Djacova, welches jetzt zu einer Art Schlagwort in der hiesigen Presse geworden ist. Ich glaube, dass in Bezug auf den See eher eine Verständigung möglich wäre, da ja dort schliesslich Kompromisse nicht ausgeschlossen sind und ja Herr Sazonow mir gegenüber schon vor einigen Tagen die Möglichkeit andeutete, dass die Grenze nicht unmittelbar am jetzigen Ufer, sondern erst eine Strecke weiter seewärts gezogen werden könnte. Bezüglich Djacovas aber ist eine Mittellinie nicht möglich, da die Stadt eben entweder dem einen oder dem anderen Land zugesprochen werden muss; (die von Sir E. Grey

ventilierte Idee einer Art Autonomie für Djacova ist ja offensichtlich unpraktisch und undurchführbar). Wie sonach heute die Sachen stehen, hängt die Verständigung mit Russland und die ganze weitere Entwicklung unseres Verhältnisses zu demselben von der Frage ab, ob wir ihm darin noch einen weiteren Schritt des Entgegenkommens erweisen wollen, beziehungsweise können, dass wir auf die Einverleibung dieses verhältnismässig doch unbedeutenden Nestes in Albanien verzichten. Können wir dies tun und somit eine volle Verständigung mit Russland gerade in dem Momente erzielen, in dem durch das persönliche Hervortreten der beiden Monarchen auch die Frage der gegenseitigen Rüstungen geregelt wird, so hätten wir uns für die Zukunft den Weg zu einem freundschaftlichen Verhältnisse zu Russland um so sicherer frei gemacht, als auch die so erzielte Verständigung über Albanien hier als eine Folge dieses Allerhöchsten Eingreifens betrachtet werden müsste, so dass alle jene Stimmen der äussersten nationalistischen Richtung, welche sonst jede Annäherung an die Monarchie perhorreszieren, zum Schweigen gebracht würden, wenn sie sehen, dass sie sich anderenfalls mit der Eigensten Politik Seiner Majestät des Zaren in Widerspruch setzen würden. In dieser Beziehung wird schon das Kommuniqué eine sehr gute Wirkung haben, welches Deinen Intentionen gemäss die Ankündigung der gegenseitigen Abrüstungen begleiten und dessen Redaktion ich morgen mit Sazonow vornehmen soll, sobald über die russischerseits zu treffenden korrespondierenden Massregeln der Beschluss gefasst sein wird. Dass dieser ein befriedigender sein dürfte, dafür scheint mir nach den Äusserungen sowohl Sazonows als Kokowzows, mit welch letzterem ich gestern abends eine lange Konversation hatte, sehr wahrscheinlich. Übrigens wirst Du vor Eintreffen dieses Briefes hierüber bereits telegraphisch informiert sein. Auch meine gestrige Unterredung mit dem Ministerpräsidenten hat mich wieder in der Überzeugung gefestigt, dass die Regierung der Meinung ist, bezüglich Djacovas einfach nicht nachgeben zu können. Kokowzow, dessen friedliche Gesinnung und offenes, konziliantes Wesen Du ja kennst und der gewiss nichts sehnlicher wünscht, als mit uns je eher je lieber zu einer vollen Verständigung zu gelangen, sagte mir ganz offen, dass er persönlich gar nicht an Djacova halte und es an und für sich sein geringster Kummer wäre, wem dieses Nest schliesslich gehört, fügte aber mit grossem Nachdruck hinzu, dass die Regierung in dieser Frage auf die in einem bedenklichen Stadium der Aufregung befindliche öffentliche Meinung Rücksicht nehmen müsse, wolle sie sich nicht ihre eigene Stellung ganz unhaltbar machen. Auch betonte der Ministerpräsident, es sei mit Rücksicht auf die herrschende gefährliche Stimmung dringend notwendig, dass wir in der kürzesten Frist — er sprach von wenigen Tagen — zu einer Verständigung gelangen, durch welche die geradezu unleidlich gewordene Spannung mit einem Male verschwinden würde. Wenn ich mir vor Augen halte, dass wir erst durch eine solche definitive Verständigung alle die gewiss nicht gering zu schätzenden Errungenschaften endgiltig unter Dach gebracht hätten, welche Deine zielbewusste Politik bisher erreicht hat, dass aber im entgegengesetzten Falle alles bisher Erreichte wieder fraglich würde und wir eventuell genötigt wären, die auch den anderen Mächten abgerungenen Konzessionen mit dem

Schwerte neuerlich zu erkämpfen, so muss ich mich doch immer wieder fragen, ob der Besitz von Djacova durch Albanien das Alles wirklich aufwiegt! Solltest Du zu der gleichen Konklusion kommen und eine Preisgabe Djakovas mit Rücksicht auf die dadurch auf der anderen Seite zu erzielenden Vorteile doch für möglich erachten, so schiene es mir taktisch geboten diese letzte Konzession in einer Form zu machen, die hier einen möglichst grossen Eindruck hervorrufen und dem dabei bestimmenden Momente, der weiteren Ausgestaltung unseres Verhältnisses zu Russland für die Zukunft möglichst die Wege zu ebnen, tunlichst Vorschub leisten würde. Zur Erreichung dieses Zweckes würde mir der Gedanke vorschweben, durch eine entsprechende Inszenierung, einerseits auf das in vieler Beziehung doch noch sehr kindlich gebliebene russische Gemüt zu wirken, und andererseits durch ein Hineinziehen des monarchischen Gefühlsmomentes, für welches man ja hier ganz besonders empfänglich ist, uns für die weitere Ausgestaltung unseres Verhältnisses zu Russland eine möglichst solide Basis zu schaffen. Meine Idee wäre die folgende: ob nicht unser Allergnädigster Herr im Gratulationstelegramme, welches Allerhöchstderselbe anlässlich des Romanow-Jubiläums an Kaiser Nikolaus richten wird, zu erwähnen geruhen würde, Er habe, um Sich an diesem für das russische Herrscherhaus so bedeutungsvollen Tage in einer durch keinen Schatten getrübten Freude Seiner herzlichen Teilnahme an diesem dynastischen Feste hingeben zu können, Seine Regierung angewiesen, in dem einzigen Punkte, wo bezüglich der schwebenden politischen Fragen noch eine ernstere Meinungsdifferenz zwischen den Standpunkten der beiden Regierungen schwebe, dem russischen Wunsche Rechnung zu tragen. Obwohl ich nicht in der Lage bin, zu beurteilen, ob eine solche, wie ich mir wohl bewusst bin, ungewöhnliche Allerhöchste Enunciation überhaupt tunlich ist, so muss ich doch meiner Überzeugung Ausdruck geben, dass, wenn dies möglich wäre, hiedurch ohne Zweifel ein durchschlagender Erfolg erzielt und die ganze Situation mit einem Male von Grund aus geändert würde. Gerade der Umstand, dass dieser zu gewärtigende Umschwung durch eine persönliche Fühlungnahme der beiden Monarchen herbeigeführt worden wäre, würde hier einen ganz enormen Eindruck hervorrufen und unsere künftigen Beziehungen auf die unter den hiesigen Verhältnissen noch sicherste Basis — das ist die Person des Kaisers — stellen und somit dieselben auch für die Zukunft vor einer Gefährdung durch etwaige Ministerwechsel und dergleichen möglichst bewahren. Ich gebe mich der Hoffnung hin, dass Du mich wegen dieses Vorschlages einer, wie ich zugeben muss, etwas teatralischen Inszenierung nicht für einen Phantasten halten und meine Idee bei Deiner genauen Kenntnis der russischen Psyche auch nicht von vornherein als einen undurchführbaren Traum verurteilen wirst. Thurn.

a) Vgl. n. 5920, 5931, 6017, 6018. — *b)* Vgl. n. 5879, 5889, 5927.

Nr. 5970. Tel. nach Sofia, 27. Feb. 1913 Nr. 108 (chiffr. 11 U. p. m.).[a] *Konz. (S. Schreibmaschine; G. Berchtold).*

Antwort auf Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 180 vom 25. d. M. Euer Hochgeboren wollen sich bei nächster Gelegenheit Herrn Geschoff

beziehungsweise Herrn Danew gegenüber in folgendem Sinne vernehmen lassen: Die Pause, welche die bulgarischen Staatsmänner in den Pourparlers haben eintreten lassen, habe es mit sich gebracht, daß man sich in Wien auch mit anderen Lösungen der Salonikfrage befaßt habe. Ein diesbezügliches Engagement habe die k. u. k. Regierung noch nicht übernommen und seien Euer Hochgeboren daher ermächtigt, die Pourparlers mit Bulgarien im Sinne meines Telegrammes Nr. 45 vom 28. v. M. fortzusetzen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 5996.

Nr. 5971. Tel. aus Sofia, 27. Feb. 1913 Nr. 186 (eing. 28. Feb. 10 U. a. m.). Entziff.

Vertraulich. Euer Exzellenz Telegramm Nr. 104[a]) vom 27. d. Mts. erhalten. Sobald ich von der von Sir A. Nicolson aufgeworfenen Frage Kenntnis erhielt, hatte Verdacht, dass dies durch Berichterstattung meines englischen Kollegen hervorgerufen. Sir Henry[b]) hat sich heute abends vor mir Hände vor Freude gerieben, dass er die Gesandten in Bukarest hineingesetzt, die ein „muddle" gemacht hätten. Bezeichnend ist, dass der einzige, der hier gegen Kollektivdémarche opponierte und den wir nur mit Mühe dazu bewogen, englischer Gesandter war. Tarnowski.

[a]) Mit Tel. Nr. 104, 26. Feb. 1913 (chiffr. 10 U. 40 M. p. m.) wurde n. 5935 nach Sofia mitgeteilt. — [b]) Sir Henry Bax-Ironside, engl. Gesandter in Sofia.

Nr. 5972. Tel. aus Sofia, 27. Feb. 1913 Nr. 188 (eing. 28. Feb. 9 U. 30 M. a. m.).[a]) Entziff.

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 106 vom 27. d. Mts. erhalten. Möchte bemerken, dass Herr Geschoff, bevor er Kollektivdémarche beantwortet und „Entscheidung" der Mächte unter der Bedingung, dass auch Rumänien dieselbe annimmt, akzeptierte, bereits wusste, dass in Bukarest nur Mediation angenommen wurde. Bevor Konseilspräsidenten rumänische Antwort bekannt war, hat er mir — wie ich Euer Exzellenz gemeldet — wiederholt gesagt, Bulgarien könnte nur Mediation und nicht Arbitrage annehmen. So unwahrscheinlich es auch erscheint, dass Bulgarien das, wofür sich sechs Grossmächte im Mediationswege aussprechen, nicht annimmt, möchte mich doch nicht getrauen Verantwortung übernehmen, dass sich bulgarische Regierung ohneweiters fügen wird, wenn Abtretung Silistrias bestimmt würde. Es ist namentlich in Anbetracht morgen zusammentretender Sobranje schwer zu urteilen, möchte aber Erfolg Vermittlung Mächte dann für am meisten gesichert halten, wenn grösseres Stück Land an Küste ohne Städte von Bulgarien verlangt würde. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 5986, 6020.

Nr. 5973. Tel. aus Berlin, 28. Feb. 1913 Nr. 109 (eing. 4 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Streng vertraulich. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 195[a]) von gestern. Reichskanzler und Staatssekretär lassen für die vertrauliche Mitteilung der telegraphischen Berichterstattung des Grafen Thurn über

seine Unterredung mit Herrn Sazonow verbindlichst danken und erwarten mit grossem Interesse das in Aussicht gestellte, in Wien und in Petersburg gleichzeitig zu erscheinende Communiqué. Die deutschen Staatsmänner legen ebenso wie Euer Exzellenz grosses Gewicht darauf, dass in diesem Communiqué das direkte Eingreifen der beiden Monarchen besonders hervorgehoben werden soll. Szögyény.

[a]) Mit Tel. Nr. 195, 26. Feb. 1913 (chiffr. 6 U. p. m.) wurde n. 5942 nach Berlin zur streng vertraulichen mündlichen Mitteilung an den Reichskanzler beziehungsweise Staatssekretär übermittelt.

Nr. 5974. Tel. aus Berlin, 28. Feb. 1913 Nr. 110 (eing. 4 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Antwort auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 196 von gestern. Staatssekretär ist mit den von Euer Exzellenz an Grafen Mensdorff erteilten Instruktionen betreffs der Räumung des künftigen Albanien seitens der Okkupationstruppen einverstanden und bat mich, Euer Exzellenz zu melden, daß er Fürst Lichnowsky sofort anweisen werde, den betreffenden Vorschlag des k. u. k. Botschafters in der Botschafterréunion seinerseits zu unterstützen. Szögyény.

Nr. 5975. Tel. aus Berlin, 28. Feb. 1913 Nr. 111 (eing. 10 U. p. m.).[a]) Entziff.

Inhalt Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 197[b]) vom 25. d. Mts. Staatssekretär mitgeteilt. Herr von Jagow wiederholte mir, dass er rein aus taktischen Gründen Euer Exzellenz zu empfehlen sich erlaubt hat, die Angelegenheit Delimitierung Albaniens durch eine internationale Kommission nicht a limine zurückzuweisen; er sehe vollkommen die Stichhältigkeit der Gründe ein, welche Euer Exzellenz bewegen, dagegen Stellung zu nehmen. Nach eingetroffenen Nachrichten aus Paris wolle die französische Regierung die Idee der lokalen Kommission entschieden ablehnen und was Russland betreffe, so habe der hiesige russische Botschafter noch gestern ihm — dem Staatssekretär — gesagt, dass nach seinen Informationen in erster Linie sich Österreich-Ungarn[c]) der Greyschen Suggestion gegenüber ablehnend verhalte. Herr von Swerbejew habe bei diesem Anlasse neuerdings für die Preisgabe Djakovas plädiert; er, Jagow, habe ihm geantwortet, dass Euer Exzellenz schon so weitgehende Konzessionen gemacht hätten, dass die deutsche Regierung nach wie vor in dieser Beziehung nicht drängen werde. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 5898. — [b]) Mit Tel. Nr. 197, 26. Feb. 1913 (chiffr. 10 U. 40 M. p. m.) wurde n. 5935 nach Berlin mitgeteilt. — [c]) Amtsvermerk: sic!

Nr. 5976. Tel. aus Berlin, 28. Feb. 1913 Nr. 113 (eing. 9 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Inhalt Euer Exzellenz Telegramme Nr. 199[b]) und 200 von gestern Staatssekretär mitgeteilt. Herr von Jagow ist vollkommen damit einverstanden, daß die Dreibundmächte für die Abtretung der Stadt Silistria an Rumänien eintreten und nach Andeutungen, die er aus Petersburg erhalten, ist er der Meinung, daß auch russischerseits dagegen kein Einspruch

erhoben werde. Gegen eine Verquickung der Silistria- und Saloniker Frage hat Staatssekretär ernste Bedenken. Nach seiner Ansicht müsse die Entscheidung über die Zugehörigkeit Saloniks den Balkanverbündeten überlassen bleiben. Nach seinen Informationen scheine sich übrigens Bulgarien schon damit abgefunden zu haben, daß Salonik Griechenland zugesprochen werde. Szögyény.

a) Vgl. n. 6025. — b) Mit Tel. Nr. 199 nach Berlin, 27. Feb. 1913 (chiffr. 10 U. 40 M.) wurde n. 5955 mitgeteilt.

Nr. 5977. Tel. aus Bukarest, 28. Feb. 1913 Nr. 69 (eing. 5 U. p. m.).[a] Entziff.

Geheim. Gestern 27. d. Mts. wurde von Minister des Aeußern und italienischen Gesandten Vertragsinstrument des italienisch-rumänischen geheimen Vertrages unterzeichnet. Italienischer Kollege erklärte mir, er habe keine Instruktion erhalten, mein Accèsexemplar zu unterfertigen. Auf diesbezügliche Anfrage in Rom wurde ihm geantwortet, daß über eine Fertigung derartigen Accès dortselbst nichts bekannt sei. Italienischer Kollege ersucht mich, darüber an Euer Exzellenz zu berichten behufs Erzielung eines Einvernehmens. K. E. Fürstenberg.

a) Vgl. n. 5948, 5987, 5991, 6028.

Nr. 5978. Tel. aus Bukarest, 28. Feb. 1913 Nr. 70 (eing. 9 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Minister des Äußern teilt mir heute in Betreff der nicht übereinstimmenden Erklärungen Rumäniens und Bulgariens in Mediationsangelegenheit folgendes mit: Sollte bulgarische Regierung im internen Interesse es vorziehen, von ursprünglicher Erklärung der Unterwerfung nicht abzugehen, oder sollten dies Mächte für angezeigter halten, so sei er bereit, von Seiner Majestät dem König Autorisation zu erwirken, eine dahin gehende geheime Erklärung abzugeben, daß Rumänien sich der Entscheidung unterwerfen wird. Sollte aber Bulgarien auf das Niveau rumänischer Regierung herunter gehen, so würde Rumänien, falls Letzteres die oben erwähnten Erklärungen abgeben würde, das gleiche tun. Dieser Beschluß rumänischer Regierung bezweckt 1. eine neuerliche höchst inopportune und abträgliche Demarche zu verhindern, 2. zu verhüten, daß Rumänien sich Mächtespruch nicht fügt. Verursacht dürfte er sein durch hier sich immer vertiefendere Hoffnung, Stadt Silistria zu erhalten. Diese scheint zu beruhen auf Unterwerfungserklärung Bulgariens, aus welcher ersichtlich, daß dieses mit Verlust Silistrias rechnet und Andeutungen französischen Gesandten, daß französische Regierung Abtretung Silistrias vertreten wird. Meiner Überzeugung nach würde, wenn Hoffnung getäuscht, trotz bindender Erklärung, Ministersturz erfolgen, König in schwierigste Lage kommen und ernsteste Komplikationen unausweichlich sein. Bei Zuspruch der Stadt Silistria würde Rumänien fast auf alle weiteren Grenzwünsche verzichten. Hiesige Stellung Monarchie erheischt es selbstverständlich gebieterisch, daß Silistria rumänisch wird. K. E. Fürstenberg.

a) Vgl. n. 5952, 5992, 6000.

Nr. 5979. Bericht des Generalkonsuls Rudolf Weinzetl aus Cetinje, 28. Feb. 1913 Nr. 20 A (eing. 3. März). Ausfert.

Geheim. In meinem ergebensten Berichte Nr. 6 A, geheim, vom 14. v. M. hatte ich die Ehre, Eurer Exzellenz über die von einigen der hiesigen diplomatischen Vertreter in der Skutarifrage beobachtete Haltung zu berichten. Des russischen Gesandten erwähnte ich damals nicht, weil er über die bezüglichen Absichten seiner Regierung und seine persönliche Anschauung sich der grössten Reserve befliss und übrigens auch jetzt noch befleisst; des deutschen nicht, weil mir sein Vorgehen durch das Telegramm Baron Giesl Nr. 176 vom 22. November v. J., welches die serbophile Gesinnung des Herrn von Eckhardt hervorhob, hinreichend charakterisiert erschien. Heute möchte ich mir zu bemerken erlauben, dass, was die Skutarifrage anbelangt, der hiesige deutsche Vertreter, welcher, nachdem Ihre Majestät die Königin Milena bei seiner jüngsten Tochter Pathenstelle vertreten hatte, nach südslavischen Begriffen in eine Art Verwandtschaft zur Königsfamilie getreten ist, im Sinne obiger Charakteristik weiter wirkte und dass er seine diesbezüglichen Sympathien auch im Hinblick auf die ihm seit Kriegsbeginn hier zugefallene Vertretung der türkischen Interessen, ganz besonders unterstreichen zu müssen glaubte. Meiner unmassgeblichen Meinung nach, die übrigens vom hiesigen italienischen Gesandten voll geteilt wird, hat Herr von Eckhardt dabei weit über das Ziel geschossen. Dahin gehört sein vor mehreren Wochen im Auftrage Seiner Majestät des Königs in Berlin unternommener Versuch, die deutsche Regierung zu einer freundschaftlichen Vermittlung in der Skutarifrage in Wien zu bewegen. Die Antwort aus Berlin lautete unter Hinweis auf das Bundesverhältnis und die Deutschland nur indirekt interessierende Frage höflich ablehnend. Es mag dahingestellt bleiben, ob der König bei einer entschiedener bundesfreundlichen Haltung des Herrn Gesandten mit einem solchen Ansinnen überhaupt hervorgetreten wäre. Dahin rechne ich auch die mannigfachen mir gegenüber gemachten Anspielungen bezüglich „der Rettung Skutaris für die Dynastie Njeguš", denen ich schliesslich mit sehr deutlichen Hinweisen im Sinne meiner ergebensten Berichterstattung begegnete. In diesem Zusammenhange möchte ich zum Schlusse noch bemerken, dass mir der französische Geschäftsträger, nicht ohne leise Ironie, unlängst erzählte, er hätte gehört, dass Seine Majestät der König vor kurzem den versammelten Ministern erklärte, dass Ihm der deutsche Gesandte in der Skutarifrage treuere Gefolgschaft geleistet habe, als irgend ein Vertreter der Triple Entente. Ich habe Herrn von Eckhardt mit dem Ausdruck eines gewissen Befremdens von der angeblichen Erklärung Seiner Majestät Erwähnung getan. Der deutsche Gesandte erwiderte mir, auch ihm sei dieser Ausspruch des Gospodars hinterbracht worden. Er nehme ihn nicht weiter Wunder und schreibe ihn seiner Bereitwilligkeit zu, in Berlin eine Vermittlungsaktion in Vorschlag gebracht zu haben. Was diese Aktion selbst anbelangt, bin ich übrigens überzeugt, dass der deutsche Vertreter wohl keinen Moment an ihre Durchführbarkeit glaubte und die Anregung nur deshalb nach Berlin unterbreitete, um dem Gospodar gefällig zu sein.

Weinzetl.

Nr. 5980. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 28. Feb. 1913 Nr. 136 (eing. 1. März 9 U. a. m.). Entziff.

Herr von Giers sagte meinem deutschen Kollegen, dass es jetzt die Hauptsache sei, zu einer Einigung zwischen uns und Russland in der albanesischen Delimitationsfrage zu gelangen, damit Russland dann auf die Alliierten Pression üben könne, um sie nachgiebiger zu stimmen und eine Basis für den Friedensschluss zu schaffen. Es ist klar, dass Herr von Giers meinem deutschen Kollegen diese Äusserung deshalb getan hat, weil Russland wünschen würde, dass im Interesse des Friedensschlusses Deutschland auf uns einwirke, damit wir den russischen Wünschen in der Delimitationsfrage noch weiter entgegenkommen. Pallavicini.

Nr. 5981. Tel. aus London, 28. Feb. 1913 Nr. 175 (eing. 1. März 10 U. 30 M. a. m.).[a] Entziff.

Sir A. Nicolson ayant reçu réponse turque, a convoqué la réunion des ambassadeurs cet après-midi. Résumé de la réunion: „Ambassadeur de Turquie a fait aujourd'hui par écrit à Sir A. Nicolson la communication suivante: „Le Gouvernement Impérial ottoman accepte la médiation des grandes puissances dans le but d'arriver à la paix". La réunion pense qu'il y a lieu de la faire connaître aux gouvernements alliés en leur demandant s'ils acceptent la médiation des puissances dans les mêmes termes."

Mensdorff.

[a] Oe. U. Balkan 162 Nr. 303. Vgl. n. 5982, 5997 Anm. b.

Nr. 5982. Tel. aus London, 28. Feb. 1913 Nr. 176 (eing. 1. März 10 U. a. m.).[a] Entziff.

In Ergänzung meines heutigen Telegrammes Nr. 175. Sir A. Nicolson telegraphiert türkische Mitteilung an die englischen Gesandtschaften Sofia, Athen, Belgrad und Cetinje mit folgender Instruktion: „Sobald Ihre Kollegen gleichartige Instruktionen haben, wollen Sie bei der Regierung, bei der Sie beglaubigt sind, türkische Mitteilung bekanntgeben und fragen, ob sie bereit wäre, die Mediation der Mächte in gleicher Weise anzunehmen."

Mensdorff."

[a] Oe. U. Balkan 162 Nr. 303. Vgl. n. 5997 Anm. b.

Nr. 5983. Bericht aus London, 28. Feb. 1913 Nr. 19 A (eing. 3. März). Ausfert.

Vertraulich. Sir Edward Grey ist diese Woche von London abwesend und versprach uns nur, im Falle wichtiger Ereignisse zurückzukehren, sonst würde er erst nächsten Montag wieder im foreign office sein. Er liess mir — nach seiner Abreise — durch einen seiner Secretäre die Abschrift seines nach Wien, Berlin und Rom gerichteten Telegrammes mitteilen, worin er die Ansichten der russischen Regierung bezüglich eines Compromisses, nach welchem wir auf Dibra und das Reka-Thal verzichten, Djakowa aber nicht aufgeben könnten, zusammenfasst. (Mein Telegramm Nr. 160 vom

24. l. Mts.) Bedauerlicherweise stellt sich der Staatssecretär auf den Standpunkt, er könne, nachdem Russland bezüglich der Hafenfrage und Skutaris nachgegeben habe, nicht auch bezüglich Djakovas eine weitere Pression auf das Petersburger Cabinet ausüben. Aus Euer Excellenz hohen Telegrammen Nr. 200 und 201[a]) entnehme ich, dass von russischer Seite auch noch bezüglich der Grenzlinie am See von Skutari gewisse Schwierigkeiten erhoben werden. Von diesen ist mir im foreign office nicht mehr gesprochen worden, was ich so auffasse, dass Sir Edward Grey der Ansicht war, falls wir Djakowa aufgeben, sei die gesamte Angelegenheit bereinigt und dass er es in dieser Eventualität auf sich nehmen würde, die Annahme unserer übrigen ganzen Grenzlinie seitens Russland durchzusetzen. Es ist nicht erfreulich, dass Sir Edward Grey nicht in der Lage zu sein glaubt, das russische Cabinet dazu zu bewegen, Djakowa aufzugeben. Aber trotzdem ist ein Fortschritt in der Haltung des Staatssecretärs zu constatieren, wenn man sich vor Augen hält, dass er zu Beginn unserer Conferenzen meinen deutschen und italienischen Collegen durch die wiederholten peremptorischen Erklärungen impressionierte, er müsse in der Skutarifrage Russland unterstützen, nachdem er in der Hafenfrage den österreichisch-ungarischen Standpunkt vertreten hätte. („it is only fair that I should side with Russia etc.", wie ich damals wiederholt Euer Excellenz meldete.) Den Inhalt des hohen Telegrammes Nr. 200 vom 25. l. Mts. das Euer Excellenz nach Hochdero Unterredung mit Sir F. Cartwright an mich zu richten die Güte hatten, habe ich Sir Arthur Nicolson mitgeteilt und ihm ein ausführliches aide-mémoire zur Weiterleitung an Sir Edward Grey übergeben. Unsere Conversation bei diesem Anlasse enthielt nichts Neues oder Bemerkenswertes. Sir Arthur Nicolson wünscht nur sehnlich, dass ein arrangement zwischen uns und Russland zustandekomme, für die wichtigsten Détails der Grenzfragen als solchen fehlt ihm bedauerlicherweise jedes Interesse. Ich habe leider immer Anlass, mich darüber zu beschweren, dass man in das sachliche und meritorische der Angelegenheit nicht eingehen will. „You will not go into the merits of the case." Sir Edward Grey erwidert mir dann stets, um dies zu thun, gäbe es kein anderes Mittel, als eine internationale Commission zur Feststellung des Sachverhaltes. Meinen Ausführungen, den er natürlich vollen Glauben schenke, werden so viele Erklärungen, Memoranden, Telegramme von allen möglichen Seiten entgegengesetzt, dass es ihm unmöglich sei, sich eine klare Anschauung zu bilden. Ich habe ihn wiederholt darauf aufmerksam gemacht — ebenso wie meine Collegen — dass wir bei Ignorierung der notwendigsten Existenzbedingungen der Albanesen uns darauf gefasst machen müssen, dass auf lange Zeit hinaus unserer Conferenz der Vorwurf gemacht werde, wir hätten in oberflächlicher Weise und ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Bewohner des zu schaffenden Landes ein Flickwerk zustande gebracht. Alle Argumente sind aber nutzlos. Man wünscht eine Verständigung zwischen uns und Russland zur Verhütung grösserer Gefahren und verliert infolge dessen jedes Verständnis für die Fragen, welche Albanien selbst betreffen. Ich hoffe, Euer Excellenz werden es nicht vordringlich von mir finden, wenn ich mit Telegramm Nr. 156[b]) vom 22. l. Mts. sowie mit Telegramm 167 vom 26. l. Mts.

mir erlaubt habe, nach Rücksprache mit Sectionschef Ippen Euer Excellenz gewisse Erwägungen vorzulegen, welche vielleicht zum Zustandekommen eines Compromisses beitragen könnten. Ich kann natürlich von hier aus nicht beurteilen, ob dieselben einen praktischen Wert haben. Ich wollte nur nichts unversucht lassen, um zur Finalisierung der Delimitationsfrage beizutragen, wobei wir hauptsächlich die Gefahr des Falles von Skutari vor Augen hatten, wodurch die Situation wesentlich erschwert würde, wenn die Stadt eingenommen würde, bevor eine Einigung der Mächte über die Nord- und Nordostgrenze erzielt worden ist. Die mit hohem Telegramm Nr. 204 vom 27. l. Mts. herabgelangte Mitteilung des Gedankenaustausches Euer Excellenz mit Berlin und Rom bezüglich eines von mir zu machenden Vorschlages in der réunion wegen Notificierung der Nord- und Nordostgrenze in Belgrad und Cetinje, ist einer Anfrage zuvorgekommen, welche ich mir Euer Excellenz zu unterbreiten erlauben und worin ich um Hochdero Ermächtigung zu einem derartigen Schritte bitten wollte. Ich möchte mir die geneigte Weisung erbitten, den besagten Vorschlag machen zu dürfen, sobald eine Einigung der Mächte in der Grenzfrage constatiert werden kann. Mein italienischer College hat bereits den Auftrag, mich in diesem Falle auf das wärmste zu unterstützen. Wie ich mit gestrigem Telegramm Nr. 173 zu melden die Ehre hatte, war Graf Benckendorff gestern noch ganz ohne Telegramm von Petersburg über die albanische Grenzfrage. Mein russischer College, der, wie ich Euer Excellenz wiederholt meldete, einige Wochen krankhafter Aufregung durchgemacht hat, scheint mir seit einigen Tagen wieder zu sich gekommen zu sein. Er ist ruhig und vernünftig und sagte mir selbst, er sei ganz krank gewesen, der Gedanke eines Bruches zwischen uns wegen „eines albanischen Nestes" sei unerträglich, irgendwie müsse es arrangiert werden, er habe vielleicht gefehlt, nicht mehr mit mir in Fühlung zu bleiben etc. Er schien wieder der Alte zu sein; klagte mir aber über die masslosen Angriffe gegen seine Person „als katholischen Deutschen", die in Russland fortwährend erscheinen. Mensdorff.

[a]) Mit Tel. Nr. 201, 25. Feb. 1913 (chiffr. 26. Feb. 12 U. 10 M. a. m.) wurden n. 5912, 5920, 5931 (gekürzt) und n. 5941 nach London mitgeteilt. — [b]) Liegt nicht bei den Akten.

Nr. 5984. Tel. aus Rom, 28. Feb. 1913 Nr. 98 (eing. 1. März 10 U. a. m.).[a]) Entziff.

Heute hatte ich auf Grund der hohen Telegramme Nr. 225[b]) und 226 vom 26. sowie Nr. 227 [c]) und 228 vom 27. d. M. eine Aussprache mit dem Minister des Äussern über die Modalität der Lösung der rumänisch-bulgarischen Differenz. Ursprünglich war Marquis di San Giuliano für eine Kollektivdemarche in Bukarest eingenommen, für welche, wie er meinte, die gestrige Botschafterréunion in London eine geeignete und aussichtsvolle Form proponiert habe. Aber auch der Vorschlag Euer Exzellenz, diese Angelegenheit mit jener der Zukunft Saloniks zu verknüpfen, fand umsomehr die Zustimmung des Ministers, als er selbst sich mit dieser Idee bereits beschäftigt haben will und gleichfalls für die Zuweisung Saloniks an Bulgarien ist. Wichtig erscheint ihm für das Gelingen dieses Vorschlages nur, dass

derselbe der Tripleentente und speziell Russland nicht oktroyiert, sondern in taktvoller und schonender Form präsentiert werde. Marquis Imperiali wird vorläufig von dieser Proposition informiert und beauftragt, dieselbe — unter der Voraussetzung, dass auch Deutschland sie annimmt — zu unterstützen. Mérey.

[a]) Vgl. n. 6025. — [b]) Mit Tel. Nr. 225, 26. Feb. 1913 (chiffr. 10 U. 40 M. p. m.) wurde n. 5935 nach Rom mitgeteilt. — [c]) Mit Tel. Nr. 227, 27. Feb. 1913 (chiffr. 10 U. 40 M. p. m.) wurde n. 5955 nach Rom mitgeteilt.

Nr. 5985. Tel. aus St. Petersburg, 28. Feb. 1913 Nr. 70 (eing. 1. März 11 U. a. m.).[a]) Entziff.

Nachdem Herr Sazonow mit dem Ministerpräsidenten und dem Kriegsminister gestern Rücksprache gehalten und heute nochmals von Seiner Majestät Kaiser Nikolaus empfangen worden war, gab Seine Majestät der Kaiser die formelle und bindende Zusicherung, dass, wenn unserseits die in Euer Exzellenz Telegramm Nr. 157 vom 23. d. Mts. in Aussicht genommenen Standesreduzierungen in Galizien vorgenommen werden, die russische Regierung ihrerseits die Entlassung des bisher zurückbehaltenen Reservejahrganges verfügen werde, und zwar machte Herr Sazonow keine Restriktion in dem Sinne, dass diese Massregel etwa blos auf die unserer Grenze nächstgelegenen Militärbezirke beschränkt bliebe. Minister des Äussern legte mir gleichzeitig den Text eines Communiqués vor, welches für die hiesigen Blätter bestimmt ist und das bereits die Billigung des Zaren gefunden hat. Dasselbe hat folgenden Wortlaut: „L'échange de lettres qui a eu lieu dernièrement entre Sa Majesté l'Empereur François Joseph et Sa Majesté l'Empereur Nicolas a prouvé une fois de plus que les événements dans la Péninsule balkanique n'ont pas porté atteinte aux relations d'amitié entre les deux Souverains et que la politique des deux gouvernements poursuit des buts pacifiques. Il ressort des pourparlers qui ont eu lieu entre les cabinets de Pétersbourg et de Vienne à l'occasion de la mission du Prince Hohenlohe que le gouvernement austro-hongrois ne nourrit point de projet agressif vis-à-vis de ses voisins du Sud. Les deux gouvernements sont en conséquence (arrivés[b]) à la conclusion que certaines mesures purement défensives qui avaient été prises dans les provinces limitrophes des deux Etats ne paraissent plus être nécessitées par les circonstances. Le gouvernement austro-hongrois a décidé de réduire les effectifs de ses troupes en Galicie à un état normal. Le gouvernement Impérial a cru possible de prendre de son côté — en réponse à cette décision — des dispositions pour le renvoi des réservistes de la classe qui devait être libérée en automne de l'année passée." Ich machte den Herrn Minister sofort darauf aufmerksam, dass, wenn es auch zweifellos richtig sei, dass wir keine aggressiven Absichten gegen Serbien hegen, dies mit der vorliegenden Angelegenheit gar nichts zu tun habe und die Aufnahme dieses Passus den Eindruck erwecken müsste, als hege man hier immer noch Misstrauen gegen uns und wolle uns aus diesem Grunde durch diese Erklärung, die man uns zu entlocken versuche, festlegen. Ich hielte es daher für ausgeschlossen, dass Euer Exzellenz der Aufnahme eines derartigen Passus in unser Communiqué zustimmen würden.

Herr Sazonow erwiderte, er habe auch nicht einen Augenblick ein derartiges Misstrauen gegen uns gehegt, die Aufnahme dieser Stelle in das russische Communiqué sei aber unbedingt nötig, um der hiesigen öffentlichen Meinung gegenüber die Entlassung der zurückbehaltenen Altersklasse plausibel zu machen, die eine bei weitem ausgiebigere Massregel sei als die unserseits zugesagte Standesreduzierung, welche blos auf das Gebiet an der russischen Grenze beschränkt bleibe. Er sehe aber keinen zwingenden Grund dafür, dass unsere beiderseitigen Communiqués ganz gleichlautend sein müssten, und hätte daher gar nichts dagegen, dass dieser Passus in unserem Communiqué fortbleibe; nur bitte er Euer Exzellenz, in diesem Falle diesem letzteren bei Beibehaltung des im übrigen gleichen Sinnes und desselben freundschaftlichen Tones überhaupt, eine andere Fassung zu geben, damit nicht durch das Fortbleiben dieses einzigen Satzes in einer im übrigen ganz gleichlautenden Enunziation Anlass zu unliebsamen Kommentaren gegeben werde. Eine Änderung des Wortlautes für die russischen Blätter sei übrigens aber schon aus dem Grunde nicht mehr möglich, weil derselbe bereits von Seiner Majestät dem Zaren genehmigt sei. Von dem restlichen Teil des russischen Textes glaubte ich nur den Passus beanständen zu sollen, in dem es hiess: „Le gouvernement austro-hongrois a décidé de réduire les effectifs de ses troupes en Galicie à leur état normal." Ich machte geltend, dass dies der Wahrheit nicht entsprechen würde, da wir zwar eine Reduzierung bis unter die normalen Friedensstände unserer Nachbarn vornehmen wollten, dies aber noch nicht den normalen Stand im Sinne unseres gegenwärtigen Wehrgesetzes bedeute, welcher derzeit noch geringer wäre. Minister gab zwar Richtigkeit meines Einwurfes zu, machte aber auch hier Schwierigkeit geltend, etwas an dem Allerhöchst gebilligten Text zu ändern. Schliesslich erklärte er sich zu einer kleinen unauffälligen Änderung bereit, so dass es jetzt heisst: à un état normal. Gegen diese allgemeinere Fassung, welche ja Deutung zulässt, dass der nach der gegenwärtig beabsichtigten Reduzierung verbleibende Stand dem für Zukunft in Aussicht gestellten Stande in jenen Gegenden entspreche, glaubte ich mit Rücksicht auf die von Herrn Sazonow ins Treffen geführten Schwierigkeiten einer ausgiebigeren Amendierung keine weitere Einwendung erheben zu sollen. Was nun weiteren Vorgang anbelangt, so erklärte Herr Sazonow in der bindendsten Form, dass, sobald die von uns in Aussicht gestellte Reduzierung verfügt sein werde, beziehungsweise unser einschlägiges offizielles Communiqué erfolgt, russischerseits Entlassung zurückbehaltenen Reservejahrganges verfügt werden und das Communiqué in dem vom Zaren genehmigten, Euer Exzellenz vorstehend mitgeteilten Wortlaut erscheinen wird. Für ein gleichzeitiges Erscheinen der beiden Veröffentlichungen war Herr Sazonow nicht zu haben. Trotzdem erscheint mir hiemit die in Euer Exzellenz bezogenen Telegramme für die Durchführung der bei uns in Aussicht genommenen Standesreduzierungen geforderte Voraussetzung in vollem Masse gegeben und die absolute Gewähr geboten, dass Russland mit seinen Gegenmassregeln nicht zurückbleiben werde. Der Umstand, dass im russischen Communiqué, welches für die hiesige öffentliche Meinung bestimmt ist, der Hinweis auf das Nicht-

bestehen aggressiver Absichten unserseits gegen Serbien enthalten sein wird, erscheint mir unbedenklich, da wir uns ja hiedurch nicht festlegen und dieser Hinweis tatsächlich auf die hiesige Öffentlichkeit beruhigend einwirken und derselben die russische Abrüstung, die gewiss von vielen Seiten verurteilt werden wird, plausibler erscheinen lassen dürfte. Auch müsste eine absolute Weigerung, der Aufnahme dieses Satzes in das russische Communiqué zuzustimmen, den Verdacht erwecken, dass wir im geheimen doch aggressive Ziele verfolgen. Ich bitte Euer Exzellenz um Hochderen geneigte Ratihabierung meiner Sprache sowie womöglich um Bekanntgabe des Textes unseres einschlägigen Communiqués, damit ich von demselben Herrn Sazonow, wenn tunlich schon vor dessen Erscheinen in den Blättern, Mitteilung machen kann. Thurn.

[a] Vgl. n. 5942, 5994. — [b] Chiffre fehlt.

Nr. 5986. Tel. aus Sofia, 28. Feb. 1913 Nr. 189 (eing. 5 U. 40 M. p. m.). Entziff.

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 107[a] vom 28. d. Mts. erhalten. Aus meinem Telegramme Nr. 188 von heute haben Euer Exzellenz ersehen, warum Bulgarien Entscheidung der Mächte angenommen. Wenn man in London befürchtet, dass Bulgarien Unrecht geschehen könnte, übersieht man, dass schlaue bulgarische Antwort conditionell und bulgarische Regierung de facto nicht mehr angenommen als Rumänien. Tarnowski.

[a] Mit Tel. Nr. 107, 27. Feb. 1913 (chiffr. 10 U. 40 M. p. m.) wurde n. 5955 nach Sofia mitgeteilt.

Nr. 5987. Tel. nach Bukarest, 1. März 1913 Nr. 140 (chiffr. 9 U. p. m.).[a] Konz. (S. Biegeleben; G. Berchtold).

Geheim. Ihre Meldung,[b] wonach italienischer Gesandter erklärt hätte, keine Instruction zur Unterzeichnung des oesterr.-ungar.-italienischen Vertrages hinsichtlich des italienischen Accesses zu unserem Vertrage mit Rumänien zu besitzen, steht in Widerspruch mit einer Mitteilung Herrn von Méreys vom 17. v. M.,[c] wonach italienischer Gesandter bereits damals instruirt gewesen sei, den zwischen uns und Italien abzuschliessenden Vertrag über den Access Italiens nach dem Texte von 1902 zu unterzeichnen. Behufs Aufklärung wende ich mich nach Rom, werde Euer Durchlaucht eine weitere Mitteilung demnächst zukommen lassen und bemerke, dass aus der Correspondenz von 1902 der ganze Vorgang, wie er auch jetzt eingehalten werden soll, zu entnehmen ist. Berchtold.

[a] Vgl. n. 5991, 6028. — [b] n. 5977. — [c] n. 5846.

Nr. 5988. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 1. März 1913 Nr. 141 (eing. 2. März 8 U. a. m.). Entziff.

Streng vertraulich. Mit Bezug auf mein Telegramm Nr. 133 vom 24. v. M. Großvezier läßt mir folgendes sagen: Pforte hat durch Tewfik Pascha die bekannten Vorschläge Sir E. Grey mitteilen lassen. Letzterer

hat geantwortet, daß er dieselben akzeptabel finde und daß er der türkischen Regierung empfehle, auf Grund dieser Vorschläge Mediation der Mächte anzusuchen. Dies ist tatsächlicher Stand; türkische Regierung bittet nunmehr die Mächte, Vermittlung anzunehmen. Mahmud Schefket Pascha ließ mir ferner sagen, daß schon einige Botschafter ihm ihre Unterstützung versprochen hätten, und er ersucht mich daher, auch meinerseits bei Euer Exzellenz Bitte der türkischen Regierung zu unterstützen. Großvezier ließ schließlich mitteilen, er wisse, daß die Frage des Friedens im gegenwärtigen Momente hauptsächlich davon abhänge, ob Österreich-Ungarn und Russland sich über die albanesische Grenzfrage einigen können, speziell ob die Monarchie wegen Djakova sich zu Konzessionen entschließe. Im Interesse Friedens bittet er daher, Situation der Türkei dadurch zu erleichtern, daß in der letzterwähnten Frage unserseits nachgegeben werde. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der russische Botschafter, der, wie ich weiß, heute beim Großvezier war, letzteren in diesem Sinne beeinflußt hat. Pallavicini.

Nr. 5989. Bericht aus Paris, 1. März 1913 Nr. 22 A (eing. 3. März).[a] Ausfert.

Herr Poincaré hat nach Antritt seiner neuen Würde den hiesigen Botschaftern Besuche abgestattet und hatte ich bei dieser Gelegenheit eine längere politische Conversation mit ihm. Er betonte das allgemeine Friedensbedürfniss und sprach die Hoffnung aus, dass trotz einzelner Meinungsverschiedenheiten bald eine Verständigung erreicht werden wird. Der Präsident bezeichnete bei diesem Anlasse (allerdings war dies vor acht Tagen) die bulgarisch-rumänische Frage als die schwierigste. In der albanischen Grenzfrage handle es sich, sagte Herr Poincaré, eigentlich nur mehr um Diakova und hoffe er, dass nach den grossen Opfern, die Frankreich und Russland unserem Gesichtspunkte gebracht haben, wir in diesem Punkte Entgegenkommen zeigen werden. Ich frug ihn hierauf, welche französischen Interessen dort eigentlich „geopfert" wurden? Worauf er zugeben musste, dass man von französischen Interessen in jenen Gegenden allerdings nicht sprechen könne. „Aber die Interessen unseres Alliierten sind die unseren." Ich bemerkte, dass auch Russland in Albanien nicht direct interessiert sei und es sich für Russland nur um eine Prestigefrage handle, während wir leider als Nachbarstaat sehr unmittelbare Interessen dort hätten. Da Herr Poincaré die Frage von Skutari als eigentlich gelöst bezeichnete, lenkte ich seine Aufmerksamkeit auf jene russischen Delimitations-Vorschläge, die für diese Stadt, wenn sie auch in albanischem Besitz belassen würde, eine ganz unmögliche Situation schaffen würden. Es sei auffallend, dass, so oft ein Punkt schon als geregelt betrachtet werden könne, derselbe dann immer wieder in Frage gestellt werde. Über solche Detailfragen wie die Aufteilung des Scutari-Sees und so weiter werde man schon ins Reine kommen, meinte der Präsident, und auch der einzig übrig bleibende Differenzpunkt Diakova sei von so untergeordneter Wichtigkeit, dass Österreich-Ungarn wegen dieser Stadt doch nicht das nahezu hergestellte

Einvernehmen in die Brüche gehn lassen werde. Ich entgegnete, dieses Argument liesse sich noch viel besser Russland gegenüber anwenden und wäre ich Herrn Poincaré sehr verbunden, wenn er in St. Petersburg dahin wirken wollte, dass Russland wegen „cette petite ville sans aucune importance" keine weiteren Schwierigkeiten mache. Herr Poincaré gab lächelnd zu, dass sein Argument allerdings für beide Teile anwendbar sei, er könne mich aber versichern, dass er sein Möglichstes getan habe, um mäßigend in St. Petersburg einzuwirken, und dass er dies auch weiterhin tun werde. Beim Abschiede lud mich Herr Poincaré ein, ihn öfters sans formalités zu besuchen, er würde sich stets freuen, mich zu sehen und sei gerne bereit, politische Fragen vertraulich mit mir zu besprechen.

Szécsen.

[a]) Vgl. n. 5908.

Nr. 5990. Bericht aus Paris, 1. März 1913 Nr. 22 C (eing. 3. März). Ausfert.

Aus den Tagesblättern werden Euer Exzellenz ersehen haben, welchen nachhaltigen Eindruck die angekündigten militärischen Massnahmen Deutschlands auf die hiesige öffentliche Meinung gemacht haben. Die Zeitungen, die offenbar einem mot d'ordre der Regierung folgen, verlangen einstimmig, dass man kein Opfer scheue, um das Gleichgewicht der militärichen Kräfte Frankreichs mit jenen Deutschlands wieder herzustellen. Da eine Erhöhung des Rekrutenkontingents ausgeschlossen ist, werden, die verschiedensten Palliativmittel: Verwendung von Zivilarbeitern für alle inneren Dienstzweige der Armee, Abschaffung von Militärmusiken Bewilligung von grossen Prämien für die freiwillig länger dienenden Soldaten und so weiter in Vorschlag gebracht. Man ist sich aber darüber klar, dass eine ernstliche Remedur nur in der Einführung der dreijährigen Dienstzeit zu finden ist. Die Zeitungen versichern denn auch, dass das Land zu diesem patriotischen Opfer gerne bereit ist. Wie die Deputierten, die an die neuen Wahlen denken müssen, sich zu der Sache stellen werden, kann erst die Zukunft lehren. Die Regierung hat nicht gesäumt, die Gelegenheit zu benützen, um einen grösseren ausserordentlichen Rüstungskredit von einer halben Milliarde zu verlangen, und hat zu diesem Zwecke den angeschlossenen kurzen Gesetzentwurf[a]) eingereicht, dessen Annahme wohl nicht bezweifelt werden kann. Wie mir gesagt wird, handelt es sich bei den in Vorschlag gebrachten militärischen Neuanschaffungen, die aber erst später spezifiziert werden sollen, nicht um Improvisationen, sondern um Projecte, die schon lange erwogen wurden und wegen welcher man jedenfalls in nächster Zeit an das Parlament herangetreten wäre. Die Regierung hat aber bereitwilligst den Anlass ergriffen, um ihre verschiedenen Forderungen gleich en bloc anzumelden. Was die militärische Wichtigkeit der in Aussicht genommenen Massnahmen betrifft, glaube ich mich auf die fachkundige Berichterstattung des k. und k. Militärattachés berufen zu können. Man kann dem Patriotismus des französischen Parlaments die Anerkennung nicht versagen, dass es für Zwecke der Armee alle nötigen Opfer stets gerne bewilligt hat. Auch auf die rechts stehenden, oppositionellen Gruppen kann die Regierung in solchen Fällen immer zählen, und wenn

ein Teil der Sozialisten den neuen militärischen Vorlagen auch Opposition machen sollte, so dürfte dies Herrn Briand nicht gerade besonders unangenehm sein, weil eine solche „unpatriotische" Haltung der Sozialisten ihrer Popularität nur schaden kann und die beliebte Fiction der „rein republikanischen Majorität" in solchen Fragen doch nicht aufrechterhalten werden kann. Das Kabinett Briand steht im Parlamente vor zwei gefährlichen Klippen, deren Umschiffung nicht lange hinausgeschoben werden darf: die Wahlreform und die Einkommensteuer. In dieser Beziehung ist der gegenwärtige Rüstungsrummel für das Ministerium vielleicht sogar von Vorteil, denn die öffentliche Aufmerksamkeit wird von diesen heiklen zwei Fragen abgelenkt und die Frage der Landesverteidigung bildet ein dankbares Terrain, auf welchem sich mit einiger Reklame und schönen Phrasen in Frankreich ziemlich leicht patriotische Lorbeern ernten lassen. Trotz aller Begeisterung haben die deutscherseits angekündigten militärischen Massregeln hier ernste Besorgnisse hervorgerufen. Man weiss, dass, wenn Frankreich die dreijährige Dienstzeit wieder einführt, Deutschland dies, falls nötig, auch tun kann. Das Gefühl der numerischen Inferiorität, die man nicht in Abrede stellen kann, wirkt erbitternd auf die Gefühle des französischen Volkes und treibt dasselbe immer mehr in die Arme Russlands. Die Überzeugung, dass bei den zunehmenden Rüstungen ein Zusammenstoss früher oder später unvermeidlich ist, wird gestärkt und gleichzeitig damit der gefährliche Wunsch, den Conflict, dem man nicht entgehen kann, je eher zu überstehen, möge er nun wie immer ausfallen. Auch auf die internationalen Verhandlungen die orientalische Krise betreffend kann der neu angefachte Wettbewerb in den Rüstungen keinen günstigen Einfluss ausüben, indem Frankreich mehr denn je sich von Russland abhängig fühlt. Herr Jonnart sagte mir diesfalls vor einigen Tagen: „Ach, wenn Deutschland mit seinen neuen Militärmassnahmen wenigstens bis zum Abschluss des Friedens am Balkan gewartet hätte!" Szécsen.

[a]) Wurde nicht aufgenommen.

Nr. 5991. Tel. nach Rom, 1. März 1913 Nr. 235 (chiffr. 10 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Biegeleben; G. Berchtold).

Geheim. Prinz Fürstenberg meldet,[b]) dass am 27. d. M. vom rumänischen Minister des Aeussern und dem italienischen Gesandten der italienische Access zum oesterreichisch-ungarisch-rumänischen geheimen Vertrag unterzeichnet worden sei, dass aber Baron Fasciotti keine Instruction habe, den Vertrag zu unterzeichnen, mit welchem der König von Italien Seiner Majestät dem Kaiser den Beitritt erklärt, und dass ihm auf eine Anfrage nach Rom geantwortet worden sei, dass dort von der Fertigung eines solchen Vertrages nichts bekannt sei. Dies ist mir umso unerklärlicher, als Euer Exzellenz mit Telegramm Nr. 80 vom 17. v. M. gemeldet haben, dass der italienische Gesandte in Bucarest autorisirt worden sei, den zwischen uns und Italien abzuschliessenden Vertrag über den Access Italiens nach dem Texte von 1902 zu unterzeichnen. Im Jahre 1892 und 1902 ist der Vertrag, welcher die italienische Accesserklärung enthält, vom

österreichisch-ungarischen und vom italienischen Gesandten in Bucarest unterfertigt worden. Nachdem Prinz Fürstenberg am 15. Februar gemeldet hatte, dass Fasciotti bereits im Besitze der Vertragsinstrumente sei, mussten wir annehmen, dass sich darunter auch das italienische Exemplar des österreichisch-ungarisch-italienischen Vertrages hinsichtlich des Accesses befindet. Da dies nicht der Fall ist, wollen Euer Exzellenz Marquis di San Giuliano über den aus der Correspondenz von 1902 ersichtlichen Sachverhalt aufklären und ihn fragen, ob italienischerseits, wie dies 1902 der Fall war, gewünscht wird, dass auch das italienische Exemplar dieses letzteren Vertrages nach dem Wortlaut von 1902 in Wien hergestellt werde, in welchem Falle etwas italienisches Band benötigt würde. Hiebei wollen Euer Exzellenz nach dem Vorgange von 1902 dem Herrn Minister des Aeussern zur Beförderung der Vertrags- und Ratificationsinstrumente unsere Couriergelegenheiten anbieten. Ich füge noch bei, dass der Austausch der Ratificationen wie in früheren Fällen in Wien stattzufinden hätte, und erwarte eine telegrafische Mittheilung über das Ergebniss dieser Demarche. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 5987, 6013. — [b]) n. 5977.

Nr. 5992. Tel. aus St. Petersburg, 1. März 1913 Nr. 71 (eing. 4 U. p. m.).[a]) Entziff.

Vertraulich. Herr Sazonow las mir gestern ein eben eingelangtes Telegramm des russischen Gesandten in Bukarest vor, in welchem dieser von einer neuerlichen Kollektivdemarche in Bukarest abrät, weil eine solche die Stellung Herrn Majorescos erschüttern würde und ein etwaiges liberales Ministerium noch intransigenter wäre. Eine solche Demarche erschiene auch kaum notwendig, weil Majoresco Herrn Schebeko gegenüber geäußert habe, dass schon der Umstand, dass die rumänische Regierung die Mediation der Mächte erbeten habe, für dieselbe eine moralische Verpflichtung involviere, sich einer einstimmigen Entscheidung derselben zu fügen. Er habe hinzugefügt, er sei bereit, diese bisher nur privatim gegebene Zusicherung in offizieller Form zu wiederholen, solange man nicht von ihm verlange, dass er dies öffentlich tue. Unter diesen Umständen meint Herr Sazonow, dass es überflüssig wäre, nochmals in die rumänische Regierung zu dringen, dass sie in gleicher Weise wie Bulgarien nicht nur eine bloße Mediation, sondern ein Arbitrium der Mächte annehme. Es würde vielmehr nach seiner Meinung genügen, sich von Herrn Majoresco die von ihm angebotene geheime Zusicherung geben zu lassen. Herr Minister bat mich, diese Mitteilung streng vertraulich zu behandeln. Thurn.

[a]) Vgl. n. 5978.

Nr. 5993. Tel. nach Rom, 2. März 1913 Nr. 240 (chiffr. 11 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Berchtold; V. Szápáry; G. Berchtold).

Streng vertraulich. Vom Polizeipräsidium in Triest kommt uns Information zu, wonach Herzog von Montpensier in allernächsten Tagen von Brindisi aus auf einer Yacht nach Albanien zu fahren, Blockade zu brechen

und Valona zu landen gedenkt, um Eingeborenen Geld und Waffen zu bringen und sich von provisorischer Regierung zum Fürsten proklamieren zu lassen. Ich ersuche Euer Exzellenz hievon der dortigen Regierung Mittheilung machen und streng vertraulich beifügen zu wollen, dass sich Montpensier zwar hier vorgestellt hat, wir jedoch seiner Candidatur nicht zugestimmt haben und auch nicht die Absicht haben, derselben gegebenenfalls unsere Anerkennung zu geben. Es wäre daher wünschenswerth, wenn Einschiffung des Mehrgenannten verhindert werden könnte, wozu sich italienische Regierung, falls dies in ihrer Macht liegt, umso eher bereit finden dürfte, als fragliche Candidatur uns von Rom überhaupt nicht signalisirt wurde, daher daselbst wohl kaum in Erwägung gezogen worden ist. Zu Euer Exzellenz persönlicher Information und allfälliger Regelung Ihrer Sprache: Abgesehen von der nicht von der Hand zu weisenden Vermutung, dass die Ententemächte der Candidatur Montpensiers nicht fernestehen, flösst uns dessen französische Nationalität auf jeden Fall Bedenken ein. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6015, 6267.

Nr. 5994. Tel. nach St. Petersburg, 2. März 1913 Nr. 173 (chiffr. 10 U. 40 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; G. Berchtold).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm vom 28. v. M. Nr. 70. Aus dieser Meldung Euer Exzellenz habe ich ersehen, daß Herr Sazonow Hochdenselben den Text eines auf die Standesreduzierungen der beiderseitigen Streitkräfte bezüglichen Communiqués mitgeteilt hat, welchen er in der russischen Presse zu veröffentlichen beabsichtigt. Dieses russische Communiqué hätte erst dann zu erscheinen, bis die entsprechende Veröffentlichung unsererseits erfolgt sein wird. Mit meinem Telegramme Nr. 157 vom 22. v. M., dessen Entwurf ich der Allerhöchsten Genehmigung unterbreitet hatte, waren Euer Exzellenz instruiert, bei Herrn Sazonow die Veröffentlichung eines im beiderseitigen Einverständnisse zu redigierenden kurzen Communiqués anzuregen, und hat Herr Sazonow laut Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 63 vom 23. v. M. den Gedanken bereitwilligst aufgenommen, die beiderseitigen Abrüstungsmaßregeln als eine direkte Folge des unmittelbaren Gedankenaustausches der beiden Monarchen hinzustellen und dies in einem, im beiderseitigen Einverständnisse redigierten Communiqué der Öffentlichkeit bekanntzugeben. Auch entnehme ich Hochderen Telegramme Nr. 66 vom 25. v. M., daß der Herr russische Minister des Äußern über Hochderen Einwirkung bereit war, mit Ihnen den bezüglichen Text zu vereinbaren, in welchem auch nach seiner Ansicht die ausschlaggebende Wirkung des direkten Eingreifens der beiden Monarchen besonders hervorgehoben werden müßte. Die Einhaltung dieser ursprünglich ins Auge gefaßten Vorgangsweise erscheint mir von umso größerer Bedeutung, als bei Erscheinen zweier verschiedener Communiqués schon diese Tatsache allein den Eindruck des hochherzigen Entschlusses der beiden Souveräne vor der europäischen Öffentlichkeit wesentlich beeinträchtigen müßte. Hiezu kommt noch, daß die unvermeidliche Divergenz zweier sukzessive erscheinender Communiqués, wie sie Herrn Sazonow vorschweben, den

Anschein einer Polemik erwecken und zu unliebsamen Preßkommentaren Anlaß geben könnte. Aus diesen Gründen wäre ich Herrn Sazonow dankbar, wenn er die Genehmigung seines Monarchen zu einer Modifikation beziehungsweise Abkürzung seines Textes einholen wollte, welche die Identität der Communiqués ermöglichen würde. Ich würde demnach folgende Textierung vorschlagen: „L'échange de lettres qui a eu lieu dernièrement entre Sa Majesté l'Empereur et Roi François Joseph et Sa Majesté l'Empereur Nicolas a prouvé une fois de plus que les évènements dans la Péninsule balkanique n'ont pas porté atteinte aux sentiments d'amitié entre les deux Souverains et que le maintien de la paix continue à former le but de leurs efforts. Les deux Souverains sont en conséquence arrivés à la conclusion que certaines mesures purement défensives qui avaient été prises dans les provinces limitrophes des deux Etats ne paraissent plus être nécessitées par les circonstances. C'est ainsi que la réduction des effectifs austro-hongrois en Galicie à un état normal vient d'être décidée; et de même a été décrété le renvoi des réservistes russes de la classe qui devait être libérée en automne de l'année passée." Ich ersuche Euer Exzellenz, bei Besprechung dieser Angelegenheit bei Herrn Sazonow zu betonen, daß ich umsomehr auf ein Entgegenkommen rechnen zu dürfen glaube, als unsere Initiative in diesen Unterhandlungen ja der Öffentlichkeit nicht vorenthalten wurde. Der freundschaftliche Geist, mit welchem von russischer Seite unsere Abrüstungsvorschläge aufgenommen wurden, läßt mich hoffen, daß auch unser Wunsch nach Identität der Communiqués bei Herrn Sazonow vollem Verständnisse begegnen würde. Bei Euer Exzellenz Unterredung mit Herrn Sazonow wollen Hochdieselben sich von dem Gedanken leiten lassen und denselben Ihrem Mitredner durch besondere Betonung der betreffenden Passagen vor Augen führen, daß die Communiqués in erster Linie dem monarchischen Prinzipe zu dienen bestimmt sind, neben welchem dem politischen Momente bloß eine sekundäre Bedeutung zukommt. Sollte der Herr russische Minister des Äußern auf dem 2. Alinea seines Entwurfes[b]) insistieren, so wollen Hochdieselben darauf hinweisen, daß wir die Notwendigkeit desselben deshalb nicht zugeben können, weil die der Öffentlichkeit aus zahllosen Enunziationen längst bekannten Grundzüge unserer Politik eine aggressive Tendenz gegen die Balkanstaaten ohnehin ausschließen. Das Petersburger Kabinett konnte hievon daher nicht erst durch den Prinzen Hohenlohe Kenntnis erhalten. Wenn Herr Sazonow sich neuerdings auf die Genehmigung seines Communiqué-Textes durch Kaiser Nikolaus berufen sollte, so wollen Hochdieselben erwidern, daß auch mein Telegramm Nr. 157 vom 22. v. M., welches ein identisches Communiqué voraussetzt, Allerhöchsten Ortes genehmigt worden ist. Es sei allgemein üblich, für wichtige Akte der Auswärtigen Ämter die vorherige Genehmigung der Souveräne einzuholen. Wenn dieser Vorgang allseits als eine Bindung des anderen verhandelnden Teiles aufgefaßt werden würde, erschiene wohl jede diplomatische Verhandlung über wichtigere Themata von vornherein aussichtslos. Endlich will ich Euer Exzellenz die Tatsache nicht vorenthalten, daß Seine kaiserliche und königlich Apostolische Majestät, Allerhöchstwelchem Euer Exzellenz eingangszitiertes Telegramm unterbreitet wurde, bei Lektüre des

2. Alineas[b]) des russischen Textes bemerkt haben, Er empfinde dies als eine Unfreundlichkeit seitens des Kaisers von Rußland und sei hiedurch unangenehm berührt. Sollten Euer Exzellenz es für angezeigt erachten, diese Allerhöchste Bemerkung in Hochderen Gespräche mit Herrn Sazonow zu verwerten, so hätte dies selbstredend in einer Weise zu erfolgen, welche eine diesbezügliche Beauftragung ausschließt.

[a]) Vgl. n. 6017, 6093, 6154. — [b]) Das zweite Alinea des Sazonowschen Entwurfes in n. 5985 reicht von „Il ressort" bis „voisins du Sud".

Nr. 5995. Tel. nach St. Petersburg, 2. März 1913 Nr. 174 (chiffr. 10 U. 15 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

Ich ersuche Euer Exzellenz um telegrafische Berichterstattung, ob Hochdieselben bereits Gelegenheit gefunden haben, den Inhalt meines Telegrammes Nr. 163 vom 25. v. M. bei Herrn Sazonow zu verwerthen. Ich würde umso größeren Wert auf die Fortsetzung der Konversation über die Abgrenzung Albaniens legen, als laut einer Meldung Grafen Mensdorffs[b]) dessen russischer Kollege in der letzten Zeit keine einschlägigen Mitteilungen aus Petersburg erhalten hat. Wie ich einer Mitteilung Herrn von Tschirschkys entnehme, hat der russische Botschafter in Berlin Herrn von Jagow gegenüber den in einem früheren Stadium russischerseits bereits in London unternommenen Versuch wiederholt, die serbischen Ansprüche auf Djakova mit der Behauptung zu begründen, daß die dortige Einwohnerschaft aus albanisierten Serben bestehe und daß im Mittelalter das Kloster Visoki Dečani ansehnliche Liegenschaften in und um Djakova besessen habe. Sollte Herr Sazonow auf dieses Argument zurückkommen, so wäre darauf hinzuweisen, daß es bei dem häufigen Wechsel des territorialen Besitzstandes im Laufe der mittelalterlichen Geschichte der Balkanhalbinsel heute unmöglich erscheint, historische Reminiscenzen dieser Art zur Basis von Prätensionen zu machen, da sonst ebensogut, wie Serbien, auch andere Anrainer analoge Ansprüche erheben könnten. Durch die Bezeichnung „albanisierte Serben" werde übrigens die zugunsten unseres Standpunktes sprechende Tatsache zugegeben, daß die heutigen Einwohner Djakovas ihrer Sprache, ihren Sitten und ihrem Nationalgefühle nach Albanesen sind.

[a]) Vgl. n. 6005, 6018. — [b]) Vgl. n. 5964. Berchtold.

Nr. 5996. Tel. aus Sofia, 2. März 1913 Nr. 195 (eing. 9 U. p. m.).[a]) Entziff.

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 108 vom 28. d. Mts. erhalten und Inhalt Konseilspräsidenten gestern mitgeteilt. Herr Geschoff antwortete, daß er gleich, nachdem ich kürzlich mit ihm und Herrn Danew von Salonik gesprochen hätte, diese Frage im Ministerrate vorgebracht habe, welch' letzterer den Eisenbahnminister beauftragte, unsere Desiderata punkto Eisenbahnen und Hafen zu prüfen und dem Ministerrat zu berichten. Heute berührte ich das Thema mit Herrn Danew, der bestätigte, daß sich Regierung mit Frage beschäftigt, daß Eisenbahnminister eine Kommission von Fachmännern mit Studium der Sache betraut hätte und daß man trachten würde, mir so bald als möglich Antwort auf unsere Wünsche zu geben.

Ich ließ absichtlich Bemerkung fallen, daß ich Vorstehendes Wien melden, zugleich aber raten würde, daß k. und k. Regierung — da zweifelhaft, ob mit Bulgarien Verständigung möglich — auch anderweitig zur Sicherung unserer Interessen Vorsorge treffe. Herr Danew ersuchte mich, dies nicht zu tun und versicherte, daß er, nach Konversationen mit mir, Regierung von Notwendigkeit, Salonik-Frage gleich näher zu treten, überzeugt hätte und daß nunmehr alle Minister nicht nur Verhandlungen, sondern auch Verständigung mit uns bezüglich Saloniks wünschten. Kammerpräsident sprach heute weniger kategorisch von Verstaatlichung Eisenbahn; c'est notre désir, mais nous ne serons pas en état de le réaliser si vite et quant aux intérêts des compagnies privées étrangères nous allons de toute façon les respecter.

[a]) Vgl. n. 6006. Tarnowski.

Nr. 5997. Tel. aus Belgrad, 3. März 1913 Nr. 110 (eing. 5 U. 35 M. p. m.).[a]) Entziff.

Ad Telegramm Nr. 42[b]) vom 1. d. Mts. Sämtliche Vertreter der Großmächte haben bereits vorgestern Instruktionen in der Vermittlungsfrage erhalten mit Ausnahme Herrn von Hartwigs. Aus dem Grunde ist Demarche noch nicht unternommen worden. Ugron.

[a]) Vgl. n. 6007. — [b]) Mit Tel. Nr. 42, 1. März 1913 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.) wurden n. 5981 und n. 5982 nach Belgrad mitgeteilt mit der Weisung, „si omnes", die englischerseits in Aussicht genommene Demarche mitzumachen (Oe. U. Balkan 162 Nr. 303).

Nr. 5998. Bericht aus Belgrad, 3. März 1913 Nr. 47 A (eing. 4. März).[a]) Ausfert.

Wie ich bereits Euer Exzellenz telegrafisch[b]) zu melden die Ehre hatte, hat der serbische Ministerrat beschlossen den Montenegrinern bei Skutari mit neuen bedeutenden Truppensendungen zu Hilfe zu kommen. Auch Herr Pašić hat sich mir gegenüber dahin geäussert, dass Serbien durch den Bundesvertrag verpflichtet sei, weitere Truppen den Montenegrinern zur Verfügung zu stellen, gab sich aber den Anschein, dass die serbische Regierung wünschen würde, dass durch einen baldigen Friedensschluss Serbien dieser Pflicht enthoben werde. Ob nun neuerlich Truppen in grösserer Zahl faktisch geschickt worden sind oder nicht, konnte bis heute nicht in Erfahrung gebracht werden, da hierüber die widersprechendsten Nachrichten zirkulieren. Bald heisst es, dass 30000 Mann bereits nach Skutari dirigiert worden und schon grössere Kontingente daselbst eingetroffen seien, bald wird gesagt, dass die Einschiffung in Salonik nicht erfolgen könne, da man einen Angriff seitens des türkischen Kreuzers Hamidije befürchtet, weshalb die Truppen über Mitrovitza den schwer passirbaren Landweg nehmen müssen. Man hat hier absolut keine Orientirung darüber, wie es eigentlich mit diesem Hilfsexpeditionskorps momentan steht, soviel ist aber sicher, dass Serbien ein solches Montenegro zur Verfügung zu stellen gewillt ist. Die bundesfreundlichen Gefühle dürften allerdings dabei nicht eine hervorragende Rolle spielen. Serbien interessirt sich sehr wenig darum, ob Skutari in den Besitz der Dynastie Neguš kommt

oder nicht; es liegt ihm aber viel daran, dass bei der eventuellen Eroberung der Stadt die serbischen Waffen eine hervorragende Rolle spielen. Das könnte in der Zukunft ein Umstand sein, aus welchem die Serben gewillt wären Kapital zu schlagen. Das Gefühl, dass die beiden serbischen Staaten in absehbarer Zeit sich wahrscheinlich vereinigen werden, kommt — wenn auch noch in sehr unbestimmter Form — vielfach zum Durchbruch. Es liegt aber den Serben offenbar viel daran ihre Stärke und ihre militärische Überlegenheit dem kleinen Montenegro gegenüber offenkundig zu manifestiren und damit die grössere Lebensfähigkeit ihres Staatswesens zu dokumentieren, woraus man für die Zukunft ein für Serbien und die Dynastie Karageorgević günstiges Horoskop stellen möchte. Dass ähnliche Erwägungen, wenn auch nicht zugestanden, bei dieser nachdrücklichst betonten Bundestreue mit eine Rolle spielen, halte ich nicht für ausgeschlossen. Ugron.

[a]) Vgl. n. 6064, 6095. — [b]) Mit Nr. 109 vom 3. März wurde aus Belgrad Beschluß, 3 serbische Divisionen nach Skutari zu senden, gemeldet.

Nr. 5999. Tel. aus Bukarest, 3. März 1913 Nr. 74 (eing. 5 U. p. m.).[a]) *Entziff.*

Vertraulich. Erhalten Euer Exzellenz Telegramme Nr. 138[b]) und 139.[c]) Angewiesene Demarche wurde gestern 2. d. M. unternommen. Die uns zu Teil gewordene Antwort der rumänischen Regierung kamen wir 6 Vertreter der Großmächte überein in nachfolgender gleichlautender Depesche zur Kenntnis unserer Regierungen zu bringen: „Monsieur Majoresco nous a répondu que le gouvernement roumain ne puisse revenir sur la détermination qu'il a notifiée le 22 février. Que ce serait mettre en péril les intérêts de la paix que nous envisageons, car le gouvernement roumain en présence d'une nouvelle décision telle que celle que nous sollicitons, serait très probablement renversé et le cabinet qui viendrait au pouvoir serait certainement plus belliqueux que le cabinet actuel; qu'à son avis il vaudrait mieux que la réunion des Ambassadeurs qui sera plus tard chargée de préparer la transaction à recommander à la Roumanie et à la Bulgarie, fut dès à présent appelée de mettre d'accord les réponses bulgare et roumaine; qu'il se porte garant que la proposition formulée par les puissances serait quelle qu'elle soit respecteé par la Roumanie et que s'il était sûr que le secret fût gardé à Sophia il n'hésiterait pas à nous confirmer formellement cette opinion. Cette combination, nous a-t-il dit en terminant permettrait à la Bulgarie d'aller au devant de la réunion des Ambassadeurs en n'invoquant qu'une médiation qu'ils sauraient être l'équivalent d'un arbitrage et n'obligerait pas le gouvernement roumain à avouer publiquement qu'il a au préalable accepté la décision des puissances. Monsieur Majoresco a insisté pour que le plus grand secret soit gardé sur notre démarche."

K. E. Fürstenberg.

[a]) Oe. U. Balkan 163 Nr. 304. Vgl. n. 6000, 6014. — [b]) Mit Tel. Nr. 138 28. Feb. 1913 (chiffr. 11 U. 10 M. p. m.) wurde n. 5963 nach Bukarest mitgeteilt mit der Weisung, die von der Botschafter-Réunion ins Auge gefaßten Kollektivschritte „si omnes" mitzumachen (Oe. U. Balkan 160 Nr. 301). — [c]) Mit Tel. Nr. 139, 28. Feb. 1913 (chiffr. 11 U. 10 M. p. m.) wurde n. 5962 zur streng vertraulichen Mitteilung an König Carol nach Bukarest mitgeteilt.

Nr. 6000. Bericht aus Bukarest, 3. März 1913 Nr. 19 (eing. 6. März). Ausfert.

Vertraulich. Gleich nach Erhalt Euer Excellenz Chiffredepeschen Nr. 138[a]) und 139[a]) setzte ich mich mit meinen fünf Kollegen der Großmächte ins Einvernehmen und lud dieselben ein, in einer gemeinschaftlichen Besprechung die Form und den Inhalt der hier zu machenden neuerlichen Démarche festzusetzen, da ich fürchtete, nachdem die Kollektivität des Schrittes nicht ausdrücklich vorgeschrieben war, daß einer oder der andere meiner Kollegen einen Vorgang wählen würde, welcher bei der hier herrschenden Empfindlichkeit Unheil stiften könnte. Nachdem die respektiven Vertreter bereitwilligst auf meine Anregung eingegangen waren, hielten wir im Laufe des verfloßenen Samstags und Sonntags vier Besprechungen ab, welche folgendes Resultat ergaben. Unser Doyen, der französische Gesandte Herr Blondel, übernahm es, Herrn Maioresco vor Allem zu befragen, in welcher Form wir die Démarche, welche wir leider trotz unseres Abratens zu machen genötigt seien, vornehmen sollten, um ihr bei der hiesigen kritischen Lage womöglich jeden coercitiven Charakter zu nehmen und sie so unauffällig als möglich zu gestalten. Sollte der Herr Minister sich dahin äußern, daß es ihm am vorteilhaftesten erscheine, aus dem Munde des Herrn Blondel sogleich den Inhalt unseres Auftrages zu erfahren, so möge unser Kollege die Démarche ausführen und dem Herrn Maioresco die anruhende von uns schriftlich festgesetzte Notice[b]) hinterlassen. Da der erwähnte Fall eintrat, so war die Démarche durch den Besuch des französischen Gesandten erledigt und referierte uns derselbe in einer gestern Abend bei mir abgehaltenen letzten Versammlung über seine Mission und die erhaltene Antwort. Um ja kein Mißverständis über den Inhalt derselben bei unseren respektiven Regierungen aufkommen zu lassen, beschloßen wir einen gleichlautenden Text festzustellen, welcher den Inhalt meines heutigen ergebensten Chiffre-Telegrammes Nr. 74 bildet. Die Ausführungen Herrn Maiorescos decken sich im Großen und Ganzen mit seinen von mir mittelst hieramtlichem Chiffretelegramm Nr. 70 einberichteten Äußerungen und kennzeichnen die schwere Lage, in welcher sich die Regierung befindet. Meine sämtlichen Kollegen sind, wie ich, von der Überzeugung durchdrungen, daß es der Krone und der Regierung ein Leichtes sein dürfte, einen Beschluß der Mächte zur Annahme zu bringen, durch welchen Rumäniens Ansprüche auf ein Minimum reduziert würden, jedoch die Stadt Silistria mitinbegriffen wäre. Eine Entscheidung, mittelst welcher eine Zession Silistrias nicht ausgesprochen würde, wäre hier dagegen der öffentlichen Meinung nicht annehmbar zu machen. Nicht nur, daß das heutige Kabinett stürzen müßte und das Ansehen des Herrschers und der Dynastie einen unheilvollen Stoß erhielte, es wäre auch unbedingt damit zu rechnen, daß der Volkswille, wenn nicht gleich, so doch in kürzester Zeit einen Krieg gegen Bulgarien erzwingen würde. Ebenso wenig, wie das hiesige primitive politische Verständnis es begreift, daß der Dreibund, wenn er es wirklich gewollt, nicht schon längst hätte Bulgarien zur Abtretung der von Rumänien gewünschten Gebiete zwingen können, so begreift die große Masse auch nicht, daß die ganze Welt, auch Bulgarien, es nicht für vollkommen naturgemäß hält, daß Rumänien bei der jetzt eingetretenen

übermäßigen Vergrößerung des Nachbars nicht zumindest eine Grenze erhalten kann, welche es in Stand setzt, das Vaterland gegen ihn, der über Nacht so mächtig angewachsen, zu verteidigen. Über eines sind sich alle Leute, auch die größten Bulgarophilen klar geworden, daß vor der Hand an eine von dem Volksempfinden getragene wirkliche Freundschaft mit Bulgarien für die nächsten Jahre wohl nicht zu denken sei. Man setzt sich aber darüber leicht hinweg, da alle Welt davon durchdrungen scheint, daß dank der bedeutenderen Finanzkraft Rumäniens dieses stets gegen das für Jahre durch den Krieg geschwächte Bulgarien die Superiorität bewahren wird. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 5999 Anm. b und c. — [b]) Beilage.

Beilage zu n. 6000.

Notice du 2 mars/17 février 1913. A l'occasion du différend rumano-bulgare et à la proposition que lui avaient adressé les six Grandes Puissances le Gouvernement bulgare a fait la réponse suivante: „Le Gouvernement bulgare confiant dans l'esprit de haute équité des six Grandes Puissances accepte la proposition de s'en remettre pour la solution du conflit rumano-bulgare à la décision des six Grandes Puissances pourvu que le Gouvernement Roumain l'accepte également." L'acceptation par le Gouvernement bulgare de la proposition formulée par les six Grandes Puissances se trouve ainsi subordonné à l'acceptation de cette même proposition par le Gouvernement roumain. Il appartient en conséquence au Gouvernement roumain de faire connaître, si, afin de hâter la solution du conflit rumano-bulgare, il est disposé à s'en remettre à la décision des six Grandes Puissances."

Nr. 6001. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 3. März 1913 Nr. 144 (eing. 4. März 8 U. a. m.). Entziff.

Minister des Äussern sagte mir, Pforte habe allerdings um Mediation der Mächte angesucht, sie werde aber nur dann Frieden schließen, wenn die beiden hauptsächlichsten Bedingungen, nämlich die von ihr verlangte Grenzlinie seitens der Bulgaren akzeptiert und von Kriegsentschädigung abgesehen werden würde. Said Halim Pascha erklärte mir mit großer Entschiedenheit, dass die türkische Regierung im entgegengesetzten Falle entschlossen sei, Krieg fortzusetzen. Pallavicini.

Nr. 6002. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 3. März 1913 Nr. 146 (eing. 4. März 9 U. a. m.). Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 132[a]) vom 1. d. Mts. Bis jetzt haben blos mein deutscher und mein italienischer Kollege gegenständliche Verständigung erhalten. Herr Bompard und Herr von Giers sind, wie ich höre, der Ansicht, daß fragliche Maßnahme praktisch undurchführbar ist. Pallavicini.

[a]) Mit Tel. Nr. 132, 28. Feb. 1913 (chiffr. 1. März 12 U. 40 M. a. m.) wurden n. 5936 und n. 5965 nach Konstantinopel mit der Weisung mitgeteilt, Pallavicini möge die von der Réunion in Aussicht genommene Demarche unternehmen, falls die Botschafter der andern Signatarmächte eine analoge Instruktion erhalten (Oe. U. Balkan 161 Nr. 302).

Nr. 6003. Tel. aus London, 3. März 1913 Nr. 178 (eing. 4. März 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Sir E. Grey a reçu du représentant anglais à Bucarest un télegramme du 2 mars relatant un entretien avec Monsieur Majoresco, lequel a déclaré, sous le sceau du secret, qu'il se portait garant que la proposition formulée par les Puissances serait, quelle qu'elle fût, acceptée par la Roumanie et qu'il conviendrait d'appeler dès à présent à chercher un accord entre les réponses roumaine et bulgare la réunion des ambassadeurs qui sera chargée de préparer la transaction sur le différend actuel. Vu cette déclaration, la réunion pense qu'il importe de prescrire aux représentants des Puissances à Bucarest et à Sophia de s'enquérir auprès des gouvernements roumain et bulgare de leur préférence au sujet de la capitale où devrait s'exercer la médiation, et de charger les ambassadeurs réunis dans cette capitale de proposer les communications à adresser aux deux parties.

Mensdorff.

[a] Vgl. n. 6004, 6039 Anm. b, 6079 Anm. b.

Nr. 6004. Tel. aus London, 3. März 1913 Nr. 179 (eing. 4. März 8 U. a. m.). Entziff.

Bei heutiger Réunion las Sir E. Grey Telegramm aus Bukarest vor. Es entspann sich lebhafte längere Diskussion, ob nicht in Sofia eine Mitteilung des Inhaltes gemacht werden sollte, dass Rumänien sich nicht im Voraus der Entscheidung der Mächte unterwerfe, damit die Parität gewahrt werde. Deutscher Botschafter war sehr dagegen; befürchtet, dass damit die ganze Aktion verdorben werden könnte. Nachdem Rumänien die Mediation nach Petersburg verlegt zu sehen wünscht (obwohl uns diesbezüglich nichts Offizielles vorliegt) glauben wir, dass es unter diesen Umständen am zweckmäßigsten wäre, — und den rumänischen Intentionen am entsprechendsten — wenn baldmöglichst eine solche Réunion in Petersburg oder wo immer zusammentrete und diese damit betraut werde, die rumänische und bulgarische Antwort in Einklang zu bringen, eventuell eine Mitteilung über die rumänische Antwort an die bulgarische Regierung gelangen zu lassen. Wir redigierten die mit heutigen Telegramm Nr. 178 vorgelegte Formel.

Mensdorff.

Unterredung mit dem ital. Botschafter, 3. März 1913. Siehe n. 6032.

Nr. 6005. Tel. nach St. Petersburg, 3. März 1913 Nr. 175 (chiffr. 9 U. 30 M. a. m.).[a] Konz. (S. u. G. Berchtold).

Bei heutiger Besprechung mit Herrn Sazonow über Truppenreduction wollen Euer Exzellenz Frage von Diakowa von sich aus nicht berühren.

Berchtold.

[a] Vgl. n. 5995, 6017, 6018.

Nr. 6006. Tel. nach Sofia, 3. März 1913 Nr. 115 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Rappaport; V. Pogatscher; G. Nemes).

Auf Grund Euer Hochgeboren Telegrammes Nr. 195 vom 2. d. nehme ich an, daß die bulgarische Regierung uns bald eine Antwort auf unsere wirtschaftlichen Desiderata bezüglich Saloniks zukommen lassen und daß dieselbe in befriedigendem Sinne ausfallen wird. Auf alle Fälle ersuche ich Euer Hochgeboren jedoch, die Angelegenheit im Auge zu behalten und falls sich ein Aufschub der Antwort ergeben sollte, dieselbe neuerdings zu urgieren. Euer Hochgeboren wollen hiebei streng vertraulich das Argument verwenden, daß gerade die Mediationsverhandlungen wegen der bulgarisch-rumänischen Differenzen uns eine besonders günstige Gelegenheit bieten könnten, um bei den Mächten anzuregen, daß man Bulgarien für seine Zugeständnisse an Rumänien eine Kompensation bieten müsse und wir, falls unterdessen die wirtschaftlichen Vorfragen in Sofia bereinigt sein sollten, sehr gerne bereit wären, den Standpunkt nachdrücklichst zu vertreten, daß diese Kompensation in der Überlassung Saloniks an Bulgarien zu bestehen hätte. Berchtold.

[a] Vgl. n. 6020.

Nr. 6007. Tel. aus Belgrad, 4. März 1913 Nr. 115 (eing. 5. März 8 U. a. m.). Entziff.

Im Nachhange zum Telegramme Nr. 110 von heute.[a] Herr von Hartwig hat heute fragliche Instruktionen ebenfalls erhalten. Hiesige Vertreter der Großmächte haben Demarche wegen der Vermittlungsaktion im Laufe des Nachmittags gemacht. Da ich noch das Zimmer hüten muß, machte dieselbe in meinem Namen Baron Biegeleben. Herr Pašić dankte für den guten Willen der Großmächte, als Vermittler den Friedensschluß fördern zu wollen, Serbien sei umso dankbarer, als es selbst den Frieden lebhaft wünsche. Serbische Regierung müsse sich vorerst mit Verbündeten ins Einvernehmen setzen, glaube aber in zwei Tagen auf die Demarche antworten zu können. Privatim fügte Herr Pašić gesprächsweise noch hinzu, daß nach den in London gemachten schlechten Erfahrungen die Verbündeten sich in Friedensverhandlungen nur in dem Falle überhaupt einlassen könnten, wenn das Anbot der Türkei wenigstens in großen Linien ihnen bekanntgegeben und dieses ihren Aspirationen entsprechen würde. Ugron.

[a] n. 5997.

Nr. 6008. Tel. aus Bukarest, 4. März 1913 Nr. 77 (eing. 5. März 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Bei Diplomatenempfang zeigte sich Minister des Äußern sehr dankbar für Bemühungen Graf Mensdorffs,[b] letzte Demarche zu verhindern. Leider sei wiederum Erfolg auf gegnerischer Seite gewesen. Minister wünscht möglichst rasche Liquidation rumänisch-bulgarischen Streites, befürchtet, daß, wenn türkisch-bulgarischer Friedensschluß früher erfolgt und engagierte bulgarische Streitkräfte befreit werden, Regierung gezwungen sein wird, zur Sicherung militärische Maßnahmen zu treffen. K. E. Fürstenberg.

[a] Vgl. n. 6029, 6051. — [b] Vgl. n. 5962.

*Nr. **6009**. Tel. des Generalkonsuls Rudolf Weinzetl aus Cetinje, 4. März 1913 Nr. 34 (eing. 5 U. p. m.).[a] Entziff.*

Vertraulich. Ich erfahre aus sicherer Quelle, daß russischer Gesandter die montenegrinische Regierung freundschaftlich darauf aufmerksam machte, daß alle weiteren Opfer vor Skutari völlig nutzlos wären, da alle Großmächte über den Heimfall der Stadt an Albanien einig seien. Durch eine Fortsetzung des Angriffes laden die Regierungskreise eine ungeheure Verantwortung gegenüber dem Volke auf sich. Die mit Wissen des Königs erteilte Antwort der Regierung lief im Prinzipe auf die Phrase: „Skutari oder den Tod" hinaus. Eine analoge Démarche soll russischer Vertreter in Belgrad unternommen haben. Weinzetl.

[a] Oe. U. Balkan 164 Nr. 306. Vgl. n. 6010, 6141.

*Nr. **6010**. Bericht des Generalkonsuls Rudolf Weinzetl aus Cetinje, 4. März 1913 Nr. 21 A (eing. 8. März). Ausfert.*

Streng vertraulich. An anderer Stelle[a] habe ich die Ehre gehabt, Eurer Exzellenz über die Audienz zu berichten, bei welcher ich an Seiner Majestät dem König Anzeichen einer gewissen seelischen Depression wahrnehmen zu können glaubte. Nachdem der von Herrn von Giers bei der hiesigen Regierung unternommene Schritt (hieramtliches Telegramm Nr. 34 von heute), welcher im Grunde die in dem Communiqué des „Fremdenblatt" (ergebenster Bericht Nr. 16 vom 15. v. M.)[b] ausgesprochenen Warnungen in eindringlicherer Form wiederholt, zeitlich vor meine Audienz fiel, ist die Vermutung nicht ausgeschlossen, dass die dumpfe Apathie, die in meinem Gespräch mit dem Gospodar hervortrat, auf jene Demarche zurückzuführen ist. Bei derselben sind besonders zwei Momente auffallend. Das eine, formeller Natur, betrifft den Umstand, dass ein Schritt von dieser Tragweite nicht beim Könige selbst, sondern bei der Regierung, so schattenhaft sie sein mag, unternommen wurde. Das andere ist die Hervorhebung der auf der Regierung vor dem Volke lastenden ungeheueren Verantwortung im Falle einer Fortsetzung des Angriffes auf Skutari. Was den ersten Punkt anbelangt, so mag Herr von Giers, dem der Starrsinn des Gospodars in dieser Frage und die Antwort, welche das offenbar vom Hofe inspirierte hiesige offiziöse Organ auf das gegenständliche Communiqué des Fremdenblatt gegeben, wohl bekannt sind, einerseits gehofft haben, bei den besonnener denkenden Ministern vielleicht irgend eine Wirkung zu erzielen, andererseits von dem Wunsche geleitet gewesen sein, eine wohl peinliche persönliche Auseinandersetzung mit Seiner Majestät zu vermeiden. Was die Betonung der Verantwortlichkeit der Regierung anbelangt, so ist sie natürlich an die Adresse des Königs gemeint und mag eine ernste Warnung vor einer eventuellen revolutionären Bewegung bedeuten. Wie Eure Exzellenz aus dem eingangs angezogenen Telegramme entnommen haben werden, hatte die russische Demarche nicht die gewünschte Wirkung und die Antwort der Regierung bewegte sich in den kurzsichtigen, ja aberwitzigen Grenzen der Mitte Februar vom General Martinović an den montenegrinischen Delegierten in London, Popović, gerichteten Depesche: Skutari oder den

Tod. Diese Antwort, welche naturgemäss mit Wissen Seiner Majestät des Königs erteilt wurde, würde beweisen, dass die hypnotische Macht der fixen Idee des Gospodars, in den Besitz Skutaris zu gelangen, so gross ist, das Er noch Tausende für ihre Realisierung zu opfern bereit ist und dass Sein Vertrauen in die öffentliche Meinung Russlands, die Ihn im äussersten Falle nicht im Stiche lassen würde, noch immer unerschüttert ist; der Warnung des russischen Gesandten zum Trotz, welcher dem König diese Hoffnung auch für diesen äussersten Fall — die Einnahme Skutaris — ja hätte benehmen sollen. Weinzetl.

a) Vgl. n. 6011. — b) Mit Bericht Nr. 16, 15. Feb. 1913 (eing. 18. Feb.) wurde aus Cetinje die Übersetzung eines Leitartikels des offiziösen „Cetinjski Vjesnik" vom 14. Feb. vorgelegt, worin in heftigster Weise gegen die Ausführungen des Communiqués im „Fremdenblatte" über das unnütze Blutvergießen vor Skutari Stellung genommen wurde. Weinzetl habe die Aufmerksamkeit der montenegrinischen Regierung auf den rüden und verletzenden Ton des Artikels gelenkt. Vgl. n. 5730.

Nr. 6011. Bericht des Generalkonsuls Rudolf Weinzetl aus Cetinje, 4. März 1913 Nr. 21 B (eing. 8. März).a) Ausfert.

Im Nachhange zu meinem ergebensten Telegramme Nr. 33b) vom 3. d. M., betreffend meine Audienz bei Seiner Majestät dem König, beehre ich mich Eurer Exzellenz noch zu melden, dass Höchstderselbe auf mich den Eindruck einer gewissen Resignation hervorbrachte. Er schien sowohl geistig als körperlich im hohen Grade abgespannt und machte zwischen jedem Satze minutenlange Pausen. Zunächst wies der Gospodar meine Bemerkung, dass Seine Artillerie das Gebäude des k. u. k. Generalkonsulates in Skutari und jene der unter unserem Schutze stehenden geistlichen Korporationen mit Absicht zum Ziele ihres Feuers zu nehmen scheine, lebhaft zurück, meinte, dass ein solches Verhalten kleinlich und der Montenegriner unwürdig wäre und erklärte, wie bereits einmal vor Monaten zu Beginn des Bombardements, dass die Belagerten wohl selbst Schuld an dieser Beschiessung trügen, nachdem sie ihre Geschütze mit Vorliebe in der Nähe von mit Flaggen gekennzeichneten Gebäuden postierten. Später lenkte Seine Majestät ein und gab die Möglichkeit zu, dass die zum Teil unerfahrenen jungen Leute, welche die durch den letzten Sturm gerissenen Lücken in der Bedienungsmannschaft auszufüllen hätten, ihr Feuer vorzugsweise auf grosse schöne Objekte gerichtet haben dürften. Schliesslich versprach der Gospodar, sofort telegrafische Ordre ins Hauptquartier zu geben, die durch Flaggen markierten Gebäude der Neutralen unter allen Umständen zu schonen. Der Skutarifrage erwähnte Seine Majestät mit keinem Worte. Ein gleiches Verhalten beobachtete Höchstderselbe in diesem Punkte auch dem italienischen Gesandten gegenüber, der vor einigen Tagen empfangen worden war. Weinzetl.

a) Vgl. n. 6010. — b) Mit Tel. Nr. 33 vom 3. März wurde aus Cetinje kurz die Ausführung der durch Tel. Nr. 19 vom 2. März (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.) aufgetragenen Demarche wegen der völkerrechtswidrigen Beschießung des Gebäudes des öst.-ung. Konsulates und der Gebäude der unter öst.-ung. Schutze stehenden geistlichen Korporationen in Skutari durch die montenegrinische Artillerie gemeldet.

Nr. 6012. Tel. nach London, 4. März 1913 Nr. 214 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Nemes; V. Pogatscher; G. Berchtold).

Der Umstand, daß mir seit der Herausgabe meiner telegrafischen Weisung an Euer Exzellenz vom 25. v. M., Nr. 200 und des im Telegramm Nr. 201[b] vom 26. v. M. wiedergegebenen Auftrages an Grafen Thurn weder englischer- noch russischerseits eine neuere Enunciation in der albanesischen Delimitirungsfrage zugekommen ist, läßt mich vermuten, daß ein bezügliches Einverständnis durch eine directe Verhandlung kaum mehr zu erzielen sein wird. Andererseits sind aber die beiderseitigen Standpunkte einander derart nähergerückt, daß ich keinen Grund dafür finde, daß dieser Gegenstand nicht in freundschaftlichster Weise in der Botschafterréunion zur Besprechung gelange. Euer Exzellenz wollen sich in diesem Sinne zu Sir E. Grey aussprechen, dem es, wie ich aus Euer Exzellenz Meldungen ersehe, gleichwie auch mir daran gelegen ist, das Einverständnis über die noch strittigen Punkte zu erzielen. Um über den toten Punkt, an welchen die Angelegenheit gegenwärtig gelangt zu sein scheint, hinwegzukommen, wäre es meiner Ansicht nach rätlich, die Abgrenzungsfrage so bald als möglich wieder zum Gegenstande einer Besprechung auf der Botschafterréunion zu machen. Wenn bei derselben vielleicht auch nicht ein sofortiges definitives Resultat zu erzielen sein wird, so schiene es mir doch schon im Sinne der Bestrebungen der Botschafter und namentlich Sir E. Greys wünschenswert, daß das bisherige Ergebnis ihrer Bemühungen festgelegt und das relativ engumschriebene, noch strittige Gebiet konstatirt werde. Unter der Voraussetzung, daß die letzten russischen Konzessionen, die Stadt Skutari, der Tarabosch und das Ljumagebiet fixiert werden, könnten Euer Exzellenz auch unseren Verzicht auf das Rekatal und die Stadt Dibra vor der Réunion aussprechen. Als strittige Fragen blieben sodann nur mehr das linke Bojanaufer, der Wasserspiegel des Skutarisees und die Stadt Djakova. An die Konstatirung dieses Sachverhaltes, welche wohl am besten von Sir E. Grey auszugehen hätte, könnte sich eine durchaus freundschaftliche Besprechung über das strittig gebliebene Gebiet knüpfen, bei welcher Euer Exzellenz die Hochdenselben zur Verfügung stehenden reichlichen Argumente, welche für dessen Verbleib bei Albanien sprechen, vorzubringen hätten, während Graf Benckendorff seinerseits Gelegenheit geboten wäre, mit seinen Gegenargumenten hervorzutreten. Im Anschlusse an diese Besprechung hätten Euer Exzellenz mit der in meinem Telegramm Nr. 204 vom 26. v. M. enthaltenen Anregung betreffs Notificirung des Beschlusses der Réunion an die Regierungen von Belgrad und Cetinje hervorzutreten. Bei Mitteilung der von mir vorgeschlagenen, im obigen detaillirten Vorgangsweise bei einer demnächstigen Réunion wollen Euer Exzellenz dem Herrn Staatssekretär unter dem Siegel der Verschwiegenheit mitteilen, daß ich bereit wäre, den Gedanken der Entsendung einer internationalen Kommission nach Djakova behufs Entscheidung der Frage der Zugehörigkeit dieser Stadt unter der Voraussetzung zu akceptiren, wenn russischerseits wenigstens bezüglich des linken Bojanaufers und des Skutarisees unserem Standpunkte Rechnung getragen wird und noch vor der Entscheidung der Djakovafrage durch die Lolkalkommission das übrige feststehende Ergebnis seitens der Mächte in

Belgrad und Cetinje mit dem Bemerken notifizirt wird, daß die Mächte auf dessen Durchführung bestehen werden, wobei gleichzeitig die Aufforderung, die Albanien bereits zugesprochenen Gebiete zu räumen, an die serbische beziehungsweise montenegrinische Regierung zu ergehen hätte.
Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 163 Nr. 305. Vgl. n. 6030, 6042, 6069. — [b]) Vgl. n. 5983 Anm. a.

*Nr. **6013.** Tel. aus Rom, 4. März 1913 Nr. 84 recte 103 (eing. 5 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.*

Geheim. Das in dem hohen Telegramme vom 1. d. Mts. Nr. 235 behandelte Missverständnis, welches durch die momentan in der Consulta durch den Wechsel des Generalsekretärs[b]) eingetretene Konfusion herbeigeführt erscheint, konnte ich trotz zweimaliger Rücksprache noch nicht völlig aufklären. Jedenfalls hält aber Minister des Aeussern daran fest, dass auch der Vertrag mit uns über den Access Italiens zu unserem geheimen Vertrag mit Rumänien unverändert wie im Jahre 1902 abgeschlossen werden wird. Ich behalte mir weitere telegraphische Meldung vor.
Mérey.

[a]) Vgl. n. 6016. — [b]) De Martino, Nachfolger Bollatis.

*Nr. **6014.** Tel. aus Rom, 4. März 1913 Nr. 105 (eing. 9 U. p. m.).[a]) Entziff.*

Wie mir Minister des Äußern gestern mitteilte, sei die Demarche in Bukarest ausgeführt worden. Rumänische Regierung habe aber in ihrer Antwort auf bloße Mediation insistiert. Allerdings habe sie gleichzeitig streng vertraulich und mit der Bitte um Geheimhaltung zu verstehen gegeben, daß sie gegebenenfalls (nämlich wenn Silistria Rumänien zugesprochen würde) sich auch einer Entscheidung der Mächte unterwerfen würde. Russland opponiere aber einer Zession Silistrias an Rumänien. Schließlich habe die Idee Euer Exzellenz, diese Frage mit jener Saloniks zu verquicken, nicht die Zustimmung Deutschlands gefunden, welches grundsätzlich gegen eine Einmischung der Mächte in die Aufteilung der eroberten Gebiete zwischen den Balkanstaaten sei. Lösung rumänisch-bulgarischer Differenz habe also keine Fortschritte gemacht. Mérey.

[a]) Vgl. n. 5999, 6022, 6057.

*Nr. **6015.** Tel. aus Rom, 4. März 1913 Nr. 110 (eing. 5. März 8 U. a. m.).[a]) Entziff.*

Italienische Behörden haben vorläufig konstatiert, daß sich Herzog von Montpensier an Bord seiner Yacht in Neapel befinde, wo er am 1. d. Mts. eintraf. Auf dem Schiffe sollen sich anscheinend außer 5 kleinen Kanonen, wie sie auf Yachten üblich, keine Waffen befinden. Auch Ankauf oder

Bestellung von Waffen ist bisher nicht erfolgt. Der Herzog geht wenig ans Land, hat nur seinen Schwager, den Herzog von Aosta empfangen und korrespondiert eifrig nach Paris und der Schweiz. Sein weiteres Reiseziel ist nicht bekannt. Verhinderung der Abreise des Herzogs oder seine Sequestrierung ist natürlich gesetzlich unzulässig. Man erwägt daher Modalität, der Yacht ein Kriegsschiff folgen und sie an eventueller Landung in Albanien hindern zu lassen. Mérey.

[a]) Vgl. n. 5993, 6267.

*Nr. **6016.** Tel. aus Rom, 4. März 1913 Nr. 111 (eing. 5. März 9 U. a. m.).[a]) Entziff.*

Geheim. Im Verfolge meines heutigen Telegrammes Nr. 103. Wie nunmehr festgestellt, besitzt italienischer Gesandter in Bukarest, welcher Missverständnis verschuldete, bereits das österreichisch-ungarisch-italienische Vertragsinstrument und ist zur Unterzeichnung desselben mit dem Prinzen Fürstenberg ermächtigt. Hiesige Regierung wird den Abgang unseres nächsten Kuriers von Rom (zirka 12. d. Mts.) benützen, um ihre beiden Ratifikationsinstrumente nach Wien abzusenden. Das auf den Vertrag mit uns bezügliche wäre in Wien zwischen Euer Exzellenz und Herzog Avarna auszutauschen, das auf den italo-rumänischen Vertrag bezügliche durch unseren Kurier nach Bukarest zwecks dortigen Austausches zu befördern. Mérey.

[a]) Vgl. n. 6028.

*Nr. **6017.** Tel. aus St. Petersburg, 4. März 1913 Nr. 75 (eing. 1 U. p. m.).[a]) Entziff.*

Habe soeben Herrn Sazonow im Sinne Euer Excellenz heutigen Telegrammes Nr. 173 gesprochen und ihm den von Euer Excellenz vorgeschlagenen Kommuniqué-Text mitgeteilt. Sazonow hob zunächst nochmals hervor, dass der in seinem Entwurf enthaltene Passus betreffend Nichtvorhandensein aggressiver Absichten unserseits gegen Serbien durchaus nicht auf irgendwelchem Misstrauen seitens der Regierung oder gar Seiner Majestät des Zaren zurückzuführen ist, sondern ausschliesslich auf Rücksicht für die öffentliche Meinung, der es ohnehin schwer sein werde, die russische Abrüstung mundgerecht zu machen, solange unserseits die Mobilisierung an unserer Südgrenze aufrechterhalten bleibe. Diese Rücksichtnahme sei umso unvermeidlicher, als die Öffentlichkeit wegen des unbefriedigenden Fortganges der Verhandlungen über die albanesische Delimitation sehr erregt sei, welche leider auf einem toten Punkte angelangt zu sein scheinen. Wäre in dieser Beziehung eine Verständigung erreicht, dann erschiene auch dem Uneingeweihtesten die Abrüstung viel plausibler und der unserseits inkriminierte Passus des russischen Kommuniqué-Vorschlages wäre weniger notwendig. Herr Sazonow schien überhaupt wegen der Unmöglichkeit, sich wegen Diakowas zu einigen, besorgt

und diesbezüglich unangenehme Komplikationen zu befürchten. Aus seinen Äusserungen konnte ich neuerdings entnehmen, dass auf ein Nachgeben Russlands in dieser Frage nicht gerechnet werden kann und dass sachliche Argumente hieran keinerlei Änderung zu bringen vermögen, da Sazonow eben auf dem Standpunkte steht, mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung wie auch weil er fürchten mag, Serbien hierin nicht zu einem gutwilligen Nachgeben zu vermögen, eine weitere Konzession nicht machen zu können — mögen die sachlichen Argumente noch so sehr für unsere Auffassung sprechen (vide mein gehorsames Privatschreiben vom 27. d. M.). Anfangs schien Herr Sazonow auf eine Diskussion des seitens Euer Excellenz vorgeschlagenen Textes überhaupt nicht eingehen zu wollen, da eine Änderung des vom Zaren genehmigten für ihn unmöglich sei und meinte, ob es unter diesen Umständen nicht vielleicht besser wäre, von einem Kommuniqué ganz abzusehen, die gegenseitige Abrüstung ohne weitere offizielle Erklärung vorzunehmen und dieselbe nur nachher in der offiziösen Presse in dem Euer Excellenz vorschwebenden Sinne kommentieren zu lassen, wobei auf die Initiative der beiden Monarchen der entsprechende Nachdruck gelegt werden könnte. Schliesslich verstand er sich aber doch dazu, den Entwurf Euer Excellenz Seiner Majestät Kaiser Nikolaus vorzutragen. Sazonow fand aber, dass darin den Souveränen eine zu grosse Verantwortung aufgebürdet werde, was für den Fall, als die weitere Entwicklung der Dinge nicht eine unseren beiderseitigen Wünschen entsprechend günstige sein sollte, immerhin, gerade vom monarchischen Standpunkte aus, nicht unbedenklich wäre. Er möchte deshalb im zweiten Alinea[b]) jedenfalls statt der beiden Monarchen die beiden Regierungen setzen. Nicht akzeptabel erscheine ihm auch die Gleichzeitigkeit der Abrüstung, da dies hier absolut nicht verstanden werden würde. Die russische Regierung sei mit Freude bereit „de répondre à notre réduction des effectifs en Galicie par le renvoi des réservistes", aber eben deshalb müsste erstere, und wäre es nur um 24 bis 48 Stunden, vorangehen. Ich wies darauf hin, dass unter solchen Umständen ein Kommuniqué, wie das Euer Excellenz vorschwebende, jede Bedeutung verlieren und es überdies den Anschein hätte, als hätte es die russische Regierung einfach von unserem abgeschrieben. Dieser Einwurf scheint einen gewissen Eindruck gemacht zu haben und meinte Herr Sazonow, dass es vielleicht gelingen könnte, eine Textierung zu finden, die ein gleichzeitiges Erscheinen der Kommuniqués mit einer trotzdem um ein geringeres früheren Durchführung unserer partiellen Abrüstung vereinigen könnte. Er müsse aber über diese Frage noch nachdenken und die Befehle seines Allergnädigsten Herrn einholen. Dann könnten wir die Angelegenheit neuerdings besprechen und gab er mir für Mittwoch abends Rendezvous. Im Laufe des Gespräches erwähnte Herr Sazonow auch, dass wegen der südlichen Abgrenzung Albaniens noch gar nicht gesprochen wurde und er befürchte, dass auch hieraus ernste Meinungsverschiedenheiten erwachsen könnten. Speziell mache ihm Janina Sorge, für welches wir vielleicht auch die Zugehörigkeit zu Albanien fordern könnten. Er frug mich, ob Euer Excellenz es nicht an der Zeit fänden, auch über diese Südgrenze

zu sprechen. Ich bemerkte, dass mir über die Ansicht der k. u. k. Regierung bezüglich der für Albanien zu fixierenden Südgrenze gar nichts bekannt sei, dass ich aber keinerlei triftigen Grund sähe, warum Janina an Griechenland kommen sollte. Auf seine Bemerkungen wegen Diakowas gieng ich mit Rücksicht auf Euer Excellenz heutige telegrafische Weisung Nr. 175 nicht weiter ein, zumal ich alle in Euer Excellenz Telegramm vom 26. v. M. Nr. 163 erwähnten Argumente bereits bei einer früheren Gelegenheit zu verwerten in der Lage war, ohne damit, wie ich in meinem obzitierten Privatschreiben zu erwähnen mir gestattet habe, irgendwelchen Eindruck zu erzielen. Ich habe die Impression, dass gewisse Einflüsse Sazonow seit unserer letzten, die Abrüstungsfrage behandelnden Unterredung einigermassen umgestimmt haben, so dass er die anfangs so günstig aufgenommene Idee eines gemeinsamen Kommuniqué's nicht mehr so recht goutiert. Ganz besonders dürften aber die Schwierigkeiten, welche er wegen der Zukunft Diakowas kommen sieht und aus denen er wieder sehr ernste Differenzen zwischen uns befürchtet, ihn beeinflusst haben. Thurn.

[a]) Vgl. n. 6033. — [b]) Das zweite Alinea des Berchtoldschen Entwurfes in n. 5994 reicht von „Les deux Souverains" bis „par les circonstances".

Nr. 6018. Tel. aus St. Petersburg, 4. März 1913 Nr. 78 (eing. 4 U. 20 M. p. m.). Entziff.

Antwort auf Telegramm Nr. 174 von gestern. Ich hatte bereits vor einigen Tagen Gelegenheit, bei Herrn Sazonow Inhalt des hohen Telegrammes Nr. 163 vom 25. v. Mts. zu verwerten. Leider hatten aber alle Argumente, die ich zu Gunsten des (Verbleibens)[a]) Djakovas bei Albanien vorbringen konnte, keinerlei Wirkung auf Herrn Sazonow, der immer wieder seine alten Gegenargumente, als Vorhandensein einer Succursale des Klosters Dečani, teilweise serbische Bevölkerung, wirtschaftliches Gravitieren gegen das zu Serbien kommende Territorium und dergleichen wiederholte. Der Hauptgrund aber, warum Herr Sazonow zu einem Entgegenkommen in dieser Frage absolut nicht bewogen werden kann, scheint mir, wie ich in meinem Privatschreiben vom 27. v. Mts. anzudeuten mir erlaubte, darin zu liegen, daß er der hiesigen öffentlichen Meinung eine weitere Konzession in der albanesischen Abgrenzungsfrage nicht mehr zumuten zu können glaubt und auch befürchtet, daß im Falle, als russische Regierung der Zuweisung Djakovas auch zustimmen würde, sie nicht mehr die Macht hätte, Serbien zum Respektieren dieser Vereinbarung zu vermögen. Letztere Befürchtung ist vielleicht weniger unbegründet, als es auf den ersten Blick erscheinen mag, da der Fall nicht ausgeschlossen erscheint, daß es Serbien auf eine gewaltsame Delogierung umso eher ankommen lassen könnte, als es hierin vielleicht das sicherste Mittel erblicken mag, Russland zu einem aktiven Eingreifen in seinem Interesse zu zwingen. In heutiger Unterredung habe ich Euer Exzellenz letzter telegraphischer Weisung[b]) entsprechend, es vermieden, auf die Besprechung der Djakovafrage einzugehen. Thurn.

[a]) Chiffre fehlt. — [b]) Vgl. n. 6005.

Nr. 6019. Tel. aus Sofia, 4. März 1913 Nr. 197 (eing. 9 U. p. m.).[a] Entziff.

Italienischem Kollegen ging vorgestern Verständigung zu, dass Herr von Mérey Marquis di San Giuliano im Auftrage Euer Exzellenz erklärt hätte, Tripelallianzmächte sollten Bulgarien Abtretung Silistrias gegen Zusicherung Besitzes Saloniks respektive Unterstützung zur Erlangung Saloniks empfehlen, wodurch sich diese Mächte zugleich Dankbarkeit Rumäniens und Bulgariens sichern würden.[b] Marquis di San Giuliano erklärte sich damit einverstanden und beauftragte italienischen Kollegen Demarche in diesem Sinne zu machen, falls ich und deutscher Kollege gleichen Auftrag haben. Ich meldete Vorstehendes nicht früher, da bis heute Früh auf eventuelles Einlangen gleichartigen Auftrages wartete. Deutscher Kollege hat bis jetzt keine analoge Instruktion. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 6034, 6057, 6061. — [b] Vgl. n. 5966.

Nr. 6020. Tel. aus Sofia, 4. März 1913 Nr. 198 (eing. 5. März 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 115 vom 4. d. Mts. erhalten. Habe mit Konseilspräsidenten gesprochen. Streng vertrauliche Eröffnung, daß Euer Exzellenz baldige Antwort wünschen, um anläßlich Mediationsverhandlungen eventuell unseren Einfluß in Wagschale werfen, damit Bulgarien durch Salonik kompensiert wird, hat sehr guten Eindruck gemacht und Konseilspräsident versprach, dahin zu wirken, daß bewußte Antwort raschest erteilt wird. Spontan erwähnte er, er habe Nachricht, daß König Karol in Berlin um Unterstützung, damit Silistria abgetreten werde, angesucht und daß ihm dies zugesagt worden. Herr Geschoff fragte, ob mir über die Haltung Deutschlands oder darüber, daß auch wir uns für Zession Silistrias aussprechen würden, etwas bekannt, was ich verneinte. „La cession de Silistrie est horriblement difficile pour nous et veuillez au moins prier le Comte Berchtold de ne rien décider encore, mais d'attendre car nous voulons remettre aux Puissances un mémorandum sur la question roumaine." Aus weiteren Äußerungen des Konseilspräsidenten entnahm ich, daß bulgarische Regierung, wie ich das laut meines Telegrammes Nr. 188 vom 28.[b] v. M. erwartete, leichter ein Stück Land an Küste als Silistria verschmerzen würde. Ich hatte auch Unterredung mit einflußreichem Finanzminister: „Nous avons actuellement d'autres soucis plus urgents et nous voulions attendre la conclusion de la paix pour nous occuper de Salonique. Puisque vous avez dit à Monsieur Daneff et à Monsieur Guéchoff que vous aviez impression défavorable de notre silence, nous avons déjà commencé examen de cette question." Nachdem ich mich im Sinne des letzten Alineas[c] eingangsbezogenen hohen Telegrammes vertraulich ausgesprochen und Wichtigkeit baldiger Annahme unserer Desiderata für Bulgarien betont hatte, versprach mir Finanzminister in zwei bis drei Tagen Antwort. Bezüglich Eisenbahnen könne Finanzminister mir schon jetzt sagen, daß Bulgarien dem Privatbetriebe zustimmen werde. Wenn bulgarische Regierung Verstaatlichung verlangen würde, würde Serbien

dasselbe tun und Bulgarien würde Schikanen seitens Serbiens ausgesetzt. Bulgarien sei lieber, mit Privatgesellschaft zu tun zu haben, als mit serbischer Regierung. Bulgarien werde nicht nur Privatbetrieb zustimmen, sondern auch gegen Verstaatlichung der Bahnstrecke auf serbischem Territorium arbeiten. Minister Todoroff erwähnte spontan, bulgarische Regierung würde nur auf Verstaatlichung der Strecke Mustafa Pascha — neue türkische Grenze bestehen; auf die der Jonction Konstantinopel — Salonik nicht. Unsere Desiderata bezüglich Organisation Freihafens habe Finanzminister noch nicht genau geprüft, müsse aber sagen, dass er Eindruck hätte, es gebe darunter einige Punkte, die nicht erfüllbar. Mitredner erwähnte, er würde alle unsere Herrn Danew in Budapest bekannt gegebenen Forderungen berücksichtigen, worauf ich antwortete, daß ich darauf rechne, daß dies aber mit Salonikerfrage nichts zu tun hätte. Finanzminister sprach dann von rumänischer Frage und meinte, daß Bulgarien in seinem Entgegenkommen nicht weiter gehen konnte. Auf meine Bemerkung, daß Herr Todoroff doch darauf gefaßt sein müßte, daß bisherige Konzessionen nicht genügen könnten, sagte er noch deutlicher wie der Konseilspräsident, daß für bulgarische Regierung leichter, Streifen Landes an Küste als Silistria abzutreten. Tarnowski.

a) Vgl. n. 6021, 6035. — *b)* n. 5972, aufgegeben 28. Feb. 1 U. 45 M. a. m. — *c)* Letztes Alinea von n. 6006 beginnt mit „Auf alle Fälle ...“.

*Nr. **6021**. Tel. aus Sofia, 4. März 1913 Nr. 201 (eing. 5. März 9 U. a. m.).[a] Entziff.*

Möchte einige Äußerungen wiedergeben, die Finanzminister im Gespräche mit mir heute gemacht: „Notre alliance avec la Serbie a laissé une mauvaise impression à Vienne. Vous pouvez être certain que ce n'est que contre la Turquie que nous avons conclu cet accord. Dès que la paix sera faite, nous n'aurons aucun engagement envers la Serbie, ni la Grèce, comme nous, nous n'avons aucun engagement envers la Russie. Nous — un gouvernement russophile — nous sommes tous convaincus de la nécessité et possibilité de notre étroite amitié avec l'Autriche-Hongrie et de notre rapprochement à la triplice. Nous prévoyons des rivalités de la grande Bulgarie avec la Russie, mais nous ne voyons pas de divergences possibles entre nos intérêts et les vôtres, ces intérêts étant parallèles. Quant aux Serbes nous avons cessé de nous étonner que vous ne puissiez pas arriver à bout avec eux, nous ne le pouvons pas non plus. Pendant longtemps nous envisagions avec méfiance votre attitude dans la question roumaine; nous nous sommes convaincus dernièrement que vous étiez impartiaux et nous avons confiance que vous continuerez à nous épargner. Malheureusement il sera difficile de trouver une solution qui ne laisse pas de rancune entre la Bulgarie et la Roumanie.“ Unlängst sprach mir auch Kriegsminister mit augenscheinlich viel Überzeugung und Wärme von Notwendigkeit naher Freundschaft zwischen Monarchie und Bulgarien. Tarnowski.

a) Vgl. n. 6020.

Nr. 6022. Tel. nach Berlin, 5. März 1913 Nr. 207 (chiffr. 10 U. 45 M. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; V. Nemes; G. Berchtold).

Zu meinem morgen eintreffenden Erlasse Nr. 1014 vom 5. d. M. Ich erhalte soeben Euer Exzellenz Telegramm Nr. 116 von heute. Die Nachricht, daß Rußland gegen die Abtretung von Silistria Stellung zu nehmen vor hat, wird mir auch von Herrn von Mérey gemeldet,[b] welchem Marquis di San Giuliano eine Mitteilung hierüber gemacht hat. Diese Bestätigung meiner diesbezüglichen in dem oben zitierten Erlasse ausgesprochenen Vermutung bestärkt mich in meiner Ansicht, daß die Kombinierung der beiden Fragen von Silistria und Salonik das geeignetste, ja einzige Mittel ist, die rumänisch-bulgarische Kontroverse in einer friedlichen und für uns günstigen Weise zu erledigen. Herr von Mérey meldet mir ferner,[b] gleichfalls auf Grund von Mitteilungen des italienischen Ministers, daß Herr von Jagow meiner Anregung aus dem Grunde ablehnend gegenüberstehe, weil er grundsätzlich gegen eine Einmischung der Mächte in die Aufteilung der eroberten Gebiete zwischen den Balkanstaaten sei. Ich habe bereits im erwähnten Erlasse hervorgehoben, daß wir unbedingt an dem Prinzipe festhalten müssen, wonach jede territoriale Veränderung am Balkan der Ratifikation durch die Mächte unterliegt. Ich ersuche Euer Exzellenz diesen Punkt bei Ihrer Unterredung mit dem Herrn Staatssekretär besonders zu betonen und hinzuzufügen, daß eine Preisgabe dieses Standpunktes, sei es auch nur in einem einzelnen Falle, die Position des Dreibundes in den schwebenden Fragen der Triple-Entente gegenüber wesentlich schwächen würde. Berchtold.

[a] Vgl. n. 6023, 6025, 6026, 6065. — [b] Vgl. n. 6014.

Nr. 6023. Tel. nach Berlin, 5. März 1913 Nr. 208 (chiffr. 6. März 12 U. 10 M. a. m.).[a] Konz. (S. Matscheko u. Berchtold; G. Berchtold).

Im Verfolge meines heutigen Telegrammes Nr. 207. Herr von Tschirschky hat bei dem heutigen Diplomatenempfang auftraggemäß die von mir ins Auge gefaßte Kombination Silistria-Salonik zur Sprache gebracht und bemerkt, auch in Berlin werde es als selbstverständlich angesehen, daß die Frage von Salonik nur mit unserer Zustimmung geregelt werden könne. Herr von Jagow frage sich aber, ob es klug sei, in dieser Hinsicht im voraus Versprechungen zu machen und Engagements einzugehen. Überdies sei es zweifelhaft, ob Bulgarien auf den Tauschhandel Silistria-Salonik eingehen werde und müsse mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß Rußland auf der Angliederung von Salonik an Griechenland bestehen werde. Dann wäre außer der rumänisch-bulgarischen Frage noch jene von Salonik mit Rußland auszutragen. Auf der anderen Seite würde im Falle der Zuweisung Saloniks an Griechenland die bereits heute wahrnehmbare Rivalität zwischen dem hellenischen Königreiche und Bulgarien in erhöhtem Maße fortbestehen, was für uns, da sich daraus Reibungen innerhalb des Balkanbundes ergeben dürften, nur vorteilhaft sein könne. Herr von Jagow möchte mir auch zu bedenken geben, daß wir durch die von mir vorgeschlagene Lösung Griechenland in seinen Hoffnungen schwer

enttäuschen und dort eine uns feindselige Stimmung hervorrufen würden. Auch wäre zu befürchten, daß die Stellung König Georgs, der Sein Hoflager in Salonik aufgeschlagen hat, erschüttert werden und eine Katastrophe in Athen eintreten könnte, wenn Er gezwungen wäre, aus Salonik wieder herauszugehen. Schließlich bemerkte der deutsche Botschafter, daß seine Regierung die Chancen, Bulgarien dauernd für den Dreibund zu gewinnen, überhaupt sehr niedrig einschätze, und zwar 1.) wegen des Gegensatzes Bulgariens zu Rumänien, das sich auch weiterhin den Zentralmächten anschließen wird, 2.) wegen der Persönlichkeit König Ferdinands, der unverläßlich sei und nach St. Petersburg gravitiere und 3.) wegen des Einflusses Frankreichs, von dem sich Bulgarien angesichts seiner finanziellen Abhängigkeit nicht emanzipieren könne. Nachdem Herr von Tschirschky seine Argumentationen beendet hatte, brachte ich die an Euer Exzellenz gerichtete Depesche heutigen Datums[b]) zur Verlesung und knüpfte daran die folgenden Bemerkungen: Für uns sei der Balkan das nächste und wichtigste Feld politischer und wirtschaftlicher Betätigung, unsere Interessen würden durch jede Veränderung daselbst empfindlich getroffen. Wir hätten uns dem zu Beginn des Balkankonfliktes vom Berliner Cabinete ausgegebenen mot d'ordre der „Localisirung des Krieges" angepaßt, könnten aber nicht darauf verzichten, zu den Veränderungen, die sich daselbst abspielen, mit diplomatischen Mitteln Stellung zu nehmen. Eine Haltung, wonach wir allen dortigen uns tangirenden Vorgängen freien Lauf ließen, ohne im geeigneten Momente unsere Stimme vernehmen zu lassen, müßte schließlich auch in Deutschland Befremden erregen. Im gegebenen Falle erscheine uns der Augenblick gekommen, um in der Frage von Salonik unsere politischen und wirtschaftlichen Interessen zu wahren. Wir haben Grund anzunehmen, daß Bulgarien einen großen Werth auf die Acquisition von Salonik legt und sehen kein anderes Mittel, der Sofioter Regierung die Cession Silistrias halbwegs mundgerecht zu machen. Wenn Herr von Jagow den Vortheil hervorhebt, den ein Fortbestehen der bulgarisch-griechischen Rivalität bei Beibehaltung der griechischen Herrschaft in Salonik bietet, so möchte ich darauf verweisen, daß diese Rivalität nicht minder fortbestehen würde, wenn Salonik an Bulgarien fallen würde. Dabei hat aber die Freundschaft Bulgariens für uns und den Dreibund einen ungleich höheren Werth als die Freundschaft Griechenlands. Es sei ganz richtig, daß wir alles Interesse haben, den Balkanbund zu sprengen, hiezu sei aber für uns nicht genügend, die Griechen von den Bulgaren zu trennen, sondern müßten wir unbedingt eine der beiden slavischen Mächte auf unsere Seite bringen. Was Serbien anbelangt, sei dies, wie die Dinge liegen, vollkommen ausgeschlossen. Zwischen uns und Bulgarien bestünden aber keine ernsten Gegensätze. Würden wir beide zu Gegnern haben, müßte sich automatisch die bulgarisch-serbisch-montenegrinische Kette bilden, unter russischer Patronanz, was eine Lebensgefahr für die Monarchie bedeuten würde. Für Griechenland, das Salonik ohne Schwertstreich durch einen Zufall zwei Tage vor Ankunft der bulgarischen Truppen besetzt hat, ließe sich übrigens ein Compensationsobjekt auch anderswo finden. Schließlich könne ich den Scepticismus des Berliner Cabinetes bezüglich des künftigen Verhaltens Bulgariens nicht

teilen, wir hätten vielmehr nach zahlreichen Symptomen der letzten Zeit allen Grund zur Annahme, daß Bulgarien seine Politik in der Zukunft nach dem Dreibunde zu orientiren werde, wozu ein eventuelles Veto Rußlands gegen die Überlassung Saloniks an Bulgarien gewiß nur förderlich sein könnte. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Kenntnisnahme und Regelung Ihrer Sprache.

[a]) Vgl. n. 6025, 6057, 6065, 6127. — [b]) n. 6025.

Nr. 6024. Tagesbericht über einen Besuch des deutschen Botschafters, 5. März 1913 Nr. 1034.[a]) Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Herr von Tschirschky hat mir heute mitgeteilt, daß Sir Edward Goschen vor kurzem bei Herrn von Jagow erschienen sei und ihm folgendes eröffnet habe: Sir Edward Grey habe sich alle erdenklichen Mühe gegeben, das russische Kabinet von seinem intransigenten Standpunkt in der Frage von Djakova abzubringen. Alle Bemühungen seien aber vergeblich gewesen, Herr Sazonow habe immer wieder auf die bekannten Gründe (geographische und wirtschaftliche Zugehörigkeit Djakovas zu Altserbien) hingewiesen, welche Rußland ein Nachgeben in dieser Frage unmöglich machen. Falls Österreich-Ungarn aber auf den Anschluß Djakovas an Albanien verzichtet, würde das russische Kabinett die formelle Verpflichtung übernehmen, Montenegro von Skutari abzuhalten, wodurch die Gefahren beseitigt wären, die aus dieser Angelegenheit noch entstehen könnten. Unter der erwähnten Voraussetzung würde Rußland auch die Garantie dafür übernehmen, daß Serbien seine Truppen aus den Albanien zugewiesenen Gebieten zurückziehen sowie gewisse wirtschaftliche Arrangements treffen werde, um den Verlust von Djakova für Albanien weniger empfindlich zu machen.

[a]) Vgl. n. 6069, 6212.

Nr. 6025. Erlaß nach Berlin, 5. März 1913 Nr. 1014.[a]) Konz. (S. Matscheko; V. Pogatscher; G. Berchtold).

Aus Euer Exzellenz Telegramme Nr. 113 vom 28. v. M. habe ich mit Befriedigung entnommen, daß Herr von Jagow meiner Ansicht, die Dreibundmächte sollten sich für die Abtretung von Silistria einsetzen, zustimmt. Dagegen liegen mir keinerlei Informationen darüber vor, daß Russland sich, wie der Herr Staatssekretär meint, im selben Sinne aussprechen werde, und ich möchte nach verschiedenen Anzeichen eher das Gegenteil annehmen. Da mir sonach nur wenig Aussicht dafür zu bestehen scheint, daß die Mächte sich, unseren Intentionen entsprechend, ohne weiteres mit einem einmütigen Beschluß für die Abtretung Silistrias an Rumänien aussprechen werden, halte ich den Gedanken, Bulgarien für den Verlust von Silistria durch Salonik zu entschädigen, nach wie vor für das geeignetste Mittel, um über die Schwierigkeiten und Gefahren der bulgarisch-rumänischen Kontroverse hinüberzukommen und die Frage einer friedlichen Lösung zuzuführen. Die Einwendung Herrn von Jagows, daß es den Balkanstaaten zu überlassen wäre, das Schicksal von Salonik

unter sich zu regeln, kann ich nicht gelten lassen. Wir stehen prinzipiell auf dem Standpunkt und müssen an ihm festhalten, daß jede territoriale Veränderung am Balkan unserer Zustimmung bedarf. Dies gilt natürlich in besonderem Maße auch für Salonik, wo wir sehr bedeutende wirtschaftliche Interessen besitzen. Unserer öffentlichen Meinung wäre es unverständlich, wenn wir uns jeder Einflußnahme in dieser Frage enthalten wollten. Was nun die Frage anbelangt, ob der Anschluß Saloniks an Bulgarien oder dessen Einverleibung an Griechenland für uns vorteilhafter ist, so möchte ich bemerken, daß sowohl wir als Deutschland nicht wünschen können, daß dieser Hafen seine bisherige Bedeutung verliere. Die Angliederung an Griechenland hätte aber zweifellos zur Folge, daß die Stellung Saloniks als kommerzielles Zentrum infolge des Fehlens des Hinterlandes und durch den Wettbewerb der anderen griechischen Häfen, namentlich des Piräus, verloren geht. Dagegen würde Salonik, wenn es an Bulgarien fällt, jedenfalls zum bedeutendsten Hafenplatz dieses Landes werden und den größten Teil des Imports und Exports zur See an sich ziehen. Abgesehen von diesen wirtschaftlichen Momenten, welche die Angliederung Saloniks an Bulgarien für unsere und die deutschen Interessen an sich als vorteilhafter erscheinen lassen, als jene an Griechenland, sprechen aber auch gewichtige Erwägungen politischer Natur für die von mir ins Auge gefasste Verquickung dieser Frage mit der von Silistria. Diese Kombination würde es uns und Deutschland ermöglichen, die rumänischen Ansprüche zu unterstützen und zu befriedigen — woran uns als den Alliierten Rumäniens ja sehr gelegen sein muß — ohne uns der ungünstigen Rückwirkung auszusetzen, die sicherlich in Bulgarien eintreten würde, wenn wir diesem Lande die Abtretung von Silistria zumuten würden, ohne ihm hiefür eine Kompensation zu bieten. Da die Mächte der Triple-Entente bei der bevorstehenden Vermittlungsaktion entweder überhaupt gegen die Ansprüche Rumäniens auf Silistria Stellung nehmen oder doch zum mindesten uns vorschieben dürften, so würde in diesem Falle das Odium einer für Bulgarien ungünstigen Entscheidung ganz auf den Dreibund fallen. Einen weiteren Vorteil der Kombination Salonik-Silistria erblicke ich darin, daß diese Lösung der rumänisch-bulgarischen Streitfrage wohl die einzige ist, die ein freundliches Verhältnis zwischen den beiden Königreichen für die Zukunft nicht ausschließt. Endlich kommt in Betracht, daß Bulgarien, falls es ohne Kompensation zur Zession von Silistria verhalten würde, aller Voraussicht nach bestrebt sein wird, die abgetretenen Gebiete mit Waffengewalt wieder zu erlangen. Es liegt auf der Hand, daß Bulgarien sich zu diesem Zwecke — angesichts des engen Verhältnisses Rumäniens zum Dreibunde — an Rußland und die Triple-Entente anschließen und bemüht sein wird, um im Rücken gedeckt zu sein, das Bundesverhältnis zu den anderen Balkanstaaten auch nach dem Friedensschlusse mit der Türkei aufrechtzuerhalten, der anderen Falles, wie wir allen Grund haben anzunehmen, Bulgarien von allen Verpflichtungen gegenüber seinen Bundesgenossen befreien wird. Den Fortbestand des Balkanbundes zu fördern, liegt aber wohl ebenso wenig in unserem Interesse, wie in jenem des Deutschen Reiches. Aus all diesen Gründen glaube ich annehmen zu dürfen, daß Herr von Jagow von seiner ablehnenden Haltung

gegenüber meinem Vorschlage abgehen wird. Was Italien anbelangt, so teilt Marquis di San Giuliano, den ich von meiner Idee gleichfalls in Kenntnis gesetzt habe, wie aus der mitfolgenden Meldung Herrn von Méreys[b] hervorgeht, vollkommen meine Ansicht und ist bereit, meine Proposition zu unterstützen. Wie sich die anderen Mächte zu der von mir in Aussicht genommenen Kombination verhalten werden, läßt sich natürlich nicht mit Sicherheit voraussehen. Soweit wir Informationen besitzen, dürfte Rußland eher die Zuweisung Saloniks an Griechenland begünstigen. Sollte diese Annahme sich als richtig erweisen, so würde sich gerade dadurch den Dreibundmächten die Gelegenheit bieten, Bulgarien vor Augen zu führen, daß es von ihnen mehr zu erwarten hat als von der Entente. Ich möchte es übrigens dahingestellt sein lassen, ob Rußland sich nicht schließlich genötigt sehen wird, seinen Widerspruch gegen die Zuweisung Saloniks an Bulgarien also gegen ein slavisches Interesse, aufzugeben. Sollte aber Rußland und die Triple-Entente unseren Vorschlag zum Scheitern bringen, so dürften sowohl in Bulgarien als in Rumänien die Entente-Mächte für die Nichterfüllung ihrer Aspirationen verantwortlich gemacht werden. Ich ersuche Euer Exzellenz, Herrn von Jagow gegenüber die vorstehenden Darlegungen mit Nachdruck zu verwerten und ihm auch zu sagen, wie großen Wert ich darauf lege, daß die Dreibundmächte in der rumänisch-bulgarischen Frage auf dieser Basis ehestens zu einem Einverständnisse gelangen, um in der Lage zu sein, im gegebenen Momente mit einem konkreten Vorschlage hervorzutreten. Indem ich einer telegraphischen Meldung über das Ergebnis Euer Exzellenz Unterredung mit dem Herrn Staatssekretär entgegensehe, erneuere ich etc.

[a]) Vgl. n. 6022, 6023, 6065. — [b]) Vgl. n. 5984.

Nr. 6026. Tel. aus Berlin, 5. März 1913 Nr. 116 (eing. 3 U. 30 M. p. m.).[a]) *Entziff.*

Wie mir Staatssekretär mitteilt, ersieht er aus Meldungen des deutschen Botschafters in Petersburg, dass die russische Regierung in der Silistria-Frage sich den rumänischen Forderungen gegenüber unbedingt ablehnend verhalte und entschlossen sei, für den bulgarischen Standpunkt einzutreten.

Szögyény.

[a]) Vgl. n. 6022.

Nr. 6027. Tel. aus Berlin, 5. März 1913 Nr. 117 (eing. 3 U. 15 M. p. m.). Entziff.

Staatssekretär erzählte mir, serbischer Gesandter habe gestern im Auftrage Herrn Pašić' hier die Erklärung abgegeben, dass die serbische Regierung auch weiterhin darauf bestehe, dass Ipek, Prisren, Diakowa und Dibra Serbien einverleibt werden. Er — Jagow — habe den Geschäftsträger in sehr entschiedener Weise ersucht, nach Belgrad zu melden, dass die deutsche Regierung nicht einmal in der Lage sei, diese Mitteilung zur Kenntnis zu nehmen.

Szögyény.

Nr. 6028. Tel. nach Bukarest, 5. März 1913 Nr. 147 (chiffr. 7 U. 30 M. p. m.).a) Konz. (S. u. G. Biegeleben).

Geheim. Zu Telegr. Nr. 69 vom 28. v. M. Herr von Mérey meldet wie folgt: ... *wie n. 6016 von „Wie nunmehr festgestellt" bis „ermächtigt"* ... Es steht somit der Unterzeichnung des Euer Durchlaucht mit geheimen Erlass Nr. 846 vom 22. v. M. übersandten Vertragsinstrumentes nichts mehr im Wege. So bald dieselbe erfolgt ist, wollen Euer Durchlaucht dies telegrafisch melden und unser Vertragsexemplar mit nächster Courier-gelegenheit vorlegen. Berchtold.

a) Vgl. n. 5987, 6038.

Nr. 6029. Bericht aus Bukarest, 5. März 1913 Nr. 20 A (eing. 8. März). Ausfert.

In Ergänzung meines ergebensten Chiffretelegrammes Nr. 77 vom 4. März 1913 beehre ich mich Euer Excellenz zu melden, daß ich nicht verfehlte im Laufe meiner Konversation mit Herrn Maioresco hervorzuheben, daß Graf Mensdorff mit größtem Nachdrucke bei der Londoner Botschafter-Réunion sich für das Unterbleiben der zweiten in Bukarest zu machenden Démarche einsetzte, sich jedoch mit Hinblick auf den einstimmig gefaßten Beschluß seiner Kollegen hätte unterwerfen müssen. Der Herr Minister sprach sich in Ausdrücken des wärmsten Dankes für die gute Absicht des k. und k. Londoner Botschafters aus, betonte aber, daß auch diesmal, wie schon bei früheren Gelegenheiten, (zum Beispiel bei Berufung Herrn Mişus zu der Réunion) Graf Mensdorff anerkennenswerte Mühe sich genommen habe, zu Gunsten Rumäniens zu intervenieren, doch leider bisher stets ohne Erfolg. Schließlich bemerkte Herr Maioresco nicht ohne Humor, daß die Einstimmigkeit, mit welcher die letzte Démarche in London angenommen worden sei, ein recht eigentümliches Aussehen gehabt haben muß, da bereits vier Vertreter der Großmächte, darunter auch der deutsche, dieselben Ausführungen machten wie ich, nämlich daß jeder der respektiven Botschafter sich nur der Einstimmigkeit gebeugt hätte.
K. E. Fürstenberg.

Nr. 6030. Tel. aus London, 5. März 1913 Nr. 182 (eing. 6. März 8 U. a. m.).a) Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 214 von heute. Ich habe soeben Sir E. Grey gesprochen. Der Gedanke, die Delimitationsfrage wieder in der Réunion zu besprechen, das bisherige Ergebnis und das relativ unbedeutende noch strittige Gebiet zu konstatieren, ist ihm im ganzen entschieden sympathisch. Ich habe zunächst die russischen Vorbehalte über linkes Bojanaufer und Wasserspiegel des Skutarisees übergangen und mich auf den Standpunkt gestellt, daß, wenn unsere Linie mit Ausnahme von Djakova angenommen wird, ich ermächtigt sei, auch unseren Verzicht auf das Rekatal und die Stadt Dibra vor der Réunion auszusprechen und es bliebe dann nur Djakova als strittiges Gebiet, was zu konstatieren wäre. Staatssekretär wiederholte

mir den bekannten russischen Standpunkt Es sei den Russen unmöglich, nicht nur den Montenegrinern Skutari zu verbieten, sondern auch Serbien zu sagen, es müsse sich von Djakova zurückziehen, umsomehr als Serbien erklärt habe, in Djakova und Dibra nur der Gewalt zu weichen. Ich antwortete, ich befände mich genau in derselben Lage bezüglich unserer Konzessionen und ich könne auf Dibra und das Rekatal nur verzichten, falls im übrigen unsere Linie angenommen und als strittiges Gebiet Djakova ausgeschaltet werde. Sir E. Grey gab dies vollständig zu. Er wollte sogleich Grafen Benckendorff zu sich bescheiden. Er glaubt kaum, daß mein russischer Kollege bereit sein wird, morgen in eine Diskussion einzugehen, da er voraussichtlich erst nach Petersburg telegraphieren wird. Doch ist Sir E. Grey jederzeit bereit, eine Réunion einzuberufen, sobald Graf Benckendorff damit einverstanden ist. Staatssekretär sprach spontan von der Notwendigkeit, die von den Mächten festgestellten Grenzen respektieren zu lassen, so daß er hoffentlich gegen die Notifizierung des Beschlusses der Réunion an die Regierungen von Belgrad und Cetinje — wovon ich heute noch nicht sprach — nichts einzuwenden haben wird. Mensdorff.

a) Vgl. n. 6041, 6042.

*Nr. **6031**. Tel. aus London, 5. März 1913 Nr. 183 (eing. 6. März 8 U. a. m.). Entziff.*

Griechischer Friedensdelegierter hat Sir E. Grey erklärt, es sei den Alliierten schwer, Mediation der Mächte anzunehmen, ohne die Bedingungen der Friedenspräliminarien zu kennen und fragte, ob die Alliierten mit ihren Bedingungen an die Mächte herantreten könnten. Staatssekretär erwiderte, daß die Türkei ursprünglich auch Schwierigkeiten machte, dann aber bedingungslose Mediation angenommen habe, und es sei nicht ersichtlich, warum Alliierte nicht dasselbe tun sollten. Es handle sich nicht um Arbitrage, sondern um Mediation und er, Sir E. Grey, glaube persönlich, daß, wenn Alliierte sie annehmen, die Mächte mit ihnen über die Friedensbedingungen in Verbindung treten würden. Herr Skuludis schien zu glauben, daß die Aufklärungen die Bedenken der griechischen Regierung gegen den bevorstehenden Schritt der Mächte beseitigen werden. Mensdorff.

*Nr. **6032**. Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters, 5. März 1913 Nr. 1020. Konz. (S. Nemes; V. u. G. Berchtold).*

Herzog Avarna hat mich am 3. l. M. aufgesucht und mir auftragsgemäß von seiner Regierung zugekommenen Informationen Mitteilung gemacht. Der italienische Geschäftsträger in St. Petersburg habe berichtet, daß Herr Sazonow auf der Ausscheidung Dibras und Djakowas aus Albanien unbedingt bestehen zu müssen erklärt habe und sich bezüglich letzterer Stadt einem schroffen Refus Österreich-Ungarns gegenübergestellt sehe. Ähnliche Nachrichten müsse auch Graf Benckendorff erhalten haben, da er sich zu Marquis Imperiali dahin ausgesprochen habe, die Entsendung einer internationalen Kommission nach Djakowa wäre immerhin einem

Kriege vorzuziehen. Der Herr russische Botschafter in London meinte, Djakowa sei eine kleine Stadt und die Kommission, deren Tätigkeit auf diese Stadt allein zu beschränken wäre, könnte ihre Arbeit bald beendet haben; die serbischen Truppen wären damit zu betrauen, die erforderlichen Maßnahmen für den Schutz der Kommission zu treffen. Marquis San Giuliano steht, wie mir Herzog Avarna weiters sagte, dem Gedanken der Entsendung einer internationalen Commission sympathisch gegenüber und bitte mich, folgende Idee in Erwägung zu ziehen. Gleichzeitig mit dem Beschlusse der Entsendung einer internationalen Kommission nach Djakowa sollten die Mächte sich auch verpflichten, daß die auf Grund des Kommissionsergebnisses gefaßte seinerzeitige Gesamtentscheidung den Balkanstaaten mitgeteilt werde, welche unter allen Umständen zu dessen striktester Einhaltung verhalten werden würden. Ich habe dem Botschafter geantwortet, daß ich diesem Gedanken nähertreten wolle, aber jedenfalls darauf bestehen würde, daß schon in dem Augenblicke, wo die Entsendung einer Kommission beschlossen würde, den Balkanstaaten das bisherige Abgrenzungsergebnis mitgeteilt und dessen Respectirung aufgetragen werde.

Unterredung mit dem ital. Botschafter, 5. März 1913. Siehe n. 6045.

Nr. 6033. Tel. aus St. Petersburg, 5. März 1913 Nr. 79 (eing. 6. März 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Im Nachhange zu meinem Telegramme Nr. 75 vom 3. d. Mts. Herr Sazonow sagte mir heute, er sei unter der weiter unten präzisierten Voraussetzung mit Euer Exzellenz Communiqué-Entwurf einverstanden, falls Euer Exzellenz darein einwilligen, daß zu Beginn des zweiten Alineas[b] die Worte „Les deux Souverains" durch „Les deux gouvernements" ersetzt werden und daß das dritte Alinea wie folgt laute: „C'est ainsi que la réduction des effectifs austro-hongrois en Galicie à un état normal vient d'être décidée ...[c] en conséquence sera également décrété le renvoi des réservistes russes etc." Zu diesem Texte des Communiqués habe auch schon Seine Majestät der Kaiser Nikolaus seine Genehmigung erteilt. Was den im ersten russischen Entwurf enthaltenen Hinweis auf das Nichtvorhandensein aggressiver Pläne der Monarchie gegen Serbien anbelangt, so wiederholte mir Herr Sazonow mit dem größten Nachdruck, daß dieser keineswegs einem Mißtrauen der Regierung oder gar des Zaren gegenüber der Politik der Monarchie entsprungen sei, daß im Gegenteile Seine Majestät Kaiser Nikolaus ihm gegenüber neuerdings hervorgehoben habe, wie unerschütterlich fest Höchstdessen Vertrauen zur erhabenen Person Seiner Majestät unseres Allergnädigsten Herrn sei. Aber die von einer skrupellosen Presse vielfach irregeführte öffentliche Meinung sei gerade in dieser Frage so ...[c] und erregt, daß er, Herr Sazonow, einer ähnlichen Erklärung unbedingt bedürfe, um die Stellung der Regierung im Falle der beabsichtigten Abrüstung nicht vollständig zu untergraben. Deswegen ersuche er mich bei Euer Exzellenz zu beantragen, daß gleichzeitig mit dem Communiqué, etwa in der Form

eines Kommentars desselben, ein offiziöser Artikel im Fremdenblatt erscheine, in welchem unter anderem auch die übrigens unserseits in offiziösen Auslassungen schon oft betonte Tatsache neuerdings hervorgehoben werde, daß die Monarchie keine aggressive Politik gegen ihre südlichen Nachbarn, insbesondere auch gegen Serbien verfolge. (Wie sehr Herr Sazonow eine ähnliche Enunziation für die Verteidigung seiner Stellung gegen die aus diesem Anlasse zu erwartenden Angriffe zu benötigen glaubt, geht aus seiner Bitte hervor, es möge, falls sein Vorschlag angenommen werde, dafür gesorgt werden, daß der fragliche Artikel nach seinem Erscheinen durch das Korrespondenzbureau unverzüglich hieher telegraphiert werde.) Unter obiger Voraussetzung wäre Herr Minister mit einem gleichzeitigen Erscheinen der Communiqués in der von ihm amendierten Form einverstanden. Sollten Euer Exzellenz auf diesen seinen Vorschlag nicht eingehen zu können glauben, so müßte er mit Rücksicht auf seine schwierige Lage von der Publizierung eines Communiqués überhaupt abzusehen bitten und würde in diesem Falle vorschlagen, die beiderseits in Aussicht genommenen Abrüstungsmaßnahmen ohne vorausgehende offizielle Enunziation zu verfügen. Bezüglich der vorgeschlagenen Änderung im zweiten Alinea[b]) des Communiqué-Entwurfes habe ich bereits in meinem Telegramme Nr. 75 die Gründe hervorgehoben, die Herrn Sazonow zu derselben bewogen haben. Was die Änderung dritten Alineas anbelangt, so glaubt Herr Sazonow hiedurch gleichzeitiges Erscheinen der Communiqués ermöglichen und dabei dennoch der hiesigen öffentlichen Meinung gegenüber den ihm notwendig dünkenden Anschein gewahrt zu haben, daß die Monarchie in der Abrüstungsfrage vorangehe. Tatsächlich ist letzteres wohl nicht ganz der Fall, da doch eigentlich zwischen einer Maßnahme, deren Durchführung beschlossen wurde (qui a été décidée) und solcher, von welcher man erklärt, daß sie erfolgen wird (qui sera décrétée), genau genommen ein zeitlicher Unterschied nicht zu bestehen braucht. Falls Euer Exzellenz mit dieser Proposition Ministers des Äußern einverstanden wären, so würde ich Hochdieselben um geneigte Bekanntgabe des Tages bitten, welchen ich ihm für das gleichzeitige Erscheinen der Communiqués vorschlagen soll. Thurn.

[a]) Vgl. n. 6059, 6093, 6110. — [b]) Vgl. n. 6017 Anm. b. — [c]) Chiffre verstümmelt.

Nr. 6034. Tel. nach Sofia, 5. März 1913 Nr. 119 (chiffr. 10 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 197 vom 4. d. M. erhalten. Die Mitteilungen Ihres italienischen Kollegen entsprechen insoferne den Tatsachen, als ich in Rom und Berlin den Gedanken angeregt habe, die Dreibund-Mächte sollten sich bei der bevorstehenden Mediationsaktion der Mächte in der rumänisch-bulgarischen Frage dafür einsetzen, daß Rumänien Silistria zugesprochen, Bulgarien aber als Entschädigung der Besitz Saloniks zugesichert werde. Bei dieser Anregung habe ich mich von der Erwägung leiten lassen, daß sich uns auf diese Art die Möglichkeit bieten würde, uns die Freundschaft Rumäniens durch Befriedigung seiner Ansprüche

zu erhalten, ohne in Bulgarien eine ernste Mißstimmung gegen uns und den Dreibund hervorzurufen. Auch scheint mir diese Lösung die einzige zu sein, welche ein freundliches Verhältnis zwischen Bulgarien und Rumänien für die Zukunft nicht ausschließt. Würde Bulgarien zur Abtretung von Silistria genötigt werden, ohne hiefür eine Kompensation zu erlangen, so wäre sein nächstes Ziel wohl zweifellos der gewaltsame Wiedergewinn des verlorenen Gebietes und es würde sich zu diesem Zwecke naturgemäß an Rußland und die Entente-Mächte anschließen, sowie ein Interesse daran haben, das Bundesverhältnis zu den anderen Balkanstaaten auch über den Friedensschluß mit der Türkei hinaus, eben bis zur Abrechnung mit Rumänien, aufrechtzuerhalten. Nach unseren Informationen dürfte Rußland bis jetzt die Angliederung Saloniks an Griechenland ins Auge gefaßt haben. Es ist aber wol zu bezweifeln, ob es sich schließlich nicht genötigt sehen würde, unserem Vorschlage, der ja Salonik einem slavischen Staate zuweisen will, zuzustimmen. Selbst wenn diese Idee, etwa an dem Widerstande der Triple-Entente, scheitern sollte, verspreche ich mir von einer derartigen Initiative unsererseits insoferne einen günstigen Effekt, als man dann sowohl in Bulgarien als in Rumänien nicht uns, sondern die Entente-Mächte für eine unbefriedigende Lösung der Frage verantwortlich machen müßte. Meine Anregung wurde in Rom mit voller Zustimmung aufgenommen, und wenn auch in meiner Aussprache mit Marquis di San Giuliano bisher von einer diesbezüglichen Demarche in Sofia bis jetzt noch nicht die Rede war, so sind die an Ihren italienischen Kollegen ergangenen Instruktionen jedenfalls eine direkte Folge unseres Gedankenaustausches. Was Deutschland anbelangt, so hegt Herr von Jagow gegen eine Einmischung der Mächte in die Frage der Zugehörigkeit Saloniks noch Bedenken. Ich bin aber bemüht und hoffe, sie zu zerstreuen und den Staatssekretär für meine Idee zu gewinnen. Solange dies nicht gelungen ist, kann in Sofia natürlich nicht im Namen des Dreibundes gesprochen werden. Über das Ergebnis meiner Besprechungen mit Berlin werde ich Euer Hochgeboren seinerzeit informieren. Vorstehendes ist zu Ihrer rein persönlichen Information bestimmt. Euer Hochgeboren sind jedoch ermächtigt, sich Herrn Cucchi-Boasso gegenüber über meine einschlägigen Pourparlers mit dem italienischen Kabinett informiert zu zeigen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6057, 6061.

Nr. 6035. Tel. aus Sofia, 5. März 1913 Nr. 205 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Bezug auf mein Telegramm Nr. 198 von heute. Anläßlich heutiger Unterredung mit Konseilspräsidenten streiften wir Saloniker Frage. Herr Geschoff bestätigte, dass er vermutlich schon übermorgen in der Lage sein werde, mir Antwort auf unsere Desiderata zu erteilen. Ich betonte, Konseilspräsident sollte trachten, dass diese Antwort auch befriedigend laute. Herr Geschoff meinte, dass dies punkto Eisenbahn der Fall sein würde, dass aber Hafenfrage schwieriger; er erwähnte wieder konzessionierte französische Gesellschaft in Salonik, die erworbene Rechte hätte. Tarnowski.

Nr. 6036. Privatschreiben des Chefs des Generalstabs, 5. März 1913. Ausfert.

Ich beehre mich Euer Exzellenz im Nachfolgenden einige Nachrichten aus guter Quelle mitzuteilen, die für Euer Exzellenz von Interesse sein dürften. In Sofia soll sich seit mehreren Wochen der kais. russ. Staatsrat Josef Okoulitsch befinden, der über sehr grosse Geldmittel verfügt und ausserordentlich verschwenderisch lebt. Er soll schon einige durch Spezialkuriere überbrachte Handschreiben des Czar von Russland erhalten haben und soll der König von Bulgarien wiederholt den Abend bei ihm verbracht haben. Dieser Tage soll Okoulitsch bei den Rheinischen Werken in Düsseldorf 120 Waggons Munition und sonstige Explosivstoffe telegraphisch bestellt haben, nachdem er sich vorher dort angefragt hatte, was sofort lieferbar sei. Diese Bestellung — im Werte von 8 bis 10 Millionen Francs — soll auf Rechnung Russlands erfolgt sein. Es verlautet, dass Okoulitsch in der nächsten Zeit im Auftrage des Czar von Russland über Saloniki nach Cairo zum Khedive, von dort nach Rom zum König von Italien und weiter nach London reisen und hiezu einen falschen Pass mit dem Namen „Mercier" benützen wird. In der Personsbeschreibung wird angeführt: „Schnurbart, ohne Vollbart, Brille, Beschäftigung: negociant commercial." Für diese Reise dürfte er englische oder österreichische Dampfer benützen. Bisher soll er von seiner Familie begleitet gewesen sein und zwar Frau, vier Kinder und Dienerschaft; im ganzen 10 Personen. Von einer anderen Seite habe ich erfahren, dass die italienische Regierung den Montenegrinern unlängst mit dem Spitalschiffe „Regina Margherita" auch schwere Geschütze und Munition nach S. Giovanni di Medua geschickt haben soll. Diese Vorkommnisse werfen ein eigentümliches Licht auf die Loyalität unserer Verbündeten und unserer neuesten Freunde. Vielleicht sollten wir uns auch etwas weniger Zurückhaltung auferlegen. Conrad.

Nr. 6037. Tel. nach Belgrad, 6. März 1913 Nr. 48 (chiffr. 10 U. 40 M. p. m.).[a] Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

Euer Hochwohlgeboren wollen den Inhalt des Ihnen sub Nr. 49 zugekommenen Telegrammes Konsul von Heimroths[b] Herrn Pasič gegenüber verwerten und ihm hiezu als Ihre persönliche Meinung folgendes bemerken. Es sei Euer Hochwohlgeboren bekannt, daß die k. u. k. Regierung bereits vor längerer Zeit die Kabinette der Großmächte verständigt hat, daß sie die Frage des Schutzes der religiösen und nationalen Minoritäten in den den Balkanstaaten einzuverleibenden türkischen Gebieten vor die Botschafterréunion zu bringen beabsichtige. Mit einem dahingehenden Vorschlage sei seitens der k. u. k. Regierung keine gegen einen bestimmten Balkanstaat gerichtete pointe verbunden gewesen, doch müßten Euer Hochwohlgeboren besorgen, daß die aus Üsküb gemeldeten Vorkommnisse zur Folge haben könnten, daß bei jener Démarche über das ursprünglich ins Auge gefaßte Petit hinausgegangen und dies auf eine für Serbien wenig schmeichelhafte Weise begründet werden müßte. Es würde sich daher empfehlen, wenn die serbische Regierung spontan eine sofortige strenge

Untersuchung und Bestrafung der Schuldigen veranlassen würde. Euer Hochwohlgeboren wollen Konsul Heimroth telegraphisch verständigen, daß die Angelegenheit den Gegenstand einer Intervention der k. u. k. Gesandtschaft bildet und er sich daher vorläufig einer Aktion in loco zu enthalten habe. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6063. — [b]) n. 6049.

Nr. 6038. Tel. aus Bukarest, 6. März 1913 Nr. 78 (eing. 1 U. 40 M. p. m.).[a]) Entziff.

Geheim. Gestern italienischer Accès-Vertrag unterzeichnet. Trägt meine Unterschrift und „Fasciotti". Datum „cinquième jour du mois de mars de l'an de grâce 1913."[b]) K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 6028. — [b]) A. F. Pribram a. a. O. I 110 Nr. 26 c; Martens N. R. G. 3. S. X 100.

Nr. 6039. Tel. aus Bukarest, 6. März 1913 Nr. 79 (eing. 6. März 1 U. 40 M. p. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 145[b]) vom 5. d. Mts. Rumänische Regierung wünscht Petersburg als Verhandlungsort. Minister teilt mir mit, daß aus Sofia erhaltenen Informationen zufolge dort ebenfalls Petersburg bezeichnet wurde und Herr Sazonow Zustimmung erteilte. K. E. Fürstenberg.

[a]) Oe. U. Balkan 167 Nr. 312. — [b]) Mit Tel. Nr. 145, 5. März 1913 (chiffr. 10 U. 20 M. p. m.) wurde n. 6003 nach Bukarest mitgeteilt mit der Ermächtigung, die von der Botschafterreunion ins Auge gefaßte Anfrage an die rumänische Regierung „si omnes" zu richten.

Nr. 6040. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 6. März 1913 Nr. 151 (eing. 9 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Großvezir sagte mir heute, daß die in der europäischen Presse verbreitete Version, als ob Türkei Mediation der Mächte bedingungslos angerufen hätte, falsch sei und er bereits Gelegenheit genommen hat, durch die türkische Presse dieser entgegenzutreten. Aus den Berichten Tewfik Paschas entnehme er allerdings, daß Sir E. Grey türkischen Standpunkt richtig auffasse. Staatssekretär habe türkischem Botschafter gesagt, die Mächte kennen nunmehr türkische Bedingungen und werden, sobald sie zur Kenntnis jener der Alliierten gelangen, einen Vorschlag machen. Diese Proposition werden sie aber vorerst türkischer Regierung mitteilen und, wenn letztere sich mit derselben einverstanden erklärt, auf dieser Basis mit den Verbündeten in Verhandlungen treten. Mahmud Schefket Pascha wiederholte auch bei diesem Anlasse, daß er entschlossen sei, den Krieg fortzusetzen, wenn die Alliierten auf ihren Forderungen einer Kriegsentschädigung bestehen sollten. Pallavicini.

Nr. 6041. Tel. aus London, 6. März 1913 Nr. 184 (eing. 3 U. 40 M. p. m.).[a] Entziff.

Im Nachhange zu meinem gestrigen Telegramm Nr. 182. Russischer Botschafter stimmt zu, dass auf heutiger Réunion albanesische Grenzfrage besprochen werde mit der Reserve, daß er Alles nur ad referendum nehmen könne. Sir E. Grey wird infolgedessen Diskussion der Grenzfrage bei Réunion heute Nachmittag vorschlagen. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 6042.

Nr. 6042. Tel. aus London, 6. März 1913 Nr. 185 (eing. 7. März 9 U. 30 M. a. m.).[a] Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 214 vom 5. d. Mts. und im Nachhange zu meinem gestrigen Telegramme Nr. 182 und 184 von heute. Sir E. Grey brachte bei Beginn heutiger Réunion die albanesische Grenzfrage vor, mit der Bemerkung, ein Akkord sei zwar nicht hergestellt, doch könnte man vielleicht konstatieren, daß die Gegensätze nicht mehr so weitgehende seien. In unserer langen ganz vertraulichen und formlosen Diskussion wurden zahlreiche Formulierungen vorgeschlagen. Man dachte daran, die Städte Ipek, Prisren, Skutari, Dibre und Djakova zu nennen, mit dem Zusatze, daß nur betreffs der letzteren noch Differenzen bestünden. Dazu wurde proponiert, von gegenseitigen Konzessionen, die aber auf beiden Seiten konditionell wären, zu sprechen. Graf Benckendorff wollte vermeiden, den Schein zu erwecken, daß er sich an eine Linie binde, namentlich weil er sich nicht klar schien, inwieweit er betreffs linken Bojana-Ufers und Skutarisees Reserven machen müsse. Schließlich glaubten wir, es sei am nützlichsten, wenn nicht von Konzessionen und nicht speziell von Österreich-Ungarn und Russland gesprochen werde. Dann wollte man jetzige Redaktion so stilisieren, daß „Einigung erzielt werden könnte, wenn man sich über Djakova verständigen würde". Ich hielt es für besser, es in zwei Sätzen zu formulieren, so daß zuerst der Eindruck konstatiert wird, daß eine allgemeine Einigung möglich ist, daß die Differenz betreffs Djakova gewissermaßen reserviert werde (mein heutiges Telegramm Nr. 186). Betreffs der Notifikation an die serbische und montenegrinische Regierung vermied ich es, mit einem bestimmten Vorschlag hervorzutreten. Die Sache wurde von Sir E. Grey angeregt und von allen diskutiert. Herr Cambon und Graf Benckendorff waren dagegen, mit Motivierung, daß auf die serbische und montenegrinische pathetische Erklärung die Mächte einzeln ja ohnehin schon ernüchternd geantwortet hätten. Sir E. Grey wollte daraufhin die Diskussion darüber auf eine spätere Réunion verschieben, schließlich brachten wir es aber doch zur Resolution, die ich mit meinem heutigen Telegramme Nr. 187 melde. Mehr als dies wäre heute jedenfalls noch nicht zu erreichen gewesen. Von Euer Exzellenz Annahme des Gedankens einer Kommissionsentsendung betreffs Entscheidung der Zugehörigkeit Djakovas, habe ich noch nicht gesprochen. Sir E. Grey gegenüber gab ich vertraulich zu verstehen, ich würde, falls über alle anderen Punkte Verständigung erzielt würde und bezüglich Djakovas keine

andere Lösung gefunden werden könnte, versuchen, daß Projekt einer Kommissionsentsendung bei meiner Regierung zu vertreten, falls deren Aufgabe nur auf das kleine strittige Gebiet beschränkt wäre. Graf Benckendorff, im allgemeinen befriedigt über den Fortschritt, war ängstlich bestrebt zu markieren, daß er alles nur ad referendum nehmen könne. Ich glaube unvorgreiflich, daß es deshalb günstig wäre, wenn jetzt in Petersburg auf Herrn Sazonow gewirkt werden könnte, damit er die kleinen Differenzen betreffs Bojana und Wasserspiegel des Sees fallen lasse und sich zur Annahme unserer Linie — mit Ausschluß Djakovas — bewegen lasse. Ich bitte um telegraphisch Weisung über Euer Exzellenz Auffassung unserer heutigen Resolution. Nächste Sitzung Dienstag. Mensdorff.

[a]) Oe. U. Balkan 167 Nr. 313. Vgl. n. 6043, 6044, 6056, 6141.

Nr. 6043. Tel. aus London, 6. März 1913 Nr. 186 (eing. 7. März 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Zu meinem Telegramme Nr. 185 von heute. En ce qui concerne la délimitation nord et est de l'Albanie la réunion pense qu'un accord général est possible sur les différents points qui ont été abordés dans des conversations particulières. La solution de la question Diakova, qui reste en suspens, étendrait cet accord à toute la frontière. Cette question étant réservée, la réunion pense qu'on pourrait discuter la délimitation de la frontière au sud-est et au sud de l'Albanie. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 6055, 6074, 6272.

Nr. 6044. Tel. aus London, 6. März 1913 Nr. 187 (eing. 7. März 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Zu meinem heutigen Telegramme Nr. 185. La réunion se demande si après les récentes communications des représentants serbes et monténégrins il ne serait pas opportun de renouveler à Belgrade et de faire à Cettinje la communication faite au Chargé d'affaires de Serbie par Sir E. Grey de la part de la réunion le 23 janvier au sujet de l'évacuation après la délimitation de l'Albanie des points occupés par les troupes serbes. (Text in meinem Telegramme Nr. 32 vom 9. Jänner). Mensdorff.

[a]) Oe. U. Balkan 169 Nr. 317. Vgl. n. 6053, 6072, 6074.

Nr. 6045. Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters, 6. März 1913 Nr. 1035.[a]) Konz. (S. Hohenlohe; G. Berchtold).

Der italienische Botschafter hat mich gestern aufgesucht und mir Nachstehendes mitgeteilt: Marquis Imperiali hat kürzlich in London den Grafen Benckendorff über die russischen Ansprüche die Südgrenze Albaniens betreffend befragt und hiebei konstatiert, daß Rußland an die Kalamaslinie denkt und zwar so, daß Argyrokastro, Delvino, Elbassan und Korča an Albanien fallen würden, Janina hingegen an Griechenland. Der italienische Vertreter in London fügte dieser Meldung hinzu, daß zur Besprechung der kutzowalachischen Frage ein rumänischer Vertreter zugezogen werden sollte.

Marquis di San Giuliano sei der Ansicht, daß dieser Abgrenzung zugestimmt werden könnte. Er meine aber, man solle über diese Sache vorerst nicht viel sprechen, Italien und Österreich-Ungarn mögen sich vor allem hierüber einigen, und hoffe er, daß das Wiener Kabinett seiner Auffassung zustimmen werde. Janina könnte übrigens als Kompensationsobjekt für die seitens Griechenlands aufzugebenden Inseln des ägäischen Meeres und Saloniks benützt werden. Vor mehreren Jahren sei übrigens der Gedanke der Kalamaslinie als Nordgrenze Griechenlands und der Cession Janinas an dieses Königreich bereits einmal aufgetaucht. Ich habe mir meine Antwort darauf vorbehalten und nur bemerkt, daß wir auch in dieser Frage jedenfalls im Einklang mit Italien vorgehen wollten. Zuerst müsse ich mich aber davon überzeugen, ob diese ins Auge gefaßte Lösung für den neuzugründenden albanischen Staat nicht zu nachteilig sei. Herzog Avarna führte als Argument für die Idee des Herrn italienischen Ministers des Äußern noch an, daß Janina, wenn es an Albanien fallen würde, der Ausgangspunkt einer griechischen irredentistischen Bewegung werden dürfte.

[a]) Vgl. n. 6058 Anm. b.

*Nr. **6046**. Tel. aus Rom, 6. März 1913 Nr. 115 (eing. 4 U. 50 M. p. m.).[a]) Entziff.*

Nach wiederholten Unterredungen mit dem Minister des Äussern ist es mir gelungen, denselben von seinen, im hohen Telegramme vom 1. d. M., Nr. 236[b]) erwähnten Bedenken gegen das Vorausgehen Italiens bei der Delimitierung im Süden und Südosten abzubringen. Auch habe ich seinen ursprünglichen (unter anderem auch durch die präjudizierliche Haltung aller Mächte, auch Österreich-Ungarns auf dem Berliner Kongress motivierten) Widerstand gegen unsere, ihm von mir schon vor zwei Monaten mitgeteilte Maximalgrenze, wie sie in der dem Berichte Grafen Mensdorffs vom 21. Dezember v. J., Nr. 61 C beigeschlossenen Karte eingezeichnet ist, überwunden. Unsere und Deutschlands Unterstützung vorausgesetzt, wird also Marquis Imperiali beauftragt werden, diese Grenze als Ausgangspunkt der Verhandlungen zu vertreten. Da aber Marquis di San Giuliano zwar die ethnographische Richtigkeit dieser Maximalgrenze — wie Euer Exzellenz bekannt, mit Ausnahme des nach seiner Ansicht gräcisierten Janina — anerkennt, aber überzeugt ist, dass dieselbe in London nicht durchzusetzen sein wird, würde er behufs rechtzeitiger Festsetzung der einzuschlagenden Taktik wünschen, ehestens zu erfahren, bezüglich welcher Punkte nach der Meinung Euer Exzellenz im Laufe der Verhandlungen nachgegeben werden könnte. Er selbst hat hiebei hauptsächlich Janina und im Allgemeinen eher das Hinterland im Auge, während er bezüglich der Küste (bis Phanari) an der Maximalgrenze festhalten möchte. Mérey.

[a]) Vgl. n. 5938, 6055, 6058, 6151. — [b]) Mit Tel. Nr. 236, 1. März 1913 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.) wurde nach Rom mitgeteilt, Herzog Avarna habe gewisse Besorgnisse San Giulianos bezüglich des Vorangehens Italiens bei der Delimitierung Albaniens im Süden und Südosten geltend gemacht. Gleichzeitig wolle die italienische Regierung über die in Wien aufgestellte Minimal- und Maximalgrenze Albaniens informiert werden. Mérey wird beauftragt, diese Informationen auf Grund der einschlägigen Weisungen zu erteilen.

Nr. 6047. Tel. aus Sofia, 6. März 1913 Nr. 207 (eing. 7. März 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 120[b] vom 6. d. Mts. erhalten. Habe heute vormittags unter Andeutung, daß ich Informationen erhalte, die mir sofortige Beantwortung unserer Desiderata als im Interesse Bulgariens dringend gelegen erscheinen lassen, sowohl Konseilspräsidenten als auch Eisenbahnminister und Finanzminister urgiert. Heute abends hatte ich zwei Begegnungen mit Finanzminister, der mir sagte, „Antwort sei beschlossen und Konseilspräsident würde sie mir morgen mitteilen". Ich bewog Mitredner, mir séance tenante mitzuteilen, worin ungefähr Antwort bestehen wird. Auf Grund einer Notiz, die ich ihm über unsere Desiderata übergeben, sprach Finanzminister wie folgt: „Nous vous accordons tout ce qui se rapporte à la liberté [de] transit, à l'exploitation privée des lignes de chemin de fer en question et aux plans pour l'amarrage et accostage des bateaux (Anlegeplätze) et aux entrepôts et hangars. Quant à vous assurer une ingérence adéquate (entsprechende Einflußnahme) dans le fonctionnement des moyens de communications et de l'aménagement du port et à vous garantir à cette fin une participation dans la société privée à laquelle serait confiée l'exploitation du port, ce désir n'est pas assez clairement formulé. Voici ce que vous répondra demain Monsieur Guéchoff, et pour que nous puissions vous donner une réponse positive à ce sujet, il faut que nous sachions exactement ce que vous voulez. Il y a une société française qui exploite le port de Salonique, et nous ne pourrons pas ignorer les droits de cette compagnie. Comment vous représentez-vous l'influence que vous voulez exercer sur le fonctionnement du port, et de quelle manière devons nous et pouvons nous vous assurer une participation (Beteiligung) dans une société privée qui a des droits acquis que nous serons obligés de respecter." Ich habe mit Finanzminister abgemacht, dass ich noch heute genaue Angabe telegraphisch erbitten würde, wie wir uns in praxi Erfüllung unseres Desideratums punkto Sicherung unserer Einflußnahme auf Hafen, respektive unserer Beteiligung an privater Hafenexploitierungsgesellschaft denken. Ich werde morgen Konseilspräsidenten zu sehen trachten, und seine formelle Antwort sofort drahten; um Zeit zu gewinnen, würde sich aber empfehlen, vorstehende Punkte unverzüglich aufzuklären. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 6060, 6076. — [b]) Mit Tel. Nr. 120, 5. März 1913 (chiffr. 11 U. p. m.) nach Sofia wurde die Befriedigung darüber ausgesprochen, daß Geschow die auf Saloniki bezügliche Mitteilung Tarnowskis gut aufgenommen habe und daß bulgarischerseits die Stellungnahme zu den einschlägigen Wünschen des Ballplatzes in baldige Aussicht gestellt wurde.

Nr. 6048. Tel. aus Sofia, 6. März 1913 Nr. 208 (eing. 7. März 10 U. a. m.).[a] Entziff.

Anläßlich heutiger Unterredung mit Finanzminister sagte er unter anderem: „Vous m'avez dit à plusieurs occasions que l'Autriche-Hongrie désire une Bulgarie forte. Nous avons eu des preuves que le Comte Berchtold n'a en effet rien contre notre agrandissement et il a raison car une grande Bulgarie n'aura point d'intérêts opposés à la monarchie, mais bien au

contraire elle en aura de communs comme celui de ne pas laisser s'agrandir ou devenir trop fortes la Serbie et la Grèce, il ne faut méconnaître non plus que comme nous vous n'avez pas aucun intérêt à ce que la Roumanie devienne grande et forte." Nach dieser zum Teil nicht uninteressanten Einleitung appellierte Finanzminister an mich, daß wir Bulgarien in dessen so furchtbarer Lage, wo es, da jetzt machtlos, von Rumänien überrumpelt wird, nicht verlassen, sondern uns auf bulgarische Seite stellen. Ich machte Mitredner aufmerksam, daß, wie ihm aus unserer ganzen Haltung bekannt, wir ganz unparteiisch für beide Staaten von Freundschaft erfüllt, blos trachten, daß es zu einer für beide Staaten befriedigenden Verständigung komme. „Oui, mais si nous sommes obligés de céder Silistrie, le pays ne le pardonnera jamais aux Roumains et ce sera une source de complications que l'Autriche-Hongrie ne peut pas désirer." Ich wies darauf hin, daß Euer Exzellenz, um Sache bulgarischer Regierung zu erleichtern, Gedanken hätten, ihr größere territoriale Vorteile in Mazedonien und speziell Salonik zu verschaffen, was unser Wohlwollen beweise und was eine vernünftige Konzession an Rumänien tatsächlich leichter mache. Mitredner gab dies zu, kam aber immer darauf zurück, daß Abtretung Silistrias unberechenbare Rückwirkung auf hiesige öffentliche Meinung haben würde und daß Zession Stück Küste ohne Stadt leichter. Durch Mund Finanzministers spricht Angst der Regierung vor Sobranje und öffentlicher Meinung. Offiziöse Presse ist auch fortgesetzt höchst feindlich gegen Rumänien. Sollte sich Plan Euer Exzellenz bezüglich Saloniks verwirklichen lassen und Aussicht auf Besitz dieser Stadt Bulgarien eröffnen, würde man hier Silistria verschmerzen, wenn auch, wie ich glaube, bei hiesigem Volkscharakter nicht ohne Rancüne. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 6076.

Nr. 6049. Tel. des Konsuls Maryan von Heimroth aus Üsküb, 6. März 1913 Nr. 40 (eing. 2 U. p. m.).[a]) Entziff.

Im Nachhange zu meinen gegenständlichen Berichten und Telegrammen: Am 27. Februar haben die Serben unsere Pfarre in Letnica zum dritten Male durchsucht. Leute aus dem rein katholisch-slavischen mindestens hundert Familien umfassenden Dorfe Schaschare melden dem hiesigen Pfarrer: Am vorbezeichneten Tage kam serbisches Militär in unser Dorf, liess alle Männer und Knaben aus demselben entfernen, worauf die Soldaten ins Dorf eindrangen und alle Frauen und Mädchen vergewaltigten. Dasselbe ereignete sich am selben Tage seitens serbischer Soldaten an zehn Familien des ebenfalls rein katholischen und slavischen Dorfes Letnica. Der Bruder des Pfarrers, ein Albanese aus dem Dorfe Stula, meldet ihm, dass in 29 Dörfern des Kara Dag 280 albanesisch-muselmännische Gehöfte verbrannt worden seien (Liste der Dörfer kann ich Euer Exzellenz über Verlangen einsenden). In allen diesen Dörfern ermordete man alle männlichen Bewohner, deren man habhaft werden konnte. Im Dorfe Trstenik hat man, wie bereits gemeldet, 60, in Senica 30, in Vrban 20, in Ljubiste 104, in Giulekar 24 Männer ermordet; in Sefer hat man eine alte Frau, die Mutter des bekannten gegenwärtig in Belgrad inhaftierten Kossum, zusammen mit ihrem katholischen Diener namens Kolmarini aus

Vrnavokolo bei lebendem Leibe verbrannt. Besonders im Dorfe Ljubiste ist das Elend bis zu dem Grade gestiegen, dass die muselmännischen albanesischen Frauen sich um 400 Piaster als Eigentum und gewissermassen Sklavinnen an noch übriggebliebene Mohammedaner verkaufen. Im Dorfe Presta gab ein junger verheirateter Muselmann seiner Frau einen Revolver mit dem Auftrage, ihn zu rächen, falls die Serben ihm etwas antun sollten. Als die Serben ihn gebunden hatten, tötete die Frau fünf serbische Soldaten. Letztere liessen darauf das ganze Dorf, 90 Gehöfte, in Flammen aufgehen. Im Dorfe Ljubiste hat man den Hausherrn der Familie Bakija, die alte Mutter der Familie Metushi, in der Familie Emin zwei Kinder lebend verbrannt. In Giulekar hat man, wie bereits gemeldet, einer schwangeren Frau den Bauch aufgeschlitzt und ihr die Leibesfrucht herausgerissen. Der französische Konsul, dessen katholischer Diener die Vergewaltigung zweier Schwägerinnen beklagt, sendet ihn nach Letnica, angeblich um Geld hinzuschicken, tatsächlich wohl aber um die Verhältnisse zu erheben und erklärt, er werde der Ereignisse wegen, durch die die Katholiken gelitten haben, beim hiesigen Delegierten des serbischen Ministeriums des Äussern Voutschko Michael protestieren. Auf meine Frage, auf welcher Grundlage er Protest erheben werde, antwortete mir mein Kollege, er tue dies der Menschlichkeit wegen, denn er sei auf das Äusserste entrüstet wegen des Vorgehens den Katholiken gegenüber, die er als Slaven bezeichnete, die den Serben wohlgesinnt waren. Auf Herrn Carliers Frage, ob ich auch protestieren werde, meinte ich, dass ich mich von einem Protest enthalte, jedoch die Vorfälle Euer Exzellenz melden werde. Die vorgeschilderten Vorfälle wirbeln hier ungeheuer viel Staub auf. Ich beantrage, mich, respektive einen Vizekonsul, mit dem Dragoman und zwei Kawassen sowie dem Pfarrer ungesäumt in das bedrohte Gebiet unseres Kultusprotektorates zu einer strengen Untersuchung zu entsenden, weil ich mich ausser Stande erkläre, die Euer Exzellenz bereits wiederholt gemeldeten Grausamkeiten der Serben länger mitanzusehen, respektive die vorwurfsvollen Klagen unserer Geistlichkeit weiter anzuhören. Ich würde es jedoch als Gnade Euer Exzellenz empfinden, falls Hochdieselben sich bewogen fühlen sollten, die mit den Pflichten eines Christen und mit der Ausübung des Kultusprotektorates so schwer vereinbarliche Leitung dieses Konsulates von meinen Schultern zu nehmen. Gleichlautend Belgrad 49. Heimroth.

[a]) Vgl. n. 6037, 6053.

Nr. 6050. Tel. aus Bukarest, 7. März 1913 Nr. 80 (eing. 8 U. p. m.).[a]) *Entziff.*

Minister des Äussern las eben Depesche Herrn Diamantidis[b]) aus Rom vor, wonach Herr von Mérey sich demselben gegenüber geäußert hätte, Rumänien bestehe laut ihm aus Wien zugekommenen Nachrichten nicht mehr auf Abtretung Silistrias. Minister bedauert lebhaft, dass österreichisch-ungarischer Botschafter in einem für Rumänien so kritischen Moment derart unrichtige Äußerungen tue und beauftragt Herrn Mavrocordato, in dieser Sache bei Euer Exzellenz vorzusprechen. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 6066, 6067, 6105 Anm. b. — [b]) Richtig: Diamandi.

Nr. 6051. Bericht aus Bukarest, 7. März 1913 Nr. 22 A (eing. 10. März).[a] Ausfert.

In meinem ergebensten Chiffre-Telegramm Nr. 77 erlaubte ich mir einen dahingehenden Ausspruch des Herrn Ministers des Äußern einzuberichten, daß Rumänien sich gezwungen sehen würde, militärische Vorkehrungen zu treffen, falls der bulgaro-türkische Friede geschlossen würde, bevor die rumäno-bulgarische Differenz eine befriedigende Erledigung fände. Herr Maioresco fügte dieser Mitteilung hinzu, daß er trotz seines besten Willens jede militärische Maßnahme bei dem heutigen Stande des rumäno-bulgarischen Zwistes zu vermeiden, absolut nicht in der Lage wäre, einer solchen Forderung der Kriegspartei Widerstand zu leisten, nachdem durch die Degagierung der bulgarischen Armee Rumänien, welches nicht einmal Reserven einberufen habe, sich in einer manifesten Inferiorität befinden würde. Kein Minister des Äußern könnte die Verantwortung auf sich nehmen, sein Land unvorbereitet und ungerüstet in einer Kontroverse mit einem bis an die Zähne bewaffneten Nachbar zu lassen, der gegebenen Falles über den Wehrlosen herfallen könnte. K. E. Fürstenberg.

[a] Vgl. n. 6355.

Nr. 6052. Bericht des Generalkonsuls Rudolf Weinzetl aus Cetinje, 7. März 1913 Nr. 22 B (eing. 10. März). Ausfert.

Im Verfolge des ergebenen Telegrammes Nr. 37[a] vom 5. d. M. beehre ich mich Eurer Exzellenz zu melden, dass der Wortlaut der am selben Tage in Angelegenheit der Mediation von den Vertretern der Grossmächte in Cetinje unternommenen mündlichen Demarche der folgende war: „Le Gouvernement Impérial Ottoman a fait savoir, qu'il acceptait la médiation des Grandes Puissances dans le but d'arriver à la paix. Le Gouvernement de ... désire savoir, si le Gouvernement Royal Monténégrin est disposé à accepter la médiation des Puissances." Diese im Namen und in Gegenwart der hiesigen Vertreter der Grossmächte durch den Doyen, Baron Squitti, dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Vukotić gemachte Kommunikation wurde von demselben zunächst wie folgt beantwortet. „Die montenegrinische Regierung, indem sie von dieser Mitteilung dankend Akt nimmt, behält sich vor, mit den Verbündeten darüber das Einvernehmen zu pflegen. Die Regierung kann aber jetzt schon erklären, dass sie, in Anbetracht der von den Mächten in der Skutarifrage eingenommenen Haltung, auf eine, diese Angelegenheit betreffende Mediation nicht eingehen kann, da der Besitz von Skutari für Montenegro eine Lebensfrage bedeutet." Da trat der englische Gesandte, Graf Salis, vor und erklärte, dass er nach seinen Instruktionen eine solche Antwort nicht annehmen könne; die montenegrinische Regierung möge die Erklärung abgeben, ob sie eine Mediation der Grossmächte annehme oder nicht. Gleich darauf bemerkte der russische Vertreter, dass er die gleiche Instruktion habe. Der Doyen erklärte, dass er zwar keine ausdrückliche Weisung in diesem Sinne erhalten hätte, dass er sich aber — dem Sinne seiner Instruktion gemäss — der Erklärung seines englischen Kollegen anschliesse. Ich äusserte mich in einem analogen Sinne.

Der französische Geschäftsträger bemerkte, dass er keine diesfällige Instruktion besitze, während der deutsche Gesandte keinerlei Äusserung abgab. Herr Vukotić zog darauf die ursprüngliche Antwort zurück, versprach, dem Ministerrat über die Sache zu referieren und Nachmittag Antwort zu geben. Der Wortlaut derselben ist folgender: „C'est avec gratitude, que je prends acte de la communication que vous avez bien voulu me faire, mais pour pouvoir vous donner la réponse, je vous prie, de me laisser le temps afin que le Gouvernement Royal puisse s'entendre avec les Gouvernements des Etats alliés." Was das Vorgehen des englischen und des russischen Vertreters anbelangt, habe ich nachträglich gehört, dass dieselben am Vortage, als sie von der Absicht der montenegrinischen Regierung, in der Antwort die Skutarifrage hervortreten zu lassen, Nachricht erhielten, übereingekommen waren, Erklärungen in dem obigen Sinne abzugeben. Weinzetl.

a) Tel. Nr. 37, 5. März 1913 (eing. 6. März 8 U. a. m.) im vorliegenden Berichte ausführlich wiederholt.

Nr. 6053. Tel. nach London, 7. März 1913 Nr. 219 (chiffr. 8. März 12 U. 26 M. a. m.).a) Konz. (S. Nemes; V. u. G. Berchtold).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 187 vom 6. l. M. Zu der von der Réunion aufgeworfenen Frage, ob neuerliche Schritte in Belgrad und Cetinje nicht opportun wären, müssen wir bemerken, daß wir einen nachdrücklichen und unzweideutigen Schritt der Mächte in diesem Sinne nicht allein für opportun, sondern für notwendig und dringend halten, sobald die Zugehörigkeit gewisser Gebiete zu Albanien von den Mächten endgiltig festgestellt sein wird. Die Beschlußfassung der Mächte über die Delimitirungs- und Räumungsfrage läßt einen weiteren Aufschub schon aus dem Grunde nicht zu, weil die Nachrichten über das brutale Vorgehen der Serben in den von ihnen okkupirten, von Albanesen bewohnten Gebieten es immer klarer machen, daß die dortige Situation unhaltbar ist und dringende Abhilfe erheischt. Bei dem besten Willen, von dem wir wahrlich die weitgehendsten Beweise geliefert haben, wäre es uns nicht möglich, noch länger ganz passiv zuzusehen, wie in den Gebieten des künftigen Albaniens ein Vernichtungskampf gegen die albanesische Nationalität geführt wird und durch zahlreiche Akte der Zerstörung dieses Land in eine Wüste verwandelt werde, ohne daß hiefür auch nur der Vorwand militärischer Notwendigkeiten geltend gemacht werden könnte. Überdies birgt die immer näherrückende Eventualität eines Falles der Stadt Skutari den Keim großer Komplikationen in sich, da die Gefahr naheliegt, daß Serbien und Montenegro ohne Anwendung von Pressionsmitteln zur Räumung dieser Stadt, an deren Einverleibung in Albanien wir unter allen Umständen festhalten, nicht zu bewegen sein werden. Eine solche Wendung muß aber uns und allen, die die Erhaltung des europäischen Friedens aufrichtig wünschen, die schwersten Besorgnisse einflößen. Angesichts der geschilderten Gefahren können wir uns nicht durch die schleppenden Verhandlungen der Botschafterréunion weiter lahmlegen lassen und müssen daher darauf dringen, daß es in den allernächsten Tagen zu einer Beschlußfassung über die Abgrenzungsfrage

und im unmittelbaren Anschlusse daran zu einer autoritativen Erklärung der Mächte in Belgrad und Cetinje über die Respektirung des albanesischen Territoriums komme. Euer Exzellenz wollen sich in diesem Sinne ungesäumt in eindringlichster Weise Sir E. Grey oder im Falle seiner Abwesenheit Sir A. Nicolson gegenüber aussprechen und sich gegebenenfalls auch bei einer eventuellen Besprechung in der Botschafterréunion von diesen Erwägungen inspiriren lassen. Berchtold.

[a] Oe. U. Balkan 168 Nr. 315. Vgl. n. 6049, 6071, 6072.

Nr. 6054. Tel. aus London, 7. März 1913 Nr. 188 (eing. 6 U. p. m.). Entziff.

Les délégués albanais à Londres ont remis à Sir E. Grey et aux ambassadeurs un mémorandum signalant la triste situation des habitants de Valona et de ses environs qui, bloqués de tout côté par les belligérants, ne peuvent se procurer des vivres et sont exposés à mourir de faim. La réunion pense qu'il y aurait urgence à demander au gouvernement hellénique de permettre le ravitaillement de ces populations en prenant toutes les mesures qu'il jugera utile pour la surveillance des bâtiments chargés de ce service. Sir E. Grey envoie des instructions dans ce sens au représentant anglais à Athènes. Mensdorff.

Nr. 6055. Tel. aus London, 7. März 1913 Nr. 190 (eing. 8 U. p. m.).[a] Entziff.

Wie Euer Exzellenz meinem gestrigen Telegramme Nr. 186 entnehmen wollen, ist eine Diskussion der Südost- und Südgrenze Albaniens ins Auge gefasst und würde meiner Ansicht nach, ein baldiger Beginn derselben für das allgemeine Arrangement der noch pendenten Fragen von Vorteil sein. Sollten Euer Exzellenz mit der italienischen Regierung über diese Frage einig sein, auf welche der ...[b] von Janina von Einfluss sein dürfte, so wäre es wünschenswert, dass italienischer Botschafter und ich ehestens mit Instruktionen versehen werden. Marquis Imperiali gibt mir stets zu verstehen, dass seine Regierung sich Griechenland viel entgegenkommender zeigen würde, als die k. und k. Regierung und dass — nach seiner Meinung — der von uns eingenommene Standpunkt in der Südgrenze auch nicht Aussicht hätte von England und Frankreich akzeptiert zu werden.

Mensdorff.

[a] Vgl. n. 6046, 6058. — [b] Chiffre fehlt.

Nr. 6056. Tel. aus London, 7. März 1913 Nr. 191 (eing. 10 U. p. m.).[a] Entziff.

Im Nachhange zu meinem gestrigen Telegramm Nr. 185. Wie ich von Graf Benckendorff erfahre, bestünde Differenz betreffs linken Bojanaufers nur darin, dass russischerseits Grenze anstatt Talweg der Bojana das linke Flussufer sein soll, bis zu dem Punkte, wo beide Ufer Albanien bleiben. Es handelt sich also nicht darum, Montenegro einen Landstreifen am linken

(Ufer)[b] zu zedieren. Die Differenz bezüglich des Skutarisees ist der Euer Exzellenz bekannte Wunsch Herrn Sazonows, die Wasserfläche der albanesischen Zone des Sees im Hinblicke auf deren Trockenlegung für Montenegro zu sichern. Ich möchte auf Grund Vorstehenden konstatieren, dass nunmehr zwischen unserer und der russischen Grenzlinie von der Adria bis zu Ochrida mit Ausnahme Diakowas und Umgebung keine Differenz betreffend Landgebietes besteht. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 6070, 6071, 6141. — [b] Chiffre fehlt.

Nr. 6057. Tel. nach Rom, 7. März 1913 Nr. 249 (chiffr. 10 U. 50 M. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 105 vom 4. d. M. erhalten. Es ist richtig, daß Herr von Jagow gegen meine Anregung, die Frage von Silistria mit jener von Salonik zu kombinieren, Bedenken hegt. Ich bin jedoch nachdrücklich bemüht, diese Bedenken zu widerlegen und erwarte von den noch nicht abgeschlossenen Pourparlers eine Modifikation der ablehnenden Haltung des Herrn Staatssekretärs. Euer Exzellenz wollen Marquis di San Giuliano hievon vertraulich Mitteilung machen und hinzufügen, daß ich von seiner Zustimmung zu meiner Proposition sehr befriedigt sei. Ich hielte auch heute noch aus gewichtigen Gründen an ihr fest und es wäre mir deshalb sehr erwünscht, wenn das italienische Kabinett mich in meinen Bemühungen, Herrn von Jagow von seiner Abneigung gegen meine Idee abzubringen, unterstützen würde. Angesichts der bevorstehenden Mediation der Mächte in der rumänisch-bulgarischen Frage schiene es mir nämlich dringend notwendig, daß die Dreibundstaaten schon in allernächster Zeit zu einem Einverständnis über ihre Haltung gelangen. Die Gründe, welche mich wünschen lassen, daß dieses Einverständnis auf der Basis meiner Anregung zustandekomme und die Euer Exzellenz, soweit Hochdieselben es für angezeigt halten, auch bei Marquis di San Giuliano verwerten wollen, sind kurz die folgenden: Die Kombination Salonik-Silistria würde uns die Möglichkeit bieten, ... *wie n. 6034 von „uns die Freundschaft Rumäniens“ bis „für eine unbefriedigende Lösung verantwortlich machen müßte“* ... Zu Euer Exzellenz persönlicher Information füge ich hinzu, daß die Einwendungen des deutschen Kabinets[b] in nachstehenden Punkten gipfeln: 1. Prinzip der Nichteinmischung in die Verteilung der neuerworbenen Gebiete unter den Balkanalliierten. (Ich habe dagegen auf die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des Grundsatzes verwiesen, daß jede territoriale Veränderung am Balkan der Zustimmung aller Mächte bedarf.) 2. Besorgnisse für die Stellung König Georgs, falls Griechenland auf Salonik verzichten muß. 3. Befürchtung, daß Rußland opponiert und zu den mit Petersburg zu regelnden Fragen eine weitere hinzukommt. 4. Niedrige Taxierung der Chancen, Bulgarien überhaupt zum Dreibund herüberzuziehen. — Euer Exzellenz sind ermächtigt, sich in dieser Richtung informiert zu zeigen, falls der Herr Minister auf die Gegenargumente Herrn von Jagows zu sprechen kommen sollte. Bei Ihrer Unterredung mit Marquis di San Giuliano wollen Euer Exzellenz schließlich bemerken, daß ich

durch Grafen Tarnowski erfahren hätte,[c]) der italienische Vertreter in Sofia sei beauftragt worden, unter der Voraussetzung eines analogen Vorgehens unseres und des deutschen Gesandten, der bulgarischen Regierung die Abtretung von Silistria zu empfehlen und ihr gleichzeitig die Unterstützung der bulgarischen Ansprüche auf Salonik zuzusichern. Euer Exzellenz wollen darauf verweisen, daß das Fehlen der Zustimmung Deutschlands einen solchen Schritt in Sofia natürlich derzeit ausschließt. Davon abgesehen schwebe mir aber der Gedanke vor, daß die Dreibundmächte, sobald sie sich, wie ich hoffe, im Sinne meiner Proposition geeinigt hätten, sich mit diesem ihrem Vorschlag an die Mächte und nicht an die bulgarische Regierung wenden sollten, welch letztere lediglich entsprechend zu informieren wäre. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6106. — [b]) Vgl. n. 6023. — [c]) Vgl. n. 6019.

Nr. 6058. Tel. nach Rom, 7. März 1913 Nr. 250 (chiffr. 10 U. 40 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 115 vom 6. l. M. Ich ersuche Euer Exzellenz, Marquis di San Giuliano mitzutheilen, daß ich damit einverstanden bin, daß im Laufe der Londoner Verhandlungen bezüglich der Stadt Janina und deren nächster Umgebung eine Konzession von unserer Maximalgrenze gemacht werde. Was die Absicht des Herrn Ministers anbelangt, bezüglich der Küste an der Maximalgrenze (bis Phanari) festzuhalten, so bin ich hiemit einverstanden, möchte jedoch darauf aufmerksam machen, daß die von Marquis di San Giuliano bezüglich des Hinterlandes ins Auge gefaßten Konzessionen sich auf Janina und die zwischen dieser Stadt und dem Meere [sich] erstreckenden Gebiete beschränken müßten. Östlich von Janina müßte ich an unserer Linie festhalten und insbesondere auf der Zugehörigkeit der Pinduswalachen und der Stadt Korča zu Albanien bestehen. Letztere bildet nämlich ein so wichtiges Kulturcentrum der Albanesen, daß ich eher, als die Preisgabe dieser Stadt zuzulassen, an der Küste auf die Kalamaslinie zurückgehen würde. Laut einer kürzlichen Bemerkung Grafen Benckendorffs zu Marquis Imperiali (mein heutiges Telegramm Nr. 248)[b]) scheine man sich übrigens auch russischerseits mit der Belassung Korčas bei Albanien abgefunden zu haben. Da die Londoner Botschafterréunion laut einer Meldung Grafen Mensdorffs[c]) schon demnächst die Delimitirung Albaniens im Südosten und Süden in Angriff nehmen wird, würde ich großen Werth darauf legen, wenn Marquis di San Giuliano nunmehr Marquis Imperiali mit einschlägigen Instruktionen versehen wollte. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6107, 6151 Anm. b, 6165. — [b]) Mit Tel. Nr. 248, 7. März 1913 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.) wurde n. 6045 nach Rom mitgeteilt. — [c]) n. 6055.

Nr. 6059. Tel. nach St. Petersburg, 7. März 1913 Nr. 182 (chiffr. 7 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; V. Pogatscher u. Berchtold; G. Berchtold).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 79 vom 5. l. M. Um den von Herrn Sazonow geäußerten Wünschen entgegenzukommen, stimme

ich den von ihm angeregten Änderungen im Texte des beiderseitig gleichzeitig zu veröffentlichenden Communiqués zu. Euer Exzellenz wollen Herrn Sazonow dies mitteilen und hinzufügen, daß selbstredend das offiziöse „Fremdenblatt" die in diesem Communiqué angekündigte Reduktion der Streitkräfte an der galizischen Grenze und die darin zum Ausdruck kommende Kundgebung des freundschaftlichen Verhältnisses zwischen den beiden Monarchen und des wechselseitigen Vertrauens zwischen den beiden Reichen entsprechend kommentieren wird, indem es in ähnlicher Weise, wie dies bereits anläßlich der Mission des Prinzen Hohenlohe bekanntlich in einem von der „Rossija" freundschaftlich quittirten Artikel geschehen ist, hervorheben wird, daß der Umgestaltungsprozeß, der sich in jüngster Zeit am Balkan vollzogen hat, in voller Übereinstimmung mit dem oft verkündeten und stets festgehaltenen Programme der Monarchie betreffs der selbständigen Entwicklung der Balkanstaaten stehe, wodurch der früheren Rivalität der beiden Mächte immer mehr der Boden entzogen wird. Dieser Gedankengang, in dessen Verlaufe naturgemäß auch das Bestreben der Monarchie betont sein wird, freundnachbarliche Beziehungen zu den Balkanstaaten nach wie vor zu unterhalten, involviere eo ipso das Abhandensein irgendwelcher aggressiver Haltung Österreich-Ungarns gegen Serbien. Ich beabsichtige, das Communiqué und den fraglichen Fremdenblattartikel am Dienstag früh zu veröffentlichen, falls dieses Datum auch Herrn Sazonow konveniert.

[a]) Vgl. n. 6075, 6093, 6119, 6134.

*Nr. **6060**. Tel. aus Sofia, 7. März 1913 Nr. 209 (eing. 9 U. p. m.).[a]) Entziff.*

Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 207 von heute. Konseilspräsident sagt mir soeben, er wisse, dass mir Finanzminister bereits gestern mitgeteilt, wie die Antwort lauten würde; fortfahrend wiederholte er das, was ich vom Minister Todorow gehört, und reassumierend meinte er, ich könnte jedenfalls Euer Exzellenz melden, dass uns Bulgarien in jeder Hinsicht Erhaltung bisherigen Standes garantieren würde. „Vous êtes donc satisfait de l'état actuel et nous nous engageons à ne rien y changer à votre désavantage". Ich bemerkte, dass ich durchaus nicht sicher, ob uns Erhaltung der bisherigen Verhältnisse — in welchen ich gar nicht orientiert — befriedigen würde, und dass mir schiene, durch unsere Desiderata verlangten wir eine Besserung des bisherigen Standes; jedenfalls rechneten wir, fügte ich hinzu, auf Organisation eines Freihafens. Konseilspräsident erwiderte, dass neben einigen anderen auch dieser Punkt Aufklärung bedürfte: was verstünden wir unter Freihafen? Verlangen wir zollfreie Einfuhr nach Salonik oder nur freien Transit ins freie Gebiet? Ich sagte Konseilspräsidenten, dass ich seine Antwort Euer Exzellenz melden und um Aufklärung bezüglich Fragen, die bulgarischer Regierung nicht verständlich, bitten würde. „Mais je vous prie de dire en même temps au Comte Berchtold que nous ne renonçons pas à Silistrie et que nous ésperons avoir l'appui de l'Autriche-Hongrie dans le règlement des nos affaires avec la Turquie

et avec nos alliés." Ich unterließ nicht, Herrn Geschoff zu verstehen zu geben, dass ich von seiner „Bescheidenheit" erbaut bin, und bemerkte, dass ich über Frage Silistria nicht informiert und nur das wüsste, was ich Konseilspräsidenten im Auftrage Euer Exzellenz mitgeteilt, nämlich, dass Hochdieselben Gedanken haben, Bulgarien durch Salonik für Zugeständnisse an Rumänien zu kompensieren; ob zu diesen Konzessionen, was auch nicht vom Willen Euer Exzellenz abhinge, Silistria gehören soll, wüsste ich nicht, es schiene mir aber mehr als mesquin, Silistria überhaupt zu erwähnen, wenn von Salonik die Rede. Konseilspräsident erwiderte, dass er unvergleichlich höheren Wert Saloniks nicht verkenne und einsehe, dass es glänzendes Geschäft wäre, Silistria gegen Salonik einzutauschen, er fürchte aber, dass Bulgarien Silistria verlieren und Salonik nicht haben werde. Auf weiteren Äußerungen Geschoffs ging hervor, dass man hier jetzt nicht mehr recht an Möglichkeit glaubt, dass es gelingen könnte, Salonik mit diplomatischen Mitteln Griechenland zu nehmen und Bulgarien zu geben. Unter anderem bemerkte Herr Geschoff, „que si même cela devait réussir, les Grecs en renonçant à Salonique, se compenseraient en prenant des territoires qui devraient revenir à la Bulgarie." Tarnowski.

a) Vgl. n. 6076, 6077, 6078.

Nr. 6061. Tel. aus Sofia, 7. März 1913 Nr. 210 (eing. 8. März 8 U. a. m.). Entziff.

Bezug auf mein Telegramm Nr. 197 vom 4. d. M. und hohes Telegramm Nr. 119 vom 6. d. M. Deutscher Kollege, dem der Auftrag, den italienischer Gesandter zur eventuellen Demarche erhalten, bekannt ist, sprach mit mir unverbindlich über Saloniker Frage und meinte, er persönlich hoffe, dass unsere Regierungen vom Gedanken, diese Stadt Bulgarien als Kompensation für Konzessionen an Rumänien zu geben, absehen werden. Herr von Below meinte, dass er im Gegenstande nie — auch damals nicht, als ich ihm davon vor einiger Zeit (vide hohes Telegramm Nr. 200 vom 29. Dezember v. J.) gesprochen, — von Berlin irgend welche Instruktionen erhalten hätte, und er halte sich auch der Frage ferne, da doch Frau des Diadochen Schwester Kaiser Wilhelms sei. Deutscher Kollege — er ist kein Freund der Bulgaren — sehe gar nicht ein, welche Vorteile man daraus haben würde, wenn die xenophoben Bulgaren Salonik bekommen sollten. Handel wäre Schikanen ausgesetzt und Griechenland, aber auch Serbien würde man sich für immer verfeinden und möglicherweise Sturz griechischer Dynastie herbeiführen.
Tarnowski.

Nr. 6062. Tel. aus Belgrad, 8. März 1913 Nr. 121 (eing. 9. März 8 U. a. m.).a) Entziff.

Es sind Anzeichen bemerkbar, dass Serbien näheren Anschluss an Griechenland sucht. Es ist nicht sehr wahrscheinlich, dass schon positive Abmachungen getroffen worden seien, aber die Idee einer gegenseitigen Unterstützung Bulgarien gegenüber dürfte schon Gegenstand von Besprechungen gebildet haben. Es sollen übrigens mit Bulgarien neuerliche

Abmachungen wegen der Fixierung der Grenze eingeleitet worden sein, wobei Bulgarien zur Nachgiebigkeit disponiert [sein] und nicht mehr auf die vor dem Kriege getroffenen Abmachungen bestehen soll. Die Zeitungsnachrichten, dass die Frage bereits geregelt sei, dürfte aber nicht der Wahrheit entsprechen, da, wie mir Herr Pašić sagte, die definitive Regelung erst nach Friedensschluss erfolgen könne. Ugron.

[a]) Oe. U. Balkan 170 Nr. 319.

Nr. 6063. Tel. aus Belgrad, 8. März 1913 Nr. 123 (eing. 9. März 8 U. a. m.). Entziff.

Im Nachhange zu Telegramm Nr. 119[a]) vom 7. d. M. Habe serbische Greueltaten im Sinne Telegrammes Euer Exzellenz Nr. 48 vom 6. d. M. zur Sprache gebracht. Herr Pašić erklärte, an die Gerüchte nicht zu glauben, und behauptete, dass dieselben bestimmt nur vage Erfindungen von Personen seien, die durch den Krieg geschädigt worden sind. Er will nur die Einäscherung einzelner Dörfer und Hinrichtung von Männern als kriegsrechtlich zulässige Vergeltungsmassregeln zugeben. Er danke für meine Mitteilungen und werde sofort strenge Untersuchung einleiten lassen und, wenn sich Gerüchte dennoch, wenigstens in einzelnen Fällen, bewahrheiten sollten, strenge Bestrafung anordnen. Ugron.

[a]) Mit Tel. Nr. 119 aus Belgrad vom 7. März 1913 (eing. 6 U. 30 M. p. m.) wurde der Empfang von n. 6037 gemeldet.

Nr. 6064. Tel. aus Belgrad, 8. März 1913 Nr. 125 (eing. 9. März 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Sowohl Herr Pašić wie auch Herr Stefanović betonten mir gegenüber nachdrücklichst, dass sie von der Hilfeleistung an Montenegro nicht abstehen können. Wenn ihre Hilfe auch zu keinem positiven Resultat führen würde, sind sie im Sinne des Bündnisvertrages dazu verpflichtet und der Volkswille in Serbien verlange es. Würde König Nikolaus noch weitere Truppen verlangen, würden sie dieselben bestimmt beistellen. Im Gespräche sagte Herr Stefanović, dass neuere bedeutende Kontingente in Skutari noch nicht eingetroffen seien; aber sie dürften teilweise schon schwimmen, fügte er hinzu. Bezüglich des einen gestrandeten Transportschiffes sagte mir Herr Pašić, dass nur ein serbischer Soldat umgekommen sei, dafür aber die Hälfte des Pferdetransportes; auch viel Munition ist verloren gegangen. Geschütze waren nicht auf dem Schiff. Ugron.

[a]) Vgl. n. 5998, 6083, 6095.

Nr. 6065. Tel. aus Berlin, 8. März 1913 Nr. 122 recte 123 (eing. 4 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Mit Bezug auf Euer Exzellenz Erlass Nr. 1014 und Telegramm Nr. 208 vom 5. d. M. Ich habe mir die größte Mühe gegeben, auf Grund mir zugegangener Instruktionen den Staatssekretär für den von Euer Exzellenz

eingenommenen Standpunkt in der Kombination Salonik-Silistria zu gewinnen. Zu meinem Bedauern muss ich aber konstatieren, dass mir dies nicht gelungen ist. Was unsere prinzipielle Stellungnahme betrifft, dass jede territoriale Veränderung am Balkan unserer Zustimmung bedürfe, versicherte mir Herr von Jagow, dass er mir derselben vollkommen einverstanden sei und auch für Deutschland das gleiche Recht beanspruche. Es gelte dies selbstverständlicherweise auch für Salonik und bei der endgiltigen Regelung dieser Frage müsse ebenso wie Österreich-Ungarn auch Deutschland mitentscheiden. Er habe auch nie behauptet, dass die deutsche Regierung gegen eine Einmischung in die Aufteilung der von den verbündeten Balkanstaaten eroberten Gebiete sei. Er habe nur gesagt, dass es jetzt verfrüht wäre, in dieser Beziehung Entscheidungen zu treffen. Übrigens sei er der Meinung, dass der Anschluss Saloniks an Bulgarien für Österreich-Ungarn und für Deutschland durchaus nicht vorteilhafter wäre als dessen Einverleibung in Griechenland und zwar weder aus politischen, noch aus wirtschaftlichen Gründen. Nach seiner Ansicht könnte die Stellung Saloniks als kommerzielles Zentrum durch Griechenland besser gesichert werden als durch Bulgarien. Die Verquickung der Frage Silistrias und Saloniks im besprochenen Sinne halte er auch in politischer Beziehung für nicht wünschenswert, da dieselbe zwar Vorteile für Rumänien, aber Nachteile für Griechenland haben würde. Er hege gewiss kein allzu grosses Vertrauen in die künftige Politik weder Griechenlands noch Bulgariens, doch gestehe er offen, dass er in dieser Beziehung mehr Vertrauen in Griechenland als in Bulgarien setze. Wie Herr von Tschirschky auftragsgemäß Euer Exzellenz auseinandergesetzt, befürchte die deutsche Regierung in hohem Maße, dass Bulgarien für die Dauer für den Dreibund nicht zu gewinnen sei, hauptsächlich aus dem Grunde, weil die Persönlichkeit König Ferdinands keine Gewähr dafür biete. Der König gravitiere zweifellos nach Petersburg und könne sich ebensowenig wie seine Regierung von seiner finanziellen Abhängigkeit von Frankreich emanzipieren. Nach meinen wiederholten Einwendungen ersuchte mich der Staatssekretär, ihm eine Notiz über den ihm mitgeteilten obzitierten Erlass und die zitierten Telegramme zu übergeben. Er versprach mir, die ganze Angelegenheit nochmals genau zu bedenken, doch meinte er, dass er zu seinem Bedauern kaum im Stande sein werde, Euer Exzellenz Wünschen zu entsprechen. Vor Allem würde er großes Gewicht darauf legen, von Euer Exzellenz darüber informiert zu werden, in welcher Form Hochdieselben die in Anregung gebrachte Aktion einleiten und ob Euer Exzellenz diese Angelegenheit vor die Botschafterréunion in London bringen oder vorerst ein vertrauliches Versprechen der bulgarischen Regierung zugehen lassen wollen. Dies letztere wäre in Anbetracht des vertraulichen Verhältnisses zwischen Sofia und Petersburg seiner Ansicht nach das Gefährlichere. Streng vertraulich. Zum Schlusse teilte mir der Staatssekretär mit der Bitte der strengsten Geheimhaltung mit, dass zwar auch er selbst gegen die Zusprechung Saloniks an Bulgarien die ernstesten Bedenken habe, doch seien ihm die Hände gebunden, da Kaiser Wilhelm König Ferdinand und den Bulgaren gegenüber großes Misstrauen hege und auch aus verwandtschaftlichen, dynastischen Gründen den ihm an und

für sich sympathischen Griechen helfen wolle und in dem Falle, dass König Georg gezwungen wäre, aus Salonik wieder hinaus zu gehen, eine Katastrophe für die griechische Königsfamilie befürchte. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 6022, 6082, 6127, 6174, 6255.

Nr. 6066. Tel. nach Bukarest, 8. März 1913 Nr. 149 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Hohenlohe; G. Berchtold).

Erhalten Euer Durchlaucht Tel. Nr. 80 vom 7. d. M. Ich ersuche Euer Durchlaucht dem Herrn Minister des Äusseren kategorisch erklären zu wollen, dass die Meldung Herrn Diamantidis[b]) auf einen Irrtum zurückzuführen sein muss, da Herr von Mérey keine derartige Nachricht von hier bekommen hat und es daher gänzlich ausgeschlossen ist, dass er die in Rede stehende Äusserung getan habe. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6067, 6105 Anm. b. — [b]) Richtig: Diamandis.

Nr. 6067. Tagesbericht über einen Besuch des rumänischen Gesandten, 8. März 1913 Nr. 1078 bis.[a]) Konz. (S. u. G. Hoyos).

Der königlich rumänische Gesandte hat heute im Kabinett des Ministers vorgesprochen und im Auftrage seiner Regierung mitgetheilt, der königlich rumänische Gesandte in Rom berichte über eine Unterredung mit dem k. u. k. Botschafter am italienischen Hofe betreffend den rumänisch-bulgarischen Konflikt, in deren Verlaufe sich Herr von Mérey dahin geäußert hätte, Rumänien mache seinen Informationen zu Folge aus der Abtretung Silistrias nicht mehr eine conditio sine qua non für eine Einigung mit Bulgarien. Herr Mavrocordato sei nunmehr von Herrn Majoresco beauftragt worden, diese irrthümliche Auffassung Herrn von Méreys richtig zu stellen und zu erklären, daß die rumänische Regierung im Gegenteil vor allem auf die Abtretung Silistrias Wert lege (que nous tenons avant tout à Silistria). Es wurde dem Herrn Gesandten in Aussicht gestellt, daß seine Mitteilung unverzüglich zur Kenntnis des Herrn Ministers gebracht werden würde.

[a]) Vgl. n. 6050, 6066.

Nr. 6068. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 8. März 1913 Nr. 153 (eing. 9. März 9 U. a. m).[a]) Entziff.

Vertraulich. Russischer Kollege sagte mir, er habe sichere Nachricht, daß Janina gefallen sei. Seiner Ansicht [nach] wäre daher Moment günstig, um auf die türkische Regierung Pression im Interesse des Friedens auszuüben. Herr von Giers ist der Meinung, daß die Grenzfrage die hauptsächlichste Schwierigkeit biete und daß man bald zu einem Einverständnis gelangen könnte, wenn sich Türkei mit der Linie Enos-Midia begnügen möchte. Kriegsentschädigungsfrage mißt russischer Botschafter geringere Bedeutung bei. Diesbezüglicher Standpunkt seiner Regierung sei ihm zwar nicht

genau bekannt, er glaube aber, daß alle Mächte mehr oder weniger Wunsch hegen, daß der Türkei keine Kriegsentschädigung auferlegt werde. Herr von Giers sagte mir schließlich, er werde übermorgen beim Minister des Äußern und Großvezir in dem Sinne einwirken, daß sich Türkei in der Grenzfrage entgegenkommend zeige. Ich glaube den Intentionen Euer Exzellenz zu entsprechen, wenn ich in demselben Sinne auf die türkischen Staatsmänner einwirke, namentlich auch deshalb, weil die Gefahr besteht, daß so wie Janina auch Skutari fallen könnte. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 6087.

Nr. 6069. Tel. nach London, 8. März 1913 Nr. 220 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

... wie n. 6024 in extenso ... Ich würde umso größeren Wert darauf legen, daß Euer Exzellenz sich bei Sir E. Grey von der richtigen Wiedergabe der Geneigtheit Herrn Sazonows zur Übernahme der oberwähnten Verpflichtungen überzeugen, als eine formelle russische Erklärung in diesem Sinne für uns weit wichtiger wäre als die ledigliche Notifizirung des Abgrenzungsbesschlusses der Réunion an die Regierungen von Belgrad und Cetinje — auch wenn dies seitens aller Mächte erfolgt. Sollte Sir E. Grey in der Lage sein, Euer Exzellenz zu versichern, daß die russische Regierung unter der Voraussetzung eines Verzichtes auf die Stadt Djakova unsererseits zur Abgabe einer formellen Erklärung im oberwähnten Sinne bereit wäre, wollen Hochdieselben dem Herrn Staatssekretär unter neuerlichem Hinweis auf die Komplikationen, welche ein vorheriger Fall Skutaris zur Folge haben könnte, nahelegen, daß er die russische Regierung zur Abgabe der fraglichen Erklärung bewege, auch wenn unsererseits statt dem sofortigen kompletten Verzichte auf Djakova die Bereitwilligkeit ausgesprochen wird, die Entscheidung des Schicksales der Stadt Djakova einer internationalen Lokalkommission zu überlassen. Auf diese Weise könnte durch Sir E. Greys Vermittlung das erstrebte Ziel einer friedlichen Verständigung sofort erzielt werden. Selbstverständlich könnten wir aber der Entsendung einer Lokalkommission nur unter der in meinem Telegramme Nr. 214 vom 4. l. M. erwähnten Voraussetzung zustimmen, daß unsere Linie mit Ausnahme von Djakova angenommen wird. Als ein Argument, welches bei Sir E. Grey gewiß nicht ohne Wirkung bleiben kann, wollen Euer Exzellenz für meinen Standpunkt, auf Djakova nicht rundweg verzichten zu können, ins Treffen führen, daß mir fortwährend und zwar beglaubigte Nachrichten zukommen, daß die Serben in den von ihnen besetzten Gebieten gegen die Andersgläubigen in derart barbarischer Weise vorgehen, daß es mir der hiesigen öffentlichen Meinung und meinem eigenen Gewissen gegenüber unmöglich erscheint, eine ausschließlich von Albanesen katholischer und mohammedanischer Religion bewohnte Stadt der serbischen Willkür auszuliefern, ohne auf den Gerechtigkeitssinn einer internationalen Kommission appellirt zu haben. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6091.

Nr. 6070. Tel. nach London, 8. März 1913 Nr. 223 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

Antwort auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 191 vom 7. l. M. Die Bojanagrenze von der Mündung bis zu jenem Punkte, wo beide Ufer dieses Flusses bei Albanien bleiben, wird jedenfalls dem Thalwege zu folgen haben, wie dies in allen ähnlichen Fällen geschieht. Wir sind weder bezüglich des Bojanalaufes, noch bezüglich des Wasserspiegels des Sees gesonnen, Ausnahmsbestimmungen der oberwähnten Art zuzulassen, welche aus den in meinem Telegramme Nr. 201[b] vom 25. v. M. erwähnten Gründen widersinnig erscheinen und im Widerspruche zu allgemein giltigen Rechtsnormen stehen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 6089. — [b] Vgl. n. 5983 Anm. a.

Nr. 6071. Tel. aus London, 8. März 1913 Nr. 192 (eing. 9 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm von heute Nr. 219. Aus meinem Telegramme Nr. 191 werden Euer Exzellenz ersehen haben, daß Differenz zwischen russischem und unserem Standpunkte betreffs linken Bojana-Ufers und Skutarisees in der Praxis unwesentlich ist. Russen wollen auf der Strecke Adria bis Dorf Goritza das linke Flußufer und nicht die Flußmitte als Grenze und wollen, meinem Eindrucke nach, Montenegro zum Eigentümer dieses Teiles der Bojana machen. Durch Führung der Grenze im Skutarisee einen Kilometer vom albanesisch bleibenden Ufer dürften Russen, in irriger Annahme der Möglichkeit der totalen Austrocknung des Sees, wahrscheinlich hoffen, Ackerland für Montenegro zu sichern. Diese beiden Grenzbestimmungen scheinen mit Theorie und Praxis nicht im Gegensatze[b] zu stehen, involvieren aber anderseits auch keine Schädigung albanesischer Interessen, sofern Schiffahrts- und Fischereirechte Albaniens durch gleichzeitig zu machende Vorbehalte gewahrt werden. Ich erlaube mir demnach Folgendes zu beantragen: Wir akzeptieren russischen Standpunkt unter der Bedingung der Annahme obiger Reserven. Dadurch würde Konstatierung wesentlich erleichtert, daß Djakova und Umgebung als einzige Differenz übrig geblieben. Diese Konstatierung kann hier in der Réunion erfolgen. Sie würde rascher zustande kommen, wenn Euer Exzellenz sich direkt mit Petersburg in Verbindung setzen und Herr Sazonow den Grafen Benckendorff mit entsprechenden Weisungen versieht. Ich könnte dann Sir E. Grey erklären, daß Euer Exzellenz bereit wären, seiner Idee der Entsendung einer Kommission nur bezüglich Djakovas und Umgebung zuzustimmen, vorausgesetzt, daß vorher bereits die Notifikation an die Regierungen in Belgrad und Cetinje erfolge, wodurch die Grenzlinie Albaniens im Norden und Nordosten als von den Mächten festgelegt erklärt wird und den beiden Regierungen intimiert wird, daß sie die Gebiete zu räumen haben, welche von den Mächten als zu Albanien gehörig erklärt wurden. Bitte um telegraphische Weisung. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 6083. — [b] Amtsvermerk: sic!

Nr. 6072. Tel. aus London, 8. März 1913 Nr. 193 (eing. 9. März 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 219 von heute. Ich habe eben Sir E. Grey gesprochen und ihm eindringlichst dargelegt, wie dringend eine Beschlussfassung über die albanesische Grenzfrage durch die Mächte und die daran geknüpfte ehebaldigste Notifikation an die serbische und montenegrinische Regierung sei. Staatssekretär sieht die Gefahren und Nachteile eines weiteren Aufschubes ein. Er meinte, die von uns in der Réunion ins Auge gefasste Wiederholung (mein Telegramm Nr. 187)[b] seiner seinerzeitigen Erklärung an serbischen Vertreter wäre, falls alle Mächte zustimmen, dass dieser Schritt sogleich geschehe, schon ein Fortschritt und wäre immerhin eine Vorbereitung zu einer weiteren Demarche, wenn man sich einmal über Diakowa geeinigt hätte. Ich versuchte ihn zu überzeugen, dass es dringend wäre, auch mit vorläufiger Ausschaltung der Frage von Diakowa eine Erklärung der Mächte in Cetinje und Belgrad abzugeben, wodurch den zwei Regierungen klar gemacht werde, sie müssten die von den Mächten festgelegte Grenzlinie Albaniens respektieren — namentlich was Skutari anbelangt. Sir E. Grey versprach mir — nachdem Graf Benckendorff heute nicht in London ist — noch heute abends an Buchanan nach Petersburg zu telegraphieren und ihn anzuweisen, Herrn Sazonow nahezulegen, wegen kleinerer Differenzen über Bojana oder Wasserfläche des Sees die wichtigeren Arrangements nicht aufzuhalten. Mensdorff.

[a] Oe. U. Balkan 169 Nr. 316. Vgl. n. 6073, 6083, 6101. — [b] Vom 6. März.

Nr. 6073. Tel. aus London, 8. März 1913 Nr. 194 (eing. 9. März 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Fortsetzung des heutigen Telegrammes Nr. 193. Sir E. Grey teilte mir Inhalt seines heute nachmittags an englischen Botschafter in Petersburg gerichteten Telegrammes mit, das ich möglichst wörtlich übersetzt nachstehend wiedergebe: „Nach den Resolutionen, die bei der Botschafterréunion vom 6. d. M. gefasst wurden, scheint es dringend, eine Mitteilung zu machen, um dem zwecklosen Blutvergießen in Skutari und längs der albanesischen Grenze ein Ende zu bereiten. Ich habe von Zeit zu Zeit von den britischen Konsularvertretern Berichte über Massakers in den von Serben okkupierten Gebieten erhalten, wenngleich es schwer ist zu wissen, wie viel davon authentisch ist. Wenn eine entschiedene Intimierung in Belgrad und in Cetinje gemacht werden könnte, dass die Zukunft der wichtigsten Punkte an den Grenzen Albaniens durch die Mächte bestimmt worden ist und durch nichts, was Serbien und Montenegro tun würden, berührt werden kann, glaube ich, dass all dies aufhören würde. Letzten Donnerstag, den 6. März, hat die Botschafterréunion angeregt, dass die frühere Kommunikation „les Puissances considèrent que la Serbie sera tenue d'évacuer le littoral et le territoire de l'Albanie après sa délimitation par les Puissances, dès que lesdites Puissances lui auront notifié leur décision" der serbischen Regierung wiederholt und auch der montenegrinischen Regierung gemacht

werde. Bitte, fragen Sie Minister des Äussern, ob er, falls auch die österreichisch-ungarische Regierung einwilligen würde, einverstanden wäre, dieser Notifikation beizufügen, dass die Mächte im Wesentlichen zu einer Verständigung gelangt sind, derzufolge Dibra, Ipek, Prisren ausserhalb Albaniens blieben, Skutari hingegen zu Albanien gehören würde und die Frage von Diakowa vorläufig in suspenso bliebe. Ich glaube nicht, dass es notwendig wäre, in Verbindung damit noch ausstehende Punkte, wie das Bojanaufer, zu diskutieren. Ich bin mir bewusst, dass die Zustimmung der russischen Regierung bezüglich Skutaris von der Konzession sowohl Diakowas als Dibras an Serbien abhängig war und dass die Zustimmung der österreichisch-ungarischen Regierung bezüglich Dibras davon abhängig gemacht war, dass nicht nur Skutari, sondern auch die ganze übrige von Österreich-Ungarn vorgeschlagene Linie Albanien konzediert werde. Es schiene jedoch sehr wünschenswert, nicht durch diese Formfrage eine sofortige Intimation an die Regierungen von Montenegro und Serbien zu behindern, des Inhaltes, dass die Mächte im Wesentlichen über alle volkreichen Zentren an der Nord- und Nordostgrenze Albaniens, mit Ausnahme Diakowas, übereingekommen sind. Es scheint wirklich von größter Wichtigkeit, dass diese Intimation erfolge." Mensdorff.

[a] Vgl. n. 6074, 6083, 6092, 6101.

Nr. 6074. Aide Mémoire des engl. Botschafters, 8. März 1913.[a] Ausfert.

A la réunion des Ambassadeurs à Londres le 6 mars ont été adoptées deux Résolutions (dont le texte est sans doute connu du gouvernement Impérial et Royal) au sujet de la délimitation de l'Albanie et de la question de l'évacuation des points occupés par les troupes serbes.[b] Sir Edward Grey trouve que ces résolutions signalent un pas vers un règlement des questions qui restent en suspens, et qu'elles font croire que, si l'on pouvait arriver à un accord concernant Djakova, le désir du Comte Berchtold de voir définitivement réglé l'avenir de Skutari et de notifier aux Etats balcaniques que les Puissances avaient tracé la frontière du nord de l'Albanie et ne permettraient plus de discussion sur cette question pourrait être réalisé. Dans ce cas toutes les Puissances auraient à faire savoir au Monténégro qu'il devrait renoncer à Skutari. La difficulté reste de trouver un compromis qui éviterait la nécessité d'une notification à la Serbie qu'elle devrait évacuer Djakova. Il semblerait impossible d'attendre de la Russie qu'elle consente à une solution qui nécessiterait toutes deux de ces notifications. Sir Edward Grey pense pourtant que la Russie ne refuserait pas de se mettre d'accord pour un compromis qui assurerait aux Albanais dans la région de Skutari[c] des avantages matériaux — surtout économiques, tout en évitant la nécessité d'ordonner aux Serbes d'évacuer la ville. Sir Edward Grey est prêt à discuter la possibilité d'une telle solution avec les Ambassadeurs de l'Autriche-Hongrie et de la Russie séparemment, quand ceux-ci le voudraient, et de soumettre la question à la Réunion aussitôt qu'il y aura l'espoir d'un accord.

[a] Vgl. n. 6073, 6088. — [b] Vgl. n. 6043, 6044. — [c] Mit Bleistift verbessert in Djakowa.

Nr. 6075. Tel. aus St. Petersburg, 8. März 1913 Nr. 82 (eing. 9. März 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Ich habe heute Herrn Sazonow Euer Exzellenz Einverständnis mit seinem Amendement des gleichzeitig zu veröffentlichenden Kommuniqués mitgeteilt und ihm den Gedankengang des simultan mit diesem im „Fremdenblatt" erscheinen sollenden offiziösen Kommentars, wie er Euer Exzellenz vorschwebt und wie ihn mir Hochdieselben in Hochderen gestrigem Telegramm Nr. 182 mitgeteilt haben, skizziert. Herr Sazonow, welcher damit ganz einverstanden zu sein schien, sagte mir, er müsse, bevor er mir eine definitive Antwort gebe, noch einmal Seiner Majestät Kaiser Nikolaus Vortrag erstatten. Er hoffe mir morgen oder längstens übermorgen die definitive Antwort geben zu können und wäre, vorausgesetzt, dass er die kaiserliche Genehmigung rechtzeitig erhält, mit der Publikation am Dienstag einverstanden. Er versprach mir, sobald er die Autorisation seines Allergnädigsten Herrn erhalten haben wird, mich unverzüglich zu verständigen, worauf ich Euer Exzellenz selbstredend sofort verständigen werde. Den weiteren Vorgang denkt sich Herr Sazonow so, dass das Kommuniqué beiderseits gleichzeitig erscheine und die Lizenzierung des russischen Reservejahrganges am Tage nach unserseits verfügter Standesreduktion in Galizien erfolge. Thurn.

[a] Vgl. n. 6093.

Nr. 6076. Tel. nach Sofia, 8. März 1913 Nr. 125 (chiffr. 11 U. 15 M. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; V. Nemes; G. Berchtold).

Euer Hochgeboren Telegramme Nr. 207 bis 209 vom 6. und 7. d. M. erhalten. In der Frage unserer wirtschaftlichen Desiderata geht Euer Hochgeboren eine zweite Depesche zu. Zu den politischen Ausführungen der bulgarischen Minister, auf welche Euer Hochgeboren in einer meinen Intentionen durchaus entsprechenden Weise bereits erwidert haben, möchte ich noch folgendes bemerken: Bulgarien kann darauf rechnen, daß wir, insoweit die Mächte auf die Friedensverhandlungen zwischen den Alliierten und der Türkei Einfluß zu nehmen vermögen, für die Wiederherstellung des Friedens und für die bulgarischen Interessen auch weiterhin eintreten werden. Dies gilt insbesondere für die Frage der Feststellung der Grenze in Thracien. Wir haben keinerlei Grund, den dortigen Ansprüchen Bulgariens einschränkend entgegenzutreten. Auch was das Verlangen Bulgariens nach einer Kriegsentschädigung anbelangt, haben wir nicht die Absicht, uns prinzipiell auf einen negativen Standpunkt zu stellen, da wir an der finanziellen Konsolidierung Bulgariens nicht weniger interessiert sind als an der der Türkei. Namentlich gedenken wir uns dafür zu verwenden, daß bei der Lösung dieser Frage auf das Maß der von den einzelnen Alliierten gebrachten Opfer verhältnismäßig Rücksicht genommen werde. Wenn Herr Geschoff in fragendem Ton die Hoffnung ausspricht, daß wir Bulgarien auch bei der Regelung jener Fragen unterstützen werden, die sich zwischen seinem Lande und dessen Verbündeten ergeben würden, so brauchen wir als Antwort nur auf unsere gesamte politische Haltung zu verweisen, welche eine Gewähr

dafür bietet, daß wir die bulgarischen Interessen, die sich so vielfach mit den unseren berühren, zu fördern gewillt sind und daß Bulgarien bei späteren sich ergebenden Schwierigkeiten einen Rückhalt bei uns finden werde. Was die rumänische Streitfrage anbelangt, so kann ich nur nochmals wiederholen, daß mir ein möglichstes Entgegenkommen gegenüber den rumänischen Wünschen und die Herstellung eines freundlichen Verhältnisses zwischen den beiden Staaten im Interesse Bulgariens gelegen zu sein scheint. Gerade im Hinblick auf die eventuellen Schwierigkeiten mit den anderen Balkanstaaten, von denen Herr Geschoff gesprochen hat, müßte, meiner Ansicht nach, Bulgarien auf gesicherte freundschaftliche Beziehungen zu Rumänien, die eine wertvolle Rückendeckung darstellen, besonderes Gewicht legen und es schiene mir ratsam, zu diesem Zweck selbst ein — relativ geringfügiges — Opfer zu bringen. Daß wir unter der Voraussetzung der Berücksichtigung unserer wirtschaftlichen Interessen bereit sind, die bulgarischen Ansprüche auf Salonik zu unterstützen, ist in Sofia bereits bekannt. Wir hoffen, daß Italien und Deutschland denselben Standpunkt einnehmen werden und werden wir bemüht sein, auch die Mächte der Triple-Entente für diese Lösung der Frage zu gewinnen. Die Anschauung Herrn Geschoffs, daß es schwer möglich sein dürfte, Griechenland auf diplomatischem Wege zum Verzicht auf Salonik zu veranlassen, vermag ich nicht zu teilen. Ich halte es durchaus nicht für ausgeschlossen, eine Kombination ausfindig zu machen, welche Griechenland für Salonik entsprechende Kompensationen bietet. Hiebei denke ich nicht etwa an eine Entschädigung auf Kosten der bulgarischen Aspirationen in Mazedonien. Wie die bulgarische Regierung schon aus früheren Mitteilungen entnehmen konnte, sind wir geneigt, auch hier die bulgarischen Ansprüche (auf Ochrida, Monastir) zu begünstigen, wie wir überhaupt der Idee der Schaffung eines großen und starken Bulgariens durchaus freundlich gegenüberstehen. Euer Hochgeboren wollen sich bei nächster Gelegenheit Herrn Geschoff gegenüber im Sinne des Vorstehenden aussprechen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6077, 6085, 6094, 6600.

Nr. 6077. Tel. nach Sofia, 8. März 1913 Nr. 126 (chiffr. 11 U. p. m.).[a]) Abschrift.

Durch mein gestriges Telegramm 121[b]) dürften Euer Hochgeboren in der Lage sein, Bedenken bulgarischer Minister gegen unsere Einflußnahme auf Freihafen Salonik zu mildern. Bezüglich in Ihrem Telegramme 209 gemeldeter Anfrage Geschoffs, was wir unter Freihafen verstünden, wollen Euer Hochgeboren antworten, daß wir auf Zollfreiheit Lokalkonsums Saloniks kein Gewicht legen, dagegen Garantien dafür verlangen, daß sowohl direkter als indirekter Transit über Salonik zollfrei bleibe. Unter indirektem Transit, der den weitaus größeren und sowohl für uns als auch für die Saloniker Kaufmannschaft wichtigeren Teil Saloniker Handels umfaßt, verstehen wir Bezug von Waren durch dortige Grossisten behufs Versendung in das Hinterland, welches in Hinkunft nicht zu einem einheitlichen Staatsgebiet gehören, sondern zwischen Balkanstaaten geteilt wird.

Diese Versendung erfolgt von den Magazinen der Großhändler aus und erfordert umständliche Manipulationen mit den hiefür bestimmten Waren. Den besonderen Verhältnissen des Saloniker Handels entsprechend müßte die Freihafenzone die heutigen Bahnhof- und Hafenanlagen, die im angrenzenden Rayon liegenden Magazine der Großhändler und ein für die zukünftige Erweiterung der Hafen- und Bahnhofanlagen, sowie der Entrepots genügendes Territorium umfassen. Da Ihrem Telegramme 78 *c)* zufolge Geschoff eine Aufzeichnung unserer Wünsche betreff Salonik übergeben wurde, wollen Euer Hochgeboren vom Ministerpräsidenten, wenn prinzipielles Einvernehmen erzielt, eine kurze Aufzeichnung der bulgarischen Gegenerklärungen verlangen und ehestens anher vorlegen. Diese Gegenerklärungen hätten bezüglich unserer Interessen in Salonik zu enthalten: Zustimmung bulgarischer Regierung zur vollkommenen Freiheit des Transits, zur Organisation Saloniks als Freihafen im Sinne des Vorstehenden mit der im letzten Absatze meines Telegrammes 121 *b)* gewünschten Erklärung betreffend unsere Einflußnahme auf Verwaltung und Betrieb des Freihafens, Zusicherung des Privatbetriebes der nach Üsküb und Monastir führenden Bahnen durch Orientbahngesellschaft oder an deren Stelle tretende Gesellschaft, Berücksichtigung unserer Wünsche betreff Anlegeplätze, Entrepots und Hangars im Hafen. Im allgemeinen wollen Euer Hochgeboren Geschoff versichern, daß unsere wirtschaftlichen Wünsche im Rahmen der vollen bulgarischen Territorialhoheit gedacht sind.

a) Vgl. n. 6076, 6078, 6085. — *b)* Mit Tel. Nr 121, 7. März 1913 (chiffr. 11 U. 15 M. p. m.) wurden die detaillierten Forderungen Österreich-Ungarns bezüglich der Organisation Saloniks als Freihafen zur Mitteilung an die bulgarische Regierung übermittelt. — *c)* Vom 31. Jan. 1913.

Nr. 6078. Tel. aus Sofia, 8. März 1913 Nr. 213 (eing. 9 U. 30 M. p. m.).a) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 121*b)* von heute. Inhalt Konseilspräsidenten mitgeteilt. Er würde mir definitive Antwort erteilen, sobald ich ihm jene Aufklärungen bezüglich Freihafens gegeben haben werde, von welchen wir gestern gesprochen (vide mein Telegramm vom 7. d. Mts.).*c)* Herr Geschoff habe Eindruck, daß unsere Forderungen sich erfüllen lassen werden. Konseilspräsident sprach heute von Saloniker Frage mit viel mehr Überzeugung und Wärme als gestern und sagte, bulgarische Regierung wünsche dringend, sich mit uns diesfalls zu verständigen. Ministerpräsident erklärte mir heute zum erstenmal, wir könnten versichert sein, Bulgarien würde in Zukunft nur bulgarische Politik machen, wenn es unsere Unterstützung haben wird. Bezüglich Saloniks bemerkte Herr Geschoff, wichtige und starke Einflüsse wie die der Saloniker Juden und Katholiken seien für Bulgarien. Daß dies bezüglich der Juden stimmt, habe ich unlängst vom hiesigen Oberrabbiner erfahren, der mir sagte, Saloniker Juden wünschen unbedingt Vereinigung mit Bulgarien und sollte diese Stadt griechisch bleiben, würde Judentum auswandern. Tarnowski.

a) Vgl. n. 6080. — *b)* Vgl. n. 6077 Anm. b. — *c)* n. 6060.

Nr. 6079. Tel. aus Sofia, 8. März 1913 Nr. 214 (eing. 9. März 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Bezug auf hohes Telegramm Nr. 117[b] vom 5. d. M. Mehrere Kollegen haben noch keinen Auftrag, bewußte Anfrage an Herrn Geschoff zu richten. Konseilspräsident hat mir, ohne daß ihn formell gefragt hätte, gesprächsweise erwähnt, Rumänien wünsche Petersburg und Bulgarien habe sich damit bereits einverstanden erklärt. Dasselbe sagte Herr Geschoff auch deutschem Kollegen. Tarnowski.

[a] Oe. U. Balkan 170 Nr. 318. Vgl. n. 6081. — [b] Mit Tel. Nr. 117, 4. März 1913 (chiffr. 10 U. 20 M. p. m.) wurde n. 6003 nach Sofia mitgeteilt und Tarnowski ermächtigt, die von der Botschafterréunion ins Auge gefaßte Anfrage an die bulgarische Regierung „si omnes" zu richten.

Nr. 6080. Tel. aus Sofia, 8. März 1913 Nr. 215 (eing. 9. März 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Aus meiner telegraphischen Berichterstattung jüngster Zeit ersehen Euer Exzellenz, mit welchen wechselnden Stimmungen ich hier zu tun habe. Vor 14 Tagen noch zeigte man keine Neigung auf Salonikfrage einzugehen und misstrauisch war Ton Herrn Geschoffs, bis mir durch vieles Reden und Bohren gelungen, Regierung zu weniger reservierter Haltung und zur Aufnahme Prüfung Saloniker Angelegenheit zu bewegen. Dank vertraulicher Mitteilung, zu der ich über Euer Exzellenz Absicht, die Kompensation Bulgariens durch Salonik anläßlich Mediation anzuregen, ermächtigt wurde, war möglich, bulgarische Regierung zu noch rascherer Behandlung wirtschaftlicher Desiderata zu veranlassen. Ich hielt schon Frage für richtig eingeleitet, als mich gestern Konseilspräsident durch neue Boutade in Form auffallender Gleichgiltigkeit, mit der er von Salonik sprach, überrascht hat. Heute erneute Überraschung, und zwar in günstigem Sinne: Herr Geschoff bezeugte größtes Interesse für Salonikfrage, in der er sich mit uns unbedingt verständigen wolle. Ob diese Haltung endgiltig, bleibt abzuwarten. Dieser fortwährende Stimmungswechsel und das Fallen und Steigen unserer Chancen abhängt — da unsere Haltung stets dieselbe — allein nur vom Gange der Ereignisse und von Fluktuationen im Verhältnisse Bulgariens zu Verbündeten und zu Russland. Gestern hat man hier Nachricht vom Fall Janinas erhalten, unangenehmer Eindruck unverkennbar. Nicht nur Serbien, sondern auch Griechenland hat Ziel Krieges erreicht, Bulgaren aber stehen nach wie vor vor Adrianopel und Tschataldja. Man dürfte hier auf noch größere Schwierigkeiten mit Verbündeten gefasst sein und vermutlich auch Enttäuschungen seitens Russlands haben, sonst hätte mir Herr Geschoff heute nicht spontan versichert, dass Bulgarien nur bulgarische Politik machen wird. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 6078.

Nr. 6081. Tagesbericht über einen Besuch des deutschen Botschafters, 9. März 1913 Nr. 1099.[a] Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Berchtold).

Der deutsche Botschafter hat mir heute mitgeteilt, Herr von Sverbejew habe in Berlin die Ansichten des russischen Kabinettes über die bei

der Entscheidung der rumänisch-bulgarischen Kontroverse einzuhaltende Vorgangsweise entwickelt. Danach hätte für die Beschlußfassung der sechs Großmächte der Grundsatz zu gelten, daß die einfache Majorität entscheidet. Sollte eine solche nicht zustandekommen und Stimmengleichheit eintreten, so wäre aus jeder der beiden Gruppen eine Macht damit zu betrauen, die Verhandlungen zu zweien fortzuführen. Kämen auch diese beiden delegierten Kabinette zu keiner Einigung, so hätten sie eine der vier übrigen Mächte zu kooptieren und dieses Triumvirat würde sodann mit Stimmenmehrheit entscheiden. Vor Beginn der Verhandlungen wäre prinzipiell festzusetzen, daß diese von allen Teilnehmern streng geheim zu halten sind. Dieser Mitteilung fügte Herr von Tschirschky hinzu, Herr von Jagow befürchte, die Annahme der russischen Proposition würde die Entscheidung in die Hände Rußlands legen, das aus zwei Kabinetten bestehende Comité, zu dessen Einsetzung es bei der voraussichtlichen Stimmengleichheit der ersten Beratung ja jedenfalls kommen dürfte, würde, wenn es zu keiner einverständlichen Beschlußfassung à deux gelangt, wohl schon aus Courtoisie für den Hausherrn, den Repräsentanten Rußlands kooptieren. Es sei klar, daß auf diese Weise die Entscheidung zu Ungunsten Rumäniens ausfallen müßte. Herr von Jagow wäre daher der Ansicht, die russische Proposition müßte dahin amendiert werden, daß das Zweier-Comité sich in jenem Falle durch ein drittes Mitglied aus der Reihe der an der Frage unbeteiligten Kabinette zu ergänzen hätte. Ich erwiderte Herrn von Tschirschky, daß auch auf diese Art wohl kaum eine uns genehme Entscheidung zustandekäme, da Rumäniens Forderungen einer rechtlichen Basis entbehren und ein unbeteiligter Dritter sich wohl jedenfalls von Rechtsgrundsätzen leiten ließe. Wenn ich also auch der Anschauung Herrn von Jagows beipflichte, daß wir Rußland nicht die Rolle des dirimierenden Obmanns überlassen dürfen, so erblicke ich auch in der von ihm ins Auge gefaßten Modalität keine Gewähr dafür, daß die Ansprüche Rumäniens befriedigt werden würden. Darauf müßten wir aber unbedingt hinwirken, da Rumänien ja zum Konzern des Dreibundes gehöre und im Falle es nicht in den Besitz Silistrias gelangen würde, für denselben verloren wäre. Nach meiner Meinung könne in dieser Angelegenheit das Majoritätsprinzip überhaupt keine Anwendung finden. Es handle sich hier um keine Rechtsfrage sondern eine hochpolitische Frage, in letzter Consequenz eine Machtfrage, und diese müsse auch als solche entschieden werden. Schließlich bemerkte ich zum Herrn Botschafter, ich würde die Sache noch studieren und dem Berliner Kabinett meine definitive Antwort demnächst zukommen lassen.

[a]) Vgl. n. 6079, 6084, 6086, 6108, 6125, 6173.

Nr. 6082. Tel. aus Berlin, 9. März 1913 Nr. 127 (eing. 10 U. p. m.).[a]) Entziff.

Vertraulich. Zu meinem gestrigen Telegramm Nr. 123. Staatssekretär sagte mir, er habe gestern Herrn von Tschirschky beauftragt, Euer Exzellenz auseinanderzusetzen, aus welchen Gründen deutsche Regierung Euer Exzellenz Wunsch, die Silistriafrage mit der Saloniker-Frage zu

verquicken, nicht zustimmen könne. Diese Instruktion decke sich ungefähr mit dem, was er mir bereits gesagt habe (siehe mein obzitiertes Telegramm). Bei diesem Anlasse wiederholte mir Herr von Jagow, dass er Bulgarien gegenüber das größte Misstrauen hege, und dass Seine Majestät der Kaiser dieses Misstrauen in noch höherem Grade wie er empfinde. Zugleich sei der deutsche Botschafter in Wien angewiesen worden, sich bei Euer Exzellenz angelegentlich zu erkundigen, in welcher Form Hochdieselben die in Aussicht genommene Aktion einzuleiten gedenken würden. Da Euer Exzellenz von einem vorhergehenden Versprechen an Bulgarien aus den bereits erwähnten Gründen wohl absehen würden, bliebe — seiner Ansicht nach — nur übrig, die Petersburger Botschafterréunion, nicht, wie ich gestern telegraphierte, die Londoner-Réunion zu befassen. Wie mein neuer italienischer Kollege, der ebenso wie ich beauftragt war, die Kombination Silistria—Salonik bei der hiesigen Regierung zu befürworten, mir mitteilte, gab ihm der Staatssekretär ungefähr dieselbe Antwort wie mir und sagte ihm, er würde nur dann — und auch dies ungern — der Kombination zustimmen, wenn alle Großmächte damit einverstanden wären. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 6127, 6255.

Nr. 6083. Tel. nach London, 9. März 1913 Nr. 224 (chiffr. 10 U. 50 M. p. m.).[a]) *Konz. (S. Rappaport; V. u. G. Berchtold).*

Erhalten Euer Exzellenz Telegramme Nr. 192, 193 und 194 von gestern. Ich setze voraus, daß die von Sir Edward Grey in St. Petersburg beantragte Mittheilung des bisherigen Ergebnisses der Londoner Delimitirungsverhandlungen an die Regierungen Serbiens und Montenegros mit der im Sinne des seinerzeitigen Réunionsbeschlusses selbstverständlichen Aufforderung zur sofortigen Räumung der nicht mehr strittigen Gebiete verbunden sein wird. Euer Exzellenz wollen dem Herrn Staatssecretär für diese im Interesse des europäischen Friedens entfalteten Bemühungen, welche hoffentlich vollen Erfolg haben werden, meinen verbindlichsten Dank zum Ausdruck bringen. Hochdieselben wollen Sir Edward Grey bei diesem Anlasse nicht verhehlen, daß die mir in den letzten Tagen zugekommenen und seitens der Belgrader Regierung offen zugegebenen Nachrichten,[b]) laut welchen die via Salonik nach Albanien instradirten ansehnlichen serbischen Streitkräfte sich zum Theile schon auf hoher See befinden, meine Besorgnisse, welche Euer Exzellenz auftragsgemäß dem Herrn Staatssekretär mitgeteilt hatten, im höchsten Grade zu steigern geeignet sind. Mögen diese Truppen dazu bestimmt sein, die Einnahme von Skutari zu forciren oder, was noch schlimmer wäre, die definitive Festsetzung Serbiens an der Adriaküste unter Mißachtung des Beschlusses der Mächte zum Zwecke haben, jedenfalls würde die schon in den nächsten Tagen zu gewärtigende Landung dieser Truppen die Lage wesentlich modificiren. Durch dieses Vorgehen würde nämlich vor aller Welt dargethan, daß Serbien nicht gewillt ist, auf die Beschlüsse der Mächte und die Interessen der Nachbarmonarchie die gebührende Rücksicht zu nehmen, was von unserer öffentlichen Meinung geradezu als Provocation angesehen

werden müßte. Wir hatten und haben noch das ernstliche Bestreben, diese Interessen, die wir unter allen Umständen zu wahren genötigt sind, im Konzerte der Mächte zur Geltung zu bringen. Das unmittelbar zu gewärtigende Eintreffen der erwähnten serbischen Expedition auf albanischem Boden droht aber die Situation zu einer kritischen zu gestalten, wenn es nicht schon vorher, das heisst in den allernächsten Tagen, den dankenswerthen Bemühungen Sir Edward Greys gelingt, die eingangserwähnte Action der Mächte in Belgrad und Cetinje zustande zu bringen. Ich sehe Ihrer telegraphischen Berichterstattung über die im vorstehenden Sinne mit dem Staatssekretär oder dessen Vertreter zu führende Unterredung entgegen.

[a]) Oe. U. Balkan 170 Nr. 320. Vgl. n. 6090. — [b]) Vgl. n. 6064.

Nr. 6084. Tel. aus St. Petersburg, 9. März 1913 Nr. 84 (eing. 9 U. p. m.).[a]) Entziff.

Herr Sazonow besprach heute mit mir in akademischer Weise den modus procedendi, der einzuschlagen wäre, wenn die rumänisch-bulgarische Streitfrage einer hiesigen Botschafterréunion vorgelegt werden sollte. Der Herr Minister meinte, man müsse es vermeiden, der Welt das Schauspiel zu geben, daß dieselbe zu keinem Ergebnis führe. Da bei der Anzahl von sechs Mächten immerhin die Möglichkeit vorliege, daß selbst ein Majoritätsbeschluß nicht zustande komme, bliebe wohl nichts übrig, als in einem solchen Falle zu einem Superarbiter zu greifen. Er würde diesfalls vorschlagen, daß jede der beiden Mächtegruppen zunächst eine Macht delegieren, und daß diese beiden eine dritte außen stehende zur Teilnahme auffordern würden (etwa Spanien als einzige nicht beteiligte europäische Macht, welche hier einen Botschafter unterhält). Diese drei Mächte hätten dann durch ihre hiesigen Botschafter einen Majoritätsbeschluß zu fassen, dem sich die übrigen vier Mächte zu fügen hätten und den sie dann als gemeinsamen Beschluß der Mediations-Mächte den beiden streitenden Teilen mitteilen würden. Wenn sich der erwähnte Fall ergeben sollte, was er jedoch womöglich vermieden sehen möchte, da er eine direkte Verständigung der sechs Mächte ohne Superarbitrium doch erhoffe, so werde er im gegebenen Momente voraussichtlich mit dem vorskizzierten Vorschlag hervortreten.

Thurn.

[a]) Vgl. n. 6081, 6086, 6246.

Nr. 6085. Tel. aus Sofia, 9. März 1913 Nr. 219 (eing. 10. März 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 125 und 126 vom 9. d. Mts. Ich besuchte heute abends Konseilspräsidenten im Ministerrat. Beim Betreten des Hauses begegnete Herrn Danew, mit dem paar Worte wechselte und erwähnte, ich würde Herrn Geschoff eine Mitteilung machen, die bulgarische Regierung mit Befriedigung erfüllen würde. Kammerpräsident erwiderte, er reise morgen für paar Tage ins Hauptquartier und möchte vorher erfahren,

wenn ich etwas Wichtiges Konseilspräsidenten zu sagen habe. Ich antwortete, daß, wenn Ministerpräsident erlaube, ich gerne beiden Herren gleichzeitig Mitteilung machen würde. Als ich beim Konseilspräsidenten eingetreten, erkundigte er sich, ob ich gestatte, daß er Herrn Danew bitte, worauf, nachdem letzterer erschienen, ich auf meine kürzlichen Gespräche mit Ministern anspielte und mich im Sinne Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 125 vernehmen ließ. Die zwei Auguren hörten aufmerksam zu, guckten sich befriedigt an und waren so sehr unter Eindruck der auf der ganzen Linie für jetzt und in Zukunft Bulgarien in Aussicht gestellten Unterstützung der Monarchie, daß sie sogar — es ist dies zum ersten Male — Passus über Rumänien gut aufnahmen. Als ich endigte, sprang zuerst Herr Danew auf, schüttelte mir die Hand und fing an, Dankbarkeit an Euer Exzellenz Adresse auszudrücken, unterbrach sich aber mit dem Bemerken, daß Konseilspräsident Wort zu führen habe. Herr Geschoff dankte mir seinerseits wärmstens und meinte, er behalte sich vor, bei nächster Gelegenheit auf Mitteilung, die ihn mit größter Freude erfülle, zurückzukommen, vorerst wolle er mich bitten, ihm einen Auszug aus meinen Eröffnungen zu geben, den er gleich König vorlegen möchte. Ich glaubte Herrn Geschoff ein kleines Memorandum aus meiner mündlichen Mitteilung für König Ferdinand in Aussicht stellen zu sollen und werde ihm solches in Schlagworten mit gebotener Vorsicht sowohl in Bezug auf Inhalt als Chiffregeheimnis zusammenstellen und morgen Herrn Geschoff übergeben. Ich sprach mich auch in Gemäßheit des hohen Telegrammes Nr. 126 aus und — um Herrn Geschoffs Aufgabe zu erleichtern — übergab ich ihm auf seine Bitte eine französische Notiz über die Punkte, die in seiner schriftlichen Antwort — welche mir bereitwillig zugesagt wurde — enthalten zu sein haben.

Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 6094.

Nr. 6086. Tel. nach Berlin Nr. 216 (1) und Rom Nr. 258 (2), 10. März 1913 (chiffr. 10 U. 45 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Berchtold).

1. Euer Exzellenz Telegramm Nr. 125[b]) vom 9. l. M. erhalten. Im selben Gegenstand telegraphiert mir Graf Thurn unterm 9. l. M. wie folgt: *... wie n. 6084 in extenso ...*

2. Graf Thurn telegraphiert mir unterm 9. l. M. wie folgt: ... *wie n. 6084 in extenso ...*

1. Ich habe gestern bereits Herrn von Tschirschky, welcher mir von dem Schritt Herrn von Sverbejews und dem Standpunkte des deutschen Kabinetts Mitteilung machte, die Gründe auseinandergesetzt, welche mir die Annahme der russischen Proposition, selbst in der nun vorliegenden, den Wünschen Herrn von Jagows entsprechenden Fassung, bedenklich erscheinen lassen.

2. Diese von Herrn Sazonow ins Auge gefaßte Vorgangsweise erscheint mir aus folgenden Gründen von unserem Standpunkte aus bedenklich zu sein.

1. u. 2. Ganz abgesehen davon, daß Spanien, dem Herr Sazonow die Rolle des unbeteiligten und entscheidenden Faktors zugedacht hat, sich in seiner Haltung von der Triple-Entente beeinflußen lassen dürfte, würde auch eine wirklich objektive Macht kaum eine für Rumänien günstige Entscheidung treffen, da sie sich naturgemäß von Rechtsgrundsätzen leiten ließe und den rumänischen Ansprüchen eine rechtliche Grundlage fehlt. Auf dieser Basis wäre meiner Ansicht nach die Lösung der Frage aber überhaupt nicht zu suchen. Bei der Entscheidung darüber, in welchem Ausmaße Bulgarien in der heutigen Situation an Rumänien territoriale Konzessionen zu machen habe, können nicht juridische Konsiderationen, sondern ausschließlich Gründe der politischen Opportunität sowie die Rücksicht auf die tatsächlichen Machtverhältnisse am Balkan maßgebend sein. Hiebei muß die hohe Bedeutung in Anschlag genommen werden, welche man in Rumänien der Erwerbung Silistrias zumißt und welche besorgen läßt, daß Rumänien, im Falle die genannte Stadt ihm nicht zugesprochen werden sollte, sich vom Dreibunde abwenden und ins andere Lager überschwenken würde. Da es sich nach dem Gesagten nicht um eine Rechts-, sondern um eine politische Frage handelt, scheint mir eine Art schiedsgerichtlichen Verfahrens und eine Majorisierung hier ebensowenig statthaft zu sein, wie in jenen anderen durch den Balkankrieg entstandenen Fragen, mit denen sich die Londoner Réunion befaßt. Hier wie dort kann ein Beschluß der Mächte nur durch Einstimmigkeit zustande kommen und wäre es wohl inopportun, die Eventualität eines Scheiterns der Berathungen von vornherein anzunehmen. Euer Exzellenz wollen sich in vorstehendem Sinne

1. zum Herrn Staatssekretär

2. zu Marquis di San Giuliano

1. u. 2. aussprechen und mir über dessen Rückäußerung telegrafisch berichten. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6081, 6095, 6109. — [b]) Mit Tel. Nr. 125 aus Berlin, 9. März 1913 (eing. 10 U. p. m.) meldete Szögyény gleichlautend wie Mitteilung Tschirschkys in n. 6081.

Nr. 6087. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 10. März 1913 Nr. 156 (eing. 11. März 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Vertraulich. Zu meinem Telegramme Nr. 153 vom 8. d. M. Ich habe heute sowohl beim Großvezier als auch Minister des Äussern versucht, die türkischen Staatsmänner in der Frage der türkisch-bulgarischen Grenzen zu einer weiteren Konzession im Sinne der Anregung meines russischen Kollegen zu bewegen. Ohne sich in eine nähere Besprechung der Frage selbst einzulassen, antworteten beide Minister ziemlich gleichlautend, die Türkei hätte mit den Konzessionen in einzelnen Fragen bisher sehr schlechte Erfahrungen gemacht. Man würde ohne Zweifel, wenn die Pforte auch in der Grenzfrage nachzugeben bereit wäre, doch wieder mit neuen Forderungen an sie herantreten. Es müsse daher, ihrer Ansicht nach, über den Komplex aller Fragen gleichzeitig verhandelt werden. In Bezug auf Kriegsentschädigung sprachen sich beide Minister sowie bisher entschieden dahin aus, dass die Türkei keine Geldopfer bringen könne. Wenn Alliierte auf

diesem Punkte bestehen würden, müsste Krieg fortgesetzt werden. Über den Fall Janinas sind bisher der Pforte keine offiziellen Nachrichten zugekommen, Großvezier glaubt aber, dass die Sache wahr sein dürfte.

Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 6098.

Nr. 6088. Tel. nach London, 10. März 1913 Nr. 228 (chiffr. 11 U. p. m.). Konz. (S. Matscheko; G. Szápáry).

Sir F. L. Cartwright hat mir gestern das nachstehende Aide-Mémoire übergeben.[a]) Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information und Regelung Ihrer Sprache mit dem Bemerken, dass der Schritt des englischen Botschafters offenbar auf Grund früherer, nunmehr überholter Instruktionen unternommen wurde. Berchtold.

[a]) n. 6074.

Nr. 6089. Tel. aus London, 10. März 1913 Nr. 195 (eing. 8 U. p. m.).[a]) Entziff.

Mit Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 223 vom 9. d. M. erlaube ich mir Euer Exzellenz nachstehende Erwägungen zu unterbreiten, zu welchen Sektionschef Ippen nach seiner Konversation mit russischem Experten Petrajew gelangt ist. Annahme des russischen Standpunktes bezüglich Bojanas und Seespiegels würde folgende Situation schaffen. Bojana wäre von ihrem Austritt aus See oberhalb Skutaris bis Goritza, einschließlich jetziger Flusshäfen Oboti und Samrisch albanesisch, von Goritza bis Mündung montenegrinisch. Laut Artikel 108 Wiener Kongressaktes ist Schiffahrtsrecht Albaniens gesichert. Nach der Theorie (Bluntschli Völkerrecht) kann ein Grenzfluss durch ausdrückliche Vertragsbestimmung ausschließliches Eigentum eines der Uferstaaten werden und ist dann das gegenüberliegende Ufer die Grenze; Mitte des Flusses respektive Thalweg wird nur als Grenze angesehen, wenn nicht eine Bestimmung wie vorstehende getroffen worden ist. Dieselbe Theorie gilt bezüglich der Seen. Ein solcher kann also ausschließlich Eigentum eines der Uferstaaten sein. Wird, wie laut Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 201[b]) vom 25. v. M. Herr Sazonow ins Auge gefasst, die Grenzlinie einen Kilometer vom Ufer gezogen, so ist wohl ausgeschlossen, dass durch Kanalisierung der Bojana Seespiegel so stark fällt, dass das Seeufer weiter als einen Kilometer sich zurückzieht und zwischen albanesischer Grenze und neuem Seespiegel sich ein Streifen Landes, der montenegrinisch wäre, einschiebt; auch für diesen höchst unwahrscheinlichen Fall könnten Schiffahrtsrechte auf dem dann ganz im montenegrinischen Territorium liegenden See für Albanien vorbehalten werden. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 6100. — [b]) Vgl. n. 5983 Anm. a.

Nr. 6090. Tel. aus London, 10. März 1913 Nr. 196 (eing. 11. März 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 224 von gestern. Ich habe eben Sir E. Grey gesprochen, ihm Euer Exzellenz Dank übermittelt und

mich im Sinne Euer Exzellenz telegraphischer Weisung ausgesprochen. Staatssekretär sagte mir, er habe aus Petersburg telegraphische Meldung, daß russische Regierung im Prinzipe mit einer Notifikation an die serbische und montenegrinische Regierung einverstanden ist. Ich legte Gewicht darauf, daß gleichzeitig mit der Mitteilung in Belgrad und Cetinje die Aufforderung erfolge, die nicht mehr strittigen Gebiete zu räumen. Staatssekretär schien nicht sicher, ob dieses Verlangen nicht Schwierigkeiten machen werde, nachdem die vollständige Delimitation Albaniens noch nicht erfolgt sei und die ursprüngliche Mitteilung an den serbischen Vertreter besagte „évacuer le littoral et les territoires de l'Albanie après sa délimitation par les Puissances dès que lesdites Puissances lui auront notifié leur décision." Ich entgegnete darauf, daß es nur logisch und konsequent wäre, die Evakuierung zu verlangen von denjenigen Gebieten, die bereits von den Mächten als albanesisch erklärt wurden und worüber eben die Notifizierung erfolge. Sir E. Grey widersprach nicht; wollte versuchen, was er tun könne und jedenfalls und vor Allem sich bestreben, dem unnützen Blutvergießen und dem Kampf um Skutari ein Ende zu machen. Er wird die Redaktion einer Mitteilung vorbereiten, die er uns morgen bei der Réunion zeigen wird. Falls wir sie annehmen, möchte er noch morgen nachmittags den serbischen und montenegrinischen Vertreter zu sich bescheiden, um ihnen die Mitteilung bekanntzugeben. Gleichzeitig würde er den britischen Vertretern in Belgrad und Cetinje telegraphieren, die Mitteilung bei den dortigen Regierungen zu wiederholen, was auch seitens der übrigen Kabinette geschehen könnte. Mensdorff.

a) Vgl. n. 6091, 6101.

Nr. 6091. Tel. aus London, 10. März 1913 Nr. 197 (eing. 11. März 8 U. a. m.).a) Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 220 von gestern. Ich habe Sir E. Grey vertraulich gefragt, ob die von Sir E. Goschen in Berlin gemachten Eröffnungen richtig sind (betreffend russischer Verpflichtung, Montenegro von Skutari abzuhalten und Garantie zu übernehmen, dass Serbien seine Truppen aus den Albanien zugesprochenen Gebieten zurückzieht, falls Diakowa ausserhalb Albaniens bleibt). Staatssekretär bestätigte sie, indem er seine Überzeugung aussprach, dass russische Regierung, wenn wir über Diakowa nachgeben, verpflichtet wäre, Montenegro zu veranlassen, von Skutari abzustehen und Serbien zur Evakuierung der Albanien zugesprochenen Gebiete zu verhalten. Ich sagte dem Staatssekretär, eine derartige, von Russland formell übernommene Verpflichtung wäre nach unserer Ansicht von größtem Werte und fragte ihn, ob er glaube, das Petersburger Kabinett dazu bewegen zu können, wenn wir zwar nicht auf Diakowa verzichten, aber die Entscheidung darüber einer internationalen Kommission überlassen würden; ich verwertete die im Schlußpassus Euer Exzellenz Telegrammes enthaltenen Argumente und fügte bei, eine derartige Lösung würde Elemente aller bisherigen Kompromissanregungen in sich schließen. Wenn überdies, falls Diakowa Albanien zugesprochen würde, noch Garantien

für die Besitzungen orthodoxer Klöster oder, falls es serbisch würde, wirtschaftliche Arrangements zu Gunsten der Albanesen, die in diese Stadt müssen, geschaffen würden, so könnte ja wohl das schließliche Arrangement in einer für alle Teile befriedigenden Weise zu Stande kommen. Sir E. Grey bezeichnete meine Mitteilung als wichtig und interessant und beabsichtigt, sogleich in Petersburg anzufragen, ob das dortige Kabinett zu einer derartigen Verpflichtung zu bewegen wäre, falls die Entscheidung über Diakowa einer internationalen Kommission überlassen wird. Dies soll aber unsere Aktion betreffs Mitteilung in Belgrad und Cetinje (mein heutiges Telegramm Nr. 196) nicht aufhalten. Staatssekretär betrachtet es als eine davon getrennte Angelegenheit. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 6101.

Nr. 6092. Tel. des Vizekonsuls Tibor von Pözel aus Prisren, 10. März 1913 Nr. 16 (eing. 9 U. p. m.).[a]) Entziff.

Erhalte soeben Brief Pfarrers von Djakova, Stefan Krasnić, daß Franziskaner von Ipek, Luigi Palić, von den Montenegrinern gefesselt nach Djakova gebracht, am Freitag auf der Ipeker-Strasse ermordet aufgefunden, Einzelheiten fehlen. Katholische Bevölkerung, insbesonders Geistliche auf dem Lande von Panik ergriffen, befürchten weitere Morde seitens der Serben und Montenegriner, welche bekanntlich albanesisch-katholische Priester revolutionärer Propaganda verdächtigen und zugleich Verkehr mit Pfarrkindern mit allen Mitteln behindern. Bitte um energische Vorstellung bei betreffenden Regierungen. Gleichlautend Cetinje 1.

Pözel.

[a]) Vgl. n. 6073, 6097.

Tel. nach Rom, 10. März 1913 Nr. 258 (chiffr. 10 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 6086.

Nr. 6093. Tel. aus St. Petersburg, 10. März 1913 Nr. 85 (eing. 11. März 1 U. 30 M. a. m.).[a]) Entziff.

Herr Sazonow ließ mich soeben zu sich bitten, um mir mitzuteilen, dass Seine Majestät Kaiser Nikolaus mit dem in Euer Exzellenz Telegramm Nr. 182 vom 7. d. M. skizzierten Inhalt des die Kommuniqués kommentierenden Fremdenblattartikels einverstanden ist. Demgemäß steht dem Erscheinen dieser Publikationen kein Hindernis mehr entgegen. Da es mit Rücksicht auf die vorgerückte Stunde nicht mehr möglich wäre, die erwähnten Veröffentlichungen, wie dies Euer Exzellenz vorgeschlagen hatten, schon morgen vorzunehmen, habe ich in Anhoffung Hochderen Genehmigung mit Sazonow vereinbart, dass die beiderseitigen Kommuniqués in dem von Euer Exzellenz vorgeschlagenen (Euer Exzellenz Telegramm Nr. 173 vom 2. d. M.) und von Herrn Sazonow emendierten Wortlaute (mein Telegramm Nr. 79 vom 5. d. M.) in Petersburg und Wien gleichzeitig am Mittwoch, den 12. März/27. Februar in der Früh publiziert werden und dass gleichzeitig der kommentierende Artikel im Fremdenblatt mit dem von

Euer Exzellenz angegebenen Gedankengang erscheinen wird. Ich bitte um gütige Genehmigung dieser Vereinbarung und um geneigte entsprechende Veranlassung. Thurn.

a) Vgl. n. 6075, 6099, 6110, 6115.

Nr. 6094. Tel. aus Sofia, 10. März 1913 Nr. 225 (eing. 11. März 9 U. a. m.).a) Entziff.

Im Verfolge meines heutigen Telegrammes Nr. 219. Soeben Konseilspräsidenten gesehen, der mir sagte, er habe — was ich auch selbst konstatiert — schon heute morgens Audienz bei König gehabt und Seiner Majestät die von mir gemachten Aufzeichnungen über meine gestrige Mitteilung vorgelesen und über Wunsch Königs ihm diese Notiz zurückgelassen. „Je saisis cette occasion" — so sprach weiter Herr Geschoff — „pour vous prier encore de transmettre mes remerciements au Comte Berchtold pour la langage auquel il vous a autorisé et qui m'a donné pleine satisfaction. Vous me trouvez souvent — je le sais — par trop réservé; vous comprendrez cette réserve quand je vous dirai que c'est moi qui ai signé tous nos arrangements avec nos alliés; c'est pour cela qu'il m'arrive d'être hésitant et de garder parfois le silence quand je devrais parler. Nous désirons votre amitié et nous voyons aussi que vous voulez la nôtre, mais vous voulez certainement avoir en nous des amis loyaux. Comment pourriez-vous avoir confiance en nous si nous étions tout à fait sans scrupule . . .".b) Ich dankte Konseilspräsidenten für diese Worte, die ich zu würdigen wüßte und für die — Herr Geschoff möge dessen sicher sein — niemand besseres Verständnis haben könnte als Euer Exzellenz. Wir kamen auf einzelne Punkte gestriger Eröffnungen zurück und ich las Abschnitte hohen Telegrammes Nr. 125 vor. Es ist mir nicht entgangen, dass Passus über Kriegsentschädigung und über Rückhalt bei uns in Zukunft besonders angenehmen Klang für Ohr Mitredners hatten. Es sind dies nämlich Versicherungen, die Konseilspräsident von mir in dieser positiven Form noch nie gehört hatte. Ich bemerkte, dass sämtliche Bedenken, von denen mir Herr Geschoff, Herr Danew und Herr Todorow gesprochen, befriedigend beantwortet wurden. Konseilspräsident stimmte zu, dankte mir noch für Vermittlung und bemerkte: „Je vous assure que sincèrement je ne vois aucune raison qui pourrait nous séparer, si seulement la Bulgarie sort de toutes ces crises telle qu'elle devrait sortir." „Vous avouerez — erwiderte ich — „que si toutes vos aspirations ne devaient pas être pleinement réalisées cela n'aura pas été notre faute." Konseilspräsident antwortete zustimmend und sagte dann, er sei im Begriffe, mir schriftliche Antwort bezüglich Saloniks vorzubereiten. Er hätte sie mir schon heute gegeben, wenn seine Kollegen nicht gewünscht hätten, noch einen Punkt, nämlich „Anlegeplätze" zu besprechen. Morgen oder spätestens übermorgen werde mir Herr Geschoff Antwort geben. Meine Frage, ob ich Euer Exzellenz jetzt schon melden kann, daß im Wesentlichen alle unsere Forderungen angenommen werden, bejahte Konseilspräsident. Tarnowski.

a) Vgl. n. 6113, 6122. — b) Punkte in der Entziff.

Tel. nach Athen, 11. März 1913 Nr. 40 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 6099.

Tel. nach Belgrad, 11. März 1913 Nr. 53 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 6099.

Tel. nach Belgrad, 11. März 1913 Nr. 54 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 6097.

*Nr. **6095**. Bericht aus Belgrad, 11. März 1913 Nr. 54 (eing. 13. März).[a] Ausfert.*

Die serbische öffentliche Meinung beschäftigt sich sehr viel mit dem nach Skutari entsendeten Expeditionskorps. In militärischen Kreisen wird dies als eine Ehrenpflicht bezeichnet, der sich Serbien unter keiner Bedingung würde entziehen können. In ähnlichem Sinne äussern sich alle Zeitungen und ganz analoge Äusserungen hört man auch in den politischen Kreisen. Man fühlt sich auf einmal von einer heissen Liebe zum stammverwandten Montenegro hingezogen und behauptet durch den Bundesvertrag zu jeder beanspruchten Hilfeleistung verpflichtet zu sein. Wie ich bereits telegrafisch[b]) zu melden die Ehre hatte, habe ich — da ich dazu keinen Auftrag hatte — nur in ganz privater Form sowohl Herrn Pašić wie auch Herrn Stefanović auf den schlechten Eindruck aufmerksam gemacht, den diese ostentativ zur Schau getragene Bereitwilligkeit, den Montenegrinern bei der Einnahme von Skutari zu Hilfe zu kommen, in der Monarchie bestimmt hervorrufen wird. Ich fügte noch hinzu, dass meiner Ansicht nach die Einnahme der Stadt über ihr Loos gewiss nicht entscheiden wird, so dass Serbien nur unnötig, ziel- und zwecklos das Leben seiner Soldaten aufs Spiel setzt. Die Montenegriner täuschen sich sehr, wenn sie glauben, dass sie ganz Europa trotzen können; die Folge würde sie gewiss eines anderen belehren. Herr Pašić gab mir zu verstehen (ohne es mir direkt zu sagen), dass sie auch von russischer Seite ähnlich verwarnt worden seien, dass sich aber die serbische Regierung in einer Zwangslage befinde, weil es Montenegro gegenüber durch den Bundesvertrag verpflichtet sei und die serbische öffentliche Meinung es nicht hinnehmen würde, dass während Bulgarien bereits viele und grosse Dienste seitens Serbiens erwiesen worden seien, das kleine und arg bedrängte Montenegro vergebens um Hilfe bitten sollte. „Wir wünschen nichts sehnlicher, als dass der Friede bald abgeschlossen werde und wir nicht verpflichtet seien, weitere Opfer für unsere Bundesgenossen zu bringen —“ fügte Herr Pašić hinzu. Gestern suchte mich der hier weilende Gesandte Jovanović auf. Ihm gegenüber habe ich ganz offen und in sehr ernstem Tone darauf hingewiesen, welchen schlechten Eindruck dieser Übereifer, Truppen nach Skutari zu senden, bei uns hervorrufen muss. Auch er äusserte sich im selben Sinne wie Herr Pašić, versprach aber mit ihm noch Rücksprache zu nehmen. Die gestrige Samouprava befasst sich mit dieser Frage und schliesst mit den Worten: „Man kann einerseits ein treuer Bundesgenosse und andererseits ein guter und korrekter Nachbar sein.“ Die heutige Politika meldet, ich hätte in dieser Angelegenheit eine Démarche gemacht, worauf mir Herr Pašić geantwortet haben soll,

dass Serbien kraft des Vertrages seinem Verbündeten helfen muß, ohne Rücksicht darauf, wem Skutari zufallen wird. Die Tribuna von heute stellt dem ein Dementi entgegen. Ich habe es nicht für angezeigt erachtet, mich hierüber zu äussern und den Zeitungen den richtigen Sachverhalt klar zu legen, in der Erwägung, dass ich die Zweckmässigkeit eines solchen Schrittes Euer Exzellenz hochgeneigter Beurteilung überlassen muss, und da es möglich ist, dass Hochdieselben mir einen ähnlichen Auftrag zu erteilen für gut befinden werden. Ugron.

[a]) Vgl. n. 5998, 6116. — [b]) Vgl. n. 6064.

Tel. nach Berlin, 11. März 1913 Nr. 218 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 6099.

Nr. 6096. Tel. aus Berlin, 11. März 1913 Nr. 132 (eing. 12. März 8 U. a. m.). Entziff.

Mit Bezug auf Euer Exzellenz gestriges Telegramm Nr. 216. Staatssekretär wird Herrn von Tschirschky beauftragen, Euer Exzellenz mitzuteilen, daß er — Jagow — Euer Exzellenz Bedenken in Betreff der russischen Proposition nach vielen Richtungen teilt, aber nicht wisse, wie der Vorschlag Herrn Sazonows beantwortet werden könnte. Staatssekretär wäre sehr dankbar, wenn Euer Exzellenz einen Vorschlag machen würden. Im Laufe unserer Unterredung sagte mir der Staatssekretär, es sei selbstverständlich, daß der Dreibund für den Wunsch Rumäniens betreffend Silistrias nach wie vor eintreten müsse; doch sei freilich nicht zu leugnen, daß wir in dieser Beziehung „défendons une mauvaise cause"! Szögyény.

Tel. nach Bukarest, 11. März 1913 Nr. 150 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 6099.

Tel. nach Cetinje, 11. März 1913 Nr. 22 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 6099.

Nr. 6097. Tel. nach Cetinje Nr. 23 (1), Belgrad Nr. 54 (2) und Prisren Nr. 6 (3), 11. März 1913 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Dipauli u. Rappaport; G. Berchtold).

1. Bezug auf Telegramm Vizekonsuls von Pözel nach Cetinje Nr. 1.[b]) Ich ersuche Euer Hochwohlgeboren, den Inhalt der telegraphischen Meldung Pözels zur Kenntnis Seiner Majestät des Königs zu bringen und hiebei im Namen der katholischen Schutzmacht die schleunige Einleitung einer genauen Untersuchung zu fordern. Gleichzeitig wollen Euer Hochwohlgeboren bemerken, daß die Nachricht vom an P. Luigi Palić begangenen Verbrechen geeignet sei, die katholische Öffentlichkeit der Monarchie in Erregung zu versetzen; Euer Hochwohlgeboren müßten sich daher vorbehalten, entsprechende Genugtuungen sowohl für die Gefangennahme als auch für die Ermordung P. Palić zu verlangen.

2. Herr von Pözel telegraphiert de dato Prisren, 10. d. M.: ... *wie n. 6092* ... Ich instruiere auf Grund dieses Telegrammes Herrn Weinzetl in Cetinje wie folgt: (Inseratur Telegramm sub 1 in extenso.) Euer

Hochwohlgeboren wollen in analoger Weise, wie dies Herrn Weinzetl aufgetragen wird, auch bei der dortigen Regierung vorstellig werden und eventuelle Nachrichten, welche in Belgrad über den Fall vorliegen sollten, zu meiner Kenntnis bringen.

3. Ich habe die k. u. k. Missionen in Cetinje und Belgrad mit einer nachdrücklichen Intervention im Gegenstande Euer Wohlgeboren Telegrammes Nr. 16 vom 10. d. M. betraut. Ich ersuche Euer Wohlgeboren, Ihre obige Meldung durch Einziehung und telegraphische Meldung weiterer Details zu ergänzen, wobei ich besonderen Werth darauf legen würde, genauestens über den Grad des Verschuldens informirt zu werden, welcher den Montenegrinern beziehungsweise den Serben an der Ermordung des Geistlichen zukommt. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6150, 6175. — [b]) n. 6092.

Tel. nach Konstantinopel, 11. März 1913 Nr. 147 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 6099.

*Nr. **6098**. Bericht aus Konstantinopel, 11. März 1913 Nr. 15 B (eing. 13. März). Ausfert.*

Seit einigen Tagen hat sich die Stimmung in den hiesigen Regierungskreisen merklich geändert. Dieselbe ist ausgesprochen weniger friedlich, wie dies noch vor acht Tagen der Fall war. Als Mahmud Chevket Pascha den Grossmächten seine Geneigtheit mitteilen liess, unter gewissen Umständen ihren Wünschen nachzukommen und auf Adrianopel zu verzichten, glaubte er, dass die Mächte die Sache nunmehr energisch in die Hand nehmen und die Alliierten bewegen würden, auf dieser Basis in Friedensverhandlungen einzutreten. Indessen sind seither zwei Wochen vergangen, ohne dass der Pforte irgend etwas über den diesfälligen Standpunkt der Verbündeten bekanntgeworden wäre. Unter diesen Umständen ist man hier zur Überzeugung gelangt, dass es den Alliierten blos darum zu tun sei, Zeit zu gewinnen, um den Fall der drei Festungen abzuwarten und sodann mit noch schwereren Forderungen an die Pforte heranzutreten, so dass man schliesslich genötigt sein könnte, den Frieden unter ungünstigeren Bedingungen zu schliessen, als jene, die Kiamil Pascha erreicht hätte. Dies wäre aber nicht blos mit dem Sturze der gegenwärtigen Regierung, sondern auch mit der Vernichtung der Partei Union et Progrès gleichbedeutend. Die Anti-Friedensstimmung der letzten Tage geht demnach vom Comité selbst aus und wird bis zu einem gewissen Grade der Regierung aufoktroyiert. Gelegentlich meiner gestrigen Unterredung[a]) mit dem Grossvezier erhielt ich den Eindruck, dass er die Hoffnung so ziemlich aufgegeben hat, in der Friedensfrage durch Nachgiebigkeit auf einen grünen Zweig zu kommen. Mahmud Chevket Pascha sagte mir nämlich, man verlange von der Pforte immer mehr Konzessionen und da es auf diese Weise nicht weitergehe, erübrige blos, den Krieg fortzusetzen. Im letzteren Falle stünden ihm vom militärischen Standpunkte zwei Wege offen, die Offensive, um Adrianopel zu entsetzen, oder die Defensive, um lediglich die Hauptstadt zu sichern. Ersteren wolle er nicht einschlagen, da, wenn das Unternehmen nicht gelingt

und Adrianopel doch fällt, der Misserfolg überdies die Lage der Türkei sehr verschlechtern würde. Er habe sich daher entschlossen, sowohl bei Tschataldja wie bei Bulair in der Defensive zu bleiben und sei überzeugt, dass die Bulgaren nicht imstande seien, diese Stellungen zu forcieren. An der Verstärkung des Heeres werde noch immer fortgearbeitet. Kürzlich seien erst wieder 50.000 Anatolier frisch ausgehoben und herinstradiert worden, wo sie in wenigen Wochen so ausgebildet sein würden, dass sie an die Front gebracht werden können. Im Bedarfsfalle stünden aber der Regierung 50.000 Mann auch sofort zur Verfügung, indem die erwähnten 50.000 Rekruten unverzüglich als Ersatz für die Tragtier-Führer eingestellt werden könnten und letztere dadurch für die Front frei würden. Der Grossvezier fügte hinzu, die Regierung verfüge über eine genügende Menge von Gewehren, Kanonen und Munition und habe auch grössere einschlägige Bestellungen gemacht, die demnächst hier eintreffen würden. Wenn es also in der nächsten Zeit nicht zum Frieden kommt, so dürften zwar die Festungen von Adrianopel und Skutari fallen, der Krieg würde aber fortdauern. Die Frage wäre dann, welcher der beiden Teile länger aushält, Bulgarien oder die Türkei. Wie ich von den türkischen Staatsmännern erfahre, lauten die Nachrichten, welche ihnen über den Zustand der bulgarischen Armee zukommen, höchst ungünstig. Die Tatsache, dass die Bulgaren im zweiten Abschnitte des Krieges, das heißt seit über einem Monat, nicht offensiv vorgehen, obwohl sie bei der Wiederaufnahme der Feindseligkeiten die baldige Beendigung des Krieges in Aussicht stellten, würde für die Richtigkeit der vorerwähnten türkischen Informationen sprechen. Pallavicini.

a) Vgl. n. 6087.

Nr. 6099. Tel. nach London Nr. 229 (1), Paris Nr. 162 (2), Rom Nr. 261 (3), Konstantinopel Nr. 147 (4), Bukarest Nr. 150 (5), Sofia Nr. 129 (6), Belgrad Nr. 53 (7), Athen Nr. 40 (8), Cetinje Nr. 22 (9) und Berlin Nr. 218 (10), 11. März 1913 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.).a) Konz. (S. Matscheko; V. Rappaport; G. Berchtold).

1.—9. Auf Grund einer Vereinbarung mit dem russischen Kabinett wird hier und in St. Petersburg morgen ein gleichlautendes Communiqué veröffentlicht werden, welches bekannt gibt, daß die beiden Regierungen einvernehmlich beschlossen haben, gewisse militärische Maßnahmen defensiver Natur rückgängig zu machen. Den Wortlaut des Communiqués werden Euer etc. aus den Preßmeldungen entnehmen. Zu Euer etc. Orientierung und allfälliger Regelung Ihrer Sprache füge ich bei, daß unsererseits die Truppen in Galizien auf jenen Stand werden reduziert werden, der für die Zukunft der normale sein wird und im allgemeinen den Standesverhältnissen der deutschen und russischen Truppen an der Grenze entspricht. Dagegen bleiben die im Südosten der Monarchie durchgeführten Bereitschaftsmaßregeln aufrecht. Was die Vorgeschichte dieser Vereinbarung anbelangt, so ist zu bemerken, daß bereits im Laufe des Monates Jänner d. J. das russische Kabinett hier in vertraulicher Weise sondiert hat, wie wir uns zur Idee einer einverständlichen Abrüstung verhalten. Die

allgemeine politische Lage war aber damals zu wenig geklärt, als daß wir auf diese Anregung hätten eingehen können. Anläßlich der Entsendung des Prinzen Hohenlohe nach St. Petersburg wurde dieses Thema von russischer Seite wieder angeschlagen. Wir haben die Konversation bereitwillig aufgenommen und die Besprechungen haben nunmehr zu einem Einverständnis geführt, das als ein erfreuliches Zeichen gegenseitigen Vertrauens zu betrachten ist. Da mir eine Polemik über die Frage, von welcher Seite die Initiative zur Abrüstung ausgegangen ist, nicht wünschenswert erscheint, wollen Euer etc. eine Diskussion über diesen Punkt tunlichst vermeiden.

10. Ich telegraphiere wie folgt an die k. u. k. Missionen bei den Signatarmächten und bei den Balkanstaaten: (Inseratur Telegramm sub 1 bis 9 in extenso.) Vorstehendes zu Euer Exzellenz persönlicher Information und Regelung Ihrer Sprache. Berchtold.

a) Vgl. n. 6093, 6110, 6131.

*Nr. **6100.** Tel. nach London, 11. März 1913 Nr. 230 (chiffr. 10 U. 40 M. p. m.).a) Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).*

Die in Euer Exzellenz Telegramm Nr. 195 vom 10. d. M. ins Auge gefaßte Lösung der Delimitirungsfrage am Unterlaufe der Bojana sowie auf dem Skutarisee erscheint mir insoferne bedenklich, als sie einen complicirten Apparat von Bestimmungen und Reserven erfordert, während die einfachste und natürliche Lösung darin bestünde, auf der Strecke Goritza bis zur Bojana-Mündung den Talweg des Flusses und bei See dessen tiefste Stellen als Grenzlinie anzunehmen. Ich habe gegenwärtig nicht die Absicht, in diesem Belange, sei es den russischen Standpunkt zu acceptiren, sei es diese specielle Differenz zum Gegenstande besonderer Verhandlungen in London zu machen. Vielmehr wollen Euer Exzellenz, falls diese Details von russischer Seite neuerdings berührt werden sollten, den Standpunkt vertreten, daß dies eine technische Detailfrage darstelle, die eventuell seinerzeit bei definitiver Absteckung der Grenze in loco zu lösen sein wird und daß die einzige noch ernstlich in Betracht kommende Divergenz an der Nord- und Nordostgrenze bezüglich der Stadt Djakova vorliegt.

Berchtold.

a) Vgl. n. 6177.

*Nr. **6101.** Tel. aus London, 11. März 1913 Nr. 200 (eing. 12. März 8 U. a. m.).a) Entziff.*

Nachdem Sir E. Grey zu seinem lebhaften Bedauern heute noch keine Antwort aus Petersburg erhalten hat, bezüglich des Zusatzes, welchen er zu der an Serbien und Montenegro zu machenden Notifikation beifügen wollte (meine Telegramme Nr. 193 und 194 vom 8. d. Mts.), so konnte er uns in der heutigen kurzen Réunion nur mitteilen, daß er namens der Réunion dem serbischen und dem montenegrinischen Vertreter, die er heute nachmittags zu sich bescheiden läßt, folgende Erklärung abgeben werde: „Les Puissances considèrent que la Serbie (le Monténégro) sera tenue

d'évacuer le littoral et le territoire de l'Albanie après la délimitation par les Puissances dès que lesdites Puissances leur auront notifié leur décision." In seinem eigenen Namen beabsichtigt Sir E. Grey den zwei Vertretern zu erklären, daß weitere Kämpfe um Skutari nur ein unnützes Blutvergießen bedeuten, nachdem nichts, was daselbst geschieht, etwas an dem verändern kann, was die Mächte bestimmt haben werden. Sir E. Grey stellt mir ein Résumé über seine Mitteilung an die Vertreter Serbiens und Montenegros in Aussicht, sobald er sie empfangen haben wird, ich werde es unverzüglich telegraphisch melden. Nächste Réunion übermorgen Donnerstag. Hoffentlich sind bis dahin weitere Instruktionen aus Petersburg an Grafen Benckendorff eingetroffen. Nach meiner gestrigen Unterredung mit Sir E. Grey (gestrige Telegramme Nr. 196 und 197) hat er ausführlich und, wie ich annehmen darf, dringend nach Petersburg telegraphiert. Mensdorff.

a) Oe. U. Balkan 171 Nr. 322. Vgl. n. 6103, 6118 Anm. b, 6132.

Nr. 6102. Tel. aus London, 11. März 1913 Nr. 201 (eing. 12. März 8 U. a. m.).a) Entziff.

Bei heutiger Réunion sagte mir Sir E. Grey, daß von den Alliierten noch immer keine Antwort bezüglich der Mediation eingelaufen sei. Staatssekretär meinte, es wäre gut, wenn wir im Voraus die Ansichten unserer Regierungen erbitten würden für folgende Eventualitäten: 1) Ablehnende Antwort. 2.) Antwort mit unannehmbaren Reserven. 3.) Zu langes Hinausschieben der Antwort. Dritten Punkt hatte ich beantragt aufzunehmen, nachdem dieser Fall leider nicht unwahrscheinlich erscheint. Mensdorff.

a) Vgl. n. 6129.

Nr. 6103. Tel. aus London, 11. März 1913 Nr. 202 (eing. 12. März 9 U. a. m.).a) Entziff.

Im Nachhange zu meinem heutigen Telegramme Nr. 200. Sir E. Grey teilte mir heute abends ein Memorandum mit, das ich nachstehend möglichst wörtlich wiedergebe: „Nach der heutigen Botschafterréunion machte ich dem montenegrinischen Delegierten folgende Mitteilung: Les Puissances considèrent que le Monténégro sera tenu d'évacuer le littoral et le territoire de l'Albanie après sa délimitation par les Puissances dès que les dites Puissances lui auront notifié leur décision. Ich machte ihn aufmerksam, daß dies impliziere, daß das Schicksal Skutaris durch die Mächte entschieden würde, daß die jetzt stattfindenden Operationen gegen Skutari es nicht bestimmen könnten und infolgedessen die Fortsetzung derselben ein Blutvergießen bedeute, das so zwecklos ist, daß es mir verbrecherisch erscheine. Der montenegrinische Delegierte fragte, ob die Mächte beschlossen hätten, daß Skutari zu Albanien gehören müsse. Ich erwiderte, ich sei nicht autorisiert, ihm diese Mitteilung namens der Mächte zu machen. Als er darauf sagte, daß weder der König noch die Regierung von Montenegro auf Skutari verzichten könnten, wegen der starken öffentlichen Strömung in Montenegro, erwiderte ich, daß weder der König, noch die montenegrinische

Regierung, noch das montenegrinische Volk dem Willen der Mächte widerstehen könnten und daß der von mir erteilte Rat im wahren Interesse Montenegros gegeben wurde." Mensdorff.

a) Vgl. n. 6117, 6118 Anm. b, 6130, 6205.

Tel. nach Paris, 11. März 1913 Nr. 162 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 6099.

*Nr. **6104.** Bericht aus Paris, 11. März 1913 Nr. 25 (eing. 13. März). Ausfert.*

Herr Paléologue, mit welchem ich dieser Tage eine längere Konversation hatte, äusserte sich recht besorgt über die politische Lage am Balkan. Er glaubt, dass der Friede noch lange auf sich warten lassen wird. Sowohl die Türkei wie die Alliierten seien in ihren Forderungen ganz unvernünftig. Die definitive Antwort der Alliierten auf den Mediationsantrag der Mächte sei zwar noch nicht offiziell bekannt, doch sei man privatim davon unterrichtet, dass sie schwer erfüllbare Forderungen stellen werden. So habe der König von Montenegro erklärt, dass er unbedingt die Abtretung von Skutari und eine ansehnliche Kriegsentschädigung verlange. Die Serben, statt sich aus Albanien zurückzuziehen, schicken neue Truppen dorthin. Dies erschwere natürlich andererseits wieder die Besserung der Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Russland. Ich sagte Herrn Paléologue, dass nach meiner Ansicht Russland auf die Haltung der Balkan-Königreiche einen entscheidenden Einfluss ausüben könnte, der aber allem Anschein nach bisher nicht genügend zur Geltung kommt. Serbien habe schon vor langer Zeit erklärt, dass es sich, was die albanesische Frage betrifft, der Entscheidung der Grossmächte fügen werde. Diese Entscheidung sei wenigstens im Principe schon getroffen; auch betreffs der Delimitierung Albaniens sei ein Einverständnis über die meisten Punkte und speziell hinsichtlich der Zugehörigkeit Skutaris zu Albanien erreicht. Es sei gar nicht denkbar, dass Serbien und Montenegro es wagen würden, gegen den Willen sämmtlicher Grossmächte zu handeln, wenn sie nicht noch immer im Stillen auf die Unterstützung Russlands und mittelbar der Triple-Entente rechnen würden. Herr Paléologue versicherte mich, dass Frankreich im Einvernehmen mit England nie aufgehört habe, den Alliierten mässigende Ratschläge zu geben. Russland habe in gleichem Sinne gewirkt. Er habe gewisse an Herrn Hartwig gerichtete Instructionen gesehen, die sehr energisch lauteten. Auf meine Bemerkung, dass diese guten Ratschläge bisher leider wenig gefruchtet hätten, meinte er, die Alliierten zählen trotz allem noch immer auf die öffentliche Meinung in Russland. Die friedlichen Intentionen Sir Edward Greys, sagte mein Mitredner, seien wohl über jeden Zweifel erhaben. „Sie werden bemerkt haben, dass, während der ganzen Verhandlungen in London, wir eigentlich stets mehr im Einvernehmen mit England als mit Russland vorgiengen. Dies hatte, ich gestehe es offen, seine guten Gründe; wir wollten, für den Fall eines möglichen europäischen Conflicts, der Unterstützung Englands sicher sein und diesem Lande nicht die Möglichkeit geben, zu erklären, dass, nachdem der Conflict durch Massregeln

hervorgerufen ward, denen England nicht zugestimmt hatte, es an der Austragung desselben nicht teilnehmen solle. Aus diesem Grunde haben wir zu wiederholten Malen russische Vorschläge, die in London nicht genehm waren, abgelehnt. Wir verfolgten übrigens im Einvernehmen mit Sir Edward Grey mit diesem Vorgehen noch einen anderen Zweck. Wir wollten durch unsere gemeinsame mässigende und versöhnliche Haltung die friedliche Politik Herrn Sazonows stärken, der dem Drängen der russischen öffentlichen Meinung gegenüber auf die jeder Verwicklung abgeneigte Haltung der beiden befreundeten Staaten hinweisen konnte." Russland, meinte Herr Paléologue, gefalle sich leider allzusehr in der Rolle des wohlwollenden Protectors der Balkanstaaten. So begünstige es auch gegenwärtig die Wünsche der Alliierten nach einer grossen Kriegsentschädigung. „Ce geste génereuse lui est facile, car la Russie n'a aucun intérêt financier en Turquie." Frankreich aber, das der grösste Gläubiger der Türkei sei und das überdies gerade so wie England an der Erhaltung und Wiedererstarkung des osmanischen Reiches ein lebhaftes Interesse habe, könne nicht zugeben, dass die Türkei durch Zahlung einer Kriegsentschädigung finanziell total ruiniert werde, denn dem finanziellen Zusammenbruch würde der politische folgen und damit die ganze Frage von Klein-Asien aufgerollt werden, was unbedingt vermieden werden muss. Herr Paléologue, der einige Jahre in Bulgarien war und gewisse Sympathien für dieses Land hat, bedauerte die relativ ungünstige militärische Situation, in die Bulgarien, das doch den Löwenanteil an den kriegerischen Erfolgen der Alliierten hatte, geraten ist. Serbien, dessen kriegerische Leistungen factisch viel geringere waren, habe alles und noch mehr erreicht, als es zu hoffen wagte. Seine Armee sei weit weniger hergenommen als die bulgarische. Dies erkläre das Selbstbewusstsein, mit dem Serbien jetzt auftrete. Schliesslich werde aber wohl auch dieses Land den guten Ratschlägen der Mächte und der zwingenden Kraft der allgemeinen Lage Rechnung tragen müssen. Europa wolle entschieden keinen Krieg, leider habe es bisher nicht Mittel und Wege gefunden, um diesen seinen Willen zur Geltung zu bringen. Szécsen.

Tel. nach Prisren, 11. März 1913 Nr. 6 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 6097.

Tel. nach Rom, 11. März 1913 Nr. 261 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 6099.

Nr. 6105. Tel. aus Rom, 11. März 1913 Nr. 122 (eing. 5 U. p. m.).[a] Entziff.

Die laut des hohen Telegrammes vom 8. d. Mts. Nr. 256[b] von Herrn Diamandy mir zugeschriebene Äußerung, laut Nachrichten aus Wien bestehe Rumänien nicht mehr auf Abtretung Silistrias, kann in der Tat nur auf einem Mißverständnis beruhen, welches ich noch nicht aufzuklären vermochte, da es mir in diesen Tagen nicht gelang, meinen rumänischen Kollegen zu sprechen. Mérey.

[a]) Vgl. n. 6186. — [b]) Mit Tel. Nr. 256, 8. März 1913 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.) wurden n. 6050 und n. 6066 nach Rom mitgeteilt.

Nr. 6106. Tel. aus Rom, 11. März 1913 Nr. 123 (eing. 4 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Vertraulich. Die Anregung Euer Exzellenz, Frage von Silistria mit jener von Salonik zu kombinieren, sowie die dafür im hohen Telegramme vom 7. d. Mts. Nr. 249 entwickelten Argumente entsprachen vollständig der Auffassung des Marquis di San Giuliano, welcher mir zusagte, auch seinerseits zu trachten, das deutsche Kabinett von seinem einschlägigen Widerstand abzubringen. Auch mit dem Wunsche Euer Exzellenz, im Falle einer Einigung unter den Dreibundmächten mit dem Vorschlag an die Mächte heranzutreten, ist er einverstanden. Im Gespräche bemerkte der Minister, in Berlin und Petersburg schienen dynastische Einflüsse zu Gunsten Griechenlands, und zwar sowohl betreffs Saloniks wie bezüglich Janinas tätig zu sein. Mérey.

Nr. 6107. Tel. aus Rom, 11. März 1913 Nr. 124 (eing. 5 U. p. m.).[a] Entziff.

Den im hohen Telegramme vom 7. d. Mts. Nr. 250 skizzierten eventuellen Konzessionen von unserer Maximalgrenze für den Süden und Südosten Albaniens stimmt der Minister des Äußern zu und wird den Botschafter in London entsprechend instruieren. Allerdings fürchtet Marquis di San Giuliano, daß, da Janina mittlerweile eingenommen, die Ansprüche Griechenlands jetzt steigen werden. Mérey.

[a] Vgl. n. 6143 Anm. c, 6148.

Nr. 6108. Tel. aus Rom, 11. März 1913 Nr. 125 (eing. 4 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Wie ich durch Minister des Äußern erfahre, habe russische Regierung in Berlin zur Beilegung des rumänisch-bulgarischen Konfliktes angeregt,[b] Entscheidung durch Mehrheit der Mächte zuzulassen. Bei Gleichheit der Stimmenzahl sollten zwei von beiden Teilen bestimmte Botschafter Einigung anstreben. Gelänge dies nicht, so sollten dieselben die Entscheidung einem dritten Botschafter übertragen. Marquis di San Giuliano fügte bei, er bemühe sich, russisches Kabinett von diesem Vorschlage abzubringen, welcher — abgesehen von seiner Kompliziertheit — eine bedenkliche Bresche in das Prinzip der Einstimmigkeit bei internationalen Entscheidungen schlagen würde. Mérey.

[a] Vgl. n. 6109. — [b] Vgl. n. 6081.

Nr. 6109. Tel. aus Rom, 11. März 1913 Nr. 126 (eing. 12. März 9 U. a. m.). Entziff.

Das hohe Telegramm vom 10. d. Mts. Nr. 258 hat sich mit meinem Telegramm vom 11. d. Mts. Nr. 125 gekreuzt. Heutige Unterredung mit dem Minister des Äußern ergab neuerlich völlige Zustimmung desselben zu der Auffassung Euer Exzellenz und zu Hochderen Bedenken gegen den

russischerseits angeregten modus procedendi. Marquis di San Giuliano setzt seine gegen den letzteren und zu Gunsten der Kombination Silistria-Salonik gerichteten Bemühungen in Petersburg beziehungsweise Berlin fort. Mein deutscher Kollege meinte bei Erörterung der beiden Ideen, an dem russischen Vorschlag erscheine die Zulassung eines Majoritätsbeschlusses noch etwa annehmbar, nicht aber die Übertragung der Entscheidung an einen aussenstehenden Diplomaten. Gegen die Kombination Silistria-Salonik machte Herr von Flotow geltend, seine Regierung hielte es für verfrüht, schon jetzt in die Teilung der Beute einzugreifen, und für politisch zweckmäßiger, es darauf ankommen zu lassen, daß Russland Bulgarien Salonik abspreche. Mérey.

Nr. 6110. Tel. nach St. Petersburg, 11. März 1913 Nr. 187 (chiffr. 11 U. 55 M. a. m.).[a] Konz. (S. u. G. Berchtold).

Antwort auf Telegramm Nr. 85 vom 10. d. M. Herr von Giers hat mir gestern Text identischen Kommuniqués, wie ihm derselbe von Herrn Sazonow zugekommen, zur Einsicht gegeben. Wortlaut stimmt mit jenem, welchen Euer Exzellenz mit Telegramm Nr. 79 vom 5. d. M. gemeldet, überein, bis auf die geringfügige Differenz, dass es im dritten Alinea nach Sazonow heisst: „et de même sera décrété", während Euer Exzellenz die Fassung anführten: „en conséquence sera également décrété". Ich beabsichtige in dem morgen, Mittwoch — 12. März/27. Februar — zu publizierenden Kommuniqué erstere — Sazonows — Fassung zur Anwendung zu bringen. Gleichzeitig wird besprochenener Artikel im „Fremdenblatt" erscheinen. Ersuche Herrn Sazonow hievon in Kenntnis zu setzen.

Berchtold.

[a] Vgl. n. 6099, 6111, 6115.

Nr. 6111. Tel. nach St. Petersburg, 11. März 1913 Nr. 188 (chiffr. 2 U. 20 M. p. m.). Konz. (S. Montlong; G. Szápáry).

Im Nachhange zu meinem Telegramm Nr. 187. Ich setze voraus, dass russischerseits das Communiqué in der morgigen Frühnummer der Rossija veröffentlicht werden wird und somit die vereinbarte Gleichzeitigkeit mit den entsprechenden Publikationen des morgigen Fremdenblattes gesichert erscheint. Berchtold.

Nr. 6112. Tel. nach St. Petersburg, 11. März 1913 Nr. 190 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. u. G. Hoyos).

Ich ersuche Euer Exzellenz Herrn Sazonoff mitzutheilen, dass die Durchführung der in Aussicht genommenen militärischen Massnahmen behufs Verminderung der Stände an der galizischen Grenze an Allerhöchster Stelle angeordnet wurde und die bezüglichen Befehle an die in Frage kommenden Commanden noch heute Nacht ergehen.

[a] Vgl. n. 6115.

Tel. nach Sofia, 11. März 1913 Nr. 129 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.). Siehe n. 6099.

Nr. 6113. Tel. aus Sofia, 11. März 1913 Nr. 231 (eing. 12. März 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Herr Dobrović frühstückte heute bei mir und wir sprachen dann länger. Er sagte, Konseilspräsident sei gestern, um König über meine letzte Mitteilung zu berichten, zusammen mit Finanzminister in Audienz erschienen. Seine Majestät zeigte dann Dobrović meine Aufzeichnungen und sagte: „Endlich etwas, was mir wirklich Freude macht; was könnten wir noch mehr verlangen, und das, was Österreich-Ungarn fordert, ist doch sehr wenig." Der König sei von der Mitteilung höchst befriedigt, bemerkte Dobrović. Unsere Desiderata bezüglich Saloniks seien wahrhaft bescheiden, antwortete ich, und es liege im Interesse Bulgariens, dieselben zu erfüllen, wie es auch seinen Interessen entspreche, unsere Erwartungen nicht zu enttäuschen, daß Bulgarien künftig hin nur bulgarische Politik machen werde. Dobrović erwiderte, er sei der Überzeugung, daß Bulgarien keine andere Politik machen und nur an Österreich-Ungarn Anlehnung suchen könne. Ich hätte wiederholt dieses Thema mit Dobrović berührt und er habe mir bis jetzt nie klar geantwortet. Nunmehr könne er aber offen sprechen; ich möge sicher sein, daß sich Bulgarien nicht auf Seite Serbiens gegen Monarchie stellen werde. Wenn nicht schon vor Ende des Krieges, werde jedenfalls nach Friedensschluß vom Balkanbund nichts übrig bleiben. Die Prätensionen der Griechen und Serben seien unerhört; die Griechen wollen ja nicht nur Salonik, sondern scheinen gegen Serres vordringen zu wollen und Serben serbisieren die Bulgaren nicht bloss in Gebieten, die serbisch bleiben sollen, sondern auch in Monastir und so weiter gehe es Bulgaren schlechter, als unter türkischer Herrschaft. Es sei ausgeschlossen, daß man sich verständigen könne, und es müsse zum Bruche kommen. Nach Ansicht Dobrović' sei auch Zusammengehen Bulgariens mit Russland unmöglich und selbst die Russophilen beginnen allmählich dies einzusehen. In der letzten Zeit haben Sie — meinte Mitredner zu mir gewendet — hier viel an Boden gewonnen; abgesehen von solchen Ministern, die prinzipiell nur auf Russland schwören, denke man hier jetzt ganz anders von Österreich-Ungarn. Ich bemerkte, daß ich mit viel Mißtrauen zu kämpfen und mich lange geplagt hätte, bis ich Regierung nur dazu gebracht, dass sie unsere Vorschläge bezüglich Saloniks geprüft. Herr Geschoff sei von Natur aus misstrauisch, schüchtern und lasse sich von anderen Ministern beeinflussen, meinte Dobrović und fügte hinzu, ich hätte sehr gut getan, mich an Herrn Danew zu wenden, der dann Regierung aufmerksam gemacht hätte, dass man mir antworten müsse. Danew sei der Etikette nach russophil, in der Wirklichkeit sei er es aber seit einiger Zeit weniger als Geschoff; nunmehr seien sie beide von der notwendigen und nützlichen Freundschaft Österreich-Ungarns überzeugt und diese Überzeugung und Vertrauen in unsere Politik dringen immer mehr durch. Ich bemerkte, dass Stimmung noch viel zu wünschen übrig lasse und dass im Allgemeinen Österreich-Ungarn hierzulande nicht als Freund betrachtet

werde. Dobrović stimmte zu, dass man in Bulgarien im Allgemeinen in uns Feind erblicke, in den politischen Kreisen aber ändere sich dies bereits und man müsste weiter arbeiten. Ich kenne Dobrović gut und weiss, dass er heute aufrichtig sprach. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 6094.

Nr. 6114. Tel. aus Sofia, 11. März 1913 Nr. 232 (eing. 12. März 9 U. a. m.). Entziff.

Folgende Äußerungen, die hiesiger serbischer Gesandter kürzlich vor seinen Vertrauten fallen gelassen hätte, werden mir hinterbracht: Serbien sei nicht schlecht mit Türkei ausgekommen und wenn es zum Kriege gekommen, sei es hauptsächlich Bulgariens halber. Die nunmehrige Präpotenz und Habgier der Bulgaren seien unerträglich. Mit Griechenland wäre Entente Serbiens so gut wie perfekt und jetzt sei man daran, sich mit Rumänien zu verständigen, was sicher gelingen würde, wie es auch möglich sein dürfte, Türkei für dieses Bündnis zwecks Isolierung Bulgariens zu gewinnen. Tarnowski.

Nr. 6115. Vortrag an den Kaiser, 11. März 1913.[a]) Konz. (S. und G. Hoyos) und Ausfert.

Nachdem Euer Majestät Botschafter am kaiserlich russischen Hofe in dem alleruntertänigst angeschlossenen Telegramme[b]) meldet, daß die russische Regierung nach eingeholter Genehmigung Seiner Majestät Kaiser Nikolaus dem von mir in Antrag gebrachten gleichlautenden Communiqué betreffend die Verminderung der Truppenstände an unserer Nordostgrenze zugestimmt hat, beabsichtige ich, das gegenständliche Communiqué morgen Vormittag im Einvernehmen mit der kaiserlich russischen Regierung, welche gleichzeitig eine ebenso lautende Publikation veranlassen wird, zu veröffentlichen. Hievon wurde Graf Thurn mit dem ehrfurchtsvollst angeschlossenen Telegramme[c]) in Kenntnis gesetzt. Ich habe das k. u. k. Kriegsministerium von der einschlägigen Meldung des k. u. k. Botschafters in St. Petersburg bereits verständigt und wage es nun mehr, Euer Majestät alleruntertänigst zu bitten, Allerhöchstdieselben wollen geruhen, den die einschlägigen militärischen Verfügungen des k. u. k. Kriegsministers zum Gegenstand habenden alleruntertänigsten Vortrag Allergnädigst zu resolvieren, damit das Erforderliche behufs Entlassung der eingezogenen Mannschaften in Galizien sofort nach Erscheinen dieses Communiqués veranlaßt werden kann. Berchtold.

[a]) Kaiserliche Entschließung fehlt. Vgl. n. 6112, 6119. — [b]) n. 6093. — [c]) Vgl. n. 6110.

Nr. 6116. Tel. aus Belgrad, 12. März 1913 Nr. 133 (eing. 10 U. p. m.).[a]) Entziff.[1])

Im Nachhange zu gestrigem Telegramm Nr. 131[b]) und Bericht Nr. 54 vom 11. d. Mts. Generalsekretär hat heute nahezu eine Stunde hindurch mir zu beweisen gesucht, daß Entsendung des Expeditionskorps nach Skutari

nicht als eine gegen die Monarchie gerichtete unfreundliche Handlung aufzufassen sei. Serbien konnte der dringenden Bitte des montenegrinischen Herrschers an seinen Schwiegersohn, König Peter, unsoweniger ein Refus entgegenstellen, als bekanntlich die Beziehungen früher sehr schlechte waren und erst in letzterer Zeit eine Aussöhnung stattgefunden habe. König Nikolaus habe an die Bundestreue, die Gemeinsamkeit der Rasse und die verwandschaftlichen Bande etc. appelliert. Da Serbien immer beschuldigt wurde, feindliche Tendenzen gegen Montenegro zu verfolgen, habe die öffentliche Meinung diese Hilfeleistung für die bedrängten Brüder verlangt. Die Regierung sei selbst lange unschlüssig gewesen, da man ungern dieses neue Opfer bringe und sich speziell die Armee für den Erwerb Skutaris für fremde Rechnung nicht begeistere. Man habe auch damit gerechnet, daß wenigstens drei Wochen vergehen werden, bis die Truppen hinkommen, bis dahin hoffe man, daß der Friede geschlossen sein werde. Serbien hätte die schöne Rolle des verlässlichen Bundesgenossen gespielt, was auch in Cetinje hätte anerkannt werden müssen. „Nous ne tenons pas beaucoup à verser notre sang pour le Roi Nicolas et nous serions très contents si les Grandes Puissances nous mettaient devant un fait accompli." Als ich fragte, was er damit meine, sagte mir Mitredner: „Si la réunion des ambassadeurs finissait vite la question de la délimitation de l'Albanie en déclarant que Scutari en doit faire partie et si cette décision venait nous être communiquée la Serbie ne pourrait s'opposer parce que nous avons déclaré de reconnaître le décision des Grandes Puissances. Dans ce cas nous devrions déclarer au Monténégro que nous sommes liés par la décision des ambassadeurs et nous devrions nous soumettre. Il ne pourrait alors plus être question de notre aide pour la prise de Scutari."[2] Ugron.

[1] Mensdorff mitteilen. [2] In gleichem Sinne hat sich der serbische Gesandte Jovanovics heute mir gegenüber geäußert, wobei derselbe auch betonte, daß es ja genügen würde, wenn blos bezüglich Skutaris die Entscheidung bereits getroffen wäre und die übrige Delimitation noch nicht völlig finalisiert wäre. In diesem Falle könnte sich die Notifikation auf die Nordgrenze beschränken, es würde aber den Serben die Möglichkeit geboten, sich unter Hinweis auf den Beschluß der Mächte einer weiteren militärischen Unterstützung Montenegros zu entziehen.

[a] Vgl. n. 6130, 6274, 6341. — [b] Teilt eine Meldung der „Politika" über einen angeblichen Protest des öst.-ung. Gesandten in Belgrad gegen die Unterstützung Montenegros durch Serbien mit.

Nr. 6117. Tel. aus London, 12. März 1913 Nr. 203 (eing. 6 U. 40 M. p. m.).[a] Entziff.

In Ergänzung meines Telegrammes Nr. 202 von heute nachts. Memorandum Sir E. Greys über Konversation mit serbischem Geschäftsträger gleichlautend mit dem über Unterredung mit montenegrinischem Delegierten bis inklusive Worte „mir verbrecherisch erschiene"[b] und fährt nachstehend fort: „Der serbische Geschäftsträger stellte die Operationen gegen Skutari als einen Teil des Krieges gegen die Türkei dar. Ich erwiderte, dass sie aufgehört hätten irgend einen Effekt auf die Türkei zu haben, und tatsächlich ausschließlich unternommen wurden, um den Besitz der Stadt für Montenegro zu erlangen. Der Geschäftsträger bemerkte, dass es für

Serbien unvernünftig wäre, solange der Krieg mit der Türkei noch dauere, Orte, die jetzt von Serbien besetzt sind, zu evakuieren und dadurch türkische Truppen oder turbulente Stämme zu Aktionen Skutaris frei zu machen. Ich erwiderte, dies sei ein Punkt, der zu erwägen wäre, wenn die Mächte zu dem Beschlusse gelangen, Serbien zu notifizieren, dass es Plätze, die es jetzt besetzt hält, zu evakuieren habe; es treffe aber nicht auf das zu, was ich über Skutari gesagt habe. Der Geschäftsträger widersprach diesem nicht." Sir E. Grey hat die Memoranden über seine Unterredungen mit den zwei Vertretern an die englischen Gesandtschaften in Belgrad und Cetinje telegraphiert. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 6130, 6145. — [b]) Im Tel. Nr. 202, vgl. n. 6103, steht „erscheine".

Nr. 6118. Tel. nach Rom, 12. März 1913 Nr. 267 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; V. u. G. Berchtold).

Im Verfolge meines heutigen Telegrammes Nr. 266.[b]) Euer Exzellenz wollen dessen Inhalt Marquis di San Giuliano vertraulich mitteilen und beifügen, daß ich hoffe, die energische Sprache, welche Sir E. Grey dem montenegrinischen Delegierten gegenüber geführt hat und dem serbischen Vertreter gegenüber zu führen beabsichtigt, in Cetinje und Belgrad nicht ohne Eindruck bleiben wird. Ferner schiene es wünschenswert, daß auch die anderen Regierungen eine gleiche Haltung einnehmen und es ermöglichen, daß in der Réunion baldigst die Delimitirungsfrage erledigt und hierauf die seinerzeit in Aussicht genommene Notifikation betreffs Räumung Albaniens sowohl an Serbien als auch an die anderen in Betracht kommenden Balkanstaaten vorgenommen werde. Euer Exzellenz wollen den Herrn italienischen Minister des Äußern bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam machen, daß die — wie mir scheint — systematische Verzögerung der Erledigung der Delimitierungsfrage bis zum Falle von Skutari eine nicht zu unterschätzende Gefahr in sich birgt. Die serbischen Truppennachschübe auf dem Seewege und deren Ausschiffung an der albanesischen Küste können uns nicht gleichgiltig lassen und muß ich befürchten, daß es, falls die Botschafterréunion nicht in kürzester Zeit zu einem Resultate gelangt, im Interesse Albaniens notwendig werden wird, daß wir ohne Rücksicht auf den Gang der Londoner Besprechungen im eigenen Wirkungskreise zu nachdrücklichen Maßnahmen greifen, um weiteren Truppenausschiffungen in Durazzo und San Giovanni di Medua einen Riegel vorzuschieben, wobei wir selbstverständlich ein Einvernehmen mit Italien anstreben würden. Zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information füge ich bei, daß ich mich keiner Täuschung darüber hingebe, daß die Idee einer Intervention, etwa in Form einer Flottendemonstration an der albanesischen Küste Marquis di San Giuliano keineswegs sympathisch sein dürfte, daß ich aber gerade deshalb von der Aufwerfung eines solchen Gedankens die Wirkung erhoffe, daß Italien nachdrücklichst für eine raschere Behandlung der Delimitirungs- und Räumungsfrage eintreten werde. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6205. — [b]) Mit Tel. Nr. 266, 12. März 1913 (chiffr. 10 U. 20 M. p. m.) wurden n. 6101 (auszugsweise) und n. 6103 nach Rom mitgeteilt.

Nr. 6119. Tel. nach St. Petersburg, 12. März 1913 Nr. 192 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; V. u. G. Berchtold).

Die von der Petersburger Telegrafenagentur als Ergänzung zu dem vereinbarten Communiqué publizierte Mitteilung ist identisch mit jenem Passus, der aus dem russischen Communiqué-Entwurfe über unseren Wunsch eliminiert wurde, da wir einer Darstellung nicht zustimmen konnten, wonach das Petersburger Kabinet sich erst bei dem jüngsten Gedankenaustausch davon überzeugt hätte, daß wir keine aggressiven Tendenzen gegen unsere südlichen Nachbarn verfolgen. Wir haben unsererseits in loyaler Ausführung der Verabredung mit Herrn Sazonow das Communiqué im „Fremdenblatt"[b] in einer ihm im voraus bekanntgegebenen Weise kommentieren lassen. Umsomehr mußte es daher unser Befremden erregen, daß die russische Regierung den oben erwähnten Passus dennoch in offizieller Form und noch dazu im unmittelbaren Anschluß an das vereinbarte Communiqué veröffentlicht hat, so daß der Eindruck erweckt werden kann, als wäre auch diese Enunziation mit unserer Zustimmung erfolgt. Da dies bekanntlich nicht der Fall ist und auch der Inhalt der Mitteilung den Tatsachen nicht entspricht, habe ich mich genötigt gesehen, durch das Korrespondenzbureau eine Richtigstellung[c] zu publizieren. Es liegt nicht in meiner Absicht, daß Euer Exzellenz bei Herrn Sazonow in dieser Hinsicht eine Reklamation erheben. Falls aber der Minister das Thema berühren sollte, wollen Hochdieselben sich im vorstehenden Sinne aussprechen. Zu Euer Exzellenz persönlicher Orientierung bemerke ich, daß ich der offenkundigen Tendenz entgegentreten mußte, die Sache in der Öffentlichkeit so hinzustellen, als ob Rußland eine Einwilligung in die beiderseitige Abrüstung von einer vorherigen Zusicherung unsererseits abhängig gemacht hätte, Serbien nicht anzugreifen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 6115, 6131, 6134, 6154, Beilage zu n. 6155. — [b] n. 6120. — [c] n. 6121.

Nr. 6120. Communiqués der österreichisch-ungarischen (I) und russischen Regierung (II), abgedruckt im Wiener „Fremdenblatt" Nr. 70 vom 12. März 1913.[a]

I. Wien, 11. März 1913. Der Austausch von Handschreiben, welcher kürzlich zwischen Seiner Majestät dem Kaiser und König Franz Josef und Seiner Majestät Kaiser Nikolaus stattgefunden hat, erbrachte einen neuerlichen Beweis dafür, daß die Ereignisse auf der Balkanhalbinsel den Gefühlen der Freundschaft zwischen den beiden Herrschern keinerlei Eintrag getan haben und daß die Erhaltung des Friedens fortgesetzt das Ziel ihrer Bemühungen bildet. Die beiden Regierungen sind sohin zu dem Schlusse gelangt, daß gewisse rein defensive Maßnahmen, welche in den Grenzprovinzen der beiden Reiche getroffen worden waren, durch die Umstände nicht mehr geboten erscheinen. Somit wurde nunmehr die Reduzierung der österreichisch-ungarischen Stände in Galizien auf ein normales Ausmaß beschlossen; und ebenso wird die Entlassung der russischen Reservemannschaften jener Altersklasse verfügt werden, welche im vergangenen Herbst beurlaubt werden sollte.

II. Telegramm aus Petersburg, 11. März. [1913.] Die Petersburger Telegraphenagentur veröffentlicht eine Mitteilung, die mit der im „Fremdenblatt" erscheinenden Mitteilung betreffend die Entlassung von Reservisten an der österreichisch-ungarischen Grenze identisch ist. Die Petersburger Telegraphenagentur schreibt ferner: In Ergänzung des identischen Communiqués der russischen und der österreichisch-ungarischen Regierung ist die Petersburger Telegraphenagentur ermächtigt mitzuteilen, daß, wie sich aus den mit dem Wiener Kabinett gepflogenen Erörterungen ergibt, die österreichisch-ungarische Monarchie keine aggressive Absicht gegenüber ihren südlichen Nachbarn hegt.

[a]) Pol. Chron. d. ö.-u. Mon. 1913, 80. Vgl. n. 6119, 6121, 6131, 6134, 6302, 7858.

Nr. 6121. Communiqué der österreichisch-ungarischen Regierung vom 12. März 1913, abgedruckt im Wiener „Fremdenblatt" vom 13. März 1913.[a])

Wien, 12. März [1913]. Die Petersburger Telegraphenagentur veröffentlicht im Anschlusse an das heute zur Ausgabe gelangte, zwischen der österreichisch-ungarischen und der russischen Regierung vereinbarte gleichlautende Communiqué einen ergänzenden Passus. Die Aufnahme dieses in der bezüglichen Vereinbarung der beiden Kabinette nicht inbegriffenen Passus in den einvernehmlich publizierten Text der Communiqués wurde österreichisch-ungarischerseits schon aus dem Grunde für unnötig befunden, weil unsere politische Haltung gegenüber unseren südlichen Nachbarn sich nicht erst aus den bei dem gegenwärtigen Anlasse gepflogenen Erörterungen ergeben hat. Es braucht in dieser Richtung nur darauf hingewiesen zu werden, daß Graf Berchtold schon am 5. November v. J. vor dem kompetenten Forum der Delegationen[b]) die Erklärung abgegeben hat, daß „die Monarchie bereit ist, die Grundlage zu einem dauernden freundschaftlichen Einvernehmen mit den Balkanstaaten zu schaffen".

[a]) Pol. Chron. d. ö.-u. Mon. 1913, 80. Vgl. n. 6119, 6120, 6131, 6134, 6154. — [b]) Parlam. Chron. d. ö.-u. Mon. 1912, 875.

Nr. 6122. Tel. aus Sofia, 12. März 1913 Nr. 238 (eing. 13. März 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Bezug auf mein Telegramm Nr. 225 vom 10. d. Mts. Konseilspräsident hat mir für gestern und spätestens für heute Antwort auf unsere Desiderata versprochen. Da Herr Geschoff gesagt, daß er mir Antwort persönlich bringen würde, habe ich bis heute abends gewartet, ohne ihn zu urgieren oder zu besuchen. Sollte er bis morgen früh kein Zeichen geben, werde bei ihm vorsprechen.

Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 6135.

Tel. nach Athen, 13. März 1913 Nr. 44 (chiffr. 14. März 12 U. 15 M. a. m.). Siehe n. 6131.

Nr. 6123. Tel. aus Athen, 13. März 1913 Nr. 141 (eing. 14. März 9 U. a. m.).[a] *Entziff.*

Streng vertraulich. Mein deutscher Kollege teilt mir mit der Bitte um ganz konfidentielle Behandlung Folgendes aus heutigen Äußerungen Herrn Venizelos' zu ihm mit: 1.) Griechische Freundschaft mit Bulgarien, das rücksichtslos egoistisch, unhaltbar, Griechenland werde aber trotzdem bis zum Friedensschlusse Alliierten-Pflichten erfüllen (dieser Ausspruch beweist, dass Griechenland nachher nicht mehr gebunden). Mit Serbien bestünden sehr gute Beziehungen, die, falls baldiger Konflikt mit Bulgarien, sogar zu einer gemeinsamen Aktion gegen dieses führen könnten. Auf die Dauer sei jedoch ein Hand in Hand gehen Griechenlands mit dem slavischen Serbien, das schließlich doch zu Bulgarien hingedrängt würde, kaum wahrscheinlich. Deshalb und um Balkangleichgewicht herzustellen, müsse Griechenland Anschluss an Rumänien suchen und namentlich auch mit der Türkei freundschaftliche Beziehungen unterhalten. Er, Venizelos, beabsichtige gleich nach dem Friedensschlusse zur Anbahnung derselben nach Konstantinopel zu gehen. Unerlässliche Vorbedingung dauernder guter Beziehungen zur Türkei sei aber, dass alle ägäischen Inseln Griechenland zufallen, sonst gäbe es lauter Kretafragen. Hat aber Griechenland alle Inseln, dann wünscht es die Türkei in Kleinasien stark zu sehen. Mit Österreich-Ungarn strebt er besonders gute Beziehungen an und er sei sehr geladen auf Coromilas, der sich die seinerzeitigen inkriminierten Äußerungen zuschulden kommen ließ. (Übrigens werde dieser aus verschiedenen Ursachen bald wahrscheinlich durch Streit ersetzt werden. Später sei es nicht unmöglich, dass er selbst das auswärtige Portefeuille übernehme.) 2.) Sollte Griechenland von Bulgarien aus Salonik verdrängt werden, so sei sofortiger Krieg unausweichlich. Wenn Griechenland Salonik behalte, gedenke es einen Teil des Hafens zum Freihafen zu machen und freien Transitverkehr durch diesen Hafen zu gestatten. 3.) Herr Venizelos deutete an, dass, falls der König sich dazu entschließen sollte, nach dem Jubiläum (Oktober) abzudanken, der energischere und zielbewusstere Kronprinz als König ihm sehr sympathisch wäre. Braun.

[a] Vgl. n. 7074.

Tel. nach Belgrad, 13. März 1913 Nr. 58 (chiffr. 14. März 12 U. 15 M. a. m.). Siehe n. 6131.

Nr. 6124. Bericht des Militärattachés in Belgrad an den Chef des Generalstabes, 13. März 1913 Res. Nr. 105 (eing. als Einsichtsstück des Chefs des Generalstabs vom 17. März 1913 Nr. 1326 am 22. März). Abschrift.

Kombinationen über einen neuen Balkanbund. Der in Bulgarien als Kriegsattaché anwesende königlich preußische Major im Großen Generalstabe von Massow hielt sich heute auf der Rückreise von Sofia hier auf. Er war früher Militärattaché für Serbien und steht seither mit mir in freundschaftlicher Relation. Major von Massow hatte auf der Fahrt von Sofia nach Belgrad lange politische Auseinandersetzungen mit dem gleichfalls

hierher reisenden serbischen Gesandten am bulgarischen Hofe Dr. Spalaiković. Aus seinen diesbezüglichen Mitteilungen geht hervor, daß die übermäßigen territorialen Ansprüche Bulgariens seine beiden schwer gereizten Verbündeten, Serbien und Griechenland, veranlaßt hat, schon jetzt Vorsorge zu treffen, um bei der Lösung der territorialen Fragen Bulgarien geeint gegenüber zu stehen. Hiebei will man den rumänisch-bulgarischen Zwist ausnützen, um auch Rumänien zum Anschlusse an ein Defensivbündnis gegen Bulgarien zu bestimmen. Die diesbezüglichen Verhandlungen sollen schon im Zuge sein und von russischer Seite unterstützt werden. Herr Spalaković spielt hiebei eine Vermittlerrolle. Er versicherte Herrn von Massow, daß es sich nicht um eigene Kombinationen handle, sondern er im Auftrag Herrn Pašić's handle, und auch jetzt nach Belgrad komme, um über den Stand dieser Frage zu referieren. Major von Massow ist von der Richtigkeit der Angaben des serbischen Gesandten überzeugt, umsomehr als ihm dieser schon vor zirka 3 Wochen in Sofia von analogen Plänen Mitteilung machte. Bulgarien stünde demnach vollkommen isoliert; denn auch Rußland fürchtet anscheinend, gewitzigt durch die bulgarische Emanzipation in den 80er Jahren, ein allzugroßes Anwachsen dieses ländergierigsten Balkanstaates. Gellinek.

Nr. 6125. Tel. nach Berlin, 13. März 1913 Nr. 220 (chiffr. 5 U. 20 M. p. m.).[a] Konz. (S. Berchtold; G. Nemes).

Herr von Tschirschky hat mir heute auftraggemäß mitgetheilt, daß Herr von Jagow die Berechtigung der von mir geltend gemachten Einwendungen gegen die russische Proposition betreffs Feststellung eines modus procedendi für die Mediation im bulgarisch-rumänischen Streitfalle nicht in Abrede stelle. Der Staatssekretär ersuche mich angesichts des Umstandes, daß der Vorschlag Herrn Sazonows eine Antwort erheische, und Rumänien auf eine baldige Erledigung des Streitfalles dränge, meinerseits einen gangbaren Weg anzugeben, um den Zusammentritt der Botschafter zu ermöglichen. Ich erwiderte Herrn von Tschirschky, daß meines Erachtens in der gleichen Weise, wie es in London der Fall war, die Botschafter der Mächte mit Instructionen zu versehen wären, die praktische Modalitäten zur Lösung des Streitfalles zum Gegenstande hätten. Aufgabe des Vorsitzenden wäre es, dahin zu wirken, daß eine Übereinstimmung zu erreichen wäre. Kommt keine solche zu Stande, hätten die Botschafter an ihre Regierungen zu berichten und wären denselben eventuell neue Instructionen zu geben. Die Mediation könnte nur auf Grund eines einstimmigen Beschlusses der Botschafter erfolgen. An letzterem Principe müßte unbedingt festgehalten werden, wollte man nicht die einzig wirksame Waffe aus der Hand geben und die Entscheidung in einer für den Dreibund eminent wichtigen Frage Anderen überlassen. Ich ersuche Euer Exzellenz, in diesem Sinne dem Herrn Staatssekretär Mittheilung zu machen und denselben verständigen zu wollen, daß ich unter Einem einen Privatbrief[b] an denselben richte, in welchem auch dieser Angelegenheit Erwähnung gethan ist. Berchtold.

[a] Vgl. n. 6081, 6139, 6184 Anm. a. — [b] Vgl. n. 6126.

Tel. nach Berlin, 13. März 1913 Nr. 222 (chiffr. 14. März 12 U. 15 M. a. m.). Siehe n. 6131.

Nr. 6126. Privatschreiben an den Staatssekretär des Deutschen Auswärtigen Amtes von Jagow, 13. März 1913.[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; V. Berchtold).

Nach dreiwöchentlicher Krankheit komme ich endlich dazu, einem langgehegten Herzenswunsche entsprechend, Ihnen meine freudige Dankbarkeit aussprechen zu können für Ihre durch Herrn von Tschirschky verdolmetschte freundliche Absicht, mich, sobald eine Klärung am politischen Horizonte eintritt, aufsuchen zu wollen. Letzteres ist bedauerlicherweise noch nicht abzusehen, und so möchte ich Sie bitten, mir zu gestatten, im nachfolgenden einige politische Konsiderationen über die momentane Lage vom hierortigen Standpunkte aus betrachtet zusammenzufassen, was mir im Interesse eines zielbewußten Zusammenarbeitens der beiden Zentralmächte gelegen scheint. Wir haben vom Anfange der nun schon Monate währenden Krise uns einige für die Interessen der Monarchie ausschlaggebende Programmpunkte festgesetzt, an welchen wir unbedingt festzuhalten gesonnen sind und unter welchen die Nichtzulassung Serbiens, des hartnäckigsten Exponenten Rußlands am Balkan, an die Adria, die Schaffung eines lebensfähigen Albaniens und die Befriedigung der territorialen Ansprüche Rumäniens zu den wichtigsten gehören. Die beiden ersteren Punkte sind nach langwierigen diplomatischen Kämpfen schließlich von allen Mächten anerkannt worden, können aber nicht als gesichert betrachtet werden, insolange von montenegrinischer und serbischer Seite manu militari den Intentionen der Mächte entgegengearbeitet und der Versuch gemacht wird, durch faits accomplis den Willen Europas zu durchkreuzen. In diesem Belange sind die in der letzten Zeit wiederholt signalisierten zum Teil mit griechischer Assistenz besorgten serbischen Truppenverschiebungen nach Albanien von symptomatischer Bedeutung und können die gelegentlichen beschwichtigenden Erklärungen serbischer und russischer Diplomaten, daß es sich um eine mehr formale Einlösung der gegenüber Montenegro eingegangenen Vertragspflicht handle, nicht über den wahren Charakter dieser Maßnahmen hinwegtäuschen. Wir sind bisher unserem vom Anfange an aufgestellten Grundsatze, die Kriegsoperationen nicht stören, jedoch bei der schließlichen Aufteilung mitsprechen zu wollen, treu geblieben, müssen jedoch angesichts des Umstandes, daß einerseits der Fall Skutaris die bereits en principe erfolgte Zuerkennung dieser Stadt zu Albanien, was Rußland betrifft, wieder in Frage stellen könnte, andererseits von den serbischen Truppen in brutaler Weise gegen die albanesische Bevölkerung vorgegangen wird, mit allem Nachdrucke auf der raschesten Fassung einer Resolution bestehen, wodurch nicht nur die Delimitierung Albaniens den serbischen Schwesterstaaten notifiziert sondern auch die letzteren zur Evakuierung des Landes verhalten werden. Würden die in London vertretenen Mächte dem uns von den Montenegrinern und Serben hart an unserer Grenze gebotenen Schauspiele, wonach dieselben den Verhandlungen der Mächte und den Lebensinteressen der Monarchie zum

Trotz unter rücksichtsloser Hinopferung von Menschenleben ihrem Größenwahn eigenmächtig Geltung verschaffen, weiterhin ruhig zusehen, müßte mit der stetig steigenden Gefahr für die Monarchie gerechnet werden, den durch die Lokalisierung des Krieges großgezogenen tollen Uebermut dieser jüngeren slavischen Staatengebilde schließlich in die Schranken weisen zu müssen. Was den dritten Punkt unseres Balkanprogrammes anbelangt — die Zuerkennung territorialer Vorteile an Rumänien —, erscheint es unumgänglich notwendig, die Erfüllung der rumänischen Wünsche, welche sich im wesentlichen in dem Schlagworte „Silistria" zusammenfassen lassen, durchzusetzen, wenn vermieden werden soll, daß die jahrzehntelang auf den Dreibund gestützte Politik König Carols vor seinem Lande kompromittiert werde und das Prestige der europäischen Staatengruppe, welcher Rumänien mehr oder weniger offenkundig angehört, einen Stoß erleide. Eine Enttäuschung Rumäniens in diesem Belange müßte den Sturz des Kabinetts Majoresco nach sich ziehen und Herrn Bratiano ans Ruder bringen, welch letzterer zweifellos zur Gewalt greifen und eine europäische Konflagration heraufbeschwören würde, die zu verhindern wir uns bisher selbst mit schweren Opfern angelegen sein ließen. Vom Standpunkte der Zentralmächte nicht minder bedenklich wäre die Befriedigung der rumänischen Wünsche ohne entsprechende Kompensation für Bulgarien. Es kann mit absoluter Sicherheit angenommen werden, daß Bulgarien in diesem Falle unter tunlichster Zurückstellung der Differenzen mit seinen Alliierten seine ganze Politik auf die baldige und gründliche Revanche an Rumänien einstellen würde, wobei das Kriegsziel nicht nur die Wiedergewinnung Silistrias, sondern auch die der ganzen Dobrudscha bilden würde. Auch diese Eventualität ist ohne Hineinziehung der Großmächte kaum denkbar, wodurch ein weiterer Anlaß zu einer allgemeinen Konflagration gegeben wäre. An einer solchen für die Zentralmächte höchst gefährlichen Alternative könnte auch ein rumänisch-serbisch-griechisches Zusammengehen wenig ändern, denn Rumänien käme unter den obigen Umständen als militärischer Faktor in einem allgemeinen Kriege für den Dreibund vollkommen außer Anschlag, während Serbien und Griechenland im Hinblicke auf die äußerste Unwahrscheinlichkeit einer aktiven Kooperation dieser Staaten mit Oesterreich-Ungarn gegen Rußland — welches genötigt wäre, die Sache Bulgariens zu der seinigen zu machen — hiefür keinen oder bestenfalls keinen ausreichenden Ersatz bieten könnten; auch eine völlige Einkreisung Bulgariens durch Anschluß der Türkei an die in Rede stehende Kombination würde das militärische Kräfteverhältnis bei dem vollkommenen Mangel türkischer Offensivkraft kaum wesentlich bessern, wohl aber Rußland die erwünschte Gelegenheit geben, bei diesem Anlaß die Verwirklichung seiner Aspirationen auf Konstantinopel anzustreben. Schon im Hinblicke auf letzteren Umstand dürfte aber ein Beitritt der Türkei zu dieser Gruppierung nicht zu erreichen sein, zumal sich die Türkei sehr wohl bewußt ist, daß für sie in Europa nichts mehr zu holen wäre und daß sich Bulgarien als der beste Wächter des türkischen Konstantinopel erweisen dürfte, da die Bulgaren alles daran setzen müssen, damit Konstantinopel und die Meerengen, welche die zukünftigen bulgarischen Küsten in zwei Hälften trennen, türkisch bleiben,

bis sie bulgarisch werden können. Gelingt es, Rumänien und Bulgarien unter einen Hut zu bringen, so wird Rumänien, Bulgarien und die Türkei die Kette bilden, welche dem Vordringen russischen Einflusses nach dem Westen den Weg versperrt, wobei das einer hoffnungsreichen Zukunft entgegengehende Bulgarien überdies einen wertvollen Faktor für die auf Erhaltung des asiatischen Besitzstandes der Türkei gerichteten Bestrebungen des Dreibundes bilden wird. Vom Standpunkte Oesterreich-Ungarns wäre das Mißlingen der Bemühungen zur Erzielung eines rumänisch-bulgarischen Ausgleiches besonders empfindlich, da Oesterreich-Ungarn durch die Verhältnisse auf die Pflege guter Beziehungen zu Bulgarien gewiesen ist. Diese Politik, welche die Monarchie seit Jahrzehnten mit Konsequenz verfolgt, fußt auf der Erwägung, daß Bulgarien mit Oesterreich-Ungarn keine einzige Reibungsfläche, wohl aber viele gemeinsame Interessen hat und daß Bulgarien den stärksten und zukunftsreichsten Faktor auf der Balkanhalbinsel bildet. Auch hängt die zukünftige Lösung des nicht nur für Oesterreich-Ungarn, sondern auch für Deutschland wichtigen serbischen Problems wesentlich von der Entwicklung der österreichisch-ungarisch-bulgarischen Beziehungen ab. Wir sind uns wohl bewußt, daß die Persönlichkeit des Königs Ferdinand kein übermäßiges Vertrauen einzuflößen geeignet ist. Der Bulgarenherrscher ist aber viel zu klug, als daß er nicht den großen Wert einer freundschaftlichen Anlehnung an die Monarchie erkennen würde, welche dem Lande Bewegungsfreiheit sowohl Rußland als den anderen Balkanstaaten gegenüber verschaffen würde. Andererseits hat uns König Peter bisher nur Beweise von Schwäche und Ohnmacht gegenüber dem serbischen Chauvinismus erbracht, könnte uns daher auch keinerlei Bürgschaft liefern, die serbische Politik mit den Interessen der Monarchie in Einklang zu bringen. Eine Behandlung der serbischen Frage im Wege der Heranziehung Serbiens durch Förderung seiner nationalen Expansion, wäre eine durchaus unnatürliche Politik, selbst wenn dies in der Richtung nach dem ägäischen Meere und auf Kosten des bulgarischen und albanesischen Elementes vor sich ginge. Letzteres Moment müßte überdies die Politik der Monarchie in unlösbare Widersprüche verwickeln. Es kann auch nicht übersehen werden, daß das Serbentum auf dem Boden der heutigen Türkei außer im Sandschak und im nördlichen Mazedonien ethnographisch keine Existenzberechtigung besitzt, so daß eine serbische Expansion gegen Süden eine ganz ungerechtfertigte gewaltsame Vermehrung dieses Volkselementes bedeuten würde. Der Antagonismus der serbischen Staatsauffassung zur Staatsidee des Habsburgerreiches ist aber zu tiefgehend, als daß eine künstliche Züchtung des Serbentums ungefährlich erscheinen könnte. Nicht nur daß Serbien eine Adriamacht zu werden anstrebt und dem albanesischen Volke den Todesstoß versetzen möchte, ein jeder serbische Politiker von welcher Parteischattierung immer träumt in seiner nationalen Ueberhebung von der Erwerbung der serbo-kroatischen Gebiete Oesterreich-Ungarns. Abgesehen hievon können sich in der serbischen Welt jederzeit noch andere Vorgänge vollziehen, welche die bestangelegte Freundschaftspolitik mit Serbien über Nacht über den Haufen werfen könnten. Es braucht nur auf die Eventualität einer Vereinigung der beiden serbischen Königreiche hingewiesen zu werden,

welche ohne Gefährdung vitaler Adriainteressen der Monarchie nicht zugegeben werden könnte. Ein Anschluß Serbiens an die Monarchie würde heute, wenn überhaupt möglich, bloß das Abwarten einer günstigen Gelegenheit bedeuten, um seine Aspirationen mit größerem Erfolge wieder aufzunehmen. Nur die Erkenntnis, daß unüberwindliche politische Hindernisse die Fortsetzung einer großserbischen Politik unmöglich machen und daß das zwischen der Monarchie, Albanien, Bulgarien und Rumänien eingezwängte serbische Piemont, welches nebenbei zum großen Teile von Bulgaren, Albanesen und Rumänen bewohnt sein wird, selbst das Opfer des nachbarlichen Irredentismus werden könnte, vermöchte Serbien dazu zu veranlassen, den großserbischen Träumen zu entsagen und seine Existenz durch Anlehnung an die Monarchie zu retten. Schließlich möchte ich noch erwähnen, daß die Politik Griechenlands immer mehr auf das Zusammengehen mit Serbien eingerichtet wird und dadurch sozusagen automatisch in Antagonismus mit Oesterreich-Ungarn treten muß, auch wenn die griechischen Politiker nicht seit Monaten am Werke wären, durch systematische Verdächtigungen unserer Politik die wechselseitigen Beziehungen zu vergiften. Die Ansicht, daß die griechische Dynastie von einer Katastrophe bedroht wäre, wenn die Mächte Salonik Bulgarien zusprechen würden, vermag ich nicht zu teilen. Griechenland, welches mit verhältnismäßig geringen Verlusten großen Gebietszuwachs erfahren wird, geht aus dem Kriege, auch wenn ihm das ohne Schwertstreich zugefallene, nicht von Griechen bewohnte Salonik nicht verbleiben sollte, so günstig hervor, daß an einen Volksaufstand gegen den König wohl nicht zu denken ist, umsoweniger, als der letztere gegebenenfalls bloß die Konsequenzen eines Votums sämtlicher Großmächte ziehen würde.

[a]) Vgl. n. 6125, 6139, 6227, 6275, 6862.

Nr. 6127. Bericht aus Berlin, 13. März 1913 Nr. 8 B (eing. 14. März).[a]) Ausfert.

Vertraulich. Auf das grosse Misstrauen, das deutscherseits Bulgarien gegenüber besteht, habe ich bereits wiederholt telegrafisch[a]) hinweisen können, und sind Euer Excellenz hierüber gewiss auch von anderer Seite ähnliche Informationen zugekommen. In dieser Beziehung ist seit Beginn der kriegerischen Ereignisse am Balkan in der Auffassung der dortigen Situation an den hiesigen massgebenden Stellen eine grosse Änderung eingetreten. Noch kurz vor Beginn der Feindseligkeiten auf dem Balkan gab man sich hier der Hoffnung hin, dass es nicht zum Ausbruch des Krieges kommen würde, und Euer Excellenz waren der Einzige, der schon lange vorher den ernstesten Befürchtungen Ausdruck verliehen, dass der Friedenszustand auf dem Balkan nicht werde aufrecht erhalten werden können. Im Monate Juli, als ich dem Reichskanzler einen Besuch auf seinem Landgute Hohen-Finow machte, versicherte er mich, dass nach seiner Überzeugung der Friede in nächster Zeit nicht gestört werden würde; ganz im ähnlichen Sinne äusserte sich Herr von Bethmann-Hollweg, als er Anfang September Euer Excellenz in Buchlau besuchte. Einige Wochen darauf

kam die Nachricht von dem abgeschlossenen Balkanbunde und von der Kriegserklärung. Es war dies für die deutsche Regierung eine unangenehme Überraschung, die hier umso peinlicher empfunden wurde, als wider Erwarten die verbündeten Balkanstaaten einen Sieg nach dem andern über die Türken davontrugen. Unter diesen Umständen war die anfangs als mot d'ordre ausgegebene Parole, dass der Status quo aufrecht erhalten werden müsse, nicht durchführbar. Mit erstaunlicher Raschheit trat an Allerhöchster Stelle, bei der Regierung und auch in der öffentlichen Meinung Deutschlands ein Umschwung in der bisherigen turkophilen Anschauungsweise ein, und die Sympathien neigten sich merklich Bulgarien zu. Insbesondere war es der so plötzlich verstorbene Staatssekretär von Kiderlen, der eine möglichst enge Heranziehung Bulgariens an den Dreibund befürwortete. Allmählich ist hinwiederum auch in dieser Beziehung eine Veränderung eingetreten. Insbesondere Herr von Jagow ist derjenige, welcher unter dem direkten Einflusse S. M. des Kaisers, uns nun bei jeder Gelegenheit davor warnt, zuviel Vertrauen Bulgarien entgegen zu bringen. Die Begeisterung Kaiser Wilhelms für die bulgarischen Waffentaten ist wieder geschwunden, und Seine bekannte starke Antipathie gegen König Ferdinand ist wieder in den Vordergrund getreten. Der Staatssekretär wiederholte mir des Öfteren, dass sowohl Kaiser Wilhelm wie er der festen Überzeugung seien, dass Bulgarien nach seiner voraussichtlichen bedeutenden Erstarkung weniger Anlehnung am Dreibund als an der Tripelentente suchen werde. König Ferdinand sei überhaupt ein unverlässlicher Charakter und seine persönlichen Sympathien stünden seit jeher mehr im Lager der Westmächte als in jenem des Dreibundes. Bei diesem Stimmungswechsel in Berlin dürften zwei Gesichtspunkte stark mitgespielt haben. Erstens die verwandtschaftlichen Beziehungen des Herrschers zum griechischen Königshause, die es Ihm wünschenswert erscheinen lassen, Griechenland gegenüber Bulgarien zu bevorzugen, und zweitens die Aufrechterhaltung und Ausgestaltung des intimen Verhältnisses zu Rumänien, wobei ebenfalls die verwandtschaftlichen Beziehungen zu den rumänischen Hohenzollern in Betracht kommen. In einer längeren Unterredung, die ich kürzlich mit Herrn von Jagow hatte, gab er mir ein nicht ganz klares Bild, wie er sich die Beziehungen Österreich-Ungarns und Deutschlands zu den Balkanstaaten in der Zukunft vorstelle. Wir sollten, so meinte der Staatssekretär, trachten, dem mächtig aufstrebenden und uns immer gefährlicher werdenden Bulgarien durch den Zusammenschluss Rumäniens und Griechenlands und sogar auch Serbiens ein Paroli zu bieten. Auf meine Entgegnung, dass bei diesem Gedankengange unserseits auf Serbien weder jetzt, noch in der Zukunft gerechnet werden könnte, erwiderte er, dass nach seiner festen Überzeugung Serbien bald ernüchtert sein und bei Gewährung wirtschaftlicher Zugeständnisse seinen Stützpunkt nicht mehr in Russland, sondern nur bei der mächtigen österreichisch-ungarischen Nachbarmonarchie suchen würde. Ich habe mich nicht enthalten können, Herrn von Jagow meine Verwunderung auszudrücken, dass er nach Allem, was schon seit langer Zeit, besonders aber in der letzten Epoche zwischen uns und Serbien vorgefallen ist, ein Zusammengehen der Monarchie mit Serbien für möglich halte. Ich habe ihm

aber zugegeben, dass auch nach meiner Ansicht, nachdem wir uns nun einmal entschlossen hätten, Serbien nicht mit den Waffen in der Hand zu Paaren zu treiben, uns nichts anderes übrigbliebe, als auf wirtschaftlichem Gebiete uns mit Serbien zu verständigen und es dazu zu bringen, dass es wenigstens für absehbare Zeit ein erträgliches nachbarliches Verhältnis ermögliche. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 6023, 6065, 6082, 6172, 6255.

Nr. 6128. Bericht des Militärattachés in Berlin, 13. März 1913 Nr. 91 (eing. als Einsichtsstück des Chefs des Generalstabs vom 19. März Nr. 1297 am 23. März).[a]) Auszug.

Am 12. d. M. fand das Botschafterdiner bei Seiner Majestät dem Kaiser und König statt. Seine Majestät der Deutsche Kaiser geruhten, einige Zeit mit mir zu sprechen. Seine Majestät gab Allerhöchstseiner Freude über die nunmehr erfolgte Verlautbarung der Demobilisierung der Monarchie und Russlands Ausdruck. Hinsichtlich der Ereignisse auf dem Balkan meinte Seine Majestät, dass er gute Nachrichten habe, dass Serbien und Griechenland gegen Bulgarien vorgehen wollen. Nachdem man sich auf die Bulgaren gar nicht mehr verlassen könne — sie hätten ganz den Kopf verloren —, so wäre es vielleicht im Interesse der Monarchie, wenn eine Verständigung speziell mit Serbien bald, jedenfalls vor dem Ausbruche des Widerstreites innerhalb des Balkanbundes, zustande käme.

[a]) Vgl. n. 6172.

Tel. nach Bukarest, 13. März 1913 Nr. 152 (chiffr. 14. März 12 U. 15 M. a. m.). Siehe n. 6131.

Tel. nach Cetinje, 13. März 1913 Nr. 26 (chiffr. 14. März 12 U. 15 M. a. m.). Siehe n. 6131.

Tel. nach Konstantinopel, 13. März 1913 Nr. 150 (chiffr. 14. März 12 U. 15 M. a. m.). Siehe n. 6131.

Nr. 6129. Tel. nach London, 13. März 1913 Nr. 234 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes u. Joannovics; G. Berchtold).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 201 vom 11. l. M. Laut eines mir von Sir F. Cartwright übergebenen Memorandums scheint Sir E. Grey von den Alliirten bezüglich des Mediationsangebotes eine ablehnende Antwort oder eine solche mit unannehmbaren Reserven zu erwarten. In dem erwähnten Mémoire heißt es weiter: „Dans ces circonstances Sir Edward Grey est d'avis que les Puissances devront ou déclarer que la médiation est terminée, ou formuler aux Alliés les conditions qui leur paraissent raisonnables pour la conclusion d'une paix préliminaire. Les vues exprimées jusqu'ici par les Puissances indiquent l'existence parmi ces dernières d'un accord général sur les points suivants: que la question des Iles égéennes sera remise à la décision des Puissances; qu'une ligne sera tracée d'Enos jusqu'à Midia, et que tout le territoire à l'ouest de cette ligne sera cédé aux

Alliés par la Turquie à l'exception de l'Albanie, dont la délimitation sera réservée aux Puissances; et que les Alliés ne demanderont pas l'indemnité. Sir Edward Grey est d'avis que, si les Alliés renoncent à demander une indemnité, on devra les admettre, ainsi que la Turquie, à la discussion actuelle à Paris sur l'allocation de la Dette. Dans l'opinion de Sir Edward Grey il serait d'utilité de considérer (dans le cas où les Puissances décideront de formuler des conditions d'une paix préliminaire au lieu de déclarer leur médiation terminée) de quelle façon il leur serait possible d'exercer une pression sur les Alliés pour qu'ils acceptent les propositions des Puissances." Zum Schlusse erbittet der englische Staatssekretär die ehebaldigste Bekanntgabe meiner einschlägigen Auffassung. Euer Exzellenz wollen sich zu Sir E. Grey in nachstehendem Sinne aussprechen. Es scheint mir ausgeschlossen, daß die Alliirten den Großmächten eine ablehnende Antwort erteilen; andererseits halte ich es für wahrscheinlich, daß dieselben wenigstens in einzelnen Punkten übertriebene Forderungen aufstellen werden. In letzterem Falle würde ich es als nicht richtig ansehen, die médiation sofort als beendet zu erklären, sondern wäre dafür, daß den Alliirten von den Großmächten einmütig erklärt werde, welche ihrer Forderungen respective inwieweit dieselben uns unannehmbar erscheinen, wobei der Gesichtspunkt maßgebend wäre, welche Bedingungen als von der Türkei erreichbar angesehen werden können. Hieran wäre die Aufforderung zu einer dem Verlangen der Großmächte Rechnung tragenden neuen Antwort zu knüpfen. Eine stärkere directe Pression schiene mir schon aus dem Grunde nicht möglich, weil die Großmächte von der Ausübung einer solchen auch der Pforte gegenüber abgesehen haben. Bezüglich der im englischen Vorschlage enthaltenen Bedingungen für einen Präliminarfrieden wollen Euer Exzellenz Sir Edward Grey folgendes bemerken. Falls die Alliirten mit der Forderung einer Kriegsentschädigung hervortreten sollten, wäre diese meiner Ansicht nach dahin einzuschränken, daß die Bestimmung der Höhe der Kriegsentschädigung im Einvernehmen mit den Großmächten erfolgen werde. Hiedurch wäre die Möglichkeit gegeben, übermäßige Forderungen der Balkanstaaten auf das richtige Maß zurückzuführen und gleichzeitig die berechtigten Interessen der fremden Staatsgläubiger der Türkei zu schützen. Gegen die Zulassung von Vertretern der Balkanstaaten zu den Pariser Verhandlungen über die Übernahme eines Teiles der türkischen Staatsschuld wäre, auch wenn die Balkanstaaten eine Kriegsentschädigung erhalten sollten, nichts einzuwenden unter der Voraussetzung, daß diese Zulassung nur mit beratender, nicht mit beschließender Stimme erfolgt und auch die Türkei in gleicher Weise zugelassen wird. Es müßte aber hiebei bedungen werden, daß die in der Londoner Botschafter-Réunion festgesetzten prinzipiellen Bestimmungen über die im Friedensvertrage zu regelnden finanziellen Fragen als Minimum des Interessenschutzes der fremden Staatsgläubiger und Concessionäre der Türkei anzusehen seien. Falls die Friedenspräliminarien dem englischen Vorschlage zufolge von den Großmächten formuliert werden sollten, erschiene es, behufs Wahrung ihrer eigenen, auf dem türkischen Capitulationsregime beruhenden traktatsmäßigen Rechte in den den Balkanstaaten zufallenden ehemals türkischen

Gebieten gegen einseitige Einschränkungen seitens der Balkanstaaten unerläßlich, zu bestimmen, daß die Aufhebung oder Beschränkung dieser Rechte an den ausdrücklichen Verzicht der berechtigten Macht gebunden ist.

Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6157, 6179, 6204, 6408, 6805, 6941 Anm. b, 6969.

Nr. 6130. Tel. nach London, 13. März 1913 Nr. 236 (chiffr. 11 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Hohenlohe; G. Berchtold).

Herr von Ugron telegraphiert unterm 12. d. M.: ... *wie n. 6116 und Anm. 2 zu n. 6116 von „In gleichem Sinne" bis Schluß* ... Vorstehendes wollen Euer Exzellenz zur streng vertraulichen Kenntnisnahme Sir Edward Greys bringen und beifügen, daß die Äußerungen der Herren Stefanović und Jovanović den Weg anzudeuten scheinen, auf welchem die von dem Herrn Staatssekretär unternommene dankenswerte Aktion (Euer Exzellenz Telegramm Nr. 202 vom 11. und Nr. 203 vom 12.) zu dem im Interesse des Friedens und der Menschlichkeit erwünschten Resultate führen könnte.

Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6144, 6147.

Nr. 6131. Tel. nach London Nr. 237 (1), Paris Nr. 165 (2), Rom Nr. 269 (3), Konstantinopel Nr. 150 (4), Bukarest Nr. 152 (5), Sofia Nr. 135 (6), Belgrad Nr. 58 (7), Athen Nr. 44 (8), Cetinje Nr. 26 (9) und Berlin Nr. 222 (10), 13. März 1913 (chiffr. 14. März 12 U. 15 M. a. m.). Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

1.—10. Im Verfolg meines Telegrammes vom 11. d. M. Nr. 229 (162, 261, 147, 150, 129, 53, 40, 22, 218). Die von der Petersburger Telegrafen-Agentur als Ergänzung zu dem vereinbarten Communiqué[a]) veröffentlichte Mitteilung ist identisch mit einem Passus, den das russische Kabinet in den Text des Communiqués aufnehmen wollte. Wir haben dies abgelehnt, da wir einer Darstellung nicht zustimmen konnten, der zufolge sich Russland erst bei dem jüngsten Gedankenaustausch davon überzeugt hätte, dass wir keine aggressiven Tendenzen gegen unsere südlichen Nachbarn verfolgen. Da die Art der Veröffentlichung den Eindruck erwecken konnte, als ob auch diese Enuntiation mit unserer Zustimmung erfolgt wäre, was nicht der Fall ist, und da auch der Inhalt dieser „ergänzenden" Mitteilung den Tatsachen nicht entspricht, habe ich mich genötigt gesehen, durch das Korrespondenz-Bureau die Euer etc. jedenfalls bekannte kurze Richtigstellung[b]) zu publizieren. Ich habe in St. Petersburg keine weiteren Rekriminationen erhoben und betrachte die Angelegenheit durch die eben erwähnte offiziöse Entgegnung vorläufig als abgeschlossen. Euer etc. wollen von dem Vorstehenden nur Gebrauch machen, falls dies zur Berichtigung falscher Versionen notwendig ist. Zu Euer etc. rein persönlicher Orientierung ... *wie n. 6119 von „bemerke ich" bis „Serbien nicht anzugreifen".* ...

Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6120. — [b]) Vgl. n. 6121.

Nr. 6132. Tel. aus London, 13. März 1913 Nr. 206 (eing. 14. März 8 U. a. m.).[a] *Entziff.*

Sir E. Grey, der heutige Réunion absagte, weil russische Antwort, die er urgiert hatte, nicht eingetroffen war, beschied mich soeben zu sich und teilte mir folgende eben erhaltene Antwort Herrn Sazonows mit: „Die russische Regierung wäre geneigt, die Frage eines in Cetinje und Belgrad auszuübenden Druckes bezüglich Skutaris im engen Zusammenhange mit der Frage von Djakova in Erwägung zu ziehen. Besonders, falls Österreich-Ungarn zustimmen würde, Djakova von der Grenze Albaniens auszuschliessen, würde die russische Regierung ihrerseits ihre Vertreter in Cetinje und Belgrad anweisen, die energischesten Vorstellungen zu machen, damit die Belagerung von Skutari aufgehoben werde. Bezüglich ähnlicher Schritte in Belgrad, um die Evakuation von Gebieten, welche Albanien zugesprochen werden, zu sichern, wird die kaiserliche Regierung auch keine Einwendungen erheben, vorausgesetzt, daß Djakova Serbien zugesprochen wird, nachdem, allen Nachrichten zufolge, die serbische Regierung niemals ihre Truppen von dieser Stadt zurückzuziehen in der Lage wäre. Beseelt von dem aufrichtigen Wunsche, sich konziliant zu zeigen, würde die russische Regierung folgendes Kompromiß anregen als geeignet, die Lösung der Frage von Djakova zu erleichtern. Russische Regierung würde von der österreichisch-ungarischen Zusicherung erhalten, daß die Stadt im Prinzipe Serbien zugesprochen werde. Die internationale Kommission, welche mit dem Studium der Details der Abgrenzungsfrage betraut werden wird, sollte gleichzeitig gewisse Garantien insbesonders wirtschaftlicher Natur bezüglich dieser Stadt ausarbeiten." Fortsetzung folgt. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 6101, 6133, 6142, 6147.

Nr. 6133. Tel. aus London, 13. März 1913 Nr. 207 (eing. 14. März 8 U. a. m.).[a] *Entziff.*

Streng vertraulich. Fortsetzung des Telegrammes Nr. 206. Sir E. Grey sagte mir, Herr Sazonow habe seiner obigen Antwort noch vertraulich beigefügt, daß er nicht verlangen würde, daß die k. u. k. Regierung eine derartige Zusicherung direkt der russischen Regierung gebe und es wäre ganz hinreichend, „wenn der österreichisch-ungarische Botschafter in London Grey eine derartige Zusicherung mündlich erteile". Sir E. Grey sagte mir wieder, Schwierigkeit Herrn Sazonows, über die er nicht hinwegkomme, sei die, daß er nicht auf beide slavische Staaten einen Druck ausüben könne. Falls er wegen Skutari Pression ausübe, müsse er in der Lage sein zu zeigen, daß er bezüglich Djakovas nicht nachgegeben hat. Infolgedessen glaubt Sir E. Grey, wie mir scheint, mit Recht, daß die Form einer nur mündlichen Mitteilung von mir an ihn nicht viel Zweck hätte, nachdem ja doch die ganze Linie müßte bekannt gegeben werden, wenn die Aufforderung zur Evakuation erfolge. Sir E. Grey, der durch die Verspätung der russischen Antwort etwas irritiert war, schien auch von ihrem Inhalte enttäuscht. Er sagte mir, seine persönliche Schwierigkeit liege darin, daß, als im Dezember alle Augen

auf die Frage des adriatischen Hafens für Serbien gerichtet waren als den Punkt, von dem Krieg und Frieden abhinge und er darin unseren Standpunkt vertrat, er zu verstehen geben mußte, er würde bezüglich Skutaris sich nicht gegen Russland stellen. Nun habe schließlich Russland unter gewissen Bedingungen Skutari konzediert und er, Grey, könne nicht wegen Djakovas auf Herrn Sazonow Pression ausüben. Er habe alle meine Ausführungen Russland gegenüber in der günstigsten Weise vertreten und habe auch Graf Benckendorff erklärt, daß, falls wir Djakova und Dibra konzedieren sollten, keine Rede mehr von weiteren Konzessionen unsererseits an der Bojana oder [am] Skutarisee sein sollte. Ich dankte dem Staatssekretär für seine Bemühungen und verhehlte ihm nicht meine große Enttäuschung über die russische Antwort, die ich nur Euer Exzellenz möglichst rasch unterbreiten könne. Daß die ganze Angelegenheit höchst dringlich ist, davon ist Grey ebenso überzeugt wie wir. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 6142, 6147.

Tel. nach Paris, 13. März 1913 Nr. 165 (chiffr. 14. März 12 U. 15 M. a. m.). Siehe n. 6131.

Tel. nach Rom, 13. März 1913 Nr. 269 (chiffr. 14. März 12 U. 15 M. a. m.). Siehe n. 6131.

Unterredung mit dem ital. Botschafter, 13. März 1913. Siehe n. 6152.

*Nr. **6134.** Tel. aus St. Petersburg, 13. März 1913 Nr. 86 (eing. 10 U. 15 M. p. m.).[a]) Entziff.*

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 192 von heute. Bereits vor Einlangen desselben hatte ich eine Unterredung mit Herrn Sazonow, der mich zu sich gebeten hatte, um die Kommentare zu besprechen, die seine erläuternde Bemerkung zum Kommuniqué in der Wiener Presse hervorgerufen hatte. Ich muss hier vorausschicken, dass Sazonow mir bereits Montag abends seine Absicht mitgeteilt hatte, das Kommuniqué auch seinerseits zu kommentieren, wobei er mir den Text dieser kurzen Publikation vorlas. Da derselbe einerseits seiner Fassung nach offensichtlich nicht als zum gemeinschaftlich konzertierten Kommuniqué zugehörig aufgefasst werden konnte, sondern eben einen einseitigen Kommentar bildete, anderseits aber fast wörtlich der Konklusion entsprach, die ich als aus dem Artikel des „Fremdenblattes" eo ipso hervorgehend Herrn Sazonow in Euer Exzellenz Auftrag (vide Hochderen Telegramm Nr. 182 vom 7. d. Mts., drittes Alinea)[b]) mitzuteilen hatte, konnte ich gegen den Inhalt dieser beabsichtigten Publikation unmöglich Einspruch erheben. Auch schien mir eine diesbezügliche vorgängige Meldung an Euer Exzellenz nicht nötig, weil es sich ja, wie erwähnt, nicht um eine Publikation handelte, die, wie das Kommuniqué, im gegenseitigen Einvernehmen zu erfolgen hatte und auch der Inhalt sich mit der von Euer Exzellenz selbst gezogenen Schlussfolgerung deckte. Falls dieser Kommentar nicht unmittelbar an das Kommuniqué angereiht erschienen wäre, so dass er die irrige Vorstellung einer Fortsetzung

desselben erwecken konnte, wäre dessen Erscheinen wohl auch vollkommen unverfänglich gewesen. Dass der Kommentar an bewusster Stelle erschien, ist nicht auf eine Verfügung Herrn Sazonows zurückzuführen, der die beiden Publikationen getrennt dem kompetenten Ressort übergab, leider ohne daran zu denken, über die Placierung derselben Verfügung zu treffen. Nach dem Vorangegangenen ist es begreiflich, dass Herr Sazonow über einzelne Wiener Presstimmen (nicht über die Richtigstellung des Korrespondenzbureaus) sehr aufgebracht war, da dieselben seine durchaus loyale Vorgangsweise uns gegenüber in ein schiefes Licht setzten, indem sie auf Grund autoritativer Informationen hervorheben, dass die fragliche Publikation ohne Wissen und gegen den Willen der k. und k. Regierung erfolgt sei, während er mir von dieser seiner Absicht mit der ausdrücklichen Bemerkung „de ne rien vouloir faire derrière votre dos" in der korrektesten Weise Mitteilung gemacht hatte. Das Versäumnis trifft daher durchaus nicht Herrn Sazonow, sondern bloss mich allein, indem ich trotz reiflicher Erwägung (vide oben) von einer diesbezüglichen Meldung an Euer Exzellenz absehen zu dürfen glaubte. Ich bin es daher Herrn Sazonow, dessen in dieser Frage durchaus loyales Vorgehen in einem Teile unserer Presse verdächtigt wurde, schuldig, mich bei Euer Exzellenz dafür einzusetzen, dass diese ihn nicht treffende Beschuldigung in irgend einer Weise richtiggestellt werde, wobei ich Hochdieselben bitten würde, von einer jeden etwaigen Rücksichtnahme auf meine Person abzusehen, da ich mich selbstverständlich nicht dem entziehen will, die Folgen für mein in bester Absicht erfolgtes Unterlassen auf mich zu nehmen. Ich werde mir erlauben, Euer Exzellenz mit dem übermorgen abgehenden Kurier detaillierteren Bericht im Gegenstande zu erstatten, ich erlaube mir aber, Hochdieselben mit Rücksicht auf meine persönliche Reputation Herrn Sazonow gegenüber nachdrücklichst zu bitten, dafür hochgeneigtest Sorge tragen zu wollen, dass schon jetzt eine Aufklärung obwaltenden Missverständnisses in die Presse gelange. Letzteres wäre auch aus dem Grunde erwünscht, um nicht etwa Herrn Sazonow auf den bisher von ihm offenbar noch nicht in Erwägung gezogenen Gedanken zu bringen, zu seiner Ehrenrettung selbst eine solche Publikation zu veranlassen. Bei meiner heutigen Unterredung ...[c] Herr Sazonow auch die gegenständliche Berichtigung des Korrespondenzbureaus, gegen welche Herr Minister keine besondere Einwendung erhob, indem er einsah, dass die k. und k. Regierung aus Rücksicht auf öffentliche Meinung in der Monarchie ebenso genötigt sein konnte, diese Rektifikation zu erlassen, wie er aus innerpolitischen Rücksichten in die unabweisliche Notwendigkeit versetzt worden sei, seinen Kommentar herauszugeben. Sazonow betonte bei diesem Anlasse nochmals, dass ihn hiezu ausschliesslich Rücksichten auf die hierländige öffentliche Meinung, keineswegs aber irgendwelche sonstige Hintergedanken veranlasst haben.

Thurn.

[a] Vgl. n. 6120, 6121, 6154, 6155, 6167, 6169. — [b] Das dritte Alinea von n. 6059 reicht von „Euer Exzellenz wollen" bis „gegen Serbien". — [c] Chiffre fehlt.

Tel. nach Sofia, 13. März 1913 Nr. 135 (chiffr. 14. März 12 U. 15 M. a. m.). Siehe n. 6131.

Nr. 6135. Tel. aus Sofia, 13. März 1913 Nr. 240 (eing. 3 U. 15 M. p. m.).[a] Entziff.

Nachhang zu meinem Telegramme Nr. 238 von heute nachts. Habe heute in aller Frühe Herrn Geschoff wissen lassen, dass ihn zu sehen wünsche. Konseilspräsident liess mir antworten, er sei mit Ministerrat und, da er heute Interpellationen über auswärtige Politik in Kammer beantworte, furchtbar beschäftigt und würde mich später verständigen, wann mich sehen könnte. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 6136.

Nr. 6136. Tel. aus Sofia, 13. März 1913 Nr. 241 (eing. 5 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Im Verfolge meines heutigen Telegrammes Nr. 240. Konseilspräsident telephonierte mir soeben, er werde dem Ministerrat erst heute die Notiz, die er für mich vorbereitet, vorlegen können und morgen vormittags werde er dieselbe mir ganz bestimmt übergeben. Meine Frage, ob Antwort in merito so lauten wird, wie mir dieselbe in Aussicht gestellt, bejahte Herr Geschoff mit Bemerken: „Il n'y aura — comme je vous l'ai dit — que quelques restrictions tout à fait insignifiantes." Tarnowski.

[a] Vgl. n. 6156.

Nr. 6137. Tel. aus Sofia, 13. März 1913 Nr. 243 (eing. 14. März 10 U. a. m.).[a] Entziff.

Zwei oppositionelle Leader sagten mir, in der gestrigen, den auswärtigen Angelegenheiten gewidmeten Réunion sämtlicher Parteiführer hat Konseilspräsident Haltung Österreich-Ungarns während ganzer Dauer Krise als „absolument correcte" bezeichnet. Dieselben zwei Parteiführer meinten auch, Herr Geschoff sei bemüht gewesen, die an ihn gerichteten Fragen bezüglich der Haltung Russlands in für Russland schonender Weise zu beantworten, man habe aber allgemein Eindruck gehabt, dass Herr Geschoff nicht aufrichtig gewesen. Einem absolut verlässlichen Gewährsmann gegenüber hat sich heute ein nationaler Abgeordneter dahin vernehmen lassen, dass sich in hiesigen politischen Kreisen ein Umschwung zu Gunsten Österreich-Ungarns vollzogen. Ein stets austrophil gesinnter Bulgare sagte mir heute: „La situation est si favorable pour l'Autriche-Hongrie, que si ce n'étaient les raisons de finance, qui nous obligent de compter avec la France, vous pourriez nous avoir complètement. La question d'argent rendra toujours à la Bulgarie une union étroite avec l'Autriche-Hongrie impossible. Les Français nous fermeraient leur marché." Tarnowski.

[a] Vgl. n. 6211.

Nr. 6138. Bericht aus Belgrad, 14. März 1913 Nr. 58 A (eing. 15. März).[a] Ausfert.

Streng vertraulich. Der königlich serbische Gesandte in Sofia, Herr Spalajković, kommt in letzter Zeit wieder sehr häufig nach Belgrad. Angeblich besucht er nur seine hier weilende, leidende Frau; er hat aber stets

lange Conferenzen mit Herrn Pašić und Herrn von Hartwig und wird auch vom König in Audienz empfangen; gerade so wie vor Jahresfrist, als ich über seine häufigen, Aufsehen erregenden Besuche zu berichten die Ehre hatte, bei welcher Gelegenheit die Grundlagen des im Sommer abgeschlossenen Balkanbundes festgelegt worden sein dürften. Auch jetzt sind es wahrscheinlich eher politische Pläne als der Wunsch, seine Gattin zu sehen, die ihn so oft nach Belgrad führen. Es scheint — wie ich aus ganz vertraulicher und zuverlässiger Quelle erfahre —, dass sein unruhiger Geist sich wieder mit weittragenden politischen Ideen befasst. Er glaubt an den Bestand des gegenwärtigen Balkanbundes in seiner jetzigen Form nicht und möchte, dass eine neue Mächtegruppierung am Balkan unter der Aegide Serbiens ins Leben gerufen werde. Er, der früher so grosse Sympathien für Bulgarien zur Schau getragen haben soll, ist jetzt der ärgste Bulgarenfeind geworden. In seiner leidenschaftlichen, zügellosen Art überhäuft er den Bundesgenossen mit den gröbsten Schmähungen, nennt ihn einen treulosen Verräther, einen Usurpator, gegen den die anderen Balkanstaaten sich rechtzeitig wappnen müssen, wollen sie sich die Erfolge ihrer Siege sichern. Herr Spalajković behauptet, dass auch die Griechen dies bereits eingesehen haben, weshalb sich Serbien und Griechenland diesbezüglich schon verständigt hätten. Es sollen auch bereits perfekte Abmachungen zwischen Athen und Belgrad zu gemeinsamer Vertheidigung ihrer Interessen Bulgarien gegenüber getroffen worden sein. Dass eine Annäherung zwischen der griechischen und serbischen Regierung erfolgt sei und dass eine Disposition zu engerem Anschlusse angesichts der präpotenten Haltung Bulgariens vorhanden sei, will auch ich annehmen und habe dieser meiner Auffassung in meinen früheren Berichten bereits wiederholt Ausdruck gegeben. Dass aber bereits schriftliche und perfekte Abmachungen getroffen worden seien, glaube ich nicht und möchte die diesbezüglichen Äusserungen des sehr temperamentvollen serbischen Gesandten nicht au pied de la lettre nehmen. Herr Spalajković geht aber noch einen Schritt weiter; er sucht eine Annäherung auch zu Rumänien. Er behauptet, dass Herr Pašić für diese Idee bereits gewonnen sei und dass er, mit Zustimmung der serbischen Regierung, schon gewisse diesbezügliche Eröffnungen dem rumänischen Gesandten in Sofia gemacht habe, bevor dieser sich unlängst nach Bukarest begeben hat. Herr Ghika versprach ihm, die Angelegenheit mit dem König und Herrn Majorescu zu besprechen. Es sollen auch bereits in dieser Frage Briefe mit Bukarest gewechselt worden sein, Herr Spalajković hat aber nicht gesagt, welche Antwort er in dieser Frage erhalten hätte. Er verhehlt sich nicht, dass die Sache nicht leicht gehen wird. Er wisse, dass König Carol auf Serbien und seinen Herrscher nicht sehr gut zu sprechen sei, er vertraue aber auf die staatsmännische Einsicht Seiner Majestät, die im Interesse Rumäniens den Anschluss an Serbien verlangen sollte. Die Stimmung in Bulgarien sei derart feindlich gegen Rumänien, dass es über kurz oder lang bestimmt zu einem Kriege zwischen den beiden Staaten kommen wird, und in diesem Falle müsste es König Carol sehr willkommen sein, wenn Er auf die Serben als Verbündete wird rechnen können. „Ergreifen die Rumänen die Hand, die wir ihnen

jetzt bieten, nicht, so sind wir gezwungen, uns, so schwer dies uns auch fällt, mit den Bulgaren wieder zu vertragen und mit ihnen im Bunde zu bleiben; in welchem Falle wir in einem eventuellen rumäno-bulgarischen Kriege auf der Seite der Bulgaren stehen müssten, was uns aber gar nicht zusagt." Rumänien, Serbien und Griechenland müssen sich gegen die arrogante Präpotenz Bulgariens die Hand bieten, denn sonst wird das bulgarische Übergewicht auf dem Balkan unerträglich werden. In späterer Folge will Herr Spalajković auch die Türkei in den Bund aufnehmen. Es sei die Aufgabe Serbiens — das immer Sympathien für die Türkei hatte — diesen Bund zu schaffen; aus Deferenz für die hohen Herrschertugenden des Königs Carol würde Serbien die leitende Rolle in diesem grossen Balkanbunde Rumänien gerne überlassen, aber die Bildung desselben muss ein Werk Serbiens sein. Er will auch Bulgarien in der Folge aus demselben nicht ganz ausschliessen; aber erst später, wenn alle schwebenden Fragen geschlichtet sein werden, wenn Bulgarien eingesehen haben wird, dass es Serbien und Griechenland als vollkommen gleichwertige Faktoren betrachten muss; erst dann könnte auch an einen Anschluss Bulgariens gedacht werden. Bulgarien müsse etwas gedemütigt werden, denn sonst gibt es für die anderen Staaten am Balkan keine Ruhe, und die kriegerischen Verwicklungen werden in Permanenz bleiben. Russland würde eine kleine Demütigung Bulgariens nicht ungern sehen, denn seine immer lauter werdenden auf Constantinopel gerichteten Aspirationen fangen an, in Petersburg unangenehm zu berühren. Der bulgarische Generalstabschef selbst soll ganz offen erklärt haben, dass Constantinopel über kurz oder lang bulgarisch werden müsse, und die bulgarische Armee glaubt, dass für sie nichts ausserhalb des Bereiches der Möglichkeit mehr sei; Bulgarien fängt an, für russische Begriffe zu übermütig und zu selbstständig zu werden, und eine kleine Verstimmung sei in Petersburg bereits bemerkbar. Diese teilweise phantastischen Combinationen des Herrn Spalajković sind nicht zu ernst zu nehmen,[1]) aber man kann auch nicht ohneweiters über sie hinweggehen. Er ist ein temperamentvoller Politiker, dessen Mentalität der serbischen Auffassung ganz entspricht. Er hat im hiesigen Ministerium des Äussern einen grossen Einfluss und unterhält nicht nur mit Herrn Pašić, aber auch mit Herrn von Hartwig die allerintimsten Beziehungen. Wie gehässig und feindlich er uns gegenüber gesinnt war, dürfte Euer Exzellenz bekannt sein. Aber schon vor einigen Monaten hat er plötzlich ganz andere Töne angeschlagen (vide Telegramm Nr. 222 vom 17. November v. Jhs.) und jetzt hat er sogar meinem Vertrauensmann ganz ausdrücklich erklärt, dass das gute innige Verhältnis Serbiens zu Russland unverändert bleiben müsse, das hindere aber gar nicht, dass die Beziehungen zu Österreich-Ungarn nicht nur correcte, sondern sogar herzliche und freundschaftliche seien. Dies wäre am leichtesten über Bukarest und Constantinopel zu erreichen. Die Politik der Provokationen habe endlich aufzuhören, und dieser Zeitpunkt scheint jetzt gekommen zu sein. Ob und in wie weit dieser Sinneswechsel des Herrn Spalajković uns gegenüber aufrichtig und echt ist, will ich dahingestellt sein lassen. Tatsache ist es, dass er den Wiener Gesandtenposten sehr ambitionnirt hat, und sehr unangenehm berührt war, als nicht er, sondern Herr Jovanović den-

selben erhielt. Herr Spalajković hat sich meinem Vertrauensmann gegenüber sehr eingehend über die politische Unverlässlichkeit der Bulgaren geäussert und verschiedene Umstände angeführt, die zeigen, dass er die Bulgaren in mancher Beziehung richtig einschätzt. Ähnliche Äusserungen sind mir auch von anderer Seite gemacht worden. Namentlich wurde mir gesagt, dass es irrtümlich wäre zu glauben, dass in Sofia der russische Einfluss abgenommen hätte. Die Bulgaren halten viel mehr auf den äusseren Schein ihrer Unabhängigkeit wie die Serben, aber tatsächlich soll auch in Sofia nur der russische Einfluss und das französische Gold herrschen. Russland soll sich aber auch erkenntlich gezeigt haben. Man hat in Europa keine Ahnung, wie wenig Russland die Gesetze der Neutralität in diesem Kriege beobachtet hat. Das bulgarische Heer war von russischen Offizieren geradezu durchsetzt,[2] und wie ich aus zuverlässiger Quelle höre, standen sogar vielfach an der Spitze bulgarischer Banden russische Offiziere.[3] Wenn der russische Einfluss dort dennoch keine so schroffen Gegensätze zu uns hervorgerufen hat wie hier in Serbien, so dürfte dies hauptsächlich in dem Umstande seine Begründung finden, dass die Bulgaren politisch viel geschulter sind, wie die Serben. Ihre Stärke besteht aber darin, dass sie nach zwei Seiten eine Rückendeckung suchen. Es sollen aber gerade deshalb in allerletzter Zeit in Petersburg kleinere Missstimmungen Platz gegriffen haben, was bulgarischerseits dadurch quittirt wurde, dass die Blicke sofort intensiver nach Wien gerichtet worden sind, was in der Regel seine Wirkung nicht verfehlt haben soll. Alle diese Einzelheiten dürften zwar Euer Exzellenz aus der direkten Berichterstattung aus Sofia viel besser und genauer bekannt sein; wenn ich mir erlaubt habe, davon Erwähnung zu machen, so geschah dies nur, weil sie mir aus ganz verlässlicher Quelle gemeldet wurden und weil sie eine Ergänzung zu den Äusserungen des Herrn Spalajković bilden. Wie mir mitgeteilt wurde, scheint man in Sofia von den Plänen und Annäherungsabsichten Serbiens Rumänien gegenüber Wind bekommen zu haben. Übrigens dürfte auch Herr Toscheff davon informirt sein. In dem Gespräch, über das ich am 19. v. Mts. sub Nr. 42 A Bericht zu erstatten die Ehre hatte, hat er mit grossem Nachdruck darüber gesprochen, dass Bulgarien mit Rumänien engeren Anschluss an Österreich-Ungarn suchen müsste, um Russland gegenüber gedeckt zu sein. Seine damaligen Ausführungen waren jedenfalls tendenziös und ich habe den Eindruck, dass er seine Bemerkungen über Rumänien und Russland nur gemacht hat, um mich auszuholen und zu sehen, ob ich etwas darüber schon weiss. Es ist aber immerhin möglich, dass Rumänien, tatsächlich von zwei Seiten um seine Huld umworben, die freie Wahl zwischen seinen Bewerbern haben wird.

Ugron.

[1] Aber sehr ernst! — [2] ? — [3] ?
[a] Vgl. n. 3194, 6578, 7150, 7489.

Nr. 6139. Tel. aus Berlin, 14. März 1913 Nr. 134 (eing. 15. März 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Inhalt Euer Exzellenz Telegrammes vom 13. d. Mts. Nr. 220 dem Staatssekretär mitgeteilt und ihm zugleich Euer Exzellenz mit dem heutigen

Kurier eingetroffenen Privatbrief[b]) übergeben. Staatssekretär sagte mir, russischer Botschafter dränge täglich auf eine Antwort auf Herrn Sazonows Vorschlag und versichere, daß nach Ansicht des russischen Ministers, falls die Petersburger Verhandlungen zu keinem Resultate führen sollten, die Großmächte sich lächerlich machen würden. Herr von Jagow teilt diese Meinung und sucht nach einem gangbaren Weg, um ein Ergebnis der Botschafterréunion in Petersburg zu ermöglichen. Er stimmt Euer Exzellenz zu, daß die Mediation nur dann von Erfolg wäre, wenn dieselbe auf Grund eines einstimmigen Beschlusses der Botschafter erfolgen würde. Eine solche Einstimmigkeit sei aber, so meint der Staatssekretär, nicht zu erwarten. Aus diesem Grunde sei ihm der Gedanke gekommen, ob die 6 Großmächte nicht unter sich 2 Vertrauensmänner aus ihrer Mitte mit den Verhandlungen betrauen und, falls dieselben sich nicht einigen könnten, durch Los einen dritten einer der 4 übrigen Großmächte bestimmen sollten, dem das Votum dirimens zufallen würde. Herr von Jagow ist über den zweifelhaften Wert dieser Idee mit sich im Klaren, doch glaubt er keinen anderen Ausweg aus diesem Impasse zu finden. Er hat Herrn von Swerbejew davon gesprochen und ihm gesagt, daß er vorerst die Zustimmung der Kabinette von Wien und Rom sicherstellen wolle. Herr von Tschirschky ist beauftragt, sich im obigen Sinne Euer Exzellenz gegenüber auszusprechen. Die Versicherung Herrn Sazonows, daß die Verhandlungen unter allen Umständen streng geheim bleiben würden, hält der Staatssekretär für unerläßlich. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 6173, 6174, 6184. — [b]) Vom 13. März 1913.

Nr. 6140. Bericht aus Bukarest, 14. März 1913 Nr. 24 (eing. 16. März).[a]) *Ausfert.*

Vertraulich. Als es im verflossenen Herbste durch die überraschenden Siege der Verbündeten keinem Zweifel mehr unterliegen konnte, dass die weitere Erhaltung des status quo am Balkan eine Unmöglichkeit darstellte, hatte ich in meiner Berichterstattung mehrfach darauf hingewiesen, dass man in Bukarest aus begreiflichen Gründen besorgten Auges einer übermächtigen Vergrösserung Bulgariens entgegenblickte und der Wunsch an den hiesigen leitenden Stellen lebhaft hervortrat, Serbien möge ein dem bulgarischen Machtzuwachs möglichst gleichwertiger Gewinn zufallen. Von diesem Gesichtswinkel aus wurde auch das Festhalten der österreichisch-ungarischen Monarchie an dem Standpunkte der Nichtzulassung von territorialen Erwerbungen Serbiens an der Adriatischen Küste von vielen, auch sehr hochgestellten Politikern des Landes, mit Mißbehagen betrachtet. Man befürchtete nicht nur, daß Serbien in seiner ökonomischen Entwicklung gegen Bulgarien stark im Rückstande bleiben werde, sondern hegte auch die Besorgnis, daß dieser vom Wiener Kabinett aufgestellte Grundsatz eine noch tiefere Entfremdung zwischen dem Kaiserstaate und Serbien hervorbringen werde, welcher die Monarchie zwingen werde, in Zukunft Bulgarien noch mehr zu favorisieren als bisher. Die im weiteren Verlaufe der Krise eingetretene maßlos herausfordernde Haltung Serbiens Österreich-Ungarn gegenüber und die Beweise unendlicher Geduld, welche man in Wien gab

und die dahin gedeutet wurden, daß man am Ballplatz trotz aller Provokationen doch gesonnen sei, Serbien eine entsprechende Entwicklung zu gönnen, ließen die hiesigen Sympathien für dieses Land teilweise erkalten. Dazu trat noch die Überzeugung, daß Serbien dank seinen militärischen Erfolgen und durch die immer mehr zutage tretende Übermüdung Bulgariens selbst in der Lage sein werde, sein Schäfchen ins Trockene zu bringen. In Belgrad scheint man sich aber jetzt, wo der Augenblick der endgiltigen Aufteilung der türkischen Konkursmasse heranrückt, dieser latenten rumänischen Sympathien erinnert zu haben, denn in den letzten Wochen, hauptsächlich seitdem der rumänisch-bulgarische Grenzstreit in ein akutes Stadium trat, sind mir Aussprüche des hiesigen serbischen Gesandten zu Ohren gekommen, welche darauf hindeuteten, daß man in seinem Lande den lebhaften Wunsch hegt, sich für die Zukunft des rumänischen Wohlwollens zu versichern. Bei jeder Gelegenheit ließ Herr Ristitch sich dahin vernehmen, wie unbegreiflich die bulgarische Hartnäckigkeit gegenüber den berechtigten rumänischen Grenzansprüchen sei, wie sich alle bulgarischen Staatsmänner als vollkommen unzuverlässig erwiesen hätten, von welchem Größenwahn sie alle befallen seien und welche Gefahr ein mächtiges Bulgarien für alle seine Nachbarn darstellen werde. Bei einer meiner letzten Unterredungen mit Herrn Maioresco kam dieser spontan auf die obgeschilderten serbischen Anbiederungsversuche zu sprechen und teilte mir gleichzeitig mit, daß sich der serbische Gesandte ihm gegenüber beim letzten Diplomatenempfange in sehr durchsichtigen Andeutungen über die Möglichkeit eines intimen Anschlusses Serbiens an Rumänien ergangen hätte. Herr Ristitch habe darauf hingewiesen, daß Rumänien — mag der heutige Grenzstreit ausgehen, wie er wolle — niemals mit Bulgarien eine echte und dauernde Freundschaft werde schließen können, da diese beiden Staaten von jetzt ab nahezu gleichwertige Konkurrenten im Südosten Europas sein werden und deren Charakterverschiedenheit es mit sich bringen wird, daß die zahlreichen Reibungsflächen sozusagen naturgemäß zu ernsten Zwistigkeiten werden führen müssen. Dagegen sei Rumänien und Serbien geradezu dafür bestimmt, sich auf das Beste zu verstehen, nachdem kein Interessengegensatz die beiden Völker trennt, sondern im Gegenteil das gemeinsame Interesse sie verbinde, keine ekrasante Suprematie irgendeines Balkanstaates zuzulassen. Der Herr Minister fügte diesen Mitteilungen zu, er habe meinem serbischen Kollegen eine ganz vage und ausweichende Antwort erteilt und in derselben nur durchblicken lassen, daß Serbien bisher in der europäischen Staatenfamilie ein viel zu unruhiges Element gewesen sei, als daß man demselben ein vollkommenes Vertrauen entgegenbringen könnte.

K. E. Fürstenberg.

[a] Vgl. n. 6196.

Nr. 6141. Bericht des Generalkonsuls Rudolf Weinzetl aus Cetinje, 14. März 1913 Nr. 24 A (eing. 17. März).[a] Ausfert.

Im Nachhange zu meinem ergebensten Telegramme Nr. 34 vom 4. d. M. erfahre ich noch, dass die Demarche des Herrn von Giers, obzwar in freundschaftlicher Form, doch mit allem Nachdruck und im Namen Seiner Majestät

des Czaren und der russischen Regierung erfolgte. Insbesondere hätte der russische Gesandte, wenn er auch nicht ausdrücklich erklärte, dass Skutari nach einer eventuellen Einnahme von den Montenegrinern werde geräumt werden müssen, die völlige Nutzlosigkeit, ja das Verbrecherische weiterer Opfer für diese Sache so energisch betont, dass der montenegrinischen Regierung bezüglich dieser Eventualität, was das offizielle Russland betrifft, jede Hoffnung geschwunden sein dürfte. Wie mir der deutsche Gesandte vertraulich mitteilt, sei Herr von Giers über die Art und Weise, wie man seinen Schritt hier aufgenommen, aufs äusserste erregt und finde keine Worte, um das Verhalten Seiner Majestät des Königs und der Grossfürstin Militza zu verurteilen, welche unmittelbar nach dieser Demarche in an eine gelehrte Gesellschaft in St. Petersburg gerichteten Telegrammen ihre „wahnwitzige" Auffassung der Skutarifrage urbi et orbi mitgeteilt hätten. Herr von Eckardt gewann daraus den Eindruck, als ob man in Petersburg entschlossen sei, die Dynastie fallen zu lassen, und als ob man die an dieselbe bisher verschwendeten Wohltaten ausschliesslich dem montenegrinischen Volke zuwenden wolle. Der deutsche Vertreter, dem diese Wendung der russischen Politik in der Skutarifrage nicht recht zu behagen scheint, bemerkte des weiteren, dass Herr von Giers sein abfälliges Urteil über die Dynastie Njeguš geradezu „im feierlichen Tone eines alttestamentarischen Patriarchenfluches" vorgebracht hätte. Man wisse übrigens aus der neuesten Geschichte Bulgariens und Serbiens, was es bedeute, wenn Russland eine von ihm früher protegierte Dynastie preisgebe. Herr von Eckardt kritisierte auch die tyrannische Rücksichtslosigkeit der russischen Diplomatie, welche, nachdem sie ursprünglich die Ansprüche Montenegros auf Skutari begünstigt hätte, nun plötzlich in scharfer Weise den bedingungslosen Verzicht auf diese Stadt verlange. Er fügte noch hinzu, dass ihm zwischen der in der Londoner Botschafter-Réunion vom 7. d. M. von Graf Benkendorff abgegebenen Erklärung[a]) bezüglich Skutaris und des linken Bojanaufers und der bereits am 3. d. M. von Herrn von Giers hier unternommenen Demarche (vergleiche das eingangs zitierte Telegramm) ein Gegensatz zu bestehen scheine, den er in Berlin relevieren wolle. Wenn mir auch über das Faktum und den Tenor der nach Angabe meines Gewährsmannes auch in Belgrad unternommenen russischen Demarche nichts bekannt ist, glaube ich nach allem, was ich über den betreffenden Schritt des hiesigen russischen Vertreters in Erfahrung gebracht habe, annehmen zu sollen, dass die der montenegrinischen Regierung erteilten Ratschläge und Warnungen an Deutlichkeit und, wenn man die in hiesigen Regierungskreisen gegen das offizielle Russland hervortretende tiefe Verstimmung in Betracht zieht, auch an Aufrichtigkeit von unserem Standpunkt nichts zu wünschen übrig lassen. Auch mir gegenüber liess der russische Gesandte mit Bezug auf die Absicht des Königs, Skutari wieder anzugreifen, die Worte „wahnsinnig und verbrecherisch" fallen, und bemerkte im Hinblick auf die zwischen den Kabinetten von Wien und St. Petersburg glücklich angebahnte Verständigung, „und wehe den Friedensstörern, welche die Absicht haben sollten, dieses freundschaftliche Verhältnis zu untergraben." Wenn nun trotz der russischen Demarche in Belgrad Serbien die Entsendung von Hilfstruppen nach

Albanien und Skutari in grossem Style betreibt (vergleiche mein ergebenes Telegramm Nr. 46[b]) von gestern), ist wohl die Annahme berechtigt, dass die serbische Politik, gleich der montenegrinischen in der Hauptsache von dem Vertrauen auf die schliessliche Hilfe des nichtoffiziellen Russland und die slavische Solidarität im allgemeinen geleitet wird. Weinzetl.

P. S. Ich erfahre soeben, dass der russische Gesandte wenige Tage, nachdem er obigen Schritt bei der Regierung unternommen hatte, mit Rücksicht auf das negative Resultat desselben, beauftragt wurde, die Demarche in nachdrücklicherer Form bei Seiner Majestät dem König zu wiederholen. Herr von Giers soll es hiebei an sehr scharfen Wendungen nicht haben fehlen lassen. Weinzetl.

[a]) Vgl. n. 6042, 6056, 6205. — [b]) Mit Tel. Nr. 46, 13. März 1913 (eing. 14. März 8 U. a. m.) wurde aus Cetinje gemeldet, deutscher Gesandter habe soeben vom Minister des Innern erfahren, daß bereits 9000 Mann frischer serbischer Truppen und 40 Kanonen in Medua angekommen wären und weitere 20.000 Mann nebst 40 Kanonen erwartet würden.

Tel. nach London, 14. März 1913 Nr. 239 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 6151.

Nr. 6142. Tel. nach London, 14. März 1913 Nr. 241 (chiffr. 15. März 12 U. 20 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport; V. Nemes u. Szápáry; G. Berchtold).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramme Nr. 206 und 207 vom 13. l. M. Euer Exzellenz wollen noch vor der morgigen Réunion Sir Edward Grey aufsuchen und ihm in meinem Namen sagen, daß die russische Antwort, welche der Herr Staatssecretär Hochdenselben gestern mitgetheilt hat, mir indiscutabel erscheint. Herrn Sazonows Absicht, Djakova im Prinzipe Serbien zuzusprechen und die Tätigkeit der internationalen Lokalkommission auf das wirthschaftliche Gebiet zu beschränken, kann ich umsoweniger in Erwägung ziehen, als die mir gerade in den letzten Tagen zugekommenen Nachrichten über serbische und montenegrinische Greueltaten gegen mohammedanische und katholische Albanesen mich in der Auffassung bestärken, daß die seinerzeitige Proposition Sir E. Greys betreffs einer nach Djakova zu entsendenden internationalen Kommission für uns das äußerste Maß des Entgegenkommens darstellt. Die Aufgabe dieser Kommission bestünde in der Bestimmung der Zugehörigkeit der Stadt Djakova; nur für den Fall als diese Entscheidung etwa zu Ungunsten Albaniens ausfallen sollte, hätte die Kommission nicht nur wirthschaftliche Garantien zu schaffen, sondern auch für einen ausgiebigen und dauernden Schutz der nationalen und religiösen Rechte der nichtserbischen Stadt- und Landbevölkerung zu sorgen. Was speziell Herrn Sazonows Raisonnement betrifft, mit welchem er seine Betheiligung an den Schritten in Belgrad und Cetinje von unserer Zustimmung zur Preisgabe Djakovas abhängig macht und zur Begründung darauf hinweist, daß Serbien niemals seine Truppen aus dieser Stadt zurückzuziehen in der Lage wäre, so kann ich hierin nur eine von unserem Standpunkte unannehmbare Anerkennung des Anspruches eines Balkanstaates erblicken, sich den Beschlüssen der Londoner Botschafterréunion zu widersetzen. Euer Exzellenz wollen dem Herrn Staatssecretär nicht verhehlen,

daß man in Wien den Eindruck hat, daß die bisherigen Verhandlungen der Botschafterréunion nur ein theoretisches Resultat ergeben haben, während es sich nunmehr bei der ersten Gelegenheit herausstellt, daß der Übergang von der Theorie zur Praxis auf Hindernisse stößt, indem der Hinweis Herrn Sazonows auf einen Widerstand Serbiens einen gerechten Zweifel an der Realisirbarkeit der Beschlüsse überhaupt wachrufen muß. Insolange dieser Zweifel besteht und nicht durch einen einstimmigen Beschluß der Botschafterréunion beseitigt wird, welcher Serbien und Montenegro die Räumung der Albanien bereits zugesprochenen Gebiete und die Einstellung der kriegerischen Operationen daselbst auferlegt, erscheint es uns vorläufig zwecklos, an weiteren theoretischen Beratungen teilzunehmen. Euer Exzellenz wollen daher Sir Edward Grey sagen, daß wir ein weiteres Zusammentreten der Réunion als zwecklos ansehen müssen, wenn der Herr Staatssecretär nicht in der Lage ist, Hochdieselben zu einer Réunion einzuladen, bei welcher die Nord- und Nordostgrenze Albaniens ausschließlich der noch zu regelnden Djakovafrage festgesetzt und die Durchführung der bezüglichen Beschlüsse nicht von der Stellungnahme der in Betracht kommenden Balkanstaaten abhängig gemacht wird. Sollte Sir E. Grey dazu nicht in der Lage sein und sehr gegen unseren Wunsch eine Pause in den Botschafterbesprechungen eintreten, so müßten wir uns gegenüber den etwa während dieser Zeit eintretenden Ereignissen die Freiheit unserer Entschließungen vorbehalten. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6160, 6183 Anm. a, 6188 Anm. b, 6195 Anm. a.

Nr. 6143. Tel. aus London, 14. März 1913 Nr. 211 (eing. 9 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Bezug auf Telegramme Nr. 222[b]) und 231[c]) vom 8. und vom 12. d. M. Marquis Imperiali hat Instruktion erhalten, unsere Maximallinie, jedoch mit Ausschluss Janinas und nächster Umgebung, als Ausgangspunkt der Verhandlungen vorzuschlagen. Janina hätte im Laufe der Verhandlungen wohl nicht als Konzession verwertet werden können, daher besteht nach meiner Ansicht kein Bedenken gegen Vorgehen italienischen Kollegen.

Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 6148, 6165. — [b]) Vgl. n. 6151 Anm. b. — [c]) Mit Tel. Nr. 231, 12. März 1913 (chiffr. 2 U. 20 M. p. m.) wurde n. 6107 nach London mitgeteilt.

Nr. 6144. Tel. aus London, 14. März 1913 Nr. 212 (eing. 15. März 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 236 von gestern. Ich habe Sir E. Grey eben gesprochen und ihm Mitteilung von den serbischen Erklärungen gemacht, welche an Euer Exzellenz und Herrn von Ugron abgegeben wurden. Sie stimmen mit hier eingelangten Nachrichten überein. Dem englischen Gesandten in Belgrad wurde im dortigen Auswärtigen Amte erklärt, man möge keine Besorgnis darüber haben, dass Serbien sein Versprechen betreffs Evakuierung im gegebenen Momente erfüllen werde.

Überhaupt habe Serbien die Mitteilung Sir E. Greys betreffs Skutari gut und vernünftig aufgenommen; was man von Montenegro nicht sagen könnte. Sir E. Grey wiederholte, die Schwierigkeit bleibe Diakowa. Solange dieses nicht im Prinzipe konzediert sei, könne man nicht von Russland die Zustimmung zum gemeinsamen Drucke auf Montenegro wegen Skutari erreichen. Sollte eine Einigung über Diakowa erzielt werden, so meint Sir E. Grey, dass er es wohl auf sich nehmen könnte, unverzüglich in Cetinje und in Belgrad mitzuteilen, dass die Mächte de facto darüber einig sind, dass Skutari bei Albanien verbleiben müsse. Diese Mitteilung müsste dann durch einen Beschluss der Réunion anerkannt und im Namen aller Mächte wiederholt werden. Mensdorff.

a) Vgl. n. 6147.

Nr. 6145. Tel. aus London, 14. März 1913 Nr. 213 (eing. 15. März 8 U. a. m.). Entziff.

Im Nachhange zu meinem Telegramme Nr. 203 vom 12. d. Mts. Sir E. Grey teilt mir eben Antwort serbischer Regierung auf seine Mitteilung an den serbischen Geschäftsträger mit wie folgt: „Serbien sendet den Montenegrinern vor Skutari Unterstützung, weil es nach dem Wortlaute des Allianzvertrages dazu verpflichtet ist, falls Montenegro Unterstützung begehrt. Hätte Serbien nicht dem montenegrinischen Apell Folge geleistet, so würde es die Allianzbestimmungen verletzen. Serbien sei an der Zukunft Skutaris nicht interessiert, das sei eine Sache zwischen Montenegro und den Mächten. Serbien würde von Sendung von Unterstützung ablassen I.) falls Montenegro sagt, daß es keine braucht, oder II.) wenn Montenegro erklärt, daß es die Zukunft Skutaris in die Hände der Mächte lege." Mensdorff.

Nr. 6146. Bericht aus London, 14. März 1913 Nr. 27 A (eing. 17. März). Ausfert.

Der Artikel der „Kölnischen Zeitung", worin Frankreich als Störenfried bezeichnet wurde, hat hier, wie zu erwarten war, im ersten Augenblicke unangenehm berührt. Mein deutscher Kollege gab sich davon vollkommen Rechenschaft und sagte mir sofort, er habe nach Berlin telegraphiert, um darauf aufmerksam zu machen. In richtiger Erkenntnis der Situation versteht Fürst Lichnowsky, dass in den anglo-deutschen Beziehungen Frankreich der heikle Punkt ist. Ich konnte ihn nur in dieser Ansicht bestärken und ihm nach meiner langjährigen Erfahrung wiederholen, dass England niemals Frankreich fallen lassen würde, um Deutschland zu gewinnen. Was zu erreichen ist und bei der jetzt glücklich angebahnten Besserung der Beziehungen zwischen London und Berlin in den Bereich der Wahrscheinlichkeit gerückt erscheint, ist ein starker Druck Englands in Paris, um die Revanche-Ideen herabzustimmen und den Machthabern der Republik klar zu machen, dass auf eine englische Unterstützung im Falle eines Revanche- und Agressionskrieges nicht zu rechnen ist. Dies ist Alles, was man erwarten kann, und ist gewiss nicht zu unterschätzen. Eine Tendenz Deutschlands,

gegen Frankreich zu hetzen, würde sicher hier gleich verstimmen und das alte Misstrauen, Deutschland wolle zwischen England und Frankreich Unfrieden stiften und die entente cordiale sprengen, von Neuem erwecken. Ich bin überzeugt, dass im Laufe der letzten Jahre nichts so sehr zur Festigung der anglo-französischen entente beigetragen hat, wie die plumpe und ungeschickte Taktik der deutschen Presse, welche selten eine Gelegenheit vorübergehen lässt, ohne sie zu benützen, um ihre nie versagende Taktlosigkeit und ihren mangelnden Instinkt für Opportunismus zu demonstrieren. Ein Engländer in massgebender amtlicher Stellung, der die vorige Woche in Paris zubrachte und einige französische Politiker sprach, sagte mir, er habe den Eindruck zurückgebracht, dass trotz des „esprit nouveau" von dem man so viel höre, alle verantwortlichen Persönlichkeiten absolut friedlich seien. Den heutigen Seelenzustand der Franzosen resumierte er mit den Worten: Niemand wolle einen Revanchekrieg, aber „il ne faut plus qu'on les embête", sonst könnten sie die Geduld verlieren. Der so rasch erschienene Artikel der „Norddeutschen Allgemeinen", worin gegen die alarmirende Sprache der „Kölnischen" Stellung genommen wird, hat hier den schlechten Effekt des „Störenfried-Artikels" gemildert, und ich konstatiere die Neigung an massgebenden Stellen, darüber hinwegzugehen und anzunehmen, es habe sich um eine journalistische Entgleisung der Kölnischen Zeitung gehandelt, ohne jegliche offizielle Inspiration. Die kurze Erklärung des Premierministers in der Adressdebatte,[a] worin er leugnete, dass England irgend eine Verpflichtung eingegangen sei, unter gewissen Eventualitäten eine Truppenmacht auf den Kontinent zu werfen, wird in Deutschland gewiss sehr guten Eindruck gemacht haben. Die Erklärung ist im Einklang mit dem, was Sir Edward Grey im November 1911 im Parlamente sagte,[b] „jede Unterstützung, die wir in Zeiten von Krisen (trouble) Frankreich und Russland geben würden, wäre abhängig von der Stimmung des Parlamentes und der Öffentlichkeit im Momente der Krise, und sowohl Frankreich wie Russland wisse ganz gut, dass die britische öffentliche Meinung ihre Zustimmung zu einer provokatorischen oder aggressiven Aktion nicht geben würde." Ich glaube, dass dies auch heute noch so gilt und dass auf absehbare Zeit die Fundamente der auswärtigen Politik der liberalen Regierung in der engen entente mit Frankreich und — in etwas geringerem Masse — der Freundschaft mit Russland bestehen werden, immer unter der Voraussetzung, dass diese Freunde keine aggressive und kriegerische Politik verfolgen. Dies hindert aber nicht die guten Beziehungen zu allen anderen Staaten und den Fortschritt der glücklich begonnenen Entspannung zwischen hier und Berlin. Sollte sich das russische Übergewicht durch eine immerhin mögliche — hoffentlich aber nicht eintretende — rasche Zunahme der militärischen, navalen und finanziellen Machtmittel Russlands stark fühlbar machen, so würde es den Traditionen der englischen Politik nur entsprechen, wenn sie sachte und nach und nach von den Ententemächten wieder etwas abschwenken und sich der Triplealliance nähern würde. Dies könnte aber nur sehr langsam vor sich gehen. Vorläufig ist wohl doch noch die übertriebene Besorgnis vor der deutschen Übermacht hier zu fest eingewurzelt. Als während des deutsch-französischen Krieges

Monsieur Thiers nach London kam und den englischen Staatsmännern vorhielt, „qu'une grande et puissante Allemagne constituerait pour l'Angleterre un danger" erwiderte Lord Granville „le danger serait plus éloigné". Heute würde man wohl noch eine russische Bedrohung als „plus éloigné" als die deutsche Gefahr ansehen. Mensdorff.

[a]) Pol. Chron. d. ö.-u. Mon. 1913, 95. — [b]) n. 3009.

Nr. 6147. Bericht aus London, 14. März 1913 Nr. 27 B (eing. 17. März). Ausfert.

Mit meinen gestrigen Telegrammen Nr. 206 und 207 habe ich die Antwort gemeldet, welche Sir Edward Grey endlich gestern nachmittag aus Petersburg erhielt und die er mir gleich mitteilte. Sie ist nicht befriedigend und verdreht auch die Rolle, welche nach unserer Anregung der internationalen Kommission zugedacht worden wäre. Wie ich Sir Edward aufmerksam machte, sollte dieser Kommission die Entscheidung über die künftige Zugehörigkeit Djakowas zugedacht werden. In der russischen Antwort wird gesagt, „internationale Kommission, welche mit dem Studium der Detailfragen der Delimitation betraut sein wird, sollte gleichzeitig gewisse Garantien namentlich wirtschaftlicher Natur bezüglich dieser Stadt (Djakowa) elaborieren." Die Schwierigkeit der ganzen Situation liegt darin — und Sir Edward wiederholt es mir auch heute nachmittag, als ich ihn nach Empfang des hohen Telegrammes Nr. 236 aufsuchte — dass Herr Sazonow sich nicht binden will, an einer Erklärung in Cetinje und an einem Drucke auf Montenegro, der sehr energisch wird sein müssen, teilzunehmen, solange er nicht die Zusicherung hat, dass Djakowa im Prinzipe Serbien zugesprochen wird. Der russische Minister erklärt, wie mir Sir Edward sagt, nicht in der Lage zu sein, auf beide slavische Staaten eine Pression auszuüben und sowohl Montenegro zu sagen, es dürfe nicht Skutari nehmen, als Serbien, es müsse Djakowa räumen. Nach Ansicht des Staatssekretärs wäre alles sofort geregelt, wenn man sich über Djakowa geeinigt hätte (das heißt wenn wir es aufgeben) und er würde, wie ich mit heutigem Telegramme Nr. 212 meldete, es sogar auf sich nehmen, sofort in Cetinje und Belgrad mitteilen zu lassen, dass Skutari nach Beschluss der Mächte zu Albanien gehöre. Diese Erklärung müsste dann nach einem Beschlusse der Botschafterréunion namens aller Mächte wiederholt werden. Ich will die Meldungen meiner ausführlichen Telegramme nicht wiederholen und von Berichten absehen, die bei der heutigen Lage der Dinge überholt sind, wenn sie unter die Augen Euer Exzellenz gelangen, und darf nur noch erwähnen, dass die Sir Edward Grey vorliegenden Nachrichten über die serbische Haltung betreffs Skutaris mit dem Telegramm Euer Exzellenz Nr. 236 übereinstimmen. Serbien sei ganz vernünftig betreffs seinerzeitiger Evakuierung der Albanien zugesprochenen Gebiete und garnicht dafür begeistert, Montenegro zum Besitze Skutaris zu verhelfen. Allerdings — fügte Sir Edward bei — sei es sehr fraglich, ob Serbien sich auch willig zeigen würde, falls die Evakuierung von Djakowa von ihm verlangt werden würde.

Mensdorff.

Nr. 6148. Bericht aus London, 14. März 1913 Nr. 27 D (eing. 17. März).[a] *Ausfert.*

Mein italienischer Kollege hat mir mitgeteilt, er habe die Instruktion aus Rom erhalten, als Grenze Albaniens im Süden und Südosten die von Wien proponierte Maximallinie jedoch mit Ausschluss von Janina in Vorschlag zu bringen. Da es nicht wahrscheinlich ist, dass die Linie wird durchgesetzt werden, ist er ermächtigt, im Laufe der Verhandlungen als Konzession auf die Kalamasgrenze zurückzugehen. Ein weiteres Zurückgehen über den Kalamas hinaus ist ausgeschlossen und ebenso habe er auf der Belassung von Kortscha und des Gebietes der Pindusvlachen bei Albanien zu bestehen.

Mensdorff.

[a] Vgl. n. 6107, 6143.

Nr. 6149. Tel. aus Paris, 14. März 1913 Nr. 45 (eing. 15. März 8 U. a. m.).[a] *Entziff.*

Vertraulich. Aus journalistischen Kreisen erfahre ich, dass Abgeordneter Dr. Kramarz demnächst nach Paris kommen soll. Er hätte dem hiesigen serbischen Gesandten geschrieben, dass er mit ihm über die südslavische Frage konferieren möchte. Auch ein Zusammentreffen mit Herrn Iswolsky ist geplant. Ich kann aber Richtigkeit dieser Nachricht nicht verbürgen.

Szécsen.

[a] Vgl. n. 6218, 6232, 6960.

Nr. 6150. Tel. des Vizekonsuls Tibor von Pözel aus Prisren, 14. März 1913 Nr. 19 (eing. 15. März 11 U. 50 M. a. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 6 vom 12. l. Mts.: Pater Luigi Palić Mittwoch 5. März gefesselt in den Konak von Djakova gebracht, wo Donnerstag angeblich geprügelt; Monsignore Krasnić wollte sich bei Regierung über den Grund der Verhaftung erkundigen. Dort riet man ihm jedoch, nichts zu fragen, da es ihm ebenfalls schlecht gehen könnte. Freitag wurde Palić mit anderen Gefangenen, noch immer gebunden, unter montenegrinischer Militäreskorte gegen Ipek abtransportiert. Bei einem Dorfe unterwegs wurde er, bis auf die Leibwäsche ausgezogen, einem Komitatschi übergeben, der ihn umgebracht. Pater Clemens Miraj aus Ipek nach Djakova gefahren, um Leichnam nach Ipek überzuführen, ward hieran von den montenegrinischen Behörden verhindert und musste sofort Ipek zurückkehren; man fürchtet, dass er selbst in Gefahr. Noch keine sichere Nachricht, ob Leiche Palić's schon beerdigt, Verschulden montenegrinischer behördlicher Organe scheint mir offenbar. Serben in dieser Angelegenheit schuldlos, sie chikanieren bloss Katholiken, indem sie Priesterreisen in Dörfer erschweren, ihnen revolutionäre Propaganda vorwerfen und Verkehr der Geistlichkeit mit Pfarrkindern behindern. Intervention Belgrad daher eher Präventivmassregel. Herr Erzbischof, der heute Djakova gefahren, bittet, wenn noch nicht geschehen, in seinem Namen Heiligen Stuhl von Priestermord sowie gewaltsamer Konvertierung katholischer Albanesen benachrichtigen. Abschriftlich Belgrad 12, Cetinje 4.

Pözel.

Nr. 6151. Tel. nach Rom Nr. 271 (1) und London Nr. 239 (2), 14. März 1913 (chiffr. 11 U. p. m.).[a] Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

1. Mit Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 115 vom 6. d. M. (InseraturTagesbericht vom 14. d. M. Nr. 1162 [a] in extenso.) Ich ermächtige Euer Exzellenz, Marquis di San Giuliano gegenüber die Übereinstimmung der italienischen Anschauung über die südliche Minimalgrenze Albaniens mit der unseren zu constatiren. Eine graphische Darstellung dieser Minimalgrenze kommt Hochdenselben nächstens zu.

2. Im Verfolge meines Telegrammes Nr. 222[b] vom 8. l. M. Ich telegraphiere heute an Herrn von Mérey wie folgt: (Inseratur Tagesbericht vom 14. d. M. Nr. 1162 in extenso.) Ich beauftrage Herrn von Mérey unter einem, ... *wie 1. von „Marquis di San Giuliano" bis zum Schluß.* ... Berchtold.

[a] Vgl. n. 6152, 6165, 6185. — [b] Mit Tel. Nr. 222, 8. März 1913 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.) wurde n. 6046 und n. 6058 nach London mitgeteilt mit dem Auftrage, sobald Imperiali die entsprechenden Instruktionen erhalten habe, dessen Vorschläge in der Réunion zu unterstützen.

Nr. 6152. Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters, 14. März 1913 Nr. 1162.[a] Konz. (S. Hohenlohe; V. Nemes; G. Berchtold).

Herzog Avarna hat mich gestern aufgesucht und mir Marquis di San Giulianos Ideen die Südgrenzen Albaniens betreffend nachstehend mitgeteilt. Der Herr italienische Minister des Äußern denke sich, daß wir unseren auch Janina einbegreifenden Vorschlag der Réunion unterbreiten sollten und denselben als auf dem Nationalitäten-Prinzipe basiert motiviren. Im weiteren Verlaufe könnte man dann Janina an Griechenland überlassen, dies jedoch ausdrücklich nicht auf Grund des durch die Kriegsereignisse geschaffenen fait accompli, wodurch ein gefährliches Präcedens geschaffen würde, sondern mit Rücksicht darauf, daß die Bewohner dieser Stadt sich der griechischen Sprache bedienen. Da es jedoch nicht wahrscheinlich sei, daß unser Vorschlag auch dann noch von allen Mächten unverändert angenommen werden wird, müßten wir uns jetzt schon mit unseren Alliirten im Geheimen darüber verständigen, in Bezug auf welche Punkte wir allenfalls nachgeben könnten. Unbedingt wäre aber daran festzuhalten, daß die Grenze an der Adriaküste nicht nördlicher als die Kalamaslinie verlaufen dürfe, welche Linie auch im Inneren des Landes die Südgrenze Albaniens zu bilden hätte, während im Südosten und Osten Koritza und das von albanoglotten Kutzowalachen bewohnte Pindusgebiet jedenfalls zu Albanien gehören müsse. Ich erklärte mich im Großen und Ganzen mit Vorstehendem einverstanden und behielt mir eine weitere Mitteilung vor.

[a] Vgl. n. 6151.

Nr. 6153. Privatschreiben aus Rom, 14. März 1913.[a] Ausfert.

Im Folgenden gestatte ich mir, Euer Excellenz jene unmassgeblichen Konsiderationen zu unterbreiten, zu welchen mir das hohe Privatschreiben vom 10. v. Mts. Anlass gibt.

Bilanz der dermaligen Balkan-Ereignisse von unserem Standpunkte. Ich bin allerdings der Ansicht und glaube damit une vérite de Mr de la Palisse auszusprechen, dass die voraussichtliche Bilanz der letzten Ereignisse auf dem Balkan für uns ein erhebliches Negativum darstellt. Eine gegenteilige Auffassung habe ich übrigens noch von keinem Politiker,[1] Diplomaten oder Blatte des In- und Auslandes vernommen, etwa die einzig Börsen-Interessen dienende „Neue Freie Presse" ausgenommen. Um nur von den am meisten ins Gewicht fallenden Nachteilen zu sprechen, erblicke ich dieselben in dem nahezu völligen Ende der türkischen Herrschaft in Europa, in der Vergrösserung und Erstarkung Serbiens und Montenegros sowie ihrer gleichzeitigen territorialen Annäherung unter einander und in der — unter den gegebenen Verhältnissen allerdings unvermeidlichen — Bildung eines so problematischen, auf längere Zeit so erhebliche materielle Opfer von uns erheischenden und überdies den Keim gefährlicher Konflikte bergenden Staatswesens, wie es Albanien ist. Von der Rückwirkung des Balkankrieges auf die Südslawen der Monarchie sowie auf unsere Finanzen und unsere wirtschaftliche Lage (durch die Monate lange militärische Bereitstellung) sehe ich ganz ab. Das fast gänzliche Verschwinden der Türkei vom Balkan ist für uns und unsere Gruppe ein wol unläugbarer Nachteil.[2] Trotz aller die Türkei anhaftender Fehler hielt dieselbe doch bisher die gährenden Kräfte der Balkanstaaten im Schach und konnte in allen denkbaren Calculs nicht als unser Gegner, ja mit einigem Rechte als unserer Gruppe zugehörig betrachtet werden. Jedenfalls war sie ein ruhiger, bequemer, ungefährlicher Nachbar, was sich von ihren Balkanerben wol nicht behaupten lässt. Dass die Vergrösserung und Erstarkung Serbiens und Montenegros für uns abträglich ist, brauche ich wol nicht näher auszuführen. Vollends das Verschwinden des bisher im Sandjak von Novipazar von der Türkei — von 1879 bis 1908 gemeinsam mit uns — zwischen diesen beiden Staaten gebildeten Keiles,[3] ihr territoriales Aneinanderrücken und dadurch die Perspektive ihrer künftigen Fusion sind mit einem der Grundprinzipien unserer bisherigen, von Graf Andrássy vorgezeichneten Orientpolitik unvereinbar.[4] Als allernächste Folge dürfte unsere Stellung in Bosnien und der Herzegovina fortan schwieriger werden und grössere militärische Machtmittel erheischen. Die Schöpfung Albaniens, so unvermeidlich sie auch wurde, ist gleichfalls ein Übel. Die Befreiung der Balkanvölker ist im Allgemeinen eine undankbare Aufgabe. Davon weiss auch Russland ein Lied zu singen. Speziell dieses rudimentäre Land wird uns aber enorme Opfer kosten, uns auf Jahre hinaus vor allerlei schwierige Probleme stellen und — was ja dermalen schon eine communis opinio ist — in jedem Momente, wo es den Italienern,[5] den italofoben Faktoren bei uns oder endlich den Albanesen belieben wird, den Anlass eines ernsten Konfliktes zwischen uns und Italien bilden. Auch Euer Excellenz scheinen übrigens bis zu einem gewissen Grade meine eher pessimistische Auffassung der Folgen des jetzigen Balkankrieges zu teilen, wobei Hochdieselben nur den doppelten Vorbehalt machen, dass eine impetuosere Politik das Passivum vermehrt hätte, und dass eine kluge Wirtschafts-Politik uns eine bessere ökonomische Zukunft auf dem Balkan bescheeren könnte. Dass eine impetuose Politik unter allen

Umständen zu verwerfen ist und dass ich daher einer solchen gewiss nicht das Wort reden möchte, versteht sich von selbst. Der Impetus schließt ja eben die ruhige Überlegung, welche auch mit einer energischen Politik gut vereinbar ist, aus.[6]) Unsere wirtschaftliche Zukunft in jenen Regionen hängt meines Erachtens von einer ganzen Reihe von Faktoren ab, welche sich dermalen wol noch nicht übersehen lassen. Ob die selbständigen, auch wirtschaftlich nicht bequemen Balkanstaaten, gegen deren ökonomische Massnahmen wir schon jetzt reklamieren müssen, unserer handelspolitischen Expansion ein leichteres Spiel gewähren werden, als die Türkei, ob der stete Rückgang unserer Handelsbeziehungen zu Serbien uns zu optimistischen Hoffnungen für die Zukunft berechtigt, ob endlich bei uns die Voraussetzungen für eine kluge Wirtschafts-Politik sich in Hinkunft — im Gegensatze zur letzten Vergangenheit — vorfinden werden, über all dies sind wol gewisse Zweifel zulässig.

Friedensfrage. Der Krieg ist allerdings wieder aufgenommen, im Grunde nur von Bulgarien und Serbien, da Montenegro tatsächlich und Griechenland sogar offiziell es gar nicht zum Waffenstillstande kommen liessen. Den früheren Elan vermag ich aber beim besten Willen in dieser reprise des Krieges nicht zu entdecken.[7]) Zu irgend einer entscheidenden Schlacht ist es in diesen fünf Wochen nicht gekommen, die Bulgaren sind, mit Ausnahme von gelegentlichen Bombardements von Adrianopel, fast ganz untätig — an der Tschataldjia-Linie fand überhaupt kein Gefecht statt —, der einzige Erfolg der Griechen, die Einnahme von Janina, scheint nicht gerade ein militärisches Heldenstück gewesen zu sein — kurz, im Vergleiche zur ersten Kriegsperiode bietet die dermalige den Eindruck einer Stagnation. Ausser der allgemeinen Erschöpfung tragen hiezu wol auch die stets und merklich zunehmenden Misshelligkeiten zwischen den Alliierten bei. Die Aussicht auf den gemeinsamen Friedensschluss mit der Türkei ist wol noch der einzige Kitt, welcher die Verbündeten zusammenhält. Eine Ausnahme hievon bilden nur die Anstrengungen der Serben, den Montenegrinern zur Einnahme von Skutari zu verhelfen. Aus brüderlicher Liebe dürfte dies wol nicht geschehen. Die Serben werden sich vermutlich durch anderweitige territoriale Kompensationen bezahlt machen, hauptsächlich aber, — und darin liegt meiner Ansicht nach ein sehr karakteristisches Moment — sich bezüglich Skutaris sagen: nostra res agitur,[8]) und sich mit der Hoffnung schmeicheln, diese Stadt in absehbarer Zeit in ihren eigenen Besitz übergehen zu sehen. Trotz der Mediation der Mächte spricht viel dafür, dass die Friedensverhandlungen erst dann vom Flecke kommen werden, wenn Adrianopel und Skutari gefallen sein werden.

Rumänisch-bulgarische Verhandlungen. Dass sich Bulgarien zu Beginn des Krieges nicht an Rumänien gewendet hat; scheint auch mir ausser Zweifel zu stehen. Galt ja doch damals Rumänien als Freund der Türkei, somit in den Augen Bulgariens nicht als ein möglicher Alliirter, mit dem man sich verständigt, sondern eher als ein denkbarer Feind. Auch ist Bulgarien pas prêteuse und hätte es ihm nicht ähnlich gesehen, einen Teil seines Gebietes aus eigener Initiative zu offeriren. Wol aber hätte meines Erachtens Rumänien sich damals an Bulgarien wenden, seine Forderungen —

für den Fall territorialer Veränderungen — anmelden und dafür seine Neutralität zusichern können.[9]) Eine am Beginne des Krieges in Aussicht gestellte Neutralität hat wol einen höheren Marktwert, als wenn man nach dem Kriege die Rechnung für die bereits genossene Neutralität präsentirt. Im ersten Falle appellirt man an das Interesse, im zweiten an die Dankbarkeit. Wie dem aber auch sei, dürfte es schliesslich doch zu einer allerdings für Rumänien mageren, Einigung kommen, wenn nicht die rumänische öffentliche Meinung den Kopf verliert. Rumänischerseits wünscht man, dass die seinerzeitige definitive Entscheidung den Poststempel „St. Petersburg" trage, weil man annimmt, dass sie dadurch eine bessere Aufnahme bei den Herren Daneff und Cie. finden werde.

Serbischer Hafen und Adria-Bahn. Über die Vorteile dieser Bahn für uns einerseits und für Italien andererseits pflichten Euer Excellenz meinen Anschauungen nicht bei. Ein fachmännisches Urteil über diese Frage will ich mir gewiss nicht anmassen, aber einzelne Erwägungen möchte ich mir doch gestatten, Euer Excellenz in flüchtiger Form zu unterbreiten. So zum Beispiel, dass zwar die Wege Venedig—Albanien und Triest—Albanien fast gleich lang sind, dass dies aber von der Route Brindisi—Albanien nicht gilt,[10]) ferner dass Serbien seit Jahren bemüht ist, sich zu unserem Schaden handelspolitisch von uns zu emanzipiren und dass die Adria-Bahn und der Hafen ihm dies wesentlich erleichtern werden, — endlich dass uns die Bahn zwar besten Falles bezüglich des armen und daher wenig aufnahmsfähigen Albaniens nützlich sein wird, dass wir aber nach den übrigen Balkanstaaten schon die bisherigen Bahnverbindungen besitzen, während Italien eine nahe und praktikable Verbindung nach dem Innern des Balkans erst durch die Adria-Bahn erhält. Es galt bisher als ein Axiom, dass für uns die vertikalen Kommunikationen in der Richtung nach dem Süden, für die Westmächte und die Balkanstaaten die horizontalen Verbindungs-Linien wertvoll sind.

Delimitation Albaniens. Ipek, Prisren, Dibra und ein Teil des Gebietes von Skutari sind bereits von Albanien ausgeschieden. Hinsichtlich Djakovas soll eine internationale Kommission — vermutlich in unserem Sinne — entscheiden. Janina lässt sich, vollends nach seiner Einnahme, wol nicht reklamieren und bezüglich Skutaris kann in jedem Momente dieselbe Situation eintreten. „Fallen seh' ich Zweig auf Zweig", dürften sich also die Albaner sagen, und ob dieses derart amputirte Land lebensfähig sein wird,[11]) muss füglich immer mehr bezweifelt werden. Auch wird als weitere Folge mit einer albanesischen Irredenta, weniger in Griechenland, als in Montenegro und Serbien, und daher mit künftigen Unruhen in diesen Gebieten gerechnet werden müssen. Interessant ist, wie sich dynastische Interessen in letzter Zeit in diesen Fragen geltend machen. Es scheint, dass einerseits der deutsche Kaiser sein griechisches Bruderherz entdeckt hat, und dass andererseits sowohl die Kaiserin-Witwe von Russland für die Zuweisung Saloniks an Griechenland (Kaiserin Maria Feodorowna äusserte diesen Wunsch ganz offen dem neuen italienischen Botschafter in St. Petersburg gegenüber) wie die beiden montenegrinischen Grossfürstinnen für die Zession Skutaris an Montenegro tätig sind. In Italien, wo eine dynastische Politik unmöglich wäre,

hat die Verwandtschaft des Hofes mit jenem von Cetinje die Regierung nicht einmal abgehalten, sich für die Belassung Skutaris bei Albanien zu exponiren.

Status Albaniens. Dass die Verwaltung Albaniens durch sechs Mächte gewiss ein sehr schwieriger, komplizirter, unhandsamer Apparat wäre, davon gebe auch ich mir vollkommen Rechenschaft. Für mich stellt sich aber die Frage so, dass ich dieser unläugbaren Unbequemlichkeit[12]) gegenüber eine eminente Gefahr in dem tête-à-tête mit Italien erblicke und dass ich daher die Unbequemlichkeit als das kleinere Übel empfinde. Es lässt sich vorhersehen, dass wir durch unsere bessere Organisationsgabe, durch unsere wirtschaftliche Überlegenheit, durch die katholische Propaganda, und so weiter die Italiener in Albanien überflügeln werden. Diesen Zustand wird aber, wenn sich nicht schon bei dessen Bildung ernste Reibungen mit Italien ergeben, die italienische öffentliche Meinung nicht ertragen und das wird zum Konflikte führen. Schon in meinem Privatschreiben vom 24. Mai 1911[b]) schrieb ich: Wenn wir je den Konflikt mit Italien suchen wollen, in Albanien ist er zu finden. Das Konzert der Mächte ist ein umständlicher Apparat und gewiss nicht eitel Harmonie. Aber zu etwas ist es gut: den Konflikt zwischen Opponenten oder Rivalen zu verhindern. Das hat sich in London gezeigt, wo Fragen, welche im tête-à-tête zwischen uns und Russland zum Konflikte oder doch zu einem todten Punkte geführt hätten, schliesslich gütlich erledigt wurden, und das würde sich auch in Albanien zeigen. Duelle ohne Sekundanten würden meist blutiger verlaufen. Übrigens frage ich mich noch, ob wir die Rechnung nicht ohne den Wirt machen und ob, wenn es zur Verhandlung dieser Frage mit den anderen Mächten kommt, die letzteren sich ohne Weiters bei Seite schieben lassen werden. Über die äusserst schwierige Frage des Kultus-Protektorates berichte ich separat.

Insel-Frage. Hier vertrete ich nach wie vor mit voller Überzeugung[13]) die Ansicht, dass Italien, falls nicht die Frage der asiatischen Türkei aufgerollt wird, die von ihm besetzten Inseln räumen wird. Ich weiss, dass ich mit dieser Vorhersage, welche in der jetzigen politischen Situation doppelt schwierig ist, eine gewisse moralische Verantwortung übernehme, umsomehr, als Euer Excellenz der entgegengesetzten Überzeugung sind. Aber es wird der Moment kommen, wo ich die Richtigkeit meiner Behauptung nachzuweisen in der Lage sein werde. In der Tat stehen heute in der Cyrenaïca nicht mehr als etwa 500 Mann regulärer türkischer Truppen. Aber in beiden Provinzen befanden sich zu Beginn des lybischen Feldzuges nur zwischen 2—3000 Mann. Dass so wenige Türken genügen, um so grosse italienische Streitkräfte zu binden, ist nicht erstaunlich, als es auf den ersten Blick erscheint. Zunächst fungiren die Türken ja nur als Organisatoren des Kampfes, sie bilden sozusagen den Generalstab der Araber, welche die eigentlichen Kombattanten sind. Dann hat Italien seine 100.000 Mann auf einer 1500 Kilometer langen Küste verteilt, so dass an jedem einzelnen Punkte sich nur relativ schwache Besatzungen befinden, welchen die sehr beweglichen und von den Türken dirigirten Araber schon gefährlich werden können. Italien hat also wegen der unbefriedigenden Situation in der Cyrenaïca alles Interesse, auf die Türkei einen Druck ausüben zu können und sich zugleich mit ihr gut zu stellen. Beiden Zwecken dient die andauernde Besetzung

der Inseln. Dieselbe behält den Karakter des Faustpfandes und bildet gegenwärtig überdies in den Augen der Türkei einen geleisteten Dienst, da die von den Italienern evakuirten Inseln sonst augenblicklich von den Griechen besetzt würden. Die Investitionen, welche Italien zum Beispiel auf Rhodus macht, erklären sich einerseits dadurch, dass die dortigen Truppen unbeschäftigt sind und daher kostenlos zu allerlei Arbeiten herangezogen werden können, und andererseits durch die Notwendigkeit, für die sicher und zweckentsprechende Aufrechterhaltung der militärischen Okkupation die früher teils fehlenden teils sehr mangelhaften Kommunikationen herzustellen. Ich wiederhole also: Italien wird, wenn die Balkan-Ereignisse ihren voraussichtlichen Verlauf nehmen, die Inseln evakuiren, sobald grosso modo die Türken Lybien evakuirt haben werden. Tritt — wann immer — die Krise der asiatischen Türkei ein, dann — aber nur dann — wird Italien Ansprüche auf eine oder mehrere dieser Inseln erheben.

Meerengen-Frage. Meine — wie mir nunmehr selbst scheint, irrige — Annahme, dass Russland bei dem jetzigen Anlasse diese Frage aufrollen werde, war hauptsächlich darauf gegründet, dass die italienische Regierung von ihrer Vertretung in St. Petersburg unausgesetzt in diesem Sinne verständigt wurde. Ich will es dahingestellt sein lassen, ob russischerseits die Absicht überhaupt nicht bestanden hat oder vielleicht auch diesmal — wie im Jahre 1908 — wieder fallen gelassen worden ist, weil England sich doch nicht gefügig zeigte. Immerhin darf jetzt angenommen werden, dass die Frage vorläufig gegenstandslos ist, und ich glaube daher auch von einem Eingehen auf unsere eventuelle Stellungnahme zu derselben absehen zu können.

Wahl des Fürsten von Albanien. Die „Reichspost" hat mittlerweile von der Kandidatur des Prinzen Sixtus von Parma gesprochen.[14]) Offenbar lag also bei der mir seinerzeit zugekommenen Nachricht eine Verwechslung zwischen den beiden Brüdern vor. Über die faits et gestes des Herzogs von Montpensier berichte ich separat.[c]) Unter allen bisher genannten Kandidaten scheint man hier nur für den Prinzen Ahmed Fuad, für welchen auch die Freimauerei zu arbeiten scheint, Sympatien gehabt zu haben. Angesichts unserer ablehnenden Haltung verfolgt man aber die Sache nicht weiter. Der junge Marchese di Auletta hat mich kürzlich aufgesucht und — mit der Bitte um Geheimhaltung — um meinen persönlichen Rat gebeten, ob er — den an ihn während des Triester Albanesen-Kongresses von verschiedenen Seiten ergangenen Aufforderungen folgend — finanzielle Opfer in Albanien zu Gunsten seiner Kandidatur bringen solle. Er spielte auch mit der Idee, sich nach Albanien zu begeben und einen Aufstand gegen Serbien und Montenegro zu organisiren. Ich habe ihm unter Beobachtung der nötigen Reserve — von beiden Plänen abgeraten.

Haltung Italiens. Tout est relatif en ce bas monde und auch mein günstiges Urteil über die Haltung Italiens uns gegenüber wollte nicht besagen, dass uns Italien rückhaltslose und ausschliessliche Gefolgschaft geleistet hat. Vor Allem hat es dies schon aus dem Grunde nicht getan, weil seine vornehmlichste Sorge darin besteht, es zu keinem europäischen Konflikt kommen zu lassen und daher ausgleichend, pazifizirend zu wirken. Aber innerhalb dieser Grenzen und im Vergleiche zu früheren Zeiten sowie

im Hinblicke auf seine öffentliche Meinung hat es das Möglichste gethan, um im engen Einvernehmen mit uns zu bleiben, und in dieser Hinsicht vor Opfern und Schwierigkeiten nicht zurückgescheut. Mehr können wir aber wol von Italien nicht verlangen, von anderen Gründen abgesehen schon deshalb nicht, weil wir dazu nur dann ein Recht hätten, wenn wir — Hand aufs Herz — mit gutem Gewissen sagen könnten, dass auch wir in politischer und militärischer Hinsicht, in innerpolitischer und diplomatischer Beziehung, in Vergangenheit und Gegenwart Italien nur Freundschaft und loyale Unterstützung seiner Interessen geboten haben.

Zum Schlusse möchte ich mir, falls dies nötig sein sollte, die Versicherung gestatten, dass mir bei den Ausführungen dieses Schreibens keinerlei kritischer oder polemischer Zweck vorschwebt, sondern dass mich hiebei ausschliesslich die Absicht leitet, gewisse Momente zur Beurteilung und Klärung verschiedener Fragen zu liefern und hiedurch mein bescheidenes Scherflein zur Lösung der Euer Excellenz obliegenden, so schwierigen Aufgabe beizutragen. Mérey.

1) Mérey scheint in keinem Verkehr zu stehen mit unseren Parlamentariern von Kramarz und Masaryk bis Schwegel und Baernreither. — *2)* Darum war für uns auch kein Anlaß vorhanden, sie von Anfang an aufzugeben und zu den Todten zu werfen, den Balkanstaaten carte blanche zu geben — uns dafür von ihnen bezahlt zu machen. — *3)* Wenn wir dazwischen eingekeilt wären, hätten wir nur eine weitere Verlegenheit! — *4)* Seit Grafen Andrassy hat sich die Lage am Balkan wesentlich verändert. — *5)* Diese Fakultät besitzt Italien auch ohne Albanien. — *6)* Die „energische" Politik hätte uns aber unfehlbar in einen Krieg mit Rußland gebracht. — *7)* Jetzt nicht mehr, im Momente der Wiederaufnahme, als ich an Mérey schrieb, wohl. — *8)* Sehr richtig! — *9)* Das hätte der rumänischen Politik, die gar kein Interesse daran hatte, Bulgarien Liebesdienste zu verrichten, widersprochen. — *10)* Die Industrie-Centren Italiens liegen im Hinterland von Venedig nicht in jenem von Brindisi. — *11)* Wie wir da heraussteigen werden ohne Präventivmaßregeln, ist mir auch ein Rätsel. — *12)* Dadurch bekommen wir aber auch noch Rußland hinein, das dann die Italiener wacker sekundieren wird. — *13)* Hut ab! — *14)* Die eine Candidatur ist ebenso aus der Luft gegriffen wie die andere.

a) Vgl. n. 6554, 10991. — *b)* Im Privatschreiben aus Rom, 24. Mai 1911 (eing. 26. Mai) wurde nach einer Schilderung der bisher ohne öst.-italienische Zwischenfälle verlaufenen Jubiläumsfeier vor dem hier zitierten Passus bemerkt, daß die Italiener darüber einig seien, nicht etwa Albanien zu occupieren, sondern daß das eventuelle Fußfassen einer anderen Großmacht dortselbst ein Lebensinteresse Italiens bedrohen würde. — *c)* Wurde nicht aufgenommen.

Nr. 6154. Tel. nach St. Petersburg, 14. März 1913 Nr. 195 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 86 vom 13. d. In meinem Telegramm vom 12. d. M. Nr. 192 sind die Gründe angegeben, aus welchen ich mich genötigt gesehen habe, die in Petersburg als Ergänzung zu dem Communiqué publizierte Mitteilung zum Gegenstande einer Richtigstellung[b] durch das Korrespondenzbureau zu machen. Diese Feststellungen bleiben auch nach den Aufklärungen Ihres citierten Telegrammes aufrecht und auch Herr Sazonow hat, wie Euer Exzellenz melden, die Richtigkeit unserer Konstatierungen zugeben müssen. Es ist für uns daher keinerlei Anlaß vorhanden, auf unsere offizielle Veröffentlichung im Wege einer neuerlichen amtlichen Enuntiation zurückzukommen. Die Art der Veröffentlichung der „ergänzen-

den“ Mitteilung im unmittelbaren Anschlusse an das vereinbarte Communiqué mußte den Eindruck erwecken, als ob zwischen dem vereinbarten Texte und der „Ergänzung“ ein Zusammenhang bestünde und auch die Veröffentlichung der letzteren in dieser Form mit unserer Zustimmung erfolgt wäre. Es war daher natürlich, daß ein Teil unserer Presse die ihr vorliegenden offiziellen Kundgebungen mit jenen Kommentaren begleitete, von denen Herr Sazonow sich nun unangenehm berührt zeigte. Wie der Herr Minister Euer Exzellenz gegenüber zugegeben hat, ist die Art der Veröffentlichung in Petersburg auf einen Mißgriff des russischen Auswärtigen Amtes zurückzuführen und es trifft uns daher keinerlei Verantwortung. Abgesehen von den Einwendungen gegen die Form der Veröffentlichung können wir auch den Inhalt des russischen Zusatzes nicht als richtig anerkennen. Der betreffende Passus ist identisch mit dem zweiten Alinea des ursprünglichen russischen Communiqué-Entwurfes, gegen den wir laut meines Telegrammes vom 2. d. M. Nr. 173 Stellung genommen hatten, weil wir nicht zugeben konnten, daß das Petersburger Kabinet sich erst jetzt überzeugt hätte, daß wir keine aggressiven Tendenzen gegen unsere südlichen Nachbarn hegen. Ich hatte Euer Exzellenz über den ungünstigen Eindruck informiert, den der fragliche Passus an Allerhöchster Stelle hervorgerufen hat und auch Herr von Giers hat seine Regierung hierüber nicht im Unklaren gelassen. Der Auffassung, daß der russische Zusatz zum Communiqué sich inhaltlich mit der Konklusion des von Euer Exzellenz Herrn Sazonow im voraus skizzierten „Fremdenblatt“-Artikels decke, vermag ich nicht zuzustimmen. Wir hatten uns bereit erklärt, in diesem Artikel auf unser Streben nach freundnachbarlichen Beziehungen zu den Balkanstaaten hinzuweisen und damit implicite aggressive Absichten unsererseits gegen Serbien zu negieren. Die russische „Ergänzung“ kann aber nur so aufgefaßt werden, als ob wir beim letzten Gedankenaustausch und im Zusammenhang mit der Abrüstung der russischen Regierung über unsere Haltung gegenüber unseren südlichen Nachbarn Erklärungen abgegeben hätten. Eine solche Erklärung haben wir aber nicht abgegeben und konnten dies auch nicht tun, da wir dadurch eine Art Schutzverhältnis Rußlands zu unseren südlichen Nachbarn anerkannt hätten. Ich muß es Euer Exzellenz überlassen, Herrn Sazonow, falls er sich infolge Ihrer Zustimmung zu der Publikation der bewußten Ergänzung in einem Irrtum über meine Auffassung befunden hat, über dieses Mißverständnis nachträglich aufzuklären. Dagegen bin ich nicht gesonnen, mich auf eine Fortsetzung der Erörterungen in der Presse einzulassen. Zu weiteren offiziellen Enuntiationen liegt, wie gesagt, kein Anlaß vor, da unsere letzte Kundgebung den Sachverhalt klargestellt hat und sie auch von russischer Seite gar nicht bemängelt wurde. Überdies kann es weder in unseren noch in den russischen Intentionen liegen, durch neuerliche offiziöse Publikationen eine endlose Preßpolemik auszulösen, die gerade in diesem Falle wol auch die Person unseres Allergnädigsten Herrn wie auch die des Zaren in die Diskussion verwickeln würde und die günstige Wirkung des Beweises gegenseitigen Vertrauens abschwächen müßte, den die vereinbarte Abrüstung jedenfalls darstellt. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6155, 6167. — [b]) n. 6121.

Nr. 6155a. Notiz des russ. Botschafters in Wien. Ohne Datum, wohl 14. März 1913[a]). Ausfert.

Le télégramme du Korrespondenzbureau ainsi que les commentaires de la presse de Vienne tendent à confirmer dans l'opinion publique l'impression que le communiqué russe a été fait sans que l'Autriche-Hongrie en eût connaissance. D'autre part ils atténuent le sens de la mesure concertée. C'est pourquoi il est indispensable que le Cabinet de Vienne explique sans délai à la presse par l'entremise du même Korrespondenzbureau, que le télégramme de ce dernier ainsi que les commentaires de la presse Viennoise y relatifs sont dûs à une erreur du télégraphe ou à un malentendu et que le communiqué de l'Agence russe reste en vigueur, étant en même temps d'accord avec la teneur de l'article paru le même jour dans le „Fremdenblatt".

[a]) Vgl. n. 6155b.

Nr. 6155b. Eigh. Privatschreiben an den russ. Botschafter. Ohne Datum, wohl 14. März 1913.[a]) Eigh. Abschrift.

Je n'ai pas manqué de m'informer sur l'affaire dont vous m'avez entretenu cet après-midi. A cette occasion j'ai pu constater que seul le communiqué supplémentaire du 13 ct. a été publié indépendamment par nous,[b]) communiqué contre lequel Monsieur Sazonoff n'a formulé aucune objection vis-à-vis du Comte Thurn.[c]) Quant aux commentaires de la presse je tiens à attirer votre attention sur le fait, qu'en dehors de l'article du Fremden-Blatt du 12 ct. aucune publication officieuse n'a été faite à ce sujet et qu'il nous est naturellement impossible de répondre des différents commentaires que des journaux divers se sont crus obligés de publier. En ce qui concerne l'identité de vues entre la publication supplémentaire de l'agence de St. Pétersbourg et l'article du Fremden-Blatt, je ne puis me joindre à l'avis mentionné dans votre notice,[d]) vu que votre commentaire laisse entrevoir des assurances officielles données par nous au Cabinet de St. Pétersbourg sur nos intentions envers nos voisins du Sud, tandisqu'il ne s'agissait — comme votre Gouvernement ne l'ignore pas — dans l'article du Fremden-Blatt que du désir de la Monarchie d'entretenir des rapports de bon voisinage avec les Etats balcaniques — ce qui, d'ailleurs, exclue par soi-même toute idée d'agression. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6134, 6154, 6167, 6169. — [b]) n. 6121. — [c]) Vgl. n. 6134. — [d]) n. 6155a.

Beilage zu n. 6155b.[a]) Notiz für den russ. Botschafter in Wien, ohne Datum.[b]) Abschrift.

Le Cabinet de Vienne n'a fait publier par le Korrespondenz-Bureau que le communiqué concerté avec le Gouvernement Impérial Russe paru le matin du 12 courant dans le „Fremdenblatt"[c]) ainsi que le communiqué paru dans le même journal le 13 courant[d]) en réponse au passage supplemen-

taire publié par l'Agence télégraphique de St. Pétersbourg. Monsieur Sazonow lui-même, dans ses dernières conversations avec le Comte Thurn, *e)* n'a formulé aucune objection contre le communiqué du 13 ct. Quant aux commentaires de la presse le Cabinet de Vienne n'est nullement à même d'assumer une responsabilité quelconque ni pour la teneur, ni pour la forme des articles, n'importe à quelle source les informations sur lesquelles se basent les journaux aient été puisées. Le seul commentaire, ayant un caractère officiel, a paru dans le „Fremdenblatt" le 12. ct. *c)* et les idées principales en avaient été communiquées en préalable à Monsieur Sazonow. Le Cabinet de Vienne n'a donc aucun motif de revenir sur le communiqué du 13 dr. *d)* dont le contenu n'a pas été contesté par Monsieur Sazonow et reste intégralement en vigueur. Nous ne saurions admettre l'identité de vues entre la publication supplémentaire de l'agence de St. Pétersbourg et l'article du „Fremdenblatt". L'article du „Fremdenblatt" porte que l'Autriche-Hongrie a toujours désiré d'entretenir des rapports de bon voisinage avec les Etats balcaniques — ce qui exclue toute idée d'aggression. Par contre, la publication supplémentaire russe tendait à faire croire que le Cabinet de Vienne à l'occasion des Pourparlers au sujet de la réduction des effectifs militaires aurait donné des assurances officielles au Cabinet de St. Pétersbourg sur ses intentions envers ses voisins du Sud. Le Gouvernement Impérial n'ignore pas que cette version ne correspond pas aux faits.

a) Liegt im Archive dem Privatschreiben n. 6155b bei. — *b)* Vgl. n. 6119. — *c)* n. 6120. — *d)* n. 6121. — *e)* n. 6134.

Nr. 6156. Tel. aus Sofia, 14. März 1913 Nr. 244 (eing. 4 U. 15 M. p. m.).a) Entziff.

Notice confidentielle, die soeben von Herrn Geschoff erhalten, lautet wörtlich wie folgt: „I.) Le Gouvernement bulgare donne son assentiment à l'organisation d'une zone franche dans le port de Salonique et à la liberté de transit indirect, sans que la consommation locale à Salonique soit exempte de droits d'entrée. L'expédition des marchandises passant en transit par Salonique et toute la manipulation qu'elle comporte, se fera dans les dépôts des marchands en gros. La zone franche d'après les conditions spéciales au commerce de Salonique comprendra l'emplacement de la gare et du port actuels, les hangars des marchandises en gros situés dans le rayon limitrophe de la gare et du port et un terrain nécessaire pour les agrandissements futurs de la gare et du port. II.) Le Gouvernement bulgare est prêt à accorder en principe au Gouvernement Impérial et Royal une influence sur l'administration, l'aménagement et l'exploitation du port en lui prêtant son concours autant dans l'accord à chercher avec la compagnie française du port de Salonique que dans ses propositions éventuelles relatives à l'agrandissement et à de nouveaux aménagements du port. III.) Le Gouvernement bulgare consent à exploitation privée par la société des chemins de fer orientaux (ou par une autre société qui la remplace) des lignes d'Uskub et de Monastir. IV.) Le Gouvernement bulgare tiendra compte des desiderata du Gouvernement Impérial et Royal concernant les places d'amarrage des bateaux,

les entrepôts et les hangars dans la zone franche du port de Salonique." Vorstehende Notiz, ebensowie jene von mir Herrn Geschoff übergebene, hat weder Datum noch Unterschrift. Tarnowski.

a) Vgl. n. 6136, 6171.

Nr. 6157. Tel. aus Sofia, 14. März 1913 Nr. 246 (eing. 6 U. 30 M. p. m.).a) Entziff.

Soeben erhaltene Antwort betreffend Mediation lautet wie folgt: „Les Etats alliés expriment leurs vifs remerciements aux grandes puissances et, déférant à la démarche par laquelle elles ont offert leur médiation, déclarent l'accepter aux conditions suivantes: I. Comme base de la négociation pour la délimitation des territoires entre la Turquie et les alliés sera prise une ligne partant d'un point sur la Mer de Marmara à l'est de Rodosto rejoignant la Mer Noir à proximité du cap Malatra au sud-est de Midia, à l'exclusion de la presqu'île de Gallipoli, qui reste à la Turquie. Tous les territoires à l'ouest de cette ligne-frontière sont cédés par la Turquie aux Etats alliés, y compris les places assiégées Andrinople et Scutari. II. La Turquie devra céder les îles de la Mer Egée. III. Elle devra se désintéresser complètement de l'île de Crète. Fortsetzung folgt. Tarnowski.

a) Oe. U. Balkan 172 Nr. 324. Vgl. n. 6129, 6158, 6159, 6162, 6170.

Nr. 6158. Tel. aus Sofia, 14. März 1913 Nr. 247 (eing. 7 U. 15 M. p. m.).a) Entziff.

Fortsetzung meines Telegrammes Nr. 246 von heute. IV. La Turquie devra consentir en principe au paiement aux alliés d'une indemnité de guerre dont le montant sera fixé lors de la conclusion définitive de la paix, ainsi qu'au paiement d'indemnités particulières pour les dommages, dont la cause est antérieure à la guerre. Les Etats alliés devront prendre part aux délibérations relatives à l'indemnité. V. Les Etats alliés se réservent de régler par le traité définitif de paix le traitement à accorder à leurs sujets et à leur commerce dans l'Empire ottoman, les questions de nationalités contestées aussi bien que les garanties au sujet des privilèges des églises orthodoxes et de droit public de leurs congénères sujets ottomans. VI. Les opérations de guerre ne seront pas interrompues. Tarnowski.

a) Oe. U. Balkan 172 Nr. 324. Vgl. n. 6159, 6162, 6170.

Nr. 6159. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 15. März 1913 Nr. 159 (eing. 16. März 8 U. a. m.).a) Entziff.

Großvezier sagte mir, er habe bisher keine offizielle Kenntnis von den Bedingungen, welche die Alliierten formuliert haben. Sollten aber gegenständliche Meldungen der Agence ottomane zutreffen und sollten Verbündete auf den dort angegebenen Bedingungen tatsächlich bestehen, so werde Türkei Krieg fortsetzen. Türkische Regierung könne nie zugeben,

daß die Bulgaren an das Marmarameer kommen, noch eine Kriegsentschädigung zahlen. Ebensowenig könne sie sich darauf einlassen, den Untertanen der Alliierten kapitulationsmäßige Vorrechte einzuräumen. Pallavicini.

[a]) Vgl. n. 6157, 6158.

Tel. nach London, 15. März 1913 Nr. 247 (chiffr. 10 U. p. m.). Siehe n. 6165.

Nr. 6160. Tel. aus London, 15. März 1913 Nr. 214 (eing. 10 U. p. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz gestriges Telegramm Nr. 241. Ich habe Sir E. Grey heute früh vor der Réunion gesehen und ihm ausführlich die im Telegramme enthaltenen Gesichtspunkte Euer Exzellenz mitgeteilt. Sir E. Grey wollte angesichts des Ernstes der sich ergebenden Lage sich vorläufig nicht aussprechen, die ganze Sache überlegen und mich jedenfalls übermorgen Montag wiedersehen. Er wollte heute nur kurz nach Petersburg telegraphieren und mit Grafen Benckendorff und Herrn Cambon sprechen. Staatssekretär resümierte meine Mitteilungen in folgenden drei Punkten, die er nach Petersburg telegraphieren wird: 1. k. und k. Regierung kann Entsendung der Kommission nur diskutieren auf der Basis, dass dieselbe die Zugehörigkeit Diakowas zu bestimmen habe. 2. k. und k. Regierung kann das Prinzip nicht anerkennen, dass die Durchführung eines Beschlusses der Mächte von der Haltung eines dabei interessierten Balkanstaates abhängig gemacht werde. 3. Euer Exzellenz sind der Ansicht, dass Fortsetzung der Botschafterberatungen zwecklos erscheine, wenn nicht ein Beschluss gefasst wird, der nicht von der Haltung eines Balkanstaates abhängig gemacht wird. Zu Punkt 2 bemerkte der Staatssekretär, es scheine ihm persönlich, dass da ein Missverständnis bestehen dürfte. Das Prinzip, dass die Balkanstaaten den Beschlüssen der Mächte sich fügen müssen, ist bezüglich der albanesischen Küste angewendet worden und würde es ebenso bezüglich ...[b]) angewendet werden, falls Serbien im Besitz von Djakova belassen würde. Sir E. Grey hat russischem Vorschlag keine weitergehende Deutung gegeben als die, dass die russische Regierung aus den bekannten Gründen nicht in der Lage sei, eine Pression auf Serbien auszuüben, damit es nebst der Küste (womit er überhaupt das von den Mächten delimitierte Albanien meint) auch Djakova evakuiere, und auch auf Montenegro zu drücken, damit es Skutari aufgebe. Er meint, es handle sich nicht um das Prinzip, sondern um das Ausmass der Anwendung desselben. Herr Sazonow glaube eben nicht gleichzeitig auf beide slavische Staaten einen derartigen Druck ausüben zu können. In unserer Konversation verhehlte sich Sir. E Grey nicht, daß die Lage sich sehr ernst gestalten könnte. Er fürchte, dass er am Ende dessen angelangt ist, was er tun könne. Eine Unterbrechung der Botschafterkonferenzen wäre gleichbedeutend mit dem Abbruche derselben und dem Eingeständnis, dass es unmöglich war, eine Einigung der Mächte zu erzielen. Er wäre dann gezwungen, eine Erklärung darüber im Parlament abzugeben. Unterdessen will er über die Sache nachdenken und wird jedenfalls mit mir sprechen, bevor er irgend einen definitiven Beschluss fasse. Nach allem,

was mir Sir E. Grey in den letzten Tagen sagte, scheint sein Eindruck der zu sein, dass Sazonow über die Zugehörigkeit Djakovas nicht nachgeben zu können glaubt. Ich sollte meinen, dass Garantien für Schutz der religiösen Rechte nichtserbischer Stadt- und Landbewohner wohl ebenso wie wirtschaftliche Garantien zu erreichen wären. Mensdorff.

a) Vgl. n. 6161, 6180, 6188. — b) Chiffre verstümmelt.

Nr. 6161. Tel. aus London, 15. März 1913 Nr. 215 (eing. 10 U. p. m.).a) Entziff.

Streng vertraulich. Mit meinem heutigen Telegramm Nr. 214 melde ich über meine Unterredung mit Sir E. Grey. Staatssekretär hat sich durchwegs sehr loyal benommen und es wäre ungerecht, seine grossen und fortgesetzten Bemühungen im Interesse des Friedens und einer billigen Austragung der albanesischen Grenzfrage nicht anzuerkennen. Resultate wurden erzielt, die nicht zu unterschätzen sind. Heute ist der strittige Punkt auf Diakowa beschränkt oder vielmehr auf die Frage, ob Diakowa von uns konzediert werden kann oder die Entscheidung der Zugehörigkeit dieser Stadt von dem Beschlusse einer Kommission abhängig gemacht werden soll. Falls über Diakowa eine Einigung erzielt würde, könnte unsere übrige Grenzlinie durchgesetzt und eine Erklärung Russlands bezüglich der Zugehörigkeit Skutaris zu Albanien erwirkt werden. Ob diese russische Erklärung auch noch zu erreichen sein wird, wenn vor Abgabe derselben Skutari gefallen ist, scheint zweifelhaft und wir würden uns dann vor eine sehr ernste Lage gestellt sehen und riskieren, dass die bisherigen Resultate der Beratungen verloren wären. Im Falle eines Scheiterns der Botschafterberatungen befürchte ich, dass wir auf die werktätige Unterstützung Sir E. Greys nicht mehr rechnen könnten und dass er immer mehr in das russische Lager gedrängt werden würde. Unter diesen Umständen hoffe ich, dass Euer Exzellenz es mir nicht verübeln werden, wenn ich darauf aufmerksam mache, wie dringend wünschenswert es wäre, noch einmal zu erwägen, wie eine Einigung erzielt werden könnte, falls abermals eine ungünstige Antwort von Petersburg erfolgt. Ich bitte, dieses Telegramm gleich einem streng vertraulichen Privatbriefe von mir an Euer Exzellenz anzusehen. Mensdorff.

a) Vgl. n. 6178.

Nr. 6162. Tel. aus London, 15. März 1913 Nr. 216 (eing. 16. März 8 U. a. m.).a) Entziff.

Bei heutiger Réunion wurde Text der Antwort der Alliierten auf Mediationsvorschlag verlesen und nachstehende Resolution gefasst: „La Réunion est d'avis qu'il convient de prendre acte avec satisfaction de l'acceptation de la médiation des Puissances par les alliés en leur faisant observer qu'avant d'ouvrir une discussion sur les conditions de la paix il appartient aux Puissances de formuler leurs vues sur les bases de négociations qui devraient être adoptées". Sir E. Grey telegraphierte Vorstehendes an britische Gesandte bei den 4 Balkanstaaten mit Weisung, entsprechende Mitteilung bei den Regierungen zu machen, sobald übrige Gesandte dieselben In-

struktionen erhalten. Vorstehende Form wurde gewählt auf Vorschlag Herrn Cambons, weil darin ohne Ablehnung den Alliierten zu verstehen gegeben wird, daß es nicht ihnen zustehe, Bedingungen zu machen. Mensdorff.

a) Oe. U. Balkan 173 Nr. 326. Vgl. n. 6157, 6158, 6163.

Nr. 6163. Tel. aus London, 15. März 1913 Nr. 217 (eing. 10 U. p. m.).a) Entziff.

In Ergänzung meines heutigen Telegrammes Nr. 216. Bei Réunion wurden Basen Friedensbedingungen diskutiert zur Vorlage an unsere respektiven Regierungen wie folgt: „La réunion est d'avis que les bases des négociations devraient être les suivantes: 1° Frontière ottomane en Europe Enos, Ergène, Midia. Tous les territoires à l'ouest de cette ligne seront cédés par la Turquie aux Etats alliés, à l'exception de l'Albanie dont le régime et la délimitation sont réservés aux puissances. 2° Le réglement de la question des îles de la Mer Egée [sera] laissé à la décision des puissances. 3° La Turquie devra se désintéresser complètement de l'île de Crète. 4° Les puissances ne peuvent se montrer favorables à une demande d'indemnité, mais elles admettent les alliés à prendre part aux discussions de la commission internationale de Paris pour un règlement équitable de leur participation à la dette ottomane et aux charges financières des territoires qui leur seront attribués. La Turquie sera invitée à prendre part aux délibérations de cette commission. — Si les conditions ci-dessus sont approuvées par les gouvernements, la réunion pense qu'il y a lieu de les communiquer aux belligérants et d'examiner s'il ne convient pas de réclamer d'eux une cessation des hostilités. La réunion pense comme Monsieur Jonnart et Sir Edward Grey que dans le cas d'un refus des alliés d'admettre les vues des puissances, il y aurait lieu de leur déclarer comme on l'a fait dans la première note collective à la Turquie qu'il ne pourraient compter sur le concours des puissances pour le règlement des questions financières ou autres dont la solution s'imposera après la conclusion de la paix." Sir E. Grey telegraphiert Vorstehendes an englische Vertreter in Konstantinopel und bei Balkanstaaten zu ihrer vertraulichen Information mit Auftrag, keine Schritte zu unternehmen, bevor sie weitere Instruktionen erhalten. Mensdorff.

a) Oe. U. Balkan 176 Nr. 332. Vgl. n. 6179, 6200 Anm. a, 6215.

Nr. 6164. Tel. nach Rom, 15. März 1913 Nr. 274 (chiffr. 7 U. 30 M. p. m.).a) Konz. (S. Rappaport u. Musulin; G. Berchtold).

Zu der mit Euer Exzellenz Bericht Nr. 15 vom 23. v. M. vorgelegten italienischen Verbalnote betreffend das albanische Statut: ad 1°. Obzwar mich die für die Ausdehnung der internationalen Kontrolle auf die Zivilverwaltung vorgebrachten Argumente nicht vollends von der Nothwendigkeit dieser Massnahme überzeugen, so bin ich doch — nachdem italienischerseits der Aufnahme eines Repräsentanten Albaniens in die Kommission und das internationale Komité zugestimmt wurde — bereit, die im letzteren Sinne amendirte italienische Formulirung des § 5 zu acceptiren. Zu Euer Exzellenz vertraulichen Information bemerke ich, dass ich

diese Konzession schon aus dem Grunde mache, weil ich besorge, dass selbst wenn Italien in diesem Punkte nachgeben sollte, seitens der Triple-Entente auf der Londoner Botschafter-Reunion auf der Kontrolle der Zivilverwaltung absolut bestanden werden wird. ad 2°. (Cultusprotectorat) Kommt Euer Exzellenz in den nächsten Tagen ein specieller Erlaß[b] mit Depeschenkasten zu. ad 3°. Italienische Zusätze zu § 7 entsprechen uns nicht. Wir wollten gerade vermeiden, dass in albanischem Statut eine Spitze gegen Balkanstaaten erblickt werden könnte, was bei erstem Zusatz möglich. Zweiter Zusatz kann in vorliegender Fassung Zweifel über heutige Capitulationsbefugnisse der Mächte erwecken, was unbedingt zu vermeiden. Euer Exzellenz wollen daher versuchen, italienische Regierung zum Aufgeben dieser Zusätze zu bewegen, da durch unsere Fassung des § 7 jede differenzielle Behandlung für die Dauer Capitulations-Regimes ausgeschlossen und jeder Macht freigestellt wird, die Bedingungen für Verzicht auf Capitulationsrechte nach eigenem Ermessen zu formuliren. Für den Fall sich in diesem Punkte Schwierigkeiten ergeben sollten, wollen Euer Exzellenz im Sinne der unter Einem mit Depeschenkasten abgehenden weiteren Directiven[c] verhandeln.

[a] Vgl. n. 6554. — [b] Vgl. n. 5918 Anm. c. — [c] Es handelt sich augenscheinlich um Erlass Nr. 1166 nach Rom; vgl. n. 6554 Anm. b.

Nr. 6165. Tel. nach Rom Nr. 276 (1) und London Nr. 247 (2), 15. März 1913 (chiffr. 10 U. p. m.).[a] Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

1. Graf Mensdorff telegraphirt unterm 14. d. wie folgt: ... *wie n. 6143* ... Obwol diese Instruction mit den bisherigen Unterhandlungen mit Italien (meine Telegramme Nr. 250 u. 271 vom 7. beziehungsweise 14. d. M.) nicht ganz übereinstimmt, theile ich doch die Ansicht Graf Mensdorffs, daß gegen das Vorgehen seines italienischen Kollegen kein Bedenken besteht. Nichts destoweniger wollen Euer Exzellenz im Gespräche mit Marquis di San Giuliano auf diese Divergenz hinweisen und bemerken, daß wir zwar wegen Janina keine Schwierigkeit machen wollen, bezüglich der sonstigen Abgrenzung im Süden und Südosten jedoch an der Minimalgrenze der Kalamaslinie sowie an der Zugehörigkeit des Gebietes der Pinduswalachen und Korčas zu Albanien festhalten müssen.

2. Ich theile Euer Exzellenz Telegramm Nr. 211 vom 14. d. Herrn von Mérey mit folgendem Auftrage mit: (inseratur 1 von „Obwol diese Instruction" bis zum Ende.) Vorstehendes zur Regelung Ihrer Sprache gegenüber Marquis Imperiali. Berchtold.

[a] Vgl. n. 6185.

Nr. 6166. Tel. aus St. Petersburg, 15. März 1913 Nr. 90 (eing. 10 U. p. m.).[a] Entziff.

Ich erhalte soeben eine Note Herrn Sazonows, in welcher er mitteilt, dass Rumänien und Bulgarien die Mediation der Mächte in dem sie trennenden Streitfall angenommen und den Wunsch ausgesprochen haben, dass Petersburg zum Ort der Mediationsverhandlungen gewählt werde. Herr Sazonow knüpfte hieran die Frage, ob ich ermächtigt sei, an der fraglichen

Mediation teilzunehmen und fügte hinzu, dass er nach Einlangen meiner und meiner Kollegen Antwort die Einladungen zu dem Beginne der Sitzungen ergehen lassen werde. Ich bitte demnach Euer Exzellenz um hochgeneigte Instruktionen im Gegenstande. Den Wortlaut fraglicher Note lege ich mit heutigem Kurier Euer Exzellenz vor. Thurn.

[a]) Oe. U. Balkan 172 Nr. 325. Vgl. n. 6246.

Nr. 6167. Bericht aus St. Petersburg, 2./15. März 1913 Nr. 11 B (eing. 17. März).[a]) Ausfert.

Streng vertraulich. Das hohe Telegramm Euer Exzellenz Nr. 195 von heute habe ich zu erhalten die Ehre gehabt und werde ich versuchen, auf Herrn Sazonow im Sinne der von Hochdenselben mir an die Hand gegebenen Argumente einzuwirken. Dies kann jedoch vor Montag nicht geschehen, da Herr Sazonow sich für das Week-End auf seinen Landbesitz begeben hat. Wie ich bereits in meinem Telegramme Nr. 86 vom 13. d. M. hervorzuheben die Ehre hatte, richtet sich die Misstimmung Herrn Sazonows nicht gegen die durch das Korrespondenz-Bureau veröffentlichte offizielle „Richtigstellung", sondern hauptsächlich dagegen, dass in einzelnen unserer Blätter mit Berufung auf offizielle Informationen festgestellt worden war, dass sein Kommentar ohne unser Wissen erfolgt sei, während er im guten Glauben gehandelt habe, da er mich von seiner Absicht — allerdings ohne Angabe der mise en pages — verständigt hatte. Meine Bitte, eine Aufklärung des Missverständnisses in irgend einer Form zu veranlassen, hatte daher auch keinerlei Bezug auf die durch das Korrespondenz-Bureau veröffentlichte „Richtigstellung", sondern blos auf den in den vorerwähnten Äusserungen anderer Blätter implicite enthaltenen Vorwurf eines tatsächlich nicht vorhandenen illoyalen Vorgehens Herrn Sazonows, es hätte sich daher nach meinem Gedankengange nur darum gehandelt, die bona fides Herrn Sazonows in irgend einer Weise anzuerkennen. Ich gebe mich zwar der Hoffnung hin, dass es mir vielleicht gelingen wird, falls sich keine weitere Presscampagne an diese leidige Angelegenheit knüpfen sollte, Herrn Sazonow wieder zu beruhigen; sollte mir dies jedoch nicht gelingen, so muss ich fürchten, ihm gegenüber in eine für unseren künftigen Verkehr sehr störende schiefe Stellung zu gelangen. Was die Placierung seines ergänzenden Kommentars in unmittelbarem Anschluss an das Kommuniqué anbelangt, so habe ich Herrn Sazonow gegenüber mit meiner Meinung hierüber nicht hinter dem Berge gehalten und darauf hingewiesen, dass hiedurch der Anschein erweckt werden musste, als wäre absichtlich versucht worden, der Öffentlichkeit gegenüber den Kommentar als einen zum Kommuniqué gehörigen Teil desselben erscheinen zu lassen. Dieser Zweck, selbst wenn er beabsichtigt gewesen wäre, ist allerdings nicht erreicht worden, da die hiesigen Blätter, vor allem die „Nowoje Wremja" sofort hervorhoben, dass dieser Zusatz offenbar nicht zum gemeinsam veröffentlichten Kommuniqué gehöre, daher auch nicht eine Emanation der k. u. k. Regierung, sondern nur eine willkürliche Schlussfolgerung des russischen Auswärtigen Amtes darstellt, welche umso weniger Wert habe, als die Annahmen und Schlüsse

der russischen Diplomatie, über welche die „Nowoje Wremja" bei dieser Gelegenheit neuerdings ihre ganze Galle ausspeit, erfahrungsgemäss immer falsch seien. Thurn.

a) Vgl. n. 6155, 6169, 6187.

Nr. 6168. Bericht aus St. Petersburg, 2./15. März 1913 Nr. 11 C (eing. 17. März).a) Ausfert.

Ich hatte gestern eine längere Unterredung mit dem eben hier eingetroffenen rumänischen Gesandten in Sofia, welcher von seiner Regierung unter dem Vorwande hergeschickt wurde, Herrn Nano besondere mündliche Instruktionen zu überbringen, in Wirklichkeit aber wohl durch seine Beredsamkeit bei der hiesigen Regierung und den Teilnehmern an den bevorstehenden Botschafterbesprechungen in St. Petersburg für die rumänische Sache Propaganda zu machen. Herr Ghika, der in Frankreich erzogen worden war und die französische Sprache in einer selbst für einen Rumänen ungewöhnlichen Vollkommenheit beherrscht, verfügt in der Tat über eine reiche Suada, so dass man, wenn seine Aufgabe, die Tripleentente-Mächte für Rumänien günstig zu stimmen, überhaupt lösbar ist, hiefür nicht leicht ein geeigneteres Werkzeug hätte auswählen können. Im Laufe unserer Unterredung führte Herr Ghika aus, dass auf der Botschafter-Réunion jedenfalls, mindestens zu Anfang, die Vertreter der Dreibund-Mächte für und jene der Triple-Entente gegen die rumänischen Ansprüche — wenigstens in so weit es sich um Silistria handle — eintreten werden. Von Russland eine spontane Aufgabe dieses die Bulgaren unterstützenden Standpunktes zu erlangen, sei wohl schon mit Rücksicht auf die hiesige öffentliche Meinung von vorneherein als aussichtslos zu betrachten. Hingegen glaubt aber Herr Ghika aus seiner Besprechung mit Herrn Sazonow herausgefühlt zu haben, dass dieser in seinem Innern den Bulgaren gar nicht so übertrieben gut gesinnt sei und es vielleicht sogar nicht ungern sehen würde, wenn ein anderes Mitglied der Tripleentente „umfallen" und ihm hiedurch den Vorwand bieten würde, sich der so erreichten für Rumänien günstigen Majorität anzuschliessen. Seine Aufgabe sehe er daher in dieser Richtung. Die Umstände seien für ihn in dieser Beziehung insoferne günstig, als er den neuen französischen Botschafter, welcher bis zum Beginn der Konferenzen gewiss schon hier eingetroffen sein werde, schon aus seiner Universitätszeit gut kenne und auch sonst mit ihm die verschiedensten Berührungspunkte habe. Auch werde ihm bei seiner Arbeit der Umstand zugute kommen, dass er hier in keiner offiziellen Stellung auftrete und daher seine Worte die rumänische Regierung in keiner Weise kompromittieren oder binden können. Dies werde ihm die Möglichkeit bieten, hier in der Rolle eines Anhängers eines Anschlusses Rumäniens an Russland und Frankreich aufzutreten und Herrn Delcassé in verführerischen Farben die Folgen vorzumalen, welche für die zukünftige Orientierung der rumänischen Politik die gegenwärtige Haltung dieser beiden Staaten den rumänischen Aspirationen gegenüber haben könne. Herr Ghika schmeichelt sich, auf diese Weise zu erreichen, dass die russische Regierung keine Einwendungen dagegen erhebe, dass

Frankreich für die rumänischen Aspirationen stimme und so Russland scheinbar nötige, auch seinerseits sich dieser Haltung anzuschliessen. Ob sich Herr Ghika in dieser Beziehung nicht einer Illusion hingibt, vermag ich heute ebensowenig zu beurteilen, wie die Frage, ob die Rolle, die Herr Ghika angeblich hier spielen will, nicht etwas mehr als die „Comoedie" sein wird, als die er sie mir gegenüber hingestellt hat. Thurn.

Nr. 6169. Privatschreiben des russ. Botschafters, 15. März 1913.[a] Eigh. Ausfert.

J'ai reçu Votre lettre[b] fort tard dans la soirée et m'empresse de Vous faire savoir que j'aurai l'honneur de me présenter chez Votre Excellence vers 5 h. Pour éviter tout nouveau malentendu, veuillez me permettre de revenir sur les deux points que j'ai eu le devoir de Vous exposer d'ordre de Mr. Sazonow. Mr. Sazonow, dans son entretien avec l'Ambassadeur d'Autriche-Hongrie, lui a rappelé que Lundi le 10. Mars il lui a donné connaissance du texte du communiqué unilatéral supplémentaire du Gouvernement Russe, et qu'il a été convenu, entre eux, que les deux communiqués seraient publié Mercredi à St. Pétersbourg. A cette entrevue de Jeudi le Comte Thurn a confirmé très loyalement ce fait. Mr. Sazonoff a, en conséquence, protesté contre le communiqué supplémentaire du 13., qui a été publié indépendamment par le Cabinet de Vienne et m'a chargé de le confirmer à Votre Excellence. Pour le second point, je me réfère entièrement à la notice que je Vous ai transmise[c] et je sollicite, d'ordre de mon Ministre, une réponse,[d] que je souhaite favorable, car le Gouvernement Impérial Russe ne peut demeurer sous le soupçon d'avoir agi déloyalement vis-à-vis du Cabinet de Vienne. Nicolas de Giers.

[a] Vgl. n. 6134, 6155, 6167, 6187. — [b] n. 6155 b. — [c] n. 6155 a. — [d] Möglicherweise Beilage zu n. 6155 b.

Nr. 6170. Tel. aus Sofia, 15. März 1913 Nr. 253 (eing. 17. März 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Anlässlich Besuches, den mir Herr Geschoff heute abstattete, bemerkte ich, daß ich Antwort auf Mediationsvorschlag[a] Euer Exzellenz ohne Kommentar vorgelegt habe und wissen möchte, ob Konseilspräsident zu den Friedensbedingungen nicht etwas zu bemerken hätte, was er wünschen würde, daß ich Euer Exzellenz melde Geschoff antwortete: „Que quant aux points qui concernent les alliés de la Bulgarie le gouvernement bulgare n'a pu rien y changer. La Grèce a voulu réclamer toutes les îles et l'article cinq a été aussi inséré sur le désir formel des Grecs. Quant à Scutari (ich erwähnte nämlich diese Frage) tout en nous rendant compte de la gravité de cette question nous ne pouvions pas refuser faire de la reddition de cette ville une des conditions de la paix; nous croyons pourtant que le fait même que la médiation a été acceptée facilitera la solution de cette affaire car si les puissances sont unanimes à ne pas vouloir donner Scutari au Monténégro ce dernier devra se soumettre et la Serbie et la Grèce n'insisteront pas tandis que si on traite directement avec la Turquie le Monténégro ne céderait jamais

sur ce point. Relativement aux conditions qui regardent la Bulgarie vous savez nous n'insisterons pas sur la frontière Rodosto-Midia mais que nous nous cortenterons de la ligne Ergène. Quant à Andrinople il devra probablement se rendre prochainement mais de toute façon nous ne transigerons pas à ce sujet. Je vous prie aussi de dire confidentiellement au Comte Berchtold que l'indemnité de guerre est pour nous une question de principe (?); ce que nous voulons c'est ne pas avoir à débourser et nous serons satisfaits si on nous reconnait seulement une indemnité qui compenserait la part de la dette publique que nous avons à prendre sur nous." Zum Artikel 6 bemerkte Konseilspräsident, daß er nicht wörtlich zu nehmen sei. Aus den weiteren Äusserungen Herrn Geschoffs ging hervor, daß Bulgarien dringend Frieden wünsche. Zum Schluß bat mich Herr Geschoff, Euer Exzellenz zu melden, daß Bulgarien auf Unterstützung Österreich-Ungarns rechne. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 6157, 6158, 6189.

Nr. 6171. Tel. aus Sofia, 15. März 1913 Nr. 254 (eing. 16. März 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Nachhang zu meinem Telegramm Nr. 248[b] vom 14. d. Mts. Herr Geschoff sagte mir, dass „direkter Transit" lediglich infolge eines Übersehens in seiner mir übergebenen Notiz nicht erwähnt war. Konseilspräsident fügte bei, er sei bereit, bei nächster Gelegenheit das Wort „direkt' in betreffendem Schriftstück zu interkalieren. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 6156. — [b] Mit Nr. 248, 14. März 1913 (eing. 6 U. 45 M. p. m.) meldete Tarnowski, daß er Geschoff wegen des in seiner Notiz ausgelassenen „direkten Transit" noch befragen werde.

Nr. 6172. Tel. aus Berlin, 16. März 1913 Nr. 137 (eing. 10 U. p. m.).[a] Entziff.

Streng vertraulich. Nach dem gestrigen Diner auf der k. u. k. Botschaft zog mich Kaiser Wilhelm in eine längere Unterredung und führte aus, dass nach seiner Überzeugung — infolge der Gestaltung der Balkankrise — Österreich-Ungarn geradezu berufen sei, in geschickter Benützung der gegebenen Verhältnisse die führende Rolle am Balkan zu spielen. Hiezu sei es aber vor Allem notwendig, dass Österreich-Ungarn zu dem Bewusstsein komme, dass es ein grosser Fehler sei, sich zu seinen politischen Kombinationen auf Bulgarien zu stützen. Der Herrscher dieses Landes und alle seine Ratgeber rechneten darauf, vorerst Salonik als Geschenk aus unseren Händen zu empfangen, um dann mit fliegenden Fahnen ins russische Lager überzugehen. Schon aus diesem Grunde und — er gestehe es offen — auch in Berücksichtigung seiner — des Kaisers — verwandtschaftlichen Beziehungen zum griechischen Herrscherhaus, könne er sich nie mit dem Gedanken befreunden, dass Salonik Bulgarien zugestanden werde. Nach den hier eingetroffenen Nachrichten bestünden schon jetzt tiefgehende Differenzen zwischen letzterem und Serbien. Dieser Umstand sollte österreichisch-ungarischerseits benützt werden und im Einvernehmen mit diesen[b]

beiden Staaten, welchen sich Rumänien selbstverständlich anschliessen würde, gegen Bulgarien Front gemacht werden. Er zweifle nicht daran, dass, wenn dies auch beiderseits abgeleugnet werde, zwischen Bulgarien und Russland ein geheimes Abkommen bestehe, dem nur eine Allianz der anderen Balkanstaaten unter Aegide Österreich-Ungarns wirksam entgegentreten könnte. Auf meine Entgegnung, dass ich nach der jahrelangen, feindseligen Haltung Serbiens unserer Monarchie gegenüber, nach den letzten Vorkommnissen und den grossserbischen Aspirationen in Belgrad sowie mit Rücksicht auf die Persönlichkeit König Peters und alle dortigen politischen Faktoren ein Zusammengehen Österreich-Ungarns mit Serbien für ganz undenkbar halte, erwiderte mir Seine Majestät, dass wir bedauerlicherweise während der Annexionskrise die beste Gelegenheit versäumt hätten, Serbien mit den Waffen in der Hand unschädlich zu machen; nunmehr bliebe uns wohl nichts anderes übrig, als sich mit Serbien zu verständigen, wozu, wie Kaiser Wilhelm versicherte, man in Belgrad nach dortigen Nachrichten den lebhaftesten Wunsch habe und das grösste Entgegenkommen betätigen werde. Auf diese Unterredung mit Seiner Majestät, welcher teilweise auch der Reichskanzler und Staatssekretär beiwohnten, werde ich demnächst Gelegenheit suchen und finden, Herrn von Bethmann und Herrn von Jagow gegenüber zurückzukommen. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 5604, 6127, 6128, 6255, 6297. — [b]) Amtsvermerk: sic!

Nr. 6173. Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters, 16. März 1913 Nr. 1191.[a]) Konz. (S. Matscheko; V. Nemes; G. Berchtold).

Herzog Avarna hat mir heute davon gesprochen, daß nach den Meldungen des italienischen Botschafters in Berlin Herr von Swerbejew dem deutschen Kabinet im Namen seiner Regierung vorgeschlagen habe, daß die Mächte über die in der rumänisch-bulgarischen Streitfrage zu treffende Entscheidung abstimmen sollten, daß das Votum geheimzuhalten wäre und daß bei Stimmengleichheit ein unbeteiligter Schiedsrichter zu dirimieren hätte. Der Gegenvorschlag Herrn von Jagows habe dahin gelautet, daß die Rolle des Superarbiters nicht einer unbeteiligten Macht, sondern durch das Los einer der vier Großmächte zugewiesen werden soll, welche außerhalb des zunächst zu bildenden Comités von zwei Mächten geblieben sind. Hiezu bemerkte der italienische Botschafter, Marquis di San Giuliano sei der Ansicht, daß für die Stipulierung der Geheimhaltung der einzelnen Voten viele Gründe sprechen, dagegen halte er weder die von Rußland proponierte Modalität der Zuziehung eines unbeteiligten Schiedsrichters, noch die deutsche Idee einer Entscheidung durch das Los für einen glücklichen Ausweg. Die eine wie die andere Vorgangsweise sei ohne Präzedens im internationalen Leben und müßte dem Prestige der Großmächte gegenüber den Balkanstaaten schaden. Dennoch wolle Marquis di San Giuliano nicht opponieren, falls der deutsche Vorschlag von allen Mächten angenommen würde. Sollte man sich aber auf letzteren Modus procedendi, der Entscheidung durch das Los, einigen, so müßte seiner Ansicht, wie dies der

deutsche Botschafter in Rom als eigene Idee angeregt habe, vorher die Zustimmung Rumäniens und Bulgariens hiezu eingeholt werden. Auf die Frage des Herzogs Avarna, welchen Standpunkt ich in der Sache einnehme, erwiderte ich, daß ich die Geheimhaltung der Stellungnahme der einzelnen Mächte gleichfalls billige. Dagegen könne ich der Bestellung eines Superarbiters weder in der russischen noch in der deutschen Version zustimmen. Ich hielte es für unpolitisch, die Entscheidung in dieser Frage, die unsere Interessen im hohen Maße berührt, unbeteiligten Dritten oder dem Zufall zu überlassen und bleibe bei meiner Anschauung, daß ein Beschluß der Mächte nur durch Einstimmigkeit zustande kommen könne, zu welchem Zwecke vorherige Verhandlungen zwischen diesen einzuleiten wären.

[a]) Vgl. n. 6081, 6139, 6174.

Unterredung mit dem ital. Botschafter, 16. März 1913. Siehe n. 6181.

Tel. nach Berlin, 17. März 1913 Nr. 227 (chiffr. 11 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 6179.

Nr. 6174. Tagesbericht über einen Besuch des deutschen Botschafters, 17. März 1913 Nr. 1206.[a]) Konz. (S. Matscheko; V. Nemes; G. Berchtold).

Der deutsche Botschafter hat mir im Laufe unserer heutigen Unterredung mitgeteilt, daß Herr von Jagow angesichts der von mir geltend gemachten Einwendungen seine Idee, die Entscheidung der rumänisch-bulgarischen Streitfrage eventuell einem durch das Los zu bestimmenden Schiedsrichter zu übertragen, fallen gelassen habe. Herr von Sverbejew, den der Staatssekretär hievon informierte, sei unter Hinweis auf den ungünstigen Eindruck, den die etwaige Ergebnislosigkeit der von den Mächten selbst proponierten Mediation hervorrufen müßte, neuerlich für die Anwendung des Majoritätsprinzips eingetreten und habe angeregt, im Falle der Stimmengleichheit sollten die Mächte Rumänien und Bulgarien vorschlagen, die Entscheidung entweder einer der Großmächte, die durch das Los bestimmt würde, oder einer anderen unbeteiligten Macht zu übertragen. Herr von Jagow habe sich seine Antwort vorbehalten, bis er sich mit Wien und Rom besprochen hätte. Die Annahme des Majoritätsprinzips halte er aber für unbedenklich, da eine Majorisierung des Dreibundes, der für Rumänien eintreten würde, ja ausgeschlossen sei. Auch gegen die Bestellung eines Schiedsrichters, mit der sich die beiden Streitteile vorher einverstanden erklärt hätten, hege er keine Bedenken, da die Verantwortung für eine ungünstige Entscheidung dann die beiden Parteien selbst treffen würde. Ich antwortete Herrn von Tschirschky, daß die Annahme des Majoritätsprinzips ein gefährliches Präzedens für die Zukunft wäre, da wir Italiens ja nie sicher sein können. Auch die Übertragung der Entscheidung an einen Schiedsrichter könne ich, selbst nach vorheriger Zustimmung Rumäniens und Bulgariens nicht als ungefährlich ansehen. Es sei zwar richtig, daß die Parteien dann selbst für die Entscheidung verantwortlich wären, für einen ungünstigen Schiedsspruch würde aber die Regierung

verantwortlich gemacht werden, da sie dieser Modalität zugestimmt hat, und wenn daher die rumänische Regierung auf diese Weise gestürzt werden sollte, würde sich der Unmut der öffentlichen Meinung des Landes auch gegen uns kehren. Ich müsse daher bei meiner Ansicht bleiben, daß durch Fühlungnahme unter den Mächten auf einen einhelligen Beschluß hingewirkt werden müsse. Ich hielte es von unserem Standpunkte aus für unerläßlich, eine Lösung zu finden, die sowohl Rumänien als auch Bulgarien befriedige, da nur so ein Konflikt vermieden werden könne und käme deshalb auf meinen Vorschlag Silistria-Salonik zurück, der mir der einzige gangbare Weg zu sein scheine. Der Botschafter verwies dem gegenüber auf Meldungen aus Sofia und Athen, denen zufolge Bulgarien nach dem Falle von Janina auf Salonik einen selbstverständlichen Anspruch zu haben glaube und die Zuerkennung dieser Stadt daher nicht als ausreichende Kompensation für Silistria ansehen würde, während andererseits in Griechenland eben wegen der Erringung von Janina Salonik noch viel lauter reklamiert werde. Ein Aufgeben Saloniks seitens der Griechen würde die Dynastie gefährden, jedenfalls aber die Abdankung König Georgs herbeiführen und wäre daher auf friedlichem Weg nicht zu erreichen. Auf diese Bemerkungen erwiderte ich, daß ein Krieg zwischen Rumänien und Bulgarien weit gefährlicher wäre, als ein griechisch-bulgarischer Konflikt, in welchem Serbien sich auf die Seite der Griechen schlagen würde — eine Entwicklung, die uns nur recht sein könnte.

[a]) Vgl. n. 6065, 6139, 6173, 6227, 6228 Anm. b, 6233 Anm. a.

Nr. 6175. Tel. an Generalkonsul Rudolf Weinzetl in Cetinje, 17. März 1913 Nr. 32 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.). Konz. (S. Musulin; G. Berchtold).

Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 42[a]) vom 12. d. M. erhalten. Ich ersuche Euer Hochwohlgeboren Antwort der montenegrinischen Regierung, beziehungsweise Seiner Majestät des Königs im Sinne meines Telegrammes Nr. 23 dringend zu urgiren und gelegentlich dieses Ihres neuerlichen Einschreitens im hierortigen Auftrag bemerken zu wollen, daß die Monarchie für alle Vorfälle auf dem Gebiete des Cultusprotektorates äußerst empfindlich sei und daß die etwaige Wiederholung von Vorfällen, wie die aus Prizren gemeldeten (Ausschreitungen gegen Geistliche und gewaltsame Conversionsversuche etc.) zu einer äußerst ernsten Situation führen müßten. Ich ersuche Euer Hochwohlgeboren weiters, das hieramtliche Telegramm vom 14. d. M., Nr. 28,[b]) betreffend die Reise Monsignore Miedias nach Djakova, ehethunlichst zu beantworten und mir über die montenegrinischerseits getroffenen Maßregeln telegraphisch zu berichten.

Berchtold.

[a]) Mit Tel. Nr. 42, 12. März 1913 (eing. 13. März 8 U. a. m.) wurde aus Cetinje gemeldet, Weinzetl habe, da König im Hauptquartiere, eine im Sinne von n. 6097 verfaßte Note am 12. März an interimistischen Minister des Äußern mit dem Ersuchen gerichtet, den König hievon zu verständigen. — [b]) Mit Tel. Nr. 28, 14. März 1913 (chiffr. 15. März 1 U. a. m.) wurde Weinzetl angewiesen, die montenegrinische Regierung und den König zu verständigen, daß Österreich-Ungarn sie für Leben und Sicherheit des Erzbischofs Miedia, der nach Diakova reisen müsse, verantwortlich mache.

Tel. nach Konstantinopel, 17. März 1913 Nr. 156 (chiffr. 11 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 6179.

Nr. 6176. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 17. März 1913 Nr. 161 (eing. 18. März 8 U. a. m.). Entziff.

Spanischer Gesandter, der gleichzeitig in Athen akkreditiert ist, sagte mir, daß er aus Athen aus sicherer Quelle erfahren habe, daß zwischen Griechenland und Serbien ein Separatbündnis zustande gekommen sein soll.

Pallavicini.

Nr. 6177. Tel. nach London, 17. März 1913 Nr. 250 (chiffr. 6 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

Zu den Ausführungen Sectionschef Ippens in seinem an General-Konsul Rappaport gerichteten Schreiben vom 14. d. M.[b] bemerke ich, dass unserem Projecte der albanesisch-montenegrinischen Grenze im Skutarisee nur deshalb die tiefste Stelle zu Grunde gelegt wurde, weil wir absolut vermeiden müssen, dass ein Teil des auf der albanesischen Seite durch die Trockenlegung gewonnenen Ackerlandes zu Montenegro falle und so auf dem jetzigen Seeboden eine militärisch und politisch ungünstige trockene Grenze entstehe. Wir sind nicht vollkommen überzeugt, dass die russischerseits vorgeschlagene, einen Kilometer vom heutigen Seeufer verlaufende Grenze an allen Punkten des Ufers dieser Bedingung entspricht. Da das hingegen bei beiden Propositionen Herrn Ippens der Fall ist, bin ich damit einverstanden, dass Hochdieselben in Hinkunft diese letzteren vertreten, wobei ich bemerke, dass die nach Analogie der österreichisch-bayrischen Grenze am Bodensee aufgestellte Variante den Vorzug verdient.

Berchtold.

[a] Vgl. n. 6100. — [b] Wurde nicht aufgenommen. Betrifft Einwendungen gegen die österr.-ungarische Forderung bezüglich der „tiefsten" Stelle des Skutarisees als Grenzlinie nach Analogie des Bodensees.

Nr. 6178. Tel. nach London, 17. März 1913 Nr. 251 (chiffr. 11 U. 5 M. p. m.).[a] Konz. (S. Rappaport; V. u. G. Berchtold).

Um einem eventuellen Mißverständnisse vorzubeugen, möchte ich zu Euer Exzellenz Telegramm Nr. 215 vom 15. d. bemerken, daß es sich für den Fall der Bestimmung der staatlichen Zugehörigkeit Djakovas durch eine internationale Commission vorläufig selbstverständlich nur um die Räumung der übrigen Teile Nordalbaniens handeln würde, während die genannte Stadt bis zur Fällung einer Entscheidung durch die Commission von den Serben besetzt bleiben könnte. Hieraus ergibt sich, daß Rußland keinesfalls in die Lage kommen kann, zu gleicher Zeit in Cetinje (wegen Skutari) und in Belgrad (wegen Djakova) einen Druck ausüben zu müssen. Vorstehendes zur Verwertung bei Sir Edward Grey und Ihren Collegen.

Berchtold.

[a] Vgl. n. 6203.

Nr. 6179. Tel. nach London Nr. 252 (1), Berlin Nr. 227 (2), Rom Nr. 280 (3), Paris Nr. 170 (4), St. Petersburg Nr. 204 (5) und Konstantinopel Nr. 156 (6), 17. März 1913 (chiffr. 11 U. 15 M. p. m.).[a] Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

1. Euer Exzellenz Telegramm Nr. 217 vom 15. d. M. konnte ich nicht entnehmen, ob der Redigirung der „bases des négociations" eine Discussion in der Botschafterréunion voranging und ob hiebei Hochdieselben sich zum Punkte 4 im Sinne meiner telegraphischen Weisung vom 13. d., Nr. 234, haben vernehmen lassen. Auf alle Fälle würde ich Werth darauf legen, daß Euer Exzellenz Sir Edward Grey, beziehungsweise Ihren Kollegen gegenüber die Ansicht vertreten, daß die Formulirung dieses Punktes, welcher namentlich in seinem Eingangspassus im schroffen Gegensatze zu den Wünschen der Balkanstaaten steht, geeignet erscheint, das Friedenswerk zu erschweren. Es schiene mir daher vorteilhaft, dem Punkte 4 etwa folgende Fassung zu geben: „La question d'une indemnité de guerre sera traitée par la Commission internationale de Paris, en connexité avec la question d'un règlement équitable de la participation des Alliés à la dette ottomane et aux charges financières des territoires qui leur seront attribués. Les Alliés ainsi que la Turquie seront invités de prendre part aux délibérations de cette commission." Ich sehe Euer Exzellenz telegraphischer Berichterstattung über die Aufnahme dieses Amendementvorschlages entgegen.

2.—6. Im Verfolge meines Telegrammes Nr.

2: 225[b]

3: 278[b]

4: 168[b]

5: 201[b]

6: 153[b]

2.—6. vom 16. l. M. Ich richte heute nachstehende telegraphische Weisung an Grafen Mensdorff: Euer Exzellenz wollen (inseratur aus Telegramm sub 1 von „Sir Edward Grey" bis inklusive „cette commission.")

2.—5. Zur Regelung Ihrer Sprache gegenüber der dortigen Regierung.

6. Zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information. Berchtold.

[a] Vgl. n. 6200, 6204, 6223, 6969. — [b] Mit diesen Telegrammen vom 16. März 1913 (chiffr. 9 U. 20 M. p. m.) wurde n. 6163 mitgeteilt.

Nr. 6180. Tel. aus London, 17. März 1913 Nr. 220 (eing. 18. März 9 U. a. m.).[a] Entziff.

Im Nachhange zu meinem Telegramme Nr. 214 vom 15. d. Mts. Ich habe eben Sir E. Grey wieder gesprochen. Er hatte noch keine Antwort aus Petersburg. Herr Sazonow war auf zwei Tage verreist. Die Situation besprechend, meinte Sir E. Grey, er fasse die Stellungnahme Euer Exzellenz ungefähr folgendermaßen auf. Angesichts der Gefahr, daß man vor faits accomplis gestellt werden könne, wie vor allem durch den Fall Skutaris, halten es Euer Exzellenz nicht für zweckmäßig, durch Besprechungen in der Réunion in unserer Aktionsfreiheit gebunden zu sein. Sollte die Situation sich also so entwickeln, daß weitere Fortdauer der Réunion zwecklos

würde, so müßte er bei allen Regierungen anfragen, wie man sich bezüglich der Mediation und der Festsetzung der Friedensbedingungen zu verhalten wünsche. Es könnten wohl dann auch über diese Mediation keine Réunionen mehr abgehalten werden und es müßte eine diesbezügliche Erklärung abgegeben werden. Staatssekretär hat keinerlei Wunsch, Réunion weiterzuführen, wenn sie zwecklos ist, verhehlt sich aber nicht, daß die Réunion manche Fragen, wie namentlich die der Mediation, wesentlich vereinfacht und beschleunigt. Vorläufig müssen wir die Antwort von Petersburg abwarten. Ich habe dem Staatssekretär die mir bekanntgegebenen Daten über die Gewalttätigkeiten gegen albanesische Katholiken mitgeteilt, die Eindruck auf ihn machten. Er wiederholte mir wieder, daß, falls wir dem Wunsche Herrn Sazonows über Djakova nachgegeben hätten oder nachgeben würden, es nur billig wäre, wenn wir zur Bedingung machen würden, daß die religiösen Rechte der nichtserbischen Bewohner sowie wirtschaftliche Sicherstellungen garantiert würden, sowie daß Rußland an einer unzweideutigen Erklärung an Montenegro bezüglich der Zukunft Skutaris teilnehmen müsse. Von Sir E. Greys Kabinettschef hörte ich vertraulich, er habe Samstag nach unserer Konversation nach Petersburg telegraphiert und sein Möglichstes getan, um Herrn Sazonow zur Annahme unseres Standpunktes bezüglich der Kommission zu bewegen. Mir sagte Grey wieder, er fürchte, er sei am Ende dessen angelangt, was er persönlich tun könne. Graf Benckendorff, der mit Influenza zu Bett ist, erklärte mir, er sei persönlich stets für die Kommission gewesen. Er befürchte, daß die Eventualität eines Abbruches der Botschafterbesprechungen in Petersburg wie eine Drohung angesehen werde und deshalb schaden könnte. Ich erwiderte, meine Mitteilung hätte ich auftragsgemäß an Sir E. Grey gemacht; was der Staatssekretär nach Petersburg weiter gibt und in welcher Form, sei Sache des Foreign Office. (Nach dem, was ich im Foreign Office höre, dürfte man es vermieden haben, der Mitteilung nach Petersburg einen komminatorischen Charakter zu geben, wenn man auch den Ernst nicht verhehlte, den die Situation durch Abbruch der Botschafterréunion annehmen könnte). Mensdorff.

[a] Vgl. n. 6201, 6202.

Tel. nach Paris, 17. März 1913 Nr. 170 (chiffr. 11 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 6179.

Tel. nach Rom, 17. März 1913 Nr. 280 (chiffr. 11 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 6179.

*Nr. **6181.** Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters, 17. März 1913 Nr. 1190.[a] Konz. (S. Hohenlohe; G. Berchtold).*

Herzog Avarna hat mich gestern aufgesucht und mir Nachstehendes mitgeteilt. Marquis di San Giuliano wünscht, daß wir und Italien in der Frage der Inseln des Ägäischen Meeres eine gemeinsame Richtlinie annehmen, und zwar sollten wir in der Londoner Botschafter-Réunion dahin wirken, daß Griechenland veranlaßt werde, einige dieser von seinen Truppen besetzten Inseln zu evakuiren und daß auf den übrigen Inseln, welche es behalten würde, Garantien zu Gunsten der Türkei geschaffen werden. Cos und Rhodus sollten der Türkei verbleiben und sollten zu Gunsten der nicht-

türkischen Bewohner derselben ebenfalls spezielle Garantien geschaffen werden. Ich antwortete dem Herrn Botschafter, daß ich gerne bereit sei, dem Grafen Mensdorff Instruktionen im vorstehenden Sinne zu erteilen, daß ich aber vor Allem zu wissen wünsche, welche Inseln außer Cos und Rhodus nach Ansicht des Herrn italienischen Ministers des Äußern bei der Türkei zu verbleiben hätten.

[a]) Vgl. n. 6241.

Nr. 6182. Tel. aus Rom, 17. März 1913 Nr. 129 (eing. 4 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Vertraulich. Serbischer Geschäftsträger, welchem Minister des Äußern Bedenklichkeit der Forcierung der Belagerung von Skutari vorhielt, erwiderte, Serbien sei hiezu durch seine eingegangene Verpflichtung gezwungen. Herr Mihajlović fügte geheimnisvoll bei, zu Beunruhigung sei kein Anlaß, da es ein Mittel gebe, Montenegro zur Evakuierung Skutaris, selbst nach dessen Besetzung, zu veranlassen. Über dieses Mittel von Marquis di San Giuliano befragt, erklärte Geschäftsträger, dies dermalen noch nicht bekanntgeben zu dürfen. Mérey.

Nr. 6183. Tel. aus Rom, 17. März 1913 Nr. 130 (eing. 5 U. p. m.). Entziff.

Bei Mitteilung Inhaltes hohen Telegrammes Nr. 277[a]) vom 15. d. Mts. legte ich dem Minister des Äußern, welcher Euer Exzellenz Standpunkt vollständig zu teilen schien, nahe, denselben auch seinerseits in Petersburg zu unterstützen. Marquis di San Giuliano sagte dies zu, bemerkte aber, russisches Kabinett sei auf hiesiges Kabinett schon sehr schlecht zu sprechen, weil dasselbe sich immer auf unsere Seite schlage. Die Differenz zwischen den Attributionen der nach Djakova zu entsendenden gemischten Kommission führt hiesiger Minister des Äußern auf ein Mißverständnis zwischen Herrn Sazonow und dem Grafen Thurn zurück. Mérey.

[a]) Mit Tel. Nr. 277, 15. März 1913 (chiffr. 11 U. p. m.) wurde n. 6142 nach Rom mitgeteilt.

Nr. 6184. Tel. aus Rom, 17. März 1913 Nr. 131 (eing. 5 U. p. m.). Entziff.

Die in dem hohen Telegramme Nr. 270[a]) vom 13. d. Mts. entwickelten Gesichtspunkte bezüglich der Lösung rumänisch-bulgarischen Konfliktes, werden auch von dem hiesigen Minister des Äußern geteilt, welcher übrigens ebenso wie mein deutscher Kollege, angesichts der Stellungnahme Rußlands, Besorgnis über die weitere Entwicklung dieser Frage hegt. Die neueste Idee[b]) des Berliner Kabinettes, das Los entscheiden zu lassen, bezeichnet Marquis di San Giuliano als den Bankerott der Diplomatie. Mérey.

[a]) Mit Tel. Nr. 270, 13. März 1913 (chiffr. 11 U. 55 M. p. m.) wurde n. 6125 nach Rom mitgeteilt. — [b]) Vgl. n. 6139.

Nr. 6185. Tel. aus Rom, 17. März 1913 Nr. 133 (eing. 4 U. 15 M. p. m.). Entziff.

Mit Beziehung auf die hohen Telegramme vom 14. d. Mts. Nr. 271 und vom 15. d. Mts. Nr. 276. Durch die gleichzeitigen Verhandlungen mit

Italien über die Südgrenze Albaniens in Rom, Wien und London scheint eine gewisse Verwirrung in dieser Frage eingetreten zu sein. Minister des Äußern behauptet, Euer Exzellenz hätten dem Ausschlusse Janinas aus unserer Maximalgrenze zugestimmt. Auch Deutschland wolle Griechenland Entgegenkommen zeigen. Nach dem Falle dieser Stadt hätte dieselbe auch nicht mehr als Konzession verwertet werden können. In der Botschafterréunion würden aber für die Überlassung der Stadt an Griechenland nur ethnographische Gründe und nicht die Okkupation anzuerkennen sein. An der sonstigen Minimalgrenze der Kalamas-Linie sowie der Zuweisung von Koritza und des Gebietes der Pindus-Walachen an Albanien will auch Marquis di San Giuliano festhalten. Mérey.

Nr. 6186. Tel. aus Rom, 17. März 1913 Nr. 134 (eing. 5 U. p. m.).[a] Entziff.

Unter lebhafter Entschuldigung erklärte mir der rumänische Gesandte, an dem in meinem Telegramme vom 11. d. Mts. Nr. 122 erörterten Mißverständnisse schuld zu sein. Er habe bei Besprechung der Mediation der Mächte eine Äußerung von mir irriger Weise so aufgefaßt, als sei ich der Meinung, daß Rumänien sich auch mit einer Lösung abfinden könnte, welche ihm nicht die Stadt gäbe. Mérey.

[a] Vgl. n. 6258 Anm. a.

Tel. nach St. Petersburg, 17. März 1913 Nr. 204 (chiffr. 11 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 6179.

Nr. 6187. Tel. aus St. Petersburg, 17. März 1913 Nr. 92 (eing. 18. März 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Die Fassung der letzten Veröffentlichung des Korrespondenzbureaus,[b] in welcher zwar festgestellt wird, dass in keiner offiziellen Mitteilung der k. u. k. Regierung Herr Sazonow eines illoyalen Vorgehens beschuldigt wurde, den diesbezüglichen in den anderen Blättern gegen ihn gerichteten Angriffen jedoch keineswegs entgegengetreten wird, hat auf Herrn Sazonow einen umso peinlicheren Eindruck gemacht, als die hiesige Presse diesen letzteren Umstand sofort aufgegriffen und zu den maßlosesten Angriffen gegen ihn benützt hat. Herr Minister ersuchte mich, Euer Exzellenz dringendst zu bitten, geneigtest veranlassen zu wollen, dass in einem Artikel des „Fremdenblattes“ — nicht in einem offiziellen Kommuniqué des Korrespondenzbureaus — noch einmal auf die Sache zurückgekommen und festgestellt werde, dass die heftigen Angriffe eines Teiles unserer Presse gegen ihn auf ein Missverständnis beziehungsweise auf eine Unkenntnis der genaueren Umstände zurückzuführen seien. Ich glaube, dass die Möglichkeit meines weiteren erspriesslichen Verkehres mit Herrn Sazonow wesentlich von der Erfüllung dieser seiner Bitte abhängen dürfte, weshalb ich mir erlaube, Euer Exzellenz ergebenst zu ersuchen, dieselbe in gütige Erwägung zu ziehen. Thurn.

[a] Vgl. n. 6167, 6169, 6206, 6207. — [b] Pol. Chron. d. ö.-u. Mon. 1913, 80 (16. März).

Nr. 6188. Tel. aus St. Petersburg, 17. März 1913 Nr. 93 (eing. 18. März 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 200[b]) von gestern. In unserer heutigen Unterredung brachte Herr Sazonow Frage Diakowas zur Sprache. Er sagte mir, Sir E. Grey habe ihm mitgeteilt,[c]) dass Graf Mensdorff erklärt habe, k. und k. Regierung habe den letzten russischen Vorschlag abgelehnt und als äusserstes Entgegenkommen Geneigtheit bekundet, Frage Zugehörigkeit Diakowas der Entscheidung durch eine internationale Kommission zu überweisen. In dieser Form sei aber der Vorschlag für die russische Regierung nicht akzeptabel. Herr Sazonow führte neuerdings aus, dass er mit Rücksicht auf die hiesige öffentliche Meinung sowie wegen des intransigenten Widerstandes der serbischen Regierung, welchen er in diesem Punkte nicht mehr zu überwinden vermöchte, unter allen Umständen genötigt wäre, auf der Zuweisung der mehrerwähnten Ortschaft an Serbien zu bestehen. Er könnte daher nur dann der Zuweisung dieser Frage an eine internationale Kommission zustimmen, wenn dieselbe, sei es durch ihre Zusammensetzung, sei es zufolge der ihr erteilten Direktiven, mit Sicherheit die bestimmte Gewähr böte, dass ihr Verdikt zu Gunsten Serbiens ausfalle. Hätte er diese Gewissheit, so würde er keinen Anstand nehmen, die Garantie dafür zu übernehmen, dass die von der Botschafterkonferenz fixierte Grenze Albaniens einschliesslich der Zuweisung Skutaris an dasselbe auch tatsächlich von den Balkanstaaten respektiert werde. Was Serbien anbelangt, so habe er erst ganz kürzlich wieder die bündigsten und beruhigendsten Zusicherungen erhalten. Allerdings habe auch die Folgsamkeit Serbiens ihre Grenze und diese sei eben mit Diakowa erreicht. Wenn dieser Ort Serbien zugesprochen werde, so sei volle Gewähr geboten, dass die serbische Regierung sich dem Urteilsspruch Europas unterwerfe; spanne man aber zu straff, indem man auch Diakowa ihm abspreche, so würde Serbien eher das Äusserste riskieren, als sich von dort zurückzuziehen. Darauf wolle und könne er es aber nicht ankommen lassen. Herr Sazonow versicherte mir neuerdings, es habe ihm grosse Mühe gekostet, Serbien zu den Konzessionen zu bewegen, die es schliesslich akzeptiert habe; darüber hinaus sei es ihm aber unmöglich zu gehen. Herr Minister richtete sodann einen warmen Appell an Euer Exzellenz, durch ein Entgegenkommen in der Diakowafrage die einzige Differenz aus der Welt zu schaffen, welche die bisher besprochene Nord- und Ostgrenze Albaniens noch in sich berge. Hätte er in irgend einer Weise die Gewissheit, dass Diakowa Serbien zugesprochen werden würde, sei er bereit, auf den Vorschlag einer gemischten Kommission einzugehen und die Nord- und Ostgrenze definitiv in einer Weise zu regeln, die dann in keiner Weise mehr von der Stellungnahme der betreffenden Balkanstaaten abhängig wäre. Er lenkte sodann meine Aufmerksamkeit darauf, wie wünschenswert es wäre, zu einem solchen Akkord noch vor dem Falle von Skutari zu gelangen, welcher eine spätere Beschlussfassung wesentlich erschweren würde. Minister liess auch durchblicken, dass, da alle bisherigen Beschlüsse der Botschafterréunion nur konditionelle seien, auch die russische Zustimmung zur Einverleibung Skutaris in Albanien nur dann eine definitive werden könne, wenn alle übrigen Fragen, also insbesonders die einzig noch offene, jene von

Diakowa, einverständlich gelöst wären. Sei letztere, wenn auch nur in der Art einer Zuweisung an eine gemischte Kommission — allerdings unter den von ihm als unumgängliche Voraussetzung seiner Zustimmung oberwähnten Kautelen — gelöst, so sei kein Hindernis zu einer definitiven und alle Teilnehmer bindenden Festsetzung der albanesischen Grenzen, soweit sie bisher beraten wurden, mehr vorhanden. Zum Schlusse bat mich Herr Sazonow, Euer Exzellenz um Bekanntgabe der Modalitäten zu ersuchen, unter denen nach Euer Exzellenz Meinung die Kommission zusammenzutreten und zu beraten, sowie aus was für Elementen sie zu bestehen hätte. Durch die Ausführungen Herrn Sazonows wurde mein in meiner Berichterstattung wiederholt dargelegter Eindruck neuerdings bestärkt, dass Herr Sazonow aus den schon mehrfach geschilderten Gründen in der Diakowafrage absolut nicht nachgeben zu können glaubt und dass eine friedliche Lösung dieser Angelegenheit nur dann gewährleistet ist, wenn es der k. u. k. Regierung möglich sein sollte, aus höheren Rücksichten auf die nach den ethnographischen Verhältnissen zweifellos gerechtfertigte Einbeziehung Diakowas in Albanien zu verzichten. Auf welchem Wege dies erreicht werden könne, ist Herrn Sazonow gleichgiltig und wäre er offenbar bereit, Alles zu tun, um der k. und k. Regierung diesen Verzicht zu erleichtern und denselben, falls es sich als wünschenswert herausstellen sollte, der öffentlichen Meinung in der Monarchie gegenüber möglichst plausibel zu machen. Thurn.

[a]) Vgl. n. 6201, 6202, 6225. — [b]) Mit Tel. Nr. 200, 15. März 1913 (chiffr. 11 U. p. m.) wurde n. 6142 nach St. Petersburg mitgeteilt. — [c]) Vgl. n. 6160.

Nr. 6189. Tel. nach Sofia, 17. März 1913 Nr. 139 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

Streng vertraulich. Erhalten Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 253 vom 15. d. M. Euer Hochgeboren wollen Herrn Geschow gegenüber eine streng vertrauliche Andeutung darüber fallen lassen, daß auf der Londoner Botschafter-Réunion die Tendenz hervortritt, gegenüber dem Verlangen der Balkanstaaten nach einer Kriegsentschädigung einen ablehnenden Standpunkt einzunehmen. Mit Rücksicht auf die confidentiellen Mittheilungen, welche der Herr Ministerpräsident Euer Hochgeboren bezüglich der einschlägigen Wünsche Bulgariens gemacht hat, seien wir bemüht, unseren Einfluß im Sinne einer Milderung jener Tendenz geltend zu machen, wobei uns das Ziel vorschweben würde, die von Herrn Geschow gewünschte Compensation der Kriegsentschädigungsforderung mit der quotepart an der türkischen Staatsschuld zu ermöglichen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6208, 6237.

Nr. 6190. Tel. aus Sofia, 17. März 1913 Nr. 258 (eing. 18. März 8 U. a. m.). Entziff.

Anläßlich unverbindlicher Konversation mit Herrn Nekludow sagte er mir, sobald Frieden geschlossen, würden sich Großmächte mit Frage der Teilung der Beute unter Verbündeten zu beschäftigen haben. Ich be-

merkte absichtlich, daß die Alliierten sich doch gewiß untereinander verständigen würden. „Mais pas du tout", antwortete russischer Kollege, „si les Grandes Puissances n'interviennent pas, on risque des guerres entre les Grecs, les Serbes et les Bulgares. Et il est certain que les Souverains et les gouvernements de Grèce et de Bulgarie ne demanderont pas mieux que s'en remettre à la médiation des Puissances". Ich bemerkte weiter, ich hätte gerüchtweise gehört, daß gewisse territoriale Differenzen zwischen Serben und Bulgaren dem Schiedsspruche Kaiser Nikolaus' überlassen werden sollen. „On en parle en effet", meinte Herr Nekludow, „mais je doute fort que Sa Majesté accepte ce rôle". Tarnowski.

Nr. 6191. Tel. aus Athen, 18. März 1913 Nr. 153 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Italienischer Gesandter erhielt heute vormittags Telegramm Marquis di San Giulianos mit der Mitteilung von der angeblichen Besetzung Valonas durch die Griechen und der Verständigung, dass angesichts dessen Consulta sich sofort mit Wiener Kabinett behufs gemeinsamer entsprechender Démarche bei griechischer Regierung ins Einvernehmen gesetzt habe. Mein italienischer Kollege wird gleichzeitig beauftragt, inzwischen hier sofort wissen zu lassen, dass italienische Regierung gegen eine Okkupation Valonas entschieden Stellung nehme. Da Herr Coromilas unauffindbar, hat italienischer Gesandter Herrn Venizelos aufgesucht und bei ihm Auftrag ausgeführt. Ministerpräsident gab bündigste Versicherung, Griechenland habe seines Wissens weder Valona besetzt, noch gedenke es dies überhaupt je zu tun. Kronprinz habe formelle Instruktionen erhalten, die in dem seinerzeit der Londoner Botschafterréunion überreichten griechischen Memorandum bezeichnete Linie nicht zu überschreiten. Auf eine Anfrage des Kronprinzen, ob, falls Kriegslage eine Überschreitung notwendig mache, dies zulässig, habe griechische Regierung dies nur unter der Voraussetzung absoluter Notwendigkeit gestattet, jedoch unter der Bedingung sofortiger Evakuierung nach erreichtem Kriegszwecke; speziell Valona möge Kronprinz aber unbedingt zu okkupieren vermeiden. Coromilas, welchen italienischer Gesandter später sprach, gab ähnliche, jedoch viel vagere und weitschweifigere Auskunft. Angesichts obiger formeller befriedigender Erklärungen Herrn Venizelos habe ich meine ursprüngliche Absicht, mich auch ohne spezielle Instruktionen im Sinne der mir bekannten einschlägigen Auffassung Euer Exzellenz, die sich ja mit der italienischen deckt, bei den griechischen Staatsmännern erneuert auszusprechen, aufgeben zu sollen geglaubt. Braun.

Nr. 6192. Tel. aus Belgrad, 18. März 1913 Nr. 147 (eing. 5 U. 10 M. p. m.).[a] Entziff.

Englischer Gesandter hat heute Auftrag erhalten, bei der serbischen Regierung Démarche gegen weitere ziellose Fortsetzung der Belagerung von Skutari zu machen. Baron Griesinger wurde angewiesen, diese

Démarche zu unterstützen. Wegen neuerlichen Schrittes in der Mediationsfrage haben bis jetzt außer mir nur englischer, französischer und italienischer Kollege Instruktionen erhalten. Ugron.

a) Vgl. n. 6193.

Nr. 6193. Tel. aus Belgrad, 18. März 1913 Nr. 149 (eing. 19. März 8 U. a. m.). Entziff.

Im Nachhange zu Telegramm Nr. 147 von heute. Da in den Instruktionen des deutschen Gesandten von einem Proteste gegen die Fortsetzung der Belagerung von Skutari gesprochen wird, der Auftrag des englischen Gesandten dieses Wort [aber] nicht enthält, wurde die Ausführung der Démarche einstweilen aufgeschoben und englischer Kollege hat sich neue Instruktionen erbeten. Ugron.

Nr. 6194. Tel. nach Berlin Nr. 228 (1), Rom Nr. 282 (2) und London Nr. 253 (3), 18. März 1913 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.). Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

1.—2. Herr von Tschirschky hat mir gestern mitgeteilt, der italienische Botschafter in Berlin habe dort der Beunruhigung seiner Regierung über die Eventualität einer Pause in den Londoner Beratungen und eines selbständigen Vorgehens unsererseits Ausdruck gegeben und darauf hingewiesen, daß der Weltfriede gefährdet wäre, wenn wir wegen des Schicksals von Skutari tatsächliche Maßnahmen ergreifen würden. Herr von Jagow habe erwidert, das Vorgehen der Serben sei nicht zu rechtfertigen und stünde im Widerspruche mit der Stellungnahme der Mächte, welche sich die Entscheidung über Skutari vorbehalten hätten. Die Handlungsweise Serbiens und Montenegros bedürfe daher einer Remedur. Der deutsche Botschafter machte sodann auftragsgemäß auf die Gefahren eines aktiven Eingreifens Österreich-Ungarns in die Aktion vor Skutari (zum Beispiel durch Verhinderung der Landung der serbischen Verstärkungen) aufmerksam, da dies in Rußland als Neutralitätsbruch angesehen werden würde und andererseits in Italien Erregung hervorrufen dürfte. Damit würde ein Keil zwischen die Monarchie und Italien getrieben, was geradezu das Ziel der russischen Politik sei. Herr von Jagow verkenne aber keineswegs die ernste Situation, welche durch die serbischen Truppensendungen und die fortgesetzte Belagerung von Skutari entstanden sei und habe den Fürsten Lichnowsky beauftragt, Sir Edward Grey in energischer Weise auf dieses Gefahrenmoment aufmerksam zu machen. Der deutsche Botschafter in London sei angewiesen worden, dem Staatssekretär gegenüber das Vorgehen Montenegros und Serbiens als grobe Mißachtung der Beschlüsse der Mächte zu bezeichnen und ihm die Zustände in Albanien als ganz unhaltbare zu schildern. Das Verhalten der beiden serbischen Staaten sei für die Mächte entwürdigend und es müsse aus politischen wie aus humanitären Gründen diesem Treiben Einhalt geboten werden. Obwohl man in Berlin wisse, daß die englischen Vertreter in Belgrad und Cetinje bereits instruiert worden seien, gegen die Fortsetzung der Belagerung von Skutari zu protestieren, habe Fürst

Lichnowsky weiters den Auftrag erhalten, in London anzuregen, daß die Mächte durch einen einmütigen Beschluß erklären mögen, eine weitere nutzlose Kriegführung in Albanien nicht mehr zuzulassen. Dieser Beschluß wäre in Belgrad und Cetinje, eventuell im Wege einer Kollektivdemarche, energisch zum Ausdruck zu bringen. Fürst Lichnowsky werde darauf hinwirken, daß Sir Edward Grey in der nächsten Botschafterkonferenz einen entsprechenden Antrag stelle. Sollten in der Konferenz Pressionsmaßnahmen proponiert werden, so hätte der deutsche Botschafter diesen Vorschlag zu unterstützen und zu bemerken, da die Türkei den Besitz Albaniens bereits aufgegeben habe, handle es sich nicht mehr um kriegerische Operationen der Alliierten gegen die Türkei, sondern um einen Beutezug in einem Gebiet, dessen Schicksal zu bestimmen die Mächte sich vorbehalten haben. Ein exekutives Vorgehen der Mächte, beziehungsweise die Übertragung eines Mandats hiezu an eine oder mehrere unter ihnen, könne daher nicht als eine Neutralitätsverletzung angesehen werden, sondern wäre lediglich eine zur Wahrung des Ansehens der Großmächte und ihrer Beschlüsse unternommene Aktion.

3. Herr von Tschirschky hat mich gestern auftragsgemäß (inseratur aus Telegramm sub 1.—2. von „auf die Gefahren eines" bis zum Schluß).

1.—3. Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Information.

Berchtold.

Nr. 6195. Tel. aus Berlin, 18. März 1913 Nr. 138 (eing. 4 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Mit Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm vom 15. d. Mts. Nr. 224.[a] Staatssekretär war durch die Berichterstattung des Fürsten Lichnowsky von der Instruktion, die Euer Exzellenz Grafen Mensdorff erteilt haben, schon informiert. Herr von Jagow versteht es vollkommen, daß Euer Exzellenz auf die Festsetzung der Nord- und Nordostgrenze Albaniens drängen und die Durchführung der betreffenden Beschlüsse nicht von der Stellungnahme der in Betracht kommenden Balkanstaaten abhängig machen wollen. Deutscher Botschafter in London sei beauftragt, diesbezüglich im Einvernehmen mit seinem österreichisch-ungarischen Kollegen vorzugehen. Dennoch würde er — Jagow — es gerne vermieden sehen, daß durch ein allzu scharfes Auftreten das Odium eines eventuellen Bruches der Londoner Verhandlungen auf die Dreibundmächte fiele. Übrigens scheine zufolge Nachrichten, die aus Rom eintreffen, die italienische Regierung mit dem schärferen Vorgehen in der albanesischen Delimitationsfrage nicht ganz einverstanden.

Szögyény.

[a] Mit Tel. Nr. 224, 15. März 1913 (chiffr. 11 U. p. m.) wurde n. 6142 nach Berlin mitgeteilt.

Nr. 6196. Tel. aus Bukarest, 18. März 1913 Nr. 83 (eing. 19. März 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Vertraulich. Minister des Äussern teilte mir mit, rumänische Regierung habe aus zuverlässiger Quelle erfahren, dass serbischer Gesandter in Petersburg beauftragt worden sei, russischer Regierung das Anerbieten

Serbiens zu machen, Abtretung Silistrias bei bulgarischer Regierung zu betreiben, falls russische Regierung serbische Ansprüche gegen Bulgarien unterstützen würde. Da Serbien auch hier immer deutlicher Annäherungsversuche mache (hieramtlicher Bericht Nr. 24), so ersuche er mich im Auftrage des Königs, die Aufmerksamkeit Euer Exzellenz darauf zu lenken und es Hochderen Erwägung zu überlassen, ob es nicht nützlich wäre, bulgarische Regierung über die Umtriebe seines Alliierten aufzuklären und derselben verstehen zu geben, dass rumänische Regierung nicht abgeneigt wäre, falls Bulgarien auf Silistria verzichte, bei künftigen Schwierigkeiten Bulgariens mit seinen Bundesgenossen sich auf seine Seite zu stellen. Griechenland habe ebenfalls in letzter Zeit deutlichen Beweis des Wunsches nach Annäherung an Rumänien gegeben. Minister befürchtet, wenn Rumänien unbefriedigt und liberale Regierung ans Ruder komme, dieselbe nicht wird dem Drange widerstehen können, bei eventuellen ernsten Schwierigkeiten Bulgariens mit einem seiner Alliierten sich mit letzterem zu verbinden und über Bulgarien herzufallen. Mit Silistria und geringem Streifen am Schwarzen Meere wäre aber Rumänien voll befriedigt und bereit, sich Bulgarien anzuschließen. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 6306, 6630.

Nr. 6197. Tel. an den Generalkonsul Rudolf Weinzetl in Cetinje, 18. März 1913 Nr. 33 (chiffr. 19. März 12 U. 20 M. a. m.).[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; V. Szápáry; G. Berchtold).

Die mir heute zugekommenen Meldungen des Generalkonsulates Skutari besagen, daß das Bombardement ausschließlich gegen die Stadt und nicht gegen die Fortifikationen gerichtet ist und die Absicht der Belagerer klar hervortritt, die Stadt und insbesondere das christliche Viertel, die Konsulate und die fremden Anstalten zu zerstören. Das k. u. k. Generalkonsulat wurde beschädigt, das österreichisch-ungarische Waisenhaus und das Kloster der Stimatinnen zerstört. Fremde Flaggen wurden nicht respektiert, scheinen im Gegenteil als Zielpunkte zu dienen. Eine analoge Meldung hat auch Conte Mancinelli der Consulta erstattet. Diese Nachrichten, welche, in die Öffentlichkeit gedrungen, einen tiefen Eindruck hervorrufen werden, lassen es mit Hinsicht auf die verzweifelte Lage der Bevölkerung und im Hinblicke auf das rücksichtslose und völkerrechtswidrige Vorgehen der Montenegriner gegenüber den fremden Anstalten und Staatsangehörigen für Österreich-Ungarn unvermeidlich erscheinen, diesem unhaltbaren Zustande raschestens ein Ende zu machen. Montenegro ist bereits zu wiederholtem Mal aufmerksam gemacht worden, daß die Frage der Zugehörigkeit Skutaris nicht von dem Waffenglücke, sondern von dem Willen der Mächte abhänge und daß eine Fortsetzung der Belagerung nur ein unnützes Blutvergießen darstellt. Da Montenegro sich über alle diese Warnungen der Mächte hinwegsetzt, die Situation in Skutari aber nach dem Obgesagten eine derartige geworden ist, daß wir nicht länger zuwarten können, ersuche ich Euer Hochwohlgeboren, sich noch am Tage des Eintreffens dieses Telegrammes zu Seiner Majestät dem Könige oder, falls dies undurchführbar

sein sollte, in das dortige Ministerium des Äußern zu begeben und unter Verwertung vorstehender Argumente, ohne sich jedoch in eine Discussion über die Details der durch die Beschießung der Stadt hervorgerufenen Schäden einzulassen, an den König beziehungsweise Dessen Regierung auftragsgemäß die Aufforderung zu richten, der seitens der Londoner Botschafterréunion aufgestellten Forderung nach Gestattung des Abzuges der Zivilbevölkerung Skutaris Folge zu geben und bis zur Durchführung dieser Maßnahme die Beschießung der Stadt einzustellen. Ich ersuche Euer Hochwohlgeboren, bei Ausführung dieses Auftrages die humanitären Motive entsprechend hervorzukehren, gleichzeitig aber Seiner Majestät beziehungsweise der Regierung über den Ernst der Situation keinen Zweifel zu lassen. Zu Euer Hochwohlgeboren rein persönlicher Information bemerke ich, daß, um dieser Aufforderung den angesichts der provokatorischen Haltung Montenegros nur zu begründeten Nachdruck zu verleihen, die Absicht einer gleichzeitigen Entsendung von k. u. k. Kriegsschiffen in die süddalmatinischen Gewässer besteht, von wo aus sie in der Lage sind, in der kürzesten Zeit die montenegrinische Küste zu erreichen, falls unserer Aufforderung keine Folge gegeben würde. Vertraulich füge ich weiters bei, daß ich durch eine gleichzeitige Mitteilung des Inhaltes vorliegenden Telegrammes nach Rom der königlich italienischen Regierung Gelegenheit gebe, an unserer Demarche in Cetinje, eventuell auch an der Flottendemonstration teilzunehmen. Sollte Euer Hochwohlgeboren italienischer Kollege sich im Gegenstande informiert zeigen, so sind Euer Hochwohlgeboren ermächtigt, ihm gegenüber aus der Ihnen zugekommenen Instruktion kein Hehl zu machen. Schließlich bemerke ich, daß, falls montenegrinischerseits die Einstellung der Beschießung Skutaris an die Bedingung geknüpft würde, daß auch türkischerseits das Feuer eingestellt werde, kein Anstand dagegen besteht, daß Euer Hochwohlgeboren sich bereit erklären, daß der k. u. k. Militärattaché sich behufs Erzielung einer einschlägigen Vereinbarung zum Kommandanten von Skutari begebe. Hauptmann Hubka hätte, falls ihm diese Mission zufallen sollte, Essad Pascha gegenüber darauf hinzuweisen, daß die Einstellung des Feuers seitens der Montenegriner über Aufforderung der k. u. k. Regierung erfolge und daher eine genügende Gewähr für die Einhaltung vorhanden sei.

Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 174 Nr. 328. Vgl. n. 6205, 6213, 6219.

Nr. 6198. Tel. des Generalkonsuls Rudolf Weinzetl aus Cetinje, 18. März 1913 Nr. 53 (eing. 7 U. p. m.).[a]) Entziff.

Im Verfolge des Telegrammes Nr. 51[b]) vom 15. d. M. Antwort montenegrinischer Regierung auf meine beiden Noten in Angelegenheit der Ermordung Pater Palić's erhalten. Nach Ergebnis montenegrinischer Untersuchung ist Palić, der als Rebell eskortiert wurde, von der Wache bei einem Fluchtversuch erschossen worden. Unter Berufung auf ihr Souveränitätsrecht in den okkupierten Gebieten bedauert Regierung, unserer Forderung, den Fall durch Erzbischof untersuchen zu lassen, keine Folge geben zu können. Aus demselben Grunde könne sie eine Bewilligung zur Reise des den Erzbischof eventuell begleitenden k. u. k. Vizekonsuls nicht geben.

Aus besonderer Rücksicht jedoch für den Heiligen Stuhl und die in jenen Gegenden bestehende katholische Organisation hätte Regierung bereits vorher Monsignore Miedia eine kanonische Untersuchung des Falles gestattet. Text der drei Noten folgt mit morgigem Kurier und bitte ich nach erfolgter hoher Einsichtnahme um Instruktionen. Weinzetl.

[a]) Vgl. n. 6229. — [b]) Liegt nicht bei den Akten.

Nr. 6199. Bericht des Generalkonsuls Rudolf Weinzetl aus Cetinje, 18. März 1913 Nr. 26 B (eing. 21. März). Ausfert.

Der famose Conte Lujo Vojnović, das südslavische politische Chamäleon par excellence, liess gelegentlich einer Unterredung mit dem hiesigen italienischen Gesandten eine Äusserung fallen, die ein Unbefangener mit seiner gegenwärtigen Stellung als Sekretär und Vertrauensmann Seiner Majestät des Königs nicht recht in Einklang zu bringen vermöchte. Als nämlich Baron Squitti — wie er mir sagte — im Laufe des Gespräches das Auffallende der Tatsache hervorhob, dass Serbien Montenegro militärisch so wirkungsvoll unterstütze, während der Antagonismus, ja die Todfeindschaft der beiden Dynastien — hatte sich doch der König Nikolaus seinerzeit dem italienischen Gesandten gegenüber erbötig gemacht, dokumentarisch nachzuweisen, dass König Peter ihm nach dem Leben trachte, — bekannt sei, erwiderte Conte Vojnović, dass hiebei die dynastische Frage gar keine Rolle spiele, da es sich nur um eine — übrigens schon durch die Bundespflicht gebotene — Unterstützung von Nation zu Nation handle. Übrigens sei die Vereinigung beider Staatsgebiete nur eine Frage der Zeit. Von einem Sturze der Dynastie Petrović-Njeguš brauche in diesem Zusammenhang nicht die Rede zu sein; allerdings werde sich der Gospodar mit der zweiten Rolle begnügen müssen. Es wäre dies eine Anspielung auf eine politische Gestaltung, von der ich bereits unter Nr. 9 A, geheim vom 24. Jänner d. J. Eurer Exzellenz Erwähnung zu tun mich beehrte. Im Gegensatze zu damals werden solche Fragen jetzt mehr oder weniger offen diskutiert. Mit Bezug auf die großserbischen Aspirationen habe ich in meiner ergebensten Berichterstattung darauf hinzuweisen mir erlaubt, dass die im grossen Style betriebene Hilfsaktion der Serben vor Skutari die Hoffnung eskomptieren dürfte, dass die Stadt, einmal genommen, den Montenegrinern nicht mehr entrissen werden könnte und so über kurz oder lang dem durch Montenegro vergrösserten Serbien in den Schoss fallen würde. Heute möchte ich weiter gehen und in der Entsendung der grossen Verstärkung nach Albanien die Absicht der Serben vermuten, nicht nur Skutari den Montenegrinern erobern zu helfen, sondern auch selbst das albanische Litorale insolange nicht zu räumen, als die montenegrinischen Truppen Skutari nicht evakuiert hätten. Weinzetl.

Nr. 6200. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 18. März 1913 Nr. 163 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Mit Bezugnahme auf Euer Exzellenz Telegramme vom 16. und 17. d. Mts. Nr. 153[a]) und 156. Die von Botschafterréunion proponierten

4 Punkte hätten meiner Ansicht nach Aussicht auf anstandslose Annahme seitens der Pforte. Wenn jedoch Punkt IV in der von Euer Exzellenz vorgeschlagenen Weise abgeändert werden sollte, so würde, glaube ich, Annahme der vorgeschlagenen Friedensbedingungen zweifelhaft werden, da die türkische Regierung bisher an ihrem Standpunkte in der Kriegsentschädigungsfrage festgehalten hat und daher kaum gewillt sein dürfte, auch nur im Prinzipe der Zahlung irgend einer Indemnität zuzustimmen.

Pallavicini.

a) Mit Tel. Nr. 153, 16. März 1913 (chiffr. 9 U. 20 M. p. m.) wurde n. 6163 nach Konstantinopel mitgeteilt.

Tel. nach London, 18. März 1913 Nr. 253 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 6194.

*Nr. **6201.** Tel. nach London Nr. 254 (1) und St. Petersburg Nr. 205 (2), 18. März 1913 (chiffr. 19. März 1 U. a. m.).a) Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).*

1. Im Gegenstande Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 220 vom 17. d. M. erhalte ich nachstehende gleichzeitige telegraphische Meldung Grafen Thurns: ... *wie n. 6188 in extenso* ... Mit Bezug auf diese Ausführungen des Herrn russischen Ministers des Äußern ersuche ich Euer Exzellenz, sich bei Sir Edward Grey im nachstehenden Sinne vernehmen zu lassen und zu bemerken, daß auch Graf Thurn den gleichen Auftrag zur Ausführung bei Herrn Sazonow erhält: Ich müsse unbedingt daran festhalten, daß die Aufgabe der nach Djakova zu entsendenden internationalen Kommission in der Bestimmung der künftigen staatlichen Zugehörigkeit dieser Stadt bestünde und daß nur für den Fall, als diese Entscheidung etwa zu Ungunsten Albaniens ausfallen sollte, der Kommission die eventuelle weitere Funktion zukäme, nicht bloß wirtschaftliche Garantien für die Albanesen zu schaffen, sondern auch für einen ausgiebigen und dauernden Schutz der nationalen und religiösen Rechte der nichtserbischen Stadt- und Landbevölkerung zu sorgen. Unter der Bedingung, daß diese Grundsätze die unverrückbare Basis der der Kommission zu erteilenden Direktiven zu bilden hätten, wäre ich bereit, Herrn Sazonow insoferne entgegenzukommen, als ich die Entscheidung über die Zusammensetzung der internationalen Kommission Sir Edward Grey überlassen würde. Indem ich Euer Exzellenz ersuche, den Herrn Staatssecretär zu fragen, ob er — unter der Voraussetzung der Zustimmung Herrn Sazonows — bereit wäre, sich der Aufgabe der Zusammensetzung der Kommission zu unterziehen, erübrigt mir nur noch, zur Regelung Ihrer Sprache auf die Bemerkungen des Herrn russischen Ministers des Äußern, betreffend die Eventualität einer Einnahme Skutaris und die bloß conditionelle Zustimmung zur Zugehörigkeit Skutaris zu Albanien zu reagiren. Ich kann nämlich in diesem Belange nur bemerken, daß alle Konzessionen, welche wir von unserer ursprünglich aufgestellten Maximalgrenze gemacht haben, ebenfalls nur bedingte sind und davon abhängen, daß im übrigen unsere Forderungen acceptirt werden, zu welchem auch der Verbleib Skutaris bei Albanien zählt. Sollte nach der eventuellen

Einnahme dieser Stadt Rußland sich auf den conditionellen Charakter seiner Zustimmung zur Belassung Skutaris bei Albanien berufen und den mehrerwähnten Punkt Montenegro überlassen wollen, so müßten wir automatisch zu unserer Maximalgrenze zurückkehren und wären dann nicht mehr in der Lage, die bedeutenden Zugeständnisse aufrecht zu erhalten, die wir im Laufe der Londoner Beratungen in Aussicht gestellt haben.

2. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 93 vom 17. d. M. Ich ersuche Euer Exzellenz, sich bei Herrn Sazonow im nachstehenden Sinne vernehmen zu lassen und zu bemerken, daß auch Graf Mensdorff einen gleichen Auftrag zur Ausführung bei Sir Edward Grey erhält. (Inseratur aus Telegramm sub 1 von: „Ich müsse unbedingt“ bis inklusive „überlassen würde.“) Indem ich Grafen Mensdorff unter einem beauftrage, den Herrn großbritannischen Staatssekretär (Inseratur aus Telegramm sub 1 von „zu fragen, ob er“ bis zum Ende.)

[a] Vgl. n. 6212 Anm. b, 6214, 6222 Anm. a, 6225.

Nr. 6202. Tel. aus London, 18. März 1913 Nr. 221 (eing. 19. März 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Im Nachhange zu meinem Telegramm Nr. 220 von gestern. Sir E. Grey ließ mich eben zu sich bitten und sagte mir, aus den Telegrammen englischen Botschafters in Petersburg entnehme er, daß Herr Sazonow zwar noch keine Antwort gegeben, im allgemeinen sich aber folgendermaßen ausgesprochen hat. Er könne internationale Kommission nicht annehmen, ohne zu wissen, wie sie zusammengesetzt und was ihr Mandat sein soll. Russland sei bereit, in der Frage von Skutari nachzugeben, wenn Djakowas Anschluß ausgesprochen wird. Buchanan drang in Sazonow, damit er möglichst bald eine Antwort erteile, worauf dieser sagte, er müsse zuerst nach Wien telegraphieren, um festzustellen, was die Anschauungen oder Vorschläge Euer Exzellenz wären oder was mit der Kommission eigentlich gemeint wäre. (Es war im Petersburger Telegramm unklar, ob es Kommunikation oder Kommission heißen sollte). Staatssekretär sieht es als ein immerhin günstiges Symptom an, daß Herr Sazonow sich in direkte Verbindung mit Euer Exzellenz zu setzen wünscht. Um keine Zeit zu verlieren und während man das Ergebnis des direkten Gedankenaustausches zwischen Euer Exzellenz und Herrn Sazonow abwartet, möchte Sir E. Grey bei der morgigen Réunion vorschlagen, daß die Mächte eine Kollektivdémarche in Belgrad und Cetinje machen sollten, in der wiederholt würde, daß die Delimitation Albaniens den Mächten vorbehalten ist; daß, insolange diese Delimitation nicht stattgefunden hat, keinerlei Aktion Serbiens oder Montenegros in Albanien so angesehen werden kann, als ob dadurch Rechte erworben worden wären; daß, wenn zum Beispiel Skutari fiele, das Schicksal Skutaris durch die Mächte bestimmt werden wird und nicht durch eine montenegrinische Okkupation. Vorstehendes würde dem entsprechen, was Sir E. Grey bereits als seine Ansicht dem serbischen und montenegrinischen Vertreter gesagt hat und das man kollektiv wiederholen würde. Russischer Botschafter krank, wird morgen durch Botschaftsrat vertreten

werden. Sir E. Grey läßt diesen kommen, um ihm nahe zu legen, einen derartigen Vorschlag ad referendum morgen anzunehmen. Mensdorff.

a) Vgl. n. 6188.

Nr. 6203. Tel. aus London, 18. März 1913 Nr. 222 (eing. 19. März 8 U. a. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 251 von heute. Sir E. Grey war bereits durch Sir F. L. Cartwright nach dessen Konversation mit Euer Exzellenz darauf aufmerksam gemacht worden, daß es sich nicht um gleichzeitige Räumung Djakowas mit übrigem Norden Albaniens handeln würde, und hat dieses Argument in Petersburg verwertet. Mensdorff.

Nr. 6204. Tel. aus London, 18. März 1913 Nr. 223 (eing. 19. März 9 U. a. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 252 von heute. Ich hatte vor letzter Réunion mit Sir E. Grey im Sinne telegraphischer Weisung vom 13. d. M. Nr. 234 gesprochen. Als ich bei Réunion von meinem deutschen Kollegen hörte, daß seine Regierung absolut gegen jede Kriegsentschädigung sei, glaubte ich nicht als einziger darauf insistieren zu sollen. Heute habe ich Sir E. Grey die von Euer Exzellenz vorgeschlagene Veränderung in der Redaktion des Artikels 4 mitgeteilt. Staatssekretär bemerkte zunächst, die Pariser Kommission werde aus Experten bestehen, nicht aus Politikern; es sei also eigentlich nicht ihre Rolle, über eine derartige prinzipielle Frage zu entscheiden. Er ist nach wie vor gegen Kriegsentschädigung, die eine finanzielle Schwächung der Türkei bedeuten würde. Da voraussichtlich der Türkei die 4%ige Zollerhöhung bewilligt werden wird (natürlich gegen gewisse Konzessionen an England), so wird er diese, welche den englischen Handel schwer treffen wird, vor dem Parlament und der öffentlichen Meinung vertreten müssen. Er wird dies nur tun können, wenn er darauf hinweisen kann, daß durch finanzielle Kräftigung des ottomanischen Reiches eine Erhöhung des englischen Handels dahin zu gewärtigen ist; er wird die Zollerhöhung aber nicht verteidigen können, wenn ihm entgegengehalten würde, daß dieselbe für eine Kriegsentschädigung verwendet wird. Deutschland sei gleich England sehr gegen jede Kriegsentschädigung. Für dieselbe scheinen nur Russland und wir zu sein; Sir E. Grey schien zu glauben, daß sowohl in Petersburg als in Wien man dabei von Rücksichtnahme auf bulgarische Wünsche geleitet ist. Ich werde in der morgigen Réunion die Modifikation zu Artikel 4 vorbringen; muß aber auf Opposition Greys und besonders meines deutschen Kollegen gefaßt sein. Mensdorff.

Tel. nach Rom, 18. März 1913 Nr. 282 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 6194.

Nr. 6205. Tel. nach Rom, 18. März 1913 Nr. 283 (chiffr. 11 U. 55 M. p. m.).a) Konz. (S. Nemes; V. u. G. Berchtold).

Mit meinem Telegramme Nr. 267 vom 12. l. M. waren Euer Exzellenz beauftragt worden, die italienische Regierung darauf aufmerksam zu machen,

daß wir genötigt sein könnten, falls die Londoner Réunion nicht rechtzeitig zu einem Resultate betreffs Abgrenzung und Räumung Albaniens gelangt, im eigenen Wirkungskreise nachdrückliche Maßnahmen zu ergreifen. *... wie n. 6197 von „Die mir heute" bis „Blutvergießen darstellt" ...* In diesem Sinne haben Österreich-Ungarn und Italien seinerzeit Erklärungen in Cetinje abgegeben, ebenso hat Sir E. Grey kürzlich den montenegrinischen Vertreter eindringlich in demselben Sinne gesprochen.[b] Wie wir aus Cetinje hören, habe auch der russische Gesandte sich in ähnlichem Sinne vernehmen lassen.[c] Da Montenegro sich über alle diese Warnungen hinwegsetzt, die Situation in Skutari aber nach dem Obgesagten eine derartige geworden ist, daß wir vom Standpunkte der Humanität und unseres Ansehens nicht länger zuwarten können, weise ich mit Rücksicht auf die Dringlichkeit unseren Vertreter in Cetinje schon jetzt an, die dortige Regierung aufzufordern, den von Rußland auf der Londoner Réunion vorgeschlagenen Abzug der Civilbevölkerung zu gestatten und bis zur Durchführung dieser Maßnahme die Beschießung der Stadt einzustellen. Um dieser Aufforderung den angesichts der provokatorischen Haltung Montenegros nur zu begründeten Nachdruck zu verleihen, beabsichtigen wir die gleichzeitige Entsendung von Kriegsschiffen in die süddalmatinischen Gewässer, von wo aus sie in der Lage sind, in der kürzesten Zeit die montenegrinische Küste zu erreichen, falls unserer Aufforderung keine Folge gegeben würde. Wir zweifeln nicht daran, daß die italienische Regierung unsere Beweggründe würdigen und indem sie sich dieselben auch zu eigen macht, an unserer Demarche in Cetinje teilnehmen wird. Das so erfreuliche enge Einvernehmen, welches bisher bei Behandlung albanesischer Angelegenheiten zwischen Österreich-Ungarn und Italien zutage getreten ist, läßt mich hoffen, daß Italien durch eine Schiffsbewegung seine Absicht bekunde, auch seinerseits dem Schritte in Cetinje den nötigen Rückhalt zu verleihen. Euer Exzellenz wollen sich unverzüglich in diesem Sinne Marquis di San Giuliano gegenüber vernehmen lassen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 6221, 6253 Anm. b. — [b] Vgl. n. 6103. — [c] Vgl. n. 6141.

Tel. nach St. Petersburg, 18. März 1913 Nr. 205 (chiffr. 19 März 1 U. a. m.). Siehe n. 6201.

Nr. 6206. Eigh. Privatschreiben an den russ. Botschafter, 18. März 1913.[a] Konz. (S. Rappaport; V. Berchtold).

Il m' est bien pénible d'apprendre[b] que Mr. Sazonow désirerait revenir encore une fois sur l'affaire des communiqués que je considérais definitivement réglée.

La notice publiée par la „Wiener Allgemeine Zeitung"[c] à laquelle Vous vous référez, n'avait nullement un caractère officieux; elle a été transmise par le „Correspondenz-Bureau" au même tître que les appréciations d'autres organes de la presse Viennoise. Toutefois l'assertion de la „Wiener Allgemeine Zeitung" ne contient aucune inexactitude car — en effet — le Cabinet de Vienne n'a pas adressé à celui de St. Pétersbourg une

déclaration conforme à la teneur de l'information unilatérale de l'Agence de St. Pétersbourg.

La véridicité du Gouvernement Impérial est du reste tout à fait hors de question car il s'agit d'un côté d'une impression générale, et de l'autre du texte précis de communications officielles.

Ce n'est que par la publication totale des instructions données de part et d'autre que l'incident en question pourrait être entièrement élucidé aux yeux du public. Il est évident qu'un pareil procédé provoquerait des commentaires sans fin dans la presse ce qui ne serait pas à l'avantage de nos relations. Toutefois si Monsieur Sazonow insisterait, je ne m'y opposerais pas.

[a]) Vgl. n. 6187, 6207. — [b]) n. 6207. — [c]) Vgl. n. 6187 Anm. b.

Nr. 6207. Privatschreiben des russ. Botschafters, 18. März 1913.[a]) Eigh. Ausfert.

Monsieur Sazonow me donne l'ordre de dire à Votre Excellence qu'il ne peut pas considérer le dernier communiqué transmis par le „Correspondenzbureau"[b]) comme suffisamment explicite. Le même bureau avait publié le communiqué officieux de la „Wiener Allgemeine Zeitung" du 13 Mars[c]) déclarant catégoriquement que jamais le Cabinet de Vienne n'avait fait au Cabinet de St. Pétersbourg une communication conforme à la teneur de l'information unilatérale de notre Agence télégraphique.

Mr. Sazonow désire que le „Fremdenblatt" publie un article ne permettant aucun doute que le Gouvernement Impérial a été véridique dans sa déclaration. Mon Ministre insiste sur ce point. Nicolas de Giers.

P. S. Je serais particulièrement reconnaissant à Votre Excellence si Elle voulait bien me donner une réponse sans retard. La demande de Mr. Sazonow me parait parfaitement légitime.

[a]) Vgl. n. 6187, 6206, 6224. — [b]) Vgl. n. 6187 Anm. b. — [c]) n. 6121.

Nr. 6208. Tel. aus Sofia, 18. März 1913 Nr. 262 (eing. 5 U. 30 M. p. m.). Entziff.

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 139 vom 18. d. Mts. erhalten und Inhalt Konseilspräsident soeben mitgeteilt. Herr Geschoff dankte und sagte: „Oui, pourvu que nous obtenions une indemnité qui compense notre quote-part dans la dette publique nous serons satisfait." Tout à fait confidentiellement je ne vous cacherai pas que nous voulons la paix et que nous voudrions même que les puissances nous l'imposent. Les Turcs acceptent donc la frontière que nous demandons; si l'on nous l'assure et si on nous donne satisfaction au sujet de l'indemnité dans le sens susmentionné, la Bulgarie signera la paix même sans les alliés. Mais les alliés désirent aussi la paix et cèderont certainement sur beaucoup de points. Il faudrait que les puissances agissent vite et qu'on s'entende avant que Scutari ne tombe, ce qui amènerait des complications. Herr Geschoff betonte, daß er mir dies im strengsten Vertrauen mitteile. Tarnowski.

Nr. 6209. Tel. aus Sofia, 18. März 1913 Nr. 264 (eing. 19. März 10 U. a. m.).[a] Entziff.

Bezug auf mein Telegramm Nr. 255[b] vom 16. d. Mts. Herr Danew noch immer nicht nach Petersburg abgereist und seine Mission soll — obwohl Regierung es nicht zugibt — in Frage gestellt sein. Ob wahr, daß Wink aus Petersburg dahinter, konnte noch nicht feststellen. Russischer Kollege will nichts davon wissen; im allgemeinen ist er aber auf Danew nicht gut zu sprechen und sagte mir, Kammerpräsident sei seit dem Kriege keine persona grata mehr in Russland. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 6238. — [b] Mit Tel. Nr. 255, 16. März 1913 (eing. 17. März 8 U. a. m.) wurde Verschiebung beziehungsweise Aufgabe der Reise durch Danew wegen bald erwarteten Falles Adrianopels gemeldet.

Nr. 6210. Bericht aus Sofia, 18. März 1913 Nr. 21 A (eing. 20. März).[a] Ausfert.

Die Krise ist noch nicht beendet, die Ereignisse können sich noch verschiedenartig entwickeln und es wäre verfrüht, ein abschliessendes Urteil über die Wirkung des Balkankrieges auf unsere Beziehungen zu Bulgarien jetzt abgeben zu wollen. Wie sich dieses Verhältnis schliesslich gestalten wird, wird noch von Umständen, vielleicht auch von Zufällen und jedenfalls davon abhängen, in welcher Weise die rumänische Frage gelöst wird, welche Rolle dabei die Mächte und speciell Russland spielen, wie weit sich die Verbündeten unter einander verfeinden werden und last not least, in welchem Masse die Unterstützung, die wir Bulgarien bezüglich Saloniks zu gewähren beabsichtigen, von Erfolg gekrönt sein wird. So vorsichtig und fast pessimistisch ich bis jetzt in der Beurteilung der Situation war und, solange keine normalen Verhältnisse eintreten werden, auch bleiben will, kann ich mich nicht der Ansicht verschliessen, dass die Lage zumindest dermalen keine für uns ungünstige Wendung genommen hat. Das was zu wünschen war und was die conditio sine qua non unseres guten Verhältnisses zu Bulgarien bildete, ist eingetreten: Spannung zwischen den Verbündeten und Unzufriedenheit Bulgariens mit der Politik Russlands. Es kann sich noch, wie gesagt, Verschiedenes günstiger oder weniger günstig gestalten, immerhin aber ist es nicht ohne Bedeutung, dass wir nach so vielen Schwierigkeiten in diesem vorgeschrittenen Stadium der Krise mit der bulgarischen Regierung gut stehen und von dieser letzteren jetzt mit weniger Misstrauen betrachtet werden, als je zuvor. Vor wenigen Wochen noch habe ich, von der Rückwirkung der Krise auf unsere Beziehungen zu Bulgarien sprechend, auch die schlimmsten Eventualitäten in Betracht ziehen zu müssen geglaubt und wagte kaum, die Möglichkeit einer ausgesprochen günstigen Wendung für uns ins Auge zu fassen. Heute, nachdem wir die gefährlichsten Klippen bereits umsegelt haben, scheint mir die schlechteste Alternative einer bleibenden Trübung unserer Beziehungen zu dem Königreiche kaum mehr wahrscheinlich und jene, die das Ziel unserer Bestrebungen bildet, nämlich die gründliche Besserung dieser Beziehungen, in den Bereich der Möglichkeit getreten zu sein. Aller Voraussicht nach wird unser Verhältnis zu Bulgarien

mit dem Ende des Krieges noch keine definitive Form angenommen haben; ce dont il s'agit pour à présent c'est de donner à ces relations un bon pli. Die Hoffnung, dass uns dies gelingen wird, erscheint nunmehr gerechtfertigt. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 6318.

Nr. 6211. Bericht aus Sofia, 18. März 1913 Nr. 21 B (eing. 20. März).[a]) Ausfert.

Ich habe letzter Tage verschiedene oppositionelle Parteiführer zu mir eingeladen und habe ihnen Gelegenheit geboten, in politischen Meinungsaustausch mit mir zu treten. Obwohl ich mich bei diesen Anlässen überzeugen konnte, dass Herr Geschoff trotz der russophilen Tendenz seiner Regierung keine falschen Informationen über unsere Politik verbreitet (mein Telegramm Nr. 243 vom 14. l. Mts.),[b]) hielt ich es doch für richtig und nützlich, den massgebenden Politikern die Möglichkeit zu geben, auch direct Fragen an mich zu richten und in Punkten, die sie praeoccupieren, autentische und genaue Aufschlüsse zu erhalten. Mein Bestreben — jetzt, wo das Ende des Krieges zu nahen scheint — mit den Vertretern aller politischen Richtungen im regeren Contact zu stehen, hat auch diesen besonderen Grund, dass das Cabinet Geschoff den Frieden mit der Türkei — wie hier vielfach behauptet wird — vermutlich nicht lange überleben dürfte und dass es mir opportun erscheint, uns alle eventuellen Anwärter auf die Nachfolgerschaft Geschoffs rechtzeitig vertrauensvoll zu stimmen. Das, was ich den bulgarischen Politikern auf Grund meiner Instructionen sagen konnte, hat die beste Impression gemacht und wurde speciell von den Herren Tontcheff, Radoslavoff und Ghenadieff, die keine Austrophoben sind, mit Befriedigung aufgenommen. Sie betonten alle, dass Bulgarien in Anbetracht der Haltung Griechenlands und insbesondere Serbiens und mit Rücksicht auf die Duplicität der russischen Politik absolut keine Wahl hätte und unbedingt bei der Monarchie Rückhalt suchen müsste. Die erwähnten Parteiführer meinten, dass die Tendenz des Petersburger Cabinets, Serbien auf Kosten Bulgariens zu unterstützen, und die Haltung Russlands in der rumänischen Frage, für welche Haltung der Umstand, dass Rumänien als Ort der Mediationsverhandlungen Petersburg gewünscht habe, bezeichnend wäre, den Bankrott des Russophilismus in Bulgarien herbeiführen würde. Allerdings müsste — so sprachen sich einige meiner Mitredner aus — mit der geradezu fanatischen Zuneigung eines Teiles der gegenwärtigen Regierung zu Russland und daher auch damit gerechnet werden, dass, solange die Partei Daneffs am Ruder bleiben werde, Bulgarien sich kaum entschliessen dürfte, aus der Politik Russlands alle Consequenzen zu ziehen. Seitens sämmtlicher Politiker, mit welchen ich kürzlich Unterredungen hatte, wurde stark unterstrichen, dass eine für Bulgarien demütigende Lösung der rumänischen Frage die Orientierung der bulgarischen Politik im Sinne einer Annäherung an Österreich-Ungarn unmöglich machen würde. Ich unterliess es selbstredend nicht, die Bulgaren zu informieren, dass alle unsere Bemühungen auf eine die beiden Staaten befriedigende Regelung der Controverse gerichtet sind,

wobei ich auch (ohne speciell noch von Salonik zu sprechen) auf den Gedanken, Bulgarien für grössere Concessionen an Rumänien in Macedonien zu compensieren, hinwies, welche Idee richtig verstanden und gut aufgenommen zu sein schien. Im Laufe der Conversationen habe ich einige nicht uninteressante Äusserungen gehört: Herr Tontcheff sagte mir, seit langer Zeit schon wären zwei Strömungen in Bulgarien gewesen, von denen die eine für die Lösung der Balkanfrage im Wege einer Verständigung und Cooperation mit Österreich-Ungarn und die andere für den Bund der Balkanstaaten gewesen wäre. Die am Ruder stehenden Parteien hätten von jeher den letzteren Modus vorgezogen und dazu, dass man sich hier mit demselben allgemein befreundet habe, hätte hauptsächlich der Umstand beigetragen, dass man seitens der Monarchie sehr weitgehende territoriale Pretentionen befürchtete, welche die Grenze des vergrösserten Bulgariens vielleicht nicht einmal bis zum Vardar hätten reichen lassen. Dieses Cliché zu der bulgarischen Geschichte der letzten Jahre hat mich umso mehr überrascht, als ich mich an gewisse Fragen erinnere, die noch 1911 seitens der bulgarischen Staatsmänner an mich gelegentlich gerichtet wurden und aus welchen hervorgeht, dass es eine Zeit gab, in welcher tatsächlich die von Herrn Tontcheff erwähnten zwei Strömungen vorhanden und die Bulgaren unentschlossen gewesen sein dürften, für welche der beiden Richtungen sie sich entschliessen würden. Recht bezeichnend schien es mir, dass Herr Tontcheff anknüpfend an seine Schilderung bemerkte, dass Bulgarien — wie die Dinge jetzt stünden — mehr bekommen haben würde, wenn es die europäische Türkei mit Österreich-Ungarn geteilt hätte. Auch Herr Radoslavoff äusserte sich in ähnlichem Sinn und meinte, dass er nicht zweifle, die schlechten Folgen des Bündnisses Bulgariens mit Serbien und Griechenland würden sich mit Hilfe der Monarchie gut machen lassen. Der Stambulovist Ghenadieff sagte, dass es zu einem Kriege zwischen Bulgarien und Serbien — wenn auch vielleicht nicht gleich jetzt — unbedingt kommen würde, und er wollte von mir erfahren, ob wir in diesem Falle den Bulgaren die Hand reichen würden; Bulgarien würde diesen Krieg mit der Besetzung Serbiens bis Nisch eröffnen. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 6318. — [b]) Richtig 13., nur aufgegeben 14. März 1 U. 50 M. a. m.

Tel. nach Athen, 19. März 1913 Nr. 49 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 6219.

Tel. nach Belgrad, 19. März 1913 Nr. 67 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 6219.

Nr. 6212. Tel. aus Berlin, 19. März 1913 Nr. 141 (eing. 20. März 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Bezugnehmend auf Euer Exzellenz Telegramm von gestern Nr. 230.[b]) Staatssekretär teilt mir mit, Graf Pourtalès telegraphiere, Herr Sazonow habe ihm in der entschiedensten Weise erklärt, dass Russland in der Frage von Diakowa nicht nachgeben könne. Falls Österreich-Ungarn zustimme, dass dieses an Serbien falle, wäre russische Regierung bereit, sich an einer

energischen Kollektivdemarche zu beteiligen, in welcher Montenegro eindringlichst gewarnt würde, die kriegerischen Operationen gegen Skutari fortzusetzen. Russland wäre in diesem Falle ganz damit einverstanden, wenn in dieser Demarche darauf hingewiesen würde, dass — wenn auch Skutari früher fallen sollte — die Stadt der Entscheidung der Grossmächte entsprechend jedenfalls Albanien einverleibt werden würde. Einer nach Diakowa zu entsendenden internationalen (oder, wie Herr Sazonow sich ausdrückt, technischen) Kommission würde Russland nur dann zustimmen, wenn Österreich-Ungarn sich schon im Vorhinein mit der Einverleibung dieser Stadt in Serbien einverstanden erkläre. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 6024, 6254. — [b]) Mit Tel. Nr. 230, 18. März 1913 (chiffr. 19. März 1 U. a. m.) wurde n. 6201 nach Berlin mitgeteilt.

Tel. nach Bukarest, 19. März 1913 Nr. 159 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 6219.

Nr. 6213. Tel. des Generalkonsuls Rudolf Weinzetl aus Cetinje, 19. März 1913 Nr. 56 (eing. 20. März 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Nach Erhalt hohen Telegrammes Nr. 33 vom 18. d. Mts., das mir erst heute früh zugestellt wurde, habe ich mich im Automobil ins Hauptquartier begeben, um die aufgetragene Démarche bei Seiner Majestät dem König auszuführen. Da Höchstderselbe leidend war und mich nicht empfangen konnte, übermittelte ich ihm durch den Hofmarschall ein mitgebrachtes, im Sinne der hohen Weisung verfasstes Aide-mémoire, indem ich außerdem den Hofmarschall auf den Ernst des Schrittes besonders aufmerksam machte. Die mir schriftlich überbrachte Antwort des Königs lautet: Er bedauere zu hören, daß die Folgen des Bombardements so traurige waren, insbesonders was die fremden Institutionen anbelange, die zu schonen er ausdrücklich empfohlen hätte. Er habe indessen seither Befehl gegeben, das Feuer nicht mehr auf Stadt, sondern auf die Befestigungen zu (richten)[b]). Was aber den Auszug der Zivilbevölkerung Skutaris betreffe, könne er aus militärischen Gründen den gegenständlichen Beschluß seiner Regierung[c]) nicht (abändern[b]). Regierung, bei welcher ich Démarche wiederholte, gab analoge Antwort. Hervorhebung des Ernstes des Schrittes machte weiter keinen Eindruck. Weinzetl.

[a]) Oe. U. Balkan 175 Nr. 330. Vgl. n. 6253, 6259. — [b]) Chiffre fehlt. — [c]) Mit Bericht Nr. 24 C, 14. März 1913 (eing. 17. März) wurde aus Cetinje über den Verlauf der Kollektivdemarche bezüglich Auszuges der Zivilbevölkerung aus Skutari und die Antwort der montenegrinischen Regierung berichtet. (Auszug der Konsuln und fremden Kolonien aus Skutari wird gestattet, jener der einheimischen Bevölkerung verweigert.)

Tel. nach Konstantinopel, 19. März 1913 Nr. 158 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 6219.

Tel. nach London, 19. März 1913 Nr. 255 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 6219.

Nr. 6214. Tel. aus London, 19. März 1913 Nr. 224 (eing. 20. März 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 254 von heute. Ich habe Inhalt soeben mit Sir E. Grey besprochen. Als ersten Eindruck sagte Grey, er würde Inhalt meiner Mitteilung nach Petersburg telegraphieren und beifügen, er könne persönlich nur die Verantwortlichkeit übernehmen, eine unparteiische Kommission zu bestellen. Er müsste sich jedenfalls darüber mit Wien und Petersburg in Verbindung setzen, was immerhin einige Zeit in Anspruch nehmen würde. Staatssekretär will Herrn Sazonow nahelegen, ob es inzwischen nicht möglich wäre, dass sofort eine deutliche Erklärung der Mächte gegeben werde, dass die Mächte bestimmt hätten, Skutari müsse zu Albanien gehören; die Frage von Diakowa sei der einzige Punkt, der noch nicht entschieden und noch in Diskussion stehe. Inzwischen würde Serbien in der Okkupation der Stadt Diakowa nicht behindert werden. Auf eine Bemerkung meinerseits gab Sir E. Grey zu, dass, falls die Erklärung bezüglich Zugehörigkeit Skutaris zu Albanien erfolgen kann, man auch beifügen sollte, dass die Belagerung Skutaris aufgehoben werden soll. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 6216, 6231.

Nr. 6215. Tel. aus London, 19. März 1913 Nr. 226 (eing. 20. März 8 U. a. m.).[a] Entziff.

La réunion est d'avis que des instructions soient envoyées aux représentants des puissances à Constantinople, Belgrade, Sophia, Athènes et Cettigné pour leur prescrire de faire connaître collectivement aux gouvernements auprès desquels ils sont accrédités, les quatre points constituant les bases d'une négociation de paix. Les représentants des puissances déclareront en même temps que dès l'acceptation de ces bases les hostilités devront prendre fin. Sir Edward envoie des instructions des faire la démarche, si omnes. Mensdorff.

[a] Oe. U. Balkan 176 Nr. 332. Vgl. n. 6163, 6216, 6462, 6472.

Nr. 6216. Tel. aus London, 19. März 1913 Nr. 227 (eing. 20. März 8 U. a. m.).[a] Entziff.

In Ergänzung meines gestrigen[b] Telegrammes Nr. 224 und meines heutigen Nr. 226. Ich habe bei heutiger Réunion den Vorschlag vorgebracht, Punkt 4 der bases des négociations in dem von Euer Exzellenz vorgeschlagenen Sinne abzuändern. Sir E. Grey sowie sämtliche Kollegen und auch der russische Geschäftsträger, der den erkrankten Grafen Benckendorff vertrat, erklärten, dass ihre Regierungen die von der Réunion vorgeschlagene Redaktion der vier Punkte angenommen hätten. Ferner, dass in der von mir vorgeschlagenen Änderung die Möglichkeit einer Kriegsentschädigung offen gelassen wird, was den Ansichten der übrigen Regierungen nicht entsprechend. Auch, dass jede Verzögerung von Nachteil wäre. Unter diesen Umständen bat ich die Réunion, von meinem Abänderungsvorschlag

Akt zu nehmen und erklärte, die heutige Resolution (Telegramm Nr. 226) Euer Exzellenz vorzulegen. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 6237. — [b]) n. 6214, ausgestellt 18., aufg. 19. März 7 U. 20 M. p. m.

Nr. 6217. Bericht aus London, 19. März 1913 Nr. 30 (eing. 21. März).[a]) Ausfert.

Bei der heutigen Botschafter-Réunion hat der italienische Botschafter beiliegenden Vorschlag[b]) bezüglich der Südgrenze Albaniens eingebracht. Eine Diskussion darüber hat nicht stattgefunden. Sir Edward Grey ersuchte uns, dieselbe auf die nächste Sitzung zu verschieben, nachdem er den Vorschlag erst von dem kompetenten Departement des Foreign Office durchstudieren lassen möchte. Gleichzeitig proponierte Marquis Imperiali in seinem sowie in meinem Namen, dass der rumänische Gesandte eingeladen werde, vor der Reunion die Ansichten und Wünsche seiner Regierung bezüglich der in Albanien befindlichen Kutzowalachen vorzubringen. Dies wurde angenommen und Sir E. Grey wird Herrn Mişu auffordern, bei unserer nächsten Zusammenkunft, am Dienstag der Osterwoche, zu erscheinen. Mensdorff.

[a]) Oe. U. Balkan 176 Nr. 331. — [b]) Beilage.

Beilage zu n. 6217.

La frontière partirait de la rive méridional du lac d'Okhrida entre le couvent de St. Naoum qui resterait hors de l'Albanie et le bourg de Starova et suivrait d'abord les hauteurs entre le lac de Malik (ou lac de Soviani) d'un côté et le lac de Presba de l'autre côté, puis la crête des collines formant le partage d'eau entre les bassins du Dévol et de la Bistritza (Haliacmon) en laissant le district de Kortcha (Koritza) à l'Albanie. Elle se dirigerait ensuite passant à l'ouest de Kastoria. Lapsista et Grévéna lesquelles villes resteraient hors de l'Albanie vers le sud sur le village de Kipourio au sud-ouest de Grévéna et suivrait puis les crêtes qui forment la ligne de séparation entre les bassins: au nord: de la Voioussa et de ses tributaires, au sud du Salamvrias, de l'Arta et de leurs tributaires jusqu'à la source du Kalamas dans le voisinage du Han Kalabaki laissant au sud la ville de Janina ainsique Metzovo qui resteront acquis à la Grèce. La frontière suivrait puis le thalweg du Kalamas jusqu'au point le plus rapproché à Aidonat (Paramythia) d'où laissant ce district et celui de Murgheltche (Margariti) à l'Albanie, elle passerait par la crête des montagnes au sud au village de Glykys et suivrait le thalweg de la rivière Glykys jusqu'à son embouchure dans la mer Jonienne sur la rade de Phanari (ou Porto di Spianza).

Nr. 6218. Tel. nach Paris, 19. März 1913 Nr. 173 (chiffr. 9 U. p. m.).[a]) Abschrift.

Ersuche Euer Exzellenz um Veranlassung, dass die im dortigen Telegramme Nr. 45 vom 14. d. Mts. genannte Persönlichkeit während ihres

Aufenthaltes in Paris unauffällig durch Privatdetektiv genau invigiliert werde. Kosten Dienstrechnung mit Berufung auf dieses Telegramm ohne Angabe des Verwendungszweckes. Wichtige Wahrnehmungen bitte zu telegraphieren.

Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6232.

Nr. 6219. Tel. nach Paris Nr. 174 (1), London Nr. 255 (2), St. Petersburg Nr. 206 (3), Konstantinopel Nr. 158 (4), Bukarest Nr. 159 (5), Sofia Nr. 142 (6), Athen Nr. 49 (7), Belgrad Nr. 67 (8) und Rom-Vatikan Nr. 14 (9), 19. März 1913 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; V. Rappaport u. Berchtold; G. Berchtold).

1.—9. ... *wie n. 6197 vom Anfang bis „nicht länger zuwarten können“* ... weise ich mit Rücksicht auf die Dringlichkeit einer Rettungsaktion für die Einwohnerschaft der genannten Stadt unseren Vertreter in Cetinje schon jetzt an, die dortige Regierung [aufzufordern,] den von

1.—4. Rußland auf

1.—9. der Londoner Réunion vorgeschlagenen Abzug der Zivilbevölkerung zu gestatten und bis zur Durchführung dieser Maßnahme die Beschießung der Stadt einzustellen. Um dieser Aufforderung nötigenfalls Nachdruck verleihen zu können, erfolgt gleichzeitig die Entsendung von Kriegsschiffen in die süddalmatinischen Gewässer. Letztere Maßregel erscheint übrigens auch durch die herausfordernde Haltung begründet, welche Montenegro bezüglich einer Reihe anderer Pendenzen spezifisch österreichisch-ungarischer Interessen gegenüber bekundet.

1.—3. u. 5. Ich ersuche Euer etc. Vorstehendes ungesäumt zur vertraulichen Kenntnis der dortigen Regierung zu bringen.

4. Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information.

6.—8. Vorstehendes (mit Ausschluß des nur für Euer etc. bestimmten Passus über die Entsendung von Kriegsschiffen) wollen Euer etc. zur

6.—7. vertraulichen

6.—8. Kenntnis der dortigen Regierung bringen.

9. Vorstehendes wollen Euer Durchlaucht zur streng vertraulichen Kenntnis der Kurie bringen, jedoch mit Ausschluß des Passus über die Entsendung von Kriegsschiffen.

[a]) Vgl. n. 6234, 6245 Anm. a, 6253, 6259, 6263.

Nr. 6220. Tel. des Vizekonsuls Tibor von Pözel aus Prisren, 19. März 1913 Nr. 21 (eing. 7 U. p. m.).[a]) Entziff.

Herr Erzbischof heute aus Diakowa zurückgekehrt; Reise hatte nicht das erhoffte Resultat. Erzbischof konnte infolge perfiden Verhaltens montenegrinischer Regierung eine gewaltsame Konvertierung von Katholiken nicht verhindern. Er musste sogar im Hofe Konaks ohnmächtig zusehen, wie Sonntag etwa 400 Katholiken, umgeben von Militär, weinend und gebrochen in die orthodoxe Kirche überführt wurden. Sechs katholische Dörfer, Bezirk Diakowa, bereits zum Orthodoxismus übergegangen, die restlichen 16 werden dasselbe tun müssen, falls nicht sofortige Abhilfe. Montenegro hat

offen Parole ausgegeben, entweder orthodox oder Tod. Auch die Mohammedaner massenhaft gezwungen, neuen Glauben anzunehmen. Seit einigen Tagen haben die Verfolgungen gegen die Katholiken, denen man Sympathien für die Monarchie vorwirft, und gegen Mohammedaner auch in dem Bezirke Ipek energisch eingesetzt; wie verlautet, werden dort in der Stadt jetzt täglich an 25 Albanesen ermordet. Albanesische Bevölkerung jener Gebiete, auch katholische, beginnt massenhaft unter Zurücklassung von Hab und Gut auf serbisches Territorium zu fliehen. Herr Erzbischof erbittet dringendst Hilfe der Schutzmacht. Schritte in Cetinje allein ohne ...[b] ganz wirkungslos, Schutz, und zwar ein effektiver muss an Ort und Stelle stattfinden. Erzbischof begrüsst dankend Euer Exzellenz Absicht, Delegierten behufs Untersuchung der Angelegenheit zu entsenden, doch müsste dies geschehen, ehe zu spät. Oberhirt ist bereit, selbst während der Osterfeiertage sofort wieder Reise anzutreten, doch sollte betreffender Delegierter mit größtem Nachdruck auftreten und verfolgte Katholiken mit Erfolg beschützen können. Mohammedanische Serben und Katholiken warten gespannt auf unsere Aktion. Falls Kultusprotektorat nur ein Begriff bleibt und die Katholiken bei den Serben Schutz gegen die Montenegriner suchen müssen, ist zu befürchten, dass Ansehen der Schutzmacht vollkommen verloren geht. Bericht folgt. Gleichlautend Belgrad 14, Cetinje 64. Pözel.

[a] Vgl. n. 6229. — [b] Chiffre fehlt.

Nr. 6221. Tel. aus Rom, 19. März 1913 Nr. 138 (eing. 20. März 9 U. a. m.). Entziff.

Auf Grund hohen Telegrammes vom 18. d. Mts. Nr. 283 hatte ich heute lange Unterredung mit Minister des Äussern. Über die Art der Beschießung von Skutari schien derselbe überrascht zu sein und behauptete, keine analogen Konsularmeldungen zu besitzen. Das Verlangen nach Abzug der Zivilbevölkerung bezeichnet er als unüberlegt und gänzlich unpraktikabel. Mit Ironie bemerkte er, Skutari habe über 35.000 Einwohner. Habe man überdacht, was mit denselben geschehen solle, wo sie à la belle étoile wohnen, wer sie ernähren würde, was mit den Frauen, Kindern, Greisen und Kranken geschehe? Nicht aus Paris oder Wien, geschweige denn aus Skutari und in dem unwirtlichen Albanien sei ein solcher Exodus möglich. Zudem sei nach den letzten Nachrichten das Bombardement dermalen überhaupt eingestellt. Er sei übrigens bereit, in Cetinje eine neuerliche Démarche zu unternehmen, um auf die definitive Einstellung der Beschießung von Skutari oder doch auf die Verschonung der Christen und ausländischen Ubikationen sowie auf den eventuellen Abzug der Konsulen und der Fremden hinzuwirken. Jeden weiteren Schritt, und insbesondere eine Flottendemonstration — welcher Gedanke ihn sehr zu impressionieren schien — hielte er nicht nur für äusserst gefährlich, sondern auch vor allem dermalen noch verfrüht, da einerseits Bombardement eben jetzt eingestellt sei, anderseits man in London nach dem letzten Entgegenkommen bezüglich Djakovas an der Schwelle der definitiven Einigung stehe. Nach derselben könnte eventuell eine eindrucksvolle Gesamtdémarche der Mächte in Cetinje und Belgrad

gemacht werden. Würde sich in der einen oder der anderen Richtung die Situation verschlechtern, dann erst könnte man an ernstere Massregeln denken. Übrigens frage er sich, was die Schiffe machen sollten, da an der montenegrinischen Küste nur unbefestigte kleine Orte und nackte Felsen seien. Habe man das überlegt? Nach langer Diskussion bewog ich den Minister, über meine Démarche an den in Piemont befindlichen Ministerpräsidenten zu telegraphieren. Möglichst umgehende Aufklärungen über die Idee des Abzuges der Zivilbevölkerung von Skutari und über die eventuellen konkreten Aufgaben der Kriegsschiffe wären mir für meine nächste Unterredung wertvoll. Mérey.

Nr. 6222. Tel. aus Rom, 19. März 1913 Nr. 140 (eing. 20. März 8 U. a. m.). Entziff.

Heute teilte ich dem Minister des Äußern vertraulich Inhalt hohen Telegrammes vom 18. d. Mts. Nr. 284[a]) mit. Die Sir E. Grey von Euer Exzellenz anheim gegebene Fakultät interpretierten wir beide dahin, daß offenbar englischer Staatssekretär nicht individuell die Mitglieder der Kommission zu bestimmen, sondern zu entscheiden hätte, ob dieselbe nur von einigen Mächten, und von welchen, zu bilden wäre. Marquis di San Giuliano konstatierte mit Befriedigung, daß Euer Exzellenz hiedurch auch in der Frage von Diakowa Rußland ein weiteres wesentliches Entgegenkommen bezeigen, was ein nahes völliges Einvernehmen erhoffen lasse. Mérey.

[a]) Mit Tel. Nr. 284, 18. März 1913 (chiffr. 19. März 1 U. a. m.) wurde n. 6201 nach Rom mitgeteilt.

Nr. 6223. Tel. aus Rom, 19. März 1913 Nr. 145 (eing. 20. März 8 U. a. m.). Entziff.

Die in dem hohen Telegramme vom 17. d. M. Nr. 280 entworfene Redaktion des Punktes 4 der den Balkanstaaten vorzuschlagenden Friedensbedingungen erscheint dem hiesigen Minister des Äussern ganz entsprechend. Mérey.

Tel. nach Rom-Vatikan, 19. März 1913 Nr. 14 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 6219.

Tel. nach St. Petersburg, 19. März 1913 Nr. 206 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 6219.

Nr. 6224. Tel. aus St. Petersburg, 19. März 1913 Nr. 94 (eing. 20. März 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Herr Sazonow teilt mir soeben mit, dass die die Entlassungen der Reservisten verfügenden telegraphischen Ordres morgen in alle Teile des Reiches hinausgehen werden. Thurn.

[a]) Vgl. n. 6207, 6291.

Nr. 6225. Tel. aus St. Petersburg, 19. März 1913 Nr. 95 (eing. 20. März 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Ich teilte heute Herrn Sazonow die mit Telegramm Nr. 205 von heute seitens Euer Exzellenz bekanntgegebene Geneigtheit mit, unter den bewussten Bedingungen die Zusammensetzung der Kommission, welche über die Zugehörigkeit Diakowas zu entscheiden hätte, Sir E. Grey zu überlassen. Der Herr Minister gab mir zwar keine definitive Antwort und sagte mir zunächst blos, er werde Graf Benckendorff mit entsprechenden Instruktionen versehen; doch konnte ich aus seinen weiteren Äusserungen ersehen, dass er das in diesem Vorschlage enthaltene Entgegenkommen Euer Exzellenz nicht unterschätzt und scheint es mir nicht unwahrscheinlich, dass er auf die Proposition Euer Exzellenz eingehen wird. Ich machte bei dieser Gelegenheit den Herrn Minister auch darauf aufmerksam, dass, wenn er seine Zustimmung zur Zugehörigkeit Skutaris zu Albanien nur als eine konditionelle bezeichnet habe, ebenso auch unsere bisher auf der Londoner Konferenz gemachten Konzessionen nur einen bedingungsweisen Charakter hätten, und dass, wenn keine endgiltige Einigung erzielt werde, wir auf unsere ursprünglichen Forderungen zurückkommen müssten. Herr Sazonow machte gegen diese Mitteilung keine Einwendungen und bezeichnete dieselbe als ganz natürlich. Da mir aus einer vertraulichen Mitteilung meines deutschen Kollegen bekannt war, dass Herr Sazonow sich ihm gegenüber erst gestern in der bestimmtesten Weise dahin ausgesprochen hatte, dass, falls die Diakowafrage in seinem Sinne ausgetragen werden würde, er keine Bedenken dagegen hätte, über die bisher besprochenen Grenzen Albaniens und insbesonders über die Zuweisung Skutaris an dasselbe eine unter allen Umständen bindende Abmachung zu treffen, die auch durch den eventuellen Fall dieser Stadt nicht mehr beeinflusst werden könnte, und ich andererseits den Eindruck hatte, dass die Zusammensetzung der Kommission durch Sir E. Grey die bisherigen Bedenken Herrn Sazonows zerstreuen dürfte, frug ich denselben, ob er denn nicht finde, dass, wenn der letzte, die Diakowafrage betreffende Vorschlag Euer Exzellenz jetzt zur Ausführung gelange, der Moment gekommen sei, um die übrigen Teile der Delimitation im Sinne der bisherigen Beschlüsse der Botschafterréunion definitiv festzulegen. Herr Minister antwortete mir, dieser Gedanke sei auch ihm schon gekommen und wolle er denselben ernstlich in Erwägung ziehen. Zum Schlusse bemerkte Herr Sazonow, auf den die vorstehend wiedergegebene Konversation sichtlich einen günstigen Eindruck gemacht hatte: „Il me semble que nous avons fait un grand pas en avant." Thurn.

[a] Oe. U. Balkan 175 Nr. 329. Vgl. n. 6188, 6235.

Tel. nach Sofia, 19. März 1913 Nr. 142 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 6219.

Nr. 6226. Tel. aus Belgrad, 20. März 1913 Nr. 155 (eing. 21. März 8 U. a. m.). Entziff.

Nach der Mitteilung des aus Sofia zurückgekehrten bulgarischen Gesandten scheint man dort sehr friedensbedürftig zu sein. Den Äußerungen

meines bulgarischen Kollegen glaube ich entnehmen zu können, dass sich die Bulgaren mit der Grenzlinie Midia—Ergene—Enos zufriedenstellen werden. Auch in der Entschädigungsfrage dürften sie nachgeben und wären zufrieden, wenn sich Entschädigung und die zu übernehmende türkische Staatsschuld gegenseitig aufheben würden. Auf die bezüglich der Kapitulationen gestellten Forderungen scheint man in Sofia kein besonderes Gewicht zu legen. Auch Rumänien gegenüber scheint man zu Konzessionen bereit zu sein, dagegen hat sich die Stimmung Serbien gegenüber verschlechtert und man will von Nachgiebigkeit nichts wissen. Ugron.

Tel. nach Berlin, 20. März 1913 Nr. 233 (chiffr. 4 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 6236.

Nr. 6227. Tel. nach Berlin Nr. 238 (1) und Rom Nr. 292 (2), 20. März 1913 (chiffr. 12 U. 50 M. p. m.).a) Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

1.—2. Die Schwierigkeiten, denen eine Einigung der Mächte über die formale Vorgangsweise in der rumänisch-bulgarischen Mediationsaktion begegnet, sind im Grunde genommen auf die tatsächliche oder vermutete Gegensätzlichkeit der Auffassungen über das Meritum der zu treffenden Entscheidung zurückzuführen. Um zu einem Resultate zu kommen — und speziell die Dreibundmächte müssen ja eine Verschleppung der Frage aus Rücksicht auf Rumänien zu vermeiden trachten — halte ich es daher für zweckmäßig, von einer weiteren Erörterung darüber, was zu geschehen hätte, wenn ein einhelliger Beschluß der Mächte nicht zustande zu bringen wäre, abzusehen und zu versuchen, durch Verhandlungen über das Meritum eine Lösung zu finden, die von allen Mächten acceptiert wird. Mit dieser Aufgabe hätte sich, analog mit dem in London beobachteten Vorgange, die Réunion der Botschafter in St. Petersburg zu befassen, zu der Herr Sazonow den Grafen Thurn bereits im Prinzipe eingeladen hat. Ich beabsichtige daher, dem russischen Kabinet durch Grafen Thurn mitteilen zu lassen, daß wir bereit seien, an den — geheim zu haltenden — Petersburger Beratungen teilzunehmen, wobei wir im Sinne des oben Gesagten von dem Grundsatze ausgehen, daß die Aufgabe der Réunion die Herbeiführung einer einstimmigen Entscheidung der Mächte zu bilden habe und von einem Beschlusse per majora daher selbstverständlich keine Rede sein könne. Euer Exzellenz wollen hievon

1. den Herrn Staatssekretär
2. Marquis di San Giuliano

1.—2. mit dem Beifügen in Kenntnis setzen, daß es mir sehr erwünscht wäre, wenn das dortige Kabinett eine gleichlautende Mitteilung an die russische Regierung richten würde. Was die Instruktionen anbelangt, die ich an Grafen Thurn in meritorischer Beziehung zu richten gedenke, wollen Euer Exzellenz sich

1. zu Herrn von Jagow
2. zum Herrn Minister

1.—2. folgendermaßen äußern:

1. In voller Übereinstimmung mit den Ansichten des deutschen Kabinetts halte ich es für unerläßlich, daß die Dreibundmächte mit Rücksicht

auf das enge Verhältnis Rumäniens zu ihnen und im Interesse der Erhaltung ihrer Stellung in Bukarest auf der Abtretung Silistrias bestehen. Wie ich in meinem jüngsten Privatschreiben an Herrn von Jagow[b]) des näheren ausgeführt habe, wäre aber, falls Bulgarien Silistria ohne jede Kompensation an Rumänien zedieren müßte, in absehbarer Zeit ein Konflikt zwischen den beiden Staaten zu erwarten, der sicherlich eine große Gefahr für den europäischen Frieden bedeuten würde. Es muß unser Ziel sein, nicht nur Rumänien auf unserer Seite zu erhalten, sondern uns bis zu einem gewissen Grade auch auf Bulgarien stützen zu können, oder doch wenigstens zu verhüten, daß letzteres sich ganz Rußland und der Triple-Entente anschließe. Von dieser seit Jahren konsequent im Auge behaltenen natürlichen Richtlinie unserer Politik könnten wir keineswegs abgehen und dürfen uns der Erwartung hingeben, daß das deutsche Kabinet uns in dieser grundlegenden Frage der Balkanpolitik unterstützen wird. Graf Thurn wird demnach den Auftrag erhalten, den dem deutschen Kabinet bekannten Kompromißvorschlag der Zuweisung Silistrias an Rumänien und Saloniks an Bulgarien, der auch von Italien vertreten werden wird, in der Réunion vorzubringen und ich würde größten Wert darauf legen, wenn Graf Pourtalès in die Lage versetzt würde, seinen österreichisch-ungarischen Kollegen in dieser Frage zu unterstützen.

2. In Übereinstimmung mit den Anschauungen der italienischen Regierung beabsichtige ich, Graf Thurn zu beauftragen, in der Botschafterréunion für die Cession von Silistria an Rumänien, gleichzeitig aber auch für die Zuweisung Saloniks an Bulgarien einzutreten. Ich hoffe, daß auch das deutsche Kabinet seine Bedenken gegen diesen Vorschlag aufgeben wird, an dem ich übrigens jedenfalls festhalten will. Angesichts unseres identischen Standpunktes in dieser Frage halte ich es für angezeigt, daß unsere beiderseitigen Vertreter in Petersburg die besprochene Proposition im Einvernehmen mit einander (eventuell mit dem deutschen Botschafter) in der Réunion vorbringen und beabsichtige, Graf Thurn in diesem Sinne zu instruieren. Ich wäre Marquis di San Giuliano dankbar, wenn er analoge Weisungen an Marquis Carlotti ergehen ließe. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6174, 6228, 6246, 6255, 6265. — [b]) Vom 13. März.

Tel. nach Berlin, 20. März 1913 Nr. 239 (chiffr. 21. März 12 U. 15 M. a. m.). Siehe n. 6230.

Nr. 6228. Tel. aus Berlin, 20. März 1913 Nr. 144 (eing. 10 U. p. m.).[a]) Entziff.

Mit Bezugnahme auf Euer Exzellenz gestriges Telegramm Nr. 232.[b]) Staatssekretär, dem Euer Exzellenz durch Herrn von Tschirschky vermittelte Antwort bereits vorlag, sagt mir, er teile zwar nicht Euer Exzellenz Ansicht, daß die Annahme des Majoritätsprinzips ein gefährliches Präzedens für die Zukunft wäre, da dies seines Wissens schon bei verschiedenen internationalen Konferenzen zur Geltung gebracht wurde, dessenungeachtet habe er infolge Euer Exzellenz Bedenken auch die Swerbejewsche Anregung fallen gelassen. Er befürchte aber, daß ein einheitlicher Beschluß der Mächte,

wie er ihm ebenso wie Euer Exzellenz wünschenswert erscheine, nicht zu erreichen sein werde. Was Euer Exzellenz Vorschlag Silistria—Salonik betreffe, auf welchen Hochdieselben wieder zurückgekommen sind, so müsse er im Namen der deutschen Regierung erklären, daß sie diesem Vorschlage umsoweniger zustimmen könne, als nach der Bluttat in Salonik[c] nun ein neues Moment für die definitive Besitzergreifung Saloniks durch Griechenland vorliege. Szögyény.

[a] Vgl. n. 6227, 6255. — [b] Mit Tel. Nr. 232, 19. März 1913 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.) wurde n. 6174 nach Berlin mitgeteilt. — [c] Ermordung König Georgs von Griechenland am 18. März. Pol. Chron. d. ö.-u. Mon. 1913, 108.

Tel. nach Bukarest, 20. März 1913 Nr. 158 (chiffr. 4 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 6236.

***Nr. 6229.** Tel. an den Generalkonsul Rudolf Weinzetl in Cetinje, 20. März 1913 Nr. 37 (aufg. 21. März 1 U. a. m.).[a] Konz. (S. Schreibmaschine nach Vorentwurf Rappaports u. Musulins; V. u. G. Berchtold).*

Erhalten Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 53 vom 18. l. M. und Telegramm aus Prisren Nr. 64[b] vom 19. l. M. Ich ersuche Euer Hochwohlgeboren, Nachstehendes — unter gleichzeitiger Mitteilung an Seine Majestät König Nikolaus — der dortigen Regierung zur Kenntnis bringen zu wollen: „Mit Rücksicht auf die obenzitierte Meldung aus Prisren werden Erzbischof Monsignore Miedia und Konsulatsgerent von Pözel an einem Tage, den wir der montenegrinischen Regierung nachträglich bekanntgeben werden, eine gemeinsame Reise nach Djakowa und Umgebung antreten. Der Zweck dieser Reise besteht in der Wiederherstellung des konfessionellen status quo ante nicht nur bezüglich der am 15. l. M. durch das montenegrinische Militär in die orthodoxe Kirche überführten 400 Katholiken, sondern auch aller übrigen auf gewaltsamem Wege erzwungenen Glaubensübertritte, für deren sofortige Rückgängigmachung uns die montenegrinische Regierung verantwortlich ist. Hiebei wird dem Herrn Erzbischofe die Aufgabe zufallen, die Wiederaufnahme der zum Abfalle gezwungenen Katholiken in den Schoß der Kirche unter den hiefür vorgeschriebenen Förmlichkeiten zu vollziehen, wogegen Herrn Pözel neben der Assistenz des Kirchenfürsten in seinem Verkehre mit den Okkupationstruppen auch die Konstatierung montenegrinischer Übergriffe in jener Gegend obliegen wird. Wir erwarten von der montenegrinischen Regierung die umgehende Rückäußerung, daß sie unverzüglich alle nötigen Veranlassungen treffen wird, um unserem Verlangen gerecht zu werden und die anstandslose Durchführung der Mission Monsignore Miedias und Herrn von Pözels zu sichern. Von der Antwort der königlichen Regierung auf Ihre Demarche sowie von dem Ergebnisse der Reise des Erzbischofs und des Gerenten werden die weiteren Entschließungen der k. u. k. Regierung abhängen, welche von den weittragendsten Folgen für Montenegro begleitet sein könnten". Überdies wollen Euer Hochwohlgeboren die in Ihrem eingangszitierten Telegramme angekündigten 3 Noten, falls die Originalien noch in Ihren Händen sein sollten, der dortigen Regierung zurückstellen und dies unter Berufung auf meinen

Auftrag mit dem ungebührlichen Tenor dieser Piècen begründen. Sollten die Originalnoten anher vorgelegt worden sein, so werden dieselben Euer Hochwohlgeboren zu dem ebenerwähnten Zwecke zurückgesendet werden; doch wollen Sie jedenfalls schon jetzt der montenegrinischen Regierung die bevorstehende Rückstellung derselben mit obiger Motivierung ankündigen. Was den sonstigen Inhalt Ihres obzitierten Telegrammes betrifft, so gibt derselbe zu folgenden seitens Euer Hochwohlgeboren der dortigen Regierung gegenüber zu formulierenden Bemerkungen respektive Forderungen Anlaß: Die montenegrinischerseits bezüglich der Ermordung P. Palić gegebenen Aufklärungen betrachten wir als absolut ungenügend und müssen vielmehr fordern, daß alle an der Verhaftung, Mißhandlung und Erschießung des genannten Franziskanerpaters beteiligten Personen im Wege einer neuerlichen regelrechten Enquête zur Verantwortung gezogen werden und daß ein Vertreter der Protektoratsmacht eingeladen werde den Erhebungen beizuwohnen. Die Bemerkung der montenegrinischen Regierung, daß sie „unsere" Forderung nach Zulassung einer Untersuchung durch den Erzbischof nicht bewilligen könne, müssen wir als Verletzung unserer Protektoratsrechte und als ungebührlich zurückweisen; in gleicher Weise müssen wir auch gegen die Berufung auf angebliche Souveränitätsrechte Montenegros protestieren, da solche Rechte einer okkupierenden Macht in dem provisorisch besetzten Gebiete bekanntlich gar nicht zustehen können.

Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6248 Anm. a, 6260, 6263 Anm. b, 6283, 6308. — [b]) n. 6220 (Nr. 64 nach Cetinje; nach Wien Nr. 21).

Nr. 6230. Tel. nach London Nr. 259 (1), St. Petersburg Nr. 212 (2), Berlin Nr. 239 (3), Rom Nr. 294 (4) und Paris Nr. 180 (5), 20. März 1913 (chiffr. 21. März 12 U. 15 M. a. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; V. Pogatscher u. Berchtold; G. Berchtold).

1. Euer Exzellenz wollen Sir E. Grey ungesäumt aufsuchen und ihm in meinem Auftrage sagen, daß die mir unaufhörlich zukommenden Nachrichten über die verzweifelte Lage der in Skutari eingeschlossenen Nichtkombattanten und die in den okkupirten Gebieten von den Verbündeten begangenen Gewaltakte gegen die dortige albanesische und katholische Bevölkerung mich veranlassen, die humanitären Rücksichten den politischen Erwägungen voranzustellen. Jene Umstände bekräftigen mich in der Überzeugung, daß einerseits die rascheste Feststellung der Delimitirung Albaniens und dessen Räumung dringend notwendig ist und andererseits im Sinne unseres bisher stets vertretenen Standpunktes für einen wirksamen Schutz der katholischen und albanesischen Minoritäten in den an Serbien und Montenegro fallenden neuen Gebieten vorgesorgt werden muß. Unter der mir selbstverständlich erscheinenden Voraussetzung einer prinzipiellen Zusage betreffs dieses Schutzes seitens der Großmächte habe ich mich zum Verzichte auf die Zugehörigkeit der Stadt Djakova zu Albanien entschlossen. Selbstverständlich ist dieses unser Entgegenkommen an die Zusicherung der anderen Kabinette gebunden, daß die Nord- und Nordostgrenze

Albaniens auch bezüglich der Bojana und des Skutariseeufers unseren bekannten Wünschen gemäß festgesetzt, sowie daß die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten und rascheste Räumung der Albanien zugesprochenen Gebiete seitens Serbiens und Montenegros von den Vertretern der sechs Großmächte in Belgrad und Cetinje nachdrücklichst gefordert und durchgesetzt werden soll. Angesichts dieses meines Entgegenkommens in der Frage von Djakova würde im Falle einer Einigung im obigen Sinne die Zusammenstellung einer Commission entfallen.

2.—5. Ich telegraphiere unter einem an Grafen Mensdorff wie folgt: (Inseratur Telegramm sub 1 in extenso.) Vorstehendes zur streng vertraulichen Mitteilung an die dortige Regierung. Berchtold.

a) Oe. U. Balkan 177 Nr. 333. Vgl. n. 6244, 6247, 6254, 6262, 6263, 6270, 6290.

Nr. 6231. Tel. aus London, 20. März 1913 Nr. 228 (eing. 21. März 8 U. a. m.).a) Entziff.

Streng vertraulich. Im Nachhange zu meinem gestrigen Telegramm Nr. 224. Sir E. Grey sagte mir eben, er habe heute ein Telegramm aus Petersburg erhalten, das er aber nur flüchtig durchlesen konnte. Demzufolge habe Herr Sazonow den Vorschlag Euer Exzellenz betreffend Zusammensetzung der Kommission durch Sir E. Grey erhalten und sei bereit, ihn anzunehmen. Staatssekretär wollte noch erwägen, was er tun sollte. Falls man sich zwischen Wien und Petersburg über Zusammensetzung der Kommission und deren Aufgabe im Voraus verständigen würde, wäre es Sir E. Grey gleich, auch wenn sie parteiisch konstituiert wäre. Es ist ihm aber nicht angenehm, eine Verantwortung zu übernehmen und zu riskieren, dass entweder 1. Herr Sazonow unter dem Eindrucke steht, er werde eine die russischen Ansichten begünstigende Kommission bestellen und dann enttäuscht sein, wenn die Entscheidung gegen Russland ginge, oder 2. der Ausspruch zu Gunsten Russlands ausfiele und man in Österreich-Ungarn den Staatssekretär beschuldigen würde, eine parteiische Kommission eingesetzt zu haben. Ich drang in Sir E. Grey, mit Rücksicht auf die große Dringlichkeit der Lage zu berücksichtigen, dass die Annahme einer von ihm ernannten Kommission durch Herrn Sazonow doch wieder einen Schritt weiter bedeute und die Möglichkeit eröffne, vom russischen Minister die Beteiligung an dem gerade von ihm (Sir E. Grey) so sehr gewünschten Kollektivschritt bezüglich Skutaris zu erreichen, durch welche Russland endlich die Zugehörigkeit Skutaris an Albanien formell anerkennen würde. Dadurch wäre die größte und dringendste Gefahr überwunden! Sir E. Grey stimmte mir vollkommen zu und meinte, er überlege eben, wie etwas in diesem Sinne gemacht werden könne. Er will heute nachmittags erwägen, welche Antwort er nach Petersburg richten kann, um die russische Regierung zur gewünschten Erklärung betreffend Skutaris zu bewegen; sei sich aber noch nicht klar darüber. Er will mich jedenfalls übermorgen, Samstag, wieder sprechen. Mensdorff.

a) Vgl. n. 6235.

Tel. nach Paris, 20. März 1913 Nr. 180 (chiffr. 21. März 12 U. 15 M. a. m.). Siehe n. 6230.

Nr. 6232. Tel. aus Paris, 20. März 1913 Nr. 49 (eing. 10 U. p. m.).[a] Entziff.

Euer Exzellenz Telegramm vom 20. d. Mts. Nr. 173 erhalten. Werde angeordnete Verfügungen treffen. Erbitte womöglich telegraphische Mitteilung über Abreise der erwähnten Persönlichkeit, die hier zu Ostern erwartet wird. Bekanntgabe des hiesigen Hotels wäre sehr erwünscht, da Auffinden sonst sehr erschwert. Photographie könnte eventuell nützlich sein.

Szécsen.

[a] Vgl. n. 6149, 6960.

Tel. nach Rom, 20. März 1913 Nr. 292 (chiffr. 12 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 6227.

Tel. nach Rom, 20. März 1913 Nr. 294 (chiffr. 21. März 12 U. 15 M. a. m.). Siehe n. 6230.

Nr. 6233. Tel. aus Rom, 20. März 1913 Nr. 147 (eing. 21. März 8 U. a. m.). Entziff.

Zum Gegenstand des hohen Telegrammes vom 19. d. Mts. Nr. 287[a] bemerkte Minister des Äußern, italienischer Botschafter in Petersburg telegraphiere, er habe in einer Unterredung mit russischem Minister des Äußern die Kombination Silistria-Salonik vertreten, Herr Sazonow habe sich aber rundweg ablehnend geäußert. Es scheint, daß die Ermordung des Königs Georg in Salonik als ein weiteres, gleichsam sentimentales Moment für den griechischen Besitz dieser Stadt geltend gemacht werde.

Mérey.

[a] Mit Tel. Nr. 287, 19. März (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.) wurde n. 6174 nach Rom mitgeteilt.

Tel. nach St. Petersburg, 20. März 1913 Nr. 212 (chiffr. 21. März 12 U. 15 M. a. m.). Siehe n. 6230.

Nr. 6234. Tel. aus St. Petersburg, 20. März 1913 Nr. 97 (eing. 21. März 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 206 von heute und Auftrag bei Herrn Sazonow ausgeführt. Herr Minister sagte mir, er habe rechtzeitig seine Zustimmung zu einem gemeinsamen Schritt in Cetinje bezüglich Gestattung des Abzuges der Zivilbevölkerung aus Skutari nach London mitgeteilt und entsprechende Instruktionen ergehen lassen. Er hoffe, daß die in Rede stehende Demarche ihre Wirkung auf die montenegrinische Regierung nicht verfehlen werde. Sollte dies aber wider Erwarten doch der Fall sein, so wäre es nach seiner Meinung dringend geboten, daß die Mächte sich über das weiter einzuschlagende Vorgehen verständigen, da eine einseitige Aktion einer einzelnen Macht große Gefahren in sich bergen würde. Auch sei die Skutarifrage eine europäische Angelegenheit, welche die Gesamtheit der Mächte in die Hand genommen haben. Ich machte den

Herrn Minister darauf aufmerksam, daß es sich hier zunächst um den Schutz unserer Anstalten und Staatsangehörigen handle, was wohl eine spezifische Angelegenheit der Monarchie darstelle. Herr Sazonow blieb trotzdem dabei, daß eine einseitige Aktion der Monarchie sehr bedenklich und die gerade jetzt sich günstiger gestaltende Lage zu verwirren geeignet wäre. Thurn.

[a]) Vgl. n. 6253.

Nr. 6235. Tel. aus St. Petersburg, 20. März 1913 Nr. 99 (eing. 21. März 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Herr Sazonow sagte mir im Laufe der heutigen Konversation, er habe Euer Exzellenz Vorschlag, die Zusammensetzung der Kommission, welche über die Zugehörigkeit Djakovas zu entscheiden haben werde, Sir E. Grey zu überlassen, angenommen und bezügliche Instruktionen an Graf Benckendorff ergehen lassen. Allerdings scheine der englische Minister des Äußern bezüglich der ihm damit zugedachten Aufgabe einige Skrupel zu hegen. Sazonow fügte gesprächsweise bei, er habe, um den Skrupeln Sir E. Greys Rechnung zu tragen, in London den weiteren Vorschlag gemacht, daß dieselbe Kommission auch über die Zuweisung Skutaris entscheiden solle, wobei er aber bereit sei, uns schon vorher seine Zustimmung zur unbedingten Einverleibung Skutaris in Albanien zu geben und auch dafür zu sorgen, daß die der Kommission mitzugebenden Direktiven die Garantie bieten, daß deren Entscheidung, betreffs Skutaris auch wirklich zu Gunsten Albaniens ausfalle. Es scheint mir nicht unwahrscheinlich, daß der Gedanke, auch die Entscheidung über Skutari wenigstens für die Galerie einer Kommission zu überlassen, Herrn Sazonow weniger durch die Rücksicht auf Sir E. Grey, als durch den Wunsch, sich der hiesigen öffentlichen Meinung gegenüber zu decken, eingegeben sei. Ich verhielt mich diesen Mitteilungen Sazonows gegenüber nur rezeptiv, zumal ja die Zustimmung des Herrn Ministers zu Euer Exzellenz Anregung, sowie dessen weiterer Vorschlag durch Graf Benckendorff in London vorgebracht werden wird und ich überdies den Eindruck habe, daß Minister auf letzterem nicht besonders hartnäckig bestehen dürfte. Thurn.

[a]) Vgl. n. 6225, 6231, 6247.

Nr. 6236. Tel. nach Sofia Nr. 141 (1), Bukarest Nr. 158 (2) und Berlin Nr. 233 (3), 20. März 1913 (chiffr. 4 U. 15 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

1. Prinz Fürstenberg telegraphiert mir unter dem 18. l. M. wie folgt: *... wie n. 6196 mit Auslassung des Satzes „Minister befürchtet ... Bulgarien herzufallen“ ...* Den Inhalt obigen Telegrammes, welches im übrigen zu Euer Hochgeboren rein persönlichen Kenntnisnahme bestimmt ist, wollen Sie Herrn Guéchoff gegenüber verwerthen und bei dieser Gelegenheit neuerdings darauf hinweisen, daß wir in der Annahme, Bulgarien werde in der Zukunft eine rein bulgarische Politik befolgen wollen und zu diesem Zwecke ein gutes Verhältnis mit seinem rumänischen Nachbar benötigen, stets bemüht waren, einer einverständlichen Beilegung der zwischen den

beiden Ländern aufgetauchten Differenz das Wort zu reden. Angesichts der mir auch von anderer Seite gemeldeten Dispositionen Serbiens und Griechenlands werde die bulgarische Regierung zu erwägen haben, welchen Wert eine wohlwollende Haltung Rumäniens in der Zukunft für Bulgarien haben wird und ob es nicht in ihrem Interesse gelegen wäre, eine solche selbst mit einem Opfer zu erkaufen. Euer Hochgeboren wollen den streng vertraulichen und freundschaftlichen Charakter dieser Mitteilung betonen und bemerken, daß ich jedem Schritte, der zu einer Besserung der bulgarisch-rumänischen Beziehungen führen kann, meine Mithilfe zu leihen gerne bereit bin.

2. Erhalten Euer Durchlaucht Telegramm Nr. 83 vom 18. l. M. Von verschiedenen Seiten waren mir bereits Nachrichten zugekommen, daß die Beziehungen der vier Balkanverbündeten unter einander nicht die besten sind und namentlich Serbien und Griechenland auf Bulgarien schlecht zu sprechen sind. Andererseits soll zwischen Athen und Belgrad eine gewisse Übereinstimmung in ihrem gemeinsamen Antagonismus gegen Bulgarien konstatirt worden sein und die Absicht eines näheren Anschlusses zur Verteidigung ihrer Interessen dem Verbündeten gegenüber bestehen. Es wurde mir auch berichtet, daß die beiden Staaten versuchen wollen, Rumänien und eventuell auch die Türkei zu einem Bunde zu gewinnen, der unter der Patronanz der Triple-Entente eine Einkreisung des — nunmehr auch Rußland unbequem gewordenen — Bulgariens zum Ziele hätte. Es ist Euer Durchlaucht bekannt, daß meine Politik seit Anfang der Krise darauf gerichtet war, ein freundschaftliches Verhältnis zwischen Rumänien und Bulgarien zu erzielen und daß ich zu diesem Ende in Sofia stets dahin gewirkt habe, daß Bulgarien durch Befriedigung der rumänischen Ansprüche sich für die Zukunft das Wohlwollen des Nachbarreiches sichere. Die Anbahnung besserer Beziehungen zwischen Bukarest und Sofia durch eine den einzigen bestehenden wirklichen Interessengegensatz beseitigende Verständigung schien mir aber auch im wohlverstandenen Interesse Rumäniens gelegen, welchem Bulgarien eine wertvolle Rückendeckung bieten kann, die es von Serbien nicht erwarten darf, das in seiner chauvinistischen Politik im gegebenen Falle an Seite Rußlands zu finden sein wird. Euer Durchlaucht wollen sich in obigem Sinne zu Herrn Maiorescu aussprechen und ihm sagen, daß der k. und k. Gesandte in Sofia beauftragt ist, der Anregung Seiner Majestät König Carols entsprechend, sich bei Herrn Guéschoff vernehmen zu lassen. Euer Durchlaucht wollen weiters bemerken, daß Graf Tarnowski es der bulgarischen Regierung zur Erwägung geben wird (inseratur aus Telegramm sub 1 von: „welchen Wert“ bis inklusive „zu erkaufen.“)

3. Prinz Fürstenberg telegraphiert mir unter dem 18. l. M. wie folgt: (Inseratur aus Telegramm sub 1 von: „Vertraulich“ bis inklusive „Bulgarien anzuschließen.“) Ich telegraphiere an Prinzen Fürstenberg wie folgt: (Inseratur aus Telegramm sub 2 von: „Von verschiedenen Seiten“ bis zum Schluß.) Vorstehendes zu Euer Exzellenz rein persönlichen Orientierung und streng vertraulichen Mitteilung an Herrn von Jagow.

Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6249, 6257.

Nr. 6237. Tel. nach Sofia, 20. März 1913 Nr. 144 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Im Verfolg meines Telegrammes Nr. 139 vom 17. d. M. Wir haben in London den Versuch unternommen, eine Redaktion des Punktes 4 der bases des négociations zur Annahme zu bringen, welche die Eventualität einer Kriegsentschädigung offen gelassen hätte. Wie mir Graf Mensdorff meldet,[b] haben sich aber die Vertreter aller anderen Mächte gegen diese Abänderung erklärt. Ich habe mein Amendement daher zurückgezogen, um keine auch für Bulgarien unliebsame Verzögerung herbeizuführen. Vorstehendes sind Euer Hochgeboren ermächtigt in geeignet erscheinender Weise zur streng vertraulichen Kenntnis Herrn Geschoffs zu bringen. Berchtold.

[a] Vgl. n. 6250, 6397. — [b] Vgl. n. 6216.

Nr. 6238. Tel. aus Sofia, 20. März 1913 Nr. 268 (eing. 10 U. p. m.).[a] Entziff.

Bezug auf mein Telegramm Nr. 264 vom 19. d. M. Konseilspräsident sagte mir heute, Regierung hätte sich entschlossen, Herrn Danew nach Petersburg zu entsenden und derselbe sei heute abgereist. Herr Ghika lasse sich interviewen und mache in Petersburg Stimmung für Rumänien. Bulgarische Regierung wolle daher auch jemand dort haben. Es erhält sich hier Gerücht, Herr Sazonow hätte bulgarischer Regierung zu verstehen gegeben, daß Entsendung Herrn Danews überflüssig, und einer meiner Kollegen will dies ganz bestimmt vom russischen Gesandten erfahren haben.

Tarnowski.

[a] Vgl. n. 6251, 6269 Anm. a.

Nr. 6239. Tel. aus Sofia, 20. März 1913 Nr. 269 (eing. 10 U. p. m.).[a] Entziff.

Bezug auf mein Telegramm Nr. 256[b] vom 16. d. M. Konseilspräsident sagte mir, General Ratko Dimitrieff sei ohne besondere Mission nach Petersburg. Er hätte Befehlen vorgesetzten Generals nicht pariert und sei vom aktiven Kommando über Wunsch General Savoffs abberufen worden. Um ihn darüber zu trösten, hätte ihm König Reise nach Petersburg erleichtert. Glaubwürdiger erscheint Version, wonach General Dimitrieff mit Überbringung Schreibens König Ferdinands an Kaiser Nikolaus betraut.

Tarnowski.

[a] Vgl. n. 6269 Anm. b. — [b] Mit Tel. Nr. 256, 16. März 1913 (eing. 17. März 9 U. a. m.) wurde aus Sofia gemeldet, daß russischer Gesandter in Sofia sich über die Reise General Radko Dimitrieffs, der sich auf russischer Gesandtschaft gar nicht abgemeldet, sondern sich in Rustschuk vom russischen Konsul habe Reisepaß ausstellen lassen, sehr gereizt geäußert habe.

Nr. 6240. Tel. aus Belgrad, 21. März 1913 Nr. 156 (eing. 5 U. 20 M. p. m.). Entziff.

Herr Pašić hat heute deutschem Gesandten erklärt, dass Serbien bestimmt keine weiteren Truppen nach Skutari entsenden wird. Er hat allerdings verschwiegen, wie viel bereits instradiert sind. Ugron.

Nr. 6241. Tel. nach Berlin Nr. 241 (1) und Rom Nr. 296 (2), 21. März 1913 (chiffr. 11 U. p. m.).[a] *Konz. (S. Berchtold u. Hohenlohe; G. Berchtold).*

1. Der italienische Botschafter hat mir am 19. d. M. auftraggemäß davon Mitteilung gemacht, daß seine Regierung großen Werth darauf legen würde, einvernehmlich mit uns und Deutschland in der Frage der Zuweisung der ägäischen Inseln vorzugehen. Marchese di San Giuliano ist der Ansicht, daß, nachdem wir in der Frage der Abgrenzung Nord-Albaniens im Vordertreffen der diplomatischen Aktion stehen, während Italien den Löwenanteil der Abgrenzung Süd-Albaniens zu besorgen habe, es nur recht und billig wäre, wenn bezüglich der Zugehörigkeit der ägäischen Inseln Deutschland das Odium der Initiative auf sich nehmen würde. Zu diesem Zwecke habe der italienische Minister des Äußern den Herzog Avarna beauftragt, mich zu ersuchen, auf das Berliner Cabinet in dem Sinne einzuwirken, daß Fürst Lichnowsky die entsprechenden Instructionen erhalte, um die Inselfrage auf der Botschafter-Réunion zu vertreten. Auch hoffe Marchese di San Giuliano, daß wir die gegenständlichen italienischen Desiderata uns zu eigen machen und der deutschen Regierung zur Annahme empfehlen werden. Auf mein Befragen bezeichnete der Botschafter im Nachstehenden die Wünsche seiner Regierung in Bezug auf das Schicksal der ägäischen Inseln: Für Chios und Mytilene, welche wohl kaum den Griechen wieder genommen werden können, müßten specielle Garantien geschaffen werden und zwar, daß keine Befestigungen errichtet und auch keine militärischen Garnisonen dort etablirt werden sollten. Allenfalls könnte die Haltung einer Gendarmerie oder einer Lokalmiliz, jedoch nur in limitirter Anzahl, zugegeben werden. Die Einwohner sollen nicht der Conskribirung unterliegen und nicht zu einer Dienstleistung außerhalb der Inseln verwendet werden. Bezüglich der den Dardanellen vorgelagerten Inseln Tenedos, Samothrake, Imbros und Lemnos müßte ein Versuch gemacht werden, die Restituirung dieser Inseln an die Türkei durchzusetzen. Nachdem aber zu erwarten steht, daß dieser Versuch an einer decidirten Ablehnung der Triple-Ententemächte scheitern werde, könnten diese Eilande den Griechen gegen zweckentsprechende Garantien überlassen werden. Hinsichtlich der künftigen Stellung der Insel Samos wäre vorerst die Anschauung der Schutzmächte einzuholen. Was endlich die von Italien besetzten Inseln anbelange, müßten zum Allerwenigsten die Inseln Rhodus und Kos bei der Türkei verbleiben, wenn auch unter gewissen Bürgschaften für die Freiheit der Einwohner. Euer Exzellenz wollen Vorstehendes zur Kenntnis des Herrn Staatssekretärs bringen und hiebei, dem Wunsche Marquis di San Giulianos entsprechend, sich Herrn von Jagow gegenüber vernehmen lassen.

2. Ich telegraphiere unter einem an Grafen Szögyény: „(Inseratur Telegramm sub 1 in extenso.)“ Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Information und Regelung Ihrer Sprache Marquis di San Giuliano gegenüber. Berchtold.

[a] Vgl. n. 6181, 6256, 6756.

Nr. 6242. Tel. aus Bukarest, 21. März 1913 Nr. 85 (eing. 10 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Minister des Äußern übermittelte mir eben ein Telegramm des rumänischen Gesandten in St. Petersburg nachstehenden Inhaltes: „Confidentiel. Je crois de mon devoir de communiquer que l'Ambassadeur d'Autriche-Hongrie est obsédé d'un compromis et création d'une Silistrie roumaine située nord-est et à côté de la ville bulgare." Minister ersucht Euer Exzellenz, Grafen Thurn anweisen zu wollen, diesen Kompromißplan, der in jeder Beziehung undurchführbar, gänzlich fallen zu lassen.

K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 6258, 6268.

Nr. 6243. Bericht aus Cetinje, 21. März 1913 Nr. 27 A (eing. 24. März). Ausfert.

Geheim. Der italienische Gesandte teilte mir heute im strengsten Vertrauen mit, dass er vor kurzem von Rom aus eingeladen worden wäre, sich über eine der Consulta zugekommene Meldung zu äussern, derzufolge zwischen Österreich-Ungarn und Montenegro ein Geheimvertrag — vorläufig unbekannten Inhaltes — bestände. Der Gewährsmann dieser Nachricht hätte, um ihre Wahrscheinlichkeit darzutun, darauf hingewiesen, dass ohne das Bestehen eines solchen Vertrages das herausfordernde Auftreten des winzigen Landes gegenüber der grossen Donaumonarchie ungeheuerlich und unverständlich sei. Der Widerstand Montenegros gegen die Monarchie wäre nichts als eine gut gespielte Posse seiner Machthaber; anderenfalls müsste man deren gesunde Vernunft ernstlich in Zweifel ziehen. Baron Squitti, mit dem ich vertrauensvolle Beziehungen unterhalte, fügte hinzu, dass er auf Grund seiner hiesigen Wahrnehmungen in Rom diesbezüglich beruhigende Versicherungen geben zu können glaubte. Er hoffe zuversichtlich, das Richtige getroffen zu haben. Ich erwiderte, dass diese Meldung zu absurd sei, um ein Dementi zu verdienen. Die Nachricht dürfte nach Baron Squitti von russischer Seite in der Absicht lanciert worden sein, um zwischen uns und Italien Zwietracht zu säen. In Rom wäre man gleichzeitig auf das Unbegreifliche aufmerksam gemacht worden, das darin liege, dass König Nikolaus, der sich doch bewusst sein müsse, gegen die imminente Gefahr einer Assimilierung Montenegros durch Serbien bei Österreich-Ungarn den stärksten Rückhalt zu finden, unentwegt bestrebt sei, sich die Sympathien der Nachbarmonarchie sozusagen systematisch zu verscherzen. Ich antwortete darauf, dass der Gospodar mit obiger Erkenntnis sehr wohl eine Österreich-Ungarn feindselige Politik verbinden könne, in der vielleicht trügerischen Hoffnung, dass, wenn er einmal die endgiltige Überzeugung von dem Scheitern dieser Politik gewonnen haben würde, ihm noch immer Zeit bliebe, einzulenken. Wenn man russischerseits von der tatsächlichen Grundlage der Meldung überzeugt gewesen sein sollte — was wohl sehr zweifelhaft —, so dürfte man König Nikolaus etwa als einen in unserem Solde stehenden agent provocateur hingestellt haben, gewonnen, um die Serbenwelt, in welcher er die führende Rolle zu spielen endgiltig verzichten

musste, in ein gefährliches Abenteuer zu stürzen, aus dem die Dynastie Njeguš dann schliesslich als Siegerin hervorgehen würde. Jedenfalls scheint aus dem Gesagten hervorzugehen, dass gewissen Kreisen keine Kombination zu vage und abenteuerlich ist, wenn sie nur geeignet sein kann, Misstrauen gegen uns zu erwecken. Andererseits würde darin ein neues Indizium liegen, dass Russland beabsichtigt, seine schützende Hand von der Dynastie zurückzuziehen. Ich habe diese Nachricht samt den mit ihr zusammenhängenden Suppositionen Eurer Exzellenz einberichten zu sollen geglaubt, weil sie die Consulta immerhin auf ihre Stichhältigkeit geprüft zu werden für wert hielt. Weinzetl.

Nr. 6244. Tel. aus London, 21. März 1913 Nr. 230 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 259 von gestern. Ich habe Sir E. Grey, der eben fortfahren wollte, in seinem Privathause getroffen und ihm auftraggemäß den Inhalt des Telegrammes mitgeteilt. Staatssekretär telegraphierte nach Petersburg und berief für morgen eine Botschafterréunion ein. Er schien erfreut und zuversichtlich, daß nunmehr alles zufriedenstellend geregelt werden kann. Mensdorff.

Nr. 6245. Tel. aus London, 21. März 1913 Nr. 231 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Im Nachhange zu meinem gestrigen Telegramme Nr. 229.[a] Sir E. Grey sagte mir, er habe nach unserer gestrigen Unterredung ein Telegramm vom britischen Gesandten in Cetinje erhalten, der ebenfalls meldete, Bombardement von Skutari richte sich auf die Stadt und die von Nichtkombattanten bewohnten Teile. Daraufhin habe Staatssekretär nach Cetinje telegraphiert und britischen Gesandten angewiesen, bei dortiger Regierung in seinem Namen und mit Hinweis auf seine früheren Erklärungen über das unnötige Blutvergießen Vorstellungen zu machen. Mensdorff.

[a] Mit Tel. Nr. 229, 20. März 1913 (eing. 21. März 8 U. a. m.) wurde aus London der Empfang von n. 6219 bestätigt und gemeldet, Sir E. Grey habe auf die Mitteilung dieses Telegrammes bemerkt, er hoffe, daß dies auch der russischen Regierung zur Kenntnis gebracht worden sei, weil, wenn sie indirekt davon Kenntnis erhielte, der Eindruck ungünstig sein dürfte.

Tel. nach Rom, 21. März 1913 Nr. 296 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 6241.

Nr. 6246. Tel. nach St. Petersburg, 21. März 1913 Nr. 219 (chiffr. 11 U. 40 M. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Wir sind im Prinzipe bereit, uns an den Mediationsverhandlungen in der rumänisch-bulgarischen Frage zu beteiligen, an denen teilzunehmen Herr Sazonow Euer Exzellenz laut Telegrammes vom 15. l. M., Nr. 90, aufgefordert hat. Sobald Ihr deutscher und italienischer Kollege im Besitze einer analogen Instruktion sind, wollen Euer Exzellenz im Einvernehmen mit ihnen Herrn Sazonow in diesem Sinne verständigen. Was die Frage anbelangt, in welcher Weise eine Entscheidung der Mächte herbeizuführen

wäre, so habe ich zu den bezüglichen Äußerungen Herrn Sazonows (Euer Exzellenz Telegramm Nr. 84 vom 9. l. M.) zu bemerken, daß wir aus prinzipiellen Gründen weder einer Beschlußfassung der Petersburger Réunion per majora noch der Bestellung eines Schiedsrichters zustimmen können, sondern die Aufgabe der Petersburger Besprechungen darin erblicken, einen einstimmigen Beschluß herbeizuführen. Über diese Frage haben wir in der letzten Zeit mit Berlin und Rom verhandelt. Hiebei sind von deutscher Seite verschiedene Vorschläge, Varianten der Idee Herrn Sazonows, gemacht worden, die wir aber nicht akzeptieren konnten.[b)] Herr Sazonow dürfte von unserem Standpunkt von Berlin aus im allgemeinen informiert sein. Falls Euer Exzellenz aber Gelegenheit haben, das Thema mit ihm mündlich zu besprechen, und Ihr deutscher und italienischer Kollege auch hierin in analoger Weise vorgeht, wollen Hochdieselben zum Herrn Minister bemerken, daß wir es angesichts der Schwierigkeiten, denen eine Einigung über den modus procedendi begegnet, für zweckmäßig hielten, wenn von weiteren diesbezüglichen Erörterungen abgesehen und der Versuch unternommen würde, durch Verhandlungen über das Meritum eine Lösung zu finden, die von allen Mächten angenommen würde. Auf der Notwendigkeit einer einstimmigen Entscheidung müßten wir allerdings bestehen, da in dieser Frage ebensowenig wie in den in London behandelten die Anwendung des Majoritätsprinzips zulässig erscheint. Dagegen seien wir gerne bereit, dem Wunsche des russischen Kabinettes entsprechend, der Stipulierung der Geheimhaltung der Verhandlungen zuzustimmen. In der Sache selbst wollen Euer Exzellenz bei den Verhandlungen dafür eintreten, daß den rumänischen Forderungen, zumindest was die Abtretung von Silistria anbelangt, Rechnung getragen werde, zugleich aber auch dafür, daß die Réunion Bulgarien als Entschädigung Salonik zuspreche. Zur Begründung wollen Euer Exzellenz anführen, daß nur eine Lösung, welche die Wünsche Rumäniens in der Hauptsache befriedigt, gleichzeitig aber Bulgarien eine Kompensation verschafft, uns geeignet erscheint, einen Konflikt zwischen den beiden Staaten jetzt und für die Zukunft zu vermeiden und die Frage definitiv aus der Welt zu schaffen, was im Interesse des europäischen Friedens unbedingt angestrebt werden müsse. Bevor Euer Exzellenz diese Proposition vorbringen, wollen Hochdieselben sich mit Ihrem italienischen Kollegen hierüber besprechen, dem eine analoge Instruktion zukommen wird. Zu meinem Bedauern ist es mir dagegen nicht gelungen, das deutsche Kabinett für diese Idee zu gewinnen, da man in Berlin wohl für die Abtretung Silistrias stimmen will, aber gegen die Zuweisung Saloniks an Bulgarien — streng vertraulich sei bemerkt: anscheinend besonders aus verwandtschaftlichen Rücksichten für die griechische Dynastie — opponiert. Ich möchte aber immer noch annehmen, daß Graf Pourtalès beauftragt werden wird, unserem Vorschlag wenigstens nicht direkt entgegenzutreten. Zu Euer Exzellenz rein persönlicher Orientierung füge ich hinzu, daß mich bei meiner Stellungnahme in der vorliegenden Frage folgende Gesichtspunkte bestimmt haben: Wir müssen unser Möglichstes tun, um die Erfüllung der rumänischen Minimalforderung, Silistria, durchzusetzen, da abgesehen von dem eventuellen, uns höchst unerwünschten Konflikt zwischen Rumänien und Bulgarien, der sich aus

der Nichterfüllung dieser Forderung ergeben könnte, fast mit Gewißheit damit zu rechnen ist, daß eine unbefriedigende Lösung von der öffentlichen Meinung Rumäniens als Fiasko des bisherigen Systems des Zusammengehens mit den Zentralmächten angesehen und König Carol gezwungen würde, Anschluß an die Tripleentente zu suchen. Andererseits sind wir seit Jahren konsequent und nicht ohne Erfolg bemüht, ein freundliches Verhältnis mit Bulgarien herzustellen, das ein wertvolles Gegengewicht gegen die feindselige Haltung Serbiens bedeuten würde. Es liegt auf der Hand, daß ein positives Resultat dieser Politik sehr in Frage gestellt wäre, würden wir uns für die Abtretung von Silistria einsetzen, ohne gleichzeitig Bulgarien einen Dienst zu erweisen, ganz abgesehen davon, daß der tatsächliche Verlust Silistrias ohne entsprechende Kompensation und der daraus entspringende Gegensatz zu Rumänien, Bulgarien zum Festhalten am Balkanbund und zur engsten Annäherung an Rußland veranlassen würde. Selbst wenn wir mit unserem Vorschlag nicht durchdringen sollten, erwarte ich mir von einer solchen Haltung eine günstige Rückwirkung sowohl in Bukarest wie in Sofia. Sollten im Laufe der Pourparlers andere Lösungen vorgeschlagen werden, so wollen Euer Exzellenz telegraphisch Instruktionen einholen und sich Ihre Stellungnahme bis zu deren Einlangen vorbehalten.

Berchtold.

[a] Oe. U. Balkan 178 Nr. 335. Vgl. n. 6279, 6337, 6370. — [b] Vgl. n. 6227.

Nr. 6247. Tel. aus St. Petersburg, 21. März 1913 Nr. 101 (eing. 22. März 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Ich habe Herrn Sazonow den Inhalt Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 212 von heute, betreffend den eventuellen Verzicht auf Djakova mitgeteilt und um jedem Mißverständnis vorzubeugen, ihm die wichtigsten Sätze desselben in extenso vorgelesen, so namentlich die Reserven, welche Euer Exzellenz bezüglich der katholischen und albanesischen Minoritäten in den an Serbien, beziehungsweise Montenegro fallenden Gebietsteilen machen, sowie die Bedingungen bezüglich Berücksichtigung unserer Wünsche hinsichtlich der Bojana und des Skutariseeufers etc. Sazonow war über meine Mitteilung sehr erfreut und machte keinerlei Einwendungen. Er bemerkte nur, daß er den den katholischen und albanesischen Minoritäten zu gewährenden Schutz nicht als das Recht einer einzelnen Macht, sondern als international zu gebende Garantien auffassen könne. Im übrigen meinte Herr Sazonow, daß hiemit eine volle Einigung zwischen der k. u. k. und der russischen Regierung erreicht zu sein scheine und daß er mithin keinerlei Bedenken mehr tragen würde, an jedwedem Skutari betreffenden diplomatischen Schritte in Cetinje teilzunehmen.

Thurn.

[a] Vgl. n. 6235, 6270.

Nr. 6248. Tel. aus St. Petersburg, 21. März 1913 Nr. 102 (eing. 22. März 8 U. a. m.). Entziff.

Ich habe Herrn Sazonow im Sinne des mir mit Telegramm Nr. 213[a] von heute erteilten Auftrages von den Instruktionen Kenntnis gegeben,

welche Euer Exzellenz zufolge unqualifizierbaren Vorgehens der montenegrinischen Behörden dem k. u. k. Geschäftsträger in Cetinje zu erteilen sich genötigt sahen. Sazonow konnte die Berechtigung, bezüglich der gewaltsam vorgenommenen Konvertierung eine Restitutio in integrum zu verlangen und auf eine neuerliche Untersuchung und Ahndung des am Franziskanerpater Palić verübten Mordes zu bestehen, (nicht)[b] in Abrede stellen. Er sprach Hoffnung aus, daß die montenegrinische Regierung sich unserem bezüglichen Verlangen fügen werde und äußerte sich in der absprechendsten Weise über das ganze Vorgehen Montenegros und insbesondere über König Nikolaus. Er fügte hinzu, er habe während der ganzen Zeit der Krise nicht aufgehört, demselben Vernunft zuzureden und hiebei oft eine Sprache geführt, die dem Könige nichts weniger als angenehm gewesen sein dürfte. So habe er ihm vor einiger Zeit einmal sagen lassen, er durchschaue Spiel des Königs vollständig; dasselbe gehe darauf hinaus, zwischen Russland und Österreich-Ungarn Zwietracht zu säen und sie zu brouillieren, dieses Spiel werde ihm aber nicht gelingen. Herr Minister bemerkte schließlich, er werde auch im gegenwärtigen kritischen Moment es an energischen Vorstellungen nicht fehlen lassen. Er hoffe zuversichtlich, daß Montenegro Vernunft annehmen werde, damit es nicht zu einer isolierten Aktion der Monarchie käme, welche — mag sie auch an und für sich noch so berechtigt sein — in ganz Europa und namentlich in der öffentlichen Meinung Russlands einen bei der jetzt noch überall bestehenden Nervosität sehr gefährlichen Widerhall haben müsste und im Interesse der allgemeinen Beruhigung umso bedauerlicher wäre, als gerade jetzt alles auf dem besten Wege einer raschen Entwirrung begriffen zu sein scheine. Thurn.

[a] Mit Tel. Nr. 213, 20. März 1913 (chiffr. 21. März 2 U. a. m.) wurde n. 6229 nach St. Petersburg mitgeteilt. — [b] Chiffre fehlt.

Nr. 6249. Tel. aus Sofia, 21. März 1913 Nr. 272 (eing. 10 U. p. m.).[a] Entziff.

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 141 vom 20. d. M. erhalten. Habe, da Silistria hier sehr empfindlicher Punkt, Äußerungen Herrn Majorescos mit gebotener Vorsicht und mit besonderer Betonung entsprechender Kommentare im Sinne der zwei letzten Alineas[b] Konseilspräsidenten bekanntgegeben. Es schien ihn sehr zu interessieren und er machte sich Notizen, um König vorzutragen. Auf meine Frage, was Herr Geschoff von meiner Mitteilung meine, ersuchte er mich, Euer Exzellenz zu danken und zu sagen, dass Sicherung guten Verhältnisses zu Rumänien Gegenstand ernster Sorge bulgarischer Regierung bilde. Bulgarische Regierung sei von Wichtigkeit Freundschaft mit Rumänien überzeugt, andererseits aber könne sie hiesige öffentliche Meinung nicht ignorieren. Die Strömung gegen Konzessionen an Rumänien sei, wie ich selbst Zeuge wäre, sehr stark und Stellung Kabinettes äußerst schwierig. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 6271, 6306. — [b] Die zwei letzten Alineas von n. 6236 beginnen mit „Angesichts der mir“ und „Euer Hochgeboren wollen“.

Nr. 6250. Tel. aus Sofia, 21. März 1913 Nr. 273 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 144 vom 21. d. M. Konseilspräsidenten entsprechend mitgeteilt. Er bedauert, tröstet sich aber dann in Erwartung, dass Kriegsentschädigung noch zur Sprache kommen würde, wenn in Paris finanzielle Fragen, speziell türkische Staatsschulden disputiert werden würden. „Nous voulions compenser notre quote-part de la dette publique par une indemnité de guerre; si on nous refuse l'indemnité nous n'accepterons aucune part de la dette, cela reviendra au même point." Tarnowski.

Nr. 6251. Bericht aus Sofia, 21. März 1913 Nr. 22 A (eing. 25. März). Ausfert.

Im Nachhange zu meinem letzten einschlägigen Telegramme[a] beehre ich mich Euer Exzellenz zu melden, dass mein russischer College mir ganz aufrichtig sagte, die russische Regierung hätte hier von der Entsendung Daneffs nach Petersburg abgeraten. Nur als Herr Geschoff insistirte, sei Herr Nekludow noch einmal an seine Regierung herangetreten, die dann geantwortet hätte, man wolle Herrn Daneff nicht hindern nach Petersburg zu kommen, auf welche Antwort hin der Kammerpräsident abgereist sei. „Nous avions peur de Daneff" — schloss mein russischer College seine Ausführungen — „il parle trop et embrouille tout." Tarnowski.

[a] n. 6238.

Nr. 6252. Vortrag an den Kaiser, 21. März 1913. Konz. (S. u. G. Hoyos) und Ausfert.

Ich nehme mir die ehrerbietigste Freiheit, Euer Majestät in der Anlage den Entwurf eines Telegrammes[a] an den k. u. k. Geschäftsträger in Cetinje zu unterbreiten, worin Generalkonsul Weinzetl angewiesen wird, von der montenegrinischen Regierung die Einstellung der Beschießung Skutaris unter Hinweis auf die bedrohte Lage der dortigen Bevölkerung zu verlangen und die Anwendung von Gewaltmitteln unsererseits anzukündigen, falls diesem Begehren nicht sofort entsprochen wird. Gleichzeitig wird der k. u. k. Geschäftsträger die montenegrinische Regierung für den Fall, daß Skutari in den nächsten Tagen kapitulieren sollte, für den Schutz der Einwohner dieser Stadt verantwortlich zu machen haben. Als erstes Gewaltmittel im Falle der Ablehnung unserer Forderung käme die Verhängung der Grenzsperre an unserer Grenze gegenüber Montenegro und die friedliche Blockade der montenegrinischen und eines Teiles der albanesischen Küste in Betracht. Über die Durchführungsmodalitäten dieser Blockade gibt die alleruntertänigst anverwahrte Zuschrift[b] des Chefs des Generalstabes Aufschluß. Gleichzeitig mit der Absendung der Depesche nach Cetinje würde der k. u. k. Gesandte in Belgrad mit dem gleichfalls unterbreiteten Telegramm-Entwurfe angewiesen werden, die serbische Regierung von dem Inhalte unserer an die montenegrinische Regierung gerichteten Forderung in Kenntnis zu setzen. Schließlich müßte Veranlassung getroffen

werden, daß Euer Majestät Schiff „Kaiserin und Königin Maria Theresia", um unliebsame Zwischenfälle mit den griechischen Militärbehörden zu vermeiden, angewiesen werde, noch vor Verkündigung der Blockade im Adriatischen Meere den Hafen von Salonik zu verlassen. Ich wage es, Euer Majestät alleruntertänigst zu bitten, den im Vorstehenden unterbreiteten Vorschlägen Allerhöchstderen huldvolle Genehmigung erteilen zu wollen. Berchtold.

Auf der Ausfertigung: Genehmigt. Franz Joseph. *(eigenhändig)*

[a]) Vgl. n. 6259. — [b]) Wurde mit Rücksicht auf ihren rein militärischen Charakter aus Raummangel nicht abgedruckt.

Tel. nach Athen, 22. März 1913 Nr. 58 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 6253.

Tel. nach Belgrad, 22. März 1913 Nr. 73 (chiffr. 1 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 6259.

Nr. 6253. Tel. nach Berlin Nr. 245 (1), Rom Nr. 303 (2), Paris Nr. 185 (3), St. Petersburg Nr. 223 (4), London Nr. 263 (5), Konstantinopel Nr. 167 (6), Bukarest Nr. 168 (7), Sofia Nr. 151 (8), Athen Nr. 58 (9) und Rom-Vatikan Nr. 17 (10), 22. März 1913 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

1.—10. Die Antwort Seiner Majestät König Nikolaus auf die in meinem Telegramme Nr.

1. 231[b]) vom 19. d.

2. 283 vom 18. d.

3.—10. 174 respektive 206, 255, 158, 159, 142, 49 und 14 vom 19. d. M.

1.—10. erwähnte Demarche des k. u. k. Geschäftsträgers in Cetinje (und die analoge Rückäußerung der königlich montenegrinischen Regierung) wurde am 19. d. M. ertheilt und lautet: ... *wie n. 6213 von „Er bedauere zu hören" bis „nicht abändern"* ... Ich richte heute an Generalkonsul Weinzetl nachstehendes Telegramm: ... *wie n. 6259 von „Ich ersuche Euer Hochwohlgeboren" bis „telegraphisch melden"* ... Ich theile ferner vorstehende Weisung Herrn von Ugron mit folgendem Auftrage mit: . . *wie n. 6259 von „Euer Hochwohlgeboren wollen den Inhalt" bis zum Schluß* ...

1.—5. Euer Exzellenz wollen Vorstehendes zur Kenntnis der dortigen Regierung bringen und sich hiebei in folgendem Sinne vernehmen lassen:

6.—10. Ich bringe Vorstehendes den k. u. k. Botschaftern in Berlin, Rom (Quirinal), Paris, Petersburg und London zur Mittheilung an die dortigen Regierungen mit dem Auftrage zur Kenntnis, sich hiebei in folgendem Sinne vernehmen zu lassen:

1.—10. Sämtliche Mächte müssen Österreich-Ungarn das Zeugnis ausstellen, daß unsererseits gegenüber Montenegro bisher die größte Zurückhaltung beobachtet worden ist, obwohl wir durch die Haltung des Königreiches sowohl der geographischen Lage als auch unserer speziell in Mitleidenschaft gezogenen Interessen halber am nächsten berührt worden sind.

Wir haben in voller Ruhe das Resultat der über Antrag Rußlands und Beschluß der Londoner Réunion in Cetinje unternommenen Collektivdemarche abgewartet, welche den Abzug der Zivilbevölkerung zum Ziele hatte. Wir haben auch erwartet, daß Montenegro, den Einzelvorstellungen fast aller Mächte Rechnung tragend einsehen werde, daß das Schicksal Skutaris ausschließlich von dem Willen der Mächte abhängt, die Belagerung als ein nutzloses Blutvergießen ansehen und dementsprechend einstellen werde. Erst als Montenegro sich nicht nur den Rathschlägen der Mächte gegenüber ablehnend verhielt, sondern auch bei der fortgesetzten Beschießung die bekannten barbarischen Akte verübt wurden, war kein Zweifel mehr zulässig, daß die königlich montenegrinische Regierung die Situation auf unverantwortliche Weise mißbrauche und sind wir in die Nothwendigkeit versetzt worden, aus dem Umstande, daß man sich in Cetinje einzubilden scheint, daß niemand in der Lage sei Zwangsmaßregeln anzuwenden, die erforderlichen Consequenzen zu ziehen. Wir haben die Absicht, falls Montenegro wider Erwarten auch jetzt noch unseren Forderungen Widerstand entgegensetzen sollte, uns zunächst auf die Anwendung solcher Koerzitivmaßregeln zu beschränken, welche nach dem geltenden Völkerrechte mit dem Friedenszustande vereinbar erscheinen und sind überzeugt, daß durch das Zusammenwirken der zu erhoffenden nachdrücklichen diplomatischen Aktion der Mächte mit unseren Maßnahmen ein rechtzeitiges Einlenken Montenegros erzielt und es uns hiedurch erspart bleiben wird, über die gegenwärtig in Aussicht genommenen Coerzitivmittel hinauszugehen.

4. Mit der laut Euer Exzellenz Telegramm Nr. 97 vom 20. d. M. Herrn Sazonow gegenüber geführten Sprache bin ich einverstanden.

6. Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Information und eventuellen Regelung Ihrer Sprache gegenüber Hochderen Collegen.

7.—9. Vorstehendes zur vertraulichen Mitteilung an die dortige Regierung.

10. Vorstehendes zur vertraulichen Mitteilung an den Kardinalstaatssekretär und den Präfekten der Propaganda. Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 181 Nr. 339. Vgl. n. 6277, 6287, 6291, 6293, 6302. — [b]) Mit Tel. Nr. 231, 19. März 1913 (chiffr. 5 U. p. m.) wurde n. 6205 zur Mitteilung an Reichskanzler und Staatssekretär mit dem Beifügen nach Berlin mitgeteilt, daß das provokatorische Verhalten Montenegros der k. u. k. Regierung die Pflicht eines energischen Auftretens auferlege.

Nr. 6254. Tel. aus Berlin, 22. März 1913 Nr. 149 (eing. 10 U. p.m.).[a]) Entziff.

Mit Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm vom 20. d. M. Nr. 239. Staatssekretär war durch die Berichterstattung Herrn von Tschirschkys schon unterrichtet, dass Euer Exzellenz sich zum Verzicht auf die Zugehörigkeit der Stadt Diakowa zu Albanien entschlossen hätten. Deutscher Botschafter in Wien wird beauftragt, die dankbare Anerkennung der deutschen Regierung Euer Exzellenz für diesen Entschluss auszusprechen. Nunmehr werde, so meinte Herr von Jagow, Russland, wenn es den übrigen Forderungen Österreich-Ungarns bezüglich der Abgrenzung Albaniens nicht

entspreche, sich vor aller Welt ins Unrecht setzen. Graf Pourtalès telegraphiert, dass Herr Sazonow über die durch Grafen Thurn gegebene Nachricht sehr befriedigt war. Szögyény.

a) Vgl. n. 6212.

Nr. 6255. Tel. aus Berlin, 22. März 1913 Nr. 150 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Antwort auf Telegramm vom 20. d. M. Nr. 238. Staatssekretär teilt vollkommen Euer Exzellenz Meinung, dass die Dreibundmächte mit Rücksicht auf ihr Verhältnis zu Rumänien auch weiterhin auf der Abtretung Silistrias an Rumänien bestehen müssen und sieht es ein, dass es sehr wünschenswert wäre, Bulgarien für die Zession Silistrias irgendeine Kompensation zuteilen zu lassen. Auf Euer Exzellenz Kompromissvorschlag Silistria-Salonik könne aber deutsche Regierung, wie er dies schon wiederholt versicherte, nicht eingehen. (Vide meine Telegramme Nr. 123, 127, 137, 144 und Bericht vom 13. d. M., Nr. 8 B.) Im Übrigen werde er Graf Pourtalès beauftragen — in Übereinstimmung mit Grafen Thurn — sich Herrn Sazonow gegenüber dahin auszusprechen, dass die Aufgabe der Petersburger Beratungen die Herbeiführung einer einstimmigen Entscheidung der Mächte wäre. Szögyény.

Nr. 6256. Tel. aus Berlin, 22. März 1913 Nr. 151 (eing. 10 U. p. m.).a) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 241 von gestern. Hiesiger italienischer Botschafter hat, wie mir Staatssekretär sagt, bisher in der Frage der Zuweisung der ägäischen Inseln hier keine Démarche gemacht. Dem Fürsten Lichnowsky werden, dem Wunsche Euer Exzellenz entsprechend, Instruktionen erteilt werden, die Inselfrage auf der Botschafterréunion zu vertreten. Was die Wünsche der italienischen Regierung in Bezug auf das Schicksal dieser Inseln betreffe, so erklärte sich Staatssekretär mir gegenüber mit denselben im großen Ganzen einverstanden. Nur was Chios und Mytilene anlangt, so ist er der Ansicht, dass es in unserem Interesse läge, wenn sie der Türkei restituiert würden. Lichnowsky werde den Auftrag erhalten, zu versuchen, auf der Réunion diesen Standpunkt durchzusetzen.

Szögyény.

a) Vgl. n. 6756.

Tel. nach Bukarest, 22. März 1913 Nr. 167 (chiffr. 10 U. 15 M. p. m.). Siehe n. 6268.

Tel. nach Bukarest, 22. März 1913 Nr. 168 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 6253.

Nr. 6257. Tel. aus Bukarest, 22. März 1913 Nr. 87 (eing. 23. März 8 U. a. m.).a) Entziff.

Inhalt Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 158 vom 20. d. Mts. Minister des Äußern mitgeteilt. Er ersuchte mich, Euer Exzellenz zu sagen, daß

die Bestrebungen Serbiens nach Annäherung vollkommen aussichtslos, nachdem letzteres so aggressive Haltung Monarchie gegenüber einnehme und im ganzen Land, von höchster Stelle angefangen, Aversion gegen Serbien und dortige Dynastie herrsche. Er pflichtet Euer Exzellenz vollkommen bei, daß einzig mögliche Politik für Rumänien im freundschaftlichen Verhältnis mit Bulgarien liege und im Anschlusse an Dreibund. Er bedauert es auf das tiefste, daß Herr Danew, welcher hier von Notwendigkeit guten Verhältnisses zwischen Rumänien und Bulgarien durchdrungen schien, so umgeschlagen habe. Er habe sich befleißigt, bisher stets gegen Bulgarien den konziliantesten Ton in allen Enunziationen anzuschlagen, auch hiesige Presse sei sehr korrekt; wogegen bulgarische Staatsmänner beleidigende, vollkommen unrichtige und entstellende Darstellungen in die Öffentlichkeit bringen. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 6306, 6630.

Nr. 6258. Tel. aus Bukarest, 22. März 1913 Nr. 88 (eing. 8 U. p. m.). Entziff.

Minister des Äussern Inhalt Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 157[a]) vom 18. d. M. mitgeteilt. Bei dieser Gelegenheit habe ich darauf hingewiesen, ich hätte nicht nur durch Irrtum Diamandis und wahrscheinlich falsche Auffassung Herrn Nanos Ausführungen Grafen Thurns (hieramtliches Telegramm Nr. 85 von gestern), sondern auch durch Bemerkungen meiner hiesigen Kollegen Eindruck gewonnen, dass rumänische Vertreter, welche andere Orientierung rumänischer äußerer Politik wünschen, absichtlich Gespräch mit k. und k. Vertretern missverstehen. Ersuchte Herrn Majoresco, der meinen Ausführungen nicht widersprach, dies im Auge zu behalten und gegebenenfalls um strenge Remedur. K. E. Fürstenberg.

[a]) Mit Tel. Nr. 157, 18. März 1913 (chiffr. 1 U. 30 M. p. m.) wurde n. 6186 nach Bukarest mitgeteilt.

Nr. 6259. Tel. nach Cetinje Nr. 39 (1) und Belgrad Nr. 73 (2), 22. März 1913 (chiffr. 1 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Schreibmaschine; V. u. G. Berchtold).

1. Erhalten Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 56 vom 19. l. M. Ich ersuche Euer Hochwohlgeboren, Seiner Majestät König Nikolaus und der montenegrinischen Regierung ungesäumt nachstehendes mitzuteilen: Die k. u. k. Regierung sei nicht in der Lage, sich mit der Euer Hochwohlgeboren erteilten Antwort begnügen zu können, sie müsse vielmehr unbedingt darauf bestehen, daß bis zur Durchführung des Abzuges der Zivilbevölkerung nicht bloß die Beschießung der Stadt, sondern überhaupt das Bombardement von Skutari eingestellt werde, nachdem es nicht möglich erscheint zu konstatieren, worauf das Artilleriefeuer gerichtet ist, und nach den gemachten Erfahrungen und den kürzlichen Äußerungen König Nikolaus' über den Mangel an Artillerieoffizieren die Gefahr auch weiterhin besteht, daß die Stadt und deren Bevölkerung zu Schaden komme. Euer Hochwohlgeboren wollen daher eine bindende und klare Antwort darüber ver-

langen, ob man montenegrinischerseits unserer Forderung nachkommen will oder nicht, und hieran die nachdrückliche Erklärung anschließen, daß wir, falls die Antwort negativ lauten sollte, oder einer Annahme unserer Forderung nicht in angemessener Zeit die Ausführung nachfolgen sollte, wir zu unserem Bedauern genötigt wären, unsere Postulate durch Koercitivmittel zu erzwingen. Auch wollen Euer Hochwohlgeboren dem Könige und Seiner Regierung keinen Zweifel darüber lassen, daß wir scharfe Mittel ins Auge gefasst haben für den Fall, als ein etwaiges durch die freiwillige Kapitulation von Skutari ermöglichtes Einrücken der Montenegriner in die Stadt von irgendwelchen Ausschreitungen gegen die Bevölkerung begleitet sein sollte, für deren Leib und Leben wir Montenegro verantwortlich machen müssten. Euer Hochwohlgeboren wollen die Antwort König Nikolaus' bezw. Seiner Regierung telegraphisch melden. Sollte dieselbe affirmativ lauten, so hätten Sie sich in geeigneter Weise (eventuell mit Hilfe des k. u. k. Militärattachés) über die Durchführung der montenegrinischerseits übernommenen Verpflichtungen genauestens zu informieren und mich über ihre Wahrnehmungen telegraphisch im laufenden zu halten.

2. Die Antwort Seiner Majestät König Nikolaus' auf die in meinem Telegramme vom 19. l. M., Nr. 67 erwähnte Demarche des k. u. k. Geschäftsträgers (und die analoge Rückäusserung der montenegrinischen Regierung) wurde am 19. erteilt und lautet: ... *wie n. 6213 von „Er bedauere zu hören" bis „nicht abändern"* ... Ich richte heute nachstehendes Telegramm an Generalkonsul Weinzetl: (Inseratur Telegramm sub 1 von „Ich ersuche Euer Hochwohlgeboren, Seiner Majestät" bis inkl. „Regierung telegraphisch melden"). Euer Hochwohlgeboren wollen den Inhalt vorstehender Weisung zur Kenntnis der königlich serbischen Regierung bringen und beifügen, daß unsere Demarche aus dem Grunde nur in Cetinje erfolge, weil unseres Wissens der König von Montenegro den Oberbefehl über die gesamten vor Skutari operierenden Streitkräfte führe. Wir geben uns der Erwartung hin, daß der König von Montenegro unserer Forderung Folge geben und somit die Beschießung einstellen werde. Sollte dies wider Erwarten nicht der Fall sein, so müssten wir Koercitivmittel zur Anwendung bringen, deren Wirksamkeit sich auf den Gesamtraum erstrecken müsste, in welchem sich die gemeinsame militärische Aktion gegen Skutari vollzieht. Euer Hochwohlgeboren wollen jedoch hervorheben, daß wir für den Fall, als die serbischen Truppen an dem weiteren Bombardement nicht mehr teilnehmen würden, bereit wären, mit der kgl. serbischen Regierung in eine Konversation darüber einzutreten, welche Mittel und Wege sich finden ließen, damit die serbischen Truppen von der sich hieraus ergebenden Situation so weit als möglich nicht in Mitleidenschaft gezogen werden.

[a]) Oe. U. Balkan 180 Nr. 338. Vgl. n. 6252, 6253, 6274, 6276, 6299 Anm. b.

Nr. 6260. Tel. des Generalkonsuls Rudolf Weinzetl aus Cetinje, 22. März 1913 Nr. 64 (eing. 8 U. p. m.).[a]) Entziff.

Habe heute mittags unter Hinterlassung einer Aufzeichnung interimistischem Minister des Äussern die mir mit hohem Telegramm Nr. 37 vom

21. d. M. in Angelegenheit der gewaltsamen Konversionen und Pater Palić aufgetragenen Erklärungen gemacht und um umgehende Antwort ersucht. Minister versprach mir, dieselbe nach Beratung mit Ministerkollegen sofort zu geben. Gleichzeitig bat ich Hofmarschall, Seiner Majestät dem König eine Kopie obiger Notiz zu unterbreiten. Weinzetl.

[a]) Vgl. n. 6308.

Tel. nach Konstantinopel, 22. März 1913 Nr. 167 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 6253.

Tel. nach London, 22. März 1913 Nr. 263 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 6253.

*Nr. **6261.** Tel. aus London, 22. März 1913 Nr. 233 (eing. 23. März 8 U. a. m.).[a]) Entziff.*

Bei heutiger Réunion ist folgendes Resumé aufgesetzt worden: „Sir Edward Grey a fait connaître à la réunion une communication de l'ambassadeur d'Autriche-Hongrie du 21 mars qui a dû être portée directement à la connaissance de toutes les puissances. La réunion considère que cette communication assure l'accord au sujet de Diakova, conformément aux vues qu'elle a déjà exprimées le 6 mars, la réunion pense que cette solution implique l'extension de l'accord à toute la frontière nord et nord-est de l'Albanie conformément aux indications précédemment données par le comte Mensdorff, et qu'une notification à ce sujet devrait être adressée sans retard à la Serbie et au Monténégro. Les six puissances pourraient déclarer en même temps qu'il est indispensable de prendre d'urgence des mesures pour assurer la protection effective des populations catholiques, musulmanes et albanaises dans les territoires cédés au Monténégro et à la Serbie. La question albanaise n'étant nullement affectée par la continuation de la guerre entre la Turquie et les alliés, les six puissances pourraient donner également à leurs représentants à Cettigné et à Belgrade l'instruction d'inviter les gouvernements auprès desquels ils sont accrédités à lever le siège de Scutari, à mettre fin aux hostilités dans les territoires abandonnés à l'Albanie et à procéder rapidement à l'évacuation de ces territoires". Sir E. Grey telegraphiert Vorstehendes an britische Gesandte in Belgrad und Cetinje, die Demarche zu machen, si omnes. Sir E. Grey ist der Ansicht, der wir alle zustimmten, dass, sobald ein Akkord der Mächte über die in Belgrad und Cetinje zu unternehmenden Schritte erzielt ist, ein diesbezügliches Kommuniqué veröffentlicht werden sollte, das er mit uns aufsetzen würde.

Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 6262, 6272, 6285, 6302, 6338, 6870 Anm. b, 7358.

*Nr. **6262.** Tel. aus London, 22. März 1913 Nr. 235 (eing. 23. März 8 U. a. m.). Entziff.*

In Ergänzung meines heutigen Telegrammes 233. Französischer und deutscher Botschafter hatten bei der Réunion bereits Telegramme ihrer Regierungen erhalten, über die in Paris und Berlin gemachte Mitteilung

der k. und k. Regierung, analog der von mir bei Sir E. Grey gemachten. Russischer und italienischer Botschafter waren noch ohne Nachricht. Sir E. Grey sagte mir, er habe dringend in Petersburg angeraten, ohne Aufschub jetzt die Delimitationsfrage zu Ende zu bringen. Ich machte es bei der Réunion ganz klar, dass unser Verzicht auf Diakowa an die Voraussetzungen gebunden ist, die in Telegramm Nr. 259 vom 20. d. M. enthalten waren.

Mensdorff.

Tel. nach Paris, 22. März 1913 Nr. 185 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.).
Siehe n. 6253.

Nr. 6263. Tel. aus Paris, 22. März 1913 Nr. 53 (eing. 6 U. 20 M. p. m.).[a])
Entziff.

Euer Exzellenz Telegramm vom 21. d. Mts. Nr. 180 Herrn Jonnart mitgeteilt. Derselbe machte keine weiteren Bemerkungen und versprach, französischen Botschafter in London sofort mit Instruktionen zu versehen. Er befürchtet, daß Osterfeiertage Beschlußfassung der Mächte verzögern könnten, und fragte mich, welche Mittel den Großmächten zur Verfügung stünden, um Einstellung der Feindseligkeiten und Räumung Albaniens durchzusetzen. Ich antwortete, daß Montenegro sich einstimmigem ausdrücklichem Wunsch aller Mächte kaum widersetzen dürfte, nachdem durch unsere Konzession betreffs Djakovas jede Differenz zwischen den Mächten beseitigt sei. Minister machte keine bindende Zusage, schien mir aber eher geneigt, den Wünschen Euer Exzellenz Rechnung zu tragen. Ich teilte weiters Inhalt Euer Exzellenz Telegrammes vom 21. d. Mts. Nr. 181[b]) mit und benützte die Gelegenheit, um neuerlich auf dringliche, sofortige Einwirkung der Mächte in Cetinje und Belgrad hinzuweisen. Zu meinem Erstaunen meldete Agence Havas heute meine ausdrücklich als streng vertraulich bezeichnete, in Befolgung des Telegrammes Euer Exzellenz vom 20. d. M. Nr. 174 unternommene Démarche und sagt, daß Österreich-Ungarn eine Escadre an die albanesische Küste geschickt habe, während ich ausdrücklich gesagt hatte, daß wir Schiffe nach süddalmatinischen Gewässern schicken. Ich halte es nicht für angezeigt, hier in dieser Frage mich direkt in Polemik mit Preßleitung des Quai d'Orsay einzulassen. Da neues Ministerium gebildet, dürfte Herr Jonnart heute nicht mehr funktionieren; sein Nachfolger, Herr Pichon, hat Amt noch nicht angetreten, sodaß sofortige Klarstellung des Mißverständnisses schwer erreichbar. Zeitungen über unsere separate Aktion sehr aufgeregt. Szécsen.

[a]) Vgl. n. 6264. — [b]) Mit Tel. Nr. 181, 20. März 1913 (chiffr. 21. März 2 U. a. m.) wurde n. 6229 nach Paris mitgeteilt.

Nr. 6264. Tel. aus Paris, 22. März 1913 Nr. 54 (eing. 10 U. p. m.).
Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 53 von heute. Habe im Auswärtigen Amte wegen der mir von Agence Havas irrtümlich zugeschriebenen Äußerung Einsprache erhoben und Richtigstellung verlangt. Herr Paléologue sagte mir dies zu. Es soll konstatiert werden, dass ich nicht von Flottendemon-

stration an albanesischer Küste, sondern von Entsendung von Schiffen nach Dalmatien gesprochen habe. Paléologue hatte bereits Nachricht aus London über Eindruck der Demarche des Grafen Mensdorff. Derselbe scheint günstig zu sein. Paléologue sagte, unser Verzicht auf Diakowa räume größtes Hindernis der Verständigung aus dem Wege. Vor acht Tagen hätte dieser Entschluss sicher und rasch zu vollständiger Entente geführt. Jetzt seien leider die neuen Konflikte mit Montenegro dazwischengekommen, die auch bereinigt werden müssten. Aus Petersburg seien noch keine Nachrichten eingetroffen und müsse man abwarten, wie sich das dortige Kabinett zur Proposition Euer Exzellenz stellen werde; hier und in London sei man derselben günstig gesinnt und hat dies der russischen Regierung bereits mitgeteilt. Szécsen.

Tel. nach Rom, 22. März 1913 Nr. 303 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m).
Siehe n. 6253.

Nr. 6265. Tel. aus Rom, 22. März 1913 Nr. 150 (eing. 5 U. 30 M. p. m.).
Entziff.

Nach Rücksprache im Sinne hohen Telegrammes vom 20. d. Mts. Nr. 292 hat mir Minister des Äußern zugesagt, den Wünschen Euer Exzellenz gemäß den italienischen Botschafter in Petersburg anzuweisen, sich auch seinerseits dahin auszusprechen, daß die dortige Botschafterréunion eine einstimmige Entscheidung des rumänisch-bulgarischen Konfliktes anzustreben habe und daß ein Majoritätsbeschluß ausgeschlossen sei. Marquis Carlotti erhält ferner Auftrag, im Einvernehmen mit dem Grafen Thurn für die Zuweisung von Silistria an Rumänien und für jene Saloniks an Bulgarien einzutreten. Nach den letzten Nachrichten aus Petersburg hat allerdings Marquis di San Giuliano wenig Hoffnung auf die Annahme dieses Vorschlages. Mérey.

Nr. 6266. Tel. aus Rom, 22. März 1913 Nr. 151 (eing. 5 U. 30 M. p. m.).
Entziff.

Vertraulich. Bulgarischer Gesandter sagte mir vertraulich, nach einer ihm zugekommenen Nachricht erkläre sich Forcierung der Belagerung von Skutari dadurch, daß russischer Gesandter in Belgrad zu verstehen gebe, die Stadt werde zwar, wenn sie sich halte, zu Albanien gehören, im Falle ihrer Einnahme werde aber die öffentliche Meinung in Russland stark genug sein, diese Eventualität zu verhindern. Mérey.

Nr. 6267. Tel. aus Rom, 22. März 1913 Nr. 152 (eing. 7 U. 30 M. p. m.).[a]
Entziff.

Präfekt von Lecce telegraphiert, an Bord Yacht des Herzogs von Montpensier schienen keine Waffen zu sein, doch bestehe begründeter Verdacht, daß solche im geeigneten Momente auf hoher See von einem Segelschiff übernommen werden sollen. Nach einem dem Herzog aus

Paris in konventionellen Ausdrücken zugekommenen Telegramme käme die Waffensendung aus Fiume und hätte Überladung in einigen Tagen bei Gravosa zu erfolgen. Mérey.

[a]) Vgl. n. 5993, 6015, 6295, 6304.

Tel. nach Rom-Vatikan, 22. März 1913 Nr. 17 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 6253.

Nr. 6268. Tel. nach St. Petersburg Nr. 222 (1) und Bukarest Nr. 167 (2), 22. März 1913 (chiffr. 10 U. 15 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Hohenlohe; G. Berchtold).

1. Prinz Fürstenberg telegraphiert unterm 21. d. M.: ... *wie n. 6242 in extenso* ... Ich ersuche Euer Exzellenz im Gegenstande telegraphisch berichten zu wollen.

2. Erhalten Euer Durchlaucht Telegramm Nr. 85 vom 21. d. M. Graf Thurn hat von mir, das in Rede stehende Kompromiss betreffend, keinerlei Instruktion; die Meldung des Petersburger rumänischen Gesandten ist daher ohne jede Bedeutung. Euer Durchlaucht wollen sich im vorstehenden Sinne Herrn Majoresco gegenüber äussern. Zu hochdero persönlichen Information füge ich bei, dass ich Grafen Thurn vom Inhalte des obzitirten Telegrammes verständigt und eingeladen habe, im Gegenstande telegraphisch zu berichten. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6278, 6302.

Tel. nach St. Petersburg, 22. März 1913 Nr. 223 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 6253.

Nr. 6269. Tel. aus St. Petersburg, 22. März 1913 Nr. 103 (eing. 23. März 8 U. a. m.). Entziff.

Streng vertraulich. Zu der mir mit Telegramm Nr. 214[a]) und 215[b]) mitgeteilten telegraphischen Meldung des Grafen Tarnowski vom 20. d. Mts. Aus gelegentlichen Äußerungen Herrn Sazonows scheint hervorzugehen, daß General Dimitrieff vor allem die Aufgabe hat, der hiesigen Regierung vom militärischen Standpunkte aus zu beweisen, daß die von Bulgarien angebotene Grenzberichtigung für Rumänien genügende strategische Sicherheit vom Standpunkte der Verteidigungsfähigkeit der Dobrutscha biete und daher weitergehende Gebietsabtretungen, namentlich aber jene von Silistria, von diesem Standpunkte aus nicht gerechtfertigt wären. Was die bevorstehende Ankunft Herrn Danews anbelangt, so scheint Herr Sazonow über dieselbe in der Tat nicht erfreut zu sein. Überhaupt genießt Danew durchaus nicht die Sympathien des russischen Ministers des Äußern, der ihn mir gegenüber schon wiederholt als zu Verhandlungen denkbarst ungeeignet bezeichnet hatte und von dem er erst gestern sagte, er sei der schlechteste Diplomat Europas. Thurn.

[a]) Mit Tel. Nr. 214, 21. März 1913 (chiffr. 10 U. p. m.) wurde n. 6238 nach St. Petersburg mitgeteilt. — [b]) Mit Tel Nr. 215, 21. März 1913 (chiffr. 9 U. p. m.) wurde n. 6239 nach St. Petersburg mitgeteilt.

Nr. 6270. Tel. aus St. Petersburg, 22. März 1913 Nr. 105 (eing. 23. März 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Herr Sazonow kam gestern auf meine gestrige Mitteilung bezüglich unseres bedingungsweisen Verzichtes auf Djakova (Euer Exzellenz Telegramm Nr. 212 von gestern) zurück. Er sagte mir, um jedem Mißverständnisse vorzubeugen, wolle er seine Auffassung des den katholischen und albanesischen Minoritäten zu gewährenden Schutzes dahin präzisieren, daß derselbe in Form von in den Friedensvertrag aufzunehmenden Verpflichtungen, nicht aber in Form einer auswärtigen, die Souveränität der betreffenden Länder beeinträchtigenden Kontrolle stipuliert werde. Was das Verlangen nach sofortiger Einstellung der Feindseligkeiten und raschester Räumung der Albanien zugesprochenen Gebiete anbelange, so sei er zwar bereit, sich einem solchen anzuschließen, wenn es in Form eines freundschaftlichen Ratschlages erfolgen soll, nicht aber einer Sommation oder gar einer Drohung mit Gewaltmaßregeln. Einem solchen Vorgehen zuzustimmen sei für ihn unmöglich und würde er, wenn er dies täte, sich absolut nicht an seinem Platze halten können. Herr Sazonow führte aus, daß für die letztere Vorgangsweise auch keine Notwendigkeit vorliege, da Serbien formell erklärt habe, beim Friedensschlusse die Albanien zugesprochenen Gebiete zu räumen. Dies noch während der Dauer des Krieges zu tun, könne für dasselbe unter Umständen mit Rücksicht auf die formellen Versicherungen des Bündnisvertrages unmöglich sein. An gutem Willen wird es Serbien gewiss nicht fehlen, da es, wie er aus Berichten Herrn von Hartwigs wisse, von dem ganzen albanesischem Unternehmen gründlich dégoutiert sei und nur unter dem Zwange der Bestimmungen des Bündnisses Montenegro jetzt noch vor Skutari Hilfe leiste. Habe man es dann aber nur mit Montenegro allein zu tun, so werde es den Mächten nicht schwer fallen, diesem gegenüber ihren Willen durchzusetzen; eventuell müßte eine gemeinsame Flottendemonstration, Blockade oder dergleichen ins Auge gefasst werden. Damit müsse aber jedenfalls bis zum Friedensschlusse gewartet werden. Thurn.

[a] Vgl. n. 6247, 6285, 6290, 6304.

Tel. nach Sofia, 22. März 1913 Nr. 151 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 6253.

Nr. 6271. Tel. aus Sofia, 22. März 1913 Nr. 275 (eing. 8 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Bezug auf mein Telegramm Nr. 272 von gestern. Habe soeben Dobrović gefragt, ob ihn Konseilspräsident von meiner gestrigen Mitteilung verständigte. Dobrović bestätigte, dass ihm Herr Geschoff eine Notiz darüber gestern übergeben, die — seit gestern in Philippopel weilender — König heute bereits erhalten. Dobrović erging sich in allerschärfsten Ausfällen gegen Serben und Griechen: eine Bande, Gesindel etz. Ohne Bulgarien hätten sie gegen Türkei nichts ausgerichtet und jetzt wollen sie alles nehmen, so dass für Bulgarien kaum noch etwas übrig bliebe. Bulgarien müsse sich — sagte Mitredner wiederholt — mit Rumänien verständigen und sich Rücken decken, dann werde man stark genug, um den Verbündeten eine Lehre zu

geben. Auf meine Frage, was Konseilspräsident von meiner Mitteilung denke, antwortete Dobrovič, dass Herr Geschoff dieselbe als sehr wichtig bezeichnete und bemerkte, Regierung müsse Sache sofort prüfen. Dobrovič rede Geschoff beständig zu, Rumänien entgegenzukommen und sich zu verständigen, und König Ferdinand tue dasselbe. Regierung fürchte leider Opposition und habe bis jetzt gezögert. König könne keine Pression auf Herrn Geschoff üben, da Kabinett dann Seiner Majestät ganze Verantwortung überlassen wolle. Tarnowski.

[b]) Vgl. n. 6294, 6306.

Nr. 6272. Tel. nach Belgrad Nr. 75 (1), Cetinje Nr. 43 (2), Berlin Nr. 246 (3), St. Petersburg Nr. 226 (4), Paris Nr. 187 (5), Rom Nr. 305 (6), Konstantinopel Nr. 168 (7), Bukarest Nr. 169 (8) und London Nr. 264 (9), 23. März 1913 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; G. Berchtold).

1.—8. Bei gestriger Botschafterréunion hat Sir E. Grey mitgeteilt, daß die k. u. k. Regierung unter gewissen Voraussetzungen auf die Zugehörigkeit Djakovas zu Albanien zu verzichten bereit ist. Es wurde hierauf folgendes Résumé aufgesetzt: ... *wie n. 6261 von „La réunion" bis „ces territoires"* ... Die Ansichten der Réunion, auf die man sich in obigem Résumé bezogen hat,

1., 2. u. 8. lauten: ... *wie n. 6043 von „En ce qui" bis zum Schlusse* ...

3.—7. sind in meinem Telegramm Nr.

3. 213[b])
4. 185[b])
5. 159[b])
6. 255[b])
7. 145[b])

3.—7. vom 7. l. M. wiedergegeben.

1. u. 2. Bezüglich der Grenzlinie, auf welche sich die Réunion beruft, erhalten Euer Hochwohlgeboren ein separates Telegramm. Euer Hochwohlgeboren sind ermächtigt, sich — si omnes — einer Demarche im obigen Sinne anzuschließen.

9. Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 233 vom 22. l. M.

3.—9. Die k. und k. Vertreter in Belgrad und Cetinje sind ermächtigt, sich — si omnes — einer Demarche im obigen Sinne anzuschließen.

3.—6. Vorstehendes zu Euer Exzellenz vertraulicher Information und Mitteilung an die dortige Regierung.

7. Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information.

8. Vorstehendes ausschließlich zur streng vertraulichen Mitteilung an Seine Majestät König Carol.

9. Vorstehendes zur Mitteilung an Sir E. Grey. Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 184 Nr. 346. Vgl. n. 6273, 6274, 6281, 6290, 6323, 6343, 6345, 6357. — [b]) Mit diesen Telegrammen vom 7. März (chiffr. 11 U. p. m.) wurde n. 6043 mitgeteilt.

Nr. 6273. Tel. nach Belgrad Nr. 76 (1) und Cetinje Nr. 44 (2), 23. März 1913 (chiffr. 11 U. p. m.).[a] *Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).*

1. u. 2. Im Verfolge meines heutigen Telegrammes

1. Nr. 75.

2. Nr. 43.

1. u. 2. Die von der Londoner Botschafterréunion vereinbarte Nord- und Nordostgrenze Albaniens verläuft wie folgt: „La frontière de l'Albanie partira de la côte adriatique à l'embouchure de la Boyana, elle suivra le thalweg de ce fleuve jusqu'au village de Goritza, situé sur la rive droite. De là elle atteint le sommet des montagnes séparant la Boyana du lac de Scutari en laissant le Taraboche à l'Albanie. Elle traverse le lac près du village Zogay qui reste à l'Albanie jusqu'à la baie de Licheny Hotit d'où elle suit la frontière entre les tribus de Grouda et Hoti cédées au Monténégro d'une part et les tribus de Kastrati et Klémenti d'autre part laissant ces deux tribus à l'Albanie. Elle se confond ensuite avec les limites actuelles entre la tribu monténégrine de Koutchi d'un côté et la tribu de Klémenti de l'autre côté jusqu'au district de Goussigné et Plava; elle laisse ce district au Monténégro en suivant la chaîne principale et la ligne du partage des eaux entre le Lim d'un côté et le Drin de l'autre. Elle quitte cette chaîne pour gagner la crête des collines au sud de la ville de Djakova qui est laissée hors de l'Albanie.[b] Elle suit le cours du Drin blanc jusqu'à l'ouest de Prizren et ensuite la frontière entre le district de Prizren et ensuite le district de Liouma laissant ce dernier à l'Albanie. De là elle suit la crête de la montagne Korab en laissant à l'Albanie le district de Dibra inférieure et hors de l'Albanie le district de Réka. Quittant cette crête un peu au nord de la ville de Dibra qui reste hors de l'Albanie la frontière gagne le Drin noir qu'elle remonte jusqu'au village de Loukovo d'où en laissant Strouga hors de l'Albanie elle gagne la rive du lac d'Okhrida." Vorstehendes zu Euer Hochwohlgeboren streng vertraulicher Information bis zur Ausführung der in meinem citierten Telegramme erwähnten Démarche. Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 167 Nr. 314 Beilage. Vgl. n. 6528, 6544, 6577. — [b]) Vgl. n. 6577 Anm. b.

Nr. 6274. Tel. nach Belgrad, 23. März 1913 Nr. 77 (chiffr. 11 U. p. m.).[a] *Konz. (S. Nemes; V. u. G. Berchtold).*

Erhalten Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 159[b]) vom 23. l. M. Euer Hochwohlgeboren haben Schlußalinea meines Telegrammes Nr. 73 richtig dahin interpretiert, daß in Aussicht genommene Pourparlers nur auf die Zeit der Einstellung des Bombardements bis zur Evakuierung [sich] beziehen. Diese Frage dürfte indessen durch das Ergebnis der gestrigen Botschafterréunion, worüber Euer Hochwohlgeboren ein separates Telegramm[c]) zukommt, gegenstandslos geworden sein, da hiedurch jene Bedingung als erfüllt erscheint, mit welcher laut Euer Hochwohlgeboren Telegrammes Nr. 133 vom 12. l. M. die weitere Teilnahme Serbiens an der Belagerung Skutaris überhaupt entfallen wird. Falls Euer Hochwohlgeboren Kollegen noch nicht mit Instruktionen betreffs Mitteilung des Réunionbeschlusses

an serbische Regierung versehen sein sollten und daher die Demarche eine Verzögerung erleiden sollte, können Euer Hochwohlgeboren im Zusammenhange mit der diesem Telegramme zu Grunde liegenden Frage Herrn Pašić streng vertraulich davon Mitteilung machen, daß ein Botschafterbeschluß in London gefaßt wurde, demzufolge Skutari Albanien zugesprochen wird.

Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6280. — [b]) Mit Tel. Nr. 159, 23. März 1913 (eing. 6 U. p. m.) wurde aus Belgrad gemeldet, daß Ugron, da Pašić nicht anzutreffen war, die aufgetragene Demarche beim Generalsekretär des serbischen Ministeriums des Äußern machte und die Frage des letzteren, ob sich die Einstellung des Bombardements nur auf die Zeit bis zur Evakuierung Skutaris beziehe, bejaht habe. — [c]) n. 6272.

Tel. nach Berlin, 23. März 1913 Nr. 246 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m). Siehe n. 6272.

Nr. 6275. Privatschreiben des Staatssekretärs des deutschen Auswärtigen Amtes von Jagow; Berlin, 23. März 1913.[a]) Ausfert.

Ebenso sehr wie ich bedaure, Ihnen noch nicht meinen Besuch in Wien haben machen zu können, muss ich jetzt auch um Entschuldigung bitten, dass ich einige Tage verstreichen liess, ehe ich Ihre Zeilen vom 13. beantwortete. Aber die durch die Krise noch vermehrte Geschäftslast verhinderte mich am früheren Schreiben. Ich bin Ihnen sehr dankbar, mir durch Ihre Zeilen die Gelegenheit gegeben zu haben, wenigstens schriftlich in persönliche Berührung mit Ihnen zu treten, da leider bei der europäischen Lage und angesichts der bevorstehenden Beratung meines Budgets im Reichstage doch noch einige Zeit vergehen dürfte, bis ich meinen lang gehegten Wunsch einer Fahrt nach Wien werde ausführen können. Ihre politischen Darlegungen waren mir sehr wertvoll, da ich es bei den engen Beziehungen unserer Länder für überaus erwünscht halte, sich über die Ziele unserer beiderseitigen Politik offen auszusprechen und auf dem Laufenden zu erhalten. Nach dem Zusammenbruch der Türkei und der dadurch ganz veränderten Situation im Südosten Europas erscheint es mir eine wesentliche Aufgabe für Österreich-Ungarn und damit auch für Deutschland, dem Vordringen der slavischen Flut und des russischen Einflusses entgegenzuarbeiten. Glücklicherweise scheint diese Auffassung in den leitenden Kreisen Italiens sich auch durchgedrungen zu haben, während die grosse Menge und die öffentliche Meinung des Landes der Regierung auf diesem Wege wohl nur zögernd folgt. Ich bin mit Ihnen der Ansicht, dass Rumänien nach wie vor für unsere Konstellation einen wichtigen Faktor bildet und wir auch unbedingt versuchen müssen, diesen Staat am Dreibund festzuhalten. Durch die ungeschickte und schwache Politik Majorescus, der sich von der öffentlichen Meinung mit dem Stichwort „Silistria" fortreissen liess, ist dies leider sehr erschwert worden. Wir müssen eine Sache verfechten, die an sich kaum gerechtfertigt erscheint. Ich würde aber gern jedes Mittel ergreifen, welches Aussicht hat, zum Ziele zu führen. Nur scheint mir der Tausch Silistria—Salonik dies nicht zu tun. Denn die Zusicherung

des Besitzes von Salonik an Bulgarien halte ich für die Teilung de la peau de l'ours. Griechenland wird auf keinen Fall ohne Kampf auf Salonik verzichten und das ganz besonders nicht, seitdem sein Besitztitel durch das Blut des gemordeten Königs gewissermassen konsekriert wurde. Die Wogen der Feindschaft gegen Bulgarien gehen bereits sehr hoch in Athen, dagegen scheint sich dort, gerade infolge dieser Feindschaft, der Wunsch nach einer Annäherung an Rumänien geltend zu machen. Hier glaube ich Zukunftsmöglichkeiten für die Eindämmung der slavischen Welle auf dem Balkan zu erblicken. Man muss nicht vergessen, dass Griechenland und Rumänien die einzig nichtslavischen Mächte dort sind und dass unter der Regierung des entschieden deutschfreundlichen Kronprinzen auch wohl auf eine zielbewusstere Politik in Athen gerechnet werden darf. Ferner scheinen mir die anderen Mächte auch der Ansicht zu sein, dass Salonik Griechenland zufallen soll. Wir würden mit unserem Engagement also nur eine neue schwierige Frage heraufbeschwören. Dagegen verspreche ich mir von der Aussicht, Bulgarien für unser System zu gewinnen, vor der Hand sehr wenig. König Ferdinand ist, wie Sie selbst sagen, durchaus unzuverlässig. Die Leute, die ihn umgeben, und vielleicht er selbst, sind zudem zu fest mit goldenen Ketten an Frankreich geschmiedet; das jetzige Ministerium ist durchaus russenfreundlich und Herr Danew scheint mir nicht nur ein taktloser, sondern auch ein sehr unsicherer Kantonist zu sein. In dem Volke lebt noch der Glaube an den Zarbefreier fort. Mit diesem egoistisch schlauen, sehr selbstbewussten Bauernvolk wird meo voto erst dann etwas anzufangen sein, wenn es der russischen Bevormundung gründlich satt geworden ist. Ausserdem glaube ich annehmen zu dürfen, dass zur Zeit überhaupt noch feste Abmachungen zwischen Russland und Bulgarien bestehen. Sazonow hat in Bukarest zu verstehen gegeben, dass Russland Bulgarien sein Territorium garantiert hat. Der Streit um Silistria dürfte schliesslich zwischen Bulgaren und Rumänen eine bittere, schwer zu überwindende Rancune zurücklassen. Auch frage ich mich, ob wir Bulgarien bisher als Machtfaktor nicht etwas überschätzt haben. Es dürfte zur Zeit — wenn auch nach anerkennenswerten Leistungen — in diesem Kriege doch ziemlich am Ende seiner Kräfte angelangt sein. Dass Österreich-Ungarn nach der jahrelangen Reibung mit Serbien und den mancherlei Unverschämtheiten der Serben nicht heute unvermittelt in Belgrad erklären kann „soyons amis, Cinna", sehe ich vollständig ein. Aber vielleicht könnte die dira necessitas des Staatenlebens in Serbien doch über kurz oder lang die Erkenntnis fördern, dass es nützlich wäre, eine Annäherung an die Monarchie zu suchen, die sich dann bei einem gewissen Entgegenkommen in Wien auch wohl realisieren liesse. Ein kluger Kenner des Balkans — der bulgarische Gesandte in Rom, der mit einer Montenegrinerin verheiratet ist — sagte mir vor einiger Zeit, die Dynastie in Montenegro könnte sich nicht mehr lange halten, spätestens nach dem Tode König Nikolaus würde sie fallen und Montenegro sich mit Serbien vereinigen. Freilich wäre es dann auch mit den Karageorgs zu Ende. „Und dann?" frug ich. „Dann wird Serbien sich einen europäischen Fürsten suchen, ohne welche die Balkanstaaten nicht gedeihen können." Die 4 Millionen Serben bilden einen Volkskörper, der sich nicht wegzaubern

und auch nicht erdrücken lässt. In die Opposition gedrängt werden sie die Irredenta nur fördern, während ein politisches Einvernehmen mit der Nachbarmonarchie diese Gefahr abschwächen müsste, wie es in der rumänischen Frage der Fall ist. Ob aber Österreich-Ungarn die jetzt unabhängigen Serben auch noch „überschlucken" kann und will, ist eine Frage, in die einzugehen ich mir versagen muss, weil sie die innere Politik der Monarchie betrifft, über die zu urteilen ich selbstverständlich nicht berufen bin. Die Dinge im Balkan erscheinen mir alle noch völlig ungeklärt, das Einzige, was man wohl bestimmt sagen kann, ist, dass der „Balkanbund" bedenkliche Risse zeigt. Nicht aber lässt sich voraussehen, wohin die einzelnen Staaten ihre Orientierung nehmen werden. Man muss das abwarten und in die natürlich sich ergebenden Spaltungen einsetzen, um den einen oder anderen zu uns hinüberzuziehen. An eine Gefolgschaft des starren und vom Grossmachtskitzel erfüllten Bulgariens vermag ich jedoch dabei am wenigsten zu glauben. Die Zukunftsmöglichkeiten aber durch eine Stellungnahme betreffend Salonik zu präjudizieren, halte ich deshalb nicht für empfehlenswert, zumal wir damit einen Wechsel ziehen würden, den wir ohne einen neuen ernsten Konflikt kaum einlösen könnten. Jagow.

[a]) Vgl. n. 6862.

Tel. nach Bukarest, 23. März 1913 Nr. 169 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 6272.

Tel. nach Cetinje, 23. März 1913 Nr. 43 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 6272.

Tel. nach Cetinje, 23. März 1913 Nr. 44 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 6273.

Nr. 6276. Tel. des Generalkonsuls Rudolf Weinzetl aus Cetinje, 23. März 1913 Nr. 65 (eing. 24. März 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 39 vom 22. d. Mts. König Nikolaus hat mich heute mittags über mein Ansuchen in Audienz empfangen. Zunächst teilte mir Höchstderselbe mit, daß in Angelegenheit des Falles Palić gestern ein Ministerrat unter seinem Vorsitz stattgefunden. Erst um 1 Uhr nachts hätte er seinen Ministern das Zugeständnis abgerungen, daß die von mir verlangte Reise des Monsignore Miedia und des k. und k. Vizekonsuls von Pözel behufs Untersuchung anstandslos erfolgen könne. Von Seite der Regierung erhielt ich bisher keine diesbezügliche Erklärung. Hierauf gab ich Seiner Majestät die mir mit obzitiertem hohen Telegramme aufgetragenen Erklärungen ab, die ich kurz vorher dem interimistischen Minister des Äußern gemacht hatte, der sie dem Ministerrate vorzulegen versprach. Seine Majestät verhielt sich anfänglich ganz ablehnend, später erklärte er zuzugeben, daß sich Bevölkerung in einen reservierten Raum zurückziehe und bat, dies Euer Exzellenz zu melden. Als ich einwarf, daß die Übermittlung einer solchen Antwort gegen meine Instruktionen wäre, wurde König ungehalten und verabschiedete mich in brüsker Weise. Gleich darauf

aber besann er sich eines Besseren und erklärte, er wolle die Sache mit seinen Ministern besprechen und Baron Giesl, der heute abends hier eintrifft, die Antwort geben. Weinzetl.

a) Oe. U. Balkan 184 Nr. 345. Vgl. n. 6282, 6308.

Tel. nach Konstantinopel, 23. März 1913 Nr. 168 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 6272.

Tel. nach London, 23. März 1913 Nr. 264 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 6272.

Tel. nach Paris, 23. März 1913 Nr. 187 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 6272.

Tel. nach Rom, 23. März 1913 Nr. 305 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 6272.

Nr. 6277. Tel. aus Rom, 23. März 1913 Nr. 160 (eing. 24. März 8 U. a. m.). Entziff.

Ich habe mich heute dem Minister des Äußern gegenüber im Sinne des hohen Telegrammes vom 22. d. Mts. Nr. 303 ausgesprochen. Marquis di San Giuliano bemerkte zunächst neuerlich, er halte Abzug von 25.000 Einwohnern für praktisch schwer durchführbar, da wir, ohne mit unseren bisherigen Erklärungen in Widerspruch zu geraten, bei dieser humanitären Aktion keine konfessionellen Unterschiede machen dürften. Meine insistierende Frage nach Italiens einschlägiger Haltung beantwortete der Minister dahin, daß er vor allem in Cetinje energische Schritte für Einstellung des Bombardements der Stadt — wie er hoffe, mit Erfolg — gemacht habe. Im übrigen stehe er mit dem Ministerpräsidenten in eifriger telegraphischer Korrespondenz, wobei er mir zu verstehen gab, daß Herr Giolitti vorläufig einer isolierten Aktion — ohne Mandat seitens der Mächte — widerstrebe. Aus Skutari habe die Consulta bisher 20 noch nicht völlig entzifferte Telegramme erhalten, deren letztes vom 17. Februar datiert. Nach deren vorläufig bekannten Inhalt seien zwar, wie dies bei einer Belagerung unvermeidlich, durch verschiedene Geschosse Schäden angerichtet, die Nachricht der Tötung von 8 italienischen Nonnen aber — wenigstens bis zu dem obigen Datum — unwahr. Minister betonte ferner, daß seit unserer vorgestrigen Unterredung (mein Telegramm vom 22. d. M. Nr. 148)a) weitere günstige Symptome vorliegen, welche uns von einer isolierten Aktion abhalten sollten und zwar: 1. Die einstimmigen Beschlüsse gestriger Botschafterréunion in London, welche er mir aus einem Telegramme Marquis Imperialis vorlas. 2. Der — wie ich annehme — vielleicht italienischerseits suggerierte — Vorschlag Deutschlands, uns und Italien ein europäisches Mandat zu übertragen, wodurch unsere eventuell gemeinsame Aktion eine legale Basis erhielte. 3. Die auf die guten dermaligen Beziehungen zwischen Deutschland und England gegründete Aussicht, daß Sir E. Grey diesen Vorschlag günstig aufnehmen und vertreten werde. 4. Nachrichten aus

Belgrad, wonach Serbien geneigt, sich von Skutari zurückzuziehen. — Die Konklusion war natürlich, daß wir in diesem, der allgemeinen Entspannung so nahen Augenblick nicht durch eine isolierte Aktion eine schwere Komplikation provozieren sollen. Mérey.

[a]) Mit Tel. Nr. 148, 22. März 1913 (eing. 6 U. 50 M. p. m.) wurde aus Rom berichtet, San Giuliano stehe unter Anspielung auf die Prohaska-Affaire den Nachrichten über die gewaltsame Konvertierung zur Orthodoxie und über das Schicksal Pater Palić' mindestens, was die Details betreffe, mit einer gewissen Skepsis gegenüber. Er glaube nicht an die Notwendigkeit einer Flottendemonstration und es veranlassen ihn folgende Momente zu einer optimistischen Auffassung der Lage: 1. Die auf Grund des Beschlusses der Londoner Konferenz erfolgte Kollektivdemarche in Belgrad und Cetinje, 2. das ihn sehr überraschende gänzliche Fallenlassen des österreichischen Standpunktes bezüglich Diakowas, das Serbien befriedigen und vielleicht an Skutari desinteressieren, für Rußland aber einen Erfolg bedeuten und dasselbe zu einem entscheidenden Wort in Cetinje und Belgrad bewegen dürfte, 3. die noch nie so nahe gerückte völlige Einigung über die Nord- und Nordostgrenze Albaniens, 4. die im Ganzen günstigen Aussichten für die jetzige Mediation der Mächte. Vertraulich und rein persönlich bemerkte San Giuliano, er verstehe Wiens ganze Haltung nicht, da es in merito in wichtiger Delimitationsfrage äußerst nachgiebig sei, dabei aber stets und zum Beispiel jetzt in Angelegenheiten von geringerer Bedeutung eine drohende Haltung einnehme, was nicht nur überall die öffentliche Meinung, Presse und die Börse beunruhige, sondern auch Wien mit einem in merito unverdienten Odium der Intoleranz belaste.

Tel. nach St. Petersburg, 23. März 1913 Nr. 226 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 6272.

Nr. 6278. Tel. aus St. Petersburg, 23. März 1913 Nr. 107 (eing. 24. März 8 U. a. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 222 von heute.[a]) Meldung des rumänischen Gesandten, ich sei „obsédé d'un compromis et création d'une Silistrie roumaine située nord-est et à côté de la ville bulgare" kann nur das Ergebnis eines Mißverständnisses sein, wie es bei Herrn Nano leider nicht selten vorzukommen scheint, wie zum Beispiel die Konfusion beweist, die er bei Übermittlung der rumänischen Antwort an Herrn Sazonow gelegentlich der Annahme der Mediation der Mächte angerichtet hatte, die mit der den Vertretern derselben seitens des rumänischen Ministers des Äußern überreichten Note absolut nicht übereinstimmte (vide mein Telegramm Nr. 69 vom 27. v. Mts.). Ich kann mir sein Mißverständnis nur so erklären, daß ich vor einigen Tagen bei einer akademischen Besprechung der bulgarischerseits bereits zugestandenen Konzessionen und um mir für die rumänischen Ansprüche möglichst starke Argumente zu bilden, auch die Frage aufwarf, ob es wirklich erwiesen sei, daß der Bau einer Brücke unmittelbar flußabwärts von Silistria unmöglich sei. Wäre dies nämlich nicht der Fall, so könnten vielleicht die Bulgaren auf die rumänischen Argumente von der Notwendigkeit einer Brücke darauf hinweisen, daß, wenn Rumänien an dieser Stelle eine Brücke baue, am Brückenkopf sehr bald von selbst eine neue Stadt erstehen dürfte, die an Bedeutung die alte bulgarische überflügeln und für Rumänien den Besitz dieser letzteren, dem langsamen Absterben geweihten überflüssig machen würde. Könne man aber auf die

Unmöglichkeit eines Brückenbaues an der bezeichneten Stelle hinweisen, so wären bulgarischerseits in dem vorbezeichneten Sinne etwa vorgebrachte Argumente a priori unhaltbar. Ich werde jedenfalls in der Zukunft in meinen Gesprächen mit dem rumänischen Gesandten die durch sein heutiges Mißverstehen gebotene Reserve und Vorsicht nicht außer Acht lassen. Thurn.

[a]) n. 6268.

Nr. 6279. Bericht aus St. Petersburg, 10./23. März 1913 Nr. 12 (eing. 25. März).[a]) Ausfert.

Das hohe Telegramm vom 22. d. M. Nr. 219, welches mich mit Instruktionen für die bevorstehenden Botschafter-Beratungen in der rumänisch-bulgarischen Mediations-Angelegenheit versieht, habe ich zu erhalten die Ehre gehabt. Sowohl mein deutscher als italienischer Kollege sind bereits ermächtigt worden, an den Beratungen Teil zu nehmen, haben aber noch keine Detail-Instruktionen. Marquis Carlotti war allerdings schon gelegentlich seines Aufenthaltes in Rom von dem Plan in Kenntnis gesetzt worden, die Frage der Zuweisung Silistrias an Rumänien mit jener Salonichis an Bulgarien in Verbindung zu bringen. Er hatte aber bis gestern noch keinen Auftrag, sich einem dahin gehenden Vorschlage anzuschliessen. Graf Pourtalès hat bisher nur die allgemeine Instruktion, für die Wünsche Rumäniens einzutreten. Er sagte mir gestern, Marchese Carlotti habe ihm von dem Plane, ein Junctim zwischen Silistria und Salonichi aufzustellen, vertrauliche Mitteilung gemacht. Er habe diesbezüglich noch keine Weisung seiner Regierung, doch scheine ihm persönlich eine solche Kombination, die ja ansonsten Manches für sich hätte, mit Rücksicht auf Griechenland sehr bedenklich. Gerade jetzt nach dem Thronwechsel in Athen scheine es ihm besonders geboten, Griechenland nicht zu verletzen, wie dies durch ein Eintreten für die Zuweisung Salonichis an Bulgarien in hohem Masse der Fall sein müsste. Zur Begründung dieser Ansicht berief er sich auf eine Erzählung unseres italienischen Kollegen, der ihm mitgeteilt hätte, dass — seiner Meinung nach — Griechenland unter dem neuen Regime grosse Neigung haben dürfte, sich der Triple-Allianz anzuschliessen. Er schliesse dies aus einer langen Unterredung, die er, Marchese Carlotti, gelegentlich seiner Abschiedsaudienz bei der damaligen griechischen Kronprinzessin mit dieser gehabt hatte und in welcher Höchstdieselbe in der eingehendsten Weise ausgeführt habe, welchen enormen Fehler Griechenland begangen habe, indem es sich nicht schon längst an die Zentralmächte angeschlossen habe. Solche günstige Dispositionen, meint Graf Pourtalès, würden zweifelsohne zerstört werden, wenn es bekannt werden sollte, dass der Dreibund sich dem heissesten Wunsche Griechenlands, der Erwerbung Salonichis, widersetzt hätte. Ich hielt diese Äusserungen meines deutschen Kollegen für interessant genug, um sie Euer Exzellenz im Vorstehenden kurz einzuberichten. Thurn.

[a]) Vgl. n. 6292.

Nr. 6280. Tel. aus Belgrad, 24. März 1913 Nr. 162 (eing. 25. März 8 U. a. m.). Entziff.

Da Herr Pašić heute den ganzen Vormittag durch einen Ministerrat, in welchem über meine gestern gemachten Mitteilungen (vide Telegramm Nr. 159)[a] verhandelt werden dürfte, in Anspruch genommen ist, habe ich Inhalt des heutigen Telegrammes Nr. 77 Generalsekretär streng vertraulich und nicht offiziell mitgeteilt. In ganz analoger Weise eröffnete mir auch Generalsekretär, daß bereits gestern alle weiteren Truppensendungen nach Skutari, sowie auch Einschiffung in Salonik sistiert worden sind; serbische Regierung hätte gleichzeitig gestern ihren Vertreter in Cetinje beauftragt, König Nikolaus bekannt zu geben, daß Serbien im Prinzipe zwar geneigt sei, seinen Bundespflichten nachzukommen, doch hätten auch die ihre Grenzen und man wolle sich unter keiner Bedingung in einen Krieg mit Österreich-Ungarn hineinziehen lassen, nachdem sich die serbische Regierung die dauernde Besserung ihrer Beziehungen zu uns zur Aufgabe gemacht habe. Es wurde demnach dringendst zur Nachgiebigkeit geraten, denn Serbien sei nicht gewillt, sich an ernsten Komplikationen mit der Monarchie zu beteiligen. Ugron.

[a] Vgl. n. 6274 Anm. b.

Nr. 6281. Tel. aus Berlin, 24. März 1913 Nr. 153 (eing. 5 U. p. m.).[a] Entziff.

Antwort auf Euer Exzellenz gestriges Telegramm Nr. 246. Fürst Lichnowsky hat über die Botschafterréunion vom 22. d. Mts. ganz gleichlautend berichtet wie Graf Mensdorff. Die deutschen Vertreter in Belgrad und Cetinje sind ermächtigt, sich der betreffenden Démarche — si omnes — anzuschließen. Herr von Jagow sagte mir, er habe deutschen Botschafter in London beauftragt gehabt, in der Réunion die Mandaterteilung an Österreich-Ungarn und Italien in der Angelegenheit der Delimitation Albaniens und insbesondere in der Skutarifrage anzuregen. Nach einer soeben eingetroffenen Meldung Fürst Lichnowskys sei aber die Botschafterréunion nicht geneigt, diesem Vorschlage zuzustimmen. Szögyény.

[a] Vgl. n. 6325.

Nr. 6282. Tel. aus Cetinje, 24. März 1913 Nr. 66 (eing. 25. März 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Im Verfolge Telegrammes Nr. 65 von gestern. König erteilt mir heute folgende Antwort: Dem Verlangen nach Einstellung des Bombardements könne er nicht stattgeben, weil dazu Zustimmung seiner Verbündeten nötig. Schriftliche Formulierung dieser Antwort seitens Regierung wurde mir für heute nachmittags zugesagt. Nach längerer eindringlicher Diskussion verstand sich der König zu nachstehender, vorläufig persönlicher und unverbindlicher, angeblicher Konzession: Er wolle durch direkte Mitteilung an Essad Pascha demselben zu einem vom König zu bestimmenden Termin eine kurze Frist geben, um die Bevölkerung zu evakuieren, während

derselben natürlich auch Bombardement einstellen. Teilnahme von Organen einer dritten Macht bei diesen Verhandlungen und bei Durchführung des Auszuges verweigert er. Ich erwiderte, dass mir praktische Durchführung dieses Vorschlages unmöglich scheine und dass derselbe den ablehnenden Charakter der Antwort nicht ändere. Nachdem größere serbische Truppen- und Geschütztransporte neuerdings in Medua gelandet sein sollen und, wie ich höre, Generalsturm auf Skutari für diesen Donnerstag, nach anderen Nachrichten schon morgen angesetzt sein soll, ist Gefahr im Verzuge. Eskader, welche, wie ich gestern konstatierte, noch keine Aufklärungsschiffe ausserhalb der Bocche hat, sollte Aufklärungen sofort einleiten und in die Gewässer bis südlich Durazzo abgehen. Flottenaktion ist aber, weil serbische Transporte schon gelandet wären und montenegrinische Stellungen bis knapp an Skutari herangerückt sind, gegenwärtig kaum von durchgreifendem Erfolg. Es wäre daher überraschendes Eingreifen der Landtruppen von Cattaro, Ragusa, Trebinje, Bilek in Erwägung zu ziehen, respektive deren operative Bereitschaft anzuordnen, nachdem Montenegro dermalen fast ganz von Truppen entblösst. Ich habe den Eindruck, dass der König selbst einem neuerlichen Schritt der Mächte, der nicht von Androhung von Gewaltmaßregeln begleitet wäre, nicht nachgeben wird. Giesl.

[a]) Vgl. n. 6298.

Nr. 6283. Tel. aus Cetinje, 24. März 1913 Nr. 68 (eing. 25. März 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

In Angelegenheit der Untersuchung Djakova erhalte soeben Note der montenegrinischen Regierung, welche Entsendung Erzbischofs mit Stillschweigen übergeht, jener Vizekonsuls unter Bedingung zustimmt, daß dessen Mission Charakter einer mit montenegrinischem Delegierten gemeinsam durchzuführenden Enquête habe. Weiters wird Delegierung eines dritten, einer am Balkan interessierten katholischen Macht angehörigen Kommissionsmitgliedes (vergleiche Telegramm aus Prisren von heute)[b]) vorgeschlagen. Ich werde morgen ergänzende Aufklärungen verlangen. Schriftliche Erklärung betreffend Bombardement Skutaris mir bisher nicht zugekommen.

Giesl.

[a]) Vgl. n. 6229, 6289, 6300, 6308. — [b]) n. 6289.

Nr. 6284. Bericht des Militärattachés in Cetinje, 24. März 1913 Res. Nr. 105 (eing. als Einsichtsstück des Chefs des Generalstabs vom 29. März Nr. 1527 am 4. April). Auszug.

Dem k. u. k. Militärattaché in Cetinje kam am 21. März l. J. die vertrauliche dringende Warnung zu, „samt seinen Freunden auf der Hut zu sein, um nicht traurige Ostern zu erleben". Da gleichzeitig auch von der Generalstabsabteilung des 16. Korpskommandos die Mitteilung über Attentatsabsichten des großserbischen revolutionären Komités auf hochgestellte Funktionäre einlangte, befürchtete der k. u. k. Militärattaché, dass gegen den k. u. k. Gesandten Freiherrn von Giesl anlässlich seiner Rückkehr nach Cetinje ein Attentat, und zwar wie anzunehmen war, in Cattaro seitens eines

der zahlreichen sich dort herumtreibenden verdächtigen Individuen unternommen werden könnte. Gegen Baron Giesl, den man als Berater auf der Londoner Botschafterréunion für die Seele des Widerstandes in der Skutarifrage hält, macht sich ein tiefgehender persönlicher Hass geltend; auch war der k. u. k. Militär-Attaché in Dulcigno Augenzeuge, wie der erste Offizier des Lloyddampfers „Albanien" in Gefahr war, von montenegrinischen Besuchern des Schiffes misshandelt und ins Wasser geworfen zu werden. Es wurde sonach beschlossen, dass Baron Giesl von Teodo aus bis zur Strassensperre Trinità im Automobil und von dort per Wagen nach Cetinje fahre; überdies wurden die Strassen von Cattaro und von Teodo bis an die Grenze streng überwacht.

Nr. 6285. Tel. aus London, 24. März 1913 Nr. 237 (eing. 10 U. p. m.).[a] *Entziff.*

Im Nachhange zu Telegramm Nr. 233 vom 22. d. M. Wie ich von Mr. Tyrrell höre, hat Herr Sazonow dem englischen Botschafter gesagt, als dieser ihm Resolution der Botschafterréunion von vorgestern mitteilte, er würde nach Belgrad und Cetinje telegraphieren, dass die russischen Vertreter den Schritt bei den dortigen Regierungen mit ihren Kollegen machen sollen, sobald er die Meldung von der hiesigen russischen Botschaft erhalten haben würde. Dies muss seither geschehen sein. Der russische Botschaftsrat hat Tyrrell heute mitgeteilt, er hätte von Herrn Sazonow die Instruktion erhalten — wahrscheinlich bevor dieser wusste, dass eine Réunion Samstag stattfand — die Zustimmung zur Zugehörigkeit Skutaris zu Albanien ohne weitere Bedingungen zu erklären, sobald unser Verzicht auf Diakowa ausgesprochen ist. Unter diesen Umständen erwarte Sir E. Grey keine weitere Schwierigkeit oder Verzögerung von Petersburg. Bezüglich des Schutzes der religiösen Rechte der Minoritäten in den an Serbien oder Montenegro gehenden Gebieten, soll Herr Sazonow gesagt haben, man könnte diesbezüglich die Bestimmungen des Berliner Vertrages zum Schutze der christlichen Minoritäten in den Gebieten des ottomanischen Reiches anwenden.

Mensdorff.

[a] Vgl. n. 6270.

Nr. 6286. Tel. aus London, 24. März 1913 Nr. 238 (eing. 25. März 8 U. a. m.).[a] *Entziff.*

Im Nachhange zu meinem Telegramme Nr. 232.[b] Sir E. Grey sagte mir, er hoffe, Herr Sazonow habe bereits Instruktionen nach Cetinje und Belgrad gerichtet. Er, Sir E. Grey, habe dringend in Petersburg geraten, jetzt ohne Verzug die Delimitation der Nord- und Nordostgrenze Albaniens auf Basis unseres letzten Vorschlages zu Ende zu bringen. Französische Regierung bemühe sich in demselben Sinne. Nachdem morgen im Unterhaus Frage betreffend Persien und China an ihn gerichtet werden soll, will Staatssekretär den Anlaß benützen, um einige Worte über die Lage zu sagen. Er beabsichtige zu erklären, daß über die wichtigste Frage der Nordgrenze und Skutaris eine Einigung der Mächte erzielt wurde. Ferner, daß jeder

weitere Angriff auf Skutari nutzloses Blutvergießen und einen Kampf bedeute, der nicht gegen die Türkei, sondern gegen den Willen und die Entscheidung der Mächte gerichtet wäre. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 6352. — [b]) Wohl irrig für Nr. 237. Mit Tel. Nr. 232, 22. März 1913 (eing. 5 U. 10 M. p. m.) wurde aus London gemeldet, ein Beweis der zunehmenden Verbesserung der Beziehungen zwischen dem Londoner und Berliner Hofe sei die Einladung des englischen Königspaares zur Hochzeit der Prinzessin Viktoria Luise und deren Annahme.

Nr. 6287. Tel. aus London, 24. März 1913 Nr. 239 (eing. 8 U. a. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 263 vom 23. d. Mts. und auftraggemäß Sir E. Grey den Inhalt mitgeteilt. Staatssekretär nahm Kenntnis von meiner Mitteilung und sprach ernstlich die Hoffnung aus, daß wir nicht gezwungen sein würden, einzeln eine Aktion gegen Montenegro zu unternehmen, welche jedenfalls bei zwei Mächten große Beunruhigung hervorrufen würde. Er fügte lachend bei: „Ich brauche Ihnen nicht zu sagen, daß ich damit Russland und Italien meine."

Mensdorff.

Nr. 6288. Tel. aus Paris, 24. März 1913 Nr. 55 (eing. 10 U. p. m.).[a]) Entziff.

Herr Pichon hat mich heute aufgesucht. Er zeigte sich sehr entgegenkommend, erwähnte seine vortrefflichen Beziehungen zu meinem Vorgänger und die Annexionskrise, die, wie er meinte, viel ernster war als die jetzigen Schwierigkeiten und die doch auf befriedigende Weise gelöst ward. Der Minister sagte mir, die gestern und heute eingelaufenen Nachrichten lauten recht beruhigend. Nicht nur Russland, auch Serbien scheine in Cetinje zur Nachgiebigkeit zu raten. Er hoffe auf eine baldige Klärung der Situation und könne mir versichern, daß er seinerseits sein Möglichstes dazu tun werde. Der Minister ist auf die Vermittlungstätigkeit, die er während der Annexionskrise spielte, eher stolz. Ich glaube, es wäre von Vorteil, ihm Vertrauen zu zeigen und die Beziehungen zu ihm zu pflegen. Vielleicht ergibt sich Gelegenheit, in einer Frage, die nicht sofort entschieden werden muß, vorher seine Meinung einzuholen oder seine Unterstützung in irgend einer Frage zu erbitten. Szécsen.

[a]) Vgl. n. 6335.

Nr. 6289. Tel. des Vizekonsuls Tibor von Pözel aus Prisren, 24. März 1913 Nr. 27 (eing. 25. März 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Vertraulich. Italienischer Vertreter teilte mir mit, dass er Instruktionen erhalten, mich auf meiner eventuellen Reise in die von Montenegrinern okkupierten Gebiete zu begleiten und sich hiebei unparteiisch und konziliant zu verhalten. Ich habe Grund zu befürchten, dass russischer Kollege, der von seinem kurzen Urlaub zurückgekehrt, sich mir auch anschließen würde. Ich bitte um Instruktionen, indem ich bemerke, dass

speziell Begleitung russischen Vertreters meine Aufgabe sehr erschweren dürfte. Herr Erzbischof erhielt heute Brief aus Diakowa, wonach Montenegriner religiöse Verfolgung gegen die katholischen und mohammedanischen Albanesen nunmehr unverhohlen betreiben; für Mittwoch wieder großer Anzahl Katholiken Termin für Glaubensablegung bestimmt. Flucht Albanesen auf das von Serben okkupierte Territorium dauert an. Zahl der Flüchtlinge soll bereits ein halbes Tausend betragen, die im größten Elend leben. Eine hochherzige Spende Euer Exzellenz an die Notleidenden würde ausgezeichneten Eindruck machen. Gleichlautend Belgrad 19, Cetinje.[b] Pözel.

[a] Vgl. n. 6283, 6308. — [b] Nummer fehlt.

Nr. 6290. Tel. nach St. Petersburg, 24. März 1913 Nr. 228 (chiffr. 10 U. 40 M. p. m.). Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 105 vom 22. l. M. Bei Ausführung der Hochdenselben mit Telegramm Nr. 226 von gestern aufgetragenen Mittheilung oder, falls dieselbe schon erfolgt sein sollte, im Anschlusse an dieselbe, wollen Euer Exzellenz Herrn Sazonow keinen Zweifel darüber lassen, daß unser Verzicht auf die Zugehörigkeit Djakovas zu Albanien kein unbedingter ist, daher von der strikten Einhaltung der in meinem Telegramme Nr. 212 vom 20. l. M. erwähnten Voraussetzungen abhängt. Ein Aufschub der Räumung Oberalbaniens bis zum Friedensschlusse sei hiemit nicht vereinbar. Was den Schutz der katholischen und albanesischen Minoritäten anbelangt, müssen wir darauf bestehen, daß derselbe kein bloß nomineller, sondern ein effektiver sei. Berchtold.

Nr. 6291. Tel. aus St. Petersburg, 24. März 1913 Nr. 108 (eing. 10 U. p. m.).[a] Entziff.

Da Euer Exzellenz Telegramm Nr. 223 von gestern erst abends in seiner Gänze hier einlangte, war es nicht mehr möglich, Herrn Sazonow noch gestern von dessen Inhalt in Kenntnis zu setzen und ersuchte ich daher für heute um eine Unterredung. Gegen Mittag telephonierte mir nun Herr Sazonow, er könne mich wegen einer Kommissionssitzung in der Duma erst in den Abendstunden empfangen, interpellierte mich aber mit vor Aufregung zitternder Stimme über die in den heutigen Morgenblättern enthaltenen Nachrichten über unsere, einem Ultimatum gleichkommenden Drohungen an die Adresse Montenegros. Ich teilte dem Herrn Minister in Kürze die Gründe mit, die Euer Exzellenz zu dem in Rede stehenden Schritt in Cetinje veranlasst hatten, ohne jedoch hiedurch Herrn Sazonow im geringsten beruhigen zu können. Er sagte, er könne dieses plötzliche Hervortreten der k. und k. Regierung, welches alles bereits Erreichte zu vernichten drohe, gar nicht fassen; schon gar nicht in einem Augenblicke, wo die Botschafterréunion soeben über gemeinsamen Schritt der Mächte behufs Erzielung der schleunigen Evakuierung Albaniens Beschlüsse gefasst habe. Eine isolierte Aktion der Monarchie in den ganz Europa betreffenden Fragen, zu denen die Entlassung der Zivilbevölkerung aus Skutari und die Sistierung der Beschiessung dieser Stadt gehört, zer-

störe das Konzert der Mächte und sei mit den bisher hochgehaltenen Prinzipien unvereinbar. Er begreife nicht, dass man sich in Wien nicht der ungeheueren Gefahr bewusst sei, welche dieses isolierte Vorgehen für den europäischen Frieden involviere. Herr Sazonow führte weiter aus, man werde in ganz Russland jetzt behaupten, wir hätten nur deshalb die Abrüstung herbeiführen wollen, um nach Entlassung der russischen Reservisten[b] einen (Streit)[c] mit unserem südlichen Nachbarn vom Zaun zu brechen; unter diesen Umständen werde der russischen Regierung nichts anderes übrig bleiben, als die bereits entlassenen Reservisten schleunigst zurückzuberufen und die weitere Verabschiedung von Reservemännern zu sistieren, ja sie werde genötigt sein, auch darüber hinaus sehr weitgehende Maßregeln zu treffen. Da dieses Gespräch, wie bereits erwähnt, telephonisch geführt wurde und Herr Sazonow in seiner großen Aufregung mich gar nicht zu Wort kommen ließ, war es mir nicht möglich, irgendwelche Argumente, welche ihn einigermaßen zu beruhigen geeignet gewesen wären, zur Geltung zu bringen. Er sagte mir aber zu, mich zu avisieren, sobald er von der Duma zurückgekehrt sein werde, worauf ich ihn aufsuchen und den Versuch machen werde, ihn zu einer ruhigeren Auffassung zu bekehren. Leider scheinen mir aber nur äußerst geringe Aussichten dafür vorhanden zu sein, dass mir dies gelingen werde, zumal auch die ganze öffentliche Meinung, und zwar nicht nur die uns ohnehin feindlich gesinnten Blätter, ebenfalls durch unser scharfes Hervortreten ausser Rand und Band gekommen ist. Wenn daher die montenegrinische Regierung unsere Forderungen nicht gutwillig erfüllt und wir somit zur Anwendung der angedrohten Koerzitivmaßregeln gezwungen sein sollten, so müßten wir uns, fürchte ich, auch auf die ernstesten Komplikationen von Seiten Russlands gefasst machen. Sobald ich mit Herrn Sazonow persönlich gesprochen haben werde, was voraussichtlich heute abends der Fall sein dürfte, werde ich Euer Exzellenz das Ergebnis dieser Konversation telegraphieren. Thurn.

[a] Vgl. n. 6293, 6372. — [b] Vgl. n. 6224. — [c] Chiffre verstümmelt.

Nr. 6292. Tel. aus St. Petersburg, 24. März 1913 Nr. 109 (eing. 25. März 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Graf Pourtalès als der Doyen unter den hiesigen Dreibundbotschaftern hat meinen italienischen Kollegen und mich heute zu einer Vorbesprechung eingeladen, um uns über unsere Stellung in der bevorstehenden, den rumänisch-bulgarischen Streitfall betreffenden Botschafterréunion zu konzertieren. Es wurde in dieser Besprechung zunächst festgestellt, daß wir alle drei beauftragt sind, die Ansprüche Rumäniens, in erster Linie die Abtretung Silistrias an dasselbe, mit Nachdruck zu vertreten. Weiters ergab sich, daß, während ich bereits die formelle Instruktion habe, einer Beschlußfassung per Majorität und der Zuziehung eines Superarbiters nicht zuzustimmen, meine beiden Kollegen einschlägige Weisungen noch nicht erhalten haben, weshalb sie ihre Regierungen um entsprechende Instruktionen bitten werden. Schließlich brachte Marquis Carlotti das Projekt zur Sprache, Bulgarien als Kompensation für die Zedierung Silistrias

Salonik zuzuweisen. Graf Pourtalès erwiderte, daß er diesem Projekt gegenüber ohne jede Instruktion sei. Der italienische Botschafter teilte uns sodann mit, daß er im Sinne diesbezüglicher Instruktion das erwähnte Kompensationsprojekt schon wiederholt in seinen Konversationen mit Herrn Sazonow vorgebracht habe. Er sei aber bei dem Herrn Minister diesbezüglich auf absoluten, prinzipiellen Widerstand gestoßen, so daß er die Überzeugung gewonnen habe, daß keine Aussicht bestünde, die Zustimmung des Kabinettes von Petersburg zu der fraglichen Kombination zu erlangen. Angesichts dieses Hindernisses, sowie in dem Bestreben, die gewünschte Einmütigkeit vielleicht doch zu ermöglichen, sowie ferner angesichts des Umstandes, daß auch Graf Pourtalès die für den Dreibund vorliegende politische Opportunität anerkannte, Bulgarien eine Kompensation zu verschaffen, hat Marquis Carlotti uns vorgeschlagen, „de soumettre à nos gouvernements l'idée s'il ne serait pas possible de chercher une compensation sur un autre terrain, par exemple sur la base d'une extension de la frontière bulgare sur la rive gauche de la Maritza jusqu'à ligne partant du confluent de l'Ergène et se dirigeant vers le sud pour aboutir à la mer dans les eaux du golfe de Xeros". Graf Pourtalès und Marquis Carlotti werden diesen Gedanken ihren Regierungen unterbreiten. Ich bitte um geneigte Weisung, wie ich mich dieser Anregung gegenüber zu verhalten habe. Thurn.

[a]) Vgl. n. 6279, 6337, 6396.

Nr. 6293. Tel. aus St. Petersburg, 24. März 1913 Nr. 110 (eing. 25. März 5 U. 30 M. a. m.).[a]) Entziff.

Im Nachhange zu meinem heutigen Telegramme Nr. 108. Ich hatte heute abends eine längere Unterredung mit Herrn Sazonow, den ich womöglich noch aufgeregter fand, als anläßlich unseres telephonischen Gespräches von heute morgens. Obwohl ich mich bemühte, im Sinne des letzten Teiles Euer Exzellenz Telegrammes Nr. 223 von gestern dem Herrn Minister klar zu machen, daß die Monarchie trotz der aggressiven Haltung Montenegros und der unmittelbaren Mitleidenschaft, in welche unsere speziellen Interessen hiedurch gezogen sind, bisher die größte Zurückhaltung gegenüber Montenegro beobachtet und in aller Ruhe das Resultat der auf den Abzug der Zivilbevölkerung von Skutari abzielenden Démarche der Mächte abgewartet hatte, und obwohl ich darauf hinwies, daß unsere jetzige Aktion eigentlich nur darauf hinauslaufe, diesem bereits zum Ausdruck gebrachten Willen aller Mächte Geltung zu verschaffen, war es mir nicht möglich Herrn Sazonow zu einer ruhigen und unbefangenen Beurteilung unseres Schrittes zu bringen. Der Herr Minister sieht in unserem isolierten Vorgehen in einer Frage, die er als eine europäische bezeichnet, in einem Moment, in welchem über dieselbe gerade Verhandlungen aller Mächte schweben, eine Rücksichtslosigkeit gegen diese und auch speziell gegen ihn, welche er seiner Meinung nach nicht verdient hätte. Er habe sich bisher stets zum Anwalt unserer Politik gemacht und habe immer und immer wieder in Belgrad und Cetinje seine warnende und mahnende Stimme ertönen lassen, und zwar in einer viel ernsteren und nachdrücklicheren Weise, als wir es

vielleicht ahnen; durch unser jetziges Vorgehen habe aber seine ganze Politik Schiffbruch gelitten und sei es ihm unmöglich, fernerhin für unseren Standpunkt einzutreten. Wie ich wisse, habe seit Anbeginn der gegenwärtigen Krise in der öffentlichen Meinung Russlands ein tief eingewurzeltes Mißtrauen gegen die Ziele der Monarchie bestanden, welches jedoch die Regierung bis jetzt nie geteilt habe. Heute könnte er letzteres nicht mehr behaupten. Auch der Umstand, daß die k. u. k. Regierung gerade den Augenblick gewählt habe, in welchem nach getroffenem gegenseitigen Einvernehmen die russischen Reserven entlassen werden, um mit einer Aktion gegen Montenegro hervorzutreten, müsse zumindest in den Augen der Öffentlichkeit eine eigentümliche Deutung erfahren. Auch der sonst so ruhige und maßvolle Ministerpräsident sei durch die Nachricht über unser, über den Kopf Europas hinweg an Montenegro gerichtetes „Ultimatum" ganz außer Fassung gebracht und er zweifle auch nicht, daß Seine Majestät Kaiser Nikolaus dies als eine persönliche Kränkung tief empfinden werde. Das plötzliche Hervortreten der k. u. k. Regierung sei ihm überdies ganz und gar unverständlich, da ohnehin gerade in diesem Augenblick alle strittigen Fragen auf dem Punkte waren, geregelt zu werden, während jetzt alles wieder zweifelhaft geworden sei. Der Minister machte ferner Andeutungen über die Notwendigkeit, in welche sich die russische Regierung versetzt sehen könnte, die eben entlassene Reserve wieder einzuberufen und auch noch weitergehende Vorsichtsmaßregeln zu ergreifen. Er führte weiter aus, er sei überzeugt, daß unser Vorgehen auch bei den anderen Mächten als eine Rücksichtslosigkeit empfunden und ähnlich beurteilt werde. In diesem und ähnlichem Tone bewegen sich die in äusserster Erregung vorgebrachten Ausführungen des Herrn Ministers, der dahin konkludiert, die Situation sei noch niemals auch nur annähernd so gefährlich gewesen, wie gerade in diesem Augenblicke. Ich versuchte, Herrn Sazonow mit Aufgebot aller mir zur Verfügung stehenden Argumente zu beruhigen und hob hervor, daß es nur von der Haltung Montenegros abhänge, die unserseits angedrohten Koerzitivmaßregeln überflüssig zu machen und so jeder Gefahr die Spitze abzubrechen, und wies darauf hin, daß er selbst wesentlich zu einer befriedigenden Lösung beitragen könnte, wenn er auf Montenegro entsprechend einwirken wollte, damit es unsere Forderungen erfülle, die doch eigentlich nichts weiteres implizieren, als was seitens der Gesamtheit der Mächte bereits früher verlangt worden sei. Der Herr Minister antwortete, man könne ihm nicht zumuten, unter dem Einflusse von Drohungen ein Verlangen zu stellen, welches er unter anderen Umständen kein Bedenken getragen hätte, zu formulieren. In diesem Augenblicke wurden wir durch Madame Sazonow unterbrochen, welche ihren Gatten abholen kam.

Thurn.

[a]) Vgl. n. 6302, 6317, 6338, 6372.

Nr. 6294. Tel. aus Sofia, 24. März 1913 Nr. 282 (eing. 25. März 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Unter stetiger Betonung, dass Euer Exzellenz sich in Details rumänischer Frage nicht einmischen und nur dass wir — Bulgarien stark und

gegen etwaige Rivalen geschützt wünschend — der bulgarischen Regierung freundliche Verständigung mit Rumänien erleichtern wollen, bin ich mit Herrn Geschoff und Dobrovič auf Äusserungen Herrn Majorescos zurückgekommen und, da sie auf Sujet eingingen, plädierte ich, wie sehr im Interesse Bulgariens gelegen, nachdem ihm schon Rückhalt bei uns gesichert, sich auch mit Rumänien gut zu stellen. Dobrovič war ganz meiner Ansicht und Herr Geschoff reagierte auch zustimmend. Im Verlaufe des Gespräches sagte unter anderem Konseilspräsident, an direkte Verständigung mit Rumänien könne bulgarische Regierung nicht denken, da sie sich vor öffentlicher Meinung der Verantwortung für territoriale Konzessionen entlasten müsse. Auf meine Bemerkung, es sei bedauerlich, dass kleinliche parlamentarische Bedenken wichtige politische Fragen beeinflussen, erwiderte Geschoff, dass er Opposition in Sobranje für Zession Silistrias oder eines Streifens Küste bereits gewonnen; nur beides könnte unter keiner Bedingung abgetreten werden. Gegen meine Bemerkung, dass Herr Geschoff das bereits zugestandene Stück Küste südlich von Mangalia nicht wieder zurücknehmen werde, protestierte Konseilspräsident. König kommt heute nachts aus Philippopel zurück und werde ich Dobrovič morgen sondieren.

Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 6271, 6303, 6306, 6318, 6354.

Nr. 6295. Tel. an den Thronfolger Erzh. Franz Ferdinand in Miramar, 24. März 1913 (chiffr. 11 U. 10 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Berchtold; V. u. G. Szápáry).

Débarquement, welches Gegenstand meines heutigen ergebensten Schreibens[b]) bildet, schiene mir eben im gegenwärtigen Momente sehr bedenklich, da ohnehin Italien bereits starkes Misstrauen anläßlich unseres schärferen Auftretens zu manifestiren beginnt, Landungsversuch aber unfehlbar mit diesem neuen Kurse unserer Politik in Causalnexus gebracht werden würde. Italienische Regierung zu schwach, um gegebenen Falles Ansturm der öffentlichen Meinung zu widerstehen, Complicationen dann von einer Seite zu besorgen, die ruhig zu halten wir derzeit größtes Interesse haben. Möchte daher dringend bitten, hochgeneigtest [zu] verhindern, daß in allernächster Zeit, so lange die Lage so zugespitzt wie heute, fragliche Aktion zur Ausführung gebracht werde.

[a]) Vgl. n. 6267, 6304, 6319. — [b]) Dieses Schreiben liegt weder in Konzept noch in Abschrift vor.

Nr. 6296. Bericht aus Belgrad, 25. März 1913 Nr. 66 (eing. 27. März). Ausfert.

Streng vertraulich. Herr von Hartwig hat sich vor meinem deutschen Collegen ausserordentlich abfällig und gehässig über unser Auftreten Montenegro gegenüber geäussert. Er fand unsere wegen der „Skodra" erhobenen Beschwerden ganz unbegründet und befürchtet, dass das übermässige Interesse, das wir den katholischen Albanesen entgegenbringen, in der slawischen Welt einen peinlichen Eindruck hervorrufen wird. Namentlich war er un-

gehalten über die Démarchen, die wir bezüglich Skutaris vornehmen sollen. Er hat aber bereits Kenntnis von dem Beschlusse der Botschafterréunion, wonach Skutari Albanien zufallen soll und macht gar kein Hehl daraus, dass er dadurch sehr unangenehm berührt ist. „Je ferai toutes les démarches, que mon gouvernement m'ordonne" — sagte er — „mais cela nous conduit vers la guerre." Die Albanesen werden einen Vernichtungskrieg gegen die Slaven beginnen und Europa wird dann von wirklichen Greueltaten zu hören bekommen. „Est-ce que le monde slave pourra rester impassible", fügte er hinzu. Wenn Herr von Hartwig Baron Griesinger gegenüber — mit dem er gar nicht intim ist — sich so ausspricht, kann man sich vorstellen, welche Sprache er Herrn Pašić und den leitenden serbischen Politikern gegenüber führt. Was nützt es aber, wenn er die Demarchen mit uns mitmacht, wenn er dazu im privaten Gespräch sich in ganz anderem Sinne äussert und die Serben versichert, dass Russland und die ganze slawische Welt mit ihnen fühlt und ihre geheimen Pläne wärmstens unterstützt. Das officielle Russland gibt dann vergebens die correctesten Erklärungen in Übereinstimmung mit den Grossmächten ab; Herr von Hartwig findet hier doch mehr Glauben. Schon der Umstand, dass bei allen Démarchen der russische Gesandte immer als allerletzter Instructionen erhält und wir mehrere Tage auf ihn warten müssen, was den Serben nicht verborgen bleibt, kann als ein Zeichen gedeutet werden, dass Russland nur ungern und nur pro forma sich den übrigen Grossmächten anschliesst. Solche Quertreibereien können aber hier nicht verfehlen, grossen Eindruck zu machen und werden auch in der Zukunft viel dazu beitragen, dass das Verhältnis Serbiens zur Monarchie nur schwer einer andauernden Besserung entgegen geführt werden kann. Tatsächlich führt auch die heutige Samouprava in ihrem Leitartikel bezüglich unseres Conflictes mit Montenegro eine Sprache, die einen ganz analogen Ideengang verfolgt, wie ihn Herr von Hartwig zum Ausdruck gebracht hat.

Ugron.

Tel. nach Berlin, 25. März 1913 Nr. 248 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.).
Siehe n. 6302.

Nr. 6297. Privatschreiben aus Berlin, 25. März 1913 (eing. 27. März).
Ausfert.

Die ganze Unterredung, die Kaiser Wilhelm nach dem Diner auf der Botschaft mit mir führte und über die ich in meinem Telegramm Nr. 137 vom 16. März Bericht erstattet habe, war eigentlich ein Plaidoyer dafür, dass wir bei der Neugestaltung der Dinge auf dem Balkan uns ja nicht auf die Bulgaren stützen sollen. Seine Majestät führte aus, dass das ganze bulgarische Volk, wie es sich in letzter Zeit entwickelte, und am allerwenigsten König Ferdinand das Vertrauen verdiene, das Österreich-Ungarn ihnen entgegenzubringen gesonnen scheine; dagegen müssten wir uns auf die anderen Balkanstaaten stützen und mit Rumänien à la tête, mit Griechenland und sogar mit Serbien uns verständigen und gegen Bulgarien, das ohnehin seit jeher und auch in neuerer Zeit nach Russland schiele und — wie Er zu wissen glaube — mit Letzterem schon jetzt ein geheimes Abkommen

habe, Front machen. Für diese Kombination, so meinte Kaiser Wilhelm, könnte auch die Türkei gewonnen werden, welche, wenn auch sehr geschwächt und von ihren europäischen Besitzungen nahezu ganz verdrängt, dennoch einen nicht ausser Rechnung zu lassenden Faktor in der künftigen Politik des nahen Ostens bilden werde. Auf meine Bemerkung, dass nach all dem, was zwischen Serbien und uns seit langer Zeit vorgefallen ist, ein intimes Zusammengehen Österreich-Ungarns und Serbiens mir undenkbar erscheine, erwiderte Seine Majestät, dass wir die richtige Zeit, mit Serbien abzurechnen, leider versäumt hätten, und uns nunmehr nichts anderes übrig bliebe, als hierunter „einen dicken Strich zu ziehen". Der Reichskanzler und der Staatssekretär, die dem grössten Teil unserer Unterredung beiwohnten, schüttelten allerdings bedenklich den Kopf, als der Kaiser in Seiner lebhaften Art meinte, Er würde Sich eventuell dazu hergeben, als ehrlicher Makler zu versuchen, eine Annäherung Serbiens an Österreich-Ungarn vorzubereiten. Hingegen stimmten beide Herren dem Kaiser zu, als Seine Majestät einem vertrauensvollen Verhältnisse Österreich-Ungarns zu Griechenland mit Nachdruck das Wort redete und bei diesem Anlasse mit grosser Emphase versicherte, es könne niemand von Ihm erwarten, dass er in der Salonikfrage eine den berechtigten griechischen Wünschen zuwiderlaufende Haltung einnehme. Nachträglich äusserte sich der Staatssekretär mir gegenüber dahin, dass Kaiser Wilhelm von der Idee einer Vermittlung in Serbien glücklicherweise ganz abgekommen sei, dass Seine Majestät aber wiederholt ihm und dem Reichskanzler den Auftrag erteilt habe, gegen die Idee, den Bulgaren die Erwerbung Saloniks in Aussicht zu stellen, für den Fall, als sie Silistria an Rumänien abtreten, ganz entschieden Stellung zu nehmen. Da er — Herr von Jagow — sowie auch der Reichskanzler in dieser Frage die Auffassung ihres Allergnädigsten Herrn vollkommen teilen, habe er nicht nur mir, sondern auch meinem italienischen Kollegen, welcher ebenfalls im Namen seiner Regierung für die Kombination Salonik-Silistria eingetreten war, erklärt, dass die deutsche Regierung diesbezüglich einen durchaus ablehnenden Standpunkt einnehme, es wäre denn, dass die anderen Grossmächte übereinstimmend sich für die von Euer Exzellenz lancierte Idee aussprechen sollten; hiezu sei übrigens die Aussicht sehr gering, da das Petersburger Kabinett entschlossen scheine, trotz seiner unzweifelhaft mit Bulgarien bestehenden geheimen Abmachungen für die Zuteilung Saloniks an Griechenland einzutreten. Wie sein kaiserlicher Herr kommt der Staatssekretär immer wieder darauf zurück, dass auf Bulgarien kein Verlass sei. Erst gestern erzählte er mir diesbezüglich, dass er aus allen Nachrichten, die ihm zukommen, immer mehr die Überzeugung schöpfe, dass Bulgarien sich ganz im Fahrwasser der Triple-Entente bewege, und dass insbesondere König Ferdinand fortdauernd Verhandlungen mit Frankreich pflege, an dem Er ja bekanntlich „mit einer goldenen Kette hänge." Nach den neuesten hier eingetroffenen Nachrichten ist man übrigens im Auswärtigen Amt sehr optimistisch gestimmt. Die Zustimmung Euer Exzellenz zur Zuweisung Djakowas an Serbien habe nunmehr Russland die Waffe aus der Hand gewunden, weitere Schwierigkeiten zu machen, die den Weltfrieden bedrohen könnten. Damit sei man — wie er sich ausdrückte — über dem Berg und

er befürchte nunmehr keine weitere Konflagration, die einen europäischen Krieg entfesseln könnte, was ihn bisher immer als cauchemar beunruhigte. In einem Kriege zwischen Österreich-Ungarn und Russland würde und müsste Deutschland mit voller Kraft an unserer Seite stehen und für diesen Fall stehe Deutschland ein Krieg gegen drei Fronten — Russland, Frankreich und auch England — bevor. Daher sei es nicht zu wundern, wenn die Lenker der deutschen Politik ihre Aufgabe darin sehen, einer solchen Möglichkeit vorzubeugen. Szögyény.

Nr. 6298. Tel. nach Cetinje, 25. März 1913 Nr. 46 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.). Konz. (S. u. G. Nemes).

Erhalten Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 66 vom 24. l. Mts. Das von Euer Hochwohlgeboren als erwägungswert bezeichnete überraschende Eingreifen der Landtruppen erweist sich auf Grund einer Besprechung mit dem Chef des Generalstabs — als untunlich.
Berchtold.

Nr. 6299. Tel. aus Cetinje, 25. März 1913 Nr. 70 (eing. 4 U. p. m.).[a] Entziff.

Montenegrinische Regierung hat heute früh an alle Vertreter der Großmächte Note gerichtet, in welcher wegen des Ausdruckes „se verrait à son regret forcé d'employer des moyens coërcitifs" in der Notiz der k. u. k. Gesandtschaft vom 23. d. Mts.[b] gegen die k. u. k. Regierung die Anklage wegen Neutralitätsbruches erhoben wird. Besagt ferner, daß: „le Gouvernement Royal par des considérations humanitaires et pour adhérer au conseil unanime des Grandes Puissances vient d'entreprendre auprès du commandant de Scutari les démarches nécessaires pour faciliter l'évacuation de la population civile de la ville". Ich habe Beilage der Note, welche die Anschuldigung enthält, der Regierung mit dem Bemerken zurückgestellt, daß ich keine Anklage gegen meine Regierung zur Kenntnis nehme. Ich machte die montenegrinische Regierung auch darauf aufmerksam, daß ihre Note über das Einstellen des Bombardements im Allgemeinen schweigt, glaubte aber im Interesse der Erhaltung des Friedens die Mitteilung, daß die Verhandlungen zur Ermöglichung des Auszuges der Zivilbevölkerung eingeleitet sind, dennoch zur Kenntnis nehmen zu sollen. Werde mich sofort über Verlauf und Ergebnis der Verhandlungen mit dem Könige ins Einvernehmen setzen, Eintreffen unserer Hilfsexpedition ankündigen und auf deren Heranziehung dringen. Über den Erfolg dieses Schrittes und die Details der Durchführung werde ich telegraphisch berichten. Giesl.

[a] Oe. U. Balkan 186 Nr. 348. Vgl. n. 6301, 6302. — [b] Vgl. n. 6259.

Nr. 6300. Tel. aus Cetinje, 25. März 1913 Nr. 72 (eing. 9 U. p. m.).[a] Entziff.

Im Verfolge des Telegrammes Nr. 68 von gestern. Regierung versicherte mir, daß der Durchführung der Mission des Erzbischofs selbst-

verständlich nichts im Wege stehe, ferner, daß auch die Zurückweisung des Vorschlages betreffs des dritten Kommissionsmitgliedes seitens k. u. k. Regierung für die Haltung der montenegrinischen Regierung irrelevant sei.

Giesl.

[a]) Vgl. n. 6308.

Nr. 6301. Tel. aus Cetinje, 25. März 1913 Nr. 74 (eing. 26. März 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

König teilte mir durch Hofmarschall mit, dass Kommandant Skutaris Anerbieten des Königs, Bevölkerung zu evakuieren, mit der Motivierung zurückgewiesen, dass dieselbe geborgen und er genügend verproviantiert sei. König befahl seiner Mitteilung an mich hinzuzufügen, dass damit seine eingegangene Verpflichtung falle. Hofmarschall interpretiert diese Äusserung dahin, dass König Bombardement auf die Stadt wieder aufnehmen wolle; auf meine Entgegnung, dass ich einen so barbarischen Entschluss nicht annehmen könne, versprach Mitredner bis morgen Aufklärung. Wie weit an dem Fehlresultat tendenziöses Vorgehen Montenegros Schuld ist, lässt sich noch nicht feststellen. Instradierung Hilfsexpedition vorläufig nicht durchführbar.

Giesl.

[a]) Vgl. n. 6299, 6307.

Tel. nach London, 25. März 1913 Nr. 265 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 6302.

Tel. nach Paris, 25. März 1913 Nr. 189 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 6302.

Tel. nach Rom, 25. März 1913 Nr. 308 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.). Siehe n. 6302.

Nr. 6302. Tel. nach St. Petersburg Nr. 229 (1), London Nr. 265 (2), Berlin Nr. 248 (3), Rom Nr. 308 (4) und Paris Nr. 189 (5), 25. März 1913 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; V. Pogatscher u. Berchtold; G. Berchtold).

An alle. Von dem Gedanken geleitet, endlich durch eine definitive Bestimmung der Nord- und Nordostgrenze Albaniens dem unnützen Blutvergießen und der Bedrückung der Bewohner des künftigen Albaniens ein Ende zu bereiten, sowie um das Zustandekommen eines einmütigen Beschlusses der Mächte zu ermöglichen, hatte ich mich, wie Euer Exzellenz bekannt, entschlossen, auch auf die Zugehörigkeit der Stadt Djakova zu Albanien zu verzichten, falls hiedurch ein einmütiger Schritt der Mächte in Cetinje und Belgrad erreicht werden könnte, dahingehend, daß unter Mitteilung der vereinbarten Grenze die sofortige Einstellung der Feindseligkeiten und im Anschlusse daran die Räumung der Albanien zugesprochenen Gebiete bewerkstelligt werde. Das bisherige Benehmen Montenegros, welches als erstes trotz der Demarchen der Großmächte den Krieg mit der Türkei begonnen hatte und sich auch weiters über die ihm zugekommenen Ratschläge hinweggesetzt, läßt es als ausgeschlossen

erscheinen, daß eine Einstellung der Beschießung Skutaris von König Nikolaus ohne eine energische Aktion seitens aller oder einzelner Mächte erreicht werden könnte. Die k. und k. Regierung glaubte nach ihrem jüngsten, die Nord- und Nordostgrenzfrage regelnden Entgegenkommen wenigstens darauf rechnen zu können, daß die Großmächte durch ein rasches einheitliches Eingreifen in Cetinje und Belgrad der weiteren Beschießung Skutaris ein Ende zu machen versuchen würden. Eine energische Sprache der Vertreter der Großmächte, welche in Montenegro keinen Zweifel über deren Ernst aufkommen lassen kann, wäre eine wertvolle Unterstützung jener Demarche, welche wir mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Angelegenheit durch den k. und k. Vertreter vornehmen ließen. Es ist durchaus unzutreffend, daß wir durch eine isolirte Aktion das Konzert der Mächte zu stören bestrebt seien. Im Gegenteile ist der Schritt des k. und k. Vertreters in Cetinje im Geiste der Botschafterbeschlüsse gelegen, deren Aufrichtigkeit wir nicht in Zweifel ziehen können. Wir haben keinen Grund anzunehmen, daß die Mächte, welche sich über die Grenzfrage geeinigt haben und Montenegro erklärt hatten, daß das Schicksal Skutaris nicht vom Waffenglücke, sondern vom Willen der Mächte abhänge, gewillt seien, ruhig zuzusehen, wie die Beschießung Skutaris fortgesetzt und die Civilbevölkerung dieser Stadt, für welche sämtliche Großmächte die Ermöglichung des Auszuges gefordert hatten, den Gefahren einer rücksichtslosen Belagerung ganz zwecklos noch weiter ausgesetzt wird. Jedenfalls ist es der k. und k. Monarchie nicht möglich, müßig zu bleiben, wenn Montenegro, allen Vorstellungen entgegen, eine Belagerung fortsetzt, in deren Verlaufe es unter Mißachtung aller völkerrechtlichen Gebräuche, Konsulate, Kirchen, Klöster, Hospitale und sonstige fremde Anstalten zum Ziele seiner artilleristischen Tätigkeit nimmt. Die Demarche Österreich-Ungarns, welche Montenegro noch in letzter Stunde hindern soll, in seiner Hartnäckigkeit dem Willen Europas gegenüber fortzufahren, war durch die Dringlichkeit geboten und meiner Ansicht nach geeignet, von allen anderen Mächten unterstützt zu werden. König Nikolaus hat auf diese Demarche, deren Inhalt Euer Exzellenz mit meinem Telegramm Nr.

1. 223
2. 263
3. 245
4. 303
5. 185

an alle: vom 22. l. M. bekannt gegeben wurde, geantwortet, daß: *... wie n. 6299 von „Le Gouvernement" bis inclusive „de la ville" ...* In dieser Antwort ist die Frage des Einstellens des Bombardements mit Stillschweigen übergangen und läßt deren Formulierung die Möglichkeit offen, daß die montenegrinische Regierung, sich auf eine eventuelle ablehnende Haltung Essad Paschas berufend, die Beschießung und Belagerung Skutaris mit erneuerter Energie fortsetze. Um aber einen neuerlichen Beweis zu geben, daß uns jede aggressive Haltung gegen Montenegro ferne liegt und wir uns nur von dem Bestreben leiten lassen, dem unnützen Blutvergießen in Albanien ein Ende zu setzen, wollen wir diese Antwort nicht

als eine ablehnende ansehen, sondern abwarten, ob die Beschießung eingestellt und ernste Verhandlungen wegen Auszuges der Civilbevölkerung eingeleitet wurden. Hiebei lasse ich mich auch von dem Gedanken leiten, daß eine Kollektivdemarche in Belgrad und Cetinje im Sinne des Botschafterbeschlusses vom 22. l. M.[b]) endlich zustande kommt und die gewünschte Wirkung erzielt. Letzteres kann aber nur dann der Fall sein, wenn in Cetinje und Belgrad der einmütige Wille Europas, seine Aufforderung durchgesetzt zu sehen, klar zum Ausdruck kommt.

2, 3, 4, 5. In diesem Belange wäre es von großem Werte, wenn die dortige Regierung bei dem Petersburger Kabinette daraufhin wirken würde, daß die russischen Vertreter in Belgrad und Cetinje, welche die einzigen sind, die noch keine bezüglichen Instruktionen besitzen, gleichfalls den Auftrag erhielten, sich an der oberwähnten Demarche zu beteiligen. Wir glauben hiebei umsomehr auf die Einwirkung

2. des Herrn Staatssekretärs

3, 4, 5. des Herrn Ministers des Äußern

2, 3, 4, 5. rechnen zu können, als es ihm ja bekannt ist, daß unser im Interesse der Einigkeit der Mächte erfolgtes jüngstes Entgegenkommen betreffs Djakovas an die im Résumé der Réunion vom 22. l. M.[b]) richtig wiedergegebenen Bedingungen geknüpft war, daß die Belagerung von Skutari aufgehoben, die Feindseligkeiten in den Albanien zugesprochenen Gebieten eingestellt und raschestens an die Räumung dieser Gebiete geschritten werde. Euer Exzellenz wollen sich im obigen Sinne bei der dortigen Regierung vernehmen lassen.

1. Euer Exzellenz wollen hiezu Herrn Sazonow gegenüber bemerken, *... wie oben (2, 3, 4, 5) von „daß unser im Interesse" bis „geschritten werde" ...* Bei Besprechung der Notwendigkeit unseres energischeren Vorgehens gegen Montenegro wollen Euer Exzellenz dem Minister sagen, daß das zeitliche Zusammentreffen desselben mit unserer Vereinbarung betreffs der Reduktion der Truppenstände lediglich auf bedauerliche, von uns nicht vorherzusehende Umstände zurückzuführen ist. Während die vereinbarten beiderseitigen Communiqués[c]) am 12. l. M. erschienen, sind die Meldungen unseres Generalkonsuls über das gegen die Stadt Skutari und speziell gegen das christliche Viertel gerichtete Bombardement vom 3. und 5. l. M. hier erst am 17. l. M. eingetroffen. Bekanntlich erhielt die italienische Regierung die analogen Meldungen ihres Vertreters gleichfalls erst vor wenigen Tagen mit großer Verspätung. Im Zusammenhange mit der Ankündigung des Eintreffens neuer serbischer Transporte in Medua und eines unmittelbar bevorstehenden Generalsturmes erschien eine unverweilte Aktion als geboten; eine solche hielten wir aber für geeignet, den gefährlichen Komplikationen vorzubeugen, welche der Fall Skutaris zur Folge haben könnte. Wir konnten umso weniger erwarten, daß unsere Demarche in Cetinje von russischer Seite mißdeutet werde, als es sich ja nur darum handelt, eine Forderung durchzusetzen, welcher auch der russische Vertreter in Cetinje das Wort geredet hatte. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6268, 6293, 6305, 6315, 6316, 6317, 6324, 6335, 6336, 6338. — [b]) Vgl. n. 6261. — [c]) n. 6120.

Nr. 6303. Tel. aus Sofia, 25. März 1913 Nr. 284 (eing. 26. März 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Bezug auf mein Telegramm Nr. 282 vom 25. d. M. Hatte Besuch Herrn Dobrovič' und möchte einige Antworten, die er auf meine Fragen erteilte, wiedergeben. König Ferdinand habe sich, sagte Dobrovič, von Intriguen der Verbündeten, speziell Serbiens, in Bukarest durchaus nicht überrascht gezeigt. Seine Majestät sei der Ansicht, daß sich Bulgarien mit Rumänien unbedingt verständigen und daß Silistria geopfert werden müsse. Es wäre Einwirkung Königs zu verdanken, wenn Regierung endlich konzilianter. Regierung werde Silistria abtreten, nur wolle sie, daß ihr diese Konzession von Großmächten aufgedrungen werde. Hoffentlich würde Rumänien, wenn es Silistria bekomme, von übrigen Forderungen noch etwas nachlassen. Dobrovič machte auch diesmal allerschärfste Sorties gegen Serben — ein Volk von Dieben und Gaunern, die Vertragsverpflichtungen verleugnen. Man erwarte hier ungeduldig Fall Adrianopels, um serbische Truppen loszubekommen und mit Serbien nichts mehr zu tun zu haben. Wie Österreich-Ungarn werde auch Bulgarien mit Serbien ausreichende Schwierigkeiten haben; es werde zur Abrechnung kommen müssen. Ich möge versichert sein, daß auch verknöcherte Russophile ihre Anschauungen letzter Zeit geändert. Russland hätte sehr ungeschickte Politik gemacht; Danew und einige andere russophile Führer, die Dobrovič nannte, würden jetzt ganz anders sprechen. Was unseren Streitfall mit Montenegro anbelangt, so sei König Ferdinand der Ansicht, daß Letzteres im Unrecht; Seine Majestät habe aber Sympathie für tapfere Montenegriner, die die Ersten losgeschlagen, große Opfer gebracht und am wenigsten profitiert. Herr Dobrovič hätte dem König auf Grund dessen, was er einmal von mir gehört, unseren Standpunkt bezüglich Albaniens und Skutaris erklärt. König sehe ein, bedaure aber, daß wir uns mit Montenegro nicht verständigen könnten, da Seine Majestät Montenegro mehr gönne als Serbien und finde, daß man montenegrinische Dynastie halten sollte. Tod König Georgs, der gemäßigter Politiker gewesen, großer Verlust. Hoffentlich werde sich Einfluß des vernünftigen Venizelos weiterhin geltend machen, da König Konstantin Reputation eines Chauvinisten habe und von angeblichen Siegen berauscht, in griechischen Größenwahn verfallen könnte. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 6306, 6318, 6326.

Nr. 6304. Tel. des Thronfolgers Erzh. Franz Ferdinand; Miramare, 25. März 1913 (eing. 11 U. p. m.).[a] Entziff.

Ausschiffung Ihrem Wunsche gemäss hinausgeschoben. Hoffe, dass aber auch Montpensier unbedingt verhindert wird, zuvorzukommen. Kann ich bezüglich der absoluten Verhinderung dieser Kandidatur beruhigt sein? Bin über russische Haltung nach Grafen Thurns Telegramm Nr. 105 vom 22. März sehr unangenehm überrascht. Hoffte, dass nach der mir nachträglich zur Kenntnis gebrachten Preisgabe Djakovas, die doch Entgegenkommen unsererseits im weitesten Maße zeigt, die schwebenden Fragen

mit Russland völlig bereinigt sind und jede Hinterhältigkeit ausgeschlossen sein wird. Worin liegen die Ursachen zu diesen nachträglichen Schwierigkeiten?

[a]) Vgl. n. 6267, 6295, 6319.

Nr. 6305. Tel. nach Berlin Nr. 249 (1), St. Petersburg Nr. 230 (2), London Nr. 267 (3), Paris Nr. 190 (4) und Rom Nr. 311 (5), 26. März 1913 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; V. Nemes u. Pogatscher; G. Berchtold).

1.—5. Im Verfolge meines Telegrammes von gestern Nr.
1. 248.
2. 229.
3. 265.
4. 189.
5. 308.

1.—5. Aus einer Unterredung Baron Giesls und einer amtlichen Publikation der montenegrinischen Regierung geht hervor, daß der Kommandant von Skutari das Anerbieten des Königs Nikolaus, die Nichtkombattanten aus der Stadt abziehen zu lassen, mit der Motivierung abgelehnt habe, daß er hiezu von seiner Regierung keine Ermächtigung besitze und im übrigen die Bevölkerung geborgen und Proviant ausreichend vorhanden sei. Ich beauftrage Markgraf Pallavicini unter einem, unter Hinweis auf die Gründe humanitärer Natur, welche die Evakuierung Skutaris dringend geboten erscheinen lassen, auf der Pforte sofort nachdrücklich dafür einzutreten, daß sie Essad Pascha die fragliche Ermächtigung erteile. Hievon lasse ich König Nikolaus durch Baron Giesl mit dem Bemerken in Kenntnis setzen, daß wir in dem Refus Essad Paschas keine Lösung der Evacuirungsfrage erblicken können und darauf bestehen, daß selbstverständlich die Beschießung der Stadt bis zur Erzielung einer solchen Lösung nicht wieder aufgenommen werden kann. Euer Exzellenz wollen der dortigen Regierung von dem Vorstehenden Mitteilung machen und anfragen, ob sie geneigt ist, analoge Schritte in Konstantinopel und in Cetinje zu unternehnen. Euer Exzellenz wollen hinzufügen, daß, da die Londoner Botschafterréunion sich bekanntlich für den Abzug der Civilbevölkerung aus den belagerten Plätzen ausgesprochen habe und eine bezügliche Kollektivdemarche bei den Kriegführenden seinerzeit tatsächlich auch unternommen worden sei, wir uns der Erwartung hingeben, daß die Mächte auch ihrerseits auf jenes Ziel, welches uns bei unserer Aktion vorschwebt, hinwirken würden. Schließlich wollen Euer Exzellenz bemerken, wir beabsichtigten — eventuell im Verein mit allen Mächten — dafür zu sorgen, daß die Instruktionen der Pforte, sobald sie im obigen Sinne erflossen wären, Essad Pascha durch Parlamentäre zukommen. Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 188 Nr. 353. Vgl. n. 6310.

Tel. nach Berlin, 26. März 1913 Nr. 251 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 6312.

Nr. 6306. Tel. nach Bukarest Nr. 172 (1) und Sofia Nr. 153 (2), 26. März 1913 (chiffr. 11 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

1. Aus Euer Durchlaucht Telegramm Nr. 83 vom 18. und 87 vom 22. d. M. habe ich mit Befriedigung konstatiert, daß sich bei der dortigen Regierung immer mehr die Überzeugung Bahn bricht, die beste zukünftige Politik Rumäniens sei in einem freundschaftlichen Verhältnisse zu Bulgarien gelegen, eine Auffassung, die ich bekanntlich vom Anbeginne der rumänisch-bulgarischen Differenz an vertreten habe. Von der in dem erstzitierten Telegramm enthaltenen Mitteilung Herrn Majorescos von den serbischen Umtrieben habe ich der königlich bulgarischen Regierung vertraulich Kenntnis gegeben und bin erfreut, aus der Berichterstattung Grafen Tarnowskis in den letzten Tagen entnehmen zu können, daß in Sofia infolge richtigerer Einschätzung der rumänischen Freundschaft die Ansicht durchzudringen scheint, eine Verständigung mit Rumänien sei für Bulgarien ein Gebot der politischen Nothwendigkeit. Aus den verschiedenen Äußerungen der Bukarester und Sofioter leitenden politischen Kreise vermag ich sohin zu folgern, daß beide Regierungen nunmehr in einer beiderseits befriedigenden Verständigung das erstrebenswerte Ziel ihrer Politik, nämlich die Möglichkeit der Anbahnung einer Annäherung, richtig erfaßt haben. Eine solche Annäherung Rumäniens an Bulgarien würde auch mit der bisherigen dreibundfreundlichen Politik des Bukarester Kabinets im Einklang stehen, während jedes Hinneigen zu Serbien, welches mehr denn je im russischen Fahrwasser steuert, dem Geiste dieser Politik entschieden widersprechen würde. Auch scheint es uns, daß zwischen Rumänien und Bulgarien nicht nur keine Interessengegensätze bestehen, sondern daß sogar zwischen ihnen wie auch der Türkei — als Uferstaaten des Schwarzen Meeres — gewisse gemeinsame Interessen vorhanden sind, welche den engeren Zusammenschluß dieser Staaten als natürlich und erstrebenswert bezeichnen lassen. Unter diesen Umständen schiene es mir von größtem Werte, daß die in Bukarest zweifelsohne vorhandene günstige Stimmung vertieft und die königliche Regierung in der Auffassung bestärkt würde, daß ein engeres Verhältnis zu Bulgarien für die künftige politische Entwicklung Rumäniens von eminentem Interesse wäre. Ich ersuche daher Euer Durchlaucht, sich Herrn Majoresco gegenüber unter Verwerthung vorstehender Konsiderationen neuerlich in diesem Sinne vernehmen zu lassen und hiebei zu betonen, daß wir nach wie vor der Herstellung eines Akkords mit Bulgarien sympathisch gegenüberstehen und denselben nach Thunlichkeit zu fördern bereit sind. Ich richte unter einem eine Depesche im gleichen Gedankengange an Grafen Tarnowski.

2. Mit der Sprache, die Euer Hochgeboren Herrn Geschoff und Herrn Dobrović gegenüber (Telegramm Nr. 282 vom 24. d. M.) geführt haben, bin ich vollkommen einverstanden. Aus der vorzitierten Meldung wie aus Ihren Telegrammen vom 21. d. M., Nr. 272 und vom 22. d. M. Nr. 275 habe ich mit Befriedigung konstatiert, daß die Sicherung eines guten Verhältnisses zu Rumänien den Gegenstand ernsten Studiums der bulgarischen Regierung bildet und daß dieselbe von der politischen Bedeutung der Freundschaft Rumäniens überzeugt ist. Andererseits kann ich aus der Bericht-

erstattung des Prinzen Fürstenberg entnehmen, daß sich in Bukarest die Überzeugung Bahn zu brechen scheint, die beste Politik des Königreiches liege in einem zukünftigen freundschaftlichen Verhältnis zu Bulgarien und daß den leitenden politischen Kreisen Rumäniens der Gedanke eines engeren Verhältnisses zu Bulgarien vorzuschweben scheint. Es schiene uns nun von größtem Werthe, daß die Sofioter Regierung die zweifelsohne vorhandenen günstigen Dispositionen der Bukarester Regierung benütze, um sich durch das Zustandekommen eines engeren Verhältnisses zu Rumänien in den schon jetzt vorhandenen, in Zukunft sich aber jedenfalls noch mehr akzentuierenderen Schwierigkeiten mit Griechenland und Serbien eine wertvolle Rückendeckung zu schaffen und so die Durchsetzung seiner Aspirationen in Mazedonien zu sichern, wobei es, wie ihm bekannt, auf einen Rückhalt bei uns rechnen könnte. Würde Bulgarien jedoch den gegenwärtigen Moment unbenützt lassen, so wäre zu befürchten, daß serbische und griechische Annäherungsversuche in Bukarest auf günstigen Boden fallen und schließlich — bei dem Bestreben der Serben und Griechen auch die Türkei heranzuziehen — zu einer Einkreisung Bulgariens führen. Ich ersuche daher Euer Hochgeboren, sich bei Herrn Gueschoff und Herrn Dobrović unter Verwerthung vorstehender Konsiderationen neuerlich vernehmen zu lassen und hiebei zu betonen, daß Bulgarien bei seinen, auf die Schaffung eines engeren Verhältnisses zu Rumänien abzielenden Bestrebungen auf unsere vollste Sympathie und Förderung rechnen könnte. Ich richte unter einem eine Depesche im gleichen Gedankengange an Prinzen Fürstenberg. Streng vertraulich. Erhalten Euer Hochgeboren Telegramm Nr. 284 vom 25. d. M. Die bulgarischerseits nunmehr bestehende Geneigtheit zur Abtretung Silistrias begrüße ich als einen wichtigen Schritt nach vorwärts in der Verständigung der beiden Nachbarkönigreiche. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6326, 6327, 6354, 6360, 6362.

Nr. 6307. Tel. nach Cetinje, 26. März 1913 Nr. 48 (chiffr. 11 U. 20 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; V. Nemes; G. Berchtold).

Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 74 vom 25. l. M. erhalten. Ich beauftrage unter einem Markgraf Pallavicini, sich bei der Pforte sofort dafür zu verwenden, daß sie Essad Pascha die Ermächtigung zum Abzug der Zivilbevölkerung aus Skutari erteile. Sobald eine Entscheidung der Pforte in diesem Sinne erfolgt ist, beabsichtigen wir, die bezügliche Instruktion — eventuell gemeinsam mit den anderen Mächten — durch Parlamentäre an Essad Pascha gelangen zu lassen. Euer Hochwohlgeboren wollen König Nikolaus sowie der dortigen Regierung hievon sofort Mitteilung machen und beifügen, daß wir in dem Refus Essad Paschas keine Lösung der Evacuirungsfrage erblicken können und darauf bestehen, daß selbstverständlich die Beschießung der Stadt bis zur Erzielung einer solchen Lösung nicht wieder aufgenommen werden kann. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6310, 6329, 6343.

Nr. 6308. Tel. nach Cetinje Nr. 49 (1) und Prizren Nr. 12 (2), 26. März 1913 (chiffr. 11 U. 55 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Musulin; G. Berchtold).

1. Telegramm Nr. 64, 65, 68 und 72 erhalten. Ersuche Euer Hochwohlgeboren, falls dies nicht schon geschehen sein sollte, von den Erklärungen der montenegrinischen Regierung, daß sie Entsendung des Herrn Erzbischofs und des Vertreters der Protektoratsmacht zustimme, Akt zu nehmen. Wir fassen die Zustimmung der montenegrinischen Regierung dahin auf, daß dieselbe auch die von uns geforderten Maßnahmen betreffend die unter Zuziehung eines Vertreters der Protektoratsmacht zu veranstaltende Enquête betreffend den Fall Palić in sich begreife. Demzufolge wollen Euer Hochwohlgeboren die königliche Regierung ersuchen, ihrer Zusage entsprechend die notwendigen Vorkehrungen zu treffen, damit Monsignore Miedia und der österreichisch-ungarische ihn begleitende Vertreter ihrer in dem hierortigen Telegramme Nr. 37 vom 20. l. M. gekennzeichneten Aufgabe nachkommen können; gleichzeitig hätte die königliche Regierung die Untersuchungskommission für den Fall Palić zu bestimmen, damit ein österreichisch-ungarischer Vertreter bei derselben intervenieren könne. Was den Vorschlag der montenegrinischen Regierung anbelangt, neben dem beteiligten montenegrinischen Functionär auch Vertreter anderer Mächte nach Djakova einzuladen, so besteht unsererseits gegen die Anwesenheit vertrauenswürdiger und unparteiischer Beobachter während der amtlichen Aktion des Erzbischofs und des Vertreters der Protektoratsmacht kein Bedenken. Ich verständige gleichzeitig den Erzbischof von Uesküb und Vizeconsul von Pözel, daß sie ihre Untersuchungsreise nach Djakova am 29. l. M. antreten könnten, und ersuche Euer Hochwohlgeboren, auch von diesem Termine die königliche Regierung zu verständigen. Über deren bezügliche Rückäußerung sowie über die Zusammensetzung der Untersuchungskommission für den Fall Palić wollen Euer Hochwohlgeboren mir umgehende Meldung erstatten.

2. Euer Wohlgeboren Telegramm Nr. 27 vom 24. l. M. erhalten. Die königlich montenegrinische Regierung hat ihre Zustimmung dazu erteilt, daß der Herr Erzbischof und Euer Wohlgeboren als Vertreter der Protektoratsmacht sich nach Djakova und Umgebung begeben. ... *wie n. 6229 von „Der Zweck dieser Reise" bis „obliegen wird"* ... Als Tag der gemeinsamen Reise Euer Wohlgeboren und des Herrn Erzbischofs habe ich der montenegrinischen Regierung den 29. l. M. notificirt. Was den Fall Palić anbelangt, so wird derselbe montenegrinischerseits zum Gegenstande einer neuerlichen Enquête gemacht werden, der ein Vertreter der Protektoratsmacht beiwohnen wird. Ich wende mich gleichzeitig an die k. und k. Gesandtschaft in Cetinje, damit diese die montenegrinische Regierung auffordere, die Untersuchungskommission einzusetzen; ich behalte mir noch eine Entscheidung darüber vor, ob ich Euer Wohlgeboren oder einen anderen Functionär des Auswärtigen Dienstes in diese Kommission entsende. Von Euer Wohlgeboren Abreise nach Djakova wollen Euer Wohlgeboren sowohl anher als auch nach Cetinje Meldung erstatten und überhaupt Vorsorge treffen, während Ihres Aufenthaltes in Djakova und Umgebung sowohl das Ministerium des Äußern als auch die k. und k. Mission in Cetinje auf dem laufenden zu halten. Was die Bemerkung in Euer Wohlgeboren eingangs

citirtem Telegramme anbelangt, daß es Ihnen unangenehm wäre, wenn sich neben Ihrem italienischen auch Ihr russischer College Ihnen anschließen würde, so wird die Teilnahme des russischen Vertreters, wie ich streng vertraulich zu Euer Wohlgeboren bemerke, nicht zu vermeiden sein. Als die königlich montenegrinische Regierung ihre Zustimmung zu der Untersuchungsreise nach Djakova erteilte, hat sie gleichzeitig den Vorschlag gemacht, es möchte an der Untersuchung in Djakova auch der Vertreter „einer anderen am Balkan interessierten katholischen Macht" teilnehmen. Wir haben darauf hin ganz allgemein nach Cetinje geantwortet, „daß unsererseits gegen die Anwesenheit vertrauenswürdiger und unparteiischer Beobachter während der amtlichen Aktion des Erzbischofs und des Vertreters der Protektoratsmacht kein Bedenken besteht." Im Sinne dieser unserer Äußerung wollen Euer Wohlgeboren im übrigen sich vor Augen halten, daß die amtliche Untersuchung, abgesehen von den in Betracht kommenden Functionären, nur durch den Herrn Erzbischof und Euer Wohlgeboren geführt wird und daß die anderen fremden Functionäre dieser Untersuchung gewissermaßen als Zeugen beiwohnen. Irgend welchen Reibungen aus diesem Grunde wollen Euer Wohlgeboren jedoch aus dem Wege gehen und nöthigenfalls anher und nach Cetinje berichten. Berchtold.

[a] Vgl. n. 6311, 6330.

Nr. 6309. Tel. aus Cetinje, 26. März 1913 Nr. 75 (eing. 7 U. p. m.). Entziff.

Aus konfidenzieller, sicherer Quelle erfahre ich soeben, dass heute bis Mitternacht Beratung unter Vorsitz des Königs stattfand, an welcher Prinzen Danilo und Mirko, Minister, Generale Vukotić und Martinović, mehrere Vertraute, darunter Conte Voinović, sowie die Grossfürstin Milica und Prinzessin Xenia teilnahmen. Nach Aufstellung der Gesichtspunkte, dass Motiv für Krieg die ökonomische Misère war und Montenegro ohne Skutari seine volkswirtschaftliche Selbständigkeit nicht behaupten könnte, seine Grenzen strategisch nicht gesichert wären, wurde folgender protokollarischer Beschluss gefasst und gezeichnet: Da durch die Grenzbestimmung Albaniens seitens der Grossmächte die obige[a] Lage geschaffen wird, ist ein Nachgeben ausgeschlossen und der Krieg bis zum Äussersten fortzusetzen. König ist vollständig in der Hand der Regierung und machtlos. So hat Minister Plamenac dem König mit drohender Gebärde zugerufen: „Wenn Du mit dem Lande nicht bis zum Äussersten gehst, stelle ich Dir und der königlichen Familie die Automobile bereit, um Euch über die Grenze zu bringen." Niemand fand sich, der diese Drohung zurückwies. Giesl.

[a] Amtsvermerk: sic.

Nr. 6310. Tel. nach Konstantinopel, 26. März 1913 Nr. 170 (chiffr. 10 U. 45 M. p. m.). [a] *Konz. (S. Matscheko; V. Pogatscher; G. Berchtold).*

Enthält die in n. 6305 angekündigte Instruktion wegen Ermächtigung Essad Paschas.

[a] Vgl. n. 6307, 6331.

Nr. 6311. Tel. nach London, 26. März 1913 Nr. 266 (chiffr. 9 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. Dipauli; V. u. G. Musulin).

Einem Berichte unseres Konsularvertreters in Prizren entnehme ich die im folgenden kurz zusammengefaßten, von einem vertrauenswürdigen Gewährsmanne stammenden Details der Ermordung des Franziskanerpaters Luigi Palić. Auf Grund einer Vorladung des montenegrinischen Gouverneurs von Djakova begab sich P. Palić Mittwoch den 5. d. M. in Begleitung eines Gendarmen nach der erwähnten Stadt. Dort wurde er einem Verhör unterzogen und hierauf in Haft genommen. Im Gefängnis soll er der Aussage von Albanesen zufolge, die gleichzeitig eingekerkert waren, wiederholt grausam geprügelt worden sein. Freitag den 7. d. M. wurde P. Palić gemeinsam mit etwa 90 Albanesen, gefesselt und barfuß, unter Eskorte nach Ipek instradiert. Da P. Palić infolge der ausgestandenen Mißhandlungen mit seinen Gefährten nur schwer Schritt zu halten vermochte, wurde er von den Soldaten mit Kolbenstößen vorwärts getrieben. Ungefähr $1^1/_2$ Wegstunden von Djakova entfernt entkleideten die Soldaten den Mönch bis aufs Hemd (die Mönchskutte wurde, um die Identifizierung zu vereiteln, beiseite geschafft) und töteten ihn mit 5 Gewehrschüssen. Als ein Ordensbruder des Ermordeten kurz darauf beim Ipeker Gouverneur vorsprach, um die Erlaubnis zur Beerdigung des Leichnams zu erlangen, äußerte sich dieser montenegrinische Funktionär dahin, daß P. Palić vollkommen unschuldig erschossen worden wäre. Von einem kriegsgerichtlichen Urteil gegen P. Palić erklärte der Gouverneur nichts zu wissen. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information und im Verfolge früherer analoger Informationen zur Mitteilung an Sir Edward Grey.

[a] Vgl. n. 6308.

Tel. nach London, 26. März 1913 Nr. 267 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 6305.

Nr. 6312. Tel. nach London Nr. 269 (1), Berlin Nr. 251 (2) und Rom Nr. 313 (3), 26. März 1913 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.).[a] Konz. (S. u. G. Berchtold).

1. Statim. Streng vertraulich. Einem eben eingelangten Telegramme des Militär-Attachés in Cetinje zufolge hat Collektiv-Demarche der Mächte behufs Einstellung der Feindseligkeiten und Räumung Albaniens daselbst heute bereits stattgefunden. Gleichzeitig soll im Kriegsrat Sturm auf Skutari beschlossen worden sein. Mit Rücksicht auf den in der gestrigen Rede Sir Edward Greys enthaltenen Passus betreffend einheitliche Schritte sämtlicher Mächte im Nichtbeachtungsfalle würden wir Werth darauf legen, zu erfahren, welche Mittel nach Ansicht des Staatssekretärs zur Erzwingung der Einstellung der Feindseligkeiten zur Anwendung zu gelangen hätten. Da bei Wiederaufnahme der Beschießung Skutaris der Fall der Stadt mit allen den von uns befürchteten ernsten Consequenzen, insbesonders auch die Wahrscheinlichkeit eines größeren Massacres in unmittelbare Nähe gerückt würde, erschiene es wohl schwer möglich, in diesem Falle das Ergebnis

eines naturgemäß längere Zeit in Anspruch nehmenden gegenständlichen Meinungsaustausches unter den Mächten abzuwarten. Wir könnten dann zwecks Verhinderung dieser Eventualitäten zu raschem Eingreifen gezwungen sein, umsomehr als wir dem König Nikolaus für den Fall der Wiederaufnahme des Bombardements vor Durchführung der Evakuirungsaktion Coërzitiv-Maßregeln angedroht haben. Euer Exzellenz wollen sich ohne Verzug in vorstehendem Sinne bei Sir Edward Grey aussprechen und umgehend telegraphisch berichten.

2. u. 3. Ich telegrafire an Grafen Mensdorff: (Inseratur Telegramm sub 1 in extenso.) Vorstehendes zur streng vertraulichen Mittheilung an den

2. Herrn Staatssekretär.
3. Herrn Minister des Äußern. Berchtold.

[a] Oe. U. Balkan 188 Nr. 352. Vgl. n. 6325, 6333, 6346, 6352, 6353.

Nr. 6313. Tel. aus London, 26. März 1913 Nr. 242 (eing. 27. März 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Bei heutiger Botschafterréunion ist folgende Resolution aufgesetzt worden: „Tous les gouvernements ayant approuvé la proposition formulée le 22 mars, la réunion persiste dans l'avis qu'il importe de procéder sans délai, sur les instructions des gouvernements, aux démarches collectives à Belgrade et Cettigné. Monsieur de Etter ayant déclaré que le gouvernement russe adhère à la suggestion austro-hongroise relative cessation immédiate des hostilités en Albanie et à une rapide évacuation des territoires albanais, mais qu'il faisait observer qu'il serait nécessaire de n'y procéder qu'en prenant des mesures pour le maintien de l'ordre et de sécurité. La réunion pense que l'observation du gouvernement russe doit être prise en considération en effectuant l'évacuation le plus rapidement possible après cessation des hostilités." Mensdorff.

[a] Vgl. n. 6314, 6317, 6323.

Nr. 6314. Tel. aus London, 26. März 1913 Nr. 243 (eing. 27. März 9 U. a. m.). Entziff.

In Ergänzung meines heutigen Telegrammes Nr. 242 über Réunion. Russischer Botschaftsrat war ermächtigt, die Zustimmung seiner Regierung zur Resolution der Réunion vom 22. d. Mts. auszusprechen. Somit wäre kein plausibler Grund vorhanden, warum die Démarche in Cetinje und Belgrad nicht gemacht wird. Die Bemerkung Herrn Sazonows bezüglich gewisser Massregeln bei Evakuierung, die, wie russischer Vertreter ausdrücklich erklärte, nur von praktischen Erwägungen eingegeben sind, wurden in unserer heutigen Resolution auf Drängen Herrn Cambons aufgenommen. Er meinte, solche Considerata könnten vielleicht Herrn Sazonow bewogen haben, mit seinen Instruktionen zurückzuhalten, deshalb sei es besser, sie zu berücksichtigen. Ich gab es zu, aber insistierte, daß in der Redaktion unserer Resolution die Zustimmung Russlands zur sofortigen Einstellung der Feindseligkeiten und raschen Evakuierung ausgesprochen werde. Fürst

Lichnowsky sprach von der intransigenten Haltung Königs von Montenegro, der noch immer erkläre, er werde Skutari nicht aufgeben, und meinte, man müsse in Erwägung ziehen, welche Pressionsmittel angewendet werden sollten, falls König Nikolaus sich dem Willen der Mächte widersetzt. Deutscher Botschafter berührte Eventualität eines Mandates an Österreich-Ungarn und Italien oder gemeinsame Aktion der Mächte. Grey meinte, man müsse vor allem den Erfolg der hoffentlich bald stattfindenden Kollektivdemarche abwarten. Falls auch dann noch König Nikolaus sich widersetzt, wäre es an der Zeit, die weiteren Maßnahmen zu erwägen, wobei Staatssekretär jedenfalls einer gemeinsamen Aktion aller Mächte, wie zum Beispiel internationaler Flottendemonstration den Vorzug geben würde. Vorher schon hatte Staatssekretär meinem deutschen Kollegen gesagt, daß Russland niemals zu einer Mandatserteilung an uns und Italien zu bewegen wäre und nur zu einer Flottendemonstration aller Mächte bewogen werden könnte. Mensdorff.

Nr. 6315. Tel. aus London, 26. März 1913 Nr. 244 (eing. 27. März 9 U. a. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 265 von heute betreffend unsere Aktion gegenüber Montenegro. Ich habe Inhalt Telegrammes heute Sir E. Grey gegenüber verwertet. Derselbe hat wiederholt, zuletzt noch gestern durch ein Telegramm nach Petersburg, auf Herrn Sazonow gedrungen, damit er ehetunlichst Instruktionen nach Belgrad und Cetinje richte, um die Demarche zu machen. Staatssekretär ist ganz der Ansicht, dass dieselbe stattfinden muss und auch, dass von dem Momente, wo Euer Exzellenz sich zur Aufgabe Djakovas entschlossen haben, russische Regierung keine weiteren Schwierigkeiten machen sollte. Grey hört, Sazonow sei durch unsere letzte Demarche in Cetinje stark beunruhigt gewesen. Sir E. Grey sagte mir, er sei zu seiner gestrigen Parlamentsrede[a]) durch zwei Erwägungen bewogen worden: I.) Rücksicht auf das englische Parlament, II.) der Wunsch, nachdem doch einiges über die letzten Verhandlungen in die Öffentlichkeit gedrungen war, klar auszusprechen, dass eine Einigung zwischen den Mächten erzielt worden ist. — Sollte dann noch eine Schwierigkeit eintreten, so würde die Verantwortung dafür diejenigen treffen, welche die Störung verursachen. Staatssekretär gab mir zu verstehen, er hoffe durch seine Rede auch die Wirkung auf die russische Regierung auszuüben, dass sie nicht länger zurückhalte. Mensdorff.

[a]) Pol. Chron. d. ö.-u. Mon. 1913, 99.

Tel. nach Paris, 26. März 1913 Nr. 190 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 6305.

Nr. 6316. Tel. aus Paris, 26. März 1913 Nr. 56 (eing. 27. März 8 U. a. m.). Entziff.

Bezugnehmend auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 181,[a]) Kollektivdémarche Cetinje, Belgrad. Herr Pichon will noch heute nach Petersburg

telegraphieren, um einzuwirken, daß russische Vertreter in Cetinje und Belgrad Instruktionen erhalten, sich im Sinne des Botschafterbeschlusses vom 22. d. Mts. an Kollektivdemarche zu beteiligen. Der Minister legt großes Gewicht auf einheitliches Auftreten der Mächte. Meine Ausführungen, daß die von uns in Cetinje unternommenen Schritte keineswegs bezwecken, das Konzert der Mächte zu stören, sondern, ganz im Rahmen der Londoner Beschlüsse gehalten, vielmehr den Zweck verfolgen, diese gemeinsamen Beschlüsse zur Geltung zu bringen, machten sichtlich guten Eindruck.

Szécsen.

[a]) Wohl irrtümlich statt Nr. 189. Bezüglich Nr. 181 vgl. n. 6263 Anm b.

Tel. nach Prisren, 26. März 1913 Nr. 12 (chiffr. 11 U. 55 M. p. m.). Siehe n. 6308.

Tel. nach Rom, 26. März 1913 Nr. 311 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 6305.

Tel. nach Rom, 26. März 1913 Nr. 313 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 6312.

Tel. nach St. Petersburg, 26. März 1913 Nr. 230 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 6305.

Nr. 6317. Tel. aus St. Petersburg, 26. März 1913 Nr. 112 (eing. 27. März 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Nachdem Herr Sazonow auch heute keine Zeit gefunden hat, mich zu empfangen, habe ich mich zu Herrn Neratow begeben, um ihm im Sinne Euer Exzellenz Telegrammes[b]) von heute die näheren Umstände und Gründe auseinanderzusetzen, welche Euer Exzellenz zu dem energischen Vorgehen gegen Montenegro veranlaßt hatten, welches Sazonow so verstimmt hat. Der Herr Adjoint nahm meine Ausführungen, welche auf ihn im Ganzen einen günstigen und beruhigenden Eindruck gemacht zu haben scheinen, ruhig entgegen und bemerkte im Laufe derselben, daß es nicht so sehr der Umstand sei, daß wir in Montenegro mit Gewaltanwendung gedroht haben, der Herrn Sazonow so sehr verstimmt hatte, als daß dies unserseits geschehen sei, ohne uns darüber vorher mit den Mächten zu verständigen. Daß zur Geltendmachung des Willens der Mächte in Cetinje die Androhung, ja sogar vielleicht Anwendung von Gewaltmaßregeln erforderlich sein könnte, ließ Herr Neratow ohneweiters gelten und ließ durchblicken, daß sich die russische Regierung, wenn sie sich auch an solchen Zwangsmaßregeln aus besonderen Rücksichten nicht aktiv beteiligen könnte, einem dahin gehenden Beschluß der Mächte, dessen Ausführung dann den Charakter eines europäischen Mandates hätte, durchaus nicht widersetzen würde. Nur müßte eben eine derartige Aktion nicht den Charakter einer aus dem Konzert der Mächte heraustretenden Separataktion tragen. Herr Neratow sagte mir ferner, er halte sich für ermächtigt, mir zu versichern, daß der Umstand, daß die k. u. k. Regierung trotz der nicht vollkommen befriedigenden Antwort Montenegros zunächst in ihrer begonnenen Separat-

aktion nicht fortschreiten, sondern vorerst abwarten wolle, ob die Beschießung eingestellt und ernste Verhandlungen wegen Abzuges der Zivilbevölkerung eingeleitet werden, von Herrn Sazonow mit Genugtuung begrüßt werden wird. Es sei hiedurch die Zeit und Möglichkeit geboten, wieder auf das Gebiet gemeinsamer Aktion zurückzukehren. In diesem Sinne werde auch die russische Regierung die entsprechenden Instruktionen an ihren Vertreter in Cetinje erteilen, damit die in der Londoner Réunion vom 22. d. Mts. beschlossene Kollektivdémarche ehestens zustandekomme. Soviel er wisse, werde gerade heute in London über die genaue Formulierung derselben verhandelt.[c] Der Herr Adjoint bemerkte hiezu, daß die russische Regierung eine etwas genauere Interpretation des Verlangens nach „raschester Räumung" der Albanien zugesprochenen Gebiete wünsche. Herr Neratow gab ohne weiters zu, daß damit nicht bis zum Friedensschluß gewartet werden soll, gab aber zu bedenken, daß man den serbischen Truppen immerhin eine gewisse Marge lassen müßte und daß auch bis zur Konstituierung autonomer albanischer Behörden irgendeine Autorität schon zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung nötig sei. Herr Neratow sprach schließlich die Hoffnung aus, daß nunmehr die weitere Aktion wieder auf das Gebiet einverständlichen Vorgehens aller Mächte, welches bisher so gute Früchte getragen habe, zurückgeleitet werden könne, und daß auch eventuell notwendige Koerzitivmaßregeln gegen Montenegro, falls dieses auf die Entscheidung der Mächte nicht hören sollte, einverständlich beraten und beschlossen werden würden. Was die Bemerkung Herrn Sazonows über das Zusammentreffen unserer Separataktion mit der Demobilisierung anbelangt, so meint Herr Neratow, daß der Herr Minister gewiss keinen Augenblick daran gedacht habe, daß zwischen diesen beiden Angelegenheiten ein Kausalnexus bestehen könne; er habe sich aber darüber gewundert, daß die k. u. k. Regierung mit Rücksicht auf die eben im Zuge befindliche Entlassung der russischen Reservisten es nicht vermieden habe, gerade in diesem Momente mit der in Rede stehenden Aktion hervorzutreten, die zwar gewiß nicht durch erstere hervorgerufen wurde, aber doch durch das unglückliche zeitliche Zusammentreffen zu Mißdeutungen seitens der öffentlichen Meinung Anlaß geben müsse. Ich erwiderte mit dem Hinweis darauf, daß eben Gefahr im Verzug gewesen wäre. Schließlich versicherte mir Herr Neratow, dem Herrn Minister getreuen Bericht über unsere Konversation erstatten zu wollen. Thurn.

[a] Vgl. n. 6293, 6338, 6372. — [b] n. 6302. — [c] Vgl. n. 6313.

Tel. nach Sofia, 26. März 1913 Nr. 153 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 6306.

Nr. 6318. Bericht aus Sofia, 26. März 1913 Nr. 23 (eing. 30. März). Entziff.

So günstig gegenwärtig Stimmung hier für uns und so befriedigend Sprache hiesiger Staatsmänner (speziell mit meinen Telegrammen Nr. 282 und 284 vom 25. und 26. d. M. vermeldete Äußerungen Herrn Dobrović'),

möchte ich doch auf Versicherungen betreffend künftige Anlehnung Bulgariens an Monarchie noch nicht gar zu fest bauen. Die oppositionellen Parteiführer selbst warnen mich vor russophilen Tendenzen der Regierung (vide Bericht vom 18. d. M. Nr. 21 B) und die Anwesenheit Herrn Danews und des notorisch Russland ergebenen Generals Radko Dimitrieff in Petersburg erfüllen mich auch mit Apprehensionen, dass Kabinett Geschoff, obwohl mit Haltung Russlands unzufrieden, sich doch nicht entschließen kann, Konsequenzen daraus zu ziehen, sondern um Gunst Petersburg wirbt. Von russophiler Regierung wundert es mich nicht, dass aber König Ferdinand nach Allem, was er kürzlich über unsere Politik erfahren, das weitere Kriechen vor Russland gutheisst, macht mir keinen guten Eindruck. Die Erwägung, dass dies vielleicht bloss durch momentane Notwendigkeit gebotene Manöver sind, beruhigt mich nicht vollkommen, da ich mich mit ebensoviel Grund fragen kann, ob der durch unser grenzenloses Entgegenkommen hervorgerufene vertrauensvolle Ton, den man hier jetzt mir gegenüber anschlägt, auch nicht bloss gegenwärtig obwaltenden Umständen entspringt und ob sich derselbe nicht ändern wird, sobald die Gründe der Unzufriedenheit mit der russischen Politik geschwunden sind. Radoslawow, der hier als vermutlicher Nachfolger Herrn Geschoffs angesehen wird, sagte mir dieser Tage, er würde sich nicht wundern, wenn König — „der auf Freundschaft Russlands grossen Wert lege" — im Falle Demission Geschoffs nach Friedensschluss Herrn Danew mit Bildung des Kabinettes betrauen würde. Wie bereits gemeldet (vide Bericht vom 18. d. M. Nr. 21 A) sehe ich nunmehr keinen Grund, an Erhaltung unserer guten Beziehungen zu Bulgarien zu zweifeln. Zwischen einem lediglich auf Politik der Interessen basierten guten Verhältnis und einem mit Abschwenken von Russland verbundenen nahen Anschlusse Bulgariens an uns ist aber der Abstand sehr groß und solange diese letztere Politik hier keine praktische Anwendung gefunden haben wird, möchte ich alle diesbezüglichen Versicherungen cum grano salis nehmen. Jedenfalls müssen noch die weiteren Ereignisse und der schließliche Ausgang der Krise abgewartet werden. Tarnowski.

Nr. 6319. Tel. an den Thronfolger Erzh. Franz Ferdinand in Miramare, 26. März 1913 (chiffr. 11 U. p. m.).[a] Konz. (S. u. G. Berchtold).

Was zur Verhinderung der Candidatur Montpensier's geschehen konnte, ist einvernehmlich mit Italien verfügt worden. Der Genannte ist verhalten worden, in Brindisi im Kriegshafen zwischen zwei Torpedobooten zu ankern und wurde sein Schiff behördlich nach Waffen durchsucht. So viel bekannt, ist Yacht „Mekong" noch in Brindisi und wird weiterhin strengstens überwacht. Russische Schwierigkeiten gegenüber Verlangen nach Räumung Albaniens sind jedenfalls auf Furcht vor öffentlicher Meinung zurückzuführen, welche in heftigster Weise gegen jedes energische oder gar gewaltsame Vorgehen in diesem Belange Stellung nimmt. Es hat Anschein, daß sich russische Regierung unserer selbständigen, durch die Gefahr der Erstürmung und Zerstörung Skutaris diktirten Aktion als Vorwand bedient, um sich dem Anschluße an nachdrückliche Collektivdemarche in Cetigné

zu entziehen. Da wir aber Cession Djakovas unter anderem an die Voraussetzung russischen Eintretens für sofortige Einstellung der Feindseligkeiten und Räumung Albaniens geknüpft hatten, würde weitere Hinterhältigkeit Rußlands zur Folge haben, daß Ausgleich wegen Djakovas wieder hinfällig würde. Auf der anderen Seite ist erfreulicher Weise zu constatieren, daß die übrigen Signatarmächte bereit sind, auf Regierungen in Belgrad und Cetigné in unserem Sinne einzuwirken, so daß Rußland schließlich isoliert bleiben dürfte. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6295, 6304, 6411, 6412.

Nr. 6320. Tel. des Vorstandes der Militärkanzlei des Erzherzogs Franz Ferdinand an den Kriegsminister; Miramare, 26. März 1913 (eing. mit Note des Kriegsministers Praes. Nr. 4851 am 26. März).[a]) Abschrift.

Seine k. u. k. Hoheit sind gegen die Mobilisierung des 13., 15. und 16. Korps und erklären, wenn jetzt partielle Mobilisierung, so müsse auch definitiver Entschluss zur Kriegseröffnung vorliegen. Zwangsmaßregeln gegen Montenegro lassen sich auch mit Flotte und gegenwärtigen Ständen in Bosnien-Herzegowina durchführen. Bitte telegraphisch Mitteilung Ansicht im Einvernehmen mit Chef des Generalstabes. Im höchsten Auftrage: Bardolff.

[a]) Vgl. n. 6321.

Nr. 6321. Tel. des Kriegsministers an den Vorstand der Militärkanzlei des Erzherzogs Franz Ferdinand in Miramare, 26. März 1913 (eing. mit Note des Kriegsministers Praes. Nr. 4851 am 26. März). Abschrift.

Oberst Bardolff, Miramar. Auf Telegramm vom 26. März, 9 Uhr 50 M. vorm.[a]): Kriegsminister und Chef des Generalstabes stehen übereinstimmend auf folgendem Standpunkte: Ob Flottenaktion allein wirkt, kann nicht vorausgesagt werden; Zwangsmaßregeln zu Lande führen voraussichtlich zum Krieg gegen Serbien und Montenegro, für diesen sind aber Kräfte des 15. und 16. Korps nicht ausreichend. Mobilisierung des 13., 15. und 16. Korps ist nur für den kaum wahrscheinlichen Fall gedacht, dass Serbien sich nicht Montenegro anschließt; daher müßte, wenn Serbien sich doch anschließt, der Mobilisierung des 13., 15. und 16. Korps jene der übrigen B-Korps sofort folgen. Minister des Äußern hofft, dass Mobilisierung des 13., 15. und 16. Korps Montenegro zum Nachgeben veranlassen wird. Partielle Unternehmungen zu Lande mit ungenügenden Kräften müssen entschieden vermieden werden. Kriegsminister.

[a]) n. 6320.

Nr. 6322. Tel. nach Belgrad, 27. März 1913 Nr. 81 (chiffr. 11 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Euer Hochwohlgeboren Telegramm Nr. 165[b]) vom 25. d. M. erhalten. Euer Hochwohlgeboren wollen sich durch eine persönliche Aussprache mit Herrn Pašić davon überzeugen, daß die serbische Regierung tatsächlich

dem serbischen Befehlshaber vor Skutari den Auftrag erteilt hat, das Bombardement einzustellen. Sollte der Herr Ministerpräsident eine evasive Antwort geben, so wollen Euer Hochwohlgeboren auf die jüngste Rede Sir Edward Greys hinweisen, aus der klar zu entnehmen ist, daß nach dem einmütigen Entschluß der Mächte Skutari bei Albanien zu verbleiben habe und daß es „eine verbrecherische Narrheit" wäre, den Kampf um Skutari fortzusetzen. Euer Hochwohlgeboren wollen hinzufügen, wir erwarteten mit Bestimmtheit, daß Serbien in Übereinstimmung mit seinen früheren Erklärungen den nun in authentischer Weise bekanntgegebenen Willen der Mächte respektieren und von einer Fortsetzung der Belagerung Skutaris abstehen werde. Durch einen solchen Entschluß würde sich Serbien um die Erhaltung des Friedens verdient machen und die Sympathien Europas für sich gewinnen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6341. — [b]) Mit Tel. Nr. 165, 25. März 1913 (eing. 26. März 8 U. a. m.) wurde aus Belgrad gemeldet, Pašić habe bereits am 24. März nach Cetinje telegraphiert, daß das Bombardement serbischerseits bis zur Evakuierung eingestellt werde (Oe. U. Balkan 185 Nr. 347).

Nr. 6323. Tel. nach Belgrad Nr. 82 (1), Cetinje Nr. 50 (2), Berlin Nr. 252 (3), St. Petersburg Nr. 233 (4), Paris Nr. 194 (5), Rom Nr. 316 (6), Konstantinopel Nr. 173 (7), Bukarest Nr. 178 (8) und London Nr. 270 (9), 27. März 1913 (chiffr. 11 U. p. m.).[a]) Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

1.—2. Wie mir Graf Mensdorff telegraphiert, hat die Botschafter réunion am 26. d. M. folgende Resolution beschlossen: ... *wie n. 6313 von „Tous les Gouvernements" bis Schluß.* ... Zu einer Kollektivdemarche im Sinne des Réunionsbeschlusses vom 22. d. M. sind Euer etc. — si omnes — bereits durch mein Telegramm vom 23. d. M.

1. Nr. 75

2. Nr. 43

1.—2. ermächtigt worden. Sollte Ihr russischer Kollege das Verlangen stellen, daß bei der zu unternehmenden Demarche auch eine dem Wortlaute des 2. Alineas[b]) der vorstehenden Resolution entsprechende Erklärung abgegeben werde, so sind Euer Hochwohlgeboren ermächtigt, sich hiemit — si omnes — einverstanden zu erklären.

3.—8. Ich telegraphiere wie folgt an die k. und k. Gesandten in Belgrad und in Cetinje. Inseratur Telegramm sub 1—2 in extenso.

3.—6. Vorstehendes zur vertraulichen Mitteilung an die dortige Regierung.

7. Vorstehendes zu Euer Exzellenz streng vertraulicher Information.

8. Vorstehendes ausschließlich zur streng vertraulichen Mitteilung an König Carol.

9. Euer Exzellenz Telegramm Nr. 242 vom 26. d. M. erhalten. Ich teile den Inhalt desselben den k. und k. Gesandten in Belgrad und in Cetinje mit und ermächtige sie, falls der dortige russische Vertreter das Verlangen stellen sollte, daß bei der zu unternehmenden Demarche eine dem Wortlaute des 2. Alineas[b]) der Resolution entsprechende Erklärung abgegeben werde,

sich hiemit einverstanden zu erklären. Vorstehendes zur Mitteilung an Sir E. Grey. Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 191 Nr. 360. Vgl. n. 6343, 6345, 6357. — [b]) Das 2. Alinea von n. 6313 beginnt mit „M. de Etter ayant" und schließt mit „cessation des hostilités".

Tel. nach Berlin, 27. März 1913 Nr. 252 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 6323.

Nr. 6324. Tel. aus Berlin, 27. März 1913 Nr. 160 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Mit Bezug auf Telegramm vom 25. d. Mts. Nr. 248 betreffend Einstellung der Beschiessung Skutaris. Staatssekretär, dem gegenüber ich mich im Sinne Euer Exzellenz Auftrages vernehmen liess, sagt mir, er habe bisher geradezu täglich die Instruktionen an Grafen Pourtalès erneuert, beim Petersburger Kabinette darauf hinzuwirken, dass die russischen Vertreter in Cetinje und Belgrad sich an der im Sinne des Beschlusses der Londoner Botschafterréunion vom 22. d. Mts. auszuführenden Kollektivdémarche beteiligen. Die russische Regierung habe zwar sowohl in Cetinje wie in Belgrad selbständig eine Démarche im obigen Sinne — und zwar schon vorher — gemacht, wegen ihrer Beteiligung an der Kollektivdémarche anscheinend aber noch immer keine Aufträge ihren bezüglichen Vertretern erteilt. Dem deutschen Botschafter gegenüber hätte Herr Sazonow darauf hingewiesen, daß die Mächte noch gar nicht die Formel für die Kollektivdémarche gefunden hätten. Staatssekretär versprach mir neuerdings wieder eine telegraphische Weisung im gewünschten Sinne an Grafen Pourtalès ergehen zu lassen. Szögyény.

Nr. 6325. Tel. aus Berlin, 27. März 1913 Nr. 162 (eing. 28. März 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Bezug auf gestriges Telegramm Nr. 251 betreffend Einstellung der Feindseligkeiten und Räumung Albaniens. Staatssekretär sagte mir, der deutsche Vorschlag bezüglich der Mandatserteilung an Österreich-Ungarn und Italien hätte, wie Fürst Lichnowsky telegraphierte, keine Aussicht auf Annahme. Sir E. Grey hätte dem Botschafter gegenüber Befürchtung geäußert, daß Rußland nicht dazu zu haben sein würde. Tatsächlich hätte auch Herr Neratow, welchen Graf Pourtalès infolge Behinderung Herrn Sazonows sprach, dem Botschafter gesagt, daß Rußland schwer auf die angeregte Mandatserteilung eingehen könnte, dagegen im Bedarfsfalle einer Flottendemonstration mehrerer Mächte gegen Montenegro, an der es allerdings wohl selbst nicht teilnehmen würde, zustimmen würde. Adjoint des Ministers meinte, es könnten vielleicht Frankreich und England, die ohnehin im Mittelmeer Schiffseinheiten zur Verfügung hätten, sich mit Österreich-Ungarn und Italien zu einer Flottendemonstration vereinigen. Nachdem auch deutscher Botschafter in Rom telegraphiert, daß Marquis di San Giuliano seine zum Ausdrucke gebrachte Bereitwilligkeit zur Übernahme des Mandates augenscheinlich „leid tue" und er der Sache nunmehr eher auszuweichen suche, sei deutscherseits die Mandatsfrage fallen gelassen worden. Fürst Lichnowsky werde bei sich darbietender Gelegenheit auf

der Réunion die Flottendemonstration anregen. Herr von Jagow glaubt, daß die von Herrn Neratow ins Auge gefasste Demonstration am ehesten zustande kommen könnte. Herr von Jagow hofft, daß Österreich-Ungarn keinesfalls eine Separataktion unternehmen werde, die leicht zu Komplikationen führen könnte. Szögyény.

[a]) Vgl. n. 6281.

Nr. 6326. Tel. nach Bukarest, 27. März 1913 Nr. 177 (chiffr. 10 U. 35 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

Zu meinem Telegramm Nr. 172 von gestern. Wie ich einer neuerlichen telegrafischen Meldung Graf Tarnowskis[b]) entnehme, verstärkt sich in den maßgebenden politischen Kreisen Sofias die Ansicht, daß Bulgarien sich unbedingt mit Rumänien verständigen und daß zu diesem Zwecke sogar Silistria geopfert werden müsse. Vorstehendes zur streng vertraulichen und rein persönlichen Mitteilung an König Carol, wobei Euer Durchlaucht darauf hinweisen wollen, daß diese Besserung der Stimmung Bulgariens in der Frage von Silistria in erster Linie einen Erfolg der konsequenten Friedenspolitik König Carols darstelle, daß hiezu aber auch unsere unausgesetzten Bemühungen in Sofia im Interesse Rumäniens beigetragen haben dürften. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6362. — [b]) n. 6303. Zwar bereits in n. 6306, aber erst am Schlusse von 2) zitiert und bei 1) augenscheinlich noch nicht verwertet.

Tel. nach Bukarest, 27. März 1913 Nr. 178 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 6323.

Nr. 6327. Tel. aus Bukarest, 27. März 1913 Nr. 89 (eing. 5 U. 45 M. p. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 172 vom 27. d. Mts. betreffend rumänisch-bulgarischen Konflikt. Anbahnung freundschaftlichen dauernden Verhältnisses zu Bulgarien war seit Anbeginn der Krise Wille sowohl Seiner Majestät des Königs als auch leitender Minister, Herren Majorescos und Take Jonescos. Durchsetzung dieses Willens jedoch nur möglich, wenn Silistria abgetreten wird, sonst vollkommen ausgeschlossen. Zustandekommen rumänisch-bulgarischen Akkords daher nur von bulgarischer Nachgiebigkeit abhängig. Werde Inhalt bezogenen Telegrammes verwerten und dürfte Minister sich jedenfalls im obigen Sinne vernehmen lassen. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 6630, 7152.

Tel. nach Cetinje, 27. März 1913 Nr. 50 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 6323.

Nr. 6328. Tel. aus Cetinje, 27. März 1913 Nr. 79 (eing. 9 U. 20 M. p. m.).[a]) Entziff.

Im Verfolge Telegrammes Nr. 62[b]) vom 22. d. M. Montenegrinische Regierung mitteilt heute Verbündeten, dass sie alle Bedingungen akzeptiere,

welche die Alliierten annehmen, sie bestehe jedoch auf der Fortsetzung der Feindseligkeiten bis zum Falle Skutaris. Giesl.

[a]) Oe. U. Balkan 191 Nr. 359. — [b]) Mit Nr. 62 vom 22. März wurde aus Cetinje gemeldet, daß der auf Mediation (im Kriege mit der Türkei) bezügliche Kollektivschritt am selben Tage unternommen und daß die montenegrinische Regierung sich vorbehalte, sich mit den Verbündeten darüber ins Einvernehmen zu setzen.

Nr. 6329. Tel. aus Cetinje, 27. März 1913 Nr. 79 bis (eing. 9 U. 40 M. p. m.). Entziff.

Auftrag des Telegrammes Nr. 48 von heute soeben bei König und Regierung durchgeführt. König sagte, daß ich keine Antwort erhalten würde, er aber erklären könne, dass solange Friede nicht geschlossen, die Angelegenheit Skutari nur die Türkei und Montenegro angehe, nach dem Friedensschlusse würde sich Montenegro nur von seiner Verzweiflung leiten lassen. Es gelang mir zwar nicht, König von seinem Raisonnement abzubringen; dennoch gewann ich aus mehrfachen Unterredungen mit Seiner Majestät und anderen Anzeichen den Eindruck, dass der König selbst zum Nachgeben geneigt wäre und dass man wohl noch sehr viel Lärm machen wird, aber doch schon mit dem Verlust Skutaris als Tatsache rechne. Die Gefahr liegt in der intransigenten Haltung der Regierung, der herrschenden Anarchie und dem verhängnisvollen Einfluss der Grossfürstin Milica und der Prinzessin Xenia, welche die Politik dirigieren. Es sprechen Anzeichen dafür, dass das Bombardement gegen Skutari vorläufig nicht wieder aufgenommen wird. Giesl.

Nr. 6330. Tel. aus Cetinje, 27. März 1913 Nr. 80 (eing. 9 U. p. m.).[a]) Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 49 vom 27. d. Mts. Montenegrinische Regierung mitteilt, daß zur Enquête in Djakova ein Funktionär heute ernannt wird, der morgen früh abreist. Derselbe benötigt zur Reise unbedingt vier Tage, weshalb Enquête-Kommission nicht vor 1. April früh zusammentreten könnte. Regierung bittet, Reisedispositionen Erzbischofs hienach zu modifizieren. Giesl.

[a]) Vgl. n. 6344.

Tel. nach Konstantinopel, 27. März 1913 Nr. 173 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 6323.

Nr. 6331. Tel. aus Konstantinopel-Pera, 27. März 1913 Nr. 175 (eing. 28. März 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Antwort auf Telegramm vom 26. d. Mts. Nr. 170. Auftrag dem Großvezir gegenüber ausgeführt. Mahmud Schefket Pascha ist bereit, Essad Pascha anzuweisen, die Zivilbevölkerung aus Skutari abziehen zu lassen. Nachdem ihm jedoch keine Mittel zu Gebote stehen, diesen Befehl an Essad Pascha gelangen zu lassen, bittet er dem besagten Kommandanten durch Parlamentäre mitzuteilen, „daß der Großvezir und Kriegsminister anordnen, die Zivilbevölkerung aus Skutari ausziehen zu lassen". Mahmud

Schefket Pascha sagte mir weiter, daß es im Interesse der Türkei sei, wenn Skutari sich je länger hält. Die Entfernung der Zivilbevölkerung dürfte seiner Ansicht nach diesem Zwecke förderlich sein. Pallavicini.

a) Vgl. n. 6342, 6343.

Nr. 6332. Bericht aus Konstantinopel, 27. März 1913 Nr. 18 E (eing. 29. März). Ausfert.

Anlässlich der Einnahme von Janina hat Kaiser Wilhelm an seine Schwester, die Kronprinzessin von Griechenland, ein Glückwunschtelegramm gerichtet, woraus die hiesigen, in französischer Sprache erscheinenden dreibundfeindlichen Blätter Kapital schlugen. Mein deutscher Kollege, der stets bemüht ist, die deutsch-türkischen Beziehungen so gut als möglich zu erhalten, war hievon sehr unliebsam berührt und meinte zunächst, dass die Nachricht über den erwähnten Glückwunsch seines Kaiserlichen Herrn überhaupt unzutreffend sei. Auch ich hatte den Eindruck, dass Seine Majestät der deutsche Kaiser durch dieses Telegramm der Regelung der Zugehörigkeitsfrage von Janina vorgreife und machte hieraus Baron Wangenheim kein Hehl. Der Herr Botschafter berichtete über den Eindruck, den diese Nachricht hier gemacht hat und erhielt nun dieser Tage ein Privatschreiben Herrn von Jagows, von dem er mir vertraulich Mitteilung machte. Aus demselben geht hervor, dass das fragliche kaiserliche Telegramm chiffriert und an die Gesandtschaft in Athen gerichtet war und dass dasselbe blos durch eine Indiskretion bekannt wurde. Was Janina selbst anbelangt, so sagte Herr von Jagow in seinem erwähnten Schreiben, dass die Dreibundmächte mit Rücksicht darauf, dass die Bevölkerung dieser Stadt eine vorwiegend griechische ist, über deren Zugehörigkeit zu Griechenland bereits vor ihrem Falle entschieden haben. Nach Ansicht meines deutschen Collegen, der wie Euer Excellenz bekannt, vor seiner Entsendung nach Constantinopel deutscher Gesandter in Athen war, dürfte der Thronwechsel in Griechenland auf die auswärtige Politik des Königreiches insoferne nicht ohne Rückwirkung bleiben, als der jetzige König deutschfreundlicher sei wie dessen Vorgänger. Baron Wangenheim glaubt daher, dass die französischen Militär-Instruktoren aus der griechischen Armee entlassen würden und dass in die griechische Politik im allgemeinen ein deutschfreundlicher Zug Eingang finden dürfte. In Anschlusse hieran sprach sich Baron Wangenheim mir gegenüber vertraulich aus, dass unter diesen Umständen die Sympathien Deutschlands, namentlich Seiner Majestät Kaiser Wilhelms, für Griechenland zunehmen könnten und er sich nicht wundern würde, wenn er demnächst Instructionen in dem Sinne erhielte, die etwa hier vorhandene Neigung zu einer türkisch-griechischen Annäherung nach dem Friedensschlusse zu unterstützen. Wie ich Euer Excellenz schon zu berichten die Ehre hatte, ist eine solche Tendenz bereits tatsächlich vorhanden, doch glaube ich nicht, dass sie zu einem praktischen Resultate führen wird, da gerade Griechenland der einzige Balkanstaat ist, dessen Beziehungen zur Türkei auch nach Beendigung des Krieges durch nationalpolitische Rücksichten stark beeinflusst werden dürften. Pallavicini.

Tel. nach London, 27. März 1913 Nr. 270 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 6323.

Nr. 6333. Tel. aus London, 27. März 1913 Nr. 245 (eing. 8 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 269 von gestern betreffend Kollektivdemarche in Cetinje und Beschluß montenegrinischen Kriegsrats, Skutari zu stürmen. Inhalt Sir E. Grey mitgeteilt, der mir erwiderte, er habe zwar gehört, daß Herr Sazonow gestern Instruktionen nach Belgrad und Cetinje gerichtet hat, aber noch nicht die Nachricht erhalten, daß Kollektivdemarche tatsächlich stattgefunden hat. Er hoffe, daß es geschehen ist oder jedenfalls sogleich geschieht. Er erwarte, daß die erste Folge der Demarche das Zurückziehen der vor Skutari befindlichen Serben sein würde und daß voraussichtlich die Montenegriner allein nicht viel tun könnten. Er hoffe also, daß Koerzitivmaßregeln nicht notwendig sein werden. Sollten sie angewendet werden müssen, so schiene dem Staatssekretär persönlich eine gemeinsame navale Demonstration die beste Form. Staatssekretär ersucht sofort die Admiralität, zwei Kreuzer nach Corfu oder anderem Ort in der Nähe zu senden für den Fall, daß man ihrer bedarf. Sir E. Grey sprach die Hoffnung aus, daß Euer Exzellenz dieselbe Mitteilung wie an ihn den anderen Regierungen machen. Inhalt meiner Mitteilung sowie vorstehend wiedergegebene Antwort telegraphiert Sir E. Grey an seine Botschafter bei den Signatarmächten. Er wiederholte mir, Rußland sei schon durch unsere Haltung gegenüber Montenegro mißtrauisch und eine einzelne Koerzitivaktion unserseits würde bestimmt in Petersburg große Aufregung hervorrufen. Mensdorff.

[a] Oe. U. Balkan 190 Nr. 356. Vgl. n. 6346, 6352, 6353, 6364.

Nr. 6334. Tel. aus London, 27. März 1913 Nr. 247 (eing. 11 U. p. m.). Entziff.

Bei Besprechung der albanesischen Südgrenze dürfte, nach Äusserungen Herrn Cambons zu schliessen, Frankreich dafür eintreten, dass Griechenland die Küste gegenüber Corfu bis Santi Quaranta erhalte. Die albanesischen Delegierten haben heute auf der Botschaft erzählt, dass sie Marquis Imperiali aufmerksam gemacht haben, Griechenland könne, wenn es die Küste erhält, durch Befestigung der Nord- und Südeinfahrt aus dem Kanal von Corfu eine starke navale Basis schaffen. Mein italienischer Kollege schien von alledem sehr impressioniert und hat Marquis San Giuliano gebeten, durch Herrn Tittoni auf französische Regierung einzuwirken. Von Seite Russlands wird vorläufig noch die Haltung eingenommen, dass Kortscha Griechenland zugesprochen werde, mit Motivierung griechischer Gesinnung der christlichen Stadtbevölkerung. Mensdorff.

Nr. 6335. Tel. nach Paris, 27. März 1913 Nr. 193 (chiffr. 11 U. p. m.). Konz. (S. Berger; G. Berchtold).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 55 vom 24. d. M. Ich begrüße es mit Freude, daß der gegenwärtige französische Minister des Äußern uns Entgegenkommen zeigt und von guten Intentionen beseelt zu sein scheint.

Ich stimme daher mit Euer Exzellenz überein, daß es für uns von Vortheil ist, ihm Vertrauen zu zeigen und die Beziehungen mit ihm zu pflegen. In diesem Sinne gebe ich Euer Exzellenz im Nachstehenden (im Verfolge meines Telegrammes Nr. 189 vom 25. d. M.) von einer Auseinandersetzung zwischen Wien und St. Petersburg Kenntnis, welche die Frage unseres Vorgehens gegenüber Montenegro betraf, und überlasse es Hochderselben Ermessen, dieses Material und speziell die in unserer Antwort an Herrn Sazonow enthaltenen Argumente in der Euer Exzellenz geeignet erscheinenden Weise Herrn Pichon gegenüber zu verwerthen, um denselben zu überzeugen, daß wir uns bei unserem Vorgehen nur von humanitären Rücksichten leiten ließen und uns jedwede aggressive Tendenz gegenüber Montenegro fernelag. Bei Ankündigung unserer Demarche in Cetinje wegen Evakuierung Skutaris durch die Zivilbevölkerung zeigte sich Herr Sazonow ganz außer Fassung und erklärte dem Grafen Thurn, darin ein über den Kopf Europas hinweg an Montenegro gerichtetes Ultimatum zu erblicken. Der Herr russische Minister des Äußern bemerkte auch, der Umstand, daß die k. und k. Regierung gerade den Augenblick gewählt habe, in welchem nach getroffenem gegenseitigem Einvernehmen die russischen Reserven entlassen werden, um mit einer Aktion gegen Montenegro hervorzutreten, müsse in den Augen der Öffentlichkeit eine eigentümliche Deutung erfahren. Herr Sazonow machte ferner Andeutungen über die Nothwendigkeit, in welche sich die russische Regierung versetzt sehen könnte, die eben entlassenen Reserven wieder einzuberufen und auch noch weitergehende Vorsichtsmaßregeln zu ergreifen. Ich habe den Grafen Thurn beauftragt, Herrn Sazonow zu sagen, daß das zeitliche Zusammentreffen unseres Vorgehens gegenüber Montenegro mit unserer Vereinbarung betreffs der Reduktion der Truppenstände lediglich auf bedauerliche, von uns nicht vorherzusehende Umstände zurückzuführen ist. Während die vereinbarten beiderseitigen Communiqués am 12. l. M. erschienen, sind die Meldungen unseres Generalkonsuls in Skutari über das gegen diese Stadt und speziell gegen das christliche Viertel gerichtete Bombardement vom 3. und 5. l. M. hier erst am 17. l. M. eingetroffen. ... *wie n. 6302 von „Bekanntlich erhielt" bis zum Schluß.* ...

Berchtold.

Tel. nach Paris, 27. März 1913 Nr. 194 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 6323.

Tel. nach Rom, 27. März 1913 Nr. 316 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 6323.

*Nr. **6336**. Tel. aus Rom, 27. März 1913 Nr. 170 (eing. 1 U. p. m.). Entziff.*

Delimitierung Albaniens. Minister des Äussern, mit welchem ich heute Inhalt hohen Telegrammes Nr. 308 vom 25. d. M. besprach, sagte mir, er habe bereits zweimal — zuletzt gestern — italienischen Botschafter in Petersburg beauftragt, sich bei dortiger Regierung für Anschluss Russlands an die Kollektivdemarche in Belgrad und Cetinje im Sinne Beschlusses der Botschafterréunion in London vom 22. d. M. zu verwenden. Unserem Wunsche Rechnung tragend, wird er einen neuerlichen nachdrücklichen Schritt in Petersburg machen und ausserdem durch Botschafter in London auch Sir E. Grey ersuchen lassen, auf Herrn Sazonow im obigen Sinne zu

wirken. Die so energische Rede des englischen Staatssekretärs sowie eine Nachricht aus Belgrad, wonach die serbische Regierung sich an dem Schicksale Skutaris desinteressieren zu wollen scheine, bezeichnete Marquis San Giuliano als bemerkenswert günstige Erscheinung. Mérey.

Tel. nach St. Petersburg, 27. März 1913 Nr. 233 (chiffr. 11 U. p. m.). Siehe n. 6323.

Nr. 6337. Tel. nach St. Petersburg, 27. März 1913 Nr. 234 (chiffr. 11 U. p. m.). Konz. (S. Hohenlohe; V. Hoyos u. Pogatscher; G. Berchtold).

Antwort auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 109 vom 24. d. M. Aus Euer Exzellenz Meldung ersehe ich mit Befriedigung, daß auch der deutsche Botschafter die politische Opportunität für den Dreibund anerkennt, Bulgarien für seine Abtretung an Rumänien eine Kompensation zu verschaffen. Euer Exzellenz wollen daher im Sinne meiner früheren Instruktionen und im Einvernehmen mit Ihren Kollegen von Deutschland und Italien sich für die Ansprüche Rumäniens, insbesondere die Abtretung Silistrias und zugleich für das Prinzip einer Bulgarien zu gewährenden Kompensation einsetzen. Als eine solche mögliche Kompensation wollen Euer Exzellenz die Zuweisung von Salonik zur Diskussion stellen und hiefür anführen, daß dieser Hafen das natürliche débouché jener Territorien darstelle, welche Bulgarien zufallen würden. Sollte Ihr italienischer Kollege die Anregung betreffs Saloniks vorzubringen geneigt sein, so wollen Euer Exzellenz diesem die Initiative überlassen und seine Anregung unterstützen. Wenn die Réunion auf diesen Vorschlag nicht eingehen oder irgend eine andere Kombination zur Sprache gebracht werden sollte, so wollen Euer Exzellenz anher berichten und meine gegenständlichen Instruktionen abwarten. Gegen den von Euer Exzellenz gemeldeten Vorschlag Marquis Carlottis betreffs der Ausdehnung der bulgarischen Grenze bis zum Golfe von Xeros als Kompensation für die Abtretung Silistrias scheint mir, obwohl wir an sich gegen ein Vorschieben der bulgarischen Grenze nichts einzuwenden haben, eine gewisse Schwierigkeit darin zu liegen, daß die Großmächte im Sinne des Beschlusses der Londoner Botschafter-Réunion den Kriegführenden bereits die Linie Enos—Midia vorgeschlagen haben. Im übrigen verbleibt meine frühere Instruktion[a]) im Belange der rumänisch-bulgarischen Streitfrage aufrecht. Berchtold.

[a]) n. 6246.

Nr. 6338. Tel. aus St. Petersburg, 27. März 1913 Nr. 114 (eing. 28. März 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Ich fand heute Herrn Sazonow zwar viel ruhiger als bei meiner letzten Konversation von Montag, doch machte er den Eindruck großer Niedergeschlagenheit. Ich wiederholte dem Herrn Minister die gestern Herrn Neratow gegenüber entwickelten Gründe, welche die k. und k. Regierung zum bekannten Vorgehen in Cetinje genötigt hatten, und legte besonderes Gewicht darauf, dass sich Österreich-Ungarn hiedurch keineswegs, wie Sazonow behauptet, von dem Konzert der Mächte getrennt habe, da unsere

in Cetinje gestellten Forderungen genau dieselben waren, welche bereits von allen Mächten formuliert worden sind. Herr Sazonow ließ sich aber nicht überzeugen. Das Einzige, was ihn einigermaßen zu beruhigen schien, war, dass Euer Exzellenz auf die nicht vollkommen befriedigende Antwort König Nikolaus' hin nicht sofort weitere Schritte unternommen haben, sondern zunächst abwarten wollen, ob die Beschiessung eingestellt und ernste Verhandlungen zur Entlassung der Zivilbevölkerung eingeleitet werden. Dies lasse ihn hoffen, dass die k. und k. Regierung keine weiteren isolierten Schritte unternehmen und sich nicht weiter vom Konzert der Mächte trennen werde. Was die Ausführung einer Kollektivdemarche im Sinne der Beschlüsse der Botschafterréunion vom 22. d. M.[b)] anbelange, so habe russischer Vertreter in Cetinje bereits erforderliche Instruktionen, an derselben teilzunehmen. Herr Minister ließ durchblicken, dass ihm ein Refus König Nikolaus' allerdings nicht ausgeschlossen erscheine und dass es dann in der Tat notwendig werden würde, dem einmütigen Willen Europas Geltung zu verschaffen. Er schien auch ganz bereit, an einer Beratung, wie dies am wirksamsten zu geschehen habe, teilzunehmen und auch bereit, zu den eventuell als nötig erkannten Koerzitivmaßregeln seine Zustimmung zu geben, deren Ausführung dann eben nicht von einer einzelnen Macht auf eigene Rechnung, sondern durch eine gemeinsame Aktion aller Mächte durchzuführen wäre, an welcher sich Russland allerdings nicht aktiv beteiligen könnte. Im weiteren Verlaufe unserer Konversation erwähnte Herr Minister, dass Seine Majestät Kaiser Nikolaus durch unser, Höchstdemselben vollkommen unerwartet gekommenes einseitiges Vorgehen, wie es Minister leider vorausgesehen hatte, sich ausserordentlich peinlich impressioniert und in seinem persönlichen Vertrauen enttäuscht fühle; Herr Sazonow fügte hinzu, er habe seinen höchsten Herrn noch nie in einer solchen Stimmung gesehen! Es kann leider kein Zweifel bestehen, dass es nicht an unverantwortlichen Ratgebern fehlen wird, die diese Stimmung Kaiser Nikolaus' benützen werden, um bei Höchstdemselben weiter zu schüren und zu wühlen. Als Resumé meiner Eindrücke glaube ich sagen zu können, dass unser separates Vorgehen gegen Montenegro zwar dazu beigetragen haben dürfte, der hiesigen Regierung Ernst der Situation vor Augen zu halten und dieselbe geneigter zu machen, den Beschlüssen der Londoner Konferenz erforderlichen Nachdruck zu geben und im Bedarfsfalle sogar einer gewaltsamen Durchführung derselben durch eine zu konzertierende Aktion aller Mächte zuzustimmen, dass aber anderseits hiedurch die in letzter Zeit nicht ungünstig scheinenden Ansichten[c)] auf eine freundlichere Entwicklung unserer Beziehungen zu Russland sehr empfindlich beeinflusst worden sind. Dennoch glaube ich Hoffnung nicht aufgeben zu sollen, dass, falls nicht neuerdings ein getrenntes Vorgehen unserseits gegen Montenegro oder Serbien notwendig werden sollte, es mit der Zeit gelingen wird, über diese momentan ziemlich ernste Trübung in unserem gegenseitigen Verhältnis hinwegzukommen. Eine weitere so starke Belastungsprobe, wie es ein etwa nötig werdendes neuerliches Ultimatum an Montenegro bedeuten würde, dürfte es aber kaum mehr aushalten. Zum Schlusse möchte ich mir noch zu erwähnen erlauben, dass Herr Sazonow inzidenter bemerkte, dass der vor-

gestrige Tag der kritischeste gewesen sei, den er bisher erlebt habe, und dass es an einem Haare gehangen habe, dass hierorts sehr ernste Maßregeln beschlossen worden wären. Hieraus sowie aus verschiedenen Konsularberichten, welche von dem Fortschreiten der Reservistenentlassungen melden, kann darauf geschlossen werden, dass man sich eines Besseren besonnen und bisher keine ausserordentlichen Maßnahmen beschlossen hat.

Thurn.

[a]) Oe. U. Balkan 190 Nr. 355. Vgl. n. 6293, 6302, 6317, 6372. — [b]) Vgl. n. 6261. — [c]) So!

Nr. 6339. Tel. aus St. Petersburg, 27. März 1913 Nr. 116 (eing. 28. März 9 U. a. m.).[a]) Entziff.

Marquis Carlotti teilt mir soeben mit, er habe von seiner Regierung die Mitteilung erhalten, Herr Majoresco habe dem italienischen Gesandten in Bukarest erklärt, Rumänien würde sich im schlimmsten Falle damit begnügen, wenn ihm wenigstens die Hälfte von Silistria zugesprochen würde.

Thurn.

[a]) Vgl. n. 6361 Anm. b, 6423, 6425.

Nr. 6340. Tel. aus Sofia, 27. März 1913 Nr. 294 (eing. 28. März 8 U. a. m.). Entziff.

Besuchte soeben Konseilspräsidenten und beglückwünschte ihn zum glänzenden und wohlverdienten Erfolge bulgarischer Waffen; c'est tout à fait dans notre ordre d'idées et je m'en réjouis sincèrement, sagte ich. Herr Geschoff dankte und meinte, bulgarische Armee hätte sich nicht nur im offenen Felde, sondern, was bezweifelt worden, auch im Festungskriege bewährt. Einnahme Adrianopels — ohne welche Türken bei Friedensverhandlungen stets tergiversiert hätten — werde, hoffe er, Frieden erleichtern. Meine Frage, ob — wie hier allgemein behauptet wird — nunmehr Versuch gemacht wird, Tschataldja zu forcieren, verneinte Herr Geschoff kategorisch und bemerkte, Bulgarien habe an Fortsetzung Krieges kein Interesse. Meine weiteren Fragen betreffend Friedensbedingungen beantwortete Konseilspräsident dahin, daß Bulgarien auf Kriegsentschädigung im Prinzipe bestehen und verlangen werde, daß diese Frage in Paris zur Diskussion komme. Bezüglich Grenze sei Konseilspräsident noch nicht in der Lage, positiv zu antworten, könne mir aber versichern, daß er persönlich — und viele Andere wären hier derselben Ansicht — ganz entschieden gegen Erweiterung bulgarischen Territoriums bis zum Marmarameer sei. Die Grenze Enos—Midia mit einigen Modifikationen genüge Bulgarien. Bulgarien wünsche auch nach wie vor Mediation und wäre nunmehr mit Einstellung der Feindseligkeiten einverstanden. Leider opponiere dagegen Griechenland und Serbien mache Schwierigkeiten, was Beantwortung der Démarche der Grossmächte verzögere. Mit Serbien dürfte es möglich sein, sich diesbezüglich zu verständigen, Griechen wollen aber bis jetzt nicht nachgeben, offenbar wegen militärischer Operationen, die sie noch in Südalbanien durchführen wollen. Vielleicht werde sich — meinte Konseilspräsident — Beantwortung

des Punktes betreffend Einstellung der Feindseligkeiten irgendwie umgehen lassen; Bulgarien könnte sich diesbezüglich mit Türkei stillschweigend arrangieren. Tarnowski.

Tel. nach Athen, 28. März 1913 Nr. 66 (chiffr. 12 U. p. m.). Siehe n. 6342.

Tel. nach Belgrad, 28. März 1913 Nr. 84 (chiffr. 12 U. p. m.). Siehe n. 6342.

Nr. 6341. Tel. aus Belgrad, 28. März 1913 Nr. 170 (eing. 29. März 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Ad Telegramm Nr. 81 vom 27. d. Mts. Belagerung Skutaris. Wie ich sub Nr. 165[b] am 25. d. Mts. berichtet habe, hat Herr Pašić nach Cetinje an montenegrinische Regierung telegraphiert und den dringenden Wunsch geäußert, daß das Bombardement serbischerseits bis zur Evakuierung eingestellt werde. Hievon wurde Oberkommando in Üsküb verständigt. Ein direkter Befehl an die serbischen Truppen konnte nicht ergehen, da dieselben unter Befehl König Nikolaus' stehen. Habe weiteren Inhalt der Depesche mitgeteilt, wobei ich mit Herrn Pašić ziemlich heftige Auseinandersetzung hatte. Er will bestreiten, daß serbische Regierung die Erklärung abgegeben hätte, von der Belagerung Skutaris abzustehen, sobald die Zugehörigkeit der Stadt zu Albanien durch die Großmächte ausgesprochen sein wird. Er behauptet, daß bis zum Friedensschluß Serbien über die Truppen vor Skutari nicht mehr selbständig verfüge, da sie unter montenegrinischem Befehl stehen. Ich erklärte diese Antwort für keineswegs befriedigend und nicht im Einklang mit früheren Erklärungen, unsere Konversation mußte jedoch abgebrochen werden, da Herr Pašić dringend zum König berufen wurde. Nachmittags suchte ich Herrn Stefanović auf und erinnerte ihn an seine sehr klaren Mitteilungen, worüber ich am 12. d. Mts. sub Nr. 133 ausführlich berichtet habe, die er gar nicht in Abrede gestellt hat. Er ersuchte mich, morgen früh Herrn Pašić nochmals aufzusuchen, seine Antwort nicht als definitiv anzusehen und nochmals zurückzukommen. Herr Pašić hat sich mir gegenüber am 12. d. Mts. dahin geäußert, daß Serbien den Beschlüssen der Großmächte bezüglich Skutaris bestimmt Rechnung tragen werde, in ähnlichem Sinne hat er sich am 24. Februar und am 13. und 19. d. Mts. dem italienischen Geschäftsträger gegenüber geäußert. Analoge vertrauliche Erklärungen hat Herr Vesnić unlängst dem italienischen Botschafter in London abgegeben. Ugron.

[a] Vgl. n. 6358, 6364, 6491. — [b] Vgl. n. 6322 Anm. b.

Nr. 6342. Tel. nach Berlin Nr. 255 (1), St. Petersburg Nr. 236 (2), London Nr. 272 (3), Paris Nr. 197 (4), Rom Nr. 320 (5), Konstantinopel Nr. 175 (6), Bukarest Nr. 179 (7), Belgrad Nr. 84 (8), Sofia Nr. 157 (9) und Athen Nr. 66 (10), 28. März 1913 (chiffr. 12 U. p. m.).[a] Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

1.—5., 7.—10. Markgraf Pallavicini telegrafiert mir unterm 27. d. M. wie folgt: ... *wie n. 6331 von „Mahmud Schefket" bis „ausziehen zu lassen"* ...

6. Euer Exzellenz Telegramm Nr. 175 vom 27. d. M. erhalten.
1.—10. Ich beauftrage Baron Giesl, König Nikolaus
1.—5., 7.—10. hievon
6. von dem Inhalte des 3. Alineas[b]) des zitierten Telegrammes
1.—10. sofort in Kenntnis zu setzen und hinzuzufügen, dass wir den Kabinetten vorschlagen, die an Essad Pascha zu entsendenden Parlamentäre durch die Vertreter der Mächte in Cetinje bestimmen zu lassen. Baron Giesl wird gleichzeitig auch angewiesen, mit seinen Kollegen wegen der Bestellung der Parlamentäre in Verbindung zu treten und im gegenseitigen Einvernehmen wegen deren Entsendung nach Skutari das Nötige zu veranlassen.

1.—5. Euer Exzellenz wollen vom Vorstehenden der dortigen Regierung Mitteilung machen und darauf hinwirken, dass sie ihren Vertreter in Cetinje wegen der Entsendung der Parlamentäre mit Instruktionen versehe.

3. Streng vertraulich wollen Euer Exzellenz Sir Edward Grey weiters mitteilen, dass wir keinen Wert darauf legen, unsererseits einen Delegierten für diesen Zweck zu nominieren, dass wir es aber begrüssen würden, wenn das englische Kabinett ein Mitglied ihrer Vertretung in Cetinje hiezu entsendet.

6. Vorstehendes zu Euer Exzellenz Information und zur vertraulichen Verwertung auf der Pforte.

8. Vorstehendes wollen Euer Hochwohlgeboren der dortigen Regierung zur Kenntnis bringen.

7. Vorstehendes zur vertraulichen Mitteilung an König Karol.

9.—10. Vorstehendes zu Euer etc. persönlicher Information und zur eventuellen vertraulichen Verwertung bei der dortigen Regierung.

Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 194 Nr. 365. Vgl. n. 6365. — [b]) Drittes Alinea von n. 6331 beginnt mit „Mahmud Schefket" und schließt mit „ausziehen zu lassen".

Tel. nach Bukarest, 28. März 1913 Nr. 179 (chiffr. 12 U. p. m.). Siehe n. 6342.

Nr. 6343. Tel. nach Cetinje, 28. März 1913 Nr. 54 (chiffr. 10 U. 20 M. p. m.). Konz. (S. Matscheko; G. Berchtold).

Markgraf Pallavicini telegraphiert unterm 27. l. M. wie folgt: ... *wie n. 6331 von „Mahmud Schefket" bis „ausziehen zu lassen" ... Unter* Berufung auf Ihre letzten Eröffnungen (mein Telegramm Nr. 48 vom 26. l. M.) wollen Euer Hochwohlgeboren König Nikolaus sofort hievon Mitteilung machen und hinzufügen, daß wir den Kabinetten vorschlagen, die an Essad Pascha zu entsendenden Parlamentäre durch die Vertreter der Mächte in Cetinje bestimmen zu lassen. Sobald Ihre Kollegen im Besitze entsprechender Instruktionen sind, wollen Euer Hochwohlgeboren mit ihnen wegen der Bestellung der Parlamentäre in Verbindung treten und im gegenseitigen Einvernehmen wegen deren Entsendung nach Skutari das Nötige veranlassen. Streng vertraulich bemerke ich, daß es nach meiner

Ansicht genügen würde, wenn zwei oder drei Delegierte der Mächte als Parlamentäre nach Skutari entsendet würden. Ich lege keinen Wert darauf, daß unsererseits zu diesem Zwecke ein Vertreter nominiert werde, würde es aber wünschen, daß ein Mitglied der englischen Gesandtschaft hiezu delegiert wird. Falls auch die dortige Regierung einen Delegierten den Parlamentären beizugeben wünscht, hätte ich hiegegen keine Einwendung. Wenn Essad Pascha, wie zu erwarten, nach Erhalt des erwähnten Befehles der Pforte der Evakuierung zustimmt, werden die Details der Durchführung noch vorher mit ihm zu vereinbaren sein. Zu Euer Hochwohlgeboren rein persönlicher Information: Es liegt selbstverständlich keineswegs in meinen Intentionen, daß nach Durchführung der Evakuierung die Beschießung Skutaris etwa wieder aufgenommen werde. Nach den mir vorliegenden Meldungen dürfte aber in allernächster Zeit die Kollektivdemarche im Sinne der Londoner Beschlüsse vom 22. und 26. l. M. (meine Telegramme vom 23. und 27. l. M. Nr. 43 und 50) in Cetinje unternommen werden. Hiedurch würde aber eine neue Situation entstehen und die Evakuierungsfrage gegenstandslos werden, da Montenegro dann dem einmütigen Verlangen der Mächte nach definitiver Einstellung der Feindseligkeiten vor Skutari gegenüberstünde. Berchtold.

Nr. 6344. Tel. aus Cetinje, 28. März 1913 Nr. 81 (eing. 7 U. 50 M. p. m.).[a] Entziff.

Montenegrinische Regierung entsendet zur Enquête nach Diakova ehemaligen Minister des Aeussern Gavro Vuković, der heute nachts abreist, weshalb Kommission erst 2. April zusammentreten kann. Giesl.

[a] Vgl. n. 6330.

Nr. 6345. Tel. aus Cetinje, 28. März 1913 Nr. 81 recte 82 (eing. 29. März 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Kollektivschritt ad Telegramm Nr. 43 vom 23. d. Mts. und Nr. 50 vom 27. d. Mts. heute nachmittags unternommen. Minister des Äußern antwortete, bezüglich der Aufhebung der Belagerung von Skutari müsse Montenegro sich mit Verbündeten ins Einvernehmen setzen. Einstellung der Feindseligkeiten könne nicht erfolgen, weil Montenegro im Krieg mit Türkei. Überdies hätten Mächte Neutralität erklärt, daher Instruktion unzulässig. Bezüglich Evakuierung Albaniens und Minoritätenschutz wird Ministerrat antworten. Text wurde bis abends versprochen. Giesl.

[a] Oe. U. Balkan 193 Nr. 364. Vgl. n. 6400, 6479.

Tel. nach Konstantinopel, 28. März 1913 Nr. 175 (chiffr. 12 U. p. m.). Siehe n. 6342.

Tel. nach London, 28. März 1913 Nr. 272 (chiffr. 12 U. p. m.). Siehe n. 6342.

Nr. 6346. Tel. nach London, 28. März 1913 Nr. 273 (chiffr. 10 U. 20 M. p. m.).[a] *Konz. (S. Berger; V. Rappaport; G. Berchtold).*

Zu meinem Telegramm Nr. 269 vom 26. l. M. Wir haben uns in dem Sinne dieser Depesche auch bei den Kabineten der anderen Großmächte vernehmen lassen. Hinsichtlich der mir mit Telegramm Nr. 245 vom 27. d. M. einberichteten Antwort Sir E. Greys bemerke ich, daß mir eine von allen oder doch wenigstens von mehreren Mächten veranstaltete Flottendemonstration ein geeignetes Mittel zur Durchsetzung des Willens Europas erschiene und daß wir selbstverständlich bereit sind, an einer solchen Aktion theilzunehmen. Ich glaube, daß, wenn die Kollektivdemarche in Cetinje — über deren Stattfindung wir zwar noch keine bestätigende Nachricht haben, an deren Ausführung wir aber im Hinblick auf die nach unseren Meldungen an den russischen Vertreter in Cetinje bereits ergangenen Instruktionen nicht zweifeln — keinen Erfolg aufzuweisen hätte, eine weitere energische Aktion der Mächte, zunächst etwa in der Form einer Flottendemonstration überaus dringend wäre. Euer Exzellenz wollen sich ohne Verzug in vorstehendem Sinne bei Sir E. Grey aussprechen. Berchtold.

[a]) Oe. U. Balkan 192 Nr. 362.

Nr. 6347. Tel. aus London, 28. März 1913 Nr. 249 (eing. 29. März 9 U. a. m.).[a] *Entziff.*

Bei heutiger Réunion wurde festgestellt, daß Herr Sazonow bereit ist, einer Flottendemonstration der anderen Mächte zuzustimmen, Russland aber daran nicht teilnehmen würde. Nachdem noch immer keine Nachricht eingelangt ist, daß die Kollektivdémarche in Belgrad und Cetinje stattgefunden hat, wurde die Gefahr einer weiteren Verzögerung diskutiert, sowie die, welche durch eine unbefriedigende Antwort des Königs Nikolaus eintreten könnte. Mein deutscher Kollege drängte darauf, schon jetzt die eventuellen Koerzitivmaßregeln ins Auge zu fassen. Nachstehendes wurde redigiert: „Le Prince Lichnowsky fait observer qu'on pourrait envisager dès maintenant l'emploi de mesures coercitives pour le cas où le Roi Nicolas refuserait de se rendre à la communication collective des Puissances ou ferait attendre trop longtemps sa réponse. Sir E. Grey dit que dans le cas où l'emploi de pareilles mesures deviendrait nécessaire, il conviendrait de recourir à une démonstration navale internationale en envoyant des bâtiments de guerre à portée des eaux monténégrines. L' amirauté anglaise a été invitée à prendre des dispositions à cet effet. La réunion partage l'opinion de Sir E. Grey. Mensdorff.

[a]) Oe. U. Balkan 193 Nr. 363. Vgl. n. 6348, 6364.

Nr. 6348. Tel. aus London, 28. März 1913 Nr. 250 (eing. 29. März 8 U. a. m.).[a] *Entziff.*

In Ergänzung meines heutigen Telegrammes Nr. 249 über die Réunion. Sir E. Grey sagte mir, er würde noch heute an britischen Gesandten in Belgrad telegraphieren, um zu fragen, warum Kollektivschritt noch nicht stattgefunden hätte. Ich hatte ihn auf die Möglichkeit aufmerksam gemacht,

dass Herr von Hartwig wieder die Aktion zurückhält und der Staatssekretär wollte deshalb auf Ausführung der Démarche drängen. Belgrad scheint ihm das wichtigste, weil er erwartet, daß, wenn einmal serbische Truppen von Skutari zurückberufen werden, die Belagerung aufhören muß und jedenfalls König Nikolaus leichter zur Vernunft gebracht werden kann.

Mensdorff.

[a] Vgl. n. 6364.

Nr. 6349. Tel. aus London, 28. März 1913 Nr. 251 (eing. 29. März 8 U. a. m.). Entziff.

Le Foreign Office et l'Ambassadeur de Russie ont des nouvelles de Pétersbourg d'après lesquelles Monsieur Daneff aurait déclaré qu'il croit que le gouvernement bulgare accepterait la ligne Enos-Midia à condition qu'elle soit droite et n'emprunte pas le cours d'Ergène. Le gouvernement russe ne s'y opposerait pas. Sir E. Grey me dit qu'il considère cette déclaration de Monsieur Daneff favorable comme il (prévoyait)[a] qu'après la prise d'Andrinople les prétentions bulgares augmenteraient d'une façon plus considérable.

Mensdorff.

[a] Chiffre fehlt.

Nr. 6350. Tel. aus London, 28. März 1913 Nr. 252 (eing. 29. März 8 U. a. m.). Entziff.

Bei Réunion wurde Südgrenze besprochen, aber kein Fortschritt gemacht. Es zeigt sich, daß französischerseits und russischerseits Küste gegenüber Korfu bis Kap Kefali für Griechenland verlangt wird, wogegen mein italienischer Kollege und ich natürlich Stellung nehmen.

Mensdorff.

Nr. 6351. Tel. aus London, 28. März 1913 Nr. 253 (eing. 29. März 8 U. a. m.). Entziff.

Bezüglich der Mediation der Mächte: Sir E. Grey schickte Instruktionen an die englischen Vertreter in Sofia, Belgrad und Athen, damit sie anfragen, wann eine Antwort auf die Mitteilung der Mächte betreffs der Mediation erwartet werden kann.

Mensdorff.

Nr. 6352. Bericht aus London, 28. März 1913 Nr. 32 A (eing. 31. März). Ausfert.

Vertraulich. Die Rede Sir Edward Greys im Unterhause am 25. d. Mts.,[a] welche hoffentlich überall einen wohltuenden Einfluss ausüben wird, war zum grossen Teile durch den Wunsch eingegeben, de forcer la main derjenigen, die noch immer mit der Ausführung ihrer Zusagen zurückhalten. Der Staatssekretär hat in den letzten Tagen fortwährend dringende Aufforderungen an Herrn Sazonow gerichtet, damit dieser sich endlich entschliesse, die Instruction an die russischen Vertreter in Belgrad und Cetinje zur Teilnahme an der Collektivdémarche zu richten. Erst gestern den

27.ten konnte mir der Staatssecretär sagen, er wisse, dass die Instructionen von Petersburg abgegangen wären. Von der Ausführung der Démarche, die mir im hohen Telegramme Euer Exzellenz Nr. 269 von vorgestern mitgeteilt wurde, wusste allerdings Sir Edward noch nichts (mein gestriges Telegramm Nr. 245). Es ist zweifellos, dass die dilatorische Haltung des Petersburger Cabinets auf den Staatssecretär einen recht ungünstigen Eindruck machte. Als ich ihn am Ostermontag gegen Abend in seiner Privatwohnung sprach (mein Telegramm Nr. 238 vom 24. l. Mts.), sagte mir Sir Edward, er glaube, es würde ganz praktisch sein, wenn er am nächsten Tage im Unterhause gelegentlich von Fragen, die bezüglich Persiens an ihn gerichtet würden, eine Erklärung über die Balkanangelegenheiten abgebe. Er skizzierte mir ungefähr die Gedanken, die ihn voraussichtlich dabei leiten würden, obwohl er, wie er mir sagte, seine Rede noch nicht überdacht hatte. Er wollte aber jedenfalls klar machen, dass eine weitere Fortsetzung der Angriffe auf Scutari einen Kampf gegen den ausgesprochenen Willen Europas bedeuten würde und nichts als ein „criminal folly" wäre. Als ich ihn fragte, ob er diese Erklärung abgeben würde, auch wenn die russische Instruction zur Teilnahme an der Collektivdémarche noch nicht erflossen wäre, antwortete er nach kurzer Überlegung bejahend mit der Begründung, dass er gerade durch seine Rede hoffe, Herrn Sazonow zu einem etwas beschleunigteren Tempo zu bewegen. Wie wenig es im Voraus bekannt war, dass Sir Edward eine wichtige Erklärung abgeben würde, beweist die Tatsache, dass das Haus halbleer war. Er hatte, wie er mir sagte, nur den Premierminister und den Führer der Opposition von seiner Ansicht wissen lassen. (Von Diplomaten war nur ich allein anwesend). Die Rede selbst ist hier von der Öffentlichkeit sehr gut aufgenommen worden. Hoffentlich wird sie auch einen ernüchternden Einfluss in Belgrad und namentlich Cetinje ausüben. Man sollte meinen, dass nach dieser öffentlich abgegebenen Erklärung des Leiters der englischen auswärtigen Politik über die erzielte Einigung der Mächte betreffs der Nord- und Nordostgrenze Albaniens es für die russische Regierung schwieriger werden sollte, noch immer die Ausführung der Collektivdémarche hinauszuschieben. Das Prestige Herrn Sazonows hat durch seine Haltung während der letzten Wochen jedenfalls in den Augen des foreign office nicht gewonnen. Mensdorff.

[a]) Pol. Chron. d. ö.-u. Mon. 1913, 99. Vgl. n. 6364.

Nr. 6353. Tel. nach Paris Nr. 196 (1) und St. Petersburg Nr. 235 (2), 28. März 1913 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Berchtold; G. Nemes).

1. u. 2. Meldungen aus Cetinje lassen es nicht ausgeschlossen erscheinen, daß trotz Stellungnahme der Mächte zur Skutarifrage Generalsturm auf diese Stadt montenegrinischerseits beschlossen werden könnte. Da Möglichkeit Einnahme Skutaris mit allen schwerwiegenden Consequenzen und Gefahren somit nahegerückt schien, hatten wir Graf Mensdorff aufgefordert,[b]) Sir Edward Grey von dieser Sachlage in Kenntnis zu setzen, sich über Auffassung englischen Cabinetes, in welcher Weise gegebenenfalls Willen der

Mächte zu erzwingen wäre, zu orientieren und gleichzeitig unsere Situation zu schildern, welche uns bei Gefahr im Verzuge nötigen könnte, ohne Zögern vorzugehen, um größeres Unheil zu verhüten. Hierüber ist mir nachstehende Antwort zugekommen: „Sir Edward Grey bemerkte, ... *wie n. 6333 von „er habe zwar gehört" bis „man ihrer bedarf"* ... Ich ersuche Euer Exzellenz dem Herrn Minister des Äußern hievon streng vertraulich Mittheilung zu machen. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6369. — [b]) n. 6312.

Tel. nach Paris, 28. März 1913 Nr. 197 (chiffr. 12 U. p. m.). Siehe n. 6342.

Tel. nach Rom, 28. März 1913 Nr. 320 (chiffr. 12 U. p. m.). Siehe n. 6342.

Tel. nach St. Petersburg, 28. März 1913 Nr. 235 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.). Siehe n. 6353.

Tel. nach St. Petersburg, 28. März 1913 Nr. 236 (chiffr. 12 U. p. m.). Siehe n. 6342.

Tel. nach Sofia, 28. März 1913 Nr. 157 (chiffr. 12 U. p. m.). Siehe n. 6342.

Nr. 6354. Tel. aus Sofia, 28. März 1913 Nr. 295 (eing. 29. März 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Euer Exzellenz Telegramm Nr. 153 vom 27. d. Mts. betreffend rumänische Frage erhalten. Ich habe ausführlich mit Konseilspräsidenten gesprochen. Da ich die im vierten[b]) Alinea enthaltenen Gedanken bereits aus eigenen Stücken in Konversationen vorgebracht hatte, habe ich, um sie wiederholen zu können und Eindruck damit zu machen, Konseilspräsidenten gesagt, ich hätte über meine letzten Gespräche berichtet und Hochdieselben wären mit allem, was ich über Wichtigkeit rumänischer Freundschaft für Bulgarien Herrn Geschoff angeführt hatte, vollkommen einverstanden und zwar hätten sich Euer Exzellenz wie folgt geäußert: Und ich gab Inhalt 4. und auch 5. Alineas[c]) an. Ich meinte weiter, daß Euer Exzellenz über das Verständnis bulgarischer Regierung für Wert rumänischer Freundschaft befriedigt sind und mich im Zusammenhange damit haben wissen lassen, dass sich auch in Bukarest Überzeugung Bahn breche, daß beste Politik in Freundschaft mit Bulgarien liege und daß leitenden politischen Kreisen Rumäniens Gedanke engeren Verhältnisses zu Bulgarien vorzuschweben scheint. Zum Schlusse erwähnte ich mit Absicht, Euer Exzellenz waren darüber, was mir Herr Geschoff bezüglich Silistrias anvertraut hatte, erfreut. Konseilspräsident griff zuerst letzte Bemerkung auf und sagte: „Je ne retire rien de ce que je vous ai dit, mais j'espère que vous avez bien informé le Comte Berchtold que jusqu'à présent je me suis assuré seulement en principe de l'assentiment des chefs de l'opposition à la cession de Silistrie ou d'un morceau de la côte mais que le gouvernement n'a pris jusqu'à présent aucune décision. J'espère aussi que vous avez fait remarquer au Comte Berchtold que l'opposition consent à céder Silistrie ou la côte mais pas les deux." Ich beruhigte Herrn Geschoff, daß ich Euer Exzellenz in diesem

Sinne informiert hatte, ohne allerdings hervorzuheben, daß Regierung — was mir überraschend sei — in rumänischer Frage noch immer nicht schlüssig. Hoffentlich werden, bemerkte ich, nachdem Opposition einverstanden, sich nicht vielleicht Minister intransigent zeigen. Das sei nicht zu befürchten, erwiderte Konseilspräsident, der Ministerrat hätte nur noch nicht definitiv Stellung genommen. „Avant de connaître les dispositions des puissances et l'atmosphère à Pétersbourg nous discutons la question à perte de vue sans encore arriver à une conclusion; avant de décider quelle sera notre attitude nous voulons savoir de quelle manière les puissances nous traiterons dans toutes les questions qui nous préoccupent." Ich fragte, ob ganze Regierung und auch Herr Danew von Notwendigkeit Freundschaft Bulgariens mit Rumänien überzeugt, was Herr Geschoff bejahte. Ist man aber von dieser Überzeugung in diesem Maße durchdrungen — fragte ich weiter —, daß man Sicherung rumänischer Freundschaft eines Opfers wert hält? Auch darauf antwortete Konseilspräsident kategorisch bejahend und bemerkte, daß Herr Majoresco bulgarischem Gesandten vom Wunsche Rumäniens nach näherem Verhältnis zu Bulgarien gesprochen habe. Fortsetzung folgt. Tarnowski.

[a]) Vgl. n. 6294, 6355, 6441. — [b]) Viertes Alinea von n. 6306 reicht von „Eine solche Annäherung" bis „widersprechen würde". — [c]) Fünftes Alinea von n. 6306 reicht von „Auch scheint" bis „bezeichnen lassen".

Nr. 6355. Tel. aus Sofia, 28. März 1913 Nr. 296 (eing. 10 U. p. m.).[a]) Entziff.

Fortsetzung des Telegrammes Nr. 295. Auf meine Frage, wie diese rumänischen Ouverturen von bulgarischer Regierung aufgenommen werden, erhielt ich Antwort, dass sie Befriedigung hervorrufen, vorderhand könne aber noch begreiflicherweise Stimmung für Rumänien keine gute sein. „Pour que la décision des puissances médiatrices ne provoque pas ici de ressentiment, il faudrait absolument qu'elle n'arrive pas avant la conclusion de la paix. Si on nous impose le sacrifice de Silistrie ou un autre et que la chose soit connue avant que la question de la frontière turco-bulgare, de l'indemnité de guerre et autres ne soient réglées, cela produira ici nécessairement un très mauvais effet et disposera mal pour la Roumanie. Il faudrait que les résultats de la médiation entre les alliés et la Turquie et célui de la médiation entre la Bulgarie et la Roumanie fussent publiés ensemble." Ich bemerkte — was ich aus Berichten des Prinzen Fürstenberg vom 7. d. M. Nr. 22 A erfahren —, dass Hinausschiebung der Regelung rumänischer Frage Bukarester Kabinett Verlegenheiten bereiten könnte. „S'il est impossible" — meinte Herr Geschoff — „que les deux médiations s'accomplissent simultanément, il faudrait au moins qu'au moment où on nous fera connaître le résultat de la médiation à Pétersbourg secrètement, on nous informe des avantages sur lesquels nous pourrons compter dans le règlement avec la Turquie pour que nous puissions calmer l'opposition. Si on nous donne satisfaction au sujet de l'indemnité de guerre et frontière, cela facilitera la question roumaine et si en outre nous obtenons certains avantages que le Comte Berchtold voulait nous attribuer (Salonique), les sacrifices que

nous ferons à la Roumanie passeront inaperçus." Da Konseilspräsident, der punkto Verbündete eher reserviert, den auf Machenschaften Serbiens bezüglichen Teil meiner Eröffnungen ohne direkte Antwort ließ, habe ich, um diesfalls sicheren Eindruck zu empfangen, in Abwesenheit des mit König in Adrianopel weilenden Herrn Dobrovič mit mitteilsamem Finanzminister heute politisches Gespräch angeknüpft. Aus Äußerungen Minister Todoroffs ging hervor, daß hier Mißstimmung gegen Griechenland und in noch viel höherem Maße gegen Serbien fortbesteht. Was serbische Intriguen in Bukarest anbelangt — worüber Mitredner durch Ministerpräsidenten bereits informiert war —, so impressionierten ihn dieselben wenig, da Rumänien kein Interesse habe, sich mit Serbien und Griechenland zu verbünden. Auf ...[b], welche ich gegen diese Behauptung anführte, erwiderte Finanzminister, daß Rumänen viel zu gute Politiker, um griechischen und serbischen Lügen auf Leim zu gehen. Rumänien brauche Freundschaft Bulgariens, wie Bulgarien die Rumäniens benötige und später oder früher müsse sich dieses Verhältnis näher gestalten. Dies sei so sicher, wie es sicher sei, daß Erhaltung Balkanbundes eine Illusion und daß Bulgarien von Serbien nur Schwierigkeiten zu erwarten habe. Es hängt von Rumänien ab, wann ihm Bulgarien Hand zu aufrichtiger Freundschaft reichen werde; Bulgarien habe Rumänien nichts an, Rumänien wolle aber bulgarisches Territorium nehmen. Das Wenigste, was Bulgarien verlangen könne, sei zuwartende Haltung und Schonung seitens Rumäniens; je mehr Rücksicht Rumänien auf Bulgarien nehmen werde, desto schneller würden sich Beziehungen freundschaftlich gestalten. Finanzminister sprach auch von Beziehungen Bulgariens zu uns und meinte, dieselben hätten eine natürliche und sichere Basis in beiderseitigen Interessen. Tarnowski.

[a] Vgl. n. 6434, 6441, 6542. — [b] Chiffre verstümmelt.

Nr. 6356. Tel. aus Athen, 29. März 1913 Nr. 185 (eing. 9 U. p. m.).[a] Entziff.

Bei meiner gestrigen Zusammenkunft mit Coromilas brachte dieser die Sprache auf die Frage der Südgrenze Albaniens und bemerkte unter Hinweis auf die darauf bezüglichen Pourparlers der Londoner Botschafterréunion, daß darüber zwischen den Mächten Meinungsverschiedenheiten herrschen, sogar zwischen Österreich-Ungarn und Italien. Seine Exzellenz betonte, daß, wenn die Mächte nicht alle jene Gebiete, auf welche Griechenland im Epirus Anspruch erhebt (nämlich die von den griechischen Truppen besetzten), Griechenland zusprechen sollten, dadurch der Keim zu unübersehbaren Schwierigkeiten, zumindest aber zu revolutionären Bewegungen in jenen ganz griechischen Landstrichen gelegt würde, deren Inkorporierung in Albanien ein Unding wäre. Heutiger Leitartikel oft inspirierter „Patris" führt diesen Gedanken aus und zwar unter speziellem Hinweis auf Italien, dessen angeblicher Widerstand gegen die Zuweisung der nördlich des Kalamas gelegenen Gebiete an Griechenland heftig angegriffen wird. Es fehlt in diesem Artikel auch nicht an einem Passus, der sagt, Italien arbeite mit dieser Haltung nur in die Hände einer „anderen Macht" (gemeint ist die Mon-

archie). Auch wird im Artikel darauf hingewiesen, daß Italien ein Interesse daran habe, sich mit dem vergrößerten Griechenland gut zu stellen und schließlich wird die „ritterliche italienische Nation" gewissermaßen gegen die italienische Regierung ausgespielt. Braun.

a) Vgl. n. 6376.

Nr. 6357. Tel. aus Belgrad, 29. März 1913 Nr. 173 (eing. 30. März 8 U. a. m.).a) Entziff.

Démarche wegen Albanien. Die mit Telegramm Nr. 75 vom 24. d. Mts. aufgetragene Démarche ist endlich heute nachmittags um fünf Uhr ausgeführt worden. An der Verzögerung trägt Herr von Hartwig Schuld, da ihm die Instruktionen, wie dies vom russischen Botschafter Sir E. Grey mitgeteilt wurde, bereits am 27. d. Mts. expediert wurden, er aber erst heute, am 29. d. Mts. erklärte, sie erhalten zu haben. Als Entschuldigung gab er an, daß die Depesche schwer dechiffrierbar war. Auch hat er sich über den Ausdruck „protection" aufgehalten und erklärte, von Herrn Sazonow dahin instruiert worden zu sein, daß dieses Wort in der abgegebenen Erklärung nicht vorkommen dürfte, da dies mit der Souveränität des serbischen Volkes unvereinbar wäre. Wenn wir auf diesem Worte bestehen, würde er sich neue Instruktionen erbitten. Da es ihm augenscheinlich darum zu tun war, die Démarche wieder zu verzögern, haben wir beschlossen, daß der deutsche Gesandte, italienischer Geschäftsträger und ich im Sinne unserer Instruktionen das Wort „protection effective" gebrauchen, während die Vertreter der Tripleentente dieses Wort mit „assurer la liberté de culte effective" ersetzt haben.

Das sonst ganz identische Schriftstück lautete: Le Ministre d'Autriche-Hongrie, d'Allemagne, d'Italie, a l'honneur de notifier au gouvernement serbe que les Puissances sont définitivement d'accord sur les frontières nord et nord-est de l'Albanie.

Dans ces circonstances, la question albanaise étant nullement affectée par la continuation de la guerre, les Puissances invitent le gouvernement Royal serbe à lever le siège de Scutari, à mettre fin aux hostilités dans les territoires abandonnés [á l'] Albanie et à procéder rapidement à l'évacuation de ces territoires.

Les Puissances considèrent en même temps qu'il convient de prendre d'urgence des mesures pour assurer la protection (bei den Vertretern der Tripleentente: la liberté du culte) effective des populations catholique, musulmane et albanaise dans les territoires cédés au Montenegro et à la Serbie.

Der in Telegramm Nr. 82 vom 27. d. Mts. erwähnte Zusatz wurde nicht aufgenommen, da russischer Kollege denselben gar nicht zur Sprache gebracht. Da nicht allen Kollegen Kollektivdémarche vorgeschrieben war, haben wir das Promemoria einzeln Herrn Pašić überreicht. Der Herr Ministerpräsident erwiderte, daß Serbien den im Alinea zwei enthaltenen Wünschen gern nachkommt, ist aber in der Ausführung von den Entschlüssen Montenegros abhängig; c) die Könige von Serbien, Griechenland und Bulgarien werden aber alles aufbieten, König Nikolaus zu bewegen,

daß auch er sich nachgiebig zeigt. Dagegen erklärte Herr Pašić, daß Serbien die im Alinea drei (erwähnte)[b] Protektion nie und unter keiner Bedingung anerkennen werde. Schon im Sinne des Berliner Vertrages sei dies undenkbar und in Serbien wäre ohnehin die Freiheit aller Religionen gewährleistet. Eine Einschränkung seiner Souveränität könne Serbien nicht zulassen. In ganz ähnlichem Sinne äußerte sich auch Herr von Hartwig, bei dem sich Herr Pašić für seine Antwort Rat geholt zu haben scheint. Ugron.

[a] Oe. U. Balkan 194 Nr. 366. Vgl. n. 6378, 6382, 6431, 6476. — [b] Chiffre fehlt. — [c] So!

Nr. 6358. Tel. aus Belgrad, 29. März 1913 Nr. 175 (eing. 30. März 10 U. a. m.).[a] Entziff.

Im Nachhange zu gestrigem Telegramme Nr. 170. Belagerung Skutaris. Nach meiner Unterredung hat Herr Pašić gestern nachmittags einen Ministerrat zusammenberufen und nachher lange mit Herrn von Hartwig konferiert und heute wieder Ministerrat gehabt, in welchem auch mein gestriger Schritt besprochen wurde. Die Antwort, die mir Herr Pašić heute gab, lautete nicht viel anders, wie die gestrige. Er ersuchte mich, Euer Exzellenz zu versichern, daß Serbien sich in einer sehr schwierigen und peinlichen Lage befinde und trachten müsse, daraus ehrenhaft herauszukommen. Serbien habe Allianzpflichten gegenüber Montenegro, welche bis zum Friedensschluß giltig bleiben. Man könne nun König Nikolaus nicht im Stiche lassen, da sonst die Serben als Verräter gelten müßten. Serbische Regierung werde alles aufbieten, um weiteren Widerstand in Cetinje zu brechen und hoffe zuversichtlich, daß König Nikolaus Einsicht haben werde; der Entschluß zur Einstellung weiterer Feindseligkeiten müsse aber von Montenegro ausgehen, alle Alliierten werden sich nachdrücklichst in diesem Sinne verwenden. Herr von Hartwig scheint serbische Regierung in obgedachtem Sinne stark zu beeinflussen; er erklärte englischem Gesandten, daß es Pflicht Serbiens sei, den Montenegrinern treu zur Seite zu stehen; er begreife den Standpunkt des Herrn von Hartwig[b] vollkommen. Ugron.

[a] Vgl. n. 6377. — [b] Wohl irrig für Pašić.

Nr. 6359. Bericht aus Belgrad, 29. März 1913 Nr. 68 (eing. 31. März).[a] Ausfert.

Die vorgestrige Samouprava hat in ihrem Leitartikel den Fall Adrianopels und seine Bedeutung besprochen und fügte hinzu, „dass sich dem Siege bei Adrianopel zweifellos auch jener bei Skutari angegliedert hätte, wenn dieser Festung nicht die Hamidié mit ihren treuen, geheimen Freunden, die allerdings öffentlich den Frieden wünschen, zu Hilfe gekommen wäre. Den Anstrengungen dieser und solcher Freunde wird aber doch nichts anderes gelingen als die Bestätigung des alten Sprichwortes: Langes Leiden — sicherer Tod.“ Da unter diesen treuen und geheimen Freunden nur die Monarchie oder Italien verstanden werden konnte und ich diese Verdächtigung seitens des offiziösen Organes der königlich serbischen Regierung doch etwas zu stark fand, habe ich sofort den italienischen Geschäftsträger

verständigt, dass ich bei Herrn Pašić dagegen protestieren werde, ihm anheimstellend, ob er dasselbe tun wolle. Ich bin auch beim Herrn Ministerpräsidenten vorstellig geworden und habe ihm erklärt, dass ich diese Verdächtigung energisch zurückweise, die Monarchie hätte vor allen anderen Staaten mit der peinlichsten Gewissenhaftigkeit auf die strikteste Einhaltung der Neutralität das grösste Gewicht gelegt und es ginge nicht an, dass gerade das Organ der serbischen Regierung uns des Neutralitätsbruches beschuldige. Dieser Vorwurf ist zwar seitens der übrigen serbischen Blätter wiederholt erhoben worden, ohne dass ich dagegen protestiert hätte, aber diese Schreibweise der Samouprava könnte ich umso weniger stillschweigend hinnehmen, da es Herrn Pašić bekannt sein muss, dass jedenfalls nicht Österreich-Ungarn der Vorwurf gemacht werden kann, in diesem Kriege die Neutralität nicht beobachtet zu haben. Herr Pašić hat in gewohnter Weise Entschuldigungen und Ausflüchte gesucht, wie er dies so oft getan hat, wenn ich mich über die Schreibweise seines offiziösen Organs zu beklagen habe. Er erklärte auch, dass unter den „treuen, geheimen Freunden" gewiss nicht die Monarchie gemeint war; die serbische Regierung hätte nämlich sichere Anhaltspunkte, dass die Hamidié tatsächlich durch italienische Schiffe verproviantiert wurde. Auf mein dringendes Verlangen erschien nun auch heute eine Richtigstellung in der Samouprava, in welcher erklärt wurde, dass im Artikel 27. l. M. Österreich-Ungarn des Neutralitätsbruches nicht beschuldigt wurde. Um Weiterungen zu vermeiden, habe ich es nicht für nötig gefunden, dem italienischen Geschäftsträger die vertrauliche Mitteilung des Herrn Pašić zur Kenntnis zu bringen, da er aus der Richtigstellung ohnehin wird ersehen können, dass die Beschuldigung nur gegen Italien gemeint sein konnte. Wie mir Herr Rinella gestern sagte, hat er Herrn Stefanović gegenüber den Artikel zur Sprache gebracht, der aber mit einigen vagen Redensarten ihn zu beruhigen suchte und auf den Gegenstand nicht weiter einging.

Ugron.

[a]) Vgl. n. 6431.

Nr. 6360. Tel. aus Bukarest, 29. März 1913 Nr. 91 (eing. 5 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Streng vertraulich. Bezug auf Telegramm Nr. 172 vom 27. d. M. betreffend rumänisch-bulgarische Freundschaft. Habe Inhalt desselben bei Minister des Äussern verwertet, welcher mich ersucht, Euer Exzellenz seinen warmen Dank auszusprechen für das Einsetzen der Monarchie in Sofia zu Gunsten Rumäniens. Es wäre ihm in indirekter Weise zu Ohren gekommen, dass in Bulgarien Sinnesänderung eingetreten und man nunmehr bereit sei, sich gegen Abmachungen auf politischem Gebiete in Grenzfragen wohlwollender zu zeigen. Er begrüsst diese endlich in Sofia eingetretene richtige Einschätzung der Lage, welche mit Euer Exzellenz Wahrnehmungen übereinstimmt, auf das freudigste und sei rumänische Regierung bereit, falls Bulgarien auf Silistria verzichtet, jedes, auch geheime Abkommen zu treffen, wenn es — was selbstverständlich — sich in Rahmen der Dreibundpolitik einfüge.

K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 6363, 6434, 6458, 6630, 7152.

Nr. 6361. Tel. aus Bukarest, 29. März 1913 Nr. 92 (eing. 9 U. p. m.).[a] Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 180[b] vom 28. d. Mts. betreffend Silistriafrage. Italienischer Kollege las mir sein gegenständliches Telegramm vor, des Inhaltes, er habe aus Aussprüchen Herrn Majorescos Überzeugung gewonnen, Situation sei eine derartige, daß, wenn gänzliche Abtretung Silistrias vollkommen unerreichbar, zumindest die Hälfte der Stadt rumänisch werden müsse. Italienischer Kollege telegraphierte heute nach Rom, um jedes Mißverständnis zu beseitigen. K. E. Fürstenberg.

[a] Vgl. n. 6425, 6433. — [b] Mit Tel. Nr. 180, 28. März 1913 (chiffr. 10 U. 55 M. p. m.) wurde n. 6339 und die Weisung an Thurn, weiterhin für die Abtretung dieser Stadt an Rumänien einzutreten, da nach Bukarester Meldung in der Silistriafrage keine Änderung eingetreten sei, nach Bukarest mitgeteilt.

Nr. 6362. Tel. aus Bukarest, 29. März 1913 Nr. 93 (eing. 30. März 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Seiner Majestät dem König in heute erbetener Audienz vom Inhalte Euer Exzellenz Depeschen Nr. 172 und 177 Mitteilung gemacht. Höchstderselbe ersuchte mich, Euer Exzellenz seinen wärmsten Dank für das so ersprießliche Interesse zu übermitteln, welches Euer Exzellenz an den rumänischen Angelegenheiten nehmen, welches, wie er wisse, nicht allein dem Wunsche unseres Allergnädigsten Herrn entspreche, sondern Euer Exzellenz eigener Überzeugung. Ebenso zeigte sich Seine Majestät sehr dankbar und erfreut wegen Zuziehung Mişus zur Botschafterréunion. Seine Majestät äußerte, er und seine Regierung seien nach wie vor bereit, mit Bulgarien freundschaftliches Verhältnis herzustellen, nur hätten bulgarische Machenschaften alle guten Absichten durchkreuzt. In jüngster Zeit haben wiederum die Reden in der Sobranje, die Interviews Herrn Danews und die heftige Sprache Genadiews, welcher Chef der Stambulowisten, bisher rumäno-freundlicher Partei, neuerlich Beweis geliefert, daß Bulgarien unnachgiebiger denn je. Sollten sich Wahrnehmungen Euer Exzellenz über bulgarische Sinnesänderung bewahrheiten, so werde ihn dies ungemein erfreuen. Auf Grund Abtretung Silistrias könnte er mit wahrscheinlichem Erfolge versuchen, gutes Verhältnis zu Bulgarien wieder herzustellen und bulgarophile Politik zu treiben, wenn auch durch bisherige bulgarische Attitude öffentliche Meinung aufs tiefste erregt. Bei unbefriedigendem Ausgange Petersburger Konferenz wäre er aber nicht im Stande, zukünftigen Konflikt mit Bulgarien zu vermeiden. K. E. Fürstenberg.

[a] Vgl. n. 6399, 6434, 6513, 6630, 7152.

Nr. 6363. Bericht aus Bukarest, 29. März 1913 Nr. 27 (eing. 1. April).[a] Ausfert.

In Ergänzung meines ergebensten Chiffretelegrammes Nr. 91 vom Heutigen, die Anbahnung eines freundschaftlichen Verhältnisses zwischen Rumänien und Bulgarien betreffend, möchte ich in Wiederholung meiner im Oktober und November in diesem Gegenstande unterbreiteten Bericht-

erstattung darauf hinweisen, daß gleich bei Beginn der Balkankrise, als Seine Majestät der König den Entschluß gefaßt hatte, in dieselbe nicht aktiv einzugreifen, der Herrscher mir gegenüber die Bemerkung fallen ließ, dass Er nunmehr gezwungen sein werde, Seine Politik Bulgarien gegenüber neu zu orientieren. Als später im Laufe des Krieges die Erfolge der bulgarischen Waffen immer eklatantere wurden, präzisierte Seine Majestät Seinen Standpunkt dem südlichen Nachbar gegenüber dahin, daß es nunmehr die Aufgabe Rumäniens werde sein müßen, ein dauernd gutes Verhältnis zu Bulgarien sich zu sichern, und daß Er eine große Genugtuung darüber empfinde, nicht voreilig Militärmaßregeln ergriffen zu haben, wie sie ein Teil der Altkonservativen und die Liberalen bereits im Oktober verlangten. Auch die von Seiner Majestät im Herbste mit dem größten Nachdrucke betriebene Vereinigung der beiden konservativen Parteien verfolgte hauptsächlich den Zweck, Herrn Take Jonescu, einen allgemein bekannten Bulgarophilen, in das Ministerium aufnehmen zu können. Selbstverständlich war dieser Plan der Krone an die Voraussetzung geknüpft, daß den territorialen Revindikationen Rumäniens von Bulgarien ohne ernstlichen Widerstand entsprochen werden würde. Diese Voraussetzung erschien umso begründeter, als seitens der Krone die weitgehenden, seit dem Jahre 1877 bestehenden Ansprüche, welche die oberwähnten aktionslustigen politischen Faktoren gefordert hatten, auf ein Minimum reduziert wurden. Die Aspirationen auf das von jeher im Auge gehabte Quadrilatär[b]) wurden aufgegeben und man begnügte sich mit der Linie Silistria-Baltschik. Die Maximallinie Turtukaia-Baltschik war nur zu dem Behufe aufgestellt worden, um eventuell ebenfalls Konzessionen machen und sich nachgiebig zeigen zu können. Als es nun im Laufe der Verhandlungen klar hervortrat, daß Bulgarien für die neutrale Haltung Rumäniens nicht nur keinen Dank wußte, sondern im Gegenteile in einer hier ganz unerwarteten Hartnäckigkeit beharrend, jeder ernsten Verhandlung auswich und nur gänzlich ungenügende Konzessionen zugestand, Herr Danew die ganze französische und englische Presse durch falsche Darstellungen des Sachverhaltes gegen Rumänien aufhetzte, durch Entstellung seiner in Bukarest gehabten Konversationen König Carol und Seine Regierung gewissermaßen bloßstellte, Herrn Take Jonescu in London in der unfreundlichsten Weise behandelte und schließlich sogar das von Euerer Excellenz hier suggerierte Angebot von diplomatischer oder materieller Hilfe gegen die Türkei mit Geringschätzung von sich wies, dann erst wurde hier an die Ergreifung von energischen Maßregeln geschritten, um Bulgarien zu ernsten Verhandlungen und auch zu weiteren Konzessionen zu zwingen. In diesem rücksichtslosen und hinterhältigen Vorgehen Bulgariens erblickten nicht nur die für eine energische Aktion eingenommenen politischen Elemente Rumäniens den Beweis einer tiefgehenden feindseligen Stimmung Bulgariens, hinter welcher sich die Absicht des Wiedergewinnens der Dobrudscha verborgen hält, sondern diese Haltung des Sofioter Kabinettes machte auch diejenigen führenden Faktoren in ihrer Politik irre, deren Bestreben stets darauf gerichtet war, die für Rumänien zur Wahrung seines Prestiges und zur Verteidigung seiner Grenzen notwendigen territorialen Forderungen von Bulgarien auf freundschaftlichem

Wege zu erhalten. Die Schuld an dem heute sehr gestörten Verhältnisse zwischen Rumänien und Bulgarien liegt also fast ausschließlich auf der Seite des Letzteren. In Sofia war man trotz allen Leugnens schon zu Beginne des Krieges genau darüber informiert, daß Rumänien berechtigte territoriale Forderungen bei einer bulgarischen Gebietserweiterung an dieses zu stellen habe, und wenn es auch aus irgendwelchen Gründen dieselben nicht mit den Waffen in der Hand geltend mache, so konnte darüber kein Zweifel herrschen, daß man in Bukarest diese Revindikationen bestimmt im gegebenen Zeitpunkte auf dem Verhandlungswege geltend machen wird. Durch seine Unnachgiebigkeit und sein falsches Spiel hat die bulgarische Regierung und speziell Herr Danew das Verhältnis zu Rumänien gründlich verdorben, und wenn man jetzt, wie es den Anschein hat, einzusehen beginnt, daß man auf ein freundschaftlich gesinntes Rumänien in der Zukunft nicht verzichten kann, und man in Sofia geneigt scheint, zur Gewinnung der rumänischen Freundschaft auch auf Silistria zu verzichten, so hätte Herr Danew denselben Erfolg bedeutend billiger und ohne Aufgabe der Stadt Silistria bereits während der Verhandlungsepoche in London haben können, denn zu diesem Zeitpunkte war die hiesige öffentliche Meinung noch lange nicht so aufgebracht wie heute, Silistria war noch zu keinem Symbol geworden und Rumänien wäre um den Preis eines größeren Landstriches am Schwarzen Meere zu gewinnen gewesen. Wenn auch heute noch die hiesigen lenkenden Kreise von der Überzeugung durchdrungen sind, daß für die Zukunft ein nachbarliches, ja auch inniges Verhältnis zu Bulgarien von hoher politischer Nützlichkeit erscheint, so könnte dieses nur dann angebahnt und der öffentlichen Meinung mundgerecht gemacht werden, wenn Bulgarien handgreifliche Beweise seiner Sinnesänderung gibt; dieser Beweis kann nur durch die Abtretung Silistrias erbracht werden. Im gegenteiligen Falle wäre es weder für den Herrscher noch für irgendeine Regierung möglich, auch nur den ersten Schritt zu einer Versöhnung mit Bulgarien zu tun, ohne sich vollkommen bloßzustellen, ohne im Lande den tiefsten und nachhaltigsten Unwillen zu erregen. Als ich im Laufe der Krise des Öfteren in die Lage kam, sowohl an höchster Stelle als auch bei allen maßgebenden Faktoren auftragmäßig darauf hinzuweisen, daß das wohlverstandene Interesse Rumäniens ein freundschaftliches Verhältnis zu Bulgarien erheische und ein solches im Sinne der bisherigen Dreibundpolitik des Königreiches liege, wurde mir stets darauf geantwortet, daß ich Eulen nach Athen trüge; man sei von der Richtigkeit dieses Prinzipes ebenso durchdrungen wie in Wien, doch könne dieses unmöglich in die Tat umgesetzt werden, insolange der andere Teil kein anderes Ziel verfolge, als Rumänien in jeder Beziehung zu demütigen. Sollte nun eine radikale Änderung der politischen Auffassung in Sofia eintreten und Bulgarien durch die Zession Silistrias seinen guten Willen für ein Einverständnis mit Rumänien zu erkennen geben, so bin ich davon durchdrungen, daß die heutige Regierung nicht zögern wird, die dargebotene Hand zu ergreifen und auch sehr weitgehende politische Vereinbarungen mit Bulgarien zu treffen. Auch die öffentliche Meinung, welche sich jetzt schon langsam an den Gedanken gewöhnte, auf Jahre hinaus mit einem bösen Nachbarn rechnen zu müßen,

und in welcher sich der Glaube festgesetzt hatte, daß Bulgarien ein geschworener Feind Rumäniens sei, dürfte vom Gegenteil durch eine beharrliche Arbeit überzeugt werden können. Bedeutend schwerer dürfte es jedoch der Krone fallen, eine Politik der Freundschaft nach den gemachten Erfahrungen mit Bulgarien zu inaugurieren, wenn die liberale Partei an das Ruder gelangen sollte, zumal von den Leitern dieser politischen Richtung die Ansicht verbreitet wurde, daß es besser sei, die heutige Lage Bulgariens zu benützen und sich seinen Teil mit den Waffen zu sichern, nachdem es Bulgarien genügend bewiesen habe, daß es Rumänien mißachte und auf seine Freundschaft nicht den geringsten Wert lege. Die Schuld Bulgariens ist es, daß diese Idee auf fruchtbaren Boden fiel und in weite Kreise Eingang fand. K. E. Fürstenberg.

[a]) Vgl. n. 6399. — [b]) Das Festungsviereck Silistria-Varna-Šumla--Ruščuk.

Nr. 6364. Tel. nach London, 29. März 1913 Nr. 274 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Berger; V. Rappaport u. Nemes; G. Berchtold).

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 245 vom 27. d. M. und Nr. 250 vom 28. d. M. Ich ersuche Euer Exzellenz, Sir E. Grey für seine Haltung in der Frage der Kollektiv-Demarche in Belgrad und Cetinje und für die maritimen Maßnahmen, welche britischerseits zwecks Theilnahme an einer gemeinsamen Flottendemonstration getroffen wurden, meinen verbindlichsten Dank zu übermitteln und Nachstehendes beizufügen: Neben der auch vom Herrn Staatssekretär relevierten Verspätung der Kollektiv-Demarche in Belgrad durch das verzögerte Eintreffen der Instruktionen an Herrn von Hartwig wird in mir auch durch eine Reihe anderer Nachrichten der Eindruck wachgerufen, daß die Haltung der Vertreter Rußlands in der Frage der Räumung Nordalbaniens geeignet erscheint, bei den betreffenden Balkanregierungen den Glauben an den Ernst der Londoner Beschlüsse zu erschüttern und sie zum Widerstande gegen den Willen Europas aufzumuntern. Während serbischerseits noch vor kurzem sowohl Großbritannien als auch Österreich-Ungarn gegenüber erklärt worden war, daß man nur auf die Mittheilung der Londoner Beschlüsse warte, um Oberalbanien zu räumen und sich von der Belagerung Skutaris zurückzuziehen, hat Herr Pašić gestern Herrn von Ugron gegenüber in recht unverfrorener Weise den Versuch gemacht, seine früheren Zusagen abzuleugnen.[b]) Da gleichzeitig in Cetinje die Ausflucht gebraucht wird, man müsse wegen Einstellung der Belagerung von Skutari erst eine Antwort aus Belgrad abwarten, so liege es so ziemlich auf der Hand, daß in Belgrad und Cetinje eine Verschleppungstaktik verfolgt wird, um die Ausschiffung von 11.000 Serben in Albanien zu ermöglichen, welche sich auf 18 griechischen Transportschiffen unterwegs befinden und in den allernächsten Tagen landen sollen. Auch scheint man sich noch immer der eitlen Hoffnung hinzugeben, durch Schaffung des fait accompli der Einnahme von Skutari Europa etwas abtrotzen zu können. Zu obigen Nachrichten tritt die vorläufig noch nicht offiziell bestätigte Meldung, daß montenegrinischerseits mit der Beschießung von Skutari wieder begonnen wurde, was — im Bestätigungsfalle — mit

Rücksicht auf den unmittelbar vorher erfolgten Kollektivschritt einen geradezu demonstrativen und herausfordernden Charakter gegen die Mächte tragen würde. Wir glauben, daß das Londoner Kabinet mit uns darin eines Sinnes sein wird, daß hiedurch eine mit dem Ansehen der Teilnehmer an der Londoner Réunion unvereinbare Situation geschaffen würde. Sollte es tatsächlich zur Wiederaufnahme des Bombardements kommen, so schiene es mir demnach unvermeidlich, daß der Wille Europas sofort zum Ausdrucke gebracht werde, und sind wir bereit, im Sinne des von Sir Edward Grey in der gestrigen Réunion gemachten und von den übrigen Teilnehmern gebilligten Vorschlages einer internationalen Flottendemonstration in die montenegrinischen Gewässer Kriegsschiffe zu entsenden. Wir glauben die Erwartung aussprechen zu können, daß bei Einlangen einer offiziellen Meldung über die Wiederaufnahme des Bombardements die bereitgestellten englischen Kriegsschiffe nach den montenegrinischen Gewässern dirigirt werden und überdies seitens des Kabinets von St. James die übrigen in Betracht kommenden Mächte zur Theilnahme eingeladen werden. Zu Euer Exzellenz vertraulichen Information und Regelung Ihrer Sprache bemerke ich, daß wir uns von der Absicht leiten lassen, uns solange als möglich dem Standpunkte anzupassen, welcher in den jüngsten uns freundlichen Parlamentsreden der englischen Staatsmänner zum Ausdrucke gekommen ist. Sir E. Grey hat hiebei die Ausübung eines gemeinsamen Druckes der Großmächte auf die rekalcitranten Balkanstaaten in Aussicht gestellt und rechnen wir im gegenwärtigen kritischen Momente auf die umgehende Verwirklichung dieser in nachdrücklicher Form vor der Öffentlichkeit abgegebenen Erklärung, wodurch es uns möglich würde, der Erwartung Sir E. Greys zu entsprechen, daß unsererseits von einer Sonderaktion abgesehen werde. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6347, 6352, 6378, 6379, 6380, 6383 Anm. b, 6384. — [b]) Vgl. n. 6341.

Nr. 6365. Tel. aus London, 29. März 1913 Nr. 254 (eing. 9 U. p. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 272 von heute betreffend Mitteilung an Essad Pascha. Sir E. Grey wird Instruktionen an englischen Vertreter in Cetinje telegraphieren, damit dieser sich mit seinen Kollegen wegen Entsendung von Parlamentären nach Skutari in Verbindung setze. Sir E. Grey scheint jedoch nicht geneigt, ein Mitglied der englischen Vertretung zum Parlamentär zu nominieren. Er meint, er habe schon so starke und energische Sprache in Cetinje geführt, dass er lieber nicht weiter in den Vordergrund treten würde. Er hielte es für zweckmäßig, wenn vielleicht ein italienischer Vertreter nach Skutari entsendet würde. Italien sei bis jetzt wenig aktiv hervorgetreten, nebstdem sei die italienische Verwandtschaft mit dem montenegrinischen Hofe, kurz, Staatssekretär hielt Betrauung eines Italieners mit der Mission nach Skutari für sehr passend. Dass Euer Exzellenz nicht einen Delegierten der k. und k. Mission damit betrauen wollen, schien dem Staatssekretär begreiflich und angezeigt. Mensdorff.

Nr. 6366. Bericht des Militärattachés in Rom an den Chef des Generalstabs, 29. März 1913 Res. Nr. 39 (eing. als Einsichtsstück des Chefs des Generalstabs vom 8. April Nr. 1586 am 11. April).[a] Abschrift.[b]

Wie ich bereits telegraphisch gemeldet habe, ist mir offiziell im Kriegsministerium eröffnet worden, dass keine militärischen Vorbereitungen für eine Expedition nach Albanien getroffen werden. Die Schiffsbewegungen, von denen die Zeitungen gesprochen haben, sind Vorbereitungen zwecks Truppenverschiebungen von Tripolitanien nach der Cyrenaika, da man beabsichtigt, in der Cyrenaika einen energischen starken Vorstoss gegen das Innere zu machen und hofft hiemit, in der Cyrenaika dieselben Erfolge zu erreichen, wie in Tripolitanien. Über die Auffassung unseres Konfliktes mit Montenegro in Italien kann ich berichten, dass sich die Auffassung gründlich geändert hat im Momente, wo man gesehen hat, dass wir „Ernst" machen. Solange man hierorts gehofft hat, dass unsere Flotte denn doch nicht auslaufen wird, hat man vielseitig damit gedroht, dass man nicht wegen des Dreibundes die Abenteuer-Politik Österreich-Ungarns gegen die Balkanstaaten teilen wird. Man wollte hiemit das ganze Odium auf uns abwälzen, um in Zukunft aus diesem Verhältnis zum mindesten ökonomische Vorteile am Balkan zu ziehen. Diese Auffassung war nicht nur in der Presse und im Publikum, sondern auch in den höchsten Regierungskreisen vertreten. Jetzt, wo man gesehen hat, dass auch die anderen Staaten eingelenkt haben, schämt man sich der früher ausgesprochenen Meinung und mit echt italienischem Anpassungsvermögen gibt man uns offiziell Recht. Diese kurze Episode der Bundestreue kennzeichnet klar genug unsere Freunde, die kaltberechnende Realpolitiker sind und in dem Momente uns verlassen, wo sie für sich kein Interesse sehen. Ich komme daher auf mein an Euer Exzellenz ausgesprochenes Urteil über die Italiener zurück und sage, dass der Dreibund nur deswegen von ihnen so rasch angenommen wurde, weil sie sich momentan so schwach fühlen, dass sie zu ihrer Entwicklung die Gewähr für 6 Jahre haben müssen, dass sie von uns nicht angegriffen werden. Diese Jahre werden sie ausnützen, um sich zu Land und zur See zu stärken und dann denken sie sich: „Vederemo." Anderseits haben wir durch diese 6 Jahre Zeit gewonnen, um mit den anderen Nachbarn abzurechnen. Ich warne daher erneuert vor einer maritimen Abmachung mit Italien,[c] die ihnen vieles Unbekanntes entschleiern könnte. Ich weiss aus sicherer Quelle, dass die Idee dieser Abmachung von Berlin aus dem Generalleutnant Pollio beigebracht wurde und dass der letztere ein grosser Anhänger und Förderer derselben ist; glaube jedoch nicht, dass sie unseren Interessen entspricht.

Szeptycki.

[a] Vgl. n. 6609. — [b] Amtsvermerk: N. B. Dieses Einsichtsstück wurde über Wunsch Seiner k. und k. Hoheit des Erzherzogs Franz Ferdinand dringend dem Ministerium des Äußern und Marine-Sektion zugestellt. — [c] Vgl. n. 5940.

Nr. 6367. Privatschreiben des ital. Botschafters, 29. März 1913.[a] Eigh. Ausfert.

Ainsi que j'ai eu l'honneur de vous le faire savoir dans l'entretien de hier au soir Monsieur Cambon trouve que le projet austro-italien concernant

la frontière méridionale de l'Albanie n'est pas acceptable et il lui semble qu'il conviendrait porter cette frontière au cap Kapate en laissant à la Grèce tout le trait de côte le long le canal de Corfou. Je me permets de joindre ci-près les observations faites par le Gouvernement russe au projet susdit.[b] Le Marquis de San Giuliano m'a chargé de vous prier de vouloir bien me faire connaître votre point de vue sur le tracé méridional de l'Albanie, restant ferme la ligne de Kalamas, pour les concessions éventuelles à faire au cours des négociations. Avarna.

[a] Vgl. n. 6409. — [b] Beilage.

Beilage zu n. 6367.

Observations du Gouvernement Russe au projet austro-italien concernant la frontière méridionale de l'Albanie: „La région de l'Albanie au sud du lac d'Okrida conforme au dernier projet austro-italien comprenderaît une population à peu près de trois cent mille albanais, dont un peu plus de deux cent mille seraient des albanais orthodoxes. Ces derniers sont toutefois à tel point hellénisés qu'ils renient même leur origine albanaise et manifestent des sentiments patriotiques grecs. La propagande grècque très active est sans concurrence dans les régions albanaises du sud. Ces résultats sont dus à l'organisation parfaite des communautés et des nombreuses écoles grècques bien équipés, au grand nombre d'églises et à l'activité des prêtres. Koritza, Konitza, Argyrocastro, Berat et Margarithi sont les sièges des métropolites grecs. Le centre principal de la propagande est installé à Koritza où il y a un gymnase grec, plusieurs synagogues, sociétés des gymnastique et de bienfaisance, un hôpital et une très riche communauté. La propagande nationaliste albanaise qui ne date que de dix ans n'a jamais fait des progrès sensibles, malgré les efforts considérables déployés par quelque „leader" du mouvement albanais, énergiquement soutenu du dehors. Pour le moment d'ailleurs il n'ont ni hommes, ni moyens suffisants pour créer un oeuvre stable et solide. Il en résulte que l'élargissement de la frontière au sud de l'Albanie y rendraît prépondérant l'élément grécisé, armé par la culture hellenique, ce qui opposeraît des obstacles sérieux à l'oeuvre nationaliste albanaise. Le projet actuel austro-italien ne pourraît par conséquent même au point de vue pratique, être accepté sans quelques modifications."

Nr. 6368. Tel. aus St. Petersburg, 29. März 1913 Nr. 118 (eing. 10 U. p. m.).[a] Entziff.

Herr Sazonow, der über die letzten Erfolge der Bulgaren an der Tschataldjalinie sehr besorgt ist, weil er bei einer Durchbrechung der Bulgaren durch diesen letzten befestigten Gürtel deren Vormarsch nach Konstantinopel und weiter hieraus sich ergebende unberechenbare Schwierigkeiten und Gefahren befürchtet, ist der Ansicht, daß die Großmächte nun mit größtem Nachdrucke auf raschestes Zustandekommen des Friedensschlusses dringen müssen. Da er Grund zur Annahme hat, daß die Bulgaren sich nach dem Falle von Adrianopel zwar nicht mehr mit der von den Großmächten in ihrem letzten Vorschlag gezogenen Grenze von Midia längs des

Ergene nach Enos begnügen würden, hingegen aber sich mit einer in gerader Linie vo Midia nach Enos — Lüle Burgas nach Bulgarien einbeziehenden — Grenzlinie zufrieden geben würden, schlägt der Herr Minister vor, daß die Botschafter in Konstantinopel von ihren Regierungen mit aller Beschleunigung beauftragt werden mögen, auf der Pforte mit dem größten Nachdrucke und unter Hinweis auf die imminente Gefahr, welche ein weiteres bulgarisches Vordringen für die Türkei mit sich brächte, dahin zu wirken, daß die türkische Regierung ohne Zeitverlust in die Abtretung der jenseits der vorbeschriebenen geraden Linie Midia-Enos gelegenen Gebiete einwillige. Herr Sazonow läßt Euer Exzellenz ersuchen, falls Hochdieselben mit seiner gegenständlichen Proposition einverstanden sind, Markgraf Pallavicini die einschlägigen Weisungen mit tunlichster Beschleunigung zukommen zu lassen, da Gefahr im Verzuge sei. Auf der vorerwähnten Basis glaubt Sazonow, der unmittelbar vor meinem Eintreten bei ihm eine lange Unterredung mit dem bulgarischen Gesandten gehabt hatte, daß ein rascher Friedensschluß möglich wäre. Thurn.

[a]) Oe. U. Balkan 196 Nr. 369. Vgl. n. 6371, 6389 Anm. b, 6959 Anm. b.

Nr. 6369. Tel. aus St. Petersburg, 29. März 1913 Nr. 119 (eing. 10 U. p. m.). Entziff.

Erhalten Euer Exzellenz Telegramm Nr. 235 von heute betreffend Besprechung mit Sir E. Grey über eventuelle Notwendigkeit von Koerzitivmaßregeln gegen Montenegro. Herr Minister war über die Entsendung der zwei englischen Kreuzer in die Nähe von Korfu bereits informiert. Auch er glaubt nicht an die Notwendigkeit einer Aktion, da Serbien seine Truppen jetzt bestimmt zurückziehen werde und Montenegro allein, selbst wenn es wollte, nichts ausrichten könnte. Ob die Kollektivdemarche bereits erfolgt sei, wusste Herr Sazonow noch nicht, doch glaubt er, dass ja, da er wenigstens die betreffenden Instruktionen schon vor vier Tagen abgesendet habe. Thurn.

Nr. 6370. Tel. aus St. Petersburg, 29. März 1913 Nr. 121 (eing. 30. März 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Montag nachmittags erste Sitzung der Botschafterréunion betreffend rumänisch-bulgarische Mediation. Ich habe Herrn Sazonow schon vor einigen Tagen, als mein deutscher und italienischer Kollege die analogen Instruktionen erhalten hatten, von dem Standpunkt der k. und k. Regierung bezüglich Majorisierung und Superarbiter verständigt. Das Gleiche ist auch von Seite meiner erwähnten Kollegen geschehen und hat Herr Sazonow die Idee des Superarbitrium demgemäß vollständig aufgegeben.

Thurn.

[a]) Vgl. n. 6246.

Nr. 6371. Tel. aus St. Petersburg, 29. März 1913 Nr. 122 (eing. 30. März 8 U. a. m.). Entziff.

Nachhang zu meinem Telegramme Nr. 118 von heute. Herr Danew, der eben bei mir war, sagte mir, Bulgarien sei durchaus geneigt, so rasch

als möglich Frieden zu schließen und würde sich mit der Linie „Midia-Enos", vorausgesetzt, daß sie in gerader Richtung (nicht längs des Ergene-flusses) gezogen werde, zufriedengeben. Thurn.

Nr. 6372. Bericht aus St. Petersburg, 16. 29. März 1913 Nr. 13 C (eing. 31. März).a) Ausfert.

Vertraulich. Die Ereignisse der letzten Tage haben sich derart überstürzt, dass es geradezu unmöglich ist, in einer schriftlichen Berichterstattung mit denselben Schritt zu halten, da sich die Situation so zu sagen von Stunde zu Stunde verändert und daher eine Schilderung derselben meist längst überholt ist, ehe der betreffende Bericht in die Hände Euer Exzellenz gelangt sein kann. Ich war hiedurch genötigt, meine telegraphischen Meldungen ausführlicher zu gestalten und in denselben mehr ins Detail einzugehen, als es mit der unter ruhigeren Verhältnissen gebotenen telegraphischen Kürze sonst vereinbar wäre. Euer Exzellenz sind daher bereits in genauer Kenntnis der Rückwirkung, welche das durch die Umstände notwendig gewordene schärfere Vorgehen der Monarchie gegenüber Montenegro sowohl in der hiesigen Öffentlichkeit, als bei der Regierung und insbesondere auch bei Seiner Majestät Kaiser Nikolaus gezeitigt hat. Dem unbefangenen Beobachter müsste es an und für sich als unlogisch erscheinen, dass unsere Sommation an Montenegro hier einen solchen Sturm der Entrüstung hervorgerufen hat, da sie ja doch eigentlich nur die Durchführung eines im Einvernehmen mit allen Mächten — Russland inbegriffen — gefassten Beschlusses zum Zwecke hatte, welchem aber die Gesammtheit der Mächte bei König Nikolaus keine Geltung zu verschaffen vermochte. Um diese eigentümliche, aber leider nicht aus der Welt zu schaffende Erscheinung einigermassen zu verstehen, ist es nötig, sich in den hiesigen Gedankenkreis zu versetzen. Ich will daher im Nachstehenden versuchen, mir darüber Rechenschaft zu geben, in welcher Beleuchtung diese Angelegenheit hier betrachtet wird. Hiezu ist es vor Allem erforderlich, einerseits die durch die Balkansiege zu einer wahren Siedehitze gesteigerte „slavische" Begeisterung und die höfischen Beziehungen zum König von Montenegro, andererseits aber auch die Schwierigkeiten sich vor Augen zu halten, in welche Herr Sazonow, gerade mit Rücksicht auf die vorerwähnten Umstände, durch unser Vorgehen versetzt worden ist. Herr Sazonow, dessen Politik vom Anbeginn der Balkankrise dahin ging, dieselbe zu „lokalisieren", das heißt zu verhindern, dass sie auf das Verhältnis der Grossmächte zu einander übergreife und so zu einer Gefahr für den europäischen Frieden werde, glaubte dies nur dann erreichen zu können, wenn es gelang, in allen Phasen ein einheitliches Vorgehen aller Grossmächte zu erzielen, das ihm dann der immer widerspenstiger werdenden öffentlichen Meinung gegenüber einen entsprechenden Rückhalt geben würde. Dies war bisher, wenn auch oft nur mit grossen Schwierigkeiten und nicht ohne bedeutende Konzessionen von Seiten der beiden meistinteressierten Mächte, gelungen. Gerade in den letzten Tagen war durch die konziliante Haltung der k. u. k. Regierung in der Diakowa-Frage eine Einigung über die derzeit heikelste Frage, jene der Festsetzung der Nord- und Nordost-Grenzen Albaniens erreicht worden, wobei Skutari unserem

Wunsche entsprechend Albanien zugesprochen wurde und zwar mit dem ausdrücklichen Bemerken, dass auch eine eventuelle Einnahme dieser Stadt an diesem Beschlusse nichts mehr zu ändern vermöchte. Angesichts der acharnierten Presscampagne, die seit Monaten gegen die friedliche Politik Herrn Sazonows tobt, die allgemein als eine schwächliche hingestellt wurde, sowie im Hinblicke auf die in allen Kreisen der russischen Gesellschaft immer stärker zum Durchbruch kommende Slavenbegeisterung, mag es für Herrn Sazonow kein leichter Entschluss gewesen sein, die Hand zu bieten, dass dem König von Montenegro der Preis vorenthalten, ja unter Umständen sogar wieder entrissen werde, welcher das Ziel aller seiner Wünsche bildete und den zu erlangen er seine letzte Karte auszuspielen bereit war. Eines der Hauptargumente, welches Herr Sazonow für seine Haltung auch in dieser Frage seinen Gegnern gegenüber stets ins Treffen führte, war immer das, dass er hiedurch die Einigkeit unter allen Mächten gesichert und das getrennte Vorgehen einer einzelnen, nämlich der Monarchie, vermieden habe. Gerade dieses letztere aber war es, was man hier von allem Anfange am meisten fürchtete, weil nach der allgemein hier herrschenden Überzeugung ein solches mit der grössten Wahrscheinlichkeit zu einem Konflikte führen würde, den hier gewiss kein verantwortlicher Politiker wünschte. Unser energisches Vorgehen in Cettinje, welches man hier als ein Ultimatum auffasste, sah man nun als ein Lossagen vom europäischen Konzerte an, und befürchtete, dass es den Anfang eines weiteren getrennten Vorgehens der Monarchie bedeute, welches zu vermeiden, gerade das Hauptziel der Politik Herrn Sazonows war. Dass unsere hier so übel vermerkte „Separat-Aktion" durchaus kein Sichlossagen von den einstimmig gefassten Beschlüssen der Mächte darstellte, sondern nur der rascheren Durchführung eben dieser Beschlüsse galt, machte merkwürdiger Weise für die Beurteilung derselben durch die russische Mentalität keinerlei Unterschied, und ist die Überzeugung eine ganz allgemeine, das sich die Monarchie hiedurch von dem Konzert der Mächte getrennt habe. Haben sich doch, wie mir von Ohrenzeugen berichtet wird, hochgestellte und durchaus nicht zu den extremsten Chauvinisten gehörende Personen dahin geäussert, Österreich-Ungarn habe den Kontrakt gebrochen; daher brauche sich auch Russland nicht mehr daran zu halten und alle bisher gemachten Konzessionen (Adriahafen, Skutari etc.) müssten nun ebenfalls rückgängig gemacht werden. (So weit geht allerdings die Regierung glücklicher Weise nicht!) Dass diese Auffassung von der Trennung der Monarchie von dem europäischen Konzerte eine durchaus unrichtige ist, ändert bedauerlicher Weise nichts an der Tatsache, dass sie ganz allgemein besteht, noch auch an der tiefen Verstimmung, welche unser Vorgehen nicht nur in der russischen Öffentlichkeit, sondern insbesondere auch bei der russischen Regierung und leider auch an höchster Stelle hervorgerufen hat. Herr Sazonow mag ganz besonders dadurch in den sonst unverständlich scheinenden Zustand von Exasperation versetzt worden sein, in welchem er sich nach Bekanntwerden unseres „Ultimatums" an Montenegro befand, dass er sich durch dasselbe, sowie namentlich durch die Deutung, die ihm hier gegeben wurde, der Argumente beraubt glaubte, die er bisher immer für seine ohnehin so vielen Anfeindungen ausgesetzte,

bis jetzt aber von Seiner Majestät Kaiser Nikolaus stets gebilligte Politik ins Treffen zu führen vermochte. Einer der hauptsächlichsten Gründe für die Verstimmung des Ministers scheint auch darin gelegen zu sein, dass unsere Sommation an Montenegro erfolgte, ohne dass ihm, Sazonow, vorher eine Andeutung über das Bevorstehen einer solchen Massregel gemacht worden sei. Er äusserte sich in diesem Belange mir gegenüber unter anderem auch in sehr bitteren Worten dahin, dass, wenn mitten unter gemeinsamen Verhandlungen eine solche Überraschung möglich sei, man überhaupt vor nichts mehr sicher wäre und auf alles mögliche gefasst sein könne. So unlogisch und, ich möchte fast sagen, kindisch diese Ausbrüche einer durch die Tatsachen durchaus nicht gerechtfertigten Entrüstung sind, so entsprechen sie doch ganz und gar der hiesigen Mentalität und bin ich überzeugt, dass Euer Exzellenz bei Hochdero genauen Kenntnis der hiesigen Verhältnisse durch dieselben nicht sonderlich überrascht gewesen sein werden. Wie aus gewissen Andeutungen Herrn Sazonows hervorgeht und wie mir auch von anderer Seite zukommt, scheint es nur an einem Haare gehangen zu haben, dass in der ersten Aufregung der Befehl zur Einstellung der eben noch im Zuge gewesenen Reservisten-Entlassungen und zur sofortigen Rückberufung der bereits nach Hause Gegangenen erteilt, sowie noch hierüber weit hinausgehende militärische Massregeln ergriffen worden wären. Glücklicherweise hat aber schliesslich die allmählich wiederkehrende Besonnenheit gesiegt, und man hat von diesen gefährlichen Massnahmen Abstand genommen. Wem hiefür das hauptsächlichste Verdienst gebührt, war bisher nicht festzustellen, doch sollte ich glauben, dass Herr Sazonow trotz seiner Erregung und Verstimmung, die er gar nicht zu verbergen versuchte, doch auf seine Kollegen mäßigend gewirkt haben dürfte, ebenso wie wohl kein Zweifel bestehen kann, dass er auch auf König Nikolaus mit Hochdruck eingewirkt haben dürfte, damit dieser sich unseren Forderungen füge, obwohl der Herr Minister mir gegenüber erklärt hatte, angesichts unserer Drohungen nicht mehr auf Montenegro drücken zu können. Es ist wohl zu hoffen, dass sich die jetzt so hoch gehenden Wogen der Empörung mit der Zeit wieder glätten werden, doch fürchte ich, dass dieser Zwischenfall auf die weitere Entwicklung unserer Beziehungen zu Russland, welche, trotz der Schwierigkeiten und vielfachen Zwischenfälle der Balkankrise bis in die letzten Tage keine ungünstige war, einen argen Rückschlag ausgeübt hat, der noch lange fühlbar sein wird. Unser durch die Umstände gewiss unvermeidlich gewordenes scharfes Auftreten gegen Montenegro dürfte aber doch die Wirkung erzielt haben, der russischen Regierung vor Augen zu führen, dass es nicht genüge, platonische Beschlüsse zu fassen, sondern, dass denselben im Bedarfsfalle auch der nötige Nachdruck verliehen werden müsse. In dieser Beziehung dürfte auch die jüngste Rede Sir E. Greys[b)] eine heilsam belehrende Wirkung geübt haben. Bezeichnend ist übrigens, dass diese Rede von der hiesigen Telegraphen-Agentur erst mit 24 stündiger Verspätung gebracht und bei deren Wiedergabe der bedeutungsvolle Satz ausgelassen wurde, in dem Sir E. Grey das Fortdauern der Belagerung Skutaris als „eine verbrecherische Torheit" bezeichnete. Herr Sazonow hatte zwar auch schon vorher gelegentlich vague Andeutungen

gemacht, dass, wenn die Balkanstaaten sich dem klar ausgesprochenen Willen Europas auf die Dauer widersetzen sollten, die Mächte über die Mittel sich beraten müssten, wie ihren Beschlüssen Geltung verschafft werden könnte. Ob er aber, wenn es dazu gekommen wäre, auch wirklich zu einem solchen Schritte sich hätte entschliessen können, darf vielleicht doch nicht als über allen Zweifel erhaben angesehen werden. Jetzt aber, wo er gesehen hat, dass die Monarchie eventuell nicht davor zurückschrecken würde, diesen Forderungen unter Umständen auch allein Gehör zu verschaffen, dürfte Herr Sazonow weit eher dazu geneigt sein, im Falle der Notwendigkeit einer eventuellen Zwangsaktion gegen Montenegro zuzustimmen, allerdings unter der Voraussetzung, dass diese von allen Mächten beschlossen und auch von der Gesammtheit derselben ausgeführt werde. Hingegen kann darüber wohl kein Zweifel bestehen, dass die russische Regierung einer einseitigen Aktion der Monarchie niemals ihre Zustimmung geben würde, und dass eine etwa trotzdem vorgenommene selbstständige Koerzitiv-Massregel Österreich-Ungarns gegen Montenegro oder auch nur ein neuerliches Ultimatum hier einen derartigen Sturm entfachen würde, dass auf dessen gütliche Beilegung wohl kaum mehr gehofft werden dürfte. Thurn.

[a]) Vgl. n. 6291, 6293, 6317, 6338. — [b]) Pol. Chron. d. ö. u. Mon. 1913, 99.

Nr. 6373. Bericht aus St. Petersburg, 16. 29. März 1913 Nr. 13 D (eing. 31. März). Ausfert.

Streng vertraulich. Mit Marquis Carlotti ist eine ganz neue Richtung in die hiesige italienische Botschaft eingezogen. Während Herr Melegari sich nur äusserst selten bei mir oder Graf Pourtalès blicken liess und man während der langen Geschäftsträgerschaft des durch und durch russophilen Marchese Torretta fast ganz darauf vergessen konnte, dass er der Vertreter einer verbündeten Macht war, hat es sich der neue italienische Botschafter vom Tage seiner Ankunft an angelegen sein lassen, mit meinem deutschen Kollegen und mir in engster Fühlung zu bleiben und alle wichtigeren Tagesfragen mit uns zu besprechen, um denselben gegenüber tunlichst geschlossen mit uns vorzugehen. Um ein Beispiel anzuführen, möchte ich mir gestatten darauf zu verweisen, dass Marquis Carlotti, als er Nachricht von unserer energischen Demarche in Cettinje und der ungünstigen Rückwirkung erhielt, die dieselbe auf Herrn Sazonow ausgeübt hat, mich sofort aufsuchte, um mir zu sagen, er habe zwar keine speziellen Instruktionen über diesen Fall, doch halte er es für unerlässlich, auch seinerseits sich zu Herrn Sazonow zu begeben, um ihm gegenüber für die Berechtigung und die Notwendigkeit unseres Vorgehens einzutreten, damit ja nicht der Anschein erweckt werden könnte, als gehe der Dreibund nicht auch in dieser Frage völlig geeint vor. Er frug mich gleichzeitig, ob ich ihm nicht irgend welche Anhaltspunkte an die Hand geben wolle, welche er in unserem Sinne bei Herrn Sazonow verwerten könnte. Wenn auch Marquis Carlotti, wie Euer Exzellenz aus meinem gehorsamsten Telegramme vom 26./13. d. M. Nr. 113[a]) geneigtest ersehen haben werden, bei Herrn Sazonow in dieser Beziehung ebensowenig eine Wirkung erzielen konnte, wie Tags zuvor Graf Pourtalès, so verdient

seine spontan uns geleistete Unterstützung doch umsomehr hervorgehoben zu werden, als sie mit der vor dem Amtsantritte Marquis Carlottis geübten Haltung der hiesigen italienischen Botschaft auffallend kontrastiert. Wenn auch der neue Titulär nach dem mir gütigst mitgeteilten einschlägigen Berichte Freiherrn von Brauns persönlich ein warmer Anhänger des Dreibundes zu sein scheint, so dürfte doch die so ganz veränderte Haltung der hiesigen italienischen Botschaft wohl nicht auf diesen Umstand allein zurückzuführen, sondern die Annahme berechtigt sein, dass auch spezielle Instruktionen des Römer-Cabinets zu derselben das ihrige beigetragen haben dürften. Letztere Annahme hätte um so mehr Wahrscheinlichkeit für sich, wenn die mir auf vertraulichem Wege zugekommene Nachricht sich bewahrheiten sollte, dass nunmehr auch die Abberufung des hiesigen italienischen Militär-Attachés Abbati unmittelbar bevorsteht, der aus seiner Abneigung gegen die Monarchie nie ein Hehl gemacht hat. Thurn.

[a]) Mit Tel. Nr. 113 vom 26. März 1913 (eing. 27. März 9 U. a. m.) wurde aus St. Petersburg gemeldet, Graf Pourtalès habe gestern eine erregte Auseinandersetzung mit Sazonow gehabt, dem er die Berechtigung und Notwendigkeit des österreichischen Vorgehens in Cetinje auseinanderzusetzen bemüht war. Graf Pourtalès sagte, er habe den Minister noch niemals in einer derartigen Erregung und gereizten Stimmung getroffen. Carlotti habe heute Sazonow ganz in derselben erregten Stimmung gefunden und keinen Eindruck bei seiner Verteidigung des österreichischen Vorgehens erzielt.

Nr. 6374. Bericht aus St. Petersburg, 16. 29. März 1913 Nr. 13 E (eing. 31. März). Ausfert.

Vertraulich. Wie Euer Exzellenz aus den Blättern, sowie wohl auch aus der Berichterstattung des k. und k. Botschafters in Paris bekannt ist, hat der neue französische Botschafter, Herr Delcassé, gegen Ende der vergangenen Woche seinen hiesigen Posten angetreten. Am vergangenen Montag wurde derselbe von Seiner Majestät Kaiser Nikolaus in Antrittsaudienz empfangen Herr Sazonow singt das Lob des neuen Vertreters der französischen Republik in allen Tonarten, versäumt es aber nicht hinzuzufügen, dass der ihm vorausgehende Ruf durchaus unbegründet sei und dass er entgegen den Behauptungen der deutschen Presse sehr ruhig und verständig auftrete. „Je vous assure", sagte Herr Sazonow unlängst meinem deutschen Kollegen, „que Monsieur Delcassé s'est beaucoup assagi." Ich habe bisher erst einmal Gelegenheit gehabt mit meinem neuen französischen Kollegen zu sprechen, doch kann ich nicht behaupten, dass er auf mich einen besonders günstigen Eindruck gemacht hätte. Jedenfalls glaube ich, dass der wirklich sehr ruhige, überlegte und conciliante Herr Louis im gegenwärtigen Momente im Interesse des europäischen Friedens hier viel besser an seinem Platze gewesen wäre als sein nur zu berühmter Nachfolger. Thurn.

Nr. 6375. Bericht aus St. Petersburg, 16. 29. März 1913 Nr. 13 F (eing. 31. März). Ausfert.

Vor einigen Tagen fand wieder eines der berüchtigten Slavenbanketts statt, an dem die Matadore des Chauvinismus und Panslavismus, unter anderem auch der Euer Exzellenz persönlich bekannte Herr Briantschaninow

Teil nahmen. Man ist es schon gewohnt, dass bei diesen Anlässen oft recht merkwürdige Resolutionen gefasst werden; diesmal aber gingen die Herren noch um einen Schritt weiter, indem die Absendung eines Tadels-Telegrammes an Herrn Sazonow beschlossen wurde. Es wird darin das grosse Bedauern der Bankett-Teilnehmer über die Nachgiebigkeit der Regierung, sowie über den Umstand ausgesprochen, dass die Diplomatie, der Macht und dem Patriotismus des russischen Volkes nicht vertrauend, den Moment unausgenützt lasse, die Pflicht Russlands dem Slaventume gegenüber zu erfüllen. Die Absender des Telegrammes appellieren an den Patriotismus Herrn Sazonows und hoffen, dass er, falls seine Tätigkeit von dem Slaventum feindlichen Mächten paralysiert wird, einen würdigen Ausgang aus der schweren Situation finden werde. Thurn.

Nr. 6376. Tel. aus Athen, 30. März 1913 Nr. 194 (eing. 31. März 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Südgrenze Albaniens. Minister des Äußern besuchte mich, ebenso wie die Kollegen, heute spät abends und sagte mir unter Hinweis auf die kürzlich die Südgrenze Albaniens betreffenden Verhandlungen Londoner Botschafterkonferenz, bei welchen italienischer Botschafter sich in einem mit dem griechischen Standpunkt absolut unvereinbarlichen Sinne ausgesprochen, folgendes: Griechenland könne von der der Botschafterréunion seinerzeit in einem Memorandum mitgeteilten Grenzlinie, welche ohnedies schon nationale Konzessionen darstelle, unter keinen Umständen abgehen. Es habe dieses griechische Gebiet befreit und kein Grieche würde es begreifen und akzeptieren, wenn man diese von der griechischen Armee besetzten Landstriche wieder preisgeben wollte, um sie Albanien zu geben (Seitenhieb auf die staatliche Neubildung). Keine griechische Regierung könnte es wagen, Derartiges auch nur zu versuchen. Wenn aber die Mächte Zweifel darüber hegen sollten, ob die Bevölkerung südlich der oberwähnten Grenzlinie ihre Vereinigung mit Griechenland wünsche, so sei die griechische Regierung bereit, die sehr bedeutende Konzession zu machen: Über die Wünsche und das nationale Streben dieser Bevölkerung sich durch ein Plebiszit zu orientieren, welches, unter den Augen der Mächte einzuholen, sich die griechische Regierung bereit erkläre. Dieselbe verspreche schon jetzt, diesem Plebiszit sich fügen zu wollen. Minister des Äußern bat mich, Euer Exzellenz Vorstehendes zur Kenntnis zu bringen. Er schloß mit der Andeutung, daß es jedenfalls nicht so einfach sein würde, die griechischen Truppen, welche die in Rede stehenden Gebiete besetzt halten, von dort zu vertreiben. Braun.

[a] Vgl. n. 6356, 6381, 6429, 6430.

Nr. 6377. Tel. aus Belgrad, 30. März 1913 Nr. 177 (eing. 5 U. 15 M. p. m.).[a] Entziff.

Im Nachhange zu meinem gestrigen Telegramme 175. Bundespflicht Montenegro gegenüber. Wie mir versichert wurde, sprechen bei Herrn Pašić in seinem Verhalten Montenegro gegenüber innere politische Gründe

die erste Rolle. Um der Opposition keine Waffen gegen sich in die Hand zu geben, muß er selbst Anschein vermeiden, Montenegro im Stiche zu lassen. Diese Ansicht soll auch im letzten Ministerrat zum Ausdruck gebracht worden sein, da Agitation gegen Altradikale heftig einzusetzen beginnt. Herr von Hartwig seinerseits plädiert hier eifrig weiter für die montenegrinische Sache.

Ugron.

a) Vgl. n. 6443, 6444.

Tel. nach Berlin, 30. März 1913 Nr. 259 (chiffr. 10 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 6379.

Nr. 6378. Tel. nach London Nr. 276 (1) und St. Petersburg Nr. 241 (2), 30. März 1913 (chiffr. 10 U. 40 M. p. m.).a) Konz. (S. Berger; V. Nemes; G. Berchtold).

1.—2. Herr von Ugron telegraphiert unterm 29. l. M. wie folgt: ... *wie n. 6357 gekürzt* ...

1. Euer Exzellenz wollen Vorstehendes bei Sir E. Grey gesprächsweise verwerthen und beifügen, daß das Vorgehen Herrn von Hartwigs unsere bereits in meinem Telegramme Nr. 274 von gestern signalisierte Auffassung zu rechtfertigen scheint, wonach die Haltung der Vertreter Rußlands in der Frage der Räumung Nordalbaniens geeignet wäre, bei den Balkanregierungen den Glauben an den Ernst der Londoner Beschlüsse zu erschüttern. Das Faktum, daß die Vertreter Rußlands, Frankreichs und auch Englands bei der Demarche den Ausdruck „protection effective" durch die viel schwächere Fassung: „assurer la liberté de culte effective" ersetzt haben, scheint mir ferner auch den Refus Herrn Pašić' auf diesen Teil der Demarche zur Ursache zu haben. Ich würde Werth darauf legen, darüber informiert zu werden, ohne daß Euer Exzellenz eine direkte Anfrage stellen, wie Sir E. Grey über das Vorgehen Herrn von Hartwigs und überhaupt über die zum Teil Ausflüchte, zum Teil einen Refus enthaltende Antwort Herrn Pašić' denkt.

2. Vorstehendes zu Euer Exzellenz rein persönlicher Information.

Berchtold.

a) Vgl. n. 6405, 6406, 7588.

Nr. 6379. Tel. nach London Nr. 278 (1), Berlin Nr. 259 (2) und Rom Nr. 325 (3), 30. März 1913 (chiffr. 10 U. 45 M. p. m.).a) Konz. (S. u. G. Berchtold).

1.—3. Baron Giesl telegraphiert unterm 30. d. Mts. wie folgt: „Bombardement Skutaris auch heute fortgesetzt. Allgemeiner Angriff soll morgen stattfinden. Antwort auf Collektivdémarche bis Mittag nicht eingetroffen."

1. Ich ersuche Euer Exzellenz, von Vorstehendem dem Herrn Staatssekretär Kenntnis zu geben und bei Ausführung meines Telegrammes Nr. 274 vom 30. d. M.b) darauf zu verweisen, daß somit die Voraussetzung für die Ergreifung sofortiger Maßregeln zur Geltendmachung der von sämtlichen Großmächten gefaßten und Montenegro notificirten Beschlüsse thatsächlich gegeben ist.

2.—3. Ich ersuche Euer Exzellenz, dem
2. Herrn Staatssekretär
3. Herrn Minister des Äußern
2.—3. Kenntnis geben zu wollen, daß ich Grafen Mensdorff beauftrage, im Verfolge der ihm gestern zugekommenen telegraphischen Weisung Nr. 274 dem englischen Staatssekretär mitzutheilen, ... *wie 1. von „dass somit die Voraussetzung" bis „gegeben ist".* ...

[a]) Vgl. n. 6383, 6384, 6394. — [b]) n. 6364.

Nr. 6380. Tel. aus London, 30. März 1913 Nr. 256 (eing. 8 U. 30 M. p. m.).[a]) Entziff.

Erhalten Telegramm Nr. 274 von heute nachts betreffend Kollektivdemarche in Belgrad und Cetinje. Sir E. Grey ist über Sonntag abwesend. Sir E. Nicolson versprach, meine Mitteilung dem Staatssekretär zu melden; ich werde aber jedenfalls morgen selbst mit Sir E. Grey sprechen. Das Foreign Office hat keine Nachricht über Wiederaufnahme des Bombardements von Skutari. Meldung eingetroffen, dass Kollektivdemarche in Belgrad gemacht. Herr von Hartwig habe aber darauf bestanden, „liberté de conscience des catholiques" statt „protection des catholiques" zu sagen. Englischer Gesandter habe ihm zugestimmt. Sir A. Nicolson schien jedoch dieser Modifikation des Textes keine Bedeutung beizumessen. Herr Pašić hat auch englischem Gesandten gegenüber eine andere Sprache geführt als vor einigen Tagen; als der Gesandte ihn an sein Versprechen erinnerte, erklärte Pašić, er sei zwar gerne bereit, der Aufforderung der Mächte Folge zu leisten, nachdem der Kriegszustand aber noch andauere, könne er aus Bundesrücksichten es nur tun, wenn auch Montenegro es tue.

Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 6405.

Tel. nach Rom, 30. März 1913 Nr. 325 (chiffr. 10 U. 45 M. p. m.). Siehe n. 6379.

Tel. nach St. Petersburg, 30. März 1913 Nr. 241 (chiffr. 10 U. 40 M. p. m.). Siehe n. 6378.

Nr. 6381. Tel. nach Athen, 31. März 1913 Nr. 70 (chiffr. 10 U. 30 M. p. m.).[a]) Konz. (S. Rappaport; G. Berchtold).

Mit Bezug auf Euer Exzellenz Telegramm Nr. 194 vom 30. d. M. Ich würde Werth darauf legen, dass Euer Exzellenz es thunlichst vermeiden, mit Herrn Coromilas über die Frage der Südgrenze Albaniens zu sprechen. Sollte derselbe spontan abermals darauf zurückkommen, so wollen Hochdieselbe Ihre bisherige rezeptive Haltung, welche meine volle Billigung findet, in eine ablehnende verwandeln und dies etwa in folgender Weise begründen. Griechenland habe Gelegenheit gehabt, seinen Standpunkt in dem bekannten Memorandum zu präcisiren. Wie weit demselben Rechnung getragen werden könne, werde von der Londoner Réunion entschieden werden. Es sei aber mit Rücksicht auf die von den Grossmächten beschlossene

Geheimhaltung der Berathungen unzulässig, dass griechischerseits auch in dem jetzigen Stadium immer wieder der Versuch einer Beeinflussung der Pourparlers gemacht werde. Berchtold.

a) Vgl. n. 6430.

Nr. 6382. Privatschreiben aus Belgrad, 31. März 1913 (eing. 2. April). Ausfert.

Streng vertraulich. Major von Massow, mit dem ich seit der Zeit, als er kaiserlich deutscher Militär-Attaché in Bucarest war, eng befreundet bin, ist zu Beginn des Balkankrieges nach Bulgarien entsendet worden und hat sich seit dem Oktober des Vorjahres daselbst aufgehalten. Vor einigen Wochen fuhr er nach Deutschland zurück, um seine Familie abzuholen, da ihm in Berlin bedeutet wurde, dass er vor dem Herbst seinen provisorischen Posten kaum wird verlassen können. Heute auf der Rückreise nach Sofia hat er mir streng vertraulich einige höchst interessante Mitteilungen gemacht, über die ich Euer Excellenz in privater Form Bericht erstatten zu müssen glaube. Herr von Massow war kurz vor seiner Abreise mit Herrn von Jagow zum Kaiser im engen Familienkreise zur Abendtafel geladen, bei welcher Gelegenheit Kaiser Wilhelm sehr eingehend und offen über seinen Standpunkt in den Balkanfragen Sich geäussert hat. Major von Massow war vor Allem überrascht von der ausgesprochenen Griechenfreundlichkeit Seiner Majestät, von der früher nicht viel zu merken war. Bis jetzt soll er Seinem Schwager gegenüber eher reserviert und kühl gewesen sein, während Er plötzlich für Ihn das allerlebhafteste Interesse zeigt. Er erklärte, von Ihm grosse Stücke zu erwarten und sagte, dass „es endlich mit der französischen Wirtschaft in Athen aus sein wird". König Constantin wird Seinen Ministern viel näher stehen als Sein Vater und wird mehr Verständnis für die Interessen Seines Volkes haben. Kaiser Wilhelm hat sogar gesprächsweise erwähnt, Er denke daran, Seinem Königlichen Schwager für die Einnahme von Janina den Orden „pour le mérite" zu verleihen, worauf Herr von Massow auf die am Balkan cursirenden Gerüchte hinwies, wonach Janina durch Verrath gefallen sein soll. Es wäre demnach notwendig, diese Frage, soweit es eben geht, früher festzustellen. Seine Majestät scheint eine Annäherung zwischen Griechenland und der Türkei lebhaft zu wünschen. Zusammen mit Serbien müssten sie auf dem Balkan der bulgarischen Präponderanz ein Gegengewicht schaffen. Auf Bulgarien war der Kaiser ausserordentlich schlecht zu sprechen. Er scheint persönlich gegen König Ferdinand verstimmt zu sein und Ihm gewisse über Sich gemachte Äusserungen übel aufgenommen zu haben. Aber auch über die bulgarische Politik im Allgemeinen hat Er Sich sehr scharf und ungünstig ausgesprochen. Für das anmassende, arrogante Auftreten, für die Unzuverlässigkeit sowie für den krassen Egoismus der Bulgaren hat Er nur scharfe Worte der Missbilligung gehabt. Er wünscht und hofft sehr, dass eine Annäherung zwischen Bulgarien und Rumänien nicht zustande kommen wird. Vor Allem sei es im Interesse des Dreibundes, die Gegensätze zwischen Bulgarien und Serbien zu erhalten; Österreich-Ungarn müsse aber bestimmt seine Einflusssphäre

am Balkan gesichert bleiben und das könnte am sichersten eben durch die serbisch-griechisch-türkische Annäherung erfolgen. Dieselbe würde gewiss auch auf Serbien mässigenden Einfluss ausüben. Für Serbien selbst scheint Seine Majestät eigentlich auch nicht viel übrig zu haben; doch sind seine Dispositionen ihm gegenüber momentan doch viel besser als Bulgarien gegenüber. Der Eindruck, den Herr von Massow von dieser dreistündigen Conversation hatte, ist der, dass der Kaiser die Situation im Allgemeinen für ausserordentlich ernst betrachtet; Er rechnet mit Complicationen, die aus dem Verhalten Russlands entstehen könnten. Er bezeichnete die Vorgangsweise Russlands als zweideutig und aggressiv. Jedenfalls scheine bei ihm der feste Wille nicht vorhanden zu sein, alle Schwierigkeiten friedlich zu beseitigen. Diese Auffassung Seiner Majestät finde ich auch hier durch das Verhalten meines russischen Collegen bestätigt. Wie es Euer Excellenz aus meinen letzten Telegrammen bekannt sein dürfte, hat Herr von Hartwig mit seiner Agitation gegen die Monarchie wieder eingesetzt. Seit den kritischen Tagen im letzten Herbste zeigte er eine relative Mässigung; ich hörte wenigstens nicht mehr so viel von seinen gegen uns gerichteten Hetzereien. Seitdem aber Russland in der Skutari-Frage nachgegeben hat, ist er aus der beobachteten Reserve herausgetreten. Er äussert sich sehr abfällig über unsere Politik, prophezeit uns ein glänzendes Fiasko, glaubt nicht, dass wir es mit unserer Attitude ernst meinen; er erklärt, Serbien habe überhaupt kein Recht, Montenegro jetzt im Stiche zu lassen, es müsse ihm weiter beistehen; er bekämpft geradezu leidenschaftlich die Idee eines besonderen Schutzes der katholischen und mohammedanischen Albanesen etc. etc. Mit einem Worte, er führt Reden, die ganz im Widerspruche stehen mit der Démarche, die er mit uns, wenn auch sehr unwillig, mitgemacht hat. Sein Verhalten macht einen tiefen Eindruck auf die serbischen Kreise; man erblickt darin einen Grund zu den weitgehendsten Hoffnungen, so dass es ihm gelungen ist, das ins Wanken gerathene Vertrauen zu Russland wieder zu befestigen. Der französische Gesandte folgt ihm blind und ist ein ganz willenloses Werkzeug in seinen Händen, was sich auch bei der letzten Démarche gezeigt hat (vide Telegramm Nr. 173 vom 29. l. Mts.). Da uns allen ganz identische Instructionen zugekommen sind, haben wir uns über ein Promemoria geeinigt, in dem von der „protection effective des populations etc." gesprochen wurde. Als endlich Herr von Hartwig seine mit grosser Verzögerung eingelangte Instruction mit eben so grosser Verzögerung entziffert hatte, erklärte er das Wort „protection" nicht zulassen zu können, da Herr Sazonow dagegen protestirt hat. Ich erwiderte, mich genau an meine Instructionen halten zu wollen, und habe auch meinen deutschen und italienischen Collegen bewogen, auf den Antrag des Herrn von Hartwig nicht einzugehen. Herr Descos — entgegen seinen Weisungen, wie er sogar gestand — nahm den Vorschlag des russischen Gesandten an und das Wort „protection" wurde durch die Wendung „assurer la liberté des cultes" ersetzt, was schliesslich fast dieselbe Bedeutung hatte. Der englische Gesandte, der besonders in letzter Zeit ganz zu uns hält und die Vorgangsweise Russlands offen missbilligt, schloss sich — sehr gegen seinen Willen — der Textirung des Herrn von Hartwig an, weil er sonst befürchtete, dass die

Démarche um mehrere Tage wieder verzögert werden wird und Sir Edward Grey die Vornahme derselben bereits telegraphisch urgirt hatte. Wie sehr die Franzosen bemüht sind, den Russen in Allem zu Willen zu sein, geht schon aus dem Umstande hervor, dass wir hier den französischen Gesandten, der der Doyen ist, nicht dazu bewegen können, vor den Collectiv-Démarchen uns zu einer Conferenz zusammen zu berufen, weil Herr von Hartwig dieselben nicht haben will. Wiederholt haben ich und Sir Ralph[a] dies vergeblich verlangt. Herr Descos findet immer eine Ausrede, läuft persönlich von dem einen zu dem anderen, nur um eine Herrn von Hartwig lästige Zusammenkunft nicht anberaumen zu müssen. Wie im Kleinen so ist er auch im Grossen dem russischen Gesandten willenlos gefügig, was uns oft Schwierigkeiten bereitet. Das feste Zusammenhalten Frankreichs und Russlands hat sich hier sehr bewährt, das Vertrauen zu diesen Mächten ist hier ebenso fest wie früher, man glaubt noch immer, dass sie für die Interessen Serbiens und Montenegros einstehen werden und — man hofft wenigstens — dass sich im Ernstfalle England von ihnen doch nicht lossagen wird. Daher werden unsere Démarchen nicht als eine Willensäusserung Europas betrachtet, sondern nur als eine Demonstration des Dreibundes, zu der sich die Mächte der Tripel-Entente nur pro forma hergeben. Daher haben auch die Démarchen nicht jenen Erfolg, der ihnen sonst zukommen müsste. Ugron.

[a] Paget.

Tel. nach Berlin, 31. März 1913 Nr. 260 (chiffr. 1. April 2 U. 30 M. a. m.). Siehe n. 6391.

Nr. 6383. Tel. aus Berlin, 31. März 1913 Nr. 164 (eing. 10 U. p. m.).[a] Entziff.

Bezug auf Telegramme Nr. 257[b] und 259 vom 29. d. M. und 30. d. M. betreffend Flottendemonstration. Staatssekretär versicherte mir, dass es auch nach seiner Ansicht nunmehr unvermeidlich sei, den Willen Europas durch eine internationale Flottendemonstration in den montenegrinischen Gewässern zum Ausdruck zu bringen. Deutschland sei, wie er dies Euer Exzellenz durch Herrn von Tschirschky schon zur Kenntnis bringen ließ, bereit gewesen, an derselben teilzunehmen, doch habe er nachträglich eingesehen, dass es richtiger wäre, wenn nur vier Mächte, von denen je zwei dem Dreibund beziehungsweise der Tripleentente angehören, also Österreich-Ungarn, Italien, respektive Frankreich, England sich an dieser Flottendemonstration beteiligen würden. Er habe sich im Laufe der letzten Tage die größte Mühe gegeben, die übrigen Signatarmächte zu überzeugen, dass eine solche Flottendemonstration notwendig sei. England sei selbstverständlich damit einverstanden, ebenso auch Italien, nur Frankreich weigere sich, offenbar aus dem Grunde, da Russland, das zwar seine Zustimmung zur Flottendemonstration gegeben, sich aktiv daran nicht beteiligen wolle. Es sei nunmehr an Sir E. Grey, Frankreich zu bewegen, an der Demonstration teilzunehmen. Szögyény.

[a] Vgl. n. 6388, 6398. — [b] Mit Tel. Nr. 257, 29. März 1913 (chiffr. 11 U. 50 M. p. m.) wurde n. 6364 zur Mitteilung an Jagow nach Berlin übermittelt.

Nr. 6384. Tel. aus London, 31. März 1913 Nr. 257 (eing. 8 U. 30 M. p. m.).[a] Entziff.

Mit Bezug auf Euer Exzellenz Telegramme Nr. 274 und 278 von gestern. Ich habe Sir E. Grey eben gesprochen. Er hat Herrn Vesnić kommen lassen und sehr ernst und energisch mit ihm gesprochen. Ein englischer Kreuzer trifft heute in Korfu ein, der andere morgen. Staatssekretär wäre bereit, sie nach Antivari zu dirigieren, sobald zwei oder drei andere Mächte dasselbe tun. Staatssekretär wäre auch bereit, Antivari von Mannschaften mehrerer Mächte besetzen zu lassen und Montenegro zu notifizieren, dass dieselben in Antivari solange verbleiben, bis Belagerung von Skutari aufgehoben ist. Dies unter Voraussetzung, dass Antivari nicht befestigt ist (worüber er — Sir E. Grey — nicht informiert schien); denn Staatssekretär würde sich nicht bereit finden, englische Schiffe und Mannschaften der Gefahr von Beschiessungen oder Kämpfen auszusetzen. Grey will bei heutiger Reunion Angelegenheit besprechen, ich werde nachher umgehend telegraphieren. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 6387, 6390, 6391, 6406.

Nr. 6385. Tel. aus London, 31. März 1913 Nr. 258 (eing. 10 U. p. m.).[a] Entziff.

Sir Edward Grey annonce l'envoi d'instructions au ministre d'Angleterre à Athènes pour aviser Monsieur Venizelos des résolutions des Puissances au sujet de la délimitation nord et nord-est de l'Albanie et de la démonstration navale et pour attirer son attention sur la nécessité de ne pas laisser la marine hellénique prêter son concours à des envois de troupes et de munitions sur la côte albanaise. La réunion est d'avis qu'une démarche analogue devrait être prescrite aux autres représentants des Puissances à Athènes. Mensdorff.

[a] Vgl. n. 6388.

Nr. 6386. Tel. aus London, 31. März 1913 Nr. 259 (eing. 10 U. p. m.).[a] Entziff.

La réunion est d'avis que toutes les Puissances ayant acquiescé à une démonstration navale il y a lieu d'y procéder le plutôt possible par l'envoi à Antivari de bâtîments de guerre. Sir Edward Grey dit qu'il est prêt à faire envoyer aux croiseurs se trouvant à Corfou l'ordre de se rendre à Antivari aussitôt qu'il sera informé de l'envoi de semblables instructions par d'autres Puissances. Mensdorff.

[a] Oe. U. Balkan 198 Nr. 374. Vgl. n. 6388, 6404, 6407, 6413, 6417.

Nr. 6387. Tel. aus London, 31. März 1913 Nr. 260 (eing. 1. April 8 U. a. m.).[a] Entziff.

In Ergänzung meines heutigen Telegrammes Nr. 257. Ich habe nach der Réunion wieder mit Sir E. Grey gesprochen. Er ist der Ansicht, daß vor allem die Flottendemonstration als solche beschlossen werden und stattfinden muß. Bezüglich weiterer Maßnahmen muß die Meinung der Marineautoritäten ausschlaggebend sein. Er persönlich glaubt, daß Landung von

Mannschaften und Besetzung Antivaris das geeignetste Mittel wäre. Kann sich aber nicht bestimmt aussprechen, bevor er Ansicht der Marineautoritäten kenne. Er scheint zu glauben, daß diese Maßnahmen von den Marineoffizieren, wenn sie einmal vor Antivari liegen, beschlossen werden sollten. Staatssekretär wird voraussichtlich seine Ansicht in einer Zirkulardepesche an die Regierungen der Signatarmächte niederlegen. Er hatte sich die Sache noch nicht reiflich überlegt. Bitte die in meinem heutigen Telegramme Nr. 257 gemeldeten Aussprüche des Staatssekretärs vorläufig noch als seine ersten Eindrücke und persönlichen Ansichten anzusehen, noch nicht als positive Erklärung der englischen Regierung, obwohl ich nicht annehme, daß er wesentlich davon abweichen wird. Mensdorff.

[a]) Vgl. n. 6390.

Nr. 6388. Tel. aus London, 31. März 1913 Nr. 261 (eing. 1. April 8 U. a. m.).[a]) Entziff.

Bei heutiger Réunion eröffnete man Diskussion über Notwendigkeit der Flottendemonstration. Französischer Botschafter warf die Frage auf, was zu geschehen hätte, wenn auch diese Demonstration keinen Eindruck auf König Nikolaus ausübe. Der Debatte über Möglichkeit von Landungen wurde Schluß dadurch gemacht, daß Grey für den Moment als das Wichtigste erklärte, daß Flottendemonstration als solche beschlossen werde, und er fragte uns, welche von den Mächten bereit seien, Schiffe zu senden. Ich antwortete bejahend, italienischer Botschafter, obwohl ohne direkte positive Mitteilung, erklärte, es scheine ihm zweifellos, daß seine Regierung sich beteiligen würde; deutscher Botschafter wußte nichts darüber von seiner Regierung, nachdem er aber Auftrag habe, auf Zustandekommen der Flottendemonstration zu drängen, glaube er, daß auch deutsche Schiffe sich beteiligen würden. Französischer Botschafter erklärte, seine Regierung entsende ein Kriegsschiff nach Corfu und sei bereit, sich zu beteiligen, wenn Demonstration von allen Mächten beschlossen. Er war sich nicht klar, ob das bedeute, daß Frankreich daran teilnehme, wenn Mächte einmütig beschließen, oder nur, wenn alle anderen Mächte daran teilnehmen. Russischer Botschafter erklärte Zustimmung seiner Regierung zur Demonstration, aber ohne Beteiligung russischer Schiffe. Daraufhin redigierten wir die mit Telegramm Nr. 259 gemeldete Resolution, in welcher Zustimmung aller Regierungen zur Flottendemonstration zum Ausdruck kommt. Wir diskutierten die unterwegs befindlichen serbischen Truppen- und Geschütztransporte und mein italienischer Kollege und ich insistierten, wie wichtig es sei, deren Landung zu verhindern. Bei einigen Kollegen immer wieder dieselben Bedenken gegen „Verhinderung von Kriegsoperationen". Nachdem deutscher Botschafter eine Nachricht hatte, Herr Venizelos habe sich überrascht erklärt, daß ihm bezüglich Delimitation der Nordgrenze Albaniens nicht dieselbe Notifikation gemacht worden sei wie in Belgrad und Cetinje, wird beschlossen, bei griechischer Regierung vorzustellen, sie solle nicht durch griechische Schiffe den Transport von Truppen und Kriegsmaterial an die albanesische Küste vornehmen lassen (Telegramm Nr. 258).

[a]) Vgl. n. 6383, 6394, 6395. Mensdorff.

Nr. 6389. Tel. aus London, 31. März 1913 Nr. 262 (eing. 1. April 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Bezug auf Telegramm Nr. 275[b] vom 30. d. Mts. betreffend Friedensmediation. Bei heutiger Réunion folgende Redigierung: „La réunion est d'avis qu'il y aurait lieu de donner des instructions aux représentants des Puissances à Sophia, dans le but d'arrêter les opérations de guerre à condition de l'acceptation ligne directe Enos-Midia et de la solution de toutes les questions d'ordre financier par la commission technique de Paris à laquelle prendraient part les délégués des belligérants. Mensdorff.

[a] Oe. U. Balkan 199 Nr. 377. Vgl. n. 6462, 6472, 6473 Anm. c. — [b] Mit Tel. Nr. 275, 30. März 1913 (chiffr. 6 U. p. m.) wurde im Anschlusse an n. 6368 mitgeteilt, daß Pallavicini — si omnes — ermächtigt wurde, unter Zugrundelegung der russischerseits zugegebenen Grenzlinie Midia—Enos an der Kollektivdemarche teilzunehmen.

Nr. 6390. Tel. aus London, 31. März 1913 Nr. 263 (eing. 1. April 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Im Nachhange zu meinen heutigen Telegrammen Nr. 257 und 260 betreffend Flottendemonstration. Sir E. Grey teilte mir heute abends Inhalt eines Zirkulartelegrammes mit, das er an englische Botschafter bei den Signatarmächten richte, wie folgt: „Bei heutiger Botschafterréunion übereingekommen, dass angesichts der letzten Nachrichten aus Cetinje eine Flottendemonstration in Antivari notwendig sein würde. Ich würde anregen, sobald sie stattfindet, dass die kommandierenden Marineoffiziere angewiesen werden, den Regierungen vorzuschlagen, welche Schritte unternommen werden könnten, um eine Pression auszuüben. Der naheliegendste Schritt wäre die Landung internationaler Truppen, doch sollten wir zuerst von den kommandierenden Marineoffizieren hören, was dieser Schritt involvieren würde." Sir E. Grey will offenbar die Gefahr verhüten, dass Landungstruppen beschossen oder in einen Kampf involviert werden könnten. Darüber, dass Antivari nicht befestigt ist, ist Staatssekretär jetzt unterrichtet.

[a] Vgl. n. 6704. Mensdorff.

Nr. 6391. Tel. nach Rom Nr. 327 (1) und Berlin Nr. 260 (2), 31. März 1913 (chiffr. 1. April 2 U. 30 M. a. m.).[a] Konz. (S. Szápáry; G. Berchtold).

1. Graf Mensdorff telegraphiert heute ... *wie n. 6384* ... Ich ersuche Euer Exzellenz, ehestens auf Marquis di San Giuliano in dem Sinne einzuwirken, daß Italien sich an dieser internationalen, daher vom dynastischen Standpunkte für dasselbe unbedenklichen Flottenaktion beteilige. Die italienische Mitwirkung erscheint umso unumgänglicher, als abgesehen von der Nichtbeteiligung Rußlands auch Frankreich bisher eine zum mindesten schwankende Haltung einnimmt und Deutschland keine Schiffe in erreichbarer Nähe hat. Es erschiene somit das Zustandekommen einer internationalen Aktion für den Fall der Abstinenz Italiens in Frage gestellt.

2. Ich telegraphiere an Herrn von Mérey: (Inseratur Telegramm sub 1 in extenso.) Ich ersuche Euer Exzellenz, Herrn von Jagow von Vorstehendem in Kenntnis zu setzen und bei ihm anzufragen, ob mit Rücksicht auf die große Bedeutung, welche einer Beteiligung Englands an der in Rede stehenden maritimen Aktion vom Standpunkte der Dreibundpolitik zukäme, nicht ein deutsches Schiff, gegebenenfalls auch eine kleinere Einheit, in die montenegrinischen Gewässer dirigirt werden könnte, damit die internationale Flottenaktion auch im Falle des Fernbleibens Italiens zustandekomme. Die sofortige principielle Zusage der Teilnahme dürfte für die Einleitung der Aktion wohl auch dann genügen, wenn die deutsche Einheit erst aus Konstantinopel oder selbst aus größerer Entfernung herangezogen werden müßte. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6398.

Nr. 6392. Tel. nach Rom, 31. März 1913 Nr. 328 (chiffr. 1. April 1 U. 45 M. a. m.).[a]) Konz. (S. Nemes; V. Szápáry; G. Berchtold).

Im Laufe einer Konversation über die Modalitäten der gegen Montenegro eventuell notwendig werdenden Koerzitivmaßregeln warf Herzog Avarna die Frage auf, was unsererseits zu geschehen hätte, wenn die in London ins Auge gefaßte internationale Flottendemonstration nicht zur Ausführung gelangen sollte. Der Botschafter fügte als seine persönliche Ansicht bei, daß Österreich-Ungarn und Italien, falls sie von den anderen Mächten im Stiche gelassen würden, sich nicht mehr als an das Konzert der Mächte gebunden erachten müßten, sondern die Ausführung des Beschlusses der Mächte selbst in die Hand zu nehmen hätten. Ich habe dem Botschafter geantwortet, daß ich seine Auffassung vollkommen teile. Der Gedanke, der mich hiebei geleitet hat, ist der, daß von gewissen Seiten die Tendenz deutlich hervortritt, unser albanesisches Programm nach theoretischer Annahme durch die Mächte bei der praktischen Durchführung illusorisch zu machen. Sollte sich diese Annahme bewahrheiten, so müßten wir im Sinne unserer Abmachungen, welche wir unter allen Umständen unseren Albanien betreffenden Aktionen zugrunde zu legen beabsichtigen, mit Italien gemeinsam vorgehen, um den Principien unseres Akkords Geltung zu verschaffen. Dieses gemeinsame Vorgehen müßte auch gegenüber Griechenland zur Anwendung kommen, wenn dasselbe zur Räumung Albaniens, wie Marquis San Giuliano es für möglich hält, nur durch Anwendung von Koerzitivmaßregeln bewogen werden könnte. Vorstehendes zur Regelung Euer Exzellenz Sprache Marquis di San Giuliano gegenüber. Berchtold.

[a]) Vgl. n. 6467.

Nr. 6393. Tagesbericht über einen Besuch des ital. Botschafters, 31. März 1913. Konz. (S. Hohenlohe).

Der italienische Botschafter hat mich heute aufgesucht und mir mitgeteilt, dass nach den ihm zugekommenen Nachrichten die französische Regierung die von uns und Italien ins Auge gefasste Südgrenze Albaniens als für Griechenland zu nachteilig erachtet. Der Herr italienische Minister des Äussern meine nun, dass es vorteilhaft und wünschenswert sei, Herrn

Pichon diesbezüglich ein gewisses Entgegenkommen zu zeigen, und schlage demgemäss vor, an der Kalamas-Grenze zwar festzuhalten, jedoch Filetis, Konitza und San Marina Griechenland zuzusprechen. Marquis di San Giuliano glaube, dass man zwischen dieser Frage und jener der aegaeischen Inseln ein junctim schaffen solle. Der Dreibund möge seine Zustimmung dazu erteilen, dass die Südgrenze Albaniens zwar etwas weiter nach Norden verlegt werde, jedoch nicht soweit, als es Griechenland jetzt wünscht, dafür aber das Königreich im Belange der aegaeischen Inseln entschädigt werde. Die Triple-Entente müsste dann dazu gebracht werden darin einzuwilligen, dass Rhodus, Kos sowie die zwei den Dardanellen unmittelbar vorgelagerten Inseln bei Gewährung gewisser Garantien für die eingeborene Bevölkerung der Türkei verbleiben. Der deutsche Botschafter in London möge die Initiative dieses Vorschlages ergreifen. Im weiteren Verlaufe der Konversation kam Herzog Avarna auf eine Anregung Marquis Imperialis zu sprechen, derzufolge betreffs Räumung der an Albanien zu fallenden Gebiete seitens Griechenlands an letzteres schon jetzt eine ähnliche Aufforderung gerichtet werden sollte, wie seiner Zeit an Serbien und Montenegro. Marquis di San Giuliano halte diese Idee für billig und beabsichtige dem italienischen Botschafter in London in diesem Belange zustimmend zu antworten. Sollte Griechenland dem Willen der Mächte gegenüber eine drohende Haltung einnehmen, so müsste man zu Coercitiv-Massregeln greifen, wobei dem Herrn italienischen Minister des Äussern zunächst eine internationale Flottendemonstration vorzuschweben scheine. Italien hätte überdies noch ein besonderes Mittel in der Hand, um seinen Willen durchzusetzen; es könnte nämlich ein europäisches Mandat verlangen, demzufolge es die Griechenland zugesprochenen, von Italien jedoch noch besetzten Inseln solange nicht räumen würde, bis Albanien nicht von den griechischen Truppen evakuirt sei. Ich habe dem Herrn Botschafter geantwortet, dass ich letzterem Gedanken wenig sympatisch gegenüber stehe; Griechenland könnte nämlich ein grösseres Interesse daran haben Albanien nicht zu räumen, als die eigentlich unbedeutenden Inseln zu erhalten, wodurch eine Stornisirung der beiderseitigen Okkupation herbeigeführt würde.

Nr. 6394. Tel. aus Rom, 31. März 1913 Nr. 181 (eing. 1. April 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Mit Beziehung auf hohes Telegramm vom 30. d. Mts. Nr. 325, Flottendemonstration. Von dem Minister des Äussern erfuhr ich die mir unbekannte Phase der einschlägigen Situation, nämlich Idee einer Aktion von 4 Mächten (ohne Deutschland und Russland) und späteres Ausspringen Frankreichs. Auf meine Frage erklärte mir Marquis di San Giuliano, daß Italien auf Grund eines europäischen Mandats zur Mitwirkung an einer Flottendemonstration in den montenegrinischen Gewässern bereit ist. Die betreffenden Schiffe („Ferruccio", „St. Bon" und „Emanuele Filiberto") werden morgen aus Spezia in Brindisi eintreffen und Entscheidung abwarten. Minister hofft dringend, daß England mittut. Er scheint zu glauben, daß König Nikolaus diese europäische Pression braucht, um nachgeben zu können.

[a] Oe. U. Balkan 197 Nr. 372. Vgl. n. 6388. Mérey.

Nr. 6395. Tel. aus St. Petersburg, 31. März 1913 Nr. 124 (eing. 1. April 7 U. a. m.).[a] Entziff.

Während heutiger Réunion erhielt Herr Sazonow ein Agentur-Telegramm, worin auf Grund Wiener Pressnachrichten die Wiederaufnahme des Bombardements von Skutari gemeldet wird. Der Herr Minister, welcher über diese Nichtbeachtung des einmütigen Willens der Mächte sichtlich verstimmt war, anderseits aber die schwierige Stellung König Nikolaus' seinem Lande gegenüber zur Geltung brachte, formulierte den Vorschlag, welchen Herr Delcassé in folgende Redaktion brachte: „D'après un télégramme de presse que vient de recevoir M. Sazonow, le Roi Nicolas aurait ordonné un assaut général de Scutari qui devrait avoir lieu aujourd' hui. Dans ce cas M. Sazonow, pour prévenir ou arrêter cette reprise des hostilités, n'élève aucune objection contre une démonstration navale immédiate à la condition qu'elle soit collective. La Russie n'ayant aucun bâteau de guerre dans la Méditerranée, est dans l'impossibilité d'y prendre part. Cette démonstration pourrait consister dans le blocus d'Antivari. En même temps, pour rendre plus facile au Roi Nicolas, dont la situation personelle est critique, sa soumission aux demandes formulées par les Puissances, celles-ci pourraient, dans la pensée de M. Sazonow, lui faire entendre qu'elles sont disposées à reconnaître sa bonne volonté en lui assurant par exemple une compensation d'ordre financier sous une forme à déterminer."

[a] Vgl. n. 6388, 6420.

Thurn.

Nr. 6396. Tel. aus St. Petersburg, 31. März 1913 Nr. 125 (eing. 1. April 8 U. a. m.).[a] Entziff.

Herr Sazonow eröffnete heutige erste Réunion mit einigen einleitenden Worten, in welchen er als den wesentlichen Zweck der Mediation die Erreichung einer für beide Teile akzeptablen Lösung bezeichnete, welche einen dauernden Frieden zwischen den beiden Nachbarn gewährleiste. Er ersuchte dann die einzelnen Botschafter ihrer Anciennität nach ihren Standpunkt zu entwickeln. Graf Pourtalès hob hervor, dass Rumänien durch seine Haltung Anspruch auf die Dankbarkeit der Mächte hätte, dass ihm schon im Berliner Vertrag eine bessere Grenze zugesprochen worden wäre, wenn Bulgarien damals nicht so zugestutzt worden wäre; er betonte Notwendigkeit strategisch günstigerer Grenze für Rumänien, wozu vor allem Silistria nötig sei, schon wegen Donaubrücke; schliesslich bemerkte mein deutscher Kollege, auf eine Kompensationsmöglichkeit anspielend, dass, wenn ein Ausweg gefunden werden könnte, der auch Bulgarien voll befriedige, dies gewiss sehr zu begrüssen wäre. Der englische Botschafter, welcher erklärte, die Frage vom ganz unparteiischen Standpunkte beurteilen zu wollen, kam trotzdem zu dem Schlusse, dass die rumänischen Forderungen ganz unbegründet seien, da nach Berliner Vertrag Grenze definitiv festgesetzt worden sei. Dass Rumänien damals weniger bekommen habe, als wenn Bulgarien die Grenzen von San Stefano behalten hätte, sei kein stichhältiges Argument, da in diesem Falle auch die heutige Situation Bulgariens eine ganz andere wäre. Er konkludierte, dass, seiner Ansicht nach, Rumänien

sich mit einer unbedeutenden Grenzberichtigung bescheiden müsste, und hob hervor, dass auch die in den bisherigen Verhandlungen [durch] Bulgarien gemachten konditionellen Zugeständnisse nicht mehr aufrecht wären, die Réunion daher ganz freie Hand habe. Nach meinem englischen Kollegen entwickelte ich alle Argumente, welche uns die rumänischen Aspirationen gerechtfertigt erscheinen lassen, in ausführlicher Weise, wobei ich insbesondere auf der unbedingten Notwendigkeit bestand, dass speziell Silistria zu Rumänien komme. Ausser den meritorischen Gründen, die dafür sprechen, führte ich auch an, dass nur hiedurch der von Herrn Sazonow angestrebte Erfolg erzielt werden könne, eine Lösung zu finden, die von beiden Teilen angenommen werden könnte. Ich führte dann, an die bezügliche Äusserung des Grafen Pourtalès anknüpfend, aus, dass es in der Tat wünschenswert erscheine, Bulgarien für den Verzicht, den man von ihm verlange, auf anderem Gebiete eine Entschädigung zu suchen und bezeichnete als ein geeignet erscheinendes Kompensationsobjekt die Zusprechung Saloniks. Eine solche hätte ausser den übrigen Vorteilen vielleicht auch noch das Gute, einem Streite Bulgariens und Griechenlands um diese Stadt vorzubeugen, die beide erklärten, sie unbedingt besitzen zu müssen. Mein italienischer Kollege wiederholte im Großen und Ganzen das von meinem deutschen Kollegen und mir bereits Vorgebrachte und sprach sich ebenfalls für die Idee einer Kompensation für Bulgarien und speziell durch Zuweisung Saloniks aus. Der französische Botschafter wandte sich zunächst gegen den Gedanken, Salonik herein zu ziehen, und meinte, wir würden hiedurch nur „doubler le conflit roumain-bulgare d'un conflit gréco-bulgare", ausserdem liege diese Frage nicht in der Kompetenz der gegenwärtigen Mediationsaktion, welche nicht die Aufgabe habe, ausserhalb des rumänisch-bulgarischen Streitfalles liegende Fragen zu entscheiden. Hierauf machte er noch einige Bemerkungen zu dem, was seine Vorredner gesagt haben; zu mir gewendet, bemerkte er, ich schiene die rumänischen Forderungen in ihrer Gesamtheit zu unterstützen. Da eine Einigung auf dieser Basis wohl unmöglich wäre, frage er mich, in welcher Beziehung und inwieweit ich einem Kompromisse zustimmen könnte. Ich erwiderte, mich hierüber heute noch nicht äussern zu können, da ich in dieser Beziehung keine Instruktionen habe und zudem noch von keiner Seite ein Kompromissvorschlag vorliege. Herr Delcassé schloss seine Ausführungen, ohne zu einer Konklusion gekommen zu sein, so dass seine Stellungnahme speziell in der Silistriafrage noch eine offene ist. Herr Sazonow sprach sich zum Schlusse dahin aus, dass die Frage nicht vom Rechtsstandpunkte aus beurteilt werden dürfe, von dem aus Rumänien keinerlei Ansprüche hätte, sondern von dem der Opportunität. Das einzig valable Argument Rumäniens scheinen ihm die strategischen Konsiderationen, zu diesen scheine ihm aber der Besitz von Silistria nicht zu gehören. Auf eine Bemerkung von mir zurückkommend gab er zu, dass für die Entwicklung der Stadt selbst deren Zession an Rumänien vielleicht vorteilhaft wäre und dass von diesem Standpunkt aus Bulgarien dadurch nicht allzuviel verlieren würde, doch sprechen hier auch moralische Gründe mit. So sei Silistria das älteste bulgarische Bistum, dessen Titulär noch heute den ersten Rang unter den Bischöfen Bulgariens habe. Er sprach sich sodann

mit Entschiedenheit gegen die Einbeziehung der Frage von Salonik in die gegenwärtigen Mediationsverhandlungen aus; doch erkannte auch er, dass es unter Umständen empfehlenswert werden könnte, Bulgarien eine Kompensation für etwa von ihm verlangte größere Konzessionen zu verschaffen. Diese müssten aber auf einem anderen Gebiete gesucht werden. Am richtigsten schiene ihm noch, wenn dieselben auf Kosten des im jetzigen Kriege Unterlegenen gegebenenfalls gesucht würden, der ohnehin schon so grosse Territorialverluste erleide, dass es auf einige Gebiete mehr oder weniger schon kaum mehr ankommen würde. (Dieser Vorschlag nähert sich sehr dem von Marquis Carlotti meinem deutschen Kollegen und mir gegenüber angeregten und mit meinem Telegramm Nr. 109 vom 24. d. M. Euer Exzellenz einberichteten). Graf Pourtalès kam ein zweitesmal nicht zu Wort und so war es ihm erspart, zu meinem Vorschlage, Salonik betreffend, Stellung zu nehmen, so dass die Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Dreibundes über diesen Punkt nicht zum Ausdruck kamen. Nächste Sitzung Freitag nachmittags. Ich bitte um Weisung, welche Haltung ich der durch Herrn Delcassé an mich gerichteten Frage gegenüber einnehmen soll. Thurn.

a) Oe. U. Balkan 198 Nr. 375. Vgl. n. 6423, 6453, 6469, 6505, 6594.

Nr. 6397. Tagesbericht über einen Besuch des bulgarischen Gesandten, 31. März 1913 Nr. 1394.a) Konz. (S. Berger; G. Macchio).

Der königlich bulgarische Gesandte ist heute hier erschienen und hat geltend gemacht, daß das Kabinett von Sofia aus den Gründen, welche es bereits einmal in einem schriftlichen Mémoire[b]) des näheren ausgeführt habe, auf dem Begehren einer Kriegsentschädigung beharren müsse. Herr Salabascheff benützte diesen Anlaß, um — wie dies bereits in dem bezogenen Mémoire geschehen war — darzulegen, die Auferlegung einer Kriegsentschädigung an die Türkei könnte geschehen, ohne daß hiedurch die Interessen der türkischen fremden Staatsgläubiger in Mitleidenschaft gezogen würden. Es wurde dem Herrn Gesandten erwidert, daß wir — wie ihm ja ohnehin bekannt — auf der Londoner Botschafterréunion eben mit Rücksicht auf diesen bulgarischen Wunsch für die prinzipielle Zuerkennung einer Kriegsentschädigung eingetreten sind, daß aber unser bezüglicher Standpunkt von den anderen Kabineten nicht getheilt wurde, so daß wir, um einen einvernehmlichen Beschluß der Großmächte zu ermöglichen, nicht weiter insistieren konnten. Herr Salabascheff stellte daraufhin die Frage, ob es nicht wenigstens thunlich wäre, unseren Vertreter in der internationalen Kommission in Paris, welche die mit dem Friedensschluß zusammenhängenden Fragen finanzieller Natur behandeln soll, zu instruieren, dort zugunsten der bulgarischen Wünsche in der Kriegsentschädigungsfrage einzutreten. Gleichzeitig überreichte der Herr Gesandte ein Elaborat, welches eine Ergänzung des früher erwähnten seinerzeitigen Mémoires darstellt. Es wurde Herrn Salabascheff erwidert, seine Ausführungen würden zur Kenntnis des Herrn Ministers gebracht und ihm eine Antwort im Gegenstande in Aussicht gestellt.

Das neuerliche Aide-Mémoire der königlich bulgarischen Regierung bewegt sich in folgendem Gedankengange: Die an der finanziellen Situation

der Türkei am meisten interessierten europäischen Staaten waren es, welche gegen eine Kriegsentschädigung an die Alliierten protestiert haben, und zwar aus Besorgnis, daß hiedurch die Interessen der türkischen Staatsgläubiger leiden könnten. Eine derartige Besorgnis sei aber unbegründet. Die Lage der türkischen Finanzen sei eine s ır günstige. Das Jahr 1912 wie auch 1913 habe bedeutende Überschüsse ergeben. Daher könne man auch annehmen, daß nach Übernahme eines aliquoten Teiles der Staatsschuld durch die Balkanregierungen die Türkei imstande sein werde mit den ihr verbleibenden Einnahmen auch noch für die Tilgung einer eventuellen Kriegsentschädigung aufzukommen. Das Mémoire versucht sodann diese Behauptung ziffernmäßig nachzuweisen und schließt mit dem Vorschlage, die erwähnten Überschüsse, die eine steigende Tendenz aufweisen, eine Reihe von Jahren hindurch für die Zwecke der Zahlung einer Kriegsentschädigung zu kapitalisieren. Dieses auflaufende Kapital könnte zugleich als Garantie für jenen Teil der türkischen Staatsschuld verwendet werden, welchen die Alliierten übernehmen müssen.

[a]) Vgl. n. 6237. — [b]) Wurde nicht aufgenommen.